Quellen zur Geschichte

des Parlamentarismus und der politischen Parteien

DRITTE REIHE

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

Dritte Reihe
Die Weimarer Republik

Im Auftrage der Kommission
für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

herausgegeben von

Karl Dietrich Bracher, Erich Matthias und Rudolf Morsey

BAND 4/I

Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932

Quellen zur Ära Brüning

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932

Quellen zur Ära Brüning

Eingeleitet von Gerhard Schulz
Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst
unter Mitwirkung von Jürgen Heideking

Erster Teil

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien
im Auftr. d. Komm. für Geschichte d. Parlamentarismus u. d. polit. Parteien. – Düsseldorf: Droste.
Reihe 3, Die Weimarer Republik / hrsg. von Karl Dietrich Bracher . . .
NE: Bracher, Karl Dietrich [Hrsg.]; Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien
Bd. 4. Quellen zur Ära Brüning
→ Politik und Wirtschaft in der Krise

Politik und Wirtschaft in der Krise: 1930–1932 / eingel. von Gerhard Schulz. Bearb. von Ilse Maurer u. Udo Wengst unter Mitw. von Jürgen Heideking. – Düsseldorf: Droste.
ISBN 3-7700-5106-8
NE: Maurer, Ilse [Bearb.]
Teil 1. – 1980.
(Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien: Reihe 3, Die Weimarer Republik; Bd. 4)

© 1980
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien, Bonn

Gesamtherstellung
Rheinisch-Bergische Druckerei, Düsseldorf

Printed in Germany

ISBN 3-7700-5106-8

Inhalt

Erster Teil

Einleitung: Politik und Wirtschaft in den Dokumenten zur Regierung Brüning von Gerhard Schulz VII

A. Einführende Überlegungen IX
I. Politik in der Wirtschaftskrise und das Problem der Quellenerfassung IX
II. Editorische Aufgabe und Verfahrensgrundsätze XIV
III. Die Überlieferungen XVII

B. Bürgerliche Sammlung und Koalition in der Vorgeschichte der Regierung Brüning XXXII
I. Der Reichspräsident und die Probleme der Landwirtschaft im preußischen Osten XXXII
II. Die DVP als Zentrum einer bürgerlichen Koalition XXXVII
III. Die DDP 1929, bis zum Mannheimer Parteitag XLI
IV. Luthers bürgerliche Sammlung über den Parteien XLV
V. Das Ende der Großen Koalition und die Krise der DNVP XLVII

C. Stationen und Perspektiven der Regierung Brüning LIV
I. Brünings Memoiren und die Probleme seiner Kanzlerschaft . . LIV
II. Wirtschaftspolitische Problemlage im Sommer 1930 LX
III. Notverordnung, Reichstagsauflösung und Neuwahl LXVI
IV. Brüning und Hugenberg LXIX
V. Innere und äußere Aspekte einer Revision der Reparationspolitik LXXII
VI. Hoover-Moratorium und Bankenkrise LXXIX
VII. Luther und Brüning LXXXIII
VIII. Vorläufiges Schlußwort zu Brüning LXXXVI

Einrichtung der Edition XCI
A. Zur Edition XCIII
B. Verzeichnis der Archivalien XCVII
C. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur IC
D. Verzeichnis der Dokumente (1. und 2. Teil) CV
E. Verzeichnis der Abkürzungen CXXXVII

Kapitel I: Von der Großen Koalition zur Bildung der Regierung Brüning
Dokumente 1–43 1

Kapitel II: Die erste Phase der Regierung Brüning (bis zur Auflösung des Reichstags am 18. Juli 1930)
Dokumente 44–114 103

Kapitel III: Neue Parteien und Reichstagswahl
Dokumente 115–148 303

Kapitel IV: Wirtschaft, Reichspräsident und Parteien an der Jahreswende 1930/31
Dokumente 149–184 415

Kapitel V: Suche nach Wegen aus dem Young-Plan
Dokumente 185–201 d 529

Kapitel VI: Finanzen und Reparationsfrage bis zur Sommerkrise (März bis Juli 1931)
Dokumente 202–279 d 563

Zweiter Teil

Verzeichnis der Dokumente (2. Teil) VII

Abkürzungsverzeichnis XXII

Kapitel VII: Stabilisierungsversuche und die Dietramszeller Notverordnung vom 24. August 1931
Dokumente 280–298 855

Kapitel VIII: Von der Dietramszeller Notverordnung bis zur Kabinettsumbildung und zur Harzburger Tagung (Oktober 1931)
Dokumente 299–343 931

Kapitel IX: Das zweite Kabinett Brüning bis zur Vierten großen Notverordnung vom 8. Dezember 1931
Dokumente 344–389 1049

Kapitel X: Reparationsprobleme und Wiederwahl des Reichspräsidenten (Dezember 1931 bis April 1932)
Dokumente 390–476 1177

Kapitel XI: Auflösung der Regierung Brüning
Dokumente 477–533 1405

Register 1541

Einleitung

Politik und Wirtschaft in den Dokumenten zur Regierung Brüning

von Gerhard Schulz

A. Einführende Überlegungen

I. Politik in der Wirtschaftskrise und das Problem der Quellenerfassung

Der erste, 1977 veröffentlichte Band der „Quellen zur Ära Brüning" war dem Thema der Beziehungen zwischen Instanzen und Persönlichkeiten des Staates – von Reich und Ländern – und der fortgesetzt stärker werdenden NSDAP gewidmet[1]. Während dies noch in verhältnismäßig leicht überschaubaren Bereichen innerhalb des staatlichen Archivgutes verfolgt werden konnte, erforderte die nun nachfolgende Dokumentensammlung größere Aufwendungen. Für die Notwendigkeit dieses Unternehmens sprechen jedoch gewichtige Gründe.

Solange größere und geschlossene Aktenbestände noch nicht in Sicht waren, wirkte schon die Veröffentlichung einzelner isolierter Dokumente aufhellend, aber doch auch, wenn sie in bester Absicht erfolgte, mitunter verwirrend[2]. Vor allem gilt dies von „Dokumentationen", deren wahrer historiographischer Wert sich noch nicht oder nicht mehr zuverlässig abschätzen läßt. Gewiß kam die Zeitgeschichte rasch voran. Es konnte jedoch nicht ausbleiben, daß sich nach der Sichtung größerer zugänglich gewordener Aktenüberlieferungen, die zeitweilig schon unmittelbar dem Stand der Archivierung folgte, auch Fragen editorischer Unternehmungen angesichts der Diversität von Sachen und Überlieferungen auf neuartige Weise stellten. Innerhalb der im engeren Sinne deutschen Geschichte, aber doch international ohne gleichartiges Beispiel blieb die Veröffentlichung der aus verschiedenen Überlieferungen geschöpften Quellen zur Geschichte eines zuvor von der Historiographie noch gar nicht zur Kenntnis genommenen Phänomens institutionsähnlichen Charakters: der permanenten Zusammenarbeit von Führern der parlamentarischen Mehrheitsparteien im Reichstag des untergehenden Kaiserreichs 1917/18 in einem interfraktionellen Ausschuß[3]. Für zahlreiche

1 Staat und NSDAP 1930–32. Quellen zur Ära Brüning, eingeleitet von Gerhard Schulz, bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Bd. 3), Düsseldorf 1977.

2 Ein Beispiel sind die teils höchst belangvollen Dokumente, teils unzuverlässigen Aussagen zum Ende der Regierung *Brüning*, die vor 25 Jahren, vom Autor mit aller gebotenen Zurückhaltung kommentiert, veröffentlicht wurden und doch zu manchen Fehlschlüssen führten. Werner Conze, Dokumentation zum Sturze Brünings, in: Vierteljahresh. f. Zeitgesch., 1. Jg. (1953), S. 261–288. Zu den für wesentlich erachteten, aber unrichtigen Aussagen des ehemaligen Ministerialdirektors *Reichard*, der an der Erarbeitung der umstrittenen Entwürfe für den Siedlungsteil in einer neuen, fünften Notverordnung unmittelbar beteiligt war, vgl. hier die Dok. Nr. 512a–c, Nr. 522, Anm. 3. Der begrenzten Dokumentation von Conze lag eine nach damaliger Kenntnis abwägende sorgsame Auswahl zugrunde. Dies gilt kaum für die Absichten einer anderen Veröffentlichung, die auch im begleitenden Text zum Ausdruck kamen, Graf Henning v. Borcke-Stargordt, Der Ostdeutsche Landbau zwischen Fortschritt, Krise und Politik. Ein Beitrag zur Agrar- und Zeitgeschichte (Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, III), Würzburg 1957. Von den historischen Einwänden abgesehen, sind auch die dieser Dokumentation zugrundeliegenden wirtschaftspolitischen Ausgangsthesen des Verfassers sofort zurückgewiesen worden. Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, in: Schmollers Jahrbuch, 77. Jg. (1957), S. 111 ff.

3 Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, bearb. von Erich Matthias unter Mitwirkung von Rudolf Morsey, 2 Bde. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Bd. 1), Düsseldorf 1959. Vgl. die Besprechung von Klaus Epstein, in: HZ, Bd. 191 (1960), S. 562–584, wieder abgedruckt in: Klaus Epstein, Geschichte und Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Ein Leitfaden, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1972, S. 110–133.

editorische Unternehmungen zur Aufdeckung politischer Entwicklungen ist diese Edition beispielgebend geblieben.

Die längst durchgedrungene Erkenntnis des Eingeflochtenseins politischer Ereignisse in vielfältige politische, wirtschaftliche und geistige Zusammenhänge von historischer Relevanz intendiert nun das Interesse an der Aufschlüsselung von Komplexen, an systematischer Analyse und Rekonstruktion. Daß sich hieraus methodische wie quellenkritische Probleme höherer Schwierigkeitsgrade ergeben, lehren die Erfahrungen sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Untersuchungen zur deutschen Geschichte. Die Aufschlüsselung erfordert jedenfalls weitaus sorgfältigere und gründlichere Vorbereitungen und Vorkehrungen als das Suchen von Dokumenten zur Beweisführung für die Richtigkeit von Thesen oder verbreiteten Annahmen. Anderseits verweist die häufig zu beobachtende Neigung, beweiskräftige Dokumente zu strittigen zeitgeschichtlichen Fragen größeren Untersuchungen beizugeben, indirekt auch schon auf erkannte oder angenommene Grenzen der Überzeugungskraft, wenn nicht gar auf das Unbefriedigende mangelnder Kontrollierbarkeit der in Zitaten und resümierenden Darstellungen sich niederschlagenden Forschungsarbeiten. Wo mehrere, auch verschiedenartige Archivbestände herangezogen werden, aber doch ein hoher Urteilswert entscheiden kann und die Methodik nicht zuverlässig genug abgesichert ist, was bei wichtigen zeitgeschichtlichen Fragen häufig der Fall sein wird, genügen einzelne Dokumente nicht, sondern wird der Nachweis von Zusammenhängen notwenig, den nur Aktenveröffentlichungen zu liefern vermögen, die alle verfügbaren Bestände nutzen.

Im Hinblick auf die Quellenerfassung liegt der Gedanke nahe, Akteneditionen auf einer evidenten und engen Beziehung zwischen historischer Thematik und Archivalien aufzubauen. Hierbei können weder Fundort noch Entstehungsweise noch Gleichförmigkeit der Bestände für Auswahl und Anordnung von Aktenstükken den Ausschlag geben. Vielmehr stellt sich in der Hauptsache und stets vor allem anderen das Problem der thematischen Relevanz. Angesichts der räumlichen Ausdehnung, des quantitativen Umfangs und der sachlichen Vielfalt der Erfassungstätigkeit ergibt sich alsdann die vierfache Forderung nach eindeutig geklärter Thematik, nach der optimalen Erschließung der Archivbestände, nach der quellenkritischen Bewertung, die bei Erfassung mehrerer Archive, der Nutzung und Vergleichung von Mehrfachüberlieferungen ein eigenes Gewicht erhält, und nach der strengsten, im Rahmen der Thematik schlüssigen Selektion der Dokumente. Der hohe Schwierigkeitsgrad derartiger Unternehmen ist offenkundig und wird wohl kaum als Ermutigung verstanden werden. Unvollkommenheit und Mängel werden sich fürs erste, zumindest solange sich auch außerhalb der Sache liegende, gewissermaßen technische Hindernisse in den Weg legen, nicht völlig ausschließen lassen.

Die Geschichte der Weimarer Republik, wie nahezu die gesamte Zeitgeschichte, seit den Anfängen der Erforschung der nationalsozialistischen Epoche, ist immer stärker in den Schatten wirtschaftlicher Vorgänge und wirtschaftspolitischer Entscheidungen gerückt worden[4]. Die Mahnung aus der frühen Zeit der deutschen

4 Als wichtigste und unentbehrliche neuere Publikationen seien hervorgehoben Harald Winckel (Hrsg.), Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, NF 73), Berlin 1973; Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod (Hrsg.),

Zeitgeschichte, „heiße Eisen" nicht zu scheuen, um keinen Raum für Legenden zu lassen[5], konnte als maßgebliche Anregung gelten, hat aber auch unvorhergesehene Folgen gezeitigt. Manche Ergebnisse, die als Aufdeckung und Darlegung interessenpolitischer Konflikte akzentuiert werden, erscheinen nicht nur vereinzelt in polemisch gefärbter Darstellung. Dies liegt offensichtlich an den Eigenarten einer bewußten oder unbewußten Standortwahl, die in der Darstellung zeitgeschichtlich-wirtschaftsgeschichtlicher Vorgänge noch stärker auffällt als in anderen Bereichen der Historiographie. Sowohl theoretisch-ökonomisch begründete oder von ökonomischen Theorien durchdrungene Darstellungen als auch notorisch polemische Verfahren, die die Nähe publizistischer Dispute eher suchen als meiden, oder kritische Behandlungen in einem aktuellen politischen Aspekt oder auch Teil- oder Totalidentifikationen mit Auffassungen, die sich den zeitgenössischen Quellen selbst entnehmen lassen, sind denkbar und können beobachtet werden und noch manches andere mehr. Der Zugang zu Beständen in privaten, vornehmlich industriewirtschaftlichen Archiven hat die Divergenzen der Versionen, von Bewertungen, Maßstäben und, sofern derartiges versucht wird, auch von theoretischen Begründungen eher noch weiter getrieben. Daneben behaupten sich allerdings immer noch Zeugnisse einer auf Vernachlässigung oder grundsätzlicher Außerachtlassung wirtschaftlicher Vorgänge bestehenden Geschichtsschreibung.

In besonderem Maße wird die Regierung Brüning als die Ära der großen „Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches" verstanden[6], die im Unterschied zu den anderen, kaum weniger schweren Krisen der Weimarer Republik mit einer weltweiten, in der Wirtschaftsgeschichte der neuesten Zeit extremen Depression verbunden war, die nirgends ohne politische Folgen blieb. Die enge Beziehung zwischen innerer wie äußerer Politik einerseits und innerer wie äußerer Wirtschafts- und Währungspolitik anderseits wird weitgehend erkannt oder als Problem behandelt[7], wenn auch die wichtigsten wirtschaftsgeschichtlichen Unter-

---

Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, mit vielfältigen Forschungsansätzen, Fragestellungen und Beurteilungen; für die frühe Zeit Gerald D. Feldman, Iron and Steel in the German Inflation, 1916–1923, Princeton, N. J. 1977; sowie die Aufsätze von Feldman, Wolfram Fischer und Peter Czada, in: Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, hrsg. von Gerhard A. Ritter, Berlin 1970; daneben eine wachsende Zahl von Darstellungen zu speziellen Problemen. Nach Fertigstellung dieser Edition ist die Arbeit von Bernd Weisbrod, Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1978, erschienen.

5 Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: Vierteljahrsh. f. Zeitgesch., 1. Jg. (1953), S. 8.

6 So der Titel des Sammelbandes von Werner Conze und Hans Raupach (Hrsg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33 (Industrielle Welt, 8), Stuttgart 1967.

7 Für die Außenpolitik und Finanzpolitik Edward W. Bennett, Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis, 1931, Cambridge, Mass. 1962; sowie die letzten Kapitel von Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921 bis 1931. Die Vereinigten Staaten von Amerika und der Wiederaufstieg Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1970; auch die im Ansatz- und in der Hauptthese immer noch bemerkenswerte Arbeit von Wolfgang J. Helbich, Die Reparationen in der Ära Brüning. Zur Bedeutung des Young-Plans für die deutsche Politik 1930 bis 1932 (Studien zur Europäischen Geschichte aus dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, 5), Berlin 1962; für die Anfänge Helga Timm, Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der Großen Koalition im März 1930 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der

suchungen größere politische Tendenzen und Entwicklungen kaum anders als marginal berücksichtigen[8]. Strittig ist der Beginn der Krise[9]. Er scheint weiter in der Vergangenheit zu liegen, wenn der Blick sich von der weltweiten Wirtschaftskrise löst[10]. Für ein frühes Einsetzen der Krise, was auch immer hiermit einbezogen wird, sogar für das Inbeziehungsetzen mit den Anfangskrisen der Republik – so daß, von kurzer oberflächlicher Beruhigung oder Unterbrechung abgesehen, das politische Nachkriegssystem in Deutschland schon in permanenter Krise erscheint[11] – lassen sich unter beinahe jedem Gesichtspunkt schlüssige Argumente vorbringen. Letztlich verweisen sie mittelbar oder unmittelbar auf die politische und geistige Geschichte Deutschlands seit dem späten 19. Jahrhundert und auf die hinzutretenden Folgen der Umbrüche im 20. und weiter auf die weltweiten Wandlungen des Zeitalters[12]. Doch dies ist ein anderes Kapitel, das, sofern der Ausdruck „Krise" einen Sinn behalten soll, von dem der tiefer dringenden und weiter reichenden progressiven Krise der dreißiger Jahre unterschieden werden muß. In einer anderen Perspektive wandten sich schließlich Fragestellungen und Untersuchungen den Beziehungen zu, die innerhalb der

---

politischen Parteien, 1), Düsseldorf 1952, zum Teil revidiert durch Ilse Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller 1928–1930 (Moderne Geschichte und Politik, 1), Bern/Frankfurt a. M. 1973. Zur entscheidenden Phase Karl Erich Born, Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967. An dieser Stelle muß auch auf Einfluß und Bedeutung wichtiger Memoiren hingewiesen werden; zuletzt Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970; hierzu die Einwände von Rudolf Morsey, Zur Entstehung, Authentizität und Kritik von Brünings „Memoiren 1918–1934" (Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften. Vorträge, G 202), Opladen 1975; außerdem Hans Luther, Vor dem Abgrund, 1930–1933. Reichsbankpräsident in Krisenzeiten, Berlin 1964; sowie die Biographie von Eckhard Wandel, Hans Schäffer. Steuermann in wirtschaftlichen und politischen Krisenzeiten 1886–1967, Stuttgart 1974.

8 Vor allem die Arbeiten zum größeren Zeitraum von Rolf E. Lüke, Von der Stabilisierung zur Krise (Basle Centre for Economic and Financial Research, Series B, 3), Zürich 1958; Gerhard Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958; auch Dietmar Keese, Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich in den Jahren 1925–1930, in: Conze, Raupach, Staats- und Wirtschaftskrise; ferner die Kritik von Horst Sanmann, Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning, in: Hamburger Jahrb. f. Wirtschafts- u. Gesellschaftspolitik, 10 (1965), S. 107–140; und die Verteidigung der *Brüningschen* Wirtschaftspolitik von Ferdinand A. Hermens, Das Kabinett Brüning und die Depression, in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning, hrsg. von Ferdinand A. Hermens u. Theodor Schieder, Berlin 1967, S. 287–319.

9 Die einflußreichsten Werke bleiben: Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, 5. Aufl. Villingen 1971; Erich Matthias, Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960; die Aufsätze von Werner Conze, zuletzt: Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1929–1933, in: Conze, Raupach, Staats- und Wirtschaftskrise, S. 176–252.

10 Krisenbeginn im Jahre 1929: Werner Conze, Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30, in: HZ 178 (1954), S. 78ff.; 1928/29: Waldemar Besson, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1959; 1927/28: Josef Becker, Heinrich Brüning in den Krisenjahren der Weimarer Republik, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 17. Jg. (1966), S. 206; mit weiter greifender These auch Michael Stürmer, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 36), Düsseldorf 1967.

11 So auch Stürmer, Koalition; Conze, Die politischen Entscheidungen.

12 Vgl. Gerhard Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus, Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1975.

fortschreitenden weltwirtschaftlichen Krise zwischen nationalen wirtschaftlichen Vorgängen und den folgenreichen Entscheidungen der Regierungen in Washington, London und Paris bestanden[13].

Angesichts der im ganzen trotz gewichtiger Argumente und dokumentierter Analysen bei weitem noch nicht vollständigen und insofern auch noch nicht endgültig gesicherten Urteilsbildung über Charakter und Ausmaß der ursächlichen Vorgänge, die in der fortschreitenden Krise zu phasen- und stufenartig verschärften Staatseingriffen, zu einer zunehmenden Verselbständigung bestimmter staatlicher Autoritäten und am Ende zum nationalsozialistischen Deutschland hinüberleiteten[14], bleiben Fragenkreise wie Methoden revisions- oder ausbaubedürftig. Dies bezieht notwendig die ständige Überprüfung von Art und Ergiebigkeit der Quellenbereiche ein, die sich mit der fortschreitenden Erschließung und Aufbereitung neuer Archivbestände stetig erweitern. Allein durch Quellenveröffentlichungen[15], die mittel- und längerfristige Vorgänge in geschlossener Dokumentation sichtbar werden lassen, kann man die Lücke überbrücken zwischen der wachsenden Zahl verschiedenartiger Überlieferungen und Bestände einerseits, die nur noch von wenigen gleichmäßig benutzt und wohl kaum noch von einem einzelnen ganz übersehen werden können, und anderseits einer unmittelbar von allgemein zugänglichen Quellen ausgehenden Forschung und einer sich an ihr schulenden Lehre.

---

13 Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise, aus dem Amerikanischen übers. (Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, 4), München 1973. Die ältere Arbeit von G. Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, hat das Thema der Suche nach Mitteln zur Überwindung der Krise in einer vergleichenden Darstellung behandelt und Eigenarten der deutschen Entwicklung herauszuheben versucht. Trotz des damals noch fragmentarischen Charakters und unbeschadet unvermeidlicher Einwände bleiben Fragestellung und methodischer Ansatz denkwürdig. Vgl. die Rezension Gerhard Schulz, Die „große Krise" in der Zeitgeschichte, in: Neue politische Literatur, 4. Jg. (1959), Sp. 805 ff.

14 Ein interessantes Beispiel für kontrovers interpretierte, ausgiebig genutzte Akten überwiegend der gleichen Bestände ist die Erörterung der Frage nach der Rolle der Industrie im Anschluß an die mehr politisch als wissenschaftlich qualifizierte Veröffentlichung eines DDR-Publizisten, Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967: Henry A.Turner, jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, deutsche Übers. Göttingen 1972; Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933 in: Archiv f. Sozialgesch., 13. Bd. (1973), S. 399–482; dann H. A. Turner, Großunternehmertum und Nationalsozialismus 1930–1933, in: HZ, Bd. 221 (1975), S. 16–68; und wieder D. Stegmann, Antiquierte Personalisierung oder sozialökonomische Faschismus-Analyse? Eine Antwort auf H. A. Turners Kritik an meinen Thesen, in: Archiv f. Sozialgesch., 17. Bd. (1977), S. 275–296, und so fort. Vgl. das knappe „provisorische" Urteil hierzu wie zu anderen Arbeiten von Robert A. Gates, in: Industrielles System und politische Entwicklung, S. 848–851. Offenkundig divergieren die Voraussetzungen, unter denen die Autoren in diesem äußerst eingeschränkten Aspekt politischen Fragen ihres Interesses nachgehen. Diese viel beachtete und kommentierte Kontroverse führt die historiographischen Grenzen des Ermittelns und belegmäßigen Zitierens einzelner Quellen deutlich vor Augen. Nur umfassende Kenntnis von Quellen *und* Zusammenhängen *und* Erkenntnis der politischen Relevanz bieten einen Ausweg.

15 Die Vervielfältigung von Beständen auf Mikrofilmen, die an mehreren Orten aufbewahrt werden, kann hilfreich sein. Das Problem der Nutzung mehrerer oder gar vieler verschiedenartiger Bestände dürfte dadurch jedoch kaum gelöst werden; abgesehen davon machen verfilmte Akten nicht immer die Kenntnis von Originalen überflüssig.

II. Editorische Aufgabe und Verfahrensgrundsätze

Dieser Edition ist die Aufgabe gestellt, für den Zeitraum von der unmittelbaren Vorgeschichte und der Entstehung der Regierung *Brüning* bis zu ihrem Ende, für zweieinhalb Jahre gedrängter folgenreicher Entscheidungen in der deutschen Geschichte wie in der Weltpolitik, Aktenstücke zusammenzufassen, die unmittelbare Beziehungen zwischen innerer Politik und Wirtschaft widerspiegeln – sowohl der amtlichen Wirtschaftspoltitik als auch der Formulierung und Geltendmachung wirtschaftlicher Interessen.

Das Verhältnis von Politik und Wirtschaft kann gewiß in mehreren Aspekten sinnvoll behandelt werden: etwa in Vorgängen unterschiedlicher Bedeutung und Auswirkung, welche die Produktion, den Markt und die Einkommensverteilung beeinflussen oder bestimmen; oder in permanenten Prozessen der Schaffung und Revision von Normen oder Regelungen, die auf eine kurzfristige oder längerfristige Steuerung von Konflikten zielen; oder als ein Ringen um politischen Einfluß und um Macht zwischen organisierten Interessen, rivalisierenden Persönlichkeiten mit kontrastierenden Konzeptionen, zwischen Parteien und zwischen Klassen, die eindeutig und auf längere Sicht gültig zu definieren allerdings problematisch und zwangsläufig umstritten bleiben dürfte. Die Formulierung historisch wie theoretisch beachtenswerter Gesichtspunkte ist damit nicht erschöpft. In jeder Hinsicht befinden sich jedoch die Spitzen der politischen Administration wie die in ihrem nächsten Umkreis nachweisbaren Einflüsse und Gruppierungen im Zentrum dieser Beziehungen. Für den Zeitraum der Thematik dieser Edition ist der Vorrang der industriellen und agrarischen vor anderen wirtschaftlichen Einflußnahmen offenkundig. Natürlich ist es gar nicht möglich, aber auch nicht nötig, hier die Begriffe Politik und Wirtschaft gegeneinander abzugrenzen. Die Schwierigkeiten liegen offenkundig in der Vielfalt der Zusammenhänge, die durch Abgrenzung im Begrifflichen, so nützlich dies andernorts auch sein kann, eher in ein diffuses als in klärendes Licht gerückt würden. Ein Methodiker, der sich mit pragmatischen Überlegungen nicht zufrieden geben möchte und auf die vorausgehende Definition des Prinzips bedacht ist, wird diese Ausgangslage unbefriedigend finden und vielleicht gar nicht mit der sammelnden Bearbeitung dieses durch vielseitige Beziehungen ausgefüllten Bereiches beginnen wollen. Allerdings sehen sich alle neueren großen Editionsserien, auch die zur Außenpolitik, vor ähnlichen Problemen, die sie in der Regel mit Stillschweigen übergehen, um sich mit dem Gewinn sichtbarer Ergebnisse zu begnügen. Hier erscheinen jedoch einige Bemerkungen über die Gesichtspunkte der Auswahl am Platze.

Um die Verbindung zwischen Wirtschaft und innerpolitischer Entwicklung in den verfügbaren Quellen in dem größten möglichen Maße und auf die beste mögliche Weise zu erfassen, erscheint eine Auswahl von Dokumenten geboten, die nicht allein der Orientierung nach den vollzogenen Beschlüssen folgt, sondern ebenso all die Motive aufweist, die dem Wirken beteiligter Gruppen und Persönlichkeiten zugrundelagen. In Frage stehen die zugänglichen Bestände, die den politisch-wirtschaftlichen Beziehungskomplex archivisch repräsentieren. Wie sich zeigt, liegt es in der Natur dieser Beziehungen, daß hierbei die Entwicklung politischer Parteien oder parteiartiger Organisationen häufig in den Vordergrund rückt. Unter dieser Voraussetzung war das Ziel, eine möglichst lückenlose Dokumentation der

Vorgänge im Rahmen der bezeichneten Thematik und die Erschließung und Benutzung aller zugänglichen Archive ins Auge zu fassen. Beides konnte nicht vollständig, das erste jedoch weitgehend, das zweite, wie zu hoffen steht, in optimaler Annäherung erreicht werden. Die Auswahl muß infolgedessen Dokumente aus Aktenbeständen verschiedener Art, Herkunft und Archivierung zusammenfassen, hält sich jedoch an den Grundsatz, daß ihre Entstehung innerhalb des durch die Thematik begrenzten Zeitraums, die Amtszeit *Brünings,* liegt. Durch das erste und das letzte Kapitel wird die zeitliche Grenze um einige Monate bzw. einige Tage überschritten, das Prinzip selbst jedoch nicht durchbrochen, um die Vorgeschichte und eine kurze Nachgeschichte einzubeziehen. Lediglich die Auszüge aus den später entstandenen memoirenartigen Aufzeichnungen des ehemaligen Reichstagsabgeordneten und Reichsministers *Moldenhauer* bilden eine Ausnahme. Ihre Einbeziehung in das hier zusammengefaßte zeitgenössische Schriftgut erscheint mit Rücksicht auf die Aussagekraft ihrer in mancher Hinsicht ergänzenden Mitteilungen gerechtfertigt, da ihr für Thematik und Zeit, vor allem für die letzten Monate 1929 und die ersten Monate 1930 aufschlußreicher Inhalt in der Forschung bislang keine Beachtung fand. Die Schließung der offen gebliebenen Lücke erschien seit langem geboten, bei Gelegenheit dieser Edition auch fällig, zumal in den Partien der sich mit anderen Quellen überdeckenden Mitteilungen des gewohnheitsmäßigen Tagebuchschreibers *Moldenhauer* ein hoher Grad der Zuverlässigkeit und Genauigkeit nachweisbar ist, der bei weitem nicht zum allgemeinen Charakter zeitgeschichtlicher Memoiren gehört. Die leichte, auf wenige Stücke begrenzte Durchbrechung des Grundsatzes der zeitgenössischen Entstehung durch den andersartigen Charakter dieser Quelle wiegt dem Gewinn gegenüber nicht so schwer, als daß um des Grundsatzes willen hierauf hätte verzichtet werden sollen.

Die Auswahl in positiver Absicht folgt dem durchgehenden Prinzip der chronologisch geordneten Dokumentation. Der Aufschließung und Benutzung nach thematischen Gesichtspunkten dient ein umfangreiches Register. Für die Ausschließung, die Auswahl in negativer Absicht, sind mehrere Grundsätze maßgebend: Zunächst werden die Aktenstücke herausgelassen, die sich auf die Außenpolitik beziehen, sofern sie keine erkennbare unmittelbare Rückwirkung auf Vorgänge der inneren Seite der Politik ausweisen. Wo die Abgrenzung besonders schwierig ist, wie etwa im Bereich der mit Reparations- und Finanzpolitik verknüpften Vorgänge, wurde jeweils im Einzelfall nach sorgfältiger Abwägung entschieden. Die für die Edition verbliebenen Akten, soweit sie aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes herrühren, können in der Wiedergabe auf ein äußerstes Minimum reduziert werden, da die vollständige Veröffentlichung der deutschen diplomatischen Akten aus der *Brüning*-Zeit durch die Autorengruppe im Auswärtigen Amt mit ihren unvergleichlich größeren Arbeitsmöglichkeiten im Rahmen der Aktenedition zur deutschen auswärtigen Politik bevorsteht. Unter dem Gesichtspunkt der Einsparung wurde auch von dem vollständigen Abdruck der Akten aus den Beständen der ehemaligen Reichskanzlei abgesehen, in einigen Fällen eine Aufteilung verabredet. Das Erscheinen der Edition der Reichskabinettsprotokolle und weitere Sachakten der Reichskanzlei[16] ist für die Regierung *Brüning* gleichzei-

16 Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, hrsg. für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Karl D. Erdmann, für das Bundesarchiv von Karl G.

tig vorgesehen. Bei der praktischen Durchführung ergaben sich aus Begrenzung und Beschränkung keine nennenswerten Schwierigkeiten und unter der Hand eine sinnvolle Arbeitsteilung, die sich dort auf die Vorgänge konzentrierte, die in den Reichskabinettssitzungen bzw. Reichsministerbesprechungen ihren Niederschlag fanden, während hier der weitere Umkreis und Hintergrund der Reichskabinettsbeschlüsse dokumentiert werden soll, so daß fürs ganze der substantielle Ertrag beider Editionen auf der Hand liegt.

In Anbetracht der großen Mengen erreichbarer und wegen ihres Inhalts relevanter Akten ist eine ebenso entschiedene wie sorgsame und umsichtige Selektion unvermeidbar. Weggelassen werden alle Stücke, die in der Sache den jeweils präsentierten Dokumenten gegenüber nur geringfügige Veränderungen zum Ausdruck kommen lassen. Es versteht sich, daß der weitaus größte Teil des gesichteten Aktenmaterials dem ausscheidenden Verfahren zum Opfer fällt. Daher liegt ein großer Teil der Arbeitsleistung der Bearbeiter in der sorgfältigen Auswahl der jeweiligen wichtigsten Aktenstücke – mit dem höchsten Grad der Relevanz – und der Aussonderung anderer, die verhältnismäßig geringe Abweichungen bezeugen. Vor der editorisch kommentierenden Bearbeitung einzelner Aktenstücke ist diese, aus der Kenntnis der historischen Relevanz vorgenommene Selektion eine häufige und geläufige, aber ohne Frage auch offen problematische Aufgabe des Historikers. Die Kenntnis erweitert sich während des Auffindens und Prüfens neuer Aktenstücke, so daß der Vorgang der Selektion schließlich über mehrere Stufen in wechselseitig bedingten Korrekturen zum vertretbaren Ergebnis führt.

Die Beziehung des abgedruckten Aktenstückes zu parallelen Überlieferungen und zur darstellenden Literatur wird in Anmerkungen nachgewiesen. Diese erfüllen außerdem den Zweck, auf den Fortgang der im Dokument bezeugten Angelegenheit – innerhalb der Edition oder an anderer Stelle – zu verweisen. Schließlich werden kurze Bescheide oder zur Vorgeschichte eines Dokumentes gehörende Aktenstücke vollständig oder in Auszügen wiedergegeben. Ähnlich wird im Regelfall mit Dokumenten verfahren, die von der Sache her in den dokumentierten Zusammenhang gehören, jedoch schon an anderer Stelle vollständig und fehlerfrei abgedruckt worden sind.

Um diese Arbeiten nicht in eine Aufgabe ausufern zu lassen, die sich der zeitlichen Disposition völlig entzieht, ist der Kreis der im Hinblick auf das Thema der Edition belangvollen Überlieferungen von vornherein dadurch eingeengt worden, daß aus den sehr ausgedehnten Beständen des kommunalen Bereichs, der untersten Verwaltungsebene, lediglich Akten des Deutschen und Preußischen Städtetags mit äußerster Zurückhaltung, im übrigen Akten der anderen kommunalen Spitzenverbände und kommunaler Archive grundsätzlich nicht benutzt wurden, während Akten und Bestände, die in den benutzten Staatsarchiven durchgesehen worden sind, soweit sie sich ausschließlich oder weit überwiegend auf politische oder wirtschaftliche Vorgänge eines Landes oder einer Provinz beziehen, im Dokumententeil nicht abgedruckt werden. Die hierin liegenden Aufgaben bleiben

---

Bruchmann bzw. Wolfgang Mommsen, Hans Booms, unter Mitwirkung von Walter Vogel, Boppard seit 1968; erschienen sind bisher die Akten zu den Kabinetten Scheidemann (1971), Müller I (1971), Fehrenbach (1972), Cuno (1968), Marx I u. II (1973), Müller II (1973).

künftigen Darstellungen und Editionen vorbehalten. Gleiches gilt für agrarische und agrarwirtschaftliche Vorgänge ausschließlich oder vornehmlich regionaler Ausprägung, die gewiß noch weitere Aufschlüsse gewähren[17]. Über den begrenzten Zugang zu einigen Archiven der Industrie wird das Notwendige in den einführenden Bemerkungen der Bearbeiter zur Anlage der Edition gesagt.

III. Die Überlieferungen

Auch für diese Edition ist das überlieferte Schriftgut der zuständigen obersten Behörden des Reiches und der Länder Preußen, Bayern, Württemberg und Baden herangezogen worden, das in den staatlichen Archiven der Bundesrepublik einschließlich Berlins und im Zentralen Staatsarchiv der DDR erhalten ist und über das mehrere Übersichten und Beschreibungen Auskunft geben[18]. Außerhalb des zentralen Bestandes der Akten der ehemaligen Reichskanzlei liegt ein Schlüssel zur Geschichte der Regierung *Brüning* in der Geschichte der Umgebung des Reichspräsidenten. Sie ist vorwiegend in den Akten des Präsidialbüros überliefert, die, von dem in Privathand verbliebenen persönlichen Nachlaß *Hindenburg* abgesehen, im Zentralen Staatsarchiv in Potsdam verwahrt sind. Dies bezieht die Gesprächs- und mehr noch die Briefpartner des Reichspräsidenten und des leitenden Mannes des Präsidialbüros, Staatssekretär *Meissner,* ebenso ein wie den General *v. Schleicher* und den Reichswehrminister *Groener,* die wieder mit *Hindenburg* und *Meissner* meist regelmäßig in enger Verbindung standen und deren Nachlässe seit einiger Zeit im Militärarchiv Freiburg benutzt werden können.

Außerdem erweisen sich aber einige andere Überlieferungen für die Thematik dieser Edition von besonderer Bedeutung. Neben den veröffentlichten Memoiren

17 Dies gilt namentlich für die Specialia der Landwirtschaft und Ostpreußens im Bestand der Akten des ehemaligen Preußischen Staatsministeriums (in Rep. 90 des Geheimen Staatsarchivs der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem) und die überlieferten Akten des ehemaligen Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen (Rep. 2 II des Staatlichen Archivlagers Göttingen).

18 Über den jüngsten Stand im Bundesarchiv unterrichtet das Inventar: Das Bundesarchiv und seine Bestände, begründet von Friedrich Facius, Hans Booms, Heinz Boberach, 3. Aufl. von Gerhard Granier, Josef Henke, Klaus Oldenhage (Schriften des Bundesarchivs, 10), Boppard a. Rh. 1977. Eine Reihe größerer wichtiger Bestände wird zudem durch gedruckte oder ungedruckte Findbücher erschlossen, die jeweils Charakter und historische Bedeutung des Bestandes einführend behandeln. Der Wert dieser Findbücher für den Benutzer, auch ihrer bis zum Rang einer kurz gefaßten Behördengeschichte reichenden Einleitungen sei hervorgehoben. Nur wenige andere Archive verfügen über derartige, vorzüglich entwickelte Hilfsmittel innerhalb des zeitgeschichtlichen Bereichs. Das im Vergleich mit der Historiographie und mit editorischen Unternehmungen schon verhältnismäßig früh nach Kriegsende viel weiter entwickelte Archivwesen der DDR wird auch durch die Veröffentlichung eines Bestandsverzeichnisses bezeugt: Übersicht über die Bestände des Deutschen Zentralarchivs Potsdam, bearb. von Helmut Lötzke und Hans-Stephan Brather (Schriftenreihe des Deutschen Zentralarchivs, 3), Berlin (Ost) 1957. Im übrigen die Hinweise von Thomas Trumpp, unter Mitarbeit von Bodo Herzog, Summarisches Auswahlinventar von Quellen zum Thema „Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik" in Archiven der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod (Hrsg.), Industrielles System, S. 986–1000.

des Reichskanzlers *Brüning*[19], den Aufzeichnungen von *Treviranus*[20], den wesentlich älteren Erinnerungen des Reichsaußenministers *Curtius*[21] und den veröffentlichten Tagebuchnotizen des Staatssekretärs in der Reichskanzlei[22] ist in den unveröffentlichten Erinnerungen, die der ehemalige Reichsfinanzminister *Moldenhauer* während der letzten Kriegsjahre, in deutlicher Distanz zur zeitgenössischen wie zur vergangenen Politik, niederschrieb, ein weiteres Zeugnis eines Mitgliedes der Regierung *Brüning* überliefert. *Moldenhauer* gehörte auch dem voraufgegangenen Kabinett der „Großen Koalition" und eben der Partei an, in der nach dem Tode *Stresemanns* die Auflösung dieser Regierung mit allmählich wachsender Energie betrieben wurde. Der Kölner Universitätsprofessor[23], 1930 im 54. Lebensjahr, gehörte zu den erfahrenen Parlamentariern der Deutschen Volkspartei. 1919 wurde er Mitglied der Preußischen verfassunggebenden Landesversammlung; durch die Reichstagswahl im Juni 1920, die der DVP den größten Erfolg brachte und zum ernstzunehmenden Faktor im nichtkatholischen Bürgertum werden ließ, gelangte er in den Reichstag, dem er volle zwölf Jahre angehörte; viermal wurde er wiedergewählt. *Moldenhauer* zählte zu den beständigsten und regsamsten Persönlichkeiten der Reichstagsfraktion seiner Partei, deren Vergrößerung von 19 auf 65 Abgeordnete und deren Zusammenschrumpfen er in den folgenden Jahren miterlebte. Die Wahl am 31. Juli 1932 ließ nur noch 7 Abgeordnete übrig, zu denen *Moldenhauer* nicht mehr gehörte.

Als Mitglied der Reichsregierung nach dem Tode *Stresemanns,* zunächst für wenige Wochen als Reichswirtschaftsminister, wurde er nach dem Rücktritt des Sozialdemokraten *Hilferding*[24] dessen Nachfolger an der Spitze des politisch bedeutenderen, in der Notsituation der Haushalts- und Finanzpolitik zentralen und schwierigen Reichsfinanzministeriums. Klugheit, Witz und Geselligkeit haben *Moldenhauer* wohl meist als einen Mann hervortreten lassen, der sich um nüchterne, aber auch versöhnlich stimmende Einschätzungen und in erster Linie um Ausgleich und Milderung der Gegensätze bemühte, was im übrigen mit einer Hochschätzung *Stresemanns* verbunden war.

Geschichte und Schrifttum der Parteien der Mitte bis zur Rechten, der DVP und der DDP – später der Deutschen Staatspartei –, werden vornehmlich durch die Nachlässe einiger ihrer herausragenden Politiker, neben *Moldenhauer Dingeldey, Koch-Weser, Stolper, Erkelenz* und *Dietrich,* die Entscheidungen in der zerrüttenden Krise der DNVP durch die Nachlässe von Politikern der auseinanderstreben-

19 Vgl. Anm. 7.

20 Gottfried Reinhold Treviranus, Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf 1968.

21 Julius Curtius, Sechs Jahre Minister der deutschen Republik, Heidelberg 1948; außerdem Curtius, Der Young-Plan. Entstellung und Wahrheit, Stuttgart 1950.

22 Hermann Pünder, Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929–1932, hrsg. von Thilo Vogelsang, Stuttgart 1961.

23 Geb. in Köln 2. 12. 1876, 1907 Professor für Versicherungswissenschaft an der dortigen Handelshochschule (seit 1919 Universität), 1930 an der Technischen Hochschule Berlin. 1933 nahm *Moldenhauer* als deutscher wirtschaftlicher Sachverständiger an der Abrüstungskonferenz in Genf teil. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte er zu den Beauftragten der Alliierten, die sich mit der Entflechtung der I.G. Farbenindustrie zu befassen hatten. Er starb in Köln am 1. 2. 1947.

24 Hierzu Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition, S. 102–107.

den Richtungen, *Hugenberg,* Otto *Schmidt-Hannover,* Leo *Wegener,* Graf *Westarp, Schlange-Schöningen* und *Passarge,* überliefert. Von diesen ist der Nachlaß Graf *Westarps* schon vor Jahren als ergiebige Quelle erkannt und herangezogen worden[25]. Neben dem Nachlaß des Parteiführers *Hugenberg* ist der des Reichstagsabgeordneten Otto *Schmidt-Hannover* neuerdings erschlossen und sind durch ihn auch erhalten gebliebene Abschriften der Protokolle von Sitzungen des Parteivorstands und der Reichstagsfraktion sowie der Parteikorrespondenz zugänglich geworden. Die inneren und äußeren Probleme der DNVP haben jedoch auch in den meisten der bereits genannten Überlieferungen Spuren hinterlassen. Zudem stand diese Partei in engen Kontakten zu der Massenorganisation des Wehrverbandes „Der Stahlhelm", so daß Querverbindungen der DNVP, im besonderen *Hugenbergs* Bestrebungen, eine Schlüsselstellung im Parteienfeld der politischen Rechten zu gewinnen, auch in verschiedenen Überlieferungen des Stahlhelms bezeugt werden.

Dieses Schrifttum wird gravierend durch Überlieferungen in den Privatarchiven großer Firmen ergänzt, deren Führer innerhalb der quasihierarchischen Ordnung der Großunternehmen höchst einflußreiche Positionen innehatten, wie Paul *Reusch,* der Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, Carl *Duisberg,* der Vorsitzende des Aufsichtsrates der IG Farbenindustrie AG, Paul *Silverberg,* der Vorsitzende des Aufsichtsrates des Rheinischen Braunkohlen-Syndikats, Gustav *Krupp v. Bohlen und Halbach,* an der Spitze des Familienkonzerns, sein Schwager Tilo Frhr. *v. Wilmowsky* und Fritz *Springorum,* der Generaldirektor der Hoesch AG. Diese Aufzählung ist nicht ganz vollständig, benennt aber die mit großem Nutzen ausgeschöpften Bestände.

In den frühen Jahren der Republik tauchten noch mehrere Namen aus dem Großunternehmertum im Reichstag auf. Sie konzentrierten sich in erster Linie auf die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei; einige einflußreiche Männer erhielten in der Deutschnationalen Volkspartei und im Zentrum Einfluß und Reichstagsmandate. Doch dies blieben einzelne, gewissermaßen vorgeschobene Posten, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden soll und etwa im Falle von Hugo *Stinnes* besondere Beachtung verdient. Über wichtigere Positionen verfügten aber die großen Interessengruppen, neben den informellen und teilweise auch diskreten Beziehungen, die einzelne Industrielle innerhalb wie außerhalb ihrer Organisationen unterhielten.

Die offizielle Politik des organisierten Großunternehmertums, die in Sitzungsberichten, Verlautbarungen, Mitteilungen und anderen Überlieferungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) zutage tritt, bietet gewissermaßen die äußere Seite der industriellen Interessen dar. Der durch Zwangsorganisationen seit dem frühen 19. Jahrhundert vorgegebene Aufbau von Verbänden und ihre frühe Zentralisierung, vor der Entfaltung der Parteien unter den Parlamentsrechten des Bismarckreichs, sind wiederholt behandelt[26], Ursachen und Folgen dieses

25 K. D. Bracher, Auflösung, bes. S. 310 ff., 318–330, 343 ff. Friedrich Frhr. Hiller v. Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei, in: Das Ende der Parteien, S. 543–652.

26 In chronologischer Folge: Gerhard Schulz, Über Entstehung und Formen von Interessengruppen in Deutschland seit Beginn der Industrialisierung (1961), wieder abgedruckt in: Schulz, Das Zeitalter der Gesellschaft. Aufsätze zur politischen Sozialgeschichte der Neuzeit, München 1969,

Entwicklungssupremats wirtschaftlicher Interessengruppen allerdings erst in Ansätzen näher untersucht worden[27]. In der Weimarer Republik entstand eine weitere Kontraktion der großindustriellen Interessen durch enge personelle Verbindungen zwischen den einflußreichsten industriellen Organisationen in den mittleren zwanziger Jahren[28]. Sie beruhte auf der Oligarchie der aus den Führern der größten Konzerne herausragenden Ruhrindustriellen.

An erster Stelle stand Paul *Reusch,* von 1924 bis 1930 Vorsitzender des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen – des berühmten „Langnamvereins" – sowie des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und seiner maßgebenden „Nordwestlichen Gruppe" und Vorsitzender der Fachgruppe Eisenschaffende Industrie beim RDI, dessen Präsidium *Reusch* ebenfalls angehörte. Danach ist Fritz *Springorum* zu nennen, Generaldirektor der Hoesch AG, Stellvertreter und 1930 Nachfolger *Reuschs* in den Ämtern des Vorsitzenden des Langnamvereins und der Nordwestlichen Gruppe; dann Paul *Silverberg,* der Vorsitzende der Aufsichtsräte des Rheinischen Braunkohlen-Syndikats sowie der Harpener Bergbau AG, der neben anderen wichtigen Ämtern, wie dem Vorsitz im Rheinischen Braunkohlenkartell, den stellvertretenden Vorsitz und die Aufgaben des Schatzmeisters des Langnamvereins übernommen hatte; Gustav *Krupp v. Bohlen und Halbach,* der sich im Verbandswesen zurückhielt und durch seine Direktoren vertreten ließ, jedoch im Oktober 1931 als Nachfolger *Duisbergs* an die Spitze des RDI trat und nach außen als Wortführer der deutschen industriellen Wirtschaft galt; Ernst *Poensgen,* der Stellvertreter Fritz *Thyssens* im Aufsichtsratsvorsitz des größten deutschen Stahlkonzerns, der Vereinigten Stahlwerke AG, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe und nachrückender Stellvertreter *Springorums* im Langnamverein; schließlich Albert *Vögler,* Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke und Mitglied der meisten der genannten Vorstände. Einige Chefs der großen Industriefamilien, in deren Besitz sich noch die Aktienmehrheiten der mächtigsten Montankonzerne befanden, taten sich in den letzten Jahren der Republik, stärker als Gustav *Krupp,* auch politisch hervor: so Fritz *Thyssen* (Vereinigte Stahlwerke)

S. 222–251; Thomas Nipperdey, Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg (1961), wieder abgedruckt in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln/Berlin 1966, S. 369–388; auch Wolfram Fischer, Staatsverwaltung und Interessenverbände im Deutschen Reich (1967), wieder abgedruckt in: Heinz Josef Varain (Hrsg.), Interessenverbände in Deutschland, Köln 1973, S. 139–157; dort auch Schulz, Entstehung und Formen, S. 124–154; für die spätere Zeit Hartmut Kaelble, Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft. Centralverband Deutscher Industrieller 1895–1914 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 27), Berlin 1967; Dirk Stegmann, Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands – Sammlungspolitik 1897–1918, Köln/Berlin 1970; ders., Art. „Unternehmerverbände (Geschichte)", in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, hrsg. von W. Albers u. a. (im Erscheinen), 14. Lieferung, S. 155–170.

27 Überblick und zugehörige Bibliographie Gerhard Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus, S. 96–121, 782–790.

28 Die Genesis von Plänen und Verwirklichungen bildet den interessanten Kern der Darstellung von Weisbrod, Schwerindustrie, S. 154–186; auch Weisbrod, Zur Form schwerindustrieller Interessenvertretung in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik, in: Industrielles System, S. 674–692; Friedrich Zunkel, Die Gewichtung der Industriegruppen bei der Etablierung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, a. a. O., S. 637–647.

und mehr noch als Peter *Klöckner* (an der Spitze des gleichnamigen Familienunternehmens) sein Bruder Florian als Zentrumspolitiker und Reichstagsabgeordneter von 1920 bis 1933. Doch dies blieben Ausnahmen von der Regel, daß die in den größeren Unternehmen und im Verbandswesen führenden Manager den Ton angaben. Das ausschlaggebende Gewicht der Ruhrindustriellen entsprach der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Schwerindustrie und dem beherrschenden Anteil der rheinisch-westfälischen Produktion an der gesamten deutschen Roheisen-, Stahl- und Kohlenerzeugung, der schon vor dem Kriege gewichtig war, in der Kriegswirtschaft zunahm und nach dem Kriege, dem Verlust Elsaß-Lothringens, der saarländischen und eines Teiles der oberschlesischen Gruben und Hüttenwerke, bei einer im ganzen vermehrten Gesamterzeugung, noch größer wurde[29].

Als Vertreter des einflußreichen *Reusch* in der Reichshauptstadt, mit vielseitigen Beziehungen zu Mitgliedern der Reichstagsfraktionen der bürgerlichen Parteien, standen Martin *Blank* und Erich *v. Gilsa* ständig, zeitweilig fast täglich in brieflicher Verbindung mit ihrem Vorgesetzten in der Oberhausener Leitung der Gutehoffnungshütte (GHH). Verschiedene Umstände ließen Telefonate höchstens als Ausnahmen zu; dem ist die umfangreiche Korrespondenz *Reuschs* zu danken, deren Überlieferung im Archiv der Gutehoffnungshütte für Zeit und Thematik eine der wichtigsten Quellen bildet.

Blank wie *Gilsa* waren Angestellte und Beauftragte der Gutehoffnungshütte und für *Reusch* tätig, aber doch in den Verbindungen, die sie wahrnahmen, und im Hinblick auf die Verpflichtungen, die sie eingingen, in hohem Maße selbständig, was auch in einigen interessanten Unterschieden des Inhalts wie der Art ihrer Mitteilungen und Berichte zum Ausdruck kommt. Sie lassen wechselnde Färbungen erkennen, die durch die persönlichen Auffassungen, durch Temperament und Schulung der Berichterstatter, aber auch durch das persönliche Verhältnis zu *Reusch* bestimmt sein dürften. Der eher vorsichtige, abwägend berichtende und zurückhaltend urteilende promovierte Jurist *Blank*, der die Berliner Verwaltung der Gutehoffnungshütte leitete, stand als bewährter Mitarbeiter in einem engen Vertrauensverhältnis zum Konzernchef. Die Beziehung Erich *v. Gilsas* läßt sich weniger eindeutig beurteilen; sie verlor später offenbar für beide Teile allmählich an Bedeutung. Der einstige Berufsoffizier, Oberst a. D., der die Anfänge der Reichswehr aktiv miterlebte und Adjutant des Reichswehrministers *Noske* war, fand den Absprung ins zivile Leben zur Gutehoffnungshütte dank seiner vorher erreichten Stellung und Beziehungen. Er wirkte als ein Verbindungsmann seines Konzerns zur Politik, zur Reichswehr wie zur SPD während des Ruhrkampfes. Auf Veranlassung *Reuschs* wandte er sich dann der DVP zu, wurde 1928 als Reichstagskandidat aufgestellt und für zwei Jahre Abgeordneter, was die Verle-

29 Hierzu Anhalte bei Walther G. Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts (Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft), Berlin/Heidelberg/New York 1965, S. 455; Jacques Bariéty, Le rôle de la minette dans la sidérurgie allemande et la restructuration de la sidérurgie allemande après le traité de Versailles, in: Centre de Recherches Internationales de l'Université de Metz, Traveaux et Recherches, 3 (1973), S. 233–277; auch ders., Das Zustandekommen der internationalen Rohstahlgemeinschaft (1926) als Alternative zum mißlungenen „Schwerindustriellen Projekt" des Versailler Vertrages, in: Industrielles System, S. 552–568.

gung seiner Wirkungsstätte nach Berlin zur Folge hatte, wo er als nomineller Direktor der GHH einen Platz in der Verwaltungsstelle *Blanks* einnahm. Das Ende seiner Karriere als Reichstagsabgeordneter der DVP in der Wahl am 14. September 1930 leitete eine weitere persönliche Wende ein. Während *Gilsa* seine offizielle Position innerhalb der GHH bald danach verlor[30], blieb er weiterhin mit *Reusch* in Verbindung. Er betätigte sich nun innerhalb der DVP als ein Wortführer der schwerindustriellen Opposition in den beiden westfälischen Wahlkreisen. Schließlich wurde *Gilsa* zum Anhänger *Hugenbergs,* trat zur DNVP, noch später vom Stahlhelm, dem er mehrere Jahre angehört hatte, zur SA über. So sozialgeschichtlich interessant wie dieser Lebenslauf sind auch manche Briefe *Gilsas,* fast alle aufschlußreich im Hinblick auf die Bildung und Entwicklung der zu *Hugenberg* drängenden Gruppe innerhalb der DVP, deren Zerfall gerade wegen der beteiligten, die divergierenden Richtungen repräsentierenden namhaften Persönlichkeiten die Aufmerksamkeit des Historikers verdient.

Von anderer Statur und anderem Rang war Tilo Frhr. *v. Wilmowsky,* der sich entweder von Berlin aus oder von seinem Gut Marienthal bei Naumburg an der Saale, häufig im Einvernehmen mit seinem Schwager Gustav *Krupp v. Bohlen und Halbach,* in die politischen Erörterungen einschaltete und dessen Briefe sich in mehreren Nachlässen finden. Die enge familiäre, jedoch eher lockere gesellschaftliche Beziehung zur rheinisch-westfälischen Industrie gibt auch seiner Korrespondenz eine andere Färbung in den gleichen, aber doch eben nicht gleichartig behandelten Angelegenheiten. Der Rittergutsbesitzer Frhr. *v. Wilmowsky*[31], in seinen vielen hervorstechenden Eigenschaften, als ehemaliger preußischer Verwaltungsbeamter und Landrat, der verwaltungsreformerische Ideen erörterte, als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Fried. Krupp AG, Essen, und ständiger Vertreter der Firma in Berlin, als Vorsitzender des Landbundes der Provinz Sachsen und als Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates, vertrat auch in politischer Hinsicht unter den Parteien der Weimarer Republik eine gemäßigt konservative oder konservativ-liberale Auffassung. Als selten gewordene, wohl schon einmalige Personifikation gemeinsamer Interessen von Schwerindustrie und Landwirtschaft hatte *Wilmowsky* die freikonservative Ausgangslange im Bismarckreich verlassen, auf dem Boden des Parteiwesens Fuß gefaßt und förderte er schließlich die Trennung der „volkskonservativen" Richtung von den Deutschnationalen. *Wilmowskys* Äußerungen und Mitteilungen sind aber bei weitem nicht ausschließlich parteipolitisch orientiert. Sein sozialer und politischer Standort ist unverkennbar; doch von „Interessenpolitik" kann man weniger vorbehaltlos sprechen, schon wegen der Verschiedenartigkeit seiner Bindungen und Verpflichtungen, aber auch in Anbetracht der kühl realistischen Art seiner Ratschläge, die sich von den selbstbewußten und sehr entschiedenen Äußerungen anderer Großunternehmer deutlich abheben. Wenn seine Urteile nicht ohne Eindruck blieben, so dürfte sich dies auch aus Rücksichten auf seine gesellschaftliche Stellung, seinen Rang im größten deutschen Familienkonzern und das

30 Weisbrod, Schwerindustrie, S. 468 f.

31 Vgl. die Memoiren von Tilo Frhr. v. Wilmowsky, Rückblickend möchte ich sagen . . ., Oldenburg/Hamburg 1961.

gelegentliche oder vorausgesetzte Einvernehmen mit seinem weniger aktiven Schwager *Krupp* erklären lassen.

Einen großen, allerdings anders fundierten Einfluß sowohl im schwerindustriellen als auch im agrarischen Bereich darf man lediglich noch Paul *Silverberg* nachsagen, der eine Persönlichkeit ganz anderen Zuschnitts war; das geht sogar aus dem mit Geschäftskorrespondenzen angefüllten Nachlaß hervor. Im Grunde vermochte *Silverberg* erst in der *Brüning*-Zeit von seiner Ausgangsposition her, sowohl auf der Kohlen- als auf der Eisenseite der rheinisch-westfälischen Industrie, mit der Verwirklichung seiner Pläne für die agrarpolitische Osthilfe eine materielle Beziehung zwischen westdeutscher Industrie und ostdeutscher Landwirtschaft herzustellen. Dank seines Einflusses auf die Bank für deutsche Industrieobligationen behauptete er hierbei eine Schlüsselstellung[32]. Im Hinblick auf die Parteien der Weimarer Republik beweglicher[33], im interessenpolitischen Kurs entschiedener, aber origineller als *Wilmowsky*, stimmte *Silverberg* mit ihm in seiner Haltung der Regierung *Brüning* gegenüber längere Zeit überein. Die größte Bedeutung seines Nachlasses liegt jedoch darin, daß in ihm für die frühen dreißiger Jahre lebhafte Beziehungen zu Kreisen der ostdeutschen Landwirtschaft nachgewiesen und in einigen Verästelungen in ihrer Tragweite verfolgt werden können. Wenn man von den wenigen Darstellungen zur Agrargeschichte der späten Jahre der Weimarer Republik, im besonderen zur Osthilfe[34] absieht, die aus der Masse dichter staatlicher Überlieferungen schöpfen, ist dieser Bestand im wesentlichen noch ungenutzt geblieben. Die Probleme, die sich von ihm aus

---

32 *Silverberg* war Erster Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bank, dem von industrieller Seite außerdem Carl *Bosch* (I.G. Farbenindustrie), *Kastl, Vögler,* Carl Friedrich *v. Siemens* und *Pietrkowski* (Vorsitzender des Vereins zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands) angehörten, von den Banken Oskar *Wassermann* (Deutsche Bank), Heinrich *Bachem* und Paul *v. Schwabach,* vom Deutschen Industrie- und Handelstag *Grund* und *Hamm,* von den Gewerkschaften *Leipart* und *Otte* usw. Zeugnisse für persönliche Interventionen *Silverbergs* in seinem Nachlaß, BA NL 13. Der Fall des Rittergutsbesitzers *Wentzel,* Teutschental, der innerhalb von drei Tagen eine Intervention *Silverbergs* zugunsten seiner Schwester Margarete *v. Dewitz-Krebs* erwirkte, um durch einen Sanierungszuschuß von 200 000,– RM Sicherungsverfahren und Zwangsversteigerung von einem Familienstammsitz abzuwenden, Nachl. Silverberg, 578. Vgl. Nr. 392.

33 Zu den durch *Silverbergs* Kurs ausgelösten Kontroversen im Herbst 1926 Dirk Stegmann, Die Silverberg-Kontroverse. Unternehmerpolitik zwischen Reform und Restauration, in: Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 11), Göttingen 1974, S. 594–610; neuerdings Weisbrod, Schwerindustrie, S. 246–272.

34 Die Bilanz der Forschung steht in keinem Verhältnis zu dem Umfang der Überlieferungen. Hervorzuheben sind Friedrich Martin Fiederlein, Der deutsche Osten und die Regierungen Brüning, Papen, Schleicher, phil. Diss. Würzburg 1966; auf Ostpreußen beschränkt und nur bis in die späten zwanziger Jahre reichend Dieter Hertz-Eichenrode, Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919–1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik, Köln/Opladen 1969. Zur Vorgeschichte der Osthilfe Gerhard Schulz, Staatliche Stützungsmaßnahmen in den deutschen Ostgebieten. Zur Vorgeschichte der „Osthilfe" der Regierung Brüning, in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik, S. 141–204, leicht überarbeitet wieder abgedruckt unter dem Titel: Staatliche Stützungsmaßnahmen in den deutschen Ostgebieten, in: Schulz, Das Zeitalter der Gesellschaft, S. 252–298. Die Veröffentlichung von Dieter Gessner, Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930–1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977, sollte zu weiteren Untersuchungen Anlaß geben.

erschließen, sind von zentraler, allerdings von hintergründiger Bedeutung für Amtszeit und Politik der Regierung *Brüning*.

Abweichende Richtungen zeichnen sich in anderen Großindustrien ab, deren historische Überliefung archivisch weniger gut – oder nur partiell – gesichert ist, die aber auch in den überlieferten Verhandlungen, gemeinsamen Entschließungen oder Vorschlägen der Spitzenverbände der Gesamtindustrie oder in Verhandlungen mit der gewerkschaftlichen Seite in Erscheinung treten. Mit der Zentralarbeitsgemeinschaft von 1918 und der Großen Koalition von 1923 ist der Name Hans *v. Raumers* verbunden, eines führenden Mannes im Verbandswesen der elektrotechnischen Industrie. Von der großbetrieblich organisierten chemischen Industrie traten der Aufsichtsratsvorsitzende der IG Farbenindustrie, Carl *Duisberg*, an der Spitze des RDI (von 1925 bis Oktober 1931)[35], und Geheimrat *Kalle*, innerhalb der DVP eines ihrer gemäßigten Mitglieder, hervor. Die Textilindustrie vertrat Abraham *Frowein* im Vorstand des RDI. Für die hochentwickelte Elektro- und Kraftmaschinenindustrie traten Robert *Bosch*, vor allem Hermann *Bücher*, der Generaldirektor der AEG, und Carl Friedrich *v. Siemens*, der Chef der Familienfirma hervor, für Handel und Gewerbe Eduard *Hamm*, der geschäftsführende Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, deren verstreute Korrespondenz häufig eine Distanz zu den um *Reusch* und *Krupp* sich gruppierenden, in beiden Nachlässen bezeugten Kreis der westdeutschen Schwerindustrie erkennen läßt. Allerdings wirkte sich hierbei für den größten der deutschen Konzerne, die IG Farbenindustrie, offenkundig die allmählich Bedeutung gewinnende Neigung zu internationalen Beteiligungen und Verpflichtungen aus[36], die übrigens auch die starke Position des dem nationalen Verbändewesen distanziert und unabhängig gegenüberstehenden Einzelgängers Friedrich *Flick* innerhalb der deutschen Stahlindustrie begründete[37].

35 Die Autographensammlung Carl *Duisberg* ist im Werksarchiv der Farbenfabriken Bayer A.G. in Leverkusen zugänglich, dessen Bestände nach dem Zweiten Weltkrieg ebenso wie die Akten der Großindustriellen Friedrich *Flick* und Gustav *Krupp v. Bohlen und Halbach* vor dem Militärgerichtshof der Vereinigten Staaten in Nürnberg als Beweismittel dienten. Die Masse der Akten, die während der „Nachfolgeprozesse" in Nürnberg vorgelegt wurden, ist in mehreren Kopien in deutschen Archiven zugänglich; Teile wurden in den Vereinigten Staaten veröffentlicht: Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals under Control Law No. 10, 1946–1949, Washington. D. C. 1950–53, Bd. VI (Flick-Prozeß), Bd. VII (I.G.-Farben-Prozeß).

36 Die I.G. Farbenindustrie war 1926, schon im Jahre nach ihrer Gründung, enge vertragliche Verbindungen mit bedeutenden ausländischen Konzernen eingegangen, so mit dem größten amerikanischen Chemieunternehmen, Du Pont de Nemours, das auch den Autokonzern General Motors beherrscht, und dem größten englichen, Imperial Chemical Industries Ltd. in London. 1929 folgte ein ähnlicher Vertrag mit der Standard Oil Company of New Jersey (Dok. No. Ni-10550, 10430, 10432, US-Militärgerichtshof Nürnberg, Fall 6/Ankl.-Dok.-Buch 42), im Oktober 1931 auch mit der Aluminium Corporation of America (Alcoa); Dok. No. Ni-10968 (Ankl.-Dok.-Buch 43). Dies waren die Anfänge des in den folgenden Jahren geschaffenen Internationalen Chemiekartells. Gemeinsam und durch fortgesetzten Austausch von Patenten eröffneten diese Industriegiganten das Zeitalter der Produktion synthetischer Grund- und Kraftstoffe.

37 Zu den Nürnberger Akten oben Anm. 35. Fritz *Thyssen* und der Luxemburger Großindustrielle Emil *Mayrisch* gründeten am 30. September 1926 in Brüssel das von *Thyssen* angeregte Stahlkartell (Internationale Rohstahlgemeinschaft), das bis zum Auseinanderbrechen im Gefolge der Weltwirtschaftskrise über ein Drittel der Weltproduktion bzw. zwei Drittel der Weltexportmasse an Stahlerzeugnissen verfügte, die sie in Kontingente für Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, das Saargebiet, die Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn aufteilte. Die Produktionsquo-

Auch im Hinblick auf die Pressepolitik sind Differenzen überliefert. Im Gegensatz zu dem wenig erfolgreichen Presseengagement der „Ruhrlade" und namentlich Paul *Reuschs* in einflußreichen nationalen Tageszeitungen in Berlin, München und Nürnberg[38] hatten führende Männer der IG Farben 1929 eine situationsbedingte Stützung der Frankfurter Zeitung, des zuschußbedürftigen größten Organs der westdeutschen Liberalen verschiedener Spielarten zuwegegebracht[39].

Alle genannten Namen tauchen immer wieder in den Stellungnahmen zur Wirtschaftspolitik der Reichsregierung und in Verhandlungen mit ihr auf. Bis zuletzt bleibt auf dieser Seite das Interesse an der Entwicklung und den Entscheidungen der bürgerlichen Parteien äußerst rege; jedoch beginnt es sich im Sommer 1930 immer mehr von der Mitte des Parteienfeldes nach rechts zu verschieben, allerdings weder unvermittelt noch vorbehaltlos und auch nicht einheitlich.

Einen anderen Einblick sowohl in die organisatorisch-institutionellen Voraussetzungen der Ausformung politisch-wirtschaftlicher Richtungen als auch in das führende wirtschaftlich und finanzpolitisch tätige Personal der Weimarer Republik vermitteln die Nachlässe des Reichsbankpräsidenten der Jahre 1930–1933, Hans *Luther,* und des Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium. Hans *Schäffers,* des Staatssekretärs Aufzeichnungen, Akten, stenographische Niederschriften und Tagebücher stellen ihrem Umfange wie dem Inhalt und seiner Bedeutung nach die archivisch verwahrten Hinterlassenschaften seiner beiden Minister *Moldenhauer* und *Dietrich* in den Schatten. Beide Nachlässe *Luther* und *Schäffer* zusammengenommen, bilden in ihren teilweise – gerade für kritische Phasen wichtigen – komplementären Beziehungen im Rahmen der Thematik dieser Edition die wichtigste Quelle neben den Akten der Reichskanzlei; sie sind jedoch in ihren

---

ten wurden von einer eigenen Kartellbehörde festgelegt. Innerhalb dieses frühen, privatwirtschaftlichen Vorläufers der westeuropäischen Montanunion der Nachkriegszeit besaßen die von *Thyssen* und *Flick* geschaffenen Vereinigten Stahlwerke einen maßgebenden Anteil. *Flick* selbst hielt, von seinen holländischen Unternehmungen abgesehen, über eine komplizierte Konzernkonstruktion mit Rückhalt an der Darmstädter und Nationalbank und an der Dresdner Bank 72,8% des Aktienkapitals der Vereinigten Stahlwerke, ungleich mehr als *Thyssen.* Hierzu der allerdings nicht in allen Teilen zuverlässige Aufsatz von J.-J. Lederer, La sidérurgie européenne et les cartels avant le plan Schuman, in: Politique étrangère, 16 (1951), bes. S. 397–405; G. Kirsch, Internationale Eisen- und Stahlkartelle, Essen 1954; Vorgeschichte und Quotenbestimmung bei J. Bariéty, Internationale Rohstahlgemeinschaft, in: Industrielles System, bes. S. 566 ff. Vgl. auch T. v. Wilmowsky, Rückblickend, S. 168. – Über Problemlage und Schwierigkeiten der Rohstahlgemeinschaft schon 1927 unterrichtet der Bericht von Ernst *Poensgen,* in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1948, Serie B, Bd. V (17. März–30. Juni 1927), Göttingen 1972, S. 497–502. – Schließlich stand *Flick* an der Spitze des im Geheimen unter Beteiligung des Reiches geschaffenen führenden Montankonzerns im polnischen Ostoberschlesien, was ebenfalls regelmäßige Beziehungen *Flicks* zur jeweiligen Reichsregierung mit sich brachte. Vgl. Henning Köhler, Zum Verhältnis Friedrich Flicks zur Reichsregierung am Ende der Weimarer Republik, in: Industrielles System, S. 881 f.

38 Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" (DAZ) in Berlin, die „Münchner Neuesten Nachrichten" und der „Fränkische Kurier" in Nürnberg; vgl. Turner, Faschismus, S. 135 ff., 142 f.

39 Der Vorstandsvorsitzende Carl *Bosch* und das Aufsichtsratsmitglied Hermann *Hummel,* Reichstagsabgeordneter und ehemaliger Badischer Minister und Staatspräsident; beide gehörten der DDP an. Michael Bosch, Liberale Presse in der Krise. Die Innenpolitik der Jahre 1930 bis 1933 im Spiegel des „Berliner Tageblatts", der „Frankfurter Zeitung" und der „Vossischen Zeitung", Frankfurt a. M./München 1976, S. 15 f.

Grenzen übersichtlicher und einheitlich in ihrem autorbezogenen Zeugnischarakter. Doch beide Bestände bieten äußerlich ein unterschiedliches Bild.

Luther wie *Schäffer* führten über ihre Tätigkeiten, Erlebnisse und Gespräche täglich sorgsam Protokoll, *Schäffer* seit vielen Jahren, *Luther* seit den kritischen Tagen im Juni 1931, während er vorher und später persönliche Tagebücher mit Notizen füllte. Beide, *Schäffer* häufiger als *Luther,* legten zudem gelegentlich in ausführlichen, denkschriftartigen Niederschriften resümierend ihre Auffassungen oder die Ergebnisse der von ihnen beobachteten Entwicklungen nieder. Aus dem ereignisreichen Erlebnisbereich beider Männer ist daher eine in dieser Form ungewöhnlich reichhaltige Chronik der Begebenheiten, der Beratungen wie der Entscheidungen, an denen sie beteiligt waren und die sie meist auch zu beeinflussen versuchten, überliefert. Ihre Berührungen, ihre täglichen Gespräche mit Beamten, Männern der Wirtschaft, in- und ausländischen Bankiers und Wirtschaftssachverständigen, mit Politikern, Ministern und mit dem Reichskanzler haben sich in einer Dokumentation niedergeschlagen, deren Vielseitigkeit durch keine Sammlung amtlicher Protokolle ersetzt oder in der Bedeutung aufgewogen werden kann.

Die Leitung der Zentralnotenbank, der Deutschen Reichsbank, stand de jure außerhalb der Reichsregierung und blieb unabhängig von der Richtlinienkompetenz des Reichskanzlers[40]. Ihre Einwirkungen auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen können dennoch kaum überschätzt werden. Gewichtige Gründe enthielten bereits die gesetzlichen Bestimmungen über Stellung und Aufgaben der Reichsbank gemäß dem Dawes-Plan[41] mitsamt ihren reparations-, kredit- und währungspolitisch bedingten internationalen Bindungen, die die Reichsregierung als Politikum höchsten Ranges respektierte. An die Spitze gehörten daher ebenso sachkundige wie erfahrene Männer mit beträchtlichem Ansehen. Die beiden Reichsbankpräsidenten seit 1923 waren zudem Persönlichkeiten mit eigenen politischen Vorstellungen und Ambitionen. Als *Luther* am 7. März 1930 in das Amt des Reichsbankpräsidenten gewählt wurde, galt der fast Einundfünfzigjährige als tatkräftiger Verwaltungsmann und Politiker, der einen ausgeprägten Sinn für Wirtschafts- und Finanzpolitik besaß. 1913–1918 als Geschäftsführer des Deutschen und Preußischen Städtetages in die Verbandspolitik der Zeit eingeführt, wurde er 1918 Oberbürgermeister des Industriezentrums Essen. Auf dem Höhepunkt der Inflation wie im Anfang der Stabilisierungsphase gehörte er über

40 Art. 56 der Reichsverfassung.

41 Das Bankgesetz vom 30. August 1924 (RGBl. II 1924, S. 235) stellte die Reichsbank von der Reichsregierung unabhängig. Der bis zum Haager Abkommen (1930) paritätisch, aus sieben deutschen und sieben ausländischen Mitgliedern, zusammengesetzte Generalrat wählte den Reichsbankpräsidenten. Aus den beiden Wahlen nach dem Haager Abkommen, die jeweils nach dem Rücktritt des Vorgängers notwendig wurden, gingen Hans *Luther* (März 1930, nach dem Rücktritt *Schachts,* der seit 1923 amtierte) und Hjalmar *Schacht* (März 1933, nach dem Rücktritt *Luthers)* hervor. Mit Zustimmung des Generalrates ernannte der Reichsbankpräsident die Mitglieder des Reichsbankdirektoriums, des Leitungsgremiums unter seiner Führung. Der Reichspräsident hatte lediglich das Recht der Bestätigung, das er tatsächlich nur im positiven Sinne ausübte. Zur gesetzlichen Konstruktion von 1924 gehörte auch ein Zentralausschuß der Reichsbank, der dem Direktorium gegenüber gutachterlich tätig sein sollte. Seine Mitglieder wurden von der Generalversammlung der Aktieneigner der Reichsbank gewählt.

dreieinhalb Jahre der Reichsregierung an, nacheinander als Reichsernährungsminister, als Reichsfinanzminister und als der zweite parteilose Reichskanzler der Nachkriegszeit. Der schnelle Aufstieg des Verbandsführers in der Monarchie zum höchsten Regierungsamt der Republik in der kurzen Spanne vom 35. bis zum 46. Lebensjahr war beispiellos und blieb der einmalige Fall eines parteilosen Politikers in Deutschland[42]. Die Erfolge auf diesem Wege waren kaum bestritten. Als Geschäftsführer des Deutschen Städtetags in dessen Aufbauphase hatte er zur starken Stellung der Großstädte in der Weimarer Republik beigetragen, als Reichsfinanzminister die Inflation beendet, gemeinsam mit dem Reichsbankpräsidenten *Schacht* die Währungsreform durchgeführt, im Gefolge der Umstellung den Reichshaushalt saniert und schließlich den Dawes-Plan akzeptiert. Als Reichskanzler hatte er *Stresemanns* Außenpolitik unterstützt; auch sein Name stand unter den Locarno-Verträgen. Mit einigem Recht konnte er neben dem *Stresemanns* als Symbol für die wirtschaftliche und politische Stabilisierung der mittleren zwanziger Jahre gelten, obgleich er ohne vergleichbares Echo in der Öffentlichkeit blieb.

1928 trat *Luther* an die Spitze des Bundes zur Erneuerung des Reiches, der als zeitweilig populäre, überparteiliche Organisation, dank vielseitiger Unterstützung, dem Gedanken der Reichsreform zugunsten einer stärkeren Zentralgewalt ernsthafte Aussichten auf eine Verwirklichung eröffnete. Inzwischen hatte sich *Luther* der DVP angeschlossen, die ihn 1928 als Reichstagskandidaten aufstellen wollte, was er jedoch nach einigem Zögern ablehnte, um seine Unabhängigkeit zu demonstrieren[43]. An der Jahreswende 1929/30 hatte sie dann mit ihm noch mehr im Sinn, ehe er sich ihr erneut entzog und das wichtige Amt des Reichsbankpräsidenten wählte[44]. Man wird ihm nachsagen dürfen, daß er es in hoher politischer Selbsteinschätzung und auch mit politischen Ambitionen antrat.

Luther pflegte zunächst Berichte über den Verlauf von Kabinettssitzungen, seit Juni 1931 dann in kurzen Abständen, mitunter täglich mehrmals, eine Fülle von Wahrnehmungen zu diktieren; was nicht für die Ohren der Sekretärin bestimmt war, fügte er nachträglich in kurzen handschriftlichen Ergänzungen an. Die Überlieferung dieser ständigen, mitunter umfangreichen Tagesberichte endet am 16. März 1933, dem Tag des Rücktritts *Luthers* vom Amt des Reichsbankpräsidenten. Der Beginn unmittelbar vor dem Höhepunkt seiner finanzpolitischen Wirksamkeit läßt die Vermutung zu, daß der sich seines Einflusses und seiner Bedeutung bewußte Mann Gedächtnishilfen für spätere Tage anlegte, um nach dem Ende dieser krisenhaften Zeitläufte Rechenschaft abzulegen. Die vielleicht schon damals bestehende Absicht, diese Phase seines Lebens rückblickend darzustellen, hat *Luther* später auch verwirklicht. Offenbar haben hierbei die Tagesberichte der ihnen zugedachten Aufgabe gedient; dennoch vermitteln die

42 Vgl. den ersten Teil der Memoiren von Hans Luther, Politiker ohne Partei. Erinnerungen, Stuttgart 1960. Die achtmonatige Amtszeit des anderen parteilosen Reichskanzlers der zwanziger Jahre, Wilhelm *Cuno* (1922/23), kann nicht als Vergleich dienen. *Cuno* war zwar bei der Übernahme des Reichskanzleramtes auch erst 46 Jahre alt, trat indessen vorher wie nachher als Generaldirektor der HAPAG politisch kaum hervor.

43 Schriftwechsel hierzu BA, NL 9 (Nachl. Luther), 296.

44 Nr. 31.

Memoiren[45] keinen Eindruck von der Art, dem Inhalt und der Aussagekraft der Tagesberichte. Sie werden ergänzt durch andere Niederschriften, Aktenvermerke – auch einige von anderer Hand, aus der Umgebung *Luthers* innerhalb der Reichsbank –, Korrespondenzen und private Tagebuchaufzeichnungen *Luthers* persönlichen Charakters, die historisch von geringerem Interesse sind, aber doch an einigen Stellen politische Tagesereignisse aufnehmen und vereinzelt Bedenken, Klagen oder Stoßseufzer ihres Verfassers überliefern, die als bemerkenswerte Varianten zum Tenor der Tagesberichte Beachtung verdienen. Sie sind in einer eigenwilligen, teilweise verkürzten Schrift handschriftlich abgefaßt und lassen sich nur schwer entziffern; *Luther* hat sie später selbst in ein Maschinendiktat übertragen.

Seine Berichte und Auffassungen zur Lage zeigen bis in das Spätjahr 1931 hinein einen zielbewußten, besonnenen, klug urteilenden und abwägenden Mann am Werk, der aber in der sich verschärfenden Krise an den herkömmlichen Grundsätzen der Reichsbankpolitik festhält, nicht neuen Gedanken zustrebt und allmählich sichtlich an Einfluß verliert. Dies spiegelt sich in der langen Folge seiner Tagesberichte, die schließlich Hast und auch Unsicherheit verraten. Formulierungen werden undeutlich und ungenau. Klarheit und Zielsicherheit verblassen; Beharrlichkeit wirkt mitunter schon als Starrsinn, was auch von außenstehenden Beobachtern, gewiß nicht ohne Absicht, bestätigt wird[46]. In der schwierigen Phase der Bankenkrise und der folgenden Monate wurde der Höhepunkt dieser Laufbahn und der Lebensleistung überschritten.

Das Urteil läßt sich gewiß vertreten, daß *Luther* unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen einen weiter reichenden persönlichen Einfluß ausübte, als der Konstruktion seines Amtes entsprochen hätte, wenn auch zuzugestehen ist, daß eine juristisch eindeutige Kompetenzabgrenzung nie vorgenommen wurde und wahrscheinlich ebenso schwierig gewesen wäre wie eine eindeutige Umgrenzung der Autonomie der Reichsbank. Da dem Reichsbankpräsidenten in den Berichten der Reichsbankstellen täglich zuverlässiges Informationsmaterial zur Wirtschaftslage in den Bezirken zufloß, besaß er eine fundierte Kenntnis von wirtschaftlichen Erscheinungen und Auswirkungen der Krise. Weil das Reichswirtschaftsministerium nicht über einen eigenen Unterbau und kein anderes Ressort über vergleichbare Informationsquellen verfügte, vermochte sich auch die Reichsregierung nur mit Hilfe des Reichsbankpräsidenten einen aktuellen Überblick über rasche Veränderungen der Wirtschaftslage zu verschaffen. Das gab seinen Urteilen und Ratschlägen zu beabsichtigten Maßnahmen der Regierung große Bedeutung, wenn nicht ausschlaggebenden Einfluß und brachte es mit sich, daß *Luther* an den meisten Besprechungen der Reichsminister beteiligt wurde. Hinzu kam das Gewicht seiner ständigen Verbindung zu ausländischen Bankiers und Finanzpolitikern. Schon sein Amtsvorgänger *Schacht* hatte demonstriert, welchen Rang der in der Reichsverfassung nicht vorgesehene Reichsbankpräsident dank dieses Sachverhalts in der deutschen Politik beanspruchen konnte und welche Macht er in kritischen finanzpolitischen Situationen auszuüben vermochte[47]. In den Jahren der

45 Luther, Vor dem Abgrund.

46 Nr. 396, 397.

47 Vgl. Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus, S. 525 ff.

Stabilisierung, während der langwierigen Reparationsverhandlungen war er immer stärker in den Vordergrund getreten. Nach der Annahme des Young-Planes hatte die Schaffung der mit dem internationalen Bankwesen verflochtenen Bank für Internationale Zahlungen (BIZ) in Basel, als Verwalterin der deutschen Reparationsverpflichtungen, die in der Krise aber auch andere Aufgaben übernahm, dem Reichsbankpräsidenten weitere Verpflichtungen und Rücksichtnahmen auferlegt, die er unabhängig von den Richtlinien der deutschen Politik wahrnahm. Während aber *Schacht* ein Bankier war, der in die Politik vorstieß, sah *Luther* selbst sich in erster Linie als Politiker, der sich für eine Zwischenstation seines Wirkens an der Spitze der Deutschen Reichsbank entschieden hatte[48].

Eine weitere hochbedeutsame Quelle stellen die hinterlassenen Papiere wie die umfangreichen Tagebücher des vormaligen Staatssekretärs Hans *Schäffer* dar, der in seiner amtlichen Eigenschaft ebenfalls regelmäßig an Reichsministerbesprechungen und Chefbesprechungen teilnahm. Dank seiner Angewohnheit, die Gespräche, die er führte, und den Verlauf jeder Sitzung, an der er teilnahm, stenographisch festzuhalten, ist in seinen Tagebüchern eine Dokumentation protokollhafter Art, Zuverlässigkeit und Lückenlosigkeit überliefert, für die es dem Umfang wie dem inneren Wert nach kein Gegenstück in der deutschen Geschichte der Zwischenkriegsperiode gibt. Die stenographischen Aufzeichnungen, die ebenso wie ihre maschinenschriftlichen Übertragungen im Institut für Zeitgeschichte in München zugänglich sind, haben amtlichen Protokollen gegenüber vor allem den Vorzug größerer Ausführlichkeit; sie lassen auch persönliche Eindrücke und Empfindungen durchscheinen, die jedoch nie erkennbar die Sache oder den Gang der Erörterungen überschatten, was in den Berichten *Luthers* doch gelegentlich geschieht und wohl an Tagen besonders starker Belastungen auch das Auslassen oder das Vergessen von Ereignissen erklärt, was *Schäffer* nie unterlaufen zu sein scheint; jedenfalls ist dieser Eindruck durch Vergleiche mit den Berichten *Luthers* sowie mit der Überlieferung amtlicher Protokolle und Niederschriften, vor allem solchen, die in der Reichskanzlei entstanden sind, ausnahmslos bestätigt worden. Die von einem ausgezeichneten Gedächtnis – dem allerdings bei nachträglichen Datierungen einige Fehler unterlaufen sind – unterstützte Aufmerksamkeit ist bestimmten Problemen, mit denen *Schäffer* im weitesten Sinne seiner dienstlichen Obliegenheiten ständig in Berührung kam, in besonderem Maße zugewandt, was vor allem der Überlieferung zur wirtschaftspolitischen und namentlich zur reparationspolitischen Thematik zugute kommt.

Noch deutlicher als die sorgfältig und genau formulierten, wenn auch nicht der persönlichen Färbung entbehrenden Tagebucheintragungen vermitteln denkschriftartige Niederschriften *Schäffers,* die überwiegend den Charakter resümierender und klärender Zusammenfassungen für die Zwecke der Vorbereitung neuer Entscheidungen haben, den Eindruck eines völlig selbständigen, an scharfsinniges analysierendes Denken gewöhnten und nach maßvollen Urteilen strebenden Kopfes, der über große Verwaltungserfahrungen, häufig über politischen Weitblick, vor allem aber über ein auffallend sicheres Einfühlungs- und Kombinationsvermögen verfügt, das Zusammenhänge und Reaktionen aus Erfahrung und Klugheit schon vor genauer Kenntnis meist treffsicher zu konstruieren weiß.

48 Vgl. Nr. 31.

Nachgerade typisch erscheinen die stets alternierenden Schlüsse, die *Schäffer* aufzuzeichnen pflegte, bevor er, nach Abmessung voraussichtlicher Konsequenzen, zu einer absehbar optimalen Entscheidung vordrang. Das aus allen Aufzeichnungen hervortretende gedankenvolle Abwägen, dem absolute oder totale Lösungen fremd sind und das immer etwas Skepsis einfließen läßt, bezeugt die Eigenart einer Denkform, die man in den Akten der hohen Bürokratie der Zwischenkriegszeit nicht wieder findet.

Das läßt es auch verständlich erscheinen, daß der Staatssekretär des wichtigsten Ministeriums dieser Jahre viele persönliche Verbindungen und Bemühungen angezogen hat[49]. Von kleiner, fast unscheinbarer Statur, mit klugen Augen in dem klaren Gesicht, wirkte er fast jugendlich, frisch, ausgeglichen und körperlich gewandt. Mit 43 Jahren hatte er Ende Dezember 1929 als Nachfolger von Johannes *Popitz* sein Amt angetreten. Klug, einsichtig und verständnisvoll, erschien er seinen Gesprächspartnern offenbar anregend, aber doch auf eine bemerkenswerte Weise nie als ein Gegner. Das schloß wohl in dem einen oder anderen Fall heimliches Mißtrauen nicht völlig aus; auch mag es sein, daß der Eindruck der Persönlichkeit von ihrer Gegenwart abhing. Daß *Schäffer* entschieden und ohne Schwanken auf Einhaltung von Grenzen und Grundsätzen bestand, die er für unaufgebbar hielt, hat *Brüning* in den letzten Monaten seiner Reichskanzlerzeit erfahren. Entfremdung und Zuspitzung waren wohl unvermeidlich[50].

Zweifel und Mißtrauen *Brünings* haben auch Spuren in den posthum veröffentlichten Erinnerungen hinterlassen[51]. Vergleicht man den Inhalt der Memoiren in jenen Punkten, die sich im wesentlichen auf *Brüning* und *Schäffer* gemeinsam beziehen, mit den während des Verlaufs der Ereignisse gefertigten Aufzeichnungen des Staatssekretärs, so wird durch diese eine höherer Anteil *Schäffers* an der Formulierung der Politik *Brünings* in der Reparationsfrage für 1931 belegt, als es nach dem persönlichen Zeugnis des ehemaligen Reichskanzlers den Anschein hat.

Neben *Luther* und *Schacht,* der während der Regierungszeit *Brünings* ohne offizielle Aufgabe im Hintergrund wirkte, war *Schäffer* in der Nähe des Reichskanzlers der Mann mit den vielseitigsten Beziehungen, in erster Linie zu namhaften Bankiers des Inlandes wie des Auslandes. Der weite Gesichtskreis im Horizont seiner Erfahrungen und persönlichen Kontakte wurde von Kenntnissen ausgefüllt, über die keiner der Reichsminister, der Reichsfinanzminister nicht ausgenommen, und keiner der Staatssekretäre im Reichsfinanzministerium vor oder nach ihm verfügte. Seine Verbindungen reichten ebenso zur Presse wie zu Gewerkschaftlern und zu namhaften Politikern in den meisten Parteien, die äußerste Linke und Rechte ausgenommen. Die engsten persönlichen Beziehungen, die die hinterlassenen Aufzeichnungen bezeugen, pflegte *Schäffer* mit *Hilferding,* mit dem Hamburger Bankier Carl *Melchior* und den Schweden Jacob und Marcus *Wallenberg.*

Moldenhauer hatte *Schäffer* in das Amt des Staatssekretärs geholt. *Dietrich* und *Luther* respektierten ihn, wie er *Luther* respektierte; aber auch *Pünder* und

49 Zur Biographie Wandel, Hans Schäffer.

50 Vgl. Nr. 480.

51 Brüning, Memoiren, S. 308, 326, 568.

Schleicher hörten ihm zu. Es erscheint kaum zweifelhaft, daß die vielseitigen Beziehungen *Schäffers* für den Reichskanzler von großem Wert waren. Wenn er gelegentlich von sich sagte, daß sein politischer Standort „links über der Mitte" liege, so meinte er dies sicherlich unter der Voraussetzung, daß die unübersehbare Richtung der politischen Bewegung nach rechts wies. Seine historische Rolle liegt darin, daß er unter den Konstrukteuren der Reparationspolitik *Brünings* an der ersten Stelle stand. Neben der Haushaltspolitik nahm sie in seinen Überlegungen den größten Platz ein. Aber das heißt nicht, daß er den von *Brüning* selbst verfolgten Kurs bis zum Ende durchhielt und vertrat. Im Grunde trennten sich die Wege angesichts der außenpolitischen, aber auch der innerpolitischen Relationen dieser Politik im Gefolge der von *Brüning* betriebenen Wiederwahl *Hindenburgs* zum Reichspräsidenten.

Der Kreis der vielfältigen Beziehungen *Schäffers* und *Luthers* bezieht einflußreiche deutsche wie ausländische Bankiers ein, so daß beider Nachlässe auch neue Einblicke in die Bankwelt der Zeit und ihre Politik vermitteln. Hiervon abgesehen, ist zwar ein Zugang zu den Akten deutscher wie ausländischer Großbanken wie zu Überlieferungsresten des Spitzenverbandes der deutschen Banken, des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, nicht gewonnen worden. Doch es gibt keinen Anhalt, daß bei günstigerer Voraussetzung in diesem Bereich in einer wesentlichen Hinsicht einschränkende oder abwandelnde Feststellungen vonnöten wären. Verbindungen von den Gruppen der Wirtschaft, die durch die erfaßten Überlieferungen repräsentiert werden, zur SPD haben sich nicht ermitteln lassen. Man kann mithin in diesem Zusammenhang zu dem Schluß gelangen, daß es zumindest seit Beginn der dreißiger Jahre – von den Gewerkschaften abgesehen – keinen Ansatz positiver Beziehungen zwischen den stärksten Potenzen der deutschen Industrie und der bis 1932 größten deutschen Partei gab. Von dieser ebenso schwerwiegenden wie offenbar unheilbaren Disparation der beiden Seiten läßt sich auf das fundamentale sozioökonomische Kräfteverhältnis der Geschichte dieser Jahre schließen. Die Vorgänge, die aus den erschlossenen Dokumenten ersichtlich werden, lassen mannigfache Gründe für diesen Sachverhalt und für die hieraus folgende Fragilität des demokratisch-parlamentarischen Systems erkennen. Daß die politisch-sozialgeschichtliche Dichotomie durch ideelle Zurüstungen fortgesetzt neue politisch einseitige Ziele und Programme hervorbringt, wird man auch für die Seite der repräsentativen Gruppe maßgeblicher Männer der deutschen Industrie, trotz der hervortretenden erheblichen Differenzen, im ganzen doch konstatieren müssen.

Die gewerkschaftliche Seite, deren weit verstreute Überlieferungen erst in jüngerer Zeit erfaßt und nur zu einem Teil schon benutzt worden sind, beschränkte ihre Beziehungen nicht auf die historischen Parteien mit großem Arbeiteranteil, Sozialdemokraten und Zentrum, sondern bemühte sich um eigene Positionen, etwa im Reichsarbeitsministerium, und stand auch nach dem Kriege wiederholt in Fühlung mit den Spitzenverbänden der Industrie. Ihren Einfluß auf die Parteien wußten die beiden stärksten gewerkschafltlichen Dachverbände, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) und der lockerer gefügte DGB unter Führung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, zu behaupten und zeitweilig auszubauen, während eine der großen Angestelltengewerkschaften, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DHV), der die

DNVP seit ihrer Gründung unterstützte, eine einflußreiche Stellung auch außerhalb dieser Partei einnahm. Im ganzen hat jedoch die Erforschung der Beziehungen der Gewerkschaften zu bestimmten Parteien noch keinen befriedigenden Stand erreicht[52].

B. Bürgerliche Sammlung und Koalition in der Vorgeschichte der Regierung Brüning

I. Der Reichspräsident und die Probleme der Landwirtschaft im preußischen Osten

Im Geschichtsbewußtsein dominiert die Staatskrise als Verfassungskrise, als Krise des politischen Denkens, auch der tradierten Mentalitäten. Es war bislang noch offene Frage, ob und inwieweit der Übergang zu einer zunehmend stärker von präsidentiellen Initiativen und Auflagen geleiteten als vom Reichstag kontrollierten Regierung unter dem Einfluß politischer Interessen aus der ostdeutschen Landwirtschaft stand. Wenn auch mehrere Bestrebungen in diese Richtung drängten, so darf doch festgestellt werden, daß neben der etat- und später reparationspolitischen Motivationslinie eine in etwa parallel sich entwickelnde agrarische ostpolitische Zielsetzung das Geschick der Regierung *Brüning* seit ihrer Entstehung begleitete[53] und daß das Gewicht dieses zweiten politischen Moments im Hinblick auf die Ausprägung präsidialer Macht nicht geringer, eher größer zu veranschlagen ist als die erste.

Notlage, Forderungen und Stützung der ostdeutschen Landwirtschaft haben im ganzen keine geringere politische Rolle gespielt als die Interessen der industriellen Wirtschaft. Dies lag auch an der persönlichen Auffassung und den wiederholten persönlichen Interventionen des Reichspräsidenten, dessen Stellung und Einflußnahmen im Jahre 1929, im Kampf der hart aufeinanderstoßenden Meinungen über den Young-Plan und angesichts des Parteienstreits über die Sicherung der Reichsfinanzen noch bedeutsamer waren als zuvor.

52 Bisher hierzu neben Helga Timm, Sozialpolitik, Hinweise bei Ursula Hüllbüsch, Die deutschen Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise, in: Staats- und Wirtschaftskrise, S. 126–154; dies., Koalitionsstreit und Zwangstarif. Die Stellungnahme des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu Tarifzwang und Schlichtungswesen in der Weimarer Republik, in: Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt, Werner Conze zum 31. Dezember 1975, hrsg. von Ulrich Engelhardt, Volker Sellin und Horst Stuke, Stuttgart 1976, S. 599–652; ferner für die Anfänge der Republik Heinz Josef Varain, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens 1890–1920, (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 9), Düsseldorf 1956; für die letzte Phase auch Michael Schneider, Konjunkturpolitische Vorstellungen der Gewerkschaften in den letzten Jahren der Weimarer Republik, in: Industrielles System, S. 266 ff.

53 Dem liegt in der Tat, wie von Tilman P. Koops bemerkt und so genannt, ein „Zielkonflikt" der Agrar- und Wirtschaftspolitik in der Ära Brüning zugrunde, in: Industrielles System, S. 852–868. Vgl. auch Fiederlein, Der deutsche Osten, S. I, in Ergänzung zu Wolfgang J. Helbich, Die Reparationen in der Ära Brüning. Wichtige Hinweise, nach Benutzung von Akten, wenn auch tendenziöser Art in der Arbeit von Bruno Buchta, Die Junker und die Weimarer Republik. Charakter und Bedeutung der Osthilfe in den Jahren 1928–1933, Berlin (Ost) 1959.

Die ständige Sorge um die Lage der Landwirtschaft in den preußischen Ostprovinzen teilte *Hindenburg* mit vielen seiner Standesgenossen, ehemaligen Kameraden und manchen Freunden aus der Umgebung seines ostpreußischen Gutes Neudeck. Alarmierende Nachrichten erreichten ihn auf verschiedenen Wegen. Die seit Jahren Klage Führenden namentlich aus der Provinz Ostpreußen, die den entschiedenen politischen Gegnern der von den Parteien der Weimarer Koalition gebildeten preußischen Regierung zurechneten, wähnten sich von den Berliner Ministerien benachteiligt[54]. Politische Polemik und zielstrebig verfolgte Opposition gegen die Preußenregierung hatten sich seit dem Ende der Monarchie mit der im ganzen gewiß begründeten Unzufriedenheit über die Wirtschaftslage in den überwiegend agrarischen ostdeutschen Grenzregionen verknüpft, die in zahllosen Eingaben nach Berlin, in die preußischen Ministerien übermittelt wurde. Die Ursachen reichten tiefer in die Vergangenheit der preußischen Geschichte zurück[55]; doch Krieg, Kriegsfolgen, vor allem die Stabilisierungskrise seit 1924 und die Währungsumstellung der Grundbelastungen hatten die Lage erheblich – wenn auch unterschiedlich – verschärft, im ganzen die Zinslasten vermehrt, Erträge und Absatzverhältnisse verschlechtert, so daß die Entlastungen, die die industrielle Konjunktur der späten zwanziger Jahre anderen Regionen Deutschlands brachte, im Osten nicht spürbar wurden. Der sozialgeschichtliche Gegensatz zwischen industrieller Gesellschaft und agrarischer Staats- und Standesauffassung verschärfte sich in den wenigen Jahren der Geschichte der Weimarer Republik. Da durchgreifende Wirkungen der immer wieder erhobenen Forderungen und häufig gar handfesten politischen Drohung ostdeutscher Agrarverbände ausblieben, wurden auch andere Wege als die über die preußischen Instanzen – Oberpräsident und Landeshauptmann – eingeschlagen.

Der Reichspräsident zeigte sich auf Grund seiner geistigen und politischen Einstellung, seiner Erziehung und Herkunft[56] für diese und ähnliche Gedanken schon früh empfänglich. Manche Töne in den Briefen aus dem Osten berührten die empfindliche Seite *Hindenburgs* und waren geeignet, seine Besorgnisse zu verstärken. Die Befürchtung, daß es für „Ostelbien drei Minuten vor 24 Uhr" wäre

54 Für die Anfänge, im Zusammenhang der frühen Jahre der Republik (1919–22), Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Band I, Berlin 1963, S. 266–296. Vgl. auch D. Hertz-Eichenrode, Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen; Wolfgang Wessling, Die staatlichen Maßnahmen zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage Ostpreußens in den Jahren 1920 bis 1930, in: Jahrb. f. d. Gesch. Mittel- u. Ostdeutschlands, Bd. VI, Tübingen 1957, S. 217–285.

55 Hierzu, im Flusse einer nach Klärung strebenden Diskussion, vor allem Hans Rosenberg, Probleme der deutschen Sozialgeschichte, Frankfurt a. M. 1969; auch der Aufsatzband von dems., Machteliten und Wirtschaftskonjunkturen. Studien zur neueren deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 31), Göttingen 1978. Vgl. auch Gerhard Schulz, Deutschland und der preußische Osten. Heterologie und Hegemonie, in: Sozialgeschichte Heute, S. 86–103.

56 Die unter verschiedenen Umständen geschriebenen und verschiedene Aspekte entwickelnden Biographien lassen sich immer noch mit Gewinn heranziehen: John W. Wheeler-Bennet, Hindenburg. The Wooden Titan, London 1936 (unter Verwendung von Mitteilungen Brünings); Andreas Dorpalen, Hindenburg and the Weimar Republic, Princeton, N. J. 1964; (beide Werke auch in deutscher Übersetzung) sowie die mit einem Dokumententeil versehene Darstellung von Walther Hubatsch, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966.

und der „Untergang 700jähriger deutscher Ostpolitik" bevorstünde[57], hätte wohl jeden Mann an der Spitze der Republik beunruhigt, sofern nicht derartige Behauptungen völlig aus der Luft gegriffen schienen. Auch an anderen Stellen sind ähnliche Äußerungen einer fast schon verzweifelten schweren Sorge überliefert, ohne daß auf eine bloße Interessenidentität geschlossen werden und eine bloß subjektive Interessenbedingtheit als ausreichende Erklärung erachtet werden könnte. Aus dem Vergleich verschiedener Überlieferungen läßt sich aber auf vorwaltende Stimmungen und Atmosphäre schließen[58]. Den legendären „Sieger von Tannenberg" und ehemaligen Oberbefehlshaber des deutschen Ostheeres ließen sie nicht zur Ruhe kommen.

Der ostpreußische Grundbesitz war sicherlich nicht in dem Maße entschlossen deutschnational festgelegt wie die Parteizugehörigkeit und äußerliches Auftreten vermuten ließen. Preußische Herkunft und Vergangenheit wogen in preußischen Adelsgeschlechtern meist schwerer als irgendein als „national" oder „deutsch" apostrophiertes Staatswesen. Dies galt in den Augen der „Deutschkonservativen" lange Zeit für die Reichsgründung *Bismarcks* und für ihre Nachfahren erst recht im Hinblick auf die Republik[59]. Nicht weniger interessant als die Meinungen und als die Formen ihrer Äußerung sind die Mittel und Wege ihrer Beförderung in die unmittelbare Umgebung und vor die Augen des Reichspräsidenten. Mit seiner zunehmenden Einflußnahme auf die Politik gewinnt auch die Frage nach den Einflüssen auf ihn selbst Bedeutung.

---

57 Nr. 38b (Generalmajor a. D. v. *Thaer*).

58 Über „fatalistische" Stimmen aus der Bauernschaft schrieb der Domprobst Monsignore *Sander* an den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, daß gerade die Wortführer dieses Fatalismus sonst äußerst national sprächen, jedoch den „Defätismus" gegenüber Polen zur Agitation gegen die Republik nutzten. Schreiben vom 11. Januar 1929 mit mehreren Anlagen bei den Akten der Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2 II/2421-3. Aus einem der beigefügten Briefe: „Niemand denkt mehr ans Aufraffen; und immer wieder bekommt man zu hören: Wenn doch nur erst die Polen kämen . . . Ich fürchte sehr, wenn der Pole eines Tages tatsächlich kommt, findet er zu seiner Überraschung fast nur Leute, die sich beeilen, ihn ihrer Loyalität zu versichern. Ich denke dabei nicht nur an den Grundbesitz." Im Nachlaß Schleicher finden sich auch Zeugnisse anderer Varianten dieser Besorgnisse. So beklagte ein Stabsoffizier der Reichswehr in Stettin, Graf *Brockdorff-Ahlefeld,* am 6. Dezember 1925 in einem Brief an Oberstleutnant *v. Schleicher* im Reichswehrministerium, „daß die rechts gerichteten Blätter dauernd Mißtrauen gegen die Regierung, sogar gegen die Person des Reichspräsidenten predigen. Das sind Dinge, die der fern auf dem Lande sitzende Agrarier nicht beurteilen kann, daher glaubt und in seine Rechnung einstellt . . . Ein besonderes Mißtrauen richtet sich gegen die Reichsbank und die Person des Reichsbankpräsidenten *Schacht* . . . Man redet davon, der Zusammenbruch sei unvermeidlich; er müsse zum Bolschewismus führen. Da sei es schon besser, diesen nicht abzuwarten, sondern zwangsweise herbeizuführen, da man alsdann die Ereignisse in der Hand habe. An anderer Stelle hält man einen Zusammenschluß für erforderlich, um sich jeder Zwangsvollstreckung entgegenzustellen . . ." BA, MA, N 42 (Nachl. Schleicher), H 08-52/54.

59 Zeugnisse finden sich in Gestalt von Korrespondenzen und anderen schriftlichen Äußerungen außerhalb behördlicher Überlieferungen verstreut in einigen Nachlässen. Es steht zu vermuten, daß systematische Befragungen noch weit mehr Quellen zutage fördern würden, die in Privathand verblieben und aus verständlichen Gründen zurückgehalten wurden. Vereinzelte Veröffentlichungen nach 1945 sind in melancholischem oder romantischem Ton gehalten, gewähren aber einige Aufschlüsse. Vgl. Arnold Frhr. v. Vietinghoff-Riesch, Letzter Herr auf Neschwitz. Ein Junker ohne Reue, Limburg 1958; auch Walter Görlitz, Adel und Bauer im deutschen Osten. Geschichtliche Bilanz von 7 Jahrhunderten, 2. Aufl. Glücksburg 1957.

Frühere Bemühungen des ostpreußischen Oberpräsidenten *Siehr* (DDP), *Reusch* und *Rechlin,* den Syndikus der Industrie- und Handelskammer in Essen, unmittelbar für eine Kapitalhilfe zum Zwecke der Sanierung verschuldeter großer Güter in Ostpreußen zu gewinnen[60], waren am Ende ergebnislos geblieben. Dies war einer der letzten Versuche zur Stützung des ostpreußischen Gütermarktes, für den die preußische Regierung eigens einen Staatskommissar, den der DDP angehörenden ehemaligen Braunschweigischen Minister und preußischen Landrat *Rönneburg* eingesetzt hatte. Offenbar wurden diese Ansätze zur Sanierung durch Güterverkauf von Kreisen der Landwirtschaft selbst verhindert, die es „sehr ungern" sahen, „wenn Güter aus altem Familienbesitz zu Spottpreisen in industrielle Hände übergingen[61]". Für eine groß angelegte Hilfe zugunsten der ostpreußischen und schließlich der ganzen ostdeutschen Landwirtschaft bestanden seitdem nur noch wenige Möglichkeiten: die der finanziellen Entlastung und wirtschaftspolitischen Begünstigung des ostdeutschen Landbaus oder die einer radikalen Liquidation von Schuld- oder von Schuld- und Besitzverhältnissen. Der seit längerem geförderte, auch dem Reichssiedlungsgesetz von 1919 zugrundeliegende Gedanke einer großzügigen ländlichen Siedlung konnte dann wohl als letzte Lösung auch auf dem letztgenannten Wege gelten.

Primär auf Erhaltung und Sanierung, im ganzen auf Ausgleich und Verbindung war dann der große Plan gerichtet, für den der Reichspräsident von *Silverberg, Kastl* und *Schiele* gewonnen wurde, die früher wohl kaum zu einem Zusammengehen bewogen worden wären. Er konnte dem Reichspräsidenten die Zustimmung zum umstrittenen Young-Plan erleichtern oder gar erst ermöglichen, da nach den – gegenüber den Dawes-Verpflichtungen – ermäßigten Jahresraten der Reparationsleistungen aus der Industrieumlage Mittel gewonnen wurden, die für eine Umschuldung des stark belasteten Grundbesitzes im Osten eingesetzt werden sollten[62]. Dieser Plan und die nachfolgenden Ereignisse lassen sich alsdann in zwei, im vorläufigen Endpunkt konvergierenden Aspekten betrachten. Das authentische Schlagwort vom „Führertum ‚Hindenburg'", das eben zu diesem Zeitpunkt in dieser Form in der nächsten Umgebung des Reichspräsidenten fällt[63], gibt gewissermaßen von autoritativer Seite, wenn auch nur intern, die programmatische Richtung an, die *Hindenburg* und seine engste Umgebung verfolgten. Wenn sie aus dem Reichswehrministerium dem Reichspräsidenten anempfohlen wurde, so ist dies sowohl auf die dort seit Jahren beobachtete Ernährungslage und die politische Lage in der Landwirtschaft (unter Berücksichtigung des Kriegsfalls) als

60 Ein Schreiben *Siehrs* an *Reusch* vom 12. Januar 1929 gibt den Inhalt eines Gespräches unter Beteiligung *Rechlins* am gleichen Tage wieder. Akten der Oberpräsidenten, Rep. 2 II, 2421-3. *Siehr* dachte auch an einen Güterkauf „potenter Kreise" West- und Süddeutschlands „zu den jetzt gesunkenen Grundstückspreisen . . ." *Rechlin* war *Siehrs* Schwiegersohn und vermittelte offenbar dessen Verbindung zu *Reusch* wie auch zu Carl *Bosch.*

61 Mitteilung *Reuschs* an *Siehr* vom 28. Juli 1929 im gleichen Bestand. Der Briefwechsel zog sich ohne Ergebnis bis Dezember 1929 hin, obgleich *Reusch* unter westdeutschen Industriellen anfangs ernsthaft für den Gedanken *Siehrs* geworben hatte. Die Tätigkeit des Staatskommissars *Rönneburg* läßt sich aus dem Bestand der Akten des Preußischen Staatsministeriums im Geheimen Staatsarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem (Rep. 90) erschließen.

62 Nr. 37a, 37b.

63 Nr. 38c (Staatssekretär *Meissner)*

auch auf eine hohe Einschätzung der verfassungsrechtlichen Machtbefugnis des Reichspräsidenten[64] zurückzuführen.

Die innerdeutschen Vorgänge während der Haager Konferenzen, die politische Kampagne der Rechten gegen den Young-Plan und das dem Reichspräsidenten höchst suspekte Liquidationsabkommen mit Polen hatten den alten Mann tief getroffen. Da er, nicht ohne Grund, eine Spaltung der Nation im Gefolge des Young-Planes befürchtete, bemühte er sich um eine neue Regierung, die die Schwächen der Großen Koalition überwand und auch die Gegner des Young-Planes zu gewinnen vermochte. Den Gedanken an ein Kabinett seiner Façon hatte *Hildenburg* schon früher erörtert; doch nach dem Wechsel im Reichsfinanzministerium Ende Dezember 1929 und angesichts des ungewissen Schicksals des Finanzprogramms der Koalition war es ihm damit noch ernster als zuvor. Eine Niederschrift aus dem Nachlaß Graf *Westarps* überliefert den Inhalt eines längeren Konsultationsgespräches, das *Hindenburg* und Staatssekretär *Meissner* am 15. Januar 1930 mit dem Politiker führten, sechs Wochen nach seinem Rücktritt vom Vorsitz der Reichstagsfraktion der DNVP[65]. Die Kernfrage bildete die Zustimmung der DNVP zu einem neuen Reichskabinett, die *Hindenburg* und *Meissner* für geboten hielten, während hinsichtlich des exponierten Parteiführers *Hugenberg* erhebliche Zweifel bestanden; allerdings ist in diesem Punkt die persönliche Beteiligung *Westarps* nicht zu übersehen, die auch die Färbung der Niederschrift bestimmt haben dürfte. DVP und Zentrum wurden erwähnt, bereiteten aber keine Sorge. Nach den Vorstellungen des Generalfeldmarschalls sollte eine Kombination gesucht werden, die keine Rücksicht auf die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag zu nehmen brauchte, sich aber enger als bisher an ihn zu binden bereit war. Die Niederschrift *Westarps* vermittelt den Eindruck, daß sich *Hindenburg* nach dem Vorausgegangenen verpflichtet fühlte, selbst eine Regierung zu bilden, die Sozialdemokraten zur Seite zu drängen und als Minister möglichst Berufsbeamte statt Parlamentarier einzusetzen. Diese Gedanken weisen allerdings eher auf die Gestalt der späteren Kabinette *v. Papen* und *v. Schleicher* hin als auf die Regierung *Brüning,* die die Idee noch keineswegs vollständig verkörperte. Die spätestens seit dem Sommer 1931 zunehmende Unzufriedenheit des Reichspräsidenten ist auch unter dieser Voraussetzung zu verstehen.

Im Grunde offenbart sich schon hier das Prinzip des politischen Kurses, der während der nächsten Jahre vom Präsidentenpalais ausging, bis die überraschenden Wahlerfolge der Nationalsozialisten die Ausgangskonzeption überholten. Für die eher persönlich als politisch begründete Auffassung des alten Generalfeldmarschalls, die von seiner engeren Umgebung bekräftigt wurde, ist bezeichnend, daß er die Unzulänglichkeit der Machtmittel in seiner „komplizierten Stellung" beklagte, was auch die Deutung der verfassungsrechtlichen Ausgangslage durch ihn wie durch seine nächsten juristischen Berater beleuchtet. In diesem Zusammenhang klingt die überlieferte Bemerkung *Hindenburgs* glaubwürdig, daß er nach

64 Vgl. die grundsätzliche Stellungnahme *Hindenburgs* zur Diktaturermächtigung vom 22. 11. 1926, Faksimileabdruck G. Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, S. 647–658.

65 Nr. 7. Vgl. Eramus Jonas, Die Volkskonservativen 1928–1933. Entwicklung, Struktur und staatspolitische Zielsetzung (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 30), Düsseldorf 1965, S. 56.

Ablauf seiner Amtszeit in zwei Jahren sich auf sein Gut zurückziehen und dann „entschieden Opposition" machen wolle. Jede neue Regierung mußte diese Möglichkeit in ihre Rechnung einbeziehen. Graf *Westarps* Aufzeichnung vermittelt das Bild eines Reichspräsidenten, der sich nur zögernd in den parlamentarischen Verfassungsstaat einordnet und seine Absicht, eine Regierung national-konservativer Kräfte zu etablieren, die sich auf die landwirtschaftlichen Interessen der Ostprovinzen stützt, beharrlich weiterverfolgt.

Aus einem Überblick über die erschlossenen, verschiedenartigen Quellen, der jetzt möglich ist, ergibt sich, daß die Entscheidungen im Gefolge der Konflikte in den Parteien heranreiften. In der DVP führten sie ähnlich in die Nähe einer Spaltung ihrer Flügel oder Gruppen, wie sie sich innerhalb der DNVP abzeichnete. Beide Parteien hatte der Wahlsieg der SPD 1928 im Reichstag zu Fraktionen mittlerer Größenordnung schrumpfen lassen[66]. Allerdings stellte sich für die DNVP nach der Kampagne gegen den Young-Plan, für den die Minister der DVP eingetreten waren, die Existenzfrage anders als für ihre Konkurrentin. Dort stritt man über Art und Umfang der Bindungen an wirtschaftliche Interessen; hier entzündete sich der Konflikt an der Person und Haltung des Parteiführers und der von ihm verfolgten Linie. Die hauptsächliche Ursache der Schwächung beider Parteien schon vor der nächsten Reichstagswahl lag aber in der verstärkten Aktivierung der Interessenorganisationen wie der Interessenpolitik.

II. Die DVP als Zentrum einer bürgerlichen Konzentration

In seinen „Politischen Erinnerungen" spricht *Moldenhauer* nicht nur von einem „rechten" Flügel der DVP und einem „linken", dem er wenig Beachtung schenkt, sondern auch von dem „unverkennbaren Einfluß" der Schwerindustrie auf die DVP: Sie war „entscheidend für die beiden westfälischen Wahlkreise und Düsseldorf-Ost", die allerdings der Wählerzahl nach innerhalb der DVP einiges Gewicht besaßen; „in allen anderen Wahlkreisen spielte sie keine Rolle[67]". Dieses Urteil bezieht er ausdrücklich auf den gesamten „rechten" Flügel seiner Partei, dem sich *Moldenhauer* stets zugehörig fühlte, was ihn jedoch nicht vor dem Schicksal bewahrte, bald auch von der industriellen Seite wie von der nationalen Rechten heftig angegriffen zu werden.

Das schwerindustrielle Gewicht in den genannten Wahlkreisen machte sich in den Jahren des Niedergangs der DVP überaus folgenreich bemerkbar. Es beherrschte aber auch die seit Kriegsende verfolgten Bemühungen um weitere und festere Bindungen der bürgerlichen Kräfte, allerdings eher nach fester Koalitionsbildung als nach Parteiumbildung oder Fusion. In der ersten Hinsicht war die DVP stets auf ihre entscheidende Rolle bedacht; im Hinblick auf Versuche der anderen Art verhielt sie sich passiv oder doch weniger engagiert, häufig abwehrend oder deutlich ablehnend.

Damit ist das Thema der bürgerlichen Parteiengruppierung in der Republik und

66 Die DVP verfügte seit 1928 über 45, die DNVP über 73 Abgeordnete, von denen bis Jahresende 1929 zwölf die Fraktion verließen.

67 BA, NL 19 (Nachl. Moldenhauer), 1 (Politische Erinnerungen 1, photokopiertes Exemplar), S. 136.

der langen Reihe von Bestrebungen zugunsten einer durchgreifenden Revision und einer Sammlung berührt[67a], das auch die Ära Brüning wie ein roter Faden durchzieht und sie überlebte. Längere Zeit spielte hierbei die DVP eine wichtige – positive oder negative – Rolle. *Moldenhauers* „Politische Erinnerungen" vermerken aus früheren Jahren der Republik, vor allem seit 1923 das Ziel der Großen Koalition *Stresemannscher* Prägung, die etwas von der Idee einer bürgerlichen Volksgemeinschaft unter den gegebenen Bedingungen verwirklichen sollte. Die später zusehends deutlicher hervortretenden einseitigen Bindungen eines Teiles der DVP an Interessengruppen des Rheinlandes und Westfalens[68] schlossen derartige Bemühungen vollkommen aus, die in *Moldenhauers* Rückschau gewissermaßen den größten Nenner einer von wirtschaftlichen Interessen dirigierten aktiven Integrationspolitik anstrebten: *"Stresemann* hat oft genug den Gedanken ausgesprochen, unsere Politik müsse so eingerichtet werden, daß sie sowohl die gemäßigten Deutschnationalen wie die verständigen Demokraten zu uns hinüberzöge[69]", also – in den Begriffen der Parteitraditionen der Monarchie ausgedrückt – die einstigen Nationalliberalen mit den einstigen Fortschrittlern zusammenführen und aneinanderbinden könnte.

Ähnliche Überlegungen, zu verschiedenen Zeiten mit wechselnder Entschiedenheit vorgebracht, sind auch von anderen Politikern bezeugt und überliefert worden, innerhalb der Deutschen Demokratischen Partei vor allem von *Koch-Weser, Höpker-Aschoff* und *Dietrich.* Die parteiengeschichtliche Realität aber kennt kein großes, liberales bürgerliches Lager, sondern nur fortschreitenden Zerfall, Spaltungen und Bedeutungsminderungen; sie führte in die diametral entgegengesetzte Richtung. Die Ursachen in der entscheidenden Zeitspanne werden sichtbar.

Moldenhauer vermochte wohl einige Zusammenhänge klarer zu erkennen als seine Fraktionskollegen und treffsicherer zu beurteilen. Er bemerkte das historische Erfahrungsdefizit der deutschen Parlamentspraxis. Jede Reichsregierung, die sich im Reichstag unter den bestehenden Verhältnissen auf eine Mehrparteienkoalition stützen mußte, bedurfte nach der Reichsverfassung zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages, was häufig, in kritischen Zeiten sogar regelmäßig zu Abstimmungen über die Vertrauensfrage oder eingebrachte Mißtrauensanträge führte[70] und „immer eine sehr schwere Crux für die Abgeordneten der Regierungsparteien" wurde[71]; sie sahen sich gezwungen – häufig nach dem Willen der

67a Natürlich ist es nicht möglich, die zahlreichen, teilweise rasch wechselnden und verschiedenartig motivierten Bemühungen einzelner Politiker um Annäherung oder Fusion von Parteien in dieser Dokumentation vollständig zu berücksichtigen. Einzelne Beispiele, auch für die letzten Monate der Republik, berichtet neuerdings Larry E. Jones, Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei 1930–33, in: Vierteljahrsh. f. Zeitgesch., 25. Jg. (1977), S. 265–304.

68 Diese sind in jüngerer Zeit in den Arbeiten von Lothar Döhn behandelt worden. Vgl. Industrielles System, bes. S. 889 ff.

69 Nachl. Moldenhauer, a. a. O.

70 Art. 54. Hierzu Fritz Poetzsch-Heffter, Handkommentar der Reichsverfassung vom 11. August 1919. Ein Handbuch für Verfassungsrecht und Verfassungspolitik, 3. Aufl. Berlin 1928, S. 262 ff.

71 Nachl. Moldenhauer, 1, S. 97. Zur Problematik Günter Arns, Regierungsbildung und Koalitionspolitik in der Weimarer Republik 1919–1924, phil. Diss. Tübingen 1971. Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus, S. 261 ff.

opponierenden Parteien, die die Mißtrauensanträge einbrachten, – nicht nur für ihre Minister sondern auch für die anderen an der Reichsregierung beteiligten Parteien das Vertrauen auszusprechen. Die latenten Konflikte waren jedoch viel zu stark, um dies vorbehaltlos tun zu können, so daß nur über fortgesetzt neue Kompromisse zu einem Einvernehmen zu gelangen war. Jede neue Abstimmung führte zur Probe aufs Exempel der meist nur wenig stabilen Koalitionen, bot aber auch die Gelegenheit zu Pressionen auf die politischen Partner innerhalb der Regierung oder zum Bruch der Koalition und zur Vorbereitung einer neuen. Es liegt auf der Hand, daß auch zielbewußt auf Koalitionsumbildung bedachte Männer der DVP die Okkasionen dieses Brauchs wie Mißbrauchs wahrzunehmen vermochten.

Diese Gesichtspunkte sprachen natürlich zugunsten von Überlegungen und Plänen zur entschiedeneren Zusammenfassung politischer Kräfte. Auf der anderen Seite wähnten sich aber auch jene in ihren Überzeugungen bestätigt, die die Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland von Anbeginn mit Skepsis verfolgten, ihm pessimistisch oder ablehnend gegenüberstanden[72] und einen viel weiter und tiefer greifenden Systemwechsel herbeiwünschten. Auch dies charakterisiert das Kapitel der nicht endenden Bemühungen, eine breite bürgerliche Sammlung oder eine dauerhafte Koalition zu schaffen, über deren Ziele und Programme niemals Einmütigkeit bestand. Sie konkurrierten mit dem Versuch, eine große Sammlung oder Koalition der nationalen Rechten zustandezubringen, der am Ende kaum erfolgreicher ausging, und in alldem immer wieder mit Kräften, deren Mißtrauen in die zusehends schwächer und ergebnisloser werdenden Regungen parlamentarischen Lebens sichtlich wuchs oder die von jeher geneigt waren, dieser transitorischen Phase in der deutschen Nationalgeschichte ein Ende zu setzen. Dieses Grundmuster wird in allen Schwankungen, Wechselfällen und Wandlungen der Motivationen oder der Einschätzungen von Anlaß und Gegebenheiten sichtbar.

Für die DVP wie für die DDP waren Koalitionen die parlamentarische Lebensfrage. Dies gilt zwar in etwa auch für das Zentrum; doch die Möglichkeiten der DVP hafteten enger am bürgerlichen Lager, und DVP wie DDP mußten ihr Wählerreservoir von Anbeginn mit mehr Konkurrenten teilen als Zentrumspartei und Bayerische Volkspartei und zudem auch gegeneinander verteidigen. Dies führte zu den naheliegenden Erwägungen einer engeren Parteienverbindung entweder nach „links" oder nach „rechts", wobei das letzte für die DVP nach dem Tode *Stresemanns* allein noch in Betracht kam. Wenn auch die „Politischen Erinnerungen" *Moldenhauers* hierüber nur indirekt Aufschluß gewähren, so geben doch andere Bestände mehr Auskünfte über Ansätze, Voraussetzungen und über das Wirkungsvermögen der beiden konträren Richtungen auf eine bestimmte engere oder eine weitere Koaliton, die schließlich auch über das Schicksal des

72 Ein Zeugnis dafür, daß schon in der Vorkriegspolitik entschiedene und erfahrene Parteigänger des Parlamentarismus die verfassungsrechtliche Stellung des Reichstags ebenso wie die parteipolitische Parlamentspraxis mit Bedenken und Resignation beurteilten, ist die in Vergessenheit geratene Schrift von Hellmuth v. Gerlach, Das Parlament (Die Gesellschaft, XVII), Frankfurt a. M. 1907. Eine Reihe dieser Beobachtungen wurde auch nach dem Sturz der Monarchie keineswegs gegenstandslos. Über das Moment der Kontinuität in den Parteiengründungen 1918/19 Gerhard A. Ritter, Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918–1920, in: Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg, S. 342–376.

Regierungssystems bestimmen konnte. Der Weimarer Republik blieb die systemstabilisierende Wirkung der Konvergenz zur politischen Mitte versagt[73]. Die hier dokumentierten Entwicklungen im Parteiensystem enthüllen einige Ursachen der Divergenzen.

Die Stellung der einflußreichsten Männer an der Spitze der Organisation industriewirtschaftlicher Interessen ist eingehend im Hinblick auf Finanzhilfen für politische Parteien in den letzten Jahren der Weimarer Republik behandelt worden[74]. Wirkungen und Einflußnahme auf Ziele, Vorhaben und selbst auf die Konfiguration der „bürgerlichen Parteien" während einer längeren Phase lassen den Rahmen erkennen, der diesen Tätigkeiten den politischen Sinn gibt. Diese erscheinen weitaus unausgeglichener und auch uneinheitlicher, von schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten bestimmt, als bislang dargestellt worden ist. Es wäre aber auch unzureichend, die Bewegungen im bürgerlichen Parteienfeld ausschließlich oder durchgehend aus Verursachungen herzuleiten, die in dem Kreise dieser wirtschaftlichen Interessen und seiner Querverbindungen liegen. Doch die stimulierende oder auch retardierende Beteiligung an diesen Vorgängen ist ebenso offenkundig wie die gegen Ende der Regierungszeit *Brünings* immer deutlicher hervortretende Divergenz angesichts der Probleme, die sich mit der fortschreitenden Wirtschaftskrise in der Wirtschaftspolitik auftürmten und denen, im rückblickenden Urteil, erstaunlich invariabel mit wenigen herkömmlichen Argumenten und Forderungen und einem auffallenden Mangel an Phantasie begegnet wurde. Von übereinstimmenden Ansichten kann dennoch ebensowenig die Rede sein wie von einheitlichen politischen Bestrebungen, wenn die Alternativen sich auch objektiv zusehends verengten. Unverkennbar ist das Gewicht dieser einflußreichen und in manchen ihrer Möglichkeiten auch mächtigen Persönlichkeiten, die unter Umständen über Mittel und Wege verfügten, um eigene Überzeugungen und Vorhaben vorzubringen oder gar durchzusetzen. Ein Mythos des gebietenden politischen Wollens mächtiger Industrieller wird sich allerdings nicht fundieren lassen.

Es ist bekannt, daß seit längerem ein interessenpolitischer Rahmenkonsensus existierte im Hinblick auf die geläufigen kontroversen Fragen der Lohnpolitik und des Tarifwesens, der Ausgaben der öffentlichen Hand, in Verbindung mit der

---

73 Vgl. Schulz, Einleitung zu: Staat und NSDAP, S. X.

74 H. A. Turner, Faschismus und Kapitalismus, S. 114–156. Es mag dahinstehen, ob die „Ruhrlade", ein Kreis, dem *Reusch, Krupp,* Fritz *Thyssen,* Erich *Fickler,* Karl *Haniel,* Peter *Klöckner,* Arthur *Klotzbach,* Ernst *Poensgen,* Paul *Silverberg,* Fritz *Springorum,* Albert *Vögler* und Fritz *Winkhaus* angehörten, seit 1928 wirklich so etwas wie ein „Geheimes Kabinett der Schwerindustrie" war, wie *Turner* meint. Wenn es Phasen gegeben hat, in denen die Beziehungen der Genannten eng waren und die untereinander getroffenen Vereinbarungen als verbindlich galten, so sind doch auch die während der Kanzlerschaft *Brünings* immer weiter auseinandertretenden Auffassungen innerhalb dieses Kreises ebenso unverkennbar wie die unterschiedlichen Rollen der einzelnen Mitglieder und die herausragende Bedeutung von *Reusch, Vögler, Krupp, Silverberg* und *Springorum,* dem Jüngsten in dieser Runde. *Turner* behandelt eingehend die Beurteilung und finanzielle Förderung politischer Parteien, was durch den Namen dieses Kreises gerechtfertigt erscheint. Kritisch zu *Turners* Charakterisierung der „Ruhrlade" als „Generalstab" im Ruhreisenstreit im Herbst 1928 Weisbrod, Schwerindustrie, S. 441, der meint: „Anscheinend bestimmte eine noch kleinere, ad hoc gebildete Gruppe über die Kampftaktik." Er nennt *Reusch, Krupp, Vögler, Springorum* und *Silverberg.* Vgl. dort auch S. 180.

Steuer- und Sozialpolitik, in der Zoll- und Außenhandelspolitik wie in den Erörterungen des immer größere Bedeutung erlangenden Problems der Arbeitslosenlasten, das in diesen Interessenkreisen ungleich mehr Aufmerksamkeit erregte als die Tatsache der zunehmenden Arbeitslosigkeit selbst und die Frage nach Möglichkeiten ihrer Bekämpfung. Hierin sind die Grenzen der unternehmerischen Interessenwahrnehmung unter Führung der nordwestdeutschen Schwerindustrie unübersehbar. Ohne generell den notorischen Anspruch auf ein am Gemeinwohl orientiertes Interesse aufzugeben, entbehrten Forderungen und Urteile meist tiefer gründender politischer Vorstellungen oder Programme innerhalb eines weiteren Horizonts der innerpolitischen wie der weltwirtschaftlichen Ereigniszusammenhänge. Wie die vorliegenden Zeugnisse in großer Zahl vor Augen führen, wurden Tatsachen und Folgen der kumulierenden Krisenwirkungen meist als Herausforderung gedeutet, die die Anwendung schärferer Mittel bei der Verfolgung „klassischer" kapitalistischer Ziele und Zwecksetzungen verlangten und rechtfertigten. Als kritische Marke galten Art und Stand der Kreditversorgung der industriellen Seite oder – anders ausgedrückt – eine optimale Geldzirkulation innerhalb der Gesamtwirtschaft. Die Idee eines möglichst freie Hand in der Lohnpolitik gewährleistenden sparsamen, sich in seinen wirtschaftlichen Maßnahmen zurückhaltenden, in seinen politischen hingegen starken Staates erschöpfte weitgehend das sichtbare Reservoir an politisch relevanten Vorstellungen und Forderungen.

Die keineswegs im kryptischen Dunkeln bleibenden Organisationen und Postulate dieser Seite hätten allerdings kaum politische Durchschlagskraft gewinnen und historisch in Erscheinung treten können, wenn die manifestierte Interpretation der kapitalistischen Wirtschaft nicht weithin und namentlich auf höheren politischen Rängen geteilt worden wäre. Das ausschließlich auf wenige Punkte im Interessenhintergrund absehende, aufdeckende historische Recherchieren liefe Gefahr, sich von der geschichtlichen Wirklichkeit in Richtung auf legendäre Versionen zu entfernen, wenn es nicht die lebendigen Vorstellungen und Ideen in der geistigen Atmosphäre der Zeit erkennen würde.

III. Die DDP 1929, bis zum Mannheimer Parteitag

Ein beachtenswertes Zeugnis liefert eine denkschriftartige Auslassung im Nachlaß *Dietrich*, die eine andere Seite des Dilemmas der parlamentarischen Demokratie von Weimar verdeutlicht. Sie findet sich in einer Aufzeichnung des demokratischen Reichsernährungsministers vom Frühjahr 1929[75], in der er den „tristen Verlauf der Verhandlungen über die Neubildung" der Reichsregierung[76] beklagte:

75 Nr. 1.

76 Um die Regierung Hermann *Müller* enger an die Fraktionen der Großen Koalition zu binden und um die Forderung der DVP nach einer Einbeziehung der preußischen Regierung zu erfüllen (was mißlang), waren im Januar 1929 Verhandlungen über eine Umbildung der Reichsregierung begonnen worden. Sie endeten erst im April mit dem Eintritt der Zentrumsminister *Stegerwald* und *Wirth* in das Reichskabinett, während *Koch-Weser*, der Führer der DDP, ausschied. Das Ergebnis enttäuschte vor allem die DDP. Zur Beteiligung des Zentrums, Die Protokolle der Reichstagsfrak-

„Es ist wohl nur aus der eklatanten Würdelosigkeit und dem geradezu krankhaften Mangel an politischem Selbstvertrauen des deutschen Bürgertums . . . zu erklären, daß das Bürgertum nicht weiß, daß es diesen Staat zu beherrschen hat und daß es seine verdammte Pflicht ist, ihn zu beherrschen . . . Das Bürgertum soll herrschen. Es geht nicht anders. Bei aller freudigen Anerkennung der glänzenden Eigenschaften des deutschen Arbeiters, besonders der älteren Generation, muß doch gesagt werden, daß der Sozialismus an den Rockschößen des Kapitalismus oder, besser gesagt, an den Rockschößen der unternehmerischen Menschen hängt." Diese vom Geiste Max *Webers* genährte Exklamation mündete in eine definitive Gleichsetzung von Bürgertum und „unternehmerischen Menschen", die wohl auch den überragenden und mächtigen Persönlichkeiten unter den Unternehmern entsprechenden Einfluß einräumen wollte. Ein geistiges oder politisches Gegengewicht, das zum Ausgleich drängt, ist in diesem bürgerlichen Vorstellungskreis offenkundig nicht enthalten.

Innerhalb der DDP drangen indessen zwei Richtungen durch, die unterschiedlichen Interpretationen dieser im übrigen kaum angefochtenen Auffassung gleichen. Das Präsidium des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe beim Hauptvorstand der DDP führte darüber Klage, „daß dem Unternehmer als Träger des wirtschatftlichen Risikos keine entsprechende Bewegungsfreiheit mehr . . . zur Verfügung stehe und daß dies in immer stärkerem Umfange die Wirtschaft zur Passivität gegenüber den politischen Parteien bzw. zur Förderung reaktionärer Strömungen veranlasse". Diese „fortschrittlichen Unternehmer" in der DDP wandten sich infolgedessen „mit allem Nachdruck . . . gegen den Leitgedanken, der gegenwärtig die Gesamteinstellung aller gewerkschaftlichen Richtungen zu den Problemen der Wirtschaftspolitik beherrsche: gegen die Wirtschaftsdemokratie", dagegen, „daß wirtschaftspolitisch sich nichts ändert, sondern nach wie vor die Wirtschaft das Kompromißobjekt für Auseinandersetzungen engumgrenzter parteipolitischer und auch personeller Eigensüchteleien sei[77]". Das Verlangen nach einer aktiveren Rolle der Wirtschaft in der Politik, meinte man, müsse sich die DDP in besonderen Maße zu eigen machen. „Das Zentrum und die Deutschnationalen haben große umfassende Ideen . . ."; die DDP sollte sie erst noch entwickeln: „Scharfes und eindeutiges Bekenntnis zum Wirtschaftsliberalismus; bewußtes Pflegen der Freiheit der Wirtschaft als der wichtigsten Grundlage wirtschaftlich zweckmäßiger und ertragbringender Einordnung der Produktionsüberschüsse auf dem Weltmarkt, des weiteren als der ersten und dringendsten Voraussetzung für die Erfüllung der sozialen Gemeinschaftsaufgaben."

Zur gleichen Zeit regten sich innerhalb der DDP auch die Vertreter des Hansa-Bundes, des Spitzenverbandes des Handels, der kleinen Industrie und anderer Gewerbe. Ihre Proteste gegen Eingriffe des Staates und „organisatorische Maßnahmen zur Verwirklichung der sozialistischen Wirtschaftsordnung" begrün-

---

tion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933, bearb. von Rudolf Morsey (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Kath. Akademie in Bayern, Reihe A, Bd. 9), Mainz 1969, S. 258–269, 274–288.

77 Vertrauliches Exposé vom 9. Oktober 1928 für Reichsminister *Dietrich*, BA, NL 4 (Nachl. Dietrich), 228. Namentlich genannt sind Robert *Bosch*, Ernst *Leitz* und Max *Levy*.

deten sie mit einer Kritik an dem vermeintlichen Vorbild dieses Sozialismus in dem immer noch lebendigen „Kriegssozialismus“[78]: „die Hypertrophie des Verbandswesens, die kollektivistische Produktionsleitung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, den Kapitalismus der Kartelle und Syndikate[79]“. Dies führe zur „Bürokratisierung in der Leitung der Industrie“ und zur Verdrängung der „Momente der freien Unternehmertätigkeit zugunsten allgemeiner, der berufsmäßigen Handhabung zugängiger Reglements“. Diese Seite fürchtete die Gefahr eines Paktierens der Syndikate „über gewisse Maßnahmen der Produktionsleitung mit den Gewerkschaften . . . Man muß sich darüber klar sein, daß eine derartige Entwicklung schließlich bis an die Grenze heranführt, die den Sozialismus (d. h. die kollektivistische Produktionsleitung) der Unternehmer von dem Sozialismus der Arbeitnehmer trennt[80]“.

Diese Gegensätze, zu denen andere hinzutraten, erschwerten die Behauptung einer in eben dem bezeichneten Sinne als „bürgerlich“ verstandenen Partei. Die Wirkung der zunächst stark beachteten Programmrede Gustav *Stolpers* auf dem Mannheimer Parteitag der DDP am 5. Oktober 1929[81] bestätigte dies. Sie krönte die seit dem Vorjahr anhaltenden und über die Young-Plan-Kontroverse hinwegreichenden Versuche zur Ermunterung der Anhänger wie der Repräsentanten dieser Partei nach den Wahlschlappen von 1928, vermochte jedoch nicht die innerparteilichen Kontroversen zu beenden, die in den folgenden Jahren immer weiter auseinanderliefen.

Um Erneuerung des bürgerlichen politischen Selbstbewußtseins und die ebenso notwendige Wiederherstellung der gemeinsamen Basis bemühte sich *Stolper* in phantasievollen Verbindungen moderner Fragen mit Prinzipien des Vorkriegsliberalismus. Dies wurde in den nächsten Monaten auch von *Koch-Weser* wie von Politikern anderer Richtungen mehrfach hervorgehoben. Der Katalog der behandelten Probleme bezog Kriegsfolgen, Steuersystem, Finanzreform, Bildungs- und Sozialpolitik, Lohnpolitik, Kapitalbildung, Wohnungswirtschaft und Handelspolitik ebenso ein wie weltanschauliche Grundfragen der Demokratie, die *Stolper* auf dem Boden des „kapitalistischen Liberalismus“ den neuen Formen des Sozialismus gebenüber – in Rußland wie unter der Diktatur in faschistischen Italien – absichern wollte. In auffälliger Weise nahm er sich hierbei der bedrängten

78 Zum „Kriegssozialismus“ Friedrich Zunkel, Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914–1918 (Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte, 3), Düsseldorf 1976.

79 Hans Reif, Risikoloser Sozialismus! in: Mitteilungen des Hansa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie, Nr. 10 vom 1. Oktober 1928, S. 5; BA, Nachl. Dietrich, 228.

80 a. a. O., S. 6; die letzten Sätze Zitate schon aus dem Jahresbericht des Hansa-Bundes für das Jahr 1926.

81 Gustav Stolper, Die wirtschaftliche und soziale Weltanschauung der Demokratie, Berlin [1929]; auch BA, NL 186 (Nachl. Gustav Stolper), 43. *Stolper,* Herausgeber der zu Ansehen gelangten wirtschaftspolitischen Zeitung „Der Volkswirt“, wurde zunächst von *Schacht* gefördert, 1929 jedoch zum Kritiker des Reichsbankpräsidenten. Er trat bald in der DDP und später in der Deutschen Staatspartei hervor, für die er 1930 in den Reichstag einzog. Briefwechsel *Schacht–Stolper* BA, Nachl. Stolper, 29. Vgl. Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973, S. 405, 418f.; Toni Stolper, Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit – Wien, Berlin, New York. Gustav Stolper 1888–1947, Tübingen 1960, S. 233 ff.

Mittelschichten an, für die er nun ein größeres politisches und weltanschauliches Interesse der DDP anmeldete. Insofern bezeugt diese Rede positive Reaktionen auf die nicht mehr zu übersehende Beunruhigung im alten und neuen „Mittelstand“[82], der *Stolper* eindrucksvoller als durch liberale und nationale Parolen mit einer umfassenden sozialstaatlichen Aufgabenstellung zu begegnen suchte[83]. Aber anders, als es nach dem ersten Echo auf die Mannheimer Programmrede

82 Aus dem zeitgenössischen Schrifttum Franz Eulenburg, Die sozialen Wirkungen der Währungsverhältnisse, in: Jahrbücher f. Nationalök. u. Statistik, 3. F., Bd. 67 (1924), S. 789 ff.; vor allem für die Wirtschaftskrise Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972.

83 Es lohnt, einige Gedanken aus den umfänglichen Darlegungen herauszuschälen, mit denen *Stolper* neue Grundlagen schaffen wollte, da „alle Parteien heute ein festes geistiges Fundament ihres Wirkens vermissen, die Sozialdemokraten nicht minder als die bürgerlichen Parteien. Denn wir leben in einer Zeit, die die Grundlagen unserer gesellschaftlichen Existenz vermindert hat“. (Weltanschauung, S. 4) Deutschland sei „eine kapitalentblößte Nation“, das „Hauptproblem unserer künftigen Wirtschaftspolitik“ daher, „die Auffüllung des Kapitalfonds, die Wiederherstellung eines normal funktionierenden Kapitalmarktes . . .“ Daraus ergaben sich Folgerungen für die Steuerpolitik wie für die Reparationspolitik: „Wir dürfen bei aller ehrlichen Friedensbereitschaft . . . die Proteststimme nicht erlahmen lassen, mit der wir die uns aufgezwungenen Tributlasten tragen und mit der wir zäh und unermüdlich jede politische Gelegenheit suchen wollen, sie von uns abzuwälzen.“ *Stolper* nahm den Ausdruck „Volksgemeinschaft“ auf, mit dem er einerseits „den politischen Aufstieg des Proletariats“ anerkennen, anderseits aber eine Einengung der Sozialpolitik auf die Interessen der Industriearbeiterschaft ausschließen wollte, um „andere Volksteile mindestens . . . in demselben Maß wie die Arbeiterschaft . . . der Fürsorge des Staates anzuvertrauen“: so „die Masse der notleidenden Kleinbauern . . ., den schwer bedrohten gewerblichen Mittelstand, der von Steuern, sozialen Lasten und Zinsen erdrückt wird, der von zwei Seiten, hier von den Kapitalriesen und dort vom Proletariat, zwischen die Schere genommen wird“, schließlich „die wachsende Masse von kaufmännischen und technischen Angestellten, die nicht im gleichen Maße durch Organisation und Kampfdrohung imstande ist, ihre Interessen wahrzunehmen, wie die Industriearbeiterschaft mit ihren Gewerkschaften“. *Stolper* respektierte das durch den Krieg veränderte Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft; er nannte es „von Grund auf revolutioniert“. Seine Folgerung führte zur Bejahung einer stärkeren Einschaltung des Staates, zu neuen Aufgaben, Fürsorgepflichten und Initiativen der öffentlichen Wirtschaft, die bereits über die Hälfte des Volkseinkommens verfügte. Eine Finanzreform sollte die Einkommen der breiten Masse entlasten und „das steuerfreie Existenzminimum scharf hinaufsetzen“, zugleich aber Einkommensbildung und Spartätigkeit nachhaltig begünstigen, um der Kapitalnot abzuhelfen. Zur Deckung des öffentlichen Finanzbedarfs stellte er allerdings nur bescheidene Mittel in Aussicht, wie eine stärkere Belastung des „entbehrlichen Genusses“ (z. B. Tabak und Alkohol). Dafür erhoffte *Stolper* von Aufgabenbeschränkungen der öffentlichen Verwaltung und vom Zwang zur öffentlichen Sparsamkeit die stärkste Entlastung der Besteuerung, obgleich er gerade sozialstaatliche Verpflichtungen forderte und die öffentliche Hand im Bereich der gewerblichen Bauten, des Verkehrswesens und der Energiewirtschaft – wenn auch außer Konkurrenz zur Privatwirtschaft – stärken wollte. Dieser Widerspruch blieb ungelöst. *Stolpers* Argumente für die Auflassung von Monopolen und anderen großen Konzentrationen entsprachen ebenso dem mittelstandspolitischen Grundgedanken, der das Programm beherrscht, wie das von ihm geforderte kreditpolitische Engagement der öffentlichen Hand. Für die industrielle Arbeitswelt blieb in den gedankenreichen Darlegungen *Stolpers* die Verkürzung der Arbeitszeit und eine Besserung der Betriebsorganisation, schließlich die Lösung des „seelischen Problems“ der Arbeiterschaft, wobei er Auswege weniger im Bereich der Lohnpolitik als in dem neuartigen Vorschlag der gesetzlichen Verankerung einer „obligatorischen Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer wenigstens an großen Unternehmungen“ erblickte. Modern erscheinen auch die Gedanken zur „Antithese Lohn- und Kapitalbildung“. Von stärkerer Kapitalbildung und sinkendem Zinsfuß erhoffte *Stolper* eine optimale Lohnpolitik, „die . . . immer die Tendenz haben muß, etwas über den jeweils möglichen Stand der Lohnhöhe hinauszugehen“, um den Konsum zu stimulieren und auf diesem Wege für eine dauerhafte Belebung der Wirtschaft zu sorgen.

erscheinen konnte, verlief die nachfolgende Erörterung innerhalb der DDP im ganzen ergebnislos. Die gemäßigten, vom Liberalismus manchesterlicher Prägung Abstand nehmenden, aber auf wirtschaftliche Probleme konzentrierten Gedanken *Stolpers* unterstrichen geradezu den Gegensatz zu der stärker an die Gewerkschaften und an das Interesse der Arbeiterschaft gebundenen Sozialdemokratie, obgleich die DDP – in Distanz zum großindustriellen Flügel im Parteiwesen – gerade im Schatten eines derartigen Programms näher an die Sozialdemokratie heranzureichen schien, mit der sie derzeit innerhalb des Reiches und in Preußen sogar seit mehreren Jahren eine enge, wenn auch nicht ganz von Spannungen freie Koalition bildete, die sie beibehalten wollte. Politik und Krisenprobleme der Regierung ließen die Punkte dieses Programms alsbald in Vergessenheit geraten. Man darf es den letzten Versuch nennen, aus der DDP heraus eine Beziehung zwischen Wirtschaftssystem, Wirtschaftsinteressen und liberaler Weltanschauung wiederzugewinnen. Er ist gescheitert.

IV. Luthers bürgerliche Sammlung über den Parteien

Noch vor dem Tode *Stresemanns* am 3. Oktober 1929 war es wiederholt zur Fühlungnahme zwischen dem führenden Mann der DVP und Persönlichkeiten der DDP, so mit *Koch-Weser*, gekommen, um die Möglichkeiten einer Verbindung zwischen beiden liberalen Parteien zu untersuchen. Letztlich erwiesen sich jedoch die Widerstände im industriellen Lager der DVP zu groß, um einen über die Differenzen innerhalb der DDP noch hinausreichenden Bogen zu spannen und die vermehrten Probleme zu lösen. Allerdings gab es Stimmen, die nach den *Stolperschen* Darlegungen und unter Bezugnahme auf sie ein größeres Maß an Einigung für unumgänglich hielten. Hierzu gehörte zunächst der ehemalige Reichskanzler *Luther*, der in dem von ihm geführten „Bund zur Erneuerung des Reiches" eine Sammlung von namhaften Persönlichkeiten zustandebrachte, die, gegen den Widerstand *Koch-Wesers*, Demokraten und Volksparteiler, auch einige Sozialdemokraten beteiligte, in das Lager der Deutschnationalen und des Landbundes reichte und einige Köpfe der Ruhrindustrie einbezog[84]. Dies konnte als das Modell einer überparteilichen Einigung betrachtet werden, die dem Gedanken einer Reform der Reichsverfassung folgte und in Verbindung mit wirtschaftlichen Interessen stand.

Auf der Konferenz der Friedrich-List-Gesellschaft von Eilsen, Ende Oktober 1929, die sich mit dem Vorrang behauptenden wirtschaftspolitischen Thema „Kapital-

84 Die Initiatoren der Gründung des Bundes 1928 waren der Hamburger Regierende Bürgermeister *Petersen* (DDP) und der ehemalige Staatssekretär des Reichsschatzamtes Graf *v. Roedern*, der der DVP nahestand und 1930 als Nachfolger *Luthers* den Vorsitz des Bundes übernahm. Beide hatten den ehemaligen Reichskanzler für die Pläne gewonnen und ihm den Vorsitz angetragen. Die von dem Bund vertretenen Gedanken zu einer Reichsreform wurden jedoch schon 1924 zwischen *Petersen* und dem damaligen Reichswehrminister *Geßler* erörtert und von diesem im Prinzip bereits festgelegt. *Geßler* übernahm dann auch wegen seiner besseren Beziehungen in Bayern im Herbst 1931 den Vorsitz anstelle von Graf *Roedern*. BA, NL 12 (Nachl. Koch-Weser), 37 (Tagebucheintragung vom 4. Februar 1928); NL 32 (Nachl. Geßler), 18.

bildung und Steuersystem" befaßte, ergriff auch *Luther* zweimal das Wort, um in der ihm eigenen vorsichtigen Form den Zusammenhang von wirtschaftlichen, steuerpolitischen und größeren politischen Reformen als notwendiges Aufschwungsrezept, das auch die erforderliche seelische Beteiligung der Bevölkerung einbezog, ausführlich zu beschreiben. Seine wirtschaftstheoretischen und finanzpolitischen Argumente fußten auf einer interessanten politischen Psychologie, mit der er auch auf die Gedanken des „Erneuerungsbundes" verwies. Er meinte, „daß psychologisch wohl überhaupt nichts Wirkungsvolleres geschehen könnte, um die Kapitalbildung zu fördern, als eine Gesamtrationalisierung unseres Staatswesens . . .; wenn man sähe, daß vom Staate aus ein Zustand entsteht, zu dem man sagen könnte: Siehe, es ist alles neu geworden, so würde das einen ungemeinen Antrieb zur Kapitalbildung, zur Sparsamkeit, zum Wiederaufbauwillen darstellen[85]". Der Zweck diente der Wirtschaft; doch die beabsichtigte „Erneuerung" sollte einen größeren gedanklichen Bogen schlagen und populär werden.

Die aufmerksamen Zuhörer konnten gerade an dem Punkt an Gedanken *Stolpers* erinnert werden, an dem *Luther* auf die Mitwirkung der arbeitenden Bevölkerung und die Beteiligung ihres Konsums am Wirtschaftsaufschwung einging: „Wir können unser Volk schwerlich zu dem freiwilligen Entschluß bringen, die Lösung der gegenwärtigen Not schlechthin und vornehmlich auf dem Wege der Verbrauchsbeschränkung, auf dem Wege dessen, was man als altpreußische Sparsamkeit zu bezeichnen pflegt, herbeizuführen. Bei allem berechtigten und notwendigen Hindrängen auf Sparsamkeit sind hier Grenzen. Was vor hundert Jahren bei uns war, hat sich in einem agrarischen und im wesentlichen autarkischen Staat vollzogen. Die Wirtschaftsform, in der wir heute leben, die darauf angewiesen ist, industrielle Güter zu produzieren, kann sich nicht entwickeln, ohne daß sich auch im Volk selbst ein Verbrauchsmarkt, ein gewisser steigender Verbrauch gestaltet. Wir können nicht im Stile eines exportierenden Kolonialvolkes leben. Natürlich können wir ebensowenig den amerikanischen Prosperitätsstandpunkt in den Vordergrund stellen, denn der setzt die Unbegrenzheit der Entwicklungsmöglichkeiten voraus und hat wohl selbst für Amerika Grenzen in sich. Auch für uns als Volk wird es psychologisch unmöglich sein, unsere eigene Produktion immer mehr in die Höhe zu treiben, ohne daß das Volk in der Gesamtheit daran bis zu einem gewissen Grade teilnimmt . . .[86]." Man muß diese sorgsam formulierten Bekundungen des ehemaligen Reichskanzlers *Luther* im Auge behalten, um den Wandel der Auffassung des Reichsbankpräsidenten *Luther* zu ermessen, der während der nächsten beiden Jahre im Gefolge einer unwandelbaren Geld- und Währungspolitik vonstatten ging.

Wie man aber auch derartige Überlegungen und im Gedanklichen scheinbar eröffnete Chancen für größere politische Zusammenfassungen und gar eine Modernisierung vorherrschender Wirtschaftsvorstellungen beurteilen möchte; für eine Verschärfung der Tonart in politischen Auseinandersetzungen boten sie jedenfalls keinen Anhalt. Man wird gewiß *Stolper* oder *Koch-Weser*, im Grunde

85 Gerhard Colm, Hans Neisser (Hrsg.), Kapitalbildung und Steuersystem. Verhandlungen und Gutachten der Konferenz von Eilsen. Erster Teil (Veröffentlichungen der Friedrich-List-Gesellschaft e. V., 3. Band), Berlin 1930, S. 74 f.

86 a. a. O., S. 114 f.

aber auch *Luther* nachsagen müssen, daß sie solche Anlässe weder geschaffen noch gesucht, aber doch Ausgleich anbahnende Gedanken vorgebracht haben. Wenn aus der Mitte der auch politisch ambitionierten Industriellen „die innerpolitische Stoßkraft" verlangt wurde, die nach Meinung Paul *Reuschs* der „bürgerlichen politischen Kräfte unseres Volkes, ihrer zahlenmäßigen Stärke und ihrer Bedeutung für die Zukunft von Volk und Wirtschaft entspräche[87]", so war kaum zu erwarten, daß DDP wie DVP in ihrer erreichten Façon hierzu Entscheidendes beitragen konnten. *Reuschs* Parole der „Sammlung aller Kräfte", um jene „Gegner des Unternehmertums" zu bekämpfen, deren Ziel „die vollendete Durchführung des Sozialismus und die Vernichtung der von uns zu verteidigenden kapitalistischen Wirtschaft" sei, diese Auffassung hätte wohl nicht einmal in der DVP, gewiß nicht in der DDP, ungeteilten Beifall gefunden und erst recht nicht beide Parteien zusammenzuführen vermocht. Letztlich lag der kardinalen Behauptung: „Die Frage der Gesundung ist eine politische Machtfrage und nichts anderes"[88], in mehreren Hinsichten eine Fehleinschätzung zugrunde.

V. Das Ende der Großen Koalition und die Krise der DNVP

Es leuchtet ein, daß wirtschaftliche Interessen weniger wirksam wahrgenommen werden, wenn ihre Adressaten Repräsentanten unter sich uneiniger Parteien oder Gruppen sind, die im letzten schwach bleiben. Die Alternative liegt in der Kanalisierung ständiger Einflüsse, wenn nicht im Druck auf die Regierung. Diese Spielarten treten in stetem Wechsel in Erscheinung. Daß Interessenwahrnehmung durch eine geschlossene größere politische Kraft eher gewährleistet ist als über mehrere, in wechselnden Koalitionen sich zusammenschließenden Parteien, blieb der leitende Gesichtspunkt auf der industriellen Seite während dieser Jahre. Er intendierte eine Wandlung des Parteiwesens in einer Richtung, die den für die deutsche Parteiengeschichte charakteristischen Primat der Interessenorganisationen vor den politischen Parteien stabilisieren sollte.

Auf der Seite des sich weithin mit dem „Bürgertum" identifizierenden Unternehmertums waren Integration und Einbindung der stets vorhandenen divergierenden politischen Einstellungen in erster Linie Aufgabe und Werk der größten Spitzenorganisationen deutscher industrieller Interessen, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der unter seinem Vorsitzenden Carl *Duisberg,* dem geschäftsführenden Präsidialmitglied Ludwig *Kastl* und dem Geschäftsführer Jakob *Herle,* in enger Verbindung mit den Arbeitgeberverbänden, vor der Öffentlichkeit einheitliche Forderungen vertrat. Adressaten waren die Reichsregierung und in lohn- und sozialpolitischen Angelegenheiten die Gewerkschaften, mit denen auch in der Amtszeit der Regierung *Brüning* wiederholt Verhandlungen geführt wurden. Diese unkonsolidierte, vom gewerblichen Hansa-Bund jedoch gefürchtete, begrenzte Interessenkoalition, die in der Zentralarbeitsgemeinschaft der Demobilisierungs-

87 30. Januar 1930. Nr. 12. *Reusch* gehörte der DVP an.

88 Ebda.

phase erstmals entstanden war, blieb nach dem langen Ruhreisenstreit 1928/29[89] in der Krise nicht ausgeschlossen, wenn sich auch Ergebnisse nur selten nachweisen lassen.

Auf der Seite der Landwirtschaft schlossen sich am 20. Februar 1929, ein Jahr nach dem Entstehen agrarischer Parteien – der Deutschen Bauernpartei, einer Ausgliederung aus der Wirtschaftlichen Vereinigung, und der in Opposition zur DNVP-Führung gegründeten Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolk-Partei[90] – die größten Spitzenverbände zur „Grünen Front" zusammen[91]. Wenige Wochen später einigten sich die von den vier Politikern Martin *Schiele* (DNVP)[92], Andreas *Hermes* (Zentrum)[93], Anton *Fehr* (Deutsche Bauernpartei)[94] und *Brandes*-Zaupern[95] repräsentierten Hauptsäulen unter der Führung von *Hermes* auf die Durchsetzung gemeinsamer Grundforderungen. Sie liefen auf eine Revision der Zoll- und Handelspolitik hinaus, die eine Stabilisierung der Preise für landwirtschaftliche Produkte und einen günstigen Rentabilitätsgrad für die Landwirtschaft sichern sollte.

In den folgenden Monaten bahnte die „Grüne Front" eine Zusammenarbeit mit dem RDI an. Die in der Überlieferung der Gutehoffnungshütte belegten Verhand-

89 Hierzu Ernst Fraenkel, Der Ruhreisenstreit 1928–1929 in historischer Sicht, in: Staat, Wirtschaft und Politik, S. 97–117; Ursula Hüllbüsch, Der Ruhreisenstreit in gewerkschaftlicher Sicht, in: Industrielles System, S. 271–289; Michael Schneider, Auf dem Weg in die Krise. Thesen und Materialien zum Ruhreisenstreit 1928/1929 (Die Arbeiterbewegung in den Rheinlanden, 2), Wentorf b. Hamburg 1974; neuerdings Weisbrod, Schwerindustrie, S. 415–456.

90 Arno Panzer, Parteipolitische Ansätze der deutschen Bauernbewegung bis 1933, in dem für einen weiten europäischen Horizont zusammengestellten Sammelband von Heinz Gollwitzer (Hrsg.), Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert, Stuttgart/New York 1977, S. 533.

91 Die Literatur entspricht noch nicht dem Stand der zugänglichen Überlieferungen, kann aber zur Einführung dienen. Erwin Topf, Die grüne Front. Der Kampf um den deutschen Acker, Berlin 1933; Heide Barmeyer, Andreas Hermes und die Organisationen der deutschen Landwirtschaft. Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front, Reichsnährstand 1928–1933 (Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, XXIV), Stuttgart 1971; auch Fritz Reichardt, Andreas Hermes, Neuwied a. Rh. 1953. Den Verbänden der Grünen Front gehörten 1928 insgesamt 40 396 ländliche Einzelgenossenschaften an, davon 26 085 dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, 8252 dem Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften, 903 dem Genossenschaftsverband des Reichslandbundes. 1549 standen der Vereinigung der deutschen Bauernvereine nahe. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 48. Jg., 1929, S. 347.

92 Seit 1928 Präsident des Reichslandbundes (gegründet 1921, hervorgegangen aus dem Deutschen Landbund und dem Bund der Landwirte).

93 Seit 1928 Präsident der Vereinigung der deutschen Bauernvereine e.V. (1921 aus dem Zusammenschluß von 26 regionalen, überwiegend in katholischen Teilen Deutschlands verbreiteten Bauernvereinen hervorgegangen; der älteste und größte war der Westfälische Bauernverein, den 1882 Frhr. *v. Schorlemer-Alst* gegründet hatte).

94 Bayerischer Landwirtschaftsminster, Vorsitzender des Bauernbundes für die Deutsche Bauernschaft, in dem sich der Bayerische Bauernbund (BBB, seit 1895 als Vereinigung mehrerer, seit 1893 bestehender bayerischer Bauernbünde) mit dem Deutschen Bauernbund (DBB, seit 1909), der sich in enger Verbindung mit der DDP befand, und dem Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe (seit 1926) zusammengeschlossen hatte.

95 Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates (gegründet 1872), der Preußischen Landwirtschaftskammer (geschaffen durch preußisches Gesetz von 1894) sowie der Landwirtschaftskammer Ostpreußen.

lungen trafen eine Neuorientierung der Zollpolitik im Zusammenhang mit der fälligen Erneuerung der Zollverträge mit Finnland und Schweden[96]. Der Gedanke, den die landwirtschaftliche Seite im Interesse einer Festlegung der Agrarpreise verfolgte, sollte wohl den zögernden Vertretern der Industrie durch die bis dahin beispiellose Erfassungskraft und den breiten Einfluß der agrarischen Organisationen schmackhaft gemacht werden. Wenn auch dieser Hinweis selbst nicht überliefert ist, so dürfte das Gewicht des großen agrarischen Organisationsblocks in diesen Verhandlungen nicht übersehen worden sein. *Hermes* konnte schließlich für beide Seiten Einmütigkeit darin feststellen, daß man eine generelle wirtschaftspolitische Ermächtigung der Regierung und die Loslösung ihrer künftigen Maßnahmen aus den Mehrheitsbindungen des Reichstages befürwortete. Das erinnert an die Wege, die die Reichsregierung im Winter 1923 auf Anraten ihres damaligen Finanzministers *Luther* eingeschlagen hatte: im jeweils situationsgemäßen Wechsel zwischen ordentlicher Gesetzgebung, auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes, und Ausnahmegesetzgebung, auf Grund des Notverordnungsrechts des Reichspräsidenten nach Artikel 48 Absatz 2 der Reichsverfassung[97], vorgesehene Maßnahmen am schnellsten und reibungslos auszuführen. Nur wurde dies nun, 1929, zu einer politischen Forderung erhoben, die sich die mächtigsten wirtschaftlichen Spitzenverbände zu eigen machten. Ein dauerndes Zusammengehen konnten diese wie auch spätere Bemühungen nicht erreichen, wohl aber für einige Zeit zu begrenzter Konzilianz führen, die schließlich auch der „Osthilfe" der Regierung *Brüning* zugrundelag. Im übrigen war man sich darin einig, die Trennwand zur Sozialdemokratie mitsamt ihren derzeitigen oder potentiellen Koalitionspartnern zu einer dauerhaften zu machen.

Da *Koch-Weser* an der Spitze der DDP fürs nächste den Grundsatz verfolgte, die Große Koalition zu erhalten oder – nach einem Auseinanderbrechen – später wieder zu erneuern, endete seine Bereitschaft zur politischen Einigung oder Sammlung eben dort, wo sich diese gegen die SPD zu richten begann und künftige Kombinationen nach links begrenzte[98]. Diese Haltung änderte sich erst mehrere Monate später. Dies begründete den bleibenden Abstand der DDP zur DVP, trotz wiederholter Verhandlungen zwischen den Parteiführern.

In einem Brief *Gilsas* vom 25. Januar 1930[99] erscheint das „Erzwingen" einer Entscheidung der Sozialdemokratie oder einer Lösung von ihr deutlicher, als bisher belegt worden ist, als Hauptzweck neben den Forderungen, die die DVP in der Frage der Arbeitslosenversicherung und der Finanzpolitik erhob. Wenn auch

96 Nr. 27. Einige Hinweise auf voraufgegangene Bemühungen bei Dieter Gessner, Industrie und Landwirtschaft 1928–1930, in: Industrielles System S. 773–778.

97 Zum Erlaß der ersten Steuernotverordnung nach dem Rücktritt des zweiten Kabinetts *Stresemann*. Hierüber hat sich *Luther* später in einer Ansprache auf der 60. Mitgliederversammlung des Langnamvereins am 23. November 1932 ausführlich geäußert, in der er sich gegen die Auffassung wandte, daß „erst jetzt die Idee einer . . . Präsidialregierung entstanden wäre". *Luther* erwähnte, daß „damals gegen diese Übertragung des ursprünglich für polizeiliche Maßnahmen gedachten Artikels 48 auf wirtschaftliche Dinge nicht unerhebliche Bedenken erhoben wurden . . .," und bekannte an der gleichen Stelle eigene, „innere Hemmungen" gegen die Anwendung des Artikels 48. Vortragsmanuskript Nachl. Luther, 302.

98 Nr. 5.

99 Nr. 9.

bekannt war, daß zu diesem Zeitpunkt die Alternative zur Großen Koalition erörtert wurde, so beweist *Gilsas* Brief, daß hierbei Überlegungen im Spiele waren, die bereits ein Präsidialkabinett für erforderlich hielten, dessen Führung dem ehemaligen Reichskanzler *Luther* anvertraut werden sollte. Doch in Übereinstimmung mit gewissen Bedenken, die *Luther* selbst hegte und die ihn schließlich veranlaßten, abzuwinken[100], hielt es *Gilsa* für angebracht, *Luther* im Hintergrund zu lassen, solange Widerstände sowohl von agrarischer Seite als auch aus der Umgebung des Reichspräsidenten zu gewärtigen waren.

Die Umstellung auf eine neue Regierungsweise wollte jener schwerindustrielle Teil der DVP, den man hinter *Gilsa* vermuten darf, auch mit einer Umstellung der DVP und einer Umbildung des Parteiensystems verbinden, deren Einzelheiten sich erst nach und nach deutlicher abzeichneten. Den knappen Angaben *Gilsas* läßt sich entnehmen, daß „einzelne Gruppen" der DVP dazu gebracht werden sollten, die Regionalorganisationen „auf eine andere Linie" hinzulenken. Die informelle Hierarchie der Honorationenpartei und die in ihr herrschenden Gruppen werden in diesen Bemerkungen deutlich sichtbar. Der Anstoß kommt von außen; die Vorbereitung spielt sich in einem nicht eindeutig umrissenen Vorraum ab; der Zentralvorstand hat dann die neue Richtung zu „sanktionieren". Auch die politische Konzeption erscheint so klar wie einfach. Sie beruht auf einem Programm, das von dem Gefühl der Unsicherheit der Konjunktur beherrscht ist und eine wirkungsvolle Entlastung der Wirtschaft, jedoch ohne Rücksicht auf die Haushaltslage des Reiches erreichen möchte, durch Senkung der ertragstärksten, aber auch am stärksten belastenden Steuern, Einkommen-, Vermögens- und Körperschaftssteuer, und völlige Aufhebung der Gewerbesteuer. Zu dieser Entlastung gehört auch die Änderung der Arbeitslosenversicherung. Dies soll in dem größeren Rahmen einer umfassenden Finanzreform im Zusammenhang mit der Reichsreform in einer revidierten, natürlich vereinfachten Verfassungs- und Verwaltungsstruktur des Reiches und der Länder dauerhaft abgesichert werden, wie es auch *Luther* und der Bund zur Erneuerung des Reiches forderten.

Wenn eine derartige, auf dem Modellboden des Bundes zur Erneuerung des Reiches aufgebaute Sammlung zunächst als „Arbeitsgemeinschaft der Mitte" nominiert wurde, so drückte sich darin auch die Absicht aus, die Umbildung der politischen Kräfte der deutschnationalen Parteiführung gegenüber abzugrenzen. Seitdem *Hugenberg* die DNVP ins radikalste Fahrwasser steuerte, hatten sich die seit Jahren innerhalb dieser Partei bestehenden Spannungen verschärft, wobei der RDI Hilfestellung gab, um den Parteivorsitzenden unter Druck zu setzen[101]. Doch auf eine Veröffentlichung[102], die die internen Spannungen weithin sichtbar werden ließ, antwortete er damit, daß er selbst die sich sammelnden „Rebellen" innerhalb

100 Vgl. Nr. 31.

101 Nr. 3, 4.

102 Einen offenherzigen Brief, in dem *Treviranus* am 1. November 1929 *Ahlefeldt* Meinungen und Pläne in bestimmter Form mitteilte, übermittelte der Empfänger *Hugenberg*, der am 21. November 1929 den Brief dem Parteivorstand bekanntgab, was einige Tage später zum Parteiausschluß von *Treviranus* und zum Rücktritt Graf *Westarps* vom Fraktionsvorsitz führte. Vgl. Erasmus Jonas, Die Volkskonservativen 1928–1933, S. 51f. Die Weitergabe des Briefes führte zu seiner Verbreitung und zur Bekanntgabe der innerhalb der DNVP bestehenden Gegensätze nach der nationalistischen Radikalisierung in der Anti-Young-Plan-Kampagne während des Sommers 1929.

seiner Partei angriff, sie zu diskreditieren und aus der DNVP hinauszudrängen versuchte. Damit konnte er den Klärungsprozeß unter den Deutschnationalen um einige Wochen verzögern, schloß sie aber auch aus jedem auf weitere Sicht angelegten politischen Kalkül aus. *Hugenberg* versuchte, angesichts der auch von anderen Männern seiner Partei verfolgten Bemühungen um das Zentrum in der für ihn unsicheren Situation mit dem Parteiführer *Kaas* Verbindung aufzunehmen[103] und auch das Zentrum, wohl auf einer vermittelnden Linie, in die Front gegen den Young-Plan hinüberzuziehen, dem es nur zögernd zustimmen wollte[104]. Eine Annäherung beider Parteien hätte sicherlich auch die DVP in Verlegenheit gebracht oder mitgezogen. Ähnliches hat *Hugenberg* später wiederholt versucht. Doch dieses Einschwenken, um einen drohenden Bodenverlust der DNVP zu vermeiden, wurde zurückgewiesen; die lange hinausgezögerte Absage, die *Kaas* erteilte[105], zeigte an, daß das Zentrum andere Pläne verfolgte.

Während *Hugenbergs* Bemühungen um einen Rechtsblock keineswegs die Schaffung einer neuen Regierungskoalition, sondern eine Stärkung und Verbreiterung der Opposition verfolgten, wurde die Klärung in anderen Parteien vorangetrieben. Einige der bedeutendsten Parlamentarier der DVP traten für eine Fortsetzung der Großen Koalition ein, allerdings unter der Voraussetzung einer Beteilitgung ihrer Partei an der Regierung in Preußen[106]. Die politische Homogenisierung der beiden Regierungen in Berlin hätte ein seit längerem formuliertes, auch von *Luther* verfolgtes Ziel der Reichsreform in greifbare Nähe gerückt und einer Festigung des parlamentarischen Systems dienen können. Doch dies scheiterte an der preußischen Führung der SPD. Der treibende Teil der DVP sammelte sich sodann mit dem Gedanken eines *Hindenburg*-Kabinetts; hierzu zählten *v. Gilsa, Reusch* und der Parteivorsitzende *Scholz.* Die Größe dieser Gruppe bleibt undeutlich.

Eine bedeutsame Rolle, die bislang nicht bekannt war, übernahm Fritz *Schäffer,* der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, der dem Kurs des in der bayerischen Wirtschaft wie in der Münchner Presse engagierten *Reusch* und der DVP-Fraktion gleichermaßen entgegenkam und nun eine dritte, zur Vermittlung geeignete Position umschrieb: Die Haager Schlußakte sollte angenommen, aber doch mit verpflichtenden Auflagen für die Wirtschafts- und Finanzpolitik verbunden werden, um zu „verhindern, daß die sozialistische Ideologie, unter allen Umständen Ja zu sagen, durchdringt und daß die Sozialisten aber jede Gesundung der deutschen Finanzen, die die Voraussetzung für die Durchführung des Ja wäre, verhindern[107]". Über ein derartiges „Junktim", das die Annahme des Young-Plans mit der Garantie einer Finanzreform verknüpfte, hatte *Schäffer* sich schon mit *Brüning,* dem Finanzpolitiker des Zentrums, geeinigt, der sogar mit dieser Parole, was er „aus taktischen Gründen sehr begrüßte, zuerst in die Öffentlichkeit gegangen" war. Ein Schritt beim Reichskanzler sollte die noch zögernden Minister

103 Nr. 2.

104 Protokolle der Zentrumspartei, S. 375ff., 380–390, 395, 420 (Spannungen im Verhältnis zur Bayerischen Volkspartei), 423–429. Vgl. Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus, S. 534–539.

105 Nr. 6.

106 Vgl. oben Anm. 76, auch Nr. 9, Anm. 4; Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1977, S. 551ff.

107 Nr. 13.

der DVP mitziehen[108]. Wie *Gilsa* berichtete[109], wurde auch *Scholz* für den Gedanken *Schäffers* gewonnen, zugleich aber darauf festgelegt, „daß er hierbei bewußt auf einen Bruch mit der Sozialdemokratie" hinarbeitete. Zum gleichen Zweck wurde Verbindung mit *Schiele* aus dem oppositionellen Kreis innerhalb der DNVP aufgenommen und mit *Treviranus,* der aus der *Hugenberg*-Partei ausgeschieden war. Die von der BVP ausgehende Junktimsfront verlängerte sich in die DNVP hinein. Die DVP blieb noch uneins; doch der Gedanke, den Young-Plan anzunehmen, aber vorher Sicherheiten für einen politischen Kurswechsel zu schaffen, der zu einer Finanz- und Steuerreform führen, die öffentlichen Haushalte zur äußersten Sparsamkeit zwingen und die gewünschte „nachhaltige Entlastung der deutschen Wirtschaft" bringen sollte[110], setzte sich allmählich durch. Er trieb zur Entscheidung, als *Brüning* und *Kaas* die Zentrumsfraktion festlegten und auch dem Reichspräsidenten gegenüber das Junktim vertraten[111]. Die politische Kombination, die dieses Programm verwirklichen sollte, stand allerdings noch in Frage.

Die hintergründige Rivalität zwischen *Luther* und *Brüning* im Februar und Anfang März 1930 läßt sich kaum bestreiten, wenn auch ihr Gewicht nicht deutlich zu bestimmen ist. Dennoch dürfte *Brüning* der Reichskanzlei nicht ohne sichere Kenntnis die Information übermittelt haben, daß die DVP die Sprengung der Regierung und die Bildung eines Übergangskabinetts beabsichtige, um danach eine große „Staatspartei", die von *Koch-Weser* bis *Treviranus* reichen solle, unter der Führung *Luthers* zu schaffen[112]. Der Weg zu einem Erfolg dieser Neugründung hätte natürlich nur über eine Auflösung und Neuwahl des Reichstages führen können. Diese Absicht, mit der man den Einfluß der linken Parteien wirksam beschneiden konnte, dürfte wohl schon bestanden haben; zumindest *Brüning* war sie nicht unbekannt. Ohne sie hätte weder die Gründung einer „Staatspartei" noch sonst eine Neubildung im Parteienfeld den politischen Nutzen gebracht, auf den es den Initiatoren in erster Linie ankam. Für einen Übergang erschien unter den bezeichneten Voraussetzungen irgendeine Form der Regierung ohne parlamentarische Mehrheit unvermeidbar.

Eine Komplikation ergab sich aus dem Rücktritt des Reichsbankpräsidenten *Schacht*[113]. Dies belastete zunächst die Stellung des Reichsfinanzministers *Moldenhauer,* der sich dem verschärften Druck der Spitzenverbände ausgesetzt sah[114]. Während die DVP sich mit dem Gedanken zu befreunden begann, eine umgebildete Reichsregierung unter ihre Führung zu bringen, nahm der als Reichskanzler

108 Ebda. *Brüning* fügte der Ankündigung des Vorgehens im Fraktionsvorstand laut Protokoll die deutliche Bemerkung an: „Mit der Bayerischen Volkspartei besteht grundsätzliche Übereinstimmung, daß Bindungen über Finanzfragen bei Verabschiedung des Young-Plans vorliegen. – Wenn *Curtius* heute nicht mehr anruft, so erscheint ein Schritt beim Reichskanzler notwendig." Protokolle der Zentrumspartei, S. 377.

109 Nr. 14.

110 Nr. 22.

111 Nr. 24.

112 Nr. 25.

113 Nr. 29, 43; vgl. Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus, S. 525 ff.

114 Nr. 32, 34.

vorgesehene *Luther* die Wahl zum neuen Reichsbankpräsidenten an. Einem Vertrauten aus der DVP legte er dar, daß er zunächst die wirtschaftspolitisch entscheidende Schaltstelle besetze und die nächste Regierung sich verbrauchen lasse, ehe er, wie er hoffte, mit der Unterstützung des Reichspräsidenten und mit Hilfe des Artikels 48 zu einem günstigeren Zeitpunkt die Zügel selber in die Hand nehmen wolle[115]. Als den nächsten Reichskanzler, der sich verbrauchen würde, vermutete er *Brüning;* hierin behielt er recht. Daß aber auch dieser Kanzler die Rückendeckung des Reichspräsidenten erhalten und sich behaupten würde, scheint *Luther* nicht angenommen, die Voraussetzungen[116] nicht gekannt zu haben; jedenfalls stürzte dies seine Berechnungen um.

Immerhin blieb bis nach der Bildung der neuen Reichsregierung noch insofern eine größere Unbekannte im Spiel, als sich die innere Krise der DNVP durch das Eintreten einiger ihrer namhaftesten Politiker für eine großzügige Agrarhilfe, die der Reichsregierung auferlegt werden sollte, weiter zuspitzte. Die Diskussion innerhalb der Fraktion und im Parteivorstand der DNVP zeigt nach den erhaltenen Aufzeichnungen, die die offiziellen Protokolle sein dürften[117], eine Skala verschiedenartiger Einstellungen. Sie vermittelt einen Eindruck von der zunehmenden Zersetzung der Fraktion, aber auch von den Fäden, die aus dem Kreis der Gegner *Hugenbergs* zur Seite *Brünings* hinüberliefen, der über diese Vorgänge offenbar ständig informiert wurde. Wollte man versuchen, etwa für die erste Phase nach dem Amtsantritt des neuen Reichskanzlers den Gegensatz zwischen beiden Gruppierungen zu erklären, so wird man einerseits die – nicht zuletzt durch landespolitische Rücksichten beeinflußte – Stellungnahme des württembergischen Ministers *Bazille* für die Gruppen der *Hugenberg*-Gegner anführen müssen, der am entschiedensten für die Erhaltung einer „sozialistenfreien Regierung *Brüning*" eintrat, während auf der anderen Seite der radikal alldeutsche sächsische Staatsfinanzrat *Bang,* auch unter Preisgabe der agrarischen Interessen, von der parlamentarischen Stärke ausging. Da in der Tat die DNVP parlamentarisch eine ausschlaggebende Position einnahm, solange die SPD eine Stützung der Regierung ablehnte, konnte es keine Stabilisierung des Kabinetts *Brüning* ohne DNVP geben und lag das „Gesetz des Handelns" bei ihr, wenn sie geschlossen der Regierung gegenübertrat, ihr ihren Willen aufzwang oder auf den Weg des Artikels 48 drängte.

Die fraglos fortschreitende Dekomposition der Parlamentsverhältnisse lag zu einem Teil in dem Sachverhalt begründet, der niemals überwunschen werden konnte, daß *Hugenberg* und seine Anhängerschaft unbeirrt das erklärte Ziel verfolgten, „die Mittelparteien in eine Zwangslage zu bringen, sich mit uns unter unserer Führung zusammenzuschließen"[118]. Auf der einen Seite nannte *Hugenberg*

115 Nr. 31.

116 Vgl. Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930–1932 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 11), Stuttgart 1962, S. 72f. Aus *Brünings* Mitteilung über seine Ernennung zum Reichskanzler hat das Protokoll des Fraktionsvorstandes des Zentrums vom 31. März 1930 überliefert: „Die SPD will ein Mißtrauensvotum bringen. Wird das nicht abgelehnt, so wird der Reichstag aufgelöst und bis zur Neuwahl mit Art. 48 regiert." Protokolle, S. 429.

117 Nr. 45, 46, 48, 52, 59; vgl. auch Nr. 49, 56, 60, 64.

118 Nr. 59.

„die Auflösung in berufständische Gruppen" ein „Unglück"; auf der anderen Seite widerstrebte er hartnäckig jedem Kompromiß und offenkundig jeder Verbindung, die nicht seine Führung garantierte. Im Kabinett *Brüning* erblickte er die „Gefahr des Ruins des gesamten nationalen Willens. Deshalb ist es gefährlicher als die ehrliche Sozialdemokratie". Demgegenüber mußte Graf *Westarps* Verlangen, daß „für jede der beiden Richtungen Raum zur Betätigung gelassen" werde, an der eindeutigen und einseitigen Haltung *Hugenbergs* abprallen, trieb die Forderung nach Abstimmungsfreiheit des Abgeordneten auch gegen Beschlüsse der Fraktion und des Parteivorstandes, die sich auf rechtlich bedenkenswerte Argumente stützte, den Gegensatz nur auf die äußerste Spitze. Gewiß war *Westarps* Vorwurf begründet, daß *Hugenberg* eine Spaltung der DNVP dazu benutze, um seine Position als Parteivorsitzender der Fraktion gegenüber zu stärken und ein Vetorecht gegen Fraktionsentschließungen durchzusetzen, das die Mehrheit praktisch lahmlege. In Anbetracht der von einigen Industriellen geforderten Einigungsbestrebung wird man aber auch das Motiv würdigen müssen, das *Westarp* am 25. April schriftlich niederlegte: „den Auseinanderfall der Fraktion, die Loslösung der Partei von der Landwirtschaft und eine Wahl ohne oder gegen die Landwirtschaft und gegen einen großen Teil der Industrie zu verhindern." Es läßt sich entnehmen, daß Graf *Westarp* eine integrierende, die Interessengruppen bindende Haltung der DNVP noch mehr am Herzen lag als seinem Gegenspieler, der andere politische Ziele anstrebte und bereits eigene Pläne mit den Nationalsozialisten verfolgte.

C. Stationen und Perspektiven der Regierung Brüning

I. Brünings Memoiren und die Probleme seiner Kanzlerschaft

Wenn versucht werden soll, viel Belangvolles in wenige Worte zu bringen, dann ist vor allem festzustellen, daß, wie die vorgelegten Dokumente lehren, die Entscheidungen des Jahres 1930 unmittelbar auf die folgenreichen politischen Vorgänge des Jahres 1929, vor dem eigentlichen Beginn der weltweiten Wirtschaftskrise, zurückgehen. Sie können daher auch nicht als Folgen dieser Krise betrachtet werden, die erst in ihrem weiteren Verlauf die deutsche mit einer weltgeschichtlichen Krise zusammengeführt hat.

Im Grunde stand allerdings schon der Beginn der Verhandlungen über die Änderung des Reparationssystems nach dem von Owen D. *Young* entwickelten Plan im Zeichen einer – allerdings von verschiedenen Warten aus unterschiedlich bewerteten – Wende in der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Die Skepsis im Hinblick auf die währungspolitische Fundierung des wirtschaftlichen Booms der Nachkriegsjahre, der die amerikanischen Banken und Finanzen und die französische wie die englische Zentralbank auf einen bis dahin beispiellosen Höhepunkt gebracht hatte, war auf seiten der großen Finanzmächte stärker ausgeprägt als in Deutschland und hatte auch schon zu einer Konfrontation zwischen der Finanzpolitik der englischen und der französischen Zenralbank geführt, die neue Lösungen

verlangte[119]. Diese Rahmenbedingungen der internationalen Finanzbeziehungen fanden in der öffentlichen politischen Diskussion in Deutschland so gut wie gar keine ernsthafte Beachtung[120]. Die Aufmerksamkeit reduzierte sich vor wie nach Annahme des Young-Planes weitgehend auf den isolierten Aspekt der Reparationszahlungen, die begreiflicherweise als schwere Belastung und als Hemmnis auf dem Wege zu einer günstigeren wirtschaftlichen Entwicklung betrachtet und fast aus allen Richtungen bekämpft wurden. Die Rahmenbeziehungen wurden dann im weiteren Verlauf der dreißiger Jahre, in den Jahren der Ära *Brüning*, zunehmend deutlicher auch in der Politik erkannt. Hierzu hat *Brüning* in seiner Reichskanzlerzeit in Verbindung mit *Luther* und *Schäffer* unstreitig entscheidend beigetragen.

Wenn man diese Veränderung als zielbewußt angestrebt, von langer Hand mit kluger Überlegenheit herbeigeführt und ganz zum Vorteile des eigenen Landes gewendet, betrachten dürfte, dann könnte das Urteil über die Kanzlerschaft *Brünings* eindeutig lauten und von manchen kontroversen Bewertungen entlasten. Die hinterlassenen Memoiren könnten eine solche Version wohl stützen. Auch die offiziell protokollierten Reichsministerbesprechungen und Kabinettssitzungen unter der Leitung und ständigen Wortführung *Brünings* lassen dies kaum offen, enthalten aber keine Spiegelung der politischen Vorgänge und der an ihnen beteiligten Kräfte. Im ganzen wird nun aber doch der Eindruck verstärkt, daß *Brüning*, abweichend von der Darstellung der eigenen Rolle in seinen Memoiren, in vielen Entscheidungen seiner Regierung wie in seiner Politik anderen Kräften Raum gab, so daß die Frage zurücktritt, ob er selbst eine politische Linie stetig verfolgte. Mit erkennbarer Mühe wahrte er nach außen und in seiner Partei ein allerdings beträchtliches Ansehen. Aber was als häufiges Zaudern ausgelegt und mitunter etwas rätselhaft empfunden wurde, erscheint bei eingehender Prüfung meist als Folge erkennbarer Widersprüche zwischen verschiedenen Intentionen, die der Reichskanzler mit überlegter Vorsicht behandelte, um nicht anzustoßen oder auch um etwas Zeit herauszuschlagen und Freiheit zum Manövrieren zu gewinnen, häufig genug wohl der einzige Ausweg, um seine Position zu schonen, wenn nicht gar, um sie noch zu behaupten.

Eine wegweisende Persönlichkeit ist *Brüning* als Reichskanzler jedenfalls nicht gewesen. Er selbst hat dies insofern indirekt zugestanden, als er sich nachträglich in der Rolle des theoretisierenden politischen Taktikers und Strategen interpre-

119 Vgl. Emile Moreau, Souvenirs d'un gouverneur de la Banque de France. Histoire de la stabilisation du franc (1926–1928), Paris 1954, S. 489. Knappe, aber informative Einführung in die Problematik der Gold-Devisen-Währung nach den Vereinbarungen von 1922 bei Charles P. Kindleberger, Weltwirtschaftskrise, S. 62–77. Über Haltung und Politik des Governor der Bank of England, Montagu *Norman*, neuerdings Jean Monnet, Mémoires, Paris 1976, deutsche Übers.: Erinnerungen eines Europäers, Vorwort von Bundeskanzler Helmut Schmidt, München/Wien 1978, S. 120, 133.

120 Die hieraus folgende amtliche wie parteiengeschichtliche Überlieferung erklärt auch den geringen und unzulänglichen Reflex des finanzpolitischen Rahmens in den Forschungen und Darstellungen zur deutschen Zeitgeschichte. Karl E. Born, Bankenkrise, bezieht sich schon auf die spätere Phase der Ära *Brüning*. Auch der mit bedeutsamen Beiträgen aufwartende gewichtige Sammelband, Industrielles System und politische Entwicklung, steuert außer einigen Hinweisen in dem Einführungsvortrag von Wolfram Fischer, die Weimarer Republik unter den weltwirtschaftlichen Bedingungen der Zwischenkriegszeit, hierzu nichts Wesentliches bei.

tierte, der diese Rolle nicht offenbaren konnte und daher stürzte. Der logische ist unauflösbar Widerspruch. Es fehlt nicht an Gegenbeweisen eindeutiger Art. Obgleich die Parteien sich im Niedergang befanden und nur die radikalen und extremistischen Bewegungen gewannen, die im Grunde gar keine Parteien waren und auch nicht sein wollten, entstanden wiederholt Umstände, unter denen auch einzelne Parteimänner dem Reichskanzler gegenüber ein bloß auf innerpolitische Partikularaspekte begrenztes, aber überlegenes Spiel wagten und wagen konnten, so daß es *Brüning* immer schwerer wurde, Ansehen und Einfluß zu bewahren. Die Deflationspraxis war *Luthers,* des Reichsbankpräsidenten, Werk. Neben ihm war der Staatssekretär *Schäffer* im Reichsfinanzministerium stets mehr als ein Berater des Ministers und des Reichskanzlers in finanzpolitischen Fragen. *Schiele* folgte in Verbindung mit der Landvolkpartei und über unmittelbare Kontakte zum Reichspräsidenten wiederholt seiner eigenen Politik, unbekümmert um Ziele und Absichten des Reichskanzlers, der ihm kaum etwas anhaben konnte. Die in den Memoiren auffälligen bitteren Bemerkungen *Brünings* über die Osthilfe zugunsten der ostdeutschen Landwirtschaft, die doch zu den wichtigen politischen Entscheidungen seiner Regierung gehörte, lassen sich hieraus erklären. Sie war in erster Linie das Werk einiger Vertrauensleute der ostdeutschen Landwirtschaft, das *Brüning* als Reichskanzler aber mit dem Namen seiner Regierung decken und verantworten mußte. Er sah sich stets auf *Treviranus* angewiesen, der in seiner Stellung allerdings nach dem blamablen Abschneiden der Volkskonservativen in der Reichstagswahl am 14. September 1930 viel von seinem Einfluß nach außen verlor, jedoch anfangs in seiner Vermittlungstätigkeit für *Brüning* gar nicht ersetzbar gewesen wäre und der sich immer enger an den Reichskanzler band und sein stets gut unterrichteter Gefolgsmann blieb. Man könnte ihn einen Kumpan nennen, was seinen Neigungen sicherlich angemessen wäre; doch ließe sich ein solcher Ausdruck kaum mit dem Wesen der Persönlichkeit des Reichskanzlers vereinbaren. Neben *Treviranus* fand *Brüning* in den Staatssekretären *Pünder, v. Bülow,* der im Auswärtigen Amt schaltete, und *Schäffer* verläßliche Mitarbeiter, in den letzten beiden auch Mitgestalter seiner Politik. Zu ihnen gesellten sich schließlich der Leipziger Oberbürgermeister *Goerdeler,* dem *Brüning* nach der vierten großen Notverordnung im Dezember 1931 das Amt des Reichskommissars für die Preisüberwachung übertrug und mit dem er noch mehr im Sinn hatte, nicht zuletzt, weil er ihn für einen neuen einflußreichen Verbindungsmann zum Reichspräsidenten hielt, was sich dann jedoch nicht bestätigte. Schließlich gewann er auch *Schlange-Schöningen,* der allerdings seine eigenen, überaus ehrgeizigen Pläne verfolgte und eher Schwierigkeiten schuf als ausräumte. *Brüning* hielt sich aber stets auch an die Reichswehr, d. h. an den Reichswehrminister *Groener* und mehr und mehr an *Schleicher,* nicht zuletzt um seinen eigenen Kontakt zum Reichspräsidenten mit ihrer Hilfe abzusichern. Das brachte ihn in eine prekäre Lage, als *Groener* aus einer Reihe von Gründen Ansehen und Einfluß einbüßte.

Was die Regie seines Kabinetts wie die Wahl der Reichsminister anlangt, soweit er darin frei war, möchte man es eher glücklichen Umständen zuschreiben als der Entschlossenheit *Brünings,* daß er eine Zeitlang auf die Mithilfe und wirkungsvolle Unterstützung einiger Männer bauen konnte, die ihn umgaben und die er mehr akzeptiert als selbst erwählt hatte, so den zähen und widerstandsfähigen, vitalen

Dietrich als Reichsfinanzminister, aber auch *Groener* und *Schleicher.* Dagegen erwies sich die Ausbootung seines Parteifreundes *Wirth* als Reichsinnenminister, um den Reichswehrminister *Groener,* nun schon in der Phase seiner nachlassenden Energie, auf *Hindenburgs* Verlangen an die Spitze des dem General fast in jeder Beziehung fremden Innenressorts zu stellen, als fragwürdiger Kompromiß mit unglücklichen Folgen[121]. Es steht dahin, ob *Brüning* wußte, daß *Groener* vordem auch als Ersatz oder Nachfolger in dem Amt des Reichskanzlers in Betracht gezogen war, aber in seiner neuen Stellung diese Aussicht einbüßte. Kaum etwas Günstigeres läßt sich von anderen Personalwechseln im Kabinett sagen, die *Brünings* Lage im Grunde niemals besserten, meist aber bald verschlechterten und dem Ansehen der Regierung keinen Nutzen brachten. Sicherlich faßte *Brüning* die Lösung der meisten Personalprobleme seiner Amtszeit als interimistische Lösungen auf, bis neue Verhältnisse ihm neue Entscheidungen abverlangten und er mehr Bewegungsraum gewönne. Aber wie die wesentlichen Stationen personeller Entscheidungen, so entsprangen die seiner Politik eigentlich nicht seinen eigenen Wünschen und Absichten, sondern blieben die Entscheidungsmarken unabhängig von seinem Willen oder formten sie sich erst in seinem Kopf zu Kompromissen.

Brüning hatte sich auf seine Kanzlerkandidatur eingerichtet; aber Zeitpunkt und Umstände seiner Ernennung waren keineswegs glücklich gewählt und entsprachen gar nicht seinem Wunsch. Die Erklärung *Brünings,* notfalls ohne den Reichstag, mit Hilfe der Präsidialgewalt nach dem Artikel 48, zu regieren[122], forderte *Hugenberg* zu dem waghalsigen Versuch heraus, die Probe aufs Exempel zu machen und dann, als es so weit war, daß der Reichskanzler seiner Ankündigung nachkam, den Zusammenhalt seiner Fraktion endgültig aufs Spiel zu setzen.

Vor der Amtsübernahme hatte sich *Brüning* abgesichert und schon die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen prüfen lassen. Ein Gutachten, das der Staatssekretär in der Reichskanzlei vom Reichsministerium des Innern und vom Reichsjustizministerium einholte und das die Staatssekretäre *Zweigert* und *Joël* gemeinschaftlich erstatteten[123], behandelte drei – vermutlich vorgegebene – Fragen. Als erste: ob nach einem Mißtrauensbeschluß des Reichstages gegen die Reichsregierung der Reichskanzler einen von ihm gegengezeichneten, ihm zu treuen Händen übergebenen „Erlaß des Reichspräsidenten auf Auflösung des Reichstags" noch vollziehen könne. Diese Frage wurde unumwunden bejaht: „Vor erfolgter Entlassung der Reichsminister durch den Reichspräsidenten ist die Rechtsstellung des Reichskabinetts, im besonderen die des Reichskanzlers, unverändert." Nach dieser – auch unter Staatsrechtlern erörterten – Auffassung kam dem Ministerentlassungsrecht des Reichspräsidenten Vorrang vor dem parlamentarischen Regierungssturz zu. Die beiden folgenden Fragen und ihre Beantwortung ergaben dann, daß die Gutachter dem Notverordnungsrecht Vor-

121 Hierzu Staat und NSDAP, S. XLIII ff., LIV ff. sowie die zugehörigen Dokumente.

122 Deutlicher noch als in der Regierungserklärung vom 1. April während der Aussprache, in einer Äußerung des Reichskanzlers am 3. April 1930. Stenogr. Berichte d. Verhandlungen d. Reichstags, Bd. 427, S. 4769.

123 Gemeinschaftsgutachten für die Reichsministerbesprechung am 3. April 1930, Anlage zu Tagesordnungspunkt 1, BA, R 43 I/1443; auch BA, Nachl. Pünder/131.

rang vor parlamentarischen Entscheidungen einräumten und es auch einer geschäftsführenden Reichsregierung zugestanden, soweit es eine unmittelbare erhebliche Gefahr ,,auf eine minder erhebliche zurückzuführen oder ganz zu beseitigen" vermöge. Das erlaubte nach Meinung der Gutachter, die nächsten gesetzgeberischen Absichten in Notverordnungen zu transferieren, Steuererhöhungen vorzunehmen, um ,,das fehlende Gleichgewicht des Haushalts" wiederzugewinnen, und eine durch mögliche Nichtzahlung von Löhnen und Gehältern sowie durch Nichterfüllung anderer Verpflichtungen heraufbeschworene Gefährdung der öffentlichen Sicherheit abzuwenden. Sogar das Agrarprogramm einer Osthilfe zählte zu den erörterten Absichten; denn es sollte mögliche Gefährdungen infolge zunehmender Beunruhigungen der Landbevölkerung beseitigen. Die Begründung, auf die es allein noch ankam, fiel nicht schwer; sie schien durch die Landvolkbewegung, Bombenanschläge in Schleswig-Holstein und das hier schon hervorgehobene Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung gerade in den Ackerbauzonen in der Tat gegeben. Die Frage nach anderen Abhilfen wurde weder gestellt noch erörtert. Die Anwendung der Diktaturermächtigung wurde nicht als ultima ratio, als letztes und einziges, nicht einmal als optimal notwendiges Aushilfsmittel der Regierung begründet, sondern tatsächlich als einfaches und bereitliegendes Mittel, dessen Nutzung nur einer schlüssigen, aber keineswegs einer besonders qualifizierten Begründung bedurfte. Das Vorhaben der Regierung besaß Vorrang gegenüber dem Willen des Reichstages, sofern sie sich mit dem Reichspräsidenten im Einklang befand. Dies war der eigentliche Sinn der gedanklichen Konstruktion des Gutachtens[124]. Diese Auffassungen haben sich das Kabinett *Brüning* und die nachfolgenden Reichsregierungen vorbehaltlos zu eigen gemacht.

Obgleich der Reichskanzler die Anwendung des Artikels 48 für den Notfall angekündigt hatte, gelang es am Ende dann doch ,,fast wider Erwarten", wie *Moldenhauer* schrieb[125] und wohl auch *Brüning* meinte, letztlich infolge des Taktierens *Hugenbergs,* die Zustimmung der Mehrheit des Reichstags für das Finanz- und Agrarprogramm der Regierung zu erhalten. Die entscheidende Frage, ob man die amtierende Regierung als ein ,,Kabinett der Mitte" betrachten, in der Opposition bleiben und bekämpfen oder durch Beteiligung ,,nach rechts drücken" sollte, um ,,dabei als erstes die unmittelbar und in schwerster Krise stehende Landwirtschaft zu retten", gab unter den Deutschnationalen den Ausschlag und wurde schließlich zugunsten der Regierung entschieden. Die Anwendung des Ausnahmerechts des Reichspräsidenten nach dem Artikel 48 der Reichsverfas-

124 Ein weiteres Gutachten des Ministerialdirektors im Reichswirtschaftsministerium *Dorn* ,,Zur Frage der Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung und der Auflösung des Reichstags" wich von dem Gemeinschaftsgutachten *Zweigert–Joël* etwas ab; es ging aber auch auf eine veränderte Fragestellung ein. In der Sache zog es jedoch keine andersartigen Folgerungen. *Dorn* verwies auf die etwa zwischen Walter *Jellinek* und Carl *Schmitt* einerseits und Gerhard *Anschütz* anderseits strittige Frage, ob eine Reichsregierung, der bereits ein Mißtrauensvotum erteilt worden ist, die Befugnisorder des Reichspräsidenten gegenzeichnen darf; er stellte jedoch im Hinblick auf eine bereits im voraus gegengezeichnete Auflösungsorder gleiche Meinung mit dem Gemeinschaftsgutachten fest. Im übrigen bestand auch darin Übereinstimmung, daß einer ,,Geschäftsregierung" die vollen Machtbefugnisse der ,,normalen Regierung" zukommen.

125 Nr. 55.

sung begann aber schon drei Monate später mit den ersten beiden „einer langen Kette von Notverordnungen zur Deckung des Haushalts“[126].

Nach seinen Äußerungen während der zwanziger Jahre stand *Brüning* in dem Ansehen, der Befürworter einer soliden Finanzpolitik im Innern wie im Äußeren zu sein[127]. Aber die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Ansichten, die er in der Vergangenheit vertreten oder angedeutet hatte, liefen eher auf eine landläufige Überzeugung von der Notwendigkeit sparsamer Haushaltsführung hinaus, die sich ebensowohl mit Auslandsanleihen und internationalen Kapitalbewegungen wie mit Reparationsverpflichtungen nicht abfinden mochte. In diesen Hinsichten waren *Brünings* Vorstellungen offenkundig enger und unbeweglicher als die *Luthers,* was bei der Erklärung der Entschiedenheit, mit der die Reichsregierung den Deflationskurs einschlug, zu berücksichtigen ist. Doch von *Brünings* grundsätzlicher und seit langem bezeugter Einstellung zu den Reparationsleistungen Deutschlands – und dem Vertrag von Versailles insgesamt – führte keine lineare Entwicklung zur Reparationspolitik der Jahre 1930–32[128], die infolge des Zusammenwirkens mehrerer Faktoren in mehreren Phasen zu Ergebnissen gelangte, die in dieser Form weder von langer Hand verfolgt wurden noch sobald angestrebt werden konnten.

So große Mühe sich *Brüning* in seinen Memoiren auch gegeben hat, die Prinzipien seiner Revisionspolitik darzulegen und einen kausalen Nexus zwischen Intentionen und Ergebnissen zu konstruieren, so wenig eindeutig und klar erscheint doch sein Eingehen auf die Gedanken, die erst gegen Ende 1930 an ihn herangetragen und formuliert wurden. Im Grunde hielt er vorerst auf Beruhigung, um in Übereinstimmung mit der interministeriellen Reparationskonferenz den deutschen Auslandskredit zu sichern, wie es *Schäffer* und andere geraten hatten. Es beruht kaum auf Fehleinschätzungen der Persönlichkeit, daß sich immer wieder Zweifel an einem deutlichen und entschlossenen Kurs des Reichskanzlers und schon gar an einer starken Politik regten und niemals verstummten, auch wenn man *Hugenberg* und seinen Anhang einmal außer Betracht lassen wollte. Es mangelt anderseits aber auch nicht an Zeugnissen, die beeindruckende Äußerungen *Brünings* in langen Gesprächen unter vier Augen oder im kleinsten Kreise belegen, wenn sich der Kanzler ganz auf seinen Gegenüber einstellen und Rücksichten auf andere Anwesende fallen lassen konnte. Die bemerkenswerte Anhänglichkeit, die die Staatssekretäre *Pünder* und – mit stärkerem Abstand – *Schäffer* bis in ihr

126 Ulrich Scheuner, Die Anwendung des Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung unter den Präsidentschaften von Ebert und Hindenburg, in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik, S. 274.

127 Rudolf Morsey, Brünings Kritik an der Reichsfinanzpolitik 1919–1929, in: Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft. Festschrift für Clemens Bauer zum 75. Geburtstag, hrsg. von Erich Hassinger u. a., Berlin 1974, S. 259–273.

128 Dies ist auch gegenüber der in diesem Punkte noch nicht eindeutigen Darstellung zu unterstreichen, die während der Sammlung der hier vorgelegten Dokumente entstand und schon einige Ergebnisse vorweggenommen hat; Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus, S. 867, Anm. 159, in Verbindung mit S. 599 f. *Brünings* Bericht über die Darstellung seiner Reparationspolitik, die er *Hitler* am 5. bzw. 6. Oktober 1930 gegeben haben will, ähnelt einer Zusammenfassung der sich variierenden Motivationen zwischen Herbst 1930 und Frühjahr 1932 in der Perspektive des Reichskanzlers, für die es in den überlieferten Akten dieser Zeit jedoch keinen Anhalt gibt. Brüning. Memoiren, S. 192.

höchstes Lebensalter dem Reichskanzler gegenüber an den Tag legten, mag auf eine Reihe von Erlebnissen dieser Art zurückgehen. Doch die Widersprüchlichkeit mancher Äußerungen *Brünings* zu verschiedenen Gelegenheiten und aus unterschiedlichen Anlässen ist offenkundig und dürfte wohl einigen Zeugen seiner komplizierten, wenn auch indulgenten Darlegungen nicht entgangen sein.

Immerhin hielt sich *Brüning* länger und kam er um mehr politische Klippen herum, als auch illusionslose Beobachter, zu denen anfangs *Luther* gehörte, angenommen hatten. Aber im Grunde wechselten die nachweisbaren Zielsetzungen in erstaunlich kurzer Zeit unter dem doppelten Eindruck der fortschreitenden Krise und der sich formierenden Gegner, die auseinanderzumanövrieren *Brüning* nie unterließ, was seiner Politik mehr und mehr den Stempel aufdrückte. Doch der wahre Inhalt des Dramas dieser Jahre liegt in dem Ringen um eine andere Entscheidung, die bislang verdeckt geblieben ist: Sollte in der Krise der Primat der wirtschaftlichen Interessenten über die Regierung oder ein Primat der Regierung über die Wirtschaft errichtet werden? Ohne das Auftauchen dieser Frage und ohne gewisse Vorentscheidungen wären schließlich auch die Ereignisse des Jahres 1933 kaum so abgelaufen, wie sie dann tatsächlich abgelaufen sind.

II. Wirtschaftspolitische Problemlage im Sommer 1930

Die Entwicklung auf der agrarischen Seite war durch das von der Regierung verkündete, vom Reichspräsidenten geförderte „Ostprogramm" für die Landwirtschaft der preußischen Ostprovinzen in Gang gekommen. Im Hinblick auf die Durchführung und die dadurch berührten Verwaltungspraktiken entstanden jedoch Kontroversen, die in den folgenden Jahren weder beendet noch gemildert werden konnten, sondern sich zu Konflikten zuspitzten. Reichskanzler und Reichsregierung verfügten schon im Anfang über keine zweifelsfrei führende Rolle in der wechselvollen Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte dieses Ostprogramms.

Die Verhandlungen *Silverbergs* über die zweckmäßigste Konstruktion der Kreditvermittlung folgten einer sorgsamen Abwägung der Gesichtspunkte und endeten in einem Kompromiß, nachdem sowohl die Widersprüche aus dem RDI, die anfängliche Ablehnung durch die Reichsregierung und auch Einwände aus der Landwirtschaft selbst den Grundgedanken des Projekts nicht zerstört hatten. Dem Ganzen lag die Erwartung zugrunde, durch die Osthilfe großen Stiles eine Kaufkraftstärkung der von der Landwirtschaft Lebenden, eine bedeutsame Konsumsteigerung und gar eine Abwendung der wachsenden Arbeitslosigkeit auf dem flachen Lande einzuleiten. *Silverbergs* Plan lief also auf einen beträchtlichen Ausbau des inneren Marktes in Ergänzung zu den Exportmöglichkeiten der deutschen Industrie hinaus, wobei die in der ostdeutschen Landwirschaft liegenden Möglichkeiten von Anbeginn weit überschätzt wurden. Allerdings gaben Überlegungen zugunsten des Zusammenwirkens von Industrie und Landwirtschaft stets den Ausschlag.

Dem tragenden Gedanken entsprach die Konstruktion, aus der Aufbringung der Industrieumlage Darlehen zu vergeben, deren sukzessiver Abbau von der Land-

wirtschaft späterhin erwartet wurde, die man also nicht als dauernde oder verlorene Subventionen betrachtete. Damit trat die zur Durchführung des Dawes-Planes 1924 gegründete Bank für deutsche Industrieobligationen nunmehr als Gläubigerin der beliehenen Betriebe bzw. als Vermittlerin industrieller Kredite an agrarische Kreditinstitute in Erscheinung. Sie übernahm mithin die Führung und Kontrollfunktion innerhalb der gesamten Kredithilfe zugunsten der ostdeutschen Landwirtschaft[129]. Die Interessen der Landschaften mit ihren Banken, die sich in kritischer Lage befanden, wurden ihr untergeordnet. Sie trat aber auch in eine ideelle und reale Konkurrenz zur Preußischen Genossenschaftskasse, als deren Präsidenten die preußische Regierung in *Klepper* einen der schärfsten Kritiker der ostelbischen Großgrundbesitzer eingesetzt hatte[130]. Wie Staatssekretär *Schäffer* nach einem Gespräch mit *Klepper* feststellte[131], wollte die Preußenkasse aus mancherlei Gründen, auch in Anbetracht ihrer eigenen ungünstigen Finanzlage, bei der Durchführung des Ostprogramms weitgehend ihren Einfluß sichern. Dies war natürlich nur mit Hilfe der preußischen Regierung möglich, die auch für die Landwirtschaft in den Ostgebieten zuständig war, aber erhebliche Aufwendungen für ein großes Agrarprogramm, gleich welcher Art, aus eigener Kraft gar nicht finanzieren konnte. Industrie und Landwirtschaft verband der Gedanke einer vollständigen Sicherung des der Umschuldung dienenden Zweckvermögens vor Zugriffen des Staates, dem die Konstruktion der Obligationenbank entsprach, die nur durch ein besonderes Reichsgesetz hätte geändert werden können. Hingegen befürchtete man über die unter preußischem Einfluß stehende Preußenkasse eine unbeeinflußbare Verwendung der Sanierungsmittel nach Gesichtspunkten der preußischen Politik[132].

Die Ostmaßnahmen und die Agrarsubventionen hatten jedoch noch keine greifbare Gestalt angenommen, als Mitte Mai 1930 bereits erste Gerüchte von einer Umbildung der Regierung *Brüning* im „Herbst" umliefen[133], da sie vor ihrer ersten Schwierigkeit stand. Die erste große Entscheidung der Regierung, die die Reichsfinanzen konsolidieren und die wirtschaftliche Lage durch einschneidende Maßnahmen auf wirtschaftlichem, finanziellem und sozialem Gebiet bessern sollte, erstreckte sich zunächst auf Ausgabensenkungen im gesamten öffentlichen Bereich. Die Regierung versuchte, einerseits ihr Versprechen einer Sicherung des Reichshaushalts zu erfüllen, anderseits dem ständigen Drängen der industriellen Interessenten nach Kostensenkung nachzukommen und den wiederholt konstatierten „klaffenden Unterschied zwischen Rohstoffpreisen und den Selbstkosten für industrielle Erzeugnisse" Deutschlands[134] zu mindern, um die Exportaussichten

129 Zur besonderen Rechtsstellung der Bank für deutsche Industrieobligationen innerhalb der Osthilfe der Kommentar der zuständigen Referenten im Reichswirtschaftsministerium, K. Hamann, H. Hartenstein, Die Osthilfegesetze. Eine Darstellung der Osthilfemaßnahmen . . . (Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, 59), Köln 1931, S. 73–86.

130 Vgl. H. Barmeyer, Andreas Hermes, S. 131 f.

131 Nr. 66.

132 Über den Gegensatz in der Ostagrarfrage vor der „Osthilfe" Schulz, Staatliche Stützungsmaßnahmen.

133 Nr. 70.

134 Wiedergabe einer Äußerung des Staatssekretärs *Trendelenburg* über die besonders ungünstigen Exportbedingungen der englischen und der deutschen Industrie, 16. Oktober 1930; Nr. 151.

der deutschen Industrie zu verbessern. Die Dominanz des Exportinteresses entsprach allerdings auch den Prinzipien der Reparationsregelungen sowohl nach dem Dawes- als auch nach dem Young-Plan, was der Reparationsagent Parker *Gilbert* in den vergangenen Jahren mit der strikten Forderung nach „productiveness" der deutschen Wirtschaft wiederholt in Erinnerung gerufen hatte. Sie ließ sich schon aus diesem Grunde nicht ohne weiteres abweisen, auch wenn sie mit Opfern in der Innen- und in der Sozialpolitik verbunden war.

In der Tat konnte Deutschland im Jahre 1930 eine positive Handelsbilanz erreichen. Doch der Preis erschien von Anbeginn hoch, obgleich die Auswirkungen der fortschreitenden weltwirtschaftlichen Krise gar nicht erkannt wurden. *Gilsa* schrieb: „Alle diese Maßnahmen werden vielleicht nicht ohne innere Erschütterungen und Unruhen durchgeführt werden können; wenn man aber von vornherein energisch zupackt, dürfte die Ruhe und Ordnung wohl bald und endgültig wiederhergestellt werden[135]." Als sichernde Voraussetzung betrachtete *Gilsa,* „daß einmal die loyale Zusammenarbeit *Brünings* mit den Rechtskreisen fortbesteht und daß die Person des Reichspräsidenten als Rückhalt des Ganzen uns erhalten bleibt". Er behauptete auch, „daß ihm Abmachungen zwischen *Hindenburg* und *Groener"* über eine Nachfolge in der Reichspräsidentenschaft „im Falle ernster Erkrankung" zu Ohren gekommen seien. Bei einem gewöhnlich gut unterrichteten Manne wird man den Wert dieser Mitteilung, obgleich er sie nicht authentisch wiedergab, nicht unterschätzen dürfen, mag auch das Wort „Abmachung" in diesem Zusammenhang eine etwas saloppe Konkretisierung sein. Im Grunde war indirekt die Frage des künftigen Reichspräsidenten als Frage einer Nachfolge *Hindenburgs* aufgeworfen.

Die an *Reusch* gehenden ausführlichen Berichte des Reichstagsabgeordneten *v. Gilsa* liefern eine Chronik der sich mehrenden Probleme, der die Ruhrindustrie zu begegnen versuchte. Die Enttäuschung über den Reichsfinanzminister *Moldenhauer* resultierte aus einer erneuten Gefährdung des Haushaltsausgleichs, diese aus der rasch zunehmenden Arbeitslosigkeit, die auf der einen Seite Steuerausfälle, auf der anderen neue Belastungen durch die Erwerbslosenfürsorge brachte. Während der ersten 26 Wochen nahm sich der Arbeitslosen die auf Reichszuschüsse angewiesene Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge an; danach fielen sie den Ländern und Gemeinden, die die Krisenunterstützung übernahmen, und nach einem Jahr Dauerarbeitslosigkeit ausschließlich der Wohlfahrtsfürsorge der Kommunen zur Last. Noch ehe die Gemeinden als Endglieder dieser irreversiblen Belastungskette[136] über ihre Spitzenverbände die schärfsten Proteste erhoben, drückte die Industrie ihre Befürchtungen aus angesichts der in der Krise fortschreitenden Erhöhung der Arbeitslosen- und Arbeitslosenversicherungslasten. In ihrer ständigen Sorge um die Kostengestaltung stand sie infolge der Krisenwirkungen auf dem Weltmarkt unter starkem Preisdruck. Ein Ausweg, der erörtert und schließlich auch eingeschlagen wurde, schien darin zu liegen, die durch Absatzschwierigkeiten bedingte unvermeidbare

135 Nr. 70.

136 Vgl. Dieter Rebentisch, Kommunalpolitik, Konjunktur und Arbeitsmarkt in der Endphase der Weimarer Republik, in: Rudolf Morsey (Hrsg.), Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, 66), Berlin 1977, S. 107–157.

Preissenkung mit einer Lohnsenkung großen Stils zu verknüpfen. Damit sollte auch eine Steuererhöhung in Anbetracht der zunehmenden Belastungen des Reiches unterbunden werden. Dies bedeutete einerseits Ausgabensenkung, anderseits Lohn- und Gehaltskürzungen in der Wirtschaft wie im öffentlichen Dienst, wofür die fällige Preissenkung als Gegenleistung angeboten wurde.

Das volle Ausmaß der bevorstehenden Schwierigkeiten und Umfang wie Dauer der Krise wurden von keiner Seite vorausgesehen. Insofern erscheint es auch nicht berechtigt, daß *Moldenhauer* sich als das Opfer der Wende hinstellt, weil man „für die seelische Erschütterung einen Sündenbock" suchte, während er anderseits doch bemerken muß, daß man „damals" noch gar „kein Verständnis dafür" hatte, „in wie starkem Maße wir in die Weltwirtschaftskrise hineingerissen wurden und daß kein Finanzminister die Dinge im vollen Umfange hätte voraussehen können . . .[137]". Das traf gewiß zu. Man achtete in Deutschland noch wenig auf die Auswirkungen der Vorgänge in den Vereinigten Staaten. Daher wird auch nicht behauptet werden können, daß der Fehlschlag *Moldenhauers* in irgendeiner Beziehung zur Weltwirtschaftskrise stand. Wenn sich der Reichsfinanzminister nachträglich bescheinigte, daß er vorher „etwas zu optimistisch gewesen sei", so lag dem offenbar die Annahme einer raschen Beruhigung im internationalen Geldverkehr zugrunde, mit der man im Frühjahr 1930 weithin auch außerhalb Deutschlands rechnete[138]. Nur so läßt sich erklären, daß der Haushaltsausgleich mit Rücksicht auf die Auslandskreditfähigkeit vorangetrieben wurde. Im Grunde wirkten sich jetzt die Folgen jener Schwierigkeiten im Dezember 1929 aus, die *Moldenhauer Schacht* gegenüber mit Zusagen überbrückt hatte, um *Hilferding* abzulösen, die nun aber, nach den finanzpolitischen Anstrengungen der letzten Monate, nicht eingehalten werden konnten. Die Beschäftigungslage hatte sich verschlechtert, und das Steueraufkommen war zurückgegangen, so daß nur die von *Zarden* entwickelte Idee einer Kürzung der Beamtengehälter übrig blieb, wenn man eine generelle Steuererhöhung oder „neue Steuern auf die Produkte" vermeiden wollte. Angesichts der nachlassenden Konsumtion und im Zusammenhang mit einer Preissenkungspolitik größeren Ausmaßes kamen steuerliche Belastungen des Konsums natürlich erst recht nicht in Betracht; allerdings versuchte die Regierung später, in der Getränkebesteuerung Länder und Gemeinden auch in diese Richtung zu drängen, um Ausnahmeausfälle auszugleichen.

Auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung, im Rahmen seiner verfassungsrechtlich gegebenen Gesetzgebungskompetenz konnte das Reich eine allgemeine Kürzung der Beamtengehälter und Pensionen vornehmen. Doch erst die Verknüpfung mit der generellen Lohn- und Gehaltssenkung und einem Preisabbau gab dieser Maßnahme den rechten Sinn und milderte psychologisch ihre soziale Härte. Hierfür reichte indessen die Gesetzgebungskompetenz des Reiches nicht aus; zudem hätte sich im Reichstag keine ausreichende Mehrheit gefunden, die einen derartigen Weg beschreiten wollte.

Mit Hilfe des Artikels 48 zu regieren, „wenn hier irgendwelche Schwierigkeiten auftreten sollten", war auch für *Gilsa* ein denkbarer, wenn auch noch nicht

137 Nr. 91.

138 Kindleberger, Weltwirtschaftskrise, S. 134 ff.

zwangsläufiger Ausweg[139]. Die gleiche Quelle überliefert das erste Mal den Gedanken, durch derartig umfassende „Wirtschaftserleichterungen" ein weiteres Ziel zu erreichen, nämlich am Ende auch „zu einer Revision des Neuen Planes zu kommen". Falls es gelänge, „unsere Produktionskosten stark zu senken, werden wir unseren Gläubigermächten ein so unangenehmer Konkurrent auf dem Weltmarkt werden, daß sie bald die Unsinnigkeit ihrer Reparationsforderungen fühlen werden".

Um diese Vorhaben auszuführen, war das Zusammengehen von Landwirtschaft und Industrie geboten, mit den Aussichten für die Durchsetzung des Ostprogramms zunächst auch gesichert. Unter diesen Voraussetzungen eröffneten der ehemalige Reichswirtschaftsminister *v. Raumer* und andere Vertreter der RDI wie der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände (VDA) Verhandlungen mit den Gewerkschaften, um das Lohn- und Preissenkungsprogramm auf breiter Basis abzusichern und eine künftige Einigung in Tarif- und Arbeitslosenversicherungsfragen anzubahnen. Der Zeitpunkt für diesen Versuch, Gemeinsamkeiten der Zentralarbeitsgemeinschaft von 1918 erneut in Erinnerung zu bringen, war günstig. Alle Gewerkschaften litten ebenso unter der Wirtschaftskrise und der nachlassenden Beschäftigung wie die großindustriellen Unternehmer[140], so daß Lohnherabsetzungen in Verbindung mit wirksamen Preissenkungen nicht mehr undurchführbar erschienen, sofern eine Minderung der Arbeitslosigkeit zu erwarten war. In Frage stand nur der Gesichtspunkt, der auch angeführt wurde, daß die Gewerkschaftsseite stärkerem Druck unterliege und früher nachgeben müsse.

Die Unterhändler des ADGB wollten sich jedoch nicht auf eine Stützung der Regierung *Brüning* festlegen, sondern eine Vereinbarung durch die Autorität des Reichspräsidenten absichern lassen. Die generelle Lohnkürzung, die erörtert wurde, galt indessen als Voraussetzung eines Opfers aller Festbesoldeten, das die Beamten des Reiches einschloß und die Haushaltslücke ohne Steuererhöhung decken sollte. Die Führer der Gewerkschaften bestanden darauf, daß Preissenkungen den Lohnkürzungen vorausgingen und daß Steuersenkungen nachfolgten. Dem widersetzte sich die Gegenseite, die indessen in all diesen Fragen gespalten war und zu einem Teil nur mit Vorbehalten die Bemühungen *Raumers* verfolgte. Zu einer Umkehr der von ihnen verlangten Reihenfolge ließen sich die Freien Gewerkschaften aber nicht gewinnen; ein Nachgeben hätten sie wohl auch zu diesem Zeitpunkt schwerlich vor ihren Mitgliedern vertreten können[141].

Die Verhandlungen scheiterten; doch die öffentliche Bekundung des angestrebten Einvernehmens deutet darauf hin, daß der Bruch zwischen Arbeitgeber- und Gewerkschaftsseite weder als endgültig noch als länger anhaltend verstanden wurde. Er war es auch nicht, wie spätere Verhandlungen über ähnliche Fragen

139 Nr. 73.

140 Zahlen zur Lage im Gebiet der „nordwestlichen Gruppe" bei Weisbrod, Schwerindustrie, S. 480. Danach war gegenüber dem Höchststand der Beschäftigtenzahl im Juli 1929 bereits bis Frühjahr 1930 jeder Zehnte arbeitslos geworden. Die Kapazität der Vereinigten Stahlwerke wurde 1929 zu 75,8% ausgenutzt, 1930 nur zu 51,6% (1931: 35,5%, 1932: 23,9%).

141 Vgl. Nr. 77–82. Zu den Verhandlungen nach den vorliegenden Akten Udo Wengst, Unternehmerverbände und Gewerkschaften in Deutschland im Jahre 1930, in: Vierteljahrshefte f. Zeitgesch., 25. Jg. (1977), S. 102 ff.

bezeugen. Im Oktober 1930 wurden die Gespräche über Preis- und Lohnsenkung wieder aufgenommen[142], die nach wechselnden Aussichten und nach dem Abschwenken der Christlichen Gewerkschaften auf eine Nebenlinie Anfang Februar 1931 wieder abbrachen[143]. Danach bemühte sich der ADGB um engere Anlehnung an die Reichsregierung, um die Bemühungen um eine Revision der Reparationsverpflichtungen ebenso zu unterstützen wie der RDI.

Trotz unterschiedlicher Auffassung in der Beurteilung der Situation lassen sich jedoch schon im Juni 1930 Anspielungen auf die Inaktivität oder auch Ratlosigkeit der Regierung nicht übersehen, die die großen wirtschaftlichen Organisationen zu eigenem Handeln herausforderte. Die Kritik verbreitete sich allerdings mehr im Blick auf die nächste Zukunft als im Rückblick auf die letzten Ereignisse. Da die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften scheiterten, meinte *Gilsa,* daß man sich nun mit reichsgesetzlichen Regelungen abfinden, daß die Reichsregierung ermächtigt werden sollte, laufende Tarifverträge zu kündigen, neue Verhandlungen zu führen und gegebenenfalls Schiedssprüche für verbindlich zu erklären[144]. Allerdings stellten sich sogleich Bedenken ein, wenn der Fall bedacht wurde, daß auch später eine Linksregierung die Ermächtigung nutzen und Maßnahmen gegen die Unternehmer treffen könnte. Das Kernproblem der Situation lag eben darin, daß eine kraft großer Vollmachten operierende Reichsregierung, die sich im wachsenden Umfang wirtschaftlicher Fragen annahm und sie zu regeln versuchte, auch die Interessenorganisationen, die derartige Regelungen herbeiführten, in eine sekundäre Rolle verwies. Sie vermochten sie dann nur auf Gedeih und Verderb zu unterstützen oder mußten versuchen, sie durch eine andere, aber ihnen verbundene Regierung zu ersetzen.

Damit ist auch das Prinzip bezeichnet, das sich in der Richtung, die die politische Entwicklung nahm, beobachten läßt, nachdem die Reichsregierung die ersten außerordentlichen wirtschaftpolitischen Ermächtigungen erhalten hatte. Sobald sich die Reichsregierung als unsicher, schwach oder unzulänglich erwies, lag den Interessenten daran, eine Alternative nach links zu unterbinden; dies führte auf die Dauer zur fortgesetzten Förderung von Rechtstendenzen. Zunächst und noch auf längere Sicht hatte dies jedoch nichts mit einer Unterstützung der Nationalsozialisten zu tun. *Gilsa* sagte am 17. Juni voraus, daß *Moldenhauer* zurücktreten müsse. „Vielleicht kommt keine Regierungskrise, dafür aber eine Reichstagsauflösung". Aber er glaubte nicht an einen Erfolg der Regierungsparteien, so daß die Regierung, wie er meinte, sich doch wohl nicht für eine Auflösung des Reichstags entscheiden werde. „Kommt es aber trotzdem zu einer Reichstagsauflösung, so müssen die Dinge eben durchgefochten werden, selbst auf die Gefahr hin, daß uns noch Schweres bevorsteht."

Die Nachrichten, die von einer Umbildung der Regierung sprachen, schienen teils auf eine Erneuerung der Großen Koalition mit der SPD hinzudeuten, teils aber auch auf eine engere Konzentration zwischen der Rechten und der Mitte. Die Namen *Bracht, Luther* und *Schacht* wurden genannt. Es mag sein, daß die

142 Nr. 162.

143 Nr. 195, 197.

144 Nr. 89.

Unbeirrbarkeit des Reichspräsidenten, der zu diesem Zeitpunkt an *Brüning* festhielt, eine Ausweitung der Erörterungen verhinderte, so daß nur die Auflösung des Reichstags übrig blieb. Doch das Ansehen *Brünings* wie der Respekt vor seiner Regierung waren erschüttert. Die Anfänge einer sich allmählich ausbreitenden Opposition gegen dieses Kabinett lassen sich deutlich erkennen, die der Gegnerschaft des deutschnationalen Parteiführers *Hugenberg* neuen Auftrieb gab. Es erscheint nicht unangemessen, die Ereignisse der nächsten zwölf Monate und die rasche Veränderung der wirtschaftlichen Lage auch in dem Aspekt zu betrachten, ob sie eine Beschleunigung oder eher eine Verzögerung in dem Prozeß der Fortbildung der Opposition bewirkten. Für die Monate nach der Entscheidung für eine Neuwahl des Reichspräsidenten traf gewiß das erste zu; für die Zwischenzeit läßt sich dies jedoch nicht feststellen.

III. Notverordnung, Reichstagsauflösung und Neuwahl

Die schwerwiegende Entscheidung, mit Hilfe des Reichspräsidenten und mit dem Artikel 48 den Haushaltsausgleich herbeizuführen[145], vor der *Luther* noch während einer Fahrt nach Basel aus seinem Zuge eindringlich warnte, weil er ein ungünstiges Echo auf eine deutsche Finanzdiktatur im Ausland befürchtete[146], erscheint zumindest zu diesem Zeitpunkt überaus unglücklich. *Brüning* stieß Warner und Mahner vor den Kopf; er wartete auch das Ende der unter zunehmenden Schwierigkeiten geführten Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften nicht mehr ab. In der nachfolgenden Auseinandersetzung im Reichstag ging dann die Verbindung zur Sozialdemokratie völlig verloren, entschied sich aber auch die Mehrheit der Deutschnationalen gegen die Regierung. Ihrer Niederlage folgte die Auflösung des Reichstags, die jedoch weithin Ungewißheit und Unsicherheit hinterließ, jedenfalls nicht als Ausdruck der Stärke des Reichskanzlers erschien.

Die sich schnell verschlechternde Wirtschaftslage, Steuerausfälle und die Vergrößerung der Arbeitslosigkeit schlugen sich schon wenig später in einer düsteren Prognose über die Reichsfinanzen nieder[147], die zum Jahresultimo 1930 wieder ein ähnlich prekäres, eher größeres Kassendefizit ankündigte, als 1929 entstanden war. Die umkämpften Gehaltskürzungen büßten ihre Bedeutung als rettendes „Notopfer" ein; die schweren Wellen der Krise überrollten schon nach wenigen Wochen das lange und heftig umkämpfte „Opfer". Die Regierung *Brüning* wollte ihrer ursprünglichen Geschäftsgrundlage nach eine Regierung der Sanierung und der finanzpolitischen Reformen nach Annahme des Young-Plans sein. Sie brachte den Haushaltsausgleich für das laufende Jahr nur mit Hilfe des Artikels 48 zustande; aber schon stand weitaus Schlimmeres bevor.

Schäffer erblickte den nächsten Ausweg in einer neuen Auslandsanleihe, diesmal vom New Yorker Bankhaus Lee, Higginson & Co. Mit *Luther* stimmte er in der

145 Die Haltung der Parteien ist eingehend dargestellt von K. D. Bracher, Auflösung, S. 337 ff.

146 Nr. 108.

147 Nr. 134.

Annahme überein, daß die wirtschaftliche Krise länger anhalten werde und ihre Beendigung durch eine Konjunktur von der Art der Jahre 1927 und 1928 nicht zu erwarten sei. *Schäffer* deutete eine internationale Orientierung in dem Gedanken an, für Länder, die noch erschlossen werden müßten, Kredite zu mobilisieren und die wirtschaftliche Entwicklung in einen weiteren Rahmen hineinzuführen, während sich der Reichsbankpräsident auf seine Bemerkungen von Eilsen im Vorjahr[148] bezog und die Hebung des Konsums empfahl. Obgleich mit Lohn- und Preissenkungen im Grunde der Deflationskurs bereits eingeschlagen war, hielt *Luther* auch in der „Reinigungskrise" des kapitalistischen Wirtschaftssystems an diesem Gedanken fest.

Der Ausgang der Reichstagswahl am 14. September veranlaßte *Schäffer,* für eine beschleunigte Kreditaufnahme im Ausland zu sorgen[149]. Anfang Oktober hatte er sein Ziel erreicht und eine Anleihe des Reiches in Höhe von 125 Millionen $ (mehr als eine halbe Milliarde RM) gesichert, die ein Konsortium unter Führung von Lee, Higginson & Co. aufbrachte, die größte Auslandsanleihe, die der Reichskasse jemals zugeführt wurde. Es läßt sich kaum darstellen, wie das schwere Krisenjahr 1931 ohne diese beträchtliche Auslandshilfe verlaufen wäre. Daß sich *Schäffer* wegen der Reaktionen in der Bankwelt zu Recht sorgte, bestätigte die Mitteilung *Luthers* über das Alarmzeichen erster größerer Devisenabzüge. Die Konsequenzen, die beide hieraus zogen, waren allerdings unterschiedlicher Art. Während *Luther* die äußerste Rechte „vor die Notwendigkeit einer praktischen Arbeit stellen", also doch wohl an die Reichsregierung heranziehen wollte, damit sie sich nicht auf „wirtschaftspolitisch unmögliche Theorien" festlegte, erkannte der um die Anleihe bemühte *Schäffer,* daß eben diese Rechte „durch die Art ihres Auftretens ihren Kredit im Auslande" bereits erschüttert hatte.

Das Wahlergebnis, das außerhalb des politischen Katholizismus den Niedergang der in den Fragen über Einigung oder Neuformierung in aussichtslosen Kontroversen zerfallenden Parteien dokumentierte und die Nationalsozialisten als größte und in raschem Aufschwung befindliche Gewinner auswies, kam für die meisten Beobachter völlig überraschend. *Blanks* Warnung vor Voraussagen wurde bestätigt und seine Ahnung, daß NSDAP, KPD und SPD allen anderen Parteien gegenüber die Mehrheit darstellen könnten[150], sogar übertroffen. *Schäffers* Befürchtungen hatten die NSDAP erst in der Größenordnung einer Mittelpartei – und nicht schon an zweiter Stelle – aus der Wahl hervorgehen sehen[151]. *Koch-Weser* und *Curtius* zeigten sich ähnlich konsterniert wie die Zentrumsführung und die Volkskonservativen. *Reuschs* Engagement zugunsten der großen „Sammlungspartei", auch über die Presseorgane, in denen er Einfluß besaß, war unmittelbar vor der Reichstagswahl ebenso beachtlich wie vergeblich gewesen. Er sagte von sich selbst, er habe auf die Parteiführer „die stärksten Druckmittel angewendet, die überhaupt anzuwenden waren"[152]. Damit meinte er wohl in erster Linie *Scholz,* dem sich *Koch-Weser* immer wieder entzog, wohl auch die BVP Fritz *Schäffers.*

148 Vgl. o. Anm. 85 u. 86.

149 Nr. 138, 141.

150 Nr. 129.

151 Nr. 126.

152 Nr. 133.

Doch bis zur Wahl hatte diese Aktion nicht mehr als eine Vereinbarung der Volkskonservativen und der DVP in Hinblick auf einen gemeinsamen Wahlaufruf ergeben. Das bescheidene Ergebnis beweist die Erfolglosigkeit der Bemühungen selbst eines der scheinbar mächtigsten Industriemagnaten gegenüber verschiedenartigen „bürgerlichen" Parteien.

Dies alles ließ den Versuch einer politischen Koordination durch den Reichskanzler von vornherein äußerst schwierig erscheinen. Auf längere Sicht wirkte sich zudem die Haltung des Reichsjustizministers *Bredt* im sogenannten Reichswehrprozeß vor dem Reichsgericht verhängnisvoll aus. Seine übertriebene Zurückhaltung und die Art der Verhandlungsführung durch den Senatsvorsitzenden boten *Hitler* die überraschende Gelegenheit, mit dem Wahlerfolg in die Zone der Mentalreservationen einzudringen und mit seinem sogenannten „Legalitätseid" eine kaum zu überschätzende Rolle vor der Öffentlichkeit zu spielen[153]. Der Reichskanzler selbst und der Reichswehrminister traten in unmittelbare, wenn auch jetzt wie später zu keinen greifbaren Ergebnissen vorstoßende Verhandlungen mit Führern der NSDAP ein. Die innerpolitische Lage war von Grund auf verändert.

Eine Wiederherstellung der Großen Koalition schien manchem Betrachter vernünftig und auch greifbar. *Schäffer,* der schon vorher die maßvolle Haltung der SPD – bis auf die Frage der Arbeitslosenversicherung – hervorgehoben hatte, erörterte diesen Gedanken, erkannte freilich die rechnerisch erforderliche Einbeziehung der Wirtschaftspartei als Hemmnis[154]. Ähnliche Überlegungen stellte auch *Kastl* im Vorstand des RDI an[155], der sich schon vorher zu Staatssekretär *Pünder* gegen eine Beteiligung der NSDAP ausgesprochen hatte, wohl aber dafür, daß Reformen „parlamentarisch im neuen Reichstag" verankert würden, was rechnerisch nur mit Hilfe entweder der NSDAP oder der SPD möglich war. Der aus der DNVP ausgeschiedene ehemalige Reichstagsabgeordnete *Hoetzsch* hielt sogar einen sozialistischen Reichskanzler für unumgänglich[156]. Tatsächlich unternahm *Brüning* Schritte, um seine Regierung mit Hilfe Otto *Brauns* durch Bindung der Sozialdemokraten zu stärken.

Die Volkskonservativen waren nach ihrem eklatanten Fehlschlag kaum noch geeignet, die Einhaltung einer scharfen Distanz zwischen der Regierung und der SPD durchzusetzen und dafür die Absicherung nach rechts zu gewährleisten. Die Unterrichtung des bayerischen Gesandten durch *Pünder* erhielt die hoffnungsvolle Mutmaßung, daß in den nächsten Wochen eine Verbindung zwischen Reichs- und preußischer Regierung und darüber hinaus eine Festlegung der SPD auf den Regierungskurs gelingen werde, so daß „damit die Gefahr einer, wenn auch verfassungsmäßigen Diktatur, die sonst drohen würde, gebannt wird"[157].

153 Staat und NSDAP, S. 159–163, XXXV ff.; Peter Bucher, Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30 (Wehrwissenschaftliche Forschungen, Abt. Militärgeschichtliche Studien, 4), Boppard 1967, S. 278 f., 284–294, 298; Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor Bredt 1914 bis 1933, bearb. von Martin Schumacher (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, 1), Düsseldorf 1970, S. 250 f.

154 Nr. 138, 126.

155 Nr. 140.

156 Nr. 137.

157 Nr. 139.

Der Reichspräsident ließ jedoch gleich nach der Wahl den Reichskanzler wissen, daß er einen Rücktritt des Kabinetts auf gar keinen Fall annehmen werde, um jede Erwägung in diese Richtung abzuschneiden. Das konnte und sollte wohl eine Rückenstärkung des Reichskanzlers gegenüber dem Aufschwung der NSDAP bedeuten, schließt aber eine ebensolche Überlegung hinsichtlich der SPD nicht aus. Tatsächlich verhandelte *Brüning*, seinem eigenen Zeugnis zufolge, nur kurz mit der SPD, danach mit nationalsozialistischen Führern, was offenbar sowohl dem Versuch der Erkundung als auch dem hinhaltenden Taktieren diente[158].

Im Hinblick auf die SPD war die Einigung nicht allzu schwierig. Die Zusage der Duldung seiner Regierung im Reichstag verschaffte dem Reichskanzler, neben der Zusage *Hindenburgs*, eine zweite Garantie. Daß die sozialdemokratische Parteiführung nicht für seine Politik Stellung nahm, bot *Brüning* den Vorteil, daß auch er sich der SPD gegenüber nicht festzulegen brauchte, was ihn wahrscheinlich über kurz oder lang um die Stützung durch den Reichspräsidenten und einige der hinter den Reichsministern seiner Regierung stehenden Parteien und Gruppen gebracht hätte. Den Mitgliedern und Anhängern der SPD gab die Parteiführung ihren Kurs, der die Regierung *Brüning* „tolerierte", parlamentarische Angriffe auf sie abwies, aber dennoch für ihre Politik nicht eintrat, mit der dialektischen Begründung bekannt, daß ein Rücktritt oder Sturz des Kabinetts nur zu einer Regierung auf der Grundlage des Notverordnungsrechts des Reichspräsidenten, zu einem Beamtenregime nach dem Artikel 48 oder zu einem Reichskabinett mit *Hugenberg* und der NSDAP führen würde[159]. Gerade diese deutlich erkannte Möglichkeit zeigt die Überzeugung an, die sich auch in der Masse der Parteiangehörigen zu festigen begann, daß die Regierung *Brüning* nunmehr gegenüber jeder anderen denkbaren Regierung die bessere, zumindest das kleinere Übel sei. Nachdem der Reichspräsident seine Auffassung und dann die Reichstagswahl die Stimmungen und Strömungen in der wählenden Bevölkerung offenbart hatten, ergriffen nunmehr die Führer der SPD die Möglichkeit, mit der Erhaltung der Regierung ihre politische Redoute zur Verteidigung herzurichten[160], obgleich sie die Entschlüsse der Regierung weder beeinflussen noch voraussehen konnten. Damit war im Grunde die parteipolitische Konstellation bleibend fixiert, nachdem die Reichstagswahl den Zusammenbruch der Neuformierungsversuche der an der Regierung beteiligten Parteien ergeben hatte und *Brüning* nur noch wenige Wege offen ließ.

IV. Brüning und Hugenberg

Stetigkeit und Beharrlichkeit zeichneten die andere Seite aus. Der Reichspräsident hielt sich in allen Wandlungen, die die Krise brachte, an seine Veteranen und Gefährten – oder die er dafür hielt – und stand der DNVP politisch und geistig am nächsten, so daß er auch immer wieder in ihren Kreisen nach geeigneten Anwärtern für Ministerämter Ausschau hielt. Allerdings erschwerte seine Abneigung gegen Hugenberg die Verwirklichung seiner Wünsche, die der alte Mann

158 Brüning, Memoiren, S. 187.

159 Nr. 153.

160 Dies erkannte *Gilsa* sofort und berichtete er mit deutlichem Mißfallen. Nr. 160.

aber doch im Grunde seines wenig wandelbaren Wesens nie aufgegeben haben dürfte. Später behielt oder gewann die DNVP trotz ihrer unsicheren Wahlerfolge eben in den Augen derer Bedeutung, die zwar eine Rechtsregierung wünschten, aber doch Sicherungen gegenüber den Nationalsozialisten erhalten wollten, die von den Regierungen im Reich oder in den Ländern auf die Dauer nicht ausgeschlossen bleiben konnten. In dieser Perspektive wuchs der DNVP eine Schlüsselstellung zu.

Indirekt läßt sich die Verlegenheit des Kanzlers nach dem Wahlergebnis vom 14. September aus den Schilderungen seiner Bemühungen um *Hitler* und *Hugenberg* Anfang Oktober 1930 entnehmen. Der Erfolg blieb im ersten Falle überaus fragwürdig, im zweiten gänzlich aus. Vielleicht ohne es ganz zu wollen, ist *Brüning* in seiner Darstellung eines weiteren Gespräches unter vier Augen mit *Hugenberg* am 26. November die deutliche Wiedergabe der Atmosphäre gelungen wie auch der beiden Charaktere, die einander gegenübersaßen. Er nennt dies „die entscheidende Aussprache mit *Hugenberg,* die über vier Stunden dauerte. Was mir an Menschlichkeit, Liebenswürdigkeit, Wärme und letzter Offenheit im politischen Leben überhaupt je zur Verfügung stand, setzte ich von Anfang an ein, um *Hugenberg* zu gewinnen". Doch plötzlich „sah *Hugenberg* nach der Uhr stand auf und sagte als Abschluß der Unterhaltung mit stereotyper, eiskalter Miene: ‚Ich bin jetzt mehr überzeugt denn je, daß ich immer recht hatte. Deutschland steht mitten in dem von mir vorausgesagten Zusammenbruch. Das ist mir nach Ihren ausführlichen Darlegungen klarer denn je. Deshalb muß ich Sie und das ganze System bekämpfen.' Ich antwortete ihm daraufhin, in der Erkenntnis der Gefahren stimmten wir beide wohl seit langer Zeit überein; ich könne aber nach meiner Auffassung der Politik nicht warten, bis der Zusammenbruch eingetreten sei. Für mich gebe es nur eines: Genau wie im Felde mich dort einzusetzen, wo eine Gefahr noch zu verhüten sei. Ich gäbe trotzdem die Hoffnung nicht auf, doch mit ihm zusammenarbeiten zu können und würde ihn zu häufigeren Aussprachen, in denen ich zu rückhaltloser Auskunft über die jeweiligen Ziele und Phasen der Außenpolitik bereit sei, bitten. Eine kühle, stumme Verbeugung war die Antwort[161]."

Diese Schilderung mit der Darstellung seiner eigenen Rolle dürfte *Brüning* kaum frei erfunden haben. Sie erlaubt in mehreren Beziehungen Aufschlüsse und Rückschlüsse und läßt nicht nur die Ungewißheiten seiner aufs Taktieren abgestellten Politik durchscheinen. Die Art, wie er dies schildert und sich selbst wiedergibt, wirft auch ein Licht auf die merkwürdigen Einseitigkeiten seines Wesens und seine erstaunliche Phantasielosigkeit in der Einschätzung anderer Menschen und ihrer Eigenarten, auch der Fähigkeiten mancher Parteimänner, denen er sich zu nähern versuchte.

An allen der vielen kritischen Punkte während der Regierung *Brüning* tritt dieser Gegensatz deutlich zutage. Er bezeugt das Ringen des Reichskanzlers mit *Hugenberg* um den Anspruch auf die wirkliche Führung der patriotisch gestimmten nationalen Rechten, in dem von Anbeginn die Rücksicht auf die NSDAP und schließlich ihre Einbeziehung in das Kalkül seit September 1930 großen und wachsenden Raum einnimmt. Das erlaubte schließlich *Hitler,* sich mit eigenem

161 Brüning, Memoiren, S. 210 f.

Gewicht an diesem Kampf zu beteiligen, während *Brüning* sich durch die Pflichten seines Amtes, die Situation im Reichstag und durch manche unaufgebbaren Verbindungen seiner Partei zur Weimarer Koalition gezwungen sah, einen offenen und schroffen Bruch mit der Linken und der Mitte zu vermeiden.

Die rücksichtslos entschiedene, starr anmutende Haltung *Hugenbergs* schien ihm in diesem Zusammenhang auch eine Daueraufgabe zuzuweisen, der kein Konkurrent innerhalb seiner Partei noch ernsthaft gewachsen war, so daß die in vielen Zeugnissen immer wieder auftauchende Frage nach einer Ablösung des Parteiführers und einer personellen Alternative sich regelmäßig alsbald auch wieder erledigte. Wahrscheinlich hat kein deutscher Parteiführer dieser Jahre außerhalb seines engeren persönlichen Anhangs so viele Antipathien und Zweifel an seiner Persönlichkeit hervorgerufen und Nachteile hierdurch in Kauf genommen wie *Hugenberg*. Doch die Unwandelbarkeit seiner Eigenarten und Ansichten, zu denen er sich selbst stolz bekannte, und sein engherziges, niemals auf die Sache abstellendes Streben nach Erhaltung und Ausbau seiner Position trugen entscheidend dazu bei, die Parteikrise im Sommer 1930 zu überstehen und womöglich die DNVP länger als politischen Faktor am Leben zu erhalten, als ihr sonst beschieden gewesen wäre. Die Folgen liegen freilich auf der Hand.

Auch den von anderen Seiten kommenden Bemühungen um eine größere politische Sammlung hat sich die DNVP unter *Hugenbergs* Führung stets versagt und den Anspruch auf die reale oder wenigstens die ideelle Führung der nationalistischen Rechten niemals preisgegeben. In der Tat behauptete *Hugenberg*, nicht zuletzt mit Hilfe seines eigenen Presse- und Filmkonzerns, ein gewisses Maß an Unabhängigkeit sowohl dem Reichspräsidenten als der Reichsregierung, den schwerindustriellen Ambitionen[162] als auch den agrarischen Interessen gegenüber – im Widerstreit mit allen anderen Parteien. Doch die von ihm – schon seit April 1930 im Hinblick auf „die kommende Reichspräsidentenwahl" – geknüpften Beziehungen zur NSDAP überstanden die Ära *Brüning* nur für eine kurze Zeit. In Anbetracht der absehbaren innerpolitischen Entwicklung in Deutschland sinken die Augenblickserfolge seiner taktischen und strategischen Schachzüge zur Bedeutungslosigkeit herab, bleibt fürs Ende nur das völlige Scheitern einer Parteipolitik zu konstatieren, die auf ihrem Wege bis zu diesem Punkte mehr als eine andere Kraft dieser Jahre andere Politiker, Kräfte und politische Programme zum Scheitern brachte. Doch der Kreis der Ereignisse, aus dem dieses Fazit zu ziehen ist, liegt außerhalb des zeitlichen Rahmens, den die Thematik hier setzt.

---

162 Vgl. Nr. 46. *Hugenberg* durfte bis in die frühen zwanziger Jahre als Mittler westdeutscher industrieller Einflüsse in der DNVP gelten, geriet dann aber in einen politischen Gegensatz zu *Reusch*. Daß er, gestützt auf seinen Pressekonzern, seine eigenen Wege ging, hebt Klaus-Peter Hoepke nach Studien im Nachlaß Hugenberg hervor, Alfred Hugenberg als Vermittler zwischen großindustriellen Interessen und Deutschnationaler Volkspartei, in: Industrielles System, S. 914 ff. Das abschließende Urteil S. 918: „Es hieße, die subjektive Seite der *Hugenbergschen* Biographie zu verzeichnen, wollte man *Hugenberg* als Vertreter irgendwelcher spezieller Wirtschaftsinteressen ausweisen. Das schließt nicht aus, daß *Hugenbergs* Wirken je nach den Zeitumständen merkliche Akzentuierungen erkennen ließ."

V. Innere und äußere Aspekte einer Revision der Reparationspolitik

Als sich die erste Aufregung über das Ergebnis der Reichstagswahl vom 14. September gelegt hatte, ließen sich Stimmen vernehmen, die eine neue Bewertung des Erfolges der NSDAP für angebracht hielten und den bleibenden Wunsch, „zu größeren Fronten zu gelangen", in neuen Varianten entwickelten. Optimisten konnten die starke Zunahme der NSDAP-Wähler als vorübergehende Erscheinung betrachten; immerhin schien die nationalsozialistische Bewegung durch ihr erstaunlich rasches Wachstum Eigenschaften unter Beweis zu stellen, die einen Brückenschlag erforderten, „um die Aufnahmestellung zu schaffen für den Augenblick, wo dort unter dem heilsamen Einfluß praktischer Verantwortung Selbstbesinnung eintritt[163]". Wahrscheinlich unterschied sich diese Absicht, die unerwartet groß gewordene Partei entgegenkommend zu beurteilen, um ihre Kräfte in neue Kanäle zu leiten, zunächst kaum sonderlich von jener Rechtswendung, die *Koch-Weser* überstürzt und voreilig an dem kleineren und scheinbar ungefährlicheren Objekt des Jungdeutschen Ordens Arthur *Mahrauns* vorexerziert hatte. Schon diese weitaus bescheidenere politische „Hakenschwenkung" erwies sich als vollständiger Fehlgriff, dessen Folgen auf den Urheber zurückfielen[164].

Auf einen Vorschlag aus der Ruhrlade[165], den Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien, unter Ausschluß der Staatspartei, aber unter Einschluß *Hugenbergs,* anzusteuern, in einem zweiten Schritt sodann die Verbindung mit Zentrum und BVP herzustellen, um schließlich in einem dritten „Fühlung" mit der NSDAP aufzunehmen und so eine Mehrheit im Reichstag zu bilden, wollten sich die Ruhrindustriellen nicht festlegen. Trotz der zentralen Position, die *Hugenberg* zugedacht war, stand nicht einmal dessen Zustimmung in Aussicht, um die sich *Springorum* bemühte. Eine politische Übereinstimmung, die über die Erörterung aktueller Entscheidungen und Maßnahmen der Reichsregierung hinaus in die Zukunft gegriffen hätte, kam weder im RDI noch im engeren Kreis der nordwestdeutschen Schwerindustrie zustande, was trotz der wechselnden Tonart, in der die Auseinandersetzungen mit und über *Brüning* geführt wurden, nicht übersehen werden soll. Nach dem Wahlergebnis vom 14. September 1930 war auch im Blickwinkel der führenden Männer der deutschen Industrie so etwas wie eine politische Pattsituation zwischen mehreren „Parteien" entstanden, unter denen im Grunde nur noch vier, die SPD, die NSDAP, *Hugenbergs* DNVP und die Regierung mit den hinter ihr stehenden Gruppen und dank ihrer Verbindung zum Reichspräsidenten ernsthaft zählten.

Die folgenden Bewegungen in der deutschen Wirtschaft und Politik waren vor allem anderen Reaktionen auf die allmählich stärker fühlbar werdende weltweite

163 Nr. 144. Daß ähnliche Gedanken auch innerhalb der Zentrumsfraktion vorgebracht wurden, bezeugt Heinrich Köhler, Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949, unter Mitwirkung von Franz Zilken hrsg. von Josef Becker (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe A, 11), Stuttgart 1964, S. 299 f.

164 Hierzu besonders *Kochs* Auslassungen in einer Sitzung des Parteivorstandes der DDP am 5. Mai 1930; BA, R 45 II/22. Vgl. auch Nr. 76 u. Nr. 145.

165 Nr. 150.

Depression. Nachdem der innere Markt dem Deflationskurs untergeordnet war, verfielen sichtlich die äußeren Märkte, so daß sich der Exportindustrie geringere Aussichten boten. Dies wirkte sich wieder auf die Preise im Innern aus. Die Reichsregierung hatte nach längeren Verhandlungen durch Notverordnung eine Kohlepreissenkung verfügt, die jedoch nur der wirtschaftlich gebotenen Preistendenz folgte. Das war während der Verhandlung verschwiegen worden, um eine Lohnsenkung anzuknüpfen, die die Reichsregierung, die offenbar den Überblick verloren hatte, auch in ihre hierauf zugeschnittene Notverordnung einbezog[166]. Während dieser Verhandlungen äußerte *Leipart* für den ADGB die Befürchtung, daß bei nachlassenden Exporten und Erträgnissen der Industrie ein Abbau der sozialen Leistungen drohe, falls die Reparationsverpflichtungen weiterhin erfüllt würden[167]. Mit dieser Andeutung des Einschwenkens der Gewerkschaften auf einen Revisionskurs und mit der Forderung nach weiteren Preissenkungen unter „gesetzlicher Kontrolle" tauchten auch für die Regierung zwei neue Gesichtspunkte auf.

Für die gesamte Wirtschaft nahm bereits Mitte Oktober 1930, als eben die größte Auslandsanleihe der Reichsregierung gesichert war, der rasche Abfluß von Geldern ins Ausland bedenkliche Formen an, so daß man sich um neue Kredite sorgte und auch schon Kreditrestriktionen der Reichsbank befürchtete[168]. Unter diesen Voraussetzungen konnten die Forderungen der Landwirtschaft nach Drosselung der Lebensmitteleinfuhren, nach einem Inlandshandelsmonopol für Südfrüchte und nach Revision bestehender oder Verhinderung des Abschlusses neuer Handelsverträge nur als zusätzliche Belastung wirken. Die Führer des Deutschen Landvolks, *Döbrich, Hepp* und *Gereke,* trugen dies mit Unterstützung *Schieles Hindenburg* am 23. Oktober vor[169]. Die Osthilfe galt bereits als völlig unzulänglich für „eine Sanierung der östlichen Landwirtschaft". Im Dezember folgten, jedesmal gemeinsam mit Reichsernährungsminister *Schiele,* der Reichslandbund unter Graf *Kalckreuth* und namens der „Grünen Front" *Hermes* und *Fehr,* die in ihren Immediatvorstößen beim Reichspräsidenten gleiche und weitere Forderungen, mit Anspielung auf die Gefahr „gewaltsamer Ausbrüche" in der Bevölkerung[170], präsentierten, was aber dann doch eine Niederlage *Schieles* im Reichskabinett nicht verhinderte.

Die Anwendung des Artikels 48 wirkte stimulierend auf Phantasie und Aktivität der großen Spitzenverbände, deren steter, in der unbestreitbaren Notlage noch stärker akzentuierter Appell sich wechselnd an Minister, Reichsregierung, Reichskanzler und Reichspräsidenten wandte. Im Reichstag und in seinen Ausschüssen schalteten sich die Parteien ein, ohne indessen noch in dem heiklen handelspolitischen Dilemma regulierend zu wirken oder überhaupt wirken zu wollen. Die heftig geführte Zolldebatte und das Zögern vor dem Abschluß oder das Ausbleiben der Ratifikation neuer Handelsverträge ließ Gegenzüge der betroffenen, Agrarpro-

166 Nr. 151. Verordnung des Reichspräsidenten über die Beilegung von Schlichtungsstreitigkeiten öffentlichen Interesses vom 9. Januar 1931, RGBl. I 1931, S. 1.

167 Nr. 149.

168 Nr. 151.

169 Nr. 158.

170 Graf *Kalckreuth,* Nr. 172; Nr. 179.

dukte exportierenden Staaten befürchten, die dann die deutsche Ausfuhrindustrie zu spüren bekam.

Das Genfer Zollfriedensabkommen, das nach längerem Betreiben des Völkerbundes im Februar 1930 zustande gekommen war, verpflichtete die Staaten, bis April 1931 auf Zollerhöhungen zu verzichten. Der Reichstag hatte es bereits angenommen. Frankreich verzögerte jedoch die Entscheidung. Bis zum Ablauf der gesetzten Frist, am 1. November 1930, hatten nur Großbritannien, die vier nordeuropäischen Länder, Belgien und die Schweiz das Abkommen ratifiziert. Die Welthandelsbeziehungen hätten hiervon Nutzen haben können. Doch der schutzzöllnerisch angelegte Smoot-Hawley-Tarif zugunsten der amerikanischen Landwirtschaft, der nach Versprechungen des Präsidenten *Hoover* im Juli 1930 in Kraft trat, gab das Signal zu einer Wende der internationalen Handelspolitik, der in der wissenschaftlichen Literatur keine geringe Bedeutung im Hinblick auf die Ausweitung der Krise beigelegt wird. Der deutsche Außenhandel konnte bald nur noch mit einem schrumpfenden Marktbereich rechnen, der aufs höchste gefährdet war, sobald die Forderungen der Landwirtschaft nach Importrestriktionen durchdrangen. Im Grunde wurde die ganze auf Exportsteigerung angelegte Preis- und Lohnsenkungspolitik in Frage gestellt; die Grundlagen der Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik gerieten ins Schwanken, wenn auch nicht sogleich durch unmittelbare Wirkungen der amerikanischen Zollpolitik, so doch durch die rasche Aufnahme des Beispiels und seine radikale Formulierung in Deutschland.

Die latente Schwäche der deutschen Wirtschaft konnte in der Tat zur Störung der Kapitalzufuhr aus dem Ausland und zur Kündigung von Auslandsguthaben führen. Es lag auf der Hand, daß dann die Zahl der Erwerbslosen noch weiter steigen und die politische Radikalisierung wie die Gefahr innerer Unruhen zunehmen würde. Diese Befürchtungen waren nicht aus der Luft gegriffen. In der Kontroverse zwischen RDI und agrarischen Interessen hielt sich allerdings die Kohlenindustrie, die weniger Nutzen vom Export, mehr von der Landwirtschaft hatte, deutlich zurück. Sie drohte schon Ende 1930 mit ihrem Ausscheiden aus dem RDI. *Thyssen* neigte bereits der NSDAP zu, während *Silverberg* die Regierung zu stützen versuchte, sich aber für eine reformierte Osthilfe einsetzte, die schon weithin pessimistisch beurteilt wurde. *Luther* deutete bereits die Vision einer großzügigen Aufforstung und der Reduzierung der Ackerbauflächen an, um Unternehmer, Pensionäre, Rentner und Touristen durch steuerliche Präferenzen in den Osten zu ziehen[171]. Natürlich lag dies den agrarischen Petenten ebensowenig im Sinn wie die späteren Großbesiedlungspläne für Ländereien aus überschuldeten und als nicht mehr entschuldungsfähig erklärten Gütern.

Der Gegensatz zwischen den autarkistischen Tendenzen der agrarischen Interessenten und dem Export- und Freihandelspostulat der Industrie hat sich seit Ende 1930 ständig verschärft. Da die Regierung *Brüning* von den widerstreitenden Mächten, über die Person des Reichspräsidenten, hin- und hergerissen wurde, entschloß sie sich, außenpolitisch aktiv zu werden, die Revision der Reparationsverpflichtungen anzubahnen, über die es im Innern keine nennenswerten Differenzen im Grundsatz mehr gab, und dem Primat dieser Entscheidung die innere Wirtschaftspolitik unterzuordnen.

171 Aktenvermerk *Schäffers* vom 6. 11. 1930; nicht abgedruckter Schlußteil von Nr. 161.

Ein Vorstoß mehrerer Parteien, die nach der Neuwahl des Reichstags ein Moratorium der Reparationszahlung verlangten und die Front gegen den Young-Plan zu erneuern versuchten, bot den ersten Anlaß zur ausführlichen Erörterung im Auswärtigen Ausschuß[172]. Eine Gegenposition wurde von SPD und Zentrum kaum noch, von Reichsaußenminister *Curtius* schon gar nicht mehr verteidigt. *Dietrich* legte nahezu hoffnungslose Aussichten dar, unter den gegebenen Bedingungen ein Transfer- oder ein Zahlungsmoratorium für die deutschen Leistungen nach dem Young-Plan zu erreichen. Er hob aber auch hervor, daß eine deutsche Aktion zum Abzug der Auslandskredite führen und noch größere Schwierigkeiten heraufbeschwören könnte. Dennoch ließ er bereits laufende Vorbereitungen durchblicken, für die *Luther* das treffende Wort „Erfüllungsoffensive" prägte. Nur auf dem Wege über eine untadelige Erfüllung der Bestimmungen des Haager Abkommens schien eine Entlastung von den Reparationsverpflichtungen denkbar, die Deutschland nicht in das Odium der Unzuverlässigkeit oder gar Vertragsverletzung bringen mußte und keinen Rückzug ausländischer Gelder einleitete. Auch der englische Botschafter Sir Horace *Rumbold* warnte *Curtius* und *Brüning* vor der Beantragung eines Zahlungsmoratoriums. Nicht der Young-Plan habe Deutschlands Schwierigkeiten verschuldet. Dies sei auf andere Gründe zurückzuführen; der Botschafter nannte vor allem den Aufstieg der *Hitler*-Partei[173].

Die zuständigen Ministerialreferenten arbeiteten in ihren Stellungnahmen[174] den Vorrang heraus, der der Kreditaufnahme im Ausland vor jedem anderen finanzpolitischen Ziele zukommen müsse. Das aber verlangte eine ruhige und stetige Entwicklung in Deutschland und schloß eine deutliche programmatische oder gar propagandistische Bekundung des Revisionsgedankens aus. Da man gar keine Entscheidung vor der Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten im November 1932 erwartete, schien es geboten, auch im stillen nur langsam und möglichst lange noch unauffällig den Kurs der Revisionspolitik einzuschlagen.

Ein derartig hoher Grad äußerster Vorsicht, wie er empfohlen wurde, ließ sich indessen niemals wirklich erreichen. Denn die Regierung verfolgte die Revisionspolitik zur Verteidigung ihrer Position und versuchte, alle sich ihr bietenden Gelegenheiten beim Schopfe zu fassen, um ihre wiederholt bezweifelte Entschlossenheit unter Beweis zu stellen, zumal die größten Interessenorganisationen in ihrem Druck nicht nachließen und schon deshalb die Entscheidung aus dem kryptischen Hintergrund ans Tageslicht drängte. Um ganz und gar den Entschlüssen der Reichsregierung zu vertrauen und in diplomatischer Distanz die Entwicklung zu verfolgen, war doch die allgemeine Erregung viel zu groß und dauerte die Krise zu lange. Die vielfach beklagten und realen Notstände hätten es keiner Gruppe ratsam erscheinen lassen, das Geschehen bloß mit abgemessenen Äußerungen zu begleiten.

Noch vor Ablauf November 1930 erörterten *Brüning* und *Kastl* vor dem Hauptausschuß des RDI die künftige Reparationspolitik[175], wobei *Kastl* unter Berufung auf *Luther* dessen Gedanken aufnahm und die Konzeption deutlich zu formulieren

172 Nr. 159.

173 Nr. 174.

174 Nr. 164.

175 Nr. 167.

versuchte. Da *Kastl* wegen seiner Mitwirkung im Sachverständigenbeirat zum Young-Plan gerade in diesen Wochen heftig angegriffen wurde, erscheint es verständlich, daß er jetzt die neue Rolle übernahm. Der stetige Rückgang des amerikanischen wie des englischen Exports schien bei äußerster Erfüllung des Young-Plans, nach dem Erfordernis der optimalen „productiveness", die deutsche Konkurrenz auf dem zerfallenden Weltmarkt in ein starkes Druckmittel zu verwandeln, dem sich die Reparationsgläubiger nur durch Minderung oder Beseitigung des Druckes der Reparationsforderungen an Deutschland entziehen konnten. „Je schärfer wir unsere Verpflichtungen . . . betonen, um so größer werden unsere Rechte."

Die Reichsregierung mußte jedoch immer den anderen, in ihren Erwägungen doch noch wichtigeren Gesichtspunkt beachten, den Kredit im Ausland für die Zukunft zu sichern. Im Grunde gab es mehrere Zweckbestimmungen einer Reparationspolitik, die sich kaum vorausschauend zuverlässig gegeneinander abwägen und abgrenzen ließen: Der Export sollte zunehmen, dies durch Kostensenkung und Lohnpolitik im Innern gefördert werden, was einen möglichst freien Handel voraussetzte, dem sich die agrarischen Spitzenverbände widersetzten. Gleichzeitig sollte die Währung stabil und der Kredit im Ausland erhöht werden, was eine möglichst harmonische Bereinigung der Wirtschaftskonflikte voraussetzte. Schließlich wollte man eine Revision der Reparationsverpflichtungen erreichen, was sich nur streng geheim in die Wege leiten ließ. Das ganze Unterfangen war schlechterdings riskant, wobei das volle Ausmaß innerpolitischer Auswirkungen dieses Kurses noch nicht einmal in Betracht gezogen wurde. Staatssekretär v. *Bülow* befürchtete lediglich, daß die bisherige Reparationspolitik „innerpolitisch nicht mehr zu halten" sei; und *Brüning* meinte Anfang 1931, sie „während des ganzen Jahres 1931" weder privatwirtschaftlich noch staatsfinanziell durchhalten zu können[176]. Daher hielt er das Aufspüren eines Weges, um aus den Verpflichtungen des Young-Plans herauszukommen, für dringend erforderlich.

Die widersprüchliche Doppelgleisigkeit der Außenpolitik konnte indessen zu keinem Ziele führen. *Curtius* appellierte am 25. Januar 1931 an den französischen Außenminister *Briand,* Frankreich solle die „Ventile des Young-Plans" ziehen[177], womit wohl ein Moratorium gemeint sein konnte, das sowohl das Auswärtige Amt als auch der Reichskanzler nicht wünschten, da sie sich hiervon weder eine dauerhafte noch überhaupt eine günstige Lösung versprachen. Zu diesem Zeitpunkt bestand nach den in Berlin hoch veranschlagten Äußerungen des amerikanischen Finanzmannes *Murnane* immer noch ein starkes Interesse von Lee, Higginson & Co., Deutschland Kredit zu gewähren, in Konkurrenz mit der Chase Manhattan Bank und dem Hause Morgan[178]. Doch wenig später wurde das im stillen vorbereitete Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion aufgegriffen, für das es offenbar amerikanische und mindestens in dem Finanzmann *Monnet* auch einen französischen Befürworter gab; aber eine Rückversicherung der französischen Seite gegenüber und die fortgesetzte Verschlechterung der Beziehungen zu Frankreich waren nicht in Betracht gezogen worden. Die Zollunion hätte

176 Beide Zitate Nr. 185, auch Anm. 2.

177 Nr. 187.

178 Nr. 186.

die schwierige Wirtschaftslage des Reiches nicht bessern können. Das Projekt betrachtete man daher im Inland wie im Ausland als innerpolitisch bedingtes Zugeständnis an die Anschlußforderung der NSDAP, deren Anwachsen der französische Botschafter mit steter Sorge verfolgte, aber in erster Linie auf die harten „Hungerverordnungen" der Reichsregierung zurückführte[179].

Schon wenige Wochen später ergab sich, daß Kredite auf dem Kapitalmarkt nicht mehr beschafft werden konnten und daß ein Haushaltsausgleich nach neuen Einnahmeausfällen, mit denen man rechnen mußte, allein noch durch Ausgabensenkung möglich war. Die vorher der Kostensenkung und der Exportförderung gewidmete Politik verwandelte sich nun zwangsläufig in eine Deflation zur Haushaltssicherung, die alle anderen wirtschaftspolitischen Absichten und Gesichtspunkte dem Zweck unterordnete, im Innern Einsparungen zu erzielen mit Hilfe von Notverordnungen, während man nach außen durch Herausstreichen der inneren Notlage ein Nachgeben der Reparationsgläubiger zu erreichen suchte. Als die Dinge so weit gediehen waren, erklärte der Reichskanzler unumwunden das Aufrollen der Reparationsfrage ohne Rücksicht auf Auslandskredite und Ansehen als das nächste Ziel seiner Politik[180]. Sein schärfster Gegner *Hugenberg* scheint sich daraufhin schon die Forderung nach einer alsbaldigen Neuwahl des Reichstages zu eigen gemacht zu haben, vor einer Wiederwahl des Reichspräsidenten, die damit ins Spiel kam und Stellung wie Politik des Reichskanzlers innerpolitisch und außenpolitisch in Frage stellen sollte[181].

Auf der inneren Seite der Wirtschaftspolitik blieb der allmähliche Übergang vom Freihandel zum agrarischen Ausgleichszolltarif mit weitreichenden Ermächtigungen der Reichsregierung, die *Schiele* schließlich gegen den Widerstand von *Curtius, Stegerwald* und *Trendelenburg* durchsetzte[182], heftig umstritten, ohne daß Reichskanzler und Reichsregierung volle Zustimmung bei einer der gegnerischen Gruppen fanden. Dem Lohnabbau widersetzte sich der ADGB, der jedoch mit seinen Forderungen nach Reduzierung der Arbeitszeit, Verlängerung der Schulzeit und einer Stärkung des inneren Marktes durch Förderung des Konsums weder der Schwerindustrie noch der Reichsregierung gegenüber durchdrang. Angesichts der ständig sich verschärfenden Krisenlage blieben aber auch Gegensätze innerhalb der Unternehmerschaft, Differenzen unter den Gewerkschaftsführern und in den heikelsten Fragen auch in der Reichsregierung nicht aus. Die Länder, mit Ausnahme Preußens, begehrten gegen die außerordentliche zentralisierende

179 Bernard Auffray, Pierre de Margerie (1861–1942) et la vie diplomatique de son temps, Paris 1976, S. 476 f.

180 Nr. 199.

181 *Hugenberg* versuchte offenbar, diese Forderung über *Oldenburg-Januschau* in die Umgebung des Reichspräsidenten zu lancieren. Schreiben *Hugenbergs* an Elard *v. Oldenburg-Januschau* vom 16. Februar 1931; Original mit vollem Namenszug *Hugenbergs* BA, Nachl. Schmidt-Hannover, 72a. Ein gewisser Vorbehalt hinsichtlich dieses als „Einschreiben" adressierten Briefes erscheint allerdings angebracht, da sich die Fundstelle im genannten Nachlaß und die von anderer Hand angefügte (oder durchgedrückte) Randbemerkung „Entwurf" nicht ohne weiteres erklären lassen. Aus diesem Grunde haben wohl die Bearbeiter der Edition davon abgesehen, diesen Brief im vollen Wortlaut wiederzugeben. Der Gedanke *Hugenbergs,* den er zu diesem Zeitpunkt schon bezeugt, bleibt jedoch außerhalb dieser Kritik.

182 Nr. 198, Anm. 2.

Gesetzgebung nach dem Artikel 48 auf; und die Kommunen führten heftig Beschwerde über die Lage ihrer zusammenschmelzenden Finanzen.

Eine weiterreichende Formulierung der Revisionspolitik folgte auf die erneut höchst pessimistischen Einschätzungen des Haushaltsdefizits durch *Dietrich* vom März 1931[183]. Aus einer Serie von aufschlußreichen Stellungnahmen im April und Mai ragt die etwas optimistischere material- und gedankenreiche Denkschrift *Schäffers* vom 9. April heraus, die Argumente und Beweggründe zugunsten des Haager Abkommens durchgeht und zu einer bedeutsamen, knapp gefaßten, aber annähernd erschöpfenden Darstellung der Bedingungen und Fehlschläge des Young-Plans gelangt, zu dem Zweck, eine Revision der Reparationsregelungen in einem weiten Kreis voraussichtlicher Auswirkungen und Schwierigkeiten möglichst gründlich zu erwägen[184]. *Schäffer* traf den Kern, wenn er schloß, daß letztlich die nötigen „Sicherungsmittel . . . gegen einen Nervenzusammenbruch" fehlten, gegen den „kein Kraut gewachsen ist". Doch trotz des Risikos beschloß die Reichsregierung am 7. Mai 1931 den revisionspolitischen Kurs: Das Ausland müsse im Glauben gelassen werden, „daß wir alle Anstrengungen machen, um den Plan zu erfüllen"; die Reparationsfrage sollte in der Schwebe gehalten und nach innen der Eindruck erweckt werden, daß die Revisionspolitik tatsächlich schon begonnen habe[185].

Die Schwierigkeiten nach dieser erklärten Paradoxie machten sich Mitte Juni, gleich nach *Brünings* Rückkehr aus Chequers bemerkbar, wo er sich ohne greifbaren Erfolg um eine Unterstützung durch England bemüht hatte. Wenige Tage vorher hatte die Reichsregierung ihre zweite große Notverordnung verkündet und in einem Aufruf erklärt, daß die Lage des Reiches „gebieterisch zur Entlastung Deutschlands von untragbaren Reparationszahlungen zwingt". Dieser Aufruf trug weder nach außen noch nach innen zur Beruhigung bei. Zudem hatte die Reichsregierung ungewöhnliche Sicherheitsvorkehrungen gegen Unruhen getroffen[186]. Daraufhin verlangten DNVP, Wirtschaftspartei, NSDAP, KPD und schließlich auch die SPD die Einberufung des Reichstags, um die Notverordnung zu Fall zu bringen und die Regierung zum Rückzug zu zwingen. Die DVP zeigte Neigung, sich anzuschließen, um eine Umbildung der Regierung und das Ausscheiden der Minister *Dietrich, Curtius,* ihres Mitglieds, *Schiele* und *Wirth* zu erzwingen. In langwierigen Verhandlungen mit den Parteiführern und schließlich besonders mit dem DVP-Vorsitzenden *Dingeldey* gelang es *Luther* und *Brüning,* die akute Gefahr abzuwehren und am 16. Juni die Aufhebung des Einberufungsbeschlusses im Ältestenrat des Reichstags durchzusetzen. Der Reichskanzler hatte aber hierfür dem Führer der DVP, deren Haltung den Ausschlag gab, bedeutsame Zusagen geben müssen, die *Dingeldey* dann in einem Brief fixierte. „Aus Anlaß des ersten Schrittes in der Tributfrage" sollte *Brüning* „von seinen Vollmachten Gebrauch machen, um eine Regierung mit denkbar größter sachlicher Autorität und Entschlossenheit zu schaffen[187]".

183 Nr. 204.

184 Nr. 205a.

185 Nr. 210.

186 Nr. 228; hierzu auch Brüning, Memoiren, S. 277 ff., 286 f.

187 Nr. 234b, 230. Auch in der Reichstagsfraktion und im Parteivorstand des Zentrums wurden

Von den anderen Beteiligten wurde diese Einigung mit der DVP nach den schwierigen Folgeverhandlungen schon als starker Regierungssieg empfunden, so daß sich *Luther* veranlaßt sah, vielleicht durch einen Besuch des Wirtschaftswissenschaftlers *Cassel* aus Stockholm hierzu ermutigt[188], mit Rücksicht auf die „Schwäche der Währungswirtschaftslage" diese „einzigartige Gelegenheit" zu nutzen und *Brüning* die „große politische Aktion" nach beiden Seiten anzuraten: binnen weniger Tage die „Reparationsfrage anzuschneiden", einen Transfer-Aufschub der Reparationszahlungen zu erklären und gleichzeitig die Regierung zum „Konzentrationskabinett" umzubilden. Für *Luther* wie für *Brüning* bedeutete dies die Verbindung mit Preußen und den Eintritt zweier preußischer Minister, *Braun* und *Severing*, in die Reichsregierung; dann würde es, wie *Brüning* meinte, auch „leichter sein, einen rechtsstehenden Industriellen hereinzunehmen[189]". *Brüning* zögerte, bis die Ereignisse der nächsten Tage diesen Vorschlag überholten. Doch der Gedanke, durch das mehrfach angewandte Instrument außerordentlich weit reichender Notverordnungen, deren Ergebnisse sich kaum überprüfen ließen, mit der steten Begründung des Erfordernisses nach der wirtschaftlichen Notlage nun auch die seit langem angestrebte Reichsreform durchzuführen, verbreitete sich und beschwor neue Probleme herauf, die hier nicht weiter zu verfolgen sind[190].

VI. Hoover-Moratorium und Bankenkrise

Etwa zur gleichen Zeit hatte die Zahlungseinstellung der Österreichischen Creditanstalt und ein realistischer persönlicher Bericht, den der amerikanische Botschafter *Sackett* in Washington über die Finanzlage Deutschlands erstattete, den amerikanischen Präsidenten *Hoover* veranlaßt, für den Gedanken eines befristeten Aufschubs der deutschen Reparationszahlungen einzutreten. Die Gefahr bestand, daß bei anhaltenden Devisenabflüssen und Kündigungen von Krediten die Finanzschwierigkeiten Deutschlands ein Ausmaß annahmen, daß nicht nur die Reparationsleistungen litten, sondern das gesamte, inzwischen verstärkte System ausländischer, im besonderen amerikanischer Kapitalanlagen in Deutschland zusammenbrach. Der Gedanke eines befristeten Moratoriums übte

---

Bedenken gegen die Notverordnung vorgebracht, die *Brüning* mit längeren Darlegungen zum Schweigen brachte. Protokolle, S. 529 ff. Seine Behauptungen enthielten eine starke Note gegen Frankreich, das, wie er meinte, „mit seiner Kapitalmacht versucht, Südosteuropa in seine Hände zu bekommen", während tatsächlich ein Abzug von Kapitalien aus Südosteuropa begonnen hatte. „Es sei wahrscheinlich, daß es versuchen werde, auch uns in wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen." (a. a. O., S. 530) Vgl. hierzu Kindleberger, Weltwirtschaftskrise, S. 157, 159. Roland Schönfeld, Die Balkanländer in der Weltwirtschaftskrise, in: Vierteljahrsschr. f. Sozial- u. Wirtschaftsgesch., 62 Bd. (1975), S. 199 f.

188 Nr. 239a.

189 Nr. 239b. Zur preußischen Seite, mit Charakterisierung *Brünings*, Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, S. 693 ff. Der Brief Graf *Westarps* an *Rademacher* vom gleichen Tag bezeugt eine ungenaue Kenntnis bevorstehender Entscheidungen, die jedoch auf *Brüning* zurückgeht. Nr. 240. Vgl. Nr. 247.

190 Vgl. u. a. Nr. 241. Hermann Höpker-Aschoff, Reichsreform, in: Der Deutsche Volkswirt, 5. Jg. (1931), S. 1579 ff. (21. August 1931); H. Schulze, Otto Braun, S. 696 ff.

auf die deutsche Seite keine Anziehungskraft aus und wurde weder vom Auswärtigen Amt noch von *Luther* oder vom Reichskanzler gefördert. Doch das Ausmaß des raschen Devisenabflusses, der Kreditverluste seit den politischen Ereignissen im Juni und die katastrophalen Wirkungen auf die deutschen Banken, die nach und nach überraschende Schwächen des deutschen Kreditwesens aufdeckten[191], verwandelten die Voraussetzungen, veränderten die Konstruktionsverhältnisse des Wirtschaftssystems und die Beziehungen zwischen Reichsregierung und Wirtschaft von Grund auf.

Hoover erklärte bereits am 20. Juni ein einjähriges Moratorium für alle zwischenstaatlichen Schulden („intergovernmental debts"), nachdem er die Reichsregierung um ein Telegramm *Hindenburgs* ersucht und seinen Plan in mehrtägigen Verhandlungen in Washington, in denen Schatzsekretär *Mellon* seine anfänglich starken Bedenken fallen ließ, durchgesetzt hatte[192]. Der Kongreß, der zu dieser Zeit nicht tagte, stimmte nach seinem Wiederzusammentreten im Dezember zwar zu, drückte aber doch die Erwartung aus, daß es keinen generellen Zahlungsnachlaß geben werde, mithin bis Ende 1932 eine Wiederaufnahme der Zahlungen selbstverständlich sei.

Die Vorteile, die das *Hoover*-Moratorium brachte, waren indessen nicht so groß, wie ihr Urheber erhofft hatte. Frankreich, der größte Empfänger der Reparationsleistungen, war nicht konsultiert worden und widersetzte sich den amerikanischen Entscheidungen. Erst nach zweiwöchigen Verhandlungen zwischen Washington, Paris, London und Berlin und nach einigen Zusicherungen *Brünings* im Hinblick auf die geplanten deutschen Panzerkreuzerbauten lenkte die französische Regierung ein. Ein gewisser Druck der Banque de France, in Verbindung mit der französischen Außenpolitik, blieb aber auch danach bestehen; *Brüning* hat sich ihm mit größter Hartnäckigkeit bis zuletzt zu entziehen versucht und in der Austragung dieses deutsch-französischen Gegensatzes, auch unter Verzicht auf angebotene Finanzhilfen, einen Hauptzweck seiner Außenpolitik gesehen.

Inzwischen hatte der Abzug von Geldern, der im Mai bei den Großbanken einsetzte, rasch zugenommen. Schon Anfang Juni erlitt die Reichsbank größere Verluste; und auf die Erklärung der Reichsregierung vom 6. Juni, mit der sie ihre Notverordnung vom Vortage nach innen absichern wollte, folgte eine Woche verstärkter Abflüsse, die nach kurzer Unterbrechung erneut einsetzten und bis zur Schließung der Banken (13.–15. Juli) anhielten.

Der Reichsbankdiskontsatz, der noch am 12. Juni fünf Prozent betrug, belief sich ab 1. August auf 15 Prozent; erst nach dem Stillhalteabkommen über ausländische Privatschulden wurde er am 2. September auf acht Prozent ermäßigt[193]. Der

191 Beste Darstellung Born, Bankenkrise.

192 Nr. 244. Daß ein starker Anstoß von englischer Seite ausging, die französische aber nicht beteiligt wurde, wie aus den Akten ersichtlich, ist in der Biographie des Governor der Bank of England angedeutet. Sir Henry Clay, Lord Norman, London 1957, S. 379 f. Vgl. auch E. W. Bennett, Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis, S. 132, 159–165; W. Helbich, Reparationen, S. 81 f.; Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik, S. 500. Zu den Wirkungen in den Vereinigten Staaten Milton Friedman, Anna J. Schwartz, A Monetary History of the United States 1867–1960, Princeton, N. J. 1963, u. a. S. 314 f.

193 Born, Bankenkrise, S. 119. Nach *Born* war Wilhelm *Röpke*, durch einen Zeitungsartikel vom 26. Juli, der Vater des Gedankens, den Reichsbankdiskontsatz auf 15 Prozent heraufzusetzen.

Zusammenbruch des Nordwolle-Konzerns und der Darmstädter Bank konnte nicht abgewendet werden, obgleich die Reichsbank wochenlang Kredite abgab, für die sie sich die Mittel durch Rediskontkredite ausländischer Notenbanken wiederbeschaffte; doch Ende Juni war sie selbst gefährdet, und *Luthers* Bemühungen um Verlängerung der alten und um neue Rediskontkredite verliefen immer weniger erfolgreich. Der Zusammenbruch der anderen Großbanken, mit Ausnahme der Berliner Handelsgesellschaft unter *Jeidels,* die die Krise aus eigener Kraft überwand, und anderer Institute konnte nur durch Einschüsse des Reiches verhindert werden. Die störenden und lähmenden Wirkungen des Wirtschaftslebens erreichten ein nie erlebtes Ausmaß. Nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 14. September 1930 wurde die Sommerkrise 1931 zur zweiten umstürzenden Wende. Während die erste politischer Art war, ihre Folgen aber auch Wirtschaft und Wirtschaftspolitik beeinflußten, zeitigte die zweite in der Wirtschaft und von ihr her bald die weitesten und am tiefsten greifenden Erschütterungen.

Daß sich die unter den Ruhrindustriellen vorherrschenden Auffassungen in der Krisenzeit verstärkten, ist ebenfalls überliefert. In der vorbereitenden Besprechung zu einer Tagung des Langnamvereins kritisierten *Springorum, Sogemeier* und *Blank* die Praktiken der Reichsregierung, wünschten sich ,,neue Persönlichkeiten" im Kabinett und die Rolle des Unternehmertums anerkannt, das sich ,,mit Recht als ein in vorderster Linie stehender Kämpfer um die letzten Werte der deutschen Nation" betrachte[194]. Einige Wochen später verurteilte *Silverberg* in einer beifallumbrandeten Rede im Hauptausschuß des RDI die zurückliegende Wirtschaftspolitik der Republik, ihre Finanzpolitik, die die Schwäche der Kapitalbildung nicht überwunden, die ,,Kapitalzerstörung" durch die öffentliche Hand und ein Steuersystem, das weder Kapitalbildung noch die ,,Erhaltung der Kaufkraft der Unternehmungen" gebracht habe, aus der ,,die Kaufkraft der Menschen als zwangsläufige, aber immerhin sekundäre Erscheinung" resultiere[195]. In ihren vorbehaltlosen Formulierungen wie in ihrer intellektuellen Substanz bleibt diese Rede eines der Gesinnungsdokumente aus später Zeit, als die Krise, deren Wirkungen nur noch Reichsregierung und Reichsbank hemmen konnten, immer größere Teile der Wirtschaft in Mitleidenschaft zog. Die Auffassung, daß volkswirtschaftlich letztlich doch nur die ,,Kaufkraft der Unternehmungen" zähle, d. h. die Kapitalseite, weder die der Arbeitnehmer noch die der öffentlichen Hand, läßt sich in den Vorstellungen von Abhilfen und Eindämmungen der Krise weiter verfolgen. *Silverbergs* Lob des Reichskanzlers und der ,,Leistungen der Deutschen Reichsbank" drückte die Anerkennung dafür aus, daß diese Auffassung in der Notverordnung vom 5. Juni berücksichtigt schien. Doch dies änderte sich, als auf dem Höhepunkt der Krise im Juli die Schwächen im Bankwesen allzu deutlich hervortraten und Versicherungen wie etwa der von

Ohne nähere Angaben bezeichnet sich auch Albert *Hahn* als Urheber, dessen ,,Forderung . . . damals entsprochen worden" sei. L. Albert Hahn, Fünfzig Jahre zwischen Inflation und Deflation, Tübingen 1963, S. 78.

194 Nr. 214c.

195 Nr. 242. Der Zusammenhang zwischen der Erschwerung des Exports der europäischen Länder durch die amerikanische Zollpolitik und den zwangsläufig fixierten amerikanischen Kapitalanlagen im Ausland, namentlich in Europa, neuerdings deutlicher bei Julius W. Pratt, A. History of United States Foreign Policy, 3. Aufl. Englewood Cliffs, N. J. 1972, S. 323.

Wassermann (Deutsche Bank), die deutschen Großbanken stünden nicht schlechter da als alle anderen in der Welt, jede Wirkung nahmen. *Brüning* äußerte vor den Ressortchefs, daß er nun „eine Umwälzung in der Organisation unseres Wirtschaftssystems" für kaum vermeidbar halte[196]. Die Einrichtung einer Garantiebank unter starker Beteiligung des Reiches, Devisenbewirtschaftung und Bestimmungen gegen die Kapitalflucht waren die nächsten Programmpunkte der immer weiter in den Wirtschaftsablauf eindringenden Maßnahmen der Reichsregierung, die zur Bankenaufsicht und fünf Monate später zur Preiskontrolle führte. Daß hierbei der Kampf um Inhalt und Formulierungen einzelner Notverordnungen in die Umgebung des Reichspräsidenten getragen und *Hindenburg* selbst einbezogen wurde, ohne daß der Reichskanzler dies zu beeinflussen vermochte, charakterisiert die stetige Veränderung des politischen Systems.

Die von *Luther* konzipierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Schaffung einer Wirtschaftsgarantie vom 8. Juli[197] erhielt den „Anstrich einer freiwilligen Leistung der Wirtschaft" für einen gesamtwirtschaftlichen Garantieverband der Großunternehmen, was der RDI angeregt und durchgesetzt hatte. In der Sache kam sie einer Stützung des schwach gewordenen Bankwesens durch Großindustrie und Handel weitaus näher, die den Vergleich mit der „Osthilfe" für die Landwirtschaft nahelegt. Doch die Wirkung blieb gering, da das ganze Projekt ausländische Kredithilfen voraussetze, die der Reichsbankpräsident nicht mehr hereinzuholen vermochte. Das brachte seine Opponenten im Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes dazu, eine Einschaltung des ehemaligen Reichsbankpräsidenten *Schacht* in die Reichsfinanzpolitik zu verlangen[198]. Wenn man berücksichtigt, daß sich dies aus rechtlichen Gründen gar nicht verwirklichen ließ, bleibt nur die Folgerung, daß dieser Schritt wohl zur Exkulpation für die anhaltenden Schwächen des Bankwesens dienen und für die Augen des Reichskanzlers alle Verantwortung auf die Schultern *Luthers* laden sollte.

Die Verordnung des Reichspräsidenten „zum Schutze der Kreditwirtschaft" wurde nach Einsprüchen und Vorstößen von Großbankiers, dann von *Luther* und schließlich auch *Schacht* noch nach der Unterzeichnung durch *Hindenburg* innerhalb von 14 Stunden bis zu ihrer Verkündung zweimal umgearbeitet und in eine Verordnung über die Darmstädter und Nationalbank verwandelt[199], ohne daß der Reichskanzler noch erkennbar die Hand im Spiele hatte. Ernsthafte und erwägenswerte Gründe sprachen gewiß mit und mögen den Ausschlag gegeben haben; doch *Hindenburg* mußte den Eindruck der Unzulänglichkeit der Regierung

196 Chefbesprechung am 11. Juli 1931; BA, R 43 I/315.

197 RGBl. I 1931, S. 351; vgl. Nr. 254a, b. Vgl. Hamann, Hartenstein, Osthilfegesetze, S. 87ff.

198 Dies dürfte der Sinn des Vorstoßes von *Solmssen* in der Reichskanzlei gewesen sein, den Born, Bankenkrise, S. 110ff., erwähnt und dessen rechtliche Voraussetzungslosigkeit er charakterisiert. *Solmssen* und die hinter ihm stehende Gruppe hatten insofern Erfolg, als sie *Brüning* zu einer stärkeren Heranziehung *Schachts* veranlaßten, die dann aber ohne Wirkungen auf die Auslandskreditbeziehungen Deutschlands blieb. Ein weiteres Motiv dürfte gewesen sein, *Luther* unter Druck zu setzen, seine Stellung zu untergraben und ihn vielleicht über kurz oder lang zum Rücktritt zu bewegen. Von England aus hatte sich Governor *Norman* noch vor dem Zusammenbruch der Österreichischen Creditanstalt vergeblich um eine „Wiederherstellung der Autorität" *Schachts* bemüht. Clay, Lord Norman, S. 377.

199 RGBl. I 1931, S. 359. Nr. 259.

Brüning erhalten. Die Konfliktslinien im Streit um die Notverordnungen münden schließlich in die lange und widerspruchsvolle Geschichte einer nicht mehr erlassenen fünften (großen) Notverordnung mit Bestimmungen über die Besiedlung von Ländereien aus nicht entschuldungsfähigen Gütern, die die letzten Monate des Kabinetts *Brüning* begleitete und über die der Reichspräsident ebenso in Kenntnis gesetzt wurde wie über die Einsprüche, sowohl über die sachlich begründeten als auch über die im engsten Sinne interessenbedingten und die der notorischen Opponenten[200].

VII. Luther und Brüning

Fraglos bezieht *Moldenhauers* Urteil über *Luther* spätere Erfahrungen und im Rückblick entstandene Gedanken ein: „Sein großes Verdienst lag [1923/24] in der Rettung der deutschen Währung. Indem er sich mit der ganzen Energie seines Wesens dafür einsetzte, daß die Ausgaben die Einnahmen nicht überschritten, hat er tatsächlich die Stabilisierung der Mark ermöglicht . . . Er war ein Mann von sehr großem Wissen, von einem scharfen und klaren Verstand, von einer außerordentlichen Fähigkeit, sich schnell in neue Aufgaben einzudenken, neue Ideen zu begreifen, von einer überwältigenden Arbeitskraft, in der er durch seine robuste Gesundheit unterstützt wurde. Aber er ließ kalt. Man konnte mit Interesse seinen Ausführungen folgen; aber sie erwärmten die Menschen nicht und rissen sie nicht fort[201]." Hinzuzufügen bleibt, daß die von *Moldenhauer* hervorgehobene Vorliebe für neue Ideen mehr auf den *Luther* zutreffen, den der Reichsfinanzminister vor seinem Rücktritt im Juni 1930 in den Ministerbesprechungen erlebte, als auf den Reichsbankpräsidenten der folgenden Zeit.

Luther blieb stets der unbeirrte Hüter und Wahrer der Währungsstabilität, die das Direktorium der Reichsbank vertrat, und behauptete die Zuständigkeiten einer von der Reichsregierung unabhängigen Reichsbank. Seine Energie ließ nicht nach, wenn er Angriffen auf seine Entscheidungen oder seine politische Haltung entgegentreten mußte, vor allem dann nicht, wenn er befürchtete, daß die Kritik Anklang fand. Doch in manchen der spätsommerlichen Tagesberichte von 1931 erschließt sich indirekt auch das Tasten und Schwanken des Reichsbankpräsidenten, wenn er nach der rechten Bestätigung seiner eigenen Auffassung sucht. Indirekt gibt sich eine offenbar tiefwurzelnde Überzeugung vom gesetzmäßigen Gang der Wirtschaft und ihres Gesundungsprozesses in der Krise zu erkennen, auf dessen richtige Entzifferung es ankommt, ehe man sich entschließen kann, in irgendeiner Weise Einfluß auf den Lauf der Dinge zu üben[202].

---

200 Nr. 512a–c, 513–519, 520a, b, 521, 522.

201 Nachl. Moldenhauer 2, S. 157 f.

202 Ein Beispiel: Am 7. September 1931 faßte *Luther* nach einem Besuch des Kieler Wirtschaftswissenschaftlers Gerhard *Colm* dessen Urteil präzis und ohne Andeutung eines Vorbehalts zusammen: „1. Die Krise habe ihren kapitalistischen Sinn verloren, indem sie nicht nur schwache, sondern an sich gute Unternehmungen erfasse. 2. Der Schock auf dem inneren Markt durch Senkung der Löhne [!] sei besonders groß. 3. Das Schlimmste sei der psychologische Gesichtspunkt, daß der Unternehmer nichts mehr unternehme, sondern, wenn er Geld bekomme, sich liquide mache." Am 16. September notierte *Luther* nach einem Vortrag *Hilferdings* vor der List-

Luther fühlte sich bedrängt und zur Verteidigung gezwungen, als zu Beginn des Jahres 1932 die Schrift eines Berliner Journalisten erschien, die ihm Verfehlungen während der Bankenkrise im Sommer 1931 vorwarf und weithin Beachtung fand[203]. Als der Agrarwissenschaftler Hermann *Warmbold,* der dem Vorstand der IG Farbenindustrie angehörte, im Oktober 1931 als Reichswirtschaftsminister in das zweite Kabinett *Brüning* eintrat, erkannte *Luther* in ihm einen Gegenspieler; bis dahin hatte er nur Reichsarbeitsminister *Stegerwald* als Gegner innerhalb der Regierung angesehen, dem Reichskanzler gegenüber stets ein distanziertes Verhältnis, ohne persönliche Färbung, beobachtet. *Warmbolds* Ernennung darf in der Tat als wohlbedachter Zug gelten, von dem sich *Brüning* ein Gegengewicht oder zumindest eine persönliche Entlastung dem Reichsbankpräsidenten gegenüber erhoffte. *Warmbold* hatte eine Reform des Währungs- und Kreditsystems, mithin eine Revision der von der Reichsbank dirigierten Politik aus der Mitte und mit den Mitteln der Reichsregierung zur Bedingung gestellt. Über Verbindungen des Reichsbankdirektors *Nordhoff* zu einem Zentrumspolitiker brachte *Luther* in Erfahrung, daß *Warmbold* als Exponent eines Kreises galt, der eigene Lösungen politischer und wirtschaftlicher Probleme beriet[204]. Diesem „Freundeskreis" gehörten neben Hermann *Schmitz,* einem weiteren Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie und Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank, Wichard *v. Moellendorf,* der ebenfalls für die IG tätig war, und Heinrich *Bachem*[205] an. Der letzte war ein ehemaliger Mitarbeiter *Moellendorfs* im Reichswirtschaftsministerium. Den geistigen Mittelpunkt bildete der Konjunkturtheoretiker Ernst *Wagemann,* dessen Ideen und Entwürfe über *Warmbold* an den Reichskanzler gelangten. Als der Erfolg jedoch ausblieb, trat *Wagemann* Ende Januar 1932 mit seinem Plan die Flucht in die Öffentlichkeit an[206], was die Reichsregierung in einige Verlegenheit brachte, aber doch der Erörterung von Möglichkeiten einer Krisenüberwindung entscheidenden Auftrieb gab.

Dieser Plan sah nicht mehr und nicht weniger vor als eine von der Golddeckungsformel unabhängige Kreditschöpfung mit binnenmarktbegrenzter Wirkung, ließ aber eine stimulierende und mobilisierende Auslandsanleihe zu. Dies letzte bildete den von *Brüning* sorgsam gemiedenen Punkt in den Kontroversen zwischen Deutschland und Frankreich im Zusammenhang mit einer definitiven Klärung der Reparationsfrage. Die Stellung *Warmbolds* war dadurch im Grunde unhaltbar geworden. Da jedoch die Aufnahme des Planes in der Öffentlichkeit *Wagemanns*

Gesellschaft – „durchaus im Notenbanksinne" –, daß alle Redner, darunter *Saemisch* und *Salin,* „sich dafür ausgesprochen hätten, daß wir noch nicht am unteren Punkte des Deflationsvorganges, oder wie man es sonst nennen will, angekommen sind". Nachl. Luther, 366.

203 Hans Priester, Das Geheimnis des 13. Juli, Berlin 1932. Vorgänge und Schriftwechsel hierzu Nachl. Luther, 151.

204 Abschriften von Mitteilungen und Aufzeichnungen des Konsuls *Respondek* für *Nordhoff* (Februar/März 1932), Nachl. Luther, 151.

205 Direktor der den Christlichen Gewerkschaften gehörenden Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG in Berlin.

206 Ernst Wagemann, Geld- und Kreditreform, Berlin 1932, gedruckt in der Reichsdruckerei, so daß eine amtliche Intention der Veröffentlichung vermutet werden mußte, was wohl auf Veranlassung aus dem Reichswirtschaftsministerium zurückzuführen war. Hierzu und über das Echo G. Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, S. 397–402. Vgl. Nr. 412, 413, 414.

Erwartungen kaum entsprochen haben dürfte, blieb der Kurs *Luthers* in der Reichsregierung zunächst ohne Alternative, obgleich *Luther* selbst in ganz privaten Notizen die engen Vorstellungen innerhalb der Reichsbank beklagte und offenbar doch schon tiefer gründende Zweifel an der Richtigkeit der verfolgten Konzeption hegte.

Nicht den Tagesberichten sondern seinem privaten Tagebuch vertraute er bereits am 2. Dezember 1931 die Unzufriedenheit über das Festliegen des Reichsbankkurses an, aber auch über seine eigene Unzulänglichkeit, ,,weil ich nicht von Jugend auf Kreditgeschäfte mache". ,,Von draußen werde ich verständnislos und ohne Verantwortung für [die] Währung bedrängt. Von innen nur diese Auffassung, die die Währung für einen Selbstzweck hält[207]". Dieses Zeugnis läßt keinen Zweifel, daß *Luther* dem Gedanken einer Kreditausweitung zur Wirtschaftsbelebung nicht so entschieden ablehnend gegenüberstand, wie er sich den Anschein gab. Aber er fand weder Mittel noch Wege, dies im eigenen Hause durchzusetzen, dessen kompromißlosen Kurs er weiterhin mit seinem Namen deckte. Dadurch erhält im Grunde die These von der Unvermeidbarkeit der bis zuletzt unbeirrt durchgehaltenen ,,Deflationspolitik" der Regierung *Brüning*, die von der Reichsbank gefordert und beibehalten wurde, den entscheidenden Stoß, wenn auch Haltung und Verantwortlichkeit des Reichskanzlers selbst für diese Politik im ganzen keineswegs in Frage gestellt werden. Allerdings erschien manchen Kritikern in der Öffentlichkeit *Luther* als Mit- oder gar Hauptverantwortlicher für die unmodifizierte Finanz- und Wirtschaftspolitik während der Krise. Die Pistolenschüsse, die zwei Attentäter am 4. April 1932 auf dem Anhalter-Bahnhof gegen den Reichsbankpräsidenten abgaben und die ihn leicht verletzten, wie auch das Echo auf diese Tat[208] bezeugten, daß er ganz anders, als er gewünscht haben dürfte, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich gelenkt hatte.

Hierzu trug allerdings der Umstand bei, daß *Luther* schließlich noch deutlicher als der Reichskanzler die Zustimmung gerade derer verlor, die ihn vordem unterstützt hatten: der auf Kredite angewiesenen großindustriellen Unternehmungen. In ihrer entschlossenen und unbeirrt verfolgten Politik der Senkung von Staatsausgaben, von Gehältern der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes, dann auch der Soziallasten, schließlich – noch vor dem Abbau von Preisen und mit diesem Zweck verknüpft – des ständigen Drucks auf die Löhne entsprach die Regierung *Brüning* weitgehend den Erwartungen und wiederholt erhobenen Forderungen der Sprecher der großen Spitzenverbände von Industrie und Arbeitgebern. Einige hätten einen noch schärferen Druck der Regierung gewünscht, die Soziallasten schneller und radikaler abbauen und die Preise zögernder senken wollen; doch im wesentlichen näherten sich Regierungskurs und Forderungen der Großindustrie weitgehend an. Hierzu trug der Reichsbankpräsident wesentlich bei. Auch seine Schlichtung zwischen der DVP-Fraktion und dem Reichskanzler zu Beginn der Bankenkrise[209] half der Reichsregierung über eine Klippe hinweg, die für sie hätte gefährlich werden können, als eine Kabinettsneubildung oder -umbildung gefordert wurde.

---

207 Nr. 373.

208 Briefe hierzu Nachl. Luther, 150.

209 Vgl. Nr. 225, 226.

Doch unter den Trägern der im ganzen auf Deflation gerichteten Politik *Brünings* gab es danach mehr Dissens als Konsens und begann schließlich der Prozeß der Auflösung. Die Regierung folgte der Währungsmaxime des Reichsbankpräsidenten ohne Wandlung, wenn auch mit einigem Zögern und nicht ohne Widersprüche. Dies aber bedeutete Kreditverknappung und zeitigte verheerende Folgen nach der Bankenkrise offenbar auch für betriebswirtschaftlich – im Rahmen realistischer Vorstellungen der Zeit natürlich – noch einigermaßen stabile Unternehmungen[210]. Die Suche nach Auswegen – wenn nicht gar nach Plänen zu einer Massenarbeitsbeschaffung – lag mithin nahe und mußte greifbare Ereignisse anstreben. Daß der Reichsbankpräsident in dieser Hinsicht nichts Positives unternahm, aber Ansätze zu Lösungsversuchen mit großer Energie bekämpfte, wurde ihm nicht ohne triftigen Grund angelastet. In seinem dreiundfünfzigsten Lebensjahr erlebte der rastlos Tätige unter einer zermürbenden Verantwortung den Mißerfolg seiner Laufbahn.

Gegen Ende der Regierung *Brüning* machte sich *Luther* schließlich den Gedanken einer Teilung der Volkswirtschaft und des Aufbaus einer geldlosen Notwirtschaft für die große Masse der Arbeitslosen zu eigen[211]. Dieser Plan gehörte dem Vorstellungskreis eines auf bescheidenste Lebenshaltung, Konsumverzicht, ländliche Armensiedlung und Selbstversorgung in einem beschränkten Dasein zu, in dem sich *Luther* schließlich mit *Dietrich, Stegerwald, Goerdeler* und wohl auch mit dem Reichskanzler selbst begegnete, weitab von den Ideen vergangener Jahre. In den revolutionären Strömungen dieser Zeit war dieser Gedanke nicht mehr unpopulär, noch ehe ihm durch das Stichwort von der „Anpassung an die Armut der Nation“[212] gleichsam der amtliche Stempel des politischen Erfordernisses aufgedrückt wurde. Dies bezeichnete in der Tat den Extrempunkt des „Deflationsvorgangs“ und keinen Ausweg mehr im „kapitalistischen“ Sinne.

VIII. Vorläufiges Schlußwort zu Brüning

Die Erhaltung der Verbindung zum Reichspräsidenten und des Einvernehmens mit ihm tritt schließlich immer deutlicher als politische Leitlinie *Brünings* hervor. An welchem Punkt oder in welchen Phasen seine Politik – auch die reparationspolitische Offensive – mehr zu einer strategischen als einer taktischen Defensive wurde und welche Merkmale dies bezeugen, wird von der Forschung noch eingehend zu klären sein. Im Grunde diente auch die vorzeitige Ankündigung einer Einstellung der deutschen Reparationszahlungen[213] wieder nur den „inneren Rücksichten“, womit *Brüning* gerade die auf diesem Gebiete beschlossene Vorsicht und Geheimhaltung mißachtete, was dann die fälligen Endverhandlungen in Lausanne verzögerte und noch einmal alles in Frage stellte.

Damit soll nicht behauptet werden, daß *Brüning* als Mann ohne Ideen und ohne Zielstrebigkeit sein Amt geführt habe. Das Gegenteil trifft eher zu. Er verfügte über

210 Vgl. oben Anm. 202.

211 Nr. 474a, 474b.

212 Vgl. Nr. 528a, 528b.

213 Nr. 387, Anm. 8, 403, 404.

feste Vorstellungen; seine Absichten waren ebenso einfach wie klar und auf Ziele gerichtet, die er wahrscheinlich kaum greifbar und vollständig entwickelt hat, die aber in dem Gedanken einer weit gefaßten Veränderung der Verhältnisse der Republik im Sinne einer umfangreichen Restauration wurzelten. Er wünschte eine Restauration der außenpolitischen Unabhängigkeit und schließlich des internationalen Prestiges und der europäischen Machtstellung Deutschlands, mit der Unterstützung von Parteien, die *Brüning* als Instrumente einer Umwandlung der Verfassung einzusetzen gedachte, für die er auch den Reichspräsidenten sich geneigt zu halten versuchte, der von Haus aus einer stabilen konservativen Regierung der nationalen Rechten gerne den Vorzug gegeben hätte vor einem autoritären Experiment mit oder ohne Änderung der Reichsverfassung. Über die außenpolitische Seite seiner restaurativen Ziele konnte *Brüning* fast unverblümt sprechen und verhandeln, einmal in zurückhaltender und gemäßigter Weise, dann in drastischen Worten im kleinen Kreise oder unter vier Augen. Damit ließ sich auch manches seiner anderen Vorhaben abdecken, über die er seltener sprach, in der Öffentlichkeit und auch in der Fraktion seiner Partei nie in deutlichen Worten.

Die unbestreitbare, ständig zunehmende Notlage der Wirtschaft und der breiten Massen der Bevölkerung rechtfertigte eine tätige und zu starken Entscheidungen bereite Regierung. Das Kabinett *Brüning* schien zu kühnen Entschlüssen und weitreichenden Maßnahmen zu schreiten, wie es keiner anderen Regierung vorher möglich gewesen wäre und keine andere erwogen oder gar beabsichtigt hatte. Spätestens seit der Bankenkrise im Juli 1931, wahrscheinlich vorher schon wäre wohl im wirtschaftlichen Bereich nicht anders als mit Hilfe von Notverordnungen zu regieren gewesen. Doch Frage bleiben der Zeitpunkt des unvermeidbaren Anfangs auf diesem Wege wie Häufung und Umfang der Maßnahmen, die getroffen wurden. Die Not war unbestritten und wuchs im Gefolge des Zerfalls des Weltmarktes, der kein Land verschonte. *Brüning* legitimierte seine Politik nahezu ausschließlich als Vorhaben, das die Not bekämpft. Das Gemeinschaftsgutachten des Reichsinnen- und des Reichsjustizministeriums zu Beginn seiner Amtszeit wies Notverordnungen auf diesen Weg. Das Verb „bekämpfen" gehörte zum bevorzugten Wortschatz der Zeit. Man bekämpfte aber Erscheinungen in einem „Kampf", über dessen Fortgang und Ausgang keine Vorstellung bestand, so daß man hierüber nichts sagte und auch nichts sagen konnte.

Die zunehmende Arbeitslosigkeit und die von Jahr zu Jahr sich verschlimmernde Notlage aller Wirtschaftszweige führte schließlich zur Beseitigung der Reparationsverpflichtungen, die Deutschland nicht mehr erfüllen konnte. Doch die Not endete nicht; und *Brüning* versprach auch keine Besserung. Er forderte Opferwillen und Entsagung, zeitweilig glaubwürdig und mit einigem Erfolg. Es gibt keinen Anlaß, an der persönlich respektablen Überzeugung des Reichskanzlers von der Unausweichlichkeit und sittlichen Rechtfertigung dieses Weges zu zweifeln, auch wenn er in der eigenen politischen Not, in der er sich sah, in Erklärungen und Darlegungen nie ganz offen war und in seinen häufigen Beteuerungen völliger oder ungewöhnlicher Offenheit und warmherziger Behandlung seiner Gesprächspartner sich um etwas bemühte, was ihm sichtlich gar nicht lag.

Wohin das alles führen würde, was er tat, war für *Brüning* selbst wahrscheinlich ebensowenig klar wie seinen Widersachern, die mit wachsender Vertrautheit

seiner Methoden allmählich den Respekt vor seiner hintergründigen Klugheit und Überlegenheit verloren. Die Entwicklung der Verhältnisse innerhalb Deutschlands – auch, aber nicht nur der Beziehungen zum Reichspräsidenten – entzog sich mehr und mehr der Kontrolle der Reichsregierung. Dem Kanzler blieb die Sicht auf die wechselnden Folgen und Aspekte einer weltweiten Krise wie auf die Konfigurationen der Interessen, in der er das Werk der Kompromisse formte, das die Notverordnungen stetig weiterbildeten. Da er für manche seiner Parteigänger, ähnlich wie für ihn *Hindenburg* bei seiner Wiederwahl als Reichspräsident 1932, ohne glaubwürdige Alternative erschien, fand er verhältnismäßig lange weithin Anerkennung und tätige Unterstützung. Aus der Ansicht, daß *Brüning* der Kanzler war, der die innere Fähigkeit besaß, Deutschland vor Schlimmerem zu retten, konnte sich schließlich eine legendäre Version bilden, als offenkundig wurde, daß er seine Nachfolger in manchen Hinsichten um einiges überragte.

Als das *Hoover*-Moratorium zustande gekommen war und danach langwierig über die Zukunft und den Abschluß der Reparationen verhandelt werden mußte, fiel schließlich der Regierung ein so rasch gar nicht erwarteter Erfolg zu, noch Monate vor dem Wechsel im amerikanischen Präsidentenamt, auf den man einige Hoffnungen zu setzen begonnen hatte. Wenn *Brünings* Nachfolger *v. Papen* in den verzögerten Abschlußverhandlungen zu Lausanne die Regelung der letzten Zahlungen einem Kompromiß zugunsten der Besserung der deutsch-französischen Beziehungen zum Opfer brachte, so war dies kein großes, wenn auch kein ganz unbedeutendes Verdienst; doch er war es gar nicht, der die Politik bis dorthin geführt hatte. Aber auch *Brüning* hätte sie, wäre er statt *Papen* nach Lausanne gegangen, mehr den internationalen Verhältnissen als seinem eigenen Geschick zu verdanken gehabt, sofern er sich überhaupt zur Erfüllung der herabgesetzten französischen Kompromißforderungen so bald bereitgefunden hätte.

Unübersehbar ist die zunehmende Schwäche der Regierung *Brüning,* die sie einem Sturz immer näher brachte und die darin begründet war, daß sie nach innen, der Bevölkerung gegenüber mit stärksten Verzichts- und Entsagungsforderungen operierte und sie entschlossen durchsetzte, während der Reichskanzler eine wirklich eindeutige zukunftsweisende Kursbestimmung gar nicht zu geben vermochte. Den Versuchen, ihn festzulegen, wich er aus, um hinhaltend zu taktieren, so daß sich Enttäuschung ausbreitete und auch fragwürdige Interpretationen seiner Politik kaum noch wirkungsvoll abgewehrt werden konnten. Seine Vorliebe für „ein gewisses Halbdunkel“[214] entsprach der Absicht, sich durch Lavieren zwischen Interessenten und stärkeren Parteien zu halten, wie der Erkenntnis der nun rascher wechselnden außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Voraussetzungen, was die Hoffnung auf neue Möglichkeiten stimulierte. Nichts lag näher, als eine allzu deutliche Festlegung in der Öffentlichkeit und gegenüber Verhandlungspartnern zu vermeiden, um sich auf die Notlage und die Notwendigkeit von Abhilfen zu berufen; und wir bleiben auch heute im Ungewissen darüber, ob und wann *Brüning* überhaupt einen bestimmten Kurs ins Auge faßte und einhielt.

Tübingen, im Oktober 1978

G. Sch.

214 Aktenvermerk von *Planck* vom 13. 12. 1931; BA, R 43 I, 332, vgl. Nr. 387, Anm. 8.

Die Bearbeiter

Die Sichtung der Archive und Erfassung der Akten lag von Oktober 1971 bis April 1973 in den Händen von Dr. Ilse Maurer, von April 1973 bis September 1974 bei Dr. Udo Wengst. Die Auswahl der Dokumente und die Druckvorlage wurden von September 1974 bis August 1977 gemeinsam erarbeitet; bei der Bibliographierung und Abfassung der Anmerkungen wirkte Dr. Jürgen Heideking mit. Seit August 1977 lag der Hauptanteil der Arbeiten zur Fertigstellung bis zur Veröffentlichung des Bandes bei Dr. Wengst. Der Personenteil des Registers wurde von Dr. Heideking und Maya Merz vorbereitet, die Schreibarbeit von Gesine Farnsworth, Annemarie Jakschitsch und zeitweilig von Karin Wittmann geleistet.

Einrichtung der Edition

A. Zur Edition

Über die Thematik der Edition, die daraus resultierenden Kriterien für die Quellenauswahl und die Bedeutung wesentlicher Bestände ist in der Einleitung schon das Notwendige gesagt worden, so daß sich weitere Erörterungen hierüber an dieser Stelle erübrigen. Die folgenden Ausführungen enthalten lediglich ergänzende Bemerkungen zur Quellenlage und äußeren Beschaffenheit einiger Bestände sowie Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Arbeit in einzelnen Archiven zu bewältigen waren.

Zur Aufhellung industrieller Einflußnahme auf Politik und Wirtschaft in der Ära Brüning haben die Bearbeiter neben den einschlägigen Beständen im Bundesarchiv Koblenz die Bestände des Historischen Archivs der Gutehoffnungshütte in Oberhausen, des Werksarchivs der Farbenfabriken Bayer AG in Leverkusen und des Familienarchivs Krupp in der Villa Hügel in Essen berücksichtigt. Die meisten Dokumente fanden sich dabei im Nachlaß Reusch in Oberhausen. Infolge schlechter Papierqualität und häufiger, wohl nicht immer sachgemäßer Benutzung sind wichtige Aktenbände des Nachlasses vom Verfall bedroht und können heute schon nicht mehr eingesehen werden. Es ist deshalb eine zusätzliche Aufgabe der vorliegenden Edition, durch Veröffentlichung einer Vielzahl von Schlüsseldokumenten aus diesem Nachlaß dazu beizutragen, daß er für den Zeitraum der Regierung Brüning der Forschung auch in Zukunft zur Verfügung steht. Eine ähnliche Entwicklung wie in Oberhausen steht für die Bestände in Leverkusen und Essen nicht zu befürchten. Die Akten sind hier allgemein in gutem Zustand, und die Verantwortlichen des Bayer-Archivs haben dadurch, daß sie den umfangreichen und zentralen Bestand Reichsverband der Deutschen Industrie auf Mikrofiches aufgenommen haben und ihn Historikern in erster Linie nun in dieser Form zur Verfügung stellen, zusätzlich Vorsorge getroffen, um eine Abnutzung und Beschädigung zu verhindern. Im Gegensatz zu den bisher genannten Werksarchiven erwiesen sich für die Thematik der Edition die Bestände im Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchiv in Köln und im Westfälischen Wirtschaftsarchiv in Dortmund als unergiebig. Das gleiche trifft für die in den Werksarchiven der August-Thyssen-Hütte in Duisburg und der Mannesmann-Werke in Düsseldorf liegenden Bestände zu, so daß von ihrer Durchsicht abgesehen wurde. Der Nachlaß Springorum im Archiv der Hoesch-Werke in Dortmund hätte dagegen nützlich sein können[1]. Die mehrmaligen Versuche, eine Benutzungsgenehmigung zu erhalten, erwiesen sich jedoch als erfolglos.

Leider ist es mit der aktenmäßigen Überlieferung für die Gewerkschaftsseite weniger gut bestellt. Hier standen den Bearbeitern neben der Vorstandskorrespondenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), die allerdings von untergeordneter Bedeutung ist, lediglich die Protokolle der Sitzungen des Bundesausschusses und des Vorstandes des ADGB sowie eine Reihe von

1 Diese Auffassung stützt sich auf die Arbeiten von Henry Ashby Turner jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, und Bernd Weisbrod, Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1978, die u. E. bisher als einzige den Nachlaß Springorum für den hier in Betracht kommenden Zeitraum benutzen durften.

Rundschreiben des Vorstandes des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, die in den Handakten Bernhard Ottes im Bundesarchiv Koblenz überliefert sind, zur Verfügung. Die Sitzungsprotokolle des Bundesausschusses des ADGB liegen in gedruckter Form vor und sind im Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften in Düsseldorf benutzbar. Die Sitzungsprotokolle des Vorstandes des ADGB sind für den hier behandelten Zeitraum nur zum Teil, nämlich jeweils für die ersten Jahreshälften von 1931 und 1932 überliefert. Sie befinden sich im Archiv der Historischen Kommission in Berlin. Die genannten Bestände, ergänzt durch einige Dokumente aus der Reichskanzlei und aus den Nachlässen Otto Braun und Severing, erlauben es, für einige Phasen der Brüning-Zeit Auffassungen, Diskussionen und Absichten innerhalb der Gewerkschaften zu verfolgen und zu dokumentieren.

Im Zentralen Staatsarchiv der DDR in Potsdam konnten die Aktenbestände Büro des Reichspräsidenten, Reichswirtschaftsministerium, Vorläufiger Reichswirtschaftsrat, Deutschnationale Volkspartei, Stahlhelm u. a. m. benutzt werden. Die Arbeit im Archiv wurde allerdings dadurch erschwert, daß die Findbücher aufgrund der Benutzungsvorschriften nicht eingesehen werden durften. Trotz bereitwillig gewährter Unterstützung durch das Archivpersonal bei der Suche nach einschlägigen Akten muß festgestellt werden, daß ein genauer Überblick über die Aktenlage von seiten der Bearbeiter nicht gewonnen und vor allem der Bestand des Reichswirtschaftsministeriums wohl nicht vollständig ausgeschöpft werden konnte.

Den Altakten des Deutschen Städtetages, des kommunalen Spitzenverbandes, der die Interessen der von der Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffenen größeren Städte zu vertreten hatte, kommt für die Edition wesentliche Bedeutung zu. Die Durchsicht dieser Akten warf allerdings insofern Probleme auf, als sie lediglich in einer nach Stichworten geordneten Kartei verzeichnet sind, in der Zeitangaben fehlen. Infolgedessen war es notwendig, alle unter relevant erscheinenden Stichworten aufgeführten Aktenpakete aufzuschnüren und nach Aktenbänden für den behandelten Zeitraum durchzusehen.

Im Hinblick auf einige andere im Entstehen begriffene Editionen zur Ära Brüning haben die Bearbeiter Akten aus den Beständen der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes sowie aus den Nachlässen Pünder und Westarp – nach Absprache mit den jeweils zuständigen Bearbeitern – nur in den Fällen abgedruckt, in denen es zum Verständnis der in Betracht kommenden Zusammenhänge notwendig war. Im Regelfall sind jedoch für unsere Thematik wichtige Akten aus diesen Beständen im Anmerkungsteil ausgewiesen, in einigen Fällen in der Form einer Inhaltsangabe wiedergegeben.

Die Einrichtung der Edition geht von den für die Quellenreihe aufgestellten und von den Bearbeitern bereits für den Band „Staat und NSDAP“[2] übernommenen Grundsätzen aus. Die abgedruckten Aktenstücke sind grundsätzlich chronologisch angeordnet und fortlaufend numeriert. Stehen sie innerhalb des gleichen Vorganges im gleichen Geschäftszusammenhang (z. B. Briefe und ihre Anlagen), so

2 Staat und NSDAP. Quellen zur Ära Brüning, eingel. von Gerhard Schulz, bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe: Die Weimarer Republik 3), Düsseldorf 1977.

werden sie unter einer Nummer vereinigt und die Dokumente jeweils durch kleine lateinische Buchstaben in der Reihenfolge des Alphabets bezeichnet; in solchen Fällen kann die chronologische Ordnung nicht immer eingehalten werden.

Den Dokumenten werden jeweils zwei Kopfregesten vorangestellt. Das erste Regest beginnt mit dem Datum, bezeichnet das Schriftstück, gibt im Regelfall den Verfasser, bei Briefen den Absender und Empfänger an. Bei Briefen, deren Absende- oder Zielort nicht Berlin ist, folgt hinter dem Namen des Absenders bzw. Empfängers die Angabe des jeweiligen Ortes. Sind Verfasser, Briefabsender oder Briefempfänger Persönlichkeiten, die ein herausragendes öffentliches Amt innehaben oder in höheren Verwaltungsstellen tätig sind, so werden die Amtsbezeichnungen den Namen vorangestellt. Dasselbe gilt für militärische Dienstgrade. In der Regel wird lediglich der Nachname aufgeführt. Nur bei Personen, die weitgehend unbekannt oder wo Verwechselungen bei gleichlautenden Nachnamen möglich sind, werden die Vornamen hinzugesetzt. Der bayerische Staatsrat Fritz Schäffer wird immer mit Vor- und Nachnamen genannt, der häufiger erwähnte Staatssekretär Hans Schäffer dagegen nur unter seinem Nachnamen. Das Datum wird in aller Regel der Quelle selbst entnommen; wenn der Zeitpunkt ihrer Entstehung mit dem dokumentierten Vorgang nicht übereinstimmt (z.B. bei nachträglich angefertigten Aufzeichnungen und Niederschriften), wird hierauf im zweiten Kopfregest hingewiesen. Im ersten Kopfregest werden Partei- und Verbandsbezeichnungen nicht abgekürzt, sondern im vollen Wortlaut wiedergegeben; eine Ausnahme bildet lediglich die Bezeichnung NSDAP.

Das zweite Kopfregest gibt den Archivfundort, Bestandsbezeichnung und Bandnummer oder den Nachlaß an; den Benutzungsvorschriften des Zentralen Staatsarchivs der DDR gemäß werden die dort benutzten Archivalien zusätzlich durch Angabe der Blattnummer ausgewiesen. Es folgen die weiteren Qualifikationsbezeichnungen. Sofern nichts anderes vermerkt ist, liegen maschinenschriftliche Originale vor. Im übrigen wird unterschieden zwischen Handschreiben, Entwurf, Konzept, Durchschlag, Abschrift, vervielfältigtem und gedrucktem Exemplar. Entwürfe oder Konzepte mit Ausfertigungsvermerken werden gekennzeichnet. Soweit vorhanden und festzustellen, wird das Originalaktenzeichen angegeben. Hinweise auf Vermerke, handschriftliche Korrekturen, Unterstreichungen und Paraphen schließen die Beschreibung des Dokuments ab.

Sind Schriftstücke eigenhändig unterzeichnet, wird der Namenszug dem Original gemäß wiedergegeben. Bei Abschriften, vervielfältigten und gedruckten Exemplaren, die keine eigenhändige Unterschrift tragen, findet sich der Zusatz „gez.". Bei paraphierten Schriftstücken werden die Paraphen zum Namen ergänzt.

Der Text wird in der Regel unverkürzt wiedergegeben. In Fällen, in denen sich Kürzungen nicht vermeiden ließen, sind die Auslassungen durch Punkte innerhalb eckiger Klammern gekennzeichnet; ihr Inhalt wird in aller Regel in den Anmerkungen durch Stichworte angegeben. Die von den Bearbeitern herrührenden Ergänzungen des Textes sind ebenfalls in eckige Klammern gesetzt. Eine Ausnahme bilden lediglich die Tagebuchaufzeichnungen Schäffers. Die Einfügungen in eckigen Klammern befinden sich hier bereits in der Übertragung der ursprünglich stenografischen Tagebuchaufzeichnungen in Langschrift.

Abkürzungen wurden grundsätzlich der besseren Lesbarkeit wegen aufgelöst,

orthographische Fehler oder veraltete Schreibweisen stillschweigend korrigiert. Hervorhebungen im Text, die auf den Verfasser zurückgehen, sind einheitlich durch S p e r r u n g gekennzeichnet, Namen grundsätzlich in *Kursiv*druck gesetzt. Hiervon ausgenommen sind lediglich die Namen von Sprechern in Sitzungsprotokollen, die in **Fett**druck wiedergegeben werden.

Die Absicht der Bearbeiter, den Anmerkungsteil möglichst knapp zu halten, ließ sich nicht durchgängig verwirklichen, da bei einer größeren Anzahl von Dokumenten inhaltliche Erläuterungen unentbehrlich waren. Darüber hinaus enthält der Anmerkungsteil neben den notwendigen Querverweisen Literaturangaben, textkritische, das zweite Kopfregest ergänzende Hinweise auf Vermerke und Korrekturen sowie Hinweise auf ungedruckte Archivalien, die nicht in die Edition aufgenommen wurden, jedoch für den Zusammenhang oder seinen Fortgang von Belang sind.

Zur Schreibweise ist noch anzumerken: Die aus Ländernamen gebildeten Adjektive sind in den Akten unterschiedlich, teils mit großen, teils mit kleinen Anfangsbuchstaben überliefert. Die Bearbeiter haben die Schreibweise in der Form vereinheitlicht, daß sie bei amtlichen Bezeichnungen (z. B. Preußische Staatsregierung) große Anfangsbuchstaben, bei umgangssprachlichen Ausdrücken (z. B. preußische Regierung) kleine Anfangsbuchstaben eingesetzt haben.

Abschließend danken die Bearbeiter allen, die in der langen Zeit, die seit dem Beginn der Arbeit an vorliegender Edition vergangen ist, an ihr mitgearbeitet und durch ihren Rat, ihre Hilfe und ihren Einsatz den Abschluß dieser umfassenden Quellenveröffentlichung ermöglicht haben. Dies gilt im besonderen für die Damen und Herren, die die Bearbeiter in den Archiven betreut haben, und für Frau Farnsworth und Frau Jakschitsch, die das umfangreiche Manuskript zu schreiben hatten.

B. Verzeichnis der Archivalien

I. Amtliche Überlieferungen

BA R 43 I	Bundesarchiv Koblenz, Reichskanzlei
GLAK 49	Generallandesarchiv Karlsruhe, Gesandtschaftsarchiv, Gesandtschaft bei der preußischen Regierung bzw. beim Reich 1928–1933
GLAK 233	Generallandesarchiv Karlsruhe, Badisches Staatsministerium
GStAB Rep. 90	Geheimes Staatsarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem, Preußisches Staatsministerium
GStAM MA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Abt. II: Geheimes Staatsarchiv, Ministerium des Äußern
HStASt E 130	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Akten des Staatsministeriums
PA Büro RM	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Büro Reichsminister
PA Büro StS	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Büro Staatssekretär
PA Referat Deutschland	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Referat Deutschland
ZStA Präsi	Zentrales Staatsarchiv der DDR Potsdam, Büro des Reichspräsidenten
ZStA RWM	Zentrales Staatsarchiv der DDR Potsdam, Reichswirtschaftsministerium
ZStA Vorl. RW Rat	Zentrales Staatsarchiv der DDR Potsdam, Vorläufiger Reichswirtschaftsrat

II. Partei- und Verbandsakten

AVfK B (DST)	Archiv des Vereins für Kommunalwissenschaften Berlin, Akten des ehemaligen Deutschen Städtetages
BA NS 22	Bundesarchiv Koblenz, Reichsorganisationsleiter der NSDAP
BA NS 26	Bundesarchiv Koblenz, Hauptarchiv der NSDAP
BA R 13	Bundesarchiv Koblenz, Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie
BA R 45 II	Bundesarchiv Koblenz, Deutsche Volkspartei
BA R 45 III	Bundesarchiv Koblenz, Deutsche Demokratische Partei/Deutsche Staatspartei
BK Sta	Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Abt. IV: Bayerisches Kriegsarchiv, Stahlhelmakten
BL RDI	Werksarchiv der Farbenfabriken Bayer AG Leverkusen, Reichsverband der Deutschen Industrie
HK ADGB-Akten	Historische Kommission zu Berlin, Vorstandssitzungen ADGB
WIG ADGB Vorstandskorrespondenz	Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften Düsseldorf, Vorstandskorrespondenz des ADGB 1927–1933
WIG Protokolle	Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften Düsseldorf, Protokolle der Sitzungen des Bundesausschusses des ADGB
ZStA DNVP	Zentrales Staatsarchiv der DDR Potsdam, DNVP
ZStA Stahlhelm	Zentrales Staatsarchiv der DDR Potsdam, Stahlhelm

III. Nachlässe

Nachlaß Bolz	Privatbesitz Stuttgart
Nachlaß Otto Braun	Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam
Nachlaß Bredow	Militärarchiv Freiburg

Nachlaß Dietrich	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Dingeldey	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Duisberg (Autographensammlung)	Werksarchiv der Farbenfabriken Bayer AG Leverkusen
Nachlaß Erkelenz	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Gayl	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Geßler	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Groener	Militärarchiv Freiburg
Nachlaß Heuss	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Hugenberg	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Kardorff	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Koch-Weser	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Krupp (FAH IV)	Krupp-Archiv Essen-Hügel, Familienarchiv Gustav Krupp v. Bohlen und Halbach
Nachlaß Luther	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Moldenhauer	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Müller	Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn
Nachlaß Mulert	Archiv des Vereins für Kommunalwissenschaften Berlin
Handakten Otte	Bundesarchiv Koblenz, Kleine Erwerbungen
Nachlaß Passarge	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Pünder	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Reusch (HA/GHH)	Historisches Archiv der Gutehoffnungshütte Oberhausen
Nachlaß Severing	Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn
Nachlaß Silverberg	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Schäffer	Institut für Zeitgeschichte München/Archiv
Nachlaß Schlange-Schöningen	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Schleicher	Militärarchiv Freiburg
Nachlaß Schmidt-Hannover	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Stegerwald	Stegerwald-Archiv Köln
Nachlaß Stolper	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Wegener	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Westarp	Privatbesitz Friedrich Frhr. Hiller v. Gaertringen

C. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

Bennett	Edward W. Bennett: Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis, 1931 (Harvard Historical Monographs 50), Cambridge 1962.
Berghahn	Volker R. Berghahn: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1933 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 33), Düsseldorf 1966.
Besson	Waldemar Besson: Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1959.
Borcke-Stargordt	Graf Henning v. Borcke-Stargordt: Der ostdeutsche Landbau zwischen Fortschritt, Krise und Politik. Ein Beitrag zur Agrar- und Zeitgeschichte (Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis 3), Würzburg 1957.
Born	Karl Erich Born: Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967.
Boyens I, II	Wilhelm Friedrich Boyens: Die Geschichte der ländlichen Siedlung. Bd. 1: Das Erbe Max Serings, Berlin-Bonn 1959; Bd. II: Das wirtschaftliche und politische Ringen um die ländliche Siedlung, Berlin–Bonn 1960.
Boyle	Andrew Boyle: Montagu Norman. A Biography, London 1967.
Bracher	Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft 4), 3. Aufl. Villingen 1960.
Braun	Otto Braun: Von Weimar zu Hitler, 2. Aufl. New York 1940.
Brecht	Arnold Brecht: Mit der Kraft des Geistes. Lebenserinnerungen, 2. Hälfte 1927–1967, Stuttgart 1967.
Brüning	Heinrich Brüning: Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970.
Carsten	Francis L. Carsten: Reichswehr und Politik 1918–1933, Köln–Berlin 1964.
Chanady	Attila Chanady: The Dissolution of the German Democratic Party in 1930, in: The American Historical Review 73 (1968) S. 1433–1453.
Conze	Werner Conze: Zum Sturz Brünings, in: VfZ 1 (1953) S. 261–288.
Conze, Krise	Werner Conze: Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30, in: HZ 178 (1954) S. 47–83.
Conze, Politische Entscheidungen	Werner Conze: Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1929–1933, in: Conze/Raupach (Hrsg.): Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33, S. 176–252.
Conze/Raupach	Werner Conze/Hans Raupach (Hrsg.): Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33 (Industrielle Welt 8), Stuttgart 1967.
Curtius	Julius Curtius: Sechs Jahre Minister der Deutschen Republik, Heidelberg 1948.
DBFP	Documents on British Foreign Policy 1919–1939. Ed. by E. L. Woodward and Rohan Butler. 2nd Series, vol. I–IV, London 1946/50.
Döhn	Lothar Döhn: Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft 16), Meisenheim a. Glan 1970.
Domarus	Max Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Bd. I: Triumph (1932–1938), Würzburg 1962.
Dorpalen	Andreas Dorpalen: Hindenburg and the Weimar Republic, Princeton, New Jersey 1964. Deutsch: Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin–Frankfurt 1966.
Egelhaaf	Egelhaaf: Historisch-politische Jahresübersicht für 1930–1932, hrsg. v. Friedrich Neubauer, Stuttgart 1931–1933.

Eggeling	Erich Eggeling: Partei oder Bewegung. Der jungdeutsche Kampf um die Staatspartei, Berlin 1930.
Ehni	Hans-Peter Ehni: Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928–1932 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 111), Bonn-Bad Godesberg 1975.
Fiederlein	Friedrich Martin Fiederlein: Der deutsche Osten und die Regierungen Brüning, Papen, Schleicher, Diss. Würzburg 1966.
FRUS	Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. United States Government Printing Office; 1930, vol. I, III; 1931, vol. I, II; 1932, vol. I, II, Washington 1945 ff.
Goebbels	Joseph Goebbels: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern, 20. Aufl. München 1937.
Groener-Geyer	Dorothea Groener-Geyer: General Groener, Soldat und Staatsmann, Frankfurt a. M. 1955.
Hartwich	Hans-Hermann Hartwich: Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918–1933. Die öffentliche Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin 23), Berlin 1967.
Heilfron/Nassen	Eduard Heilfron/Paul Nassen: Der neue Plan. Text und Kommentar, Berlin 1931.
Helbich	Wolfgang J. Helbich: Die Reparationen in der Ära Brüning. Zur Bedeutung des Young-Plans für die deutsche Politik 1930 bis 1932 (Studien zur europäischen Geschichte aus dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin 5), Berlin 1962.
Hertz-Eichenrode	Dieter Hertz-Eichenrode: Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919–1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Berlin 23), Köln–Opladen 1969.
Hoover	Herbert Hoover: Memoiren. 3 Bde., Mainz 1951–1952.
Hornung	Klaus Hornung: Der Jungdeutsche Orden (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 14), Düsseldorf 1958.
Hermens/Schieder	Ferdinand A. Hermens/Theodor Schieder (Hrsg.): Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning, Berlin 1967.
Hiller v. Gaertringen	Friedrich Frhr. Hiller v. Gaertringen: Die Deutschnationale Volkspartei, in: Matthias/Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933, S. 543–652.
Hubatsch	Walther Hubatsch: Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966.
Jahrbuch der SPD	Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für die Jahre 1930 bis 1932. Hrsg. v. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1930 ff.
Jonas	Erasmus Jonas: Die Volkskonservativen 1928–1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 30), Düsseldorf 1965.
Jones	Larry E. Jones: Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei 1930–1933, in: VfZ 25 (1977) S. 265–304.
Kessler	Alexander Kessler: Der Jungdeutsche Orden in den Jahren der Entscheidung (I) 1928–1930 (Beiträge zur Geschichte des Jungdeutschen Ordens 4), München 1975.
Kindleberger	Charles P. Kindleberger: Die Weltwirtschaftskrise, 1929–1939 (Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert 4), München 1973.

Köhler	Henning Köhler: Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Reparationen in der Schlußphase der Regierung Brüning, in: VfZ 17 (1969) S. 276–307.
Koops	Tilman P. Koops: Heinrich Brünings „Politische Erfahrungen". Zum ersten Teil der Memoiren, in: GWU 24 (1973) S. 197–221.
Kroll	Gerhard Kroll: Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958.
Kruck	Alfred Kruck: Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz 3), Wiesbaden 1954.
Link	Werner Link: Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–32, Düsseldorf 1970.
Lüke	Rolf E. Lüke: Von der Stabilisierung zur Krise (Basle Centre of Economic and Financial Research, Series B, Nr. 3), Zürich 1958.
Luther	Hans Luther: Vor dem Abgrund 1930–1933. Reichsbankpräsident in Krisenzeiten, Berlin o. J.
Marcon	Helmut Marcon: Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich (Moderne Geschichte und Politik 3), Bern–Frankfurt a. M. 1974.
Matthias/Morsey	Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960.
Maurer	Ilse Maurer: Reichsfinanzen und große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller, 1928–1930 (Moderne Geschichte und Politik 1), Bern–Frankfurt a. M. 1973.
Meier-Welcker	Hans Meier-Welcker: Seeckt, Frankfurt a. M. 1967.
Meissner	Otto Meissner: Staatssekretär unter Ebert – Hindenburg – Hitler. Der Schicksalsweg des deutschen Volkes von 1918–1945, wie ich ihn erlebte, 3. Aufl. Hamburg 1950.
Morsey	Rudolf Morsey: Neue Quellen zur Vorgeschichte der Reichskanzlerschaft Brünings, in: Hermens/Schieder (Hrsg.): Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik S. 207–231.
Muth	Heinrich Muth: Quellen zu Brüning, in: GWU 14 (1963) S. 221–236.
Muth, Agrarpolitik	Heinrich Muth: Agrarpolitik und Parteipolitik im Frühjahr 1932, in: Hermens/Schieder (Hrsg.): Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik S. 317–360.
Opitz	Günter Opitz: Der Christlich-soziale Volksdienst. Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 37), Düsseldorf 1969.
Phelps VI, VII	Reginald H. Phelps: Aus den Groener-Dokumenten. VI: Die Briefe an Alarich v. Gleich 1930–32, in: Deutsche Rundschau 76 (1950) S. 1013–1022. VII: Das SA-Verbot und der Sturz des Kabinetts Brüning, in: Deutsche Rundschau 77 (1951) S. 19–31.
Poetzsch-Heffter	Fritz Poetzsch-Heffter u. a.: Vom Staatsleben unter der Weimarer Republik. III. Teil (Vom 1. Januar 1929 bis 31. Januar 1933), in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart 21 (1933/34) S. 1–204.
Preller	Ludwig Preller: Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949.
Pünder	Hermann Pünder: Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929–1932. Hrsg. v. Thilo Vogelsang (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3), Stuttgart 1961.
RGBl.	Reichsgesetzblatt. Hrsg. v. Reichsministerium d. Innern, Berlin.
Reichskanzlei, Müller II	Martin Vogt (Hrsg.): Das Kabinett Müller II. 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. 2 Bde. (Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik), Boppard a. Rhein 1970.
Reichs-Landbund	Reichs-Landbund. Agrarpolitische Wochenschrift, Berlin 1930–1932.

Reichsrat 1930–1932	Niederschriften über die Vollsitzungen des Reichsrats Jg. 1930–1932, Berlin 1930–1932.
Rohe	Karl Rohe: Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 34), Düsseldorf 1966.
RT	Verhandlungen des Reichstages. Stenographische Berichte, Berlin 1928–1932.
RT Drucks.	Verhandlungen des Reichstages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Berlin 1928–1932.
Runge	Wolfgang Runge: Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten zwischen 1919 und 1933 (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte 5), Stuttgart 1965.
v. Saldern	Adelheid v. Saldern: Hermann Dietrich. Ein Staatsmann in der Weimarer Republik (Schriften des Bundesarchivs 13), Boppard a. Rhein 1966.
Schacht	Hjalmar Schacht: 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953.
Schlange-Schöningen	Hans Schlange-Schöningen: Am Tage danach, Hamburg 1946.
Schmidt-Hannover	Otto Schmidt-Hannover: Umdenken oder Anarchie. Männer, Schicksale, Lehren, Göttingen 1959.
Schneider, Arbeitsbeschaffungsprogramm	Michael Schneider: Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 120), Bonn-Bad Godesberg 1975.
Schneider, Unternehmer	Michael Schneider: Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918–1933 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 116), Bonn-Bad Godesberg 1975.
Schönhoven	Klaus Schönhoven: Die Bayerische Volkspartei 1924–1932 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 46), Düsseldorf 1972.
Schorr	Helmut A. Schorr: Adam Stegerwald. Gewerkschaftler und Politiker der ersten deutschen Republik, Recklinghausen 1966.
Schulthess	Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. v. Ulrich Thürauf. Bd. 70 (1929) – 73 (1932), München 1930 ff.
Schulz	Gerhard Schulz: Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M.–Berlin 1975.
Schulz, Staatliche Stützungsmaßnahmen	Gerhard Schulz: Staatliche Stützungsmaßnahmen in den deutschen Ostgebieten. Zur Vorgeschichte der „Osthilfe" der Regierung Brüning, in: Hermens/Schieder (Hrsg.): Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik S. 141–204.
Schulz, Demokratie	Gerhard Schulz: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. Bd. I, Berlin 1963.
Schulze	Hagen Schulze: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt a. M.–Berlin–Wien 1977.
Schumacher	Martin Schumacher: Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei/Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 44), Düsseldorf 1972.
Schwerin v. Krosigk	Lutz Graf Schwerin v. Krosigk: Staatsbankrott. Die Geschichte der Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1920 bis 1945, geschrieben vom letzten Reichsfinanzminister, Göttingen 1974.
Severing	Carl Severing: Mein Lebensweg. 2 Bde., Köln 1950.

Siebert	Ferdinand Siebert: Aristide Briand, Staatsmann zwischen Frankreich und Europa, Erlenbach/Zürich–Stuttgart 1973.
Silverberg	Paul Silverberg: Reden und Schriften. Hrsg. v. Franz Mariaux, Köln 1951.
Staat und NSDAP	Staat und NSDAP 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz, bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe: Die Weimarer Republik 3), Düsseldorf 1977.
Stampfer	Friedrich Stampfer: Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik, Offenbach 1947.
Statistisches Jahrbuch	Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, hrsg. v. Statistischen Reichsamt, 49 (1930) – 51 (1932), Berlin 1930 ff.
Stegmann	Dirk Stegmann: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sogenannten Machtergreifung, in: Archiv für Sozialgeschichte 13 (1973), S. 399–482.
Stephan	Werner Stephan: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973.
Timm	Helga Timm: Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der Großen Koalition im März 1930 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 1), Düsseldorf 1953.
Treviranus	Gottfried Reinhold Treviranus: Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf–Wien 1968.
Trumpp	Thomas Trumpp: Franz v. Papen, der preußisch-deutsche Dualismus und die NSDAP in Preußen. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des 20. Juli 1932, Diss. Tübingen 1963.
Turner	Henry Ashby Turner: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972.
Turner, Großunternehmertum	Henry Ashby Turner: Großunternehmertum und Nationalsozialismus 1930–1933. Kritisches und Ergänzendes zu zwei neuen Forschungsbeiträgen, in: HZ 221 (1975) S. 18–63.
Turner, Stresemann	Henry Ashby Turner: Stresemann – Rupublikaner aus Vernunft, Berlin–Frankfurt a. M. 1968.
Ursachen und Folgen VII, VIII	Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Bd. VII: Die Weimarer Republik. Vom Kollogg-Pakt zur Weltwirtschaftskrise 1928–30. Die innerpolitische Entwicklung. Bd. VIII: Die Weimarer Republik. Das Ende des parlamentarischen Systems. Brüning – Papen – Schleicher. 1930–1933, Berlin o. J.
Vogelsang	Thilo Vogelsang: Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930–1932 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 11), Stuttgart 1962.
Vogt	Die Entstehung des Young-Plans, dargestellt vom Reichsarchiv 1931–1933, durchgesehen und eingeleitet von Martin Vogt (Schriften des Bundesarchivs 15), Boppard a. Rhein 1970.
Wandel	Eckhard Wandel: Hans Schäffer. Steuermann in wirtschaftlichen und politischen Krisen, Stuttgart 1974.
Wende	Erich Wende: C. H. Becker, Mensch und Politiker. Ein biographischer Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik, Stuttgart 1959.
Wengst	Udo Wengst: Unternehmerverbände und Gewerkschaften in Deutschland im Jahre 1930, in: VfZ 25 (1977) S. 99–119.
Wippermann	Deutscher Geschichtskalender. Begründet von Karl Wippermann. Hrsg. v. Friedrich Purlitz (und Siegfried H. Steinberg). Inland 1930–1932, Leipzig 1931–33.

Zentrumsprotokolle — Rudolf Morsey: Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern. Reihe A Quellen 9), Mainz 1969.

D. Verzeichnis der Dokumente

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
		Erster Teil	
		I. Von der Großen Koalition zur Bildung der Regierung Brüning	
1	April 1929	Aufzeichnung über die politischen Aufgaben des deutschen Bürgertums *Dietrich*	3
2	20. 11. 1929	Hugenberg an Kaas *Schmidt-Hannover*	8
3	28. 11. 1929	v. Alvensleben an Duisberg *Duisberg*	11
4	29. 11. 1929	Duisberg an v. Alvensleben *Duisberg*	12
5	13. 12. 1929	Ausführungen Koch-Wesers in der Vorstandssitzung der Deutschen Demokratischen Partei *Deutsche Demokratische Partei*	13
6	7. 1. 1930	Kaas an Hugenberg *Schmidt-Hannover*	14
7	15. 1. 1930	Aufzeichnung von Graf Westarp über eine Unterredung mit Reichspräsident v. Hindenburg *Westarp*	15
8a	24. 1. 1930	v. Flemming an Silverberg *Silverberg*	19
8b		Aufzeichnung über Erwägungen des Pommerschen Landwirtschaftsrates *Silverberg*	19
9	25. 1. 1930	v. Gilsa an Reusch *Reusch*	23
10	26. 1. 1930	Denkschrift des Frhr. v. Braun über die Not der Landwirtschaft (Auszüge) *Silverberg*	24
11a	29. 1. 1930	v. Gilsa an Reusch *Reusch*	32
11b	24. 1. 1930	Aufzeichnung über eine Besprechung von Mitgliedern der Deutschen Volkspartei *Reusch*	33
12	30. 1. 1930	Rede Reuschs in der Hauptausschußsitzung des Deutschen Industrie- und Handelstages *Reusch*	35
13	4. 2. 1930	Fritz Schäffer an Reusch *Reusch*	38
14	5. 2. 1930	v. Gilsa an Reusch (Auszug) *Reusch*	41
15a	8. 2. 1930	Kastl an Reichsminister Moldenhauer *Reichsverband der Deutschen Industrie*	43
15b	5. 2. 1930	Memorandum Kastls für eine Besprechung mit Reichsminister Moldenhauer *Reichsverband der Deutschen Industrie*	45

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
16	8. 2. 1930	Fritz Schäffer an Reusch *Reusch*	46
17	11. 2. 1930	v. Gilsa an Reusch (Auszüge) *Reusch*	47
18	12. 2. 1930	Reusch an v. Gilsa *Reusch*	50
19	19. 2. 1930	v. Gilsa an Reusch *Reusch*	51
20	20. 2. 1930	Reusch an v. Gilsa *Reusch*	53
21	26. 2. 1930	v. Gilsa an Reusch (Auszug) *Reusch*	53
22	27. 2. 1930	Rundschreiben Kastls an Mitglieder des Reichstages *Reichsverband der Deutschen Industrie*	55
23	28. 2. 1930	Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer (Auszug) *Schäffer*	56
24	1. 3. 1930	Niederschrift Brünings über eine Unterredung mit Reichspräsident v. Hindenburg *Müller*	61
25	1. 3. 1930	Aufzeichnung von Staatssekretär Pünder über ein Telefongespräch mit Brüning *Müller*	63
26	1. 3. 1930	Aufzeichnung des Staatsekretärs Schäffer über die politische Lage *Schäffer*	64
27	1. 3. 1930	Niederschrift Blanks über eine Besprechung mit Vertretern der Landwirtschaft im Geschäftsgebäude des Reichsverbandes der Deutschen Industrie *Reusch*	67
28	3. 3. 1930	Reichsbankpräsident Schacht an Reichspräsident v. Hindenburg *Schäffer*	71
29		Bericht Moldenhauers über den Rücktritt Schachts und die Ernennung Luthers zum Reichsbankpräsidenten *Moldenhauer*	74
30	8. 3. 1930	Aktennotiz Herles über ein Telefongespräch mit Reichsminister Moldenhauer *Reusch*	76
31	9. 3. 1930	Niederschrift Jäneckes über eine Unterredung mit Luther *Luther*	78
32	10. 3. 1930	Reichsminister Moldenhauer an Duisberg *Duisberg*	82
33	12. 3. 1930	v. Alvensleben an Generalmajor v. Schleicher *Schleicher*	84
34	14. 3. 1930	Duisberg an Reichsminister Moldenhauer *Duisberg*	86
35	15. 3. 1930	Reichsminister Moldenhauer an Duisberg *Duisberg*	86
36	18. 3. 1930	v. Gilsa an Reusch *Reusch*	87

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
37a	18. 3. 1930	Aktennotiz des Staatssekretärs Meissner über Unterredungen des Reichspräsidenten v. Hindenburg mit Schiele, Kastl, Silverberg und Caro *Büro des Reichspräsidenten*	88
37b	18. 3. 1930	Gesprächsunterlagen des Reichspräsidenten v. Hindenburg für die Unterredungen mit Kastl, Silverberg und Caro *Büro des Reichspräsidenten*	89
38a	18. 3. 1930	Generalmajor v. Schleicher an Staatssekretär Meissner *Schleicher*	91
38b	13. 3. 1930	Generalmajor a. D. v. Thaer an Generalmajor v. Schleicher *Schleicher*	92
38c		Staatssekretär Meissner an Generalmajor v. Schleicher *Schleicher*	94
39	20. 3. 1930	Aufzeichnung des Legationsrats Redlhammer für Reichsminister Curtius (Auszug) *Auswärtiges Amt*	95
40	23. 3. 1930	v. Gilsa an Reusch *Reusch*	95
41	25. 3. 1930	Reusch an v. Gilsa *Reusch*	97
42	26. 3. 1930	Niederschrift über die Sitzung des Vorstandes der Reichstagsfraktion des Zentrums (Inhaltsangabe) *Zentrumsprotokolle*	97
43		Bericht Moldenhauers über die Demission der Regierung Müller und die Bildung der Regierung Brüning (Auszüge) *Moldenhauer*	98

II. Die erste Phase der Regierung Brüning (bis zur Auflösung des Reichstags am 18. Juli 1930)

44	1. 4. 1930	Blank an Reusch *Reusch*	105
45	1. 4. 1930	Niederschrift über die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei *Schmidt-Hannover*	107
46	2. 4. 1930	Niederschrift über die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei *Schmidt-Hannover*	108
47	2. 4. 1930	Blank an Reusch *Reusch*	110
48	3. 4. 1930	Niederschrift über die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei *Schmidt-Hannover*	112
49	3. 4. 1930	Niederschrift von Graf Westarp über die Bildung der Regierung Brüning bis zur Ablehnung des Mißtrauensvotums am 3. April 1930 (Inhaltsangabe) *Westarp*	112
50	3. 4. 1930	Hitler an das Präsidium des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren *Schmidt-Hannover*	114

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
51	3. 4. 1930	Hugenberg an Hitler *Schmidt-Hannover*	114
52	8. 4. 1930	Niederschrift über die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei *Schmidt-Hannover*	116
53	9. 4. 1930	Blank an Reusch *Reusch*	117
54a	9. 4. 1930	Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie an die Mitglieder des Präsidiums *Silverberg*	119
54b		Memorandum des Reichsverbandes der Deutschen Industrie an die Mitglieder des Präsidiums (Auszüge) *Silverberg*	119
55		Bericht Moldenhauers über die Anfänge der Regierung Brüning und die Verhandlungen mit den Parteiführern bis zur Abstimmung über das Finanz- und Agrarprogramm im Reichstag am 14. April 1930 *Moldenhauer*	121
56	16. 4. 1930	Graf Westarp an Hugenberg *Schmidt-Hannover*	124
57	16. 4. 1930	Rundschreiben des Stahlhelm *Stahlhelm*	127
58	23. 4. 1930	Mahraun an Koch-Weser *Koch-Weser*	129
59	Ende April 1930	Zusammenfassende Aufzeichnung über die Vorgänge in der Deutschnationalen Volkspartei im April 1930 *Schmidt-Hannover*	130
60	Ende April 1930	Aufzeichnung von Graf Westarp über die Lage in der Deutschnationalen Volkspartei (Inhaltsangabe) *Westarp*	149
61	30. 4. 1930	Aktenvermerk des Staatssekretärs Pünder über eine Unterredung mit Generalmajor v. Schleicher *Pünder*	150
62	1. 5. 1930	v. Gilsa an Reusch (Auszug) *Reusch*	150
63	1. 5. 1930	Erkelenz an Adolf Lange (Auszug) *Erkelenz*	151
64	2. 5. 1930	Graf Westarp an Hugenberg *Hugenberg*	153
65	6. 5. 1930	Koch-Weser an Mahraun *Koch-Weser*	154
66	9. 5. 1930	Aktenvermerk des Staatssekretärs Schäffer über eine Besprechung mit Klepper *Schäffer*	155
67	14. 5. 1930	Niederschrift über eine Besprechung Silverbergs mit Bötzkes *Silverberg*	157
68	15. 5. 1930	Landeshauptmann Caspari an Ministerpräsident Braun *Otto Braun*	159

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
69a	17. 5. 1930	Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie *Reichsverband der Deutschen Industrie*	161
69b		Stellungnahme des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zum Osthilfeprogramm der Reichsregierung *Auswärtiges Amt*	162
70	17. 5. 1930	v. Gilsa an Reusch (Auszug) *Reusch*	164
71	21. 5. 1930	v. Gilsa an Reusch (Auszug) *Reusch*	167
72	21. 5. 1930	Frhr. v. Wilmowsky an Reusch (Auszug) *Reusch*	170
73	24. 5. 1930	v. Gilsa an Reusch *Reusch*	171
74	24. 5. 1930	Blank an Reusch *Reusch*	174
75	24. 5. 1930	Blank an Frhr. v. Wilmowsky *Reusch*	177
76	25. 5. 1930	Niederschrift über die Sitzung des Parteiausschusses der Deutschen Demokratischen Partei (Auszüge) *Deutsche Demokratische Partei*	178
77	31. 5. 1930	Blank an Reusch *Reusch*	186
78	Ende Mai 1930	Entwurf einer Erklärung des Reichspräsidenten v. Hindenburg zu den Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften *Reichskanzlei*	189
79	3. 6. 1930	Niederschrift über eine gemeinsame Besprechung des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und des Vorstandes der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände *Silverberg*	190
80a	4. 6. 1930	Herle an Duisberg *Reichsverband der Deutschen Industrie*	193
80b		Entwurf für eine gemeinsame Erklärung von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften *Reichsverband der Deutschen Industrie*	194
81	5. 6. 1930	Aufzeichnung Blanks über eine Mitteilung Kastls *Reusch*	196
82	6. 6. 1930	Niederschrift über eine Besprechung bei Reichsminister Stegerwald *Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie*	197
83	10. 6. 1930	Blank an Reusch *Reusch*	202
84	10. 6. 1930	Staatssekretär Pünder an Reichsminister Dietrich (Auszug) *Pünder*	203
85		Bericht Moldenhauers über die Entwicklung der Reichsfinanzen von Anfang Mai 1930 bis zur Verabschiedung des Finanzprogramms der Reichsregierung (Auszüge) *Moldenhauer*	205

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
86	13. 6. 1930	Niederschrift über eine gemeinsame Sitzung der Vorstände des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (Auszüge) *Reichsverband der Deutschen Industrie*	212
87a	14. 6. 1930	Staatssekretär Staudinger an Ministerpräsident Braun *Otto Braun*	232
87b		Entwurf einer Erklärung der Arbeitgeber *Otto Braun*	235
87c		Entwurf einer Erklärung der Gewerkschaftsvertreter *Otto Braun*	236
87d		Entwurf der Gewerkschaftsvertreter für eine gemeinsame Erklärung von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften *Otto Braun*	237
88	17. 6. 1930	Blank an Reusch *Reusch*	238
89	17. 6. 1930	v. Gilsa an Reusch *Reusch*	240
90	18. 6. 1930	Gattineau an Duisberg (Auszug) *Reichsverband der Deutschen Industrie*	242
91		Bericht Moldenhauers über seinen Rücktritt als Reichsfinanzminister am 18. Juni 1930 (Auszüge) *Moldenhauer*	243
92	21. 6. 1930	Staatssekretär Meissner an Reichspräsident v. Hindenburg *Büro des Reichspräsidenten*	246
93	23. 6. 1930	Aktenvermerk des Staatssekretärs Meissner für Reichspräsident v. Hindenburg *Büro des Reichspräsidenten*	248
94	24. 6. 1930	Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer *Schäffer*	249
95	25. 6. 1930	Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer (Auszug) *Schäffer*	253
96	25. 6. 1930	Niederschrift über eine gemeinsame Sitzung von Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie *Reichsverband der Deutschen Industrie*	255
97	25. 6. 1930	Stellungnahme des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu den Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften *Vorwärts*	257
98	25. 6. 1930	Rundschreiben des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands *Otte*	259
99a	27. 6. 1930	Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie *Reichsverband der Deutschen Industrie*	260
99b	26. 6. 1930	Pressemitteilung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände über die Besprechungen mit den Gewerkschaften *Reichsverband der Deutschen Industrie*	261

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
100	27. 6. 1930	Aktenvermerk des Staatssekretärs Meissner für Reichspräsident v. Hindenburg *Büro des Reichspräsidenten*	263
101	27. 6. 1930	Reichspräsident v. Hindenburg an Reichsminister Curtius *Büro des Reichspräsidenten*	264
102	28. 6. 1930	Der Württembergische Gesandte Bosler an das Württembergische Staatsministerium *Württembergisches Staatsministerium*	264
103	2. 7. 1930	Kastl an Silverberg (Auszug) *Silverberg*	271
104	2. 7. 1930	Niederschrift über die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei *Schmidt-Hannover*	272
105	5. 7. 1930	Blank an Reusch *Reusch*	273
106	9. 7. 1930	Koch-Weser an Scholz *Koch-Weser*	275
107	10. 7. 1930	Niederschrift über die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei *Schmidt-Hannover*	277
108	13. 7. 1930	Reichsbankpräsident Luther an Reichskanzler Brüning *Reichskanzlei*	281
109	14. 7. 1930	Niederschrift über die Reichsministerbesprechung (Inhaltsangabe) *Reichskanzlei*	282
110	17. 7. 1930	v. Gilsa an Reusch *Reusch*	283
111	17. 7. 1930	Blank an Reusch *Reusch*	286
112	17. 7. 1930	Niederschrift über die Sitzungen der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei *Schmidt-Hannover*	286
113	18. 7. 1930	Erklärung von Graf Westarp vor der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei *Westarp*	300
114	19. 7. 1930	Erlaß des Staatssekretärs v. Bülow *Auswärtiges Amt*	300

III. Neue Parteien und Reichstagswahl

115	21. 7. 1930	Aufzeichnung Blanks über Verhandlungen zur Parteienumbildung *Reusch*	305
116	23. 7. 1930	Blank an Reusch *Reusch*	308
117	24. 7. 1930	Blank an Reusch *Reusch*	311
118	24. 7. 1930	Niederschrift über die Sitzung des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei (Auszug) *Schmidt-Hannover*	314

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
119	25. 7. 1930	Niederschrift über die Sitzung des Vorstandes der Deutschen Demokratischen Partei (Auszüge) *Deutsche Demokratische Partei*	324
120a	28. 7. 1930	Hamm an Reusch *Reusch*	328
120b	25. 7. 1930	Niederschrift über die Sitzung des Vorstandes des Deutschen Industrie- und Handelstages *Reusch*	329
120c	25. 7. 1930	Aufzeichnung über eine Aussprache zwischen Vorstandsmitgliedern des Deutschen Industrie- und Handelstages *Reusch*	334
120d	28. 7. 1930	Rundschreiben des Deutschen Industrie- und Handelstages *Reusch*	336
121	29. 7. 1930	v. Gilsa an Reusch *Reusch*	338
122a	29. 7. 1930	Blank an Springorum *Reusch*	339
122b	28. 7. 1930	Niederschrift Blanks über eine Besprechung mit Gereke und Sogemeier *Reusch*	341
123	30. 7. 1930	Niederschrift über die Sitzung des Parteiausschusses der Deutschen Demokratischen Partei (Auszüge) *Deutsche Demokratische Partei*	342
124	1. 8. 1930	Koch-Weser an Scholz *Koch-Weser*	350
125	2. 8. 1930	Reusch an Hamm *Reusch*	352
126	2. 8. 1930	Staatssekretär Schäffer an Max Warburg *Schäffer*	353
127	5. 8. 1930	Blank an Reusch *Reusch*	360
128a	6. 8. 1930	Koch-Weser an Scholz *Stolper*	361
128b	6. 8. 1930	Aktenvermerk Koch-Wesers *Stolper*	362
129	9. 8. 1930	Blank an Reusch *Reusch*	362
130	10. 8. 1930	Erkelenz an Karl Rothenbücher *Erkelenz*	363
131	16. 8. 1930	Rundschreiben des Jungdeutschen Ordens (Auszüge) *Hauptarchiv der NSDAP*	367
132	28. 8. 1930	Blank an Reusch *Reusch*	375
133	5. 9. 1930	Reusch an Otto Weinlig *Reusch*	377
134	12. 9. 1930	Aufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer über eine Unterredung mit Reichsbankpräsident Luther und Reichsbankvizepräsident Dreyse *Schäffer*	378

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
135	15. 9. 1930	Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer *Schäffer*	381
136	15. 9. 1930	Koch-Weser an Reichsminister Curtius *Auswärtiges Amt*	382
137	16. 9. 1930	Staatssekretär v. Bülow an Reichsminister Curtius *Auswärtiges Amt*	383
138	18. 9. 1930	Aktenvermerk des Staatssekretärs Schäffer über eine Besprechung mit Reichsbankpräsident Luther *Schäffer*	386
139	19. 9. 1930	Der Bayerische Gesandte Ritter v. Preger an Ministerpräsident Held *Bayerisches Staatsministerium des Äußern*	389
140	19. 9. 1930	Rede Kastls in der Vorstandssitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie *Reichsverband der Deutschen Industrie*	393
141	22. 9. 1930	Aktenvermerk des Staatssekretärs Schäffer über eine Besprechung bei Reichskanzler Brüning *Schäffer*	397
142	27. 9. 1930	Staatssekretär v. Bülow an Staatssekretär Schäffer *Schäffer*	400
143	1. 10. 1930	Reichsminister Treviranus an Blank *Reusch*	401
144	1. 10. 1930	v. Lindeiner-Wildau an Blank *Reusch*	402
145	3. 10. 1930	Rundschreiben des Jungdeutschen Ordens *Hauptarchiv der NSDAP*	403
146	8. 10. 1930	Koch-Weser an Gustav Ehlermann *Koch-Weser*	407
147	10. 10. 1930	Koch-Weser an Eduard Scheidemantel *Koch-Weser*	408
148	11. 10. 1930	Oscar Meyer an Koch-Weser *Koch-Weser*	411

IV. Wirtschaft, Reichspräsident und Parteien an der Jahreswende 1930/31

149	12. 10. 1930	Rede Leiparts vor dem Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Auszug) *Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesausschuß*	417
150	16. 10. 1930	Haniel an Reusch (Auszug) *Reusch*	419
151	16. 10. 1930	Georg Lübsen an Reusch *Reusch*	421
152	16. 10. 1930	Niederschrift über die Sitzung des Vorstandes der Deutschen Demokratischen Partei (Auszüge) *Deutsche Demokratische Partei*	425

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
153	16. 10. 1930	Presseerklärung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands *Jahrbuch der SPD*	431
154	17. 10. 1930	v. Flemming an Silverberg *Silverberg*	434
155	20. 10. 1930	Silverberg an v. Flemming *Silverberg*	437
156	20. 10. 1930	Heuss an Albert Hopf *Heuss*	438
157	Ende Oktober 1930	Aufzeichnung von Graf Westarp über mehrere politische Besprechungen (Auszug) *Westarp*	440
158	23. 10. 1930	Aufzeichnung des Staatssekretärs Meissner über eine Besprechung des Reichspräsidenten v. Hindenburg mit Reichsminister Schiele und Vertretern des Deutschen Landvolkes *Büro des Reichspräsidenten*	444
159	29. 10. 1930	Bericht des Badischen Gesandten Honold über die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags *Badische Gesandtschaft Berlin*	446
160	30. 10. 1930	v. Gilsa an Reusch *Reusch*	456
161	6. 11. 1930	Aktenvermerk des Staatssekretärs Schäffer über ein Gespräch mit Reichsbankpräsident Luther (Auszug) *Schäffer*	460
162	12. 11. 1930	Aufzeichnung über eine Besprechung im Reichsarbeitsministerium *Silverberg*	461
163	13. 11. 1930	Rundschreiben des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands *Otte*	464
164	15. 11. 1930	Niederschrift des Landrichters Hamann über eine Besprechung des Reparationsausschusses *Reichswirtschaftsministerium*	465
165a	23. 11. 1930	Aktenvermerk des Staatssekretärs Schäffer über eine Unterredung mit Reichsminister Curtius *Schäffer*	469
165b	24. 11. 1930	Aktenvermerk des Staatssekretärs Schäffer über eine Unterredung mit Harrison *Schäffer*	470
166	26. 11. 1930	Aktenvermerk des Staatssekretärs Pünder (Inhaltsangabe) *Reichskanzlei*	473
167	27. 11. 1930	Reden Kastls und des Reichskanzlers Brüning vor dem Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Auszüge) *Reichsverband der Deutschen Industrie*	474
168	4. 12. 1930	Reichert an Schlenker *Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie*	478
169	4. 12. 1930	Rundschreiben des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands *Otte*	481

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
170	4. 12. 1930	v. Raumer an Kastl *Silverberg*	482
171	5. 12. 1930	v. Gilsa an Reusch *Reusch*	484
172	9. 12. 1930	Aufzeichnung des Staatssekretärs Meissner über eine Besprechung des Reichspräsidenten v. Hindenburg mit Vertretern des Reichslandbundes *Büro des Reichspräsidenten*	487
173	10. 12. 1930	Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie *Silverberg*	489
174	10. 12. 1930	Aufzeichnung von Reichsminister Curtius über eine Besprechung mit dem englischen Botschafter Sir Horace Rumbold (Inhaltsangabe) *Auswärtiges Amt*	491
175	12. 12. 1930	Aufzeichnung des Staatssekretärs Meissner über eine Besprechung des Reichspräsidenten v. Hindenburg mit Vertretern des Reichsverbandes der Deutschen Industrie *Büro des Reichspräsidenten*	492
176	14./15. 12. 1930	Niederschrift über die Sitzung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Auszug) *Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesausschuß*	493
177	15. 12. 1930	Aktenvermerk über eine Besprechung im Reichsfinanzministerium *Städtetag*	508
178	15. 12. 1930	Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer (Auszug) *Schäffer*	512
179	17. 12. 1930	Aufzeichnung des Staatssekretärs Meissner über eine Besprechung des Reichspräsidenten v. Hindenburg mit Vertretern der Grünen Front *Büro des Reichspräsidenten*	515
180	23. 12. 1930	Reichsminister Treviranus an Silverberg *Silverberg*	517
181	29. 12. 1930	Rundschreiben des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands *Otte*	518
182	30. 12. 1930	Silverberg an Reichsminister Treviranus *Silverberg*	519
183	14. 1. 1931	Niederschrift über die Sitzung des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Auszug) *Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Vorstand*	520
184	19. 1. 1931	Fritz Schäffer an Kaas *Bayerisches Staatsministerium des Äußern*	525

V. Suche nach Wegen aus dem Young-Plan

185	20. 1. 1931	Staatssekretär v. Bülow an Botschafter v. Prittwitz und Gaffron (Auszug) *Auswärtiges Amt*	531

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
186	22. 1. 1931	Aufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer über eine Unterredung mit Reichsbankvizepräsident Dreyse *Schäffer*	532
187	25. 1. 1931	Aufzeichnung von Reichsminister Curtius über eine Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand (Auszug) *Auswärtiges Amt*	536
188	28. 1. 1931	Reusch an Blank (Auszug) *Reusch*	537
189	29. 1. 1931	Blank an Reusch (Auszug) *Reusch*	538
190	29. 1. 1931	Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie *Silverberg*	538
191	31. 1. 1931	Blank an Reusch. „Osthilfe“ *Reusch*	542
192	31. 1. 1931	Blank an Reusch. „Besprechung bei Reichskanzler Brüning“ *Reusch*	543
193	31. 1. 1931	Reichsminister Dietrich an Staatssekretär Meissner *Büro des Reichspräsidenten*	544
194	2. 2. 1931	Aktennotiz Poensgens über eine Besprechung der Ruhrlade *Krupp*	546
195	3. 2. 1931	Rundschreiben der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände *Silverberg*	547
196	3./4. 2. 1931	Aufzeichnung über Besprechungen des Reichskanzlers Brüning mit Vertretern der Deutschen Volkspartei *Dingeldey*	548
197	4. 2. 1931	Niederschrift über die Sitzung des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Auszug) *Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Vorstand*	548
198	5. 2. 1931	Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie *Silverberg*	553
199	7. 2. 1931	Aktenvermerk von Ministerialrat Vogels über eine Besprechung in der Reichskanzlei über die Reparationsfrage (Inhaltsangabe) *Reichskanzlei*	555
200	11. 2. 1931	Aktenvermerk des Ministerialrats Krafft v. Delmensingen über eine Mitteilung der Bayerischen Gesandtschaft in Berlin *Bayerisches Staatsministerium des Äußern*	555
201a	25. 2. 1931	Kastl an Silverberg *Silverberg*	557
201b		Aktenvermerk über Anträge der Preußischen Staatsregierung *Silverberg*	558
201c	25. 2. 1931	Silverberg an Reichskanzler Brüning *Silverberg*	559

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
201d	26. 2. 1931	Staatssekretär Weismann an Silverberg *Silverberg*	560

VI. Finanzen und Reparationsfrage bis zur Sommerkrise (März bis Juli 1931)

202	17. 3. 1931	Aktenvermerk des Staatssekretärs Schäffer über eine Besprechung in der Reichsbank (Auszug) *Schäffer*	565
203	25. 3. 1931	Aktenvermerk des Staatssekretärs Schäffer über eine Besprechung in der Reichsbank (Auszug) *Reichskanzlei*	569
204	2. 4. 1931	Denkschrift des Ministerialrates Berger über die Reparationspolitik *Dietrich*	571
205a	9. 4. 1931	Denkschrift des Staatssekretärs Schäffer über die Reparationsfrage *Dietrich*	583
205b		Stellungnahme des Ministerialdirektors Ritter zur Denkschrift des Staatssekretärs Schäffer über die Reparationsfrage *Dietrich*	597
205c		Stellungnahme des Ministerialdirektors Dorn zur Denkschrift des Staatssekretärs Schäffer über die Reparationsfrage (Auszüge) *Dietrich*	599
205d	2. 5. 1931	Stellungnahme des Ministerialrates Ronde zur Denkschrift des Staatssekretärs Schäffer über die Reparationsfrage *Dietrich*	601
205e	3. 5. 1931	Stellungnahme des Oberregierungsrates Nathan zur Denkschrift des Staatssekretärs Schäffer über die Reparationsfrage *Dietrich*	606
205f	9. 5. 1931	Stellungnahme des Ministerialrates Berger zur Denkschrift des Staatssekretärs Schäffer über die Reparationsfrage (Auszüge) *Dietrich*	610
206	25. 4. 1931	Blank an Reusch *Reusch*	613
207	27. 4. 1931	Blank an Reusch *Reusch*	614
208	27. 4. 1931	Fritz Schäffer an Ministerpräsident Held *Bayerisches Staatsministerium des Äußern*	615
209	28. 4. 1931	Der Reichsverband der Deutschen Industrie an Reichskanzler Brüning *Silverberg*	617
210	7. 5. 1931	Niederschrift von Ministerialrat Vogels über eine Besprechung in der Reichskanzlei über die Reparationsfrage (Inhaltsangabe) *Reichskanzlei*	620

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
211	13. 5. 1931	Blank an Reusch *Reusch*	621
212	15. 5. 1931	Springorum an Blank *Reusch*	622
213	18. 5. 1931	Dingeldey an Reichskanzler Brüning *Dingeldey*	623
214a	20. 5. 1931	Blank an Reusch *Reusch*	627
214b	20. 5. 1931	Blank und Sogemeier an Springorum *Reusch*	627
214c	20. 5. 1931	Aufzeichnung über eine Besprechung zwischen Blank, Sogemeier und Springorum *Reusch*	628
215	28. 5. 1931	Vortragsnotiz des Württembergischen Gesandten Bosler über eine Sitzung des Reichsratsausschusses für Verfassung und Geschäftsordnung (Auszug) *Württembergisches Staatsministerium*	630
216	30. 5. 1931	Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an Reichskanzler Brüning *Reichskanzlei*	631
217	30. 5. 1931	Aufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther über eine Besprechung in der Reichskanzlei *Luther*	632
218	1. 6. 1931	Aufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther über Sitzungen des Reichskabinetts *Luther*	636
219	2. 6. 1931	Aufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther über eine Reichsministerbesprechung *Luther*	639
220	2. 6. 1931	Ministerpräsident Held an Reichskanzler Brüning (Auszug) *Bayerisches Staatsministerium des Äußern*	641
221a	3. 6. 1931	Aufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther über drei Reichsministerbesprechungen *Luther*	643
221b	3. 6. 1931	Tagebuchaufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	646
222	3. 6. 1931	Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie *Silverberg*	648
223	11. 6. 1931	Tagebuchaufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	650
224	11. 6. 1931	Blank an Reusch *Reusch*	654
225	12. 6. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	655
226	12. 6. 1931	Blank an Reusch *Reusch*	658
227	12. 6. 1931	Aufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer zur Kassenlage des Reiches *Schäffer*	659

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
228	12. 6. 1931	Aktenvermerk des Bayerischen Gesandten Ritter v. Preger über eine Mitteilung des Staatssekretärs Pünder *Bayerisches Staatsministerium des Äußern*	662
229	13. 6. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	663
230	13. 6. 1931	Aktennotiz Dingeldeys über eine Besprechung mit Reichskanzler Brüning, Kaas und Vögler *Dingeldey*	666
231	13. 6. 1931	Wilhelm Kalle an Dingeldey *Dingeldey*	669
232	14. 6. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	671
233	15. 6. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	672
234a	15. 6. 1931	Aktennotiz Dingeldeys über Besprechungen mit Reichskanzler Brüning *Dingeldey*	677
234b	15. 6. 1931	Dingeldey an Reichskanzler Brüning *Dingeldey*	678
235	15. 6. 1931	Frhr. v. Gleichen an Reichsbankpräsident Luther *Luther*	679
236	16. 6. 1931	Niederschrift über die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei *Deutsche Volkspartei*	681
237	16. 6. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	683
238	16. 6. 1931	Niederschrift über die Sitzung des Engeren Vorstandes des Deutschen Städtetages (Auszug) *Städtetag*	686
239a	17. 6. 1931	Aktenvermerk des Reichsbankpräsidenten Luther über ein Gespräch mit Cassel *Luther*	689
239b	17. 6. 1931	Tagebuchaufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	690
240	17. 6. 1931	Graf Westarp an Walther Rademacher *Westarp*	691
241	18. 6. 1931	Der Bayerische Gesandte Ritter v. Preger an das Bayerische Staatsministerium des Äußern *Bayerisches Staatsministerium des Äußern*	692
242	19. 6. 1931	Referat Silverbergs im Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Auszüge) *Reichsverband der Deutschen Industrie*	696
243	20. 6. 1931	Niederschrift über die Sitzung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Auszug) *Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesausschuß*	705
244	20. 6. 1931	Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer (Auszug) *Schäffer*	714

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
245	20. 6. 1931	Aktenvermerk über ein Gespräch des Reichsbankpräsidenten Luther mit Siepman *Luther*	718
246a	22. 6. 1931	Aktenvermerk des Reichsbankdirektors Vocke über ein Telefonat des Reichsbankpräsidenten Luther mit Siepman *Luther*	720
246b	22. 6. 1931	Aktenvermerk des Reichsbankdirektors Vocke über ein Telefonat mit Siepman *Luther*	721
246c	23. 6. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	721
247	26. 6. 1931	Graf Westarp an Frhr. v. Hammerstein-Loxten (Auszug) *Westarp*	723
248	28. 6. 1931	Aktenvermerk des Staatssekretärs Meissner für Oberstleutnant v. Hindenburg *Büro des Reichspräsidenten*	724
249	29. 6. 1931	Aktenvermerk des Staatssekretärs Meissner für Oberstleutnant v. Hindenburg *Büro des Reichspräsidenten*	725
250	1. 7. 1931	Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer (Auszug) *Schäffer*	727
251	2. 7. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	728
252	4. 7. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	730
253	6. 7. 1931	Plan des Reichsbankpräsidenten Luther für eine Kreditaktion der deutschen Privatwirtschaft *Luther*	733
254a	8. 7. 1931	Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie *Reusch*	734
254b	7. 7. 1931	Der Reichsverband der Deutschen Industrie an Reichsbankpräsident Luther *Reusch*	737
255	8. 7. 1931	Aktenvermerk des Staatssekretärs Meissner für Oberstleutnant v. Hindenburg *Büro des Reichspräsidenten*	738
256	10. 7. 1931	Aufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther über seine Besprechungen in Paris *Luther*	740
257a	10. 7. 1931	Aufzeichnung über die Währungskrise *Luther*	746
257b	9. 7. 1931	Aufzeichnung der Statistischen Abteilung der Reichsbank zur Auslandsverschuldung *Luther*	748
258	11. 7. 1931	Die Darmstädter und Nationalbank an Reichsbankvizepräsident Dreyse *Pünder*	749
259	13. 7. 1931	Aktennotiz des Staatssekretärs Meissner *Büro des Reichspräsidenten*	750

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
260	14. 7. 1931	Niederschrift über die Sitzung des Engeren Vorstandes des Deutschen Städtetages *Städtetag*	752
261	15. 7. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	758
262	16. 7. 1931	Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie *Reusch*	759
263	16. 7. 1931	v. Gilsa an Reusch *Reusch*	764
264	16. 7. 1931	Niederschrift über die Sitzung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Auszug) *Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesausschuß*	767
265	17. 7. 1931	Mulert an Reichsminister Dietrich *Mulert*	773
266	18. 7. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	775
267	20. 7. 1931	Aufzeichnung Mulerts *Mulert*	779
268	21. 7. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	781
269	23. 7. 1931	Die Führer der Grünen Front an Reichsminister Schiele *Büro des Reichspräsidenten*	784
270	24. 7. 1931	Reichsbankpräsident Luther an Reusch *Reusch*	786
271	24. 7. 1931	Dingeldey an v. Gilsa *Dingeldey*	791
272	25. 7. 1931	v. Gilsa an Reusch *Reusch*	792
273	25. 7. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	793
274	29. 7. 1931	Aktenvermerk des Staatssekretärs Meissner *Büro des Reichspräsidenten*	796
275	30. 7. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszüge) *Luther*	797
276	30. 7. 1931	Führende Industrielle an Reichskanzler Brüning *Reichskanzlei*	800
277	31. 7. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	806
278	31. 7. 1931	Aktenvermerk des Reichsministers Dietrich über die Vorgänge bei der Reichsbank *Dietrich*	810
279a	31. 7. 1931	Sozialdemokratische Denkschrift über die Entstehung und Bedeutung der gegenwärtigen Kreditkrise *Otto Braun*	811
279b	3. 8. 1931	Aufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer über außenpolitische und außenwirtschaftliche Ursachen der Bankenkrise *Schäffer*	816

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
279c	29. 7.–8. 8. 1931	Fortlaufende Aufzeichnungen des Staatssekretärs Schäffer über die Geheimgeschichte der Bankenkrise *Schäffer*	825
279d	1. 10. 1931	Denkschrift der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft über die Juli-Ereignisse im Bankgewerbe (Auszüge) *Reichskanzlei*	843

Zweiter Teil

VII. Stabilisierungsversuche und die Dietramszeller Notverordnung vom 24. August 1931

280	1. 8. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	857
281	5. 8. 1931	Ministerpräsident Held an die Bayerische Gesandtschaft in Berlin *Bayerisches Staatsministerium des Äußern*	861
282	6. 8. 1931	Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Wirtschaftspolitischen, des Finanzpolitischen und des Sozialpolitischen Ausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates (Auszug) *Vorläufiger Reichswirtschaftsrat*	863
283	6. 8. 1931	v. Gilsa an Reusch *Reusch*	871
284	10. 8. 1931	Niederschrift Mulerts über eine Besprechung in der Reichskanzlei *Städtetag*	873
285	11. 8. 1931	Blank an Reusch *Reusch*	881
286	12. 8. 1931	Rundschreiben des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands *Otte*	884
287a	13. 8. 1931	Niederschrift über die Sitzung der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats *Bayerisches Staatsministerium des Äußern*	886
287b	13. 8. 1931	Referat des Reichskanzlers Brüning vor den Vereinigten Ausschüssen des Reichsrats *Bayerisches Staatsministerium des Äußern*	891
288	16. 8. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	896
289	17. 8. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	899
290	18. 8. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszüge) *Luther*	903
291	18. 8. 1931	Niederschrift des Ministerialdirektors v. Hagenow über eine Besprechung des Reichskanzlers Brüning mit Vertretern des Stahlwerks-Verbandes *Reichskanzlei*	908
292	19. 8. 1931	Referentenaufzeichnung im Bayerischen Staatsministerium des Äußern zur Reichsreform *Bayerisches Staatsministerium des Äußern*	912

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
293	20. 8. 1931	Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie *Silverberg*	915
294	22. 8. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	918
295	22./23. 8. 1931	Aufzeichnung von Lammers über einen Besuch Lord Laytons in Berlin (Auszüge) *Auswärtiges Amt*	920
296	25. 8. 1931	Ministerialdirektor Frhr. v. Imhoff an das Bayerische Staatsministerium des Innern *Bayerisches Staatsministerium des Äußern*	923
297	29. 8. 1931	Ministerialdirektor Brecht an Ministerpräsident Braun *Otto Braun*	925
298	29. 8. 1931	Rundschreiben des Präsidenten des Deutschen Städtetages *Städtetag*	926

VIII. Von der Dietramszeller Notverordnung bis zur Kabinettsumbildung und zur Harzburger Tagung (Oktober 1931)

299	2. 9. 1931	Denkschrift des Staatssekretärs Schäffer zur Krisenbekämpfung *Schäffer*	933
300	4. 9. 1931	Reichsbankpräsident Luther an Staatssekretär Schäffer *Luther*	940
301	4. 9. 1931	Dingeldey an Reichsminister Curtius *Dingeldey*	941
302	5. 9. 1931	Staatssekretär v. Bülow an Reichsminister Curtius *Auswärtiges Amt*	943
303	6. 9. 1931	Reusch an Kastl *Reusch*	944
304	7. 9. 1931	Hitler an Hugenberg *Schmidt-Hannover*	945
305	9. 9. 1931	Hugenberg an Hitler *Schmidt-Hannover*	947
306	11. 9. 1931	Hugenberg an Hitler *Schmidt-Hannover*	948
307	11. 9. 1931	Kastl an Reusch *Reusch*	950
308	12. 9. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	951
309	12. 9. 1931	Gregor Straßer an Ernst Schlange (Auszug) *Reichsorganisationsleiter der NSDAP*	952
310	13. 9. 1931	Rundschreiben der Wirtschaftspolitischen Abteilung der Reichsleitung der NSDAP *Reichsorganisationsleiter der NSDAP*	954
311	13. 9. 1931	Tagebuchaufzeichnung Passarges (Auszug) *Passarge*	956

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
312	15. 9. 1931	Niederschrift über eine Besprechung in der Deutschen Gesellschaft, Berlin *Passarge*	957
313	15. 9. 1931	Blank an Reusch *Reusch*	960
314	16. 9. 1931	Reusch an Kastl *Reusch*	963
315a	16. 9. 1931	Krupp v. Bohlen und Halbach an Silverberg *Silverberg*	963
315b		Stellungnahme aus Ostpreußen zur Durchführung der Osthilfe *Silverberg*	964
315c	17. 9. 1931	Silverberg an Krupp v. Bohlen und Halbach *Silverberg*	965
316	17. 9. 1931	Kastl an Reusch (Auszug) *Reusch*	966
317	18. 9. 1931	Niederschrift über eine Besprechung des Reichskanzlers Brüning mit Vertretern des Reichsverbandes der Deutschen Industrie *Reichsverband der Deutschen Industrie*	967
318	18. 9. 1931	Blank an Reusch *Reusch*	976
319	19. 9. 1931	Aufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	978
320	20./21. 9. 1931	Reichsminister Groener an Generalmajor a. D. v. Gleich *Groener*	981
321	21. 9. 1931	Aktenvermerk des Staatssekretärs Pünder über eine Besprechung mit Hamm *Pünder*	986
322	22. 9. 1931	Graf Westarp an Frhr. v. Hammerstein-Loxten *Westarp*	989
323	22. 9. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	991
324	23. 9. 1931	Reichsminister Stegerwald an Jakob Kaiser *Stegerwald*	994
325	23./25. 9. 1931	Passarge an Schlange-Schöningen *Passarge*	995
326	24. 9. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	997
327	24. 9. 1931	Ministerpräsident Held an Staatspräsident Bolz *Bayerisches Staatsministerium des Äußern*	998
328	26. 9. 1931	Niederschrift über die Sitzung des Gesamtvorstandes der Deutschen Staatspartei (Auszüge) *Deutsche Demokratische Partei*	999
329a	28. 9. 1931	v. Oldenburg-Januschau an Silverberg *Silverberg*	1005
329b	1. 10. 1931	Silverberg an v. Oldenburg-Januschau *Silverberg*	1006
330	29. 9. 1931	Rundschreiben des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands *Otte*	1007

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
331	1. 10. 1931	Reichsminister Stegerwald an Jakob Kaiser *Stegerwald*	1009
332	1. 10. 1931	Blank an Reusch *Reusch*	1011
333	2. 10. 1931	Der Bayerische Gesandte Ritter v. Preger an das Bayerische Staatsministerium des Äußern *Bayerisches Staatsministerium des Äußern*	1014
334	5. 10. 1931	Blank an Reusch *Reusch*	1017
335	5. 10. 1931	Blank an Springorum *Reusch*	1018
336	6. 10. 1931	Bericht der Badischen Gesandtschaft in Berlin über die Sitzung der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats *Badische Gesandtschaft Berlin*	1019
337	9. 10. 1931	v. Gilsa an Reusch *Reusch*	1031
338	10. 10. 1931	Aufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer über das zweite Kabinett Brüning *Schäffer*	1032
339	12. 10. 1931	Silverberg an Krupp v. Bohlen und Halbach *Silverberg*	1035
340	12. 10. 1931	Tagebuchaufzeichnung Passarges (Auszug) *Passarge*	1038
341	12. 10. 1931	Blank an Reusch *Reusch*	1039
342	13. 10. 1931	v. Gilsa an Reusch *Reusch*	1043
343	14. 10. 1931	Blank an Reusch *Reusch*	1044

IX. Das zweite Kabinett Brüning bis zur Vierten großen Notverordnung vom 8. Dezember 1931

344	15. 10. 1931	Aktenvermerk des Ministerialrats Sommer über eine telefonische Mitteilung des Bayerischen Gesandten Ritter v. Preger (Auszug) *Bayerisches Staatsministerium des Äußern*	1051
345	16. 10. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszüge) *Luther*	1052
346	16. 10. 1931	Aktenvermerk des Ministerialdirektors Reichardt über eine Reparationsbesprechung *Reichswirtschaftsministerium*	1054
347	19. 10. 1931	Rundschreiben des Jungdeutschen Ordens *Hauptarchiv der NSDAP*	1055
348	20. 10. 1931	Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Staatspartei (Auszüge) *Deutsche Demokratische Partei*	1063

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
349a	21. 10. 1931	Entwurf einer Denkschrift für Schlange-Schöningen über die Durchführung der Osthilfe *Schlange-Schöningen*	1067
349b	24. 10. 1931	Aufzeichnung Schlange-Schöningens zur Agrarpolitik *Schlange-Schöningen*	1072
350	24. 10. 1931	Rundschreiben der Wirtschaftspolitischen Abteilung der Reichsleitung der NSDAP *Reichsorganisationsleiter der NSDAP*	1076
351	26. 10. 1931	Aktenvermerk des Ministerialrats Ronde über eine Reparationsbesprechung *Reichswirtschaftsministerium*	1078
352	29. 10. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszüge) *Luther*	1081
353	31. 10. 1931	Rundschreiben des Stahlhelm (Auszug) *Stahlhelm*	1084
354	3. 11. 1931	v. Gilsa an Reusch *Reusch*	1085
355	7. 11. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	1087
356	11. 11. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	1091
357	12. 11. 1931	Niederschrift über die Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der Deutschen Staatspartei (Auszug) *Deutsche Demokratische Partei*	1094
358	14. 11. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	1096
359	14. 11. 1931	Staatssekretär Schäffer an Reichskanzler Brüning *Schäffer*	1097
360	16. 11. 1931	Dingeldey an v. Gilsa *Dingeldey*	1099
361	17. 11. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	1101
362	19. 11. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszüge) *Luther*	1103
363	20. 11. 1931	Reichsbankpräsident Luther an Reichskanzler Brüning *Luther*	1105
364	21. 11. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	1110
365	23. 11. 1931	Bericht des Vorwärts über die Erklärung der Gewerkschaften in der Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirates (Auszug) *Vorwärts*	1111
366	24. 11. 1931	Blank an Reusch *Reusch*	1112
367	26. 11. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	1114
368	26. 11. 1931	Aktenvermerk des Staatssekretärs Schäffer über eine Sitzung des Bankenkuratoriums *Schäffer*	1116

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
369	27. 11. 1931	Blank an Reusch *Reusch*	1119
370	27. 11. 1931	Rundschreiben des Stahlhelm (Auszug) *Stahlhelm*	1121
371	1. 12. 1931	Aufzeichnung über Besprechungen in der Wirtschaftspolitischen Abteilung der Reichsleitung der NSDAP *Reichsorganisationsleiter der NSDAP*	1123
372	1. 12. 1931	Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände an Reichsminister Dietrich *Städtetag*	1130
373	2. 12. 1931	Tagebuchaufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	1135
374	3. 12. 1931	v. Gilsa an Reusch *Reusch*	1137
375	3. 12. 1931	Hülse an Luther *Reichswirtschaftsministerium*	1139
376	4. 12. 1931	Rundschreiben des Stahlhelm (Auszug) *Stahlhelm*	1140
377	4. 12. 1931	Tagesbericht des Reichbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	1142
378	5. 12. 1931	Aufzeichnung des Geheimen Finanzrats Vocke über Besprechungen in der Bank von England *Luther*	1147
379	5. 12. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	1152
380	6. 12. 1931	Tagebuchaufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	1155
381	6. 12. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	1157
382	7. 12. 1931	Aufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther über die Verhandlungen zur Diskont- und Zinssenkung *Luther*	1159
383	7. 12. 1931	Tagebuchaufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	1163
384	8. 12. 1931	Tagebuchaufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	1164
385	11. 12. 1931	Blank an Reusch *Reusch*	1166
386	11. 12. 1931	Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Auszug) *Silverberg*	1167
387	11. 12. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszüge) *Luther*	1169
388	12. 12. 1931	Rundschreiben des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands *Otte*	1173

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
389	14. 12. 1931	Niederschrift von Ministerialrat Vogels über eine Besprechung des Reichskanzlers Brüning mit Vertretern der Gewerkschaften (Auszüge) *Reichskanzlei*	1175

X. Reparationsprobleme und Wiederwahl des Reichspräsidenten (Dezember 1931 bis April 1932)

390	14. 12. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	1179
391	16. 12. 1931	Staatssekretär Schäffer an Ministerialdirektor Graf Schwerin v. Krosigk *Schäffer*	1181
392	16. 12. 1931	Die Bank für deutsche Industrieobligationen an Reichsminister und Reichskommissar Schlange-Schöningen *Silverberg*	1184
393	18. 12. 1931	Rundschreiben v. Egan-Kriegers an alle Landesführer des Stahlhelm (Auszug) *Stahlhelm*	1188
394	19. 12. 1931	Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer (Auszug) *Schäffer*	1189
395	19. 12. 1931	Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Siehr, an Silverberg *Silverberg*	1193
396	22. 12. 1931	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszüge) *Luther*	1194
397	26. 12. 1931	Kastl an Silverberg *Silverberg*	1196
398	5. 1. 1932	Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer (Auszug) *Schäffer*	1199
399a	8. 1. 1932	Staatssekretär v. Bülow an Staatssekretär Pünder *Reichskanzlei*	1202
399b		Presseäußerung des Reichskanzlers Brüning zur Reparationsfrage *Reichskanzlei*	1203
400	8. 1. 1932	Leipart an Keil *Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Vorstandskorrespondenz*	1206
401a	8.–13. 1. 1932	Aufzeichnung des Staatssekretärs Pünder über die Verhandlungen zur Wiederwahl des Reichspräsidenten *Pünder*	1208
401b	10. 1. 1932	Aufzeichnung über eine Besprechung Hugenbergs mit Reichskanzler Brüning *Hugenberg*	1215
401c	11. 1. 1932	Vertrauliches Rundschreiben der Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei *Otto Braun*	1217

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
402	14. 1. 1932	Graf Westarp an Frhr. Hiller v. Gaertringen (Auszug) *Westarp*	1219
403	18. 1. 1932	v. Gilsa an Reusch *Reusch*	1221
404	19. 1. 1932	Ministerpräsident Braun an Staatssekretär Weismann *Severing*	1223
405	21. 1. 1932	Botschafter v. Neurath an das Auswärtige Amt *Auswärtiges Amt*	1224
406	22. 1. 1932	Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Auszug) *Silverberg*	1225
407	22. 1. 1932	Die Bank für deutsche Industrieobligationen an Silverberg *Silverberg*	1228
408	24. 1. 1932	Reichsminister Groener an Generalmajor a. D. v. Gleich (Auszug) *Groener*	1229
409	25. 1. 1932	Staatssekretär v. Bülow an Botschafter v. Prittwitz und Gaffron *Auswärtiges Amt*	1231
410	26. 1. 1932	Graf Westarp an Frhr. Hiller v. Gaertringen *Westarp*	1233
411	27. 1. 1932	Aufzeichnung des Staatssekretärs Pünder über die Vorbereitungen zur Reichspräsidentenwahl *Pünder*	1234
412	28. 1. 1932	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszüge) *Luther*	1240
413	28. 1. 1932	Staatssekretär Schäffer an Wagemann *Schäffer*	1243
414	29. 1. 1932	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	1245
415	29. 1. 1932	Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer (Auszug) *Schäffer*	1248
416	30. 1. 1932	Reichskanzler Brüning an Botschafter v. Hoesch *Auswärtiges Amt*	1252
417	30. 1. 1932	Denkschrift des Reichskommissars Oberbürgermeister Goerdeler für Reichskanzler Brüning *Städtetag*	1255
418	1. 2. 1932	Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer (Auszug) *Schäffer*	1260
419	5. 2. 1932	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	1261
420	5. 2. 1932	Dingeldey an Wilhelm Kalle *Dingeldey*	1262
421	6. 2. 1932	Aufzeichnung des Staatssekretärs Pünder *Pünder*	1264
422	8. 2. 1932	Dingeldey an Bredt *Dingeldey*	1267

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
423	8. 2. 1932	v. Gilsa an Reusch *Reusch*	1269
424	9. 2. 1932	Reusch an v. Gilsa *Reusch*	1271
425	10. 2. 1932	Dingeldey an Merton (Auszug) *Dingeldey*	1271
426	10. 2. 1932	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	1272
427	12. 2. 1932	Telegramm des Staatssekretärs v. Bülow aus Genf *Auswärtiges Amt*	1274
428	Mitte Februar 1932	Aufzeichnung aus der Bank für deutsche Industrieobligationen *Silverberg*	1276
429	Mitte Februar 1932	Aufzeichnung des Kyffhäuserbundes über Verhandlungen zur Wiederwahl des Reichspräsidenten *Hauptarchiv der NSDAP*	1278
430	15. 2. 1932	Aufzeichnung des Staatssekretärs Pünder *Pünder*	1286
431	15. 2. 1932	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszüge) *Luther*	1287
432	17. 2. 1932	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	1289
433	22. 2. 1932	Protokoll der konstituierenden Sitzung der „Hindenburgausschüsse“ *Reichsverband der Deutschen Industrie*	1291
434	22. 2. 1932	Ministerialrat Drück an das Württembergische Staatsministerium *Württembergisches Staatsminsterium*	1294
435	22. 2. 1932	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszüge) *Luther*	1297
436	Ende Februar 1932	Aufzeichnung des Generalleutnants v. Schleicher *Schleicher*	1299
437	24. 2. 1932	Rundschreiben des Stahlhelm *Stahlhelm*	1302
438	25. 2. 1932	Persönliche Darlegung des Reichspräsidenten v. Hindenburg *Schleicher*	1306
439	3. 3. 1932	Moldenhauer an Max Warburg *Dingeldey*	1310
440	4. 3. 1932	Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer (Auszug) *Schäffer*	1313
441	10. 3. 1932	Dingeldey an Wilhelm Kalle *Dingeldey*	1318
442	12. 3. 1932	Bericht des Zentralausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates (Auszüge) *Vorläufiger Reichswirtschaftsrat*	1319
443	12. 3. 1932	Aktenvermerk des Staatssekretärs Schäffer *Reichswirtschaftsministerium*	1329

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
444	14. 3. 1932	Tagebuchaufzeichnung des Regierungsrates Passarge (Auszug) *Passarge*	1333
445	17. 3. 1932	Niederschrift über eine Präsidialsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie *Silverberg*	1335
446	Mitte März 1932	Richtlinien für alle Landesverbände des Stahlhelm *Stahlhelm*	1337
447	18. 3. 1932	Frhr. v. Wilmowsky an Reusch *Reusch*	1341
448	19. 3. 1932	Staatssekretär Schäffer an Reichskanzler Brüning *Schäffer*	1342
449	21. 3. 1932	Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer (Auszug) *Schäffer*	1347
450	22. 3. 1932	Aufzeichnung Dingeldeys *Westarp*	1349
451	22. 3. 1932	Graf Westarp an Otto Arendt (Auszüge) *Westarp*	1350
452	22. 3. 1932	Frhr. v. Wilmowsky an Reusch *Reusch*	1351
453	22. 3. 1932	Springorum an Frhr. v. Wilmowsky *Reusch*	1352
454	23. 3. 1932	Reusch an Frhr. v. Wilmowsky *Reusch*	1354
455	23. 3. 1932	Hugenberg an die Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei *Schmidt-Hannover*	1355
456	23. 3. 1932	Reichsminister und Reichskommissar Schlange-Schöningen an Silverberg *Silverberg*	1356
457	24. 3. 1932	Aufzeichnung über die Beratungen des Präsidial- und Vorstandsbeirates für allgemeine Wirtschaftspolitik des Reichsverbandes der Deutschen Industrie *Silverberg*	1357
458	25. 3. 1932	Frhr. v. Wilmowsky an Reusch *Reusch*	1363
459	26. 3. 1932	Springorum an Reusch *Reusch*	1364
460	26. 3. 1932	Koch-Weser an Geßler *Gessler*	1364
461	1. 4. 1932	Frhr. v. Wilmowsky an Reichskommissar Oberbürgermeister Goerdeler *Reusch*	1366
462	8. 4. 1932	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszüge) *Luther*	1367
463	12. 4. 1932	Aufzeichnung des Direktors Waldhecker über eine Sitzung des Reichskabinetts *Luther*	1370

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
464	12. 4. 1932	Springorum an Reusch *Reusch*	1373
465	13. 4. 1932	Rede des Reichsministers Stegerwald auf dem Gewerkschaftskongreß (Auszüge) *Kongreßprotokoll*	1374
466	14. 4. 1932	Niederschrift über die Sitzung des Engeren Vorstandes des Deutschen Städtetages (Auszug) *Städtetag*	1380
467	15. 4. 1932	Reichspräsident v. Hindenburg an Reichsminister Groener *Poetzsch-Heffter*	1383
468	15. 4. 1932	Blank an Reusch *Reusch*	1384
469	17. 4. 1932	Reusch an Blank *Reusch*	1385
470	18. 4. 1932	Aufzeichnung des Generalmajors a. D. v. Enckevort (Auszug) *Hauptarchiv der NSDAP*	1386
471	20. 4. 1932	Amtlicher Bericht über eine Reichsministerbesprechung *Reichskanzlei*	1389
472	20. 4. 1932	Niederschrift über eine Besprechung in der Reichsbank *Luther*	1391
473	22. 4. 1932	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	1393
474a	22. 4. 1932	Reichsbankpräsident Luther an Reichsminister Dietrich *Luther*	1396
474b		Denkschrift der Reichsbank über die Einführung einer geldlosen Wirtschaft (Auszüge) *Luther*	1397
475	22. 4. 1932	Reichspräsident v. Hindenburg an Reichsminister Groener *Büro des Reichspräsidenten*	1402
476	22. 4. 1932	Reichsminister Groener an Reichspräsident v. Hindenburg *Büro des Reichspräsidenten*	1402

XI. Auflösung der Regierung Brüning

477	25. 4. 1932	Reichsminister Groener an Generalmajor a. D. v. Gleich *Groener*	1407
478	25. 4. 1932	Leo Wegener an Hugenberg *Hugenberg*	1409
479	25. 4. 1932	Rundschreiben Dingeldeys *Luther*	1410
480	26. 4. 1932	Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer (Auszug) *Schäffer*	1412
481	26. 4. 1932	Unterlage des Reichspräsidenten v. Hindenburg für die Besprechung mit Reichsminister Groener *Büro des Reichspräsidenten*	1413

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
482	27. 4. 1932	Reusch an Frhr. v. Wilmowsky *Reusch*	1414
483	28. 4. 1932	Leo Wegener an Hugenberg (Auszug) *Hugenberg*	1415
484a	28. 4. 1932	Rundschreiben der Parteigeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei *Schmidt-Hannover*	1417
484b	23. 4. 1932	Ausführungen Hugenbergs zu den Verhandlungen über einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der nationalen Opposition *Schmidt-Hannover*	1417
485	28. 4. 1932	Reichsminister Warmbold an Reichspräsident v. Hindenburg *Reichskanzlei*	1423
486	29. 4. 1932	Staatssekretär Pünder an die Reichsminister, den Reichsbankpräsidenten und Staatssekretär Meissner *Reichskanzlei*	1424
487	1. 5. 1932	Blank an Reusch *Reusch*	1425
488	2. 5. 1932	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	1427
489	3. 5. 1932	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	1429
490	3. 5. 1932	Der Reichsverband der Deutschen Industrie an Reichskanzler Brüning *Reichskanzlei*	1431
491	4. 5. 1932	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszüge) *Luther*	1433
492	4. 5. 1932	Staatssekretär v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Neurath (Auszug) *Auswärtiges Amt*	1436
493	5. 5. 1932	Schacht an Reusch *Reusch*	1437
494	6. 5. 1932	Otto Hugo an Dingeldey *Dingeldey*	1438
495	6. 5. 1932	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszüge) *Luther*	1440
496	7. 5. 1932	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther *Luther*	1442
497a	7. 5. 1932	Aktenvermerk des Staatssekretärs Meissner *Büro des Reichspräsidenten*	1443
497b		Unterlage für eine Besprechung des Reichspräsidenten v. Hindenburg mit Reichsminister Schiele *Büro des Reichspräsidenten*	1444
498	9. 5. 1932	Aktennotiz des Staatssekretärs Meissner über eine Besprechung des Reichspräsidenten v. Hindenburg mit Reichskanzler Brüning *Hubatsch*	1445
499	13. 5. 1932	Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug) *Luther*	1447

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
500	13. 5. 1932	Aktenvermerk des Staatssekretärs v. Bülow über eine Unterredung des Reichskanzlers Brüning mit dem französischen Botschafter François-Poncet *Auswärtiges Amt*	1449
501	14. 5. 1932	Kastl an Krupp v. Bohlen und Halbach *Krupp*	1451
502	15. 5. 1932	Reichsminister und Reichskommissar Schlange-Schöningen an Reichskanzler Brüning *Schlange-Schöningen*	1455
503a	16. 5. 1932	v. Flemming an Staatssekretär Meissner *Büro des Reichspräsidenten*	1458
503b	16. 5. 1932	v. Flemming an Reichskanzler Brüning *Büro des Reichspräsidenten*	1458
504	18. 5. 1932	Blank an Reusch *Reusch*	1460
505	18. 5. 1932	Tagebuchaufzeichnung des Regierungsrates Passarge *Passarge*	1461
506a	20. 5. 1932	Tagebuchaufzeichnung des Regierungsrates Passarge *Passarge*	1462
506b	20. 5. 1932	Begründung zum Entwurf einer Verordnung des Reichspräsidenten über die Verwendung nicht entschuldungsfähiger Grundstücke im Osthilfegebiet und die Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung *Reichskanzlei*	1463
507	20. 5. 1932	Frhr. v. Wilmowsky an Reusch *Reusch*	1467
508	21. 5. 1932	Hans v. Maibom an Leo Wegener (Auszug) *Wegener*	1467
509	21. 5. 1932	v. Oldenburg-Januschau an Frhr. v. Gayl *Gayl*	1469
510	22. 5. 1932	Reichsminister Groener an Generalmajor a. D. v. Gleich *Groener*	1470
511a	24. 5. 1932	Bericht des Ministerialdirektors Fecht an das Badische Staatsministerium über die erste Rede des Reichskanzlers Brüning vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages *Badisches Staatsministerium*	1472
511b	24. 5. 1932	Zweite Rede des Reichskanzlers Brüning vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages *Bayerisches Staatsministerium des Äußern*	1475
512a	24. 5. 1932	Frhr. v. Gayl an Staatssekretär Meissner *Büro des Reichspräsidenten*	1486
512b	24. 5. 1932	Frhr. v. Gayl an Reichspräsident v. Hindenburg *Büro des Reichspräsidenten*	1486
512c		Entwurf einer Verordnung des Reichspräsidenten (5. Notverordnung) betrifft die Verwendung nicht endschuldungsfähiger Grundstücke im Osthilfegebiet und Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung *Gayl*	1487
512d		Gegenentwurf von Frhr. v. Gayl für ein neues Sicherungsverfahren im Osten *Gayl*	1493

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
513	24. 5. 1932	Graf v. Kalckreuth an Reichspräsident v. Hindenburg *Büro des Reichspräsidenten*	1496
514	25. 5. 1932	Aufzeichnung des Gesandtschaftsrates Braun v. Stumm *Auswärtiges Amt*	1497
515	26. 5. 1932	Staatssekretär Meissner an Frhr. v. Gayl *Büro des Reichspräsidenten*	1497
516	26. 5. 1932	Staatssekretär Meissner an Reichsminister und Reichskommissar Schlange-Schöningen *Büro des Reichspräsidenten*	1498
517	27. 5. 1932	Tagebuchaufzeichnung des Regierungsrates Passarge *Passarge*	1499
518	27. 5. 1932	Aufzeichnung des Regierungsrates Passarge über ein Telefongespräch des Reichsministers und Reichskommissars Schlange-Schöningen mit Staatssekretär Meissner *Passarge*	1500
519	27. 5. 1932	Reichsminister und Reichskommissar Schlange-Schöningen an Staatssekretär Meissner *Büro des Reichspräsidenten*	1501
520a	27. 5. 1932	Reichsminister und Reichskommissar Schlange-Schöningen an Staatssekretär Meissner *Büro des Reichspräsidenten*	1504
520b	27. 5. 1932	Reichsminister und Reichskommissar Schlange-Schöningen an Reichspräsident v. Hindenburg *Büro des Reichspräsidenten*	1504
521	30. 5. 1932	Tagebuchaufzeichnung des Regierungsrates Passarge *Passarge*	1506
522	31. 5. 1932	Aktenvermerk des Regierungsrates Krebs *Reichskanzlei*	1508
523	31. 5. 1932	Tagebuchaufzeichnung Koch-Wesers *Koch-Weser*	1509
524	31. 5. 1932	Rede Dingeldeys während der Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei *Deutsche Volkspartei*	1510
525	1. 6. 1932	Moldenhauer an v. Kardorff *Kardorff*	1512
526	1. 6. 1932	Aufzeichnung von Graf Westarp *Westarp*	1514
527	3. 6. 1932	Tagebuchaufzeichnung Schäffers *Schäffer*	1523
528a	4. 6. 1932	Kundgebung der Regierung v. Papen (Auszug) *Zentrum*	1524
528b	6. 6. 1932	Erklärung der zurückgetretenen Regierung Brüning zur Kundgebung der Regierung v. Papen *Zentrum*	1525
529	6. 6. 1932	Tagebuchaufzeichnung Koch-Wesers *Koch-Weser*	1527
530a	9. 6. 1932	Reichsminister v. Schleicher an Staatssekretär Meissner *Schleicher*	1528
530b		Änderungsvorschläge des Reichsministers v. Schleicher zum Entwurf einer Niederschrift des Staatssekretärs Meissner *Schleicher*	1528

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
531	12. 6. 1932	Rede Dietrichs während der Sitzung des Gesamtvorstandes der Deutschen Staatspartei (Auszüge) *Deutsche Staatspartei*	1533
532	18. 6. 1932	Reichsminister v. Schleicher an Brüning *Schleicher*	1537
533	1. 7. 1932	Brüning an Reichsminister v. Schleicher *Schleicher*	1538

E. Abkürzungsverzeichnis

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AEG	Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft
Afa-Bund	Allgemeiner Freier Angestelltenbund
ALU	Arbeitslosenunterstützung
BBZ	Berliner Börsen-Zeitung
BdF	Bund der Frontsoldaten
BIZ	Bank für Internationale Zahlungen
BVP	Bayerische Volkspartei
BZ	Berliner Zeitung
Compri-Bank	Commerz- und Privatbank
CSVD	Christlich-sozialer Volksdienst
Danat-Bank	Darmstädter- und Nationalbank
DAZ	Deutsche Allgemeine Zeitung
DD-Bank	Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft
DDP	Deutsche Demokratische Partei
Dedi-Bank	Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
GHH	Gutehoffnungshütte
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HZ	Historische Zeitschrift
IG Farben	Interessengemeinschaft Farbenindustrie AG
Jungdo	Jungdeutscher Orden
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KRU	Krisenunterstützung
MdR	Mitglied des Reichstages
ND	Nachdruck
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
PVS	Politische Vierteljahresschrift
RDI	Reichsverband der Deutschen Industrie
RM	Reichsmark
RWR	Reichswirtschaftsrat
SA	Sturmabteilung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
Tgb.	Tagebucheintragung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Ufa	Universum-Film AG
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VKV	Volkskonservative Vereinigung
WE	Wohlfahrtsempfänger
WTB	Wolffsches Telegraphenbüro

I.

Von der Großen Koalition zur Bildung der Regierung Brüning

1.

April 1929: Aufzeichnung über die politischen Aufgaben des deutschen Bürgertums

Nachlaß Dietrich 240. Durchschlag. Undatiert[1].

Schon der triste Verlauf der Verhandlungen über die Neubildung der Reichsregierung im Juni vorigen Jahres[2], also kurz nach den Wahlen und noch unter ihrem unmittelbaren Eindruck, bewies das Versagen der alten, etwas verschimmelten politischen Parolen. Das von Hermann *Müller* verlesene Regierungsprogramm[3] war eine Sammlung selbstverständlicher Gemeinplätze. Von einer wahrhaft politischen Zielsetzung war keine Spur. Im weiteren Verlauf wurde die Regierungsbildung rein mechanisch, mit einem absoluten Mangel an Ideen betrieben, die die Nation vor klare Entscheidungen hätten stellen und in ihr das Bewußtsein der Probleme fördern können. Kein Wunder, daß ein Volk ohne Führung die Beute der Radikalismen wird. Im weiteren Verlauf marschierten alle denkbaren „Kombinationen" auf, jede nur als rein opportunistischer Ausweg aus der Verlegenheit gewertet. Im nicht einmal lustigen Karussell waren nacheinander zu sehen: Große Koalition, Weimarer Koalition, bald mit der Bayerischen Volkspartei, bald mit den Bauernbündlern und sogar der Ehrgeiz des guten *Drewitz* spielte in dieser hohen Politik gelegentlich eine Rolle.

Die Presse war dieses Müllerismus würdig. Sie hat keine Ideen propagiert, die, frisch aus dem Leben und dem natürlichen Empfinden heraus, in ihrer Klarheit, Offenheit und Einfachheit dem Mann auf der Straße ins Ohr gehen und ihm sagen, was los ist – sofern sie nur mit der nötigen Rücksichtslosigkeit vorgetragen werden. Ein Volk will nicht belogen werden, dann wird es verdrossen; es will kommandiert werden, dann geht es mit. Statt dessen hat man sich mit ganz künstlichen Problemstellungen bemüht: es sei nur an den angesichts der wirtschaftspolitischen Bestimmtheit unseres Volkes geradezu grotesken Versuch erinnert, die deutsche Innenpolitik aus dem Gegensatz „Jugend" und „alte Generation" neu zu orientieren. Selbst *Stresemann* hat geglaubt, auf diese Problemstellung eine neue Werbekampagne begründen zu können.

Es ist wohl nur aus der eklatanten Würdelosigkeit und dem geradezu krankhaften Mangel an politischem Selbstvertrauen des deutschen Bürgertums – Eigenschaften, die sich bramarbasierenden Untugenden und heftiger Poltersucht leicht verbinden – zu erklären, daß das Bürgertum nicht weiß, daß es diesen Staat zu beherrschen hat und daß es seine verdammte Pflicht ist, ihn zu beherrschen. Die Degenerationsmerkmale des deutschen Bürgertums gehen darauf zurück, daß es niemals die Tradition einer beherrschenden Schicht und Klasse erworben oder gar erkämpft hat. In dem Kampfe, den es jetzt gegen Mißstände der Steuer- und Sozialpolitik führt, meinetwegen sogar erfolgreich führt, beschränkt es sich auf die

1 Zur Datierung Anm. 5. Fundort, Inhalt und Ausdrucksweise legen nahe, *Dietrich* als Autor der Aufzeichnung anzunehmen.

2 1928. Zur Regierungsbildung Maurer S. 36ff.

3 Am 3. 7. 1928. RT Bd. 423 S. 38ff.

Defensive und hat keine Möglichkeit, wirksame Parolen auszunutzen, die über den Kreis der unmittelbar materiell Interessierten hinaus als Wegweiser empfunden werden.

Das Bürgertum soll herrschen. Es geht nicht anders. Bei aller freudigen Anerkennung der glänzenden Eigenschaften des deutschen Arbeiters, besonders der älteren Generation, muß doch gesagt werden, daß der Sozialismus an den Rockschößen der unternehmerischen Menschen hängt. Die Sozialdemokratie ist nicht durch den Proleten, sondern durch typische Unternehmer groß geworden. Um im Wortbilde zu bleiben: Rockschöße vertragen eine gewisse Belastung; wird sie zu groß, so geht der Rock kaputt und wird ein scheußliches Möbel, oder das Taschenfutter reißt durch. Das große Verdienst der Sozialdemokratie in Ehre – die wirtschaftliche Führung liegt nicht bei der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften, sondern eben bei dem Bürgertum, wobei unter Bürgertum diejenigen Kreise zu verstehen sind, die wirklich führen, nämlich die unternehmerischen Menschen. Der unternehmerische Mensch, und in diesem Sinne wird das Wort „Unternehmer" gebraucht, ist eben keine geldliche, sondern eine psychologische Tatsache. Es ist der katastrophale Fehler des Marxismus, daß er Unternehmer, nach den Erfahrungen der kapitalistischen Frühzeit, gleich Kapitalist setzt. Das Unternehmerische ist kein Klassenbegriff. Das Unternehmerische ist eine seelische Anlage, geht durch alle Klassen der Gesellschaft hindurch und hat gerade in der Arbeiterschaft oder aus der Arbeiterschaft heraus Menschen an eine verantwortliche oder gar leitende Position geführt. Nicht nur nach dem Kriege, sondern schon vor dem Kriege. Zu diesen unternehmerischen Menschen rechne ich zum Beispiel einen Werkmeister, der ein Unternehmen praktisch weiterleitet, während der Sohn des Gründers und ursprünglichen Besitzers Offizier wurde und auch nach seiner Verabschiedung von den Notwendigkeiten des Betriebes nichts oder wenig weiß. Der hier entwickelte Gedanke liegt heute sozusagen in der Luft. Als mir der Grundfehler des Marxismus – Gleichsetzung von Unternehmer und Kapitalist – bewußt wurde, fand ungefähr zur selben Zeit eine Tagung der Soziologen in Zürich statt, in der diese Begriffe sehr klar auseinandergehalten wurden, und meiner Erinnerung nach finden sich auch in dem Referate *Goldschmidts* auf der letzten Bankierstagung Spuren ähnlicher Erkenntnisse.

Dieses Unternehmertum muß herrschen, und wenn es nicht herrschen will, so muß es dazu gezwungen werden. Es ist die tragende Schicht der Republik. Niemals aber die Arbeiterschaft, tel quel.

Ist das zu erreichen? Und wenn ja, wie ist es zu erreichen? Eine gemeinsame Plattform zu schaffen, die die sehr verschiedenartigen Interessen in den wesentlichen Punkten zusammenfaßt, ist nur durch eine klare Abgrenzung nach rechts und nach links zu erreichen. Sie ist nur mit der im eigentlichen Sinne marxistischen Methode zu erzielen, soziale und wirtschaftliche Tatsachen zur Grundlage zu nehmen und nicht ideologische. Man kann entgegenhalten, daß es niemals möglich sein werde, alle wirtschaftlichen Interessen zu vereinen und dafür als Beispiel die Gegensätze zwischen Hauswirt und Mieter, zwischen Landwirt und Verbraucher nennen. Eine solche Skepsis ist unfruchtbar und darüber hinaus falsch. Die gemeinsamen Interessen des sozialen Aufstiegs und des Privateigentums, nach dem auch der aus der Arbeiterschaft hervorgegangene unternehmeri-

sche Mensch strebt, überwiegen in einem Maße, daß diese Skepsis unbedingt zurückgewiesen werden kann. Diese Skepsis macht überdies einen Fehler, den die Sozialdemokratie vor dem Kriege begangen hat und von dem sie inzwischen gründlich abgekommen ist: daß sie nämlich den Klassenbegriff zum Ausgangspunkt nahm und alle anderen sozialen und menschlichen Beziehungen verneinte. Es hat sich bei der ersten großen Probe des Kriegsausbruches gezeigt, daß der nationale Begriff der Volksgemeinschaft viel größer und viel stärker ist als der Klassenbegriff. Und die Entwicklung nach dem Kriege hat sogar dem letzten Sozialdemokraten, wenn er nicht durch unverstandene Redensarten in einer klaren mutigen Erkenntnis der Tatsachen behindert war, bewiesen, daß auch der Begriff der Produktivität der Wirtschaft über dem Klassenbegriff steht. Es wäre ein Unglück, wenn das Bürgertum sich in Einzelinteressen verrennen und in törichter Skepsis seine Berufung zu einer großen Zielsetzung verneinen würde.

Die Grenzen für die Plattform sind relativ leicht zu ziehen: auf der Rechten muß unter allen Umständen versucht werden, die Landwirtschaft noch auf diese Plattform zu bekommen. Ebenso entschieden müssen die Tendenzen abgelehnt werden, die durch den Namen *Hugenberg* gekennzeichnet sind und die heute – was ich bedaure – praktisch von den Elementen getragen sind, die als die typischen Repräsentanten des Preußentums in seinem schlechten Sinn gelten können. Außerdem ist der Kreis um *Hugenberg* stark politisch-ideologisch orientiert, und mit Ideologien kommen wir nicht weiter, sondern einzig und allein mit dem gesunden Menschenverstand. Dieser gesunde Menschenverstand zwingt gerade dazu, Leute heranzuziehen, die, aus welchen Gründen immer, wie zum Beispiel der Chefredakteur der Deutschen Tageszeitung *Ackermann*, eine gesunde Realpolitik machen. Denn wenn man schon eine Realpolitik proklamiert und die Ideologie ablehnt, so muß man eben jedem das Recht auf Realpolitik und vielleicht auch auf Interessenpolitik gönnen und darf keine verstiegenen Kriterien anwenden. Aus diesem grundlegenden Begriffe des unternehmerischen Menschen, wie er hier entwickelt worden ist, geht selbstverständlich hervor, daß die Abgrenzung auch weit nach links hin erfolgen kann, ja sogar erfolgen muß. An dem Grundprinzip des unternehmerischen Menschen orientiert, muß eine Sozialpolitik und eine Agrarpolitik geschaffen werden, die nicht nur den Begriff der Versorgung und der Wohlfahrtspflege, sondern ganz dominierend den der Leistung in den Vordergrund rückt. Die Einkommen einzelner Arbeiterkategorien erlauben bereits eine durchaus bürgerliche Lebenshaltung. Einzelne Gesetzgebungsakte, so Einzelheiten der Arbeitslosenversicherung oder das neue Berufsausbildungsgesetz, weisen bereits auf die Bevorzugung des qualifizierten Arbeiters oder Angestellten hin.

Dem Ehrgeiz müssen Ziele gesetzt werden, die erreichbar sind und die in ihrer moralischen Auswirkung die Wiederschaffung einer sozialen Schicht erlauben, wie wir sie, Gott sei es geklagt, durch Krieg und Inflation verloren haben: nämlich einer kleinbürgerlichen Mittelschicht, in der der Drang, nach oben zu kommen, fanatisch ist und in der sich dieser Fanatismus, dieser Drang nach vorwärts, auch auf die nächste Generation überträgt. In diesem Zusammenhang sei kurz daran erinnert, daß in den angelsächsischen Ländern die Gewerkschaften eine ganz andere Entwicklung genommen haben als bei uns und daß sie von sich aus die Schaffung und Erhaltung einer Arbeiter-Aristokratie in den Vordergrund rückten.

Die deutschen Gewerkschaften und die deutsche Sozialdemokratie sind zweifellos bereit, diesen Weg auch zu gehen, der sie zu einem erheblichen Teile aus der Konfliktszene mit den Kommunisten herausführt. Außerdem kann im Rahmen der bestehenden Verfassung ein solcher nach gesunden bürgerlichen Prinzipien geschaffener Block privilegiert werden. Obwohl er eine solche Privilegierung gar nicht braucht, weil er auf einer zu gesunden Basis ruht.

Diese Dinge sind nun nicht glücklich ersonnen. Dieses Exposé wird in einem Augenblick geschrieben, in dem alle diese Vorschläge in der praktischen Entwicklung unendlich weit gediehen sind und Anlaß zu einem kräftigen Optimismus geben. Die Dinge sind bereits da, man kann von ihnen schon reden. Ein überparteiliches Agrarprogramm ist in Vorbereitung. Die Gewerkschaften haben das unendlich schwere Kunststück zuwege gebracht, die bis zum 31. März ablaufenden Tarifverträge um eineinhalb bis zwei Jahre zu verlängern, ohne wesentliche Lohnerhöhungen nach Hause zu bringen. Die Reform der Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung ist in Aussicht gestellt.

Die Zeit des Negativen neigt sich dem Ende zu. Nun muß die Zeit des Positiven kommen, wo das Bürgertum in Führung geht und die Führung fest in den Händen hält. Mit Geschwätz ist es nicht getan. Es ist Zeit, radikal zu werden und radikale Zustände zu schaffen, deren Vernünftigkeit jedem Menschen klar ist. Die seelische Disposition unseres Volkes ist ausgezeichnet. Es ist einfach nicht unterzukriegen. Man gehe in unsere Laubenkolonien und sehe zu, wie gebaut wird, nicht nur Sommerlauben, sondern Winterlauben, wie da und dort auch auf eigenen Siedlungshäusern Unterkunftsmöglichkeiten geschaffen werden. Das ist gesund, das brauchen wir.

Mein positiver Vorschlag geht dahin, die hier in ihrem ideellen Zusammenhang vorgetragenen Gedanken im Zuge einer schlagartigen Propaganda unmittelbar, nachdem Klarheit über die bevorstehenden politischen Entscheidungen gefallen ist, vor die breiten Massen zu tragen und offen zu sagen.

Die alten politischen Gedanken und Programme sind veraltet und können auch nicht einfach umgeschrieben werden. Wir kommen mit ihnen nicht weiter. Die Frage, die an jeden einzelnen zu stellen ist, ist die, wie glaubst du, nach den langen Entbehrungsjahren des Krieges, der Inflation und der Deflation zu einem gesicherten Auskommen zu gelangen? Bist du dir klar, daß du dazu mitarbeiten mußt, nicht nur mit dem Stimmzettel in der geballten Faust oder am Biertisch, sondern durch deine eigene Arbeit? Das Volk will angepackt sein und sogar ein bißchen rauh. Man kann also von einer Sparpropaganda sprechen, man kann ebensogut von einer Propaganda des sozialen Aufstiegs oder der Wohlfahrt sprechen, aber immer muß bewußt bleiben, daß diese Propaganda die Zielsetzung der Reichsregierung untermauern und mit kräftigen Ellenbogen die alten ideologischen Parteiprogramme in den Hintergrund drängen muß und reine Zweckmäßigkeitsfragen mit größter Klarheit und Deutlichkeit zur Debatte stellen soll.

Getragen kann eine solche Propaganda nur von einigen wenigen Männern werden, die Kraft und Macht genug haben, alle Machtmittel der Industrie, der Banken, der Landwirtschaft, der Gewerkschaften und der Regierung einzusetzen. Vor der Abfassung dieser Niederschrift habe ich mit größter Aufmerksamkeit noch einmal

die Schrift Ludwig *Bernhards* über den *Hugenberg*-Konzern[4] gelesen, und ich kann nur sagen, daß mir der erste Teil dieser Denkschriften als geradezu vorbildlich für die Durchführung einer politisch so weittragenden Propaganda erscheint und daß auch der zweite Teil manche Anregung bietet. Man darf den Kreis der Beteiligten nicht zu eng fassen, sondern sollte alles unter einen Hut bringen, was dem hier entwickelten „bürgerlichen" Begriff entspricht. Man soll aber die Zahl dieser Männer von vornherein limitieren – also Macht, nicht Zahl – und ebenso darf die eigentliche Zentrale dieses amerikanischen Reklamefeldzuges nur ganz wenige Leute umfassen und muß die bestehenden Organisationen heranziehen oder freie Mitarbeiter gewinnen, die nur von Fall zu Fall verpflichtet werden. Im Grunde genommen braucht man für ein solches Unternehmen einige unternehmerische Menschen, die die Sache nebenamtlich einfach schmeißen. Selbstverständlich genügt nicht allein ein Programm für die Propaganda, sondern das Programm für die Propaganda setzt das Programm für die praktische Durchführung der wichtigsten Maßnahmen bereits voraus, so daß die entwickelte Gesamtpolitik bereits an einzelnen praktischen Fragen zur Diskussion gestellt werden kann. Die Fortführung eines auf lange Sicht berechneten Aktionsprogramms kann immer wieder Gelegenheit geben, die leitenden und orientierenden Prinzipien so in die Massen hineinzupumpen, daß hinter ihnen sowohl die durchschnittlichen Parteiprogramme wie die diversen Radikalismen absolut zurücktreten.

Ich weiß nicht, ob es eine unglückliche Liebe von mir ist, wenn ich vorschlage, zur Vorbereitung, zur Begleitung, zur Weiterführung eines solchen Propagandafeldzuges eine Korrespondenz zu schaffen, die im engsten Anschluß an die bestehenden bekannten Beziehungen die hier skizzierte Politik dauernd, täglich, möglichst zweimal am Tage, vertritt, die durch die Güte ihres Informationsmaterials zur Berücksichtigung zwingt und zugleich einen ideellen Mittelpunkt zwischen allen Verbänden schafft, die in Frage kommen. Ich stelle hier nur eine Frage. Es ist – am ganzen gemessen – bei weitem nicht die wichtigste Frage, sie ist auch nur eine Zweckmäßigkeitsfrage, aber diese Zweckmäßigkeitsfrage soll von allem Anfang an so gestellt sein, daß sich das Unternehmen nach den ersten Gehversuchen von selbst trägt und zu einer Einnahmequelle wird. Man kann ein Programm des unternehmerischen Bürgertums nicht vertreten, oder man wird mit einem solchen Programm von vornherein kein Glück haben oder keine Wirkung erzielen, wenn man sich auf Subventionen verläßt. Auf die Beine gestellt muß das Unternehmen selbstverständlich werden, aber es muß aufs strengste unter dem Gesichtspunkt geprüft werden, bei welchen Voraussetzungen und mit welchen Mitteln sich aus seinem eigenen spezifischen Betriebe heraus gute Ergebnisse erzielen lassen. Ich glaube aber, daß die Frage bejaht werden kann, wenn man sich klar darüber geworden ist, daß eigentlich ein ungeheures politisches Aktionsprogramm hinter dem Vorschlag der amerikanischen Propaganda und der Dauereinrichtung der Korrespondenz steht, die zugleich als die ständige Verbindungsstelle funktioniert. Dieses Aktionsprogramm ist auch zugleich ein Regierungs- und ein Wirtschaftsprogramm auf so lange Sicht und unter so umfassenden Voraussetzungen, daß eine

4 Ludwig Bernhard, Der „Hugenberg-Konzern". Psychologie und Technik einer Großorganisation der Presse, Berlin 1928.

Korrespondenz ruhig davon allein leben kann, ganz abgesehen davon, daß der laufende Betrieb schon qualifiziert genug sein kann.

Ich habe vorhin darauf verwiesen, daß die sozialpolitische und finanzpolitische Situation einen freien Anlauf des Bürgertums gestattet. Dieser Anlauf ist aber nicht nur möglich, sondern im Augenblick auch unmittelbar notwendig. Schon die sächsischen Wahlen[5], die in wenigen Wochen stattfinden und die nicht mehr beeinflußt werden können, werden unter dem unglücklichen Stern dieser Regierung stehen. Andere Wahlen werden in absehbarer Zeit stattfinden, besonders Kommunalwahlen. Sie müssen vorbereitet werden. Wenn nicht schnell zugegriffen wird, wird es unmöglich sein, für sie schon den Block der unternehmerischen Monarchen in Erscheinung treten zu lassen. Unter allen Umständen aber muß vorgesorgt werden für den Fall, daß eine Präsidentenwahl notwendig werden sollte. Der Block der unternehmerischen Monarchen ist die stärkste Garantie gegen eine Diktatur einfach deshalb, weil er sie unmöglich macht. Er ist die Rettung des Parlamentarismus, des Systems des Ausgleichs, weil er die Abstimmung zur Guillotine macht und die Entscheidung denen überläßt, die ihre Macht gebrauchen wollen. Die Propaganda für ihn kann unter allen Umständen und in allen Lagen aufgezogen werden. Die Arbeitslosigkeit kann als stärkstes Werbemittel für eine Sparpolitik gebraucht werden. Geht Paris gut aus[6], so kann der Feldzug im Zeichen des Kampfes um die innere wirtschaftliche Freiheit jedes einzelnen geführt werden, geht Paris schlecht aus, so ist der Kampf gegen die Not und die unmittelbare Wirtschaftsgefahr die Parole.

5 Am 12. 5. 1929. Hieraus ist zu entnehmen, daß die Aufzeichnung Mitte April 1929 entstanden sein dürfte.

6 Hinweis auf die Sachverständigenkonferenz in Paris, die am 9. 2. 1929 ihre Verhandlungen zur Revision des Dawes-Planes begonnen hatte. Am 31. 5. 1929 einigten sich die Delegationen auf einen neuen Zahlungsplan. Vgl. Maurer S. 68ff.

2.

20. 11. 1929: Hugenberg an Kaas (Trier)

Nachlaß Schmidt-Hannover 73. Durchschlag einer Abschrift. Handschriftlicher Randvermerk und Unterstreichungen[1].

Sehr geehrter Herr Prälat!

Einige Vorkommnisse der letzten Zeit, darunter auch Ausführungen, die Sie selbst in der Öffentlichkeit gemacht haben, veranlassen mich, auf unsere Unterhaltung in Kissingen[2] zurückzukommen, die infolge Ihrer beschleunigten Abreise die verabredete Fortsetzung nicht finden konnte. Ich tue es schriftlich – nicht um dadurch den persönlichen Charakter dessen, was ich sagen will, zu beeinträchti-

1 Auszugsweise abgedruckt in Schmidt-Hannover S. 248f.

2 Diese Unterredung fand nach den Angaben Schmidt-Hannovers S. 247f. im September 1929 im Kurgarten von Bad Kissingen statt.

gen, sondern um damit der Bedeutung der entstandenen Lage Rechnung zu tragen.

Sowohl aus den Reihen Ihrer eigenen Partei wie aus denen der Deutschen Volkspartei ist in letzter Zeit die Note stärker betont worden, die auch in Ihren Kissinger Ausführungen schon anklang: daß nämlich das Zusammenregieren mit der Sozialdemokratie seine Schattenseiten habe. Obwohl zuweilen hinzugefügt wird, daß die heute von meiner Partei und von mir eingeschlagene Richtung eine andere Politik für die Mittelparteien unmöglich mache[3], möchte ich nicht unterlassen auszusprechen, daß ich diese Äußerungen des Zweifels an der dauernden Möglichkeit der Koalition mit der Sozialdemokratie lebhaft begrüße. Ich möchte keine Unklarheit darüber aufkommen lassen, daß ich nach meiner ganzen Einstellung selbstverständlich in einem starken und regierungsfähigen antimarxistischen Block die gegebene Entwicklung der Zukunft und die Grundlage der Ordnung und Gesundung der deutschen Verhältnisse erblicke, soweit er sich gleichzeitig auf Reich und Preußen erstreckt und die Gewähr seiner Dauer in sich trägt. Hieran ändert auf längere Sicht auch die in Kissingen von mir betonte Tatsache nichts, daß die augenblicklichen Mehrheitsverhältnisse im Reichstage eine solche Entwicklung erschweren.

Dagegen spielt in dieser Richtung vom Standpunkt desjenigen, der nicht Tagespolitik, sondern eine Politik mit langfristigen Zielen betreiben will, eine ausschlaggebende Rolle das etwaige Gesetzwerden des Young-Planes[4]. Es wird meist verkannt, daß die innere Aufbringung der 2 oder 2,3 oder 2,4 Milliarden Mark nicht die schlimmste Seite des Young-Planes ist.

---

3 So in einem Brief von *Treviranus* an *Ahlefeldt* vom 1. 11. 1929, in dem es u. a. hieß: „Aus den Kreisen der Beamten, der Industrie, der gesamten Angestellten (DHV) wird eine Loslösung von der Partei verlangt, weil goodwill die alte Firma nicht mehr neuerungsfähig sei. Die Konkordatsabstimmungen im Preußischen Landtag haben zweifellos den katholischen Volksteil abgeschreckt. Die psychologische Einstellung *Hugenbergs* nach der Seite der Nationalsozialisten ist vielen Gutmeinenden eine unerträgliche Belastung. Es erscheinen hier in den letzten Tagen Freunde aus dem Lande in Scharen, die zu einem sofortigen Schritt drängen. Bis zum Ablauf der Kommunalwahlen am 17. 11. wird nichts in der Öffentlichkeit geschehen. Es ist aber inzwischen von mir und meinen Freunden als notwendig erachtet worden, für den Fall, daß eine Erneuerung der Parteileitung sich als nicht gangbar erweist, eine neue Form vorzubereiten, unter der eine fortschrittliche konservative Politik, die ihre konservativen Grundlagen nicht verleugnet, weiter geführt werden kann." Nachlaß Schmidt-Hannover 73. Brief abgedruckt in Jahrbuch der SPD 1929 S. 40f. *Hugenberg* erhielt den Brief zugespielt, brachte ihn am 21. 11. 1929 dem Parteivorstand der DNVP zur Kenntnis und beantragte ein Parteiausschlußverfahren gegen *Treviranus*. Dies verschärfte die schon längere Zeit innerhalb der Führungsspitze der DNVP bestehenden Spannungen ungemein und führte schließlich am 4. 12. 1929 zur Sezession von 12 Reichstagsabgeordneten aus der DNVP. Vgl. Jonas S. 51ff.

4 Der Young-Plan wurde im Frühjahr 1929 von der Pariser Sachverständigenkonferenz ausgearbeitet, im Januar 1930 von den beteiligten Regierungen angenommen und am 12. 3. 1930 vom Reichstag ratifiziert. Vgl. Vogt passim; Link S. 438f.; Lüke S. 131ff.; Maurer S. 68ff. Die DNVP lehnte die neue Reparationsregelung ab und beantragte zusammen mit der NSDAP und dem Stahlhelm (Reichsausschuß für die Durchführung des Volksbegehrens gegen den Young-Plan) ein Volksbegehren gegen den Young-Plan. Die Unterschriftensammlung wurde durchgeführt und erbrachte die erforderliche Zustimmung von mindestens 10% der Wähler. Das ihm zugrunde gelegte „Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes" („Freiheitsgesetz"), der Gegenstand des Volksbegehrens, wurde jedoch am 30. 11. 1929 im Reichstag mit großer Mehrheit abgelehnt. Es scheiterte dann auch im Volksentscheid am 22. 12. 1929.

Noch verhängnisvoller ist die durch ihn (Tributbank und steigende kommerzielle Verschuldung) vollendete Abhängigkeit unserer Währungs- und Wirtschaftspolitik[5] und demzufolge unserer Zahlungs- und Handelsbilanz von ausländischen Faktoren. Ein Volk und Staatswesen, das nicht nur der eigenen Wehrhaftigkeit, sondern nunmehr – und zwar nach dem Young-Plan ohne Revisionsmöglichkeit – auch des freien Einflusses auf Währung, Wirtschaft, Zahlungs- und Handelsbilanz entbehrt, wird den Rückweg zur Freiheit nur unter furchtbaren Krisen und Leiden finden und inzwischen außer der Aufbringung und „Transferierung" (Zahlung in fremder Währung) auch die um ein Vielfaches höhere Last der Unmöglichkeit einer selbständigen nationalen Wirtschaftspolitik zu tragen haben, wie sie sich in der Herabdrückung der Erträge der heimischen Volkswirtschaft auswirkt.

Aus einer jeden dieser beiden Lasten entsteht zwangsläufig eine sehr bedenkliche Rückwirkung auf die Möglichkeiten der Regierungsbildung in Deutschland. Es wird unvermeidlich sein, daß zwei Gesichtspunkte einander gegenüberstehen. Eine Wirtschaft, die ihre Unkosten nicht mehr decken kann, hört schließlich auf und verwandelt sich nach Verzehrung oder Austreibung des Kapitals in Arbeitslosigkeit. Insoweit wie dies vermieden und die Wirtschaft bestehen bleiben soll, wird sich dies im Sinne der bekannten *Rathenau*schen Äußerung als Herabdrückung der Lebenshaltung der breiten Masse (Verelendung des Volkes) geltend machen. Bei der Höhe der einen wie der anderen Last, deren keine uns das Ausland wieder freiwillig abnehmen wird, ergibt sich hieraus die Gefahr der Entstehung eines unüberbrückbaren Grabens zwischen denen, die man als Wirtschaftler zu bezeichnen pflegt, und der Gesamtheit der Lohn- und Gehaltsempfänger. Das wäre das Ende jeder Volksgemeinschaft und nationalen Kultur. Eine Reichsregierung, die etwa nach der Annahme des Young-Planes unter Mitwirkung der Sozialdemokratie gebildet würde, müßte zur beschleunigten Zersetzung unserer wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse führen. Eine solche, die ohne sie gebildet würde, stände bei der damit gegebenen Sachlage und daraus unvermeidlich folgenden Haltung einerseits der Sozialdemokratie, andererseits des Nationalsozialismus, vor dem gar nicht abzuwehrenden Schlagworte, daß sie eine bürgerliche Regierung zur Erfüllung des Young-Planes auf Kosten der breiten Masse des Volkes sei. Die noch so vorsichtige Wirksamkeit einer solchen Regierung würde die Wahrscheinlichkeit, ja Gewißheit der Entstehung des erwähnten Grabens zwischen den beiden gleich unentbehrlichen Gruppen des Volkes herbeiführen. Bei Wahlen würde die parlamentarische Mehrheitsgrundlage für einen solchen Block nach Annahme des Young-Planes auf keine Weise zu gewinnen sein. Etwaige sonstige Machtgrundlagen würden keinen Bestand haben.

Den Einwand, es werde nach dem Young-Plan nicht so schlimm werden und damit auch die Grundlage meiner obigen Bedenken wegfallen, brauche ich Ihnen gegenüber, der Sie meines Wissens diese leichtsinnige These auch stets zurückgewiesen haben, angesichts der bekannten, sich immer mehr zuspitzenden Geld-, Finanz- und Wirtschaftslage nicht zurückweisen.

5 *Hugenberg* spielt auf die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und die Kommerzialisierung eines Teils der Reparationsverpflichtungen an. Nach dem Haager Abkommen vom Januar 1930 sollte ein Teil der deutschen Annuitäten mobilisiert, d. h. als Reparationsschuldverschreibungen auf den Markt gebracht werden. Die Emission der Schuldverschreibungen wie auch die Abwicklung aller Reparationszahlungen lag bei der BIZ.

Die einzige Synthese, die aus den oben zusammengestellten unentrinnbaren Antithesen herausführt, ist das Sichzusammenfinden unter dem nationalen Gesichtspunkt des entschlossenen Eintretens für das Lebensrecht des eigenen Volkes nach außen hin. Ein solches Eintreten ist heute leichter als nach Annahme des Young-Planes. Ich würde sogar in neuen Verhandlungen, die nach dem Scheitern im nächsten Jahre aufzunehmen wären, eine aussichtsvolle politische Aufgabe erblicken.

Ich halte mich bei dieser Sachlage für verpflichtet, vor dem Herannahen der letzten Entscheidungen den Zusammenhang der Dinge so, wie ich ihn sehe, gerade Ihnen persönlich nahezubringen. Dies um so mehr, als sich in Ihrer Partei nach meinem Eindruck die kritischen Äußerungen über den Young-Plan in letzter Zeit gemehrt haben und ich deshalb darauf rechnen kann, nicht mißverstanden zu werden, wenn ich die große Verantwortung noch besonders betone, die mit der Annahme des Young-Planes auch hinsichtlich der Möglichkeit künftiger antimarxistischer Regierungsbildungen verknüpft ist. Das zutage tretende besondere Interesse der Sozialdemokratie an der Durchpeitschung des Young-Planes beleuchtet diese Zusammenhänge deutlich. Ich füge noch hinzu, daß ich natürlich zu einer persönlichen Besprechung dieser Fragen, die ich zum Teil auch auf meinem bevorstehenden Parteitage berühren muß, eventuell zur Verfügung stehe[6].

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. *Hugenberg*

6 *Kaas* antwortete am 7. 1. 1930, Nr. 6.

3.

28. 11. 1929: v. Alvensleben an Duisberg (Leverkusen)

Autographensammlung Duisberg. Handschriftliche Randbemerkungen. Paraphe Duisbergs.

Hochverehrter Herr Geheimrat!

Ich danke Ihnen, daß Sie mir heute Gelegenheit gaben, Ihnen die Situation in der Deutschnationalen Partei klarzulegen[1]. Ich kann eine parlamentarische Lösung der Schwierigkeiten nicht sehen und bin überzeugt, daß in Kürze mit dem § 48 regiert werden muß. Der Herr Reichspräsident wird niemals die Sozialdemokratie mit dieser Aufgabe betrauen[2]. Es kommt die Arbeitsgemeinschaft der Mitte. Nach wochenlangen eingehendsten Besprechungen mit den maßgeblichen Herren sämtlicher Provinzen weiß ich, daß dann die Partei dem Herrn *Hugenberg* die Gefolgschaft versagen wird. Der linke Flügel unter Führung des *Grafen Westarp, Lindeiner, Treviranus, Schlange* ist nicht stark genug, um die Gesamt-Partei von dem Herrn *Hugenberg* loszulösen. Ich habe aber die Zusage der maßgeblichen Herren, die heute noch aus Gründen der Disziplin neben dem Herrn *Hugenberg* stehen.

1 Vgl. Nr. 2, Anm. 3.

2 Zur Haltung *Hindenburgs* Nr. 7.

Zur Vorbereitung und Durchführung haben Sie mir heute die Mittel zugesagt. Ich danke Ihnen aufrichtigen Herzens für diesen Beweis Ihres Vertrauens. Darf ich Sie bitten zu veranlassen, daß die M 50 000,– an das Bankhaus N. Helfft & C., Berlin NW 7, Unter den Linden 52, auf mein Konto gezahlt werden. Noch lieber wäre es mir allerdings, wenn der von Ihnen genannte Herr mir den Betrag direkt in die Hand geben wollte, denn die Angelegenheit muß selbstverständlich mit der allergrößten Diskretion behandelt werden. In meinem Büro: Lützow 4728 oder in meiner Wohnung: Barbarossa 5230 ist jederzeit zu erfahren, wo ich erreichbar bin.

In der Anlage übersende ich Ihnen den im Auftrage zahlreicher Freunde von mir verfaßten Aufruf[3]. Hunderte von Unterschriften habe ich, Tausende sind mir zugesagt. Der Aufruf dient zur Sammlung des Widerstandes innerhalb der Partei gegen den Herrn *Hugenberg* und soll als Druckmittel verwandt werden, falls er nicht freiwillig die Konsequenzen zieht. Ich zweifle aber heute nicht mehr daran, daß er in kürzester Frist zurücktreten wird.

Mit den aufrichtigsten Empfehlungen
bin ich in bekannter Verehrung
immer Ihr sehr ergebener
v. Alvensleben

3 Nicht ermittelt.

4.

29. 11. 1929: Duisberg (Leverkusen) an v. Alvensleben

Autographensammlung Duisberg. Abschrift.

Sehr verehrter Herr Baron!

In umgehender Beantwortung Ihrer werten Zeilen vom 28. dieses Monats[1] bemerke ich, daß Sie mir in der Unterredung, die ich mit Ihnen am vergangenen Mittwoch[2] im Hotel Adlon hatte, mitteilten, daß Sie zur Durchführung Ihrer Aktion, für die Sie einen sicheren Erfolg in Aussicht stellten, wöchentlich etwa 2–3000,– M für ca. 6 Wochen benötigten. Ich sagte Ihnen diesen Betrag und nicht, wie Sie jetzt fordern, 50 000,– M zu. Ich habe dieserhalb auch schon mit Herrn Geheimrat *Kastl* gesprochen, der ebenfalls einverstanden ist. Wollen Sie also bitte den Betrag von wöchentlich 3000,– oder mit 6 multipliziert = 18 000,– M oder sagen wir besser rund 20 000,– M am besten wohl persönlich bei Herrn Geheimrat *Kastl* im Reichsverband der Deutschen Industrie, Berlin W 10, Königin-Augusta-Str. 28, abholen.

Mit den besten Empfehlungen und
freundlichen Grüßen
Ihr sehr ergebener
Dr. C. *Duisberg*

PS. Abschrift dieses Briefwechsels ließ ich auch Herrn Geheimrat *Kastl* zugehen.

1 Nr. 3.
2 27. 11. 1929

5.

13. 12. 1929: Ausführungen Koch-Wesers in der Vorstandssitzung der Deutschen Demokratischen Partei

BA R 45 III/21. Auszug aus: „Protokoll über die Sitzung des Vorstandes der Deutschen Demokratischen Partei am 13. Dezember 1929 im Reichstag, Saal 21". Durchschlag. Handschriftlicher Kopfvermerk.

Der Vorsitzende, Herr **Koch-Weser**, verzichtet auf eine allgemeine Darlegung der politischen Lage und beschränkt sich auf eine Charakterisierung der Wahlen im November und Dezember[1]. Die Mißerfolge, die in letzter Zeit zu beklagen sind, haben zum großen Teil lokale Ursachen gehabt. So war es besonders in Thüringen und in Berlin. Die allgemeinen Ursachen des Stimmenrückgangs sind der Geldmangel, das Nichtfunktionieren der Organisation und das Versagen der Presse, soweit sie überhaupt noch vorhanden ist. Der Aufstieg zu einer großen Partei ist für uns außerordentlich schwer, einmal wegen der Veränderung der Wählerschichten und sodann wegen des herrschenden Wahlsystems. Die Situation ist aber trotzdem nicht so katastrophal; wenn man als Ausgangspunkt die Wahl zum zweiten Reichstag nimmt, so hat seitdem die Deutsche Volkspartei einen erheblicheren Rückgang gehabt als wir, nur daß sie in der letzten Zeit etwas gleichmäßiger geblieben ist[2]. Im übrigen ist die Deutsche Volkspartei in einer völligen Deroute begriffen, woraus sich für uns vielleicht Vorteile ergeben werden. Aber das muß man abwarten. Jedenfalls haben wir alle Veranlassung, kaltes Blut zu bewahren. Es hat keinen Zweck, die Frage der Fusion zu erörtern. Selbst wenn man das Ziel der Fusion im Auge hat, so darf man sich doch nicht in der Weise anpreisen und herandrängen, wie es leider in der Presse geschehen ist. Allerdings liegen Momente genug vor, die auf einen Zusammenschluß der Mitte hinwirken[3]. Ein Bürgerblock gegen die Sozialdemokratie wäre jedoch das allerunglücklichste, dagegen müssen wir uns mit Händen und Füßen wehren. Es kann ganz unmöglich die Aufgabe der Demokratischen Partei sein, systematisch die Sozialdemokratie von der Mitarbeit im Staate auszuschließen. Das würde nur ein Anwachsen der Kommunistischen Partei bedeuten. An die Gründung einer neuen Partei darf man vorläufig noch nicht denken, und unsere Partei darf sich in keiner Weise darauf einstellen. Der Plan einer Fusion mit der Deutschen Volkspartei ist vollständig unzeitgemäß und überholt. Wenn Veränderungen im Parteiwesen stattfinden, dann kann es sich nur um eine Neugründung handeln.

1 Bürgerschaftswahlen in Lübeck am 10. 11. 1929, Gemeinde- und Provinziallandtagswahlen in Preußen am 17. 11. 1929, Landtagswahlen in Thüringen und Gemeindewahlen in Bayern am 8. 12. 1929. Die DDP hatte lediglich in Lübeck ihre Mandatszahl halten können. Die anderen Wahlen brachten deutliche Verluste.

2 Die DVP hatte in den Reichstagswahlen von 1920 bis 1928 20 Mandate verloren, die DDP 14 Mandate.

3 Zu Verhandlungen hierüber eine Aufzeichnung Ernst *Feders* vom 29. 11. 1929: „T[heodor] *W[olff]* erzählt, war gestern bei Oscar *Meyer*, nahm *Koch-Weser* ins Gebet, der zugab, mit *Luther* zu verhandeln wegen Gründung neuer Partei, glaube nicht, daß etwas Rechtes dabei herauskomme, übrigens sei[en] *Lindeiner-Wildau* und seine deutschnationalen Freunde vielleicht akzeptabel." Ernst Feder, Heute sprach ich mit . . . Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926–1932, hrsg. von C. Lowenthal-Hensel und A. Paucker, Stuttgart 1971 S. 229.

6.

7. 1. 1930: Kaas (Freiburg) an Hugenberg

Nachlaß Schmidt-Hannover 73. Durchschlag einer Abschrift. Unterstreichungen[1].

Sehr geehrter Herr Geheimrat!

Ihr gefl. Schreiben vom 20. November vorigen Jahres[2] ist in meiner Abwesenheit in Trier eingelaufen und, da ich s. Zt. im Auslande weilte und zu gleicher Zeit aus Gesundheitsgründen der politischen Arbeit fernbleiben mußte, durch meine Sekretärin ohne weitere Benachrichtigung bis zu meiner Rückkehr reponiert worden. Infolgedessen bin ich erst jetzt, nachdem ich Ende voriger Woche nach Trier zurückkehrte, zu seiner Kenntnis gelangt und daher zu meinem lebhaften Bedauern nicht eher in der Lage gewesen, Ihnen den Empfang zu bestätigen und Sie zu bitten, in Anbetracht der besonderen Umstände mein bisheriges Schweigen gütigst entschuldigen zu wollen.

Da sich die Verhältnisse inzwischen wesentlich weiter entwickelt haben, und zwar – infolge der Form des Kampfes um das Volksbegehren und den Volksentscheid[3] – in einem den Zusammenschluß realpolitischer Kräfte ungünstigen Sinne, erübrigt es sich wohl für mich, sachlich im einzelnen auf die von Ihnen, sehr geehrter Herr Geheimrat, gemachten Darlegungen einzugehen. Meine persönliche Haltung gegenüber dem Young-Plan wie auch die meiner politischen Freunde ist von Anfang an die sachlicher Kritik und nüchterner Reserve gewesen. Diese Haltung ist auch heute noch unverändert dieselbe. Wir werden unsere verantwortliche und endgültige Entscheidung erst dann treffen, wenn das Gesamtergebnis der Verhandlungen vorliegt und wir in der Lage sind, es in seinem Sachinhalt wie auch in seiner außenpolitischen Gesamtwirkung abschließend beurteilen zu können. Das Urteil der Wirtschaft und Finanz bezüglich der unmittelbar sachlichen Auswirkungen ist, wie Ihnen selbst am besten bekannt ist, ein sehr geteiltes, so daß der Politiker von dieser Seite, wie schon häufig, entscheidende Orientierungen nicht erwarten kann.

Auf die Zukunftsprognose, die Sie für die koalitionspolitische Entwicklung nach Annahme des Young-Planes skizzierten, möchte ich nicht näher eingehen, da infolge der Bewegungen innerhalb der Parteien und und erster Linie Ihrer Partei[4] das starre Alternativschema von damals heute nicht mehr ohne weiteres gültig sein dürfte. Nur soviel darf ich in aller Offenheit aussprechen: wenn Sie von einer Regierung mit Einschluß der Sozialdemokratie die beschleunigte Zersetzung unserer wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse befürchten, so sei mir der Hinweis gestattet, daß in der von Ihnen gebildeten und nach dem Ausscheiden

1 Auszugsweise abgedruckt in Schmidt-Hannover S. 249f.

2 Nr. 2.

3 Nr. 2, Anm. 4.

4 Nach der Reichstagsabstimmung über das „Freiheitsgesetz" waren am 4. Dezember 1929 12 Reichstagsabgeordnete aus der DNVP ausgeschieden, u. a. *Klönne, Lejeune-Jung, Treviranus, Behrens, Hoetzsch, v. Keudell, v. Lindeiner, Mumm* und *Schlange-Schöningen.* Hiller v. Gaertringen S. 548f.; Jonas S. 47ff.

einer Anzahl kulturpolitisch besonders beachtlicher Persönlichkeiten noch weiter verengten Front sich Kräfte befinden, mit denen uns eine förderliche kulturelle Zusammenarbeit nicht vorstellbar erscheint. In dieses vertrauliche und rein persönliche Schreiben darf ich diesen offenen Hinweis wohl einfließen lassen, ohne mißverstanden zu werden.

Zu meinem lebhaften Bedauern legt mein Gesundheitszustand mir gerade in dieser Zeit unerwünschte Schonung auf. Ich hoffe jedoch bestimmt, bei den kommenden Reichstagsdebatten persönlich anwesend sein zu können.

Inzwischen bin ich mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener
gez. *Kaas*

7.

15. 1. 1930: Aufzeichnung von Graf Westarp über eine Unterredung mit Reichspräsident v. Hindenburg

Nachlaß Westarp. Undatiert[1].

Durch *Meissner* zu vertraulicher Besprechung mit *Hindenburg* eingeladen. Besprechung am 15. Januar 1930 von 11.30 bis 12.20. Vorher teilte mir *Meissner* mit, man rechne Februar–März mit Regierungskrise wegen Finanzreform[2]. *Hindenburg* wolle mit mir privatim und streng vertraulich sprechen, ob Aussicht vorhanden sei, daß eine dann von ihm zu bildende Regierung Unterstützung direkter oder indirekter Art bei der DNVP finde[3]. Er habe am 6. 1. 30 *Hugenberg* danach gefragt, der sich ablehnend verhalten habe[4]. Es bestehe die große Sorge, daß die Gelegenheit zu einer antiparlamentarischen und antimarxistischen Regierungsbildung dann an dem Verhalten der DNVP scheitere und *Hindenburg* nicht von dem

1 Datierung nach Privatbriefen im Nachlaß Westarp.

2 Zu den Auseinandersetzungen im Kabinett um die Steuer- und Finanzreform Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1329f., 1429ff., 1456f., 1502ff., 1512ff., 1535ff.; Darstellung in Maurer S. 115ff.

3 Über Pläne zur Umbildung des Reichskabinetts berichtet schon die Niederschrift *Westarps* nach einer Unterredung mit *Hindenburg* am 18. 3. 1929, abgedruckt in Jonas S. 186ff. Auf die Besprechungen *Hindenburgs* mit *Westarp* am 18. 3. 1929 und 15. 1. 1930 ist in der Literatur mehrfach eingegangen worden, besonders in Conze, Krise S. 78ff.; Bracher S. 303ff. und S. 322ff.; Vogelsang S. 70.

4 In dem Entwurf eines Schreibens an *Oldenburg-Januschau* vom 16. 2. 1931 schreibt *Hugenberg* über das Gespräch mit *Hindenburg*: „Ich habe ihm [. . .] Anfang Januar 1930, als er mich nach einer langen Aussprache fragte, was ich ihm raten würde zu tun, ungefähr wörtlich gesagt: ‚Wenn Sie mich fragen, Herr Reichspräsident – es wird Ihnen wohl schließlich nichts anderes übrig bleiben, als es einmal mit der sogenannten äußersten Rechten, d. h. mit uns, zu versuchen.' Kann man die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit klarer aussprechen? Diese Besprechung war überhaupt die letzte Gelegenheit, bei der ich mit dem Reichspräsidenten über etwaige Möglichkeiten künftiger Regierungsbildung sprechen konnte. Vor der schon angeführten Äußerung habe ich damals eine Warnung an ihn gerichtet, in dem unglücklichen Falle der Annahme des Young-Plans keinesfalls die Sozialdemokratie sogleich aus der Verantwortung zu entlassen. Zugleich habe ich ihm die Unmöglichkeit dargelegt, im Reiche erfolgreich zu regieren, ohne zugleich die Sozialdemokratie vom Mitregiment in Preußen auszuschalten." Nachlaß Schmidt-Hannover 72a.

Regieren mit den Sozialdemokraten loskommen könne. *Hindenburg* selbst legte mir die Frage vor, wie sich die Partei verhalten werde, wenn er eine neue Regierung bilden müsse. Ich erwiderte, *Hugenberg* habe seit meinem Rücktritt von der Fraktion[5] mit mir die Frage nicht besprochen, auch von seinem Besuch vom 6. habe ich erst durch *Meissner* erfahren. Ich selbst sei der Auffassung, daß die Partei eine von *Hindenburg* zu bildende Regierung unter bestimmten Voraussetzungen – volle Trennung von der Sozialdemokratie und Entschluß, auch ohne oder gegen die Mehrheit dieses Reichstages zu regieren und nötigenfalls aufzulösen – eine solche Regierung stützen müsse. Ob *Hugenberg* oder nach einer Parteiführerkrise die Partei auf diesen Boden treten werde, sei mir zweifelhaft. Ich wolle die Möglichkeit nicht vollständig verneinen, müsse aber ehrlich sagen, daß ich große Zweifel habe. Im Lande und namentlich bei den maßgebenden Instanzen, Parteivorstand usw., stehe *Hugenberg* zur Zeit jedenfalls mit seiner Politik sehr fest. Die Angriffe auf ihn und der Abfall der Ausgeschiedenen[6] haben die Stimmung, daß man Disziplin halten und zum Führer stehen müsse, nur verschärft. Es wirke stark die Suggestion der festen Unbeugsamkeit seiner Führung. Ich schilderte die Gegenströmungen, die auf meinem Standpunkt stehen, *Berg*, von dem er das wußte, *Flemming*, *Behr* und die pommerschen Genossenschaften. Es sei mir aber sehr zweifelhaft, wie weit sich das durchsetzen werde. In der Fraktion habe ich mit 30 zu 35 keine Mehrheit. *Schiele* werde für Unterstützung einer solchen Regierung sein. Er sei der einzige von uns, der in der Partei eine Hausmacht habe, aber er habe auch schon Schwierigkeiten im Landbund. Kündigung *v. Rohrs*, bevorstehende Entscheidung im Bundesvorstand. *Hindenburg* hatte von *Hugenberg* nicht so unbedingt, wie *Meissner* es dargestellt, den Eindruck schroffer Ablehnung. Er habe in 1¾stündiger Unterredung sehr lebhaft und eingehend gesprochen, aber es sei *Hindenburg* nicht recht möglich gewesen, sich ein Bild zu machen, was er eigentlich wolle. *Hindenburg* habe die Hoffnung gehabt, daß es sich bei ihm um eine Art Rückzugsgefecht handeln könne. *Hugenberg* habe davon geredet, daß er Fühlung mit Zentrum und Volkspartei durchaus nicht ablehne, sondern auch selbst gesucht habe[7]. Auf der anderen Seite habe er erfahren, daß *Hugenberg* das Zentrum doch wohl sehr schroff behandelt habe. Ich schilderte, wie *Brüning*, *Zapf*, *Hermes* die Politik und Persönlichkeit *Hugenbergs* uns gegenüber immer wieder als Grund ausspielten, weshalb sie nicht mit uns gehen könnten, wie ich aber Zweifel habe, ob das ganz ehrlich sei, da ja die jetzigen Mehrheitsverhältnisse doch keine Koalition mit uns möglich machten. *Hindenburg* sprach in wiederholter Betonung (ebenso nachher *Meissner*) die Sorge aus, daß ihm doch, wenn die Deutschnationalen sich im Frühjahr versagten, die Gelegenheit wieder einmal verpaßt werde und er in der Zwangslage bleibe, mit den Sozialdemokraten weiter regieren zu müssen. Er fragte, ob ein Aufruf oder Appell, von ihm an die Partei gerichtet, etwas helfen werde. Ich bejahte die Möglichkeit durchaus, und er behielt sich vor, mich bei der Abfassung solchen Appells zuzuziehen.

Gesprächsthemata weiter betreffend *Hugenberg*: als er sich als Vorsitzender

5 Am 4. 12. 1929.

6 Nr. 6, Anm. 4.

7 Vgl. Nr. 2.

vorgestellt, habe *Hindenburg* ihn unter zwei Voraussetzungen begrüßt, daß er die industriellen Interessen nicht vor die Landwirtschaft stelle und daß er keinen Riß in der Partei herbeiführe; auch als ihm *Hugenberg* das Volksbegehren[8] angekündigt, habe er auf die Gefahr hingewiesen, daß das einen Riß in die Partei bringen könne, die *Hugenberg* verneint habe. Ich schilderte, wie ich nach beiden Seiten hin von dem Riß abgemahnt habe. Weiteres Gesprächsthema: Nationalsozialisten, über die sich *Hugenberg* recht schroff und ablehnend geäußert habe. Die Klage gegen *Goebbels* habe sich nicht mehr vermeiden lassen[9] (*Meissner* begründete sie nachher damit, daß kommunistische Angriffe den Reichspräsidenten kalt ließen, während er die von der rechten Seite sehr stark empfinde; gegen *Goebbels* habe er übrigens aus eigenster Initiative einschreiten wollen, um ein Exempel zu statuieren und darauf hinzuweisen, daß das keine nationale Bewegung mehr sei. Es sei übrigens, abgesehen von einigen unwesentlichen Anträgen gegen Kommunisten, die zum größten Teil beim 80. Geburtstag auch noch zurückgenommen worden seien, der erste Strafantrag.) Gesprächsthema weiter: Volksbegehren und § 4[10] mit ruhiger und temperierter Mißbilligung; § 4 nahm er nicht mehr ernst; Notwendigkeit, den Young-Plan als Verbesserung gegenüber dem Dawes-Plan anzunehmen, und mein Widerspruch dagegen. Beides in sehr ruhiger Form. Über *Schacht* war nicht die Rede. *Schubert* schätzt er nicht sehr, denkt als Nachfolger an *v. Bülow*, den aber *Curtius* nicht will; hoffentlich werde *Curtius* ihm nicht mit *Rauscher* kommen, den ich besonders scharf ablehnte. *Curtius* und *Moldenhauer* hätten sich doch in Haag ganz gut gehalten, besser als *Stresemann*, den er oft ermahnt habe, schärfer aufzutreten und nicht gegen *Briand* und *Chamberlain* zu vertrauensselig zu sein. Er sei doch wohl ein kleiner Mann gewesen, der sich von den anderen habe einwickeln lassen. Darauf einige wohlwollend anerkennende Worte über sein pflichtmäßiges Arbeiten bis zuletzt. Von sich sagte er, in zwei Jahren sei er Gott sei Dank die Schwierigkeiten los, er werde dann auf sein Gut gehen und, wenn er noch gesund sei, entschiedene Opposition vertreten; beklagte sich wiederholt über die unzulänglichen Machtmittel seiner komplizierten Stellung. Nachzuholen ist noch zweierlei. Ich wies darauf hin, wie *Hugenberg* es sich durch sein Schreiben des Reichsausschusses an den Reichskanzler[11], wonach das Volksgesetz gültig und deshalb die Annahme des Young-Planes rechtswidrig und nicht anzuerkennen sein werde, und durch ähnliche Äußerungen in Kassel[12] die Möglichkeit erschwert, wenn nicht beseitigt habe, seinerseits eine Regierung zu unterstützen, die den Young-Plan, nachdem er angenommen, als bindend behandeln und durchführen werde. Bei der kommenden Regierung denkt er Parlamentarier möglichst auszuschließen, Berufsbeamte zu nehmen. Im Zusammenhang mit der Austrittsbewegung stellte er eine mir nicht ganz klar gewordene Frage über *Lindeiner*, die wohl dahin ging, es sei ihm berichtet worden, daß *Lindeiner* ausgetreten sei, weil man

8 Gemeint ist das Volksbegehren gegen den Young-Plan. Dazu Nr. 2, Anm. 4.

9 Das Reichskabinett hatte den Reichskanzler am 14. 1. 1930 ermächtigt, Strafantrag gegen *Goebbels* zu erheben. Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1374.

10 § 4 des „Entwurfs eines Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes" (Freiheitsgesetz), der die Bestrafung der Unterzeichner des Young-Plans vorsah.

11 Datiert vom 7. 1. 1930, abgedruckt in Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1338 ff.

12 Auf dem Parteitag der DNVP am 22./23. 11. 1929.

ihm in der Partei nicht genügend Einfluß und Betätigung eingeräumt hatte. Ich sagte, daß *Lindeiner* allerdings oft eine starke Empfindlichkeit habe, mit der ich aber fertig geworden sei, und betonte seine Fähigkeiten. Seinen wiederholten sehr freundlichen Dank erwiderte ich mit dem Dank dafür, daß er mich, obwohl ich Partei und Fraktion nicht mehr zu repräsentieren habe, mit seinem Vertrauen beehrt habe. Wir schieden sehr freundlich.

Bei *Meissner* rekapitulierte ich kurz den Verlauf und faßte mich dahin zusammen, ich habe starke Zweifel aussprechen müssen, ob *Hugenberg* oder die Partei nach Führerkrise eine kommende Regierung unterstützen werde, aber ich habe die Möglichkeit, das zu erreichen, nicht vollkommen ausschließen wollen. Ich sei der Ansicht, daß es geschehen müsse, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt seien, die er sofort aufgriff und die etwa in folgender Formel auch nach seiner Auffassung dem Plane des Präsidenten und den Notwendigkeiten der Lage entsprechen.

a) antiparlamentarisch, also ohne Koalitionsverhandlungen und Vereinbarungen.

b) antimarxistisch, auch nach seiner Ansicht sei es schon um der Wirtschaft und der Finanzen willen durchaus erforderlich, zum mindesten auf einige Zeit hinaus den sozialdemokratischen Einfluß auszuschalten.

c) Wandlung in Preußen. Darüber hatte ich auch mit *Hindenburg* gesprochen und ihm auf seine Klage, daß er darauf keinen direkten Einfluß habe, Recht geben müssen. *Meissner* glaubte, daß gegebenenfalls das Zentrum jetzt bereit sei, auch in Preußen Wandel zu schaffen. Das sei auch unbedingt erforderlich, um der unwiderbringlichen Schäden der Personalpolitik willen, insbesondere aber, weil eine sozialdemokratische Regierung in Preußen gewillt und, worüber er sich des längeren ausließ, auch in der Lage sein werde, der geplanten neuen Reichsregierung unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Ich faßte zusammen, daß es bei wirklicher Erfüllung solcher Voraussetzungen allerdings auch für *Hugenberg* und die Partei schwer sein würde, sich einem Appell *Hindenburgs* zu entziehen. Namentlich Preußen werde auch gerade für *Hugenberg* persönlich von sehr großer Bedeutung sein.

Dabei waren wir uns darüber einig, daß eine koalitionsmäßige Bindung durch Verhandlung mit den Fraktionen, also Eintritt der Deutschnationalen Volkspartei in eine Koalitionsregierung nicht in Frage komme. Der Form nach könne einem Hindenburgkabinett[13] gegenüber eine abwartende Haltung der Deutschnationalen Volkspartei genügen. In der Sache aber legte *Meissner* entscheidenden Wert darauf, daß die Deutschnationale Volkspartei das Kabinett innerlich billige und das auch öffentlich und in der Presse zum Ausdruck bringe. Sonst werde die Gelegenheit verpaßt werden und der Reichspräsident weiter gezwungen sein, mit sozialistischen Ministern zu arbeiten.

---

13 Dem Gedanken eines Hindenburg-Kabinetts gegenüber blieb *Westarp* auch nach dieser Unterredung skeptisch. Am 31. 1. 1930 schrieb er an Berthold *Frhr. Hiller v. Gaertringen*: „Obwohl es in dem Koalitionsbau dauernd kracht und knistert, halte ich es doch noch für möglich, daß die etwa zum März erwartete Krise noch ausbleibt, da jedenfalls die Führer der Sozialdemokratie an der Macht bleiben wollen. Hier redet es überall viel von der bevorstehenden Hindenburg-Regierung, aber sicher ist es mir noch gar nicht, daß die Koalition weicht und ihr Platz macht." Nachlaß Westarp.

8a.

24. 1. 1930: v. Flemming (Stettin) an Silverberg (Köln)

Nachlaß Silverberg 574.

Sehr geehrter Herr *Silverberg*!

Wir haben in wiederholten Besprechungen in Pommern Ihre großzügigen und für die Landwirtschaft hoch bedeutungsvollen Vorschläge, die Sie bei der letzten Tagung des Reichsverbandes zum Vortrag brachten[1], besprochen.

Ich hatte auch neulich Gelegenheit, in Berlin mit Ihrem Herrn Mitarbeiter, Dr. *Sogemeier*, und anderen Herren in der Richtung Ihrer Gedankengänge zu verhandeln.

Wir haben in unserem pommerschen Provinzialwirtschaftsrat nun nicht den ganzen großen Komplex der von Ihnen angeschnittenen Fragen behandelt, sondern lediglich den Fall erörtert, wie wir Ihre Gedanken auch für den Fall nutzbar machen könnten, wenn es nicht gelingen sollte, die große Aktion auf die Beine zu stellen. Wir sind hierbei zu einigen grundsätzlichen Erwägungen gekommen, die ich Ihnen stichwortartig mit der Bitte um Durchsicht übersende[2]. Es wäre mir ganz besonders wertvoll, wenn ich Gelegenheit haben könnte, mit Ihnen persönlich die Erörterungen hierüber fortzusetzen.

Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß Ihre Vorschläge in meiner Heimatprovinz auf dankbaren Boden gefallen sind.

Mit bester Empfehlung
Ihr sehr ergebener
Flemming

1 Vortrag *Silverbergs* in der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in Berlin am 12. Dezember 1929, abgedruckt in Silverberg S. 107 ff. In dieser Rede hatte *Silverberg* einen nachmals bekannten Vorschlag zur Unterstützung der verschuldeten ostdeutschen Landwirtschaft entwickelt. Der Vorschlag beruhte auf dem Gedanken, die nach dem Dawes-Plan von der deutschen Industrie zu entrichtende Industrieabgabe auch nach Inkrafttreten des Young-Plans in Höhe von 200 Millionen RM auf fünf Jahre weiter zu erheben, aber im Kreditwege zur Entschuldung der ostdeutschen Landwirtschaft zu nutzen. Vgl. Nr. 37a und b.

2 Nr. 8b.

8b.

Aufzeichnung über Erwägungen des Pommerschen Landwirtschaftsrates

Nachlaß Silverberg 574[1].

Die Vorschläge des Herrn Dr. *Silverberg* im Reichsverband der Deutschen Industrie am 12. Dezember haben in Pommern einen lebhaften Widerhall gefunden. Der die landwirtschaftlichen Organisationen umfassende Provinzial-

1 Anlage zu Nr. 8a.

wirtschaftsrat hat eine Stellungnahme – ungeachtet der Möglichkeit der Durchführung der Vorschläge in dem dargestellten großzügigen Rahmen – auf den Fall beschränkt, daß bei der Eilbedürftigkeit der Hilfe in den gefährdeten Grenzbezirken die gesetzgeberischen und sonstigen Voraussetzungen nicht rechtzeitig im vollen Umfange geschaffen werden können. Es kann zudem zweifelhaft sein, ob eine umfassende Kreditorganisation, die sich auf die Einziehungsorgane der öffentlichen Hand stützt (Industrieabgabe), sich die unbedingt nötige Freiheit der Kreditgewährung sichern kann. Jedenfalls sprechen eine Reihe von Anzeichen dafür, daß Reich und Staat jede Möglichkeit der Einflußnahme auf Besitzverteilung und Bodenpolitik gerade in den gefährdeten Bezirken des Ostens ergreifen. Aus diesem Grunde glaubt der Provinzialwirtschaftsrat zur Erwägung stellen zu sollen, ob zunächst eine Beschränkung der Kredithilfe etwa auf 2 Provinzen zweckmäßig ist und innerhalb dieser Gebiete auf solche Betriebe, die übersichtlich sind und der technischen Abwicklung am wenigsten Schwierigkeiten bereiten, also vorzugsweise auf Großbetriebe. Es würde so die Möglichkeit gegeben sein, in kurzer Zeit praktisch Erfahrungen zu sammeln, die für eine spätere Ausdehnung der Aktion von Bedeutung sein werden. Die Gebiete des Ostens werden ihrer unmittelbaren Gefährdung wegen zunächst zu behandeln sein. Dabei wird Ostpreußen ausscheiden müssen, weil hier die Maßnahmen der öffentlichen Hand zunächst ablaufen müssen[2]. Schlesien ist nicht so stark gefährdet.

In Übereinstimmung mit den Vorschlägen Herrn Dr. *Silverbergs* ergeben sich die nachstehenden Überlegungen.

A. Allgemeine Beurteilung der Lage intensiver Betriebe in Pommern und Grenzmark.

Am stärksten kreditbelastet und durch die untragbare Zinshöhe zwangsläufig zur steigenden Verschuldung verurteilt sind zur Zeit in Pommern und der Grenzmark vorzugsweise die intensiv wirtschaftenden Großbetriebe.

Ein erheblicher Teil von ihnen ist durch Senkung der Zinsen – unter Annahme angemessener Produktenpreise – ohne weiteres rentabel, ein weiterer Teil wird nach Durchführung jetzt aus Kreditmangel stecken gebliebener Meliorations- und Rationalisierungsmaßnahmen rentabel werden (Weiden- und Wiesenanlagen, Umstellung auf mechanisierte Maschinenarbeit, Qualitätsmilch, Schweinemast, Futterkonservierung, Beregnung, motorische Feldbearbeitung usw.).

Gerade diese Betriebe drücken mit ihrem Kreditvolumen auf die Liquidität des Handels und der Genossenschaften, erhöhen deren Risiken und tragen zur Erhöhung des Zinsfußes bei.

Gerade diese Betriebe flott zu machen, liegt im Interesse der Belebung der allgemeinen Betriebsintensität. Zur Zeit sind extensive Jammerwirtschaften häufig die am wenigsten gefährdeten.

Eine Hilfe für intensive Betriebe bedeutet mit Sicherheit in weitgehendem Maße eine werbende Anlage.

---

2 Bezieht sich auf die Ostpreußenhilfe von 1929. Schulz, Staatliche Stützungsmaßnahmen S. 141 ff.; Hertz-Eichenrode S. 217 ff.; Fiederlein S. 19 ff.

Die Verschuldung und damit die Gefährdung der Pommerschen Großbetriebe ist in Hinterpommern größer als in Ostpreußen, in Mittel- und Vorpommern und der Grenzmark ähnlich. Dagegen ist die wirtschaftliche Leistung im Gesamtdurchschnitt der Provinzen in Pommern ganz erheblich höher.

Sie beträgt an Verkäufen je ha	Ostpreußen	176,– RM
	Pommern	300,– RM
die provinzielle Ausfuhr je qkm	Ostpreußen	10317,– RM
	Pommern	19748,– RM
der Bedarf an vorzugsweise industriellen Erzeugnissen je ha	in Ostpreußen	90,– RM
	in Pommern	142,6 RM
der Kapitalbesatz (ohne Grund und Boden) je ha	in Ostpreußen	1061,– RM
	in Pommern	1363,– RM

Unter den unmittelbar gefährdeten Grenzbezirken ist Pommern also das bei weitem kapital- und ertragsmäßig intensivste Gebiet, seine Erhaltung also aus allgemeinen Gründen notwendig. Die Aussichten der Ertragssteigerung sind bei Pommerns hackfruchtgünstigen Böden und bei dem noch längst nicht abgeschlossenen Kultivierungsprozeß besonders erfolgversprechend. Pommern hat an der gesamten überseeischen Getreideausfuhr Deutschlands

an Roggen 40–50%
an Hafer 70% Anteil.

Pommerscher Hafer ist internationale Standardware. Pommern ist also von allen Provinzen – mit Ausnahme des mitteldeutschen Zuckerrübengebietes – der stärkste Devisenbeschaffer.

Pommern und die Grenzmark sind für eine industrielle Aktion besonders geeignet. Die Intensitätssteigerung kann hier größer sein als in irgendeiner anderen Provinz.

B. Mängel der Umschuldung mit Mitteln der öffentlichen Hand.

1. Schleppender, bürokratischer Gang des Beleihungsgeschäftes.
2. Falsche Taxen (Werttaxen statt Ertragstaxen).
3. Mangelnde betriebswissenschaftliche Einfühlung.
4. Zu hohe Kosten der Umschuldungskredite (8% bei 93 v. H. Auszahlung).
5. Heranziehung von Privatbürgschaften in Höhe von 25% der Umschuldungssumme.
6. Unzureichender Eingang von Mitteln.

Die Hilfsaktion für Ostpreußen droht infolgedessen zum großen Teil ein Fehlschlag zu werden.

Die Hilfe der öffentlichen Hand ist in ihrer Wirkung anscheinend beschränkt auf Lastensenkung, Gestaltung von Tarifen usw. Dagegen ist die Regelung der privaten Schuldverhältnisse bisher als wenig glücklich zu bezeichnen. Es ist deshalb grundsätzlich richtig, die Umschuldung auf privatwirtschaftlichen Grundlagen zu versuchen.

C. Grundsätze der Beleihung.

1. Beleihbar lediglich Betriebe mit gesicherter Rentabilität unter Voraussetzung angemessener Produktenpreise (z. B. 230 M je t Roggen, 260 M je t Weizen, siehe letzte Verhandlungen zur Zollfrage).

2. Feststellung der Rentabilität durch Ertragstaxen einer nach einheitlichen Richtlinien arbeitenden Treuhandstelle (Landwirtschaftskammer).

3. Beschränkung der Beleihung auf Betriebe mit gesicherter intensiver Entwicklung (Grundsatz *Silverberg* – gegebenenfalls Grenze bei Mindesthektarumsätzen für einzelne Betriebsrichtungen).

4. Beleihung innerhalb der Tax-Grenzen zur Ablösung beliebiger Verbindlichkeiten mit der Maßgabe, daß möglichst sämtliche Verbindlichkeiten zur Ablösung gelangen.

5. Prüfungsrecht der Treuhandstelle für Jahresbilanzen. Bei Unterbilanzen Einräumung des Rechts der Betriebskontrolle.

6. Vetorecht der geldgebenden Stelle bei Nachprüfungen der geldgebenden Stelle.

7. Zinsfuß 4½%, Amortisation 1½%.

8. Anerkenntnis der Betriebe zur gemeinsamen Produktenverwertung, soweit diese durchgeführt ist.

D. Folgen der Beleihung.

1. Durchbrechung des nahezu völligen Kreditmonopols der öffentlichen Hand (Preußenkasse).

2. Möglichkeit der Verbilligung der untragbaren Zinshöhe für Kredite der öffentlichen Hand bei nunmehr geringerem Risiko für die übrig bleibenden Betriebe.

3. Verringerung des Überangebots auf dem Grundstücksmarkt. Regelung des Siedlungsgeschäftes.

4. Verwendung der zu erwartenden Betriebsüberschüsse für Wirtschaftsinvestitionen.

Für eine Teilaktion sind also folgende Grundsätze zur Prüfung zu stellen.

1. Eine Umschuldungshilfe der deutschen Industrie für die Landwirtschaft wird zunächst auf die unmittelbar gefährdeten Bezirke (Pommern-Grenzmark) beschränkt.

2. Die Beschaffung der Mittel erfolgt durch eine von großen Industriegruppen (Gr[oßen] Banken) aufzunehmende Auslandsanleihe, die durch eine im Umschuldungsbezirk vertretene Großbank (Stettin – Danatbank?) der Landwirtschaft zugeleitet werden.

3. Der Betrag der Anleihe beträgt zunächst 120 Millionen RM.

4. Die Zinssätze werden nach Maßstab der wertstehenden Ausführungen verbilligt, die Differenz wird von den Industriegruppen getragen.

5. Inwieweit der Reservefonds der Bank für Industrieobligationen ganz oder teilweise für die Umschuldung, oder mit weiteren bankmäßigen Gewinnen zur Verbilligung der Zinsen der Anleihe herangezogen werden kann, kann weiterer Prüfung unterliegen.

6. Die Umschuldung ist ausschließlich auf privatwirtschaftlicher Grundlage durchzuführen.

7. Die Beleihung ist auf Betriebe mit übersichtlicher Lage, gesicherter Rentabilität und voraussichtlicher Intensitätssteigerung zu beschränken.

9.

25. 1. 1930: v. Gilsa (Sterkrade) an Reusch (Nürnberg)

HA/GHH 400101293/4a – Tgb. Nr. 159. Handschriftliche Einfügungen und Kopfvermerk Reuschs „Zur Rücksprache mit Gilsa".

Sehr geehrter Herr *Reusch*!

Die ernste Lage des Reiches hat einzelne Gruppen der Deutschen Volkspartei aus Rheinland, Westfalen, Hamburg, Bremen und Hannover veranlaßt zu versuchen, die Politik der Partei beschleunigt auf eine andere Linie zu bringen[1]. Es ist beabsichtigt, in der nächsten Zeit hierfür Bundesgenossen in anderen DVP-Parteikreisen bei geeigneten Persönlichkeiten zu gewinnen, so daß dann noch im Februar eine Zentralvorstandssitzung der Gesamtpartei veranstaltet werden kann, in der die neue Richtung vom Zentralvorstand sanktioniert wird. Als Richtziele sind vorhanden: Beibehalt der Forderung einer fühlbaren Steuersenkung, hauptsächlich durch Ausgabenabbau bereits im Jahre 1930, Sanierung der Arbeitslosenversicherung[2], Erzwingung einer klaren Stellungnahme der Sozialdemokratie und, falls diese ablehnt, Fortführung des Kampfes ohne Sozialdemokratie, gegebenenfalls durch ein vom Reichspräsidenten zu ernennendes Minderheitskabinett, als dessen Führer *Luther* in Frage kommt (der Name *Luther* muß wegen verschiedener Widerstände noch mit einer gewissen Vorsicht genannt werden, damit ein zu frühes Herausstellen nicht hindernd wirkt)[3]. Hinter einem solchen Kabinett *Luther* muß dann die Bereitschaft des Reichspräsidenten stehen zu letzten Maßnahmen: Reichstagsauflösung und § 48.

Soweit die Ziele. Ob es gelingt, in der kurzen Zeit von zwei bis vier Wochen die Partei so weit umzustellen, ist fraglich. Es wird aber sofort der Versuch gemacht werden. *Curtius* wird sich sicher dagegen stemmen. Die Stellung *Moldenhauers* ist noch nicht klar ersichtlich. Viel wird auch davon abhängen, wie *Scholz* über die Dinge denkt. Er soll in etwa acht Tagen zurückkommen.

Wie eine Satire wirkt es, daß das Problem des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Preußen-Regierung wieder akut wird[4]. Es haben indes bisher nur ganz

1 Vgl. Bracher S. 408; Booms, Die Deutsche Volkspartei, in Matthias/Morsey S. 524 f.; Döhn S. 185 ff.

2 Vgl. Maurer S. 80 ff.

3 Vgl. Nr. 31.

4 Die preußische Regierung erhielt am 24. Januar 1930 die Mitteilung, daß die „überwältigende Mehrheit" der DVP-Fraktion im Preußischen Landtag für eine Große Koalition in Preußen eintrete. Daraufhin fand am 27. 1. 1930 eine interfraktionelle Sitzung der Fraktionen von SPD, DDP und Zentrum statt, um über Koalitionsverhandlungen mit der DVP zu beraten. Die Besprechung endete

unverbindliche Besprechungen stattgefunden. Die Hauptgründe sind: einmal die Absicht der Sozialdemokratie, durch Beteiligung der Deutschen Volkspartei in Preußen die Deutsche Volkspartei im Reiche fester an das bisherige System zu binden, und ferner der Wunsch des Zentrums, die zu erwartende Besetzung des preußischen Kultusministeriums mit dem sozialdemokratischen Dissidenten *König*[5] nicht allein zu decken, sondern die Volkspartei die Verantwortung hierfür mittragen zu lassen. Bei einem großen Teil unserer Preußen-Fraktion besteht aber bisher wenig Lust, sich auf derartiges einzulassen, zumal der Fraktion mit dem personell ziemlich unbedeutenden Handelsministerium und einem anderen Ministerium a latere nicht der ihr gebührende Einfluß zugebilligt wird.

Mit angelegentlicher Empfehlung
v. Gilsa

mit der Feststellung *Brauns*, daß er mit der DVP in offizielle Verhandlungen eintreten wolle. Aufzeichnung *Goslars* vom 24. 1. 1930 sowie Aufzeichnung über eine interfraktionelle Sitzung im Preußischen Landtag vom 27. 1. 1930, Nachlaß Otto Braun 258 und 259.

5 Vgl. Brecht S. 118.

10.

26. 1. 1930: Denkschrift des Frhr. v. Braun über die Not der Landwirtschaft (Auszüge)

Nachlaß Silverberg 574. Vervielfältigtes Exemplar. Überschrift: „Zur Not der Landwirtschaft, Vorschläge“[1].

[. . .][2]

Bauernnot herrscht im Westen und Süden Deutschlands, im ganzen Osten hat sie sich zur Katastrophe entwickelt.

Für den Osten ist daher eine Sonderaktion unvermeidlich, weil die Krankheit zu weit fortgeschritten ist.

Der Osten hat eine sechs Wochen kürzere Vegetationsperiode als der Westen, braucht infolgedessen mehr Arbeitskräfte und Angespann (also mehr Kapital), war

1 In veränderter Form unter gleichem Titel 1930 als Broschüre erschienen; ausführliche Inhaltsangabe in Magnus Frhr. v. Braun, Von Ostpreußen bis Texas. Erlebnisse und zeitgeschichtliche Betrachtungen eines Ostdeutschen, Stollhamm[2] 1955 S. 201 ff.

2 Zu Beginn behandelt *Frhr. v. Braun* das Problem „Landwirtschaft und Zahlungsbilanz“ und gelangt zu der Feststellung: „Wir sind völlig in den Händen unserer ausländischen Geldgeber, sind auf ihren guten Willen, ihr Vertrauen zu unseren Leistungen, unserer Selbstbeschränkung und Anspruchslosigkeit angewiesen . . . Auf Zahlung von Reparationen und Zinsen haben wir vorläufig überhaupt keinen Einfluß.“ Eine Änderung der Situation Deutschlands sieht *Frhr. v. Braun* allein in einer Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion, da nur auf diese Weise die Zahlungsbilanz verbessert und so Deutschland über die „Wirtschaftsfreiheit zur politischen Freiheit“ geführt werden könne. Dann folgen Überlegungen zum Verhältnis von „Landwirtschaft und Industrie“, die gleichartige Interessen hätten, denn die Überwindung der landwirtschaftlichen Krise sei eine wichtige Voraussetzung für die Belebung einzelner Industriezweige. Die anschließende Schilderung der „Entwicklung und Stand der Agrarkrise“ führt zu den abgedruckten Schlußfolgerungen.

daher nie kapitalkräftig, verlor seine Reserven schneller, sieht aber vor allem in seinem Absatz ein Problem vor sich, wie es Westen und Süden nicht kennen.

[. . .][3]

Von rund 2500 landschaftlich beliehenen Gütern, die die Ostpreußenhilfe[4] des Staates erhalten haben, also als saniert gelten sollten, hatte nach Aussage der Landschaft um Weihnachten nicht ein einziges seine Landschaftszinsen bezahlt. Tausende von anderen Pfändungen haben bewiesen, daß nach Zahlung der Zinsen die Güter keine Ware mehr zu verkaufen haben. In Ostpreußen sind nach Mitteilungen der Landschaft über 600, und zwar meistens kleinlandwirtschaftliche Betriebe, in Zwangsversteigerung gefallen, und für eine weit größere Zahl steht sie bevor.

Ähnlich wie in Ostpreußen sieht es in Hinterpommern, in der Grenzmark Posen-Westpreußen, in einigen Kreisen Schlesiens und Brandenburgs und in Teilen von Mecklenburg-Schwerin aus. In Front steht Ostpreußen in seiner durch den Korridor vom Mutterlande abgetrennten Lage.

Dabei ist die Ostfrage nicht nur eine Frage der 2,2 Millionen Ostpreußen oder der Hinterpommern, Grenzmärker und Schlesier, sondern sie ist wie keine zweite in der Zukunft für absehbare Zeit eine politische Frage größten Stils, vielleicht die größte politische Frage des nächsten Menschenalters, es dreht sich um die Vorherrschaft Polens und unsere Entwicklungsmöglichkeiten im Osten. Besonders Ostpreußen ist die einzige Brücke zu den Randstaaten und später zu Rußland, für jeden Absatz und jeden Handel mit diesen Ländern unentbehrlich, für jeden Austausch von Mensch und Ware unerläßliche Voraussetzung.

Dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Ostpreußens würde der politische nur zu leicht folgen. Die Tatsache, daß heute frühere deutsche Landwirte im polnischen Korridor zum Teil unverschuldet, auf alle Fälle weit besser gestellt sind als unsere östlichen Landwirte, muß die Verzweiflung in den eigenen Reihen nur noch steigern und sie zu der Überzeugung bringen, man lege auf die Zusammengehörigkeit dieser Landesteile zum Deutschen Reiche keinen Wert, was natürlich völlig unsinnig ist und von niemand, auch dem blindwütigsten Hasser des Ostens nicht, gemeint ist.

[. . .][5]

Das einfachste und wirkungsvollste Mittel, der Not unseres Ostens zu steuern, wäre die Abteufung bedeutender Kohlen- oder Erzschächte und damit die Entstehung großer Konsumzentren. Die Absatzfrage wäre dann kein lebenswichtiges Problem mehr. Solange uns dies versagt bleibt, müssen andere Mittel ergriffen werden, um zu verhindern, was auf dem Marsch ist, nämlich die Versteppung des Ostens und die Bildung riesiger Latifundien. Daß der Zusammenbruch nicht nur dem Großbesitz, sondern dem gesamten Erwerbsleben im Osten bevorsteht, ist bei der inneren Verbundenheit von Produktion und Konsum selbstverständlich. Es ist auch harmlos zu glauben, daß eine Katastrophe der riesigen Getreide und Kartoffel bauenden Bezirke des Ostens den Bauern in diesen

3 Darstellung der besonderen Bedingungen der Wirtschaft in Ostpreußen.

4 Nr. 8b, Anm. 2.

5 Veranschaulichung der Notlage in den Ostprovinzen.

Wirbel nicht hineinziehen würde. Da Handel und Wandel in den Städten des Ostens aufs engste mit der Landwirtschaft verbunden sind, werden von dem Niedergang des städtischen Konsumenten die Bauernwirtschaften auf das härteste mit getroffen. Auch ist es eine Phantasterei zu glauben, daß der Staat Hunderte und Tausende von großen Besitzungen in der Zwangsversteigerung aufkaufen und sie ohne ganz ungeheure Mittel auch nur auf dem bisherigen Stande weiter erhalten kann. Die Erfahrungen in Ostpreußen z. B. haben gezeigt, daß schon die dreijährige Zwangsverwaltung eines Gutes an Betriebszuschüssen und Zinsausfällen eine Verteuerung um etwa 20% des Anlagewertes des Gutes mit sich bringt. [. . .][6]

Aufgabenkreis des Staates und der Landwirtschaft.

Wir stehen also vor der Tatsache einer schweren Agrarkrise in ganz Deutschland, die im Osten schon die Form des Zusammenbruchs angenommen hat.

Alle Gegenmaßnahmen müssen diesen Gesichtspunkten Rechnung tragen und sind dementsprechend zu gliedern:

A. in Maßnahmen, die für das ganze Reich Gültigkeit haben,
B. in besondere Maßnahmen für den Osten.

Dabei ist zu bedenken, daß naturgemäß die hierfür zur Verfügung stehenden Mittel beschränkt sind, daß man nicht alle Wünsche erfüllen kann, ohne diese Mittel bis zur Wirkunsgslosigkeit zu verzetteln, und daß in vielen Fällen ein durchgreifendes Nacheinander der einzelnen Maßnahmen einem unzureichenden Nebeneinander vorzuziehen ist.

Große Aufgaben stehen dem Reich, dem Staat und der Landwirtschaft selbst bevor. Sie alle müssen planmäßig Hand in Hand arbeiten, wenn wirklich etwas erreicht werden soll.

Voraussetzung für die Verhinderung weiteren Abgleitens und Voraussetzung jeder Produktionssteigerung ist:

a) die befriedigende Gestaltung der Preise und
b) des Zinsfußes.

Diese Voraussetzung zu schaffen ist Aufgabe des Staates und der beteiligten Berufsstände.

A.

Die unmittelbar hieraus sich ergebenden Gegenwartsaufgaben des Staates[7] sind in der Hauptsache folgende:

1. Der Schutz gegen ausländische Konkurrenz, der einen ganzen Fragenkomplex umfaßt (Zollschutz, Einfuhrmonopol, Drosselung der Importe, Kooperation mit anderen Staaten), soll hier nicht erörtert werden, da er ein weitschichtiges Thema für sich bildet. Er ist einer der Hauptbrennpunkte der Preisfrage.

---

6 Statistische Angaben.

7 Im Gegensatz zu *Frhr. v. Braun* wandte sich *v. Flemming* in einem Brief an *Silverberg* vom 30. 1. 1930, Nachlaß Silverberg 574, gegen eine Beteiligung des Staates, die die rein privatwirtschaftliche Grundidee *Silverbergs* gefährden würde.

2. Die Marktbeobachtung und -berichterstattung, die dank der Fürsorge von Reich, Staat und Landwirtschaftsrat bereits sehr bedeutende Fortschritte erzielt hat.

3. Die Förderung des landwirtschaftlichen Bildungswesens, eine der schwierigsten, aber auch dringendsten Aufgaben, die für eine Steigerung der Produktion, für Qualitätserzeugung, Standardisierung und Absatzregelung unerläßlich ist.

4. Forschungsinstitute. Hierbei müßten neben der Viehzucht auch dem Pflanzenbau größere Mittel und Aufmerksamkeit zugewendet werden als bisher. Beispielsweise enthält der preußische Etat in seinem landwirtschaftlichen Fonds nicht einmal ein eigenes Kapital für Acker- und Pflanzenbau, sondern wendet diesem wichtigen Gebiet nur nebenbei etwa ½ Million zu, während der Fonds für Viehzucht mit etwa 43 Millionen RM dotiert ist. Dabei verhält sich der Wert der pflanzlichen zur tierischen Erzeugung wie 1 zu 2. Und gerade auf dem Gebiet des Pflanzenbaus stehen der wissenschaftlichen Forschung noch große Aufgaben bevor, z. B. Züchtung eines wirklichen winterharten Weizens für den Osten und eines Weizens für leichtere Böden, Züchtung von Pflanzen unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung unserer Eiweißbilanz (z. B. giftfreie Lupinen), die heute noch große Einfuhren an Eiweißfutterstoffen beansprucht, Versuche zum Anbau anderer Pflanzen anstelle von Roggen und Kartoffeln, Vermeidung der zehn bis fünfzehnprozentigen Ernteverluste durch Schädlinge und anderes.

5. Verkehrsförderung als Voraussetzung für jede Absatzregelung (Bau von Eisenbahnen, Kunststraßen und Kanälen, Kraftwagenverkehr, Schiffahrt, Frachten).

6. Erleichterung von Reichs-, Staats- und Kommunalsteuern.

7. Meliorationen, einschließlich Aufforstung.

8. Förderung des Absatzes, wie sie nach den Vorschlägen des Notprogramms bereits erfolgreich in Angriff genommen worden ist, außerdem als dringende Forderung das Milchgesetz und ein Gesetz über Lagerhaus- und Lagerscheinwesen.

9. Siedlung[8]. In dem Kampf der Meinungen ist das Problem der Siedlung bisweilen verzerrt, es soll daher versucht werden, einige Gesichtspunkte rein wirtschaftlicher Art zu erörtern. In der Gegenüberstellung von Groß- und Kleinbetrieb wird man beobachten können, daß der Großbesitz im Bau von Getreide und Hackfrüchten meistens dem bäuerlichen Betrieb überlegen ist, weil er mit großen modernen Maschinen auf ganz großen Schlägen arbeitet. Es ist daher kein Zufall, wenn der Großbetrieb sich in der weiten Ebene des Ostens, ja sogar in der zentral gelegenen Provinz Sachsen gehalten hat, während er in dem kupierten Gelände des Westens und Südens (soweit es sich nicht um Waldbesitz handelt) mehr dem kleinbäuerlichen Betrieb gewichen ist, der sich der verschiedenen Struktur des Bodens und seinen verschiedenen Kulturarten besser anpassen kann. Der Kleinbetrieb ist für eine stärkere Viehhaltung prädestiniert, weil er die persönliche Sorge des Bauern und seiner Familie besonders zur Geltung bringen kann; namentlich in Gebirgsgegenden, in denen der Getreidebau wegen der Höhenlage und der Niederschläge dem Futterboden weicht, wird der Großbetrieb mehr und mehr schwinden. In der Nähe der großen Konsumzentren wird sich ferner der Kleinbetrieb ausdehnen,

8 Zum Problem der Siedlung Boyens I und II; Schulz, Staatliche Stützungsmaßnahmen.

weil er Gemüse und Obst sowie tierische Erzeugnisse zu günstigen Preisen los wird und die Lohnarbeit dort teurer zu sein pflegt, die beim Bauern nicht annähernd die entscheidende Rolle spielt wie beim Großbesitz.

Es ist also kein Zufall, wenn der Westen und Süden das leicht transportable Getreide anderswo bezieht und mehr tierische und pflanzliche Edelprodukte erzeugt als der Osten, dem dies bei den gegenwärtigen Verkehrs- und Absatzverhältnissen naturgemäß sehr erschwert wird. Heute werden die Leistungen der Großbetriebe in Bezug auf Getreide und Hackfrüchte nicht entbehrt werden können, und es ist auch zweifellos, daß sie vielfach durch ihre Intensität und Versuche sowohl auf maschinellem, wie auf chemischem, züchterischem und kaufmännischem Gebiet dem Kleinbetrieb zum Vorbild werden. Bis zu einem gewissen Grad kann dies natürlich durch landwirtschaftliche Schulen, Forschungsinstitute und subventionierte Beispielswirtschaften ersetzt werden.

Die Beurteilung des Großbesitzes führt nicht zu der Auffassung, daß der Osten nur Großbesitz haben solle. Im weiten Osten ist Land genug für beide Kategorien, und es eignen sich auch gerade dort viele Güter ausgezeichnet zur Viehhaltung und damit zur Siedlung.

Ich halte die Ansiedlung deutscher Bauern im Osten sogar für eine der dringendsten Aufgaben von Reich und Staat. Sie ist erforderlich aus nationalpolitischen und auch aus wirtschaftlichen Gründen, beide gehören eng zusammen. Wenn auch oft darauf hingewiesen wird, daß nach der Aufteilung eines großen Gutes keineswegs mehr Menschen auf der gleichen Fläche wohnen als bisher, so ist doch der Unterschied schon deswegen groß, weil ein kaufkräftiger Bauer ein stärkerer Konsument ist als ein Arbeiter und daher die nächstgelegene Stadt in sehr viel höherem Maße in Nahrung setzt; Handwerker, Kaufleute, freie Berufe haben vom Bauern mehr als vom Landarbeiter und auch mehr als vom Großgrundbesitzer, der oft seinen Bedarf von weither bezieht.

Einerseits ist der Absatz des Landes abhängig von der Kaufkraft der nächsten Stadt, andererseits ist es eine oft erwiesene Tatsache, daß Siedlungsgürtel in der Nähe der Landstädte diese überhaupt erst zur Blüte bringen.

Es ist auch namentlich in West- und Süddeutschland im Wechsel der Zeiten erhärtet, daß die sich selbst genügenden Bauernwirtschaften die größte Widerstandskraft in allen Krisen bewiesen haben. Abgesehen von Zeiten ungenügender Preise unterliegt der Bauer nur dann, wenn er – wie die Geschichte des Übergangs von der Erbuntertänigkeit zur Freiheit des Bauern beweist – betriebstechnisch und kaufmännisch gar zu weit hinter dem Großbesitze zurückbleibt. In solche Zeiten fällt dann der Aufkauf der Bauern durch den Großbesitz. Die Sorge für eine geistige und fachliche Bildung des Bauern sollte daher eine der ersten agrarpolitischen Aufgaben des Staates sein.

Kurz, mir scheint, daß die Siedlung, die im übrigen durch ihre Bauanlagen Handel und Wandel belebt, die natürlichste und gegebene Forderung der östlichen Gebiete darstellt.

Der Gedanke liegt nun nahe, zum Zwecke forcierter Siedlung Betriebe des Großbesitzes jetzt in der Zwangsversteigerung billig aufzufangen und sie in beschleunigtem Tempo der Siedlung zuzuführen. Dem stehen jedoch folgende Schwierigkeiten entgegen:

1. Zu Siedlungszwecken eignet sich keineswegs jedes Gut wegen seiner Bodenbeschaffenheit, man kann nur guten, aber andererseits auch nicht zu schweren Boden hierzu nehmen.

2. Die Katastrophe in der Landwirtschaft hat ein sehr viel schnelleres Tempo als die Siedlung, denn die zur Verfügung stehenden Mittel stehen in gar keinem Verhältnis zu der Menge verfügbaren Landes und den Kosten seiner Siedlung.

[. . .][9]

Dadurch, daß mit den erforderlichen Zwischenkrediten für den Ankauf und die Finanzierung, insbesondere der Bautätigkeit, nicht mehr mit Sicherheit gerechnet werden kann, wird es immer schwieriger, ein festes Siedlungsprogramm aufzustellen, da es nicht sicher ist, ob die dazu einzugehenden Geldverpflichtungen erfüllt werden können.

Voraussetzung für die Siedlung ist

a) daß man nicht vorher die Wirtschaft des Ostens völlig zusammenbrechen läßt, sondern sie auf einem möglichst hohen Stande erhält. Mit fortschreitender Devastierung muß auch die Siedlung versacken, ohne daß der Staat die Mittel in der Hand hätte, sich diesem Strome entgegenzustellen,

b) daß ganz andere Summen, und zwar gleichmäßig für lange Zeit hindurch, für die Siedlung zur Verfügung stehen als bisher.

B.

Wenn der Landwirtschaft geholfen werden soll, so ist erste Voraussetzung hierfür, daß sie selbst tatkräftig ihr Schicksal in die Hand nimmt und sich denjenigen Notwendigkeiten fügt, die die Not des Vaterlandes erfordert. Ich rechne hierzu in erster Linie die Disziplin, die notwendig ist, um die landwirtschaftlichen Absatzorganisationen zu stärken, und den Fleiß, der notwendig ist, um auf den verschiedenen Gebieten landwirtschaftlicher Produktion etwas Gutes zu leisten und um nicht nur die technische, sondern auch die kaufmännische Seite des Betriebes zu beherrschen.

[. . .][10]

Im übrigen mag man zu der Frage der Umstellung [der Landwirtschaft] stehen wie man will – jedenfalls kostet sie Geld. Sie kostet einmal neues Kapital zur Anlage von Weiden, Zäunen, Vergrößerung der Ställe, Neuanschaffung von Vieh, Geräte etc. Dieses Geld im Wege des normalen Kredits neu aufzunehmen, wäre bei dem heutigen Zinssatz gleichbedeutend mit Selbstmord. Sie bedeutet aber außerdem für die Übergangszeit von ein bis zwei Jahren den Verzicht auf die bisherigen Einnahmen aus Getreidebau. Damit nimmt sie dem Landwirt die letzte Möglichkeit, seinen Zinsverpflichtungen nachzukommen und bringt ihn also unweigerlich zum endgültigen Zusammenbruch. Solange der Landwirt eine solche Umstellung nicht langsam aus eigenen Mitteln oder ganz billigen Krediten bewerkstelligen kann, solange wird sie ihm nicht helfen. Zurzeit scheitert sie an der Höhe des

9 Zahlen über die bisherige Siedlungstätigkeit und -finanzierung.

10 Weit ins einzelne gehende Vorschläge zu Umstellungen innerhalb der Landwirtschaft.

Zinsenkontos, das dem Landwirt jede Möglichkeit versperrt, sich den gegebenen Verhältnissen anzupassen und seine Wirtschaft rentabel zu gestalten. Selbst bei Durchführung aller andern Möglichkeiten eines etwaigen großen Agrarprogramms bleibt für den absatzfernen Osten das Problem des Zinsenkontos bestehen. Solange daher dieses Problem nicht gelöst ist, wird die Krise andauern und unter stärkstem Besitzwechsel in wenigen Jahren zu extensivstem Latifundienbesitz führen.

V.

Die Beschaffung und Vergebung der Mittel.

Diese Versumpfung des Ostens und der Mangel jeder landwirtschaftlichen Prosperität überhaupt führt zu den schwersten nationalen und politischen Gefahren, sie führt mittelbar aber auch durch Lähmung des großen landwirtschaftlichen Konsumenten zu einer Lebensgefahr für die Industrie.

Bei der letzten Tagung des Reichsverbandes der Industrie im Dezember 1929 hat darum einer ihrer Führer, Dr. Paul *Silverberg* aus Köln, den Anregungen des Herrn Oscar *Wassermann* folgend, einen Vorschlag gemacht, der auf weite Sicht eingestellt ist und von Entschlußfähigkeit und Opferbereitschaft zeugt[11].

Von den oben skizzierten Erwägungen ausgehend, ergänze ich diesen Vorschlag folgendermaßen:

1. Die Industriebelastung wird entsprechend dem Vorschlag *Silverbergs* (unter Fortlassung der kleinen Betriebe) in Höhe von 200 Millionen Mark jährlich für 5 Jahre weiter aufgrund eines Reichsgesetzes erhoben.

2. Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt stellt für die gleiche Zeit ihre Gewinne ganz oder teilweise zur Verfügung, sobald ihr Grundkapital die im Gesetz vorgesehene Grenze von 500 Millionen Reichsmark überschritten hat und Verträge mit ausländischen Geldgebern dem nicht entgegenstehen.

3. Die Verteilung der Gelder obliegt einer mit der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt als der zentralen Bank für landwirtschaftliche Realkredite in Personalunion verbundenen Bank, in deren Aufsichtsrat auch die Industrie vertreten sein würde (Ablösungsbank). Dieser Aufsichtsrat ist die zentrale Stelle, die frei von allem Parteiwesen nach rein sachlichen, nur die Steigerung der Produktion berücksichtigenden Gesichtspunkten die Gelder zu vergeben hätte. Ob die Bank für Industrieobligationen, der die Eintreibung der Industriebelastung verbleiben würde, hierbei einzuspannen wäre, wird im einzelnen zu prüfen sein.

4. Die Gelder zu 1 und 2 werden verwandt zur Ablösung der auf noch sanierungsfähigen landwirtschaftlichen Betrieben der gefährdeten Gebiete – Ostpreußen, Pommern, Grenzmark, einige Kreise von Brandenburg und Schlesien, vielleicht auch noch Teile von Mecklenburg – lastenden zweiten und weiteren Hypotheken und anderer Schulden im Rahmen einer für vertretbar anzusehenden Verschuldungsgrenze, die in jedem einzelnen Fall ohne festes Schema nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten festzustellen ist. Bei einer Verzettelung der

11 Vgl. Nr. 8a, Anm. 1.

Mittel auf ganz Deutschland würde niemand etwas erhalten. Erste Hypotheken werden nicht berücksichtigt, da sie in der Regel niedrigere Zinssätze als die nachstehenden haben, sehr viel höhere Summen zur Ablösung erfordern würden und da außerdem durch die Ablösung der anderen Schulden mehr Landwirte und auch mehr Gewerbetreibende gerettet werden können. Die Bonität der ersten Hypothek gewinnt im übrigen durch die Gesundung der Betriebe, was den Pfandbriefmarkt günstig beeinflussen wird.

5. Der Landwirt, welcher von der Ablösung seiner Schulden Gebrauch machen will, muß sich einer Kontrolle seines Betriebes durch die Sachverständigen-Kommission (Ziffer 8) – bestehend aus möglichst im Kreise wohnenden Landwirten – unterwerfen. Diese Kommission, die vor Gewährung des Kredites zu prüfen hat, ob der Betrieb noch sanierungsfähig ist, hat

a) darüber zu wachen, ob eine einwandfreie Buchführung durchgeführt worden ist,
b) ob er sich für seinen Absatz der für ihn in Betracht kommenden Absatzorganisationen bedient und sich zur Lieferpflicht diesen gegenüber bekannt hat,
c) das Recht, die Bücher zu prüfen und daraufhin zu wirken, daß überflüssige Ausgaben vermieden und der Besitzer unrentable Zweige der Wirtschaft ausschaltet und rentabel forciert.

Diese Kommission wird so lange ihre Tätigkeit ausüben, bis die Gewißheit besteht, daß der Besitzer wirtschaftlich wieder frei ist und die Rückzahlung leisten kann.

6. Die Ablösungsbank gibt aufgrund reichsgesetzlicher Regelung zum Zwecke der Ablösung der Schulden des Landwirts Rentenbriefe aus. Bei einer verlustbringenden Zinsspanne von 5 bis 2 = 3 Prozent (Ziffer 9 und 10) würden bei einer Milliarde Industriebelastung etwa 900 Millionen Rentenbriefe ausgegeben werden können. Die Summe der auszugebenden Rentenbriefe errechnet sich nach den vorhandenen Mitteln und unter Berücksichtigung der Zinsspannen, Verwaltungskosten und Rückstellungen und wird auf die einzelnen Provinzen nach einem festzusetzenden Schlüssel verteilt. Die Ablösung der Gläubiger des Landwirts hat nicht 5 Jahre Zeit, sondern muß sofort erfolgen, um dem Landwirt und auch den Gläubigern, deren Betriebskapital in ihren Forderungen steckt, Bewegungsfreiheit zu geben. Es müssen also die gesamten Rentenbriefe auf einmal ausgegeben werden.

7. Die Sicherheit der Rentenbriefe setzt sich zusammen aus
a) den für die Ablösungsbank neu einzutragenden Hypotheken auf den Grundstükken (siehe Ziffer 10),
b) der Garantie der Ablösungsbank, gegenüber der die Provinz die volle mit Auslosung der Rentenbriefe erlöschende Rückbürgschaft übernimmt.

8. Die Gläubiger des Landwirts erhalten die Rentenbriefe als Ausgleich ihrer Forderungen an den Landwirt, die sie dafür an die Ablösungsbank abtreten. Die Ablösungsbank wird im Grundbuch als Gläubigerin eingetragen, die Provinz übernimmt eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 1/3. Die Ablösung erfolgt unter Mitwirkung der Provinz (Landesbank) und kreisweise von dieser einzusetzenden Kommissionen, die den Betrieb des Landwirts und die Bonität der Forderungen zu prüfen haben. Mit den Gläubigern haben diese Kommissionen als Beauftragte der Provinz je nach der Lage des Falles und der Güte der Forderungen

zu akkordieren, so daß die bisher völlig gesicherten Gläubiger 100%, andere weniger erhalten. Die Anrechnung der Rentenbriefe erfolgt zu pari.

9. Diese Rentenbriefe sind nur mit 5% Zinsen auszustatten, da ihre Tilgung bereits im Laufe der nächsten 5 Jahre durch Auslosung zu pari erfolgt. Sie werden gesperrt. Jedes Disagio fällt weg; eine Kursstützung ist nicht nötig; Lombardierungsmöglichkeit besteht. Die Ablösungsbank zahlt halbjährlich die Rentenbriefzinsen (aus den Hypothekenzinsen des Landwirts [Ziffer 10], den Geldern der Industrie und den evtl. Gewinnen der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt). Die Auslosung (Tilgung der Rentenbriefe) erfolgt in fünf Jahren.

10. Der Landwirt, der anstelle seiner bisherigen Gläubiger die Ablösungsbank als Hypotheken-Gläubigerin erhält, zahlt für die neuen Hypotheken jährlich an Verzinsung und Tilgung zusammen 4%, von denen zunächst 2% auf Zinsen und 2% auf Tilgung entfallen, ein Verhältnis, das sich naturgemäß allmählich zugunsten der Tilgung verschiebt. Ein höherer Prozentsatz ist zwecklos, da die Landwirtschaft ihn nicht herauswirtschaften kann und ihn auch niemals herausgewirtschaftet hat. Die Tilgung ist in 35 Jahren beendet. Die Zinsen und Tilgungsraten werden durch die Provinz, die das Inkasso hat, an die Ablösungsbank abgeführt.

11. Die zurückfließenden Tilgungsraten stehen als Revolving-Kredite der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt j e z u r H ä l f t e
a) für Siedlungszwecke vornehmlich im O s t e n,
b) zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion im g a n z e n R e i c h e durch Förderung des Absatzes und durch Intensivierung landwirtschaftlicher Einzelbetriebe billigst zur Verfügung.

11a.

29. 1. 1930: v. Gilsa (Sterkrade) an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 400101293/4a. Paraphe Reuschs.

Sehr geehrter Herr *Reusch!*

In der Anlage[1] gestatte ich mir, Ihnen eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Besprechung zu übersenden, an der ich vor einigen Tagen teilgenommen und Ihnen unterm 25. des Monats berichtet habe[2]. Ich mache nochmals darauf aufmerksam, daß für die Punkte c und d eine Führung durch Herrn Dr. *Luther* propagiert werden soll. Sein Name soll indes noch nicht öffentlich genannt werden, um unnötige Schwierigkeiten zu vermeiden.

Ich erblicke in dem geplanten Vorgehen auch die Möglichkeit der Bildung einer antimarxistischen Front im Reich, wie wir sie in unserer Besprechung am gestrigen Tage gestreift haben.

1 Nr. 11b.

2 Nr. 9.

Über die derzeitige Lage hinsichtlich des Eintritts in die Preußenregierung (Große Koalition)[3] habe ich Herrn *Wagner* heute fernmündlich unterrichtet.

Mit angelegentlicher Empfehlung
v. Gilsa

3 Nr. 9, Anm. 4.

11b.

24. 1. 1930: Aufzeichnung über eine Besprechung von Mitgliedern der Deutschen Volkspartei

HA/GHH 400101293/4a. Abschrift. Datiert Hannover, 27. 1. 1930. Überschrift: „Streng vertraulich. An die Teilnehmer der am Freitag, den 24. 1., in Berlin stattgefundenen Besprechung"[1].

Das Ergebnis der Aussprache wird auftragsgemäß in folgenden Punkten zusammengefaßt:

1. Die Wirtschaft zeigt steigende Verfallserscheinungen. Um sie vor einem Zusammenbruch zu bewahren, müssen die von der Regierung angekündigten Maßnahmen zur Senkung von Einkommen- und Vermögensteuern sowie zum Wegfall der Gewerbesteuern, ungeachtet der für die Sanierung der Kassenlage vorgesehenen Maßnahmen, noch bei der kommenden Etataufstellung berücksichtigt und im Laufe dieses Steuerjahres in Kraft gesetzt werden. Ebenso ist angesichts der auf über 800 Millionen gestiegenen Verschuldung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung die herausgeschobene Reform der Arbeitslosenversicherung unumgänglich geworden.

2. Eine durchgreifende Entlastungsaktion ist insbesondere wegen ihrer Verbindung mit dem Finanzausgleich und den Steuerquellen der Gemeinden nur durchführbar, wenn zugleich eine allgemeine Finanzreform im Rahmen einer Reichsreform in Angriff genommen wird[2]. Nur auf diesem Wege ist zugleich die Möglichkeit gegeben, eine Gewähr dafür zu bieten, daß aus der sanierten Kassenlage des Reiches bei der Unsicherheit der Verwaltung in Deutschland durch Aufstellung neuer öffentlicher Aufgaben und Bewilligung neuer Aufgaben nicht binnen kurzem wieder eine neue Defizit-Wirtschaft entsteht.

3. Die Belebung der Wirtschaft und die Erweckung neuer Zuversicht angesichts der tiefen Resignation, die sich in Deutschland ausgebreitet hat, wird nur durch eine große Bewegung, die sich wirksame Reformen auf finanzpolitischem, wirtschaftlichem und staatspolitischem Gebiete als Ziel steckt, einen neuen Auftrieb erhalten. Nur eine Tat, die, aus einer solchen Bewegung geboren, den Lebenswillen Deutschlands manifestiert, kann neue Kräfte wecken.

1 Anlage zu Nr. 11a.

2 Zum Zusammenhang zwischen Reichsreformdebatte und Finanzreform Schulz, Demokratie S. 564ff.; Franz Menges, Reichsreform und Finanzpolitik. Die Aushöhlung der Eigenstaatlichkeit Bayerns auf finanzpolitischem Wege in der Zeit der Weimarer Republik (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse im Industriezeitalter 7), Berlin 1971 S. 359ff.

4. Diese Aufgaben können mit der Sozialdemokratie nur in ihren Anfängen und in ganz beschränktem Umfange in Angriff genommen werden. Ihre Lösung ist daher ohne sie, vielleicht nur im Kampf mit ihr, durchzuführen.

Aus diesen Voraussetzungen ergibt sich:

a) daß angesichts der bestehenden Koalition versucht werden muß, Zustimmung und Mitarbeit der Sozialdemokratie zu der unter ihrem früheren Finanzminister *Hilferding* geplanten und von der jetzigen Regierung unter ihrem Reichskanzler *Müller* zugesicherten Senkung der wirtschaftsdrosselnden Steuern zu erreichen.

I. Die Möglichkeit einer Steuersenkung kann angesichts der Kassenlage durch eine Ausgabensenkung von rund 2½% des 20-Milliarden-Etats = 500 Millionen durchgeführt werden. Eine solche Ausgabensenkung wird von Sachverständigen für technisch möglich erachtet.

II. Soweit eine solche Ausgabensenkung nicht erreicht wird, ist eine entsprechende stärkere Erhöhung der Biersteuer ins Auge zu fassen.

III. Sofern I. und II. nicht möglich ist oder nicht ausreicht, muß zur Durchführung unumgänglich notwendiger Steuersenkungen die vorübergehende Wiedererhöhung der Umsatzsteuer um ¼% ins Auge gefaßt werden.

b) Nach Durchkämpfung des Steuerprogramms muß die Reform der Arbeitslosenversicherung gefordert und in Angriff genommen werden. Der jetzt ins Auge gefaßte Ausweg einer Verbindung mit den übrigen Sozialversicherungen und einer leihweisen Überlassung von Mitteln aus der Kranken- und Invalidenversicherung für diese Zwecke verschleiert nur die Lage. Denn die Hergabe dieser Mittel ist ohne Bürgschaft des Reiches für die übrigen Anstalten nicht möglich. In diesem Falle aber ist das Reich letzthin doch der Träger des Defizits, und das Interesse der anderen Anstalten an seiner Beseitigung ist unwirksam.

c) Versagt sich die Sozialdemokratie diesen Erfordernissen, so muß sie entweder aus der Regierung ausscheiden, oder die Volkspartei muß durch ihren Austritt die Regierung des Reichskanzlers *Müller* stürzen. Eine Regierung der Mittelparteien muß die Frage der Reformen unter Führung der Volkspartei als Programm aufnehmen und durchkämpfen.

d) Wird die neue Regierung hierbei durch die Rechte nicht genügend unterstützt oder durch die Linke zu Fall gebracht, so muß der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen unter der Parole: Reichs-, Finanz- und Steuerreform in breiter Front evtl. unter Wahlkartell der Regierungsparteien durchgeführt werden. Diese Wahlen eröffnen die Möglichkeit eines stärkeren Zusammenschlusses der Mitte. Sie werden angesichts der Stimmung ganz breiter Bevölkerungsschichten in Deutschland und angesichts der herrschenden Not erfolgreich sein.

e) Ein Ausweichen vor klaren Entscheidungen und vor der Durchkämpfung auch durch Reichstagswahlen würde lediglich der Fortsetzung der steigenden und immer gefährlicheren Radikalisierung der Wähler Vorschub leisten und die Auflösung der Deutschen Volkspartei zur Folge haben.

12.

30. 1. 1930: Rede Reuschs in der Hauptausschußsitzung des Deutschen Industrie- und Handelstages

HA/GHH 40010123/32. Durchschlag. Auszug aus dem Sitzungsprotokoll.

Meine Herren! Ich hatte vor wenigen Wochen eine Unterhaltung mit unserem Freund *Hamm*. Dabei kamen wir auch auf das Wesen und die Aufgaben der Handelskammern zu sprechen. Ich hatte dabei das Unglück, einiges zu äußern, was Herrn *Hamms* Beifall fand. Er packte mich gleich beim Kragen und veranlaßte mich, heute vor Ihnen zu sprechen. (Heiterkeit) Ich stehe also unter dem Zwang des Herrn *Hamm*, wenn ich hier spreche, und wenn Sie mit mir nicht zufrieden sind, dann laden Sie Ihren Zorn bitte auf unsern alten Freund. (Heiterkeit; Zuruf *Hamm*: Das kann ich auf mich nehmen!)

Meine Herren! Ich werde Ihre Zeit nicht sehr lange in Anspruch nehmen. Sie werden mit mir der Ansicht sein, daß heutzutage in Deutschland im gesamten innerpolitischen Geschehen Zusammenhalt und Entschlußkraft nur bei den Gegnern des Unternehmertums zu finden sind. (Zustimmung.) Das Ziel dieser Gegner ist die vollendete Durchführung des Sozialismus und die Vernichtung der von uns zu verteidigenden kapitalistischen Wirtschaft. Die private Wirtschaft wird ja allmählich durch fortwährend gesteigerte Lasten immer mehr und mehr ausgehöhlt und geschwächt und dadurch von Tag zu Tag sturmreifer gemacht. Demgegenüber, das müssen wir mit lebhaftem Bedauern feststellen, verharren die bürgerlichen politischen Kräfte unseres Volkes in anscheinend hoffnungsloser Zersplitterung, zum Teil in völliger Teilnahmslosigkeit[1]. Die Folge ist, daß diesen Kräften die innerpolitische Stoßkraft fehlt, die ihrer zahlenmäßigen Stärke und ihrer Bedeutung für die Zukunft von Volk und Wirtschaft entspräche.

Meine Herren! Ich bin der Ansicht, daß es heute die verdammte Pflicht und Schuldigkeit jedes deutschen Unternehmers ist, gegen diese unselige Zersplitterung auf politischem Gebiet mit aller Macht anzukämpfen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen uns doch klar darüber sein, daß wir, die wir ja – ich kann wohl sagen – in gewissem Umfange das Wirtschaftsleben noch beeinflüssen dürfen, und daß mit uns das deutsche Volk verloren ist[2], wenn wir nicht endlich hinter die Vertretung unserer wirtschaftspolitischen Belange das notwendige Gewicht an innerpolitischer Durchschlagskraft stellen können. (Sehr richtig.)

Inwiefern sind nun die Handelskammern geeignet, durch Sammlung aller aufbauenden privaten Wirtschaftskräfte der Rettung unserer Wirtschaft und damit der Zukunft unseres Volkes und unseres Vaterlandes zu dienen? Es liegt nahe, meine Herren, dabei einen kurzen Blick auf die Geschichte bzw. auf die Entstehung der Industrie- und Handelskammern zu werfen. Die Kammern sind, wie Sie wissen, gegründet worden einmal, um dem Staat für seine äußere und innere Wirtschaftspolitik sachkundige beratende Organe zur Seite zu stellen, zum andernmal, um den verschiedenen wirtschaftlichen Berufszweigen einen gesetzlichen Rahmen für

1 Vgl. Nr. 1.

2 Im Original „sind".

die Selbstverwaltung und die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu geben. Ob nun die Industrie- und Handelskammern im Laufe der Zeit und im Laufe ihrer Geschichte eine größere Rolle gespielt haben als Träger staatlicher Funktionen oder als Organe wirtschaftspolitischer Selbstverwaltung, wird wohl heute schwer zu entscheiden sein. Sie haben sich ja auf beiden Gebieten rege betätigt. Eines steht aber unzweifelhaft fest, was die Aufgabenentwicklung der Kammern klar beleuchtet und vielleicht deshalb für die angestellten Überlegungen wesentlich ist: nämlich die Bedeutung der Wirtschaftspolitik im Rahmen des politischen Gesamtgeschehens ist in den letzten Jahrzehnten, vor allem in den letzten Jahren nach dem Kriege, ganz bedeutend gewachsen, und damit ist auch die Bedeutung der Industrie- und Handelskammern als berufene Mitträger dieser Wirtschaftspolitik erheblich gestiegen[3]. Ich will es dahingestellt sein lassen, ob diese Bedeutung überall in entsprechendem Maße erkannt und hervorgetreten ist. Solange Deutschland ein Agrarstaat war und die gesamte Wirtschafts- und Staatspolitik in einem agrarisch-konservativen Sinne geführt worden ist, bestand im großen und ganzen bei den einzelnen Berufsständen wenig Interesse und auch wohl wenig Möglichkeit für eine eigene wirtschaftspolitische Betätigung. Das hat sich geändert. Die Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat, die in der Mitte des vorigen Jahrhunderts eingesetzt hat, vor allem aber die Entwicklung der Verhältnisse in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, rief die wirtschaftlichen Kräfte zu einer energischen Vertretung ihrer Berufsinteressen auf den Plan[4], wobei im Laufe der Zeit vielleicht da und dort etwas des Guten zuviel geschehen ist.

Der Ausgang des Weltkrieges und die anschließende Entwicklung zwang den Unternehmer in unserem Vaterlande, noch mehr als es in den vergangenen Jahrzehnten der Fall war, für seine Belange zu kämpfen, bisher aber leider ohne Erfolg. Der Verlust unserer machtpolitischen Stellung, der Zwang, diese Lücke durch wirtschaftliche Energien so weit wie möglich zu schließen, der Schwund des Betriebskapitals unserer Wirtschaft durch die Inflation, die Veränderungen in der Weltwirtschaft, die wachsende Hochschutzzollpolitik wichtiger Kundenländer, die Hemmungen der Wirtschaft durch die innere Politik, durch die Sozial- und Steuerpolitik, die immer mehr hervortretende Wirtschaftsfeindlichkeit der öffentlichen Meinung, das alles und vieles andere drängte und drängt heute noch mit Macht zu einer scharfen Vertretung der Wirtschaftsinteressen durch die Wirtschaft selbst. Die Folge dieser Erscheinungen war das Erstarken von Interessenverbänden, die nicht entbehrt werden können und die unter dem Druck der Verhältnisse ihre volle Existenzberechtigung haben, die aber, was in der Natur der Dinge liegt, zu Einseitigkeiten und Übertreibungen neigen und ab und zu, wie wir wohl alle festgestellt haben, in den Fehler verfallen, die eigenen Belange vor die Belange der Gesamtheit zu stellen.

3 Vgl. Dieter Schäfer, Der deutsche Industrie- und Handelstag als politisches Forum der Weimarer Republik. Eine historische Studie zum Verhältnis von Politik und Wirtschaft (Veröffentlichungen des Hamburgischen Weltwirtschafts-Archivs), Hamburg 1966.

4 Zur Entstehung der Interessenverbände Gerhard Schulz, Über Entstehung und Formen von Interessengruppen in Deutschland seit Beginn der Industrialisierung in PVS 2 (1961) S. 124ff.; wieder abgedruckt in ders., Das Zeitalter der Gesellschaft. Aufsätze zur politischen Sozialgeschichte der Neuzeit, München 1969 S. 222ff.

Meine Herren! Die Industrie- und Handelskammern müssen auf einer höheren Warte stehen. Sie dürfen niemals das Gesamtinteresse hinter Einzelinteressen zurücktreten lassen. Die Tatsache, daß in den Kammern alle Industrie- und Handelskreise vertreten sind, gibt dem einzelnen Kammermitglied, wie wohl bei keinem anderen Zusammensein, die Möglichkeit, in die Sorgen und Nöte aller Erwerbsstände Einblick zu bekommen und auch für den anderen Erwerbsstand das richtige Verständnis aufzubringen. Es wächst durch den Meinungsaustausch in den Kammern die Erkenntnis der gegenseitigen Verbundenheit. Der wirtschaftlich Starke lernt, ich habe das an mir selbst oft erfahren, seine eigenen Belange zugunsten des wirtschaftlich Schwächeren zurückzustellen. Selbstverständlich haben die Industrie- und Handelskammern auch noch für Sonderinteressen ihrer Kammerbezirke zu sorgen und für sie einzutreten. Sie dürfen aber niemals – ich habe leider das Gegenteil schon ab und zu feststellen müssen – außer acht lassen, daß im Vordergrunde der Aufgabenerfüllung der Kammern die wirtschaftliche Gesamtheit steht. (Zustimmung.)

Im Zusammenhang mit dem Gesagten ist es vielleicht nicht uninteressant festzustellen, daß die Absicht, ein Organ zum Ausgleich der Interessen einzelner Wirtschaftszweige untereinander zu schaffen, bei der Gründung der Industrie- und Handelskammern wohl kaum eine Rolle gespielt hat. Trotzdem hat die Entwicklung der letzten Jahrzehnte die Wichtigkeit dieser Ausgleichsfunktion und die besondere Eignung der Kammern in dieser Hinsicht derart hervortreten lassen, daß man sagen kann: wenn seinerzeit die Regierungen die Absicht gehabt hätten, Organe zu schaffen, die in erster Linie dem Ausgleich der Wirtschaftsinteressen dienen sollen, dann hätten diese Organe überhaupt nicht anders aussehen können wie die Handelskammern.

Wenn nun aber, meine Herren, die Kammern die von mir geschilderte und nach meiner Ansicht vornehmste Aufgabe des Ausgleichs erfüllen sollen, dann ist es auch notwendig, daß die führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft sich doch noch etwas mehr um die Tätigkeit der Kammern kümmern, als es bisher geschieht. Mancher, meine Herren, steht noch abseits, der berufen wäre, einen starken Einfluß auf die von mir geschilderte Ausgleichstätigkeit in den Kammern auszuüben. Die Unterrichtung über die Lage des anderen ist manchmal wichtiger als die Vertretung der eigenen Interessen. Ich gestehe offen, daß im Laufe der langen Jahre, in denen ich Kammermitglied war, sich für mich manche Sitzung zu einem Erlebnis gestaltete und daß ich durch die Verhandlungen in der Kammer vieles gelernt habe, was mir bei der Beurteilung der Gesamtwirtschaftslage von außerordentlich großem Vorteil gewesen ist.

Meine Herren! Wenn wir die Industrie- und Handelskammern als berufene Stätte zur Pflege lebendigen Gemeinschaftsgeistes und praktischer Gemeinschaftsarbeit erkannt haben, dann haben wir aber auch die Pflicht, etwas mehr, als es bisher der Fall war, in der von mir angedeuteten Richtung zu arbeiten. Die Sammlung aller Kräfte, die sich die Erhaltung der Wirtschaft zum Ziele setzen, ist heute notwendiger als je. Allerdings kann – ich muß leider nochmals das politische Gebiet streifen – ein festes und dauerhaftes Fundament für den Wiederaufstieg und damit für unsere wirtschaftliche und politische Zukunft erst dann als gesichert gelten, wenn sich das Streben nach Einigkeit nicht in dem Wirtschaftlichen

erschöpft, sondern wenn man mit Zielbewußtsein auch auf die Einheit im Politischen hinstrebt. Meine Herren! Die Frage der Gesundung ist eine politische Machtfrage und nichts anderes. (Zustimmung.)

Die Gegner unseres heutigen Wirtschaftssystems sind politisch sich in den entscheidenden Punkten einig. Sie haben infolge der politischen Zersplitterung auf der bürgerlichen Seite meist auch die ausreichende Macht, ihre Forderungen durchzusetzen.

Meine Herren! Daß die Zusammenarbeit der verschiedenen Wirtschaftszweige in den Industrie- und Handelskammern auch zu der unbedingt lebensnotwendigen Einigkeit in der Zusammenfassung der bürgerlichen Kräfte im politischen Leben beitragen möge, das ist der Wunsch, mit dem ich meine Ausführungen schließe. (Lebhafter Beifall.)

13.

4. 2. 1930: Fritz Schäffer (München) an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH400101293/10a. Handschriftliche Korrekturen und Kopfvermerk: „Abschrift an Kastl". Paraphen.

Sehr geehrter Herr *Reusch*!

Mein erstes Wort muß ein Wort der Entschuldigung sein, daß ich Ihre Zeit in Anspruch nehme. Sie können aber versichert sein, daß ich es nicht tun würde, wenn ich nicht sehr ernste Sorgen hätte und wenn ich mir nicht versprechen würde, daß Ihr Eingreifen noch Gutes erreichen könnte[1].

Es handelt sich um eine rein politische Frage: Um die Behandlung des Haager Abkommens im Reichsrat und Reichstag. Ich habe meiner Kenntnis nach zuerst mich auf den Standpunkt gestellt, man kann als guter deutscher Mann das Haager Abkommen ablehnen, und man kann als guter deutscher Mann auch zu dem Schluß kommen, daß Deutschland nicht in der Lage sei, eine Ablehnung auszusprechen und durchzuhalten. Ob man nun aber sich so oder so einstellt, in einem müßten alle guten Deutschen einig sein, daß nämlich eine Annahme des Haager Abkommens für Deutschland gefährlich und nicht zu verantworten sei, wenn die innerpolitischen Voraussetzungen in der deutschen Finanzpolitik für die Durchführung des Haager Abkommens nicht geschaffen werden. Es gibt bei uns Kreise, die aus grundsätzlicher Ideologie jedem außenpolitischen Vertrag gegenüber ein Ja sagen, genau wie andere aus ebensolcher Ideologie immer ein Nein sagen. Es ist nur eine Minderheit, die Wert und Unwert des einzelnen Vertrages abwägt und dann aber auch den Entschluß hat, die Folgerungen in der Innenpolitik aus solchen Verträgen zu ziehen. Es muß jetzt erreicht werden, daß die Mehrheit, die das Haager Abkommen annehmen sollte oder es ablehnen sollte, es nicht aus einer Ideologie heraus tut, sondern in jedem Falle aus kühler und nüchterner

1 Zur Stellung *Schäffers* und *Reuschs* in der bayerischen Politik Hinweise in Falk Wiesemann, Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/1933 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 12), Berlin 1975 S. 44ff., 63ff.

Überlegung, welche Maßnahmen für den Fall des Ja oder des Nein notwendig sind und ob sie diese Maßnahmen verantworten kann. Ich will insbesondere verhindern, daß die sozialistische Ideologie, unter allen Umständen Ja zu sagen, durchdringt und daß die Sozialisten aber jede Gesundung der deutschen Finanzen, die die Voraussetzung für die Durchführung des Ja wäre, verhindern.

Ich habe, nachdem in meiner Partei Klarheit bestand[2], mich dann mit dem Zentrum besprochen. Das Zentrum hat die Parole übernommen und ist, was ich aus taktischen Gründen sehr begrüße, zuerst in die Öffentlichkeit gegangen[3]. Es gibt nun 3 Möglichkeiten:

Erstens, die Möglichkeit, daß sich eine Mehrheit im Deutschen Reichstag findet, die diese Verbindung von Finanzreform und Haager Abkommen annimmt und ein sachlich genügendes Programm für die Finanzreform übernimmt.

Zweitens, daß ein ausschlaggebender Teil der Regierungsparteien jede Verbindung ablehnt und sich auch weigert, eine Bindung hinsichtlich der kommenden Finanzreform grundsätzlich zu übernehmen.

Der dritte Fall ist der, daß äußerlich eine Verbindung zwischen Haager Abkommen und Finanzreform hergestellt wird, daß man ein Programm aufstellt, daß aber dieses Programm lediglich ein parlamentarischer Kompromiß ist und in seinem sachlichen Inhalt vollkommen ungenügend.

Nach dem Eindruck, den ich von meinen Rücksprachen mit den Parteiführern in Berlin und mit den Herren des Reichsfinanzministeriums habe, muß ich annehmen, daß die letzte Lösung die wahrscheinlichste ist. Dagegen kann sich meine Partei und die Reichstagsfraktion nicht stemmen. Sie kann die Regierungskoalition verlassen; sie kann aber damit diesen Kompromiß nicht verhindern, wenn Sozialdemokraten und Zentrum darüber einig sein sollten und Demokraten und Deutsche Volkspartei sich dem anschließen. Dieses Programm würde vermutlich dahin gehen, daß jede Sanierung der Arbeitslosenversicherung unterbleibt, daß jede Einsparung im Reichshaushalt in den personellen Ausgaben insbesondere unterbleibt, daß weiterhin die zweckgebundenen Fonds (Lex *Stegerwald,* Lex *Brüning,* die Sonderfonds für Gebiete, die in der Zuständigkeit der Länder und Gemeinden liegen, usw.) weiter aufrechterhalten bleiben und daß man lediglich Steuererhöhungen beschließt (Erhöhung der Umsatzsteuer insbesondere). Steuererhöhungen allein sind aber keine Finanzreform. Die Entscheidung liegt bei der Deutschen Volkspartei und bei den Demokraten. Im Zentrum sind viele Männer des besten und reinsten Wollens; ob es aber die innere Stärke hat, sich den Sozialisten gegenüber zu behaupten und durchzusetzen, wage ich nach den Vorgängen in Preußen[4] nicht zu behaupten.

---

2 Zur Haltung der BVP Schönhoven S. 232ff.

3 Am 29. 1. 1930 hatten *Brüning* und *Eßer* dem Reichskanzler die Forderung des Zentrums überbracht, wonach vor der endgültigen Entscheidung über den Young-Plan eine Klärung der Finanzlage erfolgen müsse. Voraussetzung hierfür sei die Verabschiedung der für die Gesundung der Kassenlage erforderlichen Gesetze sowie eine stärkere Verpflichtung der Regierungsparteien auf die Finanz- und Steuerreform. Zentrumsprotokolle S. 380; Brüning S. 152.

4 Auf Druck der SPD war der parteilose Kultusminister Carl Heinrich *Becker,* der als Orientalist, als Hochschulpolitiker und erfolgreicher Reformer hohes Ansehen genoß, am 30. 1. 1930 zurückgetreten und noch am gleichen Tag durch den sozialdemokratischen Schulrat Adolf *Grimme* ersetzt

Die Bitte, die ich an Euer Hochwohlgeboren zu richten habe, wäre deshalb die: Könnten Sie nicht auf Herrn Reichsfinanzminister *Moldenhauer* und Herren von Einfluß in den Fraktionen des Deutschen Reichstages einwirken und ihnen klar machen, daß jetzt die letzte Stunde ist. Jeder Gedanke und jede Hoffnung auf ein Zusammengehen der nichtsozialistischen Kreise muß scheitern, wenn in dieser Stunde sich eine Mehrheit aus Sozialisten und sogenannten Bürgerlichen findet, die wider bessere Einsicht die Politik des Weiterwurstelns in den deutschen Finanzen mitmacht. Ich denke, daß doch bei Herren der Deutschen Volkspartei sowohl wie bei dem deutschen Reichsfinanzminister selbst die sachliche Überzeugung sich mit der unseren decken muß, daß ich entweder jetzt eine Sanierung der Finanzen erreiche oder überhaupt nicht und daß ich infolgedessen meine gesamte Kraft jetzt einsetzen muß.

Ich wäre Ihnen für eine solche Einwirkung sehr dankbar[5]; ich hätte Ihnen gern vorgeschlagen, daß Sie mir erlauben, mit Ihnen persönlich diese Dinge zu besprechen; jedoch eilt die Sache sehr, da vermutlich bis 10., 11. Februar im Deutschen Reichstag bereits die grundsätzliche Entscheidung gefallen sein wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Fritz *Schäffer*

---

worden. Braun S. 288ff.; Erich Wende, C. H. Becker, Mensch und Politiker, Stuttgart 1959 S. 294ff.; Brecht S. 118f.; Pünder S. 40; Muth S. 227ff. Die DDP-Fraktion im Preußischen Landtag setzte sich für *Becker* ein. Sitzungen der preußischen Landtagsfraktion der DDP im Februar 1930, BA R 45 III/65.

5 Am 5. 2. 1930 antwortete *Reusch* mit einem Zwischenbescheid: „Ich bitte zu entschuldigen, wenn ich mich heute darauf beschränke, Ihnen den Eingang Ihres obigen Schreibens zu bestätigen sowie Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß ich mich umgehend in dem von Ihnen gewünschten Sinne mit Berliner politischen Kreisen in Verbindung gesetzt habe." Einen Tag später teilte *Reusch* Fritz *Schäffer* sodann mit: „Ich erhalte soeben von Berlin die Mitteilung, daß die wirtschaftlichen Spitzenverbände sich vorgestern auf den genau gleichen Standpunkt gestellt haben, den Sie in Ihrem Schreiben einnehmen. Die Spitzenverbände haben heute den Reichsfinanzminister unterrichtet. Ich hoffe, morgen einen eingehenden Bericht über das Ergebnis der Unterhaltung mit dem Reichsfinanzminister zu erhalten. In volksparteilichen Kreisen ist, wie ich heute festgestellt habe, zum Teil folgende Auffassung vertreten: 1. Es sei eine technische Unmöglichkeit, gleichzeitig mit dem Young-Plan auch eine neue Reichsfinanzreform zu verabschieden, weil die Zeit, die für die Ausarbeitung dieser Reform zur Verfügung steht, viel zu kurz ist. 2. Ein Zusammengehen mit den Rechtsparteien wird erst möglich sein, wenn der Young-Plan nicht mehr zur Debatte steht. 3. Die Absicht scheint dahin zu gehen, daß nach Annahme des Young-Plans eine ultimative Forderung in Finanzfragen der Reichsregierung unterbreitet wird, die sich sowohl auf die Arbeitslosenversicherung als auch auf die Reichsfinanzreform erstrecken wird. Eine solche Forderung in ultimativer Form nach Annahme des Young-Plans würde die Möglichkeit bieten, die ganzen bürgerlichen Parteien, einschließlich der Volkskonservativen und der Deutschnationalen, zusammenzufassen." Beide Schreiben in HA/GHH 400101293/10a.

14.

5. 2. 1930: v. Gilsa an Reusch (Oberhausen) (Auszug)

HA/GHH 400101293/4a. Anstreichungen.

Sehr geehrter Herr *Reusch*!

Ich hatte Ihnen seinerzeit mitgeteilt, daß am 24. Januar in Berlin eine Besprechung innerhalb der rechtsstehenden Kreise der Deutschen Volkspartei stattgefunden hätte zwecks Überlegung, wie man den bisherigen innerpolitischen Kurs der Partei ändern könne[1]. In Verfolg dieser Angelegenheit hat gestern eine wesentlich erweiterte private Besprechung wiederum in Berlin stattgefunden. Im Anschluß daran fand eine Aussprache mit Herrn *Scholz* statt, der körperlich und geistig einen sehr frischen Eindruck machte.

Das Ergebnis dieser Besprechung läßt sich wie folgt zusammenfassen: Zunächst will man möglichst schnell über den „Neuen Plan" abstimmen. Es steht fest, daß fast die ganze Fraktion der DVP für den Plan stimmen wird; wahrscheinlich werden nur die Herren *Hueck* und *Köngeter* sowie ich die gegenteilige Ansicht vertreten. Ob wir mit „Nein" stimmen oder ob wir äußerstenfalls von der Abstimmung fernbleiben werden, steht noch nicht fest.

Eine nicht unerhebliche Komplikation bezüglich der Abstimmung zum Young-Plan ist dadurch eingetreten, daß *Curtius* entgegen seiner ursprünglichen Behauptung, daß das Polenabkommen[2] nicht mit dem Neuen Plan organisch verbunden sei, nunmehr mit allen Mitteln, unterstützt von den sozialdemokratischen Ministern, darauf hinarbeitet, doch den Polenvertrag zu einem integrierenden Bestandteil der Abstimmung zum Neuen Plan zu machen. Angeblich will das Kabinett die Kabinettsfrage stellen, falls die Regierungsparteien Schwierigkeiten machen sollten[3]. Über diese Dinge wird noch zu reden sein.

Nach Erledigung des Young-Planes sollen dann die innerpolitischen Dinge mit größter Beschleunigung in Ordnung gebracht werden. Hier steht *Scholz* völlig auf dem von mir Ihnen schon öfters vorgetragenen Standpunkt. Er beabsichtigt, in ultimativer Form an das Kabinett die Aufforderung zu richten, gesetzlich festgelegte Bindungen für die Finanz- und Steuerreform vorzunehmen. Dabei sagte *Scholz* uns vertraulich, daß er hierbei bewußt auf einen Bruch mit der Sozialdemo-

1 Nr. 9, 11a und 11b.

2 Deutsch-polnisches Liquidationsabkommen vom 31. Oktober 1929, RGBl. 1930 II S. 549. Hierin erklärte die deutsche Regierung „den Verzicht auf alle mit dem Kriege oder dem Friedensvertrag in Zusammenhang stehenden Forderungen finanzieller oder vermögensrechtlicher Art sowohl des Staates wie seiner Staatsangehörigen". Im Gegenzug erklärte die polnische Regierung, „auf jede Liquidation deutscher Güter, Rechte und Interessen in Polen, die die polnische Regierung unter Berufung auf die Bestimmungen der Artikel 92 und 297b des Friedensvertrags oder nach Maßgabe dieser Bestimmungen vorgenommen hat oder vornehmen könnte, zu verzichten, soweit sich diese Güter, Rechte und Interessen am 1. September 1929 noch in der Hand ihrer Eigentümer oder ehemaligen Eigentümer befanden".

3 Parteiführerbesprechungen am 3. 2. 1930, Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1416ff.

kratie hinarbeiten wolle. Er hat im Ausblick auf diesen Bruch auch schon Verbindungen mit *Schiele, Treviranus* und *Brüning*[4] aufgenommen.

Die Gefahr, daß es trotz eines solchen Vorgehens nicht zum Bruch mit der Sozialdemokratie kommt und damit die derzeitige Mißwirtschaft noch auf viele Monate hinaus verlängert wird, liegt darin, daß *Moldenhauer* immer noch daran festhält, im Jahre 1930 nur zu sanieren und erst im Jahre 1931 Steuersenkungen vorzunehmen, die allerdings bereits bei Annahme des Etats 1930 gesetzlich festgelegt werden sollen. Es ist durchaus möglich, daß die Sozialdemokratie nach einigem Geschrei sich mit diesem Plan einverstanden erklärt, der ja den Auffassungen prominenter Sozialdemokraten insofern durchaus entspricht, als auch diese gefordert haben, daß 1930 nur das Kassendefizit des Reiches beseitigt werden dürfe. Wenn sie sich dabei wirklich bereit erklären sollte, ab 1931 Steuersenkungen vorzunehmen, so ist das ein Zukunftswechsel, dessen Einlösung nach den gemachten Erfahrungen recht unsicher ist, zumal Gesetze ja auch wieder geändert werden können.

Aus diesem Grunde und weil eine Entlastung besonders der mittleren und kleinen Wirtschaft einschließlich Handel und Gewerbe, insbesondere auch der Landwirtschaft, aus tatsächlichen und psychologischen Gründen schon für 1930 nach unserer Ansicht durchaus erforderlich ist, verlangen wir, daß schon im Jahre 1930 mit einer fühlbaren Steuersenkung begonnen wird. Die Möglichkeit hierfür ist gegeben, wenn die von *Moldenhauer* für 1930 beabsichtigte einmalige große Sanierung auf mehrere Jahre verteilt wird, ähnlich wie es die Franzosen bei ihrer Finanzreform getan haben, oder wenn man durch starke Ausgabensenkung und gegebenenfalls durch Einführung neuer, die breiten Schichten unseres Volkes mehr treffenden Steuern (Kopfsteuer oder Umsatzsteuer) die Mittel schafft, um an den besonders empfindlichen Stellen unserer Volkswirtschaft Steuersenkung[en] vornehmen zu können.

Der Vorstoß des Zentrums[5], vor Annahme des Young-Planes ein Steuersenkungsprogramm festzulegen, hat seine Vor- und Nachteile für uns. Vorteilhaft ist die Tatsache, daß nunmehr auch das Zentrum die Steuerreform für unbedingt erforderlich erklärt. Nachteilig ist dagegen, daß bei einem Kompromiß über ein Steuerprogramm noch vor Annahme des Young-Planes sehr leicht der Fall eintreten kann, daß nur ein unzureichender Kompromiß zustande kommt. Denn das einzige Druckmittel, das wir einmal in früheren Zeiten hatten, nämlich unsere Zustimmung zum Young-Plan nur zu geben, wenn ein ganz bestimmtes scharfes Finanzprogramm von der Gegenseite angenommen würde, steht uns nach der unglücklichen Entwicklung der letzten Monate eben nicht mehr zur Verfügung, da ja gerade unsere beiden Minister sich aufs schärfste für die Annahme des Neuen Planes eingesetzt haben und es einfach von den anderen als lächerlich erklärt würde, wenn wir jetzt unter diesen Umständen noch besondere Bedingungen an die Zustimmung unserer Partei knüpfen wollten. So unangenehm es ist, die Lage ist jetzt so, daß wir mit größter Beschleunigung den Young-Plan erledigen müssen, ohne uns vorher irgendwie finanziell und steuerlich für die Zukunft zu

4 Vgl. den Bericht *Brünings* im Vorstand der Zentrumsfraktion am 28. 1. 1930. Zentrumsprotokolle S. 377.

5 Nr. 13, Anm. 3.

binden. Nach der Annahme des Young-Planes haben wir innenpolitisch freie Hand. Auch die Kreise der Rechten, die mit uns zusammenarbeiten wollen, sind dann nicht mehr so behindert wie jetzt.

Die erste Entscheidung über diese Dinge wird in einer Fraktionssitzung fallen, die am 10. Februar[6] in Berlin stattfindet[7].

Nach Mitteilung von *Moldenhauer* hat *Groener* für dieses Jahr auf den Bau des Panzerkreuzers B verzichtet[8]. Wenn diese Maßnahme auch verständlich erscheint, so bildet sie eine weitere Belastung gegenüber den rechtsgerichteten Kreisen unseres Volkes.

Im übrigen scheint die tatsächliche finanzielle Lage sich von Tag zu Tag immer noch schlechter herauszustellen, als man bisher annahm. Auf diese Tatsache deutet u. a. der Umstand, daß *Moldenhauer* jetzt schon die Erhöhung der Umsatzsteuer um ¼% = rund 350 Millionen für die Ausbalancierung des Etats 1930 verlangt[9]. Gegenüber seinen letzten Angaben ist also wieder ein weiteres Loch von weiteren 100 Millionen entstanden. Genaueres ist mir noch nicht bekannt. Erwähnenswert ist vielleicht noch in dieser Beziehung, daß Herr Dr. *Luther* jüngst gesagt hat, man solle ihn vorläufig mit allen Etatzahlen für 1930 in Frieden lassen, da diese Zahlen alle bestimmt noch geändert würden. Aus einer Besprechung mit *Popitz* habe er den Eindruck gewonnen, daß die Regierung noch sehr viel „weitere Beichten" von sich geben müsse, bis man wirklich erfahre, wie schlecht die Lage der Reichsfinanzen sei[10].

[. . .][11]

Mit angelegentlicher Empfehlung
v. Gilsa

---

6 Im Original irrtümlich „Januar".

7 Vgl. Nr. 17.

8 Vgl. Vermerk *Pünders* vom 15. 2. 1930, Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1458f., S. 1469f., Anm. 8; vgl. Maurer S. 115.

9 *Moldenhauer* an *Pünder*, 3. 2. 1930, Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1422ff.

10 Vgl. Luther S. 99f.

11 Zum Schluß bittet *v. Gilsa* im Auftrag eines DVP-Politikers aus Bremen, *Reusch* möge ihm „einen Herren der Bayerischen Volkspartei namhaft machen", mit dem man Fragen der Luftfahrtindustrie besprechen könne.

15a.

8. 2. 1930: Kastl an Reichsminister Moldenhauer

BL RDI 62/10, 3a. Abschrift. Vervielfältigtes Exemplar.

Hochverehrter Herr Minister!

Im Namen der Spitzenverbände des Handels, der Banken und der Industrie habe ich die Ehre, Ihnen noch einmal für den Empfang am Donnerstag, den 5. dieses Monats, zu danken. Wir haben es begrüßt, Gelegenheit gehabt zu haben, Ihnen unsere Auffassung zur gegenwärtigen Lage der öffentlichen Finanzen mitzuteilen

und von Ihnen Aufklärung über Ihre Einstellung zu dem überaus schwierigen Problem zu bekommen. Ich halte es für erforderlich, um jedes Mißverständnis zu vermeiden, Ihnen in der Anlage kurz das wiederzugeben, was ich seinerzeit im Namen der Spitzenverbände mitgeteilt habe[1].

Ich möchte noch einmal hervorheben, für wie wichtig es von seiten der Wirtschaft gehalten wird, daß nicht an die Durchführung des Young-Planes herangegangen wird, ohne in einer geeigneten Form die erforderlichen Reformen auf dem Gebiete der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik festzulegen. Unsere Auffassung geht, wie ich wiederholen möchte, dahin, daß, wenn nicht mit der Annahme des Young-Planes die Festlegung und Inangriffnahme dieser Reformen erfolgt, die spätere Durchsetzung der Reformen nicht mehr gewährleistet ist. Die Durchführung des Young-Planes ist aber nicht möglich und seine Annahme unbeschadet sonstiger Erwägungen nicht verantwortbar, wenn nicht gleichzeitig die Erkenntnis besteht und verwirklicht wird, daß die deutsche Volkswirtschaft durch tiefgreifende innere Reformen auf eine neue Grundlage gestellt wird, um nach besten Kräften an die Erfüllung der vom Reich übernommenen Verpflichtungen heranzugehen. Ich sage damit nichts Neues, denn schon vor und während der Pariser Verhandlungen haben die deutschen Sachverständigen auf die Notwendigkeit solcher Reformen hingewiesen, wenn man an eine neue Reparationsregelung herangehen will. Sie haben solche Reformen als eine Voraussetzung ihrer Tätigkeit überhaupt angesehen. Die Reichsregierung hat den deutschen Sachverständigen auch erklärt, daß sie von der Notwendigkeit der inneren Reformen überzeugt ist und sie gleichzeitig mit der Annahme eines neuen Planes verwirklichen wolle[2].

Für mich persönlich möchte ich noch erklären, daß ich seinerzeit, als ich vor der Frage stand, an die Stelle von Herrn Dr. *Vögler* zu treten[3], hier in Berlin in einer Ministerbesprechung darauf hingewiesen habe, daß ich dieses Amt nur übernehmen könne, wenn ich wüßte, daß die Regierung fest entschlossen sei, die erforderlichen Reformen zu verwirklichen, um die Durchführung des neuen Reparationsplanes zu ermöglichen. Erst als ich eine meines Erachtens ausreichende Zusicherung dieser Art erhalten hatte, habe ich mich bereit erklärt, das Amt des zweiten Hauptsachverständigen Deutschlands zu übernehmen[4].

Ich habe es für erforderlich gehalten, Sie, sehr verehrter Herr Minister, da Sie damals der Reichsregierung nicht angehörten, auf diese Zusammenhänge hinzuweisen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung bin ich, sehr verehrter Herr Minister

Ihr ergebenster
gez. *Kastl*

1 Nr. 15b.

2 Vgl. Maurer S. 69; Vogt S. 40f.

3 *Vögler* hatte *Hilferding* am 17. 5. 1929 schriftlich seinen Rücktritt vom Amt des deutschen Sachverständigen bei den Young-Planverhandlungen mitgeteilt. Reichskanzlei, Müller II, 1 S. 660ff.

4 Vgl. die Besprechung über den Stand der Reparationsverhandlungen in Paris vom 20. 5. 1929. Reichskanzlei, Müller II, 1 S. 667ff.

15b.

5. 2. 1930: Memorandum Kastls für eine Besprechung mit Reichsminister Moldenhauer

BL RDI 62/10, 3a. Abschrift. Vervielfältigtes Exemplar[1].

Die heutige Mitteilung der Presse, daß auch der Etat 1930 trotz Ermäßigung der auswärtigen Verpflichtungen um rund 700 Millionen mit einem Defizit von annähernd 700 Millionen abschneidet und daß beabsichtigt ist, dieses Defizit durch Erhöhung bestehender Steuern zu decken[2], kann von allen Kreisen der Wirtschaft nur mit Bestürzung und banger Sorge aufgenommen werden. Wir vertreten die Ansicht, daß die Sanierung der Reichsfinanzen einschließlich der Finanzen der Länder und Gemeinden einerseits und die Steuerreform mit dem Ziel einer nachhaltigen und umfassenden Entlastung der Wirtschaft andererseits zwei gleichwertige, zur Zeit sicher die wichtigsten Aufgaben der Staatsleitung darstellen. Beide sind miteinander eng verbunden und stehen in gegenseitiger Abhängigkeit. Es hat nach unserer Auffassung keinen Zweck, die Finanzen zu sanieren, wenn nicht die Entlastung der Wirtschaft von den überaus drückenden direkten Steuern gesichert wird. Bei Fortdauer der gegenwärtigen Steuerlasten kann die Wirtschaft nicht gesunden und als Träger eines ausreichenden Steueraufkommens erhalten werden. Wir können nicht verstehen, daß es nicht möglich sein sollte, die Sanierung der Reichsfinanzen ohne Steuererhöhungen durchzuführen. Wir müssen uns daher gegen jede Steuererhöhung wenden, wenn sie nicht mit einer hinreichenden Entlastung von den Steuern verknüpft ist, die die Werterhaltung und Kapitalbildung beeinträchtigen. In einem Haushalt von mehr als 10 Milliarden beim Reich und etwa 5 Milliarden bei Länder und Gemeinden müssen solche Einschränkungen der Ausgaben möglich sein, um zum mindesten das gegenwärtig vorhandene Defizit für 1930 auszugleichen. Wir vertreten die Ansicht, daß eine Sanierung der Reichsfinanzen diesen Namen nicht verdient, wenn sie nicht umfassende und nachhaltige Ermäßigungen der seit 1924 in einem unerhörten Maße gestiegenen Ausgaben vorsieht, und wir glauben, daß alle Stellen im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden Verständnis dafür aufbringen müssen, daß zum Zwecke der Sanierung der öffentlichen Finanzen umfassende und nachhaltige Sparmaßnahmen erforderlich sind. Niemand kann sich diesem Zwang entziehen, wenn er die Existenz des Staates über die Wünsche seines Ressorts stellt.

Mag auch die Sanierung der Reichsfinanzen im Augenblick zeitlich die vordringlichste Aufgabe sein, sie kann und darf unter keinen Umständen als eine Aufgabe für sich betrachtet werden. Sie muß vielmehr in geeigneter Form mit der Steuerreform und dem Steuerumbau so verbunden werden, daß der innere Zusammenhang und die gegenseitige Abhängigkeit beider Maßnahmen gewährleistet ist.

Die erste Voraussetzung für jede Sanierung der Reichsfinanzen muß in einer Befreiung des Reichshaushaltes von den Zuschüssen zur Arbeitslosenversicherung

1 Anlage zu Nr. 15a.

2 Am 5. 2. 1930 begann das Kabinett die erste Beratung über den Etat 1930. Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1429ff.; Schulthess 1930 S. 18f.

gefunden werden. Das bedingt auch eine solche Änderung der materiellen Vorschriften des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, die es ermöglicht, ohne Erhöhung der Beiträge die Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung in sich tragbar zu gestalten.

Die Nachricht, daß es trotz der Entlastungen, die die neue Reparationsregelung bringt, nicht für möglich gehalten wird, den Haushalt 1930 ohne Steuererhöhungen zum Ausgleich zu bringen, ist um so ernster, als danach scheinbar auch die Absicht besteht, ohne eine Festlegung der erforderlichen Reformen auf dem Gebiete der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik an die Durchführung des Young-Planes heranzugehen. Wir vertreten die Ansicht, daß es nicht verantwortet werden kann, die Durchführung des neuen Reparationsplanes zu unternehmen, wenn nicht gleichzeitig auch die Erkenntnis besteht und verwirklicht wird, daß nur auf der Grundlage von umfassenden inneren Reformen von der deutschen Volkswirtschaft erwartet werden kann, daß sie zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen in der Lage ist.

16.

8. 2. 1930: Fritz Schäffer (München) an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 400101293/10a. Handschriftliche Korrekturen.

Sehr geehrter Herr *Reusch*!

Besten Dank für Ihre freundliche Mitteilung[1]. In der Zwischenzeit wird Ihnen schon Mitteilung über meine Unterredungen in Berlin zugegangen sein. Ich freue mich sehr, daß die Spitzenverbände schon in dem gleichen Sinn beim Reichsfinanzminister vorgesprochen haben[2]. Hoffentlich verfehlt dies seine Wirkung nicht. Wenn in einer deutschen Stunde die deutschen Politiker und die deutschen Wirtschaftsführer zusammenstehen müssen, dann ist es jetzt. Was Sie die Güte haben, mir über Stimmungen in der Deutschen Volkspartei mitzuteilen, hat mich enttäuscht. Es ist zunächst gar nicht richtig, daß es eine technische Unmöglichkeit sei, die Verbindung der Bindung auf eine Finanzreform und der Entscheidung über das Abkommen vom Haag jetzt zu erreichen. Es sollen nicht die sämtlichen nötigen Gesetze jetzt bis in alle Einzelheiten verabschiedet werden. Die Parteien sollen nur (wie dies auch *Hilferding* in seinen 14 Punkten plante)[3] auf die Grundsätze einer Finanzreform verpflichtet werden. Es ist auch nicht richtig, daß ein Zusammengehen mit den Rechtsparteien (um bei Versagen der Sozialdemokratie eine andere Koalitionsmöglichkeit zu haben) erst nach der Annahme des Young-Planes möglich sei. Es kann heute jeder Abgeordnete nach seinem Gewissen seine Entscheidung über die Ratifikation fällen, wenn die Parteien sich darauf einigen, daß dem, der „ja", oder dem, der „nein" sagt, der gesunde nationale Wille nicht abgesprochen werden soll, wie dies bei der Entscheidung

1 Nr. 13, Anm. 5.

2 Vgl. Nr. 15a und 15b.

3 Ministerbesprechung am 9. 12. 1930, Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1238ff. Vgl. Maurer S. 99.

über das Versailler Diktat schon geschah, wo die Abgeordneten aller Parteien verschieden stimmten und doch hernach zusammenarbeiteten. Wird aber jetzt nicht der Wille zu einer Finanzreform gefunden, so wird er nach der Ratifikation des Abkommens von Haag sicherlich erst recht nicht gefunden werden. Die Voraussetzungen dafür, die Verantwortung für die Folgen eines außenpolitischen Vertrages zu übernehmen, Folgen, die der kleinste Mann in den breiten Massen fühlbar zu spüren bekommt, wird dann noch weniger gegeben sein. Besteht jetzt der Wille, die deutsche Schicksalsfrage über die des augenblicklichen Bestandes der parlamentarischen Koalition zu stellen, nicht, dann wird er hernach noch weniger bestehen. Das Scheitern der Verbindung wird den Willen, zur Gesundung unserer Finanzreform zu kommen, dann gebrochen haben. Das sind die ernsten Sorgen, die mich und meine Freunde bewegen.

Ich habe mich verpflichtet gehalten, Ihnen davon Kenntnis zu geben. Ich wäre dankbar, wenn Sie in Ihren Kreisen davon Gebrauch machen wollten.

Mit dem Ausdruck der Ergebenheit bin ich

Ihr Fritz *Schäffer*

17.

11. 2. 1930: v. Gilsa an Reusch (Oberhausen) (Auszüge)

HA/GHH 400101293/4a-Tgb. Nr. 176. Handschriftliche Korrekturen.

Sehr geehrter Herr *Reusch*!

Gestern hielten im Reichstag alle Fraktionen Sitzungen ab[1], die für die deutsche Politik von ausschlaggebender Bedeutung zu werden scheinen.

In unserer Fraktion wurden zwei Probleme besprochen:

1. Das polnische Liquidationsabkommen,
2. Die Finanz- und Steuerreform.

[. . .][2]

Zu 2. Finanz- und Steuerreform. Ich habe die mir bekannte Auffassung des Geheimrats *Schäffer*[3] Herrn *Scholz* nochmals vertraulich mitgeteilt. Ferner ist inzwischen auch der Brief des Herrn *Kastl* an *Moldenhauer*[4], den Sie mir am Sonntag durch Herrn *Wagner* am Fernsprecher vorlesen ließen und der die Grundauffassung des Reichsverbandes gegenüber der Finanz- und Steuerreform enthält, einer Anzahl Abgeordneter unserer Fraktion, darunter auch mir, in Abschrift zugegangen. Ich habe ja mit Ihnen, sehr geehrter Herr *Reusch*, eingehend über die Lage gesprochen. Ich bin mit Ihnen der Ansicht, daß es

1 Fraktionssitzung des Zentrums: Zentrumsprotokolle S. 383 ff.

2 Darstellung der Diskussion über das Polen-Abkommen mit starker Kritik an *Curtius*, der im Verlauf der Aussprache erklärt hatte, zwischen dem Polen-Abkommen und dem Young-Plan „bestände zwar keine staatsrechtliche Verknüpfung, jedoch eine politische, und er müsse darauf bestehen, daß mit dem Young-Plan auch das Liquidationsabkommen angenommen würde."

3 Nr. 13 und 16.

4 Nr. 15a.

unbedingt erforderlich ist, schon jetzt bei der Kassensanierung und bei etwaigen hierzu notwendigen neuen Steuererhöhungen gesetzlich in bindender Form festzulegen, welches Steuersenkungsprogramm später zu einem ebenfalls schon jetzt zu bestimmenden Zeitpunkt automatisch in Kraft treten soll. Die Verschiedenheit zwischen meiner Auffassung und Ihrer bzw. der von Herrn Geheimrat *Schäffer* lag darin und liegt heute noch darin, daß Sie beide wünschen, die oben erwähnten gesetzlichen Bindungen noch vor Annahme des Young-Planes zu schaffen, während ich aus den Ihnen genügend erörterten Gründen dieses jetzt leider nicht mehr für möglich halte und deshalb zu der Ansicht komme, die gesetzlichen Bindungen für Sanierung und Steuerreform unmittelbar, dann allerdings in schärfster Form, nach Erledigung des Young-Planes vorzunehmen.

Die gestrige Besprechung der Fraktion hat ergeben, daß fast die gesamte Fraktion die von mir vertretene Ansicht teilt[5]. Vorsichtigerweise will ich allerdings hinzufügen: bis jetzt. Denn man weiß ja nie, wie die Dinge später laufen. Wie vorsichtig man den Vorstoß des Zentrums, hinter dem ja auch die Bayerische Volkspartei steht, beurteilen muß, d. h. die Forderung, schon vor dem Young-Plan alles zu regeln[6], geht u. a. daraus hervor, daß Herr *Wirth* in einer der letzten Besprechungen zum Entsetzen von *Brüning* plötzlich erklärte, das Zentrum habe die „historische Mission, zwischen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie zu vermitteln". Deshalb sei es unmöglich, daß die neuen Steuererhöhungen lediglich den Verbrauch belasteten, auch der Besitz müßte in entsprechender Weise zu diesen neuen Steuern herangezogen werden. Es ist selbstverständlich, daß *Breitscheid*, der an dieser Besprechung teilnahm, nicht weniger päpstlich sein konnte als der Papst und nun seinerseits sofort den Antrag auf eine weitere Erhöhung der Einkommensteuer stellte. Sie sehen daraus, wie gefährlich es ist, jetzt in der kurzen Zeit vor Erledigung des Young-Planes diese Dinge bereinigen zu wollen. Es würde bestimmt nur ein ganz übler Kompromiß herauskommen, zumal ja der Deutschen Volkspartei das einzige Druckmittel genommen ist, das früher in einer evtl. Verweigerung der Zustimmung zum Young-Plan bestanden hat. Bezeichnend ist ja auch, daß die gestrige Kundgebung des Zentrums nach dessen Fraktionssitzung[7] nicht mehr von der Notwendigkeit sprach, auch die Steuerreform vor dem Young-Plan zu erledigen, sondern daß man jetzt nur noch von einer Sanierung der Kassenlage sprach, also genau von dem, was die Sozialdemokratie und der neue Staatssekretär im Finanzministerium, *Schäffer*, auch wollen. Es kommt hinzu, daß das ganze Finanzproblem ja auch nicht an den Finanzen der Länder und Gemeinden vorbeigehen kann. Die Gesamtdefizits der Länder für 1930 betragen rund 200 Millionen. Auch fast alle Gemeinde-Etats weisen starke Defizits auf. Es entsteht die Frage, welche der kleinen Länder aus finanziellen Gründen überhaupt noch selbständig bleiben können[8]. Die Presse der letzten Zeit bringt ja

5 *Brüning* in der Sitzung des Fraktionsvorstandes des Zentrums am 26. 2. 1930: „Deutsche Volkspartei will Young-Plan verabschieden und dann Krise". Zentrumsprotokolle S. 393.

6 Vgl. Nr. 13, Anm. 3.

7 Zentrumsprotokolle S. 385.

8 Die Übernahme der kleineren „Länder neuer Art" in unmittelbare Reichsverwaltung sah die sogenannte „differenzierte Gesamtlösung" des Verfassungsausschusses vor, der seine Beratung am 21. Juni 1930 zum Abschluß brachte. Schulz, Demokratie S. 529ff.

eine Reihe von Anschlußbestrebungen kleiner Länder an Preußen aus finanziellen Gründen.

Da die Beratungsstelle für Auslandsanleihen[9] ihr gesetzliches Ende am 31. März dieses Jahres findet, müßten neue Sicherheiten geschaffen werden, für die auch recht schwierige Verhandlungen mit den Ländern erforderlich werden. Hierüber wird *Moldenhauer* mit den Finanz- und Innenministern der Länder am Freitag und Sonnabend[10] dieser Woche in Berlin Besprechungen abhalten. Er beabsichtigt, ein Genehmigungsrecht für alle in- und ausländischen Anleihen der Gemeinden einzuführen, wobei die letzte Instanz beim Reichsfinanzministerium liegt. Ferner soll eine stärkere Aufsicht der Gemeinden durch die staatlichen Aufsichtsbehörden sowie ein Zwang zur Rechnungsvorlage der Gemeinden eingeführt werden.

Wenn man wirklich grundlegend sanieren und reformieren will, kann man an dem unlöslichen Zusammenhang aller dieser Fragen nicht vorbeigehen, so daß die endgültige Entscheidung schon aus Zeitgründen nach Erledigung des Young-Planes fallen dürfte. Bezüglich der Entlastung des Reiches von Zuschüssen zur Arbeitslosenversicherung ist zu sagen, daß *Moldenhauers* Plan, eine Gefahrengemeinschaft aller Sozialversicherungen, sehr stark nicht nur von der Sozialdemokratie, sondern auch von den bürgerlichen Parteien, bekämpft wird. Da das Finanzministerium sich neuerdings bereit erklärt hat, bei etwaigen Verlusten mit seinen eigenen Mitteln einzuspringen, ist ja auch das Haupterziehungsmoment für eine sparsamere Verwaltung aller Sozialversicherungen gefallen. Die Versicherungen können weiter lustig drauf los wirtschaften, weil hinter ihnen allen natürlich die Reichsgarantie steht. Unsere Sachverständigen, insbesondere Herr *Hueck*, haben demgegenüber den Vorschlag gemacht, daß man in Zukunft die Gesamtzuschüsse des Reiches an die Arbeitslosenversicherung auf etwa 100 Millionen begrenzen solle. Ist diese Zuschußhöhe erreicht, so soll der Verwaltungsrat der Arbeitslosenversicherung gesetzlich verpflichtet sein, von sich aus Anordnungen zu treffen, die ein Auskommen der Arbeitslosenversicherung mit den zur Verfügung stehenden Mitteln ermöglichen. Etwaige weitere Beitragserhöhungen dürfen nur mit Genehmigung des Reichstages angeordnet werden. Dieser Zwang zur sparsameren Verwaltung der Arbeitslosenversicherung bliebe so lange bestehen, bis durch Rückzahlungen der Arbeitslosenversicherung an das Reich dessen Zuschüsse wieder unter 100 Millionen heruntergegangen wären.

Erwähnenswert bleibt noch, daß in den kommenden Verhandlungen der „bewegliche Faktor" für die Gemeinden wieder von uns in die Debatte eingebracht werden soll, da man von ihm gar nichts mehr hört und wir in diesem „beweglichen Faktor" (Gemeinde-Kopfsteuer oder Gemeinde-Zuschläge zur Einkommensteuer) einen wesentlichen Punkt der künftigen Finanzreform sehen.

Bezüglich einer etwaigen Erhöhung der Umsatzsteuer ist zu sagen, daß sich hiergegen aus Mittelstandskreisen sehr starke Widerstände erhoben haben.

9 Die 1925 geschaffene Beratungsstelle für Auslandskredite der Gemeinden, seit Oktober 1927 ein Gutachtergremium unter starker Beteiligung der Reichsbank, prüfte und kontrollierte die von den Ländern und Gemeinden gewünschten Auslandsanleihen. Vgl. mehrere Artikel bei Karl-Heinrich Hansmeyer (Hrsg.), Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik (Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. Berlin 36), Stuttgart 1973 S. 160–219 (Beiträge von Gisela Upmeier und Hermann Dietrich-Troeltsch).

10 14./15. 2. 1930.

Wenn ich die jetzige Finanzlage des Reiches, wie sie *Moldenhauer* geschildert hat[11], mit dem Bild vergleiche, das *Müller* und *Hilferding* dem Reichstag noch im Dezember gegeben haben[12], so stellt sich eine Verschlechterung der Finanzlage um fast 1½ Milliarden heraus. *Moldenhauer* hat die einzelnen Faktoren, aus denen sich diese 1½ Milliarden zusammensetzen, uns gegenüber belegt. Es ist aber zu sagen, daß ein großer Teil dieser Verschlechterung schon im Dezember durchaus klar zu erkennen war und daß man uns damals absichtlich ein falsches Bild unserer Finanzlage gegeben hat, um das Vertrauensvotum für die Regierung zu erzwingen. Wie leichtfertig *Hilferding* damals vorgegangen ist, geht u. a. daraus hervor, daß Ministerialdirektor *Zarden* ihn im Dezember darauf aufmerksam machte, daß das damals vorzutragende Steuersenkungsprogramm mit 750 Millionen ja u. a. gar keine Rücksicht auf die erhöhten Ansprüche der Arbeitslosenversicherung nähme und daß doch hierfür ein entsprechender Betrag eingesetzt werden müsse. Aber *Hilferding* wies den Einwand ab mit der Bemerkung: „Ach, das wird schon alles werden". Einem solchen Minister haben damals bürgerliche Politiker ihr Vertrauen ausgesprochen!

Zusammenfassend kann ich sagen, daß die Deutsche Volkspartei bei den jetzt fortzuführenden Verhandlungen daran festhalten wird:

1. daß Finanz- und Steuerreform gleichzeitig gesetzlich bindend erledigt werden müssen,

2. daß neue Steuern erst dann bewilligt werden können, wenn alle noch irgend entbehrlichen Ausgaben aus dem Etat herausgestrichen sind und die Sanierung der Arbeitslosenversicherung in einer uns befriedigenden Form sichergestellt ist,

3. daß wir unbedingt an dem Steuerprogramm der Regierung, für das sie sich im Dezember ein Vertrauensvotum hat ausstellen lassen[13], festhalten und schon jetzt verlangen, daß zu ganz bestimmten Terminen die dort angekündigten Steuersenkungen, besonders der Realsteuern, in Kraft treten.

Mit angelegentlicher Empfehlung
v. Gilsa

11 Parteiführerbesprechung vom 7. 2. 1930. Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1436 ff.

12 RT Bd. 426 S. 3535 ff.; vgl. Pünder S. 29 f.

13 RT Bd. 426 S. 3588.

18.

12. 2. 1930: Reusch (Oberhausen) an v. Gilsa

HA/GHH 400101293/4a. Durchschlag.

Lieber Herr *v. Gilsa*!

Ich bedaure, Ihren Mitteilungen entnehmen zu müssen, daß sich die Deutsche Volkspartei den Standpunkt der Spitzenverbände in der Frage der Finanz- und Steuerreform nicht zu eigen gemacht hat[1]. Ich fürchte, daß damit eine günstige

1 Nr. 17.

Gelegenheit verpaßt ist, die Reichsfinanzen auf längere Zeit in Ordnung zu bringen.

Im übrigen habe ich von dem Inhalt Ihres Berichtes dankend Kenntnis genommen.

Mit bestem Gruß

19.

19. 2. 1930: v. Gilsa (Sterkrade) an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 400101293/4a.

Sehr geehrter Herr *Reusch!*

Ich habe gestern eine längere Unterredung mit Herrn *Scholz* in Berlin gehabt, von deren Ergebnis ich Ihnen Nachstehendes mitteile:

1. Finanzreform. Hier bestehen noch die gleichen Schwierigkeiten wie am ersten Tage der Verhandlungen. Die Ansichten aller Beteiligten stehen sich zum Teil noch sehr schroff gegenüber.

a) in der Frage der Arbeitslosenversicherung,
b) bezüglich Größe und Tempo der anzustrebenden Kassensanierung des Reiches und
c) über die notwendig werdenden Steuererhöhungen und das Programm der gleichzeitig gesetzlich festzulegenden künftigen Steuersenkungen.

Einzelheiten hierüber zu geben erübrigt sich, da die Dinge noch dauernd in Fluß sind und die Vorschläge und Gegenvorschläge sich vielfach täglich ändern. Jedoch zeigt sich bei den Verhandlungen ganz deutlich, wie recht wir hatten, daß wir schon aus zeitlichen Gründen eine Bereinigung all dieser Fragen vor Annahme des Young-Planes nicht für möglich und auch nicht für praktisch hielten[1]. Immer deutlicher tritt hervor, daß besonders die Sozialdemokratie, aber auch das Zentrum uns veranlassen möchten, uns mit ganz allgemein gehaltenen Zusicherungen bezüglich einer künftigen Finanzreform zu begnügen. Sobald man Einzelheiten klären will, stößt man dann immer wieder auf grundsätzliche Gegensätze. Da unsere Fraktion nicht mehr das Druckmittel einer Ablehnung des Young-Planes anwenden kann, bleibt eben nichts anderes übrig – und dies wird seitens *Scholz* auch beabsichtigt –, als die finanziellen Dinge in der Schwebe zu lassen, bis der Young-Plan so schnell wie möglich erledigt ist. Dann haben wir innenpolitisch freie Hand und können in ultimativer Form die neue Ordnung der finanziellen Dinge unseren Grundsätzen gemäß fordern. Überstürzte Einigung vor dem Young-Plan würde nur zu einem faulen Kompromiß führen, der der Wirtschaft das nicht geben würde, was sie benötigt.

2. Polnisches Liquidationsabkommen und Young-Plan. *Scholz* hatte noch vor *Hugenberg* eine vertrauliche Aussprache unter vier Augen mit dem Herrn Reichspräsidenten[2]. *Scholz* hatte den Eindruck, daß *Hindenburg* wohl die vom Reichstage angenommenen Young-Gesetze unterschreiben, nicht aber seine

1 Vgl. Nr. 17.

2 Vermerk *Pünders* vom 15. 12. 1930. Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1458f.

Unterschrift unter das polnische Liquidationsabkommen, so wie es vorliegt, geben würde. Die Gründe, weshalb *Curtius* entgegen seiner ursprünglichen Absicht jetzt die Abstimmung im Reichstage über den Young-Plan bzw. über das Liquidationsabkommen zusammenkoppeln möchte, habe ich Ihnen in meinem letzten Schreiben mitgeteilt[3]. Er wird aber, falls er keine Präsidentenkrisis hervorrufen will, diese Absicht wohl fallen lassen müssen. Nicht nur der Reichspräsident wirkt in dieser Richtung auf ihn und den Kanzler ein, sondern auch die Mehrheit unserer Fraktion wird voraussichtlich eine solche Verkoppelung nicht mitmachen. Es ist bezeichnend, daß zwei östliche Abgeordnete unserer Fraktion, die meist im Fahrwasser von *Curtius* schwimmen und deshalb in den ersten Besprechungen in der Fraktion sich nach Unterstreichung mancher Bedenken endgültig für das Liquidationsabkommen ausgesprochen hatten, nunmehr unter dem Druck der Stimmung ihrer östlichen Wahlkreise dazu gezwungen worden sind, das Polen-Abkommen abzulehnen. Der Ausweg, den man aus diesen Schwierigkeiten finden will, besteht darin, daß man das Polen-Abkommen „distanzieren" will, d. h. man will es vom Young-Plan abtrennen und über letzteren allein abstimmen lassen. Dann soll das Polen-Abkommen später über die politische Bühne gehen, wobei *Scholz* hofft, daß der Pole bis dahin noch einige Zugeständnisse gemacht haben wird. Ob allerdings *Curtius* und der Kanzler sich auf diesen Ausweg einlassen werden, steht noch dahin. Leicht ist es für sie jedenfalls nicht, weil sie sich für die Verkopplung in der Öffentlichkeit schon zu sehr eingesetzt haben.

Aus begreiflichen Gründen möchte *Scholz* gerne, daß die Fraktion geschlossen mit „Ja" für die Young-Gesetze ohne Liquidationsabkommen stimmt. Er hat deshalb eingehend mit mir sowie mit *Hueck* gesprochen und wird dies auch wohl bei *Köngeter* tun. Ich habe ihm mitgeteilt – ähnlich ist es von *Hueck* geschehen –, daß ich in einer derartig wichtigen Abstimmung mich nicht durch irgendwelche Partei-Arithmetik beeinflussen lassen könne, sondern ganz meinem persönlichen Verantwortungsgefühl folgen müßte. Dabei bin ich, entgegen der Auffassung um *Hugenberg*, der Ansicht, daß auch derjenige, der aus sachlichen und nationalen Gründen zu einer Bejahung des Young-Planes kommt, ein ebenso guter Deutscher ist wie derjenige, der aus den gleichen Gründen den Plan ablehnt. Würde meine Ansicht allgemeiner beachtet werden, stände es besser um den politischen Kampf in Deutschland. Ich habe Herrn *Scholz* ferner gesagt, daß ich es auch parteitaktisch nicht für ungünstig hielte, wenn wenigstens zwei oder drei Abgeordnete der Fraktion dem Abkommen nicht zustimmten, da wir doch innerhalb unserer Partei ganz beachtliche Kreise hätten, die aus sachlichen Gründen, vor allem aber aus nationalem Widerstreben gegen die ganze Verhandlungsmethode des Herrn *Curtius*, den Vertrag innerlich ablehnen. Ich habe auch *Scholz* auf die Konfliktmöglichkeit hingewiesen, die entstehen würde, wenn etwa die Fraktion einen Fraktionszwang für die Abstimmung beschließen sollte. Ich bin sicher, daß *Scholz* einen solchen Zwang verhindern wird, solange er es nur irgend kann.

3. Sehr vertraulich möchte ich mitteilen, daß vor einigen Tagen eine lange Aussprache zwischen *Hugenberg* und *Scholz* stattgefunden hat. Sie hat zu keinem Ergebnis geführt, da *Hugenberg* auf seinem intransigenten Standpunkt verblieb. Immerhin ist die Tatsache dieser Besprechung bezeichnend für das Bestreben des

3 Nr. 17, Anm. 2.

deutschen Bürgertums, sich gemeinsam der sozialistischen Gefahr entgegenzustellen. Die Tatsache dieser Besprechung darf aber unter keinen Umständen irgendwie bekannt werden.

Mit angelegentlicher Empfehlung
v. Gilsa

20.

20. 2. 1930: Reusch an v. Gilsa (Sterkrade)

HA/GHH 400101293/4a. Durchschlag.

Lieber Herr v. Gilsa!

Betrifft Reichsfinanzreform.

Je mehr ich mir die Sache überlege, für desto verfehlter halte ich die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei[1]. Sie wird durch ihre Haltung in der Frage der Reichsfinanzreform in der Wirtschaft keine Freunde gewinnen.

Mit bestem Gruß

1 Vgl. Nr. 19.

21.

26. 2. 1930: v. Gilsa an Reusch (Oberhausen) (Auszug)

HA/GHH 400101293/4a. Handschreiben. Paraphe Reuschs.

Sehr geehrter Herr *Reusch*!

[. . .][1]

1. Finanzreform: Ich habe heute mit *Moldenhauer* gefrühstückt. Er wird morgen dem Kabinett die Richtlinien für die kommende Finanzreform vorlegen. Zur Zeit bestehen noch drei große Streitfragen zwischen *Moldenhauer* und den Sozialdemokraten:

a) Arbeitslosenversicherung
b) Steuersenkungspläne
c) Notopfer

Zu a) ist die Lage unverändert wie in meinem letzten Brief[2].

b) *Moldenhauer* will genau festlegen, wann und wie gesenkt werden soll. Die Sozialdemokraten wollen nur ganz allgemein von künftigen möglichen Senkungen sprechen. Sie berufen sich auf ihre Warnungen im Februar 1929, wo die Regierung

1 Private Mitteilung.

2 In Nr. 19 kein Hinweis enthalten.

zu früh ein Senkungsprogramm veröffentlicht habe, das dann schon nach wenigen Wochen unausführbar geworden sei[3].

c) Sozialdemokraten und starke Teile im Zentrum halten an dem Notopfer fest[4]. Praktisch würde dies eine Erhöhung der Einkommensteuer bedeuten, da eine Beschränkung nur auf die Beamten undurchführbar ist. *Moldenhauer*, DVP und 5/6 der Demokraten lehnen das Notopfer nach wie vor ab.

2. Morgen wird der Kampf im Kabinett ausgetragen[5]. Manche sprechen vom Rücktritt des Kabinetts. Ich glaube nicht daran.

Am Sonnabend, den 1. 3., werden *Hamm* und *Kastl* zu *Schäffer* ins Finanzministerium kommen, um gemeinsam den Etat 1930 auf noch mögliche Streichungen durchzusehen[6].

Immer mehr tauchen – trotz der Ableugnungen – die Pläne eines Brennstoff-Monopols auf. Man erwägt: Entweder mit den Amerikanern und der Royal Dutch oder mit den Russen und Rumänen. *Moldenhauer* ist gegen ein Monopol, auch wenn uns eine hohe Anleihe angeboten werden sollte. (Auslieferung eines sehr wichtigen Marktes an das Ausland; evtl. Abtötung jedes technischen Fortschritts bei uns [. . .][7]); bezüglich der Russen wollen wir uns überhaupt jetzt politisch und wirtschaftlich sehr zurückhalten, da dort – auch nach Berichten von Herrn *Solf* – alles zur Krise treibt.

3. Polenvertrag: *Hindenburg* wird stark unter Druck gesetzt, auch den Polenvertrag zu unterschreiben. Diese Versuche sollen einen gewissen Erfolg gehabt haben.

Mit angelegentlicher Empfehlung
v. Gilsa

---

3 Vgl. Reichskanzlei, Müller II, 1 S. LVI f. und S. 524 ff.; Schulthess 1929 S. 60; Maurer S. 61 f.

4 Zentrumsprotokolle S. 386 f., S. 391 ff., S. 395 und S. 396.

5 Ministerbesprechungen vom 27. 2. 1930. Reichskanzlei, Müller II, 2. S. 1502 ff.

6 Hierüber äußerte sich *Kastl* in der Vorstandssitzung des RDI am 28. 3. 1930: „Ich habe Ende Februar oder Anfang März mit anderen Herren von den Spitzenverbänden eine Nacht im Finanzministerium damit zugebracht, den Etat von A bis Z durchzugehen, um einmal zu kontrollieren, in welcher Weise und in welcher Höhe die Vorschläge durchgeführt werden können, die Herr Dr. *Fischer* und der Hansabund bezüglich der Streichung von Ausgaben gemacht haben. Man hat damals von dieser Seite aus gesagt, man kann 500 oder 750 Millionen sofort streichen. Wir haben festgestellt, daß ohne Änderungen von Gesetzesbestimmungen vielleicht noch ein weiterer Betrag von 30 bis 35 Millionen gestrichen werden kann, daß aber die anderen Streichungen, die der Herr *Fischer* vorgeschlagen hat, nur durchgeführt werden können, wenn gesetzliche Bestimmungen über die Erstattung von Beträgen für die Invalidenversicherung, über andere Beträge aufgrund der lex Brüning usw. gestrichen würden, daß das nur geht nach Änderung dieser gesetzlichen Bestimmungen und daß andere Streichungen unter Umständen Verfassungsänderungen der Gesetze zur Voraussetzung haben. [. . .] In der Öffentlichkeit werde ich selbstverständlich eine derartige Aufklärung nicht geben; und wir werden in der Öffentlichkeit immer den Anspruch erheben, daß auf der Ausgabenseite noch sehr erhebliche Ersparnisse gemacht werden könnten." BL RDI 62/10, 4d.

7 Im Original folgen einige Wörter, die nicht entziffert werden konnten.

22.

27. 2. 1930: Rundschreiben Kastls an Mitglieder des Reichstages

BL RDI 62/10, 3a. Vervielfältigtes Exemplar–Tgb. Nr. 498/P.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

In Verfolg der Betrachtung der finanzpolitischen Entwicklung der letzten Tage haben Vertreter des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Überseehandels und des Reichsverbandes der Deutschen Industrie gestern noch einmal die Frage besprochen, welche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Gesetze über die Einführung des „Neuen Planes" bezüglich der Finanz- und Steuerreform für unbedingt erforderlich gehalten werden. Dabei ist mit aller Deutlichkeit und Schärfe folgendes zum Ausdruck gekommen:

1. Die Wirtschaftsverbände halten nach wie vor an der Einstellung fest, die sie dem Herrn Reichsfinanzminister am 5. dieses Monats mitgeteilt haben und von der Ihnen, sehr verehrter Herr Abgeordneter, am 8. dieses Monats mit Schreiben 351/P. Kenntnis gegeben worden ist[1]. Wir vertreten die Ansicht, daß im Zusammenhang mit der Entscheidung über den Young-Plan auch die Richtlinien für die inneren Reformen festgelegt werden müssen. Unter den inneren Reformen ist die Finanz- und Steuerreform die wichtigste und vordringlichste.

2. Der innere Zusammenhang und die gegenseitige Abhängigkeit zwischen der Sanierung der öffentlichen Finanzen – insbesondere der Reichsfinanzen – und dem Umbau des deutschen Steuersystems mit dem Ziel einer nachhaltigen Entlastung der Wirtschaft von den Steuern, die die Werterhaltung und die Kapitalbildung beeinträchtigen, muß nach unserer Auffassung unter allen Umständen aufrechterhalten werden, und es muß schon jetzt die zukünftige Entlastung der Wirtschaft gesetzgeberisch gesichert werden.

3. Wir können die Auffassung, daß wegen der angeblichen Eilbedürftigkeit der Entscheidung über die Young-Gesetze nicht genügend Zeit vorhanden sei, um zu einer brauchbaren Lösung wegen der inneren Reformen zu kommen, in keiner Weise teilen. Mit diesen Fragen hat sich die deutsche Öffentlichkeit im Laufe der letzten Monate derartig stark beschäftigt, und es liegen dafür genügend Programme vor, um auch innerhalb sehr kurzer Zeit eine Lösung finden zu können. Überdies hat die Reichsregierung Mitte Dezember vorigen Jahres ein nach unserer Auffassung zwar unzulängliches Programm für eine Finanz- und Steuerreform dem Reichstag vorgelegt. Der Reichstag hat aber dieses Programm, das erhebliche Steuersenkungen bereits für das Haushaltsjahr 1930 festlegte, angenommen[2], was völlig in Vergessenheit geraten zu sein scheint.

4. Wegen der bekannt gewordenen Pläne, den Haushalt 1930 zu balancieren, halten wir den Nachweis nicht für erbracht, daß es unmöglich sei, den Ausgleich

1 Nr. 15a und 15b.

2 RT Bd. 426 S. 3588.

des Haushaltes auch ohne nennenswerte Steuererhöhungen herzustellen, wenn im Rahmen der Gesamtheit der öffentlichen Ausgaben (Reich, Länder und Gemeinden) wirklich mit dem Ernst und Nachdruck, wie sie die Lage der Wirtschaft und der öffentlichen Finanzen erfordert, an Sparmaßnahmen herangegangen wird. Wir sind uns darüber klar, daß in diesem Zusammenhang auch die Änderung von bestehenden gesetzlichen Vorschriften nicht umgangen werden kann[3].

5. Ein so mit äußerster Sparsamkeit bemessener Haushalt für das Rechnungsjahr 1930 muß in seinen Gesamtausgaben, ohne die Beträge für die außerordentliche Tilgung von früheren Fehlbeträgen, als ein auch in zukünftigen Jahren nicht überschreitbares Maximum gelten. Darüber hinaus muß schon jetzt festgelegt werden, um welchen Betrag die Gesamtausgaben für die nach 1930 liegenden Rechnungsjahre, insbesondere für das Rechnungsjahr 1931, zu kürzen sind. Des ferneren muß, unbeschadet der jetzt schon vorzunehmenden Änderung der betreffenden Steuergesetze, festgelegt werden, daß die so erzielten Ersparnisse in erster Linie zur Senkung solcher Steuern zu verwenden sind, welche die produktive Wirtschaft zum Schaden ihrer volkswirtschaftlichen Aufgaben belasten und die Kapitalbildung beeinträchtigen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
Für:
Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes
Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels
Deutscher Industrie- und Handelstag
Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels
Reichsverband der Deutschen Industrie
Das Geschäftsführende Präsidialmitglied:
Kastl

3 Vgl. Nr. 21, Anm. 6.

23.

28. 2. 1930: Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer (Auszug)

Nachlaß Schäffer ED 93.

Früh beim Minister[1], der mit einem Rücktritt im Laufe des Nachmittags rechnet[2]. Er sagt, er könne bestimmt seiner Fraktion nicht zumuten, auf den Notopfergedanken[3] einzugehen.

1 *Moldenhauer.*

2 Über einen möglichen Rücktritt des Kabinetts bereits Hinweis in Nr. 21.

3 Zur Auseinandersetzung über das Notopfer ebenfalls Nr. 21.

Besuch bei *Severing.* Dieser erklärt, mit Rücksicht auf den Druck der Kommunisten müßte die Sozialdemokratie unbedingt im Programm auch eine direkte Steuer haben. Das sei keine parteipolitische, sondern eine staatspolitische Notwendigkeit, da es die Arbeitslosenmassen den bereits in Reichswehr und Schupo stark eindringenden Kommunisten noch weiter zutreiben würde. Er legt mir Schriftstücke vor, die bei der Haussuchung im Liebknecht-Haus gefunden worden sind und die als Beleg für die Pläne zur Zersetzung der Wehrmacht dienen können. *Severing* ist gegen ein Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierung. Er sieht im Notfalle eine Reichstagsauflösung kommen. Auf meinen Einwand, daß die Wahlkampagne unter der Parole „Gegen die sozialdemokratische Mißwirtschaft" geführt werden würde, erklärt er, diese Besorgnis habe er nicht. Sozialdemokratie und Zentrum könnten unter der Parole „Ablehnung des Notopfers" fechten. *Severing* ist für eine Vertagung der Krise bis nach Annahme des Young-Planes.

Mit dem Minister gesprochen, der die Dinge ebenso sieht, aber anläßlich der Haltung des Zentrums, das die Zustimmung zum Young-Plan vor Regelung der Finanzfragen ablehnt[4], Zweifel hat, ob man damit durchkommt.

Reichstagsausschuß-Sitzung über den Young-Plan und Polenvertrag. Zentrum enthält sich[5].

Minister erzählt, daß in der Volkspartei eine Einigung[6] zu einem Kabinett besteht, das *Luther* als Finanzminister und *Scholz* als Reichskanzler enthält und die Sozialisten nicht mitumfaßt[7].

Kabinett[8]. *Zarden* berichtet über die Technik der Einkommensteuerzuschläge mit späterer Senkung im nächsten Jahre. Ferner über Notopfer der Festbesoldeten. Mit Zahlen dafür. *Moldenhauer* spricht gegen die Besitzbelastung und auch gegen den Plan einer Belastung mit verstärkter Anrechnung im Jahre 1931. Psychologisch kommt man bei uns nicht darüber hinweg, daß die Senkung hier mit einem Aufschlag beginnt. Man hat eine allgemeine Skepsis. Aber selbst wenn man Gesetze über Erhöhung mit verstärkter Senkung macht, so kann man sich ausrechnen, daß dieses 2½% [Zinsverlust] pro Jahr bedeutet. Bei der Zwangsanleihe warne ich vor einer Erschütterung des deutschen Kredits. *Severing:* Die Antragsteller meinen nur die veranlagten Zensiten. Nicht aus Fraktionsinteresse, sondern aus staatspolitischem Interesse bin ich dazu gekommen, auch eine direkte Steuer zu fordern. Wir sind wohl in der Lage, Polizei und Heer im Inneren mit Erfolg einzusetzen. Der Schaden wäre dann noch viel größer. Auch würde der Kredit des Reiches durch solche Tumulte leiden, wenn z. B. in einem Industriebezirk ein Rathaus gestürmt würde. Darauf trägt *Severing* die im Karl-Liebknecht-Haus erbeuteten Drucksachen vor. Bei einigen Kommunalabstimmungen in Berlin hat sich herausgestellt, daß etwa ⅕ der Schupobeamten kommunistisch gestimmt haben. *Severing:* Diese Schriften und diese Abstimmungen schrecken mich nicht; nur wenn es zu einer offenen Schlacht mit den Arbeitern kommt, könnte eine

4 Vgl. Nr. 13, Anm. 3.

5 Vgl. Zentrumsprotokolle S. 396 und 398.

6 So in der Vorlage; muß wohl „Neigung" heißen.

7 Vgl. Nr. 11a, 11b und 14. Hierin ist allerdings von einer Kanzlerschaft *Luthers* die Rede.

8 Ministerbesprechung vom 28. 2. 1930. Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1512ff.

Untätigkeit der Schupo herbeigeführt werden, und die Überrumpelung einer Hundertschaft der Schupo bedeutet den offenen Aufruhr. Man muß wenigstens eine direkte Steuer – und seien es auch nur 100 Millionen – vorbringen. Ich könnte nicht zu den Massen sagen, daß die Reichsregierung sich nur auf die Massenbelastung eingestellt hat. *Curtius:* Es gibt zwei Stellen im Young-Plan, die hier einschlägig sind. Bei Fortfall der Industrie-Obligationen soll auch ein Vorteil für die Industrie [herausspringen]. Wir schlagen also hier schon eine Entlastung der Industrie vor. Eine zweite Stelle beschäftigt sich mit der Frage der Steuersenkungen. Sie sagt, daß die Ersparnisse des Young-Planes zu Steuersenkungen benutzt werden sollen. Gegen beide Wünsche richtet sich unser Programm. Wir müssen uns überlegen, daß wir auf das Vertrauen der internationalen Finanz angewiesen sind. Diese Kreise rechnen mit einer viel stärkeren Erhöhung [der Belastung] des Massenverbrauchs und mit einer Senkung der direkten Steuern. Wir gehen in keiner Hinsicht so weit, wie es jene erwarten. Wir rechnen auf eine möglichst starke Kapitalbildung im Inneren aus eigener Kraft, und das war das Kernstück unserer Young-Debatte in Paris und findet sich auch in den historischen Reden. Die Kapitalflucht hat aber seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres einen großen Umfang angenommen. Hiesige Großbanken fordern zum Umtausch deutscher Werte in schweizerische auf. Die Depositenkassen raten heimlich zur Auswanderung des Kapitals; nur eine entsprechende Finanz- und Wirtschaftspolitik hilft da. Es ist zwar eine „Vaterlandslosigkeit", aber dieser Gesichtspunkt hilft nicht. Das löst freilich alles das politische Problem nicht, das *Severing* angeschnitten hat. Ich beschäftige mich mit diesen Fragen wegen Rußland. Das Entscheidende aber ist, daß man diese Massenbewegung mit 100 Millionen nicht zum Stillstand bringt. Entscheidend bleibt die Entwicklung der Wirtschaftslage. Das Entscheidende ist nicht nur das Auslandskapital, sondern die Kapitalbildung im Innern. Wenn wir die Annahme des Young-Planes bekommen, müssen wir eine zielbewußte Revisionspolitik einleiten. Wir sind nicht in der Lage, ein Moratorium alsbald zu beantragen und sollten nicht darüber reden. Wir müssen aber zeigen, daß wir beweisen, wir tun alles, um selbst das Kapital zu bilden. Parteipolitisch liegt es so, daß die Volkspartei seit einem Jahr die Steuersenkung vertreten hat. Wir hatten die Genugtuung, daß dieses Programm von den sozialistischen Ministern akzeptiert worden ist. Die Umstellung vor einer Sanierung der Finanzen war keine Kleinigkeit. Wenn Sie darüber hinaus noch Erhöhung einer direkten Steuer verlangen, so wird dieses Konto zu stark belastet. Ich möchte meinerseits diese Kräfte zusammenhalten und in der bisherigen Gemeinschaft verbleiben. Ich sehe nicht, wie diese Schwierigkeit überwunden werden sollte. Reichskanzler: Nach dem Gutachten der Sachverständigen [zum Young-Plan] ist kein Zweifel, daß die Sachverständigen die Entlastung der Industrie gewollt haben. Wir haben uns in unserer Erklärung vom Juni diesen Gedanken zu eigen gemacht, noch mehr im Dezember[9]. Zur Frage der Kapitalflucht komme ich von einem anderen Wege aus zu dem gleichen Ergebnis wie der Innenminister. Die Furcht vor Unruhen beeinflußt stärker die Kapitalflucht als die steuerliche Belastung. Wenn sich auch die Leute mit einem geringen Opfer von 100 Millionen nicht beruhigen lassen, so kommt es darauf an, daß die bisher noch

9 Vgl. Schulthess 1929 S. 221 ff.

nicht Erfaßten noch in ihrem Interesse am Staat gehalten werden können. Dieses psychologische Moment ist nicht zu verkennen. Die starke Belastung des Verbrauchs kann nicht sehr gesteigert werden. Branntwein ist am Ende, Zigaretten fast, Zigarren auch nicht mehr weit. Auch das Bier trägt nicht viel mehr, als was wir ihm zumuten. – Nun zur Frage der Festbesoldeten. Hier treffen alle Gegenargumente nicht zu. Die Kapitalbildung hat für die Festbesoldeten, insbesondere die Beamten, nicht die Bedeutung. Ihre Belastung würde die unsicheren und in ihrer Existenz bedrohten Arbeiter ruhiger machen. – Ich gebe zu, daß wir mehr sparen müssen als bisher. Der Wohnungsbau ist gedeckt. Das Kapital, das bisher verbaut worden ist, wird dann für die übrige Wirtschaft mit zur Verfügung stehen. Schwierigkeiten in der Volkspartei erwarte ich. Soweit ich aber die Stimmungen in unserer Partei kenne, geht es nicht, daß gar kein Gericht zu Lasten des Besitzes vorkommt. Ich sehe alle Schwierigkeiten und sehe eine Radikalisierung des Reichstages bei einer Neuwahl. Aber mit diesem Programm wird es einfach nicht gehen. *Schmidt:* Wenn wir diesen Punkt überwinden und dann zurücktreten, wird es das nächste Kabinett sehr leicht haben. Ich bin der Auffassung, daß die Industriebelasteten den Anspruch auf eine Erleichterung haben. Die Regierung hat das ja auch schon gesagt; aber seitdem hat es große Änderungen gegeben. Das begründet, daß vorläufig auf diese Einnahme nicht verzichtet wird. Unser Kredit wird, glaube ich, durch eine direkte Steuer nicht beeinflußt. Wir dürfen die psychologischen Erscheinungen nicht unbeachtet lassen. Die Arbeitslosen haben der Natur der Sache nach kein ruhiges politisches Urteil. Die Kapitalflucht beruht auch auf der Verhetzung der Rechtspresse und der Mahnung, daß die Währung nicht gesichert wäre. Gerade bei der Propaganda gegen den Young-Plan ist das stark unterstrichen worden. Wir brauchen noch für eine Reihe von Jahren die Hilfe des Auslands auf dem Kapitalgebiet. Die Arbeitslosigkeit ist eine politische Gefahr für uns. In einer solchen Situation wird so oft gesagt: Ihr müßt bescheidener in den Lohn- und Gehaltsansprüchen sein. Ich sehe aber keinen reichen Menschen, der selbst bescheidener lebt und große Beträge zu sozialen Zwecken abführt. Für ein einziges Jahr müßte man eine Besitzabgabe machen können. Seit die Sozialdemokraten im Kabinett sind, haben sie eine Reihe von Konzessionen gemacht, an die früher nicht zu denken war, z. B. auf dem Wege der Agrarzölle. Wir haben dadurch unsere reine Objektivität bewiesen. Ist nicht in irgendeiner Form der Besitz vorübergehend mehr heranzuziehen? *Stegerwald:* Wir brauchen 570 zuzüglich der 220 Millionen Tabak, die schon verabschiedet sind. In dieser Situation wird verlangt, daß eine Abgabe von 100 Millionen Mark vom Besitz zu leisten ist. Ich bin auch der Auffassung, daß wir gegenwärtig an die Grenze der Verbrauchssteuern gelangt sind. Daß auf dem Besteuerungsweg mehr als 1200 Millionen aus dem Tabak herauszuholen sind, glaube ich nicht. Auch die Biersteuer wird für absehbare Zeit für das Reich erledigt sein. Die einzige Steuer, die wir heute noch erhöhen können, wäre die Umsatzsteuer, deren Wirkung doch sehr bedenklich ist. So gesehen kommen wir kaum zusammen, ohne daß 100 Millionen Mark auf jene umgelegt werden, die gegenwärtig mit den alltäglichen Sorgen nicht so zu kämpfen haben, wie das gegenwärtig bei den Arbeitern der Fall ist. Daß man mit 4% Beitrag bei der Arbeitslosenversicherung weiterkommt, glaube ich nicht. Dafür findet sich keine Mehrheit. Das allgemeine Notopfer wäre innenpolitisch allen anderen Wegen

vorzuziehen, Gefahr der Kapitalflucht und Verprellung der Wirtschaft und des Mittelstandes. Darüber kommt man vielleicht hinweg. Man würde politisch der Wirtschaftspartei neuen Auftrieb geben. Irgendeine Gruppe müssen wir verprellen, entweder die Massen oder die Wirtschaft oder die Festbesoldeten. Nach reiflicher Überlegung halten wir die Festbesoldeten noch für am erträglichsten. Von den 9 Milliarden Mark Einkommen der Festbesoldeten halten wir eine einmalige Heranziehung nicht für ausgeschlossen. Wir haben eine Anzahl Briefe bekommen, die aus Beamtenkreisen sagen, daß sich über eine einmalige Sache reden lasse, und einen Unterschied zwischen Lang- und Kurzverträgen kann man da nicht machen. Es müssen dann alle, die nicht arbeitslosenversicherungspflichtig sind, herangezogen werden. Wenn einer von ihnen arbeitslos wird, könnte man ihm Rückforderungsrecht für das, was er bezahlt hat, geben. Lange Reden haben keinen Zweck. *Meissner:* Der Reichspräsident hat sich mir und *Zechlin* gegenüber in dem Sinne ausgesprochen, daß er ein Opfer der Festbesoldeten für möglich hält. *Moldenhauer:* Selbstverständlich kann man an einer solchen Erklärung des Reichspräsidenten nicht vorbeigehen. Aber ich kann jedenfalls im Augenblick nicht erklären, daß meine Bedenken durch sie hinweggeräumt sind. Wenn man die Festbesoldeten heranzieht, muß man ohne Rücksicht auf die Dauer der Beiträge alle heranziehen, die nicht von der Beitragspflicht [für die Arbeitslosenversicherung] belastet sind. Für viele Kategorien von Beamten hat dies eine schwere Bedeutung. Gerade die mittleren Beamten werden davon, wie der Postminister schon gesagt hat, schwer getroffen, und logisch kommt man immer wieder auf die Erhöhung der Einkommensteuer, die aber die anderen Wirkungen ausübt, über die gesprochen worden ist. Meine Fraktion würde heute keiner solchen Erhöhung zustimmen, und wenn ich mit Engelszungen spräche. Die Industrie-Verdrossenheit, eine Scheu, Geld in Unternehmungen zu stecken, bleibt bestehen. Das heißt Verknappung der Arbeitsgelegenheiten. Alle Steuersenkungserwartungen führen zu Enttäuschungen. Die Erhöhung würde das steigern. Ich kann das von mir selbst [aus] nicht tun und würde morgen von meiner Fraktion desavouiert werden. Ich würde heute etwas sehr Unpopuläres tun, wenn ich die Sicherheit hätte, es durchzusetzen. Aber wenn ich das heute zusagte, würde ich die auch von mir für nötig gehaltene Zusammenhaltung des Kabinetts gefährden. Die Verwendung dieser Beträge für die Arbeitslosenversicherung steht jeder Reform dieser Versicherung entgegen. Die Erklärung des Herrn Reichspräsidenten ist ein bedeutungsvoller Akt, so daß ich darüber mit meinen Freunden sprechen will. Das Ausgabensenkungsgesetz werde ich innerhalb 14 Tagen mit dem Sparkommissar vorlegen. *Severing:* Vorstandsmitglieder der verschiedenen Beamtenorganisationen haben sich bei mir mit einem solchen einmaligen Notopfer einverstanden erklärt, und zwar nicht nur aus idealen, sondern aus realistischen Gründen, schon wegen der Deckung der Gehälter am 31. III. Das würde nicht nur einen Zahlungsaufschub, sondern eine Verkürzung um 5 bis 10% bedeuten. Ich bin bereit, die Fühlung mit den Beamtenorganisationen herzustellen. *Weismann:* Für das Notopfer. *Guérard:* Der Gedanke dieses Notopfers findet in weiten Kreisen der Beamtenschaft Verständnis. [. . .][10]

10 Diskussion über die gesetzliche Festlegung der Steuersenkung für das Jahr 1931.

24.

1. 3. 1930: Niederschrift Brünings über eine Unterredung mit Reichspräsident v. Hindenburg

Nachlaß Müller II/2. Überschrift: „4. März 1930: Niederschrift des Abg. Brüning über seine Unterredung mit Reichspräsident v. Hindenburg am 1. März 1930, 9.45 Uhr[1]."

Da die Unterredung mit dem Herrn Reichspräsidenten zunächst eine andere Wendung nahm, als ich nach den Stichworten, die mir Herr Staatssekretär *Meissner* am Tage vorher telefonisch gegeben hatte, angenommen hatte, konnte ich zunächst über den Zweck der Unterredung keine Klarheit gewinnen.

Der Herr Reichspräsident fragte mich zunächst, ob die Zentrumspartei an ihrer Forderung, daß die Finanzgesetze zur Kassensanierung vor der Verabschiedung des Young-Planes angenommen werden müßten, festhalte. Ich erwiderte, indem ich die einzelnen innen- und außenpolitischen Gründe, die die Zentrumspartei zu ihrer Forderung veranlaßt haben, darlegte, und präzisierte den Standpunkt der Fraktion dahin, daß an ein Zurückweichen unsererseits aus vaterländischen Rücksichten nicht gedacht werden könne. Ein Zurückweichen unsererseits würde eine Dauerkrise mit unabsehbaren Verwicklungen bedeuten. Der Herr Reichspräsident fragte mich darauf, ob wir in der Form genau auf unserer Forderung bestehen würden. Ich erwiderte, das Äußerste, dem meines Erachtens die Fraktion zustimmen würde, wäre die Verabschiedung der Gesetzentwürfe bzw. des Etats und des Arbeitslosen-Gesetzes im Kabinett und die Verpflichtung der Parteiführer auf diese Gesetze.

Der Herr Reichspräsident richtete an mich die Frage, ob die Zentrumspartei bereit sei, auch einer anderen Regierung ihre Unterstützung zu geben. Ich bemerkte darauf, daß es die übereinstimmende Meinung des Fraktionsvorstandes sei, man solle die augenblickliche Koalition möglichst lange aufrechterhalten und meines Erachtens noch eine Reihe nach dem Young-Plan für das Leben des deutschen Volkes entscheidende soziale, wirtschaftliche und finanzielle Reformmaßnahmen durchführen. Eine Durchführung dieser Reformen ohne die Sozialdemokratie würde zu starken politischen Erschütterungen führen, ganz abgesehen davon, daß in diesen Fragen Mehrheiten zu bilden außerhalb der Sozialdemokratie sehr unsicher sei.

Der Herr Reichspräsident fragte mich, wie wir zu den Deutschnationalen ständen. Ich erwiderte ihm, eine Zusammenarbeit mit einer Deutschnationalen Partei, die unter Führung *Hugenbergs* stehe, sei für uns das politisch Schwerste, was uns in den vergangenen zehn Jahren zugemutet worden wäre. Unter Wahrung unseres allgemeinen Standpunktes der möglichst langen Aufrechterhaltung der jetzigen Koaliton, könnte ich nur sagen, daß ein Zusammengehen mit der Deutschnationalen Volkspartei dann von uns von einem anderen Gesichtspunkt aus betrachtet werde, wenn diese Partei nicht mehr unter der Führung *Hugenbergs* stände. Der Herr Reichspräsident erklärte, daß er Verständnis für diese Auffassung habe und daß auch Herr *Hugenberg* keine Neigung zeige, in eine Regierung einzutreten, weil

1 Abgedruckt in Morsey S. 213f.

er der Ansicht sei, daß zunächst die Dinge noch weiter bergab gehen müßten, um dem deutschen Volke restlos die Augen über die gegenwärtige Lage zu öffnen.

Der Herr Reichspräsident erklärte, daß, falls sich keine Einigung über die Finanzgesetze erzielen lasse, die Lage für ihn außerordentlich schwierig werde, zumal er starke Bedenken gegen Young-Plan und Polen-Abkommen habe. Ich antwortete, daß wir diese Bedenken durchaus würdigen und daß wir uns keinem aus vaterländischer Überzeugung erfolgenden Ruf seinerseits verschließen würden, daß wir aber den Wunsch hätten, alles zu versuchen, um mit der jetzigen Koalition zu einer Einigung zu kommen.

Der Herr Reichspräsident erläuterte dann seine am Tage vorher durch Herrn Staatssekretär *Meissner* im Kabinett bekanntgegebene Ansicht über das Notopfer der Festbesoldeten[1a]. Er sei der Ansicht, daß in einer solchen Not des Vaterlandes die Festbesoldeten sich einem solchen Notopfer nicht verschließen dürften. Ich antwortete, das sei auch unsere Ansicht, so unpopulär das Notopfer auch in den davon betroffenen Kreisen sein würde.

Der Herr Reichspräsident lenkte dann das Gespräch auf Preußen über und äußerte seine Besorgnis über die langsame Unterminierung der preußischen Verwaltung durch rein parteipolitische Besetzungen der Beamtenstellen[2]. Ich erklärte, daß auch wir Befürchtungen nach dieser Richtung hin hätten, daß ich nach meinen im Auftrage von Herrn Prälat *Kaas* im vergangenen Sommer geführten Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei allerdings keine Hoffnung habe, daß sich eine schnelle Änderung der Koalitionsverhältnisse in Preußen im Sinne einer Verbreiterung und Einbeziehung der Deutschen Volkspartei ermöglichen lasse[3].

Der Herr Reichspräsident gab alsdann seiner großen Sorge über die ganze gegenwärtige Lage und die zukünftige Entwicklung der Politik Ausdruck und faßte seine Meinung über die Unterhaltung dahin zusammen, daß wir zu Entgegenkommen bereit seien in bezug auf die Finanzforderungen und uns auch einer anderen Regierung nicht versagen würden. Ich erklärte nochmals meine vorher schon gemachten Darlegungen, die ich dahin präzisierte, daß wir zum mindesten eine Bindung der Parteiführer auf die Finanzgesetze verlangen und einstimmig den Wunsch hätten, daß die jetzige Koalition noch eine Zeitlang aufrechterhalten würde[4].

Die Unterredung war um 10.15 Uhr beendet.

Brüning

1a Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1514f.

2 Vgl. Runge S. 146ff.

3 Der Versuch, die DVP in die preußische Regierung einzubeziehen (Nr. 9, Anm. 4), war Ende Januar 1930 gescheitert. Braun S. 288f.

4 Zentrumsprotokolle S. 398ff.; Conze, Krise S. 80; Maurer S. 123f.; Schulz S. 535f.

25.

1. 3. 1930: Aufzeichnung von Staatssekretär Pünder über ein Telefongespräch mit Brüning

Nachlaß Müller II/271[1].

Über die gegenwärtige politische Lage, wie sie sich auf Grund der Aussprache zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und Herrn Dr. *Scholz*[2] gestaltet hat, habe ich kurz vor und kurz nach 4 Uhr hintereinander mit den Herren Reichsjustizminister *v. Guérard* und Abgeordneten Dr. *Brüning* gesprochen.

Herr Minister *v. Guérard* war für die Mitteilungen, die ihm völlig neu waren, sehr dankbar und versprach, sich die schwierige politische Lage zu überlegen. Neue Gesichtspunkte erbrachte unsere Aussprache nicht.

Die telephonische Unterhaltung mit Herrn Dr. *Brüning* war aus verschiedenen Umständen sehr interessant. Zunächst teilte er mir, allerdings streng vertraulich, mit, daß er auf Wunsch des Herrn Reichsfinanzministers mit diesem heute vormittag im Zusammenhang mit seinem Besuch beim Herrn Reichspräsidenten[3] eine Besprechung gehabt habe. In dieser Besprechung habe sich Herr Minister *Moldenhauer* sehr positiv hinsichtlich der Frage des Notopfers geäußert, und sie beide hätten bereits die verschiedenen Modalitäten des Planes durchgesprochen. Abschließend hätte Herr Minister *Moldenhauer* noch gesagt, er müsse nun noch hoffen, daß er auch bei seinem Fraktionsvorstand heute mittag Glück haben werde.

Im weiteren Verlauf meiner Besprechung mit Herrn Dr. *Brüning* teilte mir dieser für mich persönlich – dann aber auf meinen ausdrücklichen Wunsch hin auch zur Weitergabe an den Herrn Reichskanzler – mit, daß nach seinen recht intimen, aber völlig zuverlässigen Orientierungen die Deutsche Volkspartei seit kurzer Zeit ganz klar auf eine Sprengung des Kabinetts hinarbeite; ihr Ziel sei eine Minderheitsregierung der bisherigen Regierungsparteien ohne die Sozialdemokratie. Der Plan sei gewesen, eine solche Minderheitsregierung einige Monate ohne zu starke Belastungen möglichst an der Arbeit zu lassen, da bis dahin der weitere Plan der Gründung der neuen „Staatspartei" unter Führung des früheren Reichskanzlers Dr. *Luther* perfekt sein werde. Die letzten Pläne seien vorgestern abend im engsten Kreise unter Beteiligung von maßgebenden politischen Persönlichkeiten, von *Koch-Weser* bis *Treviranus* – beide einschließlich –, durchgesprochen worden.

Auf Grund vorstehender Mitteilungen ist auch die Beantwortung meiner an Herrn *Brüning* gestellten Frage, wie sich wohl das Zentrum zu einer etwaigen Minderheitsregierung ohne die Deutsche Volkspartei stellen werde, ganz klar: Herr Dr. *Brüning* antwortete nämlich mit dem Hinweis, daß dies keine Frage des Zentrums sei, sondern der Demokraten. Nach den vorangegangenen vorerwähnten Bespre-

1 Abgedruckt in Morsey S. 216f.

2 Die Unterredung war vereinbart worden, um die DVP zur Annahme des Notopfers zu bewegen. Pünder S. 40.

3 Nr. 24.

chungen, die unter. engster Beteiligung des Herrn Abgeordneten *Koch-Weser* stattgefunden hätten, halte er es für ganz ausgeschlossen, daß die Demokraten im gegenwärtigen Augenblick sich an einer Weimarer Koalition beteiligen würden, um eben nicht ihr höheres Ziel, nämlich die Gründung der „Staatspartei", zu gefährden.

Ich habe dann auch ganz offen mit Herrn Dr. *Brüning* darüber gesprochen, was nun am Montag passieren soll, wenn im Kabinett das Auseinanderfallen in den Finanzfragen deutlich werde. Man müsse sich dann doch überlegen, ob nicht doch zunächst vor Rücktritt des Kabinetts oder wesentlichen Änderungen in ihm der Young-Plan noch erledigt werden müsse. Herr Dr. *Brüning* hatte für diese Frage vollstes Verständnis, wollte sich aber im Augenblick noch nicht endgültig äußern, versprach mir aber Mitteilungen hierüber am morgigen Sonntag.

Pünder

26.

1. 3. 1930: Aufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer über die politische Lage

Nachlaß Schäffer ED 93. Durchschlag. Überschrift: „Erwägungen am 1. März 1930".

I.

Die gegenwärtige Lage ist kritisch zugespitzt weniger aus sachlichen als aus psychologischen Gründen. Es zeigt sich eine nervenmäßige Überanstrengung aller Beteiligten. Sachlich ist für eine Krise um so weniger Grund, als die großen Fragen sich in einem durchaus nicht zugespitzten Stadium befinden.

A. Der Young-Plan und auch das Polenabkommen sind in ihrer Annahme gesichert.

B. Die Kassenlage hat Aussicht, bei der Vorlegung eines gedeckten Etats für die Dauer des Jahres gesichert zu werden. Für eine endgültige Bereinigung sind Verhandlungen eingeleitet, die bei der voraussichtlichen Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes Erfolg versprechen.

C. Die geistige Umstellung, die erforderlich war, um die Menschen von dem Gedanken an eine alsbaldige Finanzreform zu dem Gedanken einer vorherigen Sanierung der Haushalte hinüberzuführen, ist erfolgt, und zwar mit geringeren Reibungen, als anzunehmen war.

D. Der vorgelegte Etat ist nach der Ausgabenseite hin ziemlich feststehend. Wesentliche Veränderungen können in ihm bei Berücksichtigung[1] der politischen Kräfteverhältnisse nach der Ausgabenseite nicht mehr vorgenommen werden. Nach der Einnahmenseite hin herrscht Einigkeit darüber, daß eine Belastung des Besitzes zur Zeit nicht möglich ist und sich die Deckungsvorlagen im wesentlichen auf Zölle und indirekte Steuern erstrecken müssen. Auch der seit langem beabsichtigten Belastung des Bieres gegenüber zeigen sich geringere Schwierigkeiten als in irgendeinem früheren Zeitpunkte, da die Stelle, an der Widerstände

1 Im Original „Beseitigung".

zu befürchten waren, selbst der materiellen Vorteile einer solchen Regelung nicht entraten kann.

Diesen in sich ausgeglichenen Fragen gegenüber sind die noch verbleibenden Streitpunkte von geringer Bedeutung. Es sind eigentlich im wesentlichen nur zwei:

1. Die Frage, daß in dem vorzulegenden Aufbringungsrahmen sich auch eine direkte Steuer befindet, wobei man auf der linken Seite mit einem Betrage von 1/5 der Gesamtvorlage zufrieden wäre;

2. die noch nicht völlig geklärte Behandlung des Restes des zur Deckung der Bedürfnisse der Arbeitslosenversicherung erforderlichen Betrages.

Diese Frage hängt mit der ersten insofern zusammen, als das Notopfer eine Form der Aufbringung dieses Betrages sein könnte.

II.

Unter diesen Umständen sind verschiedene politische Entwicklungen denkbar.

A. Die ungünstigste Entwicklung wäre, wenn es alsbald am Montag[2] zu einem Bruch der Regierung käme. Ein solcher Bruch müßte für die Annahme des Young-Planes und der Nebenabkommen verhängnisvoll werden. Man kann sich zwar schwer vorstellen, daß eine oder mehrere Parteien die Verantwortung für ein parlamentarisches Scheitern des Young-Planes übernehmen würden, aber es hat sich auch in der Vergangenheit gezeigt, daß Kollektiv-Verantwortungen für Torheiten leichter übernommen werden und daß jeder Teil in der Erwartung, der andere würde schon das für die Allgemeinheit Zweckmäßige tun, sich selbst das für seine eigenen Zwecke Angenehmere vorbehält. Trotzdem glaube ich nicht, daß man den Young-Plan scheitern läßt, und vermute daher, daß es zu dem Bruche am Montag, der eine solche Gefahr nach sich zieht, nicht kommen wird.

B. Der Bruch am Montag könnte vermieden werden, wenn man das Kabinett gerade im Hinblick auf die außenpolitischen Entscheidungen zusammenhält und die Behandlung der Finanzfragen um mindestens eine Woche vertagt. Nach Ablauf dieser Frist werden freilich die gleichen Fragen wiederum in Erscheinung treten. Es kann aber sein, daß bis dahin die auf dem rechten Flügel durch die Young-Pläne, auf dem linken Flügel durch das Ansteigen der Arbeitslosen und die kommunistische Propaganda überbelasteten Nerven sich wieder insoweit gekräftigt haben, daß man mit größerer Ruhe an diese Probleme herangehen kann und daß alsdann eine Einigung erzielt wird. Die Richtung einer solchen Einigung liegt in einem gewissen Zugeständnis der Volkspartei in der Frage der indirekten Steuern und in einem Gegenzugeständnis der Sozialdemokratie in der Frage der Beschränkung der Ausgaben für das Jahr 1931 und der gesetzlichen Festlegung der Verwendung freiwerdender Mittel zu einer Steuersenkung im Sinne des alten Programms.

III.

Kommt es, sei es am Anfang, sei es im Laufe der übernächsten Woche, nicht zu einer Einigung, so ergeben sich folgende Möglichkeiten.

A. Die Volkspartei scheidet aus der Regierung aus. Die Folgen dieses Ausscheidens können wieder mehrfache sein.

2 3. 3. 1930. Vgl. Pünder S. 40f.; zur Kabinettssitzung Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1516ff.

1. Die Regierung bleibt weiter im Amte und besetzt die freiwerdenden Sitze aus den Koalitionsparteien. Eine knappe Mehrheit wäre dann vorhanden, wenn die Bayerische Volkspartei in der Regierung bliebe. Darin liegt die Schwierigkeit einer solchen Regierung, denn in dem Bewußtsein, daß das Schicksal der Regierung von ihrer Zugehörigkeit abhängt, würde die Bayerische Volkspartei ganz andere Forderungen stellen. Sie würde wahrscheinlich die Biersteuer gar nicht oder nur in sehr viel geringerem Maß bewilligen und dennoch die Sanierung der bayerischen Finanzen verlangen, und voraussichtlich würde alsdann noch nach der bisherigen Haltung des Vertreters der Bayerischen Volkspartei im Kabinett nicht das Notopfer, sondern ein einmaliger Zuschlag zur Einkommensteuer durchkommen, der an die Stelle eines Teils der Biersteuer treten würde[3]. Die Frage der Finanzreform hätte alsdann im Kabinett kaum einen auf sie eingeschworenen Vertreter, die Bedeutung der Opposition wäre nicht so stark, daß man um derentwillen eine Steuersenkung vornehmen müßte, so daß zu befürchten ist, daß die Finanzreform ganz versandet. Ob der im Kabinett verbleibende Demokrat oder mehrere demokratische Minister allein eine Finanzreform durchsetzen, erscheint zweifelhaft, wenn auch die Stellung der Demokraten, weil auch ohne sie die Regierung keine Mehrheit hätte, naturgemäß stärker wäre als heute.

2. Das Ausscheiden der Volkspartei könnte auch der Anlaß für einen Rücktritt des Kabinetts im ganzen sein. Tritt dieser Fall ein, so kommt es darauf an, wen der Reichspräsident mit der Neubildung des Kabinetts betraut. Wird damit wiederum die Sozialdemokratie, sei es unter diesem, sei es unter einem anderen Kanzler, betraut, so kann sich die Sachlage wie zu 1. gestalten, wenn nicht in der Zwischenzeit sich die psychischen Voraussetzungen zu einer Einigung verstärkt haben. Wird ein Angehöriger der Volkspartei mit der Kabinettsbildung betraut, so würde sich voraussichtlich ein Kabinett von der Gruppe *Treviranus* bis einschließlich der Demokraten bilden lassen.

Dieses Kabinett hätte mit der Opposition der Sozialdemokraten zu rechnen. Zwar würden sie den Young-Plan und die Nebenverträge sicher annehmen, aber sowohl in den Finanzfragen wie in den Fragen der Sozialpolitik ihre Oppositionsstellung voll ausnutzen, einmal, um dadurch ihre Front gegenüber den Kommunisten zu verstärken, dann aber, weil die frühere Zeit, in der sie in der Opposition gegenüber einer Regierung der Mitte weitgehend mit der Regierung mitgegangen sind, ihnen heute als eine Zeit der Übernahme von Verantwortungen ohne Erlangung von Einfluß erscheint.

3 Vgl. Zentrumsprotokolle S. 395.

27.

1. 3. 1930: Niederschrift Blanks über eine Besprechung mit Vertretern der Landwirtschaft im Geschäftsgebäude des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

HA/GHH 40010124/2. Handschriftliche Korrekturen. Paraphe Reuschs.

Anwesend unter dem Vorsitz von Geheimrat *Kastl* von der Landwirtschaft:
Schiele, Hermes, v. Sybel, Kriegsheim, Schindler;
von der Industrie:
Lammers, Kraemer, Herle, Ramhorst, Loening, Hartmann, Frhr. v. Lupin, Graf Bismarck, Sogemeier, Blank.

Kastl bat einleitend darum, daß die Vertreter der Landwirtschaft ihre Wünsche darlegen möchten, möglichst anknüpfend an die Ausführungen, die sie am Vortage beim Reichskanzler gemacht haben[1].

Hermes begrüßt die sachliche Zusammenarbeit zwischen Industrie und Landwirtschaft und empfiehlt, möglichst aktuelle und praktische Fragen im Rahmen dieser Zusammenarbeit zu behandeln. Er wiederholt dann die am Vortage beim Reichskanzler gemachten Ausführungen, besonders bezüglich der großen Gefahr stärkster Radikalisierung in der Landwirtschaft, die nicht zuletzt auf die außerordentlich verderbliche Langsamkeit und das regelmäßige Zuspätkommen der amtlichen Maßnahmen zur Behebung der landwirtschaftlichen Not zurückzuführen sei. Bezüglich des Roggens werden fortgesetzt unzweckmäßige Maßnahmen ergriffen. Man könne den Roggen nicht losgelöst von Gerste und Mais behandeln. Dringend erforderlich sei eine starke Differenzierung des Weizens. Eine Prämierung des Weizens durch einen erheblich erhöhten Weizenzoll mache den Weizen attraktiv und werde die Landwirtschaft veranlassen, ihn in größerem Umfange anzubauen. Die Erhöhung des Gerstenzolls hätte bereits im Oktober gemacht werden müssen. Sie erfolgte erheblich verspätet, und seitdem wurde eine Voreinfuhr von 500 000 Tonnen Futtergerste vorgenommen. Jetzt ist der Reichsernährungsminister *Dietrich* sehr erschrocken und spricht bereits sogar von einem Gerstenzoll von 9,– M. Die Landwirtschaft glaubt nicht mehr, daß die notwendigen Maßnahmen zu erreichen sind über den schwerfälligen Apparat des Parlaments. Es wird darauf ankommen, den Reichstag auszuschalten und dem Reichsernährungsminister bzw. der Reichsregierung eine Generalermächtigung zu geben, die sie in die Lage setzt, sämtliche erforderlichen Maßnahmen mit sofortiger Wirkung ohne Rücksicht auf das Parlament zu treffen. Dabei sei es durchaus möglich, Kautelen zu schaffen, die den Interessen der anderen Wirtschaftszweige Rechnung trügen. Eine derartige Generalermächtigung sei durchaus nicht ohne Vorgang. In Frankreich könne z. B. die Regierung sämtliche Getreidezölle autonom ändern. Eine derartige prompte Hilfe für die Landwirtschaft liege auch im Interesse der Industrie, die ja ebenfalls mit dem Parlament nicht von der Stelle komme. Im übrigen sei der erhöhte Weizenzoll auch für die Reichsfinanzen nicht ohne

1 Besprechung von Vertretern der Landwirtschaft mit dem Reichskanzler am 28. 2. 1930. Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1509ff.

Bedeutung, und man habe die Regierung darauf hingewiesen, daß sich ihr hier vielleicht neue Geldquellen eröffnen. Für Mittwoch, den 5. März, ist eine „landwirtschaftliche Notkonferenz" beim Reichsernährungsminister vorgesehen, die sich über die erforderlichen Sofortmaßnahmen schlüssig werden soll[2].

Der Zusatzvertrag zum deutsch-finnischen Handelsvertrag kann so, wie er jetzt vorliegt, von der Landwirtschaft nicht angenommen werden[3]. Wir betonen, daß die Idee des degressiven Butterzolls von der Landwirtschaft vorgeschlagen wurde, um die Zollerhöhung überhaupt parlamentarisch durchzusetzen. Wir haben aber natürlich niemals daran gedacht, daß nun dieser Zoll international mit dieser Degression gebunden werden soll. Es ist unmöglich, diese Degression auf fünf bis sieben Jahre international unkündbar festzulegen, da wir gar nicht wissen, welche Notstände inzwischen in der Landwirtschaft auftreten werden. Auch die Bindung des Käsezolls im deutsch-finnischen Vertrage kann von uns nicht gebilligt werden. Es ist erforderlich, daß die Gesamtheit der Milchprodukte gleichmäßig behandelt wird. Die langjährige Bindung ist für uns unerträglich. Wir müssen ins Auge fassen, mit Finnland in Nachverhandlungen einzutreten. Ein entsprechender Beschluß könnte im Handelspolitischen Ausschuß des Reichstages gefaßt werden. Es muß den Finnen endlich gezeigt werden, daß ernst gemacht wird.

Lammers stellt fest, daß in der Weizenfrage Einigkeit bestehe. Die Industrievertreter haben sich in einer Vorbesprechung am 26. Februar einmütig auf diesen Standpunkt gestellt. Das Mehraufkommen an Zöllen wird für sozialpolitische Zwecke verwendet werden müssen. Auch dem Gedanken seiner Generalermächtigung könnte man nähertreten. Allerdings haben wir Bedenken gegen die einseitige Beschränkung dieser Generalermächtigung auf die Landwirtschaft. Die Regierung verfährt derartig rücksichtslos mit der Industrie, daß auch sie sich wehren muß. Das zeigt sich z. B. bei den Industrieobligationen, die in voller Höhe weiter erhoben werden. Auch die von uns freiwillig in der Bank für Industrieobligationen angesammelten Reserven werden uns einfach von der Regierung, entgegen ihrem feierlichen Versprechen, weggenommen. Auch in der Maisfrage besteht Einverständnis. Hier muß sich eine privatwirtschaftliche Regelung mit Jugoslawien finden lassen. Eine etwa zu erteilende Generalermächtigung darf unter keinen Umständen auf die Landwirtschaft beschränkt bleiben, sondern muß auch für die Industrie und auch für die gesamte Finanz- und Wirtschaftspolitik gelten. Größere Bedenken haben wir wegen des finnischen Handelsvertrages. Der Zusatzvertrag ist überhaupt nur dadurch zustande gekommen, daß die Papierindustrie freiwillig auf einen Teil der Exportquote verzichtete und daß außerdem erhebliche industrielle Zollsenkungen von Deutschland zugestanden wurden. Hier muß unter allen Umständen eine Einigung zwischen Industrie und Landwirtschaft erfolgen. Wir müssen Kautelen haben, daß die Industrie nicht weiter allein bluten muß.

Kastl hält ebenfalls die Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages für außerordentlich bedenklich.

Hermes: Der Reichstag hat den Butterzoll beschlossen, und auf dieser Basis sollte die Reichsregierung mit Finnland verhandeln. Sie hätte, als sie sah, daß die

2 Besprechung am 5. 3. 1930. A. a. O. S. 1539ff.

3 Kabinettssitzung am 7. 3. 1930. A. a. O. S. 1549ff.

Bindung nicht zu vermeiden war, den ganzen Handelsvertrag kündigen müssen. Mit unseren jetzigen Forderungen verlangen wir gar nichts Neues. Der Fehler ist von der Reichsregierung gemacht worden. Bei der im finnischen Zusatzvertrag vorgesehenen Bindung des Käsezolls wird das Ausland von Butter zu Käse und Frischmilch übergehen. Gerade haben wir mit den vor einigen Jahren eingeführten Getreidezollbindungen im schwedischen Handelsvertrag die schlechtesten Erfahrungen gemacht[4], und schon macht die Reichsregierung Finnland gegenüber dasselbe[5]. Das ist für uns unerträglich.

Schiele: Die Verhandlungen wegen der Aufhebung der schwedischen Bindungen sind sehr ungeschickt angefangen worden, indem man mit den Viehzöllen begann, was sofort eine schiefe Basis ergab. An sich ist die Auffassung des Herrn *Lammers* durchaus richtig. Wir wollen auch keine Sondervergünstigungen für die Landwirtschaft, aber bei der Landwirtschaft muß am schnellsten geholfen werden, und deshalb dürfen Sie uns jetzt nicht dadurch hemmen, indem Sie verlangen, daß das ganze wirtschaftspolitische Gebiet unter einem Ermächtigungsgesetz, losgelöst vom Parlament, behandelt wird. Das nimmt zu lange Zeit in Anspruch.

Der Wert des in der Landwirtschaft investierten Kapitals ist gegenüber 40 Milliarden früher auf 10 Milliarden im Augenblick gesunken. Das entspricht ungefähr dem Wert der an Fremde verkauften Jahresproduktion der gesamten Landwirtschaft. Hieraus mögen Sie entnehmen, wie gefährlich die Entwicklung ist. Mit parlamentarischen Quacksalbereien erreichen wir nichts mehr. Die Radikalisierung schreitet ununterbrochen fort.

Selbstverständlich ist für die landwirtschaftliche Generalermächtigung ein Gesamtprogramm erforderlich, in dem sämtliche Maßnahmen, die die Landwirtschaft braucht, enthalten sind.

Kastl befürchtet, daß eine Ermächtigung nur für die Landwirtschaft parlamentarisch keine großen Aussichten hat.

Kraemer hat gleichfalls Bedenken gegen eine Generalermächtigung, wenn sie nicht auf bestimmte Maßnahmen spezialisiert wird. Getreide und Milch sind das Wichtigste. Bei einer unbegrenzten Generalermächtigung würden dann Fleisch, Obst, Gemüse usw. folgen und das Handelsvertragssystem in Unordnung bringen. Die Radikalisierung der Arbeiterschaft geht nach meiner Ansicht zurück. Es ist aber notwendig, die für die Landwirtschaft erforderlichen Maßnahmen psychologisch richtig zu betreiben. Wie schwierig es ist, gewisse Maßnahmen für die Landwirtschaft durchzusetzen, hat sich bei der Aufhebung des an sich mengenmäßig gar nicht ins Gewicht fallenden Gefrierfleischkontingents gezeigt. Selbstverständlich muß die Regierung im Rahmen der Ermächtigung eine gewisse Bewegungsfreiheit haben, aber einer Ermächtigung ausschließlich für die Landwirtschaft kann nicht zugestimmt werden. Wir haben augenblicklich nach den neuesten Ziffern fast 3½ Millionen Arbeitslose. Mit demselben Recht könnte die Bauwirtschaft eine Behandlung ihrer Belange unter einer Generalermächtigung verlangen. Die Lage in der Industrie ist ebenfalls außerordentlich schlecht. Die

4 Das Kabinett *Müller* hatte deshalb am 3. 10. 1929 beschlossen, in dem neu abzuschließenden Handelsvertrag mit Schweden die Bindung der Getreidezölle nicht zuzulassen. A. a. O. S. 996ff.

5 Das Kabinett *Müller* überwies den Entwurf eines Handelsvertrages mit Finnland am 7. 3. 1930 dem Handelspolitischen Ausschuß des Reichstags, der ihn am 9. 4. 1930 billigte. A. a. O. S. 1549, 1577f.

mittleren und kleineren Firmen brechen reihenweise zusammen. Es muß eine allgemeine Ermächtigung kommen, und die Aussichten dafür sind im Augenblick auch gar nicht schlecht. Der Ekel vor dem Parlament ist allgemein.

Hermes stellt fest, daß der Gedanke einer Loslöung der Maßnahmen der Regierung vom Parlament, d. h. der Gedanke einer Ermächtigung, allgemein auf Zustimmung stößt. Wir wollen durchaus nicht etwa Maßnahmen ausschließlich für die Landwirtschaft verlangen und werden am Mittwoch dem Reichsernährungsminister gegenüber zum Ausdruck bringen, daß auch die anderen Wirtschaftszweige ähnlicher Maßnahmen bedürfen. Auch die Durchsetzung der Ermächtigung ist parlamentarisch nicht einfach, und deshalb hat die Landwirtschaft selbst das größte Interesse daran, nur mit vernünftigen Forderungen zu kommen.

Kastl betont nochmals, daß eine Gesamtermächtigung erforderlich ist, da man mit der Herausnahme einzelner Zweige keine brauchbaren Ergebnisse erzielen werde. Es hilft auch der Landwirtschaft nichts, wenn zwar für sie unter einer Ermächtigung die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, alle anderen Wirtschaftszweige aber weiter unter der parlamentarischen Bummelei leiden.

Kraemer betont, wie überragend wichtig auch die Bauwirtschaft im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft ist. Er befürchtet, daß bei einer Beschränkung der Ermächtigung auf die Landwirtschaft die ganze Arbeiterschaft dagegen sein würde.

Hermes fragt, welche Vorschläge die Industrie für die Ermächtigung macht.

Kastl erklärt, daß auch die Industrie die Frage einer allgemeinen Ermächtigung mit der Reichsregierung besprechen wolle. Man müßte sich aber darüber klar sein, daß die Durchbringung eines Ermächtigungsgesetzes erst möglich sei, wenn der Young-Plan angenommen ist.

v. Sybel bestätigt die Richtigkeit dieser Beurteilung der parlamentarischen Lage.

Schiele ist der Auffassung, daß man mit den landwirtschaftlichen Fragen, die der größten Beschleunigung bedürften, im Sinne einer Ermächtigung vorstoßen müsse. Dann würden die anderen Wirtschaftszweige folgen.

Kraemer weist darauf hin, daß die Gewerkschaften augenblicklich relativ vernünftig sind und daß mit ihnen schon etwas zu erreichen sei, wohingegen die sozialdemokratischen Minister scheinbar unbelehrbar seien.

Auch **Kastl** betont, daß die Gewerkschaften dringend Fühlung mit der Industrie suchen[6], da ihre Mitglieder ihnen weglaufen.

Die Debatte geht dann in eine allgemeine Unterhaltung über, die sich insbesondere auf die Bindung des Maiszolls gegenüber Jugoslawien und die Bindung des Käsezolls gegenüber Finnland erstreckt. Die Industrie vertritt einheitlich den Standpunkt, daß es durchaus möglich sein müßte, im Wege privatwirtschaftlicher Abmachungen mit einer Übernahmeverpflichtung gewisser Quantitäten durch deutsche Stellen mit beiden Staaten zu einer Vereinbarung zu kommen, aufgrund deren sie auf die Zollbindungen für Mais und Käse verzichten. Herr **Schiele** kann zwar diese Auffassung nicht widerlegen, behauptet aber, daß man die Verhandlungen mit beiden Ländern mit dem nötigen Nachdruck und dem erforderlichen Ernst

6 Zu den in dieser Zeit aufgenommenen Verhandlungen mit den Gewerkschaften Nr. 78 und 87a.

nur führen könne, wenn man im Hintergrund mit der Kündigung der Handelsverträge drohen könne. Dem wird von industrieller Seite widersprochen. Eine Einigung mit Herrn *Schiele* darüber ist nicht herbeizuführen. Herr *Hermes* hat die Sitzung ebenso wie Herr *Lammers* inzwischen bedauerlicherweise verlassen müssen.

Zum Schluß wird von Herrn **Kastl** die Frage nach der nächsten Veranstaltung im größeren Kreise im Hotel Esplanade aufgeworfen. Die Landwirtschaft spricht sich wiederum einmütig für Vertagung aus. *Kastl* weist darauf hin, daß die sich wiederholende Verschiebung dieser Zusammenkunft durch die Landwirtschaft auf seiten der Industrie schon eine gewisse Verstimmung hervorgerufen habe und die Meinung habe aufkommen lassen, als ob die Landwirtschaft an dem Zusammenarbeiten mit der Industrie nicht mehr in dem bisherigen Maße interessiert sei[7]. Unter Zustimmung der übrigen Landwirtschaftsvertreter spricht sich gleichwohl Herr **Schiele** für weitere Vertagung aus.

Blank

7 Am 10. 2. 1930 schrieb *Reusch* an *v. Wilmowsky*: „Ob es weiter seitens der Landwirtschaft taktisch richtig war, in den letzten Monaten einer Zusammenkunft mit der Industrie immer wieder aus dem Wege zu gehen, scheint mir sehr zweifelhaft. Ich habe persönlich den Eindruck, daß der Landwirtschaft an einem Zusammengehen mit der Industrie gar nicht mehr so viel gelegen ist, wie das früher der Fall war, und ich überlege mir stark, ob ich mich von der Zusammenarbeit persönlich nicht etwas zurückziehen soll." HA/GHH 400101290/39.

28.

3. 3. 1930: Reichsbankpräsident Schacht an Reichspräsident v. Hindenburg

Nachlaß Schäffer ED 93. Maschinenschriftliche Übertragung der stenographischen Abschrift Schäffers auf einem Reichstagsbriefbogen. Verfasserangabe fehlt.

Hochgeehrter Herr Reichspräsident!

In meinem Memorandum vom 5. 12. [1929][1] habe ich diejenigen Ausführungen gemacht, zu denen ich mich als Mitunterzeichner des Pariser Young-Planes verpflichtet fühlte. Nachdem die Abstimmung im Reichstags-Ausschuß – unbeschadet der Lösung der Etatsfragen – die Annahme des Haager Schlußprotokolls auch im Reichstagsplenum kenntlich gemacht hat, beehre ich mich, in meiner Eigenschaft als Präsident des Reichsbankdirektoriums folgendes auszuführen[2].

Der Pariser Young-Plan, den alle beteiligten Regierungen auf der ersten Haager Konferenz ausdrücklich angenommen hatten, enthielt als besonders wesentliche Gesichtspunkte:

1. Die vorgesehene Belastung Deutschlands war eine Maximalbelastung, durch welche alle Reparationslasten abgegolten sein sollten. Das Protokoll der zweiten

1 Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1220ff.

2 Zur Bewertung der Darstellung *Schachts* Vogt S. 56ff.; Julius Curtius, Der Young-Plan. Entstellung und Wahrheit, Stuttgart 1951 S. 78ff.; Pünder S. 41; Maurer S. 111f.

Haager Konferenz hat diese Annahme zunichte gemacht und erhebliche zusätzliche Lasten auf Deutschland gelegt, die in der Anlaufszeit des Planes besonders drückend empfunden werden.

2. Der Young-Plan der ersten Haager Konferenz sah die Möglichkeit einer Neuorientierung durch wirtschaftliche Sachverständige vor, in welchem die Währung und Wirtschaft Deutschlands uns durch die Tributlasten gefährdet erschien. Hinter diesen wirtschaftlichen Neuorientierungen stand kein gewaltsamer Zwang, sondern nur das gegenseitige Vertrauen auf die wirtschaftliche Vernunft und der Wille zur vertrauensvollen Zusammenarbeit aller beteiligten Länder mit friedlichen Mitteln, und insbesondere sollten die feierlichen Zahlungsverpflichtungen Deutschlands alle zusätzlichen Sanktionen und Kontrollen erübrigen.

Im Gegensatz hierzu hat die zweite Haager Konferenz neue Sanktionsmöglichkeiten eingeführt[3]. Die wirtschaftlichen Erwägungen werden dadurch unter dem Druck politischer Gewalt erfolgen, für die jede der beteiligten Gläubigermächte, darunter auch Polen, die Aktionsfreiheit erhalten hat. Der im Pariser Young-Plan vorgesehenen Revisionsmöglichkeit im Falle einer Gefährdung der deutschen Währung und Wirtschaft ist damit die wirksame Anwendung genommen worden.

3. Der Young-Plan der ersten Haager Konferenz erkannte das Reparationsproblem nicht als ein rein deutsches, sondern als ein internationales an, welches die Mitarbeit auch der Reparationsempfänger erforderte und insbesondere in der internationalen Bank ein gemeinsames Werkzeug schuf zur Förderung des Welthandels, um damit auch Deutschland die Lösung seiner schweren Aufgabe zu erleichtern. Zu diesem Zweck sollte das noch nicht liquidierte deutsche Privateigentum den Deutschen wiedergegeben werden und jede Diskriminierung Deutschlands im internationalen Verkehr aufhören.

Im völligen Gegensatz hierzu haben die im Schlußprotokoll der zweiten Haager Konferenz enthaltenen Liquiditätsabkommen das deutsche Eigentum nicht freigegeben und beispielsweise in Marokko den zwangsweisen Verkauf des deutschen Bergwerkseigentums verfügt. Die moralische und wirtschaftliche Diskriminierung Deutschlands hat also ihre Fortsetzung gefunden, und von vertrauensvoller Zusammenarbeit ist keine Rede.

4. Die ausgesprochene Absicht des Young-Planes war es, gerade in dem angelaufenen Jahr der Zahlungen die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu erleichtern, den Weg der Steuersenkungen wiederaufzunehmen und die notwendige Kapitalbildung zu fördern. Die Reichsregierung hat diese Absicht den deutschen Sachverständigen gegenüber unterstrichen durch das feierliche Versprechen, sofort an die Steuer- und Wirtschaftsreformen heranzugehen, die die deutsche Produktion in die Lage versetzen sollten, die Reparationszahlungen zu tragen.

3 Die Berechtigung dieser Behauptung, die *Schacht* am 4. März in einem Telegramm an Owen *Young* wiederholte, bestritt Außenminister *Curtius*: „Es ist auf das tiefste zu bedauern, daß Herr *Schacht* sich aus seiner veränderten politischen Einstellung heraus die falsche und gleichfalls nur auf politischen Motiven beruhende Behauptung der äußersten Opposition zu eigen macht, daß Sanktionen im Sinne der früheren Verträge noch weiter bestehen, eine Behauptung, die selbst von der französischen Regierung nicht vertreten wird." Telegramm an Botschafter *v. Prittwitz* in Washington, Reichskanzlei, Müller II,2 S. 1526, Anm. 3.

Dieses Versprechen ist nicht gehalten worden, und statt der dringend notwendigen Erleichterungen steht die deutsche Wirtschaft vor neuen zusätzlichen Belastungen. Aus diesem Versäumnis ergibt sich eine außerordentliche Verschlechterung nicht nur der finanzpolitischen Situation von Reich, Ländern und Gemeinden, sondern auch eine schwere Beeinträchtigung der Privatwirtschaft. Keine einzige verantwortliche deutsche Stelle vermag unter diesen Umständen heute die Erfüllbarkeit der Zahlungen in Aussicht zu stellen.

Welche Rückwirkungen haben nun die vorstehend dargelegten Tatsachen auf die Reichsbank, auf die deutsche Währung? Die finanzielle Belastung der deutschen Wirtschaft ist über die des Young-Planes hinaus gesteigert worden. Die politisch unbehinderte, nur von wirtschaftlichen Gesichtspunkten getragene Revision ist nicht mehr möglich. Die internationale vertrauensvolle Mitarbeit an der deutschen Reparationsaufgabe ist im Keime erstickt worden. Die Entlastung der deutschen Wirtschaft ist nicht in Angriff genommen.

Die bisher unter dem Dawes-Plan zu leistenden Zahlungen waren an die Bedingungen geknüpft, daß Deutschlands Währung und Wirtschaft nicht gefährdet werden dürften. Die Verantwortung dafür, daß eine solche Gefährdung nicht eintrat, haben die Gläubigerländer selbst übernommen, indem sie das internationale Transferkomitee einsetzten, das nur aus ihren eigenen Vertretern bestand, und für dessen Versagen Deutschland keine Verantwortung trug. Die wesentlichste Bedingung, die der Young-Plan demgegenüber brachte, ist, daß künftig die Verantwortung für Aufbringung und Abtragung der Tributlasten von Deutschland allein getragen werden muß. Diese überaus schwerwiegende Bedingung schien den Unterzeichnern des Pariser Young-Planes nur tragbar, weil Deutschland im Falle einer Bedrohung seiner Währung und Wirtschaft die Möglichkeit erhielt, an ein internationales Gremium erster wirtschaftlicher und finanzieller Sachverständiger zu appellieren, und weil dieses Gremium ohne Bedrohung durch irgendeine politische Gewalt verpflichtet und in der Lage war, lediglich unter solchen wirtschaftlichen Gesichtspunkten Änderungsvorschläge zu machen, daß sich die Regierungen im Wege friedlicher Verhandlungen zu verständigen hatten. Nachdem ohne die Erfüllung dieser friedlichen wirtschaftlichen Verständigung für jede Gläubigermacht die Freiheit politischer Aktionen gegen Deutschland gegeben ist, ist es für Deutschland völlig unmöglich geworden, die ihm durch den Pariser Young-Plan aufgelegte eigene Verantwortung für Aufbringung und Zahlung der Tributlasten zu übernehmen, wenn es nicht seine Währung und Wirtschaft in Gefahr bringen will.

Es ist durchaus richtig, daß die Stabilerhaltung der Reichsmark gewährleistet ist, solange die formalen Vorschriften des Reichsbankgesetzes nicht verletzt werden. Wenn indessen unter dem Zwang der Tributlasten der Reichsbank Gold und Devisen in größerem Maße entzogen werden, so wird die Menge umlaufender Reichsmark durch Diskonterhöhung oder Kreditbeschränkung so vermindert werden müssen, daß es nicht mehr möglich sein wird, der deutschen Wirtschaft eine ausreichende Menge von stabilen Zahlungsmitteln zur Verfügung zu stellen. Eine Deflationskrise schwerster Art wäre die Folge dieser Kreditnot und Zahlungsmittelknappheit. Und damit wäre der Nährboden und die Gefahrennähe für währungspolitische Experimente gegeben. In dieser Gefahr würden wir unter der

über uns schwebenden politischen Bedrohung ständig leben, eine Gefahr, die gleicherweise das deutsche Zinsniveau und den deutschen Kredit beeinträchtigen muß. Die Freiheit für eine verantwortungsvolle Währungspolitik nach den eigenen Interessen der deutschen Wirtschaft würde uns damit genommen sein.

Ich fühle mich, hochgeehrter Herr Reichspräsident, nicht in der Lage, angesichts dieser Umstände die Verantwortung für die Weiterführung meines Amtes zu übernehmen, und werde an die zuständigen Gremien der Reichsbank die Bitte richten, in eine vorzeitige Beendigung meines Dienstvertrages [ein]zuwilligen. Da ich jedoch in erster Linie meine Tätigkeit auf das Vertrauen gestützt habe, welches Sie, hochgeehrter Herr Reichspräsident, mir durch meine Amtsbestätigung erwiesen haben, so habe ich nicht unterlassen wollen, zunächst Ihnen von Vorstehendem Kenntnis zu geben, bevor ich einem weiteren Kreise Mitteilung mache[4].

Genehmigen Sie, hochgeehrter Herr Reichspräsident, den Ausdruck meiner größten Ehrerbietung.

4 *Schacht* wurde am 6. 3. 1930 zu einer Aussprache mit dem Reichspräsidenten aufgefordert, die an seinem Entschluß nichts änderte. Er ließ den Zeitpunkt seines Rücktritts offen. *Hindenburg* bat den Reichsbankpräsidenten, für die Erklärung seines Ausscheidens „vor der Öffentlichkeit eine andere Begründung zu wählen als die am Schluß Ihres Schreibens an mich gegebene". In seiner Entgegnung auf die Darlegungen *Schachts* folgte *Hindenburg* sachlich in enger – teils wörtlicher – Anlehnung der Stellungnahme von *Curtius*. Anm. 3. *Hindenburg* an *Schacht*. 6. 3. 1930, abgedruckt in Schacht S. 326ff.; Ursachen und Folgen VII S. 619f. Entgegen den Erwartungen *Hindenburgs* gab *Schacht* bereits am 7. März seinen Rücktritt bekannt. Schulthess 1930 S. 63, 66. Vgl. Nr. 29.

29.

Bericht Moldenhauers über den Rücktritt Schachts und die Ernennung Luthers zum Reichsbankpräsidenten

Nachlaß Moldenhauer 3. Lebenserinnerungen, Ministerzeit III S. 16 ff.

Je mehr *Schacht* erkannte, daß eine große Mehrheit für die Annahme des Young-Planes sich finden werde, um so mehr suchte er, durch die Drohung seines Rücktritts neue Schwierigkeiten zu machen. Nachdem mein Versuch, ihn umzustimmen, vergeblich gewesen war[1], wurde er, nicht auf meine Veranlassung, und ich glaube, auch nicht einmal nach Verständigung mit mir, zum Reichspräsidenten gebeten[2]. Es kann auch sein, daß er selbst die Absicht hatte, auf den Reichspräsidenten einzuwirken, auf den damals von den verschiedensten Seiten, namentlich seinen alten militärischen Freunden, in der unerhörtesten Weise eingewirkt wurde. Alte, durch Jahrzehnte mit ihm in Freundschaft verbundene Generäle schickten sein Bild ihm zerrissen zurück. *Hindenburg* hat unter dieser Verfemung seiner Standesgenossen sehr gelitten. Es sind diese Wochen wohl die

1 Schacht S. 325f.

2 Nr. 28, Anm. 4.

schwersten seiner Präsidentschaft gewesen. Der Besuch *Schachts* beim Reichspräsidenten Anfang März verlief ergebnislos. Nur erklärte sich *Schacht* bereit, mit seinem Rücktritt noch etwa vier Wochen zu warten. Unmittelbar nach diesem Besuch machte mich *Schäffer* auf die große Gefahr aufmerksam, die entstände, wenn plötzlich *Schacht* zurücktrete, weil er durch die Annahme des Young-Plans die Währung gefährdet glaube. Eine solche Haltung würde unter Umständen die Annahme des Young-Plans selbst gefährden, mindestens aber unseren Kredit sehr schwer erschüttern. Man müsse deshalb darauf vorbereitet sein und sorgen, daß, wenn er zurücktrete, sofort ein Nachfolger vorhanden sei, der nach außen die nötige Gewähr biete. Er riet mir, mich doch einmal mit *Warburg* über die Frage zu unterhalten. Ich rief sofort *Warburg* in Hamburg an und bat ihn, am nächsten Tag nach Berlin zu kommen. *Warburg* erklärte erst, daß er erst in der nächsten Woche könne, verstand sich aber schließlich dazu, am nächstfolgenden Tag in Berlin zu erscheinen. Es war derselbe Tag, an dem *Schacht* im Zentralausschuß der Reichsbank seinen Rücktritt erklärte[3], da er die Währung durch Annahme des Young-Planes für gefährdet erachte. Zur selben Stunde überlegte ich mit *Warburg* den Nachfolger. *Warburg* schlug *Luther* vor. *Luther* gelte als der Mann, der 1923/24 als Finanzminister die Währung gerettet habe. Wenn ein Mann wie *Luther* den Posten des Reichsbankpräsidenten annehme, werde die Besorgnis im Volk zurücktreten, daß[4] die Währung wirklich gefährdet sei. Gewiß sei *Luther* kein Bankmann. Aber für die Reichsbank lägen die Dinge doch viel einfacher als für eine Großbank. Er verfüge über einen sehr guten Stab geschulter Beamter, so daß man *Luther* durchaus die Aufgabe übertragen könne. Wir haben damals beide nicht geahnt, welche Riesenaufgabe der Reichsbank im Jahre 1931 gestellt würde und daß es ganz anders auf die bankmäßigen Eigenschaften des Präsidenten ankäme. Ich vereinbarte mit *Warburg*, daß er noch für den Nachmittag die in Berlin anwesenden Mitglieder des Generalsrats einberief, damit diese sich bereits auf den Nachfolger einigten. Eine Kabinettssitzung, die am Nachmittag stattfand[5], führte zu dem Ergebnis, daß sich das Kabinett mit der Wahl *Luthers* einverstanden erklärte, nachdem *Wirth*, der stark für *Melchior* plädiert hatte, seinen Einspruch zurückgezogen hatte. Ich setzte davon Max *Warburg* in Kenntnis und erhielt von ihm um 9 Uhr abends die Mitteilung, daß der Generalrat *Luther* gewählt habe. *Schacht* werde bis zum 1. April noch im Amt bleiben. Damit war der Schlag pariert. Am nächsten Morgen sprach alles nur noch von *Luther* und keiner mehr von *Schacht*. An dem Nachmittag dieser Ereignisse sprach ich im Reichstag in der Young-Debatte[6] und wurde durch Zwischenrufe der Deutschnationalen, wie es mit *Schachts* Rücktritt stehe, unterbrochen. Ich erklärte sofort, daß ich *Schacht* außerordentlich hoch schätze und daß ich mir die größte Mühe gegeben hätte, ihn zu halten. Die Reichsregierung bedauere seinen Rücktritt aufs stärkste. Aber auf der anderen Seite sei *Schacht* eine Persönlichkeit, die ihren Beschluß nach reichlicher Überlegung fasse, so daß ich leider keine Hoffnung hätte, ihn jetzt noch einmal umzustimmen. Damit war auch *Schacht*, über dessen Verhalten ich im

3 7. 3. 1930; Schulthess 1930 S. 66.

4 Im Original „als ob".

5 Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1550ff. und Luther S. 74ff.

6 RT Bd. 427 S. 4206ff.

höchsten Grade aufgebracht war, der Rückzug abgeschnitten. Er ist dann bis Ende des Monats noch im Amt geblieben und hat . . . durchaus loyal dem Reich seine Dienste geleistet.

30.

8. 3. 1930: Aktennotiz Herles über ein Telefongespräch mit Reichsminister Moldenhauer

HA/GHH 400101220/8a. Durchschlag. Handschriftlicher Kopfvermerk: „Nur zur persönlichen Information." Überschrift: „Persönliche Aktennotiz über ein Telefongespräch mit Herrn Reichsminister Moldenhauer."

Um 9½ Uhr rief bei mir telephonisch Herr Minister *Moldenhauer* an, um mir mitzuteilen, daß er über die Erklärung der Spitzenverbände[1] sehr bestürzt gewesen wäre. Seine Position und die des Kabinetts würde durch diese Stellungnahme wesentlich erschwert. Die Wirtschaft müsse doch einsehen, daß es für einen Finanzminister unter den augenblicklichen politischen Verhältnissen unmöglich wäre, zu 100% die Wünsche der Wirtschaft durchzusetzen; er glaube, daß ihm dies doch zu 80% gelungen sei. Er befürchtet, daß durch unsere Erklärung die Verständigungsmöglichkeiten erschwert würden. *Moldenhauer* wies in diesem Zusammenhange darauf hin, daß sich wohl kein Mann der Wirtschaft mehr finden würde, Reichsfinanzminister zu werden, wenn die Spitzenverbände mit einer „derartig leichten Handbewegung" die Dinge glaubten meistern zu können.

Demgegenüber hob ich hervor, daß die Spitzenverbände sich der Tragweite ihrer Erklärung nach jeder Richtung bewußt wären. Die Stellungnahme der Wirtschaftsverbände sei lediglich unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten gefaßt worden, und bei der gestrigen Besprechung wäre einmütig zum Ausdruck gekommen, daß wir als Wirtschaftsverbände uns in die parteipolitischen Dinge nicht einmischen könnten und wollten. Ich erklärte ihm, daß die Stimmung bei unseren Mitgliedern, namentlich draußen, über das Steuerprogramm im allgemeinen wie namentlich über den Eingriff in die Reserven der Bank für Industrieobligationen so erregt wäre, daß uns aus sachlichen wie organisatorischen Gründen überhaupt kein anderer Ausweg bliebe, als klar zum Ausdruck zu

1 Erklärung der Spitzenverbände vom 7. 3. 1930: „Die unterzeichneten Spitzenverbände bringen zum Ausdruck, daß das am 6. März 1930 vom Reichskabinett vorgelegte Finanz- und Steuerprogramm nicht den Notwendigkeiten einer auf Belebung der Wirtschaft und Minderung der Arbeitslosigkeit gerichteten Finanz- und Wirtschaftspolitik entspricht. Sie halten nach wie vor an den von ihnen seit langem vertretenen Vorschlägen fest, deren Verwirklichung unverzüglich in Angriff genommen werden muß." Geschäftliche Mitteilungen des RDI 12 (1930) Nr. 5 S. 45. Am 6. 3. 1930 hatte die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in einem Schreiben an *Moldenhauer* zu den Kabinettsbeschlüssen über eine Reform der Arbeitslosenversicherung Stellung genommen und Beitragserhöhungen abgelehnt. Als Alternative wurde „auf die wiederholt von uns der Regierung unterbreiteten Vorschläge für die Durchführung geeigneter Sparmaßnahmen zur Sanierung der Reichsanstalt" verwiesen. BA R 2/18511. Zum Deckungsprogramm der Reichsregierung Reichskanzlei, Müller II,2 S. 1532ff.; Maurer S. 115ff.

bringen, daß der vorgelegte Kompromiß des Reichskabinetts in keiner Weise unseren Forderungen entspräche. Insbesondere vermißten wir:

1. jeden ernsthaften Ansatz zu einer tatsächlichen Ausgabensenkung,

2. das Fehlen jeglicher Vorschläge auf dem Gebiete der Sanierung der Länder- und Gemeindefinanzen und deren stärkere Beaufsichtigung durch das Reich, eine grundsätzliche Forderung, die von uns stets mit an erster Stelle erhoben worden wäre,

3. das Fehlen von Vorschlägen, die Beratungsstelle für die Hereinnahme von Auslandsanleihen von seiten der Länder und Gemeinden auszubauen und eine schärfere Kontrolle in dieser Beziehung einzuführen,

4. das Fehlen von Vorschlägen, die Realsteuern, insbesondere Gewerbesteuern, in der von uns gewünschten Höhe zu senken.

Dann bäte ich doch auch, nicht unberücksichtigt zu lassen, daß uns allein schon infolge der Stellung der eigenen Fraktion des Ministers[2] gar nichts anderes übrig geblieben wäre, wie eindeutig zum Ausdruck zu bringen, daß für uns das Programm nicht tragbar und ausreichend sei. Ich erklärte Herrn Minister *Moldenhauer* gegenüber ausdrücklich, daß unsere Stellungnahme mit der Annahme oder Ablehnung des Young-Planes nicht das geringste zu tun hätte, daß vielmehr bei der Besprechung, wie ich ihm rein persönlich sagen könnte, die sämtlichen Anwesenden über die Annahme des Young-Planes sich einig gewesen wären.

Der beabsichtigte Eingriff in die Reserven der Bank für Industrieobligationen würde uns veranlassen, hiergegen noch in einer Sondereingabe an das Kabinett schärfstens Stellung zu nehmen.

Als *Moldenhauer* auf das gleichzeitige Zusammentreffen der Rücktrittserklärung *Schachts*[3] und unserer Erklärung zu sprechen kam, konnte ich ihm sagen, daß bei der Beschlußfassung über unsere Erklärung hiervon nicht das geringste bekannt gewesen sei. Die Erklärung sei der Presse bereits v o r der Veröffentlichung der Rücktrittserklärung *Schachts* bekanntgegeben worden.

Ich hatte den Eindruck, daß Herr Minister *Moldenhauer,* was er mir auch bestätigte, unsere sachliche Stellungnahme in vollem Umfange verstände. Das Gespräch, das äußerst ruhig und sachlich verlief, schloß Herr Minister *Moldenhauer* mit der ernsthaften Befürchtung, daß die Spitzenverbände in drei Monaten die gefaßte Entschließung ganz anders werten würden; er würde versuchen, den Young-Plan durchzubringen, um sich dann hinsichtlich seines Verbleibens im Amte vollständige Entschlußfreiheit vorzubehalten. Vorher machte er noch Andeutungen über eine evtl. Reichstagsauflösung sowie über den ausschlaggebenden Einfluß der Sozialdemokratie bei einem Kabinettswechsel, womit dann all' die guten Ansätze, die er sich bemüht habe zu schaffen, vernichtet würden.

Herle

2 Vgl. Parteiführerbesprechung vom 8. 3. 1930, Reichskanzlei, Müller II,2 S. 1554ff.

3 Vgl. Nr. 29.

31.

9. 3. 1930: Niederschrift Jäneckes über eine Unterredung mit Luther

Nachlaß Luther 365. Durchschlag. Anstreichungen. Überschrift: „Niederschrift über eine am 9. 3. 1930 stattgefundene Unterredung mit Dr. Luther. Vertraulich[1].“

Anlaß zu der Unterredung war die bevorstehende Ernennung Dr. *Luthers* zum Reichsbankpräsidenten. Ich führte hierbei aus, daß er damit aus dem politischen Leben auszuscheiden scheine, während man in ganz weiten Kreisen in absehbarer Zeit mit einer Regierung Dr. *Luther* rechne[2]. Die Krise der jetzigen Regierung stehe vor der Tür. Es könne doch schon in wenigen Tagen oder Wochen an ihn die Aufgabe herantreten, eine Regierung mit der besonderen Unterstützung des Reichspräsidenten und mit einem Block der Mittelparteien und der Rechten zu bilden. Die Enttäuschung über die beabsichtigte Annahme der Wahl werde in Kreisen seiner persönlichen Anhänger außerordentlich stark sein. Seine Gegner dagegen würden sich freuen, diesen ihnen gefährlichen Mann kaltgestellt zu wissen. Als Folge sei eine Resignation bei den Anhängern einer grundlegenden Reichsreform, eine Ermutigung bei den Gegnern derselben und den hundertprozentigen Parlamentariern vorauszusehen.

Dr. *Luther* gab die Möglichkeit einer solchen Auswirkung seines Entschlusses zu. Auch er selbst habe lange erwogen und mit sich gerungen, welche Entscheidung im Augenblick die richtige sei. Er sei zu der Überzeugung gekommen, daß er unter keinen Umständen die Wahl ausschlagen dürfe und daß die Übernahme des neuen Amtes in gewissem Sinne der Vorbereitung für eine größere Aufgabe dienen könne. Er unterstrich ganz stark, daß er keineswegs aus dem politischen Leben ausscheide oder sich etwa großen politischen Aufgaben, die an ihn herangebracht würden, entziehen wolle. Er führte über die Beweggründe seines Entschlusses folgendes aus:

Die Regierung befände sich zwar infolge Auseinanderstrebens der bisher tragenden Kräfte in einer Krise, die Lage sei aber noch nicht für eine entscheidende Änderung reif. Er habe mit *Scholz* gerade in dem Augenblick verhandelt, als ihm die ersten Anfragen von Mitgliedern des Generalrats übermittelt worden seien, ob er bereit sei, die Nachfolge *Schachts* anzunehmen. *Scholz* hatte in dieser Unterredung ausgeführt, daß, falls die Regierung zurücktrete und er zum Reichspräsidenten gerufen werde, sein Vorschlag dahin lauten werde, der Reichspräsident möge Dr. *Luther* als Reichskanzler zur Bildung des neuen Kabinetts berufen. Ob und unter welchen Voraussetzungen *Luther* bereit sei, dieses Kabinett zu bilden? *Luther* habe als unerläßliche Voraussetzungen die folgenden bezeichnet:

Zunächst ein Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten nach der Richtung herzustellen, daß der Reichspräsident ihm die Zusicherung gibt, das neu zu bildende Kabinett auch in den kommenden Stadien des Kampfes zu halten und nicht nur den Reichstag aufzulösen, sondern alle anderen verfassungsmäßigen

1 *Jänecke* war Verleger des Hannoverschen Kuriers und einflußreiches Mitglied der DVP in Hannover und galt als Vertrauensmann *Luthers.*

2 Würdigung der Niederschrift in Koops S. 211ff.; Schulz S. 533f.

Maßnahmen durchzuführen, die Dr. *Luther* für erforderlich hielte. Mit anderen Worten, er werde vom Reichspräsidenten als Bedingung für die Annahme der Kanzlerschaft eine absolute Solidarität bis zu dem Punkte verlangen müssen, wo der Reichspräsident selbst zur Deckung seines Kabinetts den Rücktritt von seinem Amte ins Auge fassen müssse. Man müsse sich darüber klar sein, daß alle Reformen nur in einem Kampf mit dem Parlament durchgeführt werden könnten und daß man hierbei an den gesunden Sinn des Volkes zu appellieren genötigt sei. Ein solcher Kampf ließe sich nur durchführen, wenn hierbei der Reichspräsident sich in der nachdrücklichsten Form hinter seinen Kanzler stelle.

Soweit der Reichstag in Frage käme, wären folgende unerläßliche Voraussetzungen gegeben. Zunächst der Verzicht auf die Einbringung eines ausdrücklichen Vertrauensvotums. Das würde implicite die Ablehnung des Mißtrauensvotums durch eine Mehrheit zur Voraussetzung haben. Diese Bedingung schiene vielleicht durchführbar zu sein. Es müsse aber ferner von der neuen Regierung gefordert werden, daß der Reichstag unmittelbar nach der Vorstellung des Kabinetts beschließen müsse, sich auf drei Monate zu vertagen, um dem Kabinett die Möglichkeit einer ungestörten Arbeit an dem neuen Programm zu geben. Diese letztere Bedingung sei schon aus dem Grunde unerläßlich, weil die Erfahrung zeige, daß während der Tagung des Reichstages ganz unerträgliche Einmischungen der Parteien in die Aufstellung von Regierungsvorlagen zu verzeichnen seien. Schon eine große Reihe nicht unbedeutender Politiker sei diesem Verfahren zum Opfer gefallen und auf der Strecke geblieben. Auch *Moldenhauer,* der den Haag gut überstanden hätte, sei infolge dieses Verfahrens ganz zusammengebrochen und heute schon ein kranker Mann. Nach seiner Erkenntnis der Dinge werde diese zweite Bedingung nicht von einer Mehrheit akzeptiert werden. Es sei ihm durch Indiskretion bekannt geworden, daß man zwar der Bildung eines eventuellen Kabinetts *Luther* vom Zentrum keine entscheidenden Schwierigkeiten in den Weg legen würde, daß aber in dieser, wie auch in Kreisen anderer Parteien die Absicht bestehe, dieses Kabinett schon nach einem kurzen Anlauf zu Fall zu bringen. Ein solcher Ausgang aber sei auch im Interesse der Verwirklichung einer Reform das allergefährlichste. Der Mann, der diese Reform durchzukämpfen versuchte, dürfte nicht zwischendurch wie ein Kasper auftauchen und wieder verschwinden, sondern entweder setzte er sich von dem Augenblick der Annahme der Kanzlerschaft an durch, oder die Reform käme nicht zustande.

Die Zeit für ein solches Kampfkabinett scheine aber noch nicht gekommen. Nachdem die reine Parteikombination bis zu einem gewissen Sinne abgewirtschaftet hätte, müßte erwiesen werden, daß auch die in den Gewerkschaften verkörperten Kräfte, die bisher hinter den Kulissen geblieben wären, bei der Führung der Reichsgeschäfte versagen. Diese Gewerkschaften müßten jetzt nach einem etwaigen Rücktritt *Müllers* an die Verantwortung gebracht werden. Hierzu zwinge schon der brennende Ehrgeiz des Führers der Zentrumsfraktion, *Brüning,* der eben doch im Grunde Gewerkschaftsführer geblieben sei. *Brüning* dränge zur Regierung, erst wenn auch er erledigt sei, sei die Bahn frei. *Luther* hält es im übrigen für möglich, daß ein verkleinertes Kabinett ohne Volkspartei in irgendeiner Form sich am Ruder hält, einen Kompromiß-Etat aufstellt und den Sommer über die Geschäfte zu führen versucht. Es werde sich infolge der Finanzlage voraussichtlich nicht über den Herbst halten können. Dann käme die Ära *Brüning*

und möglicherweise noch eine ganze Serie von Kabinetten von kurzer Lebensdauer, die Flickarbeit versuchen würden. Bei dieser Sachlage erschiene es ihm als eine günstige Lösung, daß er durch Übernahme seines neuen Amtes nach außen hin zunächst abgekapselt erscheine, während ihm gerade hierdurch Wirkungsmöglichkeiten nach anderer Richtung erschlossen würden. Diese Möglichkeiten sieht *Luther* in folgender Richtung:

1. Er gewänne eine neue Stellung gegenüber dem Kabinett und gegenüber der gesamten Wirtschaft. Dem Kabinett gegenüber werde ihm bei dauernd angespannter Lage der Reichsfinanzen die Stellung eines finanziellen Beraters zufallen, die er, ohne in die impulsive Art *Schachts* zu verfallen, mit Nachdruck ausüben werde. Er werde dadurch in die Lage versetzt, sowohl dem Kabinett gegenüber wie auch gelegentlich nach außen immer wieder zu unterstreichen und den Beweis dafür zu erbringen, daß mit der in Deutschland getriebenen Politik weder die Finanzlage saniert noch die Wirtschaftslage gebessert werden könne. Es werde sich hieraus von selbst ergeben, daß er zugleich auch in gewissem Sinne als politischer Vertrauensmann der Wirtschaft, und zwar auch seitens derjenigen Kreise angesehen werde, die ihm politisch bisher ferner gestanden hätten. Von dieser Stellung werde er nach außen sehr vorsichtig, nach innen sehr kräftig Gebrauch machen.

2. Sein Verhältnis zum Reichspräsidenten sei leider im Augenblick kein enges. Er habe das Gefühl, daß der alte Herr nicht mehr so zu ihm stände wie in den ersten Zeiten seiner Kanzlerschaft. Möglich, daß sein Fall über die Flaggenfrage und sein Sturz gerade durch die Deutschnationalen dieses Ergebnis gehabt hätte[3]. Man könne sich darüber klar sein, daß *Hindenburg* schwer darunter leide, von denjenigen Kreisen durch die Entwicklung abgedrängt zu sein, die seine Wahl am stärksten betrieben haben. Er, der als alter Soldat früher etwa der Auffassung gewesen sei: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten", müsse nun nach innen und außen den eigentlichen Rückhalt von Koalitionen bilden, bei der die Linke am stärksten vertreten sei. Die bisher von *Hindenburg* hinzugezogenen Berater hätten ihn nicht davon zu überzeugen vermocht, daß nach einem gewissen Ablauf der jetzigen Entwicklung durch ein Kampfkabinett eine Änderung der Verhältnisse herbeigeführt werden müsse.

In seiner heutigen Stellung sei es ihm nicht möglich, ohne die Gefahr völliger Mißdeutung dem Reichspräsidenten derartige Gedankengänge nahezubringen. Als Präsident der Reichsbank trete er wieder in einen unmittelbaren gelegentlichen Dienstverkehr mit ihm. Hierbei werde sich der Weg für folgende Darlegungen eröffnen: Heute erscheine zwar die Stellung des Reichspräsidenten als eine solche mit vertauschter Front, gegen ihn ständen seine früheren Anhänger, hinter ihm die Gegner seiner Kandidatur. Je mehr die Schwierigkeiten der Regierung sich steigerten, desto stärker suche man bei ihm eine Stütze, was ja schon in dem Schritt gegenüber *Scholz*[4], der übrigens auf einen Fehler *Meissners* zurückzuführen sei, zum Ausdruck gekommen wäre. Seine Popularität bis weit in die Kreise

3 Zum „Flaggenstreit" Michael Stürmer, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 36), Düsseldorf 1967 S. 147 ff.; zur Beurteilung *Luthers* durch *Hindenburg* Jonas S. 187.

4 Nr. 25 mit Anm. 2.

der Linken habe dadurch ständig zugenommen. Es werde daher, sofern die Notwendigkeit anderer Entschlüsse sich später ergeben sollte, der Linken auch nicht möglich sein, gegen ihn aufzustehen. Dagegen ergebe sich die Aussicht auf eine Wiedervereinigung der Wege mit der Rechten, die jetzt murrend beiseite stände. Der Ablauf dieser Entwicklung werde sich für alle Kreise nicht als etwas Zufälliges, sondern als das Ergebnis einer ruhigen, abwartenden und weisen Haltung des Reichspräsidenten darstellen. *Luther* glaubt, daß die Aussicht, in absehbarer Zeit doch noch einmal wieder Frieden mit der Rechten zu machen, den Lebensmut *Hindenburgs* stark aufrichten werde.

Dem Ausland gegenüber ergebe sich ein großer Kreis von Aufgaben, in denen er als Reichsbankpräsident hoffe, seine vielfachen Beziehungen zum Nutzen Deutschlands auswerten zu können. Zunächst handle es sich um die Gestaltung der Beziehungen zur Bank für internationale Zahlungen, die von größter Wichtigkeit seien. Des ferneren müsse gegenüber dem allgemeinen Pessimismus, der in der Welt infolge der schlechten Finanzgebarung der öffentlichen Hand gegenüber Deutschland Platz gegriffen habe, neues Zutrauen geschaffen werden. Er hoffe zum mindesten, das Vertrauen in eine günstige Entwicklung der deutschen Wirtschaft unter gewissen Voraussetzungen im Ausland wiederherstellen zu können. Sofern die Lage politisch nicht krisenhaft bleibe, beabsichtige er, schon nach zwei Monaten nach Amerika zu fahren, um das Zusammenarbeiten mit den amerikanischen Notenbanken sicherzustellen und bei dieser Gelegenheit Wallstreet seinen Besuch zu machen. Es handle sich darum, die Vorbereitungen einer großen und langfristigen Auslandsanleihe mit niedrigem Zinsfuß vorzubereiten, durch die eine Einwirkung auf die Rückführung des bisher hohen Zinsfußes für langfristige Kredite in Deutschland erhofft werden könne. Die Frage der Senkung des Zinsniveaus sei fast ebenso wichtig wie die der Reparationen. Eine Regierung schließlich, die Reformen von der notwendigen Tragweite im Deutschen Volk durchsetzen wolle, müsse auch in der Lage sein, zugleich starke wirtschaftliche Vorteile mitzubringen.

Zusammenfassend ist *Luther* also der Ansicht, daß eine Vorbereitung nach den verschiedensten Richtungen von seinem neuen Amte aus viel wirksamer möglich sein wird als aus seiner bisherigen Abseitsstellung heraus. Er ließ in sehr eindrucksvoller Weise erkennen, daß ihm der Posten des Reichsbankpräsidenten in dem Augenblick völlig gleichgültig sein würde, in dem er die Notwendigkeit eines Eingreifens an höchster politischer Stelle gegeben sehe. Er deutete sogar an, daß er den Antritt seines Amtes bis zum 3. April herausgeschoben habe, um auf alle Fälle den Ablauf der jetzigen Krise zu beobachten, von der er allerdings, wie oben dargelegt, nichts Entscheidendes erwarte.

Die verschiedensten Stellen, mit denen er seine Entschlüsse durchgesprochen habe, hätten ihm beigestimmt, so *Kempner, v. Mendelssohn, Scholz, Krupp, Petersen, Reusch, Goldschmidt, Wilmowsky,* Parker *Gilbert* usw.

Der Gesamteindruck, den ich aus dieser Unterhaltung hatte, war der, daß *Luther* alle Möglichkeiten bis zu Ende durchgedacht und einen richtigen Entschluß gefaßt hat. Sein leidenschaftliches politisches Interesse und sein ausgeprägtes Gefühl für die geschichtliche Verantwortung, die infolge des großen Vertrauens seiner Freunde auf ihm ruht, bürgen dafür, daß er wieder zur Verfügung steht, wenn es

Zeit wird zu handeln. Es wurde schließlich zwischen uns abgesprochen, daß einer etwaigen Resignation unter seinen Freunden in gewissem Sinne dadurch entgegengearbeitet werden solle, daß *Luther* in einem Interview durchblicken läßt, wie er seine Aufgabe auffaßt, wobei er natürlich nur sehr vorsichtige Andeutungen machen kann.

gez. *Jänecke*

32.

10. 3. 1930: Reichsminister Moldenhauer an Duisberg (Leverkusen)

Autographensammlung Duisberg. Handschriftliche Einfügung. Paraphe Duisbergs.

Sehr verehrter Herr Geheimrat!

Die Erklärung der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft[1] veranlaßt mich, an Sie zu schreiben, nicht nur als dem Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, sondern auch als dem Mann, mit dem mich langjährige Zusammenarbeit verbindet. Ich habe die Entschließung der Spitzenverbände, die mit einer Handbewegung meine ganze Arbeit beiseite schiebt, außerordentlich bitter empfunden. Das Problem war, zunächst die Kasse zu sanieren. Sie werden mir zugeben, daß die trostlosen Kreditverhältnisse des Deutschen Reichs auch den Kredit der deutschen Wirtschaft schädigen, insbesondere dadurch, daß die Ansprüche der Reichskasse zu Ultimo zur Verknappung des für die Wirtschaft zur Verfügung stehenden Geldes führen. Es gibt zwei Möglichkeiten, die Kasse zu sanieren: die Ausgabensenkung und die Einführung neuer Steuern. Ich bin ernstlich an das Problem der Ausgabensenkung herangegangen. Ich habe zum ersten Mal eine Bresche in den Etat des Arbeitsministeriums gelegt. Ich habe die Ermächtigung vom Kabinett, ein Ausgabensenkungsgesetz vorzubereiten, das systematisch auf allen Gebieten eine Senkung der Ausgaben vorsieht. Wenn verlangt wird, daß ich 400 Millionen Zuschüsse zur Invalidenversicherung streiche, so übersieht man, daß diese Zuschüsse auf Gesetz beruhen und daß, auch wenn man sie auf gesetzgeberischem Wege beseitigt, dann die Beiträge entsprechend erhöht werden müssen. Ich glaube, daß ich im Rahmen des gegenwärtigen Etats das Menschenmögliche hinsichtlich der Ausgabensenkung erreicht habe[2]. Wenn ich neue Steuern einführe, so geschieht es, um die Riesenschuld, die angewachsen ist, zu vermindern. Ich habe aber nur solche Steuern vorgeschlagen, die es ermöglichen, nächstes Jahr, wenn die schwebende Schuld getilgt ist, um diese Beiträge die direkten Steuern, Einkommen- und Gewerbesteuer, zu senken. Das Kabinett hat sich nicht nur grundsätzlich zu diesem Gedanken bekannt, nämlich die Steuern im nächsten Jahr um 600 Millionen zu senken, es hat nicht nur festgelegt, daß der Etat des nächsten Jahres unter dem diesjährigen liegen muß, es hat auch bereits den Entwurf eines Einkommensteuergesetzes verabschiedet, der die Einkommensteuer um 12½%

1 Nr. 30, Anm. 1.

2 Ähnlich die Stellungnahme *Kastls* vom 28. 3. 1930 vor dem RDI in Nr. 21, Anm. 6.

senkt[3]. Während der Höchstsatz von 40% jetzt bei 80 000 RM Anwendung findet, wird er in Zukunft erst bei 290 000 RM Einkommen erhoben, bedeutet also gerade für die großen Einkommen eine sehr wesentliche Entlastung. Daß ich die Industriebelastung zunächst nur um 20 Millionen senke, ist gegenüber dem *Hilferding*schen Programm eine Abweichung. Ich habe diese Konzession gemacht, um damit wirksam den Gedanken zu bekämpfen und unmöglich zu machen, die Einkommensteuer in diesem Jahr um 10% zu erhöhen. Ich habe gerade über diese Frage vorher mit Herrn *Lammers* und Herrn *Bücher* gesprochen, die zwar erklärten, daß sie namens der Treuhänder der Bank für Industrieobligationen dagegen protestieren würden, aber in der Besprechung mit mir volles Verständnis für diese Pläne im ganzen zeigten[4]. In der Arbeitslosenversicherung war mein erstes Bestreben, den Etat zu entlasten. Das ist geschehen. In der Gegenwart, wo über 3 Millionen Arbeitslose auf der Straße sind, eine Herabsetzung der Leistungen vorzuschlagen, halte ich politisch für vollkommen falsch. Damit ruht die Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung nicht. Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich sie sehr energisch angreifen werde.

Wenn ich meine Vorschläge im ganzen überblicke, so bitte ich doch auch zu berücksichtigen, daß ich sechs Wochen Zeit gehabt habe, um auf einem Trümmerfeld, das ich vorfand, wenigstens die Fundamente zu errichten, auf denen sich der kommende Bau gründen soll. Mehr konnte im Augenblick nicht geschaffen werden. Nichts ist für die Zukunft verdorben, aber ein guter Anfang gelegt. Über diese mühsame Arbeit, die im schwersten Kampf der Sozialdemokratie abgerungen wurde, geht die Erklärung der Spitzenverbände einfach hinweg. Ich habe Herrn Dr. *Herle* und Herrn *Hamm* erklärt, ich glaube kaum, daß sich noch einmal ein Mann aus unseren Kreisen finden werde, der bereit ist, das große persönliche Opfer zu bringen, um im entscheidenden Augenblick im Stich gelassen zu werden. Diese Erklärung hat die letzte Möglichkeit einer Verständigung beseitigt, weil nun die Fraktion, die unter Führung von *Scholz* das Joch der Sozialdemokratie brechen und unter Umständen die nächsten vier Jahre in fruchtlose Opposition gehen will, in der Erklärung der Spitzenverbände eine Anerkennung ihres Verhaltens findet. Für mich selbst ist der Weg klar. Ich werde, sobald der Young-Plan angenommen ist, mein Amt zur Verfügung stellen[5], das ich nicht mehr bekleiden kann, nachdem mir nicht nur meine politischen Freunde, sondern auch die Wirtschaft ihr Vertrauen entzogen hat. Wenn die Regierungsgewalt für die nächsten Jahre vollkommen an die Sozialdemokratie und das Zentrum übergeht, so ist das nicht meine Schuld. Ich habe bis zum letzten Augenblick dagegen angekämpft. Aber ich allein kann das Schicksal nicht wenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr ergebener
Moldenhauer

3 Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1532ff.

4 Bestätigt durch Brief *Kastls* an *Duisberg* vom 16. 4. 1930, Autographensammlung Duisberg.

5 Das wenig später folgende Rücktrittsgesuch *Moldenhauers* wurde von *Hindenburg* nicht angenommen. Nr. 35.

33.

12. 3. 1930: v. Alvensleben an Generalmajor v. Schleicher

Nachlaß Schleicher N 42/29. Anstreichungen.

Lieber *Schleicher!*

Ich habe den Eindruck, daß die Krise im Reich sich immer deutlicher in der Richtung eines Hindenburg-Kabinetts *Brüning* entwickelt[1]. Da ich kaum Gelegenheit habe, Ihnen noch heute mündlich persönlich alle meine großen Bedenken gegen diese Lösung auseinanderzusetzen, halte ich mich [für] verpflichtet, aus dem Gefühle aufrichtigster und treuester Freundschaft zu Ihnen das Nachfolgende schriftlich festzulegen:

Das Kabinett *Brüning* würde sich auf die Autorität des Feldmarschalls stützen. Es würde sich die Reichswehr als Machtfaktor zurechnen und den Stahlhelm sowie den Jungdo als Prätorianergarde werten. Es wird von den Parteien die Gefolgschaft des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Volkskonservativen, der Bauern- und Landvolkpartei, der demokratischen Bauern des Herrn *Fehr,* evtl. der Wirtschafts-Partei und sogar der Demokraten haben. Mir scheint diese „Lösung" als die denkbar ungünstigste, und ich muß die ernsten Befürchtungen, die mir dieserhalb entstehen, für Sie und für die Zukunft festhalten. Das bin ich Ihnen und mir selbst und unserer Freundschaft schuldig. Hören Sie meine Gründe, warum ich dieses Kabinett *Brüning* ablehne:

1. Dieses Kabinett ist ein Zwitter: Als Hindenburg-Kabinett will es präsidial gebildet sein und mit Autorität des Reichspräsidenten regieren, aber es kann sich von seinen Parteibeziehungen nicht trennen, es bleibt dem Zentrum verhaftet.

2. *Brüning* selbst ist alles andere als ein überzeugter Anhänger des konstitutionellen Systems, dessen Inkraftsetzung die erste Pflicht eines Hindenburg-Kabinetts wäre; *Brüning* ist und bleibt Parlamentarier, der das parlamentarische System bisheriger Observanz retten will; ist doch das Zentrum gut genug dabei gefahren.

3. *Brüning* mißbraucht den Gedanken des Hindenburg-Kabinetts, da er in der Krise des parlamentarischen Systems, die auf dessen Ablösung durch eine parteifreie Regierung drängt, eine unmittelbare Gefahr für das Zentrum sieht.

4. *Brüning* will aus dem gleichen Interesse keine „Reichsreform". Seine Bedingungen für die Klientel aus dem volkskonservativen Lager, dem Bauernlager usw. sind die, daß in Preußen die Koalition bleibt, die Deutschnationalen – wegen ihrer von ihm perhorreszierten Schul- und Kultur-Politik nicht in die Regierung kommen dürfen und die gegenwärtige verfassungsrechtliche Stellung Preußens im Reich wenigstens zehn (!) Jahre erhalten werden muß.

5. *Brüning* bricht also nicht mit den Sozialdemokraten, wenn auch vorläufig kein Sozialdemokrat in seine Regierung aufgenommen werden dürfte.

6. *Brüning* bleibt seiner Herkunft gemäß abhängig von den Gewerkschaften und ihrer Bürokratie.

1 Vgl. Nr. 36, Anm. 3.

7. Infolge dieser Abhängigkeiten wird *Brüning* auch keine Finanz- und Steuerreform zuwege bringen, wie natürlich auch keine Wirtschafts- und Sozialreform, ohne die ja die Ordnung der Finanzen unmöglich ist. Übrigens fehlen *Brüning* dazu die qualifizierten Persönlichkeiten in seiner Gefolgschaft.

Die Folgen?

I. Die Regierung *Brüning* wird nicht anders wirken wie der fortgesetzte Schlendrian des parlamentarischen Systems. In kurzer Zeit werden die Kassenschwierigkeiten verschärft wiederkehren. Die Wirtschaftskrise und mit ihr die Arbeitslosigkeit werden bis zu unmittelbarer Revolutionsgefahr anwachsen.

II. Der Name des „Hindenburg-Kabinetts" wird mißbraucht und verbraucht. Der Gedanke einer präsidialen Regierung der Reform wird seine suggestive Kraft verlieren.

III. Die Autorität des Feldmarschalls wird verschwendet. Wenn der alte Herr den Mißbrauch seiner Autorität und den Betrug an ihm erkennt, wird die Präsidentenkrise unvermeidlich! –

Im Gespräch mit Ihnen habe ich eine Regierung *Brüning* als Ära *Kerenski* bezeichnet. Nehmen Sie diesen Vergleich nicht wörtlich. Aber er drückt sehr gut die Summe meiner Sorgen vor den obengenannten Folgen eines Versuchs mit *Brüning* aus. *Brüning* könnte in oder für eine Präsidialregierung Großes leisten. Sein parlamentarischer Ehrgeiz und sein Zentrumsdenken führen ihn einen falschen Weg. Ich beschwöre Sie, meine Vorstellungen so ernst zu nehmen, wie sie gemeint sind. Können Sie auch nur einem Teil meiner Ausführungen zustimmen, dann müssen Sie alles tun, was Sie von Ihrer bevorzugten Stellung aus tun können, um diese Scheinlösung zu verhindern.

Ich bitte Sie, lieber *Schleicher,* diesen Brief für sich zu behalten und ihn mit niemandem zu besprechen. Sie wissen, wie nahe Sie meinem Herzen stehen. Nehmen Sie meine Zeilen als den Ausdruck meiner allergrößten Sorge, daß auch Ihre Stellung, lieber *Schleicher,* auf das schwerste erschüttert werden kann, wenn diese geplante Regierung *Brüning* kommt. Viel besser wäre es, der alte Herr gäbe dem Reichskanzler *Müller* den § 48. Ich würde diese Lösung der *Brüning*-Lösung entschieden vorziehen. Ich sehe nur noch eine Rettung, und das ist der Tag, an dem Sie, mein lieber *Schleicher,* die Geschicke unseres Vaterlandes verantwortlich in die Hand nehmen werden.

In dieser Zuversicht bin und bleibe ich
immer Ihr Werner *Alvensleben*

34.

14. 3. 1930: Duisberg (Cannes) an Reichsminister Moldenhauer

Autographensammlung Duisberg. Telegrammabschrift[1].

Brief vom Zehnten[2] soeben hier in Cannes erhalten. Bedaure lebhaft Ihre schwierige Lage. Sicherlich verstehen Sie auch Situation Spitzenverbände der Wirtschaft. Ihre Aufgabe ist allerdings, in erster Linie für Sanierung der Finanzen zu sorgen. Jedoch erwartet Wirtschaft ganz erhebliche Ausgabensenkung bei Reich, Ländern und Gemeinden, vor allem auch auf sozialpolitischem Gebiet. Wenn Linke dies ablehnt, wird sich immer mehr zeigen, daß Wirtschaft ohne Senkung direkter Steuern sich nicht entwickeln kann, sondern weiter zurückgeht. Auslandsanleihen werden dabei nicht mehr helfen. Wenn Ihre Partei Kabinettsbeschlüsse nicht mitmachen kann, was ich voll und ganz verstehe, und Sie Konsequenzen daraus ziehen, verlieren Sie durchaus nicht das Vertrauen der Wirtschaft. Im Gegenteil, dies bleibt Ihnen dann erst recht erhalten.

Beste Grüße
gez.
Duisberg

1 *Herle* teilte *Duisberg* daraufhin telegrafisch mit: „*Frowein* und ich freuen uns sehr über Ihre Billigung des Standpunktes der Spitzenverbände. Schweigen oder gegenteilige Stellungnahme wäre für uns unmöglich gewesen. [. . .]" Telegramm-Abschrift. Autographensammlung Duisberg.

2 Nr. 32.

35.

15. 3. 1930: Reichsminister Moldenhauer an Duisberg (Leverkusen)

Autographensammlung Duisberg. Paraphe Duisbergs.

Sehr verehrter Herr Geheimrat!

Ich bestätige mit bestem Dank den Eingang Ihres Telegramms[1], das mir der Reichsverband der Deutschen Industrie übermittelt hat. Mittlerweile haben sich die Dinge etwas geändert. Es wird wenigstens der Versuch gemacht, zu einer Verständigung zu kommen[2]. Andererseits hat der Herr Reichspräsident mir mitteilen lassen, daß er mein Rücktrittsgesuch unter keinen Umständen im Augenblick annehmen werde. Ich werde alles daran setzen, um über die Sanierung der Kasse zu der Entlastung der Wirtschaft zu gelangen, die ich in voller Übereinstimmung mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft und jedem einsichti-

1 Nr. 34.

2 *Moldenhauer* bezieht sich auf die Parteiführerbesprechungen über das Finanzprogramm, zu denen die DVP am 15. 3. 1930 hinzugezogen wurde, nachdem SPD, DDP, Zentrum und BVP zuvor unter Ausschluß der DVP getagt hatten. Maurer S. 119f.

gen Manne als unbedingt notwendig erachte. Es würde mich freuen, auch in dem weiteren Kampf auf Ihr Vertrauen rechnen zu können.

Mit verbindlichem Gruß
Ihr ergebener
Moldenhauer

36.

18. 3. 1930: v. Gilsa an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 400101293/4a. Durchschlag – Tgb. Nr. 221. Handschriftliche Einfügung.

Sehr geehrter Herr *Reusch!*

Bei meiner heutigen Rückkehr nach Berlin stellte ich fest, daß von allen Seiten ein Druck auf unsere Fraktion ausgeübt wird in der Richtung, daß wir dem *Moldenhauer*schen jüngsten Kompromißvorschlag bezügl. der Arbeitslosenversicherung[1] zustimmen sollen. Aber auch dieser Vorschlag enthält nach meiner Ansicht keinen entscheidenden Zwang auf die Reichsanstalt, von sich aus die notwendigen Reformen, von denen ich auch in meinem kurzen gestrigen Bericht gesprochen habe, durchzuführen. Infolgedessen halte ich ihn für ungenügend, und wir werden heute von unserem Flügel aus Gegenvorschläge machen.

Von den neuen Steuergesetzen hat der Reichsrat zunächst alle die an den Reichstag weitergegeben, die Erhöhungen oder Neueinführung von Steuern betreffen. Dagegen hat der Reichsrat das zurückbehalten, was nach dem *Moldenhauer*schen Vorschlag gewisse Entlastungen bringt, nämlich die vorgesehene Senkung der Einkommensteuer und eine vorübergehende anderweitige Regelung des Finanzausgleichs. Man möchte uns allzu gern verlocken, zunächst die neuen Steuern zu bewilligen, und man vertröstet uns damit, daß ja dann nach deren Annahme die anderen Dinge geregelt werden könnten. Ich bin durchaus dagegen, daß wir dieser Lockung folgen. Mit „Vorleistungen" haben wir bisher recht üble Erfahrungen gemacht. Flössen dem Reich ab 1. 4. 1930 durch die neu bewilligten Steuern mehr Gelder als bisher zu, so würde sicher der alte Schlendrian in der Finanzgebarung u. a. auch bei der Arbeitslosenversicherung weitergehen.

Was Sie mir gestern abend über die Unterredung zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und *Moldenhauer* mitteilten, habe ich hier diskret überprüft. Ich habe den Eindruck, daß die Mitteilungen *Moldenhauers* an Sie nicht den Tatsachen entsprechen, zum mindestens nicht in der Form, wie er Ihnen es mitgeteilt hat[2]. Vor einigen Tagen wurde dem alten Herrn ein an das Kabinett gerichtetes Schreiben vorgelegt, in dem er dem Kabinett Vollmacht geben sollte:

a) für die evtl. Auflösung des Reichstages,

1 Bezieht sich wohl auf den Vorschlag *Moldenhauers* vom 5. 3. 1930; Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1532ff.

2 Der Inhalt dieser Mitteilung ist nicht nachweisbar.

b) für ein evtl. Regieren auf Grund des Art. 48 der Verfassung und
c) wurde ihm nahegelegt, in dem Schreiben den Wunsch auszusprechen, daß die beiden volksparteilichen Minister auf alle Fälle in dem Kabinett bleiben sollten.

Wie mir mein anscheinend sehr gut unterrichteter Gewährsmann mitteilte, hat *Hindenburg,* anscheinend vornehmlich auf Betreiben von *Groener* und *Schleicher,* alle drei Ansinnen abgelehnt[3] und nur einen Brief an das Kabinett gerichtet, in dem er letzteres auffordert, möglichst bald für Ordnung in den Finanzen zu sorgen, insbesondere dafür Vorkehrung zu treffen, daß dem Reich ab 1. 4. 1930 die nötigen Geldmittel zur Verfügung ständen.

Vorausgesetzt, daß diese Schilderung zutrifft, so kann man mit einiger Rabulistik die Dinge ja auch so drehen, als ob *Hindenburg* mit seinem Schreiben *Moldenhauer* ersucht hätte, diese finanziellen Maßnahmen im Kabinett durchzuführen. Wie ich aber oben ausgeführt habe, soll dieses dem alten Herrn vollständig fern gelegen haben und nicht von ihm beabsichtigt gewesen sein.

Mit angelegentlicher Empfehlung

3 Daß *Schleicher* in diesem Sinne auf *Hindenburg* eingewirkt hatte, wird durch den Entwurf des Hauptmanns *Noeldechen* zu einer Vortragsnotiz *Schleichers* vom 10. 3. 1930 bestätigt. Abgedruckt in Vogelsang S. 414f. Danach schlug *Schleicher* vor, der Regierung *Müller* oder einer Regierung der Weimarer Koalition keine Auflösungsorder in die Hand zu geben, sondern „beim Platzen dieser Regierung" auf überparteilicher Grundlage eine neue Regierung unter *Brüning* oder *Scholz* zu bilden. Vogelsang S. 72ff.; Carsten S. 339f.; Maurer S. 124; Koops S. 210ff.

37a.

18. 3. 1930: Aktennotiz des Staatssekretärs Meissner über Unterredungen des Reichspräsidenten v. Hindenburg mit Schiele, Kastl, Silverberg und Caro

ZStA Präsi 209/Bl. 46. Handschriftliche Korrektur.

Der Herr Reichspräsident hat in der Frage der Aktion für ein Ostprogramm am 17. März nachmittags mit Herrn Reichsminister a. D. *Schiele,* am 18. März vormittags mit dem Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat *Kastl,* und nachmittags mit dem Industriellen Dr. *Silverberg*[1], Köln, und Geheimrat Professor Dr. *Caro,* Berlin, vertrauliche Unterhaltungen geführt. Für die drei letzten Unterhaltungen liegt der Gesprächsstoff bei[2].

Geheimrat *Schiele* erklärte dem Herrn Reichspräsidenten, daß die Landwirtschaft diese Aktion des Herrn Reichspräsidenten[3] aufs freudigste begrüßen würde, und stellte seine Dienste für dieselbe, auch für die psychologische Auswirkung auf die

1 Im Original „Silberberg".

2 Nr. 37b.

3 *Hindenburg* an *Müller* vom 18. 3. 1930. Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1581f.

Landwirtschaft, zur Verfügung. Ebenso haben die drei Herren der Industrie sich bereit erklärt, in den Kreisen der Industrie dahin zu wirken, daß die Anregung des Herrn Reichspräsidenten, die Mittel der Industriebelastung für eine landwirtschaftliche Hilfsaktion in Anspruch zu nehmen, günstige Aufnahme findet[4]; insbesondere hat Herr Dr. *Silverberg*[5] auf das bestimmteste erklärt, im Sinne seiner Rede bei der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 12. Dezember vorigen Jahres[6] weiterarbeiten zu wollen[7]. *M[eissne]r*

4 Im Präsidium des RDI löste das Entgegenkommen *Kastls* und *Silverbergs* in der Frage der Industrieobligationen Proteste aus. *Kastl* wurde vorgeworfen, seine Befugnisse überschritten zu haben. So *Blank* an *Reusch* vom 20. 3. 1930. HA/GHH 4001012024/6.

5 Wie Anm. 1.

6 Nr. 8a, Anm. 1.

7 Auf der Vorstandssitzung des RDI am 28. 3. 1930 verteidigte *Kastl* die gegenüber dem Reichspräsidenten eingenommene Haltung. BL RDI 62/10,4d. Auf der Vorstandssitzung vom 22. 5. 1930 trug *Silverberg* seine Vorstellungen zur Finanzierung der Osthilfe noch einmal vor, die anschließend einstimmig gebilligt wurden. BL RDI 62/10,4d.

37b.

18. 3. 1930: Gesprächsunterlagen des Reichspräsidenten v. Hindenburg für die Unterredungen mit Kastl, Silverberg und Caro

ZStA Präsi 209/Bl. 47–53. Durchschlag. Handschriftliche Korrekturen und Unterstreichungen[1].

Die Notlage der Landwirtschaft im Osten ist groß. Die Mißstimmung wächst bis zur Verzweiflung und wird gerade jetzt durch den Abschluß des polnischen Liquidationsabkommens und durch den bevorstehenden deutsch-polnischen Handelsvertrag noch verstärkt[2]. Ich halte es für unbedingt notwendig, in Verbindung mit dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen der notleidenden Landwirtschaft des Ostens, insbesondere der bäuerlichen, Hilfe zu bringen. Diese Hilfe muß einerseits bestehen in den zur Zeit der Beratung unterliegenden Maßnahmen

1 Anlage zu Nr. 37a.

2 Zur Stimmung der ostdeutschen Landwirtschaft ein Telegramm, das der Brandenburgische Landbund Anfang März 1930 an *Hindenburg* sandte: „Namens 100000 Märkischer Landwirte richtet der Gesamtvorstand des Brandenburgischen Landbundes an Euer Exzellenz als den Hüter von Deutschlands Freiheit und Ehre die dringende Bitte, der von der Reichsregierung beabsichtigten Opferung des deutschen Ostens die Zustimmung zu versagen. Die Preisgabe der deutschen Ostmark an den Polen muß alle Hoffnungen auf Deutschlands Wiederaufrichtung vernichten. Wir vertrauen auf Sie, Herr Reichspräsident, daß Sie als der Sieger von Tannenberg auch jetzt wieder Millionen deutscher Bauern, die treu an Deutschlands Ostgrenzen Wacht halten, vor dem raubgierigen Gegner schützen werden." ZStA Präsi 209/Bl. 31–32. *Meissner* übermittelte im Auftrag *Hindenburgs* dieses Telegramm *Schiele* und bat um eine Stellungnahme. *Schiele* antwortete am 14. 3. 1930 ausführlich, unterstrich die Befürchtungen des Brandenburgischen Landbundes und unterzog das deutsch-polnische Liquidationsabkommen scharfer Kritik. ZStA Präsi 209/Bl. 33–45. Dieser Brief *Schieles* gab die Veranlassung für die Einladung zum Gespräch beim Reichspräsidenten am 18. 3. Zum Verlauf des Gesprächs Nr. 37a.

zur Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft[3]. Dazu muß aber noch eine finanzielle Hilfsaktion zur Zinssenkung, Entschuldung und Besitzerhaltung im gefährdeten Osten treten, da ohne staatliche Hilfe die meisten Besitzer, große und kleine, gar nicht in der Lage sind, aus diesen Schulden sich zu lösen; denn die Hypothekenzinsen, die sie zu zahlen haben (9–10% und noch mehr), können auch bei guter Ernte nicht aus den Gütern herausgewirtschaftet werden. Ich will daher an den Reichskanzler gelegentlich der Vollziehung des polnischen Liquidationsabkommens und angesichts des bevorstehenden deutsch-polnischen Handelsvertrages den Appell richten, für diese finanzielle Hilfsaktion Mittel bereitzustellen[4]. Ein Teil der Mittel kann aus den durch die Zollerhöhung steigenden Zollerträgen gewonnen werden, den anderen Teil muß meines Erachtens die Industrie aufbringen. Es wäre dies ein billiger und gerechter Ausgleich, denn die in den letzten Jahren abgeschlossenen Handelsverträge haben immer der Industrie Vorteil, der Landwirtschaft aber neuen Preisdruck gebracht. Mein Gedanke geht dahin, daß aus Mitteln der Industriebelastung auf die Dauer der nächsten fünf Jahre jährlich ein gewisser Betrag von etwa 50 Millionen Mark für dieses Notprogramm der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt wird. Diese 50 Millionen Mark sind dadurch zu erhalten, daß der geplante Abbau der Industriebelastung gegenüber dem bisherigen Programm im Tempo verlangsamt und im Ausmaß verringert wird.

Ich bitte Sie um Äußerung hierzu und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in Kreisen der Industrie für diesen Gedanken die Stimmung vorbereiten wollten. Ich bemerke ausdrücklich, daß ohne einen solchen Ausgleich es mir schwer würde, dem polnischen Liquidationsabkommen und dem deutsch-polnischen Handelsvertrag meine Zustimmung zu geben[5], insbesondere deshalb, weil ohne einen gewissen Ausgleich seitens der Industrie die politische und wirtschaftliche Verbitterung im Osten zu einem Dauerzustand würde.

[Fortsetzung des Gesprächsstoffs für die Besprechung mit *Silverberg:*] Sie, Herr Dr. *Silverberg,*[6] haben in Ihrer Rede bei der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 12. Dezember vorigen Jahres[7] den Gedanken, durch Beibehaltung der Industrieabgabe für fünf Jahre der Landwirtschaft Mittel zur Verfügung zu stellen, und ähnliche Gedankengänge dargelegt. Ich wäre Ihnen daher für Ihre Stellungnahme dankbar und ganz besonders aber für Ihre Mithilfe bei der Durchführung meines Gedankens.

[Fortsetzung des Gesprächsstoffs für die Besprechung mit *Caro:*] Sie, Herr Geheimrat *Caro,* haben in der mir seinerzeit überreichten Denkschrift II[8] es als

---

3 Zum Stand der Diskussion im Kabinett hierüber Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1576f.

4 Abgedruckt a. a. O. S. 1571f.

5 In der Unterlage für das Gespräch mit *Kastl* lautet die Fortsetzung: „Ohne einen gewissen Ausgleich der Industrie würde die politische und wirtschaftliche Verbitterung im Osten zu einem Dauerzustand werden."

6 Im Original „*Silberberg*".

7 Nr. 8a, Anm. 1.

8 *Caro* übermittelte auf Aufforderung *Hindenburgs* am 11. 2. 1930 eine dreiteilige Denkschrift an das Präsidialbüro. Der erste Teil behandelte landwirtschaftliche, der zweite allgemeine wirtschaftliche Fragen, während der dritte auf politische Probleme einging. ZStA Präsi 209/Bl. 4, 9–14, 21–23.

eine Forderung ausgleichender Gerechtigkeit bezeichnet, daß die Industrie der Landwirtschaft einen Ausgleich gewährt. Sie haben dafür neben den Zöllen eine Art Ausfuhrabgabe angeregt; ich glaube aber auch, daß Sie diesem Vorschlag grundsätzlich zustimmen werden, und richte daher an Sie die Bitte, zur Durchführung dieses Gedankens in den Kreisen der Industrie zu helfen. Sie haben am Schluß Ihrer Denkschrift mit Recht ausgeführt, daß die Industrie sich nicht passiv verhalten dürfe, und haben nach einer zielbewußten Führung verlangt[9]. Ich bin bereit, hier die Führung zu übernehmen, und rechne damit, daß die Industrie Verständnis haben wird.

9 Der erwähnte Abschnitt lautete: „Das Abgleiten des Parlamentarismus der letzten Jahre, die Unmöglichkeit, die Anwendung notwendiger Mittel zur Rettung des Reiches länger zu verzögern, führt zwingend dazu, daß für eine gewisse Zeit und zur Erreichung gewisser Ziele eine schnellarbeitende, durch keine lange Reden und keine Reibungen gekennzeichnete Instanz geschaffen werden muß, die die notwendige Arbeit ausführt. Ist diese Arbeit getan, dann kann das parlamentarische System wieder voll eingesetzt werden. Ich bin sicher, daß es bei einer beruhigten Wirtschaft, bei gebesserter Wirtschaft und Finanzlage durchaus segensreiche Leistungen aufweisen wird. Aber das, was heute nötig ist, kann dieses System nicht leisten, weil es zu kompliziert ist, zu schwer fließt, zu sehr durch Rücksichten auf Einzelne abhängig ist. Was dem ganzen Volk nottut, das kann nur ein verantwortungsvoller Einzelner oder eine verantwortungsvolle Gruppe Einzelner leisten." ZStA Präsi 209/Bl. 23.

38a.

18. 3. 1930: Generalmajor v. Schleicher an Staatssekretär Meissner

Nachlaß Schleicher N 42/54[1].

Lieber Herr Staatssekretär!

In der Anlage erlaube ich mir, einen Brief vom Generalbevollmächtigten des Königs von Sachsen, Herrn *v. Thaer,* zu übersenden[2]. Ich kenne *Thaer* von früher als einen besonders ruhigen und nüchternen Mann, sonst würde ich Ihnen diesen Brief nicht übersenden, da ich von der Sorte täglich einige Dutzend bekomme. Ich bin an sich immun gegen derartige Klagen, glaube aber allmählich immer mehr, daß meine Lösung richtig ist.

In aller Herzlichkeit und mit den schönsten Grüßen

Ihr sehr ergebener
v. Schleicher

1 Abgedruckt in Muth S. 226.

2 Nr. 38b.

38b.

13. 3. 1930: Generalmajor a. D. v.Thaer (Sibyllenort) an Generalmajor v. Schleicher

Nachlaß Schleicher N 42/54. Handschriftliche Ergänzungen und Unterstreichungen[1].

Lieber General!

Zurückkommend auf das neulich Gesagte: Für Ostelbien ist es drei Minuten vor 24 Uhr. Wir sehen sonst den Untergang 700jähriger deutscher Ostpolitik.

Sie wissen ja, wie ausschlaggebend heute Wirtschaftsvorgänge auf das Weltgeschehen sind. Der Besiegte kann eine blühende Wirtschaft nicht beanspruchen. Aber bei dauernder Unterbilanz stirbt seine Wirtschaft und damit Land und Volk. So ist es im Osten jetzt. Des einen Zusammenbruch zieht den des anderen immer nach sich. In der Landwirtschaft bei Groß und Klein liegt der Anfang, die kleinen und größeren Gewerbebetriebe sind mit hineingerissen, anfangs in den Landstädten, jetzt auch in allen Großstädten des Ostens. Ein Geschäftshaus purzelt über das andere. – Das wäre evtl. noch tragbar, wenn lebensfähige Existenzen die morschen ablösten. Daran fehlt es aber gänzlich. Wer noch existiert als Unternehmer (ländlich oder städtisch!) rationalisiert, extensiviert, baut ab, entläßt. Der Entlassene (Arbeiter und Beamte) stempelt. Die wahre „tote Hand", d. h. das Heer der Stempler, schwillt immer mehr an, die Zahl derer, die dafür zahlen, wird kleiner. Folge: Verzweiflung, Extremisierung.

Trotz schwieriger Lage in der ganzen Weltwirtschaft war der Eintritt dieser Katastrophe bei uns vermeidbar. Unerhörte Skrupellosigkeit und Unfähigkeit der verantwortlichen Stellen haben sie hervorgerufen. – Kein Bauernsohn kann mehr seinen väterlichen Hof erben oder auf sonstige Möglichkeit hoffen, Geschwister auszuzahlen; kein Gutsbesitzer kann an die Erhaltung seiner Scholle glauben. Am trostlosesten sind die Aussichten für die Jugend. Sie sieht resigniert in die Zukunft.

Und da faseln noch gutgläubige Idealisten von dem großen Grenzwall deutscher Bauern, den wir gegen die slawische Flut errichten wollen! Schöner Gedanke! Der deutsche Bauer verläßt Hacke und Pflug, um dem Exekutor zu entgehen, sucht irgendwo in westlicher Industrie Arbeit, um im Winter zu stempeln.

Diesen furchtbaren Ernst der Lage hat der Westen (wozu auch Berlin gehört) scheinbar überhaupt noch gar nicht kapiert. Daß Sie persönlich im Bilde sind, glaube ich zu wissen. Kriegt ein Westler als weißer Rabe (z. B. *Solmssen)* mal einen kleinen Eindruck davon, so müssen wir uns schon geschmeichelt und „glücklich entdeckt" fühlen wie die Indianer bei der Ankunft von *Columbus.*

Dieses „Versacken" des Ostens ist die beste Chance nicht nur für die extremste politische Entwicklung, sondern auch für unsere östlichen Nachbarn. Sie haben vor zehn Jahren sich diese günstige Entwicklung noch nicht träumen lassen; sie werden sie ausnutzen.

Dagegen gibt es nur noch ein Mittel: sofortiger radikaler Umschwung unserer

1 Anlage zu Nr. 38a. Abgedruckt in Muth S. 227.

gesamten Innenpolitik, vor allem konsequente Einstellung der Wirtschaftspolitik auf die Erkenntnis, daß der Bauer der wichtigste Grundfaktor jeder Wirtschaft und jeder Politik ist. – In der Grünen Front gibt es wohl Intelligenz mit der nötigen Konsequenz, ich denke in erster Linie an *Brandes.* Aber die völlige Erfolglosigkeit ihrer bisherigen Arbeit beweist, daß das heutige System unfähig ist, ihnen zu folgen, vielmehr jede angefangene Maßnahme auf Umwegen sabotiert.

Daß unter diesen Umständen extreme Richtungen sich stark entwickeln, ist nicht wunderbar. – Das Umsichgreifen der „Nazis" ist geradezu erstaunlich. Alles läuft ihnen zu, vor allem die Jugend, und zwar aus allen Kreisen und aus allen Parteien, aus der Rechten, aus der Linken, wie aus der Mitte. – Die nächste Zukunft gehört ihnen; bei der Not dieser Zeit, der Robustheit ihrer Offensive und dem feurigen Schwung ihrer Propaganda muß man damit rechnen.

Hier ein Symptom: Ein Vetter von mir, aktiver, älterer Regierungsdirektor an einer großen östlichen Regierung, Mitglied der Deutschen Volkspartei, sagt: „Wir haben schon zu den Provinzialwahlen im Dezember alle (mit alleiniger Ausnahme der Marxisten) nur noch den „Nazi" gewählt, von den Regierungsdirektoren bis zum Maschinenschreiber. Warum? Wir sind zu verzweifelt über das Chaos. Wir wollen nicht, daß es auch nur Monate so weitergeht. Mag auch das Programm der Nazis noch so wirr sein, so werden sie doch hoffentlich dem jetzigen jammerhaften Staatswesen den Garaus machen. Schlimmer kann's doch nicht mehr werden. Vielleicht kommen wir so wieder hoch."

Die Alten gehen mit aus Resignation. Die Jugend aus Begeisterung (nach der sie sich so sehnt). – Und man muß zugeben, daß die Nazis an vaterländischer Opferwilligkeit und Rücksichtslosigkeit im Einsatz des eigenen Lebens die anderen stark in den Schatten stellen, auch im besonderen die Kommunisten. – Die Erlasse des Reichswehrministers[2] sind durchaus richtig und gut. Kein Wort gegen zu sagen. Als erfahrener Politiker wird er sich ja keiner Illusion darüber hingeben, wieviel mit Erlassen erreichbar ist. „Befreiung des Vaterlandes" zieht noch heute. – „Staatsgedanke", so wichtig und nötig er wäre, hat wenig Zugkraft, wenn keiner einen „Staat" sieht. – Ich will mich darüber selbst weiter nicht äußern.

Die Marxisten können ihn nicht schaffen, das Parlament auch nicht, die einzelnen Parteien ebenfalls nicht! Nur größte Kraft gepaart mit Charakter und selbstloser Vaterlandsliebe vermögen es – auch heute noch. Sie äußert sich niemals in der Vielheit.

Vorläufig scheint man die Karre weiter in den Dreck rennen zu lassen. *Schacht* ist gegangen[3]; man wurstelt weiter nach dem Programm: von heut auf morgen! Inzwischen darf halb Deutschland zugrunde gehen. Young-Plan und Polenabkommen sind in dritter Lesung angenommen. Ich bin zu wenig Fachmann, um mir ein endgültiges Urteil über die Folgen anzumaßen. Da *Vögler* und *Schacht* wenig [da]von wissen wollten, wenigstens in der heutigen Form der Verträge, sehe ich in der Annahme eine Verschlechterung unserer Stellung. – Aber ich stehe nun seit acht Jahren voll im Wirtschaftsleben des Ostens mitten drin. Darüber weiß

2 Staat und NSDAP S. 3ff., 8ff.

3 Vgl. Nr. 28 und 29.

ich wirklich Bescheid. Darum dachte ich Ihnen mal schreiben zu sollen und schreiben zu dürfen. Ich schreibe nicht pro domo, bin ja über die Höhe des Lebens auch hinweg. Für meinen derzeitigen alten Hohen Herrn wird's auch noch bis zum Lebensende reichen, wenn man von der Substanz alljährlich einen Fetzen abhackt. Aber die ostelbische Heimat liegt mir doch am Herzen. Wachsen auch bei harter Arbeit auf der Hälfte der Bodenfläche nur Roggen, Kartoffeln und Kiefern, an deren Stelle man nicht Baumwolle und Südfrüchte bauen kann, so hat sie doch in Jahrhunderten einen harten und zähen deutschen Volksstamm entstehen lassen, mit dem Preußens Herrscher ihre Kriege geschlagen und ihren Staat (einen wirklichen) gebaut haben. Das soll nun zum Teufel gehen. – Ich weiß, daß Ihnen das wohl ebenso nahe geht wie mir, denn Sie sind dieser Race ja auch entwachsen. – Sie stehen täglich in der politischen Brandung. Ich bin davon weit abgesetzt; trotzdem und gerade deshalb dachte ich Ihnen mal schreiben zu sollen.

In alter bekannter Wertschätzung
mit kameradschaftlichem Gruß
Ihr aufrichtig ergebener
v. Thaer

38c.

Staatssekretär Meissner an Generalmajor v. Schleicher

Nachlaß Schleicher N 42/54. Handschriftliche Notizen auf Nr. 34a[1].

Lieber Herr *v. Schleicher!*

Nach Kenntnisnahme ergebenst zurück. –

Darf ich Sie bitten, die Morgenblätter vom 19. des Monats und den neuen Appell *Hindenburgs*[2] daselbst zu lesen? Das ist die erste Etappe und die Brücke zu Ihrer Lösung! Das ist auch die Unterlage zum besten, was wir haben können, zum Führertum *„Hindenburg"*[3].

Mit besten Grüßen

Ihr getreuer sehr ergebener
Dr. *Meissner*

1 Abgedruckt in Muth S. 227.

2 Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1580ff. Vgl. Nr. 37a und 37b.

3 Vgl. Schulz, Staatliche Stützungsmaßnahmen S. 202.

39.

20. 3. 1930: Aufzeichnung des Legationsrats Redlhammer für Reichsminister Curtius (Auszug)

PA Büro StS Q/2. Überschrift: „Aufzeichnung für den Herrn Reichsminister. Geheim. Ganz persönlich." Paraphe von Curtius[1].

1. Innenpolitik

Aus absolut zuverlässiger Quelle höre ich, daß mit einem Scheitern der Finanzverhandlungen gerechnet wird. Bei der dann zu erwartenden Kabinettskrise soll nach den Absichten des Herrn Reichspräsidenten der Abgeordnete *Brüning* mit der Kabinettsbildung beauftragt werden. Die Vorarbeiten für die Bildung dieses sogenannten Hindenburg-Kabinetts sollen bereits soweit gediehen sein, daß mit einer raschen Bildung der neuen Regierung gerechnet werden könnte. Als Koalitionspartner wurden mir genannt: Demokraten, Volkspartei, Wirtschaftspartei, Zentrum, Bayerische Volkspartei, Volkskonservative Vereinigung.

Ich habe diese Informationen nachgeprüft und habe keine Veranlassung, an ihrer Richtigkeit zu zweifeln. Der im Zusammenhang mit [der] Innenpolitik immer wieder genannte General[2] hat vor Zeugen erklärt, die sogenannte Hindenburg-Regierung würde bis zum 26. dieses Monats, und zwar sofort nach dem Parteitag der Volkspartei, gebildet werden[3]. Der Herr Abgeordnete *Scholz* dürfte über die näheren Zusammenhänge orientiert sein.

[. . .][4]

Redlhammer

1 Anlage eines Briefes von *Curtius* an *Bülow* vom 22. 3. 1930. Auszugsweise abgedruckt in Maurer S. 128.

2 Wahrscheinlich *v. Schleicher.*

3 Reichsaußenminister *Curtius* schrieb jedoch am 23. 3. 1930 an Staatssekretär *v. Schubert*: „Mit der Reichskanzlei habe ich gestern vereinbart, daß ich bis auf weiteres nach Locarno zurückkehren kann. Ich rechne vorläufig nicht mit einer Krise und glaube daher mindestens eine weitere Woche abwesend bleiben zu können." PA Büro StS.A. 2. Vgl. Nr. 40.

4 Ausführungen über einen politischen Diskussionsabend des Herrenklubs zum Thema Bolschewismus.

40.

23. 3. 1930: v. Gilsa (Sterkrade) an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 400101293/4a.

Sehr geehrter Herr *Reusch!*

Ich habe auf dem Parteitag[1] die Sitzung des Zentralvorstandes und den ersten Tag des eigentlichen Parteitages miterlebt.

Stimmung und Verlauf des Parteitages spiegelten den gleichen Kampf für und

1 Parteitag der DVP in Mannheim am 22. 3. 1930. Schulthess 1930 S. 83ff.; Pünder S. 45.

gegen die Große Koalition wider, der sich ja auch in der Fraktion abspielt. Das Ergebnis des Parteitages ist das erneute Bekenntnis zu der Fraktionsentschließung vom 2. März dieses Jahres[2]. Damals wurde bekanntlich ein Mindestprogramm an Steuer- und Finanzforderung[en] aufgestellt, an dem die Fraktion unbedingt festhalten wollte.

Es war von vornherein damit zu rechnen, daß auf dem Parteitag, zumal er in dem linkseingestellten Mannheim stattfand, starke Stimmung dafür vorhanden war, unter allen Umständen auch jetzt noch eine Regierungskrise zu vermeiden und wie bisher mit der SPD auch unter weiteren Opfern zusammenzuarbeiten, unter der bekannten Formel: „um Schlimmeres" zu verhüten. *Scholz,* der dieser Stimmung von vornherein Rechnung tragen wollte, hielt eine sehr gemäßigte Rede, die sich zwischen beiden Anschauungen bewegte, um niemanden vor den Kopf zu stoßen. Um so schärfer prallten dann die Ansichten in der Diskussion aufeinander. Eine Zeitlang schien es, als ob die weiche Anschauung sich durchsetzen wollte. Da brachte die Rheinisch-Westfälische Arbeitsgemeinschaft die oben mitgeteilte Entschließung ein, und sie wurde angenommen. Merkwürdigerweise einstimmig, was wiederum ein Zeichen ist für die Art, wie auf solchen großen Versammlungen Entschlüsse zustande kommen. Soweit wären die Dinge also ganz gut gelaufen. Es entstand aber eine neue Gefahr auf der vertraulichen Pressebesprechung. An dieser Besprechung nahmen nur die volksparteilichen Pressevertreter sowie die beiden Minister, ferner *Scholz, Kempkes* und *Rheinbaben* teil. Bei dieser Gelegenheit machte *Curtius* den Versuch, die Stimmung umzuwerfen. Er betonte, daß auch weiterhin die größte Vorsicht wegen der Außenpolitik beachtet werden müsse[3]. *Tardieu* habe ihm angedeutet, daß die Erleichterung des Young-Planes sich für Deutschland nur dann voll auswirken würde, wenn, auf gut deutsch gesagt, keine innere deutsche Regierungskrise entstände und somit auch die augenblicklichen politischen Verhältnisse in Deutschland weiter dauern. Auch gewisse Befürchtungen bezüglich der Rheinlandräumung klangen leise hindurch. Der Zweck dieser Ausführungen war unstreitig der, die obige auf dem Zentralvorstand gefaßte Entschließung abzuschwächen und wieder einmal die Große Koalition zusammenzuleimen. Unmittelbar nach seinen Ausführungen verließ *Curtius* die Besprechung, nachdem er gesagt hatte, wie wenig er noch an eine Krise glaube, zeige der Umstand, daß er in Urlaub gefahren sei[4]. Diese Ausführungen erschienen *Scholz* doch nicht tragbar für die Partei. Er desavouierte den Minister zwar nicht gerade, aber er hob doch sehr scharf hervor, daß die Partei nicht gesonnen sei, unter allen Umständen mit der Sozialdemokratie zusammenzubleiben, wenn sie sich den berechtigten Forderungen der DVP weiter wie bisher verschlösse. Immerhin hat *Curtius* bei einem Teil der Presse seinen Zweck erreicht. Am auffallendsten ist dies wieder bei der Kölnischen Zeitung zu verzeichnen, die sich ja überhaupt immer mehr zu einem Krebsschaden für eine verständige deutsche Politik auswächst.

Praktisch hat die Reichstagsfraktion für ihre künftigen Entschließungen völlig

2 Ursachen und Folgen VII S. 656.

3 Vgl. Curtius S. 141 ff., S. 161 ff.

4 Nr. 39, Anm. 3.

freie Hand behalten. Die Kämpfe in Berlin werden voraussichtlich am kommenden Dienstag wieder beginnen. Ich werde Sie weiter auf dem Laufenden halten.

Mit angelegentlicher Empfehlung
v. Gilsa

41.

25. 3. 1930: Reusch (Oberhausen) an v. Gilsa (Sterkrade)

HA/GHH 400101293/4a. Durchschlag. Handschriftliche Korrektur.

Lieber Herr *v. Gilsa!*
Von Ihrem Bericht über den Parteitag in Mannheim[1] habe ich Kenntnis genommen. Sehr bedauert habe ich, daß keine scharfe Trennungslinie zwischen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie gezogen worden ist. Wenn die Deutsche Volkspartei nicht die Parole zum Kampfe gegen den Sozialismus ausgibt, dann wird die anzustrebende große Bürgerpartei niemals geschaffen werden können. Ich bin überzeugt, daß, wenn *Stresemann* am Leben geblieben wäre, er heute, nachdem er das Ziel seiner auswärtigen Politik erreicht hatte, die Ziele der Deutschen Volkspartei klarer herausgestellt hätte, als das jetzt durch den Parteitag in Mannheim der Fall war.

Mit bestem Gruß

1 Nr. 40.

42.

26. 3. 1930: Niederschrift über die Sitzung des Vorstandes der Reichstagsfraktion des Zentrums (Inhaltsangabe)

Zentrumsprotokolle S. 423 f.

Eßer berichtet über die ergebnislosen Verhandlungen der Parteiführer in der letzten Nacht[1]. *Brüning* habe erklärt, „daß für das Zentrum nun die Zeit des Verhandelns abgelaufen sei". *v. Guérard* ist der Ansicht, „daß das Kabinett die Vertrauensfrage stellen müsse", und regt eine Besprechung zwischen *Hindenburg* und *Brüning* an. *Ulitzka* tritt dafür ein, den Reichspräsidenten an sein Versprechen vom 11. März zu erinnern, alle „verfassungsmäßigen Mittel" einzusetzen[2].

1 Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1594 ff.; Morsey S. 221; Brüning S. 155 f.

2 Dieses Versprechen hatte *Hindenburg Brüning* in einer Unterredung gegeben, über die die Frankfurter Zeitung mit Datum vom 11. 3. 1930 folgendermaßen berichtete: „Über die Unterredung, die der Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums, Abg. Dr. *Brüning*, heute vormittag mit dem Reichspräsidenten hatte, wird von Zentrumsseite mitgeteilt, daß in dieser Unterredung der Reichspräsident habe erkennen lassen, daß eine Annahme des Young-Plans mit einer nur geringen

Brüning stellt demgegenüber fest, daß der Reichspräsident diesem Kabinett „nicht die Vollmachten für Artikel 48 geben" wird[3]. Sollte auch heute keine Einigung zwischen den Parteien erzielt werden, müsse das Zentrum vom Kanzler verlangen, bei *Hindenburg* „für die Demission des Kabinetts einzutreten"[4].

Mehrheit ihn vor die Frage stellen würde, ob der Young-Plan erneut zum Volksentscheid gestellt werden solle. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion habe betont, daß die Zentrumsfraktion aus vaterländischem Verantwortungsbewußtsein unbedingte Sicherheit dafür haben müsse, daß rechtzeitig die Gesetze zur Sicherung der Reichsfinanzen in Kraft treten. Der Reichspräsident habe darauf erklärt, daß er von derselben Notwendigkeit überzeugt sei und daß er von allen verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen werde, um die rechtzeitige Regelung der Finanzfragen zu verwirklichen." Frankfurter Zeitung vom 12. 3. 1930, Reichsausgabe Nr. 180–190. Vgl. Schulthess 1930 S. 67; Brüning S. 154f.; Pünder S. 41ff.; Morsey S. 218f.; Zentrumsprotokolle S. 413; Koops S. 214f.

3 Diese Information besaß auch bereits die DVP. Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. vom 25. 3. 1930.

4 Vgl. Koops S. 217f.; Conze, Politische Entscheidungen S. 202ff.; Maurer S. 130ff. In einem Brief an seinen Bruder vom 26. 3. 1930 schrieb *Schmidt-Hannover* bereits: „Herr *Brüning* ist stark dabei, eine Regierung zu bilden." Nachlaß Schmidt-Hannover 72a. Am 27. 3. 1930 notierte *Schäffer* in sein Tagebuch: „Im Reichstag, wo die Sozialisten den Kompromiß in der Arbeitslosenversicherung abgelehnt haben. Damit ist die Regierung *Müller* erledigt." In einer anschließenden Besprechung mit *Dorn* über die sich nun ergebenden Möglichkeiten gelangt *Schäffer* zu der Auffassung, daß parlamentarische Lösungen der Krise wenig aussichtsreich erscheinen. Sodann heißt es weiter: „B. Außerparlamentarische Lösungen: 1) Artikel 48. a) Der heutigen Regierung vertraut der Reichspräsident offenbar den Artikel 48 nicht an. b) Er wird ihn einer Regierung *Brüning* anvertrauen. Diese kann dann die Deckungsvorlagen erlassen und gleichzeitig die Senkungsvorlagen einbringen. Werden die Volksparteiler einer Regierung treubleiben, die ihnen bei Bewilligung der Deckungsvorlagen die Steuersenkungen nicht gewährt? 2) Auflösung des Reichstags. Es gibt diese Möglichkeit nur im Falle b) gegenüber einer Regierung *Brüning*. Es müßte alsdann der Artikel 48 angewandt werden." Nachlaß Schäffer ED 93.

43.

Bericht Moldenhauers über die Demission der Regierung Müller und die Bildung der Regierung Brüning (Auszüge)

Nachlaß Moldenhauer 3. Lebenserinnerungen, Ministerzeit III S. 26ff.

Unmittelbar nach der Rückkehr vom Parteitag[1] wurden die Verhandlungen mit den Regierungsparteien wiederaufgenommen[2]. Der Hauptkampf drehte sich um die Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung. Schließlich vereinbarten die bürgerlichen Parteien unter *Brünings* Führung einen Kompromiß[3], nach welchem der Zuschuß des Reiches auf eine bestimmte Summe beschränkt wurde. Sollte sich herausstellen, daß die Beiträge zur Deckung der Leistungen nicht ausreichten, so sollte unverzüglich die Regierung die notwendigen Schritte ergreifen und dem Reichstag die Vorschläge unterbreiten, die entweder eine Erhöhung der Beiträge

1 Mannheimer Parteitag. Vgl. Nr. 40 und 41.

2 Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1605ff.; Brüning S. 156.

3 Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1604f.; Timm S. 180; Maurer S. 132f.

oder eine Änderung der Leistungen oder sonst einen anderen Ausweg vorsehen sollten. Es gelang mir, der ich die Verbindung mit der Fraktion und den bürgerlichen Parteien in diesem kritischen Augenblick nicht verlieren wollte, das Kabinett zur Annahme dieser Kompromißformel zu bewegen. Sie schloß außerdem den Vorschlag zur Senkung der Steuern in Höhe von mindestens 600 Millionen RM für das Jahr 1931 ein. Das Kabinett stimmte mit allen gegen die Stimme *Wissells* schließlich zu[4].

Es begann dann mittags die Auseinandersetzung in der Fraktion[5]. Trotzdem es sich um einen Kompromiß handelte, der von *Brüning* und *Scholz* ausgearbeitet war, ergab sich noch eine starke Gegnerschaft, und zwar des schwerindustriellen Flügels. Aber auch andere, wie z. B. der *Graf Stolberg,* glaubten, nicht zustimmen zu können. Schließlich setzte *Scholz* die Annahme des Kompromißvorschlages mit einer größeren Mehrheit, wenn ich mich recht erinnere, von zwei Dritteln durch[6]. Die ständige Opposition betrug in der Fraktion selten mehr als fünfzehn. Unentwegt oppositionell waren acht, darunter der Schweine-*Schmid*[7], *Hugo, Hueck, v. Gilsa* als die Hauptanführer, denen sich meist *Hintzmann* anschloß. Diese Gruppe saß auch zusammen. Auch *Dauch* ging sehr häufig mit ihnen, ebenso *Becker,* seltener *Pfeffer.* Der arme *Winnefeld,* von der Industrie völlig abhängig, mußte wie die Großen aus dem Ruhrgebiet stimmen.

Als wir aus der Fraktionssitzung kamen, hörten wir, daß sich in der Sozialdemokratischen Fraktion die Gegnerschaft gegen den Kompromiß, um *Wissell* geschart, mehrte und *Severing* einen verzweifelten Kampf fechte[8]. Als um 4 Uhr[9] das Kabinett wieder zusammentrat[10], erklärte der Reichskanzler, daß seine Fraktion den Vorschlag abgelehnt habe. Es wurde von sozialdemokratischer Seite, ich glaube von *Severing,* vorgeschlagen, nunmehr auf die Regierungsvorlage zurückzugreifen und sie vor dem Reichstag zu verteidigen. Beim Zentrum, insbesondere *Wirth,* schien nicht übel Lust zu herrschen, entsprechend zu handeln. Auch *Dietrich* verhielt sich, wie immer in diesen kritischen Fällen, zurückhaltend und zweideutig. Ich erklärte mit aller Entschiedenheit, daß es für mich unmöglich sei, nachdem das Kabinett dem Kompromiß zugestimmt habe, wieder auf die alte Formel zurückzugreifen. *Wirth* erklärte, man müsse doch auch einmal mit seinen Freunden über die Frage sprechen. So schnell könne nichts entschieden werden. Es wurde auf seinen Antrag hin die Kabinettssitzung um eine Stunde vertagt. Ich suchte *Scholz* auf und sagte ihm, daß ich selbstverständlich bei meiner Auffassung bliebe. Alles andere bedeute einen Umfall gegenüber der Sozialdemokratie und werde von der Fraktion auch nicht ertragen. Er war selbstverständlich meiner Meinung.

---

4 Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1605ff.; Brüning S. 156.

5 Sitzung der DVP-Fraktion am 27. 3. 1930, 14.10 Uhr. BA R 45 II/67.

6 Die Abstimmung ergab 25 Stimmen für, 16 gegen den Kompromißvorschlag. Ebenda.

7 Carl *Schmid,* 1926–1930 Staatssekretär im Reichsministerium für die besetzten Gebiete, im ersten Weltkrieg Preußischer Staatskommissar für Volksernährung.

8 Zu den Vorgängen in der SPD-Fraktion Stampfer S. 562; Timm S. 182ff.; Conze, Politische Entscheidungen S. 206f.

9 Dem Protokoll zufolge begann die Sitzung eine Stunde später.

10 Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1608ff.

Als die Kabinettssitzung wieder eröffnet wurde, herrschte zunächst Schweigen, bis ich das Wort nahm – *Curtius* war noch in Locarno[11] – und erklärte, daß an meiner Meinung sich nichts geändert habe. Darauf fragte Herr *v. Guérard,* was ich tun würde, wenn ich überstimmt werde. Ich erklärte darauf, daß ich dann den Herrn Reichskanzler bitten müßte, mein Abschiedsgesuch unverzüglich dem Reichspräsidenten zu unterbreiten. Der Reichskanzler erklärte darauf mit bewegter Stimme, er halte nunmehr die Fortsetzung der Großen Koalition nicht für möglich, denn sie hätte Einmütigkeit im Kabinett vorausgesetzt. Er werde sich unverzüglich zum Reichspräsidenten begeben, um ihm den Rücktritt des gesamten Kabinetts anzukünden. Er dankte mit fast von Tränen der Rührung erstickter Stimme allen Mitgliedern des Kabinetts für die treue und loyale Zusammenarbeit. Es ist ihm dann von den verschiedenen Seiten der Dank ausgesprochen worden für seine unparteiische Geschäftsführung. Ich selbst, der ich schließlich den Anstoß zum Auffliegen der Großen Koalition gegeben, fühlte mich verpflichtet, auch meinerseits ihm den aufrichtigen Dank auszusprechen und das lebhafte Bedauern, daß das Geschick uns ein weiteres Zusammenarbeiten unmöglich mache. Es ist uns allen, glaube ich, sehr nahe gegangen. In ernster Stimmung trennten wir uns.

In der späteren Erörterung hat man es oft so dargestellt, als ob der Streit um ¼% Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung die Große Koalition gesprengt hätte. Das kann nur die Folge einer oberflächlichen Betrachtung der äußeren Vorgänge sein. In Wirklichkeit zeigte sich nach Fortfall der Klammer, die der Kampf um den Young-Plan bedeutet hatte, daß die Flügel nicht mehr zusammenarbeiten wollten, wenn auch ihre Vertreter im Kabinett die beste Absicht hatten. Die Deutsche Volkspartei war sehr ungern, nur von *Stresemann* gezwungen, in die Große Koalition hineingegangen. Sie hatte wegen *Stresemanns* Außenpolitik immer wieder zu Dingen ja sagen müssen, denen sie innerlich widerstrebte. Schon auf der Zentralvorstandssitzung Ende Februar 1929 war sehr klar zum Ausdruck gekommen, daß die Partei *Stresemann* die Gefolgschaft verweigern werde, wenn der Kurs so weitergehe. *Stresemann* hat damals sehr isoliert dagestanden. Ich bin einer der wenigen gewesen, die ihm beisprangen, nachdem fast alle seine sonst so eifrigen Freunde schwiegen. Diese Zentralvorstandssitzung ist für *Stresemann* eine der größten und schwersten Enttäuschungen gewesen. Er sah auf einmal, daß er die Partei nicht mehr in der Hand hatte. Wie viel weniger wäre *Scholz* in der Lage gewesen, gegen die Gesamtstimmung die Partei in der Großen Koalition zu halten, nachdem der letzte Anlaß fortgefallen war. Aber auch in der Sozialdemokratie wuchs die Neigung zum Bruch. Man sah, daß das große soziale Gebäude, das man zehn Jahre hindurch aufgeführt hatte, unter der Wucht der herannahenden Depression nicht zu halten war, und scheute sich, an dem notwendigen Abbau mitzuwirken. Keine Taktik hätte auf die Dauer diesen inneren Gegensatz überbrücken können.

Auch im Zentrum war langsam die Erkenntnis gedämmert, daß die sozialdemokratische Gefolgschaft nicht mehr möglich war. Langsam war im letzten Jahr *Brüning* immer stärker in den Vordergrund getreten, der zwar vom Deutschen Gewerkschaftsbund kam, aber in seinem ganzen Denken eine konservative, streng christliche Natur ist und sich viel mehr nach der Rechten als nach der Linken

11 Vgl. Nr. 39, Anm. 3.

hingezogen fühlte. Schon lange waren Bestrebungen im Gange, ihn in den Vordergrund zu schieben. Die Leute, wie der General *v. Schleicher* und andere in der Umgebung des Reichspräsidenten, die lange mit dem Gedanken einer Kandidatur *Luther* gespielt hatten, begannen nun, auf *Brüning* zu setzen und seine Kandidatur vorzubereiten, nachdem *Luther* durch die Wahl zum Reichsbankpräsidenten für die Kandidatur als Kanzler ausgeschieden war. Auch *Meissner* hat offensichtlich in diesem Sinne gewirkt. Es lag auch in den Wünschen des Reichspräsidenten[12]. Ich habe schon erwähnt, daß für ihn die Unterzeichnung des Young-Planes ein sehr großes Opfer war. Er hatte die Große Koalition, die nicht seinen politischen Anschauungen entspricht, um der Außenpolitik willen ertragen, aber nun war er sie richtig leid. Die beiden letzten Jahre seiner Präsidentschaft wollte er es nicht – so war der allgemeine Eindruck – mit einem sozialdemokratischen, sondern einem seinen ganzen Ideengängen näher stehenden bürgerlichen Reichskanzler zu tun haben.

[. . .][13]

Wie erwartet, wurde nach dem Rücktritt *Müllers Brüning* mit der Kabinettsbildung betraut. Da die Auflösung [der Regierung *Müller*] gegen die Sozialdemokraten erfolgt war, mußte *Brüning* versuchen, sich nach rechts anzulehnen. So wurde mit *Schiele* über den Eintritt ins Kabinett verhandelt[14], dem man das Landwirtschaftsministerium, das bisher *Dietrich* innehatte, anbot. Nun mußte für *Dietrich* Platz gemacht werden, der die Entfernung von dem ihm lieb gewordenen Amt peinlich empfand und unbedingt die Treppe herauffallen wollte. Das frei gewordene Wirtschaftsministerium schien ihm zu unbedeutend. Er wollte unbedingt das Reichsfinanzministerium haben[15]. Während man angenommen hatte, daß ich selbstverständlich wieder mit dem Reichsfinanzministerium betraut würde, während man erst große Zweifel hatte, ob *Curtius*, der mit dem Zentrum schlecht stand, als Außenminister bliebe, sahen die Dinge plötzlich anders aus. Der Reichspräsident setzte sich für *Curtius* ein, und auch *Brüning* bat ihn, unbedingt zu bleiben, weil er den Eindruck nach außen vermeiden wollte, als ob der Kurs *Stresemann* geändert werde[16]. Dagegen brachten die Morgenblätter es als zweifelhaft, wer Finanzminister und wer Wirtschaftsminister werden solle. Sowohl meiner wie *Dietrichs* Namen wurden für beide Posten genannt. Erst am Abend des zweiten Tages ließ mich *Brüning* rufen und bot mir das Wirtschaftsministerium an. Ich sagte ihm, daß ich bedauere, das ablehnen zu müssen. Ich wolle ihm durchaus keine Schwierigkeiten machen. Wenn er, um sein Kabinett zustande zu bringen, es für notwendig halte, *Dietrich* das Finanzministerium anzutragen, so sei ich

---

12 Vgl. Brüning S. 146ff.

13 Bericht über Verhandlungen mit der französischen Regierung wegen der Kreuger-Anleihe.

14 *Schiele* legte *Brüning* im Verlauf dieser Verhandlungen ein umfangreiches Agrar-, Wirtschafts- und Ostprogramm vor und verlangte die Zusicherung, daß seine Forderungen notfalls auch gegen die Mehrheit des Reichstags durchgeführt würden. Aufzeichnung *Schieles* anläßlich seines Eintritts in das Kabinett *Brüning* vom 29. 3. 1930, Nachlaß Pünder 131. Eine Einigung zwischen *Brüning* und *Schiele* gelang erst, als sich *Hindenburg* in die Verhandlungen einschaltete. Aufzeichnung *Westarps* über die Bildung der Regierung *Brüning*, Nachlaß Westarp.

15 Knappe Hinweise in Brüning S. 162 und S. 167 sowie v. Saldern S. 95.

16 Vgl. Brüning S. 162f.; Curtius S. 162f.

bereit, ohne Groll aus dem Kabinett zu scheiden. Ich wolle nicht Minister um jeden Preis sein, sondern ich wolle eine mir übertragene Aufgabe zu Ende führen. Darauf erklärte *Brüning*, unter dieser Voraussetzung nehme er natürlich von einer Änderung Abstand, und bat mich, das Finanzministerium zu übernehmen. Er hat dann *Dietrich* durch die Ernennung zum Vizekanzler abgefunden.

[. . .][17]

Ich verständigte mich noch mit *Schiele* über seine Agrarwünsche, die mir erfüllbar erschienen, so daß der Ernennung keine Schwierigkeiten mehr im Wege standen, die dann auch am anderen Morgen erfolgte. Während der Verhandlungen war der Gedanke aufgetaucht, auch *Scholz* in das Kabinett zu nehmen, und zwar als Minister ohne Portefeuille[18]. *Scholz* hatte sich dafür sehr begeistert. Er sagte mir, er bliebe dann Parteiführer, da er kein Ressort zu verwalten habe, habe aber andererseits ein vom Staat bezahltes Sekretariat. Auch spielten finanzielle Erwägungen, wie ich erst viel später erfahren habe, bei ihm eine Rolle. Es erschien mir aber undenkbar, ein solches Ministerium zu schaffen, weil auch damit zu rechnen war, daß am 1. Oktober das Ministerium für die besetzten Gebiete aufgelöst wurde – dies war ja eine meiner Sparforderungen – und der mit diesem Amt betraute Minister *Treviranus* dann auch Minister ohne Portefeuille geworden wäre. Unmöglich konnte dies Kabinett der Sparsamkeit mit zwei Ministern ohne Portefeuille beginnen. Als mir *Brüning* eine derartige Andeutung machte, habe ich ihm meine Meinung unverhohlen geäußert. Irgendwie ist dann später *Scholz* hinterbracht worden, *Curtius* und ich hätten seine Ernennung hintertrieben. Vielleicht datiert daher die Verschärfung der zwischen *Scholz* und mir bestehenden Spannung. In den nächsten Wochen konnte ich davon allerdings noch nichts entdecken.

17 Überlegungen zu der Frage, ob dieser Entschluß richtig war.

18 Brüning S. 165 berichtet dagegen, daß er *Scholz* das Justizministerium angeboten habe. *Scholz* wollte aber kein Ministeramt annehmen, wenn dadurch *Curtius* oder *Moldenhauer* als Minister ausscheiden müßten.

II.

Die erste Phase der Regierung Brüning (bis zur Auflösung des Reichstags am 18. Juli 1930)

44.

1. 4. 1930: Blank an Reusch (Karlsbad)

HA/GHH 4001012024/6. Durchschlag. Handschriftliche Korrektur.

Betrifft: Politische Lage.

Ich habe heute im Laufe des Tages versucht, mich über das voraussichtliche Schicksal des Kabinetts *Brüning* zu unterrichten. Die Ansichten hierüber gehen erheblich auseinander. Während viele Leute annehmen, daß in irgendeiner Form doch eine Billigungsformel oder dergleichen zustande kommt, so daß das Kabinett zunächst in normaler Weise weiterarbeiten könnte, sind andere der Auffassung, daß das Kabinett alsbald gestürzt werden wird. Auch über die voraussichtliche Entwicklung nach einem Sturz des Kabinetts *Brüning* sind die Ansichten geteilt. Während man ziemlich allgemein annimmt, daß Herr *Brüning* dann mit Zustimmung des Reichspräsidenten den Reichstag auflösen kann, wird an anderen Stellen die Auffassung vertreten, daß abermals der Versuch gemacht werden wird, ein anderes Kabinett auf parlamentarischer Grundlage zu bilden. Ich halte persönlich diese letztere Auffassung für irrig. Entscheidend hängt das Schicksal des Kabinetts *Brüning* natürlich von der Einstellung der DNVP ab, in der zur Zeit die Stimmung außerordentlich geteilt sein soll. Eine Anzahl von Abgeordneten hält es für verkehrt, das Kabinett jetzt sofort zu stürzen, und möchte sich ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett lieber für spätere Zeit vorbehalten, wobei man sich sagt, daß gerade für die Landwirtschaft und andere Berufszweige das Kabinett jetzt allerhand Günstiges tun könne und daß es für die Partei gefährlich sei, jetzt die erforderlichen Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft zu verhindern[1]. Die Sozialdemokratie wird ein begründetes Mißtrauensvotum einbringen und wird dieses Mißtrauensvotum unter Umständen so begründen, daß die Deutschnationalen ihm nicht zustimmen können. Sollte dieses Mißtrauensvotum abgelehnt werden, so könnte sich damit die Regierung unter Umständen nach früherer Praxis zufrieden geben. Es besteht allerdings dann die Gefahr, daß beispielsweise die Nationalsozialisten ein positives Vertrauensvotum beantragen, das dann vielleicht doch von der Mehrheit des Reichstages abgelehnt werden würde.

Die Landwirtschaft ist an der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Kabinetts jetzt besonders deshalb interessiert, weil angeblich der Plan besteht, in den nächsten fünf Jahren je 200 Millionen für ein Ostprogramm, das selbstverständlich stark agrarischen Einschlag haben würde, zur Verfügung zu stellen. Die Aussichten sind also zur Stunde noch nicht zu beurteilen. Persönlich bin ich der Auffassung, daß es vielleicht zu begrüßen wäre, daß der Reichstag das Kabinett stürzt und daß er dann aufgelöst wird. Auf diese Art und Weise würden zunächst der Reichsregierung sechs Wochen gegeben sein, in denen sie, unbeeinträchtigt durch parlamentarische Hemmungen, die erforderlichen Maßnahmen im Notverordnungswege ergreifen kann. Das Ergebnis von Neuwahlen müßte man dann abwarten und danach sehen, welche Konstellation sich im Parlament ergibt. Dies würde nach

1 Zur Haltung der DNVP Nr. 52.

meiner Auffassung klarere Verhältnisse schaffen, als wenn das Kabinett jetzt mit Mühe und Not parlamentarisch am Leben erhalten wird und dadurch erneut in eine außerordentlich starke Abhängigkeit von den Parteien gerät.

Diese Auffassung wurde mir soeben auch von Herrn Dr. *Springorum* bestätigt, den ich aus folgendem Anlaß angerufen hatte:

Heute rief mich der Geschäftsführer des Zentralverbandes der Banken, Rechtsanwalt *Bernstein,* an, mit dem ich bei der Finanzierung der letzten Wahlen ganz gut zusammengearbeitet habe. Herr *Bernstein* erklärte mir, daß man seitens der Banken den Parteien eröffnet habe, daß man eine Reichstagsauflösung im gegenwärtigen Augenblick unter allen Umständen vermeiden möchte. Es sei unbedingt erforderlich, die sich gerade gegenwärtig anbahnende vernünftigere Gestaltung der Verhältnisse auf dem Geld- und Kapitalmarkt nicht durch neue politische Beunruhigung zu stören – dies sei auch besonders dem Ausland gegenüber erforderlich –, außerdem sei man von Bankseite nicht in der Lage, einen neuen Wahlkampf in der hergebrachten Form zu finanzieren. Herr *Bernstein* legte mir nun nahe, wir möchten für die westliche Industrie den fraglichen Parteien unsere Stellungnahme in gleicher Weise zur Kenntnis bringen. Er glaube, daß dies von erheblichem politischen Einfluß sein würde.

Ich habe Herrn *Bernstein* auf diese Anregung erklärt, daß ich ihr für meine Person nicht stattzugeben vermöchte und daß es auch meines Erachtens unmöglich sei, eine dahingehende einheitliche Stellungnahme von seiten der westlichen Industrie herbeizuführen. Im übrigen hänge das Schicksal des gegenwärtigen Kabinetts und damit auch die Frage einer eventuellen Reichstagsauflösung mit in erster Linie von Herrn *Hugenberg* ab, auf dessen Entschlüsse wir keinen entscheidenden Einfluß ausüben können. Im übrigen sei es durchaus zweifelhaft, ob es richtig sei, das Kabinett *Brüning* durch wechselnde parlamentarische Mehrheiten künstlich am Leben zu erhalten, wodurch es zweifellos in seiner Aktionsfähigkeit aufs schwerste beeinträchtigt werde. Ich habe aber zum Schluß Herrn *Bernstein* zugesagt, daß ich die Angelegenheit prüfen wolle, um dann gegebenenfalls die Parteien entsprechend zu verständigen. Ich habe aber gleichzeitig keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich ein solches Vorgehen für höchst unwahrscheinlich halte. In meiner fernmündlichen Unterhaltung mit Herrn Dr. *Springorum* hat mir dieser seine vollständige Übereinstimmung mit der von mir Herrn *Bernstein* gegenüber eingenommenen Haltung zum Ausdruck gebracht. Ich werde daher der Anregung des Herrn *Bernstein* nicht Folge leisten.

Der letzte politische Bericht von Herrn *Humann* ist hier beigefügt[2]. Ich werde morgen weiter berichten[3].

gez. *Blank*

2 Nicht bei den Akten.

3 Nr. 47.

45.

1. 4. 1930: Niederschrift über die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei

Nachlaß Schmidt-Hannover 72a. Durchschlag einer Abschrift. Anstreichungen[1].

Vormittags:

Oberfohren teilt mit, daß *Schiele* Mandat niederlegte[2]. Ferner, daß Umbildung der Preußen-Regierung brüsk abgelehnt sei[3] und Moratoriumsinterpellation von jetziger Regierung nicht anerkannt werde.

Hugenberg fordert Neuwahlen im Juni. Kabinett gegen uns gebildet. Auch eine vorübergehende Duldung schadet der Landwirtschaft.

v. Richthofen stimmt dem Parteivorsitzenden zu. *Schiele* wird nicht erreichen, was er will. Es geht nur auf dem Wege der Diktatur mit Artikel 48 Reichsverfassung. Morgen tagt Landbund[4]. *Schiele* hofft, daß man ihm die Möglichkeit zur Anwendung des Artikel 48 gibt[5]. Von uns wird verlangt, daß wir die Möglichkeit hierzu geben und der Reichstag[6] nach Hause geschickt wird.

Hemeter: *Schiele* hat durch Niederlegung seines Mandates den christlichen Bauern Vorschub geleistet. Er *(Hemeter)* ist der Auffassung des Parteivorsitzenden, weicht nur betr. Zeitpunktes der Neuwahlen von ihm ab.

Westarp: Das Kabinett ist mit feindseliger Absicht gegen uns gebildet, also ist für uns nur Kampfstellung möglich. Es wird *Schiele* gelingen, die Preise zu heben. Ob er es mit Artikel 48 schafft, ist zweifelhaft, aber der Reichspräsident steht hinter *Schieles* Forderungen. Wenn wir die Regierung stürzen und *Schiele* setzt sich durch, sind wir in übler Lage.

Nachmittags:

Leopold teilt mit, daß Teile der Preußen-Fraktion der Ansicht sind, man müsse dem Kabinett eine Anlaufzeit geben. Einig müssen wir sein. *Schiele* hat mit uns keine Gemeinschaft gehalten. Wenn im Zentrum heute noch keine Neigung besteht, sich von der SPD vollkommen zu lösen, wird es das nach der Auflösung tun. Er ist für sofortige Auflösung.

Wallraf: *Wirth* hat sich immer mehr der Rechten zugeneigt und sei aus dem Saulus ein Paulus geworden. *Wallraf* will kein Mandat mehr annehmen. Nur kein Auseinanderfallen.

Oberfohren teilt Äußerungen *Brünings* mit: Das Ostprogramm soll nicht mit

---

1 Der Abfolge dieser und anderer Aufzeichnungen ist zu entnehmen, daß es sich um Auszüge aus dem Protokollbuch der DNVP-Fraktion handelt.

2 Vgl. Nr. 49.

3 Vgl. Nr. 59.

4 In dieser Sitzung stellte sich der Bundesvorstand des Reichslandbundes einstimmig hinter *Schiele*. Reichs-Landbund 10, Nr. 14 S. 162.

5 Nr. 43, Anm. 14 und Nr. 49.

6 In der Vorlage irrtümlicherweise „das Kabinett".

Artikel 48 gemacht werden[7]. Man will aus den Liegenschaften im besetzten Gebiet eine G.m.b.H. machen. Wenn Regierung nicht Genehmigung zur Durchführung bekommt, wird aufgelöst und immer wieder aufgelöst[8].

Philipp betont Einigkeit in der sachlichen Beurteilung des Regierungsprogramms und der Schuftigkeit unserer Behandlung. *Schiele* hätte *Hepp* ins Ministerium schicken sollen.

Bachmann: Wir verlassen unseren Freund *Schiele* nicht.

Mentzel: Dem Kabinett muß eine Anlaufsfrist gegeben werden.

Strathmann spricht für *Schieles* Verhalten und bittet um Beschreitung des Weges, den *Wallraf* und *Hergt* vorgeschlagen haben.

Es wird dann die Frage der Vertagung der Abstimmung über den Mißtrauensantrag verhandelt.

7 *Brüning* erwog bereits in diesen Tagen, die Sanierung der Kassen- und Finanzlage notfalls mit dem Artikel 48 durchzuführen. Aufzeichnung *Breitscheids* über eine Unterredung mit *Brüning* am 29. 3. 1930. Morsey S. 227.

8 Vgl. Nr. 59.

46.

2. 4. 1930: Niederschrift über die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei

Nachlaß Schmidt-Hannover 72a. Durchschlag einer Abschrift. Anstreichungen[1].

11 Uhr vormittags:

Verlesung der nachts vorbereiteten Erklärung betr. Mißtrauensantrag.

Schultz: Diese Erklärung ist eine Kriegserklärung, die das Land nicht versteht.

Lind: Ich fühle mich durch die Erklärung nicht gebunden.

Vogt: Es handelt sich nicht um Entscheidungen in politischer Richtung, sondern nur um wirtschaftliche Entscheidungen. Lassen Sie die Schärfen weg, oder wir müssen uns trennen.

Mentzel: Die Erklärung ist unannehmbar. Der Landbund hat *Schiele* einstimmig das Vertrauen ausgesprochen[2].

Bachmann: Auch aus einer kommunistischen Regierung muß herausgeholt werden, was möglich ist.

Strathmann: Wir sind überrumpelt worden. Die Erklärung kann die Regierung ja gar nicht annehmen. Sie zielt auf den Bruch mit der Regierung ab.

Oberfohren nennt als Mitverfasser der Erklärung u. a. *Wallraf, Hergt, Westarp.* Er verliest sie trotz fortwährender Störungen nochmals.
(Unterdessen tagt bereits das Plenum.)

1 Nr. 45, Anm. 1.

2 Nr. 45, Anm. 4.

12.30 Uhr mittags:
Es wird eine Kommission zur Festlegung einer neuen Erklärung eingesetzt.

12.45 Uhr:
Verlesung der neuen Erklärung.
Auch gegen diese werden von *Mentzel, Bachmann, Reichert* Einwendungen erhoben.

Lind: Es sei ihm unmöglich, gegen *Schiele* zu stimmen.

Rademacher: Die Erklärung wird allem gerecht.

Strathmann: Die Drohungen müssen aus der Erklärung heraus. Jedes kategorische Auftreten müsse vermieden werden. Es ist besser, eine Erklärung heute überhaupt nicht abzugeben und erst mit *Schiele* Fühlung zu nehmen.

Hergt verteidigt die Erklärung.

Schultz: Die Erklärung ist immer noch eine Kriegserklärung und wird draußen nicht verstanden werden. Nur *Schiele* kann etwas für die Landwirtschaft herausholen.

Steininger: Das Kabinett kann kein Vertrauen bei uns finden. Nicht wieder auseinanderfallen! Schlägt dann Mißtrauensvotum gegen *Wirth* und *Curtius* vor.

Soth versteht die Haltung der landwirtschaftlichen Kollegen nicht. Können Sie es verantworten, denselben Schritt von 1924 und 1927[3] zu tun?

Dingler: Warum sollen wir hier wie in Württemberg nicht auch einmal getrennt stimmen?

v. Richthofen: Meine Herren Landwirte, bricht unsere Partei, ist es vorbei mit unserem Vaterland! Sie haben die schwerste Verantwortung.

Schluß 1.40 Uhr.

Fortsetzung 4.30 Uhr:

Westarp: Wir behalten uns alles vor, lehnen das Mißtrauensvotum aber ab.

Lind empfiehlt Loyalität in der Einstellung gegenüber der Regierung. (**Schmidt:** Warum nicht Loyalität gegenüber dem Parteivorsitzenden!) *Wirth* und *Curtius* müssen fühlen, daß wir ihnen mißtrauen, damit aber genug.

Mentzel: *Schiele* hat zu unser aller Bedauern den falschen Schritt getan. Er ist aber nun einmal mit der Absicht und mit dem Rufe, uns zu helfen, in die Regierung gegangen. Wir kommen also um die Krise nicht herum. Wie können wir sie gemeinsam überstehen? Es muß der Regierung die Möglichkeit gegeben werden zu zeigen, ob sie der Landwirtschaft hilft. Tut sie es nicht, bin ich der erste, der gegen sie stimmen wird.

Westarp: Wir müssen unsere Vorbehalte ganz loyal klarstellen. Wir lehnen den polnischen Handelsvertrag ab. Setzt irgendein Druck in der Steuerfrage ein, so haben wir der Landwirtschaft gegenüber eine andere Position und können ihr sagen, daß das nicht ginge. Die Landwirte müssen uns noch eine Klärung darüber

3 1924: Dawes-Abkommen, 1927: Auseinandersetzung um den Zolltarif.

geben, ob sie wirklich niemals gegen *Schiele* und die jetzige Regierung stimmen können.

Bachem: Die Landwirtschaft wird sich für die Zukunft ihre Handlungsfreiheit vorbehalten.

Eine Abstimmung ergibt 28 Stimmen für die Auffassung *Hugenbergs,* 18 Stimmen dagegen.

47.

2. 4. 1930: Blank an Reusch (Karlsbad)

HA/GHH 4001012024/6. Durchschlag.

Betrifft: Politische Lage.

Die Situation der DNVP, von der, wie ich bereits gestern berichtete[1], für das Schicksal des Reichskabinetts außerordentlich viel abhängt, ist inzwischen sehr viel schwieriger geworden. Eine endgültige Klärung ist zur Stunde aber noch nicht erfolgt. Bei einer Aussprache über die Stellungnahme zur Regierungserklärung innerhalb der deutschnationalen Fraktion hat Herr *Hugenberg* weiter aufs entschiedenste für die Annahme des sozialdemokratischen Mißtrauensvotums plädiert[2]. Bei einer Abstimmung über die Stellungnahme der deutschnationalen Fraktion zum Kabinett haben sich auf die Seite des Herrn *Hugenberg* 25 Herren geschlagen, während 15 Herren für Enthaltung stimmten und 10 Herren dafür eintraten, das sozialdemokratische Mißtrauensvotum abzulehnen und damit für die Regierung einzutreten[3]. Zu dieser Gruppe gehören bemerkenswerterweise die Herren *Graf Westarp, Hergt, Wallraf, Schmidt*-Stettin, *Reichert, Rademacher* und einige süddeutsche Vertreter. Diese Gruppe steht also im schroffsten Widerspruch zu *Hugenberg.* Diese Entscheidung ist aber noch nicht als endgültig zu betrachten. Die Fraktion hält heute nachmittag eine weitere Sitzung ab, in der die Entscheidung fallen soll. Sollten sich morgen – was man für möglich hält – 15–20 Mitglieder der deutschnationalen Fraktion für die Regierung erklären, so würde dies voraussichtlich weitere katastrophale Folgen haben. Am Dienstag nächster Woche tritt die Parteivertretung der DNVP zusammen[4]. Bei dieser Gelegenheit würde Herr *Hugenberg* die Vertrauensfrage stellen. Das Vertrauen würde ihm zweifellos votiert werden und der Ausschluß sämtlicher Herren, die für die Regierung eingetreten sind, die notwendige Folge sein. Kommt es zu dieser Entwicklung, so würde sich damit die DNVP unter Führung von *Hugenberg* endgültig aus dem politischen Leben zurückziehen und nach Abfall nahezu sämtlicher Wirtschafts-

1 Nr. 44.

2 Vgl. Nr. 46 und 49.

3 Anderes Abstimmungsergebnis in Nr. 46.

4 Hierzu Nr. 59 und 60.

gruppen die „rein nationale Opposition" pflegen, wobei sie noch immer den Nationalsozialisten gegenüber agitatorisch im Hintertreffen wäre. Angesichts dieser Verhältnisse bei der deutschnationalen Fraktion ist es noch vollkommen unsicher, welches Schicksal der sozialdemokratische Mißtrauensantrag haben wird. Es ist von Herrn *Hugenberg* – um die Entscheidung hinauszuschieben – versucht worden, die Abstimmung über den Mißtrauensantrag vertagen zu lassen[5]. Dies hat Herr *Löbe* abgelehnt, da ein Mißtrauensantrag vor einem Vertagungsantrag rangieren muß.

Herr *Hugenberg* hat auch versucht, der Reichsregierung gewisse Fragen zu unterbreiten, um dann seine Haltung von der Beantwortung dieser Fragen durch die Reichsregierung abhängig zu machen. Die diesbezüglichen Fragen ergeben sich aus dem hier beigefügten Ausschnitt aus der BZ am Mittag von heute[6]. Dieser Versuch von seiten *Hugenbergs,* dem Kabinett Bedingungen zu stellen, ist von seiten des Kabinetts mit einer Art Ultimatum beantwortet worden, das dahin geht, daß, wenn die DNVP das Kabinett zu Fall bringt, unter allen Umständen der Reichstag aufgelöst wird[7]. Die Entschlossenheit, den Reichstag in diesem Falle aufzulösen, wurde mir besonders bestätigt durch eine fernmündliche Unterredung, die ich soeben mit Herrn *Treviranus* hatte. Er teilte ausdrücklich die von mir schon in meinem gestrigen Brief wiedergegebene Auffassung, daß es das richtigste sei, jetzt aufzulösen und die Regierung nicht länger in der Schwebe zu halten. Ich habe aus den Äußerungen von Herrn *Treviranus* den Eindruck, daß der Reichspräsident ganz entschlossen hinter dieser Regierung steht und daß er sich nicht scheuen würde, wenn notwendig, den Reichstag auch ein zweites und drittes Mal auflösen zu lassen. Aus allerhand Andeutungen entnehme ich, daß Herr *Treviranus* einen sehr weitgehenden Einfluß auf den Kanzler ausübt[8] und daß er gerade jetzt seine Aufgabe darin sieht, Herrn *Brüning* zum Durchhalten zu veranlassen und sich nicht etwa von den schwankenden Stimmungen im Parlament abhängig zu machen. Die Entscheidung fällt voraussichtlich im Laufe des morgigen Nachmittags, soweit sie nicht schon durch die heute abend erfolgenden Beschlüsse der deutschnationalen Reichstagsfraktion gegeben ist. Ein gewisses Moment der Unsicherheit liegt darin, daß sich überall das Gerücht erhält, daß mindestens 10–15 Sozialdemokraten der Abstimmung fernbleiben werden und dadurch vielleicht herbeiführen werden, daß das sozialdemokratische Mißtrauensvotum nicht angenommen wird.

Als Symptom dafür, daß sich immer weitere Kreise von der deutschnationalen Politik *Hugenberg*scher Observanz abwenden, wurde mir eben von einem parteideutschnationalen Journalisten mitgeteilt, daß gerade in der letzten Zeit die Abonnementsziffern der Berliner Börsen-Zeitung und der Deutschen Allgemeinen Zeitung, die sich bekanntlich stark für die Volkskonservativen eingesetzt haben, in sprunghaftem Wachsen begriffen seien.

gez. *Blank*

---

5 Vgl. Kabinettssitzung vom 3. 4. 1930, 16 Uhr. BA R 43 I/1442.

6 Nicht bei den Akten.

7 Vgl. Nr. 59; Brüning S. 168f.

8 Dazu Treviranus S. 119ff.

48.

3. 4. 1930: Niederschrift über die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei

Nachlaß Schmidt-Hannover 72a. Durchschlag einer Abschrift. Anstreichungen[1].

10.15 Uhr vormittags:

Oberfohren teilt Ergebnis seiner Unterredung mit *Brüning* und *Schiele* mit. Regierung bewilligte im voraus die von uns gestellten Bedingungen. Allgemeine Zustimmung zu dem Vorschlag *Hugenberg/Oberfohren.* **Parteivorsitzender** verliest die von ihm abzugebende Erklärung[2] und fordert, daß wir jetzt eine einheitlich geschlossene Kampftruppe sein müßten. Nationalsozialisten werden jetzt gegen uns sein. Innerhalb der Fraktion besteht jetzt der Zwang zu geschlossener Abstimmung, solange der jetzige Kampfzustand gegenüber der Regierung dauert. Kein Widerspruch[3].

1 Nr. 45, Anm. 1.

2 RT Bd. 427 S. 4770.

3 Vgl. Nr. 49.

49.

3. 4. 1930: Niederschrift von Graf Westarp über die Bildung der Regierung Brüning bis zur Ablehnung des Mißtrauensvotums am 3. April 1930 (Inhaltsangabe)

Nachlaß Westarp. Handschriftlich von Gräfin Westarp nach dem Diktat Westarps. Handschriftliche Korrekturen Westarps. Ohne Überschrift und Datum. Am 3. 4. 1930 oder an einem der folgenden Tage abgefaßt.

Am Vormittag des 28. 3. 1930 teilt *Schiele Westarp* mit, er habe unter der Voraussetzung, daß ihm sein Programm und im Falle von dessen Ablehnung durch den Reichstag oder bei sonstigem Sturz der Regierung die Auflösung des Reichstages und die Anwendung des Artikels 48 zugesichert werde, die Absicht, in das Kabinett *Brüning* einzutreten und sein Reichstagsmandat niederzulegen. Am Nachmittag und an den beiden folgenden Tagen treffen *Schiele* und *Westarp* mehrmals zusammen. Hierbei erfährt *Westarp*, daß *Schiele* sich schon vor einiger Zeit dem Reichspräsidenten auf dessen Drängen hin zur Verfügung gestellt und von diesem die Zusage zur Auflösung des Reichstages und der Anwendung des Artikels 48 erhalten habe. *Westarp* hält es für unbedingt notwendig, auch eine Bestätigung dieser Zusage von *Brüning* zu erlangen. Obwohl *Schiele* behauptet, diese schon erhalten zu haben, wird am 29. März ein Programm *Schieles* aufgesetzt[1], das *Westarp* absichtlich scharf formuliert, um eine Ablehnung durch *Brüning* zu erreichen. Danach hat es in den Mittagsstunden des 29. März den Anschein, als ob ein Eintritt *Schieles* in das Kabinett scheitern werde. Doch

1 Nachlaß Pünder 131. Nr. 43, Anm. 14.

kommt es auf Druck *Hindenburgs* zur Einigung. *Schiele* erklärt, daß er *Brüning* gegenüber bis auf seine Vorstellungen zur Arbeitslosenversicherung[2] alle Forderungen durchgesetzt habe. Am Morgen des 30. März läßt er sich von *Brüning* noch einmal bestätigen, daß sein Programm von allen Ministern einschließlich des erst am 30. März in Berlin eingetroffenen *Curtius* angenommen sei.

In der deutschnationalen Fraktion tritt *Westarp* dann für eine entschiedene Opposition gegen die Regierung *Brüning* ein; sie soll aber vorsichtig lavieren, um nicht die Abkehr der Landwirtschaft von der DNVP zu riskieren[3]. Demgegenüber spricht sich *Hugenberg* für den Frontalangriff aus und droht am 1. April mit seinem Rücktritt, falls sich in der Abstimmung über ein Mißtrauensvotum die Fraktion uneinheitlich verhält. Am Abend einigt sich die Fraktion darauf, im Reichstag ihre Opposition zu erklären, hieran jedoch das Angebot anzuschließen, eine Vertagung der Abstimmung über das Mißtrauensvotum[4] bis zum 12. April zu beantragen, wenn die Regierung die Vorlage eines Agrarprogramms bis zu diesem Zeitpunkt zusichere. Werde dieses Angebot ausgeschlagen, so stimme die Fraktion für das Mißtrauensvotum. Nach der Sitzung aber lassen Vertreter des landwirtschaftlichen Flügels erkennen, daß dieser in keinem Fall für das Mißtrauensvotum stimmen werde.

Am 2. April wird der Fraktionssitzung[5] der Entwurf für eine Erklärung vorgelegt, den *Westarp, Wallraf, Hergt, Strathmann* und der landwirtschaftliche Flügel wegen seiner äußerst scharfen Formulierung ablehnen. Am Nachmittag teilt *Hergt* den Inhalt einer Unterredung mit *Brüning* und *Schiele* mit, die beide zu weitgehenden Erklärungen über Vorlage und Durchbringung eines Agrarprogramms vor Ostern bereit seien. Daraufhin wird mit knapper Mehrheit beschlossen, einen Antrag auf Vertagung der Abstimmung über das Mißtrauensvotum zu stellen; bei Ablehnung dieses Antrages solle das Mißtrauensvotum angenommen werden. *Westarp* erklärt, sich dem Fraktionsbeschluß beugen zu wollen. 12 Abgeordnete teilen mit, daß sie unter allen Umständen gegen das Mißtrauensvotum stimmen werden. *Oberfohren* erhält den Auftrag, mit *Brüning* und *Schiele* erneut über die Vorstellungen der DNVP zu verhandeln[6].

---

2 *Schiele* forderte eine Abänderung des Kompromißvorschlags *Brünings* vom 27. 3. 1930 – Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1604 f. –, in den Abschnitten 3 und 4: „Um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt zu erreichen, soll der Vorstand der Reichsanstalt die erforderlichen Maßnahmen zunächst auf dem Wege der Verwaltung treffen. Ferner ist gleichzeitig unverzüglich eine Reform des Gesetzes einzuleiten, die auf der Grundlage derjenigen Reformvorschläge aufgebaut ist, auf denen seinerzeit auch das Sachverständigengutachten aufgebaut wurde. Bei dieser Reform ist jedoch der inzwischen eingetretenen Verschlechterung der finanziellen Lage der Reichsanstalt dadurch Rechnung zu tragen, daß die finanziellen Ergebnisse des Sachverständigengutachtens in jedem Falle nur als Mindestreform zu betrachten sind. Eine Erhöhung der Einnahmen der Reichsanstalt durch eine weitere Beitragserhöhung oder durch eine über die festgesetzten Reichszuschüsse hinausgehende Darlehensgewährung darf nicht in Frage kommen." Nachlaß Pünder 131.

3 Vgl. Nr. 45.

4 Mißtrauensvoten der KPD und SPD gegen die Regierung *Brüning*, RT Drucks. Bd. 441 Nr. 1903 und 1904.

5 Vgl. Nr. 46.

6 Hinweis auf die Verhandlungen in der Ministerbesprechung am 3. 4. 1930, 10 Uhr, BA R 43 I/1442, in Pünder S. 47 f. und in Nr. 59, Anm. 24.

Die Ausführungen *Oberfohrens* am Morgen des 3. April rufen in der DNVP-Fraktion Überraschung und Heiterkeit hervor; obwohl die Haltung der Regierung gegenüber dem Vortag unverändert geblieben ist, fordert *Oberfohren*, ohne den Vertagungsantrag noch einmal zu erwähnen, dazu auf, einstimmig das Mißtrauensvotum gegen *Brüning* abzulehnen. Wenig später erscheint *Hugenberg* und bestätigt diese Aufforderung *Oberfohrens*[7].

7 Zum Verlauf dieser Sitzung ausführlich Nr. 56.

50.

3. 4. 1930: Hitler an das Präsidium des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren

Nachlaß Schmidt-Hannover 30. Abschrift.

Die NSDAP ist dem Reichsausschuß[1] beigetreten in der Voraussetzung eines scharfen Kampfes gegen den Young-Plan. Wenn nach Abschluß des Volksentscheides[2] die Partei weiterhin in dem Reichsausschuß verblieb, konnte dies nur Sinn und Zweck haben für den Fall einer weiteren Fortführung dieses Kampfes gegen die am Young-Plan schuldigen Parteien.

Da die Deutschnationale Volkspartei nunmehr diesen Parteien das Vertrauen ausgedrückt hat[3], ist die weitere Zugehörigkeit der NSDAP zum Reichsausschuß sinnlos geworden.

Ich beehre mich daher, dem Präsidium hiermit den Austritt der NSDAP aus dem Reichsausschuß bekannt zu geben.

gez. A. *Hitler*
1. Vorsitzender
der NSDAP

1 Vgl. Nr. 2, Anm. 4.

2 Im Dezember 1929. Von 24,1 Millionen Stimmberechtigten gaben 5,8 Millionen ihre Stimme ab.

3 Am 3. 4. 1930 hatte die DNVP im Reichstag den Mißtrauensantrag gegen das Kabinett *Brüning* abgelehnt. Nr. 49.

51.

3. 4. 1930: Hugenberg an Hitler (München)

Nachlaß Schmidt-Hannover 30. Abschrift.

Sehr geehrter Herr *Hitler!*

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 3. dieses Monats, in dem Sie mir den Austritt der NSDAP aus dem Reichsausschuß für das deutsche Volksbegeh-

ren bekanntgeben[1]. Ich werde das in Kürze zusammentretende Präsidium entsprechend benachrichtigen.

Das Echo, das dem Bekanntwerden Ihres Schreibens im Lager der Links- und Mittelparteien folgte, wird Ihnen inzwischen ein Prüfstein für die Zweckmäßigkeit des Austrittes und insbesondere des Tones gewesen sein, mit dem die nationalsozialistische Presse die Vorgänge begleitet hat. Die Begründung, die Sie Ihrem Schritte geben, kann ich nicht als richtig anerkennen. Unsere gesamte Haltung beweist, daß wir den Kampf gegen die am Young-Plan schuldigen Parteien mit der gleichen Entschiedenheit weiterführen, wie wir es namentlich während der von unserer Arbeit getragenen Reichstagsverhandlungen im Ausschuß wie im Plenum getan haben. Von einer Vertrauenserklärung gegenüber dem Kabinett *Brüning* kann, wie der Inhalt meiner Reichstagserklärung[2] und ihre Aufnahme in der Öffentlichkeit beweist, nicht die Rede sein. Ebenso wie die Nationalsozialisten trotz ihrer Zugehörigkeit zum Reichsausschuß die zur Erreichung ihrer Parteiziele für richtig gehaltenen Wege gingen, muß ich auch mir und der DNVP vorbehalten, die Taktik zu bestimmen, die wir zur Beseitigung des herrschenden, innerlich bankrotten Parteisystems und zur Gesundung unseres Volkes für notwendig halten. Es handelte sich bei der Abstimmung vom 3. 4. nicht um eine grundsätzliche, nationalpolitische Entscheidung, sondern um die parlamentarisch-taktische Frage, ob wir uns von unseren Gegnern den Zeitpunkt der Auflösung des Reichtags diktieren lassen sollten.

Der nationale Wiederaufbau ist ohne eine gesunde Landwirtschaft nicht denkbar. Das Deutschtum ganzer großer Provinzen des Ostens steht und fällt mit ihr. Ohne Ernährung aus eigener Kraft sind wir finanziell und politisch vom Ausland abhängig. Die Landwirtschaft, insbesondere die der Ostmark, hat mit uns in der vordersten Linie des Kampfes für das Volksbegehren gestanden.

Auch ich bezweifle den Ernst der Absicht der hinter der jetzigen Regierung stehenden Parteien, der Landwirtschaft und dem Osten wirklich durchgreifende Hilfe zu bringen. Vom Standpunkt der großen Gesamtaufgaben, die wir bisher im Reichsausschuß gemeinsam vertreten haben, liegt aber die Aufgabe auf mir, Klarheit darüber zu schaffen, ob die Regierung willens ist, unabhängig von ihren taktischen Bedürfnissen Politik zugunsten der bodenständigen Wirtschaft zu treiben, oder ob unsere Vermutung richtig ist, daß ihre angeblichen Absichten lediglich eine Irreführung des Herrn Reichspräsidenten und eine Falle für Herrn *Schiele* bedeuten. Daß nach unserer Auffassung letzten Endes hinter allen Plänen der Regierung der Wunsch steht, die Deutschnationale Volkspartei zu spalten, habe ich im Reichstag bereits ausgeführt. Die Stimmen der Nationalsozialisten sind im Reichstag für die Abstimmung nicht entscheidend; daher können diese es sich gestatten, unbekümmert um die vorerwähnten politischen Notwendigkeiten abzustimmen und mir sowie der DNVP die Verantwortung zu überlassen. Auch Sie sind sich ja darüber im klaren, daß ein Erfolg des Planes, die Deutschnationale Volkspartei und die Landwirtschaft voneinander zu trennen, weder im Interesse

1 Nr. 50.

2 Nr. 48, Anm. 2.

der Landwirtschaft noch der parlamentarischen Opposition, noch des gemeinsamen Freiheitskampfes liegen würde.[3]

Mit verbindlichem Gruß bin ich
Ihr ergebener

3 In einem Schreiben vom 11. 4. 1930 schlug *Hugenberg Hitler* vor, die Frage, „ob und in welcher Form der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren bestehen bleiben soll", in einer Besprechung zu klären. Nachlaß Schmidt-Hannover 30.

52.

8. 4. 1930: Niederschrift über die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei

Nachlaß Schmidt-Hannover 72a. Durchschlag einer Abschrift. Anstreichungen[1].

10 Uhr vormittags:

Besprechung des Finanzprogramms[2].

Parteivorsitzender stellt fest, daß unsere Einstellung zur Steuervorlage ablehnend sein müsse. **Oberfohren** verliest Aufsatz des *Grafen Westarp* aus der „Kreuz-Zeitung" vom 7. 4., in dem die gleiche Auffassung vertreten wird.

Lind bemängelt, daß wir in die finanzielle Mißwirtschaft der anderen einspringen und die Verantwortung für sie mitübernehmen sollen. Zur Annahme der Automobil- und den damit zusammenhängenden Steuern ist er bereit. Etwas anderes sei es mit der Biersteuer[3].

Mentzel: Im Lande besteht die falsche Auffassung, daß die Steuern für das Agrar-Programm erhoben werden sollen. Dem müssen wir entgegentreten. Sanierung der Finanzen ist etwas ganz anderes als die Agrar-Hilfe. Wir haben keine Veranlassung, entgegenkommender zu sein als die Regierungsparteien.

Reichert hält taktische Lage für sehr günstig. Regierung soll für sich selbst durch ihre eigenen Parteien sorgen. Dem Abgeordneten *Lind* gegenüber weist er darauf hin, daß dadurch das Agrar-Programm nicht leiden kann.

Steininger: Es muß einwandfrei und klar festgestellt werden, daß die Agrar-Hilfe absolut unabhängig vom Steuerprogramm ist. Wir haben also keine Veranlassung, auf das letztere einzugehen.

Schultz: Wir kommen nicht daran vorbei, uns bei bestimmten Gelegenheiten an der Sanierung der Finanzen zu beteiligen.

Hergt: Wenn auch kein sachlicher, so doch ein politischer Zusammenhang zwischen Steuer- und Agrar-Programm.

Westarp: Praktisch handelt es sich heute darum, daß wir die Steuern ablehnen müssen.

1 Nr. 45, Anm. 1.

2 RT Drucks. Bd. 441 Nr. 1914.

3 Vgl. Nr. 53.

Oberfohren nimmt Formulierung von *Hergt* auf.
1. Wir unterstützen alle Maßnahmen zur Sanierung der Landwirtschaft restlos.
2. Agrar-Maßnahmen sind unabhängig von den Steuergesetzen.
3. Die letzteren sind für uns sowieso völlig unannehmbar.

Hiergegen wenden sich *Westarp, Schultz, Bachmann, Strathmann, Lind, Dryander, Bazille.*

Bazille: Wir müssen die Steuern bewilligen, die wir für tragbar halten, und außerdem andere Vorschläge bringen[4].

Oberfohren lehnt neue Vorschläge ab.

Westarp will ebenfalls nichts von solchen wissen. Wir haben keine Veranlassung, die Verantwortung jetzt zu übernehmen.

4 Vgl. Nr. 56 und Nr. 59.

53.

9. 4. 1930: Blank an Reusch (Karlsbad)

HA/GHH 4001012024/6. Durchschlag.

Betrifft: Politische Lage.

Ich hatte soeben eine politische Aussprache mit Herrn *Treviranus* im Reichsministerium für die besetzten Gebiete. Die schwierigste Frage ist im Augenblick immer noch die Biersteuer[1]. Herr *Treviranus* hat mit Herrn *Schäffer* von der BVP heute morgen ausführlich verhandelt. Die Verhandlungen haben aber zu keinem positiven Ergebnis geführt. Es wird jetzt noch einmal versucht, unter Zuhilfenahme des Reichspräsidenten die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei in der Frage der Biersteuer zum Nachgeben zu bringen. Sollte das nicht möglich sein, so würde eine Erhöhung der Umsatzsteuer um 0,1%–0,25%, d. h. also auf 0,9% bzw. 1% wohl erforderlich werden[2].

Der Reichskanzler soll im Augenblick wieder stark einer Auflösung des Reichstages zuneigen[3], obwohl zweifellos die Wahlaussichten jetzt nicht mehr so günstig sind, wie sie gewesen wären, wenn in der vorigen Woche aufgelöst worden wäre. Herr *Treviranus* selbst scheint sich im Augenblick von einer Auflösung nicht allzuviel zu versprechen. Sehr interessant war die streng vertrauliche Mitteilung von Herrn *Treviranus*, daß jetzt die Nationalsozialisten versuchen, mit den Volkskonservativen in Verbindung zu kommen, um untereinander gewissermaßen eine Aufteilung der Deutschnationalen zwischen diesen beiden Gruppen zu verabreden. Herrn *Treviranus* selbst scheint dieser Plan etwas abenteuerlich zu

1 *Treviranus* hatte *Blank* bereits am 8. 4. telefonisch über den Stand der Verhandlungen unterrichtet und auf die Schwierigkeit eines Kompromisses mit der BVP in der Biersteuerfrage hingewiesen. *Blank* an *Reusch*, 8. 4. 1930, HA/GHH 4001012024/6.

2 Vgl. Nr. 55.

3 Vgl. Nr. 55 und 59.

sein, und ich halte seine Durchführbarkeit auch nicht für gegeben. Die Idee der Nationalsozialisten ist natürlich die, daß sie jetzt den ganzen rechten Flügel der Deutschnationalen an sich reißen wollen, um mit ihm zusammen dann in einer einheitlichen Partei die unbedingte nationale Opposition zu bilden, während der linke Flügel der Deutschnationalen sich mit den Volkskonservativen vereinigt und so die „regierungsfähige Rechte" erweitert. Für den Fall, daß bei den nächsten Wahlen dann eine rechts gerichtete Regierung auch auf die Unterstützung des nationalsozialistischen Rechtsflügels angewiesen sein sollte, haben die Nationalsozialisten sogar eine Art Unterstützung zugesagt. Ich erwähne diese etwas abenteuerlichen Pläne nur der Vollständigkeit halber.

Die Frage, ob dem Reichsministerium für die besetzten Gebiete, an dessen Spitze Herr *Treviranus* steht, demnächst auch die Durchführung des Ostprogramms übertragen werden soll, ist noch nicht entschieden. Das gesamte Agrar- und [das] Ostprogramm hängen in ihrer Durchführung ja überhaupt davon ab, daß die Deckungsvorlagen angenommen werden, was augenblicklich noch nicht der Fall ist. Immerhin wäre es meines Erachtens zu begrüßen, wenn die Durchführung des Ostprogramms in die Hände von Herrn *Treviranus* gelegt werden würde. Die Beziehungen zwischen der jetzigen Reichsregierung und dem Reichsbankpräsidenten Dr. *Luther* scheinen korrekt zu sein, ohne daß eine besondere Herzlichkeit obwaltet. Herr *Luther* scheint der Auffassung zu sein, daß die ganze Entwicklung zu plötzlich gekommen ist, und wartet deshalb die Taten des neuen Kabinetts kritisch ab[4].

Herr *Treviranus* setzte mir nochmals auseinander, daß sein Plan ursprünglich dahinging, daß Herr *Brüning* neben der Kanzlerschaft auch das Auswärtige Amt übernehmen sollte und daß Herr *Treviranus* dann als Stellvertreter des Reichskanzlers im Hintergrunde ohne Portefeuille tätig gewesen wäre. Das ließ sich aber nicht durchführen, da Herr *Brüning* in den Verhandlungen mit den Parteien die Forderung nach Personalunion zwischen Kanzleramt und Außenministerium nicht aufrechterhielt, sondern Herrn *Treviranus* als Außenminister in Vorschlag brachte. Das wurde von der Volkspartei schroff abgelehnt, und so verblieb Herr *Curtius* Außenminister. Wie ich von anderer Seite höre, hat zwar Herr *Brüning* Herrn *Curtius* außerordentlich scharfe Bedingungen auferlegt, aber Herr *Curtius* soll sich bereit erklärt haben, auf alle diese Bedingungen einzugehen[5].

Es ist auch in Erwägung gezogen worden, das Kanzleramt mit dem Amt des Reichsfinanzministers zu verbinden, was um so näher lag, als Herr *Brüning* bekanntlich selbst ein großer Finanzsachverständiger ist. Der Plan ist wieder aufgegeben worden, nachdem Herr *Moldenhauer* sich bereit erklärt hatte, in allen Punkten nach den Wünschen von Herrn *Brüning* zu handeln. Über das voraussichtliche Schicksal der Regierungsvorlage und des Kabinetts ist im Augenblick noch nichts weiteres zu sagen.

gez. *Blank*

4 Vgl. Nr. 31.

5 Vgl. Treviranus S. 116ff. und die abweichende Darstellung bei Brüning S. 164ff.

54a.

9. 4. 1930: Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie an die Mitglieder des Präsidiums

Nachlaß Silverberg 363. Vervielfältigtes Exemplar – Tgb.-Nr. 2367/II. „Vertraulich".

Betr.: Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft[1]

Die aus der Presse bekannt gewordenen Einzelheiten des Agrarprogramms[2] haben mir Veranlassung gegeben, die zuständigen Reichsminister erneut von unserer Stellungnahme zu unterrichten. Zu diesem Zweck habe ich gestern das in der Anlage abschriftlich beigefügte Memorandum[3] überreicht. Es bezieht sich nicht auf alle Punkte, die das Agrarprogramm nach den heute vorliegenden Informationen enthält, da gestern noch nicht alle Einzelheiten bekannt waren.

Ich bitte, von diesem Memorandum vertraulich Kenntnis zu nehmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Reichsverband der deutschen Industrie
Das Geschäftsführende Präsidialmitglied:
Kastl

1 Zur Vorgeschichte Nr. 27 und 37b.

2 Trat am 15. 4. 1930 als „Gesetz über Zolländerungen" in Kraft. RGBl. 1930 I S. 131.

3 Nr. 54b. Da das Memorandum durch eine Indiskretion in die Presse gelangte, entschloß man sich zur Veröffentlichung des gesamten Textes. Geschäftliche Mitteilungen des RDI 12 (1930) Nr. 8 S. 73 f.

54b.

Memorandum des Reichsverbandes der Deutschen Industrie an die Mitglieder des Präsidiums (Auszüge)

Nachlaß Silverberg 363. Vervielfältigtes Exemplar[1].

Die aus der Presse bekannt gewordenen Einzelheiten des Agrarprogramms des Herrn Reichsernährungsministers veranlassen die deutsche Industrie, ernste Bedenken geltend zu machen. Diese Bedenken erstrecken sich im Augenblick auf folgende Punkte:

1. Ein elastisches Zollsystem für Getreide ohne Bindung nach unten oder nach oben macht jede sichere Disposition für den Handel mit diesen Produkten unmöglich und bringt eine außerordentliche Beunruhigung in den inneren Markt und die Handelsbeziehungen zu den übrigen Ländern[2]. Wir halten ein derartiges

1 Anlage zu Nr. 54a.

2 Auf diesen Punkt weist auch ein Schreiben des DIHT vom 9. 4. 1930 an *Dietrich* hin. Der DIHT verlangte, „die Ausfuhrbedürfnisse der Industrie nach wie vor durch Erhaltung und Ausbau geeigneter Handelsverträge möglichst" zu fördern. Der Landwirtschaft wurde „eine bessere

System nach der kürzlich beschlossenen außerordentlichen Erhöhung der Getreidezölle[3] für entbehrlich. Insbesondere halten wir dieses System für untauglich, die erstrebten Preiswirkungen für den Roggen zu erreichen.

[. . .][4]

Wir haben unsere Bedenken gegenüber diesen Teilen des Agrarprogramms deshalb ganz besonders hervorgehoben, weil wir in der Durchführung solcher Maßnahmen auf der einen Seite keine geeignete Hilfe für die Landwirtschaft sehen und auf der anderen Seite die größten Besorgnisse deshalb haben müssen, weil dadurch in die innere Preisentwicklung für die Ernährung in Deutschland eine derartige Beunruhigung gebracht wird, die naturnotwendig zu einer allgemeinen Preiserhöhung, zur Erhöhung der Gestehungskosten und im Zusammenhang damit zu Lohnforderungen führen muß, die letzten Endes nicht in eine Ermäßigung der Ziffer der Arbeitslosen, sondern in eine gewaltige Erhöhung der schon jetzt bestehenden riesigen Arbeitslosigkeit ausmünden müßte.

Wir bringen diese Bedenken nicht vor, um die auch von unserer Seite wiederholten Kundgebungen über die Notwendigkeit einer schnellen und durchgreifenden Hilfe für die Landwirtschaft zu verhindern, sondern deshalb, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß diese Maßnahmen auf der einen Seite nicht geeignet sind, der Landwirtschaft die erstrebte Hilfe zu leisten, und auf der anderen Seite unsere innerwirtschaftlichen Verhältnisse schwer belasten.

Wir sind der Auffassung, daß ein Agrarprogramm von folgenden allgemeinen Richtlinien ausgehen müßte:

I. Die durch die bisherige Zollpolitik geschaffenen Grundlagen sind als ausreichend anzusehen, um gleichzeitig an den Ausbau der Erzeugung von Bodenprodukten u n d von veredelten Erzeugnissen, insbesondere der Viehhaltung, heranzugehen. Die Zollpolitik kann der Landwirtschaft aber nur den kleinsten Teil der Mehrerlöse sichern, die sie zu ihrer Gesundung braucht. Der weitaus größere Teil muß durch technische Verbesserungen, insbesondere durch einen beschleunigten Ausbau und Verbesserung der Absatzorganisationen gewonnen werden.

II. Die Verschleuderung von deutschem Inlandgetreide infolge der Notverkäufe an das Ausland muß durch eine schleunige Schaffung eines Lagerscheingesetzes in Verbindung mit der Standardisierung des Getreides verhindert werden.

III. Die Lage des deutschen Kartoffelbaues kann bei sinkendem Verbrauch für menschliche Ernährung und der beschränkten Verwendung für technische Zwecke nur durch eine verstärkte Verfütterung der Kartoffel in der Schweinehaltung erreicht werden. Die volle Ausnutzung der Kartoffelernte ist ohne eine Verstärkung der Schweinehaltung in den Haupt-Kartoffelanbaugebieten nicht zu erreichen. Die weitere Ausdehnung der nicht landwirtschaftlichen Schweinehaltung im Westen muß daher verhindert, vielmehr die landwirtschaftliche Schwei-

Anpassung an Erfordernisse des Marktes und der Technik" und eine Förderung der Vieh- und Veredelungswirtschaft empfohlen. Der DIHT warnte vor „staatlicher oder halbstaatlicher Monopolwirtschaft". Nachlaß Dietrich 320.

3 RGBl. 1930 I S. 24. Vgl. Nr. 27.

4 Die Punkte 2–6 behandeln die Einfuhrscheine, den Richtpreis für das Lebendgewicht von Schweinen, das Fleischbeschau-Gesetz, die Aufhebung des Gefrierfleischkontingents und die geplanten Zollerhöhungen für Wein.

nehaltung im Osten begünstigt werden. Hierzu erscheint uns die Aufhebung der bisherigen Differenzierung der Gerstenzölle nicht zu umgehen zu sein, zumal durch eine solche Maßnahme und die höhere Ausnutzung der geernteten Kartoffeln erhebliche Einfuhrmengen von Futtergetreide in Fortfall gebracht werden können.

IV. Durch die bereits eingetretene Erhöhung der Getreidezölle ist die Möglichkeit geschaffen, bisher in unzweckmäßiger Weise in der Milchviehhaltung verfüttertes Getreide gegen Ölkuchen auszuwechseln, dadurch die Milchproduktion ohne nennenswerte Kosten in erheblichem Maße zu steigern und einen entsprechenden Teil der Getreideeinfuhr durch die vorteilhaftere Ölkucheneinfuhr zu ersetzen.

V. Das Aufblühen der deutschen Geflügelhaltung kann ohne neue Zollmaßnahmen dadurch erhalten und gefördert werden, daß u. a. die verbilligte Abgabe von eosingefärbtem Mais an die Geflügelhalter durchgeführt wird.

VI. Durch ein Milchgesetz muß der Zusammenschluß der Milcherzeuger, die Verbesserung des gesamten Milchabsatz- und Verarbeitungswesens und die Einführung von Güteklassen für Milch- und Molkereierzeugnisse sichergestellt werden.

VII. Alle anderen Absatzfragen sind je nach dem Spezialprodukt in ähnlicher Weise beschleunigt zu bearbeiten und durch entsprechende Organisationen (Genossenschaften) zu verwirklichen.

VIII. Ein Programm, das eine Hilfe für den deutschen Osten bringen soll, scheint uns nicht zu verwirklichen zu sein, wenn nicht durch entsprechende Maßnahmen die Grundlage für eine verstärkte Erzeugung von Schweinen und Milch im Osten und deren zweckmäßiger Absatz gesichert wird[5].

5 Auf diesen Vorschlägen basierten die „Beiträge zu einem Agrarprogramm", Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Nr. 52, Berlin 1930.

55.

Bericht Moldenhauers über die Anfänge der Regierung Brüning und die Verhandlungen mit den Parteiführern bis zur Abstimmung über das Finanz- und Agrarprogramm im Reichstag am 14. April 1930

Nachlaß Moldenhauer 3. Lebenserinnerungen, Ministerzeit III S. 38ff.

Am 1. April trat das neu gebildete Kabinett vor den Reichstag. In der Regierungserklärung wurden die beiden großen Aufgaben gekennzeichnet: Sanierung der Kasse und Finanzreform auf der einen Seite, Hilfe für die Landwirtschaft auf der andern[1]. Da das Verhalten der Deutschnationalen zweifelhaft war, war mit einem sofortigen Sturz des Kabinetts zu rechnen. *Brüning* hatte sich für alle Fälle die Auflösungsordre geben lassen[2], obgleich wir wußten, daß ein Wahlkampf für neue

1 RT Bd. 427 S. 4728ff.

2 Brüning S. 169.

Steuern nicht gerade sehr glücklich sein würde[3]. Eine Verständigung mit *Hugenberg* scheiterte an der Forderung *Hugenbergs*, daß unverzüglich in Preußen die Große Koalition gestürzt werden müsse. Dazu war das preußische Zentrum nicht zu haben. Noch wenige Stunden vor der Abstimmung erörterten wir im Kabinett[4] die Frage, ob wir ein Mißtrauensvotum sofort mit der Auflösung beantworten, dann zurücktreten und uns wieder betrauen lassen sollten, oder ob wir erst zurücktreten, dann wieder betraut werden und dann die Auflösung herbeiführen sollten. Ich fand es eigentlich ziemlich gleichgültig, welche Modalität wir wählten. Wir hätten auf jeden Fall ein Gutachten des Reichsministeriums des Innern und des Reichsjustizministeriums, das nun der Wirtschaftsparteiler *Bredt* betreute, dafür gehabt, daß wir im Rahmen der Reichsverfassung gehandelt hätten[5]. Die Verfassung ließ beide Wege offen. Wider alles Erwarten entschloß sich *Hugenberg*, mit der gesamten Fraktion für die Regierung zu stimmen, d. h. das kommunistische Mißtrauensvotum abzulehnen. Es ist nie recht klar geworden, warum er dann bald darauf so scharf gegen die Regierung Stellung nahm. Vielleicht hatte er gehofft, die Änderung in Preußen in den nächsten Tagen doch noch durchzusetzen[6].

Nun begannen neue Verhandlungen mit den neuen Regierungsparteien über das Finanzprogramm[7], gleichzeitig über die Agrarhilfe[8]. Die Bayerische Volkspartei weigerte sich nach wie vor sehr entschieden, die Biersteuererhöhung von 75% anzuerkennen[9]. Im Rahmen der Großen Koalition hätte sie dissentieren können. Jetzt waren wir auf ihre Stimmen angewiesen. Die Bayern schlugen statt dessen eine Erhöhung der Einkommensteuer vor. Sie waren überhaupt dafür, Tod und Teufel zu besteuern, sofern man das Bier frei ließ. Ich blieb aber in dem Punkte fest, sah aber ein, daß eine Biersteuererhöhung über 50% hinaus von den Bayern nicht getragen wurde. Dann verhandelte ich mit der Wirtschaftspartei, und zwar mit *Drewitz* und *Colosser*[10]. Sie verlangten eine Warenhaussteuer. Ohne einen solchen Beweis ihrer Tüchtigkeit könnten sie vor ihren Leuten nicht bestehen und wären nicht in der Lage, die Regierung weiter zu unterstützen. Sie sind immer faule Kantonisten geblieben, weil sie nicht von einer politischen Idee, sondern lediglich vom nacktesten Interessentenstandpunkt beherrscht wurden, ähnlich wie das Landvolk. Besonders unangenehm waren die Verhandlungen mit dem

3 Ministerbesprechung am 3. 4. 1930, 13 Uhr, BA R 43 I/1442.

4 Ministerbesprechung am 3. 4. 1930, 10 Uhr, BA R 43 I/1442.

5 Dieses Gutachten, das als Unterlage für die Ministerbesprechung am 3. 4. 1930 diente, kam zu folgenden Ergebnissen: 1. Der Reichstag kann auch nach einem Mißtrauensbeschluß aufgelöst werden. 2. Auch ein geschäftsführendes Reichskabinett kann eine Notverordnung des Reichspräsidenten gegenzeichnen. 3. Es bestehen keine rechtlichen Bedenken dagegen, nach Auflösung des Reichstags die Steuererhöhungen, das Agrarprogramm und eventuell auch die Osthilfe auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung durchzuführen.

6 Zu diesen Vorgängen und den Motiven *Hugenbergs* Nr. 59.

7 Parteiführerbesprechungen vom 3. 4. und 9. 4. 1930, BA R 43 I/2363; Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. vom 3. 4. und 9. 4. 1930.

8 Fraktionsführerbesprechung vom 8. 4. 1930. BA R 43 I/2543.

9 Vgl. Nr. 53; Pünder S. 48f.; Brüning S. 169; Zentrumsprotokolle S. 433, 438ff.

10 Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. vom 4. 4. 1930. Zur Politik der Wirtschaftspartei Schumacher S. 135ff.

Bäckermeister *Drewitz*, der alle meine wichtigen volkswirtschaftlichen Bedenken gegen eine Warenhaussteuer mit großer Überheblichkeit ablehnte und mir erklärte, davon verstände ich eben nichts. Schließlich gelang es, unmittelbar vor der zweiten Lesung eine Verständigung unter den Regierungsparteien herbeizuführen, indem eine kleine Erhöhung der Umsatzsteuer um 0,10% im allgemeinen und eine Erhöhung um 0,50% für die Großbetriebe vorgesehen wurde[11]. Im Eifer des Gefechts hatte man mir sogar in diesen Abendverhandlungen schließlich 70 Millionen mehr bewilligt, als ich ursprünglich gefordert hatte[12]. Aber das mittlerweile bekannt gewordene Defizit des Rechnungsjahres 1929/30 rechtfertigte die ungewollte Erhöhung.

Ich hatte es jetzt nicht mehr mit wenigen großen Parteien zu tun, sondern mit allen diesen kleinen Splittern, von denen jeder wußte, daß es von seiner Stimme abhing. Relativ wenig Schwierigkeiten machte das Landvolk, weil die Fraktion durch die Agrarvorlage gewonnen wurde und ich außerdem noch den Beimischungszwang von Spiritus zum Benzin in bescheidenem Umfang gestattet hatte. Aber wir verfügten über keine Mehrheit. Wir konnten unsere Gesetze nur durchbringen, wenn die Deutschnationalen wenigstens zum großen Teil dafür stimmten. Im Ausschuß wurden mir die meisten Gesetze abgelehnt[13]. Die Entscheidung konnte erst im Plenum fallen. *Brüning* wandte wieder die Politik des Junktim an, indem wir eine Bestimmung aufnahmen, daß die Zollvorlage nur in Kraft treten dürfe, wenn gleichzeitig die Deckungsvorlage restlos angenommen würde[14]. Unmittelbar vor den Abstimmungen kam *Graf Westarp* zu mir und sagte, es würde einen sehr guten Eindruck auf seine Leute machen, wenn ich erklärte, daß für die Osthilfe mindestens 200 Millionen zur Verfügung gestellt würden. Ich sagte ihm darauf, daß ich die Notwendigkeit einer umfassenden Osthilfe betonen würde, daß ich auch bereit sei zu erklären, ich würde alle verfügbaren Mittel hierfür einsetzen, aber ich könnte in diesem Stadium mich auf eine Zahl nicht festlegen. *Graf Westarp* sagte mir, die Entscheidung läge nunmehr in meiner Hand. Ich antwortete ihm, ich fürchtete sie nicht. Unmittelbar vor der Abstimmung richtete noch einmal im Plenum *Hergt* an mich dieselbe Frage wegen der Osthilfe[15]. Ich blieb bei meiner Erklärung. Aber mein energisches Eintreten für die Osthilfe hatte doch zur Wirkung, daß die noch schwankenden Ostpreußen in der deutschnationalen Fraktion für die Vorlage stimmten[16]. Die Abstimmung ging unter ungeheurer Aufregung vor sich. Fortgesetzt trafen noch Abgeordnete ein. Jede Partei rechnete und rechnete, aber niemand konnte sagen, wer die Mehrheit haben würde.

---

11 Zu den Verhandlungsergebnissen Schulthess 1930 S. 106.

12 Brüning S. 172 spricht von 50 Millionen.

13 Dieses Ergebnis hatte *Brüning* einkalkuliert. Am 4. 4. 1930 schlug er im Kabinett vor, „bei den bevorstehenden Beratungen im Steuerausschuß unter allen Umständen an der Regierungsvorlage festzuhalten, selbst auf die Gefahr hin, daß sich in den Ausschüssen eine Mehrheit für die Vorlagen nicht ergeben sollte. Die politische Entscheidung über das Schicksal der Vorlagen würde nach Lage der Verhältnisse erst zwischen der zweiten und dritten Lesung der Steuergesetze im Plenum des Reichstages fallen." BA R 43 I/1442.

14 Ministerbesprechung am 11. 4. 1930, BA R 43 I/1442; Parteiführerbesprechung am 11. 4. 1930, BA R 43 I/2363. Zum „Junktim" Brüning S. 169.

15 RT Bd. 427 S. 4925 f.

16 Dazu Nr. 59.

Schließlich wurde das Hauptgesetz, die Biersteuer, mit vier Stimmen Mehrheit angenommen[17]. Die Entscheidung brachten die vier bayerischen Landbündler, die sich schließlich entschlossen, dafür zu stimmen, nachdem ich ihnen noch einige beruhigende Erklärungen wegen des Bayerischen Waldes abgegeben hatte. Die Nazis hatten noch im letzten Augenblick die vier Bayern zu beeinflussen gesucht. Ja, es wurde behauptet, es wäre ihnen sogar Geld für die Abstimmung geboten worden. Das ganze Haus stand und ebenso die Tribünen und blickte auf die vier Bayern, um die sich ein dichter Knäuel von Menschen gebildet hatte. Die Mineralwassersteuer ging sogar nur mit drei Stimmen Mehrheit durch[18].

Die große Schlacht war geschlagen und fast wider Erwarten gewonnen. Mit großer Befriedigung verließen wir den Reichstag. *Brüning* dankte mir für die Hilfe und die gute Arbeit.

17 Gesetz zur Änderung des Biersteuergesetzes vom 15. 4. 1930, RGBl. 1930 I S. 136. 7 Stimmen Mehrheit in der zweiten Lesung, 5 Stimmen Mehrheit in der dritten Lesung. RT Bd. 427 S. 5011.

18 Mineralwassersteuergesetz vom 15. 4. 1930, RGBl. 1930 I S. 139. Der Reichstag stimmte mit 4 Stimmen Mehrheit dafür. RT Bd. 427 S. 5011.

56.

16. 4. 1930: Graf Westarp an Hugenberg

Nachlaß Schmidt-Hannover 74. Durchschlag einer Abschrift.

Sehr verehrter Herr Dr. *Hugenberg*!

Nach der Reichstagssitzung vom 14. dieses Monats traten die in der Anlage unterzeichneten Mitglieder der Fraktion zusammen und sprachen mir den Wunsch aus, Ihnen, Herr Geheimrat, in ihrem Namen mitzuteilen, daß wir die in dem Parteirundschreiben Nr. 12 vom 13. April enthaltenen Ausführungen über die Annahme der Agrar- und Steuervorlage nicht als tatsächlich zutreffend und berechtigt anerkennen können[1]. Im Verfolg dieses Ersuchens erlaube ich mir, nachstehend der Auffassung, die in dem Rundschreiben zum Ausdruck gekommen ist, die meinige entgegenzustellen. Die Mitglieder der Fraktion, die den Steuergesetzen zugestimmt, an der Besprechung aber bei der Kürze der Zeit nicht teilgenommen haben, werden von mir um ihre nachträgliche Stellungnahme gebeten. Durchschläge dieses Schreibens werde ich dem Herrn Fraktionsvorsitzenden mitteilen, an die Mitglieder des Parteivorstandes versenden und denjeni-

1 Zu dem Brief Jonas S. 69. Nach einer Aufzeichnung *Westarps* war das die erste Zusammenkunft der in Opposition zu *Hugenberg* stehenden Fraktionsmitglieder. „Von anderer Seite eingeladen und geleitet, richtete die Versammlung an mich die Bitte, bei Widerlegung der gegen die Fraktionsmehrheit gerichteten Angriffe die Feder zu führen und die Mitglieder der Mehrheit zwecks Stellungnahme zu den bevorstehenden Verhandlungen und Beschlüssen des Parteivorstandes einzuladen." Nachlaß Westarp.

gen Fraktionsmitgliedern, die den Steuervorlagen zugestimmt haben, zur vertraulichen Benutzung in ihren Landesverbänden zur Verfügung stellen.

1. Völlig einverstanden bin ich mit der Darstellung in Nr. 1 des Rundschreibens, wonach erst die scharfe Zurückhaltung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion gegenüber dem Steuerprogramm und ihr sonstiges taktisches Vorgehen bis zum 11. des Monats die Regierung und die Regierungsparteien gezwungen hat, die Agrarvorlagen in dem jetzt beschlossenen Umfange vorzulegen und noch vor Ostern zu verabschieden. Dagegen muß ich der Darlegung widersprechen, die mir die Grundlage für alle in dem Rundschreiben gezogenen Schlußfolgerungen zu sein scheint, daß bei geschlossener Haltung der Fraktion das Agrar-Programm auch ohne die Steuervorlagen durchzubringen gewesen wäre. Das ist eine hypothetische Behauptung, die des Nachweises entbehrt. Wir haben uns von der gegenteiligen Überzeugung leiten lassen. Eine Durchbringung der Agrarvorlage ohne die Steuervorlagen wäre entweder dadurch denkbar gewesen, daß die Regierungsparteien im Reichstag auch bei Ablehnung der Steuergesetze die Mehrheit für das Agrar-Programm gestellt hätten oder daß nach Ablehnung von Agrar- und Steuervorlagen die Regierung gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung das Agrar-Programm durch Notverordnung durchgeführt hätte. Beide Möglichkeiten sind vom Reichskanzler und von den Parteien ausdrücklich und entschieden in Abrede gestellt worden, und zwar lange, bevor über die Haltung unserer Fraktion durch auch von mir mißbilligte Mitteilungen irgendetwas bekannt geworden war. Es geht nicht an, diese Erklärungen als haltlosen Bluff abzutun. Denn der Reichskanzler und das Zentrum, ebenso aber auch der Finanzminister *Moldenhauer* mit seiner Partei haben die Kassensanierung durch die Steuergesetze als ihre Hauptaufgabe angesehen. Nur hinsichtlich der Kassensanierung standen sie unter zwingendem Druck des Reichsbankpräsidenten und der sonstigen Gläubiger der kurzfristigen Kredite. Das Agrar-Programm war ihnen das Mittel, sich für das Steuer-Programm die Mehrheit zu schaffen. Im Handelspolitischen Ausschuß haben die Demokraten besonders deutlich ausgesprochen, daß sie das Agrar-Programm zwar sachlich ablehnen und ihm nur zustimmen, um die Kassensanierung zu ermöglichen. Der Abgeordnete *Dessauer* führte dort aus, daß seine Partei nicht daran denke, der Durchführung des Agrar-Programms auf Grund des Artikels 48 zuzustimmen, wenn es nicht im Reichstag in Verbindung mit den Steuervorlagen angenommen sei. Mit dem Odium des Zollwuchers wollte, das steht nach anderen Äußerungen fest und ergibt sich aus der Struktur des Zentrums, die Partei jetzt nicht in den Wahlkampf gehen. Ich bin also überzeugt, daß die Regierung *Brüning* im Falle der Ablehnung der Steuervorlagen durch uns zwar die Kassensanierung nach Auflösung durch Anwendung des Artikels 48 durchgeführt, an einer gleichmäßigen Durchführung des Agrar-Programms aber jedes Interesse verloren hätte. Auch Minister *Schiele*, dessen Stellung der Teil der Fraktion, der das Mißtrauensvotum annehmen wollte, anfangs nicht einmal für stark genug angesehen hat, die Vorlage des jetzt beschlossenen Agrar-Programms durchzusetzen, hätte nach Ablehnung der Steuervorlagen die Anwendung des Artikels 48 für das Agrar-Programm, wenn überhaupt, so ganz sicher nicht in seiner Gesamtheit, in der gerade sein Wert liegt, herbeiführen können.

Nach meiner Beobachtung der Verhandlungen hätten wir mit unserer Zustimmung zu den Steuervorlagen noch mehr erreichen können, wenn wir sie rechtzeitig, das

heißt spätestens am Freitag, den 11. April, hätten in die Waagschale werfen können. Am 12. April, kurz vor der entscheidenden Verhandlung[2], war es zu spät, um beispielsweise noch eine gesetzlich bindende Zusicherung des Ostprogramms zu erzwingen. Jedenfalls muß ich der Darstellung des Rundschreibens, nach welcher wir das Agrar-Programm ohne Steuervorlagen hätten erhalten können, die Überzeugung entgegenstellen, daß nur durch unsere Annahme der Steuervorlagen die Annahme und die Durchführung des Agrar-Programms ermöglicht worden ist und ermöglicht werden konnte.

2. Bei diesem Sachverhalt kann nicht zugegeben werden, daß die Fraktion durch die Beschlüsse des Parteivorstandes und der Parteivertretung vom 8. und 9. April an die endgültige Ablehnung der Steuergesetze gebunden gewesen sei. In den Verhandlungen des vorigen Jahres über den Antrag von *Winterfeld-Gürtner*[3] ist ausdrücklich festgestellt worden, daß Beschlüsse der Parteiorgane in die Abstimmungsfreiheit der Fraktion nicht zwingend eingreifen können und sollen. Aber selbst abgesehen hiervon haben die Verhandlungen vom 9. April (am 8. April war ich nicht beteiligt) für die Lage im Reichstag, wie sie sich vom 11. April ab gestaltet hat, keine klare und zwingende Richtlinie gegeben. Das Ziel, die Agrarvorlage ohne Zustimmung zu den Steuern durchzusetzen, hat die Parteivertretung aufgestellt. Die Frage aber, was die Fraktion zu tun habe, wenn das Agrar-Programm ohne Annahme der Steuern nicht erreichbar war, ist nicht eindeutig beantwortet worden. Beispielsweise die Landesverbands-Vorsitzenden von Mittelschlesien, Niederschlesien und Pommern haben sehr entschieden gefordert, daß die Steuern angenommen werden müßten, wenn nur dadurch das Agrar-Programm erreichbar sei. Andere Meinungen standen dem entgegen. Eine ausdrückliche und klare Entscheidung über diese Meinungsverschiedenheit ist in dem angenommenen Beschluß nicht ausgesprochen.

3. Auch durch die Erklärung, die der Herr Parteivorsitzende am 3. April im Reichstag abgegeben hat, sind die Fraktion und ihre einzelnen Mitglieder nicht gebunden worden. Nachdem diese Behauptung aufgestellt ist, muß der äußere Hergang bei der Vorbereitung der Erklärung kurz noch geschildert werden. Am Donnerstag, den 3. April, morgens 10 Uhr[4], machte der Fraktionsvorsitzende der Fraktion die überraschende Mitteilung, daß er entgegen dem Mehrheitsbeschluß vom vorigen Abend jetzt die einmütige Ablehnung des sozialdemokratischen Mißtrauensantrages vorschlage und daß der Herr Parteivorsitzende bereit sei, diese Haltung der Fraktion im Plenum zu begründen. Darauf wurde die Sitzung unterbrochen. Der Herr Parteivorsitzende erschien gegen 10.50 Uhr, begründete seinen Entschluß und begann etwa 10.55 Uhr mit der Verlesung der beabsichtigten Erklärung, deren Vortrag später im Reichstagsplenum etwa eine halbe Stunde in Anspruch genommen hat. Eine Fraktionsdiskussion über Formulierung und Einzelheiten der Erklärung war, da das Plenum um 11 Uhr begann und seine

2 Am 12. 4. 1930 wurde im Reichstag über das Junktim abgestimmt.

3 Der vom Parteivorstand der DNVP am 17. 6. 1929 angenommene Antrag begründete das Recht *Hugenbergs*, „die Richtlinien der Politik der Deutschnationalen Volkspartei entscheidend festzulegen". Wippermann 1929 Inland S. 178f.

4 Nr. 48.

Entscheidung nicht weiter hinausgezögert werden konnte, rein zeitlich nicht mehr möglich, wurde aber auch von dem Herrn Fraktionsvorsitzenden, der es ausdrücklich ablehnte, dazu das Wort zu erteilen, nicht zugelassen. Unter diesen Umständen konnte die Fraktion in dem gegebenen Augenblick nur ihre Zustimmung zu dem hochbedeutsamen und überraschenden politischen Entschluß als ganzes geben, sich aber nicht an andere feste Entschlüsse binden lassen, die von der weiteren Entwicklung der Lage abhängig waren.

4. In dem Rundschreiben klingt ein doppelter Vorwurf an, der in schärferer Form durch die Presse geht, als wenn wir durch Annahme der „Youngsteuern" den Kampf gegen den Tributplan preisgegeben hätten und als wenn wir die Steuervorlagen zu dem Zwecke angenommen hätten, uns an der jetzigen Regierung zu beteiligen oder doch sie dauernd zu stützen. Beides ist nicht der Fall. Die Annahme der Steuern ist nur unter dem Zwange, der Agrar-Reform zur Durchführung zu verhelfen, und nicht zu dem Zwecke erfolgt, uns an der gegenwärtigen Koalition zu beteiligen. Unsere Oppositionsstellung bleibt auch nach unserer Auffassung aufrechterhalten, und deshalb kann ich nicht zugeben, daß unser jetziges Verhalten mit meiner in dem Rundschreiben angeführten Äußerung vom 8. Juli 1928 in Widerspruch stehe, an der ich auch heute noch festhalte. Im einzelnen darf ich hierzu auf meinen Aufsatz in der Kreuz-Zeitung vom 17. April dieses Jahres Bezug nehmen, den ich als eine für die Öffentlichkeit geeignete Ergänzung dieses Schreibens betrachte.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung
Ihr sehr ergebener
gez. *Graf Westarp*

Anlage:
gez. *Richthofen*, gez. D. *Strathmann*, gez. *Lind*, gez. *Domsch*, gez. *Schröter*-Liegnitz, gez. *Gerns*, gez. *v. Dryander*, gez. *Vogt*, gez. *Sachs*, gez. *Hampe*, gez. *Fromm*, gez. *Bachmann*, gez. Dr. *Reichert*, gez. Dr. *Rademacher*, gez. *Haßlacher*, gez. *Leopold*, gez. *Hemeter*, gez. *Wallraf*, gez. *Schultz*-Bromberg, gez. *Ohler*, gez. *Hartmann*, gez. Dr. W. *Koch*, gez. A. *Philipp*

57.

16. 4. 1930: Rundschreiben des Stahlhelm

BK Sta. 77/2. Vervielfältigtes Exemplar. Handschriftliche Korrekturen. Briefkopf: „Der Stahlhelm, B.d.F. Bundesamt Gruppe Berlin".

An alle Kameraden Landesführer!

Der parlamentarische Kampf in den letzten vierzehn Tagen hat zu einer weitgehenden Zersplitterung der gesamten Rechten geführt. Es handelt sich dabei um einen grundlegenden Unterschied der politischen Gesamtauffassung, ob nämlich die Rechte gegenüber dem Kabinett der Mitte in grundsätzlicher Opposition beharren oder ob sie den Versuch machen soll, durch Beteiligung an diesem Kabinett es

nach rechts zu drücken und dabei als erstes die in unmittelbarster und schwerster Krise stehende deutsche Landwirtschaft zu retten. Es handelt sich weiter um den Unterschied der Auffassung, ob man in dem Kabinett *Brüning* den ersten Versuch zu einer antimarxistischen Staatsführung und einer vom Reichspräsidenten aus in einer gewissen Unabhängigkeit vom Parlament nicht koalitionsgebundenen Regierung sehen kann oder den gelungenen Versuch des Zentrums, den Willen des Reichspräsidenten zu einer unparlamentarischen Regierung zu unterlaufen und die nationale Opposition zu sprengen. Die Beurteilung wird davon abhängen, ob man zu den leitenden Köpfen der Regierung, nämlich *Brüning* und *Schiele*, das Vertrauen hat, daß sie sich über den Parteimann und den Landbundvorsitzenden hinaus zu wirklichen Staatsmännern entwickeln werden, oder ob man dieses Vertrauen nicht hat.

Der Stahlhelm ist bei dem Kampf gegen den Young-Plan unausgesetzt der entschlossenste Willensfaktor gewesen. Er hat es aber bewußt vermieden, sich in die zersetzenden Parlamentskämpfe einzumischen, schon um sich im Sinne des Fronterlebnisses für seine naturgegebene Aufgabe der Sammlung der nationalen Front freizuhalten[1].

Die Bundesführung hatte am 14. April eine Besprechung mit dem Führer der NSDAP, Herrn *Hitler*. Angesichts der von Tag zu Tag sich steigernden gehässigen und unwahrhaftigen Angriffe hauptsächlich der Berliner nationalsozialistischen Blätter „Der Nationale Sozialist" und „Der Angriff" war diese Aussprache unvermeidbar geworden. Der Führer der NSDAP, Adolf *Hitler*, erklärte im Beisein seines Sekretärs *Heß*, daß er seinen ganzen Einfluß einsetzen würde, um den von ihm nicht gewünschten Kampf zwischen Stahlhelm und Nationalsozialisten zu verhindern.

Nachdem der Young-Plan durch den Reichstag angenommen worden ist, trat Herr *Hitler* aus dem Reichsausschuß gemäß eines im Juli 1929 ausgesprochenen Vorbehalts aus[2].

Von einer Veröffentlichung dieses Schritts unsererseits wird abgesehen werden, wenn auch seitens der NSDAP eine solche unterbleibt. Bei weiteren Angriffen seitens der Nationalsozialisten ist unsere Führerschaft indes befugt, von dem Inhalt dieses Schreibens Gebrauch zu machen, der im übrigen in jedem Falle zur Kenntnis der Kameraden zu bringen ist.

Der Stahlhelm, der vor etwa zwei Jahren als erster in Deutschland die Sammlung aller nationalen Kräfte mit einem gemeinschaftlichen Ziele, „Kampf gegen die Parlamentsherrschaft", eingeleitet hatte[3], wird nunmehr die schon im Herbst 1928 systematisch begonnene Sammlung aller nationalen und völkischen Kräfte zum Kampf um die innere und äußere Befreiung weiter fortsetzen. Die Bundesführer fordern die Kameraden im Lande auf, in den hierfür gebildeten Unterausschüssen mit allen hierzu bereiten Kräften weiterzuarbeiten.

Frontheil!
Wagner
stellvertretender
Bundeskanzler

1 Vgl. Berghahn passim, besonders S. 128ff.

2 Nr. 50.

3 Vgl. Berghahn S. 119ff.

58.

23. 4. 1930: Mahraun an Koch-Weser

Nachlaß Koch-Weser 101.

Sehr geehrter Herr Minister!

Beiliegend gestatte ich mir, Ihnen einen Bericht über die erste Reichsvertretertagung der Volksnationalen Reichsvereinigung zu übersenden[1]. Ich hoffe, daß Sie daraus entnehmen werden, wie gewaltig der Eindruck dieser Tagung auf alle Versammelten gewesen ist. Der Erfolg hält an. Die tägliche Beitrittsziffer hat sich noch nicht gemindert. Ich möchte sogar glauben, daß wir erst am Vorabend wirklicher Erfolge stehen; denn meine Freunde haben bei dieser Tagung zum ersten Male gesehen, was die Kraft der Bewegung vermag, der sie lange ohne den sichtbaren Erfolg der Tagespolitik gedient haben. Es geht etwas durch unsere Reihen, was man mit Auftrieb und Erhebung am besten bezeichnen kann. Die politische Lage hat uns gezeigt, wie schnell wir vor eine große Verantwortung gestellt werden können.

Daher würde ich mich sehr freuen, wenn wir uns recht bald einmal wieder eingehend über das unterhalten können, was nun greifbarer vor uns steht. Ich hoffe doch sehr, daß, wenn die große Aufteilung der Mitte kommt – nur nicht verschwommene Sammlung –, Sie dann unser Mitkämpfer in der volksnationalen Front sein werden. In der Erinnerung an die vielen ehrlichen Worte, die ich von Ihnen hören durfte, wurzelt in mir die Überzeugung, daß Sie niemals Ihre Hand zur Pseudosammlung in einer besitzbürgerlichen Front hergeben werden. Der Kampf muß bis zum Äußersten durchgeführt werden. Ich glaube auch, wir brauchen ihn nicht zu scheuen[2].

Indem ich Sie bitte, mich Ihrer verehrungswürdigen Gattin bestens empfehlen zu wollen, bin ich

Ihr ganz ergebener
Artur *Mahraun*

1 Am 5./6. 4. 1930 in Berlin. Kessler S. 80ff.

2 Antwort *Koch-Wesers* am 6. 5. 1930, Nr. 65. Zu diesem Briefwechsel und den Kontakten zwischen *Koch-Weser* und *Mahraun* Stephan S. 439ff.; Kessler S. 84ff.

59.

Ende April 1930: Zusammenfassende Aufzeichnung über die Vorgänge in der Deutschnationalen Volkspartei im April 1930

Nachlaß Schmidt-Hannover 72a. Durchschlag. Undatiert. Ohne Verfasserangabe. Auslassungen im 2. Teil[1].

Dienstag, den 8. April 1930

In der kurz vorhergehenden Fraktionssitzung[2] wurden zum ersten Male Stimmen laut, die auf eine Fernleitung der Fraktion schließen ließen. Die Herren *Lind* und *Bazille* kündigen dabei ihr Eintreten für die Steuervorlage an. Die Parteivorstandssitzung verläuft einmütig, man stellt sich geschlossen hinter *Hugenberg* und *Oberfohren.*

Mittwoch, den 9. April 1930

Parteivertreter-Sitzung. Die Herren *v. Gossler* für Schlesien und *v. Zitzewitz* für Pommern treten bedingt für die Annahme der Steuern[3] ein. Bedingungslos tut das lediglich der Landbundführer Major *Brauer* aus Breslau. Ihm wird namens der Landwirtschaft von Landwirten scharf widersprochen, so von *Logemann* und von *Weiss*-Plauen. Schließlich stellt sich die Parteivertretung einstimmig hinter den Partei- und Fraktionsführer. An dieser Sitzung nahmen ohne Widerspruch u. a. teil *Wallraf* und *Westarp.*

Donnerstag, den 10. April 1930, früh 10 Uhr

Fraktionssitzung. **Oberfohren** teilt mit, *Brüning* habe ihm soeben gesagt, daß gestern abend die Bayerische Volkspartei auch das neue Finanzprogramm abgelehnt habe. Die Bayerische Volkspartei verlange statt Erhöhung der Umsatzsteuer eine 10prozentige Erhöhung der Einkommensteuer[4]. *Moldenhauer* lehne das unter Rücktrittsdrohung ab. Das Kabinett wolle deshalb heute auf Grund eines nachts zustande gekommenen Kabinettsbeschlusses ein neues Programm vorlegen, dem die Bayerische Volkspartei wahrscheinlich ebenfalls nicht zustimmen werde.

Er, *Brüning*, müsse von den Deutschnationalen verlangen, daß sie zustimmten, anderenfalls werde aufgelöst. *Oberfohren* erklärt, er habe sich diese Zumutung, über ein nachts zustande gekommenes neues Programm am Tage danach abstimmen zu lassen, ganz energisch verbeten. Die Zustände in der Partei seien geradezu unerhört, auch die Regierungsparteien stimmten gegen ihre eigene

1 Im zweiten Teil, beginnend mit den Ausführungen *Wallrafs*, fehlt die Datumangabe für die Sitzung. Offensichtlich handelt es sich aber um Bruchstücke eines Protokolls der Parteivorstandssitzung vom 25. 4. 1930. Danach auch die Datierung. – Vgl. Nr. 60; Brüning S. 178 ff.; Hiller v. Gaertringen S. 550 f.; Bracher S. 327 ff.

2 Nr. 52.

3 Die Deckungsvorlagen der Regierung wurden am 9. 4. 1930 im Steuerausschuß des Reichstags abgelehnt. Nr. 55; Schulthess 1930 S. 105 f.

4 Vgl. Parteiführerbesprechung vom 9. 4. 1930, BA R 43 I/2363. Vgl. Nr. 55.

Regierung. Die Biersteuer sei gestern im Ausschuß mit 20 gegen 8 Stimmen gefallen[5].

Die Aussprache in der Fraktion[6] ergibt, daß trotz der glänzenden taktischen Lage die Fernleitung immer fühlbarer wird. Für Annahme der Steuergesetze sprechen sich aus: *Lind, Wallraf, Mentzel, Koch, Rademacher*, welch letzterer die Ablehnung der Steuern als einen ganz unmöglichen Weg [be]zeichnet.

Hugenberg warnt dringend vor Unterschätzung der für uns ausgezeichneten taktischen Lage, die mit jeder Stunde besser werde. Die Regierung stehe hilflos unter unserem Druck. Sie müsse ja das Agrarprogramm unter allen Umständen bringen, auch ohne die Steuern, wenn sie sich selbst und den Reichspräsidenten nicht unsterblich blamieren wolle. Jetzt sei alles davon abhängig, daß wir geschlossen bleiben und daß nicht etwa von irgendwelchen Unstimmigkeiten in der Fraktion etwas in die Öffentlichkeit dringt.

Dr. Bang führte aus: „Wir haben unbedingte Klarheit notwendig. Niemand wird die schwere Lage unterschätzen, in der sich unsere landwirtschaftlichen Abgeordneten befinden, aber man darf doch nicht Entschließungen fassen unter dem Druck landwirtschaftlicher Organisationen und aus einer Psychose heraus, die heute künstlich gemacht wird. Ich beschränke mich auf kurze Feststellungen: 1. Die Agrarfrage ist in allererster Linie eine Frage der Wiederherstellung der Rentabilität. Dieses Problem wird von der Regierung überhaupt nicht in Angriff genommen. Im Gegenteil. Das Kabinett verkündet nicht nur die Kontinuität der Außenpolitik, sondern auch der Handelspolitik. Auch soll der polnische Handelsvertrag unter Dach und Fach gebracht werden. Voraussetzung einer Lösung der Agrarkrise ist schließlich die Preußen-Frage, die überhaupt nicht in Angriff genommen wird. Ich mache weiter darauf aufmerksam, daß die Ermächtigung ja gar nicht an Herrn *Schiele*, sondern an das Kabinett gegeben ist. Schließlich bleibt die Hauptfrage überhaupt außer Betracht, nämlich das dringend notwendige

5 Anm. 3.

6 Niederschrift über die Fraktionssitzung der DNVP am 10. 4. 1930: „4.15 Uhr: – In der Regierung spielt die Frage der Einbringung eines Ermächtigungsgesetzes eine Rolle. – Gleichzeitig tagt das Plenum. – Am Vormittag waren durch *Hugenberg* und *Stubbendorff* Anträge ausgearbeitet, die praktisch unsere Agrar-Forderungen an das Gesetz über Zolländerungen (Benzol-Zoll) anhängen. Dies ist [die] neue deutschnationale Agrar-Offensive. Regierung wurde so gezwungen, Agrarmaßnahmen, die sie erst nach den Steuergesetzen verhandeln wollte, schon jetzt zu verhandeln. – 5.45 Uhr: *Hugenberg*: Das Agrarprogramm muß vorweggenommen werden. Für uns liegt keine Veranlassung vor, das Young-Steuerprogramm zu bewilligen. – *v. Richthofen*: Durch *Schieles* Agrarprogramm alles erreicht, was erreicht werden kann. Verhindern wir das Agrarprogramm, so wird uns die Schuld gegeben, und wir sind verloren. Unsere Weltanschauung steht hier auf dem Spiele. Auf uns Landwirten baut sich die Partei auf. Will sie uns bei sich behalten, das ist jetzt die Frage. Wir müssen zusammenbleiben, und die Führung muß den Weg finden, uns richtig zu führen. – *Rademacher*: Wir dürfen uns nicht einschalten in die Dinge, für die wir bisher die Verantwortung abgelehnt haben. Wir können nicht das Agrarprogramm durchbringen und dann durch Steuerablehnung die Regierung in die Wüste schicken. Wir haben einen Schritt der Regierung entgegengetan und dürfen ihn nicht wieder zurückgehen. Unmittelbar besteht zwar kein Zusammenhang zwischen Steuer- und Agrarprogramm. Organisch hängt beides aber doch zusammen. – *Lind*: Bei der Arbeitslosenversicherung, die nach Ostern neue Konflikte heraufbeschwören wird, haben wir unseren Wählern gegenüber bessere Aussicht mit der Ablehnung. – *Oberfohren*: Regierung ist durch unseren Antrag verwirrt. Agrarprogramm soll in unserem Sinne gebracht werden. Ein Mantelgesetz ist vorgesehen." Nachlaß Schmidt-Hannover 72a.

Moratorium[7]. 2. Es ist unrichtig, wenn gesagt wird, daß wir mit Ablehnung der Steuern das Agrarprogramm zum Scheitern bringen. Wenn die Regierung das wider besseres Wissen behauptet, so bedeutet das Schindluder treiben mit der Not der Landwirtschaft, um ein landwirtschaftlich-feindliches System zu erhalten. 3. Wenn wir die Steuern annehmen, so stabilisieren wir endgültig eine Regierung, die gegen uns gebildet worden ist. 4. Wenn mit unserer Hilfe diese Steuern angenommen werden, so werden wir erleben, daß diejenigen, die jetzt von uns das verlangen, eine wüste Steueragitation gegen uns betreiben. 5. Es ist eine sonderbare Zumutung, von uns die Annahme der Youngsteuern zu verlangen, über die sich nicht einmal die Regierungsparteien einig sind. Das würde von uns das Opfer des Intellekts und die Preisgabe des Charakters der Partei bedeuten. Eins folgt hier aus dem anderen. Schon der 3. April bedeutet für *Hugenberg* sowohl wie für die Partei die Höchstleistung[8]. Wenn jetzt angenommen wird, so vollziehen wir die endgültige Wandlung der Partei zu einer Partei der Mitte und ihre endgültige Einschaltung in das System von heute. Ich mache auch auf das einstimmige Votum von Parteivorstand und Parteivertretung aufmerksam."

Schließlich trat Beruhigung in der Fraktion ein, als **Oberfohren** den Plan *Hugenbergs* verkündet, das Agrarprogramm der Regierung, so wie es aus den Zeitungen bekannt ist, als deutschnationalen Abänderungsantrag zu Punkt 1 des Steuerprogramms, also zum Benzolzoll, heute noch einzubringen. Letzteres geschieht dann im Plenum[9]. Die Folge ist völlige Verwirrung. Die Regierung weiß nicht mehr ein und aus. Am Donnerstag abend lag das Gesetz des Handelns bei uns.

Freitag, den 11. April 1930, 10 Uhr früh

Fraktionssitzung, die über das um 12 Uhr beginnende Plenum weit hinausdauert[10].

Oberfohren: Die Regierung ist wieder hoch, da ihr aus der gestrigen Fraktionssitzung bekannt geworden ist, daß die Fraktion nicht durchhalten werde. Sie hat nunmehr das Agrarprogramm als eigenen Antrag zu Ziffer 1 durch ihre Parteien einbringen lassen und hatte zunächst die Absicht, Ziffer 1 des Steuerprogramms hintansetzen zu lassen. Sie hatte dann beabsichtigt, Ziffer 1 dem Ausschuß zu überweisen und über den Rest des Programms sofort abstimmen zu lassen.

7 Schuldenmoratorium für die ostdeutsche Landwirtschaft.

8 Am 3. 4. 1930 hatte die DNVP-Fraktion den Mißtrauensantrag gegen die Regierung *Brüning* abgelehnt. RT Bd. 427 S. 4777.

9 RT Bd. 427 S. 491 ff. und Schulthess 1930 S. 109.

10 Niederschrift über die Fraktionssitzung am 11. 4. 1930: „9.40 Uhr: Infolge der Indiskretion aus der Fraktion hat die Regierung heute eine starke Stellung. – *Lind*: Eine Sabotage des Steuerprogramms durch uns darf nicht erfolgen. – *Quaatz*: Es gibt zwei deutschnationale Fraktionen. Das dadurch entstandene Doppelspiel kann die Agrarvorlage noch zu Fall bringen. – *Schultz*: tritt für Zustimmung zu dem Steuergesetz ein. – *Westarp*: gleichfalls. – *Hergt*: Vermittlungsvorschlag betr. Eingliederung des Ostprogramms. – Die Sitzung steht unter starker Nervosität, da das Plenum unterdessen tagt und der Verlauf ungewiß ist. Zwischendurch mehrfache Verhandlungen zwischen *Oberfohren* und Reichskanzler. – *Lind*: hält Regierung für loyal. – Das Auseinanderfallen der Fraktion wird immer klarer. Es werden Versuche gemacht, diesen Auseinanderfall wenigstens auf die dritte Lesung zu verschieben. – *Hugenberg*: Wir verbessern für die dritte Lesung unsere Lage nicht, wenn wir heute ablehnen. Abstimmung 27/25. – *Hergt* enthält sich der Stimme." Nachlaß Schmidt-Hannover 72a.

Schließlich hat sie aber als § 10 ein besonderes Junktim[11] eingefügt mit der Maßgabe, daß das Agrarprogramm als nicht angenommen zu gelten habe, wenn nach seiner Annahme hinterher die Steuern abgelehnt werden. Das ist ein in der parlamentarischen Geschichte überhaupt noch nicht erlebter Vorgang, ein Vorgang, für den jedem gesunden Menschenverstand einfach die Erklärung fehlt. Das ist das offene Eingeständnis, daß die Regierung die Agrargesetze nicht um ihrer selbst willen bringt, sondern daß sie die Not der Landwirtschaft mißbrauchen will, um sich selbst zu halten. Die Regierung würde diese Ungeheuerlichkeit nicht wagen, wenn sie nicht gestern abend oder heute nacht über den Zustand dieser Fraktion informiert worden wäre. Es ist schon deshalb eine Selbstverständlichkeit, daß wir das Junktim ablehnen, anderenfalls würden wir uns selbst aufgeben.

Lind: Wenn wir so handeln wollten, wie Herr *Oberfohren* vorschlägt, würden wir Sabotage treiben und die Regierung hindern, der Landwirtschaft zu helfen.

Quaatz: Die Regierung hätte gestern schon nachgegeben, wenn die Fraktion nicht gespalten wäre. Zur Verwirklichung des Agrarprogramms genügt allein schon der Druck des Reichspräsidenten, der seine Ehre dafür verpfändete[12].

Wallraf: Wir dürfen uns nicht verprellen lassen und müssen freie Hand behalten. Jetzt ist ja nur die zweite Lesung. Wenn wir die Steuern in der zweiten Lesung annehmen, haben wir ja für die dritte Lesung immer noch freie Hand.

Westarp: Ich schließe mich Exzellenz *Wallraf* völlig an. Wir müssen vorläufig mitmachen, also in der zweiten Lesung zustimmen und haben für die dritte Lesung dann ja immer noch freie Hand.

Bazille: Die Steuerfragen stehen ja für uns gar nicht im Mittelpunkt des Interesses. Wir müssen die Regierung *Brüning* retten, darum handelt es sich. Wir müssen die Steuern unter allen Umständen annehmen. Wir müßten sie sogar dann annehmen, wenn uns kein Agrarprogramm in Aussicht stünde. Die Hauptsache ist, daß die sozialistenfreie Regierung *Brüning* erhalten bleibt.

Vogt: Für uns ist die Hauptsache, daß wir etwas nach Hause bringen müssen, und wenn wir die Steuern ablehnen, dann bringen wir nichts nach Hause, deshalb müssen wir sie annehmen.

Hugenberg: Die Regierung hat mit dem Junktim endlich die Maske fallen lassen. Die Fraktion täuscht sich völlig über die Situation und auch ihre eigene Machtstellung. Wir sind ja gar nicht in der Lage, durch Ablehnung der Steuern die Agrarvorlage zu Fall zu bringen. Regierung und Reichspräsident können die Agrarvorlage ja gar nicht fallen lassen. *Hugenberg* legt sogleich das neue Initiativgesetz (Moratorium) vor.

Oberfohren: *Brüning, Moldenhauer* und *Schiele* haben mich vorhin während der Fraktionssitzung um eine Unterredung gebeten und haben von mir die sofortige Entscheidung der Fraktion verlangt. Ich habe ihnen gesagt, daß ich mich zeitlich nicht drängen lasse. Da haben sie mir gesagt, das Plenum tage doch schon seit 12 Uhr, wo wir denn blieben. Ich habe ihm darauf erwidert, daß es uns gleichgültig ist, ob das Plenum tage, und daß wir im Fraktionszimmer blieben. Daraufhin hat

11 Nr. 55; Brüning S. 169.

12 Bezieht sich auf den Brief *Hindenburgs* an Reichskanzler *Müller* vom 18. 3. 1930. Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1580ff.

die Regierung für Vertagung des Plenums auf 2 Stunden gesorgt. *Brüning* hat mir dann mitgeteilt: Wenn die Steuern abgelehnt werden, dann wird aufgelöst[13], und dann werden die Steuern mit Artikel 48 gemacht, aber nicht gemacht wird das Agrarprogramm. Ich habe ihm darauf gesagt, ich verbäte mir jeden erpresserischen Druck.

Graef: Die Regierung hat damit ihre Unehrlichkeit zugestanden. *Hugenberg* hat das, was er am 3. April getan hat, nur getan unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß die Steuergesetze abgelehnt werden. Das war die Voraussetzung seiner Erklärung am 3. April. Es wäre im höchsten Maße illoyal, wenn man dem heute entgegenhandeln wollte.

Lind: Es ist unrecht, der Regierung Vorwürfe zu machen. Die Regierung handelt durchaus loyal, und für uns handelt es sich darum, daß wir ihr gegenüber nicht illoyal werden dürfen.

Jandrey: Über das eine kann doch kein Zweifel sein, daß uns die Regierung über den Löffel barbieren will.

Hiernach tritt eine Pause von etwa 15 Minuten ein, weil die Fraktion an einem Hammelsprung teilnehmen muß.
Es wird dann fortgefahren.

Oberfohren (in großer Erregung): Ich muß jetzt in tiefster Entrüstung mitteilen, daß das, was ich vorhin über die Mitteilung der Regierung an mich vorgetragen habe, während der kurzen Pause aus der Fraktion heraus sofort der Regierung verraten worden ist. Wir stehen wiederum vor den alten Methoden der Indiskretionen. Das nimmt uns natürlich jede Möglichkeit des Handelns. Bei diesem jammervollen Zustande der Fraktion muß ich mir ernstlich überlegen, ob ich noch an der Spitze einer solchen Fraktion bleiben kann. Frau Paula *Müller* bittet mit erregtem Zwischenruf, von jedem Fraktionsmitglied das Ehrenwort zu verlangen, ob er der Schuldige ist.

Oberfohren erklärt dazu: Das hat gar keinen Zweck. Solche Kerle, die Verrat üben, brechen auch ihr Ehrenwort.

Rademacher: Ich muß Herrn *Hugenberg* aufs ernsteste widersprechen, wenn er sagt, daß nunmehr die Regierung die Maske habe fallen lassen. Ich stelle fest, daß die Regierung uns gegenüber lediglich dieselbe Taktik einschlägt, die wir ihr gegenüber betätigen. Das kann ihr niemand verübeln.

Hugenberg: Ich stelle ausdrücklich fest, daß *Graef* die Lage vom 3. April richtig geschildert hat. *Westarp* hat damals in der Fraktion bestätigt, daß nach Abgabe meiner Erklärung die Steuergesetze nicht angenommen werden dürfen.

Strathmann: Ich widerspreche allen Vorwürfen, die hier gegen die Regierung erhoben werden. Die Regierung handelt mit dem Junktim durchaus ehrlich.

Hiernach erfolgt Abstimmung darüber, wer gegen die Steuern und wer für die Steuern stimmen will. Die Abstimmung ergibt: Gegen die Steuern: 25; für die

13 *Brüning* hatte schon vor der Abstimmung über den Mißtrauensantrag von *Hindenburg* eine Auflösungsorder erhalten. Brüning S. 169; Pünder S. 48.

Steuern: 27. *Hergt* enthält sich der Stimme. *Steininger* schließt sich nachträglich an.

Hergt erklärt, daß er zur Beruhigung und um eine Einheitlichkeit zu ermöglichen, einen Antrag stellen wolle. Dieser Antrag lautet: „Dieses Gesetz tritt am 1. August außer Kraft, wenn bis dahin nicht das Osthilfe-Programm angenommen und durchgeführt worden ist." *Hergt* meint, daß mit dieser Bedingung die gesamte Fraktion den Steuern unbedenklich zustimmen könnte.

Hugenberg: Ich bitte, den Antrag *Hergt* abzulehnen, da er die grundsätzliche Zustimmung zum Regierungsprogramm enthält. Gestatten Sie mir ein ernstes Wort. Ich muß heute mit tiefer Bitterkeit aussprechen, daß ich von der Fraktion getäuscht worden bin. Ich habe am 3. April etwas getan, was mir bei sehr vielen der Besten im Lande Mißtrauen eingetragen hat und was auch für die Partei selbst eine schwere Belastung bedeutet. Ich habe die Erklärung vom 3. April nur unter der Voraussetzung abgegeben, der niemand in der Fraktion damals widersprochen hat, daß die Steuergesetze nunmehr unter allen Umständen abgelehnt würden. *Westarp* hat am 3. April ausdrücklich festgestellt: „Es ist ganz selbstverständlich, daß wir das Finanzprogramm ablehnen." – Ich bin also getäuscht worden. Ich appelliere nochmals an Sie um der Partei willen, unsere ausschlaggebende Stellung nicht preiszugeben. Ich bitte Sie deshalb, gegen Annahme der Steuern zu stimmen.

Schmidt-Hannover stellt hierauf den Antrag auf Wiederholung der Abstimmung.

Lind widerspricht diesem Antrag.

Schließlich gelingt es *Oberfohren,* doch noch eine Abstimmung durchzusetzen. Dabei blieben nur 12, die die Steuern unbedingt annehmen wollten.

Sonnabend, den 12. April 1930, früh 10 Uhr Fraktionssitzung

Oberfohren: Den Verlauf unserer gestrigen Fraktionssitzung konnten Sie bereits gestern abend in der demokratischen Presse lesen. Die Regierung weiß nunmehr, daß sie die Fraktion in der Hand hat. Deshalb steigern sich ihre Forderungen und Zumutungen an uns. *Brüning* hat mich soeben zu sich gerufen und hat mir gesagt: Wenn das Junktim nicht widerstandslos angenommen wird, dann wird nicht erst in dritter, sondern schon in zweiter Lesung sofort aufgelöst. – Das ist eine so unverschämte Zumutung und Drohung, wie sie in der Parlamentsgeschichte überhaupt noch nicht da war. Das ist nur möglich geworden durch unseren gestrigen Zusammenbruch. Jetzt verlangt es einfach unsere Ehre als Partei, daß wir ablehnen.

Lind: Herr *Oberfohren* hat nicht das Recht, der Regierung Vorwürfe zu machen. Die Schuld tragen wir selbst, denn wir selbst haben die Regierung erst in die Lage versetzt. Uns ist es eben nicht ernst mit dem Agrarprogramm. Mit dem Agrarprogramm ist hundertprozentig das erreicht, was die deutsche Landwirtschaft erhofft und erstrebt hat. Dieses Agrarprogramm kann nur durchgeführt werden, wenn die Regierung am Ruder bleibt. Auch der Zentrumsabgeordnete *Dessauer* hat im Ausschuß erklärt: Die Durchführung des Agrarprogramms ist davon abhängig, daß wir in der Regierung sind. – Wir selbst sind auch schuld am

Junktim. Wir haben das Junktim dadurch verschuldet, daß wir mit dem Antrag *Hugenberg* das Agrarprogramm an die Benzolvorlage angehängt haben. Wir müssen den § 10 deshalb annehmen.

Wallraf: Die Regierung ist in der Tat frei von Vorwürfen. Die Annahme der Steuervorlage ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

v. Richthofen: Es ist unerhört, der Regierung Vorwürfe zu machen, die Regierung hat bewiesen, daß sie ehrlich ist. Jetzt handelt es sich nur darum, ob wir selbst ehrlich bleiben wollen. Wer gegen die Steuervorlage stimmt, macht sich unehrlich und erklärt sich zum Feinde der deutschen Landwirtschaft.

v. Dryander: Ich schließe mich voll und ganz Exzellenz *Wallraf* an.

Graef: Die unsachgemäßen Vorwürfe und Unterstellungen des Herrn *v. Richthofen* weise ich als Freund der Landwirtschaft auf das allerschärfste zurück. Wir haben schon eher, als Herr *v. Richthofen* politisch tätig war, alles und jedes für die Landwirtschaft getan. Ich kann in der jetzigen Situation und insbesondere in der hämischen Art, in der wir aus dem Reichslandbunde[14] heraus jetzt bekämpft werden, nur eine ganz unerhörte Undankbarkeit der Landwirtschaft gegen unsere Partei finden, gegen die Partei, die seit Anfang an sich als die wahre Freundin und Förderin der Landwirtschaft erwiesen hat. Es ist lediglich *Hugenbergs* Verdienst, daß das Agrarprogramm jetzt erzwungen worden ist.

Haßlacher: Das Junktim ist in der Tat eine Selbstverständlichkeit. Ich verstehe nicht, wie man daraus Vorwürfe gegen die Regierung machen kann. Es ist auch selbstverständlich, daß wir die Steuervorlage annehmen müssen.

Oberfohren: Der Reichskanzler *Brüning* hat mich soeben nochmals zu sich gebeten und mir noch einmal gedroht, daß schon in der zweiten Lesung aufgelöst wird, wenn wir nicht annehmen. Ich appelliere nochmals an Ihr Selbstbewußtsein. Die Frage ist für uns zu einer Ehrenfrage geworden.

Westarp: Ich widerspreche dieser Auffassung. Die Annahme der Steuern ist aus sachlichen Gründen unbedingt nötig.

Schmidt-Hannover: Ich verstehe diese Auffassung nicht, denn wir wissen ja noch nicht einmal, ob die Regierungsparteien die Steuergesetze annehmen werden. Wir können doch nicht päpstlicher sein als der Papst.

Bazille: Ich mache nochmals darauf aufmerksam, daß es sich im Grunde nicht um die Steuergesetze, sondern darum handelt, daß wir die Regierung am Leben zu erhalten haben.

Quaatz: Es handelt sich um den lang angelegten Kampf des Reichslandbundes gegen die Partei. Annahme der Steuern bedeutet für uns Preisgabe der Partei.

Leopold: Die Industrie stellt sich hinter die Landwirtschaft. Wir müssen die Steuervorlage unbedingt annehmen.

Hugenberg: Ich wiederhole, daß ich nur im Vertrauen auf Ihre Loyalität das getan habe, was am 3. April geschehen ist. Meine Absicht war dabei zugleich, vor endgültiger Entscheidung noch den Parteivorstand und die Parteivertretung zu

14 Dieser größte Verband der deutschen Landwirtschaft war 1921 aus der Verschmelzung des Deutschen Landbundes mit dem Bund der Landwirte entstanden. 1930 umfaßte er unter der Präsidentschaft *Schieles* 30 Einzelverbände mit insgesamt 5,6 Millionen Mitgliedern.

Worte kommen zu lassen. Diese beiden höchsten Parteiinstanzen haben gesprochen, und ihr Votum kennen Sie[15]. Ich mache darauf aufmerksam, daß aus der Spaltung der Fraktion sich unvermeidbare Folgen ergeben müssen. Sie haben mit Ihrer Einstellung die gesamte strategische und taktische Position der Partei zerschlagen und einen glänzenden Sieg sowohl für die Partei wie für die Landwirtschaft, den wir schon in der Tasche hatten, preisgegeben.

Strathmann: Herr *Bazille* hat vollkommen recht. Wir müßten sogar dann für die Regierung stimmen, wenn damit ein sachlicher Erfolg für das Agrarprogramm nicht zu erreichen wäre.

Bang: Ich beschränke mich auf kurze Feststellungen: 1. Die Einstellung in der Landwirtschaft selbst zur Steuerfrage ist durchaus nicht einheitlich. Ich verweise dazu auf den gestrigen Beschluß des Pommerschen Landbundes. 2. Man braucht an der Ehrlichkeit *Schieles* und einzelner Teile der Regierung nicht zu zweifeln. Aber Sie kommen doch um die Tatsache nicht herum, daß die Ermächtigung nicht Herrn *Schiele*, sondern dem Kabinett gegeben ist. 3. Die Annahme des § 10 bedeutet sachlich die Übernahme der Verantwortlichkeit für die Tributsteuern und die Tributpolitik. Sie bedeutet ferner die Stabilisierung einer Regierung, die gegen uns gebildet worden ist und die bewußt die Politik der Zerschlagung der nationalen Opposition treibt. Die Annahme bedeutet danach die endgültige Einschaltung der DNVP in das System von heute, das grundsätzlich landwirtschaftsfeindlich ist. Damit wäre die Preisgabe der Grundsätze der Partei gegeben. Sie stehen nicht nur vor einer parlamentarischen, sondern vor einer grundsätzlichen politischen Entscheidung. Sie entscheiden mit Ihrer Stellungnahme nicht nur über das Schicksal der Partei, sondern wahrscheinlich über das Schicksal des Vaterlandes.

Berndt: Die Regierung ist gegen uns gebildet worden zu dem Zwecke, unseren Führer endgültig zu erledigen. Die Regierung handelt nicht aus sachlichen Gründen. Wir handeln ehrlos, wenn wir diese Regierung halten. Es ist für uns ein Gebot der Mannesehre, den § 10 abzulehnen. Wenn wir das nicht tun, hat die Sterbestunde der Partei geschlagen.

Vogt: Wir sind Abgeordnete und müssen unseren Wählern etwas mit nach Hause bringen. Deshalb hat uns nur die Frage zu leiten: Was bringe ich nach Hause? Wir müssen das Agrarprogramm nach Hause bringen, deshalb müssen wir die Steuern annehmen.

Graf Eulenburg: Ich weise als Abgeordneter und Landwirt auf das allerentschiedenste die unsachlichen Unterstellungen des Herrn *v. Richthofen* zurück. Ich verstehe auch die Freude der Landbündler über das angeblich Erreichte nicht. Es ist eine gefährliche Redensart, wenn gesagt wird, die Landwirtschaft habe hundertprozentig erreicht, was sie wollte. In Wahrheit wird die Frage der Landwirtschaft nicht gelöst, sondern sie wird unlösbar gemacht. Wir retten durch Zustimmung die Lage der Landwirtschaft nicht. Wie kann man z. B. neben der ungelösten Preußenfrage von Rettung der Landwirtschaft reden?

Reichert: Wir haben endlich ein sozialistenreines Kabinett. Das muß unter allen Umständen erhalten werden. Ich richte einen Appell an Sie, Herr *Hugenberg*,

15 Am 8./9. 4. 1930 hatten der Parteivorstand und die Parteivertretung der DNVP *Hugenberg* einstimmig ihr Vertrauen ausgesprochen. Schulthess 1930 S. 106.

genau so großzügig zu handeln wie am 3. April. Wir können ja auch gar nicht anders handeln. Wir haben heute lediglich die logische Folge des 3. April zu ziehen.

Paula Müller: Es ist eine Frivolität, uns zu unterstellen, daß eine Ablehnung des § 10 eine landwirtschaftsfeindliche Handlung sei. Herrn *Hugenberg* Feindschaft gegen die Landwirtschaft zu unterstellen, ist geradezu unerhört. Wer hat denn am 3. April ein Opfer für die Landwirtschaft gebracht, dessen Ausmaß gar nicht abzusehen ist? Es bleibt auch dabei, daß nur Herr *Hugenberg* es erzwungen hat, daß wir das Agrarprogramm jetzt haben.

Hugenberg: Der Appell *Reicherts* beruht auf einer Verdrehung des Tatbestandes. Der 3. April ist geschehen im Vertrauen darauf, daß die Fraktion die Steuern ablehnen und sich in der weiteren Taktik führen lassen werde. Dies Vertrauen ist von der Fraktion getäuscht worden, ich bin nicht gewillt, denselben Fehler noch einmal zu machen. Wären Sie mir gefolgt, so hätten wir nicht nur das Agrarprogramm, sondern die Partei hätte politisch einen glänzenden Sieg erfochten.

Am Schluß der Fraktionssitzung wird darüber abgestimmt, wer für Annahme des Junktim und wer dagegen ist. Die Abstimmung ergibt: 28 für das Junktim und 22 gegen das Junktim bei 6 Stimmenthaltungen. Die 6 erklären, im Plenum bei Ablehnung des aufrecht erhaltenen Antrags *Hergt* zu den 22 treten zu wollen.

Die Parteivorstandssitzung vom 25. April 1930[16]

Hugenberg berichtet zunächst den Tatbestand und erklärt: Ich stehe der Sache mit philosophischer Ruhe gegenüber. Ich selbst bin auch nicht ohne Ar und Halm. Wenn für mich überhaupt noch wirtschaftliche Interessen in Frage kommen, so sind es landwirtschaftliche. Es gibt eine schönere Welt als die hier. Ich bitte aber nicht daraus den Schluß zu ziehen, daß ich gewillt sei zu verzichten. Zu der Pflicht, die ich mit meinem Amte übernommen habe, gehört auch der Kampf. Das Schlimmste heute ist der völlige Mangel an Sachlichkeit. Ich muß mit einer Gegnerschaft rechnen, die nicht sachlich eingestellt ist. Ich habe 1927 zum Königsberger Parteitag an *Westarp* geschrieben, daß ich schwere Gefahren für die Partei voraussehe und daß ich nicht willens sei, länger ruhig zuzusehen. Aus dieser Entwicklung heraus ist dann mein Parteivorsitz entstanden[17]. Die Vorgänge des 12. und 14. April[18] gewinnen ihre Bedeutung durch den Zusammenhang, in dem sie stehen. Der 3. April hat keinesfalls die Aufgabe unserer Grundsätze gegenüber dem Kabinett bedeutet. Es hat damals niemand im Zweifel sein können, daß die Steuergesetze abzulehnen seien. Eine schwere Enttäuschung meines Vertrauens liegt also vor. Das sage ich ohne Vorwurf. Bei solchen Zuständen ist eine Führung natürlich unmöglich. Durch unseren Antrag zum Benzolgesetz war unsere taktische Lage noch verbessert. Damit hatten wir selbst durchaus kein Junktim vollzogen. Es ist später sogar die Lüge ausgestreut worden, daß wir die Agrarvorlage abgelehnt hätten. Ausschlaggebend ist die Frage: Wären die Agrargesetze zu haben gewesen ohne die Steuergesetze? Am Donnerstag, den

16 Knappe Darstellung der Vorgänge in Schulthess 1930 S. 115.

17 Vgl. Bracher S. 309ff.; Hiller v. Gaertringen S. 544f.

18 Bei der zweiten und dritten Lesung der Deckungsvorlagen hatte sich die DNVP gespalten. Jonas S. 67ff.; Brüning S. 169.

10. April, war die Regierung in der Tat derart in unserer Hand, daß das Agrarprogramm auch ohne die Steuergesetze zu erreichen gewesen wäre. Sogar die Preußenfrage hätte in Angriff genommen werden können. *Oberfohren* und ich hatten die Absicht, einen Brief an die Regierung zu schreiben, der die Unterlage zu weiteren Verhandlungen geboten hätte. Der Brief war bereits abgefaßt; er konnte nicht mehr abgehen wegen der Vorgänge in der Fraktion am Freitag, den 11. April. Mit diesen Vorgängen in der Fraktion war eine aktive Politik der Fraktion erledigt. Mein Antrag vom Donnerstag auf Verbindung des Agrarprogramms mit dem Benzolgesetz[19] konnte auch nur deshalb von so großer Bedeutung werden, weil der Antrag erst kurz vor dem Plenum an die Fraktion gebracht wurde. Mit einer Fraktion, in der fortgesetzte Indiskretionen üblich sind, kann nur auf diesem Wege Politik gemacht werden. *Treviranus* hat ja jetzt in Detmold erzählt, daß er von Mitgliedern der Fraktion, die heimlich zu ihm kämen, ständig auf dem laufenden gehalten werde. In der Fraktion kann man überhaupt nicht mehr Vertrauliches besprechen. Dr. *Reicherts* Darstellungen in seiner Rundschrift sind falsch. Es geschieht ja neuerdings sogar in der Öffentlichkeit aus unseren eigenen Reihen heraus alles, um mich lahmzulegen. Eine siegreiche Entwicklung unserer Politik ist damit erledigt worden. Bis zum Parteitag in Kassel[20] waren wir im Vordringen. Mein Ziel war, die Mittelparteien in eine Zwangslage zu bringen, sich mit uns unter unserer Führung zusammenzuschließen. Notwendig wäre dabei steter Angriff. Nur durch Angriff kann man politische Gegner zum Nachgeben zwingen. Das Zentrum ist dann zu einer Gegenoffensive vorgegangen, die unmöglich gewesen wäre, wenn nicht aus unseren eigenen Reihen heraus unsere Pläne fortgesetzt verraten worden wären. So kommen wir zu dem Ergebnis, daß es in Zukunft als ausschlaggebende Faktoren nur noch die Sozialdemokratie und das Zentrum mit seinen Anhängseln geben wird. Der dritte Faktor einer wahrhaft konservativen Partei ist in Gefahr zu verschwinden. Wir sind auf dem Wege, aus der DNVP eine DVP mit landwirtschaftlichem Einschlag zu machen. Als Anhängsel des Zentrums kann man keine staatskonservative Politik machen. Die Auflösung in berufsständische Gruppen ist unser Unglück. Die Landwirtschaft täuscht sich, wenn sie daraus für sich Hoffnungen schöpft, denn auf diesem Wege kommt die Gesamtheit der Konsumenten zur ausschlaggebenden Macht. Ob wir klein werden oder nicht, es gilt, den konservativen Gedanken auf der Grundlage des Freiheitsgedankens zu retten. Vielleicht sind wir durch die Vorgänge der letzten Zeit auf ganze Jahre zurückgeworfen. Außenpolitisch möchte ich nur andeuten, daß Deutschland nicht zum Söldner anderer gegen Rußland werden darf. Wir dürfen uns nicht zum Kriegsschauplatz machen lassen. Richtig angefaßt, kann die Frage der Auseinandersetzung zwischen den anderen für uns zum Heil werden. Auch auf dem Gebiete der Außenpolitik muß die Alleinherrschaft von Zentrum und Sozialdemokratie verhindert werden. Das gegenwärtige Kabinett bedeutet die Gefahr des Ruins des gesamten nationalen Willens. Deshalb ist es gefährlicher als die ehrliche Sozialdemokratie. Auch was die Ostfrage anlangt, so kann man nur helfen, wenn man eine Fraktion hinter sich hat, die mitgeht. Mit der Hoffnung auf das Kabinett ist alles verloren. Der Gedanke, dieses Kabinett dürfen wir nicht stürzen, ist der

19 Am 10. 4. 1930. Schulthess 1930 S. 107.

20 Am 22./23. 11. 1929. Bracher S. 319.

Standpunkt der Angst und bedeutet das Verlassen der eigenen Fahne. Heute handelt es sich darum, wie eine Weiterarbeit überhaupt ermöglicht werden soll.

Westarp: Auf die allgemeinen Ausführungen des Herrn *Hugenberg* kann ich nicht eingehen. Für uns handelt es sich um die einfache Frage, was die Voraussetzung unserer weiteren Mitarbeit in der Fraktion ist. Für meine Abstimmung war wesentlich die Einstellung der Wirtschaft. Heute hat im Vordergrunde zu stehen das Rundschreiben 12a der Parteileitung vom 16. April, in dem uns Vorwürfe der Schädigung der Partei gemacht werden. Herr *Hugenberg* hat dies Rundschreiben mit einem eigenen Schreiben verbreiten lassen; er hat sich also diese Vorwürfe zu eigen gemacht. Der Vorwurf der Schädigung der Partei bedeutet die Ausschlußandrohung. Ich bestreite, daß ein Bruch des Vertrauens und eine Täuschung erfolgt ist. Ich bestreite jede Illoyalität. Die Vorgänge am 3. April haben sich so schnell abgespielt, daß bei der Kürze der Zeit viele sich nicht daran erinnern können, daß eine Ablehnung der Steuern versprochen worden sei. Ich bestreite, daß auf eine Zustimmung zur Ablehnung der Steuern aus der Fraktionssitzung vom 3. April geschlossen werden kann. Wir haben ja auch die Steuern nicht um ihrer selbst willen angenommen. Wir waren in einer Zwangslage. Auch der Beschluß der Parteivertretung hat dem Wortlaut nach keine Festlegung gebracht. Durch Beschluß der Parteiinstanzen kann die Fraktion bei neuen Lagen nicht gebunden werden. Die gegen uns erhobenen Vorwürfe sind ehrverletzend. Das Rundschreiben enthält auch offensichtlich die Drohung mit dem Ausschlußverfahren. Deshalb habe ich hier die Erklärung abzugeben, daß für uns die Voraussetzung weiterer Mitarbeit in der Fraktion die Beseitigung jener Vorwürfe ist. Wir verlangen deshalb einen Beschluß des Parteivorstandes, daß der Parteivorstand sich diese Vorwürfe nicht zu eigen macht. Ich wende mich sodann gegen die Polemik unserer parteiamtlichen Pressestellen. Durch diese Polemik wird der Schaden nur vergrößert. Es hat sich für uns nicht um einen Nervenzusammenbruch gehandelt. Es hat sich lediglich um eine verschiedene Beurteilung der Sachlage gehandelt. Die Agrarvorlage wäre nicht zu retten gewesen, wenn die Steuern abgelehnt worden wären. Was die Indiskretionen anlangt, so mache ich darauf aufmerksam, daß an den Fraktionssitzungen auch Nichtmitglieder, insbesondere Pressevertreter, teilnehmen. Die Polemik gegen den Landbund halte ich für höchst verderblich. In der Abstimmung gegen die Parteiführung kann ich Schlimmes nicht sehen. Auch die DVP hat oft gegen ihre Führung gestimmt. Der Parteivorstand muß also anerkennen, daß die Vorwürfe gegen uns unberechtigt sind, und er muß sich auf den Grundsatz stellen, daß für jede der beiden Richtungen Raum zur Betätigung gelassen wird. Für die Politik der nächsten Monate hat zu gelten, daß von jedem Zwang gegen die Fraktion abzusehen ist. Wir lehnen neue Festlegungen im Sinne des Antrages *Winterfeld-Gürtner* vom vorigen Jahre ab. In die Abstimmungsfreiheit des Abgeordneten darf nicht eingegriffen werden. Die Festlegung der Fraktion auf eine bestimmte Politik im einzelnen ist abzulehnen und praktisch ohne Wert[21].

21 Hinweise auf Bestrebungen des *Hugenberg*-Flügels in der DNVP, den Fraktionszwang durchzusetzen bei Bracher S. 317, S. 320. *Graf Westarp* berief sich demgegenüber auf den Artikel 21 der Reichsverfassung: „Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Anträge nicht gebunden." Auch nach Fritz Poetzsch-Heffter, Handkommentar der Reichsverfassung. Ein Handbuch für Verfassungsrecht und Verfassungspolitik. 3. Aufl., Berlin 1928 S. 162 folgte daraus u. a.: „3. Eingegangene Verpflichtungen, sich für die

Das Ostprogramm müssen wir unter allen Umständen erreichen. Auch wir wollen Opposition und aus der Opposition die Gunst der Lage ausnützen. Aber will der Vorstand tatsächlich, daß wir das Kabinett stürzen? Ich verneine diese Frage. Es gibt Kreise, die die letzte Sezession in der Fraktion[22] als Reinigung begrüßt haben. Ich habe das als ein Unheil betrachtet und habe alles getan, es zu verhüten. Wir müssen uns einigen.

[. . .][22a]

Wallraf: Ich wende mich zunächst dagegen, die Arbeit früherer deutschnationaler Minister herunterzusetzen. Wenn wir bedenken, mit welchem Zielbewußtsein Zentrum und Sozialdemokratie ihre Machtpositionen in der Regierung zur Regelung ihrer Personalfragen benutzen, müssen wir sagen, daß es doch eigentlich selbstverständlich sein müßte, schon aus Gründen der Erhaltung deutschnationaler Beamter die Beteiligung an der Regierung zu verlangen. Wir müssen unsere Politik vom April unter allen Umständen fortsetzen, bis die Osthilfe unter Dach und Fach ist. Die heutige Regierung eine Young-Regierung zu nennen, ist ganz falsch. Zwischen *Brüning* und der Sozialdemokratie besteht ein unüberbrückbarer Unterschied. *Brüning* ist Rechtsexponent des Zentrums. Denken Sie auch daran, daß das Leitmotiv der hohen katholischen Geistlichkeit jetzt der Kampf gegen den Bolschewismus ist und daß sich damit die antimarxistische Einstellung des Zentrums ohne weiteres ergibt. Es wäre geradezu ein Unglück, wenn wir *Brüning* stürzen wollten. Hier einen Antrag zu fassen, der die Fraktion binden soll, ist ganz unmöglich. Man kann doch prominenten Persönlichkeiten in der Fraktion wirklich nicht zumuten, sich nach der Entschließung eines einzelnen Mannes zu richten, auch wenn er Parteiführer ist. Ein solcher Verzicht auf die Geltendmachung der eigenen Ansicht kann nur erworben werden durch langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit. Davon aber ist nicht die Rede. In der Tat gehen ja seit *Hugenbergs* Berufung auch alle Wahlen im Reiche gegen uns. Wir in der Fraktion sind doch schließlich keine Marionetten [. . .][23]

Dr. Oberfohren: Ich widerspreche zunächst aufs entschiedenste der in die Welt gesetzten Behauptung, daß in der Fraktionssitzung vom 3. April keine Zeit gewesen wäre, sich über den Inhalt der abzugebenden Erklärung klar zu werden, und daß ich eine Besprechung dieser Erklärung verhindert hätte. Wenn Herr Dr. *Haßlacher* sich damals für Annahme der Steuern hätte aussprechen wollen, so hätte ich das selbstverständlich zugestanden. Ich widerspreche ferner aufs entschiedenste der Behauptung, daß die Fraktion infolge Zeitmangels sich nicht hätte darüber klar sein können, daß die Vorbedingung der Abgabe der Erklärung durch *Hugenberg* der geschlossene Wille zur Ablehnung der Steuern war. Weiter stelle ich als völlig zweifelsfrei fest, daß das Agrarprogramm nur und ganz allein

---

Abgeordneten-Tätigkeit den Weisungen einer anderen Stelle zu unterwerfen, sind nichtig. 4. Fraktionszwang verpflichtet den Abgeordneten nicht im staatsrechtlichen Sinne und entbindet ihn nicht der verfassungsmäßigen Verpflichtung einer selbständigen Prüfung vor seinem Gewissen."

22 Sezession der *Treviranus*-Gruppe im Dezember 1929. Hiller v. Gaertringen S. 548f.; Bracher S. 319ff.; Jonas S. 47ff.

22a Erster Teil der Ansprache *Wallrafs* fehlt in der Vorlage.

23 In der Vorlage fehlt hier eine Seite.

durch *Hugenbergs* Eingreifen noch vor Ostern gekommen ist. *Brüning* selbst hat mir vor dem 2. April gesagt, daß er gar nicht daran denke, das Agrarprogramm vor Ostern zu bringen, daß er lediglich das Steuerprogramm vorlegen werde und zwar ohne irgendeine Festlegung auf das Agrarprogramm. Man hat uns tatsächlich zugemutet, die Youngsteuern zu machen, über die nicht einmal die Regierungsparteien einig waren. Man hat uns zugemutet, die Steuern noch dazu ohne Festlegung auf das Agrarprogramm anzunehmen. Die Wendung kam am 2. April abends, als ich offiziell bei *Brüning* vorsprach und ihm mitteilte: „Morgen werden 36 Mitglieder der Fraktion für den Mißtrauensantrag stimmen." *Brüning* erschrak aufs tiefste und sagte: „Was ist Ihre Bedingung?" Er hat sich dann gesetzt und wie ein Schuljunge auf mein Diktat nachgeschrieben. *Schiele* saß dabei. Ich habe diktiert: „Sie geben morgen eine besondere Regierungserklärung ab, daß Sie das Agrarprogramm noch vor Ostern nicht nur vorlegen, sondern auch zur parlamentarischen Erledigung bringen." *Brüning* wandte zunächst ein, daß das technisch unmöglich sei. Als ich fest blieb, sagte er: „Ihre Bedingung ist so weitgehend, daß ich das dem Kabinett mitteilen muß. Ich kann hier nicht allein entscheiden. Ich verspreche Ihnen, falls das Kabinett Nein sagt, Ihnen noch vor der morgigen Sitzung davon Kenntnis zu geben[24]." In der Tat hat dann das Kabinett nur den ersten Teil der Bedingung (Vorlegung vor Ostern) angenommen, den zweiten Teil (parlamentarische Erledigung vor Ostern) gestrichen. Aber auch das letztere haben wir dann durch unseren Abänderungsantrag zur Ziffer 1 der Vorlage (Benzolzoll) erzwungen. Es ist eine ganz unbezweifelbare Tatsache, daß das nur *Hugenbergs* Verdienst ist, daß wir das Agrarprogramm jetzt haben. Ich bin durch meine weiteren Verhandlungen mit der Regierung auch zu der Überzeugung, ja zu der Gewißheit gekommen, daß das Agrarprogramm auch ohne das Steuerprogramm zu haben gewesen wäre, ja daß wir darüber hinaus sogar noch mehr hätten erreichen können, wenn die Fraktion in unseren Händen geblieben wäre. Am Mittwoch, den 9. April abends, habe ich mit Herrn *Moldenhauer* verhandelt und ihm gesagt, daß die Fraktion die Steuern geschlossen ablehnen werde. Ich habe ihm dabei erklärt: „Wegen der Steuern bleibt Ihnen ja immer noch Artikel 48." *Moldenhauer* sagte sichtlich betroffen: „Das ist ja furchtbar, daß Sie uns so in die Klammer nehmen. Ich werde darüber sofort mit dem Reichskanzler verhandeln, um eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten herbeizuführen." Es ist also eine unbestreitbare Tatsache, daß innerhalb der Regierung selbst erwogen wurde, das Steuerprogramm zunächst außerparlamentarisch zu erledigen. Es ist also eine Finte, wenn gesagt wird, daß die Steuern mit [dem Artikel] 48 nicht zu machen gewesen wären. Das geht ja auch daraus hervor, daß man sich dann nach dem Schwachwerden der Fraktion am Freitag in den sich steigernden Drohungen selbst auf den Artikel 48 zurückzog. So hat mir der Reichskanzler ja selbst am Freitag[25] nach Bekanntwerden der Verhältnisse der Fraktion erklärt: „Wenn die deutschna-

24 In einem Vermerk von 1. 5. 1930 weist *Pünder* ähnlich lautende Presseberichte zurück und stellt fest, daß am 2. April keine Besprechungen zwischen *Oberfohren* und *Brüning* stattgefunden hätten. In einem kurzem Gespräch am 3. April gegen 10 Uhr habe *Oberfohren* keineswegs ultimative Forderungen erhoben, sondern sich mit einem erneuten Hinweis *Brünings* auf die in der Regierungserklärung enthaltenen Zusagen für die Landwirtschaft zufriedengegeben. BA R 43 I/ 2654.

25 12. 4. 1930.

tionale Fraktion nicht mittut, machen wir zwar die Steuern mit Artikel 48, nicht aber das Agrarprogramm." Am Donnerstag[26] standen wir in der Tat auf der Höhe unserer Macht. Das Gesetz des Handelns lag bei uns. Eine weitere Verstärkung des Druckes, die *Hugenberg* und ich in Aussicht genommen hatten, hätte uns ohne jeden Zweifel zu einem glänzenden Siege geführt und hätte uns auch der Lösung der Ostfragen zumindest nahe gebracht. *Hugenberg* und ich hatten am Donnerstag einen Brief entworfen an *Brüning*, der Bedingungen nach dieser Richtung enthielt. Dieser Brief konnte dann nicht mehr abgehen, weil bereits am Donnerstag spät abends die Regierung über den inneren Zustand der Fraktion informiert war. Als ich am Donnerstag abend bei *Moldenhauer* vorsprach, um mir Bescheid auf meine oben angeführte Anregung zu holen, erklärte er mir sichtlich entlastet: „Wir haben es nicht mehr nötig, auf Ihre Bedingungen einzugehen, weil wir wissen, daß genügend deutschnationale Stimmen hinter uns stehen." Damit war die Schlacht verloren. Die Ausräumung der Polemik unter uns, die hier von einzelnen Rednern gewünscht worden ist, kann nicht die Voraussetzung, sondern muß das Ziel einer Einigung unter uns sein. Die Landbundpolitik gegen uns ist ganz unerhört. Die Deutsche Tageszeitung steht heute offen mit in der Front gegen die nationale Bewegung. *Schiele* hat aus unserer Opposition nicht einmal eine Rückenstärkung für sich selbst empfunden. Gegen das Elaborat des Herrn Dr. *Reichert* habe ich aus der Industrie so viele Widersprüche gehört, daß ich schlechterdings nicht der Meinung sein kann, daß Herr Dr. *Reichert* die Auffassung der Industrie vertritt.

Steinhoff: Nach *Hugenbergs* tiefgründigen Einleitungsworten hätte ich anstelle des *Grafen Westarp* seinen Antrag nicht gestellt. Der Antrag *Westarp* ist ein ganz ausgesprochenes Mißtrauensvotum gegen den Parteiführer. In der Tat ist die Wirkung der Abstimmung der Fraktion jetzt im April ebenso schlimm und vielleicht schlimmer als die der Dawes-Abstimmungen im Jahre 1924[27]. Im Grunde handelt es sich darum, ob wir jetzt die Politik aufgeben und den Weg materialistischer Berufsinteressenvertretung weitergehen wollen oder ob wir uns wieder zurückfinden wollen zu den weltanschaulichen Grundlagen der Partei. Wenn wir uns aus wirtschaftlichen Interessenkreisen unsere Politik kommandieren lassen, sind wir verloren.

Laverrenz: *Graf Westarp* hat alle noch vorhandenen Hoffnungen auf eine Einigung rücksichtslos zerstört. Das ist nicht nur mein Empfinden, sondern das Empfinden einer großen Reihe von Landesverbänden. Der Antrag *Westarp* verlangt von uns nichts geringeres als den Treubruch der Parteiführung gegenüber. Ich stelle deshalb den Antrag: „Der Parteivorstand mißbilligt die Abstimmung gegen seine eigenen und der Parteivertretung einmütigen Beschlüsse und stellt den Landesverbänden anheim, den Antrag auf Ausschluß derjenigen Abgeordneten zu stellen, die daran beteiligt sind." Dieser mein Antrag ist die einzige Antwort, die auf den Antrag *Westarp* möglich ist. Ich halte diesen meinen Antrag so lange aufrecht, so lange *Graf Westarp* seinen Antrag aufrecht erhält.

Hugenberg: Ich habe mit der Weitergabe des angefochtenen Rundschreibens niemand zu nahe treten wollen. Ich habe lediglich den Eindruck wiedergegeben, den der Verlauf der Dinge auf mich machen mußte.

---

26 11. 4. 1930.

27 Vgl. Treviranus S. 96 f.

Hilpert: Die Vorgänge des 12. und 14. April sind selbstverständlich zu verurteilen. Der Antrag *Westarp* ist selbstverständlich ganz unmöglich. Der Antrag stellt übrigens fest, daß es zwei offizielle Richtungen in der Reichstagsfraktion gibt, und er verlangt von uns, diese beiden Richtungen offiziell für gleichberechtigt zu erklären. Das ist ein ganz unmögliches Verlangen. Wenn es sich meiner Ansicht nach jetzt auch nur um die verschiedenartige Auffassung einer taktischen Lage gehandelt hat, so stehen wir eben doch wieder nach außen vor einem Auseinanderfallen der Fraktion. Aber nur eine geschlossene Fraktion kann die Voraussetzung zukünftiger Arbeit sein. Jetzt ist die Geschlossenheit wieder zertrümmert. Was uns von der Regierung und von links zugemutet worden ist, ist doch in Wahrheit ein Eingriff in unsere Ehre. Das hat auch seine politische Bedeutung. Wenn wir nicht endlich wieder ganze Mannskerle werden, ist uns eben nicht zu helfen. Jetzt drehe ich einmal den Spieß um und frage: Was haben uns denn die Herren *Graf Westarp* und *Wallraf* für Garantien zu bieten, daß es künftig anders wird, Garantien dafür, daß unser Schwert nicht immer wieder zerbricht. Der [her]-angezogene Verfassungsparagraph über die Abstimmungsfreiheit des Abgeordneten wird hier ja ganz mißbräuchlich angeführt. Sein eigentlicher Zweck ist doch der Schutz gegen Korruption und gegen Interessenaufträge. Das geht doch nicht an, daß Leute Mandate von uns entgegennehmen und dann für sich gegen unsere Grundsätze eine andere Politik machen[28]. Jedenfalls verlangen wir endlich Garantien, daß Vorgänge, wie sie am 12. und 14. April geschehen sind, nicht wieder vorkommen.

v. Zitzewitz: Wir befanden uns in Pommern in der Zwangslage, einer verzweifelten Bevölkerung eine Wahl ersparen zu müssen, auch auf die Gefahr hin, daß das *Schiele*-Programm nicht ausreichend ist. Wir treten für geschlossene Einheit ein und bitten deshalb, endlich einen Strich unter alle Polemik zu machen. Die Fraktion ist ja heute noch immer in einer glänzenden Lage. Sie hat der Regierung gegenüber sozusagen eine Erpresserstelle und kann jetzt alles erzielen, wenn sie geschlossen bleibt. Wir brauchen jetzt Versöhnung und Geschlossenheit, um in der Zukunft stark und schlagfertig zu sein.

General Hell: Es ist gewiß gut, daß jetzt kein Wahlkampf gekommen ist. Aber die Lösung aller politischen Fragen ist doch nur mit dem Führerprinzip möglich. Ich stelle eine Entschließung zur Diskussion: Wir sprechen das Vertrauen *Hugenberg* und *Oberfohren* aus, danken dafür, daß die Agrarvorlage durch die deutschnationale Fraktion gekommen ist, verlangen Lösung der Preußenfrage, bedauern das Auseinanderfallen vom 12. und 14. April, verlangen für die Zukunft geschlossene Abstimmung, verlangen die Ablehnung weiterer Unterstützung des Kabinetts und erklären, daß ein Abgehen von diesen Richtlinien in Zukunft gleichbedeutend mit einer Schädigung der Partei ist.

Hugenberg: Ich erkläre, daß ich einer solchen Entschließung zustimmen könnte.

Spuler: Ich wende mich aufs schärfste gegen *Westarp*. So wie er sich die Dinge denkt, gehts nicht. *Hugenberg* hat überhaupt die Deutschnationale Volkspartei erst wieder zu sich selbst gemacht. Der 12. und 14. April sind aber schließlich kein Unglück. Wir können jederzeit die verlorene Machtstellung wiederhaben, wenn

28 S. o. Anm. 21.

die Fraktion will. Über kleinliche Meinungsverschiedenheiten soll man doch wegkommen. *Schieles* Programm ist ganz falsch. Eine schwere Enttäuschung in der Landwirtschaft ist ganz unausbleiblich.

Dr. Schneider: Herrn *Hugenberg* kann nur ein einziger Vorwurf gemacht werden, daß er nämlich seine wundervolle Strategie angelegt hat ohne Kenntnis des Menschenmaterials, mit dem er in der Fraktion zu arbeiten hat. Das ist in der Tat die einzige Kritik, die geübt werden könnte. Die Politik der *Westarp*-Gruppe ist von keinem Gesichtspunkte aus zu rechtfertigen. Die Vossische Zeitung schreibt jetzt: „Der Gleichmut, mit dem wir der Entwicklung in dieser Partei entgegensehen, ist ein Gradmesser dafür, wie sich die Machtverhältnisse geändert haben." Herr *Graf Westarp*, daß heute so über uns geschrieben werden kann, das haben Sie erreicht. Es ist hier die Frage aufgeworfen worden, ob eine Einigung überhaupt noch möglich ist. Stellt man sich auf den Standpunkt und den Antrag des *Grafen Westarp*, dann ist sie unmöglich. Was die Frage des 3. April anlangt, so konnte *Graf Westarp* nach Treu und Glauben die Dinge gar nicht anders auslegen, als es *Hugenberg* getan hat. In der Tat ist *Hugenberg* aufs schwerste getäuscht worden. Wenn Sie, *Graf Westarp*, Anstoß nehmen daran, daß in dem Rundschreiben 12a von einer Sabotage der deutschnationalen Politik die Rede ist, so sage ich Ihnen hier offen ins Gesicht: Bewußt und vorsätzlich haben Sie die Politik der Partei konterkarriert! *Hugenberg* will ja nichts anderes als Rückkehr zu den verlassenen Grundsätzen der Partei, und das ist die Voraussetzung unseres Rechts auf weitere Existenz. Der 12. und 14. April bedeuten das Unmöglichmachen dieser Politik im entscheidenden Augenblick. Sie müssen unser Gefühl der tiefsten Entrüstung über die Fraktion doch verstehen. Ihnen, *Graf Westarp*, rufe ich noch zu: Wir haben einst mit unbedingter Treue unter Ihnen gefochten für die Grundsätze gegen die opportunistische Regierung, und jetzt sind ausgerechnet Sie der Führer dieser opportunistischen Politik gegen unsere Führer. Es geht nicht an, eine sachliche Auseinandersetzung über Parteigrundsätze zu verhüllen. Der Antrag *Westarp* will den Mampe-Charakter, den sich die Partei zugelegt hat, programmatisch festlegen. Das werden wir keinesfalls zulassen. Wir verlangen eine sachliche Auseinandersetzung. Ich werde jedenfalls in meinem Landesverband den Antrag *Laverrenz* durchführen, da er eigentlich eine glatte Selbstverständlichkeit ist. Nur so kann ich unsere Leute bei der Stange halten. Jedenfalls liegen bei uns die Dinge so; sonst läuft uns endgültig alles zu den Nazis. Ob man im ganzen Reich ähnlich vorgeht, ist eine andere Frage. Auch ich werfe die Frage auf, die heute entschieden werden muß: Welche Garantien haben wir, daß sich die Fraktion in Grundsatzfragen künftig an die Beschlüsse der Parteiinstanzen hält? Mit einer verkleisterten Lösung auseinanderzugehen, wäre das endgültige Unglück unserer Fraktion. Uns auf die alte Linie der *Westarp*-Politik oder der *Hergt*-Politik festzuklemmen, das lassen wir unter keinen Umständen zu.

Helfferich: Ich bin enttäuscht sowohl über das, was *Graf Westarp* gesagt hat, wie über das, was Herr *Schneider* ausgeführt hat. Aber richtig ist, daß es auf die Dauer unmöglich wird, daß die Fraktion fortgesetzt auseinanderfällt. Ich nehme aber den 12. und 14. April nicht so tragisch, und auch ich bedauere das Rundschreiben 12a. Aber ich verlange, daß die Partei und die Fraktion geschlossen bleiben muß. Es muß von der Fraktion verlangt werden, sich auch einmal unterordnen zu können.

Dr. h. c. Koch (Düsseldorf): Ich widerspreche der Auffassung, daß es sich am 12. und 14. April um grundsätzliche Fragen gehandelt hätte. Ausschlaggebend war die wirtschaftliche Frage, das heißt die Bedürfnisse der Wirtschaft. Es sind nur nationalistische Gesichtspunkte maßgebend, wenn gegen die Vorgänge vom 12. und 14. April Sturm gelaufen wird. Die spätere Polemik über diese Vorgänge hat die Partei viel mehr geschwächt als diese Vorgänge selbst. Das Verheerende war das Rundschreiben 12a. Ein Wahlkampf wäre ganz unmöglich gewesen. Ein Kommando kann sich die Fraktion nicht gefallen lassen. Der Zustand, daß wir nur einen Vorsitzenden haben, hat sich eben als unmöglich erwiesen. Wir brauchen ein besonderes Gremium neben ihm, das die Vermittlungsinstanz zwischen ihm und den Parteiinstanzen darstellt. Ich widerspreche schließlich Herrn *Oberfohren*, daß wir das Agrarprogramm auch ohne Steuern erhalten hätten. Wir dürfen den Führergedanken auch nicht überspitzen. Viele erkennen doch Herrn *Schiele* als Führer an. Wem sollen sie denn im gegebenen Augenblick folgen? Die Landleute müssen doch i h r e m Führer treu sein. Ein Wahlkampf gegen den Landbund wäre unmöglich gewesen. Schon deshalb mußte eine Wahl vermieden werden. Und nachdem Herr *Hugenberg* seine Erklärung vom 3. April abgegeben hatte, konnte man doch am 12. und 14. April die Regierung nicht stürzen. In dem Verlangen liegt wirklich keine Logik drin. Dann mußte man die Regierung am 3. April stürzen. Wenn Sie keine kleine, sondern eine große Rechte haben wollen, so warne ich vor bindenden Formalien, mit denen Sie Ihre Herrschaft sichern wollen. Ein Konkurrenzkampf mit den Nazis ist unmöglich. Wir brauchen eine große Rechte mit breitesten Bürgerschichten und dem Vertrauen weiter Kreise. Das Rundschreiben 12a ist sowohl unchristlich wie unkonservativ.

Spahn: Maßgebend in der ganzen Entwicklung ist das Verhältnis zum Zentrum. Hier liegt der Schlüsselpunkt der gesamten Politik überhaupt. In Wahrheit gehen wir hier auseinander in den Grundfragen unseres nationalen Daseins. Wir stehen vor dem Endkampf des Zentrums gegen eine wahrhaft nationale Rechte. Die Gefahr ist durch die Herausstellung *Brünings* aufs höchste gestiegen. Die Ansicht *Wallrafs* über Herrn *Brüning* ist mir völlig unverständlich. *Brüning* ist alles weniger als ein Rechtspolitiker. Hat er sich doch sogar um *Severing* bemüht! *Severing* hat abgelehnt. Sein Ersatz durch *Wirth* bedeutet keinen Wechsel, denn *Wirth* ist ausgesprochener Sozialist. Vor kurzem hat im Reichsinnenministerium eine Feier der Übergabe des Amtes stattgefunden. *Severing* hat in größter Herzlichkeit sein Amt an *Wirth* übergeben. Und *Wirth* hat vor der Beamtenschaft erklärt, er fühle sich lediglich als Platzhalter des Herrn *Severing*, er wisse ja nicht, wie lange es dauere, bis Herr *Severing* diesen Platz wieder einnehmen werde; er, *Wirth*, werde sein Amt in Kontinuität mit der Politik des Herrn *Severing* führen. *Wirth* hat übrigens als Mitarbeiter einen jungen Mann, der durchaus marxistisch gesinnt ist. Herr *Brüning* hat *Pünder* beibehalten, und das preußische Zentrum denkt ja gar nicht an eine Schwenkung. Wer hier von einer solchen Hoffnung spricht, hat keine Ahnung von den wahren Zusammenhängen. Ein maßgebliches Mitglied des Zentrums hat mir dieser Tage erklärt: „Wenn Ihr von Preußen redet, dann ist überhaupt nichts zu machen!" *Brüning* ist auch verfassungspolitisch ganz links eingestellt. Insbesondere ist er ein bewußter Gegner föderalistischer Anschauungen. Man kann *Brüning*, ohne zu übertreiben, einen Hörigen von *Brauns* nennen. *Brüning* wird den Weg zur Großen Koalition stets freihalten. [Die]

*Erzberger*sche Finanzreform hat er als weltgeschichtliches Ereignis gepriesen, und vor kurzem hat er *Hilferdings* Sturz als ein Verbrechen am deutschen Volk bezeichnet. Wenn Herr *Wallraf* hier auf die Einstellung hoher katholischer Geistlicher hinweist, so möchte ich zunächst aussprechen, daß alle evangelischen Hoffnungen, die aus dieser antibolschewistischen Einstellung geschöpft sind, töricht sind. Außerdem hat sich das Zentrum noch niemals durch die Bischöfe beeinflussen lassen. Das Zentrum will keine wirklich deutsche Rechte mehr haben. Eine nationale Opposition empfindet es als seinen schlimmsten Widersacher. Das Zentrum muß immer mit inneren Widerständen rechnen, die aus patriotischen und mit Weimar nicht einverstandenen katholischen Kreisen kommen. Es lebt fortgesetzt in der Furcht, daß diese Kreise nach einer bewußt national eingestellten Rechten abschwimmen könnten. Deshalb wird es stets versuchen, unsere Partei zu sprengen. Der Wunsch des Zentrums geht nach Bildung einer liberal-konservativen Rechten, d. h. nach einer grundsatzlosen Rechten. Die Verbindung *Brünings* mit *Treviranus* auf der einen Seite und die gedankenlose Politik *Schieles* auf der anderen Seite sind Teilerfolge der Zentrumspolitik. *Brüning* lebt in der Hoffnung, die Gruppe *Treviranus*, *Schiele* durch weitere Deutschnationale zu stärken. Es ist ein schweres Unglück, daß *Graf Westarp* sich leider dazu entschlossen hat, diese gefährlichste politische Entwicklung zu fördern. Die Richtlinien von 1927[29] waren das erste kaudinische Joch des Zentrums, das zweite war das Republikschutzgesetz[30], das dritte trägt den Namen *Treviranus*. Der 12. und 14. April bedeutet eine Etappe auf dem Wege des Zentrums. In der Tat ist an diesem Tage die Parteiführung im Stich gelassen worden. *Wallraf* hat es für unmöglich erklärt, daß eine Geschlossenheit wiederhergestellt werden könne. Das Zentrum hat bei seinem ersten Durchstoß gegen das deutsche Kaiserreich anläßlich des Zolltarifs von 1902 bewiesen, was in solchem Augenblick Disziplin und unbedingter Gehorsam gegenüber einer politischen Idee bedeutet[31]. Wenn die Deutschnationale Volkspartei das nicht auch kann, hat sie ihre historische Aufgabe verraten.

Graf Westarp: Ich protestiere aufs schärfste gegen den Ausdruck „Gruppe *Westarp*", der hier von Herrn *Schneider* gefallen ist. Eine solche Gruppe gibt es nicht. Ich lehne zweitens die Behauptung des Herrn *Spahn* ab, daß ich eine dem Zentrum förderliche Entwicklung unterstütze. Ich stelle noch einmal fest, daß es sich für uns hier nur um das Rundschreiben 12a handelt. Nur davon ist auszugehen. Vor Klärung dieser Frage und vor der offiziellen Zurücknahme der in diesem Rundschreiben erhobenen Vorwürfe ist eine weitere Mitarbeit unsererseits unmöglich. Den Antrag Ostpreußen, den Herr General *Hell* unterbreitet hat, lehne ich ab. Sollte er angenommen werden, so müßte ich mir vorbehalten, auch in der

29 Auf der Grundlage dieser Richtlinien vom 23. 1. 1927, die von *Marx* und anderen ausgearbeitet worden waren, verhandelten *Marx*, *Brauns* und *Stresemann* vom 24. bis 26. 1. 1927 mit der DNVP über eine gemeinsame Regierungsbildung. Zentrumsprotokolle S. 93f.

30 Zu den Auseinandersetzungen um die Verlängerung des Republikschutzgesetzes Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930 (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik 16), Tübingen 1963.

31 Vor Ablauf der *Caprivi*schen Handelsverträge (1903/04) hatten Zentrum, Nationalliberale und gemäßigte Konservative in der Frage der Getreidezölle einen Kompromiß ausgehandelt, der die Durchsetzung der Forderungen des Bundes der Landwirte verhinderte.

Öffentlichkeit Stellung, insbesondere gegen den drittletzten Absatz, also gegen das Bedauern über den 12. und 14. April zu nehmen. Auch der Satz 2 des letzten Absatzes, also die Ablehnung einer weiteren Unterstützung des Kabinetts, ist unmöglich, da sonst die Folgerung daraus gezogen werden könnte, daß wir unter allen Umständen gegen die Regierung stimmen müßten. Eine Unterstellung der Fraktion unter den Parteivorsitzenden machen wir nicht mit. Ich warne Sie noch einmal: Die Gefahr einer Trennung ist groß, ja riesengroß. Wenn Sie die Fortsetzung der sogenannten Parteikrise wollen, so beschwören Sie größte Gefahr herauf. Die Gefahr würde größer werden als im Dezember.

Dr. Schneider: Ich will nur noch einmal mit aller Deutlichkeit aussprechen: Wenn wir wieder zurück sollen auf die Linie *Westarp-Hergt*, dann wäre mir im Interesse der Rettung der Partei zunächst eine kleine Partei lieber. Der Weg *Westarp* führt zur Auflösung.

Stubbendorff: *Graf Westarp* kehrt die Dinge um. Eine Vergewaltigung hat überhaupt nie stattgefunden. Aber ich darf Sie, *Graf Westarp*, wohl darauf aufmerksam machen, wie wir einst während der Jahre 1924 bis 1928 gedrückt und mundtot gemacht worden sind unter Ihrer Leitung, als Sie die Fraktion unglückliche Wege geführt haben. Mit welchem Nachdruck haben Sie damals auf uns eingewirkt. Ich erinnere lediglich an die von uns erzwungene Abstimmung beim Republikschutzgesetz. Ich erinnere auch daran, daß die Agrarpolitik der Fraktion unter Ihrer Leitung immer erkauft werden mußte mit Gewerkschaftspolitik. Der Antrag *Hell* ist das Allermildeste, was geschehen kann.

v. Gossler: Ich habe im Namen von Breslau zu erklären, daß wir hinter *Westarp* stehen. Aber wir müssen unter allen Umständen zusammenbleiben. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir *Hugenberg* unter allen Umständen brauchen. Allerdings müssen wir von *Hugenberg* verlangen, daß er auf uns Rücksicht nimmt und der Lage in der Fraktion Rechnung trägt. Ein Zwang auf die Fraktion ist nicht angängig.

Hugenberg: Die Auffassung des Herrn *v. Gossler* muß ich ablehnen. Sie selbst haben im Parteivorstand am 8. April einstimmige Beschlüsse gefaßt[32]. Ich habe mich an diese Beschlüsse gehalten, andere haben das nicht getan. Nur dazu haben Sie hier Stellung zu nehmen. Die Auffassung des Herrn *v. Gossler* kommt darauf hinaus: Folgen Sie uns, dann werden wir Sie führen lassen. Ich habe jedenfalls keine Neigung, mich hier durch den Antrag *Westarp* als den hinstellen zu lassen, der seinerseits etwas zu bedauern hat. Die linke Presse würde dann über mich noch mehr herfallen als bisher. Wenn Sie das von mir wollen, dann bliebe mir nur der Gruß des sächsischen Königs übrig. Ich kann mich zur Not auf die ostpreußische Entschließung einlassen. Damit habe ich das Äußerste getan, was ich tun kann. Das Wesentlichste bei diesem Antrag sind ausgerechnet die Punkte, die *Graf Westarp* beanstandet hat. Wenn Sie den ostpreußischen Antrag annehmen, will ich mich damit abfinden und dieses letzte Risiko noch einmal laufen.

Hiernach Pause, in der die Gruppe *Westarp* zum ersten Mal zusammentritt.

---

32 Anm. 15.

Nach der Pause Abstimmung über den Antrag Ostpreußen, der angenommen wird[33].

33 Ein Auszug aus der Entschließung des Parteivorstandes vom 25. 4. 1930 ist abgedruckt in Ursachen und Folgen VIII S. 35.

60.

Ende April 1930: Aufzeichnung von Graf Westarp über die Lage in der Deutschnationalen Volkspartei (Inhaltsangabe)

Nachlaß Westarp. Abschrift. Ohne Datum.

Nach Meinung *Westarps* hat sich in der DNVP-Fraktion wegen des starken Druckes, den *Hugenberg* ausübt, seit der Sezession der *Treviranus*-Gruppe im Dezember 1929[1] eine wachsende Mißstimmung gegen die Parteiführung ausgebreitet. Der Parteivorsitzende versuche, die Stellung der Politiker, die sich seinen Anordnungen widersetzen, in ihren Wahlkreisen zu untergraben. Außerdem bemühe er sich, die Fraktion in Abhängigkeit von der Parteileitung zu bringen. Dies sei mit dem Beschluß vom 25. April 1930 gelungen, der „die wichtigsten Entschließungen, und zwar Abstimmungen, der Fraktion ausdrücklich einem absoluten Veto des Parteivorsitzenden" unterwirft[2]. Gegen die Fraktionsmitglieder, die *Hugenberg* nicht folgten, wird in der alldeutschen parteiamtlichen Presse ein offener Kampf geführt, der sich seit den Auseinandersetzungen der DNVP über ihre Haltung zur Regierung *Brüning* verstärkt hat[3].

Die Entscheidung für *Brüning* hält *Westarp* für notwendig; sonst hätte ein erheblicher Teil der DNVP-Abgeordneten, vor allem aus der Landwirtschaft, die Fraktion verlassen. Die Spaltung wäre verstärkt worden, wenn am 12. und 14. April auch die Biersteuer abgelehnt worden wäre, weil dann weitere, der Industrie nahestehende Abgeordnete sich den Vertretern der Landwirtschaft angeschlossen hätten.

Westarp geht davon aus, daß *Hugenberg* vor dem 3. April für das Mißtrauensvotum stimmen wollte, um die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen zu erzwingen und der Sozialdemokratie keine Zeit zu geben, „sich agitatorisch von der Verantwortung für ihre Regierungstätigkeit zu erholen". *Hugenberg* hoffte, „daß die im Dezember [1929] ausgeschiedene Gruppe [Volkskonservative] noch nicht genügend organisiert sei", um einen Wahlkampf erfolgreich durchzustehen. Den Gedanken an Neuwahlen gab er auch nach dem 3. April noch nicht auf.

Westarp hält fest, daß die Abtrennungsbestrebungen nicht von ihm ausgegangen seien. Er habe sich darum bemüht, „zu einer Einigung zu kommen, dabei aber den

1 Nr. 59, Anm. 22.

2 Vgl. Nr. 59 mit Anm. 33. Gemeint ist der „Antrag Ostpreußen", der am 25. 4. 1929 vom Parteivorstand angenommen wurde.

3 Vgl. Nr. 59.

Auseinanderfall der Fraktion, die Loslösung der Partei von der Landwirtschaft und eine Wahl ohne oder gegen die Landwirtschaft und gegen einen großen Teil der Industrie zu verhindern versucht"[4].

4 Vgl. Nr. 61.

61.

30. 4. 1930: Aktenvermerk des Staatssekretärs Pünder über eine Unterredung mit Generalmajor v. Schleicher

Nachlaß Pünder 131. Handschrift.

Ich hatte heute Mittag eine Besprechung mit Herrn General *v. Schleicher.* Bei ihm hat sich für heute Nachmittag *Graf Westarp* angesagt, um mit ihm die zweckmäßigste Regelung in der morgigen Sitzung der Mehrheit der deutschnationalen Fraktion zu besprechen[1]. Es dreht sich darum, ob es morgen zu einer endgültigen Sezession von 31–35 Abgeordneten kommen soll oder ob *Graf Westarp* unter Vermeidung eines Bruches darauf hinarbeiten soll, die Dinge innerhalb der Fraktion sich persönlich wieder in die Hand zu spielen.

Um meine persönliche Meinung befragt, habe ich *Schleicher* gesagt, daß der erste Weg nach außen als der größere Erfolg angesehen werde; trotzdem scheine mir der zweite Weg der zweckmäßigere zu sein. Aus einem doppelten Grund:

a) Durch einen sofortigen scharfen Bruch vereise die Grenzlinie, da die oppositionellen Hugenbergianer nicht bereit sein würden, weitere Hilfstruppen zu stellen.

b) Im zweiten Falle würden die verständigungsbereiten Deutschnationalen bei einer Neuwahl den Parteiapparat in der Hand behalten, bzw. zum mindesten beeinflussen können.

Herr *v. Schleicher* war der gleichen Auffassung und wollte in diesem Sinne auch *Graf Westarp* beeinflussen. Ich sagte, ich würde auch noch den Herrn Reichskanzler informieren.

Pünder

1 Vgl. Nr. 59 und 60.

62.

1. 5. 1930: v. Gilsa (Sterkrade) an Reusch (Oberhausen) (Auszug)

HA/GHH 400101293/4a. Handschriftliche Korrekturen.

Sehr geehrter Herr *Reusch*!

Die Bestrebungen, das nichtmarxistische Bürgertum zu einer gemeinsamen Front zusammenzufassen, sind in der letzten Zeit nicht recht vorwärts gekommen. Abgesehen davon, daß *Hugenberg* eine intensive Tätigkeit entfaltet, den Boden, den er in der Reichstagsfraktion verloren hat, wiederzugewinnen, sind die

Bestrebungen der Herren *Brüning, Treviranus* und *Scholz* ins Stocken gekommen[1]. Beim Zentrum mag der Gedanke mitspielen, daß es seine ausschlaggebende Stellung bis zu einem gewissen Grade verliert, wenn sich eine neue starke bürgerliche Front neben ihm bildet, bei *Treviranus* spielt der Gedanke sicher eine Rolle, daß bei einer vorzeitigen Auflösung des Reichstages seine Bewegung noch nicht genügend Wurzel in der Wählerschaft gefaßt hat, und *Scholz* geht nach meiner Ansicht zu vorsichtig vor, weil er die Taktik allzusehr in den Vordergrund schiebt. Tatsache ist jedenfalls, daß die Stimmung des Zueinanderkommenwollens innerhalb des deutschen Bürgertums nicht mehr so vorhanden ist wie noch vor einigen Wochen, so daß die Bestrebungen einzelner, sei es aus sachlichen Gründen, sei es aus persönlichem Ehrgeiz, noch weiter neue Parteien zu gründen, leider wieder mehr an Boden gewinnen.

In der Osterpause haben sich *Brüning* und *Treviranus* in Badenweiler getroffen, wo sie untereinander und stellenweise auch mit *Dietrich, Brüning* auch mit dem ehemaligen Reichskanzler Hermann *Müller*, eingehend konferiert haben. Von der DVP war, soviel ich weiß, bei dieser Besprechung leider niemand beteiligt.

Aus diesen Gründen sind eine Anzahl Herren der DVP dahin übereingekommen, in der allernächsten Zeit *Scholz* zu veranlassen, seinerseits energische Schritte zu unternehmen, damit man wenigstens endlich klar sieht, wie weit sich der Gedanke einer gemeinsamen bürgerlichen Front zur Zeit in die Tat umsetzen läßt[2].

[. . .][3]

Mit angelegentlicher Empfehlung
Ihr sehr ergebener
v. Gilsa

1 Über seine vergeblichen Versuche, „eine Front der Mitte und der erweiterten Rechten zu bilden", Brüning S. 183 f. Zu „Sammlungstendenzen" in der DDP Stephan S. 423 ff.; Erich Matthias und Rudolf Morsey, Die Deutsche Staatspartei, in Matthias/Morsey S. 31 f.

2 Vgl. Nr. 76.

3 Abschließend schreibt *v. Gilsa* über die „Notwendigkeit einer Reichsverwaltungsreform" und bezieht sich auf die vom Oberpräsidenten *Noske* veranlaßte „Absetzung dreier rechtsstehender Landräte" in der Provinz Hannover.

63.

1. 5. 1930: Erkelenz an Adolf Lange (Düsseldorf) (Auszug)

Nachlaß Erkelenz 58. Durchschlag.

Lieber Freund!

[. . .][1]

Besonders wenn Du die Berliner Zeitungen gelesen hast, wirst Du schon darüber im Bilde sein, wie völlig verfahren der Parteizustand zur Zeit ist. Herr *Meyer* erklärt heut[e] morgen in den Zeitungen, daß ihm sowohl wie Herrn *Koch-Weser*

1 Der erste Teil des Briefes geht auf die Fragen ein, die mit dem für den 25. 5. 1930 geplanten Parteitag der DDP in Zusammenhang stehen.

von den geplanten Kandidatenaufstellungen nichts bekannt gewesen wäre[2]. Dies Dementi wird formell richtig sein; sachlich aber ist wohl kein Zweifel darüber, daß Verhandlungen dieser Art geführt worden sind und daß jetzt, wo die Dinge schief gehen, niemand dabei gewesen sein will. Sicher ist, daß Herr *Koch* vor Ostern sich sehr beschwert darüber gefühlt hat, daß er zu diesen Besprechungen nicht herangeholt wurde. Neuerdings wird mir gesagt, daß auch *Koch* jetzt herangeholt sei und in die neue Kombination mit eintritt, während er vorher mit seinem Übergang zu *Mahraun* gedroht hatte[3].

Immerhin besteht die Möglichkeit, daß die ganzen Advokaten in der Vorstandssitzung vom 5. Mai erklären, sie wüßten von gar nichts[4]. In diesem Fall muß man dann annehmen, daß von *Stephan* oder von ähnlichen Adjutanten diese ganzen Besprechungen geführt worden sind und daß die oberen Herren sich bloß vorsichtig zurückgehalten haben. *Lemmer* erklärt mir, daß er mit seinem republikanischen Kreis[5] die Arbeit jetzt energisch weiter betreiben will, da er das Gefühl habe, daß er bei der ganzen Sache von den übrigen leitenden Herren hintergangen worden sei, daß man ihn herausgeschickt habe, um draußen das unveränderte Bestehen der Partei zu verkünden, während hinter seinem Rücken die Beratungen über die Beseitigung der Demokratischen Partei stattgefunden haben. Im einzelnen ist die Lage noch außerordentlich dunkel, und eine teilweise Klärung kann man zunächst nur von der Vorstandssitzung am 5. Mai erwarten. Daß Ihr am Sonntag gegen den Panzerkreuzer[6] und gegen das Kabinett *Brüning* Stellung nehmt, ist durchaus richtig.

Was das Verlangen nach stärkerer Atktivität des Vorsitzenden anbetrifft, so ist das ein etwas schwieriges Kapitel. Seitdem *Koch* auch Vorsitzender des Parteivorstandes gewesen ist[7], hält er sich in der Fraktion und für die Fraktion ostentativ zurück. Er hatte seit Monaten diese ganzen Geschäfte von *Meyer* führen lassen und wird sich, wenn man ihm Vorwürfe macht, wahrscheinlich darauf beziehen, daß er formell gar nicht Fraktionsvorsitzender sei. In diesem Zusammenhang ist mir allerdings die auffällige Reise *Meyers* in der Woche vor Ostern ins Ausland nicht ganz klar. Ich habe den Eindruck, daß *Meyer* sich planmäßig von den letzten Steuerabstimmungen[8] entfernt hat und ins Ausland gereist ist, da er *Koch* die Verantwortung für diese Dinge zuschieben wollte. Denn ich vermute, daß *Meyer* es unangenehm empfunden hat, daß *Koch* sich bei allen wichtigeren Entscheidungen der letzten Monate so stark im Hintergrund gehalten hat. Wie gesagt, ist das aber nur eine Vermutung, und wenn man *Meyer* Vorwürfe machen wollte, er hätte sich

---

2 Vgl. Stephan S. 439ff.

3 Vgl. Nr. 58 und 65.

4 Tagung des Parteivorstandes der DDP am 5. 5. 1930. Schulthess 1930 S. 120f.

5 Der linksliberal orientierte „Sozialrepublikanische Kreis", dessen Anfänge in das Jahr 1929 zurückreichten, stand unter der Führung des preußischen Regierungsrats Dr. *Muhle* und wollte u. a. ein Gegengewicht gegen den Hamburger demokratischen Bürgerschaftsabgeordneten *Lüth* bilden, der für eine radikalsoziale Richtung eintrat. Stephan S. 429f. In der Vorstandssitzung am 5. 5. 1930 wurde die Gründung des Kreises von einigen Rednern kritisiert. Vgl. Nr. 76.

6 1930 sollte der Bau des zweiten deutschen Panzerschiffes („Panzerschiff B") beginnen.

7 Seit März 1929. Stephan S. 401ff.

8 Abstimmungen am 12. und 14. 4. 1930 im Reichstag über die Deckungsvorlage der Regierung.

absichtlich vor der Abstimmung gedrückt, dann würde er wahrscheinlich dagegen lebhaft protestieren. Du siehst also, daß die Frage der Aktivität des Vorsitzenden eine zur Zeit noch höchst unklare Angelegenheit ist.

Wie ich über die Aussichten des sozialrepublikanischen Kreises denke, brauche ich Dir wohl nicht zu sagen. Immerhin, wenn die Partei weitergeführt wird, ist es richtiger, sie von dieser Seite aus weiterführen zu lassen als von den bisherigen Herren, die eine sehr helldunkle Politik gemacht haben. Das käme auf die Forderung hinaus, daß *Koch, Meyer* und alle diejenigen, die bisher an der Parteileitung beteiligt sind, zurücktreten und die Führung an die *Lemmer*-Gruppe übergeht. Ich halte mich zurück, hauptsächlich natürlich aus gesundheitlichen Gründen; denn einen großen Schritt innerhalb der Partei kann ich nicht tun, solange ich nicht in der Lage bin, den Kampf auch nach außen aufzunehmen. Neben diesen gesundheitlichen Rücksichten sind es aber auch politische Erwägungen, die mich veranlassen, mich von dem derzeitigen Durcheinander fernzuhalten.

Mit freundlichem Gruß

64.

2. 5. 1930: Graf Westarp an Hugenberg

Nachlaß Hugenberg 190. Abschrift. Vervielfältigtes Exemplar.

Sehr geehrter Herr Dr. *Hugenberg*!

Im Auftrage der in der Anlage[1] verzeichneten 28 Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion erlaube ich mir, Ihnen folgende Mitteilung zu machen. Wir können nicht anerkennen, daß die Abstimmung der Fraktionsmehrheit vom 12. und 14. April[2] gegen die Parteigrundsätze oder das Parteiinteresse verstoßen hat, zumal da die Fraktionsmehrheit in Fortsetzung des einmütigen Fraktionsbeschlusses vom 3. April das von der bürgerlichen Reichsregierung unternommene, nach ausdrücklicher Feststellung der berufenen Verbände der Landwirtschaft unbedingt erforderliche Werk zur Rettung dieser Grundlage der vaterländischen Wirtschaft endgültig sichergestellt hat. Deshalb sehen wir uns genötigt, das in dem Beschlusse des Parteivorstandes vom 15. April der Fraktionsmehrheit ausgesprochene Bedauern abzulehnen[3].

1 Nicht ermittelt. In der Anlage zu Nr. 56 sind nur 23 Namen genannt. Zu dem Brief Jonas S. 72f.

2 Vgl. Nr. 59.

3 Vgl. Nr. 59. In einem Schreiben vom 5. 5. 1930 antwortete *Hugenberg* darauf, daß man seiner Meinung nach „einen Beschluß des Parteivorstandes nicht ablehnen kann, der das Bedauern über die Nichteinhaltung eines früheren einstimmigen Beschlusses desselben Parteivorstandes ausspricht, und daß die Auffassung, die Agrarzölle seien durch die fragliche Abstimmung über die Steuergesetze gesichert worden, mir nach dem Wortlaut des sogenannten Junktim und nach der politischen Gesamtlage nicht zutreffend scheint." Nachlaß Hugenberg 190.

Ferner müssen wir uns im Hinblick darauf, daß der letzte Satz des Vorstandsbeschlusses in die Einzelabstimmungen eingreift und deshalb in den durch die Parteisatzung dem Vorstande beigelegten Befugnissen nicht begründet ist, und in Wahrung der durch die Verfassung den Abgeordneten auferlegten eigenen Verantwortung auch für die Zukunft die Freiheit unseres Handelns vorbehalten[4].

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener
(gez.) *Graf Westarp*

4 In seiner Antwort vom 5. 5. 1930 lehnte es *Hugenberg* ab, den Parteivorstand erneut mit der von *Westarp* angesprochenen Frage zu befassen, „da sich nur aus der praktischen Entwicklung eine Klärung der Sachlage ergeben" könne. Zu dem letzten Satz *Westarps* heißt es: „Der am Schluß Ihres Briefes gemachte Vorbehalt würde in dem Fall, daß praktische Folgerungen daraus gezogen werden, den Versuch des Parteivorstandes vereiteln, die politische Handlungsfreiheit und Einheit der Partei im Reichstag wiederherzustellen. Er würde zur Folge haben, daß die Partei in einem Augenblick als politischer Faktor des Reichstages ausscheidet, in dem an sich ihr Einfluß größer ist denn je." Nachlaß Hugenberg 190.

65.

6. 5. 1930: Koch-Weser an Mahraun

Nachlaß Koch-Weser 101. Durchschlag. Handschriftliche Korrekturen.

Sehr verehrter Herr *Mahraun*!

Ihren Brief vom 23. April[1] habe ich erhalten und den Bericht von der Gründungstagung der Volksnationalen Reichsvereinigung[2] mit Interesse gelesen. Zu einer Aussprache, die auch ich wünsche, kann ich leider erst nach Rückkehr von einer Reise, die ich im Interesse der geschädigten Deutschen in Estland unternehme, in etwa 10 Tagen zur Verfügung stehen. Mit einer gewissen Besorgnis erfüllt es mich, daß Sie von der Notwendigkeit einer Aufteilung der Mitte sprechen. Gewiß wäre eine verschwommene Sammlung, wie Sie sie befürchten, besonders in der Richtung einer „besitzbürgerlichen Front" ein Fehler. Weder der Besitz noch die Besitzlosigkeit, sondern die Leistung muß das Motto sein, unter dem die Sammlung der Kräfte vor sich geht.

Bei dem Verständnis, das Sie meinen Gedankengängen bisher entgegengebracht haben, würde ich glauben, auch in diesem Augenblick mit Ihnen zu einer Übereinstimmung gelangen zu können. Die Fortführung der Unterhaltung wird mir freilich bis zum gewissen Grade erschwert, wenn, wie es am letzten Sonntag im „Jungdeutschen"[3] geschehen ist, Vorwürfe gegen die demokratische Parteiführung und die demokratische Reichstagsfraktion gerichtet werden. Der Verfasser des fraglichen Artikels ist offenbar nicht darüber unterrichtet gewesen, ein wie

1 Nr. 58.

2 Am 5./6. 4. 1930 in Berlin. Kessler S. 80 ff.

3 In Berlin erscheinende Tageszeitung, Organ des „Jungdeutschen Orden".

weitgehendes Vertrauen sein eigener Führer dem Vorsitzenden der DDP im gleichen Augenblick bekundet hat, in dem in so zugespitzter Weise die Angriffe des „Jungdeutschen" gegen ihn und seine Freunde gerichtet werden. Ich darf auch erwähnen, daß der Verfasser dieses Artikels die Stärke der Opposition gegen mich aufgrund der oppositionellen Haltung des Berliner Tageblattes und seiner falschen, inzwischen berichtigten Behauptungen wesentlich überschätzt hat[4]. Ich darf aber auch glauben, daß diejenige radikale Opposition, die sich gegen die Parteiführung richtet, in ihren Grundanschauungen – ich erinnere an Pazifismus, Agrarpolitik, Pflege des Volkstums, Kulturpolitik – so himmelweit von Ihren Anschauungen entfernt ist, daß eine Gemeinsamkeit nur in einer grundsätzlichen und fruchtlosen Opposition bestehen könnte. Zu Ihren aufbauenden Gedankengängen sehe ich kaum eine Brücke von dieser Opposition hinführen. Bei der Offenheit unserer Beziehungen habe ich diese Vorbemerkung für sachdienlich gehalten, ich werde mich aber freuen, bald mit Ihnen zusammenzukommen, und hoffe auf positive Ergebnisse unserer Besprechung.

Mit freundschaftlicher Begrüßung
bin ich Ihr sehr ergebener

4 Das „Berliner Tageblatt" hatte über angebliche Fusionsabsichten in der DDP berichtet und dabei die Behauptung aufgestellt, „daß die demokratische Reichstagsfraktion der Fusionsverhandlungen mit anderen Parteien wegen im Kabinett *Brüning* geblieben sei". Hierüber führte der Vorstand der DDP in seiner Sitzung am 5. 5. 1930 eine lange und kontroverse Aussprache, die mit dem Beschluß endete, die Darstellung des „Berliner Tageblattes" im „Demokratischen Zeitungsdienst" als unwahr zu bezeichnen. BA R 45 III/22.

66.

9. 5. 1930: Aktenvermerk des Staatssekretärs Schäffer über eine Besprechung mit Klepper

Nachlaß Schäffer ED 93. Durchschlag. Überschrift: „Vermerk über eine Besprechung mit Herrn Präsidenten Klepper von der Preußischen Seehandlung am 9. Mai 1930."

Wir kamen zunächst dahin überein, aus unserer Unterhaltung die allgemeinen Fragen, ob es möglich sei, auf dem im Agrarprogramm und im Ostprogramm vorgesehenen Wege weltwirtschaftliche Entwicklungen für einzelne Berufsstände und einzelne Landesteile in ihren Wirkungen abzuschwächen, auszuschalten und uns auf den Boden dieser beiden Programme zu stellen[1].

Ich fragte darauf Herrn *Klepper*, wie er unter dieser Voraussetzung zu den Programmen stünde, wie er sich ihre Durchführung dächte und wie er sich eine Zusammenarbeit mit den Organisationen des Genossenschaftskredits vorstelle.

Im Laufe der Unterhaltung vertrat Herr *Klepper* etwa folgenden Standpunkt:

Die Aufgabe, auf die es bei der Umschuldung und auch bei der Besitzerhaltung ankommt, liegt darin, Kredite, die nicht auf der Sicherheit des Grundbesitzes

1 Zur Vorgeschichte Nr. 8a und b, 37a und b.

beruhen, in eine dingliche und durch Grundbesitz und Reichsgarantie gesicherte Form zu überführen[2]. Sie berührt sich also ebenso eng mit dem Betätigungsfeld der Preußenkasse[3], weil es sich um bisherige Personalkredite handelt, wie mit dem Betätigungsfeld der Rentenbank-Kreditanstalt. Eine Mitarbeit der Preußenkasse käme nur so in Frage, daß sie in dem gleichen Umfang wie die Rentenbank-Kreditanstalt durch Kapital und Leitung an der neuen Ablösungsbank beteiligt werde. Eine solche Mitarbeit könne er sich sehr wohl vorstellen. Das Ziel der neuen Aktion, nämlich eine Hilfe für die Betriebe, die nicht so gut seien, daß sie jeder öffentlichen Hilfe entbehren könnten und nicht so schlecht, daß ihnen auch mit den Mitteln des Ostprogramms nicht mehr genutzt werden könne, halte er für erstrebenswert. Es werde Ordnung in die Lage im Osten bringen. Freilich käme sehr viel auf die Durchführung dabei an und auf die Beurteilung, welchen Betrieben man auf diese Weise helfen könne und wie man helfen könne. Diese Fragen müssen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und unter Ausschaltung aller innerpolitischen Empfindungen behandelt werden. Er würde seine Mitarbeit und die seines Instituts dann zur Verfügung stellen, wenn durch den Grad seines Einflusses hierfür die Sicherung geboten würde. Das schiene ihm aber nur bei einem gleichberechtigten Einfluß mit der Rentenbank-Kreditanstalt der Fall zu sein. Wenn er mitarbeiten würde, würde er dies loyal tun und sich auf der Basis des gegenwärtigen Programms auf dessen Ziele einstellen. Er glaube auch, daß er in seiner Handlungsfreiheit von der preußischen Regierung nicht beeinträchtigt werden würde. Es sei ihm dies bisher niemals geschehen, im Gegenteil habe die preußische Regierung in Fragen des ländlichen Kredits sich so gut wie immer seinen Ratschlägen angeschlossen. Er glaube auch, daß außer der Beteiligung am Kapital der Ablösungsbank durch die Preußenkasse, wenn eine Zusammenarbeit mit der Preußenkasse gesichert würde, die preußische Regierung sich an den Garantien des Ostprogramms beteiligen würde; insbesondere halte er eine Erhöhung der für die Siedlung vorgesehenen Garantie von 225 Millionen für wünschenswert und erachte eine Beteiligung der preußischen Regierung gerade an dieser für wahrscheinlich. Andererseits habe er das Gefühl, daß ohne die Sicherung einer Zusammenarbeit die Dinge bei Preußen auf Schwierigkeiten stoßen könnten.

Bezüglich einiger Punkte der Entwürfe halte er Änderungen noch für erforderlich, um die Mitarbeit der Preußenkasse zu sichern.

1. In § 26 Ziffer 1 sei die Befugnis der Rentenbank-Kreditanstalt, sich im Personalkredite zu betätigen, für die Dauer festgestellt. Er glaube nicht, daß die preußische Regierung sich hiermit einverstanden erklären würde, wohl aber glaube er erreichen zu können, daß die Betätigung der Rentenbank-Kreditanstalt im Personalkredit zunächst auf etwa 10 Jahre ausgesprochen werden könne.

2. An dem Personalkredit der Rentenbank-Kreditanstalt sei die Preußenkasse ursprünglich mit 75% beteiligt gewesen, sie habe dann später selbst ihre Beteiligung bis auf 50% herabgesetzt. Er würde Wert darauf legen, daß festgestellt

2 Über die Vorgeschichte der „Osthilfe" des Kabinetts *Brüning* und die finanzpolitischen Fragen Schulz, Staatliche Stützungsmaßnahmen besonders S. 172ff.

3 Preußische Zentralgenossenschaftskasse.

würde, daß ein gewisser Teil der billigen Personalkredite der Rentenbank-Kreditanstalt immer der Preußenkasse zur Verfügung steht. Über den Prozentsatz, den dieser Teil von dem gesamten Personalkredit der Rentenbank-Kreditanstalt ausmachen könne, ließe sich reden.

Ich selbst habe bei den Ausführungen eine im wesentlichen abwartende Haltung eingenommen. Ich konnte das, nachdem ich am Anfang betont hatte, daß mir daran läge, einmal seine Gedankengänge zu dieser Frage zu hören. Alles weitere wurde auf die Besprechung mit dem Herrn Reichskanzler am Sonnabend verschoben[4].

gez. *Schäffer*

4 In einer Chefbesprechung am 14. 5. 1930 wandte sich *Schiele* gegen eine Beteiligung der Preußenkasse an der Ablösungsbank, da sie Hauptgläubiger der Genossenschaftsbanken und daher nicht neutral sei. *Moldenhauer* und *Brüning* hielten sie dagegen für dringend erforderlich und empfahlen weitere Verhandlungen. Aufzeichnung des Ministerialrats *Feßler* über die Chefbesprechung wegen der Osthilfe vom 14. 5. 1930, BA R 43 I/1801. Am 15. 5. wurde dem Kabinett mitgeteilt, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Preußenkasse und Rentenbank-Kreditanstalt weitgehend beigelegt seien. Kabinettssitzung am 15. 5. 1930, BA R 43 I/1443. Zu den Schwierigkeiten bei der Erarbeitung des „Ostprogramms" auch Pünder S. 52: „Hier gab es zunächst ein heilloses Durcheinander, in dem sowohl das Innen- als auch das Finanz- und das Ernährungsministerium die Federführung haben wollten [. . .] Besonders schwierig war die Zusammenarbeit mit Preußen [. . .] Wir haben es aber doch durchgesetzt, und zwar in enger Zusammenarbeit mit dem Präsidenten *Klepper* von der Preußenkasse, der von der Preußischen Staatsregierung mit allen Vollmachten ausgerüstet war." Hinsichtlich der Wirksamkeit der „altmodischen", vor allem zollpolitischen Maßnahmen, zeigt *Pünder* sich skeptisch.

67.

14. 5. 1930: Niederschrift über eine Besprechung Silverbergs mit Bötzkes

Nachlaß Silverberg 574. Handschriftliche Korrekturen. Überschrift: „Niederschrift über die Besprechung mit Herrn Bötzkes im Hotel Esplanade, Mittwoch, den 14. Mai, nachmittags 3–4 Uhr."

Dr. Silverberg gab zunächst einen Überblick des bisherigen Verlaufs der Beratung über seinen Vorschlag für die Weitererhebung und Verwendung der Industrieaufbringung[1] und machte Mitteilungen davon, daß er den ursprünglichen Inhalt in der letzten Sitzung des Präsidialbeirats des Reichsverbandes erweitert habe[2]. Er zeichnete dann in weiteren Umrissen ein Bild von den Möglichkeiten, die sich bei der Ausführung seines Planes für die Bank für Industrieobligationen ergeben.

Dr. Bötzkes stellte fest, daß in den Grundzügen eine Übereinstimmung bestehe, daß er aber noch Schwierigkeiten nach verschiedenen Richtungen sehe. Zunächst

1 Vgl. Nr. 8a, Anm. 1.

2 In dieser Sitzung hatte das Präsidium des RDI einen Vorschlag für die Beteiligung der Industrie an der Osthilfe ausgearbeitet. Nr. 69a und b.

käme es darauf an, da man die Eigentümer der Bank nicht identifizieren könne, eine gewisse Sicherung gegen die Gefahr des Zugriffes des Staates auf das Zweckvermögen zu schaffen.

Dr. Silverberg anerkannte durchaus diese Gefahr, verwies aber darauf, daß er schon damals durch die Vorschrift, das Statut der Bank nur durch qualifiziertes Reichsgesetz zu ändern, die einzige mögliche Garantie vorgeschlagen habe. Außerdem habe man nur die Wahl zwischen der Verwendung der Industrieumlage für den Etat oder der produktiven Verwendung dieser Gelder, die auf eine Konsumfinanzierung des inneren Marktes hinauslaufe, verbunden allerdings mit der erwähnten Möglichkeit, daß später einmal der Fiskus auf die Bank Beschlag lege.

Dr. Bötzkes sprach dann von der Gefahr, daß die Preußenkasse eingreife und ihre eigenen Interessen und Ziele mit Hilfe des Industriegeldes verfolge. Deshalb müsse Herr *Klepper* ausgeschaltet bleiben.

Dr. Meynen machte bei dieser Gelegenheit Mitteilung davon, daß er von landwirtschaftlicher Seite erfahren habe, daß Herr *Klepper* heute morgen dem Reichsfinanzminister seine Forderung in bezug auf die Beteiligung der Preußenkasse an der Durchführung der Umschuldung übermittelt habe[3]. Die Bedingungen liefen darauf hinaus, daß die Preußenkasse die gesamte Regie, die Aufnahme von Anleihen, die Satzung und ihre späteren Abänderungen weitgehend beeinflusse. Die Landwirtschaft habe bei dem Reichskanzler und dem Ernährungsminister beantragt, daß nur die Bank für Industrieobligationen und die Rentenbank-Kreditanstalt Gründer und Eigentümer der neuen Ablösungsbank würden.

Dr. Bötzkes kam dann auf die Industriekredite zu sprechen, hier sah er die Gefahr einer Überfülle von Betrugsfällen.

Dr. Silverberg sagte, daß er selber durchaus damit rechne; es sei ja keine Dividende zu zahlen, und schon aus diesen Mitteln könne ein ausreichender Reservefonds für solche Fälle geschaffen werden.

Dr. Bötzkes meinte, daß auch die großen Unternehmungen berücksichtigt werden wollten, und bat um einen Anhalt für die Abgrenzung.

Dr. Silverberg: „Ich denke an alle diejenigen Unternehmungen, die nicht mehr in der Lage sind, sich inländischen oder ausländischen Kredit durch Obligationen zu verschaffen."

Dr. Bötzkes fragte nach der voraussichtlichen Stellungnahme der Banken.

Dr. Silverberg antwortete, daß alle die zahlreichen Fälle, wo keine Umsätze vorkommen, aber dennoch ein gesunder Kredit gegeben werden könne, für die Banken nicht in Frage kämen, die schon bisher bis zu 60% eingefrorene Debitoren hätten. Selbstverständlich handele es sich nicht darum, den Banken die faulen Kunden abzunehmen.

Dr. Bötzkes machte den Vorschlag, wenigstens theoretisch nach dem Plan *v. Bohlens* einen Teil der Mittel von vorneherein den Interessen der Großindustrie in Form einer Beteiligung an der Exportkreditbank zur Verfügung zu stellen, um zu verhindern, daß das Hilfswerk der Großindustrie für die Landwirtschaft und die

3 Nr. 66.

kleine Industrie als ein Beweis für die angeblich glänzende Lage der Schwerindustrie ausgenutzt würde.

Dr. Silverberg möchte lieber die Golddiskontbank für sich allein lassen, um nicht die Bank für Industrieobligationen in die Abhängigkeit von der Reichsbank zu bringen. Die Reichsbank könne nun einmal eine Exportkreditbank, die sich auf der Golddiskontbank aufbaue, nicht anders als unter ihrem stärksten Einfluß stehend zulassen.

Dr. Bötzkes bestätigt diese Annahme durch seine Mitteilung, daß sich schon das kleine Zweckvermögen bei der Bank für Industrieobligationen dauernd des Zugriffs der Reichsbank, sowohl *Schachts* wie des Herrn *Dreyse,* habe erwehren müssen.

Die Fortsetzung der Besprechung wurde für den Nachmittag des 20. oder 21. Mai vereinbart und Dr. *Meynen* beauftragt, den Termin nach Rücksprache mit Herrn *Bötzkes* festzulegen.

68.

15. 5. 1930: Landeshauptmann Caspari (Schneidemühl) an Ministerpräsident Braun

Nachlaß Otto Braun 320. Handschriftliche Korrekturen. Paraphe Otto Brauns.

Sehr verehrter Genosse *Braun!*

Meinem Versprechen, Ihnen über die gestrige Besprechung bei dem Herrn Reichskanzler Dr. *Brüning* zu berichten, komme ich hiermit gern nach.

Als Herr *v. Winterfeld* und ich gestern, den 14. Mai, zu der verabredeten Zeit in der Reichskanzlei erschienen, wurde uns gesagt, daß gerade Kabinettssitzung sei und der Herr Reichskanzler uns erst um ½6 [Uhr] empfangen könne. Um ½6 [Uhr] fand dann die Besprechung statt, die von Herrn *v. Winterfeld* mit einigen allgemeinen Bemerkungen eingeleitet wurde. Er wies insbesondere auf das von *Severing* uns gegebene Versprechen, uns bei der Aufstellung des Ostprogramms zu beteiligen, hin. Der Reichskanzler erklärte, das Kabinett befasse sich bereits den ganzen Tag mit dem Ostprogramm, und deshalb habe er auch nicht früher zur Verfügung stehen können[1]. Abschließend wolle man heute, am 15. Mai, Stellung nehmen[2]. Ich fragte ihn zunächst, ob und in welchem Ausmaße eine Umschuldung geplant sei; des weiteren nach der Beschaffung der Mittel und ferner, ob man daran denke, ein Zwangsvergleichsverfahren, wie für die übrige Wirtschaft, nunmehr auch für die Landwirtschaft durchzuführen, und kam schließlich auf die Siedlung zu sprechen. Der Reichskanzler sagte darauf, das Osthilfeprogramm der Regierung umfasse im wesentlichen eine Umschuldung, über deren Ausmaß er sich zur Zeit noch nicht erklären könne. Es fänden noch Besprechungen mit dem

1 Chefbesprechung wegen der Osthilfe, BA R 43 I/1801; Kabinettssitzung um 16.30 Uhr, BA R 43 I/1443. Brüning S. 172f.

2 Kabinettssitzung am 15. 5. 1930, BA R 43 I/1443.

Herrn Reichsbankpräsidenten statt. Es umfasse ferner eine Lastensenkung, sehe auch eine Art Moratorium und ferner den Bau von neuen Eisenbahnlinien vor. Ich knüpfte zunächst an das letztere an und fragte ihn, ob nicht der ebenso wichtige Bau von Verkehrswegen im Osten mitvorgesehen sei; worauf er erklärte, da sei in diesem Programm nicht vorgesehen. Im übrigen betonte er, daß das Osthilfeprogramm sich auf die eigentlichen Grenzbezirke beschränken solle. Er schränkte dies jedoch sofort durch die Erklärung ein, daß das ganze Osthilfeprogramm eine Art Ermächtigungsgesetz für die Reichsregierung enthalten solle, und man könne ja dann, wenn man die Ermächtigung vom Reichstag habe, den Begriff Grenzbezirk etwas weiter fassen. Überhaupt betonte *Brüning,* daß die Reichsregierung glaube, die Widerstände aus Bayern und in Süd- und Westdeutschland gegen ein Ostprogramm nur überwinden zu können, wenn nicht zu viele Einzelheiten in dem Gesetz enthalten wären, sondern der Reichsregierung in der Durchführung weitester Spielraum gelassen würde. Gerade bei diesen Ausführungen legte *Brüning* aber eine starke Resignation an den Tag. Er erklärte wiederholt: „Wenn wir es im Reichstag durchbekommen." Bei dieser Gelegenheit konnte er es sich auch nicht versagen, auf die Agitation der Sozialdemokratie hinzuweisen. Er sagte unter anderem, daß in süddeutschen und westdeutschen Kreisen der sozialdemokratischen Partei eine starke Bewegung gegen das Ostprogramm getrieben werde und daß besonders die Presse „Ostprogramm" gleichsetze [mit] „der Sanierung des Großgrundbesitzes". Ich parierte diesen Hieb damit, daß ich ihm erwiderte, daß auch ich gewiß nicht Ostprogramm mit Sanierung des Großgrundbesitzes gleichstellen könne; daß aber, wenn heute nicht nur in der sozialdemokratischen Presse eine solche Gleichsetzung erfolge, die Regierung sich in erster Linie bei der Deutschen Tageszeitung und anderen Rechtsorganen bedanken müsse, die von Anfang an, also seit dem Regierungswechsel, eine sehr einseitige Subventionspolitik für den östlichen Grundbesitz gefordert haben. Ich sagte ihm weiter, daß mir bekannt sei, daß gerade in der Sozialdemokratie mit äußerster Gründlichkeit die Frage des Ostens geprüft und ja auch von Sachkennern über die Lage des Ostens gesprochen und entsprechende Vorschläge zur Abhilfe gemacht worden seien. *Brüning* schränkte darauf seinen zunächst allgemein gehaltenen Vorwurf ein und sagte, es sei ihm sehr wohl bekannt, daß auch in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein großes Verständnis für das Ostproblem bestände.

Bei der Frage der Umschuldung betonte er, daß die für die Umschuldung herzugebenden Beträge von Reich und Preußen verbürgt werden müßten. Er wollte offenbar damit auch vor uns die Mitverantwortung Preußens für den Fall des Scheiterns der Aktion festnageln. Auf meine weitere Frage, wie nun die Durchführung der Osthilfeaktion gedacht sei und ob man beabsichtige, die Landeshauptleute als die gewählten Vertreter der Provinzialbevölkerung daran wieder zu beteiligen, erklärte er, daß e i n Reichsminister mit der Durchführung des Ostprogramms beauftragt werde, der dann selbstverständlich gern mit uns arbeiten werde.

Zur Frage des Moratoriums erklärte er, daß man mit diesem Begriff ja nur sehr vorsichtig operieren könne. Ich hatte ihm vorher gesagt, daß meines Dafürhaltens eine Umschuldung ohne ein gesetzlich verankertes Zwangsvergleichsverfahren nicht den gewünschten Erfolg herbeiführen könne. Es ist ja übrigens auch eine

Auffassung, wie sie kürzlich in einer Besprechung der Deutschen Landesbankenzentrale mit den Vertretern der Landesbanken und einigen Landeshauptleuten allgemein und einmütig vertreten wurde. Er erwiderte darauf, daß gerade von seiten der Wirtschaft aus dem Osten, insbesondere auch der Landwirtschaft, die Reichsregierung bestürmt würde mit der Bitte um ein etwa sechsmonatiges Moratorium. Die Folge wäre selbstverständlich die, daß überhaupt keine Gelder mehr nach dem Osten, beispielsweise an Kommunen, gegeben würden, da ein Gebiet, das so wirtschaftlich schwach ist, daß ein allgemeines Moratorium gesetzlich beschlossen würde, nicht mehr als kreditwürdig erscheinen würde. Er fügte hinzu, daß man also diese Frage mit äußerster Delikatesse behandeln müsse. Ich konnte ihm darin nur beipflichten. Eine positive Stellung zu meinem Vorschlag betreffend das Zwangsvergleichsverfahren ebenso wie eine Stellung zu meinem Vorschlag über eine Umschuldung mit Hilfe von reichsbanklombardfähigen Schatzanweisungen, die die Gläubiger anstelle baren Geldes erhielten und die im Laufe von zehn Jahren eingelöst würden, vermied er. Er sagte nur, es beständen auch gegen diesen Plan erhebliche Bedenken.

Präzise Angaben waren überhaupt nicht zu erhalten. Herrn *v. Winterfelds* und mein Eindruck, dem insbesondere Herr *v. Winterfeld* nach der Besprechung mir gegenüber sehr unverblümt Ausdruck gab, war der, daß die Reichsregierung offenbar selbst sich über die Wege eines Osthilfeprogramms nicht einig und auch nicht klar sei. Aus allen Ausführungen des Reichskanzlers klang große Sorge, ob eine parlamentarische Verabschiedung der von der Reichsregierung in Aussicht genommenen Maßnahmen möglich sei.

Mit angelegentlichsten Empfehlungen bin ich
Ihr stets sehr ergebener
Caspari

69a.

17. 5. 1930: Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

BL RDI 62/10.3b. Vervielfältigtes Exemplar – I. Nr. 2856/IV.

Sehr geehrte Herren!

Das Präsidium hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem Osthilfeprogramm der Reichsregierung, das allerdings noch nicht in allen Einzelheiten bekannt ist, beschäftigt und zu einer Reihe grundsätzlicher Fragen Stellung genommen. Eine Aufzeichnung der Stellungnahme, über die ich die in Frage kommenden Reichsbehörden unterrichtet habe, erlaube ich mir, in der Anlage beizufügen[1].

Mit vorzüglicher Hochachtung
Reichsverband der Deutschen Industrie
Das Geschäftsführende Präsidialmitglied:
Kastl

1 Anlage hier unvollständig überliefert, ist jedoch identisch mit Nr. 69b.

69b.

Stellungnahme des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zum Osthilfeprogramm der Reichsregierung

PA Büro RM, RM 15. Abschrift. Vervielfältigtes Exemplar[1].

In der Sitzung des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ist zu dem Osthilfeprogramm, das in seinen Einzelheiten noch nicht vollständig bekannt ist, wie folgt Stellung genommen worden:

1. Der Heranziehung von Mitteln aus der Industrieaufbringung in der vorgesehenen Form muß widersprochen werden.

2. Die für das Ostprogramm vorgesehenen Maßnahmen müssen allein vom Reich getroffen werden, und der eventuell zu bestellende Reichskommissar muß auch die preußischen Mittel für den Osten, soweit solche noch vorgesehen sind, mitverwalten. Nur eine einheitliche Linie kann in dieser nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern vielmehr aus politischen Gründen durchzuführenden Osthilfe einen Erfolg versprechen.

3. Aus den gleichen Gründen müssen auch die Maßnahmen auf dem Gebiet des Siedlungswesens im Osten aussschließlich Reichssache sein.

4. Die beabsichtigte „Deutsche Ablösungs-Bank" muß in engster Verbindung mit der Rentenbank-Kreditanstalt errichtet werden, um möglichst die Einrichtung eines neuen Instituts mit dem großen Verwaltungsapparat zu vermeiden.

5. Wenn die Realsteuerbelastung im Osten unter Umständen durch Inanspruchnahme von Reichsmitteln gemildert werden soll, ist es notwendig, vorher einen Realsteuer-Plafond zu schaffen, um zu vermeiden, daß Land und Gemeinden die Realsteuern vorher noch kräftig erhöhen, weil ja in Aussicht steht, daß das Reich einen Teil davon übernimmt.

6. Beim Ausbau des Kleinbahnnetzes muß mit großer Vorsicht vorgegangen und die Frage geprüft werden, ob die Einrichtung von Automobillinien die Kleinbahnen nicht ganz oder teilweise ersetzen kann.

Im Zusammenhang mit dem Osthilfeprogramm ist in der Sitzung des Präsidiums auch die Frage geprüft worden, inwieweit eine Hilfe der Industrie aus den Mitteln der Aufbringung möglich ist. Diese Erörterung hat zu folgenden Beschlüssen geführt:

1. Der Widerspruch gegen die Forterhebung der Industriebelastung als solche wird aufrechterhalten, da nach dem Inkrafttreten des Young-Planes jeder Grund dazu weggefallen ist. Unter den neuen Verhältnissen ist die Industrieaufbringung eine durch nichts gerechtfertigte, höchstens durch eine verschuldete schlechte Finanzlage begründete Sonder s t e u e r der gewerblichen Wirtschaft.

2. Der Protest gegen die Inanspruchnahme von 70 Millionen aus dem Ausgleichs- und Reservefonds der Industrieobligationen-Bank für allgemeine Etatzwecke

1 Anlage zur Abschrift eines Schreibens von *Trendelenburg* an *Pünder* vom 30. 5. 1930. PA Büro RM, RM 15. Die Stellungnahme ist abgedruckt in Geschäftliche Mitteilungen des RDI 1930 Nr. 12 S. 118.

wird weiter aufrechterhalten und verlangt, daß dieser Eingriff in privates Eigentum der Aufbringungsverpflichteten wieder gutgemacht wird. Es muß davon ausgegangen werden, daß diese 70 Millionen als ein Darlehen an das Reich zur Behebung einer gegenwärtigen Notlage des Haushaltes anzusehen sind.

3. Einer etwa geplanten Weitererhebung der Industrieaufbringung für Zwecke des Haushaltes über 1930 hinaus und einer Verwendung des Saldos des Ausgleichs- und Reservefonds der Industrieobligationen-Bank für allgemeine Etatszwecke oder einer anderen gesetzlich fundierten Verwendung wird widersprochen. Es muß das Verlangen gestellt werden, daß der Gesamtbetrag des Ausgleichs- und Reservefonds und die nachfolgenden Aufbringungen als Zweckvermögen der Aufbringungspflichtigen erhalten werden und daß die Verwaltung dieses Vermögens ohne staatliche Eingriffe durch die Industrieobligationen-Bank als Treuhänder der Aufbringungspflichtigen erfolgt.

Unter diesen Voraussetzungen schlägt das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie folgendes vor:

a) Die bisherige jährliche Aufbringungslast im Gesamtbetrage von 300 Millionen wird zwecks Freistellung der kleineren und mittleren Betriebe mit einem Betriebsvermögen unter etwa einer Million RM vom Jahre 1931 ab um ein Drittel, also auf 200 Millionen RM, ermäßigt. Bei der Ausscheidung der kleineren und mittleren Betriebe darf nicht nur die Höhe des Betriebsvermögens maßgebend sein, sondern auch der Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit, je nachdem, ob die Betriebe kapitalintensiv sind oder nicht. Auf diesem Wege werden etwa 88% der Aufbringungspflichtigen ausscheiden.

b) Die Aufbringungslast ermäßigt sich jährlich um 40 Millionen, also nach folgender abfallender Skala:

1931	200 Millionen
1932	160 Millionen
1933	120 Millionen
1934	80 Millionen
1935	40 Millionen

Die Industrieobligationen-Bank bleibt, wie schon oben erwähnt, Eigentümerin der in sie als Treuhänderin oder Holding-Gesellschaft eingezahlten Beträge. Die Erhebung erfolgt wie bisher durch die zuständigen Reichsstellen.

c) Das dadurch geschaffene Zweckvermögen wird im Verhältnis von 40 zu 60 zum Wiederaufbau des Realkredits der kleineren und mittleren Industrie und für die Zwecke der Umschuldung derjenigen landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betriebe in den Ostgebieten verwandt, die in ihrem Bestande gefährdet sind und die nach Lage der Verhältnisse noch erhalten werden können und bei denen die Leitung des Betriebes dafür eine Gewähr bietet.

d) Die Kredite für den Wiederaufbau des Realkredits der kleineren und mittleren Industrie werden von der Industrieobligationen-Bank, die eine rechtliche Umgestaltung erfahren muß, unmittelbar vergeben. Die Beträge für die Umschuldung werden von der Industrieobligationen-Bank durch die Ablösungs-Bank oder eine andere mit der Umschuldung betraute Stelle vergeben, so daß die Industrieobligationen-Bank unmittelbar Gläubigerin der beliehenen Betriebe wird. Bei der Weitervergebung dieser Mittel an die Landwirtschaft, die nur im Wege der

dinglichen Belastung möglich sein kann, wird ein Mitwirkungsrecht der Industrieobligationen-Bank sicherzustellen sein. Das gleiche gilt für die Beteiligung an der Verwaltung der Ablösungs-Bank. Zinsen und Rückzahlungen sollen nach Abdekkung der Geschäftsunkosten grundsätzlich für die gleichen Zwecke verwendet werden.

e) Da weder der Reichsverband der Deutschen Industrie noch die Mitglieder des Verwaltungsrats der Industrieobligationen-Bank in der Lage und berechtigt sind, für die Aufbringungspflichtigen zu diesen Maßnahmen die erforderliche Entlastung auszusprechen, wird zu erwägen sein, ob nicht durch eine ad hoc geschaffene Generalversammlung der Belasteten im Rahmen der Industrieobligationen-Bank die Entlastung und die Genehmigung zu diesem Vorgehen erteilt werden kann.

f) Über die Frage, ob umzuschuldende Betriebe noch umschuldungsfähig sind, sind allgemeine Grundsätze aufzustellen. Die Nachprüfung und Kontrolle muß durch neutrale Persönlichkeiten erfolgen, die an diesen Maßnahmen völlig uninteressiert sind.

g) Die seitens der Aufbringungspflichtigen auf dem vorgenannten Wege zur Verfügung gestellten Mittel dürfen nicht dafür verwendet werden, um andere öffentliche oder halböffentliche Kassen (Preußenkasse oder Landschaften) zu sanieren.

h) Soweit für das Jahr 1930 auf diesem Wege Mittel für die Umschuldung und für den Wiederaufbau des Realkredits der kleineren und mittleren Industrie noch nicht vorhanden sind, wird unter Umständen auf dem Wege der Beschaffung von Zwischenkrediten vorzugehen sein.

70.

17. 5. 1930: v. Gilsa an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 400101293/4a-Tgb. Nr. 266. Handschriftliche Korrekturen und Ergänzung. Paraphe Reuschs.

Betrifft: Politische Lage

Sehr geehrter Herr *Reusch!*

Die neue Regierung hat zur Zeit mit zwei Hauptschwierigkeiten zu kämpfen: einmal mit der noch immer andauernden Verschlechterung des Roggenpreises und zum zweiten mit den ganzen finanziellen Zuständen.

Die letzten beschlossenen gesetzlichen Maßnahmen haben noch nicht die von *Schiele* erhoffte Wirkung erbracht. Im Gegenteil, der Roggenpreis ist stellenweise weiter gesunken. Das ist insofern für die Stellung *Schieles* bedenklich, als *Hugenberg* durch seine Leute den Landwirten klarmachen läßt, daß *Schieles* letzte Haltung falsch und seine *(Hugenbergs)* Haltung die richtige gewesen wäre. Stellenweise hat diese Beeinflussung auch schon Erfolg gehabt. Verschiedene verständige Landbundführer haben sich deshalb erneut an die Regierung gewandt

mit der Bitte, nunmehr trotz des Widerstandes der Bäcker und anderer Kreise des Mittelstandes den Beimahlungszwang für Roggen anzuordnen. Hiervon erhofft man eine durchgreifende Besserung in der Roggenpreislage.

Wie heute schon aus der Presse ersichtlich, wird die Regelung der Osthilfe von der Reichsregierung nicht in die Hände von *Schiele,* sondern in die von *Treviranus* im Reich und von *Hirtsiefer* für Preußen gelegt. Da *Brüning* sehr starken Einfluß auf *Hirtsiefer* hat, scheint damit eine einheitliche Leitung der Osthilfe gesichert. Damit würde auch der jetzt oft umstrittene Staatssekretär *Schmid*-Düsseldorf ein neues Betätigungsfeld erhalten. Im übrigen soll *Schmid,* falls er abgeht, schon jetzt eine feste Anstellung in einem wirtschaftlichen Verband erhalten haben.

Bedeutend schwieriger liegen die allgemeinen finanziellen Verhältnisse. Im Monat April sind rund 54 Millionen Mark weniger Einnahmen für das Reich geflossen als der neue Etat vorsieht[1]. Dauert dieser Zustand an, wie anzunehmen ist, und kommen dazu weiter die erhöhten, bisher ungedeckten Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung, so dürfte bereits im Herbst ein Fehlbetrag im Reichshaushalt von mehreren 100 Millionen vorhanden sein. Bei der Arbeitslosenversicherung legt man jetzt für 1930 eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl von 1,5 Millionen je Monat zugrunde, die für das Etatsjahr rund 1,5 Milliarden beanspruchen. An letzterer Summe fehlen nach den verschiedenen Regelungen noch 335 Millionen, die neu gedeckt werden müssen. Vom Vorstand der Reichsanstalt sind nachstehende Vorschläge der Reichsregierung vorgelegt worden: es sollen gedeckt werden durch Reformen innerhalb der Reichsanstalt, Leistungen, Anwartschaftszeit usw., rund 120 Millionen (zusammen mit den bisher erreichten inneren Reformen wäre dann jetzt das erreicht, was die Wirtschaft von vornherein als Sanierungsprogramm vorgeschlagen hat). Durch eine Beitragserhöhung von 3½% auf 4% für dreiviertel Jahr, ab 1. Juli 1930, gleich 110 Millionen, durch Einbeziehung des landwirtschaftlichen Gesindes in die Versicherung 15 Millionen, Summe: 245 Millionen. Da 335 Millionen zu decken sind, bleiben rund 90 Millionen übrig. Von diesen sollen rund 20 Millionen durch Umbau der Verwaltung der Reichsanstalt und der Rest von rund 70 Millionen durch einen Nachtragsetat auf irgendeine noch nicht feststehende Weise gedeckt werden.

Interessant war, daß der Abbau im Vorstand beschlossen wurde mit den Stimmen der Arbeitgeber und der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Für die ½%ige Beitragserhöhung stimmten die gleichen Herren mit Ausnahme zweier landwirtschaftlicher Arbeitgeber, die sich absentierten.

Die finanzielle Lage des Reiches ist also nach wie vor sehr ernst. Dem Kabinett liegt zur Zeit der *Moldenhauer*sche Vorschlag für Ausgabensenkung vor. Er zerfällt in drei Teile, von denen der erste sofort, der zweite etwas später und der dritte erst durchgeführt werden soll, wenn der Sparkommissar eingehende Untersuchungen angestellt hat. Nach vertraulichen Mitteilungen, die ich erhalten habe, ist das Kabinett und insbesondere der Kanzler mit den *Moldenhauer*schen Plänen durchaus nicht einverstanden. Man vermißt die große Linie. Die Vorschläge stellen nur eine Zusammenstellung verschiedener, in den Schubfächern der einzelnen Referenten schlummernden alten Ladenhüter dar, die zudem,

1 Vgl. Nr. 85.

besonders in dem Sofort-Programm, finanziell fast gar nichts einbringen, dafür aber unsere gesamte Beamtenschaft aufs empfindlichste ärgern. Es ist deshalb nicht unwahrscheinlich, daß das ganze *Moldenhauer*sche Programm dadurch wieder in die Versenkung verschwindet, daß man vor der Sommerpause von wichtigen Vorlagen nur den Etat und die Osthilfe erledigt. Im Herbst dürfte damit zu rechnen sein, daß eine Umbildung des Kabinetts erfolgt, wieder unter *Brüning,* aber mit starken Männern anstelle einiger der jetzigen „Sommer-Soldaten" im Kabinett. Für den Posten des Finanzministers wird in vertrauten Kreisen bisweilen *Schacht* genannt. Dieses neue starke Kabinett wird dann sehr einschneidende Maßnahmen auf wirtschaftlichem, finanziellem und sozialem Gebiet durchführen müssen. Eine derartige Kürzungsmaßnahme ist viel verständiger als die von *Moldenhauer* im Sofort-Programm geplante Pensionskürzung, die zugestandenermaßen nur eine Verbeugung gegen links darstellt und finanziell, nach Abrechnung der großen Verwaltungs-Mehrarbeit, nur etwas über eine Million einbringt.

Alle diese Maßnahmen werden vielleicht nicht ohne innere Erschütterungen und Unruhen durchgeführt werden können, wenn man aber von vornherein energisch zupackt, dürfte die Ruhe wohl bald und endgültig wiederhergestellt werden.

Voraussetzung für alle diese Dinge bleibt, daß einmal die loyale Zusammenarbeit *Brünings* mit den Rechtskreisen fortbesteht und daß die Person des Reichspräsidenten als Rückhalt des Ganzen uns erhalten bleibt. Ich habe im übrigen gehört, daß Abmachungen zwischen *Hindenburg* und *Groener* derart bestehen sollen, daß im Falle ernster Erkrankung von *Hindenburg,* bzw. einige Zeit vor Ablauf seiner Wahlzeit, *Hindenburg* den jetzigen Reichswehrminister *Groener* als seinen Nachfolger als Reichspräsident dem deutschen Volke empfehlen soll. Auch andere Kandidaten für diesen Posten beginnen sich zu rühren, u. a. wird hier *Cuno* genannt, der auf dem Umweg über den *Grafen Roedern* und *Hellpach* im Jungdeutschen Orden eine Unterstützungsgruppe für seine Wahl sich schaffen soll.

Außenpolitisch sind in den letzten Tagen ernstere Räumungsschwierigkeiten[2] wieder aufgetaucht. Sie beruhen auf einem Gegensatz zwischen dem französischen Kriegsminister und *Briand* bzw. *Tardieu.* Um die französischen Generale nicht allzusehr zu verstimmen, hat man im französischen Kabinett dem unglaublichen Vorgang der Zerstörung und des Verkaufs der Trierer Luftschiffhalle zugestimmt, bezeichnenderweise unter Berufung auf das „Kriegsbeuterecht", so geschehen im Jahre 1930!

Innenpolitisch steht – allerdings noch sehr vertraulich behandelt – die Neu-Gruppierung der bürgerlichen Parteien im Vordergrunde. Es war damit zu rechnen, daß in diesen Tagen eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft aller bürgerlichen Kreise, rechts vom Zentrum bis einschließlich der Gruppe *Treviranus,* entstehen würde. Im letzten Augenblick sind vorläufig die Dinge wieder nicht weitergekommen, angeblich haben die Demokraten im letzten Augenblick Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen. Ob letzten Endes bei dieser ganzen Umbildung für die bürgerliche Richtung etwas richtig Verständiges herauskommen wird, wird in erster Linie davon abhängen, ob sich die Gruppe *Westarp-Schiele* endgültig von *Hugenberg* trennt. Augenblicklich versucht *Hugenberg* durch

2 Abzug der Franzosen aus dem Rheinland.

Nachgeben diese Trennung zu verhindern. Es ist aber nötig, daß sie durchgeführt wird. Hier wird entscheidend sein, ob nach oder bei einer etwaigen Abtrennung dieser Gruppe in erster Linie eine Verbindung *Westarp* zu *Scholz* sichergestellt wird. Streng vertraulich möchte ich mitteilen, daß Erfolg versprechende Verhandlungen in dieser Richtung zwischen *Westarp* und *Scholz* stattgefunden haben. *Scholz* hat mich jedoch gebeten, einflußreiche Herren der Industrie meinerseits zu bitten, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß diese Verbindung *Westarp* zu *Scholz* gegebenenfalls wirklich zustande kommt. Würde als erste Phase einer Umbildung eine Konsolidierung *Westarps* mit der Gruppe *Treviranus* erfolgen, so wäre aus vielen Gründen ein s p ä t e r e s Hineinbeziehen der Volkspartei und anderer bürgerlicher Kreise in diese Verbindung erheblich schwieriger zu erreichen und damit der bürgerlichen Sache ungünstiger. Ich erlaube mir also, Ihnen den Wunsch von *Scholz* zu übermitteln, ihm bei dieser unmittelbaren Verbindung mit der Gruppe *Westarp* behilflich zu sein. Persönlich füge ich als meine eigene Auffassung hinzu, daß es gut wäre, wenn die Trennung *Westarps* von *Hugenberg* beschleunigt würde, weil sonst die große Gefahr besteht, daß im bürgerlichen Lager wieder allerhand Neubildungen auftreten, die dann die bürgerlichen Gruppen noch weiter zersplittern würden.

Ich habe auf Wunsch von *Scholz* im gleichen Sinne auch an Herrn Dr. *Springorum* geschrieben.

Mit angelegentlicher Empfehlung
Ihr sehr ergebener
v. Gilsa

Ich habe soeben mit *Treviranus* gesprochen. Er läßt Ihnen sagen, daß die Stellungnahme des Reichsverbandes zu dem Projekt *Silverberg*[3] zu spät gekommen sei. Auch hätten *Moldenhauer* und *Schiele* nicht mitgemacht.

Demzufolge sei bisher weder eine Milderung bezüglich Aufbringung der 200 Millionen noch ihr Stiftungscharakter durchgesetzt worden, der für die Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie gut gewesen wäre[4].

3 Nr. 69b.

4 Nachschrift handschriftlicher Zusatz.

71.

21. 5. 1930: v. Gilsa an Reusch (Oberhausen) (Auszug)

HA/GHH 400101293/4a. Durchschlag – Tgb. Nr. 279. Handschriftliche Korrekturen.

Betrifft: P o l i t i s c h e L a g e

Sehr geehrter Herr *Reusch!*

P a r t e i u m b i l d u n g.

Gestern hat eine Unterredung zwischen *Scholz, Lindeiner, Drewitz* (Wirtschaftspartei) und *Koch-Weser* stattgefunden. Die drei Erstgenannten drängen darauf,

daß die nunmehr seit etwa sechs Wochen geführten Verhandlungen über eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft der vier Parteien nunmehr zum Abschluß kommen. *Koch-Weser* bat aber dringend, diesen Schritt nicht vor Sonntag, den 25. dieses Monats, zu tun, da er dann vor dem in diesen Tagen zusammentretenden demokratischen Partei-Ausschuß[1] große Schwierigkeiten haben würde. Man sieht auch hieraus, wie schwierig die Dinge in der demokratischen Partei liegen. Schließlich stellten die drei anderen Parteien in zwar freundlicher, aber doch ultimativer Form die Forderung an *Koch*, daß die parlamentarische Arbeitsgemeinschaft spätestens am Dienstag, den 27. dieses Monats, gebildet sein müßte. Wenn die Demokraten bis dahin nicht einverstanden wären, würde die Arbeitsgemeinschaft ohne sie gebildet werden[2]!

Wie die Bildung dieser Arbeitsgemeinschaft auf die Krisis bei den Deutschnationalen einwirken wird, vermag ich nicht zu übersehen. Mit Rücksicht darauf, daß in dem Bürgerblock die Rechtsrichtung möglichst stark hervortritt, halte ich nach wie vor ein Zusammengehen der *Westarp*-Gruppe mit dem Bürgerblock für dringend wünschenswert. Ich beziehe mich hierbei auf das, was ich hierüber in meinem letzten Brief vom 17. Mai gesagt habe[3]. Daneben gehen die Versuche weiter, auch in Preußen das Zentrum aus seiner Verbindung mit der Sozialdemokratie zu lösen oder doch wenigstens zum mindesten zur Verstärkung der Rechtsrichtung in der jetzigen preußischen Regierung die Deutsche Volkspartei in die Preußen-Regierung hineinzubringen. Ich kann es verstehen, daß das Zentrum von seinem Standpunkt aus derartige Schritte nur dann unternehmen möchte, wenn sich klar übersehen läßt, welche anderen parlamentarischen Bündnismöglichkeiten für das Zentrum sowohl im Reich wie in Preußen vorhanden sind, mit anderen Worten, auch die Lage in Preußen macht eine möglichst schnelle Bereinigung der Frage einer bürgerlichen Zusammenfassung rechts vom Zentrum erforderlich.

In seiner letzten programmatischen Rede hat ja der neue preußische Zentrumsführer, Dr. *Hess*, nach rechts hin ziemlich abgewinkt[4]. Bei dieser Gelegenheit sprach er auch stark im föderalistischen Sinne gegen eine baldige Reichsreform[5]. In dieser letzteren Frage hat ihn dann das parteioffiziöse Blatt des Zentrums, die Germania, desavouiert, indem sie schreibt, daß die Frage der Reichsreform durchaus nicht so erledigt sei, wie Dr. *Hess* es hinstelle. Von einer Erweiterung oder Umbildung der Regierung in Preußen hat aber die Germania kein Wort geschrieben. Die Dinge kommen deshalb vor allem nicht vorwärts, weil *Brüning*, man kann beinahe sagen, direkt Angst vor dem Ministerpräsidenten *Braun* hat. Er hat die Befürchtung, daß, wenn er zunächst auch nur eine Zwischenlösung in Preußen bei *Braun* anregt, dahingehend, daß man die DVP in die Regierung mitaufnähme, *Braun* dann seinerseits sofort die Gegenbedingung stellen würde, daß die Sozialdemokratie im Reich wieder in die Regierung käme. Das aber will

1 Nr. 76.

2 Vgl. Nr. 76.

3 Nr. 70.

4 Vgl. Zentrumsprotokolle S. 435 f.

5 Nr. 17, Anm. 8.

Brüning unter allen Umständen vermeiden, und er fühlt sich anscheinend nicht stark genug, um einem derartigen Ansinnen *Brauns* auf die Dauer zu widerstehen[6].

Der Gesundheitszustand von *Kaas* hat sich derart gebessert, daß er Anfang Juni wieder zurückkommt. Es soll dann möglichst bald eine intime Besprechung zwischen *Kaas, Brüning, Scholz* und *Braun* stattfinden, von der man eine Klärung der Lage in Preußen erhofft.

Zur Zeit bestehen gewisse Spannungen zwischen der Gruppe *Lindeiner* und der Wirtschaftspartei einerseits sowie dem Zentrum andererseits[7]. Die persönlichen Beziehungen zwischen *Treviranus* und *Brüning* scheinen sich auch zu trüben, hinter den Kulissen treibt der Jungdo ein wenig übersichtliches Spiel, dessen mögliche Wirkung man allerdings nicht überschätzen sollte[8]. Kurz, es zeigen sich eine Reihe neuer Konfliktsmöglichkeiten, die es um so mehr erwünscht erscheinen lassen, daß nun endlich das Bürgertum in einer weithin sichtbaren politischen Aktion die Führung stärker in die Hand nimmt.

Da bisher nun nichts derartiges geschehen ist, hört man leider schon wieder allzu oft das Wort von einer kommenden „Großen Koalition"[9]. Es ist bemerkenswert, daß einer der prominentesten Wirtschaftsführer des Industrie-Reviers bei einer Besprechung sich ganz offen dahin ausgedrückt haben soll, die nötigen finanz-, steuer- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen seien doch nur mit Unterstützung der Sozialdemokratie durchzuführen. Um eine gewisse Gegenwirkung gegen derartige, vielleicht nur in der Verärgerung ausgesprochene Worte auszuüben, würde ich Ihnen, sehr geehrter Herr *Reusch,* vorschlagen, daß Sie einmal bei Ihrer Anwesenheit in Berlin mit *Scholz* zusammenkommen. Er bildet doch gewissermaßen jetzt das Zünglein an der Waage. Dankbar wäre ich, wenn ich an dieser Besprechung teilnehmen könnte, da bei ähnlichen Besprechungen zwischen *Scholz* und anderen Industrieführern der betreffende Abgeordnete auch teilgenommen hat[10].

Als Einzelheit aus dem Reichswehretat führe ich noch an, daß im Haushaltsausschuß die im Reichsrat eingeführte Bestimmung, für das Panzerschiff B eine Anfangsrate von 2,9 Millionen zu bewilligen, wieder gestrichen ist, weil die Demokraten und ein Teil des Zentrums[11] dagegen stimmten und die Bayerische Volkspartei sich der Stimme enthielt. Auch im Plenum ist nicht damit zu rechnen, daß der Antrag auf Wiederherstellung der Etat-Position durchgeht[12]. Hätten sich der Wehrminister und der Außenminister stärker für diese Dinge interessiert, so

---

6 *Brüning* führte in dieser Zeit Verhandlungen mit der preußischen Regierung über die Aufhebung des „Stahlhelm"-Verbots. Brüning S. 117.

7 Vgl. Zentrumsprotokolle S. 435.

8 Vgl. Nr. 58 und 65; Stephan S. 440f.

9 Vgl. Nr. 74.

10 In einer Sitzung der DVP-Fraktion am 28. 5. 1930 berichtete *Scholz,* daß die Verhandlungen über eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft an den Einwänden der Demokraten und am Widerstand der Volkskonservativen gescheitert seien. BA R 45 II/67. Schulthess 1930 S. 132.

11 Vgl. Zentrumsprotokolle S. 444f., 448ff.

12 Am 23. 5. 1930 wurde ein entsprechender DVP-Antrag abgelehnt. RT Bd. 428 S. 5326.

hätte die Angelegenheit meiner Ansicht nach einen anderen Verlauf nehmen können.

[. . .][13]

Mit angelegentlicher Empfehlung
Ihr sehr ergebener

13 Im Schlußabsatz kritisiert *v. Gilsa* den vorgesehenen Reichszuschuß von 2,5 Millionen RM an die „Deutschen Werke", da diese staatlichen Rüstungsbetriebe „unserer Privatindustrie schärfste Konkurrenz" machten.

72.

21. 5. 1930: Frhr. v. Wilmowsky an Reusch (Oberhausen) (Auszug)

HA/GHH 400101290/39.

Lieber Herr *Reusch!*

In Verfolg der teilweise reichlich schwierigen Verhandlungen zwischen dem Reichsverband und der Landwirtschaft[1] hat heute eine Aussprache zwischen den Vertretern der sogenannten „Grünen Front" stattgefunden. Anwesend waren: Präsident *Brandes,* Minister *Hermes,* Minister *Fehr* und meine Wenigkeit für Herrn *Schiele.* Das Verhältnis der Landwirtschaft zum Reichsverband sowie die Stellung der Landwirtschaft zum Agrarprogramm des Reichsverbandes ist eingehend erörtert worden. Für Sie persönlich möchte ich völlig vertraulich bemerken, daß sehr scharfe Kritik an der Eingabe des Herrn *Kastl* vom 9. 4.[2] an einige Mitglieder des Kabinetts geübt wurde und daß ferner betont wurde, man habe erwarten müssen, daß das Agrarprogramm rechtzeitig, also in einem sehr viel früheren Stadium, als dies geschehen ist, mit der Landwirtschaft hätte besprochen werden müssen. Ich habe mit allem Nachdruck darauf hingewirkt, in Zukunft einige wenige Persönlichkeiten dem Reichsverband zu benennen, welche sich laufend für die Verhandlungen mit dem Reichsverband zur Verfügung stellen. Die vier vorgenannten Herren haben sich hierzu bereit erklärt. Jeder von ihnen wird einen Vertreter benennen. Es wird nunmehr ein offizielles Schreiben an den Reichsverband gesandt werden, in welchem letzterem hiervon Kenntnis gegeben wird, auch seinerseits vier Herren zu benennen.

Die Herren legen nun Gewicht darauf, es möge nicht der beim Reichsverband bestehende Agrarpolitische Ausschuß als solcher als Gegenkontrahent bezeichnet werden, sondern es möchten vier Mitglieder des Präsidiums für den Zweck bestimmt werden. Dies dürfte sich ja wohl auch ohne Schwierigkeiten ermöglichen lassen, da meines Wissens eine Reihe von Herren gleichzeitig Mitglieder des Präsidiums und des Agrarpolitischen Ausschusses sind.

1 Vgl. Nr. 27.

2 Nr. 54a und b.

Das erste Thema, das erörtert werden müßte, würde die Stellungnahme zum finnländischen Handelsvertrag sein[3].

Ich möchte nicht verschweigen, daß ich mir in den letzten Wochen große Mühe habe geben müssen, um Verstimmungen in beiden Lagern zu bereinigen, und daß ich in dem geschilderten Vorschlag nunmehr die einzige Möglichkeit sehe, welche aus der allgemeinen Diskussion zu einer wirklich positiven Zusammenarbeit führen kann, beiderseitigen guten Willen vorausgesetzt.

[. . .][4]

Herzlichen Gruß
von Ihrem
getreuen
v. Wilmowsky

3 In dieser Frage vertraten die Vertreter der Industrie und der Landwirtschaft unterschiedliche Haltungen. Nr. 27.

4 Terminfragen.

73.

24. 5. 1930: v. Gilsa an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 400101293/4a. Durchschlag – Tgb. Nr. 293. Handschriftliche Korrekturen.

Sehr geehrter Herr *Reusch!*

Aus der gestern angekündigten Unterredung mit *Moldenhauer* ist bisher nichts geworden. Ich führe deshalb im Nachstehenden nur meine eigene Ansicht an, die sich im wesentlichen mit der der mir politisch nahestehenden Herren meiner Fraktion deckt. Es ist bezeichnend für das Krankheitsbild unserer Wirtschaft, daß die Verfallserscheinungen – ähnlich wie bei der Inflation – sich in einem immer schnelleren Tempo bemerkbar machen und daß auch die entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen in dem gleichen Ausmaß beschleunigt durchgeführt werden müssen. 1928 betrug diese wirtschaftliche Krankheitsperiode noch rund ein halbes Jahr, im vorigen Winter 2–3 Monate, und jetzt ändert sich das Krankheitsbild bereits nach einigen Wochen. In seiner Etatrede vom 2. Mai dieses Jahres hatte *Moldenhauer* angekündigt, daß die Einnahmen des Reiches aufs vorsichtigste geschätzt und die finanziellen Dinge so geregelt seien, daß man vor Überraschungen gesichert wäre[1]. Heute, nach sechs Wochen, hat sich diese Prophezeiung als völlig falsch erwiesen. Ausfälle auf der Einnahmenseite des Reiches sowie erhöhte Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge haben bewirkt, daß für das gesamte Etatjahr 1930, je nachdem man die Schätzungen ansetzt, schon wieder mit einem Gesamtdefizit von 750 bis 1000 Millionen Mark zu rechnen ist. *Moldenhauer* rechnet mit 750 Millionen Defizit und will diesen Ausfall decken durch Reformen in der Arbeitslosenversicherung, durch Beitragserhöhungen auf wahrscheinlich 4½% und durch Reformen bei der Krankenversicherung. Alle

1 Vgl. Nr. 85; Schulthess 1930 S. 116ff.

diese Maßnahmen sollen angeblich 450 Millionen bringen, so daß immer noch bei vorsichtiger Schätzung ein ungedeckter Ausfall von 300 Millionen bliebe. Bekanntlich lautete der erste Vorschlag nur auf eine neue Beitragserhöhung auf 4%. Diese Erhöhung war damals noch vertretbar, weil gleichzeitig auch innere Reformen der Arbeitslosenversicherung vorgeschlagen waren, die etwa die gleiche Summe erbrachten wie die Beitragserhöhung auf 4%. Die Reform-Möglichkeiten innerhalb der Arbeitslosenversicherung sind mit diesen letzten Maßnahmen erschöpft (einschließlich der Herbstreformen 1929[2] sind damit rund 280 Millionen durch Reformen gewonnen). Weitere Kürzungen in der Arbeitslosenversicherung würden nur eine Verschiebung zu Lasten der Wohlfahrtsetats in den Gemeinden bedeuten, damit also der Wirtschaft keine Erleichterung bringen (Realsteuern!). Die jetzt vorgesehene Erhöhung auf 4½% halte ich für falsch. Sie reicht nicht annähernd zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung aus, und ihr Ergebnis verschwindet ohne sonderlichen Nutzeffekt in dem großen Sozial-Topf, wenn man nicht endlich die Arbeitslosigkeit von der grundsätzlichen Seite aus anfaßt. Aus dem gleichen Grunde bin ich gegen weitere Steuererhöhungen jeder Art, ganz abgesehen davon, daß diese Erhöhungen nur auf dem Papier ständen und in Wirklichkeit unsere Wirtschaft noch mehr erdrosselten.

Das einzige, was uns noch helfen kann, ist eine sofortige stark fühlbare Senkung unserer Produktionskosten, damit unsere Wirtschaft wieder mehr in Gang gebracht und das Heer der Arbeitslosen allmählich wieder durch diese belebte Wirtschaft aufgesaugt wird, also sofortige und durchgreifende Ausgaben-Senkung! In den sachlichen Ausgaben der Etats in Reich, Ländern und Gemeinden lassen sich bei starkem Willen sicher einige hundert Millionen noch einsparen, aber dieser Eingriff genügt nicht mehr, wir müssen auch, und zwar entscheidend, an die personellen Ausgaben heran. Mit Wirkung vom 1. Juli halte ich eine Kürzung aller von der öffentlichen Hand gezahlten Gehälter, Pensionen und Löhne für erforderlich. Dann muß auch die Privatwirtschaft Löhne und Gehälter entsprechend senken. Die jetzigen in der Nordwestlichen Gruppe schwebenden Verhandlungen verlaufen ja ganz hoffnungsvoll, da die Christlichen Gewerkschaften sich mit einer Kürzung vielleicht einverstanden erklären werden, falls gleichzeitig die Preise entsprechend gesenkt werden (kommt hier eine Einigung zustande, wird sie von *Stegerwald* sofort für allgemein verbindlich erklärt werden). Eine solche Vereinbarung gerade bei der „berüchtigten" Schwerindustrie würde sicherlich ein gutes Beispiel für unsere anderen Wirtschaftszweige sein, aber es genügt meiner Ansicht nach nicht, die Senkung der Löhne und Gehälter in der Privatwirtschaft lediglich freiwilligen Vereinbarungen zu überlassen. Ich halte einen gesetzlichen Eingriff für notwendig, etwa in der Art, daß man bestimmt, daß, falls jetzt in einem Wirtschaftszweig Preissenkungen eintreten, dann in den laufenden Tarifverträgen die Lohn- und Gehaltssätze mit sofortiger Wirkung um ein bestimmtes Maß gesenkt werden können (daß hierdurch etwa bei der Nordwestlichen Gruppe eine zweite Preis- und Lohnsenkungs-Aktion eintreten müßte, läßt sich unschwer durch entsprechende Fassung des Gesetzes vermeiden). Die Gelehrten sind sich darüber uneinig, ob ein derartiges Gesetz verfassungsändernd und ob dafür eine Mehrheit im Reichstag zu haben ist. Wenn hier

2 RGBl. 1929 I S. 153.

irgendwelche Schwierigkeiten auftreten sollten, muß in unserer Notlage eben mit Hilfe des Artikels 48 regiert werden.

Gelingt es auf diese Weise, bei der öffentlichen Hand und in der Privatwirtschaft Gehälter und Löhne um 10% zu senken, so wird dadurch eine Gesamtsumme von rund 1 Milliarde frei. Da die Wirtschaft gleichzeitig Preisermäßigungen eintreten lassen muß, kommt ein Teil dieses Geldes ihr nicht unmittelbar zugute, da der Staat aber dann auch weniger Geld für seine Beamten, Pensionäre usw. braucht, hat der Staat weniger Steuern nötig. Diese Erleichterung kommt der Wirtschaft sofort zugute, des weiteren die Tatsache, daß die Sozialabgaben sinken werden. Man denke auch an die günstige Wirkung, die durch eine Senkung der Eisenbahntarife erzielt würde, falls die Reichsbahn auf der einen Seite Lohn- und Gehaltskürzungen, auf der anderen Seite als Gegenleistung Tarifsenkungen vornehmen würde. Kurz, all das Übel, was wir in den letzten Jahren durch eine falsche Lohnpolitik in einem sich dauernd gegenseitig steigernden Maße erlebt haben, wird dann als Wirtschafts-Erleichterung – auch sich immer mehr steigernd – in die Erscheinung treten.

Ich sehe in solchen Maßnahmen auch einen wirksamen Weg, zu einer Revision des Neuen Planes zu kommen. Falls es durch die oben skizzierten Maßnahmen gelingt, unsere Produktionskosten stark zu senken, werden wir unseren Gläubigermächten ein so unangenehmer Konkurrent auf dem Weltmarkt werden, daß sie bald die Unsinnigkeit ihrer Reparationsforderungen fühlen werden. Ich beziehe mich dabei auf das, was ich in der letzten Konzernsitzung über diese Dinge gesagt habe.

Ich bin mir klar darüber, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen auch ihre bedenkliche Seite haben. Manches schmeckt stark nach Zwangswirtschaft, die wir immer bekämpft haben. Man könnte auch einwerfen, daß, wenn der Staat einmal durch Gesetz Löhne senkt, eine links gerichtete Regierung durch Gesetz auch Löhne einmal erhöhen könnte. Ich sehe aber keinen anderen Ausweg aus unserer Lage. Was eine etwaige spätere gesetzliche Lohnerhöhung anlangt, so scheint mir gerade die Verkoppelung von Beamtengehälter- und Lohnsenkung ein brauchbares Hindernis für etwaige spätere Zwangslohnerhöhungen zu sein, weil dann ja auch Gehälter usw. wieder erhöht werden müßten und dies sich auf lange Jahre hinaus von selbst verbieten wird. Auch die Frage der Preissenkung wird manche Schwierigkeit auftreten lassen. Am einfachsten liegen die Verhältnisse hier bei den großen Wirtschaftsverbänden und zum Teil bei den Kartellen, schwierig liegen die Dinge vor allem beim Einzelhandel, aber auch hier wird sich die Sache wohl irgendwie einrenken lassen.

Über alle diese Fragen haben in der letzten Zeit sowohl innerhalb der Wirtschaft wie auch in der Regierung Besprechungen stattgefunden. Am nächsten Montag tagt eine Kommission aus Präsidial-Mitgliedern des Reichsverbandes und aus dem Vorstand der Arbeitgeber-Vereinigung, um für obige Maßnahmen entsprechende Formulierungen zu finden.

Vor einiger Zeit soll auch eine Besprechung zwischen *Brüning, Stegerwald* und Peter *Klöckner* stattgefunden haben, wobei letzterer sich für eine Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau ausgesprochen haben soll, um mehr Leute an die Arbeit zu bringen. In welcher Weise er hierbei sich die Lohnregelung gedacht hat, habe ich nicht erfahren können. Ich halte diesen vorgeschlagenen Weg aus den bekannten

Gründen für sehr gefährlich und deshalb gerade jetzt für nicht gangbar, auf der anderen Seite bin ich im jetzigen Augenblick auch gegen eine gesetzliche allgemeine Arbeitszeitverlängerung. Es genügt, wenn die unsinnigen, einengenden Bestimmungen aufgehoben und die Arbeitszeit wieder elastisch gestaltet wird. Im großen und ganzen braucht aber an der jetzt geltenden Arbeitszeit nichts geändert zu werden. Wenn die oben erwähnte starke Produktionskosten-Erleichterung eintritt, wird die deutsche Wirtschaft auch mit der jetzigen Arbeitszeit in der Lage sein, wieder rentabel zu arbeiten. Arbeitszeitverlängerungen würden auch den Widerstand gegen alle gesetzlichen Gesundungsmaßnahmen aufs äußerste verschärfen. Es ist überhaupt damit zu rechnen, daß die Gehalts- und Lohnkürzungsfragen sowohl bei den Beamten wie auch bei der Arbeitnehmerschaft sehr starken Widerstand finden werden. Man wird aber durchkommen, wenn man den Leuten endlich einmal schonungslos unsere wirkliche finanzielle Lage enthüllt und wenn man ihnen klar macht, daß, falls jetzt nicht das System gründlich geändert wird, dann die Not sehr bald so groß sein wird, daß noch viel einschneidendere Maßnahmen nötig werden.

In den Gemeinden muß die Kopfsteuer gleichzeitig mit obigen Dingen eingeführt werden, einmal um alle Gemeindebürger unmittelbar an der finanziellen Verantwortung zu beteiligen, und zum anderen, um die Realsteuern der Wirtschaft entsprechend ermäßigen zu können.

Mit angelegentlicher Empfehlung
Ihr sehr ergebener

74.

24. 5. 1930: Blank an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 4001012024/6. Durchschlag.

Betrifft: Politische Lage

Vorgestern hatte ich eine sehr eingehende Aussprache mit Herrn *v. Lindeiner-Wildau* über die gegenwärtige politische Situation. Daraus ist folgendes bemerkenswert: Wie Herr *Humann* in seinem vorletzten Bericht sieht auch Herr *v. Lindeiner* das Verhältnis *Brüning–Treviranus* als nicht mehr so eng an, wie es anfangs gewesen ist. Dazu kommt aber noch die bedauerliche Tatsache, daß auch das Verhältnis *Schiele–Treviranus* sehr getrübt ist. Bezüglich der Übertragung des Ostkommissariats an *Treviranus* haben sich eigenartige Dinge abgespielt. In einer Ministerbesprechung unter dem Vorsitz von *Brüning*[1] hat sich Herr *Schiele* gegen die Betrauung von *Treviranus* ausgesprochen mit der Begründung, *Treviranus* gehöre einer kleinen parlamentarischen Gruppe an, die gerade im Osten keine genügende Popularität besitze. Der Kanzler hat dann die Sache dem Reichspräsidenten vorgetragen, der erklärt hat, es entspreche seinem Wunsche, daß die Herren *Treviranus* für das Reich und *Hirtsiefer* für Preußen mit der Durchführung

1 Genaueres nicht ermittelt.

des Ostprogramms betraut würden. Mit diesem Votum des Reichspräsidenten ist dann Herr *Brüning* zu Herrn *Braun* gegangen. Herr *Braun* hat erklärt, Herr *Treviranus* sei für ihn untragbar, um aber seine Objektivität zu beweisen, schlage er seinerseits Herrn *Schiele* als Reichskommissar für den Osten vor. Man muß wohl annehmen, daß hier allerhand unterirdische Kräfte am Werke waren.

Gelegentlich wird hier in Berlin schon wieder von einer Rückkehr der Großen Koalition gesprochen. Nach Ansicht von Herrn *v. Lindeiner* ist eine solche vollkommen ausgeschlossen, weil der Reichspräsident erklärt haben soll, er habe sich nicht ohne Bedenken von der Sozialdemokratie getrennt; er werde aber jetzt, nachdem die Trennung einmal vollzogen sei, seine Hand nicht zur Rückkehr der Sozialdemokraten in die Reichsregierung bieten. Ich halte diese Angaben des Herrn *v. Lindeiner* für durchaus wahrscheinlich.

Man ist in den der Regierung nahestehenden Rechtskreisen sehr betrübt über die Unentschlossenheit des Kanzlers, der sich zu wirklich entscheidenden Schritten nur sehr schwer aufraffen kann[2]. Herr *v. Lindeiner* erzählte, daß er jedesmal, wenn eine wichtige Maßnahme vorgeschlagen wird, die er auch billigt, Herr *Brüning* immer zunächst zum Rechenstift greift, um festzustellen, ob er für eine solche gesetzgeberische Maßnahme auch eine parlamentarische Mehrheit zusammenbringen kann. Der Wille, den Reichstag aufzulösen, wenn er nicht so will wie die Regierung, ist offensichtlich beim Kanzler stark im Schwinden begriffen, und es ist ja auch zuzugeben, daß dieser Schritt immer schwieriger wird, je länger sich die Regierung auf parlamentarischem Wege über Wasser halten wird.

Größter Kritik begegnet auch in landwirtschaftlichen Kreisen das Vorgehen des Reichsernährungsministers, der – wie *Graf Kanitz* in einer Veranstaltung des Deutschen Herrenklubs gestern abend ausführte – sich mit Kleinigkeiten abgibt und allein auf den Zöllen herumreitet, die allein die von der Landwirtschaft so dringend benötigte sofortige Hilfe keinesfalls bringen können. *Graf Kanitz* bezeichnete gestern mit Recht die jetzige Reichsregierung als das Kabinett der Grünen Front, dem allergrößte Möglichkeiten gegeben seien, die es aber leider nicht in psychologisch richtiger Weise ausnutze. Es handle sich bei diesem Kabinett um die letzte Gelegenheit, die Not der Landwirtschaft unter Beibehaltung der individualistischen Privatwirtschaft zu beheben, jede Regierung – sie könne wie immer zusammengesetzt sein – werde sich der Landwirtschaft annehmen müssen, nur sei es fraglich, auf welchem Wege etwa eine sozialdemokratisch beherrschte Regierung dies tun werde. Geschehe nicht bald etwas wirklich großzügiges von seiten des jetzigen Kabinetts, so werde Herr *Hugenberg* behaupten können, er habe eben doch recht behalten, und das sei im höchsten Grade unerwünscht.

Das führt zu den Verhältnissen innerhalb der DNVP. Die Entschlußkraft der Gruppe um den *Grafen Westarp* ist nach Ansicht von Herrn *v. Lindeiner* bedauerlich klein, und wenn man bedenkt, daß bei der letzten Sitzung der *Westarp*-Gruppe von ursprünglich 28 Abgeordneten nur noch 17 zur Stelle waren, so darf man von dieser Seite her nicht allzuviel erwarten. Herr *v. Lindeiner* ist zwar weiter in Unterhandlungen mit dem *Grafen Westrarp*, weiß aber noch nicht, in

2 Vgl. Nr. 90, Anm. 4 und 6.

welcher Richtung die Entwicklung gehen wird. Auch in dieser ganzen Frage erweist sich das Verhalten von Herrn *Schiele* als außerordentlich hemmend; und da bekanntlich von der Entwicklung in der DNVP auch die gesamte politische Entwicklung im Reich stark beeinflußt wird, so ist dies Verhalten um so bedauerlicher. Herr *Schiele* scheint nach allem, was man hört, immer noch an dem Glauben festzuhalten, daß ihm im Herbst die DNVP als reife Frucht in den Schoß fallen wird, nachdem bis dahin „Herr *Hugenberg* abgewirtschaftet haben soll". Diese Auffassung des Herrn *Schiele* wird von Herrn *v. Lindeiner* und auch von allen anderen Leuten, mit denen ich darüber gesprochen habe, für absolut falsch gehalten. Zu Herrn *Schiele* wird die gesamte DNVP niemals übergehen; es besteht vielmehr die große Gefahr, daß bei der allgemeinen Mißstimmung über die Taten des gegenwärtigen Reichskabinetts sehr viele Leute wieder fester an Herrn *Hugenberg* sich anschließen[3]. Andererseits machen scheinbar viele Herren in der *Westarp*-Gruppe ihre Entscheidung davon abhängig, was Herr *Schiele* tut. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß die augenblickliche Haltung von Herrn *Schiele* die unbedingt erforderliche Klärung auf der bürgerlichen Rechten hintanhält. Eine Klärung werden vielleicht zwangsläufig die jetzt bevorstehenden sächsischen Landtagswahlen herbeiführen[4], indem dort voraussichtlich die Volkskonservativen, die Christlich-Nationalen Bauern und das Sächsische Landvolk – bisher eine spezifisch sächsische Filiale der Deutschnationalen – ihre Listen verbinden werden. Hieraus könnte leicht ein endgültiger Bruch zwischen *Schiele* und den Volkskonservativen entstehen. Herr *v. Lindeiner* strebt nun eine Aussprache an, an der teilnehmen sollen: *Schiele, Gereke* (Christlich-Nationale Bauern), *Westarp* (für seine Gruppe innerhalb der DNVP) und *Lindeiner* (für die Volkskonservativen). In dieser Aussprache soll versucht werden, alle schwebenden ungeklärten Fragen zu bereinigen. Er sucht nur noch eine Persönlichkeit, die es übernehmen würde, die Einladungen ergehen zu lassen, und gewissermaßen unparteiisch diese Sitzung leiten würde. Er fragte mich, ob wohl Herr *v. Wilmowsky* die geeignete Persönlichkeit sei, worauf ich ihm geantwortet habe, daß meiner Ansicht nach Herr *v. Wilmowsky* Herrn *Schiele* so nahestehe, daß man ihn für diese Sache vielleicht nicht als ganz unparteiisch ansehen könne. Herr *v. Lindeiner* fragte dann weiter, ob Sie sich gegebenenfalls für eine solche Aktion zur Verfügung stellen würden; ich habe diese Frage offen gelassen. Zunächst wird nun Herr *v. Lindeiner* die Aussprache mit *Graf Westarp* haben und demnächst weiter von sich hören lassen.

In der Anlage füge ich [einen] Durchschlag des Briefes bei, mit dem ich Herrn *v. Wilmowsky* über den gestrigen Abend im Deutschen Herrenklub berichtet habe[5].

gez. *Blank*

3 Vgl. Nr. 59.

4 Die Wahlen fanden am 22. 6. 1930 statt.

5 Nr. 75.

75.

24. 5. 1930: Blank an Frhr. v. Wilmowsky (Marienthal)

HA/GHH 4001012024/6. Durchschlag.

Sehr verehrter Herr *v. Wilmowsky!*

Ich möchte nicht verfehlen, Ihnen über den Verlauf der gestrigen Veranstaltung im Deutschen Herrenklub kurz zu berichten. Herr *v. Zitzewitz* hat ein meines Erachtens ganz ausgezeichnetes Referat gehalten, das in jeder Hinsicht loyal war und seinen Eindruck auf den verhältnismäßig großen Kreis auch sicherlich nicht verfehlt hat. Auf Bitten von Herrn *v. Gleichen* sprach dann Herr *Kastl*, der sich durchaus vorsichtig äußerte und eine Erläuterung der Motive gab, die den Reichsverband überhaupt veranlaßt haben, sich mit dem Gutachten[1] auf das Gebiet der Agrarpolitik zu begeben. Herr *Kastl* erwähnte auch, daß, wie es ja schon in der bekannten Pressenotiz des Reichsverbandes steht, die Landwirtschaft die Veröffentlichung des Programms des Reichsverbandes begrüßt habe. Dann sprach Herr *v. Sybel*. Er erklärte eingangs, daß er einige grundsätzliche Ausführungen zu machen habe und zwar in ausdrücklicher Übereinstimmung und nach Verabredung mit Herrn *Hermes*. Er widersprach dann der Erklärung von Herrn *Kastl*, wonach die Landwirtschaft das Erscheinen des Gutachtens des Reichsverbandes begrüßt habe, und erklärte sich gezwungen, seinerseits zu betonen, daß die Landwirtschaft das Erscheinen dieses Programms bedauert habe. Auch hierbei berief er sich wieder ausdrücklich auf Herrn *Hermes*, der schon am Vormittag des gleichen Tages Herrn *v. Gleichen* gegenüber seine Teilnahme am gestrigen Abend in einer brüsken Weise abgelehnt hatte. Herr *v. Sybel* sprach dann noch sehr ausführlich über alle möglichen Einzelheiten, ohne daß er sich damit die Sympathien der Versammlung erringen konnte. Das Bedauern der Landwirtschaft führte er besonders darauf zurück, daß das Gutachten des Reichsverbandes der Landwirtschaft politisch abträglich sei. In der gerade gestern stattgehabten Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages habe man Herrn *Schiele* das Agrarprogramm der Industrie „rechts und links um die Ohren geschlagen". Er verwies dabei auch auf die unglücklichen Artikel im Berliner Tageblatt usw. Es muß festgestellt werden, daß sowohl Präsident *v. Braun* wie verschiedene andere Vertreter der Landwirtschaft recht unglücklich waren über das Auftreten des Herrn *v. Sybel*. Im Anschluß an ihn sprach ganz ausgezeichnet *Graf Kanitz*, der das Industrieprogramm, abgesehen von seinen Einzelheiten, als Tatsache durchaus begrüßte und es im gegenwärtigen Augenblick als ganz irrelevant bezeichnete, ob sich etwa einige Herren über das Programm und die Tatsache seines Erscheinens ärgerten oder nicht. Die Landwirtschaft hätte allen Anlaß, das Positive herauszunehmen und es dankbar zu begrüßen, daß auch andere Wirtschaftsstände sich für die Landwirtschaft interessierten, deren Stimmen im Parlament man unter Umständen sehr gut gebrauchen könne. Es helfe der Landwirtschaft nicht allzuviel, wenn sie immer nur in eigener Sache Forderungen erhebe, und deshalb seien die Bestrebungen des Reichsverbandes

1 Nr. 54b.

um so mehr zu begrüßen. Im Anschluß daran übte *Graf Kanitz* recht scharfe Kritik an der Haltung des gegenwärtigen Kabinetts. Es sei gewissermaßen die letzte Möglichkeit, die Not der Landwirtschaft noch auf privatwirtschaftlichem Wege einzudämmen, und das Kabinett *Brüning,* das doch gewissermaßen das Kabinett der Grünen Front sei, müsse aus psychologischen Gründen jetzt einige große Maßnahmen energisch durchführen, selbst auf die Gefahr hin, daß dabei Fehler passierten, während die kleinen Maßnahmen, wie z. B. Eosin-Roggen u. ä. in der großen Masse der Bauernschaft kein Verständnis fänden. Auch diese Ausführungen, die zum Teil gegenüber dem Kabinett *Brüning* und dem Reichsernährungsminister ganz außerordentlich kritisch waren, fanden weitgehende Zustimmung. Professor *Brandt* (früher Preußenkasse), einer der Mitverfasser des Gutachtens, machte einige sehr vernünftige und zurückhaltende Bemerkungen. Im Schlußwort vertrat Herr *v. Zitzewitz* ungefähr denselben Standpunkt wie *Graf Kanitz*, so daß, im ganzen betrachtet, Herr *v. Sybel* an diesem Abend zweiter Sieger war. Ich glaube, daß man den Abend als einen Erfolg im Sinne der gemeinsamen Arbeit von Landwirtschaft und Industrie ansehen kann.

Mit verbindlichen Empfehlungen
Ihr sehr ergebener
gez. *Blank*

76.

25. 5. 1930: Niederschrift über die Sitzung des Parteiausschusses der Deutschen Demokratischen Partei (Auszüge)

BA R 45 III/14. Handschriftliche Korrekturen. Auszug aus: „Protokoll über die Sitzung des Parteiausschusses der Deutschen Demokratischen Partei am 25. Mai 1930 im Stadtschützenhaus zu Halle/Saale".

[. . .][1]

1. Die politische Lage.

Herr Koch-Weser:

[. . .][2]

In der Fusionsfrage sind wir mehr und mehr in die Defensive gedrängt worden, weil man uns hier falsche Tatsachen unterstellt hat. Demgegenüber ist festzustellen: 1. Bei der Frage der Koalition *Brüning* hat die Frage der Neuordnung des Parteiwesens überhaupt keine Rolle gespielt. Die Fraktion ist sich hinsichtlich der Stellung zum Kabinett *Brüning* in allen Richtungen einig gewesen. 2. Niemals hat jemand von uns an eine Fusion mit der Deutschen Volkspartei gedacht[3]. Es wäre ein Unsinn zu glauben, daß zwei lecke Schiffe besser schwimmen, wenn man sie

1 Begrüßung durch den Vorsitzenden, den Abgeordneten *Fischer.* Nachruf auf Helene *Lange.* Unterbrechung der Sitzung.

2 Ausführungen zur politischen Entwicklung seit Anfang 1930 und zur innerparteilichen Situation der DDP. Vgl. Stephan S. 430ff.

3 Vgl. Nr. 5.

zusammenbindet. 3. Es haben niemals Verhandlungen wegen einer Mandatsverteilung unter den Parteien stattgefunden. Die ganzen Gerüchte sind daher entstanden, daß ein Parteigenosse, der übrigens dem linken Flügel der Partei nahesteht, ein unverbindliches Gespräch geführt und aus bestem Willen heraus sich als Parteistratege mit diesen Fragen befaßt hat[4]. Ich habe seinerzeit nie etwas davon gehört. Das Fusionsgerede, das man uns vielfach vorgeworfen hat, ist Unsinn. Wir haben uns bemüht, über dieses Problem öffentlich überhaupt nicht zu reden, weil das für die Partei schädlich ist. Aber Sie können von mir nicht verlangen, daß ich nicht zu ergründen suche, wie sich die Dinge in Deutschland entwickeln. Ich bin nicht der Gefangene der Partei, sondern ihr Führer, und meine Pflicht ist es, mich auf einen Turm zu stellen, um einen weiten Überblick über die Lage zu gewinnen. Das ganze Leben *Naumanns* ist doch auch nur ein Ringen um eine große deutsche Partei gewesen. Zu diesem Berufe hat er aus Taktik auch manches Opfer der Überzeugung bringen müssen.

Der Gedanke einer neuen Parteigründung ist zunächst im „Berliner Tageblatt" im vorigen Jahre wieder lebendig geworden durch einen Artikel von Theodor *Wolff*. Im Laufe des vorigen Herbstes sind eine ganze Reihe von Personen zu mir gekommen, die verlangt haben, daß der Parteiführer in dieser Frage irgendwie tätig wäre. Ich habe auch mit *Stresemann* Verhandlungen zu führen gesucht. Das habe ich Ihnen auch auf dem letzten Parteitag offen gesagt. Nun sind diese Dinge entstellt und mir zum Vorwurf gemacht worden. Eine Fusion mit der Deutschen Volkspartei halte ich für ganz unmöglich, für genau so unmöglich aber auch, daß wir uns zu einem Teil mit neuen Gruppen verbinden unter Abstoßung eines Flügels. Nach dieser Richtung sind aus der Partei ziemlich weitgehende Verhandlungen geführt worden, aber nicht von mir. Der Jungdeutsche Orden zählt in seinen Reihen viele junge aufstrebende Kräfte[5]. Aber mit dem Jungdo zusammenzugehen, das kann nach meiner Auffassung doch nur bedeuten, daß die ganze Demokratische Partei zu einem Zusammenschluß mit dieser Gruppe kommt, es kann aber nicht bedeuten, daß der Jungdo einige von uns aufnimmt, die ihm gerade genehm sind. Das wäre ganz unerträglich. Ich halte es mit meiner Pflicht und Ehre nicht für vereinbar, einen Flügel der Partei zurückzulassen und mit den übrigen in die Volksnationale Vereinigung hineinzugehen. Der Jungdo ist übrigens gerade von dem demokratischen Flügel, den er zu gewinnen hofft, recht weit entfernt, so in der Frage des Nationalismus und des Agrariertums. Durchaus verdient auch Zurückweisung das Schlagwort des Jungdo vom „Besitzbürgertum". Wir wollen doch nicht aus Besitzbürgern Proletarier machen, sondern wir wollen aus Proletariern Besitzbürger machen (großer Beifall), gleichgültig, ob wir ihnen einen gesteigerten Arbeitslohn verschaffen wie bei den Beamten oder Kapital wie bei dem gewerblichen Mittelstand. Auf Grund dieses Schlagwortes bei einer Einigung weite Teile der Partei auszuschließen, ist eine volle Unmöglichkeit. Das

4 Der Redner bezieht sich offensichtlich auf Verhandlungen *Nuschkes* mit Parteiführern der Mittelparteien. Dazu *Nuschke* in der Sitzung des Parteivorstandes am 5. 5. 1930: „Die Überlegungen, die er dabei ausgesprochen hätte, hätten mit Parteifusionen absolut nichts zu tun. Er habe sich nur darüber klar zu werden versucht, was geschehen müsse, wenn im Falle einer Reichstagsauflösung die Parteien der Mitte sich gegen die extremen Parteien behaupten wollten." BA R 45 III/22.

5 Zu den Fühlungnahmen *Koch-Wesers* mit *Mahraun* Nr. 58 und 65.

bisherige Auftreten des Jungdeutschen Ordens hat zudem nicht zu einer Einigung, sondern zu einer Zersplitterung geführt. Genausowenig aber glaube ich daran, daß der Gedanke einer großen liberalen Partei als Grundlage einer Parteineubildung dienen kann. Deshalb nicht, weil der Liberalismus längst weit über die Parteien hinausgewachsen ist, die ihn ursprünglich vertreten haben, und daher nicht mehr als Inhalt einer besonderen Partei dienen kann. Ein Bürgerblock gegen die Sozialdemokratie kommt gleichfalls niemals in Frage aus Gründen, die offen auf der Hand liegen: die Sozialdemokratie darf niemals mehr zu einer staatsverneinenden Partei hinabgedrängt werden.

Mit wem will man sich denn nun eigentlich einigen?

Wenn *Hellpach* eine Einigung propagiert[6], so frage ich ihn, ob er denn den Boden auch sondiert hat; wird die Einigung nicht eine neue Abspaltung bilden? Die Frage einer Arbeitsgemeinschaft mit anderen Parteien ist eine rein taktische Frage, die das Parlament angeht.

Die Volkskonservativen denken gar nicht daran, mit uns zusammenzugehen, sie wollen vielmehr als Aufnahmestelle für diejenigen gelten, die sich der Tyrannei *Hugenbergs* nicht unterwerfen wollen. Es genügt doch aber nicht, daß man über ein paar theoretische Punkte spricht, sondern man muß die eigene Partei erst auf ein Programm einigen (Beifall).

Der Redner geht in diesem Zusammenhang auf das widerspruchsvolle Verhalten *Tantzens*[7] ein, der ebenso wie *Hellpach* den Boden für die Fusion nicht geprüft hat. *Hellpach* möge doch einmal darlegen, wie weit seine Bemühungen in dieser Richtung gegangen sind. Es ist recht eigentümlich, wenn er seiner Partei gegenüber eine ultimative Frist setzt zur Entscheidung über die Fusion.

Die Zukunftsaufgabe der Partei sehe ich darin, die Republik, die bisher bei allen großen Reformen versagt hat, fähig zu machen, umfangreiche Reformarbeit zu leisten. Verkennen wir nicht, daß weite Schichten des Volkes mit der Entwicklung in Deutschland unzufrieden sind. Zum Glück besitzen wir ein großes demokratisches Gedankengut, das wir nur praktisch zu machen haben. Man soll sich einigen über eine Wahlreform, die Persönlichkeitswerte nicht so verhängnisvoll zerstört wie das heutige Wahlgesetz, und den jungen, noch nicht in der großen deutschen Öffentlichkeit bekannten Menschen den Eintritt in das Parlament frei macht. Man soll eine Parlamentsreform betreiben, die das Parlament schlagkräftig macht und es aus bürokratischer Kleinarbeit wieder zu einem führenden Organ der öffentlichen Meinung erhebt. Man soll eine Parteireform erstreben, die die Regierungsbildung dem Sinne der Verfassung entsprechend unabhängig gestaltet. Man soll

---

6 *Hellpach* hatte auf der Tagung des Demokratischen Wirtschaftsausschusses für Sachsen am 27. 4. 1930 die Bildung einer großen Partei der Mitte gefordert und dabei einen feierlichen Appell an die Führer der DVP und DDP gerichtet, endlich einen entscheidenden Schritt in dieser Richtung zu tun. Für den Fall des Scheiterns der Einigungsbemühungen der Parteiführungen kündigte *Hellpach* die Bereitschaft eines großen Kreises von Männern und Frauen an, den entscheidenden Schritt von sich aus zu tun und „wirklich ein Sammelbecken für eine große politische Mittelpartei zu schaffen". Wippermann 1930 Inland S. 326.

7 *Tantzen*, der für einen Zusammenschluß im Lager der bürgerlichen Parteien eintrat und den agrarpolitischen Kurs der DDP ablehnte, war kurze Zeit zuvor aus der DDP ausgetreten. Sitzung des Parteivorstandes der DDP am 5. 5. 1930, BA R 45 III/22; Stephan S. 425 f.

eine Reichsreform erstreben, die die mittelalterliche, Geld und Kraft verschlingende Gestaltung des Reiches beseitigt und endlich einmal eine klare Verteilung der Zuständigkeiten mit sich bringt. Man soll eine Finanzreform anstreben, die das schwindende Verantwortlichkeitsgefühl in Ländern und Gemeinden für Einnahmen und Ausgaben wieder weckt. Man soll eine Wirtschaftsreform nach dem Muster der *Stolper*schen Leitsätze[8] anstreben, die dafür sorgt, daß zwischen Kapital und Arbeit die Leistung wieder zur Anerkennung kommt und daß der Staat und die Städte von der Berlin so verhängnisvoll gewordenen Beschäftigung mit Aufgaben nachlassen, für die sie sich nicht eignen. Man soll eine Reform des Beamtenwesens herbeiführen, die dem verfassungstreuen Beamten sein Fortkommen sichert, ohne daß er von der zufälligen Parteikonstellation abhängig wäre. Man soll sich einigen über eine Bildungsreform, die das undemokratische Privileg einer langdauernden, kostspieligen und der Praxis abgewandten Vorbildung durch weitgehende Fortbildungsmöglichkeiten ersetzt und damit eine Kluft im deutschen Volke schließt, die verhängnisvoller zu werden droht als jemals eine andere zuvor.

Wenn sich eine neue Partei auf solchen Grundsätzen zusammenfinden würde, würde wohl niemand von uns sich ihrer Bildung widersetzen. Es ist höchste Zeit, daß man an diese Reformen mit der größten Wucht herangeht. Alle schlummernden Kräfte im deutschen Volke sollten sich in solcher Arbeit vereinen. Aber das erfordert eine weitgehende Aufklärungsarbeit, wie sie zur Zeit nur in der Deutschen Demokratischen Partei geleistet wird. Ich halte es für unmöglich, mit dem Gedanken an ihre Zerschlagung zu spielen, solange nicht die Sicherheit für eine größere Neubildung in dem vorgezeichneten Sinne geschaffen wird. Ich verlasse mich nur auf die Partei. Innerhalb der Partei muß Vertrauen und Solidarität bestehen, wenn sie an diesen großen Aufgaben, die ein Menschenalter füllen können, fruchtbar mitarbeiten will. Neugründungen wie der Sozialrepublikanische Kreis[9] würden einen Konflikt heraufbeschwören, wenn sie zu einer Zellenbildung führten und sich nicht darauf beschränkten, geistige Arbeit innerhalb der Partei zu leisten.

Zur Durchführung aller der Aufgaben, von denen ich vorhin sprach, brauche ich das Vertrauen der Partei. (Sehr lebhafter Beifall.)

[. . .][10]

Herr Koerber: Der Volksstaat ist innerlich noch nicht lebendig geworden. Viele stehen ihm mißtrauisch oder gar ablehnend gegenüber, und wirtschaftliche Gruppen suchen sich eigensüchtig durchzusetzen. Die Mission unserer Partei ist demgegenüber, leidenschaftlich den republikanischen Staatsgedanken zu vertreten dadurch, daß wir uns ihm verpflichtet fühlen auch in unserem persönlichen Leben. Kampf gegen den Geist der Korruption und des wirtschaftlichen Egoismus! Unsere Arbeit muß gelten einer Wahlreform mit Abschaffung der Reichsliste,

---

8 Gustav Stolper, Die wirtschaftlich-soziale Weltanschauung der Demokratie. Programmrede von Dr. Gustav *Stolper* auf dem Mannheimer Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei am 5. Oktober 1929. Die Veröffentlichung des Vortrages erfolgte auf Beschluß des Parteitags. Sie diente als Grundlage für die weiteren Arbeiten der Kommission, die ein Wirtschaftsprogramm ausarbeiten sollte. Vgl. Stephan S. 418f.

9 Vgl. Nr. 63, Anm. 5.

10 Diskussionsbeiträge von *Landahl* und *Dechamps*.

gegen Überwuchern des Bürokratismus, für Finanzreform, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, tatkräftige Bauern- und Siedlungspolitik. Redner empfiehlt in diesem Sinne eine Entschließung. [. . .] Durch den Sozialrepublikanischen Kreis wird die Möglichkeit geschaffen, daß junge Leute aus den Bünden zu uns kommen. Dadurch wird der Partei ein neues Herz und neues Blut zugeführt.

Herr Hellpach: Es liegt eine Situation vor, in der jede Diskussion über praktische Einzelfragen die Erfordernisse der Zeit völlig verkennt. Es geht nicht um Taktik, sondern um ganz große Sachen. Es handelt sich in den nächsten zwei oder drei Jahren nicht um das Schicksal der äußeren Hülle des Staates, sondern um den Inhalt, darum, ob wir in drei Jahren noch eine demokratische Republik oder eine Republik des kalten Faschismus haben werden. Es handelt sich nicht um das Schicksal der Demokratischen Partei, sondern der Demokratie. Ich bin allerdings der Überzeugung, von der Existenz unserer Partei wird in den nächsten Jahren auch das Schicksal des demokratischen Staatsinhalts abhängen. Es geht darum, ob wir das Feld überlassen sollen einem von dem Klerikalismus geführten Block gegen die Sozialdemokratie oder einem nationalistischen Block gegen den Sozialismus. Beide Möglichkeiten bringen die Gefahr mit sich, daß das Lager der bürgerlichen Freiheit völlig zerrieben oder unfruchtbar gemacht wird. Das Wort „bürgerlich" ist hier in dem Sinne gemeint: auf sich gestellt, für sich allein verantwortlich. Dieses Bürgertum ist noch lange nicht am Ende seiner geschichtlichen Sendung angekommen. (Beifall.) Diesem Lager müssen wieder junge, neue Menschen zugeführt werden. Das kann man nicht leisten mit einer großen Anzahl leicht beweglicher Gruppen. Schon deshalb nicht, weil die Sozialdemokratie als große feste Partei diesen kleinen Gruppen dominierend gegenübersteht. Das sozialdemokratische Lager wird nichts Wesentliches von seiner Stärke einbüßen, und wir haben nur die Wahl, ob wir um die Sozialdemokratie als den Löwen wie eine kleine Maus herumspielen wollen, oder ob wir durch Zusammenfassung der Kräfte ihm eine bürgerliche Lösung gegenüberstellen wollen, mit der er sich abwechselnd paart oder mit der er kämpft. (Heiterkeit.) Redner begründet seinen Antrag [. . .] und bemerkt dabei: Auf dem Worte „volksbürgerlich" reite ich ebensowenig herum wie auf jedem anderen Worte. Der Ausdruck soll nur das Gegenteil des Begriffes „Ich-Bürgertum" bedeuten, der sich bei uns leider im vorigen Jahrhundert entwickelt hat entgegen den Absichten des *Frhrn. vom Stein.* Ich habe auch nichts dagegen, wenn Sie dafür das Wort „Staatsbürgertum" setzen wollen. Es erscheint mir völlig aussichtslos, den Vorstoß der Sammlung nach links hin zu machen. Übrigens ist in diesem Zusammenhang zu sagen: die Sozialrepublikaner haben bisher noch nicht angegeben, welche Grenze sie von der Sozialdemokratie trennt; das, was sie machen, ist eine kleine Vereinsmeierei. Die Neuschaffung der Partei der Mitte muß sich also angesichts des festen Blocks der Sozialdemokratie nach rechts erstrecken.

Redner betrachtet nun die Gruppen rechts von uns, die bei dem Zusammenschluß in Frage kommen könnten. Was die Deutsche Volkspartei anlangt, so ist zu bedenken, daß ein Mann wie *Stresemann* doch nun einmal die Befreiungsopolitik betrieben hat, es ist ferner zu beachten, daß in Baden eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Demokratischer Partei und Deutscher Volkspartei zustandegekommen ist. (Da die Redezeit abgelaufen ist, wird dem Redner vom Parteiausschuß eine Verlängerung zugestanden.)

Hinsichtlich des Jungdeutschen Ordens darf man erwarten, daß der Wahlkampf in Sachsen uns das erste Bild über die Werbekraft der Volksnationalen bringen wird[11]. Mit den Volkskonservativen muß man auf jeden Fall in Fühlung bleiben, denn aus dem Zerfall der Deutschnationalen wird die Sehnsucht nach einer Neubildung und einem neuen Anschluß laut. In der Volkskonservativen Vereinigung befinden sich zudem viele junge Kräfte, die uns eigentlich nahestehen. Das große Erwachen der evangelischen Kirche sodann bringt das Bedürfnis zu völlig neuer Orientierung zustande; in diesen Kreisen werden Gruppen entstehen, die für die große Staatsbürgerpartei von Bedeutung sind. Dazu kommen große Teile der Bauernpartei. Ausgeschlossen ist selbstverständlich alles, was nationalistisch und was konservativ im alten Sinne ist. Übrigens gibt es nicht nur ein Fusionsgerede, sondern auch ein Antifusionsgerede. Es ist auf *Naumann* zu verweisen, der allen seinen früheren Anschauungen zum Trotz in die Freisinnige Vereinigung und später in die Fortschrittliche Volkspartei eingetreten ist. Gestaltet worden ist neu noch niemals von unten, oben sitzen die Elemente, die die Gestaltung durchführen müssen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede verliest Herr *Hellpach* eine Einladung zur Gründung einer staatsbrürgerlichen Partei, unter der neben anderen Personen als Unterzeichneter Herr *Stephan* steht. Der Redner betont schließlich, daß die Sache dringlich ist, weil jeden Tag ein Wahlkampf kommen kann und niemand den Ausgang dieses Wahlkampfes kennt. In der nächsten Zukunft wird es sich entscheiden, ob der demokratische Geist für unabsehbare Zeiten sein wird oder nicht. (Stürmischer Beifall.)

[. . .][12]

Frau Dr. Bäumer, vom Parteiausschuß stürmisch begrüßt, untersucht den objektiven Tatbestand der heutigen Parteisituation. In den Fällen des Versagens der Sozialdemokratie bei der Großen Koalition braucht die Mehrheitsbildung nicht die Gefahren in sich zu bergen, die die gegenwärtige Situation aufweist. Das Zentrum darf nicht unter allen Umständen die Führung haben, wir dürfen nicht kulturpolitisch vom Zentrum und der Gruppe *Mumm-Keudell*[13], agrarpolitisch vom Landbund und militärpolitisch gar von den Deutschnationalen abhängig sein. Bei den Neugestaltungen hat man zwischen den Parteineuschöpfungen und den übrigen Formen des politischen Zusammengehens zu unterscheiden. Ein Zusammenschluß nur mit der Deutschen Volkspartei würde lebendige Kräfte der deutschen Jugend nicht zur aktiven politischen Mitarbeit bringen. Wir müssen uns für alle Neugestaltungen bereit, offen und aktiv halten, aber wir dürfen den in der eigenen politischen Arbeit gewonnenen Boden nicht verlieren. Wenn wir diesen Boden verbreitern wollen, dürfen wir auch nicht bei uns selbst Gruppen bilden. (Beifall.)

---

11 In den Landtagswahlen in Sachsen am 22. 6. 1930 errang die Volksnationale Reichsvereinigung 2 Sitze. Schulthess 1930 S. 147.

12 Diskussionsbeiträge von Oskar *Meyer*, *Hofheinz* und *Hammerschmidt*.

13 *Mumm* und *Keudell* gehörten zu den Abgeordneten, die am 4. 12. 1929 aus der DNVP ausgetreten waren. *Mumm* schloß sich dem Christlich-sozialen Volksdienst an, *Keudell* trat in die Landvolkpartei ein.

Herr Schäfer: Unsere politischen Methoden können nicht richtig sein, da wir seit zehn Jahren kleiner und kleiner geworden sind. Wir sind zu wenig Bewegung und zu viel Partei- oder Wahlapparat. Wir müssen uns zur politischen Aktion entschließen, es muß eine Klärung zwischen den aktiven Menschen und den Opportunisten herbeigeführt werden. Der Anfang darf nicht gemacht werden mit dem Programm, sondern mit der Bewegung. Es kommt nicht auf einen großen Mischmasch an, sondern auf eine homogene, wenn auch kleine Gruppe.

Herr Gothein erinnert an die Kämpfe, die er zusammen mit Theodor *Barth* und anderen für die politische Gleichberechtigung der Sozialdemokratie geführt hat. Jetzt hat der gewerkschaftliche Flügel bei der Sozialdemokratie den Sieg davongetragen über den staatsverantwortlichen Flügel, und darum ist die Möglichkeit nicht mehr gegeben, mit ihr zusammenzuarbeiten, und es mußte jetzt eine Koalition eingegangen werden, die gewiß keinem von uns nach dem Herzen ist. Der richtige Zeitpunkt für Fusionen muß abgewartet werden; jetzt ist diese Zeit noch nicht gekommen, doch mag Herr *Hellpach* ruhig in seiner Agitation für die große Mitte fortfahren. Redner schildert dann die Gefahren der gegenwärtigen Preispolitik und der anwachsenden Arbeitslosigkeit.

Regierungspräsident Friedensburg wünscht, daß Partei und Reichstagsfraktion über die gegenwärtige Zwangslage hinaus schöpferischen Reform- und Erneuerungswillen zeigten.

Herr Heuss: Es ist eine Parteienbewegung in Deutschland vorhanden, auf die wir sorgfältig achten müssen. Die Parteienbewegung in Deutschland orientierte sich zunächst an der Staatsform. Das ist jetzt anders geworden. Das deutsche Parteiwesen ist in seinem dynamischen Gehalt schon längst nicht mehr starr. Der parlamentarische Betrieb in Deutschland muß elastisch sein. Das Bürgerblockgerede stärkt immer nur die Sozialdemokratie und ist eine Unterstützung dieser Partei. Ob der Sozialrepublikanische Kreis die Erneuerung der Partei bringen wird, weiß ich nicht; als *Koerber* vorhin seine Resolution vorlas, glaubte ich, daß sie von Hermann *Fischer* geschrieben worden sei. (Heiterkeit.) Es handelt sich eben in allen diesen Fragen um Dinge, über die bei uns gar keine Meinungsverschiedenheit besteht.

Herr Buschmann: Der Partei muß durch organisatorische Maßnahmen neues Leben eingeflößt werden. In diesem Sinne hat der Wahlkreis Westfalen-Süd einen Antrag betr. die Gestaltung der Reichswahlliste gestellt, den der Redner empfiehlt. [. . .] Bedauerlich ist, daß Herr *Koch-Weser* vorhin nicht erklärt hat, er werde im Sinne dieses Antrags die demokratische Reichsliste abändern. Wenn er das nachträglich tut und eine entsprechende Erklärung abgibt, dann würden wir heute davon absehen, ihm das Vertrauen zu versagen.

Herr Lemmer: Wenn ich in Stettin gesagt habe: lieber eine kleine, aber aktionsfähige Partei als eine große, aber aktionsunfähige Partei, so möchte ich dem hinzufügen, daß alle unsere Erörterungen über Parteineu- und [Partei]umbildungen von akademischer Natur sind und bleiben müssen, weil keiner in der Lage ist, irgendwie einen praktischen Weg aus den Schwierigkeiten zu zeigen. Gegenüber den Parteikoalitionen gibt es schließlich eine Grenze, die von einer Fraktion um der Selbsterhaltung willen nicht mehr überschritten werden kann. Für eine Partei wie die unsere muß in solchem Falle ihr Machtwille evtl. ganz

rücksichtslos zum Ausdruck gebracht werden. Der Fehler bei allen Parteiumbildungen ist bisher immer der gewesen, daß diese Fragen oben theoretisch behandelt wurden, ohne daß von unten her die Bewegung in Fluß gebracht wird.

Herr Höpker-Aschopff: Über das Ostprogramm ist grundsätzlich eine Verständigung zwischen der Reichsregierung und der Preußischen Staatsregierung in der nächsten Zeit zu erwarten. Das Ostprogramm wolle die planmäßige Fortführung der Siedlung. Dazu sollen Zwischenkredite in Dauerkredite umgewandelt werden. Dagegen sei nichts einzuwenden, wenn es durch die Landesrentenbank geschehe. Eine frühere Möglichkeit zur Siedlung im Osten sei aus politischen Gründen unter *Caprivi* nicht ausgenützt worden. In der nächsten Zeit würden jährlich 8000 bis 10000 Siedlungen erstehen. Der Übergang vom Großgrundbesitz zur Siedlung müsse aber allmählich geschehen, und der Großgrundbesitz müsse vor dem plötzlichen Zusammenbruch geschützt werden, sonst würden die Folgen sehr ernst sein. Als *Schiele* zum ersten Male Reichsernährungsminister gewesen sei[14], sei sehr einseitig zugunsten des Großgrundbesitzes verfahren worden. Seit aber *Rönneburg* als Reichs- und Staatskommissar in Ostpreußen tätig sei[15], sei ein Kurswechsel erfolgt, für den *Rönneburg* Dank gebühre. Preußen würde am Ostprogramm mitarbeiten, aber Preußen wolle ein entscheidendes Wort mitsprechen, und die Ausführungsbestimmungen müßten im Einvernehmen mit der Preußischen Staatsregierung festgelegt werden. Wir danken es dem Minister *Dietrich,* daß er die Idee *Schieles,* ein allgemeines Moratorium im Osten zu schaffen, zum Scheitern gebracht hat. Wir können das Ostprogramm jetzt ohne Bedenken mitmachen. Es handelt sich darum, ob durch die Osthilfe die Weltgeltung Deutschlands wieder errungen werden kann.

Herr *Höpker-Aschoff* befaßt sich dann noch mit den Erörterungen über die Parteiumbildung und spricht sich für die große Staatspartei der Mitte mit demokratischem Gedankengut aus. Geistigen Erörterungen über diese Frage sollten wir nicht aus dem Wege gehen. Abzulehnen ist eine schematische Fusion. Wenn dem so ist, so müssen wir jetzt in unserer Partei die Grundlagen schaffen für das, was kommen kann.

[. . .][16]

14 Von Januar 1927 bis Juni 1928.

15 Frühjahr 1929.

16 Mehrere kurze Diskussionsbeiträge und das Schlußwort von *Koch-Weser.* Die Sitzung endet mit den Abstimmungen über die eingebrachten Anträge, darunter der Antrag, *Koch-Weser* das Vertrauen auszusprechen. Dieser Antrag wird gegen 4 Stimmen angenommen. Zu den Anträgen Chanady S. 1445.

77.

31. 5. 1930: Blank an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 4001012024/6. Durchschlag.

Betrifft: Politische Lage

Gelegentlich einer Besprechung im kleinen Kreise im Reichsverband der Deutschen Industrie machte gestern Direktor Hans *Kraemer* folgende Mitteilungen, die er unter allen Umständen streng geheim zu behandeln bat.

Die Lage der Reichsfinanzen läßt bei der gegenwärtigen Entwicklung schon bis August 1930 ein Defizit von 900 Millionen Mark erwarten[1]. Es müssen also noch viel radikalere Maßnahmen getroffen werden als bisher geplant. Die Erhöhung der [Beiträge zur] Arbeitslosenversicherung auf 4½% scheint so gut wie sicher zu sein. Dagegen ist mit irgendwelchen Steuererhöhungen nichts mehr zu machen, wie sich schon aus dem starken Zurückbleiben des Aufkommens gegenüber den Voranschlägen – April 1930 allein 47,55 Millionen für das Reich ohne Berücksichtigung der ebenfalls entsprechend verminderten Länder- und Gemeindeanteile – ergibt. Um nun zu einer großzügigen Entlastung aller Etats zu gelangen, wird erwogen, ein Opfer aller Festbesoldeten (ohne Höchstgrenze) in Höhe der Arbeitslosenversicherung – also 4½% vom Einkommen – zu erheben. Man hält dies für den einzigen Weg, um auch an die Beamtengehälter, Pensionen usw. heranzukommen[2]. Aus diesem Abzug soll sich eine Ersparnis für die öffentlichen Haushalte in einer Gesamthöhe von 1,25 Milliarden Reichsmark ergeben. Voraussetzung für dieses Opfer ist allerdings, daß auch die Gewerkschaften sich mit einer generellen Lohnkürzung einverstanden erklären. Die Beratungen der freien Gewerkschaften darüber haben gestern stattgefunden. Das Ergebnis habe ich noch nicht erfahren können. Weitere Voraussetzung ist natürlich auch eine allgemeine Preissenkung, die sich für kartellierte Erzeugnisse am leichtesten wird durchführen lassen. Die größten Schwierigkeiten in dieser Richtung liegen natürlich beim Handel, wobei es noch nicht klar zu sein scheint, wie man sie überwinden will. Herr *Kraemer* ist der Auffassung, daß man gegebenenfalls bei den kommenden Verhandlungen der Spitzenverbände mit der Regierung die Verbände des Groß- und Einzelhandels nicht mit heranziehen könne. In dieser großen Aktion[3], die – wie gezeigt – von allerlei nicht leicht zu erfüllenden Voraussetzungen abhängig ist, sieht Herr *Kraemer* die einzige Möglichkeit, Etat und Arbeitslosenfrage in Ordnung zu bringen. Sollte der Plan scheitern, so erwartet er den vollständigen Bankrott des Reiches für den Herbst dieses Jahres.

Die Situation ist hier in den letzten Tagen angeblich bereits sehr zugespitzt gewesen, insofern als die freien Gewerkschaften planten, in der nächsten Woche 1000 Demonstrationen in ganz Deutschland zu veranstalten – was sie aber

1 *Brüning* hatte vier Tage zuvor im Kabinett das Haushaltsdefizit für 1930 auf 900 Millionen RM beziffert. Kabinettssitzung am 27. 5. 1930, BA R 43 I/1443.

2 Vgl. Nr. 91; Brüning S. 173.

3 Vgl. Nr. 78 und 79.

auf Zureden aufgegeben haben sollen –, während die Christlichen Gewerkschaften ganz außerordentlich demagogische Anträge (Verkürzung der Arbeitszeit zur Behebung der Arbeitslosigkeit, Hereinlassen von Auslandskrediten usw.) im Reichstag gestellt haben sollen. Zu diesen Anträgen soll Herr *Stegerwald* erklärt haben, daß er sich für ihre Zurückziehung einsetzen wolle, was aber bis gestern nachmittag noch nicht erfolgt war. In diesem Zusammenhang soll Herr *Stegerwald* nach Angabe von Herrn *Kraemer* auch erklärt haben, er mache die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs von Oeynhausen[4] davon abhängig, ob die freien Gewerkschaften dem obigen großen Plan zustimmen; lehnten sie ab, so werde er auch nicht für verbindlich erklären.

Außerdem plant die Regierung nach Aussage von Herrn *Kraemer* ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm, das in erster Linie den Wohnungsbau betreffen soll. Für den Straßenbau sind nach einer Äußerung des Kanzlers auch erhebliche Mittel vorgesehen. Die Entscheidung über die ganzen Pläne – und gegebenenfalls ihre Veröffentlichung – ist für den kommenden Dienstag, den 3. Juni, in Aussicht genommen[5].

Von anderer Seite hörte ich heute einen weiteren Beleg für die bedenkliche Lage der Gesamtwirtschaft, der darin zu erblicken ist, daß die Einnahmen der Reichsbahn im Monat März täglich um 2, im Monat April aber schon täglich um 3 Millionen hinter den Voranschlägen für die Einnahmen zurückgeblieben sind. Herr *Kraemer* erwähnte hierzu, daß schon jetzt die Gefahr besteht, daß die Reichsbahn möglicherweise nicht in der Lage sein wird, die Dividende auf ihre 7%igen Vorzugsaktien zu bezahlen und daß dann gegebenenfalls – um einer völligen Entwertung dieses Papiers vorzubeugen – die Reichsregierung die Zahlung dieser garantierten Dividende übernehmen müsse.

In der Anlage übersende ich die ausführlichen Berichte aus dem Vorwärts über die gestrige Tagung der freien Gewerkschaften[6]. Die dort gehaltenen Reden sind nicht geeignet, Hoffnungen auf eine vernünftige Haltung der Gewerkschaften bei den kommenden Entscheidungen zu erwecken, während Herr *Stegerwald,* wie schon verschiedentlich in den letzten Wochen, offensichtlich sehr vernünftig gesprochen hat.

---

4 Schiedsspruch im Tarifgebiet der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie, Gruppe Nordwest. Er beseitigte die Akkordsicherungsklausel, die Teil eines Schiedsspruches *Severings* vom Dezember 1928 war. Danach mußte der Akkordlohn eines Durchschnittsarbeiters mindestens 15% über dem Tariflohn liegen. Die geltenden Akkorde durften nur bei Änderung der Berechnungsgrundlage, nicht aber aus rein wirtschaftlichen Gründen herabgesetzt werden. Hartwich S. 162; Preller S. 405. Vgl. Nr. 79 und 82.

5 Über ein Arbeitsbeschaffungsprogramm beriet das Kabinett am 5. 6. 1930. *Brüning* wies einleitend auf die „überragende Bedeutung des Problems der Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms" hin und betonte vor allem die Verantwortung von Reichsbahn und Reichspost für die Einleitung „außergewöhnlicher Maßnahmen zur Belebung des Arbeitsmarktes". BA R 43 I/1444. Nach Verhandlungen mit der Reichsbahn-Gesellschaft berichtete der Reichsverkehrsminister in der Ministerbesprechung am 13. 6. 1930, daß die Reichsbahn „große Aufträge zur Belebung des Arbeitsmarktes" zugesagt habe, sofern die Geldbeschaffung gelinge. Staatssekretär *Sautter* ergänzte, daß die Reichspost zur Belebung des Arbeitsmarktes ebenfalls mehr Aufträge als im vorangegangenen Rechnungsjahr vergeben werde. BA R 43 I/1444.

6 Nicht bei den Akten.

Soeben hatte ich mit Herrn *Treviranus* kurz vor seiner Abreise nach Hamburg noch eine kurze Aussprache. Er beurteilt die Gesamtlage auch als außerordentlich kritisch. Er beschwerte sich besonders darüber, daß es fast unmöglich sei, wirklich richtige Zahlen aus dem Finanzministerium zu erhalten, wie er überhaupt – offensichtlich in Übereinstimmung mit dem Reichskanzler – sich über die Leistungen des Herrn Dr. *Moldenhauer* als Reichsfinanzminister sehr pessimistisch aussprach. Man scheint sogar im Kabinett daran zu denken, sich von Herrn *Moldenhauer* zu trennen. Herr *Treviranus* erzählte mir, daß er in der letzten Kabinettssitzung ganz außerordentlich scharf dafür eingetreten ist, auch an eine Herabsetzung sämtlicher Beamtengehälter, Pensionen usw. heranzugehen, wobei er seinerseits sogar an eine Herabsetzung von bis zu 10% denkt[7]. Der Plan mit der allgemeinen Erhebung einer Abgabe von 4½%, wie oben dargelegt, war auch Herrn *Treviranus* bekannt. Dieser Notopfergedanke scheint ihm persönlich aber weniger zu liegen. Auch für ihn ist die Voraussetzung bei einer derartigen Senkung der Beamtenbezüge ein genereller Lohnabbau. Es hat den Anschein, als ob auch Herr *Stegerwald* hierfür zu gewinnen wäre. Überhaupt scheint sich zwischen den Herren *Brüning, Stegerwald* und *Treviranus* eine ausgezeichnete Zusammenarbeit entwickelt zu haben. Auch mit dem Reichswehrminister scheint man im allgemeinen einig zu sein. Die Abneigung richtet sich zur Zeit konzentrisch gegen Herrn *Moldenhauer,* gegen dessen „oberflächliche Art" man wegen der Zukunft die größten Bedenken hat. Die Ernennung des Herrn *Treviranus* zum Ostkommissar dürfte demnächst erfolgen; die Verordnung liegt bereits beim Reichspräsidenten[8]. Auch Herr *Treviranus* hält die ersten Tage der nächsten Woche für außerordentlich kritisch. Er wird selbst morgen abend von Hamburg zurückkehren. Er ist auch besonders beunruhigt über die Erkrankung des Reichskanzlers, die vorläufig noch streng vertraulich behandelt wird. Es scheint sich um einen recht bedenklichen Anfall von Grippe zu handeln, da der Kanzler heute früh bereits eine Temperatur von nur wenig unter 40 Grad hatte. Diese Erkrankung ist besonders peinlich angesichts der Entscheidungen, die Anfang der nächsten Woche gefällt werden müssen. Das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes Nordwest und der Oeynhauser Schiedsspruch werden von Herrn *Treviranus* durchaus gebilligt. Die weiter aufgeworfene Frage der Verbindlichkeitserklärung durch den Reichsarbeitsminister habe ich mit Herrn *Treviranus* nicht besprochen.

gez. *Blank*

7 Vgl. Nr. 91; Kabinettssitzung am 27. 5. 1930, BA R 43 I/1443.

8 *Treviranus* wurde erst im Juli 1930 zum Reichsminister und Reichskommissar für die Osthilfe ernannt.

78.

Ende Mai 1930: Entwurf einer Erklärung des Reichspräsidenten v. Hindenburg zu den Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften

BA R 43 I/1157. Undatiert, ohne Überschrift und Verfasserangabe[1].

Die Tatsache, daß die im vergangenen Winter ganz besonders hohe Arbeitslosenziffer nicht genügend abnimmt, daß täglich Unternehmungen zusammenbrechen, und die beunruhigende Erscheinung, daß Mutlosigkeit in den Kreisen der Unternehmer und der Arbeiter immer mehr um sich greift, hat mich seit Wochen tief bewegt. Unter der Übernahme von großen Opfern der gesamten Bevölkerung sind die Steuergesetze, welche die Gesundung der öffentlichen Finanzen bringen sollen, vor wenigen Monaten verabschiedet worden[2]. Und schon jetzt zeigt sich, daß auf dieser neuen und bedeutend erweiterten Grundlage das Gleichgewicht des Reichshaushalts nicht aufrechterhalten werden kann. Die schlechte Wirtschaftslage und die hohe Ziffer der Arbeitslosen bringen durch den Rückgang der Einnahmen einerseits und das Steigen der Ausgaben andererseits die Reichsfinanzen in Gefahr und damit das gesamte Wirtschaftsleben. Angesichts dieser Lage habe ich es für angezeigt gehalten, angesehene Vertreter aus dem Wirtschaftsleben, insbesondere aus der Arbeiterschaft und den Unternehmern, zu einer gemeinsamen Aussprache unter meinem Vorsitz einzuladen.

Bei dieser Aussprache habe ich zu meiner großen Freude feststellen können, daß Arbeiter und Unternehmer einig sind in dem festen Willen, die schweren Gefahren der deutschen Wirtschaftslage zu überwinden, und daß sie insbesondere entschlossen sind, der Not der Arbeitslosigkeit mit durchgreifenden Maßnahmen zu steuern. Einmütig wurde ein starkes Bekenntnis zur Aufrechterhaltung unserer Sozialgesetzgebung im Rahmen der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft abgelegt. Die Notwendigkeit von Reformen wurde dabei betont, um vorhandene Auswüchse zu beseitigen und Mißbräuche abzustellen mit dem Ziel, den wirklich Bedürftigen das Notwendigste zum Lebensunterhalt zu sichern.

Arbeiter und Unternehmer sind sich auch einig in dem Grundsatz, das Gleichgewicht des Haushaltes unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Sie verlangen aber, daß der Not der Zeit Rechnung getragen wird und daß in viel stärkerem Maße, als das bisher geschehen ist, durch eine Einschränkung der Ausgaben eine Erleichterung geschaffen wird, ehe daran gedacht werden kann, neue Einnahmequellen zu erschließen.

Nach der übereinstimmenden Ansicht von Arbeitern und Unternehmern wird die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung auch dann, wenn die erforderlichen Reformen durchgeführt werden, einen besonderen Krisenbeitrag in einer solchen Höhe erfordern, die weitere Anforderungen an den Haushalt ausschließen.

---

1 Anlage eines Schreibens der Reichskanzlei an v. *Raumer* vom 31. 5. 1930, BA R 43 I/1157. Zum Zusammenhang Nr. 79 und 87a.

2 Zoll- und Steuergesetze vom 15. 4. 1930, RGBl. 1930 I S. 131, 134, 136, 138, 139, 141.

Dieser Krisenbeitrag muß von allen in einem festen Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehenden Personen aufgebracht werden, soweit sie nicht versicherungspflichtig sind und ihr Jahreseinkommen den Betrag von 2400 RM übersteigt.

In der Aussprache wurde mit besonderem Nachdruck und einmütig erklärt, daß damit zwar die Not der Arbeitslosen gelindert werden kann, daß es aber darüber hinaus darauf ankommt, durch ein geschlossenes Zusammengehen aller Kreise der deutschen Bevölkerung die Produktionskosten zu ermäßigen und die Warenpreise zu senken, weil nur auf diesem Wege eine Verstärkung des Absatzes und damit die Erweiterung der Produktion erwartet werden kann. Es herrschte Einigkeit darüber, daß das Ziel sein muß, die verlorenen Arbeitsplätze wieder zu besetzen und jedem Deutschen, der arbeitswillig und arbeitsfähig ist, die Möglichkeit zu geben, durch eigene Arbeit seinen Lebensunterhalt zu verdienen.

Ich bin mir darüber klar, daß das nur erreicht werden kann, wenn alle am Wirtschaftsleben Beteiligten, jeder für seinen Teil und nach seinem Können, bereit und willig sind, im Interesse der Volksgesamtheit vorübergehend Opfer auf sich zu nehmen. Das in der heutigen Aussprache zu meiner großen Freude von allen Seiten bekundete Verantwortlichkeitsgefühl gibt mir die Hoffnung, daß durch ein mutiges und zielsicheres Zusammenwirken auch die Senkung der Produktionskosten und der Warenpreise erreicht wird. Ich vertraue auf die Fähigkeit der Führer in allen Kreisen des Wirtschaftslebens und bin der einsichtsvollen und opferbereiten Mitarbeit aller Bevölkerungsschichten, um die ich nachdrücklich bitte, sicher. Es wird darauf ankommen, daß Regierung und Volksvertretung, ohne Unterschied der Parteien, diesen mir gegenüber bekundeten Willen der bei mir versammelten Vertreter der Wirtschaft freudig begrüßen und die erforderlichen Maßnahmen treffen. Dann hoffe ich zuversichtlich auf die Wiederkehr des Vertrauens in unsere Zukunft und auf diesem Wege auf die Verwirklichung einer Verbesserung der Lage aller Volksgenossen.

79.

3. 6. 1930: Niederschrift über eine gemeinsame Besprechung des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und des Vorstandes der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Nachlaß Silverberg 457. Handschriftliche Korrekturen. Datiert 2. 6. 1930[1].

Pietrkowski berichtet über den bisherigen Verlauf der Aktion. Anregung *v. Raumers.* Erste Besprechung mit Gewerkschaftsleuten, im kleinsten Kreise, dann Abendessen bei *v. Raumer: Brüning* und *Stegerwald, Kastl, Brauweiler, Pietrkowski, Müller-Oerlinghausen, v. Borsig* entschuldigt, *Silverberg* dito, *Poensgen* dito. Dann gemeinsame Verhandlungen der eben genannten Herren mit

1 *Meynen* gibt als Datum der Besprechung den 2. 6. 1930 an. Nr. 80a und 87a ist jedoch zu entnehmen, daß die Besprechung am 3. 6. 1930 stattfand. Zum Verlauf Geschäftliche Mitteilungen des RDI 1930 Nr. 14 S. 139f. Vgl. Wengst S. 104.

Graßmann, Eggert[2] vom ADGB, Resultat anliegende Erklärung[3]. Referent ist von den persönlichen Verhandlungen befriedigt, erklärt feindliche Auslassungen im Vorwärts und Ausführungen derselben Herren in der Öffentlichkeit als taktische Rücksichtnahme.

Müller-Oerlinghausen findet, daß nach dem vorliegenden Ergebnis auf der Bilanz des Einzelunternehmens sich nichts ändere, während es doch darauf ankomme, den Betrieben eine Erleichterung zu gewähren. Die Haltung der Gewerkschaften scheint ihm ein erster Schritt von großer Bedeutung zu sein.

Frowein möchte den bevorstehenden Schritt tun, wenn die Regierung so gefestigt werden kann, daß sie die ihr zugewiesene Rolle durchzuführen vermag. Der Reichskanzler habe vertraulich erklärt, daß er diesen ersten Schritt auf dem Wege des Abbaus der seinerzeitigen Beamtenbesoldungsvorlage *Köhlers,* die 1½ Milliarden gekostet habe[4], weitere Schritte folgen lassen werde, notfalls durch Volksentscheid[5].

v. **Raumer** polemisiert gegen *v. Borsig,* der zugleich mit dieser Aktion die Abschaffung der Verbindlichkeitserklärung verlangt hat[6]. Die Verbindlichkeitserklärung sei unter *Stegerwald* nur wenig und nur auf Wunsch der Arbeitgeber angewandt worden. *Raumer* zeichnet dann ein außerordentlich düsteres Gegenwarts- und Zukunftsbild. Die furchtbare Lage erfordere die Annahme des vorgeschlagenen Auswegs, wenn nicht alles zugrunde gehen solle.

Bücher verlangt eine gemeinsame Vorbemerkung beider Partner, in der festgestellt wird, daß die Rückkehr zum kapitalistischen System unumgänglich sei, um die Gesamtwirtschaft zu retten. Details seien völlig gleichgültig, es komme allein auf diese prinzipielle Änderung des Systems an. *(Büchers* Ausführungen waren unklar und sehr ungleichwertig, immerhin bildeten sie zum Teil die Grundlage der weiteren Debatte.)

Braun befürchtet als erstes und vielleicht einziges Ergebnis der vorgeschlagenen Aktion die Ausdehnung der Vertragspflicht auf alle Arbeitnehmerkreise. Es sei kein Wort von Lohnsenkung in der Erklärung, sie werde entsprechend keinen Eindruck im Lande machen.

v. **Borsig** stellt fest, daß in der Erklärung kein Äquivalent für die großen Opfer der Unternehmerseite enthalten sei.

---

2 In Nr. 87a wird eine etwas abweichende Zusammensetzung des Personenkreises genannt.

3 Vgl. Nr. 87b und 87c.

4 1927 hatte Reichsfinanzminister *Köhler* (Zentrum) gegen Widerstände in seiner Fraktion erhebliche Gehaltserhöhungen für Beamte durchgeführt. Zentrumsprotokolle S. 126, 142, 145 ff.; Heinrich Köhler, Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949, hrsg. von Josef Becker (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe A, Quellen 11), Stuttgart 1964 S. 151 ff., 193 ff.; 255 ff.; Schulz, Demokratie S. 549 ff.

5 Wie *Brüning* die Bedeutung der Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften einschätzte, geht aus einer Äußerung am gleichen Tag im Kabinett hervor: Die Verständigung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften „müsse den Sanierungsplan der Reichsregierung ergänzen, sie sei nach seiner Überzeugung sogar die unbedingte Voraussetzung für einen Erfolg der Reichspolitik". Kabinettssitzung am 3. 6. 1930, BA R 43 I/1444.

6 An dieser Forderung hielt *Borsig* auch weiterhin fest. Nr. 81.

Blohm ist der gleichen Auffassung und fordert als ausreichenden Gegenwert Abschaffung der Verbindlichkeitserklärung und Verlängerung der Arbeitszeit.

Silverberg stimmt zunächst *Büchers* Forderungen nach einer allgemeinen gegenseitigen Erklärung im Anfang des Exposés zu, fordert ein schärferes Herausarbeiten des Lohnabbaus und seiner Bedeutung, ist aber doch der Ansicht, daß der Vorschlag angenommen werden soll. Man stehe vor der Alternative, die Gewerkschaften gehen und vielleicht fallen zu lassen oder sie noch einmal zu stützen, um sie noch einmal gebrauchen zu können.

Thyssen lehnt die Aktion ab, weil sie das Unternehmertum zu einer unrettbaren Verknüpfung mit dem marxistischen System führen werde.

Wittke ist vor allem mit dem Tempo der Aktion nicht einverstanden, er bestreitet, daß unmittelbare Gefahr im Verzuge sei.

Raabe verteidigt ausgezeichnet, aber unter geringerer Aufmerksamkeit das Vorgehen von Nordwest und das Oeynhauser Abkommen. Ablaufende Termine und grundsätzliche Erwägung hätten Eile geboten. Nur den Akkordlohn habe man abbauen können, der durch die *Severings*che Klausel[7] zum fixierten Lohn gemacht worden sei.

Vögler griff die Alternative *Silverbergs* auf, der die Lage völlig klarstelle. Er entscheidet sich nicht eigentlich darüber und fordert, nachdem er seinerseits die pessimistische Auffassung der Wirtschaftslage durch *v. Raumer* und *Thyssen* bestätigt hat, daß die deutsche Regierung das Moratorium nach dem Young-Plan[8] verlange.

Bücher erläutert seine früheren Vorschläge, formuliert erstmalig die von ihm verlangten Zusätze.

v. Borsig findet, daß der Zeitpunkt der Aktion falsch gewählt sei, lehnt sehr scharf jede persönliche Mitwirkung ab; er erwartet, daß bei weiterem Abwarten bald Früchte reifen, die durch die geforderte Aktion verlorengingen.

Pietrkowski entgegnet, daß die vorgeschlagene Aktion, falls sie scheitere, den Weg *v. Borsigs* in keiner Weise unmöglich mache.

Es folgte eine Kontroverse *Thyssen, Borsig, Kastl* über die Genesis der Aktion und die Mitarbeit der Vereinigung.

Silverberg macht den Vorschlag, mit den Gewerkschaften zunächst auf der Grundlage der allseitig geforderten Bedingungen zu verhandeln. Sei die Zustimmung der Gewerkschaften ausreichend, dann könne man den vorgeschlagenen Weg gehen, genüge der Grad dieser Zustimmung nicht, dann solle man eine gemeinsame Erklärung ablehnen, ebenso den Schritt beim Reichspräsidenten[9]. So

---

7 Diese Klausel war Teil eines Schiedsspruchs *Severings* vom Dezember 1928 für das Tarifgebiet der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie, Gruppe Nordwest. Danach sollten geregelte Akkorde nur bei Änderung der Berechnungsgrundlage, nicht dagegen unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Momente verändert werden können. Dies wurde durch den Schiedsspruch von Oeynhausen aufgehoben. Preller S. 405.

8 Nach dem Young-Plan betraf die Ankündigung eines Moratoriums nur einen Teil der Zahlungen und war mit schwierigen Bedingungen verknüpft.

9 Die Verhandlungsdelegationen von Unternehmern und Gewerkschaften hatten vereinbart, nach einer Einigung den Reichspräsidenten aufzusuchen, der der Vereinbarung durch einen eigenen

erreiche man, daß die Schuld bei einem Fehlschlag der Aktion auf seiten der Gewerkschaften liege. (Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.)

Brauweiler äußert sich seinerseits über die Entstehung der Verhandlungen, veranlaßt durch eine kritische Äußerung *Vöglers.*

Vögler bleibt dabei, daß *Brauweiler* und die übrigen Herren nicht als Privatperson, sondern in ihrer offiziellen Eigenschaft Verhandlungen geführt und begonnen hätten: er ist mit *Silverberg* der Meinung, daß man deshalb und nunmehr nicht ohne weiteres abbrechen könne. Er griff den Vorschlag *Silverbergs* auf, unter Verlangsamung des Tempos zunächst einmal mit den Gewerkschaften weiter zu verhandeln.

Frowein schlägt vor, daß eine Kommission *Bücher, Silverberg, Kastl* und die übrigen oben genannten Herren mit den Gewerkschaften auf der Grundlage der neuen Bedingungen weiter verhandeln, um dann evtl. schon zu der in Aussicht genommenen Zeit (nachmittags 5.30) gemeinsam mit den Gewerkschaften zum Reichspräsidenten zu gehen.

Silverberg schlägt vor, daß die ganze Angelegenheit zwar energisch, aber auch gründlich weitergetragen wird. Dann sei es aber unmöglich, schon heute nachmittag zum Reichspräsidenten zu gehen. Diese überaus wichtige Sache dürfe nicht überstürzt werden. Zweifellos seien eingehende Verhandlungen mit den Gewerkschaften notwendig, ebenso habe die Versammlung ein Recht, das Ergebnis dieser Besprechung kennenzulernen, auch darüber zu entscheiden, ob man noch den gemeinsamen Schritt mit den Gewerkschaften tun solle. Dieser Vorschlag findet allgemein Beifall, auch

v. Raumer stimmt zu und

Frowein erklärt damit die Debatte für beendet, der Antrag *Silverbergs* sei angenommen, und die Kommission werde also zunächst mit den Gewerkschaften aufgrund der in der Versammlung geäußerten Wünsche verhandeln[10].

Meynen

Aufruf größere Wirkung verleihen sollte. Vgl. Nr. 87a. Die Erklärung *Hindenburgs* lag im Entwurf bereits vor. Nr. 78.

10 Zum Ergebnis der Verhandlungen Nr. 81a.

80a.

4. 6. 1930: Herle an Duisberg

BL RDI 62/10.3b. Paraphe Duisbergs.

Hochverehrter Herr Geheimrat!

Auf der gestrigen gemeinsamen Sitzung der Vorstände des Reichsverbandes und der Vereinigung[1] ist beschlossen worden, daß der in dieser Sitzung vorgelegte und besprochene Entwurf einer Erklärung der Unternehmer und der Gewerkschaften von einem Redaktionskomitee noch einmal überprüft und neu formuliert werden

---

1 Nr. 79.

sollte. Dieses ist heute in einer Sitzung bei Herrn Geheimrat *Bücher* geschehen. Die beiden Vorstände hatten dann weiter beschlossen, daß morgen (Donnerstag) vormittag, 10 Uhr, eine Sitzung des auf unserer letzten Präsidialsitzung eingesetzten besonderen gemeinsamen Ausschusses des Reichsverbandes und der Vereinigung zur Erörterung der Ursachen der Arbeitslosigkeit und ihrer Bekämpfung stattfinden soll, und zwar in den Räumen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Auf dieser Sitzung soll der Entwurf der Erklärung in der heute von dem Redaktionskomitee formulierten Fassung beraten werden[2].

Ich wollte Sie hierüber gleich nach Ihrer Ankunft in Berlin ins Bild setzen und erlaube mir, Ihnen anliegend das Ergebnis der Arbeiten des Redaktionskomitees zu übersenden[3].

Mit verbindlicher Begrüßung
Ihr getreuer
Herle

2 Nr. 81.
3 Nr. 80b.

80b.

Entwurf für eine gemeinsame Erklärung von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften

BL RDI 62/10.3b. Durchschlag. Handschriftliche Korrekturen. Kopfvermerk: „letzter Entwurf"[1].

Der Gang der deutschen Wirtschaftsentwicklung, gekennzeichnet durch die Gefährdung ganzer Wirtschaftszweige, die Arbeitslosigkeit und den durch sie hervorgerufenen Unterkonsum großer Massen der Bevölkerung hat die Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmer zu der Überzeugung geführt, daß dem völligen Wirtschaftszusammenbruch nur noch mit ganz durchgreifenden Maßnahmen in der Wirtschaftsführung vorgebeugt werden kann.

Bei einer ernsten Prüfung der Lage kommen die Unternehmer und Gewerkschaften zu dem Ergebnis, daß alle ihre Bemühungen nutzlos sind, wenn nicht in erster Linie eine einheitliche und zielsichere Gestaltung der öffentlichen Finanzpolitik und eine vollständige Ordnung der öffentlichen Finanzen in allen Gliedern geschaffen wird. Dies kann nur erreicht werden, wenn mit allen Mitteln eine Anpassung der öffentlichen Ausgaben an diejenigen Einnahmen herbeigeführt wird, die eine notleidende Wirtschaft und eine notleidende Bevölkerung aufzubringen imstande sind, ohne die Grundlagen ihres Daseins und eines Wiederaufbaues zu zerstören.

Das wichtigste soziale und wirtschaftliche Ziel ist die Wiedereinführung Millionen Arbeitsloser in den Arbeitsprozeß. Die Herstellung einer befriedigenden Lebens-

1 Anlage zu Nr. 80a, auch BA R 43 I/1157.

haltung und Konsumfähigkeit dieser Massen kann nur durch einen Preisabbau aller Gegenstände des täglichen Bedarfs, der Bauten und der Produktionsmittel geschaffen werden.

Grundlage für den Preisabbau ist die Senkung der Selbstkosten der Produktion. Sie kann nur erzielt werden, wenn jeder einzelne Faktor der Selbstkosten, insbesondere der öffentlichen Lasten, auf ein Maß zurückgeführt wird, das der inneren deutschen Finanzkraft und den Forderungen einer richtigen Wirtschaftsführung entspricht. Das Ziel würde nicht erreicht, wenn hiermit ein Unterkonsum verbunden wäre. Das Ziel muß vielmehr sein, unter Senkung der Selbstkosten den Konsum auf normale Höhe zu bringen und in der Folge zu steigern.

Alle Teile des deutschen Volkes müssen deshalb einig sein in dem Willen zu energischem Handeln und in der Bereitschaft, im Interesse der Volksgesamtheit auch zeitweilige Opfer auf sich zu nehmen:

Es muß gelingen, durch eine Hand in Hand mit einer Verwaltungsreform einsetzenden Senkung und Einschränkung der personellen Ausgaben der öffentlichen Körperschaften eine durchgreifende Erleichterung der öffentlichen Lasten [und] Tarife zu erreichen.

Die wirtschaftspolitische Zielsetzung erfordert eine entsprechende Anpassung der Personalausgaben in der Privatwirtschaft, welche alle in ihr tätigen Personen, einschließlich der leitenden Persönlichkeiten, einbegreift.

Wenn diese beiden Maßnahmen in ihrer Durchführung gesichert sind, haben die für die Produktion und die Warenverteilung verantwortlichen Organe um so selbstverständlicher die Aufgabe, einen Abbau der Preise durchzuführen, als das Zusammentreffen mit dem allgemeinen Sinken der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt dafür an sich günstige Voraussetzungen schafft. Unterstützt werden diese Bestrebungen nach erfolgtem Abbau ungesunder Lagerhaltung in der Folge auch von den der internationalen Wirtschaftslage angepaßten Zinssätzen auf dem Kapitalmarkt. Unnatürliche Einwirkungen, insbesondere Fehler in der Finanzpolitik, könnten jedoch diese Hilfe vereiteln.

Bei der Durchführung dieser Maßnahmen wird nicht nur die Kaufkraftsteigerung den natürlichen Ausgleich für die ziffernmäßige Verminderung der Einkommen bilden, sondern die Wiedererringung der Konkurrenzfähigkeit wird die jetzt Arbeitslosen in den Produktionsprozeß eingliedern.

Die Unternehmer und die Gewerkschaften sind durchdrungen von der Notwendigkeit, die sozialen Einrichtungen aufrechtzuerhalten. Nach ihrer Ansicht ist aber die Grundlage für ihre dauernde Sicherung nur dann gegeben, wenn in der praktischen Handhabung der Versicherungen jede mißbräuchliche Ausnutzung verhindert und die Verwaltungskosten auf ein Mindestmaß zurückgeschraubt werden.

In der Voraussetzung, daß sich Regierung und Volksvertretung im Sinne der vorliegenden Forderungen zu energischem Handeln entschließen und ihre Durchführung bis in die letzten Organe der Verwaltung sichergestellt wird, kann zur Überbrückung der gegenwärtigen Schwierigkeiten des Reichshaushaltes eine außerordentliche geldliche Leistung aller in gesicherter Lebensstellung Stehenden in Betracht gezogen werden. Ohne Ordnung in Verwaltung und Finanzen und ohne

Durchführung der Reformen wäre auch dieses Opfer vollkommen nutzlos und würde nur zur abermaligen Verschleierung des Ernstes der Lage dienen.

Gewerkschaften und Unternehmer sind entschlossen, die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Wirtschaftslage zu überwinden, und wollen gemeinsam handeln.

81.

5. 6. 1930: Aufzeichnung Blanks über eine Mitteilung Kastls

HA/GHH 400101293/10b.

Die Arbeitgeber haben sich heute einstimmig auf die beiliegende Erklärung geeinigt[1]. Beteiligt waren an der Sitzung die Herren *Duisberg, v. Borsig, Blohm, Bücher, Poensgen, Kraemer, Langen, Pietrkowski, Müller-Oerlinghausen, Schwarz* (IG Farben), *Riepert, Silverberg, Kastl, Brauweiler.*

Den Hauptpunkt in der Debatte bildete die Frage, ob die Beseitigung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen gefordert werden soll oder nicht. Herr *v. Borsig* hat sehr lange darum gekämpft, daß die Forderung nach der Beseitigung der Verbindlichkeitserklärung in die Erklärung aufgenommen werden soll, was aber abgelehnt wurde[2]. Er hat sich dann mit einem schriftlichen Versprechen begnügt, daß alle Beteiligten für die Aufhebung der Verbindlichkeitserklärung kämpfen werden[3].

Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften finden morgen vormittag 11 Uhr im Büro des Herrn *v. Raumer* statt[4]. Irgendwelche Änderungen am Wortlaut der heute formulierten Erklärung werden die Arbeitgeber nicht zulassen. Es ist aber möglich, daß die Gewerkschaftsvertreter einige Zusätze machen wollen, die dann aber als Zusätze der Gewerkschaften ausdrücklich gekennzeichnet werden sollen.

Der Herr Reichspräsident hat bis heute mittag 3 Uhr gewartet, ob sich beide Parteien soweit einigen würden, daß sie noch heute gemeinsam bei ihm erscheinen könnten. Da dies nicht möglich ist, tritt er seine Reise heute abend an. Er wird aber voraussichtlich – dies ist eine Idee von Herrn *Kastl* – schon jetzt einige Begleitworte niederlegen[5], die seine Befriedigung ausdrücken und empfehlen, auf dem hier eingeschlagenen Wege fortzufahren. Technisch würde sich die Veröffentlichung dann so vollziehen, daß Arbeitgeber und Gewerkschaften mit einer gemeinsamen Erklärung (Pfingstbotschaft) vor die Öffentlichkeit treten und daß dann diese Botschaft gleichzeitig mit der zustimmenden Stellungnahme des Reichspräsidenten veröffentlicht wird. Voraussetzung dafür ist natürlich, daß morgen die Einigung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften zustande kommt.

Blank

1 Nr. 80b.

2 Das geschah auch in den weiteren Verhandlungen mit den Gewerkschaften. Nr. 87a.

3 Vgl. Nr. 86 und 87a sowie Wengst S. 106.

4 Zum Verlauf dieser Unterredung Nr. 86 und 87a.

5 Eine Erklärung *Hindenburgs* lag bereits im Entwurf vor. Nr. 78.

82.

6. 6. 1930: Niederschrift über eine Besprechung bei Reichsminister Stegerwald

BA R 13 I/401. Durchschlag. Handschriftlicher Kopfvermerk und Unterstreichungen.

Anwesend: Reichsarbeitsminister Dr. *Stegerwald* MdR, Staatssekretär Dr. *Geib*, Ministerialdirigent Dr. *Meves*.

Sowie von seiten der Industrie: Dr. Ernst *Poensgen*, Düsseldorf, A. *v. Bülow*, Berlin.

Stegerwald: Die gestrigen Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Eine Einigung hat sich nicht erzielen lassen. Bevor er sich über die Verbindlichkeit[1] schlüssig machen könne, müsse er genau wissen, welche Absichten betreffend Herabsetzung der Eisenpreise[2] im einzelnen vorliegen. Nach Artikeln in der Frankfurter Zeitung, Berliner Tageblatt, Vorwärts usw. würde eine Eisenpreisermäßigung auch kommen, wenn der Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt würde.

Dr. Poensgen erklärt ausdrücklich, wenn die Verbindlichkeit nicht erklärt wird, werden die Eisenpreise nicht um einen Pfennig heruntergesetzt. Die Preissenkung allein in der Eisenindustrie kann nicht bewegend wirken, wenn sie allein erfolgt; nur in Verbindung mit einer Lohnsenkung kann sie auf andere Industrien als Stimulans wirken. Auch das Reich und die Eisenbahn müssen folgen. Zur Zeit sind wir um 50% in der Produktion zurück. Im April sind nicht einmal die Abschreibungen verdient worden. (Verlust der Vesta[3] in diesem Monat.) Es sei kein Anlaß, aus Selbstkostengründen die Preise herunterzusetzen. Eine Heruntersetzung sei nur möglich bei Lohnsenkung. Die Arbeitgeber seien sehr enttäuscht über die Haltung der Christen[4]. Herr *Schmitz* habe noch vor drei Tagen Herrn *Raabe* gegenüber die bestimmte Zusicherung gegeben, daß die Christlichen Gewerkschaften den Schiedsspruch annehmen würden, wenn wir die Lohnherabsetzung von 10 auf 7½ Prozent verminderten. Um so enttäuschter sei man durch das gestrige Verhalten von Herrn *Burgartz* gewesen. Bei einer zehnprozentigen Lohnherabsetzung habe man der Avi[5] am Sonnabend eine Herabsetzung der Tonne Stabeisen um 4 Mark zugestanden. Bei den Vereinigten Stahlwerken macht eine zehnprozentige Herabsetzung der Lohnsumme und eine etwa fünfprozentige Herabsetzung der Gehältersumme (mehr könne man nicht einsetzen, da die meisten Angestelltengehälter infolge des Angestelltenschutzgesetzes nicht vor dem 1. Januar 1931 herabgesetzt werden können) 3,75 M [pro Tonne] aus. Trotzdem und trotz der erheblichen Vorleistung durch den Vorausmonat habe man 4 Mark zugesagt. Er habe scharfe

1 Gemeint ist die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs von Oeynhausen, die am 10. 6. 1930 erfolgte. Vgl. Nr. 77, Anm. 4; Schorr S. 173ff.

2 Zu der im Oeynhausener Schiedsspruch vorgesehenen Preissenkung Schulthess 1930 S. 133f.

3 Vereinigte Stahlwerke AG.

4 Christliche Gewerkschaften.

5 Arbeitsgemeinschaft der Großeisenverarbeitenden Industrie, Zusammenschluß der Fachverbände der verarbeitenden Industrie (seit 1924). Hartwich S. 51.

Proteste von Oberschlesien, Peine, Mitteldeutschland und vor allem von der Saar bekommen, für die ein reiner Verlust herausspringt, da es dort unmöglich sei, die Löhne auch nur etwas zu senken. Dann haben auch sämtliche Händler laute Proteste erhoben wegen der Lagerentwertung. Da man nun gestern statt 10 Prozent auf 7½ Prozent heruntergegangen ist, könne man nur 3 Mark mit Recht vertreten. Er werde aber versuchen, mehr herauszuholen, etwa 3,50 Mark. Die 4 Mark für Stabeisen seien etwa 3 Prozent. Bei anderen, höher im Preis stehenden Produkten werde der Nachlaß im entsprechenden Maße eventuell höher sein.

Stegerwald: Mit den Christen sei er nicht einverstanden. Ihr Verhalten sei undurchsichtig. *Schmitz* sei zu weit vorgeprellt und habe sich dadurch in Gegensatz zu zwei Fronten begeben, zu seinem früheren Vorsitzenden *Wieber*, der der Ansicht sei, daß eine Senkung der Eisenpreise auf die Gesamtwirtschaft nichts ausmache, und zu den Vorsitzenden der Ortsgruppen. Er habe sowohl gestern den beiden Vertretern der Christlichen Gewerkschaften als auch heute früh Herrn *Schmitz* deutlich seine Meinung gesagt. Er sitze hier nicht als Gewerkschaftssekretär[6], sondern als für die deutsche Wirtschaft verantwortlicher Minister. Die Christlichen Gewerkschaften hätten ihm gutes Material vorgelegt, daß eine Eisenpreissenkung auch so kommen müsse. Die Zeit sei reif dazu. Wenn er nicht ausreichende Garantien für eine starke Eisenpreissenkung erhielte, käme er beim eventuellen Aussprechen der Verbindlichkeit in eine schiefe Situation. Er habe jetzt doch den Mut gehabt, für den Abbau der Arbeitslosenversicherung einzutreten und auch den Abbau der Krankenversicherung einzuleiten[7]. Man dürfe nicht vergessen, daß zur Zeit in der Arbeiterschaft eine außerordentlich radikale Strömung herrsche, viel schlimmer als die bei Abbruch des Ruhrkampfes und beim Beginn der Währungsstabilisierung. Es wäre für ihn ja viel bequemer gewesen, Reichsverkehrsminister zu bleiben, als auf den dornenvollen Posten des Arbeitsministers in der jetzigen schweren Zeit zu treten. Er sei bereit zu tun, was die Stunde gebietet. Er müsse aber mehr gedeckt sein. Er brauche eine Eisenpreissenkung in größerem Umfange. Wie hoch war die letzte Eisenpreiserhöhung?

Dr. Poensgen: Die letzte Eisenpreiserhöhung war im Mai 1928 um 4 Mark, als die Löhne im Kohlenbergbau heraufgesetzt wurden. Davor ist im Januar 1928 anläßlich der Lohnerhöhungen und der Arbeitszeitverkürzung eine Erhöhung um 3 Mark gewesen. Damals habe Herr *Jötten* die Lohnerhöhung auf 4 Prozent beziffert. Tatsächlich habe sie 6–8 Prozent ausgemacht und in ihrer Gesamtwirkung einschließlich der Mehrkosten der Arbeitszeitverkürzung 10–12 Prozent. Dies waren die einzigen Eisenpreiserhöhungen seit der Syndikatsbildung im Jahre 1926[8]. Er habe anläßlich der Absicht des Eisenpreisabbaus viele Proteste erhalten und habe es sehr schwer gehabt, seine Leute von der volkswirtschaftlichen Wichtigkeit des Opfers zu überzeugen. Ein 7½prozentiger Abbau der Lohnsumme bedeute für die vom Abbau Betroffenen im Durchschnitt einen 15prozentigen Abbau, bei einzelnen Leuten einen Abbau bis zu 30 Prozent.

---

6 *Stegerwald* war 1919–1929 Vorsitzender des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

7 Vgl. Schorr S. 171 ff.

8 Am 14. 1. 1926 waren die Vereinigten Stahlwerke AG als „Studiengesellschaft" errichtet worden.

Meves: schlägt vor, zu sagen, daß der Eisenpreis abgebaut werde im Rahmen der letzten Eisenpreiserhöhung.

Dr. Poensgen lehnt dies auf das entschiedenste ab, da es sich um zwei ganz verschiedene Dinge handele. Man könne nicht wesentlich mehr an Preisen abbauen, als wie man an Löhnen erspare. Es seien doch auch nur theoretische Ersparnisse, denn bei einzelnen Werken, die noch alte Arbeitsweisen haben und in der Eisenschaffenden Industrie nicht so rationalisiert hätten, wie z. B. GHH[9] und BV[10], sei ein Abbau in diesem Umfange gar nicht möglich. Man würde dort nur die besten Arbeiter bestrafen, und das wolle man doch nicht. Die Avi hätte am letzten Sonnabend zuerst einen Abbau der Preise um 10 Mark gefordert. Er habe den Herren der Avi dies klar gemacht, und diese hätten sich dann mit 4 Mark unter der Voraussetzung eines zehnprozentigen Lohnabbaus einverstanden erklärt.

Stegerwald: Seiner Ansicht nach habe die Preissenkung doch mit der letzten Erhöhung zu tun. Der Reichsarbeitsminister könne eine Verbindlichkeitserklärung, die eine Lohnsenkung zur Folge habe, nur aussprechen, wenn er bestimmte Zusicherungen für ausreichenden Preisabbau habe. Man müsse doch die ganze Aktion im Rahmen der großen Sache betrachten. Hier sei es doch nur die erste Tat. Gleich nach Pfingsten wolle man ein umfangreiches Bauprogramm vorlegen[11] und müsse dann mit den Bauunternehmern und Bauarbeitern zusammentreten, um zu sehen, wie der Baukostenindex gesenkt werden könne. Die Eisenindustrie müsse ihm bestimmte Zusicherungen machen, sonst könne er sich nicht zu einer Verbindlichkeit entschließen.

Dr. Poensgen: Bei 10 Prozent Lohnabbau stehe er für 4 Mark Preisabbau gerade. Bei 7½ Prozent Lohnabbau werde er versuchen, 3,50–4 M durchzuholen. Man müsse zunächst mit reinen fiktiven Zahlen rechnen. Vor allem bezüglich der Angestellten. Um so mehr, als diese doch auch durch das heute veröffentlichte vom Kabinett beschlossene Notopfer[12] betroffen werden. Man könne ihnen nicht doppelt nehmen. Von den Gehaltsempfängern wird man also keine 7½ Prozent herausholen können.

Stegerwald: Den hochbezahlten Generaldirektoren müsse man doch außer dem Notopfer noch das Gehalt kürzen, weil sonst in der sozialdemokratischen Presse ein wildes Geschrei entstehe.

Dr. Poensgen: Sie können beruhigt sein, das wird geschehen. Was er sagen wolle, sei lediglich, daß aus dem Gesamtbeamtenkörper keine 7½prozentige Gehaltsersparnis herauszuholen sei. Die Betriebsdirektoren und viele Betriebsbeamte gehen mit der Produktion. Sie haben jetzt schon durch die verringerte Produktion ganz erhebliche Einkommenausfälle. Anpacken könne man nur Prokuristen und wer sonst noch festes Gehalt bezieht. Das Notopfer wirke sich also in diesem Maße auf unsere Selbstkosten aus.

---

9 Gutehoffnungshütte AG.

10 Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation AG.

11 Zu *Stegerwalds* Plänen hinsichtlich einer Baumarktbelebung Schorr S. 190 ff.

12 Am 5. 6. 1930 hatte das Reichskabinett das neue Finanzprogramm beschlossen, das ein Notopfer für die Festbesoldeten in der öffentlichen und privaten Wirtschaft für Ledige sowie für Mitglieder von Aufsichtsräten vorsah. Schulthess 1930 S. 133.

Stegerwald: Wir mußten jetzt im Kabinett 850 Millionen Mark ins Gleichgewicht bringen, wir haben dies getan ohne eine wirtschaftsbelastende Steuer, nur die Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages bis Mai 1931, die aber zum größten Teil aufgewogen werde durch die noch in diesem Sommer kommende entschiedene Reform der Krankenversicherung. Er rechne damit, daß außer der für acht Monate in Ansatz zu bringenden Erhöhung des Arbeitslosenbeitrags um 194 Millionen Mark weitere 115 Millionen M Ersparnisse bei der Arbeitslosenversicherung herausspringen, weitere 350 Millionen M aus dem Notopfer, auch von Beamten, und der Ledigensteuer. 100 Millionen M Vorzugsaktien, die erst im nächsten Jahr verkauft werden sollten, werden schon jetzt verkauft. Den Rest bringe die Zigarettensteuer, mit der die Zigarettenfabrikanten einverstanden seien, da sie gleichzeitig eine Kontingentsverlängerung erhalten, sowie Etateinsparungen. Er brauche eine feste Größe bezüglich der Eisenpreissenkung. Er könne erst verbindlich erklären, wenn ein bindender Beschluß bezüglich der Eisenpreissenkung vorliege. Nach ihm werde sicher ein wesentlich radikalerer Arbeitsminister kommen. Wenn die Eisenpreissenkung bei einer Verbindlicherklärung nicht ausreichend sei, könne es zu einer Kabinettskrise kommen. Er schildert dann die politische Situation.

Dr. Poensgen: Er mache sich stark auch bei 7½ Prozent für 3,50 Mark. Er werde versuchen, 4 Mark durchzusetzen, für die er persönlich eintreten würde. Aus grundsätzlichen Erwägungen sei er gegen die von Herrn *Meves* vorgeschlagene Verquickung mit der letzten Erhöhung anläßlich der Kohlenpreiserhöhung. Er bitte dringend, daß der Satz vor Donnerstag, für welchen Tag er bei einer Verbindlichkeitserklärung die Verkaufsverbände einberufen wolle, nicht bekanntgegeben werde, sonst sei es ihm unmöglich, mehr wie 3,50 M herauszuholen. Auf die Gesamtproduktion berechnet, betrage die Ersparnis höchstens 2 Mark je Tonne. Umgerechnet auf das Inland nach dem Durchschnittssatz 1929 60 (Inl.): 40 (Ausl.) könne man unmöglich höher gehen. Im übrigen ändere sich das Verhältnis Inlandsabsatz zu Auslandsabsatz allmonatlich. Er betone ausdrücklich, daß die Voraussetzung für eine Eisenpreissenkung sei, daß im Herbst keinerlei Verschlechterung bezüglich Arbeitszeit und Lohn eintrete. Mit Herrn *Schmitz* sei dies seinerzeit so verabredet worden. Er habe dem auch zugestimmt.

Stegerwald: Wann laufen diese Tarife ab?

Dr. Poensgen: 30. September.

Stegerwald: Fraglich, ob ich dann noch Arbeitsminister bin. Sehr wahrscheinlich werden die Sozialisten zum Herbst den Arbeitszeittarifvertrag kündigen und Neuordnung der Arbeitszeit verlangen. Er sehe aber ein, daß eine Eisenpreissenkung nur möglich sei, wenn die Arbeitszeitverhältnisse auch im Herbst die gleichen bleiben. Um aber festen Boden unter den Füßen zu haben, muß ich Genaues über die Eisenpreissenkung wissen, vor allem auch Ihre Zusicherung haben, daß das Äußerste für eine Eisenpreissenkung getan wird, was irgendwie noch wirtschaftlich verantwortet werden kann.

Dr. Poensgen bittet, ihm doch die Verbindlichkeitserklärung mitzugeben. Er fahre von hier zu den wichtigen Verhandlungen mit den Freien Gewerkschaften über die allgemeine Wirtschaftslage. Dort sei durch die leider erfolgte Bekanntgabe der Absichten über das Notopfer der Unternehmerseite der Trumpf

fortgenommen worden, und er bäte, ihm doch jetzt diesen Trumpf zu geben. Dann glaube er bestimmt, dort etwas schaffen zu können.

Stegerwald: Wir haben acht Tage mit den Herren vom Reichsverband und den Herren der Vereinigung verhandelt. Sie konnten sich nicht entschließen. Da mußten wir handeln und gestern den Beschluß fassen.

Dr. Poensgen: Verbindlichkeitserklärung wäre mir auch lieb für starke Widerstände im eigenen Arbeitgeberlager, wo viele Zweifler. Gestern habe man über fünf Stunden über das Programm mit den Gewerkschaften beraten. Starke Kräfte wollten eine Abschaffung des Schlichtungswesens mit hereinbringen. Er habe Mühe gehabt, dies als zur Zeit nicht spruchreif abzubiegen. Wenn aus der Sache nichts werde, dann werfe er, wie er neulich schon den Herren der Avi gesagt habe, resigniert die Flinte ins Korn. Der Lohnabbau werde aber doch kommen, wenn heute nicht, so doch bestimmt im Herbst.

Stegerwald: Er habe heute früh *Schmitz* und gestern den beiden anderen christlichen Gewerkschaftsvertretern sehr entschieden die Meinung gesagt. Ihn störe nicht gewerkschaftliche Sentimentalität. Er möchte aber nicht durch die Verbindlichkeitserklärung in eine schiefe Situation kommen. Die Eisenpreissenkung müsse bis zur letzten Grenze des wirtschaftlich Verantwortlichen durchgeführt werden, sonst befürchte er eine Regierungskrise.

Dr. Poensgen: Er gebe Gewähr, unter ausdrücklicher Bezugnahme auf sein Wort, daß die Preissenkung mindestens 3,50 M je Tonne Stabeisen betragen werde. Er wolle versuchen, 4 Mark durchzusetzen und selbst entschieden dafür eintreten. Daß dies letztere angenommen werde, könne er aber nicht bestimmt zusagen, denn er sei nicht allmächtig, wenn man auch auf sein Wort höre.

Stegerwald: Ich muß die Einzelheiten noch einmal mit Herrn *Meves* durchsprechen, der gestern über fünf Stunden mit beiden Parteien verhandelt hat. Er wird Herrn *Poensgen* baldmöglichst Antwort geben. Er sagte zu, daß Zahlen über die Eisenpreiserhöhung von ihm nicht genannt würden.

Meves stellt noch einmal die drei gestrigen Zugeständnisse der Arbeitgeberseite klar: 1. statt 10 Prozent Lohnabbau 7½ Prozent, 2. Abänderung des Wortlautes auf Seite 2 der Erklärung an den Schlichter in „und zwar über das Ausmaß der zu ersparenden Lohn- und Gehaltssummen hinaus", 3. Nachprüfung durch Treuhänder in ähnlicher Weise wie seinerzeit *v. der Porten* und *Susat.*

Dr. Poensgen bestätigt diese Zusagen. Bezüglich des letzten Punktes könne er allerdings nur für die Vereinigten Stahlwerke zusagen, deren Zahlen ja auch bei den Verhandlungen immer benutzt sind. Er wiederholt noch einmal, wie schwer es sei, auch bei den Angestellten den Lohnbabbau vorzunehmen. Es würde wohl nur auf freiwilliger Grundlage gehen.

Stegerwald: Unter dem Druck der Arbeitslosigkeit werden die Angestellten sich sicherlich auf alles einlassen.

Meves: Falls eine Verbindlichkeitserklärung erfolgt, wird sie eingeleitet werden etwa: „Nachdem die Arbeitgeberseite Erklärungen abgegeben hat bezüglich einer Herabsetzung der Lohnsenkung von 10 auf 7½ Prozent, bezüglich des Ausmaßes der Eisenpreissenkung und der Nachprüfung durch Treuhänder, wird der Schiedsspruch im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt." Er wolle dem Minister

vorschlagen, daß gleichzeitig mit der Verbindlichkeitserklärung eine offiziöse Mitteilung an die Presse gegeben werde, in der über die Gründe für die Verbindlichkeitserklärung nähere Ausführungen gemacht werden.

Dr. Poensgen bittet darum, daß auch hier keinerlei Zahlenangaben über die Höhe der Eisenpreissenkung gemacht werden.

Dies wird zugesagt.

Meves regt dabei noch an, daß der Minister in einer Rede in nächster Zeit darauf eingeht.

Der Minister beschließt dann die Unterredung und sagt zu, daß die Entscheidung an Herrn Dr. *Poensgen* telefonisch zum Büro *Raumer*, wohin Herr Dr. *Poensgen* fährt, mitgeteilt wird.

Ende nach 11 Uhr.

Vom Büro *Raumer* stellte der Unterzeichnete dann bei Herrn *Meves* fest, daß die Entscheidung des Ministers wohl gegen 2 Uhr zu erwarten sei. Er schlug im Einverständnis mit Herrn Dr. *Poensgen* Herrn *Meves* für die Presseverlautbarung bezüglich der Eisenpreissenkung etwa folgenden Wortlaut vor, den Herr *Meves* übernehmen wollte:

Die Eisenindustrie habe den Minister bindende Zusicherungen für eine ausreichende Eisenpreissenkung gegeben.

v. Bülow

83.

10. 6. 1930: Blank an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 4001012024/7. Durchschlag. Handschriftliche Korrekturen.

Betrifft: Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern

Am Freitag, den 6. Juni, nachmittags, habe ich auf Grund von Rückfragen, die ich bei Herrn Dr. *Herle* gehalten hatte, die nachfolgende Mitteilung fernmündlich an Herrn *Lohberg* weitergegeben:

„Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften sind heute früh auf nächsten Freitag vertagt worden[1]. Der Verlauf der Verhandlungen ist erfreulich und erfolgversprechend. Man hofft, am nächsten Freitag zu Ende zu kommen, und wird wahrscheinlich den Vorstand des Reichsverbandes für nächsten Freitag nachmittag einberufen[2]. Heute noch kein Ergebnis."

Über den Verlauf der Verhandlungen[3] habe ich von Herrn Geheimrat *Kastl*, den ich am Freitag nachmittag nicht erreichen konnte, noch das Folgende erfahren: Die von Arbeitgeberseite festgestellte Erklärung wurde den Gewerkschaftsvertre-

1 Vgl. Nr. 80a und 81.

2 Nr. 86.

3 Vgl. Nr. 87a.

tern vorgelegt und mündlich kommentiert. Es wurde ihnen dann eine Stunde Zeit gelassen, um zu dem Schriftstück Stellung zu nehmen. Nach einer Stunde erklärten die Gewerkschaftsvertreter, daß sie nicht sofort endgültig Stellung nehmen könnten, daß sie vielmehr bei ihren eigenen Organisationen Rückfrage halten müßten und bäten, die endgültigen Verhandlungen auf Freitag, den 13. dieses Monats, zu vertagen. Es ist dann noch über einzelne Punkte des Wortlautes verhandelt worden, wo die Gewerkschaften an manchen Stellen eine andere Ausdrucksweise lieber sehen würden. Ferner ist darüber debattiert worden, ob man eine gemeinsame Erklärung herausbringen könne, in der es dann heißen würde: „Die Arbeitgeber und die Gewerkschaften erklären . . .", oder ob nur eine Erklärung zu erreichen ist, in der einerseits die Arbeitgeber ihre Ansichten aussprechen und die Gewerkschaften dann ihre Bemerkungen dazu machen. Natürlich wäre die erstgenannte Form die bessere. Herr *Kastl* glaubt aber, daß man sich gegebenenfalls auch mit der zweiten Form einverstanden erklären könnte. Irgendetwas Endgültiges ist auf Grund dieser Sachlage nicht herausgekommen. Von beiden Seiten wurden noch die dem Gang der Verhandlungen wenig förderlichen Pressenotizen bedauert.

Nach Aussage des Herrn *Kastl* verliefen die ganzen Besprechungen in einer guten Atmosphäre, und man trennte sich in durchaus friedlicher Stimmung gegen 2 Uhr mittags.

gez. *Blank*

84.

10. 6. 1930: Staatssekretär Pünder an Reichsminister Dietrich (Marienbad) (Auszug)

Nachlaß Pünder 131. Durchschlag.

Sehr verehrter Herr Vizekanzler!

[. . .][1]

Ich kann mir gut vorstellen, daß Sie sich wegen der letzten politischen Entwicklung in Berlin etwas Sorge machen. Zweifellos liegt die Presse augenblicklich für die Regierung wenig günstig. Ich möchte aber glauben, daß sich das Bild bessern wird. Die letzten Kabinettsbeschlüsse über die Deckungsvorschläge, insbesondere über die sogenannte Reichshilfe der Festbesoldeten, sind natürlich als Teile eines Gesamtplanes zu werten[2]. In die Landschaft gehören insbesondere auch die mehrwöchigen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Ursprünglich war beabsichtigt, dieses Ergebnis bei den Kabinettsberatungen über

1 Mitteilung, daß sich *Brüning* im Urlaub befindet, und zum Terminplan des Reichstages.

2 Zusammenfassung des am 5. 6. 1930 beschlossenen neuen Finanzprogramms in Schulthess 1930 S. 133.

die Deckungsvorschläge abzuwarten[3]. Schließlich war das aber nicht mehr möglich, da unsere Vorlagen noch durch den Reichsrat laufen müssen. Ohne zu großen Optimismus kann man aber hoffen, daß – und zwar vermutlich am kommenden Freitag –, die Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Grundzüge künftiger Wirtschafts-, Sozial- und Lohnpolitik erfolgen wird[4]. Die vorläufigen Formulierungen haben wir[5], und ich glaube, daß diese in der Öffentlichkeit einen guten Eindruck machen und – was natürlich viel wichtiger ist – auch von gewissen günstigen Folgewirkungen sein werden. Nur unter diesem Gesichtswinkel ist, wie gesagt, auch die Reichshilfe zu betrachten. Wer auf dem Standpunkt steht, daß das Preisniveau ganz allgemein zu hoch ist, konnte an solchen Maßnahmen nicht vorbeigehen. Selbstverständlich muß danach getrachtet werden, den Reallohn den Arbeitern, Angestellten und Beamten zu erhalten. Daneben sollen Pläne der Reichsregierung hinsichtlich der Beschaffungspolitik einhergehen. Gerade der Herr Reichskanzler bringt diesen Dingen bekanntlich ein ganz besonderes Interesse entgegen; nicht zuletzt übrigens auch der Herr Reichsarbeitsminister, der vermutlich eine sehr erhebliche zusätzliche Förderung des Baumarktes in Berlin erreichen wird. Jedenfalls glaube ich, daß Sie, sehr verehrer Herr Vizekanzler, nach Ihrer Rückkehr in diesen Dingen, die Ihnen ja auch besonders liegen, noch ein reiches Betätigungsfeld finden werden und mit Ihrer bekannten großen Sachkenntnis, Erfahrung und Energie dem Reiche wertvollste Dienste leisten können.

Was die parteipolitische Seite der Angelegenheit angeht, so darf man die etwas ungünstige Haltung der Presse nicht mit der Haltung des Reichstags verwechseln. Herr Minister *Moldenhauer* hat, wie er mir noch heute vormittag auf Anfrage erklärt hat, dauernd ziemlich enge Fühlung mit den maßgeblichen Herren der Volkspartei und hofft, daß dort kein Malheur passiert[6]. Der Herr Reichskanzler hat sich persönlich bemüht, auch mit den Herren Demokraten die Verbindung nicht abreißen zu lassen. Leider war Herr Abgeordneter *Meyer* kürzlich verreist, worauf dann der Herr Reichskanzler eine sehr eingehende Aussprache mit Herrn Abgeordneten *Koch-Weser* gehabt hat, die sehr harmonisch und zufriedenstellend verlaufen war. Da auch die übrigen im Kabinett vertretenen Parteien durch ihre Minister dauernd eingeschaltet waren, darf man annehmen, daß unter dem Zwange der Verhältnisse das Notprogramm der Reichsregierung in den nächsten

3 Vgl. Nr. 85 und die Ausführungen von *Curtius* während der Sitzung des Reichsausschusses der DVP am 3. 7. 1930: „Die Reichsregierung sollte ihrerseits mit dem Deckungsprogramm herauskommen. Gleichzeitig sollten die Unternehmer und Arbeitnehmer Hand in Hand vor dem Reichspräsidenten die neue Zentralarbeitsgemeinschaft gründen. Die Dinge waren schon so weit, daß uns im Reichskabinett das gemeinschaftliche Communiqué überreicht wurde, das am Tage darauf vor dem Reichspräsidenten von den beiden Parteien besiegelt werden sollte. Wir hätten der Öffentlichkeit sagen müssen: Wir sind noch nicht fertig, wartet noch drei Tage, erst dann können wir die Geschichte in Ordnung bringen, wenn wir alle diese gesetzgeberischen Pläne durchgesprochen haben. Trotzdem konnten wir, als am nächsten Tage die Aktion scheiterte, nicht länger zurückhalten, sondern mußten mit dem Deckungsprogramm herauskommen." BA R 45 II/32; Brüning S. 177.

4 Vgl. Nr. 86.

5 Nr. 87b und c und 80b.

6 Vgl. Nr. 85.

Wochen im Reichstag seine Erledigung finden wird. Persönlich möchte ich glauben, daß wir das viel erprobte Junktim nochmals werden bemühen müssen. Alles in allem werden es jedenfalls noch sehr heiße Arbeitswochen werden, ehe die politische Welt etwa Mitte Juli in Sommerurlaub gehen kann.

In der Hoffnung, Sie demnächst in Berlin wieder gesund und frisch wiedersehen zu dürfen, bin ich mit den verbindlichsten Wünschen für weitere gute Erholung und besten Empfehlungen, sehr verehrter Herr Vizekanzler,

Ihr ergebenster
gez.
Dr. *Pünder*

85.

Bericht Moldenhauers über die Entwicklung der Reichsfinanzen von Anfang Mai 1930 bis zur Verabschiedung des Finanzprogramms der Reichsregierung (Auszüge)

Nachlaß Moldenhauer 3. Lebenserinnerungen, Vom Mai bis zum Rücktritt S. 1–15.

Am 2. Mai brachte ich den Etat im Reichstag ein und hielt die übliche große Etatrede[1], die nicht nur die Verhältnisse im einzelnen klarlegte, [sondern] auch theoretische Ausführungen über die größere Konjunkturempfindlichkeit des Reichshaushalts gegen früher enthielt. Ich habe in dieser Rede ausdrücklich hervorgehoben, daß der Etat ausgeglichen sei. Es ist mir später dies zum großen Vorwurf gemacht worden, weil sich bald darauf herausstellte, daß sich tatsächlich ein Defizit ergeben würde. Meine Kritiker haben aber übersehen, daß ich wenige Seiten weiter auf die Sorgen hingewiesen habe, die die noch nicht zu überblikkende Entwicklung der Arbeitslosigkeit mache. Wir würden diese Entwicklung mit aller Sorgfalt beobachten und sofort handeln, wenn sich von dieser Seite her Schwierigkeiten für den Etat ergäben. Ich habe gleichzeitig angekündigt, daß die Sparsamkeit organisatorisch vorbereitet werden müsse. Drei Dinge erschienen mir hier besonders erforderlich: das Zusammenlegen von Verwaltungen, ein Pensionskürzungsgesetz und ein Gemeinde-Sperrgesetz, das dem Unfug der Gemeinden in ihren Besoldungen steuern und damit zur Sparsamkeit in den Gemeinden beitragen soll[t]e. Kurz vor meiner Rede hatte ich *Scholz* angerufen, um ihn auf diese drei Punkte aufmerksam zu machen. Er hatte sehr lebhafte Bedenken gegen das Pensionskürzungsgesetz und das Gemeinde-Sperrgesetz und behielt sich für die Fraktion die Stellungnahme vor[2]. Ich habe ihm erwidert, daß ich nicht ewig von kommenden Sparmaßnahmen sprechen könne, ohne sie im einzelnen darzulegen.

1 RT Bd. 427 S. 5013ff.

2 In der Fraktionssitzung der DVP am 2. 5. 1930 teilte *Scholz* mit, daß „*Moldenhauer* in seiner Etatrede leider auch Pensionskürzungen bei Doppelverdienern behandeln werde". *Morath* befürwortete daraufhin die Ablehnung von Pensionskürzungen, während sich *Thiel* gegen eine „vorzeitige Ablehnung" wandte. BA R 45 II/67.

Die Gesetze wären in Vorbereitung, das Kabinett habe sich grundsätzlich mit meinen Vorschlägen einverstanden erklärt.

Schon sehr bald nach der Etatrede lagen die Ziffern über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Monat April und über die Steuereinnahmen im gleichen Monat vor[3]. Der Monat April ist für die Beurteilung dieser Frage von der größten Bedeutung. In ihm weichen erfahrungsgemäß zum ersten Mal nach dem Winter die Ziffern der Arbeitslosigkeit stärker zurück. Das hängt mit der Wiederbeschäftigung in den Saisongewerben, insbesondere also dem Baugewerbe und der Landwirtschaft, zusammen. Es pflegt aber dann gleichzeitig auch eine stärkere Beschäftigung in den anderen Gewerben einzusetzen. Nun zeigte die Statistik, daß der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei weitem nicht in dem Maße im April eingetreten war, wie man erwartete. Ebenso wiesen die Steuereinnahmen – beides steht ja im Zusammenhang – stärkere Rückgänge auf. Wir haben uns sofort zusammengesetzt, um die Wirkung dieser Ereignisse auf den Etat festzustellen, und kamen zu dem Ergebnis, daß mit einem Mehrbetrag für das Reich und die Arbeitslosenversicherung von 750 Millionen zu rechnen sei[4]. Ich habe auch darüber in der Öffentlichkeit kein Hehl gemacht und bei der ersten Gelegenheit einer Ausschußsitzung, die sich mit dem Etat des Reichsfinanzministeriums beschäftigte, die Ziffern, die im Berliner Tageblatt schon mit einer Milliarde angegeben waren, offen dargelegt. Ich hatte ja von vornherein erklärt, daß ich über die finanziellen Verhältnisse rücksichtslose Offenheit beobachten wollte. Naturgemäß wirkte die Erklärung in der Öffentlichkeit sehr ungünstig. Man konnte es sich nicht vorstellen, daß nach den großen Kraftanstrengungen im April, nach der Erklärung, der Etat sei ausgeglichen, nun sich dies große Defizit zeigte. Man suchte für die seelische Erschütterung einen Sündenbock und fand ihn in dem unfähigen Finanzminister, der das alles hätte voraussehen müssen. Man hatte damals noch kein Verständnis dafür, in wie starkem Maße wir in die Weltwirtschaftskrise hineingerissen wurden und daß kein Finanzminister die Dinge im vollen Umfang hätte voraussehen können[5] [. . .]

Wenn ich in der Beurteilung der wirtschafts- und finanzpolitischen Situation damals etwas optimistisch gewesen bin, so habe ich diese Auffassung mit allen führenden Geldleuten geteilt[6]. Nach Annahme des Young-Plans erwartete man eine Beruhigung der politischen Situation und damit eine Belebung des Geschäfts. Deutschland war im ganzen Jahr 1929 vom ausländischen Kreditmarkt wegen der

---

3 Kabinettssitzungen am 7. 5. 1930 und 19. 5. 1930, BA R 43 I/1443. Danach hatte sich die Arbeitslosenzahl im April 1930 gegenüber dem April 1929 um 700 000 erhöht. Die Steuereingänge waren im Verlauf des gleichen Monats um 48 Millionen RM hinter den Vorausschätzungen zurückgeblieben. Am 6./7. 5. 1930 hatte der Vorstand des Deutschen und Preußischen Städtetages beschlossen, *Moldenhauer* die Notlage der Kommunen vor Augen zu führen, die sich aus den steigenden Kosten für die Wohlfahrtserwerbslosen ergab. Sitzungen des engeren Vorstandes des Deutschen und des Preußischen Städtetages am 6. und 7. 5. 1930, AVfK A (DST) 286.

4 Kabinettssitzung am 27. 5. 1930, BA R 43 I/1443. *Brüning* errechnete ein Gesamtdefizit von 900 Millionen RM, und zwar 736 Millionen Fehlbetrag im Etat, 50 Millionen Ausfall an der Beförderungssteuer und 120 Millionen Zuschußbedarf für die Reichsbahn.

5 Im folgenden nennt *Moldenhauer* einige Beispiele von Fehlprognosen, die in- und ausländischen Wirtschaftsfachleuten auch nach seinem Rücktritt unterlaufen seien.

6 Vgl. Brüning S. 172; Wandel S. 145 f.

Ungewißheit über die Annahme oder Ablehnung des Young-Plans abgeschnitten gewesen. Nun war mit dem Hineinströmen der Kreuger-Anleihe[7] im Mai–Juni zu rechnen und mit der Young-Anleihe[8], von der 400 Millionen Reichsbahn und Post erhalten sollten. Es war anzunehmen, daß sich der ausländische Geldmarkt auch für Wünsche der Gemeinden und der Wirtschaft wieder aufnahmefähiger zeigen würde. Damals war doch der Vertreter von Dillon-Read[9] bei mir, um über eine Fundierung der schwebenden Schuld der Gemeinden in Höhe von 800 Millionen zu verhandeln. In- und ausländische Bankiers, z. B. Mortimer *Schiff*, sprachen sich durchaus optimistisch aus. Auch der sehr vorsichtige *Schäffer* glaubte, mit einer Besserung rechnen zu können.

Sobald der Fehlbetrag feststand, waren wir uns darüber einig, daß für die sofortige Deckung gesorgt werden müsse[10]. Ließ man die Dinge bis zum Herbst, so hätten sich Deckungsmaßnahmen nur für ein halbes Jahr auswirken können, mußten also, um ihr Ziel zu erreichen, verdoppelt werden. Der Etat war noch nicht verabschiedet. Es wäre unverantwortlich gewesen, den Etat mit einem offensichtlich großen Defizit zu verabschieden. Wir hätten unseren Kredit, den wir mühsam wiederhergestellt hatten, auf das äußerste gefährdet. Es schien mir auch unmöglich, die einkommende Kreuger-Anleihe zur Deckung der laufenden Ausgaben zu benutzen. Wir hatten uns damals *Schacht* gegenüber verpflichtet, 450 Millionen schwebende Schuld zu tilgen[11]. Dieses Versprechen mußte erfüllt werden. Trotzdem stieß ich in der Fraktion mit diesem Vorschlag auf starken Widerspruch. *Becker*, der ehemalige hessische Finanzminister, erklärte sehr scharf, daß es eine unverantwortliche Finanzpolitik sei, auf Annahmen hin bereits eingreifende Maßnahmen zu treffen. Man solle bis zum Herbst warten und dann einen Nachtragsetat vorlegen. Auch *Cremer* äußerte sich ähnlich. Man ahnte, daß die Deckungsvorlage parteipolitisch Schwierigkeiten machen würde und wollte lieber die Verantwortung auf den Herbst verschieben. So kam ich auch in dieser Frage in einen Gegensatz zu maßgebenden Persönlichkeiten der Fraktion[12].

Wir haben uns im Finanzministerium naturgemäß sofort mit der Frage der Deckung beschäftigt[13]. Es wurde uns sehr bald klar, daß ohne eine Kürzung der

---

7 Der schwedische Finanzier hatte dem Deutschen Reich gegen Überlassung des Zündholzmonopols am 26. 10. 1929 eine 500-Millionen-RM-Anleihe gegeben. Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 982ff.; Schulthess 1929 S. 194.

8 Die Emission dieser mit der Annahme des Young-Plans verknüpften Anleihe erfolgte erst Mitte Juni 1930. Sie war ein Mißerfolg.

9 Das nordamerikanische Bankhaus Dillon-Read hatte der Reichsregierung Ende Dezember 1929 einen Überbrückungskredit eingeräumt. Maurer S. 102ff.

10 Die ersten Diskussionen über die Deckungsmöglichkeiten wurden im Kabinett am 27. 5. 1930 geführt. BA R 43 I/1443.

11 Anläßlich der Auseinandersetzungen über den amerikanischen Überbrückungskredit. Maurer S. 103f.

12 Sitzung der DVP-Fraktion am 27. 5. 1930, BA R 45 II/67. In einer Parteiführerbesprechung am 8. 5. 1930 hatte sich u. a. *Cremer* noch für über die Regierungsvorschläge hinausgehende Kürzungen ausgesprochen.

13 Die Beratungen im Reichsfinanzministerium waren am 24. 5. 1930 so weit gediehen, daß *Schäffer* *Brüning* detaillierte Vorschläge machen konnte. Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. vom 24. 5. 1930.

Beamtengehälter die Deckung nicht zu erreichen sei, wenn man neue Steuern auf die Produktion vermeiden wollte. *Zarden* hatte diese Auffassung seit Januar vertreten, während *Schäffer* und ich den Gedanken so lange zurückwiesen, als es eben vermeidbar war, den bedenklichen Schritt zu tun. Nun sahen wir ein, daß wohl kein Ausweichen war.

Wenn ich mich entschloß, in der Frage zuzustimmen, so bestimmte mich schließlich noch ein anderer Vorgang. *Raumer* teilte mir damals mit, daß er eine Besprechung mit den Führern der Gewerkschaften, insbesondere mit *Leipart,* gehabt und diesem erklärt habe, die Wirtschaft könne nur gerettet werden, wenn Löhne und Preise gesenkt würden. Man wolle eine Verständigung miteinander treffen, daß die Arbeitnehmer sich mit der Senkung der Löhne einverstanden erklärten, wenn die Arbeitgeber ihrerseits entsprechend die Preise senkten[14]. Nur wenn beide Parteien gemeinsam diese große Aufgabe angriffen, könne sie gelöst werden. Dann sei aber auch bei Senkung der Preise viel leichter, den Beamten die Notwendigkeit der Gehaltskürzung klar zu machen, weil die Kaufkraft ihrer Gehälter dann nicht oder nur unmerklich berührt werde. Später hat der kluge Hans [*v. Raumer]* einmal behauptet, daß der Gedanke, wie alle gescheiten in den letzten 25 Jahren, von ihm ausgegangen sei. Auch *Brüning* und *Stegerwald* griffen diesen Gedanken bereitwillig auf. Damals wurde für die Gruppe Nord-West der Oeynhauser Schiedsspruch erklärt[15], der auf diesem Gedanken beruhte: Senkung der Löhne bei gleichzeitiger Senkung der Preise. Bei den Besprechungen mit *Brüning* und *Stegerwald* gelang mir das Zugeständnis, daß wichtige Schiedssprüche ohne meine Zustimmung nicht für verbindlich erklärt werden sollten[16]. Schließlich liefen die Dinge so, daß man nach Abschluß der Vorbesprechungen eine feierliche Sitzung beim Reichspräsidenten veranstalten wollte. Es sollten Arbeitgeber und Gewerkschaften die Erklärungen abgeben, die der Reichspräsident dankbar entgegennahm und dann der Appell an die übrigen Bevölkerungsschichten, insbesondere an die Beamten, gerichtet werden. Damit wäre die psychologische Vorbereitung für die Kürzung der Beamtengehälter erfolgt.

Ich fuhr in der zweiten Maihälfte für zwei Tage nach Köln. [. . .][17] Als ich Montag früh [3. 6. 1930] nach Berlin zurückkehrte, hörte ich, daß bereits um ½1 Uhr die feierliche Sitzung beim Reichspräsidenten stattfinden sollte. An ihr sollten auch der Kanzler, *Stegerwald* und ich teilnehmen. Da damit nach außen hin meine Einwilligung in die Kürzung der Beamtengehälter zutage trat, hielt ich es für erwünscht, mit *Scholz* Fühlung zu nehmen, mit dem ich über diese Frage, solange sie noch im Stadium der ersten Erwägung war, nicht gesprochen hatte. Ich rief ihn an; er bat mich, doch ihn im Reichstag aufzusuchen. Ich hatte sehr wenig Zeit, weil ich um ½12 Uhr schon zu *Brüning* bestellt war, und fuhr schnell hin. Hier sagte mir *Scholz,* daß er von *Raumer* über alles unterrichtet sei und den Schritt in jeder Weise billige. Er habe ja schon im März zum Ausdruck gebracht, daß ihm

14 Vgl. Nr. 79 und 87a.

15 Dazu Nr. 77, Anm. 4.

16 Das teilte *Moldenhauer* auch dem Fraktionsvorstand der DVP am 4. 6. 1930 mit. BA R 45 II/66.

17 Im ausgelassenen Absatz berichtet *Moldenhauer* über seine Reden vor Parteigremien und an der Universität Köln.

eine Kürzung der Beamtengehälter lieber sei als das sogenannte Notopfer[18]. Ich war außerordentlich beruhigt, als ich *Scholz* auf meiner Seite fand, und fuhr damit zum Kanzler. Wir warteten hier auf das Ergebnis der letzten Besprechungen zwischen den feindlichen Brüdern. Aber die Dinge zerplatzten. Gewerkschaften und Arbeitgeber konnten sich nicht finden. Wenn ich mich recht erinnere, kam die Störung zuerst von einigen sturen Arbeitgebern. Als man die dann zurechtgeritten hatte, waren die Gewerkschaften verprellt, bei denen sich nun auch der Widerstand versteifte. So wurde die Besprechung beim Reichspräsidenten abgesagt. Man hoffte noch, sie in einigen Tagen nachholen zu können. Aber tatsächlich kam die Verständigung nicht zustande.

Andererseits mußten wir handeln. Pfingsten stand vor der Türe. Bis zum 1. Juni mußten die neuen Vorschläge durch Reichsrat und Reichstag hindurch. So fand denn am Dienstag die erste Kabinettssitzung statt, in der ich meine Vorschläge vorbrachte[19]. Wir waren uns im Reichsfinanzministerium darüber einig geworden, keine Gehaltskürzung als solche vorzunehmen, weil über die Verfassungsmäßigkeit Zweifel bestanden und weil eine Kürzung bei den Beamten der Länder und Gemeinden und bei der Reichsbahn und Post keine Entlastung für das Reich gebracht hätte. Dann hätte erst wieder der Finanzausgleich, der gerade vom Reichsrat verabschiedet war, geändert werden müssen. Wir kamen deshalb zu der Auffassung, daß es praktischer sei, die Gehaltskürzung in Form einer Abgabe zu erheben, für die ich den schönen Namen „Reichshilfe" erfand, und diese Abgabe in Höhe von 2½% auch von den Angestellten mit einem über 8400 RM hinausgehenden Gehalt zu erheben, weil diese sich in einer ähnlichen Position wie die Beamten befänden, für die Beamten aber das Opfer leichter würde, wenn sie sähen, daß auch die hoch bezahlten Angestellten, Bankdirektoren usw. das gleiche Opfer brächten. Dazu kamen Vorschläge einer Ledigensteuer – *Pfeffer* hatte mich zuerst auf diesen Gedanken gebracht –, einer kleinen Erhöhung der Tabaksteuer, und ferner wollte ich dem Kabinett die Salzsteuer vorschlagen, die nicht stärker empfunden wird, aber doch 60 Millionen bringt. Bei den Beratungen im Kabinett wurde die Salzsteuer, auch die Besteuerung etwa des Rundfunkgerätes und ähnliche Vorschläge abgelehnt. Man nahm die Ledigensteuer an. Auf Vorschlag von *v. Guérard* wurde in die Reichshilfe auch die Aufsichtsratstantieme einbezogen, und auf Vorschlag des Kanzlers wurde, um den Ausfall an der Salzsteuer und anderen Vorschlägen zu decken, die Reichshilfe auf vier Prozent erhöht. *Stegerwald* erklärte, daß die Arbeitslosenversicherung nur dann aufrechterhalten werden könne, wenn die Beiträge um zwei Prozent erhöht würden. Außerdem erklärte er sich mit bestimmten Reformvorschlägen einverstanden. Ich habe erwidert, daß ich dieser Beitragserhöhung nur zustimmen könne, wenn die Reform der Krankenversicherung komme und diese dieselbe Entlastung bringe wie auf der anderen Seite die Mehrbelastung der Arbeitslosenversicherung. Ich hoffte, daß, wenn die Arbeitslosigkeit zurückginge, die Beiträge wieder auf den alten Stand kämen, während die Entlastung in der Krankenversicherung bliebe. So wurde

18 Die Schilderung *Moldenhauers* ist in dieser Passage unklar. Tatsächlich verhandelte die Regierung mit den Interessengruppen über die Einführung eines zeitlich befristeten Notopfers und nicht über eine ordnungsgemäße Gehaltskürzung.

19 Kabinettssitzung am 3. 6. 1930, BA R 43 I/1444; Brüning S. 172ff.

auch beschlossen. Wir vereinbarten, über die Einzelheiten bis zur Kabinettssitzung am Donnerstag Stillschweigen zu beobachten. Bis dahin sollten die Gesetzentwürfe im einzelnen ausgearbeitet sein.

Am folgenden Morgen fand im Reichstag in meinem Zimmer eine Besprechung mit dem Fraktionsvorstand unter dem Vorsitz von *Scholz* statt[20]. Ich habe hier zunächst erklärt, daß ich das Pensionskürzungsgesetz zurückzöge, weil ich in der Gegenwart den Beamten schon so viel zumuten müsse, daß ich die Situation nicht noch mehr verschärfen wolle. Ich könne aber an der Kürzung der Beamtengehälter nunmehr nicht mehr vorbeikommen. *Scholz* erklärte, daß er ja grundsätzlich sich schon früher damit abgefunden habe, daß eine solche Kürzung aber nur [dann] für die Partei tragbar sei, wenn sie im Rahmen eines großen Programms der Ersparnisse erscheine, wenn insbesondere auch Löhne und Preise gesenkt würden[21]. Er gab an, daß das nicht auf gesetzlichen Wegen geschehen könne, wohl aber durch die Praxis des Schlichtungsverfahrens. Er würde einen ernsten Willen der Regierung nach dieser Richtung hin erblicken, wenn der Oeynhauser Schiedsspruch für verbindlich erklärt werde. Er begrüßte es außerordentlich, daß ich in Zukunft auf die Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche Einfluß haben würde[22]. Es sei das ein großer Erfolg der Deutschen Volkspartei. Auch die anderen äußerten sich in ähnlichem Sinne bis auf *Morath*, der sehr scharf widersprach. Aber damit hatte ich gerechnet. Ich stand jedenfalls so stark unter dem Eindruck, daß der Fraktionsvorstand einverstanden sei, daß ich unmittelbar darauf im Kaiserhof zu *Curtius* hinging und sagte, ich käme eben aus der Fraktionsvorstandssitzung. Der Fraktionsvorstand habe sich mit der Kürzung der Beamtengehälter einverstanden erklärt. Dasselbe sagte ich auch dem Reichskanzler. Später hat *Scholz* diese Darstellung entschieden bestritten und behauptet, der Vorstand habe mich dringend gewarnt. Von den Teilnehmern ist zum Teil dasselbe behauptet worden, so von *Morath* und denjenigen, die die Verantwortung abschütteln wollten. Nur *Thiel* ist so ehrlich gewesen, immer zu erklären, daß ich mit meiner Behauptung recht gehabt habe. Ich habe mit *Scholz* die Beobachtungen häufiger machen müssen, daß er sich etwas gewunden ausdrückt und nachher seine Worte so auslegt, wie sie in die Situation, die sich später ergibt, passen. Das ist nicht böser Wille, sondern das ist ein Lebensopportunismus, der mit der wechselnden Lage der Dinge auch eine andere Anschauung gewinnt. Ich würde auch nicht von den Worten von *Scholz* so stark beeindruckt gewesen sein, wenn er nicht eben tags zuvor mir dasselbe gesagt hätte.

In der Kabinettssitzung am Donnerstag wurden dann die entsprechenden Gesetzentwürfe verabschiedet[23]. Da es bis spät in die Nacht dauerte, war es nicht mehr möglich, in einer großen Zusammenfassung die leitenden Gedanken herauszuschälen, und leider machte *Zechlin*, der in der Nacht noch die Presse unterrichtete,

---

20 Sitzung des Fraktionsvorstandes der DVP am 4. 6. 1930, BA R 45 II/66.

21 Im Protokoll heißt es: „*Scholz* legte nochmals allgemein den Standpunkt der Fraktion dar, der im wesentlichen dem des Finanzministers entspricht. Eine ganz einseitige Belastung nur der Beamten und der Festbesoldeten würde die Billigung der Fraktion nicht erfahren." BA R 45 II/66.

22 Die betreffende Passage im Protokoll vom 4. 6. 1930: „*Scholz* kommt nochmals auf die Verbindlichkeitserklärung zurück, die er gerne von dem gesamten Kabinett getroffen wissen will."

23 Kabinettssitzung am 5. 6. 1930, BA R 43 I/1444.

einen sehr großen Fehler, indem er behauptete, bei den Angestellten würden vier Prozent von der Einkommensteuer berechnet, statt von dem Einkommen selbst.

Am anderen Tage, dem Freitag [6. 6. 1930], äußerten sich die Morgenblätter noch zurückhaltend, weil erst in der Nacht die Vorlagen bekanntgegeben wurden. Ich selbst hatte nachmittags die große Pressebesprechung[24]. Ich hörte, daß schon die Besprechung morgens bei *Stegerwald* stürmisch gewesen war, nachdem die Redakteure festgestellt hatten, daß sie sich in einem Irrtum über die ihnen zugemutete Kürzung befunden hatten. Ich versuchte, in eineinhalbstündiger Rede die Grundgedanken der Vorlage klar zu machen: Ersparnisse unter Schonung der Produktion, Sanierung der Kasse als wichtigste Voraussetzung für ein weiteres gedeihliches Arbeiten. Aber ich stieß auf sehr heftigen Widerspruch. Mir wurde eins klar: daß die Ausdehnung der Reichshilfe auf die Angestellten und damit die Redakteure ein großer Fehler gewesen war. Die Beamten trugen die Kürzung nicht leichter, während die Presse, deren Federführer ja jeder einzelne getroffen war, einmütig gegen mich Stellung nahmen. So prasselten denn von allen Seiten die wildesten Angriffe auf mich nieder. Die Zentrumspresse, auch die demokratische, hielt sich noch einen Augenblick zurück, um das Kabinett zu schonen. Als aber die Presse der Deutschen Volkspartei, allen voran die Kölnische Zeitung, keine Zurückhaltung übte, empfand sie nicht die Notwendigkeit, nun ausgerechnet mich zu schonen, der von der eigenen Presse so schonungslos behandelt wurde. [. . .][25].

Den dritten Pfingsttag [10. 6. 1930] hatte ich mir als halben Ruhetag vorgesehen. Aber es kam anders. Vormittags um ½ 12 Uhr rief *Luther* aus Paris an, die Verhandlungen über die Young-Anleihe seien nun einigermaßen zum Abschluß gekommen. Aber es werde eine Provision von vier Prozent verlangt, die ihm übermäßig hoch erschiene. Es gäbe drei Möglichkeiten: entweder abzulehnen oder anzunehmen oder mit Protest anzunehmen. Ich schlug die letztere Möglichkeit aus und erklärte ihm, daß der Kanzler verreist sei und erst Freitag wiederkäme. Er möchte den anderen sagen, daß ich mich erst am Freitag zu den Vorschlägen äußern könne. Ich bat dann nachmittags die führenden Bankiers zu mir und erörterte mit ihnen die Frage. Sie waren der Ansicht, daß die Vorschläge im großen und ganzen akzeptabel seien. Bei einer Hinauszögerung sei die Durchführung der Young-Anleihe in Frage gestellt, weil nach dem 1. Juli solche Transaktionen nicht mehr möglich seien. Vier Prozent sei etwas hoch. Wenn sich Erleichterungen erzielen ließen, solle man das begrüßen, aber an dieser Frage solle man den Abschluß nicht scheitern lassen. Um 5 Uhr rief mich dann *Luther* an und teilte mir mit, die Franzosen hätten aus sich erklärt, daß man die Bedingungen mildern müsse. Er habe infolgedessen meine Erklärung, ich müßte bis Freitag warten, noch nicht mitgeteilt. Sie würden am Abend weiter verhandeln.

---

24 *Schäffer* notierte am 6. 6. 1930 in sein Tagebuch: „Pressekonferenz über Deckungsprogramm. Sichtliche Beunruhigung der Redakteure über ihre persönlichen Bezüge. Angebliche Schädigung der Umsatzsteuer und sonstiger Steuereingänge. Skepsis, ob dadurch die ganze Arbeitslosenfrage erledigt sein wird und ob die Beiträge nicht höher steigen werden. Neigung einzelner, wie *Baumgarten*, die Fehlbeträge durch Anleihen zu decken." Nachlaß Schäffer ED 93; vgl. Brüning S. 173.

25 Im ausgelassenen Absatz geht *Moldenhauer* auf einzelne Beispiele von Pressekritik aus den Reihen der Volkspartei und auf die Situation in der Partei ein. Zum Autoritätsverlust *Moldenhauers* Pünder S. 52f.

Am Abend, etwa um ½ 12, kamen *Schäffer, Dreyse* und der Bankdirektor *Hülse,* unser Vertreter bei der BIZ[26], zu mir. Wir haben dann von ½ 12 bis gegen 1 Uhr dauernd mit Paris gesprochen, bis schließlich *Luther* mir um 1 Uhr nachts am Telefon sagte, daß nunmehr die deutsche Vertretung in Paris einmütig der Meinung sei, die Vorschläge anzunehmen. Es war bei vier Prozent für Amerika geblieben, dagegen der Prozentsatz für die europäischen Tranchen herabgesetzt worden. Ich habe ihm dann am Telefon erklärt, daß ich ihn bäte, den Herren mitzuteilen, ich nähme ihre Bedingungen an. Damit hatte ich die größte Anleihe, über 1200 Millionen, abgeschlossen, die, von den Kriegsanleihen abgesehen, bei denen ja eine Zeichnung, nicht ein einzelner Abschluß erfolgte, ein deutscher Finanzminister bisher aufgenommen hatte[27]. Wir tranken noch ein Glas Sekt. Dann ging ich zu Bett, um noch einmal von *Luther* angerufen zu werden, der mir sagte, es müßte noch in der Nacht unterzeichnet werden. Ich erklärte ihm, nunmehr schliefe alles. Ich könnte die Menschen nicht mehr zusammentrommeln. Es genüge vollkommen, wenn ich am nächsten Morgen mit dem Datum des dritten Pfingsttages unterzeichnete. Damit war er schließlich einverstanden. Ich rief noch das Auswärtige Amt an, um die nötigen Instruktionen zu geben, und versuchte um 2 Uhr einzuschlafen. Am anderen Morgen ist dann die Unterzeichnung erfolgt.

26 Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich war durch den Young-Plan geschaffen worden und hatte ihren Sitz in Basel. Sie trat an die Stelle des Reparationsagenten, nahm die Transferierung und Verteilung der Reparationszahlungen vor und war auch für die Durchführung der Young-Anleihe zuständig.

27 Zur Bedeutung der großen Auslandsanleihen für die Finanzpolitik der Regierung *Brüning* Schulz S. 547.

86.

13. 6. 1930: Niederschrift über eine gemeinsame Sitzung der Vorstände des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (Auszüge)

BL RDI 62/10.3b. Durchschlag. Handschriftliche Korrekturen und Unterstreichungen. Überschrift: „Gemeinschaftliche Sitzung der Vorstände des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Freitag, den 13. Juni 1930, nachmittags 4 Uhr in Berlin im Hotel ‚Adlon'[1]". Paraphe Duisbergs.

Vorsitzender Herr Frowein: Ich eröffne die gemeinschaftliche Vorstandssitzung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und erteile Herrn Dr. *Pietrkowski* das Wort.

Herr Dr. Pietrkowski: Meine sehr verehrten Herren! Ich habe es übernommen, Ihnen über den Fortgang der Verhandlungen, über die Sie durch mein erstes Referat am Dienstag voriger Woche unterrichtet worden sind[2], zu referieren.

1 Kürzere Niederschriften über diese Sitzung verfaßten *Meynen,* Nachlaß Silverberg 457, und *Blank,* HA/GHH 400101293/10b, vgl. Wengst S. 107f.

2 Nr. 79.

Es ist von Ihnen, meine Herren, der Wunsch geäußert worden, daß die Erklärungen, die wir formuliert hätten für die Unternehmerseite, nach den Gesichtspunkten, die hier in der Debatte aufgestellt worden sind, umgearbeitet werden und versucht werden sollte, möglichst eine gemeinsame Erklärung von beiden Seiten herbeizuführen. Dieser Aufgabe hat sich eine Redaktionskommission unterzogen[3], und dieser von uns hergestellte Entwurf hat dann in einer Sitzung bei der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die uneingeschränkte Zustimmung der dort anwesenden Herren gefunden, mit kleinen Einschränkungen, die, ohne den Gedankengang und die Form dieses, wie uns allen schien, sehr geglückten Entwurfs zu beeinträchtigen, akzeptiert werden konnten[4]. Ich möchte Ihnen doch, meine Herren, diesen Entwurf vorlesen, wiewohl sonst alle Entwürfe durch den Gang der Ereignisse etwas überholt worden sind. Wir sagten in diesem Entwurf:

[. . .][5]

Dieser, meine Herren, wie Sie nach der Fassung sehen, als gemeinsame Erklärung aufgestellte Entwurf ist dann den Gewerkschaften in einer Besprechung unterbreitet worden[6]. Die Herren sahen ihn durch, und wir hatten sichtlich den Eindruck, daß diese Fassung mit der Hervorhebung der Belastung der Produktionskosten in erster Linie durch die öffentlichen Ausgaben und mit der Anerkenntnis, daß uns an einer Lohnsenkung nichts gelegen ist, wenn nicht gleichzeitig die Kaufkraft der großen Masse erhalten und für die Folge noch weiter gesteigert wird, einen außerordentlichen Eindruck auf diese Herren gemacht hat. Trotzdem erklärten sie, daß sie im Augenblick natürlich nicht in der Lage wären, sich dazu zu äußern, sie müßten die Dinge in Ruhe erst einmal sich überlegen, auf den ersten Blick schienen ihnen eine ganze Menge Gedankengänge durchaus sympathisch und klar zu sein und so zu sein, daß beide Teile sie unterzeichnen könnten, aber auf der anderen Seite sähen sie gegenüber unserem ersten Entwurf doch einige Rückschritte. Auf unsere Bitte, uns diese Rückschritte zu erklären, konnten sie detaillierte Angaben nicht machen.

In dieser Unterhaltung haben die Herren aber nicht verschwiegen, daß sich die ganze Situation auch für sie außerordentlich verschoben hätte, erstens einmal durch die starke Pressekampagne, die eingesetzt hat mit allen möglichen Indiskretionen, und außerdem durch die Veröffentlichung des Finanzprogramms der Reichsregierung, das das Notopfer bereits vorwegnahm[7]. Sie machten kein Hehl daraus, daß sie mindestens solche Schwierigkeiten zu überwinden hätten wie wir in unserem Lager, um eine einheitliche Erklärung herbeizuführen. Das ist auch erklärlich, wenn man sich vorstellt, daß die Angestellten-Vertreter, auf der einen Seite die qualifizierten Arbeiter, die ungelernten auf der anderen Seite, sehr verschiedene Interessen in dieser Frage zu verfechten hatten. Sie zogen sich eben zurück mit der Zusage, in einiger Zeit wieder mit uns zusammenzukommen, was

3 Vgl. Nr. 80a, 80b und 81.

4 Vgl. Nr. 80a.

5 Verlesung von Nr. 80b.

6 Zum folgenden Nr. 87a.

7 Veröffentlichung am 5. 6. 1930. Schulthess 1930 S. 133.

an einem bestimmten Tage geschehen sollte. Das war heute. Sie erschienen heute mit einer Erklärung[8], die offensichtlich bemüht war, einen großen Teil unseres Entwurfs zu übernehmen, aber auf der anderen Seite doch all den verschiedenen Interessen und Wünschen ihrer Anhängerschaft und auch den Pressekritiken Rechnung zu tragen. Diese Erklärung war derartig gefaßt und hat positiv als Motivierung für die heutige Notlage und die Arbeitslosigkeit Dinge hervorgehoben, die so diametral unserer Auffassung entgegengesetzt sind, daß wir von vornherein erklären mußten, daß diese Erklärung als eine gemeinsame Erklärung für uns überhaupt nicht in Frage kommen könne. Ich möchte bloß einige Punkte daraus hervorheben. In dieser Erklärung war z. B. das Notopfer, wenn auch einkalkuliert, nicht als ein beschränktes Notopfer der in gesicherter Stellung Befindlichen, sondern als ein allgemeines Notopfer gedacht, das alle trifft, die unter der Arbeitslosigkeit nicht leiden, – also ein sehr verschwommener Begriff, der die Möglichkeit vorsah, jedes Vermögen und jedes Einkommen besonders heranzuziehen, also ein allgemeines Notopfer einzuführen, das wir auf das schärfste bekämpfen.

Dann haben sie in dieser Erklärung die völlige Aufrechterhaltung nicht nur der Sozialversicherung, sondern aller sozialen Aufgaben verlangt. Sie haben dann weiter vor allen Dingen hervorgehoben, daß die Kontrolle der öffentlichen Wirtschaft, soweit die Aufnahme fremden Kapitals in Frage kommt, in Wegfall kommen müsse, weil von dieser Seite sie sich die stärkste Ankurbelung der Wirtschaft und eine Wiederbelebung des Arbeitsmarktes versprechen. Sie haben dann auch noch einen Passus eingefügt, der ziemlich klar eigentlich erkennen läßt, daß die Senkung der Preise eine Vorleistung sein müsse, daß eine Senkung der Löhne nur in Frage komme, soweit die Preise eben gesenkt würden.

Wir berieten nun, was geschehen soll. Wir versuchten, auf unseren ersten Gedanken zurückzukommen, nämlich bei einem gemeinsamen Ziel doch einen Teil der Wege zur Lösung der Schwierigkeiten als gemeinsam zu erklären und die differenten Auffassungen, die wir haben, ruhig nebeneinanderzustellen. Wir äußerten den Wunsch, es sollte unsere Erklärung, wie ich sie eben vorgelesen habe, als die Arbeitgeber-Erklärung gelten, und es sollte die Erklärung, die sie uns auf unseren ersten Entwurf abgegeben hatten[9], als Gewerkschafts-Erklärung danebengesetzt werden. Das lehnten sie nun wieder strikte ab, weil diese kurze Erklärung, die sie damals abgegeben hatten, für den damaligen Augenblick abgegeben war unter dem weiteren Aspekt, daß die Brücke für diese Erklärungen schließlich in der Person des Herrn Reichspräsidenten gefunden werden sollte, daß die Voraussetzung nicht mehr vorliege, daß sich überhaupt die ganze Situation politisch durch die Veröffentlichung der Regierung außerordentlich verschoben hätte, ebenso durch die große Aktion, die die Presse in dieser Frage unternommen habe. Und sie sagten, sie könnten von der Erklärung, die sie heute abgegeben hätten, überhaupt nicht abgehen, das wäre diejenige Erklärung, auf die sich alle Spitzenverbände der Gewerkschaften geeinigt hätten.

8 Nr. 87d.

9 Nr. 87c.

Ich muß noch ergänzend nachtragen, daß wir vor der heutigen Erklärung von den Christlichen[10] einen Entwurf bekommen hatten[11], der eigentlich im wesentlichen unsere zweite Erklärung annahm mit kleinen Änderungen, die man zur Not hätte tolerieren können, die jedenfalls keine grundsätzlichen Änderungen darstellten. Inzwischen hatten also offenbar die Christlichen sich dem – na, ich will nicht sagen: Diktat, aber jedenfalls den Ausführungen der Freien[12] und der Hirsch-Dunckerschen[13] gefügt und haben sich mit ihnen auf diese Erklärung, die ich eben skizziert habe, geeinigt, die uns ein gemeinsames Vorgehen nicht mehr möglich erscheinen läßt.

Also sie verlangen, daß wir, wenn wir eine gemeinsame Erklärung abgeben sollen, unsere erste Erklärung[14] publizieren und sie ihre heutige. Das ist natürlich undenkbar, weil, wenn wir unseren zweiten Entwurf ihrem heutigen entgegensetzen, es nicht ausbleiben könnte, daß bei der Erwähnung bestimmter Ursachen, die für unser Urteil und unsere Überzeugung absolut nicht in Frage kommen, wir in unserem Entwurf noch einmal dazu Stellung nehmen, und dadurch würde das Gegenteil von dem herauskommen, was wir eigentlich angestrebt hatten, statt einer gemeinsamen Aktion eine ganz unfruchtbare Diskussion über grundsätzliche und weltanschauliche Fragen. Es war nun bei dieser Situation zu überlegen, was zu tun ist. Wir sahen keine Lösung, wenigstens keine Lösung, die dahin führt, daß irgendein gemeinsames Programm von unserer und der Arbeitnehmerseite veröffentlicht werden konnte. Auf der anderen Seite aber konstatierten wir die absolute Bereitschaft der Gewerkschaften, auch weiter positiv an der Überwindung der Schwierigkeiten, und zwar durch gemeinsame Überlegungen aktueller Probleme, aktueller Maßnahmen zur Behebung der Not mit uns zusammenzuarbeiten. Wir haben dann lediglich überlegt, wie wir der Öffentlichkeit gegenüber den Ausgang dieser wochenlangen Unterhaltungen motivieren sollten. Es kam dann in einer kleinen Redaktionskommission eine Notiz zustande, die folgendermaßen lautet:

Die Vertreter der Spitzengewerkschaften, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände haben in den Besprechungen der letzten Wochen, ausgehend von der schweren Krisis der Wirtschaft und insbesondere der hohen Zahl der Arbeitslosen, die Fragen der dauernden Sanierung unserer öffentlichen Finanzen, der Selbstkostengestaltung der Wirtschaft, der Preisbildung und der Möglichkeit der Hebung des Absatzes und damit der Produktion und der Wiedereinstellung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß behandelt.

Ungeachtet der selbstverständlichen Verschiedenheit der Standpunkte sind sie zu der Überzeugung gekommen, daß weitere Besprechungen der einzelnen praktischen Fragen zu einer Verständigung über positive Maßnahmen zu nützlichen

10 Die Vertreter des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Zu ihrer Haltung Nr. 98.

11 Dieser Entwurf wurde nicht aufgefunden.

12 Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB).

13 Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

14 Nr. 87b.

Ergebnissen für unser Volk führen können. Die Besprechungen werden fortgesetzt[15].

Das ist alles, was in der Zwischenzeit geschehen ist.

Vorsitzender Herr Frowein: Meine Herren! Gestatten Sie mir, daß ich nur ganz wenige Worte hinzufüge. Zunächst möchte ich nochmals den Dank, den ich neulich schon den Herren, die diese Verhandlungen entriert und geführt haben, wiederholen. Sie alle wissen, daß ich in der vorigen Sitzung schon für den Gedanken und für die Vorschläge, die die Herren uns gemacht haben, eingetreten bin. Ich bin auch heute noch der Meinung, daß, wenn wir am Dienstag der vorigen Woche uns hätten verständigen können, wir dann einen sehr erheblichen moralischen Erfolg auch in der Öffentlichkeit erzielt hätten und daß wir die Gewerkschaften auf Sätze festgelegt hätten, auf die sie heute nicht mehr festzulegen waren. Ich will mich darüber jetzt nicht weiter verbreiten, möchte aber noch einmal ausdrücklich wiederholen, und zwar aus einem Grunde, den ich auch gleich sagen werde, daß ich das Scheitern der Aktion in der ursprünglichen Form bedaure, daß ich der Meinung bin, daß die Herren, die für uns verhandelt haben, auf dem richtigen Wege waren.

Nun unterstreiche ich das vor allem deshalb, weil ich heute zum ersten und einzigen Male an den Besprechungen mit den Gewerkschaften teilgenommen habe, und nun allerdings, vielleicht deswegen gerade, weil ich an den ersten Besprechungen nicht teilgenommen hatte, zu der Überzeugung kam, daß man auf dem Wege, den die Gewerkschaften nun jetzt gehen wollten, mit den Gewerkschaften einfach nicht mehr weiter gehen konnte. Herr Dr. *Pietrkowski* hat Ihnen ja eben vorgetragen, daß das, was die Gewerkschaften uns heute als gleichzeitige Erklärung vorlegten, so war, daß es in einer ganz großen Zahl von Punkten überhaupt gar nicht von uns unwidersprochen bleiben konnte. Wir hätten ausdrücklich erklären müssen – und es wäre auch zweifellos eine Polemik darüber losgegangen – daß wir grundsätzlich anderer Ansicht sind, daß wir zum Teil da Wirkungen sehen, wo die Gewerkschaften Ursachen sehen usw. usw. Ich hatte ebenso wie die Herren selbstverständlich den lebhaftesten Wunsch, daß diese Aktion nun zu einem Ergebnis kam, das auf der einen Seite die Möglichkeit bietet, daß wir uns mit den Führern der Gewerkschaften auch weiterhin unterhalten, und zwar natürlich unter Ausschluß der Presse, und auf der anderen Seite nach außen diesen Verhandlungen einen erträglichen Abschluß gibt, denn die Presse hat sich nunmehr seit 14 Tagen oder wie lange unausgesetzt mit diesen Verhandlungen, mit dem Ergebnis dieser Verhandlungen beschäftigt.

Ich persönlich halte das, was heute morgen festgelegt worden ist, was Herr Dr. *Pietrkowski* Ihnen eben vorgetragen hat, als eine glückliche Beendigung dieses Stadiums der Verhandlungen. Persönlich hatte ich den Eindruck, daß die anwesenden Führer der Gewerkschaften auch durchaus zufrieden waren. Die ganzen Verhandlungen wurden überhaupt in ganz einwandfreier Weise ganz ruhig und sachlich und ohne jede Erregung geführt. Aber es stellte sich auch heute morgen wieder heraus, wie verschieden die Auffassungen über die Tatbestände

15 Abgedruckt in Schulthess 1930 S. 137; Geschäftliche Mitteilungen des RDI 1930 Nr. 15 S. 147.

waren, so daß man zunächst einmal feststellen muß, welche Tatbestände überhaupt vorhanden sind. Ich habe persönlich die Überzeugung, daß diese weiteren Besprechungen, die wir mit den Gewerkschaften führen wollen, für die ein Programm aufgestellt wird und die ausdrücklich nicht in der Öffentlichkeit geführt werden sollen, sondern nur dazu dienen sollen, daß man sich einmal darüber unterhält: wie sind die Dinge in Wirklichkeit? wie seht Ihr sie? wie sehen wir sie? lassen sich objektive Feststellungen machen, wie sie nun in Wirklichkeit sind? – Ich halte die Fortführung derartiger Verhandlungen für durchaus nützlich.

Ich würde Ihnen also empfehlen, daß Sie dem zustimmen, daß heute sowohl von uns wie von den Gewerkschaften der Presse, und zwar für die Zeitungen morgen früh, diese Erklärung übergeben wird. Es ist selbstverständlich, daß wir auch der Reichsregierung, und zwar mit den Gewerkschaften zusammen, von dem Ergebnis dieser Verhandlungen Mitteilung machen.

Darf ich um Wortmeldungen bitten!

Herr Schmidt: Ich wollte mir nur die Frage erlauben: wie soll es denn nun weitergehen? Wir geben jetzt dieses Kommuniqué der Presse. Was soll nun geschehen?

Vorsitzender Herr Frowein: Sie meinen in unseren Beziehungen zu den Gewerkschaften? (**Herr Schmidt**: Ja, überhaupt die Verhandlungen!) Oder meinen Sie in der Wirtschaft? (**Herr Schmidt**: Wie die Verhandlungen mit den Gewerkschaften weiter gehen sollen? Auf welches Ziel wird nun losgegangen? Wie soll sich etwas praktisch auswirken?) – Herr *v. Raumer* wird auf die Frage antworten.

Herr Reichsminister a.D. v. Raumer: Meine Herren! Dasjenige, was wir zunächst einmal wollten, nämlich mit den Gewerkschaften zusammen eine Pression auf die Ausgabensenkung im Staat herbeizuführen, ist mit dieser Formulierung gescheitert, obgleich wir mit den Gewerkschaften – das haben wir festgestellt – einig in der Sache sind. (Sehr richtig!)

Wenn Sie (zu Herrn Dr. *Pietrkowski*) mir einen Augenblick einmal die Formulierung der Gewerkschaften geben wollen, die recht interessant ist! Da heißt es:

„. . . bei völliger Aufrechterhaltung der sozialen Aufgaben eine Sanierung der öffentlichen Finanzen ermöglicht. Dazu erscheint es erneut notwendig, alle vorgesehenen öffentlichen Ausgaben sorgfältig zu kontrollieren, jede Verschwendung der Verwaltung zu bekämpfen und alle Möglichkeiten von Steuerquellen auszuschöpfen . . .

Es muß gelingen, durch eine Hand in Hand mit einer Verwaltungsreform einsetzenden Senkung und Einschränkung der Ausgaben in den öffentlichen Körperschaften eine durchgreifende Erleichterung der öffentlichen Lasten zu erreichen[16].“

Das war der Vorschlag der Gewerkschaften. Er ging also sehr weit; und wir hätten zweifellos, wenn wir einen derartigen Satz herausgebracht hätten, bei den jetzt im Reichstage einsetzenden Verhandlungen denjenigen einen Rückhalt gegeben, die augenblicklich tatsächlich eine Remedur der Verhältnisse wünschen und nicht nur

16 Vgl. Nr. 87d.

schreien, wenn irgendeiner Organisation, der sie nahe stehen, auf die Hühneraugen getreten wird. Die Zeit ist nach unserer Ansicht vorbei; das kann man nicht mehr machen. Wir hätten, wie gesagt, hier zu durchgreifenden Maßnahmen einen sehr starken Rückhalt bekommen.

Dasjenige, was jetzt herausgekommen ist, ist entstanden aus dem Entschluß, tatsächlich positiv zu arbeiten. Es ist vorgesehen, daß wir uns in den nächsten Tagen zusammensetzen und genau ein Programm entwerfen, das wir behandeln wollen, und daß wir dann in eine ganz intensive Besprechung der Fragen eintreten. Über diese Dinge will ich nicht viel sagen, weil ich der Meinung bin, daß man jetzt diese Verhandlungen in einer möglichsten Stille führen sollte (Zuruf: Endlich!), nachdem wir durch die Verhandlungen der Dinge in der Öffentlichkeit ja an und für sich schon Schaden genug erlitten haben. Eine ganze Reihe sehr wichtiger Fragen werden hereingezogen werden, an deren Aufräumung uns liegt. Wir haben meines Erachtens die Gewerkschaften in einigen Punkten zu Bundesgenossen. Dasjenige, was in der sehr interessanten Unterhaltung noch herauskam, war, daß man sich über die Unmöglichkeit, in absehbarer Zeit irgendwie an Lohnerhöhungen zu denken, vollkommen klar war. Also hier ist ein Stoppen gegeben. – Ja, Sie lachen. Ich möchte daran erinnern – vielleicht stehen Sie den Verhältnissen nicht so nahe in Berlin, wie ich Ihnen stehe –: wir haben erlebt vor ungefähr 14 Tagen einen Schiedsspruch des Schlichters in Fragen der Verkehrsgesellschaft, wo die Arbeiter 2% Lohnerhöhung bekommen haben. Also die Sache liegt gar nicht zum Lachen, sondern diese Dinge sind bitter aktuell.

Ich muß sagen, wenn ich heute den Eindruck von den Verhandlungen wiedergeben soll, daß tatsächlich auf der anderen Seite vielleicht ein viel dringenderer Wunsch besteht, sich mit uns zusammenzusetzen, als bei uns. Auch Herr *Pietrkowski* wird das bezeugen können. Ich habe den Eindruck, daß der Wunsch, mit uns sich zusammenzusetzen, auf der anderen Seite fast stärker ist als bei uns. Das ist mein Eindruck heute und in den letzten Verhandlungen gewesen. Ich bedauere, wie gesagt, daß hier für all die Fragen, die jetzt aktuell sind, nichts erzielt worden ist, nichts für die Ausgabensenkung, nichts auch in der einen Frage, an der wir meines Erachtens nicht vorbeigehen können. Es hat doch gar keinen Sinn, sich darüber Illusionen zu machen, daß wir die Beamtengehälter in der heutigen Höhe bei dieser Wirtschaftslage nicht halten können. (Sehr richtig!) Das wollen wir doch offen aussprechen. Ich bedauere, daß ich das tun muß, der im politischen Leben steht, daß keiner das tut, der nicht im politischen Leben steht. (Zuruf: Die Einkommensverhältnisse sind nicht viel zu hoch! Die Zahl der Beamten ist zu hoch, die muß abgebaut werden!) – Verzeihen Sie! Beides! Ich will es Ihnen beweisen. Wenn Sie sich heute das berühmte Verhältnis, das immer als Maßstab gegeben wird, zwischen einem Hauer und einem Briefträger ansehen, so ist es tatsächlich heute so, daß heute der Hauer nach Hause bringt, wenn Sie alle Abzüge machen, 2400 M, und der Briefträger 3400 M[17]. Das ist kein Verhältnis. Das werden Sie zugeben. Das ist ganz zweifellos ungesund. An diese Dinge muß man auch herantreten. Wenn Sie sich heute ansehen, wie die Steigerung der Löhne und Gehälter in der Reichsbahn ist, so haben Sie da Steigerungen von 230%

17 Bei den Angaben für den Briefträger muß es sich um einen Sonderfall handeln, da in den meisten Ländern das Gehalt für Postschaffner und Amtsgehilfen erheblich niedriger lag.

gegenüber dem Frieden. Wir wollen doch die Dinge beim richtigen Namen nennen. Die Dinge sind eben da. Und da der größere Teil der öffentlichen Ausgaben Personalausgaben sind, können wir an der Sache nicht vorbeigehen. Es hilft doch gar nichts! Und was wir hier erhofft hatten, war, ganz ruhig einnal mit den Gewerkschaften zusammen das hier auszusprechen. Ich weiß ganz genau, daß fast sämtliche bürgerlichen Parteien, wenn man an die Sache rührt, ins Mauseloch kriechen, weil sie eben eine sehr große Wählerschaft auf dem Gebiete haben. Ich spreche auch hier recht unvorsichtig, denn diese Rede wird mich mein Mandat kosten.

Vorsitzender Herr Frowein: Ich darf vielleicht doch noch einmal dieselbe Feststellung wiederholen, die ich neulich hier schon gemacht habe, daß nur Mitglieder des Vorstandes der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Mitglieder des Vorstandes des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sowie der Geschäftsführung dieser beiden Verbände hier anwesend sind und daß ich die Herren, die nicht den eben von mir genannten Gremien angehören, bitten möchte, sich bei mir zu melden. – Dazu kommen natürlich die Herren, die wir neulich auch eingeladen hatten. Ich stelle also das fest.

Herr?[18]: Könnte man nicht den genauen Wortlaut der Forderungen bzw. des Schreibens der Gewerkschaften erfahren? Wir haben bis jetzt nur die Mitteilungen von dem persönlichen Eindruck bekommen von Herr *v. Raumer*, von Herrn *Frowein* und von Herrn Dr. *Pietrkowski*. Es wäre vielleicht ganz angebracht, wenn man den genauen Wortlaut bekommen könnte. Bestehen da Bedenken?

Herr Reichsminister a. D. v. Raumer: Das können wir nicht machen.

Herr Dr. Pietrkowski: Es bestehen dagegen Bedenken, und zwar folgender Art: Wir haben den Herren gesagt: Wir wollen diese Erklärung nicht weitergeben. Wir wollen vermeiden, daß das, was wir anstreben, nämlich eine so sachliche Verhandlung, wie wir sie bisher geführt haben, über ganz bestimmte praktische Fragen, gefährdet werde durch eine öffentliche Kritik. Diese Erklärungen sind ja nur politisch zu werten. Sie sind sachlich wirklich nur zum Teil zu werten. Das ist ein Sammelsurium, das herausgekommen ist, um all den Strömungen, die bei den Leuten vorhanden sind, gerecht zu werden. Deswegen haben wir den Herren gesagt, daß wir diese Erklärung nicht verwerten wollen.

Vorsitzender Herr Frowein: Ich glaube, daß wir gar nicht anders handeln können. Sie haben eben von Herrn Dr. *Pietrkowski* gehört, daß die Sache zunächst so verlaufen war, daß diese Erklärung, die Ihre Kommission ausgearbeitet und hier Herr Dr. *Pietrkowski* verlesen hat, übergeben worden ist. Darauf ist zunächst in der Besprechung keine besondere Kritik erfolgt. Wir haben einen Abänderungsantrag der Christlichen Gewerkschaften bekommen, der eigentlich bedeutungslos war. Es waren an zwei oder drei Stellen bedeutungslose Dinge geändert. Und heute morgen haben wir von den sämtlichen Spitzenverbänden der Gewerkschaften einen Entwurf bekommen – und zwar, wohl gemerkt, meine Herren, einen Entwurf für eine gemeinschaftliche Erklärung zunächst, die wir mit abgeben sollten. Das war zunächst der Vorschlag, der schon so ist, wie es Herr Dr. *Pietrkowski* soeben gekennzeichnet hat, der sich überhaupt nur daraus erklären läßt, daß durch die

18 So im Original.

Pressediskussion der letzten 10 Tage die Gewerkschaftsführer den Wunsch hatten, sich ihren Leuten gegenüber zu entlasten. Ich glaube, es dient wirklich nicht den Zielen, die wir uns alle setzen, wenn jetzt dieser Entwurf hier vorgelesen würde. Ich teile aber die Auffassung von Herrn *Pietrkowski*, daß wir auch nicht einmal dazu berechtigt sind, ihn hier vorzutragen, denn er ist uns überreicht worden, dann aber als Gegenstand dieser Verhandlungen eben verlassen worden. (Zuruf: Die Erklärung genügt mir!)

Herr Herren: Meine Herren! Daß es der Textilwirtschaft im Deutschen Reiche von allen Industrien am schlechtesten geht, brauche ich ja hier wohl nicht besonders zu betonen und hervorzuheben. Aber ich bedauere deshalb auch außerordentlich, daß die Aktion, wie sie mindestens vor acht Tagen geplant war, nicht zustande gekommen ist. In der Textilindustrie sind die meisten Tarife abgelaufen, resp. sie sind mit vierwöchiger Kündigungsfrist oft kündbar. Wir waren entschlossen, von der Textilindustrie ausgehend, mit einem Lohnabbau, resp. mit einer Forderung auf Lohnabbau vorzugehen. Wir haben uns aber eben mit Rücksicht auf die Verhandlungen zurückgehalten, wie sie hier zentral in Berlin geführt worden sind und auch noch weiter geführt werden. Ich hatte geglaubt und gehofft, heute ein anderes Resultat zu bekommen, und habe infolgedessen den Vorstand des Arbeitgeberverbandes der deutschen Textilindustrie zu morgen zu einer Sitzung einberufen, um dort zu dem Resultat Stellung zu nehmen, das uns heute hier unterbreitet worden ist. Ich wiederhole nochmals: ich hatte gehofft, man hätte ein greifbares Resultat mit nach Hause nehmen können, um, darauf aufbauend, nun von der Textilindustrie ausgehend, mit der Lohnabbauforderung vorzugehen.

Ich möchte nun die Herren, die die Verhandlungen geführt haben, fragen: halten Sie es für richtig, daß wir den nächsten Kündigungstermin zur Aufkündigung unserer Tarife wahrnehmen, oder halten Sie es für richtiger, daß wir warten, bis Sie brauchbarere Ergebnisse in Ihren Verhandlungen erzielt haben? (Rufe: Nein, nicht warten! Los! Los!) Wir wollen nämlich nicht durch einseitiges Vorgehen der Textilindustrie Ihre Verhandlungen stören. (**Herr Reichsminister a. D. v. Raumer**: Nicht warten!) – Also, Sie sind der Auffassung, wir sollen uns in unserem Vorhaben nicht stören lassen (Sehr richtig!), sondern die berechtigten Forderungen, die wir wenigstens als berechtigt anerkennen, stellen und durchsetzen. (Zustimmung.) Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß es dann auch zu einem Kampf kommen kann und kommen wird. (Sehr richtig!) Deswegen bringe ich es vor, um nicht später von Ihnen den Vorwurf zu bekommen: wären Sie etwas vorsichtiger gewesen, hätten Sie noch vier Wochen gewartet, wäre es richtiger gewesen. Deshalb frage ich also heute. Ich will Ihnen nicht in den Rücken fallen mit unseren Verhandlungen. Auf der anderen Seite aber möchte ich auch unsere Verhandlungen nicht weiter hinausschieben.

Vorsitzender Herr Frowein: Es ist sehr dankenswert, daß Herr *Herren* diese Frage angeschnitten hat. Die Aktion so, wie sie gedacht war und wie sie gescheitert ist, ist zu Ende. Was wir jetzt mit den Gewerkschaften besprechen, erstreckt sich naturgemäß nicht auf Löhne in dem Sinne von Tarifverhandlungen. Dazu sind wir ja überhaupt gar nicht in der Lage, dazu sind wir auch nicht berechtigt. (Zuruf: Auch die Gewerkschaften nicht!) Auch die Gewerkschaften

nicht. Sie haben das, nebenbei bemerkt, heute früh auch ausdrücklich erklärt. Wir verhandeln ja nur mit den Spitzen der Gewerkschaften. Ich teile also die Auffassung, die schon durch Zuruf festgestellt worden ist, Herr *Herren*, daß Sie und alle Verbände, die Lohnverhandlungen zu führen haben, sich in keiner Weise durch das beeinflussen lassen wollen, was jetzt hier besprochen wird.

Herr Geheimrat Dr. v. Borsig: Meine Herren! Ich glaube doch, daß gerade aus den letzten Ausführungen, die hier gemacht worden sind, hervorgeht, was ich gleich ausführen werde.

Ich kann in erster Linie nicht ganz den ersten Worten des Herrn Vorsitzenden zustimmen, so sehr ich dem Dank an die Herren, die die Verhandlungen mit den Gewerkschaften geführt haben, zustimme, den sie auch verdient haben – den ersten Worten des Herren Vorsitzenden (**Vorsitzender**: Die habe ich für meine Person gesprochen!), daß es sehr wünschenswert gewesen wäre, wenn das, was wir neulich geplant hätten, jetzt zustande gekommen wäre. (Sehr richtig!) Ich sehe sogar darin eine absolute Bestätigung dessen, was ich in der letzten Sitzung hier gesagt habe. Meine Herren, denken Sie bitte nicht, wie Herr *Herren* eben gedacht hat, als ob in der letzten Sitzung etwa davon gesprochen worden wäre, daß die Gewerkschaften mit der Lohnherabsetzung einverstanden wären. Das konnte doch kein Mensch aus den Verhandlungen damals folgern. Das wäre doch auch in gar keiner Weise möglich gewesen. (**Herr v. Raumer**: Das hat auch keiner behauptet!) – Nein, Herr *Herren* sagte, er wäre enttäuscht, es wäre gut gewesen, wenn das letzte Mal etwas zustande gekommen wäre, und er kam weiter dann auf die Lohnsenkungen. Ich glaube, man mußte daraus schließen, daß er annahm, daß es nun mit den Lohnsenkungen sofort losgegangen wäre. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das jedenfalls nicht die Folge der Verhandlungen von neulich gewesen wäre. Ich habe auch neulich um Vorsicht gebeten und habe stark gewarnt, die ganze Aktion zu machen, denn, meine Herren, wie ständen wir heute da, wenn wir neulich Lohnabbau für die Beamten und unsere Beamten empfohlen hätten! Ich möchte einmal die Zeitungen sehen, was die dann schreiben würden! Ich weiß nicht, ob andere Herren sich schon etwas intensiver in ihren Betrieben mit diesem Lohnabbau, auch einmal mit Herren ihrer Firmen beschäftigt haben, um zu hören, was sie für eine Sache damit ausgelöst hätten. Inzwischen ist ja die Regierung mit ihrem Programm herausgekommen. Ich sehe nicht ein, warum die Industrie, die ja sonst eigentlich doch verhältnismäßig sehr wenig politisch zu sagen hat, nun hier wieder in die Bresche springen soll, um den Lohnabbau herbeizuführen. Ich sah darin neulich mit eine der schwierigsten Sachen bei der ganzen Geschichte. Wenn der Lohn abgebaut werden muß – und ich stehe persönlich auch auf dem Standpunkt, namentlich bei den Staatsbeamten –, so ist es doch außerordentlich ungerecht, wenn hier plötzlich die Leute, die angeblich eine gesicherte Position haben, mit einem Mal in ihren Gehältern verringert werden sollten. Ich meine da in erster Linie unsere Beamten. Diese sind gar nicht gesichert. (Sehr richtig!) Meine Herren, wenn man die Sachen miterlebt hat, die vorgekommen sind und haben vorkommen müssen bei den Firmen, daß alte Beamte haben abgebaut werden müssen – ich kenne Selbstmorde, die dadurch entstanden sind –, dann wird einem wirklich kalt und heiß hintereinander, wenn es da heißt: das sind Leute in gesicherter Stellung, die können das Notopfer bringen zugunsten der Arbeitslosenversicherung, eines Aufbaues, der so fehlerhaft ist, der

mit einem derartigen Leichtsinn geschaffen worden ist, daß man wirklich sagen muß: es ist ein Skandal, wenn da nicht das ganze Volk hier eintritt und etwas leisten muß, sondern eine bestimmte Kategorie. Die selbständigen Berufe sollen ganz frei bleiben. Sie stehen [sich] vielleicht viel besser. Denken Sie an viele Händler, die sich vielleicht ganz gut stehen. Die sollen alle frei bleiben, bloß die Beamten, die angeblich in gesicherter Stellung sind, sollen herangezogen werden.

Also ich sehe die Sache anders an, so sehr ich auch bedaure, daß die Gewerkschaften auf unsere Gedankengänge, die wir ihnen ja doch sehr verklausuliert und sehr milde unterbreitet haben, nicht eingegangen sind.

Aber ich sehe auch einen Widerspruch in dem, was der Herr Vorsitzende, und dem, was Herr *v. Raumer* gesagt hat. Herr *v. Raumer* hat selbst gesagt, daß die Gewerkschaften diejenigen wären, die auch weiter danach drängen, mit uns zu arbeiten. Das wird, wie auch neulich gesagt worden ist, auch von mir, doch gar nicht verschüttet. Die Gewerkschaften werden ja weiter geneigt bleiben, sich mit uns zu verständigen, und ich halte den Zeitgewinn für außerordentlich wertvoll, daß man eben nicht Hals über Kopf von morgens bis abends eine Sache macht, zum Reichspräsidenten geht und nachher den Schaden besieht, den man eventuell da angerichtet hat. (Sehr richtig!)

Also ich sehe darin, daß die Aktion so gelaufen ist, einen sehr großen Vorteil und nicht einen Nachteil. Neulich hätten wir übrigens die Gewerkschaften mit der Sache überrumpelt. Wenn sie nicht empfunden hätten, daß das ein Abgehen von ihrer Meinung war, dann hätten sie es vielleicht unterschrieben. Sie hätten es aber nicht unterschrieben und wären auch auf nichts festgelegt worden, wenn wir nun glaubten, damit durch schnelle Aktion irgendetwas zu machen.

Also ich sehe darin keinen Schaden, sondern einen Nutzen, der eingetreten ist, und bin im übrigen auch außerordentlich dafür, daß wir mit den Gewerkschaften ruhig weiterverhandeln und mit ihnen in einen Gedankenaustausch eintreten. Ich glaube, daß selbst die Gewerkschaftsführer, die ja, wie vorhin richtig gesagt worden ist, natürlich politisch eingestellt sind und sich von der großen Masse der mehr oder weniger hinter ihnen Stehenden fürchten, natürlich nicht die Wahrheit sagen dürfen, von alledem, was sie wollen. Aber allmählich werden sie vielleicht doch, wenn sie sehen, daß es eben so nicht weitergeht, die Möglichkeit haben, einen Teil der hinter ihnen stehenden Masse davon zu überzeugen, daß es nicht so weitergeht.

Die Erklärung, soweit ich sie bis jetzt übersehen kann, hat auch meiner Ansicht nach nichts Bedenkliches; und ich freue mich eigentlich, daß es tatsächlich so gekommen ist und nicht anders, wie wir das erst machen wollten. (Sehr richtig!)

Herr Reichsminister a. D. v. Raumer: Ich wollte nur noch eines sagen. Es hat heute eine gewisse Rolle der Schiedsspruch Nordwest[19] gespielt, und der hat auch meines Erachtens eine starke Rolle bei der Abfassung der Erklärung der Gewerkschaften gespielt, und zwar deswegen, weil man bei den Gewerkschaften davon ausging, daß man glaubte, daß die Preisherabsetzung im Eisen nicht mehr als der ersparte Lohn bedeutete, und man sagte, die ganze Aktion solle

19 Schiedsspruch von Oeynhausen, den *Stegerwald* am 10. 6. 1930 für verbindlich erklärte. Nr. 77, Anm. 4.

ausschließlich auf Kosten der Menge gehen. Das war die Stimmung, die erzeugt worden war. Wir haben unsererseits versucht, die Herren zu belehren. Sie wurden auch, glaube ich, belehrt. Aber das ist sehr stark der Urgrund für die Schärfe dieser Erklärung.

Ich bin der Meinung, daß man ganz unbeirrt, ohne Rücksicht auf diese Verhandlungen ohne weiteres in der ganzen Aktion weitergehen muß. Ich bin sogar der Meinung, daß je stärker den Gewerkschaften zum Bewußtsein geführt wird, daß sie eben in denjenigen Industrien, die die Löhne nicht mehr bezahlen können, mit den Löhnen heruntergehen müssen, daß gerade das unsere Weiterarbeit mehr erleichtert als erschwert. Ich würde dringend raten, unter keinen Umständen da ein Stoppen eintreten zu lassen.

Herr Hofrichter: Die letzten Ausführungen von Herrn *v. Raumer* haben mir eine Anfrage, die ich stellen wollte, eigentlich vorweggenommen. Es war mir aus den ersten Ausführungen nicht klar geworden, inwieweit etwa die Herren, die bisher die Verhandlungen geführt haben, damit rechneten, daß man nun bei irgendwelchen weiteren Aktionen noch das Ergebnis der bevorstehenden Verhandlungen abwarten sollte. Nach dem, was jetzt von verschiedenen Seiten hier festgestellt worden ist, scheint mir klar hervorzugehen, daß alle etwaigen weiteren Aktionen nun unbeirrt ihren Lauf nehmen sollen (Zustimmung), ohne Rücksicht auf das, was in den weiteren Besprechungen mit den Gewerkschaften festzustellen ist. (Zustimmung.)

Herr Blohm: Meine Herren! Meine Wortmeldung ist zum Teil durch das überholt, was Herr *v. Borsig* gesagt hat, dem ich nur absolut zustimmen kann. Auch ich kann nicht traurig darüber sein, daß die Aktion so, wie sie geplant war, nicht zustande gekommen ist, denn die Gegensätze, die heute zutage getreten sind, wären ja auch bei der früheren Erklärung schließlich einmal zutage getreten, und wir hätten nur eine Erklärung unterzeichnet, die innerlich nicht tragbar war, weil die Gegensätze eben nicht von heute auf morgen zu überbrücken sind; das halte ich für ganz ausgeschlossen. Deshalb kann ich über den Verlauf der Aktion und über die Erklärung absolut nicht traurig sein. Ich halte es für sehr viel besser, daß es so gekommen ist, wie es gekommen ist, im Gegensatz vielleicht zu Herrn *Herren.*

Ich möchte das eine noch sagen: Ich glaube, daß es auch niemals so hätte kommen können, wie Herr *Herren* es sich gedacht hat, daß nun eine allgemeine Lohnsenkung dekretiert worden wäre (Sehr richtig!) und jeder Verband sich an die Order, die von oben gekommen wäre, nur hätte zu halten brauchen. Ich halte das für gänzlich ausgeschlossen, daß wir auf einem solchen Wege vorgehen. Lohnverhandlungen müssen von Verband zu der betreffenden Gewerkschaft geführt werden, können aber niemals hier in einem Gremium entschieden werden, etwa so, daß allgemein, sagen wir einmal, 7% Lohnherabsetzung dekretiert wird. Diese Verantwortung kann uns der Reichsverband und kann uns die Vereinigung niemals abnehmen, die müssen wir selbst auf uns nehmen. Es ist meiner Ansicht nach auch ganz klar, daß wir gar nicht von einer allgemeinen Lohnsenkung reden können, denn schließlich müssen die Gewerbe, die besonders hohe Löhne haben – ich denke hier nur an das Baugewerbe usw. –, ganz anders senken als die Betriebe und Gewerbe, die ohnehin nicht so hohe Löhne haben.

Also ich glaube, darauf können wir uns niemals verlassen, daß aus dieser Aktion jemals eine allgemeine Lohnsenkung im Deutschen Reiche geworden wäre oder in Zukunft werden könnte.

Ich möchte aber dem einen auch noch widersprechen, was Herr *v. Raumer* gesagt hat. Herr *v. Raumer* sagte, er stände den Dingen näher als wir vielleicht. (**Herr v. Raumer**: in Berlin!) – In Berlin! Ja, Sie stehen den politischen Dingen näher als ich. (**Herr Reichsminister a. D. v. Raumer**: Sie haben mich vollkommen mißverstanden. Ich sagte, als Herren lachten, als ich von Lohnerhöhungen sprach, daß ich den Dingen hier näher stände. Wir in Berlin hätten hier vor 12 Tagen die Lohnerhöhung erlebt.) – 14 Tage sind eine lange Zeit. Ich glaube, heute bekommen Sie das in Berlin auch nicht mehr. Ich glaube nicht, daß Berlin heute noch so etwas bekommt. (Zuruf: Doch!) Die Dinge haben sich seit 14 Tagen wesentlich geändert. Ich möchte dringend davor warnen, daß Lohnfragen mit den politischen Fragen verknüpft werden. Deshalb widerspreche ich dem. Sie stehen den politischen Gewerkschaften näher. Aber bei den Gewerkschaften, mit denen wir in den Betrieben zu verhandeln haben und mit denen wir zu kämpfen haben, kann man, glaube ich, eben nicht von politischen Gesichtspunkten ausgehen. (**Herr v. Raumer**: Das tue ich auch gar nicht! Sie haben mich mißverstanden!) Den Dingen stehen wir näher. (**Herr v. Raumer**: Sie haben mich vollkommen mißverstanden! Das habe ich niemals behauptet!) – Schön, dann sind wir also vollkommen einig.

Im übrigen sind wir – Herr *Hofrichter* hat das schon vorher festgestellt – hier doch offenbar alle der Ansicht, daß die Aktionen im Lande vollkommen unbeeinflußt bleiben von den weiteren Besprechungen mit den Gewerkschaften.

Herr Thyssen: Meine Herren! Ich muß auch sagen, daß ich erfreut bin, daß die ganze Aktion sozusagen wie das Hornberger Schießen ausgelaufen ist. Wenn nun tatsächlich der gute Wille bei den Gewerkschaften vorhanden ist, mit uns zusammenzuarbeiten, so wäre zu erwägen, ob man die Zusammenarbeit nicht auf solche Dinge beschränken kann, die sich wirklich für eine Zusammenarbeit eignen – und das wäre der Abbau der öffentlichen Lasten –, daß man also alles andere aus diesen Verhandlungen herausließe. Es ist wirklich nicht möglich, daß hier in Berlin über Sachen verhandelt wird, die eine große technische Vorkenntnis beanspruchen. Dagegen kann ich mir wohl denken, daß Gewerkschaften und Industrie darin einig gehen und eine gemeinsame Resolution dahingehend fassen, daß Voraussetzung für eine Besserung unserer Verhältnisse der Abbau der öffentlichen Lasten auf der ganzen Linie ist. Das wäre natürlich schon eine ganze Menge, wenn das erreicht würde. Alles andere könnte man weglassen; das kommt ja dann ganz von selbst.

Herr Direktor Kraemer: Ich möchte Herrn *Thyssen* folgendes sagen: Gerade die Spitzengewerkschaften, d. h. der Vorstand der drei Gewerkschaftsrichtungen, hat sich entschieden geweigert, über Einzelheiten zu sprechen, denn nach der Verfassung z. B. der freien Gewerkschaften ist der Bundesvorstand überhaupt gar nicht berechtigt, über Löhne und ähnliche Dinge zu sprechen. Aber Sie sagen, Herr *Thyssen*, wir sollen alles andere beiseite lassen und nur über einen einzelnen Punkt verhandeln. Das würde ich geradezu für verhängnisvoll halten, denn es ist nicht nur eine einzige Angelegenheit, die zu verhandeln ist, nämlich die Frage des Abbaues der öffentlichen Lasten, sondern wir wollen ja auch die Reform der

Sozialversicherung. Darüber können Sie ganz ruhig mit den Spitzengewerkschaften verhandeln, über die Reform der Krankenversicherung, über die Reform der Arbeitslosenversicherung und alle diese Dinge. Das sind ja nicht in diesem Sinne öffentliche Lasten, sondern Sonderlasten, die nicht in dem Etat stehen. Aber dazu kommen noch eine Reihe anderer Dinge, bei denen wir den politischen Hintergrund der Gewerkschaften sehr gut gebrauchen können.

Also ich würde dringend bitten, sich nicht etwa hier auf den Standpunkt zu stellen, daß wir nur über einen einzigen herausgegriffenen Punkt verhandeln können, über den der Öffentlichkeit schon zuviel gesagt worden ist und an dessen Durchführung ich vorläufig noch nicht glaube.

Herr Regierungspräsident Dr. Brauweiler: Ich glaube auch, daß Herr *Thyssen* einverstanden sein wird, wenn man sich z. B. vornimmt, über diejenigen Vorschläge mit den Gewerkschaften zu verhandeln, in denen die Gewerkschaften in erster Linie eine Entspannung unserer heutigen Arbeitslosigkeit erblicken. Das wäre die Frage der unbegrenzten Ausdehnung von Notstandsarbeiten, der unbegrenzten Ausdehnung von Arbeiten der öffentlichen Hand überhaupt, die Hereinnahme von Auslandsanleihen und viele andere Dinge mehr.

Ich habe aber auch keine Bedenken, in diesen Verhandlungen z. B. einmal ein offenes Wort mit den Gewerkschaften über ihre These, daß man durch Kürzung der Arbeitszeit mehr Arbeitsgelegenheit schaffen kann, zu sprechen. Diese Dinge sind so absurd, daß wir bei näherer Betrachtung und Durchsprache dieser Dinge vielleicht doch da und dort eine gewisse Aufklärung bringen können. Und dann müssen wir natürlich erwarten, daß dann die eventuell in diesen Köpfen entstandene bessere Auffassung sich langsam nach unten durchsetzt. Wir können nicht erwarten, daß in kurzer Zeit 10 bis 12jährige Irrungen und 30 bis 40jährige allgemeine Anschauungen bei den Gewerkschaften verändert werden, sondern wir glauben bloß, daß man jeden Ansatzpunkt nehmen muß, um aus der Situation herauszukommen, in der wir uns jetzt befinden, daß wir uns aus den gegenseitigen Schützengräben mehr oder weniger Papierkugeln zuschießen und nicht eine Gelegenheit haben, mit verständigen Leuten, die diese uns gegenübersitzenden Herren sind nach den Eindrücken, die wir gehabt haben, ein ruhiges Wort zu sprechen. Man wird auch dann allmählich über Preis- und Lohnfragen sprechen. Aber wesentlicher ist vielleicht folgendes:

Der Schwerpunkt des Interesses dieser Leute liegt doch in der Preisfrage. Wir wollen annehmen, die Löhne bleiben jetzt so oder werden auch stellenweise gesenkt, so ist in Erwägung zu ziehen: kann eine Senkung derjenigen Konsumartikel in Gang gebracht werden, die der Arbeiterhaushalt hauptsächlich nötig hat? Das ist aber eine Angelegenheit, die sich der Einwirkung durch die Produktion weitestgehend entzieht und die sehr stark in der Sphäre des Handels zu erledigen ist, so daß, wie wir in diesem Kreise ruhig sagen können, wir uns als vielleicht wichtigeren zweiten Teil dieser Operation denken, daß man nun die Gewerkschaften einmal mit dem Handel zusammenbringt, der ja auch darum gebeten hat, an diesen Verhandlungen beteiligt zu werden, und daß nun der Einzelhandel, auf Herz und Nieren geprüft, sich darüber aussprechen kann, ob es da notwendig ist, daß die Preise so und so aussehen. Das ist vielleicht für den praktischen Erfolg noch wichtiger als das, was wir mit ihnen sprechen können, denn die ganze

Situation ist so, daß die Produktion, die Industrie in all den Dingen verhältnismäßig am klarsten steht, daß sie am meisten leistet, daß sie auch am meisten leidet, daß sie am meisten nachweisbar bereits mit Verlusten arbeitet und daß infolgedessen hier schon ein Verständnis bei den Gewerkschaften zu erreichen sein wird. Dagegen haben wir doch alle auch die lebhaftesten Zweifel, ob nicht in der Handelsspanne, in diesem bekannten dunklen Abgrund, noch sehr große Möglichkeiten liegen. Es wäre auch und entspricht auch einer Anregung, die gerade Herr *v. Raumer* gegeben hat, durchaus denkbar, daß auch einmal nach der landwirtschaftlichen Seite die Gewerkschaften angesetzt werden. Kurzum, das sind Entwicklungsmöglichkeiten, die wir ins Auge fassen können.

Ich möchte aber noch mit einigen Worten auch auf die Frage zurückkommen, die sehr wichtig ist, ob durch derartige Besprechungen irgendwie der Gang der sonstigen Dinge behindert werden kann. Ich möchte hier auch sagen, es wäre ein unerträglicher Zustand, wenn man angesichts durchaus ungewisser Verhandlungen, die auch keine ganz präzisierten Ergebnisse vermutlich haben können, irgendwie in den laufenden überlegten Aktionen eines solchen Riesenkörpers, wie die Industrie und speziell gerade auch die Arbeitgeberverbände sind, in dieser Bewegung ein Halt eintreten lassen wollte. Das würde Erschütterungen zur Folge haben und eine Zurückhaltung in den von uns für notwendig gehaltenen Dingen wie Kündigungen und auch Forderungen auf Lohnherabsetzungen, die vollständig unerträglich wären. Das haben wir heute morgen aber auch zum Ausdruck gebracht. Diese Unterhaltungen sollen abgekapselt von allem, fern der Presse und der Öffentlichkeit geführt werden. Was daraus wird, wird man sehen. Es darf in keiner Weise irgendwie der Eindruck entstehen, als ob wir mehr verlangen und erwarten, als denkbar ist.

Bei der Lohnfrage ist es so, daß wir darüber auch im klaren waren, daß weder wir, die verhandelnden Spitzenverbände der Industrie, noch die verhandelnden Spitzenverbände der Gewerkschaften in der Lage sind, irgendwie autoritär auf die Lohnfrage einzuwirken. Das ist Angelegenheit, auch auf unserer Seite, der großen Fachverbände, der Arbeitgeberverbände, und auf gewerkschaftlicher Seite ebenfalls Sache der großen Fachverbände. Aber es ist uns jedenfalls bestätigt worden, daß es für die dort notwendigen Verhandlungen, die vielfach ja den örtlichen und einzelnen Verhältnissen angepaßt sind und das Ziel auch von Lohnherabsetzungen haben können, vom großem moralischem Werte wäre, wenn mit den Spitzenverbänden man sich grundsätzlich darüber einig ist, daß bei der notwendigen allgemeinen Korrektur unserer jetzigen Preis- und Selbstkostenlage auch an dem Lohn nicht vorbeigegangen werden kann und daß da, wo nach der Lage des Einzelfalles Lohnherabsetzungen als notwendig nachgewiesen werden können, man auch ernsthaft an die Sache herangeht. Mehr können wir gar nicht als Resultat verlangen, haben wir auch keinen Augenblick erwartet. Dieses Resultat würde nach dem, was uns die Verbände gesagt haben, auch schon von Bedeutung sein, und eine derartige Feststellung würde z. B. auf dem Gebiete der Besprechung über den Lohn ja das Ergebnis von solchen Besprechungen sein können. Ob wir das erreichen, bleibt frei.

Es ist infolgedessen ganz ausgeschlossen, daß irgendwelche Störungen des normal überlegten und aus der Situation sich ergebenden Ganges der Bewegung unserer Verbände durch diese Besprechungen eintreten.

Vorsitzender Herr Frowein: Ich möchte doch noch einmal ganz klar stellen, daß die Besprechungen, die jetzt in Aussicht genommen sind, gar nichts mit den Besprechungen zu tun haben, die bisher stattgefunden haben, sondern die Besprechungen, die jetzt in Aussicht genommen sind, sollen aufklären. Ich darf das vielleicht an zwei Beispielen von heute morgen anführen. Herr *Poensgen* hat heute morgen sehr eingehend die Gründe dargelegt, warum die deutschen Eisenpreise höher sein müßten als die ausländischen, anlehnend an einen Artikel, der gestern oder vorgestern im „Vorwärts" gestanden hat. Er hat dargelegt, was die jetzige Preisermäßigung eigentlich bedeutet. Das hat einen ziemlich erheblichen Teil unserer Zeit heute morgen beansprucht, war aber ganz außerordentlich wichtig. Die Führer der Gewerkschaften haben uns nachher sogar erklärt, daß das sehr nützlich für sie war, daß sie diese Dinge einmal hörten, weil sie sie tatsächlich nicht wissen.

Und das andere war folgendes. Darüber ist da nicht gesprochen worden. Darüber wird demnächst aber einmal gesprochen werden müssen. Das wird vor allem die Vertreter derjenigen Industrien hier interessieren, die Konsumgüter herstellen. Es wurde tatsächlich heute morgen von einem Vertreter der Christlichen Gewerkschaften behauptet, daß auch heute noch die Konsumgüter durch Preiskonventionen und Kartelle im Preise zu hoch gehalten würden, während es tatsächlich so ist – ich kann [das] ziemlich übersehen –, daß es praktisch überhaupt keine Konsumgüter gibt, die durch irgendwelche Verbände direkt oder indirekt im Preise beeinflußt werden. Und als ich bat, sie sollten sie einmal nennen, wußten sie nichts, nannten keinen einzigen, sie riefen nur: Textilindustrie. Und dann stellte sich auf einmal heraus, daß sie der Ansicht wären, daß Markenartikel dasselbe wären wie ein Artikel, der im Preise durch ein Preiskartell bestimmt ist.

Also ich meine, das sind tatsächlich Dinge, über die man sich ruhig einmal mit ihnen unterhalten sollte und wo man einmal versuchen sollte, denn letzten Endes sind diese Leute nicht böswillig, ihnen einmal zu zeigen, was falsch ist. Nur hierfür – Herr *Brauweiler* hat das wohl auch schon eingehend dargelegt – sind diese zukünftigen Besprechungen gedacht.

Herr Generaldirektor Dr. Piatscheck: Meine Herren! Sie dürfen eines nicht übersehen. Die Bataillone der Gegner sind zur Zeit noch viel stärker als unsere. Und die Dinge liegen doch einfach so: nachdem 10 Jahre lang die Gewerkschaften es fertig gebracht haben, eine Lohnwelle nach der anderen nach oben zu treiben und ihren Anhängern stets die Verbesserung zu bringen, haben sie heute noch eine feste Anhängerschaft. Das ist die starke Stütze, auf der sie stehen und die ihnen auch die große politische Gewalt in die Hand gespielt hat. Bei dieser Situation sich den Leuten zu Verhandlungen zu stellen, halte ich für verfrüht, denn unsere Bataillone sind viel schwächer. Wir können erst wirklich zu einem Austrag der ganzen Differenzen kommen, wenn Einzelkämpfe, wie sie jetzt bevorstehen und bevorstehen müssen, denn es geht so nicht weiter, die ersten Schlachten geliefert [haben] werden, die dann erst geschlagen werden, wenn der betreffende Zweig der Industrie, die kämpfen muß, gezwungen ist zu kämpfen, am Ende ist, denn eher kämpft nämlich keiner. Und ich sage Ihnen: wenn heute eine Lohnbewegung durchgeführt wird, und es kommt zum Streik und in der betreffenden Industrie sind noch einige Unternehmungen, die glauben, noch so durchkommen zu können,

dann geht die Geschichte schief. Wir haben keine Solidarität in unseren Arbeitgeberkreisen. So liegen doch die Dinge. Und die harten Tatsachen entscheiden schließlich, ob eine solche Schlacht gewonnen werden kann oder nicht, nämlich dann, wenn wirklich effektiv die Unternehmer nicht mehr können, denn dann zwingt die Not auch selbst die Unternehmer, sich zu rühren. Deshalb ist es verfrüht, heute sich zu sehr zu solchen Verhandlungen zu drängen. Man soll die Dinge auf sich zukommen lassen. Kommen erst einige dieser Fälle und mehren sie sich, daß eben tatsächlich nichts mehr übrig bleibt – das erfordert unter Umständen Leichen –, dann erst kommt der Zeitpunkt, wo, durch die Not gezwungen, der Schiedsrichter auch nicht mehr Verbindlichkeitserklärungen machen kann, wie wir sie jetzt gehabt haben. Infolgedessen tritt dann erst so der Wandel der Geister ein, denn von dem Zeitpunkt ab wird die Arbeiterschaft an ihren Führern irre. Dann hört der Moment auf, wo sie auf sie bauen können (**Herr Direktor Kraemer**: Und wo gehen dann die Arbeiter hin?) – Na, glauben Sie, die Industrie kann nachher noch die Arbeitslosenunterstützung bezahlen? (**Herr Direktor Kraemer**: Nein, zu welchen Führern gehen dann die Arbeiter, gehen sie zu uns oder zu den Kommunisten?) – Jawohl, vernünftige Arbeiter gehen zu uns, Herr *Kraemer*, und da unterscheide ich mich von Ihrer Auffassung. Glauben Sie nicht, daß alle Leute zu den Kommunisten rennen. Ich kann Ihnen Fälle genug aufzählen, in denen die Belegschaften bereit waren, mit ihren Werken zu verständigen Sätzen die Löhne herabzusenken. Da kamen die Gewerkschaftsführer und sagten: Nein, das gibt es nicht. Dieser Bann muß gebrochen werden. Ein großer Teil dieser Leute war absolut vernünftig. Natürlich gehört dazu auch eine Kleinarbeit, die leider in unseren Verbänden zu vermissen ist.

Ich möchte dringend davor warnen, in der Öffentlichkeit von dem Preisabbau zu viel zu reden. Die Dinge können ja nicht so gehen, daß wir erst die Preise abbauen und daß wir dann gnädigst mit den Gewerkschaften Verhandlungen führen, die Löhne abzubauen. Umgekehrt ist der Weg nur möglich. Wo steht denn heute die deutsche Industrie? Nach der Statistik, die der Reichsverband dankenswerterweise aufgestellt hat, bei einer Rente von 4%. Einer Industrie, die bloß 4% Rente hat, wo heute noch Bankzinsen 10, 12 und noch mehr Prozent kosten, können Sie nicht zumuten, daß heute die Preise herabgesetzt werden. Die Schere hat sich geschlossen zu Ungunsten der Rente. Unsere ganze Wirtschaft ist überhaupt nur hoch zu bringen, wenn die Rente erst wieder gesichert ist. – Ja, Sie schütteln den Kopf, lieber Herr *Kraemer*! (**Herr Direktor Kraemer**: Das stimmt auch nicht!) – es stimmt ganz genau. Wenn man die Rente noch weiter schmälert, die gar nicht existiert, dann können Sie nicht die Preise abbauen wollen. Ich erinnere daran, wie zu *Luthers* Zeiten dieser Rummel mit dem Preisabbau gemacht worden ist, der ein absoluter Fehler war und der einige zwangsbewirtschaftete Industrien gehandicapt hat, während der Verbraucher in der letzten Hand gar nichts davon gehabt hat. Alle diese Dinge können sich nur durch Angebot und Nachfrage natürlich regeln, ohne jeden Eingriff auf gesetzlicher Grundlage. Anders ist es doch nicht. Und ich warne dringend davor, meine Herren, sprechen Sie nicht so viel von Preisabbau, denn wenn er nicht kommt, und er kann nicht kommen, dann sind wir schuld daran.

Vorsitzender Herr Frowein: Ich weiß nicht, ob Herr *Piatscheck* annimmt, daß wir in dem Sinne, wie er warnend sagte, daß man nicht vom Preisabbau sprechen

solle, vom Preisabbau gesprochen haben. Dann möchte ich feststellen, daß das ein großer Irrtum ist, sondern genau das Gegenteil ist geschehen. Ich persönlich habe, nebenbei bemerkt, von vornherein, auch als ich an den Verhandlungen nicht teilnahm, mit den verschiedenen Herren darüber gesprochen, daß die Dinge nur so gehen können, wie Herr *Piatscheck* es eben geschildert hat. Natürlich können zunächst nur die Löhne heruntergehen, und dann können die Preise heruntergehen. Das ist ja ganz klar, das kann nur die Folge sein. Aber für diese Verhandlungen, die nun jetzt zum Abschluß gekommen sind, ließ sich das natürlich nicht in dieser Form nach außen hin sagen, wie es eben Herr *Piatscheck* in dankenswerter Weise hier getan hat.

Herr Schmidt: Ich möchte nur bestätigt haben, daß die Entwicklung der Dinge und die Gedanken, die uns dabei bewegen, so aufzufassen sind, wie ich die ganze Sache auffasse, daß die ganze Aktion zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingeleitet worden ist, um einen Druck der Wirtschaft auf die ratlose Regierung auszuüben. Ist das so? (Zustimmung.)

Es ist hier von Herrn *v. Raumer* gesagt worden, daß in erster Linie natürlich an die Ausgabensenkung der öffentlichen Hand herangegangen werden muß. Wir haben aber von den Ministern gehört, daß diese Ausgabensenkung nur möglich ist, wenn zuerst die Reichsreform in Angriff genommen wird, also mit anderen Worten: wir von der Wirtschaft sollen den Antrieb dazu geben, die Arbeitgeberverbände mit den Gewerkschaften sollen mit den dahinter stehenden Millionen von Arbeitern einen Druck auf die politische Vertretung ausüben, damit endlich in der Regierung einmal etwas geschieht, denn es geschieht doch nichts in der Regierung; das sehen wir doch. Wir schliddern doch immer weiter und weiter ins Elend. Ich wollte nur vom Präsidententische aus bestätigt haben, ob das so ist und ob diese Entwicklung so gehen soll.

Im übrigen möchte ich hier sagen, was Herr *Blohm* auch bereits angeschnitten hat: die Verhältnisse im Lande sind so furchtbar, daß sie nicht mehr lange so weiter gehen können. (Sehr richtig!) Sie sind so, wie Sie es vielleicht nicht ahnen. Ich sage das extra hier den Berliner Stellen, die hier sitzen, auch Ihnen, mein verehrter Herr Kollege *v. Raumer*. (Heiterkeit – **Herr v. Raumer**: Darf ich ums Wort bitten?) Ich kann Ihnen nur sagen, es sieht furchtbar im Lande aus. Der größte Teil der Betriebe – na, ich will den Ausdruck Pleite nicht gebrauchen – fühlt sich aber schon pleite, und sie hängen nur noch in ihrer Existenz. Wir wissen wirklich nicht, was geschehen wird, wenn die Situation noch lange so dauern soll. Ich habe Herrn *Moldenhauer* damals gesagt, als er von der Steuersenkung im Jahre 1931 sprach, daß das eigentlich für uns eine große Enttäuschung wäre, denn ein großer Teil der Betriebe ist nicht mehr imstande, bis 1931 zu warten. Bei uns in Schlesien ist es jedenfalls so. Wie es in anderen Teilen des Landes ist, weiß ich nicht. Ich höre, daß es da und dort noch einzelne Industrien gibt, denen es sehr gut geht. Aber das sind nur einige wenige Großindustrien. Das Gros der verarbeitenden Industrie liegt am Boden. Es muß schleunigst etwas geschehen. Man hat aber den Eindruck, daß die Regierung ratlos ist und aus dem Schlamassel – einen anderen Ausdruck kann man ja gar nicht mehr gebrauchen – überhaupt nicht versteht herauszukommen. Und da ist es erfreulich und in der Öffentlichkeit und im Lande begrüßt worden, daß die Wirtschaft zur Selbsthilfe greift und daß die

Arbeitgeber mit den Gewerkschaften sich an einen Tisch setzen. Allerdings ist die Presse der Gewerkschaften im Lande ganz anders eingestellt als hier in Berlin. Im Lande heißt es – gestern habe ich noch in unserer sozialistisch-gewerkschaftlichen Zeitung gelesen, daß die Unternehmer und die bürgerliche Regierung jetzt nicht mehr ein und aus wissen, daß das die Folge der bürgerlichen Politik der letzten 10 Jahre gewesen wäre und daß die Arbeiter nun gebeten würden, an den Tisch der Unternehmer zu kommen, um der Privatwirtschaft wieder auf die Beine zu helfen. (Heiterkeit) – Ich erwähne das deswegen, meine Herren, weil es notwendig ist, daß von der maßgebenden Berliner Presse aus oder von den Pressebüros, die die Provinzpresse versorgen, das nicht unterschätzt werden sollte und daß die Provinzblätter, die bürgerlichen, auch dementsprechend richtig orientiert werden sollten. Ich bitte Sie, meine Herren, daß jeder an seinem Platze dafür sorgt, daß die ihm nahestehende Provinzpresse die Wahrheit sagt und nicht das, was die links eingestellte Presse den Arbeitern gegenüber vorlügt, denn es ist klar, daß die Führer der Gewerkschaften Angst haben, jetzt ihren Leuten im Lande zu sagen, wie die Sache tatsächlich liegt.

Herr Reichsminister a. D. v. Raumer: Ich muß doch auf eine Bemerkung meines Kollegen *Schmidt* antworten. Ich habe nicht die Aktion angefangen, weil ich fürchtete, daß Siemens oder AEG pleite gingen, sondern weil die Lage so ist – sie ist mir auch einigermaßen bekannt –, daß wir nicht mehr warten können. Außerdem muß man mit dem wachsenden Radikalismus der Gewerkschaften rechnen. Dasjenige, was ich ebenso vermißt habe wie Sie, war ein entschiedener Wille zur Reform. Ich habe überall nur die Angst gesehen, die Angst vor den Wählern, die Angst vor der Organisation. Das ist der Grund gewesen, weshalb ich die Aktion angefangen habe, weil nur dann, wenn aus der Wirtschaft heraus, und zwar nicht nur von den Unternehmern, die an sich nichts zu sagen haben, weil sie keine Stimmzettel haben – sie haben nur etwas bei der Wahlbeihilfe zu sagen, dann hört es auf –, Sie können nur etwas wirken, wenn Sie die großen Gewerkschaftsgruppen dazu bekommen, um eine Stoßkraft zu erzielen, die in der Lage ist, die Regierung zu wirklich entscheidenden Schritten zu veranlassen. Das ist die ganz klare und einfache Linie der Politik, die wir getrieben haben.

Herr Poensgen: Meine Herren! Herr *Schmidt* hat vorhin gesagt, es muß gehandelt werden, und es soll nicht mehr geredet werden. Von diesem Gesichtspunkte aus sind wir im Westen daran gegangen zu handeln und haben angefangen. Ich weiß, daß unsere Aktion durchaus nicht den Beifall von vielen von Ihnen findet. Aber unserer Meinung nach war es nötig, daß irgendjemand einmal anfing, die Löhne anzupacken und die Preise anzupacken. Jetzt ist das Thema „Löhne" akut und auf dem Marsche. Aber wie wir es angepackt haben – das ist im Januar gewesen –, hat noch kein Mensch im allgemeinen von Lohnabbau zu sprechen gewagt. Wir haben die Sache in Gang gebracht auf eine Weise, die vielleicht nicht auf allen Seiten Beifall gefunden hat. Aber wenn Herr *Piatscheck* sagt, man soll vom Preisabbau nicht sprechen, so bin ich der Meinung, man soll bei jeder Gelegenheit jetzt, wo Löhne gesenkt werden können, die Löhne anpacken. Aber, meine Herren, Sie sind noch nicht so weit, daß Sie die Löhne senken können, ohne daß Sie Ihrerseits eine Gegenleistung auch bringen. Sie müssen es ähnlich machen wie wir, daß Sie zum mindesten einen Teil der Lohnsenkungen, die Sie fordern, die Sie bekommen wollen, zur Preissenkung mit verwenden; sonst bekommen Sie

heute die Schlichter noch nicht dazu und den Arbeitsminister noch nicht dazu, einen Spruch zu fällen, der die Löhne senkt. Aber die Sache ist auf dem Marsche, und sie wird weitergehen, wenn so oder in ähnlichem Sinne weiterverfahren wird, wie wir es angefangen haben[20].

Vorsitzender Herr Frowein: Herr *Poensgen*, Sie wissen, daß ich persönlich immer auf dem Standpunkt gestanden habe, daß das, was Sie gemacht haben, gut war und daß es vor allen Dingen deshalb gut war, weil es einmal eine erste Bresche schlug. Aber für eine ganze Reihe von Industrien – das halte ich aber nicht für so wichtig – liegt es nicht so, wie Sie es sagen. Nehmen Sie z. B. die ganz große Zahl von Industrien, die überhaupt gar keinen Einfluß auf die Preise ihrer Erzeugnisse nehmen können. Bei denen sind – einer der Herren hat es schon vorhin gesagt – die Preise ja schon herunter, sie sind ja schon gesunken, weil eine absolut freie Konkurrenz besteht und weil da die Dinge so liegen, daß die Leute, nur um etwas verkaufen zu können, schon mit den Preisen heruntergegangen und am Ende sind. Das ist aber nur eine Einzelheit. Ich erkenne durchaus an, daß da, wo ähnliche Verhältnisse bestehen, wie sie im Westen bestanden haben und wie sie zu diesem Schiedsspruch geführt haben, man das durchaus als Vorbild benutzen könnte. Ich glaube aber, in anderen Industrien, beispielsweise gerade in der Textilindustrie, Herr *Herren*, sollte man sich umgekehrt darauf vorbereiten zu zeigen, wie in den letzten Jahren trotz steigender und gleichbleibender Löhne, ganz abgesehen von dem Sturz der Rohstoffpreise, die Preise gesunken sind. Es ist ja eine Kleinigkeit, das nachzuweisen, auch den Schlichtern das nachzuweisen, daß das zum Teil ganz erheblich ist und daß diese gleichbleibenden Löhne bis jetzt nur haben ertragen werden können, weil man die Betriebe nicht zumachen wollte, und daß man eben nachher dazu kommen muß, wie es zum Teil auch geschehen ist, immer mehr und mehr einzuschränken.

Aber ich wiederhole noch einmal auch gegenüber den Kritikern: ich bin der Meinung, daß der Schiedsspruch von Oeynhausen deswegen gut war, weil er einmal eine Bresche geschlagen hat in das fortgesetzte Heraufgehen der Löhne, weil einmal gezeigt worden ist, daß die Löhne auch heruntergesetzt werden können.

Herr Poensgen: Sie haben vollständig recht, Herr *Frowein*! Was wir gemacht haben, geht natürlich nur bei syndizierten Produkten. Aber beim Endprodukt kommt die Sache dann von selber, denn die Leute machen die Kalkulation auf, indem sie die Löhne nehmen und dann Generalia draufschlagen; da kommen sie ganz von selber darauf.

Wir haben uns aber auch gesagt, wir werden auch unsere Gehälter senken und werden diese Senkung der Gehälter auch zum Preisabbau verwenden. Dadurch hat uns natürlich die Regierungserklärung mit dem Notopfer einen Strich gemacht, wenn es so wird, wie es vorgeschlagen ist, wenn es nicht eine Modifikation erfährt, denn wir können doch nicht über die 4% dann noch einmal an die Gehälter unserer besten Beamten herangehen. Wenn sie 4% an die Reichs-

20 *Poensgen* geht hier auf Verhandlungen ein, die er mit *Stegerwald* und Vertretern des Stabeisenverbandes über Preissenkungen im Zusammenhang mit dem Schiedsspruch von Oeynhausen führte. Nr. 82.

kasse geben, bekommen wir kein halbes Prozent von ihnen freiwillig. Diese Frage müßte noch einmal besprochen werden.

Vorsitzender Herr Frowein: Das ist ganz richtig. Ich wollte, nachdem die erste Sache abgeschlossen ist, die Herren fragen, ob sie noch einen Bericht von Herrn *Kastl* über die Vorschläge der Regierung hören wollen. Dann würde dies natürlich auch mitbesprochen werden müssen. Wird das Wort noch gewünscht? –

Herr Herren: Nur zur Klarstellung! Ich bin vorhin mißverstanden worden, wie mir scheint. Ich habe absolut nicht gesagt und nicht sagen wollen, daß ich von der Aktion von Dienstag vor acht Tagen für uns ein erleichtertes Vorgehen im Lohnabbau hätte erwarten wollen. Ich habe nur gesagt: ich bedaure, daß diese Aktion nicht zustandegekommen ist, weil wir dadurch in unserem Vorgehen behindert worden sind. Ich wollte das nur zur Klarstellung noch sagen.

Vorsitzender Herr Frowein: Wird das Wort noch gewünscht? Das ist nicht der Fall. Einen Widerspruch dagegen, daß heute abend sowohl von uns wie von den Gewerkschaften die Erklärung an sämtliche Telegraphenbüros gegeben wird, habe ich nicht gehört. Ich darf dann Ihre einmütige Zustimmung zu dieser Erklärung feststellen. – Ich höre keinen Widerspruch; ich stelle die Zustimmung fest.

Wir würden dann den sämtlichen Gewerkschaften mitteilen, daß wir mit dieser Erklärung einverstanden sind und daß wir sie unsererseits heute abend an die üblichen Telegraphenbüros, WTB, TU, an alle, die sie immer herausgeben, geben.
[. . .][21]

21 Kritischer Vortrag *Kastls* über das neue Regierungsprogramm zum Haushaltsausgleich. Die Sitzung endet mit der Aussprache über den Bericht *Kastls*.

87a.

14. 6. 1930: Staatssekretär Staudinger an Ministerpräsident Braun

Nachlaß Otto Braun 567. Handschriftliche Korrekturen. Paraphe Otto Brauns.

Sehr verehrter, lieber Genosse *Braun*!

Die Zeitungsnachrichten über die Verhandlungen zwischen Vertretern der Unternehmer und der Gewerkschaften (vgl. „Der Abend" vom 6. 6. 30) haben mich veranlaßt, den Genossen *Eggert* vom ADGB um eine persönliche Unterredung über den Verlauf der Verhandlungen zu bitten, da ich vor allem auch glaubte, daß Ihnen an einer unmittelbaren Darstellung von freigewerkschaftlicher Seite gelegen wäre, zumal die Möglichkeit besteht, daß der Reichskanzler *Brüning* oder auch der Herr Reichspräsident selbst über die Haltung der Gewerkschaften sprechen werden. Genosse *Eggert* hat mir daraufhin gestern streng vertraulich über den Ursprung, Verlauf und Stand der Aussprachen berichtet, er hat mich zugleich ermächtigt, Ihnen ebenso vertraulich an Hand der Anlagen einen kurzen Überblick zu geben, auch würde er – meinem Vorschlage entsprechend – gern bereit sein, Ihnen

unmittelbar ein Bild über die Verhandlungen zu geben. *Eggert* ist infolge einer Reise erst am Donnerstag wieder in Berlin. Er hat gebeten, falls Sie eine persönliche Unterrichtung vor seiner Rückkehr für geboten halten, eventuell statt seiner durch meine Vermittlung den Genossen *Graßmann* zu Ihnen zu bitten.

In der Sache selbst knüpfte *Eggert* an die den Sturz der Großen Koalition begleitenden Umstände an, an das Abrücken *Moldenhauers* von den damaligen Regierungsvorschlägen[1], an die wenig glückliche Rede von Hermann *Müller-Lichtenberg*[2] und die sich daran anschließenden, Ihnen ja bekannten Ereignisse. Schon damals begann Geheimrat *Kastl* vom Reichsverband der Deutschen Industrie, sich mit *Graßmann* über die Möglichkeit einer „Entgiftung der Situation" zu unterhalten, und faßte weitere Besprechungen ins Auge, die aber durch rein zufällige äußere Umstände zunächst nicht zustande kamen. Vor einiger Zeit trat dann Herr *v. Raumer* an *Graßmann* heran mit dem Ersuchen um eine Aussprache zwischen führenden Vertretern der Unternehmer und der freien Gewerkschaften über die wirtschaftliche Lage (zunächst nur der freien Gewerkschaften, da bei einem erfolgreichen Verlauf der Besprechungen die übrigen Gewerkschaften sicherlich mitmachen würden)[3]. Diese Besprechung fand in der *Raumer*schen Wohnung statt. An ihr nahmen von seiten der Unternehmer *Raumer, Bücher, Pietrkowski, Kastl, Brauweiler* (also Reichsverband der Deutschen Industrie und Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) teil, von seiten der Gewerkschaften *Graßmann, Müller, Umbreit, Eggert*[4]. Minister *Stegerwald* war über die Besprechung unterrichtet. Die Unternehmer legten der Aussprache die als Anlage 1[5] bezeichnete Erklärung zugrunde. Ihr Kernpunkt ist die Bereitwilligkeit „der Angestellten der Wirtschaft" zu einem besonderen Opfer zugunsten der Erwerbslosen, die „planmäßige Senkung aller Selbstkosten der Wirtschaft" (also einschließlich Löhne) zwecks Senkung der Preise, zugleich die Anerkennung „der Notwendigkeit und des Nutzens der Sozialversicherung"! Die Unternehmer regten an, daß diese und eine entsprechende Erklärung von gewerkschaftlicher Seite vielleicht für einige, allgemeines Vertrauen genießende Persönlichkeiten den Anlaß zu einem eindringlichen Appell an die Volksgesamtheit mit dem Ziel einerseits einer finanziellen Kraftanstrengung zugunsten der Erwerbslosen, andererseits eines von der öffentlichen Meinung getragenen Preisabbaues sein könne; als solche allen Beteiligten willkommene Persönlichkeit wurde schließlich allein der Herr Reichspräsident anerkannt. Die Gewerkschaftsvertreter, die sofort auf die Erklärung der Unternehmer die Gegenfrage stellten, wer die Vorbelastung tragen solle, die Unternehmer bezüglich der Preise oder die Arbeitnehmer bezüglich der Löhne, welch letztere unbedingt als Reallöhne erhalten werden müßten, formulierten daraufhin ihrerseits die als Anlage 2[6]

1 Kabinettssitzung vom 27. 3. 1930, abgedruckt in Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1608ff.; Nr. 43.

2 *Müller-Lichtenberg* hatte als Sprecher der Gewerkschaften den Kompromiß über die Arbeitslosenversicherung abgelehnt. Stampfer S. 562.

3 Vgl. Nr. 79.

4 Etwas abweichend von Nr. 79.

5 Nr. 87b.

6 Nr. 87c.

bezeichnete Erklärung, indem sie zugleich darauf hinwiesen, daß ohnehin sowohl die Eingliederung der Erwerbslosen in die Wirtschaft stets mit dem Verlust früher erreichter übertariflicher Löhne verbunden sei als auch die sonstigen übertariflichen Löhne zurzeit überall gesenkt würden. In ihrer Erklärung verlangten die Gewerkschaften insbesondere Ausdehnung des Notopfers „auf alle von der Arbeitslosenversicherung nicht erfaßten Kreise", „Verminderung übermäßiger Preisspanne im Handel", so daß „die Kaufkraft des arbeitenden Volkes nicht herabgedrückt, sondern in der Folge gehoben werde", zugleich verwahrten sie sich gegen die Herabsetzung der Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung. Indes scheiterte der bereits sorgfältig vorbereitete Plan eines Empfanges beim Herrn Reichspräsidenten (die Presse war seitens des Büros des Herrn Reichspräsidenten schon aufmerksam gemacht), der der Überreichung der beiden Erklärungen und der Erwiderung durch eine entsprechende Botschaft des Herrn Reichspräsidenten dienen sollte, daran, daß die am 3. 6. stattgehabte Ausschußsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Arbeitgeberverbände die von den Unterhändlern der Unternehmer formulierte Erklärung aus unbekannten Gründen ablehnte[7] (vgl. „Abend" vom 6. 6.). Die Besprechungen wurden trotzdem nach einigen Tagen auf Anregung der Unternehmer fortgesetzt, sie sollten dem Ziele einer gemeinsamen Erklärung der Unternehmer und Gewerkschaftsvertreter, betr. die aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, dienen. Die Unternehmer haben den neuen Besprechungen die als Anlage 3[8] bezeichnete umfangreiche Erklärung zugrundegelegt, die Gewerkschaften, die inzwischen neben dem Afa-Bund[9] auch die Christlichen und Demokratischen Gewerkschaften hinzugezogen hatten, haben die als Anlage 4[10] bezeichnete Erklärung gegenübergestellt. Beide Entwürfe, die jeweils als gemeinsame Erklärung der Unternehmer und Gewerkschaften gedacht waren, wurden von der anderen Seite abgelehnt; seitens der Gewerkschaften, weil ihnen in der Erklärung der Gegenseite der Reallohn nicht genügend gesichert erschien (auch in der mündlichen Aussprache die Frage der Abschaffung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen in den Vordergrund gesetzt wurde), seitens der Unternehmer wohl aus entgegengesetzten Gründen[11]. Das Ergebnis der Besprechungen ist die in der heutigen Tagespresse veröffentlichte, kurze gemeinsame Erklärung über die Absicht weiterer Verhandlungen[12], die, wie ich höre, in der kommenden Woche stattfinden sollen und bezwecken, einzelne Punkte sachlich durchzuberaten[13]. Damit sind nach Auffassung *Eggerts* die Verhandlungen tatsächlich gescheitert.

Für die ablehnende Haltung der Unternehmer waren offenbar, wie auch *Eggert* meint, unter anderem die politischen Bindungen der den Unternehmern nahestehenden Parteien von großer Bedeutung.

---

7 Trifft so nicht zu. Vgl. Nr. 83.

8 Nr. 80b.

9 Allgemeiner Freier Angestelltenbund.

10 Nr. 87d.

11 Vgl. Nr. 86.

12 Schulthess 1930 S. 137.

13 Hierzu Nr. 97–99b; Brüning S. 177.

Ich wäre Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, für eine kurze Mitteilung dankbar, ob Sie Herrn *Eggert* empfangen wollen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Ihnen stets
ergebener
Staudinger

87b.

Entwurf einer Erklärung der Arbeitgeber

Nachlaß Otto Braun 567. Abschrift. Handschriftliche Korrekturen[1].

Die Arbeitgeber[2] erklären es als eine sittliche Pflicht der in gesicherter Stellung Befindlichen, ihre durch die Krisis in arge Not geratenen Arbeitsgenossen nicht im Stich zu lassen. Die Entwicklung der Reichsfinanzen lasse die Aufbringung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung gefährdet erscheinen, da eine weitere Erhöhung der überspannten Steuern nur Mindereingänge befürchten lasse. Sie würden es für richtig halten, wenn die Angestellten der Wirtschaft einschließlich der leitenden Persönlichkeiten für das Etatsjahr 1930 von ihrem nichtversicherungspflichtigen lohnsteuerpflichtigen Arbeitseinkommen einen Hilfsbeitrag zur Arbeitslosenversicherung bis zur Höhe des ungeteilten Versicherungsbeitrages leisten würden.

Die Unternehmen können einen solchen Vorschlag nur verantworten, wenn sofort eine ernste und unvoreingenommene Prüfung und Klarstellung der Gründe der heutigen Arbeitslosigkeit und der zu ihrer Behebung notwendigen Maßnahmen gemeinsam durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolge.

Die Unternehmer betrachteten als wesentlichste Voraussetzung einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine planmäßige Senkung aller Selbstkosten der Produktion. Diese führe zu einer Senkung der Preise und damit durch Belebung des Absatzes zu der zur Wiedereinstellung von Arbeitskräften unerläßlichen Ausweitung der Produktion. Die Anpassung der Löhne an die sich hieraus ergebenden Bedürfnisse sei von entscheidender Bedeutung. Nur auf diesen Wegen könne die auch von den Unternehmern als unbedingt notwendig erachtete Sicherung der Kaufkraft der breiten Massen der Bevölkerung gewährleistet werden.

Die Unternehmer erkannten ausdrücklich die Notwendigkeit und den Nutzen der Sozialversicherung in allen ihren Zweigen an. Sie glaubten sich dabei eins mit den Arbeitnehmern in der Forderung, daß die aus Beiträgen des gesamten Volkes bereitgestellten Hilfen nur den wirklich Bedürftigen zugute kämen.

---

1 Auch in BA R 43 I/1157.

2 In der Vorlage irrtümlich „Arbeiter". In dem in Anm. 1 genannten Dokument heißt es „Arbeitgeber".

Unabweisbar sei in diesem Zusammenhang eine allgemeine Senkung der Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden, durch die allein die dauernde Gesundung der öffentlichen Haushalte und eine beschleunigte Senkung der Steuerlasten herbeigeführt werden könne.

87c.

Entwurf einer Erklärung der Gewerkschaftsvertreter

Nachlaß Otto Braun 567. Abschrift. Handschriftliche Korrekturen[1].

Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter gehen von der Überzeugung aus, daß der gegenwärtige Umfang der Arbeitslosigkeit nur durch außerordentliche Maßnahmen abgestellt werden kann[2].

Die Gewerkschaften begrüßen[3] einen großen solidarischen Akt der von der Arbeitslosenversicherung nicht erfaßten und von der Arbeitslosigkeit nicht betroffenen Kreise in Gestalt eines Notopfers zur Sicherung der Arbeitslosenversicherung. Dieses Notopfer darf sich nicht auf die Angestellten der Wirtschaft beschränken, sondern muß auf alle von der Arbeitslosenversicherung nicht erfaßten Kreise ausgedehnt werden[4].

Sie sehen in dieser Aktion einen ersten wirksamen Schritt zur Gesundung der Reichsfinanzen, die eine Voraussetzung für jede Gesundung der Wirtschaft bedeutet[5].

Die Gewerkschaften halten es ebenfalls für erforderlich, daß die Ursachen der Arbeitslosigkeit gemeinsam geprüft werden, und erwarten hiervon, daß in kürzester Frist Wege zu einer Behebung dieser Notlage gefunden werden.

Die Gewerkschaften erklären sich bereit, mitzuarbeiten an der Senkung der Produktionskosten der Wirtschaft[6] mit dem Ziel einer wesentlichen Herabsetzung der Preise. Sie erwarten insbesondere eine Verminderung übermäßiger Preisspannen im Handel. Dies schließt die Voraussetzung in sich, daß die Kaufkraft des arbeitenden Volkes nicht herabgedrückt, sondern in der Folge gehoben wird.

Nicht zustimmen können die Gewerkschaften Versuchen, daß bei der Regelung des Arbeitslosenschutzes das Prinzip der Versicherung verlassen und die Versicherungssätze geschmälert werden[7].

---

1 Auch in BA R 43 I/1157, im folgenden als „Fassung Reichskanzlei" bezeichnet.

2 In der „Fassung Reichskanzlei" ist der Satz eingeschoben: „Dieser außerordentliche Notstand erheischt darum außerordentliche Mittel."

3 In der „Fassung Reichskanzlei" anstelle des Indikativs der Konjunktiv.

4 Dieser Satz fehlt in der „Fassung Reichskanzlei".

5 In der „Fassung Reichskanzlei" für „bedeutet": „bildet".

6 In der „Fassung Reichskanzlei" fortgesetzt: „. . . allerdings unter der Voraussetzung, daß die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes dadurch nicht herabgedrückt wird."

7 Letzter Halbsatz fehlt in der „Fassung Reichskanzlei". In der Vorlage folgt ein handschriftlicher Zusatz, der ebenfalls in der „Fassung Reichskanzlei" fehlt: „Die Erwerbslosenversicherung muß so formuliert sein, daß die Haltung der Partei und unsere (*Spliedt*) gerechtfertigt wird."

87d.

Entwurf der Gewerkschaftsvertreter für eine gemeinsame Erklärung von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften

Nachlaß Otto Braun 567. Abschrift. Handschriftliche Korrekturen.

Der Stand der deutschen Wirtschaft im Zusammenhang mit der allgemeinen Weltwirtschaftslage, aber besonders gekennzeichnet durch die große Arbeitslosigkeit, den Unterkonsum großer Massen der Bevölkerung und durch die schwierige wirtschaftliche Lage vieler Unternehmen, hat die Gewerkschaften und die Unternehmerverbände zu der Überzeugung geführt, daß die Überwindung der gegenwärtigen Krisis außerordentliche Maßnahmen erfordert. Das dringendste Gebot der Stunde ist die Bewahrung der Erwerbslosen vor der bittersten Not.

Da die Entwicklung der Reichsfinanzen eine Aufbringung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung unmöglich erscheinen läßt, halten die Unternehmerverbände und Gewerkschaften ein Notopfer der von der Arbeitslosigkeit nicht betroffenen Kreise zur Sicherstellung der Arbeitslosenversicherung für notwendig. Dieses Notopfer darf sich nicht auf die Angestellten und Beamten beschränken, sondern muß auf alle von der Arbeitslosenversicherung nicht erfaßten Kreise ausgedehnt werden. Unternehmerverbände und Gewerkschaften sehen in dieser Aktion zu Gunsten der Arbeitslosenversicherung zugleich einen ersten wirksamen Schritt zur Sanierung der Reichsfinanzen, die eine Voraussetzung für jede Gesundung der Wirtschaft bilden. Sie fordern, daß alle Wege geprüft werden, die bei völliger Aufrechterhaltung der Sozialausgaben eine Sanierung der öffentlichen Finanzen ermöglichen. Dazu erscheint es erneut notwendig, alle vorgesehenen öffentlichen Ausgaben sorgfältig zu kontrollieren, jede Verschwendung in der Verwaltung zu bekämpfen und alle Möglichkeiten von Steuerquellen auszuschöpfen, ohne dadurch eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung zu gefährden.

Es muß gelingen, durch eine Hand in Hand mit einer Verwaltungsreform einsetzenden Senkung und Einschränkung der Ausgaben der öffentlichen Körperschaften eine durchgreifende Erleichterung der öffentlichen Lasten zu erreichen. Auf dem Gebiete der Sozialversicherung (Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung) ist eine Ersparnis durch Vereinheitlichung der Organisation unter Berücksichtigung und in Anpassung an die unterschiedlichen Aufgaben der Versicherungszweige und durch Beseitigung der Zersplitterung der Versicherungsträger zu erreichen.

Ein Abbau der Leistungen der Sozialversicherung würde nur zur Verelendung im Versicherungsfall führen und ist der Entwicklung der Wirtschaft nicht dienlich. Mißbräuchliche Inanspruchnahme der Versicherungsleistungen müsse durch geeignete Verwaltungsmaßnahmen verhindert werden.

Das wichtigste soziale und wirtschaftliche Ziel ist aber die Wiedereinfügung der Millionen Arbeitslosen in den Produktionsprozeß.

Zur Überwindung der Wirtschaftskrisis sind weitergehende Maßnahmen zu Gunsten der Belebung des Arbeitsmarktes, vor allen Dingen eine bessere Organisation der Kreditbeschaffung und Kapitallenkung mit dem Ziel, die

Kapitalkosten zu verbilligen, erforderlich. Vor allem müssen alle Hemmungen schleunigst beseitigt werden, die heute noch der Hereinnahme von ausländischem Kapital entgegenstehen. Die Aufnahme ausländischer Anleihen für die öffentlichen Körperschaften darf nicht weiterhin unterbunden bleiben. Nur so wird die öffentliche Wirtschaft in die Lage versetzt werden, durch verstärkte Auftragserteilung an die Privatwirtschaft konjunkturfördernd zu wirken. Dabei ist eine planmäßige konjunkturpolitische Verteilung der Behördenaufträge im Rahmen der gegebenen Mittel in größerem Maße als bisher dringend erforderlich. Endlich ist es notwendig, mit größter Beschleunigung die vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagenen Maßnahmen zur Belebung des Baumarktes zu ergreifen.

Die Unternehmerverbände und Gewerkschaften sind sich einig in der Erkenntnis, daß eine wichtige Voraussetzung für eine solche Überwindung der Wirtschaftskrisis in der Senkung des Preisniveaus besteht. Der Abbau der Preise wird erleichtert durch das allgemeine Sinken der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt. Eine Anpassung der Preise für Fertigwaren an die gesunkenen Rohstoffpreise, eine Senkung der überhöht gebundenen Preise und eine Verkürzung der übermäßigen Handelsspanne bieten die Möglichkeit einer allgemeinen Senkung des Preisniveaus. Unterstützt werden diese Bestrebungen durch den Abbau einer ungesunden Lagerhaltung und der Senkung der inländischen Zinssätze in Anlehnung an den internationalen Kapitalmarkt. Diese angestrebte Senkung der Warenpreise muß sich aber auch im Einzelhandel auswirken. Solange eine Senkung der Lebenshaltungskosten nicht fühlbar erfolgt, soll eine Kürzung der Nominallöhne nicht stattfinden. Denn das Ziel einer Überwindung der Wirtschaftskrisis würde nicht erreicht werden, wenn hiermit das Realeinkommen gesenkt würde und ein Unterkonsum verbunden wäre. Das Ziel muß vielmehr sein, die Kaufkraft der Bevölkerungsmassen zu heben, um belebend auf den inneren Markt einzuwirken.

88.

17. 6. 1930: Blank an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 4001012024/7.Durchschlag.

Ich hatte gestern eine sehr ausführliche Aussprache mit Herrn *Treviranus* über die gegenwärtige Situation. Man konnte feststellen, daß offensichtlich die Reichsregierung oder wenigstens Herr *Treviranus* sich gestern noch keine feste Vorstellung davon machen konnte, wie es eigentlich weitergehen soll. Gestern nachmittag lagen auch die scharf ablehnenden Beschlüsse der volksparteilichen[1] und der demokratischen[2] Reichstagsfraktion zum Notopfer noch nicht vor. Die Stimmung gegen Herrn *Moldenhauer* scheint im Kreise *Brüning/Stegerwald/Treviranus*

1 Am 16. 6. 1930 hatte sich die Mehrheit der DVP-Fraktion gegen den von *Moldenhauer* verteidigten Plan der Einführung eines Notopfers entschieden. Sitzung der DVP-Fraktion am 16. 6. 1930, BA R 45 II/67; vgl. Nr. 91.

2 Vgl. Zentrumsprotokolle S. 456.

immer noch sehr ernst zu sein[3]. Man denkt daran, sich gegebenenfalls von Herrn *Moldenhauer* zu trennen[4] und dann das Reichsfinanzministerium gegebenenfalls in Personalunion mit dem Reichskanzleramt von Herrn *Brüning* verwalten zu lassen[5]. Sehr interessant waren die Äußerungen von Herrn *Treviranus*, die sich mit Herrn *Wirth* beschäftigten. Während man zunächst gehofft hatte, daß Herr *Wirth* sich tatsächlich auf einen mehr rechts gerichteten Kurs eingestellt hätte, muß man jetzt die Erfahrung machen, daß er vom Reichsinnenministerium aus eine sehr entschiedene Linkspolitik betreibt[6], wozu ihn besonders auch sein persönlicher Referent, Herr *Teipel*, der bisherige Redakteur der von Herrn *Wirth* begründeten Zeitschrift „Deutsche Republik", veranlaßt. Trotzdem darf man hoffen, daß das Stahlhelmverbot in der allernächsten Zeit aufgehoben wird. Der Reichspräsident hat die Herren *Brüning* und Otto *Braun* gebeten, sich baldigst über den Termin für die Aufhebung des Stahlhelmverbots zu einigen. Die Frage, ob das Verbot aufgehoben werden soll oder nicht, ist gar nicht mehr gestellt[7].

Herr *Treviranus* zeigte sich nicht genau unterrichtet über den Verlauf der Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Ich habe ihm den Verlauf genau geschildert und die offensichtlich bei ihm vorhandene irrtümliche Auffassung, die Arbeitgeber seien schuld am Scheitern der Verhandlungen, richtiggestellt. Wir kamen dann auch auf die Frage, ob es richtig sei, die gesetzliche Möglichkeit zu schaffen, Tarifverträge auch während ihrer Laufzeit zu kündigen und in Lohnsenkungsverhandlungen einzutreten. In Übereinstimmung mit dem Ergebnis der Geschäftsführerkonferenz beim Reichsverband [der Deutschen Industrie] und bei der Vereinigung [der Deutschen Arbeitgeberverbände] vom letzten Donnerstag[8] habe ich mich gegen eine solche Möglichkeit ausgesprochen, die nur geeignet wäre, allergrößte Beunruhigung hervorzurufen. Auch Herr *Kastl*, mit dem ich nachträglich sprach, billigt diesen Standpunkt, während Staatssekretär *Schmid* der Auffassung ist, daß diese sofortige Kündigungsmöglichkeit auf gesetzlichem Wege geschaffen werden muß[9].

Angesichts der Einstellung der drei Regierungsparteien – Volkspartei, Demokraten und Wirtschaftspartei[10] – zum Notopfer ist das Schicksal der Deckungsvorlage zum mindesten vollkommen ungewiß. Bezeichnenderweise hat Herr *Moldenhauer* sich schon wieder damit einverstanden erklärt, über Abänderungen seines Vorschlages zu verhandeln. (Siehe DAZ von heute früh.)

gez. *Blank*

3 Vgl. Nr. 77.

4 Zu *Schäffer* bemerkte *Moldenhauer* schon am 16. 6. 1930, er fürchte, vom Kabinett „ausgebootet zu werden". Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. vom 16. 6. 1930.

5 Vgl. Nr. 92.

6 *Brüning* hatte *Wirth* vor allem aus taktischen Gründen mit dem Innenministerium betraut: „*Wirth* mußte im Kabinett bleiben, sonst wäre ich in der Fraktion in Schwierigkeiten gekommen. Ich brauchte ihn außerdem als Brücke zu dem mir nicht sehr gewogenen Gewerkschaftsflügel der preußischen Landtagsfraktion." Brüning S. 162. Nach der Septemberwahl 1930 sollte *Wirth* dafür sorgen, daß „die Brücken zur SPD nicht abgebrochen" würden. A. a. O. S. 187.

7 Zu den Vorgängen um die Aufhebung des Stahlhelm-Verbots Braun S. 299ff.; Brüning S. 177ff.; Berghahn S. 149ff.; Dorpalen S. 178ff.

8 12. 6. 1930.

9 Vgl. Nr. 89.

10 Vgl. Schumacher S. 142.

89.

17. 6. 1930: v. Gilsa an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 400101293/4a. Durchschlag – Tgb. Nr. 305. Handschriftliche Korrekturen und Ergänzungen.

Sehr geehrter Herr *Reusch*!

Die offizielle Stellungnahme der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gegenüber den Finanzplänen des Kabinetts ist durch die heute morgen erfolgten Veröffentlichungen in der Presse bekannt geworden. In der entscheidenden Fraktionssitzung[1] hat die ganze Fraktion, auch die Herren, die bisher *Moldenhauer* meist gedeckt haben, sich zum Teil mit großer sachlicher Schärfe gegen *Moldenhauer* gewandt, trotzdem dieser in einem einleitenden Referat versucht hatte, die Gründe für sein Handeln der Fraktion verständlich zu machen. Nur der alte *Kahl* hat sich aus einigen unklaren Gründen für *Moldenhauer* ausgesprochen[2], aber der alte Herr ist in derartigen politischen Entscheidungen eben nicht mehr ganz ernst zu nehmen.

Bemerkenswert ist, daß die Beeinflussungsversuche, die wir bei ähnlichen entscheidenden Abstimmungen in der Fraktion schon öfters erlebt haben, auch diesmal nicht fehlten. *Moldenhauer* hatte einem Abgeordneten privatim mitgeteilt, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie hinter ihm stände. Auch entwickelte Herr *Kastl* wieder eine rege Tätigkeit, um einige Mitglieder der Fraktion im *Moldenhauer*schen Sinne zu beeinflussen, allerdings hatte er keinerlei Erfolg.

Als Beweis dafür, wie wir schon jetzt übersteuert sind, teile ich Ihnen eine vertrauliche Angabe des Kanzlers mit, wonach der Bierkonsum in den letzten beiden Monaten infolge der Steuererhöhung trotz der zum Teil großen Hitze um rund 46% zurückgegangen ist. In der gleichen Zeit hat der Zigarettenkonsum aus ähnlichen Gründen um 25% abgenommen. Man sieht also, die Steuergrenzen sind längst erreicht.

Ganz abgesehen von allen sachlichen Einwänden ist die neue Steuer-Aktion seitens der Regierung psychologisch und technisch so ungeschickt wie irgend möglich angesetzt worden. *Luther* hat auch sehr nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es infolge der dauernd sich ändernden und widersprechenden Zahlenangaben der Kabinettsmitglieder in der deutschen Öffentlichkeit in der nächsten Zeit nicht möglich sein würde, vom Auslande irgendwelche Anleihen zu einigermaßen verständigen Bedingungen zu erhalten.

Die Verhandlungen der Spitzenverbände und der Gewerkschaften über eine freiwillige Lohn- und Preissenkung sind, wie Ihnen ja bekannt ist, endgültig gescheitert. Die Mitteilungen, daß noch weitere Verhandlungen stattfinden, berühren dieses Hauptproblem durchaus nicht mehr[3]. Infolgedessen muß man sich

1 Sitzung der DVP-Fraktion am 16. 6. 1930, BA R 45 II/67; vgl. Nr. 91.

2 Den genannten Quellen zufolge hat sich nur *Hoff* bei der Schlußabstimmung auf die Seite *Moldenhauers* gestellt.

3 Dazu Nr. 86.

trotz mancher starker Bedenken damit abfinden, daß, falls nicht noch in letzter Stunde die Gewerkschaften einlenken, reichsgesetzliche Bestimmungen getroffen werden. Auf Grund der bestehenden Notlage muß die Reichsregierung die Ermächtigung erhalten, die jetzt noch laufenden Tarifverträge zu einem bestimmten Termin, etwa zum 1. Oktober dieses Jahres, rechtskräftig zu kündigen. Dann müssen neue Verhandlungen und Entscheidungen – ähnlich wie bei Nordwest[4] – folgen[5]. Es ist, wie gesagt, verständlich, daß gegen eine solche Maßnahme, die einen Einbruch in das bestehende Tarifrecht darstellt, manche Bedenken erhoben werden können, aber die Not erfordert ein derartiges Vorgehen nach meiner und der Fraktion Auffassung unbedingt, falls keine freiwillige Einigung in der Wirtschaft zustande kommt. Ein großer Teil der Tarifverträge, nicht nur in der eigentlichen Industrie, sondern auch bei Gewerbe und Handel läuft noch so lange, daß man ihr Ende nicht abwarten kann, wenn man die jetzige Not wirklich bannen will. Selbstverständlich muß man alle irgend erdenklichen Sicherungen dagegen einbauen, daß eine etwaige künftige Links-Regierung die gleiche Maßnahme nicht gegen die Wirtschaft unberechtigterweise anwendet. Ganz wird dies nicht erreichbar sein, aber einen sicheren Schutz gegen jede Maßnahme einer Links-Regierung gibt es ja überhaupt nicht. Verzichtet man aber auf die Möglichkeit einer frühzeitigen Kündigung der noch laufenden Tarifverträge, so würde aus unseren ganzen Plänen nichts werden, da ja auch eine Kürzung der staatlichen und kommunalen Gehälter, Pensionen usw. erst eintreten kann, wenn die Löhne ebenfalls gesenkt werden.

Was nun politisch wird, ist sehr schwer zu sagen. *Moldenhauers* Stellung ist stark erschüttert. Nach meiner Ansicht wäre es das beste, er träte von selbst zurück und ein besserer Finanzminister würde ernannt. Vielleicht kommt keine Regierungskrise, dafür aber eine Reichstagsauflösung. Trotzdem einige Minister damit bereits wieder, wie vor einigen Wochen, drohen, glaube ich nicht daran, daß das Kabinett mit großer Freude an eine Reichstagsauflösung herangeht. Das Finanzprogramm der Regierung, um das ja bei einer Neuwahl gerungen werden würde, ist zu dürftig, als daß die Regierung sich von den Wahlen einen Erfolg versprechen könnte. Kommt es aber trotzdem zu einer Reichstagsauflösung, so müssen die Dinge eben durchgefochten werden, selbst auf die Gefahr hin, daß uns noch Schweres bevorsteht. Kompromisse dürfen jetzt nicht mehr gemacht werden.

Mit angelegentlicher Empfehlung
Ihr sehr ergebener

4 Schiedsspruch von Oeynhausen. Nr. 77, Anm. 4.

5 Der letzte Satz ist handschriftlich eingefügt.

90.

18. 6. 1930: Gattineau an Duisberg (Baden-Baden) (Auszug)

BL RDI 62/10.3b. Paraphe Duisbergs.

Sehr verehrter Herr Geheimrat,

beiliegend übersende ich Ihnen die Niederschrift über die zweite gemeinschaftliche Sitzung der Vorstände des Reichsverbandes und der Vereinigung[1]. Gleichzeitig füge ich Ihnen eine kurze Zusammenfassung der wesentlichen Punkte der Verhandlungen bei. Über die allgemeine Lage ist folgendes zu sagen. Wie ich Ihnen heute telegrafiert habe, hat Herr *Moldenhauer* sein Rücktrittsgesuch eingereicht[2]. Die meiste Aussicht als sein Nachfolger scheint Herr *Dietrich* zu haben[3]. Damit scheint die Krise, in der sich das Kabinett schon seit einiger Zeit befindet[4], seinen Anfang zu nehmen. Die einmütige Ablehnung, die das Notopfer in der Form des Regierungsvorschlages gefunden hat, hat das Ansehen und die Autorität des Kabinettes wesentlich erschüttert. Man spricht davon, daß Dr. *Brüning* schon Verhandlungen mit der Sozialdemokratie aufgenommen hat in der Richtung einer Großen Koalition[5]. Allerdings würde auch diese Regierung die Verhältnisse kaum meistern, und dann sieht man als weitere Kombination *Bracht* (Essen), *Luther* und *Schacht*. Der Reichspräsident soll aber den Gedanken einer neuerlichen Großen Koalition strikte ablehnen und lieber versuchen wollen, *Brüning* mit neuen Männern oder überhaupt neue Männer mit der Kabinettsbildung zu betrauen[6].

[. . .][7]

Mit der Bitte, mich den Damen empfehlen zu wollen und

herzlichen Grüßen bin ich
Ihr dankbar ergebener
Dr. *Gattineau*

1 Nr. 86.

2 Vgl. Nr. 91. Das Abschiedsgesuch *Moldenhauers* trägt das Datum des 19. 6. 1930, BA R 43 I/1308. Dazu Brüning S. 176.

3 Zu den Verhandlungen über die Nachfolge *Moldenhauers* Nr. 92 und 93; Brüning S. 176.

4 In einem vertraulichen Bericht für *Duisberg* vom 6. 6. 1930, BL RDI 62/10. 3b, heißt es: „Die Situation für das Kabinett *Brüning* wird zunehmend prekärer. Der außerordentlich schwierigen Lage der Wirtschaft und der Reichsfinanzen könnte man mit Dauerwirkung nur durch ebenso außerordentliche Maßnahmen Herr werden. Immer mehr stellt sich aber heraus, daß das Kabinett *Brüning* doch nicht die Männer hat, die dazu imstande wären."

5 Ähnliche Mitteilung *Blanks* an *Reusch* am 19. 6., HA/GHH 4001012024/7: „Ich erhalte soeben aus vertrauenswürdiger Quelle die Nachricht, daß die politische Entwicklung in Deutschland wieder auf die Große Koalition hintreibt. Der Mittelsmann, der in erster Linie die Verhandlungen mit der Sozialdemokratie führt, soll Herr Dr. *Curtius* sein. Außerdem soll auch Herr *Brüning* sich bereits wieder mit Herrn *Breitscheid* in diesem Sinne unterhalten haben. Man scheint sogar zu glauben, daß es möglich sei, den zur Zeit unzweifelhaft vorhandenen Widerstand des Reichspräsidenten gegen eine Wiederhereinnahme der Sozialdemokratie in die Reichsregierung überwinden zu können." Tatsächlich setzte sich *Curtius* für Verhandlungen mit der SPD über einen Kompromiß in der Frage der Deckungsvorlage ein. Curtius S. 164.

6 In der in Anm. 4 genannten Mitteilung hieß es hierzu: „Allerdings rechnet man in engeren Kreisen mit m e h r e r e n Kabinetten *Brüning*. Eine Personalumbesetzung des Kabinetts halten maßge-

bende Leute auf jeden Fall für notwendig. Aber muß man nicht zweifeln, daß *Brüning* dazu die erforderliche Rücksichtslosigkeit aufbringt? Im ganzen sieht es jedenfalls sehr trübe aus. Wenn nicht in den nächsten Monaten eine wesentliche Änderung eintritt, so wird es ohne Reichstagsauflösung und schließlich außergewöhnliche Maßnahmen nicht abgehen. Herr *Luther* hält sich jedenfalls im Hintergrunde bereit. Weniger ehrgeizig, aber auch mit großer Spannung verfolgt in seiner ländlichen Ruhe *Schacht* die Entwicklung. Wir werden diesen Mann kaum in der nächsten Zeit entbehren können." Vgl. Wengst S. 105.

7 Abschließend Mitteilung über einen Besuch von Pressevertretern bei Bayer in Leverkusen.

91.

Bericht Moldenhauers über seinen Rücktritt als Reichsfinanzminister am 18. Juni 1930 (Auszüge)

Nachlaß Moldenhauer 3. Lebenserinnerungen, vom Mai bis zum Rücktritt S. 16–23.

Am nächstfolgenden Tag [13. 6.] hatte ich eine Besprechung mit dem aus dem Urlaub zurückgekehrten Kanzler und erklärte ihm, daß nach den schweren Angriffen, die auf der ganzen Linie doch nicht nur gegen mich, sondern auch gegen das Kabinett erfolgt seien, eine Erklärung des Kabinetts notwendig sei. In einer Nachmittagssitzung, die bis in den späten Abend hinein dauerte, stellte sich das Kabinett einmütig hinter die Vorlage[1]. Ich redigierte mit dem Kanzler zusammen noch eine große Verlautbarung, die die Zusammenhänge darlegte[2]. Diese Verlautbarung hätte acht Tage vorher kommen müssen. So verfehlte sie die Wirkung. Ich war noch einen Augenblick bei *Meissner* und fuhr dann in der Nacht nach Köln. Die letzte Genugtuung war, daß die Zeitungen am nächsten Morgen mit großer Aufschrift brachten: Das Kabinett einmütig für *Moldenhauer*[3].

[. . .]

Am folgenden Montag [16. 6.] war Fraktionssitzung[4]. Die Sachsen waren außer sich, weil am nächsten Sonntag Landtagswahlen stattfinden sollten[5] und ich ihnen die Partei zerschlagen hätte. Ich legte meinen Standpunkt dar, stieß aber auf die stärksten Angriffe. *Hueck*, der sehr leicht bei aller Anständigkeit der Gesinnung einen überheblichen Ton annehmen konnte wie enge Menschen, die außer für ihren eigenen Standpunkt niemals ein Verständnis für eine andere Auffassung haben, sprach von dem niederschmetternden Eindruck, den die Unfähigkeit des Finanzministers hervorgerufen habe, und verlangte seinerseits eine Erklärung, nach der die Tarifverträge aufgehoben werden müßten, weil nur so die Wirtschaft zu retten sei. Er fand bei seinen schwerindustriellen Freunden stärkste Unterstützung. Auf der anderen Seite kamen schwerste Angriffe von *Morath* und *Rammelt*,

1 Kabinettssitzung am 13. 6. 1930, BA R 43 I/1444.

2 Schulthess 1930 S. 135ff.

3 Im folgenden Abschnitt erwähnt *Moldenhauer* Vorgänge, die dazu führten, daß sein eigener Wahlkreis in Köln ihn öffentlich desavouierte.

4 Sitzung der DVP-Fraktion am 16. 6. 1930, 18.45 Uhr, BA R 45 II/67. Vgl. auch Nr. 89.

5 Am 22. 6. 1930, das Ergebnis in Schulthess 1930 S. 147.

die mir vorwarfen, in einer Besprechung des Deutschen Beamtenbundes die Kürzung der Beamtengehälter abgelehnt zu haben. Diese Besprechung hatte vor den endgültigen Entschlüssen stattgefunden, in einer Zeit, als ich noch glaubte, den Schritt nicht tun zu brauchen. Ich habe mich aber damals schon vorsichtig ausgedrückt. Leider ist in der Verlautbarung des Reichsfinanzministeriums meine Einstellung zu der Frage schärfer pointiert worden als wirklich geschehen.

Ich hatte mich auf die Herren verlassen und in der damaligen überlasteten Zeit den Bericht nicht noch einmal durchgesehen. *Scholz* hielt sich zurück. Er hatte eine Entschließung vorbereitet, die verlangte, daß auch die Beamtengehaltskürzung in einen großen Rahmen eingepaßt werde. In diese Entschließung, an der nachmittags *Zapf* und andere mitgearbeitet hatten, wurde auch der Vorschlag von *Hueck* hineingearbeitet. Ich lehnte die Entschließung sehr scharf ab, auch *Hoff* wandte sich dagegen. Die Entschließung wurde schließlich mit allen gegen *Hoffs* und meine Stimme angenommen. Aber sie bedeutete noch nicht den Bruch, den auch *Scholz* in diesem Augenblick noch nicht wollte. Die Blätter kommentierten jedenfalls den Beschluß mit der Überschrift: *Moldenhauer* bleibt. Ein demokratisches Blatt schrieb sogar, die Vorlage werde sicher erheblich umgestaltet, aber der Finanzminister, der immer auf die Füße zu fallen verstehe, werde bleiben.

Am Dienstag [17. 6.] abend sprach mich im Reichstag *Scholz* an wegen der Reichsratssitzung, die am folgenden Tag stattfinden sollte. Ich hatte mit dem Kanzler vereinbart, daß wir zunächst die Vorlage durch den Reichsrat bringen wollten[6], um zu sehen, wie die Dinge weiterliefen, und dann uns überlegen wollten, welche Änderungen notwendig seien, weil wir erkannten, daß in der vorliegenden Form die Vorlage nicht durch den Reichstag zu bringen sei. *Scholz* war sehr aufgebracht darüber, daß die Vorlage trotzdem am folgenden Morgen in den Reichsrat kommen und ich sie vertreten würde. Er bat mich, doch die Vertretung *Schäffer* zu überlassen. Ich sagte ihm, das ginge nicht. Aber ich wollte ihm den Gefallen tun, bei der Begründung im Reichsrat im Sinne der Entschließung der Fraktion scharf zu betonen, daß ich die Gehaltskürzung nur mir vorstellen könne im großen Rahmen einer allgemeinen Lohn- und Preissenkung, also auch eines Opfers auf der ganzen Linie. *Scholz* verabschiedete sich von mir mit den Worten, daß zwischen meiner und der Auffassung der Fraktion kein grundsätzlicher Unterschied bestände. Entsprechend der Zusage an *Scholz* verfaßte ich am Mittwoch [18. 6.] morgen einen Presseauszug und hielt meine Rede im Reichsrat[7]. Die Vorlage fand im Reichsrat keine günstige Aufnahme. Man kritisierte die hohe Kürzung der Beamtengehälter. Preußen machte einen Gegenvorschlag mit 2½% und Heranziehung der Einkommensteuer. Ich hatte mich scharf gegen jede Belastung der Einkommensteuer als produktionshindernd gewandt und erklärte, daß ich dann mein Amt zur Verfügung stellen werde. Der Reichsrat war besonders verärgert, weil die Länder von dieser Beamtengehaltskürzung keine Einnahmen zu erwarten hatten. Während der Sitzung, so gegen ½ 1 Uhr, wurde ich von *Scholz* herausgebeten. Er teilte mir mit, daß am Morgen die Vertreter des schwerindustriellen Flügels bei ihm gewesen und die Einberufung einer Fraktionssitzung mit der Tagesordnung: Rücktritt des Finanzministers, verlangt hätten. Er hätte

6 Zu den Motiven für dieses Vorgehen Brüning S. 174f.

7 In den Reichsratsausschüssen.

erklärt, daß er aus sich bereits eine Fraktionssitzung auf Freitag [20. 6.] einberufen hätte, da Donnerstag Fronleichnam und nicht alle anwesend seien. Damit hätten sich die Herren einverstanden erklärt. Er müsse mir aber sagen, daß ich nach seiner Überzeugung nicht mehr zu halten sei. Er habe mit *Becker, Zapf* und *Brüninghaus*, die mir doch wohlgesinnt seien, die Lage am Morgen durchgesprochen. Sie schlügen mir vor, die Entschließung von Montag abend mir zu eigen zu machen und, wenn das Kabinett nicht darauf eingehe, was anzunehmen sei, meinen Rücktritt [zu] verlangen. Dann fiel ich in Übereinstimmung mit der Auffassung der Fraktion, weil ich unsere Ideen beim Kabinett nicht durchdrücken konnte. Ich sagte ihm darauf, das sei unmöglich. Ich hätte mich am Montag selbst gegen diese Entschließung der Fraktion gewandt. Es sei im höchsten Grade illoyal, nachdem sich doch das Kabinett in der vergangenen Woche einmütig hinter mich gestellt hatte, eine derartige Rolle zu spielen. Ich müsse das unter allen Umständen ablehnen. Aber ich würde den Reichskanzler von der eingetretenen Sachlage unterrichten und ihn bitten, am selben Nachmittag eine Kabinettssitzung zu berufen. Ich unterrichtete dann, weil ich *Brüning* nicht erreichen konnte, *Pünder* und bat um eine Kabinettssitzung für den Nachmittag. Mittlerweile hatten die Mittagspresse und die Korrespondenzen meine Reichsratserklärung gebracht, die in der Fraktion großes Aufsehen hervorrief, obgleich mir *Scholz* nachher bestätigen mußte, daß sie wörtlich unserer Vereinbarung vom Abend vorher entsprach. Man bestürmte *Brüninghaus*, auf 2 Uhr eine Fraktionssitzung einzuberufen, die sich mit meinem Rücktritt beschäftigen sollte. Ich sprach mit *Zapf*, der mir erklärte, daß kein Zweifel daran sei, daß der Beschluß mit ganz überwältigender Mehrheit gefaßt werden würde, auch meinte, es sei ganz zwecklos, wenn ich hinkäme, der See rase und wolle sein Opfer haben. Daraufhin rief ich *Pünder* an und bat ihn, dem Reichskanzler mitzuteilen, daß ich meinen Rücktritt erkläre. Ich wollte der Entscheidung der Fraktion zuvorkommen und nicht mich von der Fraktion zum Rücktritt zwingen lassen.

Die Fraktionssitzung ist, wie ich später aus dem Protokoll festgestellt habe, sehr schlecht besucht gewesen[8]. Nur 17 von 45 Mitgliedern waren anwesend. Es fehlten gerade diejenigen, von denen ich ein Eintreten für mich hätte erwarten können. *Kalle* war verreist, *Kempkes* und *Thiel* krank, *Raumer* in Moskau und *Pfeffer* in Genf. *Hoff* hatte von der Sitzung nichts gehört und kam erst, als alles vorüber war. Auch *Dingeldey* war abwesend. In der Fraktionssitzung hat nach einer Aussprache, in der der Schweine-*Schmid, Morath, Gilsa* und *Hugo* sich für meinen Rücktritt aussprachen, *Scholz* festgestellt, daß die anwesenden Mitglieder den Rücktritt für unvermeidlich hielten, die Schritte von *Scholz* billigten und den Wunsch hegten, daß die Meinung der Anwesenden mir noch einmal zum Ausdruck gebracht werde. Das tat *Scholz* in einem Anruf, dem einzigen, den ich in der ganzen Zeit von ihm überhaupt erhalten habe. Ich nahm die Mitteilung entgegen, ohne ihm Zeit zu weiteren Ausführungen zu lassen und ihm auch meinerseits ein Wort zu sagen. In der Fraktionssitzung hatte sich *Zapf* begnügt, die Mitteilung von meinem Rücktritt zu überbringen. Er hatte allen Mut verloren und war auch in den letzten Tagen nicht mehr für mich eingetreten, weil er es für aussichtslos hielt. *Kahl, Kardorff* und *Runkel* sind, wie sie mir später mitteilten, entrüstet aus der

8 Sitzung der DVP-Fraktion am 18. 6. 1930, 14 Uhr, BA R 45 II/67.

Fraktionssitzung fortgegangen; aber sie haben kein Wort zu meinen Gunsten gesprochen.

In der Kabinettssitzung legte ich meinen Standpunkt dar[9]. Ich könne gegen die Fraktion, die mir in dieser scharfen Weise das Mißtrauen ausgesprochen habe, nicht mehr mein Amt behalten. Ich müßte sonst aus der Fraktion ausscheiden und auch mein Mandat niederlegen nach dem Mißtrauensvotum, das mir mein eigener Wahlkreis gegeben habe. Damit sei aber für das Kabinett nichts gewonnen. Ein anderer Finanzminister sei in der Lage, einen Kompromiß zu schließen, den ich nicht schließen könne. Die öffentliche Meinung sei so stark gegen mich, daß es für die Fortführung der Politik des Kabinetts besser sei, wenn dies Opfer gebracht werde. Die öffentliche Meinung würde sich mit dem sachlichen Inhalt des Programms abfinden, das gewisse kleine Änderungen erfahren müsse, wenn ihrer Entrüstung durch das Opfern des Finanzministers Genüge geschehen sei. *Brüning* und die anderen baten mich dringend zu bleiben. Es handle sich ja nicht um mich, um meine persönliche Vorlage, sondern um die zweimal vom Kabinett gebilligte. *Meissner* fragte mich ausdrücklich, was ich tun würde, wenn der Reichspräsident an mich appelliere zu bleiben. Ich antwortete ihm darauf, daß ich in einem solchen Fall selbstverständlich dem Appell des Reichspräsidenten folgen werde. Aber ich bäte ihn dringend, mich nicht in diesen Konflikt zu bringen. Ich müsse dann aus der Partei ausscheiden, und ich würde nicht einmal der Regierung helfen. *Brüning* bat mich dann schließlich, mir die Dinge bis zum folgenden Tag zu überlegen und ihm am kommenden Nachmittag meinen Entschluß mitzuteilen. Ich erklärte mich damit einverstanden, sagte ihm aber, daß er nicht darauf rechnen könne, daß ich meinen Beschluß ändern würde.

9 Ministerbesprechung am 18. 6. 1930, BA R 43 I/1444.

92.

21. 6. 1930: Staatssekretär Meissner an Reichspräsident v. Hindenburg (Neudeck)

ZStA Präsi 46/Bl. 105–106. Durchschlag.

Hochzuverehrender Herr Reichspräsident!

Darf ich zunächst meinen ganz gehorsamsten Dank für die so überaus gütige freundliche Aufnahme und den schönen Tag, den ich gestern in Neudeck verleben durfte, aussprechen?

In der Frage der Nachfolgerschaft *Moldenhauers* ist noch keine Entscheidung gefallen. Der Herr Reichskanzler hat den Versuch, den Preußischen Finanzminister *Höpker-Aschoff* für dieses Amt zu gewinnen, aufgegeben, nachdem eine Rücksprache mit *Höpker-Aschoff* ergeben hatte, daß erstens *Höpker-Aschoff* selbst keine Neigung verspürt, sein gegenwärtiges Amt gegen das des Reichsfinanzmini-

sters zu vertauschen[1], zweitens aber, weil auch sachliche Meinungsverschiedenheiten über das Deckungsprogramm zwischen dem Reichskanzler und *Höpker-Aschoff* bestehen (u. a. will *Höpker-Aschoff* das Defizit des Reichsetats durch starkes Abstreichen beim Wehretat decken, was *Brüning* wie die Mehrheit der anderen Reichsminister entschieden ablehnt). Der Herr Reichskanzler verhandelt jetzt mit dem Herrn Reichswirtschaftsminister Dr. *Dietrich* wegen der Nachfolgerschaft *Moldenhauers*. *Dietrich* ist an sich bereit, möchte vorher aber noch mit einigen Finanzkennern für das sachliche Programm einen Vorschlag ausarbeiten. *Dietrich* gilt als guter Kenner des Finanzwesens. Er war früher Oberbürgermeister in Konstanz, dann Badischer Staatsminister, später dann Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und ist jetzt Reichswirtschaftsminister und Vizekanzler. Im Falle, daß er das Reichsfinanzministerium übernimmt, müßte er als Reichswirtschaftsminister durch einen anderen ersetzt werden.

Da hiernach der Reichskanzler noch keinen endgültigen Vorschlag zur Schließung der durch den Rücktritt *Moldenhauers* entstandenen Lücke machen kann, wird er voraussichtlich erst am Dienstag, und zwar erst nachmittags gegen 6 Uhr, zum Vortrag zum Herrn Reichspräsidenten kommen. Da *Brüning* einstweilen die Geschäfte des Reichsministers der Finanzen mit der nötigen Sachkunde führt, ist die ganze Sache auch nicht so dringend. Die Hauptsache ist, daß das Defizit der Reichsfinanzen bis Anfang Juli Deckung findet. An diesem Ziel hält *Brüning* nach wie vor fest. Er ist doch überzeugt, daß dies auf Grundlage der Regierungsvorlagen mit einigen Änderungen erreicht wird.

gez. Dr. *Meissner*

1 *Brünings* Absicht war es zunächst, *Höpker-Aschoff* das Amt des Finanzministers in Preußen und im Reich in Personalunion führen zu lassen. Vermerk *Pünders* vom 20. 6. 1930, Nachlaß Pünder 131; Brüning S. 176. In einem Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle der DDP vom 4. 7. 1930, BA R 45 III/44, wird zu den Motiven *Höpker-Aschoffs* bemerkt: Er „lehnte die Übernahme des Reichsfinanzministeriums mit Rücksicht auf sein preußisches Amt und die Schwierigkeiten ab, das gleiche Amt in Preußen und im Reiche zu übernehmen, solange die beiden Regierungen so grundlegend verschieden zusammengesetzt sind." Etwas anders die, unter den Zeitverhältnissen etwas verklausulierte Feststellung von Hermann *Höpker-Aschoff*, der entschieden für die Reichsreform eintrat, in Hermann Höpker-Aschoff, Unser Weg durch die Zeit. Gedanken und Gespräche über den Sinn der Gemeinschaft, Berlin 1936 S. 228: „Daß er, im Jahre 1930, als *Brüning* ihm anbot, auch das Reichsfinanzministerium zu übernehmen, bereit gewesen wäre, auf diesen Vorschlag einzugehen, wenn auch der Preußische Ministerpräsident als Vizekanzler in das Reichskabinett eingetreten und so eine gemeinschaftliche Politik verbürgt worden wäre". Das hätte natürlich auch eine Rückkehr zur Großen Koalition bedeutet und erklärt zumindest teilweise die Vermutung bzw. Gerüchte, über die *Blank* und *Gattineau* berichteten (Nr. 74 und 90).

93.

23. 6. 1930: Aktenvermerk des Staatssekretärs Meissner für Reichspräsident v. Hindenburg (Neudeck)

ZStA Präsi 46/Bl. 107–108. Durchschlag. Handschriftliche Ergänzungen und Unterstreichungen. „Geheim".

Die Frage des Ersatzes des ausgeschiedenen Reichsministers der Finanzen ist noch nicht weitergekommen[1]. Der Herr Reichskanzler behandelt sie auch nicht als dringlich, nachdem er mit der einstweiligen Führung der Geschäfte des Reichsministers der Finanzen beauftragt worden ist.

Der Reichskanzler hält es für zweckmäßig, zunächst den Plan zur Deckung des Defizits, namentlich in dem besonders umstrittenen Punkte des Notopfers[2], noch einmal nachzuprüfen und in einigen Punkten umzuarbeiten, damit er sicher ist, die Vorlagen im Reichsrat und Reichstag durchzubringen. Ehe dieses Programm feststeht, will und kann der Reichskanzler auch keinen Nachfolger für den ausgeschiedenen Reichsfinanzminister vorschlagen. Nachdem *Höpker-Aschoff* abgelehnt hat[3] und auch der Reichswirtschaftsminister *Dietrich*, mit dem der Reichskanzler über die Nachfolgeschaft verhandelt hat, verschiedene sachliche Bedenken wegen des Programms vorgebracht hat, geht der Reichskanzler mit dem Gedanken um, die Verhandlungen wegen der Durchführung der Finanzvorlagen selbst zu führen und das Finanzportefeuille so lange mitzuverwalten, bis die Vorlagen angenommen sind; letzteres ist bis Mitte Juli zu erwarten. Eine endgültige Entschließung hat der Herr Reichskanzler aber, wie gesagt, noch nicht getroffen[4].

Bei dieser Sachlage hat der Reichskanzler auch noch keinen bestimmten Tag für seinen Vortrag beim Herrn Reichspräsidenten in Neudeck ins Auge gefaßt.

Wegen der Frage der Aufhebung des Stahlhelmverbots in Rheinland und Westfalen[5] habe ich die Auffassung des Herrn Reichspräsidenten durch Staatssekretär *Weismann* zur Kenntnis des Herrn Preußischen Ministerpräsidenten *Braun*

1 Vgl. Nr. 92.

2 Hierzu Nr. 89 und 91.

3 Vgl. Nr. 92.

4 Erst am 26. 6. 1930 erfolgte die Ernennung *Dietrichs* zum Reichsfinanzminister. Ein Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle der DDP vom 4. 7. 1930 führt aus: „Trotz der an ihn vom Reichskanzler immer dringender gerichteten Bitten entschloß sich Minister *Dietrich* erst zur Annahme des schweren Amtes des Reichsfinanzministers, nachdem er aus den Kabinettssitzungen den Eindruck gewonnen hatte, daß man ohne Verletzung der demokratischen Grundsätze die Land und Volk schwer bedrohende Finanznot zu lindern in der Lage sein würde. Dennoch konnte die Fraktion sich nicht entschließen, *Dietrich* zur Übernahme des Reichsfinanzministeriums zu raten. Solange aber keine begründete Vermutung für die Ablehnung der demokratischen Forderungen im Kabinett vorlag, hielt die Fraktion es auch nicht für richtig, von Minister *Dietrich* bei eventueller Übernahme des Finanzministeriums den Austritt aus der Fraktion oder sogar die Aufgabe seines Mandats zu fordern, zumal (wie erinnerlich ist) auch das bisherige Kabinett kein Koalitionskabinett war, dessen Mitglieder [ihm] deshalb auch nicht als Vertrauensmänner der Fraktion angehörten, deren Haltung die Fraktionen also auch nicht binden konnte." BA R 45 III/44.

5 Hierzu Nr. 88, Anm. 7.

gebracht. Herr *Weismann* hat mich wissen lassen, daß er „glaube annehmen zu können, daß das Verbot vor dem Besuch des Herrn Reichspräsidenten im Rheinland aufgehoben werden würde[6]".
Ich verfolge diese Sache täglich weiter[7].

gez. Dr. *Meissner*

6 Für Mitte Juli 1930 war ein Besuch *Hindenburgs* im Rheinland anläßlich des Endes der alliierten Besatzung vorgesehen.

7 Letzter Satz handschriftlicher Zusatz.

94.

24. 6. 1930: Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer

Nachlaß Schäffer ED 93.

Kabinett[1]. Notopferbeschluß der Volkspartei[2]. Reichskanzler will die Vorlage im Reichstag nicht weiter verfolgen. Vorschlag: Verzicht auf die Vorlage im Reichsrat. An den Reichstag mit einem Ermächtigungsgesetz, die Reichsregierung wird ermächtigt, die notwendigen Maßnahmen zur Sanierung der Finanzen und zur Senkung der Preise und Löhne zu ergreifen. Unmöglich ist es, ein die Einzelheiten enthaltendes Ermächtigungsgesetz einzubringen, weil alsdann mit den Parteien verhandelt werden müßte, und zwar auch mit der Sozialdemokratie. Erhebliche starke Streichungen im Etat. Wenn das Kabinett jetzt schwankt, dann kommt eine katastrophale wirtschaftliche Entwicklung. Von weiteren Verhandlungen mit den Parteien erwartet der Kanzler nichts. Wenn gewisse Voraussetzungen geschaffen werden und das Kabinett dem zustimmt, wäre er zur Übernahme bereit. Noch eine weitere Besprechung mit *Scholz* im Laufe des heutigen Tages[3]. Ich bin nicht gesonnen, mich durch Verhandlungen mit den Parteien in eine unmögliche Lage bringen zu lassen und mich hinterrücks umbringen zu lassen. Ich werde den Kampf im Reichstag aufnehmen[4]. *Curtius*: Kein Ultimatum, sondern nur eine

1 Ministerbesprechung vom 24. 6. 1930, 20 Uhr. BA R 43 I/1444.

2 Nach dem Bericht *Brünings* hatte *Scholz* „ein Notopfer der Festbesoldeten als unannehmbar bezeichnet, auch in der von Herrn Reichsminister *Dietrich* vorgeschlagenen Form. Er habe aber zu erkennen gegeben, daß es der Volkspartei möglich sein werde, in einem späteren Stadium hierüber mit sich reden zu lassen. Für die Volkspartei werde voraussichtlich das Notopfer der Beamten dann annehmbar sein, wenn die Beamtenverbände freiwillig ihre Zustimmung zu einem solchen Opfer geben würden. Auch werde die Volkspartei für eine Kürzung der Beamtengehälter zu haben sein, in dem Zeitpunkt, in dem sichtlich eine Lohn- und Preissenkung eingetreten sei." Anm. 1.

3 Über seine Besprechungen mit *Brüning* berichtete *Scholz* am 24. 6. 1930 der Fraktion: „*Brüning* fordert ein allgemeines Ermächtigungsgesetz, also mit 2/3 Mehrheit. Kommt die 2/3 Mehrheit nicht zustande, werde die Regierung eine Notopferverordnung mit Artikel 48 der Reichsverfassung erlassen." Diese Vorschläge nannte *Scholz* ein „objektives Verbrechen am deutschen Volk". BA R 45 II/67.

4 Diese Haltung wurde vom Vorstand der Zentrumsfraktion gedeckt, der sich am 24. 6. 1930 gegen weitere Verhandlungen mit den Parteien und für Einbringung eines Ermächtigungsgesetzes ausgesprochen hatte. Zentrumsprotokolle S. 455f.

Aussprache. Die Fraktion lehnt zwar das Notopfer ab, aber, wenn es in die gesamte Senkungsaktion von Löhnen und Preisen eingereiht werden kann, ist es erträglich[5]. Daher glaube ich, daß die Schwierigkeiten nicht mehr so groß sein werden, wie sie im gegenwärtigen Augenblick erscheinen. *Scholz* wird persönlich sehr stark für ein Ermächtigungsgesetz sein. In der Fraktion hängt dies von der sachlichen Einigung ab. Ist ein Ermächtigungsgesetz allgemeiner Fassung ohne ⅔-Mehrheit möglich? Reichskanzler: ich rechne mit ⅔-Mehrheit.

Dietrich: Voraussetzung dafür, daß man dieses Amt durchführen kann, sind die Pläne *Stegerwalds*: 1. Arbeitslosenversicherung; 2. Krankenversicherung, Beiträge müssen geändert werden, sobald die Ersparnisse eintreten; 3. keine neuen Kriegsinvalidenrenten; 4. 1% Beitragserhöhung. Alles dies auf dem geordneten Weg. – Darüber hinaus: 100 Millionen [sind] einfach abzustreichen (interne Verfügung des Finanzministers). Belastung mit einem Zuschlag zur Einkommensteuer von etwa 5%, auch die Beamten. Im übrigen die Beamten mit 2¼%. Außerdem eine gewisse Belastung der Ledigen.

Deckung des weiter eintretenden Defizits. Stopfung des Loches vom Oktober. Auf je 100 Millionen Mark neues Difizit je 1% an jedem Etatposten [zu streichen] (Anweisungen, Beamtengehälter, Umzugskosten und so weiter). Gemeindegetränkesteuer, unter Umständen auf den völligen Verzehr. Länderregierungen haben zu bestimmen, von welchem Punkt der Belastung der Realsteuern ab diese Steuer eintritt. Ob man die Zuschüsse zur Arbeitslosigkeit auf einen gewissen Betrag beschränkt, ist mir zweifelhaft. Dazu ist bisher die Zeit nicht reif[6].

Kanzler: Auf der einen Seite Gefahr des großen Ermächtigungsgesetzes (keine ⅔-Mehrheit). Das Spezielle macht aber Verhandlungen mit den Parteien erforderlich. *Treviranus* für spezielles Ermächtigungsgesetz. Es muß heute zu einem Ende kommen. Werden die *Dietrich*schen Vorschläge bis 1. IV. befristet, um inzwischen eine organische Sanierung durchzuführen. Ich habe Bedenken, daß wir Gemeindegetränkesteuer oder Bürgersteuer vorwegnehmen. Die sollten wir für das große Programm lassen. Kanzler: *Curtius* hat mir gesagt, wenn ein allgemeiner Zuschlag zur Einkommensteuer kommt, müßte er ausscheiden. *Schätzel*: Der Tilgungsfonds ist eine Reserve. Teilung des Tilgungsfonds. Aus der Osthilfe könnte man die Haushaltsposten durch Anleihen finanzieren. Kanzler: Einem Aufgeben des *Schacht*schen Tilgungsfonds[7] könnte ich nicht zustimmen. Wir müssen zur Senkung der Personalkosten kommen. *Guérard*: Nach den Ausführungen des Kanzlers und *Dietrichs* ist das Ermächtigungsgesetz verfassungsändernd. Ich halte es für möglich, daß wir die verfassungsändernde Mehrheit bekommen. *Dietrich*: Die 100 Millionen müssen durch das Kabinett abgesetzt werden. *Guérard*: Man sollte eventuell zunächst aus Artikel 48 vorgehen und den Reichstag erst auflösen, wenn er diese Dinge aufheben will. Die Vorschläge müssen aber so sein, daß sie im Winter für die Zeit nach dem 1. IV. 1931 ausgebaut werden können. *Schiele*: Ich halte die ⅔-Mehrheit nicht für möglich. Die Furcht vor der Auflösung liegt nicht bei der Sozialdemokratie. Wenn *Curtius* persönlich Schlußfolgerungen ziehen will, verstehe ich den Sinn dieses Kabinetts nicht mehr. Das

5 Vgl. Anm. 2.

6 Grundriß des Deckungsprogramms, das *Dietrich* am 28. 6. 1930 verkündete. Nr. 102.

7 Vgl. Maurer S. 102ff.

widerspricht der Basis, auf der wir uns zusammengefunden haben. Das Loch ist ja nur zu stopfen, wenn wir nicht das Ventil für die Arbeitslosenversicherung unbeschränkt offenlassen. Wenn hier keine Grenzen gezogen sind, dann gelingt es nicht, den Reichsetat in Ordnung zu bringen. Ich sage, für öffentlichen Bedarf des Reiches: 575 Millionen für das Ausland, 275 Millionen für das Inland. Mit größeren Beträgen kann man nicht rechnen. *Saemisch*: Wir können die 100 Millionen ohne eine starke Kürzung des Wehretats nicht erreichen[8]. Das braucht für die Zukunft noch nichts zu bedeuten. *Stegerwald*: Mit den vier Forderungen von *Dietrich* bin ich einverstanden. Die Senkung der Beiträge [für die Zukunft] zwingend auszusprechen, ist schwer. Der Etat und die Sozialgesetze müssen vom Reichstag verabschiedet werden. Das wird möglich sein bis Mitte Juli. Das Ermächtigungsgesetz braucht eine ⅔-Mehrheit, das wird aber möglich sein, weil die drei Sachen: 1. Beamten-Sache, 2. Einkommensteuer, 3. Gemeindegetränkesteuer von zwei Ausschüssen zugestanden [sind], aber nicht zustimmend, sondern im Benehmen.

Für den Fall, daß man das Ermächtigungsgesetz nicht bekommt, Artikel 48 bei präsentem Reichstag. Es besteht eine doppelte Schwierigkeit. Löcher: a) dies für die Reichsbahn, b) dies für die erweiterte Krisenfürsorge (spärliche Erweiterung kostet weitere 50 Millionen). Kann man diese 50 Millionen mit der Ledigensteuer decken? Schwierigkeit für die Gemeinden, die nur Industriearbeiter oder Wanderarbeiter oder Maurer haben. *Dietrich*: Das ist Sache der Länder, solchen Gemeinden zu helfen. *Joël*: Damit das Ermächtigungsgesetz nicht verfassungsändernd ist, müßte schon die allgemeine Einkommensteuererhöhung ausdrücklich aufgeführt werden. Artikel 48 bei anwesendem Reichstag anzuwenden, setzt sehr starke Gefährdung der öffentlichen Sicherheit voraus. Der Weg, bei anwesendem Parlament so etwas zu beschließen, ist politisch außerordentlich gefährlich.

Schätzel: Wie wird das Notopfer bei den beteiligten Beamten aufgefaßt? Es ist je etwas anderes, die Beamtenschaft und die Einstellung einer politischen Partei. Die wirkliche Beamtenschaft ist durchaus bereit, das Notopfer, wenn es etwas reduziert ist, zu tragen. Die großen Spitzenorganisationen haben sich aus Konkurrenz dagegen geäußert. Wenn noch eine andere Schicht belastet ist, sieht die Beamtenschaft es als ihre Aufgabe an, den Staat zu schützen. Reichskanzler: Was soll man mit dem Reichsrat machen? Ich: Man muß entweder das Ermächtigungsgesetz dem Reichsrat vorlegen oder das Ermächtigungsgesetz im Reichsrat vorlegen lassen. *Weismann*: Preußen würde dabei mitmachen. *Dietrich*: Das zeigt, wir brauchen das Ermächtigungsgesetz und eventuell den Artikel 48. Die Radikalisierung von Sachsen[9] ist eine ausreichende Grundlage, wenn man sich Sachsen auf Berlin und die Ruhr übertragen vorstellt. Die Sozialdemokraten wollen auch keine solche Schwächung der bürgerlichen Parteien. Deswegen werden sie bei der Ermächtigung mitmachen. Alles nur als Provisorium. Man muß es nachher im Winter umbauen. Die Demokraten haben bestimmte Pläne, die es mir überhaupt erst ermöglichen, die Sache [d. h. die Übernahme des Amtes als Finanzminister] zu machen[10]. Die schwierigste Gruppe sind die Wirtschaftspartei

8 Dazu war *Brüning* grundsätzlich nicht bereit. Vgl. Nr. 92.

9 In den sächsischen Landtagswahlen am 22. 6. 1930 hatte die NSDAP ihre Mandatszahl von 5 auf 14 erhöht. Schulthess 1930 S. 147.

10 Zur Haltung der DDP Nr. 93, Anm. 4.

und die Volkspartei. Kanzler: *Scholz* wird sagen, ein weiterer Eintritt eines Ministers ist nur möglich nach einer Einigung. Eine solche Einigung kann nicht erzielt werden innerhalb von zwei oder drei Tagen. Das Kabinett muß sich darauf festlegen, und *Curtius* muß drinbleiben. Wir könnten unter Umständen ein Kommuniqué herausbringen, daß der Weg über den Reichsrat nicht mehr gegeben ist. Herr *Scholz* sieht eine Einigungsmöglichkeit durch Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen, wenn man bestimmte Erklärungen abgibt. Wenn das geschehen ist, ist eine neue Lage geschaffen. Die große Schwierigkeit liegt in den übrigen Forderungen der Volkspartei und darin, daß sie die allgemeine Einkommensteuer ablehnt (*Zapf*).

Treviranus: Es muß heute abend im Kabinett die Klarheit vorhanden sein über den weiteren Weg, selbst wenn *Curtius* seine Demission einreicht. Nach dem heutigen Status der Volkspartei glaube ich nicht, daß sie weiterkommen werden, weil andere Parteien auf dem Standpunkt stehen, es wird jetzt der Parteiwille der Volkspartei durchgesetzt. Das ist für andere Parteien unmöglich. Sie müssen *Scholz* sagen, wenn Sie die Sache nicht durchsetzen können, ist mit der Volkspartei nicht zu paktieren. *Weismann*: Wenn man heute wieder mit den Parteiführern spricht, bringt man sich um den letzten Kredit. Sie können riskieren, Herr Reichskanzler, auch ohne die Volkspartei vorzugehen. Besetzen Sie die Ministerstellen neu; es stehen schon 5 vor der Tür (Zwischenruf *Treviranus*: 6). Reichskanzler: Ich müßte über *Braun* mit der Sozialdemokratie verhandeln, wie sie sich zum Ermächtigungsgesetz stellt. Die Volkspartei bringt das Ermächtigungsgesetz nicht ein. *Dietrich*: Die Volkspartei muß sehen, daß auch ohne sie regiert wird. *Guérard*: Ich bin der Auffassung, daß man das Ermächtigungsgesetz vor den Reichsrat bringt. Es müßte mit Preußen verhandelt werden, damit es auf die schleunige Verabschiedung der Vorlage drängt.

Stegerwald: So einfach ist das nicht. Die Volkspartei wird keine Auflösung wollen. Die Sozialdemokratie wird anders denken. Der sozialistische Vorschlag[11] und der *Dietrich*sche sind gar nicht so weit auseinander. Dieser Bankrott-Erklärung des Parlamentarismus werden die Sozialisten nicht zustimmen. Der Weg des Ermächtigungsgesetzes kann erst gegangen werden, wenn die anderen Mittel erschöpft sind. Kanzler: Einem Ermächtigungsgesetz über die Löhne stimmt die Sozialdemokratie nicht zu. *Stegerwald*: Lohnkürzung im Gesetzgebungsweg ist unmöglich. Man muß in das Ziffern-Chaos Ordnung bringen.

Kanzler: Die einzelnen Parteien werden an uns herantreten und fragen: Was wollt ihr mit dem Ermächtigungsgesetz machen? Soweit ich die Dinge beurteilen kann, waren drei sozialdemokratische Forderungen: a) Gegenwärtige Zusammensetzung (Frage: Wie, wenn *Curtius* herausgezogen wird?)[12] – *Stegerwald*: Man müßte mit der Sozialdemokratie ein befristetes Ermächtigungsgesetz verhandeln. Wenn man der Sozialdemokratie, nachdem die schlimmsten Sachen im Reichstag fertig sind, sagt: „Wir haben das und das vor." – Kanzler: Ohne die Volkspartei würde eine solche Einigung spielend zustande kommen über das Programm *Dietrich*. *Treviranus*: Deswegen muß man ihr das Beitreten anheimgeben. Kanzler: Was machen wir, wenn *Scholz* erklärt, einem Ermächtigungsgesetz

11 Vgl. Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie 1930 S. 10ff.

12 Aufzeichnung erscheint an dieser Stelle unvollständig.

stimmen wir nur zu, wenn unsere Forderungen angenommen sind? *Treviranus*: Dann machen wir es ohne sie. Das würde auch in der Öffentlichkeit gut wirken. Kanzler: Auch bei der Sozialdemokratie würde es den Eindruck machen, daß wir nicht gewillt sind, uns unter das Gebot der Volkspartei zu fügen.

Ich unterrichte *Krosigk* über *Dietrichs* Pläne und *Curtius* über den Inhalt der Kabinettssitzung. Er [*Curtius*] fragt, was er tun müsse. Ich sage: nur bleiben, wenn der Reichspräsident offiziell darum bittet[13].

Mit *Dietrich* unterhalten, der aus der Fraktion kommt und erklärt, daß diese beinahe festgestellt hätte, daß die Regierung nicht mehr das Vertrauen der Fraktion besitze. Er hat das aber verhindert.

Alsdann das Defizit und die Deckung durchgesprochen.

Nachmittags. Besprechung mit *Dietrich* und Kanzler. Ich warne vor der Alleinbelastung der Beamten (ohne Privat-Festbesoldete und Aufsichtsräte). Ich warne ferner vor dem Bluff der Einkommensteuer. (5%, was ebenso aussieht, als ob es sich um einen mit den 2¼% [Gehaltsherabsetzung] vergleichbaren Posten handelt.) Schließlich wird der Weg der 100,5 Millionen Ersparnis besprochen.

13 So geschehen am 27. 6. 1930. Vgl. Nr. 100 und 101.

95.

25. 6. 1930: Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer (Auszug)

Nachlaß Schäffer ED 93.

Ministerbesprechung[1]. Kanzler doch gegen Ermächtigungsgesetz, weil vielleicht nur ⅓ für die Regierung[2]. Artikel 48 nach negativer Abstimmung über die Spezialgesetze unmöglich. Vor der Ablehnung ist die Durchbringung mit Artikel 48 möglich. Wenn die Beamtenverbände selbst sich mit einem Notopfer abfinden, würde die Deutsche Volkspartei mitmachen und sich sogar mit einem Zuschlag zu den höheren Stufen der Einkommensteuer abfinden[3]. *Schätzel* [sagt], seine Beamten haben einmütig erklärt, sie seien der Pflicht des Notopfers sich voll bewußt, und zwar dachten sie dabei an das ursprüngliche Notopfer. Das sei immer ihr Standpunkt gewesen. Auf die Frage, warum sie das nicht erklären, erwiderten sie, sie hätten das erst gestern beschlossen. Sie wollen mit dem Deutschen Beamtenbund Fühlung nehmen. Der Deutsche Beamtenbund wird, wenn mit ihm Fühlung genommen wird, sich zu der Erklärung des Sportpalastes einverstanden erklären, d. h., sie wollten es tragen, wenn es keine Sonderbelastung ist. Kanzler: Das wäre eine ungeheure Erleichterung für die Haltung der Deutschen Volkspartei. – Wenn ein Ermächtigungsgesetz abgelehnt wird, verbauen wir uns einen für

1 Ministerbesprechung vom 25. 6. 1930. BA R 43 I/1444.

2 Dagegen Nr. 94.

3 Stellungnahme der Volkspartei in Nr. 94, Anm. 2.

den Herbst notwendigen Weg. Ich muß aber heute eine klare und einmütige Stellung der Minister haben, ob sie bereit sind, vor der Abstimmung den Artikel 48 anzuwenden. *Guérard*: Soll dann bei anwesendem Reichstag der Artikel 48 angewandt werden? *Schiele*: Wo sind die Parteien, die uns helfen? Man findet überhaupt keinen klaren Ausdruck der Parteien, die uns helfen. Wenn wir dann den Artikel 48 anwenden, ist die Situation keineswegs besser, als wenn wir mit einem Ermächtigungsgesetz hervortreten. *Stegerwald*: Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes bedeutet ein Mißtrauensvotum. Daß wir keine 2/3-Mehrheit bekommen, steht fest. *Hilferding* hat mir heute gesagt, die Sozialdemokratie könnte weder der Reform der Arbeitslosenversicherung noch dem Ermächtigungsgesetz zustimmen. Über alles andere ließe sich reden. Heute sagte er mir: „In vielen Punkten macht ihr das, was wir vorschlagen[4]: a) Ersparnis am Etat; b) Einkommensteuerzuschlag; c) Notopfer; d) Gemeindegetränkesteuer. Eure Vorschläge liegen auf unserer Linie." Da wir ein Ermächtigungsgesetz mit 2/3-Mehrheit nicht bekommen, so bin ich dafür, daß wir die Einzel-Gesetze durch den Reichsrat bringen und uns nach den Reden der verschiedenen Parteien zum „Handeln" entschließen. *Schätzel* für die gesetzlichen Vorlagen. Die Chance ist bei der Gesetzes-Vorlage nicht ungünstiger als beim Ermächtigungsgesetz.

Dietrich berichtet über seine Fraktion, die der Volkspartei folgen wollte. Voraussetzung ist, daß über den Artikel 48 und seine Anwendung nichts in die Öffentlichkeit kommt und daß sich die Ressorts mit dem Abstrich von 100 Millionen einverstanden erklären und, wenn keine Einigung erzielt wird, sich dem Finanzminister unterwerfen.

Kanzler: Ich werde dann am Freitag [27. VI.] veröffentlichen, daß die Regierung die parlamentarischen Möglichkeiten ausschöpfen will, ehe sie in anderer Weise die Gesetze publiziert[5]. *Joël*: Politisch ist die Belastung [von] einer ungeheuren Stärke, daß man gegenüber dem erkennbaren Willen des Parlamentes mit Artikel 48 vorgeht. Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist zu bejahen. Was passiert, wenn der Antrag auf Aufhebung kommt? Dann muß man sich auch über die Auflösung klar sein. *Schiele*: Wir manipulieren uns in die Reichstagsauflösung hinein. Der Ausfall der nächsten Wahlen zwingt den Reichspräsidenten zur Berufung eines linken Kabinetts nach den Wahlen. *Stegerwald*: Die Sozialdemokratie läßt es aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu einer Auflösung kommen. *Wirth* gegen das Ermächtigungsgesetz. Kanzler: Eventuell können die Parteien nach der zweiten Lesung ein Ermächtigungsgesetz einbringen. – Einmütigkeit des Kabinetts, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln seine Vorlage durchzuziehen.

[. . .][6]

4 Vgl. Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie 1930 S. 10ff.

5 Vgl. Nr. 102.

6 Beratung über die Einsparung der 100 Millionen RM im Etat. Hierbei wird die Kürzung der Gehälter und Versorgungsbezüge sowie die Einführung einer Ledigensteuer erörtert.

96.

25. 6. 1930: Niederschrift über eine gemeinsame Sitzung von Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

BL RDI 62/10, 3c. Durchschlag. Handschriftliche Korrektur[1]. Paraphe Duisbergs.

Direktor Retzmann berichtet in eineinhalbstündigen Ausführungen über die Reise der China-Kommission des Reichsverbandes. Ein ausführliches Referat folgt gedruckt.

Kastl referiert über die Finanzlage und die in Aussicht genommenen Schritte des Reichsverbandes. *Moldenhauer* sei in erster Linie aus politischen Rücksichten gescheitert. Die sogenannten industriellen Vertreter in der Volkspartei hätten dabei nicht, wie es in der Presse vielfach geheißen hätte, im Namen der Industrie oder des Reichsverbandes gehandelt[2]. Es sei notwendig, Beschluß darüber zu fassen, ob der Reichsverband bei der Regierung oder vor der Öffentlichkeit neue Schritte unternehmen wolle. Das neue Programm der Volkspartei[3] lasse die großen Gesichtspunkte vollkommen außer acht, es fehle insbesondere die Feststellung, daß Streichungen an den Personalausgaben unumgänglich seien. Auch das Programm *Dietrichs*[4] sei kein Fortschritt gegenüber der Vorlage *Moldenhauers*. Die vorgeschlagenen Steuern reichten zur Deckung nicht aus, die finanzpolitische Seite, die schon im Dezember vom Reichsverband, insbesondere durch den Vorstoß *Silverbergs*, ausgiebig behandelt worden sei[5], werde überhaupt nicht beachtet. Es bleibe nur übrig, den damaligen Vorschlag *Silverbergs*, die Ausgaben um einen durchschnittlichen Satz zu senken, wieder aufzugreifen. Die Etats des Reiches, der Länder und der Gemeinden ergäben zusammen rund 20 Milliarden Mark Ausgaben, von diesen seien 14 Milliarden Mark nicht international und privatrechtlich gebunden, wenn von diesem Betrag ein durchschnittlicher Abstrich von 5% erfolge, dann käme man auf die 700 bis 800 Millionen, die *Silverberg* damals als notwendige und mögliche Einsparung gefordert habe. Den Ländern und den Gemeinden sei vorzuschreiben, daß die Realsteuern eine bestimmte Höhe nicht überschreiten dürften. Als Ausweg sei die Bürgerabgabe oder die Getränkesteuer zu bewilligen. Weder der Vorschlag der Volkspartei noch das neue Programm des Reichsfinanzministers werde die Finanzen sanieren. Daraus ergebe sich für den Reichsverband, gegebenenfalls der Regierung oder der Öffentlichkeit gegenüber erneut Stellung zu nehmen. Er bitte darum, einer kleinen Kommission die Befugnis zu geben, die notwendige Entscheidung in einem bestimmten Augenblick zu fällen.

Silverberg erklärte die Lage für kritischer, als sie 1923/24 gewesen sei, wo die Inflation die Bevölkerung zugleich entschlußreif und entschlußunfähig gemacht

1 Durchschlag auch im Nachlaß Silverberg 230.

2 Vgl. Nr. 91; zur Haltung der RDI in dieser Frage Nr. 89.

3 Der Entwurf für ein Deckungsprogramm wurde von der DVP-Fraktion am 24. 6. 1930 verabschiedet und *Brüning* übermittelt; BA R 43 I/2365.

4 Vgl. Nr. 94 und 102.

5 Vgl. Silverberg S. 107ff.

habe. Das System, das man sechs Jahre lang ertragen habe, gehe jetzt zu Grabe. Der Wiederaufbau sei nur möglich, wenn die drei Forderungen: Ordnung des öffentlichen Etats, Wiederherstellung des Vertrauens zu Deutschland im Auslande, Wiederherstellung der Achtung vor dem Privateigentum und dem erarbeiteten Einkommen erfüllt würden. *Silverberg* erzählte, Herr *Sempell* habe ihm interessante Mitteilungen über die Stimmung Amerikas gegenüber Deutschland gemacht, die nach der Veröffentlichung des letzten Berichts *Gilberts*[6] und nach Bekanntwerden der Wahrheit über den deutschen Etat sofort zu unseren Ungunsten umgeschlagen sei. Die von *Kastl* vorgeschlagenen Maßnahmen empfehle er als für die Übergangsperiode geeignet. Er trete sogar aus taktischen Gründen für einen Einkommensteuerzuschlag ein, wenn er zur Voraussetzung eines organischen Wiederaufbaus gemacht werde. Die übertriebene Konjunkturempfindlichkeit des deutschen Etats auf der Einnahmen- und Ausgabenseite sei zu beseitigen. *Silverberg* beantragte, die Entscheidung über die Schritte des Reichsverbandes nicht in die Hand einer Kommission, sondern des Präsidiums zu legen. Zum Schluß bemerkte er, unter einstimmendem Beifall, es sei seiner Auffassung nach der schwerste Fehler gewesen, die Sozialdemokratie durch den Sturz *Hilferdings* aus der Verantwortung zu lassen. Die Quittung für die Übernahme seiner gefährlichen Nachfolgeschaft seien die Wahlen in Sachsen[7].

Bücher stellte die Vertrauenskrisis, die *Silverberg* unter seinen Beiforderungen genannt habe, an die Spitze. Jede Detailbetrachtung sei in der heutigen Lage gefährlich. Es sei nur notwendig, rücksichtslos zu sparen, vielleicht 15% bei den Etats. Aber dazu brauche man einen Mann, eine wirkliche Persönlichkeit im Kabinett, und bis es soweit sei, habe es keinen Sinn, sich in Details mit dem Finanzproblem zu befassen.

Sempell machte nähere Mitteilungen über seine amerikanischen Eindrücke. Das amerikanische Kapital werde der deutschen privaten Wirtschaft bald nicht mehr Kredite geben, wenn die öffentliche Finanzwirtschaft nicht in Ordnung käme. In New York hätten führende amerikanische Bankiers offen und ernst mit ihm den Vorschlag besprochen, daß Deutschland Herrn Parker *Gilbert* mit der Sanierung der deutschen Finanzen beauftrage[8].

Silverberg sieht in dieser Anregung möglicherweise ein erstes Anzeichen der Verwirklichung der von ihm gefürchteten „dette publique allemande". Verhindern könne die Entwicklung keine parlamentarische Regierung, sondern vielleicht nur ein deutsches unabhängiges Finanzdirektorium.

Frowein, der den Vorsitz führte, unterstützt den Vorschlag *Silverbergs*, dem Präsidium die Entscheidung über die nächsten Schritte des Reichsverbandes zu geben. Es wird entsprechend beschlossen.

---

6 Bericht des Generalagenten Parker *Gilbert* vom 21. 5. 1930, Berlin 1930.

7 Bei den Landtagswahlen in Sachsen am 22. Juni 1930 hatten die DVP fünf und die DNVP drei Sitze eingebüßt, während der Stimmenanteil von SPD und KPD stabil blieb.

8 Über die Stimmung in den Vereinigten Staaten zum Inkrafttreten des Young-Plans Link S. 489f.

97.

25. 6. 1930: Stellungnahme des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu den Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften

Vorwärts vom 25. 6. 1930, Nr. 291. Überschrift: „Abbruch der Spitzenverhandlungen. Schiedsspruch von Oeynhausen und Lohnabbaupläne die Ursachen"[1].

Die Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände sind gestern fortgesetzt worden. Bei diesen Verhandlungen gaben die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes folgende Erklärung ab:

„Die Besprechungen zwischen den Spitzenverbänden des Unternehmertums und der Gewerkschaften sind ausgegangen von dem Gedanken, für die Erwerbslosen in Gestalt einer Sonderzuwendung an die Arbeitslosenversicherung Hilfe zu bringen. Diesen Gedanken haben wir lebhaft begrüßt.

Ferner sollte in gemeinsamer Aussprache geprüft werden, welche Ursachen der Arbeitslosigkeit zugrunde liegen, und es sollte versucht werden, Wege zu finden, die aus der Wirtschaftskrise herausführen. Die Senkung der Selbstkosten der Produktion sollte hierbei im Vordergrunde der Beratungen stehen.

Des weiteren sollte die Senkung der Ausgaben der Haushalte von Reich und Ländern und damit die Möglichkeit der Senkung der allgemeinen Steuerlasten besprochen werden.

Wir erklärten uns bereit, an der Senkung der Selbstkosten der Produktion mitzuarbeiten, unter der Voraussetzung, daß die Preise gesenkt, die überhohen Gewinnspannen im Handel vermindert und die Kaufkraft des arbeitenden Volkes nicht geschmälert, sondern in der Folge erhöht wird.

Dieser ursprüngliche Plan wurde jedoch illusorisch gemacht durch die Entscheidung der Konferenz des Unternehmertums vom 3. Juni[2], die zu einer neuen Formulierung des Standpunktes des Unternehmertums führte. Diese neue formulierte Erklärung[3] bedeutete eine Verschiebung der Verhandlungsbasis und wurde dadurch für die Gewerkschaftsvertreter unannehmbar.

Aber auch eine von den Gewerkschaften als gemeinsame Erklärung vorgeschlagene neue Formulierung[4] wurde von den Unternehmervertretern als unannehmbar bezeichnet. Einer gemeinsamen Erklärung war dadurch der Boden entzogen.

Ein Versuch der Weiterverhandlung über einzelne Fragen wäre vielleicht nicht ohne Erfolg gewesen, wenn nicht Ereignisse eingetreten wären, die von der Öffentlichkeit in Zusammenhang mit diesen Verhandlungen gebracht und als deren Ergebnisse gewertet wurden; als erstes die Verbindlichkeitserklärung des

1 Hervorhebungen in der Vorlage sind nicht kenntlich gemacht.

2 Nr. 79.

3 Nr. 80b.

4 Nr. 87d.

Schiedsspruches von Oeynhausen[5], der den Lohnabbau zur Voraussetzung des Preisabbaues in der Schwereisenindustrie machte, ferner die Anträge der politischen Vertretung des Unternehmertums im Reichstage, der Deutschen Volkspartei, die auf einen Lohnabbau hinzielen. Nicht minder muß es in höchstem Grade befremden, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Herr *v. Siemens*, ungeachtet der Verhandlungen der Spitzenverbände sich in einem Schreiben an die Reichsregierung gewandt hat, in dem unter Hinweis auf die kritische Lage der Reichsbahn[6] unzweideutig ein Lohn- und Gehaltsabbau gefordert wird, um Tariferhöhungen zu vermeiden[7]. Wenn einflußreiche Unternehmervertreter für ein öffentliches Unternehmen im Augenblicke der Verhandlungen der Spitzenverbände solche Vorschläge machen, so sind die Aussichten auf erfolgreiche Weiterverhandlungen unmöglich.

Die Massenkündigungen in der nordwestlichen Gruppe deuten gleichfalls darauf hin, daß mit einer dem Wohle von Volk und Wirtschaft dienenden Fortsetzung der Verhandlungen nicht gerechnet werden könne. Dazu kommt noch die Nachricht, daß die Firma Krupp in Essen, trotz des Oeynhausener Schiedsspruchs, den Antrag auf Entlassung von 7 Prozent ihrer Belegschaft stellt, also trotz Lohn- und Preisabbau die Arbeitslosigkeit noch erheblich vermehren will.

Zudem haben die alarmierenden Mitteilungen der Presse, die den Zweck der gemeinsamen Verhandlungen häufig völlig entstellten, eine Atmosphäre geschaffen, die statt Vertrauen in der breiten Öffentlichkeit Mißtrauen hervorriefen.

Wir halten es daher nicht für zweckmäßig, die Verhandlungen fortzusetzen, weil die psychologischen Voraussetzungen, eine gemeinsame Aktion zum Wohle der deutschen Wirtschaft durchzuführen, nicht mehr gegeben sind."

Die Vertreter der Unternehmer konnten sich dem Eindruck der Schwierigkeiten, die den weiteren Verhandlungen entgegenstehen, nicht entziehen, waren aber der Meinung, daß es zweckmäßig sei, an anderer Stelle die Fragen der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit weiter zu besprechen. Man einigte sich schließlich auf folgenden Weg:

„Die Vertreter der Spitzenverbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind bei Fortsetzung ihrer Verhandlungen über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu dem Ergebnis gelangt, daß es notwendig sei, diese Fragen im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, in dem sämtliche Wirtschaftszweige vertreten sind, zu erörtern. Die dazu erforderlichen Schritte sind bereits eingeleitet"[8].

---

5 Vgl. Nr. 77, Anm. 4.

6 Vom Januar bis Mai 1930 blieben die Betriebseinnahmen der Reichsbahn um über 260 Millionen RM hinter den vergleichbaren Einnahmen des Jahres 1929 zurück. Schulthess 1930 S. 138.

7 Diskussion hierüber in der Ministerbesprechung am 27. 6. 1930, BA R 43 I/1444.

8 Vgl. Nr. 98 und 99a.

98.

25. 6. 1930: Rundschreiben des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands

BA Kleine Erwerbungen 461-2, Handakten Otte. Vervielfältigtes Exemplar. „An die Vorstände der dem Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände und die Landesgeschäftsstellen des Gesamtverbandes".

Betrifft: Verhandlungen der Spitzengewerkschaften.

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Der sozialdemokratische Pressedienst hat überall im Lande die Erklärung des Vertreters des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bei den letzten Verhandlungen verbreitet und hervorgehoben, daß die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden abgebrochen seien[1]. Ich nehme hiermit Bezug auf die Notiz in der heutigen Nummer unserer Tageszeitung „Der Deutsche", in der der Sachverhalt kurz erörtert ist, und kann mich deshalb, damit unsere Verbände volle Klarheit haben, auf nachstehende kurze Darlegung beschränken.

Es war schon bei den letzten Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden zu erkennen, daß die freien Gewerkschaften einen Abbruch wünschten. Jetzt ist aber durch die Verlegung der Verhandlungen in ein anderes Gremium diese Absicht der freien Gewerkschaften vereitelt worden. Der Antrag, die derzeitige Wirtschaftskrise und die Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit eingehend im Reichswirtschaftsrat zu behandeln, ist schon vor mehreren Wochen (bevor die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften begannen) von den Christlichen Gewerkschaften an den Vorstand des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats gestellt worden.

Bei den gestrigen Verhandlungen zwischen den Spitzengewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden haben wir infolgedessen auch einer Verlegung der Verhandlungen in den Reichswirtschaftsrat zugestimmt[2]. Es ist unsererseits nachdrücklichst betont worden, daß wir einen Abbruch der Verhandlungen für verfehlt halten und zwar

a) im Interesse der Arbeiterschaft.

Praktisch steht es zur Zeit so, daß der Lohnabbau gegen den Willen der Gewerkschaften in vielen Betrieben und Gewerben bereits im Gange ist. Unter diesen Umständen ist es besser, die Verhandlungen weiterzuführen und nicht durch ein offizielles Scheitern der Verhandlungen den Scharfmachern im Arbeitgeberlager Wasser auf die Mühlen zu liefern.

b) aus unserer grundsätzlichen Einstellung zum Arbeitsgemeinschaftsgedanken heraus.

Man kann nicht nur allein theoretisch über Arbeitsgemeinschaft reden, sondern muß auch dann, wenn es praktisch wird, handeln.

---

1 Vgl. Nr. 97.

2 Hierzu Nr. 97, 99a und 99b.

Des weiteren haben wir bei den gestrigen Verhandlungen nachdrücklichst verlangt, daß jetzt entschieden an den Preisabbau herangegangen werden müsse. Es zeigt sich, daß in den letzten Monaten die Produktionspreise gesunken sind, aber die Konsumentenpreise bleiben infolge der großen Spannen im Zwischenhandel fest. Ferner haben wir bei den Verhandlungen auch keinerlei Zweifel darüber gelassen, daß das Verhalten vieler Arbeitgeber einen ungünstigen Boden für fruchtbare gemeinsame Verhandlungen geschaffen hat.

Mit freundlichem Gruß
Bernh. *Otte*

99a.

27. 6. 1930: Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

BL RDI 62/10.3c. Vervielfältigtes Exemplar – Tgb. Nr. 3663/IV. „An die Mitglieder des Präsidiums und des Vorstandes. An die Fachgruppen und landschaftlichen Verbände des Reichsverbandes der Deutschen Industrie". Paraphe Duisbergs.

Sehr geehrte Herren!

Der Versuch, die unmittelbaren Verhandlungen mit den Gewerkschaften zur Lösung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit fortzuführen, ist bekanntlich infolge der Haltung, die die freien Gewerkschaften in der Sitzung am 24. Juni einnahmen, gescheitert[1]. Um jedoch den Weg für etwaige weitere Verhandlungen nicht ganz zu verschließen, war in der Sitzung der Vorschlag angenommen worden, die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat fortzuführen. Damit eine Pressepolemik über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen vermieden würde, war gleichzeitig das nachstehende Communique vereinbart worden, das noch am gleichen Tag der Presse übermittelt worden ist:

„Die Vertreter der Spitzenverbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind bei Fortsetzung ihrer Verhandlungen über Wirtschaftskrisis und Arbeitslosigkeit zu dem Ergebnis gelangt, daß es notwendig sei, diese Fragen im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, in dem sämtliche Wirtschaftszweige vertreten sind, zu erörtern. Die dazu erforderlichen Schritte sind bereits eingeleitet."

Trotz dieser Vereinbarungen haben die freien Gewerkschaften diese nicht eingehalten, sondern zunächst in der Ausgabe des „Vorwärts" vom Mittwoch, den 25. Juni, eine Erklärung über den Verlauf der Besprechungen und die Gründe der freien Gewerkschaften für den Abbruch der Verhandlungen abgegeben[2]. Darauf folgte am 26. Juni eine erneute Erklärung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im „Vorwärts"[3], die eine tendenziöse Darstellung über den Gang

1 Vgl. Nr. 97 und 98.

2 Nr. 97.

3 Diese Erklärung wich sachlich nur geringfügig von der des Vortages ab, enthielt aber Angriffe gegen die Arbeitgeberseite.

der Verhandlungen mit dem letztlichen Ziel, die einzelnen Industrien gegeneinander auszuspielen, enthielt. Infolge dieses Verhaltens der freien Gewerkschaften hat die vom Reichsverband der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gemeinschaftlich eingesetzte Kommission zur Beratung der Behebung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit es als unerläßlich bezeichnet, die Öffentlichkeit über die Haltung der Unternehmerschaft und die von ihr gemachten Vorschläge zur Hebung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit zu unterrichten. Vom Reichsverband und der Vereinigung ist daher folgende Mitteilung[4] am 26. Juni an die Presse geleitet worden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Reichsverband der Deutschen
Industrie
Die Geschäftsführung:
Herle *Houben*

4 Nr. 99b.

99b.

26. 6. 1930: Pressemitteilung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände über die Besprechungen mit den Gewerkschaften

BL RDI 62/10.3c. Vervielfältigtes Exemplar[1].

Über die Besprechungen zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmer wird vom Reichsverband der Deutschen Industrie und von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände folgendes mitgeteilt[2]:

Die deutschen Unternehmer der Schlüsselindustrien und der verarbeitenden Industrien in voller Übereinstimmung haben den ehrlichen Willen, gemeinsam mit den Gewerkschaften für das deutsche Volk einen Weg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu finden. Es entspricht weder dem Ernst der Lage noch dem Geiste, in welchem bisher die Verhandlungen geführt wurden, wenn nunmehr der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (s. „Vorwärts", Morgenausgabe vom 26. Juni 1930) den Versuch unternimmt, in einzelnen, von der Wirtschaftskrise ausgelösten Vorgängen im Lande einen Grund zum Abbruch der Verhandlungen zu sehen, und wenn er gleichzeitig Mitteilungen über Einzelheiten der Besprechungen macht, die ein schiefes Bild vom Gange der Verhandlungen geben. Trotzdem würden sich die Unternehmer, angesichts des so tiefen Ernstes der

1 Anlage zu Nr. 99a. Abgedruckt in Geschäftliche Mitteilungen des RDI vom 2. 7. 1930 S. 153 f.

2 Vgl. Nr. 97 und 98.

Lage, über den sie sich völlig klar sind, einer Anregung der Gewerkschaften, die unmittelbaren Verhandlungen wiederaufzunehmen, nicht versagen.

Die Entwicklung der Wirtschaftslage, die ganze Wirtschaftszweige an den Rand der Existenzmöglichkeit bringt, vor allem aber die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufene Not, macht es den in der Wirtschaft Tätigen, besonders den leitenden Männern der Wirtschaftsorganisationen, zur Pflicht, praktische Wege zu einer Erleichterung der Lage zu suchen und zu beschreiten.

Wenn auch die Depression in der Weltwirtschaft die innere deutsche Lage verschärft, so ist der Tiefstand unserer Wirtschaft doch in der Hauptsache durch eine verfehlte Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik verursacht. Die Folgen sind übermäßig gestiegene Selbstkosten und völlig ungenügende Kapitalbildung. Voraussetzung für eine Gesundung ist daher eine Umkehr auf den Gebieten der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Alle Bemühungen müssen nutzlos bleiben, wenn nicht in erster Linie eine einheitliche und zielsichere Gestaltung der öffentlichen Finanzpolitik und eine vollständige Ordnung der öffentlichen Finanzen in allen Gliedern geschaffen wird. Dies kann nur erreicht werden, wenn – durch eine Hand in Hand mit einer Verwaltungsreform einsetzenden Senkung und Einschränkung der personellen Ausgaben der öffentlichen Körperschaften – eine Anpassung der öffentlichen Ausgaben an diejenigen Einnahmen herbeigeführt wird, die eine notleidende Wirtschaft und eine notleidende Bevölkerung aufzubringen imstande sind, ohne die Grundlagen eines Wiederaufbaus zu zerstören.

Der für die Belebung der Wirtschaft unbedingt erforderliche Preisabbau ist durch die Selbstkostenentwicklung in den letzten Jahren außerordentlich erschwert. Grundlage für den Preisabbau ist die Senkung der Selbstkosten der Produktion und der Kosten der Güterverteilung. Die Senkung der Selbstkosten kann nur erzielt werden, wenn jeder einzelne ihrer Faktoren auf ein Maß zurückgeführt wird, das der inneren deutschen Finanzkraft und den Forderungen einer richtigen Wirtschaftsführung entspricht. Das Ziel würde nicht erreicht, wenn hiermit auf die Dauer ein Unterkonsum verbunden wäre. Vielmehr muß erstrebt werden, durch Senkung der Selbstkosten und der Preise den Konsum auf normale Höhe zu bringen und in der Folge zu steigern.

Die Notwendigkeit der Selbstkostensenkung erfordert eine entsprechende Anpassung der Personalausgaben für alle in der Privatwirtschaft tätigen Personen, die leitenden Persönlichkeiten eingeschlossen, an unsere wirtschaftliche Notlage. Die Gestaltung des Lohnes und der Arbeitszeit hat, insbesondere unter dem Einfluß der staatlichen Schlichtungsinstanzen und der Verbindlichkeitserklärung, die Selbstkosten in Aufschwungszeiten in zu schneller Folge und in zu großem Ausmaß erhöht. Es sind sogar noch weitere Lohnheraufsetzungen vorgenommen worden, nachdem an der Bewegung der Arbeitslosen- und der Preiskurve die Depression bereits deutlich erkennbar war. Kennzeichnend für die allgemeine Lage sind die in den letzten Tagen bekanntgegebenen Verhältnisse bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft, welche durch eine staatliche, politisch beeinflußte Lohn- und Gehaltspolitik in die größten Schwierigkeiten gebracht worden ist.

Auch in der Sozialversicherung, deren Aufrechterhaltung grundsätzlich notwendig

ist, muß in der praktischen Handhabung der Versicherung jede mißbräuchliche Ausnutzung verhindert, und es müssen die Verwaltungskosten auf ein Mindestmaß zurückgeschraubt werden. Auch hier sind durchgreifende Änderungen der bestehenden Gesetzgebung unerläßlich.

Nur durch eine entschlossene Umkehr kann eine weitere Verschlimmerung der Lage unseres Landes verhindert und das schwere Problem der Arbeitslosigkeit einer Lösung zugeführt werden.

100.

27. 6. 1930: Aktenvermerk des Staatssekretärs Meissner für Reichspräsident v. Hindenburg (Neudeck)

ZStA Präsi 46/Bl.115. „Geheim".

Wie mir Minister *Curtius* eben mitteilte, wird die Deutsche Volkspartei voraussichtlich heute den Beschluß fassen, Herrn Reichsminister *Curtius* zum Ausscheiden aus der Reichsregierung und zum Niederlegen seines Amtes als Außenminister aufzufordern[1]. Herr *Curtius* hat mir erklärt, daß er in diesem Konflikt zwischen seiner Parteizugehörigkeit und seiner vaterländischen Pflicht die Partei aufgeben und in seinem Amte verbleiben werde, falls er gewiß ist, daß der Herr Reichspräsident dies wünscht. Ich berichtete ihm das, was Herr Reichspräsident in der gestrigen Besprechung dem Herrn Reichskanzler gesagt hat, nämlich daß der Herr Reichspräsident erwartet, daß Minister *Curtius* seine Pflicht täte und im Amte bleibe.

Herr *Curtius* dankte für dieses Vertrauen, bat aber noch, damit er seiner Partei gegenüber gerechtfertigt und nicht als Kleber am Amte bezeichnet würde, um einen Brief des Herrn Reichspräsidenten gleichen Inhalts. – In der Anlage übersende ich einen Entwurf für einen solchen Brief mit der Bitte um baldmöglichste Rückleitung[2].

Meissner

1 In der DVP-Fraktionssitzung vom 24. 6. 1930 erläuterte *Scholz*, daß sich die Fraktion „vom Kabinett distanzieren" müsse, falls keine sachliche Einigung mit der Regierung über das Finanzprogramm erzielt werden könne. BA R 45 II/67. Am 26. 6. 1930 berichtete *Scholz* der Fraktion von einem Gespräch mit *Curtius* über dessen Stellung zum Finanzprogramm *Dietrichs*: „Dr. *Scholz* und Dr. *Curtius* waren sich darin einig, daß Konsequenzen nach der einen oder anderen Richtung gezogen werden müssen. Die Entscheidung ist heute noch nicht reif, sie wird voraussichtlich morgen getroffen werden." BA R 45 II/67. Das Protokoll der nächsten Fraktionssitzung am 28. 6. 1930 enthält nichts über einen etwaigen Rücktritt von *Curtius*. BA R 45 II/67.

2 Ausgefertigt Nr. 101.

101.

27. 6. 1930: Reichspräsident v. Hindenburg (Neudeck) an Reichsminister Curtius

ZStA Präsi 46/Bl.117. Durchschlag mit Absendevermerk: 28. 6. 1930 – RP 2765/30.

Sehr geehrter Herr Reichsminister!

Aus dem gestrigen Vortrage des Herrn Reichskanzlers habe ich von den zwischen Ihnen und der Fraktion der Deutschen Volkspartei erwachsenen Meinungsverschiedenheiten und dem hieraus für Sie persönlich sich ergebenden Konflikt Kenntnis erhalten[1]. Unter Hinweis darauf, daß die gegenwärtige Reichsregierung ohne parteipolitische Bindung geschaffen und die einzelnen Herren Reichsminister ohne Rücksicht auf ihre Fraktionszugehörigkeit von mir zu ihren Ämtern berufen worden sind, richte ich die Bitte an Sie, in Ihrem Amte als Reichsminister des Auswärtigen zu verbleiben, auch wenn ein Beschluß Ihrer Fraktion oder Ihrer Partei Sie zum Ausscheiden auffordern sollte[2]. Ich bin überzeugt, daß Sie sich diesem meinem Appell an Ihr vaterländisches Pflichtgefühl nicht versagen werden, und verbleibe

mit freundlichen Grüßen
Ihr ergebener
gez. *v. Hindenburg*

1 Vgl. Nr. 100.

2 Auf der Fraktionssitzung der DVP vom 28. 6. 1930 plädierte *Scholz* für weitere Verhandlungen mit *Brüning* über das Finanzprogramm. Er empfahl, „sich die Dinge noch einmal zu überlegen und auch das Verhältnis der Fraktion zu *Curtius* einzubeziehen". Am 1. 7. 1930 verteidigte *Curtius* seine Haltung im Kabinett vor der Fraktion. Er sagte zu, die Meinung der Fraktion in der Regierung zum Ausdruck zu bringen, schränkte allerdings ein, daß er von seinem „eigenen Standpunkt, auch aus Gründen des Gewissens" nicht abweichen könne. Eine Festlegung von Fraktionen gegen die Regierung „würde zur Auflösung des Reichstags führen". BA R 45 II/67.

102.

28. 6. 1930: Der Württembergische Gesandte Bosler an das Württembergische Staatsministerium

HStASt E 130 II/Bü 595 – Nr. 3163.

I. In der heutigen Sitzung der zuständigen Reichsratsausschüsse führte Reichskanzler *Brüning* selbst den Vorsitz. Anwesend waren von Württemberg Staatspräsident Dr. *Bolz* und Kultusminister Dr. *Bazille.* Auf die Dauer der Ausführungen des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers war die Sitzung für öffentlich erklärt worden.

Der Reichskanzler führte aus: Die Reichsregierung zieht die Deckungsvorlagen, die beim Reichsrat zur Beratung liegen[1], zurück und hat neue Deckungsvorlagen

1 Vgl. Nr. 91. Zum Verlauf der Sitzung Besson S. 153 f.

eingereicht (folgen besonders)[2]. Diese Vorlagen stellen eine Modifikation der bisherigen Vorlagen dar. Aus einer ausgebauten Ledigensteuer wird eine größere Summe zur Deckung des Defizits genommen, nämlich 110 Millionen RM. Dazu tritt ein 5%iger Zuschlag auf alle Einkommen über 8000 RM mit einem Ertrage von 58 Millionen RM. Im Haushalt sollen Abstriche gemacht werden in Höhe von 100 Millionen RM. Außerdem sollen aus dem Minderdefizit von 1929: 35 Millionen RM entnommen werden. Endlich sollen 135 Millionen RM durch eine Reichshilfe der Personen im öffentlichen Dienst aufgebracht werden[3].

Der Reichskanzler machte dann allgemeine Ausführungen darüber, wie es gekommen sei, daß die Reichsregierung nach dem Deckungsprogramm vom April bereits nach 2 Monaten erneut mit hohen Anforderungen kommen müsse. Als die Reichsregierung an die finanzielle Sanierung der Arbeitslosenversicherung herangegangen sei, wurde bei der Beurteilung der Wirtschaftslage klar, daß man es nicht mit einer vorübergehenden Weltdepression zu tun hat, sondern daß man vor wirtschaftlichen Erscheinungen stehe, wie sie in dieser Eigenart in den letzten Jahrzehnten nicht bestanden haben. Im Vergleich zu anderen Ländern ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland nicht so ungünstig, wie es vielfach angenommen wird. Die jetzigen Berechnungen beruhen auf der Durchschnittsziffer von 1,6 Millionen Arbeitslosen. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß diese Ziffer durch die Maßnahmen der Reichsregierung im Laufe dieses Jahres tatsächlich durchgehalten wird. Mit der Weltwirtschaftskrise ist verbunden eine internationale Veränderung des Preisniveaus auf der ganzen Linie, die zu einer vollkommen veränderten Beurteilung der künftigen Entwicklung zwingt. Die Preise, wenigstens die Großhandelspreise, haben allgemein die Tendenz, auf das Niveau der Vorkriegszeit zurückzugehen. Die Lage ist dadurch erschwert worden, weil eine Reihe von Ländern glaubte, auch bei industriellen Artikeln eine weitere Zollerhöhung vornehmen zu müssen, um damit ein Mittel zu finden, die drohenden Gefahren für ihre eigene Industrie abzuwehren. Alles in allem ist festzustellen, daß wir es nicht mit einer normalen Krise zu tun haben, sondern mit einer Krise, die ungeheure Aufgaben auf allen Gebieten schafft und deren Überwindung eine Lebensnotwendigkeit und Schicksalsfrage des deutschen Volkes ist. Die Reichsregierung glaubte unter keinen Umständen mit der Aufstellung neuer Deckungsvorlagen zögern zu können, weil sie es sich zur Aufgabe gemacht hatte, unter allen Umständen vollkommene Klarheit über den Stand der Reichsfinanzen zu geben.

Die neuen Vorschläge ergeben sich folgendermaßen: Der Mehrbedarf für die Krisenfürsorge beläuft sich auf 162 Millionen RM, die Mindereinnahmen wurden auf 150 Millionen RM geschätzt. Außerdem ist aus dem Haushalt noch ein Betrag von 174 Millionen RM für die Arbeitslosenversicherung bereitzustellen. Alles in allem sind dies 486 Millionen RM. Eine Verschiebung der Abdeckung dieses Betrags bis zum Herbst, d. h. bis zu der Gesamtreform der Reichsfinanzen, ist für die Regierung nicht akzeptabel aus einer ganzen Reihe von Gründen. Entscheidend für den Kredit des Reichs ist es in erster Linie, daß nicht gerüttelt wird an

2 Vgl. Schulthess 1930 S. 157.

3 Diskussion über diese Vorlagen in den Kabinettssitzungen vom 24., 25. und 27. 6. 1930, BA R 43 I/ 1444; Pünder S. 56.

dem Schuldentilgungsplan, der nach der Lex *Schacht*[4] vor Weihnachten aufgestellt ist. Eine Verschiebung dieser Aufgabe auf einen längeren Zeitraum würde in der ganzen Finanzwelt unseren Kredit erschüttern und den Glauben an den energischen Willen zur Sanierung der Finanzen nicht aufkommen lassen. Es würde auch im Innern Deutschlands zu einer bedenklichen Vertrauenserschütterung führen. Wenn eine rücksichtslose Sanierung noch einmal aufgeschoben wird, dann ist es möglich, daß wir in einem späteren Zeitpunkt die weiteren internationalen Finanzverhandlungen ebenso haben wie das letzte Mal, nämlich daß, wenn uns Forderungen gestellt werden, wir wegen unserer Finanzlage nicht imstande sind, eine Forderung abzulehnen, sondern gezwungen sind nachzugeben. Das Ziel der Reichsregierung ist, die schwer erkaufte Freiheit von der Kontrolle zu erhalten und zu sichern. Es ist auch zu fragen, was ist das Ostprogramm, wenn es nicht gelingt, die Kredite zur Durchführung aufzubringen, und was ist das Arbeitsbeschaffungsprogramm, wenn der Glaube an die Kreditsicherheit des Reiches erschüttert wird. Die Abdeckung des Defizits ist die Voraussetzung, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Der Komplex der gesetzgeberischen Maßnahmen innerwirtschaftlicher Art, der jetzt noch zum Teil im Reichstag für agrarpolitische Zwecke vorliegt, muß noch abgeschlossen werden durch ein Standardisierungsgesetz, das die Reichsregierung in den nächsten Tagen verabschieden wird. Dann kommt eine andere Frage, die Sorge macht, das gesamte Frachtenproblem und die Sicherung der Finanzlage der Reichsbahn. Die Reichsbahn schätzt ihr Defizit in diesem Jahr auf 500 Millionen RM. Wenn dieses Defizit durch eine Erhöhung der Tarife abzudecken wäre, können wir nicht zu einer Erleichterung der Wirtschaft und zu einer Senkung der Produktionskosten kommen. Dabei handelt es sich darum, daß das gesamte Frachtenproblem auf der Schiene und auf der Straße gegeneinander abgestimmt wird.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm ist schon psychologisch notwendig. Denn es ist ganz ausgeschlossen, daß die Tendenz der Reichsregierung auf Senkung der Preise und der Produktionskosten einen Erfolg haben kann, wenn nicht nach gesenkten Preisen auch tatsächlich für die betreffenden Werke der Auftragsbestand sich langsam mehrt. Es kommt hinzu, daß es auch für die Hebung des Pessimismus in der Bevölkerung von entscheidender Bedeutung ist, daß dieses Programm durchgeführt wird.

Was die Deckungsvorschläge betrifft, so kam eine Deckung durch Anleihen auch nach Ansicht des Reichsbankpräsidenten unter keinen Umständen in Frage. Eine Deckung durch weitere Erhöhung der indirekten Steuern brachte ganz große Gefahren mit sich. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer ist ganz ausgeschlossen. Eine Erhöhung weiterer indirekter Steuern ist angesichts des zurückgegangenen Konsums ebenfalls ausgeschlossen. Es blieb deshalb nichts anderes übrig, als Einnahmen zu suchen, die einen absolut sicheren Faktor darstellten und nach der

4 Um die Zustimmung des damaligen Reichsbankpräsidenten *Schacht* zu einem amerikanischen Überbrückungskredit zu erhalten, mußten die Parteien der Großen Koalition im Dezember 1929 ein Schuldentilgungsgesetz einbringen: „Bei der Aufstellung eines Nachtrags zum Haushaltplan 1929 und des Haushaltsplans 1930 ist ein Tilgungsfonds zur Abdeckung der schwebenden Schuld des Deutschen Reiches einzustellen, der spätestens bis Ende des Rechnungsjahres 1930 den Betrag von 450 Millionen RM zu erreichen hat. Der Fonds ist aus Steuern und Einsparungen bei den Ausgaben zu speisen." RGBl. 1930 I S. 795. Vgl. Maurer S. 102ff.

finanziellen Seite hin keine Schwierigkeiten für die Zukunft bringen konnten. Der Grund, aus welchem die Reichsregierung an dem formal leicht zu kritisierenden Vorschlag der Reichshilfe festgehalten hat, ist ein psychologischer, aber auch ein rein etatmäßiger. Dazu kommt, daß diese Reichshilfe eine außerordentlich milde Form darstellt, sie sticht stark ab von den Vorschlägen, die vielfach gemacht worden sind. Zusammenfassend erklärte der Reichskanzler, er müsse erklären, daß die Reichsregierung an diesem Deckungsprogramm festhalten müsse, auch an seiner zeitigen Erledigung.

Anschließend machte **Reichsfinanzminister Dietrich** in Ergänzung der Ausführungen des Reichskanzlers über das Defizit folgende Ausführungen: Für die Arbeitslosenversicherung besteht bei Annahme von 1,6 Millionen Arbeitslosen im Durchschnitt ein Bedarf von 1,658 Milliarden RM. Davon sind durch den 3½%igen Beitrag gedeckt 1,015 Milliarden RM, durch den bisher vorgesehenen Zuschuß des Reichs 150 Millionen RM, durch die Zuwendungen aus dem Reservefonds der Bank für Industrieobligationen 50 Millionen RM. Endlich war vorgesehen, daß aus der Lex *Brüning*[5] 30 Millionen RM zugeschossen werden sollten. Dieser Betrag kommt aber tatsächlich nicht in Betracht. Es sind an dem Bedarf gedeckt 1,215 Milliarden RM, und es fehlen noch 443 Millionen RM. Von diesem Fehlbetrag sollten durch Erhöhung des Beitrags um 1% für 8 Monate 194 Millionen RM eingebracht werden, durch die Reform der Arbeitslosenversicherung 115 Millionen RM, insgesamt also 309 Millionen RM. Diese Rechnung stimmt aber nicht ganz, weil sowohl die Durchführung der Beitragserhöhung als auch die Reform sich verzögert hat, so daß im ganzen 40 Millionen RM fehlen und der Ertrag aus der Beitragserhöhung und der Reform sich auf 269 Millionen RM verringert. Es bleiben noch aufzubringen 174 Millionen RM. Dazu tritt der Fehlbetrag aus der Krisenfürsorge. Man hatte mit 150 bis 200 000 Unterstützungsberechtigten gerechnet, tatsächlich wird man aber mit einem Jahresdurchschnitt von 400 000 rechnen müssen, so daß der Bedarf auf 300 Millionen RM steigt. Außerdem soll das Reich 11 Millionen RM von den Verwaltungskosten der Reichsanstalt übernehmen, das ergibt zusammen 161 Millionen RM. Ferner wird mit einem Mindereingang bei den Einnahmen von 150 Millionen RM gerechnet. Insgesamt fehlen danach 485 Millionen RM.

Zur Deckung dieses Fehlbetrags ist einmal vorgesehen die Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes. Nicht darunter fallen die Witwen und Waisen. Die Freigrenze beträgt 2000 RM, auch die Kinderzulagen sind freigemacht. Bei den Dauerangestellten des Reichs und der öffentlichen Organisationen beginnt die Zahlungsverpflichtung erst bei 3600 RM. Die Höhe der Reichshilfe beträgt 2½% der Bezüge.

Ferner ist vorgesehen ein Zuschlag für die Ledigen und ein Zuschlag zur Einkommensteuer von allen Einkommen über 8000 RM. Reichshilfe + Zuschlag für die Ledigen + Zuschlag zur Einkommensteuer ergeben insgesamt 303 Millionen RM. Von den 168 Millionen RM Aufkommen durch den Zuschlag zur Einkommensteuer und die Ledigensteuer entfallen auf die Länder 5,5 Millionen

5 Lex *Brüning* wurde das Gesetz vom 3. 9. 1925 genannt, das das Lohnsteuerjahresaufkommen auf 1,2 Milliarden RM beschränkte. RGBl. 1925 I S. 31, am 22. 12. 1927 auf 1,3 Milliarden erhöht, RGBl. 1927 I S. 485.

RM, auf das Reich 162,5 Millionen RM. Dazu kommt die Verkürzung der Steuerfälligkeitsfristen bei der Banderolensteuer der Zigaretten und eine Verlängerung der Kontingentierung der Zigarettenfabriken um 1 Jahr. Weiter Ersparnisse aus dem Etat 1929 und aus dem Etat 1930 mit zusammen 135 Millionen RM. Insgesamt ergibt dies 480,5 Millionen RM.

Diese Aktion darf nicht als eine Sache für sich dargestellt werden, welche einen endgültigen Abschluß der Finanzsanierung bringt. Sie muß vielmehr betrachtet werden im Zusammenhang mit allen den anderen vorgesehenen Maßnahmen.

Die Reichsregierung hat in erster Linie dem allgemeinen Ruf nach Sparsamkeit stattgegeben und demgemäß einmütig die Einsparung von 100 Millionen RM beschlossen. Zu dieser Einsparung gehört ein großes Maß von Energie und von Sparsamkeit der betroffenen Stellen. Nach Abzug der Kriegslasten und der anderen Ausgaben, die auf Grund der gegenwärtigen Gesetze gemacht werden müssen, bleiben noch 3 Milliarden RM. Hiervon gehen ab 860 Millionen RM für Gehälter, so daß noch 2140 Millionen RM übrigbleiben. In dieser Summe ist über 1 Milliarde RM für soziale Zwecke enthalten. In dem verbleibenden Restbetrag von rund 1 Milliarde RM sind sämtliche sachliche Verwaltungsausgaben enthalten. Die Streichung von 100 Millionen RM bedeutet also eine Kürzung dieser Ausgaben in Höhe von 10%.

Die gesamte Aktion beschränkt sich auf das laufende Rechnungsjahr.

Der Reichsfinanzminister erklärte weiter, daß die Beratungsstelle[6] verlängert und neu geregelt werden solle. Die Richtlinien hierfür sind aufgestellt und gehen den Ländern in den nächsten Tagen zu. Der endgültige Finanzausgleich[7] ist nicht so dringend, die Reichsregierung habe die gegenwärtige Vorlage nicht damit belasten wollen. Was die Frage von Steuersenkungen betrifft, so ist die derzeitige Lage zu ernst, um Versprechungen zu machen.

II. Im Anschluß hieran fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit eine Aussprache statt.

Der Preußische Ministerpräsident begrüßte den Entschluß der Reichsregierung, der Öffentlichkeit zu sagen, was sie wolle. Den Optimismus, daß die gegenwärtige Vorlage geeignet sei, die gesamte Finanzsituation zu bereinigen, teile er nicht. Er fürchte, daß man in einem halben Jahre wieder vor einem Defizit stehe. Preußen stimme der Reichsregierung zu, nachdem nunmehr auch ein allgemeiner Zuschlag zur Einkommensteuer vorgeschlagen werde. Preußen stimme überhaupt der Vorlage alles in allem zu[8].

Der Bayerische Finanzminister führte aus, es sei schwer möglich, zu der Vorlage endgültig Stellung zu nehmen, wenn man nicht den Inhalt des endgültigen Finanzprogramms kenne. Notwendig wäre vor allem, den Gemeinden schon jetzt eine Hilfe zu bringen. Er halte die Schankverzehrsteuer für eine geeignete Grundlage. Die endgültige Stellungnahme zu der Vorlage müsse er vorbehalten. Er

---

6 Beratungsstelle für Auslandskredite.

7 Vgl. Der Finanzausgleich im Deutschen Reich, hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Teil I, Berlin 1931.

8 Die Haltung der Preußischen Staatsregierung legt eine Aufzeichnung *Weismanns* vom 28. 6. 1930 ausführlich dar, GStA B, Rep. 90/1347.

nehme an, daß Bayern, abgesehen von der Reichshilfe, trotz mancher Bedenken zustimmt. Die Reichshilfe sei eine versteckte Gehaltskürzung. Um eine solche sei nicht herumzukommen. Es sei ausgeschlossen, daß das Reich den ganzen Betrag bekomme. Das Reich habe den Ländern die Besoldungserhöhung im Jahre 1927 aufgenötigt, es sei nicht möglich, jetzt alles dem Reich zuzuführen. Er sei nicht in der Lage, der Reichshilfe in dieser Form zuzustimmen.

Der Sächsische Ministerpräsident erklärte, der Kernpunkt seien die Ersparnisse. In der Einzelberatung sei zu prüfen, ob hier nicht noch mehr herausgeholt werden könne. Weiter erhebe sich die Frage, ob nicht eine Änderung des Anleiheablösungsgesetzes[9] im Sinne der *Reinhold*schen Vorschläge möglich sei und ob die Tilgung der Rentenmarkscheine für kurze Zeit ausgesetzt werden könne. Die Reichshilfe lehne er ab, solange sie eine einseitige Belastung sei.

Staatspräsident Dr. Bolz[10] führte aus, er sei zwar damit einverstanden, daß diese Vorlage nicht mit dem Finanzausgleich belastet werde, er habe jedoch den Wunsch, daß möglichst bald an den Finanzausgleich herangegangen werde. Er bitte, ein Ende mit dem Überweisungssystem zu machen, das der Grund für viele unnütze Ausgaben sei. Er teile die Bedenken, daß die Wirtschaftslage eine noch schlechtere werde. Aber auch wenn man diese Überzeugung habe, müsse man jetzt tun, was bei der gegenwärtigen Situation geschehen müsse. Er sei nicht in der Lage, namens der ganzen Regierung zu sprechen. Die Württembergische Regierung habe sich bisher gegen eine einseitige Belastung ausgesprochen, sie habe ihre Zustimmung zu der früheren Vorlage davon abhängig gemacht, daß auch andere Kreise von einer solchen Belastung erfaßt werden. Die Reichsregierung sei diesem Wunsch nachgekommen, er nehme deshalb an, daß die Württembergische Regierung der Reichshilfe jetzt – vorbehaltlich bestimmter Einzelfragen – zustimmen werde.

Der Badische Staatspräsident erklärte den Willen, positiv mitzuarbeiten. Er wünsche eine baldige Regelung des Finanzausgleichs und der Frage der Wohlfahrtserwerbslosen. Bezüglich der Vorschläge der Vorlage wäre in einzelnen Punkten eine Besserung erwünscht, z. B. bei den Ledigen. Es sei auch zu prüfen, ob es richtig sei, die Festbesoldeten freizulassen. Sehr erwünscht wäre es, wenn mit der Vorlage eine Realsteuersenkung verbunden werden könnte.

Thüringen hielt die vorgesehenen Ersparnisse nicht für ausreichend. Eine Senkung der Beamtengehälter sei nötig. Die endgültige Stellungnahme wurde vorbehalten.

Hessen stimmte der Vorlage im großen und ganzen zu.

Hamburg gab keine bindende Erklärung ab, stellte jedoch fest, daß die Vorlage erheblich verbessert sei.

Auch **Braunschweig** gab der Auffassung Ausdruck, daß die Vorlage besser geworden sei. Geblieben sei jedoch der Umstand, daß man um eine Gehaltskür-

---

9 Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. 7. 1925, RGBl. 1925 S. 137.

10 Am 24. 6. 1930 hatte *Bolz* in einem Brief an seine Frau geschrieben: „. . . Hier geht es sehr schwierig zu. Ich glaube nicht, daß *Brüning* die Sache noch meistern kann . . ." Nachlaß Bolz. Zur Haltung der württembergischen Regierung Besson S. 154 f.

zung nicht herumkomme. Der braunschweigische Vertreter sprach sich gegen eine Übersteigerung der Ledigensteuer aus und regte eine Ermäßigung der Witwenpension auf 50 v. H. an. Dem Notopfer werde Braunschweig wohl nicht zustimmen.

Oldenburg teilte die Bedenken gegen das Notopfer, erklärte sich jedoch bereit, diese Bedenken zurückzustellen.

Der Vertreter von Mecklenburg-Schwerin teilte bezüglich des Notopfers die bayerischen Bedenken. Besser wäre eine Gehaltskürzung. Ob diese Bedenken zurückgestellt werden könnten, wisse er nicht.

Lippe wird dem Gesamtprogramm voraussichtlich zustimmen, ebenso **Anhalt** und **Mecklenburg-Strelitz; Schaumburg-Lippe** wird sich Preußen anschließen; **Lübeck** hatte zwar auch gewisse Bedenken, erklärte aber die Vorlage für eine geeignete Grundlage.

Abschließend führte **der Reichsfinanzminister** aus, er danke den Ländern für das gezeigte Entgegenkommen. Er habe die Hoffnung, daß man sich bei den Beratungen in den nächsten Tagen einigen werde. Zu den einzelnen Vorschlägen bemerkte er, ein Gehaltsabzug von 5% bei den Beamten würde einen noch stärkeren Widerstand finden. Außerdem wäre eine verfassungsändernde Mehrheit notwendig. Was weitere Ersparnisse im Reichshaushalt anbelange, so wäre es wohl möglich, weitere 100 Millionen RM zu streichen, es wäre jedoch eine gefährliche Politik, wenn man z. B. die Fonds mit Anleihen speisen würde. Dem *Reinhold*schen Plan auf Abschaffung des Anleiheablösungsfonds könne er nicht zustimmen. Bezüglich der Arbeitsbeschaffung komme es wesentlich darauf an, wie weit man mit der Reichsbahn komme. Die Vorschläge der Reichsregierung seien hier zunächst nicht auf günstigen Boden gefallen. Es bestehe aber Aussicht, daß die weiteren Verhandlungen günstigere Ergebnisse haben.

Hiermit wurde die Beratung geschlossen. Die Einzelberatung der Deckungsvorlagen beginnt am nächsten Dienstag, vormittags 10 Uhr; die Beratung in der Vollversammlung soll, wenn möglich, am selben Tage stattfinden[11].

Das Finanzministerium hat eine Abschrift dieses Berichts unmittelbar erhalten.

Der Gesandte:
Im Entwurf gezeichnet vom
Herrn Gesandten D. *Bosler*
Z. U. Hofrat *Riegert*

11 Der Reichsrat nahm die Deckungsvorlagen am 3. 7. 1930 an. Reichsrat 1930 S. 406 ff.

103.

2. 7. 1930: Kastl an Silverberg (Auszug)

Nachlaß Silverberg 235. Handschriftlicher Kopfvermerk.

Lieber Herr *Silverberg*!

Im Anschluß an unsere telefonische Rücksprache von heute teile ich Ihnen folgendes mit:

I. Ich halte es im Augenblick nicht für zweckmäßig, in Verfolg des Beschlusses in der letzten Präsidialsitzung eine neue Präsidialsitzung einzuberufen, um zu dem Programm der Regierung Stellung zu nehmen[1]. Das Finanzprogramm von *Dietrich*[2] ist sicher besser als das von *Moldenhauer*, zum mindesten ist es besser aufgemacht und geschickter der Öffentlichkeit mitgeteilt worden. Es hat aber sicher den Nachteil, daß es nur eine Kassen- und keine Finanzreform ist, zu bemängeln ist insbesondere auch in diesem Programm das geringe Ausmaß von wirklichen Streichungen im Haushalt, die Nichtausdehnung auf die Länder und Gemeinden und das Fehlen der Einführung der finanzpolitischen Kontrolle der Finanzgebarung der Länder und insbesondere der Gemeinden. Es ist auch nichts in dem Programm enthalten, um die Konjunkturempfindlichkeit des Etats zu beseitigen, was insbesondere durch endgültige Abhängung der Arbeitslosenversicherung vom Haushalt geschehen müßte.

Wenn wir nun zu dem Programm der Regierung Stellung nehmen, so müßten wir doch auf alle diese Gesichtspunkte verweisen, und wir würden den Parteien im Reichstag, die nicht recht mitmachen wollen, die Plattform liefern, um unter Verweisung auf uns und Zuschiebung der Schuld auf uns Schwierigkeiten zu machen. Ich möchte aber im gegenwärtigen Augenblick auch der Regierung gar keine Schwierigkeiten machen, denn ich halte die baldige Klarheit über die Deckung des Haushaltes für so wichtig im allgemeinen Interesse, daß ich auch schließlich ein mangelhaftes Programm mitmache, wenn die Regierung mit Bestimmtheit die Erklärung abgibt, was nach meiner Ansicht ja schon durch die Erklärungen des Reichskanzlers im erweiterten Reichsrat geschehen ist, daß die große Finanzreform im Herbst kommen wird[3]. Da der Reichstag nach Hause drängt – es sind die Bänke schon jetzt ziemlich leer –, so würde auch innerhalb der 14 Tage, die noch zur Verfügung stehen, kaum ein anständiges Programm durchgebracht werden können. Aus diesem Grunde scheint mir im Augenblick die neue Anberaumung einer Präsidialsitzung nicht erforderlich zu sein.

[. . .][4]

Inzwischen bin ich mit herzlichen Grüßen

Ihr *Kastl*

1 Vgl. Nr. 96.

2 Vgl. Nr. 102.

3 Vgl. Nr. 102.

4 *Kastls* Stellungnahme zu Punkten des neuen Finanzprogramms.

104.

2. 7. 1930: Niederschrift über die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei

Nachlaß Schmidt-Hannover 72a. Durchschlag einer Abschrift. Unterstreichungen. Überschrift: „Aus der Fraktionssitzung vom 2. Juli 1930"[1].

Frau Annagrete Lehmann stellt den Antrag, die Fraktion müsse heute endgültig Stellung nehmen zur Steuervorlage[2]. Es gehe nicht an, daß man länger warte; es sei höchste Zeit, daß die Öffentlichkeit erfahre, daß die Fraktion geschlossen gegen die Steuern stimmen werde.

Wallraf: Eine unbedingte Opposition gegen die Regierung ist ganz unmöglich[3]. Auch das Verdammungsurteil über das Kabinett *Brüning* kann ich nicht mitmachen. *Brüning* hat den Wunsch, auf weite Strecken mit uns zu arbeiten. Der Antrag der Frau *Lehmann* muß abgelehnt werden. Wir müssen mit unserer Stellungnahme zu den Steuern warten, bis die anderen Parteien gesprochen haben.

Westarp: *Wallraf* hat völlig recht. Ich kann mich ihm nur anschließen. Ich bin überhaupt dagegen, daß das Kabinett auch in der Presse fanatisch bekämpft wird. Die gehässigen Kritiken können uns nur Schaden bringen. Das Steuerprogramm der Regierung werde ich selbstverständlich ablehnen.

Hugenberg: Ich möchte zunächst den Ausführungen widersprechen, die Herr *Bazille* in der Fraktionssitzung vom 28. Juni[4] gemacht hat. Das war reiner Defaitismus. Ich behalte mir vor, näher darauf einzugehen[5], nachdem Herr *Bazille*, wie er angekündigt hat, sich noch einmal dazu wird ausgelassen haben. Im übrigen stelle ich fest, daß wir nicht die geringste Verantwortung für das bisher Geschehene tragen. Wenn man, wie in der Sitzung vom Sonnabend, den 28. 6., ausgesprochen wurde, in der Tat der Meinung ist, daß früher Fehler gemacht worden sind, so muß man eben doch aus diesen Fehlern endlich heraus. Man soll dann nicht in dem Fehlerzirkus bleiben. Ich bin ja schließlich deshalb zum Vorsitzenden gewählt worden, weil sich die Partei von jener Politik distanzieren wollte. Wenn das nicht Ihre Ansicht sein sollte, so kann das Ziel für Sie doch nur sein, den Wechsel des Vorsitzenden rückgängig zu machen. Wir erleichtern der

1 Nr. 45, Anm. 1.

2 Zu den Deckungsvorlagen Nr. 102.

3 Vgl. Nr. 59 und 60.

4 Protokoll nicht überliefert. Über den Verlauf dieser Sitzung schrieb *Graf Westarp* am 28. 6. 1930 an Georg *Schultz*: „In der Fraktion waren heute von uns 10 gegen 22 von den anderen da, wobei von den letzteren vielleicht noch *Hergt, Steininger, v. Lettow* für uns in Frage gekommen wären. Nur mit knapper Not verhinderten wir Beschlußfassung über einen Antrag *Hugenberg*, uns schon jetzt öffentlich nicht nur auf Ablehnung der Steuervorlagen, sondern auf einen scharfen Widerspruch gegen Anwendung des Artikels 48 festzulegen. Beratung und Beschlußfassung ist auf Dienstag 11 Uhr vertagt. Artikel 48 scheint im Moment als der einzige und wohl auch gegebene Ausweg, entweder die sofortige Auflösung oder die Große Koalition zu vermeiden. Der Vorstoß *Hugenbergs* kann daher und soll wohl auch zu neuen, sehr ernsten Auseinandersetzungen führen." Nachlaß Westarp.

5 Vgl. Nr. 107.

Sozialdemokratie lediglich ihre Arbeit, wenn wir uns jetzt mitverantwortlich für das System machen. Es ist ein naives Ansinnen, daß wir jetzt positive Vorschläge zur Rettung des Systems zu machen hätten. Positive Vorschläge soll man der Regierung überlassen. Jetzt liegen die Dinge so, daß eine sogenannte bürgerliche Regierung nur den Weg zur Sozialdemokratie frei macht. Diese Regierung kompromittiert das gesamte Bürgertum. Ich habe schon im Jahre 1927 dringend vor der Regierungsbeteiligung gewarnt und habe damals gesagt, daß auf diesem Wege die Landwirtschaft unglücklich werden muß und daß man für die Folgen uns dann die Schuld geben wird. Was meine angebliche Neigung zu den Nationalsozialisten anlangt, so liegen die Dinge für jeden verständigen Menschen doch klar. Meine Absicht ist im vorigen Jahr gewesen, die Nationalsozialisten durch das In-Vordergrundstellen der auswärtigen Politik und durch den Reichsausschuß zu binden und sie zu positiver Wirkung durch diese Bindung zu bringen[6]. Durch das, was man bei uns positive Mitarbeit nennt, haben wir lediglich einen Berufsstand nach dem anderen vor den Kopf gestoßen und uns schließlich zwischen alle Stühle gesetzt. Nicht der Sturz, sondern die Bildung des Kabinetts *Brüning* bedeutet unser Unglück. Was jetzt das Steuerprogramm anlangt, so verstehe ich nicht, warum wir da erst auf die Stellungnahme der anderen Parteien warten sollen, ehe wir uns selbst schlüssig machen. Das würde doch die Preisgabe einer eigenen politischen Position bedeuten, d. h. Preisgabe überhaupt jeder Führung. Abwarten hat gar keinen Zweck; wir müssen uns heute endlich schlüssig werden.

6 Vgl. Nr. 50 und 51.

105.

5. 7. 1930: Blank an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 4001012024/7. Durchschlag.

In einer Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Volkskonservativen Vereinigung[1] vor einigen Tagen wie auch in einer Unterredung, die Herr *Sogemeier* und ich heute früh mit Herrn *Treviranus* hatten, haben wir nachdrücklich betont, daß die Reichsregierung die jetzt vorliegenden Deckungsvorlagen[2] mehr als bisher als eine Übergangsregelung – um die es sich ja tatsächlich handelt – hinstellen muß. Wir haben darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung, wenn sie Aussicht haben will, weiter die Leitung zu behalten, schon aus psychologischen Gründen ein großes und grundsätzliches Reformprogramm für den Herbst unter allen Umständen in Aussicht stellen muß. Dieses Programm wird sich, so wie die Dinge liegen, nicht auf eine reine Steuer- und Finanzreform beschränken dürfen. Man wird unter allen Umständen auch an die Verwaltungs- und die Reichsreform herangehen müssen[3]. Diese Auffassung wurde uns von Herrn *Treviranus* im

1 Gegründet am 28. 1. 1930.

2 Vgl. Nr. 102.

3 Vgl. Nr. 11b, Anm. 2.

vollsten Umfange bestätigt. Es scheint auch, daß der Reichskanzler diese Auffassung teilt. Er hat in der bekannten Besprechung mit den Parteiführern gestern abend den Parteiführern, die ihre verschiedenen Wünsche vorgetragen hatten, erklärt, daß seine Absichten erheblich weitergehen als die bis jetzt laut gewordenen Wünsche der Parteien[4]. Herr *Sogemeier* hat insbesondere mit Recht darauf hingewiesen, daß mit den Vorarbeiten für ein so grundsätzliches Reformprogramm nun schnellstens begonnen werden muß, damit zum Herbst die Regierung wirklich ein vollkommen durchgearbeitetes Arbeitsprogramm vorliegen hat und nicht wieder gezwungen ist, in der bisherigen Weise Gelegenheitsarbeit zu machen.

Es hat den Anschein, als ob, wenn auch vielleicht mit gewissen Modifikationen[5], das jetzige Deckungsprogramm *Dietrichs* angenommen werden wird. Dabei ist es wohl nicht ausgeschlossen, daß gewisse Bestimmungen im Parlament nur mit Hilfe der Sozialdemokraten durchgebracht werden können. Das braucht aber nach meinem Eindruck nicht in dem Sinne ausgelegt zu werden, als ob die Regierung sich – gegebenenfalls unter Trennung von der Volkspartei – mit den Sozialdemokraten verbinden würde. Ein Ersatz der Volkspartei in der Regierungsmehrheit durch die Sozialdemokraten kommt meines Erachtens nach wie vor nicht in Frage.

Bezüglich der jetzigen Deckungsvorlagen wird ziemlich allgemein der Standpunkt vertreten, daß es vollkommen verkehrt wäre, jetzt etwa die letzten finanziellen Reserven, die bestehen in der Bürgerabgabe, in der höheren Belastung des entbehrlichen Konsums usw., für den Ausgleich des Etats 1930 schon heranzuziehen. Würden hier durch die Bürgerabgabe und durch eine etwaige Schankverzehrsteuer den Kommunen neue Einnahmequellen eröffnet, so würden die Hoffnungen auf eine vernünftige Beschränkung der Kommunen in ihren Aufwendungen voraussichtlich dahin sein. Man muß also diese Möglichkeiten – gegebenenfalls auch eine Erhöhung der Umsatzsteuer, die ja in Zeiten der wirtschaftlichen Depression eine Steigerung der Preise kaum hervorrufen würde – sich für die endgültige Sanierung vorbehalten.

Natürlich ist es zweifelhaft, ob das jetzige Kabinett die Kraft finden wird, ein umfassendes Sanierungsprogramm aufzustellen und dann gegebenenfalls auch durchzusetzen. Im Hintergrunde der Erwägungen vieler Leute steht nach wie vor die Person des Herrn Dr. *Luther*, dem man immer noch am ersten zutraut, daß er

---

4 Parteiführerbesprechung am 4. 7. 1930, BA R 43 I/1265. Der Verlauf zeigte, daß eine einheitliche Zustimmung der Fraktionen der hinter der Regierung *Brüning* stehenden Parteien zum Deckungsprogramm *Dietrichs* noch nicht zu erreichen war. DVP und DDP meldeten weitere Änderungswünsche an. Zu den Plänen für eine umfassende Reform zum Jahresende 1930 Brüning S. 175.

5 Als Modifikation des Regierungsprogramms bot *Brüning* den Parteien in der Parteiführerbesprechung am 8. 7. 1930 eine Erklärung der Reichsregierung an, daß mindestens 100 Millionen RM aus dem Haushalt 1930 gestrichen würden. Außerdem sei die Regierung bereit, das Gesetz zur Arbeitslosenversicherung dahin abzuändern, daß der „jährliche Höchstbetrag des Reichszuschusses im Haushaltsgesetz festgelegt" werden muß. Sie stimme auch der Einführung einer Bürgerabgabe zu. BA R 43 I/2365. Vgl. den Bericht *Eßers* in der Sitzung des Fraktionsvorstandes und der Fraktion des Zentrums am 9. 7. 1930. Die Fraktion beschloß, den Deckungsvorlagen „trotz Bedenken zu Einzelheiten" zuzustimmen, um ihre Erledigung „auf parlamentarischem Wege" zu ermöglichen. Zentrumsprotokolle S. 465 f.

wirklich Ordnung schaffen kann[6]. Ich habe streng vertraulich erfahren, daß gewisse Bemühungen im Gange sind, um gewissermaßen eine Einigung aller maßgebenden Persönlichkeiten aus der Wirtschaft auf Herrn Dr. *Luther* schon im voraus durchzuführen, damit er für den Fall, daß er die Geschäfte übernehmen muß, sich auf eine möglichst breite Plattform stützen kann. Es ist anzunehmen, daß sich diese Plattform wohl erstrecken könnte vom *Westarp*-Flügel der Deutschnationalen bis einschließlich der Demokraten. Gerade die letzteren sind, wie aus den Artikeln von *Stolper* und Günther *Stein* im Berliner Tageblatt, ferner auch aus Äußerungen des Parteiführers *Koch* hervorgeht, zur Zeit ganz außerordentlich besorgt und durchaus bereit, Herrn *Luther* im gegebenen Falle außerordentliche Machtvollkommenheiten zu übertragen. Die Reichsregierung selbst, insbesondere die Herren *Brüning, Stegerwald* und *Treviranus*, scheinen vorläufig der Meinung zu sein, daß sie selbst in der Lage sind, die Dinge zu meistern[7].

gez. *Blank*

6 Vgl. Nr. 90. Nach Auffassung *v. Schleichers* war die Übertragung der Reichskanzlerschaft an *Luther* in diesen Tagen nicht aktuell. Am 7. 7. 1930 schrieb er an *Groener*: „Entscheidend für die Krisenpolitik in der Deutschen Volkspartei und noch weiter rechts ist aber die Erkenntnis, daß ein Kabinett ‚Hänschen' zur Zeit nicht in Frage kommt." Nachlaß Schleicher N 42/77.

7 Die auf Grund der Parteiführerbesprechung am 8. 7. 1930 ausgearbeiteten Ergänzungsentwürfe zu den Deckungsvorlagen ließ *Pünder* am Morgen des 9. 7. 1930 den Fraktionsführern mit der Bitte um umgehende Stellungnahme zugehen. BA R 43 I/2365. Doch noch am gleichen Tage beschloß das Kabinett, obgleich die Haltung der Regierungsfraktionen noch nicht völlig abgeklärt war (BVP und DDP stellten weitere Forderungen), am folgenden Tag die Deckungsvorlagen im Steuerausschuß des Reichstags zu vertreten. *Brüning* betonte nachdrücklich, daß im Falle einer Ablehnung die Vorlagen mit Hilfe des Artikels 48 in Kraft gesetzt werden müßten, da „das gegenwärtige Reichskabinett nicht gebildet sei, um unter allen Umständen nur die normale politische Entwicklung durchzumachen, daß es vielmehr die Aufgabe übernommen habe, mit allen legalen Mitteln die als notwendig erkannten Maßnahmen durchzusetzen." Ministerbesprechung am 9. 7. 1930, BA R 43 I/1445. *Brüning* konnte sich hiermit auf das Gutachten *Joëls* und *Zweigerts* vom April 1930 über die Anwendung des Artikels 48 berufen. Nr. 55, Anm. 5.

106.

9. 7. 1930: Koch-Weser an Scholz

Nachlaß Koch-Weser 105. Durchschlag. Handschriftlicher Kopfvermerk: „19. 7. 1930".

Sehr geehrter Herr Kollege *Scholz*!

Nach dem amtlichen Bericht der „Nationalliberalen Korrespondenz" haben Sie auf der Zentralvorstandssitzung der Deutschen Volkspartei erklärt, Sie hätten die stärksten Anstrengungen gemacht, um eine Sammlung derjenigen Parteien herbeizuführen, die gewillt sind, sich auf staatsbürgerlichen Boden zu stellen und gemeinsam positiv am Staate mitzuarbeiten, und daß es Schuld der Deutschen Demokratischen Partei und der Volkskonservativen Vereinigung gewesen sei, wenn diese Einigung nicht zustandegekommen sei. Ich darf demgegenüber folgendes bemerken: Es ist richtig, daß Sie in vier kurzen Besprechungen den Plan einer Arbeitsgemeinschaft zwischen der Deutschen Volkspartei, der Volkskonser-

vativen Vereinigung, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Demokratischen Partei zur Erörterung gebracht haben[1]. Ich habe Ihnen aber vom ersten Augenblick an keinen Zweifel darüber gelassen, daß dieser Weg ungangbar sei, und kann dabei auf die Besprechungen hinweisen, die ich früher mit Gustav *Stresemann* über dieselbe Frage gehabt habe und in der wir uns darüber einig gewesen sind, daß dieser Gedanke einer Stärkung der staatsbürgerlichen Front nicht förderlich, sondern abträglich ist[2]. Sie haben demgegenüber immer wieder erklärt, daß Sie die Sache einmal in Angriff nehmen müßten, und auch während der Verhandlungen verschiedentlich festgestellt, daß es darauf ankomme zu ermitteln, wen die Schuld am Scheitern dieser Verhandlungen treffe. Sie mußten sich also während der ganzen Verhandlungen klar sein, daß sie nicht zu einem Erfolg führen und nur den einen Zweck haben konnten, die „Schuldfrage" zur Feststellung zu bringen.

Wem es ernstlich um eine Sammlung der staatsbürgerlichen Kräfte zu tun ist, muß Ihren Plan ablehnen. Ohne vorherige Einigung auf gemeinsame große Ziele führt eine Arbeitsgemeinschaft zu nichts anderem als zu einer Vermehrung der Gremien, in denen schon heute in Verhandlungen mit der Regierung und zwischen den Fraktionen mühsam Tageskompromisse gesucht und häufig nicht gefunden werden. Man muß sich nur die Stellungnahme vergegenwärtigen, die die Volkskonservative Vereinigung und die Wirtschaftspartei vor wenigen Tagen in einem Antrage gegen die Handelsvertragspolitik der Regierung und die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Zollermäßigungen eingenommen haben[3], um sich klar zu machen, daß eine Einigung bei unvereinbaren Grundsätzen nur die Quelle neuer Wirrnis ist.

Wer eine Neugestaltung unseres Parteiwesens und eine Zurückgewinnung der Jugend zu den Grundlagen des heutigen Staates will, vermag es nur, wenn er die Grundlagen festlegt, auf denen in den nächsten 5 bis 10 Jahren eine erfolgreiche Zusammenarbeit aller staatsbewußten Elemente zur Gesundung unseres öffentlichen Lebens möglich ist, nämlich: Man soll sich einigen über eine Wahlreform, die Persönlichkeitswerte nicht so verhängnisvoll zerstört wie das heutige Wahlgesetz und die jungen, noch nicht in der großen deutschen Öffentlichkeit bekannten Menschen den Eintritt in das Parlament frei macht. Man soll eine Parlamentsreform betreiben, die das Parlament schlagkräftig macht und es aus bürokratischer Kleinarbeit wieder zu einem führenden Organ der öffentlichen Meinung erhebt. Man soll eine Parteireform erstreben, die die Regierungsbildung dem Sinne der Verfassung entsprechend unabhängiger gestaltet. Man soll eine Reichsreform erstreben, die die mittelalterliche, Geld und Kraft verschlingende Gestaltung des Reiches beseitigt und endlich einmal eine klare Verteilung der Zuständigkeiten mit sich bringt. Man soll eine Finanzreform anstreben, die das schwindende Verantwortlichkeitsgefühl in Ländern und Gemeinden für Einnahmen und Ausgaben wieder weckt. Man soll eine Wirtschaftsreform nach dem Muster der *Stolper*schen Leitsätze[4] anstreben, die dafür sorgt, daß zwischen Kapital und Arbeit die Leistung wieder zur Anerken-

1 Vgl. Nr. 70, 71 und 76.

2 Vgl. Turner, Stresemann S. 241 f.

3 Vgl. RT Bd. 428 S. 6183 f.

4 Nr. 76, Anm. 8.

nung kommt und daß der Staat und die Städte von der Berlin so verhängnisvoll gewordenen Beschäftigung mit Aufgaben nachlassen, für die sie sich nicht eignen. Man soll eine Reform des Beamtenwesens herbeiführen, die dem verfassungstreuen Beamten sein Fortkommen sichert, ohne daß er von der zufälligen Parteikonstellation abhängig wäre. Man soll sich einigen über eine Bildungsreform, die das undemokratische Privileg einer langdauernden, kostspieligen und der Praxis abgewandten Vorbildung durch weitgehende Fortbildungsmöglichkeiten ersetzt und damit eine Kluft im deutschen Volke schließt, die verhängnisvoller zu werden droht als jemals eine andere zuvor[5].

Mit vorzüglicher Hochachtung

5 Vgl. Nr. 121, 128a und 128b.

107.

10. 7. 1930: Niederschrift über die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei

Nachlaß Schmidt-Hannover 72a. Durchschlag einer Abschrift. Unterstreichungen. Überschrift: „Aus der Fraktionssitzung vom 10. Juli 1930"[1].

Bazille hatte in der Fraktionssitzung vom 28. 6. 1930 u. a. folgendes ausgeführt[2]: Die derzeitige Führung der Partei hat das Vertrauen eingebüßt. Die Beziehungen der Parteiführung zum Alldeutschen Verband sind ein Unglück. Ich bin selbst Mitglied des Alldeutschen Verbandes und bleibe es, aber ich verurteile die engstirnige Führung dieser alldeutschen Politik. Die alldeutsche Führung bewegt sich fortgesetzt in Illusionen. Ich erinnere lediglich daran, daß in der schwersten Zeit, im Jahre 1923, von dieser alldeutschen Führung der unverantwortliche Gedanke vertreten worden ist, Frankreich sei kein ernst zu nehmender Faktor mehr. Wörtlich ist erklärt worden, Frankreich sei ein stinkender Leichnam. Wer sich derart täuscht, kann keine ernste Politik machen. Die Parteiführung *Hugenbergs* erinnert mich an Erfahrungen, die ich im Kriege mit dem alldeutschen General *Keim* in Belgien gemacht habe. Was *Keim* dort erreicht, beziehentlich nicht erreicht hat, zeugt schlechthin von einem außerordentlichen Mangel an Wirklichkeitssinn; dieser Mangel an Wirklichkeitssinn kennzeichnet auch die derzeitige Führung unserer Partei.

Hugenberg: Wenn ich in meinem Leben einen schweren Fehler begangen habe, so kann ich als meinen größten Fehler nur den erklären, daß ich bei einer sehr wichtigen Gelegenheit den General *Keim* vor dem Kriege abgewiesen habe. *Keim* war damals bei mir, als ich noch Generaldirektor der Kruppschen Werke war. Er

1 Nr. 45, Anm. 1.

2 Hinweis auf die Ausführungen *Bazilles* am 28. 6. 1930 schon in der Fraktionssitzung am 2. 7. 1930. Nr. 104. Zur Charakterisierung *Bazilles* und seiner Stellung in der Bürgerpartei (DNVP) Besson S. 29f., 36ff., 65f., 157.; Max Miller, Eugen Bolz. Staatsmann und Bekenner, Stuttgart 1951 S. 264f.

bat mich damals um Geld für die Agitation. Ich habe ihn aus einer gewissen spießbürgerlichen Engherzigkeit abgewiesen und habe das später undenklich bedauert. Es hat sich das dann bitter gerächt. Es geht nicht an, daß hier in der Fraktion dauernd zwischen uns sachliche Unterschiede stehen. Wir wollen doch eine andere Politik haben als die von 1924–1928. Einen anderen Sinn hat meine Berufung zum Vorsitzenden doch gar nicht gehabt. Es ist auch völlig unpolitisch, mir immer wieder das Bündnis mit den Nationalsozialisten vorzuwerfen. Wer nicht einsieht, daß dieses sogenannte Bündnis zu einer für Deutschlands Zukunft außerordentlich wichtigen Bindung der Nationalsozialisten an positive Ideen führen müßte und geführt hat, dem fehlt das politische Denken. Die Politik der Regierung gründet sich heute nur noch auf die Hoffnung auf unseren Umfall. Ich bin selbstverständlich bereit, mit der Regierung in Verhandlungen einzutreten, aber solange nicht auch nach außen unsere feste Haltung klar und unmißverständlich feststeht, haben solche Verhandlungen gar keinen Zweck. Die Bewegung des Volksbegehrens[3] hatte wirklich nichts mit einem Mangel an Wirklichkeitssinn zu tun. Die Bewegung des Volksbegehrens bedeutete auch, abgesehen vom Materiellen, einen taktischen Vorstoß gegen Zentrum und Mittelparteien. Die große Masse ist durchaus nicht ausschlaggebend. Der wirkliche Wille einer Anzahl von Menschen ist maßgebend für das Geschick des Ganzen. Man nennt mich stur. Das ist ein unsachlicher und unbegründeter Vorwurf. Was man an mir vermißt, ist in Wahrheit jene Anpassungsfähigkeit der wilhelminischen Zeit. An jener Anpassungsfähigkeit sind wir zugrunde gegangen. Ich habe damals häufig das Empfinden gehabt, als stünde ich sozusagen außerhalb der Zeit. – Das Land draußen hat sich in Scharen von uns abgewendet, weil es diese fortgesetzte Zerrissenheit und den Streit in unserer Fraktion nicht versteht und nicht verstehen will. Wenn nicht endlich ein Wandel eintritt, so müssen eben schließlich die Konsequenzen gezogen werden. Der Kampf in der Fraktion kann nicht auf die Dauer geführt werden, sonst ist die Partei verloren. Wenn man mir vorhält, ich müsse die Partei zusammenhalten, so erwidere ich Ihnen, daß Sie sie ja selbst auseinandertreiben. Das, was sich in der Begründung und der Politik des Kabinetts *Brüning* abspielt, ist nichts anderes als ein Trauerspiel der bürgerlichen Welt. Wir müssen unbedingt vor der Sommerpause zur Klarheit in dieser Fraktion kommen.

v. Richthofen: Das Kabinett *Brüning* muß von uns unter allen Umständen unterstützt werden.

Strathmann: Politik bedeutet, jeweils dasjenige aus der Lage herausholen, was möglich ist. Das tun wir nicht, wenn wir Herrn *Hugenberg* folgen. Wir müssen die Regierung unter allen Umständen halten. Ihnen, Herr *Hugenberg*, sage ich ins Gesicht: Wenn ich Vorschläge der Regierung ablehne, so muß ich ein gutes Gewissen haben. Dieses gute Gewissen habe ich nicht, wenn ich nicht selbst bessere Vorschläge machen kann. Wenn Sie wünschen, daß wir Ihnen folgen sollen, dann müssen Sie uns das gute Gewissen geben, von dem ich sprach. Wenn Sie selbst nicht wissen, welche besseren Vorschläge man machen könnte, dann fehlt das gute Gewissen. Dann können wir Ihnen nicht folgen.

Stubbendorff widerspricht Dr. *Strathmann* schärfstens.

---

3 Volksbegehren gegen den Young-Plan. Hierzu Nr. 2.

Wege: Was soll diese ganze Rederei, die wir nun endlich satt haben. Sie wissen ja selbst nicht, was Sie wollen. Nur eins wissen Sie und wollen Sie: Herrn *Hugenberg* Schwierigkeiten machen. Dann ist eine Parteiführung überhaupt unmöglich. Sie wollen eben nicht, und dann sage ich Ihnen als einfacher Bauer, macht doch endlich, daß Ihr herauskommt, wenn Ihr durchaus nicht mehr wollt.

Rademacher: Den Ausführungen *Hugenbergs* kann ich mich nicht anschließen. Seine Aufgabe als Parteiführer ist, die Partei zusammenzuhalten und sie groß zu halten.

Schmidt-Hannover widerspricht insbesondere Herrn *v. Richthofen,* der während der Ausführungen *Schmidts* folgende Zwischenrufe macht: Selbstverständlich stimme ich den Steuergesetzen nicht zu.

Westarp: Ich höre aus *Hugenbergs* Rede die Aufforderung heraus, daß diejenigen, die dem Votum der Parteiinstanzen nicht folgen, gehen sollen. Ich erkläre Ihnen, daß ich mich nach den Wünschen der Parteiinstanzen nicht richten werde. Ich halte mich für verpflichtet, für diejenige Politik zu wirken, die ich für richtig halte. Jede Kritik unserer Haltung im April weise ich zurück. Insbesondere weise ich aufs schärfste den Aufsatz des Herrn *Quaatz* im „Tag" zurück[4]. Das Motiv der Angst um das Mandat lasse ich mir nicht unterschieben. Was das Kabinett *Brüning* anlangt, so will auch ich mich nicht mit ihm auf Gedeih und Verderb verbinden. Ich kenne aber Nuancen in der Opposition. Der Gedanke, dieses Kabinett schleunigst zu stürzen, ist nicht richtig. Wir müssen uns den Zeitpunkt des Handelns aussuchen. Am 3. April hat *Hugenberg* die Regierung ja selbst gehalten[5].

Auch das Agrarprogramm der Regierung haben wir ja angenommen. Es handelt sich heute gar nicht um grundsätzliche Fragen, sondern um taktische. Im übrigen stelle ich fest, daß der Zerfall der Partei erst im Jahre 1928 begonnen hat.

v. Dryander: Der Zerfall der Partei geht zurück auf die unverantwortliche Zurückziehung unserer Minister im Jahre 1925. Die Größe der Partei hat einst in der Festhaltung des Grundsatzes gelegen, daß den beiden Richtungen in der Partei Raum zur Wirksamkeit gelassen würde. Die ganze Größe der Partei liegt lediglich in der Politik *Westarps* und *Hergts.* Eine einzige Ansicht zur maßgebenden zu machen, bedeutet Vergewaltigung, die wir uns nicht gefallen lassen können. So entsteht zwischen den Parteiorganen und der Wählermasse ein immer größerer Widerspruch. Für uns ist maßgebend und bleibt maßgebend die Haltung, die Herr *Hugenberg* am 3. April eingenommen hat. Aber ich spreche hier offen aus: die Unterschiede, die in dieser Fraktion zu Tage kommen, sind nicht taktischer, sondern weltanschaulicher Natur. Ich fühle mich an mein Gewissen gebunden und kann deshalb Herrn *Hugenberg* nicht folgen. Die Politik *Hugenbergs* führt zur Stärkung der Sozialdemokratie. Ich stehe voll und ganz zu *Westarp, Strathmann* und *Rademacher.*

Graf Eulenburg: Auch ich nehme ein Gewissen für mich in Anspruch und glaube, daß das auch meine Freunde tun. Es kommt offenbar auf die Art des Gewissens an. Mein Gewissen verbietet mir, eine Regierung zu stützen, die gegen

4 Hierzu Nr. 59 und 60.

5 Nr. 48 und 49.

uns gebildet worden ist und die sich selbst fortgesetzt widerlegt. Auf die Parteiverhältnisse will ich näher nicht eingehen, es war aber doch ganz selbstverständlich, daß *Graf Westarp* nach dem Zusammenbruch unserer Politik in der Maiwahl 1928 sein Amt niederlegen mußte.

Oberfohren: Ich habe soeben eine Besprechung mit dem Reichskanzler *Brüning* gehabt[6]. Er war sehr zuversichtlich. Ich habe ihm erklärt, daß die Fraktion das Steuerprogramm ablehnen werde. Das hat seine Zuversicht nicht beeinträchtigt. Wir haben dann über die Zusätze zum Programm gesprochen. Ich habe ihn aufmerksam gemacht auf unseren Vorschlag einer Bürgerabgabe. Er hat mir erklärt, ein solcher Vorschlag sei völlig ungeeignet, das richtige sei die Schankverzehrsteuer. Die habe ich wiederum als unmöglich abgelehnt. Einer Bürgerabgabe würden wir zustimmen. *Brüning* hat mir übrigens gesagt, er habe mit der Sozialdemokratie bisher noch keine Rücksprache gehabt[7]. Das Erpressungsverfahren ist übrigens wieder im Gange. *Dietrich* hat im Steuerausschuß bereits erklärt: „Wenn Ihr nicht die Steuern annehmt, gibt es keinen Knopf für die Osthilfe".

Vogt: Ich stimme für die Annahme der Steuern, auch Herr *Bazille* wird das tun.

Gok: Sogenannte Richtungen gibt es hier erst seit August 1924. Das heutige Kabinett treibt sozialistische Politik. Sozialistisch kann aber kein Staat geführt werden.

Frau Annagrete Lehmann: Ein Krebsschaden ist der fortgesetzt aufrechterhaltene Verkehr der Herren um *Graf Westarp* mit den von uns Abgesplitterten. Das macht nicht nur auf mich immer wieder den Eindruck, als ob sich diese Herren mit den *Schiele, Treviranus* und Genossen politisch enger verbunden fühlen als mit uns. Schon jetzt rechnet ja alles wieder mit einem Auseinanderfall dieser Fraktion. Mir ist mitgeteilt worden, daß Herr *Treviranus* bei einem Essen dem spanischen Vertreter der ABC-Presse gesagt habe, in 14 Tagen gehen 20 Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion unter Führung *Westarps* zu uns über. Dieser fortgesetzte Verkehr unserer Herren mit unseren Gegnern ist eine Quelle des Übels. Ich habe selbst gehört, wie kürzlich Herr *Strathmann* im Plenum bei einer Abstimmung zwei Herrn von den Volkskonservativen frug, wie abgestimmt werden

---

6 Über diese Besprechung am 10. 7. vermerkt *Pünder* am 12. 7. 1930, Nachlaß Pünder 132: „Zunächst empfing *Brüning* den deutschnationalen Fraktionsführer Dr. *Oberfohren*. Er betonte hierbei, daß er mit ihm keine Verhandlungen eröffnen, ihm aber gern Mitteilungen über die Absichten der Reichsregierung machen wolle: Die Regierung werde an ihren dreiteiligen Deckungsvorlagen festhalten, sei aber bereit, im Falle einer Einigung unter den Parteien des Reichstags die bekannten beiden Ergänzungsvorschläge auch zu den ihren zu machen. Abgeordneter Dr. *Oberfohren* nahm diese Mitteilung entgegen und teilte ergänzend mit, daß bei dem überwältigenden Teile seiner Fraktion die Ablehnung der Regierungsvorlage gewiß sei; dagegen werde die ergänzend vorgeschlagene Bürgerabgabe, die ja ein Teil des deutschnationalen Programms sei, entsprechend ihren bereits früher gestellten Anträgen, allein für sich, vermutlich geschlossen von der Deutschnationalen Fraktion angenommen werden. Was die Zustimmung eines Teiles seiner Fraktion zur Deckungsvorlage der Reichsregierung angehe, so würden sich die Dinge nicht so entwickeln wie im Frühjahr, wo ohne Bruch ein großer Teil für die Regierungsvorlage gestimmt hätte. Vielmehr sei es beschlossene Sache bei ihnen, daß die zustimmenden deutschnationalen Reichstagsabgeordneten aus der Fraktion austreten müßten. Ihre Zahl stände noch nicht fest; er persönlich glaube aber schon annehmen zu können, daß es nicht mehr als 12 Abgeordnete sein würden."

7 Mit Vertretern der SPD verhandelte *Brüning* erst am 11. 7. 1930, Vermerk *Pünders* vom 12. 7. 1930, Nachlaß Pünder 132.

sollte. Wer nicht einsieht, daß um uns ein Kordon der Treue geschlossen sein muß, macht sich schuldig.

Westarp: Der Mitteilung der Frau *Lehmann* über Herrn *Treviranus* liegt kein sachlicher Anhalt zugrunde.

v. Dryander: Ich habe noch heute freundschaftliche Beziehungen zu *Treviranus*. Ich erkläre, daß es ganz ausgeschlossen ist, daß er sich so geäußert haben kann, wie Frau *Lehmann* sagt.

Wallraf: Ich würde Herrn *Hugenberg* folgen, wenn er die Macht hätte, die Dinge zu meistern; die hat er nicht. Der Gedanke, das Zentrum zu erschüttern, ist eine Illusion. Auf das Votum des Parteivorstandes können wir nicht reagieren, denn der Parteivorstand ist ja nur ein Lautsprecher Ihrer eigenen Meinung, Herr *Hugenberg*. Von einem Bankrott des Kabinetts *Brüning* kann gar keine Rede sein. Eine Opposition gegen die Regierung ist schon deshalb unmöglich, weil sie in ihren Vorschlägen unseren Gedanken einer Bürgerabgabe aufgegriffen hat, ebenso im Hinblick auf § 163 der Krankenversicherung. Das Schlimme ist, daß Sie, Herr *Hugenberg*, uns überhaupt nicht zur Verfügung stehen. Wir brauchen deshalb unter allen Umständen einen Ausschuß, der zwischen dem Vorsitzenden und dem Parteivorstand steht.

Hugenberg: Mit größtem Ernst weise ich den Vorwurf zurück, daß ich den Herren nicht zur Verfügung stehe. Ich bin für jeden zu haben. Ich kann natürlich nicht wissen, was der einzelne von mir haben will, und kann ihm nicht nachlaufen. Er muß zu mir kommen. Wenn es richtig wäre, daß das Zentrum unerschütterlich sei, dann hätte ja eine Gegenpolitik überhaupt keinen Zweck mehr.

108.

13. 7. 1930: Reichsbankpräsident Luther (Stuttgart) an Reichskanzler Brüning

BA R 43 I/2365. Telegramm. Abgang: Stuttgart, 13. 7. 1930, 11.55 Uhr.

Auf Reise nach Basel zur Verwaltungsratssitzung BIZ befindlich lese ich in hiesigen Morgenzeitungen Darstellungen über sehr ungünstige steuerpolitische Lage[1]. So unumgänglich es ist, den Fehlbetrag des Reichshaushalts durch Ausgabensenkungen und Steuererhöhungen sofort abzudecken, bitte ich, angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten im Reichstag doch nochmals auf meine schweren Bedenken gegen Anwendung des Artikels 48 zur Regelung einzelner Steuerprobleme in jetziger Zeit hinweisen zu dürfen[2]. Endgültiges Scheitern einer für die Reichsregierung annehmbaren Steuerregelung im Reichstag würde ungünstige Rückwirkungen für Entwicklung deutschen Kredits haben, während deut-

1 Zwei Tage vorher waren im Steuerausschuß des Reichstags die Deckungsvorlagen der Reichsregierung mit den Stimmen der Deutschnationalen, Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt worden. Schulthess 1930 S. 167.

2 Zur Beratung des Kabinetts über die Anwendung des Artikel 48 Nr. 85 und 105, Anm. 7.

sche Zukunft zum großen Teil davon abhängt, daß wir produktive Kredite zu annehmbaren Bedingungen bekommen. Ich verweise auf das vor einiger Zeit dem Herrn Reichskanzler vertraulich übermittelte amerikanische Kabel, in welchem die Besorgnis vor einer Finanzdiktatur unter den Gründen genannt wurde, die regelmäßig deutschen Kredit behindern. Das für Kreditgewährung an deutsche Staatswesen und deutsche Wirtschaft in Betracht kommende Ausland erwartet eine durchgreifende Ordnung unserer öffentlichen Finanzen, aber auf normalem Wege. Erzählungen aus dem Ausland entgegengesetzten Inhalts sind ihrem Wesen nach Tischgespräche ohne letzte Verantwortung und betreffen auf keinen Fall Einzelprobleme wie die vorliegenden. Jetzige Zustände können nicht mit Zustand Dezember 1923 verglichen werden, wo ich selbst als Finanzminister genötigt war, für Steuerentscheidungen Artikel 48 anzuwenden[3]. Umgekehrt würde die Gefahr bestehen, daß Anwendung in jetziger Lage ähnlich bewertet würde wie der durch das Verhalten des alten österreichischen Abgeordnetenhauses häufig herbeigeführte Zwang zur Anwendung des Artikels 48 der alten österreichischen Verfassung, welcher Vergleich unserem Kredit sehr abträglich sein würde. Falls Lage günstiger als nach Pressemeldungen scheint oder sich bessert, wäre ich für Nachricht nach Basel dankbar, wo die in Verwaltungsratssitzung vereinigten führenden internationalen Finanzleute bis in die morgigen Abendstunden zusammenbleiben.

Reichsbankpräsident *Luther*

3 Zu den Steuernotverordnungen im Dezember 1923, die die Voraussetzung der Geldwertstabilisierung waren, Karl Bernhard Netzband/Hans Peter Widmaier, Währungs- und Finanzpolitik der Ära Luther 1923–1925 (Veröffentlichungen der List-Gesellschaft E.V. 32), Basel–Tübingen 1964 S. 137ff.; Claus Dieter Krohn, Stabilisierung und ökonomisches Interesse. Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1923–1927, Düsseldorf 1974 S. 36ff.

109.

14. 7. 1930: Niederschrift über die Reichsministerbesprechung (Inhaltsangabe)

BA R 43 I/1445.

Brüning stellt einleitend fest, daß inzwischen eine einheitliche Haltung der Regierungsparteien zu den Ergänzungsvorlagen erreicht worden sei[1]. Gewisse Schwierigkeiten mache nur noch die BVP, die zwar für die Bürgersteuer stimmen, den Initiativantrag der Parteien zur Einbringung der Ergänzungsvorlagen aber

1 Vgl. Nr. 105 mit Anm. 5 und 7. In einer interfraktionellen Besprechung am 13. 7. 1930, an der auch Vertreter der Länder teilnahmen und die *Pünder* als eventuellen „Wendepunkt in dem wechselvollen Spiel der schwierigen politischen Lage in diesem Sommer" bezeichnet, hatten die Parteivertreter der Einführung einer Bürgerabgabe zugestimmt. Vermerk *Pünders* vom 14. 7. 1930, BA R 43 I/2365. In ihren Mitteilungen an die Reichsregierung äußerten die Fraktionen der hinter ihr stehenden Parteien zwar im einzelnen Bedenken und stellten Bedingungen, stimmten aber grundsätzlich zu. Anlage zur Niederschrift über die Ministerbesprechung. Vgl. Zentrumsprotokolle S. 466ff.; Brüning S. 178ff.

nicht unterzeichnen wolle. Wie *Brüning* des weiteren erklärt, hat er aus Gesprächen mit Vertretern der SPD und der DNVP[2] den Eindruck gewonnen, daß eine Zustimmung der SPD zu den Vorlagen nicht zu erwarten sei[3] und die DNVP die Anwendung des Artikels 48 wünsche. Hierauf diskutiert das Kabinett ausführlich die „Eventualitäten für die Anwendung des Artikels 48" und faßt schließlich den Beschluß, den Reichstag aufzulösen, sobald er die gegebenenfalls zu erlassende Notverordnung aufheben sollte[4]. Den Abschluß der Kabinettssitzung bildet eine Aussprache über das Telegramm *Luthers*[5], in der *Brüning* seine Kollegen nachdrücklich ermahnt, „auch nach Kenntnisnahme der Auffassung des Reichsbankpräsidenten an den vorgefaßten Beschlüssen festzuhalten"[6].

2 Darüber Vermerk *Pünders* vom 12. 7. 1930, BA R 43 I/1265. Nr. 107, Anm. 6.

3 Von einigen Punkten abgesehen hatte sich die SPD kompromißbereit gezeigt. Vgl. Vermerk *Pünders* vom 12. 7. 1930, BA R 43 I/2365; Jahrbuch der SPD 1930 S. 13; Stampfer S. 575; Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Stuttgart 1948 S. 389ff. Vgl. Nr. 119, Anm. 2 und Nr. 130.

4 Zur Anwendung des Artikels 48 Nr. 55, Anm. 5.

5 Nr. 108.

6 Der Reichstag lehnte am 16. 7. 1930 Artikel II der Deckungsvorlage (Reichshilfe) in namentlicher Abstimmung mit 256 gegen 193 Stimmen ab. RT Bd. 428 S. 6430ff. Die SPD stimmte mit nein. Dabei mag mitgespielt haben, daß der Brief *Hindenburgs* vom 15. 7. 1930 zur Stahlhelmfrage zu einer Entfremdung zwischen ihm und dem Kanzler einerseits und der preußischen SPD andererseits geführt hatte. Nr. 110, Anm. 8; Zentrumsprotokolle S. 469. Das Kabinett beschloß daraufhin am gleichen Tage, die Deckungsvorlage unter Einbeziehung der Bürgersteuer sowie ein Gesetz über die Zulassung der Gemeindegetränkesteuer im Form von Notverordnungen in Kraft zu setzen. Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung über Deckungsmaßnahmen für den Reichshaushalt 1930 vom 16. 7. 1930, RGBl. 1930 I S. 207ff.; Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung über die Zulassung einer Gemeindegetränkesteuer vom 16. 7. 1930, RGBl. 1930 I S. 121. Vgl. Schulthess 1930 S. 172f.; Bracher S. 338f.; Werner Conze, Die Regierung Brüning, in Hermens/Schieder S. 233ff.

110.

17. 7. 1930: v. Gilsa an Reusch (Katharinenhof)

HA/GHH 400101293/4b. Durchschlag – Tgb. Nr. 373. Paraphe Reuschs.

Sehr geehrter Herr *Reusch*!

Am heutigen Tage werden die Deckungsvorlagen auf Grund des Artikels 48 der Verfassung in Kraft gesetzt werden[1].

Trotzdem meine politischen Freunde und ich gegen die jetzigen Deckungsvorschläge der Regierung starke grundsätzliche Bedenken haben, über die ich Ihnen mehrfach berichtet habe, haben wir doch für die Deckungsvorschläge gestimmt[2],

1 Vgl. Nr. 109, Anm. 6.

2 Die Haltung der DVP wurde am 15. 7. 1930 von *Scholz* im Reichstag begründet. RT Bd. 428 S. 6387f. Einwände wurden vor allem gegen die Reichshilfe für Personen des öffentlichen Dienstes und den Einkommensteuerzuschlag vorgebracht.

weil erstens der Kanzler sich verpflichtet hat, daß die jetzigen Deckungsvorschläge nur eine Teillösung der im Herbst einsetzenden Hauptsanierung sind, und zweitens, weil hinsichtlich Einführung der Bürgerabgabe und der Reformen bei der Kranken- und Arbeitslosenversicherung Erfolge erzielt worden sind, die wir sichern wollten. Allein die Reformen bei beiden Versicherungen bringen eine Ersparnis von rund 400 Millionen im Jahr. Dazu kommt, daß die bisherige besonders unheilvolle automatische Zuschuß-Pflicht des Reiches zur Arbeitslosenversicherung jetzt beseitigt wird[3].

Das Telegramm, das Sie mir aus Basel schickten, habe ich noch vor der entscheidenden Abstimmung erhalten. Sie wiesen in dem Telegramm darauf hin, daß schon jetzt die Kreditwürdigkeit Deutschlands im Auslande stark erschüttert sei und daß dieser Zustand sich noch verschlechtern würde, falls die deutsche Regierung den Artikel 48 anwenden würde. Pflicht der Regierung und der Parteien sei es deshalb, zu einer Einigung zu kommen, die die Anwendung des Artikels 48 unnötig mache[4].

Nach Empfang Ihres Telegramms habe ich Ihre Auffassung meinen politischen Freunden sowohl in meiner eigenen Fraktion als auch bei den Deutschnationalen bekanntgegeben und habe ferner über diesen Punkt mit einer Reihe anderer einflußreicher Persönlichkeiten, unter denen sich einige Finanzsachverständige von Ruf befanden, gesprochen. Dabei habe ich feststellen müssen, daß die Ansichten dieser Herren sich vielfach nicht mit der Ihrigen deckten. Die Einwände, denen ich fast überall begegnete, lassen sich in nachstehenden beiden Gedanken zusammenfassen:

1. Man glaubte nicht, daß das Ausland entscheidenden Wert darauf legte, in welcher Weise jetzt in Deutschland für finanzielle Ordnung gesorgt würde. Das Entscheidende für das Ausland sei nicht der Weg, sondern lediglich die Tatsache, daß Ordnung geschaffen würde. Im übrigen sei es auch fast dasselbe, ob die Regierung mit dem Artikel 48 regiere oder ob die Parteien im letzten Augenblick nachgäben, weil sie die Anwendung dieses gefürchteten Artikels verhindern wollten.

2. In diese sachlichen Erwägungen spielte immer wieder eine persönliche Auffassung hinein, die sich mit Herrn *Luther* befaßte. Man stellte mir die Dinge zum Teil so dar, als ob Herr *Luther* die angebliche Auslandsstimmung gern zur Verhütung einer jetzigen Anwendung des Artikels 48 gebrauchen wolle und sich dafür einige Amerikaner „bestellt" habe. *Luther* beabsichtige anscheinend später, wenn er an entscheidender Stelle stände, mit dem Artikel 48 zu arbeiten. Er wolle nun jetzt – hier wiederhole ich einen Ausspruch, der mir in gleichlautender Form immer wieder entgegentrat – „sich nicht die besten Rosinen aus seinem politischen Kuchen frühzeitig herauspicken lassen"[5].

Ich vermag natürlich nicht zu übersehen, auf Grund welcher Unterlagen die betreffenden Herren zu dieser Beurteilung *Luthers* gekommen sind und ob sie mit

3 Vgl. Nr. 105, Anm. 5.

4 Vgl. Nr. 108.

5 Über *Luther* Nr. 31 und 105.

dieser Auffassung recht haben oder nicht. Nichtsdestoweniger habe ich geglaubt, Ihnen von dieser Auffassung Mitteilung machen zu sollen.

Nun stehen die Dinge ja so, daß die Sozialdemokraten die Aufhebung der auf Grund des Artikels 48 erlassenen Gesetze verlangen werden[6]. Damit liegt die Entscheidung bei den Deutschnationalen. Ich habe den Eindruck – und dieser Eindruck wird mir durch *Scholz* bestätigt, der mit *Hugenberg* gesprochen hatte – daß die Deutschnationalen es nicht zur Aufhebung der Gesetze kommen lassen werden, mit Ausnahme vielleicht des verhältnismäßig unwichtigen Gesetzes über die Gemeindegetränkesteuer[7]. Dann würden die anderen Ereignisse wohl glatt über die politische Bühne gehen, d. h. die Abänderung der beiden Versicherungen sowohl wie die Osthilfe und der Etat würden auch angenommen werden. Nachdem die Stahlhelmfrage jetzt durch das erfreuliche Eingreifen des Herrn Reichspräsidenten gelöst ist[8], wird, so hoffe ich, auch die Amnestie-Angelegenheit trotz des gestrigen Mißerfolgs bei der Abstimmung im Reichstag noch in zufriedenstellender Weise geregelt werden[9].

Ich möchte allerdings erwähnen, daß der Herrn *Hugenberg* sehr nahestehende Journalist Dr. *Kriegk* noch gestern abend Herrn *Scholz* und mir mitteilte, nach seinen Informationen würden die Deutschnationalen unbedingt die erlassenen Gesetze zu Fall bringen. Ich glaube vorläufig nicht daran.

Mit angelegentlicher Empfehlung
Ihr sehr ergebener

---

6 Den Antrag auf Aufhebung der Notverordnung nach Artikel 48 Absatz 3 Satz 2 stellte die SPD bereits am 17. 7. 1930. RT Drucks. Bd. 443 Nr. 4202.

7 War doch offenbar eine Fehlinformation. Zur Diskussion innerhalb der DNVP Nr. 112.

8 Der Steit zwischen dem Reichspräsidenten und der preußischen Regierung über die Aufhebung des Stahlhelmverbotes in Rheinland-Westfalen hatte sich am 14. 7. 1930 zugespitzt. Der preußische Innenminister *Waentig* teilte an diesem Tag der Stahlhelmführung mit, „daß die preußische Regierung bereit wäre, den Stahlhelm auch in Rheinland-Westfalen wiederzuzulassen, wenn der Bundesvorstand eine Erklärung unterschreibe, in der er die Berechtigung des Verbots anerkenne und sich verpflichte, Vorsorge zu treffen, daß eine nach dem Gesetz vom 22. März 1921 verbotene Betätigung in Zukunft unterbleibe." Braun S. 300. Hierauf richtete Reichspräsident *v. Hindenburg* am 15. 7. 1930 an Otto *Braun* einen Brief, in dem er die vom preußischen Innenminister für die Aufhebung des Verbotes genannten Bedingungen zurückwies und seine Beteiligung an den Befreiungsfeierlichkeiten im Rheinland absagte. In einem Antwortbrief vom gleichen Tag signalisierte *Braun* die Bereitschaft der preußischen Regierung zum Einlenken, und am 16. 7. 1930 hob das preußische Innenministerium nach längeren Verhandlungen mit der Stahlhelmführung, an denen auch Staatssekretär *Meissner* beteiligt war, das Stahlhelmverbot auf. Briefe *Hindenburgs* und *Brauns* in Ursachen und Folgen VIII S. 224ff. Dazu Berghahn S. 150ff.; Brüning S. 177f.; Braun S. 300f.; Stampfer S. 572f.

9 Am 24. 6. 1930 hatte der Reichstag einen Antrag angenommen, der das Amnestiegesetz für politische Straftaten auf vor dem 1. 9. 1924 begangene politische Tötungsdelikte ausdehnte, unter die auch die Fehmemorde fielen. Auf Antrag Preußens hatte der Reichsrat Einspruch erhoben, dem der Reichstag am 16. 7. 1930 stattgab. Schulthess 1930 S. 145f.; Reichsrat 1930 S. 421f.; RT Bd. 428 S. 639f.

111.

17. 7. 1930: Blank an Reusch (Katharinenhof)

HA/GHH 4001012024/7. Durchschlag.

Ich hatte gestern abend in meiner Wohnung Gelegenheit, mit Herrn *Treviranus* über die Frage der Bildung einer großen bürgerlichen Partei zu sprechen[1]. Ich glaube nicht, daß Herr *Treviranus* dieser Idee an sich abgeneigt ist. Er stellt auch ausdrücklich in Abrede, daß es die Schuld der Volkskonservativen sei, daß die Bestrebungen wegen der Bildung einer großen bürgerlichen Partei gescheitert sind[2]. Die gegenwärtigen dringenden politischen und finanziellen Aufgaben haben meines Erachtens zur Zeit die Frage der Bildung einer großen bürgerlichen Partei wieder in den Hintergrund treten lassen. Vielleicht gewinnt die Sache wieder an Aktualität, wenn jetzt während der Reichstagsferien etwas mehr Ruhe herrscht. Herr *Treviranus* bat mich, Ihnen zu sagen, daß er es sehr dankbar begrüßen würde, wenn er bei Ihrer nächsten Anwesenheit in Berlin einmal wieder mit Ihnen zusammen frühstücken könnte. Er würde es sehr begrüßen, wenn Sie auch Herrn Dr. *Scholz* dazu einladen würden. Er sei durchaus bereit, sich in Ihrer Gegenwart mit Herrn *Scholz* über die Bildung einer großen bürgerlichen Gruppe in aller Offenheit auszusprechen.

gez. *Blank*

1 Die Besprechung ging auf eine Anregung *Reuschs* zurück, der am 6. 7. 1930 an *Blank* geschrieben hatte: „Ich bin der Ansicht, daß die Verhältnisse sich doch immer mehr dahin zuspitzen werden, daß in kürzester Frist der Gedanke der Gründung einer großen bürgerlichen Partei wieder aufgegriffen werden muß. Ich bitte, einmal mit *Treviranus* Fühlung zu nehmen und festzustellen, wie er zu der Sache steht. Soweit ich unterrichtet bin, sind die Bemühungen von Dr. *Scholz* in der Hauptsache an dem Widerstand von *Treviranus* und der Demokratischen Partei gescheitert. Ist denn *Treviranus* für eine solche Sache nicht zu gewinnen?" HA/GHH 4001012024/7.

2 Zum Verlauf dieser Verhandlungen Nr. 70, 71, 74 und 106.

112.

17. 7. 1930: Niederschrift über die Sitzungen der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei

Nachlaß Schmidt-Hannover 72a. Durchschlag einer Abschrift. Unterstreichungen[1].

Am 17. Juli fanden die beiden letzten historischen Fraktionssitzungen statt, die eine begann früh 11 Uhr, die andere abends 8 Uhr.

Die Morgensitzung vom 17. Juli 1930.

Oberfohren: Es steht ein sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung der Notverordnung nach Artikel 48 bevor[2]. Dazu müssen wir heute Stellung nehmen.

1 Nr. 45, Anm. 1.

2 Vgl. Nr. 110.

Hugenberg: Wir stehen damit vor der ernstesten Entscheidung. Die Lage der Partei ist sehr günstig. Wir haben den Hebel wieder einmal in der Hand. Wir haben die Regierung zum Artikel 48 gedrängt. Ich mache nunmehr gemeinsam mit *Oberfohren* einen Vorschlag, der uns die Entwicklung der Dinge endgültig in die Hand führen muß. *Oberfohren* und ich wollen in einem gemeinsamen Schreiben an den Reichskanzler *Brüning*, das nachher abgehen soll, die Frage stellen, ob die Regierung zur Aufnahme sofortiger Verhandlungen mit der DNVP bereit sei[3]. In dem Schreiben ist absichtlich nicht gesagt, worüber verhandelt werden soll. Wir bitten um das Vertrauen, daß Sie uns beiden Vollmacht zu dieser Verhandlung geben. Solche Verhandlungen haben aber, wie ich ausdrücklich hervorhebe, nur dann Erfolg, wenn die anderen Parteien nicht etwa aus unseren Reihen Hoffnungen auf einen neuen Umfall ziehen. Ich bitte um namentliche Abstimmung, ob die Fraktion gewillt ist, für Aufhebung der Notverordnungen zu stimmen. Als Unterlage zu unseren Verhandlungen mit der Regierung brauchen wir diese Gewißheit. Jetzt ist auch der Moment gekommen, wo endlich Klarheit in der Partei über das, was wir wollen, herbeigeführt werden muß. Es muß völlige Klarheit herrschen, daß die Partei hinter uns steht und daß im Falle der Ablehnung unseres Verhandlungsangebotes durch die Regierung geschlossen für Aufhebung der Notverordnung gestimmt wird. Ich bitte, diese Entscheidung bis 12 Uhr herbeizuführen.

Oberfohren: Bis 12 Uhr wird das kaum möglich sein, aber wir wollen es versuchen.

Wallraf: Ich habe keine Bedenken gegen ein solches Schreiben. Aber wir sollen die Bedingungen nicht kennen, über die verhandelt wird, und sollen uns dann ins Blaue hinein verpflichten, bei Ablehnung durch die Regierung später gegen die Regierung zu stimmen. Dagegen habe ich ernste Bedenken.

Hergt: Offenbar soll bei den Verhandlungen, die Herr *Hugenberg* und *Oberfohren* in Aussicht haben, auch die Preußenfrage behandelt werden. Wenn nun *Brüning* eine Loslösung von der Sozialdemokratie in Preußen ablehnt, dann sollen wir uns hier schon jetzt verpflichten, für Aufhebung der Notverordnung zu stimmen. Das geht zu weit. Wir müssen die Bedingungen kennen, über die verhandelt werden soll.

Stubbendorff: Ich verstehe diese Bedenken nicht. Der Erfolg der Verhandlungen ist davon abhängig, daß das, worüber verhandelt werden soll, geheim bleibt. Erfolgreiche Verhandlungen setzen volles Vertrauen zu unseren Führern voraus. Wenn wir dieses Vertrauen nicht haben, haben die in Aussicht genommenen Verhandlungen keinen Zweck.

Graf Eulenburg: Auch ich bitte dringlichst um Vertrauen für unsere Führer, sonst wird auch diese hochpolitische Situation wieder verpfuscht. Auch *Hergt* hat früher mehr als einmal solches Vertrauen erbeten und erhalten. Unsere Führung hat jetzt den einzigen Weg betreten, um die Partei wieder zu schließen. Daß wir

3 In dem Brief, der am Nachmittag des 17. 7. 1930 in der Reichskanzlei eintraf, schrieben die Verfasser, die DNVP wolle „angesichts der Gefahren, vor denen sich Land und Volk befinden, aus ihrer Verantwortlichkeit als Oppositionspartei heraus die Frage vorlegen, ob der Herr Reichskanzler zu sofortigen Verhandlungen mit den Unterzeichneten über die politische Gesamtlage bereit sei". Vermerk *Pünders* vom 19. 7. 1930 btr. DNVP, BA R 43 I/2654.

eine Klärung der Preußenfrage brauchen, ist selbstverständlich. Eine Rettung des Ostens ist sonst unmöglich. Ebenso selbstverständlich erscheint mir, daß, wenn vernünftige Vorschläge abgelehnt werden, wir gegen die Regierung stimmen müssen.

v. Freytagh-Loringhoven: Es ist nur formal zutreffend, daß wir die Verhandlungsbedingungen nicht kennen sollen. Wir kennen sie in Wahrheit alle, da sie natürlich mit unseren Grundsätzen übereinstimmen werden. Nach allen bisherigen Erfahrungen wäre es gänzlich verfehlt, im einzelnen alles hier festzulegen und zu offenbaren. Wir haben heute zum zweiten Male den Schlüssel der politischen Lage in der Hand, und zum zweiten Male ist die große Stunde der Partei gekommen. Wenn wir noch einmal der Regierung das Leben ermöglichen, ohne unsere Forderungen durchzusetzen, dann ist einfach alles aus. Dann ist auch die Partei endgültig erledigt. Dann ist die nationale Bewegung tot. Dann gibt es keine DNVP mehr. Dann bleiben nur noch die Nationalsozialisten auf dem Plan.

Westarp: Ich bin an sich mit der Aufnahme von Verhandlungen mit der Regierung einverstanden. Ich bin auch damit einverstanden, daß die Verhandlungsführer Bewegungsfreiheit haben müssen. Aber so einfach, wie *Freytagh* sagt, liegen die Dinge doch nicht. Es kommt auch nicht allein auf die Ziele an, die man verfolgt, es kommt auf die Gesamttendenz bei solchen Verhandlungen an, also vor allem darauf, ob ich etwa nur den Gegner ins Unrecht setzen will. Maßgebend ist auch: Was ist erreichbar, und was darf ich dem Gegner nicht zumuten? Der springende Punkt, der mir Bedenken erregt, ist folgender: *Hugenberg* will, falls er und *Oberfohren* zu dem Schlusse kommen, daß nichts erreicht sei, dann „nein" sagen, und wir sollen uns dann blind festlegen auf die Ablehnung der Notverordnungen. So geht das keinesfalls. Eine solche Vollmacht geht in der Tat zu weit.

Spahn: Ich verstehe diese Bedenken nicht. Bei einer Generalvollmacht für unsere Führung kann die Zusage der Fraktion ja doch nicht jeden einzelnen in seiner späteren Abstimmung binden. Wenn einer sich später trennen will von der Abstimmung der Fraktion, so kann er das doch tun. Es handelt sich hier darum, ob wir den Herren *Hugenberg* und *Oberfohren* ein wirkliches Vertrauen schenken oder nicht. Wenn wir zu der Gesamttendenz der Herren, wie sich *Westarp* ausdrückte, Vertrauen haben, und das müssen wir doch, so kann die Generalvollmacht ruhig ausgestellt werden. Wenn beim letzten Ergebnis einzelne trotzdem nicht mehr mitgehen wollen, so müssen sie eben für sich die Folgerungen ziehen. In Wahrheit handelt es sich jetzt endgültig darum, ob uns *Hugenberg* oder *Brüning* führt. Wenn *Hugenberg* nicht unser Vertrauen hat, so kann er nicht verhandeln. Die wiederholten Gespräche *Westarps* mit *Schiele* beweisen doch, daß die Regierung immer noch denkt, daß bei uns viele die Dinge nicht mit den Augen *Hugenbergs*, sondern *Brünings* sehen. Wir müssen *Hugenberg* und *Oberfohren* moralisch so stark machen, als es nur möglich ist. Es darf bei der Regierung keine Hoffnung mehr aufkommen, daß es bei uns Regierungsstützen gibt.

Hugenberg: Ich stelle den Antrag: „Die Fraktion wird dem Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen zustimmen, falls die in Aussicht genommenen Verhandlungen mit der Regierung scheitern". Ich erkläre dazu, daß ich ohne jeden Hintergedanken bin. Ich will die Partei endlich sturmfrei machen, und wir müssen endlich heraus aus diesem Zustand der deutschen Hoffnungslosigkeit. Es

ist ja auch gar nicht möglich, alle Einzelheiten hier durchzusprechen. Das wird sich ja wesentlich nach dem Gang der Verhandlungen richten müssen. Wenn ich nicht weiß, daß die Mehrheit der Fraktion hinter mir steht, läßt sich überhaupt nichts machen.

Wallraf: Der Wortlaut des Antrags *Hugenberg* ist viel zu scharf. Er will uns zwingen, Farbe zu bekennen. Wir müssen Zeit gewinnen. Wenn es zur Auflösung des Reichstags kommt, haben wir sofort die Reichspräsidentenkrise. Die Verhandlungsbedingungen können ja auch nicht überspannt werden. Da ich diese Bedingungen nicht kenne, kann ich den Antrag nicht annehmen.

Vogt: Ich erhebe Widerspruch gegen diese Fraktionssitzung. Bei der Wichtigkeit des Themas wäre eine besonders dringliche Einladung nötig gewesen. Wir zwingen ja die Regierung, sich den Sozialdemokraten zu nähern. Ich stelle den Antrag, daß *Graf Westarp* als Dritter zu den Verhandlungen zugezogen wird. Damit würde Beruhigung geschafft werden.

Haßlacher: Es ist durchaus nicht nötig, daß wir uns jetzt schon festlegen, wie wir uns bei einer Ablehnung unserer Unterhändler durch die Regierung dem Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen gegenüber verhalten würden. Wenn die *Hindenburg*-Verordnungen umgeworfen werden, geht es um die Lebensfrage der Partei. Ich schlage deshalb vor, daß nicht nur *Graf Westarp* zugezogen wird, sondern daß ein Gremium von fünf Herren gebildet wird, denen die Entscheidung darüber übertragen werden soll, ob die Verhandlungen gescheitert sind oder nicht. In dieses Gremium bitte ich zu berufen die Herren *Graf Westarp, Hergt* und *v. Lettow.*

Rademacher: Ich schließe mich diesem Vorschlag an, und zwar möchte ich ihn dahin verstärken, daß, wenn in diesem Gremium nicht Einstimmigkeit herrscht, daß dann die Fraktion die weitere Entscheidung in der Hand hat. Wenn wir die Notverordnungen ablehnen, so wird der Reichstag aufgelöst werden. Wir müßten dann die Wahl gegen *Hindenburg* machen, den wir selbst als Führer gewählt haben. Aber ganz abgesehen davon, würde durch eine Abstimmung gegen die Regierung sehr vieles Gute, was das Kabinett erreicht hat, zerschlagen. Ich erinnere nur an die Bürgerabgabe und ähnliches. Weite Kreise der Partei würden sich dann von uns abwenden. Es darf bei den Verhandlungen mit der Regierung deshalb nichts Unmögliches verlangt werden. Ich mache Herrn *Hugenberg* darauf aufmerksam, daß eine solche Vollmacht überhaupt nicht durch Mehrheitsbeschluß der Fraktion beschafft werden kann. Dazu ist Einstimmigkeit nötig. Diese Einstimmigkeit werden Sie, Herr *Hugenberg,* nicht erreichen. Sie werden sie nur erreichen, wenn Sie den Vorschlag *Haßlachers* und meinen Vorschlag annehmen.

Westarp: In der Fassung des *Hugenberg*schen Antrags bleibt in der Tat ein wesentlicher Punkt offen, nämlich, wer darüber entscheiden soll, ob die Verhandlungen ergebnislos waren. Ich selbst habe eine solche Vollmacht nie verlangt und erhalten, und dabei liegen doch die Dinge so, daß es gar kein Geheimnis ist, daß unsere Ansichten auseinandergehen. Schon angesichts dieser Tatsache ist eine solche Vollmacht ganz unmöglich.

Steininger: *Hugenberg* hat ja die Grenzen gekennzeichnet, die für ihn gelten. Für unerreichbar z. B. halte ich die Lösung der Preußenfrage. Gerade hier liegen wohl die stärksten Zweifel bei der Fraktion auf ein positives Ergebnis der Verhandlun-

gen. Ich möchte deshalb vorschlagen, die Verhandlungen so zu führen, daß alles herauszuholen ist, was herauszuholen ist. Mit einer bloßen Mehrheit kann *Hugenberg* in der Tat nichts machen. Verhandeln sollen aber nur zwei. Das Gremium der fünf soll lediglich die interne Frage entscheiden, ob die Verhandlungen gescheitert sind.

Graf Eulenburg: Wir wollen hier doch nicht Schwierigkeiten machen, wo keine sind. Ohne rückhaltloses Vertrauen ist für unsere Führung gar nichts zu machen. Ich widerspreche dem *Grafen Westarp* ganz entschieden. Er hat von uns mehr als einmal weitestgehende Vollmachten erbeten und erhalten, und er hat uns immer wieder seinerzeit vor vollendete Tatsachen gestellt. Wir haben damals sehr gegen unseren Willen immer wieder nachgeben müssen und haben zum Schaden der Partei nachgegeben. Wir haben früher doch überhaupt nichts zu sagen gehabt in dieser Fraktion. Nun müssen doch auch einmal die anderen nachgeben und unserem guten Beispiel folgen. Was soll denn das Gremium? Da hat ja alles keinen Zweck. Die Regierung und auch *Hindenburg* können doch gar kein Vertrauen zu uns haben, wenn sie nicht wissen, daß von vornherein hinter unseren Verhandlungsführern die Fraktion steht.

Philipp: *Hugenberg* will von der Regierung die Vertagung der Verhandlungen erreichen. Das bedeutet, daß damit das Damoklesschwert weiter über dem Kabinett schwebt. Wenn nun die Regierung die Vertagung ablehnt, dann gehen die Schwierigkeiten erst recht los. Das Gremium ist natürlich notwendig, denn es muß doch jemand da sein, der darüber entscheidet, ob die Verhandlungen ergebnislos waren oder nicht.

v. Lettow-Vorbeck: Ich verstehe die Einwendungen, die hier gemacht werden, nicht recht. Eine Verhandlungsführung muß doch einheitlich sein, sonst ist sie doch gar nicht denkbar. In jeder Gefahr muß das Risiko von einzelnen getragen werden, und dazu ist eben Vertrauen nötig. Deshalb genügt meiner Ansicht nach, die Verhandlung durch die Herren *Hugenberg* und *Oberfohren* führen zu lassen. Wenn das nicht durchgehen sollte, dann würde ich keinesfalls über die Zuziehung des *Grafen Westarp* hinausgehen: ein sogenanntes Gremium ist doch nicht nötig.

Schmidt-Hannover: Die große Stunde findet hier kein großes Geschlecht. Hier geht es zu wie im Parlament. Fraktionsbedenken haben in dieser Stunde keinen Platz. Im Jahre 1927 ist die ganze unselige Richtlinienpolitik allein von der Führung gemacht worden. Eine Absendung des Schreibens an die Regierung hat überhaupt nur dann Zweck, wenn nach außen hin die Lage ganz klar ist und wenn nicht neue Hoffnungen auf Umfall in der Fraktion geschaffen werden. Die Garantien müssen die Herren *Hugenberg* und *Oberfohren* haben, sonst ist die ganze Aktion zwecklos.

Preyer: Ich bitte dringend, alle Gremien abzulehnen. Ohne die unbedingte Gewißheit, daß die Fraktion nach Scheitern der Verhandlungen mit der Regierung gegen die Regierung stimmen wird, kann überhaupt nicht verhandelt werden. Dann ist ja schon während der Verhandlungen eine Druckmöglichkeit gegeben.

Hugenberg: Für mich ist es überhaupt ein sehr schwerer Entschluß, ein solches Schreiben mit einem Verhandlungsantrag zu machen. Ob dieses Schreiben ein Fehler sein wird oder nicht, hängt lediglich davon ab, ob die Fraktion geschlossen hinter uns steht oder nicht. Wenn hier fortgesetzt Bedenken geäußert werden,

dann entfällt für mich eigentlich die Möglichkeit, den Brief überhaupt abgehen zu lassen. Wir stehen dann eben ohne dieses Zwischenspiel vor der Frage, wie wir uns dann zu dem Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen stellen.

Oberfohren: Wenn nicht eine erdrückende Mehrheit hinter uns steht, so sehe auch ich keine Möglichkeit, den Schritt zu tun. Es bleibt beim Vorschlag *Hugenberg*.

Staffehl: Die Einigkeit der Fraktion ist ja dann sicher da, wenn Sie *Westarp* als Verhandlungsführer zuziehen.

Rademacher: Ich erkläre nochmals den Herren *Hugenberg* und *Oberfohren*, daß eine Mehrheit für sie nicht genügt, sondern daß sie die Einstimmigkeit brauchen und daß sie die Einstimmigkeit nicht erhalten, wenn sie nicht ein beschließendes Gremium annehmen.

v. Dryander: Ich schließe mich voll und ganz dem *Grafen Westarp* an. Die Fraktion muß unter allen Umständen die Entschließung in der Hand behalten.

Hugenberg: Ich bitte nun doch um Abstimmung. Wir müssen endlich klar sehen, wie die Dinge hier liegen. Wenn wir die Mehrheit erhalten, so nehme ich doch immer noch an, daß sich auch die Minderheit unseren Gründen nicht verschließen kann. Was hier vorgeschlagen wird mit Gremien aller Art, das läuft doch in der Tat auf ein Mißtrauensvotum für die Partei- und Fraktionsführung hinaus. Ein solches Mißtrauen würde sich dann auch in dem Gremium geltend machen, und dann gäbe es überhaupt keine einheitliche Linie mehr.

Hergt: Es ist eine Forderung der Loyalität, daß diejenigen gehört werden, die früher solche Verhandlungen mit der Regierung geführt haben. Dazu gehöre ich. Ich habe gar keinen Zweifel, wie die Dinge bei den in Aussicht genommenen Verhandlungen verlaufen werden. Unsere Verhandlungsführer werden ihre Thesen vom Antimarxismus, der Preußenfrage und der Umstellung der Handelspolitik aufrechterhalten. Wenn von uns das hundertprozentig verlangt wird, so kommen von der anderen Seite höchstens schöne Worte und Ausflüchte. Wir besorgen uns auf diesem Wege höchstens ein Alibi für die etwaige Ablehnung der Notverordnungen. Parteitaktisch würde dadurch unsere Lage allerdings verbessert. Über all diese Fragen sind hier doch die verschiedensten Ansichten geäußert worden. Deshalb bin auch ich dafür, daß wir die Bedingungen kennenlernen, über die verhandelt werden soll.

Strathmann: Wenn es durch unsere Schuld zum Sturz der Regierung kommt, dann werden die Wirkungen so katastrophal werden, daß man sie sich gar nicht vorstellen kann. *Hindenburg* müßte dann sofort zurücktreten. Deshalb dürfen wir unter keinen Umständen die von den Herren *Hugenberg* und *Oberfohren* gewünschte Vollmacht ausstellen. Wir lassen uns nicht die Schlinge um den Hals legen. Wenn wir das tun, werden wir zermalmt.

Steininger: Eine Sache kann noch so gut für uns liegen. Wir bringen es in dieser Fraktion immer wieder fertig, jede Lage zu verpfuschen. Der Gedanke *Hugenbergs*, daß wir uns jetzt einschalten müssen, ist ausgezeichnet. Darüber, ob die Verhandlungen gescheitert sind, mag ruhig ein Gremium entscheiden.

Haßlacher: Wir brauchen ein solches Gremium zur Beratung und zur Entschei-

dung. Es ist eben doch ein offenes Geheimnis, daß unsere Ansichten auseinandergehen.

Strathmann: Dann stelle ich aber fest, daß nur die Einstimmigkeit eines solchen Gremiums für uns brauchbare Unterlagen schaffen kann.

Graf Westarp: Falls ich in ein solches Gremium berufen werden sollte, so stelle ich fest, daß, wenn ich anderer Meinung bin als die Verhandlungsführer, die Fraktion die entscheidende Stimme hat.

Oberfohren: Dann bleibt von der Absicht *Hugenbergs* überhaupt nichts übrig. Es ist doch einfach selbstverständlich, daß nur die Verhandlungsführer selbst darüber entscheiden können, ob ihre Verhandlungen ergebnislos verlaufen sind oder nicht.

Wallraf: Wenn wir so auseinandergehen, ist die Lage einfach trostlos. Dann wird also, falls es zur Abstimmung über die Notverordnungen kommt, die Fraktion wieder auseinanderfallen. Das darf nicht sein. Wie wäre es denn, wenn *Hugenberg* und *Oberfohren* wenigstens einem Gremium laufend Kenntnis vom Gang ihrer Verhandlungen gäben und wenn dann dieses Gremium heute Nachmittag die Fraktion benachrichtigte?

Hugenberg: Auf diesen Vorschlag könnten wir eingehen. Wir würden also bereit sein, Informationen über unsere Verhandlungen an einen kleinen Kreis zu geben, allerdings unter der Vorausetzung, daß vor Abschluß der Verhandlungen nicht Mitteilungen an die Fraktion gegeben werden, damit nicht sofort wieder alles an die Öffentlichkeit gelangt. Auch setzen wir voraus, daß damit nicht wieder die Fraktion auseinanderfällt.

Haßlacher: Wir legen aber Wert darauf, daß die Herren, die zu diesem kleinen Kreis bestimmt werden, auch sachlich Einfluß auf die Verhandlungen nehmen dürfen.

Stubbendorff: Sehen Sie denn gar nicht, daß unsere Verhandlungsführer mit Bindungen nicht arbeiten können, da sonst Verhandlungen überhaupt unmöglich sind?

Oberfohren: Wir sind also einverstanden damit, daß drei Herren der Fraktion bestimmt werden, die mit uns in Fühlung bleiben, aber lediglich zu Informationszwecken.

Rademacher: Ich widerspreche nochmals einem solchen Verfahren. Eine Fühlungnahme genügt nicht. Wir brauchen die Entscheidung eines Gremiums darüber, ob die Verhandlungen gescheitert sind oder nicht. Ich erkläre nochmals, daß eine Vollmacht, wie sie Herr *Hugenberg* haben will, durch Mehrheitsbeschluß nicht erteilt werden kann.

Haßlacher: Ich schließe mich *Rademacher* an.

Hugenberg: Wir akzeptieren ein 3-Männer-Kollegium lediglich zur Fühlungnahme, zu nichts anderem.

Hiernach stellt **Haßlacher** den Antrag: „Es werden 3 Herren zur Fühlungnahme mit den Verhandlungsführern bestimmt und 5 Herren zur Entscheidung darüber, ob die Verhandlungen gescheitert sind oder nicht".

Steininger stellt den Antrag, daß nur 3 Herren zur Fühlungnahme mit den Verhandlungsführern bestellt werden sollen.

Hugenberg bittet, den Antrag *Haßlacher* abzulehnen und den Antrag *Steininger* anzunehmen.

Westarp erklärt, der Antrag *Steininger* sei unmöglich, falls er angenommen werde, so fühle er, *Westarp*, sich nicht gebunden. Die Abstimmung ergibt Ablehnung des Antrags *Haßlacher* mit 31 gegen 19 Stimmen und Annahme des Antrags *Steininger* mit 31 gegen 19 Stimmen.

Nach der Abstimmung erklärt **Strathmann**: Ich stelle fest, daß eine überwältigende Mehrheit für Herrn *Hugenberg* nicht da ist. Ich stelle weiter fest, daß *Graf Westarp* sich die Freiheit seines Handelns vorbehalten hat. Ich tue dasselbe.

Die Abendsitzung vom 17. Juli 1930.

Hugenberg: Die von *Oberfohren* und mir geführten Verhandlungen mit der Regierung, die auf der Gegenseite von *Brüning* und *Dietrich* geführt wurden, sind ergebnislos verlaufen[4]. Zur Frage der eventuellen Umbildung der Regierung hat *Brüning* erklärt, daß man die Entwicklung im Herbst abwarten müsse. Zur Preußenfrage hat er erklärt, daß er keine Möglichkeit der Einflußnahme auf das preußische Zentrum sehe. Auch sonst ist irgendein faßbares Ergebnis nicht herausgekommen. Die Hauptsache war mir, die Vertagung über den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen und den Eintritt der Regierung in positiver Verhandlung mit uns zu erreichen. *Brüning* geht auf eine Vertagung nicht ein, da ja sonst stets das Damoklesschwert über dem Haupte der Regierung schwebe. Er teilte übrigens mit, daß die Wirtschaftspartei beabsichtige, unter allen Umständen für Aufhebung der Schankverzehrsteuer zu stimmen. Ich habe *Brüning* gesagt, daß durch Aufnahme von positiven Verhandlungen mit uns das Damoklesschwert abgebunden werde könne. *Brüning* ging darauf nicht ein. Wir haben ihn dann gebeten, er solle doch vor endgültiger Entschließung noch mit dem Kabinett Fühlung nehmen. Das ist auch geschehen, und der Staatssekretär *Pünder* hat uns dann die Mitteilung überbracht, daß man auf unseren Vorschlag nicht eingehen könne[5]. Man wünsche, die Entscheidung mit äußerster Beschleuni-

4 Der Verlauf der Unterredung ist mehrfach belegt. Neben den folgenden Ausführungen ist der Vermerk *Pünders* vom 19. 7. 1930 betr. DNVP (Anm. 3), das Rundschreiben Nr. 19 der Parteizentrale der DNVP vom 1. 8. 1930 (ZStA DNVP 393 Bl. 55) und die Darstellung *Brünings* in seinen Memoiren S. 179ff. zu berücksichtigen. Während die ersten drei Überlieferungen inhaltlich im wesentlichen übereinstimmen, stellt *Brüning* in seinen Memoiren seine Haltung in der Preußenfrage S. 180 anders dar: „Ich erklärte Herrn *Hugenberg*, daß es in all den Jahren mein Wunsch gewesen sei, eine dauernde Koalition im Reich und in Preußen mit der Rechten zustande zu bringen, um gemeinsam die Reichsreform und die notwendigen finanziellen und sozialen Reformen durchzusetzen. Ich erinnerte ihn kurz an all die Versuche. Ich konnte ihm *Kaas'* und mein Wort geben, daß wir im Herbst auf alle Fälle eine Koalition mit der DNVP in Preußen machen würden. Es sei aber auch die Möglichkeit, wenn er mit seiner Fraktion den Gesetzesvorlagen zustimme, sofort mit den Verhandlungen in Preußen zu beginnen. Ich könne aber diese Lösung nicht in drei Tagen herbeiführen. Er könne zu seiner Sicherung sich die schriftliche Zusicherung des Führers der Zentrumspartei geben lassen, daß wir sofort eine Koalition mit der Rechten in Preußen herbeiführen würden."

5 In dem in Anm. 3 genannten Vermerk *Pünders*: „Gegen 7 Uhr abends begab ich mich darauf im Auftrag des Herrn Reichskanzlers zu den beiden deutschnationalen Führern *Hugenberg* und *Oberfohren* und teilte ihnen mit: Der Herr Reichskanzler habe verabredungsgemäß inzwischen mit den meisten Ministerkollegen die gestellte Frage durchgesprochen. Alle dem Reichskabinett angehörigen Herren seien übereinstimmend mit dem Herrn Reichskanzler der Auffassung, daß eine Vertagung der Abstimmung über den sozialdemokratischen Aufhebungsantrag nicht gebilligt

gung herbeizuführen. Deshalb sei auf Wunsch des Kabinetts die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag sogar an die Spitze der morgigen Tagesordnung gesetzt. *Oberfohrens* und mein Eindruck ist, daß bei *Brüning* ein Wille zur Verständigung überhaupt nicht vorhanden ist. Also Tatsache ist, daß ich nicht das mindeste Entgegenkommen gesehen habe. Es bleibt deshalb nichts weiter übrig, als morgen früh gegen die Regierung zu stimmen.

Westarp: Ich stelle fest, daß ich vor Eintritt in die Verhandlungen keine Kenntnis von ihrem Inhalt erhalten habe. Ich hätte sonst gebeten, der Regierung nicht mit so schroff formulierten Vorschlägen zu kommen. Diese Vorschläge waren von vornherein zur Abstimmung reif und bestimmt. In der Öffentlichkeit wird uns das nur Schaden bringen. Man hätte bescheidenere Ziele aufstellen müssen. Wir stehen heute vor dem Riß zwischen Zentrum und *Hindenburg* einerseits und der Sozialdemokratie andererseits. Wir hätten uns bei dieser Sachlage mit der Zusicherung begnügen sollen, daß die Regierung in Zukunft mit uns verhandeln, daß sie also dauernd zu uns Fühlung halten will. Damit schon wäre eine gewisse Bindung der Regierung eingetreten. Ich halte es für ganz unmöglich, für Aufhebung der Notverordnungen zu stimmen. Wir haben sonst die Auflösung des Reichstags, und alles bisher Erreichte ist erledigt. Beispielsweise auch die Amnestie[6]. Wir werden in weiten Kreisen gar keinen Eindruck damit machen, wenn wir behaupten, daß die Regierung an der Sachlage schuld sei. Wir bringen im Gegenteil die schwersten Vorwürfe, insbesondere auch nach der Richtung, daß wir die *Schiele*-Politik unmöglich machen. Ich betrachte diese Situation tatsächlich als einen schweren Rückschlag, den ich nicht verantworten kann. Allein der Artikel 48 gibt *Hindenburg* Macht. Wir stellen uns mit unserer Haltung in Gegensatz zu *Hindenburg*. Ich weiß persönlich, daß *Hindenburgs* Politik seit dem Young-Plan dahingeht, loszukommen von der Sozialdemokratie und nie wieder ein sozialdemokratisches Kabinett zu ermöglichen. *Hindenburg* will nach rechts. Es mag ja richtig sein, daß er falsche Wege gewählt hat, aber seine Absicht ist zweifelsfrei. Wenn wir jetzt gegen ihn stimmen, so sieht er seinen Plan als gescheitert an. Wir tragen dann die Verantwortung für eine Präsidentenkrise, die sofort eintreten wird.

Leopold: Ich habe den Eindruck, daß bei den Verhandlungen die Preußenfrage zu sehr in den Mittelpunkt gestellt wurde. Wir müssen doch davon ausgehen, daß die Tendenz der heutigen Regierung durchaus nach unserer Richtung geht. So ist es eine außerordentliche Tat, daß das Kabinett *Brüning* die sozialpolitische Gesetzgebung grundsätzlich gewandelt hat, denn die Krankenversicherung z. B. ist tatsächlich auf neue Grundsätze gestellt worden. Auch die Arbeitslosenversicherung ist viel sparsamer geworden. Durch die neue Ordnung werden bei der Krankenversicherung 300 Millionen, bei der Arbeitslosenversicherung 165 Millio-

---

werden könne; im Gegenteil werde die Reichsregierung darauf drängen, daß die Abstimmung sofort am folgenden Tage vollzogen werde. Eine Hinauszögerung der Abstimmung bis zum Herbst würde in die an sich schon notleidende deutsche Gesamtwirtschaft ein sehr unheilvolles Moment der Unsicherheit hineintragen. Außerdem würde die Vertagung lähmend auf alle politischen Vorarbeiten, namentlich die des Reichskabinetts für das doch in Aussicht genommene große Reformprogramm des Herbstes wirken."

6 Vgl. Nr. 110, Anm. 9.

nen, also zusammen 465 Millionen gespart. Auch in der Organisation der Sozialversicherung wird die Sozialdemokratie jetzt systematisch zurückgedrängt. Es ist also gar kein Zweifel, daß das Kabinett nach rechts will. Ich erinnere auch an die geradezu erstaunliche Rede *Stegerwalds*, die das Bekenntnis zum Rechtskurs deutlich dartut. Ebenso erinnere ich an den Oeynhauser Schiedsspruch[7], der diese Entwicklung bekräftigt. Ich weise auch darauf hin, daß der Aufsehen erregende Brief *Hindenburgs* an *Braun* in der Stahlhelm-Angelegenheit[8] dem Reichskanzler *Brüning* zu danken ist. Damit kommt doch deutlich genug zu Tage, daß auch die Preußenfrage schon in Angriff genommen ist. Dies Kabinett kommt also zwangsmäßig nach rechts. Uns beherrscht die allertiefste Sorge, was aus Deutschland werden soll, wenn wir dies Kabinett zerschlagen, und diese Sorge beherrscht auch die Regierung selbst, denn nach einer Neuwahl muß doch sofort wieder aufgelöst werden. Deshalb bleibt jetzt gar nichts anderes übrig, als dem Kabinett noch einmal wie am 3. April die Möglichkeit zum Wirken zu geben. Wenn bedauert worden ist, daß in der Finanzvorlage die Erhöhung der Einkommensteuer gekommen ist, so sind wir selbst schuld daran, weil wir nicht früher mit der Regierung Fühlung genommen haben. Wenn wir die Notverordnungen aufheben, so bedeutet das ein Mißtrauensvotum gegen *Hindenburg*. Das kann Deutschland in diesem Augenblick nicht ertragen. Jetzt ist die Regierung unter unserer Fuchtel, das ist besser als Auflösung. *Stegerwald* wird sich durchsetzen, wenn wir hinter ihm stehen. Aus allen diesen Gründen stimme ich dem *Grafen Westarp* zu.

Oberfohren: Ich muß Herrn *Leopold* berichtigen und ihm im übrigen ernstlich widersprechen. Es ist ein Irrtum, daß die Preußenfrage bei den Verhandlungen die Rolle gespielt hat, die Herr *Leopold* annimmt. Für uns stand jetzt lediglich die Vertagungsfrage im Vordergrund. Was Herr *Leopold* über den Mangel früherer Fühlungnahme ausführt, ist völlig unrichtig. Sie war unsererseits ständig da. Aber wir sind ja stets von der Regierung abgelehnt worden.

Stubbendorff: Es ist doch ganz klar, daß von der Regierung so taktiert worden ist, daß eine Fühlungnahme überhaupt nicht zustandekommen kann. Schon daß *Brüning* ausgerechnet *Dietrich* zugezogen hat, ist Beweis genug. Den Einwand des *Grafen Westarp*, daß unsere Forderungen nicht bescheiden genug gestellt worden seien, kann ich nicht verstehen. 1925 und 1927 haben wir nach diesen Grundsätzen gehandelt und sind dabei hereingefallen mit der Folge schwerster Parteischädigung. *Brünings* Haltung uns gegenüber geht durchaus hinaus auf das „friß oder stirb". Das ist mit anderen Worten weiter nichts als die Fortsetzung seiner Politik, die DNVP zu zerschlagen. Auch *Hindenburg* hat gar keinen Grund, sich durch unsere Haltung beschwert zu fühlen. Er hätte ja nur sehr wenig zu tun brauchen, um uns zu holen. Er hat sich weder vor dem Young-Plan noch jetzt vor Erlaß der Verordnungen um uns gekümmert. Er hat uns vor Erlaß der Verordnungen ja nicht einmal gehört. Vielleicht wäre es möglich, jetzt noch bei *Hindenburg* Klärung zu schaffen. Im übrigen muß ich immer wieder darauf hinweisen, daß das Agrarprogramm bei der jetzigen Handelsvertragspolitik einfach in der Luft hängt. Anstelle des Preisabbaus sollte man übrigens besser den Gedanken der Leistungssteige-

7 Vgl. Nr. 77, Anm. 4.

8 Nr. 110, Anm. 8.

rung durchführen. Jetzt hat man trotz aller schönen Redensarten im rumänischen und österreichischen Handelsvertrag[9] praktisch das Verbot der Ein- und Ausfuhrverbote durchgeführt. Was das für die Landwirtschaft bedeutet, weiß jeder, der davon etwas versteht. Das sogenannte Agrarprogramm ist ja schließlich auch nur ein Mittel, um unsere Partei zu erledigen. *Brünings* Haltung unseren Verhandlungsführern gegenüber kann ich nur darauf zurückführen, daß *Brüning* nach wie vor auf dissidentische Kräfte in unserer eigenen Fraktion spekuliert.

v. Lettow-Vorbeck: Eine Aufhebung der Notverordnungen würde sich gegen *Hindenburg* richten, und zwar ausgerechnet in dem Augenblick, wo er in der Stahlhelm-Angelegenheit sich auf unseren Boden stellt. Wir würden dann, wie mir gesagt worden ist, sofort die Präsidentenkrise haben. Ich muß mich deshalb dem *Grafen Westarp* anschließen. Wenn wir jetzt gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmen, verlassen wir zwar unsere Linie der Opposition, aber wir trennen damit die Sozialdemokratie vom Zentrum. Deshalb müssen wir jetzt inkonsequent handeln. *Hindenburg* ist doch eine ganz gewaltige Erscheinung. Für mich als Soldaten ist es einfach unmöglich, gegen ihn zu stimmen.

Hugenberg: Auch ich möchte ausdrücklich erklären, um Irrtümer nicht aufkommen zu lassen, daß wir Positives etwa in der Preußenfrage von der Regierung noch gar nicht verlangt haben. Unser Verlangen ging zunächst ganz ausschließlich und lediglich auf die Vertagung der morgigen Beschlußfassung. Es ist in der Tat sachlich nicht zu begründen und nicht zu erklären, warum die Regierung diesen Wunsch abgelehnt hat. Wir wissen übrigens, daß *Scholz* sehr für unseren Antrag eingetreten ist, dasselbe sagt man von *Schiele*. *Treviranus* soll es gewesen sein, der die Sache sabotiert hat.

Westarp: Ich erkläre hiermit im Bewußtsein meiner Verantwortung, daß ich aus der allerzuverlässigsten Quelle persönlich weiß, daß, wenn wir morgen gegen die Regierung stimmen, wir die Präsidentenkrise haben. Ich mache die Fraktion auf die außerordentliche Verantwortung aufmerksam, vor der sie steht.

Mitternacht

Wallraf: Der Anregung *Stubbendorffs*, noch mal an *Hindenburg* heranzutreten, kann nicht nachgegangen werden, da es ja jetzt beinahe Mitternacht ist und wir morgen früh um 10 Uhr schon abstimmen sollen. Wenn unsere Verhandlungsführer jetzt erklären, daß sie von der Regierung lediglich Vertagung verlangt haben, so war ja gerade dieser Wunsch ganz unmöglich zu erfüllen. Ich verstehe die Schwierigkeiten nicht, die hier gemacht werden. Wir haben es ja auch bei der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags völlig in der Hand, später die Regierung zu stürzen. Das Reichsschiff schwankt. Das Schiff will jetzt nach rechts, deshalb müssen wir gegen die Aufhebung der Notverordnungen stimmen.

Graef: Ich appelliere an Ihren gesunden Menschenverstand. Was hat man sich denn als Sinn und Zweck der Verhandlungen mit der Regierung überhaupt gedacht? Wie kann denn ein vernünftiger Mensch nur sagen, daß die von unseren Verhandlungsführern gestellten Forderungen übersteigert seien. Nachdem die Regierung uns ohne jeden sachlichen Grund die kalte Schulter gezeigt hat, bleibt

9 Deutsch-Österreichischer Handelsvertrag vom 12. 4. 1930, RGBl. 1930 II S. 1080; vorläufiges Handelsabkommen mit Rumänien vom 18. 6. 1930, RGBl. 1930 II S. 954.

doch gar nichts anderes übrig, als daraus die selbstverständlichen Folgerungen zu ziehen und gegen die Regierung zu stimmen, sonst erleben wir ja den fürchterlichsten Prestigeverlust, und die Partei kann einpacken.

Wolf: Ich stehe diesen ganzen Verhandlungen in dieser Fraktion ohne Verständnis gegenüber. Ich verstehe das, was hier vorgeht, überhaupt nicht mehr. Ich will hier nur eins sagen: Ich bin weder Akademiker gewesen noch bin ich Offizier, aber ich habe etwas, was doch unsere Grundlage sein müßte, nämlich ein Gefühl für Ehre. Wenn mir, als ich noch Ochsenjunge war, von meinem Unternehmer das geboten worden wäre, was die Regierung uns und vor allem Herrn *Hugenberg* fortgesetzt bietet, so hätte ich meinem Unternehmer aus reinem Ehrgefühl den Kram hingeschmissen. Sie scheinen überhaupt nicht mehr ein Gefühl dafür zu haben, was Sie Herrn *Hugenberg* zumuten. Die Regierung ist gegen uns gebildet worden, und von Anfang an arbeitet diese Regierung gegen uns, und wir können hier machen, was wir wollen, dann wird immer wieder von der Gegenseite in dieser Fraktion gesagt, das konnten Sie von der Regierung doch nicht verlangen. Das ist das Schlimmste, daß immer unsere eigenen Leute in dieser Fraktion solches tun und damit doch die Arbeit unmöglich machen. Die Wirtschaftspartei als Regierungspartei darf ruhig die Aufhebung der Notverordnung über die Schankverzehrsteuer verlangen, aber wenn wir das tun, dann sind wir Verbrecher. Die Zukunft des Vaterlandes kann nicht gerettet werden ohne Wahrung der Ehre. Wenn Sie den Ehrenstandpunkt aufgeben, dann geben Sie das nationale Deutschland auf. Es ist auch gar nicht wahr, daß einer kommenden Reichstagswahl so besondere Schwierigkeiten entgegenstehen. Diese Schwierigkeiten gibt es nur hier in den Köpfen, in diesem vermoderten Reichstag, wo die Gehirne eingenebelt sind. Ich bin ein einfacher Mann, aber ich muß Ihnen das sagen, wenn die nationale Rechte tatsächlich zu Grunde gehen soll, dann geht sie an ihrer kranken Intelligenz zugrunde.

Philipp: Ich verstehe nicht, wie Herr *Stubbendorff* die Tatsache beschwerlich finden kann, daß der Reichskanzler Herrn *Dietrich* zugezogen hat. Das lag doch nahe. Sachlich stelle ich mich auf den Standpunkt von *Westarp* und *Lettow*. Wenn wir den Antrag auf Aufhebung der Notverordnung ablehnen, so beginnt der stärkste Kampf zwischen Zentrum und Sozialdemokratie. Man darf doch in der Tat von der Regierung nichts Unmögliches verlangen. Dazu gehört auch die Umstellung der Handelspolitik.

Hemeter: Wie denkt man sich denn eigentlich die grundsätzliche Änderung der Handelspolitik? Ein künftiger Reichstag wird das doch erst recht nicht fertig bringen. Wenn wir gegen die Regierung stimmen, dann fällt die Osthilfe und Amnestie und manches andere. Die Preußenfrage können wir doch von uns aus überhaupt nicht in Angriff nehmen. Das ist doch Sache der Landtagsfraktion. Ich stelle mich deshalb ganz auf den Standpunkt des *Grafen Westarp*.

Schmidt-Hannover: Es ist geradezu unverantwortlich, wenn hier gesagt wird, daß wir gegen *Hindenburg* kämpfen, wenn wir gegen die Regierung stimmen. Das ist der Wahltip für links, der dann wiederum aus dieser deutschnationalen Reichstagsfraktion herauskommt. Dem *Grafen Westarp* muß ich widersprechen. Ich bin ebenfalls orientiert, und zwar aus zuverlässiger Quelle. Das, was *Graf Westarp* über eine Reichspräsidentenkrise sagt, ist ein Irrtum. Ich bin auch

darüber orientiert, daß in der Tat *Treviranus* unseren Antrag auf Vertagung sabotiert hat. Wir stehen vor der 2. Revolution. Die Politik des Kabinetts *Brüning* ist *Kerenskis* Politik. Eine solche Politik besiegelt den Untergang.

Quaatz: *Scholz* hat mir bestätigt, daß weitere Verhandlungen unsererseits zwecklos sind. Das Zentrum kennt die Verhältnisse in dieser unserer Fraktion. Die Politik *Brünings* geht nach wie vor auf die Zerschlagung unserer Partei, und die Politik gründet sich auf die Hoffnung, in dieser Fraktion genug Hilfskräfte zu finden. Deshalb wird jetzt ein kaudinisches Joch vor uns errichtet, genau wie beim Kaiserparagraphen. Wenn wir durch dieses Joch gehen, sind wir verloren. Was *Hindenburg* anlangt, so ist nicht er, sondern wir sind verantwortlich für die politische Entwicklung.

Berndt: Es ist ein völliges Novum und widerspricht dem Sinn der Verfassung, daß von Artikel 48 während der Session Gebrauch gemacht wird. Nach Parlamentsrecht hätte die Regierung vertagen müssen und nach der Vertagung den Artikel 48 anwenden müssen. Wenn sie das nicht tut, sondern während der Session zu diesem Mittel greift, so tut sie es nur, um ihre Politik der Zerschlagung der Rechten zu Ende zu führen. Wie haben sich manche Leute damals entrüstet, als Frau *Lehmann* die Äußerung des Herrn *Treviranus* zu dem ABC-Korrespondenten berichtete[10], und heute? Es trifft ja in der Tat alles zu. Ich verstehe *Graf Westarp* und seine Gruppe nicht. Ich will nicht mit Schuld tragen am deutschen Unglück. Deshalb gehöre ich zu *Hugenberg*.

Strathmann: Ich habe die Absendung des Briefes der Herren *Hugenberg* und *Oberfohren* an die Regierung von vorneherein für einen Fehler gehalten. Wenn dieser Brief ein Fehler war, so wollen wir uns jetzt nicht zum Gefangenen dieses Fehlers machen. Ausschlaggebend für uns muß die Überlegung sein, welche Gesetze kommen im Falle der Auflösung nicht zustande, und was ist von einem künftigen sozialdemokratischen Reichstag zu erwarten? Nachdem der Brief einmal abgegangen ist und Verhandlungen geführt worden sind, mag es unbequem sein, jetzt den Übergang zu finden, aber Neuwahl ist Selbstmord. Wir haben uns durch den Brief des Herrn *Hugenberg* wieder in eine unhaltbare Lage gebracht.

Westarp: Ich habe nach jener Mitteilung der Frau *Lehmann* sofort an *Treviranus* geschrieben und um Aufklärung gebeten. Er hat erklärt, daß an der Sache nichts wahr sei. Nun lassen Sie mich noch dieses sagen. Was ich sage, wird ein Abschiedswort sein, denn ich scheide höchstwahrscheinlich aus der politischen Arbeit aus. Ich scheide mit einem traurigen Gefühl, denn ich bin gewiß, daß ein Wahlkampf das Schicksal der Partei besiegeln muß, dieser Partei, für die ich 12 Jahre gearbeitet und die ich zusammengehalten habe. Ich richte in dieser letzten Stunde noch einmal die Bitte an Herrn *Hugenberg*, die Fraktion auf Ablehnung des Antrags auf Aufhebung der Notverordnungen zu einigen.

Frau Lehmann: Ich muß dem *Grafen Westarp* zu meinem Bedauern widersprechen. Der mit Herrn *Treviranus* nahe befreundete Herr *v. Dryander* hat mir am Tage nach meiner Mitteilung gesagt, daß ihm *Treviranus* die Richtigkeit meiner Mitteilungen gestanden habe, er, *Treviranus*, habe aber jene Äußerung zu dem ABC-Korrespondenten nur im Scherz getan.

---

10 Vgl. Nr. 107.

v. Dryander: Ich muß Frau *Lehmann* bestätigen, aber die Dinge liegen doch so, daß man Vorwürfe gegen *Treviranus* nicht erheben kann. Er hat mir erzählt, daß er bei einem Essen von dem ABC-Korrespondenten fortgesetzt belästigt worden ist und daß er schließlich, um den Mann abzuschütteln und um die Situation ins Lächerliche zu ziehen, jene Äußerung getan habe, deren Harmlosigkeit aus der Situation heraus sich ohne weiteres ergeben hätte.

Hierauf erfolgt Abstimmung darüber, ob der Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen angenommen oder abgelehnt werden soll. Vor der Abstimmung erklärt **Hergt**: Ich habe, wie Sie wissen, empfohlen, den Antrag abzulehnen. Aber wenn die Fraktion sich auf einen anderen Standpunkt stellt, werde ich mich nicht ausschließen. Die Abstimmung ergibt für die Annahme des Antrags auf Aufhebung der Notverordnungen 30 Stimmen, für die Ablehnung 25 Stimmen.

Nach der Abstimmung erklärt **v. Lettow-Vorbeck**: Nachdem ich gesehen habe, daß die Mehrheit der Fraktion für Annahme ist, ziehe ich meine Stimme für die Ablehnung zurück und trete der Mehrheit bei.

Leopold und **Rademacher** erklären: Wir bitten, die endgültige Entschließung doch erst morgen früh fassen zu wollen.

Strathmann: Ich werde ohne Rücksicht auf die Stellungnahme der Fraktion unter allen Umständen gegen den Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen stimmen.

Mentzel: Nachdem die Mehrheit sich für Annahme des Antrags ausgesprochen hat, erkläre ich für die drei pommerschen Abgeordneten, daß wir unsere Stimmen für Ablehnung des Antrags zurückziehen und der Mehrheit beitreten.

Stubbendorff: Nunmehr ist das Stimmverhältnis 34:21. Da die Regierung 39 Stimmen braucht, hat es also jetzt gar keinen Zweck mehr, wenn sich morgen bei der Abstimmung Fraktionsmitglieder von uns trennen, denn sie erreichen damit praktisch gar nichts, lediglich eine Spaltung unserer Reihen.

Graf Westarp bittet um Aufschiebung der Entschließung bis morgen früh.

Hugenberg: Ich kann diesem Wunsch nicht beitreten. Wir müssen heute nacht zum endgültigen Abschlusse kommen.

Graf Westarp: Demgegenüber erkläre ich, daß ich eine endgültige Stellungnahme in diesem Augenblick nicht abgeben kann. Seit dem 14. April hat sich eine Reihe von Fraktionsmitgliedern zusammengetan. Ich bitte diese Herren, mir nach Zimmer 18 zu einer Sonderbesprechung folgen zu wollen. Das Ergebnis unserer Beratungen werde ich morgen früh vor Beginn des Plenums der Partei- und Fraktionsführung mitteilen.

113.

18. 7. 1930: Erklärung von Graf Westarp vor der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei

Nachlaß Westarp[1].

Die nachfolgende Mitteilung mache ich im Auftrage einer Anzahl von Fraktionsmitgliedern, und zwar zur Zeit 21. Die Zahl ist noch nicht endgültig, weil einige Erklärungen noch ausstehen. Wir sind entschlossen, in der heutigen Reichstagssitzung gegen die Annahme des sozialdemokratischen Antrages auf Aufhebung der wesentlichen Notverordnung[2] zu stimmen und diese Haltung im Plenum mit einer kurzen Erklärung zu begründen[3]. Wir sind uns bewußt, daß nach dem Parteivorstandsbeschluß vom 26. April[4] und nach der Erklärung, die der Herr Parteivorsitzende noch in letzter Zeit in der Fraktion abgegeben hat, dieses Verhalten Trennung von Fraktion und Partei bedeutet. Deshalb wollen wir den Schritt nicht tun, ohne ihn vorher in der Fraktion mitzuteilen und an die Fraktion in letzter Stunde die dringende und ernste Bitte zu richten, erwägen zu wollen, ob sich diese Konsequenz nicht doch durch eine Änderung der Haltung der Fraktion zu der Notverordnung vermeiden läßt. Das scheint uns um so eher möglich zu sein, als auch der vom Herrn Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Regierung gemachte Vorschlag einer Vertagung der Abstimmung bis zum Herbst[5] die praktische Folge gehabt hätte, die Notverordnung einstweilen in Kraft treten und die darin vorgesehenen Steuern erheben zu lassen[6].

1 Auszugsweise abgedruckt in Bracher S. 349f. und Jonas S. 76.

2 RT Drucks. Bd. 443 Nr. 4202.

3 RT Bd. 428 S. 6517.

4 Nr. 59 mit Anm. 33.

5 Nr. 112 mit Anm. 5.

6 Zur Reaktion des *Hugenberg*-Flügels der DNVP-Fraktion Nr. 118 mit Anm. 19.

114.

19. 7. 1930: Erlaß des Staatssekretärs v. Bülow

PA Referat Deutschland, Po. 5 adh. d, Bd. 1. Vervielfältigtes Exemplar – D 441.

Zur Erläuterung der durch die gestrige Auflösung des Reichstages[1] entstandenen Situation bemerke ich folgendes:

Der Herr Reichspräsident hatte auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung am 16. Juli dieses Jahres die im Reichsgesetzblatt Teil I Nr. 25 S. 207

1 Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags vom 18. 7. 1930, RGBl. 1930 I S. 299: „Nachdem der Reichstag heute beschlossen hat, zu verlangen, daß meine auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Verordnungen vom 16. Juli außer Kraft gesetzt werden, löse ich auf Grund Artikel 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf." Dazu Bracher S. 339; Schulz S. 541.

veröffentlichten beiden Verordnungen erlassen, durch die Deckungsmaßnahmen für den Reichshaushalt 1930 angeordnet und gleichzeitig auch neue Grundlagen für die Finanzen der Gemeinden gelegt wurden. Die Verordnungen sind unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers ergangen. Ihr Erlaß wurde für notwendig erachtet, nachdem der Reichstag in zweiter Lesung in der ihm vorgelegten Deckungsvorlage zwar den grundlegenden § 1 über die Reichshilfe und die Zuschläge zur Einkommensteuer angenommen, den § 2 über die Reichshilfe selbst jedoch abgelehnt hatte[2]. Die Anwendung des Artikel 48 der Reichsverfassung in einer derartigen Situation ist nichts Ungewöhnliches. Von dem in diesem Artikel gegebenen Notverordnungsrecht bei erheblicher Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist nach dem bekannten Kommentar der Reichsverfassung von *Anschütz* bisher in 135 Fällen Gebrauch gemacht worden, und zwar ganz überwiegend durch den verstorbenen Reichspräsidenten *Ebert*[3]. Darunter befinden sich auch eine ganze Reihe von Verordnungen, die wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen enthalten.

Die Tatsache, daß der Reichstag versammelt war, schloß die Möglichkeit zum Erlaß von Maßnahmen nach Artikel 48 nicht aus. Jedoch mußten diese Maßnahmen nach Artikel 48 Abs. 3 der Reichsverfassung dem Reichstag zur Kenntnis gebracht und auf sein Verlangen außer Kraft gesetzt werden. Dieser Fall ist gestern eingetreten, der Reichstag hat auf sozialdemokratischen Antrag mit 236 gegen 221 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 15 Stimmen beschlossen, die Aufhebung zu verlangen[4]. Diesem Verlangen ist durch eine neue Verordnung des Reichspräsidenten entsprochen worden, die ebenfalls im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wird[5].

Die Mehrheit setzt sich aus der sozialdemokratischen, der kommunistischen und der deutsch-völkischen Fraktion[6] sowie aus der Mehrheit der Deutschnationalen (Gruppe *Hugenberg*, 32 von 63) zusammen, während die Minderheit von sämtlichen in der Regierung vertretenen Parteien und einer Gruppe von 25 Deutschnationalen gebildet wurde. 4 weitere Deutschnationale enthielten sich der Stimme. Hierdurch ist eine weitere Zersplitterung der deutschnationalen Partei herbeigeführt, nachdem die volkskonservative Gruppe von 14 Abgeordneten bereits im Frühjahr dieses Jahres aus der deutschnationalen Fraktion ausgetreten war[7]. Im Verfolg der gestrigen Abstimmung ist u. a. der Reichstagsabgeordnete *Wallraf* aus der deutschnationalen Fraktion ausgetreten, gegen andere Mitglieder der Partei scheint das Ausschlußverfahren eingeleitet worden zu sein[8]. Die beiden Strömungen in der Partei haben ihren abweichenden Standpunkt durch die Abgeordneten *Oberfohren* und *Graf Westarp* auch in der Sitzung öffentlich dargelegt[9]; die

2 RT Bd. 428 S. 6395 ff.

3 Gerhard Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis, 14. Aufl. Berlin 1933, ND Bad Homburg 1968 S. 279.

4 RT Bd. 428 S. 6523 ff. Brüning S. 181.

5 Verordnung datiert 18. 7. 1930, RGBl. 1930 I S. 223.

6 Gemeint ist die NSDAP.

7 Zur ersten Spaltung innerhalb der DNVP kam es bereits im Dezember 1929. Jonas S. 151 ff.

8 Vgl. Nr. 118.

9 RT Bd. 418 S. 6508 f. und S. 6517.

deutschnationale Presse spiegelt die Heftigkeit der innerparteilichen Auseinandersetzungen wider. Dabei sind die agrarischen Kreise mit den Abgeordneten *v. Richthofen* und *Graf Westarp* und dem Stahlhelm für die Reichsregierung eingetreten. Es ist ihnen aber nicht gelungen, sich gegenüber der Parteileitung durchzusetzen[10].

Mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches wird die Reichsregierung bereits in der nächsten Woche anstelle der aufgehobenen Verordnungen des Herrn Reichspräsidenten neue Verordnungen mit einem finanziellen Deckungsprogramm vorschlagen. Ebenso müssen der Reichshaushalt und die Maßnahmen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung auf diesem Wege in Kraft gesetzt werden. Die dazu erforderlichen Beschlüsse des Reichskabinetts werden unmittelbar nach Rückkehr des Reichspräsidenten von seiner gestern abend angetretenen Rheinlandreise gefaßt werden. Die Verordnungen werden noch vor dem 1. August in Kraft treten[11].

Die Rheinlandreise des Reichspräsidenten wird mit gewissen Einschränkungen des äußeren Aufwandes programmäßig durchgeführt werden. Die Aussprache des Reichspräsidenten mit dem Preußischen Ministerpräsidenten hat die entstandenen Mißverständnisse beseitigt[12]; der Stahlhelm ist im Rheinland wieder zugelassen, nachdem er völlig ausreichende Erklärungen über die Vermeidung von Zuwiderhandlungen gegen die Demilitarisierungsbestimmungen abgegeben und sich auch sonst hinter die Reichsregierung gestellt hat[13].

Die Neuwahlen sind auf den 14. September festgesetzt. Nach der Reichsverfassung müssen sie innerhalb von 60 Tagen nach der Auflösung stattfinden. Eine frühere Ansetzung des Wahltermins war wegen der Erntearbeiten untunlich.

Bei allen Unterhaltungen über die für den Ausländer schwer übersichtlichen innerpolitischen Vorgänge Deutschlands bitte ich nötigenfalls zu unterstreichen, daß die Deutsche Regierung bei dem Konflikt mit dem Reichstag entscheidenden Wert auf strenge Wahrung der Reichsverfassung gelegt hat und weiter legen wird. Ich bemerke endlich, daß die Außenpolitik bei diesen innerpolitischen Vorgängen völlig zurückgetreten ist und auch im Wahlkampf, abgesehen von der äußersten Rechten und Linken, schwerlich eine besondere Rolle spielen wird.

Bülow

10 Vgl. Nr. 112.

11 Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände wurde am 26. 7. 1930 erlassen. RGBl. 1930 I S. 311.

12 Hierzu Nr. 110, Anm. 8.

13 Erklärung der Bundesführer des Stahlhelms an das Preußische Ministerium des Innern vom 16. 7. 1930, Jahrbuch der SPD 1930 S. 48. Vgl. Berghahn S. 148ff.

III.

Neue Parteien und Reichstagswahl

115.

21. 7. 1930: Aufzeichnung Blanks über Verhandlungen zur Parteienumbildung

HA/GHH 4001012024/7. Paraphe Reuschs[1].

Sonnabend, den 19. Juli, hat auf Einladung *Schieles* ein Tee stattgefunden, bei dem eine Anzahl von Herren der aus der DNVP ausgetretenen *Westarp*-„Gruppe" zugegen war. Der gegenwärtige Plan geht dahin, unter organisatorischer Führung des Landbundes eine allgemeine Landvolkpartei zu schaffen. Die diesbezüglichen Beschlüsse sollen Dienstag, den 22. Juli, im Reichslandbund gefaßt werden[2]. In dieser Gruppe werden sich voraussichtlich vereinigen: die Christlich-nationale Bauernpartei und die landwirtschaftlichen Mitglieder der *Westarp*-Gruppe (gegebenenfalls auch einige Landwirte (*Keudell, Behrens*) von den Volkskonservativen). Für die Stadt soll danebengestellt werden eine Gruppe, deren Name noch nicht feststeht; man denkt an konservative Stadtpartei oder ähnliches. Hier würden sich vereinigen: die Volkskonservativen und die nicht landwirtschaftlichen Angehörigen der *Westarp*-Gruppe. Diese beiden Parteien sollen nun nicht zusammenhanglos nebeneinander stehen, sondern in eine gewisse organisatorische und ideelle Verbindung treten, als deren Hauptpunkt *Graf Westarp* heute früh folgende vier Forderungen aufstellte:

1. Gemeinsamer Wahlaufruf (außerdem gegebenenfalls Aufruf jeder Partei, in dem jeweils auch auf die Schwester-Partei in freundschaftlicher Weise Bezug genommen wird.),
2. gewisse Personal-Unionen in den Vorständen beider Parteien,
3. gemeinsame Reichsliste,
4. vollkommene Fraktionsgemeinschaft.

Sämtliche Herren, mit denen ich heute vormittag gesprochen habe (*Graf Westarp, Reichert, Leopold, v. Dryander, Treviranus*) stimmten darin überein, daß z. Zt. nicht viel mehr zu erreichen ist. Im Gegenteil machen sich sogar gewisse Bestrebungen innerhalb der Geschäftsführung des Reichslandbundes geltend, die Landvolk-Liste allein zu verfolgen. Herr *Treviranus* hat dies von Herrn *Kriegsheim* heute früh persönlich gehört. Gegen diese Sabotage-Versuche seitens der rein agrarisch eingestellten Geschäftsführung des Reichslandbundes wird mit allem finanziellen und sonstigen Druck vorgegangen werden müssen.

Ich habe bei sämtlichen Unterhaltungen betont, daß die Bereitwilligkeit der Wirtschaft, finanzielle Beihilfen zum Wahlkampf zu geben, entscheidend davon abhängig ist, ob es gelingt, etwas großes Gemeinsames zu schaffen. Von der Unterredung mit dem *Grafen Westarp*, die bei Dr. *Reichert* stattfand, ging *Graf Westarp* zu einer Besprechung mit Herrn *Scholz* (DVP). Ich habe nachdrücklich betont, daß wir den größten Wert darauf legen, daß die Verbindung mit der

1 Anlage zum Schreiben *Blanks* an *Reusch* vom 21. 7. 1930: „In der Anlage übersende ich eine Aufzeichnung über den heutigen Stand. Ich fahre heute nacht nach Dortmund, um morgen früh die Lage mit Dr. *Springorum* zu besprechen [. . .]" HA/GHH 4001012024/7.

2 Vgl. Nr. 116.

Deutschen Volkspartei so eng und innig wie nur irgend möglich gestaltet werden müsse. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß bei den großen, uns z. Zt. interessierenden Gruppen nur die Volkspartei über einen kompletten Parteiapparat verfügt und daß man deshalb versuchen müßte, sich dieses Apparates möglichst in diesem Wahlkampf zu bedienen. Über das Ergebnis der Unterredung *Westarp/Scholz* werde ich heute noch Nachricht erhalten.

Der Reichsausschuß der Volkskonservativen tritt heute mittag 2 Uhr in Berlin zusammen. Es ist die Absicht von Herrn *Treviranus*, sich für die weiteren Verhandlungen absolute Vollmachten geben zu lassen[3]. In einer Besprechung, an der die Herren *Treviranus, v. Dryander, Graf Dohna, Regendanz* und ich teilnahmen, hat Herr *Treviranus* erklärt, daß er seinerseits auf die Schaffung der oben gekennzeichneten Gruppierung (Landvolk und Konservative Städtische Partei) entscheidenden Wert legt und daß zwischen ihm und der Gruppe *Westarp* Meinungsverschiedenheiten darüber nicht bestehen. Die entscheidende Aussprache zwischen Volkskonservativen und *Westarp*-Gruppe erfolgt Dienstag vormittags 10 Uhr[4]. Es ist zu hoffen, daß sie zu einer völligen Klärung führt. Dienstag nachmittags sollen dann im Landbund die oben gekennzeichneten Entschlüsse bezüglich der Landvolk-Partei gefaßt werden.

Am Mittwoch[5], voraussichtlich nachmittags, wird dann die gemeinsame Gründungsversammlung von Landvolk- und konservativer Volkspartei stattfinden, die dann wahrscheinlich mit den oben gekennzeichneten Aufrufen an die Öffentlichkeit treten wird. Die große Beschleunigung ist geboten, weil am Donnerstag und Freitag der Vorstand und der Parteiausschuß der DNVP tagen[6].

Auf alle Anfragen wegen finanzieller Unterstützung habe ich geantwortet, daß sich die westliche Industrie zunächst durchaus abwartend verhalten werde, um zu sehen, ob die dringend erforderlichen Zusammenschlüsse auch tatsächlich zustande kommen[7]. Dr. *Regendanz* erklärte, daß auf Bankseite die gleiche Ansicht bestehe.

Bezüglich einer vollkommenen Fusion zwischen den konservativen Gruppen und der Volkspartei bestehen auf Seiten der ehemaligen Deutschnationalen insofern Bedenken, als diese für den Kampf der *Hugenberg*-Gruppe gegen die neue Gruppe ein neues Kampfmittel gegen Young-Plan (*Curtius* usw.) geben würde, dem man sich möglichst nicht aussetzen möchte.

Gewisse Schwierigkeiten macht die Frage des Vorsitzenden für die neue Konservative Staatspartei[8]. Die Volkskonservativen lehnen den *Grafen Westarp* wegen zu hohen Alters und zu langer parlamentarischer Vergangenheit rundweg ab. Auch Herr *Schiele* dürfte für diese Seite nicht in Frage kommen. Man denkt z. Zt. stark an Herrn *v. Wilmowsky*, über dessen Bereitwilligkeit, den Vorsitz zu übernehmen,

---

3 Vgl. Jonas S. 79f.

4 Vgl. Nr. 116.

5 23. 7. 1930.

6 Vgl. Nr. 118.

7 Vgl. Nr. 116 und 122a.

8 Diesen Namen hatte *Westarp* vorgeschlagen; er wurde jedoch von der Mehrheit abgelehnt. Jonas S. 60.

aber noch nichts bekannt ist. Von manchen Seiten sind schon Versuche gemacht worden, auch jetzt schon eine Persönlichkeit als zukünftigen Fraktionsvorsitzenden festzulegen. Diesen Versuchen ist aber erfreulicherweise von den verschiedensten Seiten entgegengetreten worden.

Herr *Treviranus* betonte übrigens seine Überzeugung, daß der nächste Reichstag überhaupt keine Grundlage für eine bürgerliche Mehrheitsregierung ergeben würde und daß man infolgedessen damit rechnen müsse, daß auch weiterhin außerparlamentarisch regiert werden müsse. Möglicherweise würden noch verschiedene Reichstagsauflösungen folgen. Ich glaube, daß Herr *Treviranus* die Dinge richtig beurteilt.

Wie mir *Graf Westarp* soeben mitteilt, hat seine Unterredung mit Herrn *Scholz* in außerordentlich freundschaftlicher Form stattgefunden. Die Vorschläge von Herrn *Scholz* sind außerordentlich weit gegangen. Er hat gemeinsame Listen vorgeschlagen, möglichst „von *Koch-Weser* bis *Westarp*". Bedenken bestanden allerdings auch bei Herrn *Scholz* bei dieser Gesamtfront bezüglich der Wirtschaftspartei, die voraussichtlich auf ihre Agitation nicht wird verzichten wollen. *Graf Westarp* hat sich diesen sehr weitgehenden Vorschlägen gegenüber natürlich nicht ablehnend verhalten, hat aber darauf hingewiesen, daß eine so weitgehende organisatorische Verbindung voraussichtlich nicht möglich sein werde, da Herr *Schiele* bekanntlich entschlossen sei, seine eigene Landvolk-Liste zu machen, wozu er sich gezwungen sehe, weil sonst die christlich-nationalen Bauern unter *Hepp* abspringen würden. *Graf Westarp* hat Herrn *Scholz* weiter darüber unterrichtet, daß die entscheidenden Verhandlungen am Mittwoch stattfinden, und er hat Herrn *Scholz* gegenüber die Verpflichtung übernommen, bei diesen Verhandlungen innerhalb seiner Gruppe und mit den Volkskonservativen folgende 3 Punkte, wenn irgend möglich, durchzusetzen:

1. Absoluter Burgfriede zwischen den in Frage kommenden bürgerlichen Gruppen.

2. Erlaß eines gemeinsamen „Dach-Wahlaufrufes". Selbstverständlich können die einzelnen Gruppen auch noch Einzel-Wahlaufrufe erlassen; dieser Dachaufruf würde aber die Schreier auf allen Seiten verhindern, nun doch gegeneinander loszugehen.

3. Die Unterzeichner dieses Dachaufrufes stellen ein Zusammenwirken im Reichstag in Aussicht, wobei noch offenbleibt, ob sich dieses Zusammenwirken in der Form einer Arbeitsgemeinschaft oder gar eines fraktionellen Zusammenschlusses vollziehen soll. Herr *Scholz* hält es für möglich, daß für ein derartiges Zusammenarbeiten auch die Wirtschaftspartei zu gewinnen ist.

Graf Westarp betonte dann mir gegenüber nochmals seine Auffassung, die er auch gegenüber Herrn *Scholz* vertreten habe, daß es ihm hauptsächlich darauf ankomme, eine konservative Rechte zu schaffen, neben der möglicherweise auch noch eine liberale Gruppe stehen müsse, während die DVP in ihren Ideen bezüglich eines Gesamt-Zusammenschlusses aller Bürgerlichen zwischen *Hugenberg* und Zentrum mehr die Idee der parlamentarischen Mitte verfolge.

Es ist nunmehr in Aussicht genommen, am Mittwoch nachmittag, voraussichtlich 5 Uhr, im Hotel Kaiserhof die Gründungsversammlung der neuen Konservativen Staatspartei stattfinden zu lassen, bei der als Redner in Aussicht genommen sind: die Herren *Schiele, Graf Westarp* und *Treviranus.*

116.

23. 7. 1930: Blank an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 4001012024/7. Durchschlag.

In der Anlage übersende ich mit der Bitte um Rückgabe eine Darstellung des Herrn *Humann*[1], die nach meinen Informationen im wesentlichen zutreffend ist. Lediglich am Schluß habe ich einige Punkte, die sich mir anders darstellen, durch Rotstift gekennzeichnet. Gestern früh habe ich in Dortmund mit Herrn *Springorum*[2] gesprochen. Das Ergebnis dieser Aussprache läßt sich in der Hauptsache in 2 Punkte zusammenfassen:

1. Finanzielle Mittel für den Wahlkampf können nur denjenigen Gruppen in Aussicht gestellt werden, die den Nachweis erbringen, daß sie alles Denkbare getan haben im Sinne eines Zusammenschlusses bzw. eines gemeinsamen Vorgehens gelegentlich der Wahl und auch darüber hinaus[3]. Da die Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist, dürfen vorläufig noch keine Gelder hergegeben bzw. zugesagt werden.

2. Die politischen Gruppen, für die eine finanzielle Unterstützung von Seiten der Wirtschaft in erster Linie in Frage kommt, sind weitgehend identisch mit den im Reichskabinett selbst vertretenen Richtungen. Es muß daher von der Reichsregierung erwartet werden, daß sie auf dem Verordnungswege alle diejenigen Maßnahmen in Kraft setzt, die parlamentarisch schon weit vorbereitet waren und denen nur der formale Akt der Annahme in der dritten Lesung fehlte. Ferner muß die Regierung alles tun, um im Verordnungswege möglichst weitgehende Sparmaßnahmen durchzuführen. Kommt schließlich die Regierung zu derart weitgehenden Maßnahmen, so wird sie dadurch auch den Ausgang des Wahlkampfes in ihrem Sinn nicht unerheblich beeinflussen können. Die Wirtschaft wird auch ihre finanzielle Hilfe abhängig machen von dem Maß an Entschlossenheit, das die Regierung in diesen Dingen beweist.

Diese Ansicht habe ich an den verschiedensten Stellen hier in Berlin nach meiner Rückkehr bestätigt gefunden. Herr *Kastl*, der, wie er mir streng vertraulich mitteilte, morgen um 11 Uhr, einer Aufforderung des Kanzlers folgend, Herrn *Brüning* aufsuchen wird, wird sich ebenfalls dafür einsetzen, daß möglichst weitgehende Maßnahmen im Verordnungswege getroffen werden. Im gleichen Sinne hat auch Herr *Hamm* schriftlich auf Herrn *Dietrich* eingewirkt. Ferner setzte sich Herr *Brauweiler* bei Herrn *Stegerwald* ein besonders für den Erlaß der Arbeitslosenversicherungs- und Krankenversicherungsreform im Verordnungswege. Eine umstrittene Frage auch vom wahltaktischen Standpunkt aus ist es, ob die Regierung auch die Osthilfe durch Verordnung in Gang setzen soll[4]. Es liegt der

1 Nicht bei den Akten.

2 Zur Rolle *Springorums* Turner S. 114ff.

3 Vgl. Nr. 115.

4 Dies forderten mit Schreiben vom 24. 7. 1930 und 25. 7. 1930 an den Reichskanzler der Reichslandbund und der Vorsitzende der DNVP, *Hugenberg*. So hieß es im ersten Brief: „Wir richten [. . .] an Sie, sehr verehrter Herr Reichskanzler, namens des Reichslandbundes die

Regierung natürlich daran, gerade im agrarischen Osten den Nachweis zu führen, daß das Verhalten der Gruppe *Hugenberg* auch dem Osten geschadet hat[4a].

Hemmungen für eine derart weitgehende Anwendung des Verordnungsrechts bestehen einmal in gewissen Bedenken, die der Reichspräsident persönlich hat, der Wert darauf legt, unter allen Umständen im Rahmen der Verfassung zu bleiben. Diese Bedenken haben eine gewisse Verstärkung erfahren durch die einstimmige Äußerung verschiedener, vom Kabinett befragter Staatsrechtslehrer, die aus juristischen Gründen beispielsweise eine Inkraftsetzung der oben genannten sozialpolitischen Reformen durch Verordnung für bedenklich halten[5]. Im übrigen scheint sich Herr *Dietrich* selbst noch am meisten gegen so weitgehende Verordnungen zu sträuben[6]. Man hofft, diesen Widerstand aber noch überwinden zu können, um so mehr als der Kanzler entschlossen scheint, möglichst weit zu gehen. Gestern abend habe ich nach meiner Rückkehr noch mit Herrn *Treviranus* gesprochen, der ebenfalls sich für weitgehende Anwendung der Verordnungen einsetzt. Morgen früh werde ich gemeinsam mit Dr. *Erdmann* von der Vereinigung der Arbeitgeberverbände den Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium, Herrn General *v. Schleicher*, aufsuchen, um auch im Reichswehrministerium,

---

dringende Bitte, dafür eintreten zu wollen, daß Maßnahmen, deren normale Erledigung durch die parlamentarischen Vorgänge unterbrochen worden ist, nunmehr ungesäumt im Wege von Notverordnungen und Verwaltungsmaßnahmen durchgeführt werden. Dazu rechnen wir in erster Linie die Inkraftsetzung von Schutz- und Stützungsmaßnahmen für den deutschen Osten." Ähnlich formulierte *Hugenberg*: Ich darf „namens der deutschnationalen Volkspartei der Erwartung Ausdruck geben, daß Sie, sehr geehrter Herr Reichskanzler, von dem Herrn Reichspräsidenten in Verfolg seiner wiederholten Willenskundgebungen die Ermächtigung zur Inkraftsetzung des Osthilfegesetzes auf dem Verordnungswege erbitten." Beide Schreiben in BA R 43 I/1870. Mit der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände setzte die Reichsregierung am 26. 7. 1932 die Osthilfe im Verordnungswege in Kraft. RGBl. 1930 I S. 311.

4a Dieser Absicht diente wohl auch *Brünings* Antwort auf das in Anm. 4 genannte Schreiben *Hugenbergs*. Es lautet: „Ihr gefl. Schreiben vom 25. Juli habe ich erhalten, nachdem der Herr Reichspräsident bereits die neuen Notverordnungen auf Grund des Artikel 48 unterzeichnet hatte. Die Verwirklichung des gesamten Ostprogramms ist durch die Abstimmung des 18. Juli verschoben. Eine Einbeziehung des von der Reichsregierung vorgesehenen Gesamtprogramms in die auf Grund des Artikel 48 erlassenen Notverordnungen ist aus verfassungsrechtlichen und kreditpolitischen Rücksichten nicht möglich. Eine Verschleppung der Entscheidungen über das Osthilfe-Gesetz war meines Wissens nie beabsichtigt. Allerdings war den Parteien klar, daß vor der Verabschiedung des Etats und der Deckungsmaßnahmen das Ostprogramm lediglich auf dem Papier stand. Wenn also das Osthilfe-Gesetz nicht insgesamt hat verabschiedet werden können und nicht schon jetzt die Grundlage für einige auf eine Reihe von Jahren vorgesehene Maßnahmen geschaffen werden konnte, so trifft die Schuld hierfür die Parteien, die der Reichsregierung die zur Erfüllung auch dieser Maßnahmen notwendigen Mittel versagt haben." BA R 43 I/1870. Der Brief wurde nach Abfassung sogleich der Presse-Abteilung der Reichsregierung „zur sofortigen Veröffentlichung im Wortlaut durch WTB" übersandt.

5 In den Kabinettsberatungen vom 24., 25. und 26. 7. 1930, in denen die Notverordnungen diskutiert wurden, ist ein Hinweis auf diese Gutachten nicht enthalten. Daß im Kabinett rechtliche Bedenken bestanden, z. B. die Reform der Krankenversicherung im Notverordnungswege durchzuführen, behauptet *Hamm* in Nr. 120b.

6 Dies beruhte offenbar auf fälschlichen Informationen. In der Ministerbesprechung vom 24. 7. 1930 plädierte *Dietrich* gerade für eine außerordentlich umfassende Notverordnung. Die Reichsregierung dürfe sich nicht „auf die behelfsmäßige Regelung der rein finanziellen Notwendigkeiten beschränken. Vielmehr müsse die Reichsregierung mit ihrer Notverordnung die Wahlen machen." BA R 43 I/1445. Zur Einstellung *Dietrichs* Stephan S. 433.

soweit das noch erforderlich ist, für die durchgreifende Anwendung des Artikels 48 Stimmung zu machen[7]. Die finanzielle Tragweite gerade der sozialpolitischen Reform ist außerordentlich weitgehend. Sie beträgt allein in der Krankenversicherung RM 400 Millionen, in der Arbeitslosenversicherung 140 Millionen und bei den Kriegsrenten auch noch etwa 200 Millionen, so daß allein mit der Durchführung dieser Reform rund 3/4 Milliarden Reichsmark an öffentlichem Aufwand gespart werden könnten. Herr *Stegerwald* und mit ihm die Bürokratie des Reichsarbeitsministeriums sollen durchaus entschlossen sein, die vorgesehene Reform durchzuführen[8].

Über die Frage der Gruppierung auf der Rechten unterrichten am besten die in der Anlage beigefügten Ausschnitte aus der Deutschen Allgemeinen Zeitung[9]. Die gestrige Sitzung im Reichslandbund hat nicht die Erfüllung der 4 in meiner Niederschrift vom 21. dieses Monats aufgezeichneten Voraussetzungen des *Grafen Westarp* gebracht. Als Begründung dafür wird angegeben, daß es schon außerordentlich schwierig gewesen ist, überhaupt die scharfe Stellungnahme gegen *Hugenberg*, wie sie an der Spitze des Aufrufes zum Ausdruck kommt, herauszubringen[10]. Der Versuch, in der gleichen Sitzung auch einen gemeinsamen Wahlaufruf, eine gemeinsame Reichsliste und zukünftige vollkommene Fraktionsgemeinschaft beschließen zu lassen, der von Herrn *v. Wilmowsky* gemacht worden ist, scheiterte völlig. Es ist überhaupt aus grundsätzlichen Erwägungen zu bedauern, daß sich hier die neue Partei nicht unter konservativen und staatspolitischen Gesichtspunkten, sondern mehr unter materiellen und berufsständischen Ideen zusammengefunden hat. Wie aus einem der anliegenden Zeitungsausschnitte hervorgeht, sollen die Versuche, die heute nachmittag zu gründende Volkskonservative Partei doch noch in eine nähere Verbindung zur landwirtschaftlichen Liste[11] zu bringen, fortgesetzt werden. Herr *v. Wilmowsky*, mit dem ich gestern abend noch sprach, hält es nicht für ausgeschlossen, daß im weiteren Verlauf in dieser Beziehung noch Fortschritte gemacht werden können. Er empfiehlt (streng vertraulich), daß die Industrie sich möglichst mit Dr. *Gereke* in Verbindung halten möge, der sehr loyal für die Verbindung zur Konservativen Volkspartei gekämpft hat, ohne durchdringen zu können. Den Rahmen für die neue landwirtschaftliche Partei wird die alte Christlich-Nationale Bauernpartei abgeben, deren bisheriger Vorsitzender *Höfer* (Thüringen) voraussichtlich den Vorsitz beibehalten wird.

Die Verhandlungen zwischen der *Westarp*-Gruppe und den Volkskonservativen (*Treviranus, Lindeiner* usw.) haben gestern lange gedauert, konnten aber noch nicht völlig zum Abschluß gebracht werden. Hier schweben auch allerlei Personal-

7 Zum Verlauf der Aussprache Nr. 117.

8 In der Ministerbesprechung vom 24. 7. 1930 erklärte sich *Stegerwald* bereit, „den vorgeschlagenen Weg der Einbeziehung der sozialpolitischen Maßnahmen mitzumachen, und billigte ferner, daß alle die Maßnahmen, die der Reichstag nicht endgültig beschlossen habe, nunmehr auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in die Tat umzusetzen seien." BA R 43 I/1445. Vgl. Nr. 117.

9 Nicht bei den Akten.

10 Die Stellungnahme lautete: „Sozialdemokraten und Kommunisten haben sich mit den Nationalsozialisten und der unbelehrbaren deutschnationalen *Hugenberg*gruppe verbunden und eine schwere Gefahr für das Vaterland herbeigeführt." Egelhaaf 1930 S. 183.

11 Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei (*Schiele, Gereke, Hepp, Höfer*).

fragen. Es wird hoffentlich gelingen, als gleichberechtigte Vorsitzende den *Grafen Westarp* und Herrn *Treviranus* nebeneinander zu stellen, die persönlich durchaus miteinander harmonieren, während die Hinterleute auf beiden Seiten ihren eigenen Mann allein an die Spitze schieben wollen.

Ich setze persönlich große Hoffnungen auf die Tatsache, daß in der Gründungsversammlung der Konservativen Volkspartei von heute nachmittag auch Herr *Schiele* das Wort ergreifen wird, womit wenigstens nach außen hin eine weitgehende Verbindung mit der Landwirtschaftspartei hergestellt werden dürfte. Über den Verlauf der Gründungsversammlung, an der ich teilnehmen werde, werde ich noch berichten[12].

Daneben läuft der ganz umfassende Einigungsversuch von Dr. *Scholz*, dessen Brief ebenfalls in der Anlage veröffentlicht ist[13]. Dieser Versuch begegnet auf allen Seiten einer weitgehenden Skepsis, da es kaum möglich sein wird, eine wirklich einheitliche und schlagkräftige Front von *Westarp* bis *Koch-Weser* aufzurichten[14]. Dieser Meinung hat sich gestern auch Herr Dr. *Springorum* angeschlossen.

Herr Dr. *Springorum* hat sich gestern auch bereit erklärt, zum 1. August nach Berlin zu kommen, um hier gemeinsam mit Ihnen – vielleicht gelegentlich eines Frühstücks – mit einigen führenden Herren der Rechtsparteien zusammenzukommen. Das Arrangement kann meines Erachtens noch bis zum Ende dieser Woche vorbehalten bleiben. Vielleicht könnten Sie die Einladungen dazu am Sonnabend dieser Woche von Oberhausen aus ergehen lassen. Vorschläge dafür werde ich Ihnen in Oberhausen vorlegen.

gez. *Blank*

12 Nr. 117.

13 Nicht bei den Akten. In einem Schreiben vom 22. 7. 1930 teilte *Scholz Brüning* mit, daß der Parteivorstand der DVP am 22. 7. einstimmig beschlossen habe, folgende Parteien und Parteigruppen zu einem Zusammenschluß aufzufordern: Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft, DDP, Gruppe *Graf Westarp* und Wirtschaftspartei. Schreiben des Parteivorstandes der DVP. BA R 43 I/1006.

14 Vgl. Nr. 125.

117.

24. 7. 1930: Blank an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 4001012024/7.

Betrifft: Politische Lage

Über die gestrige Veranstaltung im Hotel Kaiserhof[1], zu der *Graf Westarp* eingeladen hatte, unterrichtet am besten der in der Anlage beigefügte Ausschnitt aus der DAZ von heute früh[2]. Die Versammlung, an der außer den in der Zeitung Genannten u. a. noch teilnahmen: die Herren Dr. *de Gruyter*, Geheimrat Ernst *v.*

1 Am 23. 7. 1930 wurde durch den Zusammenschluß der von der DNVP abgesplitterten Gruppen die Gründung der Konservativen Volkspartei vollzogen. Schulthess 1930 S. 181; Pünder S. 57; Jonas S. 79f. Zur Vorgeschichte Nr. 115 und 116.

2 Nicht bei den Akten.

Borsig, Dr. *Piatscheck*, Geheimrat *v. Wilamowitz-Moellendorf*, *Graf Arnim-Muskau*, nahm einen ruhigen, aber eindrucksvollen Verlauf. *Graf Westarp* betonte ausdrücklich, daß er es bedauere, daß nicht sofort ein vollkommenes Zusammengehen mit dem Landvolk möglich sei. Er werde persönlich seine ganze Arbeit der Aufgabe widmen, die Konservative Volkspartei und das Landvolk zusammenzubringen. Herr *Schiele* gab eine Begründung dafür, daß die Landvolk-Partei sich jetzt noch nicht mit den anderen bürgerlichen Parteien zusammenschließen könne, und Herr *Treviranus* sprach kurz und eindrucksvoll über die konservativen Ideen, die die Partei in Zukunft beherrschen sollen. Nach Schluß der Sitzung hatte ich noch eine Aussprache mit den Herren *Graf Westarp* und *Schiele*, bei der *Graf Westarp* mir mitteilte, daß doch noch erhebliche Hoffnungen bestehen, wenigstens mit dem Landvolk zu einer gemeinsamen Reichsliste zu kommen[3]. Auch Herr *Schiele* bestätigte diese Meinung. Es ist zu hoffen, daß bei der am Dienstag[4] stattfindenden Sitzung der Christlich-Nationalen Bauernpartei die Zustimmung der agrarischen Seite zu einer gemeinsamen Reichsliste erreicht werden wird. Herr *Schiele* berichtete auch in sehr interessanter Weise darüber, daß der Führer der Wirtschaftspartei, Herr *Drewitz*, sich mit ihm in Verbindung gesetzt habe, um gegebenenfalls einen gemeinsamen Wahlaufruf von Landvolk und Wirtschaftspartei herauszubringen. Die vollständige Zurückhaltung der Wirtschaft bezüglich finanzieller Zusagen scheint also doch ihre Wirkung zu tun[5], und man darf wohl damit rechnen, daß ein wirklich fester Burgfriede unter den bürgerlichen Gruppen zustande kommen wird. Bei allen Unterhaltungen habe ich immer wieder betont, wie außerordentlich wichtig die Rolle der Regierung selbst bei dem kommenden Wahlkampf ist, und es hat auch den Anschein, als ob die Regierung selbst sich darüber immer klarer wird.

Die Aussprache, die ich gemeinsam mit Herrn Dr. *Erdmann* heute früh mit Herrn General *v. Schleicher* hatte, ergab, daß das Reichswehrministerium durchaus für eine möglichst weitgehende Anwendung des Notverordnungsrechtes eingestellt ist. Herr *v. Schleicher* versprach, nochmals in diesem Sinne auf Exzellenz *Groener* einzuwirken[6].

Streng vertraulich habe ich erfahren, daß sich gestern nachmittag die Herren *Dietrich* und *Stegerwald* darüber geeinigt haben, daß die Sozialreformgesetze im Notverordnungswege in Kraft gesetzt werden sollen[7]. Die Verordnungen werden zwar voraussichtlich erst Anfang der nächsten Woche herauskommen; wenn dann ihre Reichweite um so größer ist, wird man die Verzögerung nicht zu bedauern haben.

Gestern mittag hatte ich gemeinsam mit Herrn *Sogemeier* eine Aussprache mit dem Wirtschaftsführer der Handels- und Industriebeiräte des Zentrums,

---

3 Noch am Abend des 23. 7. 1930 einigten sich die Verhandlungsdelegationen von Volkskonservativen und Landvolkpartei auf eine gemeinsame Reichsliste für die kommenden Wahlen. Absprachen über einen künftigen fraktionellen oder interfraktionellen Zusammenschluß kamen aber trotz *Westarps* Bemühungen nicht zustande. Jonas S. 85f.

4 29. 7. 1930.

5 Vgl. Nr. 115 und 116.

6 Vgl. Vogelsang S. 86; Carsten S. 364f.

7 Vgl. Nr. 116.

Dr. *Fonk*. Über diese Unterredung, die ganz erfolgversprechend verlief, werde ich am Sonnabend früh mündlich berichten.

Irgendwelche bestimmten Abmachungen innerhalb der Konservativen bzw. der Landvolk-Gruppe über Mandatsverteilung und Listenplätze sind bisher noch nicht getroffen worden. Man will offensichtlich zunächst abwarten, bis die organisatorischen Vorarbeiten bezüglich des Zusammenschlusses und gemeinsamer Marschroute einigermaßen abgeschlossen sind. Die Aussichten beider Gruppen werden vorläufig noch sehr verschieden beurteilt. Man tut jedenfalls gut daran, wenn man nicht mit der Wiederkehr sämtlicher, jetzt aus der DNVP ausgetretenen industriellen Abgeordneten rechnet (*Reichert, Rademacher, Haßlacher, Leopold*)[8]. Was das Eintreten der Wirtschaft für bestimmte Kandidaten betrifft, so wird man ja darüber erst reden können, wenn die Wirtschaft sich über die Frage und das Ausmaß finanzieller Wahlbeihilfen schlüssig geworden ist[9].

Wenn die ebenfalls in der Anlage beigefügte Entschließung des Bundesvorstandes des Stahlhelms von gestern[10] auch den Eindruck erweckt, als ob der Stahlhelm seine Mitglieder für die Wahl in erster Linie auf Herrn *Hugenberg* einstellen wollte, so glaube ich doch sagen zu können, daß dieser Aufruf im ganzen mehr ist, als man noch vor wenigen Wochen vom Stahlhelm hätte erwarten können. Der Stahlhelm entfernt sich immer weiter von Herrn *Hugenberg*, wie insbesondere auch aus der Auslassung der Stahlhelm-Korrespondenz, die in der Anlage beigefügt ist[11], hervorgeht. Die wesentlichste Festlegung des Stahlhelms auf eine vernünftige Linie sehe ich in der Tatsache, daß Herr *Duesterberg* gemeinsam mit Herrn *Seldte* das Abkommen mit der Preußischen Regierung unterzeichnet hat[12], was ihm denn auch inzwischen die schärfsten Angriffe von Seiten *Hugenbergs* und der Nationalsozialisten eingetragen hat.

Blank

8 Keiner der Genannten wurde in den neuen Reichstag gewählt.

9 Vgl. Nr. 122a und b.

10 In dem Aufruf des Stahlhelms vom 23. 7. 1930 heißt es u. a.: „Mehr und mehr zeigt sich, daß im heutigen Deutschland eine parlamentarische Regierung nicht mehr möglich ist [. . .]. Die Stahlhelmkameraden wählen nur diejenigen Parteien, die mit uns Volksbegehren und Volksentscheid durchgeführt haben, die entschlossen sind, den Kampf gegen die marxistische Herrschaft in Preußen mit allen Kräften fortzusetzen, und die durch ihr Verhalten zum Stahlhelm eine solche Unterstützung möglich machen." Ursachen und Folgen VIII S. 83.

11 Nicht bei den Akten.

12 Gemeinsame Erklärung *Duesterbergs* und *Seldtes* an das Preußische Ministerium des Innern vom 16. 7. 1930 anläßlich der Wiederzulassung des Stahlhelms. Nr. 114, Anm. 13.

118.

24. 7. 1930: Niederschrift über die Sitzung des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei (Auszug)

Nachlaß Schmidt-Hannover 72a. Durchschlag einer Abschrift. Unterstreichungen.

Geheimrat Hugenberg ging bei seinen Ausführungen von der Vorstandssitzung vom 25. 4. aus[1]. Der Schlußsatz der damaligen Entschließung lautet: „Nach den Satzungen legt der Parteivorstand die Richtlinien für die politische Gesamthaltung der Partei fest. Eine Unterstützung des Kabinetts *Brüning* sowie die Mitübernahme der Verantwortung für seine Maßnahmen entspricht der oben festgelegten Gesamthaltung der Partei nicht. Es bleibt dem Entschluß der Partei- und Fraktionsführung überlassen, in besonderen Ausnahmefällen eine abweichende Stellungnahme zuzulassen".

Kurz danach schrieb *Graf Westarp* an Dr. *Hugenberg*, daß er sich entgegen diesem Vorstandsbeschluß die Handlungsfreiheit vorbehalte[2]. Dieses Schreiben wurde mit Dr. *Hugenbergs* Antwort den Landesverbandsvorsitzenden zugesandt. In der Öffentlichkeit, die von dem Brief des *Grafen Westarp* unterrichtet wurde, ist Dr. *Hugenberg* auf diesen Brief nicht eingegangen, um nicht die Möglichkeit einer weiteren Zusammenarbeit in der Fraktion endgültig zu zerstören. Im übrigen ist die Entwicklung der Ereignisse, so führte Dr. *Hugenberg* aus, bekannt. Schon bald nach den Vorgängen des April kam eine neue Steuerwelle, die in die weitesten Kreise der Bevölkerung ein Gefühl der Abkühlung gegenüber dieser Regierung brachte. Es ist weiter bekannt, wie sich die Auswirkung der landwirtschaftsfreundlichen Gesetze gestaltet hat, die unter unserer Mitwirkung zustandegekommen waren[3]. Die Regierung bot bei den Verhandlungen über das neue Steuerprogramm ein Bild völliger Uneinigkeit. Die Dinge kamen auf uns zu. Man hatte den Eindruck, daß sich unter diesen Geschehnissen ein innerer Zusammenschluß auch in der Fraktion vollzog. Zweifellos war diese Stimmung jedenfalls im Lande vorhanden. Seit dem Herbst ist in dieser Zeit an mich wiederholt der Wunsch herangetreten, höchste Aktivität zu entfalten und die Ziele der Partei immer von neuem zu verkündigen. Ich habe demgegenüber immer eine gewisse Zurückhaltung beobachtet. Es gibt Zeiten, in denen es zweckmäßig ist, die Dinge sich ruhig entwickeln zu lassen.

Sobald aber die Steuern bekannt wurden, war die Zeit zu einer erhöhten Aktivität gekommen. Ich habe damals mit einer Serie von Reden begonnen. Ich sprach auf dem Dobrock, in Magdeburg, wo ich mich mit den Fragen der Landwirtschaft auseinandersetzte, in Halle, wo ich den Gedanken der Tributabgabe zur Diskussion stellte, in Potsdam 2, in Frankfurt a. M., wo ich die Zentrumsfragen behandelte, und im sächsischen Wahlkampf, wo ich das Problem der berufsständischen Parteien anschnitt. Später sprach ich noch in Berlin zu unseren Arbeitern.

In diesen Wochen konnte man die Hoffnung haben, die Vorgänge im April würden

1 Vgl. Nr. 59.

2 Nr. 64.

3 Vgl. Nr. 59.

überwunden sein. Ich habe diesen Eindruck besonders in den glänzend verlaufenen Versammlungen gehabt. Unsere Anhänger im Lande gingen absolut mit. In Sachsen trat mir allerdings das Gefühl einer gewissen Kälte gegenüber der Organisation der Partei als solcher entgegen. Ausschließlich wurde dies Gefühl bestimmt durch den Gesichtspunkt: Wir wünschen keinen Staat innerhalb der Partei. Die Fraktion darf nicht auseinanderstimmen. Ich habe diese Gedankengänge auch in der Fraktion, wo inzwischen wieder eingehende Auseinandersetzungen stattfanden, verfolgt. Ich vermochte nicht anzunehmen, daß jemand in der Fraktion sein könne, der auf dem Standpunkt steht: „Laßt nur diesen Vorsitzenden der Partei arbeiten; wir setzen das Spiel in der Fraktion fort, das darauf hinausläuft, daß schließlich im Lande die Partei auseinanderläuft". Denn im Lande ist man gegen nichts empfindlicher als gegen Unklarheiten und laufende Zwistigkeiten. Ich habe in der Fraktion, als wir über die Steuergesetze sprachen, nicht unterlassen, mit allem Ernst auf den Standpunkt zu verweisen, der durch den Parteivorstandsbeschluß vom 25. April gegeben war. Aber ich habe diesen Beschluß während der ganzen Verhandlungen kein einziges Mal wörtlich [her]angezogen, sondern nur auf den Ernst der Lage und die Notwendigkeit einer reinlichen Klarstellung hingewiesen.

Man kann sagen, daß wir uns viele Stunden lang mit diesen Dingen befaßt und darüber ausgesprochen haben. Meine sachliche Auffassung gegenüber den Steuergesetzen ist von vornherein die gewesen, daß über die Ablehnung keine Meinungsverschiedenheiten bestehen können. Auch viele der jetzt von uns Gegangenen haben sich diese Auffassung zu eigen gemacht. Ich hatte die Hoffnung und die Absicht, daß man gegenüber dieser Gefahr eine Taktik des Ausweichens befolgen könne. Einen einheitlichen Fraktionsbeschluß auf Ablehnung des Weges mit dem Artikel 48 hoffte ich ermöglichen zu können. Nicht, weil ich grundsätzlich der Meinung wäre, daß der Artikel 48 nicht anwendbar sei, sondern weil der vorliegende Fall nicht ausreichend zu sein schien, um zu diesen Mitteln zu greifen. Weiter erwartete ich durch dieses Vorgehen einen taktischen Erfolg. Ich hoffte, daß die Regierung die Entscheidung über diese Frage an das Ende des Reichstages stellen würde. Es wäre dies die einzige gegebene Möglichkeit gewesen. Dann wären die Osthilfe, die Abänderungsgesetze zur Krankenkasse und eine Reihe anderer Dinge inzwischen im Reichstag erledigt worden. Nicht erledigt worden wären allein die Steuergesetze. Und wenn dann die Regierung nach dem Auseinandergehen des Reichstages diese Steuergesetze hätte erledigen wollen, würden wir ihr ohne weiteres zur Seite gestanden haben, falls sie gewünscht hätte, daß eine Vertagung bis zum Herbst erfolgen sollte.

Diesen Weg hätte die Regierung gehen können, wenn sie eine Verständigung mit uns gewünscht hätte[4]. Wie sollten wir uns aber zu dem Artikel 48 stellen, wenn er am Anfang angeführt wurde? Ich habe diese Frage in der Fraktion angeschnitten. Ich habe in der Fraktion aber eine Stimmung gefunden, die erwarten ließ, daß das Gegenteil von dem erreicht wurde, was ich wollte, wenn ich auf dem beabsichtigten Wege weitergehen würde.

Der Angelpunkt der Lage war nach meiner Auffassung der: weder Regierung noch Sozialdemokratie wollten die Auflösung. Wie ich ausführte, wäre nach meiner

4 Zu den Verhandlungen mit der Reichsregierung Nr. 107 und 112.

Auffassung die beste Lösung die eben geschilderte. Wir hätten dann durch die Vertagung die Zeit und die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen gehabt, die auf eine Umbildung der Regierung im Reich und auch eine anders gerichtete Regierung in Preußen gerichtet sein konnte. Diese Lösung mußte dem Zentrum als eine Notwendigkeit vor Augen gestellt werden, und zwar so, daß das Zentrum von seinem Widerstand hiergegen ablassen mußte.

Wir hätten, wenn die Regierung diesen Weg gehen wollte, ja durchaus eine zweckmäßige bürgerliche Wahlparole finden können, die ich für notwendig gehalten hätte. Als eine solche Wahlparole schien mir der Gedanke der Reparationsabgabe durchaus geeignet, weil er den Gegensatz zwischen uns und den Mittelparteien hinsichtlich der Haltung zum Young-Plan zu überbrücken geeignet ist. Durch eine solche Wahlparole wäre ein einheitliches Vorgehen aller bürgerlichen, nicht sozialistischen Kräfte erreicht worden. Voraussetzung für diesen Weg bildete aber die Verständigung über Preußen. Die Notwendigkeit der Lösung in Preußen ist die Lehre aus zwei Regierungsversuchen in der Vergangenheit. Über die Richtigkeit dieser Lehre bestand früher in der Fraktion durchaus Einheitlichkeit. Das Endziel des ganzen Vorgehens war eine wirkliche Bereinigung der Zustände, die die SPD herbeigeführt hatte. Ein solches Ziel ist anderweitig nicht zu erreichen.

Bei den vielen Möglichkeiten, die in einem Hause wie dem Reichstag an die Parteien herantreten, muß man sich trotzdem über gewisse Grundfragen klar sein und klar bleiben. Wenn man sie immer wieder fallen läßt, dann gerät man auf die Bahn, die mit dem endgültigen Mißerfolg enden muß. Dann wird die Entwicklung vom 20. 5. fortgesetzt.

Es gab zwei Möglichkeiten: Entweder zerreibt sich die Partei im Lande, oder wir müssen in Berlin Klarheit schaffen und nach Möglichkeit die Partei im Lande zusammenhalten. Ich bin der Meinung gewesen, daß der letztere Weg des Zusammenhaltens der Partei im Lande der richtige war.

Der Plan, mit der Regierung zu einer Verständigung zu gelangen, war deshalb nicht durchführbar, weil die Fraktion nicht einheitlich gestimmt war. Die Lage in der Fraktion war so, daß über die Möglichkeit einer Auflösung des Reichstages überhaupt nicht diskutiert werden konnte.

Die Gruppe des Herrn *Treviranus* hat sich zeitweilig in einer nicht sehr angenehmen Lage befunden. Sie hat sich gerettet, indem sie das Spiel vom Herbst fortsetzte, wo sie der Regierung vorspiegelte, daß diese eine Mehrheit aus der deutschnationalen Fraktion bekommen werde. – In der Presse dieser Gruppe kamen solche Versuche immer wieder zum Ausdruck. Dieses Spiel lief auf eine Verhinderung einer Verständigung zwischen uns und *Brüning* um jeden Preis hinaus. Diese Gruppe hat die Regierung auf den Weg gelockt, den sie gegangen ist. Ich weiß, wie Herr *Brüning* heute darüber denkt. Ich glaube nicht, daß *Brüning* das erreichen wollte, was er erreicht hat. Man konnte in diesem Reichstag keine Politik führen, weil sie immer von der anderen Seite durchkreuzt wurde. Unter solchen Umständen ist es sehr schwierig, erfolgreich zu sein. Wir waren nicht einmal bei den Steuergesetzen einig. Nach den Steuergesetzen war wieder völlige Uneinigkeit in der Fraktion, und nun erschien es mir richtig, gemeinsam mit Herrn

Dr. *Oberfohren* den Versuch zu machen, der letzteren Entscheidung auszuweichen. Zu diesem Zweck erfolgte unser Brief an den Reichskanzler, in dem wir ihn um Verhandlung ersuchten[5]. Diese Verhandlung hat stattgefunden, und von unserer Seite wurde ein rein taktischer Vorschlag gemacht. Wir sprachen allerdings auch über unsere Ziele, die auf eine Ergänzung der Regierung im Reich und eine Umbildung der Regierung in Preußen hinausliefen. Unser Vorschlag ging aber lediglich darauf [hinaus], die Entscheidung bis zum September zu vertagen. Das ist abgelehnt worden, und nun stand die Frage der Stellungnahme zum Artikel 48 vor uns.

Ich muß nun im folgenden darlegen, welche Gründe dafür sprechen, für den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Steuernotverordnung, dessen Annahme die Reichstagsauflösung herbeiführte, zu stimmen[6].

1. Wichtig ist ein Moment: Mit der von *Schiele* eingeleiteten landwirtschaftlichen Aktion, deren Erfolg wir alle wünschen, muß, wenn sie zum Erfolg führt, eine Preissteigerung für landwirtschaftliche Erzeugnisse die Folge sein. Die Folge davon wird sein, daß sich der ganze Standard der Lebensmittelpreise hebt. Die Sozialdemokratie, deren Schuldmomente ihrer letzten Regierungszeit immer mehr in den Hintergrund treten, wird hierdurch eine ungeheuer gefährliche Wahlparole des Lebensmittelwuchers bekommen. Das wäre ihre beste Agitationswaffe. Es würde verhängnisvoll sein, wenn die Wahl stattfände, nachdem dieser Erfolg erreicht war.

Als *Schiele* seine Aktion begann, hieß es, wir hätten keine 8 Tage Zeit mehr. Jetzt ist bald ein halbes Jahr vergangen, ohne daß die gewünschte Wirkung eingetreten wäre. Die „Deutsche Tageszeitung" schrieb in diesen Tage schon, die *Bülow*schen Zollmaßnahmen hätten sich erst in 4 Jahren auswirken können. Wenn wir aber mit längeren Zeiträumen rechnen müssen, dann wäre es besser gewesen, eine andere politische Gesamtsituation herbeizuführen.

Die Wirkung des Young-Planes, die Stimmung im Lande und in der Reichswehr, alle diese Momente sind durch die schlecht angelegte Situation wirkungslos verpufft.

2. Es lag eine innerpolitische Situation vor, in der wir dem Zentrum eine Lektion erteilen mußten. Es darf sich nicht erlauben, eine Politik zu treiben, wie es sie in letzter Zeit mit uns betrieben hat. Nicht widerspruchslos durften wir uns die Brüskierungen des Zentrums gefallen lassen.

3. Wenn man in diesem Augenblick dem Zentrum die Flucht des Artikel 48 ablehnte und die Hoffnungen darauf zunichte machte, bedeutete das nicht eine grundsätzliche Stellungnahme gegen den Artikel 48. Es bedeutet im Gegenteil, daß man das Zentrum auf diesem Wege in einem stärkeren Maße vorantreibt. In diesen Tagen wird eine neue Notverordnung mit Hilfe des Artikel 48 erfolgen[7]. Es ist gut, wenn man die Mittelparteien auf diesen Weg drängt. In dieser Beziehung wird also

---

5 Vgl. Nr. 112.

6 Am 18. 7. 1930 stimmten 32 Abgeordnete der DNVP für den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag, 25 unter der Führung *Westarps* dagegen. RT Bd. 428 S. 6525. Vgl. Nr. 113.

7 Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. 7. 1930, RGBl. 1930 I S. 311.

in den Behauptungen der Mittelparteien der innere Kern der Dinge in das Gegenteil verkehrt. Es ist eine falsche Behauptung, die lautet, nun treten die Deutschnationalen gegen die Anwendung des Artikel 48 auf. Nein, was wir getan haben, führt nur dahin, daß dieser Artikel auch für die Mittelparteien eine wesentliche Bedeutung gewinnen muß.

4. Zu der nationalsozialistischen Frage ist zu bemerken, daß es bei dem Anwachsen der Nationalsozialisten unbedingt richtig ist, sie so bald wie möglich vor die Verantwortung zu stellen. Sie können das zeigen, was sie können oder was sie nicht können.

5. Ein weiterer Gesichtspunkt: Wenn wir wieder zu einer gesunden Politik kommen wollen, dann muß auch die Stickluft im Reichstag bereinigt werden, die sich dort ausgebreitet hat.

6. Endlich spielt auch eine Rolle die Haltung unserer Fraktion, wenn dies auch nicht ein entscheidender Gesichtspunkt ist. Selbst nebensächlich aber ist der gegenwärtige Zustand auf die Dauer unmöglich. Wenn wir noch einmal die Volte vom 3. 4.[8] geschlagen hätten, bin ich überzeugt, daß dann die Partei von der anderen Seite her auseinandergelaufen wäre. Mir ist aus Kreisen der Fraktion, die auf der anderen Seite stehen, schon gesagt worden, es bleibt nun schließlich nichts anderes mehr übrig, als zu den Nazis zu gehen. Wir standen also vor dem Bruch. So oder so. Wir konnten uns nicht der Stellungnahme entziehen. Da werden Sie es verstehen, wenn ich bei meiner Kenntnis der Stimmung im Lande und angesichts der Tatsache, daß die Herren, die hier in der Fraktion auf einem opportunistischen Standpunkt standen, nur ein einseitiges Echo gaben, die bekannte Entscheidung wählte. Wir müssen die Verhältnisse an der Spitze der Partei bereinigen und nicht im Lande. Unsere Oppositionsstellung wäre aber auch lächerlich geworden.

Noch eins. In welchem Zustand befinden wir uns heute in Deutschland? Der eine Teil des Volkes, der bürgerliche Teil, ist damit beschäftigt, all seine Hoffnungen auf eine Säule zu bauen. Diese Säule ist der von uns auf den Schild erhobene Reichspräsident. Wie lange kann sie noch halten? Was jetzt getan wird, läuft darauf hinaus, daß man sich die Augen verbindet und sagt, wir haben diese Säule noch und müssen uns darum unter den Schutz dieser Säule stellen. Was nachher wird, wissen wir nicht. Wenn wir darüber nachdenken, müssen wir sagen, daß dann wohl das Schicksal kommen wird, daß die SPD die Herrschaft bekommt. In der Zwischenzeit aber wollen wir noch so gut für uns sorgen, wie wir können.

Ich bin der Meinung, nachdem im Frühjahr dieser falsche Weg von der jetzigen Regierung eingeschlagen ist, bleibt denjenigen, die an die Zukunft denken, nichts anderes übrig, als daß wir uns im Lande eine neue Säule aufbauen. Wir müssen im Lande eine starke, kräftige, nationale, antimarxistische Partei aufbauen.

So unbequem es mir ist, daß sich jetzt eine nationalsozialistische Bewegung entwickelt hat, so müssen wir doch damit rechnen. Ich glaube bestimmt, der Rückfluß zu uns wird sehr bald kommen. Nur dürfen wir nicht den verzweifelten Standpunkt einnehmen, unter dem Schutz von *Hindenburg* noch zu tun, was getan werden kann. Die Besprechungen mit *Brüning* und das Ergebnis der Verhandlun-

8 Am 3. 4. 1930 hatte die DNVP den Mißtrauensantrag gegen die Regierung *Brüning* abgelehnt. Dazu Nr. 45, 46, 48 und 49.

gen in der Fraktion und im Reichstag sind bekannt. Ein Herr aus Industriekreisen sagte mir am Tage der Auflösung: „Sie können ja gar nicht anders. Was soll dieses Spiel im Reichstag? Wenn Sie mit 40 Mandaten in diesem nächsten Reichstag arbeiten werden, so werden Sie mehr haben, als wenn 40 Abgeordnete jetzt diesen Weg gehen und 40 Abgeordnete nach der anderen Seite". Ich bin niemals ein Anhänger der Theorie gewesen: eine kleine, aber geschlossene Partei. Immer war ich der Meinung, wir wollen eine geschlossene, aber auch große Partei. Wie die Situation aber zuletzt stand, muß ich erklären, daß mit dieser Fraktion nichts zu leisten war. (Sehr wahr.)

Ich habe das Vertrauen, daß im Lande die Stimmung eine andere ist. Also müssen wir versuchen, unter Anregung und Ausnützung dieser Stimmung eine vielleicht, das ist aber gar nicht einmal sicher, neue Basis aufzubauen. Das Spiel zwischen den Abgesplitterten wirkt doch auf die Masse keineswegs imponierend. Die Gegner in der Mitte werden sich verrechnen. Die SPD wird jetzt noch verlieren. In einem Jahre aber, wenn diese bürgerliche Politik weitergeführt worden wäre, dann hätte die SPD mit den Kommunisten zusammen die 40 Mandate gewonnen, die ihnen an der absoluten Mehrheit noch fehlen. Diese Gefahr ist meine ständige Sorge der letzten zwei Jahre gewesen. Jetzt vermeiden wir dieses Ergebnis. Jetzt legen wir den Grund für eine Lage, in der die SPD im nächsten Reichstag für eine Große Koalition schlechter dastehen wird als bisher.

Das wäre ein Erfolg, den wir durch die jetzige Auflösung herbeigeführt hätten.

Dr. *Hugenberg* erklärte sodann in seinen weiteren Ausführungen, daß das, was über eine Verbindung mit *Hitler* gesagt worden ist, falsch ist. Die Gefahr der nationalsozialistischen Bewegung ist mir, so fährt Dr. *Hugenberg* fort, völlig klar. Die Gegner im Zentrum aber glauben heute nicht etwa, nun blühe unter allen Umständen der Weizen. Sie sehen vielmehr eine Gefahr für sich in dem Wege, den wir gehen. Unser Kampf ist ja nicht gegen das Zentrum gerichtet, sondern gegen die SPD. Wir wollen auch in diesem Wahlkampf unseren Kampf gegen den Marxismus voranstellen. Die Mittelparteien spielen in diesem Kampfe nur insofern eine Rolle, als sie der SPD die Möglichkeit geben, ihre Stellung immer wieder zu befestigen. Dabei verdient hervorgehoben zu werden, daß eine Schwenkung des Zentrums in Preußen genügen würde, eine Rechtsregierung in Preußen zu schaffen, ohne daß Neuwahlen dazu nötig wären.

Ich persönlich habe die Hoffnung, daß es jetzt mit einem festen Kern trotz der Verluste wieder neu vorangehen wird. Und wenn wir noch nicht bei dieser Wahl in unserer alten Stärke zurückkehren würden, dann werden wir mit um so größerer Zahl in den nächsten Reichstag einziehen, mit dessen Neuwahl wir recht bald zu rechnen haben werden. (Starkes Bravo.)

Dr. Oberfohren gab vom Standpunkt eines genauen Beobachters und eines Mannes, der eine aktive Rolle bei den letzten Ereignissen gespielt hat, eine Reihe von Ergänzungen zu den Ausführungen des Partei-Vorsitzenden.

Es begann mit den Worten des *Grafen Westarp*, die dieser auf dem Kasseler Parteitage[9] gesprochen hat: „Als unsere Aufgabe betrachten wir es, jede

9 Im November 1929.

Koalitionsschwierigkeit, die sich ergibt, zu verschärfen und im Lande zur Aufklärung über die Unmöglichkeit der jetzigen Mehrheitsverhältnisse und des ganzen Regierungssystems auszunutzen. Wenn ein Augenblick kommt, wo es in unserer Hand liegt, den endgültigen Bruch der gegenwärtigen Koalition und damit die Auflösung dieses Reichstags herbeizuführen, so werden wir unsere Maßnahmen selbstverständlich in engster Fühlung mit der Gesamtpartei treffen". Selten hat jemand seine eigenen Worte so desavouiert. Das, was *Graf Westarp* in den letzten Monaten getan hat, ist das strikte Gegenteil von dem, was er in Kassel dargelegt hat. Diese Dinge begannen im April. Die von mir behauptete Auffassung von der Anwendung des Artikel 48 zur Durchführung der Steuern, die ich am 14. April vertreten habe, ist durch die Ereignisse restlos bestätigt worden. Damals habe ich bei *Brüning* und *Moldenhauer* feststellen können, daß die Regierung, wenn die Fraktion als kompakte Masse damals aufgetreten wäre, schon im April die Steuergesetze mit Artikel 48 gemacht hätte. Dadurch wäre erreicht worden, daß nicht sogleich nach der Annahme des Young-Planes ein großer Teil der Fraktion sich damit belastete, Steuern zur Durchführung des Young-Planes auf sich zu nehmen. Noch dazu, wo die Hauptschuldige des Young-Planes, die SPD, sich davor gedrückt hatte.

Nach diesen unerfreulichen Ereignissen mußte ich versuchen, die Fraktion wieder zu harmonisieren. Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß, wenn einmal ein solcher Bruch, wie er am 14. April erfolgte[10], geschehen ist, Kompromißversuche keinen Erfolg mehr haben. Sie waren aber trotzdem notwendig, weil das Land sie auf das dringendste verlangte. Das Land stellte sich auf den Standpunkt, ihr mögt richtig oder falsch handeln, das ist ganz gleich. Ihr müßt unter allen Umständen einheitlich stimmen. Aus diesem Grunde habe ich wirklich Übermenschliches aufgeboten, um die Fraktion zu einheitlicher Stellungnahme zu führen. Das hat zweifellos zu einer Schwächung der Stoßkraft der Fraktion geführt. Aber unsere Versuche haben zunächst doch einen Erfolg gebracht. Dieser Erfolg wurde jedoch dauernd gestört durch die Konspirationen eines gewissen Kreises. *Westarp* verwahrte sich noch in der letzten Parteivorstandssitzung mit aller Entschiedenheit gegen die Bezeichnung „Gruppe *Westarp*"[11]. Ich muß demgegenüber leider feststellen, daß die genannte Gruppe dauernd Veranstaltungen abgehalten hat zu dem Zwecke, sich als selbständige Größe zu erhalten und als solche ins Feld führen zu lassen. Ich habe Dokumente, daß in einer Woche nicht weniger als drei solcher Sonderfraktionssitzungen stattgefunden haben. Sie hatten sogar ihre eigene Tagesordnung, die sich nicht mit grundsätzlichen Fragen befaßte, sondern Tagesarbeit betraf.

Dadurch wurde die Aktionsfähigkeit der Fraktion auf das stärkste behindert. Wir haben uns aber nicht dadurch irre machen lassen, sondern immer wieder den Versuch unternommen, eine einheitliche Gesamttendenz der Fraktion herzustellen. Dazu eins: Von denen, die jetzt von uns gegangen sind, wird als Grund angegeben, in der Fraktion habe eine Willkürherrschaft geherrscht. Das Regiment

10 Am 14. 4. 1930 stimmten die Fraktionsmitglieder im Reichstag unterschiedlich ab. Dazu Nr. 59 und 60.

11 Vgl. Nr. 59.

des Parteiführers sei unerträglich gewesen. Ich bin schon in früherer Zeit stellvertretender Vorsitzender gewesen. Ich kann erklären, die Leitung der letzten Monate hat sich sehr stark unterschieden von der früheren. Den Vorwurf, daß die Ausgetretenen geknechtet worden seien, muß ich aus eigenster Kenntnis aller Vorgänge auf das allerentschiedenste zurückweisen.

Als nun eine gewisse Harmonisierung herbeigeführt worden war, kamen die neuen Steuergesetze. Wenige Monate vorher waren 700 Millionen Steuerermäßigung dem deutschen Volke versprochen worden. Diese neuen Steuerforderungen seien eine Leistung des Herrn *Moldenhauer*, die ihresgleichen sucht. Es hätte nahegelegen, daß die Regierung bei ihren neuen Forderungen andere Wege suchte. *Moldenhauer* erklärte sich schließlich bereit zuzugeben, daß 15 Millionen Ersparnis möglich wären. Wenige Wochen später waren 100 Millionen nötig.

Die Fraktion hatte unter meiner Führung im April die Taktik der Undurchsichtigkeit gegenüber den Regierungsforderungen eingeschlagen. Der Zweck war, dadurch auf dem Agrargebiete und auf anderen Gebieten so viel als möglich herauszuholen. Diese Taktik der Undurchsichtigkeit endete letzten Endes infolge der Haltung eines Teiles der Fraktion mit einem Mißerfolg. Wir wählten daher bei den neuen Steuern eine andere Taktik. Ich setzte die Fraktion einheitlich im Sinne der Ablehnung ein, obgleich dieser Tatbestand nicht ganz zutraf. Es ist uns gelungen, durch starken Druck diese Einheitlichkeit der Ablehnung sicherzustellen. Leider hat auch diese Methode angesichts der Mächte, die dagegen gearbeitet haben, nicht zum Siege geführt. In einer Unterredung mit *Brüning*[12], in der er die Frage an mich richtete, wie die Fraktion zu den Steuern stehe, habe ich geantwortet, daß sie einheitlich zur Ablehnung entschlossen sei. Diesen Standpunkt habe ich im Plenum öffentlich verkünden können[13]. Ich habe aber bei der Besprechung mit *Brüning* schon den Eindruck gehabt, daß seine Aussprache mit mir nur eine Formalität bedeutete. Denn über die Frage, wie die Fraktion steht, ist die politische Besprechung nicht hinausgekommen. Ich hatte sehr stark den Eindruck, daß *Brüning* schon damals überzeugt war, daß trotz meiner Erklärung genügend Kräfte zu seiner Unterstützung aus der Fraktion kommen würden. Ich pflichte der Ansicht Dr. *Hugenbergs* durchaus bei, daß *Brüning* über den Verlauf der Affäre sehr erstaunt gewesen ist. *Brüning* ist von *Treviranus* von vornherein so instruiert worden, daß die Hälfte der deutschnationalen Fraktion ihn retten werde.

In diesem Zusammenhang mache ich auf folgende Vorgänge aufmerksam. Es wurde plötzlich bekannt, daß der Redakteur der spanischen ABC-Zeitung eine Unterredung mit *Treviranus* gehabt hat, in der *Treviranus* erklärte, es ist sicher, daß in ganz kurzer Zeit mindestens 20 Abgeordnete zu den Volkskonservativen hinzustoßen würden. Von *Westarp* ist dies in der Fraktion auf das schärfste dementiert worden. *Dryander* mußte den Tatbestand zugeben, er erklärte aber, daß der spanische Redakteur *Treviranus* falsch verstanden habe. Dieser hätte nur im Scherz gesprochen[14]. (!)

---

12 Dazu Nr. 112.

13 In der Sitzung vom 18. 7. 1930, RT Bd. 428 S. 6508f.

14 Nr. 112.

Unser Angebot an *Brüning*[15] ist bekannt. Von einigen früheren Mitgliedern unserer Fraktion ist damit operiert worden, es sei nicht ernst gemeint gewesen, und *Brüning* habe weitgehende Zugeständnisse gemacht. Schon hierin liegt ein starker Widerspruch. Diese Behauptung wird von Herren aufgestellt, die gar nicht dabei gewesen sind. Es ist mir schleierhaft, wie sie trotzdem eine solche Behauptung aufstellen können. Diese Verhandlungen waren keineswegs lediglich als taktisches Manöver gedacht. Es handelte sich um einen ernsten politischen Vorgang. Unser Rat, die Abstimmung bis zum Herbst zu vertagen, war absolut ernst gemeint. Von seiten der Reichsregierung ist dieser Vorstoß auch durchaus ernst aufgefaßt worden. Der Reichspressechef *Zechlin* sagte mir, das ist ja das größte Ereignis, das in der letzten Zeit passiert ist. Dieselbe Auffassung teilte die Regierung. Darüber bestand bei der Besprechung kein Zweifel, daß unsere Forderungen oder Erörterungen, die wir aufgestellt hatten, von A–Z abgelehnt worden sind. Man behauptet, der Forderung hinsichtlich der Bereinigung der Verhältnisse in Preußen wäre zugestimmt worden. *Brüning* hat in Wirklichkeit erklärt, ich habe nichts dagegen, aber an irgendeinen Erfolg ist gar nicht zu denken, solange Herr *Heß* an der Spitze der preußischen Zentrumsfraktion steht. Unser Vorschlag weiter, diese Reichsregierung umzubauen, war absolut klar und ernst gemeint. Ebenso unser dritter Vorschlag, der eine Vertagung der Entscheidung empfahl.

Nun aber zu dem Stimmungsbild in der Fraktion: Als Dr. *Hugenberg* seinen Vorschlag in der Fraktion bekannt machte, entstand eine ungeheure Aufregung[16]. Es hieß sofort, die beiden Herren dürfen nicht allein gehen. Es wurde der Vorschlag gemacht, daß mindestens 5 Herren verhandeln sollten. Ich darf versichern, daß meine Ablehnung, von der Entsendung nur zweier Personen abzugehen, und daß die Tatsache unserer Weigerung, den Kreis zu erweitern, nach meiner Auffassung die letzte Entscheidung in der Fraktion herbeigeführt hat.

Gegenüber der Äußerung von *Treviranus*, die Deutschnationale Volkspartei habe den Reichstag gesprengt, behaupte ich, die Regierung hat selbst diesen Reichstag gesprengt. Warum wurden denn die Verordnungen nicht nach der Vertagung des Reichstags erlassen? Ich füge hinzu, daß die Regierung sich auch dadurch ins Unrecht gesetzt hat, daß sie all unsere Sanierungsvorschläge radikal abgelehnt hat. *Treviranus* behauptet, wir hätten uns auf einen absoluten negativen Standpunkt gestellt. Wir hätten keinerlei neue Wege gezeigt. Ich habe demgegenüber erklärt, daß diese Behauptung *Treviranus'* unwahr sei. Mit meiner Erklärung im Reichstag habe ich positiv vorgeschlagen, wie eine Sanierung ohne neue Steuern erfolgen könne.

Wir haben trotzdem in der letzten Fraktionssitzung erleben müssen, daß eine Sondernachtsitzung erfolgte. Die Teilnehmer dieser Nachtsitzung kamen zu dem Entschluß, daß sie eine eigene Erklärung im Reichstag abgeben wollen[17]. Dieser Entschluß bedeutete für mich eine Überraschung. Ich habe den Herren zugeredet, doch nicht der ganzen Welt das Schauspiel der Lächerlichkeit zu geben, indem

15 In der Besprechung am 17. 7. 1930, dazu Nr. 112.

16 Nr. 112.

17 Nr. 113.

nun plötzlich die Fraktion mit zwei Erklärungen heraustrete. Es ist mir nicht gelungen, diesen meinen Gesichtspunkt zur Geltung zu bringen. Nach wiederholter Sondersitzung wurde mir mitgeteilt, die zur Absplitterung geneigten Herren beharrten auf einer eigenen Erklärung. Trotzdem habe ich erklärt, ich bin meinerseits bereit, auf eine Erklärung zu verzichten. Es ist anders verfahren worden.

Ich kann allerdings nicht finden, daß der Erfolg der Erklärung des *Grafen Westarp*[18] sehr groß gewesen ist. Sie kam in dem denkbar ungünstigsten Moment. Zwei Minuten vorher war von Regierungsseite von Herrn *Wirth* gesagt worden, es handle sich bei der vorliegenden Entscheidung um eine Krisis des Systems der Demokratie. *Dietrich* hatte gesagt, daß in ganz wenigen Monaten abermals neue Steuern absolut unvermeidbar wären. In wenigen Monaten seien die Städte bankrott. In zwei bis drei Monaten sei das Reich wieder bankrott. Vielleicht sei es nicht einmal in der Lage, die Gehälter zu zahlen. Nach diesen Erklärungen folgte *Graf Westarps* Erklärung, die Regierung zu stützen.

In derselben Sitzung hatte noch *Scholz* das unvorsichtige Wort gesprochen: alles, was an sachlicher Kritik von dem offiziellen deutschnationalen Sprecher gesagt worden ist, unterschreibt die DVP vollständig!

Auch die Argumentation der Dissidenten war nicht sehr erfolgreich. Es wurde erklärt, die Gruppe könne es nicht über sich gewinnen, mit der SPD gemeinsam den Sturz der Regierung herbeizuführen. Wenn man sich diesen Standpunkt zu eigen macht, dann ist man von vornherein zu jeder Politik im Reichstag unfähig. *Treviranus'* überspitzte Bemerkung, *Hugenberg* habe mit *Hilferding* diesen Reichstag gestürzt, ist ungehörig.

Auch die übrigen Darlegungen der Dissidenten über die Agrarhilfe und die Osthilfe sind nicht überzeugend. Die Osthilfe ist ein Sammelsurium von Gesetzen und unwirksam, solange der Polenvertrag in Aussicht steht.

Die Haltung der Abgesplitterten ist zu charakterisieren als ein Versuch, die Politik der Mitte, die eine Politik der Schwäche ist, zu verlängern. Unsere Parole muß sein: Die Deutschnationale Volkspartei hat sich geweigert, das deutsche Volk mit noch mehr Steuern zu belasten. Die weitere Parole ist die der Fortsetzung der Aufgaben des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren. Dr. *Oberfohren* schloß mit der Ansicht, daß wir als ein starkes Kräftereservoir übrigbleiben müssen, das nicht in dieses System hineingestellt werden kann.

Hugenberg knüpfte an die Ausführungen Dr. *Oberfohrens* an. Gegenüber dem von Dr. *Oberfohren* erwähnten Verlangen, daß wir wenigstens mit 5 Herren mit der Regierung hätten verhandeln sollen, sei doch wohl festzustellen, daß zwei Verhandlungspartner gerade genug seien. Dr. *Hugenberg* betonte weiter, daß er in diesen Wochen vor sehr vielen schweren Lagen gestanden habe. „Bei all dem Elend, was sich in diesen Wochen abspielte, möchte ich", so schloß Dr. *Hugenberg*, „doch sagen, daß Dr. *Oberfohren* und ich in all diesen Tagen bis ins einzelne hinein an einem Strang haben ziehen können. Zwischen uns bestand

18 Am 18. 7. 1930 im Reichstag, RT Bd. 428, S. 6517.

keine Meinungsverschiedenheit. Ich glaube, das muß einmal ausgesprochen werden".
[. . .][19]

19 Über die Diskussion Niederschrift in ZStA DNVP 56/Bl. 1–38. Der Parteivorstand faßte eine Entschließung, die in der Presse veröffentlicht wurde: „Der Parteivorstand bekennt sich in vollem Umfang zu der Politik seines Parteiführers Dr. *Hugenberg*. Er dankt der Reichstagsfraktion und ihrem Vorsitzenden Dr. *Oberfohren* für ihren Widerstand gegen die wirtschaftszerrüttenden Steuerpläne und verhängnisvollen Halbheiten des gegenwärtigen Kabinetts. Der Parteivorstand verurteilt es auf das schärfste, daß eine Anzahl von Abgeordneten gegen den Mehrheitsbeschluß der Fraktion und gegen die Willenskundgebung des Parteivorstandes gestimmt hat."

119.

25. 7. 1930: Niederschrift über die Sitzung des Vorstandes der Deutschen Demokratischen Partei (Auszüge)

BA R 45 III/22. Handschriftliche Korrekturen. Überschrift: „Protokoll über die Sitzung des Vorstandes der Deutschen Demokratischen Partei am 25. Juli 1930 im Reichstag, Saal 25".

Der Vorsitzende, Herr *Koch-Weser*, eröffnet die Sitzung um 3/4 4 Uhr.

Die politische Lage und die Reichstagswahlen.

Herr Meyer-Berlin erstattet ein einleitendes Referat. Wir haben bei der Unterstützung der *Dietrich*schen Finanzpolitik immer wieder drei Voraussetzungen in den Vordergrund gestellt: 1. keine Sonderbelastung eines bestimmten Berufsstandes! 2. keine Steuererhöhung ohne eine Reform der Steuern! 3. gleichzeitige Sanierung der Reichs- und der Gemeindefinanzen! Die Anträge[1], die wir schließlich mit unterschrieben haben, haben nur einen kleinen Teil dieser unserer Forderungen erfüllt. Der Referent legt das im einzelnen dar und bemerkt dann weiter: Wenn wir trotz allem die Anträge mit eingebracht haben, so war für uns maßgebend, daß wir so lange als möglich versuchen mußten, auf parlamentarischem Wege eine Verbesserung der Lage zu erreichen und eine Anwendung des Artikel 48 der Verfassung zu vermeiden. Aber auch das ist uns nicht gelungen. Die Frage, ob die Anwendung des Artikel 48 nicht zu umgehen gewesen sei, haben wir zu verneinen. Aber die Regierung hatte sich zu sehr auf die Absplitterung von *Hugenberg* verlassen. Das war eine unbegründete Hoffnungsseligkeit. Deshalb hat man darauf verzichtet, mit den Sozialdemokraten die gebotene Fühlung zu nehmen, obwohl wir es dringend verlangt hatten. Allerdings haben die Sozialdemokraten auch durch ihren ultimativen Brief[2] höchst ungeschickt der Regierung einen

1 Nach Absprache mit der Reichsregierung hatten die Regierungsparteien am 15. 7. 1930 Änderungsanträge zu den Deckungsvorlagen der Regierung eingebracht, die u. a. den Entwurf eines Bürgersteuergesetzes enthielten. RT Drucks. Bd. 443 Nr. 2363. Vgl. Nr. 109.

2 Der Zentrumsabgeordnete *Eßer* hatte am 15. 7. 1930, zu Beginn der zweiten Lesung der Deckungsvorlagen, mit dem SPD-Abgeordneten *Breitscheid* Verhandlungen aufgenommen. *Brüning* wohnte diesen Verhandlungen als Gast bei, äußerte im Kabinett allerdings Bedenken, daß „bei

Grund gegeben, von Verhandlungen abzusehen. Wir haben in der ganzen Zeit der schweren Krisis alles getan, um die Finanznot des Reiches zu lindern. Wir haben als einzige Partei niemals eine Bedingung gestellt. Das ist keine Politik der Schwäche bei einer Partei, die nicht durch die Zahl ihrer Mandate wirken kann. Die Frage, ob bei Erlaß der Notverordnungen die Verfassung gewahrt ist, soll hier nicht erörtert werden. Jedenfalls verlangte die Regierung sofort Indemnität, und wir mußten uns entscheiden, ob wir sie erteilen sollten. Die Fraktion war sich völlig einig darin, daß Indemnität erteilt werden mußte. Denn ihre Versagung hätte bedeutet, daß wir für die Aufhebung derselben Gesetze eintraten, die in einem von uns unterschriebenen Antrag enthalten waren. Die Aufhebung der Verordnungen ist mit einer Mehrheit von 15 Stimmen erfolgt. Wären also noch acht Abgeordnete von *Hugenberg* weg und zur Regierung gegangen und hätten wir dann für die Aufhebung gestimmt, dann wäre durch unsere Stimmen die Auflösung des Reichstages notwendig geworden. Eine solche Situation war für uns unmöglich.

Seit der Auflösung ist am wichtigsten der Schritt von *Scholz*, der darauf ausgeht, eine Sammlung der Parteien, die hinter der Regierung gestanden haben, mit Ausnahme des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei herbeizuführen[3]. Wir werden wohl darüber einig sein, daß es die schwersten sachlichen Bedenken hätte, die Sammlung im Sinne eines organischen Zusammenschlusses mit der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei oder gar mit dem konservativen Flügel zu machen, weil uns von diesen Parteien außerordentlich vieles trennt, weil in der Deutschen Volkspartei diejenigen Mitglieder des Reichstages sitzen, die von unseren sozialen Anschauungen am weitesten entfernt sind, weil eine derartige Blockbildung die Front gegen die Sozialdemokratische Partei richten und die Heranziehung der Sozialdemokraten zur Regierung erschweren würde. Aber andererseits läßt sich nicht leugnen, daß der ganze Schritt von *Scholz* für uns sehr unbequem ist. Vielleicht ist er sogar darauf berechnet, uns in eine unbequeme Lage zu bringen. Deshalb dürfen wir auf die Einladung keine schroffe Absage erteilen, dagegen unsere Bedingungen stellen und sehen, ob die Sache an den

---

Abhaltung einer gemeinsamen Verhandlung mit der sozialdemokratischen Partei jede Unterstützung von rechts aufhören werde." Ministerbesprechung am 15. 7. 1930, BA R 43 I/1445. *Eßer* gewann bei den Verhandlungen den Eindruck, daß das Schreiben des Reichspräsidenten in der Stahlhelmfrage vom gleichen Tage (Nr. 110, Anm. 8) in der SPD Widerstand ausgelöst habe, daß die Parteiführer aber Neigung hätten, „ihre Fraktion zur Tolerierung zu bestimmen". Zentrumsprotokolle S. 469f. Am 16. 7. 1930 teilte der sozialdemokratische Parteivorstand in dem von *Meyer* angesprochenen Brief *Eßer* mit, daß die Bürgerabgabe, die „Kopfsteuer", für die SPD „vollkommen unannehmbar" sei, und verlangte Verhandlungen über „notwendige Änderungen der Vorlage für Arbeitslosen- und Krankenversicherung." Jahrbuch der SPD 1930 S. 13. Daraufhin sah *Eßer* keine Möglichkeit mehr, „mit Hilfe der Sozialdemokratie die Deckungsvorlage zu verabschieden". Zentrumsprotokolle S. 471. Die Konsequenz wären in der Tat neue Verhandlungen ohne absehbares Ergebnis gewesen. Vgl. Nr. 130. – Sozialdemokratische Politiker betonen in ihren Erinnerungen die Bereitschaft der SPD, mit *Brüning* zu einem Kompromiß zu kommen, wenn er auf ihr Anliegen eingegangen wäre. Stampfer S. 573ff.; Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Stuttgart 1948 S. 388ff. *Brüning* gibt in seinen Memoiren die Schuld am Scheitern der Verhandlungen eindeutig der SPD, S. 175f., 178f.

3 *Scholz* hatte *Treviranus*, *Drewitz*, *Sachsenberg*, *Koch-Weser*, *Meyer* und zwei Vertreter der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler zu einer Besprechung über „Sammlung der bürgerlichen Parteien der Mitte" eingeladen, die am 30. 7. 1930 stattfand. Nr. 123; Schulthess 1930 S. 185f.; Jonas S. 83.

anderen scheitert. Wir wünschen nicht als Friedensstörer aufzutreten, halten es aber erst recht für unmöglich, einen solchen Zusammenschluß zu vollziehen, weil dann weite Kreise unserer Wähler zur Sozialdemokratie übergehen oder eigene Listen aufstellen würden. Wir müssen natürlich in den Wahlkampf gehen mit einem möglichst zugkräftigen Programm. Das Wichtigste hierbei ist die Stellung zur Finanzfrage. Daher werden wir uns schlüssig zu machen haben, ob wir die Politik des Ministers *Dietrich* unsererseits verteidigen sollen oder nicht. Ich bin der Überzeugung, daß uns in diesem Wahlkampf nichts übrig bleiben wird, als mit aller Entschiedenheit hinter die Person des Reichsfinanzministers zu treten. Das zieht auch der Kritik an den Regierungsmaßnahmen gewisse Grenzen. Wir sollen allerdings die Distanz zur Regierung nicht verleugnen. Außerdem haben wir ins Auge zu fassen das Problem der Preissenkungsaktion und müssen mit Nachdruck zurückkommen auf die Forderung der Reichsreform, und dann zum Schluß ist jetzt stärkste Betonung nötig der Frage der Wahlreform.

[. . .][4]

Herr Koch-Weser: Das Wirrsal der letzten Wochen hat begonnen in dem Moment, als die Sozialdemokratische Partei sich auf sozialpolitischem Gebiete jeder Reform widersetzt hat, in dem Augenblick, wo die Sozialdemokratische Partei sich der staatspolitischen Führung der Herren *Müller* und *Severing* entzogen und die gewerkschaftliche Führung des Herrn *Wissell* akzeptiert hat. Es wäre unerträglich gewesen, wenn man sich damals dem Diktat der Sozialdemokratie gebeugt hätte. In diesem Reichstag war tatsächlich keine Mehrheit für die Steuerprojekte vorhanden. Um die Bürgerabgabe allein ist es nicht zum Krach gekommen. Es war ein Fehler der Regierung, daß sie die Reform der Sozialgesetzgebung nicht rasch mit der Rechten unter Dach und Fach brachte, ehe über die Steuergesetze entschieden wurde. Ich glaube nicht daran, daß bei den nächsten Wahlen die bürgerliche Mitte so stark wird, daß sie in Zukunft regieren kann, selbst wenn *Westarp* hinzutritt. Ich würde aber hoffen, daß es mindestens zwei oder drei Monate lang doch möglich sein würde. Eine Regierung zusammen mit *Westarp* wäre aber wohl kaum möglich. Das ist der letzte Grund, weswegen ich Bedenken habe, mich jetzt in Form eines Bürgerblocks irgendwie auf eine Regierung festzulegen, die auf die Dauer für Deutschland unmöglich ist. Auch im neuen Reichstag muß man die Große Koalition ins Leben zu rufen versuchen. Die Vorschläge von *Scholz* sind so unbestimmt, daß sie nichts anderes bezwecken als die Wiederholung der schon öfter geübten Manier; nämlich einen von vornherein aussichtslosen Versuch zu machen, um nachher sagen zu können, wir sind die einzigen, die eine Sammlung wollen, und die anderen widersetzen sich. Das ist der Grund, weshalb Sie uns gestatten müssen, auf diese Verhandlungen einzugehen, auch wenn wir wissen, daß sie zum Scheitern gelangen. Auch *Scholz* will nicht eine Fusion nur zwischen Deutscher Volkspartei und Demokraten, er will eine Fusion nur, wenn er auch von rechts etwas mitbekommt, damit die Balance bei der Deutschen Volkspartei liegt. Wir haben dafür zu sorgen, daß die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen nicht uns zugeschoben wird. Wenn es dagegen gelingen sollte, mit dem „Jungdo" zu einem Zusammenschluß zu kommen, so würde in der Partei wohl kein Widerspruch dagegen erhoben werden. Vielleicht

4 Einzelne Diskussionsbeiträge.

würde auch noch der linke Flügel der Deutschen Volkspartei hinzukommen. Aber sich mit deren rechtem Flügel zusammenzuschließen, wäre verhängnisvoll. Leute wie *Schmid* und *v. Gilsa* sind für uns wie für weite Kreise des Volkes unendlich viel gefährlicher als weiter rechts stehende Personen. Was soll unsere Wahlparole werden? Gegen den Nationalsozialismus! Das würde auch bei unseren Parteifrauen Anklang finden. Was das Verhältnis zu *Dietrich* betrifft: wenn die DDP in diesem Wahlkampf von *Dietrich* abrücken würde, dann würde der Kampf überhaupt nicht geführt werden können. Dabei braucht man sich durchaus nicht mit allen Einzelheiten seiner Steuerprojekte einverstanden zu erklären. Dem Beamtennotopfer haben wir zugestimmt, damit überhaupt etwas zustande kommt. Wie ist es möglich, daß es demokratische Beamte gibt, die jetzt aus Ärger über das Notopfer sozialistisch wählen wollen? Die Sozialdemokratie hat niemals Anstoß an dem Notopfer der Beamten genommen. Sie ist auch ihrer ganzen Struktur nach alles andere als eine beamtenfreundliche Partei. Im übrigen müssen wir den Wahlkampf als Reformpartei führen und darauf hinweisen, daß Reformen auf allen Gebieten notwendig sind.

[. . .][5]

Wir werden uns demnächst im Vorstand entschließen müssen, die Reichsliste nach den Grundsätzen aufzustellen, die wir in der letzten Parteivorstandssitzung festgelegt haben. Zu einem übertriebenen Pessimismus ist kein Grund vorhanden. Das bisherige Überragen der Deutschen Volkspartei war lediglich auf die Person von *Stresemann* zurückzuführen und ist heute beseitigt. Auf der anderen Seite wird eine Abwanderung von uns nach der Sozialdemokratie kaum in erheblichem Umfang stattfinden, wenn der Wahlkampf mutig und sicher geführt wird. Für die Sozialdemokraten selbst würde es am allerunangenehmsten sein, wenn sie mit den Kommunisten und Nationalsozialisten zusammen die Mehrheit erhalten würden. Allerdings werden wir damit rechnen müssen, daß wir in diesem Wahlkampf von den Sozialdemokraten auf das heftigste angegriffen werden. Als bedeutsames Aktivum betrachte ich, daß wir in diesem Wahlkampf einiger sind als jemals.

[. . .][6]

Herr Leers: *Dietrich* ist unser Spitzenkandidat und als Persönlichkeit eine ausgezeichnete Zugkraft, mag man auch nicht in allen Einzelheiten mit ihm einverstanden sein. Trotzdem würden wir es sehr begrüßen, wenn die Basis unseres Kampfplatzes vergrößert werden könnte. Wir in Baden arbeiten mit der Deutschen Volkspartei sehr gut zusammen. Man sollte sich auf die Verhandlungen mit *Scholz* einlassen, und sei es auch nur, damit wir nicht als die Störenfriede angesehen werden. Den Artikel 48 sollte man jetzt nur anwenden, wenn es sich um unbedingt notwendige Reformen handelt.

Frau Dönhoff: Der Wunsch nach Verbreiterung der Basis besteht nicht nur bei den Frauen der Partei, sondern auch in anderen Parteikreisen. Es wäre nicht ganz richtig, nur mit Keulen auf die Nationalsozialisten loszuschlagen. Wirksam wäre vielleicht ein Appell an die Nichtwähler, wenn er von einer möglichst großen Zahl von Parteien ausgeht.

---

5 Einwendung gegen eine Bemerkung in der Diskussion.

6 Diskussionsbeiträge.

Herr Koch-Weser betont die in der Aussprache hervorgetretene Einmütigkeit in allen großen Fragen. Dadurch werde ein Erfolg verbürgt. Der Vorstand wird sich später noch mit der Aufstellung der Reichsliste zu beschäftigen haben. Vorher werden noch Einzelkonferenzen zwischen Wahlkreisvorsitzenden und Vorstand erforderlich sein. Die Aufstellung der Kandidaten ist mit aller Schnelligkeit zu betreiben.

Ißberner

120a.

28. 7. 1930: Hamm an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 40010123/25b. Handschriftliche Randbemerkungen.

Verehrter Herr *Reusch*!

In der Anlage erlaube ich mir, Ihnen die Niederschrift über die Vorstandssitzung[1] und über die anschließende Besprechung von Vorstandsmitgliedern zu übersenden, die am 25. Juli stattfanden, sowie ein Rundschreiben, das Herr *v. Mendelssohn* persönlich an die Vorsitzenden der Handelskammern richtete, zusammen mit einer Aufzeichnung[2]. In der Vorstandssitzung kam sehr lebhaft der Wunsch zum Ausdruck, daß eine größere, umfassende Vereinigung der zu positiver Arbeit bereiten bürgerlichen Parteien der Mitte zustande komme. So wertvoll die Bildung der Konservativen Volkspartei rechts ist[3], so sehr ist zu bedauern, daß diejenigen Mitglieder der Mitte, die von liberaler Auffassung herkommen, sich noch nicht vereinigt haben. Die gestern erfolgte Gründung der Deutschen Staatspartei[4] ist vielleicht ein Anfang dazu, aber nicht mehr, so sehr es m. E. zu begrüßen ist, daß die neue Vereinigung eine Verstärkung der weniger weltbürgerlich als deutschbürgerlich eingestellten, weit überwiegenden Mehrheit der Demokratischen Partei ergibt und gleichzeitig eine Sicherung gegen libertinistische Kulturauflockerung bedenklicher Art. Vielleicht wird erst nach der nächsten Wahl das Notwendige geschehen, nämlich die Zusammenführung der immer noch nebeneinander stehenden Gruppen der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei.

Die in den deutschen Industrie- und Handelskammern und im Deutschen Industrie- und Handelstag vertretenen wirtschaftspolitischen Auffassungen werden in der Konservativen Volkspartei im großen ganzen wohl eine nicht unfreundliche Aufnahme finden. Ich könnte mir allerdings vorstellen, daß in ihr ein gewisser sozialpolitischer Idealismus manchmal von der Berücksichtigung der realen Tatsachen etwas abführen könnte, etwas, was auch sorgliche Beobachtung in der neuen Staatspartei erfordern wird. Dies könnte, ähnlich wie beim Zentrum, sich auch gelegentlich in der Frage der Parität der Handelskammern bemerkbar machen. Es würde sehr erwünscht sein, durch persönliche Einflüsse, um die ich

1 Des DIHT, Nr. 120b.

2 Nr. 120c und 120d.

3 Gründung am 23. 7. 1930.

4 Zur Gründung der „Deutschen Staatspartei" Nr. 123 und 131.

mich bemühe, hier eine gewisse Sicherheit zu schaffen. Daneben steht die Besorgnis, daß in dem Drange, die Landwirtschaft zu schützen, manchmal doch vielleicht die Bedürfnisse unserer Industrieausfuhr hintangesetzt werden könnten. Ich bin gewiß kein dogmatischer Freihändler, aber die Art und Weise, wie wir jetzt z. B. durch die Privatabmachungen zum Finnland-Abkommen unsere Meistbegünstigung kompromittieren, scheint mir nicht bedenkenfrei[5].

Zur Deutschen Volkspartei haben wir seit alters gute Beziehungen. Wenn Dr. *Most* sich entschließen könnte zu kandidieren und einen Platz hierfür bekäme, würden Herr *v. Mendelssohn* und ich darin gerade in Ansehung des Handelskammerwesens einen außerordentlich großen Vorteil sehen. Seine Lebendigkeit und sein Arbeitsdrang wie seine ganz besonders tiefe persönliche Beziehung zur Handelskammersache würden von denkbar größtem Nutzen sein. Aber es ist wohl sehr schwer möglich, einen Wahlkreis dafür zu finden; die Plätze der Reichsliste sind stark belagert. Ob *Most* Nachfolger von *Köngeter* werden könnte, der zu meinem großen Bedauern nicht wiederkehren will?

Der wundeste Punkt ist der Mangel engerer Beziehungen zum Zentrum. Es fehlt ja leider im Zentrum überhaupt sehr an Männern einer real nüchternen Wirtschaftsauffassung, die der Bedeutung des Unternehmertums gerecht wird. Daher kommt es auch, daß gerade im Zentrum am stärksten mit dem Gedanken der paritätischen Handelskammern gespielt wird. Wenn es gelänge, Einfluß dahin zu nehmen, daß das Zentrum wiederum durch einen oder mehrere kluge, die wirtschaftlichen Zusammenhänge und Notwendigkeiten kennende Wirtschaftler verstärkt wird, wäre dies außerordentlich zu begrüßen[6].

In alter Verehrung
Ihr treu ergebener
Hamm

5 Die Kontroverse zwischen Industrie und Landwirtschaft über den Handelsvertrag mit Finnland beschäftigte am 14. und 15. 8. 1930 das Kabinett. Es beschloß, Ministerialdirektor *Ritter* zu neuen Verhandlungen mit der finnischen Regierung über das Zusatzabkommen von 1929 zu ermächtigen und Änderungen zugunsten der deutschen Landwirtschaft durchzusetzen. BA R 43 I/1446.

6 Vgl. Nr. 125.

120b.

25. 7. 1930: Niederschrift über die Sitzung des Vorstandes des Deutschen Industrie- und Handelstages

HA/GHH 40010123/25b. Vervielfältigtes Exemplar. Überschrift: „Sitzung des Vorstandes des Deutschen Industrie- und Handelstages am 25. Juli 1930, vormittags 10 Uhr".

Anwesend: Präsident Franz *v. Mendelssohn*, Berlin; *Hamm*, Berlin; *Huber*, Berlin; *Achelis*, Bremen; *v. Borsig*, Berlin; *Eschenburg*, Lübeck; *Flechtheim*, Berlin; *Jucho*, Dortmund; *Lenel*, Mannheim; *Mähl*, Hamburg; *Scholz*, Mainz; *Toepffer*, Stettin; *Wimmer*, München.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begründet ihre Einberufung mit dem Wunsche, daß bei der gegenwärtigen schwierigen politischen Lage eine Ausspra-

che stattfinden möge, in Sonderheit auch über die Hauptfrage, in welchem Maß und Umfange seitens der Regierung von der Befugnis, Notverordnungen zu erlassen, nach unserer Auffassung Gebrauch gemacht werden soll. Es sei bereits, da die Beratungen im Kabinett begonnen hätten, eine vorläufige Eingabe von unserer Seite an die Ressorts ergangen[1], deren Inhalt den Herren vorgetragen werde.

Herr Hamm erläutert die vom Vorsitzenden erwähnte Eingabe sowie die gepflogenen mündlichen Verhandlungen. Es hätte sich nicht darum handeln können, eine Fülle von Einzelheiten vorzutragen, sondern nur große Grundlinien aufzuzeichnen. Daß die Regierung die vom Reichstag abgelehnten Steuerverordnungen, wenn auch in etwas abgeänderter Form, erlassen werde, sei sicher[2]. Ebenso werde der vom Reichstag bereits in der Hauptsache genehmigte Entwurf über die Arbeitslosenversicherung in Form der Notverordnung erlassen werden. Ob auch die Reform der Krankenversicherung durchgeführt werde, sei noch zweifelhaft, da rechtliche Bedenken aufgetaucht seien, ob das im Rahmen des Artikels 48 möglich sei[3]. Es sei zu hoffen und zu wünschen, daß diese Rechtsbedenken überwunden würden. Die Aufhebung der Kapitalertragsteuer werde unter Zustimmung des ständigen Ausschusses des Reichstags erfolgen. Dagegen werden die in Aussicht genommenen Änderungen der Kapitalverkehrsteuer zunächst nicht in Form der Notverordnung erlassen werden.

Er stehe auf dem Standpunkt, daß die Regierung unter allen Umständen von dem Recht der Notverordnung jedenfalls in einem so weiten Maße Gebrauch mache, daß es vermieden werde, Hunderte von Millionen des Volkseinkommens weiter der Wirtschaft zu entziehen und an einer falschen Stelle zu verwenden.

Bei der Erörterung der Einzelheiten der Steuervorlage habe man sich im Deutschen Industrie- und Handelstag eine gewisse Zurückhaltung auferlegt. Das beziehe sich vor allen Dingen auch auf die Gemeinde-Getränkesteuer, gegen die von einer Anzahl der Handelskammern in sehr energischen Eingaben bei uns protestiert worden sei. Es sei indes für uns schwer, diesem Protest bei der gegenwärtigen Lage der Gemeinden ohne weiteres Folge zu geben, da dann die Lasten eben in anderer Weise, vor allen Dingen durch die Realsteuern, aufgebracht werden müßten. Auch im Kabinett sei ein erheblicher Widerstand gegen eine obligatorische allgemeine Gemeinde-Getränkesteuer vorhanden, und wahrscheinlich werde man sich darauf einigen, nur die Biersteuer obligatorisch zu machen, dagegen die Besteuerung der anderen Getränke der Entschließung der meistbelasteten Gemeinden zu überlassen[4]. Auch der Städtetag wirke in diesem Sinne, der vor allen Dingen auch eine Ausdehnung der Krisenfürsorge fordere, da

---

1 Eingabe des Deutschen Industrie- und Handelstages an den Reichskanzler, 10. 7. 1930, BA R 43 I/ 2365.

2 Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. 7. 1930. Erster Abschnitt: Deckungsmaßnahmen für den Haushalt 1930. RGBl. 1930 I S. 311.

3 Vierter Abschnitt der gleichen Verordnung: Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung und Reichsversorgung. A. a. O. S. 318.

4 Dies im zweiten Abschnitt der Verordnung: Erschließung von Einnahmen für die Gemeinden. A. a. O. S. 314.

angesichts der Erschöpfung der kommunalen Mittel die Städte im Herbst vor eine direkt bedrohliche Lage gestellt werden würden[5].

Die von einzelnen Handelskammern in Anregung gebrachte Maßnahme, daß die zu erlassenden Vorschriften vorläufig nur kurzfristig erlassen würden, werde vermutlich im Kabinett Entgegenkommen finden. Dagegen werde der von der Industrie- und Handelskammer München gegebenen Anregung, die wohl auch nicht als Anregung zu einer Notverordnung gedacht sei, Mittel für das Reich durch Veräußerung von Vermögensobjekten zu schaffen, nicht entsprochen werden; diese Frage hänge von sehr grundsätzlichen Anschauungen und zu einem sehr großen Teil von der Aufnahmefähigkeit des Marktes für derartige Vermögensgegenstände ab. Die Grenzen, durch Aufträge der öffentlichen Hand für die Wirtschaft für Besserung zu sorgen, seien eng gezogen. Denn letzten Endes müßten diese Mittel dafür wiederum der Wirtschaft in Form von Steuern, Tariferhöhungen oder durch Eingriffe in den Geldmarkt entzogen werden.

Zur allgemeinen Wirtschaftslage übergehend, ist der Berichterstatter der Meinung, daß sich auch jetzt noch kein Zeichen des Auftriebes an irgendeiner Stelle bemerkbar mache. Wenn das Institut für Konjunkturforschung auf einzelnen Gebieten des Weltmarktes eine leise beginnende Besserung glaube feststellen zu können, so müsse man dem mit größter Zurückhaltung begegnen.

Es sei beabsichtigt, den wesentlichen Inhalt seiner Darlegungen auch in einem Rundschreiben an die Kammern niederzulegen[6].

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion mit der Bitte an die Herren, auch über die Wirtschaftslage in den einzelnen Gebieten zu berichten.

Herr Lenel bezeichnet die Notlage in der Wirtschaft und vor allen Dingen in den Gemeinden als katastrophal. Es sei vorauszusehen, daß die Etats nicht mehr bilanziert werden können. Auch der Erfolg der vorgesehenen Verzehr-Steuer sei sehr zweifelhaft, da bereits innerhalb dieses Jahres der Konsum an Bier stark zurückgegangen sei. Es biete sich gegenwärtig kein anderer Weg als der der Kopfsteuer, die hoffentlich durch ihre Verkopplung mit den Realsteuern eine psychologische Einwirkung bei der Bewilligung von Ausgaben haben werde.

Herr Jucho bezeichnet ebenfalls die Wirtschaftslage im Westen als sehr trübe. Die Kohlenläger seien bereits jetzt sehr groß und wüchsen noch. Man müsse auch zu Arbeiterentlassungen kommen, da das Maß der bisher eingelegten Feierschichten das Lohnniveau in einem unzulässigen Maße drücke. Die Aufträge seien außerordentlich stark zurückgegangen. In den Kommunen seien zum Teil auch jetzt die Etats noch nicht fertiggestellt. Z. B. seien in Dortmund schon im letzten Jahr die Reichsüberweisungen völlig durch die Aufwendungen für Erwerbslose ausgeglichen worden. Jetzt betrügen aber die Ausgaben für die Erwerbslosen das Doppelte der Überweisung, so daß zur Deckung des Defizits im Etat völlig untragbare Zuschläge gefordert werden müßten. Das Frachtengeschäft liege völlig darnieder, und der Verkehr auf dem Dortmund-Ems-Kanal sei außerordentlich stark zurückgegangen. Für den Winter sei mit einer Erhöhung der Arbeitslosenzahl auf 3–4 Millionen zu rechnen.

5 So auch ein Schreiben des Geschäftsführenden Präsidenten des Deutschen Städtetages *Mulert* an *Dietrich*, 14. 7. 1930, BA R 43 I/2365.

6 Nr. 120d.

Herr Scholz bestätigt die außerordentlich trübe Lage der Wirtschaft auch für das hessische Gebiet. Der Abzug der Franzosen, so sehr er vom vaterländischen Interesse zu begrüßen sei, hätte doch wiederum zu einer Fülle von finanziellen Ausfällen für die Kommune geführt. Die Verzehrsteuer würde das Loch im städtischen Etat angesichts des Rückgangs des Konsums nicht stopfen können. Mit Unruhen sei zu rechnen, namentlich da die polizeilichen Kräfte am Rhein infolge des Versailler Diktates außerordentlich gering seien.

Herr Toepffer weist bezüglich der Lage Pommerns auf die Lage der Landwirtschaft hin, für welche die Osthilfe vielleicht zu spät komme. Die Industrie in Stettin liege still. Auf den Hellingen der Werften seien keine Schiffe. Zu dieser schweren Lage komme der Wettbewerb, den staatlich subventionierte Betriebe, vor allem auch die Schichau-Werft in Elbing, dem freien Gewerbe machen. Die Not der Landwirtschaft drücke auch auf eine Anzahl von Industrien. Ölkuchen und Futtermittel würden von der Landwirtschaft nicht mehr gekauft, da Gerste verfüttert werde. Die Zementindustrie liege infolge des Stockens der Bautätigkeit still; gegenüber dem Jahre 1928 sei ein Rückgang von mindestens 25% eingetreten. Auch in der Schiffahrt stocke alles, und immer mehr Schiffe, denen Frachten fehlten, würden aufgelegt. Im Gegensatz zu dieser Lage des Stettiner Hafens sei der Verkehr in den polnischen Häfen gestiegen und infolge der starken staatlichen Subvention ein außerordentlich reger. Durch die polnischen Kampftarife werde der Verkehr nach Polen, Tschechei und dem Balkan von deutschen Häfen und deutschen Bahnen abgelenkt, und die Auflösung des Reichstags, welche die Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrags wiederum verzögert habe, sei besonders für die Ostseehäfen und ihr Hinterland doppelt schmerzlich.

Herr Eschenburg bestätigt die Darlegungen, die Herr *Toepffer* für Stettin gemacht hat, in vollem Umfange für Lübeck und

Herr Achelis macht gleiche Ausführungen bezüglich der Wirtschaftslage in Bremen. Auch alte Exportgeschäfte müßten sich dort erheblich einschränken, weil infolge der Lage auf dem Weltmarkt auch die Aufnahmefähigkeit anderer Länder auf das erheblichste beeinträchtigt sei.

Herr v. Borsig glaubt, daß, wenn nicht schleunigst Maßnahmen getroffen würden, eine wirtschaftliche Katastrophe binnen 6 Monaten über uns hereinbrechen werde. Es sei bezeichnend, daß in seiner Berufsgenossenschaft nicht einmal mehr die ordentlichen Beiträge gezahlt werden könnten und eine Fülle von Mahnungen und Zwangsvollstreckungen notwendig sei, um sie einzutreiben. Die Maßnahmen müßten bestehen in einem Abbau der Verwaltungskosten des Staates, vor allen Dingen der Löhne und Gehälter in Höhe von etwa 10–15%. Ein Abbau müsse auch in der Sozialpolitik bis auf das äußerst notwendige Maß erfolgen. Die Reichsbahn möge vor allen Dingen durch ganz besondere Ausnahmetarife für Kohle dafür sorgen, daß die auf deutschen Halden lagernden Bestände in stärkerem Umfang in die Wirtschaft gelangten und die englische Kohle in Hamburg usw. vom Markt verdrängten. Kurbele man die Wirtschaft wieder an, so würde dies auch wieder Arbeiter aufsaugen können und damit der Gefahr von Unruhen begegnen. Auch durch Aufträge solle die öffentliche Hand die Wirtschaft wieder ankurbeln.

Herr Wimmer berichtet ebenfalls über die außerordentlich schwierige Lage in

Bayern; namentlich der Fremdenverkehr habe in diesem Sommer völlig versagt, das Wirtsgewerbe liege völlig darnieder, und der Einzelhandel litte erhebliche Not.

Herr Mähl bestätigt den allgemeinen Eindruck auch für Hamburg. Die Reedereien litten schwer unter Frachtenmangel, Schiffsüberfluß und Verschiffungsrückgang. Die Lage der Werften sei gefährdet. Auch der Einzelhandel sei an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Er besorge ein völliges Zusammenbrechen des gewerblichen Mittelstandes.

Herr Jucho betonte nochmals, daß von dem Notverordnungsrecht der weitestgehende Gebrauch gemacht werden möge und daß, wenn der Reichstag solche Notverordnungen nicht zuließe, er erneut aufgelöst werden müsse. Vor allen Dingen sollten die Lohntarife für den Herbst durch Notverordnung gekündigt werden, damit eine 10–15prozentige Lohn- und Gehaltssenkung erfolgen könne.

Herr Hamm bestätigt, daß ein Abbau der Gehälter und Löhne trotz der Folgen für Kaufkraft und Absatz wohl unvermeidlich sei, und auch im Reichsfinanz- und Reichsarbeitsministerium würde die Situation in dieser Beziehung sehr ernst angesehen. Indes glaube er nicht, daß die Regierung sich vor dem 14. September dazu entschließen werde, an diese Frage im Wege der Notverordnung heranzutreten.

Die Belebung der Wirtschaft durch Aufträge der öffentlichen Hand sei jedenfalls dann nicht unbedenklich, wenn diese Auftragserteilung über das gewöhnliche Maß hinausginge. Der Vorstand habe sich ja auch mehrfach gegen jede Art der Subventionierung der Wirtschaft durch staatliche Mittel ausgesprochen. Und selbst auf dem Wohnungsmarkt müsse man nach den Erfahrungen eine gewisse Zurückhaltung üben, da vielfach zu viel und zu teuer gebaut worden sei.

Die Frage einer Erstellung von besonderen Frachttarifen zur Verdrängung englischer Kohle auch von Plätzen, wo sie bisher stets eingeführt wurde, sei unter den besonderen Notständen dieser Monate sehr wohl in den Kreis der Erwägungen zu ziehen. Den Konsum von Roggen durch Zwangsverordnungen einzuführen, müsse er nach den Erfahrungen des Krieges mit der Zwangswirtschaft leider für unerreichbar halten.

Herr v. Borsig weist demgegenüber darauf hin, daß man nicht zu viel Rücksicht auf die Wahlen nehmen dürfe, weil die Zeit dränge.

Herr Lenel hält einen Abbau der Löhne und Gehälter unter den gegenwärtigen Verhältnissen für nicht möglich. In Baden habe man selbst von der Kündigung der Tarifverträge zum 1. Oktober abgesehen, obgleich eine solche möglich gewesen sei. Ein Eingriff in diese Dinge vor den Wahlen führe nur zur starken Radikalisierung.

Auch **Herr v. Mendelssohn** glaubt, in einer Herabsetzung der Löhne im gegenwärtigen Moment erhebliche Bedenken erblicken zu müssen.

Das gleiche bestätigt **Herr Flechtheim**, der der Meinung ist, daß diese Fragen überhaupt jetzt nicht zentral angefaßt werden sollten, sondern nur lokal und fachlich. Er betont, daß die Arbeitgeberschaft immer Wert auf längerfristige Verträge gelegt habe; eine Aufhebung der Verträge durch Notverordnung sei vom Standpunkt der für die Unternehmerseite besonders wichtigen Rechtssicherheit sehr bedenklich, abgesehen davon, daß wohl auch rein rechtliche Bedenken

bestehen könnten, ob die Aufhebung von Tarifverträgen durch Notverordnung nicht durch die Verfassung ausgeschlossen sei.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, daß die Versammlung mit den inzwischen bereits eingeleiteten und vom Berichterstatter vorgetragenen Schritten einverstanden sei, und dankt den Herren für ihr Erscheinen.

120c.

25. 7. 1930: Aufzeichnung über eine Aussprache zwischen Vorstandsmitgliedern des Deutschen Industrie- und Handelstages

HA/GHH 40010123/25b. Vervielfältigtes Exemplar. Datiert 25. Juli 1930. „Vertraulich".

Im Anschluß an die heutige Vorstandssitzung[1] fand eine zwanglose Aussprache von maßgebenden Herren aus Handelskammerkreisen darüber statt, welche Maßnahmen die gegenwärtige politische Situation erfordere.

Herr Hamm wies auf die Wichtigkeit der kommenden Reichstagswahlen hin und verbreitete sich über die Aussichten der verschiedenen Parteien im Wahlkampf. Es sei besonders wichtig, daß diejenigen den Kammern angehörenden oder nahestehenden Herren, welche auf die Aufstellung der Reichstagskandidaten und deren Wahl Einfluß hätten, eine bestimmende Einwirkung bezüglich derjenigen Forderungen zu gewinnen versuchten, welche von jeher zur allgemeinen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Lage vom Deutschen Industrie- und Handelstag erhoben worden seien. Es sei daher beabsichtigt, in einem Rundschreiben an maßgebende Herren in den einzelnen Wirtschaftsbezirken diese Forderungen noch einmal kurz und präzis zusammenzustellen, damit sie gegebenenfalls bei den Verhandlungen mit den Reichs[tags]kandidaten zur Grundlage der Besprechung gemacht werden könnten. Dabei sei es auch besonders wichtig, daß die organisatorischen Fragen des Handelskammerwesens mit zum Gegenstand solcher Besprechungen gemacht würden. Daß das Reichswirtschaftsratsgesetz gefallen sei, werde das Interesse starker Teile des Reichstags an einer Neuregelung der amtlichen Berufsvertretungen nicht mindern. Vielfach würden diese Fragen auch von der Wirtschaft nahestehenden Politikern als nebensächlich gegenüber vordringlicheren Fragen betrachtet, obgleich bisher keine Regierungsbildung vor sich gegangen sei, ohne daß von der Arbeitnehmerseite auch diese Frage zum Gegenstand besonderer Verhandlungen gemacht sei. Es liege die Gefahr nahe, daß auf diesem Gebiete bei der Neubildung der Regierung Zusagen gemacht würden, welche für die Handelskammern außerordentlich unbequem sein könnten.

Leider hätten die Handelskammern im Reichstag nur sehr wenige Vertreter, welche enger mit ihrer Tätigkeit verflochten seien. Es sei dringend erwünscht, daß bei der Aufstellung von Kandidaten in allen bürgerlichen Parteien dahin gewirkt

1 Nr. 120b.

werde, daß Männer gewählt würden, welche für die allgemeine wirtschaftspolitische Auffassung und auch für die besondere Arbeit der Handelskammern Verständnis und, wenn möglich, in ihr auch Erfahrung besäßen. In der Deutschnationalen Partei, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei seien solche Herren im bisherigen Reichstag, wenn auch in unzulänglicher Zahl, vorhanden gewesen. Eine Verstärkung dieses Einflusses sei in allen Parteien, insbesondere auch im Zentrum und in der Bayerischen Volkspartei sehr erwünscht. Seine Bitte und Anregung ginge dahin, daß seitens der Herren bei der Aufstellung der Wahlliste doch diesem Gesichtspunkt Betrachtung geschenkt werde. Jedenfalls sei die Lage von einem außerordentlichen Ernst, und angesichts der Tatsache, daß sowohl die Landwirtschaft wie das Handwerk eine so ausgezeichnete parlamentarische Vertretung besäßen, richte er an die Herren die Bitte, diesen Dingen bei der Vorbereitung der Reichstagswahl eingehende Betrachtung und Würdigung zu schenken. Es empfehle sich vielleicht, in einem Rundschreiben, welches an einzelne Persönlichkeiten in den einzelnen Bezirken zu richten sei, diese Bitte noch besonders zu unterstreichen.

Herr Eschenburg hält einen solchen Hinweis für durchaus zweckmäßig und begrüßt die Anregung. Man brauche bei der Abfassung des Rundschreibens die organisatorische Frage der Handelskammern nicht allzusehr in den Vordergrund zu rücken.

Herr Lenel begrüßt ebenfalls die gegebene Anregung und möchte in dem zu erlassenden Schreiben auch einen besonders starken Hinweis auf die Notwendigkeit eines möglichst engen Zusammenschlusses aller bürgerlichen Parteien aufgenommen sehen.

Herr Toepffer stimmt der Anregung ebenfalls zu und meint, daß vor allen Dingen von allen Stellen, welche Geldmittel zu Wahlen beisteuerten, auch eine solche Gelegenheit des Einflusses benutzt werden möge.

In der sich anschließenden Diskussion, an der sich die Herren *Lenel, Hamm, Jucho, Toepffer, Wimmer, Achelis* und *Flechtheim* beteiligen, wird der Gedanke eines solchen Rundschreibens übereinstimmend gut geheißen. Sehr lebhaft wird auch die Frage diskutiert, ob es möglich und zweckmäßig sei, durch einen allgemeinen Aufruf zu einer unbedingt notwendigen Sammlungspolitik der bürgerlichen Parteien aufzurufen und hierfür eine Vereinigung mit den anderen Wirtschaftsverbänden zu suchen. Der Gedanke wird allseitig für grundsätzlich gut gehalten. Zweifel werden allerdings erhoben, ob es möglich sei, den Rahmen für eine solche Aktion genügend breit zu spannen. Vor allen Dingen werden Zweifel erhoben, ob die Kreise des Zentrums für eine solche Aktion zu gewinnen seien. Und es wird die Befürchtung ausgesprochen, daß, wenn wirklich der Kreis der Beteiligten weit genug gezogen werde, der Inhalt der Forderungen so verwässert werden müßte, daß tatsächlich der Aufruf ohne praktischen Erfolg bleiben würde.

Der Vorsitzende stellt zum Schluß fest, daß die Versammlung sich mit dem Inhalt eines Schreibens, wie es Herr *Hamm* vorgeschlagen hat, allseitig einverstanden erklärt[2]. Die Frage eines allgemeinen Aufrufes soll durch Fühlungnahme mit den anderen Spitzenverbänden, mit den Parteivorständen und der Regierung

2 Nr. 120d.

weiter geprüft werden. Vor allen Dingen sei es wichtig, daß jeder der anwesenden Herren in seinem engeren Kreise dem Ernst der Sachlage entsprechend für eine möglichst straffe Zusammenarbeit der uns nahestehenden Parteien und eine Berücksichtigung der von uns aufgestellten Forderungen wirke.

Mit dem Dank an die Anwesenden wird die Sitzung geschlossen.

120d.

28. 7. 1930: Rundschreiben des Deutschen Industrie- und Handelstages

HA/GHH 40010123/25b. Vervielfältigtes Exemplar.

Sehr geehrter Herr!

Auf Grund einer informellen Besprechung von Mitgliedern des Vorstands des Deutschen Industrie- und Handelstags und im Einverständnis mit deren Teilnehmern beehre ich mich, Sie zu bitten, den folgenden Gesichtspunkten Ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden:

Die kommenden Reichstagswahlen sind für die Gesamtheit der deutschen Wirtschaftspolitik von ausschlaggebender Bedeutung; auch für die Erhaltung der Selbstverwaltung der gewerblichen Wirtschaft in den Handelskammern kommt diesen Wahlen eine besondere Bedeutung zu. So gewiß es nicht die Aufgabe der Handelskammern ist, in Wahlkampf und Parteibewegung einzugreifen, ebenso gewiß werden wohl nicht wenige dem politischen Leben nahestehende Kammerangehörige oder sonst mit dem Wesen und der Arbeit der Kammern eng verbundene Männer aus Industrie und Handel es als ihre Aufgabe betrachten, auch im politischen Leben die gemeinsam als notwendig erkannten wirtschaftspolitischen Erfordernisse zu vertreten. Insbesondere werden hierfür die an vielen Orten üblichen, der Wahlvorbereitung dienenden und der Aufstellung von Wahlaufrufen und Wahlbewerbern meist vorangehenden Fühlungnahmen innerhalb der einzelnen Parteien und zwischen Vertretern der verschiedenen Berufskreise und den verschiedenen Parteien hierzu Gelegenheit geben.

Dabei ist wohl der wichtigste Gesichtspunkt der, daß es sich bei den bevorstehenden Reichstagswahlen um eine einheitliche Entscheidung über das Gesamtschicksal der wirtschaftlichen wie aller anderen Berufsstände handelt, um eine Entscheidung, die innerhalb des Kreises der Wirtschaft gleichermaßen Industrie, Groß- und Einzelhandel, Banken und Verkehrsgewerbe, aber auch Handwerk und Landwirtschaft betrifft. Insbesondere ist die Erhaltung und Stärkung des gewerblichen und freiberuflichen Mittelstandes und die Erhaltung und Sicherung des Berufsbeamtentums mit der Gesamterhaltung und Wiederstärkung der Volkswirtschaft und der Erhaltung ihrer großen, insbesondere auch im Verhältnis zum Auslande wichtigen Wirtschaftszweige und Betriebe aufs engste verknüpft.

Dieser Tatsache der Schicksalsgemeinschaft entspricht das Erfordernis der bestmöglichen Sammlung aller staatsbürgerlich bejahenden Kräfte, die bereit sind, auf dem Boden der wirtschaftlichen Tatsachen und Gesetze eine illusionsfreie Politik der staatlichen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu führen und für sie einzutreten. Es geht bei der bevorstehenden Entscheidung vor allem darum, ob die so gesinnten politischen Kräfte die Mehrheit erlangen und damit einer zielbewußten Politik der Staatsnotwendigkeiten die parlamentarische Grundlage schaffen oder ob neue Schwierigkeiten eintreten, die, abgesehen vom Politischen, auch wirtschaftlich zu schweren Schäden führen müßten. Es wird daher notwendig sein, bei der Vorbereitung der kommenden Entscheidungen das Gewicht vor allem auf die großen Gesamterfordernisse zu legen.

Die Auffassung der Kreise der deutschen Industrie- und Handelskammern und des Deutschen Industrie- und Handelstags über die Gesamterfordernisse wirtschaftspolitischer Art – nur um diese kann es sich hier handeln – ist aus den Verhandlungen und Niederschriften hinlänglich bekannt.

Die wichtigsten dieser Erfordernisse sind in der Beilage in knappster Form zusammengefaßt[1].

Bei der gegebenen Sachlage ist aber auch ohne weiteres klar, wie überaus dringlich es ist, daß dem Reichstag eine nicht zu geringe Zahl erfahrener Kenner und Vertreter der volkswirtschaftlichen Erfordernisse und Gesichtspunkte auch der gewerblichen Kreise von Industrie, Handel und Banken als Abgeordnete angehören und daß hierbei auch die Erfahrung und Sachkunde, die sich in den Handelskammern vereint, zum Besten der Gesamtheit wie der besonderen Bedürfnisse des einzelnen Wirtschaftsgebietes nutzbar gemacht wird. Dies gilt auch für die grundsätzlichen und organisatorischen Angelegenheiten des Handelskammerwesens, denen bei dem Ansturm zeitlich dringlicher Fragen in der Betrachtung auch bürgerlicher Politiker nicht immer die ihrer Bedeutung entsprechende Aufmerksamkeit zugewendet wird. Die Zahl der den hier behandelten Fragen näherstehenden Abgeordneten ist im aufgelösten Reichstag verhältnismäßig gering gewesen. Es wäre überaus zu begrüßen, wenn diese Zahl erheblich verstärkt werden könnte, und zwar ohne Unterschied der Parteien.

Ich bitte Sie auch im Sinne der Kollegen, mit denen ich sprach, freundlichst, in der Richtung der hier wie in der Beilage aus der Gesamtheit der gemeinsamen Arbeit geschöpften Auffassung, sofern Sie dieser zustimmen, und unbeschadet der

1 Sie lauteten: 1. Finanzpolitisch: Haushaltsausgleich bei Reich, Ländern und Gemeinden; Beschleunigung des Finanzausgleichs; Änderung des Haushaltsrechts bei Ländern und Gemeinden; Senkung der Realsteuern; Verabschiedung des Steuervereinheitlichungsgesetzes. 2. Sozialpolitisch: Grundsätzliche Reform der Arbeitslosen- und Krankenversicherung; Überprüfung der Invalidenversicherung und Wohlfahrtspflege; Beschränkung des staatlichen Schlichtungswesens. 3. Handelspolitisch: Vermeidung weiterer Zollsteigerungen für Importe landwirtschaftlicher Produkte. 4. Agrarpolitisch: Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft. 5. Gewerbepolitisch: Senkung der öffentlichen Lasten; Vermeidung übertriebener staatlicher Kontrollen der Wirtschaft; Ausbau des Wettbewerbsrechtes. 6. Berufsständisch: Aufrechterhaltung des Reichswirtschaftsrates; Aufrechterhaltung der Handelskammern und ihrer Selbstverwaltung. 7. Verfassungspolitisch: Neuordnung des gesamten staatlichen Verwaltungsaufbaus. HA/GHH 40010123/25.

persönlichen Einstellung zu den rein politischen und parteipolitischen Fragen je nach den dortigen Verhältnissen, sei es selbst, sei es durch geeignete Mittelsmänner, Fühlung und Einwirkung nehmen zu wollen.

In vorzüglichster Hochachtung
gez. Franz *v. Mendelssohn*

121.

29. 7. 1930: v. Gilsa an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 400101293/4b. Handschriftliche Korrekturen. Paraphe Reuschs.

Sehr geehrter Herr *Reusch*!

Betrifft: Besprechung mit Herrn *Scholz*.

Entsprechend dem Briefe des Herrn *Blank* an Sie vom 28. Juli[1] werde ich mich am Donnerstagnachmittag[2] 4.30 Uhr mit Herrn *Scholz* in unserem Berliner Büro einfinden. Ich bin ja auch vorher mit ihm im Reichsausschuß zusammen, wo von seiten aller Wahlkreisvorsitzenden und einer Anzahl Reichstags- und Landtagsabgeordneten zu der augenblicklichen Lage Stellung genommen werden wird[3].

Was die inzwischen erfolgte Neugründung der Deutschen Staatspartei anlangt, so stellt sie sich vorläufig lediglich als eine bürgerliche Sammlungsgruppe mit stark nach links ausgeprägter Tendenz dar. Darüber täuschen auch nicht die bürgerfreundlichen Bemerkungen in ihrem Aufruf[4]. Wichtiger ist, daß maßgebende Führer dieser neuen Staatspartei Anschauungen vertreten, die sich mit denen des linken Flügels der Sozialdemokratie restlos decken. Die Deutsche Volkspartei, die von der Neugründung völlig überrascht wurde – ein stark illoyales Verhalten des Herrn *Koch-Weser*, mit dem *Scholz* dauernd in Verbindung stand –, hat sich bisher von jeder Verbindung mit der neuen Partei ferngehalten. Auf einer gestrigen Vorstandssitzung unserer Rheinisch-Westfälischen Arbeitsgemeinschaft, an der auch die Bezirke Hannover und Bremen teilnahmen, wurde übereinstimmend festgestellt, daß ein Zusammengehen der DVP mit der neuen Staatspartei in der jetzigen Form völlig unmöglich sei. Ich habe dann verlangt, daß, weil unsere Führung nicht die nötige Initiative entwickelt, die Wahlkreise von sich aus einen Druck zunächst in Richtung einer Vereinigung von *Westarp* bis einschließlich Wirtschaftspartei ausüben sollten[5]. Schließlich haben wir aber davon Abstand genommen, sofort etwas derartiges zu unternehmen, weil

1 Nicht abgedruckt.

2 31. 7. 1930.

3 Dazu Protokoll der Tagung des Reichsausschusses der DVP am 31. 7. 1930, BA R 45 II/32. Kurzer Hinweis in Schulthess 1930 S. 186.

4 Auszug in Schulthess 1930 S. 182ff.

5 Ein Versuch, den *Scholz* in dieser Richtung unternahm, scheiterte am 7. 8. 1930 hauptsächlich am Widerstand der Landvolk-Partei. Schulthess 1930 S. 187; Ursachen und Folgen VIII S. 78f.

wir erst das Ergebnis unserer Reichsausschußsitzung am Donnerstag, dem 31. Juli[6], abwarten wollten.

Vertraulich habe ich erfahren, daß es *Hugenberg* gelungen ist, in den hiesigen Wirtschaftskreisen wieder finanzielle Unterstützung zu finden[7], angeblich, weil er in Aussicht gestellt hat, die Regierung *Brüning* diesmal nicht im Stich zu lassen. Ich bin sehr skeptisch bezüglich dieser Zusicherung, hoffe im übrigen aber, noch Näheres über diese Dinge zu erfahren, und werde Sie dann rechtzeitig benachrichtigen.

Mit angelegentlicher Empfehlung
Ihr sehr ergebener
v. Gilsa

6 In dieser Sitzung wurde die Gründung der Deutschen Staatspartei verurteilt, da sie den Sammlungsbestrebungen Abbruch getan habe. Die Entschließung des Reichsausschusses der DVP vom 31. 7. 1930 in Ursachen und Folgen VIII S. 77f.

7 Vgl. Nr. 122a und b.

122a.

29. 7. 1930: Blank an Springorum (Dortmund)

HA/GHH 4001012024/7. Durchschlag.

Sehr verehrter Herr Doktor!

Um sicher zu gehen, daß ich Sie richtig verstanden habe, bestätige ich den Inhalt unserer verschiedenen fernmündlichen Unterhaltungen von heute früh über die Beschlüsse von Montag abend[1] wie folgt:

1. Es ist in Aussicht genommen, alle Parteien von den Demokraten (Staatspartei) bis einschließlich DNVP (*Hugenberg*) gleichmäßig zu bedenken. Mit Herrn *Hugenberg* wird Herr Dr. *Vögler* verhandeln und ihm mitteilen, daß von ihm erwartet wird, daß er keine Beziehungen zu den Nationalsozialisten unterhält.

2. Die verschiedenen konservativen Gruppen haben nur Aussicht auf eine finanzielle Wahlunterstützung, wenn sie sich entschließen, an allen möglichen Stellen von der Listenverbindung Gebrauch zu machen, so daß der Verlust von bürgerlichen Stimmen möglichst weitgehend vermieden wird.

3. Von den von unserer Seite zu unterstützenden Parteien wird erwartet, daß sie den Wahlkampf in anständiger Weise führen und vermeiden, daß die Verärgerung beispielsweise zwischen den konservativen Gruppen einerseits und der *Hugenberg*-Gruppe andererseits so groß wird, daß ein Zusammengehen im Parlament nachher unmöglich wird. (Ich bemerkte zu diesem Punkt, daß bisher in den Presseveröffentlichungen insbesondere die Herrn *Hugenberg* nahestehenden

1 28. 7. 1930, Sitzung der sogenannten „Ruhrlade", der inoffiziellen, diskret tagenden Spitzengruppe der größten Ruhrindustriellen, deren „Schatzmeister" *Springorum* war. Vgl. Turner S. 114ff.; zu den Beschlüssen vom 28. 7. 1930 S. 131f.

Organe sich eines besonders gehässigen Tones gegen die Ausgeschiedenen befleißigen und daß es vielleicht gut wäre, wenn Herr Dr. *Vögler* Herrn *Hugenberg* auf die von Seiten der Industrie aufgestellte Forderung besonders aufmerksam machen würde.)

4. Es muß angestrebt werden, die Kosten des Wahlkampfes so niedrig wie nur irgendmöglich zu halten. Große Summen für Plakate, Flugzettel usw. sollen nicht zur Verfügung gestellt werden.

5. Es ist in Aussicht genommen, den Parteien für die Zeit nach der Wahl auch wieder laufende Unterstützungen zu geben. Die diesbezüglichen Zusagen sollen aber nur widerruflich gegeben werden, damit sie jeweils sofort eingestellt werden können.

6. Das Zentrum soll diesmal mit den anderen Parteien gleichmäßig behandelt werden. Herr Geheimrat *Klöckner* wird sich in vollem Umfang an der Aktion der westlichen Industrie beteiligen. Ich glaube, daß diese Regelung von Zentrumsseite ganz besonders begrüßt werden wird. Herr *Kaas* hat bereits die ziemlich feste Zusicherung gegeben, daß drei der Industrie nahestehende Abgeordnete an sicheren Plätzen kandidieren sollen. Es handelt sich um die Herren Florian *Klöckner*, Geheimrat *Bürgers* und Dr. *Fonk*[2]. Der letztere ist der Geschäftsführer der Handels- und Industriebeiräte des Zentrums, dessen Eintritt in den Reichstag von seiten der Wirtschaft besonders begrüßt werden könnte.

7. Die gestern versammelten Herren sind der Auffassung, daß es richtig wäre, wenn Herr Dr. *Reichert* wieder kandidiert.

Die Frage des Zusammenschlusses der verschiedenen konservativen und Landvolk-Gruppen dürfte heute entschieden werden. Da die konservative Seite in jeder Hinsicht bereit ist, den Zusammenschluß zu vollziehen, liegt die Entscheidung allein bei der agrarischen Seite, wo es hoffentlich den Herren *Gereke* und *Schiele* gelingen wird, den Widerstand des Herrn *Hepp* zu brechen[3]. Einzelheiten über diese Situation bitte ich aus der anliegenden Niederschrift über die gestrige Unterredung zu entnehmen, die Herr Dr. *Sogemeier* und ich mit Herrn Dr. *Gereke* hatten[4]. Auf Grund einer Empfehlung von Herrn *v. Wilmowsky* und auf Grund unserer Kenntnis der Lage haben wir uns für berechtigt gehalten, im Hinblick auf die heute fallende Entscheidung Herrn *Gereke* einen gewissen Betrag in Aussicht zu stellen.

Mit Herrn Rechtsanwalt *Bernstein* werde ich heute zusammenkommen, um von ihm zu erfahren, welche Pläne bei den Banken bestehen. Bezüglich der Berliner Metallindustrie (insbesondere Siemens) werde ich voraussichtlich morgen Näheres hören.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung
gez. *Blank*

---

2 *Klöckner* und *Bürgers* wurden in den Reichstag gewählt, *Fonk* erlangte kein Mandat.

3 In einer Sitzung vom 29. 7. 1930 bestätigte der Vorstand der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolk-Partei das Verhandlungsergebnis vom Abend des 23. 7. 1930, eine Listenverbindung mit den Volkskonservativen einzugehen. Aufzeichnung *Westarps* vom 18. 10. 1930, Nachlaß Westarp.

4 Nr. 122b.

122b.

28. 7. 1930: Niederschrift Blanks über eine Besprechung mit Gereke und Sogemeier

HA/GHH 4001012024/7. Durchschlag[1].

Anwesend: Dr. *Gereke*, Dr. *Sogemeier*, Dr. *Blank*.

Dr. *Gereke* schilderte zunächst die schwierigen Verhältnisse zwischen den verschiedenen landwirtschaftlichen Gruppen, bei denen sich insbesondere die kleine, aber energische Gruppe um Herrn *Hepp* dafür einsetzt, daß der Landvolk-Begriff möglichst eng und ausschließlich berufsständisch ausgelegt wird. Herr *Gereke* steht ebenso wie Herr *Schiele* auf dem entgegengesetzten Standpunkt und setzt sich aufs entschiedenste dafür ein, daß die neue Landvolkpartei zum mindesten in der Form einer gemeinsamen Reichsliste ihren Willen zur Zusammenarbeit mit der Konservativen Volkspartei zum Ausdruck bringt. Die Entscheidung darüber fällt in der Vorstandssitzung der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei am Dienstag, den 29. Juli. Die genannte Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei soll überhaupt den organisatorischen Rahmen für die neue große Landvolkpartei abgeben. Wahrscheinlich soll auch ihr derzeitiger Vorsitzender – *Höfer*-Thüringen – Vorsitzender der Gesamtorganisation werden. Herr *Hepp* entfaltet eine eifrige Tätigkeit gegen die Verbindung Landvolk-/Konservative Volkspartei. Er hat für Wahlzwecke aus Quellen, die nicht bekannt sind, Herrn *Höfer* bereits RM 15 000,– überwiesen und weitere RM 50 000,– in Aussicht gestellt.

Wir haben Herrn *Gereke* zum Ausdruck gebracht, daß wir mit der von ihm, dem *Grafen Westarp* und Herrn *Schiele* verfolgten Linie vollkommen übereinstimmen und daß wir auch bereit wären, uns dafür einzusetzen, daß er in seinem Kampf eine materielle Stütze erhält. Herr *Gereke* wies darauf hin, daß er mit den von ihm herausgegebenen Publikationen – Landvolk-Nachrichten usw. – eine energische Propaganda veranstaltet, die natürlich allerhand Kosten verursacht. Da gerade diese Woche außerordentlich kritisch ist, haben wir Herrn *Gereke* in Aussicht gestellt, daß ein Teil dieser Kosten voraussichtlich von unserer Seite würde ersetzt werden können. Wir haben ihm schließlich einen Betrag von 30/40 000,– Mark als erste Zahlung von unserer Seite in Aussicht gestellt, so daß er zum mindesten in diesem Ausmaß schon jetzt weitere Propagandaaufwendungen machen kann. Da er selbst offensichtlich einen sehr viel höheren Betrag erwartet hatte, haben wir ihm noch erklärt, daß bei einem günstigen Verlauf der morgigen Sitzung der Christlich-Nationalen Bauernpartei unter Umständen auch größere Beträge bereitgestellt werden könnten. Das Ausmaß der überhaupt zur Verfügung stehenden Mittel werde aber, soweit es die rheinisch-westfälische Industrie betreffe, erst in einer heute stattfindenden Besprechung der maßgebenden Herren festgestellt werden.

Herr *Sogemeier* und ich hielten uns zu dieser vorläufigen Zusage für berechtigt, da nach unserer festen Überzeugung hier eine Schlüsselstellung für den kommenden Wahlkampf gegeben ist, bei der die Einschaltung unseres Einflusses unbedingt vorgenommen werden muß.

1 Anlage zu Nr. 122a.

123.

30. 7. 1930: Niederschrift über die Sitzung des Parteiausschusses der Deutschen Demokratischen Partei (Auszüge)

BA R 45 III/14. Handschriftliche Korrekturen. Überschrift: „Protokoll über die Sitzung des Parteiausschusses der Deutschen Demokratischen Partei am 30. Juli 1930 im Sitzungssaal des Reichstags".

[. . .][1]

Herr Koch-Weser: [. . .][2] Ich muß Sie in der heutigen Stunde um Entschuldigung bitten, wenn ich vorgegangen bin, ohne Sie zu fragen[3], aber der Parteiausschuß hat in seiner letzten Sitzung eine Resolution angenommen, die das Ziel, auf das wir losgesteuert sind, angedeutet hat[4]. Ich habe mir in der Sitzung des Vorstandes am Freitag[5] und ebenso in der Beratung der Wahlkreisvorsitzenden die Sicherheit geholt, daß diese Organe zwar mit Entschiedenheit gegen eine Addition bestehender Parteien, aber mit ebenso großer Freudigkeit für die Neuschaffung einer größeren Partei, namentlich unter Annäherung an die volksnationale Bewegung, eingetreten sind, und ich glaube, im Sinne der Partei gehandelt zu haben. Über den Weg brauche ich Ihnen nicht viel Entschuldigungen zu sagen, denn das Vorgehen, wie es Herr *Scholz* heute übt, beweist, daß man auf die althergebrachte Weise zu keinem Ergebnis kommt. Ich betrachte es als das wichtigste, was hier erreicht worden ist, daß ganz geräuschlos eine Tatsache in die Welt gesetzt worden ist, die aber nur erreicht werden konnte, wenn jeder einzelne seine persönlichen Interessen zurückstellte und wenn er vertrauensvoll es den Führern überließ, den Weg zu gehen, der zum Ziele führt. Alle Störungserscheinungen und Einwände, die mir aus allen möglichen Richtungen zugegangen sind, haben mir hinterher bewiesen, daß es notwendig war, den Weg so geräuschlos und still, aber auch von Ihrem Vertrauen getragen, zu gehen, wie ich es getan habe. Wir sind uns alle, die wir diesen Weg nun eingeschlagen haben, bewußt, daß wir ein großes Wagnis eingehen, aber ich würde meine Führerrolle falsch aufgefaßt haben, wenn ich das Wagnis nicht unternommen hätte. Wir sind überzeugt davon, daß wir mit unserer Handlungsweise recht gehandelt haben. Denn man muß sich darüber klar sein, daß eine Situation wie die heutige nur gemeistert werden kann, wenn die Führer den Mut haben zu handeln. Wir haben uns ja seit Jahren über die

1 Eröffnung der Sitzung durch Gertrud *Bäumer*.

2 *Koch-Weser* beginnt mit einem kurzen Rückblick auf seine Rede bei der Übernahme des Parteivorsitzes im Jahre 1924. Zu den Ausführungen *Koch-Wesers* Chanady S. 1446 f.

3 Zusammenschluß der DDP mit der Volksnationalen Reichsvereinigung zur Deutschen Staatspartei am 27. 7. 1930. Schulthess 1930 S. 182 ff.; Hornung S. 96 ff.; Erich Matthias/Rudolf Morsey, Die Deutsche Staatspartei, in Matthias/Morsey S. 31 ff.; Stephan S. 443 ff. Zur Beurteilung des Zusammenschlusses durch den Jungdeutschen Orden Nr. 131.

4 Der erste Satz der Resolution lautet: „Die Deutsche Demokratische Partei würdigt die Bedeutung des staatspolitischen Zieles, die Front einer republikanischen und demokratischen Mitte gegen rechts und links durch die Zusammenfassung gesinnungsverwandter Kräfte über den Parteirahmen hinaus zu stärken." Sitzung am 25. 5. 1930, Nr. 76.

5 25. 7. 1930, Nr. 119.

Frage einer Umgestaltung unseres Parteiwesens unterhalten. Wir haben alle gewußt, daß die eigene Partei schwer ringt, daß viele von uns sich in dem furchtbar schweren Kampf als schmale Partei zwischen rechts und links aufgerieben und geopfert haben, und bei uns allen ist der Wunsch vorhanden gewesen, Bundesgenossen zu bekommen. Bei uns allen ist aber auch der Grundsatz maßgebend gewesen, daß wir niemals in eine neue Organisation eintreten würden, wenn sie die Grundsätze, für die wir kämpfen, und unsere politische Richtung gefährden würde. Deswegen habe ich Ihnen immer und immer wieder gesagt: es kommt darauf an, eine Neuschaffung unter Heranziehung der schlummernden jungen Kräfte in unserem Volk vorzunehmen. Es ist falsch und ergebnislos, wenn man die bestehenden Parteien addieren wollte. Die bestehenden Parteien sind nicht restlos so zusammengesetzt, daß wir mit ihnen zusammengehen könnten. Es kam darauf an, daß junge, unverbrauchte Kräfte einen starken Anteil an der Führung übernahmen, die unbefangen durch alten Parteistreit an die neuen Aufgaben unseres politischen Lebens herangehen konnten. Wir müssen uns doch darüber klar sein, daß die letzten 10 Jahre, so viel auch geleistet worden ist, doch weiten Schichten unseres Volkes eine Enttäuschung gebracht haben, weil der Wiederaufbau nicht so rasch vor sich ging. Deshalb sind junge, treibende Kräfte in Verbindung mit alten, erprobten Parlamentariern notwendig, die aus Erfahrung und mit jugendlicher Frische gemeinsam an die neuen großen Aufgaben des Staates herangehen. Ich bin aber keineswegs der Ansicht, daß mit dem, was hier in drei Tagen geschaffen worden ist, die Entwicklung beendet ist. Ich habe immer wieder betont, daß dies ein Anfang, kein Abschluß sein soll und daß wir auf immer weiteren Zuzug aus allen Kreisen hoffen, die sich fest auf den Boden der Republik stellen, die eine freiheitliche und fortschrittliche Entwicklung unseres Staatswesens wünschen, die an dem privatwirtschaftlichen Aufbau festhalten, die keine Interessenvertreter sind und die die Politik geführt zu wissen wünschen unabhängig von den Gewerkschaften und den Einflüssen großer Unternehmer- und Kapitalistenverbände. Das ist eine große Aufgabe. Die Zahl derer, die eine solche Politik mitmachen wollen, ist längst nicht erschöpft. Wir halten die Tore weit offen für die, die noch kommen werden. Ich lasse mich aber nicht ein auf Verhandlungen von Partei zu Partei, weil bei solchen Verhandlungen nur eine gegenseitige Entfremdung herauskommt.

Nun zu dem sachlichen Programm: Sie wissen, daß wir in der neuen Partei nicht immer dieselbe Sprache sprechen, denn wir kommen aus ganz anderen Ideengängen, die Volksnationalen haben sich von rechts her zur Bejahung einer fortschrittlichen Politik durchgerungen, während wir auf der linken Seite gestanden haben. Die Sprache ist wohl verschieden, aber sie wird und muß ausgeglichen werden. Es muß aber als Hauptsache festgestellt werden, daß in dem Ziel auch zwischen den Volksnationalen, auch zwischen den jungen Volksparteilern und auch zwischen den Angehörigen der Christlichen Gewerkschaften und uns nicht der geringste Unterschied besteht. Wir haben bei der Aufstellung des Programms nirgends solche Unterschiede festgestellt. Wir sind uns einig auf dem Gebiete der Aufrechterhaltung der Reichsverfassung, wir sind uns einig in dem höchsten Ziel unserer Partei, der Verteidigung der Republik gegen alle Antastungen von rechts und links. Wer den Zulauf beobachtet, den die Nationalsozialisten auf der Rechten und die Kommunisten auf der Linken haben, muß es begrüßen, wenn es gelingt, in

der Mitte eine große Partei zu schaffen mit jungen Elementen, in der alle kraftvoll die Republik gegen den Radikalismus von rechts und links zu verteidigen entschlossen sind. Diese Hauptaufgabe, die wir so lange erfüllt haben, in kraftvollere Hände abzugeben, ist also die wichtigste Errungenschaft, die mit der Gründung der neuen Partei verbunden ist. Auch auf dem Gebiet der Außenpolitik werden wir gemeinsame Ziele verfolgen. In der Stellung zur Wirtschaft ist ein starker sozialer Einschlag durch die neuen Männer festzustellen. Weiter ist es eine ganz besondere Errungenschaft, daß sich hier Männer der Wirtschaft und der Politik, daß sich Gewerkschaftler zweier Richtungen zusammengefunden haben unter einem festen und klaren Bekenntnis zur privatwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung und unter Ablehnung aller sozialistischen Experimente. Ich brauche mich nur auf die Rede unseres Freundes *Stolper* in Mannheim[6] zu berufen, wenn ich sage: die heutige Wirtschaftsordnung muß sich endlich einmal zur Wehr setzen, und es muß endlich einmal klargestellt werden, daß man sich nicht schämen muß, in einem privatwirtschaftlichen Staat zu leben, sondern es muß anerkannt werden, daß dieser Staat besser ist als je ein sozialistischer Aufbau eines Staates es sein kann. Ich halte das für einen außerordentlich wertvollen Faktor, daß wir Bundesgenossen bekommen, die auf sozialpolitischem Gebiet fortgeschritten sind, die aber andererseits auch sich mit aller Macht dagegen stemmen, daß man die Privatwirtschaft dadurch zugrunde richtet, daß man ihre Aufgaben in die öffentliche Wirtschaft übernimmt.

Wichtiger noch als diese Frage für die nächste Zeit ist der starke Reformwille, der die neue Partei beseelen wird. Wir brauchen Reformen, und ich muß diese Reformen nicht erst begründen. Wir brauchen eine Reichsreform, wir brauchen eine Wahlreform, wir brauchen eine Bildungsreform, eine Reform unseres Gemeindewesens, die den Gemeinden wieder ihre Selbstverantwortung gibt, wir brauchen eine Wirtschaftsreform in dem Sinne, wie sie unser Freund *Stolper* vorgeschlagen hat, und wir brauchen eine finanzielle Reform, die dafür sorgt, daß die Finanzen des Reiches ohne das billige Mittel der Steuererhöhung in Ordnung kommen. Auf all diesen Gebieten wird die neue Partei arbeiten und besser arbeiten können als wir. Ich halte es für meinen Teil für eine der ersten Aufgaben der neuen Partei, zu gegebener Zeit ein Volksbegehren für eine Wahlreform und ein Volksbegehren für eine Reichsreform ins Leben zu rufen. Ich bin also der Meinung, daß sich hier eine reformfreudige Partei zusammentun muß. Ein Wort auch zur Stellung der neuen Partei zur Sozialdemokratie. Es muß gegenüber aller gehässigen Behandlung der neuen Partei durch die Sozialdemokratie immer wieder festgestellt werden, daß hier Menschen zusammenkommen, die der sozialdemokratischen Bewegung unbefangen gegenüberstehen, die bereit sind, mit ihr zusammenzugehen, wenn es erforderlich wäre; wir sagen uns zwar, daß die Sozialdemokratische Partei zwar keinen Anspruch darauf hat, in jeder Koalition vertreten zu sein, wenn sie wie bei der Arbeitslosenversicherung die Mithilfe versagt, aber wir denken nicht daran, einen Block gegen sie zu bilden, sondern wir stehen unsererseits der Sozialdemokratie völlig objektiv gegenüber. Wir sind aber auch bereit, da zu kämpfen, wo sie auf Grund ihrer sozialistischen Doktrin das Deutsche Reich in Gefahr zu bringen droht. Ich bedaure es außerordentlich, wenn

6 Nr. 76, Anm. 8.

die Situation bei den Sozialdemokraten verkannt wird und wenn sie die Brücke abbrechen wollte zu einer rechts von ihr stehenden Partei, die ihr allein auch im neuen Reichstag die Möglichkeit zu positiver Mitarbeit gewährt. Ich muß aber noch eine andere Frage zur Sprache bringen, die im Interesse wertvoller Freunde, die auch in Zukunft in keiner Weise entbehrt werden können, erörtert werden muß und die wir auch mit den Volksnationalen eingehend erörtert haben: die neue Partei steht mit absoluter Geschlossenheit und mit großer Energie auf dem Standpunkt der völligen Gleichheit aller Staatsbürger. Es gibt hier keine politischen, sozialen, konfessionellen oder rassenmäßigen Unterschiede.

Ich kann hinzufügen, daß Herr *Mahraun* mir für seine Partei die Erklärung abgegeben hat, daß Antisemitismus ihnen fern sei und daß sie es als eine Verleumdung ansehen würden, wenn man ihnen Antisemitismus vorwerfen wollte. Wir alle wissen, daß der Jungdeutsche Orden in seiner Vergangenheit zu dieser Frage anders gestanden hat als heute. Aber ist es denn nicht gerade im Interesse der jüdischen Staatsbürger ein ungeheurer Fortschritt, wenn alle diese Menschen sich heute nicht mehr zu solchen Ideen bekennen? Kann es wirklich die Aufgabe dieses Kreises sein, Menschen abzustoßen, die zu ihnen kommen und sagen, daß sie mit uns auf dem Standpunkt der absoluten Gleichheit aller Staatsbürger stehen? Wie will man denn verhindern, daß junge Menschen zu Nationalsozialisten und Extremisten übergehen? Kommen Sie in unsere Organisation, arbeiten Sie zusammen mit den früheren Volksnationalen, zeigen Sie ihnen, wie ehrliche und begeisterte Staatsbürger Sie sind, zeigen Sie ihnen, wie gute Deutsche Sie sind, dann werden Sie auch nach dieser Richtung in der neuen Partei eine wertvolle Aufgabe im Sinne des Judentums erfüllen. Auch die Frage des Reichsbanners ist an mich herangetreten, und ich kann dazu nur sagen, daß die Volksnationalen auf diesem Gebiet ganz vorurteilsfrei sind.

Ich habe Ihnen bereits zu Beginn meiner Ausführungen gesagt, daß unsere Arbeit nicht abgeschlossen ist. Die nächsten Tage werden weitere Entscheidungen auf diesem Gebiet bringen. Es ist unverkennbar, daß auch Kreise rechts von uns von der Bewegung ergriffen werden. Ich hoffe, daß wir in einer Front in den Reichstag einziehen werden, wie wir sie in Halle nicht geglaubt, aber damals schon in der Resolution gefordert haben[7]. Der Gedanke des Herrn *Scholz*, eine Sammlung von den Konservativen über die Wirtschaftspartei zu den Demokraten, ist undurchführbar. Wie soll man Ersparnisse machen mit Gegnern des Einheitsstaates, wie die Wirtschaft heben mit Gegnern der Handelsverträge? Das ist die hauptsächlichste Grenze nach rechts. Ich hoffe, daß auch rechts von uns Menschen stehen werden, die das Gefühl haben, daß das deutsche Volk kein Interessentenhaufen sein darf, sondern ein wahres Staatsvolk. So viel steht schon jetzt fest, daß die Ziele der neuen Partei sich mit denjenigen Zielen decken, denen wir in den letzten zehn Jahren, leider nur auf wenigen Gebieten, erfolgreich entgegengestrebt haben. Wir werden in diesem neuen Reichstag uns nicht mehr auf Deklamationen beschränken müssen, sondern mit Taten vorangehen. Wenn die Republik nicht eine einzige Reform lösen kann, ist alles verloren. Reaktion wird immer durch Revolution abgelöst. Nur wenn die Republik sich evolutionär den Erfordernissen

7 Anm. 4.

der Zeit anpaßt, wird sie sich halten. Die neue Partei wird dazu beitragen, aus unserer Republik eine fortschrittliche evolutionäre Republik zu machen.

Nun zu dem Wahlkampf. Es ist natürlich ausgeschlossen, daß die Konstituierung der Partei jetzt schon vollzogen wird. Wir haben vorläufig einen Aktionsausschuß, der sich natürlich noch ändern wird, gebildet. Die Konstituierung der Partei kann erst nach den Wahlen erfolgen. Was aber heute getan werden kann, ist, daß Sie uns die Billigung zu unserem eigenmächtigen Vorgehen nachträglich aussprechen. Das zweite ist, daß wir unsere Organisation für die kommenden Wahlen der neuen Partei zur Verfügung stellen. Wir werden in der Form verfahren, daß wir Sie bitten, Aktionsausschüsse in den einzelnen Wahlkreisen zu bilden für diejenigen in unserer Partei, aus den Volksnationalen und aus den anderen Organisationen, die den Übertritt zu uns beschlossen haben. Ich darf bemerken, daß die volksnationale Organisation in manchen Teilen des Reiches sehr stark ist und z. B. in Dortmund ca. 5000 Mitglieder hat. Nicht so leicht ist die Frage der Kandidatenaufstellung. Hier wird es nicht gut anders gehen, als daß eine Zentralstelle aus Ihrer Mitte 16 bis 18 Personen beruft, die über diese Frage mit uns verhandeln werden und mit unseren Organisationen draußen im Lande Fühlung nehmen, um dort eine Einigung herbeizuführen. Die Volksnationalen haben auf die Frage, wie viele ihrer Leute in den Reichstag einziehen, kein entscheidendes Gewicht gelegt. Sie müssen allerdings in den Provinzen, wo sie stark vertreten sind (Thüringen, Sachsen, Westfalen, Hannover, Düsseldorf, Schleswig-Holstein) eine besondere Berücksichtigung fordern. Es wird aber im ganzen darauf hinauskommen, daß überall in den Wahlkreisen junge Menschen auch neben erfahrenen Politikern an die erste Stelle kommen. Diese Forderung kann dem Reichstag nur zugutekommen, weil in der Tat die politische Jugend unserem politischen Leben viel zu ablehnend gegenübersteht.

An anderen Stellen wird man Gewicht darauf legen, die zweite oder dritte Stelle mit jungen Menschen zu besetzen. Es wird sich hier bei beiderseitigem guten Willen ein Ausgleich ermöglichen lassen. Ich bitte Sie aber dringend, bei dieser Aufstellung von Kandidaturen nicht die von mir wiederholte Forderung zu vergessen, daß Frauen mindestens an zweiter Stelle in den Wahlkreisen zu berücksichtigen sind. Die neue Partei muß mit der Heranziehung von Frauen Ernst machen.

Die müssen sich mit uns sagen, daß in einem solchen Augenblick persönliche Empfindungen in den Hintergrund gehören und daß wir eine Partei schaffen müssen, die möglichst kraftvoll von vornherein in die Öffentlichkeit tritt. Es besteht kein glatter Bau, wenn man in drei Tagen eine solche Arbeit zimmern muß wie die hier gezimmerte, aber das muß ertragen werden, denn der Bau mußte in kurzer Zeit fertig gemacht werden, wenn nicht feindliche Hände ihn niederreißen sollten.

Ich weiß sehr wohl, daß ich in dieser Stunde an Ihre Vaterlandsliebe, an Ihre Opferwilligkeit ungeheure Ansprüche stelle, aber ich habe noch niemals vergebens an Sie appelliert, wenn es galt, unsere Ideen, die bestehen bleiben müssen, wenn Deutschland nicht untergehen soll, zu fördern und ihnen zum Siege zu verhelfen. Indem ich der Überzeugung bin, daß wir durch unser formalistisch nicht ganz einwandfreies Verhalten der Partei und ihren Ideen in gewaltigem Maße

genutzt haben, gebe ich der Kritik in Ihren Ausführungen gern einen breiten Raum, bitte Sie aber, nicht zu vergessen, daß dasjenige, was uns geleitet hat, das wahre Wohl der Republik gewesen ist.

[. . .][8]

Herr Hellpach: Was geschehen ist, ist nicht eine Lösung, sondern nur der Anfang. Die Fortsetzung wird hoffentlich noch vor dem eigentlichen Wahlkampf kommen. Es ist bedauerlich, daß dieser Schritt geschehen ist unter systematischer Nichtinkenntnissetzung derjenigen, die den Kampf für die Einigung seit Jahren führen. Eine miserable Regie hat in diesem so großen Schritte geherrscht, beispielsweise wußten nicht einmal die demokratischen Provinzzeitungen am Montag Bescheid. So etwas macht den Eindruck eines schlechten Gewissens. Wenn es Ihnen gelingt, die Deutsche Volkspartei in den nächsten Tagen auseinanderzusprengen, dann war das richtig, was Sie getan haben; wenn es Ihnen nicht gelingt, dann haben Sie ein Jeu gespielt und verloren. Daß etwas geschehen ist, ist sachlich freilich überaus erfreulich. In dem Aufruf fehlt aber das Zündende, es sind darin zum großen Teil die alten Ladenhüter enthalten, mit denen wir zusammengeschmolzen sind. Aber es kommt bei dieser Gelegenheit gar nicht auf Programme an, sondern auf die Persönlichkeit, und hier wollen wir vollkommene Sicherheit. Es erscheint mir ganz unmöglich, daß die Deutsche Staatspartei belastet ist mit der ziellosen und unklaren Führung, die die Demokratische Partei im letzten Jahre gehabt hat. Sie darf nicht wieder in die Öffentlichkeit treten. (starker Beifall) Die ganze Angelegenheit darf nicht wieder wie in Halle auf die Frage eines Vertrauens- oder Mißtrauensvotums hinausgespielt werden. Es ist beinahe undenkbar, daß unser Führer *Dietrich* sich nicht in dieser Versammlung befindet. Sonst würden wir ihm sagen müssen: Du bist jetzt der Mann, der an die Spitze und vor die Front gehört. (Beifall) Und an die Spitze neben *Dietrich* gehört *Mahraun*: dieser soll jetzt vor dem ganzen Lande bekennen, daß er diese Bewegung führt und dafür verantwortlich ist. Deshalb soll er nicht hinter der Front sitzen und von da seine Fäden spinnen, sondern mit seinem Namen die volle Verantwortung mit übernehmen. Kein Optimismus und Enthusiasmus, sondern das Bewußtsein, daß wir in einen schweren Kampf hineingehen! Wenn die Erneuerung des politischen Lebens damit beginnt, daß eine radikale Erneuerung der Führung stattfindet, dann könnte ich der Partei mit allen Kräften dienen. Andernfalls könnte ich mich ihr nicht zur Verfügung stellen. (Starker Beifall)

[. . .][9]

Herr Höpker-Aschoff: Unsere auswärtige Politik besteht seit jeher aus dem stärksten Widerspruch gegen das Versailler Diktat. (Beifall) Das war auch der Inhalt der *Rathenau*schen Politik. Hier besteht also kein Unterschied gegenüber den Volksnationalen. In dem Kampf um das Volksbegehren haben sich die Geister geschieden. Damals war der „Jungdo" auf unserer Seite gegen das Volksbegehren, und damit hat er positiv die Richtung seiner auswärtigen Politik gekennzeichnet. Es ist eine große Sehnsucht im deutschen Volke nach etwas Neuem. Namentlich bei den Hunderttausenden, die politisch heimatlos sind und die nicht wissen, an welche Partei sie sich anschließen sollen. Daraus ergibt sich die

8 Längere, kontroverse Aussprache über das Vorgehen *Koch-Wesers*.

9 Fortsetzung der Aussprache.

Notwendigkeit, etwas Neues zu schaffen. Daß nicht möglich war, die Deutsche Volkspartei zum Zusammenschluß heranzuziehen, das beweist schon die Einladung von *Scholz*. Der Erfolg der Neugründung hängt nicht von der Spaltung der Deutschen Volkspartei ab, sondern davon, ob wir die außerhalb der Parteien stehenden Heimatlosen gewinnen können. Die Demokratische Partei kann mit *Hutten* sagen: Ich hab's gewagt. Mit der *Hutten*schen Tapferkeit aber wollen wir auch in den Wahlkampf hineingehen. (Beifall)

[. . .][10]

Herr Stolper: Es ist ganz natürlich, daß hier Mißtrauen gegen die Volksnationalen geäußert worden ist. Denn man kannte die Braut vielfach nicht, mit der die Ehe geschlossen werden soll. Aber diese Ehe ist notwendig. Alle Bedenken verlieren ihren Wert gegenüber der schweren kritischen Zeit, die uns jetzt bevorsteht. Der Kapitalismus wird zeigen müssen, daß er sozial wirksamer ist als der Sozialismus, und die neue Partei gibt ihm Gelegenheit dazu. Wir sollten alles aufbieten, um die liberalen und sozialen Elemente der Deutschen Volkspartei zu gewinnen. Erhalten wir sie aber nicht, dann ohne die Deutsche Volkspartei oder gegen die Deutsche Volkspartei! Es ist nicht zu befürchten, daß sich unsere Ideen in der neuen Partei nicht durchsetzen werden.

[. . .][11]

Herr Stündt: Die Staatspartei wird eine furchtbare Blamage werden. Der Namenswechsel wird gar nichts nützen, das Volk wird doch sagen, das sind die alten Demokraten. Sie stoßen den linken Flügel ab, ohne zu wissen, wie stark der rechte Flügel sein wird. Dazu kommt, daß die ganze Einleitung der Sache von oben herab auf die Demokraten im Lande einen durchaus verstimmenden Eindruck machen muß. Wenn schon die jetzige Führung der Demokraten deren soziales Programm nicht durchführen konnte, wie sollen wir das Vertrauen haben, daß es durchgesetzt werden wird, nachdem wir Zuwachs von rechts erhalten haben? Ich habe dies Vertrauen nicht. Sie machen uns Jungdemokraten heimatlos, und sie machen es uns unmöglich mitzugehen.

Herr Heuss: Der Führung ist das Recht einzuräumen, im gegebenen Augenblick zur Tat zu schreiten. Vielleicht kommt wirklich die Erneuerung, die wir als Partei bedürfen, von dem Jungdo. Andererseits wird sich an den Volksnationalen voraussichtlich ein politischer Anpassungsprozeß vollziehen.

Herr Koch-Weser berichtet über die Verhandlungen, die soeben mit *Scholz* stattgefunden haben und bei denen außer den Demokraten und der Deutschen Volkspartei Volkskonservative und Wirtschaftspartei vertreten waren[12]. Das Ergebnis sei gewesen, daß eine Fusion der bestehenden Parteien abgelehnt worden sei; die beiden Flügelparteien seien naturgemäß am wenigsten dazu geneigt gewesen. Darauf sei vorgeschlagen worden, einen gemeinsamen Wahlaufruf zu veröffentlichen zugunsten der Beseitigung der Finanzkrise. Zu diesem Zwecke sei auch die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft der betreffenden Fraktionen im neuen Reichstag vorgeschlagen. Der Aufruf soll entworfen werden,

10 Fortsetzung der Aussprache.

11 Fortsetzung der Aussprache.

12 Vgl. Nr. 119, Anm. 3.

und bei dieser Gelegenheit werde man sehen, ob auch nur in diesem beschränkten Umfange eine Zusammenarbeit möglich sei[13]. Die Staatspartei werde als Vorbedingung für die Arbeitsgemeinschaft verlangen, daß später im Reichstage unter keinen Umständen die Rechtsradikalen hinzugezogen werden. Redner geht dann auf die Angriffe *Hellpachs* ein und widerlegt sie im einzelnen. Insbesondere weist er darauf hin, daß er sich stets einer größeren Partei zur Verfügung gestellt habe, an der Demokratischen Partei aber festhalten müßte, solange nichts Besseres da war. *Hellpach* habe getadelt, daß die Führung jetzt eigenmächtig gehandelt habe, ohne ihn zu fragen. Früher habe er immer darüber geklagt, daß nur geschwätzt, aber nicht gehandelt werde. Wenn jemand wie ich, so fährt Redner fort, sechs Jahre lang eine Partei geleitet habe, so ist das lange genug, besonders wenn die Partei klein ist. In dieser Zeit macht sich auch ein großer Haufen von Verstimmtheit gegen den Führer geltend. Ich denke also gar nicht daran, mich dauernd zur Verfügung zu stellen. Aber das Vertrauen der Volksnationalen bei diesen Verhandlungen beruhte doch zum guten Teil auch auf dem Zutrauen zu meiner Person, und da wäre es doch nicht recht gewesen, wenn ich aus dem Aktionsausschuß ausschied. *Mahraun* hat auch dringend gebeten, die Personalfrage bis zur Zeit der Parteigründung zu verschieben. Für mich wird es ein Stolz und eine Genugtuung sein, daß ich hier echten Führerwillen gezeigt habe, indem ich die Partei in eine Zukunft hineingeführt habe, die mir als die einzig mögliche erscheint.

[. . .][14]

Zur Sache selbst weist **Herr Meyer** darauf hin, daß wir uns vorläufig an dem tatsächlichen Bestehen der Deutschen Staatspartei genügen lassen müssen; wir können uns nicht den Luxus leisten, vor dem Wahltag noch einen Parteitag einzuberufen, dessen Ergebnis zudem absolut unzweifelhaft feststeht. Ein Parteitag der neuen Partei kommt auch nicht in Betracht; da müssen Vorbereitungen getroffen werden, zu denen wir keine Zeit haben. Was sofort unbedingt notwendig ist, sind gemeinsame Veranstaltungen. Es ist beabsichtigt, in einer Stadt Mitteldeutschlands, etwa in Kassel, den Wahlkampf durch eine gemeinsame Veranstaltung von Demokraten und Volksnationalen zu eröffnen, daran sollen sich dann große Versammlungen in Berlin und in den anderen Hauptorten [an]schließen. Bei diesen Veranstaltungen kommen die Leiter aller zusammengeschlossenen Richtungen zu Wort. Es ist dann nötig die Schaffung eines Aktionsausschusses. Dieser Ausschuß wird sich auch um die Kandidatenaufstellung zu kümmern haben. Man kann da nicht absolute Demokratie walten lassen, die Parteileitung muß sich vielmehr einmischen können und im Lande eine Verständigung der verschiedenen Gruppen herbeiführen, wo diese nicht von selbst eintritt. Bisher ist übrigens keine bereits nominierte demokratische Kandidatur von der anderen Seite angefochten worden. Nicht in das Gebiet des Aktionsausschusses fallen würde die Aufsicht über die Agitationsreden und die Beseitigung von etwaigen Widersprüchen daraus. Natürlich wird man sich über gewisse Grundsätze der Agitation verständigen müssen. Wir haben in Aussicht genommen, daß unter der

13 Auch diese Versuche scheiterten am 7. 8. 1930; Ursachen und Folgen VIII S. 78f.

14 Nach Ausführungen *Fischers* wird die Debatte über den Zusammenschluß beendet. Dann beginnt die Aussprache über die organisatorische Arbeit.

Leitung von Frau *Bäumer* und Herrn *Bornemann* ein kleiner Kreis zusammentritt, dem besonders kundige Mitglieder der verschiedenen Richtungen angehören. Die Führung der Partei muß später nach demokratischen Methoden gewählt werden, natürlich auf einem Reichsparteitag. Aber es läßt sich nicht vermeiden, daß zunächst gewisse Dinge provisorisch geregelt werden. Zu diesem Zweck ist ein Ausschuß eingesetzt worden, dem die Herren *Koch-Weser, Mahraun, Winschuh* und *Glimm* angehören. Später sollen die verschiedenen Richtungen in der Leitung berücksichtigt werden. Herr *Mahraun* ist Führer der Organisation außerhalb des Parlaments; das ist ihm zugebilligt worden. Wenn wir Demokraten unsererseits eine gleiche Nennung eines Führers, der neben *Mahraun* steht, unterlassen haben, so ist das aus demokratischen Erwägungen heraus geschehen. Die Frage, wie der Zusammenschluß in den Wahlkreisen vor sich gehen soll, ist noch nicht erörtert worden. Man wird auch den Wahlkreisführern zutrauen dürfen, daß sie das richtige Verfahren von selbst üben. In manchen Fällen wird auch wohl der provisorische Vorstand angerufen werden, um ein Einvernehmen zwischen den verschiedenen Gruppen herzustellen. Es ist gelungen, für die Deutsche Staatspartei auf dem Reichswahlzettel die Liste Nr. 6 der Demokraten zu erhalten.
[. . .][15]

Ißberner

15 Ergänzende Mitteilung *Koch-Wesers*. Nach kurzer Debatte Wahl des Aktionsausschusses. Schluß der Sitzung.

124.

1. 8. 1930: Koch-Weser an Scholz

Nachlaß Koch-Weser 105. Durchschlag[1].

Sehr geehrter Herr *Scholz*!

In den Äußerungen aus volksparteilichen Kreisen zur Gründung der Deutschen Staatspartei[2] wird nach wie vor die Auffassung vertreten, als hätte dabei die Absicht bestanden, gesinnungsverwandte Kräfte der Deutschen Volkspartei auszuschließen. Diese Meinung wird auf den Umstand gestützt, daß vor der Gründung der Partei keine Verhandlungen mit führenden Mitgliedern der Deutschen Volkspartei stattgefunden haben.

Ich darf dazu erklären, daß ich mich nicht an Sie wenden konnte, weil Sie mehrfach zum Ausdruck gebracht haben, daß Sie eine Verbindung nach links nur

1 Abgedruckt in Ursachen und Folgen VII S. 346 f.; Auszüge in Kessler S. 112 f. Der Brief kam in die Presse, bevor *Scholz* ihn erhielt und war wohl für die Öffentlichkeit gedacht; er erwähnt die Besprechungen zwischen *Scholz, Koch-Weser* und anderen mit keinem Wort.

2 Vgl. Nr. 123.

unter der Voraussetzung des gleichzeitigen Gelingens einer Verbindung nach rechts eingehen wollten, und weil Sie bei Ihren eigenen Bestrebungen die Volksnationale Reichsvereinigung ausgeschaltet hatten[3]. Bei diesem Stand der Dinge erschien es mir unpassend, an einzelne Persönlichkeiten Ihrer Partei heranzutreten, weil ich mir sagen mußte, daß sie ohne vorherige Auseinandersetzung mit ihrer Parteiorganisation solche Entscheidungen nicht treffen würden.

Ich konnte aber auch mit der Durchführung meines Entschlusses zur Einigung der dafür bereiten Kräfte nicht warten. Denn die Zeit drängte, und es bestand nach den mannigfachen Erfahrungen der letzten Jahre die Gefahr, daß der Gedanke einer großen Staatspartei erneut in denselben langwierigen Verhandlungen der alten Parteien ersticken würde. Darum habe ich mit den dazu bereiten Kräften gehandelt, – ein Vorgehen, bei dem ich, wie ich voraussehen mußte, auch im eigenen Lager manche Verstimmung erregt habe[4].

Die Deutsche Staatspartei und ich persönlich haben aber alsbald nach der Gründung in mehrfachen Erklärungen bekanntgegeben, daß die Türen der neuen Partei weit offen stehen und Mitglieder aus allen gesinnungsverwandten Kreisen gleichberechtigt an der Bestimmung der Führerschaft und der parlamentarischen Arbeit beteiligt sein werden, wenn sie sich zum Anschluß entschließen. Ich wiederhole dieses Angebot.

Damit komme ich zu dem sachlichen Grunde meines Schreibens. Das deutsche Volk will angesichts der Schwere der bevorstehenden Entscheidungen die Verbindung gesinnungsverwandter Kreise zu einer großen Staatspartei. Das zeigt uns das starke und ermutigende Echo, das unsere Gründung überall gefunden hat, übrigens auch in Kreisen rechts von der Deutschen Volkspartei und in Kreisen, die in der parteioffiziellen Presse bis jetzt nicht zu Wort kommen. Der Kampf um eine handlungsfähige Mehrheit im neuen Reichstag verlangt geschlossenes Vorgehen großer Gruppen. Ich würde es für ein nationalpolitisches Unglück halten, wenn in diesem Wahlkampf unsere Parteien sich in einem kleinlichen Zank gegenüberstehen und vielleicht sogar erörtern würden, wer am Scheitern der Einigung schuld ist. Weite Kreise der Wählerschaft wollen keine Erörterung der Schuldfrage, sondern eine Einigung. Ich möchte auf das eindringlichste darauf hinweisen, daß die deutsche Zukunft schwer gefährdet ist, wenn die heute bestehende Gelegenheit zu einer Einigung verpaßt wird.

Angesichts dieser großen Verantwortung dürfen persönliche Fragen und taktische Meinungsverschiedenheiten keine Rolle spielen. Wenn meine Person im Wege steht, weil ich die Art der Gründung der neuen Partei zu verantworten habe, so bin ich bereit, den Weg frei zu machen. Ich schlage Ihnen vor, daß zur Ausschaltung aller hemmenden Empfindungen und Empfindlichkeiten hüben und drüben wir beide uns von der Führung der neuen Partei zurückhalten und sie anderen Kräften überlassen. Ich mache diesen Vorschlag in der Gewißheit, daß bei dem Nebeneinander der beiden Parteien weder Dämpfungsversuche des Wahlkampfes noch gemeinsame Aufrufe und ähnliche kleine Mittel fruchtlosen politischen Zank

3 Vgl. Schulthess 1930 S. 185 f.

4 Das bezeugt auch die Kritik, die während der Sitzung des Parteiausschusses am 30. 7. 1930 vorgebracht wurde. Einzelne Diskussionsbeiträge in Nr. 123 nicht abgedruckt.

verhindern werden, sondern nur ein entschlossener Wille zu völliger Neugestaltung unter weitgehender Heranziehung neuer und junger Kräfte.

In der Hoffnung, daß Sie angesichts dessen, was auf dem Spiele steht, die parteipolitische Lage nochmals prüfen werden[5], bin ich

in alter Verehrung
Ihr
gez. *Koch-Weser*

5 Vgl. Nr. 128a und 128b.

125.

2. 8. 1930: Reusch (Hamburg) an Hamm

HA/GHH 40010123/25b. Durchschlag.

Lieber Herr *Hamm*!

Die Niederschrift über die letzte Vorstandssitzung des Deutschen Industrie- und Handelstages sowie über die an die Vorstandssitzung anschließende Besprechung habe ich mit bestem Dank erhalten. Auch von dem Rundschreiben des Herrn *v. Mendelssohn* habe ich Kenntnis genommen[1].

Die ersehnte Einigung von *Westarp* bis *Koch-Weser* ist ja leider gescheitert[2]. Die bedauerlichen Vorgänge bei der Gründung der Staatspartei[3] schließen m. E. es aus, daß das Ziel einer Sammlung der bürgerlichen Parteien in absehbarer Zeit erreicht wird. Ich glaube, die Staatspartei irrt sich, wenn sie glaubt, von „rechts" her einen großen Stimmenzuwachs zu erhalten. Die weltbürgerliche Anschauung der norddeutschen Demokraten wird nach wie vor in ihr überwiegen; sie ist m. E. nicht geeignet, eine besondere Anziehungskraft auszuüben.

Ich war gestern den ganzen Tag in Berlin und bin leider von früh morgens bis spät abends durch Besprechungen mit Politikern in Anspruch genommen gewesen, so daß ich meine Absicht, Sie aufzusuchen, nicht ausführen konnte. Inzwischen werden Sie ja wohl in Urlaub gefahren sein, so daß vor Ende August an ein Wiedersehen nicht zu denken sein wird.

Nachdem ich seinerzeit Herrn Dr. *Most* veranlaßt habe, sich nicht wiederwählen zu lassen, vermag ich Ihrem Wunsche, auf ihn dahingehend einzuwirken, daß er wieder kandidiert[4], nicht zu entsprechen, zumal er inzwischen noch andere Ämter übernommen hat – ich denke dabei u. a. auch an die Professur in Münster –, die seine Zeit sehr stark in Anspruch nehmen.

Die Verhandlungen mit dem Zentrum wegen Aufstellung einiger der Wirtschaft nahestehender Kandidaten sind aufgenommen und versprechen in gewisser Beziehung Erfolg. Ich habe jedenfalls gestern in dieser Hinsicht einige Zusagen erhalten[5].

Mit herzlichen Grüßen Ihr

1 Vgl. Nr. 120b, 120c, 120d.

2 Vgl. Nr. 128a und 128b.

3 Zur Einschätzung dieser Partei Nr. 121.

4 Vgl. Nr. 120a.

5 Vgl. Nr. 120a.

126.

2. 8. 1930: Staatssekretär Schäffer (Saas-Fee) an Max Warburg (Hamburg)

Nachlaß Schäffer ED 93. Durchschlag. Handschriftliche Überschrift: „Die politische Lage vor und nach dem Sturz Hermann Müllers". Unterstreichungen.

Lieber Herr *Warburg*!

Die Ruhe der Berge benutze ich, um Ihnen einmal über diejenigen Dinge zu schreiben, zu denen man im Trott des Alltags nicht kommt und die doch wichtiger sind als die meisten Sachen, mit denen man sich im allgemeinen beschäftigt. Ich werde mich dabei ganz ohne Rückhalt äußern im Bewußtsein, daß mein Brief bei Ihnen gut aufgehoben ist. Was Sie im einzelnen bei Ihren Unterhaltungen mit Dritten aus meinen Mitteilungen für Folgerungen ziehen, bleibt Ihnen überlassen.

Zum Verständnis der gegenwärtigen Lage muß man bis zu den Wahlen von 1928 zurückgehen. Die damaligen Ergebnisse machten die Große Koalition unbedingt notwendig, nicht nur für Sozialdemokratie, Demokraten und Zentrum, sondern auch für die Deutsche Volkspartei, zumal *Stresemann* sich völlig klar darüber war, daß er nur mit dieser Mehrheit die Befreiung der Rheinlande und die Revision des Dawes-Planes durchsetzen könnte[1]. Diese außenpolitischen Dinge traten während des Kabinetts Hermann *Müller* immer mehr in den Vordergrund. Schon vom Sommer 1928 an wurden zunächst durch *Gilbert* und die Botschafter, nachher in Genf die Reparationsfragen betrieben, von uns immer unter der Marke: Rheinlandbefreiung, von *Gilbert* und den Franzosen unter der Marke: endgültige Regelung der Reparationen. Auch *Schacht* spornte, wie Sie wissen, zu einer Beschleunigung an[2]. Auf sozialpolitischen Gebieten steckten die Sozialdemokraten alle ihre Ziele zurück, einmal, weil sie die Koalition zu gefährden fürchteten, ferner, weil *Hilferding* vom Finanzministerium aus Einspruch erhob[3]. Nur auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigten traf *Wissell* einige Verwaltungsmaßnahmen, die sich in einer nicht unerheblichen Belastung der Reichskasse auswirkten. Auch in Lohnfragen wurde von den Sozialisten eine stark zurückhaltende Politik betrieben. Die gleiche Zurückstellung der eigenen Parteiziele war auf dem Finanzgebiet zu bemerken. Mit Ausnahme einer Senkung der Lohnsteuer im Jahre 1928 kurz nach der Bildung der neuen Regierung (Kostenpunkt etwa 100 Millionen) erfolgte nichts, was wie eine Minderung der Etatsdeckung oder eine Belastung der Wirtschaft wirken konnte. Vielleicht konnte man den einmaligen Zuschlag zur Vermögenssteuer noch hierher rechnen, der aber auf früheren gesetzgeberischen Maßnahmen beruhte. Diese Haltung des Finanzministers, die in der Erkenntnis wurzelte, daß bei uns in der Belastung der wirtschaftlichen Unternehmungen bereits zu weit gegangen worden war, hinderte ihn auf der anderen Seite, manches zu tun, was notwendig war. Vor allem scheute er vor der Forderung neuer Steuern zurück, nachdem er gesehen hatte, daß ein solcher Vorschlag im Mai 1929, in der

1 Vgl. Bracher S. 287ff.; Maurer S. 36ff.

2 Über die ersten Initiativen zur Revision des Dawes-Plans und die Rolle *Schachts* Link S. 382ff.; Maurer S. 31ff.

3 Vgl. Maurer S. 40ff. und 48ff.

schwersten außenpolitischen Kampflage, fast den Bruch der Koalition zur Folge gehabt hätte. Er wich damals auf Drängen der Volkspartei von dem auf etwa 300 Millionen berechneten Steuerprogramm, das im wesentlichen den Massenkonsum treffen sollte, ab und begnügte sich mit einer ungenügenden Deckung von etwa einem Drittel. Das war die Sünde, die später zu seinem Sturze führte. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft machte die Sozialdemokratie ebenfalls erhebliche Zugeständnisse. Sie bewilligte Agrarzölle, die noch wenige Monate vorher kein Mensch für möglich gehalten hätte. In den Fragen der Handelsverträge bestanden zwischen ihr und den bürgerlichen Parteien der Regierung keine Meinungsverschiedenheiten.

Der heimliche Kampfpunkt, um den man immer wieder zur Aufrechterhaltung der Koalition herumging, war die Arbeitslosenversicherung. Wenn auch die Sozialdemokratie die Reformbedürftigkeit dieser Einrichtung einsah und sogar nach außen zugab, so wollte sie doch an eine aufrichtige Besserung über den Rahmen der Reform vom Oktober 1929 hinaus nicht heran, weil sie der Überzeugung war, daß die Deutsche Volkspartei gar nicht die Mißbräuche und Fehler der Versicherung bekämpfte, sondern diese selbst, und daß es ihr in Wahrheit darauf ankam, durch allmählichen Abbau der Arbeitslosenversicherung wiederum eine auf die Lohnhöhe drückende und die Gewerkschaften sprengende industrielle Reserve-Armee herzustellen. – Ob dieses Mißtrauen berechtigt war, weiß ich nicht. Sicher haben einige Kreise innerhalb der Deutschen Volkspartei solche Pläne gehegt; die Mehrheit hatte sie m. E. nicht. Dieses Mißtrauen aber war es, das die Große Koalition im März zur Strecke brachte, wobei noch hinzukam, daß nach dem Tode *Stresemanns*[4] die Führung der Volkspartei den Wunsch hatte, ihre in dem Kampf um das Volksbegehren[5] etwas zerfetzte rechte Flanke wieder in Ordnung zu bringen, was am besten ging, wenn man eine Zeitlang von den Sozialisten getrennt war. Das war das zweite Moment, das zu dem Bruch der Koalition führte.

Hinzu kam eine Geneigtheit an der allerhöchsten Stelle, die Regierung nach rechts umzubilden[6]. Maßgebend waren dafür keineswegs vorwiegend persönliche, sondern staatspolitische Erwägungen. Der Kampf um den Young-Plan hatte einen starken Keil in das deutsche Volk getrieben. Der Reichspräsident hatte sich durch Unterzeichnung des Planes und des so stark angefeindeten polnischen Abkommens zu einem großen Teil der bürgerlichen Politiker in Widerspruch gesetzt[7]. Die Propaganda *Schachts* hatte seine Stellung erschüttert, indem sie den Young-Plan der Öffentlichkeit als nicht mehr unverfälscht und nicht mehr annehmbar erscheinen ließ[8]. Zahlreiche Äußerungen der Kreise, die den Young-Plan abgelehnt hatten, ließen beim Reichspräsidenten die Furcht aufkommen, daß sich für die Dauer das Volk in zwei Teile scheiden würde, in einen, der den Young-Plan angenommen hatte, und den anderen, der ihn für eine Sünde gegen die deutsche Nation ansah. Eine Verhetzung wie nach dem Versailler Vertrag war zu befürchten. In dieser Lage begrüßte der Reichspräsident wohl eine Möglichkeit, Unter-

4 Am 3. 10. 1929.

5 Volksbegehren gegen den Young-Plan.

6 Vgl. Nr. 7.

7 Vgl. Dorpalen S. 158ff.

8 Nr. 28 und 29.

zeichner und Ablehner des Young-Planes in einer Regierung zu vereinigen. Er versprach sich davon eine Überbrückung der entstandenen Kluft und die Ausschaltung außenpolitischer Gesichtspunkte in dem Kampfe der Parteien. Schließlich mag beim Reichspräsidenten noch der Wunsch mitgesprochen haben, daß sich aus der zersplitterten Rechten wiederum eine tragfähige Partei entwikkeln sollte, was am ehesten möglich war, wenn eine auch auf rechte Gruppen gestützte Regierung vermöge einer Hilfsaktion für den Osten der immer noch stärksten Rechtspartei um *Hugenberg* Teile ablöste.

Auf diese psychische Situation in den drei entscheidenden Punkten, den beiden Flügelparteien der Regierung und den Reichspräsidenten, trafen die Schwierigkeiten der Haushaltsdeckung im März. Die Rolle, die der gegenwärtige Kanzler dabei gespielt hat, ist von der Sozialdemokratie mehrfach falsch gedeutet worden. Nach meinen aus nächster Nähe gewonnenen Eindrücken wollten *Brüning* und das Zentrum in erster Reihe die Aufrechterhaltung der Großen Koalition. Sie wollten diese aber neu gefestigt und nicht in einer Form, die bei jeder kleinen Vorlage das Ausbrechen einer Flügelpartei ermöglichte. Nur für den Fall, daß dies nicht erreichbar war, wünschte *Brüning* eine Umgruppierung nach rechts, wie sie schließlich eingetreten ist, wobei wohl ähnliche Gesichtspunkte wie beim Reichspräsidenten mitgesprochen haben[9]. Unerwünscht war sowohl dem Zentrum wie auch dem Reichspräsidenten eine Regierung auf der Grundlage der Weimarer Koalition, die auch bei der Haltung der Bayerischen Volkspartei gar nicht möglich gewesen wäre.

Die äußere Veranlassung zu dem Auseinandergehen der alten Regierung war der Beschluß der Sozialdemokratie, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nicht unter 3 ¾% festsetzen zu lassen. Der Gedanke war, dadurch um eine Reform herumzukommen, während umgekehrt die Deutsche Volkspartei durch Niedrighaltung der Beiträge die Reform erzwingen wollte. Die Entwicklung hat mit einer gewissen Ironie beiden Teilen recht gegeben, indem sie sowohl höhere Beiträge als auch die Reform erzwang. Aber dieser Streit um das ¼% war nur der äußere Anlaß. Was dahinter stand, war auf der einen Seite der Wunsch der Volkspartei, sich von der Sozialdemokratie zu lösen, auf der anderen Seite der Wille der Sozialdemokratie, an dem Bestand der Arbeitslosenversicherung nicht rütteln zu lassen[10].

Die neue Regierung war nun von vornherein eine Minderheitsregierung, die nur dann etwas vorwärts bringen konnte, wenn ihr entweder von der Rechten die notwendige Hilfe zuströmte oder die Sozialdemokratie die Maßnahmen stillschweigend duldete. Darin lag ihre Schwäche. Ein weiteres Moment der Schwäche war die in sich gespaltene Zusammensetzung der Regierung. Jede der in ihr vertretenen Parteien konnte durch ihren Austritt die Regierung sprengen. Dessen waren sich alle bewußt, und im Gefühl dieser Macht verhinderten die beiden ihrem Wesen nach einseitigsten Parteien, die Wirtschaftspartei und die Bayerische Volkspartei, jede für ihre Sonderinteressen unbequeme Maßnahme. So kam die

9 Zur umstrittenen Politik *Brünings* in der Endphase der Regierung *Müller* Brüning S. 152 ff.; Maurer S. 129 ff.; Koops S. 214 ff.; Schulz S. 530 ff.

10 Vgl. Maurer S. 80 ff.

Biersteuer, die ursprünglich um 75% erhöht werden sollte, nur zu einer Erhöhung um 46%[11]. Der Finanzausgleich für das Jahr 1930 kam überhaupt nicht zustande. Als Ersatz für die fehlenden Biersteuerbeträge wurde – wenig wirtschaftlich – die Umsatzsteuer erhöht und noch durch eine Sonderumsatzsteuer für Großgeschäfte des Einzelhandels, insbesondere also für Warenhäuser und Konsum-Vereine, verunziert[12]. Andererseits hatte die neue Regierung eine gewisse Kraft in finanziellen Fragen. Sie hatte von Anfang an ihren Willen, den Haushalt unbedingt auszugleichen, unterstrichen. Die Deckung, welche die Deutsche Volkspartei der Regierung Hermann *Müller* verweigert hatte, mit der Begründung, man könne diese Frage bis zum Herbst hinausschieben, konnte sie der Regierung *Brüning* nicht ablehnen, weil sie sich sonst vollständig isoliert hätte. Sie schluckte daher auch schließlich die Deckungsvorlage, nicht ohne vorher ihren eigenen Finanzminister auf Grund ganz ähnlicher Vorlagen zur Strecke gebracht zu haben[13].

Aber es war bereits in den vier Monaten des Arbeitens dieser Regierung nicht zu verkennen, daß in ihr Kreise vereinigt waren, die in wichtigsten Fragen nicht übereinstimmen konnten. Die wirtschaftlich fortgeschrittenen Produktionsformen der Großindustrie und des Handels haben gleiche Interessen wie die Arbeiterschaft an einer starken Entwicklung des Weltmarkts, sie weichen aber ab von der seit einem halben Jahrhundert protektionistisch eingestellten Landwirtschaft[14]. Die an einem niedrigen deutschen Preisniveau interessierten Schichten, die Arbeiter und ein Teil der Industrie und des Handels, waren in ihrem ganzen Anschauungskreise anders gerichtet als die auf die Erhaltung der seit dem Kriege stark angeschwollenen Handwerker- und kleinen Handelsschichten bedachten Parteien wie die Wirtschaftspartei und Teile der Christlich-Nationalen und der Bayerischen Volkspartei. Bei der Erörterung der Handelsverträge, die teilweise nur durch Eingreifen der Sozialdemokratie gerettet wurden, zeigte sich dies zunächst, bei der Durchführung eines wirklichen Finanzprogramms und bei allen Fragen der Reichsreform mußte sich die Unzulänglichkeit dieser Koalition noch stärker zeigen. Das Schicksal hat ihr erspart, vor die letzterwähnten Fragen gestellt zu werden.

Im Juli erfolgte der Erlaß der Notverordnungen und der Beschluß, sie aufzuheben, und darauf die Auflösung des Reichstags sowie der Erlaß der neuen Notverordnungen.

Diese letzteren umfassen das ganze Arbeitsgebiet, dem sich die Regierung *Brüning* in den vier Monaten ihres Bestehens gewidmet hatte. Sie stellen, insbesondere durch die mutige Haltung des Ministers *Stegerwald*, der trotz des bevorstehenden Wahlkampfes und der starken Gefährdung seiner persönlichen Stellung alles, was er für sachlich geboten hielt, angeordnet hat, eine erhebliche Leistung dar. Den jetzt im Wahlkampf gezogenen Vergleich mit den Ergebnissen der Regierung *Müller* halte ich für verfehlt, weil die Lebenszeit dieser letzteren mit den ungeheuer schwierigen außenpolitischen Dingen so ausgefüllt war, daß für anderes kein Raum mehr blieb. Aber die Reform der Krankenversicherung, die

11 Vgl. Nr. 53 und 55.

12 Vgl. Nr. 55.

13 Vgl. Nr. 91.

14 Zu den Differenzen zwischen Industrie und Landwirtschaft Nr. 27, 54a und 54b.

zweite Reform der Arbeitslosenversicherung und die Versorgungsgesetzgebung für die Kriegsbeschädigten[15] sind wirkliche Taten der Regierung *Brüning*, die aufrechterhalten werden müssen. Wie auch der Wahlkampf ausgeht, muß gefordert werden, daß diese Verbesserungen nicht wieder rückgängig gemacht werden. Ebenso sind die Schritte in der Richtung auf die Sanierung der Gemeindefinanzen[16] zu begrüßen.

Aber aus der gegenwärtigen Lage sehe ich eine Reihe von Gefahren heraufsteigen, die den letzten Anlaß zu diesem Briefe bilden. Die Kampfgemeinschaft der Notverordnungen hat die Neigung, sich zu einer Regierungsgemeinschaft für die Zeit nach den Wahlen zu entwickeln und, was schlimmer ist, auf alle Fälle festzulegen, und hier setzen meine Bedenken ein. Ich habe oben bereits auf die natürliche Schwäche dieser Zusammensetzung in Fragen der Handelspolitik und der Reichsreform hingewiesen. Diese Schwäche hat sich seit der Auflösung des Reichstags noch vergrößert, denn während bisher die Anhänger einer aktiven Handelspolitik (Volkspartei, Demokraten und Zentrum) noch in der Mehrheit waren, ist durch die Gründung der Volkskonservativen Partei der Einfluß der Gegner des gegenwärtigen Handelsvertragssystems sehr gewachsen. Auch ist der Zuwachs der Gruppe *Westarp* einer Reichsreform, die der Natur der Sache nach nur mit und nicht gegen Preußen gemacht werden kann, höchst ungünstig. Es heißt also, auf die Lösung dieser beiden Fragen für die nächsten Jahre [zu] verzichten, wenn man die gegenwärtige Gruppierung verewigen will.

Nun muß man, wenn die Wahlen ein solches Ergebnis zeitigen, diese Folgen vielleicht in Kauf nehmen. Aber es ist nicht weise, dieses Ergebnis von vornherein ohne Rücksicht auf den künftigen Ausfall der Wahlen bereits festzulegen und zu proklamieren, daß auch nachher eine gemeinsame Regierung mit der Sozialdemokratie nicht möglich ist. Man sollte dies selbst dann nicht tun, wenn man, wie ich, der Ansicht ist, daß die Sozialdemokratie ihren Wahlkampf mit mehr parteipolitischer Taktik als staatspolitischer Überlegenheit führt. Was ist die Folge einer solchen vorherigen Festlegung? Ich vermute, daß der kommende Reichstag etwa folgendermaßen aussehen wird:

Nationalsozialisten	40
*Hugenberg*leute	30
Volkskonservative	35
Deutsche Volkspartei	35
Staatspartei	30
Bayerische Volkspartei	19
Zentrum	61
Wirtschaftspartei	30
Sozialdemokraten	150
Kommunisten	55[17]

15 Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. 7. 1930. Vierter Abschnitt: Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung und Reichsversorgung. RGBl. 1930 I S. 318.

16 A. a. O S. 314.

17 Nach dem Wahlergebnis vom 14. 9. 1930 ergab sich folgende Sitzverteilung im Reichstag (in der von *Schäffer* gewählten Reihenfolge): 107, 41, 26 (auf der gemeinsamen Liste von Landvolkpartei, Deutsch-Hannoveranern und Konservativen Volkspartei zusammen, verteilt 19, 3, 4), 30, 20, 19, 68,

Eine Mehrheitsbildung ist im Reichstag nur mit den Sozialdemokraten möglich. Lehnt man ein Zusammenregieren mit ihnen von vornherein ab, so bleibt es entweder bei einer Minderheitsregierung, mit der man wirklich verständige Maßnahmen nicht treffen kann, zumal sie auch in sich in den wichtigsten Fragen gespalten ist, oder man muß den Reichstag alsbald wieder auflösen, was wahrscheinlich ein besseres Ergebnis nicht zeitigen wird. Zieht man dagegen, wenn die Wahl so ausfällt, wie ich vermute, die Folgerung, die Sozialdemokratie in eine Koalition zu bringen, die möglichst breit ist, in der sie also nicht allein zu regieren hat, so kann man, wenn der Lärm des Wahlkampfes etwas verklungen ist, mit ihr eine große Reihe vernünftiger Dinge machen, insbesondere jetzt, nachdem die für die Sozialdemokratie besonders peinlichen, aber sachlich notwendigen Fragen durch die Notverordnungen erledigt sind. Deswegen sollte man bei der starken Möglichkeit eines entsprechenden Wahlergebnisses sich zunächst ganz frei von künftigen Kombinationen halten, um ein Zusammengehen nicht auszuschließen. Wenn man sich die im Anfang dieses Briefes ausführlich dargestellte Geschichte der Regierung Hermann *Müller* vor Augen hält, wird man der Möglichkeit eines solchen Zusammengehens auch ohne Schrecken ins Auge sehen können. Das Zentrum, das doch über ein erhebliches Quantum parteipolitischer Einsicht verfügt, hat in der Rede seines Parteivorsitzenden *Kaas* vergangenen Dienstag auch zum Ausdruck gebracht, daß es nicht dulden könne, daß sich die Sozialdemokratie in Preußen in der Regierung und im Reich in der Opposition weiter bewege[18]. Das heißt mit anderen Worten eine Einladung, auch im Reiche nach der Wahl mit in die Regierung zu kommen. Es ist nicht klug, wenn die Volkspartei, die ich nach den Kreisen, die in ihr vertreten sind, auf weiten Gebieten als mit der Arbeiterschaft gleich gerichtet ansehe (Reichsreform, Handelsverträge), unter dem Kinderschreck des „Marxismus" (wer von den Herren hat *Marx* gelesen? Sie wären erstaunt, was alles im *Marx* nicht drinsteht) von vornherein sich eine solche Koalition unnötig erschwerten.

Aus den gleichen Gedanken heraus halte ich auch die *Scholz*schen Ideen für verfehlt, ein Finanzprogramm zum Inhalt des Wahlkampfes zu machen. Ein solches Programm geht aus dem Wahlkampf nur stark beschädigt hervor. Jedenfalls ist es aber, wenn es als ausdrückliches Wahlprogramm aufgestellt wird, wie die Mehrheitsverhältnisse nun einmal liegen werden, von jeder Verwirklichung für alle Ewigkeit ausgeschlossen. Klug wäre es, diejenigen Dinge, die man wirklich später gemacht zu sehen wünscht, der Wahlschlacht möglichst fernzuhalten, damit weder rechts noch links negative Festlegungen stattfinden.

23, 143, 77. Hierzu kamen noch die Bayerische Bauernpartei mit 6, der Christlich-soziale Volksdienst mit 14 und der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund mit 3 Mandaten. Vgl. Alfred Milatz, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 66), 2. Aufl. Bonn 1968 S. 133 ff.

18 Auf der Tagung des Parteivorstandes des Zentrums kritisierte *Kaas* das Verhalten der SPD bei der Reichstagsauflösung und fügte hinzu: „Ich hoffe, daß die SPD wenigstens in ihren führenden Kreisen sich darüber keinen Täuschungen hingibt, daß in Zukunft in Preußen die Koalitionspolitik zu einer psychologischen und politischen Unmöglichkeit wird, wenn innerhalb der Reichspolitik derartige Vorgänge sich wiederholen sollten. Sie würde die Statik der preußischen Koalition überschätzen, wenn sie glaubte, eine derartige Belastungsprobe noch einmal versuchen zu können." Schulthess 1930 S. 184 f.

Im Hintergrunde schwebt hinter diesem Wunsche einer alsbaldigen Festlegung für die spätere Zeit wohl ein anderer, vielen vielleicht gar nicht einmal bewußter Gedanke, nämlich der, ohne Rücksicht auf den Ausgang der Wahl ein Weiterarbeiten der gegenwärtigen Regierungskoalition zu erzwingen, wenn es sein muß auch auf nichtparlamentarischem Wege. Die Durchführung eines solchen halb romantischen, halb machtpolitischen Planes würde ich aber sowohl für unsere politische wie unsere wirtschaftliche Entwicklung für das Allerschlimmste halten. Deswegen bin ich dafür, rechtzeitig, d. h. bevor ein solcher Weg unvermeidbar wird, sich über die Wirkungen dessen, was man proklamiert, klar zu werden. Das Spiel mit einer solchen Idee ist um so gefährlicher, als der Reichspräsident schließlich ein Mann von 83 Jahren ist und wir jeden Herbst, den er erlebt, als ein Geschenk des Schicksals an die Ruhe des deutschen Volkes ansehen müssen. Bei dieser Lage auf eine Regierung hinsteuern, die sich nicht auf das Parlament, sondern auf außerordentliche Vollmachten des Reichspräsidenten stützt, bedeutet, im Falle eines Ausscheidens der Persönlichkeit des Reichspräsidenten eine Art Diktatur zu wollen, denn der Kampf um die Nachfolgerschaft wird sicher schwer und langwierig sein.

Was aber ein Streben einzelner Kreise nach einer Diktatur, einem Direktorium oder etwas Ähnlichem in Deutschland für Folgen hätte, darüber soll man sich keinem Zweifel hingeben. Die Sozialdemokratie ist zwar in der Regierung sehr vernünftig gewesen und war sich auch bisher immer in der Opposition ihrer Verantwortung bewußt. In den Fragen der Verfassung versteht sie aber nicht den geringsten Spaß. Sie würde selbst Maßnahmen, die sie an sich billigt, wenn sie ihr in verfassungswidriger Form geboten werden, ablehnen, weil sie – nicht ganz zu Unrecht – fürchten würde, daß der erste Schritt auf diesem Wege für die Zukunft die Staatsform oder mindestens die Stellung der arbeitenden Bevölkerung im Staate gefährden könnte. Es ist keine Vermutung von mir, daß mit einem ganz starken Widerstand der Sozialdemokratie gegen jedes Regieren auch nur n e b e n der Verfassung zu rechnen ist, sondern ich weiß das nach den Verhandlungen, die jetzt anläßlich der Anwendungen des Artikels 48 geführt worden sind. Ein Widerstand gegen eine Verfassungsverletzung würde aber nicht auf das Parlament beschränkt bleiben, er würde sich auch in Streiks und sonstigen außerparlamentarischen Aktionen auswirken. Wenn die dann Regierenden, denen sicher auch ein Teil der Beamtenschaft die Gefolgschaft versagen würde, sich demgegenüber darauf verlassen wollten, daß sie die Reichswehr hinter sich haben, so müssen sie sich umgekehrt auch überlegen, daß die Schutzpolizei fest in der Hand der preußischen Regierung ist und daß die Gewandtheit der Schutzpolizei, sich in den großen Städten zu bewegen, größer ist als die der Reichswehr. Die Unordnung, die dann entstehen würde, käme letzten Endes nur den Nationalsozialisten und den Kommunisten zugute, und vieles, was seit Jahren aufgebaut ist, insbesondere das Gefühl bürgerlicher und wirtschaftlicher Sicherheit, würde auf lange Zeit vernichtet werden. Alle diese Folgen, die bestimmt auch diejenigen nicht wollen, die heute etwas unüberlegt oft von der Herrschaft einiger starker Männer (nach den starken Männern, die ich kennengelernt habe, halte ich überhaupt nicht viel von dieser species) oder von einer Ausschaltung des Parlaments reden, müssen vorher genau durchdacht werden, ehe man entweder eine Festlegung vornimmt, die ein späteres Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ausschließt, oder Programme

veröffentlicht, die so sind, daß sie der Sache nach eine solche Zusammenarbeit unmöglich machen.

Ich habe Ihnen meine Gedanken ausgesprochen. Ich weiß nicht, wie Sie sich zu diesen Gedanken stellen, aber ich glaube, daß Sie Ihren Einfluß in der Volkspartei benutzen sollten, um die Gefahr einer Festlegung zu vermeiden, die späteren Lagen gegenüber die Partei der Beweglichkeit beraubt.

Mit herzlichem Gruß an Sie und die Ihrigen

Ihr gez. *Schäffer*

127.

5. 8. 1930: Blank an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 4001012024/7. Paraphe Reuschs.

Eine mir gut bekannte, vertrauenswürdige Persönlichkeit hatte gestern eine Aussprache unter vier Augen mit dem Reichskanzler. Dabei hat der Reichskanzler dem Gefühl Ausdruck gegeben, daß er von Herrn Dr. *Luther* geradezu bekämpft wird[1]. Er hat sich so ausgedrückt, daß es Herrn Dr. *Luther* in der vorigen Woche beinahe gelungen wäre, ihn – den Kanzler – zu stürzen. Mein Gewährsmann ist sich nicht ganz klar, ob der Reichskanzler etwa nervös geworden ist und sich nun auch von der Seite der Reichsbank her bedroht fühlt oder ob tatsächlich der Reichsbankpräsident darauf hinarbeitet, die Dinge jetzt zur Entscheidung zu treiben und dann selbst die Leitung der Politik in die Hand zu nehmen[2]. Natürlich ist auch etwas von der Aktion des Herrn *v. Gleichen*, über die ich vor einigen Wochen berichtete, die darin gipfeln soll, einen Kreis von maßgebenden Herrn zu veranlassen, sich jetzt schon gewissermaßen vorbereitend hinter *Luther* zu stellen und die von ihm zu ergreifenden Maßnahmen im voraus durchzuberaten, in weitere Kreise gedrungen und dadurch auch meinem Gewährsmann bekannt geworden[3]. Die Frage meines Gewährsmannes an mich, ob etwa maßgebende Kreise der Wirtschaft darauf hinarbeiten, Herrn *Brüning* durch Herrn *Luther* zu ersetzen, habe ich aus meiner Kenntnis der Dinge heraus auf das entschiedenste verneint. Das schien mir um so wichtiger, damit nicht etwa der Reichskanzler selbst auf die Idee kommt, daß gewisse Wirtschaftskreise sich mit Herrn *Luther* gegen ihn verbündet haben, was ja auch tatsächlich nicht der Fall ist[4].

Blank

1 Vgl. die Warnung *Luthers* vor der Anwendung des Artikels 48, Nr. 108 und 109.

2 Es läßt sich nicht feststellen, auf welche Ereignisse sich dieser Hinweis bezieht. In seinen Memoiren erwähnt *Brüning* Differenzen über die Frage der Senkung des Reichsbankdiskonts S. 198.

3 Vgl. Nr. 105.

4 *Reusch* antwortete zwei Tage später folgendermaßen: „Da, soviel ich weiß, *Luther* selbst seine Zeit noch nicht für gekommen hält, ist mir die Auffassung des Herrn Reichskanzlers Dr. *Brüning* nicht recht verständlich. Es wäre mir angenehm, etwas Näheres über die Gründe, welche Herrn *Brüning* zu dieser Annahme veranlassen, zu hören. Im übrigen ist *Luther* ja in Urlaub und wird wohl erst Anfang September zurückkehren. Ich habe bisher aus Kreisen der Wirtschaft keine Stimme gehört,

welche im gegenwärtigen Zeitpunkt es für wünschenswert hielte, Herrn *Brüning* durch *Luther* zu ersetzen; wohl aber wird daran gedacht, wenn – was wahrscheinlich – auch diese Regierung einmal abgewirtschaftet haben wird, *Luther* in den Sattel zu heben. Jedenfalls bitte ich Sie wiederholt zu versuchen, etwas Näheres über das angebliche Vorgehen *Luthers* in Erfahrung zu bringen." HA/GHH 4001012024/7. Am 13. 8. 1930 teilte *Blank* mit, *Treviranus* habe ihm gegenüber versichert, daß es ihm gelungen sei, „den Kanzler darüber zu beruhigen, daß auf Seiten von Herrn *Luther* keine feindlichen Absichten gegenüber dem gegenwärtigen Kabinett bestehen". HA/GHH 4001012024/7.

128a.

6. 8. 1930: Koch-Weser an Scholz

Nachlaß Stolper 44. Abschrift. Handschriftliche Einfügung.

Sehr geehrter Herr *Scholz*!

Nachdem wir am Sonnabend, den 2. August 1930, eine telephonische Abrede über eine Besprechung am Donnerstag, den 7. August 1930, getroffen hatten[1], ist in der Nationalliberalen Korrespondenz zunächst ein Artikel, der heftige Angriffe enthält, erschienen[2]. Aber das würde mich wenig berührt haben. Indessen erscheint jetzt dort eine neue Verlautbarung, nach der die geplante Unterredung nicht eine politische Aktion, sondern eine Unterredung von Mensch zu Mensch sein soll, die auf die durch den Parteiausschuß der Deutschen Volkspartei vor längerer Zeit festgelegte Haltung der Partei ohne Einfluß sein soll.

Danach darf ich feststellen, daß Sie an der vor und nach der Gründung der Deutschen Staatspartei immer eingenommenen Haltung festhalten, nach der Verhandlungen wegen eines „Zusammenschlusses einseitig nach links" von Ihnen abgelehnt werden, und daß Sie deshalb entgegen den noch unlängst wieder bekanntgegebenen Bestrebungen Gustav *Stresemanns*[3] Schritte wegen einer Vereinigung mit der Deutschen Staatspartei nicht zu unternehmen wünschen.

Bei dieser Sachlage bitte ich zu entschuldigen, wenn ich wegen der Abrede den mir ärztlich verordneten Urlaub nicht unterbreche. So angenehm mir eine solche Unterredung von Mensch zu Mensch jederzeit sein wird, darf ich doch bitten, sie auf einen späteren Termin zu verschieben.

Bei Ihrer Auffassung von dem Zweck des vereinbarten Termins glaubt die Deutsche Staatspartei, daß meine Vertretung durch Herrn *Höpker-Aschoff* dem erstrebten Zweck, eine neue große Partei unter weitgehender Heranziehung neuer Kräfte zu schaffen, zu dienen nicht geeignet sein würde[4].

Mit besonderer Verehrung
Ihr

1 Anlaß gab der Brief *Koch-Wesers* an *Scholz*, Nr. 124.

2 Auszug in Kessler S. 113f.

3 „Entgegen . . . *Stresemanns*" handschriftliche Einfügung. *Stresemann* und *Koch-Weser* hatten im September 1929 vereinbart, „die Politik der beiden Parteien [DVP und DDP] zu koordinieren und sie zu einem engeren Zusammenwirken in allen wichtigen Fragen zu führen" und langfristig eine Vereinigung von DVP und DDP anzustreben. Turner, Stresemann S. 241f.; Stephan S. 412.

4 Hierzu Nr. 128b.

128b.

6. 8. 1930: Aktenvermerk Koch-Wesers

Nachlaß Stolper 44[1].

Herrn *Meyer* bitte ich zu sagen, daß ich keinesfalls öffentlich die Schuld haben möchte, wenn der Termin Donnerstag[2] nicht zustande kommt. Geht *Höpker* nicht hin, so möchte ich, daß meine Stellung veröffentlicht wird. Ich würde aber raten, daß er hingeht und *Scholz* ins Unrecht setzt. Erklärt *Scholz*, daß er eine Verschmelzung nicht will und den umfassenden Sammlungsideen nachjagt, so ist meine und unsere ganze Haltung gerechtfertigt. Ich wußte doch, daß er diesen Ideen nachhängt, und konnte ihn nicht einweihen. Sollte er anders denken, so muß ihm klar gemacht werden, daß ihn die Volksnationalen nicht wollen und er zurücktreten muß. Aber ich halte seine Ablehnung für sicher[3].
[. . .][4]

1 Abgelegt mit Nr. 128a.

2 7. 8. 1930.

3 Im Verlauf der Unterredung zwischen *Scholz* und *Höpker-Aschoff* am 7. 8. 1930 schlug *Scholz* das Aufgehen der Staatspartei in der DVP vor. Die neue Partei sollte den Namen „Deutsche Volkspartei (Staatspartei)" tragen. Des weiteren erklärte *Scholz* seine Bereitschaft, auf die Führung der neuen Partei zu verzichten. *Höpker-Aschoff* lehnte dieses ab und trat stattdessen für einen Zusammenschluß der Parteien auf „gleichberechtigter Grundlage" unter Führung von *Kahl* ein, was *Scholz* zurückwies. Weitere Verhandlungen vor der Reichstagswahl stellten sich in der Aussprache als zwecklos heraus. So der Bericht der „Nationalliberalen Korrespondenz" vom 7. 8. 1930, abgedruckt in Ursachen und Folgen VIII S. 78f. Vgl. Kessler S. 113; Jonas S. 84.

4 Es folgen Hinweise auf zwei Briefe und ein Telefonat aus Dresden ohne klaren Bezug.

129.

9. 8. 1930: Blank an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 4001012024/7. Durchschlag.

Betrifft: Politische Verhandlungen

Gelegentlich der gestrigen Anwesenheit von Herrn Dr. *Springorum* in Berlin haben Besprechungen mit folgenden Herren stattgefunden:

Dr. *Sogemeier*, Dr. *Rademacher*, Dr. *Fonk* (Zentrum), *v. Zitzewitz*, Dr. *Herle*, *Treviranus*, *Graf Westarp*, Dr. *Reichert*, Staatsanwalt *Grauert*, *v. Papen*, Dr. *Respondek* (im Auftrage von Herrn *Lammers*), *Frhr. v. Wilmowsky*, Dr. *Gereke*.

Angesichts des Scheiterns des Planes *Scholz* am Tage vorher[1] waren die Bemühungen in erster Linie darauf gerichtet, wenn irgend möglich doch noch einen positiven Zusammenschluß der bürgerlichen Gruppen mit Ausnahme der

1 Verhandlungen mit *Höpker-Aschoff*, Nr. 128b, Anm. 3.

Staatspartei herbeizuführen[2]. Herr Dr. *Springorum* hat die Absicht, Ihnen über den Verlauf der Besprechungen im einzelnen gelegentlich seiner Anwesenheit in Süddeutschland zu berichten. In der Anlage übersende ich zwei Aufsätze aus der Deutschen Allgemeinen Zeitung von den Herren Dr. *Scholz* und Dr. *Dietrich*, aus denen die Einstellung dieser beiden Gruppen zu dem Scheitern der Verhandlungen zwischen den Herren *Scholz* und *Höpker-Aschoff* hervorgeht[3].

Blank

2 Vgl. Nr. 157.

3 Nicht bei den Akten.

130.

10. 8. 1930: Erkelenz an Karl Rothenbücher (Göttingen)

Nachlaß Erkelenz 133. Durchschlag.

Lieber Herr Professor *Rothenbücher*,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben. Wir haben uns leider seit längerer Zeit nicht mehr gesehen; denn der nervöse Erschöpfungszustand, mit dem ich nun seit zwei Jahren zu tun habe und der nur sehr langsam weicht, legte mir, auch wenn ich in Gauting war, Reserve auf in bezug auf Stadtbesuche. In der letzten Zeit las ich von Ihrem Austritt aus der Demokratischen Partei wegen der Anwendung des Artikels 48[1]. Ich habe das für einen mannhaften Protest gehalten, der zehnfach wichtig ist, weil er von einem Staatsrechtslehrer kommt, der über die Bedeutung der Verfassung ein klares Bild hat.

Wenn man die politische Atmosphäre verstehen will, muß man sich vergegenwärtigen, daß der Wille des Reichspräsidenten seit *Brüning* in entscheidender Weise die politische Situation bestimmt. Während *Hindenburg* sich bis zur Unterzeichnung des Young-Planes allen parlamentarisch gesonnenen Parteien recht objektiv gegenübergestellt hat, ist seit *Brüning* mit ihm eine wesentliche Veränderung vorgegangen. Offenbar haben sich jetzt Berater an den Reichspräsidenten herangemacht, die sich seiner bedienen wollen für eine Rechtspolitik. Daß Herr *Treviranus* und Herr *Schiele* dazu gehören, ist Ihnen ja bekannt. *Hindenburg* hat die Unterzeichnung des Young-Planes als eine Art unvermeidliches Geschenk an die Sozialdemokratie betrachtet und hat sich dann unter dem Einfluß seiner Berater auf den Standpunkt gestellt, daß nun aber etwas geschehen müsse für die eigentlichen Wähler *Hindenburgs*. Der Reichsverband der Industrie hat zum 80. Geburtstag *Hindenburgs* das Geld aufgebracht, um ihm in Ostpreußen ein Gut zu

1 Das genaue Austrittsdatum des bekannten Münchener Staatsrechtlers *Rothenbücher* ließ sich nicht ermitteln. *Erkelenz* selbst kündigte am 29. 7. 1930 seinen Austritt aus der DDP an, ließ sich jedoch vom Vorstand zu einer Beobachtungszeit überreden. Am 5. 9. 1930 trat er dann aus der Partei aus und schloß sich der SPD an, da die Entwicklung der Staatspartei eine „ausgesprochene Rechtsrichtung" zeige. Austrittserklärung von *Erkelenz* an den Vorstand der DDP, 5. 9. 1930. Nachlaß Erkelenz 59. Dazu Stephan S. 453.

schenken. Das heißt, das Schenken haben die ostelbischen Agrarier besorgt, während das Geld vom Reichsverband der Industrie aufgebracht worden ist. Dieses *Hindenburg*sche Stammgut arbeitet nun mit Unterbilanz, und mit diesen Zuschüssen hat man den Reichspräsidenten besonders stark beeindruckt, indem man ihm gesagt hat, daß sich da aus der eigenen Erfahrung die Unrentabilität der Landwirtschaft erweise. Außerdem hat man *Hindenburg* die Überzeugung beigebracht, daß die allgemeine Wirtschaftskrise und daß besonders die Finanzkrise des Reiches eine Spezialschuld der Sozialdemokraten sei. Das ist zwar nicht richtig; soweit man hier von Schuld sprechen kann, beginnt sie schon mit der Finanzministerschaft *Reinholds*. Aber der alte Herr legt das alles auf das Schuldkonto der Sozialdemokraten. Dabei hat niemand eine so energische kapitalistische Finanzpolitik zu betreiben versucht wie die Sozialdemokraten. Nur daß *Hilferding* zu schwach gewesen ist, um das, was seine eigene Partei von ihm verlangt hat, durchzusetzen. Wie *Hindenburg* zur Zeit zur Sozialdemokratie eingestellt ist, mögen Sie aus folgendem ersehen:

In der Gründungsversammlung der Konservativen Volkspartei[2] vor einigen Wochen hatte *Graf Westarp* vor einem Zuhörerkreis von etwa zweihundert Personen folgendes erklärt: „Ich dürfte es zwar eigentlich hier nicht sagen, aber ich muß dennoch darauf aufmerksam machen, daß der Reichspräsident entschlossen ist, für die Dauer seiner Amtsperiode (also Mai 1932) keinen Sozialdemokraten mehr zum Minister zu ernennen. Dabei müssen wir *Hindenburg* behilflich sein, und deshalb müssen wir eine neue Partei bilden, die ihm zur Verfügung steht." Sie ersehen aus dieser Darstellung, daß sich um den Reichspräsidenten herum allerlei Wolken ansammeln. Der alte Herr hat ja in seinen bisherigen fünf Präsidentenjahren schon manchmal etwas getan, was er vorher sehr energisch abgelehnt hatte. Als zum Beispiel *Stresemann* aus Locarno kam, hat *Hindenburg* sich bereit erklärt, die Locarno-Verträge zu unterzeichnen unter der Voraussetzung, daß Deutschland nicht in den Völkerbund ginge. Er hatte also noch gar nicht bemerkt, daß dieser Eintritt in den Völkerbund ein Bestandteil der Locarno-Verträge war. Später hat man ihm das dann doch klar gemacht. Aber ich will damit sagen, daß der alte Herr, der ja von Politik keinen Schimmer hat, vielleicht im letzten Augenblick doch wieder bessere Berater findet. Wenn das aber nicht der Fall ist, wenn die *Treviranus-Schiele* und eine Reihe von Generälen, dann eine Reihe ostelbischer Großgrundbesitzer auf dem *Hindenburg*-Gut in Ostpreußen ihn weiter beeinflussen, dann könnte es durchaus möglich sein, daß wir im Laufe der nächsten Monate und des nächsten Jahres noch allerlei schwierige Stunden erleben.

Ich habe Ihnen das so eingehend geschildert, weil ich glaube, daß diese Zusammenhänge für die Erkenntnis der augenblicklichen politischen Lage entscheidend wichtig sind. Ob *Brüning* selber mit zu den um jeden Preis nach rechts ziehenden Kreisen gehört, weiß ich nicht. Aber ich könnte mir denken, daß er aus einer Art Solidaritätsgefühl gegenüber dem Reichspräsidenten die Dinge so weit hat treiben lassen, wie sie bis hieran gekommen sind. Man weiß zum Beispiel gut, daß das Kabinett die Auflösung des Reichstages im Grunde nicht gewollt hat. Ich nehme bestimmt an, daß *Brüning* sie nicht gewollt hat, man kann fast mit Sicherheit sagen, daß auch *Hindenburg* sie nicht gewollt hat, daß sie aber letztlich

2 Am 23. 7. 1930, Nr. 117.

deshalb gekommen ist, weil man *Hindenburg* nicht in die Lage bringen wollte, Sozialdemokraten zu Ministern zu ernennen. Im andern Fall hätte nämlich die Auflösung leicht vermieden werden können, wenn *Brüning* zurückgetreten wäre und dann ein neues Kabinett unter Beteiligung der Sozialdemokraten hätte gebildet werden können.

Daraus ergibt sich aber auch schon die Beantwortung Ihrer Frage, ob die im letzten Augenblick mit den Sozialdemokraten angebahnten Verhandlungen von der *Brüning*-Seite aus ernst gemeint waren[3]. Ich habe bei allerobjektivster Beurteilung, und zwar auch bei kritischster Beurteilung der Sozialdemokraten, keinen Zweifel daran, daß die Sozialdemokratie bereit gewesen wäre, sogar unter Anerkennung der Kanzlerschaft *Brünings* die erforderlichen Steuern mit zu bewilligen. Diese mit den Sozialdemokraten zu machenden Steuern wären wahrscheinlich nicht wesentlich anders ausgefallen als die heutigen, mit Ausnahme der Bürgersteuer und mit Ausnahme einiger Bestimmungen im Krankenversicherungsgesetz und im Arbeitslosenversicherungsgesetz. Ich bin also in vollem Umfange davon überzeugt, daß die Sozialdemokraten, um die Anwendung des Artikels 48 zu verhüten, zu ganz weitgehenden Zugeständnissen bereit gewesen wären. Das hat mir außerdem noch kürzlich *Breitscheid* absolut einwandfrei versichert. Der Wunsch der Sozialdemokraten nach Verhandlungen mit *Brüning* ist also unzweifelhaft ernst gewesen. Nicht ernst gemeint waren aber die Verhandlungen, die Herr *Eßer* im Auftrage des Zentrums und unter Gastbeteiligung *Brünings* dann anzubahnen versucht hat. Sie waren meines Erachtens nicht ernst gemeint. *Breitscheid* hat mir seinen Eindruck wiedergegeben mit den Worten: Man hätte die Sozialdemokraten nur noch hinhalten wollen. Und aus dem Gesamtzusammenhang, den ich Ihnen oben geschildert habe, ergibt sich auch, daß diese Verhandlungen vom Zentrum aus nicht ernst gemeint gewesen sein können; denn das Ergebnis dieser Verhandlungen wäre wahrscheinlich ein Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die Regierung gewesen, und das wollte man *Hindenburg* nicht zumuten.

Ich brauche Ihnen ja nicht zu sagen, daß diese Dinge, die sich um die Person *Hindenburgs* herum abspielen, politisch von der allergrößten Bedeutung sind. Denn eine Linksregierung wird ebenfalls sehr viel tun, um einem Konflikt mit dem Reichspräsidenten aus dem Wege zu gehen. Und wenn ich mich in die verschlungenen Gedankengänge des Herrn *Brüning* hineinversetze, dann könnte eines seiner Motive darin bestehen, den vielleicht unvermeidlichen Zusammenstoß zwischen *Hindenburg* und einer Linksregierung zu vermeiden. So könnte man den *Brüning*schen Ausdruck auslegen, daß er im Interesse der Erhaltung der Demokratie zu handeln glaubte[4].

Was nun die Haltung der demokratischen Fraktion anbetrifft, so war sie ziemlich einwandfrei bis zu dem Tage des Sturzes von *Müller. Meyer* hat sich stets sehr bemüht, einen Ausgleich zwischen Sozialdemokraten und Deutscher Volkspartei herbeiführen zu helfen. Wenn man gegen die Haltung der demokratischen Fraktion in dem Stadium etwas einwenden will, dann muß man sagen, daß sie zu

---

3 Zu den Verhandlungen mit der SPD Nr. 109 und Nr. 119 mit Anm. 2.

4 *Brüning* in seiner Reichstagsrede am 15. 7. 1930, RT Bd. 428 S. 6373 ff.

wenig eigene Initiative entfaltet hat und schließlich nur noch ein Spielball zwischen Sozialdemokraten und Volkspartei war.

Die Schwierigkeiten für die demokratische Fraktion beginnen besonders mit *Brüning*. Nach dem Rücktritt von Hermann *Müller* hätte man eine Minderheitsregierung bilden können, vielleicht von Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei. Die Reichskanzlerschaft hätte in dem Fall *Koch* übernehmen müssen. Eine Regierung *Koch* hätte sicherlich die erforderlichen Steuergesetze zustande gebracht ohne Anwendung des Artikels 48. Die demokratische Fraktion hat aber gar nicht den Mut gefunden, in dem Augenblick eine solche Forderung zu stellen, und sie hätte aus den Gründen, die ich im ersten Teil meines Briefes schilderte, wegen der Haltung des Reichspräsidenten damit auch vielleicht keinen Erfolg gehabt. Von da ab bestand die Politik der demokratischen Fraktion nur noch in dem einen, um jeden Preis Wahlen zu vermeiden. Aus dieser Angst vor der Wahl heraus hätte die demokratische Fraktion noch viel unmöglichere Dinge geschluckt, als sie es schon getan hat.

Als dann *Moldenhauer* scheiterte[5], war *Dietrich* trotz seiner Herzschwäche entschlossen, sich zum Finanzminister machen zu lassen. Die Fraktion hat das zu verhindern versucht, hat aber wieder nicht den Mut gefunden, *Dietrich* den Eintritt zu untersagen, teils wieder aus Angst vor Neuwahlen, teils aus Angst vor dem Eklat, der entstanden wäre, wenn *Dietrich* Minister geblieben und aus der Partei ausgeschieden wäre[6]. *Dietrich* selber ist meines Erachtens von vornherein auf Artikel 48 losgegangen. Er hat die Ansichten des Reichspräsidenten natürlich besser gekannt als wir anderen, glaubte allerdings wunderbarerweise, daß ihn die Sozialdemokraten schließlich doch noch aus der Patsche ziehen würden. Die Fraktion ihrerseits hat sich in dieser Zeit sehr stark bemüht, die Anwendung des Artikels 48 zu vermeiden. Sie hat in dem Sinne auf *Dietrich* eingewirkt und hat auch immer wieder stark die Sozialdemokratie zu beeinflussen versucht[7].

Da aber das Hauptziel der demokratischen Fraktion in einer Verhinderung der Reichstagsauflösung bestand, so verfolgte sie das andere Ziel, die Anwendung des Artikels 48 zu verhindern, nur erst in zweiter Linie. In diesem Stadium der Dinge hätte die demokratische Fraktion durch Austritt aus der Regierung die *Brüning*-Regierung sprengen können. Das würde dann zu einer Regierungsbildung mit den Sozialdemokraten geführt haben. Zu diesem Schritt hat die demokratische Fraktion den Entschluß nicht gefunden, und so kam dann das Verhängnis mit der Anwendung des Artikels 48. Ich sehe persönlich, da ich noch einen großen Teil der Verhandlungen teils mitgemacht, teils von allernächster Nähe aus gesehen habe, die Sache so, daß die Auflösung und die Anwendung des Artikels 48 vermieden worden wäre, wenn das erste sachliche Ziel der Demokraten die Verhinderung der Verletzung der Verfassung gewesen wäre. Da sie aber schließlich dieses sachliche Ziel in den Hintergrund stellten, um das mehr parteitaktische Ziel der Verhinderung der Reichstagsauflösung zu verfolgen, so verfehlten sie beides.

Sie sehen, daß sich meine Auffassung im Grunde mit der Ihrigen völlig deckt. Ich

---

5 Vgl. Nr. 91.

6 Vgl. Nr. 93, Anm. 4.

7 So auch Stephan S. 433 ff.

bitte sehr um Entschuldigung, wenn ich Ihnen einen so langen Brief schicke. Aber ich könnte mir denken, daß Sie von draußen diese Zusammenhänge doch nicht so ganz deutlich sehen können und daß Ihnen deshalb eine Gesamtdarstellung erwünscht war.

Herzlichen Gruß an Sie und Ihre Frau
Ihr

131.

16. 8. 1930: Rundschreiben des Jungdeutschen Ordens (Auszüge)

BA NS 26/875. Vervielfältigtes Exemplar. Briefkopf: „Jungdeutscher Orden, Ordensamt, Abtlg. I B/Sk. Rundschreiben an alle Meister des Jungdeutschen Ordens und an die Führer der Volksnationalen Reichsvereinigung"[1].

Liebe Brüder und Freunde!

Es war unmöglich, Euch über die Ereignisse der letzten Tage eingehend zu unterrichten. Gestern sind die Verhandlungen im Hauptaktionsausschuß der „Deutschen Staatspartei" zu einem gewissen Abschluß gelangt[2]. Der Hochmeister und Reichsführer der Volksnationalen Reichsvereinigung, Artur *Mahraun*, konnte sich nur noch in einem kurzen Aufruf, der im „Jungdeutschen" erschienen ist, an Euch wenden; ein Rundbrief von ihm wird in der kommenden Woche folgen. Er ist bereits nach Düsseldorf, wohin ihm der Ordenskanzler heute abend folgen wird, abgereist. In seinem Auftrage ergeht dieses Schreiben, welches den Zweck haben soll, Unklarheiten zu beseitigen und falschen Gerüchten vorzubeugen.

Die Gründung der Staatspartei hat sicherlich manchen von Euch überrascht. Die Volksnationale Reichsvereinigung sah sich durch die Reichstagsauflösung in eine schwierige Lage versetzt. Hätte sie allein in den Wahlkampf eingegriffen, so wäre sie als eine kleine neue Partei fast am Schluß der Reichsliste erschienen. Sie hätte keine große Presse für sich gehabt, ihr Erfolg wäre, mit Ausnahme von einigen Gebieten, in denen sie stark vertreten ist, höchst zweifelhaft gewesen. Durch das Volk geht der Ruf nach Sammlung. Die Mittelparteien hätten sich diesem Ruf nicht verschließen können; bei der Weigerung der Volksnationalen Reichsvereinigung mitzutun, hätte die Demokratische Partei mit der Volkspartei fusioniert. Das Volk hätte im Glauben, es sei etwas Neues geschaffen, diesem Gebilde erst mal zugestimmt, um später zu erkennen, daß unter neuem Namen alte Kräfte in Front gegangen wären. Eine Fusion zwischen Demokratischer Partei, Volkspartei und Volksnationaler Reichsvereinigung hätte eine Front alter Parlamentarier ergeben,

---

1 Auszugsweise abgedruckt in Kessler S. 116ff.

2 Die mündlichen Verhandlungen wurden im Hause *Koch-Wesers* zwischen dem Parteivorsitzenden, *Lemmer*, Gertrud *Bäumer*, *Stephan* und *Külz* unter Hinzuziehung von Oskar *Meyer*, *Höpker-Aschoff* und *Dietrich* einerseits und *Mahraun*, dem Ordenskanzler *Bornemann* und einigen anderen Mitgliedern des Jungdeutschen Ordens andererseits geführt. Kessler S. 109f.; Eggeling S. 14ff.; Stephan S. 97ff.; Hornung S. 97ff.; Zur Haltung der DDP Nr. 123.

in der neue Kräfte zur Bedeutungslosigkeit verurteilt gewesen wären. Wir durften nicht zulassen, daß die Schlüsselstellung in der deutschen Politik, nämlich die Mitte, wieder einmal in Hände geriet, die in plutokratisch-parteiistischem Denken die gesamte Parteifront gestärkt hätten. Unmöglich war es aber für uns, diese Schlüsselstellung restlos für volksnationale Vertreter zu erobern. *Bismarck* hat gesagt, die Politik bestehe aus Kompromissen, sie sei die Kunst des Möglichen, nicht die Kunst des Wünschenswerten. Möglich war für uns nur eins. In einer politischen Gruppe, die die Schlüsselstellung innehaben würde, also die Hand an der Gesetzesklinke haben würde, volksnationale Vertreter möglichst stark zu verankern. Unsere Aufgabe war es, diesen so die Möglichkeit zu geben, ihre Basis zu erweitern und auf dem Boden einer Regierungspartei die volksnationale Auffassung vom Staat zu verbreiten. Es ist klar, daß 40 oder 50 reformentschlossene Leute im Parlament nichts ausrichten können, wenn sie auf dem Flügel stehen, sich also in Opposition zu denen befinden, die den Staat und seine Machtmittel in der Hand haben. Den Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung haben die Kommunisten, auch die Deutschnationalen, die 110 Mandate hatten, geliefert. Auch den Nationalsozialisten wird es nichts helfen, wenn sie die Zahl ihrer Mandate auf 40 erhöhen, 10 bis 12 entschlossene Leute in einer Regierungspartei, auf die diese Partei Rücksicht nehmen muß, können die ganze Haltung der Partei beeinflussen. Sie können mit Erfolg daran gehen, ihr Wollen zu verbreiten und in die Praxis umzusetzen.

Die Demokratische Partei war mit ihrem Latein am Ende. Ihr Rückgang war naturgegeben einmal durch die Tatsache, daß die Partei gezwungen war, einem Staate, der noch nicht die Bewegungsfreiheit hatte, wie Deutschland sie trotz aller Unterdrückung heute doch, gemessen an den Jahren 1918 bis 1925, hat, unpopuläre Unterstützung zu geben. Sie mußte eine Außenpolitik billigen, die sich auf das nächste Ziel, die Befreiung deutschen Bodens vom Feinde, einstellen mußte. Heute ist der Weg für eine andere Außenpolitik frei. Die Partei ist weiterhin zugrunde gegangen an volksverneinenden, pazifistischen Schwärmern und einem zersetzenden Kulturbolschewismus, wie er in einem Teil der Presse seinen Ausdruck fand. Wollten wir die Parteifronten lockern und eine andere politische Gruppierung herbeiführen, so mußten wir in die schwächste Stelle der Parteifront einbrechen. „Jede Kette ist so stark wie ihr schwächstes Glied." Der Hochmeister nahm deshalb Fühlung mit Persönlichkeiten im demokratischen Lager, in denen gleich ihm der Wille nach etwas Neuem vorhanden war, die dann auch den Mut zur persönlichen Verantwortung fanden und ohne Rücksicht auf ihre Partei sich mit ihm zu gemeinsamen Handeln verbanden. Zur Überraschung der Öffentlichkeit wurde die Deutsche Staatspartei ausgerufen. Der Erfolg war ein überwältigender. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß manche Zeitungen aus begreiflichen Gründen dagegen schreiben oder darüber spotten. Mit einer bedeutungslosen Sache befaßt man sich nicht. Das Unerhörte ist geschehen, daß amtierende Minister eines Staates durch ihre Verbindung mit einer Front, deren Existenzberechtigung in ihrem Willen zur Staatsreform liegt, sich verbinden und so von Staats wegen die Notwendigkeit der Reform unterstreichen. Die Deutsche Staatspartei wird in der Mitte stehen. Sie bildet sich aus reformwilligen Kräften von rechts und links. Sie kann der ehrliche Makler zwischen den sich streitenden Volkshälften sein, sie kann dies um so mehr, da sie auch interkonfessionellen

Charakters ist. Geht die Deutsche Staatspartei mit einigermaßen Erfolg aus den Wahlen hervor, dann wird sich die deutsche Politik nicht mehr wie bisher um das Zentrum, sondern um die Staatspartei drehen. Die Volksnationale Bewegung, die in der Staatspartei stark verankert ist, wird also ein maßgebendes, vielleicht gar das entscheidende Wort in der Reform von Volk und Staat haben.

Es ist ganz klar, daß Kräfte, die nun zusammenstoßen, sich vielfach noch nicht verstehen. Dies liegt daran, daß sie sich nicht kennen, und daran, daß sie eine verschiedene Sprache reden. Ebenso selbstverständlich ist es auch, daß sich in die neue Front Kräfte einschleichen oder daß Kräfte mitgenommen werden müssen, die im Augenblick angesichts der plötzlichen Sammlung aus diesen oder jenen Gründen nicht aussortiert werden können. Entscheidend ist die Grundlage, auf der die Partei sich gegründet hat. Diese ist im Aufruf festgelegt. Kräfte, die heute von der Partei mitgenommen werden müssen, die bislang anderen Geistes waren oder als Gegner dieser Anschauungswelt betrachtet wurden, werden ihre Basis in der Staatspartei zwangsläufig verlieren, wenn ihr Handeln mit den Grundsätzen ihrer Partei nicht übereinstimmen sollte.

Die Frage erhebt sich, ob die in der Volksnationalen Reichsvereinigung organisierten Kräfte zusammen mit anderen nicht volksnational organisierten, aber in der gleichen Anschauungswelt lebenden Kräften stark genug sind, den Kurs der Partei zu gewährleisten. Diese Frage ist unbedingt zu bejahen. In der früheren demokratischen Partei gab es viele, auch unter den parlamentarisch hervorgetretenen Personen, die schweren Herzens die Haltung der Partei nach außen billigten, innerlich sich aber stark nach etwas Neuem sehnten. Das Vertrauen dieser Kreise zur Volksnationalen Bewegung ist stark. Dies erhellt schon aus der Tatsache, daß unserem Führer *Mahraun* die Reichsführung angetragen wurde in der Hoffnung, daß *Mahraun* im volksnationalen Geiste die Partei zu einer lebendigen Bewegung auf der Basis der Selbstverwaltung gestalten werde. *Mahraun* bürgt dafür, daß die Partei den Weg nicht verlassen kann. Er geht nicht in das Parlament, damit unter seiner Führung die Volksbewegung im Lande ihren Willen durch die Parlamentsvertreter zum Ausdruck bringen kann. Die Staatspartei wird also eine Partei neuen Musters sein. Sie soll eine Vertretung von Menschen werden, nicht ein Werkzeug für Parlamentarier. Das Vertrauen zu uns zeigt sich weiterhin darin, daß die Leitung der heute erstmalig erscheinenden Korrespondenz der Staatspartei, eines neuen Pressedienstes, der den Großteil der Presse beliefern wird, in die Hände unseres Ordensbruders *Glodschey* gelegt worden ist und daß unser Ordensbruder *Seeliger* neben dem für die Dauer des Wahlkampfes für diesen Zweck beurlaubten Regierungsrat *Stephan* zur Leitung des Büros der Staatspartei berufen worden ist.

Die Parteiorganisation kann natürlich im Augenblick noch nicht geschaffen werden. Die Gestellung der Kandidaten kann also nicht auf dem Wege der Selbstverwaltung der Parteiorganisation erfolgen. Es liegt ein Notzustand vor, der durch eine Notverordnung behoben werden muß. Die Organisation der früheren Demokratischen Partei oder die Organisation der Volksnationalen Reichsvereinigung kann sich nicht das Recht nehmen, allein zu bestimmen. Die Meinung beider muß in Einklang gebracht werden. Dies geht nicht überall, weil man sich nicht kennt und weil aus früheren Zeiten ein starkes Mißtrauen z.T. besteht. Der

Reichsaktionsausschuß muß sich infolgedessen das Recht nehmen, Meinungsverschiedenheiten zu entscheiden. Hierbei geht er grundsätzlich von dem Grundabkommen[3] aus, welches zwischen den Gründern der Partei abgeschlossen worden ist. Dieses Abkommen lautet ungefähr folgendermaßen. Der Kreis um *Koch-Weser* und der Kreis um *Mahraun* einigen sich über die zu besetzenden Mandate. Hierbei soll grundsätzlich zu pari vorgegangen werden. In Bezirken, in denen die Volksnationale Reichsvereinigung nicht vertreten ist, wird der Spitzenkandidat vom Kreise *Koch-Weser* genannt, es folgt dann aber nach Möglichkeit ein Volksnationaler. Ist der Spitzenkandidat vom Kreise um *Mahraun* genannt, so folgt auf ihn der von *Koch-Weser* genannte. Der Kreis um *Koch* wird hierbei auch Mandate an volksnationale Kandidaten abtreten, die von der Volksnationalen Reichsvereinigung nicht hätten erobert werden können, dagegen für die Demokratische Partei sicher gewesen wären. Es liegt auf der Hand, daß die Führung der Partei auch der Stimmung im Lande einigermaßen Rechnung tragen muß. Nach langen, zum Teil recht scharfen Verhandlungen und nach ständiger Fühlungnahme mit dem Lande seitens beider Teile liegt nun ein Ergebnis fest, der Reichsaktionsausschuß hat seine Meinung gebildet.

1. Ostpreußen

Anstelle des vorgesehenen Spitzenkandidaten, des Ordensbruders Dr. *Thelen*, tritt auf Wunsch der Demokraten und der Volksnationalen der Oberpräsident von Ostpreußen *Siehr*. Die Anregung ging von volksnationaler Seite aus. Dr. *Thelen* kandidiert an zweiter Stelle.

2. Berlin

Minister *Dietrich*-Baden führt die Liste. Hinter ihm folgt der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes der Angestellten *Schneider*.

3. Potsdam II

Spitze: Staatssekretär a. D. Oscar *Meyer*. *Meyer* ist Halbjude, aber eine durchaus achtenswerte Persönlichkeit, er führte früher die demokratische Fraktion, gehört zu den Gründern der neuen Partei und hat sich in den Verhandlungen loyal verhalten. *Meyer* ist übrigens früherer preußischer Gardeoffizier. Hinter *Meyer* als dem Syndikus der Berliner Industrie- und Handelskammer kandidiert unser Ordensbruder Arbeitersekretär Willi *Dietrich*.

4. Potsdam I

Spitzenkandidat der Volksnationale Arthur *Adolph*, Vorstandsmitglied der Volksnationalen Reichsvereinigung, Geschäftsführer des Verbandes der Kommunalbeamten. An zweiter Stelle kandidiert Rechtsanwalt Dr. *Beutner*, Berlin, ein neuer Mann aus dem demokratischen Lager, uns gesinnungsverwandt.

5. Frankfurt/Oder

Spitzenkandidat Dr. Herrmann *Fischer*, der vielfache Aufsichtsrat. Über ihn wird

3 Eine schriftliche Niederlegung dieser Vereinbarung konnte nicht ermittelt werden.

am Schlusse noch etwas zu sagen sein. An zweiter Stelle kandidiert unser Ordensbruder *Zöllner.*

6. Pommern

Spitzenkandidat Ernst *Lemmer,* zweite Stelle Landwirt *Stelter,* Volksparteiler.

7. Mecklenburg

Als Spitzenkandidat Dr. *Eschenburg,* ein Jungvolksparteiler, die zweite Stelle wird voraussichtlich unser Ordensbruder *Gross* einnehmen.

8. Für die drei Wahlkreise in Schlesien wird eine gemeinschaftliche Liste aufgestellt werden. Die Spitze wird der frühere Regierungspräsident von Breslau, Dr. *Jaenicke,* innehaben, eine auch von volksnationaler Seite begrüßte Persönlichkeit, die neu in die parlamentarische Arena tritt. Die zweite Stelle besetzt unser Großkomtur Bruder *Naumann,* die dritte Stelle höchstwahrscheinlich ein Herr *Stockinger* aus dem Lager der Hirsch-Dunker-Gewerkschaften.

9. Magdeburg

Hier ringen heute noch die Fronten erbittert miteinander. Seitens der Demokraten wird der bisherige Kandidat, der frühere Staatspräsident von Baden, Dr. *Hummel,* gefordert. Die volksnationale Seite protestiert gegen ihn, weil er Aufsichtsrat bei IG Farben ist und verschiedentlich plutokratische Machtgelüste gezeigt haben soll. Selbst die Sonne hat Flecken. Sollte die ganze Sache nicht scheitern, so müßten wir in diese Kandidatur einwilligen. Der Aktionsausschuß hat sich für die Kandidatur *Hummel* entschieden. Wir konnten es nicht verhindern, wenn wir nicht die Kandidatur *Adolph* in einem rein demokratischen Bezirk gefährden wollten. Hinter *Hummel* kandidiert der Großkomtur Bruder *Müller.*

10. Merseburg

Als Spitzenkandidat führt der Landeshauptmann der Provinz Sachsen, *Hübener;* dieser ist noch nicht Parlamentarier gewesen und wohl beiden Seiten genehm. Die zweite Stelle nimmt ebenfalls der Großkomtur *Müller* ein.

11. Thüringen

Als Spitzenkandidat ist unser langjähriger Ordensbruder Studienrat *Hesse* aufgestellt. Die zweite [Stelle] hat die ebenfalls von beiden Seiten begrüßte Frau *Bäumer* inne. Für die dritte Stelle dürfte ein von uns begrüßter Volksparteiler in Frage kommen.

12. Schleswig-Holstein

Erste Stelle Ordensbruder Landwirt *Paulsen.* Zweite Stelle Frau *Kiep,* dritte Stelle Ordensbruder *Apfeld.*

13. Hamburg

Die Verhandlungen sind noch nicht ganz abgeschlossen, es ist mit größter Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß der Oberbürgermeister Dr. *Petersen,*

der bisher nicht im Reichstag war, kandidieren wird. Für die zweite Stelle kommt nur eine Hamburger Persönlichkeit in Frage. Die Volksnationale Reichsvereinigung ist hier sehr schwach. Bei der überragenden Persönlichkeit *Petersens* soll die zweite Stelle von einer bekannten Persönlichkeit, und zwar von einer Frau, besetzt werden. Der Aktionsausschuß hat sich für die Vorsitzende des Allgemeinen deutschen Lehrerinnenverbandes, Emmy *Beckmann*, entschieden. Frau *Beckmann* gilt in jungdeutschen Frauenkreisen sehr viel.

14. Weser-Ems

Spitzenkandidat Rechtsanwalt Dr. *Ehlermann*, Oldenburg, ein uns sehr nahestehender Herr, ein Freund *Lemmers*. Hinter ihm kandidiert die Ordensschwester Dr. Hildegard *Brauns*.

15. Ost-Hannover

Die Spitze soll mit einem Volksnationalen besetzt werden, Ordensbruder Landwirt *Münchmeyer* ist vorgesehen.

16. Süd-Hannover

Anstelle des vorgesehenen Volksnationalen Bürgermeister Dr. *Wietfeldt* wird der langjährige Ordensbruder Professor Dr. *Prütz*, Hildesheim, kandidieren. Dr. *Prütz* war früher Großmeister von Hildesheim. Er ist Leiter des Flußwasser-Untersuchungsamtes dortselbst und von Beruf Chemiker. Der Professorentitel ist ihm kürzlich verliehen worden. An zweiter Stelle kandidiert eine von uns sehr begrüßte Rektorin, Frau *Mosolf* in Hannover.

Gegen Dr. *Wietfeldt*, der vor kurzem aus der Demokratischen Partei ausgetreten war, erhoben sich Widersprüche aus demokratischem Lager. Um die Einigkeit zugunsten der Staatspartei herzustellen, hat Dr. *Wietfeldt* in hochherzigster Weise auf die Kandidatur verzichtet und den Ordensbruder *Prütz* in Vorschlag gebracht.

17. Westfalen

Für die beiden Wahlkreise Nord und Süd ist eine gemeinschaftliche Liste aufgestellt worden. Erste Stelle Preußischer Finanzminister *Höpker-Aschoff*, zweite Stelle Ordensbruder *Opderbek*, Iserlohn, dritte Stelle Schwester *Dehls*, Minden, vierte Stelle Handelskammerpräsident *Schütte*, Bielefeld, Mitglied der Volksnationalen Reichsvereinigung.

18. Hessen-Nassau

Erste Stelle der bisherige Mandatsträger *Reinhold*, zweite Stelle Großkomtur *Stoessner*, dritte Stelle Ordensschwester Erna *Mechold*.

19. Hessen-Darmstadt

Erste Stelle Lehrer *Reiber*, zweite Stelle ein Mitglied der Volksnationalen Reichsvereinigung, der Name ist hier noch nicht bekannt.

20. Köln-Aachen

Die Spitze führt der Jungvolksparteiler Dr. *Winschuh*, die zweite Stelle hat Dr.

Schäfer aus der Vereinigung leitender Angestellter, die dritte Stelle ist besetzt voraussichtlich durch Großkomtur *Wichert*. *Winschuh* ist auf der Reichsliste gesichert, so daß *Wichert* den zweiten Platz innehat. *Schäfer* wird uns als eine Persönlichkeit geschildert, als Freund *Lemmers*, der unserer Anschauungswelt ist.

21. Koblenz-Trier

In diesem Bezirk sind Orden und Volksnationale Reichsvereinigung kaum vertreten. Es handelt sich um einen reinen Zentrumsbezirk, hier kandidiert, aber völlig aussichtslos, Rochus *Frhr. v. Rheinbaben*, ein Volksparteiler aus der Front 1929.

22. Die Wahlkreise Düsseldorf-Ost und Düsseldorf-West haben die gemeinsame Liste: Ordenskanzler *Bornemann*, Generaldirektor *Dechamps*, und der Vorsitzende des Hirsch-Dunckerschen Metallarbeiterverbandes *Czieslik*.

23. Die Bezirke Bayern und Pfalz kommen für uns nicht in Frage, hier ist nur der Kandidat in Franken aussichtsreich, der Apotheker *Sparrer* ist wieder aufgestellt.

24. Für Sachsen ist die Lage so weit geklärt, daß August *Abel* die Spitze führt. Sollten getrennte Listen aufgestellt werden, so führt er die Spitze von Dresden-Bautzen, bei gemeinsamer Liste die Spitze für alle drei Wahlkreise. Bezüglich der nachfolgenden Persönlichkeiten herrscht noch Unklarheit.

25. In Württemberg und Baden haben sich Staatspartei und Volkspartei zu einer Liste verbunden. Die Spitze in Württemberg führt der bisherige demokratische Abgeordnete *Heuss*, die Spitze in Baden führt der volksparteiliche Abgeordnete Minister *Curtius*.

Ein Kandidat, der von demokratischer Seite absolut durchgebracht werden sollte, war der Volkswirt *Stolper*. *Stolper* ist der Herausgeber der Zeitschrift „Der Volkswirt". Er gilt als Kenner der Wirtschaft. Seine Theorie wird sowohl von Arbeitgeber- wie von Arbeitnehmerseite akzeptiert. *Stolper* ist Jude. *Stolper* hat es nacheinander in mehreren Wahlkreisen versucht, aufgestellt zu werden. Er kämpfte auch um einen Platz auf der Reichsliste. Wir Volksnationalen haben gegen seine Kandidatur gesprochen, schließlich wurde aber doch eine Einigung dahin erzielt, daß *Stolper* an zweiter Stelle in Berlin kandidieren solle. Er war von den Demokraten genannt. Der gestern stattgefundene Vertretertag der Demokraten hat ihn aber mit 140 Stimmen gegen 6 Stimmen abgelehnt. Wahrscheinlich wird Herr *Stolper* sich nun um andere Wahlkreise bewerben, sein Versuch dürfte jedoch aussichtslos sein.

Die Reichsliste hat uns die schwersten Sorgen gemacht. Sie ist wie folgt gestaltet:

1. Minister *Koch-Weser*,
2. Ordenskanzler *Bornemann*,
3. Gertrud *Bäumer*,
4. Gustav *Schneider* (Gewerkschaftsbund der Angestellten),
5. unser Freund *Baltrusch*,

6. Dr. *Fischer*,
7. Ernst *Lemmer*,
8. der Volksparteiler Dr. *Winschuh*,
9. Frau *Lüders*,
10. Beamtenvertreter *Schuldt*,
11. Ordensschwester Elly *Schüler*.

Weitere Namen haben keine Bedeutung.

Die Reichsliste ist für uns auch nicht ungünstig, die Plätze 2, 4 und wahrscheinlich 7 werden ausfallen, so daß die übrigen Personen entsprechend nach vorn rücken. Dazu kommt noch, daß Gertrud *Bäumer* wahrscheinlich auf die Sicherung in der Reichsliste verzichten wird, sie will den Versuch machen, unter Appell an die Frauen in Thüringen allein durchzukommen, d. h. das zweite Mandat zu holen. Es würde dann eine Umgruppierung auch Elly *Schüler* an absolut sichere Stelle bringen.

Bei dieser Sachlage steht es fest, daß wir Volksnationalen selbst bei ungünstigem Ausfall der Wahl jetzt schon mit 10 bis 12 sicheren Mandaten rechnen können. Es ist aber anzunehmen, daß die Wahl erheblich günstiger ausfällt, wie wir heute glauben. Dazu kommt, daß in der Gesamtfraktion noch Personen sein werden, die in uns angehenden Fragen Seite an Seite mit uns marschieren werden. Die Aussichten sind also sehr glücklich.

[. . .][4]

Der Hochmeister und der Reichsführer Artur *Mahraun* gibt durch den Unterzeichneten diese Darstellung des Sachverhaltes, er läßt dringend alle jungdeutschen Brüder und volksnationalen Freunde bitten, ihm zu vertrauen und das Erreichte nicht durch Mehrforderungen zu gefährden. In langen Verhandlungen ist erreicht, was erreicht werden konnte. Wir stehen am Anfang unseres Einbruchs in den Staat, einige Sonnenflecken spielen hierbei keine Rolle. Wir wollen doch nicht auf dem Standpunkt stehen, daß wir uns und unserem Wollen untreu würden, wenn sich in unserer Gesellschaft jemand befindet, der ein anderes Wollen hat. Wir wollen nicht in die Angstpsychose verfallen, in die Deutsche, die sich als die Besten bezeichnen, geraten, wenn sie z. B. nur einen Juden zu Gesicht bekommen.

Nun frisch ans Werk! Bleibt geschlossen als Jungdeutscher Orden, haltet die jungdeutschen Ideale hoch! Haltet auch Eure Volksnationale Reichsvereinigung hoch! Sollte es sich zeigen, daß Kräfte, mit denen wir jetzt gemeinsam in den Wahlkampf gehen müssen, mit uns nicht zusammenarbeiten können, so erfolgt die Auseinandersetzung nach der Wahl. Dann aber mit aller Deutlichkeit.

Des weiteren werbt für den „Jungdeutschen". Weist darauf hin, daß der „Jungdeutsche" offizielles Organ der neuen Partei ist, daß in dieser Zeitung der Reichsführer spricht.

Werdet nicht ängstlich, wenn eine Zeitung gegen uns schreibt oder Witzblätter versuchen, unsere Sache ins Lächerliche zu ziehen. „Die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespen nagen."

---

4 Die hier ausgelassene Passage geht auf zwei „umstrittene Kandidaten", *Hummel* und *Fischer*, ein, die von den Jungdeutschen „geschluckt werden" müßten.

Werdet nicht nervös und seid nicht unduldsam, wenn einer unserer neuen Freunde mal in der Sprache seiner früheren Partei spricht. Prüft, was er meint, Ihr werdet feststellen, daß er sich fast nur in der Vokabel von uns unterscheidet.

Die Finanzierung des Wahlkampfes erfolgt in der Form, daß die Staatspartei zu Spenden aufruft. Das Konto unterliegt der Verwaltung durch den Aktionsausschuß. Alles Geld wird bedingungslos gegeben, da ja Mandate nicht mehr verteilt werden können. Inwieweit die Wahlkreise selbst für die Wahl Spenden entgegennehmen, bleibt ihrem Ermessen überlassen. Eines steht fest: Der Jungdeutsche Orden nimmt für seine Zwecke kein Geld.

Werbt auch für den Jungdeutschen Orden und stärkt auf diese Weise die Hausmacht Eures Führers *Mahraun.* Er hat uns bis jetzt richtig geführt und landet im Augenblick vielleicht seine größte aber auch – wie wir das bei ihm gewöhnt sind – unpopulärste Tat. Was niemand in der Politik für möglich gehalten hatte, ist durch seine Einwirkung möglich geworden. Die „Staatspartei" ist da, an uns Volksnationalen liegt es, auf dem Boden der Staatspartei und auf dem Weg über das Parlament unser volksnationales Wollen weitesten Kreisen vorzutragen und so die Reform von Volk und Staat praktisch zu bewirken.

Darum alle Mann in Front. Falle keiner dem Hochmeister in den Rücken. Auch zur Beurteilung der jetzigen Situation gilt das *Bismarck*sche Wort: „In der Politik entscheidet der Erfolg!"

Mit treudeutschem und volksnationalem Gruß

Für den Jungdeutschen Orden
gez. Otto *Bornemann,* Ordenskanzler

Für die Volksnationale Reichsvereinigung
gez. Willi *Dietrich,* Geschäftsführer

132.

28. 8. 1930: Blank an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 4001012024/7. Durchschlag.

Betrifft: Politische Lage

Der gemeinsame Aufruf der Deutschen Volkspartei, Konservativen Volkspartei und Wirtschaftspartei[1] hat bekanntlich in den Reihen der Wirtschaftspartei selbst einen gewissen Widerstand gefunden. Auf der vorgestern stattgehabten Sitzung des maßgebenden Organs der Wirtschaftspartei[2] ist den Unterzeichnern des Aufrufes – den Herren *Drewitz* und *Sachsenberg* – auch dadurch gewissermaßen eine Absage erteilt worden, daß der Vorstand der Partei in seiner Entschließung von diesem Aufruf überhaupt nicht Kenntnis genommen hat, sondern festgestellt hat, daß die Partei vollständig frei und ohne Bindung in den Wahlkampf eintrete. Diese Tatsache ist natürlich von der radikalen Presse rechts und links mit

1 Die Veröffentlichung dieses sogenannten „Hindenburgprogramms" erfolgte am 22. 8. 1930. Schulthess 1930 S. 191f.

2 Am 26. 8. 1930 berieten Gesamtvorstand und Reichsausschuß der Wirtschaftspartei in Berlin.

Genugtuung verzeichnet worden, und es ist sicherlich höchst bedauerlich, daß es zu dieser Entwicklung kam. Immerhin wird man es begrüßen können, daß der Aufruf überhaupt veröffentlicht worden ist, wobei auch der persönliche Mut der Herren *Drewitz* und *Sachsenberg* gegenüber ihrer eigenen Partei anzuerkennen ist. Die Mitteilung über den Verlauf der Sitzung des Parteivorstandes aus der DAZ ist hier in der Anlage beigefügt[3].

Der Christlich-soziale Volksdienst hat ebenfalls erklärt, daß er sich an der gemeinsamen Aktion nicht beteiligen wolle (s. Anlage)[4], und ebenso hat auch die Staatspartei unter durchsichtigen Vorwänden in der gemeinsamen Aktion versagt[5]. Unter diesen Umständen stehen nunmehr ausschließlich die Konservativen und die Deutsche Volkspartei zu der Sammelaktion, auf deren gemeinsame Arbeit im Parlament man auch wohl hoffen darf[6].

Irgendwelche Voraussagen über das voraussichtliche Wahlergebnis sind immer noch außerordentlich gewagt. Es ist jedenfalls die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten die absolute Mehrheit im Reichstag haben werden, so daß also eine bürgerliche Regierung, selbst unter Einschluß der Deutschnationalen rechts und der Staatspartei links, in der Minderheit bleiben würde. Welche Konsequenzen die Regierung und der Reichspräsident etwa hieraus ziehen würden, darüber ist im Augenblick noch nichts bekannt geworden.

Leider scheint es nun so, sowohl nach den hier beigefügten Pressenachrichten wie auch aufgrund von persönlichen Mitteilungen, die ich erhalten habe, als ob die Reichsregierung es nicht fertigbringen wird, ein gemeinsames großes Finanzreformprogramm noch vor der Wahl zu publizieren bzw. in einem Wahlaufruf ihre Ziele den Wählern klar und deutlich zu unterbreiten. Es scheint nicht möglich, im Kabinett eine einheitliche Linie zu finden[7]. Eine diesbezügliche Meldung aus der DAZ, die den Tatsachen entsprechen dürfte, füge ich hier gleichfalls bei[8]. Es steht fest, daß Herr *Treviranus* bis zum äußersten im Kabinett dafür gekämpft hat und weiter kämpft, um die Regierung mindestens zu einer gewissen Geschlossenheit zu bringen. Anderen maßgebenden Mitgliedern des Kabinetts scheint aber die notwendige Entschlußkraft zu fehlen. Daß diese Haltung auch auf die Wählermassen einen bedenklichen Einfluß ausüben wird, muß leider erwartet werden.

---

3 Nicht bei den Akten. Zu den Vorgängen in der Wirtschaftspartei Schumacher S. 162f.

4 Nicht bei den Akten. Vgl. Opitz S. 175ff.

5 In seiner Aufzeichnung „Meine Verhandlungen zwischen dem 18. Juli und 18. Oktober 1939" (Nr. 157) betont *Graf Westarp*, daß die Verhandlungen von *Lindeiner-Wildau* zurückhaltend geführt wurden, der dann „den Anschluß der Staatspartei verhinderte". Nachlaß Westarp. Die Staatspartei hatte bereits an der Formulierung „Hindenburgprogramm" Anstoß genommen. Vgl. Jonas S. 85.

6 Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Wie der in Anm. 5 genannten Aufzeichnung *Westarps* entnommen werden kann, führten die Bestrebungen, die Anfang Oktober 1930 wiederaufgenommen wurden, eine „technische" oder „politische Fraktionsgemeinschaft" zwischen Volkspartei, Volkskonservativen, Wirtschaftspartei und Christlich-sozialen herbeizuführen, zu keinem positiven Ergebnis, somit „fiel der ganze Plan eines Zusammengehens ins Wasser." Ausführliche Darstellung Jonas S. 93ff.

7 Beratungen hierüber in den Kabinettssitzungen vom 19. 8., 22. 8., 26. 8., 27. 8. und 28. 8. 1930, BA R 43 I/1446.

8 Nicht bei den Akten.

Nachschrift

Wie sich aus der in der Anlage beigefügten amtlichen Mitteilung der Reichsregierung (Abendausgabe der Berliner Börsen-Zeitung)[9] ergibt, ist es dem Reichskabinett, das heute nochmals zusammentrat, gelungen, sich über gewisse große Linien der künftigen Finanzreform zu einigen[10].

gez. *Blank*

9 Nicht bei den Akten.

10 Am 28. 8. 1930 beendete das Kabinett die Beratung der Finanzreformpläne und gab ein Fünf-Punkte-Programm bekannt, das als Ziel einer Finanzreform nannte: 1. größere Einsparungen als ursprünglich vorgesehen im Haushalt 1930, 2. Ausarbeitung eines mehrjährigen Programms zur Verstärkung des Wohnungsbaus für die Bedürftigen und zur Finanzierung der ländlichen Siedlung, 3. vollständige Loslösung der Arbeitslosenversicherung vom Reichshaushalt, 4. endgültiger Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, 5. Beseitigung der Auswüchse der Beamtenbesoldung und der Überhöhung der Realsteuern der Gemeinden. BA R 43 I/1446; vgl. Wippermann 1930 Inland S. 354.

133.

5. 9. 1930: Reusch (Oberhausen) an Otto Weinlig (Bonn)

HA/GHH 400101293/10b. Durchschlag.

Sehr verehrter Herr *Weinlig*!

Ihre Ausführungen[1] habe ich mit großem Interesse gelesen.

Der Gedanke der Gründung einer bürgerlichen Einheitspartei wird – davon bin ich überzeugt – weitere Fortschritte machen und muß auch eines Tages verwirklicht werden.

Ich weilte am Tage der Reichstagsauflösung zufälligerweise auf meinem Landsitz in Württemberg. Sofort, nachdem ich die telephonische Nachricht über die Auflösung des Reichstages erhalten hatte, fuhr ich nach Stuttgart und habe den Hauptschriftleiter des Schwäbischen Merkur, dessen Anteile sich hauptsächlich in meinem Besitz befinden, veranlaßt, einen Sammlungs-Artikel zu schreiben, dessen Grundgedanken von mir ausgingen und den ich Ihnen in der Anlage zur gefälligen Kenntnisnahme überreiche[2]. Sie mögen daraus ersehen, welche Stellung ich zu der Frage eingenommen habe. – Weiter habe ich auf andere Zeitungen, denen ich nahestehe, eingewirkt, daß sie in gleicher Richtung arbeiten, was auch geschehen ist.

Ich fuhr dann nach Berlin und habe sowohl mit den Parteiführern als auch mit aktiven Parteiministern verhandelt und bei diesen Verhandlungen die stärksten Druckmittel angewendet, die überhaupt anzuwenden waren, um die einzelnen

1 Schreiben *Weinligs* an *Reusch* vom 2. 9. 1930.

2 Nicht bei den Akten.

Parteigrößen zur Vernunft zu bringen[3]. Das Ergebnis der Verhandlungen schien nicht aussichtslos – als plötzlich Herr *Koch-Weser* mit der Gründung seiner Staatspartei dazwischenplatzte. Dann machten sich im Landvolk wieder selbstherrliche Einflüsse geltend[4], und der Plan der Gründung einer Einheitspartei mußte vorläufig begraben werden. Immerhin ist mehr erreicht, als der Außenstehende ahnt, allerdings unter Umständen, die nicht immer schön waren. Ich möchte hier nicht auf Einzelheiten eingehen, da es immer gefährlich ist, Dinge, die im Werden sind, in breiter Form schriftlich zu schildern. Dagegen bin ich selbstverständlich gern bereit, Sie unter dem Siegel der Vertraulichkeit mündlich zu unterrichten. Sie werden dann hören, daß in der von Ihnen angegebenen Richtung viel mehr geschehen ist, als dem Außenstehenden bekannt wurde.

Wenn es Ihre Zeit gestattet, kommen Sie vielleicht einmal auf 1 bis 2 Stunden nach Oberhausen. Allerdings bin ich vor den Wahlen nicht mehr zu haben, da ich verreisen muß und erst am Wahltage selbst in der Frühe nach hier zurückkehren werde. Aber nach den Wahlen kann ich mich bestimmt für eine Unterhaltung von 1 bis 2 Stunden frei machen. Ich würde mich freuen, Sie einmal hier zu sehen, um mich mit Ihnen eingehend aussprechen zu können.

Mit ergebenstem Gruß
Ihr

3 Vgl. Nr. 115, 116, 117 und 122 sowie das Rundschreiben des RDI vom 16. 8. 1930, Ursachen und Folgen VIII S. 83ff.

4 *Schiele* hatte schon vor der Gründung der Staatspartei einen Zusammenschluß der Landvolk-Partei mit den bürgerlichen Gruppierungen abgelehnt. Vgl. Nr. 117.

134.

12. 9. 1930: Aufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer über eine Unterredung mit Reichsbankpräsident Luther und Reichsbankvizepräsident Dreyse

Nachlaß Schäffer ED 93. Durchschlag. Handschriftliche Korrekturen. Unterstreichungen.

Am 12. September nachmittags suchten Herr *v. Krosigk* und ich Herrn Reichsbankpräsidenten *Luther* und Herrn Vizepräsidenten *Dreyse* in der Reichsbank auf. Wir sprachen über den Inhalt der Ausarbeitung und der Zusatzausarbeitung[1].

Herr *Luther* war von dem Inhalt des Zusatzvermerks einigermaßen betroffen. Er billigte aber vollkommen meinen Standpunkt, daß man für die Frage der Kassendeckung die pessimalen Möglichkeiten berücksichtigen müsse, selbst wenn für die Frage der Etatdeckung noch günstigere Entwicklungen denkbar oder sogar

1 In seinen Ausarbeitungen nahm *Schäffer* bis zum Januar 1931 ein Kassendefizit von 580 Millionen RM an, das sich bis zum 1. 4. 1931 auf 245 Millionen RM erhöhen würde. Zur Deckung des Defizits schlug er die Ausgabe von Schatzanweisungen und die Verpfändung von Reichsbahn-Vorzugsaktien vor. Außerdem regte er die Aufnahme einer Auslandsanleihe von 100 bis 125 Millionen Dollar an. Vgl. Nr. 138 und 141.

nicht unwahrscheinlich seien. Die Tatsache des August-Ergebnisses, das von der soeben erfolgten Neuschätzung um 39 Millionen abweicht, schiene ihm sogar für einen solchen abwärts gerichteten Trend in den Einnahmen zu sprechen, daß man möglicherweise auch noch mit der Vorsorge für den Kassenbedarf der Zusatzausarbeitung nicht auskommt. Er wirft ferner die Frage auf, ob bei dieser Entwicklung man sich auf eine kassenmäßige Sanierung beschränken dürfe und ob es nicht vielmehr richtiger sei, Etatmaßnahmen zu ergreifen, d. h. neue Einkünfte zu erschließen.

Ich erwiderte, daß an sich die Erschließung neuer Einkünfte auf dem Gebiete der Verbrauchssteuern auf die Dauer wohl nicht zu vermeiden sei, daß sie aber an den bekannten politischen Schwierigkeiten kranke, so daß man keineswegs damit rechnen könne, in kurzer Zeit derartige Gesetze durchzubringen. Deswegen dürfe man die Sicherung der Kasse unter keinen Umständen von der Erhöhung dieser Steuern abhängig machen. Man könne allerhand andere Sicherungen politischer Art einschalten.

Herr Reichsbankpräsident *Luther* erwidert darauf, daß man ja in die Kreditverträge die Verpflichtung zum Erlaß bestimmter Steuern hineinnehmen könne.

Ich selbst äußere Bedenken dagegen; einem Ausländer gegenüber sich zu verpflichten, erinnere zu sehr an Kreditverträge des Balkans. Aber auch deutschen Banken gegenüber Verpflichtungen zum Erlaß bestimmter Gesetze zu übernehmen, ist bedenklich. Ich scheue die Abhängigkeit der Regierung von der Behrensstraße[2], dann schon noch eher von der Jägerstraße[3], am liebsten aber auch das nicht. Es sei auch dem Ansehen der Regierung nicht zuträglich, wenn es so aussehe, als ob man sie zu bestimmten, politisch als richtig anerkannten Maßnahmen erst verpflichten müßte.

Herr Reichsbankpräsident *Luther* fragt, ob man dann überhaupt Kreise finden würde, die geneigt seien, einen solchen Überbrückungskredit zu gewähren.

Ich erwidere, daß ich das bestimmt annehme. Im Laufe des Sommers hätte mir Mr. *Murnane* von der Firma Lee Higginson, mit dem wir seinerzeit über die Vorfinanzierung der Kreuger-Anleihe[4] verhandelt hätten, einmal sagen lassen, daß er bereit sei, dem Reiche für mehrere Jahre einen Kredit von 100 Millionen Dollar einzuräumen. Ich hätte ihm damals geantwortet, daß wir zur Zeit keinen Bedarf hätten, daß ich mir aber vorbehalte, im gegebenen Augenblick einmal auf dem Wege über die Reichsbank auf sein Anerbieten zurückzukommen. Auch die Gruppe, bei der die Golddiskontbank ihren Bereitschaftskredit hätte, würde wohl bereit sein, sich an einem solchen Geschäft zu beteiligen. Natürlich nähme ich an, daß man, wenn die schwebende Schuld sich durch die Einnahmeausfälle des Jahres 1930 um so viel erhöhe, man auch einen höheren Betrag, als in der Ausarbeitung vorgesehen, zu ihrer Abdeckung 1931 einstellen müsse. Wenn man dafür eine Erhöhung der Tabaksteuer hätte, so wäre das sehr wünschenswert. Auch eine Erhöhung der Biersteuer erschiene mir noch denkbar, wenn die letzte

2 In der Behrensstraße hatte die Mehrzahl der großen Banken in Berlin ihren Sitz.

3 Sitz der Reichsbank.

4 *Kreuger* hatte dem Deutschen Reich gegen die Überlassung des Zündholzmonopols am 26. 10. 1929 eine 500-Millionen-Dollar-Anleihe gewährt. Maurer S. 79.

Erhöhung[5] verwunden sei. Bei der Biersteuer müsse man immer warten, bis der Konsum sich an eine Erhöhung der Steuer gewöhnt hätte.

Luther warf darauf die Frage auf, ob man dann damit rechnen könne, daß bei einem Aufhören der Depression die neue Konjunktur wieder auf die Höhe der früheren steigen würde.

Ich erwidere, daß diese Frage zweifelhaft sei. Ich sei auch fest davon durchdrungen, daß die gegenwärtige Krise ebenso eine der im Rhythmus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung regelmäßig eintretenden Krisen sei wie alle früheren, daß es sich also nicht um eine dauernde Verkümmerung der Weltwirtschaft oder der deutschen Wirtschaft handle, aber ich hielte es aus verschiedenen Gründen für möglich, daß die Krise, die meinem Eindruck nach ihren Tiefpunkt erreicht habe, auf diesem tiefsten Punkt noch längere Zeit beharre und daß die daran anschließende Konjunktur nicht die Höhe der letzten Konjunktur erreiche. Bei dieser letzten Konjunktur der Jahre 1927 und 1928 habe es sich um die einmalige Nachholung großer Investitionen gehandelt, wie sie sich sobald wohl nicht mehr ereignen würden. Ferner seien die Schichten, deren trotz der Krise weiter bestehenbleibendes Einkommen bei sinkenden Preisen die Überwindung der Krise ermögliche, in Deutschland zur Zeit so wenig stark, daß die Gefahr einer längeren Dauer der Krise nicht von der Hand zu weisen sei. Andererseits müsse man davon ausgehen, daß die allgemeine Wirtschaftsentwicklung der Welt auf eine Erweiterung des Absatzes gerichtet sei, daß auch noch in den erst mit Kredit zu erschließenden Ländern große Absatzreserven lägen, so daß ich auf die Dauer nicht pessimistisch eingestellt sei.

Reichsbankpräsident *Luther* vertrat die gleiche Auffassung. Er sagte, daß zwar die Wirtschaftskapazität der Welt erheblich größer sei als die Absatzmöglichkeit, daß es aber doch einer Reihe von Heilmitteln, welche die Ausnutzung großer Teile der Kapazität ermöglichen könnten, bedürfe. Er verwies auf seine Ausführungen in Eilsen, wonach man einen Wiederaufbau und eine Wirtschaftsentwicklung in einem Lande nicht unter rationellster Beschränkung der Kapitalbildung auf die produzierenden Unternehmungen durchführen könne. Er meine vielmehr, man müsse auch der Arbeiterbevölkerung einen Anteil an dem wieder sich bildenden Wohlstand gewähren[6].

---

5 Gesetz zur Änderung des Biersteuergesetzes vom 15. 4. 1930, RGBl. 1930 I S. 136.

6 *Luther* führte u. a. aus: „Eine Antithese, die in zugespitzter Form herausgekommen ist, war die, daß einer der Diskussionsredner betont hat, die oberen Klassen böten kein hinreichendes Vorbild der Sparsamkeit, während ein anderer Diskussionsredner davon sprach, daß viel mehr Aufwand in den unteren Klassen getrieben würde. Auch das ist m. E. eine unberechtigte Antithese. Das Wirkliche an dem Tatbestand ist folgendes: Wir können unser Volk schwerlich zu dem freiwilligen Entschluß bringen, die Lösung der gegenwärtigen Not schlechthin und vornehmlich auf dem Wege der Verbrauchsbeschränkung, auf dem Wege dessen, was man als altpreußische Sparsamkeit zu bezeichnen pflegt, herbeizuführen. Bei allem berechtigten und notwendigen Hindrängen auf Sparsamkeit sind hier Grenzen. Was vor hundert Jahren bei uns war, hat sich in einem agrarischen und wesentlich autarkischen Staat vollzogen. Die Wirtschaftsform, in der wir heute leben, die darauf angewiesen ist, industrielle Güter zu produzieren, kann sich nicht entwickeln, ohne daß sich auch im Volk selbst ein Verbrauchermarkt, ein gewisser steigender Verbrauch gestaltet. Wir können nicht im Stile eines exportierenden Kolonialvolkes leben. Natürlich können wir ebensowenig den amerikanischen Prosperitätsstandpunkt in den Vordergrund stellen, denn der setzt die Unbegrenztheit der Entwicklungsmöglichkeiten voraus und hat wohl selbst für Amerika Grenzen in

Im Zusammenhang mit der Frage, ob Etatmaßnahmen neben die Maßnahmen zur Sicherung der Kasse zu treten hätten, kam Reichsbankpräsident *Luther* auch auf die Ausgabenseite zu sprechen.

Ich erwähnte, daß wir bereits in den beiden Ausgabesenkungsaktionen vom Januar und vom August große Schwierigkeiten bei der Durchführung hätten, weil einzelne Ressorts eben die zur sachlichen Durchführung ihrer Aufgaben nötigen Mittel nicht mehr besäßen.

Reichsbankpräsident *Luther* deutete an, daß bei stärkeren Eingriffen, insbesondere auf dem Besoldungsgebiet, man wohl noch zu Ausgabesenkungen kommen könnte.

Ich machte ihn darauf mit den *Stegerwald*schen Plänen bekannt, wonach die Mittel, die noch zur Deckung der fehlenden Beträge der Arbeitslosenversicherung und vor allem der Krisenfürsorge erforderlich sind, durch Beiträge der Beamten und der nicht arbeitslosenversicherungspflichtigen Angestellten aufgebracht werden sollten. Man käme dann für die Beamten auf etwa 4%, darüber hinaus sei es schwer möglich, im Augenblick mit einer Senkung zu gehen. Jedenfalls dürften davon nicht die Kassensicherungsmaßnahmen abhängig gemacht werden.

Herr *v. Krosigk* unterstrich nochmals den Gesichtspunkt, daß wirkliche Ersparnisse über das ohnedies beabsichtigte Maß hinaus nur im Personaletat gemacht werden könnten, daß diese Ersparnisse aber schon für die sozialen Zwecke mit Beschlag belegt seien.

Reichsbankpräsident *Luther* versprach, mit Herrn *Dreyse* sich die Sachlage zu überlegen.

Es wurde für die nächsten Tage eine neue Unterredung in Aussicht genommen[7].

gez. *Schäffer*

---

sich. Auch für uns als Volk aber wird es psychologisch unmöglich sein, unsere eigene Produktion immer mehr in die Höhe zu treiben, ohne daß das Volk in der Gesamtheit daran bis zu einem gewissen Grade teilnimmt." Kapitalbildung und Steuersystem. Verhandlungen und Gutachten der Konferenz von Eilsen, im Auftrage des Vorstandes hrsg. von Gerhard Colm und Hans Neisser, erster Teil, Berlin 1930 S. 114f.

7 Nr. 138.

Nr. 135.

15. 9. 1930: Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer

Nachlaß Schäffer ED 93.

Bei Staatssekretär *Weismann.* Auf eine alsbaldige Beteiligung der Sozialisten gedrängt[1]. Arbeitsgemeinschaft für Außenpolitik. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Verfassungsschutz, Finanzsanierung. – *Weismann* will *Braun* zum Reichs-

---

1 Die Frage der Einbeziehung der Sozialdemokraten hatten *Schäffer* und *Pünder* bereits am 2. 9. 1930 in einer Besprechung über die Kassenlage erörtert. Nach *Schäffers* Tgb. vom 2. 9. 1930 vertrat *Pünder* die Auffassung, „daß nur eine Regierung von *Breitscheid* bis *Treviranus* die Sache schmeißen kann. Er sage das auch immer dem Kanzler, der sich wohl auch davon überzeuge." *Schäffer* erwiderte, daß es wichtig sei, Fühlung mit der SPD zu halten. Nachlaß Schäffer ED 93. Vgl. auch Nr. 126.

kanzler [ernennen lassen] und ihn dann selber in Preußen vertreten. Ich warne, sich auf eine solche Kombination festzulegen, und bin für Beibehaltung *Brünings.* Bei Hermann *Müller* über die Lage. Ich: Notwendigkeit engerer Fühlung. Die Sozialdemokratie trägt die Gefahr des Systems, während der Rechten an dem System gar nichts liegt. Hermann *Müller* sehr verständig und zur Einsetzung für die Mitarbeit bereit, will auch mit Otto *Braun* reden, fürchtet keinen Putsch, schon wegen *Hindenburg* und *Groener*[2].

2 Über die Gespräche der nächsten beiden Tage in dieser Angelegenheit heißt es in *Schäffers* Tagebuch: „16. 9. 1930: Beim Minister. Der Minister macht einen ziemlich traurigen und stark nervösen Eindruck. Er sagt ‚Ja' mit den Sozialdemokraten, aber wird man dann mit ihnen die Finanzfrage erledigen können? Ich sage: Die Politik des Kabinetts *Brüning* ist politisch gescheitert. Man muß jetzt auf breiterer Basis diese Wochen überdauern. Wir besprechen das Scheitern der Verhandlungen mit den Sozialdemokraten bei der Auflösung; das kam, weil Volkspartei und Wirtschaftspartei nicht mitgehen wollten. ‚Das liegt jetzt wiederum vor', sagt der Minister. Aber der Kanzler hat jetzt weitere Vollmachten des Reichspräsidenten. Er kann auch mit den Sozialisten verhandeln. Für die Kassendeckung und die Kreditverhandlungen brauchen wir rasch eine Regierung, die eine Mehrheit findet. Das darf sich nicht erst im Reichstag herausstellen. Der Minister spricht mit den Direktoren und mir im Sinne [unserer Vorbesprechung]. Bei *Pünder.* Dieser will auf die Koalition von *Breitscheid* bis *Treviranus* los, sieht aber auf beiden Flügeln noch Schwierigkeiten. Ich sage: a) Es muß vor dem Zusammentreten des Reichstages eine Gruppierung, die tragfähig ist, geschaffen werden, am besten möglichst bald wegen der notwendigen Kreditaktionen. b) Man muß nicht glauben, daß die Sozialisten, wenn sie nicht in der Regierung sind, die Dinge mitmachen. Ich weise darauf hin, daß die bisherige Regierungspolitik, die auf Koalitionsfähigmachung der Rechten gerichtet war, gescheitert ist. *Hamm* holt mich ab. Er ist für Zusammenschluß der verfassungstreuen [Parteien], erwähnt aber, daß *Demuth* dafür ist, die Nazis sich abreagieren zu lassen. 17. 9. 1930: Früh mit Paul *Kempner,* der erwähnt, daß auch Oskar *Meyer* dafür ist, die Nazis in die Regierung zu nehmen, damit sie ihre Unfähigkeit innerhalb eines Vierteljahres nachgewiesen haben. Mittag mit Toni *Sender,* die ich mühsam zu der Erkenntnis bekomme, daß die Sozialdemokratie ein dringendes Interesse daran hat, dabeizusein und nicht in Opposition bleiben zu müssen. *Dorn* meldet *Demuths* Standpunkt: Nur wenn man die Nazis drin hat, komme kein Putsch." Nachlaß Schäffer ED 93. Vgl. Nr. 139.

136.

15. 9. 1930: Koch-Weser an Reichsminister Curtius (Genf)

PA Büro RM 18/21.

Hochverehrter Herr *Curtius*!

Ich habe heute Ihr hiesiges Völkerbundsbüro gebeten, der Delegation durch Fernsprecher mitteilen zu lassen, daß ich zu meinem lebhaften Bedauern genötigt bin, Sie zu bitten, mir eine wesentliche Abkürzung meines Aufenthaltes dort[1] zu gewähren. Der politische Erdrutsch, der sich hier begeben hat, ist gewaltig[2]. Er ist

1 Teilnahme *Koch-Wesers* an der 11. Bundesversammlung des Völkerbundes in Genf vom 10. 9. bis 4. 10. 1930. Curtius S. 167 ff.

2 Ergebnis der Reichstagswahlen in Statistisches Jahrbuch 1931 S. 546 f. Zur Reaktion auf das Ergebnis Pünder S. 58 ff.; Brüning S. 86 f. Analysen des Wahlresultates bei Bracher S. 364 ff.; Alfred Milatz, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 66), 2. Aufl. Bonn 1968 S. 127 ff.; Schulz S. 585 ff.

um so erschütternder, als er alle Parteien, die maßvolle politische Anschauungen haben und Persönlichkeiten und nicht Massen bei sich Führung einräumen, gleichmäßig trifft. Genau betrachtet, ist der Reichstag zu zwei Dritteln sozialistisch[3] und in der Hand von Massenparteien. Ich weiß nicht, wie diese Scheidung innerhalb des deutschen Volkes überwunden werden könnte. Mindestens wird das erst nach Erfahrungen möglich sein, die schweren Schaden für Deutschland bringen.

Alles das nötigt mich, noch einige Tage hier zu bleiben. Zudem muß ich noch infolge der Neugründung der Deutschen Staatspartei[4] im Laufe der nächsten Wochen an einigen Sitzungen teilnehmen, die ich noch anzusetzen habe. Auch bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung werde ich nicht immer entbehrlich sein.

Meine drahtliche Bitte ist deshalb dahin gegangen, mir zu gestatten, wenn überhaupt, nur wenige Tage herüberzukommen und nach Möglichkeit es dabei so einzurichten, daß ich an den Beratungen über die Minderheiten[5] teilnehmen kann.

Ich hoffe, Sie wissen, daß es sonst nicht meine Art ist, eingegangene Verpflichtungen im Stich zu lassen, aber die nachträgliche Ansetzung der Reichstagswahlen und noch mehr ihr Ausgang stellen mich vor eine ganz ungewöhnliche Lage.

Mit besonderer Verehrung
Ihr sehr ergebener
Koch-Weser

3 *Koch* meint offenbar die Gesamtzahl der Mandate von SPD (143), KPD (77) und NSDAP (107), zusammen 327, die allerdings etwas weniger als zwei Drittel der 577 Reichstagsabgeordneten ergab.

4 Zu den Vorgängen in der Staatspartei nach den Wahlen Stephan S. 467 ff.; Eggeling S. 20 ff. Erich Matthias/Rudolf Morsey, Die Deutsche Staatspartei, in Matthias/Morsey S. 35 ff.; Nr. 144, 145 und 148.

5 In der 61. Tagung des Völkerbundrates wurde am 27. 9. 1930 eine Minderheitsbeschwerde der deutschen Regierung wegen Nichtzulassung von 60 Kindern zu den deutschen Minderheitsschulen in Oberschlesien behandelt. Curtius S. 170 ff.; Schulthess 1930 S. 441 f.

137.

16. 9. 1930: Staatssekretär v. Bülow an Reichsminister Curtius (Genf)

PA Büro StS, RM/1. Durchschlag.

Sehr verehrter Herr Reichsminister!

Für eine ruhige Minute zwischen Ihren Tagungen möchte ich Ihnen ein kurzes Situationsbild der gestrigen Besprechungen und der heutigen Kabinettssitzung[1] geben, damit Sie einen Eindruck der hiesigen Atmosphäre erhalten.

Gestern früh wurde ich plötzlich zum Reichskanzler herübergerufen und traf dort die Reichsminister *Wirth, Stegerwald, v. Guérard* und *Treviranus* sowie den

1 Ministerbesprechung am 16. 9. 1930, BA R 43 I/1446.

Prälaten *Kaas* an[2]. Die Herren machten alle lange Gesichter, und es herrschte bei meinem Eintreffen offensichtlich das Gefühl vor, es müsse etwas geschehen, ganz gleich was. Ich riet meinerseits dringend zu einer ruhigen Auffassung der außenpolitischen Rückwirkung der Wahlen, und was Ihre Rede anlangt[3], der man gern bestimmte Nuancen gegeben hätte, empfahl ich, sich auf den Standpunkt zu stellen, den wir alle vermutlich in 8 bis 10 Tagen einnehmen werden, und ja nicht unter dem Eindruck des Augenblicks zu handeln. Viel gewirkt haben diese Bemerkungen meinerseits natürlich nicht. Der Reichskanzler ging dann zum Herrn Reichspräsidenten[4], und Herr *Kaas*, Herr *Wirth* und ich hatten eine Besprechung über das, was Herr *Kaas* Ihnen in Genf vorschlagen soll[5].

Ich setzte dann sofort ohne Wissen des Reichskanzlers das Telegramm an Sie nach Genf auf[6], das Sie kennen, und begab mich dann zum Reichskanzler zurück. Herr *Treviranus* hatte inzwischen längst die Reichskanzlei verlassen, und Herr *Kaas* befand sich bereits auf dem Flugplatz. Der Reichskanzler berichtete lediglich, daß der Herr Reichspräsident eine Demission des Kabinetts im gegenwärtigen Zeitpunkt unter keinen Umständen annehmen würde[7]. Ich bat den Reichskanzler um Stichworte für ein Informationstelegramm an die Missionen, konnte aber von ihm nur den Satz erwirken über die Durchführung der Finanzsanierung, den ich in einem Rundtelegramm verwertet habe, das auch nach Genf gegangen ist. Als ich wieder im Amt war, kam *Hoetzsch* zu mir und behinderte sehr mein Telefongespräch mit Ihnen. Er war aber nicht zu bewegen, aus dem Zimmer zu gehen, weil er gleich wissen wollte, wie Sie zu seiner Genfreise stünden. Sonst hätte ich gern am Telefon noch einiges mehr gesagt.

Professor *Hoetzsch* versuchte von mir, natürlich vergeblich, zu erfahren, ob eine Regierungsumbildung zu erwarten sei und in welcher Form. Er sprach sich für einen sozialistischen Reichskanzler aus.

Am Nachmittag rief mich Dr. *Breitscheid* an, ebenfalls wegen seiner Reise nach

---

2 Vgl. Pünder S. 60.

3 Rede vor der 11. Bundesversammlung des Völkerbundes am 16. 9. 1930; Auszug in Schulthess 1930 S. 442. Vgl. Curtius S. 171f.

4 Vgl. Pünder S. 60; Brüning S. 186f.

5 *Kaas* sollte *Curtius* vorschlagen, vor dem Völkerbund eine Rede folgenden Inhalts zu halten: „Versailler Vertrag wurde mit geringer Mehrheit angenommen. Diese Mehrheit betrieb zehn Jahre lang mit großen moralischen Opfern Verständigungspolitik, deren Meilensteine die Totensteine einiger unserer besten Führer wie *Erzberger* und *Rathenau* sind. Immer wieder ist von deutscher Seite gewarnt worden, daß die Lage unerträglich bleibe. Erinnern an *Wirths* Wort erst Brot, dann Reparationen und Erklärung von *Kaas*; die Leidensfähigkeit eines Volkes hat seine Grenzen. Die soziale Lebensfähigkeit und die Grenzen der nationalen Belastungsfähigkeit seien ungenügend berücksichtigt worden. [. . .] Schnellere Entschlüsse des Auslandes wären weiser gewesen. Die langjährige außenpolitische Erfolgsarmut unserer Politik habe eine Reaktion herbeigeführt, wie sie bei allen Völkern naturnotwendig eingetreten wäre. Die deutsche Regierung sei nach wie vor entschlossen, in Zusammenarbeit mit anderen Ländern am Wiederaufbau Europas mitzuarbeiten, wie aber bereits in der Paneuropa-Denkschrift gesagt worden sei, müsse dies auf der Basis wirklicher Gleichberechtigung und Freiheit geschehen." *Bülow* an *Curtius*, 15. 9. 1930, PA Büro RM 18/21. Vgl. Curtius S. 171.

6 Anm. 5.

7 Vgl. Brüning S. 186.

Genf, und betonte als sehr wichtiges Moment, daß er voraussichtlich wegen der hier zu treffenden Entscheidungen bald nach Berlin zurückkehren müsse.

Heute morgen war dann eine Kabinettssitzung[8], in der begreiflicherweise die pessimistische Note vorherrschte. Der Herr Reichskanzler stellte fest, daß das Kabinett zunächst unverändert bliebe und daß kein Gedanke daran sein könne, wie vielfach angeregt werde, *Hugenberg* und *Hitler* die Regierung zu überlassen, damit sie sich bald abwirtschafteten. Wie allerdings mit einer Minderheit von 180 Stimmen regiert werden solle, wo der neue Reichstag eine absolute Mehrheit von 288 erfordere, sei ihm noch nicht klar. Er habe noch keine Koalitionsverhandlungen oder dergleichen aufgenommen und werde zunächst die Rückkehr des Reichspräsidenten am Sonnabend abwarten. Das einzig Richtige sei, daß das Kabinett die Ruhe bewahre und die sachliche Arbeit fortsetze. Als er später noch einmal das Wort ergriff, betonte der Reichskanzler, daß das ernsteste Problem die Erhaltung der Notverordnung[9] sei, denn die Konsequenzen einer erneuten Ablehnung durch den Reichstag seien nicht zu übersehen.

Reichsminister *Dietrich* führte dann aus, daß der August erneute schwerwiegende Steuerausfälle gebracht habe[10], die Finanzlage sei bis zum 1. Januar einigermaßen gesichert, aber es sei nicht abzusehen, was danach werden solle. Es träten immer neue Anforderungen an ihn heran, während die Wirtschaft sich begreiflicherweise stark zurückhalte. Vom neuen Reichstag sei das Schlimmste zu erwarten, beispielsweise müsse man froh sein, wenn das Pensionskürzungsgesetz in der Form angenommen würde, daß 12000 RM als Höchstpension festgesetzt würden. Angesichts der Radikalisierung des Reichstages sei auch an einen vernünftigen Abbau der Beamtengehälter nicht zu denken, man würde die Spitzengehälter kürzen, das Gros der mittleren und niederen Gehälter, deren Kürzung allein eine finanzielle Wirkung haben könne, würde man unverändert lassen. Als einziger sprach dann noch Reichsminister *Stegerwald*, der der Überzeugung war, daß die gemeinsame Not die Parteien zu einer positiven Arbeitsgemeinschaft zwingen werde. Ohne eine Wirtschaftsbelebung werde die Arbeitslosigkeit noch erheblich zunehmen. Aufgrund der ihm bereits erteilten Vollmachten wolle er sich aber an die Arbeit machen und versuchen, die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge in Ordnung zu bringen. Der Reichskanzler, der Reichsarbeitsminister und der Reichsfinanzminister werden sich zusammensetzen, und die Ergebnisse ihrer Arbeiten sollen in einer Ministerbesprechung am Dienstag, den 23. September, nachmittags erörtert werden[11]. Schon jetzt erklärten aber die beiden Minister, daß man die wünschenswerten und erforderlichen Maßnahmen in vollem Umfang nur durch eine neue Notverordnung durchsetzen könne oder aber durch Vorlage an den Reichstag, was aber eine unerwünschte Hinausschiebung bis in den November zur Folge haben würde.

Das ist in kurzem das Bild, wie es sich hier abgerollt hat. Außenpolitische Sorgen

---

8 Anm. 1.

9 Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. 7. 1930, RGBl. 1930 I S. 311.

10 Vgl. Nr. 134.

11 Kabinettssitzung am 23. 9. 1930, BA R 43 I/1446.

sind hier in Berlin keine aufgetaucht. Über die Meinungen und Stimmungen der Presse unterrichtete Sie ja Herr *v. Kaufmann* laufend, und ich hätte zur Zeit dem nichts hinzuzufügen.

Mit den besten Wünschen und angelegentlichsten
Empfehlungen verbleibe ich
Ihr stets ergebener
gez. *Bülow*

138.

18. 9. 1930: Aktenvermerk des Staatssekretärs Schäffer über eine Besprechung mit Reichsbankpräsident Luther

Nachlaß Schäffer ED 93. Durchschlag. Überschrift: „Vermerk über eine Besprechung mit Herrn Reichsbankpräsidenten Luther am 18. September 1930, vormittags."

Ich besuchte heute vormittag Herrn Reichsbankpräsidenten *Luther*, um mit ihm über die Kassenfrage zu sprechen[1]. Ich sagte ihm, daß ich großen Wert darauf legte, daß die Verhandlungen über den ausländischen Kredit, über den wir am vergangenen Freitag gesprochen hätten[2], alsbald in die Wege geleitet würden. Ich hätte mir eine Beteiligung der deutschen Banken an der Angelegenheit so vorgestellt, daß man die Vorfinanzierung des Kaufpreises der Reichsbahn-Vorzugsaktien an die Angestelltenversicherung den deutschen Banken überließe, während man das Geschäft über die 100 Millionen Dollar mit den ausländischen Häusern seitens der Reichsbank unmittelbar mit diesen macht. Das hätte den großen Vorzug, daß sie die Liquidität unserer deutschen Banken nicht beeinträchtige. Diese Liquidität würden sie bei der Lage der Wirtschaft wahrscheinlich benötigen.

Herr *Luther* erwiderte darauf, daß er noch mit der Prüfung der Frage befaßt sei. Zweifelhaft schiene ihm insbesondere, wie man die Abdeckung eines Teils der schwebenden Schuld im Haushaltsjahr 1931 sichern solle. Man könne doch wohl diesen Auslandskredit in Verbindung mit einem vom Reichstag über diese Abdeckung zu erlassenden Gesetze bringen. Der andere, von mir am Freitag erwähnte Weg einer Verpflichtung der verantwortlichen Minister, sich politisch für ein solches Gesetz einzusetzen, sei doch nicht recht gangbar.

Ich erklärte darauf, den Erlaß eines solchen Gesetzes wie der Lex *Schacht*[3] im letzten Jahre hätte ich am vergangenen Freitag noch für möglich gehalten; bei dem Ergebnis der Wahlen sähe ich diese Möglichkeit nicht mehr recht, vor allen Dingen

1 In sein Tagebuch notierte *Schäffer* am 18. 9. 1930 über diese Besprechung: „*Luther*, mit dem ich die Kassenlage bespreche und ihn bitte, die Kassensicherung nicht von politischen Bedingungen abhängig zu machen. Die Kasse ist nicht zu solchen Druckmitteln auf das Parlament da. *Luther* scheint nicht überzeugt und behält sich alles vor." Nachlaß Schäffer ED 93.

2 Vgl. Nr. 134.

3 Vgl. Nr. 102, Anm. 4.

in der ersten Zeit nicht, wenn die heterogenen Gruppen des Reichstages sich noch gar nicht miteinander eingespielt hätten. Die Frage der Kassendeckung müsse aber bald entschieden werden[4]. Ich sei auch grundsätzlich der Auffassung, daß man die Kassendeckung nicht als Druckmittel verwenden dürfe, um vom Reichstag den Erlaß bestimmter Gesetze zu erzwingen. Das sei im vergangenen Jahre gemacht worden, aber sehr zum Schaden des Kredites des Deutschen Reiches und damit auch der deutschen Wirtschaft. Die Kasse müsse völlig aus der öffentlichen Diskussion herausbleiben, wie das auch früher, z. B. in der Amtszeit des Reichsfinanzministers *Luther*[5], der Fall gewesen sei. – Letzteres bestätigte Herr *Luther*. – Kassenschwierigkeiten als Druckmittel gegenüber dem Reichstag hätten sich zwar einmal als wirksam erwiesen, aber der Prestigeverlust, den die Regierung und der Kredit des Reiches bei so etwas erlitten, sei doch zu groß. Ich bäte ihn also, möglichst bald die Verhandlungen aufzunehmen. Voraussichtlich würde der Reichsfinanzminister in den nächsten Tagen noch eine Besprechung mit ihm darüber herbeiführen, ehe er das offizielle schriftliche Ersuchen um den Beginn dieser Verhandlungen erhielte.

Herr *Luther* erwiderte mir, in der Reichsbank sollte am nächsten Tage diese Frage besprochen werden, er wolle sich daher zunächst noch nicht persönlich äußern.

Wir sprachen alsdann über die voraussichtliche politische Entwicklung.

Herr *Luther* äußerte, daß er nicht glaube, daß man mit einer rein zahlenmäßigen Großen Koalition durchkomme, besonders da die Wirtschaftspartei eine solche wohl nicht mitmachen werde. Diese sei aber nötig, um eine in Frage kommende Mehrheit zu erlangen. Er sei trotz aller Schwierigkeiten für den kommenden Winter nicht pessimistisch. Die Situation, wie sie sich durch die Wahlen entwickelt habe, zwinge zum Handeln. Freilich dürfe dieses Handeln nur in ganz großen Maßnahmen bestehen. Dem werde sich auch das Parlament nachher nicht versagen. Diese Maßnahmen müßten aber etwas an sich haben, was wirklich an die Seele der Bevölkerung greife.

Auf meine Frage, welche Maßnahmen er dabei im Auge hätte, erwiderte er: Auf finanzpolitischem Gebiet kämen gewisse Maßnahmen, die *Stolper* geäußert hätte[6] und die ja wohl auch mit meinen Anschauungen übereinstimmten, in Frage, nämlich eine Belastung der entbehrlichen Genußmittel über das entbehrliche Maß hinaus, also Tabak und Bier. Er sprach bei Tabak von etwa 300 Millionen, bei Bier von etwa 200 Millionen. Dadurch werde der Haushalt für das Jahr 1931 überhaupt erst genügend fundiert werden. Die Linke werde dies tragen, zumal *Stolper*, der doch als ausgesprochener Linkspolitiker gelte, dafür einen geeigneten Boden seit Jahren geschaffen habe. Ob der Tabak in Form von Tabaksteuer oder in Form eines Tabakmonopols belastet werde, sei eine Frage minderer Ordnung. Ferner

4 Am 25. 9. 1930 errechnete *Schäffer*, daß der Haushalt 1930 trotz der geplanten Ausgabenkürzungen sogar ein Defizit von voraussichtlich 900 Millionen RM aufweisen werde. Aufzeichnung *Schäffers* vom 25. 9. 1930, BA R 2/3784. Vgl. Nr. 134, Anm. 1.

5 *Luther* war von Oktober 1923 bis Dezember 1924 und erneut von Oktober bis Dezember 1925 Reichsfinanzminister. Vgl. Hans Luther, Politiker ohne Partei. Erinnerungen, 2. Aufl. Stuttgart 1960, S. 118ff.

6 Nr. 76, Anm. 8. Auf der Konferenz in Bad Eilsen (Nr. 134, Anm. 6) stimmte *Luther Stolper* ausdrücklich zu.

würde die Unabhängigmachung der Arbeitslosenfürsorge vom Haushalt und die gründliche weitere Sichtung der Sozialpolitik einen Aufgabenkreis darstellen. Das Ergebnis der Zentrumswahlen[7] habe gezeigt, daß die Arbeiterschaft Sanierungsmaßnahmen auf diesem Gebiet nicht grundsätzlich abgeneigt sei. Dann komme vor allen Dingen die Reichsreform in Frage. Einmal die Frage Reich-Länder, wobei er sich darüber klar sei, daß man die Durchführung der von ihm im Erneuerungsbund geäußerten Pläne[8] nicht gegen die Sozialdemokraten machen könne, sondern daß diese dabei mitwirken müßten, ferner bei Aufrechterhaltung des parlamentarisch-demokratischen Systems eine gewisse Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten und eine Umgestaltung des Reichsrats[9] etwa in dem Sinne, wie sie in der neuesten Veröffentlichung vorgeschlagen werde.

Schließlich müsse auch die Gehaltserhöhung der Beamtenschaft durch *Köhler*, wenigstens zum Teil, rückgängig gemacht werden[10], ebenso natürlich die Beamtenbesoldungserhöhung in Ländern und Gemeinden.

Auf meine Frage, was für eine Regierung diese Dinge durchführen solle, erwiderte Herr *Luther*: Das müsse eine Regierung von Persönlichkeiten sein, die Vertrauensleute der einzelnen Parteien seien, ohne von ihnen abzuhängen und vor jeder einzelnen Maßnahme fragen zu müssen. Man werde auch mögliche Formen finden, um Schwierigkeiten mit dem Reichstag auszuweichen, nur so aber könne er sich einen Erfolg vorstellen, wenn man wirklich die großen Probleme anpacke. Mit Kleinarbeit sei seiner Auffassung nach nichts zu machen.

Ich erwähnte dann Herrn *Luther* einiges von unseren Gedankengängen in der Arbeitslosenfürsorge und im Wohnungsbau, was er als Teile des von ihm entwickelten Programms, aber als an sich unzureichende Teile ansah.

In den nächsten Tagen soll über die Beschaffung des Kassenkredites eine Unterhaltung mit dem Minister stattfinden.

gez. *Schäffer*

---

7 Gemeint ist das gute Abschneiden des Zentrums bei den Reichstagswahlen vom 14. 9. 1930.

8 Der „Bund zur Erneuerung des Reiches" war 1928 gegründet worden. *Luther* hatte am 19. 4. 1930 den Vorsitz an *Graf Roedern* abgegeben, dem *Geßler* folgte, und war zum Ehrenvorsitzenden ernannt worden. Zu den Initiatoren und führenden Mitgliedern gehörten neben *Luther Graf v. Bernstorff* (DDP), Oberbürgermeister *Bracht* (Zentrum), *v. Flemming* (DNVP), der ehemalige Reichsminister *Hamm* (DDP), *Hellpach* (DDP), Landeshauptmann *Horion* (Zentrum), *Jänecke* (DVP), Oberbürgermeister *Jarres* (DVP), *Kahl* (DVP), *Graf Kalckreuth* (Reichslandbund), Landrat *Kotz* (Zentrum), Oberbürgermeister a. D. Prof. *Most* (DVP), Bürgermeister *Petersen* (DDP), die Industriellen *Frowein*, *Reusch* und *Röchling*, *Graf v. Roedern*, der ehemalige bayerische Innenminister *Schweyer* (BVP) und *Frhr. v. Wilmowsky* (DNVP). Zeitweilig wirkte auch der ehemalige Reichswehrminister und Oberpräsident der Provinz Hannover *Noske* (SPD) mit.

9 Im Original „Reichstag". Gemeint sind die beiden ersten Denkschriften des Bundes zur Erneuerung des Reiches: Die Rechte des Reichspräsidenten nach der Reichsverfassung. Eine gemeinverständliche Darstellung, Berlin 1929; Das Problem des Reichsrats. Leitsätze mit Begründung, Vergleiche mit anderen Staaten, Berlin 1930.

10 Dazu Nr. 79, Anm. 4.

139.

19. 9. 1930: Der Bayerische Gesandte Ritter v. Preger an Ministerpräsident Held (München)

GStAM MA 103 460. Durchschlag einer Abschrift – Nr. 2 961. Unterstreichungen. Handschriftlicher Kopfvermerk.

Hochverehrter Herr Ministerpräsident!

Ich hatte für gestern eine Unterredung mit Staatssekretär Dr. *Pünder* vereinbart, um Aufschluß zu erhalten über die Absichten der Reichsregierung aufgrund des Ausfalls der Wahlen. Über das Ergebnis darf ich folgendes mitteilen:

Reichspräsident *v. Hindenburg* hat sofort, nachdem sich der Ausfall der Wahlen übersehen ließ, Reichskanzler *Brüning* zu sich gebeten und ihm mitgeteilt, daß er einen etwaigen Rücktritt des Kabinetts nicht annehmen werde[1] und nicht vorhabe, wie das sonst vielleicht parlamentarisch üblich sei, die Nationalsozialistische Partei als diejenige Partei, die im Wahlkampf die meisten Stimmen neu gewonnen habe, mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Denn es sei als sicher anzunehmen, daß die Nationalsozialisten diesen Auftrag annehmen und auch als Minderheitsregierung vor den Reichstag hintreten würden. Ihr einziges Streben sei, zur Macht zu kommen und namentlich die wichtigen Ressorts des Reichswehrministeriums (General *v. Epp*) und des Reichsinnenministeriums (Dr. *Frick*) in die Hand zu bekommen. Einem etwaigen Mißtrauensvotum des Reichstages beabsichtigten sie durch seine Auflösung zuvorzukommen und dann mit Artikel 48 der Reichsverfassung zu regieren, wobei sie, gestützt auf ein Gutachten des deutschnationalen Abgeordneten Professor *v. Freytagh-Loringhoven*, auch die Bestimmungen des Artikel 25 Absatz 2 der Reichsverfassung über die Notwendigkeit der Neuwahl des Reichstages innerhalb 60 Tagen nach der Auflösung außer Kraft setzen würden.

Auf diese Eröffnung habe das Kabinett beschlossen, im Amt zu bleiben und sich dem Reichstag zu stellen, und zwar in der Hauptsache in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung[2]. Insbesondere kommt nach Mitteilung von Staatssekretär *Pünder* ein Wechsel des Außenministers nicht in Frage. Allerdings wird wohl der Reichsverkehrsminister *v. Guérard* nicht mehr zu halten sein, nachdem er von seiner eigenen Partei[3] nicht mehr als Reichstagsabgeordneter aufgestellt worden ist. Ob *Treviranus*, nachdem er als Minister für die besetzten Gebiete diesen Posten am 1. Oktober mit der Auflösung dieses Ministeriums verliert, als Minister ohne Portefeuille bleiben werde, erklärte Staatssekretär *Pünder* als noch zweifelhaft. Das hänge davon ab, ob die verschiedenen Absplitterungen der Deutschnationalen Partei (Konservative Partei, Deutsches Landvolk, Christlich-Soziale, Landbund), deren Zusammenschluß nach Mitteilung des Reichsminister *Schiele* unmittelbar bevorstehe[4], auf ihn noch Wert legten. (*Schiele* hofft dabei, daß in diese neue Fraktionsgemeinschaft auch die Deutsche Bauernpartei (Bayerischer

1 Vgl. Nr. 137 Brüning S. 186 ff.

2 Ministerbesprechung am 16. 9. 1930, BA R 43 I/1446.

3 Zentrum.

4 Vgl. Nr. 132.

Bauernbund) und die Hannoveraner eintreten würden.) Als Ostkommissar würde *Treviranus* jedenfalls bleiben. Der Posten des Wirtschaftsministers sei noch zu besetzen.

Das Kabinett *Brüning* bestehe aus Männern ohne koalitionsmäßige Bindung, wenngleich es auf Unterstützung der hinter diesen stehenden Parteien rechne. Es beabsichtige, auch ohne koalitionsmäßige Bindung zu bleiben. Dagegen werde allerdings die nach obigem nötig werdende Ergänzung des Kabinetts dem Reichskanzler Anlaß geben, an einzelne prominente Persönlichkeiten der Sozialdemokratie (*Braun, Müller*) mit der Anfrage heranzutreten, ob sie nicht in das Kabinett eintreten wollen[5]. Dabei sei daran gedacht, *Braun*, der Preußischer Ministerpräsident bleiben solle, die Vizekanzlerschaft im Reichskabinett anzubieten. In den bezüglichen Verhandlungen werde angestrebt werden, die als Minister in Aussicht genommenen Parteiführer und damit auch die SPD selbst auf das Programm der Regierung festzulegen[6]. Die Notverordnungen des Kabinetts vom 26. Juli 1930 (Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930, RGBl. S. 311 ff.) müßten von den Sozialdemokraten geschluckt werden, so wie sie sind. Ihre Einarbeitung in ein vom Reichstag zu genehmigendes Gesetz komme nicht in Frage, da sonst die Befürchtung bestehe, daß wichtige Abschnitte der Notverordnung vom Reichstag verändert würden. Das gelte insbesondere auch von den Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung. Hier werde demnächst in Ausführung des vierten Abschnittes der Notverordnung Anlage 4 eine Anordnung der Reichsregierung ergehen, wonach die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2% hinaufgesetzt werden. Das Defizit der Arbeitslosenversicherung betrage 200 Millionen[7]. Die Hälfte davon, also 100 Millionen, habe das Reich zu decken, wofür Reichsfinanzminister *Dietrich* auch die nötigen Mittel bereitstellen zu können erklärt habe, während die andere Hälfte durch die gedachte Beitragserhöhung aufgebracht werden solle. Weitere Notverordnungen beabsichtige das Kabinett zunächst nicht zu erlassen.

Dafür, daß die SPD den Notverordnungen keine weiteren Schwierigkeiten machen und insbesondere ihre Aufhebung im Reichstag nicht verlangen werde, spreche, daß die von den Sozialdemokraten beherrschte preußische Regierung die Notverordnung hinsichtlich der Osthilfe (dritter Abschnitt der Verordnung des Reichs-

---

5 Brüning S. 187 f.: Eine feste Koalition mit der SPD war „bei der Einstellung des Reichspräsidenten schon an sich ganz unmöglich und schien mir im Hinblick auf das Anwachsen der Rechtsopposition auch für die Zukunft gefährlich." Vgl. die Bestrebungen *Schäffers* in Nr. 135.

6 Zu einer geheimen Besprechung mit *Müller, Wels, Breitscheid* und *Braun* bei *Hilferding* Brüning S. 187.; Braun S. 308 f. Die Kontakte hielten während des ganzen September an; Pünder S. 61 f. Am 29. 9. 1930 teilte *Schäffer Pünder* mit, daß sich ein der SPD angehöriger hoher preußischer Beamter an ihn gewandt und ihm „offenbar mit bestimmter Absicht" u. a. erklärt habe: „Was wir möchten ist, daß der Reichskanzler uns gegenüber zum Ausdruck bringt, daß es Sache des Zentrums und der Sozialdemokratie ist, jetzt in Formen, über die sich sprechen läßt, für eine Erhaltung der Demokratie gegenüber andersartigen Strömungen sich einzusetzen." In der SPD befürchte man jedoch, daß *Brüning* den Unterredungen nur „taktische Bedeutung" beimesse. Nachlaß Schäffer ED 93.

7 *Schäffer* schätzte den Mehrbedarf für die Arbeitslosenversicherung im Jahr 1930 auf 300 Millionen RM. Aufzeichnung *Schäffers* vom 25. 9. 1930, BA R 2/3784.

präsidenten vom 26. Juli) bereits akzeptiert und sich bereit erklärt habe, sich an der für die Gewährung von Darlehen für Umschuldungen in den Ostgebieten bis zum Betrage von 100 Millionen zu übernehmenden Bürgschaft zu gleichen Teilen zu beteiligen (§ 4, Abs. 3 a. a. O.), weiter, daß die preußische Regierung nach nicht leichten Kämpfen im preußischen Kabinett und nicht unbeeinflußt vom Reichskabinett den durch die Notverordnung (zweiter Abschnitt, § 3) eröffneten Weg zur Erschließung weiterer Einnahmen für die Gemeinden durch Einführung der Gemeindegetränkesteuer gegangen sei und einen bezüglichen Gesetzentwurf bereits dem Preußischen Staatsrat zugeleitet habe.

Außerdem könne das Zentrum einen starken Druck auf die Sozialdemokratie mit der Drohung ausüben, die gegenwärtige Regierungskoalition in Preußen, die ja, wenn das Ergebnis der Reichstagswahlen auf den Preußischen Landtag umgerechnet würde, keine Mehrheit mehr habe, zu sprengen, wenn die SPD im Reich das *Brüning*sche Kabinett nicht unterstütze. Allerdings genüge es nicht, wenn die SPD sich bei einem sicher zu erwartenden Mißtrauensantrag der Kommunisten oder Nationalsozialisten im Reichstag der Stimme enthalte. Vielmehr müsse verlangt werden, daß sie positiv für das Kabinett *Brüning* stimme. Vorauszusehen sei, daß bei Anknüpfung von Verhandlungen mit Exponenten der SPD wegen ihres Eintritts in das Kabinett die rechtsgerichteten, dieses Kabinett stützenden Parteien (also Konservative Vereinigung und Deutsche Volkspartei), eventuell auch die Wirtschaftspartei Schwierigkeiten machen würden. Aber diese Schwierigkeiten würden überwunden werden. Der Reichspräsident beabsichtige, einen öffentlichen Appell an alle staatserhaltenden Elemente und Parteien zu richten, alles Trennende zurückzustellen und sich in dieser schweren Not des Vaterlandes hinter die von ihm mit der Führung der Regierung betrauten Männer und das von ihnen ausgearbeitete Sanierungsprogramm zu stellen. Auch Reichskanzler *Brüning* werde auf dem am 26. dieses Monats stattfindenden Deutschen Städtetag in Dresden eine Rede in diesem Sinne halten und dabei wohl auch über sein Programm, das in der nächsten Woche vom Kabinett noch im einzelnen beraten und festgestellt werde[8], nähere Mitteilungen machen.

So hoffe *Brüning*, eine Front im Reichstag von *Müller-Braun* bis *Westarp-Schiele* zu erlangen. Was allerdings dann werden solle, wenn es nicht gelinge, das Mißtrauensvotum im Reichstag abzuwehren, darüber habe sich das Kabinett noch nicht schlüssig gemacht.

Das Programm der Reichsregierung sei im allgemeinen aus den Zeitungsveröffentlichungen bekannt (s. z. B. Bayerischer Kurier vom 29. 7. 1930 Nr. 241). Die vom Reichsfinanzminister am Haushalt für 1931 beabsichtigten Einsparungen beliefen sich auf 300 Millionen. Um diese durchzuführen, müßten in den einzelnen Ressorts außerordentliche Einsparungen und Streichungen vorgenommen werden, die aufs schwerste in bestehende Einrichtungen einschnitten. So werde es nicht mehr möglich sein, beim Etat der Reichskanzlei die Reichsvertretung in München aufrechtzuerhalten und auch die Reichszentrale für Heimatdienst müsse in großem Umfang abgebaut werden. Dem Auswärtigen Amt sei eine Streichung von 5 Millionen zur Auflage gemacht. Hierzu hat mir Staatssekretär *v. Bülow* erklärt,

8 So in den Kabinettssitzungen am 23, 24., 25., 26., 27., und 29. 9. 1930. BA R 43 I/1446. Vor dem Deutschen Städtetag hielt *Brüning* in Dresden keine Rede, Schulthess 1930 S. 197f.

daß er diese Streichungen nur zum kleinen Teil am Beamtenapparat des Auswärtigen Amts vornehmen könne und auf die größeren Fonds (Geheimfonds, Fonds für Auslandsschulen etc.) zurückgreifen müsse. Auch beim Reichsministerium des Innern wird an die Fonds (für die Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft etc.) herangegangen werden müssen.

Über die künftige Gestaltung der Arbeitslosenversicherung laufen nach den Mitteilungen von Staatssekretär *Pünder* die Verhandlungen noch.

Eine grundstürzende Änderung des Finanzausgleichs kommt für das Jahr 1931 nicht in Frage, schon weil vorher das Steuervereinheitlichungsgesetz erledigt werden muß. Im übrigen scheint man sich im Reichsfinanzministerium selber noch nicht klar darüber zu sein, wie der neue Finanzausgleich aussehen soll. Seit dem Ausscheiden von Staatssekretär *Popitz* ist ein einheitlicher Wille im Finanzministerium nicht mehr vorhanden. *Dietrich* hat sich ein endgültiges Urteil noch nicht gebildet. Die Meinungen von *Schäffer, Zarden* und *Dorn* gehen auseinander.

Die Reichsreform wird, wie nach dem Ausfall der Wahlen vorauszusehen war, zurückgestellt. Das Reichskabinett denkt nicht daran, sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen weiter vorwärtszutreiben. Dagegen soll das Reichswahlgesetz den Reichstag bald nach Eröffnung seiner Tagung beschäftigen (im Reichsrat sind die Beratungen hierüber auf 6. Oktober angesetzt). Ebenso legt die Reichsregierung auf die baldige Verabschiedung des Gesetzes über den Reichsverwaltungsgerichtshof sowie des Pensionskürzungsgesetzes Wert.

Die Entwicklung der nächsten Wochen wird zeigen, ob die optimistischen Hoffnungen der Reichsregierung, daß es gelingen wird, die Sozialdemokraten dem Willen des Kabinetts *Brüning* zu unterwerfen, berechtigt sind oder nicht. Allerdings ist die Stimmung in der Partei trotz aller Rodomontaden in der Presse infolge der Verluste, die sie zweifellos im Wahlkampf erlitten hat, ziemlich gedrückt und kleinlaut. Auch der Erlaß des Parteivorstandes an die Partei vom 18. September 1930[9], der sich vor allem gegen die Kommunisten und Nationalsozialisten wendet und erklärt, daß ihnen das Feld nicht überlassen werden dürfe (Vorwärts, Morgenausgabe vom 19. September, Nr. 430), schlägt keine Türen zu. Die Haltung des Preußischen Ministerpräsidenten *Braun* läßt gleichfalls darauf schließen, daß die SPD den Fehler, den sie im Frühjahr dieses Jahres durch die Überspannung ihrer Forderungen in der Sozialversicherung und ihr Ausscheiden aus dem Kabinett gemacht hat, wodurch letzten Endes die Auflösung des Reichstages veranlaßt wurde, nicht wiederholen und eine nochmalige Auflösung des Reichstages nicht riskieren wird[10]. So halte ich es für wahrscheinlich, daß das Kabinett *Brüning* im Reichstag sich durchsetzen und damit die Gefahr einer wenn auch verfassungsmäßigen Diktatur, die sonst drohen würde, gebannt wird.

Genehmigen Sie, hochverehrter Herr Ministerpräsident, auch bei diesem Anlaß die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Verehrung und Hochachtung, mit der ich bin

Euer Hochwohlgeboren
ehrbietig ergebenster
gez. Dr. *v. Preger*

9 Jahrbuch der SPD 1930 S. 261 ff.

10 Braun S. 310.

140.

19. 9. 1930: Rede Kastls in der Vorstandssitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

BL RDI 62/10, 4d. Auszug aus: „Stenographisches Protokoll der Vorstandssitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 19. September 1930, 10 Uhr vormittags."

Herr Geheimrat Kastl: Meine sehr verehrten Herren! Es ist an sich nicht Aufgabe des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, sich in die Politik einzumischen. Aber die politischen Verhältnisse in Deutschland und insbesondere die politische Entwicklung, die sich durch das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen vorzeichnet, bleiben und können natürlich nicht ohne Auswirkung auf die Wirtschaft bleiben. Infolgedessen ist es selbstverständlich eine Aufgabe des Reichsverbandes, insbesondere wenn eine Vorstandssitzung so unmittelbar nach den Wahlen stattfindet, sich mit der dadurch geschaffenen politischen Lage zu beschäftigen.

Wir sehen in dem Ergebnis der Wahlen ein Zeichen des Ausdrucks der allgemeinen Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung: Unzufriedenheit darüber, was an finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, auch an außenpolitischen Maßnahmen seit dem Jahre 1918 seitens der einzelnen Regierungen in Deutschland geschehen ist; ja vielleicht darüber hinaus eine Unzufriedenheit mit der gesamten Entwicklung, die sich in den Jahren seit 1914 abzeichnet. Wir können an dem Ergebnis der Wahlen nicht achtlos vorübergehen und müssen uns mit den neuen Verhältnissen, wie sie sich im Reichstag nunmehr gruppieren, eingehend beschäftigen.

Dabei erhebt sich sofort die Frage: Was wird nun geschehen, und was kann geschehen? Selbstverständlich hat man in der Öffentlichkeit und in einzelnen politischen Gremien sofort den Versuch gemacht, durch Gruppierungen von einzelnen Parteien den Weg zu zeigen, auf dem in Zukunft eine Regierung aufgebaut und eine parlamentarische Mehrheit für die Regierung gesucht werden könnte. Man hat daran gedacht, man müsse wiederum den Versuch machen, eine Große Koalition zu schaffen[1]. Wollte man eine derartige Große Koalition bilden, so käme man zu dem Ergebnis, daß eine solche Koalition unter Einschluß der Wirtschaftspartei zwar eine Majorität haben könnte, die etwa 308 Stimmen gegenüber insgesamt 576 ausmacht[2]; ob aber die einzelnen Parteien für eine solche Große Koalition zu gewinnen sein werden, steht im Augenblick noch nicht fest. Andere spielen mit dem Gedanken, insbesondere unter dem starken Eindruck, den das Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen gemacht hat, man müsse eine Rechtskoalition schaffen, die ungefähr beim Zentrum beginnt und die Nationalsozialisten einschließt. Eine solche Koalition würde etwa 335 Stimmen im Reichstag haben[3] und damit auch eine Majorität hinter sich haben. Ob aber das

1 Vgl. Nr. 135, 137 und 139.

2 Die Zahlen sind nicht ganz exakt. Der Reichstag zählte nach der Wahl am 14. September 1930 577 Abgeordnete; auf SPD, Zentrum, BVP, DVP, Staatspartei und Wirtschaftspartei entfielen insgesamt 303. *Kastl* rechnete hierbei aber wohl noch mit dem Anschluß einer der kleinen Gruppen.

3 Diese Zahl schloß Staatsparteiler, Sozialdemokraten und Kommunisten aus.

Zentrum bereit ist, in eine derartige Koalition einzutreten, steht zur Zeit noch nicht fest, und ich glaube, man hat die Berechtigung, daran erhebliche Zweifel zu knüpfen[4].

Wenn nun eine koalitionsmäßige Grundlage für eine Weiterarbeit im Reichstag oder für einen Neuaufbau der Regierung nicht gegeben ist, so bleibt an sich gar keine andere Möglichkeit, als mit der gegenwärtigen Regierung, die durch die Wahlen in eine hoffnungslose Minorität geraten ist, einen weiteren Versuch zu machen. Die gegenwärtige Regierung hat, wenn man alle Parteien zusammennimmt, die seinerzeit kurz vor der Auflösung des Reichstags für die Regierung gestimmt haben, nur 208 Stimmen und hätte gegen sich in der Opposition 368 Stimmen. Wenn man zu dem Ergebnis kommen sollte, daß die gegenwärtige Regierung den Versuch machen müßte, die Geschäfte weiterzuführen und auf dieser Grundlage die zukünftigen Geschicke wenigstens für absehbare Zeit in Deutschland zu lenken, so muß man sich auch die Frage vorlegen: Was wird dann parlamentarisch geschehen? Wie wird der parlamentarische Entwicklungsgang sein? Er wird unzweifelhaft so sein, daß schon in der allerersten Reichstagssitzung mindestens von einer Partei gegen die Regierung ein Mißtrauensvotum beantragt wird, und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß dieser Antrag, selbst wenn sich die Sozialdemokratische Partei der Stimme enthält, angenommen wird. Die andere Möglichkeit ist die, daß selbstverständlich von der einen oder anderen Partei der Antrag gestellt werden wird, die am 27. Juli erlassenen Notverordnungen aufzuheben. Wir haben dieses Spiel vor der Auflösung des Reichstags in ähnlicher Form schon einmal erlebt. Gleichviel wie sich die Verhältnisse entwickeln werden, scheint es mir eine völlige Unmöglichkeit zu sein, daß die Regierung vor den Reichstag tritt, wenn er am 13. oder 16. Oktober zusammenkommt, ohne aus den Ergebnissen, die sich in den Wahlen ausdrücken, die entsprechenden Folgerungen zu ziehen und ohne die Entwicklung der letzten Monate seit der Reichstagswahl in Rechnung zu stellen. Da kann ich mir gar keine andere Möglichkeit denken – das muß geschehen, ob nun die Regierung weiterarbeitet oder durch das Mißtrauensvotum fällt –, als daß die Regierung vor den Reichstag mit einem ganz radikalen Reformprogramm tritt, das den Verhältnissen, wie sie durch die neue Entwicklung geschaffen sind, Rechnung trägt und das geeignet ist, insbesondere den unzufriedenen Kreisen in Deutschland – und diese unzufriedenen Kreise sind nicht zu guterletzt in sehr erheblichem Maße auch innerhalb der Industrie zu suchen – einen Blick in die Zukunft zu gestatten, der ihnen mehr Vertrauen einflößt, als das bisher möglich war[5]. Ob die Regierung einen solchen Weg gehen wird, ist mir nicht

---

4 Gegen die Einbeziehung der Nationalsozialisten hatte sich die Führung des RDI bereits am 15. 9. 1930 ausgesprochen. *Kastl* teilte *Pünder* mit, daß die Regierung ihr Reformprogramm „parlamentarisch im neuen Reichstag" verankern müsse. Das sei aber nach Lage der Dinge nur nach links hin möglich. Vermerk *Pünders* über ein Telefongespräch mit *Kastl* vom 15. 9. 1930, BA R 43 I/1308.

5 Ähnlich äußerte sich *Kastl* in einem Brief an *Silverberg* vom 19. 9. 1930: „Ich sehe noch keine Möglichkeit für eine Majoritätsregierung weder nach links noch nach rechts, und es wird wahrscheinlich dazu kommen, daß die Regierung unter einer stillschweigenden Duldung der linken Seite vor den Reichstag tritt. Meines Erachtens kann sie das aber gar nicht, ohne daß sie dem Reichstag ein radikales Reformprogramm vorlegt, in dem mit brutaler Offenheit das gesagt wird, was für die politische und wirtschaftliche (auch finanzielle) Führung notwendig ist. Kommt der Antrag für ein Mißtrauensvotum, so wird dies ohne weiteres angenommen, auch wenn sich die Sozialdemokraten der Stimme enthalten, und dagegenstimmen werden sie wohl kaum. Die

bekannt. Der Reichsverband der Deutschen Industrie muß in seinen Maßnahmen und in seinen Stellungnahmen in dieser Beziehung meines Erachtens sehr vorsichtig sein, und es ist völlig unmöglich, heute zu sagen – es war auch gestern unmöglich, im Präsidium darüber einen Beschluß zu fassen –, was nach Lage der Verhältnisse, die sich tagtäglich ändern können, im geeigneten Zeitpunkt zu geschehen hat. Was im geeigneten Zeitpunkt zu geschehen hat, muß von der Leitung des Reichsverbandes für den Augenblick entschieden werden, und wir bitten darum, daß der Vorstand zu dem Herrn Vorsitzenden und seinen Stellvertretern und auch zu der Geschäftsführung das Vertrauen hat, daß im geeigneten Zeitpunkt das geschieht, was für die Belange der Industrie notwendig ist.

Es kann nun nicht meine Aufgabe sein, meine sehr verehrten Herren, irgendwelche Grundlinien für ein derartiges Programm aufzuzeichnen. Aber es muß für uns klar sein, daß das Allerwichtigste in einem solchen Programm selbstverständlich die Ordnung der öffentlichen Finanzen sein muß; das ist das erste Erfordernis, das sowohl in innerpolitischer Beziehung als auch im Rahmen unserer wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zum Auslande erfüllt werden muß. Wenn durch eine Aufhebung der Notverordnungen das Gebäude, das Ende Juli aufgerichtet worden ist, wieder zerstört werden sollte, so muß die Regierung im gleichen Augenblick in der Lage sein, die Linien aufzuzeichnen, die sie für die Ordnung unserer Finanzen für die Zukunft im Auge hat. Die Entwicklung der letzten drei Monate hat schon deutlich gezeigt, daß die Maßnahmen, die man Ende Juli getroffen hat, nicht im mindesten ausreichend gewesen sind. Ich hatte den Vorzug, in der letzten Vorstandssitzung vor den Sommerferien gerade über diesen Punkt der öffentlichen Finanzen hier im Vorstande zu berichten, und habe damals ausgeführt: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß eine Deckung in Höhe von 750 Millionen, wie sie die Notverordnungen vorsahen, nicht annähernd geeignet ist, den Fehlbetrag, der für das Jahr 1930 zu erwarten ist, zu decken[6]. Wir wissen jetzt – und die Regierung hat es selbst zugegeben –, daß über diesen Betrag hinaus bis zum Ende des Rechnungsjahres 1930 mindestens noch 550 bis 600 Millionen weiterer Fehlbetrag hinzukommen[7]. Dieser Fehlbetrag muß gedeckt werden. Die verhältnismäßig große Flüssigkeit auf dem Geldmarkt hat es der Regierung ermöglicht, soweit die Kassenlage in Betracht kommt, die Verhältnisse ziemlich ruhig anzusehen, und ich glaube, bis zum Ende des Jahres werden irgendwelche Kassenschwierigkeiten, wie sie im Jahre 1929 beinahe jeden Monat an der Tagesordnung waren, nicht auftreten. Wenn aber eine schwebende Schuld auf diesem Wege aufgenommen werden muß, so muß sie im Jahre 1931 gedeckt werden, und diese Deckung kann, wie die Verhältnisse der letzten Monate deutlich gezeigt haben, weder durch eine Erhöhung der direkten Steuern – so klug war man ja schon im Juni dieses Jahres –, aber auch nicht durch eine Erhöhung der indirekten Steuern in irgendeiner Form

---

Situation ist denkbar verfahren, und es ist schwer, irgendwelche Pläne für die Zukunft zu machen. Ich glaube aber, wenn die Regierung nicht den Mut hat, dem Reichstag ein solches Programm vorzulegen und mit diesem Programm zu stehen oder zu fallen, dann stehen wir im Falle der Annahme des Mißtrauensvotums vor einem völligen Trümmerhaufen und haben auch noch nicht einmal eine Idee für die Zukunft, an der wir uns aufrichten können." Nachlaß Silverberg 235.

6 Vgl. Nr. 96.

7 Am 25. 9. 1930 bezifferte *Schäffer* das Defizit für 1930 auf 900 Millionen RM. Aufzeichnung *Schäffers*, BA R 2/3784.

erzielt werden. Die Ergebnisse in den Einnahmen aus den indirekten Steuern in den letzten drei Monaten zeigen klar und deutlich, daß auf diesem Wege eine Deckung nicht mehr zu erhoffen ist[8]. Deshalb bleibt gar nichts anderes übrig, und man steht vor der zwingenden Notwendigkeit, die Deckung durch entsprechende Abstriche auf der Ausgabenseite zu suchen. Das darf sich aber nicht bloß auf das Reich erstrecken, sondern muß auch auf die Länder und Gemeinden ausgedehnt werden. In diesem Zusammenhange spielt die allergrößte Rolle das Arbeitslosenproblem, das ja den Haushalt dauernd in Unordnung bringt. Im Zusammenhang damit steht selbstverständlich die Frage von Lohn und Preis. So ist es klar, wenn man sich mit den Dingen beschäftigt, daß das Finanzprogramm niemals als ein Programm für sich betrachtet werden kann, sondern daß es in allerengstem Zusammenhange mit der gesamten Wirtschaftslage steht, wie sie sich abzeichnet.

Wenn ich von der Wirtschaftslage spreche, so meine ich in diesem Falle nicht das, was sich jetzt als äußeres Symptom der Krisenerscheinung – Weltwirtschaftskrise, innerdeutsche Krise, Reparationsbelastungen usw. – abzeichnet, sondern was sich als der Beginn einer ganz neuen Entwicklung im Rahmen der Weltwirtschaft abzeichnet, soweit die Preise in Betracht kommen. Der Sturz der Preise ist nicht nur, wie das vielfach behauptet wird, auf monetäre Einwirkungen zurückzuführen, auf Mangel an Gold usw., sondern es ist ein allgemeines, beinahe revolutionierendes Bestreben, die Preise viel stärker, als es bisher geschehen ist, dem Vorkriegsniveau anzupassen. Die Preise werden nicht mehr in die Höhe gehen, und derjenige, der nicht die Konsequenzen daraus zieht, oder der Staat, der das nicht tut, oder die Wirtschaft, die sich darüber nicht im klaren ist, wird nicht mitkommen können. Auf der anderen Seite wird aber derjenige Staat und diejenige Wirtschaft, die die Verhältnisse auf diesem Gebiete zuerst erkennen und zu allererst die richtigen Maßnahmen treffen, die geeignet sind, sich der neuen Lage einzupassen, zuerst die Grundlagen für einen gesunden Wiederaufbau der Wirtschaft finden können. Wir können in Deutschland nicht als eine Preisinsel im Rahmen der Weltwirtschaft existieren; ich meine als Preisinsel mit hohen Preisen. Wir können auch in Deutschland nicht existieren als eine Insel mit ganz besonders hohen Produktionskosten, insbesondere im Vergleich zu unseren Nachbarländern. Darüber sind sich ja die meisten maßgebenden Faktoren noch nicht klar, welche zwingenden Umstände diese Entwicklung gerade auch für die deutsche Wirtschaft hervorgerufen hat. Wir können uns gegen diese Entwicklung nicht stemmen, sondern müssen mit ihr mitgehen und aus der Lage die erforderlichen Konsequenzen ziehen. Das gilt nicht nur für die Wirtschaft, nicht bloß für die Gremien der Wirtschaft, also auch für den Reichsverband der Deutschen Industrie, sondern das gilt in allererster Linie für die Staatsführung und für die Mitglieder des Parlaments.

Damit komme ich zum Parlament zurück, meine sehr verehrten Herren. Ich glaube, man muß aus dem Ergebnis der letzten Wahlen den Schluß ziehen, daß nunmehr die Demokratie die allerletzte Chance hat zu zeigen, ob sie in der Lage ist, die Geschicke des deutschen Volkes zu führen. (Sehr richtig!) Wenn sie diese Chance verpaßt und wenn sie nicht glücklich operiert und wenn ihr dabei nicht noch dieser oder jener andere Glückszufall in den Schoß fällt und ihr zu Hilfe

8 Vgl. Nr. 89.

kommt, so wird sie wahrscheinlich nicht in der Lage sein, die Dinge zu meistern, und dann muß auf einem anderen Wege der Versuch gemacht werden. Aber es darf auch nach unserer Auffassung – wenigstens ist diese Auffassung gestern im Präsidium auch zum Ausdruck gekommen, mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen – kein Mittel unversucht bleiben, um diese letzte Chance zu nutzen. Denn es hat keinen Zweck, ohne irgendeinen Grund vorzeitig mit offenen Augen in eine Katastrophe hineinzulaufen und sich hinterher die Frage vorzulegen: Wäre es nicht besser gewesen, man hätte noch einmal auf der Grundlage der durch die Verfassung gegebenen Verhältnisse den Versuch gemacht, mit radikalen Mitteln das zu tun, was bisher nicht geschehen ist und wofür die Wahlen ein deutliches Zeichen gegeben haben, daß es von der gesamten Bevölkerung in Deutschland gewünscht wird. Dabei kann es nicht darauf ankommen – das möchte ich gerade im Zusammenhang mit den Parteien, die im Reichstag vorhanden sind, sagen –, nunmehr diese oder jene Organisation, die vielleicht ein schweres Verschulden trifft, die vielleicht bei allen diesen Fehlern mitgemacht hat, zu retten. Bei der Betrachtung dessen, was für die Zukunft notwendig ist, darf man nicht sagen: Wenn wir das tun, werden wir als Partei überhaupt verschwinden! Darauf kommt es gar nicht an. Es ist gleichgültig, ob diese oder jene Organisation, diese oder jene Partei weiterbesteht. (Sehr richtig!) Es kommt darauf an, ohne solche Rücksichten lediglich im staatspolitischen Interesse, im Interesse der Erhaltung des Staates und Volkes die erforderlichen Schlüsse zu ziehen und dann den Schlüssen auch die Taten folgen zu lassen. (Lebhafter Beifall.)

141.

22. 9. 1930: Aktenvermerk des Staatssekretärs Schäffer über eine Besprechung bei Reichskanzler Brüning

Nachlaß Schäffer ED 93. Durchschlag. Handschriftliche Korrekturen und Unterstreichungen[1].

Heute fand eine ausführliche Besprechung über Vorsorge für die Kassenlage beim Herrn Reichskanzler statt. Anwesend waren außer dem Herrn Reichskanzler, der zeitweise durch einen Besuch des aus Amerika zurückgekehrten Fliegers, zeitweise durch einen Vortrag beim Herrn Reichspräsidenten abgehalten wurde, der Herr Reichsfinanzminister, der Herr Reichsbankpräsident und der Herr Staatssekretär *Pünder*.

Ich legte die gegenwärtige Sachlage dar, wie sie sich aus der Ausarbeitung vom 27. August 1930 und der Zusatz-Ausarbeitung vom 11. September 1930 ergibt[2]. Ich erklärte, daß die Frage m. E. möglichst rasch gelöst werden müßte. Einmal könne

1 Über diese Besprechung auch Vermerk des Ministerialrats *Feßler* vom 23. 9. 1930. BA R 43 I/2366.

2 Vgl. Nr. 134, Anm. 1. Über die vorausgegangenen Besprechungen Nr. 134 und 138.

man nicht wissen, welche Schwierigkeiten hier auftauchen, die das Ausland, das zur Zeit vielleicht noch geneigt sei, einen Kredit zu gewähren, später daran hindern würden. Ferner seien seit dem zweiten Tag nach der Wahl die Möglichkeiten, sich durch Verkauf von Schatzanweisungen, auf die wir in Höhe von 230 Millionen noch bis zum 1. Januar gerechnet hätten, die nötigen Beträge zu verschaffen, plötzlich verschwunden. Man wisse nicht, wann und in welchem Umfang sie wieder auftauchen würden. Darum sei es auch notwendig, den Auslandskredit auf etwa 125 Millionen Dollar zu bemessen. Man müsse eine gewisse Reserve haben, da sich gezeigt habe, daß die politischen Unsicherheiten doch auf die Bereitschaft des Geldmarktes zur Kreditgewährung sehr erheblich einwirken. Auch könne jeden Augenblick eine außenpolitische Schwierigkeit eintreten, die den Finanzminister innerhalb weniger Tage vor die schwierigsten Fragen stellt, denen man dann einfach kassenmäßig nicht gewachsen sei. Die Krise hätte dazu geführt, daß Fehlbeträge im Etat von 750 + 535 + 750 Millionen hätten gedeckt werden müssen, und es seien eben jetzt noch Beträge offen, die man zwischen 580 und 880 Millionen bemessen könne. Kassenmäßig verlange dies, daß man in Höhe von etwa 500 Millionen durch Beschaffung eines ausländischen Kredits gerüstet sei.

Herr Reichsbankpräsident *Luther* erklärte, daß er an sich nicht wisse, ob man einen Auslandskredit bekommen werde. Unmittelbar vor der Wahl seien ihm solche Möglichkeiten spontan von draußen angedeutet worden, aber seit der Wahl hätten sich diese Stellen nicht mehr gemeldet. Er stelle zur Erwägung, ob man überhaupt die Frage eines Kredits aufrollen könne, ohne gleichzeitig die Frage der Etatdeckung zu behandeln. Es sei dies auch schon deswegen wichtig, weil man im Auslande den Glauben vertilgen müsse, daß die Nationalsozialisten so etwas Ähnliches wie Bolschewisten seien. Wenn auch ihre Programme sich so ausnähmen, so würden sie doch wohl, wenn sie vor praktische Fragen gestellt würden, sich vernünftiger halten, als man heute denkt. Daß in dieser Hinsicht das Ausland bisher sehr nervös sei, ergebe sich aus den starken Devisenabzügen von der Reichsbank, die in den letzten Tagen sogar einmal zu einer Goldsendung nach Paris geführt hätten[3].

Der Herr Reichsfinanzminister erwiderte, daß er mit einer gewissen Abdeckung sowohl der schwebenden Schuld wie des neu aufgenommenen Kredits für das nächste Haushaltsjahr rechne[4].

Reichsbankpräsident *Luther* regte an, den Haushalt mit möglichster Beschleunigung fertig zu machen, damit diese Abdeckung darin schon zum Ausdruck käme.

Ich bat, die Kassendeckungsfrage nicht als ein politisches Mittel zu benutzen, um

3 Lüke S. 262 ff. beziffert die Devisenverluste der Reichsbank für die Zeit vom 14. bis zum 26. 9. 1930 auf 420 Millionen RM. Bis zum 7. 10. 1930 mußte die Bank Gold und Devisen im Werte von 500 Millionen RM abgeben. Die Diskonterhöhung vom 9. 10. 1930 konnte weder den Devisenfluß noch den Kursverfall der Reichsmark aufheben.

4 Dem Vermerk *Feßlers* (Anm. 1) zufolge äußerte *Dietrich*, daß man zur Ausbalancierung des Etats nötigenfalls auch vor einer „stärkeren Kürzung der Beamtengehälter" (zwischen 6 und 30%) nicht zurückschrecken dürfe.

den Reichstag zu bestimmten Maßnahmen zu zwingen. Es sei als solches zwar sehr wirksam, wie sich im Dezember vorigen Jahres gezeigt habe, aber es beeinträchtige den Kredit des Reiches und damit der deutschen Wirtschaft[5]. Dagegen könnte ich mir vorstellen, daß man schon vor dem Haushalt dem Reichstag ein Abdeckungsgesetz vorlege, das vor der endgültigen Aufnahme eines solchen Überbrückungskredites verabschiedet werde. Dieses Abdeckungsgesetz würde sich zweckmäßig nicht nur mit der Abdeckung des Auslandskredites, sondern auch mit der Abdeckung eines Teils der schwebenden Schuld befassen. Ich könnte mir vorstellen, daß man einen Fonds bildet, aus dem in monatlich gleichen Raten vom 1. April ab eine gewisse Summe zur Abdeckung zu verwenden sei, die man dann ja nach der Entwicklung der Wirtschaftslage entweder zur Abdeckung der Schatzanweisungen oder zur Aufsammlung des Betrags zur Abdeckung der Auslandsschuld benutzen könne. Dieses Gesetz könne man vor dem Etat verabschieden.

Reichsbankpräsident *Luther* erklärte, er verspreche sich von einem solchen Gesetz nach zweierlei Richtungen einen Vorteil. Einmal werde es ihm die Kreditverhandlungen erleichtern, wenn er sagen könne, daß der Erlaß eines solchen Gesetzes bevorsteht, ferner werde es aber, indem es die äußerste Rechte vor die Notwendigkeit einer praktischen Arbeit stelle und ihr den Ernst der Lage klar mache, verhindern, daß sie ihre wirtschaftspolitisch unmöglichen Theorien von der Tribüne zunächst verkündet und sich damit festlegt. Man müsse eben sehen, auch diese Gruppe zu parlamentarischer Arbeit zu erziehen.

Ich erwiderte, daß ich die Auffassung hätte, daß man versuchen müsse zu verhindern, daß diese Gruppe durch die Art ihres Auftretens unseren Kredit im Auslande erschüttere, und daß ich glaubte, daß dies am besten durch Zwang zu sachlichen Entscheidungen gelingen würde. Man müsse aber die Zeit, die so etwas in Anspruch nehme, nicht unterschätzen, und für diese Zeit müsse kassenmäßig Vorsorge getroffen werden. Ich wies dabei darauf hin, daß wir für den Ultimo September und Oktober auf alle Fälle noch gedeckt seien, daß dagegen, wenn der Verkauf von Schatzanweisungen weiter stocke, schon der letzte November gefährlich werden könnte. Wenn man ein solches Gesetz vorlege, so müßten die Verhandlungen so weit gefördert sein, daß, wenn das Gesetz angenommen sei, dann wirklich auch der Überbrückungskredit perfekt wäre. Ob das nun mit einer ausdrücklichen juristischen oder einer nur moralischen Bindung gemacht würde, sei eine andere Frage, aber es darf nicht so sein, daß nach der Annahme des Gesetzes etwa der Geldgeber sich wegen mangelnder Einigung über die Bedingungen oder aus einem sonstigen Grunde zurückzieht.

Hierüber bestand unter den Anwesenden Einigkeit.

Reichsbankpräsident *Luther* regte an, daß er nunmehr den Auftrag zur Einleitung solcher Kreditverhandlungen in einem Brief des Finanzministers erhalte, der möglichst aufgrund eines Kabinettsbeschlusses gefaßt sei und in dem auch die Absicht und der Inhalt des Abdeckungsgesetzes bereits möglichst genau wiedergegeben wird, damit klargestellt sei, daß es sich nicht um einen Zwang, der von seiten des Geldgebers auf die Regierung ausgeübt werde, handle, auch nicht um

5 Vgl. Nr. 134.

einen Zwang der Reichsbank gegenüber der Regierung, sondern um eine freiwillige Maßnahme der Regierung selbst[6].

Der Inhalt dieses Briefes soll vorher zwischen dem Finanzministerium und der Reichsbank vereinbart werden.

gez. *Schäffer*

6 In der Kabinettssitzung am 23. 9. 1930 wurde der Reichsfinanzminister zu einem Schreiben ermächtigt, das dem Protokoll über die Kabinettssitzung vom 24. 9. 1930 beigefügt ist. BA R 43 I/ 1446. Die daraufhin eingeleiteten Kreditverhandlungen wurden am 11. 10. 1930 erfolgreich abgeschlossen. Ein internationales Bankenkonsortium unter Führung des amerikanischen Hauses Lee-Higginson & Co, gewährte dem Reich einen Kassenkredit in Höhe von 125 Millionen $. Lüke S. 264f.; Schulthess 1930 S. 202.

142.

27. 9. 1930: Staatssekretär v. Bülow an Staatssekretär Schäffer

Nachlaß Schäffer ED 93. Handschriftliche Randvermerke und Unterstreichungen. „Streng vertraulich".

Lieber Herr *Schäffer*!

Herr Reichsminister *Curtius* hat am 19. September 1930 in Genf eine Unterredung mit Herrn *Briand* gehabt[1]. In der Unterredung, die von dem Ausfall der deutschen Wahlen ihren Ausgang nahm, hat der Herr Reichsminister mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, in wie engem Zusammenhang dieser Ausfall der Wahlen und die gegenwärtige schwierige Lage der Reichsregierung mit dem durch den Young-Plan geschaffenen psychologischen und wirtschaftlich-sozialen Druck stehe, der in der Tatsache begründet liege, daß einem Volk die gesamten Kriegslasten für die Dauer von zwei Generationen auferlegt seien. Unsere ganze wirtschaftliche und finanzielle Lage werde naturgemäß durch die Last des Young-Plans auf das schwerste beeinträchtigt.

Wenn bei diesen Ausführungen des Herrn Reichsministers auch von einer Revision des Young-Planes nicht die Rede war, so nahm doch Herr *Briand*, der für unsere Sorgen durchaus Verständnis zu haben schien, diese Äußerungen zum Anlaß, um seinerseits die Besorgnis auszusprechen, wir könnten doch unmöglich daran denken, alsbald in Revisionsverhandlungen einzutreten, nachdem wir erst vor wenigen Monaten mit allen beteiligten Staaten den Vertrag im Haag geschlossen hätten[2] und nachdem im Zusammenhang mit der Regelung der Reparationsfrage die Rheinlandräumung inzwischen vollzogen wäre[3]. Die französische Regie-

1 Das Folgende stimmt fast wörtlich mit dem Text eines Telegramms überein, das *Curtius* am 19. 9. 1930 an das Auswärtige Amt sandte, PA Büro RM 18/22.

2 Das Haager Abkommen über die endgültige Annahme des Sachverständigenplans vom 7. Juni 1929 wurde am 20. 1. 1930 unterzeichnet.

3 Die auf der ersten Haager Konferenz vom August 1929 vereinbarte Räumung der besetzten Gebiete wurde im Juni 1930 abgeschlossen.

rung könne nichts anderes tun, als uns auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet Erleichterungen zu gewähren, soweit dies in ihren Kräften stehe. Er sprach in diesem Zusammenhang von langfristigen Krediten[4]. Einer weiteren Aussprache über diesen Punkt entzog sich Herr *Briand*, indem er darauf hinwies, daß er für Wirtschaftsfragen nicht zuständig sei. Er regte aber mit besonderer Lebhaftigkeit eine Aussprache mit dem Unterstaatssekretär *François-Poncet* an, der im Kabinett *Tardieu* besonders die Wirtschaftsfragen des gesamten Ministeriums bearbeitet und jetzt in Genf ist. Der Herr Reichsminister hatte den Eindruck, als ob Herr *François-Poncet* eigens zu dem Zweck nach Genf gekommen sei, um mit uns über Wirtschafts- oder Finanzfragen zu sprechen.

In der gleichen Unterredung wurde auch die Saarfrage besprochen[5]. Der Herr Reichsminister hat Herrn *Briand* darauf hingewiesen, daß eine Wiederaufnahme der Verhandlungen nur dann Zweck hätte, wenn die beiden Regierungen nicht nur über Gruben und Zollsystem, sondern auch über die politischen Probleme vorher einig wären. Wenn eine solche Einigung nicht herbeizuführen wäre, könnten wir das Risiko neuer Verhandlungen durch die beiden Delegationen nicht laufen. Herr *Briand* hat in seiner Erwiderung die Schwierigkeiten hervorgehoben, die es bisher der französischen Regierung unmöglich gemacht hätten, die Saarfrage in dem von uns allein für erträglich gehaltenen Sinne alsbald endgültig zu lösen[6]. Es wurde in Aussicht genommen, nach Beendigung der Völkerbundstagung, etwa Mitte Oktober, diplomatische Besprechungen über die Frage, ob und auf welcher Grundlage die Delegationsverhandlungen wieder eröffnet werden könnten, aufzunehmen.

Ihr ganz ergebener
Bülow

4 Handschriftliche Randbemerkung *Schäffers*: „jetzt nicht".

5 Im Völkerbundsrat war am 12. 9. 1930 eine Einigung über den Abzug der zum Schutz der Eisenbahn eingesetzten französischen Truppen erzielt worden. Schulthess 1930 S. 441; Curtius S. 170.

6 Am 6. 10. 1930 resümierte *Curtius* in einer Ministerbesprechung zu diesem Thema: „Eine Gesamtbereinigung der Saarfrage wird, wie Besprechungen mit *Briand* ergeben hätten, in näherer Zeit kaum erfolgen. Die französische Regierung sei einer alsbaldigen Rückgliederung offenbar abgeneigt." BA R 43 I/1447.

143.

1. 10. 1930: Reichsminister Treviranus an Blank

HA/GHH 4001012024/7. Durchschlag.

Lieber *Blank*!

Schönen Dank für Ihren Brief.

Ich habe aus guten Gründen keinerlei Beschlüsse über die weitere Organisationsarbeit[1] fassen lassen, sondern mir Vollmacht geben lassen, unter Hinzuwahl von *Reichert*, Edgar *Jung* und anderen, die Richtlinien für die künftige Arbeit im Laufe

1 In der Konservativen Volkspartei.

von vier Wochen – also bis gegen Ende Oktober – aufzustellen. Ich habe dabei betont, daß ohne eine starke Sammlung aller nach rechts neigenden Kreise, die für uns in erster Linie im Rahmen der alten Fraktionsgemeinschaft, aber auch in der Volkspartei und Wirtschaftspartei einzusetzen hat, keine praktische Basis für die nächste Zeit gegeben sei, obschon die konservativen Gedanken ja unabhängig von einer Parteigrenze liegen und weiterleben werden. Demzufolge habe ich den Gedanken der Fraktionssammlung sehr stark zu fördern versucht. Leider ist das Landvolk sehr sperrig unter der Führung *Hepp. Gereke* versucht, Gegendampf zu geben. Das Ergebnis werden wir abwarten[2].

Im übrigen werden wir zunächst einmal die sachlich notwendige Arbeit durchziehen mit oder ohne Reichstag. Um *Lettow* in den Reichstag zu bringen, werden voraussichtlich *Lindeiner* und ich das Mandat niederlegen[3], da die Entscheidung in der Politik zweifellos nicht in diesem Reichstag fallen wird.

Hoffentlich haben Sie wenigstens Zeit zur Erholung gehabt.

Mit den besten Grüßen
Ihr

2 Über die Verhandlungen mit dem Landvolk Nr. 157.

3 Der als Schutztruppenbefehlshaber in Ostafrika bekannt gewordene Generalmajor a. D. Paul *v. Lettow-Vorbeck* hatte in München mit fast 50 000 Stimmen für die Volkskonservativen einen Achtungserfolg errungen. Jonas S. 88; Erwein v. Aretin, Krone und Ketten. Erinnerungen eines bayerischen Edelmannes, hrsg. v. K. Buchheim und K. O. v. Aretin, München 1955 S. 47f. *v. Lindeiner* und *Treviranus* behielten aber doch ihre Reichstagsmandate.

144.

1. 10. 1930: v. Lindeiner-Wildau an Blank

HA/GHH 4001012024/7. Durchschlag.

Sehr verehrter, lieber Herr *Blank*!

Vielen Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 28. 8., die ich gestern erhielt und deren Inhalt sich im wesentlichen mit Gedankengängen deckt, die Herr Dr. *Sogemeier* mir gestern telefonisch andeutete. Ich war nach den Wahlen für etwa eine Woche verreist und habe mir mancherlei Gedanken darüber gemacht, welche Konsequenzen für den organisatorischen Aufmarsch der gemäßigten Rechten aus den nunmehr vorliegenden Wahlergebnissen gezogen werden müssen. Dabei bin ich auch zu dem Ergebnis gekommen, daß wir versuchen müssen, zu größeren Fronten zu gelangen. Die Aussichten dafür halte ich nicht für ungünstig, wenn es gelingt, das Absonderungsbedürfnis der großen Wirtschaftsgruppen der Rechten zu überwinden. In dieser Richtung sehe ich gegenwärtig noch die ernstesten Schwierigkeiten. Hier also müßte auch ein etwaiger Druck ansetzen, wenn man das von Ihnen gekennzeichnete Ergebnis erreichen will.

Bei solchen Gedankengängen muß man sich aber vor der ernsten Gefahr hüten, daß eine größere Zusammenfassung eine Verlagerung des Schwerpunktes nach

links hin zur Folge hat. Ich halte das unerwartet starke Anschwellen des Nationalsozialismus für eine vorübergehende Erscheinung. Man wird unter staats- wie wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten dafür Sorge tragen müssen, daß diese Kreise in ein Verhältnis lebendiger Verantwortung zu den öffentlichen Dingen hineingebracht werden. Wir müssen uns hüten, in den Fehler zu verfallen, den frühere Generationen dem werdenden Sozialismus gegenüber begangen haben. Ich rechne damit, daß der Zwang zu verantwortlichem Handeln dann zusammen mit der Erkenntnis der begrenzten Möglichkeiten verantwortlicher Arbeit im heutigen deutschen Staat eine wertvolle Erziehungsarbeit leisten wird. Ich gehöre nicht zu denen, die im Nationalsozialismus nichts weiter als einen verdammenswerten Radikalismus und ein verantwortungsloses Kokettieren mit der Gegenrevolution sehen. Im Gegenteil glaube ich, daß in diesem Lager heute der größte Teil derjenigen Kräfte steht, die wirklich noch inneres Verantwortungsgefühl für den werdenden Staat besitzen und deshalb irgendwie zum Neuaufbau mit herangezogen werden müssen. Es gilt nun, die Aufnahmestellung zu schaffen für den Augenblick, wo dort unter dem heilsamen Einfluß praktischer Verantwortung Selbstbesinnung eintritt. Ich bin bereit, an jeder größeren Lösung mitzuwirken, bei der uns die Möglichkeit, eine solche Aufnahmestellung zu bilden, nicht verloren geht. Ich freue mich darauf, in der nächsten Woche Gelegenheit zu haben, mit Ihnen und *Sogemeier* und etwaigen anderen Herren, deren Teilnahme Sie wünschen, die praktischen Konsequenzen zu besprechen, die sich aus dieser Auffassung ergeben[1].

1 Vgl. Nr. 157.

145.

3. 10. 1930: Rundschreiben des Jungdeutschen Ordens

BA NS 26/875. Vervielfältigtes Exemplar. Überschrift: „Rundschreiben an die Führer der Volksnationalen Reichsvereinigung und die Meister des Jungdeutschen Ordens."

Endlich ist der Zustand der Unklarheit vorbei[1], unter dem wohl alle unsere Freunde, Brüder und Schwestern genauso gelitten haben wie ich. Ich kann nunmehr nähere Anweisungen für unseren weiteren politischen Weg geben. Bislang war dies unmöglich, da sich die Dinge nicht übersehen ließen. Ich mache unsere Freunde darauf aufmerksam, daß ich eingehendere Ausführungen über die Entwicklung der Dinge in der Oktober-Nummer des „Meister" machen werde. Ich stelle hier in Kürze die jetzige Lage fest und ziehe die Schlußfolgerungen, die sich für uns ergeben.

1. Was haben wir erreicht?

Wir haben sechs Abgeordnete im Reich, zwei in Sachsen, einen in Braunschweig. Die Abgeordneten haben z. T. ausschlaggebende Stellungen inne, denn es hängt

1 Bezieht sich auf die Auseinandersetzungen in der Staatspartei; dazu Nr. 152; Stephan S. 467f.; Eggeling S. 20ff.; Erich Matthias/Rudolf Morsey, Die Deutsche Staatspartei, in: Matthias/Morsey S. 35ff.

von ihnen ab, was für Regierungen gebildet werden. Dies gilt auch für unsere Reichstagsabgeordneten in bestimmten Fällen.

Der Wahlkampf hat das Schweigen der Presse über den Jungdeutschen Orden und die Volksnationale Reichsvereinigung gebrochen. Unsere Freunde, Brüder und Schwestern sind mit zahllosen Menschen aus anderen politischen Lagern zusammengekommen. Unsere Wirkungsmöglichkeiten sind damit vergrößert.

Jungdeutscher Orden und Volksnationale Reichsvereinigung sind im Wahlkampf geschult. Sie haben ihre politische Kampfkraft glänzend bewiesen. Unsere Bewegung hat sich ihre Bedeutung für die zukünftige politische Entwicklung erkämpft.

Die Gefahr, daß der Jungdeutsche Orden sich einseitig sektenmäßig entwickelt, ist beseitigt.

2. Was sollte die Staatspartei?

Die Staatspartei sollte der erste Gegenstoß gegen den Radikalismus sein.

Wir wollten sie zum Ausgangspunkt einer aktivistischen Erneuerungsbewegung derjenigen Volkskreise machen, die zwischen der Sozialdemokratie und dem Rechtsradikalismus gelagert sind.

Wir wollten sie zur Aufnahmestellung für die vom Radikalismus zurückflutende nationalsozialistische Wählerschaft machen.

Ein großer Teil der demokratischen Führer erkennt diese große Aufgabe nicht. Sie bleiben im alten Denken der Demokratischen Partei hängen und scheiden darum von der Lösung der großen Aufgaben in unserem Sinne aus.

Wenn wir jetzt unseren Weg nicht ändern, so werden wir unsere Kraft in langwierigen Kompromißkämpfen vergeuden.

3. Wie sieht die Staatspartei heute aus?

Innerhalb der Deutschen Staatspartei ist ein enges geistiges Band zwischen Jungdeutschen, Volksnationalen, volksparteilichen und deutschnationalen Freunden sowie den ausgesprochenen 48er Demokraten geknüpft. Das mag nicht für alle Gegenden gelten. Im allgemeinen aber ist es so.

Im Gegensatz dazu kämpft ein großer Teil der alten demokratischen Führung mitsamt den Parteisekretären und ein Teil der demokratischen Presse um die Macht in der Staatspartei. Ihr Sieg würde bedeuten, daß die Staatspartei keinen neuen Charakter erhält und daß sie für ihre große Aufgabe der Aktivierung und Herstellung einer großen staatsbürgerlichen Aufnahmestellung unfähig wird.

Mehrere Herren des Vorstandes der Demokratischen Partei haben mir versichert, daß die Demokratische Partei sich an ihrem Parteitage auflösen werde. Eine Untersuchung im Lande aber hat ergeben, daß der Wille und die nötige Dreiviertelmehrheit hierzu nur dann vorhanden sein wird, wenn die Deutsche Staatspartei ihrem Wesen und Inhalt nach den Wünschen der Demokratischen Partei entspricht.

Wir müssen dies um der Zukunft der Erneuerungsbewegung willen verhindern, obschon wir damit die Auflösung der Demokratischen Partei unmöglich machen.

4. Können wir die Staatspartei erobern?

Wir könnten es unter Kampf. Der Kampf müßte dann den alten demokratischen

Parteigrößen und dem Parteiapparat gelten. Wir würden den Kampf gewinnen in Norddeutschland. In Süddeutschland wäre ein Kampf nicht nötig; denn die dortige Demokratische Partei steht uns in allen Beziehungen nahe. Die politische Einheit ließe sich hier bei demokratischem Übergewicht durchaus herstellen.

Der Kampf hat aber keinen Sinn. Er würde nur um den Namen „Staatspartei" geführt. Dieser Name aber ist heute aus den verschiedensten Gründen das Opfer nicht wert.

Wir müssen daher darauf verzichten, die Staatspartei zu einem Organismus zu machen, der von unserem Erneuerungswillen erfüllt ist. Wir können der Staatspartei daher nur den Charakter eines Zweckverbandes zuerkennen.

5. Was tun wir also nun?

Wir machen die Volksnationale Reichsvereinigung zu der lebendigen Staatsbürgerbewegung im Lande!

Wir werben nur noch Mitglieder für die Volksnationale Reichsvereinigung, aber keine Einzelmitglieder für die Staatspartei!

Wir ziehen die uns befreundeten Kräfte der 48er Demokraten, der Volksparteiler und Deutschnationalen an die Volksnationale Reichsvereinigung heran!

Wir betrachten uns als eine selbständige Heersäule, deren Verhältnis zur Staatspartei ganz von deren Taten und deren Entwicklung abhängt!

Für die Öffentlichkeit gilt: „Wir haben uns von dem offiziellen demokratischen Parteikörper getrennt. Unser Verhältnis zur Staatspartei besteht in einer Zweckverbindung, da wir in der außerordentlich gefahrvollen Stunde des Reiches der Fraktion der Staatspartei die Möglichkeit geben wollen, Katastrophen zu verhindern." – Unsere Abgeordneten bilden den jungdeutsch-volksnationalen Flügel im Parlament. Sie übernehmen keinerlei Verpflichtung für einen Fraktionszwang [2].

Wo unsere Freunde in den wenigen bis jetzt schon gebildeten Gruppen der Staatspartei den entsprechenden Einfluß besitzen, führen sie diese Gruppen an die Volksnationale Reichsvereinigung heran.

Über das Verhalten unserer Freunde in den Aktionsausschüssen ergehen noch besondere Weisungen. Alle unsere Freunde, welche ich durch dieses Rundschreiben erreichen kann, bitte ich dringend, mir die Anschriften aller erneuerungswilligen und uns geistig verwandten neuen Weggenossen aus der Staatspartei eiligst zu übersenden, damit wir ihnen Schriftmaterial zustellen können. Die Anschriften bitte ich, an den Jungdeutschen Verlag, Berlin SW 48, Friedrichstr. 218, zu senden.

Ich bitte ferner alle unsere Freunde, Brüder und Schwestern, die sich politisch orientieren wollen, die von mir herausgegebene Monatszeitschrift der „Meister" zu abonnieren. Die je nach Lage herausgehenden „Meisterbriefe"

2 Schon am 7. 10. 1930 fiel die Reichstagsfraktion der Staatspartei durch den Austritt der sechs volksnationalen Abgeordneten auseinander. Nr. 147; Stephan S. 473f.; Pünder S. 65.

dienen zur Orientierung. Rundschreiben wie dieses können aus Sparsamkeitsgründen immer nur in Ausnahmefällen herausgehen.

6. Werbung für den Orden.

Unsere Volksnationalen und Jungdeutschen sind in den letzten Schicksalswochen geistig völlig miteinander verwachsen. Ich richte an unsere volksnationalen Freunde die Bitte, wenn irgend möglich in den Jungdeutschen Orden einzutreten, um die aktivistische Stoßkraft unserer Bewegung zu verstärken. In den einzelnen Gruppen und Bruderschaften haben Freunde, Brüder und Schwestern ihre aktive Mitarbeit in der Sorge eingestellt, wir würden auf die Linke abgedrängt. Ich bitte, diese unsere Freunde davon zu überzeugen, daß diese Gefahr nicht besteht. Der hier gezeichnete Weg gibt uns die volle Handlungsfreiheit und die Möglichkeit, die von uns gewollte Staatsbürgerbewegung kompromißlos fortzuentwickeln.

7. Größte Sachlichkeit.

Ganz besonders bitte ich, demokratische Parteiangriffe möglichst sachlich abzuweisen und keine unnötigen Polemiken heraufzubeschwören. Sie können nur unserem Ansehen schaden. Das Abstandnehmen darf nicht durch Beschimpfungen und Schuldbeweise erfolgen. Ich habe deshalb in diesem Rundschreiben auch nicht davon gesprochen, wer daran Schuld hat, daß wir davon Abstand nehmen müssen, die Staatspartei selbst zu der von uns gewollten lebendigen Staatsbürgerbewegung zu machen.

Allen unseren Brüdern, Schwestern und Freunden danke ich auf das herzlichste für die bei dieser notwendigen Hakenschwenkung bewiesene Treue. Die Umfassung der Mitte von links her war aus ganz großen politischen Erwägungen heraus unbedingt notwendig. Die Herstellung der geistigen Verbindung mit den 48er Demokraten ist eine Vorbedingung unseres weiteren Vordringens nach rechts, weil hier ein ganz besonders ausgeprägtes staatspolitisches Empfinden und eine sehr hohe Auffassung von Staatsbürgertum vorhanden ist. Beides ist aber unserem jungdeutschen Staatswillen nahe verwandt[3].

Mit treudeutschem Gruß!
gez. Artur *Mahraun*
Reichsführer der Volksnationalen Reichsvereinigung
und Hochmeister des Jungdeutschen Ordens e. V.

3 In gleichlautenden Briefen wandte sich *Mahraun* am 3. 10. 1930 an *Koch-Weser* (Nachlaß Koch-Weser 107), *Külz* (abgedruckt in Matthias/Morsey S. 73) und *Dietrich* (Nachlaß Dietrich 122). Er nannte die Meinungsverschiedenheiten über die künftige Organisation der Staatspartei und die Uneinigkeit im Vorstand der Demokratischen Partei in der Auflösungsfrage als Gründe, die die Absicht, die Volksnationale Reichsvereinigung in der Staatspartei aufgehen zu lassen, vereiteln. Die Fraktionsgemeinschaft wollte *Mahraun* beibehalten und die Sammlung der bürgerlichen Kräfte weiterbetreiben, sich aber gegen alle Bestrebungen wenden, „die Deutsche Staatspartei als eine Fortsetzung der Deutschen Demokratischen Partei und als Linkspartei erscheinen zu lassen."

146.

8. 10. 1930: Koch-Weser an Gustav Ehlermann (Oldenburg)

Nachlaß Koch-Weser 110. Abschrift. „Vertraulich." Handschriftlicher Vermerk: „Poetz[sch]-Hef[fter]."

Lieber *Ehlermann*!

Auf Grund des Fiaskos der Gründung der Staatspartei[1] verlangen *Höpker-Aschoff* und *Weber*, daß ich mich nicht mit der Niederlegung des Parteivorstandes begnüge, sondern auch mein Mandat niederlege. Das Verlangen wurde von *Weber* schon am Montag in der Fraktionsbesprechung gestellt, *Höpker* wiederholt es heute in dem abschriftlich anliegenden Briefauszug[2]. Hätte man die Sache vertraulich an mich herangebracht und etwa von vornherein mit dem Wunsche, *Winschuh* ein Mandat zu schaffen[3], begründet, so hätte sich darüber reden lassen. Aber diese ultimative, fast öffentliche Form reizt mich empfindlich und würde immer in mir den Stachel hinterlassen, nach 12 Jahren Parteitätigkeit aus der Partei herausgeworfen zu sein und mich dem aus Angst gefügt zu haben. Ich fühle mich dadurch aufs tiefste verletzt und möchte es auf einen Kampf ankommen lassen, wobei ich nicht einmal weiß, ob die anderen so weit gehen werden. Mich reizt besonders, daß ein Mann wie *Höpker*, den ich am ersten Tage meiner Verhandlungen eingeweiht habe und der daraus nur die Konsequenz freudiger Zustimmung und den Entschluß, sich um das Mandat in Dortmund zu bewerben, zog, sich jetzt so pharisäisch benehmen kann.

Ich schreibe an niemanden als an Sie[4]. Aber Sie halte ich für einen kühlen, unvoreingenommenen Beobachter und Beurteiler. Darf ich umgehend um drahtliche und gleichzeitig briefliche Antwort bitten?

Mit freundlichen Grüßen
Ihr *Koch-Weser*

Entschuldigen Sie, daß ich auf die sachliche Seite der Frage nicht eingehe. Mir fehlt heute spät abends die Spannkraft dazu. Sie werden aus der Presse unterrichtet sein, daß wir die Staatspartei ohne Volksnationale aufrechterhalten wollen. Ob eine Fraktionsgemeinschaft mit Volksnationalen zustande kommt, steht noch nicht fest[5].

Ganz ohne Schuld ist übrigens unsere Seite nicht. *Höpker-Aschoff* hat sich durch seine Bemerkung, er hätte nie mit *Baltrusch* und *Adolph* eine Partei gegründet,

1 Am 7. 10. 1930 hatte die Volksnationale Reichsvereinigung *Mahrauns* ihren Austritt aus der Staatspartei erklärt (vgl. Nr. 147). *Koch-Weser* legte daraufhin sein Amt als Vorsitzender der Demokratischen Partei nieder. Schulthess 1930 S. 200; Pünder S. 65; Stephan S. 473f. Zur Auseinandersetzung in der Staatspartei Nr. 152.

2 Nicht bei den Akten; vgl. Stephan S. 470ff.

3 *Winschuh*, der Führer der Jungliberalen, hatte in Köln einen Gewinn von 12% gegenüber der letzten Wahl erzielt. Dieser Erfolg reichte jedoch nicht zur Erlangung eines Reichstagsmandates. Vgl. Nr. 152 und Stephan S. 468.

4 Am 10. 10. richtete *Koch-Weser* ein ähnliches Schreiben an *Scheidemantel*, Nr. 147.

5 Dazu Nr. 145, Anm. 2.

diese dauernd zu Feinden gemacht. Daß *Weil* durch die taktlose Aufforderung an 20 000 Juden in Potsdam 1 und 2, sie möchten ihn in Berlin auf Wahlschein wählen, die Jungdeutschen in Berlin, die sich für ihn die Köpfe blutig schlagen lassen mußten, verstimmt hat, ist klar[6]. Anderes kommt hinzu. Aber die Hauptschuld trifft ohne Zweifel die Jungdeutschen, die unter mittelalterlicher Biederkeit ein gut Maß von Hinterhältigkeit verbergen. Das verkannt zu haben, ist mein Fehler, aber nicht der meine allein.

6 Vgl. Nr. 147.

147.

10. 10. 1930: Koch-Weser an Eduard Scheidemantel (Weimar)

Nachlaß Koch-Weser 110. Entwurf. Handschriftliche Korrekturen und Ergänzungen. „Vertraulich".

Hochverehrter Herr Professor!

Ich wende mich an Sie, weil Sie einer der Ersten waren, der wegen einer Verständigung mit den Volksnationalen im Frühjahr dieses Jahres an mich geschrieben hat und dessen Anschauung damals tiefen Eindruck auf mich gemacht hat.

Leider ist die Staatspartei auseinandergebrochen. Ich selbst bin an diesen Verhandlungen wenig mehr beteiligt gewesen, da die rücksichtslose Behandlung, die man mir in der Parteiausschußsitzung, die das Zusammengehen im Wahlkampf beschlossen hat, gezeigt hat[1], daß mein Vertrauen in der Partei nicht mehr so groß ist, als daß ich bei dem Ergebnis solcher schwierigen Verhandlungen auf die Zustimmung der Deutschen Demokratischen Partei hätte rechnen können. Ich habe mich gleich hinterher auf den Rat *Höpker-Aschoffs* entschlossen, in den Hintergrund zu treten, und habe Herrn *Höpker-Aschoff* gebeten, die Verhandlungen statt meiner zu führen.

Woran die Schuld am Scheitern der Verhandlungen liegt, will ich im einzelnen nicht untersuchen. Ich widerstehe der Versuchung, einzelne Fehler zu erörtern, die zweifellos von unserer Seite gemacht worden sind, wie z. B. die Erklärung *Höpker-Aschoffs* in der Aktionsausschußsitzung in Anwesenheit von *Baltrusch* und *Adolph*, daß er niemals mit ihnen zusammengegangen sein würde, oder die Aufforderung des Rechtsanwalts Dr. *Weil* an 20 000 jüdische Wähler in Charlottenburg und Potsdam I, ihn auf Wahlschein zu wählen. Ich kann davon absehen, weil ich zweifellos feststellen muß, daß die Hauptschuld bei den Volksnationalen liegt. Herr *Mahraun* hat die Macht über die Seelen seiner Anhänger im Lande überschätzt. Er hat geglaubt, daß sie ihm folgen würden. Das Gegenteil hat sich erwiesen. Ich habe bereits auf der ersten Pressekonferenz erklärt, daß wir zwei eine verschiedene Sprache sprächen, in unserem Ziel aber fast immer überein-

1 Nr. 123; vgl. Stephan S. 448ff.

stimmten. Das hat sich als richtig erwiesen. Aber die Anhänger im Lande sind häufig zu unbeholfen gewesen, um hinter der verschiedenen Sprache das gemeinsame Ziel zu erkennen. Sie haben infolgedessen sich manchmal über Äußerlichkeiten gezankt. Daß die Volksnationalen in der Judenfrage hier vollkommen loyale Erklärungen abgegeben haben, draußen im Lande aber nicht nur an Stellen, wo eine große Anzahl von Juden für Aktionsausschuß und Reichswahlliste präsentiert wurden, sondern sogar an Stellen, wo einzelne in legaler Weise ohne Ehrgeiz mitwirken wollten, Schwierigkeiten gemacht haben, hat viele alte Anhänger verwirrt. Remedur ist immer erst nach heftigem Kampfe erfolgt. Auch die Fahnenfrage ist, obwohl hier in Berlin beschlossen worden ist, daß überall, wo Fahnen gezeigt werden sollen, die schwarz-rot-goldene Fahne an der bevorzugten Stelle zu zeigen sei, vielfach Gegenstand des Streites gewesen. Eine große Reihe Differenzen waren schon vor den Wahlen entstanden. Nach den Wahlen ergab sich gerade aus diesen Differenzen heraus das Bestreben der Volksnationalen, nicht mit der ganzen DDP zusammenzuarbeiten, sondern einen großen Teil wegzudrükken, und zwar darunter besonders wertvolle Kräfte, die aus irgendeinem Grunde ihr Mißfallen erregt haben[2]. Entscheidend war, daß *Mahraun* das schlechte Wahlergebnis Vorwürfe seiner Anhänger einbrachte, die ihm in mehreren Besprechungen die Hölle heiß gemacht und ihren eigenen Anteil an dem Wahlergebnis übertrieben haben. Das Ergebnis war offenbar der Entschluß, lieber in einer großen „Bewegung" als in einer kleinen „Partei" zu arbeiten. *Mahraun* steckt noch immer die Anschauung, als ob er persönlich der Gegenspieler *Hitlers* werden könnte, in den Knochen. Meinerseits einer von denjenigen, die das Vertrauen der Volksnationalen hatten, konnte ich, zur Hilfe bei der Schlichtung des Konflikts aus dem Hintergrunde hervorgerufen, mich nur auf die Seite unserer Leute stellen und den Bruch nicht verhindern.

Es ist gar kein Zweifel, daß dieses Ergebnis niederschmetternd ist. Man kann sich nur damit trösten, daß wir das Beste gewollt, aber nicht erreicht haben. Es lag aber nahe, diesen Weg zu gehen, weil ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei noch viel verhängnisvoller gewesen wäre[3]. Man lese nur ihren Wahlaufruf mit dem deutlichen Bekenntnis zu Schwarz-Weiß-Rot und der sonstigen reaktionären Einstellung, und man überlege sich nur ihr unverantwortliches Vorgehen gegen Minister *Curtius*[4] und ihre Abneigung gegen die Sozialdemokraten und ihre Hinneigung zu den Nationalsozialisten. Gegen den Versuch, selbständig in den Wahlkampf zu gehen, haben sich gerade aus den Kreisen mancher Wahlkreisvorsitzenden geradezu verzweifelte Stimmen hören lassen. Man wird mir also an der Entwicklung wohl dann eine schwere Schuld beimessen können, wenn man lediglich nach dem Erfolge urteilt. Aber auch in dieser Hinsicht bin ich zweifelhaft, wie der Erfolg sonst gewesen sein würde. Man kann auch nicht sagen, daß ich ohne Vorfühlung vorgegangen wäre. Eigenmächtig war nur die formelle Seite. Tatsächlich habe ich in zwei Parteiausschußsitzungen unter starkem Beifall darauf hingewiesen, daß ein Zusammengehen mit keiner anderen

2 Vgl. Nr. 145.

3 Zu den Verhandlungen zwischen DDP und DVP Nr. 123, 124, 128a und 128b.

4 In der DVP wurde in dieser Zeit erwogen, *Curtius* aus dem Kabinett zurückzuziehen. Fraktionssitzung der DVP am 10. 10. 1930, BA R II/67; Pünder S. 66; Brüning S. 197.

Gruppe so nahe liege als mit den Volksnationalen[5]. Ich habe auch unmittelbar vor dem Abschluß in einer Sitzung der Wahlkreisvorsitzenden und des Parteivorstandes deutlich darauf hingewiesen, daß eine solche Lösung erstrebenswert sei. Trotzdem ist es aber ganz selbstverständlich, daß ich den Parteivorsitz nach diesem Mißerfolg niederlege. Ich habe auch nicht eine Sekunde daran gezweifelt. Ich habe auch daran gedacht, mein Mandat niederzulegen.

Aber man ist mir zuvorgekommen. Bereits am Abend vor dem Zerfall der Staatspartei haben mir drei Herren aus der Fraktion erklärt, daß ich verpflichtet sei, mein Mandat niederzulegen, wenn ich einen großen Skandal gegen mich vermeiden wolle[6]. Dabei hat mich besonders peinlich berührt, daß Herren, die in die Angelegenheit völlig eingeweiht waren und sie im Interesse ihrer Kandidatur geradezu lebhaft begrüßt haben, denselben Standpunkt eingenommen haben, während andere Mitverantwortliche, wie Frau *Bäumer*, *Lemmer* und Oscar *Meyer* ihre Mitverantwortlichkeit immer festgestellt haben. Ich habe mich infolgedessen geweigert und die Weigerung mit Entschiedenheit fortgesetzt, als sogar in die Presse Mitteilungen dieser Art lanciert worden sind. Ich habe nun das Gefühl eines öffentlich infamierend Angegriffenen, denn es ist wohl noch niemals der Fall gewesen, daß man einen Parteiführer, der einen Fehlschlag erlitten hat, zur Mandatsniederlegung gezwungen hat, ebensowenig wie man einen Minister, der versagt, zwingt, außer seinem Portefeuille auch sein Mandat niederzulegen. Ich will nicht von einer Partei, der ich zwölf Jahre angehört habe, in dieser Form einen Laufpaß erhalten.

Daß mich nicht Mandatshunger dazu treibt, brauche ich Ihnen nicht auseinanderzusetzen. Ich habe zweimal, das letzte Mal *Dietrich* gegenüber, auf ein Ministerium verzichtet, obwohl man damals von vielen Seiten mir zugeredet hat, dafür zu sorgen, daß das unbeliebte Ernährungsministerium aufgegeben und statt dessen das beliebte Justizministerium beibehalten würde. Ich wehre mich gegen nichts anderes als gegen den Druck, unter den man mich offensichtlich gesetzt hat und den ich ablehnen muß, wenn ich nicht bis an das Ende meines Lebens unter dem Stachel ungerechter Behandlung leiden soll.

Hinterher haben dann noch die Jung-Liberalen eine Erklärung abgegeben, von der ich nicht weiß, wie weit sie von anderer Seite veranlaßt ist, nach der sie nur dann der Staatspartei treu bleiben würden, wenn sie ein Mandat für *Winschuh* erhielten. Man hat erklärt, daß das nur durch einen Verzicht auf mein Mandat zu erzielen wäre, da *Lemmer* als Führer der Jugend und Frau *Bäumer* als Führerin der Frauen unentbehrlich seien[7]. Auch diese verschiedenartige Wertschätzung ist für mich kränkend, zumal sie öffentlich geschehen ist. Ich halte diese Haltung der jungen Volksparteiler nicht für endgültig. Ich bin auch der Meinung, daß die ganzen Dinge noch zu unübersichtlich sind – spricht man doch in manchen Kreisen der führenden Parteimitglieder von dem Entschluß, in irgendeiner Form in die Deutsche Volkspartei überzugehen –, als daß ich aus diesem Grunde auf mein

5 Nr. 119 und 123.

6 Aus der Parteiführung forderten namentlich *Weber* und *Höpker-Aschoff* *Koch-Weser* auf, sein Mandat niederzulegen. Nr. 146.

7 Zum Fall *Winschuh* Nr. 148 mit Anm. 4 und Nr. 152.

Mandat zugunsten einer jungen und unbekannten Person verzichten könnte, von der man nicht weiß, was sie mit dem Mandat anfängt.

Ich schreibe Ihnen das alles, weil ich weiß, daß manche Mitglieder der Partei – ich denke dabei namentlich an die Berliner Richtung – für die am Donnerstag, den 16. Oktober, stattfindende Sitzung des Hauptvorstandes der Deutschen Demokratischen Partei Stimmung für ein radikales Vorgehen gegen mich machen[8]. Ich werde mich diesem Vorgehen gegenüber wehren, aber mir liegt naturgemäß daran, wenigstens fünf Personen über die Sachlage aufgeklärt zu haben. Das geschieht nicht nur in meinem Interesse. Ich kann mir nicht denken, daß es in der Öffentlichkeit als ein geeignetes Mittel für den Auftrieb der Partei gelten wird, wenn man sich zankt, Schuldige sucht und mit schroffer Rücksichtslosigkeit gegen diejenigen vorgeht, die lange im Vordergrund standen. Als Beispiele für diese Auffassung lege ich Ihnen 1. den Auszug aus einem Schreiben des Herrn Prof. Dr. Walther *Schücking*, Kiel, und 2. eine Zeitungsnotiz bei, die Herr Dr. Richard *Bahr* den von ihm bedienten Blättern hat zukommen lassen. 3. den Auszug aus einem Leitartikel der Stuttgarter an[9]. Solche Stimmen würden immer mehr laut werden, wenn man tatsächlich mit einer drakonischen Maßnahme durchdringen würde. Auch deswegen wehre ich mich. Ich darf hinzufügen, daß ich von Personen wie dem Reichstagsabgeordneten Rechtsanwalt Dr. *Ehlermann*, der ja am allermeisten unter der Neugestaltung der Dinge gelitten hat, weil er sein Mandat zugunsten des südhannoverschen Volksnationalen verloren hat[10], und dem Oberpräsidenten *Siehr*, Königsberg, gleichfalls den Rat erhalten habe, mein Mandat unter keinen Umständen niederzulegen [...][11]. Es ist mir überaus peinlich, in dieser schweren Zeit, wo ich innerlich viel mehr mit der Sorge um Deutschlands Zukunft befaßt bin, persönliche Angelegenheiten erörtern zu müssen. Aber schließlich kann ich nicht einen Angriff über mich ergehen lassen, der mir ungerecht erscheint.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener

8 Vgl. Nr. 152.

9 Nicht bei den Akten.

10 Vgl. Stephan S. 469.

11 Handschriftlich eingefügter Satz ist nicht vollständig zu entziffern.

148.

11. 10. 1930: Oscar Meyer an Koch-Weser

Nachlaß Koch-Weser 110. Handschreiben.

Sehr verehrter Herr Minister!

Wir haben gestern davon gesprochen, daß ich an einige Parteifreunde, von denen eine Billigung unseres Verhaltens bei der Gründung der Deutschen Staatspartei zu erwarten ist, schreiben würde, um ihre Teilnahme an der Sitzung des Parteivorstandes zu sichern. Ich muß Ihnen leider bekennen, daß ich mich nicht dazu

entschlossen habe, weil es ein zweideutiges Licht auf meinen sachlichen Standpunkt würfe. Das Vertrauensverhältnis, in dem ich mich zu Ihnen befinde, macht es mir zur Pflicht, Ihnen in aller Offenheit diesen Standpunkt darzulegen.

Ich erblicke in der Gründung der Staatspartei ein schweres Verschulden mit unheilvollen Wirkungen[1]. Daß wir von den Jungdeutschen über ihre Härte, ihre Gesinnung, ihre Motive und ihre Absichten getäuscht worden sind, ist keine Entschuldigung, kaum ein mildernder Umstand. Man durfte nicht die Demokratische Partei zerstören, ohne sich hierüber sorgfältig zu unterrichten. Die Wirkungen bestehen nicht nur in der Belastung mit dem Fluche der Lächerlichkeit, sondern vor allem in der Vernichtung der bürgerlichen Linken mit Folgen, die weit über die parteipolitischen Interessen hinaus die staatspolitischen aufs ernsteste schädigen.

Die logische Konsequenz so unerhörten Mißerfolgs wäre der Rücktritt aller an der Vorbereitung der Gründung beteiligten Demokraten aus sichtbarer politischer Tätigkeit. Ich rechne zu den Beteiligten nicht *Höpker-Aschoff*, weil er an den Verhandlungen nicht unmittelbar mitgewirkt, sondern sich auf Ihre Informationen gestützt hat, die ihm unzweifelhaft im besten Glauben, doch eben auf Grund unzulänglicher Prüfung erteilt wurden. Was mich selbst angeht, so bin ich mir bewußt, nach außen hin mit die Verantwortung zu tragen. Im Innenverhältnis liegt es allerdings anders, da ich zweimal – vor der Gründung, vor der Bildung des Hauptaktionsausschusses und vor dem Wechsel in dessen Mitvorsitz – Ihnen meine dringenden Bedenken gegen die Gründung vorgetragen und meine Beteiligung nur auf Ihr eindringliches Zureden zugesagt habe, um Sie nicht im Stiche zu lassen[2]. Trotzdem wäre ich glücklich, könnte ich mein Reichstagsmandat niederlegen. Ich kann es vorläufig nicht, weil ich damit das Mandat in volksnationalen Besitz brächte. Sollte es allerdings von beträchtlichen Teilen der Partei gewünscht werden, so werde ich es tun. Andere Gründe allgemeiner Art sprechen bei anderen Beteiligten, vor allem bei Frau Dr. *Bäumer*, dagegen, daß sie die erwähnte Konsequenz ziehen.

Bei Ihnen, sehr verehrter Herr Minister, finde ich aber keine durchschlagenden Gegengründe. Andererseits fällt ins Gewicht, daß Sie Parteivorsitzender waren, und ferner, daß aus den bekannten Gesichtspunkten die Niederlegung Ihres Mandats die Verbindung mit den jungen Volksparteilern, die m. E. die Vorbedingung für die Aufrechterhaltung der Staatspartei ist, erleichtern, wenn nicht sogar erst ermöglichen würde[3]. Schließlich – und das ist die Hauptsache – würde ein weiteres Hin- und Her-Debattieren über Ihre Person der Demokratischen Partei den letzten Rest von Ansehen nehmen und die Aussichten der Staatspartei aufs äußerste beeinträchtigen, ohne Ihnen zu einer persönlichen Genugtuung zu verhelfen.

Ich werde trotzdem nicht öffentlich die Forderung an Sie, Ihr Mandat niederzule-

1 Vgl. Oscar Meyer, Von Bismarck zu Hitler. Erinnerungen und Betrachtungen, 2. Aufl. Offenbach 1948 S. 151 f.

2 Vgl. *Meyers* Ausführungen in Nr. 123.

3 Dazu Nr. 152.

gen, unterstützen; ich bekomme das menschlich nicht fertig. Aber ich kann auch nichts tun, um eine entgegengesetzte Stimmung zu erzeugen[4].

Mit der Bitte, überzeugt zu sein, daß es mir bestimmt nicht leichter wird, diesen Brief abzuschicken, als Ihnen, ihn zu bekommen, und in der Hoffnung, daß unser menschliches Verhältnis unter meiner Offenheit nicht leidet, verbleibe ich

Ihr Ihnen ergebener
Oscar *Meyer*

4 Im Sinne ähnlich schrieb auch Hamburgs Regierender Bürgermeister *Petersen,* ehemaliger Parteivorsitzender der DDP, am 13. 10. 1930 an *Koch-Weser*: „Dr. *Stolper,* der Freitag abend hier war, hat mich über die sachlichen Gründe unterrichtet, die dafür sprechen, daß Du Dein Reichstagsmandat niederlegst. Nach seinen Darlegungen ist das einzige immerhin politisch wertvolle Aktivum, das die Partei aus dem fehlgeschlagenen Versuch sich erhalten kann, die freundlichen guten Beziehungen zu den Jungen der Volkspartei, die in Dr. *Winschuh* ihre Vertretung sehen. Danach liegt es so, daß Dr. *Winschuh* gewählt ist, wenn Du auf Dein Mandat verzichtest und diese Verbindung dadurch für die Zukunft gesichert wird. Es scheint mir allerdings ein so erheblicher sachlicher Gewinn, daß es, da Du bei der Gestaltung führend gewesen bist, ein guter und von jedem dankbar anerkannter Schritt wäre, wenn Du aus diesem Grund Dein Mandat zur Verfügung stelltest. Ich wollte nicht verfehlen, Dir wegen unseres neulichen Telefongespräches über diese Sache von dieser meiner Ansicht Kenntnis zu geben." Nachlaß Koch-Weser 110. *Koch-Weser* verzichtete am 24. 10. 1930 auf sein Mandat zugunsten von Josef *Winschuh.*

IV.

Wirtschaft, Reichspräsident und Parteien an der Jahreswende 1930/31

149.

12. 10. 1930: Rede Leiparts vor dem Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Auszug)

WIG Protokolle. Gedrucktes Exemplar. Überschrift: „Protokoll der 9. Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, abgehalten am 12. und 13. Oktober 1930 im Reichswirtschaftsrat zu Berlin. Berlin 1930".

[. . .][1]

Ich komme schließlich zum dritten Abschnitt der Entschließung, der von den Reparationslasten handelt. In dieser Zeit schwerster Wirtschaftsnot wird die Belastung, die dem deutschen Volke aus den Reparationsverpflichtungen erwächst, um so nachhaltiger empfunden. Wir haben niemals einen Hehl daraus gemacht, daß es uns zweifelhaft erscheint, ob die deutsche Wirtschaft die Reparationsbelastung auf die Dauer tragen könne. Wir haben immer wieder betont, daß die Voraussetzung für eine reibungslose Durchführung der uns auferlegten Zahlungsverpflichtungen darin bestehen müsse, daß uns die ausländischen Märkte für den Absatz unserer Industrieprodukte offenstehen. Wir haben ebenso wie die Sachverständigen des Young-Planes darauf hingewiesen, daß der Young-Plan nicht nur auf wirtschaftlichen Erwägungen aufgebaut sei, sondern politischen Rücksichten weitestgehend Rechnung trage. Wir sind trotzdem für die Annahme dieses Planes eingetreten, nicht, weil wir die durch ihn auferlegten Lasten als gering erachteten, sondern weil er im Vergleich zu dem bisher geltenden Dawes-Plan zweifellos eine Entlastung bedeutet, eine Entlastung, die von Sachverständigen auf 20 bis 25 Prozent geschätzt worden ist. Diese Entlastung ist aber wegen der augenblicklichen Wirtschaftskrise nicht fühlbar in Erscheinung getreten. Wir müssen sogar sagen: Infolge des Wachsens dieser Krise, infolge der sich mehrenden Arbeitslosigkeit ist das Volkseinkommen erheblich zurückgegangen, so daß die Reparationsverpflichtungen uns vergleichsweise viel härter treffen als in den Zeiten guter Konjunktur. Deshalb sagen wir in der vorgelegten Entschließung:

„Angesichts der heutigen schwierigen Wirtschaftslage Deutschlands stellen die bestehenden Reparationslasten, deren Maß schon längst die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden überschritten hat, eine Bürde dar, die das wirtschaftliche, das soziale und das staatliche Leben auf das äußerste gefährden.

Die deutschen Gewerkschaften sind schon vor einem Jahrzehnt für die Annullierung der internationalen Kriegsschulden eingetreten. Diese grundsätzliche Haltung haben die Gewerkschaften niemals aufgegeben. Nur um die unberechenbaren Folgen der Sanktionspolitik der ersten Nachkriegsjahre abzuwehren und in den

1 Im nicht abgedruckten Teil seiner Rede erläutert *Leipart* die beiden ersten Abschnitte der Gewerkschafts-Entschließung zur Wirtschafts- und Finanzkrise und verurteilt die „Politik der Lohnsenkung" der Reichsregierung. Gefordert werden „gesetzliche Kontrolle der Kartelle und Bekämpfung aller überhöhten Preise", Senkung der Agrarzölle, „konsequente Durchführung eines mehrjährigen Wohnungsbauprogramms", Erleichterung der Kreditbeschaffung, Verbesserung des Mieterschutzes (Abschnitt I), Gesetzliche Festlegung der 40-Stunden-Woche und Sicherstellung der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge (Abschnitt II).

Grenzen des Möglichen die günstigsten Bedingungen für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und die politische Bewegungsfreiheit des deutschen Volkes zu schaffen, haben auch sie der Übernahme dieser schweren Bürde zugestimmt. Sie haben aber niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß das Ziel der deutschen Politik die Revision der Reparationsabkommen und die Wiederherstellung der vollen Souveränität des deutschen Volkes sein muß.

Es steht fest, daß die Milliarden, die Deutschland an seine Gläubiger zu zahlen hat, nicht nur eine der Ursachen der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Deutschland, sondern auch der Störungen in der Weltwirtschaft sind. Deshalb ist es ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht, diese Hemmungen einer gesunden weltwirtschaftlichen Entwicklung auszuschalten."

Zu dem Vorhergesagten kommt noch ein anderes. Seit einiger Zeit machen Finanzsachverständige darauf aufmerksam, daß der Wert des Goldes, sei es infolge abnehmender Goldproduktion, sei es infolge größerer Nachfrage, im Steigen begriffen ist. Wenn diese Tendenz, die sich seit einiger Zeit bemerkbar macht, anhalten sollte, dann würde dies bedeuten, daß wir in den nächsten Jahren viel mehr bezahlen müßten, als nach dem Young-Plan vorgesehen ist. Denn um die nötigen Devisen zu erhalten, müßten wir viel mehr Fertigwaren ausführen als bisher. Eine derartige Mehrzahlung ist aber unmöglich, da erstens die Weltkaufkraft in ständigem Sinken begriffen ist und damit unsere Absatzmöglichkeiten sich verringern und da zweitens die Tendenz aller Staaten, sich gegen ausländische Einfuhr ab[zu]sperren, im Steigen ist und damit eine weitere Erschwerung unseres Exportes erfolgen muß. Gerade die Vereinigten Staaten von Amerika, denen letzten Endes die Reparationszahlungen zufließen, haben sich neuerdings durch gewaltige Zollmauern gegen die Einfuhr ausländischer Waren abgeschlossen[2].

Sehen wir uns die Ziffern der Außenhandelsstatistiken für die letzten Monate an. Gegenüber dem Vorjahre ist der Export an Fertigwaren um über 10 Prozent gesunken. Wir stehen also vor der Frage: Wie können die Reparationsverpflichtungen in der nächsten Zeit überhaupt bezahlt werden, und wie können sie bezahlt werden, ohne daß die Arbeiterschaft durch Schmälerung oder gar Abbau der sozialen Errungenschaften besonders belastet wird? Die Revision des Young-Planes ist also eines der brennendsten weltpolitischen Probleme geworden.

Damit glaube ich, in der gebotenen Kürze das Notwendige für die folgende Aussprache gesagt zu haben, für die Aussprache, deren Wichtigkeit für unsere Gewerkschaften, für die gesamte Arbeiterschaft und das ganze Volk genügend klar sein wird. Und ich möchte im Zusammenhang mit dem zu den Reparationsverhandlungen Gesagten schließen, mit den eindringlichen Sätzen, die wir an den Schluß dieses Absatzes der Entschließung gestellt haben, nämlich:

---

2 Die Vereinigten Staaten eröffneten 1930 mit dem Smoot-Hawley-Tarif eine protektionistische Zollpolitik, die Parallelentscheidungen anderer Staaten mit sich brachte und durch die Verminderung des Welthandelsvolumens zu einer weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise führte. Zur Entstehungsgeschichte Hoover II S. 271ff. Vgl. Kroll S. 67ff.; Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939 (Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert 4), München 1973 S. 78f., 137ff., 307, 319.

„Die deutsche Arbeiterschaft, die stets aufrichtig für einen dauernden und gerechten Frieden eingetreten ist, fühlt sich jetzt gerade aus diesem Grunde zu dieser ernsten Mahnung berechtigt und verpflichtet. Die schwere Reparationsbelastung gefährdet nicht nur die Bewegungsfreiheit der deutschen Wirtschaft und damit die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft, sondern sie erschwert die Überwindung der Weltwirtschaftskrise, unter deren verhängnisvollen Folgen die Arbeiterschaft der gesamten Welt heute leidet[3]". [. . .][4]

3 Die Entschließung wurde nach längerer Diskussion am 13. 10. 1930 einstimmig angenommen.

4 Formelle Schlußsätze.

150.

16. 10. 1930: Haniel (Düsseldorf) an Reusch (Oberhausen) (Auszug)

HA/GHH 4001012000/3a. Abschrift[1].

Lieber Herr *Reusch*!

[. . .][2]

1. Die gestrige Sitzung der Ruhrlade verlief in recht gedrückter Stimmung. Die meisten Herren fuhren schon um 10 Uhr nach Berlin, um an einer Sitzung mit dem Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, Herrn *Trendelenburg*, über eine Senkung der Kohlenpreise schon zum 1. November, also zwei Monate vor der in Aussicht gestellten Lohnsenkung, teilzunehmen[3]. Die Ansichten waren sehr geteilt, vor allen Dingen sprach sich Herr *Klöckner* unbedingt gegen eine derartige Vorleistung aus. Herr *Fickler* und Herr Dr. *Silverberg* waren aber der Ansicht, daß man dem Kabinett *Brüning* aus politischen Gründen diese Unterstützung nicht versagen und außerdem die dafür versprochene Lockerung der Zwangswirtschaft nicht gering einschätzen dürfe. Die Entscheidung muß bis heute mittag fallen, da Reichskanzler *Brüning* die Angelegenheit in seiner heutigen Nachmittagsrede verwerten will[4].

2. In der Diskussion der politischen Lage, die auf den Vortrag von Herrn *Springorum* über die Verwendung der Wahlgelder[5] folgte, stellte man sich einstimmig auf den Standpunkt, daß ein Zusammenschluß der zersplitterten Rechtsparteien einschließlich *Hugenberg* und ausschließlich Staatspartei erreicht werden müsse und daß man dann, auf diesen Block von etwa 110 Abgeordneten gestützt, mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei verhandeln sollte, um

1 In der Vorlage als Datum irrtümlich 15. 10. 1930 angegeben. Es muß 16. 10. 1930 heißen, da die Sitzung der Ruhrlade, auf die unten Bezug genommen wird, am 15. 10. 1930 stattfand. HA/GHH 40010124/13.

2 Private Angelegenheiten.

3 Vgl. Nr. 151; Brüning S. 207.

4 RT Bd. 444 S. 17ff.

5 Zur Finanzierung des Wahlkampfes durch die „Ruhrlade" und die rheinisch-westfälische Industrie u. a. Nr. 122a und 122b.

schließlich mit der nationalsozialistischen Partei die Fühlung aufzunehmen. Ein derartiges Vorgehen biete die einzige Möglichkeit, einen Block von etwa 300 Abgeordneten zusammenzubringen. Zunächst soll an Herrn *Hugenberg* herangetreten und derselbe gebeten werden, demnächst zu einer Aussprache mit der durch einige weitere Herren ergänzten Ruhrlade ins Revier zu kommen. Herr *Vögler* hat es übernommen, wahrscheinlich gemeinsam mit Herrn *Springorum*, in diesen Tagen mit Herrn *Hugenberg* zu sprechen.

3. Es wurde dann noch viel über Eisenpreise und die Gefahr gesprochen, daß die Regierung auch auf eine Herabsetzung der Eisenpreise drängen werde. Herr *Poensgen* berichtete im Anschluß daran über seine Verhandlungen mit den Belgiern und die bisher vergeblichen Versuche, das Dumping des belgischen Eisens zu verhindern oder wenigstens einzudämmen. Er sprach die Ansicht aus, daß nur durch eine erhebliche Herabsetzung der deutschen Inlandspreise der belgischen Konkurrenz mit Erfolg entgegengetreten werden könnte.

4. Herr *Springorum* verlas dann Ihren Brief über Herabsetzung von übertriebenen Gehältern und Tantiemen. Alle Herren waren der Ansicht, daß sie keine Übertriebenheit und mit Rücksicht auf die eingetretene Geldentwertung und starke Besteuerung auch keine Erhöhung gegenüber der Vorkriegszeit anzuerkennen in der Lage wären. Herr *Springorum* wird Ihnen über diesen Punkt noch besonders schreiben.

5. Es wurden dann noch einige Gesuche um Unterstützung von Zeitschriften usw. verlesen, die fast sämtlich abgelehnt wurden.

6. Von der Dividende der GHH war in der Sitzung nicht die Rede. Nach Schluß überreichte mir Herr *Poensgen* die beiden anliegenden Zeitungsausschnitte mit der Bitte, sie Ihnen zu übersenden[6]. Er sprach den Wunsch aus, von seiten der Hütte doch eine Berichtigung in die Zeitungen zu lancieren, nach der die Erhöhung der Dividende lediglich auf die größeren Erträgnisse der Tochtergesellschaften usw. zurückzuführen sei. Seine Stellung würde durch eine solche Erklärung in der Enquête-Kommission erheblich erleichtert werden. Meiner Ansicht nach ist es nicht möglich, diesem Wunsche zu folgen, da eine derartige Berichtigung ja nicht den Tatsachen entsprechen würde.

7. Ein Gedanke, der mir viel durch den Kopf geht, ist die Kartoffelfrage. Es ist wirklich traurig anzusehen, wie der Erzeuger kaum die Beträge von 60 bis 70 Pfg. erhält, um die Kartoffeln herauszumachen, während die Kartoffeln an die Konsumenten mit RM 3,40 bis 3,60 verkauft werden[7]. Hier müßte es doch möglich sein, Wandel zu schaffen. Das beiliegende Rundschreiben des Reichsverbandes spricht denselben Gedanken aus[8]. Wäre es nicht möglich, die Sache aufzunehmen und für die Arbeiter der Hütte in großzügiger Weise Kartoffeln aufzukaufen und sie ohne Verdienst weiterzugeben? Ein Risiko läge nicht darin. Es würde auf diese Weise viel geholfen und Ruhe gestiftet werden. Überhaupt erscheint es mir angezeigt, den Konsumanstalten eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

---

6 Nicht bei den Akten.

7 Gemeint sind die Preise je Zentner.

8 Nicht bei den Akten.

Wenn der Arbeiter sieht, daß er tatsächlich billige Lebensmittel bekommt, wird er sich leichter in die unausbleiblichen Lohnkürzungen finden.
Das wäre alles, was ich Ihnen heute mitzuteilen hätte.

Mit vielen herzlichen Grüßen
stets Ihr
gez. Karl *Haniel*

151.

16. 10. 1930: Georg Lübsen an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 4001012003/24. Handschriftliche Korrekturen und Unterstreichungen.

Betrifft: Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium über Preis- und Lohnfragen
Nachdem am Dienstag nachmittag[1] die Herren *Fickler, v. Velsen, Silverberg* und der Syndikatsvorstand mit Herrn *Trendelenburg* hier in Berlin verhandelt hatten, wurde auf gestern nachmittag 2 Uhr der wirtschaftliche Ausschuß einberufen.
In dieser Sitzung berichtete *Fickler*, daß die Regierung offenbar den größten Wert darauf lege, in der heutigen Regierungserklärung *Brünings* schon eine bevorstehende Ermäßigung der Kohlenpreise ankündigen zu können[2]. Während *Silverberg* uns in der letzten Sitzung, über die ich Ihnen schon berichtet habe, die Dinge so dargestellt hatte, als ob die Lockerung in der Zwangswirtschaft umsonst gegeben werden solle, stellte sich nun klar heraus, daß *Trendelenburg* diesen Trumpf nicht aus der Hand geben wollte ohne Gegenleistung. Allerdings wurde auch eine Lohnermäßigung am 1. Januar in Aussicht gestellt, aber bindende Zusicherungen hierfür hatten die verhandelnden Herren nicht erreichen können. Es kam zu ziemlich lebhaften Debatten. Die Herren *Fickler, v. Velsen* und *Janus* waren offenbar durch die Schilderung, die ihnen *Trendelenburg* über die Gesamtlage gegeben hat, stark beeindruckt worden und setzten sich für den Vorschlag des Reichswirtschaftsministeriums ein. Sämtliche übrige Herren blieben aber bei der schon in der letzten Beratung beschlossenen Auffassung, daß eine Herabsetzung der Preise am 1. November nicht in Frage kommen kann, sondern erst am 1. Januar, gleichzeitig mit einer Lohnermäßigung[3]. Da mit Herrn *Trendelenburg* für heute vormittag 10 Uhr eine neue Sitzung im Reichswirtschaftsministerium vereinbart war und *Trendelenburg* selbst gebeten hatte um das Erscheinen zahlreicher Herren, die im Syndikat für die Durchführung heute gefaßter Beschlüsse geradestehen würden, erklärten sich auf dringendes Bitten von *Fickler* die Herren *Knepper, Tengelmann, Bohmke, Stein, Klöckner, v. Velsen, Holt,*

1 14. 10. 1930.
2 RT Bd. 444 S. 17ff.
3 Zur Diskussion über diese Frage in der „Ruhrlade" Nr. 150.

Dehnke, Kesten, Hohendahl, Jüngst, Kellermann (Lothringen) und *Lübsen* bereit, heute nach hier zu kommen.

Wie mir heute Herr *Jüngst* im Auftrage von Herrn *Klotzbach* mitteilte, haben sich auch in einer gestern abend in Köln stattgehabten Besprechung alle Herren mit Ausnahme von *Silverberg* auf den vom wirtschaftlichen Ausschuß eingenommenen Standpunkt geeinigt.

An der heutigen Sitzung nahmen außer *Trendelenburg* und seinen Herren, dem Reichskohlenkommissar *Stutz* und dem Geschäftsführer des Reichskohlenverbandes Geheimrat *Bennhold*, die obengenannten Herren teil. Es würde zu weit führen, die fast fünfstündigen Verhandlungen im einzelnen wiederzugeben.

Knepper legte einleitend dar, daß der Ruhrbergbau zu schlechte Erfahrungen gemacht habe und sich heute in zu ernster Lage befinde, um auf Versprechungen hin die Preise am 1. November ermäßigen zu können. Wir müßten Garantien für die Herabsetzung der Löhne haben.

Trendelenburg kämpfte für sein Ziel so energisch und lebhaft, wie ich ihn noch nie gesehen habe. Er erklärte ganz offen, daß die Preis- und Lohnpolitik der letzten Jahre ein großer Unfug gewesen sei. Abgesehen von England litte heute kein Land so sehr unter dem klaffenden Unterschied zwischen den Rohstoffpreisen und den Selbstkosten für industrielle Erzeugnisse wie Deutschland. Das habe auch die Regierung erkannt, und der wesentlichste und wichtigste Inhalt der heutigen Regierungerklärung würde der sein, daß die Selbstkosten gesenkt werden müssen, damit Deutschland wieder konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt wird. Er gab zu, daß mit dieser Erklärung noch nichts geleistet sei; es würden noch schwere Kämpfe folgen, ehe das Ziel erreicht sei. Aber er bat immer und immer wieder um das Vertrauen, daß es der Regierung nunmehr ernst sei und daß sie den Kampf mit aller Energie durchführen werde. Er bezweifelte, daß wir im Westen den Ernst der Lage so klar erkannt hätten. Es müßten schnell entscheidende Schritte geschehen, um insbesondere das Vertrauen im In- und Auslande wiederherzustellen. Das Geld flösse rasend schnell in das Ausland, und dieses werde immer bedenklicher, noch Kredite an Deutschland zu geben. Die kurzfristigen Kredite würden in zunehmendem Maße gekündigt. Die Mittel der Reichsbank seien schließlich auch begrenzt, und wenn die Dinge so weitergingen, müsse die Reichsbank nicht nur weitere Diskonterhöhungen, sondern auch Kredit-Restriktionen durchführen. Dann aber müsse er bei dem heutigen Zustande der Wirtschaft das Schlimmste befürchten.

Trendelenburg wies dann auf die Lockerung in der Zwangswirtschaft hin, indem er die Preisfestsetzung von den Selbstkosten loslösen und dem Syndikat wieder die Freiheit geben wolle, die Preise nach der Marktlage festzusetzen. Wie die ganze Schwenkung der Regierung in der Wirtschaftspolitik im allgemeinen, so sei dieses ein Schritt im besonderen zur Rückkehr zu vernünftigen Wirtschaftsmethoden. Er deutete an, daß er uns heute diese Zusicherung geben könne; zögen wir die Verhandlungen hin, so wisse er nicht, ob er in 8 Tagen noch frei sei, diesen Schritt zu tun (wenn wieder ein neuer politischer Wirtschaftsminister da sei). Er glaube, dem Bergbau mit diesem Schritt einen großen Dienst zu erweisen, den wir nicht unterschätzen dürften.

Weiter betonte *Trendelenburg* immer wieder, daß ihm jeder politische Druck fernliege. Er sei nicht Politiker, sondern Beamter, er sei aber überzeugt, daß seine

Vorschläge ein dringendes wirtschaftliches Erfordernis seien. Lehnten wir ab, so könne er es nicht ändern und würde seinerseits bestimmt nichts unternehmen. Andererseits müsse er sich aber auch ausdrücklich freizeichnen von allen Schritten, die dann vielleicht die Regierung in nächster Zeit aus politischen Gründen unternehmen könnte. Er deutete hiermit vorsichtig die Möglichkeit einer zwangsweisen Herabsetzung der Kohlenpreise auf Grund der bestehenden Notverordnung an.

Auf die immer wieder gestellte Forderung nach Garantien für eine Lohnherabsetzung antwortete *Trendelenburg*, daß solche in rechtsbindender Form unmöglich sei. Wir möchten uns eine ideale Regierung vorstellen, wie wir sie wollten; selbst ein Diktator könne uns heute nicht garantieren, daß die Löhne am 1. Januar herabgesetzt würden. Die Reichsregierung würde klar und deutlich heute die Notwendigkeit der Herabsetzung der Selbstkosten erklären. Das bedeute eine Herabsetzung der Löhne. Der Reichsarbeitsminister habe vor einigen Tagen in Köln schon erklärt, daß eine Herabsetzung der Löhne nicht zu umgehen sei. Er sei auch persönlich fest davon überzeugt, daß die Regierung den Schiedsspruch im Berliner Metallarbeiterstreik in der kommenden Woche für verbindlich erklären werde[4]. Tue sie das nicht, so bedeute das ja schon nach wenigen Tagen eine Aufgabe ihres Programms. So sicher er von der kommenden Verbindlichkeitserklärung aber überzeugt sei – garantieren könne er sie natürlich nicht.

Auf die wiederholte Frage, warum an der Beratung nicht der entscheidende Mann, der Arbeitsminister, vertreten sei, erklärte *Trendelenburg*, daß es für ihn schwer sei, für ein anderes Ministerium zu antworten. Man konnte aus seiner Antwort herausfühlen, daß er die Anwesenheit der Herren *Sitzler* und *Weigert*, die für die unselige Lohn- und Sozialpolitik der letzten Jahre verantwortlich sind, gar nicht gern gehabt hätte, weil diese aus ihrer Haut noch nicht herauskönnen. Er betonte nur immer wieder, daß der Arbeitsminister selbst von der Notwendigkeit der Herabsetzung der Selbstkosten und damit auch der Löhne ebenso überzeugt sei wie das ganze Kabinett.

Da *Trendelenburg* das große Mißtrauen gegen Berliner Zusagen fühlte, gab er am Schluß der Verhandlungen zu, daß wir wieder frei sein sollten von der Zusage einer Preisermäßigung, wenn in den nächsten Wochen nicht der Schiedsspruch im Metallarbeiterstreik für verbindlich erklärt werde und wenn wir nicht in den nächsten Wochen die Überzeugung gewännen, daß es der Regierung auch mit dem Abbau der Löhne (8% für den Bergbau) ernst sei.

Klöckner hatte noch gestern heftig gegen jedes Entgegenkommen gesprochen. Heute erklärte er uns, daß er am frühen Morgen mit seinem Bruder und verschiedenen anderen Industriellen gesprochen habe und von diesen dringend gebeten worden sei, der Regierung zu helfen. Auch Herr *Hueck*, der hier in Berlin mit allen Stellen ständig Fühlung hat und sonst stark unseren Standpunkt vertritt, riet heute sehr zum Entgegenkommen.

---

4 Aus Protest gegen diesen Schiedsspruch, der die Tarifmindestlöhne um 6 bis 8% senkte, hatte am 14. 10. 1930 das Berliner Metallarbeiterkartell der Gewerkschaften den Streik beschlossen. Der Ausstand konnte am 28. 10. 1930 durch Vermittlung *Stegerwalds* beendet werden. Am 8. 11. 1930 wurde ein neuer Schiedsspruch gefällt, der eine zeitliche Streckung der Lohnsenkungsaktion vorsah. Schulthess 1930 S. 203, 219 und 227; Pünder S. 68; Hartwich S. 167 ff.

Klöckner machte dann auf eigene Faust den Vorschlag, die Preise nicht am 1. November, sondern am 1. Dezember zu senken. Voraussetzung müsse sein, wie von *Trendelenburg* angeboten, daß der Schiedsspruch im Metallarbeiterstreik für verbindlich erklärt werde, daß wir die Lockerung der Zwangswirtschaft bekämen und daß wir bis Ende November die Überzeugung gewännen, daß eine Herabsetzung der Löhne am 1. Januar sicher sei.

In einer Sonderberatung wurden wir uns dann einig, den *Klöckner*schen Vorschlag anzunehmen; verschiedene Herren wie *Tengelmann* und *Holt* gaben aber nur sehr widerstrebend nach.

Es wurde dann schließlich folgende Vereinbarung aufgesetzt. Der Wortlaut ist nicht ganz genau, aber inhaltlich richtig:

Um die Durchführung des auf eine allgemeine Preis- und Selbstkostensenkung gerichteten Regierungsprogramms zu fördern, erklärt sich der im Kohlensyndikat vereinigte Ruhrbergbau zu folgender Preissenkung bereit:

Der Durchschnittserlös soll mit Wirkung vom 1. Dezember dieses Jahres gegenüber dem Durchschnittserlös von Juni/August dieses Jahres um 1,– RM gesenkt werden. Zu diesem Zwecke wird der offizielle Fettförderkohlenpreis um 1,50 RM gesenkt, die übrigen Preise im Durchschnitt um den gleichen Prozentsatz.

Diese Herabsetzung erfolgt unter der Voraussetzung, daß spätestens zum 1. Januar 1931 eine entsprechende Lohnkostensenkung eintritt[5].

In den Verhandlungen bestand Übereinstimmung darüber, daß die bisherige Verbindung zwischen Preisen und Selbstkosten gelöst wird und das Kohlensyndikat die Freiheit erhält, sich innerhalb der im Mai 1928 vom Reichskohlenverband beschlossenen Höchstgrenze mit seinen Preisen der Marktlage anzupassen. Von seiten des Reichswirtschaftsministeriums wird dazu als selbstverständlich erklärt, daß es auch auf dem Wege über den § 112 des Kohlewirtschafts-Gesetzes[6] innerhalb der obengenannten Höchstgrenze nicht in die Festsetzung der Preise nach der jeweiligen Marktlage eingreifen wird.

Sollten vor dem 30. November dieses Jahres Tatsachen eintreten, die unsere Überzeugung erschüttern, daß die Regierung die Selbstkostensenkung entsprechend durchführen wird, so sind wir nicht mehr an die Durchführung der zugesagten Preissenkung gebunden.

Zu Vorstehendem möchte ich persönlich hinzufügen, daß wir wohl alles erreicht haben, was zu erreichen war. Wenn Herr *Trendelenburg* auch wiederholt betonte, daß es sich um keine politischen Maßnahmen handele, so ist das Gegenteil doch sicher. Der Reichskanzler legte offenbar den größten Wert darauf, schon in seiner heutigen Erklärung etwas Positives vorweisen zu können[7]. Andererseits opfern wir

---

5 Der Umfang der Lohnsenkung wurde im Januar Gegenstand eines Streits zwischen Unternehmern und Reichsregierung. Kabinettssitzung am 8. 1. 1931, BA R 43 I/1448. Um die Lage an der Ruhr zu entspannen, erließ das Kabinett am 9. 1. 1931 eine Notverordnung über die Beilegung von Schlichtungsstreitigkeiten öffentlichen Interesses, RGBl. 1931 I S. 1. Am 10. 1. 1931 fällte das durch die Notverordnung geschaffene unparteiische Schiedsgericht den Schiedsspruch für den Ruhrbergbau, der eine 6%ige Lohnsenkung ab 1. 1. 1931 vorsah. Schulthess 1931 S. 10.

6 Vom 23. 3. 1919, RGBl. 1919 S. 342; neue Fassung vom 20. 8. 1919 RGBl. 1919 S. 1447.

7 *Brüning* gab in der Regierungserklärung am Nachmittag des 16. 10. eine „durchschnittliche 6%ige Senkung der Kohlenpreise" zum 1. 12. 1930 bekannt. RT Bd. 444 S. 19.

wenig oder nichts; denn die Herabsetzung der Preise ist schon längst notwendig. Der Syndikatsvorstand hat uns gestern wieder erklärt, daß er überhaupt nicht mehr wisse, wie er auch nur den Schein aufrechterhalten solle, daß unsere Preise noch beständen. In Duisburg müsse er schon starke Konzessionen machen. Selbst in Lengerich habe man gegen holländische Kohlen um 2,– RM heruntergehen müssen. An sich wäre es daher richtig gewesen, schon jetzt die Preise zu senken; aber um die Regierung bis dahin in der Lohnfrage unter Druck zu halten, ist wohl der 1. Dezember richtiger.

Die Ermäßigung des Fettförderkohlen-Preises um 1,50 RM bedeutet eine Ermäßigung um 1,77 RM im Durchschnitt aller Sorten. Da aber der Inlandpreis nur noch für 38 bis 40% erzielt wird, bedeutet diese Herabsetzung der offiziellen Preise eine Ermäßigung des Durchschnittserlöses um 71 Pfg. Zugesagt ist oben eine Ermäßigung von 1,– RM. Den Spielraum von 29 Pfg. braucht das Syndikat, um sich in der Hereinnahme weiterer Geschäfte zu Verlustpreisen freier bewegen zu können. Wir müssen also mit einer Ermäßigung unserer Erlöse rechnen, die zwischen 71 Pfg. und 1,– RM liegen. Dem soll dann ab 1. Januar eine Lohnermäßigung um 8% gegenüberstehen, die etwa 65 Pfg. wieder einbringen wird. Diese Angaben sind natürlich nur rohe Berechnungen, geben Ihnen aber wenigstens ein annäherndes Bild[8].

Lübsen

8 Die Vereinbarung wird bestätigt durch eine Aktennotitz über das von der Ruhrkohlen-Industrie am 16. 10. 1930 erklärte Angebot zur Senkung der Kohlenpreise. Anlage zum Schreiben *Trendelenburgs* an *Pünder* vom 17. 10. 1930, Nachlaß Pünder 136.

152.

16. 10. 1930: Niederschrift über die Sitzung des Vorstandes der Deutschen Demokratischen Partei (Auszüge)

BA R 45 III/22. Handschriftliche Korrekturen. Überschrift: „Protokoll über die Sitzung des Vorstandes der Deutschen Demokratischen Partei am 16. Oktober 1930 im Reichstag, Saal 21."

[. . .][1]

Die Vorgänge in der Deutschen Staatspartei

Herr Höpker-Aschoff wirft als Referent zunächst einen kurzen Rückblick auf die Konstellation bei den Wahlen und geht dabei besonders auf seine Mitarbeit im Hauptaktionsausschuß ein. Die Tätigkeit in diesem Ausschuß war nicht die Arbeit von Leuten, die vertrauensvoll miteinander wirken wollen, sondern nur ein Austrag von Meinungsverschiedenheiten. Das war schon der Fall bei der Auseinandersetzung über die Kandidaturen – eine aufreibende und niederdrückende Arbeit. Von den Volksnationalen wurden uns vielfach Kandidaten vorgeschlagen, die auch nicht im entferntesten den Ansprüchen an Wahlbewerber gerecht wurden. Der Redner geht dann auf die Stellung ein, die sich *Mahraun* als Führer

1 Eröffnung der Sitzung, Mitteilungen. Zum folgenden auch Stephan S. 457 f., Chanady S. 1451 f.

der Partei eigenmächtig angeeignet hat. Diese Eigenmächtigkeit machte sich namentlich bei einer wichtigen Änderung der Richtlinien geltend, die ohne Gegenzeichnung der Demokraten herausgegangen ist. Die Forderung einer Revision dieser Abänderung wurde dabei abgelehnt. Dann planmäßige Angriffe des Jungdo gegen bestimmte Demokraten (*Stolper, Reinhold, Höpker-Aschoff*). Alle diese Schwierigkeiten führten zu einer Aussprache im engeren Kreise, die in einer zweiten Sitzung fortgeführt wurde und an der von uns die Herren *Meyer, Weber* und *Höpker-Aschoff* sowie Frau *Bäumer*, von der anderen Seite die Herren *Mahraun, Bornemann* und *Baltrusch* teilnahmen. In der zweiten Sitzung hat der Referent die Bedingungen mitgeteilt, unter denen allein ein Weiterbestehen der Staatspartei in ihrer damaligen Form möglich sei:

1. Die Leitung der Partei wird endgültig von dem demnächst zusammentretenden Parteitag der Staatspartei bestimmt, wobei es so gehalten sein möge, daß den Vorsitz zwei Personen, darunter *Mahraun*, führen; 2. im Hauptaktionsausschuß führen zwei Personen den Vorsitz, und zwar außer *Mahraun* ein Demokrat, bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet der Aktionsausschuß; 3. die unerfreulichen Angriffe auf die Demokraten müssen aufhören; 4. die demokratische Organisation bleibt vorläufig aufrechterhalten und wird dann in die Staatspartei überführt, unter der Voraussetzung, daß auch die Volksnationale Reichsvereinigung dann aufhört zu existieren. Aufgabe der Wahlkreisverbände wird es bei der Überführung sein, darüber zu befinden, ob die bisherigen Geschäftsstellen und die bisherigen Parteisekretäre bleiben; 5. Zurücknahme des Beschlusses über die Abänderung der Richtlinien betreffend den Aufbau der Staatspartei. Die Volksnationalen gaben auf diese Forderungen nicht sofort einen endgültigen Bescheid, sondern verwiesen auf die nächste Aktionsausschuß-Sitzung, die am kommenden Dienstag (30. September) stattfinden sollte. *Höpker-Aschoff* verlangte inzwischen Waffenruhe, Herr *Mahraun* erklärte aber, daß er schon für den nächsten Sonntag, wo die Kapitel seines Ordens Zusammenkünfte hätten, Instruktionen erteilen müsse. Es erging dann auch jener bekannte Brief *Mahrauns* an die Kapitel, worin *Mahraun* es ablehnt, weiter für die Staatspartei zu werben, und sich auf die Volksnationale Reichsvereinigung zurückzieht[2]. Der demokratische Parteivorstand, der am Sonnabend (27. September) tagte und dem damals das Schreiben *Mahrauns* noch nicht bekannt war, beschloß, alles zu tun, um die Überbrückung der Gegensätze herbeizuführen. In der Sitzung des Hauptaktionsausschusses am Dienstag (das ist der 30. September) wurde auch noch von unserer Seite die Verhinderung eines Bruches versucht. Es wurde aber kaum noch sachlich verhandelt. Die Volksnationalen legten eine ultimative Entschließung, die sich vor allem gegen *Meyer* und *Höpker-Aschoff* wandte, vor; diese wurde natürlich abgelehnt, und zwar auch von den Jungliberalen und den Vertretern des Reichsbanners. Darauf erfolgte die Austrittserklärung der Volksnationalen[3].

2 Nr. 145.

3 Am 5. 10. 1930 faßte das Meisterkapitel des Jungdeutschen Ordens eine Entschließung, deren letzter Satz lautete: „Solange ein klares Abrücken von den genannten Herren *[Stolper, Reinhold, Höpker-Aschoff]* nicht erfolgt ist, ist nur die Volksnationale Reichsvereinigung in der Lage, den Kampf um die staatsbürgerliche Aktivierung vorwärts zu treiben." Wippermann 1930 Inland S. 636f. Am 7. 10. 1930 erklärten die volksnationalen Reichstagsabgeordneten ihren Austritt aus der Fraktion der Staatspartei. Kessler S. 142.

Unsere Organisationen und die Aktionsausschüsse im Lande sind von diesen Vorgängen durch Rundschreiben in Kenntnis gesetzt worden. Der Versuch, wenigstens eine äußerliche Fraktionsgemeinschaft aufrechtzuerhalten, hat auch zu keinem Ergebnis geführt. Wir haben somit keine Fraktionsstärke mehr und sind im Reichstag jeder Aktionsfähigkeit beraubt.

Was soll nun werden? Nach unserem Dafürhalten muß man an dem Gedanken der Staatspartei festhalten. Das ergibt sich einmal aus der Stimmung im Lande. Wir sind ja doch als Staatspartei in den Wahlkampf gegangen, und unsere Kandidaten sind auf die Staatspartei gewählt worden. Wir haben also gar nicht das Recht, die alte Demokratische Partei wieder aufzumachen. 2. kommt die sachliche Erwägung hinzu, daß der Gedanke der Staatspartei in dem Wahlkampf zündenden Widerhall gefunden hat und daß also um dieser Idee willen die neue Partei aufrechterhalten werden muß. Es gibt auch viele Volksnationale, die der Staatspartei, wenn sie bestehenbleibt, den Rücken nicht kehren werden. So beispielsweise in Südwestfalen. Wir als Demokratische Partei sollten so schnell wie möglich die Überleitung in die Staatspartei vornehmen. Unmittelbar nach dem Parteitag der Demokratischen Partei muß der konstituierende Parteitag der Staatspartei folgen. Bis dahin werden wir noch mit dem Hauptaktionsausschuß arbeiten müssen. In ihm befinden sich außer den demokratischen Mitgliedern zur Zeit noch Jungliberale, ein Vertreter der bündischen Bewegung (der vielleicht auch austreten wird) sowie Vertreter des Reichsbanners. Die Jungliberalen bleiben unter allen Umständen im Ausschuß, auch *Winschuh.*

Ein Verzicht auf politische Arbeit ist für uns nicht denkbar, solange wir noch die Möglichkeit zu solcher Arbeit sehen. Eine Partei der Mitte oder der linken Mitte oder wie man sie sonst nennen will, muß unter allen Umständen bestehenbleiben, wenn die politische Entwicklung in Deutschland nicht die verhängnisvollste Wendung nehmen soll. Wir und unsere Anhänger würden heimatlos sein. Darum dürfen wir nicht resignieren, sondern müssen die Staatspartei aufbauen.

Nachdem der **Vorsitzende** noch nähere Mitteilungen über den vom Referenten erwähnten Briefwechsel zwischen *Meyer* und *Mahraun* gemacht hat, ergreift Herr **Koch-Weser** das Wort, um zunächst für die Anerkennung durch den Vorsitzenden zu danken.

Ich halte mich für verpflichtet, so fährt er fort, Ihnen allen gegenüber mein Bedauern auszudrücken, daß ich Sie in so schwere innere Konflikte und so mannigfache Reibungen während des Wahlkampfes hineingeführt habe. Ich habe einen Teil der Konsequenz hieraus durch Niederlegung des Vorsitzes im Parteivorstand gezogen. Redner bespricht die Situation, die sich ergab, nachdem sein früherer Wahlkreis öffentlich den Rücktritt vom Mandat verlangt hat, und legt die Gründe dar, aus denen heraus er nicht unmittelbar nach der Wahl sein Mandat niedergelegt habe[4]. Augenblicklich kann es keine Freude und keine Ehre sein, im Reichstag zu sitzen bei unseren 14 Mann, und es wäre mir leicht gewesen, mich durch eine Mandatsniederlegung der Verantwortung zu entziehen. Hätte ich das aber getan, dann hätte man mir vielleicht heute im Vorstand darüber Vorwürfe gemacht. Aber etwas Wichtigeres noch ist es, das mir bisher unmöglich macht,

4 Zur Auseinandersetzung hierüber Nr. 146–148.

mein Mandat niederzulegen. Bisher ist es noch unsicher, was in und mit unserer Partei geschehen soll. Wenn ich in diesem Augenblick einem Mann wie *Winschuh* mein Mandat hinterlassen hätte, dann hätte ich nicht wissen können, welches der Effekt meiner Mandatsniederlegung sein würde. Aus diesem Grunde muß ich erst eine völlige Klärung dieser Frage abwarten, ehe ich weitere Entschlüsse fasse. Ich habe *Winschuh* auch mitteilen lassen, daß ich bereit bin, in einiger Zeit niederzulegen, wenn er unserer Staatspartei treu bleiben will[5]. Schwer ist mir die Situation dadurch gemacht worden, daß man auch diese Frage wieder in der Öffentlichkeit behandelt. Ich will nicht den Eindruck hervorrufen, als ob ich aus Furcht vor Angriffen zurückgewichen wäre. Ich sehe das Verbleiben in der Fraktion als ein persönliches Opfer an, das Verbleiben als 14. Rad am Wagen. Es würde auch der Partei nicht nützlich sein, wenn man hier mit Schroffheit einen Sündenbock in die Wüste schicken würde. Wertvolle Mitglieder der Partei haben sich doch auch mit mir solidarisch erklärt, und es wäre sehr unangenehm, wenn diese Mitglieder gezwungen werden, gleichfalls aus der Partei auszutreten.

Der Redner legt dann noch einmal dar, wie seinerzeit die Verhandlungen mit den Volksnationalen von ihm eingeleitet und fortgesetzt worden sind. Es war vielleicht ein Fehler von mir, daß ich dem großen Ansturm von Parteifreunden, die es für unmöglich hielten, im Wahlkampf allein vorzugehen, nicht standgehalten habe. Wenn einer nicht die Berechtigung hat, mich zu kritisieren, dann ist es *Hellpach*, der am allerernstesten auf eine Fusion hingedrängt und mir deswegen sogar ein Ultimatum gestellt hat. Jetzt aber erklärt er, daß wir einen übereilten Schritt getan hätten. Diejenigen, die von einem Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei sprechen, sind durch deren gegenwärtige Haltung vollständig desavouiert. Wenn jetzt gesagt wird, wir hätten die Partei durch ein Zusammengehen mit den Volksnationalen überrumpelt, so ist das formell richtig. Aber materiell liegt es so, daß jeder gewußt hat, daß wir unsere einzige Entwicklungsmöglichkeit nach dieser Richtung zu sehen glaubten – wenn auch fälschlicherweise. Es ist nicht nur die Furcht vor dem Wahlkampf gewesen, die uns drängte, Entschlüsse zu fassen. Wäre dieser Gedanke von der Parteileitung nicht propagiert worden, dann hätte uns ein großer Teil der Jugend verlassen, vor allem der Sozialrepublikanische Kreis. Ein weiterer großer Teil unserer Partei hätte nur in einer Fusion mit der Deutschen Volkspartei die Vorbedingung für einen Weiterbestand der Partei gesehen. Ich habe im Parteivorstand weitgehende Andeutungen gemacht, nachdem wir mit den Volksnationalen vorbereitende Besprechungen gehabt hatten[6]. So ist alles geschehen, was nach Lage der Dinge geschehen konnte. Natürlich übernehme ich die volle Verantwortung für das Vorgefallene. (Bei den weiteren Ausführungen *Koch-Wesers* kommt es zu Zwischenrufen und Richtigstellungen durch *Höpker-Aschoff*. Dieser erklärt, er habe *Koch-Weser* nach dem Ausfall der Wahl gesagt, er müsse auf die Führung in der Partei mit einer großen Geste verzichten. Darauf habe Herr *Koch* erwidert, er lehne es ab, auf die Führung zu verzichten, wenn er trotzdem die Arbeit weiterleisten solle.) Wenn auch Fehler von uns gemacht sein sollten, so sind sie weit übertroffen worden durch den bösen Willen der Volksnationalen. In diesem Zusammenhang erwähnt Redner, daß über

5 *Winschuh* übernahm am 1. 11. 1930 *Koch-Wesers* Reichstagsmandat.

6 Nr. 119.

die Reichsführung der Partei durch *Mahraun* mit diesem keine Vereinbarung getroffen worden sei; es sei nur gesagt worden, daß der eine Vorsitzende der neuen Partei ein Volksnationaler sein müsse. Schwer zu bemängeln ist die antisemitische Haltung des Jungdo im Lande. In der Flaggenfrage ist abgemacht worden, daß überall an bevorzugter Stelle die schwarz-rot-goldene Flagge gezeigt werden müsse. Bei der Ausführung der Beschlüsse ist von den Volksnationalen dann gerade das Gegenteil geschehen. Wir haben uns menschlich in dem Anstand der Volksnationalen schwer getäuscht. Es liegt nach alledem keine Veranlassung vor, durch öffentliche Gehässigkeit mir die Entscheidung schwer zu machen und mich zu zwingen, daß ich mich zur Wehr setze. Wir dürfen in dieser schweren Stunde der Öffentlichkeit nicht das Schauspiel eines Zerwürfnisses geben. Was von meiner Person geschehen kann zur Vermeidung, das wird geschehen[7].

[. . .][8]

Herr Dietrich: Ich habe zu denjenigen gehört, die den Weg zur Staatspartei gemacht haben, und habe den Schritt ausdrücklich gebilligt. Es hat keinen Zweck, heute zu erörtern, ob es besser gegangen wäre, wenn wir alleine geblieben wären. Wir müssen also einen Strich unter die Vergangenheit machen. Das deutsche Volk hat vielleicht noch keinen Begriff davon, was für einen Reichstag wir haben. Der größte Teil der Nationalsozialisten ist einfach ganz radikal sozialistisch. Bewegende Kräfte im deutschen Parteileben sind zur Zeit Kommunismus, Sozialismus, Nationalsozialismus, Klerikalismus (einschließlich der Evangelischen um *Mumm*)[9]. Diese Strömungen werden sich alle halten. Was sonst noch da ist, das ist so gut wie nichts. Über alle Parteiprogramme ist die Geschichte längst hinweggegangen. Der einzige Kampf, der hier geführt werden muß, ist der Kampf um die Behauptung des Staates. Wir dürfen nicht die Flinte ins Korn werfen. Die Frage ist, wie wir unserer Idee nachgehen. Es ist möglich, eine Partei auf dem Staatsgedanken aufzubauen auf lange Sicht, aber es hat keinen Zweck, in einer Partei zu bleiben (und ich bin bereit, meine eigenen Wege zu gehen), wenn nicht diese gegenseitige Bekämpfung und Intrigemacherei aufhört (sehr richtig!). Nach außen hin muß Disziplin herrschen, und auch die Presse muß Disziplin halten, und wenn sie das nicht tut, dann muß sie energisch abgeschüttelt werden. Auf dem nächsten Parteitage sollten wir sagen: Wir wollen den Namen der Staatspartei behalten als Träger des demokratischen und republikanischen Staates. Machen wir ein Statut, daß wir Uneinigkeit und Zank nicht mehr dulden! Es kann keinen Sozialrepublika-

7 Zur Lage, in die *Koch-Weser* geraten war, nahm *Heuss* am 12. 10. 1930 in einem Brief an *Hopf* Stellung: „Es liegt auf der Hand, daß die innerparteiliche Auswirkung der Entwicklung *Koch* treffen mußte, der zu allem Unglück im Anschluß an seinen Genfer Völkerbundsaufenthalt sich nach Meran begab, wofür ich menschlich alles Verständnis habe, was aber politisch inopportun war. Als er am letzten Montag abend zurückkehrte, waren die Dinge schon so weit gediehen, daß er keinen Einfluß mehr auf sie gewinnen konnte. Offenbar hatte er nicht bloß vor den Wahlen, sondern auch nach dem Wahlausgang die innerparteiliche Lage vollkommen falsch taxiert. Es hat einen tragischen Zug, wie er sich selber aus einer möglichen Führeraufgabe herausmanövriert hat." Nachlaß Heuss 57, abgedruckt in Modris Eksteins, Theodor Heuss und die Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Liberalismus (Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik), Stuttgart 1969 S. 159ff.

8 Kurze Debatte über den „Fall *Winschuh*", danach Aussprache über das Referat *Koch-Wesers* mit Beiträgen von *Külz*, *Hauff*, *Nuschke* und *Riedel*.

9 Christlich-sozialer Volksdienst.

nischen Kreis geben. Wenn er eine eigene Partei machen will, dann soll er gehen, aber schnell! (Bravo!) Wir können Linksdemokraten und können Jungliberale aufnehmen, es darf aber nur eine Partei geben. Wenn die Sache hier nicht zustandekommt, dann gehe ich meine eigenen Wege. Wir werden uns dann in Baden zusammensetzen und überlegen, was wir machen wollen. Vielleicht gehen wir zusammen mit den Württembergern, obwohl diese schon wieder einen Fehler gemacht haben, indem sie den Namen der Demokratischen Partei behalten haben.

[. . .][10]

Herr Meyer: Die Verantwortung für die Verhandlungen mit den Volksnationalen tragen *Koch-Weser*, Frau *Bäumer, Lemmer, Meyer, Stephan.* Daraus folgt, daß diese sämtlichen von mir genannten Persönlichkeiten aus der führenden Reihe des öffentlichen Lebens zurücktreten müßten. Aber diese Konsequenz kann nur so weit gezogen werden, als es das politische Interesse zuläßt. Jeder von uns würde es als Verlust für die Sache der Demokratie ansehen, wenn etwa Frau *Bäumer* eine solche Konsequenz zieht. Wenn ich das Mandat beibehalte, so ist für mich maßgebend einmal die Tatsache, daß in diesem Fall das Mandat an einen Volksnationalen übergehen würde, zweitens die Tatsache, daß mein Wahlkreis den Mandatsverzicht einmütig nicht gewünscht hat. Würde aber dieser Wunsch ausgesprochen werden, dann würde ich das als für mich verbindlich ansehen, weil ich in diesem Zusammenschluß mit mangelnder Vorbereitung ein schweres Vergehen erblicke. Wenn *Koch-Weser* erklärt hat, erst nach Aufklärung des Falles *Winschuh* sein Mandat niederzulegen, dann sollte man diesen Entschluß als ein dankenswertes, unter diesen Umständen aber auch notwendiges Opfer betrachten, das er der Partei bringt. Es wäre daher am zweckmäßigsten, wenn die Kritik aus der Diskussion verschwände. Ich halte es weiter für geboten, daß wir die Staatspartei aufrechterhalten. Unbedingt notwendig ist es, daß wir die Jungliberalen bei uns behalten, weil wir nicht die alte Demokratische Partei bleiben wollen. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß wir eine Wendung zur Deutschen Volkspartei vornehmen. Niemand von uns denkt daran, gegenwärtig auch nur in der losesten Form in eine Verbindung mit der Deutschen Volkspartei zu treten. Die neue Partei muß geschlossen sein, und in dieser Partei darf keine Kreisbildung geduldet werden. Wenn der Sozialrepublikanische Kreis in unserer Partei eine Vertretung hat, dann ist für mich kein Raum in der Partei. Ich habe den Vorsitz vorläufig übernommen, fühle mich aber nur als Geschäftsführer. Deshalb scheint es mir richtig, wenn der Parteivorstand heute einen kleinen Kreis von Parteifreunden wählt, die bis zum Parteitage eine Art Direktorium bilden und die politische Richtung bestimmen.

[. . .][11]

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß soeben ein Aufruf aus der Feder von Minister *Dietrich* ihm übergeben worden sei, der vielleicht anstelle seiner Resolution zur Abstimmung gebracht werden könnte. Er schlage aber vor, erst noch einen kleineren Ausschuß mit der Redaktion des Aufrufes zu betrauen.

Der Vorstand ist hiermit einverstanden und wählt die Herren *Meyer, Höpker-*

10 Beiträge von *Vogt, Dechamps, Freudenberg, Greve, Stubmann, Meyer, Koch-Weser.*

11 Diskussionsbeiträge.

Aschoff und Frau *Bäumer* in den Ausschuß mit der Aufgabe, den Aufruf sofort zweckentsprechend zu redigieren. Das geschieht, und der Aufruf findet in folgender Form Annahme.

„Der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei, der am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Oscar *Meyer* im Reichstag zu einer Sitzung zusammentrat, hat den nachstehenden, vom Reichsfinanzminister *Dietrich* eingebrachten Antrag angenommen:

Der Ausgang der Wahlen gefährdet Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Noch sieht unser Volk die drohende Gefahr nicht. Ihr rechtzeitig unerschütterlichen Widerstand entgegenzusetzen, ist unsere Aufgabe. Wir handeln aus dem Bewußtsein, daß jedes Volk zum Untergang reif ist, welches nicht begreift, daß die Erhaltung der Staatsordnung die Voraussetzung aller wirtschaftlichen Existenz und die Grundlage jeder Kultur ist. Die Stürme der nächsten Monate werden den Verblendeten die Augen öffnen und ihnen die Gefahren zeigen, in die blinder Radikalismus einerseits und bornierte Interessenpolitik andererseits unser Volk zu treiben drohen.

Unsere Aufgabe ist der Kampf um die Behauptung und um die verfassungsmäßige Weiterentwicklung der Republik. Die Deutsche Staatspartei ist gegründet worden aus dem ernsten und festen Willen, diesen Kampf zu führen. Wir sind gesonnen, auf diesem Weg zu bleiben, dessen Verfolgung uns die Pflicht gegenüber dem deutschen Volk und unsere nationale Gesinnung gebieten. Wir werden daher dem Parteitage vorschlagen, den Übergang in die Deutsche Staatspartei zu vollziehen. Im vollen Bewußtsein der Verantwortung rufen wir allen Staatsbürgern zu: Vergeßt nicht, daß wir einen zweiten Zusammenbruch unseres Staates wie vor zwölf Jahren nicht ertragen und nie wieder gut machen können. Kämpft mit uns um unser Reich und damit um unser Volk!"

[. . .][12]

Ißberner

12 Schlußwort des Vorsitzenden.

153.

16. 10. 1930: Presseerklärung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrbuch der SPD 1930 S. 21 ff.

Wenn mit Hilfe der sozialdemokratischen Fraktion die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett *Brüning*[1] angenommen worden wären, hätten sich folgende politische Möglichkeiten ergeben:

1 Die Mißtrauensanträge wurden am 13. 10. 1930 von KPD, NSDAP, DNVP und der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei (gegen Reichsminister *Curtius*) eingebracht. Am 19. 10. 1930 beschloß die Reichstagsmehrheit mit den Stimmen der SPD, über alle Mißtrauensanträge zur Tagesordnung überzugehen. RT Bd. 444 S. 213. Zur „Tolerierungspolitik" der SPD Stampfer S. 579 ff.; Bracher S. 379 ff.; Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in Matthias/Morsey S. 103 ff.

1. Rücktritt des Kabinetts *Brüning*. Es erhält vom Reichspräsidenten *Hindenburg* die Vollmachten zur Weiterführung der Regierungsgeschäfte. Da dieses geschäftsführende Kabinett keine parlamentarische Mehrheit für seine Maßnahmen findet und eine erneute Auflösung von keiner Seite befürwortet wird, weil sie so bald nach der letzten Wahl noch keine Verbesserungen verspricht, so müßte es gegen den Reichstag regieren. Das bedeutet, daß sich eine solche Regierung nur unter Ausschaltung des Reichstags im Amt halten könnte. Der Diktaturartikel 48 der Reichsverfassung würde dann dauernd auf alle Gebiete des wirtschaftlichen, sozialpolitischen und staatsbürgerlichen Lebens angewendet werden. Nicht nur der Reichstag, sondern auch jeder einzelne Staatsbürger würde seine durch die Verfassung garantierten Rechte verlieren. Wann sie wiedergewonnen werden könnten, ist ganz ungewiß.

2. An die Stelle des Kabinetts *Brüning* tritt ein vom Reichspräsidenten ernanntes Beamtenkabinett, das gleichfalls nur mit Hilfe des Diktaturartikels regieren könnte. Die Folgen für das Volk wären die gleichen, wie sie oben aufgezählt worden sind.

3. Auftrag an den deutschnationalen Parteiführer *Hugenberg* zur Bildung einer Rechtsregierung mit Einschluß der Nationalsozialisten. Diese Regierung wäre nur eine verschleierte *Hitler*-Regierung. Da auch die Rechtsparteien keine parlamentarische Mehrheit haben, könnte sich eine solche Regierung nur halten, wenn sie vom Zentrum toleriert wird. Die Nationalsozialisten wollen aber gar nicht parlamentarisch regieren. Sie wollen sich aller Machtmittel des Reichs bemächtigen, vor allem die Reichswehr und die Polizei unter ihr Kommando stellen und die maßgebenden Beamtenstellungen mit ihren Anhängern besetzen. Eine verschleierte oder unverschleierte *Hitler*-Regierung hat die vollständige Ausschaltung des Reichstages und darüber hinaus die Zerschlagung aller demokratischen Rechte des Volkes zum Ziel. Die Folge einer *Hugenberg-Hitler*-Regierung wäre nicht etwa eine Entlarvung der nationalsozialistischen Demagogie und auch nicht die Zerschlagung der Nationalsozialistischen Partei. Eine *Hitler*-Regierung würde sich die Wiederholung des italienischen Beispiels zum Ziel setzen, also Zertrümmerung aller Organisationen der Arbeiterschaft, dauernder militärischer Belagerungszustand, Aufhebung aller Presse-, Versammlungs- und sonstigen politischen Freiheiten, ständige Gefahr des Bürgerkriegs im Innern und des Revanchekriegs nach außen. Damit wäre auch der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands und das Ende einer selbständigen deutschen Nation verbunden, mit allen seinen furchtbaren Folgen für das arbeitende Volk.

Wenn die sozialdemokratische Fraktion im gegenwärtigen Augenblick den Nationalsozialisten und den Kommunisten geholfen hätte, das Kabinett *Brüning* zu beseitigen und somit an seine Stelle eine reaktionäre Beamten- oder *Hitler*-Regierung zu setzen, so hätte das den sofortigen Zusammenbruch der Preußenkoalition nach sich gezogen. In Preußen, dem größten der deutschen Länder, sind die Ämter des Ministerpräsidenten, des Innenministers und des Kultusministers mit Sozialdemokraten besetzt. Schon wiederholt konnte der Ansturm der Reaktion auf die republikanisch-demokratische Verfassung des Reichs nur durch die feste Haltung der Regierung in Preußen abgewiesen werden.

Das wissen die Nationalsozialisten recht gut, und deshalb fordern sie nicht nur ihren Anteil an der Regierung im Reich, sondern zugleich auch die Zerschlagung der jetzigen Regierung in Preußen. Im Reich verlangen sie das Reichswehrministerium, in Preußen das Innenministerium und dazu das Polizeipräsidium in Berlin, der Hauptstadt des Reichs. Mit anderen Worten, sie wollen sämtliche militärischen und polizeilichen Kräfte in ihre Hand bekommen, um an die Stelle der demokratischen Selbstbestimmung des Volkes eine brutale Gewaltherrschaft von oben zu setzen. Preußen soll wieder, wie vor dem Kriege, der Hort der Reaktion für das ganze Reich sein. Die von der Regierung *Brüning* nach der Auflösung des Reichstags erlassenen Notverordnungen[2] enthalten nicht nur einige sozialpolitische Verschlechterungen wie die Einführung einer Krankenschein- und Rezeptgebühr, einen Abbau der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung und die Einengung der Rentenversorgung; es befinden sich darin auch die Steuerzuschläge auf Einkommen über 8000 RM und außerdem der gesamte Haushalt für das laufende Rechnungsjahr. Die vorbehaltlose und sofortige Aufhebung der Notverordnungen würde also einen Zusammenbruch der gesamten öffentlichen Finanzwirtschaft zur Folge haben. Darüber hinaus müßte sie auch zu einer erheblichen Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung führen, denn durch die Notverordnung sind die Beitragserhöhungen in Kraft getreten, ohne die die jetzigen Unterstützungssätze nicht aufrechtzuerhalten sind.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion handelte also im Interesse der Arbeiterklasse, wenn sie die sofortige Aufhebung der Notverordnungen ablehnte und der Überweisung an einen Ausschuß[3] zustimmte. In diesem wird sie den Kampf um die Beseitigung der arbeiterfeindlichen Bestimmungen der Notverordnung führen, sie wird weiter dafür kämpfen, daß die Leistungen der Arbeitslosenversicherung ohne Mehrbelastung der Arbeiterklasse gesichert sind.

Auch die Kommunisten haben grundsätzlich nicht die Aufhebung der gesamten Notverordnung verlangt, sondern nur einzelner Teile davon. In ihrem Antrag an den Reichstag sprechen sie mit keinem Wort von dem Reichshaushalt, sie geben also zu, daß eine geordnete Finanzwirtschaft gesichert werden muß, und das bedeutet nichts anderes, als daß auch sie mit der Beratung der Notverordnungen in den Ausschüssen einverstanden sind und der Überleitung ihres Inhalts in gesetzliche Formen zustimmen. Damit wird die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion auch von dieser Seite her trotz allem Geschrei sachlich gerechtfertigt.

Die Sozialdemokratie hat den Wahlkampf mit der Front gegen das Kabinett *Brüning* geführt. Sie steht auch jetzt in entschiedenster Gegnerschaft gegen diese Regierung. Trotzdem hat sie keinen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett *Brüning* eingebracht, sie hat auch die von Nationalsozialisten, Kommunisten und anderen Parteigruppen eingebrachten Mißtrauensanträge abgelehnt. Diese Ablehnung bedeutet aber nicht, daß die Sozialdemokratie Vertrauen zu der jetzigen Regierung habe. Diese taktische Stellung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion besagt nichts anderes, als daß sie selbst den Zeit-

2 Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. 7. 1930, RGBl. 1930 S. 311.

3 RT Bd. 444 S. 213. Die Aufhebung hatte die KPD beantragt. RT Drucks. Bd. 448 Nr. 15.

punkt bestimmen wird, an dem sie zum Angriff gegen das Kabinett *Brüning* vorgeht. Eine solche Taktik ist in Ländern mit gefestigter parlamentarisch-demokratischer Verfassung eine Selbstverständlichkeit. So steht in England der Minderheitsregierung der Arbeiterpartei eine Mehrheit der konservativen und liberalen Partei gegenüber. Diese Mehrheit hätte schon unzählige Male das Arbeiterkabinett *MacDonald* stürzen können. Wenn sie das bisher nicht getan hat, so ließ sie sich dabei von der Erwägung leiten, daß es weder für die konservative noch für die liberale Partei und auch nicht für eine konservativ-liberale Mehrheit geraten sei, den Sturz des Arbeiterkabinetts herbeizuführen und selbst die Regierung zu übernehmen.

Die sozialdemokratische Fraktion ist jeden Tag in der Lage, mit Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen die Regierung zu stürzen, sie kann aber unmöglich mit solchen Bundesgenossen gemeinsam eine neue Regierung bilden. Deshalb und weil die Sozialdemokratie von dem Gefühl der Verantwortung für die arbeitende Klasse durchdrungen ist, lehnte sie jetzt die Zustimmung zu den Mißtrauensanträgen anderer Parteien ab. Und zwar solcher Parteien, die, wie die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen, offen arbeiterfeindlich sind oder, wie die Kommunisten, durch ihre Taktik zur Schwächung der Arbeiterklasse und zur Stärkung des Faschismus beitragen.

Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften sind das Bollwerk gegen die Herrschaft des Faschismus in Deutschland. Die gesamte Arbeiterklasse muß den parlamentarischen Kampf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Verbesserung der Wirtschaftslage, für die Ordnung der öffentlichen Finanzen, für die Erhaltung der Sozialgesetzgebung und für die Sicherung der politischen Freiheiten des Volkes mit allen verfügbaren Kräften unterstützen.

154.

17. 10. 1930: v. Flemming (Stettin) an Silverberg (Köln)

Nachlaß Silverberg 574. – Präs. 251/30.

Sehr verehrter Herr *Silverberg!*

In meinen Sorgen wende ich mich wieder einmal an Sie. Die Osthilfe gerät in ein Fahrwasser, in dem sie stranden oder untergehen muß[1]. Politik, Bürokratismus und Vernachlässigung der gewöhnlichsten wirtschaftlichen Grundsätze sind A und O der Anordnungen. Man ist ängstlich bemüht, jeden praktischen Landwirt auszuschalten; selbst die Berufsvertretungen werden nicht gehört. Ich habe mich unter Zurücksetzung mancher nicht ganz angenehmer Gefühle immer wieder herangedrängt, habe mich bemüht, meinen Rat zu geben, mündlich und schriftlich gewarnt, so gut ich konnte. Alles in den Wind! Herr *Treviranus* ist nicht zu sprechen, da er mit der sehr viel wichtigeren Aufgabe beschäftigt ist, wie er aus

1 Zu den Osthilfemaßnahmen der Regierung *Brüning* Nr. 66–69b, 72 und 75.

seinem Häuflein Getreuer eine Fraktion fertig bekommt. Die ganze Osthilfe ist 100%ig in die Hand Preußens gespielt[2]. Das Reich mit allen seinen Organisationen hat 100%ig versagt. Die Lage hier treibt einer Katastrophe zu, so schlimm, wie man sie nicht beschreiben kann[3]. Betriebe, die noch vor einem halben Jahr als einigermaßen gesund anzusprechen waren, tragen den Todeskeim in sich. Bei der augenblicklichen Preisbildung für unsere Hauptprodukte Roggen und Kartoffeln[4] ist jede Osthilfe zum Mißerfolg verurteilt. Dazu kommt noch, daß man ja gar nicht daran denkt, so wie wir es wollten, privatwirtschaftliche und wirtschaftliche Gedanken im Vordergrunde stehen zu lassen, sondern auch hier spielt die Politik, und zwar die Parteipolitik die Rolle. Ich warte noch kurze Zeit, bis ich Beweise für meine Befürchtungen und Vermutungen habe. Dann werde ich in aller Öffentlichkeit von diesem Irrsinn abrücken, denn ich habe nicht Lust, mir einmal Vorwürfe machen zu lassen, etwas derartiges mitgemacht zu haben. Ich glaube, die gesamte Wirtschaft muß dann Stellung nehmen. Die Roggenstützungsaktion[5] mußte ein Mißerfolg werden und ist es geworden. Alle die Landwirte, die *Schieles* immer wieder ausgesprochenen Forderungen entsprochen haben und den Roggen zurückhielten, werden jetzt bald dazu gezwungen werden, den Roggen zu verschleudern. Wenn ich *Brüning* mit seiner gestrigen Erklärung richtig verstehe, so will das Kabinett den Beimischungszwang jetzt einführen[6]. Ich fürchte trop tard! Was ist nun zu tun? Die Roggengeschichte ist für dieses Jahr versiebt. Ich bin der Ansicht, daß es in Zukunft nur auf folgendem Wege zu lösen ist.

In all den Gebieten, in denen der Roggenanbau zwangsläufig nach wie vor eine große Rolle spielen wird, muß dafür Sorge getragen werden, daß die ebenfalls zwangsläufig im Herbst auf den Markt kommenden Mengen aufgenommen und gespeichert werden. Die hierzu notwendigen Mittel sind im Verhältnis zu den Verlusten der Roggenstützungsaktion minimal. In den Speichern können die Mengen lombardiert werden und müssen dann von einer Zentralstelle aus, die nie etwa eine staatliche oder Preußenkassenstelle sein darf, so in die Verbrauchska-

---

2 Ähnliche Vorwürfe hatten schon die Vertreter der Ostlandbünde in zwei Eingaben an den Reichskanzler vom 1. und 5. 9. 1930 erhoben (BA R 43 I/1822 und 1804). In dem letzten Schreiben hieß es: „Das Vertrauen zur Osthilfe ist erschüttert, nachdem offen zutage tritt, daß die preußische Regierung es verstanden hat, entgegen dem klar ausgesprochenen Willen des Herrn Reichspräsidenten ihre Tendenzen der Reichsregierung aufzuzwingen." Als Anhaltspunkt für diese Behauptung diente den Vertretern der Ostlandbünde die zweite Verordnung zur Durchführung des dritten Abschnitts (Osthilfe) der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 3. 9. 1930, RGBl. 1930 I S. 449. Zur Kritik an der Einflußnahme Preußens und der Preußenkasse auf die Osthilfe auch Nr. 158.

3 Über die Lage und die erregte Stimmung in den Ostgebieten war auch die Reichsregierung informiert, wie sich den Äußerungen von *Treviranus* in einer Chefbesprechung über die Osthilfe am 11. 10. 1930 (BA R 43 I/1804) und *Brüning* in der Kabinettssitzung vom 24. 10. 1930 (BA R 43 I/1447) entnehmen läßt.

4 Klagen über den Preisverfall bei Roggen und Kartoffeln brachte auch *Brandes* am 6. 11. 1930 gegenüber *Brüning* vor. Besprechung mit Vertretern der „Grünen Front", BA R 43 I/2545.

5 Verordnung zur Änderung des Zollsatzes für Gerste zur Viehfütterung unter Zollsicherung vom 8. 9. 1930, RGBl. 1930 I S. 455; vgl. Brüning S. 203.

6 Vgl. die Regierungserklärung *Brünings* vom 16. 10. 1930, RT Bd. 444 S. 17ff.; Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. 12. 1930, achter Teil: Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft. RGBl. 1930 I S. 600.

näle geleitet werden, wie der Verbrauch es verlangt. Das kann natürlich nur in der Weise geschehen, daß die Mengen bestmöglich verwertet und nicht fest verkauft werden, also eine Anlehnung an den kanadischen Pool, ohne dessen Fehler nachmachen zu wollen. Die Kartoffelfrage ist nur dadurch zu lösen, daß die Veredelungsindustrien voll ausgenutzt werden und daß so schnell wie möglich m. E. eine mindestens 10%ige Beimischung von Sprit zu anderen Treibstoffen durchgeführt wird[7]. Die Ausrede, daß wir nicht genügend hochprozentigen Sprit erzeugten, ist Unsinn. Jede einigermaßen anständig aufgezogene Brennerei ist heute in der Lage, unter Umständen bei Investierung außerordentlich geringer Mittel einen Spiritus von 99 bis 99,5% herzustellen. Man muß nur endlich einmal aus den theoretischen Erörterungen heraus zur Tat schreiten. Ferner muß die Schweinemast in verstärktem Umfang dahin verlegt werden, wo das Hauptfuttermittel, nämlich die Kartoffel, wächst. Die gewerblichen Schweinemästungen haben, so hart das klingen mag, in der heutigen Zeit keine Existenzberechtigung mehr. Es ist ein wirtschaftlicher Unfug, 20 Zentner Kartoffeln vom Osten nach dem Westen zu schicken, statt zwei Zentner Schwein.

Nun aber die Hauptsache meines heutigen Briefes. Ich glaube, auch Sie und Ihre Freunde werden mit allerschärfsten Mitteln darauf hinwirken müssen, daß Ihr Geld, d. h. das der Industriebelastung, nicht in dem unersättlichen Reichsetat verschwindet. Ich weiß, wie stark Sie sich bereits dafür eingesetzt haben[8]. Ich habe neuerdings versucht, auf *Dietrich* durch seinen Freund, den *Grafen Douglas* aus Baden, einzuwirken. *Graf Douglas* hat versprochen, es zu tun. Wir kommen aber, immer unter der Voraussetzung einer zufriedenstellenden Lösung der Preisfrage, doch in der Osthilfe nur vorwärts, wenn die Umschuldung mit einer starken Entschuldung verbunden ist, und dies ist nur möglich, wenn die Zinsen niedrig sind und die Amortisation hoch ist. Ich habe hierüber neulich in Stettin in der Hauptversammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft gesprochen. Ich gestatte mir, Ihnen einen Teil des Vortrages beizulegen[9], in dem ich die Punkte, die für Sie von besonderem Interesse zu sein scheinen, angestrichen habe. Wo ich nur kann, trete ich immer wieder dafür ein, daß man der Industrie eine Weiterbelastung nur dann zumuten kann, wenn sie in einer verhältnismäßig kurzen Frist ihr Geld als Zweckvermögen ganz oder wenigstens zum größten Teil wiederbekommt. Dabei erscheint es mir völlig uninteressant, ob in dieser Zwischenzeit Zinsen dafür gezahlt werden. Eine 5%ige Amortisation nutzt beiden Teilen wesentlich mehr.

Nun will ich heute aber nicht länger elenden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir gelegentlich einmal mitteilen ließen, wann Sie in Berlin sind. Ich würde versuchen, dann herüberzukommen.

Schließlich darf ich noch meinem Bedauern Ausdruck geben, daß es mir nicht glückte, meinem Wunsche entsprechend *Luther* zu veranlassen, Sie in den Generalrat der Reichsbank zu bringen, d. h. *Luther* war durchaus in keiner Weise ablehnend, sagte aber, er müsse den Vorschlag des Reichsverbandes der Industrie

7 Verwirklicht durch die Verordnung über den Bezug von Spiritus zu Treibstoffzwecken vom 20. 1. 1931, RGBl. 1931 I S. 12.

8 Vgl. Anm. 1.

9 Nicht abgedruckt.

akzeptieren. Und der Reichsverband schlug eben Herrn *Müller* und nicht Sie vor. Daß ich bei dieser Gelegenheit in dieses hohe Gremium hereingekommen bin, erfuhr ich knapp 24 Stunden vor der Generalratssitzung, als *Luther* mich dringend nach Berlin kommen ließ. Ich habe mich natürlich sehr gefreut, einmal, daß ein Landwirt hineingewählt worden ist, und zweitens, daß ich dieser Landwirt bin. Noch mehr gefreut hätte es mich, wenn ich in diesem Gremium auch mit Ihnen hätte zusammenarbeiten können.

Mit den besten Grüßen bin ich
Ihr stets ergebener *Flemming*

155.

20. 10. 1930: Silverberg (Köln) an v. Flemming (Stettin)

Nachlaß Silverberg 574. Durchschlag.

Sehr verehrter Herr *v. Flemming!*

Auf Ihren Brief vom 17. Oktober[1] kann ich Ihnen erwidern, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie in Bezug auf die beabsichtigte Hilfe für die Landwirtschaft durch die Bank für Deutsche Industrieobligationen nach wie vor auf demselben Standpunkt steht, den er seiner Zeit offiziell eingenommen hat[2]. Wegen der langen Pause habe ich ausdrückliche Veranlassung genommen, in der vorigen Woche durch den wirtschaftspolitischen Ausschuß nochmals eine ausdrückliche Bestätigung in diesem Sinne herbeizuführen. Soweit ich habe feststellen können, sind für den Etat 1931 aus der Industrieaufbringung 180 Millionen RM in den Etat eingestellt. Ob hier noch Änderungen möglich sind, wird Gegenstand ernster und schwieriger Verhandlungen sein müssen, zu denen ich mich, sofern die Landwirtschaft meine Mitwirkung wünscht, zur Verfügung stelle.

Lassen Sie mich, verehrter Herr *v. Flemming,* nunmehr ganz offen sagen, daß ich den Gang der Dinge, wie sie gelaufen sind, befürchtete. Ich möchte Ihnen auch in aller Offenheit die Gründe sagen, durch die eine klare und einfache Idee, wie sie von Industrieseite vorgeschlagen worden ist, kompliziert und damit in der Durchführung verhindert wurde. Die Verantwortlichen sind ausschließlich Herr *Frhr. v. Braun* mit der Idee der Ablösungsbank und deren Verbindung und Verkupplung mit den Leistungen aus der Industrieaufbringung[3]. Hierdurch wurde der Preußenkasse das willkommene Sprungbrett gegeben, sich einzuschalten, weil sie auf diesem Wege ihre Forderungen sanieren wollte. Das zweite Hemmnis liegt in der Bürokratie des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, die alles und jedes getan hat, um Schwierigkeiten zu schaffen, teils juristischer, teils sachlicher Art, an der Spitze Herr Ministerialrat Dr. *Quassowski.* Sie wissen selbst, daß Herr Minister *Schiele* von Anfang an dem Gedanken nicht freundlich

1 Nr. 154.

2 Nr. 37a, Anm. 7.

3 Zu den Vorstellungen *Frh. v. Brauns* Nr. 10.

gegenüberstand[4] und infolgedessen zumindest nichts getan hat, um die in seinem Ministerium geschaffenen Schwierigkeiten zu beseitigen.

Ich bin heute noch der Auffassung, daß die Grundidee: Erhaltung der lebensfähigen Betriebe, damit diese nicht auch notleidend werden, dringend ist und daß man sofort darangehen sollte, hier einzugreifen.

Von den anderen von Ihnen erwähnten Mitteln verspreche ich mir nicht allzuviel, obwohl man sie auch anwenden kann. Die Roggenpreisstützungsaktion war von Anfang an verfehlt, besonders weil man sie gegen den Handel machen wollte und man sich damit eine natürliche Gegnerschaft schuf. Eine solche Aktion kann man nur mit dem Handel machen; die regierenden Herren werden das hoffentlich einmal einsehen müssen. Das Entscheidende scheint mir zu sein, ob es Ihnen gelingt, die Anbaufläche für Roggen einzuschränken und Roggen nur da anzubauen, wo es nach der klimatischen Lage und der Bodenqualität eine unumgängliche Notwendigkeit ist.

In der nächsten Zeit bin ich am 24. und 25. Oktober in Berlin, ferner vom 28. bis einschließlich 30. Oktober. Am liebsten wäre mir eine Aussprache in den letztgenannten Tagen und am liebsten abends, da ich die Tage über außerordentlich in Anspruch genommen bin.

Noch eine kurze Bemerkung zur Reichsbank. Es ging nicht an, daß in dem Generalrat der Reichsbank unter 10 Mitgliedern 3 Herren der Deutschen Bank saßen, und zwar der Vorsitzende des Aufsichtsrats *Urbig,* der leitende Direktor *Wassermann* und dann noch ich, der ich sämtlichen Ausschüssen des Aufsichtsrats angehöre und überall als Deutscherbank-Mann gelte, während auf der anderen Seite die Darmstädter Bank und die Dresdner Bank nicht vertreten sind. Anders liegt die Sache, wenn eine Vergrößerung der Zahl der Generalratsmitglieder auf die ursprüngliche Zahl von 14 wieder einträte.

Mit besten Grüßen bin ich Ihr
sehr ergebener *Si[lverberg]*

4 Hinweise auf die Haltung *Schieles* in Nr. 66, Anm. 4.

156.

20. 10. 1930: Heuss an Albert Hopf (Stuttgart)

Nachlaß Heuss 57. Durchschlag.

Lieber Freund,

bist Du am Samstag[1] eigentlich noch einmal im Reichstag gewesen oder doch schon in der Frühe abgefahren? Ich will Dir in Ergänzung der letzten Mitteilungen vom Freitag noch ein paar Informationen für Dich und für Reinhold *Maier* geben, bin aber im übrigen der Meinung, daß die Frage einstweilen noch mit einiger Delikatesse behandelt werden muß.

1 18. 10. 1930.

Ich erzählte Dir, daß am Freitag mittag die Frage der technischen Arbeitsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei in Anregung kam, nachdem dort eine innere Kräfteverschiebung sich durchgesetzt hatte[2]. Die Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei erklärte sich am Freitag abend zu Verhandlungen auf der Basis bereit, [daß] bei Selbständigkeit der Gruppen für die Verteilung bei den Ausschüssen beide Parteien als Einheit auftreten[3]. Da die Volkspartei 30 und wir 14 Leute haben, der Verteilungsschlüssel für die Ausschüsse 20 beträgt, hat die Volkspartei heute fast in allen Ausschüssen nur einen Sitz, bei einigen zwei Sitze, je nach der Verteilung der Reste. Die politische Wirkung und der politische Sinn einer gemeinsamen Aktion wäre nicht nur der gewesen, uns aus der Verdammnis der Arbeitslosigkeit herauszuholen, sondern den Kommunisten einen Ausschußsitz zugunsten der bürgerlichen Mitte zu nehmen.

Leider war von der volksparteilichen Fraktion schon am Freitag abend geschwätzt worden; der Rundfunk redete von den Verhandlungen. Das war für Herrn Dr. *Scholz* Anlaß, sich wieder einzuschalten. (Für die Verhandlungen war *Dauch* bestimmt gewesen.)

Wir hatten Samstag vormittag unsere Fraktionssitzung, in der es gelang, die Gefühlswiderstände bei zweien oder dreien auszuschalten. *Meyer* und ich wurden mit den Verhandlungen betraut. Ich verständigte mich mit *Morath* über die technischen Dinge. *Morath* teilte uns mit, daß *Scholz* seinen Krankheitsurlaub unterbrechen würde und selber mit *Weber* verhandeln wolle. Er kam statt, wie wir angenommen hatten, um 12 Uhr, dann um 5 Uhr und zerschlug uns den ganzen Laden, indem er verlangte, daß wir als Hospitanten der deutschen volksparteilichen Fraktion beitreten. Seine Aufgabe sei es seit 6 Jahren, die Fraktion rechts zu halten, ein Entgegenkommen an uns sehe wie eine Linksschwenkung aus. Das ist offenbar der Tenor der Mitteilungen an *Weber* gewesen, der die Verhandlungen damit als zunächst gescheitert erklären mußte; denn es ist vollkommen ausgeschlossen, unsere 14 Leute in der Richtung zu bewegen, bei der Volkspartei sozusagen Unterschlupf zu suchen, vor allem nach der unmöglichen Politik *Scholz'* in der Präsidentenfrage[4]. Auf meine Veranlassung ist dann später *Dietrich* noch einmal zu *Scholz* gegangen, um ihm die staatspolitische Situation klar zu machen. *Scholz* hat ihm dann wegen des südwestdeutschen Wahlbündnisses Vorwürfe gemacht, und *Dietrich* war nach dieser Verhandlung ziemlich auf *Scholz* geladen. *Curtius* war für dieses Stadium der Verhandlungen nicht erreichbar, ist aber offenbar im Augenblick ohne fraktionspolitischen Einfluß, weil man ihn doch vor ein paar Tagen hatte stürzen wollen.

Keinath, nach dem ich den ganzen Tag suchte, um gemäß unseres „Kontraktes" auf Vermittlung zu drängen, war die ganzen letzten Tage nicht im Haus gewesen,

2 Die DVP hatte zunächst mit der Wirtschaftspartei, den Christlich-Sozialen und den Volkskonservativen über die Bildung einer technischen Fraktionsgemeinschaft verhandelt. Dieser Versuch scheiterte an der Wirtschaftspartei.

3 Sitzung der DVP-Fraktion am 17. 10. 1930, 19.20 Uhr, BA R 45 II/67.

4 *Scholz* hatte am 15. 10. 1930 gegen *Löbe* für das Amt des Reichstagspräsidenten kandidiert, war aber trotz Unterstützung durch die Nationalsozialisten unterlegen. RT Bd. 444 S. 7ff. Die Verhandlungen mit der NSDAP, die der Abstimmung vorausgingen, wurden von seiten der DVP durch Emil *v. Stauß* geführt. Anlage zum Schreiben *Blanks* an *Reusch* vom 16. 10. 1930, HA/GHH 4001012024/7.

da im Augenblick sein Großhandelsverband eine Tagung abhielt. Er kam erst am Samstag abend zu den Abstimmungen hergerufen. Ich habe ihm den Tatbestand vorgetragen, aber er zeigte sich oder stellte sich vollkommen unorientiert über die Situation. Ich bat ihn dann, die Frage lebendig zu halten. Er meint, sie sei vielleicht noch korrigierbar. Ich sagte ihm meine Ansicht, daß ich befürchte, daß bei *Scholz* etwas Ranküne, obwohl dieser ausgeschieden, nachwirke. Bei unseren Leuten, vor allem auch bei *Weber,* ist eine ziemlich bittere Stimmung zurückgeblieben, die auch von einigen Volksparteilern geteilt wird. Ganz grob formuliert: *Scholz* will heute lieber einen Kommunisten in den Ausschüssen haben als einen Staatsparteiler, d. h. er denkt offenbar vollkommen parteieng und denkt, daß wir kaputt gehen, wenn uns Ausschußvertretung und Antragsrecht von ihm verwirkt[5] wird.

Der ganze Vorgang ist tief verstimmend deshalb, weil jetzt in diesen Tagen die Ausschüsse für ein Jahr festgelegt werden. Es war mir gelungen, durch sehr intensives Drücken auf das Reichstagsbüro zunächst die Ausrechnung der Ausschußziffern (Fraktionsbeteiligung) vom Freitag auf den heutigen Montag zu verschieben, damit wir uns noch einschalten könnten. Das ist jetzt aber umsonst gewesen, und ich fühle mich den Beamten gegenüber etwas blamiert[6].

Teile mir gleich mit, was Du eventuell an Versammlungen für mich planst. Ich werde je nachdem am Donnerstag abend wegfahren, sonst Freitag früh. Samstag will ich die Werkbundgeschichte in Stuttgart mitmachen. Dienstag muß ich zurückfahren, da ich Mittwoch vormittag vor Polizeioffizieren zu predigen habe.

Mit herzlichem Gruß
Dein

5 Im Original: „erwürgt".

6 Obwohl es zu keiner Einigung zwischen DVP und Deutscher Staatspartei kam, gelang es der Staatspartei, durch Heranziehung des Abgeordneten August *Hillebrand* (Deutsche Bauernpartei) Fraktionsstärke zu erreichen und in den Ausschüssen vertreten zu sein. Stephan S. 476f.

157.

Ende Oktober 1930: Aufzeichnung von Graf Westarp über mehrere politische Besprechungen (Auszug)

Nachlaß Westarp. Handschriftliche Korrekturen und Ergänzungen. Überschrift: „Meine Verhandlungen zwischen dem 18. Juli und 18. Oktober 1930."

[. . .][1]

Gleichzeitig schwebten bis zur Wahl dauernde Verhandlungen über ein politisches Zusammengehen auf weiterer Grundlage. Sie wurden hauptsächlich von *Lindeiner* geführt, der dabei mehr Zurückhaltung übte als *Treviranus* und insbesondere den Anschluß der Staatspartei verhinderte. Er hielt mich dauernd auf dem laufenden, und ich war mit dem schließlichen Ergebnis – Erklärung von *Scholz, Drewitz* und v.

1 Darstellung der Verhandlungen zu einer gemeinsamen Reichsliste der Konservativen Volkspartei mit der Landvolkpartei. Vgl. Nr. 115–117. Zu der Aufzeichnung *Westarps* Jonas S. 86ff.

Lindeiner, sich im Wahlkampf gemeinsam für das *Hindenburg*programm einsetzen zu wollen vom 21. 8.[2] – einverstanden, da zur Zeit nicht mehr erreichbar war. Für den Zusammenschluß auf weiterer Grundlage setzten sich in mehrfachen Unterredungen, die auch ich mit *Reusch, Blank* und anderen hatte, mit besonderem Nachduck die „Ruhrlade" und die Banken als Geldgeber ein[3].

Nach der Wahl führte das Landvolk als solches das Reichslistenabkommen loyal durch und schloß *Mönke,* der im Gegensatz zu *v. Arnim-Ragow* den bindend zugesagten Verzicht nicht ausführte, aus Fraktion und Partei aus. Dagegen scheiterten die Verhandlungen zu irgendwelchem fraktionellen und interfraktionellen Zusammenschluß mit dem Landvolk vollständig an dessen Weigerung. Von *Gereke* wurde mir mehrfach versichert, daß er für den Zusammenschluß eintrete, sich aber gegenüber *Hepp* und *v. Sybel* und anderen nicht durchsetzen könne. Vor einer entscheidenen Sitzung des Landbundvorstandes am 1. und 2. Oktober und des Landvolkes sprach ich darüber wiederholt mit *Schiele.* Er stand stark unter dem Eindruck, daß auch sein Gedanke, das Landvolk in breiterem Umfange zusammenzufassen, bei der Wahl gescheitert war. Nachdem große Teile des Landvolkes zu *Hitler* übergegangen und bei *Hugenberg* verblieben seien, komme es jetzt in erster Linie darauf an, wieder die Einheit im Landbund herzustellen und diese Entwicklung nicht durch fraktionelle Verbindungen mit uns oder gar mit den Christlich-sozialen, der Wirtschafts- und der Deutschen Volkspartei zu gefährden. Er setzte sich also nicht nur nicht für den fraktionellen Zusammenschluß ein, sondern hat ihm entgegengewirkt und mich damit zu trösten gesucht, daß die Zeit jetzt noch nicht reif sei und man diese Entwicklung abwarten müsse, und ferner, daß der Reichstag doch keine lange Lebensdauer haben werde, so daß es nicht lohne, sich in ihm häuslich einrichten zu wollen. Ich ließ ihm keinen Zweifel, daß ich mich durch diese seine Haltung stark enttäuscht fühle und von der Isolierung von uns vier im Reichstag ebenso wie von einer einseitigen Verbindung mit dem Christlich-sozialen Volksdienst eine schwere Schädigung der Konservativen Volkspartei befürchte. Von *Gereke* wurde ich am 3. Oktober nochmals darauf vertröstet, daß die letzte Entscheidung erst bei Zusammentritt des Reichstages am 13. Oktober erfolgen werde und daß der Zwang der Verhältnisse im Reichstage dann vielleicht eine Wendung herbeiführen könne. Er ließ einfließen, daß die Verbindung mit mir und den Welfen[4] keine Schwierigkeiten mache, daß aber *Lambach* und *Lindeiner* an manchen Stellen abgelehnt würden. Im übrigen führte er die Abneigung des Landvolkes gegen weitere Bindungen einerseits auf die berufsständische Einstellung und persönliche Motive von *Hepp* und *v. Sybel,* andererseits auf den Eindruck des nationalsozialistischen Erfolges und auf die Niederlage zurück, die *Schieles* Gedanke erfahren habe. Da wir vor Zusammentritt des Reichstages aus technischen Gründen zu einer Klärung kommen mußten, stellte ich am 8. Oktober *Gereke* die ultimative Frage, ob er bestimmte Aussicht auf einen Zusammenschluß noch machen könne, und teilte ihm, als er dies

2 Schulthess 1930 S. 191 f. Vgl. Nr. 132.

3 Vgl. Nr. 115, 116, 122a und 122b.

4 Gemeint ist die Deutsch-Hannoversche Partei, die bei der Wahl mit den Volkskonservativen zusammenging.

verneinte, mit, daß wir mit den Christlich-sozialen abschließen würden, was er mit Zustimmung hinnahm.

Der Abschluß mit den Christlich-sozialen ist durch *Lindeiner* erfolgt, ich habe ungern, aber weil als technischer Notbehelf nichts anderes übrig blieb, zugestimmt. *Mumm* und die anderen früheren deutschnationalen Abgeordneten erklärten, daß sie zu engerer gemeinsamer Arbeit hinneigten. *Simpfendörfer* und der Volksdienst wachten und wachen eifersüchtig darüber, daß gemeinsame politische Fraktionssitzungen nicht stattfinden. Meine Bemühungen in der einzigen Sitzung dieser Art, den Volksdienst davon zu überzeugen, daß es sich bei der Reichstagspräsidentenwahl von *Löbe* nicht um eine Forderung der Gerechtigkeit oder gar um ein bindendes Recht der Geschäftsordnung und der Gewohnheit, sondern um eine politische Frage handele und daß politische Gründe ein geschlossenes Eintreten der Rechten für die Wahl von *Scholz* erforderlich machten, führten nicht zum Erfolg[5].

Daneben gingen unmittelbar vor und nach dem 13. Oktober Verhandlungen hauptsächlich mit *Scholz*[6]. Er war zunächst besonders auf eine technische Fraktionsgemeinschaft zwischen Volkspartei, Wirtschaftspartei, Christlich-sozialen und uns eingestellt. Ich stimmte dem zu, betonte aber immer wieder, daß außerdem ein politisches Zusammengehen erstrebt werden müsse. Formell könne etwa ein interfraktioneller Ausschuß die Grundlage bilden, materiell aber hielte ich als in hohem Maße erstrebenswert, daß bei den kommenden Verhandlungen über die Regierungserklärung von diesen drei Fraktionen eine gemeinsame Erklärung etwa des Inhaltes abgegeben werde, daß man zwecks Durchführung, aber nach Änderung und Ergänzung des Regierungsprogramms das Kabinett zunächst stützen wolle, aber geschlossen dafür eintrete, daß dabei keine Konzessionen an die Sozialdemokratie gemacht würden und daß, sobald dies der Fall sei, wir unsere Unterstützung zurückzuziehen entschlossen seien. Ein solcher Schritt von 74 Abgeordneten würde von großer politischer Bedeutung und Wirkung sein, weil er dem Zentrum ein starkes und geschlossenes Gegengewicht gegen das Abgleiten zur Sozialdemokratie gegenüberstelle. *Scholz* nahm diesen Gedanken mit lebhafter Zustimmung auf, und *Lindeiner* trat gleichfalls warm für ihn ein. Auch *Drewitz* war zunächst nicht ablehnend. *Rippel* und *Simpfendörfer,* mit denen ich am 16. abends darüber sprach, hielten es gleichfalls für möglich, daß die Christlich-sozialen darauf eingehen würden. Am 16. mittags erklärte uns indessen *Drewitz* nach einer Fraktionssitzung, daß die Wirtschaftspartei nicht für die Regierung stimmen, sondern höchstens sich der Stimme enthalten werde und daß man jedenfalls ein Zusammengehen mit den Christlich-sozialen und der Deutschen Volkspartei ablehne[7]. Bei den Christlich-sozialen bestanden wegen des Vorgehens des Pfarrers *Brodersen* starke Abneigung gegen *Scholz* und die Deutsche Volkspartei, die *Lindeiner* beizulegen versuchte, was aber trotz Entgegenkommens von *Scholz* nicht vollständig gelungen ist. Infolge des Verhaltens von *Drewitz,* dessen Fraktion am 16. noch stark durch den Entschluß des Landvolkes,

5 Vgl. Opitz S. 185 f.

6 Vgl. Jonas S. 93 f.

7 Zur Haltung der Wirtschaftspartei Schumacher S. 147 ff.

das Mißtrauensvotum anzunehmen, beeindruckt war, und da ferner *Scholz* aus Gesundheitsgründen gerade in diesen Tagen aus den Verhandlungen ausschied, fiel der ganze Plan eines Zusammengehens ins Wasser. *Scholz* versicherte mir, daß er im Dezember darauf zurückkommen wolle. Nach einer Rücksprache mit *Dauch* habe ich den Eindruck, daß die Wirtschaftspartei für ihre Ablehnung des Mißtrauensvotums beim Zentrum und der Deutschen Volkspartei den Entschluß eingehandelt hat, das von *Schiele* vorbereitete Agrargesetz (Roggenbeimischungs- und Verwendungszwang anderer Produkte) am 18. nicht mehr zu verabschieden. Das Gesetz fiel aber, wie ausdrücklich festgestellt werden konnte, auch deshalb ins Wasser, weil das Zentrum und die Bayern darüber erbost waren, daß das Landvolk zuerst die Annahme des finnischen Handelsvertrages dankend hingenommen, dann aber den Überbrückungskredit und den Übergang zur Tagesordnung bei den Mißtrauensanträgen abgelehnt hat[8]. Aus der ganzen Situation ist es, wie *Schiele* mir am 19. mitteilte, noch in der Nacht vom 18. bis 19. zu scharfen Auseinandersetzungen in der Landvolkfraktion gekommen, bei denen *Gereke, Stauffenberg* und verschiedene Bauern wie *Lind* und andere scharfen Protest gegen die Einstellung der *Hepp, v. Sybel* und *Wendhausen* gegen *Schiele* und für die Nationalsozialisten erhoben haben. Am 19. glaubte *Schiele* andeuten zu können, daß es darüber zu einer Spaltung und einer Annäherung eines Teiles an uns kommen werde. Am 20. schien diese Entwicklung dadurch überholt zu sein, daß *Schiele* mit Kabinettsfrage den Erlaß des unter den Tisch gefallenen Agrargesetzes als Notverordnung verlangen wollte und hierzu natürlich die einstimmige Zustimmung der Landvolkfraktion hatte. Er denkt ernstlich daran, sich durch Ausscheiden aus dem Kabinett seine Stellung in der Landwirtschaft wieder zu erobern. Ich redete ihm zu, die Notverordnung ultimativ zu fordern.

Durch meinen Aufsatz „Was nun?" in der Kreuzzeitung vom 17. September, Nummer 266, hatte ich im Einvernehmen einerseits mit *Schiele,* andererseits mit *Treviranus* und *Lindeiner* die Forderung aufgestellt, daß *Brüning* die Nationalsozialisten ernstlich vor die Verantwortung stellen solle. Am Donnerstag, den 2. Oktober, empfing mich *Brüning* in Gegenwart von *Schiele* im Rahmen der Parteiführerbesprechungen[9]. *v. Lindeiner* kam während der Besprechung hinzu. Vorher hatte mir *Schiele* wie schon wiederholt die Ansicht ausgesprochen, daß die Regierung *Brüning* im Reichstage gestürzt werden würde, daß dann aber nicht dasselbe Kabinett, sondern ein anderes wirklich überparteiliches noch einmal vor den Reichstag treten und, wenn er auch diesem Kabinett das Vertrauen und die Mitarbeit versage, die Auflösung und die weiteren Maßnahmen durchführen müsse. Er steht damit im Gegensatz zu *Treviranus,* der an dem Kabinett *Brüning* festhält. In der Besprechung, die über zwei Stunden dauerte, deutete *Brüning* die mir auch schon von *Treviranus* übermittelte Auffassung an, daß er die Nationalsozialisten auch aus dem Grunde nicht heranziehen wolle, weil er es für die kommenden Revisionsverhandlungen des Tributplanes für gar nicht ungünstig halte, wenn sie einstweilen noch weiter agitatorisch erstarken. Im übrigen ließ er durchblicken, daß er beim Zentrum ein engeres Zusammengehen mit den Nazi gar nicht würde durchsetzen können. Die Forderung der Revision des Tributplanes sei

8 Abstimmungen am 18. 10. 1930. RT Bd. 444 S. 183 ff.

9 Schulthess 1930 S. 198.

erst zu erheben, wenn Wirtschaft und Finanzen saniert seien, er rechnete mit drei Jahren. Später sagte mir *Treviranus,* Voraussetzung für ein Vorgehen bei der Tributbank (Sonderausschuß) sei nur die [. . .][10], nicht die Wirkung der Finanzgesetze. Damit scheint die Regierungserklärung übereinzustimmen. Während dieser Zeit müßten wir auch noch mit Auslandsanleihen arbeiten. Ich widersprach dem allen aus den bekannten Gründen und setzte schließlich, im Sinne des von *Schiele* mir ausgesprochenen Wunsches, ausdrücklich auseinander, ich rechne nicht damit, daß das Kabinett sich unter den gegebenen Verhältnissen mit Unterstützung der Sozialdemokratie durchsetzen könne, und ich sei der Meinung, daß, wenn es gestürzt werde, an seine Stelle ein anderes, von den Parteien noch mehr losgelöstes Kabinett werde treten müssen. *Brüning* erwiderte unter anderem, daß er eine Entwicklung, bei der dieses Ziel ins Auge gefaßt werde, gar nicht mitmachen könne, ohne seine Freunde darüber zu unterrichten, und daß das Zentrum dabei nicht mitgehen werde. *Lindeiner* milderte ab, indem er ausführte, daß doch zum mindesten an einzelnen Stellen wie *Curtius* und *Wirth* eine Personaländerung notwendig sein werde.

[. . .][11]

10 Wort nicht zu entziffern.

11 Rückblickende Bemerkungen über die Frage des monarchischen Bekenntnisses im Wahlprogramm.

158.

23. 10. 1930: Aufzeichnung des Staatssekretärs Meissner über eine Besprechung des Reichspräsidenten v. Hindenburg mit Reichsminister Schiele und Vertretern des Deutschen Landvolkes

ZStA Präsi 331/Bl. 127–130. Durchschlag.

Anwesend: Der Herr Reichspräsident, Herr Reichsminister Dr. *Schiele,* die Vorsitzenden der Fraktion Deutsches Landvolk, [die] Herren Abgeordneten *Döbrich, Gereke, Hepp* sowie Herr Staatssekretär Dr. *Meissner.*

Der Vorsitzende der Fraktion Deutsches Landvolk **Abgeordneter Döbrich** legt einleitend dem Herrn Reichspräsidenten die grundsätzliche Stellungnahme des Deutschen Landvolks zu den Fragen der Landwirtschaft und der Regierungspolitik dar.

Abgeordneter Hepp führt anschließend im einzelnen folgendes aus: Die deutsche Zoll- und Handelspolitik müsse eine Erweiterung und Änderung erfahren. Die Lage des Weltmarktes habe die früheren Maßnahmen zum Schutze der deutschen Landwirtschaft überholt. Daher müsse das Rüstzeug auf zoll- und handelspolitischem Gebiet verbessert werden und in Ergänzung derselben entsprechende innerpolitische Maßnahmen Platz greifen. Grundsätzlich dürfen wir aus dem Auslande überhaupt keine Lebensmittel hereinkommen lassen. Im einzelnen ist nötig, die sofortige Erhöhung des Futtergersten-Zolles, die Erhöhung des Butterzolls um 100 Prozent sowie die Revision verschiedener Handelsver-

träge[1], insbesondere die des deutsch-italienischen Handelsvertrages[2]. Grundsätzlich fordern wir volle Zollautonomie und Abkehr vom Grundsatz der Meistbegünstigung. Wir sind gegen die Handelspolitik [von] *Curtius* und auch gegen seine Persönlichkeit.

Zur Ergänzung dieser Zollmaßnahmen sind eine Reihe innerwirtschaftlicher Maßnahmen notwendig: zur Herstellung inländischer Erzeugnisse dürfen ausländische Agrarprodukte nur in ganz beschränktem Ausmaße verwendet werden. Dies gilt insbesondere für die Verwendung ausländischer Fette bei der Margarine-Produktion, für ausländisches Malz, ausländische Gerste und Hopfen, für ausländischen Flachs und Wolle. Notwendig ist ferner ein Beimahlungszwang von Roggen zu Weizenmehl. Der deutsche Obst-, Garten- und Gemüsebau muß durch ein Handelsmonopol für Südfrüchte und ausländisches Obst und Gemüse geschützt werden.

Die Kreditpolitik der Preußenkasse müssen wir als nicht sachlich, sondern stark politisch beeinflußt beanstanden; sie muß geändert werden; insbesondere ist eine Verlängerung der gewährten Kredite bis 1932 notwendig, weil sonst die Rückzahlungsverpflichtungen auch noch auf die Preise der Bodenerzeugnisse drücken. Die Osthilfe genügt nicht zur Sanierung der östlichen Landwirtschaft; wir beantragen daher ein neues Osthilfe-Gesetz, dessen Ausführungen allein in der Hand des Reiches liegen sollen[3].

Was die Steuern anlangt, so sind wir der Meinung, daß die Landwirtschaft ein Steuermoratorium braucht, insbesondere auf dem Gebiet der Realsteuern.

Wir richten die dringende Bitte an den Herrn Reichspräsidenten, die Maßnahmen, wenigstens die dringendsten derselben, auf dem Wege der Notverordnung in Angriff zu nehmen, da eine frühere Einberufung des Reichstages[4] vom Herrn Reichskanzler als unmöglich bezeichnet wurde, die Situation aber einen Aufschub nicht gestattet.

Abgeordneter Dr. Gereke unterstützt die Bitte um baldigen Erlaß der erforderlichen Maßnahmen auf Grund Artikel 48, dessen rechtliche Voraussetzungen sich aus der Notlage der Landwirtschaft ergeben. Die Maßnahmen müßten bald in Kraft treten, damit sie sich noch in diesem Jahre auswirken können.

Reichsminister Dr. Schiele: Die Osthilfe ist ohne gleichzeitige Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft nutzlos. – Die Kreditpolitik der Preußenkasse ist, wie er zugeben müsse, ein starkes Hemmnis für die Absichten, die er verfolge. – Das Südfruchtmonopol ist ein dringender und berechtigter Wunsch der deutschen Landwirtschaft. – Die innerwirtschaftlichen Maßnahmen (Verwendungszweckbestimmungen) sind bereits in die Wege geleitet. Die Margarine-Industrie hat bereits zustimmend darauf reagiert. Es sind weitere Maßnahmen in Vorbereitung, um amerikanischen Speck und amerikanisches Schmalz durch

1 Diese Forderungen, an denen die Landwirtschaft auch in den folgenden Monaten festhielt, stießen auf heftige Kritik der industriellen Verbände, die die Interessen der exportorientierten Betriebe gefährdet sahen. Zum Konflikt zwischen Industrie und Landwirtschaft Nr. 27 und 54b.

2 Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Italien vom 31. 10. 1925, RGBl. 1925 II S. 102.

3 Zur Kritik von agrarischer Seite an der Osthilfe Nr. 154 und 155.

4 Der Reichstag hatte sich am 19. 10. 1930 bis zum 3. 12. 1930 vertagt. RT Bd. 444 S. 201.

deutsche Erzeugnisse zu verdrängen. Dringend ist ein Beimahlungszwang von Roggen- zu Weizenmehl; da die Durchführung dieser Maßnahmen mindestens vier Wochen Vorbereitung bedarf, wäre der baldige Erlaß einer Notverordnung empfehlenswert; die gesetzliche Verabschiedung einer diesbezüglichen Vorlage durch Reichstag und Reichsrat würde zu lange dauern, ihre Wirkung käme zu spät. – Bezüglich der Kartoffelernte sind verschiedene Maßnahmen zur Förderung des Kartoffelabsatzes teils getroffen, teils in Vorbereitung. So ist das Brennrecht erhöht, die Verwendung der Kartoffel zur Stärkefabrikation erweitert, die Kartoffelflockenfabrikation gefördert worden. – Da keine weitere Zeit verloren werden darf, empfiehlt es sich, eine ganze Reihe von Maßnahmen bereits jetzt durch eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten auf Grund [des] Artikels 48 zu erlassen.

Der Herr Reichspräsident sagte unter Hinweis auf sein oft betontes Interesse für die Landwirtschaft sofortige Weiterverfolgung der hier vorgetragenen Wünsche zu, wegen der er sich im Laufe des morgigen Tages mit dem Herrn Reichskanzler besprechen werde[5].

Am Schlusse der Besprechung wurde eine Pressenotiz vereinbart und verabredet, daß über die Einzelheiten der heutigen Besprechung weitere Mitteilung in der Presse nicht gemacht werden soll.

Für die Richtigkeit:
Meissner
Staatssekretär

5 Bereits am folgenden Tage führte das Kabinett eine Aussprache über agrarpolitische Maßnahmen. Am 25. 10. 1930 billigte es ein „Notprogramm" des Landwirtschaftsministers. BA R 43 I/1447. Dieses Notprogramm wurde am 1. 12. 1930 als Verordnung des Reichspräsidenten erlassen. RGBl. 1930 I S. 600. Vgl. Pünder S. 77.

159.

29. 10. 1930: Bericht des Badischen Gesandten Honold über die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags

GLAK 49/2068. Durchschlag – Nr. 7718. Datiert 8. 11. 1930.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages setzte die Beratung der Tagesordnung seiner Sitzung vom 20. Oktober am 29. Oktober dieses Jahres fort[1]. Es wurde über die fünf vorliegenden Anträge, die sich auf die Aufhebung des Versailler Vertrages, des Young-Planes, die Einstellung der Zahlungen aus dem Young-Plan und seine Revisionsmöglichkeiten bezogen[2], verhandelt.

1 Über diese Sitzung liegt ebenfalls ein Bericht des Württembergischen Gesandten *Bosler* vom 1. 11. 1930 vor, der kürzer gefaßt ist, inhaltlich aber nicht nennenswert abweicht. HStASt E 130 II, Bü. 433. Zur Vorbereitung der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses hatte am 28. 10. 1930 eine Aussprache zwischen *Brüning, Dietrich, Curtius, Wirth* und *Luther* stattgefunden, in der auf die bedenklichen Folgen der Annahme der vorliegenden Moratoriumsanträge durch den Auswärtigen Ausschuß hingewiesen wurde. Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. 28. 10. 1930. Vgl. Brüning S. 202.

2 RT Drucks. Bd. 448 Nr. 16, 22, 53, 62, 91.

Zu Eingang der Sitzung beschwerte sich der volksparteiliche Abgeordnete **Dauch** über einen vorgekommenen Vertrauensbruch. Die Ausführungen des Abgeordneten *v. Seeckt* wären im „Tag" veröffentlicht worden. Nach der Art und Weise der Veröffentlichungen könne nur ein Mitglied des Ausschusses in Frage kommen.

Gleiche Beschwerde führte der sozialdemokratische Abgeordnete **Dittmann,** der *Hugenberg* für die Indiskretion verantwortlich machte. Der Abgeordnete *Hugenberg* war nicht anwesend; der deutschnationale Abgeordnete **Quaatz** wies den erhobenen Vorwurf zurück. Es seien auch in linksgerichteten Blättern ähnliche Veröffentlichungen erfolgt.

Von mehreren Seiten wurde auf die unbedingte Pflicht zur Wahrung der Diskretion scharf hingewiesen. Nur der Vertreter der Kommunisten erklärte, daß sie gegen die Veröffentlichung von Ausschußberichten nichts einzuwenden hätten, im Gegenteil dafür sein würden, daß alles, was im Ausschuß verhandelt würde, auch in die Öffentlichkeit komme.

Die fünf vorliegenden Anträge wurden zu gemeinsamer Beratung verbunden.

Zu Antrag 1 auf Einstellung der Zahlungen des Young-Planes, eingebracht von den Kommunisten, erklärte der Abgeordnete **Koenen,** die Mehrheit des Reichstages habe die öffentliche Aussprache durch Überweisung des Antrags an den Ausschuß illoyalerweise verhindert[3]. Die Ausschußberatung habe doch keinen Wert; die Kommunisten würden daher auf eine nähere Begründung des Antrags verzichten; sie behielten sich alles für das Plenum vor.

Zu Antrag 3, eingebracht von den Abgeordneten *Mumm, Simpfendörfer* und Genossen – Einleitung von Verhandlungen über eine Revision des Young-Plans – nahm der Abgeordnete **Simpfendörfer** vom Christlich-sozialen Volksdienst das Wort. Er gab zu, daß die Wahl des Zeitpunktes für derartige Verhandlungen sehr ungünstig gelegen sei. Erst müßten die inneren Verhältnisse, insbesondere die Finanzen, in Ordnung gebracht werden. Im Auslande wäre auch noch nicht das erforderliche Verständnis für eine Revision des Young-Plans vorhanden. Die Lebenshaltung des deutschen Volkes wäre eine übertriebene; sie müsse auf das richtige Maß zurückgeführt werden. Wo das Geld in Deutschland gefehlt habe, habe man es im Auslande aufgenommen, und so wäre man immer tiefer in den Sumpf hineingeraten. Im deutschen Volke müsse eine geistige und moralische Mobilisierung eingeleitet und nach großen Gesichtspunkten fortgeführt werden. Im Auswärtigen Amt wäre hierfür aber wenig Verständnis vorhanden; man sehe nirgends gute Gedanken und einen großen einheitlichen Plan. Seit dem Jahre 1918 habe die frühere Entente durch ihr Verhalten dem deutschen Volke eine Menge scharfer Waffen in die Hand gegeben, von denen eine verständige Regierung einen guten und wirksamen Gebrauch machen könnte. Eine oppositionelle Haltung Deutschlands im Völkerbund könnte von großem Nutzen sein, die Regierung müsse im Völkerbund und auch sonst bei jeder sich bietenden Gelegenheit einen energischen Kampf gegen die Kriegsschuldlüge führen. Dabei dürfe man nicht allein nach dem Westen blicken. Es gelte auch, die sich im Osten bietenden Gelegenheiten auszunutzen. Er erwarte von der Regierung, deren guten Willen er anerkenne und der er auch tatsächliche Erfolge nicht abstreiten möchte, eine

3 In der Sitzung des Reichstages am 18. 10. 1930, RT Bd. 444 S. 202ff.

aktivere Revisionspolitik. Es müßte ihr gelingen, im Kampf gegen den Young-Plan eine Einheitsfront sowohl im Reichstag wie im ganzen deutschen Volke herzustellen.

Den Antrag 4 auf Aufhebung des Versailler Vertrages und der Tributverträge, eingebracht von den Nationalsozialisten, vertrat der Abgeordnete **zu Reventlow.** Schuld an dem augenblicklichen wirtschaftlichen und politischen Elend in Deutschland sei die seit 1918 betriebene verhängnisvolle Erfüllungspolitik. Gewissen und Vernunft erforderten eine grundstürzende Revision aller seit Kriegsende geschlossenen Verträge. Der Erfüllungspolitik stelle er und seine Fraktion die Verständigungspolitik entgegen. Diese habe aber nichts gemein mit der „Verständigungspolitik", die in den letzten zehn Jahren von den Mehrheitsparteien des Reichstags getrieben worden sei. Bei dieser Politik seien nur Diktate herausgekommen. Seine Verständigung erfordere Gegenseitigkeit. Seine Freunde machten sich keinerlei Illusionen, weder über das Erreichbare noch über die vorhandenen Machtmittel, die eine Verbesserung der außenpolitischen Lage des deutschen Volkes herbeiführen könnten. Sie dächten auch nicht an eine kriegerische Lösung. Krieg wäre eine Frivolität. Es bestehe auch keine Kriegsgefahr. Seine Partei wäre auch nicht für Aufrüstung. Ihr Ziel wäre lediglich die Beseitigung der Kriegsschuldlüge und die Aufhebung des Versailler Vertrages, wobei sie sich auch bewußt wären, daß eine restlose Beseitigung des Versailler Vertrages nie zu erreichen sein werde. Der Londoner Vertrag[4], der Dawes-Plan[5] und der Young-Plan wären auf der Kriegsschuldlüge aufgebaut. Mit der Kriegsschuldlüge fielen auch diese Verträge dahin. Die bisherige Regierung behaupte, sie treibe eine Realpolitik; ihre Erfolge sprächen aber für eine Illusionspolitik. Sie ließe es überall an drängendem Willen fehlen und schrecke vor jeder internationalen Verstimmung zurück. Jetzt herrsche in Deutschland allgemein eine Revisionsstimmung, und das Befreiungswerk sei im Gange. Das wäre nur die Folge der Wahl vom 14. September 1930.

Die Nationalsozialisten machten sich auch keine Illusionen über Italien. Italien sei aber für die Revision des Young-Plans und der früheren Verträge. Augenblicklich sei die Gelegenheit für einen Angriff auf den Young-Plan und den Versailler Vertrag im höchsten Maße günstig und sie müsse unbedingt genutzt werden.

Die Stellungnahme zu den übrigen Anträgen behielt sich der Redner vor.

Den Antrag 2 auf Ausnutzung der Schutz- und Revisionsmöglichkeiten des Young-Plans, eingebracht von den Abgeordneten *Döbrich* und Genossen, vertrat der Abgeordnete **Wendhausen.**

Die bisherige Erfüllungspolitik sei nur dadurch möglich gewesen, daß man das Geld dazu im Auslande zusammengepumpt habe. Das werde künftig nicht mehr möglich sein, und damit sei diese Politik am Ende. Alle Schutzmöglichkeiten des Young-Plans müßten unverzüglich ausgenutzt werden. Es sei eine fehlerhafte Politik, wenn man erst noch die deutschen Finanzen in Ordnung bringen wolle. Seien diese einmal geordnet, so würden die früheren Feinde erst recht keine

4 Abgeschlossen am 5. 5. 1921.

5 Am 16. 8. 1924 auf der Londoner Konferenz angenommene Reparationsregelung.

Konzessionen mehr machen. Seine Partei werde auch für den nationalsozialistischen Antrag stimmen.

Den Antrag 5 über den Zahlungsaufschub für die Zahlungen aus dem Young-Plan vertrat der Abgeordnete **Drewitz** von der Wirtschaftspartei. Er bezeichnete es als unmöglich, zunächst die inneren Angelegenheiten Deutschlands, insbesondere seine Finanzen, in Ordnung zu bringen und dann erst an die ehemaligen Feinde heranzutreten. Die Voraussetzungen für ein deutsches Vorgehen seien zumeist schon gegeben, und im übrigen könnten sie binnen kurzer Zeit von der deutschen Regierung geschaffen werden. Die im Reich und vor allem auch in den Gemeinden betriebene Verschwendung müsse aufhören, der Etat müsse ausgeglichen werden. Die Regierung müsse eine Zusammenstellung dessen geben, was seit 1918 an die Entente gezahlt worden sei, und dann solle so bald wie möglich der Moratoriumsantrag gestellt werden.

Die Reichsregierung war in der Sitzung vertreten durch die Minister *Curtius, Dietrich* und *Wirth.* Der Reichskanzler war nicht erschienen. Im Laufe der Sitzung wurde bekannt, daß der Reichskanzler vor Beginn der Beratung die führenden Abgeordneten der einzelnen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten im Reichstag empfangen hatte. Er sprach ihnen gegenüber die Bitte aus, auf eine Abstimmung über die vorliegenden Anträge zu verzichten. Es würde in gleichem Maße außenpolitisch ungünstig wirken, wenn die Anträge abgelehnt oder angenommen würden. Würde auch nur einer der Anträge angenommen, so wäre damit für die Regierung eine unerträgliche Lage geschaffen. Würden die Anträge abgelehnt, so könnte im Auslande der Eindruck erweckt werden, als bestünde in Deutschland kein einheitlicher Wille und kein Ziel in Richtung der Revision.

Seitens der Reichsregierung nahm zunächst Reichsfinanzminister **Dietrich** zu den Anträgen Stellung. Er schilderte die Möglichkeiten, die auf Grund der Verträge für Deutschland bestehen, und sprach sehr eingehend darüber, ob ein Vorgehen jetzt schon zeitgemäß sei.

Ein Moratorium könnte in zweifacher Beziehung beantragt werden, einmal als Transfer-Moratorium und dann als Aufbringungs-Moratorium[6]. Von beiden verspricht sich der Reichsfinanzminister aber im Augenblick keinen Erfolg. Er bezeichnet es als ganz ausgeschlossen, daß jetzt die Feststellung zu erreichen sei, daß die Reichsbank nicht transferieren könne. Zur Begründung verwies er auf den letzten Bericht des Reparationsagenten[7]. Der Moratoriumsantrag würde den Beratenden Sonderausschuß, welcher bei der Bank für internationale Zahlungen besteht, in Aktion setzen. Es sei mit Bestimmtheit zu erwarten, daß dieser Ausschuß, bevor er irgendwelche positive, für Deutschland günstige Entschließungen treffe, der deutschen Regierung nahelegen würde, erst den Etat in Ordnung zu bringen. Es müsse aber darüber hinaus noch befürchtet werden, daß dieser Ausschuß Anweisungen für die innere deutsche Politik geben würde, womit Deutschland die innere Handlungsfreiheit, die durch den Young-Plan gewonnen worden sei, wieder verloren hätte.

---

6 Vgl. Heilfron/Nassen S. 80ff.

7 Abschlußbericht des Reparationsagenten Parker *Gilbert* vom 21. 5. 1930, Die Reparationsleistungen des 5. Planjahres, Berlin 1930.

Im übrigen sei Deutschland mit einem Moratorium allein gar nicht gedient. Jedes Moratorium hätte nur aufschiebende Wirkung; es befreie nicht endgültig von der unerträglichen Belastung. Der Stoß, der von Deutschland kommen müsse, sollte sich auf eine Änderung der bestehenden Verträge von Grund aus richten. Weltwirtschaftliche Gesichtspunkte müßten dabei in den Vordergrund gestellt werden.

Auch ohne Moratoriumsantrag könne der Beratende Ausschuß angerufen werden, um eine Verbesserung des Young-Plans herbeizuführen. Es sei hier allerdings schon streitig, ob für diesen Fall der Ausschuß überhaupt positiv Vorschläge machen könne. Sicherlich würde er es jetzt nicht tun. Die Anrufung des Ausschusses würde aber angesichts der schlechten Finanzlage des Reiches und der deutschen Wirtschaft mit aller Wahrscheinlichkeit eine katastrophale Folge haben. Die deutsche Wirtschaft habe vom Auslande Milliarden kurzfristiger Kredite. Ein unüberlegter und voreiliger Schritt würde dazu führen, daß diese Kredite unverzüglich zurückgezogen werden, und damit wäre die deutsche Wirtschaft einfach vernichtet[8]. Es sei daher größte Vorsicht und in höchstem Grade verantwortliches Handeln unbedingte Pflicht.

Der Reichsfinanzminister wies darauf hin, daß es anderen Staaten zur Zeit auch sehr schlecht geht. Amerika und England hätten ebenfalls riesige Mengen Arbeitsloser[9]. In den beiden Ländern gehe es der Wirtschaft ähnlich schlecht. Mit diesem Einwande müsse auf deutscher Seite auch gerechnet werden.

Man sei im Ausland über die deutschen Verhältnisse ausgezeichnet unterrichtet. Die Berichte Parker *Gilberts* gelten dort als ein Evangelium. Sie hätten nur die Stimmung g e g e n Deutschland beeinflußt. Die inneren Schäden, wie sie bei uns bestehen, werden in den Berichten gründlich aufgedeckt. Dazu komme, daß im innerdeutschen politischen Kampf einer dem anderen die deutschen Fehler und Schäden vorhalte und daß dabei noch maßlos übertrieben würde. Die Gegner müßten töricht sein, wenn sie den Deutschen nicht sagen würden, sie möchten erst einmal alle Mißstände bereinigen und dann den Nachweis erbringen, daß nicht erfüllt werden könne. Es gelte also, erst im Innern Ordnung zu schaffen. Von der Reichsregierung sei nach dieser Richtung alles vorbereitet; die Gesetze, deren Annahme die Reichsregierung von den gesetzgebenden Körperschaften erwarte, würden nach der Überzeugung der Reichsregierung eine Besserung bringen und damit die Grundlage für eine vernünftige Revisionsaktion schaffen. Ein unüberlegtes Vorgehen im Sinne der Nationalsozialisten würde die ehemaligen Feinde wieder zueinander treiben[10], Amerika wird sich an die Seite von Frankreich stellen, und die ganze Front ginge wieder gegen Deutschland.

Die Regierung wolle sich durchaus nicht negativ einstellen, sie habe alles im Auge und bereite alles vor, was die außenpolitische Lage verbessern könne. Sie werde an einem Punkt des Young-Plans einsetzen, wo geschrieben steht, daß die

---

8 Zum Problem der Devisenabzüge Nr. 138 und 141.

9 Im Durchschnitt des Jahres 1930 betrug die Arbeitslosenzahl in den Vereinigten Staaten 4 340 000, in Großbritannien 1 991 000. Zahlen nach Kroll S. 75 und 700.

10 *Brüning* beabsichtigte, *Frick* auf diese Gefahr aufmerksam zu machen. Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. vom 21. 10. 1930.

Durchführung dieses Planes die Zusammenarbeit aller Länder erfordert[11]. An dieser vertraglich zugesicherten Zusammenarbeit ließen es aber die anderen fehlen. Der leitende Gedanke sei gewesen, daß Deutschland Kredit gewährt werde und daß es ihm durch gesteigerte Ausfuhr möglich gemacht werden solle, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Werde der Kredit versagt, gewährter Kredit zurückgezogen und hemmten oder sperrten die anderen Staaten die Einfuhr deutscher Waren, so gehe dies gegen den Geist und gegen die Grundlagen des Vertrages. Das müsse den Gegnern im geeigneten Augenblick erklärt und damit die Forderung nach einer völligen Umgestaltung der Verträge gestellt werden.

Der Reichsfinanzminister kam in diesem Zusammenhang auch auf die Kapitalflucht zu sprechen. Daß in einem gewaltigen Ausmaß deutsches Kapital ins Ausland geflüchtet sei, könne bei etwaigen Verhandlungen mit den Reparationsgläubigern nicht bestritten werden. Es wäre schon glaubhaft, daß es sich um an die 10 Milliarden handle[12]. Damit habe Deutschland dem Auslande selbst ein sehr schlechtes Beispiel gegeben. Im Auslande werde man sagen, wie kann Deutschland sich beklagen, wenn man ihm künftig keinen Kredit mehr gibt oder gewährte Kredite zurückzieht, wo die Deutschen selbst kein Vertrauen zu sich haben und ihr Geld ins Ausland schaffen, statt es der deutschen Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Ein wirksames Mittel gegen die Kapitalflucht gebe es nicht. Mit drakonischen Maßnahmen könnte nur Unheil angerichtet werden.

Minister *Dietrich* nahm auch Stellung zu dem *Hugenberg*schen Vorschlag, die für die Revision erforderlichen Beträge durch eine Belastung der Einfuhr aufzubringen. Er hält diesen Plan für undurchführbar. Es würde damit nur eine große Störung der handelspolitischen Beziehungen zum Auslande erreicht werden. Das Ausland würde sich natürlich eine solche Maßnahme nicht gefallen lassen; es kämen Repressalien, eine Reihe von Einfuhrartikeln wäre für Deutschland unentbehrlich. Die Abgabe würde dem Preis zugeschlagen werden, und die Folge wäre lediglich eine Preisverteuerung zum Nachteil der deutschen Konsumenten.

Zum Schluß warnte der Minister alle Parteien vor übereiltem Vorgehen und vor sich zwar gut ausnehmenden Anträgen und Entschließungen, die aber in Wirklichkeit nur Unheil schaffen könnten. Die Dinge seien so schwierig gelagert, daß nur mit allergrößter Vorsicht an sie herangegangen werden könne.

Der Zentrums-Abgeordnete **Ulitzka** polemisierte zunächst im allgemeinen gegen den Kommunisten *Koenen* und den *Grafen zu Reventlow.* Er wies darauf hin, daß die bisher betriebene Erfüllungspolitik doch auch nichts anderes als eine Verständigungspolitik gewesen wäre und daß die Verständigungspolitik, der jetzt der Abgeordnete *zu Reventlow* das Wort rede, sich von derjenigen der Regierung um nicht vieles unterscheide. Die Erfolge, die Deutschland im Laufe der letzten zehn Jahre dem Auslande gegenüber erzielt habe, seien nur auf die kluge Verständigungspolitik der seitherigen Regierungen zurückzuführen. *Ulitzka* redete einer aktiveren Außenpolitik das Wort. Die deutsche Regierung könne jetzt

11 Vgl. Heilfron/Nassen S. 115.

12 Zur Kapitalflucht aus Deutschland während der Weltwirtschaftskrise Dietmar Keese, Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich in den Jahren 1925–1936 in Conze/Raupach S. 50 ff. und 70 ff.

aktiver sein, nachdem die Besatzung abgezogen und Deutschland wieder frei geworden sei. Alle gestellten Anträge bezeichnete der Redner als verfehlt. Man solle Vertrauen zu der Regierung haben und ihr nicht vorgreifen wollen. Den Anträgen käme mehr oder weniger nur eine parteipolitisch agitatorische Bedeutung zu.

Der deutschnationale Abgeordnete **Quaatz** legte nun dem Reichsaußenminister nahe, auch seinerseits noch vor Beginn der allgemeinen Debatte zu den Anträgen Stellung zu nehmen. Dr. **Curtius** nahm nun sofort das Wort.

Er wandte sich gegen die Unterstellung, als habe er jemals den Young-Plan als etwas Gutes angesehen. Die Reichsregierung hätte ihn von jeher als ein notwendiges Übel betrachtet, und mit dem Moment der Unterzeichnung hätten auch die Bestrebungen begonnen, ihn durch eine bessere Vereinbarung ersetzt zu bekommen[13]. Er hätte aber immerhin einen Fortschritt gebracht. 1,7 Milliarden seien leichter zu zahlen als 2,5 Milliarden. Dabei wäre die materielle Erleichterung nicht einmal das Entscheidende gewesen. Deutschland habe seine Handlungsfreiheit gewonnen. Es sei die Kontrolle losgeworden; die Rheinland-Räumung wäre der Preis gewesen. Mit dem Abzuge der Besatzung wäre eine Entlastung der Gesamtpolitik eingetreten. Die wiedergewonnene Freiheit müsse nun vernünftig genützt werden. Die Revisionsbestrebungen dürften ihr Ziel nicht zu klein stecken. Es könne sich für Deutschland nicht um Moratorien handeln, sondern nur um eine grundlegende Änderung des Vertragswerkes. Darauf auszugehen, sei aber im Augenblick noch verfrüht. Deutschland habe in einem ungünstigen Augenblick unter den denkbar mißlichsten Verhältnissen die Young-Verhandlungen geführt. Dieser Fehler dürfe sich nicht noch einmal wiederholen. Man müsse warten, bis mit besseren Kräften an die große Aufgabe herangegangen werden könne.

Auf seine Veranlassung wäre im Auslande die Stimmung sondiert worden, die hinsichtlich der Revision des Young-Plans besteht. Dr. *Curtius* zitierte einige Äußerungen ernsthafter politischer Persönlichkeiten des Auslands. So z. B. für Frankreich den *Grafen d'Ormesson,* der jede Revision ablehnt. Aus Italien habe der deutsche Botschafter berichtet, daß *Mussolini* die Revision des Young-Plans lebhaft begrüße. Er verfolge aber dabei nur eigene italienische Interessen. Italien habe nicht genug bekommen und möchte in einem neuen Vertrage mehr erhalten. Bei den Verhandlungen im Haag wäre die italienische Delegation auch diejenige gewesen, die ihre Forderungen, und zwar zum Nachteil von Deutschland, nicht hoch genug stellen konnte. Die italienischen Ziele würden für Deutschland das Gegenteil einer Revision bedeuten.

In dem Bericht des deutschen Botschafters in London werde eine schon jetzt einsetzende Aktion als verfrüht bezeichnet. In England stünde man auf dem Standpunkt, daß die Wirkungen des Young-Plans bei der Kürze der Zeit sich noch gar nicht beurteilen lassen. Überdies liege der Schlüssel zu jeglicher Revision in Amerika.

Bei den Nachrichten aus Amerika müsse man sehr unterscheiden, woher sie kommen, ob von Seiten der Groß-Kapitalisten, die privat-kapitalistisch interessiert seien, oder von der amerikanischen Regierung. Die letztere habe gegenüber allen

13 Vgl. *Kastl* in Nr. 167.

in Deutschland verbreiteten günstigen Nachrichten ein kaltes Dementi abgegeben. Nach dem Botschafter-Bericht wolle die Volksstimmung von einer Revision nichts wissen. Energisch abgelehnt werde eine Verknüpfung der Reparationen mit den Schulden der früheren Alliierten an Amerika. Wenn man das ganze im Auswärtigen Amt vorliegende Material übersehe und noch so optimistisch prüfe, so könne man nur zu dem Urteil kommen, daß das Ausland für das Anschneiden der Revisions-Frage noch nicht reif sei.

Die Revisions-Stimmung im Auslande werde über die Wirtschaft kommen, und da könne man heute fast mit Bestimmtheit sagen, daß die Verhältnisse sich in nächster Zeit überstürzen werden und zu einer Konferenz aller beteiligten Länder führen müssen, durch die eine ganz neue Grundlage des Zusammenarbeitens geschaffen werden muß.

Die deutsche Regierung sei nicht in der Lage, im gegebenen Augenblick irgendwelche aktiven Maßnahmen zu treffen. Der Ausschuß möge keine Beschlüsse fassen, die die Reichsregierung zu einem unverantwortlichen Handeln treiben wollten. Man habe es bisher an nichts fehlen lassen, um eine aussichtsreiche Aktion vorzubereiten. In diesem Sinne werde man auch fortfahren.

Der Kommunist **Neumann** stellte fest, daß in der Außenpolitik und insbesondere in Ansehung der Tribut-Pläne eine einheitliche Linie von *Reventlow* bis zu *Breitscheid* bestehe. Um sich mit dem Faschismus in aller Welt anzubiedern, seien die deutschen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten bereit, auf Tirol, auf Oberschlesien, auf Elsaß-Lothringen und alle sonst verloren gegangenen Gebiete zu verzichten. Das gelte insbesondere für die Nationalsozialisten, die durch ihre Stellungnahme zu der Frage Deutsch-Tirol[14] einen schmählichen Verrat an den nationalen Interessen Deutschlands begangen hätten.

Weder die beiden Minister noch einer der Vorredner hätten das Land erwähnt, von dem allein eine wirksame Unterstützung bei der Abwerfung der Tributlasten gewährt werden könne, nämlich Sowjet-Rußland. An ihm solle Deutschland sich ein Beispiel nehmen. Es habe seine Kriegslasten abgeschüttelt, stehe dem Ausland gegenüber frei und unabhängig da und habe eine gewaltige Kriegsmacht. Wenn man zugestehen wollte, daß Deutschland seit dem Jahre 1920 irgendetwas erreicht habe, so sei dies nur auf den Rapollo-Vertrag und damit auf Rußland zurückzuführen. In Deutschland würde durch die Nationalsozialisten eine ähnliche Psychose geschaffen wie in Ungarn. Man sollte dabei aber beachten, daß Ungarn durch die von ihm betriebene Politik bis jetzt noch nicht den geringsten Erfolg davongetragen habe.

Die Kommunisten würden sich einer Aufrüstung der Wehrmacht des heutigen Staates mit allen Mitteln widersetzen. Hätten sie einmal erst die Macht in der Hand, so würden sie das größte Heer, die größte Marine und die größte Luftflotte bauen und dann den Young-Plan und den Vertrag von Versailles und was alles daneben noch bestehe, in den Papierkorb werfen.

---

14 Zur Haltung der NSDAP zur Südtirol-Frage Klaus-Peter Hoepke, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis und zur Politik von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 38), Düsseldorf 1968 S. 159ff.

Der Nationalsozialist **Rosenberg** setzte sich mit dem kommunistischen Vorredner auseinander. Im übrigen bezeichnete er die jetzige Regierung als ungeeignet, die Revisionspolitik zu vertreten.

Der deutschnationale Abgeordnete **Quaatz** führte aus, die Darlegungen der beiden Minister hätten klar und deutlich ergeben, daß im Young-Plan kein geeignetes Mittel für die Herbeiführung einer Revision gegeben sei. Es wäre hiermit bestätigt, was seine Parteifreunde im Kampf um das Volksbegehren immer behauptet hätten, was aber von der Regierung immer wieder bestritten worden sei.

Es sei nicht klug, wenn Deutschland jetzt zunächst seine Finanzverhältnisse in Ordnung bringen wolle und dann einen Schuldennachlaß erstrebe. Einem sanierten Schuldner entgegenzukommen, dazu hätten im allgemeinen die Gläubiger weder Lust noch Anlaß. Man solle den Etat ausschließlich der Tributlasten in Ordnung bringen. Wie die Regierung sich im übrigen eine Sanierung bei dem Weiterbestehen der Tributverpflichtungen denke, könne er sich immer noch nicht vorstellen. Neue Steuern wären einfach unmöglich.

Die Tributfrage müsse in ihren Grundlagen angefaßt werden. Der Kampf ginge um den Versailler Vertrag, um die deutsche Ehre und um die deutsche Reinigung von der Kriegsschuldlüge.

Der sozialistische Abgeordnete **Hilferding** begrüßte die verständigen außenpolitischen Anschauungen und Ansichten, wie sie der nationalsozialistische Abgeordnete *Graf zu Reventlow* vorgetragen habe. Daß das auch die Ansicht *Hitlers* sei, ergebe sich aus dessen Brief an *Hervé*[15]; es wäre nur zu bedauern, daß es sich bei letzterem um einen politischen Scharlatan handle, den in Frankreich niemand ernst nehme.

Hilferding bezeichnete die bisherige Außenpolitik der deutschen Regierung als einen dauernden Kampf um die Revision. Der Kampf habe begonnen mit der Unterschrift des Versailler Vertrages, den kein vernünftiger Deutscher als einen Vertrag, sondern stets nur als ein Diktat angesehen habe. Die Revision sei auch im Ausland in weitem Umfange stimmungsgemäß vorbereitet. Die Wahlen vom 14. September dieses Jahres hätten gerade in den Ländern, auf die es für Deutschland am meisten ankomme, ungünstig gewirkt. Frankreich und Belgien seien verscheucht. Die dortigen Nationalisten gleichen Kalibers wie in Deutschland hätten die Kriegsgefahr an die Wand gemalt und auch bei dem vernünftigen Teil der Bevölkerung sehr viel Glauben gefunden. Damit wäre die bisherige günstige Stimmung weithin verdorben. Würde einer der extremen Anträge im deutschen Reichstag angenommen, so sei mit Bestimmtheit zu erwarten, daß eine absichtliche Verfehlung Deutschlands festgestellt werde. Frankreich hätte freie Hand für Repressalien. Eine ökonomische Katastrophe würde hereinbrechen, wie sie sich im Augenblick noch gar nicht ausdenken lasse. Die Finanzkontrolle käme bestimmt wieder, in Frankreich gebe es weite Kreise, die nichts mehr herbeisehnten als die Wiederbesetzung des Rheinlandes. Der Bruch mit den Vereinigten Staaten wäre wieder da. Wenn wir erst wieder einmal so weit wären, dann würde

15 Brief *Hitlers* an den einstmals führenden französischen Linkssozialisten vom 25. 10. 1930, abgedruckt in Schulthess 1930 S. 217ff. *Hervé* arbeitete an der bedeutenden Zeitung „Le Petit Parisien", derer sich auch *Brüning* in diesen Tagen durch ein Interview zu bedienen versuchte. Brüning S. 204.

man sicherlich den Young-Plan als etwas Gutes anerkennen. Es sei das so in Deutschland Sitte, daß hinterher das Alte, das man verdammt habe, gelobt werde.

Für Deutschland gelte es, die Revision politisch und ökonomisch günstig vorzubereiten. Im Ziel seien sich eigentlich alle Parteien vollständig einig. Nur im Weg und in den Mitteln liege die Unterscheidung. Wenn man aber die Vereitelung jeglicher Revision absichtlich herbeiführen wolle, dann könne man allerdings nichts Zweckmäßigeres tun, als die fünf Anträge in ihrer Gesamtheit annehmen. Nach der Ansicht seiner Partei sollte die Reichsregierung nicht zu einem Schritte gezwungen werden, der nicht nur keinen Nutzen, sondern unermeßlichen Schaden bringen könnte.

Der volksparteiliche Abgeordnete **Dauch** berichtete über die Unterhaltung, die er mit führenden Politikern des Auslands in der letzten Zeit über die Revision gehabt habe. Danach hält er den Moment noch nicht für gekommen, in dem jetzt schon eine Aktion der deutschen Regierung Aussicht auf Erfolg bieten könnte. Das Ausland stünde unter dem Eindruck von Parker *Gilberts* Berichten. In Amerika denke nur das Privatkapital an einen Schuldennachlaß gegenüber der Entente. Die öffentliche Meinung sei unbedingt dagegen, und die Regierung richte sich nach der öffentlichen Meinung. Ohne Schuldennachlaß seitens Amerika sei eine Herabsetzung unserer Zahlungen an die übrigen Feinde niemals zu erreichen.

Deutschland müsse den Versailler Vertrag in seinen Bestimmungen über die Abrüstung angreifen. Die Abrüstung biete eine günstige Handhabe, die Revisionsfrage in Gang zu bringen.

Graf Westarp forderte, der Entente ultimativ zu erklären: Weil feststeht, daß ihr nicht abrüstet, wird Deutschland frei.

Die Anträge der Nationalsozialisten lehnte *Graf Westarp* als „zu mechanisch" ab.

Es sprachen noch die nationalsozialistischen Abgeordneten *Feder, Hierl* und *Göring,* so daß sämtliche Nationalsozialisten zum Wort gekommen waren. Ihre Ausführungen boten aber nichts Nennenswertes. Der Abgeordnete **Göring** wollte von dem Reichsaußenminister die Bestätigung haben, daß die Debatte über die Revision des Young-Plans erst seit dem Ausgang der Wahl vom 14. September begonnen habe. Dr. **Curtius** wies diese Annahme aber als auf einem erheblichen Irrtum beruhend zurück.

Die Ausführungen der nationalsozialistischen Abgeordneten über die Haltung der sozialdemokratischen Partei während des Krieges und nach dem Kriege riefen eine sehr lebhafte, teilweise stürmische Debatte hervor, wie sie im Auswärtigen Ausschuß wohl noch nie stattgefunden hat. Von sozialdemokratischer Seite sprachen Reichskanzler a. D. *Müller, Dittmann* und Dr. *David.* Am wirksamsten und mit augenscheinlichem Erfolg sprach der Abgeordnete Dr. **David.** Er wies nach, daß er der erste gewesen sei, der den gegen Deutschland erhobenen Vorwurf, am Kriege schuld zu sein, bereits im Jahre 1915 in einer Broschüre bekämpft und als unwahr zurückgewiesen habe[16]. Keine einzige anerkannte sozialistische Führerpersönlichkeit habe jemals zugegeben, daß Deutschland den Krieg allein verschuldet habe. Auf den internationalen sozialistischen Kongressen hätten die deutschen Sozialdemokraten sich immer gegen die Kriegsschuldlüge

16 Eduard David, Die Sozialdemokratie im Weltkrieg, Berlin 1915.

gewehrt, sie hätten es auch erreicht, daß in den sozialistischen Kreisen der Welt die Alleinschuld Deutschlands am Weltkriege als eine böswillige Verdächtigung angesehen werde. Es sei stets das Bestreben der Sozialdemokratie gewesen, in den ihr nahestehenden politischen Kreisen des Auslands im Interesse Deutschlands aufklärend zu wirken, und wenn alle Parteien in gleicher Weise wie die Sozialdemokratie die Revision der Tributverträge vorbereitet hätten, so würde sie mit Aussicht auf Erfolg wohl jetzt schon aufgenommen werden können.

Der Zentrumsabgeordnete **Joos** berichtete über Verhandlungen im Interesse der Revision, die von ihm und seinen Freunden mit Franzosen geführt worden seien. Er stellte einen Fortschritt der Revisionsstimmung in Frankreich fest, vor allem in den katholischen Kreisen Frankreichs. Bei der Empfindlichkeit und Ängstlichkeit der Franzosen müsse aber behutsam vorgegangen werden. Die Agitation und das Vorwärtsstoßen der Nationalsozialisten seien ein Wüten im Porzellanladen. Die Politik, die die Nationalsozialisten jetzt im Reichstag trieben, sei sinnlos im höchsten Grade. Wenn sie politisch klug wäre, könnte die nationalsozialistische Partei trotz allem als ein wirksamer Faktor in die Revisionsaktion eingestellt werden. Dafür bestünde allerdings wenig Aussicht.

Mit den Ausführungen des Abgeordneten *Joos* schloß die Debatte.

Das Abstimmungsergebnis ist aus den Zeitungen bekannt. Alle fünf Anträge, die zum Reparations-Problem gestellt waren, wurden mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt. Ein Ergebnis, das ohne besondere Erregung hingenommen wurde.

Angenommen wurde lediglich ein Antrag des Abgeordneten *Dauch* mit einem Zusatzantrag des *Grafen Westarp.* Für diesen Antrag stimmten die hinter der Regierung stehenden Parteien, ferner die Christlich-sozialen, das Landvolk und die Nationalsozialisten. Dagegen waren die Sozialdemokraten und die Kommunisten; die Deutschnationalen enthielten sich. Der Antrag bezieht sich auf die Abrüstung; er darf, weil er ebenfalls in den Zeitungen veröffentlicht wurde, als bekannt vorausgesetzt werden[17].

II. [. . .][18] *H[onold]*

17 Schulthess 1930 S. 220. Der Antrag forderte die Reichsregierung auf, „mit äußerstem Nachdruck eine Abrüstung der anderen Staaten zu fordern, die nach Umfang und Art der Abrüstung Deutschlands und dem Grundsatz paritätischer Sicherheiten entspreche".

18 Aktenverfügung.

160.

30. 10. 1930: v. Gilsa an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 400101293/4b. Handschriftliche Korrekturen. Paraphe Reuschs.

Sehr geehrter Herr *Reusch!*

Betrifft: Politische Lage

Die Entwicklung der politischen Lage nach der jüngsten Vertagung des Reichstages muß mit großer Sorge betrachtet werden. Gerade die überraschend große Zahl

der Stimmen, die alle Mißtrauensanträge abgelehnt haben[1], hat namentlich die linken Zentrumskreise wieder Morgenluft wittern lassen. Das zeigt sich ganz deutlich durch die Vorgänge in Preußen (*Braun* und *Severing*)[2], durch die Ernennung des ganz links stehenden Zentrumsmannes *Spiecker* zum Ministerialdirektor im Reichsinnenministerium, der die Aufgabe bekommen hat, mit *Severing* zusammen die Nationalsozialisten niederzuhalten, und vor allem durch die veränderte Haltung der Regierung gegenüber dem Berliner Metallarbeiterstreik[3]. Vor der Abstimmung im Reichstag hatte die Reichsregierung Herrn *Stegerwald* dazu gebracht, den Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie für verbindlich zu erklären, so wie er gefällt war. Jetzt hat sich die Lage völlig verändert, da Herr *Stegerwald* mit der Absicht einer Verbindlichkeitserklärung fast allein im Kabinett dasteht. Gegen eine Verbindlichkeitserklärung sind nicht nur die anderen Zentrumsminister, sondern, wie ich gehört habe, leider auch wieder Herr *Curtius*. Wenn das meiner Ansicht nach ungesetzliche neue Verfahren eine wesentliche Abänderung des ursprünglichen Schiedsspruches bringen sollte, dürfte der Beweis eines Linksrutsches des Kabinetts ziemlich eindeutig erbracht sein[4].

Der Sinn der letzten Wahlen war die Feststellung der Tatsache, daß durch unser Volk eine starke Rechtsentwicklung hindurchgeht. Selbst die Vorgänge auf der äußersten Linken lassen das erkennen. Die Linke handelt hierbei nicht aus Überzeugung, sondern um der herrschenden Strömung möglichst gerecht zu werden: daher die plötzliche nationale Note bei den Kommunisten[5], daher auch die Absage der Sozialdemokratie an die gerade von ihr bisher mit aller Macht betriebene Erfüllungspolitik. Es muß sich nun zeigen, ob das Bürgertum aus diesen Wahlen gelernt hat. Wenn überhaupt noch das Chaos verhindert werden soll, sei es auf parlamentarischem oder außerparlamentarischem Wege, dann sind hierzu drei Vorbedingungen erforderlich:

1. das Bürgertum muß nunmehr ohne Schwanken eine ganz eindeutige Kampfstellung gegen den Sozialismus einnehmen;

2. Herr *Hugenberg* muß auf dieser Grundlage bereit sein zu einer Mitarbeit;

3. die Nationalsozialisten müssen von ihren wirtschaftlichen und finanzpolitischen Utopien abrücken.

Trotz der radikalen Agitationsanträge der Nationalsozialisten[6] ist diese Abkehr nicht ausgeschlossen. Auch die Faschisten haben in Italien in den Jahren 1922/23 ganz ähnliche Forderungen aufgestellt, die dann über Bord geworfen wurden, als *Mussolini* zur Macht kam und damit die Verantwortung zu tragen hatte. Immerhin

1 Für die Ablehnung der Mißtrauensanträge gegen die Regierung stimmten 317 Abgeordnete, für die Anträge 234. RT Bd. 444 S. 202.

2 *Severing* war am 21. 10. 1930 zum preußischen Innenminister ernannt worden. Severing II S. 259 f.

3 Vgl. Nr. 151, Anm. 4.

4 Am 28. 10. 1930 hatten die Tarifparteien unter dem Vorsitz *Stegerwalds* beschlossen, die Entscheidung über die im Schiedsspruch vom 10. 10. 1930 behandelten Fragen einer Schlichtungsstelle zu überlassen. Diese beschloß am 8. 11. 1930, den Lohn zunächst nur um 3% zu kürzen und die ursprünglich vorgesehene 8%ige Lohnkürzung erst ab 19. 1. 1931 vorzunehmen. Schulthess 1930 S. 219 und 227; Hartwich S. 175 f.

5 Vgl. z. B. die Ausführungen *Neumanns*, Nr. 159.

6 RT Drucks. Bd. 448 Nr. 62 und 101. Vgl. Nr. 159.

tut man gut, damit zu rechnen, daß diese von selbst kommende Gesundung bei den Nationalsozialisten nicht allzuschnell eintritt. Das aber würde wieder bedeuten, daß wir noch zu lange gegen einen Sozialismus von links und rechts anzukämpfen haben, was wiederum den Zusammenbruch herbeiführen würde.

Manche glauben nun, die Gesundung dadurch möglichst schnell herbeiführen zu können, daß sie in die nationalsozialistische Partei eintreten, um diese gewissermaßen von innen umzugestalten. Dieser Gedanke hat sicher etwas für sich. Ich glaube aber doch, daß, besonders nach den starken Verärgerungen, die der letzte Wahlkampf hervorgerufen hat, sich nicht genügend bürgerliche Kräfte zur Zeit finden, die diesen Eintritt jetzt vollziehen wollen. Wenn es sich aber hier nicht um ganz große Massen handelt, dann werden sich bürgerlich-wirtschaftliche Anschauungen innerhalb der Nationalsozialisten jetzt nicht durchsetzen können, sondern die bei den Nationalsozialisten vorhandenen Schreier und sonstigen Unbelehrbaren werden dort bald die Oberhand wiedergewinnen. Man muß also noch einen anderen Weg ins Auge fassen und nicht alle Einsätze nur auf die Karte der Nationalsozialisten setzen. Die Erziehung der Nationalsozialisten zu verständigem wirtschaftlichen Denken wird um so schneller vor sich gehen, je stärker neben ihnen ein wirklich rechtsgesinntes und handelndes Bürgertum vorhanden ist. Nichts wäre deshalb gefährlicher, als daß die Wirtschaft aus einer vielleicht verständlichen Verärgerung heraus über die bisherige schwankende Haltung mancher Mittelparteien sich von diesen abwenden würde. Im Gegenteil, gerade jetzt ist stärkste Einflußnahme der Wirtschaft auf die Mittelparteien, und seien es auch zur Zeit nur Reste, erforderlich durch Unterstützung dieser Parteien in personeller und finanzieller Hinsicht. Nur wenn sich ganz klar erweisen sollte, daß auch jetzt wieder bürgerliche Parteien nach links abrutschen, halte ich eine Trennung der Wirtschaft von der betreffenden Partei für richtig.

Aber auch bei hinreichender Unterstützung durch die Wirtschaft haben die besonders für die Industrie in den Parteien arbeitenden Männer keine leichte Aufgabe. Es ist eine leider unbestreitbare Tatsache, daß in allen bürgerlichen Parteien zur Zeit eine starke besitzfeindliche Strömung vorhanden ist, die sich in erster Linie gegen die Großindustrie richtet. Diese Strömung wird nicht etwa nur aus Arbeitnehmerkreisen gespeist, sondern man findet sie ebenso bei Beamten, bei freien Berufen und vor allem beim verarmten Mittelstand. Von diesen Kreisen wird auch in aller Öffentlichkeit, zum Teil unter Namensnennung, darüber geklagt, daß so viele unserer Wirtschaftsführer bei den letzten Wahlen ihre Sympathien ganz offen für die Nationalsozialisten zum Ausdruck gebracht haben[7], während sie sich der DVP gegenüber, die doch bisher – wenigstens nach Ansicht dieser Kritiker – die Hauptstütze der Wirtschaft gewesen sei, völlig ablehnend verhalten hätten. Immer wieder bekommt man Beispiele zu hören, die bezeugen, daß – ebenso wie es in Oberhausen geschehen ist – bei den letzten Wahlen Bezirke, in denen mittlere und höhere Industriebeamte wohnen, fast restlos ihre Stimmen für die Nationalsozialisten abgegeben hätten.

---

7 Dies im Widerspruch zum Beschluß führender Unternehmer der rheinisch-westfälischen Industrie (Nr. 122a und 122b) und zum Wahlaufruf des RDI vom 16. 8. 1930, Ursachen und Folgen VIII S. 83f.

Im Zusammenhang hiermit sei noch auf eine andere Tatsache hingewiesen: Sicher ist es dringend notwendig, unserer notleidenden Landwirtschaft stärkstens zu helfen. Aber es darf nicht übersehen werden, daß die andauernden Agrarzollerhöhungen[8] und damit die Verteuerung unserer Lebensmittel allmählich eine starke Gefahr für die beabsichtigte Preis- und Lohnsenkungsaktion bilden[9]. Unser Verteilungsapparat muß deshalb entsprechend vereinfacht und umgebaut werden.

Alle diese richtigen Gedanken können in die bürgerlichen Gehirne nur durch tagtägliche Kleinarbeit hineingehämmert werden. Man muß den Leuten immer wieder die Gründe entwickeln, aus denen heraus eine radikale Stimmabgabe vieler deutscher Wähler entstanden ist, und dann muß man vor allen Dingen versuchen, einen scharfen Rechtskurs jetzt durchzudrücken. Möglichkeiten hierfür sind vorhanden.

Ein solches rechtsgerichtetes Bürgertum würde auch in der Lage sein, etwa von den Nationalsozialisten zurückströmende Bürgerliche in sich aufzunehmen. Allerdings kann ich mir nicht denken, daß dann die bisherigen Parteien mit ihren Abgrenzungen bestehen bleiben. Ich glaube, daß in Zukunft große bürgerliche Sammelbecken vorhanden sein müssen, eine große bürgerliche Rechte muß geschaffen werden. Es wäre aber falsch, in der Öffentlichkeit jetzt von Sammlung zu sprechen; der Sammlungsgedanke ist jetzt durch die vielen Mißgriffe mancher Stellen in Mißkredit geraten; marschieren wird er trotzdem. Aber für die allernächste Zeit ist es die Hauptaufgabe für alle in den bürgerlichen Parteien Wirkenden: schärfste Sammlung der Parteien in sich, so wie sie heute sind, um sie dann im entscheidenden Augenblick dorthin nach rechts zu werfen, wohin die Stunde es fordern wird.

Im Zusammenhang damit noch ein Wort über die Führerkrise *Scholz,* der meiner Ansicht nach jetzt auch in der Partei vielfach zu Unrecht angegriffen wird. Sicher fehlt *Scholz* manches zu einem Führer großen Formats. Das jahrelange Zurücktretenmüssen hinter *Stresemann* und dessen Politik, dann aber seine geradezu für politische Dinge übermäßig gesteigerte Vornehmheit haben ihn bis jetzt vielfach daran gehindert, einen klaren Kurs nach rechts zu steuern und sich dabei von denjenigen zu trennen, die durchaus hierbei nicht mitmachen wollen. In der letzten Zeit wird er nun manches gelernt haben. Wer wie ich hofft, daß wenigstens starke Teile der DVP in vielleicht nicht allzu ferner Zeit sich an der Bildung einer großen deutschen Rechten beteiligen werden, muß verhindern, daß jetzt eine Führerkrisis *Scholz* eintritt. Sonst würde die Partei noch mehr zerspaltet; ein Führerwechsel würde zudem von vielen als ein neuer Kurswechsel nach links ausgelegt werden und vielleicht auch manchen in der Partei hierzu wirklich verleiten. *Scholz* muß, wenigstens für die nächste Zeit, unbedingt bleiben[10].

Mit angelegentlicher Empfehlung
Ihr sehr ergebener
v. Gilsa

8 Vgl. Nr. 158.

9 Zu diesen Klagen Nr. 172.

10 Nach der Wahlniederlage vom 14. 9. 1930 gewann in der DVP die Opposition gegen *Scholz* an Boden. Sie erreichte schließlich, daß *Scholz* Ende November 1930 vom Amt des Parteivorsitzenden zurücktrat. Hans Booms, Die Deutsche Volkspartei, in Matthias/Morsey S. 527.

161.

6. 11. 1930: Aktenvermerk des Staatssekretärs Schäffer über ein Gespräch mit Reichsbankpräsident Luther (Auszug)

Nachlaß Schäffer ED 93. Durchschlag. Unterstreichungen. Überschrift: „Unterhaltung mit Herrn Präsidenten Luther vom 6. November 1930."

Ich besuchte heute Herrn Präsidenten *Luther,* um mit ihm einmal die Gesamtheit der zwischen uns in der nächsten Zeit zu erörternden Fragen zu besprechen. Bei diesem Anlaß kamen folgende Punkte zur Sprache:

1. Präsident *Luther* erzählte mir, daß er den Besuch des amerikanischen Botschafters *Sackett* gehabt habe. Dieser habe ihm über die allgemeine Stimmung in Amerika berichtet. Er habe erwähnt, daß der amerikanische Markt für deutsche Werte im Augenblick schwer zu haben sei. Sobald das Regierungsprogramm[1] einmal den Reichstag erfolgreich passiert habe, sei der psychologische Moment gekommen, an dem es gelingen werde, für deutsche Werte drüben wiederum Interesse zu schaffen. Er habe in diesem Zusammenhang erwähnt, daß man diese Situation sehr gut für eine Konvertierung kurzfristiger Verpflichtungen benutzen könne. Ihm, *Luther,* habe dieser Gesichtspunkt eingeleuchtet. Die Konvertierung kurzfristiger Kredite in langfristige bedeutet für die amerikanischen Banken nicht eine Herausgabe neuen Geldes an Deutschland, sondern nur eine Entlastung ihrer Portefeuilles von den darin verbliebenen Werten. Sie kommen zwar der deutschen Wirtschaft zugute, indem sie das Damokles-Schwert der kurzfristigen Kredite von ihr nehmen, aber sie schaffen kein neues Geld nach Deutschland. Daher habe er auch Herrn *Sackett* gesagt, was wir brauchen, sei neben einer Konvertierung der kurzfristigen Kredite neues Geld, um Arbeit zu leisten. Herr *Sackett* habe auch hierfür Verständnis gezeigt.

Bei der Konvertierung kurzfristiger Kredite in langfristige habe er, *Luther,* im wesentlichen an die Lage der Kommunen gedacht. Diese müßten aus ihrer kurzfristigen Verschuldung befreit werden. Sobald also der politische Zeitpunkt für diese Dinge gekommen sei, müsse man daran gehen, eine Konsolidierung der kurzfristigen Kommunalkredite herbeizuführen. Wir waren darüber einig, daß man dieses Mittel verwenden könne, um die erforderliche Ordnung in der Wirtschaftsführung der Kommunen herbeizuführen. Ich stellte Herrn *Luther* in Aussicht, daß ich einmal eine Zusammenstellung über die Gesamtheit der mit den Kommunen zu behandelnden Fragen bei uns aufstellen lassen würde.

Eine weitere Aufgabe sah Herr Präsident *Luther* in der Konsolidierung der kurzfristigen Kredite der Wirtschaft. Er hielt es für wichtig, diese, soweit langfristige Anleihen nicht möglich seien, was nach unserer gemeinsamen Auffassung noch einige Zeit andauern würde, in mittelfristige umzuwandeln, und zwar auf dem Wege der Ausgabe von sogenannten notes, wie sie in Amerika zur Finanzierung der Wirtschaft gebraucht wurden. Um die Unterbringung solcher notes zu erleichtern, würde er bei der nächsten Sitzung der BIZ die unter Vorsitz von Herrn *Melchior* begonnenen Arbeiten des Ausschusses für Kredite der BIZ in

1 Das neue Sanierungsprogramm hatte die Reichsregierung am 4. 11. 1930 dem Reichsrat vorgelegt. Schulthess 1930 S. 224 ff.

ein noch etwas rascheres Tempo zu bringen suchen. Ich erwähnte, daß man über die Lage am Markt der notes in Amerika näheres Material von Herrn Ludwig *Bendix* in New York erhalten kann.

Herr *Luther* sprach alsdann über die Reparationsfrage. Er begrüßte es, daß durch reine Zufälligkeit in Übereinstimmung fast an demselben Tage der Reichskanzler die Sicherheitsfragen mit Frankreich behandelt hätte[2], während er die Frage der Zusammenarbeit und der Verpflichtungen, die diese den Gläubigermächten auferlegte, in Dresden erörtert habe[3]. Er hielte diese Politik auch für die richtige. Man dürfe durchaus nicht immer sagen, wir wollten nicht erfüllen, weil die Dinge unerfüllbar seien, sondern wir müßten immer die Mitverantwortlichkeit der anderen in den Vordergrund stellen und diese auffordern, sich ihrer Pflicht, uns die Lieferungen zu erleichtern, auch zu entledigen[4]. Wir müßten eine Erfüllungsoffensive eröffnen, wenn man dieses Wort natürlich nach außen auch nicht gebrauchen kann. Er mißbilligte stark die entgegengesetzten Tendenzen, die eine Betonung des Nichterfüllens als Patriotismus ansehen.

[. . .][5]

2 Am 3. 11. 1930 hatte *Brüning* dem Berliner Vertreter der offiziösen französischen Zeitung „Le Petit Parisien" eine Erklärung zur Politik der Reichsregierung gegenüber Frankreich abgegeben. Schulthess 1930 S. 221f.; Ursachen und Folgen VIII S. 228f. Zur Reaktion im Ausland Brüning S. 204.

3 Rede *Luthers* anläßlich der Einweihung des neuen Reichsbankgebäudes in Dresden am 3. 11. 1930. Schulthess 1930 S. 223 f.

4 Im Original „erledigen".

5 Die folgenden Abschnitte befassen sich mit der Osthilfe.

162.

12. 11. 1930: Aufzeichnung über eine Besprechung im Reichsarbeitsministerium

Nachlaß Silverberg 248. Durchschlag. Handschriftliche Korrekturen und Unterstreichungen. Überschrift: „Aufzeichnungen über die Besprechung im Reichsarbeitsministerium am 12. November dieses Jahres vormittags 12 Uhr." Datiert 13. 11. 1930.

Anwesend: *Stegerwald, Geib, Trendelenburg, Sitzler, Pohl, Schuster* (preußisches Handelsministerium) und andere Regierungsbeamte.

Von den Gewerkschaften: *Graßmann, Spliedt, Arons, Otte, Lemmer* u. a.

Von Reichsverband und Vereinigung: *v. Borsig, Silverberg, Müller-Oerlinghausen, Kastl, Köttgen, Brauweiler, Loening* und am Schluß auch *Erdmann.*

Stegerwald eröffnet die Besprechung, indem er an die früheren Aussprachen anknüpft[1]. Für die jetzt zu führende schlage er vor, zunächst die Preisfrage zu

1 Die Besprechungen zwischen *Stegerwald* und den Interessenverbänden, die im Frühjahr 1930 aufgenommen worden waren, wurden im Oktober 1930 fortgesetzt. Vgl. Hinweis *Graßmanns* in der Sitzung des Bundesausschusses des ADGB am 12./13. 10. 1930. WIG, Protokolle S. 200. Zum folgenden Nr. 163 und Wengst S. 109ff.

erörtern und dann eine Reihe von Vorschlägen, die zur Beseitigung oder Milderung der Arbeitslosigkeit gemacht worden seien, wie Arbeitsstreckung, neuntes Schuljahr, Arbeitsdienstpflicht u. a. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte, in der **Graßmann** und **Spliedt** dafür eintreten, daß man zunächst die von *Stegerwald* an zweiter Stelle genannten Punkte erörtere, insbesondere auch die Frage, ob die Arbeitgeber zur Kündigung der Tarifverträge in der Absicht, die Löhne zu senken, schreiten würden, und nachdem **Stegerwald** betont hatte, daß im Ziel zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wohl kaum eine Meinungsdifferenz herrsche, wohl aber bezüglich des Weges, führte **Silverberg** aus, die Hauptsache sei, daß die wirtschaftliche Depression beseitigt werde. Von Unternehmerseite werde eine organische Beseitigung der Arbeitslosigkeit angestrebt, dabei erhebe sich aber sofort die Frage der Selbstkosten und hier wieder die des Lohnniveaus. Eine Senkung des Lohnniveaus wäre tragbar, wenn in den Artikeln des täglichen Bedarfs gleichzeitig eine Preisermäßigung eintrete. Die Produktion habe angefangen, beim Verkäufer würden die Preise aber noch festgehalten.

Stegerwald macht darauf aufmerksam, daß sich die Reichsregierung zur Zeit dauernd mit der Preisfrage beschäftige[2], und es frage sich, ob man durch Vereinbarungen dahin kommen könne, einen gesetzlichen Eingriff zu vermeiden. Es eile das besonders, die anderen Fragen müßten natürlich auch besprochen werden, dies sei aber vor Zusammentritt des Reichstages[3] auch noch durchaus möglich.

Spliedt führt aus, es sei der allseitige Wunsch, zu praktischen Lösungen zu kommen, ein schnell gangbarer Weg zum Preisabbau werde kaum gefunden werden. Die Nachrichten darüber, daß in dem einen oder anderen Fall der Preisabbau versucht, aber nicht geglückt sei, wirkten sich sehr unangenehm aus. **Müller-Oerlinghausen** erklärt, nicht der Lohnabbau sei das Primäre, sondern die Selbstkostensenkung. Wenn das durch Senkung der öffentlichen Lasten geschehen könne, wäre es sicher besser, als wenn man auf den Lohnabbau angewiesen sei. Dieser sei nicht denkbar ohne Preisabbau. Preisabbau und Lohnabbau müßten so schnell als möglich auf einen Schlag erfolgen. Eine Preissenkung bei stehenden Selbstkosten zehre am mobilen Wirtschaftskapital. Aus eigenem Kapital könne etwas derartiges nicht mehr bestritten werden. Preissenkung auf Kredit sei aber noch nicht möglich. Je früher man angreife, um so weniger brauche das Niveau gesenkt zu werden. Durch eine etwaige Zinssteigerung werde das Wiederaufblühen der Wirtschaft gehemmt.

Stegerwald weist noch einmal auf die ernste Lage, die insbesondere auch durch die Kapitalentziehung nach den Wahlen[4] entstanden sei, hin. Die Regierung werde mit allen Mitteln versuchen, ihr Sanierungsprogramm durchzuführen. Man müsse sich immer über die Gefahr klar sein, daß eines Tages die Arbeitslosenversicherung nicht mehr bezahlt werden könne. Die einzige Steuer, die bei einer Erhöhung angemessene Erträge verspreche, sei die Umsatzsteuer. Wenn man aber die

2 Ministerbesprechung am 11. 11. 1930, BA R 43 I/1447, und Sitzung des Kabinettsausschusses für Arbeits- und Preisfragen am 17. 11. 1930, BA R 43 I/1159.

3 Am 3. 12. 1930.

4 Vgl. Nr. 138 und 141.

Preise senken wolle, könne man nicht gleichzeitig die Umsatzsteuer erhöhen. Eine schnelle Einigung sei nötig, sonst müsse auf dem Wege der Gesetzgebung etwas geschehen. Kein Arbeitsminister könne eine andere Politik treiben.

Silverberg betont nochmals die Notwendigkeit der Preissenkung der Gegenstände des täglichen Bedarfs. Der landwirtschaftliche Produktionsindex sei der niedrigste von allen. Trotzdem bestehe die große Spanne bei den Ernährungskosten. Auch in der Textilindustrie sei bereits ein wirksamer Preisabbau eingetreten, dort finde man auch am wenigsten Planwirtschaft, die sonst überall hemme, insbesondere auch beim Handwerk und seinen Kegelklubkartellen. Gefährlich sei, daß die Konsumgenossenschaften sich auf die Selbstkosten ihrer Eigenproduktion festgelegt hätten, jetzt hätten sie auch noch eine Bank, die ihre Zinsen nicht verdienen könne. Die Schwierigkeiten würden sich bei der Aufstellung der Bilanz zum 31. 12. 1930 zeigen. Trotzdem müßte von den Konsumgenossenschaften der Preisabbau einsetzen, man sei auch bereit zu überlegen, wie man finanziell dabei helfen könne. Über die Rückwirkungen auf die Betriebe des Handwerks und des Einzelhandels und deren Angestellte müsse man sich allerdings klar sein, Konsequenzen dürfte man aber nicht scheuen. Wie günstig die Konsumgenossenschaften wirken könnten, zeige sich an der Kruppschen Werkskonsumanstalt, Essen habe die niedrigsten Preise. Auch die Warenhäuser [könnten], wenn sie mit Produktion nicht verbunden seien, die Preise senken. **Otte** meint, eine etwaige Preissenkung der Konsumvereine könne doch nicht so ausschlaggebend sein. **Graßmann** erklärt, die Konsumvereine verdienten nach ihrer Darstellung nur an der Produktion. Die ORG[5] stände im freien Wettbewerb mit anderen Lieferanten (*Silverberg* wirft ein: „Wenn man finanziell von ihr unabhängig ist."). Man könne bei Lohnabbau die Wirtschaft nicht heben, wenn man nicht gleichzeitig die Preise senke. Alle Maßnahmen zur Rationalisierung des Zwischenhandels müßten gestützt werden. **Silverberg** schlägt vor, Sachverständige aus den Konsumvereinen und Warenhäusern zu vernehmen. Nach weiteren Ausführungen von *Graßmann* und *Müller* schildert **Köttgen** die Erfahrungen in Berlin. Die Konsumvereine sollten doch dem Wirtschaftsministerium ebenso Einblick gewähren, wie er es getan habe. **v. Borsig** macht darauf aufmerksam, daß die jetzt notwendige Form des Lohnabbaus auch für Arbeitgeber eigentlich untragbar sei. Man müsse von dem starren System der staatlich beeinflußten Löhne herunter, dann werde sich alles in flacherer Kurve vollziehen.

Stegerwald erklärt, er habe die Lohnpolitik bis zum Jahre 1927 für richtig gehalten, was aber dann geschehen sei, wäre falsch gewesen, das habe er schon immer erklärt. Dieser Grundfehler der deutschen Politik müßte wieder gutgemacht werden. Er schlägt vor, die nächste Besprechung zur Vernehmung der Sachverständigen von den Konsumvereinen und Warenhäusern am 18. dieses Monats unter dem Vorsitz von Staatssekretär *Trendelenburg* im Reichswirtschaftsministerium abzuhalten und am Montag, den 24. dieses Monats, vormittags 10 Uhr, mit den Besprechungen im Reichsarbeitsministerium fortzufahren[6].

---

5 Organisation der Raiffeisen-Genossenschaften.

6 Vgl. Nr. 169.

163.

13. 11. 1930: Rundschreiben des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands

BA Kleine Erwerbungen 461–2, Handakten Otte. Vervielfältigtes Exemplar. Handschriftliche Anmerkungen. „An die dem Gesamtverband angeschlossenen Verbände. Vertraulich! Nicht für die Presse!"

Betrifft: Preisabbau

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Am 12. dieses Monats fanden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt, die sich im Laufe der Aussprache speziell auf die Frage der Preisentwicklung zuspitzten[1]. Nachstehend ein kurzes Resümee:

Anwesend: *Stegerwald* (Vorsitz) und Beamte des Reichsarbeitsministeriums, *Trendelenburg* und Beamte des Reichswirtschaftsministeriums.

Arbeitgeber: *Müller-Oerlinghausen,* Dr. *Silverberg,* Geheimrat *Borsig,* Geheimrat *Kastl,* Dr. *Brauweiler,* Generaldirektor *Köttgen.*

Arbeitnehmer: ADGB: *Graßmann, Spliedt,* Dr. *Arons.* DGB: (Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften) *Otte,* (Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften) *Hegewald.* Gewerkschaftsring Hirsch-Duncker: *Lemmer.*

Die Vertreter der freien Gewerkschaften äußerten sich zunächst zum Preisabbau sehr skeptisch und brachten die Befürchtung zum Ausdruck, daß der Lohnabbau infolge des Berliner Schiedsspruches[2] auf der ganzen Linie seine Fortsetzung nehmen würde.

Die Arbeitgeber (besonders Dr. *Silverberg*) meinten, daß die Konsumvereine im Preisabbau nicht genug täten. Rückvergütungen etc. müßten in dieser Zeit zur Senkung der Preise verwendet werden. Die Industrie würde auf Werkskonsumvereine und auf Warenhäuser (soweit sie auf letztere Einfluß hätte) einwirken, daß der Preisabbau weiter vorwärts käme. Es wurde dann abschließend vereinbart, daß im Reichswirtschaftsministerium in demselben Personenkreis eine Fortsetzung der Aussprache unter Hinzuziehung der Konsumvereine und anschließend daran unter Hinzuziehung von Vertretern des Handels stattfinden soll. Später sollen dann im Reichsarbeitsministerium die gemeinsamen Besprechungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern fortgesetzt werden und sich speziell auf soziale Fragen erstrecken. (Arbeitszeit – Arbeitsstreckung – 9. Schuljahr – Arbeitsdienstpflicht – Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand etc.[3]) Es muß gesagt werden, daß bei den Arbeitgebern der einmütige Wille vorhanden war, alles mit daranzusetzen, daß die Preise weiter fallen. Aber auch die Regierung wird nicht locker lassen[4].

Auf die Forderung der Gewerkschaften, daß die Arbeitgeber einen weiteren Lohnabbau zurückstellen und vorerst einmal gemeinsam mit der Arbeiterschaft an

1 Vgl. Nr. 162.

2 Nr. 151, Anm. 4.

3 Vgl. Nr. 169.

4 Vgl. Nr. 162 mit Anm. 2.

der Senkung der Preise arbeiten sollten, erwiderten die Arbeitgeber, daß das in der gewünschten Form nicht möglich sei. Sie seien aus Gründen der Selbstkostensenkung genötigt, bei allen demnächst ablaufenden Tarifen eine Anpassung der Löhne an das tragbare Selbstkostenniveau zu verlangen.

Wir möchten unsere Verbände auf diesen Punkt besonders aufmerksam machen. Nachdem also der Lohnabbau nicht zum Stillstand kommen wird, scheint es uns das Wichtigste zu sein, dahin zu streben, daß bei einem zukünftigen Lohnabbau zum wenigsten irgendeine Verbindung mit dem Preisabbau hergestellt wird[5]. Vielleicht kann das am besten dadurch geschehen, daß der Preisabbau (nachdem die Löhne durchweg bereits vorher gesenkt sind) jetzt voranzugehen hat.

Daß die Vertreter der Arbeitnehmer in der Besprechung die Forderung auf Verwaltungsabbau, Sparsamkeit der öffentlichen Hand usw. erhoben haben, braucht kaum besonders betont zu werden. Übrigens waren die Arbeitgeber auch in dem Punkt mit den Arbeitnehmern einig.

Mit kollegialem Gruß
Bernh. *Otte*

5 Eine solche Verbindung stellte der Schiedsspruch von Oeynhausen her. Nr. 77, Anm. 4.

164.

15. 11. 1930: Niederschrift des Landrichters Hamann über eine Besprechung des Reparationsausschusses

ZStA RWM 15056/Bl. 140–147. Handschriftliche Korrekturen und Vermerke. „Vertraulich". Datiert 17. 11. 1930.

Anwesend vom Reichsfinanzministerium: Ministerialdirektor *Dorn,* Ministerialrat *Berger.* Anwesend vom Reichswirtschaftsministerium: Ministerialdirektor *Reichardt,* Ministerialrat *Ronde,* Landrichter *Hamann.* Anwesend vom Auswärtigen Amt: Ministerialdirektor *Ritter,* Legationsrat *Vallette.* Anwesend vom Reichsbankdirektorium: Geheimrat *Vocke.*

Ministerialdirektor Dorn führte aus, daß die bisherige Stellungnahme der Reichsregierung zur Revisionsfrage dahin gegangen sei, daß man sich Anregungen möglichst von außen bringen lassen sollte[1]. Es frage sich jetzt, ob man systematische Schritte ergreifen solle, um die Welt und die deutsche Bevölkerung auf eine Revision des Neuen Plans zielbewußt vorzubereiten und ob man insbesondere vielleicht den Ausführungen des letzten *Gilbert*-Berichts[2] über die Wirtschaftslage Deutschlands entgegentreten solle. Es sei von vornherein zu bemerken, daß jede offizielle Propagierung des Revisionsgedankens notwendigerweise der erforderlichen Kreditstärkung und ruhigen Wirtschaftsentwicklung Deutschlands in der

1 Vgl. die Ausführungen von *Curtius* und *Dietrich,* Nr. 159. Dazu Helbich S. 17 ff. und 35 ff.

2 Die Reparationsleistungen des fünften Planjahres, der Bericht des Generalagenten Parker *Gilbert* vom 21. 5. 1930, Berlin 1930.

nächsten Zeit entgegenwirke[3] und die Durchführung des Finanz- und Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung erschwere. Er stellte folgende Fragen zur Erörterung:

Soll etwas geschehen:

1. hinsichtlich der Vorbereitung der öffentlichen Meinung auf die Revision des Neuen Planes oder

2. nur zur Aufklärung über die wahre deutsche Wirtschaftslage (*Gilbert*-Bericht)?

a) im Ausland,

b) im Inland,

c) im Ausland und Inland gleichzeitig?

und auf welche Weise?

aa) durch die Presse?

bb) durch wissenschaftliche Ausarbeitungen?

Zu den einzelnen Fragen äußerten sich die anwesenden Herren folgendermaßen:

Ministerialdirektor Ritter: Selbst wenn die Stimmung im deutschen Volke sich in entgegengesetzter Richtung bewege, müsse man aufklärend dahin wirken, daß die Revisionsfrage nicht vor 1932 ernstlich angeschnitten werden könne, da vor den amerikanischen Wahlen eine Änderung der Einstellung der amerikanischen Regierung in der Kriegsschuldenfrage nicht zu erwarten sei. Eine erkennbare offizielle Propaganda von Deutschland aus sei demzufolge vorläufig nicht zweckmäßig. Das bedeute nicht völlige Untätigkeit; man könne in der Zwischenzeit sachlich fundiertes Material zusammentragen und durch geeignete Privatpersönlichkeiten die Diskussion in der Presse auf dem laufenden halten.

Gleichzeitig müsse die Aufnahme weiterer Auslandskredite, die die Herbeiführung einer Transferkrise erschwere, aufs schärfste eingeschränkt werden. Das Reich dürfe nach Aufnahme des Überbrückungskredits[4] überhaupt nicht mehr an das Ausland herantreten; die Länder müßten sich auf dringend notwendige produktive Kredite beschränken; etwas freiere Hand müsse man vielleicht den Kommunen lassen; in der Industrie würde in den nächsten zwei Jahren von selbst kaum ein nennenswerter Kreditbedarf bestehen.

Ministerialdirektor Dr. Reichardt: Ob man die Aufrollung der Revisionsfrage bis 1932 werde hinausschieben können, erscheine zweifelhaft; auf jeden Fall aber müsse man sich an amtlicher Stelle bis zur vollendeten Durchführung des Finanzprogramms der Reichsregierung ruhig verhalten. Alsdann könne man Gelegenheiten, wie z. B. den Kongreß der Internationalen Handelskammern, der im Mai in den Vereinigten Staaten stattfinden solle, benutzen, um die Welt in geeigneter Form im deutschen Interesse vorzubereiten. Eine berichtigende Erwiderung auf den *Gilbert*-Bericht sei nicht zweckmäßig, da seine umfangreichen Ausführungen zum Haushalt des Deutschen Reichs zum größten Teil sachlich nicht widerlegt werden könnten, ein Eingehen auf die übrigen Fragen aber nicht lohne, zumal der Bericht in vielem durch Zeitablauf bereits überholt sei.

---

3 Vgl. Nr. 165a und b.

4 Zu dem 125-Millionen-Dollar-Kredit vom 11. 10. 1930 Nr. 138 und 141.

Was die Kreditfrage angehe, so sei die Privatwirtschaft vielleicht vorläufig saturiert. Die öffentliche Hand aber werde zweifellos nach dem 1. April 1931 erheblichen Kreditbedarf haben, der nur im Ausland gedeckt werden könne (z. B. Reichsbahn, Reichsverkehrsministerium für Mittellandkanal, Gemeinden für Defizitdeckung – Durchführung der Umschuldung – Tragung der riesigen Wohlfahrtslasten).

Geheimrat Vocke: Reichsbankpräsident *Luther* sei zunächst der Ansicht gewesen, daß man dem *Gilbert*-Bericht ein wissenschaftliches Buch von deutscher Seite entgegensetzen solle. Er selbst glaube, daß man keine rein polemische Abhandlung veröffentlichen solle, zumal der *Gilbert*-Bericht veraltet sei; zweckmäßig sei es aber, ein größeres wissenschaftliches Werk über die ökonomische Struktur des Young-Planes von einer international anerkannten Persönlichkeit vorbereiten zu lassen, damit im geeigneten Augenblick eine gediegene, sachlich nach allen Seiten begründete Unterlage vorhanden sei, die man auch dem Ausland gegenüber wirksam verwenden könne. Zeitungsartikel hätten auf die Dauer wenig Einfluß. Die Entscheidung über den Zeitpunkt der Veröffentlichung einer solchen Schrift und die Einleitung einer allgemeinen Propaganda hänge davon ab, wie man sich zu der nächsten Entwicklung der deutschen Wirtschaft stelle. Halte man sie für notwendigerweise negativ, so könne man rücksichtslos Propaganda treiben; lege man aber Wert auf Beruhigung der Geldgeber zwecks Ermöglichung der Konsolidierung der kurzfristigen Kredite und der Aufnahme neuer Anleihen, so sei dies vorläufig nicht möglich.

Ministerialräte Ronde und **Berger:** Im Augenblick sei ein energisches Betreiben der Revisionsfrage zwecklos, da uns von dem Sonderausschuß der BIZ vor Durchführung der Finanzreform stets entgegengehalten werden würde, daß wir nicht „alles in unserer Macht Stehende zur Erfüllung der Verpflichtungen getan hätten". Daß wir uns bis zur ihrer Einleitung, auch wenn man diese noch Jahr und Tag hinausschiebe, von der großen kurzfristigen Verschuldung, unter deren Druck wir ständen (ca. 11 Milliarden RM), völlig frei machen könnten, sei nicht zu erwarten. Man müsse aber alles nur mögliche tun, um unsere Lage auf diesem Gebiet zu erleichtern, und versuchen, unsere Schulden in möglichst großem Maße in langfristige umzuwandeln und die verbleibenden kurzfristigen nach denjenigen Gläubigerländern zu verlegen, die wir in der Zwischenzeit für eine uns günstige Einstellung im Falle der Revisionsverhandlungen gewinnen könnten.

Ministerialdirektor Dorn stellte zusammenfassend fest, daß die Durchführung des Finanz- und Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung und das Kreditproblem für die Beantwortung der gestellten Fragen entscheidend seien. Notwendigkeit der Umschuldung der kurzfristigen Kredite in langfristige, erforderliche Kapitalbildung und Kreditbedarf für den Fall einer Wiederbelebung der Wirtschaftskonjunktur bedeuteten erneuten Auslandsgeldbedarf und damit Notwendigkeit der Sicherung des ausländischen Vertrauens. Hiermit sei eine offizielle sofortige Revisionspropaganda nicht vereinbar. Man müsse sich auf gründliche Vorbereitung späterer Verhandlungen beschränken, insbesondere an die Ausarbeitung eines erschöpfenden Werkes über die Wirtschaftsgrundlagen des Neuen Planes herangehen und daneben die p r i v a t e Diskussion über die Notwendigkeit einer baldigen Revision vor allem im Ausland in Tagespresse, Zeitschriften und Vorträgen in Fluß halten.

Auf Anfrage äußerte Herr **Geheimrat Vocke,** daß die BIZ für die Geldversorgung Deutschlands, insbesondere in langfristiger Form, so gut wie nichts tun könne. 250 Millionen RM stelle die BIZ Deutschland bereits seit längerer Zeit laufend kurzfristig zur Verfügung.

Ergebnis: Folgende vorbereitenden Arbeiten sind in Angriff zu nehmen:

1. Große wissenschaftliche Arbeit:

Unter Verwendung der im Reichswirtschaftsministerium gefertigten vorbereitenden Ausarbeitung ist festzustellen, welche Fragen im einzelnen in diesem Werk zu erörtern sind. Die Frage des Verfassers und Herausgebers ist zu klären. Soll das Werk von einem einzelnen Wissenschaftler bearbeitet und unter seinem Namen herausgegeben werden, soll es von mehreren bearbeitet und von einem herausgegeben oder soll es in mehrere von verschiedenen Persönlichkeiten zu bearbeitende Spezialgebiete aufgeteilt und auch in dieser Form veröffentlicht werden? Auf jeden Fall ist engste Zusammenarbeit zwischen den betreffenden Wissenschaftlern und den Reichsressorts zu gewährleisten, die ohnehin den größten Teil der sachlichen Unterlagen werden zur Verfügung stellen müssen.

2. Allgemeine wissenschaftliche und politische private Erörterungen im Ausland:

a) Zusammenstellung der hierfür geeigneten Themen und Verteilung ihrer Vorbereitung auf die einzelnen Ressorts,

b) Klärung der Frage, durch welche Kanäle diese Arbeiten dem Ausland zugeleitet werden sollen (Botschaft in Washington und London hierfür geeignet, Botschaft in Paris nicht).

3. Wegen der Vorbereitung der Tagung der Internationalen Handelskammern (Personen- und Themenauswahl) soll mit Herrn Minister *Hamm* in Verbindung getreten werden.

4. Die Reichsbank soll eine Untersuchung über den Stand unserer kurzfristigen Verschuldung[5] und die Frage einleiten, wie sich in der nächsten Zeit das Zurückziehen eines großen Teils der kurzfristigen Kredite auf die deutsche Wirtschaft auswirken würde.

Zum Schluß wurde

a) hinsichtlich der Interpellation von *Freytagh-Loringhoven*[6] empfohlen, die Reichsregierung erklären zu lassen, daß sie die Interpellation als durch die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses[7] und die Regierungserklärung[8] erledigt ansehe;

---

5 Statistische Daten zur kurzfristigen Auslandsverschuldung Lüke S. 216 ff.; zur Kapitalbewegung W. G. Hoffmann u. a., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin–Heidelberg–New York 1965 S. 86 ff.

6 RT Drucks. Bd. 448 Nr. 82. In der Interpellation richtete der deutschnationale Abgeordnete an die Reichsregierung die Frage, ob sie bereit sei, eine Reparationsabgabe auf die Einfuhr ausländischer Waren zu legen, vorbereitende Schritte zu einer Revision des Young-Planes einzuleiten und offen auf eine Revision des Friedensvertrages hinzuarbeiten.

7 Nr. 159.

8 RT Bd. 444 S. 17 ff.

b) hinsichtlich der vom Auswärtigen Ausschuß verlangten Denkschrift beschlossen, wegen der mit einer solchen Denkschrift verbundenen Gefahren darauf hinzuwirken, daß der Antrag von der Wirtschaftspartei zurückgezogen[9], andernfalls aber im Plenum zur Ablehnung gebracht werde.

Ha[mann]

9 Vgl. Nr. 159.

165a.

23. 11. 1930: Aktenvermerk des Staatssekretärs Schäffer über eine Unterredung mit Reichsminister Curtius

Nachlaß Schäffer ED 93. Durchschlag. Unterstreichungen. Datiert 25. 11. 1930.

Am Sonntag abend[1] war ich bei Herrn Reichsbankpräsident *Luther* anläßlich der Anwesenheit des amerikanischen Notenbankpräsidenten *Harrison* mit dem Herrn Reichsaußenminister *Curtius* zusammen. Nach dem Essen nahm mich Herr *Curtius* beiseite und fragte, ob es denn wirklich richtig sei, daß unsere allgemeinen Finanzverhältnisse in der Wirtschaft wirklich so schlimm lägen, daß man in den nächsten Monaten an den französischen Markt mit ganz konkreten Forderungen herantreten müsse und er hierauf seine Außenpolitik einzustellen habe. Es seien ihm in dieser Hinsicht Angaben von deutschen Banken gemacht worden.

Ich erwiderte darauf, was wir in der nächsten Zeit brauchten, sei Ruhe. Wir könnten uns keine außenpolitischen Abenteuer leisten und könnten es nicht vertragen, wenn aus innenpolitischen Gründen ein außenpolitisch scharfer Ton angeschlagen würde[2]. Werde so verfahren, so würde dies zu einer Beunruhigung des Geldmarktes führen, es würden weitere ausländische Kredite abgezogen werden und inländische Gelder sich ins Ausland flüchten. Das könnten die Banken nicht vertragen. Ebenso wäre das aber auch den Reichsfinanzen schädlich, die durch Unterbringung von Reichsschatzwechseln und Reichsschatzanweisungen in den nächsten Monaten auf den Geldmarkt angewiesen seien. Dagegen würde ich es für total verfehlt halten und im übrigen auch für aussichtslos, irgendwie offiziell an Frankreich heranzutreten und von ihm die Anlage von Geldern auf dem deutschen Markt zu verlangen[3]. Ob die Franzosen bei dem Stand ihrer gegenwärtigen Volksstimmung dies überhaupt täten, sei mehr als zweifelhaft, wenn sie es aber täten, dann würden sie bestimmt Bedingungen stellen, die wir nicht annehmen könnten (Ost-Locarno)[4]. Die ergebnislose Erörterung dieser Frage

1 23. 11. 1930.

2 Vgl. Nr. 164.

3 Angebote in dieser Richtung hatte *Briand* bereits am 19. 9. 1930 *Curtius* gegenüber angedeutet. Nr. 142.

4 Gemeint ist wahrscheinlich eine Garantie der Unverletzlichkeit der deutschen Ostgrenze in voller Entsprechung zu der im Locarno-Vertrag von 1925 gegebenen Garantie der deutschen Westgrenzen.

würde alsdann auf dem Geldmarkt wiederum Unruhe und Schwierigkeiten hervorrufen.

Herr Minister *Curtius* zeigte sich durch diese Auffassung von mir einigermaßen beruhigt. Er erwähnte aber, es sei doch wichtig, mit Frankreich in absehbarer Zeit wiederum in ein Gespräch zu kommen. Frankreich und wir könnten uns nicht gleichgültig gegenüberstehen. Entweder müßten wir gemeinsam etwas tun, oder aber die zwischen uns liegenden Dinge brächten uns immer wieder gegeneinander[5].

Ich erwiderte darauf, daß ich eine Kooperation mit Frankreich für sehr gut hielte, sie dürfte aber nicht so sein, daß Frankreich uns dafür politische Bedingungen stellen könnte, wie es dies bei der Gewährung von Geld zweifellos tun würde. Vielleicht ließe sich eine Kooperation in dritten Ländern durchführen (Balkan).

Herr Minister *Curtius* erwähnte in diesem Zusammenhang als ein Mittel Frankreichs, uns entgegenzukommen, die Durchführung der homologierten, aber nicht ausgeführten Sachlieferungsverträge, weil diese der deutschen Industrie wiederum Beschäftigung gäben.

Ich vertrat den Standpunkt, daß es mir unwahrscheinlich erschiene, auf diesem Gebiet etwas zu erreichen. Hier seien die beiderseitigen Verhandlungen schon zu sehr festgefahren. Es lägen auch zu viele Fehler der französischen Bürokratie in dieser Frage vor, als daß mit einem Nachgeben gerechnet werden könnte. Gänzlich verfehlt wäre es, diese Frage etwa juristisch vor einem Schiedsgericht zu behandeln.

Bei diesem letzten Teil des Gesprächs war Herr Franz *v. Mendelssohn* zugegen, der erwähnte, daß Ende dieser Woche das deutsch-französische Verständigungskomitee tage und daß man vielleicht die Frage der nicht homologierten Verträge hier erörtern könnte. Ich versprach, Herrn *v. Mendelssohn* darüber das Material zuzuführen.

gez. *Schäffer*

---

5 So auch *Curtius* in seiner Rede im Reichsrat am 20. 11. 1930, abgedruckt in Curtius S. 177 ff.

165b.

24. 11. 1930: Aktenvermerk des Staatssekretärs Schäffer über eine Unterredung mit Harrison

Nachlaß Schäffer ED 93. Durchschlag. Unterstreichungen. Datiert 25. 11. 1930.

Gestern abend war ich in einem Kreise von Staatsmännern und Bankiers bei dem amerikanischen Botschafter mit dem Notenbankpräsidenten *Harrison* zusammen. In später Abendstunde vereinigte *Harrison* um sich einen kleineren Kreis, in dem anwesend waren: Reichsbankpräsident *Luther,* Vizepräsident *Dreyse, Wassermann, Nathan, Jeidels,* Franz *v. Mendelssohn, Clifford* und ich.

Herr *Harrison* sagte, er habe zwei Fragen, die er schon einer Reihe von Persönlichkeiten in Deutschland gestellt und auf die er keine klare Auskunft

erhalten habe. Diese Fragen seien wichtig, weil sie allein die Möglichkeit praktischen Tuns geben. Die erste Frage sei: Womit könne Amerika Deutschland helfen? Die zweite Frage sei: Was empfehlen die deutschen Kenner der Wirtschaft Amerika zu tun?

Zu der ersten Frage wurde gesagt, die beste Hilfe, die Deutschland von Amerika zur Zeit haben könne, bestehe darin, ihm möglichst langfristigen Kredit zu geben, damit zunächst die kurzfristigen Kredite in langfristige umgewandelt werden könnten und damit die Unsicherheit von der deutschen Wirtschaft genommen werde[1]. An einzelnen Stellen kämen auch langfristige Kredite für Neuinvestitionen in Betracht, insbesondere wenn sie im Zinssatz erträglich wären.

Etwas weniger weit ging Herr *Jeidels,* der sagte, wenn man das im Augenblick Mögliche überlege, so würde auch bereits eine bessere Bewertung der deutschen in Amerika umlaufenden Papiere von uns als ein Vorteil empfunden werden, denn eine solche sei die Voraussetzung für die Neuaufnahme oder Refundierung von Krediten.

Herr *Harrison* erklärte darauf, er sehe die Wichtigkeit unserer Anregung ein, aber es sei furchtbar schwer, etwas zu machen, weil die amerikanischen Investers nicht bereit seien, Geld auf lange und zu billigeren Bedingungen in Deutschland anzulegen. Das Unglück seien die großen Überschriften der Zeitungen. 90 Prozent aller Menschen lese überhaupt nur die Überschriften und nicht das, was dahinter käme. Von den restlichen zehn Prozent verstünden neun Prozent den Inhalt falsch. Wenn z. B. in den amerikanischen Zeitungen in Überschrift und Text immer stünde, Deutschland erwäge die Geltendmachung eines Moratoriums oder des Young-Moratoriums, so dächten die weitaus meisten Menschen in Amerika – wie übrigens auch in Deutschland – daß es sich hierbei um eine Sistierung der Zahlung der privaten Schulden handle. Einem Volke, das selbst sage, es werde demnächst ein Moratorium erklären, könne natürlich niemand etwas borgen; daß es sich dabei um einen ganz beschränkten Akt der Reparationszahlungen handle, wisse kein Mensch. Aber da dies nun einmal so sei, wäre es auf alle Fälle sehr gut, wenn mit dem Moratorium nicht immerfort gewinkt würde und zwar insbesondere sehr gut im Interesse des deutschen Kredits. Ferner bilde ein Hindernis für die Verlegung von erheblichen Geldsummen nach Europa die große Menge der Reden, die von den Staatsmännern aller Länder in Europa gehalten würden. In dieser Beziehung wäre ein Redemoratorium sehr wünschenswert. Der amerikanische Investor, der Geld in Europa und insbesondere in Deutschland anlegen solle, kenne die europäischen Verhältnisse zu wenig. Er wisse nicht, daß Herr *Mussolini* und andere Ministerpräsidenten in starken Ausdrücken nur sprächen, um ihren eigenen Völkern eine Freude zu machen (for home consumption), sondern er nehme alle diese Dinge noch völlig ernst. Erst wenn hier anders oder am besten gar nicht geredet würde, würde ein erhebliches Vertrauen in Amerika wiederkehren. Vorläufig lebe man in dem Gefühl, daß zwischen Frankreich und Italien gefährliche Spannungen bestünden und daß auch die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu wünschen übrig ließen. Sehr erleichtert würde auch die Gewährung von großen Krediten, wenn mit der Abrüstung ernst gemacht würde.

1 Vgl. Nr. 161 und 164.

Im übrigen sei zur Zeit der Kapitalmarkt in Amerika auch wegen der dortigen Verhältnisse ungünstig.

Herr *Harrison* selbst sagte, daß diese Krise doch den nachdenkenden Amerikanern mehr und mehr das Gefühl beibringe, daß sie nicht allein auf einer Insel der Prosperity leben könnten, während es der ganzen übrigen Welt schlecht ginge; sie seien auch mit der Welt verbunden, und ebenso wie diese von ihnen abhängig sei, seien sie auch von der anderen Welt abhängig. Dabei glaube er, daß man die Frage der Goldhortung in ihrer Bedeutung als Krisengrund weit überschätze. Jedenfalls dürfe man nicht die Menge des vorhandenen Goldes vergleichen mit der Menge der Noten. Bei dem Umfang bargeldlosen Verkehrs käme es nicht so sehr auf die Zahl der Noten an als auf die Größe des Gold- und Warenverkehrs. Dessen Verhältnis zu der Geldmenge sei entscheidend. Die Größe des Wirtschaftsverkehrs könne man am besten aus der Höhe der Bankdepots entnehmen. Tue man dies für Amerika, so sei die Goldmenge im Verhältnis zu den Bankdepots in Amerika nicht größer, sondern sogar kleiner als in anderen Ländern. Etwas anders liege das Verhältnis in Frankreich, wo auch bei diesem Maßstabe das Gold noch zu stark vertreten sei. Nicht auf die Verteilung des Kapitals, und hier gebe er zu, daß die kapitalstarken Länder wie Amerika und Frankreich mit ihrem Kapital auch die anderen befruchten müßten, um ein wirtschaftliches Gleichgewicht in der Welt zu erhalten. Für Europa sei es geradezu eine grundlegende Frage, ob Frankreich sich zu diesem Standpunkt aufraffen könnte.

Auf die Frage nach dem, was man den Amerikanern im Interesse der Behebung ihrer eigenen und der Weltkrise zu tun empfehlen könne, erhielt Herr *Harrison* verschiedene Antworten. Herr *Jeidels* sagte, daß die Bedeutung Amerikas für die Weltwirtschaft so groß sei, daß ohne eine Gesundung der Verhältnisse in Amerika auch in den anderen Ländern ein Umschwung nicht eintreten könne. Das Wesentliche, was daher die Amerikaner tun sollten, sei, ihre eigenen Verhältnisse in Ordnung zu bringen. Herr *Harrison* erwiderte darauf, es liege hier ein circulus vitiosus vor. Amerika könne seine Verhältnisse eben nicht in Ordnung bringen, ohne daß die Verhältnisse in der Welt in Ordnung kämen, und umgekehrt könnten die Verhältnisse in der übrigen Welt nicht in Ordnung kommen, ehe Amerika nicht in Ordnung sei. Ein anderer Gedanke, den Herr *Harrison* alsbald aufgriff, war, durch internationale Produktionsregelung – er sprach insbesondere von Zucker – bei den wesentlichsten Produkten das übermäßige Angebot auszuschalten. Herr *Harrison,* der wegen des in Amerika bestehenden Kartellverbots nicht über unsere z. T. doch ungünstigen Erfahrungen auf dem Kartellgebiet verfügt, schien sich von diesem Mittel der internationalen Kontingentierung noch erhebliche Erfolge zu versprechen.

Ein anderer Weg, der von verschiedenen Seiten an Herrn *Harrison* herangebracht wurde, war der umgekehrte, der der Steigerung der Konsumtionsfähigkeit anderer Landesteile, und zwar wurde gesagt, daß Deutschland und Amerika in Zusammenarbeit in dritten Ländern große industrielle Unternehmungen durchführen sollten. Als Beispiel diente die Ordnung des rumänischen Eisenbahnnetzes. Es war dabei eine Zusammenarbeit Deutschlands und Amerikas zugrunde gelegt. Die Lieferungen für ein solches Projekt seien so groß, daß die Industrien beider Länder Beschäftigung finden könnten. Zusätzlich zu der industriellen Beschäftigung hätte

alsdann die eine Seite, nämlich Deutschland, die größere Erfahrung des Arbeitens in Rumänien und die durch die räumliche Nähe erleichterte Überwachung der Kredite einzubringen, während Amerika vermöge seines größeren Kapitalreichtums neben den auf seine Industrien entfallenden Lieferungen noch die Finanzierung des ganzen Geschäfts zu besorgen hätte. Herr *Harrison* zeigte sich für diese Zusammenarbeit interessiert. Er sagte, er vom Notenbankstandpunkt könne dabei nicht viel machen, aber er möchte anregen, daß geeignete Industrielle beider Seiten einmal solche Fragen miteinander besprächen. Er könnte sich sehr wohl vorstellen, daß dafür in Amerika Interesse vorhanden sei.

gez. *Schäffer*

166.

26. 11. 1930: Aktenvermerk des Staatssekretärs Pünder (Inhaltsangabe)

BA R 43 I/1021.

Nachdem der Reichsrat den Sanierungsplan der Reichsregierung am 20. 11. 1930 angenommen hat[1], empfängt *Brüning* nacheinander Sprecher verschiedener Parteien. Die Vertreter von Zentrum, DVP, BVP, CSVP, Konservativer Volkspartei und Staatspartei äußern bei aller Kritik an Einzelpunkten ihre grundsätzliche Zustimmung zum Programm und zur Absicht der Regierung, dieses Programm gegebenenfalls im Notverordnungswege in Kraft zu setzen[2]. Die Besprechung mit Mitgliedern der SPD-Fraktion ergibt, daß mit einem Entgegenkommen der SPD zu rechnen sei, wenn zuvor einige Änderungen an der Notverordnung vom Juli 1930[3] vorgenommen würden. Selbst *Döbrich* vom Deutschen Landvolk, das in der Öffentlichkeit oft aufgeregt gegen die Regierung polemisiert, äußert Verständnis für die Absichten der Regierung. Die Aussprache mit den Abgeordneten der Wirtschaftspartei, *Drewitz* und *Mollath,* beschränkt sich auf die Erörterung der Demission *Bredts*[4], die *Drewitz* mit der Versicherung abschließt, daß die Wirtschaftspartei nicht beabsichtige, eine bedingungslose Oppositionsstellung gegenüber dem Kabinett *Brüning* einzunehmen. Vor der Unterredung mit *Hugenberg* erfährt *Brüning,* daß die ,,maßgeblichsten deutschen Wirtschaftsführer" *Hugenberg* die bedrohliche Wirtschaftslage vor Augen geführt und von ihm verlangt

1 Schulthess 1930 S. 228 f.; zum Inhalt des ,,Sanierungsprogramms" S. 224 ff.

2 Das Programm wurde am 1. 12. 1930 als Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen in Kraft gesetzt, RGBl. 1930 I S. 517 ff. Zu den Besprechungen *Brünings* mit den Parteiführern, Brüning S. 209 ff.

3 RGBl. 1930 I S. 311 ff.

4 *Bredt* hatte auf Druck seiner Partei *Brüning* am 25. 11. 1930 um seine Entlassung als Reichsjustizminister ersucht. Brief *Bredts* an *Brüning* vom 25. 11. 1930, abgedruckt in Martin Schumacher (Bearb.), Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor *Bredt* 1914 bis 1933 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe: Weimarer Republik 1), Düsseldorf 1970 S. 346; vgl. die Erinnerungen Bredts a. a. O. S. 261 ff.; Brüning S. 210.

hätten, „sich der Regierung *Brüning* ohne politische Bedingungen zur Verfügung zu stellen". Die Aussprache *Brünings* mit *Hugenberg* verläuft trotzdem „völlig negativ"[5]. Der in der Reichskanzlei erwogene Gedanke, den Reichstag um die Zustimmung zu einem verfassungsändernden Ermächtigungsgesetz[6] zu ersuchen, „das von den Sozialdemokraten bis Deutschnationalen einschließlich angenommen werden könnte, um mit seiner Hilfe den Wirtschafts- und Finanzplan ohne Notverordnung durchzuführen", muß daraufhin endgültig aufgegeben werden.

5 Hierzu und zu den übrigen Besprechungen mit den Parteiführern Brüning S. 209ff.

6 Vgl. Pünder S. 75f. sowie die Diskussionen im Juni 1930; Nr. 94 und 95.

167.

27. 11. 1930: Reden Kastls und des Reichskanzlers Brüning vor dem Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Auszüge)

BL RDI 62/10, 5b. Auszug aus: „Reichsverband der Deutschen Industrie. Stenographischer Bericht über die Sitzung des Hauptausschusses, abgehalten am 27. November 1930, 10½ Uhr vormittags im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats, Berlin W 9, Bellevuestr. 15"[1]. Handschriftliche Korrekturen.

Herr Geheimrat Kastl:

[. . .][2]

Meine sehr verehrten Herren! Nach diesen kurzen Ausführungen – ich darf Sie nicht länger in Anspruch nehmen – einige ganz grundsätzliche Bemerkungen über die Reparationsfrage. Es fällt das nicht aus dem Rahmen, und zwar deshalb nicht, weil ja alles wirtschaftliche Geschehen in Deutschland, alle wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen und alles, was damit zusammenhängt, schließlich von diesem Problem diktiert und überschattet wird. Jede einzelne Handlung, jede richtige Handlung muß darauf geprüft werden, ob sie sich in das Ziel der anderweitigen Gestaltung unserer Reparationsverpflichtungen einpassen kann; denn das ist das Ziel, das wir doch alle im Auge haben, und das ist auch das, was von Anfang an diejenigen im Auge gehabt haben, die den Young-Plan unterschrieben haben, von denen man vielfach glaubt, es seien solche Ideologen gewesen, die geglaubt hätten, man könne erfüllen, wenn man nur die entsprechenden Erpressungen gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft vornehmen werde. Nein, solche Ideologen sind diese Herren bei allen sonstigen Mängeln, die ihnen vielleicht anhaften mögen, nicht gewesen. (Heiterkeit) Ich möchte hier das

1 Die Reden *Kastls* und *Brünings* sind vollständig abgedruckt in Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Nr. 55, Berlin 1930.

2 Im ersten Teil seiner Rede beschäftigt sich *Kastl* mit der Lohn-Preis-Problematik und der Preissenkungsaktion der Regierung.

wiederholen, was ich gestern im Vorstand gesagt habe[3]: daß mit dem Augenblick, wo der Young-Plan unterschrieben worden ist, der erste Akt einer Revision dieses Planes eigentlich begonnen hat[4]. Ich schließe mich vollkommen dem an, was Herr Reichsbankpräsident Dr. *Luther* gesagt hat: je schärfer wir unsere Verpflichtung aus dieser Unterschrift betonen, um so größer werden unsere Rechte.

Wie muß die Reparationspolitik eingestellt sein? Wir haben uns darüber neulich im Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sehr lange unterhalten. Ich halte es für eine besondere Pflicht meinerseits, daß ich Sie darüber unterrichte, weil immer da und dort in den Kreisen der Industrie gesagt wird: der Reichsverband bekümmert sich nicht um die großen Fragen; er behandelt mit einer gewissen Geschäftstüchtigkeit eine Menge Einzelsachen, aber um die ganz großen Fragen der Nation bekümmert er sich nicht! Meine sehr verehrten Herren, es ist nicht immer notwendig, daß das, was in den Gremien des Reichsverbandes beschlossen wird, die Stellungnahmen, die dort erfolgen, in der Presse veröffentlicht werden; denn man muß gerade in dieser Frage mit den Veröffentlichungen in der Presse äußerst vorsichtig sein. Wenn wir heute hier Presse hätten oder wenn ich annehmen könnte, daß dieser oder jener der Zuhörer eine Indiskretion begehen und das, was ich ausführe, in die Presse bringen könnte, so würde ich tatsächlich diese Ausführungen nicht machen. Denn hier handelt es sich um ein sehr delikates politisches Problem, das zu behandeln ist von den politischen Faktoren, denen die Wirtschaft lediglich helfend zur Seite stehen und ihre Ansicht dazu sagen kann, bei denen die Äußerungen der Wirtschaft nur mit aller Vorsicht in die Öffentlichkeit gebracht werden dürfen. In Deutschland hat nicht bloß jetzt, sondern auch früher die Erkenntnis bestanden, daß wir selbst nicht in der Lage sind, die Verpflichtungen, die wir übernommen haben, restlos zu erfüllen. Wären die Sachverständigen davon überzeugt gewesen, dann wäre es völlig überflüssig gewesen, alle die Sicherungen in den Plan einzubauen, die in ihm enthalten sind, die einmal in der Feststellung bestehen, daß es sich um eine politische und nicht um eine wirtschaftliche Lösung handelt, weiter in der Möglichkeit, ein Transfer- und Aufbringungsmoratorium zu erklären, und letzten Endes darin, daß Deutschland das Recht hat, wenn es glaubt, daß seine soziale Währung und die sonstige wirtschaftliche Entwicklung durch die weiteren Zahlungen gefährdet sei, neue Verhandlungen über das Reparationsproblem zu verlangen. Das sind technische Hilfsmittel im Rahmen des Plans. Im Rahmen der Politik – und es handelt sich dabei um eine politische Auseinandersetzung – und im Rahmen der wirtschaftlichen Betrachtung, insbesondere im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung, spielen solche technischen Möglichkeiten an sich eine untergeordnete Rolle, aber sie müssen da sein.

Wichtiger ist für eine zukünftige Betrachtung die Tatsache der absoluten Veränderung der Verhältnisse auf dem Weltmarkt, der Preisveränderungen, mögen sie nun aus der Goldentwertung gekommen sein oder mögen sie andere Ursachen haben. Ganz sicher steht fest, daß die Menge an Waren, die im Jahre 1927 notwendig war, um die jährlichen Zahlungen zu leisten, im Jahre 1930 nicht

3 Stenografische Niederschrift über die Vorstandssitzung des RDI am 26. 11. 1930 S. 47 ff. BL RDI 62/10, 4d.

4 Ähnlich *Curtius* in Nr. 159.

annähernd mehr ausreicht, und das ist einer der wichtigsten Gründe, hier eine Neuaufrollung der ganzen Frage zu verlangen.

Aber was sollen wir tun? Vielfach wird in der Öffentlichkeit gesagt: die Regierung muß sofort ein Transfer-Moratorium erklären. Wenn das Wirklichkeit würde, so wäre das der größte Fehler, den wir im Augenblick begehen können; denn erst unter der heutigen Entwicklung, wo die Kapitalverschiebungen auf dem Weltmarkt eine ganz andere Richtung genommen haben als unter der Geltung des Dawes-Planes, ist überhaupt klar geworden, was die Zahlung der Reparationen und der Empfang der Reparationen im Rahmen der Weltwirtschaft bedeuten. Erst dadurch ist klar geworden, welche Wirkung sie auf den Empfänger und auf alle Neutralen ausüben; erst dadurch ist klar geworden, daß die Illusion, die bisher auf der Empfänger[seite] bestand, als ob es eitel Freude wäre, von Deutschland Reparationen zu bekommen, sich ins Gegenteil verkehrt hat. Wir sehen ja die Entwicklung, das außerordentliche Zurückgehen des Exports von Amerika und England und demgegenüber nur ein kleines Zurückgehen in Deutschland[5]. Sollen wir die Linie, die die Pfeilrichtung nun genommen hat, dadurch zu unseren Ungunsten verändern, daß wir ein Transfer-Moratorium erklären, ohne daß sich bei uns im Innern etwas ändert? Denn wir müßten die Zahlungen weiter aufbringen, und sie gingen, weil sie nicht transferiert werden könnten, auf das Konto der Internationalen Bank bei der Reichsbank, um im Rahmen der heutigen Verhältnisse der Sterilisierung anheim zu fallen. Ich habe neulich überspitzt gesagt: wenn ich Engländer wäre, würde ich händeringend darum bitten, daß Deutschland die Torheit beginge, ein Transfer-Moratorium zu erklären. Deshalb bleibt nur übrig, alle Maßnahmen dafür einzusetzen, daß man im Wege einer Revision des Planes diesen Plan entweder ganz beseitigt oder ihn auf eine so minimale Summe reduziert, daß sie tatsächlich für Deutschland und die Weltwirtschaft erträglich wird.

Dazu gehört erstens die politische und psychologische Vorbereitung im Auslande und die entsprechende Vorbereitung im Innern durch Ordnung unserer Verhältnisse, Ordnung unserer Finanzen und Ordnung unserer Wirtschaftspolitik, nicht, wie vielfach behauptet wird, um eine blöde, sinnlose Erfüllungspolitik zu treiben, nein, um die Grundlagen zu gewinnen und zu erwerben, auf Grund deren man tatsächlich Revisionsverhandlungen überhaupt eröffnen kann. Ich brauche auf diese Einzelheiten in diesem Zusammenhang nicht einzugehen; die sind vom Herrn Reichsbankpräsidenten vorhin so treffend geschildert worden, daß ich nur Wiederholungen aussprechen könnte. Aber diese Vorbereitungen bedürfen Zeit und müssen zu Ende geführt werden; denn erst dann sind wir überhaupt in der Lage, auch Schwierigkeiten bei derartigen Verhandlungen zu übersehen und sie unter Umständen, wenn sie nicht zum Ziele führen, abzubrechen, ein Fall, der im Jahre 1929 angesichts unserer damaligen Verhältnisse nicht gegeben war.

All das, was geschieht, soll die Revision vorbereiten und soll dazu beitragen, unseren Kredit im Auslande zu erhöhen, unsere Währung in noch stärkerem Maße zu sichern und so für unsere eigene Wirtschaft die Grundlagen zu schaffen, daß sie auf dem Weltmarkt bestehen kann, ja, daß sie darüber hinaus in der Lage ist, den

5 Statistische Daten bei Kroll S. 67 (USA), 126 (Deutschland) und 696 (Großbritannien).

anderen Exportmächten gegenüber so scharf als Konkurrent aufzutreten, daß diese tatsächlich auch die Wirkungen der von ihnen veranlaßten Reparationen fühlen.

Damit komme ich zu meiner Schlußbetrachtung. Es heißt, es kommt darauf an, Deutschland von der Höhe seiner gegenwärtigen Verpflichtungen zu befreien. In dieser Beziehung sind wir alle einer Auffassung, mögen wir dieser oder jener wirtschaftspolitischen Richtung oder Einstellung angehören. Es kommt darauf an, die ungeheuer schweren Aufgaben, die vor uns stehen, mit einem Aufwande von außerordentlicher Energie, mit Klugheit und Besonnenheit in Angriff zu nehmen. Es ist Pflicht aller Deutschen, alle Chancen und Trümpfe bis zum letzten auszunutzen. Eine schwere Verantwortung nicht nur für die lebende, sondern auch für die kommende Generation. Aber diese Verantwortung bedeutet nicht, daß wir mit heißen Köpfen Wirtschaftspolitik oder Politik betreiben, sondern daß wir Politik betreiben zwar mit heißem Herzen, aber mit kühlen Köpfen.

[. . .][6]

Herr Reichskanzler Dr. Brüning: [. . .][7] Diejenigen, die glauben, daß man alles und jedes Elend und alle Fehler im innerpolitischen und wirtschaftspolitischen Leben Deutschlands auf die Reparationsfrage zurückzuführen hätte, führen meines Erachtens das deutsche Volk vollkommen in die Irre (Sehr richtig!) und verhindern eine Selbsterkenntnis des deutschen Volkes. (Starker Beifall) Sie verhindern, daß die Maßnahmen rechtzeitig getroffen werden, die wir auch treffen müßten, wenn es gar keine Reparationsleistungen gäbe. (Wiederholter lebhafter Beifall) Wer da glaubt, die Lösung der drängenden Fragen in dieser Hinsicht durch sehr starke Forderungen und sehr stark aufgemachte Reden fördern zu können, der irrt sich und täuscht das ganze Volk. (Zustimmung) Denn es geht umgekehrt wie mit dem Wunder von Jericho: wenn man hier die Posaunen zu laut bläst, dann fallen nicht die Wälle um uns ein, sondern sie werden erst recht wieder festgemacht (Heitere Zustimmung). Das bedeutet nicht, daß die Reichsregierung im Schoße des Reichskabinetts und unter sorgfältiger, systematischer Überlegung und Gegeneinanderabstimmung aller ihrer Maßnahmen nicht diese Frage jeden Tag, in jeder Stunde, in jedem Beschluß vor Augen hat. Aber eines würde ich für meine Person unter allen Umständen ablehnen: an die Frage in einem unzeitgemäßen Augenblick heranzugehen. Lieber Unpopularität auf Monate und ein ganzes Jahr tragen, als noch einmal den Fehler zu machen, zu früh an die Frage heranzugehen! (Lebhaftes Bravo)

[. . .][8]

6 Einführungsworte *Duisbergs.*

7 Einleitende Bemerkungen.

8 Ausführungen zu innenpolitischen Fragen.

168.

4. 12. 1930: Reichert an Schlenker (Düsseldorf)

BA R 13 I/602. Durchschlag. „Persönlich".

Lieber *Schlenker!*

Schönen Dank für Ihre Auskunft betreffend Deutsch-Französische Gesellschaft.

Als ich gestern vormittag im Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats erschien, um zu dem Eisenbericht Stellung zu nehmen, kam Herr Geheimrat *Kastl* auf mich zu mit der überraschenden Frage: „Wann werden Sie beim Eisen- und Stahlverein beschließen, aus dem Reichsverband der Deutschen Industrie auszuscheiden?"

Auf meine verwunderte Gegenfrage, wie er auf diese Frage käme, erklärte *Kastl* weiter: „Na, die Ruhrkohle hat ja bereits einstimmig beschlossen, die Trennung vom Reichsverband zu vollziehen[1]!"

Ich muß schon sagen, daß ich über diese Mitteilung aufs höchste erstaunt war. Die Gründe, wie es zu dem Beschluß gekommen ist, habe ich im Laufe des Tages von Herrn Dr. Ernst *Poensgen* hier erfahren.

Kastl bemühte sich darzulegen, daß er bei der Vielseitigkeit der deutschen Industrie, bei den auseinandergehenden Meinungen es beim besten Willen nicht allen recht machen könne, und daß er glaube, aus der weitgehenden Unzufriedenheit bei der Schwerindustrie einerseits, bei der verarbeitenden Industrie andererseits für sich den Schluß ziehen zu dürfen, daß er es doch „eigentlich richtig" mache. Er habe doch noch vor kurzem gelegentlich der Auseinandersetzungen vor Vertretern der Eisen schaffenden und verarbeitenden Industrie über die Eisenpreisfrage gezeigt, daß er für die Interessen der Eisenindustrie eingetreten sei. Er hänge das natürlich nicht an die große Glocke, sonst könne er ja noch viel mehr solcher Beispiele anführen, wie er sich für die Schwerindustrie eingesetzt habe.

Ich glaubte, ihm daraufhin bestätigen zu können und zu müssen, daß er sich in der soeben erwähnten Auseinandersetzung in der Eisenpreisfrage „einwandfrei" verhalten habe. Das Gespräch ging bald zu Ende, da die Sitzung begann. *Kastl* konnte mir jedoch noch andeuten, daß in dieser Entwicklung nicht nur das Auftreten *Thyssens* vor Präsidium, Vorstand und Hauptausschuß des Reichsverbands der Deutschen Industrie[2] eine Rolle spiele, sondern daß eigentlich im wesentlichen der Einfluß von Adolf *Hitler* hier unverkennbar hervorgetreten sei. Er, *Kastl*, sei davon unterrichtet, wie Adolf *Hitler* im Revier bei den führenden Herren aufgetreten sei und welchen starken Eindruck das hinterlassen habe[3].

Lieber *Schlenker*, es handelt sich hier um eine Angelegenheit allergrößter Bedeutung. Deswegen habe ich sie, so gut es ging, mit Herrn Dr. Ernst *Poensgen* durchgesprochen. Herr *Poensgen* schilderte mir die Versammlung im Haus

1 Der Bergbauliche Verein war wenige Tage zuvor aus dem RDI ausgeschieden. Stegmann S. 417 f.; dort auch Auszüge aus diesem Aktenstück.

2 Am 26. und 27. 11. 1930, BL RDI 62/10, 4d und 5b.

3 Vgl. August Heinrichsbauer, Schwerindustrie und Politik, Essen 1948 S. 40 f.

Streithof, wo er, *Poensgen*, sich sehr deutlich gegen Adolf geäußert und gezeigt hat, warum die Industrie das Kabinett *Brüning* unterstütze und unterstützen müsse, wenn es auch nicht in vollem Maße und mit der wünschenswerten Schnelligkeit dem industriellen Ziele zustrebe, das namentlich daran zu erkennen ist, daß wir mit unseren Preisen, unseren Löhnen und dergleichen weit über den Weltmarktverhältnissen liegen und deswegen unser Dasein zu untergraben im Begriffe waren.

Herr Dr. *Poensgen* fügte ausdrücklich hinzu, daß Herr Dr. *Brandi* in der Kohlesitzung der einzige gewesen sei, der daran gedacht habe, die Ruhrkohle nicht allein vorgehen zu lassen, und der mit Mühe und Not durchgesetzt habe, daß „die Ausführung des Beschlusses“[4] an die Stellungnahme der Eisenindustrie geknüpft werde. Es ist ja auch klar, daß dieselben Persönlichkeiten und Konzerne nicht mit ihrer Kohlenseite aus dem Reichsverband austreten können, aber in ihrer Eisenseite in derselben Organisation verbleiben können.

So werden also die Herren der Ruhrlade vor einem sehr wichtigen Beschluß stehen. Ich verkenne nicht, daß vor der deutschen Öffentlichkeit und namentlich vor der immer stärker anschwellenden nationalen und nationalsozialistischen Bewegung der Reichsverband der Deutschen Industrie eine außerordentlich große Verantwortung durch die Unterzeichnung des Young-Planes durch Herrn Geheimrat *Kastl* auf sich geladen hat[5]. Diese Dinge kann man nicht auswischen wie Kreide von der Tafel. Auch wenn Herr *Kastl* mit dem größten Pathos gesagt hat, daß er als Ludwig *Kastl*, aber nicht als Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbands in Paris gewesen sei und den Young-Plan mitgemacht habe, so kann man sich mit solchen Behauptungen in der Öffentlichkeit doch nicht sehen lassen. Diese Belastung des Reichsverbands durch *Kastl* färbt natürlich ab auf die organisatorisch mit dem Reichsverband verbundenen großen Verbände. Dazu kommt, daß bei den alten herkömmlichen Beziehungen des Herrn *Kastl* und mancher anderen innerhalb des Reichsverbands führend tätigen Persönlichkeiten und deren mächtigen Beziehungen zur Bürokratie für jedermann die Mitverantwortung des Reichsverbands und führender Männer greifbar vor Augen steht.

Die mit dem Reichsverband in engster Verbindung stehenden Organisationen wie Ihr Langnamverein und unser Eisenverein haben sich tatsächlich zu überlegen, welche Folgerungen zu ziehen sind, um aus diesem Dilemma herauszukommen, nämlich aus dem Dilemma, das darin besteht, daß wir bei einem Festhalten an der Mitgliedschaft beim Reichsverband oder beim Festhalten an den jetzt führenden Persönlichkeiten des Reichsverbands selbst immer mehr in eine Sphäre der Young- und allgemeinpolitischen Belastungen hineingeraten und daß schließlich ganz vergessen wird, daß einer unserer führenden Männer wie Dr. *Vögler* es gewesen ist, der durch sein rechtzeitiges Ausscheiden offen dokumentiert hat, daß wir nichts damit zu tun haben wollen[6].

---

4 Gemeint ist der Beschluß, den RDI zu verlassen.

5 Nachträgliche Interpretation dieser Unterzeichnung durch *Kastl* in Nr. 167.

6 *Vögler* war im Mai 1929 als deutscher Sachverständiger in der Pariser Sachverständigenkonferenz zurückgetreten, weil er den Young-Plan ablehnte. An seine Stelle trat *Kastl*.

Ich meine, es müssen entweder organisatorische oder persönliche Folgerungen gezogen werden.

Ich für meinen Teil möchte organisatorische Konsequenzen ablehnen. Ich erinnere mich dabei der Zeit des alten Centralverbands deutscher Industrieller unter Führung von *Bueck*, zum Schluß von *Schweighoffer* einerseits und des unter Führung von *Stresemann* stehenden Bundes der Industriellen andererseits. Schon damals haben wir bei besser geordneten staatspolitischen Verhältnissen unerquickliche Dinge erlebt bei dem nicht zu überwindenden Zwist zwischen dem schwerindustriell geführten Centralverband und dem leichtindustriell geführten Bund des Herrn *Stresemann*. Diese Zwistigkeiten müßten mit Naturnotwendigkeit jetzt bei einer organisatorischen Trennung wiederkehren, und zwar in weitaus verschärfter Form. Gerade jetzt könnte meines Erachtens die Schwerindustrie – schon wenn ich an die Preispolitik denke – es nicht ertragen, daß sie im Kreuzfeuer der öffentlichen Angriffe stände, bei dem Sozialisten, Demokraten, Kommunisten mit vielen Vertretern gemäßigt-bürgerlicher Richtung, ja selbst gemäßigter Rechtsrichtung allesamt über uns herfallen würden. Dabei wollen wir nicht vergessen auch das Verhältnis zu den Gewerkschaften, wo ein noli me tangere vielleicht noch recht erwünscht ist.

Ich bin jedoch ebensosehr der Überzeugung, daß wir vor persönlichen Konsequenzen nicht zurückschrecken können. Soviel ich weiß, will Herr Geheimrat *Duisberg* mit der Vollendung seines 70. Lebensjahres seinen Vorsitz im Reichsverband niederlegen[7]. Das wird wohl richtig sein, wenn er das tut. Ich hoffe, daß man einen besseren Nachfolger findet. Stärker belastet als *Duisberg* ist natürlich Herr Geheimrat *Kastl*, und ich meine, man täte nicht nur der Sache, sondern auch Herrn *Kastl* einen Dienst, wenn man ihn auf geeignetem Wege wissen ließe, daß er freiwillig zurücktreten soll, und daß man zugleich versuchen würde, ihm den freien Posten des Reichswirtschaftsministers im Kabinett *Brüning* zu geben[8].

Sie sehen also, daß ich gern unsere führenden Herren in der Ruhrlade vor Schritten bewahren möchte, die meines Erachtens in Essen beim Bergbaulichen Verein zu schnell gemacht worden sind. Ich füge hinzu, daß ich über diese in diesem Brief niedergelegten Gedanken nur mit Herrn Dr. *Sogemeier* gesprochen habe, der beim Diktat dieses Briefes vor mir sitzt. Ich versuche morgen, Herrn Kommerzienrat *Reusch* zu treffen. Ich bin aber der Auffassung, daß es gut wäre, wenn sich mit diesen Gedanken auch Herr Dr. Ernst *Poensgen*, der am Sonntag von Paris wieder zurückkehren wird, und Herr Dr. *Springorum* beschäftigen würden. Ich erlaube mir daher, den beiden Letztgenannten Durchschlag meines Briefes zur persönlichen Unterrichtung zu geben.

Mit freundlichen Grüßen Ihr *R[eichert]*

---

7 *Duisberg* legte im Herbst 1931 den Vorsitz nieder.

8 *Kastl* blieb auch nach dem Ausscheiden *Duisbergs* Geschäftsführendes Präsidialmitglied des RDI.

169.

4. 12. 1930: Rundschreiben des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands

BA Kleine Erwerbungen 461–2, Handakten Otte. Vervielfältigtes Exemplar. „An die dem Gesamtverband angeschlossenen Verbände. Vertraulich! Nicht für die Presse!"

Betrifft: Gemeinsame Verhandlungen der Spitzenverbände

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir nehmen Bezug auf unser Rundschreiben vom 13. vorigen Monats[1], in welchem bereits hervorgehoben wurde, daß weitere Verhandlungen zwischen Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitgeber und der Gewerkschaften stattfinden sollten.

Es haben seit der Zeit wiederum einige Sitzungen stattgefunden. Was den Preisabbau angeht, so ist darüber im großen und ganzen schnell eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften erzielt worden, anders steht es jedoch mit den sozialen Fragen: Arbeitsstreckung, Lohnfrage usw. Eine kleine Kommission hat zur Förderung des Preisabbaues gemeinsame Forderungen aufgestellt, die in der beigefügten Anlage[2] enthalten sind. Es ist vom Reichsarbeitsministerium gewünscht worden, daß diese Forderungen mit einem gemeinsamen Schreiben der Reichsregierung zugeleitet werden möchten, damit die Regierung gegenüber den widerstrebenden Elementen in bezug auf den Preisabbau einen stärkeren Rückhalt habe. Die Freien Gewerkschaften haben sich aber gegen diesen Schritt bei der Reichsregierung bis jetzt noch gesträubt, und zwar mit Rücksicht darauf, weil die Verhandlungen über die Arbeitszeitstreckung nicht vom Fleck gekommen sind und die Arbeitgeber in der Frage der Gestaltung der Arbeitszeit noch keinerlei Entgegenkommen gezeigt haben. Auch hatten die Freien Gewerkschaften in bezug auf den Preisabbau noch einige Forderungen betreffend Agrargesetzgebung usw.; jedoch würde das für die Absendung des Schreibens an die Reichsregierung kein Hindernis gewesen sein.

Die Verhandlungen gehen morgen, Freitag, weiter und werden dann im speziellen über die Gestaltung der Arbeitszeit und über die Lohnfrage geführt. Die gesetzliche Einführung der 40-Stunden- bzw. 5-Tage-Woche, verbunden mit gesetzlichem Zwang zu entsprechender Mehreinstellung von Arbeitskräften, wird heute von den Vertretern der Freien Gewerkschaften weniger stark[3] vertreten, weil sie einsehen, daß es sich in dieser Weise nicht machen läßt. Nichtsdestoweniger sind aber einige Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitszeit in der Gegenwart notwendig und bei allseitigem guten Willen auch möglich. Sobald in bezug auf diese Frage ein Ergebnis vorliegt, werden wir unseren Verbänden sofort Mitteilung machen.

Die Frage der Einführung eines neunten Schuljahres ist ebenfalls in den gemeinsamen Verhandlungen erörtert worden. Die Erörterungen zeigen, daß

1 Nr. 163; vgl. auch Nr. 162.

2 Nicht bei den Akten.

3 Im Original „mehr".

die praktische Einführung jedenfalls an den dadurch bedingten Kosten scheitern wird. Nachdem die Land- und Forstwirtschaft von vorneherein ausgenommen werden soll, kommen nach den Berechnungen der Reichsanstalt dann nur noch ca. 260 000 Jugendliche in Frage, die Ostern 1931 nicht in das Erwerbsleben eintreten würden. Die Zahl der freiwerdenden Stellen auf dem Arbeitsmarkt würde jedoch nach den Berechnungen der Reichsanstalt nur etwa die Hälfte betragen, weil ja die Arbeitgeber usw. nicht für jeden 14- oder 15jährigen, der in Fortfall kommt, einen Erwachsenen einstellen werden. Das letzte Wort ist selbstverständlich noch nicht über die Verlängerung der Schulzeit gesprochen, aber die eingehenden Erörterungen zeigen doch, daß mit einer solchen Maßnahme längst nicht der Effekt in bezug auf die Entlastung des Arbeitsmarktes zu erzielen ist, als vielfach angenommen wird.

Mit freundlichem Gruß:
Bernh. *Otte*

170.

4. 12. 1930: v. Raumer an Kastl

Nachlaß Silverberg 363. Durchschlag[1].

Sehr verehrter Herr *Kastl!*

Die gestrige Besprechung mit der Landwirtschaft hat einen Verlauf genommen, der nicht nur bei mir schwere Bedenken ausgelöst hat. Ich will ganz davon absehen, daß ein führendes Mitglied des Präsidiums in der Frage des Genfer Abkommens[2] einen Standpunkt eingenommen hat, der im diametralen Gegensatz zu einem einstimmigen Beschluß von Präsidium und Vorstand steht[3]. Was aber bei mir schwerste Bedenken auslöst, ist die Tatsache, daß Sie den Herren der Landwirtschaft zugesagt haben, die Frage der Stellungnahme zum Genfer Abkommen mit Rücksicht auf die inzwischen veränderten Umstände dem Präsidium und dem Vorstand nochmals zu unterbreiten.

Diese Erklärung bedeutet politisch folgendes: Die Frage der Annahme des Genfer Abkommens entscheidet sich voraussichtlich innerhalb der nächsten 14 Tage, da der Reichstag noch vor seinem Auseinandergehen[4] seine Beschlüsse fassen muß, damit die Fristen gewahrt werden. Bis dahin eine erneute Stellungnahme von Präsidium und Vorstand herbeizuführen, ist technisch nicht möglich, weil Sitzungen dieser Körperschaften bis dahin nicht stattfinden. Die Führer der

1 Den Durchschlag sandte *v. Raumer* am 4. 12. 1930 an *Silverberg*.

2 Das von elf Ländern in Genf vereinbarte „Zollfriedensabkommen" vom März 1930 schloß eine Anhebung von Zöllen bis zum April 1931 aus. Schulthess 1930 S. 456 ff. Das Abkommen wurde am 16. 3. 1931 im Reichstag in dritter Lesung angenommen, am 18. 3. 1931 allerdings von der Wirtschaftskonferenz in Genf auf Grund französischer Widerstände vertagt.

3 Präsidium und Vorstand des RDI hatten am 22. 5. 1930 beschlossen, das Genfer Abkommen zu billigen. BL RDI 62/10, 4d.

4 Der Reichstag vertagte sich am 12. 12. 1930 auf den 3. 2. 1931.

Landwirtschaft, die uns gestern gegenübersaßen, werden in ihren politischen Agitationen in den Fraktionen und in den Ausschüssen des Reichstags nunmehr in der Lage sein, mit dem Argument zu operieren, daß auch in der Industrie, die früher einstimmig für die Annahme gewesen sei, so schwere Bedenken aufgestiegen seien, daß sie eine nochmalige Prüfung der Sache für notwendig halte. Mit diesem Argument wird es nach meiner Überzeugung den Führern der Landwirtschaft gelingen, im Reichstag die Mehrheit für die Ablehnung zu gewinnen.

In der gestrigen Verhandlung ist kein Argument vorgebracht worden, das den Organen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nicht auch bei ihrer Beschlußfassung bekannt gewesen wäre. Ich möchte sogar behaupten, daß die Argumente für die Annahme seitdem an Kraft gewonnen haben. Zu unserem Rüstzeug für die Revision des Young-Plans gehört die Behauptung, daß die anderen Staaten, die sich zur Mithilfe bei der Durchführung verpflichtet haben, diese Mithilfe nicht in genügender Form geleistet haben, weil sie nichts getan haben, um die Aufnahme unserer Ausfuhr zu erleichtern[5]. Lehnen wir jetzt das Genfer Abkommen ab und führen wir dadurch eine Erschwerung der Ausfuhr z. B. nach England und den Niederlanden herbei, so trifft uns die volle Verantwortung für die Folgen, weil wir sie durch die Ablehnung des Genfer Abkommens herbeigeführt haben.

Die Bedenken wegen der Dauer der Bindung andererseits sind dadurch abgeschwächt worden, daß man doch wohl bestimmt damit rechnen muß, daß bei einem Kabinettswechsel in England dort eine Schutzzollbewegung einsetzt, die England zur Kündigung des Abkommens nötigt.

Ich bedaure, daß angesichts dieser Sachlage der einstimmige Standpunkt des Reichsverbandes der Deutschen Industrie durch die Zusage einer nochmaligen Beschlußfassung politisch entwertet worden ist.

Ganz allgemein halte ich die Fortsetzung der Besprechungen zwischen Industrie und Landwirtschaft in dem gestrigen Rahmen nicht mehr für zweckmäßig. Der Reichsverband hat sich in einstimmigen Beschlüssen die von Herrn Dr. *Pietrkowski* vorgeschlagene politische Linie zu eigen gemacht, wonach die Industrie den landwirtschaftlichen Forderungen in Getreide, Fleisch, Vieh, Milch und Butter nachgeben soll, obgleich sie eine erhebliche Verteuerung der deutschen Lebenshaltung herbeiführen, daß aber einer gleichen Aktion auf dem Gebiete der verbleibenden Edelprodukte insoweit Widerstand geleistet werden soll, als Änderungen der zolltarifarischen Bestimmungen das deutsche Handelsvertragssystem bedrohen. Wir sind heute an der Grenze angelangt, daß die erste Kategorie erledigt ist und nun die Landwirtschaft in ihrem Kampf auf das Gebiet der Veredlungsprodukte übergeht[6]. Hier aber gibt es für uns keinen Kompromiß, wenn wir nicht die Interessen aufgeben wollen, zu deren Vertretung wir beruflich verpflichtet sind. Ich bin der Meinung, daß alle sachlichen Verhandlungen über wirtschafts- und

5 Vgl. Nr. 167.

6 Am 1. 12. 1930 hatte *Schiele* in einem Schreiben an *Brüning* die agrarpolitischen Maßnahmen der Notverordnung vom 1. 12. 1930 für ungenügend erklärt und verlangt, daß unmittelbar im Anschluß an die Notverordnung „der unbedingte Wille der Reichsregierung eindeutig zum Ausdruck komme, den Schutz der ländlichen Veredelungswirtschaft praktisch zu verwirklichen". BA R 43 I/2426. Das Kabinett befaßte sich mit dieser Frage am 30. 11. und 9. 12. 1930. BA R 43 I/1447.

zollpolitische Maßnahmen künftig nur noch von Ihnen als dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied unter Zuziehung des vom Präsidium für die Bearbeitung der landwirtschaftlichen Fragen bestellten Präsidialmitgliedes geführt werden sollten.

Besprechungen wie die gestrige halte ich für eine schwere Gefährdung der Interessen der deutschen großen Ausfuhrindustrie, an der ich mich als verantwortlicher Vertreter einer der großen Ausfuhrindustrien nicht mitschuldig machen möchte.

Zum Schluß möchte ich nicht verfehlen, auf eine weitere sehr bedenkliche Folge der gestrigen Verhandlungen hinzuweisen. Das Reichswirtschaftsministerium, das Auswärtige Amt usw. haben bis gestern das Recht gehabt, bei der Behandlung des Genfer Abkommens sich auf die einstimmige Zustimmung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zu berufen. Gestern ist dieser Standpunkt verlassen und damit für die in den nächsten 14 Tagen stattfindenden entscheidenden Verhandlungen den Ämtern der Boden unter den Füßen weggezogen worden. Ich kann die Befürchtung nicht unterdrücken, daß durch solche Vorgänge der gute Wille der Ämter, mit der Industrie schwere wirtschaftliche Probleme zusammen zu lösen, ebenso wie das gegenseitige Vertrauensverhältnis einen schweren Stoß erhält[7].

Ich möchte für die Zukunft bitten, von der Zuziehung meiner Person zu gemeinsamen Verhandlungen wie den gestrigen abzusehen.

Mit verbindlichem Gruß bin ich
in aufrichtiger Hochachtung
Ihr sehr ergebener

7 Zu den Auseinandersetzungen zwischen Industrie und Landwirtschaft in zollpolitischen Fragen Nr. 173 und 175.

171.

5. 12. 1930: v. Gilsa (Sterkrade) an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 400101293/4 b. Paraphe Reuschs.

Sehr geehrter Herr *Reusch!*

Unsere gesamte politische Lage wird von der Reichsregierung und besonders vom Herrn Reichsbankpräsidenten zurzeit so angesehen, daß wir uns wieder einmal in einer fürchterlichen Zwangslage befinden. Vor einiger Zeit ist das Wort gefallen: „Die äußere feindliche Besatzung sind wir jetzt los, dagegen haben wir jetzt eine ebenso schreckliche unsichtbare feindliche Besatzung in Gestalt unserer kurzfristigen Verschuldung an das Ausland." Man glaubt, daß, falls das Ausland aus irgendeinem Grunde seine kurzfristigen Guthaben kündigen sollte, dann durch den weiteren Zusammenbruch unserer Wirtschaft die Zahl der Erwerbslosen so hoch hinauf schnellen würde, daß es mit Sicherheit zu starken Unruhen im Innern käme. Diesen Unruhen würden aber die Machtmittel des Staates unter Umständen nicht gewachsen sein. Zwar sei die Reichswehr absolut zuverlässig, dagegen die

Haltung der Schutzpolizei, wenigstens in einzelnen Gegenden, fraglich[1]. Besonders drohend würde die Gefahr, wenn etwaige Unruhen nicht nacheinander an verschiedenen Orten aufträten, sondern mit einem Schlage in größeren Teilen Deutschlands zum Ausbruch kämen.

Die sich täglich mehrenden Nachrichten über kommunistische Unruhen in einzelnen Großstädten lassen unsere Lage als sehr ernst erscheinen. Fraglich bleibt, ob die Reichsregierung die Situation bezüglich Höhe und voraussichtlicher Kündigung unserer kurzfristigen Verschuldungen ganz richtig sieht. Es fehlt nicht an Stimmen, die darauf hinweisen, man schildere in Berlin die Lage absichtlich deshalb so schwarz, um die Parteien wiederum zu allen möglichen Konzessionen und Kompromissen nach links gefügig zu machen. Bei dem Abschluß des letzten Überbrückungskredits in Höhe von 125 Millionen Dollar[2] soll nach meinen Informationen die Reichsregierung bereits erhebliche Zugeständnisse an Amerika gemacht haben. Einmal soll die Regierung sich verpflichtet haben, in der nächsten Zeit kein Moratorium auf Grund des Neuen Planes auszusprechen, und zum anderen habe das Kabinett versprechen müssen, die Krise in Deutschland nicht auf außerparlamentarischem, sondern auf parlamentarischem Wege zu lösen. Mein Gewährsmann sagte mir, daß diese Bindungen ganz vertraulich behandelt würden.

Eigentlich ist es ja nicht recht verständlich, warum das Ausland gegen eine außerparlamentarische Lösung sein sollte. Es müßte doch nur daran interessiert sein, daß bei uns endlich Ordnung geschaffen würde, damit dem Ausland die von ihm bei uns angelegten Gelder nicht verloren gingen. Die Psyche der Völker ist ja manchmal eigentümlich. In den westeuropäischen Ländern und auch in Nordamerika ist der Parlamentarismus ja ganz anders gestaltet und im Volksempfinden eingewurzelt als bei uns. Dort sieht man vielleicht in einem Bruch mit der parlamentarischen Form zugleich den Anfang des drohenden Chaos.

Soweit heute die Dinge in Berlin zu überblicken sind, kann man wohl damit rechnen, daß die Notverordnungen vom 1. Dezember 1930 mit einer geringen Mehrheit die parlamentarische Bühne passieren werden[3]. Schwieriger werden dann die außenpolitischen Verhandlungen werden. Hier richtet sich der Hauptstoß gegen *Curtius*, dessen außenpolitische Führung nicht nur bei anderen Parteien, sondern auch innerhalb der DVP stärkster Kritik begegnet. Besonders zum Vorwurf gemacht wird ihm sein Auftreten in der Polenfrage. Es wird darauf hingewiesen, daß er seinerzeit die Annahme des ja noch nicht ratifizierten polnischen Liquidationsabkommens sowohl im Reichstage wie auch gegenüber dem Herrn Reichspräsidenten dadurch erreicht habe – ich habe übrigens g e g e n das Abkommen gestimmt –, daß er auf Grund seiner amtlichen Informationen versichert habe, die Polen seien durchaus bereit, wenn das Abkommen abge-

1 Vgl. Hsi-Huey Liang, Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin), Berlin–New York 1977 S. 103.

2 Vgl. Nr. 134, 138 und 141.

3 Im Anschluß an die Haushaltsdebatte im Reichstag vom 4. bis 6. 12. 1930 wurden die gegen das Kabinett *Brüning* eingebrachten Mißtrauensanträge sowie die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen vom 26. 7. 1930 und vom 1. 12. 1930 abgelehnt. RT Bd. 444 S. 432ff.; vgl. Brüning S. 211 ff.; Bracher S. 384 f.

schlossen würde, sich mit Deutschland über die strittigen Fragen schiedlich-friedlich zu einigen[4]. Genau das Gegenteil ist nun eingetreten. Die Vernichtung des deutschen Volkstums und seines Besitzes in Polen hat weiter zugenommen. Die jüngsten Ausschreitungen bei den Wahlen[5] haben dies Werk polnischer Rachsucht noch gekrönt. Man weist in politischen Kreisen mit Recht darauf hin, daß in jedem anderen Lande ein Minister, dessen Voraussetzungen seiner Politik so wie bei *Curtius* sich als völlig falsch erwiesen hätten, schon längst in der Versenkung verschwunden wäre. Nur bei uns scheine der Mißerfolg in der Außenpolitik dem verantwortlichen Leiter eine Verlängerung seines Ministerpatents auf unendliche Zeit zu gewährleisten.

Auch gegen *Schiele, Dietrich* und besonders gegen *Wirth* richtet sich der Ansturm mancher politischer Kreise, so daß die Möglichkeit einer Umbildung des Kabinetts nach Verabschiedung der Notverordnungen durchaus möglich erscheint. In vertraulichen Besprechungen der Reichstagsfraktion der DVP hat man den Gedanken erwogen, eine solche Umbildung des Kabinetts durch ein Ultimatum an *Brüning* zu erzwingen[6]. Ob es zu einem solchen Ultimatum tatsächlich kommen wird, ist mir z. Zt. nicht bekannt.

Es ist verständlich, daß in solchen schweren Zeiten immer wieder Namen von Männern genannt werden, von deren Führung man die Sanierung unserer Politik erhofft. *Luther, Schacht* und *Seeckt* stehen in dieser Beziehung wieder stark im Vordergrund. Dabei denkt man daran, *Seeckt* vor allem die Außenpolitik zu überlassen, während *Luther* in erster Linie die inneren Verwaltungsreformen durchführen soll. *Luther* selbst legt anscheinend Wert darauf, in politischer Beziehung noch für einige Zeit im Hintergrund zu bleiben. Die Stärke von *Schacht* liegt u. a. darin, daß er besonders gute Beziehungen zur Reichswehr haben soll. In gut unterrichteten Kreisen Berlins habe ich jedenfalls die feste Überzeugung angetroffen, daß wir in einigen Monaten ein Kabinett oder vielleicht auch ein Direktorium der drei genannten Männer haben werden. Sollte sich dies auf außerparlamentarischem Wege vollziehen, so wird wahrscheinlich gleichzeitig eine Reichspräsidentenkrise akut werden. Denn *Hindenburg* soll allen Versuchen etwaiger außerparlamentarischen Lösungen völlig ablehnend gegenüberstehen. Es soll überhaupt jetzt teilweise recht schwierig sein, den Herrn Reichspräsidenten zu schnellen Entschlüssen zu veranlassen.

Mit angelegentlicher Empfehlung
Ihr sehr ergebener
v. Gilsa

---

4 Zum Streit um das deutsch-polnische Liquidationsabkommen u. a. Nr. 19 und 21.

5 Am 16. 11. 1930 wurde in Polen der Sejm und am 23. 11. 1930 der Senat neu gewählt. Während des Wahlkampfes kam es zu Ausschreitungen gegen die deutsche und ukrainische Minderheit. Schulthess 1930 S. 372; Volkmar Kellermann, Schwarzer Adler – Weißer Adler. Die Polenpolitik der Weimarer Republik, Köln 1970 S. 133 f.

6 In den Fraktionssitzungen der DVP am 3. und 4. 12. 1930 kam eine einheitliche Stellungnahme für ein Ultimatum gegenüber der Regierung nicht zustande. BA R 45 II/67. Im Reichstag lehnte die DVP die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen und die Mißtrauensanträge gegen die Regierung einmütig ab. RT Bd. 444 S. 440 ff.

172.

9. 12. 1930: Aufzeichnung des Staatssekretärs Meissner über eine Besprechung des Reichspräsidenten v. Hindenburg mit Vertretern des Reichslandbundes

ZStA Präsi 331/Bl. 173–178. Paraphe Hindenburgs.

Anwesend: Der Herr Reichspräsident, die Präsidenten des Reichslandbundes Herr *Graf Kalckreuth*, Herr *Lind* und Herr *Bethge* sowie die Direktoren im Reichslandbund Herr *v. Kriegsheim* und Herr *v. Sybel*. Ferner Herr Reichsminister *Schiele*, Herr Staatssekretär Dr. *Meissner*.

Graf Kalckreuth legte dar: Die Lage der Landwirtschaft habe sich seit 1929 weiter verschlechtert trotz der mit der Osterbotschaft des Herrn Reichspräsidenten[1] eingeleiteten erheblichen Versuche, die Lage zu bessern. Unter dem Druck der Weltagrarkrisis, zum Teil auch aus Gründen innerer Politik seien die getroffenen Maßnahmen nicht zur vollen Auswirkung gelangt. Die Preise seien weiter gefallen und – falls sie sich nicht bald wesentlich ändern – wird das Jahr 1930 mit 3 Milliarden Verlust für die Landwirtschaft abschließen.

Die Notverordnung vom 1. Dezember[2] verspricht in einigen Gebieten eine Besserung der Lage der Landwirtschaft, aber nicht in allen, weil nicht alle Mittel erschöpft sind. Insbesondere auf dem Gebiete der Veredelungswirtschaft müsse noch mehr geschehen[3]. Die deutsche Veredelungswirtschaft leidet insbesondere unter dem Drucke Dänemarks, das den englischen Markt zum Teil verloren hat. Wir müssen daher unsere Milchprodukte im Zoll höher stellen, ebenso auch Fleisch, Speck und Schmalz.

Auf dem Gebiete der Kartoffelverwendung muß Weiteres geschehen durch Erhöhung des Beimischungszwangs von Spiritus zu Treibstoffen, wodurch die landwirtschaftlichen Brennrechte erhöht werden können. – Das deutsche Obst muß durch ein Südfruchtmonopol geschützt werden. – Der in der Notverordnung vom 1. Dezember vorgesehene Beimischungszwang von Roggenmehl reicht nicht aus und muß auf generell 25% Roggenmehl heraufgesetzt werden. – Im Interesse der deutschen Holzverwertung sind Schutzmaßnahmen gegen die Dumping-Einfuhr von russischem oder polnischem Holz erforderlich.

Auf dem Gebiete der Steuerpolitik ist Freistellung der Landwirtschaft von den drückenden Barlasten notwendig. Reich, Länder und Kommunen müssen hier von der Landwirtschaft statt des baren Geldes Roggen nehmen zum Richtpreise des Reichs, das heißt 230 RM pro Tonne. Daneben müssen die laufenden Steuern des Reichs und der Länder für dieses Notjahr völlig niedergeschlagen werden. Die hierdurch entstehenden Steuerausfälle würden durch Einnahmen des vorerwähnten Südfruchtmonopols (100–150 Millionen Mark) gedeckt werden. Daneben ist es erforderlich, daß den Landgemeinden die hohen Lasten für Schulen, Wege und soziale Fürsorge abgenommen werden.

---

1 Schreiben *Hindenburgs* an Hermann *Müller* vom 18. 3. 1930, Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 1580 ff.

2 RGBl. 1930 I S. 517.

3 Vgl. Nr. 170, Anm. 6.

Wenn all diese Maßnahmen durchgeführt werden, können wir hoffen, die Landwirtschaft im Osten zu retten und neu aufzubauen.

Reichsminister Dr. Schiele: Ich sehe den Ernst der Lage genau so an wie *Graf Kalckreuth*. Die Frage ist nur, was geschehen kann und was zweckmäßig geschieht. Im Vordergrund steht eine bessere Fürsorge für die Veredelungsprodukte: Fleisch, Milchprodukte, Obst, Gemüse. Das Kabinett hat sich bereits grundsätzlich für die Aufhebung der Zwischenzölle für Speck, Fleisch und Schmalz ausgesprochen; die Durchführung wird in den nächsten Tagen erfolgen; die Reichsregierung bedarf hierfür nur der Zustimmung des Reichsrats und eines Reichstagsausschusses. – Für die Molkereiprodukte besteht die Möglichkeit, die Zölle für Butter, Quark und Kasein zu erhöhen; bezüglich anderer Produkte sind wir durch Handelsverträge gebunden, die erst gekündigt werden müssen, bis wir die Zölle erhöhen können. – Die Frage, im Interesse der Kartoffelverwendung den Beimischungszwang auf 5% zu erhöhen, unterliegt gegenwärtig der Beratung der Reichsregierung. Ob es technisch möglich ist, darüber hinauszugehen, erscheint mir fraglich; aber auch schon ein Beimischungszwang von 5% Spiritus würde eine Erhöhung des Brennkontingents auf 90% bedeuten. Ich werde dem Kabinett anhand des Ziffernmaterials Vorschläge unterbreiten, um für die Produkte der bäuerlichen Veredelungswirtschaft einen besseren Schutz zu erreichen, und bitte den Herrn Reichspräsidenten, mich nach Möglichkeit hierbei zu unterstützen[4].

Auf die Steuerfrage kann ich nicht eingehen, da dies das Ressort des Reichsfinanzministers ist. Ich halte aber die in dieser Richtung gemachten Vorschläge des Reichslandbundes für durchaus diskutabel.

Präsident Lind weist aus seiner Erfahrung als Bürgermeister einer Landgemeinde darauf hin, wie hoch die Belastung der Landgemeinden ist durch die großen Zollasten, die hohen Wegebaukosten und die Wohlfahrtsfürsorge. Die zu ihrer Deckung erforderlichen Gemeindesteuern bilden eine schwere Last für die Landwirte. Deshalb sei notwendig die Übernahme der Schullasten auf Reich und Staat, dasselbe gilt auch für die Wegelasten, wenn man nicht zu einer Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer greifen wolle. Auch die Wohlfahrtslasten, die durch die Überweisung der ausgesteuerten Arbeitslosen an die Gemeindefürsorge immer noch stark steigen, müssen von den Gemeinden auf das Reich übernommen werden. – Der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsfinanzminister haben zugesagt, die Frage der Natural-Steuerzahlung wohlwollend zu prüfen; der Herr Reichspräsident wolle diesen Gedanken auch seinerseits fördern.

Präsident Bethge betont, daß die deutsche Milch- und Molkereiwirtschaft den Wert von 4½ Milliarden repräsentiere und daß es gerade für die bäuerlichen Besitzer von großem Wert sei, daß die in diesem Wirtschaftszweig bisher entstandenen Verluste durch Erhöhung der Zölle und höhere Preise wieder gedeckt werden.

Graf Kalckreuth weist darauf hin, daß die Osthilfe, die inzwischen ihre

4 Die Forderungen, die *Schiele* noch am selben Tag im Kabinett einbrachte, wurden in drei Sitzungen um 11 Uhr, 16 Uhr und 21 Uhr diskutiert. Der Minister konnte sich jedoch gegen den Widerstand vor allem des Auswärtigen Amtes und des Reichswirtschaftsministeriums nicht durchsetzen. *Brüning* erklärte zum Abschluß lediglich seine Bereitschaft, „im Februar 1931 ein Ermächtigungsgesetz vorzulegen, das Zollerhöhungen vorsehe". BA R 43 I/1447. Vgl. Brüning S. 220f.

Organisation aufgebaut habe, nun auch bald zu einer praktischen Hilfe schreite; die Hauptaufgabe der Osthilfe sei eine generelle Zins-, Steuer- und Lastensenkung.

Direktor v. Kriegsheim macht auf die zum Teil verbitterte Stimmung in der landwirtschaftlichen Bevölkerung aufmerksam, die die Sorge vor gewaltsamen Ausbrüchen nahelege. Wenn hier nichts Durchgreifendes geschehe, so sei zu befürchten, daß es zu Unruhen käme. Der Reichslandbund wirke beruhigend, um die Landwirtschaft vor Handlungen zu bewahren, die einer Selbstzerstörung gleichkämen. Die Reichsregierung möge hier auch Maßnahmen treffen, die zur Beruhigung dienen.

Der Herr Reichspräsident dankt den Herren für ihre Darlegungen und erklärt, daß er sich nach Möglichkeit für die hier gemachten Vorschläge einsetzen werde. Er müsse aber auch die Gelegenheit benutzen zu betonen, daß der Reichskanzler und die Reichsregierung in der aufopferndsten Weise für die Sanierung der deutschen Wirtschaft arbeiten und im Zusammenhang mit dem Sanierungsprogramm auch für die Landwirtschaft wertvolle Verbesserungen gebracht haben; er ist überzeugt, daß die Reichsregierung diese Arbeit fortsetzen und alles in ihren Kräften Stehende tun werde, um die immer noch drückende Lage der Landwirtschaft zu bessern.

Für die Niederschrift:
Meissner

173.

10. 12. 1930: Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

Nachlaß Silverberg 365. Vervielfältigtes Exemplar – Tgb. Nr. 8208. II. Paraphe Silverbergs.

Betrifft: Agrarzölle

Am gestrigen Tage wurde überraschend bekannt, daß von landwirtschaftlicher Seite noch vor der Vertagung des Reichstags außerordentlich weitgehende Zollerhöhungspläne durchgesetzt werden sollten. Hierbei handelt es sich um die Forderung, die heute bestehenden Gleitzölle für Getreide auf dem augenblicklichen Höchststand zu stabilisieren, sowie weiterhin um das Verlangen, im Wege einer der Reichsregierung zu gebenden Ermächtigung Zollerhöhungen für Rindvieh, Schweine, Fleisch, Milch, Butter, Käse und Kasein in einem in das Ermessen der Reichsregierung gestellten Umfange durchzusetzen[1].

Die durch diese unerwarteten Hochschutzzollforderungen der Landwirtschaft heraufbeschworene Situation mußte als äußerst ernst bezeichnet werden. Die Mehrzahl der in Frage kommenden Positionen ist in wichtigen Handelsverträgen gebunden. Hinter diesen Zollerhöhungen steht naturgemäß die Forderung, die

1 Vgl. Nr. 172.

handelsvertraglichen Bindungen zu beseitigen. Deshalb mußten die wichtigen deutschen Handelsverträge mit Finnland, Dänemark, Schweden, Österreich, Frankreich, Schweiz, Holland, Italien als unmittelbar gefährdet angesehen werden. Ferner liegt es auf der Hand, daß Zollerhöhungen bei den wichtigsten Massenkonsumgütern für die innerwirtschaftliche Lage in Deutschland von folgenschwerster Bedeutung sein würden.

Die Gefahr einer Erschütterung des gesamten deutschen Handelsvertragssystems und der Grundlagen der deutschen industriellen Produktion mußte den Reichsverband der Deutschen Industrie dazu zwingen, mit der gebotenen äußersten Dringlichkeit nachdrücklichste Vorstellungen bei der Reichsregierung und bei allen ihm nahestehenden Parlamentariern zu erheben. Dies ist noch am gestrigen Tage geschehen.

Soweit im Augenblick die Lage zu übersehen ist, wird sich im Reichstag eine Mehrheit für diese Anträge, mögen sie nun als Vorlage der Regierung oder als Initiativantrag einzelner Parteien in die Erscheinung treten, nicht finden. Es ist damit zu rechnen, daß die Anträge den zuständigen Ausschüssen des Reichstages überwiesen werden[2]. Damit würden die drohenden Gefahren aufgeschoben, aber keineswegs aufgehoben sein.

Die Ereignisse der letzten Stunden, die die deutsche Wirtschaft plötzlich vor eine unabsehbare, folgenschwere Gefahr gestellt haben, veranlassen uns, alle Industrien dringend zu bitten, in viel größerem Umfang, als es bisher geschehen ist, gegenüber der Reichsregierung, den Landesregierungen und den der Industrie nahestehenden Parlamentariern für die Wahrnehmung der Interessen der industriellen deutschen Produktion einzutreten. Es genügt nicht, daß aus einzelnen Anlässen Vorstellungen erhoben werden. Vielmehr ist es notwendig, daß die Industrien es sich zur Pflicht machen, durch eine ständige Aufklärung der Öffentlichkeit einer gewissen Agrarpsychose, die alles Heil von Zöllen erwartet, entgegenzutreten. Gerade in der heutigen Zeit, wo allzu oft einseitige Interessenwünsche mit dem Wohl der Nation begründet werden, muß allgemein erkannt werden, daß die Wahrnehmung industrieller Interessen und damit das Wohl der in der Industrie tätigen Arbeiterschaft nicht weniger national ist als der Schutz der Landwirtschaft[3].

Mit vorzüglicher Hochachtung
Reichsverband der Deutschen Industrie
Die Geschäftsführung
Herle *Hartmann*

2 Der Reichstag vertagte sich am 12. 12. 1930 auf den 3. 2. 1931, ohne sich mit der Agrarfrage beschäftigt zu haben.

3 Im Sinne dieser Anregung brachten führende Vertreter des RDI einen Tag später ihre Sorgen gegenüber *Hindenburg* zur Sprache. Nr. 175.

174.

10. 12. 1930: Aufzeichnung von Reichsminister Curtius über eine Besprechung mit dem englischen Botschafter Sir Horace Rumbold (Inhaltsangabe)

PA Büro RM 6/10. Datiert 11. 12. 1930[1].

Nach einem Bericht über seine Eindrücke hinsichtlich der Auswirkungen der Wirtschaftskrise in Italien und Frankreich und einer Stellungnahme zum deutsch-französischen Verhältnis geht *Rumbold* auf eine Unterredung mit *Curtius* ein, die er im Oktober 1930 hatte[2]. Damals habe *Curtius* über die Haltung der Reichsregierung zur Reparationsfrage u. a. folgendes gesagt: „Die Reichsregierung sei bestrebt, mit allen Mitteln eine Sanierung von Finanzen und Wirtschaft herbeizuführen. Sie hoffe damit, ein gutes Stück vorwärtszukommen. Sie müsse aber schon heute der Tatsache ins Auge sehen, daß diese Sanierung möglicherweise nicht ausreiche und daß zur Entlastung auch die Maßnahmen des Young-Plans ergriffen werden müßten". Auf diese Ausführungen hin habe er, *Rumbold,* von seiner Regierung eine Instruktion erhalten, über die er *Curtius* vertraulich in Kenntnis setzen sollte[3]. Darin wird die Reichsregierung nachdrücklich davor gewarnt, ein Moratorium zu erklären oder den Sonderausschuß des Young-Plans einzuberufen, da ein solcher Schritt „schwere wirtschaftliche und politische Folgen zeitigen" werde. Die Bedeutung des Young-Plans als Ursache für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands dürfe nicht überbewertet werden. Die „Kapitalflucht und Kreditentziehung sowie andere Krisenerscheinungen, unter denen Deutschland leide", seien „nicht auf die Reparationslasten zurückzuführen, sondern auf die Befürchtungen, die das Auftreten der *Hitler*-Partei ausgelöst hätte. Dies seien aber keine Gründe für eine Revision des Young-Plans". Außerdem werde eine von Deutschland in absehbarer Zeit beantragte Neuprüfung der Reparationsfrage nicht zu einer Herabminderung der Zahlungen, sondern „voraussichtlich nur zu neuen Forderungen nach einer Finanzkontrolle über Deutschland führen". Die englische Regierung könne erst dann einer Moratoriumserklärung oder der Einberufung des Sonderausschusses zustimmen, wenn „die wirtschaftliche und finanzielle Spannung ohne die Schuld der deutschen Regierung oder die Schuld deutscher Gruppen solche Ausmaße annehme", daß die Aufrollung der Reparationsfrage nicht zu einer Verschärfung, sondern zur Entspannung der Lage beitrage. Diese Situation bestehe zur Zeit jedoch noch nicht. Vor weiteren Überlegungen müsse man zunächst die Auswirkungen der Finanzreform der Reichsregierung abwarten.

1 Bericht *Rumbolds* über diese Unterredung in einem Schreiben an *Henderson* vom 10. 12. 1930, DBFP 2, I S. 540ff.

2 Zu dieser Besprechung *Rumbold* an *Henderson,* 27. 10. 1930, a. a. O. S. 525ff.

3 *Henderson* an *Rumbold,* 2. 12. 1930, a. a. O. S. 535ff. Am 8. 12. hatte *Rumbold* die Instruktionen *Brüning* zur Kenntnis gegeben. Brüning S. 222.

175.

12. 12. 1930: Aufzeichnung des Staatssekretärs Meissner über eine Besprechung des Reichspräsidenten v. Hindenburg mit Vertretern des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

ZStA Präsi 331/Bl. 180–182. Durchschlag. Handschriftliche Korrekturen. Überschrift: „Aufzeichnung über den Empfang einer Abordnung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beim Herrn Reichspräsidenten am 12. Dezember 1930".

Anwesend: Der Herr Reichspräsident, Herr Geheimrat Dr. *Duisberg*, Herr Staatssekretär a. D. Dr. *v. Simson*, Herr Dr. *Silverberg*, Herr *Frowein*, Herr Dr. *Kraemer*, Herr Geheimrat Dr. *Kastl*, ferner Herr Staatssekretär Dr. *Meissner*.

Geheimrat Dr. Duisberg führte aus: Die Industrie könne nicht zugeben, daß Zollerhöhungen stattfinden für landwirtschaftliche Produkte, die durch Verträge gebunden sind. Die Kündigung von Handelsverträgen und die Erhöhung der Zölle für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte würden ganz ungeheure Rückwirkungen auf die deutsche Industrie ausüben und den Lebensnerv mancher Industriezweige treffen[1].

Geheimrat Dr. Kastl legt dar, daß die Erhöhung der Zölle für agrarische Veredelungsprodukte, wie sie vom Reichslandbund verlangt wird, zur Kündigung von etwa 10 Handelsverträgen und im weiteren Verfolg zu einer großen Erschwerung der deutschen Ausfuhr nach den betroffenen Ländern führen würde. Der Umfang der deutschen Ausfuhr in diese Länder beträgt über 5 Milliarden Reichsmark. Eine Erhöhung dieser Agrarzölle würde ganze Industriezweige Deutschlands in ihrem Absatz schwer schädigen, die Arbeitslosigkeit steigern und damit erheblich mehr Schaden anrichten, als der Nutzen beträgt, der der Landwirtschaft erwüchse. Mit Zöllen allein kann man der Landwirtschaft überhaupt nicht dauernd helfen. Die Industrie ist bereit, auf anderen Gebieten der Landwirtschaft zu helfen, z. B. durch die Bereitstellung der Mittel für Modernisierung der Molkereiproduktion und zur Schaffung von landwirtschaftlichen Absatzorganisationen.

Dr. Silverberg: Wir von der Industrie haben immer die Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Industrie betont und unser Verhalten stets durch die Rücksicht auf die deutsche Gesamtwirtschaft bestimmen lassen. Das haben die landwirtschaftlichen Organisationen, die sehr einseitig denken, in der letzten Zeit nicht beachtet. Auch die Landwirtschaft muß sich der Gesamtwirtschaft ein- und unterordnen. Gerade aus diesen Rücksichten auf die Gesamtwirtschaft hat die Industrie sehr nachhaltig der Landwirtschaft geholfen, und sie ist bereit, dies auch weiter zu tun.

Dr. Kraemer weist darauf hin, daß für die Landwirtschaft aus der Handelsspanne noch allerhand Vorteile herauszuholen seien. Dann weist er an Hand von Beispielen nach, daß in Deutschland die Kasein-Produktion bei einem Zollsatz, wie er in den Wünschen des Reichslandbundes gefordert wäre, überhaupt nicht

1 Vgl. Nr. 170 und 173.

mehr rentabel arbeiten könnte. Die berechtigten Wünsche der Landwirtschaft habe die Industrie immer unterstützt und werde dies auch weiter tun.

Der Herr Reichspräsident dankt den Herren für ihre Darlegungen, die er auch dem Herrn Reichskanzler zur Kenntnis bringen werde, und hofft, daß sich ein gerechter Ausgleich zwischen den Interessen der tatsächlich schwer notleidenden Landwirtschaft und der Industrie finden lassen werde.

Für die Niederschrift:
Meissner

176.

14./15. 12. 1930: Niederschrift über die Sitzung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Auszug)

WIG Protokolle. Gedrucktes Exemplar. Überschrift: „Protokoll der 10. Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, abgehalten am 14. und 15. Dezember 1930 im Reichswirtschaftsrat zu Berlin".

[. . .]

[Vormittagssitzung, Sonntag, den 14. Dezember 1930]

Die allgemeine Lage

Leipart: Der Bundesausschuß erblickte in dem Lohnabbau, den die Berliner Metallindustrie im Oktober dieses Jahres durchführte[1], die Offensive der Arbeitgeber zur Durchsetzung von Lohnkürzungen in allen Industrien und Gewerben innerhalb des Reiches, und deshalb hat auch der Bundesausschuß öffentlich gegen die beabsichtigte Verbindlichkeitserklärung des ergangenen Schiedsspruches protestiert. Inzwischen ist durch neue Schiedssprüche der Lohnabbau weiter fortgeschritten. Fortgesetzt laufen Tarifverträge ab für ganze Industrie- und Gewerbegruppen, und die Arbeitgeber verlangen nicht nur Lohnkürzungen, sondern auch Abbau der sozialen Bestimmungen in den Tarifverträgen. Entsprechend den Beschlüssen in der Sitzung des Bundesausschusses im Oktober 1930[2] haben Verhandlungen des Bundesvorstandes mit den verschiedenen Ministerien und den Vertretern der Arbeitgebervereinigung stattgefunden[3]. Noch gestern hatte ich eine Aussprache mit dem Reichsarbeitsminister Dr. *Stegerwald*, die besonders

1 Der Tarifstreit in der Berliner Metallindustrie führte am 10. 10. 1930 zu einem Schiedsspruch, der die Mindestlöhne der Arbeiter um 8%, die der Jugendlichen und Arbeiterinnen um 6% herabsetzte. Die Gewerkschaften antworteten darauf am 15. 10. 1930 mit einem Streik, der am 28. 10. 1930, nach neuerlichen Verhandlungen unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers, beendet wurde. Dies besiegelte am 8. 11. 1930 ein von beiden Parteien im voraus als verbindlich anerkannter Schiedsspruch, der die Tariflöhne ab 17. 11. 1930 um 3%, ab Januar 1931 um weitere 5%, bzw. 3% für Jugendliche, senkte. Hartwich S. 167ff. Vgl. Nr. 151 und 160.

2 Nr. 149, Anm. 1.

3 Nr. 162 und 163. Zum folgenden Wengst S. 112 ff.

den Lohnabbau zum Gegenstand hatte. *Stegerwald* hat darauf hingewiesen, daß kein Einmannschiedsspruch mehr möglich sei und daher die Schlichter bei der starren Ablehnung der Arbeiterbeisitzer in der Regel gezwungen wären, Anlehnung an die Unternehmerbeisitzer in den Schlichtungsinstanzen zu suchen. Bisher sei kein Schiedsspruch verbindlich erklärt worden, der mehr als 6 Prozent Lohnkürzung vorsah. Die Landarbeiter hätten keine Konjunkturlöhne erhalten, daher sei bei ihnen ein Abbau kaum möglich. Da die Buchdrucker, die gegenwärtig in Tarifverhandlungen stehen, ein eigenes Tarifamt besitzen, sei der staatliche Eingriff vielleicht nicht erforderlich. Der deutsche Bergbau leide unter der starken Einfuhr englischer Kohle. England sei bemüht, diesen Anteil noch weiter zu steigern, um bei einer internationalen Regelung der Produktion die englische Quote möglichst günstig zu gestalten. Darin liege eine Schwierigkeit für die Beibehaltung der Lohnhöhe im deutschen Bergbau[4]. Über den Preisabbau hat der Bundesvorstand mit Vertretern des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wiederholt verhandelt, ebenso über die Kürzung der Arbeitszeit in den Genossenschaften, bevor Arbeiter zur Entlassung kommen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bereits Anträge zur gesetzlichen 40-Stunden-Woche eingebracht[5]. Diese Anträge sind dem sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags überwiesen worden. Der Reichstag selbst ist bis Anfang Februar nächsten Jahres vertagt[6], und inzwischen müssen die Vorstände der Gewerkschaften selbst die Initiative zu Verhandlungen mit den Unternehmern ergreifen. Der Bundesvorstand hat wiederholt mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber in den gleichen Fragen beraten, und über das Ergebnis wird nun der Kollege *Spliedt* berichten.

Mittagspause 1 Uhr.

Nachmittagssitzung, Sonntag, den 14. Dezember 1930:

Leipart eröffnete um 2½ Uhr die Sitzung.

Spliedt gibt einen Überblick über das Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, wie es sich aus den gegenwärtigen konjunkturellen und politischen Verhältnissen wie aus der Lage auf dem Arbeitsmarkt ergibt. Die Arbeitslosigkeit wird im Laufe des Winters anwachsen. Insbesondere werden sich die Verhältnisse in der Bauwirtschaft verschlechtern. Die Gewerkschaften stehen infolgedessen vor der Frage, wie sie unter diesen für ihren Kampf schwierigen Bedingungen den drohenden Lohnabbau abwehren oder auf das geringste Maß beschränken können. Die Tariflöhne konnten bisher im größten Teil der Fertigwarenindustrie gehalten werden, während die übertariflichen Verdienste und Akkordlöhne bereits vielfach abgeglitten sind. Der Angriff gegen die Tariflöhne auf breiterer Front steht noch bevor. Im ersten Halbjahr 1931 wird er vermutlich größeren Umfang annehmen. Bis Ende Juni sind die Tarifverträge für rund 3 Millionen Arbeiter kündbar. Demnach ist zu prüfen, welche Kräfte die Bewe-

4 Am 10. 12. 1930 scheiterten die Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau, da die Gewerkschaften den vom Zechenverband geforderten Lohnabbau von 12% ablehnten. Schulthess 1930 S. 243.

5 RT Drucks. Bd. 448 Nr. 99.

6 Der Reichstag hatte sich am 12. 12. 1930 auf den 3. 2. 1931 vertagt, RT Bd. 444 S. 581 ff.

gung gegen diese Gefahr einzusetzen hat. Bei dieser Prüfung ist zu berücksichtigen, daß die taktische Situation, in der die Gewerkschaften bei diesen Kämpfen stehen werden, in hohem Maße bestimmt wird durch die staatliche Schlichtung, namentlich durch die Anwendung der Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen. Das Reichsarbeitsministerium hat – im Einvernehmen mit der gesamten Reichsregierung – wiederholt öffentlich bekundet, daß es auf dem Standpunkt steht, Lohnsenkungen seien volkswirtschaftlich erforderlich. Danach wird es die Schlichtungspolitik, namentlich die Anwendung der Verbindlicherklärung, sowohl im Prinzip wie im einzelnen Falle, einrichten.

Andererseits steht fest, daß eine gewisse Verminderung des Lohneinkommens durch die Einschränkung der Überverdienste bereits stattgefunden hat. Daher haben auch die Gewerkschaften ein Interesse am Abbau der Preise, damit ein Ausgleich für die Verminderung des Arbeitseinkommens hergestellt wird. Aber die Gewerkschaften haben nicht nur ein Interesse an dem Erfolg des Preisabbaus[7], sondern auch an seiner schnellen Durchführung und Beendigung. Währt die Aktion zum Abbau der Preise zu lange, so lähmt sie die Kaufkraft und drosselt die Auftragserteilung. Eine solche Entwicklung steht einer Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Wege.

Die Gewerkschaften haben die Verkürzung der Arbeitszeit zum Zwecke der Entlastung des Arbeitsmarktes gefordert. Vereinbarungen mit den Unternehmern über die Streckung der Arbeit begegneten bisher, wie sich in vielen Fällen zeigte, großen Schwierigkeiten. Die Unternehmer erklärten jede Verkürzung der Arbeitszeit für nachteilig für die Belebung der Wirtschaft. Sogar die Forderung nach einer Verlängerung der Arbeitszeit wurde in ihrem Lager laut. Das Ziel der Arbeitsstrekkung muß aber trotzdem mit größtem Nachdruck weiter verfolgt werden, und zwar auch als eine Vorarbeit für die unbedingt notwendige durchgehende Verkürzung der Arbeitszeit, zu der es auf jeden Fall und unter allen Umständen in absehbarer Zeit kommen muß. Es gilt, den Widerstand der Unternehmer gegen die Verkürzung der Arbeitszeit schon jetzt zurückzudrängen durch eine möglichst weitgehende Einführung kürzerer Arbeitszeiten zum Zwecke der Einstellung von Arbeitskräften.

Sowohl in der Frage der Arbeitszeit wie der Löhne werden die Gewerkschaften auch weiterhin mit einem starken Widerstand der Unternehmer gegen ihre Forderungen zu rechnen haben. Selbstverständlich ist es wünschenswert für die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Tätigkeit, die sozialen Auseinandersetzungen in ruhigere Bahnen zu lenken und die Formen der Arbeitskämpfe zu mildern. Die praktische Erfahrung in den letzten Monaten scheint aber zu zeigen, daß einer Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte enge Grenzen gezogen sind. Immerhin ist eine gewisse Bereitschaft zu grundsätzlichen Zugeständnissen in führenden Kreisen des Unternehmertums nicht zu verkennen und verdient sorgfältige Prüfung.

Als Ergebnis der Beratungen mit den übrigen Spitzengewerkschaften und den Vertretern der Arbeitgeberverbände legt der Bundesvorstand die folgende,

---

7 *Brüning* kündigte am 4. 11. 1930 im Rahmen seines neuen Sanierungsprogramms eine Preissenkungsaktion an. Schulthess 1930 S. 225; Brüning S. 207.

gemeinsam formulierte Erklärung vor, die von den Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften bereits Zustimmung bekommen hat[8].

Erklärung der Spitzenverbände der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen:

Gedrängt von gemeinsamer Sorge um die Zukunft Deutschlands haben die unterzeichneten Verbände der Arbeitgeber und Arbeiter die Mittel und Wege zur Erleichterung der Wirtschaftskrise und der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Spannungen einer eingehenden Erörterung unterzogen. Sie haben dabei, unbeschadet ihrer sonstigen Stellung zu den großen Problemen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in folgenden Punkten ihr Einverständnis feststellen können:

1. Um die Konsumkraft so weit als irgendmöglich zu erhalten, muß der Preisabbau überall derart durchgeführt werden, daß er in der Öffentlichkeit bewußt empfunden wird. Nach dem Reichsindex hat sich die Lebenshaltung in der Zeit vom November 1929 bis November 1930 um 6,2 Prozent verbilligt. Nach den Angaben der Vertreter der Warenhäuser und der Konsumgenossenschaften sowie nach den Bekanntmachungen des Einzelhandels geht die Verbilligung der Lebensmittel und anderer Gegenstände des täglichen Bedarfs zum Teil erheblich über diesen Prozentsatz hinaus, ohne daß sich die Ermäßigung bisher überall gleichmäßig durchgesetzt hätte. Der Verbilligung der Lebenshaltung steht allerdings in beträchtlichem Umfang eine Ermäßigung der Arbeitsverdienste gegenüber, und zwar auch in Fällen, in denen eine Senkung der Tariflöhne nicht stattgefunden hat.

2. Um den Preisabbau weiter zu fördern und bis zum letzten Konsumenten durchdringen zu lassen, halten wir vor allem folgende Maßnahmen für erforderlich:

a) Eine wirksame Kontrolle des Preisabbaus durch die Verbraucherschaft, insbesondere durch die Hausfrauen, wird nur dann möglich sein, wenn die Preise der wichtigsten Gegenstände des täglichen Bedarfs mehr als bisher in kurzen Zeitabständen öffentlich bekanntgegeben werden.

b) Eine wesentliche Voraussetzung für den weiteren Preisabbau bildet eine Senkung der öffentlichen Tarife (Eisenbahn, Gas, Wasser, Elektrizität usw.). Dasselbe gilt besonders für die Aufhebung der Sonderumsatzsteuer für die Großbetriebe des Einzelhandels. Die dadurch erzielte Ersparnis muß vollständig zur Preissenkung verwandt werden.

c) Die in den letzten Monaten auf dem Gebiete der industriellen Produktion in beachtlichem Umfang durchgeführten Preissenkungen müssen im Interesse einer Belebung der Wirtschaft baldigst auch auf die Preise für diejenigen industriellen Erzeugnisse, ausgehend von den Rohstoffen und Halbfertigwaren, ausgedehnt werden, die bisher noch nicht ermäßigt worden sind.

d) Es ist ganz selbstverständlich, daß sich alle übrigen Handels- und Gewerbegruppen, insbesondere das Handwerk, in vollem Umfang diesen Bestrebungen

8 Die Erklärung war nach langen Verhandlungen am 9. 12. 1930 in einer Besprechung im Reichsarbeitsministerium vereinbart worden. Rundschreiben des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands vom 10. 12. 1930. BA Kleine Erwerbungen 461-2, Handakten Otte.

anschließen und dafür sorgen müssen, daß auch von ihrer Seite eine Belebung des Verbrauchs durch Verbilligung eintritt.

e) Soweit die Senkung der Preise für die Markenwaren aller wichtigen Gebrauchsgegenstände noch nicht erfolgt ist, muß sie im Sinne der Empfehlung des Reichswirtschaftsrates beschleunigt werden.

f) Die berechtigten Bestrebungen zum Schutz der Landwirtschaft dürfen dem Preisabbau nicht entgegenwirken. Sie müssen Rücksicht nehmen auf die handelspolitische Lage Deutschlands, die eine Aufrechterhaltung und Ausweitung der deutschen Ausfuhr zur Verbesserung des heimischen Arbeitsmarktes gebieterisch fordert.

g) Um der unbemittelten Bevölkerung in ihrer gegenwärtigen Notlage zu helfen, sollte die vermehrte Einfuhr von Gefrierfleisch – sei es durch Zollsenkung, sei es durch Wiedereinführung eines zollfreien Kontingents – zugelassen werden.

3. Die Preisabbauaktion muß mit größter Beschleunigung zu Ende geführt werden. Erst wenn auf dem Gebiete der Preise und Löhne wieder eine gewisse Beruhigung eingetreten ist, können die erhofften Wirkungen sich einstellen.

4. Jede Beunruhigung des Wirtschafts- und Arbeitslebens muß die Überwindung der Krise erschweren. Es wird daher zwischen den Tarifparteien zu prüfen sein, ob und inwieweit beiderseitiges Einverständnis darüber erzielt werden kann, erforderliche Änderungen von Tarifverträgen durch gütliche Vereinbarungen sofort vorzunehmen.

5. Der Ernst der Zeit gestattet es nicht, sich über Fragen zu streiten, die nicht für die eine oder andere Seite lebenswichtig sind. Deshalb sollte während der gegenwärtigen Notzeit jede vermeidbare Kündigung von Tarifverträgen unterbleiben.

6. Soweit Vertragsänderungen unvermeidbar sind, sollten die Verhandlungen im Bewußtsein der gegenwärtigen Not und mit dem Ziel ihrer gemeinsamen Überwindung geführt und durch freie Verständigung beendet werden. Wo dies nicht gelingen sollte, wäre ernstlich zu prüfen, ob bestehende Meinungsverschiedenheiten nicht durch eigene Tarif- oder Schlichtungsstellen bereinigt werden können. Die Erhaltung von Tarifverträgen ist in Zeiten politischer Spannung im beiderseitigen Interesse besonders notwendig.

7. Bei der Regelung der Arbeitszeit muß auf die furchtbare Arbeitslosigkeit Rücksicht genommen werden. Wenn durch Verteilung der vorhandenen Arbeit auf eine größere Zahl von Arbeitnehmern die wirtschaftliche Notlage nicht überwunden werden kann, so können derartige Maßnahmen doch zur Entlastung des Arbeitsmarktes, zur Milderung der wirtschaftlichen und seelischen Not der Arbeitslosen und dadurch zur allgemeinen Beruhigung beitragen.

8. Eine regelmäßige Arbeitszeit von mehr als 48 Stunden wöchentlich sollte auf das vor allem aus produktionstechnischen Gründen unbedingt notwendige Maß beschränkt werden. Ebenso sollte jede irgendwie entbehrliche Überstunde im gegenwärtigen Augenblick unbedingt unterbleiben. Wir richten daher an die Tarifparteien die Aufforderung, sofort gemeinsam zu prüfen, inwieweit die hiernach mit Rücksicht auf die Entlastung des Arbeitsmarktes grundsätzlich erwünschte Herabsetzung der Arbeitszeit ohne Gefährdung der Existenzgrundlagen der Betriebe und damit zugleich der Arbeitsplätze möglich erscheint.

9. Auch eine vorübergehende Verkürzung der Arbeitszeit unter 48 Stunden wöchentlich, wie sie in zahlreichen Betrieben bereits eingeführt ist, muß als Notmaßnahme zur Entlastung des Arbeitsmarktes ins Auge gefaßt werden. Die Verbände sind sich bewußt, daß die mit der Kurzarbeit verbundene Senkung der Arbeitseinkommen an die Solidarität der Arbeitnehmer hohe Anforderungen stellt. Sie wissen auch, daß Kurzarbeit keineswegs als schematische Maßnahme in jedem Betrieb durchgeführt werden kann. Sie halten es aber für eine ernste Pflicht jedes vollarbeitenden Betriebes, im Benehmen mit der Betriebsvertretung zu prüfen, ob er nicht auch seinerseits durch eine seinen Verhältnissen entsprechende Regelung der Arbeitszeit zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen kann.

10. Besonders wünschenswert erscheint die Kurzarbeit in Fällen, in denen zu Entlassungen geschritten werden soll. Die Verbände sind sich darüber einig, daß nach Möglichkeit Entlassungen erst vorgenommen werden sollen, wenn vorher die Arbeitszeit in den Betrieben oder einzelnen Betriebsabteilungen wesentlich, tunlichst bis zu 40 Stunden wöchentlich gekürzt worden ist.

11. Um eine möglichst erfolgreiche, zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragende Wirkung der Arbeitsvermittlung der Arbeitsämter zu erzielen, ist dieser Teil der Tätigkeit der unter der Selbstverwaltung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stehenden Ämter erheblich stärker durch die Mitarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu unterstützen als bisher. Wir richten daher an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer die dringende Aufforderung, durch ständige unmittelbare Fühlungnahme mit den Arbeitsämtern diesen Stellen eine wirksame Durchführung dieses wichtigen Teiles ihrer Tätigkeit zu erleichtern. Hierzu ist vor allem notwendig, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch ihre enge persönliche Verbindung mit diesen Ämtern auch ihrerseits dazu beitragen, daß die Arbeitsämter innerhalb ihres Bezirks von vorhandenen Arbeitsgelegenheiten ständig Kenntnis erhalten und dadurch in die Lage versetzt werden, eine den wirtschaftlichen und arbeitsmarktbedingten Verhältnissen Rechnung tragende Arbeitsvermittlung zu betreiben. Wir erwarten hierbei, daß auch seitens der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen diesen Gesichtspunkten in dem erforderlichen Umfang Rechnung getragen wird.

12. Die vorstehende Vereinbarung ist aus der gegenwärtigen gemeinsamen Notlage erwachsen und trägt den Charakter zeitlich begrenzter Notmaßnahmen. Beide Parteien treten für ihre loyale Durchführung mit ihrer vollen moralischen und organisatorischen Kraft ein und wirken in diesem Sinne auch auf ihre Mitglieder.

Leipart gibt die von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und vom Reichsverband der Industrie gestern noch mitgeteilten Änderungen zum Entwurf einer Vereinbarung der Arbeiter- und Unternehmer-Spitzenverbände bekannt. Diese Änderungen sind bereits in Verhandlungen mit Vertretern des Bundesvorstandes abgelehnt worden. Der Bundesvorstand hat in mehreren Sitzungen sich mit der vorliegenden Vereinbarung beschäftigt und schließlich mit 8 gegen 3 Stimmen grundsätzlich der Annahme zugestimmt. Die Gründe für diese Zustimmung liegen 1. in dem Anerkenntnis der Unternehmer, daß die Preissenkung noch nicht überall durchgesetzt worden ist, 2. wollen die Arbeitgeber die Sonderumsatzsteuer für die Konsumvereine ablehnen, 3. erkennen die Arbeitgeber an, daß die Preissenkung mit größter Beschleunigung der viel stärker eingetretenen Senkung der Rohstoffpreise angeglichen werden muß, 4. anerken-

nen sie die Senkung der Preise für handwerkliche Leistungen, 5. die Preisbildung in der Landwirtschaft darf der allgemeinen Preissenkung nicht entzogen werden, 6. wird die Gefrierfleischeinfuhr durch Zollsenkung oder durch Wiedereinführung eines zollfreien Kontingents gemeinsam gefordert, 7. soll die 40-stündige Arbeitszeit in freier Vereinbarung durchgeführt und alle Überstunden möglichst vermieden werden, 8. wird zugestimmt, daß der Meldezwang in der Arbeitsvermittlung eingeführt wird.

Das sind immerhin wertvolle Zugeständnisse der Unternehmer, die sie uns in der gegenwärtigen Notlage der Wirtschaft machen. Dagegen steht der Punkt 4 der Vereinbarung, in dem von den Gewerkschaften das Zugeständnis der freiwilligen Prüfung zum Zwecke der Lohnsenkung verlangt wird. Das bedeutet, daß alle starken Verbände keine Einigung über Lohnsenkungen eingehen werden, so daß für sie aus dieser Formulierung keine besondere Bindung erwächst.

Aussprache:

Scheibel: Nach dem, was sich in den letzten Wochen ereignet hat, kommt das Ergebnis der Verhandlungen nicht überraschend. Das Baugewerbe steht im März 1931 vor dem Ablauf seiner Tarifverträge. Die Bauunternehmer wollen keine Verständigung, denn das geht aus ihren Veröffentlichungen zur Genüge hervor. Die sechsprozentige Lohnsenkung für die Beamten[9] wird als Ausgangspunkt für die Lohnsenkung der Arbeiter genommen. Es wird aber übersehen, daß die Beamten ihre Dienstalterszulagen weiter erhalten. Wird uns durch Schiedsspruch Lohnkürzung aufgedrängt, dann können wir uns vielleicht noch dagegen wehren. Ganz unerträglich aber ist es für uns, wenn wir entsprechend der vorliegenden Vereinbarung unsere Zustimmung zum Lohnabbau geben sollen. Wir leben in einer Notzeit, aber wir wollen nicht freiwillig auf Errungenes verzichten. Es besteht allerdings die Gefahr, daß die Reichsregierung mit Hilfe des Artikels 48 für laufende Tarifverträge die Gültigkeit aufheben kann. Für die Unternehmer ist in der Vereinbarung nichts bindend. Würden wir die Ziffer 4 und 5 akzeptieren, dann würde uns das Vertrauen unserer Mitglieder verlorengehen. Trotzdem Beschäftigung nicht vorhanden ist, verlangen die Unternehmer fortgesetzt längere Arbeitszeiten. Wir wollen keine neue Arbeitsgemeinschaft. Für die loyale Durchführung dieser Richtlinien durch die Unternehmer haben wir keine Gewähr. Die Zusagen *Stegerwalds*, daß in bestehende Tarifverträge nicht eingegriffen werden soll, steht im Widerspruch zu seiner Aufhebung der Allgemeinverbindlicherklärung des Tarifvertrages im Kartoffelgroßhandel für Groß-Berlin. Auch im Baugewerbe in Thüringen hat *Stegerwald* die Allgemeinverbindlicherklärung des Tarifvertrages erstmalig nicht ausgesprochen, weil einige Außenseiter Einspruch eingelegt haben. Vielleicht geht es den Unternehmern darum, daß wir das Vertrauen der Arbeiter zu den Gewerkschaften verlieren sollen, um dadurch die Bewegung der Nazis zu fördern. Wird diese Vereinbarung öffentlich bekannt, so kann sie nur als Zeichen der Schwäche der Gewerkschaften gedeutet werden.

Leipart macht darauf aufmerksam, daß die Entscheidung über Ablehnung oder Annahme noch heute gefällt werden muß. Änderungen sind nicht mehr möglich.

Müntner: Die Vereinbarung kann nur als vorübergehende Notmaßnahme gelten,

9 Ausgesprochen in der Notverordnung vom 1. 12. 1930, RGBl. 1930 I S. 522.

und sie ist sicher wertvoller als die Moral der Unternehmer, von der hier gesprochen worden ist. In der Vereinbarung ist sehr viel von Preissenkung die Rede, aber sehr wenig gesagt über den Umfang der bisher erfolgten Lohnsenkungen. Uns interessiert insbesondere im Punkt 2 b die Senkung der öffentlichen Tarife. Die Gemeinden haben vielfach zur Finanzierung der Wohlfahrtspflege nur noch die Einnahmen aus den Überschüssen der werbenden Betriebe. Das Streben der Privatwirtschaft zielt darauf ab, die öffentlichen Betriebe durch Senkung der Tarife herunterwirtschaften zu lassen, um sie unter günstigen Bedingungen in Privatbesitz zu überführen. Wir können also aus diesen Gründen der Formulierung in diesem Abschnitt nicht zustimmen, weil wir dann auch gegen die Beschlüsse einer Konferenz der sozialistischen Kommunalvertreter handeln würden, die kürzlich getagt hat. Für die Privatwirtschaft wird in den Richtlinien nur fortgesetzt von Erleichterungen gesprochen.

Feinhals: Bei Abwägung der Vorteile und Nachteile sehen wir nur Nachteile für die Gewerkschaften. Es ist der Burgfrieden, der uns sehr gefährlich werden kann. Im Gegensatz zu der Vereinbarung stehen unsere Verhandlungen mit den Unternehmern in der Textilindustrie. Trotzdem eine enorme Arbeitslosigkeit unter den Textilarbeitern herrscht, verlangten die Unternehmer noch in den letzten Tagen mindestens 150 Überstunden pro Jahr und pro Arbeiter. Allerdings hat Dr. *Sitzler* den Unternehmern erklärt, daß es so wie bisher in der Arbeitszeitfrage nicht weitergehen könne. Für uns kann es doch nur einstimmige Ablehnung der Vereinbarung geben.

Graßmann: Die vorgelegte Vereinbarung bedeutet keinen überwältigenden Erfolg. Ursache dieser Vereinbarung ist die Verhandlung mit den Unternehmern im Mai dieses Jahres, die später abgebrochen wurde[10]. Hätte man sich früher verständigt, dann wäre vielleicht vieles Unangenehme für die Gewerkschaften seitdem nicht praktisch geworden. Die Konsumvereine haben in Verhandlungen mit der Regierung nachgewiesen, daß die Preise einzelner Produkte bis zu 25 Prozent gesunken sind. Die Lebensmittelpreise sind wesentlich über die Indexzahlen hinaus gesenkt worden. Diese Tatsachen müssen sich bei den kommenden Lohnverhandlungen auswirken. Vor allem steht in der Vereinbarung die Anerkennung der Tarifsouveränität der Gewerkschaften, die durchaus nicht auf Zeit und Ewigkeit absolut gesichert ist. Ist es richtig, daß wir durch Schlichtungsausschüsse die Löhne zwangsweise senken lassen, oder ist es richtiger, daß wir uns freiwillig auf einer erträglichen Basis verständigen? Die Christen und die Hirsch-Dunckersche Spitzenorganisation haben die vorgelegte Vereinbarung angenommen. Lehnt sie der Bundesausschuß ab, dann muß auch gesagt werden, welche Taktik die Gewerkschaften angesichts der politischen und der wirtschaftlichen Lage in Zukunft einschlagen wollen.

Brandes: Durch den Metallarbeiterstreik in Berlin[11] haben wir bewiesen, daß wir uns trotz des ungünstigen Organisationsstandes gegen die unverschämten Lohnabbauversuche im Interesse der Arbeiter wehren können. Wir hatten nicht die Möglichkeit, einen Gewerkschaftsmann als Unparteiischen in das Dreimännerkol-

10 Vgl. Nr. 79 und die folgenden Dokumente.

11 Anm. 1.

legium zu entsenden. Dr. *Brauns* als Vorsitzender hat unseren Vorschlag *Sinzheimer* zunächst energisch abgelehnt und erst auf unser dringendes Verlangen ihn zugelassen. *Stegerwald* forderte den Schiedsspruch in Berlin, weil er den Überbrückungskredit[12] benötigte, der nach Ansicht des Reichsfinanzministeriums jedoch längst gesichert war. Die vorliegende Vereinbarung müssen wir ablehnen, wobei wir durchaus anerkennen, daß der Bundesvorstand sich in dieser schweren Zeit außerordentlich im Interesse der Gewerkschaften bemüht hat. Wir haben uns früher heftig gegen zwischentarifliche Forderungen unserer Mitglieder gewehrt und können jetzt auf keinen Fall zustimmen, wenn die Gegenseite gleiche Forderungen stellt. Wir sind, nachdem der Lohn in solchem Umfange abgebaut worden ist, auch nicht in der Lage, in eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne jeden Lohnausgleich einzuwilligen. In den Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium verlangen die Metallindustriellen, daß sie auf eigene Anordnung allein 100 Überstunden jährlich bei 48-stündiger Arbeitszeit anordnen dürfen. Wir wollen lieber den geraden Weg des Kampfes beschreiten.

Scheffel befürwortet Ablehnung der Vereinbarung, wenn Änderungen nicht mehr möglich sein sollten. Die Unternehmer wollen die verkürzte Arbeitszeit ernstlich nicht, weil sie den Lohn drücken wollen. Die Preisabbauaktion der Regierung ist ein unerfülltes Versprechen geblieben. Unsere freiwillige Zusage zu einer Lohnsenkung ist ganz unmöglich. Das Verlangen der Unternehmer nach Senkung der Eisenbahntarife zwingt zu der Frage, woher noch die Mittel zur anständigen Entlohnung des Personals genommen werden sollen. Der Reichsverband der Industrie verlangt eine Lohnkürzung von 11 Prozent. Wir wehren uns gegen alles, was diese Gefahr des Lohnabbaus heraufbeschwört, weil wir sonst der Zersplitterung, dem Zellenbau von rechts und links innerhalb der Gewerkschaften Vorschub leisten.

Bernhard beantragt zur Geschäftsordnung, die Aussprache nicht fortzusetzen, weil die Vertreter von Verbänden mit 2 Millionen Mitgliedern sich gegen die vorgelegte Vereinbarung ausgesprochen haben. Außerdem könnten die Vertreter der Vorstände ohne Rücksprache mit ihren Gesamtvorständen und Bezirksleitungen eine abschließende Zustimmung ohnedies nicht geben. Deshalb wird Vertagung der Angelegenheit beantragt.

Leipart: Seit acht Wochen wird mit den Unternehmern verhandelt, und es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß über die Fragen der Preise, der Arbeitszeit und der Löhne beraten worden ist, so daß die Vorstände nicht überrascht sein können über das, was ihnen vorgelegt worden ist.

Tarnow (zur Geschäftsordnung) kann dem Vorschlage *Bernhards* nicht zustimmen, weil in den weiteren Besprechungen mit den Verbandsorganen ein anderes Ergebnis nicht zu erwarten ist. Redner schlägt vor, weiter zu diskutieren, und erklärt, daß die bisherigen Redner die gegenwärtige und kommende Situation nicht genügend begreifen.

Schumann beantragt zur Geschäftsordnung, weiter zu diskutieren, eventuell noch morgen, um die Differenzpunkte im einzelnen klar herauszustellen. Dann könnten diese Punkte den Verbandsvorständen zur Stellungnahme überwiesen

12 Gemeint ist der Lee-Higginson-Kredit, vgl. Nr. 134, 138 und 141.

werden. Eventuell könnte der Bundesausschuß in 8 bis 10 Tagen erneut einberufen werden und seine abschließende Stellungnahme zu dieser Vereinbarung bekunden.

Bernhard zieht seinen Antrag zugunsten des Antrages *Schumann* zurück.

Brandes ist mit der Fortführung der Aussprache einverstanden.

Leipart: Nachdem Vertreter namhafter Verbände sich grundsätzlich gegen die Vereinbarung ausgesprochen haben, scheint es unmöglich, sie gegen eine große Minderheit annehmen zu lassen. Der Bundesvorstand schätzt die Situation so ein, daß die Vereinbarung einmütig angenommen werden müßte. In einer solchen Notzeit muß der Bundesvorstand solche Verhandlungen auch ohne Rückfragen bei den Verbandsvorständen und seinen Organen abschließend führen können.

Simon erklärt, daß bisher noch niemand irgendein Mißtrauen gegen den Bundesvorstand wegen der vorgelegten Vereinbarung ausgesprochen hat. Der Absatz 4 ist für die Gewerkschaften untragbar, weil sie freiwillig in Lohnkürzungen einwilligen sollen, wogegen sie stets für die Steigerung der Kaufkraft gekämpft haben. In der Schuhindustrie ist es einfach untragbar, daß z. B. Kurzarbeiter mit 20 Mark Wochenverdienst jetzt noch in weitere Lohnkürzungen einwilligen sollen. Das Preisabbaugeschrei ist zum Hemmschuh für die Ankurbelung jeder Produktion geworden. In der Schuhindustrie ist eine Streckung der Arbeitszeit zumeist schon technisch unmöglich. Soweit das möglich war, ist sie bereits durchgeführt. Die Unternehmer in der Schuhindustrie verlangen eine Verschlechterung der sozialen Bestimmungen im Manteltarifvertrag. Ende März wird der Tarifvertrag gekündigt, und wir wollen uns durch Annahme der Vereinbarung die Hände nicht schon vorher binden lassen.

Balleng: Wir haben in letzter Zeit in freier Vereinbarung sechs Prozent Lohnabbau angeboten, aber die Unternehmer verlangen Lohnkürzungen weit darüber hinaus und außerdem Verschlechterungen der tariflichen Arbeitszeiten, der Urlaubs- und sozialen Bestimmungen. Daher lehnen wir die Vereinbarung ab.

Eggert: Die Vertreter der Verbände urteilen zumeist aus ihrem Berufsinteresse, wogegen der Bundesvorstand in den Verhandlungen auf die allgemeinen wirtschaftlichen und staatspolitischen Zustände sein Augenmerk zu richten hatte. Die Gesamtlage der Wirtschaft im Reiche ergibt eine ungleiche Verteilung der Arbeitslosigkeit. Der Export ist nicht maßgebend für die Wirtschaftslage, denn es sind nur zehn Prozent der Gesamtproduktion zur Ausfuhr bestimmt[13]. Richtig ist, daß der Schrei nach Preisabbau den Umsatz gedrosselt hat. Vor uns steht die Frage, ob mit Hilfe des Schlichtungszwanges der Lohnabbau weitergetrieben wird oder ob wir in freier Vereinbarung uns zu Konzessionen bereiterklären. In den kommenden Jahren werden wir uns in steigendem Maße auf den Inlandsmarkt beschränken müssen. In solcher Zeit ist der Bruch zahlreicher Tarifverträge nahegerückt. Das freie Spiel der Kräfte wirkt sich bereits auf dem Arbeitsmarkt aus. Für Millionen Arbeiter bedeutet das die einseitige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer. Das könnte verhindert werden, wenn die Gewerkschaften das Heft in der Hand behalten. Wenn wir schon erleben

13 Rund 15% der deutschen Gesamtproduktion wurden exportiert. Konjunkturstatistisches Handbuch 1933 S. 35 und S. 78.

müssen, daß Arbeitervertreter mit dem Schlichter gemeinsam für Lohnabbau stimmen, um größeres Unheil abzuwenden, dann kann es sich doch heute nur darum handeln, daß die Verbandsvorstände selbst die Verantwortung dafür übernehmen, daß den Mitgliedern eine günstigere Regelung ihrer Tarifverträge für die Zukunft gesichert bleibt. Damit würde zugleich auch der Bestand der Tarifverträge auf eine festere Basis gestellt werden.

Tarnow: Die Situation ist heute für die Gewerkschaften außerordentlich ungünstig, und infolgedessen haben die Unternehmer alle wirtschaftliche Macht in ihren Händen. Zahlreiche Gewerkschaften können heute noch hinter dem Stacheldraht der Schlichtungsausschüsse den Kampf führen. Selbst der Metallarbeiterstreik in Berlin ist zweifellos durch das Schiedsgericht zu einem günstigeren Abschluß gebracht worden, als wenn die Entscheidung in offener Schlacht hätte gesucht werden müssen. Ob die Buchdrucker ausreichende Kraft aufbringen, um den Lohnabbau abzuwehren, wird sich erst noch zeigen müssen. In der Mehrheit der Gewerkschaften ist die Abwehr von Lohnkürzungen durch den gewerkschaftlichen Kampf allein fast aussichtslos. In einer Situation, in der die Unternehmer zweifelsohne stärker sind als wir, kann uns der Burgfrieden wirklich nicht schaden. Die Unternehmer haben weites Entgegenkommen in den Verhandlungen gezeigt. In ihren Kreisen gilt als Leitmotiv die Parole „Los vom Tarifvertrag und fort mit dem Schlichtungszwang". Das Gegenteil steht aber in der Vereinbarung. Sie wollen ganz allgemein die Lohnkosten senken durch Kürzung der Tariflöhne, in der Vereinbarung geben sie die von uns gewünschte Verkürzung der Arbeitszeit zu. Sie akzeptieren auch den Meldezwang für die Arbeitsnachweise. Das alles steht eventuell auf dem Spiele, wenn wir zu keiner Vereinbarung kommen. Wer sich stark genug fühlt, ist trotz dieser Vereinbarung in keiner Weise gebunden. Wir stehen inmitten einer politischen Krise, und es erscheint nicht sicher, ob beim Wiederzusammentritt des Reichstages Anfang Februar 1931 die Regierung *Brüning* am Ruder bleibt. Was dann kommt, ist absolut ungewiß. Es geht dann auch um den Bestand unserer Mitwirkung auf allen Gebieten der Sozialpolitik. Nehmen wir deshalb unsere Entscheidung nicht zu leicht.

Bernhard: Die Annahme der Vereinbarung bedeutet die Preisgabe aller bisherigen gewerkschaftlichen Errungenschaften. Die Vereinbarung bindet nicht die einzelnen Unternehmerverbände. Viel zu oft haben die Gewerkschaften ihre besonderen beruflichen Interessen hinter die allgemeinen staatspolitischen Interessen gestellt. Gewiß sind die Preise abgebaut worden, aber das Maß der Preissenkung ist nicht entscheidend für den Arbeiterhaushalt. Unsere Verantwortung muß dort enden, wo das Interesse unserer Organisationen auf dem Spiele steht. Die Verbände mit eigenen Tarifstellen tragen ohnehin die größte Verantwortung für die künftige Gestaltung ihrer Lohnpolitik. Wir dürfen nicht Offiziere ohne Soldaten werden. Niemals dürfen wir schriftlich anerkennen, daß wir bereits Errungenes preisgeben wollen. Schon sind weitgehende Verschlechterungen unseres Tarifvertrages für das Baugewerbe von den Unternehmern angekündigt worden. Würden wir die vorliegende Vereinbarung annehmen, so würden wir damit zu erkennen geben, daß wir solche Verschlechterungen von vornherein akzeptieren.

Leipart empfiehlt, die Aussprache morgen fortzusetzen, wenn die Aussicht

besteht, daß unter Fortfall des Punktes 4 und der in dem Brief von *Kastl*[14] nachträglich gewünschten Änderungen die Annahme der Vereinbarung sicher ist.

Da Kollege *Krautz* am nächsten Tage an den Tarifverhandlungen für die Buchdrucker teilnimmt, wird ihm noch das Wort erteilt:

Krautz erkennt an, daß die Vorlage sehr viel Positives für die Gewerkschaften enthält. Kommt es aber zu einem politischen Rechtskurs, dann werden die Unternehmer auch diese Vorlage nur als Fetzen Papier behandeln. Wenn jedoch dieser Strohhalm uns und die Wirtschaft noch retten kann, so sollten wir ihn ergreifen. Vor allem ist zu überlegen, ob der Bestand der Tarifverträge gerettet werden kann durch Annahme der Vereinbarung. Sollen dagegen Punkt 4 und 5 der Vereinbarung besagen, daß auf Antrag der Unternehmer unter Einschaltung des Schlichtungswesens bestehende Tarifverträge gelöst werden können, um Lohnkürzungen vorzubereiten, dann würde das zu größten Erschütterungen der betroffenen Verbände führen müssen. Der Buchdruckerverband steht inmitten von Lohnverhandlungen, und aus zahlreichen Orten liegen bereits Kundgebungen der Mitglieder vor, die auch gegen einen eventuellen Schiedsspruch die Durchführung des Kampfes durch Streik von uns verlangen. Die Buchdrucker sehen in dem Zwangsschlichtungswesen eine Fessel, denn sie kämpfen infolge ihrer starken Organisation nicht in der Defensive. Der staatliche Schlichtungszwang hindert sie gewissermaßen an der offenen Feldschlacht. Wird Ziffer 4 der Vereinbarung als Zwang zur Lohnkürzung ausgelegt, dann müssen wir die ganze Vereinbarung ablehnen.

Leipart: Die Ziffer 4 verpflichtet die Verbände zu nichts, sondern sie empfiehlt lediglich zu prüfen, ob und inwieweit eine gütliche Vereinbarung möglich ist. Das staatliche Schlichtungswesen kann auch dann nicht eingreifen, weil mangels der gütlichen Vereinbarung immer noch der Tarifvertrag besteht. *Stegerwald* hat erklärt, daß unter seiner Amtsführung der Eingriff in laufende Tarifverträge nicht möglich sein soll. In der Aussprache hat *Kastl* versichert, daß eine Vereinbarung zwischen beiden Spitzenorganisationen auch die Unterverbände in der Arbeitgebervereinigung bindet. Die Formulierung in den einzelnen Absätzen ist so positiv wie möglich gefaßt worden.

Schluß 7 Uhr.

Vormittagssitzung, Montag, den 15. Dezember 1930

Leipart eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr und bittet, etwaige Meinungsverschiedenheiten möglichst kameradschaftlich auszutragen. Die Vorlage ist auch im Bundesvorstand umstritten gewesen, sie ist aber mit Zweidrittel-Mehrheit angenommen worden. Die Ablehnung der Vereinbarung durch den Bundesausschuß wird der Bundesvorstand nicht als eine Niederlage für sich betrachten können. Anders dagegen ist ein solches Ergebnis für unsere Kollegen, die nach wochenlangen Beratungen sich schließlich mit den Vertretern der Arbeitgeber auf dieser Grundlage geeinigt haben und die auch in Zukunft als unsere Unterhändler mit den Vertretern der Arbeitgeber zusammenarbeiten sollen.

Es erscheint zweckmäßig, daß in der Spezialdebatte zunächst die einzelnen Abschnitte noch einmal gründlich geprüft und etwaige Abänderungsanträge

14 Nicht ermittelt.

formuliert werden. Auf diese Weise ist es möglich, die positiven Einwendungen der Verbandsvertreter klarzustellen.

Scheibel widerspricht diesem Vorschlag und beantragt Rückverweisung der Vereinbarung an die Verbandsvorstände.

Umbreit: Der Verbandsvorstand muß für die weiteren Verhandlungen wissen, welche konkreten Änderungen verlangt und welche Forderungen gestellt werden.

Wels: Die politische Situation ist gegenwärtig derart gespannt, daß es aus politischen Gründen bedeutsam wäre, wenn eine Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Spitzenorganisationen zustande käme. Denn die gegenwärtige Basis für die Regierung ist überaus schmal, sie wird auf die Dauer nicht zu halten sein. Käme eine Vereinbarung zustande, dann wäre ein großer Block zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden geschaffen, der politisch von außerordentlicher Bedeutung wäre.

Redner empfiehlt die Annahme folgender Entschließung:

„Der Bundesausschuß billigt grundsätzlich die Bemühungen, zu einer Vereinbarung zwischen den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zwecks Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zu kommen.

Der Bundesausschuß erwartet von den Gewerkschaftsvorständen schnellste Stellungnahme, die die baldmöglichste Stabilisierung der Wirtschaft zum Inhalt haben muß".

Brey: Es kann dem Bundesvorstand wegen seiner Bemühungen gewiß kein Vorwurf gemacht werden. Wird die Vereinbarung abgelehnt, dann sollte sie an die Verbandsvorstände zur Stellungnahme und Rückäußerung zurückverwiesen werden. Für die Realisierung der Vorschläge in dieser Vereinbarung besteht kaum eine politische Möglichkeit. Im Fabrikarbeiterverband hat eine Gauleiterkonferenz sich kürzlich ganz entschieden gegen jeden Lohnabbau gewendet, und deshalb können wir im Bundesausschuß nicht einen anderen Weg durch Annahme des Punktes 4 beschreiten. Es erscheint demzufolge die Rückverweisung an die Verbandsvorstände als zweckmäßigste Lösung.

Brandes: Wenn man schon mit einem Sturz der *Brüning*-Regierung rechnet, dann ist doppelte Vorsicht und die Ablehnung der Vereinbarung geboten. Redner wendet sich grundsätzlich gegen eine solche Vereinbarung und befürwortet die Rückverweisung an die Verbandsvorstände.

Schumann: Es hieße den Kopf in den Sand stecken, wenn wir die Folgen der Ablehnung nicht sehen wollten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind stärker als wir. Wenn die Verhältnisse für uns noch ungünstiger geworden sind, würden wir solche Vereinbarung gewiß gerne annehmen. Kommt es zu einer Katastrophe, dann stehen wir den Gefahren gegenüber, die uns von rechts und links drohen. Auch wir sind nicht mit allem einverstanden, was in der Vereinbarung steht, und deshalb befürworten wir die Zurückverweisung und schnellste Stellungnahme durch die Verbandsvorstände.

Tarnow: Durch eine Vertagung der Entscheidung wird die Vereinbarung nicht gebessert. Wir müssen heute die Verantwortung übernehmen, denn sonst ist die Annahme der Vereinbarung aussichtslos. Würde die jetzige Regierung gestürzt, dann könnten die SPD und die Gewerkschaften die politische Gewalt allein nicht

übernehmen; weil das nicht möglich ist, deshalb sollte ein neues Kraftzentrum gemeinsam mit allen übrigen Gewerkschaftsrichtungen geschaffen werden. Die Ablehnung der Vereinbarung ist nach der bisherigen Aussprache absolut sicher, und deshalb kann sie auch heute beschlossen werden.

Graßmann: Schon früher haben die beiderseitigen Spitzen in prekären Situationen gemeinsam beraten. Auch die Unternehmer haben den Ausfall der Wahlen am 14. September nicht erwartet, denn die Wirtschaft ist durch dies Ergebnis sehr geschädigt worden. Geht die Regierung *Brüning,* dann wird ein Beamtenkabinett folgen und schließlich eine Diktaturregierung gegen uns. Die Verhandlungen im Mai dieses Jahres sind vor allem deshalb gescheitert, weil die Arbeitgeber auch glaubten, erst nochmals bei ihren Auftraggebern Rückfrage halten zu müssen, und weil wir ebenfalls es abgelehnt haben, uns zu einigen. In der Regel entscheiden wir uns, wenn es zu spät ist.

Bernhard: Ist die politische Situation so, wie sie von *Tarnow* und *Graßmann* geschildert worden ist, dann werden Bundesvorstand und Bundesausschuß für die daraus sich ergebenden Folgen verantwortlich gemacht. Schon einmal Ende 1923 haben sich die Gewerkschaften nicht ohne Erfolg gegen die sozialpolitische Reaktion im ganzen Reiche gewehrt[15]. Vielleicht könnte man neue Verhandlungen mit den Unternehmern mit dem Ziel positiver Verbesserungen einleiten und schon jetzt einen neuen Termin für eine kommende Bundesausschußsitzung festsetzen, die über das Verhandlungsergebnis zu entscheiden hätte.

Scheffel: Die Ausführungen von *Tarnow* und *Graßmann* sind doch von so außerordentlicher Bedeutung, daß es angezeigt erscheint, deutlicher mit der Sprache herauszurücken. Wenn die Demokratie so gefährdet erscheint, dann wollen wir allerdings alles versuchen, um sie zu retten und zu schützen. Deshalb erscheint es zweckmäßig, daß die Vorstände sich mit dieser Vorlage beschäftigen.

Schrader: Eine Zurückverweisung an die Vorstände wird keine Mehrheit für die Annahme der vorliegenden Vereinbarung bringen. Deshalb ist es schon richtiger, heute die Entscheidung zu fällen. Die Ablehnung erfolgt in der Hauptsache deshalb, weil in den fachlichen Arbeitgeberverbänden nicht nach den zwischen den Spitzenorganisationen getroffenen Vereinbarungen gehandelt wird. Daher auch das Mißtrauen gegen die Ehrlichkeit der Unternehmer.

Husemann: Unsere Politik im Reichstag steht im Widerspruch mit der Ablehnung der vorliegenden Vereinbarung. Wir müssen alles tun, um die politische Macht der Arbeiterklasse so zu stärken, daß für den Fall des Sturzes der Regierung *Brüning* eine Diktaturregierung von rechts unmöglich wird. Dazu gehört, daß wir uns mit den Wirtschaftsmächten enger verbinden. Auch wir kommen anscheinend innerhalb des Bundes nicht ohne einen Artikel 48 aus. Der Vorstand hätte der Vereinbarung zustimmen sollen und den Vorständen bekanntgeben. Nach dem bisherigen Ergebnis der Aussprache empfiehlt sich die Rückverweisung an die Verbandsvorstände zur Stellungnahme. Redner stellt folgenden Antrag:

---

15 Zu den Vorgängen 1923 Hartwich S. 101 f. Von besonderer Bedeutung für die Gewerkschaften war die Arbeitszeitverordnung vom 21. 12. 1923, RGBl. 1923 I S. 1249, die am Achtstundentag festhielt, aber tarifvertraglich vereinbarte Überstunden zuließ.

„Die Entscheidungen der Verbandsvorstände über die Vereinbarung der Spitzenorganisationen sind bis zum 22. Dezember 1930 dem Bundesvorstand einzureichen".

Leipart: *Stegerwald* hat erklärt, daß er bereit sei, für die Aufhebung sämtlicher Preisbindungen auf die Dauer eines Jahres einzutreten und in dem Preissenkungsausschuß der Reichsregierung zu verlangen, daß für den Kleinhandel öffentliche Preistafeln angeordnet werden, um die Preissenkungsaktion weiter fortzutreiben. Wir haben nicht die Absicht, irgendwelche Arbeiterinteressen preiszugeben; das will auch diese Vereinbarung nicht. Wenn wir uns gegen den Lohnabbau[16] wenden, dann müssen wir auch öffentlich erklären, daß endlich Schluß gemacht wird mit dem Preisabbau. Am 12. Oktober haben wir in der Bundesausschußsitzung die 40-Stunden-Woche einstimmig verlangt, die uns jetzt in Aussicht gestellt wird. Wenn die Rückverweisung der Vorlage an die Vorstände verlangt wird, so soll dem nicht widersprochen werden. Die Vorstände hätten dann aber auch die Pflicht zu prüfen und zu sagen, welcher Weg nach der Ablehnung beschritten werden soll. Auf diese Weise würde der Bundesvorstand die Auffassung der Vorstände kennenlernen. Auf die Spezialdebatte kann deshalb verzichtet werden.

Bruns beantragt, unter Streichung der Ziffer 4 der Vereinbarung die Vorlage anzunehmen.

Nachdem **Bernhard** diesem Antrag widersprochen hat, wird die Entschließung *Wels* im ersten Absatz gegen 3 Stimmen und im zweiten Absatz einstimmig angenommen. Ebenso wird der Antrag *Husemann* betreffend den Termin für die Bekanntgabe der Stellungnahme der Verbandsvorstände angenommen[17].

16 Im Original „Preisabbau".

17 Wie der ADGB den Christlichen Gewerkschaften mitteilte, sollte die Stellungnahme des Bundesausschusses, die keine Mehrheit für die Vereinbarung der Spitzenverbände erreichte, „keine endgültige Ablehnung" bedeuten. Der ADGB wolle „in den nächsten Tagen mit den am stärksten widerstrebenden Elementen noch verhandeln". Um diesen Teil des Verbandsvorstandes nicht noch in seiner Haltung zu bestärken, sollte nichts in die Presse kommen. Die Christlichen Gewerkschaften sahen einen Grund für die Haltung der Mehrheit des ADGB in der „Furcht vor der kommunistischen Agitation". Rundschreiben der Hauptgeschäftsstelle des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands vom 15. 12. 1930, BA Kleine Erwerbungen 461–2, Handakten Otte. Im Widerspruch zur Behauptung dieses Rundschreibens teilte *Brauweiler* dem Vorstand der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit, daß sich nach Mitteilung des ADGB „in seinem Kreise derartige Schwierigkeiten ergeben hätten, daß man vorläufig nicht die Möglichkeit sehe, die Verhandlungen des ADGB in den nächsten Tagen fortzuführen. Man müsse sich in der Bundesleitung über die weitere Behandlung der Dinge erst klar werden. In den nächsten Tagen sei daher auch mit weiteren Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Reichsarbeitsministerium bzw. den Unternehmerorganisationen bestimmt nicht zu rechnen." Nachlaß Silverberg 457.

177.

15. 12. 1930: Aktenvermerk über eine Besprechung im Reichsfinanzministerium

AVfK B (DST) 3766. Durchschlag.

Anwesend:

Vom Reichsfinanzministerium: Reichsminister *Dietrich*, Staatssekretär Dr. *Schäffer*, Ministerialdirektor Dr. *Dorn*, Ministerialrat Dr. *Poerschke*, Oberregierungsrat *Prause*, Ministerialrat Dr. *Markull*

Vom Reichsarbeitsministerium: Ministerialrat Dr. *Beisiegel*

Vom Preußischen Finanzministerium: Finanzminister Dr. *Höpker-Aschoff*, *Ministerialdirektor Dr. Hog*, Ministerialrat Dr. *Scheche*, Ministerialdirektor Dr. *v. Leyden*[1], Ministerialrat *Zschintsch*

Von der Reichsbank: Reichsbankpräsident Dr. *Luther*, Geheimer Finanzrat Dr. *Friedrich*, Reichsbankdirektor Dr. *Nordhoff*

Vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband: Präsident Dr. *Kleiner*, *Weltzien*

Vom Städtetag: Dr. *Mulert*, Dr. *Elsas*.

Nach einleitenden Worten des Reichsfinanzministers über die gegenwärtige Lage der Gemeinden legte Dr. **Mulert** die Schwierigkeiten dar, die in einer Reihe von Städten für Ultimo Dezember 1930 zu erwarten sind und die sich infolge der Entwicklung der Lasten für die Wohlfahrtserwerbslosen von Januar bis März 1931 außerordentlich steigern werden. Wenn auch ein exakter Überblick über die tatsächlich zu erwartenden Schwierigkeiten der Gesamtsumme noch außerordentlich schwer gegeben werden könne, so würde ohne Berlin doch mit einer Größenklasse von mindestens 100 Millionen Mark zu rechnen sein. Zwar seien Zahlungseinstellungen Ende Dezember infolge der unermüdlichen Selbsthilfe der Gemeinden nicht mehr zu erwarten, aber wenn nicht die Schwierigkeiten ins Unerträgliche gesteigert werden sollen, sei es unerläßlich, die Januartermine für die Ausscheidung der Krisenunterstützungsempfänger[2] möglichst bis Ende März zu verschieben. Erhebliche Einsparungen für das Reich seien dadurch zu erwarten, daß zwischen Wohlfahrtsämtern und Arbeitsämtern in ganz anderem Maße eine Zusammenarbeit organisiert würde, als das bisher der Fall sei, und bei der Krisenfürsorge die Hilfsbedürftigkeit nach den Grundsätzen der Reichsfürsorgepflichtverordnung ebenfalls geprüft würde.

---

1 Ministerialdirektor *v. Leyden* war Leiter der Kommunalabteilung im Preußischen Ministerium des Innern.

2 Wenn die Arbeitslosen ihren Anspruch bei der Arbeitslosenversicherung erschöpft hatten, erhielten sie, wenn sie ihre Bedürftigkeit nachweisen konnten, Krisenunterstützung. Nach dem Erlaß über Personenkreis und Dauer der Krisenfürsorge vom 11. 10. 1930 wurde die Höchstdauer der Krisenunterstützung von 39 auf 32 Wochen, bei Arbeitslosen über 40 Jahren von 52 auf 40 Wochen herabgesetzt. Reichsarbeitsblatt. Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsversicherungsamts, der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte Jg. 1930, Teil I S. 221 f. Vgl. Preller S. 435.

Nachdem **Ministerialrat Beisiegel** den Unterschied zwischen der Bedürftigkeitsprüfung und der Hilfsbedürftigkeitsprüfung[3] auf Wunsch des Finanzministers auseinandergesetzt hatte, wiederholte er den in den letzten Besprechungen im Reichsarbeitsministerium schon gegebenen Hinweis, daß der Reichsarbeitsminister grundsätzlich bereit sei, die Beträge, die er in seinem Etat für Zwecke der Krisenfürsorge eingesetzt habe, gegebenenfalls, falls er sie nicht benötige, zur Verlegung der Januartermine zu verwenden und dadurch zu einer Entlastung der Gemeinden mit beizutragen. Die Verlagerung der Auslaufsfristen sei im Augenblick das einzige, was nach Ansicht des Reichsarbeitsministers in Anbetracht der politischen Gesamtsituation geschehen könne.

In Übereinstimmung mit **Präsident Kleiner**, der für den 31. Dezember keine besonderen Schwierigkeiten mehr (abgesehen von Berlin) als vorliegend ansah, darüber hinaus aber keine Kreditmöglichkeiten im Inland oder Ausland sieht, führte der **Reichsbankpräsident Dr. Luther** aus, daß zur Zeit an irgendwelche Kreditbeschaffung im Ausland nicht zu denken sei. Auch der inländische Geldmarkt sei derartig angespannt, daß ihm das Einschieben eines neuen Zweckes ausgeschlossen erscheine. Neue kurzfristige Kredite seien im höchsten Maße gefährlich. Der Begriff des Kommunalkredits im Ausland muß wieder zum besseren Klang kommen. Er habe aufs schwerste Not gelitten, keineswegs etwa nur durch das Verhalten deutscher Gemeinden, sondern es sei eine gewisse Krisis des Kommunalkredits in der ganzen Welt zu beobachten. Hier wieder die gefühlsmäßigen Vorstellungen, die zur Zeit gegen die Kommunen eingestellt seien, zu heilen, sei von besonderer Bedeutung. Es sei nicht zu verantworten, wenn man gerade von der kommunalen Seite eine beschleunigte Liquidation der ganzen Krise annehmen würde. Gerade die Belastung durch die Wohlfahrtspflege werde sehr stark und sehr lange bei den Kommunen verbleiben. Die Kommunen müßten sich daher auf eine lange Dauer der Krise einstellen. Die Kreditverhältnisse haben sich seit Oktober verschlechtert. Der Überbrückungskredit des Reichs hat sich im engsten Zusammenhang mit einem materiellen Programm des Reichs verwirklichen lassen[4]. Man könne daher die Beschaffung dieses Überbrückungskredits nur in ganz kleinem Umfange zum Vergleich mit den Gemeinden heranholen.

Höpker-Aschoff knüpft daran an, daß auch im Staatsrat die Finanzfrage der Gemeinden eingehend besprochen worden sei. Preußen könne keinen Überbrükkungskredit schaffen. Man überschätze die Leistungsfähigkeit des preußischen Staats. Preußen hat seinen Anleihebedarf durch seine 4jährigen mittelfristigen Schatzanweisungen bei den Sparkassen mit Hilfe des Anlegungsgesetzes gedeckt. Um den preußischen Gemeinden zu helfen, werde der preußische Staat tun, was er irgendwie tun könne, aber seine Möglichkeiten seien natürlich auch begrenzt: Rückgang der Einnahmen (Forstverwaltung, wirtschaftliche Unternehmungen,

3 Die „Bedürftigkeit" war Voraussetzung für die Krisenunterstützung, die „Hilfsbedürftigkeit" Voraussetzung für die Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden, die die aus der Krisenunterstützung ausgeschiedenen „Wohlfahrtserwerbslosen" erhielten. In der Neuregelung durch die Verordnung über die Krisenfürsorge für Arbeitslose vom 11. 10. 1930, RGBl. 1930 I S. 463 und dem in Anm. 2 genannten Erlaß wurde die „Bedürftigkeit" der „Hilfsbedürftigkeit" stark angenähert. Vgl. Preller S. 435.

4 Lee-Higginson-Kredit vom 11. 10. 1930, vgl. Nr. 139 und 141.

Fehlbetrag von 70 Millionen Mark, die durch kurzfristige Kredite mitgeschleppt werden müssen). Vor einiger Zeit seien ihm 50 Millionen Dollar unter den gleichen Voraussetzungen wie beim Reich (dreijährige Laufzeit) angeboten worden, aber ob dieses Angebot heute noch gelte, sei ihm zweifelhaft.

An verfügbaren Mitteln habe Preußen den Fonds aus der Hauszinssteuer mit etwa 8 bis 9 Millionen und die Mittel des Grenzfonds. Hierzu komme im nächsten Jahr der für die Senkung der Realsteuern nicht benötigte Teil der Hauszinssteuer. Wenn man hierfür insgesamt 132 Millionen zur Verfügung stelle und die überhöhten Realsteuern nur bis zum Landesdurchschnitt senke, so bleiben mindestens 60 Millionen übrig. Mit diesem Ausgleichsfonds könnte man natürlich einer ganzen Reihe von Gemeinden helfen. Die ganz großen Städte müßten jedoch ausfallen, wenn man durchkommen wolle. Theoretisch sei es möglich, aus diesem Fonds vorweg zu helfen. Ihm erscheine es jedoch nicht ratsam, dies zu tun, da ja auch im gegenwärtigen Augenblick keinerlei geeignete Grundlage für eine planmäßige Hilfe vorhanden sei.

Ein besonderer Fall sei Breslau. Hier habe der Staat bereits in außerordentlichem Maße (10 Millionen Mark) durch Darlehen geholfen. Schwierigkeiten seien für Ende Dezember nicht zu erwarten. Im übrigen hätte eine Nachprüfung ergeben, daß sich in Breslau und in anderen Städten die Zahl der Beamten seit 1926 verdoppelt habe. Die Besoldungssätze seien überhöht. Auch sonst sei der Etat außerordentlich aufgebläht. Trotz solcher Einzelvorkommnisse habe der preußische Staat jedoch den besten Willen, den Städten zu helfen, wo er könne, eben im Rahmen der Möglichkeiten, die ihm zur Verfügung stünden.

Ministerialdirektor v. Leyden: Die Liquidität der Deutschen Girozentrale unterliegt unserer unmittelbaren Aufsicht. Sie kann als gesichert betrachtet werden. Schlechter liegen die Fälle der Gemeinden insbesondere für Ende März. Ein Teil des ungedeckten Fehlbetrags wird durch Nachtragsumlagen abgedeckt. Erhebliche Einsparungen sind in der Mehrzahl der Städte nicht mehr möglich. In vielen Fällen wird der Etat 1931 jedoch noch anders aussehen als 1930. Die Zahl von 100 Millionen, die *Mulert* genannt hat, ist zu niedrig. Preußen allein hat diesen Betrag mit 100–150 Millionen geschätzt. Die Notwendigkeit der zeitlichen Verlängerung der Krisenunterstützung ist unerläßlich. Beim Reich ist bis Ende November eine Ersparnis von 16 Millionen. Wenn man im Augenblick auch nicht übersehen kann, wie die Entwicklung weitergeht, besteht doch schon heute die Möglichkeit, eine vorübergehende Verlängerung mindestens um einen Monat zu erreichen. Dies wäre schon ein außerordentlich großer Gewinn.

Ein Überbrückungskredit könne nicht anders angesehen werden als ein kurzfristiger Kredit. Daneben bleibt aber dringend notwendig die materielle Neuregelung der Krisenfürsorge und im Anschluß daran die Konsolidierung der schwebenden Schulden der Gemeinden überhaupt. Um dies zu erreichen, müssen seitens der Gemeinden die psychologischen Voraussetzungen geschaffen werden. Daß die Besoldungsordnungen zu hoch sind, kann man im allgemeinen nicht behaupten, Nachprüfungen haben auch das Gegenteil ergeben. Dagegen stimmt es mit den Gehältern der leitenden Beamten vielfach nicht. Hierüber häuft sich die Mißstimmung von Tag zu Tag. Die Gehälter der leitenden Beamten müssen unbedingt herabgesetzt werden. Entweder muß das Reich die rechtlichen Grundlagen hierfür

schaffen, oder es wird Preußen nichts anderes übrig bleiben, als die bisher für unvergleichbar angesehenen Beamten von sich aus nachzuprüfen.

Minister Dietrich: Die Städte sollen diese Dinge bereinigen. Die Oberbürgermeistergehälter sind zu hoch. Werden die Städte es nicht freiwillig machen, wird schließlich nichts anderes übrig bleiben, als mit dem Gesetz einzugreifen.

Dr. Mulert: Man muß sich vor maßlosen Verallgemeinerungen hüten. Es sind vielleicht 7 Fälle, in denen Oberbürgermeister Ministergehälter beziehen. In allen anderen Fällen ist durchaus der Vergleich mit den Staatsbeamten gewahrt. Dem Druck der Straße nachzugeben, liegt keinerlei Veranlassung vor.

Das Reichsarbeitsministerium hat nicht nur die sachliche, sondern auch die gesetzliche Verpflichtung, die Krisenfürsorge ordnungsgemäß durchzuführen.

Ob der Kapitalmarkt im Januar stark genug ist, auch nur vorübergehend auszuhelfen, muß sich doch eigentlich schon heute übersehen lassen. Daß der normale Bedarf der Kommunen nicht aus dem deutschen Kapitalmarkt gedeckt werden kann, liegt auf der Hand. Wenn aber im Januar niemand sonst an den Kapitalmarkt herantritt, die Hypothekenbanken vor allen Dingen sich zurückhalten, müßte es möglich sein, in einer Form an den Markt heranzukommen, um mittelfristige Kredite zu erhalten. Wenn alle Faktoren zusammenwirken, sollte dies nicht ausgeschlossen sein.

Dr. Luther: Was im Januar möglich ist, ist heute nicht zu übersehen. Die Situation ist überaus angespannt, vor allem auch von Amerika aus. Irgendeine Vorhersage ist daher nicht möglich. Die erwartete Kreditentspannung im Ausland ist nach der Notverordnung[5] nicht eingetreten, da die Zusammenbrüche amerikanischer Banken dort die Verstimmung vermehrt haben. Die Hypothekenbanken haben an sich nicht die Absicht, an den Markt heranzutreten. Die Selbsthilfe der Städte ist von entscheidender Bedeutung. Im übrigen müssen auch die Städte noch weitgehende Umstellungen in ihrer Finanzwirtschaft vornehmen.

Eine Verbreitung der Auffassung, daß keine Stadt in Konkurs gehen darf, halte ich nicht für richtig. Hierüber ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. Dieser Heilfaktor sollte nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden.

Nach wiederholten kürzeren Ausführungen der Herren *v. Leyden, Höpker-Aschoff* und **Dietrich**, der nochmals besonders auf die psychologischen Faktoren überhöhter Gehälter und die dadurch entstehende Verschlechterung der Situation der Gemeinden hinweist, führt der Reichsfinanzminister noch aus, daß man beim Reich noch nicht völlig über den Berg sei. Die Novembereinnahmen hätten sich katastrophal gestaltet. Wenn es so weitergehe, werde er gezwungen sein, den Etat nochmals zusammenzuschneiden und andere Maßnahmen zu treffen, an die man heute noch nicht denke. Allerdings sei es gelungen, die fälligen schwebenden Schulden des Reichs an den Terminen restlos zurückzubezahlen. Auch die Kommunen müssen sich unbedingt in die Gesamtsituation hineinfinden. Eine Verlängerung der Krisenfürsorge kommt für ihn jetzt gar nicht in Frage, denn die Mittel, die bisher dort eingespart worden sind, habe er zu keinem Zeitpunkt dem Reichsarbeitsminister frei zur Verfügung gestellt. Im Gegenteil. Seine Situation habe sich verschlechtert, da er durch die Vorverlegung der Gehaltskürzung

5 Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. 12. 1930, RGBl. 1930 I S. 517.

zugunsten der Länder und Gemeinden auf den 1. Februar 16 Millionen weniger eingenommen habe, für die bisher keine Deckung ist. Voraussetzung, daß das Reich den Gemeinden hilft, ist daher,

1. daß die Höchstgehälter aus psychologischen Gründen wesentlich herabgesetzt werden,

2. daß die Bestimmungen über die Gehaltskürzungen rücksichtslos und bis zum letzten zur Durchführung gelangen,

3. daß die Höhe der Wohlfahrtsunterstützung, die durch sie überhöht ist, ernsthaft herabgesetzt wird,

4. die restlose Ausschöpfung der durch die Notverordnungen vom 26. Juli und 1. Dezember dieses Jahres den Gemeinden erschlossenen Steuern.

Sind diese Voraussetzungen erfüllt, dann wird es möglich sein, erneut über die Fragen zu sprechen.

Dr. Mulert erwidert hierauf, daß auch der Städtetag der Auffassung ist, daß alle Steuern nach Maßgabe der reichsrechtlichen Möglichkeiten restlos durchgeführt werden. Die Gemeinden müssen auch aus eigener Kraft alles tun und sind hierzu bereit, was irgend möglich ist. (Hinweis auf die Rundschreiben des Städtetages[6] über die gegenwärtige Lage der Gemeindefinanzen, Vorschläge für Sparmaßnahmen im Schulwesen, in der Wohlfahrtspflege und im Krankenhaus). Darüber hinaus sei es aber unerläßlich, zu einer Neuregelung der Krisenfürsorge zu kommen, da die Gemeinden unbedingt sonst in dem kommenden Vierteljahr zusammenbrechen.

Dr. Dietrich weist in seinem Schlußwort nochmals darauf hin, daß im gegenwärtigen Augenblick von ihm irgendeine Zusage nicht gegeben werden könne. Ob etwas zu machen sei, entscheide sich Anfang Januar, wenn bis dahin eine weitere Klärung der Marktlage eingetreten sei. In diesem Augenblick sei er gern bereit, erneut mit den Städten zu verhandeln.

6 Nicht abgedruckt.

178.

15. 12. 1930: Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer (Auszug)

Nachlaß Schäffer ED 93.

[. . .]

Beim Reichskanzler, *Luther, Dietrich, Curtius, Trendelenburg, Bülow, Ritter, Gaus, Berger.* Der Reichskanzler sagt, daß die erste Besprechung in der Reparationsfrage jetzt stattfinden müsse[1]. Die innere Politik werde zu Maßnahmen

1 Staatssekretär *Schäffer* hatte die Möglichkeiten einer Revision des Young-Planes bereits am 19. 10. 1930 mit dem deutschen Botschafter in Paris, *v. Hoesch,* und den Ministerialdirektoren *Graf Schwerin v. Krosigk* und *Zarden* erörtert. Nach *Schäffers* Tagebuchaufzeichnung vom 19. 10. 1930

zwingen. Wenn es selbst gelänge, den Reichstag im Februar auf November zu vertagen, so fliege dann, wenn man nicht erheblich weitergekommen sei, die Regierung und vielleicht auch noch mehr bestimmt auf. Wie stellt sich das Ausland zu der Frage? Einwirkungen [der Reparationen] auf den Welthandel. Nur im Rahmen der Außenpolitik zu sehen, und zwar zusammen mit Frankreich. Es wird wohl noch vor Ende Februar notwendig sein, etwas zu tun. Das Finanzministerium müßte den [dann zu erwartenden] Stoß auf die öffentlichen Finanzen auffangen. Der Stoß auf die private Wirtschaft wird nicht so stark sein.

Curtius: Wie stellen sich Frankreich, England und Amerika? Die Franzosen würden wohl das Moratorium an die Vereinigten Staaten weitergeben. Ihren eigenen Anteil würden sie nicht reduzieren. Wallstreet läßt bei einem Moratorium die Bonds steigen, weil dann zwei Jahre lang keine Abzüge gemacht werden. Die amerikanische Regierung ist noch andererAuffassung, [dafür maßgebend] amerikanische Budgetgesichtspunkte. Äußerung der englischen Regierung, die durchaus ablehnend ist[2]. Finanzkontrolle würde sachlich eintreten. Totalerschütterungen des deutschen Kredits; wenn ein absoluter wirtschaftlicher Zwang, würden die Engländer sich nicht sperren.

---

stand der Botschafter auf dem Standpunkt, daß der Young-Plan, „nachdem man ihn unterzeichnet hat, [. . .] auch erfüllt werden [müsse]. Die Regierung müsse durch entschiedenes Auftreten verhindern, daß eine einheitliche auf Revision gerichtete Volksstimmung aufkomme, denn man werde bei diesem Revisionsbegehren nichts für uns Günstiges erreichen können. Die Regierung hätte auch schon vor der Wahl verhindern müssen, daß diese Frage noch eine Rolle spielt. Ich erkläre darauf, auch ich verspreche mir von einer Revision zur Zeit nichts. Für eine solche müßten eine innere und eine äußere Voraussetzung vorhanden sein. Die innere Voraussetzung sei, daß wir in unseren staatlichen Finanzen so stark seien, daß wir nicht mit der Kasse in Schwierigkeiten kämen und aus diesem Grund ein ungünstiges Ergebnis der Revision hinnehmen müßten. Die äußere Voraussetzung sei, daß man die Sicherheit haben müßte, auf eine einer Revision günstige Stimmung in den Gläubigerländern zu stoßen. Dafür käme es vor allem darauf an, daß die Amerikaner eingesehen hätten, daß auch ihrerseits etwas zum Nachlaß der Schuld gegenüber den europäischen Gläubigerländern erforderlich sei. Allmählich jetzt, wo die Amerikaner in der Krise seien und die Gründe für ihre Erlebnisse suchten, wachse diese Erkenntnis. Sie sei vorläufig aber noch keineswegs Gemeingut, sondern auf die obersten ökonomisch denkenden Kreise beschränkt. Es sei ferner notwendig, daß ein anderer Präsident, der nicht durch seine Wahlplattform in der Frage der interalliierten Schulden so festgelegt sei, in Amerika regiere. Da die neue Präsidentenwahl erst im Herbst 1932 stattfinde, könnte frühestens in diesem Zeitpunkt an eine Revision gedacht werden. Diese Zeit brauche man auch für die innere Gesundung. *Hoesch* erklärt, daß es gut wäre, wenn die Dinge so liegen. Auch er sei der Auffassung, daß Moratorium und Revision erst in Frage kommen könnten, wenn unabhängig von diesen Dingen draußen die Stimmung für eine Veränderung vorhanden sei. Ich merke an, daß *Hoesch* seine Eindrücke auch gegenüber dem Kanzler, dem Finanzminister und vor allem den Herren der Deutschen Bank zum Ausdruck bringt, weil in der Hochfinanz vielfach die Ansicht verbreitet sei, daß man das innere deutsche Wahlergebnis ausnützen könne, um draußen eine Revisionsbereitschaft zu erzeugen. *Hoesch* hält diese Auffassung für gänzlich verkehrt. *Krosigk* fürchtet, daß, wenn in Amerika einmal die Krise behoben sei, einmal auch dort die Einsicht für die Notwendigkeit einer Revision verschwinden würde. Dann aber würde es auch uns besser gehen, so daß die objektiven Gründe für eine Revision nicht vorhanden wären. Wenn es wirklich so sei, daß wir im Inland die Revision und Moratorium nicht beantragen könnten, weil wir dann zu schwach seien, um sie durchzuführen, im Besserungsstadium aber nicht beantragen könnten, weil wir dann nicht elend genug wären, um die anderen von unserer mangelnden Leistungsfähigkeit zu überzeugen, so hätten wirklich die recht gehabt, welche die Ablehnung des Young-Planes empfohlen hätten, denn dann wäre von einem Herabkommen von Lasten in Stufen nicht mehr die Rede." Nachlaß Schäffer ED 93.

2 Vgl. Nr. 174.

Luther: Gegenbericht gegen Parker *Gilbert* wünschenswert. Drei Hauptlinien: 1. Schuld liegt an mangelnder Erfüllung der Gegenseite, [Gesichtspunkte zu entnehmen aus] *Serings* Vortrag vor dem Verein für Sozialpolitik[3]. – 2. Goldklausel[4], Sozialklausel. – 3. Aufsatz von *Dernburg* im „Börsenkurier" über die allgemeine Wirtschaftslage, die lange Dauer der Krise[5]. Unfähigkeit Frankreichs zur Erfüllung seiner Kapitalfunktionen. Die Hebung des allgemeinen Vertrauens kann nur durch eine politische Aktion erfolgen. *Trendelenburg:* Die Plattform der Internationalen Handelskammer[6] wäre für *Dernburg* [ein geeignetes Forum]. Geld- und Preisfragen nicht von der monetären Seite, sondern von der Warenseite aus zu lösen. Daher Veröffentlichungen des Konjunkturinstitutes nicht schädlich. Reichskanzler: Natürliche Schrumpfung während der nächsten Jahre zu erwarten. Ausgabensenkung nur sehr schwierig, auch wegen politischer Stigmatisierung wegen der Reparationen. *Dietrich:* Man muß nach außen durch eine große politische Verständigungsaktion etwas riskieren. Regt an, *Hugenbergs* Plan [Belastung der Einfuhr für Reparationszahlungen] durchzuführen[7]. Reichskanzler nur für Umsatzsteuer. Pauschalierung auch für die Einfuhr. *Luther:* Kann man nicht Amerika wiederum die Führung in die Hand drücken, vielleicht über die Abrüstung[8]? Kanzler: Ohne psychologische Erleichterung halten wir das Jahr nicht aus. *Curtius:* Wenn eine Beruhigung auf der ganzen Welt eintritt, würde das Reparationsproblem nicht gut aufzurollen sein. Daher eine politische Aktion neben der Reparationsfrage. Dazu wird man das Abrüstungsproblem und das Ostproblem vornehmen können. Das könnte man wirtschaftlich begründen. Kann man nicht über die Reparationsfrage die Abrüstungsfrage lösen? Man könnte auch die Kriegsschuldfrage einwerfen, um in Amerika Stimmung zu machen. Man wird aus innenpolitischen Gründen dem deutschen Volke einen Schritt in die Reparationsfrage zeigen müssen. Im Januar soll überlegt werden, wie wir die Sache anpacken können[9]. *Luther:* Man darf die Sache nicht am Fehlen der Devisen anfangen, weil uns das schadet. Bei der Hinausschiebung lassen wir uns das Gesetz des Handelns von den anderen vorschreiben. Als einziges diskutierbares Mittel die Einberufung des Beratenden Sonderausschusses trotz der schrecklichen Voraussetzungen. Der einzige Weg ist der über Amerika. Gefahr der Verquickungen von unseren Zahlungen mit den outpayments [an die deutschen Privaten für das in USA beschlagnahmte Vermögen], wenn die Sache von uns kommt. Wenn der Beratende Sonderausschuß allein zusammentritt ohne eine große Aktion, gerät er in die Hand Frankreichs.

---

3 Datum nicht ermittelt. Zu *Serings* Auffassung sein Buch, Die Weltkrise und die Neuordnung Europas. Tribute, Abrüstung, Donauraum, Berlin 1932 S. 1 ff.

4 Vgl. Heilfron/Nassen S. 55.

5 Nicht ermittelt.

6 VI. Kongreß der Internationalen Handelskammer in Washington vom 4. bis 6. 5. 1931.

7 Zwei Tage später äußerte sich *Dietrich* vor dem Geschäftsführenden Vorstand der Staatspartei zum Reparationsproblem wie folgt: „Das Reparationsproblem müsse von der Transferseite angefaßt werden, ein Vorhaben, das nur Aussicht auf Erfolg nach einer Ordnung unserer Finanzen haben könne, um den Staat keiner Gefahr auszusetzen." BA R 45 III/51.

8 Eine Anregung in dieser Richtung war von *Harrison* ausgegangen. Nr. 165b.

9 Vgl. Nr. 185 mit Anm. 2 und Nr. 199.

179.

17. 12. 1930: Aufzeichnung des Staatssekretärs Meissner über eine Besprechung des Reichspräsidenten v. Hindenburg mit Vertretern der Grünen Front

ZStA Präsi 331/Bl. 185–188. Handschriftliche Korrekturen.

Anwesend: Der Herr Reichspräsident; als Vertreter der „Grünen Front": Präsident Dr. *Brandes, Graf Kalckreuth,* Reichsminister a. D. Dr. *Hermes,* Staatsminister a. D. Dr. *Fehr;* ferner Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. *Schiele,* Staatssekretär Dr. *Meissner.*

Präsident Dr. Brandes führte aus: Die Stimmung im Lande wird immer ernster, und wir Führer der Landwirtschaft haben Sorge, ob wir Ruhe halten können[1]. Wir erkennen dankbar an, daß wertvolle Hilfe für die Landwirtschaft in der letzten Zeit gebracht worden ist. Woran es noch fehlt, ist die Forderung der bäuerlichen Wirtschaften, insbesondere der Veredelungswirtschaft, nach höherem Zollschutz. Wir verlangen nicht, daß Handelsverträge gekündigt werden; doch bitten wir dringend, daß das, was ohne Kündigung von Handelsverträgen durch höheren Zollschutz geschehen kann, jetzt durch Notverordnung durchgeführt wird. Das muß vor Wiederzusammentritt des Reichstags geschehen. Es wäre uns nicht verständlich, wenn der Butterzoll nicht erhöht würde, nachdem die handelsvertragliche Bindung beseitigt ist; die Schweiz und Amerika haben weit über unsere Zollsätze hinaus die Butterzölle erhöht.

Weiter müssen wir darüber klagen, daß die Osthilfe so sehr im Rückstand ist[2]. Bisher ist nur die Organisation aufgezogen, aber noch kein Betrieb umgeschuldet worden. Auch hier muß für Beschleunigung gesorgt werden.

Staatsminister a. D. Dr. Fehr: Die bisherigen agrarischen Maßnahmen haben der bäuerlichen Wirtschaft, namentlich im Süden des Reichs, nur wenig Hilfe gebracht. Es ist nun dringend notwendig, daß in Ergänzung der früheren Maßnahmen jetzt auf dem Gebiet der bäuerlichen Veredelungswirtschaft etwas mehr geschieht, sonst werden auch in Süddeutschland die Bauern unruhig. Die Zollerhöhung für Butter braucht nicht notwendigerweise eine Erhöhung des Verbraucherpreises nach sich ziehen; wir schädigen daher niemand und bringen unserer Bauernschaft wirksame Hilfe, wenn wir den Butterzoll erhöhen.

1 Vgl. Nr. 172 und 175.

2 Vgl. Nr. 154, 155, 180. Auf den bisherigen Fehlschlag der Osthilfe wies auch *Flemming* in einem Brief an *Luther* vom 15. 12. 1930 hin. Die entscheidenden Sätze lauten: „Die Frage, die Sie stellen, nämlich ob tatsächlich das bisherige Verfahren der Osthilfe seinen Zweck nicht erreicht, ob der Notstand so allgemein ist, daß mit individueller Behandlung einzelner Betriebe nicht mehr zu helfen ist und ob die Verhältnisse bei Groß und Klein so ähnlich sind, daß man zu einer schematischen Behandlung kommen muß, diese Fragen, sehr verehrter Herr *Luther,* beschäftigen mich und uns hier ja naturgemäß seit langem. Und da wir auf Grund genauer Kenntnis der Lage, und zwar einer sehr viel genaueren Kenntnis, als die Statistiker der Preußenkasse sie haben können, zu einer positiven Antwort längst gekommen sind, ist ja schließlich dieser große Plan, den Herr *v. Zitzewitz* ausgearbeteitet hat, entstanden. Wenn mit individueller Hilfe noch zu helfen wäre, so wäre dies so viel billiger und einfacher, daß jeder andere Plan von vornherein abgelehnt werden müßte. Die Not ist aber allgemein und so groß, daß ungeheure Vermögenswerte, die auch Vermögenswerte der ganzen Volkswirtschaft sind, auf das äußerste gefährdet sind." Nachlaß Silverberg 574.

Reichsminister a. D. Dr. Hermes: Die Industrie hat Sorgen geäußert, daß eine Zollerhöhung für Produkte der bäuerlichen Veredelungswirtschaft den Export der deutschen Industrie schädige[3]. Das können wir nicht als richtig anerkennen. Wir führen fast 4 Milliarden Lebensmittel ein, und wir müssen diese Einfuhr schrittweise einschränken. Es muß zwischen dem Export und dem Binnenmarkt ein besseres Verhältnis hergestellt werden. Die sofortige Kündigung von Handelsverträgen verlangen auch wir nicht; aber wir dürfen auch keine neuen wirtschaftlichen Fesseln auf uns nehmen, müssen uns im Gegenteil von den wirtschaftlichen Bindungen, die der Vertrag von Versailles uns auferlegt hat, allmählich freimachen.

Reichsminister Dr. Schiele: Ich stimme im Grundsatz den Vorrednern zu und spreche mich dafür aus, daß da, wo Möglichkeiten bestehen, eingegriffen wird, um für Veredelungsprodukte besseren Zollschutz einzuführen. Diese Möglichkeit ist für Butter durch den finnischen Handelsvertrag gegeben[4]. Ich bin für meine Person bereit, noch in der ersten Januar-Hälfte – und zwar auf dem schnellsten Wege – hier Verbesserungen in Kraft zu setzen. Zwischen Landwirtschaft und Industrie muß ein gerechter Ausgleich gefunden werden. Neue Fesseln durch ein internationales Handelsabkommen dürfen wir nach meiner Meinung nicht mehr auf uns nehmen. Ich bemühe mich daher auch weiter, im Sinne der Anregungen der Vorredner tätig zu sein.

Der Herr Reichspräsident: Die gegensätzlichen Interessen zwischen Industrie und Landwirtschaft müssen auf einer gerechten Mittellinie ausbalanciert werden. Es muß von den zuständigen Ressorts und von dem Herrn Reichskanzler, in dessen Unparteilichkeit in dieser Frage ich volles Vertrauen setze, gründlich nachgeprüft werden, auf welcher Basis dieser gerechte Ausgleich gefunden werden kann. Ich bitte Sie, auch unmittelbar mit dem Herrn Reichskanzler zu verhandeln[5]. – Was die Osthilfe anlangt, so bedauere ich, hören zu müssen, daß bisher eine wirksame Umschuldungsarbeit von ihr noch nicht geleistet worden ist. Die Tätigkeit der Osthilfe muß beschleunigt werden, und ich werde mich auch darum kümmern[6]. Im übrigen bitte ich Sie, überzeugt zu sein, daß die Not der Landwirtschaft und alle Vorschläge, die zu ihrer Besserung gemacht werden können, stets mein warmherziges Interesse finden.

Für die richtige Niederschrift:
Meissner

3 Vgl. Nr. 173.

4 Gesetz über eine Vereinbarung mit Finnland wegen Änderung des vorläufigen Handelsabkommens zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Finnland vom 26. Juni 1926 und des Zusatzabkommens vom 25. November 1929 vom 25. 10. 1930. RGBl. 1930 II S. 1226.

5 In einer unmittelbar daran anschließenden Aussprache mit Vertretern der Grünen Front wies *Brüning* die Kritik an der Osthilfe zurück, versprach aber, während einer Reise nach Ostpreußen auch mit den Gegnern der von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen zu verhandeln. Er verurteilte die zunehmende Radikalisierung, die bisher schon zum Abzug von 1,5 Milliarden an Auslandskrediten geführt habe. Auch die Vertreter der Landwirtschaft müßten in dieser Situation zu Opfern bereit sein und die Haushaltspolitik der Reichsregierung im Reichstag unterstützen. Abschließend bot der Kanzler eine Fortsetzung der Besprechung für den 10. 1. 1931 an. Vermerk des Ministerialrats *Feßler* vom 17. 12. 1930, BA R 43 I/2545.

6 Am 19. 12. 1930 befaßte sich das Kabinett eingehend mit der Osthilfe. BA R 43 I/1447. Vgl. auch Nr. 173.

180.

23. 12. 1930: Reichsminister Treviranus an Silverberg (Köln)

Nachlaß Silverberg 574. Fotokopie.

Sehr verehrter Herr *Silverberg,*

nachdem am 19. dieses Monats wenigstens eine Entscheidung des Reichsfinanzministers erfolgt ist, nach der von ihm eine Freigabe der Industrieobligationen aus der Etatverhaftung auch ab 1. April 1932 nicht zugestanden werden soll[1], weil er kein Verfügungsrecht habe, hat das Kabinett beschlossen, auf der bisherigen Basis ein Osthilfegesetz ausarbeiten zu lassen, das am 12. 1. im Kabinett verabschiedet werden soll[2]. Hierzu wird Herr *Schiele* auf meine Anregung hin eine Ergänzung beantragen, in der die Bildung der Ablösungsbank und die Freigabe der Industrieobligationen ab 1932 gefordert werden sollen[3]. Entsprechende Reichstagsanträge sind von mir vorbereitet, falls wir im Kabinett unterliegen.

Ich hoffe, daß der Herr Reichskanzler auf unserer Fahrt mit Dr. *Luther* in der zweiten Januarwoche[4] die Notwendigkeit der Einbeziehung weiterer Teile des Ostens in die Hilfsmaßnahmen einsehen wird. Auf anderem Wege größere Mittel aufzubringen als nach Ihrem Vorschlag[5], sehe ich keine Möglichkeit.

Ich habe einige Wochen gebraucht, um mich durch das Gestrüpp der querlaufenden Kompetenzen und örtlichen Schwierigkeiten hindurchzuhauen, und würde dankbar sein, wenn ich Ihnen gelegentlich über meine eigenen Erfahrungen in der Ostarbeit Mitteilung machen könnte.

Ich bleibe mit den besten Wünschen für ein gutes Neues Jahr in aufrichtiger Wertschätzung

Ihr sehr ergebener *Treviranus*

1 So die Erklärung *Dietrichs* in der Kabinettssitzung vom 21. 1. 1931, 16.30 Uhr, BA R 43 I/1448.

2 Der Gesetzentwurf lag dem Kabinett am 13. 1. 1931 vor. Ministerbesprechung am 13. 1. 1931, BA R 43 I/1448. Dazu Fiederlein S. 163 f.

3 Diese Forderungen enthielt ein Schreiben *Schieles* an *Brüning* vom 23. 12. 1930, BA R 43 I/1805, in dem er zum Verlauf der Ministerbesprechung am 19. 12. 1930 kritisch Stellung nahm. Die „Beschränkung der Osthilfe auf die jetzt in ihrem Bereich einbezogenen Gebiete" nötige ihn, seine „Auffassungen über die Ausgestaltung der Osthilfe nochmals schriftlich niederzulegen". Die Verschlechterungen gegenüber dem Osthilfegesetz und der Notverordnung vom 1. 12. 1930 sei „so schwerwiegend, daß es zweifelhaft ist, ob der weiten Kreisen der ostpreußischen Landwirtschaft drohende allgemeine Zusammenbruch [. . .] überhaupt noch abgewendet werden kann". Die Preußische Staatsregierung sehe seiner Meinung nach das Ziel der Osthilfe „mehr oder weniger in einer Ablösung des großen Besitzes durch kleinere Betriebseinheiten". Demgegenüber sei es nötig, „auch der großen Landwirtschaft in den Gebieten, in denen sie zu Hause ist, ebenso nachdrücklich zu helfen, wie das für bäuerliche Betriebe geschieht".

4 Die Reise in die Ostgebiete des Deutschen Reiches hatte *Brüning* in der Chefbesprechung vom 11. 12. 1930 vorgeschlagen. BA R 43 I/1805. Zum Verlauf der Reise Brüning S. 241 ff.; Fiederlein S. 160 ff.

5 Zum Vorschlag *Silverbergs* Nr. 8a.

181.

29. 12. 1930: Rundschreiben des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands

BA Kleine Erwerbungen 461–2, Handakten Otte. Vervielfältigtes Exemplar. „An die dem Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände."

Betrifft: Verhandlungen der Spitzenverbände

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir hatten in unserem Rundschreiben vom 15. dieses Monats[1] mitgeteilt, daß innerhalb des ADGB noch Versuche im Gange seien, denjenigen Teil, der gegen die Vereinbarung mit den Spitzenverbänden ist, umzustimmen. Diese Versuche werden, soweit man bis jetzt beurteilen kann, jedenfalls zu keinem positiven Ergebnis führen. Besprechungen, die der Unterzeichnete mit führenden Persönlichkeiten des ADGB hatte, zeitigten jedenfalls das Ergebnis, daß nicht mehr damit zu rechnen ist, daß es zwischen den Spitzenverbänden zu schriftlichen Vereinbarungen, die auch nach außen wirken sollen, kommen wird.

Wohl aber kann angenommen werden, daß demnächst noch mündliche Aussprachen zwischen den Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitgeber und der Gewerkschaften stattfinden. Kollege *Stegerwald,* mit dem ich vor einigen Tagen noch eine Besprechung hatte, wird wahrscheinlich wieder zu solchen Aussprachen die Initiative ergreifen. Das Reichsarbeitsministerium geht besonders von dem Gedanken aus, daß es erwünscht ist, spätestens etwa schon Mitte Februar einen Ruhepunkt auf dem Gebiete der Lohn- und Preissenkung erreicht zu haben. Aus diesem Grunde ist also das Reichsarbeitsministerium lebhaft daran interessiert, daß später ablaufende Tarifverträge möglichenfalls schon früher einer Abänderung unterzogen werden. Hiergegen richtet sich aber der Hauptwiderstand des ADGB. Die Vertreter der einzelnen Verbände heben hervor, daß Vereinbarungen über diesen Punkt die Kompetenz der Spitzenverbände überschreiten. Solche Vereinbarungen seien Sache der einzelnen Verbände bzw. der einzelnen Tarifpartei. Es ist also kaum anzunehmen, daß gerade über diese Frage eine Verständigung erzielt wird.

Umgekehrt ist aber auch im Lager der Arbeitgeberverbände keine Trauer darüber vorhanden, daß der ADGB bis jetzt dem Vereinbarungsentwurf nicht zugestimmt hat. Ich weiß aus absolut zuverlässiger Quelle, daß ein erheblicher Teil im Arbeitgeberlager gegen die Vereinbarung war und daß es nicht leicht gewesen ist, eine Mehrheit dafür zu gewinnen. Es ist dies auch naheliegend, denn ein großer Teil der Arbeitgeber fühlt sich in dieser Zeit stärker und möchte durch Vereinbarungen mit den Gewerkschaften nach keiner Richtung hin gebunden sein.

Trotzdem also kaum mehr damit zu rechnen ist, daß schriftliche Vereinbarungen zwischen den Spitzenverbänden zustande kommen, dürfte es nicht angebracht sein, über die seitherigen Verhandlungen in der Presse etwas zu veröffentlichen. Bis jetzt ist auch jede Veröffentlichung, sowohl von seiten

1 Nr. 176, Anm. 17.

der Arbeitgeber wie von seiten der Freien Gewerkschaften, unterlassen worden. Wir sollten unsererseits ebenso verfahren, zumal nicht von einem Abbruch der Verhandlungen geredet werden kann.

Allen Kolleginnen und Kollegen ein gesegnetes Neues Jahr wünschend, zeichnet

mit freundlichen Grüßen:
Bernh. *Otte*

182.

30. 12. 1930: Silverberg (Köln) an Reichsminister Treviranus

Nachlaß Silverberg 574. Fotokopie.

Sehr verehrter Herr Reichsminister!

Für Ihren freundlichen Brief vom 23. dieses Monats[1] danke ich Ihnen bestens.

Es wird mich sehr interessieren, von Ihnen über die Ostfrage besonders nach Ihrer Reise mit dem Herrn Reichskanzler und Herrn Dr. *Luther* Ihre Ansicht zu hören. Soweit ich die Dinge bis jetzt beurteilen kann, sind für mich mehrere feste Grenzen gegeben, die meiner Ansicht nach bei der Osthilfe nicht überschritten werden dürfen.

1. Die Beschränkung der Osthilfe auf einzelne Betriebe, die sanierungsfähig sind, unter Zurückweisung aller Rücksichten auf bestimmte Familien. Hierin liegt, daß ich Gegner genereller Maßnahmen bin, so wie sie das *Hugenberg*-Programm[2] verlangt.

2. Es müssen unter allen Umständen Methoden vermieden werden, welche in irgendeiner Form die Währung und den Wertpapiermarkt zu stören geeignet sind und welche Treu und Glauben im kaufmännischen Verkehr erschüttern können. Es darf nicht übersehen werden, daß man in Deutschland vielleicht glaubt, solche Maßnahmen hätten nur innerdeutsche Bedeutung. Tatsächlich haben sie weitgehende Wirkungen nach außen und sind einem Moratorium sehr ähnlich, schädigen also enorm unsere wirtschaftliche und politische Position. Jede Emission von notgeldartigen Zirkulationsmitteln ist zu verwerfen, aber auch jede Emission von Wertpapieren, die von Anfang an mit einem Disagio von 40% gehandelt werden.

3. Glaube ich auch heute noch, daß der einzig wirksame Weg der von mir vorgeschlagene ist[3], aus dem einfachen Grunde, weil hier nur wirklich vorhandene Barmittel verwendet werden, und keine künstlichen Konstruktionen in diese eminent wichtigen aber ebenso schwierigen wirtschaftspolitischen Probleme hineingetragen werden.

---

1 Nr. 180.

2 Zu den Vorstellungen des DNVP-Führers Alfred Hugenberg, Entschuldung der Landwirtschaft. Das Hugenbergprogramm, Berlin 1931; Fiederlein S. 147 ff.

3 Siehe Nr. 180, Anm. 3.

4. Ich bin ferner der Auffassung, daß auch auf dem Gebiete der Entschuldung und der Betriebskontrolle die Selbsthilfe der Landwirtschaft einsetzen muß, von der ich bis jetzt außer der Verbreitung von Projekten, welche finanzpolitisch und wirtschaftspolitisch gefährlich sind, nichts gemerkt habe.

Ich wünsche Ihnen ein recht gutes Neues Jahr und bin mit den besten Grüßen:

Ihr sehr ergebener
S[ilverberg]

183.

14. 1. 1931: Niederschrift über die Sitzung des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Auszug)

HK ADGB-Akten NB 3. Handschriftliche Korrekturen.

[. . .]

Verhandlungen mit den Unternehmern.

Graßmann hält es für notwendig, daß der Bundesvorstand Stellung nimmt zu der Situation, die sich aus dem Abbruch der Verhandlungen mit den Unternehmern nach der letzten Bundesausschußsitzung[1] ergibt. *Kastl* habe *Hilferding* gegenüber sein Bedauern über das Scheitern der Verhandlungen ausgesprochen. In Kreisen der Unternehmer sei man darüber angesichts der Zuspitzung der Wirtschaftslage sehr bedrückt. Frankreich habe fast alle kurzfristigen Kredite zurückgezogen, Amerika sei auf dem gleichen Wege. Eine gemeinsame Stellungnahme der stärksten Faktoren im Wirtschaftsleben, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, hätte das Vertrauen im Ausland stärken können.

In Anwesenheit der Genossen Hermann *Müller* und *Hertz* habe er *Hilferding* auf die Schwierigkeiten verwiesen, die besonders bezüglich der Absätze 4 und 6 der Vereinbarung[2] bei uns bestanden. Während von Preisabbau kaum etwas zu merken sei, mache der Lohnabbau immer stärkere Fortschritte. Deshalb sei die Situation für uns jetzt eine ganz andere als im Sommer und Herbst des vergangenen Jahres. Auch bei unserer Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit ohne Erwähnung eines Lohnausgleichs hätten wir vorausgesetzt, daß der Tariflohn erhalten bleibt. Nach dem Abbau der Löhne unseren Mitgliedern ein weiteres Opfer zuzumuten, sei kaum zu vertreten. – Trotz dieser Vorstellungen hätten die drei Genossen ihn aber gebeten, eine neue Besprechung im Bundesvorstand zu veranlassen.

Hinzu komme, daß in der Frage der Arbeitszeitverkürzung neue Pläne aufgetaucht seien (Gesetzentwurf *Wissell*) und daß eine Besprechung im Arbeitsministerium im größeren Kreise über Schaffung einer Arbeitsdienstpflicht stattgefunden habe. In dieser Sitzung hätten unsere Vertreter angekündigt, daß wir sowohl gegen eine

1 Nr. 176; zu den Verhandlungen außerdem Nr. 162, 169 und 181.

2 Nr. 176. Die Absätze 4 bis 6 enthalten Vereinbarungen über Tarifverträge.

gesetzliche Arbeitsdienstpflicht wie auch gegen den Gedanken einer freiwilligen Arbeitsdienstpflicht in der Öffentlichkeit in scharfer Weise zu Felde ziehen würden.

Tarnow steht noch auf dem gleichen Standpunkt wie in der Bundesausschußsitzung[3]. Wir hätten allen Anlaß, uns nach Koalitionsgenossen umzusehen, damit wir im etwa eintretenden Ernstfall nicht den Boden verlieren. Der Bundesausschuß habe aber dagegen den Standpunkt vertreten: Das ganze Koalieren paßt uns nicht. Darum könnten wir von uns aus nichts tun, als höchstens noch mal den Bundesausschuß einzuberufen und die Situation von einem prominenten Parteivertreter vortragen zu lassen, der vielleicht besser glaubhaft machen könne, daß die Situation Außergewöhnliches verlangt. Aktuell sei die Stellungnahme zu dem *Wissell*schen Problem der Arbeitszeitverkürzung auf 36 Stunden ohne Lohnausgleich mit etwas phantastischen Plänen für Entschädigung der Betriebe, die durch die Maßnahme zum Erliegen kommen.

Spliedt: Das Büro sei sich einig darüber, den Plan *Wissell* abzulehnen.

Tarnow erklärt sich mit der Ablehnung einverstanden.

Eggert: Für den Bundesausschuß sei s. E. ausschlaggebend gewesen, daß in den Punkten 4 und 6 der Vereinbarung indirekt die Legitimation zum Lohnabbau gesehen werden könne. *Kastl* habe ihm und *Graßmann* gegenüber sein Befremden darüber ausgesprochen, daß er keine Gründe für die Ablehnung des Bundesausschusses erfahren habe. Das Bemühen *Kastls* laufe auf neue Verhandlungen hinaus. Ließen wir uns darauf ein, dann müßten wir s. E. das Ziel der Verhandlungen vorher kennen. Scheinbar seien die Gründe rein politischer Natur, um nach außen hin Beruhigung zu erzielen. Eine Beruhigung sei sicher notwendig, denn die Presse melde, daß erneut riesige Goldsummen nach Frankreich zurückgeflossen sind und daß z. B. auch die Schweiz die zur Errichtung eines Gebäudes der Ortskrankenkasse Dortmund gegebenen Gelder wegen der ungeklärten politischen Lage wieder zurückgezogen habe. Ob diese Beruhigung durch neue Verhandlungen erzielt werden könne, vermöge er nicht zu beurteilen, um so weniger, als er nicht das Ziel des Reichsverbandes der Deutschen Industrie kenne.

Im Zusammenhang hiermit stehe das Problem *Wissell* und der Vorschlag des Kollegen *Leipart,* über Arbeitszeitverkürzungen auf 40 Stunden im Reichswirtschaftsrat zu sprechen. Bei der Verhandlung im Reichswirtschaftsrat werde s. E. bei der Zusammensetzung der Ausschüsse nichts weiter herauskommen, als in der Vereinbarung vorgesehen war. Die Arbeitgeber würden sich gegen eine generelle Einführung der 40-Stunden-Woche wehren, denn sie schätzen: Der Lohnausgleich werde in Zeiten guter Konjunktur folgen. Da auch unsere Verbände glauben, nach dem Lohnabbau die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich nicht mehr tragen zu können, verspreche er sich keinen Erfolg durch eine Verhandlung im Reichswirtschaftsrat. Dem *Wissell*schen Plan könnten wir unsere Zustimmung nicht geben. – Zu entscheiden sei, ob wir den Arbeitgebern noch nachträglich die Gründe unserer Ablehnung bekanntgeben wollen.

Mahler glaubt nicht, daß durch eine Vereinbarung mit den Arbeitgebern eine Besserung herbeigeführt werden könnte. Banktechnisch sei das Jahresultimo

3 Vgl. Nr. 176.

besser verlaufen als erwartet. Die Zurückziehung der Gelder aus Frankreich und Amerika erfolge nur aus politischen Gründen, weil man der Regierung und den Nationalsozialisten nicht traue. Wenn diese politischen Gründe nicht aus der Welt geschafft werden könnten, nütze auch eine Vereinbarung nichts. Man werde uns Dinge vorsetzen, die wir nicht annehmen können. Den Plan *Wissell* und eine Verhandlung im Reichswirtschaftsrat lehne er ebenfalls ab.

Schrader: Man hätte den Arbeitgebern die Gründe mitteilen können. Sie lagen vor allem darin, daß zur selben Zeit, als die Verhandlungen in den Spitzenverbänden schwebten, die Vertreter der einzelnen Arbeitgeberverbände jede Verständigung unmöglich machten. In der Textilindustrie z. B. hätten die Arbeitgeber die Vorschläge des Reichsverbandes vollständig desavouiert. Sie lehnten alle Vorschläge ab, es müsse unter allen Umständen ein Lohnabbau stattfinden. Die letzten Verhandlungen seien getrennt geführt worden. Während *Sitzler* das Ergebnis mitteilte, seien die Unternehmer sang- und klanglos verschwunden. Das sei von Arbeitnehmerseite als Brüskierung und Hohn empfunden worden. *Kastl* und seine Leute müßten vollständig im Nebel wandeln, oder sie wollten nicht wissen, was in der Praxis vorgeht. Daß solche Bundesgenossen uns im Ernstfall nützen könnten, wie *Tarnow* meint, glaube er nicht. Er könne sich auch nicht denken, daß neue Verhandlungen im Bundesausschuß Zweck haben, wenn nicht ganz neue Momente für die Notwendigkeit von Verhandlungen angeführt würden.

Umbreit beurteilt die Möglichkeit, zu einer Verständigung mit den Unternehmern zu kommen, sehr kritisch. Bei dem Kampfe auf der ganzen Linie würden wir mit einer Verständigungsparole nicht viel Verständnis finden. Das enthebe uns aber nicht der Notwendigkeit, genau zu prüfen, ob wir eine Katastrophe verhindern können und ob es notwendig ist, uns Bundesgenossen zu sichern. Auch unsere eigene Forderung auf Einführung der 40-Stunden-Woche könnten wir nicht preisgeben, zumal die Arbeitslosigkeit immer weiter anwächst und mit ihr die Gefahren. Wir müßten dahin streben, die Arbeitsmöglichkeit gerechter zu verteilen. Wenn mit Eintritt des Frühjahrs die Arbeitslosigkeit nicht abebbt, dann müßten wir notgedrungen Vorsorge treffen, um einen Ausgleich herbeizuführen. Ob die Arbeitszeitfrage im Reichswirtschaftsrat erörtert werde oder in direkten Verhandlungen mit den Arbeitgebern oder der Regierung, sei für ihn nicht ausschlaggebend. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern hätten s. E. gelitten, weil *Stegerwald* der Manager war und unter allen Umständen eine einheitliche Plattform zustande bringen wollte, die die Regierung zum Lohnabbau ermächtigte. Wenn beide Parteien der Regierung ihre Auffassung getrennt hätten unterbreiten können, dann wäre das Ergebnis nicht gefährdet worden, weil Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einigen wenigen Punkten voneinander abwichen. Aus den Verhandlungen im Bundesausschuß sei aber hervorgegangen, daß dem Bundesvorstand kein Vorwurf aus den Verhandlungen gemacht worden sei. Nur das Ergebnis wurde in einigen Punkten beanstandet. Deshalb sei auch nicht gesagt, daß wir die Verhandlungen nicht wieder aufnehmen dürften. Wenn die Notwendigkeit an uns herantritt, sollten wir uns ihr nicht entziehen. Es könne ein historischer Punkt sein, und wir könnten eine Schuld auf uns laden, wenn wir achtlos daran vorübergingen.

Reichel: Den Vorschlag *Wissell* lehne er und sein Vorstand ab. Der Metallarbei-

terverband halte den Entwurf für völlig weltfremd. Dagegen sollte unser Vorschlag auf Einführung der 40-Stunden-Woche zur parlamentarischen Entscheidung gebracht werden, und zwar nicht über den Reichswirtschaftsrat, sondern über die Fraktion. In der Metallindustrie seien Bestrebungen im Gange, zur Vermeidung weiterer Entlassungen sonnabends zu schließen. Dieser Weg könne weiter verfolgt werden. – Weiter sei erforderlich, den Unternehmervertretern mündlich oder schriftlich die Gründe für unsere ablehnende Haltung mitzuteilen. Wir brauchten diese Darlegung der Gründe nicht zu scheuen. Auch die Schwereisenindustrie habe zu erkennen gegeben, daß nach Bereinigung der Lohnfrage im Bergbau und beim Senken der Eisenpreise die Notwendigkeit vorliege, die Löhne in der Eisenindustrie vor Ablauf der Tarifverträge zu reduzieren. Darum könnten die Gewerkschaften nicht auf den Boden der Ziffer 4 der Vereinbarung treten. Es könne dann der Gegenseite überlassen bleiben, ob sie trotzdem auf weitere Verhandlungen Wert lege. Daß die Finanzsorgen stündlich wachsen, sehe jeder von uns. Darum wäre es gut, wenn eine Beruhigung eintreten könnte. Denn nur wenn das Ausland Vertrauen gewinnt, sei die Lösung der Krise möglich. Für den Herbst rechne man mit 6 Millionen Arbeitslosen. Darum sollte man die Möglichkeit von Verhandlungen offen lassen.

Janschek ist bereit, in erneute Verhandlungen einzutreten. Es wäre aber notwendig, erst vom Bundesausschuß die Zustimmung einzuholen. *Husemann* halte die Situation im Bergbaurevier für so brenzlig, daß man versuchen müsse, irgendwie Arbeit zu schaffen, sei es auch durch Arbeitszeitverkürzung, allerdings nicht unter 40 Stunden. Er bedauere, daß selbst die Genossenschaften nichts davon wissen wollen, da die Löhne bei den Genossenschaftsarbeitern doch noch immer einigermaßen erträglich wären.

Müller würde es ebenfalls begrüßen, wenn durch eine Vereinbarung Beruhigung geschaffen werden könnte, aber er bezweifle, daß das Vertrauen des Auslandes durch eine solche Vereinbarung gestärkt werden könne; eher könne es abgeschwächt werden. Die Haltung der SPD und der Gewerkschaften sei im Auslande bekannt. Die Vereinbarung würde nur uns binden, denn die Arbeitgeber hätten nicht den genügenden Einfluß auf ihre Mitglieder. Wenn den Unternehmern daran liege, politische Konflikte zu vermeiden, dann sollten sie sich an ihre politische Vertretung wenden. Die konfliktschwangere Zeit sei vor allem der Deutschen Volkspartei und den bürgerlichen Parteien überhaupt zu verdanken. Auf diese Parteien sollten die Unternehmer einzuwirken versuchen. Die Unternehmer könnten uns als Bundesgenossen im Konfliktsfall nichts nutzen. Wenn die Nationalsozialisten in Deutschland die Oberhand bekämen, dann würden sie vor den Gewerkschaften nicht halt machen. Darum sehe er nicht ein, daß wir politische Konflikte aus der Welt schaffen könnten durch die gewünschte Vereinbarung. Wir müßten auf unsere eigene Kraft vertrauen. Er habe schon einmal zu Herrn *v. Raumer* gesagt: Die innere Ruhe Deutschlands sei nur garantiert durch das Vertrauen der Arbeiter in ihre politische und gewerkschaftliche Vertretung. Dieses Vertrauen dürften wir nicht aufs Spiel setzen. Wenn wir uns jetzt auf neue Verhandlungen mit den Unternehmern einließen, dann wären wir nicht nur Utopisten, sondern wir zögen uns selbst die Grundlage unter den Füßen weg. Wir sollten den Unternehmern unsere Stellungnahme mitteilen und keinen Schritt weiter gehen.

Tarnow: Zu einer Zeit, als unsere Position eine stärkere war, sei die Arbeitsgemeinschaft geschaffen worden zur Rettung der Wirtschaft. Heute glaubten wir auf Verständigungen verzichten zu können. Im Konfliktsfall würden die Unternehmer sicher nicht jeden Zauber gegen uns mitmachen, denn ihre Wirtschaft stehe auf dem Spiel. Parlamentarisch sei, wenn die Regierung *Brüning* sich nicht hält, keine Möglichkeit mehr zu sehen. Wir müßten damit rechnen, daß wir in absehbarer Zeit vor einer Diktatur stehen. Es brauche nicht *Hitler* oder *Hugenberg* sein, es könne auch *Brüning* sein, gestützt von *Hindenburg.* Für diesen Fall müsse ein Fundament gebaut werden. Er betrachte eine Verständigung mit den Unternehmern als Vernunftehe auf Zeit. Er sei sich aber klar darüber, daß die Gewerkschaften die Dinge anders sehen. – Der Arbeitszeitverkürzung habe er von Anfang an skeptisch gegenübergestanden, sei aber mit seiner Anschauung in der Minderheit geblieben. Die Arbeitszeitverkürzung werde alle Arbeiter auf den Hungeretat setzen. An Anschaffungen und eine Ankurbelung der Wirtschaft sei dann nicht mehr zu denken. Viel eher wäre es denkbar, die Arbeitsplätze auszutauschen. Jeder, der 6 Monate voll gearbeitet hat, könnte verpflichtet werden, zwei Monate stempeln zu gehen mit der Garantie, später wieder an seinen Platz zu kommen. Die freien Plätze würden dann durch Arbeitslose vorübergehend besetzt.

Mahler: Ein solcher Versuch sei schon an einigen Stellen gemacht worden.

Graßmann bittet, diesen Gedanken nicht etwa jetzt schon bei Verhandlungen mit der Gegenseite in die Debatte zu werfen. Er müsse erst gründlich in unseren Reihen untersucht werden. Daß die Unternehmer nach Diktatur gieren oder sich unter der Diktatur wohl fühlen würden, sei nicht anzunehmen. Wenn auch einige Unternehmer die Nationalsozialisten aus Furcht vor dem Marxismus unterstützt hätten, so sei es ihnen sicher heute schon leid.

Die Frage, warum die Unternehmer sich nicht an ihre Parteien wenden, sei ihnen in den Verhandlungen natürlich schon gestellt worden. *Kastl* habe darauf in Gegenwart von *Brauweiler* erklärt: Das haben wir oft genug getan, sind aber nicht durchgedrungen. Wenn der Industrie Geld zur Verfügung stünde, so würde sie nach *Kastls* Angabe eine oder mehrere große Zeitungen herausgeben, die gegen die Politik der Volkspartei Stellung nehmen.

Zur Arbeitszeitverkürzung habe die Partei aus taktischen Gründen nicht selbst einen Entwurf einreichen wollen, sondern sie habe die Regierung aufgefordert, von sich aus einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Anschließend stellt **Graßmann** Einmütigkeit darüber fest, daß der Entwurf *Wissell* abzulehnen ist und daß der Reichswirtschaftsrat nicht um Stellungnahme zur Frage der Arbeitszeitverkürzung angegangen werden soll.

In bezug auf die weitere Haltung den Arbeitgebern gegenüber wird beschlossen, ihnen die Gründe unserer ablehnenden Haltung m ü n d l i c h mitzuteilen.

Schluß der Sitzung 18½ Uhr.

M. *Irrgang*

184.

19. 1. 1931: Fritz Schäffer (München) an Kaas (Trier)

GStAM MA 104 219. Durchschlag.

Hochverehrter Herr Prälat!

In den Beilagen darf ich Ihnen den Wortlaut der vom Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei am 18. 1. 1931 gefaßten Entschließung samt einem Schreiben an den Herrn Reichskanzler übersenden[1]. Ich darf Ihnen gegenüber als dem Vorsitzenden der Deutschen Zentrumspartei noch nähere Ausführungen machen, zumal jetzt eine vielleicht endgültige Entscheidung über das Verhältnis unserer Parteien gefällt werden muß. In der Besprechung vom 15. 1. 1931[2] haben Sie unter Zustimmung des Herrn Reichskanzlers den Wunsch ausgesprochen, wir möchten die politischen Folgerungen, also die Zurückziehung unseres Vertrauensmannes im Kabinett, im Landesausschuß am 18. 1. nach Möglichkeit nicht sofort beschließen, sondern dem Herrn Reichskanzler die Möglichkeit geben, in dem Schlichtungsverfahren, das aufgrund der Verfassungsklage einzuleiten ist[3], doch den Weg einer Einigung zu finden. Wir haben Ihnen damals schon die schweren Bedenken vorgetragen, die gegen diesen Vorschlag bestehen; wir sind uns wohl bewußt, daß, wenn wir auf diesen Vorschlag eingingen, [wir] nur werden Entgegenkommen zeigen und Opfer bringen. Wir haben trotzdem unserem Landesausschuß diesen Vorschlag gemacht und die Billigung erhalten, obwohl ich nicht verhehlen darf, daß die Art und Weise, wie das Steuervereinheitlichungsgesetz in die Notverordnung[4] übernommen wurde, wie weiterhin auf die Erklärung unserer Reichstagsfraktion im Deutschen Reichstag bei der Abstimmung über die Aufhebungsanträge der Notverordnung[5] und auf unsere aufgrund des Beschlusses der Landesparteileitung vom 16. 12. geäußerten Bitten um Vorsprache beim Herrn Reichspräsidenten und Einleitung von Verhandlungen durch den Herrn Reichskanzler geantwortet wurde[6], in unseren Reihen Befremden ausgelöst hat. Wenn wir die fast einhellige Billigung des Landesausschusses dazu erhalten konnten, noch einen letzten Versuch zu machen, so geschah dies in dem Entschluß, eine maßvolle und ruhige, in der Sache aber sehr entschiedene Stellung in einer Frage einzunehmen, die nicht nur für Bayern und die deutschen Länder, sondern auch

1 Nicht bei den Akten. Zum Inhalt der Entschließung Schönhoven S. 257.

2 Niederschrift über die politische Besprechung beim Reichskanzler bezüglich des gegenwärtigen Verhältnisses Bayerns zum Reich am 15. 1. 1931. BA R 43 I/2227. Vgl. Besson S. 382ff.; Schönhoven S. 257.

3 Am 30. 1. 1931 reichte Bayern die Verfassungsklage gegen das Steuervereinheitlichungsgesetz beim Staatsgerichtshof des Deutschen Reichs ein. Schulthess 1931 S. 23f. Schlichtungsverhandlungen unter Vorsitz von Reichsgerichtspräsident *Bumke* wurden am 28. 3. 1931 und am 2. 5. 1931 geführt. Vgl. Brüning S. 263 und 277; Schönhoven S. 258ff.

4 Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. 12. 1930, dritter Teil: Steuervereinfachung und Steuervereinheitlichung. RGBl. 1930 I S. 530.

5 RT Bd. 444 S. 440ff.

6 Fritz *Schäffer* an *Brüning* vom 16. 12. 1930 und 5. 1. 1931 sowie *Brüning* an Fritz *Schäffer* vom 3. 1. 1931, BA R 43 I/2227.

für das Schicksal des Deutschen Reiches insgesamt von schwersten Folgen sein kann.

Ich bitte aber, aus dieser Maßhaltung in der Form nicht schließen zu wollen, daß in der Sache innerhalb der BVP nur das geringste Schwanken bestünde. Ich darf Ihnen gegenüber bemerken, daß die Abstimmung über die grundsätzliche Frage, ob wir entschlossen sind, die weitere Mitverantwortung am Kabinett *Brüning* aufzugeben, wenn nicht binnen gesteckter Frist unseren grundsätzlichen Bedenken gegenüber dem Steuervereinheitlichungsgesetz Rechnung getragen ist, vollkommen einhellig geschah und daß damit für die BVP klare Bahn geschaffen ist, auch ohne daß es einer neuen Einberufung unserer Parteiinstanzen bedürfe.

In dem kurzen Begleitschreiben an den Herrn Reichskanzler habe ich schon zur Erläuterung des Beschlusses des Landesausschusses auf unsere Unterredung vom 15. 1. hingewiesen. Ich darf Ihnen gegenüber diesen Hinweis noch etwas deutlicher unterstreichen und darf Sie bitten, in Ihren Kreisen von der Auffassung, die wir in diesen Fragen haben, Gebrauch zu machen, und insbesondere bitte ich, dies auch dem Herrn Reichskanzler gegenüber zu tun, falls er über unsere Auffassung im unklaren sein sollte.

Wir haben in der Unterredung betont, daß es sich um einen letzten Versuch handelt, daß wir eine dilatorische Behandlung der Angelegenheit und einen taktischen Gebrauch von Geschäftsordnungsmitteln hier nicht ertragen könnten und daß wir auch nicht in die Lage kommen wollen, daß in den Verhandlungen der grundsätzliche Standpunkt verwischt wird und die Verhandlungen dann auf Einzelheiten des Steuervereinheitlichungsgesetzes mit der Wirkung gelenkt werden, daß man Einwendungen von uns mit der Begründung ablehnen will, wegen dieser Kleinigkeit kann nicht ganz Deutschland gefährdet werden. Wir haben loyal in der Unterredung über unsere Auffassung gesprochen, wie die Verhandlungen zu leiten wären, und hoffen auf dieselbe loyale Erwiderung. Unsere Erklärung ist die gewesen, daß die Verhandlungen so beschleunigt werden müssen, daß sie bis 15. 2. abgeschlossen sind. Ich wäre dankbar, wenn Sie Herrn Reichskanzler daran erinnern würden und ihn bitten würden zu verhindern, daß irgendwelche amtlichen oder bürokratischen Schwierigkeiten in der Zeit entstehen. Es wäre uns nicht möglich, so wie die Dinge heute liegen, in eine Verlängerung der Frist, möge sie aus irgendwelchen Gründen geschehen, einzuwilligen. Wir haben weiterhin in der Unterredung auch ausdrücklich erklärt, daß wir angesichts der gegebenen Sachlage unseren grundsätzlichen Standpunkt aufrechterhalten müssen. Der grundsätzliche Standpunkt ist der, daß der Weg der Notverordnung nicht beschritten werden dürfe, um mit dauernder gesetzlicher Wirkung das Verhältnis von Reich und Ländern zu ändern, noch dazu ohne daß die Zeitumstände hierfür irgendwelchen Anlaß geboten haben; daß außerdem weder der Rahmen des Artikels 11 der Reichsverfassung eingehalten ist noch auch die Voraussetzungen des Artikels 11 gegeben sind. Wir müssen diesen Standpunkt aufrechterhalten und können im Wege von Schlichtungsverhandlungen unmöglich auf diesen Standpunkt verzichten. Wir würden ja sonst auch mit dauernder und unabsehbarer Wirkung ein durch die Verfassung garantiertes Recht unseres Landes aufgeben. Wir könnten lediglich den Mangel der Voraussetzungen des Artikels 11 durch eine Vereinbarung unter den Ländern gegenüber der Reichsregierung

ersetzen lassen (was uns ja auch einen Schutz vor Mißbrauch des Zugestandenen durch einen künftigen Reichstag geben würde) und der Bayerischen Staatsregierung politisch die Rückendeckung geben, einer solchen Vereinbarung zuzustimmen, wenn die Vereinbarung sich in dem Rahmen dessen hält, was ohne grundsätzliche Verletzung der Hoheitsrechte der Länder möglich ist, also wenn sich die Vereinbarung beschränkt auf die Herbeiführung der Vergleichbarkeit der Steuern und wenn es insbesondere bezüglich der Befreiungsvorschriften der Freigrenzen und der Tarifgestaltung den Ländern ihre volle freie Zuständigkeit wieder zurückgibt. Ich habe in der Unterredung ausdrücklich darauf verwiesen, daß Bayern schon einen formulierten Gegenvorschlag vor langen Jahren nach der Richtung hin gemacht hat, der von Staatsminister Dr. *Krausneck* stammt und der veröffentlicht ist in der Zeitschrift „Steuer und Wirtschaft" Jahrgang 1927, Heft 11.

Außerdem dürfen wir wohl die Erwartung aussprechen, daß in den weiteren Verhandlungen überhaupt schon durch die vornehme Form eine Überbrückung der aufgerissenen Gegensätze versucht wird. Ich möchte nur hier erwähnen, daß unsere Meinung die ist, daß nicht etwa die Abänderung der Notverordnung bezüglich des Steuervereinheitlichungsgesetzes nur im Wege des Schlichtungsverfahrens erfolgen kann. Das Schlichtungsverfahren ist lediglich der letzte Versuch. Ich würde es für einen Gewinn im Ansehen des Reichskabinetts halten, wenn das Reichskabinett freiwillig und aus eigenem Entschluß schon zu einer Aufhebung oder Abänderung des Steuervereinheitlichungsgesetzes käme. Der natürliche Weg wäre der, daß im Falle einer sachlich neuen Notverordnung oder im Falle der Abänderung der bestehenden Notverordnungen durch Notverordnung die Gelegenheit benützt wird, um unter die geänderten Bestimmungen auch das Steuervereinheitlichungsgesetz aufzunehmen[7]. Ich würde bitten, daß Sie die Güte haben, Herrn Reichskanzler gegenüber anzuregen, daß er vor jeder allenfallsigen neuen Notverordnung uns Gelegenheit gibt, zu Worte zu kommen, damit gegebenenfalls die Änderung der alten Notverordnung bezüglich des Steuervereinheitlichungsgesetzes damit verbunden werden kann. Ich bitte nicht zu übersehen, daß es bei der gegebenen Sachlage der BVP parlamentarisch kaum möglich sein würde, irgendeiner neuen Notverordnung, die doch eine Art Vertrauensvotum für das Kabinett ist, oder einem ausgesprochenen Vertrauensvotum zu irgendeinem Minister zuzustimmen, wenn nicht vorher Gelegenheit gegeben ist, über die Frage des Steuervereinheitlichungsgesetzes zu einer Einigung zu kommen.

Ich darf dieses mein Schreiben mit der Hoffnung schließen, daß es Ihrem bewährten Geschick gelingt, noch den Weg zu finden, der nicht nur unseren beiden Parteien, sondern dem gesamten deutschen Volke große und unserer Überzeugung nach unnötige Schwierigkeiten erspart.

Mit dem Ausdruck treuer Verehrung
bin ich

7 Vgl. Nr. 208.

V.

Suche nach Wegen aus dem Young-Plan

185.

20. 1. 1931: Staatssekretär v. Bülow an Botschafter v. Prittwitz und Gaffron (Washington) (Auszug)

PA Büro StS Pol B/3. Durchschlag.

Lieber Freund!

[. . .][1]

Die Moratoriumsfrage wird, wie Du Dir denken kannst, in weitgehendem Maße von innerpolitischen Gesichtspunkten beeinflußt. Jederzeit kann sich im Reichstag eine Mehrheit bilden, die uns zwingt, irgendeinen Schritt in dieser Richtung zu unternehmen. Dies ist für die Haltung des Kanzlers maßgebend[2]. Die Ressorts und die Reichsbank wünschen jeglichen Schritt in dieser Richtung zu vermeiden und geben sich die größte Mühe, Parlament und Öffentlichkeit in dieser Richtung zu beeinflussen. Auch die Reichsbahn zieht seit einiger Zeit an diesem Strang. Ich nehme auch als sicher an, daß im Februar nichts geschieht. Wenn aber die Situation innerpolitisch nicht mehr zu halten ist, dann werden wir hoffentlich weder ein Moratorium erklären noch den Sonderausschuß einberufen, sondern die meistinteressierten Staaten zu Verhandlungen darüber auffordern, wie man es uns ermöglichen kann und will, die gegenwärtige Krisis zu überdauern und den Moratoriumsantrag zu vermeiden. Wir würden dann wahrscheinlich alternativ oder kumulativ vorschlagen, eine Stundung der Young-Zahlungen außerhalb der im Young-Plan vorgesehenen Regelung, eine größere Anleihe und die Umwandlung der Barzahlungen in Sachleistungen. Mehr kann ich im Augenblick hierüber nicht sagen.

[. . .][3]

Nochmals meine besten Wünsche für dieses Jahr und viele herzliche Grüße

stets Dein

[gez.] *Bülow*

---

1 Im ersten Teil des Briefes geht *v. Bülow* auf die innerpolitische Situation in Deutschland ein.

2 Wie *Pünder v. Bülow* mitteilte, war *Brüning* fest davon überzeugt, „daß die reparationspolitische Lage sich während des ganzen Jahres 1931 weder privatwirtschaftlich noch staatsfinanziell halten" ließe. Er sehe jedoch keine Möglichkeit, im Rahmen des Young-Plans vorzugehen, da die Erklärung eines Moratoriums ruinöse Folgen haben werde und die Einberufung des Sonderausschusses die Einführung einer Finanzkontrolle über Deutschland zum Ergebnis haben könne. Aus dieser Situation heraus sei der Gedanke aufgekommen, eine politische Weltkonferenz unter Führung des amerikanischen Präsidenten anzuregen. *Pünder* betonte, daß *Brüning* auf diesen Weg nicht grundsätzlich festgelegt sei. Es erscheine ihm sogar notwendig, daß Alternativvorschläge ausgearbeitet würden, um im Falle des Scheiterns der Pläne für eine politische Weltkonferenz andere Aktionen zur Neuaufrollung des Reparationsproblems zu starten. *Pünder* an *v. Bülow*, 3. 1. 1931, PA Büro StS, Pol A/3. Vgl. Nr. 178 und Brüning S. 224f.

3 Der abschließende Teil des Briefes befaßt sich vor allem mit der Agrar- und Zollproblematik, mit der Diskussion über eine Revision der Ostgrenzen, die im In- und Ausland die „nachteiligsten Folgen" habe, sowie mit dem seit den Septemberwahlen von 1930 gespannten Verhältnis zu Frankreich.

186.

22. 1. 1931: Aufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer über eine Unterredung mit Reichsbankvizepräsident Dreyse

Nachlaß Schäffer ED 93. Durchschlag einer Abschrift. Handschriftliche Korrekturen und Unterstreichungen.

Ich habe mit Herrn *Dreyse,* der im Begriff ist, auf 14 Tage auf Urlaub zu gehen, eine ausführliche Besprechung, die sich auf folgende Punkte erstreckt:

1. Gesamtbilanz der letzten Tage

Ich erzähle Herrn *Dreyse* den Abschied *Murnanes* von mir. Er ist sichtlich davon erbaut, daß *Murnane* sich nicht verletzt gezeigt hat[1]. In der Beurteilung *Murnanes* stimmen wir überein, die Furcht *Murnanes* vor einem Verdrängtwerden durch die Chase Bank[2] führt *Dreyse* auf eine von ihm selbst stammende Äußerung zurück. Er habe bei der ersten Unterhaltung, bei der *Murnane* den Wunsch, die Führung des Reichskonsortiums für die Dauer zu erhalten, geäußert habe, erklärt, es lägen hier für ihn gewisse seelische Schwierigkeiten. Er habe vor 3 Monaten noch dem Vertreter der Chase Bank erklärt, daß man vorläufig eine solche Dauerstellung nicht zu vergeben gedenke. Wenn er damals auch hinzugefügt habe, daß Lee-Higginson aufgrund ihrer Leistungen den ersten Anspruch auf eine solche Dauerstellung hätten, so wäre es ihm doch unangenehm, wenn er 3 Monate darauf ausdrücklich die Stellung dennoch vergeben würde[3]. Aus diesem laut ausgesprochenen Gedanken habe *Murnane* wohl die Folgerung gezogen, daß die Chase Bank einen gefährlichen Wettbewerber darstellt. Sachlich ist Herr *Dreyse* auch der Auffassung, daß man nicht zum dritten Bankier übergehen könne, ohne dem eigenen Kredit zu schaden, und daß zu einem für das Reich erfreulichen Betriebe der Reichsgeschäfte durch Morgan[4] wenig Aussicht sei.

---

1 *Murnane* von der Firma Lee-Higginson hatte in Berlin mit Vertretern der Reichsbank und der Reichsregierung über eine Vorfinanzierung der Ansprüche des Reiches gegenüber der Angestelltenversicherung verhandelt. Während der Besprechung war von *Murnane* der Wunsch geäußert worden, seiner Bank die Führung in einem Konsortium einzuräumen, das auf die Dauer die Finanzgeschäfte des Reiches betreue. Diseser Wunsch wurde jedoch von der Reichsbank und der Reichsregierung abgelehnt. Lediglich *Schäffer* sprach sich für ihn aus. Vermerke *Schäffers* über eine Unterredung mit *Luther* am 20. 1. 1931 und über eine Unterredung mit *Brüning, Dietrich, Luther* und *Schwerin v. Krosigk* am 21. 1. 1931, Nachlaß Schäffer ED 93. Zu den Unterredungen *Murnanes* mit *Brüning* Brüning S. 224.

2 Chase Nationalbank of the City of New York.

3 In der Unterredung vom 21. 1. 1931 hatte *Schäffer* zunächst für das Haus Lee-Higginson und gegen die Chase Bank plädiert, da es sich eher empfehle, „einen Privatbankier als eine Aktienbank zu nehmen, einmal weil eine Aktienbank in ihrer persönlichen Zusammensetzung stärkerem Wechsel unterworfen sei, zweitens weil die Diskretion bei einem Privatbankier mehr gewahrt sei und drittens, weil sich die Partner eines Privatbankhauses mehr anstrengten, um derartige Kredite zu plazieren". Vermerk vom 21. 1. 1931 (Anm. 1).

4 Am 21. 1. 1931 führte *Schäffer* aus, daß die Firma „Morgan für uns deswegen ausscheide, weil sie der Bankier Frankreichs und Englands sei und deren Interessen nach der Natur der Sache immer sehr stark im Vordergrund bei ihr stehen würden". Außerdem halte er „Morgan als Bankier des Reiches, nachdem Parker *Gilbert* dort Teilhaber geworden sei, nicht einmal für wünschenswert". Vermerk vom 21. 1. 1931 (Anm. 1).

Wir besprachen dann den Inhalt des Vertragsentwurfs. Ich beanstande die Option für künftige Reichsbahn-Vorzugsaktien, von der wir doch Lee-Higginson herunterbringen wollten.

Herr *Dreyse* erklärte, daß ihm von dem jungen *Weismann* gesagt worden sei, der Vertragsentwurf sei nur eine Diskussionsgrundlage, er enthalte alle Möglichkeiten, sei aber durchaus noch formbar und nicht das letzte Wort. Wir kommen dahin überein, daß die Option schon wegen der Stellung zu Morgan vermieden werden müsse.

Wir erörtern dann die Stellung von *Mannheimer* zu diesem Geschäft. Ich berichte *Dreyse* über die Unterhaltungen von Sonnabend und über den Telefonanruf vom vorhergehenden Tage über die geänderte Haltung der französischen Bank. *Dreyse* wird *Mannheimers* Initiative voll gerecht, deutet aber an, daß auf der deutschen Seite die Reichsbank das Geschäft in der Hand behalten müsse und es nicht der Firma *Mendelssohn* überlassen könne. Ich habe den Eindruck, daß diese Haltung von dem Wunsche diktiert ist, die anderen Banken durch die Bevorzugung eines Hauses nicht zu verärgern. *Dreyse* wird *Mannheimer* am Nachmittag des gleichen Tages sprechen und ihm ganz offen seine Auffassung darlegen.

2. Ich erkläre *Dreyse,* warum ich hinsichtlich der Sicherstellung der Finanzierung der nächsten Monate so nachdrücklich und zäh auf der Reichsbank herumknie. Ich sähe praktisch keine Möglichkeit zum Verkauf der Schatzanweisungen, andererseits wüßte ich, daß *Schacht* die Zeit für gekommen ansehe, um auf dem Wege über Kassenschwierigkeiten eine politische Aktion gegen die Regierung in die Wege zu leiten. Er habe *Murnane* gegenüber, der aber gebeten habe, seinen Namen ganz aus dem Spiel zu lassen, daraus gar kein Hehl gemacht[5]. Er habe ihn am 20. [Januar] bei sich zum Frühstück gehabt und ihm erklärt, er solle doch dieser Regierung, die doch abgewirtschaftet habe, nicht aus ihrer Verlegenheit helfen. Es käme doch demnächst eine neue Regierung, welche die Parteien bis zur äußersten Rechten einschließlich umfaßte; diese werde alsdann die Young-Plan-Frage aufrollen, und damit werde man zur Gesundung kommen. Von den Einzelheiten der Unterhaltung zwischen *Murnane* und *Schacht* wüßte ich nichts weiter, ich wüßte nur, daß *Schacht* sehr aus sich herausgegangen sei und daß *Murnane* durch seine Ausführung sehr betroffen und am nächsten Tage sehr verstimmt gewesen sei. Ich bedauere in diesem Zusammenhang, daß es so furchtbar schwer sei, *Schacht* wirklich für positive Mitarbeit einzuspannen, ich kennte ihn ja doch schon recht gut und sei immer mit ihm, bei aller Gegensätzlichkeit der Naturen, leidlich ausgekommen. Aber er sei halt ein Mensch, der, wenn er nicht zu aktiver Mitarbeit herangezogen würde, seine Kräfte in einem der Sache feindlichen Sinne geltend mache. Andererseits riskierte man, wenn man ihn heranziehe, daß er durch geräuschvolles Abspringen die Dinge gefährde. Herr *Dreyse,* der mit mir in der Beurteilung von *Schacht* weitgehend übereinstimmt, betont, daß es ihm glaubhaft erscheine, daß Herr *Schacht* eine Schwierigkeit der Kassenlage benutzen wolle, um eine Aufrollung der Raparationsfrage zu erzwingen. Kassenschwierigkeiten seien immer der Punkt gewesen, an dem Herr *Schacht* eine Wendung in der Regierungspolitik habe herbeiführen wollen. Die

5 Zur Haltung *Schachts* zu den Anleiheverhandlungen mit Lee-Higginson und zu seinem Gespräch mit *Murnane* Schacht S. 343 f.

Reichsbank habe das seinerzeit mitgemacht, solange sie das Gefühl gehabt habe, daß die Regierung von sich aus nichts tun würde, um zu den nötigen Reformen zu kommen. Die gegenwärtige Regierung aber, die zur Gesundung der Dinge auch vor wirklich brutalen Maßahmen nicht zurückgescheut sei, auf diese Weise zu gefährden, sei nicht erträglich. Eine Moratoriumserklärung oder die sonstigen Mittel des Young-Plans würden auch keineswegs die Lage verbessern, sondern sie nur durch Erschütterung des Geldmarkts und der deutschen Wirtschaft verschlimmern.

Ich unterstreiche das noch, indem ich sage, daß bei einem so labilen Geldmarkt und bei so ungesicherten Verhältnissen in Verhandlungen zu kommen, sehr bedenklich sei. Ganz sicher würden in den Verhandlungen wieder Situationen kommen, wo schwere Meinungsverschiedenheiten mit einigen Gläubigermächten zu überwinden seien und wo man durch unsere innerwirtschaftliche Lage einen Druck auf uns ausüben könnte. Ich hätte nach den gemachten Erfahrungen nicht das geringste Zutrauen zu den Nerven der Wirtschaftler; sie würden uns dann zu einem ungünstigen Abschluß drängen, wie sie das mehr als einmal getan hätten.

3. Ich sage Herrn *Dreyse,* daß ich mit ihm einmal die Mittel besprechen möchte, die uns zur Verfügung ständen, wenn es nicht gelänge, Schatzanweisungen im Markte abzusetzen[6]. Man müsse sich darüber alsbald klar werden, weil eine Reihe von diesen Mitteln eine gewisse Vorbereitung erfordern.

Herr *Dreyse* erwidert, daß er gern bereit sei, sich mit mir darüber zu unterhalten. Bei der Besprechung am Vortage habe das Reichsbankdirektorium sich auch diese Mittel durch den Kopf gehen lassen, man sei sehr geneigt gewesen, schon um eine ausdrückliche Festlegung auf Lee-Higginson zu vermeiden, mit den Möglichkeiten, die Hilfe der Reichsbank für die Reichsfinanzierung einzusetzen, bis zum äußersten zu gehen. Er behalte sich jedoch vor, mir die Wege, die man schließlich als gangbar angesehen habe, nicht zu sagen, da er dazu nicht ermächtigt sei.

Ich spreche darauf mit ihm die einzelnen Mittel durch, nämlich

a) Versuch, die Absetzung von Schatzanweisungen und zwar von etwas längerfristigen (2 oder wenigstens 1 Jahr) dadurch zu erleichtern, daß man den Käufern das Recht gibt, anstelle der Rückzahlung am Fälligkeitstermin Reichsbahn-Vorzugsaktien zu einem alsbald festzusetzenden Optionskurs zu beziehen.

Wir sind uns darüber einig, daß bei der großen Rolle, die die Liquiditätsfrage zunächst für die Banken spielt, die Möglichkeit einer günstigen Option keine große Wirkung haben wird.

b) Stärkere Inanspruchnahme der Post.

Hierfür käme in Betracht einmal, daß die Post uns aus ihren eigenen Mitteln größere Beträge gewährt. Vorläufig erklärt sie, das nicht zu können, ich halte diese Erklärung aber nicht für endgültig, oder daß die Post ihren noch unangeschnitte-

6 Am 20. 1. 1931 hatte *Schäffer Luther* auf die „katastrophale Situation des Geldmarktes und das ständige Abbröckeln der ausländischen Kredite" hingewiesen. Er könne auch „den Optimismus der Reichsbank, daß weitere Schatzanweisungen unterzubringen seien, nicht teilen. Die Herabsetzung der Laufzeit von 1 Jahr auf ½ Jahr habe den gewünschten Erfolg nicht gebracht. Die 24¾ Millionen, die tatsächlich seit dem 1. Januar verkauft worden seien, seien zu 20 Millionen an die BIZ und zu 4¾ Millionen an die Golddiskontbank gegangen. Der Markt habe also tatsächlich seit dem 15. September 1930 keinen Pfennig aufgewandt". Vermerk vom 20. 1. 1931 (Anm. 1).

nen Betriebskredit bei der Reichsbank nimmt und uns aus diesem Mittel zur Verfügung stellt. Wir sind darüber einig, daß dadurch die Schwierigkeiten auf die Reichsbank gewälzt werden, weil es dieser alsdann an Deckungsmaterial in Wechseln fehlen könnte (vgl. Ultimo vom 30. 9. 1930), daher ist dieser Weg nicht unbedingt sicher.

c) Vorziehung der am 2. April zu zahlenden 55 Millionen Reparationsbeitrag der Reichsbahn bereits auf den 29. März. Diese Maßnahme hilft nur für einige Tage, weil wir die Beträge bereits in der ersten April-Hälfte wiederum abzuführen haben.

d) Veranlassung der Verkehrskreditbank zur Erhöhung ihres Schatzanweisungsbestandes, der bisher 180 Millionen beträgt. Es sollen von uns Verhandlungen darüber mit der Reichsbahn alsbald eingeleitet werden.

e) Vorübergehende Heranziehung der Industrieobligationenbank, die ihre Mittel zum großen Teil flüssig unterhält, diese für einige Monate in Reichsschatzanweisungen anzulegen. Wir sind uns darüber klar, daß *Bötzkes* aus dieser Angelegenheit eine große Sache machen und sie mit seinem Aufsichtsrat *(Krupp v. Bohlen, Lammers, Bücher, Flechtheim)* besprechen wird, was dem Kredit des Reiches wenig dienlich ist. Herr *Dreyse* übernimmt es, bei einer bevorstehenden Besprechung Herrn *Bötzkes* unauffällig in dieser Sache zu sondieren.

f) Die Bau- und Bodenbank hat für Siedlungszwecke über einen amerikanischen Zwischenkredit von 25 Millionen RM verhandelt. Diese könnten, wenn sie eingelaufen sind, bis zur Verwendung in der Siedlung uns zur Verfügung gestellt werden. Es ist aber um die Verhandlungen mit Amerika in der letzten Zeit auffallend still geworden. Ich übernehme es, bei der Bau- und Bodenbank noch einmal in dieser Sache nachzufragen.

g) Ich halte es nicht für ausgeschlossen, deutsche Reichsschatzanweisungen oder Reichsschatzwechsel in den zur Verfügung stehenden Märkten (Holland, Schweiz, Schweden und eventuell Frankreich) bei den Banken unterzubringen, wenn diese auf die Währungen der betreffenden Länder ausgestellt und bei den Notenbanken rediskontierbar sind. Rechtliche Bedenken stehen, wie wir festgestellt haben, dem nicht entgegen. Wir sind uns darüber einig, daß man sich diesen Weg offen hält, ihn aber nur als Hilfsweg beschreitet. Auch hängt seine Gangbarkeit von dem Zustand der Märkte in den fraglichen Zeiten ab.

h) Gewährung eines Kredites der BIZ an die Post durch Ankauf von Postschätzen und Weiter-Gewährung dieses Kredits an uns, eventuell mit einem Kauf und Rückkauf von Reichsbahn-Vorzugsaktien verbunden. (Wie dies bei der Finanzierung des 31. 3. bei uns gemacht worden ist.) Herr *Dreyse* übernimmt es, eine Fühlung bei der BIZ zu veranlassen.

i) Ausfüllung der Leerzeichnung des Oktober-Kredits[7]. Herr *Dreyse* übernimmt es, bei der heutigen Besprechung mit *Mannheimer* auf ihn in diesem Sinne zu drücken.

k) Ich rege an, die Mittel der Golddiskontbank, soweit sie flüssig sind, für die Ultimo-Überbrückung einzusetzen, und deute ganz leicht an, daß diese Mittel eventuell ja durch den bekannten amerikanischen Bereitschaftskredit einer Verlängerung zugänglich sind.

7 Überbrückungskredit vom 11. 10. 1930. Schulthess 1930 S. 202.

Herr *Dreyse* erwähnt, daß einige der von mir vorgebrachten Mittel auch den Gegenstand der Erwägungen des Reichsbankdirektoriums gebildet hätten und daß man sich darüber klar sei, mit uns in einem Boot zu sitzen.

4. Erörterung über Neubesitzanleihe und die Gefahren einer höheren Aufwertung in Anwesenheit von *Vocke*.

5. Erörterung über Gesamtsanierung von Berlin im Zusammenhang mit einer Veräußerung von Aktienpaketen der Bewag[8] in Gegenwart von Geheimrat *Friedrich*.

gez. *Schäffer*

8 Berliner Elektrizitätswerk AG.

187.

25. 1. 1931: Aufzeichnung von Reichsminister Curtius über eine Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand (Auszug)

PA Büro RM 7/22. Handschriftliche Korrekturen.

[. . .][1]

Ich habe Herrn *Briand* eingehend unsere Lage hinsichtlich der „Revision" des Young-Planes auseinandergesetzt: Ich müßte einem Irrtum entgegentreten, der offenbar in den Kreisen der Gläubiger obwaltete, als wenn die deutsche Regierung beschlossen hätte, im Februar ein Moratorium zu erklären[2]. Wir hätten einen solchen Plan nicht. Wir beabsichtigten, unsere finanzielle Sanierungsaktion zunächst weiter fortzuführen. Wenn die Schwierigkeiten mit eigenen Opfern nicht mehr zu überwinden sein sollten, müßten wir uns natürlich vorbehalten, eine Herabsetzung der Außenzahlungen zu erreichen. Jedenfalls würden wir hierbei keine Überraschungstaktik, keinen Überfall vornehmen, wir würden uns vielmehr rechtzeitig mit den Gläubigern in Verbindung setzen. Das autonome Recht Deutschlands zu den ihm zustehenden Maßnahmen müsse natürlich auf alle Fälle gewahrt bleiben.

Herr *Briand* bedankte sich für diese Aufklärung und legte in im wesentlichen bekannten längeren Ausführungen dar, daß eine echte Revisionsforderung Deutschlands in Frankreich und in den anderen Ländern auf die größten Schwierigkeiten stoßen würde. Wenn wir aus Gründen unserer Wirtschaftslage gezwungen wären, die Ventile des Young-Plans zu ziehen, so könnte er natürlich nichts dagegen einwenden.

[. . .][3] *C[urtius]*

1 Ausführungen *Briands* zur Polenfrage, zu den deutschen Sachlieferungsverträgen, zur Umwandlung kurzfristiger Kredite in langfristige, wobei französische Regierungs- und Finanzkreise zur Zusammenarbeit bereit wären.

2 Vgl. Nr. 185 mit Anm. 2.

3 Im weiteren Gesprächsverlauf werden die innenpolitische Lage in Frankreich und Deutschland und mehrere außenpolitische Fragen besprochen.

188.

28. 1. 1931: Reusch (Oberhausen) an Blank (Auszug)

HA/GHH 4001012024/8a. Durchschlag.

Betrifft: Aussprache beim Reichskanzler

Über die am Montag[1] dieser Woche stattgehabte Aussprache mit dem Reichskanzler, an der die Herren Carl *Bosch, Bücher, Vögler, Krupp v. Bohlen, Stimming* und *Goldschmidt* teilgenommen haben, bin ich voll und ganz unterrichtet. Auch ich hätte an der Besprechung teilnehmen sollen, habe aber abgesagt.

Am Sonnabend findet eine weitere Besprechung dieses Kreises beim Reichskanzler statt, der zu dieser Besprechung auch die Herren *Dietrich* und *Stegerwald* zuziehen will[2]. Ich habe auch abgelehnt, an dieser Besprechung teilzunehmen.

In der Besprechung ist durchaus nicht zum Ausdruck gebracht worden, daß die 40-Stunden-Woche das allein richtige ist[3], sondern es wurde nur gesagt, daß für gewisse Unternehmungen die 40-Stunden-Woche eingeführt werden kann, während für andere Unternehmungen diese Reduzierung der Arbeitszeit eine Unmöglichkeit ist[4]. Im übrigen ist wohl das Schwergewicht bei der Unterhaltung auf die Forderung nach Aufhebung des Tarifzwanges gelegt worden.

Die westliche Industrie ist mit der Einführung der 40-Stunden-Woche nicht einverstanden, kann aber nicht ändern, daß andere Industrien diese Forderung stellen, zumal die Verhältnisse dort eben anders gelagert sind.

Ich nehme an, daß *Kastl* über die Vorgänge unterrichtet ist, stelle aber anheim, ihn entsprechend zu benachrichtigen. Im übrigen bitte ich aber, diese Mitteilungen vertraulich zu behandeln.

[. . .][5]

1 26. 1. 1931.

2 31. 1. 1931. Zum Verlauf der Besprechung Nr. 192.

3 Das hatte *Blank* in einem Brief an *Reusch* vom 27. 1. 1931 behauptet. HA/GHH 4001012024/8a.

4 Unter den Vertretern der Unternehmer gab es hierzu unterschiedliche Auffassungen. Eine Besprechung unter dem Vorsitz von *Schwarz* (IG Farben) am 23. 1. 1931 führte zu zwei Vorschlägen, die jedoch nur dann Erfolg versprächen, „wenn ihre allgemeine Durchführung durch Gesetz sichergestellt" würde. „1. Die höchstzulässige Arbeitszeit wird auf 40 Stunden in der Woche festgesetzt. IG Farben, AEG, Norddeutscher Lloyd für Landbetriebe halten diesen Weg für ihre Industriegruppen für gangbar und versprechen sich davon in gewissem Umfange Neueinstellungen, wobei grundsätzlich jeder Lohn- und Gehaltsausgleich ausgeschlossen sein muß. Von der Bestimmung müßten ausgeschlossen werden alle Angestellten in leitenden Stellungen sowie ein in jedem Werk noch festzusetzender Prozentsatz der Gesamtangestelltenbelegschaft (ca. 25%). 2. In Fällen, in denen die Regelung zu 1. nicht durchführbar ist, wie z. B. Arbeitnordwest, sollen Neueinstellungen nach Maßgabe einer entsprechenden Senkung der Stundenverdienste für alle im Werk Beschäftigten vorgenommen werden. Ob diese beiden Vorschläge für die nicht vertretenen Industrie- und Gewerbezweige durchführbar sind, wäre noch zu prüfen." FAH IV E 152.

5 Die abschließenden Bemerkungen beziehen sich auf den Bergbau-Verein und das Pressebüro *Flick*.

189.

29. 1. 1931: Blank an Reusch (Oberhausen) (Auszug)

HA/GHH 4001012024/8a. Durchschlag.

Betrifft: Aussprache beim Reichskanzler

Ich habe Herrn Geheimrat *Kastl* von Ihren Mitteilungen über den Verlauf der Besprechung am Montag dieser Woche in Kenntnis gesetzt[1]. Herr *Kastl* hatte zwar inzwischen einiges über diese Besprechung gehört, wußte aber noch nicht, daß die Herren *Stimming* und *Goldschmidt* an der Besprechung teilgenommen hatten.

Herr *Kastl* erzählte mir dann von der heutigen Besprechung der Vertreter der Spitzenverbände beim Reichskanzler[2], die ungefähr die gleichen Punkte zum Gegenstand hatte wie die Montagsbesprechung. Teilgenommen haben u. a. die Herren *Frowein, Dorfs* (Krupp), Rudolf *Blohm, Knüttel* (Bauindustrie), *Brauweiler.* Zur Frage der Aufhebung des Tarifzwanges hat Herr *Stegerwald* erklärt, daß an eine radikale Aufhebung durch Notverordnung nicht gedacht werden könne; eine solche Maßnahme würde das Kabinett sprengen. Dagegen hat er eine möglichst weitgehende Lockerung des Zwanges in der Praxis zugesagt. Eine weitere Besprechung ist in Aussicht genommen[3]. Nach Mitteilung von Herrn *Kastl* hat der Kanzler ihm gegenüber eine Bemerkung gemacht, daß es etwas umständlich sei, mit zwei verschiedenen Industriekommissionen zu verhandeln. Die Wiederholung der heutigen Aussprache mit der offiziellen Kommission der Spitzenverbände ist gleichfalls in Aussicht genommen.

[. . .][4] gez. *Blank*

1 Nr. 188.

2 Vermerk von Ministerialrat *Vogels* über eine Besprechung in der Reichskanzlei am 29. 1. 1931, BA R 43 I/2039.

3 In den Tageszetteln *Pünders* ist über die Besprechung vermerkt: „Die Besprechung kam zu keinem Ergebnis, sie soll in ruhigeren Zeiten fortgesetzt werden." Nachlaß Pünder 43.

4 Vermutungen über die Verhandlungen mit Frankreich über einen langfristigen Kredit.

190.

29. 1. 1931: Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

Nachlaß Silverberg 365. Vervielfältigtes Exemplar – Tgb.-Nr. 543/II. „An die Herren Mitglieder der Handelspolitischen Kommission, Fachgruppen und landschaftlichen Verbände des Reichsverbandes der Deutschen Industrie". Paraphe Silverbergs.

Betrifft: Agrarzölle

Bekanntlich ist unmittelbar vor Weihnachten nur mit Mühe der Plan vereitelt worden, auf dem gesamten Gebiete der landwirtschaftlichen Veredelungserzeugnisse, insbesondere also bei Vieh, Fleisch, Molkereiprodukten, Gemüse, Obst und

Südfrüchten, neue Zollerhöhungen und sonstige Maßnahmen zur Beschränkung der Einfuhr einzuführen[1]. Neuerdings werden von landwirtschaftlicher Seite und vom Reichsernährungsministerium diese Pläne wieder mit dem größten Nachdruck betrieben[2]. Es muß damit gerechnet werden, daß das Reichskabinett sich schon in der allernächsten Zeit mit der Zollforderung der Landwirtschaft befassen wird[3]. In dieser ernsten Situation ist es notwendig, sich die handelspolitische Gesamtlage und die Auswirkungen etwaiger Zollerhöhungen im einzelnen zu vergegenwärtigen.

Die deutsche Agrarpolitik hat schon in den letzten Jahren der Industrie schwere Opfer auferlegt. Es waren in erster Linie Rücksichten auf landwirtschaftliche Interessen, die den Abschluß von befriedigenden Handelsverträgen mit der Tschechoslowakei, Polen und den Ländern Südosteuropas verzögert oder sogar verhindert haben. Die Erhöhung der Getreide- und Mehlzölle hat den Abschluß eines Handelsvertrages mit Kanada, ja sogar die Erreichung der Meistbegünstigung in diesem Lande unmöglich gemacht. Die Maßnahmen zur Verhinderung der Einfuhr von Gefrierfleisch, insbesondere die Wiederinkraftsetzung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, haben die Interessen Argentiniens empfindlich betroffen und drohen, die argentinische Handelspolitik in einem der deutschen Ware feindlichen Sinne zu beeinflussen.

Die Erhöhung des Butterzolles und die zu diesem Zwecke geführten Verhandlungen mit Finnland haben im vergangenen Sommer eine Boykottbewegung in Dänemark und Holland ausgelöst, die noch heute den deutschen Export in diese Länder nachteilig beeinflußt. Die Verhandlungen mit Finnland haben zur Bildung des handelspolitischen Blocks der Nordweststaaten und Isolierung Deutschlands auf handelspolitischem Gebiet geführt. Die nordwesteuropäischen Staaten – Schweden, Dänemark, Norwegen, Holland und Belgien-Luxemburg – verfolgen mit Wachsamkeit die weitere Entwicklung der deutschen Agrarpolitik. Sie stehen Gewehr bei Fuß, um bei jeder Schädigung ihrer Exportinteressen gemeinsam vorzugehen. Ein zollpolitischer Konflikt mit auch nur einem dieser Länder wird Nordwesteuropa in geschlossener Front gegen Deutschland finden; Nordwesteuropa nimmt ein Viertel der deutschen Ausfuhr auf.

In dieser Situation müßten weitere Zollerhöhungen oder andere Maßnahmen zur Beschränkung der Einfuhr landwirtschaftlicher Veredelungserzeugnisse die industriellen Interessen schwer treffen.

---

1 Vgl. Nr. 172, 175, 179, 180 und 182.

2 In einem Vermerk vom 19. 1. 1931 über die neuen Forderungen der „Grünen Front" urteilte Ministerialrat *Feßler*, daß das Programm darauf hinauslaufe, „die ganze deutsche Wirtschaftspolitik auf die Interessen der Landwirtschaft abzustellen". Die Industrie müsse „stärksten Widerstand" gegen derartige Wünsche leisten, „die sich in einer Zerstörung des mühsam aufgebauten Handelsvertragssystems und in einer entschiedenen Abkehr wichtiger Staaten zum Protektionismus auswirken werden". BA R 43 I/2545.

3 Die erste Besprechung der Reichsregierung mit Vertretern der Landwirtschaft hierzu fand am 27. 1. 1931 statt. BA R 43 I/2546. Vgl. Brüning S. 249 ff. *Schmidt-Hannover* schreibt über die Stimmung in der Regierung am 17. 2. 1931 an *Hugenberg*: „*Schiele* wackelt bedenklich. In der Wilhelmstraße wird mit seinem baldigen Rücktritt gerechnet. Schwerer Krach zwischen Ernährungsministerium einerseits, Wirtschafts- und Arbeitsministerium andererseits." Nachlaß Wegener 31. Vgl. Pünder S. 88 f.; Schulthess 1931 S. 51 f.

Der deutsche Butterzoll ist von Finnland im vergangenen Herbst freigegeben worden. Eine handelsvertragliche Bindung besteht nur noch insofern, als Finnland für den heute geltenden erhöhten Butterzoll von RM 50,– ein Kontingent in Höhe von 5000 t jährlich eingeräumt worden ist. Obwohl formal Deutschland in der Lage sein würde, den Butterzoll zu erhöhen, muß die Industrie eine solche Erhöhung als untragbar bezeichnen. Eine weitere Butterzollerhöhung würde den Streit über die Auslegung der Meistbegünstigung wieder aufleben lassen. Die Reichsregierung hat zwar den Standpunkt vertreten, ein Zollkontingent könne von den meistbegünstigten Ländern nur in der gleichen absoluten Höhe in Anspruch genommen werden, wie es einem dritten Staat gegenüber ausgehandelt worden ist. Die nordwesteuropäischen Länder sind dagegen der Auffassung, daß nicht die absolute Höhe, sondern das Ausfuhrinteresse entscheidet. Welche Auffassung dem internationalen Recht entspricht, ist praktisch bedeutungslos. Holland und Dänemark werden nicht bereit sein, sich mit dem für sie geringfügigen finnischen Kontingent abzufinden. Ein Konflikt mit Holland und Dänemark, den Führern des nordwesteuropäischen Blocks, würde die unmittelbare Folge einer weiteren Butterzollerhöhung sein.

Um eine Verlagerung der Einfuhr von der Butter auf Käse zu verhindern, wird sich an eine neue Butterzollerhöhung der dringende Wunsch auf eine Erhöhung der Käsezölle anschließen. Die deutschen Käsezölle sind in Handelsverträgen mit der Schweiz, Frankreich, Italien, Dänemark und Holland gebunden. In diesen Verträgen bildet die Käsezollbindung mit das wichtigste deutsche Zugeständnis. Die von landwirtschaftlicher Seite vertretene Auffassung, man könne aus den Handelsverträgen die wichtigsten deutschen Zugeständnisse durch Einzelverhandlungen nach und nach lösen, überschätzt die Bereitwilligkeit der Vertragsstaaten, auf derartige Methoden einzugehen. Schon bei den Verhandlungen mit Finnland hat sich gezeigt, daß insbesondere Dänemark, Holland und die Schweiz die Methode, Stück für Stück aus dem Gesamtwerk der Verträge auszubrechen, nicht mitmachen wollen.

Frankreich vollends würde durch eine Käsezollerhöhung vielleicht der Anlaß geboten, das Problem des deutsch-französischen Handelsvertrages[4] in seiner Gesamtheit aufzurollen. Die deutsche Ausfuhr nach Frankreich ist von nicht ganz 500 Millionen RM im Jahre 1925 auf rund 950 Millionen RM im Jahre 1929 gestiegen und dürfte im vergangenen Jahr 1 Milliarde RM erreicht haben. Der Versuch, die Freigabe der Käsezollbindungen zu erreichen, würde somit die Grundlagen der handelspolitischen Beziehungen zu Staaten erschüttern, die für 4 Milliarden RM deutsche Erzeugnisse beziehen.

Eine Zollerhöhung oder sonstige Einfuhrbeschränkung für Südfrüchte würde vor allem Italien und Spanien berühren. Die deutsche Ausfuhr nach Italien hat sich seit dem Abschluß des deutsch-italienischen Handelsvertrages günstig entwickelt. Sie belief sich im Jahre 1929 auf rund 600 Millionen RM. Das gleiche trifft für die deutsche Ausfuhr nach Spanien zu, die allmählich auf 218 Millionen RM im Jahre 1929 gestiegen ist. Eine Gefährdung dieser Ausfuhr nach Spanien

4 Vom 30. 8. 1927, RGBl. 1927 II S. 523 und vom 26. 11. 1927, a. a. O. S. 1105.

und Italien würde in gleicher Weise durch eine Zollerhöhung wie auch durch ein Einfuhrmonopol eintreten. Die Industrie muß deshalb auch die Bestrebungen zur Einführung eines Südfrüchtemonopols als mit ihrem großen Ausfuhrinteresse unvereinbar bezeichnen.

Zieht man eine Bilanz der durch die Agrarpolitik teils eingetretenen, teils zu befürchtenden Lage, so zeigt sich, daß Rücksichten auf die Getreide- und Viehwirtschaft den Abschluß von befriedigenden Handelsverträgen mit dem Osten und Südosten Europas bisher unmöglich gemacht haben. Was im Westen und Süden Europas handelspolitisch bisher erreicht worden ist, würde nunmehr bei Berücksichtigung der Wünsche auf Zollerhöhung für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte zunichte gemacht. Die traditionell guten handelspolitischen Beziehungen Deutschlands zu Nordwesteuropa würden durch Zollerhöhungen für Molkereiprodukte erschüttert. Konflikte mit den Staaten Nordwesteuropas würden auch dort protektionistische Strömungen auslösen, die eine deutliche Spitze gegen die deutsche Industrie tragen würden. Die Gefahr einer handelspolitischen Einkreisung Deutschlands zeichnet sich ab.

Diese Gesichtspunkte, die unbedingt gegen weitere agrarpolitische Experimente sprechen, sind vom Reichsverband der Deutschen Industrie der Reichsregierung mitgeteilt worden.

Die Größe der für die Industrie auf dem Spiele stehenden Interessen macht es erforderlich, daß alle Industrien durch Vorstellungen bei der Reichsregierung, bei den Länderregierungen, durch Fühlungnahme mit den der Industrie nahestehenden Abgeordneten und durch Aufklärung in der Öffentlichkeit die Wahrung der industriellen Interessen sichern.

Die Industrie hat immer betont, daß die Förderung der landwirtschaftlichen Veredelungsprodukte auf dem Wege der Selbsthilfe in erster Linie gesucht und erreicht werden kann. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat deshalb seinen Widerspruch gegen neue Zollerhöhungen für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte und sonstige Maßnahmen zur Beschränkung der Einfuhr gegenüber der Reichsregierung mit dem Antrag verbunden, durch Förderung der landwirtschaftlichen Selbsthilfe, insbesondere durch Verbesserung der landwirtschaftlichen Absatzorganisation, der deutschen Landwirtschaft jede mögliche Hilfe zu bringen. Der Reichsverband kann hierbei im einzelnen auf die in seiner Veröffentlichung vom Mai vergangenen Jahres, „Beiträge zu einem Agrarprogramm", von agrarwissenschaftlicher Seite gemachten Vorschläge, die auch in landwirtschaftlichen Kreisen Zustimmung gefunden haben, verweisen. Leider ist aber in dieser Beziehung von der Erkenntnis des richtigen Weges bis zur Inangriffnahme praktischer Arbeit bereits sehr viel und kostbare Zeit verloren worden. Es ist daher nötig, immer wieder auf diese wirksamste Form der Förderung landwirtschaftlicher Veredelungsprodukte auch von industrieller Seite hinzuweisen.

Die Wirtschaftskrise und Millionen Arbeitsloser verbieten eine Politik, die die Kosten der Lebenshaltung und der Pro-

duktion aufs neue steigern und statt zur Überwindung zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit führt[5].

Mit vorzüglicher Hochachtung
Reichsverband der Deutschen Industrie
Die Geschäftsführung:
[. . .][6]

5 Vgl. Tilman P. Koops, Zielkonflikte der Agrar- und Wirtschaftspolitik in der Ära Brüning, in Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, hrsg. von Hans Mommsen u. a., Düsseldorf 1974 S. 852ff.

6 Zwei Unterschriften.

191.

31. 1. 1931: Blank an Reusch (Oberhausen). „Osthilfe"

HA/GHH 4001012024/8a. Durchschlag.

Betrifft: Osthilfe

Über die sehr schwierigen und langdauernden Verhandlungen über die Ausgestaltung der Osthilfe[1], an denen Herr *Kastl* gestern und heute beteiligt war, hat er mir soeben folgendes mitgeteilt. Es hat den Anschein, als ob es doch gelingen wird, den modifizierten *Silverberg*-Plan zur Durchführung zu bringen. Der Widerstand der amtlichen Stellen (Ministerialdirektor *Wachsmann* in der Oststelle und die preußischen Instanzen) war außerordentlich groß, scheint aber jetzt mehr oder weniger überwunden zu sein. In der Frage der Ausgestaltung der von Herrn *v. Zitzewitz* vorgeschlagenen landwirtschaftlichen Garantieverbände wird voraussichtlich insofern eine Änderung eintreten, als man diesen nicht die gesamte praktische Durchführung der Umschuldung übertragen wird und sie auch nicht, wie zunächst vorgeschlagen, durch Gesetz als Organisation öffentlichen Rechtes einführen wird. Es ist jetzt vorgesehen, daß zwar die Landwirtschaft durch eigene Organisationen privater Natur bei der Vorbereitung der Umschuldung mitwirken soll und daß sie dann nach der Umschuldung stark in die Kontrolle der umgeschuldeten Betriebe eingeschaltet werden soll. Die Solidarhaftung der Landwirtschaft soll dadurch gewährleistet werden, daß die Umschuldungshypotheken mit einem Zuschlag von 10 oder 20% eingetragen werden, aus dem die einzelnen Hypothekenschuldner dann bei Ausfällen in Anspruch genommen werden können. Es ist zu hoffen, daß die Regelung auf dieser Grundlage zustande kommt, wobei der Landwirtschaft aufgegeben wird, die privaten Garantieverbände so rechtzeitig zu bilden, daß sie zur Vorbereitung der Umschuldung und zur Durchführung der wirtschaftlichen Kontrolle der umgeschuldeten Betriebe zur Verfügung stehen. Von der rechtzeitigen Schaffung dieser Organisationen soll die Mitwirkung der Landwirtschaft abhängig gemacht werden. Ich glaube, daß hiermit den nicht zu leugnenden Interessen der amtlichen Stellen hinlänglich Rechnung

1 Besprechung mit Vertretern von Landwirtschaft und Industrie wegen der Osthilfe am 30. 1. 1931. BA R 43 I/1807.

getragen worden ist. Herr *Kastl* hat sich bemüht, den Vertretern Preußens (Landwirtschaftsministerium und Preußenkasse) klarzumachen, daß sie – wenn schon nicht aus sachlichen, dann wenigstens aus psychologischen Gründen – der Mitwirkung der Landwirtschaft zustimmen müssen, nachdem ihnen seitens der verantwortungsbewußten östlichen Landwirtschaft diese Mitarbeit angeboten worden ist[2]. Andernfalls könne man bei der gegenwärtigen psychologischen Einstellung der gesamten östlichen Landwirtschaft nicht erwarten, daß die Umschuldung und die ganze Osthilfe von der Landwirtschaft als das angesehen werden, als was sie angesehen werden sollen, nämlich als eine Hilfe der Gesamtheit und insbesondere der Industrie zur endgültigen Besserung der Agrarverhältnisse des Ostens.

gez. *Blank*

2 *Kastl* schrieb am 7. 2. 1931 an *Silverberg*, daß er sich auch der preußischen Regierung gegenüber für eine Mitwirkung der Landwirtschaft eingesetzt habe: „Man könne sich eine solche Mitwirkung auch vorstellen durch ein von der Landwirtschaft auf Grund einer Vorschlagsliste der Selbstverwaltungsorgane der Landwirtschaft zu bildendes Sondergremium. Wichtig sei dabei, daß die Mitglieder dieses Gremiums in vollem Umfange an der Umschuldung desinteressiert sind." Nachlaß Silverberg 235.

192.

31. 1. 1931: Blank an Reusch (Oberhausen). „Besprechung bei Reichskanzler Brüning"

HA/GHH 4001012024/8a. Durchschlag

Betrifft: Aussprache mit dem Reichskanzler

Über den Verlauf der Besprechung beim Reichskanzler[1] hat Herr *Kastl* mir auf meine Bitte folgendes mitgeteilt: Verlangt wurde von den Industrievertretern eine gänzliche Auflockerung der Starrheit des Tarifsystems und des Systems der Verbindlichkeitserklärung. Es wurde bewußt eine Reform im Wege des Gesetzes bzw. der Verordnung verlangt, da zur Zeit die Schiedssprüche ohnehin in Richtung auf eine Lohnsenkung ausfallen dürften, man aber darüber hinaus die Auflockerung für die Dauer festlegen möchte. Ferner wurde verlangt, daß an die Stelle der Verbindlichkeitserklärung durch den Reichsarbeitsminister der Spruch einer paritätisch von beiden Parteien zusammengesetzten Stelle treten soll.

Verabredungsgemäß wurden die Fragen der Unabdingbarkeit der Tarifverträge und des vorzeitigen Abbruchs laufender Tarife nicht berührt.

Herr *Stegerwald* hat sich in der Aussprache für eine möglichst weitgehende praktische Auflockerung des ganzen bisherigen Systems erklärt. Er hat versprochen, sich in der Zukunft noch mehr als bisher mit Verbindlichkeitserklärungen

1 Bei dieser Unterredung, die am 31. 1. 1931 stattfand, handelte es sich um die Fortsetzung der Besprechung vom 29. 1. 1931, Nr. 189. Teilnehmer waren *Brüning, Stegerwald, Dietrich, Bücher, Krupp v. Bohlen und Halbach, Vögler, Bosch, Stimming.* Zum Verlauf Nr. 194.

zurückzuhalten, um auf diesem Wege ein größeres Verantwortungsgefühl der Tarifparteien hervorzurufen[2]. Eine gesetzliche Änderung des jetzt geltenden Systems hält Herr *Stegerwald* für undurchführbar, da diese angesichts der Parteiverhältnisse im Reichstag untragbar seien. Durch Aussprache ist festgestellt worden, daß selbst die Deutschnationalen einer solchen Änderung aus Rücksicht auf ihre Wähler nicht zustimmen würden und daß im ganzen Reichstag ausschließlich die Volkspartei einem derartigen Plan zustimmen würde. Herr *Stegerwald* hat im übrigen angekündigt, daß man dabei sei, einen neuen Weg auszuarbeiten, um dem Wunsch der Arbeitgeberseite möglichst weitgehend nachzukommen, und daß darüber in der nächsten Woche eine Besprechung im gleichen Kreise stattfinden soll.

Vorher soll nach Vorschlag des Reichskanzlers eine Vorbesprechung zwischen den Herren *Brüning, Kastl* und *Brauweiler* stattfinden.

gez. *Blank*

2 Vgl. Brüning S. 236f.

193.

31. 1. 1931: Reichsminister Dietrich an Staatssekretär Meissner

ZStA Präsi 211/Bl.335–336. „Vertraulich". Handschriftlicher Vermerk: „4. 2. Nach Vortrag z. d. A. M[eissne]r."

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

In den letzten Wochen haben verschiedentlich Herren aus den an Polen abgetretenen Gebieten weitgehende Wünsche auf wirtschaftliche Hilfe durch das Reich bei Berliner Stellen vorgebracht. Dieses gibt mir Anlaß, Ihnen die ganze Frage kurz zu schildern mit der Bitte, den Herrn Reichspräsidenten über die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen und die danach bestehenden Möglichkeiten der Erfüllung dieser Wünsche zu unterrichten.

In den in Frage kommenden Gebieten (Pommerellen, Posen und Oberschlesien) laufen zur Zeit etwa 32 Millionen Reichsgeld, die in Form von Krediten an Landwirtschaft, Gewerbe und Handel gegeben sind. Die Zinsen und Rückflüsse aus diesen 32 Millionen werden immer wieder neu in diesen Gebieten investiert. Darüber hinaus hat das Reichskabinett ein weiteres Hilfsprogramm für die Dauer von 5 Jahren aufgestellt, das für jedes Jahr 12 Millionen RM, insgesamt also 60 Millionen RM für die neue Investierung in diesen Gebieten vorsieht. Von den 60 Millionen RM entfallen 15 Millionen RM auf kulturpolitische und die restlichen 45 Millionen auf wirtschaftliche Aufgaben.

Die 45 Millionen RM für wirtschaftliche Zwecke sollen etwa in folgender Weise verwendet werden:

18 Millionen für Erbauseinandersetzungskredite,

8 Millionen für Umschuldungskredite für Großgrund- und bäuerlichen Besitz,

6 Millionen für Realkredite für Landwirtschaft und Gewerbe,

6 Millionen für Siedlungskredite,

4 Millionen für genossenschaftliche Kredite in Oberschlesien,

3 Millionen für Rentenablösungen und sonstiges.

Auf das Jahr entfallen mithin für Umschuldungszwecke dem Programm etwa 1,6 Millionen RM. Die Umschuldungsaktion ist inzwischen durch Umschuldung von 3 Gütern eingeleitet worden (u. a. Falkenthal-Slupowo, Büttner-Schönsee). Diese 3 Umschuldungen, die sämtlich auf den Großgrundbesitz entfallen, haben bereits 850 000 RM erfordert. Weiter habe ich mich damit einverstanden erklärt, daß die Umschuldung der Herrschaft Graefe ermöglicht wird, und zwar in der Form, daß eine Garantie in Höhe von 1,250 Millionen RM, die von einer Bank für 5 Jahre kreditweise der Frau *v. Zimmermann* gegeben werden sollen, übernommen wird. Für den Fall der Inanspruchnahme aus dieser Garantie müssen diese 1,250 Millionen ebenfalls bereitgestellt werden. Im ganzen hat also bisher die Umschuldung von nur 4 Gütern die in Anbetracht der beschränkten Mittel erhebliche Summe von über 2½ Millionen erfordert. Es liegen aber noch zahlreiche Umschuldungsanträge, darunter allein 30 vom Großgrundbesitz, vor.

Wenn man berücksichtigt, daß in Pommerellen und Posen 475 deutsche Großgrundbesitzer und 37 000 deutsche bäuerliche Besitzer und Ansiedler ansässig sind, so erhellt daraus, daß in nächster Zeit bei der Umschuldung des Großgrundbesitzes Zurückhaltung geübt werden muß, um zunächst einmal die flüssig zu machenden Mittel für die Erhaltung des für das dortige Deutschtum ebenso wichtigen bäuerlichen Besitzes einsetzen zu können. Eine Erweiterung des vorgesehenen Programms ist aber schon deshalb nicht möglich, weil durch die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 eine Ausgabenbegrenzung des Reichshaushaltes eingeführt worden ist, die schon jetzt nur mit äußerster Anstrengung eingehalten werden konnte.

Ich übersende Ihnen, sehr verehrter Herr Staatssekretär, dieses kurze Exposé, um die Schwierigkeiten aufzuzeigen, die der Erfüllung der jetzt vorgebrachten Wünsche entgegenstehen.

Dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn Reichsaußenminister habe ich Abschrift dieses Schreibens zugehen lassen.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Hochachtung verbleibe ich

Ihr sehr ergebener
H. *Dietrich*

194.

2. 2. 1931: Aktennotiz Poensgens über eine Besprechung der Ruhrlade

FAH IV E 152. Durchschlag. Handschriftliche Korrekturen. Überschrift: „Besprechung in der Ruhrlade am 2. Februar 1931 bei Herrn Dr. Vögler im Hause Ende."

Es fehlt Herr *Springorum.*

1) Besuch der Industriellen bei *Brüning*[1], entstanden aus dem Wunsch, Alleinbesuch von *Bosch* zu verhindern[2], der seine Ideen über Verkürzung der Arbeitszeit ohne Selbstkostensenkung vorbringen wollte. Besuch aufzufassen als solcher von Einzelpersönlichkeiten; dementsprechend hat *Brüning* gebeten, schriftliche Vorschläge – von Seiten der einzelnen Firmen, nicht als Vertretung der Industrie – einzureichen[3], die letzten Endes als Ziel immer wieder die Tariffreiheit haben müssen und die Aufhebung der Unabdingbarkeit, die angeblich, wie *Stegerwald* ausgeführt haben soll, nur mit ¾-Majorität im Reichstag möglich sei; gegebenenfalls Forderung, wenn Gesetzesänderung nicht möglich ist, daß jede Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches vom Gesamtkabinett beschlossen werden muß. Auch der Vorschlag *Bosch,* die Angestellten samstags zu entlassen und dafür einen Tag zu kürzen, ist unter dem Tarif nicht möglich.

Zunächst ist zu untersuchen, ob auf irgendeinem Gebiete im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung eine elastischere Handhabung der Tarife oder tariflose Zustände herbeigeführt werden können, wobei die Gefahr in Kauf genommen werden muß, die in der Arbeitszeit hierbei für Bergbau und Hütten besteht. Vorschläge auf Änderung der Gesetzgebung sollen nicht gemacht werden; soweit solche Gesetzesänderungen notwendig sind, soll man es dem Kabinett überlassen, die nötigen Entschlüsse zu fassen; unsererseits soll nur das gesagt werden, was wirtschaftlich nötig ist. Denkbar wäre der Weg, daß regierungsseitig der Zwang ausgeübt würde, keine Leute mehr zu entlassen, wofür als Gegenleistung die Regierung zur Senkung der Selbstkosten, und zwar nicht nur der Löhne, sondern insbesondere auch der Generalien – Steuern etc. –, helfen muß[4].

Bezüglich der Arbeiter wird der Vorstoß Ruhrort-Meiderich begrüßt, hingewiesen wird auf den wunden Punkt „Garantie der Feierschichten". Es soll erwogen werden, bei der Kohle einen ähnlichen Versuch zu machen. Herr *Reusch* ist der Meinung, daß bei Erfolg des Ruhrorter Schrittes die Arbeitgeberverbände als Tarifparteien aufgehört hätten[5].

---

1 Gespräche mit dem Reichskanzler am 29. und 31. 1. 1931. Vgl. Nr. 189 und 192.

2 Handschriftliche Korrektur *Krupp v. Bohlen und Halbachs:* „entstanden unter anderem aus dem Wunsch, Alleinbesuch von *Bosch* vorzubeugen".

3 *Krupp v. Bohlen und Halbach* sandte am 7. 2. 1931, *Vögler* am 11. 2. 1931 entsprechende Vorschläge an *Brüning.* FAH IV E 152. Die Vorschläge *Vöglers* auch im Nachlaß Silverberg 464.

4 Handschriftliche Ergänzung *Krupps:* „Ausschlaggebend für alle Vorschläge und Maßnahmen muß die Senkung der deutschen Selbstkosten und dementsprechend auch der Preise auf das ungefähre Niveau der mit Deutschland konkurrierenden Länder sein."

5 Vgl. die Ausführungen *Brünings* über Verhandlungen zwischen Vertretern von Betriebsräten und Mitgliedern der Reichsregierung in Brüning S. 240f.

Bezüglich der Angestellten wird hingewiesen auf das Vorgehen der Bergmann-Werke, die bereits den Samstag frei geben und nicht bezahlen, aber in ihrem Tarif eine Kurzarbeitsklausel hatten, die gegebenenfalls bei Arbeit Nordwest bei Tarifablauf eingeführt werden müßte. Herr *Klöckner* will bei seinen Angestellten denselben Versuch machen. Die Herren des Bergbaus halten diesen Schritt als freiwillig im Bergbau für unmöglich und sind auch hier der Meinung, daß der Wegfall der Unabdingbarkeit verlangt werden müsse. *Brüning* scheint mit Vorschlag *Gütermann,* bei Mehreinstellung von Leuten die Abgabe für Arbeitslose beim Arbeitgeber herunterzusetzen, zu liebäugeln. Dieser Vorschlag ist beim Reichsverband bereits eingehend durchgesprochen und abgelehnt worden. *Grauert* soll [ersucht] werden, zus[ammen] mit *Hollederer* und einem Herrn der V[ereinigten] St[ahlwerke] das Schreiben an die Regierung zu entwerfen[6].

Poensgen

6 *Grauert* war an der Abfassung des Schreibens *Krupp v. Bohlen und Halbachs* an *Brüning* (Anm. 3) beteiligt.

195.

3. 2. 1931: Rundschreiben der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Nachlaß Silverberg 458. Vervielfältigtes Exemplar – Rundschreiben Nr. 23, Tagebuch-Nr. 3600. „An die Herren Mitglieder des Vorstandes." Paraphe Silverbergs.

Sehr geehrte Herren!

Wir beziehen uns auf unser Schreiben vom 15. Dezember 1930[1], in welchem wir über die Haltung des ADGB zu den Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer berichteten.

In der Zwischenzeit ist von unserer Seite aus nichts geschehen, vielmehr haben wir abgewartet, ob eine Änderung in der Haltung der Freien Gewerkschaften eintreten würde. Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers hat vor wenigen Tagen noch einmal eine Aussprache in kleinstem Kreise zwischen Vertretern der Arbeitgeberseite und zwei Herren des ADGB stattgefunden. Hierbei ist uns von dem Vertreter des ADGB ausdrücklich und offiziell mitgeteilt worden, daß der ADGB bei aller Anerkennung der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen keine Möglichkeit sieht, den damaligen Entwurf einer gemeinsamen Erklärung anzunehmen. Damit sind die Verhandlungen endgültig gescheitert.

Wir bitten, den Wortlaut des Entwurfes weiterhin vertraulich behandeln zu wollen.

Das Geschäftsführende Präsidialmitglied:
gez. *Brauweiler*

1 Nr. 176, Anm. 17.

196.

3./4. 2. 1931: Aufzeichnung über Besprechungen des Reichskanzlers Brüning mit Vertretern der Deutschen Volkspartei

Nachlaß Dingeldey 36. Datiert 4. 2. 1931.

Über das Ergebnis der Verhandlungen, die am 3. und 4. Februar zwischen dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn Reichsfinanzminister Dr. *Dietrich* einerseits und der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, vertreten durch ihren Vorsitzenden, Herrn Abgeordneten *Dingeldey,* und dem Etatreferenten, Herrn Dr. *Cremer,* andererseits stattgefunden haben, wird im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler folgendes mitgeteilt:

1. Welche Einnahmeausfälle infolge der Einflüsse der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse gegenüber den Etatansätzen eintreten werden, läßt sich heute mit voller Sicherheit endgültig nicht übersehen.

2. Der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsfinanzminister sind aber mit der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei einig darin, daß diese Ausfälle nur durch weitere Einsparungen, nicht aber durch neue Lasten oder Schuldenvermehrungen gedeckt werden dürfen.

3. Der Reichsregierung soll deshalb im Etatgesetz eine Ermächtigung zu den von der Deutschen Volkspartei beantragten Ersparnissen gegeben werden[1].

4. Die Reichsregierung wird von dieser Ermächtigung Gebrauch machen, sobald sich die Einnahmeausfälle einigermaßen übersehen lassen. Die Besprechungen über die Einzelheiten der etwaigen Ersparnismaßnahmen werden fortgesetzt.

5. Die Reichsregierung wird ihrerseits Gelegenheit nehmen, die gemeinschaftliche Auffassung, daß weitere Ausfälle durch Ersparnisse gedeckt werden müssen, auch in den Reichstagsverhandlungen zum Ausdruck zu bringen[2].

---

1 Vgl. Brüning S. 257.

2 Im Reichstag begann am 5. 2. 1931 die zweite Lesung des Etats für 1931 mit einer programmatischen Rede *Brünings,* RT Bd. 444 S. 677ff.; Brüning S. 257; Pünder S. 87. Vgl. auch Wandel S. 162f.

197.

4. 2. 1931: Niederschrift über die Sitzung des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Auszug)

HK ADGB-Akten NB 3. Handschriftliche Korrekturen.

[. . .]

Verhandlungen mit den Unternehmern.

Graßmann berichtet über eine Zusammenkunft mit *Kastl* und einigen weiteren Vertretern des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, in der den Unternehmern Auskunft gegeben wurde über die Gründe des Abbruches der Verhandlun-

gen[1]. *Kastl* habe auf den Tiefstand der Industrie verwiesen, die Mehrung der Konkurse, die Zunahme der Stillegungen usw. Es müßte ein Weg gefunden werden, der aus den Wirrsalen herausführt. Er habe die geplante Stillegung in Meiderich in den Vordergrund geschoben mit dem Hinzufügen, der Vorschlag in Meiderich: Auflockerung des Tarifvertrages, sei der einzig gangbare Weg. Unsere Vertreter hätten darauf entschieden erklärt, daß von einer Auflockerung der Tarife überhaupt keine Rede sein könne. Wir müßten jeden Angriff auf das Tarifrecht zurückweisen.

Weiter habe eine Besprechung der Gewerkschaftsspitzen bei *Stegerwald* stattgefunden. *Stergerwald* habe vertraulich mitgeteilt, daß einige Staaten nicht wüßten, wie sie über den Ultimo hinwegkommen sollten. Bremen könne es nur mit Reichszuschüssen, in Hamburg sei es nicht viel anders. – Weiter habe *Stegerwald* berichtet, daß er in den letzten Tagen zweimal prominente Vertreter der Wirtschaft empfangen habe[2]. Sie hätten ihm gegenüber erklärt, daß sie keine Möglichkeit sähen, die Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Das Tarifsystem müsse gelockert werden. Unhaltbar sei das Ansteigen des Gehaltskontos gegenüber dem Lohnkonto. Der Facharbeiter, auf den sich der Betrieb stütze, gerate dem niederen Angestellten gegenüber immer mehr in Nachteil. Auch das Schlichtungswesen sei der Wirtschaft abträglich. *Stegerwald* habe den Arbeitgebern geantwortet, daß der Tarifvertrag nicht angegriffen werden dürfe. Er habe sich auf seine Gewerkschaftstradition berufen und gesagt, daß die Erfüllung der geäußerten Arbeitgeberwünsche nur mit einem anderen Minister erfolgen könne. – Trotzdem habe *Stegerwald* die Gewerkschaften gebeten, sich erneut darüber zu unterhalten, was geschehen könne. Die Arbeitgeber seien jetzt einer Arbeitsstreckung geneigter. Diese Stimmung sollten wir nicht zerschlagen.

Graßmann fügt hinzu: Von seiten unserer Vertreter sei in der Besprechung alles geltend gemacht worden, was nach Lage der Dinge sich überhaupt nur anführen ließe. Selbstverständlich sei klargestellt worden, daß sich über eine Auflockerung des Tarifvertrages gar nicht reden lasse. In einigen Tagen solle eine erneute Besprechung beim Minister stattfinden. Zuvor würden vereinbarungsgemäß die drei Gewerkschaftsrichtungen zu einer Besprechung zusammentreten. Dabei solle auch die Frage der Reparationen[3] angeschnitten werden. *Eggert* habe darüber bereits mit *Wels* gesprochen. *Wels* halte es für bedenklich, in diesem Augenblick die Frage von uns aus anzuschneiden, weil zu befürchten ist, daß unsere wenigen verbliebenen Auslandskredite dann auch noch zurückfließen.

Bruns wirft die Frage auf, was denn die Unternehmer mit den Verhandlungen eigentlich noch wollen. Er sehe keinen anderen Grund als die Vorbereitung einer zweiten Lohnsenkungswelle, nachdem die erste fast restlos durchgeführt ist. Ein neuer Lohnabbau bedeute für den Auslandsmarkt erhöhtes Dumping. Die chemische Industrie sei bisher besonders gut weggekommen. Preisverbilligungen für Rohprodukte, günstige Zollpolitik, weit durchgeführte Rationalisierung, Leistungssteigerung trotz Arbeitszeitverkürzung seien ihr zugute gekommen. Sie habe

1 Vgl. Nr. 195.

2 Am 31. 1. 1931 hatte eine Unterredung beim Reichskanzler stattgefunden, an der auch *Stegerwald* teilnahm. Nr. 192 und 194.

3 Zur Haltung der ADGB in der Reparationsfrage Nr. 149.

also nicht den geringsten Grund zum Lohnabbau. Trotzdem seien Tarifkündigungen erfolgt. Wir sollten uns auf keine weiteren Verhandlungen einlassen.

Bernhard ist gleicher Auffassung.

Reichel bittet den Bundesvorstand, die Stillegung in Meiderich[4] möglichst zu verhindern, ohne allzu große Opfer der Belegschaft. Aus den Verhandlungen im Arbeitsministerium gehe klar hervor, daß die Unternehmer frei sein wollen vom Tarifvertrag und vom Schlichtungswesen. Das werde unter Lockerung der Tarife verstanden. Ursprünglich war man der Meinung, daß in Meiderich nur eine Kürzung der Überverdienste erfolgen sollte. Es bestehe jetzt aber kein Zweifel mehr daran, daß man auch an die Tariflöhne heranwolle. Davon dürfe aber keine Rede sein, zumal schon durch den Oeynhausener Schiedsspruch eine Kürzung um 6% stattgefunden habe. Die Absicht der Unternehmer im Meidericher Konflikt gehe dahin, die höheren Verdienste um mehr als 20% und die niedrigen um etwa 10% zu kürzen, so daß im Durchschnitt etwa 20% Kürzung eintrete. Es sei zu befürchten, daß dann von Meiderich aus eine neue große Lohnkürzungswelle ausgehe. (**Graßmann:** *Stegerwald* befürchtet eine neue Stillegungswelle mit Druck auf soziale Verhältnisse). Der ADGB werde ersucht, nochmals an den Reichskanzler sich zu wenden und vielleicht auch einen Aufruf zu erlassen, um den Absichten der Unternehmer entgegenzuwirken.

Müller hält die Stillegungsankündigung in Meiderich für einen Bluff, um uns für Zugeständnisse auf dem Gebiet des Schlichtungs- und Tarifwesens geneigter zu machen. Sei erst der Anfang gemacht, dann würden sich die Auswirkungen auf dem ganzen Arbeitsmarkt zeigen. Durch die Stillegung eines Werkes werde die Arbeitsmöglichkeit an sich nicht verringert, denn sie hänge von den vorhandenen Aufträgen ab. Es würde nur eine andere Verteilung auf die Betriebe stattfinden. Unter Lockerung der Tarifverträge werde die Abschaffung der Unabdingbarkeit verstanden. Das heiße Beseitigung des Tarifvertrages, und diesen Weg könnten wir nicht mitmachen. Die Unternehmer seien zu der Auffassung gekommen, wir würden unter den gegenwärtigen Verhältnissen alles mitmachen, um die Scheindemokratie zu erhalten. Der Sinn des Ausspruchs: „Wenn keine Gewerkschaften da wären, müßte man sie gründen" werde immer verständlicher. Die Schilderungen der Arbeitgeber über die Lage seien immer übertrieben. Man habe uns im Herbst so eindringlich geschildert, was alles passieren würde, wenn wir zu keiner Verständigung kämen. Unsere Nichtunterzeichnung habe aber keinen Einfluß auf die Lage gehabt. Es werde immer gesagt, wir müßten den Auslandsmarkt gewinnen und erhalten. Darüber werde aber übersehen, daß durch Lohnsenkungen und Arbeitslosigkeit der Inlandsmarkt immer mehr gedrosselt werde. Wir hätten keinen Anlaß, uns durch die Arbeitgeber vor ihren Wagen spannen zu lassen, müßten uns im Gegenteil stark wehren. Wir sollten in einer Kundgebung an die Öffentlichkeit gehen, damit kein Zweifel über unsere Stellungnahme gelassen werde.

Spliedt findet die Haltung *Stegerwalds* in den letzten Verhandlungen etwas undurchsichtig. Er habe sich für Aufrechterhaltung der Zwangsschlichtung und Sicherung des Tarifvertrages ausgesprochen, aber hinzugefügt: Hundertprozentig

4 Die Hütte Ruhrort-Meiderich sollte wegen Unrentabilität stillgelegt werden. Die Arbeitgeber schlugen vor, die Stillegung durch eine 20%ige Lohnminderung zu vermeiden. Preller S. 412.

würden wir beides nicht erhalten können. Den Zustand der Wirtschaft habe er absolut hoffnungslos geschildert. Mit einer nennenswerten Entlastung von der Arbeitslosigkeit werde auch im Frühjahr nicht zu rechnen sein. Die finanzielle Lage des Reiches sei unhaltbar, die Steuereinnahmen gingen zurück, es sei viel schlimmer, als man draußen annehme. Fast noch schlimmer schildere *Trendelenburg* die Lage.

Gegen die Stillegungen sei kein Kraut gewachsen, wenn man im vorliegenden Falle auch versuchen könne, dagegen anzugehen. Man werde nicht verhindern können, daß der Stahlwerksverband, nachdem er nur mit 50% seiner Kapazität arbeite, einige Werke stillege. Bei 5 Millionen Arbeitslosen spielten weitere 6–7000 keine große Rolle. – Elastizität des Tarifvertrages bedeute seine Vernichtung. Nachdem uns schon so viel zerschlagen sei, dürften wir wenigstens am Tarifvertrag nicht rütteln lassen. Wir müßten den amtlichen Stellen gegenüber eine Erklärung abgeben: Für Schlichtung, für Tarifvertrag, gegen weiteren Lohnabbau. Sonst könnten politische Konsequenzen eintreten, die niemand tragen kann. Weiter müßten wir fordern: Senkung der Arbeitszeit, Einführung der Fünftage-Woche.

Eggert: Fest stehe das eine: Die Unternehmer hätten, mindestens zu einem gewissen Zeitpunkt, Beseitigung des Tarifvertrages und des Schlichtungswesens gefordert. Darauf habe *Stegerwald* die Antwort gegeben: Dann schaffen Sie die Hakenkreuzdiktatur. – Nach dieser Klarstellung sei es nicht möglich, noch einen Schritt mit den Arbeitgebern zu gehen, sondern wir müßten uns überlegen, was wir dem Widerstand *Stegerwalds* hinzuzufügen haben. Der Betrieb in Meiderich, der technisch nicht der schlechteste ist, sollte ursprünglich bedingungslos stillgelegt werden. Damit würde man ein Stadtgebiet treffen, das aus früheren Stillegungen noch 4000 Arbeitslose aus der Wohlfahrt zu versorgen hat. Darum habe sich Oberbürgermeister *Jarres* eingemischt, die Parteien zu Verhandlungen veranlaßt und geraten, die angebotenen Lohnkürzungen anzunehmen. Gegen die Stillegung zu protestieren, sei schwer. Wir könnten nur sagen, daß es sich um einen Trick wie im Stahlwerk Becker handelt. Falls wir in einer öffentlichen Kundgebung sprechen, müßten wir auch zur Arbeitszeit sprechen. *Flatow* habe ihm gesagt, das Handelsministerium wolle die Gewerbeinspektoren anweisen, für Arbeitszeitverkürzung in den Betrieben zu sorgen, die noch über 48 Stunden arbeiten. Das Arbeitsministerium habe aber Schwierigkeiten gemacht. Nach Meinung *Flatows* werde *Stegerwald* in der Arbeitszeitfrage nichts tun, ehe das erstrebte Lohnniveau erreicht ist. Man klage *Brauns*[5] an, die Löhne überhöht zu haben, und sein Parteifreund *Stegerwald* glaube sich anscheinend berufen, sie wieder zu senken. – Wir müßten klar zum Ausdruck bringen, daß wir bei neuen Lohnsenkungen nicht mitwirken könnten.

Stähr: Er habe damals den negativen Ausgang der Verhandlungen mit den Arbeitgebern bedauert. Nachdem aber heute klar sei, wohin die Dinge gehen, müßten wir doppelt vorsichtig sein. Ob wir Lohnsenkungen abwenden könnten, sei fraglich, sie dürften aber nicht mit unserer Hilfe geschehen. Wenn man die Angestelltengehälter abbauen wolle, dann sollte man bei den hohen Gehältern anfangen, die die Betriebe besonders belasten. Die Kündigungsfrist belaste die Betriebe nicht, denn 75–80% der Angestellten habe nur monatliche Kündigung.

5 Heinrich *Brauns* (Zentrum) war von 1920 bis 1928 Reichsarbeitsminister.

Meiderich solle den Ausgangspunkt für neue Lohnsenkungen bilden. Darum sollten wir überlegen, ob wir die Stillegung nicht lieber in Kauf nehmen als Lohnsenkungen.

Nörpel: Wir sollten die drei Dinge: Schlichtungsordnung,Tarifverträge, Angestelltenrecht auseinanderhalten. In den maßgebenden amtlichen Stellen hätten wir Sozialdemokraten mit entscheidendem Einfluß zu sitzen. Auf ihre Hilfe könnten wir aber nicht rechnen, obgleich nur Tragbares von ihnen verlangt werde. Wenn wir etwas durchsetzen, dann in der Regel mit Gegnern. Wir seien schon so weit, daß sich unsere Parteigenossen in den amtlichen Stellen vor uns verleugnen lassen. Wenn *Flatow* eine Einflußnahme auf die Arbeitszeitverkürzung zugesagt habe, so wisse er genau, daß er dieses Versprechen nicht halten könne.

Mit jedem Lohnabbau seien Steuerrückgänge verbunden. Lohnabbaubestrebungen und Klagen über Steuerrückgänge seien deshalb nicht vereinbar. Für uns bliebe nichts, als Zähne zusammenbeißen und Gewehr bei Fuß zu stehen. Verhandlungen brächten uns nicht weiter. Ein Appell an die Behörden nach dem Vorschlag *Reichel* habe s. E. keinen Zweck.

Schrader: Eine Lockerung des Tarifvertrages würde seine Vernichtung bedeuten. Die Fünf-Tage-Woche sei das Minimum dessen, was gefordert werden müsse. Außerdem müßten wir das 9. Schuljahr fordern. Weiter müßte eine Änderung der Invalidengesetzgebung angestrebt werden. Alle Arbeiter über 60 Jahre sollten zwangsläufig aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet werden und zur Rente Zuschüsse aus der Erwerbslosenversicherung erhalten. Diese Vorschläge sollten die Basis für eine Kundgebung der Gewerkschaften bilden.

Kube: Bei den letzten Verhandlungen mit den Arbeitgebern sei nichts herausgekommen als neue Forderungen von ihrer Seite. Die bisherigen Erfahrungen ermutigen nicht zu neuen Verhandlungen, denn sie meinen es nicht ehrlich. In unserer mißlichen Lage könnten wir zwar nicht viel abwehren, aber wir sollten uns nicht mitverantwortlich machen lassen. Wir sollten scharf protestieren, entweder in der Bundesausschußsitzung oder durch öffentlichen Aufruf.

Reichel: Zu weiteren Verhandlungen spüre wohl niemand mehr Neigung. Er könne aber *Nörpel* nicht zustimmen, daß wir im Falle Meiderich nicht zu den Behörden gehen sollen. Nachdem wir wissen, daß ein Angriff auf Tarifvertrag und Schlichtungsordnung geplant sei, müßten wir unsere Gegengründe geltend machen. (**Nörpel:** Das kann in den Reichstagsverhandlungen der nächsten Tage geschehen[6]) **Reichel** hat nichts dagegen, wenn nur überhaupt etwas geschieht. Er empfiehlt, daß der Bundesvorstand sich mit einer Kundgebung an die Öffentlichkeit wendet.

Janschek teilt die Auffassung *Reichels,* daß man beim Arbeitsminister oder Reichskanzler vorstellig werden sollte. Das täten auch die Arbeitgeber, und dem müßten wir entgegenwirken.

Graßmann: Die letzte Zusammenkunft mit den Unternehmern sei lediglich erfolgt, um die Gründe unserer Nichtunterzeichnung darzulegen. Unsere Unter-

6 Im Rahmen der Etatberatungen wandte sich *Tarnow* am 12. 2. 1931 gegen den Lohnabbau und sprach sich für eine Arbeitszeitverkürzung aus. Tarifverträge und Schlichtungswesen erwähnte er nicht. RT Bd. 444 S. 956 ff.

händler seien keinerlei Verpflichtungen für weitere Zusammenkünfte eingegangen. Wenn man aber erneut an uns herantritt, würden wir es schwer ablehnen können, denn es liege uns ja nicht daran, die Tür endgültig zuzuschlagen. Bei der Zusammenkunft mit den übrigen Gewerkschaftsspitzen in der nächsten Woche würden wir sicher den gleichen Grundton wie bei uns vorfinden, so daß dann dem Minister Bericht erstattet werden kann. Ob wir einen Aufruf erlassen oder beim Reichskanzler vorstellig werden, bitte er heute nicht zu entscheiden. Das müsse sich aus den Verhandlungen in der nächsten Woche ergeben[7]. Dann könnten wir weiter über die Situation sprechen.

Der Vorstand erklärt sich mit diesen Ausführungen einverstanden.

Schluß der Sitzung 14 Uhr.

M. *Irrgang*

7 Am 26. 2. 1931 wurden die Vertreter des ADGB, des Afa-Bundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände auf ihren Wunsch hin vom Reichspräsidenten empfangen, dem sie eine gemeinsame Erklärung überreichten. An der Unterredung nahmen auch *Brüning* und *Stegerwald* teil. Der Reichskanzler sagte zu, „daß die hier angeschnittenen Fragen zwischen der Reichsregierung und den Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten weiter erörtert werden sollten". Aktennotiz *Meissners* vom 26. 2. 1931, BA R 43 I/1138. In der überreichten Erklärung heißt es u. a.: „Mit besonderem Nachdruck erlauben wir uns, die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die Angriffe zu lenken, die gegen die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse, das Schlichtungswesen, einschließlich der Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen, und gegen die Sozialversicherung geführt werden. Die deutsche Arbeitnehmerschaft kann und darf nicht dulden, daß ihr Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und das Anrecht auf gesetzlich gewährleisteten Schutz im Falle unverschuldeter Leistungsunfähigkeit angetastet wird." Anlage zur Aktennotiz *Meissners*. Auszüge in Schulthess 1931 S. 57 f.

198.

5. 2. 1931: Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

Nachlaß Silverberg 365. Vervielfältigtes Exemplar – Tgb.-Nr. 800 II. „An die Herren Mitglieder der Handelspolitischen Kommission, Fachgruppen und landschaftlichen Verbände des Reichsverbandes der Deutschen Industrie." Paraphe Silverbergs.

Betrifft: Agrarzölle

Von landwirtschaftlicher Seite wird die Agitation zur Erreichung neuer Zollerhöhungen und anderer Maßnahmen zur Beschränkung der Einfuhr mit äußerster Heftigkeit fortgeführt[1]. Im Reichstag werden von der Landwirtschaft nahestehenden Abgeordneten maßlose Anträge gestellt.

Gefordert wird: der Deklarierungszwang für Margarine, der Verwendungszwang für Fette, Kasein, Roggen, Spiritus, Zichorie, Wolle und Flachs, die Lösung aller Zollbindungen,

1 Vgl. Nr. 173.

welche der Erhöhung der Zölle für Eier, Kartoffeln, Gemüse, Obst, Wein, Käse, Zwiebeln und Holz entgegenstehen, die Ablehnung des Genfer Handelsabkommens und des polnischen Handelsvertrages, die Einführung eines Südfrüchtemonopols, der Erlaß aller Steuern für die gesamte Landwirtschaft für ein Jahr und in gleichem Atemzuge: finanzielle Hilfsmaßnahmen in größtem Ausmaße[2].

Bei Annahme dieser Anträge würden das gesamte deutsche Handelsvertragssystem zerschlagen und die Produktionsbedingungen der deutschen Wirtschaft erschüttert werden. Die Maßlosigkeit der Forderungen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß Gefahr im Verzuge ist.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie richtet deshalb an alle Industrien die dringlichste Bitte, die Öffentlichkeit über die drohenden Gefahren aufzuklären und unsachlicher Agitation den Appell an die Verantwortung für die deutsche Zukunft entgegenzusetzen.

Die gemeinsame Not erfordert endlich die Erkenntnis, daß eine bessere Zukunft Deutschlands nicht mit unerfüllbaren Forderungen, sondern nur durch pflichtbewußte Selbsthilfe aller in der Wirtschaft Tätigen errungen werden kann.[3]

Mit vorzüglicher Hochachtung
Reichsverband der Deutschen
Industrie
Die Geschäftsführung:
[. . .][4]

---

2 Das Kabinett befaßte sich mit der Frage von Zollerhöhungen am 17., 19., 21. und 23. Februar 1931, BA R 43 I/1448. Gegen die teilweise heftigen Einwände von *Stegerwald* und *Curtius* konnte *Schiele* zwar nicht alle, aber doch einen großen Teil der landwirtschaftlichen Forderungen durchsetzen. Das Gesetz über Zolländerungen vom 28. 3. 1931 enthielt eine umfängliche Ermächtigung. RGBl. 1931 I S. 101. Schon am 30. 4. 1931 wurde der Spielraum der Ermächtigung durch die Verordnung über Zollveränderungen vom 30. 4. 1931 weitgehend ausgenutzt, RGBl. 1931 I S. 139.

3 Unterstützung fand die Industrie bei *Trendelenburg*, der in einem Brief vom 5. 2. 1931 an *Pünder* auf die Gefahren für die deutsche Wirtschaft hinwies, falls den Forderungen der Landwirtschaft nachgegeben würde. BA R 43 I/2546. *Stegerwald* unterstützte *Trendelenburg*. Sie konnten jedoch im Kabinett nicht durchdringen. Auch *Stegerwalds* Rücktrittsdrohung konnte den Erfolg *Schieles* nicht verhindern. Pünder S. 88ff.

4 Unterschriften.

199.

7. 2. 1931: Aktenvermerk von Ministerialrat Vogels über eine Besprechung in der Reichskanzlei über die Reparationsfrage (Inhaltsangabe)

BA R 43 I/310. Überschrift: „Aktennotiz über eine Besprechung in der Reichskanzlei am 7. Februar 1931 nachm. 4½ Uhr." Datiert 14. 2. 1931. Paraphen[1].

Curtius und *Dietrich* erörtern ihre Stellungnahme im Reichstag zur Reparationsfrage[2]. *Brüning* erklärt, die Reichsregierung müsse zur Lösung der Reparationsfrage den „Hebel" sowohl bei den USA als auch bei Frankreich ansetzen. Die Aussprache im Parlament solle „in der Welt Verständnis für die Reparationsfrage" erwecken. Aus außenpolitischen Gründen dürfe sich die Reichsregierung aber unter keinen Umständen auf bestimmte Schritte festlegen lassen; andererseits verlange die innenpolitische Lage, daß nicht der Eindruck entstehe, „als ob die Regierung in absehbarer Zeit auf Reparationslösungsmöglichkeiten verzichte". Man müsse versuchen, „die ganze Reparationsfrage . . . im Schwebezustand" zu halten. *Luther* äußert auf Befragen von *Dietrich* zur Kreditlage, daß sie sich etwas entspannt habe. Der „Schwebezustand" der Reparationsfrage werde diese Entwicklung jedoch nicht fördern. *Luther* empfieht, gegenüber dem Ausland die „wirtschaftsstörenden Wirkungen der Reparationen" hervorzuheben und die Gläubigermächte zu attackieren, „weil sie ihrerseits ihren Verpflichtungen zur Ermöglichung der Reparationen nicht nachkommen."

1 Über den Verlauf der Sitzung berichtet eine Tagebucheintragung vom 7. 2. 1931. Nachlaß Schäffer ED 93.

2 Am 10. 2. 1931, RT Bd. 444 S. 876ff.; Schulthess 1931 S. 40ff.

200.

11. 2. 1931: Aktenvermerk des Ministerialrats Krafft v. Delmensingen über eine Mitteilung der Bayerischen Gesandtschaft in Berlin

GStAM MA 103 291. Abschrift. Unterstreichungen. Überschrift: „Fernsprechmitteilung der Bayerischen Gesandtschaft in Berlin vom 11. Februar mittags 12½ Uhr."

Gesandter Dr. *v. Preger* teilt zu dem Auftrag bezüglich des Ermächtigungsgesetzes folgendes mit:
Eine Erkundigung bei Staatssekretär Dr. *Pünder* hat folgendes ergeben:

Der Gedanke des Ermächtigungsgesetzes ist entstanden, um der Deutschen Volkspartei den Rückzug von ihrem Antrag auf Streichung von 300 Millionen zu erleichtern. Die Deutsche Volkspartei hat dann auch diesen Antrag fallenlassen gegen die Zusicherung, daß, wenn die Einnahmen im Jahre 1931 nicht hinreichen, um die Ausgaben zu decken, der Ausgleich nicht durch eine Steuererhöhung,

sondern durch eine Ausgabensenkung herbeigeführt werden soll[1]. Dabei ist, wie Staatssekretär Dr. *Pünder* sagt, u. a. an Einsparungen bei der Organisation der Reichsfinanzverwaltung und bei der Organisation der Arbeitslosenversicherung gedacht. Bestimmt nicht gedacht habe der Reichskanzler an die Reichsreform, wie sie auf der Länderkonferenz[2] besprochen wurde. Der Reichskanzler habe, um die Länder geschlossen hinter sich zu haben, die Reichsreform bis auf weiteres vertagt und denke keineswegs daran, sie im Wege der Notverordnung zu machen[3]. Staatssekretär *Pünder* weiß nichts davon, daß irgendwo ein Entwurf des Ermächtigungsgesetzes in Vorbereitung sei. Der Gesandte hat hiewegen auch beim Reichsfinanzministerium angefragt, die Antwort steht noch aus. *Pünder* wies auch darauf hin, daß der Entwurf eines Ermächtigungsgesetzes ja dem Reichsrat unterbreitet werden müsse und dieser keinesfalls einem Entwurf zustimmen würde, der die Möglichkeit schaffen würde, daß die Reichsregierung nach ihrem Ermessen den Ländern die Mittel kürzt, die ihnen nach dem Haushalt und dem Finanzausgleichsgesetz zustünden. Die Vereinbarung mit den Ländern über den Abstrich von 100 Millionen Mark[4] im Reichsrat werde von der Reichsregierung aufrechterhalten. Auch eine Änderung von § 35 des Finanzausgleichsgesetzes[5] auf dem Wege des Ermächtigungsgesetzes sei nicht ins Auge gefaßt. Die Reichsregierung habe sich von dem Inhalt des Ermächtigungsgesetzes noch keine nähere Vorstellung gemacht. Es wurde die Bitte ausgesprochen, der Herr Ministerpräsident möchte im Landtag nicht davon sprechen, daß der Gedanke des Ermächtigungsgesetzes aufgegriffen worden sei, um der Deutschen Volkspartei den Rückzug zu erleichtern, und sich begnügen mit der Erklärung, ihm sei nichts davon bekannt, daß das Ermächtigungsgesetz einen Inhalt bekommen werde, durch den die Rechte und die Einnahmen der Länder eine Schmälerung erführen.

Prälat *Leicht,* mit dem der Gesandte gleichfalls gesprochen hat, glaubt empfehlen zu sollen, daß der Herr Ministerpräsident nicht positiv Besorgnissen bezüglich einer Änderung des § 35 des Finanzausgleichsgesetzes Ausdruck geben, sondern sich eher negativ dahin aussprechen sollte, er sei überzeugt, daß die Reichsregierung nicht daran denke, die Einnahmen der Länder auf dem Wege des Ermächtigungsgesetzes zu kürzen.

Dr. *v. Preger* teilte weiter mit, er habe auch die Forderungen Bayerns wegen der Osthilfe beim Reichskanzler angemeldet und die Zusicherung erhalten, daß diese Forderungen in der Kabinettsitzung besprochen würden. Diese Kabinettssitzung soll am Samstag, den 14. dieses Monats, stattfinden[6].

gez. *v. Krafft*

---

1 Reichshaushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1931 vom 30. 3. 1931, § 18, RGBl. 1931 II S. 94. Zu den Verhandlungen mit der DVP Nr. 196; Brüning S. 257.

2 16. bis 18. 1. 1928. Hierzu Schulz, Demokratie S. 564ff.

3 Zu den Absichten des Reichskanzlers Brüning S. 163; Werner Conze, Brüning als Reichskanzler, eine Zwischenbilanz in HZ 214 (1972) S. 331f.; ders., Die Reichsverfassungsreform als Ziel der Politik Brünings, in Der Staat 11 (1972) S. 209ff.; Gerhard Schulz, Erinnerungen an eine mißlungene Restauration. Heinrich Brüning und seine Memoiren, in Der Staat 11 (1972) S. 72ff.

4 Siehe Reichshaushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1931 vom 30. 3. 1931, § 8, RGBl. 1931 II S. 92.

5 RGBl. 1923 I S. 500.

6 Protokolle der Kabinettssitzungen am 14. 2. 1932 in BA R 43 I/1448.

201a.

25. 2. 1931: Kastl an Silverberg

Nachlaß Silverberg 574.

Lieber Herr *Silverberg!*

Im Anschluß an unser Telefongespräch übersende ich Ihnen in der Anlage Abschrift eines mir vertraulich zugegangenen Vermerks über die Wünsche der preußischen Regierung[1]. Die Aufzeichnung gibt die Tatbestände so wieder, wie sie bis jetzt in Erfahrung gebracht werden konnten. Genaue Klarheit über die preußischen Wünsche soll erst in einer Aussprache der preußischen Ressorts untereinander geschaffen werden, um alsdann daraus formulierte Anträge der preußischen Regierung im Reichsrat zu machen. Letzteres muß unter allen Umständen verhindert werden. Ich wäre Ihnen daher sehr dankbar, wenn Sie möglichst schnell mit Herrn *Staudinger* und Herrn *Weismann* sprechen könnten. Ich meinerseits werde das gleiche tun. Vielleicht können wir dann morgen zu Herrn *Höpker-Aschoff* gehen.

Zu den einzelnen Wünschen bemerke ich folgendes:

Eine zu starke Einschränkung des Aufgabenkreises der Bank müssen wir ablehnen.

Wenn gewünscht wird, daß Kredite zur Förderung der landwirtschaftlichen Gütererzeugung und des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse nur an die Preußenkasse und die Rentenbank-Kreditanstalt gegeben werden können, so halte ich das für unbedenklich.

Die Streichung der ganzen Ziffer 1 des Absatzes 2 muß aber abgelehnt werden, ebenso die Bestimmungen über Wechsel- und Devisenankauf. Daß man sich dabei mit der Reichsbank verständigt, ist selbstverständlich.

Über die Wünsche zu Ziffer 2 der Anlage wegen der Ausgabe von Schuldverschreibungen über einen bestimmten Betrag hinaus nur im Ausland, wird man reden können.

Zwei Kommissare sind unbedingt abzulehnen, ebenso das generelle Einspruchsrecht.

Mindestens drei Vorstandsmitglieder zu ernennen, ist lächerlich und muß ebenfalls abgelehnt werden.

Je einen Aufsichtsratsposten für die Rentenbank-Kreditanstalt und die Preußenkasse wird man akzeptieren können.

Abzulehnen ist aber eine Bestimmung, die einen Beschluß über die Verwendung eines etwaigen Reingewinnes, soweit er nicht den Rücklagen zugewiesen wird, an die Genehmigung der Reichsregierung bindet.

Ebenso sind die Wünsche zu den §§ 14 und 21 (Einschaltung des Reichsrats) abzulehnen.

1 Nr. 201b.

Im Reichswirtschaftsrat bin ich Berichterstatter, und ich werde die Vermehrung der Sitze für die Landwirtschaft im Aufsichtsrat über die Zahl von 3 hinaus ablehnen.

Mit herzlichem Gruß
Ihr *Kastl*

201b.

Aktenvermerk über Anträge der Preußischen Staatsregierung

Nachlaß Silverberg 574. Abschrift.

Herr Ministerialdirektor *Wachsmann* hatte Herrn Ministerialrat *Ronde* und mich heute vormittag zu sich in die Oststelle gebeten und teilte uns mit, daß die Preußenkasse und die Rentenbank-Kreditanstalt heute nachmittag in der Sitzung des Preußischen Staatsministeriums die folgenden Änderungsanträge zu den von uns dem Reichsrat vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Abwicklung der Aufbringungsumlage und die Neugestaltung der Bank für Deutsche Industrieobligationen[1] stellen würden:

1. § 7 (Aufgabenkreis der Bank) soll stark eingeschränkt werden:

Im Zusammenhang mit ihrer Mitwirkung an der Entschuldung der deutschen Landwirtschaft soll sie Geschäfte nur im Rahmen eines stark einschränkenden Absatzes 2 vornehmen können.

Kredite zur Förderung der landwirtschaftlichen Gütererzeugung und des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse soll sie nur an die Preußenkasse und Rentenbank-Kreditanstalt geben können.

Die ganze Ziffer 1 des Absatzes 2 soll gestrichen werden, d. h. die Bank soll weder Kredite für sonstige allgemeine Zwecke der Wirtschaft gewähren, noch treuhänderische Aufgaben wahrnehmen, noch Beteiligungen übernehmen können.

Wechsel und Devisen soll die Bank nur im Einvernehmen mit der Reichsbank kaufen und verkaufen.

Die Befugnis, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen zu übernehmen, soll gestrichen werden.

2. § 8 soll einen neuen Absatz 4 erhalten, in dem gesagt wird, daß die Bank Schuldverschreibungen über den im Osthilfegesetz vorgesehenen Betrag von 200 Millionen RM hinaus nur im Ausland aufnehmen dürfe, damit der inländische Markt nicht zu sehr belastet würde.

3. § 9. Es sollen mindestens zwei Kommissare bestellt werden, von denen einer von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates ernannt wird. Die Aufsichtsrechte der Kommissare sollen verstärkt und ihnen ein generelles Einspruchsrecht eingeräumt werden.

1 Vgl. Reichsrat 1931 S. 104ff.

4. Hinter § 10 soll ein § betreffend den Vorstand eingeschaltet werden, in dem gesagt wird, daß der Vorstand aus mindestens drei Mitgliedern bestehen soll. (Dieser Wunsch kann nur den Sinn haben, daß Preußenkasse und Rentenbank-Kreditanstalt ein Vorstandsmitglied in die Bank delegieren wollen).

5. § 11. Die Preußenkasse und Rentenbank-Kreditanstalt sollen je ein Aufsichtsratmitglied ernennen. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder soll auf 25 erhöht werden, damit die 16 von den Spitzenverbänden der Wirtschaft benannten Mitglieder nicht mehr 2/3 Majorität haben.

6. § 12. Über die Verwendung eines etwaigen Reingewinns soll, soweit er nicht den Rücklagen zugewiesen wird, nur mit Genehmigung der Reichsregierung entschieden werden können.

7. Zu § 14. Die Satzung darf nur mit Genehmigung des Reichsrats geändert werden.

Zu § 21. Die Reichsregierung darf Rechtsverordnungen und allgemeine Verwaltungsvorschriften nur mit Genehmigung des Reichsrates erlassen.

Ferner teilte Herr Ministerialdirektor *Wachsmann* mit, daß im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat höchstwahrscheinlich eine Vermehrung der für die Landwirtschaft vorgesehenen Sitze des Aufsichtsrates beantragt werden würde.

201c.

25. 2. 1931: Silverberg an Reichskanzler Brüning

Nachlaß Silverberg 574. Abschrift.

Hochverehrter Herr Reichskanzler!

Heute morgen bei meiner Ankunft in Berlin erhielt ich Kenntnis von Aufzeichnungen über Forderungen der Preußischen Staatsregierung auf Änderung des Gesetzes über die Umgestaltung der Bank für Deutsche Industrieobligationen[1] und erfahre, daß diese Forderungen der Preußischen Staatsregierung sogar schon zu Verhandlungen geführt haben. Die Forderungen der Preußischen Staatsregierung bedeuten eine so wesentliche Einschränkung der geschäftlichen und finanziellen Bewegungsfreiheit der Bank, daß, wenn auch nur ein Teil dieser Wünsche Gesetz würde, die Bank ordnungsgemäß im kaufmännischen Sinne nicht verwaltet werden kann. Eine Bestimmung, Anleihen nur im Auslande aufnehmen zu dürfen, bedeutet, in ein Gesetz aufgenommen, eine so unerhörte Schädigung des deutschen Kredites, daß man sich fragen muß, wie überhaupt die Regierung des größten Bundesstaates derartige Gedankengänge zu Papier bringen kann. Die Forderung, Kredite zur Förderung der landwirtschaftlichen Gütererzeugung und des Absatzes nur an die Preußenkasse und die Rentenbank-Kreditanstalt geben zu müssen, soll die Industrieobligationen-Bank unter die Kontrolle der Rentenbank-Kreditanstalt und der Preußenkasse stellen, wie überhaupt aus den gesamten preußischen Anträgen diese Tendenz hervorgeht.

1 Nr. 201b.

Zugestehen könnte man, daß je ein Vertreter der Preußenkasse und der Rentenbank-Kreditanstalt dem Aufsichtsrat angehören sollen unter Erhöhung der Zahl der Aufsichtsratsmitglieder von 23 auf 25 Mitglieder, sofern Gegenseitigkeit in dem Sinne verbürgt wird, daß ein Mitglied des Vorstandes oder des Aufsichtsrates der Bank für Deutsche Industrieobligationen als Vertreter der Bank für Deutsche Industrieobligationen Mitglied des Aufsichtsrats der Preußenkasse und der Rentenbank-Kreditanstalt werden wird.

Ich bedauere außerordentlich, sehr verehrter Herr Reichskanzler, Ihnen sagen zu müssen, daß eine Mitwirkung von mir und meinen Freunden im Aufsichtsrat der Bank für Deutsche Industrieobligationen ausgeschlossen ist, wenn die Wünsche der Preußischen Staatsregierung in irgendeiner Form gesetzliche Bestimmung werden. Zu einer eingehenden mündlichen Erläuterung meines Standpunktes bin ich selbstverständlich auf Ihren Wunsch jederzeit bereit[2].

Ich bin in ausgezeichneter Hochachtung und mit verbindlichsten Grüßen

Ihr sehr ergebener
gez. *Silverberg*

2 Abschriften dieses Briefes schickte *Silverberg* an *Trendelenburg, Treviranus* und *Weismann.* Das Begleitschreiben an *Weismann* hat folgenden Inhalt: „In der Anlage übersende ich Ihnen Abschrift eines Briefes, den ich heute dem Herrn Reichskanzler in Sachen der Bank für Deutsche Industrieobligationen geschrieben habe. Ich muß doch sagen, daß mir die Schwierigkeiten, welche von der preußischen Seite entstehen, unverständlich sind. Nach der Besprechung mit Herrn Ministerpräsidenten *Braun* und Ihnen dachte ich doch, daß ein vollkommenes Vertrauensverhältnis zwischen uns hergestellt sei. Dem widersprechen aber derartige Anträge. Wäre nicht die Möglichkeit, daß das Staatsministerium die Sache an sich zöge und daß von Ihnen aus die Sache in Bahnen gelenkt würde, welche nach der kommerziellen und auch der persönlichen Seite erträglich sind?" Nachlaß Silverberg 574.

201d.

26. 2. 1931: Staatssekretär Weismann an Silverberg

Nachlaß Silverberg 574.

Sehr verehrter Herr Dr. Silverberg!

Von Ihrem Schreiben vom 25. Februar dieses Jahres[1] und von dem anliegenden Schreiben gleichen Datums an den Herrn Reichskanzler[2] habe ich mit besonderem Interesse Kenntnis genommen. Ich gestatte mir, Ihnen darauf umgehend folgendes zu erwidern:

Eine materielle Stellungnahme der Preußischen Staatsregierung zu dem dem Reichsrat nunmehr vorliegenden Entwurf des Industrieaufbringungsabbaugesetzes ist bisher überhaupt noch nicht erfolgt. In der Reichskabinettssitzung von Anfang Februar[3], in der der Entwurf des Gesetzes vorgelegt wurde, haben sich

1 Nr. 201c, Anm. 2.

2 Nr. 201c.

3 Sitzung des Reichsministeriums am 14. 2. 1931, 10.30 Uhr. BA R 43 I/1448.

vielmehr die Vertreter der Preußischen Staatsregierung im vollen Einvernehmen mit der Reichsregierung nur das Recht vorbehalten, etwaige Abänderungswünsche bei der Beratung des Gesetzes im Reichsrat vorzunehmen[4].

Nach der Drucklegung des Gesetzentwurfes hat sodann das preußische Kabinett in einer Sitzung vom 24. Februar auch nur einen formellen Beschluß gefaßt, nämlich den, daß in einer Ressortbesprechung, welche im Lauf dieser Woche im Staatsministerium stattfindet, die Ressorts über etwaige Abänderungsvorschläge beraten sollen. Ich darf danach also feststellen, daß irgendwelche Abänderungsvorschläge das preußische Kabinett bisher noch nicht beschäftigt haben und daß auch noch nicht einmal Abänderungsvorschläge der Ressorts vorgelegt worden sind. Die Aufzeichnungen, von denen Ihnen Kenntnis gegeben worden ist[5], stellen nicht einmal einen Referentenentwurf dar, sondern lediglich die Niederschrift von Anregungen, die in Sachen des Industrieaufbringungsabbaugesetzes an das Staatsministerium gelangt waren und in einer Ressortbesprechung erst zur Erörterung gestellt werden sollten. Diese Anregungen haben weder mir noch dem Herrn Ministerpräsidenten noch irgendeinem der Herren preußischen Minister vorgelegen. Sie sind auch noch nicht einmal den preußischen Ressorts mitgeteilt worden. Ich darf danach also feststellen, daß weder ein Referentenentwurf noch das Ergebnis einer Ressortbesprechung geschweige eine Stellungnahme des preußischen Kabinetts bisher herbeigeführt worden ist[6].

Gerade unter diesen Umständen bedaure ich es aber außerordentlich, daß Sie, sehr verehrter Herr Dr. *Silverberg,* diese unzulänglichen Informationen trotz unserer Beziehungen zum Anlaß genommen haben, sie zum Gegenstand eines Schreibens an den Herrn Reichskanzler zu machen, das schwere Vorwürfe gegen die Preußische Staatsregierung enthält und geeignet ist, das Vertrauensverhältnis zwischen der Staatsregierung und der Reichsregierung in der bedauerlichsten Weise zu erschüttern. Es wäre mir ein leichtes gewesen, Ihnen ohne jede Schwierigkeit alle wünschenswerten Aufklärungen zu verschaffen, auf die sich Ihr mir an sich ja sehr verständliches Interesse richtet. Ich wäre Ihnen zu Dank verbunden, wenn ich wenigstens in Zukunft die Hoffnung haben dürfte, unsere Beziehungen in der Weise fruchtbar gestaltet zu sehen, daß Sie mir nicht nachträglich oder gleichzeitig von Schritten gegen die Preußische Staatsregierung bei der Reichsregierung Kenntnis geben, die die Preußische Staatsregierung auf das peinlichste berühren müssen, sondern sich vorher meiner Ihnen jederzeit zur Verfügung stehenden Vermittlung bedienen würden.

In ausgezeichneter Hochachtung
mit verbindlichsten Empfehlungen
Ihr sehr ergebener
Weismann

---

4 Bereits in der in Anm. 3 genannten Sitzung hatte der preußische Finanzminister „Bedenken wegen des Geschäftsbereichs der [Industrie-]Bank geltend [gemacht], der eine Konkurrenz mit der Rentenbank-Kreditanstalt und der Preußenkasse zur Folge haben könne".

5 Nr. 201b.

6 Zur Haltung der preußischen Regierung bei der Behandlung im Reichsrat am 9. 3. 1931, Reichsrat 1931 S. 94. Änderungsantrag des Reichsrats in RT Drucks. Bd. 450 Nr. 901. Das Industriebankgesetz trat am 31. 3. 1931 in Kraft: RGBl. 1931 I S. 124. Vgl. Fiederlein S. 172ff.

VI.

Finanzen und Reparationsfrage bis zur Sommerkrise (März bis Juli 1931)

202.

17. 3. 1931: Aktenvermerk des Staatssekretärs Schäffer über eine Besprechung in der Reichsbank (Auszug)

Nachlaß Schäffer ED 93. Durchschlag. Handschriftliche Korrekturen und Unterstreichungen.

[. . .][1]

II. Österreich

Es kam alsdann Herr *Luther* dazu, dem ich – wie es gestern der Herr Reichskanzler angeregt hatte, über das österreichische Projekt[2] Mitteilung machte. Ich las ihm die einzelnen Vorschriften vor und unterrichtete ihn über die Für und Wider, die gestern im Kabinett vorgebracht worden seien[3]. Herr *Luther,* der zeitweise während der Vorlesung etwas skeptisch schien, war schließlich von dem Ganzen recht beeindruckt und deutete an, daß er sich hinter die Angelegenheit stellen würde. Wir vereinbarten, daß ein Vertreter der Reichsbank an der heutigen Staatssekretär-Besprechung sich beteiligen solle. *Luther* erwähnte, daß Währungsfragen unmittelbar durch das Projekt nicht aufgerollt würden. Er hielte weder die Schaffung einer festen Relation der beiden Währungen noch sonstige Verknüpfungen für notwendig; auch im Zollverein hätten verschiedene Währungen nebeneinander gegolten. Da das jedoch nur Äußerungen des ersten Eindrucks seien, wollte er sich die Sache noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Sehr begrüßte Herr *Luther,* daß durch diese Sache einmal das Interesse des deutschen Volkes auch für andere außenpolitische Fragen als die Reparationsfrage geweckt werden würde.

III. Gespräch mit Herrn *Monet*

Herr *Luther* berichtete mir darauf von dem Besuch des Herrn *Monet.* Herr *Monet,* der früher französischer Sekretär des Völkerbundes war und in internationalen Fragen eine große Rolle gespielt hat, auch Vertrauensmann sowohl der Franzosen wie auch der Amerikaner *(Gilbert)* und der Engländer *(Kindersley)* sei, habe ihn aufgesucht und mit ihm eine Reihe von Fragen zu besprechen begonnen. Sie seien nicht ganz fertig geworden, so daß sie die Besprechung am Nachmittag weiterführen müßten. Herr *Monet* habe zunächst darauf hingewiesen, daß der amerikanischen Finanz die Einigung Frankreichs und Italiens außerordentlich wichtig erscheine. Die amerikanische Finanz sei gewohnt, Europa als ein Ganzes zu sehen, und jeder Vertrag, der dazu führe, Europa zu einem Ganzen zu machen, würde

1 Nicht abgedruckt Punkt 1 „Beirat Golddiskontbank".

2 Der deutsch-österreichische Zollunionsplan, dessen Entstehungsgeschichte noch in die Zeit der Regierung *Müller* zurückreicht, wurde von der Reichsregierung am 21. 3. 1931 der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Schulthess 1931 S. 88ff. Vgl. Brüning S. 263ff.; Pünder S. 91ff.; Curtius S. 188ff.; Julius Curtius, Bemühen um Österreich. Das Scheitern des Zollunionsplans von 1931, Heidelberg 1947; Oswald Hauser, Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion von 1931 und die europäische Föderation, in HZ 179 (1955) S. 45ff.; Nikolaus v. Preradovich, Die Wilhelmstraße und der Anschluß Österreichs 1918–1933 (Europäische Hochschulschriften 3), Berlin–Frankfurt 1971 S. 235ff.; Bennett S. 40ff.

3 Ministerbesprechung am 16. 3. 1931, BA R 43 I/1449.

großen Eindruck draußen hervorrufen. Am meisten würde dies bei einer Verständigung von Frankreich und Deutschland der Fall sein. Die amerikanische Finanz werde auch in einigen Monaten, wenn sich die Dinge weiter so entwickelten wie in der letzten Zeit, wohl bestimmt in der Lage sein, wiederum Kredite nach Europa zu verlegen. Herr *Luther* erwähnte in diesem Zusammenhang, daß er auch ein Schreiben gleichen Sinnes von Herrn *Harrison* empfangen habe. Weiter sei Herr *Monet* auf die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit Frankreichs und Deutschlands eingegangen. Er habe dabei angedeutet, daß eine solche Zusammenarbeit auf dem Wege über Finanzierungen am besten stattfinden könne, sei jedoch etwas von dem *Kindersley-Norman*schen Projekt[4] abgerückt und habe mehr eine reine Goldfinanzierung empfohlen, die auch der französischen Eigenart viel mehr liege. Das *Kindersley-Norman*sche Projekt habe Herr *Monet* einigermaßen kühl behandelt und angedeutet, daß bei einem Zusammengehen Deutschlands und Frankreichs diese Frage sich erheblich einfacher als über die BIZ regeln könne. Er habe dabei zugegeben, daß die Franzosen der BIZ keine große Entwicklung wünschten. Sie hätten ursprünglich, als die BIZ geschaffen wurde, einen anderen, der BIZ günstigeren Standpunkt eingenommen. Nachdem sie aber in der Zwischenzeit entdeckt hätten, wie stark sie selbst seien, wünschten sie die Dinge lieber unabhängig von der BIZ auf eigenes Konto zu machen. Herr *Luther* will mir demnächst weiteres über die Unterhaltung mit Herrn *Monet* erzählen.

IV. Etat und Kasse

Herr Präsident *Luther* kam auf die Unterhaltung vom Freitag der vorvergangenen Woche beim Herrn Reichskanzler über die Etatentwicklung für das Jahr 1931 und die Kassenentwicklung während der ersten 3 Monate zurück. Er erwähnte, daß der Herr Reichskanzler eine Fortsetzung der Verhandlung bereits für die vergangene Woche in Aussicht genommen habe.

Ich erwiderte darauf, daß die Verhandlung mit den Parteien im Augenblick die Zeit des Herrn Reichskanzlers voll in Anspruch nehme. Aus diesem Grunde und weil jede Erörterung eines Programms für die volle Etatdeckung jetzt während des Zusammenseins des Reichstags[5] bedenklich sei, hätte ich das Gefühl, daß der Kanzler diese Debatte bis nach dem 28. März verschieben wolle. Wir brauchten für die März- und April-Ultimos, nachdem weitere 25 Millionen durch den bekannten Verkauf von Schatzanweisungen und einen 6 Monats-Kredit der Bau- und Bodenbank beschafft worden seien, noch rund 95 Millionen RM. Dieser Betrag müßte m. E. in jedem Falle bereitgestellt werden.

Herr Präsident *Luther* sagte, es wäre ihm bequemer gewesen, uns bei der Finanzierung des März-Ultimo zu helfen, und wenn wir die im April fälligen Leistungen weiter auf dem April gelassen hätten. Ich erwiderte ihm, daß das

---

4 Vermutlich handelt es sich hierbei um den Plan *Normans*, für Deutschland eine internationale Anleihe zu beschaffen. Vgl. Boyle S. 254.

5 Seit dem 3. 2. 1931 tagte der Reichstag und behandelte den Etat sowie mehrere Gesetzesvorlagen, u. a. das Osthilfegesetz, RT Bd. 444 S. 637 ff. In der zweiten Märzhälfte fanden die entscheidenden Abstimmungen statt. RT Bd. 445 S. 1569 ff. *Brüning* versuchte, in Einzelgesprächen mit den Parteiführern die Annahme der Regierungsvorlagen zu sichern und gleichzeitig eine Vertagung des Parlaments bis zum Herbst 1931 durchzusetzen. Brüning S. 261 ff. Tatsächlich vertagte sich der Reichstag am 26. 3. 1931 auf den 13. 10. 1931, RT Bd. 445 S. 2053.

durchaus möglich sei. Ich hätte mich nur, da ich die Pläne der Reichsbank und den Grad der Sicherheit ihrer Verwirklichung nicht gekannt hätte, auf alle Fälle durch die Verhandlungen mit der Post, der Bahn und der Bau- und Bodenbank vorsehen müssen. Aber ich könnte diese Beträge auch ruhig in ihrer Verwertung bis auf den April lassen, so daß sich ein ungedeckter Betrag im März ergeben würde, für dessen Deckung ich seine Hilfe erbäte.

Herr *Luther* deutete an, daß jetzt, nachdem er die Etatlage kenne, es für ihn schwierig sei, mit den Banken zu reden. Es würde auf seine Ausführungen gegenüber den Banken, wenn er von ihnen einen Gesamtbetrag von über 200 Millionen verlangen würde, doch gefragt werden: Wie steht der Reichsetat 1931? Er müsse dann Auskunft geben können. Wenn er um die Zeit, wo diese Verhandlungen stattfinden, in der Lage sei zu erklären, daß die Reichsregierung eine Anzahl von Maßnahmen wenigstens intern beschlossen habe, die eine Deckung des Haushalts völlig sicherstellen, so würde das die Kreditgewährung erleichtern, ja überhaupt erst ermöglichen. Er fragte, bis wann ich glaubte, daß eine solche Beschlußfassung vorliegen könne. Ich erwiderte, daß meinem Eindruck nach in der zweiten Hälfte des April derartige Beschlüsse zu fassen wären. Man müsse aber darauf Rücksicht nehmen, daß sowohl der Herr Reichskanzler wie der Herr Reichsfinanzminister eine gewisse Zeit Erholung nach den Parlamentserörterungen brauchten. Das unterstrich Herr *Luther* auch als seine Meinung. Wenn alsdann vielleicht am 10. oder 14. die Verhandlungen wieder aufgenommen würden, so würde eine Einigung über das neue Programm doch nach den bisherigen Erfahrungen etwa 14 Tage Zeit beanspruchen, da es sich naturgemäß um sehr einschneidende Abstriche handeln würde. Ich rief dabei Herrn Präsidenten *Luther* die schrecklichen Nachtsitzungen von September und November in Erinnerung, bei denen die Qualität der Arbeit auch unter dem zeitlichen Druck gelitten hätte und bei denen gerade durch Ausnutzung dieses zeitlichen Druckes es Preußen gelungen sei, dem Reich wesentliche Deckungsmittel abzujagen. Weiter unterstrich ich, daß es unmöglich sei, am 14. April noch nicht zu wissen, wie man den April-Ultimo decken könne. Als ich mein Amt übernahm, hätten mir die Banken ausdrücklich erklärt, daß der Punkt, wegen dessen sie sich mit Herrn *Popitz* veruneinigt hätten, darin bestanden habe, daß man sie 8 oder 14 Tage vor den Fälligkeiten vor Geldbeschaffungsaufgaben gestellt hätte. Wenn man sie längere Zeit vorher vor solche Aufgaben stelle, sehe die Sache für sie ganz anders aus. Ich bäte ihn daher auf alle Fälle, dafür besorgt zu sein, daß März- und April-Ultimo ohne Rücksicht auf das spätere Deckungsprogramm der Regierung sichergestellt würden. Die weiteren beiden Monate des ersten Vierteljahres, für die wir ja auch noch einen Kassenbedarf hätten, könnten dann besprochen werden, wenn ein solches Programm vorläge oder verwirklicht sei. Ich unterstrich dabei auch besonders, daß, weil ein solches Programm möglicherweise auch mit einem außenpolitischen Schritt verbunden sein werde, man keinen Kassendruck dahinter setzen könne[6]. Ein solcher außenpolitischer

6 In einer Besprechung über die Kassenlage am 6. 3. 1931 hatte *Dietrich* das Gesamtdefizit des Haushaltsjahres 1930/31 auf über 1 Milliarde RM beziffert. Für den Haushaltsplan 1931/32 sei mit einem weiteren ungedeckten Fehlbetrag von 420 Millionen RM zu rechnen; die Regierung könne daher in den Monaten April bis Juni ohne die Hilfe der Reichsbank nicht auskommen. *Luther* hielt

Schritt sei etwas so Schwerwiegendes, daß man dabei nicht an Tage gebunden sein dürfe. Das gab Präsident *Luther* zu, der überhaupt die Wirksamkeit des außenpolitischen Schrittes im gegenwärtigen Zeitraum offenbar skeptisch betrachtete, und zwar sowohl nach der Seite der reparationspolitischen Auswirkungen wie nach der Seite der Einwirkung auf die weitere Geldmarkt- und Kassenentwicklung.

Herr Präsident *Luther* nahm alsdann den von mir ihm vorgelegten Kassenplan für das Haushaltsjahr 1931 entgegen und versprach, die Sache im Reichsbankdirektorium zu bereden. Wir verabredeten eine weitere Zusammenkunft auf Freitag, den 20. 3., um 11 Uhr[7].

Wir sprachen dann über die Etatdeckung für das Jahr 1931 zum Ausgleich der Mindereinnahmen. Ich sagte Herrn Präsidenten *Luther* etwa meine Gedanken, wobei er die Frage des Fortfalls der Erstattung der Lohnsteuer aufgriff. Er hatte gerade gegen diesen Punkt erhebliche Bedenken, nicht weil er die Maßnahme selbst mißbilligte, sondern weil er fürchtete, daß durch sie, und zwar, wie er sagte, unvermeidlich, die Frage der Nichterstattung zu viel gezahlter Einkommen- und Körperschaftssteuer angeregt werden würde. Eine derartige Bestimmung aber würde nach seiner Auffassung auf der einen Seite die Kapitalflucht sehr verstärken, auf der anderen Seite als so ungerecht empfunden werden, daß die Deklarationen wiederum sehr vorsichtig und in viel größerem Prozentsatz unrichtig abgegeben würden als zur Zeit.

Im ganzen sah Herr *Luther* die Dinge ähnlich wie ich, daß es unbedingt notwendig sei, jetzt noch einmal durch die Schwierigkeiten hindurchzukommen. Ich betonte dann, daß ich für die Zeit eines Wiederansteigens der Konjunktur vom ersten Augenblick Wert darauf legen müßte, daß ein Reservefonds zustande käme, und zwar dürfte dieser nicht zu knapp bemessen sein. Er müßte einmal einen Betriebsmittelfonds darstellen und zweitens die Möglichkeit geben, die 400 Millionen bei der Reichsbank diskontierter Reichsschatzwechsel im normalen Betrieb nicht in Anspruch zu nehmen. Diese müßten wirklich als eine Reserve zur Verfügung stehen. Ich hätte mir einmal für mich ausgerechnet, wie unsere Situation wäre, wenn wir in diese Krise mit einem solchen Fonds hineingegangen wären. Das Ergebnis sei, daß wir auch in diesem Falle über Kassenschwierigkeiten noch nicht hinweggekommen wären, weil die Konjunkturempfindlichkeit unserer Einnahmen so groß sei, daß selbst diese Reserve schon im Jahre 1930 verschlungen worden wäre. Wir hätten aber dann mehr Zeit gehabt, uns auf eine längere Dauer und auf eine tiefergehende Krise vorzubereiten. Herr *Luther* unterstrich seinerseits, wie wichtig es sei, die Konjunkturempfindlichkeit des Haushalts sowohl auf der Einnahme- wie auf der Ausgabeseite einzuschränken. Wir behielten die Vertiefung dieses Gesprächs einem künftigen Zusammensein vor.

---

dagegen eine Hilfsaktion der Reichsbank zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht für möglich. Nach *Brünings* Meinung könne man das Volk nur dann noch stärker belasten, wenn die Regierung gleichzeitig die Reparationsfrage in Angriff nehme. BA R 43 I/2368. Vgl. Pünder S. 92 f.

7 In der Vorlage folgt „gez. *Schäffer*". Die Aufzeichnung wird dann fortgesetzt; es ist jedoch nicht zu erkennen, ob sich die Fortsetzung auf eine weitere Unterredung am 17. 3. 1931 oder auf eine andere Besprechung bezieht. Eine weitere Unterredung über die Haushalts- und Kassenlage in größerem Kreise fand am 25. 3. 1931 in der Reichsbank statt. Nr. 203.

V. Russenkredite

Schließlich kam Herr *Luther* auf seine Stellung in der Russenfrage zu sprechen. Er hätte das Bedenken, daß man bei 70% Garantie unter Einbeschließung der Garantie während der Fabrikationszeit die Geschäfte zu sehr ihres privatwirtschaftlichen Charakters entkleide. Er betonte dabei, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie die Erhöhung der Garantiesumme von 60 auf 70% nicht veranlaßt habe. Ich erwiderte, daß vielleicht nicht vom Reichsverband, tatsächlich aber unter Billigung des Reichsverbandes von zahlreichen Industriellen und Großen der Industrie selbst diese Erhöhung verlangt worden sei. Sie sei wohl auch nötig, um eine Finanzierung zu erreichen, weil der Eigenkredit gerade der kleineren Unternehmungen, z. B. in Sachsen, die aber für die Russengeschäfte eine große Rolle spielten, für eine Finanzierung nicht ausreiche. Schließlich sei die Lage der Unternehmungen so, daß 60% Risikoabnahme im Jahre 1925 ihnen nicht weniger geboten hätten, als 70% Risikoabnahme ihnen heute böten. Darauf müsse auch Rücksicht genommen werden. Herr *Luther* versprach, sich die Frage noch einmal zu überlegen, und wird wohl am Freitag darauf zurückkommen.

203.

25. 3. 1931: Aktenvermerk des Staatssekretärs Schäffer über eine Besprechung in der Reichsbank (Auszug)

BA R 43 I/2368. Durchschlag. Handschriftliche Bemerkungen, Ergänzungen und Unterstreichungen.

Anwesend von der Reichsbank: Reichsbankpräsident *Luther,* Reichsbankvizepräsident *Dreyse,* Geheimrat *Fuchs,* Geheimrat *Vocke;* vom Reichsfinanzministerium: Staatssekretär *Schäffer,* Ministerialdirektor *v. Krosigk,* Ministerialrat *Weiß,* Ministerialrat *Bayrhoffer.*

I. An Hand des für das ganze Jahr 1931 aufgestellten Kassenplans legte ich zunächst die Bedürfnisse der nächsten beiden Monate dar. Durch eine Reihe günstigerer Momente ist es gelungen, den Gesamtbedarf für den Ultimo März und den Ultimo April auf 34 Millionen RM herabzudrücken[1].

Herr *Luther* war über diese Verminderung von 106 auf 34 Millionen zunächst etwas erstaunt.

Ich legte ihm dar, daß

1. 20 Millionen Schatzanweisungen verkauft seien,

2. 5 Millionen Kredit von der Bau- und Bodenbank für drei Monate gewährt worden seien,

3. 20 Millionen von der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten zurückgezahlt worden seien, mit deren pünktlichem Eingang ursprünglich nicht gerechnet worden sei,

1 Vgl. die Zahlen, die *Schäffer Luther* am 17. 3. 1931 genannt hatte. Nr. 202.

4. die Pessimalschätzungen, mit deren Überschreitungen man nach dem Februar-Ergebnis hätte rechnen müssen, durch den Steuereingang nicht voll erreicht worden seien.

Im ganzen hätte sich die Lage um etwa 70 Millionen RM gebessert.

Unter diesen Umständen empfahl Herr *Luther,* nachdem sich Herr *Fuchs* in dem gleichen Sinne geäußert hatte, unmittelbare Maßnahmen zur Deckung dieses Fehlbetrages nicht zu ergreifen. Es würde voraussichtlich bei der Entspannung nach dem Ultimo gelingen, noch Schatzanweisungen unterzubringen.

Ich erklärte mich mit dieser Lösung einverstanden, nachdem ich vorher durch eine ausdrückliche Anfrage bei der Reichsbankleitung und durch ein Telefongespräch mit einer dritten Stelle mir die absolute Sicherheit darüber verschafft hatte, daß, falls die Unterbringung der Schatzanweisungen nicht gelänge, für den äußersten Notfall auch noch ein anderer Deckungsweg zur Verfügung stehen würde. März und April können somit als gedeckt angesehen werden, freilich darf keine irgendwie geartete Erhöhung der Ausgaben eintreten.

Wir besprachen alsdann die weitere kassenmäßige Entwicklung des Haushaltsjahres.

Herr *Luther* sagte mir, daß, sobald wir die etatmäßige Deckung des Haushalts durch Ausgabenabstriche und durch entsprechende Änderung gesetzlicher Vorschriften bewirkt hätten, er die Banken zusammenrufen würde und mit ihnen den für das erste Vierteljahr weiter notwendigen Kredit von rund 250 Millionen besprechen werde. Diese Summe müßte genügen, weil sich die Ersparnismaßnahmen in dem ersten Vierteljahr in Höhe von 40–50 Millionen auswirken werden. Freilich setzt es voraus, daß das April-Defizit mit Schatzanweisungen gedeckt werden könne und daß man zur Beschaffung der 34 Millionen nicht den Notweg beschreiten müsse. Die Maßnahmen zur Etatdeckung müssen Ende April oder in den ersten Maitagen beschlossen sein, damit die Bankiers den in der gegenwärtigen Zeit zur Beschaffung der Gelder für Ultimo Mai erforderlichen Spielraum haben. – Im zweiten Haushaltsvierteljahr wird alsdann noch einmal eine Summe von rund 100 Millionen für die Kasse gebraucht werden unter der Voraussetzung, daß durch die Ausgabenkürzung usw. ein Betrag von 60 Millionen für dieses Vierteljahr erspart werden könne. – Das dritte Vierteljahr wird sich unter Zugrundelegung der gleichen Ersparnisse einigermaßen halten. – Das vierte Vierteljahr muß dann die Überschüsse zur Abdeckung der in den früheren Vierteljahren aufgenommenen kurzfristigen Kredite geben. Der große Bedarf des zweiten Vierteljahres erklärt sich daraus, daß in diesem Vierteljahr über 200 Millionen einjährige Schatzanweisungen fällig sind; nach dem 15. September treten Fälligkeiten von Schatzanweisungen nur noch in geringem Umfang ein. Diese ganze Kassenentwicklung beruht auf der Annahme, daß es immer gelingen wird, die diskontierbaren Reichsschatzwechsel unterzubringen, daß also stoßweise Geldabzüge des Auslandes oder des Inlandes bei den Banken nicht stattfinden.

[. . .][2]

gez. *Schäffer*

2 Unter Punkt II Beschluß, 12 Millionen RM, die Bayern zum März-Ultimo fehlten, durch die Diskontierung von Handelswechseln über die Bayerische Staatsbank zu beschaffen. Unter Punkt III wurden Möglichkeiten diskutiert, den Markt für Kommunalobligationen zu beleben.

204.

2. 4. 1931: Denkschrift des Ministerialrates Berger über die Reparationspolitik

Nachlaß Dietrich 214. Handschriftliche Korrekturen und Kopfvermerk: „Ministerialrat Berger". Überschrift: „Zur Reparationspolitik".

Vorbemerkung.

Bei der Entscheidung über eine reparationspolitische Aktion[1] sind vor allem zwei Fragen vorweg zu klären:

1. Einordnung in andere (politische) Probleme: Abrüstung, Ostgrenzen.

Es liegt nahe, streng nach der Reihenfolge Reparation, Abrüstung, Ostfragen vorzugehen. Die Nähe der Abrüstungskonferenz (1932) macht eine gleichzeitige Erörterung der Reparations- und Abrüstungsfrage wahrscheinlich, jedenfalls dann, wenn in der ersteren Frage nicht nur eine vorübergehende Entlastung angestrebt wird. Trotzdem ist eine strenge Scheidung der beiden Fragen notwendig. Darauf, daß die Reparationsfrage (ebenso wie die Abrüstungsfrage) mit einem Schlage zu einer vernünftigen Endlösung gelangt, kann nicht gerechnet werden. Um so mehr gilt es, den Weg für eine nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu findende Endlösung freizuhalten. Die Verquickung der Frage (auch nur mittelbar) mit politischen Problemen, d. h. zur Zeit mit der Abrüstung, würde voraussichtlich die nächste Reparationsregelung materiell zu unserem Nachteil verschlechtern und ein gefährliches Präjudiz für alle Zukunft bedeuten.

2. Vorübergehende oder Dauerentlastung?

Die Aussichten einer erträglichen Dauerentlastung hängen davon ab, ob die innere Front zusammenhält und ob die Voraussetzungen im Ausland gegeben sind. Für Amerika, das den Schlüssel in der Hand hält, kann eine Umstellung der bisher schroff ablehnenden Politiker nicht vor dem Antritt des neuen Präsidenten im Jahre 1933 erwartet werden. Das schließt nicht aus, die Reparationsverhandlungen schon eher zu beginnen, wenn die Möglichkeit besteht, letzte Entscheidungen Amerikas zu nutzen.

Bei jeder auf vorübergehende Entlastung gerichteten Aktion ist zu bedenken, daß die damit unvermeidlich verbundene internationale Erörterung des Gesamtproblems leicht einer späteren, auf weitere Ziele abgesteckten Erörterung den Weg verbaut.

A. Zwecks Milderung der Reparationslasten sind drei Aktionen denkbar:

Die Inanspruchnahme der Schutzklausel des Young-Plans durch einseitige Erklärung Deutschlands.

Die Aufrollung des Gesamtproblems durch Forderung von Regierungsverhandlungen.

---

1 Zur vorausgegangenen Diskussion über die Reparationsfrage Nr. 159, 164, 167, 174, 178, 185, 187 und 199.

Zwischenaktionen (Auslandsanleihen, Erweiterung von Arbeitsmöglichkeiten durch erhöhte Sachlieferungen oder Ausweitung der normalen Absatzgebiete).

1. Die Schutzklauseln des Young-Plans.

Allgemeines.

1. Die Anwendung der Schutzklausel läuft in beiden Fällen (118 und 119 des Plans) auf das gleiche formelle Verfahren, die Begutachtung der deutschen Lage durch den Beratenden Sonderausschuß, einberufen durch die Notenbankleiter, hinaus.

2. Aufschub. Der Young-Plan sieht als Voraussetzung des Aufschubs nur eine kurze Valutadepression vor (118).

Er will durch die Aufschubregelung und durch unparteiische Untersuchung allen anormalen und besonderen Schwierigkeiten von vornherein begegnet haben (30).

Der Gedanke der Aufbringungskrise infolge einer weitreichenden Depression wird überhaupt nicht in Rechnung gestellt.

Einerseits ist das Maß der gegenwärtigen Krise 1929 nicht für möglich gehalten worden.

Andererseits erschien die Aufbringung als res judicata.

Die Lösung der Transferkrise soll nach Sinn und Struktur des Young-Plans erfolgen:

a) durch Mittel der Währungspolitik (Diskontschraube; u. U. Kreditrestriktionen),

b) durch innere Sanierung und Ausgabensenkung. (Der Gedanke der Vermehrung der Steuereinnahmen liegt fern [113].) Erst wenn die genannten Mittel versagen, tritt das Aufbringungsmoratorium als äußerstes Hilfsmittel hinzu (150 A.).

3. Begründung des Transferaufschubs.

a) 118 des Young-Plans sieht nur die Gefährdung der Valuta vor.

Tatsächlich sind Wirtschaft und Währung nicht von einander zu trennen. Die Stabilität der Wirtschaft beruht ihrerseits auf der des Haushalts (Dawes-Plan).

b) Gefahr kann auf die Währung im üblichen Sinne nicht abgestellt werden (Flucht aus der Währung).

Der Begriff Währung ist nicht auf das Zahlungsmittel, sondern auf ein adäquates Volumen an Zahlungsmitteln abzustellen, d. h. das normale Funktionieren des gesamten deutschen Zahlungsmittelmechanismus wäre als bedroht zu betrachten.

Aus der Gefährdung von Haushalt und Wirtschaft wäre weiterhin eine mittelbare Gefahr für die Währung zu konstruieren. (Vorübergehende Überschreitung der Goldpunkte oder fortgesetzte Devisenabzüge ließen sich durch Gegenmittel [z. B. Devisenhilfe der BIZ] korrigieren.)

Das Unvermögen der Aufbringung für einen längeren Zeitraum stellt die schwerere Gefahr dar. Dabei können die Devisenkurse zunächst relativ stabil bleiben.

4. Revisionsklausel.

Diesem Gedanken trägt 119 des Young-Plans (Revisionsklausel) Rechnung (Währung und Wirtschaftsleben sind ernstlich gefährdet). Die verschiedene Ausdrucksweise der beiden Bestimmungen (118 Gefährdung der Valuta, 119 Gefährdung von Währung und Wirtschaft) kann nicht zugunsten einer engen Auslegung des

Währungsbegriffs herangezogen werden; dies kommt deutlich in Artikel VIII des Haager Abkommens zur Geltung. Wohl aber besteht der grundlegende Unterschied der beiden Bestimmungen darin, daß sich 118 ausgesprochen auf kurze Depressionsnotstände bezieht, während 119 („auch wenn sonst") darüber hinausgeht.

Logische Folge der Anwendung von 119 wäre die Gewährung weiterer Entlastungen, als der nach 118 gewährte Aufschub vorsieht (deutscher Revisionsstandpunkt).

5. Rückwirkung auf innere Politik.

Aus diesen Betrachtungen ergibt sich folgendes:

a) Die Gefährdung von Wirtschaft und Haushalt (Aufbringung) muß real sein. Da sie zur Begründung der Währungsgefährdung notwendig ist, bedarf es des Beweises hierfür. Folge: Internationale Diskussion über die interne Haushalts- und Wirtschaftsgebarung.

b) Zur Abwendung der hierin liegenden Gefahren ist das äußerste Maß von Sparsamkeit aus eigener Initiative anzuwenden.

c) Ergreifung des Schrittes ohne durchgreifende Sanierung würde die Ausgabengebarung nach innen festlegen und spätere Reformziele gefährden.

d) Andererseits müßte die Begründung des Schrittes mit großem Nachdruck betonen, daß die erfolgte Sanierung das Äußerste darstellt, was hinsichtlich der Anspannung der Steuern und der Senkung von Ausgaben zur Zeit erreichbar war.

6) Beweislast.

Um dem Schritte Erfolg zu sichern, bedürfte es eingehender Begründung seiner Voraussetzungen. Dies wird im Falle des Aufschubs besonders erforderlich im Hinblick auf die in Artikel VIII des Haager Abkommens abgegebene Erklärung, den Aufschub nach Möglichkeit zu vermeiden.

Trotzdem wird eine Beweislast rechtlich nie übernommen werden dürfen. Der Young-Plan sieht sie nicht vor. Sie würde die Ablehnung des deutschen Standpunkts außerordentlich erleichtern. Vor allem ist aber Deutschland nicht nur hinsichtlich der Initiative bei Ergreifung des Schrittes, sondern auch hinsichtlich der Annahme der Empfehlungen des Beratenden Sonderausschusses völlig frei. Diese Freiheit gilt es zu erhalten.

Die Ablehnung der Empfehlungen setzt allerdings Überzeugung von der Stichhaltigkeit des deutschen Standpunktes und die Fähigkeit voraus, finanziell eine Weile durchzuhalten.

7. Umfang der Begründung.

Die Begründung der deutschen Erklärung muß Gefährdung der Währung und Wirtschaft (einschließlich des Haushalts) dartun. Damit wird ohne weiteres die gesamte reparationspolitische Lage Deutschlands zur Diskussion gestellt.

Dieser Umstand spricht zunächst gegen die Erklärung eines Aufschubs zum Zwecke einer vorübergehenden Entlastung, da das Verhandlungsergebnis in der Gesamtfrage selbst leicht deutsche Forderungen in Zukunft präjudizieren kann.

Besonderes (bei sofortiger Inanspruchnahme der Schutzklauseln).

1. Wahl der Klausel.

Die Entscheidung darüber, ob ein Aufschub zu erklären ist oder von der Revisionsklausel Gebrauch gemacht werden soll, ist zuerst Frage des deutschen Interesses.

a) Sofortentlastung.

Zunächst entscheidet hierbei die Möglichkeit sofortiger Entlastung. Sie ist unter den heutigen Umständen bei Anwendung der Revisionsklausel nicht gegeben. Sämtliche Gläubigerregierungen sind zur Zeit einer Aufrollung der Reparationsfrage abgeneigt[2]. Die Hemmungen liegen hauptsächlich auf finanzpolitischem Gebiete, da die Etats der Gläubigerländer durchweg beträchtliche Defizits aufweisen.

b) Aufschub-Entlastung.

Eine Entlastung ist daher zur Zeit nur durch den Aufschub erreichbar. Sie beschränkt sich im ersten Jahre – nach 90tägiger Ankündigung – auf eine Erleichterung der Devisenbilanz um etwa 1,1 Milliarden. Im zweiten Jahre umfaßt sie auch die haushaltsmäßige Aufbringung in Höhe des gleichen Betrages; hierbei ist zu bemerken, daß der gegenüber den Vereinigten Staaten zu erklärende Aufschub mit berücksichtigt ist, aber nicht nur den Transfer, sondern auch die Aufbringung mitumfaßt. Bei ungünstiger Auslegung des Plans beträgt die haushaltsmäßige Entlastung nur die Hälfte. (Zu berücksichtigen ist demgegenüber, daß der Beratende Sonderausschuß den Prozentsatz der haushaltsmäßigen Entlastung erhöhen kann.)

Die Gewißheit einer Entlastung des kommenden Haushaltsjahres enthält mittelbare Vorteile für die Haushaltslage des gegenwärtigen Jahres.

c) Mehrbelastung künftiger Jahre.

Die Verpflichtung zur sofortigen Nachzahlung der aufgeschobenen Beträge ist rechtlich in [einem für] Deutschland ungünstigen Sinne festgelegt. Deutsche Erklärungen im Haag haben daran nichts ändern können. Bei einer sofortigen Aufschuberklärung würde demnach die Verpflichtung bestehen, vom Herbst 1933 ab eine Annuität von etwa 3 Milliarden aufzubringen (eine weitere Milliarde bereits aufgebrachter, aber u. U. noch nicht umgewandelter RM-Beträge wäre im gleichen Jahre zusätzlich zu übertragen).

d) Rolle der Sachlieferungen.

Bei dieser Rechnung sind die Sachlieferungen während des Aufschubs so behandelt, als unterlägen sie in voller Höhe dem Aufschub. Dies wird nicht ganz zutreffen.

Unzweifelhaft ist nach deutscher Auffassung, daß der Transferschutz auch die Sachlieferungen umfaßt. Der Young-Plan sieht nur eine geschützte Annuität, d. h. 612 Millionen RM vor. Zu unterscheiden sind:

Abschluß neuer Verträge:

Er steht im freien Belieben Deutschlands.

Sistierung bereits abgeschlossener, aber nicht durchgeführter Verträge:

2 Vgl. Nr. 174 und 187.

Sie entspricht dem Grundsatz des Transferschutzes, der darin besteht, die deutsche Zahlungs- (und Handels-) Bilanz zeitweilig gegen gegenwertslose Übertragungen deutscher Werte über die Grenze zu schützen. Hinzu kommt hierbei, daß die Sachlieferungen in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung überwiegend eine Schmälerung der normalen Handelsausfuhr darstellen, also die gleiche Wirkung wie ein Bartransfer haben.

Sistierung von Lieferungen auf bereits in Durchführung begriffene Verträge:

Auch sie ist grundsätzlich zulässig, ein Standpunkt, der in der Praxis von dem Transferkomitee ständig angenommen wurde. In diesem Falle können sich besondere Schädigungen der deutschen Lieferanten ergeben, wenn es sich nicht um Verträge handelt, die, wie z. B. Hafenarbeiten, in beliebige Lieferungsabschnitte zerlegt werden können.

Bezahlung bereits durchgeführter Verträge:

Die deutschen Lieferanten müssen auch dann Bezahlung erhalten, wenn die fälligen Beträge schon in die Zeit des Aufschubs fallen, da nicht die Bezahlung, sondern die Lieferung den Transferakt darstellt.

Der Anteil der in der Durchführung begriffenen, nicht sofort durch Verbot des Neuabschlusses von Verträgen erfaßter Lieferungen an den monatlichen Sachleistungsbeträgen steht nicht genau fest. Immerhin kann zur Zeit geschätzt werden, daß für den Fall, daß diese Lieferungen nicht sofort unterbunden werden, etwa 3 Monate nach Inkrafttreten des Aufschubs nicht mehr als 1/3 der Sachlieferungsmensualität für die Bezahlung dieser Lieferungen benötigt würde.

Bei der Entscheidung der Frage, ob Sachlieferungen während eines Aufschubs zu unterbinden sind oder nicht, spielt außerdem der Umstand eine wichtige Rolle, daß nach dem Haager Abkommen die Hälfte des Gegenwerts der Sachlieferungen als Recovery Act-Devisen pari passu zu übertragen sind[3].

e) Währungs- und kreditpolitische Wirkungen allgemeiner Natur.

Die Entlastung der Devisenbilanz äußert sich in der Senkung der Zinssätze, dem Nachlassen des Bedarfs an kurzfristigem Auslandskapital mit den damit verbundenen Folgen der Belebung des Geld- und Kapitalmarktes und der Wirtschaft.

f) Einfluß auf den deutschen Kredit (Manöver, Kapitalflucht).

Nach den bisherigen Erfahrungen ist mit politischen Manövern gegen den deutschen Kredit bei einer Aufschuberklärung zu rechnen. Das Ausmaß der zu erwartenden Kreditabzüge des Auslands läßt sich naturgemäß nicht abschätzen. Ebenso wenig kann gesagt werden, welchen Umfang die deutsche Kapitalflucht einnehmen würde.

Veranschlagt man die aus Kapitalabzügen herrührenden Gefahren schwerer als alle Vorteile, die ein Aufschub je für Deutschland bringen kann, so bedeutet dies, daß man für alle Zeiten auf dieses vom Young-Plan als sehr wertvoll anerkannte Hilfsmittel (30) verzichten muß.

Auf der anderen Seite ist zu erwarten, daß die schleichende Kapitalabzugskrise, in

3 Vgl. Heilfron/Nassen S. 303 ff.

der wir mit Rücksicht auf die ungeklärte reparationspolitische Lage leben, sich erheblich verstärken wird, wenn Verhandlungen über die Anrufung des Beratenden Sonderausschusses oder gar die Erklärung eines Aufschubs eingeleitet würden. Die zu erwartenden Schäden würden voraussichtlich geringer sein, wenn die Kapitalisten der Welt mit einer durch die einseitige Aufschuberklärung Deutschlands gegebenen festen Tatsache zu rechnen hätten.

Das Interesse namentlich der angelsächsischen Kapitalwelt an der Erhaltung eines zahlungsfähigen deutschen Schuldners wird stets ein wesentlicher Faktor in der Ausgleichung auftretender Gegensätze sein.

Vor allem darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß die Gegenaktionen der BIZ zum Schutze der deutschen Währung und des deutschen Kredits sofort einzusetzen hätten und einen moralischen Faktor erster Ordnung für die Aufrechterhaltung der kredit- und währungspolitischen Lage darstellen würden.

Die selbstverständliche Voraussetzung einer solchen Entwicklung ist allerdings, daß die Lage Deutschlands den Schritt objektiv rechtfertigt und daß dieser Schritt nicht das Ergebnis innerpolitischer Erwägungen ist.

2. Taktisches Vorgehen.

Aus taktischen Gründen kann die Verbindung beider Wege aus 118 und 119 angezeigt erscheinen. Denkbar wäre z. B. die Anrufung des Beratenden Sonderausschusses ohne Aufschuberklärung unter gleichzeitiger Stellung engbegrenzter Anträge mit nachfolgender Aufschuberklärung und weitergehenden Anträgen (z. B. Erhöhung des aufbringungsgeschützten Teils usw.) Der Vorteil eines solchen Vorgehens liegt in der Ausnutzung des Fortschritts, den die öffentliche Meinung der Welt gegenüber dem deutschen Vorgehen bezeugen könnte.

3. Strittige Einzelprobleme.

a) Berufung auf die Goldwertsteigerung.

Ihre Zulässigkeit wird (z. B. englischerseits) bestritten, weil sowohl Wohlstandsindex wie Goldklausel des Dawes-Plans im Young-Plan unterdrückt worden sind[4]. Beim Vorbringen dieser Frage wäre davon abzusehen, Anträge auf genau prozentual berechnete Ermäßigungen zu stellen, weil dies den alten Zusammenhang mit der Frage des Wohlstandsindexes wieder herstellen oder künftige Ermäßigungsverhandlungen in der Reparationsfrage illusorisch machen könnte. Die Goldwertsteigerung ist vielmehr nur als einer der wesentlichen Faktoren für die Geltendmachtung der clausula rebus sic stantibus gegenüber dem Young-Abkommen anzusehen.

b) Einfluß der Weltwirtschaftskrise. Außenhandelsbilanz.

Haupteinwand der Gegenseite gegenüber einer Änderung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands ist die Berufung auf die alle gemeinsam bedrückende Weltwirtschaftskrise und die Unmöglichkeit, innerhalb der kurzen abgelaufenen Frist angesichts der dadurch geschaffenen Lage zusätzliche Absatzgebiete für die deutsche Ausfuhr zu schaffen, wie sie der Young-Plan im Auge hat. So weisen die Engländer vor allem darauf hin, daß der deutsche Außenhandel im Verhältnis zu dem vieler Gläubigerländer erheblich weniger zurückgegangen ist und daß die

4 A. a. O. S. 55.

deutsche Handelsbilanz durch die verbilligten Rohstoffbezüge Vorteile erzielt habe.

Bei der Erörterung dieses Themas muß deutscherseits notgedrungen die Problematik des ganzen Young-Plans aufgeworfen werden, da eine Anerkennung dieser Einwendungen die Reparationsfrage auf Jahre hinaus vertagen könnte.

c) Zulänglichkeit innerdeutscher Maßnahmen.

Die Befassung des Ausschusses mit den innerdeutschen Maßnahmen ist im Young-Plan vorgesehen. Wie oben angedeutet, sind bei der Erörterung die Fragen der Beweislast und des Höchstmaßes der vertretbaren Anstrengungen besonders zu beachten.

d) Zuständigkeitsfragen.

Nach englischer Mitteilung wird die Gegenseite sofort den Kompetenzkonflikt erheben, falls Deutschland vor dem Ausschuß Anträge stellt, die der Young-Plan selbst nicht vorsieht. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten ist u. U. mit der Anrufung des Auslegungsschiedsgerichts des Young-Plans zu rechnen, dessen Entscheidung in diesem Punkte ungewiß ist. (Dieser Gesichtspunkt spricht gegen die sofortige Inanspruchnahme der Revisionsklausel vor der Aufschuberklärung.)

e) Bei einer grundsätzlichen Aufrollung der Reparationsfrage ist die Erörterung der alten Streitfragen über die vergleichende Steuerbelastung, das Existenzminimum und die staatspolitische Verschuldung von Gläubiger- und Schuldnerländern denkbar.

4. Ausschußverhandlungen. Dauer der Verhandlungen.

Der Ausschuß ist nach Eingang der deutschen Erklärung bei der BIZ einzuberufen. Wenn die deutsche Aktion nicht nur einer vorübergehenden Entlastung dienen soll, so wird unser Interesse dahin gehen, den Ausschuß in Permanenz tagen zu lassen. Hierzu können die Reihenfolge und der Inhalt der zu stellenden Anträge beitragen.

Vertretung deutscher Interessen.

Dem Reichsbankpräsidenten kommen zwei wichtige Obliegenheiten zu:

Er ist das gegebene Sprachrohr Deutschlands vor dem Ausschuß (130 des Plans). Er ernennt ferner das ordentliche deutsche Ausschußmitglied (129 des Plans).

Da die Wahl dieses Mitgliedes für Deutschland von der größten Bedeutung ist, dürfte sie nur im engsten Einvernehmen mit der Reichsregierung zustande kommen. Bei der Wahl wäre zu prüfen, ob die unpolitische Natur des Ausschusses eine völlig unabhängige Persönlichkeit, die an Instruktionen nicht gebunden ist, erfordert oder nicht. Nach dem Plan soll der Ausschuß unpolitischer Natur sein (32 des Plans); seine Mitglieder dürfen nicht Beamte sein (129). Eine weitere Rolle spielt die Frage, welches Ziel die deutsche Regierung mit der Einberufung des Ausschusses verfolgt. Wir haben kein Interesse an einer vorsorglichen Ernennung der Ausschußmitglieder; offiziöse Fühler der Gegenseite sind in diesem Sinne beantwortet worden.

II. Einleitung von Regierungsverhandlungen.

Das Verlangen nach Regierungsverhandlungen über die Reparationsfrage ohne gleichzeitige Einberufung des Beratenden Sonderausschusses läuft praktisch auf

die In-Frage-Stellung der Haager Abkommen schlechthin hinaus; jeder diplomatische Fühler wird den Verweis der Gegenseite auf die in diesem Abkommen enthaltenen Verfahrensvorschriften zeitigen, deren enge Auslegung ihr taktische und materielle Vorteile verschafft.

Dies gilt namentlich für die Frage einer Erweiterung der Zuständigkeit des Beratenden Sonderausschusses. (Die Einleitung eines solchen Schrittes trägt das Einverständnis der Schwäche des deutschen Standpunktes in sich.)

Die Aufrollung der gesamten Reparationsfrage, d. h. des Young-Plans, setzt entweder die Geneigtheit der Gläubigerländer zu Verhandlungen hierüber – was heute nicht der Fall ist – oder die Aufkündigung der Deutschland in den Haager Abkommen zugemuteten Bindungen voraus.

Das Verlangen nach einer solchen Aufkündigung wird in Deutschland auf zwei Weisen begründet:

1. Forderungen der Opposition. (Geistiger Führer: *Salin*).

Durch Nichtinnehaltung der *Lansing*-Note[5] und Feststellung der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands[6] ist die Gegenseite vertragsbrüchig geworden. Die Grundlagen der Reparationszahlungen sind damit hinfällig. Die auf Grund der *Lansing*-Note berechtigten Schäden der Gläubigerländer machen 45 Milliarden aus, davon sind bis zum Ablauf des Dawes-Plans 34,5 Milliarden abgetragen, so daß heute nur noch etwa 8 Milliarden rückständig sind. (*Salin:* Die Deutschen Tribute.)[7]

2. *Schacht* (Das Ende der Reparationen).[8]

Der Young-Plan ist ein zweiseitiger Vertrag. Seine Grundgedanken sind:

Abhängigkeit der deutschen Zahlungsfähigkeit von Deutschlands Zukunftsmöglichkeiten, der Transfermöglichkeit und der Ausdehnung des Exports;

Verpflichtung der BIZ (Herbeiführung eines größeren Welthandelsvolumens, um Deutschland zu helfen);

Erfordernis der Mitwirkung aller Beteiligten bei der Lösung des Reparationsproblems;

Verpflichtung aller Beteiligten, gemeinschaftliche Möglichkeiten zu suchen, die Deutschland die Erfüllung seiner Verpflichtungen gestatten.

Daher müßte verlangt werden, daß diese „Vorbedingungen" von den Gläubigermächten erfüllt werden, und Deutschland hätte die Verpflichtung, seine Zahlungen so lange einzustellen, bis diese „Vorbedingungen" erfüllt sind (S. 209 bis 210).

Der Gedanke, Hauptargumente für die Revision aus der Nichtverwirklichung der der Gegenseite und der BIZ obliegenden Bemühungen um die Unterstützung Deutschlands herzuleiten, ist grundsätzlich richtig. Seine Durchführung begegnet zwei praktischen Schwierigkeiten.

---

5 Note *Lansings* an die Deutsche Reichsregierung vom 5. 11. 1918. Schulthess 1918 II S. 617. Hierin wurde die Bereitschaft der amerikanischen Regierung ausgedrückt, einen Frieden mit Deutschland auf der Basis der 14 Punkte abzuschließen, die Reichsregierung jedoch auch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie zur Wiederherstellung aller besetzten Gebiete verpflichtet sei.

6 Artikel 231 des Friedensvertrages von Versailles.

7 Edgar Salin, Die deutschen Tribute. 12 Reden gegen den Young-Plan, Berlin 1930.

8 Oldenburg 1931.

Einmal ist die Sprache des Young-Plans in bezug auf Verpflichtungen der Gegenseite und der BIZ außerordentlich unbestimmt. Sämtliche Stellen, die von der Zusammenarbeit der Parteien, der Vermehrung des Handels, der Stabilisierung der internationalen Finanz, der Verurteilung einseitiger wirtschaftlicher Diskriminierungen sprechen (20, 21, 43, 55, 70, 166, 167, 168 des Plans), sind mehr oder weniger in die Form von Motiven und nicht von juristisch exakten Verpflichtungen der Gläubigerländer oder der BIZ gekleidet. Sie haben auch nicht wie die Hauptverpflichtungen Deutschlands ihren besonderen Niederschlag in den Haager Vereinbarungen gefunden. Die Verwertung dieser Argumente vor einem in seiner Zuständigkeit künstlich eingeengten Ausschuß, d. h. im Falle der Inanspruchnahme der Schutzklauseln des Plans, kann daher leicht juristischer Obstruktion begegnen. Sie bietet bessere Aussicht auf Erfolg bei einer Regierungskonferenz, die freiere Vollmachten besitzt.

Ferner ist das Gewicht wirtschaftlicher Gegenargumente nicht zu unterschätzen. Selbst bei besserer Entwicklung der Weltwirtschaftskonjunktur wäre die Verwirklichung der wirtschaftlichen Voraussetzungen des Young-Plans nicht in der kurzen, seit seiner Annahme verstrichenen Zeit möglich gewesen. Eine Festlegung der anderen Seite und der BIZ stößt des weiteren offenbar auf die Schwierigkeit, daß uns der Mangel konkreter Anträge in dieser Richtung entgegengehalten werden wird. Außerdem richtet sich der Hauptvorwurf Deutschlands, nämlich protektionistische Abwehrmaßnahmen gegen die Aufnahme deutscher Ausfuhr, weniger gegen die alliierten Gläubigerländer, im Verhältnis zu denen sich die deutsche Ausfuhr zum Teil günstiger gestaltet hat (Frankreich), als gegen die Vereinigten Staaten. Diese sind aber nicht Vertragspartner des Young-Plans. Auch verbietet unser Interesse an der Trennung der Frage der internationalen Verschuldung und der Reparationen, die Vereinigten Staaten unmittelbar an ihre Verpflichtung zur Ermöglichung der Reparationszahlungen zu erinnern.

Da die Einstellung der Reparationszahlungen mit den feierlich im Haag übernommenen Verpflichtungen nicht im Einklang stehen würde, ist und bleibt Voraussetzung der Anhängigmachung einer Regierungskonferenz über die Gesamtfrage der Reparationen die Verständigung unter den Regierungen.

III. Zwischenaktionen.

Im Falle der Ablehnung der Inanspruchnahme der Schutzklauseln des Young-Plans oder der Einleitung von Regierungsverhandlungen über die Reparationsfrage bleibt der Gedanke von Zwischenaktionen, die eine momentane Entlastung Deutschlands irgendwelcher Art mit sich bringen, zu prüfen.

Für eine vorübergehende Entlastung Deutschlands kommen in Betracht:

Auslandskredite,

Vergrößerung der Absatzmärkte Deutschlands im Wege der Ausweitung der Reparationsausfuhr oder der normalen Ausfuhr.

1. Auslandskredite.

Der Gedanke, Deutschland Kredite durch das Ausland zur Verfügung zu stellen, ist während der jetzigen Krisenzeit wiederholt erörtert worden. Der amerikanische Bankier *Bertron* schlug *Hoover* vor, zwecks Hebung der europäischen Kaufkraft und Stärkung der amerikanischen Wirtschaft die Eingänge aus interalliierten

Schulden als Kredite für Beschaffung amerikanischer Rohstoffe zurückzuleihen. Diesen Gedanken hat Montagu *Norman* aufgegriffen und ihn auf Deutschland erweitern wollen. Der im Herbst der Deutschen Regierung gewährte Überbrükkungskredit[9] ist von der anderen Seite vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der reparationspolitischen Schwierigkeiten der Regierung eingeräumt worden. Der wirtschaftspolitische Berichterstatter des Temps, *Jenny,* hat solche Kredite als das Idealmittel zur Überbrückung der Schwierigkeiten des Young-Plans gepriesen. Ähnliche Vorstellungen werden dem Gouverneur der Federal Reserve Bank New York vorgeschwebt haben, als er die Idee der Verlegung der Dollarguthaben des Verwalters deutschen Eigentums nach Deutschland vorbrachte.

Angesichts der bedrohlichen Lage, die das Anwachsen der kurzfristigen Auslandsschulden über Deutschland gebracht hat, und der Erschwerung, einen reparationspolitischen Schritt bis zum Ende durchzuhalten, bedarf es wohl keiner Begründung mehr, daß das Mittel, der deutschen Finanz- und Haushaltslage mit kurzfristigen Auslandskrediten zu begegnen, verbraucht ist.

Was übrig bleibt und Deutschland nottut, sind langfristige Kredite, in der Hauptsache zu Umschuldungszwecken. Schritte, solche Kredite zu erlangen, sind durch den Reichsbankpräsidenten eingeleitet. Man darf sich aber keiner Täuschung hingeben, daß die Erfolgsaussichten gering sind[10].

Die Gewährung umfangreicher langfristiger Kredite setzt Vertrauen voraus, das zur Zeit nicht vorhanden ist. Sollen solche Kredite den Auftakt der Wiederherstellung des Vertrauens bilden, so würde die unerläßliche Forderung der Kreditgeber die Aufgabe einer selbständigen Aufrollung der Reparationsfrage durch Deutschland bilden, wie dies von französischer Seite auch mehr oder weniger offen ausgesprochen wird. Eine solche Bindung kann die Deutsche Regierung nach wie vor nicht eingehen.

Hieraus ergibt sich, daß die Idee einer langfristigen Umschuldungsanleihe mit einer reparationspolitischen Zwischenaktion nicht vereinbar ist.

Trotzdem müssen die deutschen Bemühungen um langfristiges Auslandsgeld schon deswegen fortgesetzt werden, weil sie reparationspolitisch insofern nutzen, daß selbst bei Ablehnung sich Vorteile für die deutsche Reparationspolitik ergeben (Beweis der Undurchführbarkeit des Plans).

2. Vergrößerung der Absatzmärkte Deutschlands im Wege der Ausweitung der Reparationsausfuhr oder der normalen Ausfuhr.

a) Vermehrung der Sachleistungen.

Auf Grund des Haager Abkommens sind die Sachlieferungsannuitäten staffelmäßig genau umrissen worden[11]. Nach ihnen richten sich automatisch die Eingänge Englands und Frankreichs aus der Reparationsabgabe. Die Ausweitung des Sachlieferungsprogramms während des zehnjährigen für ihre Abwicklung vorgesehenen Zeitraums oder nachher ist ohne Zustimmung der sämtlichen Vertragspart-

9 Vgl. Nr. 141 mit Anm. 6.

10 Vgl. Nr. 165a und b.

11 Vgl. Heilfron/Nassen S. 88.

ner des Haager Abkommens nicht denkbar. Selbst die Vereinbarung von Sonderprogrammen, die der Young-Plan für den Fall des deutschen Aufschubs vorsieht, ist durch besonders verklausulierte Zustimmungsrechte der Gläubigerländer (England) erschwert worden.

Das deutsche Interesse, das zur Zeit des Dawes-Plans auf Verstärkung der Sachlieferungen ging, hat seit dem Young-Plan abgenommen, weil der Gedanke, daß die Sachleistungen zusätzliche Ausfuhr darstellen müssen, keine konkreten Sicherungen erfahren hat; die Mehrzahl der heutigen Sachlieferungen ist nicht zusätzlicher Art.

Die Ausweitung des gegenwärtigen Sachlieferungsvolumens liegt nur dann in unserem Interesse, wenn es gelingt, eine Schädigung unserer Devisenbilanz zu vermeiden. Dazu wäre erforderlich,

daß das Mehr nur in zusätzlichen Lieferungen abgenommen wird und

daß die Ablieferung der Recovery Act-Devisen[12] in einer entsprechenden Menge (etwa 50%) unterbleibt.

Die Aussichten der Verwirklichung dieser Voraussetzungen sind nicht groß. Frankreichs Haushalt weist heute keine Überschüsse mehr auf. Wenn auch die Sachleistungen dem französischen Haushalt Mittel zuführen, so sind diese infolge der verschiedenen Abschläge, die bei der Sachleistungseinfuhr gewährt werden, geringer als die Eingänge aus dem Bartransfer; am geringsten sind die Einnahmen bei den sogenannten öffentlichen Aufträgen, deren Nutznießer Gemeinden und Gemeindeverbände sind,da diese Aufträge nicht sofortige Rente abwerfen und ihre Nutznießer in der Regel nicht zahlungskräftig genug sind. Die haushaltsmäßigen Hemmungen sind daher sehr schwerwiegend. Hinzu kommen die wirtschaftlichen Widerstände, die die nationale Industrie seit jeher der Ausweitung der deutschen Sachleistungsausfuhr entgegenbringt.

Zur Zeit sind überdies die politischen Hindernisse derart, daß ein deutscher Vorschlag auf Ausweitung der Sachleistungen demselben Schicksal wie die notleidenden Verträge verfallen würde.

Von englischer Seite würde der Plan einer Mehrbeschäftigung der deutschen Industrie ohne gleichzeitige Berücksichtigung der englischen Industrie auf grundsätzlichen Widerstand stoßen. Das englische Einverständnis würde die Aufgabe des von England bei den Verhandlungen über den Young-Plan und die Haager Abkommen erreichten Erfolges der Zurückdämmung der deutschen Sachlieferungsausfuhr bedeuten und ohne schwerwiegende Konzessionen nicht erreichbar sein.

Die Frage der pari passu-Ablieferung von Devisen im Betrage von etwa 50% der Sachleistungen ist von Bedeutung für den Fall des Aufschubs. Würde man z. B. die Sachleistungen verdoppeln und während eines Aufschubs weiter durchführen, so würde der Aufschub praktisch überhaupt keine Bedeutung mehr besitzen, weil die Verpflichtungen Deutschlands wie im Normalfalle restlos dann durch Sachleistungen und Devisenablieferungen erfüllt werden müßten.

Mit Rücksicht auf den Umstand, daß der Aufschub durch die eigenen Maßnahmen Deutschlands entwertet werden könnte, war die deutsche Delegation im Haag sich

12 Anm. 3.

bei der Frage, ob dem englischen Standpunkt in der Frage der Recovery Act-Devisen nachgegeben werden sollte oder nicht, einig, daß über den Young-Plan hinausgehende Sonderprogramme für Sachleistungen während eines Aufschubs nicht in Betracht kommen würden, so daß die deutsche Konzession für wertlos gehalten wurde.

Für den Fall, daß es gelingen würde, die Engländer umzustimmen, würde immer noch die Tatsache übrigbleiben, daß es sich bei einer Ausweitung der gegenwärtigen Sachleistungen des Young-Plans, also z. B. durch Vorverlegung späterer Sachleistungsannuitäten auf die nächsten Jahre, um eine Änderung des Haager Abkommens handelt, die der Zustimmung sämtlicher Signatarmächte bedürfte. Wenn auch die in Rede stehende Änderung vom Standpunkt der Gegenseite (abgesehen von England) verhältnismäßig geringfügiger Natur ist, so würde doch ein derartiges Verfahren gleichbedeutend mit der Erörterung des Reparationsproblems selber sein. Die Geneigtheit der Gegenseite hierzu würde nur dann in Frage kommen, wenn damit die Sicherheit gegeben würde, daß Deutschland bis auf weiteres von reparationspolitischen Aktionen, d. h. der Inanspruchnahme der Schutzklauseln des Young-Plans, absieht.

b) Eine Erweiterung des deutschen Absatzes nach Frankreich im Wege der Beteiligung an dem Programm der öffentlichen Arbeiten oder in anderer Weise ohne unmittelbare oder mittelbare Inanspruchnahme der Mittel aus dem Young-Plan würde natürlich ausschließlich Angelegenheit Deutschlands und Frankreichs sein. Für eine solche Aktion gilt das zur Frage der langfristigen Anleihen Gesagte. Sie setzt Befriedung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich voraus oder die Zusage Deutschlands, auf dem Gebiet der Revisionspolitik während der Abwicklung des Programms nichts zu unternehmen.

3. Einschaltung der BIZ.

Angesichts der Hemmungen, denen internationale Regierungsverhandlungen über die Reparationsfrage heute begegnen, liegt die Frage nahe, ob die BIZ die Initiative zur Erleichterung der deutschen Lage ergreifen könnte.

Hierzu werden im Kreise der BIZ keinerlei Neigungen vorhanden sein. Psychologisch ist dies aus dem Grunde verständlich, weil eine solche Initiative das Einverständnis des bisherigen Versagens der eigenen Arbeit in sich tragen würde. Die ausländischen Vertreter der BIZ sind wie die früheren Reparationsinstanzen, politisch abhängig. Sie werden daher ohne politischen Auftrag der heimischen Stellen Schritte von solcher Tragweite allein nicht unternehmen wollen. Würden sie solche Schritte im Benehmen mit den heimischen Stellen ergreifen, so würde dies praktisch eine politische Erörterung zwischen den Regierungen bedeuten, bei der Deutschland den kürzeren zieht, weil ihm der unmittelbare Gedankenaustausch mit den gegnerischen Regierungen durch den Einbau der BIZ-Instanz erschwert wird.

Das Interesse der Gegenseite ist darauf gerichtet, Deutschland von der Ergreifung reparationspolitischer Schritte abzuhalten. Die Abschiebung einer Aktion auf die BIZ würde das beste Mittel sein, die Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben[13].

Be[rger]

13 Vgl. Nr. 205a–f.

205a.

9. 4. 1931: Denkschrift des Staatssekretärs Schäffer über die Reparationsfrage

Nachlaß Dietrich 214. Durchschlag. Handschriftliche Korrekturen und Überschrift: „Zur Reparationsfrage"[1].

Diese nachfolgenden Aufzeichnungen wollen kein Gutachten über die Frage sein, ob sich eine baldige Aufrollung der Reparationsfrage[2] empfiehlt; sie stellen nur den Versuch dar, einige während der Verhandlungen der Jahre 1928 bis 1930 gesammelte Erfahrungen in eine Form zu bringen, die ihre Nutzbarmachung auch für zukünftige Entscheidungen und Verhandlungen ermöglichen.

I.

Man muß sich zunächst einmal in die Lage des Jahres 1928 versetzen[3]. Der Dawes-Plan hatte sich selbst als eine nur vorübergehende Lösung, als ein Experiment bezeichnet. Die Neuaufrollung der Frage seiner Durchführbarkeit lag also in seiner Natur. In Deutschland hatten innerpolitische Kräfte schon seit 1926 auf eine baldige Neubehandlung der Fragen hingewirkt. Im Sommer 1928 waren die deutschen Stimmen ruhiger geworden. Dagegen hatte der Reparationsagent schon seit Dezember 1927 die Revision des Dawes-Plans und die definitive Regelung als notwendig bezeichnet. Ihm trat, als die Frage der Rheinland-Räumung zu einer Lösung drängte, auch Frankreich bei, in der Erwartung, eine endgültige Bemessung der Reparationen für sich günstiger gestalten zu können, solange es noch die Hand auf dem Rheinland hatte und seine vorzeitige Räumung als eine eigene Leistung ins Spiel werfen konnte. Für Frankreich spielte außerdem die Notwendigkeit, in seinem Verhältnis zu Amerika innerhalb weniger Monate eine bindende Erklärung abgeben zu müssen (Ratifikation des Mellon-Bérenger-Abkommens)[4] eine gewisse Rolle. Von der Ratifikation bis zum 1. VIII. 1929 hing es ab, ob Frankreich an seine beiden Gläubiger Amerika und England Zahlungen von je 10 Milliarden französische Francs zu leisten hatte.

1 Die Denkschrift *Schäffers*, die Denkschrift *Bergers* vom 2. 4. 1931 (Nr. 204) sowie die folgenden Stellungnahmen Nr. 205b–f finden sich im Nachlaß Dietrich in einem Konvolut mit dem Titel „Die Reparationsfrage, insbesondere die Denkschrift des Staatssekretärs *Schäffer* dazu vom 9. 4. 1931". Der Denkschrift *Schäffers* ist beigefügt ein Begleitschreiben an *Dietrich* vom 17. 4. 1931. Diesem Schreiben zufolge war ein weiterer Durchschlag bereits *Luther* und durch diesen *Brüning* zugegangen, da *Schäffer* eine Behandlung der Reparationsfrage bereits in der Kabinettssitzung am 23. 4. 1931 erwartete. Nr. 210, Anm. 3. Die Denkschrift *Schäffers* und einige der Stellungnahmen auch im Nachlaß Schäffer ED 93.

2 In einer Besprechung über die Kassenlage am 6. 3. 1931 kündete *Brüning* für Anfang Mai eine Aktion in der Reparationsfrage an. „Das Deutsche Volk vertrage keine weitere Komprimierung auf finanziellem Gebiet ohne entscheidende Schritte in der Reparationsfrage." BA R 43 I/2368. Ähnlich äußerte sich *Brüning* am 23. 4. 1931 gegenüber dem amerikanischen Botschafter *Sackett*. Vermerk *Pünders* vom 23. 4. 1931. BA R 43 I/98. Vgl. Helbich S. 24 und Luther S. 164, die beide übereinstimmend berichten, daß *Schäffer* und *Luther* der Auffassung *Brünings* widersprachen, da sie die Erfolgsaussichten stark bezweifelten.

3 Zum folgenden Vogt S. 97ff.; Maurer S. 68ff.; Link S. 411ff. und S. 493.

4 Vgl. Lüke S. 136.

II.

Die deutsche Seite war sich der Gefahren einer alsbaldigen Verhandlung der Reparationsfrage bewußt. Die jahrelangen Bearbeiter der Materie im Finanz- und Wirtschaftsministerium hatten sich mündlich und schriftlich gegen die Inangriffnahme in diesem Zeitpunkt ausgesprochen. Die bevorstehende amerikanische Präsidentenwahl[5], die von der aussichtsreicheren Partei, den Republikanern, auf der Plattform der Aufrechterhaltung der amerikanischen Forderungen aus dem Kriege geführt wurde, machte es wenig wahrscheinlich, daß mit einem Beschluß seitens Amerikas[6] gerechnet werden konnte. Ohne einen solchen waren Ermäßigungen nur in sehr beschränktem Umfang zu erwarten. Das Interesse der Gläubigerländer, außer Frankreich, an einer alsbaldigen Regelung war nur gering. Große Opfer waren von ihnen nicht zu erwarten, insbesondere war das Bild der wirtschaftlichen Entwicklung in diesen Ländern im Vergleich zu der Entwicklung in Deutschland während der letztvergangenen Jahre nicht dazu angetan, ein großes Entgegenkommen ihrerseits zu zeitigen.

Wenn die damalige Regierung dennoch in die Verhandlungen hineinging, so war dafür maßgebend:

A) der Wunsch der alsbaldigen Befreiung der Rheinlande,

B) die Befürchtung, die Aussichten einer späteren Herabsetzung zu verschlechtern, wenn die deutschen Zahlungen erst einmal in einem Jahre der Höchstzahlungen (1928/29) gelungen waren,

C) die Furcht, daß jedem späteren Revisionswunsch der deutschen Regierung entgegengehalten werden würde, die deutsche Regierung habe einmal die ihr angebotenen Verhandlungen zurückgewiesen,

D) die Sicherheit, mit welcher der damalige Reichsbankpräsident[7] erklärte, auf Grund der allgemeinen Leitsätze des Dawes-Plans (Zahlung aus Exportüberschuß, gleichwertige Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung) und vor allem auf Grund des Nachweises, daß nur erheblich geringere Zahlungen innerhalb der deutschen Leistungsfähigkeit lägen, eine wesentliche Herabsetzung der Dawes-Leistungen erzielen zu können[8].

III.

Der Gedanke, die entscheidenden Verhandlungen Sachverständigen anzuvertrauen, beruhte auf folgenden Erwägungen:

A) Man hatte bei der Vorbereitung des Dawes-Plans in einer politisch noch viel zerklüfteteren Zeit damit leidliche Erfahrungen gemacht.

---

5 1928 wurde der Republikaner Herbert C. *Hoover* zum Präsidenten gewählt.

6 Gemeint ist der Beschluß zur Reduzierung oder Streichung der interalliierten Kriegsschulden.

7 Hjalmar *Schacht.*

8 *Kastl* kommentiert u. a.: „Den Ausführungen in I und II zur Wahl des Zeitpunktes für die Young-Verhandlungen kann ich mich nur anschließen. Wenn sich auch nachträglich herausgestellt hat, daß der Zeitpunkt für die Verhandlungen objektiv zu früh war, so kann man doch m. E. den amtlichen Stellen Deutschlands aus der Annahme des Verhandlungsangebotes nicht den geringsten Vorwurf machen." Bemerkungen *Kastls* zu der Aufzeichnung *Schäffers* vom 9. 4. 1931, PA Büro StS. Rep/1.

B) Eine Einigung der Sachverständigen bot die Möglichkeit zur Schaffung einer Weltmeinung, die es den Gläubigerregierungen gegenüber ihren Parlamenten und ihren nationalistischen Oppositionen erleichtern konnte, ein Entgegenkommen zu zeigen, das sie ohne eine solche Grundlage nur unter Gefährdung ihres eigenen Bestehens hätten erweisen können.

C) Die Ergebnisse eines Sachverständigen-Gutachtens konnten einer Regelung zugrunde gelegt werden, ohne daß von der deutschen Regierung ein Anerkenntnis gefordert wurde, daß die Beträge innerhalb der deutschen Leistungsfähigkeit liegen, ein Anerkenntnis, das künftige Revisionsverhandlungen sehr erschwert hätte.

D) Auf der Grundlage eines Sachverständigen-Gutachtens glaubte man, den Erpressungen einzelner, insbesondere kleinerer Länder, deren Zustimmung zu einer endgültigen Regelung notwendig war, weniger ausgesetzt zu sein.

E) Da Deutschland in beiden Punkten (Rheinland-Räumung und Reparation)[9] der Fordernde war und politisch nichts einzuwerfen hatte, glaubte man, in einem Sachverständigen-Kreis mit dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit, die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit innezuhalten, am weitesten zu kommen.

Man war sich dabei darüber klar:

1. daß es im deutschen Interesse lag, die Stellung aller Sachverständigen möglichst unabhängig zu gestalten und daß man dies am besten dadurch konnte, daß man sich den deutschen Sachverständigen gegenüber regierungsseitig sehr zurückhielt,

2. daß nur ein einheitliches Gutachten der Sachverständigen die Grundlage eines politischen Entgegenkommens der Gläubigerregierungen bilden konnte,

3. daß die Notwendigkeit, zu einem einheitlichen Gutachten zu gelangen, auf die anderen Sachverständigen einen gewissen Druck zugunsten Deutschlands ausüben würde und daß infolgedessen die Mitwirkung deutscher Sachverständiger gegenüber der Lage vor dem Dawes-Plan einen Vorteil darstellte,

4. daß das Fehlschlagen einer Einigung unter den Sachverständigen für politische Verhandlungen kaum noch einen Raum ließ, weil ebensosehr, wie ein Gesamtgutachten ein Entgegenkommen der einzelnen Regierungen unter deren innenpolitischen Gesichtspunkten erleichterte, die fehlgeschlagene Einigung der Sachverständigen eine nachträgliche politische Einigung erschweren mußte[10].

IV.

Für die Einleitung künftiger Verhandlungen ist es von Bedeutung zu wissen, inwieweit die Tatsachen eine Bestätigung der Voraussetzungen für Zeitpunkt und Form der Verhandlungen erbracht haben.

---

9 Deutschland versuchte, beide Komplexe getrennt zu behandeln, konnte aber nicht verhindern, daß eine Art Junktim entstand: keine Rheinlandräumung ohne Neuregelung der Reparationen. Vgl. Vogt S. 31 ff.; Maurer S. 43 f.

10 Zu III merkt *Kastl* an, „daß nach den Erfahrungen in Paris sehr starke Bedenken bestehen, etwa wieder eine solche ‚Sachverständigenkonferenz' zu veranstalten"; nötig sei eine „neue politische Reparationskonferenz". Anm. 8.

a) Es hat sich gezeigt, daß der rein wirtschaftliche Gesichtspunkt, die unzureichende Leistungsfähigkeit Deutschlands, nicht zur Überzeugung der Gegener ausreicht. Einmal ist wissenschaftlich ein solcher Nachweis, wie die Tagungen der Friedrich-List-Gesellschaft von Pyrmont (Juni 1928) und Berlin (Dezember 1928) ergeben haben[11], kaum zu führen. Dann aber fehlt den Sachverständigen in einer Konferenz, die sich im Lichte der Weltöffentlichkeit abspielt, die Aufnahmefähigkeit für die hierbei zu verwendenden Argumente. Die Ausführungen, die unsere Sachverständigen in dieser Hinsicht gemacht haben, waren dann auch, obgleich sie in sich sehr schlüssig und eindrucksvoll waren, Monologe, die von der anderen Seite ohne sachliche Erwiderung blieben. Die Sachverständigen der Gläubigerländer gingen an ihre Aufgabe mit der Einstellung heran, daß sie etwas zustande bringen müßten, was nachher auch von den Staatsmännern ihrer Länder in die Wirklichkeit überführt werden könnte. Man darf ihnen daraus ebensowenig einen moralischen Vorwurf machen wie einer Regierung, die ihre Gesetzentwürfe auch nicht nach dem Postulat letzter Zweckmäßigkeit, sondern stets schon mit einem Auge auf die politische Durchbringbarkeit aufstellt. Schließlich haben ja auch die deutschen Sachverständigen für die von ihnen beabsichtigte Annahme des Young-Schemas bei ihrer Regierung einen Rückhalt gesucht und gefunden. Es ist anzunehmen, daß Sachverständige sowohl auf der Gläubiger- wie auch auf unserer Seite in jedem künftigen Falle ähnlich verfahren würden.

Die späteren Ereignisse haben aber auch gezeigt, daß ein anderes Verfahren der Sachverständigen nicht unbedingt zu einer günstigeren Gestaltung des Planes geführt hätte. Der englische Sachverständige Sir Josiah *Stamp,* dessen geistige und menschliche Bewertung über jeden Zweifel erhaben steht, ist ein gutes Beispiel für das, was in der Seele eines Gläubiger-Sachverständigen damals vorging. *Stamp* hat vor der Pariser Sachverständigen-Konferenz in einer Reihe von Reden und Aufsätzen die Unmöglichkeit einer länger dauernden Übertragung von Summen, wie sie bei den internationalen Schulden und den Reparationen in Frage stehen, dargelegt. Er hat während der Verhandlungen auch keinen Augenblick bestritten, daß der Inhalt des Planes den von ihm ausgesprochenen Überzeugungen zuwiderläuft, aber er hat, nachdem er gesehen hat, daß von den Amerikanern ein Entgegenkommen nicht zu erwarten war, die herabgesetzte Summe des Young-Planes als das kleinere Übel gegenüber den höheren Summen des Dawes-Planes mit vertreten. Er hat als Verfasser der Entwürfe des Young-Planes noch versucht, sich im Zusammenhang seiner früheren Gedankengänge zu halten und in einem besonderem Kapitel „Germany's capacity to pay" eine Reihe von allgemeinen Voraussetzungen aufgestellt, unter denen die Zahlungen des Young-Planes für Deutschland doch möglich sein könnten, Voraussetzungen, die, wenn sie endgültig, entsprechend den damals auch von Berlin geäußerten Wünschen, in den Young-Plan aufgenommen worden wären, heute starke Anhaltspunkte für eine Revision bilden würden. Als dann unter dem Druck der Franzosen und der persönlichen Antipathie *Morgans* gegen alles, was nach Theorie schmeckte, dieser

11 Vgl. Edgar Salin (Hrsg.), Das Reparationsproblem, 2 Bde (Veröffentlichungen der Friedrich-List-Gesellschaft 1, 2), Berlin 1929. Bd. 1: Die Konferenz von Pyrmont am 5. und 6. Juni 1928; Bd. 2: Die Konferenzen von Berlin am 15., 16. und 17. November 1928. Zu beiden Konferenzen Hermann Brügelmann, Politische Ökonomie in kritischen Jahren. Die Friedrich-List-Gesellschaft e.V. von 1925–1935 (Veröffentlichungen der List-Gesellschaft 1), Tübingen 1956 S. 77 ff.

Teil bis auf wenige Sätze verschwand, wollte *Stamp* nicht den Eindruck erwecken, aus Autoren-Eitelkeit das Zustandekommen des Planes stören zu wollen. Er verzichtete infolgedessen auf die Aufnahme jenes Kapitels, und die Zahlen des Young-Planes wurden ohne jene einschränkenden Beifügungen Bestandteile des Planes.

Auch noch unter anderen Gesichtspunkten ist das Schicksal *Stamps* von Interesse. *Stamp* gehörte zu denjenigen, welche ein möglichst weites Entgegenkommen Englands bezüglich seiner eigenen Forderungen im Sinne eines Zustandekommens des Planes befürworteten. Er befand sich dabei im Gegensatz zu der sehr einflußreichen Bürokratie der englischen Treasury, wußte aber, daß er das Foreign Office hinter sich hatte. Bei der Kräfteverteilung zwischen dem Außenminister *Chamberlain* und dem Schatzkanzler *Churchill* konnte er wagen, gegenüber den Wünschen der Treasury sich mit geringeren Bezügen für England und vor allem mit einer nur sehr kleinen Beteiligung Englands an dem ungeschützten Teil der Annuitäten zufrieden zu geben. Als sich nach den Neuwahlen in England[12] der menschliche Schwerpunkt vom Foreign Office *(Henderson)* nach der Treasury *(Snowden)* verschob, wurde der bereits von den Sachverständigen unterzeichnete Plan von England sabotiert; *Stamp* wurde von seiner eigenen Regierung vor aller Welt öffentlich fallen gelassen, und es wurde jenes unwürdige Schauspiel der ersten Haager Konferenz aufgeführt, wo, um englischen Nachforderungen zu genügen, die anderen Gläubigermächte Opfer bringen mußten, durch die sich ihr Standpunkt gegenüber Deutschland in den noch nicht abschließend geregelten Punkten erheblich verhärtete.

B) Das Verhältnis von Außenminister und Finanzminister in den einzelnen Gläubigerländern ist ein Gesichtspunkt, der überhaupt, wie sich nicht nur in den oben erwähnten Fällen gezeigt hat, für Verhandlungen in der Reparationsfrage von ausschlaggebender Bedeutung ist. Das Reparationsproblem hat ein Janusgesicht. Seine Verhandlung spielt sich in den Formen auswärtiger Politik ab, seinem Wesen nach ist es aber auch in den Gläubigerländern ein Finanz- und Budget-Problem. Es gilt hier, was ein Franzose, der seinen Regierungsbetrieb sehr gut kennt, einmal gesagt hat, daß hinter dem Außenminister Don Quichotte immer der Finanzminister Sancho Pansa herreitet, der die finanziellen Auswirkungen der hochgemuten Äußerungen in ihrer nachteiligen Wirkung auf die Reisekasse unschädlich zu machen sucht. Das hatte in Frankreich schon im Verhältnis *Briand* und *Poincaré* gegolten, galt später im Verhältnis von *Briand* zu *Chéron* und spielte auch in England und Italien die entscheidende Rolle. Dort bekam in den weiteren Verhandlungen die Treasury vollkommen die Führung in die Hand und erreichte beim Foreign Office, daß auch von diesem eine Sprache gegenüber Deutschland geführt wurde, wie sie seit dem Jahre 1921 nicht mehr gehört worden war. Die ganze Frage der liquidation of the past, insbesondere der Weiterführung der Liquidationen und der Behandlung der Liquidationsüberschüsse ist hierdurch auf das nachteiligste beeinflußt worden. Man muß sich einmal die Notenwechsel von November und Dezember 1929 wieder durchlesen[13], um bei neuen Verhandlungen

12 Der Wahlsieg der Labour Party 1929 führte zur Bildung des Kabinetts Ramsey *MacDonald.*

13 Vgl. DBFP 1931 S. 54f., 87, 90f., 95ff., 104f., 150f., 153, 156ff., 163ff., 173ff., 182ff., 215ff., 223ff.

aus der zunächst entgegenkommenden Ausdrucksweise von diplomatischen Vertretern der Gläubigerländer keine zu weitgehenden Schlüsse zu ziehen.

C) Von entscheidender Bedeutung sind infolgedessen die Haltung der Finanzminister der einzelnen Gläubigerländer und die objektiven Voraussetzungen dieser Haltung, nämlich die Lage der Budgets und die Auswirkungen einer Herabsetzung der Reparationsleistungen auf diese Budgets. Jedem Finanzminister eines Gläubigerlandes ist sein eigenes Hemd näher als der Rock des deutschen Finanzministers, und er wird es sich zweimal überlegen, ehe er eine Erweiterung seines Defizits duldet oder mit neuen Steuern an seine Bevölkerung herantritt, besonders wenn die Stellung seiner Regierung, wie dies in fast allen Gläubigerländern der Fall ist, ohnedies durch die budgetären Auswirkungen der Krise nicht allzu stark ist. Hier wird wohl allgemein diejenige Seelenverfassung vorliegen, die von *Leith-Ross* vor dem Young-Plan einmal dahin zusammengefaßt worden ist: „Lieber jetzt mehr und in einigen Jahren gar nichts beziehen, als sofort die Leistungen herabsetzen."

Diese voraussichtliche Haltung der Finanzminister, deren Grad von der Lage ihrer Haushalte und den ihnen aus einem ganzen oder teilweisen Ausfall deutscher Leistungen erwachsenden Unbequemlichkeiten abhängen, ist naturgemäß nicht allein ausschlaggebend für den Erfolg eines Schrittes in der Reparationsfrage. Sie ist nur als eine Tatsache gegen die Aussichten auf eine starke Herabsetzung zu werten, die aber durch andere Faktoren ausgeglichen werden kann[14].

D) Als Vorteil der Teilung der Verhandlungen des Jahres 1929 in Vorverhandlungen der Sachverständigen und Nachverhandlungen der Regierungen ist zu buchen, daß während des ersten Stadiums, also während der Feststellung des Young-Plans selbst, den Erpressungen der kleineren Gläubigermächte enge Grenzen gezogen waren. Da in der Sachverständigen-Kommission nur die sechs Großmächte und Belgien vertreten waren, machte man von den Interessen der kleinen nicht viel Aufhebens. Sie hatten zwar alle ihre ständigen Beobachter in Paris, die auch mit den Sachverständigen der Gläubigerseite in enger Fühlung standen, aber eine Auswirkung auf den Inhalt des Planes haben diese Fühlungen kaum gewonnen. Später, als sich bei der ersten Haager Konferenz England zur Bemäntelung seiner eigenen rücksichtslosen Interessenvertretung zum Vormund der kleinen Staaten aufgeworfen hatte, machte jede einzelne Macht ihre Sonderwünsche geltend (inklusive Amount-Frage, Liquidationsfragen), und es bedurfte schwerer Kämpfe in den späteren Pariser Kommissionsverhandlungen, um zu verhüten, daß alle diese Wünsche in Erfüllung gingen. An der Aufrechterhaltung der tschechoslowakischen Wünsche auf Verzicht auf etwaige Ansprüche aus der Agrarreform drohte noch im letzten Augenblick der Pariser Kommissionsverhandlungen die ganze Regelung zu scheitern.

Es hatte sich also in jedem Fall als gut herausgestellt, die kleineren Mächte erst möglichst spät an den Verhandlungstisch zu setzen.

---

14 Auch *Kastl* weist darauf hin, daß es Faktoren gebe, „die den Widerstand der Finanzminister ausgleichen könnten [. . .] Als den wichtigsten sehe ich die wachsende Erkenntnis der Wirtschaftskreise der freien Länder an, die unter dem deutschen Kaufkraftausfall oder den verstärkten deutschen Konkurrenzanstrengungen leiden." Anm. 8.

Im übrigen haben aus allgemeinpolitischen Gründen die großen Mächte ihre Haltung in Einzelfragen gelegentlich durch Rücksichten auf ihre Sonderbeziehungen zu den kleinen Staaten stark beeinflussen lassen. Weil *Briand* den polnischen Außenminister *Zaleski* bei der ersten Haager Konferenz zu den Verhandlungen über die Rheinland-Räumung nicht hinzugezogen hatte, erklärten sich die Polen für preisgegeben und erregten einen Sturm in der französischen Presse, nachdem sich *Briand* und später auch *Tardieu* als nicht mehr imstande erklärten, der deutschen These in der Liquidationsfrage mit Polen, die sie an sich für berechtigt hielten, ihre Zustimmung zu geben. Rumänien trat bei den Pariser Kommissionsverhandlungen der polnischen Auffassung bei, weil es erklärtermaßen fürchtete, daß eine Aufrechterhaltung der Ansprüche der Deutschen gegen den polnischen Staat eine Rückwirkung zugunsten der Ansprüche der ungarischen Optanten gegen den rumänischen Staat haben könnte. Auch Italien und Japan machten ihre Haltung von Gesichtspunkten abhängig, die durchaus neben der Sache lagen und ausschließlich von gewissen kleinen Sonderinteressen diktiert waren.

E) Als weiteren Vorteil der Sachverständigen-Vorverhandlungen wird man ansehen müssen, daß durch sie politische Fragen, die uns unangenehm hätten werden können, bis nach Feststellung des Planes aus der Debatte ausgeschaltet blieben. Erst in der ersten Haager Konferenz kam die Frage der Kontrollkommission zur Sprache. Die Frage der Sanktionen wurde, nachdem es den deutschen Sachverständigen nicht gelungen war, die im vierten *Stamp*schen Entwurf enthalten gewesene ausdrückliche Beseitigung der Sanktionen auch in den endgültigen Plan hineinzubekommen, überhaupt erst auf der zweiten Haager Konferenz behandelt. Je länger es möglich ist, derartige allgemeine politische Probleme aus den Erörterungen auszuschalten, desto besser ist es; es sei denn, daß wir auf ökonomischen Gebieten nicht über besonders stark wirkende Argumente verfügen und als Gegenleistung für eine Herabsetzung der Reparationen etwas Politisches zu geben in der Lage sind (vgl. unten).

F) Wenn man eine Zweiteilung der Verhandlungen wählt, so wird man sich auch die Erfahrungen zunutze machen müssen, daß möglichst wenig Einzelfragen bei der ersten Verhandlung offen und späteren Erörterungen vorbehalten bleiben dürfen. Da eine Verhandlung großen Stils für uns nur einen Sinn hat, wenn sie tatsächlich mit einer beträchtlichen Herabsetzung der Reparationssumme endigt, werden wir nach dieser Verhandlung diejenigen sein, die an der Annahme des Ergebnisses der ersten Verhandlung das entscheidende Interesse haben. Das gibt für die noch offen gebliebenen Fragen den Gegnern eine unnatürlich starke Stellung und führt mit Notwendigkeit dazu, daß, um nicht das Ganze zu gefährden, wir uns mit einer uns ungünstigen Entscheidung der offen gebliebenen Fragen abfinden müssen. (Beispiel hierfür sind die Erzwingung der belgischen Mark-Regelung, die Behandlung der Liquidationsüberschüsse, die Behandlung des overlapping surplus u. a.)[15]. Eine nachträgliche Drohung, daß man die an sich gebilligte Gesamtlösung wegen solcher Einzelfragen ablehnen werde, wirkt als bloßer Bluff und macht auf keinen Menschen draußen einen Eindruck. (Vgl. die

15 Zur Frage der belgischen Markforderung Heilfron/Nassen S. 149 ff. und 393 ff. Beim overlapping surplus handelt es sich um die über den 1. 9. 1929 hinaus gezahlten Leistungen für den Dawes-Plan. Vgl. Reichskanzlei, Müller II, 2 S. 896; Vogt S. 292 ff.

Wirkung des *Schacht*-Memorandums vom 5. XII. 1929, insbesondere auch auf die öffentliche Meinung der unbeteiligten Länder)[16].

G) Die Verhandlungen des Jahres 1929 haben weiter gezeigt, daß ein „Beginn der Erörterungen auf Probe, wie weit man kommt", mit dem äußeren Vorbehalt des Abbruchs, wenn man das für notwendig Erachtete nicht erreicht, zwar theoretisch denkbar, aber praktisch nicht durchführbar ist. Das haben die Ereignisse vom April 1929 klar erwiesen. Sie haben auch den Präsidenten *Schacht* völlig überzeugt, der vielleicht vorher anderer Auffassung gewesen war und geglaubt hatte, die einmal begonnenen Verhandlungen auseinanderplatzen lassen zu können. Das Prestige aller beteiligten, für die öffentliche Meinung ihrer Heimatländer sehr maßgebenden Sachverständigen ist an das Gelingen solcher Verhandlungen so stark gebunden, daß ein tatsächlicher Abbruch die moralische Stellung des abbrechenden Landes immer sehr verschlechtern muß, und bei einem Lande, das wie Deutschland noch für Jahre hinaus auf die Belassung ausländischer Gelder angewiesen ist und unter der Gefahr der Kapitalflucht steht, auch scharfe Folgen für den Geldmarkt und die Wirtschaft äußern kann. Das schließt nicht aus, daß eine Drohung, sich zurückzuziehen, als taktisches Mittel gute Wirkung tun kann. Nur muß sie von Leuten ausgehen, bei deren Persönlichkeit keine Wahrscheinlichkeit für das Vorliegen eines bloßen Bluffs gegeben ist.

Daraus ergibt sich, daß man bei Prüfung der Frage, ob man Verhandlungen einleitet, Möglichkeiten eines späteren Abbruchs zweckmäßigerweise nicht in Rechnung stellen darf.

H) Das Vorbringen von Argumenten und Forderungen, die man nicht durchzuhalten beabsichtigt, kann taktisch wertvoll sein, wenn der Verzicht auf sie als Gegenleistung für Zugeständnisse der anderen Seite gewertet wird. Die Geltendmachung von Gesichtspunkten, nur um damit innerpolitische Wirkungen in Deutschland zu erzielen, hat sich nicht bewährt. Beispiele sind vorhanden. Eine Aufrollung der Kriegsschuldfrage, ein Zurückgehen auf die *Wilson*schen 14 Punkte und auf die alte Liste der deutschen Vorleistungen und ihrer bestrittenen Bewertung würden m. E. hierher gehören[17].

V.

Bei einer Frage wie der Reparationsfrage, an deren Behandlung nicht nur der Verstand, sondern auch das Herz beteiligt ist, entsteht leicht die Gefahr, daß man die Bedeutung der eigenen Argumente überschätzt und sie mehr auf ihre Fähigkeit

16 *Kastl* stimmt diesen Ausführungen zu und plädiert für eine Zweiteilung der kommenden Konferenz „nach Mächten (nicht also erst Sachverständige, dann Politiker)". Dies sei nun leichter, da die meisten „politischen Fragen" schon bereinigt seien. Anm. 8.

17 *Kastl* meint hierzu, „daß es für das Ergebnis ganz wesentlich darauf ankommt, daß wir in einer Position in die Verhandlungen hineingehen, die stark genug ist, daß wir unter bestimmten Umständen es auf einen Abbruch ankommen lassen können [. . .]. Es ist selbstverständlich, daß die Stärke unserer Position in erster Linie von den bis dahin getroffenen innerwirtschaftlichen Vorbereitungen abhängt, daher auch mein ständiges Drängen in dieser Richtung". Zusätzlich weist *Kastl* auf die Bedeutung der Presse hin. Während die deutsche Seite im Verlauf der Young-Verhandlungen von den eigenen Zeitungen kritisiert worden sei, hätten z. B. die Franzosen „ein glänzend eingespieltes Presseinstrument" zur Verfügung gehabt. Anm. 8.

hin betrachtet, unsere eigene Auffassung von der Ungerechtigkeit und Schädlichkeit der Reparationen zu verstärken, als darauf, ob sie geeignet sind, die entgegengesetzt eingestellten Gläubiger zu überzeugen. Wir sind dieser Gefahr mehrmals erlegen, am meisten, als wir im Vertrauen auf das Argument der fehlenden Leistungsfähigkeit Deutschlands im Februar 1929 in die Verhandlungen hineingingen (Vgl. oben IV A).

Man muß daher jedes unserer Argumente auf seine wirkliche Tragfähigkeit und innere Wahrhaftigkeit hin prüfen, damit man sich selbst nichts vormacht. Dazu tritt dann die Prüfung der taktischen Bedeutung, und zwar in dreifacher Hinsicht, einmal darauf, auf welche Bevölkerungsteile in den einzelnen Gläubigerländern und auf welche Teile der Weltöffentlichkeit es in dem von uns gewünschten Sinne wirken kann, zweitens, welchen Einfluß diese Kreise wiederum in ihren eigenen Ländern auf die Bildung des Staatswillens haben, und schließlich, wie sich in dem Gremium der Gläubigermächte angesichts der politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage die Auffassung der einzelnen durch unsere Argumente beeinflußten Regierung auszuwirken vermag. Spaltet man so die einzelnen Länder, die genau so von Interessengruppen und Weltanschauungsgruppen durchsetzt sind wie unser Volk, auf, dann kann man sich etwa ein Bild von der Wirkung der einzelnen Argumente und von der Zweckmäßigkeit ihrer taktischen Verwendung im gegebenen Fall machen. Nach dieser Richtung bedürfen die bisherigen Vorarbeiten noch einer Vertiefung.

Die Ergebnisse, die hierbei zu erzielen sind, können für den Zeitpunkt der Aufrollung der Revisionsfrage, für den hierbei einzuschlagenden Weg sowie für die Führung der gesamten Verhandlungen von entscheidender Bedeutung sein. Die Verhandlungen werden vor allem einen ganz verschiedenen Gang nehmen, je nachdem, ob man davon ausgehen kann, daß Amerika durch unsere Argumente bewogen wird, weitere Nachlässe an den interalliierten Kriegsschulden zu gewähren, oder ob man diese für die nächsten Jahre noch als eine feste Gegebenheit ansehen muß und der Druck unserer Gründe sich gegen die europäischen Gläubiger richtet, um diese zu einer Herabsetzung unserer Leistungen bei Fortdauer ihrer eigenen Zahlungspflichten zu bewegen.

Unter den einzelnen Gesichtspunkten, die einer solchen Prüfung ihrer Wirkungsfähigkeit bedürfen, seien die folgenden aufgezählt:

A) Der rechtliche Gesichtspunkt, daß die Gläubiger, die ihnen nach dem Young-Plan obliegende Pflicht, uns die Zahlungen zu erleichtern durch ihre Kredit- und Handelspolitik, nicht erfüllt haben.

B) Der rechtliche Gesichtspunkt, daß die BIZ bisher noch nicht in die Lage versetzt worden ist, den ihr nach dem Young-Plan auferlegten Aufgaben zur Erleichterung der deutschen Leistungen nachzukommen.

Beide Gesichtspunkte scheinen mir vorläufig nicht sehr stark.

C) Die Veränderung der bei der Schaffung des Young-Plans zugrundegelegten Verhältnisse in ihrer verschiedenen Auswirkung:

1. Die Vergrößerung der deutschen Leistungen in Warenmengen ausgedrückt (wendet sich zum großen Teil an Amerika, da auch die interalliierten Schulden in Gold ausgedrückt sind und damit dessen Wertsteigerung mitgemacht haben).

2. Die inzwischen eingetretene Weltkrisis mit ihren Wirkungen für die Verengung der Weltmärkte, für die Erschwerung der internationalen Kreditbeschaffung, für die innerpolitische Radikalisierung Deutschlands und die sich aus ihr ergebende Vertrauenskrisis.

3. Die nicht eingetretene Voraussage über die Wirkung des Inkrafttretens des Young-Plans für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen, die so stark sein sollten, daß sogar Steuererleichterungen großen Stils als möglich angesehen wurden.

D) Verursachung der Verlängerung der Weltwirtschaftskrise durch die Andauer von politischen Zahlungspflichten der leistungsschwächeren Länder an die kapitalstarken.

E) Die Reparationen in ihrer Bedeutung für die Schwächung Deutschlands in seiner Kaufkraft hinsichtlich der Güter der Gläubigerländer, insbesondere Amerikas, und für die Stärkung der Stimmung in Deutschland gegen die Hereinnahme fremder Waren.

F) Herbeiführung einer erzwungenen Ausfuhrtätigkeit Deutschlands und dementsprechend Überschwemmung der eigenen Märkte der Gläubigerländer und der Weltmärkte mit deutschen Waren.

G) Herbeiführung der Notwendigkeit für Deutschland, den russischen Markt zu bearbeiten und eine dementsprechende politische und kreditpolitische Haltung gegenüber Rußland einzunehmen, die diesem die Durchführung seiner wirtschaftlichen Expansionspläne und seines Drucks auf die Weltmärkte erleichtert[18].

H) Herbeiführung einer Verzweiflungsstimmung im deutschen Volk, insbesondere in der deutschen Jugend, unter Stärkung der antikapitalistischen Elemente mit den dadurch hervorgerufenen gefährlichen Wirkungen für kapitalistische Länder[19].

Für alle diese Gesichtspunkte ist zu untersuchen, wie ihr Vorbringen wirken würde, in welchem Zeitpunkte (Krise oder Aufstieg, vor den Wahlen in Frankreich und Amerika oder nachher, vor der Präsidentenwahl in Deutschland und der preußischen Wahl oder nachher) die Wirkung besonders stark in unserem Sinne wäre. Dabei wird es besonders wichtig sein, sich für den genauen Nachweis zu wappnen, daß und inwiefern die oben angeführten Nöte Deutschlands und der Welt durch einen Erlaß oder eine starke Herabsetzung der Reparationslasten geheilt oder gebessert werden können.

---

18 Ähnliche Vorstellungen entwickelte der deutsche Botschafter in Moskau, *v. Dirksen,* im Juli 1931 in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Reichsvereinigung der Arbeitgeberverbände der Land- und Forstwirtschaft, *Frh. v. Wangenheim.* Abgedruckt in Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs, Bd. 2: Das Archiv Dirksen (1938–1939), Moskau 1949 S. 203 ff.

19 *Kastl* hebt die besondere Bedeutung der Argumente D, E, F, G und H hervor. „In dem Propagandafeldzug kann m. E. gar nicht genug auf die ‚Gefahr des Bolschewismus' hingewiesen werden oder vielleicht noch wirksamer auf die Ausbreitung der antikapitalistischen Einstellung (Kommunismus, Sozialismus, Kollektivismus usw.). In diesem Zusammenhang könnte vielleicht auch geschickt das ungeheure Anwachsen des Nationalsozialismus in Deutschland ausgespielt werden." Anm. 8.

VI.

Einer besonderen Prüfung bedürfen die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit von der Gegenseite zu erwartenden Einwürfe. Zum Teil ergeben sie sich aus der Art unserer Beweisführung (z. B. gegenüber der Behauptung der Steigerung unserer Leistungen durch die Höherbewertung des Goldes, der Einwand, daß die von uns bezogenen und zu beziehenden Rohstoffe im Preise erheblich stärker gesunken sind als die von uns auf die Weltmärkte gebrachten Fertigerzeugnisse). Insoweit sind sie bei der Untersuchung unserer Argumente mitzubearbeiten. Dann aber werden Einwendungen des Inhalts nicht ausbleiben, daß die wirtschaftlichen und fiskalischen Schwierigkeiten Deutschlands nicht oder doch weniger auf die Reparationspflichten als auf die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Zeit seit der Stabilisierung zurückzuführen sind. Leider sind von deutscher Seite für ein solches Vorbringen der Gegner gute Vorarbeiten geleistet worden, die sie uns zweifellos entgegenhalten werden. Durch die Gesetzgebung des letzten Jahres ist einigen dieser Einwürfe bereits der Stachel genommen, aber es bleiben noch eine Reihe von Punkten übrig, in denen wir mehrfachen Anregungen des Reparationsagenten nicht nachgekommen sind, obgleich ihre Befolgung Ersparnisse herbeigeführt hätte. Hierher gehört z. B. die Verwaltungsreform, die Einflußnahme des Reichs auf die Ausgabewirtschaft der Länder und Gemeinden. Man wird einmal aus dem Memorandum des Reparationsagenten vom Oktober 1927 und aus seinen Berichten, insbesondere aus dem Bericht vom Dezember 1927 und aus dem Schlußbericht vom Mai 1930, diejenigen Punkte herauszusuchen haben, mit deren Vorbringung gerechnet werden muß, und wird das Material zu ihrer Widerlegung bereitstellen müssen[20].

VII.

Es ist weiter mit der Möglichkeit zu rechnen, daß uns Angebote, die an sich außerhalb des Rahmens des Young-Plans liegen, von den Gläubigern gemacht werden, um die Erörterungen über eine Revision des Young-Plans oder auch nur über eine Hinausschiebung des Transfers und der Aufbringung zu vermeiden. Ein politisches Interesse, den erst vor einem Jahr ratifizierten Young-Plan nicht in Zweifel zu ziehen, läßt sich bei einem großen Teil unserer Gläubiger vorstellen, da in den meisten Fällen noch die gleichen Menschen am Ruder sind wie in den Jahren 1929 und 1930. Außerdem werden die europäischen Gläubiger bestimmt darauf Gewicht legen, daß die Revisionsdebatte nicht in einem Zeitpunkt in Gang kommt, in dem ein Entgegenkommen Amerikas in der Frage der interalliierten Schulden nicht sehr wahrscheinlich ist. Man muß sich überlegen, wie man sich solchen Angeboten gegenüber unsererseits stellt. Dazu muß man sich zunächst über das wahrscheinliche Aussehen der Angebote bestimmte Vorstellungen machen. Die Pressemeldungen geben Anhaltspunkte dafür. Angebote dieser Art können im wesentlichen auf zwei Gebieten liegen:

20 In diesem Zusammenhang spricht sich *Kastl* dafür aus, „daß die notwendigen Reformmaßnahmen so schnell und so umfassend wie möglich durchgeführt werden". Durch weitere rigorose Schritte könne man z. B. auch das Argument entkräften, daß Deutschland noch immer besser als seine Nachbarn lebe. Anm. 8.

A) dem Gebiete der Krediterleichterung und

B) dem Gebiete der Vermehrung der Sachleistungen.

A) Krediterleichterungen können in der Gewährung von unmittelbaren Anleihen von Regierung an Regierung oder in der Auflegung deutscher Anleihen in den Gläubigerländern bestehen. Wenn bei der bisher nicht sehr entwickelten Unternehmungslust der französischen Finanz auf diesem Gebiete auch wenig Wahrscheinlichkeit besteht, daß sie sich von sich aus stark in dieser Richtung betätigen wird, so hat doch seit über 100 Jahren die Abhängigkeit der französischen Kapitalanlage von den Wünschen der Politik bewiesen, daß in außergewöhnlichen Fällen auch außergewöhnliche Schritte nicht ausgeschlossen sind.

Für Deutschland ist es taktisch schwer, eine ihm angebotene Anleihe, etwa in Höhe des transfergeschützten Teiles, abzulehnen. Sie wirkt an sich ebenso wie die Geltendmachung des Transfermoratoriums und hat darüber hinaus noch den Vorzug, daß sie wahrscheinlich für erheblich längere Zeit als die im Young-Plan vorgesehene Zeit Erleichterung schafft und zweitens auch die Aufbringung alsbald und in größerem Maße erspart. Der Nachteil, den sie für Deutschland hat, ist, daß sie aus der politischen Schuld des Young-Plans eine rein finanzielle Verpflichtung der Rückzahlung von empfangenem Gelde macht. Diesen Gesichtspunkt können wir aber schwer geltend machen, weil das die ausdrückliche Erklärung bedeuten würde, daß wir bei einem Moratorium die Zahlung in zwei Jahren, zu der wir uns im Young-Plan verpflichtet haben, nicht zu leisten gewillt sind.

Im übrigen kann das Angebot der Krediterleichterung in verschiedenen Formen auftreten, sei es, daß die Anleihe der Regierung gewährt wird und dieser dadurch die Möglichkeit der Steuersenkung oder der leichteren Haushaltsdeckung gegeben wird, sei es, daß die Anleihe der Wirtschaft im Wege über die Banken oder unmittelbar etwa zur Exporterleichterung zur Verfügung gestellt wird. Es ist bekannt, daß beide Pläne zur Zeit in Paris und in anderer Aufmachung auch in London erwogen werden. Näheres Material darüber zu besitzen, wäre sehr wesentlich.

B) Die Erweiterung der Sachleistungen, sei es durch einfache Überführung eines Teils der Barleistungen in Sachleistungen, sei es durch Umwandlung eines Teils der gegenwärtigen Barleistungen in Sachleistungen mit der Maßgabe der Überführung von Sachleistungen späterer Jahre in Barleistungen, kommt dem Absatzbedürfnis der deutschen Wirtschaft entgegen. Eine Erleichterung der Haushaltslage oder der Kreditlage enthält sie nicht, da ja die Sachleistungen von der deutschen Regierung an die deutschen Firmen bezahlt werden müssen. Nur auf dem Umwege über die verminderte Arbeitslosigkeit haben die Finanzen der öffentlichen Hand von ihr einen gewissen Vorteil.

Voraussichtlich wird sich Frankreich leichter auf die Vermehrung der Sachlieferungen und England auf die Erweiterung der Kreditbasis einstellen. Es läßt sich übrigens auch eine Verbindung beider Angebote vorstellen.

Für unsere Haltung wird viel davon abhängen, wie groß die Aussichten sind, Amerika auch schon jetzt zu einem Entgegenkommen zu veranlassen, und ob man annimmt, daß in einem späteren Zeitpunkt ein Entgegenkommen Amerikas wahrscheinlicher ist. Kommt man zu der letzteren Auffassung, dann wird man

vielleicht die Annahme günstig ausgestalteter Angebote als eine Art Zwischenlösung bis zum Eintritt der Voraussetzungen für das Entgegenkommen Amerikas betrachten können[21].

VIII.

Auch für den Fall, daß es gelingt, die einer Verminderung unserer Verpflichtungen günstigen Kräfte der Welt in Bewegung zu bringen, müssen wir darauf gefaßt sein, daß in irgendeinem Stadium Gegenleistungen auf wirtschaftlichem oder politischem Gebiete gefordert werden. Möglicherweise wird sogar der Wunsch nach einer bestimmten solchen Gegenleistung für den einen oder anderen Staat die Veranlassung für ein Nachgeben in der Höhe der Reparationen sein. Wie solche Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiet aussehen könnten, muß genau untersucht werden. Es wird sich daher voraussichtlich im wesentlichen um handelspolitische Dinge handeln, und es ist zu prüfen, wie die Rückwirkung der Erfüllung solcher Forderungen auf unsere allgemeine Handelspolitik sich gestalten würde. Aber auch Gegenforderungen auf politischem Gebiet sind nicht ausgeschlossen. Sie könnten z. B. in dem Verlangen bestimmter Vereinbarungen mit unseren östlichen Nachbarn (Ost-Locarno), in einem bestimmten Verhalten in der Abrüstungsfrage, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz, in einer Einflußnahme auf unser Verhältnis zu Rußland oder in einer von uns in der deutsch-österreichischen Zollangelegenheit geforderten Haltung bestehen. Das Auswärtige Amt wird sicher noch andere Fragen, in denen mit der Möglichkeit politischer Gegenbedingungen zu rechnen ist, anführen können. Der Gefahr, daß man in eine Erörterung solcher Probleme kommt, muß man sich bewußt sein und sich auf den Eintritt dieses Falles einstellen[22].

IX.

Es ist anzunehmen, daß eine präventiv, d. h. ohne Vorliegen einer akuten wirtschaftlichen Katastrophe in Deutschland erfolgende Aufrollung der Revisionsfrage zu Verhandlungen von nicht ganz kurzer Dauer führt. Man muß Vorsorge dafür treffen, daß der Verhandlungszeitraum von uns auch durchgehalten werden kann, ohne daß Währung, Staatsfinanzen und Wirtschaft dabei einen nicht wieder gutzumachenden Schaden leiden, der möglicherweise außer jedem Verhältnis zu der zu erreichenden Verminderung unserer Lasten steht. Hierbei wäre zu untersuchen, welche Schwierigkeiten möglicherweise uns als Folge eines Revisionsverlangens durch Maßnahmen der anderen Seite oder eigener Volksgenossen erwachsen könnten. Bis zu einem gewissen Grade gibt es hiergegen Sicherungs-

21 Kommentar *Kastls*: „Ich würde es selbst bedauern, wenn es zu einer Zwischenlösung käme, weil in zwei Jahren das internationale Wirtschaftsbild und vielleicht auch das deutsche anders aussieht und wir dann mancher Argumente verlustig gehen." Anm. 8.

22 Nach *Kastls* Auffassung wären nur im Bezug auf die deutsche Haltung zu Rußland Konzessionen möglich. Sie ließen sich dann nicht umgehen, „wenn die Gegenseite unser ‚bolschewistisches' Argument als wirklichen Grund zu einer starken Ermäßigung der Reparationslasten akzeptiert". Anm. 8.

mittel, obgleich gegen einen Nervenzusammenbruch, wie ihn die Wirtschaft im April 1929 und, wenn auch in geringerem Umfange, im September 1930 erlebt hat, kein Kraut gewachsen ist. Es müssen jedenfalls die notwendigen innerdeutschen Voraussetzungen für eine spontane Aufrollung der Reparationsfrage durch Deutschland einmal genau nachgeprüft und es müssen Vorschläge gemacht werden, wie diese Voraussetzungen herzustellen sind.

Der Entschluß zu einem Betreiben der Revision der Reparationsregelung in einem Zeitpunkte, in dem der Weltlage nach die Aussichten für eine günstige Lösung noch nicht gegeben sind, wird, auch bei Schaffung gewisser innerer Sicherungen, sehr schwer werden. Wenn er dennoch gefaßt wird, so würde dafür voraussichtlich die Erwägung maßgebend sein, daß dem Volke zuzumutende große Opfer ohne eine gleichzeitige Aufnahme dieser Frage nicht getragen werden könnten[23]. Dabei ist davon ausgegangen, daß eine Aufrollung der Reparationsfrage in der Bevölkerung eine gewisse Befriedigung auslösen würde. Sieht man sich einmal die Äußerungen derjenigen Kreise an, die eine sofortige Inangriffnahme der Revisionsverhandlungen fordern, so ist das Eigenartige, daß diese Forderung niemals allein, sondern immer mit anderen Forderungen zusammen auftritt, deren gleichzeitige Erfüllung für eine Regierung, die Abenteuer vermeiden will, nicht in Frage kommt. Die Nationalsozialisten verlangen zusammen mit der Beseitigung der Reparationen Verwirklichung ihres Staatsideals, die Deutschnationalen feierlichen Widerruf der Schuldlüge und Zerstörung des Versailler Vertrages, die Gruppen um die Zeitschrift „Die Tat", die heute für die Haltung der jungen Generation typisch ist, fordern zusammen mit der Aufrollung der Reparationsfrage eine Neuorientierung des gesamten wirtschaftlichen und politischen Systems in der Richtung auf eine Loslösung aus der Weltwirtschaft, eine Einschränkung des Kapitalismus unter gleichzeitigem engerem Zusammengehen mit Rußland[24], ähnliches, nur mit weniger mittelständischer Betonung, regen die Kommunisten an. Diesen Kreisen wird man also mit bloßer alsbaldiger Aufrollung der Reparationsfrage doch nicht gerecht. Ob es wirklich andere Gruppen von einiger zahlenmäßiger Bedeutung gibt, denen mit einer bloßen Neubehandlung des Reparationsproblems gedient ist, und ob die Begeisterung für eine solche Geste nicht sehr rasch verfliegt, wenn der Erfolg zweifelhaft wird, wäre zu untersuchen. Bedenklich wäre es jedenfalls, wenn man vorzeitig an die Frage herangeht und damit eine spätere günstigere Lösung verbaut, ohne die gewünschte innenpolitische Wirkung zu erzielen[25].

gez. *Schäffer*

---

23 Vgl. Anm. 2.

24 Anmerkung im Original: „Vgl. die mit + + + gezeichneten Aufsätze und die Aufsätze von *Fried*."

25 *Schäffer* schickte diese Denkschrift auch an die zuständigen Sachbearbeiter anderer Reichsministerien, die daraufhin ebenfalls längere Stellungnahmen verfaßten. Nr. 205b–f.

205 b.

Stellungnahme des Ministerialdirektors Ritter zur Denkschrift des Staatssekretärs Schäffer über die Reparationsfrage

Nachlaß Dietrich 214. Durchschlag. Handschriftliche Korrekturen. Überschrift: „Bemerkungen zu der Niederschrift Schäffer vom 9. April 1931."

1. zu II C

Für das Auswärtige Amt war der Wendepunkt in der Frage, ob man an die endgültige Reparationsregelung gehen soll, das französische Angebot dazu in Genf[1]. Es erschien uns damals und erscheint uns auch heute noch retrospektiv als ausgeschlossen, daß man damals dieses Angebot zurückgewiesen hätte. Eine damalige Weigerung hätte uns die spätere Einleitung von Verhandlungen über eine endgültige Regelung unmöglich gemacht oder wenigstens sehr verschlechtert. Von diesem Augenblick an ist das Auswärtige Amt in voller Kenntnis des Risikos für die damalige Aufrollung der Reparationsfrage eingetreten.

2. zu IV C

Für die etwaige Entlastung des englischen Budgets ist wichtig, welches Ergebnis die gegenwärtigen Bemühungen Montagu *Normans* und der Treasury haben werden, 40 Milliarden Mark 5%ige englische innere Kriegsanleihe auf einen niedrigeren Zinsfuß zu konvertieren. Angeblich hat Montagu *Norman* bei seiner letzten Amerikareise die Unterstützung der Vereinigten Staaten dazu zu erhalten versucht. Mit welchem Ergebnis[2]?

3. Eines der Haupthindernisse für eine vernünftige Reparationsregelung war das übereilte und für England ungünstige Balfour-Abkommen mit Amerika über die Regelung der englischen Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten. Die englischen Kriegsschulden sind damals auf der Basis eines Zinssatzes von 3,3% fundiert worden, während Frankreich nachher einen durchschnittlichen Zinssatz von 1,6%, Belgien von 1,8% und Italien von 0,4% erreicht haben. Die Vereinigten Staaten haben diesen Ländern später so viel günstigere Bedingungen gegeben, weil sie damals davon ausgingen, daß England das am meisten leistungsfähige Land ist und die anderen Länder weniger leistungsfähig seien. Dieser Ausgangspunkt hat sich als falsch erwiesen. Ganz sicher ist Frankreich heute leistungsfähiger; die Leistungsfähigkeit Belgiens und Italiens ist wenigstens zur Zeit nicht viel geringer als die Englands. Es sollte, glaube ich, gerade von deutscher Seite dieser Gesichtspunkt mehr in die öffentliche Debatte gestellt werden, um zu erreichen, daß England eine Regelung auf der gleichen Zinsbasis bekommt wie Frankreich, Belgien und Italien. Das würde schon eine wesentliche Reduktion bedeuten.

---

1 Bezieht sich auf die Genfer Verhandlungen über das Räumungs- und Reparationsproblem vom 5.–16. 9. 1928. Hierin machte die französische Seite das Zugeständnis, offiziell mit Rheinlandräumungsverhandlungen zu beginnen, wenn gleichzeitig die Besprechungen über eine endgültige Reparationsregelung in Angriff genommen würden. Reichskanzlei, Müller II, 1 S. 113ff.; Schulthess 1928 S. 439ff.

2 *Norman* reiste am 21. 3. 1931 zu einer Routinebesprechung in die USA. Über Verlauf und Ergebnisse keine näheren Angaben ermittelt. Vgl. Boyle S. 259.

4. Für die weitere Entwicklung muß auch die – allerdings sehr gefährliche – Möglichkeit ins Auge gefaßt werden, daß wir gezwungen sein könnten, wie im Jahre 1924 einfach alle Reparationszahlungen einseitig einzustellen. Voraussetzung für ein so gefährliches Experiment wäre allerdings, daß noch viel drastischere Ersparnismaßnahmen als bisher durchgeführt sind, insbesondere eine Vereinfachung und Verbilligung der Länder- und Gemeindeverwaltungen und noch weitere Abstriche an den eigenen Reichsausgaben.

5. zu V A

Vielleicht wird weiterhin die nicht erfüllte Pflicht der Gläubiger, uns die Zahlungen durch ihre Handelspolitik zu erleichtern, ein stärkeres Argument werden, wenn etwa die deutsch-österreichische Zollunion[3] verhindert würde oder wenn Frankreich oder die Schweiz uns die Handelsverträge kündigen würden, was von diesen beiden Ländern bei verschiedenen Gelegenheiten angekündigt worden ist, oder wenn England oder Holland zum Schutzzoll übergehen.

6. zu V E

Vielleicht könnte eine Nachprüfung durch das Statistische Reichsamt das für die Vereinigten Staaten besonders eindrucksvolle Argument ergeben, daß gerade die Hauptausfuhrartikel der Vereinigten Staaten (Baumwolle, Petroleum, Kupfer, Weizen, einzelne Metalle) am stärksten im Preis gefallen sind.

7. zu VII A

Ich glaube nicht, daß die Schuld an dem Ausbleiben langfristiger französischer Kredite in erster Linie an der nicht sehr entwickelten Unternehmungslust der französischen Finanz liegt. Sie liegt vielmehr daran, daß der französische Zeichner zur Zeit die Lust und das Vertrauen zu Auslandspapieren, insbesondere zu politisch gestempelten Auslandspapieren, verloren hat. Ich glaube nicht, daß diese Mentalität des französischen Zeichners sich in absehbarer Zeit ändern wird und halte es daher für falsch, wenn man in dieser Frage auf eine plötzliche Wendung von heute auf morgen rechnet.

8. zu VIII

Das Auswärtige Amt kann andere politische Fragen, die als Gegenforderungen auftreten könnten, nicht anführen. M. E. ist die Aufzählung (Ostlocarno, Abrüstungsfrage, Verhältnis zu Rußland, deutsch-österreichische Zollunion) vollständig.

Auf einen Gesichtspunkt möchte ich im Zusammenhang mit der Frage der Abrüstung ergänzend hinweisen. Die Herabsetzung der zwischenstaatlichen, politischen Schulden wird neuerdings von beachtlichen amerikanischen Stellen (wenn auch nicht so sehr in der Öffentlichkeit) in Verbindung gebracht mit einer Verminderung der Ausgaben in den Heeresbudgets in dem Sinne, daß die Vereinigten Staaten ihre politischen Zahlungsforderungen so weit heruntersetzen, als infolge einer Abrüstung Englands, Frankreichs usw. die Vereinigten Staaten selbst in die Lage kämen, ihr Heeresbudget einzuschränken. Da Deutschland bereits in vollem Ausmaße abgerüstet hat, käme eine Herabsetzung des deutschen Heeresbudgets nicht oder nur in einem relativ verringerten Ausmaße in Betracht.

3 Nr. 202, Anm. 2.

Im übrigen sind für die Höhe des amerikanischen Heeresbudgets nicht die Ausgaben des deutschen Heeresbudgets von Belang, sondern die Marinebudgets Englands, Frankreichs und Japans.

Ritter

205c.

Stellungnahme des Ministerialdirektors Dorn zur Denkschrift des Staatssekretärs Schäffer über die Reparationsfrage (Auszüge)

Nachlaß Dietrich 214. Abschrift. Überschrift: „Bemerkung von Herrn Ministerialdirektor Dorn zu der Aufzeichnung des Staatssekretärs Dr. Schäffer vom 9. April 1931."

[. . .][1]

Zur Lage der ausländischen Budgets[2]. Ich halte Englands Einstellung auch deshalb für ausschlaggebend, weil dort die Männer der traditionellen Treasury-Auffassung sitzen, denen notwendig die Beseitigung eines Haushaltsdefizits im Vordergrunde aller Politik steht, und weil im Reparationskampf sachliche englische Argumente noch stets dem politischen Willen der französischen Machtpolitiker die Rechtfertigungsgründe in der Diskussion geliefert haben. Die neueste Entwicklung Englands unterstreicht die Ausführungen *Schäffers.* Die Budgetrede *Snowdens* wird von ganz England mit Spannung erwartet. Sie wird voraussichtlich ein Defizit von 40 Millionen in Rechnung stellen müssen[3]. Die Treasury-Auffassung wird also mehr denn je dahin gehen, daß es vor allem gilt, sich für die nächste Zukunft die Einkünfte aus den Reparationen zu erhalten. Zu erwägen bleibt aber meines Erachtens, ob man die Finanznöte der Welt nicht gerade auch für uns nutzbar machen könnte. Ein Psychologicum kommt uns zu Hilfe. Die Finanzpolitiker suchen in aller Welt eine Ablenkung ihrer Völker von den Sorgen des eigenen Etats. Sie suchen sie, um Zeit zu gewinnen für die notwendigen Maßnahmen und Reformen. In ähnlicher Lage hat man sich 1922 zur Genueser Wirtschaftskonferenz entschlossen. Ich komme auf den Gedanken zurück, Weltwirtschaftskrise und Sonderkrisen der Weltwirtschaftsstaaten zum Gegenstand einer allgemeinen Konferenz zu machen und von dort her im allgemeinen Rahmen dem Revisionsgedanken Raum zu schaffen. Diese Entwicklung ist angebahnt, jedenfalls erleichtert, sowohl durch die Themen, die im Europaausschuß des Völkerbundes bereits behandelt werden, als auch durch die Themen, die in der Statistiker-Konferenz bereits zur Erörterung gestellt sind. Es bedürfte meines Erachtens nur geeigneter Beschlüsse von beiden Stellen und der Aufnahme dieser Beschlüsse von den Regierungen, um die notwendigen Arbeiten in einer besonderen Konferenz zusammenzufassen. Darin würde zunächst ein Gewinn liegen. Der politisch-juristische Kampf um Vollständigkeit und Endgültigkeit des Young-Plans würde

1 Gründe und Motive für die Aufrollung der Reparationsfrage 1928; Voraussetzungen und Bedingungen für ihre Wiederaufrollung; Verfahrensfragen.

2 Stellungnahme zu IV.

3 *Snowden* legte dem Unterhaus am 27. 4. 1931 ein Notbudget vor, das ein Defizit von 37,4 Millionen Pfund für das kommende Haushaltsjahr annahm. Schulthess 1931 S. 326f.

nicht an den Anfang gestellt. Unsere Anliegen würden auf rein wirtschaftlichen Gebieten vorgetragen werden können. Ebenso würde die Verweisung auf die vom Young-Plan vorgeschriebenen Wege (Transfer-Ausschuß, Beratender Sonderausschuß) nicht zu erwarten oder doch leichter abzulehnen sein, und schließlich würde die obenerwähnte Sonderuntersuchung darüber, ob Deutschland alles in seinen Kräften Stehende getan hat, innerhalb der allgemeinen Untersuchung jedenfalls zurückgedrängt werden. Dadurch würde zugleich erreicht oder doch erreichbar werden, daß Investigationswünsche und politische Forderungen, denen wir nicht selbst entgegenkommen, zunächst im Hintergrunde bleiben müßten. Auch auf dem Gebiet der rein wirtschaftlichen Erörterung werden allerdings gewisse Abwehrmöglichkeiten des Gegners bestehen, die besonderer Erörterung bedürfen und gegen die, falls man uns mit ihnen abspeisen wollte, die Gegengründe gesammelt werden müssen. Als solche Abwehr des Revisionsgedankens durch die Gegenseite können gewisse Zugeständnisse auftreten.

a) Die Zubilligung der sogenannten Goldklausel[4]. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß ich den Hinweis auf ihr Fehlen als ein taktisch besonders unglückliches Argument im Kampfe um die Revision ansehe. In der Forderung der Goldklausel liegt das meiner Auffassung nach unter keinen Umständen abzugebende Anerkenntnis, daß uns nur die aus dem Steigen des Goldpreises erwachsene Mehrleistung drücke. Entscheidend ist aber, daß alle Voraussetzungen des Young-Planes irrig gewesen sind und daß daher das Gebäude als Ganzes des Umbaues bedarf. Die Annahme der Goldklausel als einziges Zugeständnis der Gegenseite bedeutet erneute Unterstreichung der Endgültigkeit des Planes.

[. . .][5]

Gelingt es nicht, durch Verlagerung der Gesamtfrage auf das rein wirtschaftliche Gebiet die Revision in Gang zu bringen, so entsteht die schwierige, meines Erachtens entscheidende Grundfrage nach der reparationspolitischen Frontenbildung. Die beiden altbekannten Möglichkeiten, Vereinigung von Reparations- und Schuldenfrage (europäische Front gegenüber Amerika) oder Trennung der Reparations- von der Schuldenfrage und Erörterung allein der Reparationszahlungen Deutschlands an die anderen europäischen Staaten. Die allgemeine Notwendigkeit für die Reparationsgläubiger, bei Ausfall der Reparationen ihre Steuern zu erhöhen, wenn die Schuldenregelung aufrechterhalten wird, drängt zur europäischen Front. Auch der Gedanke *Ritters,* für England Schuldherabsetzung zu verlangen und so Europa und mit ihm Deutschland zu einem Teil zu entschulden[6], zwingt in gleiche Richtung. Nach den bekannten stolzen Erklärungen Englands, die in der *Balfour*-Note[7] formuliert und nachher oft wiederholt sind, ist ohnedies das Anschlagen dieses Tons zuerst von einem fremden Land und in erkennbar eigenem Interesse politisch meines Erachtens nicht sehr zweckmäßig. Für

4 Zur Goldklausel Heilfron/Nassen S. 55.

5 Zur Wiedereinführung des Wohlstandsindexes; Modalitäten eines Moratoriums.

6 Nr. 205b.

7 *Balfour*-Note vom 1. 8. 1922. Hierin hieß es, Großbritannien sei bereit, alle die ihm von den Alliierten geschuldeten Anleihen und die ihm von Deutschland geschuldeten Reparationen zu annullieren, wenn die amerikanische Regierung ihrerseits alle von Großbritannien an die USA zu zahlenden Schulden mitsamt den Zinsforderungen erließe. Schulthess 1922 S. 190f.

England ist der Prozeß Pfund v/o Dollar noch nicht beendet. Eine europäische Diskussion, die Amerika zunächst ganz außer Betracht ließe, muß auf der anderen Seite unfruchtbar sein. Amerika aber wird von zwei Forderungen kaum lassen:

a) keine neue Belastung des amerikanischen Bürgers aus der Schuldenstreichung in einem Augenblick, in dem das Festhalten an überhöht empfundenen Steuern, ja vielleicht deren Steigerung ohnehin unabwendbar ist und

b) kein Schuldenerlaß, der auch nur die Aufrechterhaltung der europäischen Rüstung ermöglicht; mit anderen Worten, kein Erlaß, mit dem nicht Abrüstung verbunden ist.

[. . .][8]

Zu IX. 4.

Nichts wäre in der Tat schwerer zu verantworten als mangelhafte Rüstung. Das Rüstzeug muß sachlich wie psychologisch gleich gut sein. Sachlich: größtmögliche Sicherung der inneren finanziellen Grundlagen, Durchführung aller Maßnahmen, die Zeugnis für eine straffe, planmäßige und in sich einheitliche Finanzpolitik aller öffentlichen Körperschaften im Reich ablegen. Psychologisch: Einstellung der deutschen Gesamtwirtschaft auf die möglichen Erschütterungen während des Kampfes. Dazu scheint mir eine Art wirtschaftlichen Generalstabs erforderlich. Ihm sollten die führenden Männer der Wirtschaft im weitesten Sinne angehören, die mit ihrer Persönlichkeit dafür Gewähr geben, daß sie selbst nicht versagen und daß ihr Einfluß ausreicht, um die Nerven der Wirtschaft auch in Gefahrenzeiten stark zu erhalten. Der bereits vor einiger Zeit in Aussicht genommene Ausschuß, dem im wesentlichen beratende Aufgaben zugedacht waren, würde dadurch eine verantwortliche Funktion bekommen, die meines Erachtens auch seinen Ratschlägen zugute käme.

gez. *Dorn*

8 Frage des Nachweises, daß die Streichung der Reparationen die wirtschaftliche Not in Deutschland beseitige.

205 d.

2. 5. 1931: Stellungnahme des Ministerialrates Ronde zur Denkschrift des Staatssekretärs Schäffer über die Reparationsfrage

Nachlaß Dietrich 214. Abschrift. „Vertraulich". Überschrift: „Bemerkungen zu der Niederschrift Schäffer vom 9. April 1931".

Ich glaube, eine sehr weitgehende Übereinstimmung mit der Aufzeichnung des Staatssekretärs Dr. *Schäffer* feststellen zu können und möchte mich daher auf die nachfolgenden Darlegungen beschränken:

Wenn die Problemstellung, die der Aufzeichnung des Staatssekretärs Dr. *Schäffer* zugrunde liegt, die ist, einige während der Verhandlungen der Jahre 1928–30 gesammelte Erfahrungen in eine Form zu bringen, die ihre Nutzbarmachung auch für zukünftige Entscheidungen und Verhandlungen in der Reparationsfrage ermöglichen, so ist erste Voraussetzung klarzustellen, was man sich qualitativ und

quantitativ unter der Revision des Neuen Planes[1] vorstellt. Ich möchte für meinen Teil unterstellen, daß die Zielsetzung in der Revisionsfrage äußerstenfalls die sein muß, die gesamte geschützte Annuität und von der ungeschützten Annuität denjenigen Teil zu beseitigen, der noch nicht mobilisiert ist. Die Beseitigung des geschützten Teils der Annuität bedeutet die Streichung aller politischen Kriegsschulden für Deutschland und seine wichtigsten Gläubiger – untereinander und durch Amerika –, die Beseitigung des noch nicht mobilisierten Teiles der ungeschützten Annuität einen sehr wesentlichen Abstrich an der sogenannten „indemnité nette"[2], die sich einige Gläubiger, in erster Linie Frankreich, bei den verflossenen Reparationsverhandlungen sichergestellt haben. Selbst wenn ich die Zielsetzung bei künftigen Reparationsverhandlungen auf die Beseitigung der geschützten Annuität beschränke, so lehren die verflossenen Verhandlungen der Jahre 1928–30 folgendes:

1. Es wäre ein Irrtum, bei künftigen Reparationsverhandlungen die Fiktion aufrechtzuerhalten, als handle es sich in erster Linie um die Bereinigung finanzieller und wirtschaftlicher Fragen. Schon der Sache nach bedeutet die Streichung der politischen Verschuldung Deutschlands und seiner Hauptgläubiger im Hinblick auf die politischen Verflechtungen, die die politische Verschuldung in sich birgt, ein politisches Problem allerersten Ranges, selbst dann, wenn alle Beteiligten sich bei der Lösung und Neuregelung dieser Verflechtungen in erster Linie von wirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen leiten ließen. Bei Frankreich, dem Hauptgläubiger Deutschlands, und in etwas abgeschwächtem Maße auch bei England spielen jedoch die finanziellen und wirtschaftlichen Gedanken eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle. Für beide Nationen ist die derzeitige, sogenannte endgültige Lösung des Reparationsproblems ganz offenkundig ein willkommenes Mittel und Werkzeug, Deutschland finanziell und wirtschaftlich und damit auch politisch niederzuhalten und ihm den politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Aufstieg in der Welt zu erschweren. Diese politische Grundeinstellung zweier wichtiger Gläubiger besteht und muß in Rechnung gestellt werden. Eine mutatis mutandis ähnliche Einstellung zeigt Amerika, das zwar einerseits das Fehlen der europäischen und deutschen Kaufkraft am eigenen Leibe schwer empfindet, andererseits aber kaum geneigt ist, den freien Wettbewerb eines finanziell, wirtschaftlich und politisch neu erstarkten Deutschland auf dem Weltmarkt hinzunehmen. Dazu kommt, daß für Amerika die Revision des Neuen Planes politisch und psychologisch mit der Idee der Abrüstung eng verbunden ist. Ohne Abrüstung in Europa keine Bereitwilligkeit Amerikas zur Schuldenstreichung.

Hieraus ergibt sich, daß es ein untauglicher Versuch mit untauglichen Mitteln wäre, die Lösung des Reparationsproblems mit der eingangs erwähnten Zielsetzung nochmals einem Gremium von internationalen, sogenannten unabhängigen Sachverständigen anzuvertrauen und von einem solchen Gremium ein vernünftigen wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten Rechnung tragendes Gutachten zu erhoffen. Konnte man den Dawes-Plan noch mit gewissem Recht als eine „Bibel der Wirtschaft" bezeichnen, so verdient das Gutachten der Pariser

1 Young-Plan.

2 Vgl. Heilfron/Nassen S. 303 und 308.

Sachverständigen diese Bezeichnung nicht mehr. Der Grund hierfür ist ein offenkundiger: Die Sachverständigen des Dawes-Planes konnten es sich leisten, im Hinblick auf den gänzlich provisorischen Charakter dieses Plans ihre Gutachten mit tiefgründigen wirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen und Gedankengängen zu unterbauen, da sie in dem von ihnen gesuchten Ergebnis „freibleibend" waren. Sie hatten sich selbst für alle Fehlurteile die Rückendeckung geschaffen, „daß ihr Plan keine Lösung der ganzen Reparationsfrage versuche, wozu er ja auch nicht berechtigt sei, wohl aber eine Regelung ahnen lasse, da seine Durchführung sich über einen genügend langen Zeitraum erstrecke, um das Vertrauen wiederherzustellen; gleichzeitig sei er geeignet, ein endgültiges umfassendes Abkommen über alle Reparations- und verwandte Fragen zu erleichtern, sobald die Verhältnisse dies ermöglichten". Der Dawes-Plan stand mit anderen Worten von allem Anfang an unter dem Zeichen einer von allen als notwendig anerkannten und gewollten Revision. Die Pariser Sachverständigen dagegen, denen gemäß ihrem Auftrag die endgültige Lösung des Reparationsproblems oblag, standen im Hinblick auf den Grundcharakter dieses Problems von vornherein einer überwiegend politischen Aufgabe gegenüber; ihre sogenannte Unabhängigkeit als wirtschaftliche Sachverständige erwies sich bald als eine Fiktion; das politische Interesse ihrer Auftraggeber erwies sich auf der ganzen Linie und unterschiedslos als stärker als ihr Sachverstand. So ist es auch begreiflich, daß der Pariser Sachverständigenbericht von den wesentlichsten wirtschaftlichen und finanziellen Gedankengängen, von denen die verschiedenen Vorentwürfe noch getragen waren, bereinigt wurde, ehe es zur Unterzeichnung kam. Dies Ergebnis ist nicht etwa ein Beweis für die persönliche Schwäche oder die mangelnden Qualitäten der in Paris zusammengetretenen Sachverständigen, sondern ein Beweis dafür, daß das Reparationsproblem mit wirtschaftlichen und finanziellen Argumenten seiner ganzen Natur nach nicht lösbar ist, sondern nur im Rahmen ganz großer politischer Kombinationen, bei denen wirtschaftliche und finanzielle Gesichtspunkte selbstverständlich eine wichtige Rolle spielen, aber grundsätzlich nur subsidiären Charakter tragen.

Ob sich nach all den Vorgängen, die sich um die Namen *Vögler*[3], *Stamp*[4], *Schacht*[5] in deren Eigenschaft als „unabhängige Sachverständige" herumgruppieren, überhaupt noch erstklassige, wirklich unabhängige Männer der Wirtschaft finden würden, um die Rolle eines sogenannten unabhängigen Sachverständigen erneut zu übernehmen, ist zum mindesten zweifelhaft.

2. Aus der aufgezeichneten Problemstellung und aus den Erfahrungen der Verhandlungen der Jahre 1928–30 ergibt sich ferner, daß die Aufrollung der Revisionsfrage eine erfolgreiche außenpolitische Vorarbeit zu folgenden drei Gesichtspunkten voraussetzt:

Einmal muß die außenpolitische Atmosphäre zwischen Europa und Amerika für eine Schuldenstreichung Amerikas reif gemacht werden. Ferner muß das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich und umgekehrt im Sinne einer weitgehenden

3 *Vögler* hatte Mitte Mai 1929 sein Amt als Sachverständiger in der deutschen Delegation in Paris niedergelegt. Vgl. Reichskanzlei, Müller II, 1 S. 660ff.; Maurer S. 77.

4 Vgl. Nr. 205a.

5 Vgl. Nr. 28 und 29 mit den dortigen Hinweisen.

politischen und wirtschaftlichen Kooperation und der Schaffung einer Sphäre gegenseitigen Vertrauens so weit gefördert sein, daß die zur Zeit in Frankreich vorliegenden politischen Motive und Gesichtspunkte einer besseren (wirtschaftlichen und handelspolitischen) Einsicht Platz machen. Hierher gehört z. B. auch die Saarfrage, die als offene politische Frage in der Aufzeichnung *Schäffer* nicht genannt ist. Endlich muß durch entsprechende außenpolitische Vorarbeit klargestellt sein, daß bei den Hauptgläubigern Deutschlands, einschließlich Amerika, eine ernstliche Bereitschaft zur Revision im Sinne der eingangs erwähnten Zielrichtung vorliegt. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß das deutsche Revisionsbegehren und die sich hieran anschließenden Verhandlungen einer Bereinigung der außenpolitischen Atmosphäre in der oben erwähnten Richtung gleich zu erachten wären oder diese Bereinigung zwangsläufig mit sich brächten. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß bei dem Revisionsbegehren Deutschland der Fordernde und seine Gläubiger die Gebenden sind, trotz der mittelbaren finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Vorteile, die die endgültige Lösung des Reparationsproblems in dem eingangs erwähnten Sinne auch für die Gläubiger Deutschlands mit sich bringen könnte. Daß ganz große wirtschafts- und handelspolitische Kombinationen, wie z. B. der Plan eines Paneuropa[6], zur Bereinigung politischer Gegensätze innerhalb Europas, die zur Zeit auch der Lösung des Revisionsproblems hemmend im Wege stehen, selbst dann beitragen können, wenn die Ideen solcher Kombinationen in ihrer Gesamtheit sich nicht oder noch nicht in die Tat umsetzen lassen, ist zu bejahen. Das gleiche gilt von jedem internationalen Ideenaustausch wirtschaftlichen Inhalts, wie er sich zur Zeit z. B. bei der Internationalen Handelskammer in Washington vollzieht. Auch die Idee einer Weltwirtschaftskonferenz liegt in dieser Linie[7]. Die tatkräftige Mitwirkung und Einschaltung Deutschlands mit der Zielrichtung einer Revision des Neuen Planes kann bei entsprechender Regie eine wirksame Vorbereitungshandlung für die Schaffung der außenpolitischen Atmosphäre darstellen, die die Revision des Neuen Planes erfordert. In welcher außenpolitischen Gesamtlage es zweckmäßig, richtig und möglich sein wird, auch die Revisionsfrage, sei es unmittelbar, sei es mittelbar, d. h. auf Umwegen, aufzurollen, läßt sich kaum voraussagen. Ist die allgemeine politische Atmosphäre entsprechend vorbereitet, aber auch nur und erst dann, so kann der Augenblick des aktiven Handelns über Nacht kommen.

3. Die Verhandlungen der Jahre 1928–30 haben ferner gezeigt, daß es verhängnisvoll sein kann, Revisionsverhandlungen einzuleiten (selbst dann, wenn dieser Gedanke von außen her an die Deutsche Regierung herangetragen wird!), ohne finanziell, wirtschaftlich und politisch für solche Revisionsverhandlungen ausreichend gewappnet zu sein. Künftige Revisionsverhandlungen sollten nur aus einer Gesamtsituation Deutschlands heraus in Gang gebracht werden, die es der Deutschen Regierung ermöglichte, bei einem unbefriedigenden Verlauf der Verhandlungen auch „nein" sagen zu können. Ich erachte es gerade auf Grund der Erfahrungen der Jahre 1928–30 nicht für richtig anzunehmen, daß einmal

6 Zu den Europa-Initiativen der französischen Regierung vgl. Siebert S. 542 ff.

7 Über amerikanische Pläne betr. einer „international economic and financial conference", die schon 1930 ausgearbeitet wurden, Link S. 499.

begonnene Verhandlungen schon aus Prestige-Gründen unter allen Umständen mit einem Ergebnis, das Deutschland à tout prix akzeptieren müßte, endigen müßten. Ich bin vielmehr der Meinung, daß es ausschließlich eine Angelegenheit des politischen Wollens und des politischen Könnens, also eine politische Willens- und Machtfrage ist, unter gegebenen Umständen ein in solchen Verhandlungen erzieltes Verhandlungsergebnis auch abzulehnen, und daß gerade Prestige-Gründe eine solche Ablehnung fordern können. Hieraus ergibt sich, daß Revisionsverhandlungen mit Aussicht auf Erfolg und in der eingangs gekennzeichneten Zielrichtung nur dann eingeleitet werden sollten, wenn die Deutsche Regierung mit einer ausreichenden finanziellen, wirtschaftlichen und politschen Machtreserve in solche Verhandlungen einzutreten in der Lage ist.

4. Aus den vorstehenden Darlegungen ergibt sich, daß es nicht Revision des Neuen Planes im Sinne der eingangs erwähnten Zielrichtung bedeutet, wenn z. B. nur mit Rücksicht auf die innenpolitische Lage oder bei Schwierigkeiten in der Aufbringungs- oder Transferfrage der Mechanismus des Neuen Planes durch Anrufung des sogenannten Beratenden Sonderausschusses in Bewegung gesetzt würde. Ganz abgesehen davon, daß die endgültige Lösung des Reparationsproblems nicht aus formal-juristischen Unterlagen herauswachsen wird, wie sie der Mechanismus des Neuen Planes aufweist, sind diese Unterlagen für die Ankurbelung der Revisionsfrage in der eingangs erwähnten Zielrichtung zum mindesten unsicher, wenn nicht unzulänglich. Der Beratende Sonderausschuß stellt ein Gremium dar, das an eine feste, ihm durch den Sachverständigenbericht vorgezeichnete Marschroute gebunden und – jedenfalls nach der Auffassung der Gegenseite – bestenfalls Vorschläge zu machen zuständig ist, die die Durchführung des Planes – so wie er vorliegt – selbst betreffen, nicht aber eine echte Revision großen Stils zum Gegenstande haben können. Dazu kommt, daß die voraussichtlich in diesem Beratenden Sonderausschuß in Aktion tretenden Männer in ihrer Person, zum mindesten aber in ihrer Grundeinstellung, nicht wesentlich verschieden sein werden von den Pariser Sachverständigen und daß bei der starken Ingerenz der französischen Regierung in der BIZ in diesem Beratenden Sonderausschuß nicht in erster Linie Sachverständigenarbeit, sondern außenpolitische Tätigkeit entwickelt werden wird. Aus der Charakterisierung des Problems folgt weiter, daß es nicht „Revision" bedeuten würde, wenn man mit Argumenten wie dem Einwand der sogenannten Goldaufwertung auf eine Herabminderung der deutschen Zahlungsverpflichtungen hinzusteuern bestrebt ist; ganz abgesehen davon, daß dieses Argument mangels einer Goldklausel im Neuen Plan gar kein typisch reparationspolitisches Argument ist und dieser Einwand wegen seiner allgemeinen Bedeutung für die internationale Verschuldung bestimmt nicht anläßlich der deutschen Reparationsverpflichtungen präjudiziell erledigt wird, würde selbst bei 100%igem Erfolge bestenfalls ein Gewinn von 1–200 Millionen RM für den Augenblick zu erzielen sein, ohne daß vorausgesehen werden kann, wie sich die neu erkämpfte Goldklausel auf lange Sicht auswirkt und welche finanziellen und wirtschaftlichen Schäden das falsch angewendete Stichwort „Revision" bei Kündigung der kurzfristigen Kredite und angesichts wahrscheinlicher sonstiger innerdeutscher Folgewirkungen (Kapitalflucht) anrichten könnte. Aus den gleichen Erwägungen wäre es falsch, z. B. die Angleichung der englischen Fundierungsabkommen mit Amerika an die übrigen amerikanischen Fundierungs-

abkommen mit Italien, Belgien und Frankreich unter der Firma „Revision des Neuen Planes" zu propagieren, wo feststeht, daß eine diesbezügliche englische Forderung gegenüber Amerika bestenfalls, d. h. bei Auslegung des sogenannten Sondermemorandums in deutschem Sinne, zu einer Herabminderung der deutschen Verpflichtungen um etwa 180 Millionen RM im Jahre führen würde. Diese Herabminderung der deutschen Verpflichtungen hätte zudem keinen revisiblen Charakter, sondern läge in der Linie der Durchführung des Neuen Planes, der diese günstige Auswirkung einer solchen Schuldenstreichung für Deutschland ausdrücklich vorsieht. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß wir nicht in künftigen Revisionsverhandlungen jedes Argument mitverwenden sollen, das uns dem Ziele der Revision näherbringt, und daß wir nicht jede Erleichterung für uns anstreben, die der Neue Plan für uns auch ohne Revision vorsieht.

5. Die Erfahrungen der Jahre 1928–30 lehren meines Erachtens endlich, daß die Ankurbelung von Revisionsverhandlungen mit nur begrenzter Zielsetzung mit ziemlicher Bestimmtheit den Weg einer Revision größten Stils für die Zukunft verbauen würde. Ein neues Abkommen über die endgültige Lösung der Reparationsfrage würde mit aller Bestimmtheit das Siegel der Endgültigkeit mit solchen Garantien sichern, daß für absehbare Zeit jedenfalls eine Aussicht, von einem solchen neuen Abkommen herunterzukommen, nicht bestünde. Es würde unter den heutigen Umständen erheblich leichter sein, ein feierliches völkerrechtliches Versprechen (wie es auch der Neue Plan darstellt) nicht zu geben, d. h. also auch allenfalls einen neuen Vertrag nicht zu unterschreiben, als von einem einmal unterschriebenen Dokument, für dessen Durchführung die halbe Welt Garantie übernehmen würde, wieder herunterzukommen. Diese Betrachtungsweise führt zwangsläufig dazu, die Reparationsfrage nicht im Zusammenhang mit oder aus Anlaß von kleinen Geschäften aufzurollen, die bestenfalls eine Ersparnis von einigen 100 Millionen bringen, nach allgemeinem menschlichem Ermessen aber kaum zur Aufrollung der Revisionsfrage hinführen, sondern das Problem in seiner Gesamtheit anzufassen, wenn nach entsprechender außenpolitischer Vorbereitung die gesamte außenpolitische Lage dies gestattet.

gez. Dr. H. *Ronde*

205e.

3. 5. 1931: Stellungnahme des Oberregierungsrates Nathan zur Denkschrift des Staatssekretärs Schäffer über die Reparationsfrage

Nachlaß Dietrich 214. Abschrift. Überschrift: „Bemerkungen zur Niederschrift des Staatssekretärs Dr. Schäffer vom 9. April 1931."

Zu IV A:

Der Auffassung, daß der rein wirtschaftliche Gesichtspunkt zur Überzeugung der Gläubiger nicht ausreiche, ist durchaus zuzustimmen. Bei vielen Erörterungen und Diskussionen in den Vereinigten Staaten habe ich die Erfahrung gemacht, daß man häufig den rein wirtschaftlichen Argumenten gegenüber sehr skeptisch bleibt.

Das gilt noch mehr für Leute in der Verwaltung und an den Universitäten als für breitere Schichten der Bevölkerung, die für primitivere wirtschaftliche Argumente zugänglicher sind.

Hier ist allerdings darauf hinzuweisen, daß die wirtschaftliche Argumentation von unserer Seite aus nicht immer ganz glücklich war; der Kampf mit der Transfertheorie in ihrer primitiven Form konnte deshalb zu keinem Ziel führen, weil man sie ebenso primitiv widerlegen kann. Die nationalökonomisch durchgebildete Welt in den angelsächsischen Ländern fußt immer noch sehr stark auf der klassischen Schule und ist daher von der Richtigkeit des klassischen Transfermechanismus in einem gewissen Umfange überzeugt. Ich habe allerdings gefunden, daß man sehr viel weiterkommen kann, wenn man, die theoretische Richtigkeit des klassischen Transfermechanismus voraussetzend, auf die Modifikationen hinweist, die für die moderne Industriewirtschaft anzubringen sind (wie ich es z. B. in der beiliegenden kleinen Denkschrift vom Herbst vorigen Jahres angedeutet habe)[1]. Das Argument, daß die klassische Transfertheorie nur für Länder verifiziert worden ist, deren Ausfuhr in weitem Umfange aus agrarischen und industriellen Rohstoffen besteht, und daß Deutschlands Ausfuhr, die zu fast ¾ aus industriellen Fertigwaren zusammengesetzt ist, nur unter unvergleichlich viel größeren Schwierigkeiten gesteigert werden kann, hat auch diejenigen, die bisher die klassische Transfertheorie fast ohne Einschränkung vertreten haben, nachdenklich gemacht. Ebenso trifft dies auf eine Reihe anderer Momente, deren Ausführung in diesem Zusammenhange zu weit führen würde zu; vor allem auf die Frage der Kapitalwanderungen und der von der Theorie vorausgesetzten fast selbsttätigen Kapitaleinwanderungen nach Deutschland. Es ist sicherlich nicht ohne Interesse, daß selbst ein Mann wie Professor *Williams* von der Harvard Universtität, der noch vor 1¼ Jahren in einem großen Referat vor der American Economy Association als Verfechter des klassischen Transfermechanismus aufgetreten ist, in einer sehr langen Unterhaltung mit mir zum Ausdruck brachte, wie skeptisch er inzwischen geworden sei, wie sehr er alle von mir vorgebrachten Argumente würdige und wie sehr er zweifle, ob die riesigen Summen, die vorläufig noch zur Einfuhr nach Deutschland notwendig seien, aufgebracht werden könnten, d. h. mit anderen Worten, ob man bei der Beurteilung der Durchführbarkeit der Reparationszahlungen nicht die Größenordnung der notwendigen Kapitalwanderungen unterschätzt habe.

In der Diskussion mit wirtschaftlichen Argumenten müßte viel mehr als bisher darauf hingewiesen werden, daß an sich der Transfer erzwungen werden kann, daß aber die Folgen eines derartigen erzwungenen Transfers, der nicht bezweifelt werden könne, für Deutschland katastrophal sein können. Mir scheint, daß die Argumentation nach dieser Richtung hin bisher nicht weit genug getrieben wurde, daß nicht genügend gezeigt wurde, wie eng – gerade nach der klassischen Theorie – eine durch den Transfermechanismus erzwungene Erfüllung unserer Reparationsverpflichtungen mit Depressionen zusammenhängt, d. h., daß wir gerade in Zeiten der Depression besonders gut transferieren können (vgl. 1930/31), und daß die wirklichen Transferschwierigkeiten als Aufbringungsschwierigkeiten in

1 Nicht bei den Akten.

Erscheinung treten. (Vgl. hierzu den zweiten Transferartikel im „Berliner Tageblatt“[2].) In diesem Zusammenhang muß man, viel mehr als bisher geschehen, auf die politischen und psychologischen Aspekte der Reparationsfrage hinweisen. Nicht nur breitere Bevölkerungsschichten, sondern auch gerade die Männer der Verwaltung und Wissenschaft sind für Ausführungen über die politischen und sozialen Auswirkungen der Reparationsfrage meinen Beobachtungen nach außerordentlich empfänglich. In der Vorbereitung einer neuen Reparationsregelung müssen diese Dinge in Zukunft viel stärker unterstrichen werden als es bisher der Fall gewesen ist. In den Vereinigten Staaten werden sicherlich verhältnismäßig primitive Gedankengänge auf diesem Gebiete gute Dienste tun.

In der wirtschaftlichen Argumentation muß einigen Fragen, die bisher von uns nicht stark genug in den Vordergrund gerückt worden sind, mehr Beachtung geschenkt werden; hierzu gehört vor allem die Frage der Kapitalbildung und des Kapitalvorrats und – in diesem Zusammenhang – der Zwang zur Senkung der Löhne, falls die Reparationen ohne beträchtliche fremde Kapitalhilfe geleistet werden müssen, ferner ein Vergleich der Zinssätze bei uns und in den Gläubigerländern und deren Bedeutung für Produktion und Geschäftsgang; schließlich konkrete Einzelangaben über die Höhe der Lebenshaltung bei uns und in den Vereinigten Staaten, über den Vergleich der öffentlichen Schuldenbelastung bei uns und in den Gläubigerländern (wie er zur Zeit im Statistischen Reichsamt durchgeführt wird) und ähnliches mehr. Man müßte sich überlegen, ob es nicht notwendig wäre, derartige Fragen in geeigneter Weise unauffällig in der ausländischen Presse oder in ausländischen Zeitschriften, sei es redaktionell oder in Aufsätzen mit bekannteren Namen, behandeln zu lassen. Nach dieser Richtung hin dürfte meiner Ansicht nach viel zu tun sein.

Die Haltung *Stamps* zeigt, welche starke politische Bedeutung der Zusammenhang zwischen Reparationen und interalliierten Schulden hat. Es bedarf meiner Ansicht nach sehr einer sorgfältigen Erwägung, ob wir aus unserer Zurückhaltung in dieser Frage nicht etwas heraustreten sollten. Bisher haben wir doch den amerikanischen Standpunkt, daß Reparationen und interalliierte Schulden auf ganz verschiedenen Ebenen liegen, in unserer offiziellen Haltung einigermaßen respektiert. Diese These ist aber ein wesentliches Hindernis für eine Revisionsbewegung in den Vereinigten Staaten. Wie man auch über den juristischen Unterschied zwischen Reparationen und interalliierten Schulden denken mag – der moralische Unterschied ist zweifellos viel weniger groß –, es ist doch sicher, daß angesichts der *Balfour*-Note[3] und der politischen Haltung Frankreichs wohl kaum an eine Reparationsrevision ohne Revision der interalliierten Schulden zu denken ist; es müßte daher erwogen werden, ob wir nicht zumindest in diplomatischen Verhandlungen etwas aus unserer Reserve in Fragen der interalliierten Schulden heraustreten sollten und die Amerikaner auf ihre Verantwortung für den Ausgang des Krieges, für die Abfassung des Friedensvertrages, für die Regelung der Reparationsleistungen und für die Gesundung der Weltwirtschaft hinweisen sollten. (Vgl.

2 Nicht ermittelt.

3 Vgl. Nr. 205c, Anm. 7.

hierzu das Buch von Sir *McFadyean*[4] und den Abschnitt „Verantwortung" in dem *Schacht*schen Buch[5]).

[Zu IV C:]

Wie in den Vereinigten Staaten das Verhältnis Finanzminister – Außenminister ist, vermag ich nicht zu beurteilen. Jedenfalls ist aber *Hoover*, der ja sicherem Vernehmen nach 1921/22 als Handelsminister – im Gegensatz zu dem damaligen Finanzminister *Mellon* – viel größere Neigung zu einer für uns günstigeren Reparationsregelung gehabt haben soll, durch die Sorge um die öffentlichen Finanzen stark beeinflußt. (Vgl. dazu meine Niederschrift.) Von dieser Seite her können übrigens auch günstige Einflüsse für eine neue Revisionsbewegung kommen. Die gegenwärtige Depression, die die Lage der öffentlichen Finanzen in allen Ländern so stark zugespitzt hat, hat andererseits auch die Geld- und Kapitalmärkte ungewöhnlich verflüssigt und wird vielleicht die Möglichkeit zu Konvertierungen beträchtlicher Teile der inneren Staatsschulden in unseren Gläubigerländern geben. Würde dies gelingen, so wären vor allem für die Vereinigten Staaten und Frankreich gewisse staatsfinanzielle Voraussetzungen für eine Neuregelung geschaffen.

[Zu V:]

Man wird sich überlegen müssen (vgl. das bereits unter 1 Gesagte), ob man gewisse Argumente, die auf ihre Tragfähigkeit und Wahrhaftigkeit hin geprüft sind, nicht auch schon vor den Verhandlungen zu bestimmten Zeiten und aus bestimmtem Anlaß in die Diskussion werfen soll. Es wäre z. B. sehr erwünscht gewesen, wenn man im letzten halben Jahr, in dem so häufig über die aktive Handelsbilanz Deutschlands gesprochen und von hier aus auf die Zahlungsfähigkeit Deutschlands geschlossen wurde, auf den Zusammenhang zwischen Depressionen in Deutschland und Handelsbilanzbewegung, auf die nur vorübergehend günstige Wirkung einer Senkung der Rohstoffpreise für Deutschland usw. hingewiesen hätte. Man soll darauf bedacht sein, daß derartige Diskussionen nicht unwidersprochen bleiben, weil sie sich sehr leicht festsetzen und dann viel schwieriger auszumerzen sind.

Bei der Auswahl der Argumente muß man außerdordentlich vorsichtig sein. Argumentiert man beispielsweise mit dem Argument G.2, so wird dem leicht entgegengehalten werden können, daß es sich hier nur um eine vorübergehende Erscheinung handele; man wird sich hüten müssen, derartige Argumente in die Debatte zu werfen, da uns ja daran gelegen sein muß, nicht unsere gegenwärtigen – vielleicht vorübergehenden – Schwierigkeiten aufzuweisen, sondern die Höhe der Reparationszahlungen für die Zukunft anzugreifen. Auch die gegenwärtige Krise in Deutschland darf in diesem Zusammenhang nicht zu stark unterstrichen werden, da die Krise in den Vereinigten Staaten und England – was Produktionsrückgang und Arbeitslosigkeit betrifft – vielleicht nicht weniger stark, sicher aber nicht sehr viel geringer ist. Wirksamer ist in diesem Zusammenhang, darauf hinzuweisen, wieviel schmäler und schwächer die deutschen Wirtschaftsgrundlagen sind, wieviel größer das Polster ist, das die anderen Länder für derartige

4 Andrew McFadyean, Reparation Reviewed, London 1930.

5 Hjalmar Schacht, Das Ende der Reparationen, Oldenburg 1931.

Krisenzeiten noch haben, und wie ungewöhnlich viel stärker die sozialen Auswirkungen derartiger Krisen für Deutschland sein müssen als für andere Länder. Es wird auch darauf hinzuweisen sein, daß Deutschland Depressionen gerade mit Rücksicht auf den Transfermechanismus viel häufiger ausgesetzt ist als die andere Welt (vgl. unter 1).

[Zu IX:]

Es ist zu befürchten, daß die Verhandlungen erhebliche wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten bei uns auslösen könnten, selbst wenn unsere „innere Rüstung" vorher vollkommen wäre, und es wird zu überlegen sein, ob man nicht den wichtigsten Teil der Verhandlungen bis zu einem entscheidenden Punkt in einem völlig geheimen Gremium (beispielsweise bei der BIZ in Basel) führen und dort zunächst eine Übereinstimmung über die grundsätzlichsten Punkte erreichen könnte, bis die Öffentlichkeit überhaupt davon erfährt. Ich möchte annehmen, daß es nicht zu optimistisch ist zu glauben, daß man auch die Gegenseite von der Notwendigkeit einer derartigen geheimen Verhandlung überzeugen könnte.

gez. *Nathan*

205f.

9. 5. 1931: Stellungnahme des Ministerialrates Berger zur Denkschrift des Staatssekretärs Schäffer über die Reparationsfrage (Auszüge)

Nachlaß Dietrich 214. Durchschlag. Überschrift: „Bemerkungen zur Niederschrift des Staatssekretärs Schäffer vom 9. 4. 1931."

[. . .][1]

Die Darlegungen *Schachts* über die deutsche Leistungsfähigkeit vor der Konferenz[2] enthoben die Regierung nicht der eigenen Verantwortung. Im übrigen war die Idee, deutscherseits von der Zahlungsfähigkeit und nicht von den Erfordernissen der Gläubigerländer auszugehen, in sich gerechtfertigt und auch von der Regierung gebilligt. Die Aufgabe dieses Grundsatzes auf der Sachverständigenkonferenz hätte, wenn man von anderen Momenten absieht, zur Zurückziehung der deutschen Sachverständigen führen müssen. Das einzige wirksame Kampfmittel, das Deutschland in der Hand hatte und auch heute noch hat, ist die mangelnde Zahlungsfähigkeit, d. h. der rein wirtschaftliche Aspekt der Reparationsfrage. Ob bei der Einleitung von Reparationsverhandlungen die politische Gesamtlage und politische Nebenprobleme zu berücksichtigen sind, ist eine andere Frage. Die Diskussion über die Reparationsregelung selber wird aber sofort zum reinen

1 Gründe und Motive für die Aufrollung der Reparationsfrage 1928; Fehler des Young-Plans.

2 Bericht des Reichsbankpräsidenten an die Reichsregierung über die Lage der Reichsbank und über Fragen der Finanz- und Währungspolitik vom 7. 2. 1929, abgedruckt in Reichskanzlei, Müller II, 1 S. 416ff.; vgl. Maurer S. 46.

Kuhhandel herabgedrückt, wenn andere als wirtschaftliche Erwägungen in die Debatte geworfen werden.

[. . .][3]

Die entscheidende Frage vom deutschen Standpunkt aus ist, aus welchen Gründen die Reparationsfrage aufgerollt wird. Erfolgt die Aufrollung hauptsächlich aus dem Grunde, weil der Young-Plan unter falschen Voraussetzungen zustande kam und die erste Gelegenheit benutzt werden soll, auf Grund der eingetretenen wirtschaftlichen Verschlechterung zu einer weiteren Reduktion der uns auferlegten Zahlungen zu gelangen, insbesondere weil starke Gruppen innerhalb Deutschlands dies fordern, so treffen die *Schäffer*schen Bedenken und Vorbehalte mehr oder weniger zu. Die Vereinbarung von Revisionsverhandlungen mit den Regierungen stößt auf die alten, bekannten Schwierigkeiten, Vielheit der Gläubiger, Uneinigkeit der Gläubiger über die Notwendigkeit von Konzessionen des einen oder anderen Teils, Habgier der Politiker, Furcht vor der Konkurrenz eines finanziell und wirtschaftlich freieren Deutschlands sowie vor der Inangriffnahme weiterer politischer Ziele nach Lockerung der Finanzfesseln. In einem derartigen Wirrwarr politischer und finanzieller Forderungen wird Deutschland in einer um so hoffnungsloseren Lage sein, als es der einzige Teil ist, der nichts Greifbares zu bieten hat. Alle wie auch immer gearteten substantiellen Konzessionen würden im Endeffekt Vorteile, die eine Erleichterung der Reparationszahlungen mit sich bringen sollten, wieder wettmachen.

Wesentlich anders liegt die Sache, wenn Deutschland mit elementarer Wucht durch die Macht der wirtschaftlichen Ereignisse, verstärkt durch die Gefahr politischer Radikalisierung, geradezu gezwungen wird, eine wie auch immer geartete Entlastung der Reparationszahlungen zu verlangen. Liegt der Fall so, daß die wirtschaftlichen und politischen Nöte keiner weiteren Begründung bedürfen, daß das deutsche Volk sich eins ist in dem Rufe „Erst Brot, dann Reparationen", so verbietet sich die Vermischung der Reparationsdebatte mit irgendwelchen anderen politischen Problemen schlechthin, und die wirtschaftliche Betrachtungsweise der Reparationsfrage wird in den Vordergrund gerückt. Ist dies der Fall, so muß Deutschland ohne Rücksicht auf die anderen Gläubigerländer vorgehen, eine Sonderregelung für sich beanspruchen, von Konzessionen irgendwelcher Art, die nicht in der Sache selbst liegen, absehen und den schweren Kampf gegen alle aufnehmen. Bei dieser Entwicklung müssen Regelungen, die nur eine zeitweilige Entlastung mit sich bringen, in Kauf genommen werden, wenn sich herausstellen sollte, daß Deutschland zu schwach ist, um weitergehende Ziele gegenüber einer Welt von sturen Gläubigern durchzusetzen. Was in einem solchen Falle erreicht werden kann, hängt nicht nur von dem Eindruck ab, den das deutsche Plädoyer und die deutsche Lage vor der Weltöffentlichkeit machen, sondern vor allem auch von dem Ablauf der Entwicklung der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise.

[. . .][4]

Bei der gegenwärtigen politischen Spannung in Europa arbeitet die Zeit zweifellos nicht für uns. Wenn es sich um die Ausnutzung wirtschaftlicher Not-

3 Zum Sachverständigenproblem.

4 Zum Sachverständigenproblem; Frage der Erfolgsmöglichkeiten einer Revision.

stände handelt, so ist möglicherweise die heutige Zeit geeigneter als irgendeine andere.

Die Frage, ob es überhaupt möglich ist, Vorbereitungen für einen längeren Verhandlungszeitraum zu treffen, und ob nicht das Postulat der Ordnung der öffentlichen Finanzen vor der Aufrollung der Reparationsfrage ein verhängnisvoller circulus vitiosus ist, bedarf meines Erachtens der sorgsamsten Prüfung. Das soll nicht bedeuten, daß finanzielle Reformen nicht unter allen Umständen beschleunigt werden müßten.

Der weitere Ablauf einer aus Not unternommenen, einseitigen Reparationsaktion läßt sich wie gesagt nicht übersehen. Entscheidend für einen wirklichen Erfolg wäre in erster Linie die Einigkeit des deutschen Volkes. Die Möglichkeit, daß aus einer solchen Aktion eine umfassende Neuordnung der Reparationsfrage herausspringt, ist, wenn man überhaupt die Chancen für eine Verständigung im nächsten oder übernächsten Jahre für gegeben hält, nicht von der Hand zu weisen. Dabei könnten dann auch Argumente wie die Kriegsschuldfrage, der Bruch des *Lansing*-Versprechens[5], die Größe deutscher Vorleistungen wirksam in die Debatte geworfen werden, während ihre Verwendung bei Verhandlungen über ein von vornherein zu vereinbarendes Regierungsprogramm zur Zeit wenig Aussicht auf Erfolg hat.

Zu V:

Der Auffassung, daß nur wirklich tragfähige, innerlich begründete Argumente vorzubringen sind, kann nur beigetreten werden, da wie gesagt unser einziges Kampfmittel die wirtschaftliche Betrachtungsweise, die mangelnde Zahlungsfähigkeit ist. Allerdings steht hinter unseren objektiv richtigen Argumenten auch insoweit ein starker Nachdruck, als die Erhaltung Deutschlands als Absatzgebiet und als eins der wichtigen Investitionsländer besonders unter den heutigen weltwirtschaftlichen Verhältnissen im Interesse fast aller Länder der Welt liegt. (Daneben spricht natürlich der Gesichtspunkt des letzten Bollwerks gegen den Bolschewismus eine wichtige Rolle).

Zu VII:

Konzessionen von deutscher Seite sind, wie erwähnt, wegen Hineintragens des politischen Moments in die wirtschaftliche Betrachtungsweise grundsätzlich nicht zu empfehlen. Eine große wirtschaftliche Konzession liegt in der Erleichterung der Reparationslasten für die Gläubigerländer insofern, als sich der Ausfuhrdruck Deutschlands gegen sie in entsprechendem Maße mildert. Damit ist für gewisse Länder schon viel gewonnen. Ob die an sich automatische Rückwirkung bewußt auf dem Wege über bestimmte handelspolitische Vereinbarungen späterhin verwirklicht wird, könnte zur Zeit dahingestellt bleiben.

Ich sehe zwei große Schwierigkeiten, die einer frontalen Aufrollung der Reparationsfrage entgegenstehen. Die Weltwirtschaftskrise hindert jedes einzelne Land, wenn es nicht gezwungen wird, seine Hand zur Erleichterung seiner Forderungen an Deutschland zu bieten.

Die Vorurteile, die unter der Herrschaft *Gilberts* gegen Deutschland aufgehäuft worden sind, sitzen so fest in den Köpfen der maßgebenden Instanzen der

5 Vgl. Nr. 204, Anm. 5.

Gläubigerländer, daß sie nur durch eine gewaltsame Erörterung unter dem Druck schwerer wirtschaftlicher und politischer Erscheinungen Deutschlands, über die die Welt vor einem öffentlichen Forum unterrichtet werden müßte, beseitigt werden könnten. Zur Zeit haben die amerikanischen Politiker (*Mellon* und *Coolidge)* erneut die These aufgestellt, daß die Zahlungsfähigkeit der Schuldnerländer, d. h. Deutschlands, eine ausgemachte Sache sei. Schon um die Nachfolger der jetzigen politischen Ära in den Vereinigten Staaten eines Besseren zu belehren, wäre die Dokumentierung der deutschen Lage vor einem öffentlichen Forum, und zwar rechtzeitig, erforderlich. Einzelaufklärung wirkt wie Tropfen auf den heißen Stein. Wenn der Damm in Deutschland nicht mehr gehalten werden kann, so dürfte auch keine Zeit verloren werden. Dies zu beurteilen, sind nur die verantwortlichen Regierungschefs in der Lage.

Be[rger]

206.

25. 4. 1931: Blank an Reusch (Nürnberg)

HA/GHH 4001012024/8 a. Durchschlag.

Herr Dr. *Springorum* war zur Vorstandssitzung des Reichsverbandes am Donnerstag[1] in Berlin, und ich hatte Gelegenheit, gemeinsam mit den Herren *Heinrichsbauer* und *Sogemeier* auch die politische Lage mit ihm zu besprechen. Es zeigte sich dabei, daß Herr *Springorum* bezüglich der bevorstehenden Maßnahmen der Reichsregierung außerordentlich skeptisch ist und daß er seinerseits mehr oder weniger entschlossen ist, in geeigneter Form in die Opposition zur Regierung *Brüning* zu treten, um ihr dadurch zu zeigen, daß er seinerseits die Verantwortung für die halben Maßnahmen, die jetzt scheinbar wieder ergriffen werden sollen, nicht mit übernehmen will[2]. Sein Plan scheint dahin zu gehen, gegebenenfalls nach Erlaß der bevorstehenden Notverordnung eine Mitgliederversammlung des Langnamvereins[3] einzuberufen, um von dieser Plattform aus in aller Form und mit größter Entschlossenheit gegen die Politik der Regierung zu protestieren[4]. Er erklärte allerdings, daß er diesen Schritt nur tun könne, wenn vorher unter den

1 Stenographische Niederschrift der Sitzung am 23. 4. 1931 in BL RDI 62/10, 4e.

2 Am 4. 5. 1931 übersandte *Kastl Brüning* eine Aufzeichnung, die die Ergebnisse der Sitzung vom 23. 4. 1931 zusammenfaßte. Im Begleitschreiben *Kastls* heißt es: „Ich bin [. . .] verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß trotz der günstigen Beurteilung, die der Reichsverband der Deutschen Industrie den bisherigen Schritten der Reichsregierung entgegenbringt, und trotz der Hoffnungen, die die deutsche Industrie an die Arbeit der Reichsregierung knüpft, das Vertrauen zu der Reichsregierung auf die Dauer nur aufrechterhalten werden kann, wenn sich an die bisherigen Schritte eine schnelle und umfassende Durchführung der weiteren notwendigen Maßnahmen anschließt." BA R 43 I/ 1138.

3 Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen.

4 Vgl. Nr. 211, 212 und 214a–c.

maßgebenden Herren des Ruhrgebietes Einigkeit über die Richtigkeit eines solchen Vorgehens herbeigeführt sei[5]. Es sei ihm aber noch fraglich, ob eine solche Einigkeit erzielt werden könne. Sollte das nicht möglich sein, so würde er sich, wie mir scheint, gern vom Vorsitz des Langnamvereins zurückziehen.

gez. *Blank*

5 Zur Reaktion *Vöglers* Nr. 207.

207.

27. 4. 1931: Blank an Reusch (Nürnberg)

HA/GHH 4001012024/8 b. Durchschlag.

Betrifft: Politische Lage

Über die Einstellung von Herrn Dr. *Vögler* zur Regierung *Brüning* habe ich von Herrn Dr. *Klein,* dem Chefredakteur der DAZ, der vor etwa 10 Tagen Herrn Dr. *Vögler* im Revier aufgesucht hat, erfahren, daß auch Herr *Vögler* sich für das Verbleiben von *Brüning* als Reichskanzler aufs nachdrücklichste ausgesprochen hat. Er hat erklärt, daß „weit und breit keine andere geeignete Persönlichkeit zu sehen sei" und daß *Brüning* infolgedessen am Ruder bleiben müsse[1]. Im übrigen hat er erklärt, daß auch Herr *Hugenberg* durchaus bereit sei, die Regierung *Brüning* im Reich zu tolerieren, wenn es nur gelinge, die Sozialdemokratie in Preußen aus der Regierung auszuschalten. Herr *Vögler* hat erklärt, daß er für diese Einstellung von Herrn *Hugenberg* auch aktenmäßige Belege beibringen könne.

Was die immer dringender notwendig werdende Umbildung des Kabinetts anbetrifft, so scheint der Kanzler hierfür bereits einige Persönlichkeiten in Aussicht genommen zu haben, ohne sich bisher entschließen zu können, den Personalwechsel vorzunehmen. Er denkt daran, den Essener Oberbürgermeister Dr. *Bracht* (vielleicht als Reichsfinanzminister?) ins Kabinett zu berufen, ferner den Oberpräsidenten von Oberschlesien, Dr. *Lukaschek,* der aber neuerdings auch als Nachfolger des Staatssekretärs *Abegg* im preußischen Innenministerium genannt wird. Dem volksparteilichen Abgeordneten *Hugo* soll Herr *Brüning* das Wirtschaftsministerium angeboten haben, und er soll ferner daran denken, gegebenenfalls Herrn *Schiele* durch Herrn *Gereke* zu ersetzen. Ferner wird berichtet, daß der Führer der Volkspartei, Dr. *Dingeldey,* selbst den Ehrgeiz habe, den Ministerposten zu übernehmen[2].

gez. *Blank*

1 Dagegen *Springorum,* Nr. 206.

2 Eine Kabinettsumbildung erfolgte erst im Oktober 1931.

208.

27. 4. 1931: Fritz Schäffer an Ministerpräsident Held

GStAM MA 104 217. Handschriftliche Korrekturen.

Verehrter Freund!

Da ich Dich morgen leider nicht mehr antreffen kann, darf ich Dir auf diesem schriftlichen Wege Bericht über den Empfang beim Herrn Reichspräsidenten geben. Der Empfang war um 12 Uhr, Zeitdauer etwa ½ Stunde. Anwesend neben dem Herrn Reichspräsidenten noch Herr Reichskanzler Dr. *Brüning* und Herr Staatssekretär Dr. *Meissner*[1]. Dem Empfang vorausgegangen war eine Aussprache zwischen Herrn Reichspräsident und Herrn Reichskanzler unter vier Augen.

Ich begann damit, daß ich schilderte, wie die Bayerische Volkspartei das Kabinett *Brüning* unterstützt hat, welche politischen Schwierigkeiten (Biersteuer, Plafondgesetz, Realsteuersenkung etc.) sie auf sich nahm, wie sie sich bemühte, auch in der Bevölkerung um Vertrauen für das Kabinett *Brüning* zu werben, daß sie aber auch andererseits immer gebeten hatte, ihr diese Werbung nicht unmöglich zu machen. Ich betonte dann, daß wir durch die Aufnahme des Steuervereinheitlichungsgesetzes in die Notverordnung[2] überrascht worden wären. Ich schilderte dann den Werdegang der bisherigen Verhandlungen[3], insbesondere die Besprechung vom 15. Januar mit der Terminfestsetzung vom 15. Februar; ich ließ einfließen, daß Baden und Württemberg grundsätzlich dieselbe Stellung einnähmen wie Bayern[4]. Ich hob dann hervor, daß es sich in erster Reihe um die Zuständigkeit der Gesetzgebung handle, betonte dann die Zwangslage, die in Bayern nunmehr geschaffen sei und die eine beschleunigte Erledigung der Schlichtungsverhandlung nötig mache, und schloß mit dem Appell, Bayern Verständnis entgegenzubringen und an seinem ehrlichen, guten deutschen Willen nicht zu zweifeln.

Herr Reichspräsident frug mich dann, ob ich auch im Namen der Bayerischen Staatsregierung spräche. Ich erwiderte, daß wir wüßten, daß es der Wunsch des Herrn Reichskanzlers sei, daß die Schlichtungsverhandlungen nur von Regierung zu Regierung geführt würden. Wenn wir auf Grund der ersten Verabredungen auch der Auffassung gewesen seien, daß die Schlichtungsverhandlungen politischen Charakter tragen sollen, so fügten wir uns doch diesem Wunsch des Herrn Reichskanzlers; über die Einzelheiten des bayerischen Gegenvorschlages verhandle also die Staatsregierung. Diese bräuchte natürlich in der Bevölkerung eine Rückendeckung durch die politische Partei, die im nächsten Wahlkampf für sie einzutreten habe. In der grundsätzlichen Frage seien Partei und Staatsregierung daher in ständigem Benehmen, und ich könne versichern, daß Partei und Staatsregierung in dieser grundsätzlichen Frage einig gingen.

1 Aufzeichnung *Meissners* über diese Besprechung des Reichspräsidenten mit dem Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Oberregierungsrat *Schäffer*, am 27. 4. 1931 in BA R 43 I/2227.

2 Dritter Teil der Verordnung vom 1. 12. 1930, RGBl. 1930 I S. 530.

3 Zur Auseinandersetzung um das Steuervereinheitlichungsgesetz Nr. 184; vgl. Brüning S. 271 u. 276 f.

4 Zur Haltung Württembergs Besson S. 168 ff.

Ich darf nachtragen, daß ich in meinen einleitenden Worten schon betont hatte, daß die Bayerische Staatsregierung mit ihrem Gegenvorschlag schon bis an die äußerst mögliche Grenze des Entgegenkommens gegangen sei. Sie hielte es mit dem Geist einer freundschaftlichen Einigung nicht vereinbar, Verhandlungen nach dem System des Vorbietens zu führen.

Herr Reichspräsident frug dann Herrn Reichskanzler, wie sich Baden und Württemberg in der Frage stellten. Herr Reichskanzler betonte, daß die badische und die bayerische Auffassung sich decken. Der Herr Badische Finanzminister Dr. *Schmitt* habe allerdings in einer Besprechung vor dem Erlaß der Notverordnung zu erkennen gegeben, daß seine Bedenken großenteils aus dem Wege geräumt seien. Der Württembergische Finanzminister *Dehlinger* habe keinerlei Bedenken mehr erhoben. Staatspräsident Dr. *Bolz* habe erklärt, sie wollten keine verfassungsmäßigen Schwierigkeiten machen[5].

In der weiteren Unterhaltung erklärte Herr Reichskanzler, der Herr Reichsgerichtspräsident Dr. *Bumke* sei in Verlegenheit, weil ihm mitgeteilt worden sei, Herr Ministerialdirektor Dr. *Hammer* habe mit Herrn Ministerialdirektor Dr. *Zarden* schon eine volle Einigung erzielt, er – Dr. *Bumke,* – wüßte also nicht, welchen Zweck die Schlichtungsverhandlungen weiterhin haben sollten[6]. Ich erklärte daraufhin, es sei ganz selbstverständlich, daß die beiden Regierungen sich bemühten, die Schlichtungsverhandlungen vorzubereiten. Herr Ministerialdirektor Dr. *Hammer* sei daher auch beauftragt worden, mit den Herren des Reichsfinanzministeriums Fühlung zu halten. Ich würde mich natürlich sehr freuen, wenn ich bestätigen könnte, daß die Fühlungnahme zu einer Einigung geführt hätte. Ich wüßte aber bestimmt, daß Herr Ministerialdirektor Dr. *Hammer* weder bisher nach München berichtet hat, daß eine solche Einigung erzielt sei, noch irgend jemand anderem gegenüber eine ähnliche Äußerung getan hat. Herr Reichskanzler sagte dann, ein ungenannter Herr der Bayerischen Gesandtschaft habe das erzählt.

Herr Reichskanzler fuhr dann fort, in der Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei und dem Bayerischen Kurier sei behauptet worden, er wolle aufgrund des Artikels 48, also auf Grund einer Notverordnung, die Reichsreform[7] durchführen. Es sei das ein Angriff auf ihn. Er brauche nicht zu betonen, daß er daran nicht denke.

Ich stellte hierzu fest, daß lediglich im Bayerischen Kurier redaktionell eine Mitteilung der Badischen Presse, also eines Blattes der Deutschen Volkspartei, gebracht worden ist, die von einem Briefe des Herrn Reichskanzlers aus Badenweiler an den Herrn Reichsinnenminister in dieser Frage handelte. Der Bayerische Kurier habe dazu lediglich abgedruckt, was die Korrespondenz des badischen Zentrums dazu schrieb. Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz hat lediglich einen Artikel gebracht, in dem sie sich allgemein der Reichsreform gegenüber auf den Standpunkt stellte, wir hätten Sorgen in Deutschland genug und müßten neuen Streitgegenstand vermeiden.

---

5 Anders Besson ebenda.

6 Zu den Schlichtungsverhandlungen Nr. 184, Anm. 3.

7 Vgl. Nr. 11a, Anm. 2.

Der Herr Reichspräsident erklärte zum Schluß, daß er auf die ihm in der Verfassung zustehenden Rechte nicht verzichten könne, ebenso wie Bayern auf seinen Rechten bestehen bleiben würde. Er hoffe aber, daß es zu einer Einigung komme. Eine solche sei um Deutschlands willen wünschenswert[8]. Er sprach dann noch einige liebenswürdig gedachte Worte von seiner besonderen Neigung für Bayern.

Nach der Unterredung frug mich Herr Reichskanzler noch, wie die Dinge mit den Landtagswahlen in Bayern stünden. Ich erwiderte ihm, daß wir mit Landtagsauflösung im Sommer und mit Neuwahlen im September, Oktober zu rechnen hätten[9]. Er sprach dann den dringenden Wunsch aus, wir möchten die Wahlen möglichst beschleunigen. Bis Ende nächster Woche werde er über die zu ergreifenden Maßnahmen im klaren sein. Es seien sehr unpopuläre Maßnahmen. Insbesondere gelte das für die Erwerbslosenversicherung. Wir möchten doch Ende nächster Woche mit ihm in Fühlung treten, er würde uns dann verständigen, und wir könnten dann uns mit dem Wahltermin danach richten. Er begründete das mit seiner Sorge für die BVP; ich nehme an, daß es ihm politisch unerwünscht wäre, wenn unter dem Eindruck einer neuen Notverordnung die Wahlen in Bayern ein Anschwellen der regierungsfeindlichen Parteien brächten und wohl auch Rückwirkungen im Reichstag dann hätten.

Ich erwiderte nur, ich würde meine Freunde davon verständigen; wenn aber Wahlen sehr bald sein sollten, dann müßte der Schlichtungstermin vom 2. Mai auch mit einem festen Ergebnis schließen, weil diese Fragen wesentlich auf die bayerischen Wahlen einwirken würden. Er gab darauf irgendeine Zusage nicht.

Irgendeines Werturteils über den Besuch möchte ich mich enthalten. Ungünstig hat er den Termin vom 2. Mai sicherlich nicht beeinflußt. Herrn Reichskanzler und Herrn Staatssekretär Dr. *Meissner* habe ich dann vorgeschlagen, über den Besuch nichts in die Presse zu bringen, was auch zugesagt wurde.

Mit den besten Grüßen bin ich
Dein
Fritz *Schäffer*

8 Vgl. Nr. 220.

9 Wahlen fanden erst am 24. 4. 1932 statt; zum Ausgang Schulthess 1932 S. 69; Schönhoven S. 272 f.

209.

28. 4. 1931: Der Reichsverband der Deutschen Industrie an Reichskanzler Brüning

Nachlaß Silverberg 231. Abschrift – 2516/IV.

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Seit dem Herbst des Jahres 1929 mehren sich die Anträge, die die Einführung eines gesetzlichen Verwendungszwanges für inländische landwirtschaftliche Erzeugnisse zum Ziele haben. Fast kein Gebiet der landwirtschaftlichen Erzeugung ist von diesen Bestrebungen unberührt geblieben.

Nachdem bereits ein Vermahlungszwang für inländischen Weizen[1], ein Beimischungszwang von Roggen zum Weizengroßbrot[2] sowie ein Beimischungszwang von Spiritus zu Treibstoffzwecken[3] eingeführt und der Reichsregierung die Ermächtigung gegeben ist, einen Verwendungszwang für tierische Fette bei der Margarine-Herstellung[4] und für Hopfen bei der Bierherstellung[5] anzuordnen, prüft der Reichswirtschaftsrat zur Zeit die Möglichkeit der Einführung des Verwendungszwanges für eine weitere Reihe landwirtschaftlicher Erzeugnisse, nämlich für Kasein, Zichorie, Flachs, Gerste, Malz, Wolle, Raps, Rüben, Holz und Karpfen. Es handelt sich also um ein ganz systematisches Vorgehen, dessen Ziel es ist, die Lage der Landwirtschaft dadurch zu bessern, daß landwirtschaftliche Produkte zwangsweise dem Verbrauch zugeführt werden.

Die Gründe, die vom Standpunkt der betroffenen Industrien aus gegen die Einführung eines Verwendungszwanges anzuführen sind, darzulegen, muß der betreffenden Industrie überlassen bleiben. Hier sollen nur die grundsätzlichen Bedenken des Reichsverbandes der Deutschen Industrie gegen den Verwendungszwang zum Ausdruck gebracht werden.

Der einem Unternehmer oder einem ganzen Erwerbszweig auferlegte Zwang, sich bestimmter Rohstoffe zu bedienen, bedeutet den denkbar schwersten Eingriff des Staates in die freie Wirtschaft. Eine selbstverantwortliche kaufmännische Tätigkeit erscheint dann ausgeschlossen, wenn der verantwortliche Leiter des Betriebes nicht von sich aus darüber entscheiden kann, wo und zu welchem Zeitpunkt und zu welchen Preisen er die notwendigen Rohstoffe einkaufen kann. Jeder gesetzliche Verwendungszwang bedeutet somit einen Schritt weiter in der Richtung einer bürokratisch-sozialistischen Planwirtschaft. Alle unerfreulichen Begleiterscheinungen der Kriegszwangswirtschaft würden wieder aufleben. Schleichhandel, Schwarzerzeugung und eine Untergrabung der Geschäftsmoral würden die unausbleiblichen Folgen sein, zumal vorausgesehen werden muß, daß die staatlichen Eingriffe sich nicht darauf werden beschränken können, einen Verwendungszwang einzuführen. Preisregulierungen, Kontingentierungen, Bezugsscheinzwang und ähnliche Maßnahmen werden folgen müssen. Damit wird aber auch der Konsum in einer Weise bevormundet, daß die dringend erforderliche Anpassung der landwirtschaftlichen Produktion an die Nachfrage verhindert, zum mindesten aber aufgehalten wird.

Wenn auf einem bestimmten Verwendungsgebiet inländische Rohstoffe nicht mehr als bisher verwendet worden sind, so ist das nicht aus einer besonderen Vorliebe für ausländische Erzeugnisse heraus geschehen, sondern mit Rücksicht auf Preis und Qualität. Ein gesetzlicher Zwang würde hier entweder die Produktion verteuern oder die Qualität des Endproduktes verschlechtern, so daß letzten Endes auch die landwirtschaftliche Erzeugung keine Vorteile aus dem gesetzlichen

1 Verordnungen vom 30. 1. 1931, RGBl. 1931 I S. 17, und vom 31. 3. 1931, RGBl. 1931 I S. 134.

2 Brotgesetz vom 10. 12. 1930, RGBl. 1930 I S. 625, sowie Änderung des Ausmahlungsgesetzes vom 27. 3. 1931, RGBl. 1931 I S. 128.

3 Verordnung über den Bezug von Spiritus zu Treibstoffzwecken vom 4. 7. 1930, RGBl. 1930 I S. 199.

4 Achter Teil der Verordnung vom 1. 12. 1930, Kap. 3, RGBl. 1930 I S. 601.

5 A. a. O. Kap. 4, RGBl. 1930 I S. 602.

Eingriff hat, denn es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die einheimischen Abnehmer sich dann ausländischen Fabrikaten zuwenden würden.

Daß vielfach lediglich eine Erhöhung des Preises über den im freien Wettbewerb zu erreichenden für Produkte, die für die Landwirtschaft im ganzen keine Rolle spielen, der Anlaß für die auf Einführung eines Verwendungszwanges gerichteten Forderungen ist, hat sich mit aller Deutlichkeit bei den Verhandlungen über die Zichorie im Reichswirtschaftsrat gezeigt, wo sich herausstellte, daß es den Antragstellern darauf ankam, den einzigen Abnehmer für Zichorie zu zwingen, in den Anbauverträgen höhere Preise zu bewilligen. Nicht viel anders verhält es sich mit dem Antrag auf Einführung eines Verwendungszwanges für Kasein, wodurch bestenfalls 2% der jährlich anfallenden Magermilchmenge einer lohnenderen Verwertung zugeführt werden könnten. Bei Gerste liegen die Verhältnisse so, daß die Brauereien schon jetzt zu mehr als 90% ihren Bedarf mit Inlandsgerste decken.

Die besondere Belastung, die der Beimischungszwang für Spiritus mit sich bringt, hat uns Veranlassung gegeben, die deutsche Branntweinwirtschaft einer besonderen Untersuchung zu unterziehen, so daß sich in diesem Zusammenhang ein Eingehen auf den ganzen Fragenkomplex erübrigt. Wir werden uns erlauben, hierzu in Kürze besonders ausführlich Stellung zu nehmen.

Die gegen die beantragte Gesetzgebung sprechenden Gründe erfahren im Hinblick auf unsere handelspolitischen Beziehungen eine ganz besondere Verstärkung. Das Ausland würde in dem Verwendungszwang einheimischer Erzeugnisse mit Recht eine Abwehrmaßnahme gegen seine Erzeugnisse erblicken, die als Ergänzung zu den an sich schon übersteigerten deutschen Agrarzöllen unsere Handelsbeziehungen noch mehr erschweren, zum Teil völlig unterbinden würde[6]. Man braucht nur an die mit Mühe beseitigte holländische Boykottbewegung gegen deutsche Waren und die Unzufriedenheit Skandinaviens mit der neuen deutschen Agrarpolitik zu denken, um sich völlig klar darüber zu werden, daß das Ausland jede neue Erschwerung seines Warenaustausches mit Deutschland mit Abwehrmaßnahmen beantworten würde. Ein Eingehen auf die Folgen, die sich aus einer Erschwerung des Absatzes unserer Exportindustrie angesichts der deutschen Reparationsverpflichtungen und der fast 5 Millionen Arbeitslosen ergeben würde, dürfte sich wohl erübrigen.

Wenn wir jeden gesetzlichen Zwang, deutsche Waren zu verwenden, ablehnen, so verkennen wir doch keineswegs die Notwendigkeit, den heimischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen einen Absatzmarkt im Inland zu sichern. Allerdings muß dieses Ziel auf anderen Wegen erreicht werden. Welche Wege nach unserer Meinung eingeschlagen werden müssen, ist von uns des öfteren dargelegt worden[7].

Sollte es sich in einer Übergangszeit aus politischen oder aus anderen, unserer Beurteilung nicht unterliegenden Gründen als notwendig erweisen, die Landwirtschaft oder bestimmte Erzeugerkreise auch finanziell zu unterstützen, so muß dies bei Aufrechterhaltung aller grundsätzlichen Bedenken gegen alle derartigen Maßnahmen zum mindesten in einer Weise geschehen, die eine öffentliche Kontrolle erlaubt, d. h. es müssen die entsprechenden Mittel in den Etat eingestellt

6 Nr. 175, 190 und 198.

7 Vgl. Nr. 54a und b.

werden. Es geht aber nicht an, daß man diejenigen, die als Abnehmer in Frage kommen, einseitig mit den Kosten einer derartigen Subvention belastet.

Wir können daher an Sie, sehr geehrter Herr Reichskanzler, nur die dringende Bitte richten, bei den kommenden Beratungen der Reichsregierung[8] sich den von uns geäußerten Bedenken nicht zu verschließen. Sollte trotz der grundsätzlichen Bedenken dennoch die Absicht bestehen, die Einführung eines Verwendungszwanges für einzelne Projekte zu prüfen, so bitten wir, uns und den beteiligten Industriekreisen rechtzeitig Gelegenheit zu einer Aussprache mit den zuständigen Reichsstellen und den Vertretern der Landwirtschaft zu geben, damit die für die einzelnen Produkte bestehenden besonderen Schwierigkeiten noch des Näheren dargelegt werden können.

In ausgezeichneter Hochachtung
Reichsverband
der Deutschen Industrie
Das Geschäftsführende
Präsidialmitglied:
gez. *Kastl*

8 Am 29. 4. 1931 beendete das Kabinett die agrarpolitischen Beratungen. Zum Ergebnis Schulthess 1931 S. 109.

210.

7. 5. 1931: Niederschrift von Ministerialrat Vogels über eine Besprechung in der Reichskanzlei über die Reparationsfrage (Inhaltsangabe)

BA R 43 I/311.

Brüning zeichnet ein düsteres Bild der Haushalts- und Wirtschaftslage[1], die seiner Meinung nach nur noch durch eine Erleichterung der Reparationszahlungen oder durch neue Auslandsanleihen gebessert werden könne. Die Regierung sehe sich aus innerpolitischen Gründen gezwungen, die Reparationsfrage im Zusammenhang mit der nächsten großen Notverordnung anzuschneiden, da sonst mit einem Sturz des Kabinetts zu rechnen sei[2]. Dieser Auftakt zur Reparationsrevision, der nach der ursprünglichen Planung erst ca. drei Jahre nach Verabschiedung des Young-Planes erfolgen sollte, müsse nach innen den Eindruck erwecken, daß die Revision bereits begonnen habe; das Ausland aber müsse im Glauben gelassen werden, „daß wir alle Anstrengungen machen, um den Plan zu erfüllen". Er beabsichtige, die Reparationsfrage bis zum Frühjahr 1932 in der Schwebe zu halten und dann eine materielle Änderung herbeizuführen.

Die anwesenden Kabinettsmitglieder stimmen den Ausführungen *Brünings* im wesentlichen zu. Eine Kontroverse entsteht lediglich zwischen *Dietrich* und *Luther*

1 In einer Chefbesprechung am 5. 5. 1931 wurde für das Reich ein ungedeckter Fehlbetrag von ca. 800 Millionen RM im Jahr 1931 geschätzt. BA R 43 I/2369.

2 Vgl. Nr. 211.

über die Gefahr von Kreditabzügen. Während *Dietrich* glaubt, jeden Kreditabzug durch Erhöhung des Diskontsatzes abstoppen zu können, sieht *Luther* in der kurzfristigen Belastung eine ernste Gefahr, die Deutschland aktionsunfähig machen könne, „wenn eine Bewegung gegen uns einsetzen" würde. Was die Reparationsfrage angeht, so empfiehlt der Reichsbankpräsident Zurückhaltung[3], da die Zeit für Deutschland arbeite. Erst in einer Transferkrise sei der Augenblick gekommen, die Möglichkeiten des Young-Plans zur Revision der Reparationszahlungen anzuwenden. Bis dahin müsse man eine rege Propagandatätigkeit entfalten, um die Welt auf diese Aktionen vorzubereiten[4].

3 *Luther* hatte *Brüning* während dessen Osterurlaub in Badenweiler aufgesucht und ihn offensichtlich schon dort vor übereiltem Handeln gewarnt: In dem Rundschreiben *Veltens* vom 24. 4. 1931, Nachlaß Luther 359, heißt es, der Reichskanzler habe sich am Ende seines Urlaubs entschlossen, „die Reparationsfrage in diesem Jahre nicht mehr aufzurollen". *Luther* kommentiert diesen Satz: „Mein Besuch in Badenweiler." Am 23. 4. 1931 erklärte *Brüning* im Kabinett, daß das Reparationsproblem eingehend durchberaten werden müsse, das Ergebnis dieser Beratungen aber noch nicht abzusehen sei. BA R 43 I/1449.

4 Vgl. Nr. 205a. *Schäffer* notierte über die Besprechung vom 7. 5. 1931, *Brüning* habe dargelegt, „daß in der Reparationsfrage aus innenpolitischen Gründen etwas geschehen müsse, aber nach Möglichkeit etwas, das erlaube, die außenpolitischen Verhandlungen noch hinauszuschieben, damit sie erst im Frühjahr zustande kämen. Tue man dies nicht, dann würde man möglicherweise von einer Regierung abgelöst, welche die Sache viel ungeschickter anfasse und damit alles verschütte." Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. 7. 5. 1931.

211.

13. 5. 1931: Blank an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 4001012024/8b.

Betrifft: Politische Lage/Tagung des Langnamvereins am 3. Juni

Graf Quadt, der gestern für einen Tag in Berlin weilte, hat mir folgendes mitgeteilt: Der Reichskanzler hat einem Herrn gegenüber, mit dem *Graf Quadt* selbst gesprochen hat, erklärt, er sei außerordentlich besorgt wegen der geplanten Tagung des Langnamvereins[1], die offensichtlich – zwei Tage vor dem Beginn der Besprechungen in Chequers[2] – den Zweck verfolge, durch scharfe Angriffe gegen die Politik der Reichsregierung das Kabinett und besonders ihn selbst, d. h. den Reichskanzler, zu stürzen[3]. Angeblich soll damit noch ferner der Zweck verbunden sein, Herrn Dr. *Schlenker* ein Ministerportefeuille im Reichskabinett zu verschaffen[4]. Ich habe dem *Grafen Quadt* erklärt, daß nach meinen Informationen durchaus nicht die Absicht bestehe, gerade dem Kanzler persönlich Schwierigkeiten zu machen, während es auf der anderen Seite verständlich sei, daß die

1 Die Tagung fand am 3. 6. 1931 in Düsseldorf statt. Schulthess 1931 S. 119. Vgl. Nr. 206.

2 *Brüning* und *Curtius* traten ihre Englandreise am 3. 6. 1931 an.

3 Vgl. Nr. 210.

4 Vgl. Nr. 212.

westliche Industrie der Tatenlosigkeit des Kabinetts nicht weiter zusehen wolle[5]. *Graf Quadt* sprach dann die Meinung aus, daß es sicher außerordentlich gut und förderlich wäre, wenn einmal ein maßgebender Herr der westlichen Industrie den Kanzler aufsuchen würde, um ihn über die Ansichten, die im Westen vorherrschen, eingehend zu unterrichten. Es sei sicher, daß der Kanzler sich für eine solche Besprechung gern zur Verfügung stellen werde[6]. Dabei sei es natürlich erwünscht, daß diese Besprechung möglichst bald, jedenfalls noch vor der Tagung des Langnamvereins, stattfinde. Ich glaube, daß dieser Vorschlag des *Grafen Quadt* sehr beachtlich ist. Wenn sich nämlich die Befürchtung des Kanzlers, man wolle ihn vom Westen her stürzen, festigen sollte, dann könnte das vielleicht recht unerwünschte Folgen haben.

Herrn Dr. *Springorum* übersende ich Durchschlag dieses Schreibens.

Blank

5 Vgl. Nr. 206.

6 Vgl. Nr. 212.

212.

15. 5. 1931: Springorum (Dortmund) an Blank

HA/GHH 4001012024/8b. Abschrift.

Sehr geehrter Herr Doktor *Blank*!

Ich bestätige bestens dankend den Erhalt Ihres Schreibens vom 13. dieses Monats[1] mit dem beigefügten Durchdruck Ihres Briefes an Herrn *Reusch*[2]. Ich kann Ihnen schon heute mitteilen, daß ich am Mittwoch, dem 20. Mai, mittags 12 Uhr, mit dem Reichskanzler eine Besprechung haben werde[3]. Es wäre mir lieb, wenn ich Sie und vielleicht auch Herrn *Sogemeier* vorher sprechen könnte. Würden Sie beide mit mir um 8½ Uhr im Koburger Hof das erste Frühstück einnehmen[4]?

Von dem Plan, Dr. *Schlenker* ins Kabinett zu bringen, habe ich auch schon gehört. Mir scheint da von Seiten einiger unserer Freunde der Deutschen Volkspartei unter Wasser geschossen worden zu sein. Jedenfalls ist es sicher, daß Herr *Dingeldey* von diesem Plan wußte. An unserer grundsätzlichen Einstellung und der Deutlichkeit der Aussprache, die am 3. Juni stattfinden muß, wird durch dieses Treiben nichts geändert werden[5]. Aber immerhin ist es zweckmäßig, wenn man

1 Nicht bei den Akten.

2 Vgl. Nr. 211.

3 An der Besprechung, die bis 14 Uhr dauerte, nahm außerdem *Silverberg* teil. *Pünders* Tageszetteln zufolge setzten *Springorum* und *Klein*, Chefredakteur der DAZ, am Nachmittag die Aussprache mit *Brüning* fort. Nachlaß Pünder 43.

4 Vgl. Nr. 214a–c.

5 Nach Schulthess 1931 S. 119 wurde die Tagung „von einem starken Drang nach rechts" beherrscht. Hauptforderungen waren die baldige Revision des Young-Plans und entschlossene Maßnahmen zum Ausgleich des Etats.

dem Reichskanzler klarmachen kann, wie nötig er selber unsere Opposition hat. Sollte er allerdings, was ich heute morgen hörte, vorhaben, sich noch mehr auf die Linke zu stützen und die „Reformen" dadurch ermöglichen, daß er die Sozialdemokratie wieder ins Kabinett hineinnimmt, so wäre damit tatsächlich doch wohl die Behauptung, daß das bisherige Spiel nicht ganz ehrlich gewesen ist, nicht mehr von der Hand zu weisen.

Mit freundlichem Gruß
Ihr sehr ergebener
gez. *Springorum*

213.

18. 5. 1931: Dingeldey an Reichskanzler Brüning

Nachlaß Dingeldey 36. Durchschlag.

Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat sich in ihrer Sitzung vom Samstag, den 16. Mai, in Saarbrücken mit der politischen Lage und den finanziellen und sonstigen Folgerungen aus ihr beschäftigt[1]. Mit Rücksicht auf Ihre außerordentliche Überlastung in diesen Tagen und der Einfachheit halber darf ich mir gestatten, die Gesichtspunkte, die die Reichstagsfraktion bei den Erwägungen des Kabinetts[2] berücksichtigt sehen möchte, nachstehend kurz zusammenzufassen:

1. Wir halten es für völlig untragbar, daß jetzt in diesem Augenblick die in der Umsatzsteuer und ihrer möglichen Erhöhung liegende letzte Reserve der finanziellen Rüstung Deutschlands in Angriff genommen wird. Wir erblicken in der Erhöhung der Umsatzsteuer die einzige Möglichkeit, im Kampf um die Revision der Tribute die für den Fall finanzieller und kreditpolitischer Repressalien unerläßliche Widerstandskraft des Deutschen Reiches sicherzustellen. Deshalb darf nach unserer Auffassung die Umsatzsteuer jetzt für die Zwecke der Balancierung des Staates[3] unter keinen Umständen in Angriff genommen werden. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer zu den reinen Haushaltszwecken verbietet sich nach unserer Meinung aber auch aus wirtschaftspolitischen Erwägungen. Jede Erhöhung der Umsatzsteuer würde eine Erschwerung der Wirtschaftslage, eine Erhöhung der Selbstkosten, eine Verteuerung für den Konsumenten bedeuten. Diese Steuererhöhung zu Haushaltszwecken würde außerdem im Widerspruch mit der Grundlinie der Politik stehen, die Sie, Herr Reichskanzler, mit Entschlossen-

1 Niederschrift in BA R 45 II/67.

2 Gemeint sind die Beratungen über Haushalts- und Finanzfragen, die zur Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. 6. 1931 führten. RGBl. 1931 I S. 279.

3 Gemeint ist der Etatausgleich für 1931.

heit und zähem Willen bisher durchgehalten haben und zu deren Unterstützung wir uns verpflichtet fühlen[4].

2. Die Wiedereinführung der Zuckersteuer, deren Aufhebung seinerzeit von uns mißbilligt wurde, wird von uns als notwendig angesehen[5].

3. Die Aufhebung der Lohnsteuerrückerstattung erscheint uns bei der gegenwärtigen Lage der Reichsfinanzen eine zwingende Notwendigkeit[6].

4. Eine Kürzung der Beamtengehälter, in welcher Form auch immer, darf nach der einmütigen Meinung meiner Freunde nur in Frage kommen, wenn alle anderen Möglichkeiten auf einem wirtschaftspolitisch, finanzpolitisch und staatspolitisch zu verantwortenden Wege, neue Mittel zu schaffen, ausgeschlossen sind. Wir halten es für notwendig, daß zu diesem Zwecke eingehend geprüft werden die Pläne der Schaffung eines Monopols für den Zwischenhandel der Rohöle, des Benzins usw., oder auch etwaige Zölle auf diesem Gebiete. Wenn der Monopolgedanke durchführbar ist, käme gegebenenfalls in Frage, entsprechende Ablösungssummen der ausländischen Interessenten schon jetzt hereinzunehmen. Das gleiche gilt gegenüber den Produzenten und Lieferanten ausländischer Rohstoffe für die Margarineherstellung. Endlich wurde auch zur Erwägung gestellt eine Verpachtung des Rundfunks, selbstverständlich unter Reichskontrolle hinsichtlich der sachlichen Leistungen und des Preises des Rundfunks, und im bejahenden Falle auch hier eine Vorwegnahme der Erträgnisse für den Pächter durch Zahlung entsprechender Summen an das Reich. Ich gebe diese Gedankengänge lediglich als Material für die anzustellenden Erwägungen. Meine Freunde sind der Auffassung, daß eine Kürzung der Beamtengehälter von schwersten Folgen sein muß. Zunächst einmal wird eine fortschreitende Radikalisierung der deutschen Beamtenschaft unausbleiblich sein, sodann aber ist kein Zweifel, daß auch rein wirtschaftspolitisch die Kürzung der Beamtengehälter ohne weitere Senkung des Preisniveaus sehr schwer zu tragen sein wird. Der Beamtenhaushalt ist in weitem Umfang durch die fixen Kosten für Wohnung und Kindererziehung unbeweglich geworden. Unter diesen Umständen sprechen wir die ernste Befürchtung aus, daß eine weitere Kürzung der Beamtengehälter auch wirtschaftspolitisch ernste Rückwirkungen nach sich ziehen kann. Sollte aber die Finanzlage des Reiches, wenn alle anderen Möglichkeiten, mit Ausnahme weiterer Erhöhung der Steuer, geprüft sind und sich als nicht verwendbar erweisen, dann doch eine Senkung der Beamtengehälter erfordern[7], so würden wir eine solche Notwendigkeit nur mittragen können, wenn sie im inneren und zeitlichen Zusammenhang mit der Aufrollung der Tributfrage gestellt wird. Hierüber darf ich mir weitere Ausführungen für unten vorbehalten.

5. Bei der Arbeitslosenversicherung haben wir die ernstesten Bedenken gegen eine Heraufsetzung der Beiträge. Wir sind vielmehr der Meinung, daß die Versicherung durch Beschränkung ihrer Leistungen, Vermehrung der Anlaufzeit,

4 Der siebente Teil der Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931, Kap. III, ermächtigte den Reichsfinanzminister, Lebensmittel von der erhöhten Umsatzsteuer zu befreien. Sonstige Änderungen traten nicht ein.

5 Regelung der Zuckersteuer im zweiten Teil, Kap. II der Verordnung vom 5. 6. 1931.

6 Im vierten Teil, Kap. I der Verordnung vom 5. 6. 1931 wurde die Lohnsteuererstattung aufgehoben.

7 Zweiter Teil, Kap. I der Verordnung vom 5. 6. 1931.

Herausnahme der Landarbeiter, im weiteren Umfange auch der Saisonarbeiter, in sich selbst saniert werden muß[8]. Die Zusammenlegung der Krisen-[9] und Wohlfahrtsfürsorge scheint uns in diesem Zusammenhang nicht mehr länger aufschiebbar.

6. Eine Reform bei der Unfallversicherung[10] durch Herausnahme der kleineren Renten und Unfallfälle ist heute schon möglich, ohne damit der Gesamtreform des sozialen Versicherungswesens, die für den Herbst unabweislich ist, vorzugreifen. Die damit zu erzielenden Ersparnisse sollten der Wirtschaft unmittelbar zugute kommen, nicht aber durch eine gleichzeitige Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wieder aufgehoben werden.

7. Gegen die von der *Brauns*-Kommission empfohlene gesetzliche Ermächtigung an das Reich zur Anordnung einer Arbeitszeitverkürzung sprechen wir unsere Ablehnung aus. Wir sind der Auffassung, die wohl auch der Herr Reichsarbeitsminister teilt, daß beim gegenwärtigen Stande der Wirtschaft in den breitesten und wichtigsten Teilen der deutschen Industrie eine derartige Maßnahme völlig unfruchtbar bleiben muß. Sie wird aber auf der anderen Seite neue schwere Beunruhigung in die Wirtschaft tragen, wird zur Nachprüfung der Unzahl verschiedenartig gelagerter Fälle eine neue, stark vermehrte, unfruchtbare Arbeitslast für das Reichsarbeitsministerium bringen. Für völlig unmöglich halten wir eine Regelung, die die Einführung von Überstunden von der Mitwirkung der Gewerbeinspektoren abhängig macht, weil eine solche Regelung ohne weiteres verhindern würde, daß Unternehmungen, die sich wegen der Hereinnahme wichtiger Aufträge unter Umständen in kürzester Frist entschließen müssen, an dem Erwerb solcher Aufträge verhindert werden[11].

8. Die Frage der Abdingbarkeit der Tarifverträge kann nach unserer Auffassung nicht aufgeschoben werden. Dabei muß selbstverständlich Voraussetzung sein, daß die Lösung dieser Frage sich im Zusammenwirken mit den berufsständischen Vertretungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vollzieht. Es darf nicht der Anschein erweckt werden, als ob es sich hier um einen planmäßigen Feldzug zur Ausschaltung der Gewerkschaften handele. Wohl aber wird gegenüber der gegenwärtigen Starrheit des Tarifsystems im Interesse der Arbeitnehmerschaft und auch der Gewerkschaften ein Ausweg gefunden werden müssen. Ich denke mir die Lösung etwa folgendermaßen:

Geltende Tarifverträge können durch Zusammenwirken der Tarifvertragsparteien für einzelne Fälle durch eine besondere Regelung ersetzt werden. Kommt ein Einverständnis der Vertragsparteien [nicht] zustande, so kann dieses Einverständnis ersetzt werden durch die Zustimmung von zwei Dritteln der in dem Unternehmen tätigen Belegschaft.

Ich gebe auch diesen Vorschlag als Material weiter und darf dazu nur bemerken, daß meine Freunde auch jeder anderen, im möglichsten Einverständnis mit den

---

8 Neuregelung der Arbeitslosenversichung und der Krisenfürsorge im dritten Teil, Kap. I der Verordnung vom 5. 6. 1931.

9 Im Original irrtümlich „Kriegs-".

10 Fünfter Teil, Kap. III der Verordnung vom 5. 6. 1931.

11 Einschränkung der Arbeitszeit in der Verordnung vom 5. 6. 1931, dritter Teil, Kap. II.

großen berufsständischen Vertretungen zu treffenden Regelungen zustimmen würden[12].

9. Meine Freunde sehen die politische Lage in Deutschland, die seelische Belastungsfähigkeit der Bevölkerung als eine Frage von so außerordentlichem Ernst an, daß sie mit größtem Nachdruck und mit größter Eindringlichkeit Ihnen, sehr verehrter Herr Reichskanzler, den Gedanken unterbreiten, der auch in einer formellen Entschließung der Reichstagsfraktion ausgesprochen ist:

Alle diese neuen Opfer kann die gegenwärtige Reichsregierung vom deutschen Volk nur verlangen, wenn sie im inneren und zeitlichen Zusammenhang damit den Schritt zur Aufrollung der Tributfrage gegenüber den Gläubigermächten tut[13]. Meine Fraktion hat alle sehr ernsten, aus der gesamten außenpolitischen und reparationspolitischen Situation sich ergebenden Gegengründe gegen einen solchen Schritt im heutigen Zeitpunkt eingehend gewürdigt. Wir sind aber einhellig zu der Auffassung gelangt, daß alle diese Gegengründe gegenüber der tatsächlichen geistigen und seelischen Verfassung des Volkes völlig versagen. Dies um so mehr, als vorläufig der Zeitpunkt nicht abzusehen ist, zu dem eine wesentliche Änderung der reparationspolitischen Lage eintreten könnte. Der früheste sichtbare, aber in seinem Ergebnis ja auch noch völlig unklare Zeitpunkt wäre die im Herbst 1932 stattfindende Neuwahl des amerikanischen Präsidenten. Meine Freunde glauben, daß die schwersten Erschütterungen für das Staatsgefüge unausbleiblich sind, wenn die Reichsregierung sich dieser Verbindung der inneren Sanierung und äußeren Befreiung versagt.

Was die Methode im einzelnen anlangt, so sind meine Freunde selbstverständlich der Überzeugung, daß der Herr Reichskanzler selbst die Form und den Inhalt des bei den auswärtigen Mächten zu unternehmenden Schrittes auf Grund seiner eigenen schweren Verantwortung bestimmen muß. Ich enthalte mich deshalb hierzu jeden Vorschlags. Was aber den Zeitpunkt des Schrittes anlangt, so möchte ich darauf hinweisen, daß meine Freunde es mit Rücksicht auf die innerpolitische Wirkung für sehr viel richtiger halten würden, wenn die neue Lasten bringende Notverordnung erst gleichzeitig mit dem zu veröffentlichenden Schritte der Reichsregierung erlassen würde. Das würde also bedeuten, daß die Veröffentlichung der Notverordnung erst nach der Rückkehr des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsaußenministers von den Besprechungen in England veranlaßt würde[14].

10. Endlich darf ich, verehrter Herr Reichskanzler, noch einmal darauf hinweisen, was ich mir bereits persönlich auszuführen gestattete, daß meine Freunde mit Rücksicht auf diesen ganzen innen- und außenpolitischen Zusammenhang die Bereinigung des Kampffeldes in Preußen für eine absolute Notwendigkeit ansehen. Meine Freunde halten es für völlig ausgeschlossen, daß die kommenden innen- und außenpolitischen Entwicklungen ohne ernste Erschütterungen vorüber-

---

12 Zur weiteren Diskusision über diese Frage Nr. 230.

13 Vgl. Nr. 210. Vgl. auch den Aufruf der Reichsregierung vom 5. 6. 1931. Nr. 217, Anm. 2.

14 Die Notverordnung wurde während des Aufenthalts der deutschen Delegation in Chequers, 3. bis 10. 6. 1931, veröffentlicht. Vor seiner Abreise führte *Brüning* noch ein Gespräch mit *Dingeldey* über die Notverordnung. Brüning S. 277 f.

gehen, wenn nicht diese, weite Teile des Volkes erregende Kampfparole durch eine im Herbst zu vollziehende Neuwahl des preußischen Landtags aus der Welt geschafft wird.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich, sehr verehrter Herr Reichskanzler

Ihr stets ergebener

M. d. R.

214a.

20. 5. 1931: Blank an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 4001012024/8b. Paraphe Reuschs.

Betrifft: Tagung des Langnamvereins am 3. 6.[1]

Auf Wunsch von Herrn Dr. *Springorum* hatten Herr *Sogemeier* und ich heute früh und heute mittag Aussprachen mit ihm[2], bei denen wir einige Gedankengänge für die Tagung vorbrachten, die Herr *Springorum* uns schriftlich niederzulegen bat. Ich übersende in der Anlage einen Durchschlag unserer Aufzeichnung[3] sowie Durchschlag unseres Begleitschreibens an Herrn Dr. *Springorum*[4] zur Kenntnisnahme.

Blank

1 Vgl. Nr. 212 mit Anm. 5.
2 Vgl. Nr. 212.
3 Nr. 214c.
4 Nr. 214b.

214b.

20. 5. 1931: Blank und Sogemeier an Springorum (Dortmund)

HA/GHH 4001012024/8b. Durchschlag.[1]

Sehr verehrter Herr Doktor!

Verabredungsgemäß haben wir heute gegen Abend eine Aufzeichnung der heute früh besprochenen Gesichtspunkte gemacht, die wir in der Anlage[2] in doppelter Ausfertigung übersenden. Während wir die ersten Punkte nur stichwortartig festgehalten haben, haben wir besonders in den Punkten 4 und 5 versucht, diejenigen mehr ideologischen Gedankengänge auszuführen, auf die unseres

1 Anlage zu Nr. 214a.
2 Nr. 214c.

Erachtens nicht verzichtet werden kann, wenn man auch an die nicht wirtschaftlich eingestellten Kreise appellieren will, wie wir das heute früh am Schluß besprachen.

Wir haben bewußt davon abgesehen, irgendwelche allgemeine oder konkrete wirtschaftspolitische Ausführungen zu machen (Selbstkosten, Rentabilität, finanz-, sozialpolitische und sonstige Forderungen).

Der heute früh besprochene Vortrag des Herrn August *Winnig* geht Ihnen morgen zu.

Ergebenst!
S[ogemeier]
Bl[ank]

214c.

20. 5. 1931: Aufzeichnung über eine Besprechung zwischen Blank, Sogemeier und Springorum

HA/GHH 4001012024/8b. Durchschlag. An- und Unterstreichungen.[1]

1. Kabinettsumbildung

Entlastung des Kanzlers, mangelhafte sachliche Unterstützung durch Ressortminister. Schwierige Aufgaben der kommenden Monate, baldige Umbildung[2], da neue Persönlichkeiten sich einarbeiten und der Bürokratie Richtlinien geben müssen.

Volk und Parteien werden sachlichen, energischen Maßnahmen keinen wesentlichen Widerstand leisten.

2. Öffentliche Meinung

Schärfere Einwirkungen gegen zersetzende Presse. Der Führungsgedanke, insbesondere auch im Sinne der Maßnahmen unter 1., wurde von den bisher dazu berufenen Stellen *(Zechlin)* völlig vernachlässigt.

Indiskretion, Landesverrat, unterirdische Cliquen. Zur positiven, sachlichen Behandlung der öffentlichen Meinung muß die populäre und propagandistische treten.

3. Positive Opposition

Unglückseligerweise bei politischen Parteien unzureichend, muß um so mehr von Wirtschaft und Unternehmertum gemacht werden. Sie ist so zu gestalten, daß sie auch das Vertrauen weiterer Volkskreise gewinnt. Durch das energische Eintreten für eine Revision der Tributverpflichtungen wird die Wirtschaft auch leichter in der Allgemeinheit Verständnis für ihre anderen Forderungen finden.

4. Lebenskampf des deutschen Volkes

Volk, deutsche Kultur, Staat, Wirtschaft.

Wirtschaft nicht Selbstzweck, sondern materielle Basis für geordnetes Staatsleben, kulturelles Leben, Erhaltung und Fortentwicklung des Volkstums. Gewaltige

1 Anlage zu Nr. 214a.

2 Vgl. Nr. 207.

Leistungen des deutschen Unternehmertums, insbesondere auch seit 1918, trotz innerer und äußerer Bedrängnis und Eingriffe. Nur der Unternehmer kann die Schwierigkeiten unseres wirtschaftlichen Lebens in ihrer ganzen Tragweite ermessen. Ausmaß und Schwere der Bedrohung dieser materiellen Grundlagen unseres Volkslebens leider in weiteren, auch verantwortlichen Kreisen nur sehr teilweise erkannt. Wer täglich wie wir unverbrämt und kraß diese Dinge sieht, wird von allerschwerster Sorge auch für den Bestand von Staat, Kultur und Volk erfüllt, ohne die wiederum ja auch wirtschaftliches Leben nicht denkbar.

Das Unternehmertum betrachtet sich daher mit Recht als ein in vorderster Linie stehender Kämpfer um die letzten und höchsten Werte der deutschen Nation. Weit über den Kampf um die Wiedererringung der vielfach verlorengegangenen privaten Rente hinaus kämpfen wir so um die Entwicklungsmöglichkeit des Volkes und des einzelnen deutschen Menschen. Unsere Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge verleiht uns das Recht und die Pflicht, unsere Stimme auch in der Politik zu erheben. Wir wollen mit einer entschlossenen Regierung und allen Deutschen, die wirklich helfen wollen, zusammenarbeiten in diesem Lebenskampf des deutschen Volkes.

5. Führung

Anspruch und Pflicht des Unternehmers als Führer ergeben sich ohne weiteres aus dem vorbezeichneten Zusammenhange. Selbst Schmähungen und Verdächtigungen werden das deutsche Unternehmertum nicht dahin bringen, diesen Führungsanspruch und Führungswillen aufzugeben. Mit begeisterter Zustimmung kann das Unternehmertum heute natürlich nicht rechnen, wenn es im Bewußtsein seiner Verantwortung mit rücksichtsloser Klarheit die tatsächliche Lage offenlegt und Folgerungen und Forderungen daraus ableitet, die für jeden hart und unbequem sind, insbesondere, wenn aus mancherlei Gründen, die die Unternehmer selbst am meisten bedauern, nicht gesagt werden kann, wie lange diese harte Zeit dauern wird und wann nach diesem äußersten Kampf um die nackte Existenz der Wiederaufstieg beginnen wird. Wir sind aber der ganz bestimmten Überzeugung, daß das deutsche Unternehmertum in Verbindung mit einer energischen und klugen politischen Leitung auch die deutsche Wirtschaft zu diesem Wiederaufstieg führen wird. Die Leistungen des deutschen Volkes und des deutschen Unternehmertums in schweren Schicksalszeiten seiner Geschichte und das Vertrauen in die Lebenskraft und den Lebenswillen der Nation berechtigen uns zu dieser Zuversicht.

215.

28. 5. 1931: Vortragsnotiz des Württembergischen Gesandten Bosler über eine Sitzung des Reichsratsausschusses für Verfassung und Geschäftsordnung (Auszug)

HStASt E 130 II/Bü 591. Durchschlag – Nr. 2461. Überschrift: „Auszug. Aktenvortrag." Handschriftliche Korrekturen. Paraphen.

[. . .][1]

II. Sicherstellung rechtzeitiger Mitwirkung des Reichsrats bei Erlaß der demnächst zu erwartenden Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten[2].

Die rechtliche Seite dieser Frage, ob nämlich der Reichsrat gemäß Artikel 67 Reichsverfassung verlangen kann, von der Reichsregierung vor Erlaß der Notverordnung gehört zu werden, ist strittig und wird auch innerhalb des Reichsrats verschieden beurteilt; z. B. ist Staatssekretär *Weismann,* Preußen, der Auffassung, daß das hier in Rede stehende Notverordnungsrecht reine Sache des Reichspräsidenten sei und der Reichsrat nicht verlangen könne, vorher eingeschaltet zu werden.

Immerhin beschloß der Geschäftsordnungsausschuß, diese Seite der Frage noch einer besonderen Prüfung zu unterziehen. Zum Berichterstatter ist Ministerialdirektor Dr. *Poetzsch-Heffter* bestellt worden.

Zu der praktisch-politischen Seite des Falles führte der Staatssekretär *Weismann* aus:

Das vorgenannte Schreiben des Staatssekretärs *Pünder*[3] beziehe sich auf die jetzt im Vordergrund stehende, demnächst ergehende Notverordnung nicht. Der Reichskanzler habe ja vor allem das Bedenken, daß, wenn die Reichsregierung den Reichsrat offiziell unterrichte, dann auch der Reichstag, der gegenwärtig gar nicht versammelt ist, nicht mehr zurückzuhalten wäre[4]. Der Reichskanzler, mit dem er – *Weismann* – erst gestern namens des Geschäftsführenden Ausschusses des Reichsrats gesprochen habe, sei aber gleichwohl zu einer Konzession bereit. Es sei zwar unmöglich, die Notverordnung den Länderregierungen vorzulegen. Sie existiere auch bis zum heutigen Tage noch nicht. Am Freitag, den 29. Mai dieses Jahres, sei die erste Kabinettssitzung in dieser Frage[5], die aber sicher noch keinen Abschluß bringe, zumal noch keine Einigkeit innerhalb des Reichskabinetts selbst erzielt sei.

---

1 Auslassungen im Original.

2 Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. 6. 1931, RGBl. 1931 I S. 279. Zu dem Dokument Besson S. 206 ff.

3 In einem Schreiben an den Braunschweigischen Gesandten *Boden* vom 13. 5. 1931 hatte *Pünder* erklärt, „daß es die Absicht der Reichsregierung" sei, „den geäußerten Wünschen nach einer rechtzeitigen Einschaltung des Reichsrats bei den bevorstehenden bedeutsamen Maßnahmen der Reichsregierung nach aller Möglichkeit zu entsprechen". BA R 43 I/1033.

4 Zur Auseinandersetzung über die Einberufung des Reichstags Brüning S. 285 ff.

5 Ministerbesprechung am 29. 5. 1931, 11 Uhr, BA R 43 I/1449. Zu den Abschlußberatungen über die Notverordnung Nr. 218, 219 und 221a und b.

Der Reichskanzler sei aber bereit, auf Dienstag, den 2. Juni dieses Jahres, die Ministerpräsidenten zu sich einzuladen und mit ihnen die ganze Lage zu besprechen[6]. An einer engen Zusammenarbeit mit den Ländern liege ihm – dem Kanzler – auch in Zukunft viel. Die Notverordnung wird bis zu der Besprechung am Dienstag noch nicht fertiggestellt sein. Die Ministerpräsidenten kommen also noch rechtzeitig. Auch ohne Vorlage werde sich ein klares Bild über die Auffassung der Reichsregierung und über den wesentlichen Inhalt der Notverordnung ergeben. In großen Zügen werde in dieser vertraulichen Beratung den Ministerpräsidenten über die Pläne des Reichskanzlers und der Reichsregierung Auskunft gegeben.

Eine Vorlage der Notverordnung selber ist auch deswegen nicht möglich, weil die letzten Entschließungen der Reichsregierung immer noch ausstehen und die Stellungnahme und Entschließung des Reichspräsidenten bis dahin noch nicht eingeholt sein könne.

gez. *Bosler*

6 In dieser Besprechung kritisierten die Ländervertreter, daß die Reichsregierung die Fehlbeträge der Länder und Gemeinden völlig außer acht lasse. Reichsfinanzminister *Dietrich* sagte schließlich zu, die Forderungen der Länder nach finanziellen Erleichterungen nochmals zu überprüfen. Vermerk von Ministerialrat *Vogels* über eine Besprechung mit den Ministerpräsidenten am 2. 6. 1931, BA R 43 I/2369. Vgl. Besson S. 207 f.

216.

30. 5. 1931: Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an Reichskanzler Brüning

BA R 43 I/2369 – Tgb. Nr. 3703/1931. Unterstreichungen. Paraphen Brünings und Pünders.

Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

Die Sorge um das Schicksal des deutschen Volkes, die Sie in den Stunden der Entscheidung über die neue Notverordnung[1] bewegt, wird auch von uns geteilt. Im Auftrage unseres Bundesvorstandes beehre ich mich daher, Ihnen nochmals kurz unsere Auffassung darzulegen.

Die bisherigen Maßnahmen der Regierung haben den Umfang der Arbeitslosigkeit nicht verändert. Der Lohnabbau hat die Krise verschärft. Er hat die Kaufkraft geschwächt, die Steuereingänge herabgedrückt und einen wesentlichen Teil des Defizits der öffentlichen Haushalte verursacht. Was an Kaufkraft übrig blieb, wurde von der Agrarpolitik aufgezehrt. Durch den Auftrieb der Preise wichtigster Nahrungs- und Futtermittel auf das zwei- bis dreifache der Weltmarktpreise erhält die Großlandwirtschaft auf Kosten der städtischen Bevölkerung eine Subvention, die den Ausgaben für die so oft ungerechtfertigt angegriffene Arbeitslosenversicherung mindestens gleichkommt.

Es kann der Arbeiterschaft nicht zugemutet werden, diese Last weiter zu tragen. Aber sie ist bereit, eine namhafte Arbeitszeitverkürzung auf sich zu nehmen, um

1 Zur Notverordnung vom 5. 6. 1931 Nr. 213.

die vorhandenen Arbeitsgelegenheiten mit den erwerbslosen Kollegen zu teilen. Die allgemeine, gesetzliche 40-Stunden-Woche ist ein dringendes Erfordernis.

Die sozialen Versicherungs- und Versorgungsleistungen müssen erhalten bleiben. Die Sozialversicherung ist durch die Reserven-Entwertung infolge der Inflation sowie durch die Mindereinnahmen und Mehrausgaben infolge der Krise gefährdet; sie muß gesichert werden. Insbesondere muß die Versorgung der Arbeitslosen in ihrem bisherigen Ausmaße bestehen bleiben; die zusätzliche Finanzierung muß aus Mitteln des Reiches ermöglicht werden, gegebenenfalls mit Hilfe derjenigen, die infolge ihrer Stellung oder ihres Einkommens von den Gefahren der Arbeitslosigkeit verschont bleiben.

Die Steuerlasten sind gewiß eine schwere Bürde geworden. Aber der Staat muß gerade in Zeiten der Not seine sozialen Verpflichtungen gegen die ärmsten Schichten des Volkes mit allen Mitteln erfüllen. Zu diesem Zwecke müssen Vermögen und höhere Einkommen vordringlich in Anspruch genommen werden, z. B. durch weitere Zuschläge zur Einkommens-, Vermögens-, Erbschafts- und Aufsichtsratsteuer.

Die Regierung muß ferner jede Möglichkeit für die Aufnahme von Auslandsanleihen wahrnehmen, damit die öffentliche Verwaltung die Mittel für umfassende Arbeitsbeschaffung erhält.

Die bevorstehende Notverordnung muß von folgenden Leitgedanken beherrscht sein:

1. Belebung der Kaufkraft. Abkehr von der gegenwärtigen Agrarpolitik;

2. Erhaltung der sozialen Versicherungs- und Versorgungsleistungen. Besteuerung der Leistungsfähigen;

3. Entlastung des Arbeitsmarktes. Gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche.

Ohne Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte, Herr Reichskanzler, und ohne gleichzeitigen Verzicht auf weiteren Lohnabbau wird weder die dringend notwendige soziale und politische Entspannung noch der erhoffte Auftrieb der Wirtschaft eintreten.

In ausgezeichneter Hochachtung
Leipart

217.

30. 5. 1931: Aufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther über eine Besprechung in der Reichskanzlei

Nachlaß Luther 365. Handschriftlicher Kopfvermerk: „30. Mai 1931. Nachm. [bis] Abend (diktiert 31. Mai vorm.).“

Besprechung in der Reichskanzlei in voller Ministerbesetzung, außerdem *Saemisch* und eine Reihe von Staatssekretären und Beamten[1].

1 Ministerbesprechung am 30. 5. 1931, BA R 43 I/1449.

Der Kanzler verhinderte jede Beschlußfassung, obwohl es letzten Endes darauf hinauskam, welche Wendung betreffend das Reparationsproblem in die Proklamation hinein soll, die beim Erscheinen der Notverordnung mit herausgegeben werden soll[2]. Soviel Gewicht *Brüning* auf eine solche Bemerkung in der Proklamation legte, so war doch der kurze Text, an den er zu denken schien, recht unkonkret und insofern unbedenklich. Er sagte einmal, die Schwierigkeit sei nicht, eine Formulierung zu finden, sondern zu erreichen, daß die Bevölkerung daran glaube.

Zunächst stellte *Brüning* sorgfältig fest, welcher Nutzen überhaupt, und zwar nach der Budgetrichtung, aus der Erklärung der Hinausschiebung[3] entstehen könne, und fand dabei die bekannten niedrigen Zahlen. *Berger* versuchte bei seiner Darstellung, wie schon bei dem Frühstück mittags im Kasino der Reichsbank, zu dem *Dreyse* mich und ihn eingeladen hatte, in seine Darstellung des nach dem Young-Plan Gültigen den politischen Gedanken zu verweben, daß, wenn einmal die Hinausschiebung erklärt sei, es gelingen würde, die Hinausschiebung der Aufbringung schon vor dem Termin des Young-Plans zu erreichen, um überhaupt die ganze Frage von daher aufzurollen[4].

Stegerwald beurteilte die von anderer Seite stark unterstrichenen Gefahren einer Verzögerung des Reparationsschrittes (*Wirth,* auch *Groener* und *Treviranus*) sehr ruhig und wies auch besonders auf die Einwendungen hin, die die anderen uns entgegenhalten würden, nämlich:

---

2 Aufruf der Reichsregierung vom 6. 6. 1931 zur Notverordnung vom 5. 6. 1931, Schulthess 1931 S. 120f. Auszug in Ursachen und Folgen VIII S. 160f. Der Schlußabsatz der Endfassung des Aufrufes, die erst nach *Brünings* Abreise nach Chequers in einer Ministerbesprechung unter Vorsitz von *Dietrich* am 5. 6. 1931 beschlossen wurde (BA R 43 I/1450), lautete: „Die Einsetzung der letzten Kräfte und Reserven aller Bevölkerungskreise gibt der deutschen Regierung das Recht und macht es ihr dem eigenen Volke gegenüber zur Pflicht, vor der Welt auszusprechen: Die Grenze dessen, was wir unserem Volke an Entbehrungen aufzuerlegen vermögen, ist erreicht! Die Voraussetzungen, unter denen der neue Plan zustandegekommen ist, haben sich durch die Entwicklung, die die Welt genommen hat, als irrig erwiesen. Die Erleichterung, die der neue Plan nach der Absicht aller Beteiligten dem deutschen Volke bringen sollte und fürs erste auch zu bringen versprach, hat er nicht gebracht. Die Regierung ist sich bewußt, daß die aufs äußerste bedrohte wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reichs gebieterisch zur Entlastung Deutschlands von untragbaren Reparationsverpflichtungen zwingt. Auch die wirtschaftliche Gesundung der Welt ist hierdurch mitbedingt. Das deutsche Volk steht in einem entscheidenden Ringen um seine Zukunft. Vor dem Aberglauben, man könnte ohne Opfer zu einem gedeihlichen Erfolge gelangen, muß eine verantwortungsbewußte Regierung warnen. Wenn das deutsche Volk an seine Zukunft glaubt, so muß es entschlossen sein, dafür alles einzusetzen. Oft haben die Deutschen in ihrer Geschichte verkannt, daß in kritischer Lage nicht der Kampf der Parteien, sondern der Wille des gesamten Volkes, sich zu behaupten, entscheidend ist. Eine solche Stunde ist gekommen. Die Reichsregierung kann nicht glauben, daß die neue Generation so klein und die ältere so schwach geworden ist, daß sie nicht vereint imstande wären, im friedlichen Kampf um unseren Wiederaufstieg die Größe und den Idealismus deutschen Volkstums wie in früheren Schicksalsstunden zu beweisen. Im Vertrauen auf Lebenskraft und Lebenswille des deutschen Volkes wird die Regierung handeln." Vgl. Brüning S. 278f.; Born S. 70.

3 Gemeint ist die Erklärung des Transferaufschubs, der nur für den geschützten Teil der Annuitäten möglich war.

4 Deutschland durfte den Transfer des geschützten Teils der Annuitäten erst nach 90tägiger Ankündigung aufschieben. 15 Monate nach Ankündigung des Transferaufschubs konnte die deutsche Regierung auch die Zahlung aufschieben. Der Zahlungsaufschub blieb allerdings auf 50% der geschützten Annuität beschränkt. Heilfron/Nassen S. 140ff.

1. Wir redeten immer in der Welt davon, daß wir eine 10%ige Lohnsteuer hätten. Die brächte indessen bei 35 Milliarden Lohnsumme nur 1125 Millionen. (*Brüning* entgegnete, daß in anderen Ländern das Existenzminimum ja viel höher liege als bei uns.)

2. Wir sollten einmal erst durch die Reichsreform die Verwaltung in Ordnung bringen. (*Dietrich* entgegnete, das seien ja nur einige 100 Millionen.)

3. Wir gäben für kulturelle Zwecke den ungeheuren Mehrbetrag aus im Vergleich zur Vorkriegszeit, z. B. auch viel mehr als Belgien und Holland.

Brüning stellte an Hand der Zahlen fest, daß die Hinausschiebung von Transfer und Aufbringung uns nicht über die Etatschwierigkeiten hinwegbringen würde.

In einer zunächst theoretischen Debatte, ob für den Fall der Anwendung der Rechte aus dem Young-Plan die Hinausschiebung des Transfers oder die lediglich Einberufung des Sonderausschusses (sogenannte Revisions-Klausel)[5] vorzuziehen seien, neigte *Dietrich* ebenso stark zum ersten wie *Curtius* zum zweiten Weg. Ich stellte mich auf den Standpunkt von *Dietrich,* indem ich sagte, daß zwar die Krediterschütterung beim ersten Weg voraussichtlich geringer sein würde, wenigstens im Anfang, daß es aber doch schließlich auf den Erfolg ankomme und daß ich mir mehr verspräche, wenn durch Benutzung der Hinausschiebungsrechte ein wirklicher Tatbestand geschaffen würde, da die anderen ja doch nicht hören würden, also fühlen müßten. *Curtius'* Einwand umfaßte auch die Feststellung, daß man im Falle der Hinausschiebung der Aufbringung sofort Amerika praktisch mittreffen würde.

Nach einer Abendbrotpause ging die Diskussion vom theoretischen Verhalten ab und auf das Praktische zu. Mit Bezug auf Chequers[6] bestätigte ich die Sorge, daß die Engländer sich bemühen würden, uns in eine einheitliche Front gegen Amerika hineinzuziehen, und erzählte meine Erfahrungen aus der BIZ. Ich betonte ferner, daß der jetzt von England gekommene Kreditgedanke meines Erachtens sich durchaus dem *Briand*schen Europaprojekt[7] anpaßte. Es war eine sehr starke Einmütigkeit darüber vorhanden, daß dieser englische Kreditgedanke abgelehnt werden müßte. *Brüning* sprach einmal in einer Bemerkung gegenüber *Wirth* mit aller Bestimmtheit aus, daß er solche Zwischenlösung nicht annehmen würde und überhaupt keine Zwischenlösung für ihn in Betracht komme, mit der etwa eine politische Bindung verknüpft sei, so wie man jetzt davon spreche, Deutschland solle für 5 Jahre auf jeden politischen Schritt verzichten. Dagegen sprach *Brüning* mehrfach von der Moratoriumswelle, die für Staatsschulden jetzt über die ganze

5 Wenn die deutsche Regierung glaubte, „daß die Währung und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des aufschiebbaren Teils der Annuitäten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten", konnte sie die Einberufung des Beratenden Sonderausschusses verlangen. Kam der Sonderausschuß zu der Ansicht, „daß die zuständigen deutschen Stellen alles in ihrer Macht Stehende zur Erfüllung der Verpflichtungen getan haben", dann konnte er den Gläubigerländern und der BIZ „zur Erwägung unterbreiten, welche Maßnahmen nach seiner Ansicht hinsichtlich der Anwendung des gegenwärtigen Planes ergriffen werden sollten". Das wurde von deutscher Seite als Hebel zur Revision angesehen. Heilfron/Nassen S. 83 f. Vgl. auch Nr. 204.

6 Über die England-Reise des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers vom 3. bis 10. 6. 1931 Brüning S. 278 ff.; Curtius S. 213 ff.

7 Vgl. Siebert S. 542 ff.

Erde gehe, und auch ich äußerte, daß, so schmerzlich es sei, in dieser Bewegung drinzustehen, ich mir eine Zwischenlösung dieser Art schließlich vorstellen könne, wenn sie so sei, daß dadurch unsere Möglichkeit, den Young-Plan grundsätzlich anzugreifen, in keiner Weise verritzt werde.

Zusammenhängend habe ich folgendes dargelegt. Ich hätte mir immer wieder überlegt, ob nicht der jetzige Schwebezustand alle Nachteile eines bereits getanen Reparationsschrittes einschließe, ohne irgendwelche Vorteile zu bieten. Der entscheidende Gesichtspunkt für mich aber sei der, daß auch nach der Kreditseite nur ein erfolgreicher Reparationsschritt Nutzen bringen könne. Nun sei aber zur Zeit das Unverständnis unserer Lage gegenüber und die mangelnde Bereitwilligkeit, Reparationsgedanken zu Ende zu denken, bei den anderen noch außerordentlich groß, wie mir durch meine tägliche Arbeit und durch die Arbeit mit der BIZ immer wieder vor Augen geführt werde. Andererseits sei ich der Meinung, oder richtiger, stellte ich mich für meine praktischen Entschließungen auf den Standpunkt, daß die Zeit hier für uns arbeite, und zwar in deutlich erkennbarer Form. Jede Hinauszögerung sei infolgedessen von großem Wert unter dem Gesichtspunkt des Enderfolges.

Brüning kam demgegenüber auf den schon neulich erörterten Gedanken zurück, man müsse eine Formulierung finden und ein praktisches Verhalten, wonach es nach innen deutlich werde, daß die Regierung die Reparationsfrage tatkräftig anpacke, nach außen aber entscheidende Schritte vielleicht bis zum Frühjahr 1932 oder Sommer 1932 hinausgezögert würden. Er bezeichnete diesen Gedankengang sogar einmal als den *Luther*schen Vorschlag. Ich setzte mich dagegen zu Wehr, indem ich betonte, daß das Ausland schließlich mithören würde, was nach innen geschähe, und daß mein Gedanke nicht der sei, einen Zustand entstehen zu lassen, in dem der Schwebezustand mehr schade als nutze. *Brüning* erzählte auch, daß ihm *Bergmann,* der ja eben von der Internationalen Handelskammer in Washington zurückgekommen ist, auf seine Frage bestätigt habe, daß hinsichtlich der Kreditfrage ein Punkt kommen könne, wo das Hinauszögern einer Entscheidung schädlicher werde als die mit einer Entscheidung verbundenen Kreditgefahren. Ich bestätigte das unter Hinweis auf meine eigenen Darlegungen.

Wirth schnitt die Frage an, ob nicht auch ein erfolgloser Schritt Nutzen bringen könne, weil eine etwaige Ablehnung durch den Beratenden Sonderausschuß infolge der andauernden Weltkrise schließlich die Gegenwirkung hervorrufen werde. Ich erwiderte, daß ich unter einem erfolglosen Schritt die Senkung der Reparationslasten nur um wenige 100 Millionen, etwa auf der Grundlage der Goldaufwertung, betrachten würde und daß ich die Annahme eines solchen, dann wahrscheinlich wieder ultimativ an uns herantretenden Vorschlages, der eine neue Bindung darstellen würde, fürchtete.

Trendelenburg legte dar, daß, wenn etwa das Ausland uns jetzt ein größeres Darlehen gebe, wir wahrscheinlich dieses Darlehen selbst bezahlen würden, indem die entsprechenden Beträge aus den an Deutschland gegebenen Privatkrediten zurückgezogen werden würden. Ich bestätigte dies grundsätzlich, besonders im Hinblick auf Amerika, weniger auf England, auch an Hand der bereits gemachten Erfahrungen, setzte aber hinzu, wenn wir zu einer wirklich brauchbaren Reparationslösung kommen, so werde diese Wirkung durch die Besserung der Vertrau-

enslage Deutschland gegenüber kompensiert oder sogar überkompensiert werden. Auch das sei für mich ein Grund, immer wieder darauf zu drängen, daß kein Schritt zu früh und deshalb mit zu geringen Erfolgsaussichten getan werde.

Ich habe auch daran erinnert, daß die deutsche Regierung im August 1923 als eine der letzten Taten des Kabinetts *Cuno* unter meiner Mitwirkung die ganzen Reparationszahlungen schon einmal eingestellt hätte[8] und daß die Welt das damals vernünftig aufgenommen hätte, weil die Dinge hinreichend reif gewesen seien. Auf dieser Grundlage hätte sich dann unter Zwischenschaltung der großen inneren Reformmaßnahmen der Rentenmark usw. der einzige wirklich große Besserungsschritt in der Reparationsfrage vollzogen, nämlich der Übergang vom Londoner Ultimatum zum Dawes-Plan. Nun habe sich inzwischen das Weltbild sicher verändert, und ein derartiger Schritt komme nicht wieder in Frage, aber zum richtigen Zeitpunkt müsse man handeln und nicht noch einmal zum unrichtigen wie beim Young-Plan.

Die Erörterung schloß nicht mit diesen meinen Worten ab, sondern zum Schluß lag die vorher erwähnte Auseinandersetzung mit Minister *Wirth*. Überhaupt habe ich, so deutlich ich meinen Standpunkt dargelegt habe, nicht etwa hauptsächlich die Kosten der Unterhaltung bestritten. Freilich erfolgten die umfangreichen Betrachtungen über die innerpolitischen Gefahren und über die schlechteren Aussichten eines etwaigen Handelns durch eine andere radikalere Regierung in Erwiderung auf meine Darlegungen.

Zum Schluß ergab sich noch eine Besprechung darüber, ob es zweckmäßig sei, die Notverordnung einschließlich der Proklamation herauszugeben, während *Brüning* und *Curtius* in Chequers sind. Ich stellte mich auf diesen Standpunkt, indem ich sowohl eine vorherige wie eine unmittelbar nachfolgende Veröffentlichung für noch bedenklicher erklärte.

Während der ganzen vielstündigen Beratungen war ununterbrochen ein für hiesige Verhältnisse ungewöhnlich schweres Gewitter, so daß man öfter vor den Donnerschlägen die Ausführungen der Redner nicht verstand.

8 Vgl. Lüke S. 26f.

218.

1. 6. 1931: Aufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther über Sitzungen des Reichskabinetts

Nachlaß Luther 365. Handschriftliche Korrekturen.

Montag, den 1. Juni 1931, Sitzung im Reichskabinett mittags, nachmittags und abends über die Notverordnung[1].

Dem von *Treviranus* angeregten Gedanken eines allgemeinen neuen Depotgesetzes setzte ich, nachdem *Trendelenburg* auch schon in dieser Richtung gesprochen hatte, die bestimmte Erklärung entgegen, daß das angesichts des soeben erfolgten

1 Ministerbesprechung um 12 Uhr und um 16 Uhr, BA R 43 I/1450.

Zusammenbruchs der Österreichischen Kreditanstalt[2] unmöglich sei. Ich habe unter Vorbehalt der grundsätzlichen Stellungnahme gedrängt, ein möglichst einfaches Ermächtigungsgesetz zu machen, das jedenfalls nur für die Osthilfsgebiete gelten dürfe und bei dem man hoffen sollte, daß schon die Ermächtigung genüge, um die nötigen Erfolge zu erzielen, so daß das Gesetz gar nicht mehr erlassen zu werden brauche.

Trendelenburg machte den Vorstoß in Sachen des Aktienrechts, wobei ich ihm meine Unterstützung zugesagt hatte. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Alternative gar nicht so stände, ob man das Aktienrecht durch Notverordnung oder durch Gesetz machen wolle, da eine Vorlegung einer Aktienrechtsnovelle an den Reichstag voraussichtlich zu so weitgehenden Anträgen und vielleicht auch Beschlüssen führen würde, daß aus der kreditfördernden Wirkung, die ich von der Aktienrechtsänderung erwartete, eine kreditschädigende würde. Ich habe erklärt, daß ich es auch nicht für notwendig halten könne, jetzt eine erschöpfende Neukodifikation des Aktienrechts zu machen, sondern daß die Lösung weniger Punkte, die von besonderer Wichtigkeit sind, mir genügen würde, auch dann, wenn dadurch das Gebäude des Aktienrechts vielleicht etwas unausgeglichen würde. Ich habe das Bild gebraucht, wenn man zunächst beschlossen habe, ein neues Krankenhaus zu bauen, und die Situation dränge sehr, dann müßte man sich vielleicht damit begnügen, einen neuen Operationssaal anzubauen und das weitere einer besseren Zukunft überlassen. Nachdem von seiten des Justizministeriums immer wieder behauptet wurde, es sei unmöglich, vor Ablauf von zwei Monaten eine einigermaßen richtige Regelung herauszubringen, habe ich die Frage angeschnitten, ob nicht durch die Notverordnung jetzt der Regierung die Ermächtigung gegeben werden könnte, nach bestimmten Richtungen das Aktienrecht zu verändern, wobei ich nicht verkannt habe, daß in der Zwischenzeit eine sehr unangenehme Bedrängung der Regierung eintreten könnte. Zwischendurch wurde *Schlegelberger* geholt. Ich habe *Schlegelberger* persönlich angesprochen, indem ich ihn an seine riesige Leistung gelegentlich der Rentenmarkverordnung[3] erinnert habe, wo er das von uns Beschlossene in 24 Stunden formuliert habe. Als er dann mit sehr vielen Einzeleinwendungen kam, habe ich noch gesagt: „Wissen Sie, Herr *Schlegelberger,* was bei unserer beiderseitigen Arbeit der Rentenmarkverordnung stark mitgeholfen hat? Daß weder Sie noch ich eigentlich Spezialisten waren." Er erwiderte, daß man dann in der Frage der Aktienrechtsreform sich bei ihm an den Unrichtigen gewendet hätte. Die Sache soll bis morgen überlegt werden.

Von seiten des Minister *Curtius,* unterstützt durch *Wirth* und auch durch andere, kam der Gedanke auf, nicht eine besondere Regelung hinsichtlich der Beamtenbesoldung und daneben die allgemeine Krisensteuer zu machen, sondern alles in einer Belastungsform zusammenzuziehen. Ich habe darauf hingewiesen, daß kreditpolitisch es viel richtiger sei, die Beamtenfrage als solche zu behandeln, weil

2 Zu den Vorgängen um die Österreichische Kreditanstalt, deren prekäre Lage am 11. 5. 1931 bekannt geworden war, und zu den Sanierungsaktionen Walther Federn, Der Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt, in Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 67 (1932) S. 403 ff.; Born S. 64 ff.; Bennett S. 40 ff.

3 Vgl. Hans Luther, Politiker ohne Partei. Erinnerungen, 2. Aufl. Stuttgart 1960 S. 116 f.

dadurch ein viel größerer Eindruck im Ausland hervorgerufen werde, und daß ich auch die Kapitalfluchtgefahr für geringer einschätzte, wenn die Krisensteuer nicht mit der Beamtengehaltsregelung verquickt werde (weil die Krisensteuer dann nicht so endgültig wirkt).

Trendelenburg legte auf Wunsch von *Stegerwald* den Entwurf eines Verdingungsgesetzes vor und erinnerte sofort daran, daß dieser Entwurf im Kabinett *Luther* seinerzeit dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt worden sei und wohl auch noch dem Reichstag, aber am lebhaften Widerstand des Reichswirtschaftsrates gescheitert sei. Auch *Heintze* und der Reichskommissar für Handwerk und Kleingewerbe ritt immerfort auf diesen Ereignissen im Kabinett *Luther* umher. Der Reichskommissar sprach von dem ,,ungemeinen Widerstand", auf den dieser Gesetzentwurf auch jetzt bei den Handwerkern stoßen würde. Darauf griff *Stegerwald* sehr temperamentvoll ein, indem er auf den ,,ungemeinen Widerstand" hinwies, auf den die übrigen Maßnahmen bei den Beamten, Kleinrentnern usw. treffen würden, und sagte zusammenfassend: ,,*Luthers* Politik von damals war richtig. Wir hätten den ganzen Dreckhaufen heute nicht, wenn *Luther* mit seiner Politik durchgekommen wäre." Er, *Stegerwald,* hätte damals zu mir gesagt, wir hätten 2½ Milliarden Steuerersparnisse, das müsse sich in den Preisen auswirken, und ich hätte dem zugestimmt. Als schließlich *Trendelenburg* behauptete, ich hätte damals keine allgemeine Aktion gemacht, ergriff ich doch das Wort und stellte fest, was *Trendelenburg* dann zugab, daß wir damals keine überhöhten Gehälter und keine überhöhten Löhne gehabt hätten, daß wir aber aus der Inflationszeit immer noch die erhöhten Preise gehabt hätten und daß diese Preise durch die Regierung auf der ganzen Linie angegriffen worden seien, wobei ja bekannterweise auch ein Erfolg eingetreten sei, der nur nicht ausgereicht habe. Wie ich das Wirtschaftsministerium in der gleichen Weise wieder aufmarschieren sah wie 1925, da zog mir fortgesetzt das Goethewort durch den Kopf: ,,Ihr naht euch wieder, schwankende Gestalten."

Kurz vor Schluß der Sitzung schnitt *Stegerwald* noch das Problem der Arbeitszeitverkürzung an. Da *Dietrich* nicht mehr da war und um auf keinen Fall eine falsche Stimmung entstehen zu lassen, widersprach ich sofort, indem ich darauf hinwies, daß das Problem dahinginge, Bindungen zu lockern und nicht neue Bindungen zu schaffen. Ich berief mich namentlich auch auf den Beschluß beim Kohlensyndikat[4], der ja bereits gefaßt worden war.

Die Sitzung schloß um 1 Uhr.

4 Nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 war der Reichswirtschaftsminister berechtigt, aber nicht verpflichtet, ,,einen Zusammenschluß oder einen Beitritt zu einem Syndikat herbeizuführen". RGBl. 1931 I S. 313.

219.

2. 6. 1931: Aufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther über eine Reichsministerbesprechung

Nachlaß Luther 365. Handschriftliche Korrekturen.

Aus der Ministerbesprechung vom 2. Juni 1931, abends[1].

Äußerung des Reichskanzlers. Er sei durchaus Gegner einer Planwirtschaft, aber in unsere Rettungs- und Aufbauarbeit müsse ein System hineinkommen. Es müsse auch der Glaube durchbrechen, daß in allem Gerechtigkeit sei. Das deutsche Volk sei fähig, Schweres zu ertragen, aber es müsse sehen, daß es nach ernsten Grundsätzen geführt wird. Vielleicht solle man ein kleines Gremium einsetzen, das sich mit allen Fragen der Wirtschaft zu befassen habe; solch Vorschlag sei ihm erst in den letzten Tagen noch von Persönlichkeiten wie Jacob *Goldschmidt, Bosch, Wilmowsky, Knebel-Döberitz* gemacht worden. Wir müßten einen Weg finden, um über die Skepsis hinwegzukommen. „Sonst werden wir scheitern[2]." Er denke an solch kleines Gremium nach englischem System. Das sei schon einmal besprochen und auch von dem jetzigen Reichsbankpräsidenten gutgeheißen worden gelegentlich der Steuervorlagen von 1925 (im Reichskanzlerzimmer des Reichstages), als ich damals Reichskanzler war. Die Enquête-Kommission[3] habe völlig wertlose Arbeit geleistet.

Nach einer Bemerkung des Staatssekretärs *Weismann,* die ich nicht gehört habe, weil ich zu einem Telefongespräch herausgerufen worden war, fuhr der Kanzler fort, es sei ein alter Satz in der Geschichte: Wer die Verantwortung an sich ziehe, der herrsche. Die Reichsregierung könne deswegen nicht die Verantwortung für die Einzelaktionen durch Rundschreiben auf die Länder abschieben. Aber auch die Länder müßten ihre eigene Verantwortung tragen. Das gelte namentlich hinsichtlich der so außerordentlich übersteigerten Kulturaufgaben. Der Reichs-

1 Kabinettssitzung und Ministerbesprechung am 2. 6. 1931, 21 Uhr. BA R 43 I/1450.

2 Dieses wörtliche Zitat handschriftliche Einfügung *Luthers.* Pessimistischer erscheinen *Brünings* Worte nach der Tagebucheintragung *Luthers* über die gleiche Besprechung: „Reichskanzler *Brüning* leitete am Nachmittag die Sitzung des Kabinetts mit den Worten ein, wie ich schon vor acht Tagen gesagt hätte, wir verwundeten jeden und hätten nirgends etwas wirtschaftlich Faszinierendes. Die Notverordnung werde nirgends einen psychologischen Antrieb zum Guten und Segensreichen bieten; das sehe er schon jetzt klar." Nachlaß Luther 425.

3 Der „Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Enquête-Ausschuß)" wurde durch Gesetz, das der Reichstag am 15. 4. 1926 verabschiedete, eingesetzt. Er setzte sich aus Politikern, Sachverständigen und Vertretern der großen Spitzenverbände zusammen, tagte erstmals am 7. Juni 1926 und bildete unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Clemens *Lammers* und den Präsidialmitgliedern Prof. *Harms* (Kiel), *Hilferding* (Reichstagsabgeordneter, später Reichsfinanzminister) und *Graf Keyserlingk* (Mitglied des Preußischen Staatsrates) fünf Unterausschüsse mit jeweils zwei bis neun – insgesamt 26 – Arbeitsgruppen, die die Ergebnisse der Untersuchungen in den einzelnen Wirtschaftssparten während der Jahre 1927–1930 in einer Abfolge gesonderter Veröffentlichungen von teilweise beträchtlichem Umfang erscheinen ließen. Infolge der Wirtschaftskrise waren diese Ergebnisse schnell überholt. Zur Übersicht die offizielle Darstellung, ohne Verfasser: Die Untersuchung der deutschen Wirtschaft. Der Enquête-Ausschuß, seine Aufgaben und seine Arbeitsmethode, Berlin 1927.

bankpräsident habe ihm einen Zeitungsausschnitt von heute früh gezeigt, wonach in Japan gegen die hohen Kulturausgaben, namentlich auch in den Besoldungen, energisch vorgegangen wird. (Mein Zwischenruf: Über Höhe der Sätze stand nichts darin). Wenn die Länder nicht von sich aus zu handeln verständen, so würde nichts sie vor weiteren staatsrechtlichen Entwicklungen innerhalb Deutschlands schützen[4].

Dietrich führte aus, man müsse konkrete Dinge machen. *Trendelenburg* sprach allgemein für Auflockerung all der Bindungen, die unser Wirtschaftsleben lähmen. *Treviranus* betonte, daß Einzeleingriffe doch immer wieder notwendig sein würden, wie z. B. in den Ostfragen.

Danach ergriff ich das Wort und sagte, es sei schwer, den Ausführungen des Reichskanzlers noch etwas hinzuzufügen. Nur zweierlei wolle ich sagen.

Der von *Trendelenburg* geschilderte Zustand, daß die Reichsministerien, wie namentlich das Wirtschaftsministerium, keinen Unterbau hätten, sei in Wirklichkeit noch viel schlimmer. Denn da die Reichsministerien Informationen haben müßten und die Informationen durch die Länder keine verwendbaren Informationen seien, dazu sei viel zu viel Politik in ihnen drin, so liege gerade hier eine Ursache für die übermäßige Erstarkung der zahlreichen Wirtschafts-Zentralverbände auf generellen oder speziellen Gebieten. Man habe manchmal geradezu den Eindruck, daß um jeden Referenten in einem Reichsministerium ein solcher Zentralverband erwachse. Daraus erkläre sich nicht nur die übermäßige Macht dieser Verbände, sondern auch eine gewisse Überintimität der Referenten mit diesen Verbänden. Das sei auch die allgemeine Erklärung für die vom Reichskanzler erwähnten beklagenswerten Zustände, daß auf diesem Weg immer wieder Dinge, die die eigenen Minister noch nicht wüßten, zur Kenntnis der Wirtschaftsverbände kämen. Man sehe also, wie sehr die unglückselige Organisation unseres Reiches hier an dem Unheil mitschuldig sei. In meiner allgemeinen Einstellung zu den großen Aufgaben der Gegenwart stände ich durchaus auf dem Standpunkt, daß eine weitgehende Auflockerung und Ablösung der Bindungen der einzig mögliche Weg sei. Ich begrüßte deshalb den ersten Schritt, der hinsichtlich des Kohlen-Syndikats getan worden sei, indem man durch die Notverordnung die Verpflichtung der Reichsregierung zur Einrichtung eines Kohlen-Syndikats aufheben wolle[5]. Die ganzen Fragen seien außerordentlich dringlich. Mir stehe an Informationen Material zur Verfügung, das die anderen Herren nicht ohne weiteres benutzen, nämlich die immer wiederholten Berichte der einzelnen Reichsbankstellen über die Wirtschaftslage in ihrem Bezirk. Der Niedergang der letzten Monate, der sich daraus für die Wirtschaft ergebe, sei geradezu erschütternd. So sehr es auf die Auflockerung und schnelle Auflockerung mithin ankomme, so seien doch immer wieder Einzelpunkte, in denen von der Staatsgewalt aus fest und einheitlich eingegriffen werden müsse, worauf Herr *Treviranus* mit Recht hingewiesen habe; aber hier bestehe die große Schwierigkeit, daß wir in Deutschland überhaupt eine einheitliche Staatsgewalt nicht hätten. Das sei also

4 Vgl. Brüning S. 163.

5 Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931, siebenter Teil, Kap. VII: Änderung des Kohlenwirtschaftsgesetzes, RGBl. 1931 I S. 313.

der springende Punkt, selbst unter dem Gesichtspunkt einer Auflockerung der heute vorhandenen wirtschaftsschädlichen Bindungen.

Der Reichskanzler erklärte, daß er mir für diese Ausführungen sehr dankbar sei, daß wir in der Tat nur mit geistigen Mitteln das Volk durch die Not hindurchführen könnten und daß es auf keinen Fall mit Reichswehr und Polizei gehen werde.

Bemerken möchte ich aus der Sitzung noch besonders, daß gemäß einer Anregung, die ich am Tage vorher im Privatgespräch dem Reichskanzler und einigen Ministern gegeben hatte, auch den Beamten des Finanzministeriums, nunmehr eine Vorlage vorlag, wonach die Gehaltsempfänger bis 16000 RM einschließlich von der Veranlagten-Krisensteuer befreit sein sollten[6]. Meine Anregung hatte sich nur auf die Beamten bezogen, im Sinne der von mir immer befolgten Politik und im Einklang mit dem, was auch *Stegerwald* immer wieder sagt, daß die höheren Beamten bei uns zu schlecht bezahlt würden. Das Finanzministerium aber war der Meinung, daß man die Regelung allein für die Beamten nicht machen könne, sondern dann auch für die Privatangestellten. Es stellte sich dann heraus, daß, während es für die Beamten keine 10 Millionen gekostet hätte, nunmehr 30 Millionen zur Erörterung standen. Ich habe darauf ausgesprochen, daß ich als Reichsbankpräsident wegen der budgetären Deckung den Verlust für bedenklich halten müßte, und habe gefragt, ob nicht ein Ausgleich an anderer Stelle zu beschaffen sei. Der Reichsfinanzminister wollte darauf zurückkommen.

6 Dritter Teil, Kap. III, § 12 der Notverordnung vom 5. 6. 1931, RGBl. 1931 I S. 300.

220.

2. 6. 1931: Ministerpräsident Held an Reichskanzler Brüning (Auszug)

GStAM MA 103 794. Durchschlag. Überschrift: „Abdruck".

Hochzuverehrender Herr Reichskanzler!

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bayerischen Volkspartei und der Reichsregierung über das Steuervereinheitlichungsgesetz[1] hatten zu folgendem Vorschlag der Reichsregierung geführt:

1. Die Steuernotverordnung vom 1. Dezember 1930[2] wird in Teil III Kap. II (Grundsteuer) und III (Gewerbesteuer) dahin geändert, daß den Ländern die eigene Zuständigkeit für die Regelung der Freigrenzen Befreiungsvorschriften und Meßzahlen belassen wird; dabei sollen sie in den Meßzahlen lediglich an eine Höchstgrenze für die Besteuerung eines Gewerbeertrags von über 15500 RM gebunden sein; bei den Befreiungsvorschriften soll ein Einspruchsrecht des Reichsfinanzministers nur dann bestehen, wenn die verfassungsmäßigen Voraus-

1 Besprechung in der Reichskanzlei betr. Ausgleichsverhandlungen mit Bayern am 21. 5. 1931, BA R 43 I/2227. Vgl. Nr. 184 und 200; Schönhoven S. 260; Brüning S. 271, 276f.

2 RGBl. 1930 I S. 517.

setzungen für eine Reichsgesetzgebung auf diesem Gebiete nach Artikel 11 der Reichsverfassung gegeben wären. Eine Beschränkung dieser eigenen Zuständigkeit der Länder auf die Gewerbebetriebe, die außerhalb des Landes keine Betriebsstätten unterhalten, findet nicht statt.

2. Diese Änderung der Steuernotverordnung erfolgt auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung. Das Reichskabinett wird die entsprechende Vorlage dem Reichsrate und (allenfalls auf dem Wege einer Doppelvorlage) dem Reichstag zuleiten und dort vertreten.

Der Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei hat diesen Vorschlag angenommen[3] und die Bayerische Staatsregierung ersucht, auf dieser Grundlage die Schlichtungsverhandlungen im Benehmen mit der Reichsregierung wiederaufzunehmen und die übrigen noch schwebenden und in den politischen Verhandlungen nicht berührten Punkte noch zu regeln. Die Bayerische Staatsregierung ist im Interesse einer raschen Beendigung des Streits damit einverstanden, daß die erforderlichen Änderungen der Steuernotverordnung vom 1. Dezember 1930 anstatt im Wege der ordentlichen Gesetzgebung, wie nach der Vereinbarung vorgesehen, sofort durch die neue Notverordnung erfolgen[4], und ist nach Veröffentlichung dieser Notverordnung bereit, sofort die Klage vor dem Staatsgerichtshof unter Wahrung ihres grundsätzlichen Rechtsstandpunktes zurückzuziehen[5].

[. . .][6]

Mit der Versicherung ausgezeichnetster Hochachtung habe ich die Ehre zu sein

Euer Hochwohlgeboren ergebenster
gez. Dr. *Held*

3 Am 30. 5. 1931.

4 Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen, erster Teil, Kap. II: Steuervereinheitlichung. RGBl. 1931 I S. 280.

5 Geschehen am 9. 6. 1931. In einem weiteren Schreiben an *Brüning* vom 9. 6. 1931 betonte *Held* jedoch: „An ihrem verfassungsrechtlichen Standpunkt hält die Bayerische Staatsregierung in vollem Umfange fest. Sie wird ihn bei jeder sich bietenden Gelegenheit auch weiterhin mit Nachdruck und mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln verfolgen." GStAM MA 103794. Am gleichen Tage erklärte *Held* in einem Rundschreiben an die Bayerischen Staatsminister: „Auch die zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. 6. 1931 [. . .] enthält eine Reihe von Eingriffen in die nach der Reichsverfassung den Ländern zustehenden Aufgabengebiete. Hiergegen Rechtsverwahrung einzulegen, halte ich um so mehr für geboten, als es mir fraglich erscheint, ob eine sachliche Notwendigkeit für solche Eingriffe vorlag." GStAM MA 103462.

6 Ausgelassen „einige noch nicht erledigte Punkte, die bei den Schlichtungsverhandlungen bereits berührt worden sind".

221a.

3. 6. 1931: Aufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther über drei Reichsministerbesprechungen

Nachlaß Luther 365. Handschriftliche Korrekturen und Ergänzungen.

Ministerbesprechung vom 3. Juni, vormittags[1].

An Hand des vorgelegten Entwurfs der Begleiterklärung für die Notverordnung, Seite 27[2], sprach ich mit *Treviranus,* daß das, was dort über die Unmöglichkeit, die Reichsreform auf Grund des Artikels 48 zu machen [gesagt werde], viel zu weit gehe und daß überhaupt die erste ablehnende Hälfte der die Reichsreform betreffenden Darstellung meines Erachtens unglücklich sei, indem sie allein unter dem Gesichtspunkt geschrieben sei zu rechtfertigen, warum nichts Positives geschehe. *Treviranus* stimmte dem zu und versprach, den Gedanken von sich aus aufzunehmen. Er tat das, indem er bei der Neuformulierung die erste Hälfte im großen und ganzen strich, womit ich einverstanden war. Im übrigen aber hatte er eine zu konkrete Fassung im anderen Sinne. Ich habe in diesem Falle vorgeschlagen, so zu formulieren: „. . . in der jetzt zu erlassenden Notverordnung noch nicht verwirklicht werden konnte."

Entwicklung der Frage einer gesetzlichen Ermächtigung zur Verkürzung der Arbeitszeit in den Ministerbesprechungen vom 3. Juni 1931[3].

Es lag zunächst ein Entwurf des Arbeitsministeriums vor, der eine allgemeine Ermächtigung für den Arbeitsminister zur Verkürzung der Arbeitszeit[4] enthielt und gleichzeitig den Zwang zu Lohnerhöhungen bei Mehrarbeit. *Stegerwald* sagte selbst, daß er dem Entwurfe inhaltlich keine große Bedeutung beimesse, daß aber, wie er sich ausdrückte, sein Schiff voll beladen sei, wenn dieser Entwurf nicht zustande komme, und er deshalb dann weder beim Nachtbackverbot noch hinsichtlich einer Kürzung der Kleinunfallrenten etwas tun könne. Im übrigen sei es eine politische Frage, die der Kanzler zu entscheiden habe. Es wurde indessen immer deutlicher, daß *Stegerwald* sich doch stark an den Entwurf gebunden fühlte. Lebhafte Bedenken wurden von *Trendelenburg* geltend gemacht, auch kräftig von *Treviranus. Curtius* sprach in derselben Richtung. Ich betonte namentlich die Kreditschwierigkeiten, indem ich darauf hinwies, daß freiwillige Verkürzungen der Arbeitszeit zwar in Amerika sehr gut verstanden würden, man brauche ja nur an den Fordismus zu denken, daß aber eine Regierungsmaßnahme nach dieser Richtung wenig Beifall finden würde. Ich habe auch immer wieder betont, daß der ganze Gedanke das Gegenteil dessen sei, was jetzt notwendig sei und eigentlich ja auch im Kabinett anerkannt werde, nämlich die Notwendigkeit einer Auflockerung der vorhandenen Bindungen. Ich habe auch unterstrichen, daß diese Maßnahme bei der Arbeitszeit um so bedenklicher sei, als die regionale

1 Ministerbesprechung am 3. 6. 1931, 10 Uhr, BA R 43 I/1450.

2 Endgültiger Text auszugsweise abgedruckt in Schulthess 1931 S. 120 ff.

3 Ministerbesprechung um 10 Uhr, 15 Uhr und 21.30 Uhr, BA R 43 I/1450.

4 Zur Haltung der Gewerkschaften dazu Nr. 216.

Elastizität, also die Einschränkung der Unabdingbarkeit der Tarifverträge[5], nach dem Wunsch des Arbeitsministers nicht beschlossen werden solle. Der Kanzler würdigte alle Einwendungen sehr und betonte besonders, daß die Überzahlung für Mehrarbeit doch eigentlich nicht möglich sei angesichts der Tatsache, daß die Aufträge jetzt so oft stoßweise kämen. Auf die Seite von *Stegerwald* stellten sich nur *Wirth* und *Dietrich.*

Es wurde dann am Vormittag mit großer Mehrheit beschlossen, das Gesetz nicht in die Notverordnung aufzunehmen. Dagegen wurde beschlossen, einen Beschluß herauszugeben, wonach in den Betrieben des Reiches die verkürzte Arbeitszeit, soweit als irgend möglich, eingeführt werden sollte.

Später ergab sich dann die Situation, daß trotz der Erklärung von *Stegerwald,* daß für ihn die Aufhebung des Nachtbackverbots nunmehr ausgeschlossen sei, die Rede doch wieder auf diese Angelegenheit kam, und zwar im Zusammenhang mit der Brotpreissenkung. Nunmehr versuchte der Kanzler, die Angelegenheit der Arbeitszeitverkürzung wiederum mit einzubeziehen, und äußerte den Wunsch, es möchte vom Arbeitsministerium versucht werden, einen Entwurf zu machen, durch den die hauptsächlichen praktischen Anstände gegen den bisherigen Entwurf über die Arbeitszeitverkürzung beseitigt würden. Dann solle in der Nachmittagssitzung im Zusammenhang mit dem Nachtbackverbot nochmals beraten werden.

In der Nachmittagssitzung kam der Kanzler auf diesen Stand der Dinge zurück, indem er erklärte, er halte es seinerseits trotz all der großen, grundsätzlichen Bedenken gegen die Arbeitszeitkürzungsverordnung doch für besser, eine die praktischen Bedenken nach Möglichkeit berücksichtigende Regelung im Gebiet der Arbeitszeitverkürzung anzunehmen und dann gleichzeitig die Aufhebung des Nachtbackverbots zu erreichen, als auf das letztere zu verzichten. *Stegerwald* erklärte, er habe sich mit der Ablehnung der Verordnung über die Arbeitszeitverkürzung abgefunden und sei auch bereit, die Aufhebung des Nachtbackverbots in der Notverordnung noch mit zu unterzeichnen. Ausführen würde er das alles dann allerdings nicht mehr, das müsse dann ein anderer tun[6]. Er lege infolgedessen auf den Entwurf, der im Sinne der Gedanken des Kanzlers im Arbeitsministerium inzwischen ausgearbeitet worden sei, kein Gewicht mehr und habe ihn gar nicht gelesen.

Schließlich wurde dieser neue Entwurf dann doch zur Verlesung gebracht. Er stammte von *Sitzler.* Aus seiner Fassung ging hervor, daß im Rahmen des wirtschaftlich Vertretbaren oder so ähnlich und des technisch Möglichen die Arbeitszeitverkürzung durch das Reichsarbeitsministerium mit grundsätzlich den gleichen Ermächtigungsrechten, wie bisher vorgesehen, betrieben werden soll. Dabei war die Vorschrift, daß für Mehrarbeit erhöhte Löhne gezahlt werden sollten, nunmehr auf diejenigen Fälle beschränkt, in denen das Arbeitsministerium von seiner Ermächtigung formell Gebrauch gemacht hatte. *Sitzler* hatte also seine

5 Nach einem Gespräch mit *Reusch* hatte *Luther* schon am 27. 5. 1931 bei einer Besprechung in der Reichskanzlei die „Abdingbarkeit der Tarifverträge" empfohlen und sich „nachdrücklich gegen jeden Eingriff auf Abkürzung der Arbeitszeit" ausgesprochen. Nachlaß Luther 425.

6 *Schäffer*-Tgb. 3. 6. 1931: „*Stegerwald* sagte, er würde alles mitmachen, und droht seinen Rücktritt für nachher an." Nachlaß Schäffer ED 93.

Bemerkung aus der Vormittagssitzung, daß es unlogisch sei, die Arbeitszeitverkürzung zu betreiben und dann nicht die Lohnerhöhung für Mehrarbeit vorzusehen, jetzt auf diesen besonderen Fall beschränkt. Die Bemerkung von *Sitzler* in der Vormittagssitzung hatte sehr dazu beigetragen, eine starke Stimmung gegen den Entwurf bei denjenigen zu machen, die zunächst schwankten. Der Kanzler erinnerte nochmals an seine Anregung, man solle ausdrücklich hervorheben, daß man an binnenwirtschaftliche Betriebe und nicht an Exportbetriebe denke. *Trendelenburg* beantragte überraschenderweise, das doch nur in die Begleiterklärung der Reichsregierung aufzunehmen. Ich fragte ihn hinterher, warum er es getan hätte, worauf er meinte, juristisch stehe das alles ja in dem neuen Verordnungsentwurf bereits drin[7].(!)

Ich meinerseits habe in der Nachmittagsdiskussion das Wort nicht mehr ergriffen, da von vornherein feststand, wie sie mit Bestimmtheit laufen würde und kein Zweifel an meiner Stellungnahme sein konnte.

Brüning hat im Laufe der Erörterung darauf hingewiesen, daß eine Elastizität auch hinsichtlich der Löhne aller Voraussicht nach im Herbst oder Winter in das geltende Recht werde hineingebracht werden müssen.

Aus der Sitzung des Ministerrats vom 3. Juni 1931[8].

Als es zu einer Besprechung der beabsichtigten Begleiterklärung der Reichsregierung zur Notverordnung kam, erhob *Schätzel* Einspruch gegen den Passus über die Reichsreform. (Was ich hinsichtlich dieses Passus schon vorher mit *Treviranus* besprochen hatte, ist in einem anderen Aktenvermerk bereits niedergelegt.)[9]

Stegerwald erklärte sofort lebhaft, in der Form der Mitteilung möge man verschiedener Meinung sein, in der Sache aber müsse man endlich vorankommen mit der Reichsreform. Er nannte drei Beweisgründe dafür: den, wie er sagte, „Anschauungsunterricht" von gestern, womit er die absolut nur ländermäßig egoistische Einstellung der Ministerpräsidenten in der gestrigen Ministerpräsidentenbesprechung[10] meinte, weiter die Notwendigkeit des einheitlichen politischen Wollens und endlich die Unzulänglichkeit der Länder in der Durchführung von Ersparnismaßnahmen, namentlich im Gebiet der Kulturverwaltung.

Treviranus sprach danach für den vorgelegten Entwurf mit den Veränderungen, die ich mit ihm verabredet hatte.

Wirth äußerte sich eher dafür, den Passus wegzulassen oder aber sofort mit der Ausführung der Reichsreform zu beginnen.

Schätzel ließ sich durch nichts beeindrucken und stellte die Kabinettsfrage.

Stegerwald wiederholte, was die Sache selbst anbetreffe, so ließe er sich auf gar keine Diskussionen ein. Er habe von jeher gesagt, daß das Notprogramm der Regierung dreierlei umfassen müsse:

1. ein Opferprogramm,

7 Notverordnung vom 5. 6. 1931, dritter Teil, Kap. II, RGBl. 1931 I S. 297; Erklärung der Reichsregierung zur Notverordnung Nr. 217, Anm. 2.

8 Dieselben Sitzungen wie in Anm. 3 angegeben.

9 Erster Abschnitt dieser Aufzeichnung.

10 Vermerk über eine Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder am 2. 6. 1931, BA R 43 I/2369. Zur Haltung Bayerns Nr. 220.

2. die erforderlichen Maßnahmen zur staatspolitischen Vereinfachung, Verbilligung und Zusammenfassung der Staatsgewalt,

3. die Reparationsfrage[11].

Wirth führte aus, ein Gesetzentwurf [zur Reichsreform] sei zwar da, er könne im Kabinett besprochen werden, sobald der Reichskanzler die Vorlegung anordne[12].

Stegerwald: Das Kernproblem sei und bleibe Reich-Preußen. Im Herbst werde die Angelegenheit sicher kommen. Wenn er nicht mehr Minister sei, dann würde er seine Schlußlebensaufgabe in der Reichsreform sehen. Was man heute die differenzierende Endlösung[13] nenne, das habe er schon 1922 in seinem Vortrag gesagt.

Dietrich stellte ähnlich wie *Wirth* die Alternative auf, daß man entweder schon handeln oder gar nichts sagen solle.

Wirth sagte darauf, erwähnen müsse man die Sache schon.

Brüning schloß ab, man solle versuchen, eine neue Formulierung zu finden. Wenn aber nur die allgemeinen Wendungen von Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung herauskämen, die jede Regierung bisher ausgesprochen habe, wenn die ganze Sache also blaß würde, dann solle man lieber ganz darauf verzichten.

Ich habe nicht gesprochen, sondern nur durch Nicken häufig *Stegerwald* zugestimmt und dann auch dem Kanzler bei seiner Schlußbemerkung.

---

11 Zur Diskussion über die Reparationsfrage notierte *Schäffer:* „Der Kanzler legt dar, daß er sich über das Ergebnis der Reise nach Chequers keinerlei Illusionen hingibt. [. . .] Er werde den Ernst der Situation klarlegen. Er wisse aber nicht, wie weit die Engländer aufnahmefähig dafür seien." *Dietrich* mahnte *Brüning,* nicht auf das Recht eines Moratoriumsantrags zu verzichten. *Luther* äußerte sich skeptisch auf die Frage *Wirths,* ob die Reichsregierung von der Bank von England Hilfe erwarten könne. Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. 3. 6. 1931.

12 Nach einem Vermerk *Wiensteins* vom 20. 6. 1931 bestand zwischen den zuständigen Referenten im Innenministerium Übereinstimmung darüber, „daß im gegenwärtigen Augenblick eine Beratung [. . .] der Reichsreform [. . .] in einer Ministerbesprechung wegen der politischen Lage nicht möglich ist". BA R 43 I/1882.

13 Die „differenzierte Gesamtlösung" war das Ergebnis der Beratungen des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz und seiner Unterausschüsse im Jahre 1930. Schulz, Demokratie S. 592 ff.

221b.

3. 6. 1931: Tagebuchaufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug)

Nachlaß Luther 425. Durchschlag.

Österreich im Hintergrund. Auch Auswärtiges Amt wird jetzt zweifelhaft an Österreichs festem Willen[1].

---

1 Zur Krise um das deutsch-österreichische Projekt einer Zollunion Nr. 202, Anm. 2. *Luther* teilte am 3. 6. 1931 *Bülow, Curtius, Ritter* und *Schäffer* mit, daß die Führung der Verhandlungen über die Österreichische Kreditanstalt an die Banque de Paris übergegangen sei. *Schäffer* setzte sich dafür ein, „daß wir unter der Banque de Paris in ein Konsortium gehen sollten". Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. 3. 6. 1931.

Den ganzen Tag Sitzungen in Reichskanzlei. Diktate[2].

Abends Sitzung[3] bis kurz vor Abfahrt des Zuges nach Hamburg (*Brüning* und *Curtius* nach Chequers). *Brüning* begann mit üblichem Dank des Reichspräsidenten.

Sonst diese Abendsitzung nach den bewegten Tagessitzungen sehr ruhig. *Dietrich* wieder für baldigen Schritt aufgrund des Young-Plans. Ich stelle ausdrücklich fest, daß jetzt nicht darüber beschlossen werden soll, was n a c h Chequers zu geschehen hat. Nachdem all die ernsten Tatsachen nochmals unterstrichen worden sind, hat *Schäffer* zum Schluß einen ungewollten Heiterkeitserfolg, als er sagt: Wenn das Reich jetzt etwa 250 Millionen Kredit bekomme, dann sei es bis 1. 4. 1932 über Kassenschwierigkeiten hinweg: Man glaubt es und findet es sehr schön[4].

Das heute beendete Werk[5] ist groß, a b e r n i c h t a n n ä h e r n d a u s r e i c h e n d. Am Nachmittag die *Stegerwald*-Krise: siehe Diktat[6]. Auch über die wieder zurückgestellte Reichsreform siehe Diktat[7].

Ich erzähle *Brüning,* daß ich morgen mittag nach Basel fliege und dann durch Basel erreichbar bleibe, wo Montag Sitzung. *Brüning* stellt fest: „Also während der ganzen Chequers-Periode." Vorher hatte er gesagt, wenn Zweifelhaftes in Chequers auftauche, so werde er sofort Vizekanzler und Reichsbankpräsidenten benachrichtigen.

Ich habe jetzt stark das Gefühl, daß es gut ist, daß ich morgen weggehe. Schade ist natürlich, daß *Dreyse* auf seine zehnjährige Hochzeitsreise weg ist, obwohl *Vocke* sehr eifrig ist. An sich geht es mit den Kollegen immer besser, wenn *Dreyse* nicht da ist; er ist zu ehrgeizig. Aber nur er hat die Autorität, mich nach außen zu vertreten.

Am Nachmittag hatte ich Direktoriumssitzung und habe festgestellt, daß an die Diskontfrage für die nächsten Tage gar nicht zu denken ist. So viel verlieren wir jetzt nicht, trotz der Höhe der Verluste der letzten Tage, und das wird noch anhalten[8].

[. . .][9]

---

2 Nr. 221a.

3 Ministerbesprechung am 3. 6. 1931, 21.30 Uhr, BA R 43 I/1450.

4 Hierüber *Schäffer:* „Schließlich sage ich zur Kassenlage, daß wir in diesem Monat noch 250 Millionen brauchen, und zwar die ersten Beträge zum 19. 6. (60–70 Millionen). Wenn dieser Betrag aufgebracht sei, dann könnten wir damit rechnen, für den Rest des Haushaltsjahres durchzukommen. – Diese Ausführungen verfehlen ihren Zweck, die anderen auf den Ernst der Lage hinzuweisen, vollkommen, nachdem *Schleicher* dieses Ergebnis als ‚großartig' bezeichnet hat." Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. 3. 6. 1931.

5 Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931, RGBl. 1931 I S. 279.

6 Nr. 221a.

7 Nr. 221a.

8 Zahlen über den Kreditorenabzug bei den deutschen Großbanken und über Devisenverluste der Reichsbank unter dem Einfluß der Zollunionskrise und des Englandbesuchs *Brünings* finden sich bei Lüke S. 272f. und Born S. 67f.

9 Über Verhandlungen zur Sanierung der Österreichischen Kreditanstalt Mitteilung, daß mit einer Entscheidung vor dem 8. 6. 1931 nicht mehr zu rechnen sei.

222.

3. 6. 1931: Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

Nachlaß Silverberg 231. Vervielfältigtes Exemplar – Tgb. Nr.: 1160/P. „1. An die Präsidial- und Vorstandsmitglieder des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, 2. An die Fachgruppen und Landschaftlichen Verbände."

Betrifft: Vorläufige Stellungnahme des Reichsverbandes zu der neuen Notverordnung der Reichsregierung[1].

Sehr geehrte Herren!

Präsidium, Vorstand und die maßgebenden Ausschüsse des Reichsverbandes der Deutschen Industrie haben sich in den letzten Monaten wiederholt auf das eingehendste mit der wirtschaftlichen und finanziellen Lage und mit den wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten befaßt. Im Anschluß an die Präsidial- und Vorstandssitzung vom 23. April 1931 wurde der Reichsregierung eine ausführliche Aufzeichnung übermittelt[2] über die Auffassungen und Forderungen, die sich für die Wirtschaftspolitik, die Finanzpolitik und die Sozialpolitik aus der gegenwärtigen Notlage ergeben. Der beherrschende Gesichtspunkt war dabei vor allem der unausweisbare Zwang, in allen Teilen der öffentlichen Verwaltung auf das schnellste durchgreifende Sparmaßnahmen und auch in der Sozialversicherung einschneidende Reformen in der Ausgabengestaltung durchzuführen. Auch in zahlreichen persönlichen Verhandlungen mit dem Reichskanzler und den beteiligten Reichsministern wurde mit schärfstem Nachdruck darauf hingewiesen, daß nur durch solche einschneidenden Maßnahmen auf der Ausgabenseite ein völliger Zusammenbruch der Wirtschaft vermieden werden kann und daß jede weitere Belastung der Wirtschaft unweigerlich zu einer weiteren katastrophalen Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt führen müßte. Die bisherigen Verlautbarungen über den Inhalt der neuen Notverordnung der Reichsregierung lassen erkennen, daß trotz dieser ernsten Warnungen eine neue Belastung der Wirtschaft in Aussicht steht. Der Reichsverband hat sich daher veranlaßt gesehen, sofort in der Presse folgende Stellungnahme zu veröffentlichen:

„Wie der Reichsverband der Deutschen Industrie mitteilt, hat der bisher bekanntgewordene Inhalt der bevorstehenden Notverordnung in allen Kreisen der Industrie eine starke Enttäuschung und schwere Besorgnisse hervorgerufen. Man sieht in der Absicht, im Wege einer Krisensteuer[3] eine neue, direkte Belastung des Einkommens zu schaffen, einen überaus verhängnisvollen Entschluß, der sich dahin auswirken muß, daß zum Nachteil aller schaffenden Stände weitere Mittel der Kapitalbildung entzogen werden. Damit wird die Mutlosigkeit nur vergrößert und jeder Ansatz zu einer allmählichen Besserung der Wirtschaftslage erneut

1 Unter dem Titel „Vorläufige Stellungnahme des Reichsverbandes zu der neuen Notverordnung der Reichsregierung" abgedruckt in Geschäftliche Mitteilungen des RDI Nr. 12 vom 4. Juni 1931 S. 87.

2 Nr. 206, Anm. 2.

3 Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931, dritter Teil, Kap. III: Krisensteuer, RGBl. 1931 I S. 298.

gefährdet. Bei aller Würdigung der Schwierigkeiten in den öffentlichen Finanzen kann die Absicht der Regierung, eine neue Besteuerung des Einkommens durchzuführen, insbesondere deshalb nicht verstanden werden, weil die Regierung wiederholt und in programmatischer Form selbst erklärt hat, daß sie jede neue steuerliche Belastung für einen schweren Fehler hält.

Die kürzliche Erklärung des Reichsarbeitsministers, daß er nicht in der Lage sei, die staatlichen Schlichtungsinstanzen für weitere allgemeine Lohnsenkung zur Verfügung zu stellen, wird in der Industrie dahin verstanden, daß der Arbeitsminister selbst von der Überflüssigkeit dieser Schlichtungsinstanzen überzeugt ist. Auch in Deutschland werden die Löhne und Preise trotz aller politischen Hemmungen ganz von selbst auf das Niveau sinken, das wirtschaftlich tragbar ist, wenn erst einmal die Tarifverträge von dem politischen Zwange befreit werden, so daß wieder wie früher Arbeitsverträge unter der ausschließlichen Verantwortung der Vertragsschließenden zustande kommen können[4]."

Ferner haben in den letzten Tagen Mitglieder des engeren Präsidiums des Reichsverbandes in persönlichen Gesprächen mit dem Reichskanzler, dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsfinanzminister ernste Vorstellungen im gleichen Sinne erhoben, und es ist von den Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und des Deutschen Industrie- und Handelstages ein Telegramm an den Reichskanzler gerichtet worden. In diesem Telegramm wird darauf hingewiesen, daß die neuen tiefgreifenden Belastungen auf dem Wege direkter Steuern die Volkswirtschaft mit überaus schweren Schäden bedrohen, ohne daß der Staatswirtschaft wirklich damit geholfen werden könne. Diese Belastungen brächten nur neue Hemmungen für die Erhaltung und Bildung volkswirtschaftlich und sozialpolitisch notwendigen Produktionskapitals und bedeuteten den Entzug notwendigster Betriebsmittel. Eine Abhilfe der gegenwärtigen Wirtschaftsnot erfordere andere Mittel als neue Eingriffe in Einkommen und Vermögensbildung. Das Telegramm schließt mit der dringenden Aufforderung an den Reichskanzler, die Warnungen der beiden Spitzenorganisationen zu würdigen.

Wir werden selbstverständlich auch in den nächsten Tagen mit allen Mitteln versuchen, unseren Warnungen Geltung zu verschaffen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
Reichsverband der Deutschen
Industrie
Der Geschäftsführer: *Herle*

4 Vgl. Nr. 221a, Anm. 2.

223.

11. 6. 1931: Tagebuchaufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther

Nachlaß Luther 425. Durchschlag.

9.30 Uhr bei *Brüning.* Er erzählt mir aus Chequers[1]. *Norman* habe von jedem Reparationsschritt scharf abgeraten. Das Foreign Office und [die] Treasury seien ganz französisch eingestellt. *Norman* sehe die Lage ganz Europas (Südosten, Italien, Deutschland, Rückwirkungen auch auf England) als sehr gefährdet an. *MacDonald* habe am Samstag abend ihm zugesagt gehabt, daß er – *MacDonald* – einen Brief über die Situation an *Hoover* schreiben wolle. Am Sonntag sei das durch das Dazwischentreten von *Leith-Ross* und *Norman* widerrufen worden. (Die Franzosen hätten jedes gesprochene Wort sofort gewußt, das hat *MacDonald* selbst zu *Brüning* gesagt!) *MacDonald* habe ihn dringendst gebeten, über die Zusagen vom Abend vorher nichts Schriftliches festzuhalten. *Henderson* sei ganz schwach seinen Beamten gegenüber. Das Kommunique[2] sei schließlich von *MacDonald* zugestanden worden, obwohl *Norman* ihn auf das schärfste gewarnt habe, schon indem er bekanntgab, daß er die Schilderung der Lage Deutschlands entgegengenommen habe, übernehme er eine schwere geschichtliche Verantwortung. Aufgrund von Bemerkungen von mir sah *Brüning* nachträglich *MacDonalds* Verhalten auch in dem Licht, daß er Deutschland in die gemeinsame europäische Front gegen Amerika hineinzwingen wolle. Auch das aber halte er vor den amerikanischen Präsidentenwahlen für aussichtslos. So hat *Norman Brüning* unterstützt, als *Brüning* sich dagegen wehrte, in der Europa-Unterkommission in Genf die Angelegenheit zur Sprache zu bringen; solche Front gegen Amerika könne, so meinte auch *Norman,* nur schaden.

Die Geschichte mit [dem] Daily Herald (angebliche „Moratoriums"-Absicht

1 *Brüning* und *Curtius* waren am 10. 6. 1931 aus Chequers, dem Landsitz des britischen Premierministers, zurückgekehrt. In einem Schreiben an Botschafter *v. Hoesch* in Paris vom 13. 6. 1931 berichtete *Curtius,* daß die Engländer gegen die Erklärung, „daß die deutsche Regierung die Erklärung eines Aufschubs nach dem Young-Plan für allernächste Zeit in Aussicht nehmen müsse", keinen Protest erhoben hätte. Es sei lediglich auf die Schwierigkeiten hingewiesen worden, die sich für die Gläubiger ergeben würden, solange die USA einer Revision der Kriegsschulden nicht zustimmten. Die deutsche Delegation, schreibt *Curtius,* habe also erreicht, „daß die Reparationsfrage wenigstens gegenüber der englischen Regierung offen angeschnitten worden ist und daß die Reparationsfrage gleichzeitig auch in der politischen Weltöffentlichkeit zur erneuten Diskussion gestellt worden ist, ohne daß es dabei zu politischen Komplikationen gekommen wäre". Die Reichsregierung habe deshalb auch nicht die Absicht, mit weiteren Initiativen bis nach den Besuchen von *Henderson* und *Stimson* in Berlin zu warten. Um die Ereignisse zu beschleunigen bittet *Curtius Hoesch, Briand* über die Besprechungen in Chequers und über die deutsche Haushalts- und Wirtschaftslage zu informieren und ihn darauf hinzuweisen, „daß die gegenwärtige Reparationssituation nicht mehr länger aufrecht erhalten" werden könne. Die Reichsregierung beabsichtige daher, „in der allernächsten Zeit entscheidende Schritte auf dem Reparationsgebiet" zu unternehmen. PA Büro RM 5/29. – Zur Besprechung *Brünings* mit *Luther* Luther S. 159 ff.; Brüning S. 285 f.

2 Das Kommuniqué der Besprechungen in Chequers vom 7. 6. 1931 abgedruckt in Schulthess 1931 S. 329.

Deutschlands[3], damals ja sofortiges Dementi des Kanzlers) letzten Freitag: Der Chefredakteur des Daily Herald habe ihn *(Brüning)* aufgesucht und gewarnt, sie sollten sich nicht mit *MacDonald* usw. einlassen; die bedeuteten nichts mehr. *Brüning* sieht in alledem kommunistische Mache; siehe den gleichen Vorgang: „Welt am Abend" – Danat-Bank[4].

Sackett, mit an Bord der „Europa" auf [der] Rückreise, habe nichts Konkretes gebracht[5]. *Stimson* habe keinen Auftrag. *Borah* bedeute nichts, weil [er] mit *Hoover* verfeindet [ist]. [Ein] etwas besseres Anzeichen sei, daß *Hoover* den amerikanischen Gesandten in Basel habe nach Washington kommen lassen.

Brüning schloß, er werde keinesfalls etwas tun, bevor *Stimson* nicht hier gewesen sei. Nun sagte ich *Brüning,* was mich seit gestern abend beschäftigt (im Privatgespräch gestern abend hatte ich *Dietrich* gesagt: Ich würde mich mit allem Nachdruck dafür einsetzen, daß der Reichstag nicht zusammenträte): Die Stimmen der Parteien auf Einberufung des Reichstags zwecks Aufhebung der Notverordnung[6] seien so laut geworden, daß sich eine Erklärung gestern vor den Banken, die Ausgleichung des Haushaltsplans sei, soweit menschliche Voraussicht reicht, gesichert – so hatte ich den Banken gesagt –, zum Teil nicht aufrechterhalten könne. Er sagte mir, daß auch er seinen Rücktritt, und zwar den endgültigen, anbieten würde[7]. – Folgt Kabinettssitzung[8]: *Brüning* und *Curtius* stellten unter Weglassung des ganz Vertraulichen die Sachlage dar. Es kam bei mir die Nuance heraus, daß die Reparationsfrage in Fluß gebracht sei, und weniger die steife Haltung der anderen Seite. (Vorher hatte *Brüning* mir übrigens noch gesagt, daß er die amerikanische Auffassung festgestellt habe, die Schuldfrage mit der Abrüstungsfrage zu verbinden. Ich sagte, daß das ja doch unser Interesse sei.) *Brünings* Auffassung, daß keinesfalls vor dem Besuch *Stimsons* etwas gemacht werden könne und daß man dann doch wohl beginnen müsse mit den Rechten aus dem Young-Plan, fand Widerspruch. *Treviranus* wollte gleich mehr aufs Ganze gehen, was *Brüning* – Einstellung der Zahlungen! – als einen Schritt erklärte, den er auf keinen Fall mitmachen würde[9]. *Dietrich* wollte

3 Der „Daily Herald" hatte am 5. 6. 1931 berichtet, daß *Brüning* und *Curtius* „nicht nur eine Unterbrechung aller Reparationszahlungen, sondern aller Zahlungen auf Auslandsverpflichtungen ankündigen werden, falls keine Revision des Young-Plans zu erreichen sei". Hans E. Priester, Das Geheimnis des 13. Juli. Ein Tatsachenbericht von der Bankenkrise, Berlin 1932 S. 22.

4 Die „Welt am Abend" brachte am 5. 6. 1931 als erste Zeitung eine Meldung in Fettdruck über die Schwierigkeiten der Darmstädter und Nationalbank. Hans E. Priester, Das Geheimnis des 13. Juli. Ein Tatsachenbericht von der Bankenkrise, Berlin 1932 S. 22. Zu den Vorgängen bei der Danat-Bank Lüke S. 287 ff.; Born S. 74 ff.; Brüning S. 294 und 310 ff.

5 Aufzeichnung von *Curtius* über eine Aussprache *Brünings* mit *Sackett* vom 10. 6. 1931, PA Büro RM 5/29; Brüning S. 284 f. Über die Haltung der amerikanischen Regierung Link S. 494 ff.; Bennett S. 132 ff.

6 Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931, RGBl. 1931 I S. 279. Zur Auseinandersetzung über die Einberufung des Reichstags Brüning S. 285 ff.; Schulthess 1931 S. 134 f. und 140 ff.

7 Vgl. Brüning S. 287.

8 Ministerbesprechung am 11. 6. 1931, BA R 43 I/1450.

9 Als Begründung *Brünings* notierte *Schäffer*: „Wenn die Deutschen einfach die Zahlungen einstellten, so würden die Engländer sich gegenüber jeder französischen Maßregel, auch gegenüber dem extremsten französischen Schritt, zurückhaltend zeigen und ihn gutheißen." Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. 11. 6. 1931.

schneller handeln. *Wirth* fragte mich, ob er bis zum Besuch *Stimsons* (24. Juli)[10] die Sache durchhalten könne. *Brüning* hatte schon vorher mich zur Rede zu bringen versucht, ich hatte aber noch gewartet. Nun sagte ich: [Eine] Erklärung des Zahlungsaufschubs würde ebenfalls [eine] schwere Devisenbelastung bedeuten; niemand könne prophezeien, ob es leichter sei, die 6 Wochen mit oder ohne dem durchzuhalten. Dann gab ich als Ursache der schweren Devisenverluste (600 Millionen seit 26. Mai bis heute früh, die Zahl, die ich *Brüning* nannte!)[11] [an]: Österreichische Kreditanstalt[12], das Reparationsgerede einschließlich „Moratoriums-Furcht" (Mißbrauch des Wortes, was ich lebhaft sagte) und dann nun unterstrichen durch Daily Herald und [das] Ausbleiben der guten Wirkung der Notverordnung, weil alles von Aufhebung rede. Danach schilderte ich meine besondere Lage mit den Banken und sagte, ich hätte die Banken wieder zusammengerufen. (Ich hatte sie inzwischen auf ein Uhr einladen lassen, um ihnen zu sagen, daß ich zur Zeit meine Erklärung wegen des ausgeglichenen Haushalts nicht aufrechterhalten könne.)

Dietrich war vor der Sitzung mit *Schäffer* an mich herangetreten, um sich für gestern zu bedanken. Ich hatte ihm das schon gesagt, da die Sache wieder ins Wanken gekommen sei. Nun fuhr *Dietrich* in [der] Sitzung hoch und sagte, der Haushaltsplan sei gesichert; angefochten in der Öffentlichkeit sei nur die Krisensteuer, und die betreffe ja nur die Krisenfürsorge. Es wäre auch toll, wenn das Reich nicht mehr für 250 Millionen gut sei. *Wirth* wurde noch lebhafter, redete von sofortigem Ausbruch der Krise (das Reich, was ich gesagt hatte, brauchte am 15. Juni schon 50 Millionen!), Rücktritt des Kabinetts usw. *Stegerwald* stellte die Dinge sachlich dar. Ich erbat nochmals das Wort und sagte, ich sei durchaus nicht formalistisch, aber praktisch würde die Reichsbank einen sehr großen Teil des Kredits durch Wechselrediskontierungen aufbringen müssen, und um so viel [mehr] rücke die Gefahr schwerer Maßnahmen für Wirtschaft und Volk näher. Der Einwand *Dietrichs* sei formalistisch; denn ein Haushalt, in dem die Krisenfürsorge nicht gedeckt sei, sei sachlich nicht ausgeglichen. *Brüning* sagte, er verstände meinen Standpunkt und wolle mich heute abend über das Ergebnis der Besprechung mit den Parteien[13] ins Bild setzen, wodurch sich vielleicht für mich schon wieder ein anderes Bild ergäbe; vielleicht werde auch um 9 Uhr Kabinettssitzung sein.

Beim Hinausgehen sagte mir *Schäffer,* ich hätte völlig recht. Noch vor Tisch rief er mich an und sagte mir, sein Minister (von dessen Schwanken ich übrigens vorher gehört hatte – *Stolper* soll ihn wegen der Krisensteuer bedrängen!) sei jetzt ganz fest geworden und halte jede Änderung der Notverordnung für unmöglich.

Brüning sagte mir am Schluß der Kabinettssitzung (richtiger: Ministerbesprechung): er werde jeden Versuch, den Reichstag einzuberufen, mit seiner Demission beantworten, und zwar seiner endgültigen, also keine Kabinettsumbildung; dann müßte [die] Volkspartei mit Deutschnationalen und Nationalsozialisten

---

10 *Stimsom* (Secretary of State) kam am 25. 7. 1931 nach Berlin, Schulthess 1931 S. 162.

11 Zahlen über die Devisenverluste bei Lüke S. 272 f.; Luther S. 164 ff.

12 Vgl. Nr. 218, Anm. 2.

13 Zu diesen Verhandlungen Brüning S. 285 ff.

regieren. [Der] Reichstag dürfe nicht vor [dem] 13. Oktober zusammentreten, sonst lasse sich keine Außenpolitik machen.

1 Uhr Besprechung mit [den] Banken. Ich habe ihnen gesagt, ich hoffte bestimmt, daß bald der Zustand wieder so sein würde, wie ich ihn gestern angesehen hatte, hielte mich aber für verpflichtet, da sie ja auch den Ansturm auf Änderung der Notverordnung beobachtet hätten, sie ins Bild zu setzen, indem ich meine Erklärung von gestern zur Zeit nicht aufrechterhielte. Die Banken billigten das deutlich, also auch die Verschiebung der Absendung der Schreiben an die Konsortialen.

Vorher war noch *Mannheimer* bei mir. Ich sagte ihm, er solle die Pariser Einladung in der österreichischen Sache an uns adressieren lassen: das deutsche Konsortium z. Hd. der Reichsbank, und sagte ihm, er solle nicht über 10 Millionen für uns vorankündigen,[14] wenn er nichts anderes höre . . .[15] und [er] fragte, was man tun könne, um [die] Regierung von [einem] Reparationsschritt abzuhalten. Ich sagte, daß ich die Situation so beurteilte, daß ich den Schritt für „alsbald" nicht besorgte. – Nachträglich aus [dem] Gespräch mit *Brüning* und [der] Ministerbesprechung: [Die] englische These sei und bleibe (auch amerikanischer Berater bei [der] Bank von England so – *Sprague?*): Es müßten die Industriepreise auf die Weizenpreise herabgesetzt werden. *Brüning* hat sofort erwidert, daß das eine ungeheure Steigerung aller Kapitalwerte und -schulden bedeuten würde, also gut für Frankreich, Amerika, England und ganz untragbar für Deutschland, das mehr Schulden als Kapital hat. Das wird springender Punkt aller größeren Erörterungen werden!

Die Leute haben zu *Brüning* gesagt, wir hätten doch notfalls noch unseren Anleihetilgungsfonds von 200 Millionen Dollar (*Dietrich* horcht auf, natürlich – seine alte Lieblingsidee!). Nur *Snowden* hat verstanden, wie unmöglich das für uns ist.

Nachmittags *Bücher.* Abgebrochenes und deshalb von mir als nicht vorgefallen erklärtes Gespräch betr. Belieferung Rußlands zusammen mit [den] Franzosen[16]. Er grundsätzlich dagegen, ich grundsätzlich dafür. Er will darüber in Paris hinzögernd sprechen und dann das Gespräch mit mir fortsetzen.

Dann von [der] Volkspartei *Hintzmann, Hugo, Schnee, Schneider, Dauch*[17]. Lange Auseinandersetzung meinerseits, die anderen schreiben mit. Wie sicher, wurde klar, als *Hintzmann* mir am Abend am Telefon sagte (ich versuchte, *Dingeldey*

14 Gemeint ist die deutsche Beteiligung an der Emission von Schatzanweisungen zugunsten der Österreichischen Kreditanstalt. In Wien wurde für die deutsche Beteiligung an diesem Tag ein Betrag von 5 oder 10 Millionen Schilling genannt. Mitteilung des Gesandten *Rieth* aus Wien vom 11. 6. 1931, PA Büro RM 16/8.

15 Auslassung im Original.

16 Über die französich-sowjetischen Beziehungen unter dem Eindruck der Zollunionskrise berichtete *Curtius* in der Ministerbesprechung am 27. 5. 1931, BA R 43 I/1449.

17 In der Fraktionssitzung der DVP am 11. 6. 1931 hatte *Dingeldey* die geplante Notverordnung heftig kritisiert und die Einstellung aller Reparationszahlungen vom Oktober 1931 an gefordert. *Curtius* verteidigte daraufhin die Maßnahmen der Regierung und empfahl ein Gespräch von DVP-Vertretern mit *Luther.* Diese Unterredung verhinderte jedoch nicht, daß die Fraktion am Abend mit 15 gegen 13 Stimmen beschloß, im Ältestenrat den Antrag auf Einberufung des Reichstags zu unterstützen. BA R 45 II/67. Vgl. Luther S. 165 f.

wegen des Reichsausschusses morgen zu sprechen), er habe wirklich in [der] Fraktion gesagt als meine Meinung: Engländer und Amerikaner würden [die] Einstellung der Zahlungen als Rechtsbruch ansehen, und wir würden dann wehrlos vor den Franzosen liegen. Ich hatte hinzugefügt, so sei es jetzt, und hatte darauf hingewiesen, daß ich im Kabinett *Cuno* Anfang August 1923 die Zahlungen mit eingestellt hätte[18]. Damals sei das reif gewesen. Ich schilderte dann auch[die] Devisenlage (700 Millionen Verlust seit 26. Mai!) und die Unmöglichkeit, ohne ausgeglichenen Haushalt Kassenkredite zu bekommen. Ich sagte allgemein, daß für mich an der Notverordnung einiges falsch sei und Wichtiges fehle; jetzt aber handle es sich darum, die Regierung *Brüning* am Ruder zu halten.

Depesche an *Harrison* mit Versuch beruhigender Einwirkung. *Curtius* rief mich am Abend nicht mehr an, obwohl ich es ihm nahegelegt hatte. *Treviranus* aber kam zu mir in die Wohnung, um mir im Auftrag von *Brüning* zu berichten. [Die] Sozialdemokratie hatte besonders energisch die Wiedereinführung der Arbeitslosenzahlung für die unter Einundzwanzigjährigen verlangt[19]. *Brüning* sei ¼ Stunde hinausgegangen und hat dann bestimmt verneint, ebenso wie er der Volkspartei Entgegengesetztes abgelehnt hat. *Braun* hat erklärt, daß er die Sozialdemokraten morgen in Ordnung brächte.

Treviranus erzählt weiter: *Dietrich* habe heute vormittag bei *Brüning* die Demission angeboten, *Brüning* hat kaum darauf hingehört[20]. *Brüning* habe jetzt alles Mißtrauen gegen mich gelassen[21]. Anfangs habe er ihn einmal gefragt: ob *Luther* wohl mitzieht?

Volkspartei – keine endgültige Nachricht.

18 Vgl. Lüke S. 26 f.

19 Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 sah die Heraufsetzung des Unterstützungsmindestalters von 16 auf 25 Jahre vor. RGBl. 1931 I S. 293. Zu dem Gespräch des Reichskanzlers mit SPD-Politikern Brüning S. 286 f.

20 Vgl. Brüning S. 285 f.

21 Zu den Verstimmungen zwischen *Brüning* und *Luther* im Sommer 1930 Nr. 127.

224.

11. 6. 1931: Blank an Reusch (München)

HA/GHH 4001012024/8b. Durchschlag. Handschriftliche Korrekturen.

Betrifft: Politische Lage

Über die Einstellung des Reichskanzlers zu den aktuellen innenpolitischen Fragen erfahre ich soeben von gut unterrichteter Seite folgendes:

Irgendwelche wesentlichen Änderungen der Notverordnung[1] könne er nicht zulassen; insbesondere sei an eine Abänderung der Bestimmungen über die Beamtengehälter und über die Behandlung der Jugendlichen in der Arbeitslosenversicherung nicht zu denken. Über Kleinigkeiten könne man verhandeln; das

1 Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931, RGBl. 1931 I S. 279.

Wesentliche müsse bestehen bleiben[2]. Der Kanzler wird versuchen, auf die einzelnen Parteien, deren Führer ihn in diesen Tagen aufsuchen, sehr stark zu drücken unter Hinweis auf die außenpolitische Situation, die einen Zusammentritt des Reichstages gegenwärtig nicht zulasse. In der Tributfrage müsse man den durch den Young-Plan vorgeschriebenen Weg des Transfer- und des Aufbringungsaufschubes gehen. Die Regierung brauche dringend einen Übergangskredit von rund 250 Millionen, den sie nur bekommen könne, wenn es innerpolitisch keine Störungen durch Zusammentritt des Reichstages usw. gebe; die Banken – und insbesondere auch die Reichsbank, die letzten Endes die Hergabe dieses Kredites ermöglichen müsse – würden nur bereit sein, den Kredit zu geben, wenn an der Notverordnung nicht gerüttelt werde.

Zur Frage der Umbildung des Kabinetts äußerte der Kanzler, daß ihm seine eigenen Mitarbeiter gar nicht so besonders sympathisch seien und daß er auch persönlich gar nicht so sehr auf sie festgelegt sei. Eine Umbildung des Kabinetts bis zum nächsten Dienstag (Wiederzusammentritt des Ältesten-Ausschusses des Reichstages, der über die Einberufung des Reichstages entscheiden soll) sei aber technisch unmöglich[3], da man so schnell geeignete und genügend eingearbeitete Minister nicht finden könne. Im übrigen seien die Parteien ja selbst an der Zusammensetzung des Kabinetts zum erheblichen Teil schuld. Gerade die Volkspartei habe ja Herrn Dr. *Curtius* präsentiert.

Angesichts dieser Einstellung des Kanzlers, der offenbar mit Grund hofft, die Fraktionen beruhigen zu können, rechnet man zur Stunde nicht mit einem Zusammentritt des Reichstages[4] und dementsprechend auch nicht mit starken Abänderungen der Notverordnung bzw. mit einer personellen Umbildung des Reichskabinetts.

gez. *Blank*

2 Vgl. Nr. 223.

3 Vgl. Nr. 225.

4 Die Entscheidung gegen eine vorzeitige Einberufung des Reichstages fiel am 16. 6. 1931, vgl. Nr. 236 und 237.

225.

12. 6. 1931: Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug)

Nachlaß Luther 365. Handschriftliche Korrekturen und Ergänzungen.

Las morgens Mitteilung in [der] Zeitung, daß Volkspartei gestern Abend in Fraktionssitzung Einberufung [des] Reichstages gefordert hat[1]. Rief sofort *Scholz* an, der mir Näheres mitteilte, besonders auch die ja bald allgemein bekannt gewordene Verhältniszahl 15 : 13. *Treviranus* rief mich an und teilte mir mit, daß *Brüning* bei Abreise am Morgen nach Neudeck[2] über Volkspartei um so betroffe-

1 Vgl. Nr. 223, Anm. 17.

2 Am 12. 6. 1931 fuhr *Brüning* nach Neudeck, um dem Reichspräsidenten über seine Gespräche in Chequers zu berichten. Brüning S. 286; Schulthess 1931 S. 136 f.

ner gewesen sei, als er *Dingeldey* ausdrücklich gebeten habe, solchen Beschluß keinesfalls jetzt schon zu fassen[3]. Ich verstand *Treviranus* sogar so, als ob *Dingeldey* das *Brüning* zugesagt hätte. Das stellte sich durch eigene Erklärung *Brünings* aber später als unrichtig heraus.

In [der] Bank bat ich *Hagenow* sofort zu mir und bat ihn, einiges, was ich festgestellt hatte, für den Kanzler nach Neudeck herüberzugeben, auch die Besonderheit, daß [die] Volkspartei einer Erwähnung des Reichspräsidenten gegenüber stets besonders zugänglich war. Später kam Herbert *Gutmann,* der mir aus Paris erzählte, wo er im Deutsch-Französischen Studienkomitee jetzt viel Verständnis gefunden habe. Eine Zusammenkunft eines Unterkomitees, besonders für die Frage etwaiger gemeinschaftlicher Geschäfte mit Rußland, in Köln stehe bevor. Beteiligt sei von französischer Seite u. a. *Parmentier* und von luxemburgisch-belgischer Seite *Meyer* von der Arbed und *Burbanson* von Burbach. Auf deutscher Seite fehle bisher ein industrieller Vertreter; er wolle eine Persönlichkeit aus dem Otto-Wolff-Konzern hinzuziehen. Anfang Juli soll eine neue Besprechung in Paris stattfinden, wobei namentlich *Loucheur* beteiligt sein wird.

Ich hatte dann *Schäffer*[4] zu mir gebeten, um mit ihm die Frage der Beschaffung von 50 Millionen für Montag zu besprechen. Er kam mit *Krosigk.* Wir waren uns darüber einig, daß das Montag-Problem technischer Natur ist, und kamen auf die gesamte Lage. Ich teilte mit, was ich wegen der Volkspartei bereits getan hätte, und wir besprachen das Weitere.

Zunächst bat ich dann Herrn *v. Stauß* zu mir, der ebenso wie *Scholz* zu der Minderheit gehört hat. Auch er sah keinen Grund für mich, in den Reichsausschuß zu kommen, der gerade tagte[5]. *Curtius,* mit dem ich am Morgen telefoniert hatte, hatte sich vorbehalten, mich zu benachrichtigen, wenn er mein Kommen für wesentlich hielte.

Ich bat dann *Keinath* zu mir, der sich allen Argumenten wenig zugänglich zeigte und den Ton besonders auf den nach seiner Ansicht verzögerten Reparationsschritt legte. Hinzu kam wohl noch persönliche Verstimmung, weil ich ihm aus Basel eine Ansprache in der heutigen Sitzung des Groß- und Überseehandels mit der Begründung abgesagt hatte, daß ich seit langem behindert sei. Mir fiel das erst später ein, und ich sagte ihm dann später telefonisch, daß ich in Kiel hätte sein sollen.

Gegen 3 Uhr entschloß ich mich dann, *Harms* anzurufen und ihm zu sagen, daß ich zu dem Vortrag nach Kiel nicht kommen könne. Ich hatte mir ein Sonderflugzeug gesichert, um auch um 6 Uhr noch fliegen zu können. Aber es war ja klar, daß es nicht mehr ging. *Harms* sagte mir, er habe das erwartet, als er den Beschluß der volksparteilichen Reichstagsfraktion am Morgen gelesen hatte.

Um 4.30 Uhr kamen dann *Dingeldey* und *v. Stauß. Dingeldey* verteidigte den Beschluß damit, daß die Volkspartei nur auf diesem Wege dem Reichskanzler die

---

3 Die DVP-Fraktion hatte am 11. 6. 1931 den Vorschlag des Kanzlers auf Vertagung mit 18 gegen 8 Stimmen abgelehnt. BA R 45 II/67.

4 Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. 12. 6. 1931.

5 Schulthess 1931 S. 136.

volle Freiheit hinsichtlich der Umbildung des Kabinetts ihres Erachtens habe verschaffen können. Ich wies auf die ungeheuren Schwierigkeiten hin, die gerade durch den Beschluß der Volkspartei, die nun mal durch *Stresemann* einen anderen Namen in der Welt habe als Splitterparteien, und durch die Schlagzeilen der Zeitungen hierüber hervorgerufen seien, und sagte, daß in der einen Waagschale diese ungeheuren Tatsachen lägen – 210 Millionen Devisenverlust an diesem Tage[6] – und in der anderen Waagschale eine durchaus vage Hoffnung. Selbstverständlich habe ich auch all die anderen Gründe für die Zuspitzung der Lage und für die Kreditabzüge überhaupt in richtiger Abwägung ihrer Bedeutung erwähnt. *Dingeldey* gab der Meinung Ausdruck, der Kanzler habe ihm gegenüber nicht mit Bestimmtheit die Umbildung des Kabinetts abgelehnt[7]. Ich bat dann *Dreyse* hinzu und richtete formell als Reichsbankpräsident den Wunsch an den Vorsitzenden der Volkspartei, den Beschluß auf Einberufung des Reichstages sofort wieder rückgängig zu machen. *Dreyse* begründete nochmals die Stellungnahme der Reichsbank. *Dingeldey* erklärte, daß er den Fraktionsvorstand, soweit er ihn erreichen könne, sofort telefonisch ins Bild setzen würde. Einen Zusammentritt der Fraktion vor Montag[8] könne er dagegen nicht in Aussicht stellen. Er bat mich, dem Kanzler zu sagen, daß er morgen früh zur Verfügung stehen würde. Es war offenbar, daß er stark beeindruckt war[9].

Dem Kanzler, der erst gegen 6 Uhr in Neudeck angekommen war, sagte ich telefonisch, daß *Dingeldey* ihn nicht so verstanden habe, als ob er eine Umbildung endgültig ablehne. Am Sonnabend früh, wo ich den Kanzler persönlich sprach, erläuterte er mir das dahin, daß er wohl an [die] Wiederbesetzung des Wirtschaftsministeriums oder Justizministeriums als Möglichkeit gedacht habe.

Um 6.30 Uhr war Direktoriumssitzung der Reichsbank. Allgemeine Überzeugung, daß der Diskont erhöht werden müßte. Meinungsverschiedenheit, ob 2 *(Dreyse, Vocke)* oder 1% *(Fuchs, Bernhard).* Ich neigte zu 1% und schlug vor, die Sitzung des Zentralausschusses erst um 5 Uhr am morgigen Tage, Sonnabend, abzuhalten, um die Devisenentwicklung des Sonnabend vor der Beschlußfassung noch zu kennen[10]. Daneben hatte ich den Gedanken, dem Reichskanzler für Sonnabend vormittag noch einen Verhandlungsdruck gegenüber den Parteien auf diese Weise in die Hand zu geben.

Um 9.30 Uhr kam Staatssekretär a. D. *Schmid* zu mir. Er hatte sich selbst angesagt. Ich hatte den Weg gewählt, *Reusch,* der in München war, telefonisch ins Bild zu setzen und ihn zu bitten, daß er auf Persönlichkeiten wie *Schmid, Köngeter, Hugo* einwirke. Er hatte keinen persönlich erreicht, aber durch *Blank Schmid* bitten lassen, mich zu besuchen[11]. *Schmid* legte, ich weiß nicht, ob erst im Laufe des Gespräches, den Ton darauf, daß er persönlich nicht eine kleine Kabinettsumbildung oder Ausschiffung einzelner Persönlichkeiten – es handelt

6 Nach Born S. 73 220 Millionen RM; Lüke S. 276 f.

7 Vgl. Nr. 224.

8 15. 6. 1931.

9 Zu dem Gespräch mit *Dingeldey* Luther S. 165 f.

10 Zur Diskonterhöhung Nr. 229; Luther S. 169 f.; Brüning S. 286.

11 Vgl. Nr. 226.

sich immer 1. um *Curtius* und 2. *Dietrich* – beabsichtigt habe, sondern die Herbeiführung eines großen deutsch-preußischen Konzentrationskabinetts, in dem er persönlich auch die Aufnahme von *Braun* und *Severing* für möglich halte und vielleicht einer den Deutschnationalen nahestehenden Persönlichkeit, als welche er *v. Hassell* als Außenminister nannte. Ich habe ihm gesagt, daß ich diesem Ziel natürlich mit allem Nachdruck zustrebte, aber seine Verwirklichungsmöglichkeit vor der Notverordnung als sehr gering einschätzte und überhaupt der Meinung sei, daß man *Brüning,* der sicher das Gleiche wolle, freie Hand lassen müsse[12]. Auch *Schmid* blieb schwerlich unbeeindruckt.

[. . .][13]

12 Vgl. Luther S. 167.

13 Bemerkungen über die Anleihe für Österreich.

226.

12. 6. 1931: Blank an Reusch (Katharinenhof)

HA/GHH 4001012024/8 b. Durchschlag.

Betrifft: Dr. Luther

Unmittelbar nach meiner fernmündlichen Unterhaltung mit Ihnen habe ich Herrn Staatssekretär *Schmid* gebeten, sich mit Herrn Dr. *Luther* in Verbindung zu setzen. Herr *Schmid* erklärte mir, daß die Deutsche Volkspartei dauernd mit dem Reichsbankpräsidenten in Verbindung stehe und daß noch heute früh Dr. *Scholz* eine längere Aussprache mit Herrn Dr. *Luther* hatte. Herr *Schmid* betonte weiter, daß gerade die volksparteilichen Abgeordneten des industriellen Westens sich besonders bemüht hätten, in ihrer Fraktion einen mäßigenden Einfluß auszuüben, was auch von Herrn *Dingeldey* bestätigt worden sei.

Da ich Herrn Dr. *Luther* persönlich nicht erreichen konnte, habe ich Herrn Dr. *Schulte,* seinen Mitarbeiter, in Ihrem Auftrage davon unterrichtet, daß Sie versucht hätten, die Herren *Köngeter* und *Schmid* persönlich zu erreichen, was aber nicht gelungen sei. Sie hätten dann mich beauftragt, Herrn *Schmid* zu veranlassen, sich sofort mit Herrn Dr. *Luther* in Verbindung zu setzen. Herr *Schulte* sagte mir, daß Herr *Schmid* inzwischen bereits mit Herrn *Luther* gesprochen habe[1].

Die Haltung der Deutschen Volkspartei scheint überall eine gewisse Unruhe hervorzurufen. Von dem Angehörigen einer anderen Partei hörte ich, daß jetzt alles an der Haltung der DVP hänge; Herr Dr. *Luther* bemühe sich mit allen Mitteln, die DVP zu einer anderen Haltung zu bestimmen. Es scheint also, daß die Bemühungen von Herrn Dr. *Luther* auch einer weiteren Öffentlichkeit bekannt geworden sind.

1 Vgl. Nr. 223 und 225.

Über die heutigen Devisenverluste berichten die Abendblätter, daß sie sich auf 120 000 000 RM[2] belaufen sollen.

Soeben wird mir mitgeteilt, daß der Parteiausschuß der DVP Herrn *Dingeldey* ausdrücklich sein Vertrauen bekundet habe, obwohl in dieser Sitzung Herr *Curtius* die Zurücknahme der gestrigen Fraktionsbeschlüsse gefordert habe[3].

Über das Ergebnis von Chequers herrscht ziemlich allgemein großer Pessimismus. Der Reichskanzler scheint sich einem Fraktionsführer gegenüber gestern etwa so ausgedrückt zu haben, daß die englische Regierung „die kalte Schulter gezeigt" habe[4].

Ich habe aus zahlreichen Unterhaltungen den Eindruck, daß kein Mensch weiß, was weiter werden soll. Seit heute starrt alles auf die Börse.

gez. *Blank*

2 Vgl. Nr. 225 mit Anm. 6.

3 Schulthess 1931 S. 136 f.

4 Anders bei Brüning S. 284; vgl. Nr. 223.

227.

12. 6. 1931: Aufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer zur Kassenlage des Reiches

Nachlaß Schäffer ED 93. Durchschlag. Überschrift: „Erwägungen zur Kassendeckung am 12. 6. 1931 vormittags[1]."

I.

Nachdem am gestrigen Abend die Deutsche Volkspartei den Beschluß auf Einberufung des Reichstags mit einem Stimmenverhältnis von 15 zu 13 gefaßt hat[2], muß man sich die Frage vorlegen, wie für die Kassendeckung dieses und der nächsten Monate Sorge getragen werden kann, ohne auf der einen Seite das Vertrauen der Banken zu mißbrauchen und auf der anderen Seite eine Zahlungsunfähigkeit des Reiches eintreten zu lassen.

Am 10. Juni nachmittags hat der Reichsbankpräsident den Banken die bereits früher angekündigte Notwendigkeit, 250 Millionen Schatzanweisungen des Reiches im Laufe der zweiten Hälfte des Juni, beginnend vom 15. Juni, zu übernehmen, dargelegt[3], nachdem er ihnen vorher erklärt hatte, daß durch die Notverordnung[4] die Voraussetzung eines gedeckten Haushalts geschaffen worden ist. Die Deckung des Haushalts war stets vom Reichsbankpräsidenten den Banken

1 Hierzu Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. 12. 6. 1931.

2 Nr. 223, Anm. 17.

3 Ein Hinweis auf die genannte Sitzung findet sich im Tagebuch *Luthers*, 10. 6. 1931, Nachlaß Luther 425. Dort heißt es, daß auf einer Vorbesprechung mit Mitgliedern der Reichsbank und des Reichsfinanzministeriums am Vormittag des 10. 6. 1931 deutlich geworden sei, daß das Reich im August und September 1931 zusätzlich 125 Millionen RM als Kassenkredit benötige.

4 Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931, RGBl. 1931 I S. 279.

als Voraussetzung eines Kredites, der nur ein Kassenkredit und kein Defizit-Kredit sein sollte, mitgeteilt worden. Durch den Beschluß der Volkspartei ist die Erlangung der Mehrheit gegen eine Einberufung des Reichstags in der Ältestenratssitzung vom kommenden Dienstag zweifelhaft geworden. Es ist zu fragen, welche Folgerungen hieraus zu ziehen sind.

II.

Wenn der Reichsbankpräsident den Banken mitteilt, daß die Voraussetzungen, unter denen er mit ihnen verhandelt hat, nicht mehr sicher oder noch nicht sicher gegeben sind, so werden die Banken bei der Gesamtlage, in der sie sich durch die Vertrauenskrise der letzten Wochen befinden, und bei der anderen Natur, die ein von ihnen zu gewährender Kredit alsdann hätte, zur Abnahme von Schatzanweisungen nicht bereit sein. Die Folge ist, daß zunächst am kommenden Montag (am 15. 6. 1931) die Zahlungen nach Basel[5] nicht geleistet werden könnten. Ebensowenig könnten die Zahlungen am 19. Juni an die Länder sowie eine Reihe von am 25. Juni fällig werdenden Zahlungen und schließlich die Gehaltszahlungen am 1. Juli geleistet werden.

Gesetzt, es bietet sich die Möglichkeit, die 50 Millionen, die für den 15. Juni fällig sind, in anderer Weise zu beschaffen, so wäre die Frage, ob man von einer solchen Möglichkeit, auch wenn die Bewirkung der weiteren Zahlungen nicht sichergestellt ist, Gebrauch macht. Werden die Zahlungen an die BIZ am 15. Juni nicht geleistet, so wird damit gegen den Young-Plan verstoßen, und die Reparationsfrage wird in einem Zeitpunkt und in einer Form aufgerollt, die für die Zukunft manche günstigen Gelegenheiten verschütten und Deutschland von vornherein in eine schlechte Lage bringen werde. Außerdem würde die plötzliche Einstellung der Reparationszahlungen und die Ungewißheit der sonstigen Erfüllung der Verpflichtungen des Reichs die Vertrauenskrise gegenüber den Banken möglicherweise zu einer Panik werden lassen, und es könnte dadurch schwerstes Unheil (Kreditabziehungen, Depotkündigungen, Arbeitslosigkeit, Krediteinschränkungen) sich ereignen. Leistet man unter Heranziehung aller letzten Mittel die Zahlung an die BIZ am 15. Juni, so ist zwar auch alles Weitere noch nicht sichergestellt, aber es sind vier Tage gewonnen, innerhalb derer die notwendigen Schritte zur Sicherstellung des Reichshaushalts gemacht werden können.

Infolgedessen komme ich zu dem Ergebnis, daß auf alle Fälle die Zahlung am 15. Juni an die BIZ geleistet werden muß. Das Risiko, das man dabei läuft, ist lediglich das, daß man später, falls die endgültige Deckung nicht erreicht werden kann, den Vorwurf erhält, daß man die letzten Reserven nicht für innere Zwecke, sondern zu Zahlungen an die BIZ verwandt hat. Diesen Vorwurf muß man in Kauf nehmen, denn wenn die Zahlung nicht erfolgt, werden so viel Gelder aus Deutschland abgezogen, daß die Gesamtbilanz dessen, was man zahlen kann, erheblich geringer ist, als sie wäre, wenn die Zahlungen bewirkt worden wären.

III.

Die extreme Möglichkeit nach der anderen Seite bestände darin, auf die Banken einen Druck auszuüben, auch dann, wenn die Notverordnung nicht aufrechterhal-

5 Reparationszahlungen an die BIZ.

ten bleibt oder wenn zunächst der Reichstag einberufen wird, die 250 Millionen herzugeben. Ich halte es an sich nicht für ausgeschlossen, daß ein solcher Druck von Erfolg wäre, denn die Gefahr für die Banken bei einer Zahlungseinstellung des Reichs ist ungeheuer groß, und es würde ihnen vielleicht die Hergabe der 250 Millionen auch bei ungedecktem Haushalt als das kleinere Übel erscheinen. Andererseits ist bei ungedecktem Haushalt und bei einem Rütteln an der Notverordnung überhaupt die Kreditlage Deutschlands in äußerster Gefahr. Die Bankabziehungen würden sich voraussichtlich erheblich steigern. Den Gläubigern im Ausland wäre für ihre Maßnahmen die willkommene Begründung gegeben, daß, wenn das deutsche Parlament nicht selbst alles tue, um den Haushalt zu decken, es auch nicht erwarten könnte, daß andere zur Solidarität des deutschen Finanz- und Wirtschaftsgebarens Vertrauen haben.

Wenn man die Banken unter Druck zur Hergabe der 250 Millionen auch in diesem Falle bewegen wollte und dieses Ziel erreicht, so würde die Folge sein, daß die Beträge dafür zum großen Teil aus der Wirtschaft abgezogen würden (sei es unmittelbar, sei es auf dem Wege über Kreditverkürzungen der Reichsbank) und daß die dadurch entstehende neue Arbeitslosigkeit zu Lasten der Reichsmaßnahmen geschrieben würde. Es würde aber auch dann das Vertrauensverhältnis zwischen der Leitung der Reichsfinanzverwaltung und der Reichsbank einerseits und den Banken andererseits, das seit über einem Jahr mit größter Mühe aufgebaut worden ist, wiederum ins Wanken geraten. Das würde sich sehr bald rächen, spätestens bei der Neubegebung von Reichsschatzwechseln. Der nächste Betrag von 104 Millionen ist am 4. Juli zu begeben. Ich glaube daher, diesen Weg eines Drucks auf die Banken auch bei ungedecktem Haushalt nicht befürworten zu können.

IV.

Auch im Falle der Bewirkung der Zahlungen an die BIZ am 15. Juni, ohne daß bis dahin die Aufrechterhaltung der Notverordnung sichergestellt ist, besteht die Gefahr, daß infolge anderweitiger Abzüge die Beschaffung der 250 Millionen durch die Banken Schwierigkeiten macht. Gestern und heute war das ohne weiteres möglich; in so ungewisser Zeit und bei andauernder politischer Spannung weiß man nicht, wie es morgen und übermorgen sein wird. Deswegen wäre es gut, wenn der Zustand politischer Ungewißheit möglichst bald aufhörte, weil jeder Tag, den man früher den Bankkredit nehmen kann, eine größere Sicherheit bietet[6].

gez. *Schäffer*

6 *Schäffer* legte diese Aufzeichnung noch am selben Tag *Dietrich* vor, der dem Inhalt zustimmte und die Reparationszahlung an die BIZ befürwortete. Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. 12. 6. 1931.

228.

12. 6. 1931: Aktenvermerk des Bayerischen Gesandten Ritter v. Preger über eine Mitteilung des Staatssekretärs Pünder

GStAM Gesandtschaft Berlin 1108. Konzept mit Ausfertigungsvermerk – Nr. 1640.

Über die politische Lage teilte mir Staatssekretär *Pünder* folgendes mit:

Der Reichskanzler besteht darauf, daß im gegenwärtigen Augenblick weder der Reichstag noch der Haushaltsausschuß zusammentreten, um über die Notverordnung zu beraten. Er sei bereit, wegen Abänderung einzelner Bestimmungen der Notverordnung mit sich reden zu lassen, wie er das Gleiche hinsichtlich der Notverordnung vom 26. Juli 1930 erklärt habe, soweit nicht Ziel und Zweck der Notverordnung dadurch berührt würden. Aber das könne erst im Oktober geschehen. Gegenwärtig könne ein Zusammentritt des Reichstags nur Unheil verursachen. Er werde einen Beschluß auf Zusammentritt des Reichstags mit seinem Rücktritt beantworten[1].

Die Lage sei kritisch, nachdem gestern die Deutsche Volkspartei mit 15 gegen 13 Stimmen sich für Einberufung des Reichstags erklärt habe[2]. (Kommunisten, Deutschnationale, Nationalsozialisten und Wirtschaftspartei seien schon für sie, Bayerische Volkspartei und Landvolk noch zweifelhaft, ebenso die Sozialdemokraten).

Die Unsicherheit der innenpolitischen Situation habe bereits eine Déroute auf der Börse herbeigeführt. In den letzten Tagen seien 700 Millionen ausländische Guthaben abgezogen worden[3]. Auch die Banken, welche noch vor einigen Tagen den Überbrückungskredit, den die Reichsregierung für 1. Juli mit 250 Millionen braucht, ohne weiteres zu bewilligen willens waren, machten jetzt Schwierigkeiten[4]. Reichsbankspräsident *Luther* versuche, die Deutsche Volkspartei noch zur Vernunft zu bringen[5].

Außenpolitisch halte die Reichsregierung Chequers für einen Erfolg, wenn auch keine unmittelbar sichtbaren Wirkungen sich daraus ergäben. Von der Moratoriumsklausel[6] wolle *Brüning* vorerst noch keinen Gebrauch machen; er wolle den Besuch des amerikanischen Staatssekretärs *Stimson,* der sich über die europäischen Verhältnisse informieren wolle und der am 21. Juli in Berlin eintreffen werde[7], abwarten. Vorher wolle er keinen entscheidenden Schritt tun.

Ich bemerkte, daß ich befürchten müßte, daß die Volkspartei es zwar nicht auf einen Sturz von *Brüning* selbst, wohl aber der Regierung *Brüning* abgesehen habe,

1 Vgl. Brüning S. 287; Nr. 225.

2 Vgl. Nr. 223, Anm. 17.

3 Vom 30. 5. bis 15. 6. 1931 verlor die Reichsbank 706,5 Millionen RM an Gold und deckungsfähigen Devisen. Die Bank 1931 I S. 850.

4 Vgl. Nr. 227.

5 Vgl. Nr. 225 und 226.

6 Im Young-Plan.

7 *Stimson* kam am 25. 7. 1931 nach Berlin. Schulthess 1931 S. 162.

um neue Männer ins Kabinett zu bekommen. Als besonders gefährdet gelten *Curtius, Dietrich, Wirth* und *Schiele.*

Pünder erklärte darauf, der Reichskanzler lasse zwar hinsichtlich des Ausscheidens einzelner Kabinettsmitglieder durchaus mit sich reden[8], halte aber ein Ausscheiden von *Curtius* unmittelbar nach Chequers und vor dem Besuch von *Stimson* für verfehlt und wolle sich ein solches Ausscheiden nicht aufzwingen lassen, zumal da die Deutsche Volkspartei auch noch keinen geeigneten Kandidaten für das Außenministerium genannt habe. Auch ein Ausscheiden der anderen genannten Minister könne im gegenwärtigen Augenblick nicht in Frage kommen.

Die Regierung erwarte infolge der starken Einschränkung der Arbeitslosenversicherung, insbesondere der Herausnahme der Jugendlichen aus ihr[9], bestimmt Unruhen zum 1. Juli von seiten der Kommunisten, welche überhaupt in der letzten Zeit eine verstärkte planmäßige Aktivität aufweisen. Immerhin habe der preußische Innenminister seine Polizei angewiesen, mit Entschiedenheit gegen solche Unruhen vorzugehen und nicht mehr in die Luft zu schießen[10]. Sie hoffe also, der eventuellen Unruhen Herr zu werden. In der breiten Masse des Volkes sei keine Revolutionsstimmung, sondern nur tiefe Unzufriedenheit und Erbitterung.

[. . .][11]

P(reger)

8 Vgl. Nr. 224.

9 Vgl. Nr. 223 mit Anm. 19.

10 In seinen Erinnerungen S. 286 f. erwähnt Brüning, daß er den „Führern der Sozialdemokratie" die „Unterdrückung politischer Unruhen" angekündigt habe. Vom Reichspräsidenten sei Vollmacht erbeten worden, damit die Wehrkreiskommandeure die militärischen Maßnahmen vorbereiten konnten.

11 „U. U. Herrn Staatsrat Dr. *Bleyer* in München im Nachgang zu meinen heutigen telephonischen Mitteilungen. Berlin, den 12. Juni 1931 (zu den Geheimakten zu nehmen)."

229.

13. 6. 1931: Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther

Nachlaß Luther 365. Handschriftliche Korrekturen und Ergänzungen.

Zuerst kam *Vögler* zu mir. *van Hengel* hatte ihn sehr aufgeregt veranlaßt, mich aufzusuchen, um mir mit allem Nachdruck nahezulegen, die Dinge in Deutschland recht fest zu führen. Die großen Sorgen gingen von der Österreichischen Kreditanstalt aus[1]. *Vögler* wollte außerdem auf *van Hengels* Wunsch ihm einen deutschen Industriesachverständigen als Mitarbeiter beschaffen. Er wollte mit *Elves* verhandeln. Ich habe mir überlegt, ob die Entsendung eines Deutschen in diesem Zusammenhang zweckdienlich ist, hielt aber den Einspruch auf jeden Fall für bedenklicher als das Sichvollziehenlassen des Vorganges und sagte deshalb *Vögler,* daß ich von mir aus nichts einzuwenden hätte. *Vögler,* der mich im Auto noch zum Kanzler begleitete, sprach mich dann noch darauf an, ob nicht auf

1 Vgl. Nr. 218, Anm. 2.

9 Monate Wechsel über 53 Millionen zur Ermöglichung des Eisenbahngeschäfts genommen werden könnten[2].

Den Kanzler, der schlapp war, dies auch sagte[3], habe ich über die Lage mit der Volkspartei ins Bild gesetzt, habe ihm die österreichische Sachlage geschildert, auch an Hand der *Vöglers*chen Mitteilungen, und habe ihm gesagt, daß, wenn nicht heute die Devisenabzüge nur noch geringfügig seien, wir auf 2% würden kommen müssen[4], es sei denn, daß vorher politische Erklärungen der Volkspartei und der Sozialdemokratie bekannt würden, die praktisch die Nichteinberufung des Reichstags gewährleisten.

In einer Erörterung der von der Volkspartei angeschnittenen Personalfragen[5] habe ich mit Betonung gesagt, daß meines Dafürhaltens die Bildung eines deutsch-preußischen Konzentrationskabinetts[6] auf möglichst breiter Grundlage eine sehr starke Wirkung auch im Ausland haben würde; all das habe ich natürlich nur gesagt mit Bezug auf die Situation nach Dienstag[7], also nach praktischer Annahme der Notverordnung.

Da der Kanzler sehr belegt war, habe ich später noch einmal telefonisch *Pünder* an seine Verhandlung mit *Dingeldey* erinnert, auch im Hinblick auf meine Gespräche vom Vortage[8]. Ich habe, damit der Kanzler etwas ruhen konnte und nachdem feststand, daß die Sozialdemokratie eine Erklärung, wie ich sie zur Vermeidung der hohen Diskonterhöhung gebraucht hätte, nicht abgeben würde (Mitteilung *Pünder*), vorgeschlagen, daß *Dingeldey* den Kanzler auf seiner Fahrt nach Hildesheim zur Zentrumsversammlung begleiten sollte, was geschehen ist[9].

Gesagt habe ich dem Kanzler auch die Situation mit Nordwolle ohne Nennung von Namen[10]. Die Angelegenheit war schon am Vortage in der Direktoriumssitzung besprochen worden. In der Reichsbank kam noch am Vormittag *Schmidt-Branden* von der Dresdner Bank zu mir. Während die technischen Erörterungen durch *Dreyse* geführt wurden, sprachen mich *Goldschmidt* und *Nathan* nach der Zentralausschuß-Sitzung darauf an, mich besuchen zu wollen. Ich stellte mich noch für heute, Sonnabend abend, zur Verfügung. *Nathan* wollte aber, wie er sagte, „wieder herausfahren", und so wurde Montagvormittag ¾10 Uhr vereinbart.

---

2 Über die Finanzierung des Oberbaubeschaffungsprogramms der Reichsbahn hatte *Luther* am 9. 6. 1931 mit *Silverberg* gesprochen. Tagebuchaufzeichnung *Luthers* vom 9. 6. 1931, Nachlaß Luther 425.

3 . . . „der schlapp war, dies auch sagte", handschriftliche Einfügung. Es folgt eine weitere handschriftliche Bemerkung über *Brünings* Reise zum Reichspräsidenten nach Ostpreußen: „Blödsinn, diese Reise nach Neudeck – und ohne Salonwagen [. . .] Unverantwortlich von *Pünder*, der das verhindern müßte!" – Zu der Unterredung mit dem Kanzler Brüning S. 286.

4 Am gleichen Tage erhöhte die Reichsbank den Diskontsatz von 5 auf 7%.

5 Vgl. Nr. 228.

6 Vgl. Nr. 225.

7 Am Dienstag, dem 16. 6. 1931, fand die für eine Einberufung des Reichstags entscheidende Sitzung des Ältestenrats statt; vgl. Nr. 237.

8 Vgl. Nr. 225.

9 Tagung der Zentrumspartei in Hildesheim am 14. 6. 1931, Schulthess 1931 S. 138f. Vgl. Nr. 230.

10 Zum Skandal um den Textil-Konzern Nordwolle, dessen Hauptgläubiger die Danatbank war, Born S. 74ff.; Brüning S. 294 und 313ff.; Nr. 252 mit Anm. 4.

Gegen 1 Uhr kam ein Anruf des Herrn *Gunsten* von der Bank von England, den *Dreyse* aufnahm, mit dem neuen Gedanken betreffend die Aufnahme der österreichischen Schatzanweisungen. (Der Halb-und-halb-Gedanke mit England und Amerika hinter uns[11]). Ich verstand die Mitteilung von *Vocke* darüber so, daß Deutschland sein Giro geben sollte. Auch *Vocke* hatte es so verstanden. Ich rief *Curtius* an, der zustimmte. Ebenso *Schäffer,* der in Vertretung des verreisten Ministers ebenfalls zustimmte. Ich hatte auch *Pünder* angerufen, der später die Zustimmung des Kanzlers mitteilte.

Um 3 Uhr Direktoriumssitzung, wo der Beschluß mit Rücksicht auf die wieder hohen Devisenabzüge – 114 Millionen – unter Abwägung auch alles psychologischen Für und Wider auf zwei Prozent[12] – einstimmig![13] – lautete. Während der Sitzung sprach *Vocke* mit *Siepman* in zustimmendem Sinne, wobei die Girofrage noch offen blieb. Ich sprach anschließend mit *Norman* und stellte fest, daß *Norman* die Sache in der Hand behält, also, sobald Amerika zugestimmt hat, von sich aus Frankreich anspricht. Ein Ansprechen Frankreichs durch uns wäre mir unmöglich erschienen. Kurz danach rief *Bülow* an, der von *Curtius* gehört und seinerseits nun auch die Sorge hatte, wir könnten Frankreich ansprechen. Er war mit dem Geschehenen natürlich ganz einverstanden.

Inzwischen waren über *Hülse* betreffend *Mannheimer* in Paris Nachrichten gekommen, die recht belastend klangen und die bisher gezogenen Schlußfolgerungen in Zweifel stellten. *Dreyse* hat das *Löb* mitgeteilt, der lebhaft bestritt.

[Die] Zentralausschuß-Sitzung war dadurch bewegt, daß die Privatbankiers überwiegend sich für 1% aussprachen[14]. [Das] Reichsbank-Direktorium zog sich nochmals zurück, und ich teilte dann als besondere Gesichtspunkte gegenüber gefallenen Einzelbemerkungen mit, ein Vergleich mit Österreich sei ganz ausgeschlossen, da bei uns ja gerade die Methode des Nichtschleifenlassens gelten sollte. Wir würden uns größte Mühe geben, so schnell als möglich den Diskontsatz wieder herabzusetzen.

Anschließend waren dann Presse-Besprechungen, zuerst mit der anwesenden Presse, später mit ausländischer Presse, worunter sich *Mowrer* befand, dagegen nicht *Kuh,* und endlich mit den vorher nicht zugegen gewesenen Vertretern deutscher Presse. *Hirschstein* sagte nach Beendigung des Gespräches zu *Dreyse* und mir, daß es ja wohl allgemeine Pressemeinung gewesen sei, daß 1% nicht ausreichen werde; was die 2% anbeträfe, so habe er noch nie einen Diskontbeschluß gesehen, bei dem ihm der Ablauf auch in psychologischer Hinsicht so unsicher erscheine. In der Besprechung mit der ausländischen Presse, namentlich von einem mitanwesenden Holländer, wurde ungemein stark darauf gedrängt, daß Deutschlands Stellungnahme in der Reparationsfrage klargestellt werden müsse.

---

11 Die Plazierung der 150-Millionen-Schilling-Schatzanweisungen zur Stützung der österreichischen Kreditanstalt wurde von Frankreich hinausgezögert, so daß die Bank von England in Erwägung zog, ohne Frankreich vorzugehen. Einzelheiten im Vermerk *Kordts* vom 16. 6. 1931, PA Büro RM 16/8, sowie in der Chefbesprechung am 17. 6. 1931, BA R 43 I/611.

12 Diskonterhöhung von 5 auf 7%. Vgl. Luther S. 167ff.

13 „einstimmig" handschriftliche Einfügung.

14 Gemeint Diskonterhöhung um 1%.

230.

13. 6. 1931: Aktennotiz Dingeldeys über eine Besprechung mit Reichskanzler Brüning, Kaas und Vögler

Nachlaß Dingeldey 36.

Aufforderung des Herrn Reichskanzlers Dr. *Brüning* an mich, ihn auf der Fahrt nach Hannover zu begleiten[1]. Herr *Kaas* und Herr Dr. *Vögler* würden ebenfalls anwesend sein. Die Verhandlungen im Zuge verliefen wie folgt:

Ich setzte dem Reichskanzler auseinander, daß das Vorgehen der Fraktion[2] von der Überzeugung diktiert werde, daß er als politische Persönlichkeit mit der gesamten Regierung dem völligen Zusammenbruch unter schwersten revolutionären Erscheinungen unfehlbar entgegengehe, wenn er etwa die Absicht habe, bei fortschreitender revolutionärer Stimmung des Volkes mit völlig unveränderter Notverordnung, mit einem Kabinett, dessen wesentlichste Posten durch Männer besetzt seien, deren sachliches Versagen unzweifelhaft feststünde, und mit einer tributpolitischen Taktik, die erst nach zwei Monaten zu irgendeinem sichtbaren Schritt führen könne, einfach weiter zu regieren. Um ihn aus dieser unheilvollen Lage zu befreien, hätte ich ihm den Vorschlag gemacht, die Gesamtdemission des Kabinetts sofort zu beschließen, und zwar aufgrund der Tatsache, daß durch die Fraktionsbeschlüsse keine Zweifel mehr bestehen können an einer Mehrheit für die Einberufung des Reichstags.

Der Reichskanzler erklärte daraufhin, daß er diesen Weg schon deshalb ablehnen müsse, weil eine Gesamtdemission im gegenwärtigen Augenblick bei der ungeheuren Gefahr der Devisenlage unabsehbares Unheil bedeuten müsse und weil außerdem in so kurzer Frist positive Entscheidungen über die Zusammenstellung einer Regierung undurchführbar seien. In dieser Auffassung stimme der Herr Reichspräsident mit ihm überein. Er sehe aber das düstere Bild, das ich entworfen hätte, wenn nichts geschehe, als richtig an. Es könne sich also nur darum handeln, den richtigen Weg aus dieser Krise zu finden. Eine wirkliche Umbildung des Kabinetts könne nach seiner Überzeugung nur anhand eines großen politischen Ereignisses durchgeführt werden[3]. Ein solches Ereignis stehe mit dem öffentlichen Schritt der Reichsregierung zur Eröffnung der Tributverhandlungen bevor. Er könne sich denken, daß man erkläre, daß es sich mit Eröffnung dieser Verhandlungen nunmehr darum handeln müsse, eine Regierung der nationalen Abwehr mit größter Autorität zu schaffen[4]. In einer solchen Lage müßten dann alle persönlichen und fraktionellen Rücksichten und Wünsche zurückstehen. Er habe sich vom Reichspräsidenten die Vollmachten geben lassen, in einem solchen Augenblick so zu handeln, wie er es für richtig halte, wobei sich der Herr Reichspräsident selbstverständlich seine Mitwirkung im einzelnen vorbehalten habe.

---

1 Diese Besprechung hatte *Luther* angeregt. Nr. 229.

2 Die DVP-Fraktion hatte sich für die Einberufung des Reichstags ausgesprochen. Vgl. Nr. 223, Anm. 17.

3 Vgl. Nr. 224.

4 Zu den Gedanken des „deutsch-preußischen Konzentrationskabinetts" von *Luther* Nr. 229.

Herr Prälat *Kaas* fügte hinzu, daß auch er der Meinung sei, daß nur ein solches Verfahren die Umbildung unter Vermeidung innerpolitischer Erschütterungen ermögliche.

Ich erklärte daraufhin, daß ich auch mit einem solchen Verfahren grundsätzlich einverstanden sein könne. Ich wäre aber namentlich der Auffassung, daß der Reichsfinanzminister unbedingt seinen Platz zu räumen habe, da ihn die Schuld an der völlig unzureichenden Vorbereitung des Volkes träfe. Es stünde mir nicht zu, über meinen Parteifreund *Curtius* Erklärungen abzugeben. Der Reichskanzler selbst habe ja aber wiederholt mir gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß er mit dessen Politik, insbesondere in der Frage der Zollunion mit Österreich, nicht einverstanden sei, vielmehr deren Verlauf als einen schweren Prestigeverlust des Kabinetts empfinde[5].

Der Reichskanzler bat, ich möchte ihm dann doch Persönlichkeiten an Stelle von Herrn *Dietrich* nennen. Er sei übrigens, wie er mir wiederholt schon erklärt hätte, bereit und entschlossen, einen der hervorragendsten Wirtschaftsführer, am liebsten Herrn Dr. *Vögler,* um die Übernahme des Wirtschaftsministeriums zu bitten. Es könnten überhaupt nur Persönlichkeiten von ganz besonderer Autorität in Frage kommen, nicht aber Syndici (Dr. *Schlenker*)[6] oder bloße Parlamentarier.

Ich nannte ihm darauf für den Posten des Reichsfinanzministeriums in erster Linie den Namen des Oberbürgermeisters *Bracht,* Essen, die Namen der Herren *v. Schlieben,* Dr. *Schacht* oder einer der Direktoren der Großbanken (Dr. *Kehl*).

Der Reichskanzler erklärte sich mit Herrn *Bracht* sehr einverstanden. Er wies aber darauf hin, daß er Herrn *Dietrich* gegenüber, der nur unter seinem stärksten Druck das Opfer der Übernahme des Reichsfinanzministeriums seinerzeit gebracht habe[7], zu Dank verpflichtet sei, ihn deshalb nicht einfach in die Wüste schicken [könne], sondern auf einen bevorzugten Posten im Kabinett stellen müsse.

Ich erklärte daraufhin, daß ich gegen die Übernahme des Innenministeriums durch Herrn *Dietrich* nichts einzuwenden hätte, aber der Meinung sei, er müsse auch mit dem Verkehrs- oder Justizministerium zufrieden sein. Daran dürfe jedenfalls in solcher Gefahr des Vaterlandes die Entscheidung nicht scheitern.

Herr *Kaas* stimmte dem zu, meinte auch, daß Herr *Dietrich* als Vertreter der Staatspartei mit dem Verkehrsministerium zufrieden sein müsse. Herr *v. Guérard* werde ja sowieso demnächst abgehen, während Herr *Wirth* aus dem Innenministerium schlecht zu verdrängen wäre. Er wäre aber der Meinung, daß in einer solchen Stunde der nationalen Abwehr auch die Interessen seiner Fraktion zurücktreten könnten, daß er sich jedenfalls erfolgreich dafür einsetzen werde.

Ich setzte dann dem Reichskanzler auseinander, daß ich die vorgesehene Taktik in der Tributfrage (Erklärung des Transfer-Aufschubs erst nach dem Besuch des amerikanischen Staatssekretärs, also Ende Juli frühestens), für nicht erträglich ansehe. Zwar gebühre dem verantwortlichen Staatsmann, in dessen Fäden auch

---

5 Vgl. Brüning S. 263ff.; Hermann Pünder, Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen, Stuttgart 1968 S. 106ff.

6 Vgl. Nr. 211 und 212.

7 Vgl. Nr. 92 und 93.

alle geheimen Nachrichten zusammenlaufen, selbstverständlich in dieser Frage die letzte Entscheidung. Die Devisenlage sei aber heute so, daß wir in Deutschland nach meiner Überzeugung schon sehr schnell handeln müssen. Auf keinen Fall dürften in Deutschland infolge der Devisenlage Kreditrestriktionen Platz greifen, ohne daß gleichzeitig Devisenzahlungen ans Ausland unterlassen würden.

Der Reichskanzler und Herr *Kaas* stimmten diesem Standpunkt lebhaft zu und erklärten beide, daß die Ereignisse der letzten Tage wohl dazu zwingen würden, der englischen Regierung mitzuteilen, daß der Reichskanzler früher und weitgehender handeln müsse, wenn weitere fremde Gelder abgezogen würden.

Ich trug dann dem Reichskanzler meine Auffassung über die Auflockerung des Tarifzwanges vor[8]. Ich machte folgende Vorschläge:

a) Schlichtungswesen:

1. Übertragung des staatlichen Schlichtungswesens an die zu bildenden Arbeits- oder Tarifgemeinschaften aus den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften,

2. Bildung von paritätischen Schlichtungsausschüssen, denen es überlassen bleiben kann, einen dritten Mann als Obmann zu wählen,

3. Unterlassung staatlicher Verbindlichkeitserklärungen.

b) Tarifwesen:

1. laufende Tarifverträge können im Einverständnis beider Parteien jederzeit geändert werden,

2. das Einverständnis einer Partei kann durch die Zustimmung von $^2/_3$ der Belegschaft ersetzt werden,

3. gegen diese Entscheidung kann eine der Tarifparteien Berufung an den paritätischen Schlichtungsausschüssen verfolgen. Einigt sich dieser nicht, so bleibt die Entscheidung der $^2/_3$-Mehrheit bestehen.

Der Reichskanzler nahm diese Vorschläge mit lebhafter Genugtuung entgegen. Es seien die ersten praktischen Vorschläge, die ihm gangbar erschienen. Er müsse sie natürlich und wolle sie heute noch in Hildesheim mit Herrn *Stegerwald* besprechen. Für seine Person aber könne er erklären, daß er sie für eine durchaus richtige Grundlage halte.

Es kam dann im Verlauf des Gespräches Herr Dr. *Vögler* hinzu und berichtete über die Lage in Österreich usw.

Ich habe auch Herrn Dr. *Vögler* im Beisein der beiden anderen Herren meine Vorschläge über die Auflockerung des Tarifzwanges vorgetragen mit dem Bemerken, daß der Reichskanzler sie für gangbar halte.

Herr Dr. *Vögler* erklärte auch, daß er sich dieser Meinung anschließen müsse und sich von einer solchen Änderung der Gesetzgebung einen großen psychologischen Erfolg verspräche.

Ich ließ Herrn Dr. *Vögler* keinen Zweifel darüber, daß nach meiner Auffassung mit der gleichen Entschiedenheit auch die Bindungen auf der Unternehmerseite durch Kartelle, Syndikate und Innungen beseitigt werden müßten.

Herr Dr. *Vögler* stimmte dem auch zu. Herr Dr. *Vögler* fragte im Laufe des

8 Vgl. Nr. 221a und b.

Gesprächs den Reichskanzler, ob er denn glaube, mit der bisherigen Methode ohne Diktatur weiterzukommen.

Der Reichskanzler wich dieser Frage aus.

Herr *Kaas* aber erklärte lebhaft und wiederholt, daß er dem Reichskanzler immer wieder gesagt habe, er müsse sich zu anderen Methoden entschließen. Sein Wunsch nach Aufrechterhaltung absoluter Legalität sei nicht aufrechtzuerhalten.

Ich erklärte dem Reichskanzler am Schluß der Unterhaltung, daß ich selbstverständlich eine Änderung der Haltung meiner Fraktion nur anraten könne, wenn diese Übereinstimmung der Meinungen, die das heutige Gespräch erfreulicherweise ergeben hätte, in Form einer Mitteilung nach außen in den Hauptpunkten erklärt würde.

Der Reichskanzler bemerkte, daß es dann natürlich auf jedes Wort ankomme, weil wir nicht Gefahr laufen dürften, durch eine vorzeitige Veröffentlichung die Sozialdemokratie zur Einberufung des Reichstags zu bringen.

Ich schloß dann die Unterhaltung damit, daß ich dem Reichskanzler erklärte, ich würde ihm am Montag den Entwurf einer entsprechenden Formulierung zugehen lassen, über die wir uns dann verständigen könnten[9].

Ich fragte nach Beendigung des Gespräches unter vier Augen Herrn Dr. *Vögler*, wie er zur Übernahme des Wirtschaftsministeriums stünde.

Dr. *Vögler* gab mir zur Antwort, daß er es für seine Pflicht halte, sich bei dieser Gefahr des Vaterlandes zur Verfügung zu stellen, allerdings nur, wenn die Verhandlungen mit dem Reichskanzler ergäben, daß er auf diesem Wege wirklich ohne parteipolitische Fesseln zu handeln fest entschlossen sei.

9 Vgl. Nr. 234a und b.

231.

13. 6. 1931: Wilhelm Kalle (Bad Wildungen) an Dingeldey

Nachlaß Dingeldey 75. Handschreiben.

Lieber *Dingeldey!*

Einige Gespräche, die ich gestern mit Parteifreunden hatte, und Überlegungen, die ich in einer schlaflosen Nacht und auf der langen Fahrt hierher anstellte, haben mich noch viel mehr in der Angst bestärkt, daß der Weg, den die Mehrheit der Fraktion gehen will[1], außerordentlich große Gefahren bringen wird, nicht nur für die Führung der deutschen Politik, sondern auch für unsere Partei selbst – es sei denn, daß es noch in letzter Stunde gelingt, die Beziehungen zu *Brüning* wieder zu knüpfen, ihn im Amte zu halten und die weitere Ausschaltung dieses unmöglichen Reichstages noch für einige Zeit wenigstens zu ermöglichen.

1 Die Mehrheit der DVP hatte sich gegen die dringenden Vorstellungen der Reichsregierung für die Einberufung des Reichstags augesprochen. Nr. 223, Anm. 17.

Ich möchte Sie deshalb noch einmal recht dringend bitten, unter Umständen auch Opfer zu bringen und alles zu tun, um eine neue Brücke zu *Brüning* zu schlagen. Ich habe allerdings die größten Befürchtungen; denn ich glaube, gerade bei einem so feinfühligen und vornehm denkenden Mann ist es psychologisch falsch, ihn durch Ultimaten und Erzwingen eines Personalwechsels[2] aus der einmal gefaßten Stellungnahme herausdrängen zu wollen.

Sie kennen mich zu gut, um zu wissen, daß es nicht Rechthaberei ist oder ein ungebührlicher Anspruch, mich und meine Meinung vordrängen zu wollen, aber es ist Angst und größte Sorge, die mich treibt, Ihnen in letzter Stunde noch einmal zu schreiben. Gestern haben mir aber liebe Parteifreunde aus der Fraktion und aus dem Parteivorstand gesagt, je mehr sie über das Beschlossene nachdächten, desto mehr erschiene es ihnen als eine Katastrophe für die Partei; ein anderer: ein Desaster, ein anderer: ein geschichtlicher Weg, der ein völliges Verlassen des bisherigen bedeutete, und anderes mehr.

Sie werden wohl selbst sehr besorgt und wenig über das Ergebnis der Beratungen und Abstimmungen erbaut sein. Es ist ja auch fast ein Todeskeim, wenn die Fraktion in einem solchen Moment, wo es um Sein oder Nichtsein der Partei geht, wo eine so einschneidende Maßnahme beschlossen werden soll, im Augenblick der ernstesten Krise unseres Vaterlandes, in zwei fast gleich große Hälften auseinanderfällt. Da ist doch eine wirklich starke Stellungnahme kaum durchführbar.

Ich hätte noch mancherlei zu sagen, insbesondere, daß ich persönlich vor der Meinung der Masse auch in der eigenen Partei gar keinen Respekt habe; das eine habe ich in 12 Jahren gelernt. Die Masse muß und kann auch trotz allem meist erfolgreich selbst zu unpopulären Maßnahmen hingeführt werden.

Die Politik des angeblich „Schwächeren" erfordert oft mehr Mut und innere Unabhängigkeit als diejenige, starke Beschlüsse zu fassen, die später sich unglücklich auswirken.

Verzeihen Sie mir diese Abschweifung! Aber eines muß ich Ihnen noch sagen (obwohl es mir sehr schwerfällt), denn ich will mir auch in dieser Hinsicht später keine Vorwürfe machen lassen.

Ich will jetzt, wo ich noch dazu krank bin, keine Entschlüsse fassen, die als aberrata gefaßt angesehen werden könnten.

Aber wenn das Unglück eintritt und w i r *Brüning* – den einzigen Staatsmann seit langem – gestürzt haben oder schwere Komplikationen im Reichstag oder gar seine Auflösung Folgeerscheinungen sein werden, ich wüßte wirklich nicht, was ich persönlich nach meiner ganzen Auffassung von politischen Pflichten der Partei noch im Parteileben für ein Dasein fristen könnte. Aber das braucht ja niemanden zu berühren; denn ich bin an sich abgekämpft und fällig. Aber aussprechen wollte ich das doch, damit Sie sehen, wie sehr mir in diesen Tagen die Felle fortgeschwommen sind.

Ich empfinde ein lebhaftes Bedauern, daß Sie in diese schwere Zeit inneren Konflikts so bald schon verstrickt wurden, gebe aber eine letzte Hoffnung noch nicht auf.

Mit herzlichen Grüßen Ihr sehr ergebener
Kalle

---

2 Vgl. Nr. 230.

232.

14. 6. 1931: Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug)

Nachlaß Luther 365. Handschriftliche Korrekturen und Ergänzungen.

[. . .][1]

Gespräch aus der Wohnung mit *Kuh,* der auch das Schwergewicht immer wieder auf die Reparationsfrage legte und betonte, daß die neue Äußerung des Unterstaatssekretärs *Castle* des amerikanischen Außenamts oder Schatzamts doch den beginnenden Stimmungsumschwung zeige[2]. Ich habe, als er immer wieder auf die Notwendigkeit einer positiven deutschen Stellungnahme hinwies, ihm für seinen Privatgebrauch sehr deutlich gesagt, daß das Elend sei, daß in der Welt nirgends ein Führer sitze, der von sich aus die Sache in die Hand nähme. Was Deutschland tun würde, würde nach der Kritik des Auslandes immer gerade das Falsche sein. Ich habe auch auf die Österreichische Kreditanstalt hingewiesen, wo Deutschland immer wieder und in jeder Form sich zur Mitwirkung an internationalen Lösungen bereit erklärt habe. Die anderen aber, Paris, London, New York, verständigten sich untereinander nicht[3], obwohl sie die von ihnen ausgesuchten Vertrauensleute *Bruins* und *van Hengel* in Wien sitzen hätten und von dort aus ganz bestimmte Vorschläge gemacht würden. Die Geschichte mit Professor *Rist* habe ich natürlich nicht erwähnt[4].

Die Presse war heute, soweit ersichtlich, gut, nur zum Teil der dumme Ton, die Reichsbank habe zu spät gehandelt. Ich habe zu *Kuh* gesagt, die Ereignisse liefen so schnell, daß die Menschen vergessen, wie die Situation vorigen Donnerstag[5] gewesen sei. Alle Beschlüsse seien genau zeitgemäß ergangen. *Kuh* sagte, daß er diese Meinung teile.

Mit *Vögler* ein erstes Gespräch, in dem er aufgrund der Mitteilung des gestrigen Direktoriumsbeschlusses in der 53-Millionen-Angelegenheit[6] sagte, daß er dann

---

1 Nicht zu entziffernde handschriftliche Einfügung.

2 *Castle* hatte am 11. 6. 1931 in einer Pressekonferenz geäußert, „daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Lage in Deutschland für ernst ansehe. Deutschlands Lage stelle eine allmähliche Anhäufung von ungünstigen Faktoren dar; aber man sei in Amerika nicht der Ansicht, daß sie im gegenwärtigen Augenblick ausgesprochen kritisch sei." Schulthess 1931 S. 446. Zum Stimmungswandel in den USA Link S. 500ff.

3 Zum englisch-französischen Gegensatz in der Frage der Stützung der Österreichischen Kreditanstalt Born S. 66.

4 Nach der Tagebucheintragung *Luthers* vom 29. 5. 1931 hatte Österreich in Basel um einen Finanzberater gebeten, „sei es für die Regierung (so nach der BIZ), sei es für Nationalbank (so Kommunique [der] österreichischen Regierung), und zwar bei Frankreich um *Rist* (?)!" Am 1. 6. 1931 notierte *Luther* dann: „In Basel haben *Moret, Farnier, Quesnay* schwer dafür gekämpft, daß nicht *Bruins,* sondern *Rist* zur Österreichischen Nationalbank gehen solle von der BIZ aus und behauptet, Österreich habe *Rist* sowohl für den Staat wie für die Notenbank erbeten. Diese tatsächliche Behauptung hält die BIZ-Verwaltung für richtig, einschließlich *Hülse.* Die amerikanisch-englisch-deutsche Linie hat aber wieder gesiegt, indem *Bruins* entsendet ist." Nachlaß Luther 425.

5 11. 6. 1931.

6 Vgl. Nr. 229 mit Anm. 2.

das Risiko der weiteren Entwicklung auf sich nehmen wolle, da der erste Wechsel ja doch ein normaler Handelswechsel sein würde. Ich hatte bei diesem ersten Gespräch nur die die Reichsbank jetzt belastenden Tatsachen allgemein erwähnt und das Wort Restriktion nicht in den Mund genommen. Obwohl ein Mißverständnis kaum möglich war, habe ich, nachdem ich *Dreyse* gefragt hatte, ob auch er einen zweiten Anruf für empfehlenswert halte, dann doch noch einmal angerufen und gesagt, daß wir richtige Handelswechsel, soweit es solche seien, und in dem jetzt bereits erforderlichen Umfang natürlich nehmen würden, daß durch diese meine Erklärung aber keine Freistellung von etwaigen Restriktionsbeschlüssen eintreten würde, die ich natürlich und auch gerade durch die Diskonterhöhung mit aller Kraft zu vermeiden suchen würde. Ich hoffe, daß *Vögler* aus meiner weiteren Bemerkung, die Reichstagseinberufung müsse eben vermieden werden, die praktische Folgerung gezogen hat, politisch zu helfen.

Ich habe ferner *Dreyse* die Anregung gegeben, sofort mit den Banken wegen Maßhaltens in der Veränderung ihrer Zinssätze zu sprechen.

Danach kam *Hülser* als Vertreter des Christlich-sozialen Volksdienstes. Auch er hatte die bekannten Personalsorgen, dürfte aber nunmehr die richtige Linie[7] halten.

[. . .][8]

7 Der Christlich-soziale Volksdienst stimmte am 16. 6. 1931 im Ältestenrat gegen die Einberufung des Reichstages. Nr. 237, Anm. 16.

8 Nicht zu entziffernde handschriftliche Ergänzung.

233.

15. 6. 1931: Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther

Nachlaß Luther 365. Handschriftliche Korrekturen und Ergänzungen.

Am Montag, den 15. Juni nachmittags, habe ich auf Wunsch des Herrn Reichskanzlers in den verschiedenen Parteiversammlungen Darlegungen über die Währungslage gemacht[1], und zwar zunächst bei allen Parteien der Mitte im weitesten Wortsinne, dann bei den Sozialdemokraten, danach bei den Deutschnationalen, wo nur die Herren *Hugenberg* und *Oberfohren* anwesend waren, und schließlich bei den Nationalsozialisten, die allein vertreten waren durch Herrn *Göring*[2]. Mit gewissen Abwandlungen im einzelnen, die sich aus dem Lauf der jeweiligen Erörterungen ergaben, habe ich folgendes ausgeführt:

1 In Gegenwart des Reichskanzlers, sämtlicher Reichsminister – mit Ausnahme *v. Guérards* – und von der preußischen Regierung des Ministerpräsidenten *Braun*, des Innenministers *Severing* sowie des Staatssekretärs *Weismann* Parteiführerbesprechung am 15. 6. 1931, BA R 43 I/2370, auszugsweise abgedruckt in Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in Matthias/Morsey S. 211ff.; Ursachen und Folgen VIII S. 162ff.; Besprechung *Brünings* mit *Hugenberg* und *Oberfohren* am 15. 6. 1931, BA R 43 I/2655. Vgl. Brüning S. 287ff.

2 Im Original stets „*Göhring*".

1. Ich würde mit Offenheit alle in Betracht kommenden Zahlen nennen und auch jede Frage beantworten. Unsicherheiten könnten nur dadurch bestehen, daß gewisse Aufrechnungen nicht völlig schlüssig für jeden Zeitpunkt und nicht völlig übereinstimmend für alle in Betracht kommenden Zahlen gemacht werden könnten. Die sich dadurch ergebenden Fehlermöglichkeiten seien für die Schlußfolgerungen indessen ohne Belang.

2. Wenn am Donnerstag, dem 11. Juni, das Reichsbankdirektorium noch keine Veranlassung gesehen habe, eine Diskonterhöhung vorzunehmen, sondern die großen wirtschaftlichen Bedenken, die jeder Diskonterhöhung entgegenstehen, habe vorwiegen lassen[3], so werde der Grund dafür deutlich, wenn man sich vergegenwärtige, was seit Freitag, dem 12. Juni, geschehen sei. Die Gold- und Devisenverluste seit Freitag beliefen sich auf 386 Millionen Mark. Das bedeute bei der 40%igen Deckungsgrenze die Herabminderung der Notenreserve um fast 1 Milliarde. Das Reichsbankdirektorium habe mithin am Donnerstag noch vor dieser großen Notenreserve gestanden. Am Freitag sei dann der Zentralausschuß einberufen worden, der am Sonnabend zusammengetreten sei, und der Diskonterhöhungsbeschluß um 2% sei mit Wirkung für Sonnabend gefaßt worden[4]. Der Beschluß habe sich insofern ausgewirkt, als die Devisenabzüge von heute, Montag, zwar immer noch groß, aber doch bedeutend herabgemindert seien[5].

3. Die Gesamtverluste an Gold und Devisen in der Periode seit dem 26. Mai belaufen sich auf über 1 Milliarde. Sie betragen damit ebensoviel wie die Gesamtverluste der Periode von Mitte September bis Mitte Oktober vorigen Jahres. Ungefähr vor einem Jahr, als der Gold- und Devisenbestand einen Höchstbetrag erreicht hatte, haben wir 3,8 Milliarden gehabt; jetzt sind es nur noch etwa 1,7. Wir haben mithin weit über die Hälfte verloren.

4. Der Besitz von nur 1,7 Milliarden bedeutet, daß wir Noten in Höhe von 4¼ Milliarden auszugeben vermögen. Tatsächlich beträgt der Notenumlauf 3,9 Milliarden. Es ist also nur eine Notenreserve oder Manövriermasse von 350 Millionen vorhanden. Dem steht gegenüber ein Mehrbedarf für den Ultimo von mindestens 400 Millionen, außerdem die Notwendigkeit einer Beschaffung von Reichskassenmitteln von 250 Millionen, von denen nur etwa 50 Millionen erst in der ersten Julihälfte benötigt werden und der Rest bereits im Juni[6], sowie endlich die Notwendigkeit, der Arbeitslosenversicherungsanstalt wiederum Vorschüsse durch Lombardierung von Effekten zu geben, die zur Zeit im Zusammenhang mit der vor einigen Wochen aufgenommenen Postschatzanweisungsanleihe, die noch nicht verbraucht ist, haben zurückgezahlt werden können. Aber wenn man diese Bedarfszahlen nicht alle miteinander addiert, weil die Bedarfssteigerung durchaus

3 Vgl. Nr. 225.

4 Vgl. Nr. 229.

5 Nach Luther S. 170 betrugen die Devisenverluste am 15. 6. 1931 immer noch 63 Millionen RM, am 16. 6. 1931 sogar noch einmal 80 Millionen RM. Erst nach der Entscheidung über die Reichstagseinberufung sei eine Beruhigung eingetreten. Nach den Reichsbank-Ausweisen verlor die Reichsbank vom 6. bis zum 15. 6. 1931 542,8 Millionen an Gold und deckungsfähigen Devisen, vom 15. bis 23. 6. 1931 366,2 Millionen. Die Bank 1931 I S. 850; weitere Zahlenangaben in Lüke S. 279f.; Born S. 73f.; Schulthess 1931 S. 143.

6 Vgl. Nr. 227.

nicht gleichzeitig eintritt, so ergibt sich doch, daß jetzt schon die erforderliche Notenreserve auf keinen Fall mehr besteht. Sie besteht also auch dann nicht mehr, wenn etwa der durchaus nicht zu erwartende Zustand einträte, daß mit einem Male die Devisenabzüge völlig aufhörten oder in ihr Gegenteil umschlügen.

5. Die Entwicklung der Devisenbewegung zeigt, daß allgemeine Ursachen, die in der Banknervosität über große Teile der Erde hin und die namentlich im Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt liegen, in der letzten Zeit sehr erheblich übersteigert worden sind. Die Ursache dafür kann, da anderes nicht eingetreten ist, nur in der für die Öffentlichkeit erkennbar gewordenen mangelnden Bereitschaft des Reichstages liegen, die Notverordnung der Reichsregierung bestehen zu lassen. Daher erklärt es sich, daß von der Reichsbank aus darauf gedrängt worden sei, so schnell als möglich durch eine Beschlußfassung klarzustellen, daß, soweit die Notverordnung, bevor sie dem Reichstag vorgelegen hat, überhaupt endgültig sein kann, ihre Endgültigkeit als gesichert erscheint. Die Verzögerung bis morgen, Dienstag, stellt, wie die mitgeteilten Zahlen ergeben, bereits eine schwere Belastung dar.

6. Als Abhilfsmittel kommen folgende in Betracht:

a) Die Inanspruchnahme des 50 [Millionen]-Dollar-Rediskontkredits, den die Reichsbank über die Golddiskontbank hinweg in Amerika habe[7]. Niemand werde mit Bestimmtheit die Frage beantworten können, ob die Inanspruchnahme dieses Kredits mehr Nachteile oder mehr Nutzen bringen würde. Neben dem psychologischen Gesichtspunkt sei zu beachten, daß es sehr wohl denkbar sei, daß die amerikanischen beteiligten Bankhäuser ihre sonstigen Engagements in Deutschland um ebensoviel vermindern würden, wie sie sie infolge der neuen Kredithergabe erhöhen müßten.

b) Die Inanspruchnahme eines allgemeinen Rediskontkredits – sei es bei den Notenbanken, sei es bei der BIZ oder bei beiden –. Ein solcher Weg, der an sich wohl gangbar sein würde, bedeute bei der Größe des Problems Deutschlands und angesichts der gesamten gegenwärtigen Weltlage mit Bestimmtheit eine Hinüberspielung auf das politische Gebiet. Das habe uns auch der Fall Österreich gelehrt, und gerade der Vorgang Österreich zeige, was hier auch für Deutschland zu erwarten sei. Der Reichskanzler, den ich gebeten hatte, sich wegen der politischen Rückwirkungen zu äußern, setzte hinzu, daß ein solches Vorgehen eine starke Beeinträchtigung der Freiheit unseres außenpolitischen Handelns darstellen würde[8].

c) Die Herabsetzung der Deckungsgrenze der Notenbank. Auch diese Maßregel würde psychologisch unseren Kredit sicherlich schädigen. Die Diskontpolitik sei

---

7 Zu den Kreditmöglichkeiten der Golddiskontbank RGBl. 1924 II S. 71; Carl Bergmann, Der Weg der Reparation. Von Versailles über den Dawesplan zum Ziel, Frankfurt 1926 S. 307 f.; Born S. 89 f.

8 In der gemeinsamen Sitzung der Reichstagsfraktion und des Reichsparteivorstandes des Zentrums in Hildesheim am 14. 6. hatte *Brüning* im Hinblick auf die Haltung Frankreichs gegenüber Österreich geäußert, daß „Frankreich mit seiner Kapitalmacht versuche, Südosteuropa in seine Hände zu bekommen. Es sei wahrscheinlich, daß es versuchen werde, auch uns in wirtschaftliche Abhängigkeit von ihm zu bringen. Er befürchte, es werde uns keine französische Hilfe gewährt ohne Aufgabe unserer wirtschaftlichen und damit unserer politischen Freiheit". Zentrumsprotokolle S. 530 f.

dann nicht mehr frei in der Hand der Notenbank, sondern automatisch. Ich habe Beispielszahlen genannt. Ich habe ferner darauf hingewiesen, daß der Aufbau des § 29 des Bankgesetzes[9] weit mehr auf eine Verwendung bei einem Knappwerden der Deckungsmittel in steigender Konjunktur hindeute als in einer Situation wie die gegenwärtige, obwohl die Vorschrift selbstverständlich auch hier anwendbar sei.

d) Was die Restriktion anbetrifft, so habe ich allgemein die Wirkungen und sehr schweren Gefahren für Wirtschaft und Volk geschildert, besonders im gegenwärtigen Zustand, wo viele wirtschaftliche Unternehmungen unmittelbar an der Grenze ihrer Existenzfähigkeit sich befinden. Den Gedanken, den man in all den Sorgen als eine etwaige relative Erleichterung empfinden könnte, es seien schon jetzt starke Restriktionen vorgenommen worden, habe ich als unzutreffend bezeichnet. Zwar seien im allgemeinen von den Banken die Engagements im Laufe des letzten Winters erheblich herabgesetzt worden, aber die Mittel zum Ankauf der Devisen in der jetzigen Periode des Gold- und Devisenverlusts stammten wahrscheinlich fast ganz aus Wechseldiskontierungen. Ich habe darauf hingewiesen, daß man in der ersten Juniwoche vergleichsweise bei normalem Ablauf ein stärkeres Absinken des Wechselportefeuilles der Reichsbank, als tatsächlich geschehen, um etwa 100 Millionen hätte erwarten können und daß die zweite Woche statt des zu erwartenden weiteren Absinkens von etwa 200 Millionen ein Anwachsen des Wechselportefeuilles um 335 Millionen gebracht habe. Das seien zusammen 635 Millionen. Wenn man dann weiter bedenke, daß die in den letzten Tagen gekauften Devisen wohl zum großen Teil noch nicht bezahlt seien, so ergebe sich eine Summe, die an den Gesamtbetrag des Gold- und Devisenverlusts heranreiche. Sei das aber richtig, so würden der Wirtschaft die ganzen schweren Restriktionen, die aus einer unmittelbaren Restriktionsmaßnahme herrühren würden, noch bevorstehen.

L[uther]

[Nachtrag:]

In der Fraktionssitzung der Sozialdemokraten[10] wurde ich befragt, ob ich eine Einberufung des Haushaltsausschusses für ebenso kreditstörend wie die Einberufung des Reichstages halten würde. Ich habe erwidert, daß ich jede Maßnahme, durch die nicht die „vorläufige Endgültigkeit" der Notverordnung sichergestellt sei, für kreditstörend erachten würde, also auch die Einberufung des Haushaltsausschusses[11], und habe im Zusammenhang namentlich auf die Notwendigkeit des Bankenkredits für das Reich hingewiesen. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß die Verhandlungen zwischen der Reichsbank und den Banken über den Kassenkredit von 250 Millionen nicht etwa aus irgendwelchem freien Entschluß zum Stillstand gekommen seien[12], den man hätte fassen oder auch nicht fassen

9 Bankgesetz vom 30. 8. 1924, RGBl. 1924 II S. 235. § 29 nennt die Bedingungen, unter denen es erlaubt ist, die Deckungsgrenze von 40% zu unterschreiten.

10 Richtig: In der Sitzung mit den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion. Anm. 1.

11 Die SPD beantragte dennoch am 16. 6. 1931 die Einberufung des Haushaltsausschusses zur Beratung der Notverordnung, nahm ihre Forderung nach weiteren Verhandlungen am Nachmittag desselben Tagen aber wieder zurück. Vgl. Nr. 237.

12 Vgl. Nr. 227.

können, sondern weil in der gegenwärtigen Lage tatsächlich die Aufbringung des Geldes in größtem Umfang auf die Reichsbank fallen würde und die Reichsbank die erforderliche Notenreserve eben nicht mehr besitze.

Der Nationalsozialist *Göring* fragte mich, ob mir bekannt sei, welche Stellung mein Vorgänger Herr Dr. *Schacht* zu den Problemen einnehme. Ich erwiderte ihm, daß ich das natürlich nicht wüßte, daß er in den notenbankmäßigen Fragen aber sicher ebenso dächte wie ich. Weiter sagte mir Herr *Göring,* es gehe die Auffassung um – *Brüning* war der Meinung: angeregt durch *Schacht!* das sei ganz deutlich gewesen – ich glaube das auch[13] –, daß ich durch meine Anwesenheit in der Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei eine Verschärfung der Devisenkrise herbeigeführt hätte. Ich erwiderte zunächst, daß ich in einer Fraktionssitzung der Volkspartei überhaupt nicht gewesen sei. Die Auffassung sei an sich überhaupt unrichtig und unmöglich. Aber sie stimme auch zeitlich nicht, denn ich hätte zwar am Donnerstag nachmittag mit einer Reihe von Mitgliedern der Volkspartei, die mich besucht hätten, gesprochen, aber, sosehr ich den Ernst der Sachlage dargestellt hätte, doch nur in ganz allgemeiner Weise[14]. Die Besprechungen konkreter und bestimmter Art hätte ich erst aufgenommen, als das Unglück bereits eingetreten gewesen sei, nämlich nachdem der Devisenverlust des Freitag von 214 Millionen bereits vorlag.

Nachdem die Teilnehmer an den Besprechungen sich im allgemeinen bereits entfernt hatten, sprach mich *Zechlin* nochmals darauf an, ob denn die Sache mit dem Haushaltsausschuß nicht zu machen sei. Das Gespräch wandte sich bald dem Gedanken zu, in der Frage der Herausnahme der Jugendlichen aus der Arbeitslosenversicherung[15] durch tatsächliche Verwaltungsmaßnahmen eine entgegenkommende Haltung zu versprechen. Ich sagte darauf zum Kanzler, wenn er eine solche entgegenkommende Haltung politisch nicht beabsichtige, so hätte ich nichts zu sagen. Wenn er sie aber politisch beabsichtige, dann hielte ich es für richtig, noch am Abend die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen, damit darüber etwas in die Presse kommen könne und der Devisenabzug des morgigen Tages dadurch gemildert würde. Ich schlug dem Kanzler vor, nachdem *Breitscheid* in einer der vorhergehenden Besprechungen sich auf eine private Unterhaltung mit *Dingeldey* berufen hatte, die beiden Herren *Breitscheid* und *Dingeldey* zu einer Aussprache einzuladen. Der Kanzler meinte, daß er dann die Minister *Stegerwald* und *Dietrich* zuziehen müsse. Ich sagte ihm leise, daß es nach meinem Gefühl wirkungsvoller sein würde, wenn er allein mit den beiden Herren spräche. Der Kanzler schien darauf einzugehen. Nach Pressenachrichten haben dann die Minister *Stegerwald* und *Dietrich* doch noch teilgenommen[16].

---

13 „*Brüning* . . . das auch" handschriftliche Einfügung *Luthers.*

14 Vgl. Nr. 223.

15 Vgl. Nr. 223 mit Anm. 19.

16 Vgl. Nr. 234a; Brüning S. 288 f.

234 a.

15. 6. 1931: Aktennotiz Dingeldeys über Besprechungen mit Reichskanzler Brüning

Nachlaß Dingeldey 36.

Ich bin für 4 Uhr zu einer großen Verhandlung des gesamten Reichskabinetts usw. mit den Parteiführern der Mittelparteien eingeladen[1].

Der Reichskanzler bittet mich, zur Fortsetzung der Rücksprache vom Sonnabend, dem 13. Juni, 3.50 Uhr[2] zu ihm zu kommen. In dieser Rücksprache teilte er mir lediglich mit, daß Herr *Stegerwald* eine sofortige Durchführung des von mir vorgelegten Projekts über die Lockerung des Tarifzwanges nicht für möglich halte. Er sei aber selbstverständlich bereit, unmittelbar nach Ablehnung der Einberufung des Reichstags mit mir und den anderen in Frage kommenden Stellen in diese Verhandlungen über andere Möglichkeiten einzutreten. Unabhängig davon werde er bereits jetzt die staatlichen Schlichter anweisen, bis auf weiteres keine Verbindlichkeitserklärungen mehr zu machen.

Ich legte nunmehr dem Reichskanzler eine Entschließung meiner Fraktion vor, die ich entworfen hatte. Wie wir noch mitten in der Besprechung waren, wurde der Reichskanzler zu der anberaumten Sitzung abberufen.

Der Reichskanzler bat den hereinkommenden Staatssekretär Dr. *Pünder,* die weiteren Verhandlungen über die Veröffentlichung und ihre Formulierung mit mir zu führen.

Ich vereinbarte nach Beendigung der allgemeinen Parteiführerbesprechung mit Herrn Dr. *Pünder,* daß ich ihm im Laufe des Abends eine neue Formulierung zusenden würde, die er dann dem Reichskanzler vorlegen müsse. Meine Fraktion werde am Abend in der „Deutschen Gesellschaft [von] 1914" versammelt sein. Ich bat ihn, mir dorthin telefonisch den Bescheid des Reichskanzlers zukommen zu lassen.

Abends 8.15 Uhr brachte Fräulein *Raue* das vorstehend vereinbarte Schreiben vom 15. Juni 1931 an den Herrn Reichskanzler[3] auf die Reichskanzlei.

Abends 10 Uhr wurde ich für kurz vor 11 Uhr zu dem Reichskanzler gebeten.

Nach ergebnislosen Verhandlungen, die ich dort mit Herrn Dr. *Breitscheid* über eine Befriedigung der Wünsche der Sozialdemokratie in der Frage der Behandlung der Jugendlichen führte, verließ Herr Dr. *Breitscheid* die Reichskanzlei.

Der Reichskanzler bat mich, noch zu bleiben. Schon während der Verhandlungen vorher hatte Herr Staatssekretär Dr. *Pünder* mir zugeflüstert, daß Herr Dr. *Brüning* mit meinen Formulierungen im Brief vom 15. Juni 1931 einverstanden sei.

1 Parteiführerbesprechung am 15. 6. 1931, erster Teil, BA R 43 I/2370.

2 Nr. 230.

3 Nr. 234b.

Der Reichskanzler erklärte nun in Gegenwart von Herrn Dr. *Pünder* mir noch einmal persönlich, daß er mit der Formulierung der drei Punkte in dem Brief einverstanden sei und seine Zustimmung zu dieser Festlegung gäbe. Er wiederholte nur seine dringende Bitte, durch keinerlei Veröffentlichung vor der Entscheidung des Ältestenrates deren Ergebnis zu gefährden.

234 b.

15. 6. 1931: Dingeldey an Reichskanzler Brüning

Nachlaß Dingeldey 36. Durchschlag[1].

Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

Es liegt mir sehr daran, vor dem Bericht an meine Fraktion noch einmal diejenigen Punkte festzustellen, in denen zwischen Ihnen und mir während der letzten Besprechung eine Meinungsübereinstimmung hergestellt ist[2]. Ich führe diese Punkte am Schlusse auf, möchte dazu aber vorweg bemerken, daß ich die Einzelheiten dieser Fragen mit strengster Vertraulichkeit behandeln werde. Sie werden also in keinerlei offizieller oder öffiziöser Form durch die Fraktion oder durch die Partei der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Die Behandlung dieser Fragen würde völlig auf das persönliche Einvernehmen und Vertrauen zwischen dem Reichskanzler und dem Fraktionsführer abgestellt sein. Ich übernehme damit gegenüber meiner Fraktion die volle Verantwortung. In einer Verlautbarung der Fraktion, deren Zeitpunkt ich so abstellen werde, daß sie in den Verhandlungen des Ältestenrates keinerlei Rolle spielen kann, würde ich dann lediglich etwa folgendes zum Ausdruck bringen:

Die Fraktion hat davon Kenntnis erhalten, daß aufgrund ihrer letzten Beschlüsse zwischen dem Herrn Reichskanzler und dem Fraktionsvorsitzenden eingehende Verhandlungen über die in der nächsten Zeit auf tributpolitischem und innenpolitischem Gebiet von der Reichsregierung zu ergreifenden Maßnahmen stattgefunden haben, die zu einem vollen Einvernehmen führten. Die Fraktion vertraut darauf, daß durch die weitere Fühlungnahme ihres Vorsitzenden mit dem Herrn Reichskanzler Gewähr für die alsbaldige Durchführung dieser Maßnahmen geboten ist[3].

Und nun darf ich die drei Punkte des Einvernehmens wie folgt formulieren:

1. Bei weiterer Verschärfung der bestehenden Devisenlage wird die Reichsregierung Zeitpunkt und Art ihrer Schritte zur Revision der Tributfrage von der unbedingten Sicherstellung der Deckungsgrenze der Reichsbank unter Vermeidung von Kreditrestriktionen gegenüber der inländischen Wirtschaft abhängig machen.

---

1 Auch im Nachlaß Pünder 139 mit Referentenvermerk: „Abschrift auf Veranlassung des Herrn Reichskanzlers an Herrn *Mittelmann* gesandt."

2 Nr. 234a.

3 Vgl. Nr. 236.

2. Nach Ablehnung der Zusammenberufung des Reichstages werden alsbald Verhandlungen über die Frage weiterer wirtschaftspolitischer Maßnahmen, namentlich auch der Auflockerung des Arbeitsmarktes, des Kartell- und Innungswesens mit dem Ziele, einen einheitlichen Wirtschaftsplan zur Durchführung zu bringen, geführt werden.

3. Aus Anlaß des ersten Schrittes in der Tributfrage – siehe Ziffer 1. – wird der Herr Reichskanzler von seinen Vollmachten Gebrauch machen, um eine Regierung mit denkbar größter sachlicher Autorität und Entschlossenheit zu schaffen.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich, sehr verehrter Herr Reichskanzler, Ihr stets ergebener

M. d. R.

235.

15. 6. 1931: Frhr. v. Gleichen an Reichsbankpräsident Luther

Nachlaß Luther 336. Anstreichungen. „Persönlich"[1].

Lieber Herr *Luther*!

Wenn in diesen Tagen wiederholt Ihr Name in der Presse erschien in Verbindung mit dem Bemühen von *Brüning,* die parlamentarische Basis seines Kabinetts zu erhalten, und in Verbindung mit der Volkspartei und mit einem so offen abgewirtschafteten Mann wie *Curtius,* hatte ich Empfindungen schmerzlichster Art. – Darf ich Ihnen das einmal offen schreiben, da Sie doch wissen, wie sehr gerade wir auf Sie rechnen und wie sehr Sie auf unsere politische Assistenz rechnen können, aber doch immer zu dem Ziel der Durchführung der Reichsreform und der Schaffung eines echten Präsidialkabinetts. Das war doch die klare, eindeutige Idee, die uns verbunden hat. Wie oft habe ich Ihrem Mitarbeiter, Herrn *Adametz,* gegenüber Klage geführt, daß Sie immer wieder das System stützen halfen durch öffentlich gemeldete Teilnahme an Kabinettssitzungen und durch eine Fortsetzung der bisherigen Kreditpolitik, wenn auch mit zunehmenden Einschränkungen. Man kann über die Frage der Reifung der Krise verschiedener Ansicht sein, aber diese Ihre Haltung mußte doch gerade von denen abgelehnt oder mißverstanden werden, die eine klare reformatorische Bereinigung der innerpolitischen Verhältnisse fordern und zum Programm haben und dafür auf Ihre Führung rechnen.

Könnten Sie denn nicht wenigstens jetzt eindeutig erklären, sehr verehrter Herr *Luther,* daß Sie mit den Parteien nichts mehr zu tun haben wollen und daß die Meldungen in der Presse falsch seien? Selbst *Brüning* kommt jetzt mit der Parole „parteipolitisch nicht gebundene Persönlichkeiten" heraus (vgl. das von der „Kölnischen Zeitung" gemeldete Gespräch mit *Dingeldey*)[2]. Am vergangenen

1 Auszüge in Luther S. 166f.

2 Nr. 230.

Mittwoch sagte mir Dr. *Geßler,* daß nach seiner Ansicht für den Kanzler keine größere Gefahr wäre, als sich nochmals mit den Parteien einzulassen – und Sie selbst erscheinen in aller Öffentlichkeit als Helfershelfer gerade dieser von *Geßler* als ruinös bezeichneten Politik des parteipolitischen Spiels. Die Gefahr besteht, daß man Sie selbst noch als parteipolitisch gebunden erklärt.

Ich bin nicht der Meinung von Fritz *Klein,* daß das Kabinett im parlamentarischen Sinne umgebildet bzw. erweitert werden sollte. Sie wissen, daß er Herrn *Brüning* vorschlägt, *Curtius* zu entlassen und sein eigener Außenminister zu werden, daß der Kanzler *Silverberg* an Stelle des Finanzministers in das Kabinett hineinnehmen[3] und weiter *Gayl* und einen Stahlhelmer heranholen solle, daß aber im übrigen außer dieser Halbrechtsschwenkung alles beim alten bleiben soll. Da man allerdings auch in diesen Kreisen heute endlich zugibt, daß die Reichsreform nicht erst nach der finanziellen Sanierung des Systems, sondern dazu sofort kommen muß, glaubt man mit folgendem Spiel rechnen zu können: Sturz der sozialistischen Regierung in Preußen durch Neuwahlen und ein *Brüning*-Kabinett auch in Preußen etwa mit *Bracht* als Ministerpräsidenten! Nachdem diese Situation geschaffen sei, soll man Sie bitten, die Reichsreform als Reichskommissar durchzuführen unter Beibehaltung ihrer Position als Reichsbankpräsident.

Ich darf Ihnen das alles ganz offen schreiben, wenn ich auch überzeugt bin, daß Sie davon wissen. Man will jedenfalls ein zweideutiges halbparlamentarisches Spiel weitertreiben, statt ehrlich und offen zu erklären:

Schluß mit den parlamentarischen und parteipolitischen Experimenten!

Aufruf der großen, der einzigen soliden Partei, der Partei der deutschen Not!

Und an die Spitze ein Mann, der entschlossen die Reichsreform durchführt!

Sofortige Notmaßnahmen, um den drohenden Staatsbankrott und den Zusammenbruch unserer Wirtschaft zu verhindern, aber nicht durch weitere Subventionen, wie sie jetzt die Notverordnung[4] für einzelne Industrien besorgt hat!

Sofortige Einstellung der reinen Tributleistungen unter Berufung auf den Young-Plan!

Darin gebe ich *Schacht* recht. Aber selbstverständlich ist dann eine entschiedene außenpolitische Kursschwenkung notwendig. Wir müssen mit den Franzosen ins Reine kommen und eine europäische Politik treiben, die uns allein schützen kann vor den neuen Katastrophen, die jetzt im Winter von USA und den großen Rohstoffländern einschließlich Rußland auf uns zukommen werden.

Statt dessen ist man jetzt wieder bemüht, auch noch die Russengeschäfte[5] über Reparationskonto umzuleiten, andererseits wird versucht, durch die amerikanischen Finanziers eine Kreditstützung für die kurzfristigen Anleihen zu sichern evtl. mit neuen Garantien der letzten Reserven, um die bisherige Reparationspolitik, wenn auch revidiert, weiter zu finanzieren[6] und sogar dazu überzugehen, mit der Ausgabe von Schatzanweisungen für die BIZ eine Inflation der Mark außerhalb

3 Im Oktober 1931 wurde *Silverberg* ein Ministerposten angeboten. Nr. 339.

4 Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931, RGBl. 1931 I S. 279.

5 Vgl. Nr. 223 und 225.

6 Vgl. Nr. 227.

des Landes einzuleiten. Mit solchen Methoden kommen wir nicht hoch, sondern wir erreichen nur, daß auch das letzte Vertrauen zu reformatorischen und durchgreifenden Möglichkeiten im In- und Auslande schwindet.

Darum ist meiner Überzeugung nach heute von Ihrer Seite aus Widerstand oder besser noch offener Widerspruch dagegen notwendig, denn die positive Opposition, d. h. die reformatorische Aktion braucht gerade jetzt eine politische Führung. *Brüning* ist und bleibt der Mann des Zentrums, der in der Außenpolitik bleiben kann, wo die parteipolitischen Bindungen nichts schaden, der aber keinesfalls als Kanzler der Reform Vertrauen finden wird und auch nicht durchgreifen wird. Diese Überzeugung habe ich auch immer ausgesprochen.

Ich schreibe Ihnen diesen Brief, weil ich Gefahr im Verzug halte und weil ich glaube, daß die letzten Positionen, die wir noch besitzen, jetzt verbraucht werden.

Vielleicht interessiert Sie auch beifolgender Briefwechsel[7] mit *Heinrichsbauer,* während bereits *Brauweiler* und *Kriegk* im heutigen „Montag" die Stunde der Rechtsregierung ankündigen. Daß Sie in diesen Kreisen eine sehr leidenschaftliche Opposition gegen Ihre Person finden werden, dafür mag Ihnen als Beweis dienen, daß ein besonderer Vertrauensmann der Schwerindustrie und des „Stahlhelms" mit schärfsten Worten vor Ihnen warnt. Wenn Sie sich auch auf *Reusch* stützen können, wissen Sie ja, daß bereits um *Springorum* herum sich die Front verschiebt. Schließlich füge ich noch einen Stimmungsbrief eines ausgezeichneten Mitarbeiters aus Pommern bei, der für einige Zeit in Afghanistan weilt. Ich werde den Brief in abgemildeter Form im „Ring" veröffentlichen.

Ich möchte Ihnen versichern, daß ich diesen Brief im Durchschlag keinem Dritten außerhalb meines Büros, mit Ausnahme des Herrn *Adametz,* jetzt zur Kenntnis geben werde.

In aufrichtiger Verehrung
Ihr ergebener
v. Gleichen

7 Die im folgenden genannten Dokumente sind nicht bei den Akten.

236.

16. 6. 1931: Niederschrift über die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei

BA R 45 II/67. Handschrift. „Beginn der Sitzung: 9 Uhr."

Vorsitz: *Dingeldey*

Dingeldey berichtet über die nächtliche Sitzung beim Kanzler[1]. Der Kanzler habe Mitteilungen von Dr. *Luther* überbracht. Dr. *Luther* sähe nach wie vor in Reichstags-Einberufung größte Gefahr für Devisenmarkt[2]. *Brüning* schlug eine

1 Nr. 234a.

2 Vgl. Nr. 233.

Kompromißlösung für Jugendliche vor. *Breitscheid* erklärte sich außerstande, dazu Erklärung abzugeben. *Dingeldey* tat danach das gleiche. Fortsetzung der gestrigen Aussprache.

Hierzu: **Dr. Köngeter,** der die Lage als Bankrott der Politik *Brünings* ansieht – kein Vertrauen zu dieser Regierung – Banken nicht ohne Mitschuld an Entwicklung – Reichsbank hat versagt.

Dr. Cremer findet, daß die Lage seit Donnerstag nicht besser geworden ist.

Schmid betrachtet letzte politische Vorgänge, kommt zur Ablehnung einer Nachgiebigkeit. Kabinett der vaterländischen Konzentration von *Braun* bis zur Rechten. Verbindung zwischen Reich und Preußen.

Morath hat kein Vertrauen zur Innehaltung, nur Versprechungen, fordert für Ältestenausschuß freie Hand des Vorsitzenden.

Dingeldey: Sinn des Beschlusses vom Donnerstag war, Änderung der politischen Situation zu bewirken[3]. *Dingeldey* macht lange vertrauliche Mitteilungen und empfiehlt der Fraktion die Revision ihres Beschlusses vom Donnerstag voriger Woche.

Dr. Schnee sieht keine Veranlassung mehr, den Reichstag einzuberufen.

Albrecht stimmt dem Vorsitzenden zu und beantragt zu beschließen, die Fraktion möge die Abstimmung im Ältestenrat dem Vorsitzenden überlassen.

v. Kardorff ist dankbar und froh, daß die Fraktion das Mögliche aus einer verfahrenen Situation herausgeholt habe.

Hintzmann glaubt, daß die Partei den Schlag, den ein Umfall mit sich bringt, nicht überwinden wird. Zu *Luther* nicht die Spur von Vertrauen.

Dr. Kalle: Situation hat sich gebessert. Für Antrag *Albrecht.*

Keinath hofft auf den Zwang der weiteren Entwicklung.

Dingeldey ist mit Antrag *Albrecht* einverstanden, verliest Entwurf einer Pressenotiz.

Schmid hält solche Erledigung für unmöglich.

Dingeldey sieht damit den Antrag *Albrecht* als gefallen an. Nur dann wäre dieser Weg gangbar, wenn Annahme einstimmig.

Zur Geschäftsordnung: Dr. *Schifferer, v. Stauß, Dauch,* Dr. *Hugo,* Dr. *Cremer, Morath, v. Seeckt.*

Abstimmung: gegen den Beschluß vom Donnerstag 18, dagegen für Aufrechterhaltung 9.

Danach wird ohne Abstimmung der Resolution *Dingeldey* zugestimmt. Vertagung auf 13 Uhr.

Fortsetzung 13.10 Uhr.

Dingeldey berichtet über das Ergebnis der Beratung des Ältestenausschusses. Die Anträge auf Einberufung des Reichstags sind abgelehnt worden. Der SPD-

3 Zum Beschluß der DVP-Fraktion vom 11. 6. 1931 Nr. 223, Anm. 17.

Antrag auf Einberufung des Haushaltsausschusses würde von KPD und NSDAP unterstützt[4]. Abstimmung heute abend 6 Uhr[5].
Schluß 13.15 Uhr[6].

Morath

4 Brüning S. 289; Schulthess 1931 S. 141 f.

5 Vgl. Nr. 237.

6 Die DVP-Fraktion gab der Öffentlichkeit noch am selben Tag in einer längeren Resolution bekannt, daß sie die Anträge auf Einberufung des Reichstags im Ältestenrat abgelehnt habe: Wippermann 1931 Inland S. 264; Auszug in Schulthess 1931 S. 141 f.

237.

16. 6. 1931: Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther

Nachlaß Luther 365. Handschriftliche Korrekturen und Ergänzungen Luthers.

In der Ministerbesprechung früh 9 Uhr[1] wurde die Frage der Einberufung des Haushaltsausschusses wiederum aufgenommen. Der Kanzler hatte am Tage vorher in den Besprechungen mit den Fraktionen mehrfach auf das bestimmteste erklärt, daß er die Einberufung des Haushaltsausschusses für ebenso unmöglich halte wie die Einberufung des Reichstages[2]. Er hat dabei neben den psychologischen und kreditmäßigen Gründen stark unterstrichen, daß es für ihn unmöglich sein würde, dem Reichspräsidenten alsbald eine Verordnung zur Veränderung der früheren Verordnung vorzulegen. In der Ministerbesprechung des heutigen Tages faßte ich meine Auffassung dahin zusammen: Gemäß einer Auffassung, die Herr Dr. *Hilferding* gestern in der Fraktionsbesprechung mit den Sozialdemokraten dargelegt habe[3], hielte ich es für möglich, daß die Kombination der Ablehnung einer Einberufung des Reichstages mit einer Einberufung des Haushaltsausschusses zunächst kreditmäßig so wirken würde, daß man die Tatsache der Nichteinberufung des Reichstages durchaus als ausschlaggebend betrachten würde, namentlich auch, wenn der Haushaltsausschuß, wie es *Hilferding* formuliert habe, wegen technischer Fragen einberufen werde[4]. Auf der anderen Seite sei und bleibe es für mich das Entscheidende, daß der budgetäre Ausgleich erhalten bliebe. Ob Aussichten dafür bestünden, daß sich der Haushaltsausschuß auf eine positive Lösung nach der Richtung zusammenfinden werde, namentlich innerhalb der von den Sozialdemokraten geforderten Frist bis zum 1. Juli, sei für mich eine „sorgenvolle Frage". Das sei indessen eine Frage politischer Beurteilung, die ich meinerseits nicht entscheiden könne.

Der Ministerrat verblieb aufgrund von Äußerungen von verschiedenen Seiten bei dem Beschluß, daß er nicht nur die Einberufung des Reichstages, sondern auch

1 Protokoll in BA R 43 I/1450. Pünder S. 100.

2 Vgl. Nr. 233; Brüning S. 289.

3 Parteiführerbesprechung am 15. 6. 1931, BA R 43 I/2370. Vgl. Nr. 233, Anm. 1.

4 Im Original „erfolge".

die Einberufung des Haushaltsausschusses mit seiner Demission beantworten werde.

[. . .][5]

Gegen 12 Uhr traf ich dann bei *Dreyse Schäffer* und *Krosigk*[6], die einige Überlegungen für den Fall veranstalteten, daß die Regierung zurücktrete, und zwar, wie sie betonten, nicht als Vertreter des Finanzministeriums[7].

Herr *Stolper* kam zu mir und trug mir vor, die Regierung bezöge sich immer wieder auf mich für die Frage, daß die Einberufung des Haushaltsausschusses kreditmäßig ungünstig wirken würde. (Vorher hatte *Planck* bei mir angefragt, *Wels* habe in der Fraktionssitzung der Sozialdemokraten gesagt, ich hätte ihm gegenüber geäußert, daß die Einberufung des Haushaltsausschusses nicht so schlimm wäre. Ich habe auf das bestimmteste erwidert, daß ich weder derartiges gesagt noch angedeutet hätte, sondern daß ich zu *Wels* nichts anderes gesagt hätte als das, was alle Welt in meinen Ausführungen in den Besprechungen mit den Sozialdemokraten gehört hätte.) *Stolper* machte ferner die Mitteilung, daß die Vertagung des Ältestenrats bevorstehe und daß dann Schwierigkeiten mit der New Yorker Börse eintreten würden. Er meinte auf meine Frage, die Sozialdemokraten würden durchaus bereit sein, wegen des Zeitpunktes der Einberufung des Haushaltsausschusses mit sich reden zu lassen, z. B. erst zum 1. Juli. Ich fragte ihn, ob er dächte, daß die Sozialdemokraten sich auch mit einer Einberufung des Haushaltsausschusses n a c h Ergreifen einer Reparationsmaßnahme einverstanden erklären würden, also zu einem Zeitpunkt, der mit Rücksicht auf die bevorstehenden Besuchsreisen nach Deutschland[8] voraussichtlich Ende Juli – Anfang August liegen würde. *Stolper* beantwortete diese Frage nicht mit Bestimmtheit, drängte mich aber, mit dem Reichskanzler zu sprechen. Ich sagte ihm darauf, daß ich den Reichskanzler aufsuchen würde, um festzustellen einmal, in welcher Weise meine Äußerungen verwertet würden, und zweitens wegen der Frage der New Yorker Börse.

Ich fuhr direkt zur Reichskanzlei und unterbreitete dem Kanzler, der geweckt werden mußte[9], neben den beiden erwähnten Punkten, worüber aber kein Zweifel bestand, den Gedanken, den Haushaltsausschuß etwa auf Ende Juli oder Anfang

---

5 Nicht zu entziffernde handschriftliche Einfügung.

6 Im Original *"Kroszigk"*.

7 *Schäffer* trug am 16. 6. 1931 in sein Tagebuch ein: „Früh: Ich diktiere eine Niederschrift darüber, wie man sich verhalten soll, wenn der Reichstag einberufen wird. Drei Möglichkeiten: a) *Brüning* bleibt oder übernimmt alsbald wieder die Kabinettsbildung. b) *Brüning* geht, und der Reichspräsident beauftragt erst *Hugenberg* und, wenn dieser ablehnt, *Breitscheid,* und, wenn dieser gescheitert ist, wieder *Brüning.* c) Der Reichspräsident überträgt alsbald *Brüning* die vollziehende Gewalt. Ich lege dar, daß alle diese Möglichkeiten für unseren Kredit verhängnisvoll sind, daß man aber *Brüning* die Zeit geben muß, um die Dinge wieder in die Reihe zu bringen, und daß man zu diesem Zweck den Termin vom 19. noch decken muß. Er hätte dann bis zum 25. 6. Zeit. Bei *Dreyse* mit *Krosigk.* Dort zunächst Telefongespräch mit *Pünder,* der erklärt, es sei nichts mehr zu machen. Der Film rolle ab. Es handle sich jetzt nur noch um die Folgerungen und darum, ob auch die preußische Regierung zurücktrete." Nachlaß Schäffer ED 93.

8 Am 25. 7. 1931 traf der amerikanische Staatssekretär *Stimson* in Berlin ein, zwei Tage später der britische Premierminister *MacDonald* und Außenminister *Henderson.* Schulthess 1931 S. 162 ff.

9 Vgl. Brüning S. 289.

August einzuberufen und ihn so gleichzeitig als Vorbereitung für die Reichstagstagung im Oktober dienen zu lassen. Ich habe betont, daß das nicht mein Vorschlag sei, sondern daß der zu beschreitende Weg allein politisch ausgewählt werden könnte, daß ich aber vom Kreditstandpunkt keinerlei Bedenken gegen eine derartige Maßnahme haben würde. Während der Kanzler, der sehr interessiert war, zu einer Fraktionssitzung des Zentrums in den Reichstag abberufen wurde, bat er mich, Herrn *Pünder* noch die gleiche Darstellung zu geben, was ich tat.

Später war *Mannheimer* bei mir. Er gab an, daß die österreichische Schatzscheinfrage nunmehr geregelt sei, und beschwor mich im übrigen, so schnell als möglich, und zwar in meiner eigenen Person, Verhandlungen mit Paris aufzunehmen, um die Verhältnisse zwischen Deutschland und Frankreich wiederherzustellen zur Verhinderung eines „neuen Compiègne". Später kam *v. Gleichen,* der mir einen sorgenvollen, lieb gemeinten politischen Brief geschrieben hatte[10] und dem ich ebenfalls das Gewicht der Tatsachen, vor denen wir stehen, darlegte.

Dann teilte *Dreyse* mir mit, daß nach einem Gespräch mit *Siepman* die Sache in Paris nicht in Ordnung sei[11] (dementsprechend auch Nachricht in den heutigen Abendzeitungen) und daß vielmehr nun England von sich aus in der Angelegenheit führend vorgehe, indem es in einer freilich nur vorläufigen Form die Übernahme durch die Bank von England je eines Drittels der 150 Millionen [französischen Francs, Dollar und Pfund] betreibe, wobei Deutschland die Hälfte des englischen Drittels unter Kreditierung des erforderlichen Betrages durch England übernehmen soll[12]. Ich bat, da die Minister ja heute nicht zu erreichen sind, Herrn *Dreyse,* die Sache mit *Schäffer* und *Bülow* zu besprechen und [zu erklären, daß] ich bereit wäre, die Verantwortung dafür eventuell auf mich allein zu nehmen.

Danach rief *Stolper* an und erkundigte sich nach dem Stand der Dinge. Ich teilte mit, daß ich beim Kanzler gewesen sei, befragte ihn über seine Stellungnahme und lehnte es meinerseits ab, ihm gegenüber meine Stellungnahme zu formulieren. Ich beharrte dabei, daß ich nur Verwirrung stiften könnte gegenüber der politischen Linie, die der Reichskanzler innehielt[e], wenn ich meine, dem Kanzler genau bekannte Stellungnahme, worüber ich heute mittag ja noch einmal gesprochen hätte, jetzt anderen gegenüber ausspräche. Es würden sich darüber nur Gerüchte über meine Ansicht ausbreiten, die eine einheitliche Führung der Regierungsgeschäfte verhinderten.

Um 3.50 Uhr ließ ich einen Herrn der Reichskanzlei ans Telefon bitten. Es kam Herr *Planck.* Ich fragte nach dem Sachstand. Er erwiderte mir, die Dinge seien ziemlich eingefroren. Der Kanzler habe den Sozialdemokraten gegenüber erklärt, daß er bereit sein würde, einer Einberufung des Haushaltsausschusses[13] bereits im

10 Nr. 235.

11 Der französische Ministerrat faßte am Morgen des 16. 6. 1931 den Beschluß, an der Hilfsaktion zugunsten Österreichs nur dann teilzunehmen, wenn sich Österreich einer Finanzkontrolle des Völkerbundes unterwerfe und auf die Zollunion mit Deutschland verzichte. Die Annahme dieser Bedingungen war auf 20 Uhr desselben Tages befristet. Zusammenhängende Darstellung der Stützungsaktion in PA Geheimakten 20/2. Noch am 16. 6. 1931 trat das österreichische Kabinett *Ender* zurück. Vgl. Kindleberger S. 158; Brüning S. 289f.; Schulthess 1931 S. 286f.

12 So auch in der Chefbesprechung am 17. 6. 1931, BA R 43 I/311; Aufzeichnung *Kordts* über eine Mitteilung *Dreyses* vom 16. 6. 1931, PA Büro RM 16/8.

13 Im Original „Haushaltungsausschuß".

August zuzustimmen. Die Sozialdemokraten hätten demgegenüber immer wieder erklärt, der Haushaltsausschuß[13] müsse schon im Juni einberufen werden. Tatsächlich habe[n] sie später in ihrem Presse-Kommuniqué den Ton auf die Einberufung des Haushaltsausschusses „zu gegebener Zeit" gelegt – also doch. [. . .][14]

Der Reichskanzler habe erwidert, daß das für ihn dem Reichspräsidenten gegenüber unmöglich sei. Ich habe darauf gebeten, daß *Pünder* mich möglichst bald anruft.

Als mich danach *Pünder* anrief, habe ich ihn gebeten, seinerseits *Stolper* anzurufen und ihm zu sagen, daß die Sozialdemokraten auf einer Einberufung des Haushaltsausschusses[13] während des Monats Juni beständen, und ihm auch zu sagen, daß ich diese Mitteilung an ihn veranlaßt habe. *Planck* teilte mir dann mit, *Pünder* habe in dem Sinne mit *Stolper* gesprochen. *Stolper* habe erwidert, es würde sich nur darum handeln, rein tatsächlich zu vereinbaren, daß der Haushaltsausschuß[13] nicht vor dem 1. Juli einberufen würde, er aber auch nicht verstände, warum ich mich der Einberufung während des Monats Juni, wie er gehört habe, so widersetzte. Ich habe darauf nur erwidert, daß darüber ja die Mitteilung über die Stellungnahme der Sozialdemokraten Herrn *Stolper* auf jeden Fall zugegangen sei.

In dem Gespräch mit *Pünder* hatte ich vorher schon die Bestätigung gehört einer mir schon früher bekannt gewordenen Tatsache, daß von Seiten des Zentrums auf die Sozialdemokraten nunmehr mit der Preußenfrage gedrückt werde[15].

Auf meine Anfrage um 6.15 Uhr in der Reichskanzlei erfuhr ich dann, daß die Sozialdemokraten ihren Antrag auf Einberufung des Haushaltsausschusses[13] zurückgezogen hätten[16]. Der Druck in der Preußenfrage sei entscheidend gewesen.

---

14 Nicht zu entziffernde handschriftliche Einfügung.

15 Für den Fall, daß die SPD einer Einberufung des Reichstags zustimmen werde, hatte *Brüning* mit der Aufkündigung der Koalition in Preußen gedroht. Brüning S. 288.

16 Im Ältestenrat wurde der Antrag von KPD und NSDAP auf Einberufung des Reichstags mit den Stimmen von Zentrum, BVP, DVP, Staatspartei, Christlich-sozialem Volksdienst und SPD abgelehnt. Die Abstimmung über die Einberufung des Haushaltsausschusses wurde zunächst vertagt. Als die Reichsregierung ihren Rücktritt ankündigte, falls die Einberufung des Ausschusses beschlossen werde, zog die SPD ihren Antrag zurück, der dann von der KPD und NSDAP aufgenommen, vom Ältestenrat jedoch abgelehnt wurde. Schulthess 1931 S. 142.

238.

16. 6. 1931: Niederschrift über die Sitzung des Engeren Vorstandes des Deutschen Städtetages (Auszug)

AVfK, A (DST) 140. Vervielfältigtes Exemplar. „Vertraulich. Nicht in den Geschäftsgang geben."

1. Gesamtlage in Auswirkung der neuen Notverordnung

Angesichts der Zuspitzung der politischen Lage wurden die finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen der zweiten Notverordnung des Reichspräsidenten

vom 5. Juni 1931[1] im Zusammenhang mit der Frage der Einberufung des Reichstages eingehend erörtert. Insbesondere wurde auf die große Gefahr eines Run auf die Sparkassen hingewiesen, die im Falle eines weiteren Anwachsens der politischen Beunruhigung der Bevölkerung zu besorgen sein würde. Der Engere Vorstand war einmütig der Überzeugung, daß sofort alles getan werden müsse, um eine Verständigung zwischen der Reichsregierung und den Reichstagsfraktionen zu erreichen, damit eine Regierungskrise mit ihren für Volk und Wirtschaft äußerst gefährlichen Folgen vermieden werde.

In Verfolg der Besprechung im Engeren Vorstand fanden Verhandlungen mit den Regierungsstellen und den Reichstagsfraktionen – insbesondere der Fraktion der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei – statt. Am Nachmittag ergab sich, daß durch den Beschluß des Ältestenrats die Regierungskrise vermieden wurde[2]. Der Engere Vorstand setzte darauf seine Beratungen fort.

2. Stellungnahme zur Notverordnung vom 5. Juni 1931 und zu dem Entwurf einer preußischen Ausführungsverordnung

Dr. Mulert berichtet über das Ergebnis der Beratungen des Finanzausschusses des Städtetages am 15. Juni 1931. Die Notverordnung vom 5. Juni 1931 enthält im einzelnen eine Reihe von Bestimmungen, die Anträgen des Städtetages entsprechen, sie geht aber, im Ganzen gesehen, an der Lösung der wichtigsten kommunalen Probleme vorbei. Richtungweisende Ansätze zu der erforderlichen systematischen Neuregelung des Finanz- und Fürsorgesystems sind nicht zu erkennen. Insbesondere ist der Vorschlag des Städtetages, die Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge in einer Reichsarbeitslosenfürsorge zusammenzufassen, nicht erfüllt worden, obwohl dieser Reformgedanke in der Öffentlichkeit starken Widerhall gefunden hat. Die Stärkung der Länderrechte durch Lockerung der Steuervereinheitlichung und Ausbau ihrer Aufsichtsbefugnisse zeigt keine klare Linie. Die komplizierte Erhöhung der Einkommensteuer durch die Krisensteuer erscheint sowohl systematisch wie psychologisch in hohem Maß bedenklich. Die grundlegende Frage der Hauszinssteuer und inbesondere ihrer Umwandlung in eine Wohnraumsteuer bleibt ungeklärt.

In krassem Widerspruch zu den Erklärungen des Reichsfinanzministers vom Sommer 1930, daß es auf eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ankomme, enthält die Notverordnung weitere Eingriffe in die Selbstverwaltung, die grundsätzlich abgelehnt werden müssen. Hierzu gehören die Verstärkung der Aufsichtsrechte, der Ausbau des Dotationssystems und der Einbruch in das Tarifvertragsrecht der Gemeinden.

Die Notverordnung setzt die bisherige Linie der Reichsfinanzpolitik, die auf eine vorzugsweise Sicherung des Reichshaushalts gerichtet ist, ohne gleichzeitig für genügende Sicherung der Länder- und Gemeindehaushalte zu sorgen, in verhängnisvoller Weise fort[3]. In der Begründung erklärt die Reichsregierung offen, daß die Fehlbeträge der Länder und Gemeinden durch die Reformmaßnahmen nur zu

1 RGBl. 1931 I S. 279.

2 Nr. 237, Anm. 16.

3 Zur Finanzsituation der Länder der Tagebucheintrag *Schäffers* vom 16. 6. 1931, demzufolge Vertreter der Länder Hamburg und Bremen um finanzielle Hilfe des Reiches gebeten hatten, da sie sonst ihre Verpflichtungen nicht mehr erfüllen könnten. Nachlaß Schäffer ED 93.

einem Teil gedeckt werden können und daß die Deckung des darüber hinausgehenden Fehlbetrages der eigenen Kraft und Initiative der Länder und Gemeinden überlassen bleiben müsse. Die den Gemeinden erschlossenen neuen Einnahmen werden nicht einmal die weiteren Einnahmeausfälle decken. Neben dem starken Rückgang der Reichssteuerüberweisungen werden die Einnahmen aus den indirekten Kommunalsteuern – insbesondere aus den Vergnügungs-, Getränke- und Biersteuern – infolge der Einengung der mittleren Einkommen durch die Notverordnung sehr beeinträchtigt werden. Die wachsenden Ausgaben im Wohlfahrtswesen werden durch die Notverordnung nicht gedeckt. Im Gegenteil werden den Gemeinden infolge der Neuregelungen in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge Mehrbelastungen erwachsen. Die Gemeinden werden deshalb genötigt sein, weitere Einschränkungen auch solcher Ausgaben vorzunehmen, die an sich unter dem Gesichtspunkt des öffentlichen Wohles als unumgänglich notwendig erscheinen. Vom Reich und von den Ländern wird verlangt werden müssen, daß sie die Ausgabendrosselung durch Anpassung ihrer Anforderungen an die veränderten Verhältnisse, insbesondere durch materielle Reformmaßnahmen auf dem Gebiet des Schul- und Bildungswesens, unterstützen. Die Öffentlichkeit und die verantwortlichen Stellen in Reich und Land werden darüber aufzuklären sein, daß die Krise der kommunalen Finanzen durch die Notverordnung nicht beseitigt worden ist und eine ausreichende weitere finanzielle Hilfe verlangt werden muß.

Angesichts der verzweifelten Stimmung im Lande und der schwierigen Lage in Reich, Ländern und Gemeinden, auch in den Sparkassen, beschloß der Engere Vorstand, im Augenblick davon abzusehen, die Forderungen der Städte in einer öffentlichen Kundgebung geltend zu machen. Es wurde aber in Aussicht genommen, in einem alsbaldigen Schreiben an den Reichskanzler die grundlegenden Bedenken zum Ausdruck zu bringen und zugleich hervorzuheben, daß die Stellungnahme zu den Einzelheiten im Laufe des Sommers erfolgen werde. Von dieser Sachlage sollen die Vorstandskollegen unterrichtet werden.

Bei dieser Gelegenheit gibt Dr. *Mulert* von einem Schreiben des Vorsitzenden des Bayerischen Städtebundes Kenntnis, in dem dieser dringend bittet, die Frage der Reichsreform nicht zum Gegenstand der Beratung und Beschlußfassung zu machen und in einer etwaigen Entschließung zur Notverordnung auf die Bedeutung der Reparationen hinzuweisen.

Von der in Preußen vorgesehenen Durchführung der Notverordnung wird Kenntnis gegeben[4]. Der Landtag hat den Entwurf eines Gesetzes betr. die Beteiligung des preußischen Staats an den Kosten der Arbeitslosenfürsorge angenommen, wonach dem Staatsministerium ein Betrag bis zu 60 Millionen RM zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände zur Verfügung gestellt wird. Dem Staatsrat ist der Entwurf einer Verordnung zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände vorgelegt worden. Nach diesem Entwurf sollen rd. 49½ Millionen RM nach zwei Schlüsseln verteilt werden, die den Schlüssel, nach dem die Reichsmittel verteilt werden, ergänzen. Die restlichen 10½ Millionen RM sollen dem, nach § 11 des Realsteuersenkungs-

4 Zu den Auswirkungen der Notverordnungen auf das Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich Ehni S. 214ff.

gesetzes gebildeten Ausgleichsfonds zugeführt werden. Der Finanzausschuß hat vorgeschlagen, dahin zu wirken, daß auch ein Teil, etwa die Hälfte, dieses Ausgleichsfonds nach dem zweiten preußischen Schlüssel verteilt wird. In der Nachmittagssitzung teilt **Oberbürgermeister Rive**[5] mit, daß in der Sitzung des Staatsrats, die in der Mittagszeit stattgefunden hat, die preußische Regierung sich mit aller Entschiedenheit geweigert habe, die fraglichen 10½ Millionen RM und einen weiteren Teil des Ausgleichsfonds schlüsselmäßig zu verteilen. Die 70 Millionen RM des Ausgleichsfonds sollen nach dem Wunsch der preußischen Regierung der freien Verfügung des Ministeriums überlassen bleiben, damit Kassenzusammenbrüchen einzelner Gemeinden vorgebeugt werden kann. Ein Teilbetrag in Höhe von etwa 7 Millionen RM soll für die Bezüge der Polizeibeamten verwendet werden, die für die Gehaltskürzung entschädigt werden sollen.

Dr. Mulert teilt mit, daß das Preußische Ministerium des Innern nicht beabsichtigt, aufgrund der Bestimmungen der Reichsnotverordnung über die Sicherung der Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände[6] die bisherige Handhabung des Aufsichtsrechts zu ändern.

3. [. . .][7]

5 Halle.

6 RGBl. 1931 I S. 292.

7 Punkt 3 bezieht sich auf die Abänderung der Tarife für Gemeindearbeiter durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931, Punkt 4 auf die Richtlinien für die Besoldung der leitenden Kommunalbeamten.

239a.

17. 6. 1931: Aktenvermerk des Reichsbankpräsidenten Luther über ein Gespräch mit Cassel

Nachlaß Luther 365. Handschriftliche Ergänzungen. Überschrift: „Besuch Professor Cassel, Stockholm, am 17. Juni 1931".

Professor *Cassel* hat zwei Ideen, die er unmittelbar verfolge:

1. Er glaubt, daß eine politische Beruhigung von einem Verzicht auf die deutsch-österreichische Zollunion ausgehen könne[1].

Ich habe ihm erwidert, daß ich politisch nicht sprechen wolle, aber wirtschaftlich nach allen bisherigen Erfahrungen leider annehmen müsse, daß das allmählich beginnende Interesse der Franzosen an einer ernsthaften Mitwirkung bei der Überwindung der Weltkrise sofort wieder erlahmen würde, wenn der Zollunions-Gedanke ausgeräumt sei. *Cassel* selbst gab unter Hinweis auf eigene frühere Veröffentlichungen zu, daß der Zollunions-Gedanke an sich in der wirtschaftlich richtigen Linie liege.

2. *Cassel* möchte, und zwar am liebsten durch ein Zusammentreffen mit *Mellon,* den Gedanken betreiben, daß Amerika für drei Jahre auf die Kriegsschulden-

1 Vgl. Nr. 237, Anm. 11.

Zahlungen verzichte. Das solle nach seinem Gedanken keinerlei Belastung für die amerikanischen Steuerzahler darstellen. Das amerikanische Schatzamt bekomme ja z. Zt. Geld derart billig geborgt, daß das kleine, mit diesen Zinsen verbundene Opfer gar nicht zu Buch schlage. Ich habe die Gedanken im ganzen als mögliche Zwischenlösung anerkannt, aber doch auch auf die damit verbundene Gefahr hingewiesen und namentlich betont, daß keinerlei Belastungen irgendwelcher Art für Deutschland damit verbunden sein dürften und die große Lösung nicht beeinträchtigt werden dürfe. Im ganzen habe ich ebensoviel Reserve wie Interesse gezeigt.

[. . .][2]

2 Anweisung und Mitteilungen *Luthers* an einen Mitarbeiter. Aktenverfügung.

239 b.

17. 6. 1931: Tagebuchaufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszug)

Nachlaß Luther 425.

Gespräch mit *Vocke,* der mir dann noch schriftlich zuspielte, daß es wohl am besten sei, Reparationsfrage jetzt anzuschneiden; siehe Zettel[1]. Dann kam *Schäffer:* Es geht Gerücht um, ich sei jetzt für Erklärung des Transfer-Aufschubs. Ich hatte nichts gesagt, reine Gedankenleserei. *Schäffer* zweifelt wegen jetziger Schwäche der Bank.

Ich zu *Brüning,* was ich gestern bereits veranlaßt nach Sitzung der Regierungsstellungnahme. Ich mache ihm folgende Ausführungen:

Wäre Regierung gestern zurückgetreten[2], so wäre ich fest entschlossen gewesen, sofortigen Transfer-Aufschub zu beantragen, aber auch so überlegte ich es ernstlich, weil einzigartige Gelegenheit ist: starke Schwäche der Währungswirtschaftslage (als Einheit, so müsse Young-Plan ausgelegt werden, trotz „ou" im französischen Text!) und daneben der starke Regierungssieg. Um die Nichteinhaltung der jetzigen Verabredung wegen Abwartens des Besuches von *Stimson* zu begründen, würde ein Vorstoß der Reichsbank genügen (*Brüning:* das könne nur durch Reichsbank gemacht werden). Das Schreiben der Reichsbank, die ja politisch nicht verantwortlich, könne nach Verabredung mit *Brüning* auch so abgefaßt werden, daß es über den Young-Plan hinausweise. Das alles müsse aber in wenigen Tagen geschehen, damit es nicht Kausalzusammenhang mit jetzigem Geschehen verliere. Bedenken nur wegen Schwäche der Reichsbank und der Banken, die jetzt bestehe, aber niemand wisse, ob das Anfang August oder zu einem Zwischen-Zeitpunkt besser sein würde. Gefahr namentlich größere Unruhe Anfang Juli bei Inkrafttreten der Notverordnung bei Arbeitsämtern. Rediskontkre-

1 Nicht bei den Akten.

2 Vgl. Nr. 237.

ditschaffung aus Ausland politisch sehr bedenklich. Deckungsgrenzenherabsetzung am leichtesten tragbar, wenn verbunden mit Transfer-Aufschub. – Alle Gefahr des Transfer-Aufschubs würde sehr vermindert sein, wenn große politische Aktion deutsche [. . .][3] Konzentrationskabinett! (*Brüning:* Wird das Volkspartei machen? Ich: Da werde ich sehr helfen. *Brüning:* Wenn *Braun, Severing* im Reich mit drin, wird es leichter sein, einen rechtsstehenden Industriellen hereinzunehmen. Ich: Die Größe des Kabinetts wird zunächst nichts schaden – siehe England. Dazu: Das Problem der Auswechselung einzelner, das dringend ist, wird leichter inmitten einer großen Aktion!) Ich wies darauf hin, daß gestern die Rechte wieder ihre Stunde verpaßt habe. Hätte sie zu erkennen gegeben, daß sie für keine Einberufung des Haushaltsausschusses stimmen werde, so wäre alles anders gekommen! *Brüning* stimmte zu. Ich fortfahrend: Solche große Aktion würde dem Volk auch Phantasie zeigen, und für die Sozialdemokratie könne es wichtig sein, beim Regierungsschritt positiv mitzuwirken, nachdem sie gestern so weit habe nachgeben müssen. *Brünings* Antwort: Er sei heute nachmittag frei und wolle spazierenfahren. Alles überlegen. Morgen möchte ich mich mit ihm mit *Kaas* in seiner Wohnung treffen[4].

Danach Sitzung des Reparationsausschusses des Kabinetts. Thema wurde hinausgezögert. Freitag Sitzung mit Botschaftern. Aber *Curtius* teilte mit: Frankreich hat gestern nachmittag, 5 Uhr, den Österreichern ein dreistündiges Ultimatum gestellt:

[. . .][5]

3 Auslassung nicht zu entziffern.

4 Kurzer Hinweis hierauf in Brüning S. 290.

5 Text des Ultimatums; hier unvollständig überliefert. Vgl. Nr. 237, Anm. 11.

240.

17. 6. 1931: Graf Westarp an Walther Rademacher (Borna)

Nachlaß Westarp. Durchschlag.

Sehr verehrter Herr Dr. *Rademacher,*

mit bestem Dank für Ihr Schreiben vom 13.[1] möchte ich Ihnen berichten, daß in der Parteiführerbesprechung vom Montag[2], die *v. Lindeiner* mit wahrgenommen hat, weil ich noch nicht hier war, eine Erklärung des Inhalts abgegeben worden ist, das Kabinett werde bestimmt im Laufe des Juli einen amtlichen Schritt zur Einleitung der Tributrevision tun, könne aber zur Zeit über die Art dieses Schrittes noch keine Auskunft geben[3]. Was den Zeitpunkt betrifft, so hörte ich vertraulich,

1 Nicht abgedruckt.

2 15. 6. 1931; vgl. Nr. 233.

3 Vgl. Nr. 234b; Brüning S. 290 f.

daß *Brüning* sich infolge von Vorverhandlungen über den Besuch *Stimsons* gebunden fühle, diesen Besuch abzuwarten[4], aber entschlossen sei, unmittelbar danach in der letzten Juliwoche vorzugehen. So weit schön und gut! Zweifelhafter aber ist mir die Lage, soweit es sich um die Art des zu unternehmenden Schrittes handelt. *Luther* ist verzweifelt; nachdem sein Gold- und Devisenbestand seit Sommer vorigen Jahres von 3,8 auf 1,7 Milliarden[5] gesunken ist, davon in den letzten Tagen angeblich allein infolge der politischen Krise um 400 Millionen, und nur noch um 150 Millionen über den 4 Prozent Golddeckung liegt[6], erblickt er eine wesentliche Verschlechterung der Verhandlungen darin, daß der „Manövrierfonds", den er mühsam geschaffen, geschwunden sei. Wie weit das die Entschlußkraft lähmen wird, übersehe ich noch nicht, ebensowenig, ob die Geheimhaltung darauf beruht, ob man noch nicht sagen will oder[7] nicht sagen kann, was man vor hat. Von der Unzulänglichkeit des im Young-Plan selbst vorgesehenen Moratoriums ist man überzeugt; man spricht selbst von der Gefahr, daß die Folge lediglich eine Investigation des BIZ-Ausschusses sein könnte[8]. Sollte das Moratorium des Planes unerläßlich sein, um das Rad ins Rollen zu bringen, so muß der Schritt jedenfalls mit einer weitgehenden Forderung auf wirkliche Revision verbunden werden. Durchgreifender wäre es natürlich, wenn man sich zu der von Ihnen geforderten Einstellung der Zahlungen entschließen könnte.

Wie Sie aus der Kundgebung der Fraktionsgemeinschaft ersehen haben, wollen *Simpfendörfer, v. Lindeiner* und ich auf Ersatz von *Curtius, Dietrich* und *Wirth* drängen[9]. Wie schon öfter liegen gewisse Äußerungen vor, auf die ich aber nichts entscheidendes gebe, als ob *Brüning* hierzu bereit sei[10]. Wichtiger halte ich es noch, ihn in der Sache weiter zu bearbeiten.

Mit besten Empfehlungen und Grüßen
Ihr sehr ergebener

4 Vgl. Nr. 223, 228.

5 In der Vorlage „Millionen".

6 Vgl. Nr. 233, Anm. 5.

7 In der Vorlage „und".

8 Vgl. Nr. 217.

9 Schulthess 1931 S. 141.

10 Zu dem Verlangen, die Regierung umzubilden, auch Nr. 228, 230, 231, 234b, 235.

241.

18. 6. 1931: Der Bayerische Gesandte Ritter v. Preger an das Bayerische Staatsministerium des Äußern

GStAM, MA 103 462-Nr. 1723.

Betreff: Die politische Lage; Notverordnung und Reparationsproblem

Ich habe heute mit Staatssekretär *Pünder* von der Reichskanzlei eine mehr als einstündige Besprechung über den Verlauf der nun glücklich überwundenen Regierungskrise, die sich zu einer Staatskrise auszuwachsen drohte, gehabt. Aus dem Verlauf der Unterredung ist folgendes hervorzuheben:

Auf meine Frage, welche Zugeständnisse die Reichsregierung der Sozialdemokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei gemacht habe, damit sie von der Einberufung des Reichstags oder des Haushaltsausschusses[1] im gegenwärtigen Augenblick absehen, erklärte mir *Pünder,* es seien vom Reichskanzler keinerlei Zugeständnisse über die Erklärung hinaus, die er (Staatssekretär *Pünder*) im Ältestenrat am 17. dieses Monats abgegeben habe[2], gemacht worden. Die Ressorts seien beauftragt worden zu prüfen, welche Änderungen der Notverordnung, die von den Parteien angeregt worden seien, für die Reichsregierung tragbar seien und Aussicht auf eine Mehrheit im Reichstag hätten. Mit der Prüfung dieser Ressortvorschläge werde sich das Kabinett in etwa 3–4 Wochen beschäftigen und je nachdem entweder den Haushaltsausschuß im August einberufen oder durch eine Ergänzung zur Notverordnung diese Änderungsvorschläge seinerseits direkt vornehmen. Ich bemerkte dazu, daß auch die Länder Wünsche auf Abänderung der Notverordnung hätten; die bayerischen Wünsche, die ich ja bereits am 12. dieses Monats vorläufig angemeldet hätte[3], würden demnächst der Reichsregierung zugehen, und ich bäte schon jetzt, sie sehr ernst und genau zu prüfen. Zugleich teilte ich mit, daß heute die 2. bayerische Verordnung über die Gehaltskürzung und die Ausgleichsabgabe veröffentlicht würde. Sie habe in den gleichen Verhältnissen ihren Grund, aus denen heraus schon die 1. bayerische Gehaltskürzungsverordnung vom 31. Dezember 1930 erlassen sei, und halte sich in ihren materiellen Bestimmungen eng an die Notverordnung des Reichs[4]. Staatssekretär *Pünder* nahm hiervon ohne weitere Bemerkung Kenntnis.

Weiter teilte er mir noch mit, daß die Konzession, die *Brüning* in letzter Stunde den Sozialdemokraten hinsichtlich der jugendlichen Arbeitslosen gemacht habe, eine Änderung der Notverordnung nicht zur Voraussetzung habe. Es bleibe dabei, daß die jugendlichen Erwerbslosen keinen Anspruch auf eine Arbeitslosenunterstützung hätten. Jedoch werde ihnen, soweit sie bedürftig wären und daher an sich nunmehr von der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge erfaßt würden, die nötige Unterstützung von der Arbeitslosenversicherung aus deren Mitteln gewährt. Mit dieser Konzession hätten sich die Sozialdemokraten zufrieden gegeben.

Daß die Deutsche Volkspartei ihren Standpunkt bezüglich der Einberufung des Reichstags geändert habe, sei in der Hauptsache den eindringlichen Vorstellungen des Reichsbankpräsidenten *Luther* bei seinen Parteigenossen zu verdanken[5], der darauf hingewiesen habe, daß die außerordentlich schwierige, ja katastrophale Lage des Devisenmarktes nicht auf die Notverordnung an sich, sondern darauf zurückzuführen sei, daß die Haltung der Parteien zu der Frage der Einberufung des Reichstags Unsicherheit im Ausland darüber hervorgerufen habe, ob die Notverordnung Bestand haben werde oder nicht. Nachdem nunmehr feststehe,

1 In der Vorlage „Haushaltungsausschusses".

2 Erklärung im Nachlaß Pünder 139. In dieser Stellungnahme hatte *Pünder* geringfügige Änderungen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 in Aussicht gestellt, für den Fall der Einberufung des Reichstags oder des Haushaltsausschusses jedoch die Demission des Kabinetts angekündigt. Vgl. Pünder S. 100.

3 Nr. 228. Vgl. Schönhoven S. 260f.

4 Verordnung vom 5. 6. 1931, RGBl. 1931 I S. 279.

5 Vgl. Nr. 225, 226, 228, 232, 233, 235.

daß die Notverordnung nicht abgeändert werde, sei sofort Beruhigung auf der Börse eingetreten. Die Devisenabzüge, die bis zur Entscheidung trotz der Diskonterhöhung um 2%[6] noch außerordentlich hoch gewesen seien, seien gestern auf 10 und heute auf 9 Millionen RM zurückgegangen. Im ganzen seien in den letzten 14 Tagen etwa 1100 Millionen Devisen bei der Reichsbank angefordert worden[7]. Der von der Reichsregierung bei den Großbanken in Berlin angeforderte Überbrückungskredit von 250 Millionen werde heute genehmigt werden[8].

Auch die Deutsche Volkspartei habe eingeschwenkt, ohne besondere Bedingungen zu stellen. Der Fraktionsvorsitzende *Dingeldey* habe lediglich einen Brief an den Reichskanzler geschrieben, in dem er der Erwartung Ausdruck gegeben habe, daß 1. das Reparationsproblem alsbald und entschieden angefaßt, 2. in wirtschaftlicher Hinsicht eine Lockerung der kartellmäßigen und tarifarischen Bindungen eintrete, 3. eine stärkere Konzentration des Kabinetts sich vollziehen werde[9]. Der Reichskanzler habe diesen Brief nicht beantwortet, sondern nur erklärt, daß er im allgemeinen mit diesen Tendenzen einverstanden sei; jedoch könne er jetzt während der Schlacht die Generäle nicht wechseln. Er vertrete in dieser Richtung noch denselben Standpunkt, den *Pünder* mir in seiner letzten Unterredung vom 12. dieses Monats (s. die Aktenvormerkung hierüber)[10] bekanntgegeben habe.

Wir kamen dann auf das Reparationsproblem zu sprechen. Einstweilen ist der Kanzler noch der Ansicht, entscheidende Schritte in dieser Richtung nicht vor der Hierherkunft von *MacDonald* und *Henderson,* die ihren Besuch nunmehr für den 17.–19. Juli angemeldet haben, und dem Eintreffen *Stimsons* in Berlin (in den Tagen zwischen 21. und 23. Juli) zu tun. Immerhin sei er in den letzten Tagen zweifelhaft geworden, ob angesichts der katastrophalen Entwicklung auf dem Devisenmarkt der erste Schritt nicht schon in einem früheren Zeitpunkt zu tun sei (1. Juli)[11], wofür auch der Reichsbankpräsident eintrete. Immerhin solle noch die Entwicklung des Devisenmarktes in den nächsten Tagen abgewartet werden, ehe die endgültige Entscheidung getroffen werde. Daß das Reparationsproblem jetzt überhaupt in Fluß gebracht werden könne, ohne das Ausland zu einer feindseligen Haltung gegenüber Deutschland zu bringen, sei der Erfolg von Chequers. Auch *Hoover* habe nunmehr, auf Einwirkung von *Sackett* hin, dessen Reise nach Amerika sehr nutzbringend gewesen sei, eingesehen, daß eine Revision des Young-Plans nicht mehr zu vermeiden sei, und werde seiner Aufrollung keine Schwierigkeiten mehr bereiten[12]. Der Reichskanzler lege Wert darauf, diese Aufrollung mit einem legalen Auftakt zu beginnen und daher von der in dem Young-Plan vorgesehenen Ankündigung eines Moratoriums Gebrauch zu

6 Am 13. 6. 1931. Nr. 229.

7 Vgl. Nr. 233, Anm. 5 und Nr. 240.

8 Vgl. Nr. 227. Am 18. 6. 1931 teilte *Dreyse Schäffer* mit, „daß der Kredit für das Reich gemacht worden ist". Die Banken hätten aber auf ihre Schwierigkeiten hingewiesen und um „Rückendekkung" gebeten. Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. 18. 6. 1931. Vgl. Schulthess 1931 S. 144.

9 Nr. 234b.

10 Nr. 228.

11 *Curtius* hatte schon am 13. 6. 1931 gegenüber Botschafter *v. Hoesch* darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung die Besuche *Stimsons* und *Hendersons* nicht abwarten wolle. Vgl. Nr. 223, Anm. 1.

12 Vgl. Nr. 244, Anm. 12, Nr. 245, Anm. 2.

machen[13]. Natürlich wolle die Reichsregierung dabei nicht stehen bleiben. Ihr Ziel sei die Erreichung von zunächst 3 Feierjahren für die Zahlung der gesamten Lasten aus dem Young-Plan[14], also einschließlich der ungeschützten Reparationsleistungen. Was sich dann weiter daraus entwickeln werde, ob die in dem Young-Plan vorgesehene Sachverständigenkonferenz oder eine Konferenz der Minister aller an den Reparationen beteiligten Länder und wie die endgültige Entscheidung ausfallen werde, ob man zu einer völligen Streichung der Reparationslasten oder zu einer vorläufigen Aussetzung derselben kommen werde, könne natürlich jetzt noch nicht gesagt werden.

Ich regte noch an, entweder die Ministerpräsidenten der Länder oder den Auswärtigen Ausschuß des Reichsrats über den Verlauf und die Ergebnisse der Reise von *Brüning* und *Curtius* nach Chequers und die bisherigen Vorbereitungen für die Aufrollung des Reparationsproblems zu unterrichten. *Pünder* sagte dies zu.

Endlich kam ich noch auf die Notiz in der heutigen Bayerischen Staatszeitung zu sprechen über die angebliche Absicht des Reichskanzlers, nachdem die Vorarbeiten über die Reichsreform vom Kabinett beendet seien, die Ministerpräsidenten der Länder für die 1. Juliwoche zu einer Konferenz hierüber einzuladen. Staatssekretär *Pünder* erklärte mir bündig, daß diese Notiz in vollem Umfang falsch sei. Der Reichskanzler und er hätten nun schon wiederholt erklärt, daß sie nicht daran dächten, die Reichsreform im gegenwärtigen Augenblick in Gang zu bringen; man möge doch ihren Versicherungen endlich Glauben schenken. Es seien in der Reichskanzlei nicht die geringsten Vorarbeiten in dieser Richtung getroffen. Daß im Reichsministerium des Innern in dieser Hinsicht gearbeitet werde und daß *Brecht* und *Poetzsch-Heffter* mehr oder minder privatim sich mit einem bezüglichen Gesetzentwurf befaßten, sei ja bekannt. Aber von da bis zur Befassung des Kabinetts mit Reichsreformplänen sei noch ein weiter Weg. Im übrigen sei gerade der Passus, der in der offiziösen Verlautbarung der Reichsregierung zur Notverordnung durch WTB über die Reichsreform sich finde und in dem darauf hingewiesen werde, daß bei der Verfolgung des Ziels eines einfacheren Reichs- und Verwaltungsaufbaues an den geschichtlichen Überlieferungen der Vergangenheit und den staatsfördernden Kräften der deutschen Stämme und Länder nicht vorübergegangen werden könne[15], von ihm selbst hineingebracht worden. Daß man jemals in der Reichsregierung auch nur den Gedanken erwogen habe, eine Reform der Reichsverfassung etwa auf dem Wege der Notverordnung zu machen, müsse er auf das entschiedenste zurückweisen[16]. Er habe das auch jüngst Prälat *Leicht* gegenüber erklärt.

Der Gesandte
Dr. *Preger*

13 Vgl. Brüning S. 290f.

14 Zur Idee der 3-Jahres-Frist Nr. 239.

15 Schulthess 1931 S. 123f. Vgl. Nr. 221a.

16 Vgl. Ehni S. 217ff.

242.

19. 6. 1931: Referat Silverbergs im Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Auszüge)

BL RDI 62/10, 5 b. Auszüge aus dem stenographischen Protokoll über die „Sitzung des Hauptausschusses des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Freitag, den 19. Juni 1931, 3½ Uhr nachmittags, im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates zu Berlin". Handschriftliche Korrekturen. Paraphe Duisbergs.

[. . .][1]

Wir haben aber in Deutschland nicht nur den Krieg verloren, wir haben auch den Frieden verloren; und wir haben unsere eigene Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik nicht darauf eingestellt, daß wir eben den Krieg verloren haben mit allen Schäden und allen schmerzlichen Sonderverlusten, die später eingetreten sind. Wir haben das getan, was ich vor einigen Monaten einmal in einem Vortrag in Hamburg[2] dahin kennzeichnete: wir haben Kapitalzerstörung in großem Umfange getrieben, Kapitalzerstörung aus den verschiedensten Ursachen, in der verschiedensten Form.

Die größte Kapitalzerstörung sind die Tributlasten, die Leistungen, die Deutschland in Gold oder in Goldwertleistungen anderer Art ohne Gegenleistung aus der eigenen Volkswirtschaft in die Volkswirtschaften anderer Länder überführen mußte. Aber je mehr man überzeugt war, daß diese Leistungen politischen Charakters nicht zu umgehen waren, um so mehr hätte man die Führung der eigenen Wirtschaft, im weitesten Sinne gedacht, an diese Notwendigkeit anpassen müssen. Wir haben uns aber ein Wirtschafts- und vor allen Dingen ein Finanzsystem geleistet, das diese Kapitalzerstörung, im volkswirtschaftlichen Sinne gedacht, fortgesetzt und verbreitert hat. Das Institut für Konjunkturforschung hat vor nicht langer Zeit Veröffentlichungen über die Kapitalbildung in einem Abschnitt von 5 Jahren dargetan und hat errechnet, daß die Kapitalbildung in dieser Zeit 5,6 Milliarden pro Jahr betragen hat. Schon die verständige, die volkswirtschaftlich führende Presse hat in sehr interessanten Darlegungen – ich verweise besonders auf einen Aufsatz im „Deutschen Volkswirt" – dargelegt, daß, wenn man derartige Zahlen veröffentlicht, man auch die Pflicht hat, sie zu erläutern, denn ein Laie, der mit dieser Materie nicht vertraut ist, stellt sich, gemessen an anderen Zahlen, wo man nicht ganz mehr in Zahlen der Inflation denkt, unter 5,6 Milliarden wer weiß was vor. Für die Volkswirtschaft eines Landes mit 65 Millionen Einwohnern ist diese Zahl klein, selbst wenn sie im vollen Umfange eine produktive Verwendung gefunden hätte. Dann würden auch diese 5,6 Milliarden jährlicher Kapitalbildung nicht ausreichen, um für den normalen Zuwachs an Menschen, die in Beschäftigung treten, die Produktionsmittel und das Produktionskapital darzustellen. Wenn aber tatsächlich feststeht, daß von diesen 5,6 Milliarden noch reichlich die Hälfte rein konsumtive Verwendung gefunden

1 Im ersten Abschnitt seiner Rede weist *Silverberg* darauf hin, daß er kurzfristig für *Kastl* das Hauptreferat übernommen habe. Er geht dann auf die „Sünden der Vergangenheit" ein.

2 Wirtschaftslage und Öffentliche Hand. Vortrag im Überseeclub in Hamburg am 6. 11. 1930, in Silverberg S. 159 ff.

hat, dann bleibt verflucht wenig übrig für den Aufbau der eigenen Wirtschaft, für die Ergänzung des Wirtschaftsapparates, für die Modernisierung des Wirtschaftsapparates, von Erweiterungen gar nicht zu reden. Und wenn man erst recht noch bedenkt, daß angeblich aus den Überschüssen der Zahlungsbilanz, tatsächlich aber aus der Volkswirtschaft, sei es aus der Substanz oder anderswo her, auch noch jährlich an das Ausland von Deutschland 2 Milliarden Tribute und eine Milliarde Zinsen für finanzierte Tribute geleistet werden müssen, dann sieht man, wie bedenklich und gefährlich wir in Deutschland gewirtschaftet haben, wie von unserer Regierungsseite all die Mahnungen unberücksichtigt geblieben sind, die von der ökonomischen Schriftstellerei, von der ökonomischen Tagespresse und von Zeitschriften, vor allen Dingen aber auch vom Reichsverband der Deutschen Industrie rechtzeitig und deutlich an die Öffentlichkeit und an die Regierung gerichtet worden sind. Es ist nicht so – darüber müssen wir uns ganz klar sein, – als wenn wir in Deutschland von der Wirtschaftsseite an diesen Fehlinvestitionen, wie unsere Freunde sagen – sagen wir einmal auch: an der Kapitalzerstörung – ganz unschuldig wären. Aber wir haben für uns doch die eine oder andere Entschuldigung in Anspruch zu nehmen. Auch wir sind irregeleitet worden durch den Auftrieb der Konjunktur, der künstlichen Charakter hatte, als im Übermaß nach Deutschland fremde Anleihen flossen. Diese fremden Anleihen stellen sich, richtig gesehen, aber als eine Finanzierung der aus der Substanz gezahlten Tribute dar, denn das, was wir unter dem Dawes-Plan an Tributlasten geleistet haben, ist faktisch durch Anleihen finanziert worden. Wir haben die Tribute aus der Substanz bezahlt, haben uns dafür mit Anleihen belastet und haben durch diese Anleihen das fehlende Betriebskapital ergänzt. Daß sich Zahlung und Einströmen von Geldern nicht immer decken, hat uns zur Zeit in Liquidität und auch in eine Prosperität gebracht, die uns selbst über die Möglichkeiten der eigenen Wirtschaft zweifellos in gewissem Umfange getäuscht hat. Aber ein sehr starker Unterschied auch zwischen der Geldverwendung und der Schuldenaufnahme der Privathand und der öffentlichen Hand besteht. Immerhin hat sich die Privatwirtschaft zugute zu schreiben, daß die von ihr investierten Gelder nicht konsumtiv verwendet worden sind, sondern daß sie immerhin in Anlagen gesteckt worden sind, die vielleicht zu groß [sind], aber doch die Möglichkeit einer produktiven Verwendung haben.

Ganz anders bei der öffentlichen Hand! Die Finanzwirtschaft der öffentlichen Hand ist von uns so oft kritisiert worden. Wir haben mit allen Mitteln, durch Kritik und durch Bitten um eine Änderung, die zuständigen Stellen gebeten und nichts erreicht. Das Ergebnis sehen wir heute mit Schrecken[3] vor uns.

Die öffentliche Hand ist heute in dieser schwierigen finanziellen Situation der Hauptschuldige der kurzfristigen Auslandskredite. Soweit die Industrie kurzfristige Auslandskredite heute noch hat, so sind es Rembourse, die sich im allgemeinen von selbst regulieren und ihre Deckung in sich haben, vielleicht kleine Spitzenbeträge ausgenommen. Soweit die Industrie vorübergehend kurzfristige Auslandsverbindlichkeiten hatte, hat sie sie in den letzten 5 Jahren im allgemeinen durch langfristige Kredite konsolidiert. Anders bei den Banken! Die Haupt- und drückendsten Debitoren der Banken, die am stärksten eingefrorenen Kredite, die

3 „mit Schrecken" handschriftlich ergänzt.

auch nicht bewegt werden können, sind die Kredite der öffentlichen Hand, ob sie sich darstellen als Bestände von Schatzanweisungen, Schatzscheinen, als Schuldscheine, Handdarlehen oder was für Namen alles erfunden worden sind, Überbrückungskredite, und wenn sie auch in Mark schließlich ausgezahlt worden sind – die Banken haben sie in den meisten Fällen kurzfristig im Auslande finanzieren müssen; und das sind die Beträge, die uns heute am allermeisten drücken und die in den letzten Tagen zu den Erscheinungen geführt haben, die ich Ihnen hier nicht weiter zu beschreiben und zu schildern brauche, auf deren Auswirkung ich aber natürlich noch eingehend zurückkommen muß.

Wir hätten also von der Regierung erwarten müssen, daß sie sich nach der finanzpolitischen Seite erst recht den Notwendigkeiten anpaßte, die uns durch den verlorenen Krieg und die Friedensverträge auferlegt worden sind. Das ist nicht geschehen. Wir haben auch festzustellen, daß trotz aller Vorgänge, trotz aller eingehenden Vorstellungen und Beratungen auch in der Gestaltung des Steuersystems die öffentliche Hand weder beim Reich noch bei den Ländern und noch weniger bei den Gemeinden sich den Notwendigkeiten angepaßt hat, d. h. dazu übergegangen ist, ein Steuersystem zu schaffen, das die Kapitalbildung fördert unter gleichzeitiger Erhaltung der Kaufkraft der Unternehmungen, der die Kaufkraft der Menschen als zwangsläufige, aber immerhin sekundäre Erscheinung folgt. Alles das haben wir heute zu büßen.

Und nun ist die Frage: Wie stehen die Dinge heute? Das, was ich bis jetzt beschrieben habe, war das, was vorhergegangen ist. Wie stehen also nun die Dinge heute? Wir haben durch die Gesamtpolitik der Regierung in der allerletzten Zeit Erfahrungen gemacht, die wir als Wirtschaftler nur auf das tiefste bedauern können. Wir haben feststellen müssen, daß die Regierung eine auswärtige Politik gemacht hat, die den tatsächlichen Kräfteverhältnissen, wie sie wirklich international obwalten, nicht Rechnung getragen hat, daß sie nicht vorher sorgfältig abgewogen hat: Was kann ein verarmter Staat, dem keine Armee von 750000 Menschen zur Verfügung steht, sich gegenüber einer Front brutaler Gegner leisten? Wie weit kann ein solcher Staat gehen? Und wie weit kann er sich vorwagen? Mag er in den Zielen, in den handelspolitischen oder anderen Zielen noch so recht haben, mag das Bestreben noch so berechtigt sein – die Aufgabe einer führenden, weitausschauenden und ihrer Verantwortung sich bewußten Regierung ist abzuwägen, wie weit ich auch mit dem gehen kann, was ich als mein Recht fordern darf, ohne größere Schäden herbeizuführen. Und der, der den Schaden zu tragen hat, ist die Wirtschaft, aber im weitesten Sinne gedacht, nicht so, als wenn es nur bei den Unternehmern oder gar nur bei den verhaßten Schwerindustriellen hängen bliebe, sondern die tatsächlichen Leidtragenden sind die Menschenmassen, die durch derartige Experimente aus dem Arbeitsprozeß herausmanövriert werden und bezüglich deren man es uns überläßt, uns den Kopf darüber zu zerbrechen, wie viel wir wieder in diesen Arbeitsprozeß organisch einfügen – nicht durch sogenannte Ankurbelungsexperimente[4], von denen wir wahrscheinlich schon genug haben, auch nach der Richtung der Kapitalzerstö-

4 Vgl. die Angaben über Vorschläge zu einer „aktiven Konjunkturpolitik" im Jahre 1931 in: Wilhelm Grotkopp, Die große Krise. Lehren aus der Überwindung der Wirtschaftskrise 1929/32, Düsseldorf 1954 S. 32.

rung. Wir vermissen also unbedingt die abwägende Sorgfalt, die wir mit Recht und ohne Einschränkung von jeder Regierung verlangen müssen.

[. . .][5]

Wie die Entwicklung unter dem Gang der zurückgehenden Konjunktur gelaufen ist, wissen Sie. Das hat schließlich nach einer ersten Notverordnung zu einer zweiten Notverordnung geführt, die uns allen vorliegt[6]. Meine Herren, die zweite Notverordnung hat sehr viel Kritik erfahren; und es war außerordentlich schwierig für die Reichsregierung, sie, ich will einmal sagen, dahin zu bringen, wo sie heute steht, vor allen Dingen sie der parlamentarischen Ignoranz zu entziehen.

Wenn wir nun auf die allerletzten Tage zurückblicken, so müssen wir sagen, daß die Notverordnung in ihrer Bedeutung in den Einzelbestimmungen hinter der Frage zurückgetreten ist: Was bedeutet die Notverordnung als Ganzes, als Maßnahme einer auf die eigene Verantwortung hin handelnden und reformierenden Reichsregierung? Und so wird sie vom Auslande betrachtet. Das Ausland kennt sicher noch weniger als wir den ganzen Inhalt der Notverordnung, die auch für uns in vielen Dingen ein Geheimbuch mit einigen Siegeln ist. Für das Ausland war aber die Aufrechterhaltung der Notverordnung als Ausfluß und Zeichen einer verantwortungsbewußten, auf eigene Verantwortung hin wirklich regierenden Regierung, als Kennzeichen dafür, ob diese Regierung die Absicht, zu anderen Zuständen in Deutschland zu führen, die Absicht, von den alten, ausgetretenen, schlechten, ausgefahrenen Geleisen abzukehren, durchführen kann oder nicht. Daß es der Regierung gelungen ist, über alle Schwierigkeiten parteipolitischer und anderer Art die Notverordnung der Ignoranz des Reichstags und des Haushaltsausschusses[7] zu entziehen, ist zweifellos eine Tat – eine Tat, für die wir insbesondere dem Reichskanzler nur zum allergrößten Danke verpflichtet sein können. Welche Leistung gegenüber all den nicht ernsthaft zu nennenden und künstlich aufgebrachten parteitaktischen, parteidemagogisch gestellten Forderungen es für einen Führer einer Regierung bedeutet, die Notverordnung durch diese Schwierigkeiten hindurchzureiten, das ernstlich zu würdigen, wird vielleicht einmal einer Zeit vorbehalten bleiben, in der man auf diese Dinge rückblickend objektiver sieht, als wir es heute vielleicht tun, die wir mitten im Streite stehen. Die Bedeutung dieser Tat kann aber nicht hoch genug gewertet und unterstrichen werden.

Ich möchte dabei ausdrücklich sagen: Es ist nicht so, meine Herren, als wenn ich den Reichstag auch in seinen wirklichen Leistungen unterschätzen möchte. Ich muß ausdrücklich anerkennen, daß der Reichstag dadurch, daß er im Frühjahr dieses Jahres überhaupt einen Etat verabschiedet hat, der deutschen Wirtschaft enorm genützt hat, denn wenn nicht ein Etat, wenn er noch so lückenhaft und unvollständig war, die parlamentarische Genehmigung gefunden hätte, ein Etat,

5 Gegenüberstellung der „ruhigen und sachlichen" Behandlung der Etatfragen im englischen Parlament und der „Partei-Agitatorik" im Reichstag.

6 Offenbar zählt *Silverberg* die erste Verordnung des Reichspräsidenten nicht mit, die im Juli 1930 vom Reichstag aufgehoben und anschließend wieder in Kraft gesetzt wurde. Er meint nur die großen Verordnungen des Reichspräsidenten (Erste und Zweite) zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. 12. 1930, RGBl. 1930 I S. 512 und vom 5. 6. 1931, RGBl. 1931 I S. 279.

7 In der Vorlage „Haushaltungsausschuß".

der heute die Grundlage für die Ausgestaltung der Notverordnung und für die Besserung der Verhältnisse bildet, dann weiß ich nicht, welche noch größeren Schwierigkeiten eingetreten wären. Aber darauf kommt es praktisch gar nicht an. Es kommt darauf an, ob die Regierung, ob der Reichskanzler, dem das Ausland und auch breite Kreise des Inlands Vertrauen entgegenbringen, imstande war, sich so durchzusetzen, daß er quasi diktatorisch regieren könnte oder nicht. Denn das war ganz sicher: wäre das Reichstagsplenum einberufen worden, dann wäre wohl die Notverordnung aufgehoben worden; aber anstelle dieser Verordnung eine ergänzende Gesetzgebung zu schaffen, dazu wäre weder das Reichstagsplenum noch der Haushaltsausschuß[7] noch irgendwelche parlamentarische Instanz fähig gewesen. (Sehr richtig!) Und darin liegt die ungeheure Bedeutung für uns, unsere Wirtschaft und unser Land im Ansehen des Auslandes und des Inlandes, darin liegt die ungeheure Bedeutung der Leistung, die sich doch in allererster Linie und fast ausschließlich an die Persönlichkeit des Reichskanzlers knüpft, daß wir unser Vertrauen auch nach dieser Richtung aussprechen müssen (Bravo!). [. . .][8]

Und nun zur Kritik der Notverordnung selbst! Kritisch sehe ich vor allen Dingen den wirtschaftspolitischen Teil[9] an, und zwar deshalb so kritisch, weil er einen typischen Unruheherd, eine Basis für einen Unruheherd darstellt. Das sind die Ermächtigungen – die Ermächtigungen, meine Herren, von denen man nicht weiß, welcher Regierung sie erteilt sind; sind sie nur der Regierung *Brüning* erteilt, innerhalb deren wir zum Reichskanzler großes Vertrauen haben, oder sind sie vielleicht auch einer kommenden Regierung erteilt? Eine Ermächtigung, die 40-Stunden-Woche beliebig dort einzuführen, wo es möglich oder angemessen oder richtig erscheint – das sind alles subjektive Begriffe. Eine Ermächtigung für Gewerbeinspektoren, das Maß der Überstunden zu bestimmen, eine Ermächtigung der Regierung, Subventionen an diejenigen zu geben, z. B. an den Kohlebergbau, der sie um Gottes willen nicht haben will, der sie einstimmig abgelehnt hat, eine Ermäßigung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu gewähren, mit Ermächtigungen wieder, die Kohlenpreise herunterzusetzen, mit dem Erfolg, daß die Beruhigung, die auf den Kohlenmärkten in Deutschland eingetreten war, einer absoluten Beunruhigung und ernsten Absatzstockung Platz gemacht hat – diese Ermächtigungen sind bedenklich und enthalten auch zweifellos, von der wirtschaftlichen Seite aus gesehen, die Möglichkeit zu starker Beunruhigung der Wirtschaft.

Dabei ist aber nicht zu verkennen und muß anerkannt werden, daß auch auf rein wirtschaftlichem und wirtschaftspolitischem Gebiete die Regierung doch allerhand Mut gezeigt hat und manches durch die Verordnung wenigstens in den Anfängen geschaffen hat, was wir anerkennen müssen. Ich verweise z. B. darauf, daß diese Regierung zum allerersten Mal an das Handwerk mit den überspannten Löhnen und Kosten, die das Handwerk für jede kleine Reparatur fordert, an diese Innungskartelle, denen nicht beizukommen ist, heranzugehen versucht. Mit welchem Erfolg, das weiß ich nicht. Daß die Regierung – ich greife da etwas ins finanzwirtschaftliche Gebiet über – den ernstlichen Versuch macht, eine Einwirkungsmöglichkeit für das Reich in bezug auf die Gemeindefinanzen zu schaffen –

8 Längere Bekräftigung der letzten Äußerung.

9 Verordnung vom 5. 6. 1931, Siebenter Teil: Handels- und Wirtschaftspolitik, RGBl. 1931 I S. 311.

eine Bestimmung, die ich außerordentlich hoch werte, weil zum ersten Mal, und zwar ziemlich ohne Widerspruch, eine Reichszuständigkeit in unserem verworrenen Verfassungssystem über die Länder hinweg in bezug auf die Gemeinden geschaffen worden ist[10]. Und so sind noch andere Bestimmungen, die ich im einzelnen nicht aufzählen kann; ich habe sie wirklich nicht alle im Kopf.

Aber der Gesamteindruck ist doch so, daß manche Ansätze in der Notverordnung vorhanden sind trotz schwerwiegender Bedenken, die ich vor allen Dingen auf den Gebieten sehe, die ich vorhin dargelegt habe – die unbestimmten Ermächtigungen.

Was unbedingt von unserem Standpunkt aus in der Notverordnung anerkannt werden muß, ist der ernste Schritt, den überspannten Leistungen in der Sozialversicherung beizukommen[11]. Die Regierung geht mit Ernst zum zweiten Mal an die Krankenversicherung heran, mit großem Ernst an die sozialen Leistungen überhaupt aus allen anderen Versicherungen, an die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung und, was außerordentlich schwierig ist, auch an die Kriegsrenten für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Selbst wenn man anerkennt, daß gerade auf diesem letzteren Gebiet eine leichtfertige Ausdehnung in den letzten Jahren erfolgt ist – das darf man, glaube ich, ganz ruhig sagen –, so muß man doch anerkennen, wie schwer es auch gefühlsmäßig ist, gerade an derartige Leistungen von einer Regierung aus heranzugehen und sie zu ermäßigen. Gewiß fehlt vollkommen in der Notverordnung auf sozialem und sozialpolitischem Gebiete vor allen Dingen ein Herangehen an den Urgrund alles sozialpolitischen und teilweise auch wirtschaftspolitischen Elends, an das Schlichtungswesen, an die Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche im Zusammenhang mit der Unabdingbarkeit der Tarifverträge[12]. Ich möchte dazu folgendes sagen:

Wenn eine Regierung derartig schwerwiegende und einschneidende finanzielle Kürzungen und Lasten großen, breiten Massen des Volkes zumutet, dann muß sie auch, um sich durchsetzen zu können, abtasten, wo psychologisch und politisch die Grenzen liegen, bis zu denen sie gehen kann. Und ich möchte sagen, daß die Regierung auf diesem Wege bis an die äußerste Grenze gegangen ist, die sie überhaupt in einer Notverordnung gehen konnte, denn wenn ich mir diese Dinge richtig überlege, ist im Augenblick – im Augenblick! – vom Standpunkt der Finanzlage des Reiches, der öffentlichen Hand das Entscheidende die Ausgabenverkürzung und die Frage, die von unserem Standpunkte aus notwendig angepackt werden muß, weil sie für unsere Selbstkostenkrisis der Urgrund, der Ausgangspunkt und das Entscheidende für das Verbleiben und die Vergrößerung der Krise sind, diese unorganischen Eingriffe des Staates über das Lohnwesen und die Arbeitszeit in die Wirtschaft, die unbedingt erledigt werden müssen. In diesem Augenblick glaube ich, daß es richtig war, sie nicht auch noch im Zusammenhang mit der ersten Notwendigkeit der Geldersparnis, der Ausgabenverkürzung anzuschneiden. Das ist meine persönliche Ansicht. Meine Herren, ich glaube in Abtastung aller der Realitäten, die im Volke schlummern und die sehr leicht in

10 A. a. O. Zweiter Teil, Kap. IX: Sicherung der Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände, S. 292. Vgl. dagegen die Kritik des Städtetages in Nr. 238.

11 A. a. O. Dritter Teil: Arbeitslosenhilfe, S. 293 und Fünfter Teil: Sozialversicherungen und öffentliche Fürsorge, S. 304.

12 Forderungen der DVP: Nr. 213, 230, 234a, 234b.

diesem Augenblick in der unangenehmsten Form zu erwecken sind, war es richtig, hier nicht weiterzugehen.

Finanzpolitisch! Ich habe schon auf die Gemeinden verwiesen. Die Regierung hat sich hier durch die Notverordnung allerhand Möglichkeiten geschaffen und hat dann einen Schritt getan, der im höchsten Grade ihr schwer geworden ist und von unserem Standpunkte aus wirtschaftspolitisch im höchsten Grade auch bedenklich ist. Das ist die Frage der Krisensteuer[13]. Ich stehe nun für meine Person auf dem Standpunkt, daß ich finanzpolitisch und wirtschaftspolitisch allen denen recht gebe, die in jeder Erweiterung einer direkten Steuer in bezug auf die Kapitalbildung und vieles andere, die Aufrechterhaltung der Betriebe und dergleichen mehr, große Bedenken sehen, etwas gemildert vom Standpunkte des Einzelkaufmanns, der offenen Handelsgesellschaft aus, durch die endlich durch die Notverordnung geschaffene Entlastung der Steuerzahlung für stille Reserven, die der Einzelkaufmann in seine Firma legt. Ich gebe also unbeschränkt zu: im höchsten Maße bedenklich. Aber ich kann mich für meine Person der Auffassung nicht entziehen, meine Herren, daß psychologisch diese Krisensteuer an sich eine Notwendigkeit war, denn eine Regierung, die den Mut hat, von der breiten Masse des Volkes an sozialpolitischen Leistungen, an Leistungen für Kriegsrente und Kriegshinterbliebene, an Leistungen für Arbeitslosenversicherung, besonders für Jugendliche, so ganz erhebliche Kürzungen, die, wie mir vorgerechnet wurde, stellenweise bis 60% gehen, eintreten zu lassen – meine Herren, dann kann sich der noch Einkommen beziehende und Einkommensteuer zahlende Teil der Bevölkerung nicht dagegen sperren, aus Anstandsgefühl doch nicht dagegen sperren, auch eine empfindliche Leistung machen zu müssen, auch wenn sie wirtschaftswidrig ist. Ich bedaure aufs tiefste, daß diese Krisensteuer nicht geschickter aufgebaut worden ist. Ich bedaure vor allen Dingen, daß die Belastung unserer festangestellten Beamten kumulativ neben der Krisensteuer aus Einkommen eintritt. Ich halte das für falsch und halte es auch für unnötig, muß aber doch sagen: sosehr wir alle den Mut der Regierung begrüßen, noch einmal, zum zweiten Mal an die Beamtengehälter zum Zwecke der Ersparnis[14] heranzugehen, sosehr müssen wir im ganzen selbst unter Kritik aller dieser Fehler besonders vom Standpunkte unserer angestellten Beamtenschaft, die nicht auf Lebenszeit angestellt ist, die auch noch in weiterer Gefährdung zum Teil durch die Entwicklung der Wirtschaftslage steht – trotzdem muß ich anerkennen, daß im ganzen die Krisensteuer psychologisch notwendig, wenn auch wirtschaftswidrig ist, daß ein Äquivalent darin liegt, daß in entschiedener Form die Regierung auf der anderen Seite zum zweiten Mal und mehrfach an die Beamtenschaft herangegangen ist.

Sie sehen also, meine Herren, ich bin absolut nicht ohne Kritik gegenüber der Notverordnung, und ich hätte auch in vielen Teilen gewünscht, daß sie anders, daß sie sorgfältig ausgearbeitet worden wäre, daß ihre Einleitung, ihre gesetzgeberische Darstellung verständlicher gewesen wäre, denn es ist kein Glück, wenn Gesetze nicht verstanden werden, wenn sie mit Absicht oder ohne Absicht so abgefaßt werden, daß sie auch noch lange Monate hinterher Überraschungen bieten, die man vorher nicht gesehen hat; das sind meistens keine guten Gesetze.

13 Verordnung vom 5. 6. 1931, Dritter Teil, Kap. III: Krisensteuer, S. 298. Vgl. Nr. 222.

14 A. a. O. Zweiter Teil, Kap. I: Gehaltskürzungen, S. 282.

Im ganzen, muß ich sagen, erfordert es die politische Situation im Augenblick, hinter dem Reichskanzler zu stehen, das Vertrauen, das wir zu ihm haben, damit zu bekunden, daß unsere Gegnerschaft, unsere Kritik an dieser Notverordnung dahin geht, daß, wenn sie überhaupt geändert wird – und für die Zukunft wünschen wir die Änderung und müssen sie verlangen –, daß diese Änderung nach Gesichtspunkten erfolgt, die einer richtigen Führung der Finanz- und Wirtschaftspolitik entsprechen. Wir werden nach der Richtung hin im Reichsverband von genauen Sachkennern schon das Erforderliche tun, von den Herren, die diese Verordnung genauer und sachkundiger in den Einzelheiten beurteilen können als ich. Aber im ganzen halte ich dafür, sollten wir von den Bestrebungen abrücken, die eine sofortige Änderung der Notverordnung verlangen, und diese Forderungen, die man wunderbar begründen kann, meine Herren, noch viel schöner, als ich es getan habe, agitatorisch ausnutzen.

Ich komme nun zurück auf den großen Komplex der Kapitalvernichtung: die Tributfrage. Meine Herren, die Entwicklung hat dazu geführt, daß wir in der glücklichen oder unglücklichen Lage sind, über manche Bedenken, über die wir uns vorher konstruktiv den Kopf zerbrochen haben, hinwegzukommen. Wir haben uns ernstlich überlegt: wenn das geschieht, wenn wir das tun, gibt es diese oder jene Krise. Meine Herren, wir sind durch die Geschicklichkeit oder Ungeschicklichkeit der Regierung oder anderer mitten in der Krise, in der Moratoriums- und Reparationskrise. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie sich noch vergrößert. Es kann möglich sein, daß sie auf diesem Stadium noch längere Zeit stehen bleibt. Das hängt von den Nerven des deutschen Volkes ab und [von] unseren eigenen auch zum großen Teil und davon, was die Regierung tut. Das ist das Entscheidende. Ich glaube, und ich hoffe es, daß man auch in Regierungskreisen sich darüber klar ist, daß es nicht mehr eine Frage großer, breiter, weit hergeholter Erwägungen ist – und alle Anzeichen deuten auch darauf hin, daß die Regierung so denkt –, wann und ob gehandelt wird. Ich glaube, daß es nur eine Frage von Tagen ist[15], und möchte es wünschen.

Nun die Frage: Was tun? Meine Herren! Wenn man an die Dinge, die als Realitäten vorliegen – und das ist der unterschriebene Young-Plan – unvoreingenommen herangeht, ich glaube, dann liegen die Dinge verhältnismäßig viel einfacher, als wenn man große, weittragende, historische und andere Überlegungen anstellt und sich über die Zukunft noch mehr den Kopf zerbricht. Der Young-Plan enthält bestimmte Bestimmungen über Revisionsmöglichkeiten[16]; und ich fürchte, daß, wenn die Regierung aus irgendwelchen Erwägungen heraus irgendeinen anderen Weg ginge, der nicht in den im Young-Plan feierlich unterschriebenen Revisionsmöglichkeiten vorhanden ist, unser böswilligster Gegner, Frankreich, die furchtbar bequeme und einfache Antwort hat: Was wollt ihr denn, lest doch euren Young-Plan durch und handelt danach! Deshalb ist für mich die Frage verhältnismäßig einfach gestellt. Ich glaube, daß die Regierung Gebrauch machen muß einmal von der Frage des Transferaufschubs mit dreimonatiger Ankündigung, der natürlich praktische Bedeutung nicht hat, zu gleicher Zeit aber den Zusam-

15 Vgl. Nr. 241.

16 Vgl. Heilfron/Nassen S. 83 ff.

mentritt des Sonderausschusses[17] veranlassen sollte, der vorgesehen ist und der auf Verlangen Deutschlands jederzeit zur Prüfung der Wirtschaftslage berufen ist. Was nebenher und außerdem an diplomatischen Verhandlungen geht, an Verhandlungen finanzieller Art für die Überbrückung der unzweifelhaft schwierigen Finanzsituation, das steht auf einem anderen Brett. Aber ich würde, wenn man mich fragt, hier nicht den billigen Einwand machen lassen: tue doch das, was du vertraglich vereinbart hast! Ich würde also eben handeln und abwarten, wie dann die Sache weitergeht, [. . .][18]

Um so mehr ist es meiner Ansicht nach notwendig, daß auch jetzt bald und schnell die Frage der Reparationen, der Tributrevision in Angriff genommen wird. Meine Herren, welche Verpflichtung haben wir, wenn wir von uns aus, aus der Wirtschaft heraus, in Erkenntnis der Schwere der Situation – es liegt mir ganz fern, irgendetwas bemänteln zu wollen – an die Regierung herangehen, innenpolitisch die schwerwiegendsten Eingriffe zu machen, von denen die breitesten, erregtesten Massen des Volkes betroffen werden, wenn wir außenpolitische Aktionen schwerwiegendster Art verlangen – welche Verpflichtungen haben wir dann? Zuerst dem Führer der Regierung nicht nur das Vertrauen auszusprechen, sondern auch es durch die Tat zu bekunden, daß wir überall vor allen Dingen die Regungen des Mißtrauens und der Kritik unterdrücken und sagen: Sie mögen vielleicht berechtigt sein, aber sie sind jedenfalls nicht am Platze. Wir müssen demjenigen, der in solcher Situation kämpfen muß, eine Lage schaffen, daß er rückenfrei kämpfen kann. Das ist unsere Pflicht, wenn wir einen innenpolitischen und einen noch schwierigeren außenpolitischen Gang von ihm verlangen.

Meine Herren! Ich gehe noch einen Schritt weiter. Bei aller Kritik an der Reichsregierung oder einzelnen Abteilungen der Reichsregierung oder Mitgliedern der Reichsregierung – ich will ganz deutlich sein –, wie ich auch in meinen Ausführungen habe anklingen lassen und nicht verschwiegen habe, halte ich auch die augenblickliche Situation für eine Ministerstürzerei oder grundlegende Änderung der Reichsregierung nicht für geeignet (Sehr richtig!) – den Augenblick nicht, beileibe nicht, weil ich mit allem, auch mit dem verschiedenen Tun und Unterlassen und Reden einzelner Persönlichkeiten einverstanden wäre – beileibe nicht! Aber, meine Herren, vergessen Sie eines nicht: Verantwortlich für die personelle Zusammensetzung der Regierung ist der Reichskanzler; und jedes zu schroff ausgedrückte Verlangen enthält auch wieder eine starke, vielleicht die stärkste Kritik an dem Reichskanzler. Wir wollen über die persönliche Einstellung uns hier nicht unterhalten; wir sind nicht berechtigt dazu; es ist auch nicht der Ort dazu. Aber jedenfalls möchte ich bitten, wenn wir – und das wollen wir alle ernstlich – das Vertrauen zur Persönlichkeit und zum Handeln des Reichskanzlers beweisen wollen, dann auch die Konsequenz zu ziehen: Im Augenblick ist bei aller Notwendigkeit von Änderungen keine Zeit, kein Raum und keine geeignete Gelegenheit – im Augenblick! sage ich –, das zu verlangen, selbst wenn es an anderer Stelle von uns selbst verlangt worden ist. Zwischen dem 3. Juni – da war

17 Der Beratende Sonderausschuß der BIZ.

18 Hebt ausführlich hervor, „welche enormen Leistungen von der Deutschen Reichsbank und der deutschen Finanzwirtschaft aus geschehen sind".

eine Versammlung in Düsseldorf[19] – und heute ist auch allerhand passiert, und zwar allerhand, das uns auch verpflichtet, nach dieser Richtung hin Ruhe zu halten, kühlen Kopf zu behalten und die Nerven nicht zu verlieren. Es soll kein Vertrauensbeweis sein. Es wird auch die Zeit kommen, wo wir viel energischer, als wir es bis jetzt getan haben, da wir uns grundsätzlich ja um Politik nicht kümmern, aber rein aus unseren wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten heraus Stellenbesetzung oder Umbesetzung verlangen werden. Aber im Augenblick appelliere ich auch an Sie, meine Herren, nach der Richtung hin für sich selbst und, soweit Sie es können, auch in Ihrem Kreise für Ruhe zu sorgen und dafür, daß nicht nach Experimenten verlangt wird, daß die Kritik sich nicht überschlägt; sonst können wir keine ruhige Arbeit in diesen wichtigsten entscheidensten Stunden von der verantwortlichen Person des Reichskanzlers verlangen.

Meine Herren! Ich habe oft vor Ihnen gesprochen. Ich glaube, ich habe nie mit mehr Sorge, mit größerer innerer Bewegtheit mich vor Ihnen geäußert. Ich hoffe, daß die Zeiten sich bessern werden. Es möge Ihnen und uns allen und mir erspart sein, daß noch einmal in so ernsten Tönen in einer Hauptversammlung des Reichsverbandes über die Frage gesprochen wird: wo stehen wir wirtschafts- und finanzpolitisch? Ich bin aber der Auffassung für uns selbst und für unser Land und alles das, was wir zu verantworten haben: Je mehr wir uns in unserer offenen klaren Aussprache selbst klar werden und klar sprechen, desto mehr nützen wir uns selbst und nützen allen denjenigen, für die wir verantwortlich sind. Und in diesem Sinne möchte ich schließen. (Lebhafter, allseitiger langanhaltender Beifall.)[20]

19 Sitzung des Langnamvereins. Vgl. Nr. 211, 212, 214a–c.

20 Im Sinne der Rede *Silverbergs* war das Aide-Mémoire gehalten, das der RDI am 19. 6. 1931 zur wirtschaftlichen und politischen Lage abfaßte. BA R 43 I/2370.

243.

20. 6. 1931: Niederschrift über die Sitzung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Auszug)

WIG Protokolle. Gedrucktes Exemplar. „Protokoll der 12. Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, abgehalten am Sonnabend, den 20. Juni 1931 im Reichswirtschaftsrat zu Berlin."

[. . .][1]

Leipart: Die zweite Notverordnung „Zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" vom 5. Juni 1931[2] hat eine tiefgehende Beunruhigung im ganzen Volk, insbesondere in der Arbeiterschaft hervorgerufen. Schon in der Vorbereitung der

1 *Leiparts* „Stellungnahme zur allgemeinen Lage" ging eine Diskussion über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen voraus. Während die Redner übereinstimmend feststellten, daß die Gewerkschaften an der Forderung nach genereller Einführung der 40-Stunden-Woche festhalten müßten, vertraten sie zur Frage des Einstellungszwanges unterschiedliche Auffassungen.

2 RGBl. 1931 I S. 279.

Notverordnung hat der Bundesvorstand versucht, in direkten Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium das Schlimmste zu verhüten. Wir haben mündlich und schriftlich Gegenforderungen aufgestellt und hinreichend begründet. Noch am 30. Mai sah sich der Bundesvorstand veranlaßt, in einem persönlich gehaltenen Schreiben an den Reichskanzler Dr. *Brüning* auf die schweren Gefahren hinzuweisen, die eine Notverordnung mit weitgehendem Abbau der sozialen Versicherungs- und Versorgungsleistungen zur Folge haben müßte[3]. Wir haben demgegenüber folgende Gesichtspunkte aufgestellt, von denen eine Notverordnung geleitet sein müßte: 1. Belebung der Kaufkraft, Abkehr von der gegenwärtigen Agrarpolitik; 2. Erhaltung der sozialen Versicherungs- und Versorgungsleistungen, Besteuerung der Leistungsfähigen; 3. Entlastung des Arbeitsmarktes. Gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche. Alle unsere Einwendungen haben nicht verhindern können, daß die Notverordnung in der zweiten Fassung herauskam. Wir haben sofort in einer gemeinsamen Beratung mit dem Afa-Bund und Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Stellung genommen und eine Kundgebung gegen den Inhalt der Notverordnung veröffentlicht[4]. Der materielle Inhalt der Notverordnung ist im Büro des Bundesvorstandes schnellstens zusammengestellt und allen Verbandsvorständen übermittelt worden. Wir haben außerdem in Verbindung mit den übrigen Spitzenorganisationen der Gewerkschaften gemeinsam beim Reichskanzler im Beisein des Arbeits- und des Finanzministers am 15. Juni Protest eingelegt[5]. In dieser dreistündigen Besprechung haben die Regierungsmitglieder auf die katastrophale Lage der Finanzen hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht, daß in den ersten zehn Junitagen mehr als ¾ Milliarden Mark an Devisen der Reichsbank entzogen wurden. Trotzdem die Reichsbank am 13. Juni ihren Diskont um 2 Prozent erhöhte[6], habe der Abfluß der Devisen nicht nachgelassen, so daß mit einer Kreditrestriktion zu rechnen sei. Die Notverordnung sei nicht reaktionären Absichten entsprungen, sondern die trostlose Finanzlage, geboren aus der ungeheuren Arbeitslosigkeit, sei der Anlaß für die scharfe Drosselung der sozialen und öffentlichen Ausgaben und für die verschärfte Besteuerung der Einkommen. Die Finanzlage im Reich habe sich besonders verschärft durch den Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt. Durch die Notverordnung soll nach Meinung der Regierung das Vertrauen des Auslandes zur deutschen Wirtschaft wiederhergestellt, der Devisenabzug eingedämmt und die Katastrophe verhindert werden. Unser Hinweis auf den brutalen Abbau der Arbeitslosenversicherung, die fast völlige Ausscheidung der unter 21 Jahre alten Arbeitslosen, ferner der Fortfall der Lohnsteuerrückerstat-

3 Nr. 216.

4 Am 12. 6. 1931, Wippermann 1931 Inland S. 275.

5 Am 15. 6. 1931 hatten *Leipart* (für den ADGB) und *Otte* (für die Christlichen Gewerkschaften) von *Brüning* eine Änderung der Notverordnung u. a. in Bezug auf die Erwerbslosenfürsorge und die Krisensteuer verlangt. *Leipart* erklärte, die Notverordnung werde mehr Unruhe auslösen als die Einberufung des Reichstags und die Gewerkschaftsmitglieder den radikalen Parteien zutreiben. Der Kanzler bestand darauf, daß die Notverordnung „in keiner Weise in Zweifel gezogen werden" dürfe, um das Vertrauen im In- und Ausland „in die Stetigkeit der deutschen Verhältnisse" nicht zu erschüttern. Besprechung des Reichskanzlers mit den Vertretern der Gewerkschaften, BA R 43 I/2370.

6 Vgl. Nr. 229.

tung, die verlangte Rückzahlung der Krisenunterstützung an die Gemeinden, der Eingriff in das Tarifrecht der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, die Einbehaltung von Mietbeträgen von der Arbeitslosenunterstützung, all das ist in der Aussprache von den Vertretern der Gewerkschaften vorgetragen und von den Regierungsmitgliedern besprochen worden. Es bestand unter den Gewerkschaftsrichtungen nur die einmütige Auffassung: Ablehnung der sozialen Ungerechtigkeiten in der Notverordnung. Schließlich hat Dr. *Brüning* sich zur Revision der Notverordnung zu einem späteren Zeitpunkt bereit erklärt[7]. Gegenwärtig sei es unmöglich, eine Änderung vorzunehmen, weil vor wenigen Tagen erst der Reichspräsident diese Notverordnung unterschrieben habe und das Vertrauen der ausländischen Geldgeber erschüttert würde, wenn kurz nach der Veröffentlichung der Verordnung neue Verhandlungen mit dem Ziele der Revision bekannt würden.

Von der Einberufung des Reichstages war in der ganzen Besprechung mit keinem Wort die Rede. Die Christlichen Gewerkschaften hatten daher weder Anlaß noch Gelegenheit, sich in dieser Hinsicht von den Freien Gewerkschaften zu distanzieren, wie in einer Korrespondenz behauptet wurde. Die Vertreter der Gewerkschaften unterließen es auch nicht, auf die Dinge hinzuweisen, die in der Notverordnung befremdlicherweise überhaupt nicht berührt worden seien. Nichts stehe z. B. darin über die Kontrolle der Kartelle. Die Vertreter der Reichsregierung verteidigten die Unabänderlichkeit der Notverordnung im gegenwärtigen Augenblick mit dem Hinweis auf die Argumente, die ihnen bei den eingeleiteten Verhandlungen über die Revision der Reparationsregelung entgegengehalten worden seien. Wenn diese Notverordnung jetzt nicht durchgeführt werde und die Regierung zurücktrete, so werde jede kommende Regierung zu noch viel schärferen Maßnahmen gezwungen sein. Die Gefahr eines Zusammenbruchs der Wirtschaft und weit größerer sozialer Not könne nur gebannt werden, wenn die Finanzen des Reiches geordnet würden. Dazu sei auch erforderlich, daß im Ausland der Eindruck vermieden werde, der Regierung sei es mit ihren Sparmaßnahmen nicht Ernst. Der Reichskanzler wie die beiden anderen Minister gaben die Brutalität der Bestimmungen der Notverordnung zu, sie sei aber nicht zu vermeiden gewesen, und sie könnten sich jetzt nicht auf überhastete Änderungen einlassen, die ja nicht nur von seiten der Gewerkschaften und den ihnen nahestehenden Parteien gefordert würden, sondern auch von ihren Gegnern.

Die Notverordnung ist in Kraft getreten. Was ist nun weiter zu tun? Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird gewiß keine Zeit verstreichen lassen, entsprechend der in letzter Stunde vom Reichskanzler gegebenen Zusicherung, in eine Beratung über Änderung von Einzelheiten einzutreten, diese Verhandlungen möglichst bald aufzunehmen. Die Frage ist, in welcher Form die Gewerkschaften ihre Forderungen auf Abänderung der Notverordnung am wirksamsten vertreten und am schnellsten durchsetzen können.

Die Reichsregierung hat eine baldmögliche Änderung der Notverordnung, insbesondere der größten Härten in der Arbeitslosenversicherung, versprochen. Unsere Aufgabe wird es sein, sie fortgesetzt dazu zu drängen. Diesem Zweck soll auch die

7 Vgl. Nr. 241, Anm. 2. Die SPD führte ab 10. 7. 1931 Gespräche mit der Reichsregierung zwecks Abänderung der Verordnung vom 5. 6. 1931. Vgl. Nr. 264, Anm. 6.

Entschließung dienen, die der Bundesvorstand vorgelegt hat und dem Ausschuß zur Annahme empfiehlt.

Mittagspause 13¼ Uhr.

Nachmittagssitzung, Sonnabend, den 20. Juni 1931

Leipart eröffnet um 14¼ Uhr die Sitzung und verliest die vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung.

Schliestedt beantragt einige Änderungen zur vorgelegten Entschließung, die sich insbesondere für die Kürzung der hohen Pensionen und, soweit die Pensionäre noch Nebeneinkünfte beziehen, für die Streichung der hohen Pensionen einsetzen. Der Hinweis auf die Hilfsbereitschaft durch Frankreich sei unzweckmäßig, denn die Notlage in Österreich, hervorgerufen durch den Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt, habe Frankreich veranlaßt, Bedingungen zu stellen, die Österreich ablehnen mußte, so daß schließlich England eingesprungen ist[8].

Leipart weist darauf hin, daß die Gewerkschaften von der Regierung die Kürzung der hohen Pensionen gefordert hätten, aber von *Brüning* sei darauf hingewiesen worden, daß ein solcher Beschluß nur durch Zweidrittelmehrheit des Reichstages möglich sei.

Orlopp beschäftigt sich mit den Eingriffen der Notverordnung in das Tarifrecht der Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen. Etwa 650000 Arbeitnehmer, davon die Hälfte im Gesamtverband organisiert und in Gemeindebetrieben beschäftigt, sollen ihre Bezüge auf die der Reichsarbeiter herabgesetzt bekommen. Das bedeutet ab 1. Oktober 1931 Lohnkürzungen bis zu 30 Prozent der jetzt geltenden Bezüge. Vielfach bestehen neben den öffentlichen Betrieben gleichgeartete Unternehmungen, die sich in privater Hand befinden, und die Folge davon ist, daß die privaten Unternehmungen gleichfalls auf eine weitere Herabsetzung der Löhne dringen werden. Wird dann in solchen Streitfällen der Schlichter angerufen, wird er nicht umhin können, die Lohnsätze denen der gleichwertigen Arbeiten in öffentlichen Betrieben anzugleichen. Zumeist werden die Gemeindearbeiter von der Notverordnung betroffen, die bereits eine Lohnabbauwelle hinter sich haben, die zweite durch Verkürzung der Arbeitszeit erhielten und nun nochmals durch die Notverordnung bestraft werden sollen. Wir verlangen dagegen, daß jetzt die Arbeitszeit auf 40 Stunden herabgesetzt wird und der Lohnabbau unterbleibt. Anderenfalls steht zu erwarten, daß der Lohnabbau durch diese Notverordnung durchgeführt wird, und im Winter angesichts der großen Arbeitslosigkeit noch einmal die Arbeitszeit verkürzt wird und dadurch die Löhne nochmals gesenkt werden. Die Rückwirkung auf die Organisation ist noch nicht abzusehen, sie würde aber die Sprengung der Gewerkschaften bedeuten. Deshalb beantragen wir, einen entschiedenen Protest in der Entschließung auszusprechen.

Husemann wendet sich gegen die Ablehnung jeder staatlichen Subvention und verweist auf Mansfeld, wo seit längerer Zeit der Kupferbergbau mit 16000

8 Vgl. Nr. 237, Anm. 11. Nach Bildung des neuen österreichischen Kabinetts *Buresch* bewilligte die Bank von England der Österreichischen Nationalbank einen Kredit in Höhe von 50 Millionen Schilling, durch den die Kreditanstalt gestützt werden sollte. Kindleberger S. 158; FRUS 1931 I S. 23 f.

Arbeitern überhaupt nur durch staatliche Subventionen aufrechterhalten werden kann.

Bernhard: Die Bauarbeiter sind seit dem Bestehen der Arbeitslosenversicherung die Versuchsobjekte für den Abbau der Versicherungsleistungen. Stellt man demgegenüber die verfassungsmäßig geschützten Pensionsansprüche, so bedeutet das Vorgehen der Reichsregierung gegenüber den Bauarbeitern zweifelsohne einen Verfassungsbruch. Dasselbe gilt für die zu viel bezahlte Lohnsteuer, die den Lohnempfängern nicht zurückgezahlt werden soll. Wir müssen einen sehr viel stärkeren Protest durch die Gewerkschaftspresse organisieren.

Simon wendet sich gegen die geforderte Hilfsbereitschaft durch Frankreich, nachdem erst vor kurzer Zeit Österreich entsprechende Erfahrungen machen mußte. Wir müssen uns gegen jede staatliche Subvention wenden, denn sonst hätten die Schuharbeiter in Pirmasens, die schon jahrelang auf klägliche Wohlfahrtsrenten angewiesen sind, denselben Anspruch wie die Kupferbergwerksarbeiter in Mansfeld. Die Notverordnung übersteigt das erträgliche Maß. Wir sind seither dem Kampf ausgewichen, aber es entsteht doch die Frage, ob wir angesichts der Wirtschaftslage in absehbarer Zeit überhaupt noch ausweichen können. Es gewinnt den Anschein, daß unsere Gegner es auf die Schwächung unserer Organisation abstellen und uns dann den Kampf aufzwingen, wenn unsere Organisationen genügend geschwächt sind. Wir können weitere Belastungsproben nicht mehr ertragen und müssen das offen und deutlich erklären.

Eggert begründet die vorgelegte Entschließung und würdigt dabei die wirtschaftlichen und politischen Motive, die zur Formulierung der einzelnen Abschnitte geführt haben.

Husung kennzeichnet die besondere Ungerechtigkeit, die das Reich den Tabakarbeitern gegenüber begeht. Vor wenigen Monaten sind infolge der Reichssteuergesetzgebung absichtlich Betriebe stillgelegt und tausende Tabakarbeiter arbeitslos geworden, für die man 75 Prozent der bisher bezogenen Löhne als Unterstützung für die Dauer von 12 Monaten in Aussicht stellte. Diese Sonderunterstützung wird durch die Notverordnung völlig aufgehoben, dagegen wird den Unternehmern die Subvention weitergezahlt. Die Bestimmungen der Notverordnung über jugendliche Arbeiter treffen die Tabakarbeiter besonders schwer, da zu ihnen eine sehr große Zahl jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen gehört. Von 142 000 Arbeitern werden nach den neuen Bestimmungen rund 83 000 ohne jede Unterstützung bleiben. Die Gemeinden können die Wohlfahrtsunterstützungen vielfach nicht mehr zahlen, und auf diese Weise werden noch weitere Tausende von jeder Unterstützung ausgeschlossen. Wir richten daher an den Bundesvorstand die Bitte, bei den kommenden Verhandlungen mit der Regierung besonders auf die Notlage der Tabakarbeiter zu achten.

Tarnow: Es ist sehr schwer zu sagen, wo die Grenze unserer Tolerierung sein wird. Man wird in jedem Falle prüfen müssen, ob die Grenze erreicht ist. Sicher ist, daß die Massen nicht in der Lage sind, die wirtschaftliche und politische Situation zu überschauen. Niemand kann sagen, ob noch weitere Notverordnungen möglich sein werden. Die deutsche Wirtschaft ist technisch und organisatorisch intakt, sie leidet nur unter der Weltkrise und insbesondere unter Kapitalmangel. Kurzfristige Kredite betragen ungefähr sieben bis acht Milliarden Mark, die

angesichts der politischen Unsicherheit aus Deutschland flüchten, ohne die Summen aus der Kapitalflucht zu rechnen, die sich schon im September/Oktober vorigen Jahres bemerkbar gemacht haben. Die Großbanken verlieren damit die notwendigen Zahlungsmittel für Löhne und Unterstützungen; die Umlaufmittel für die Wirtschaft werden eingeschränkt. Über diese Tatsachen besteht unter uns keine unterschiedliche Meinung. Dagegen besteht die Gefahr, daß die Massen, die die Situation nicht übersehen, uns verlorengehen. Wir setzen unsere Hoffnung auf die Welterkenntnis, die zur Änderung der Reparationen führen muß und die unsere Kreditfähigkeit stärken wird. Allerdings ist das ein langfristiges Verfahren. Stürzt die Regierung, dann kommt die Katastrophe, die durch keine Notverordnung behoben werden kann. Eine Diktaturregierung wird als einziges Aushilfsmittel versuchen, der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden. Eine andere Wendung ist undenkbar. Jede weitere Woche ruhiger Entwicklung kann uns vielleicht noch retten. Kommt eine Diktatur, dann bedeutet das völlige Aufhebung der Verfassung, und damit verlieren wir unseren Kampfboden. Solange wir das verhindern können – es wird unsere Kampfkraft zunächst allerdings geschwächt –, behalten wir die Hoffnung, daß wir in besseren wirtschaftlichen Zeiten wieder unsere Kampfkraft stärken und verwenden können. Es entsteht die Frage, welche außerparlamentarischen Mittel haben wir denn? Wir können unseren Kampf bis zum Sturz der Regierung führen, aber dabei kommt schon die Überlegung, ob wir diesen letzten Schritt in die Katastrophe tun wollen. Bisher haben wir uns im Interesse der Arbeiterklasse gehütet, diesen Schritt zu tun.

Brey: Ob weitere Notverordnungen kommen werden, kann niemand voraussagen. Kapitalkredit bedeutet für unsere Arbeitslosen Arbeit. Bei 5 Millionen Arbeitslosen muß die Kampfkraft der Gewerkschaften erlahmen. Nach Prüfung aller Umstände hat die Reichstagsfraktion sich für die günstigere Seite entschieden, um Schlimmeres von der Arbeiterklasse abzuwenden. Wir haben seither verhindert, daß die Reaktion die Oberhand erhielt, haben dem Lohnabbau den größtmöglichen Widerstand entgegengesetzt. Die Wirkung einer politischen Krise wäre furchtbar für die Wirtschaft und für die Arbeiterklasse geworden. Wir müssen draußen Verständnis für die gegenwärtige Lage wecken und vertiefen. Keine außerparlamentarische Aktion ist heute möglich, ohne daß die Katastrophenpolitiker von rechts und von links versuchen, die Massen ins Elend zu treiben. Käme die Parole „Heraus aus den Betrieben", dann würden sofort die Arbeitslosen in die Betriebe hineinstürmen. Denn die Solidarität in der Arbeiterschaft ist durch die ungeheure gegenseitige Hetze außerordentlich erschüttert. Es bleibt für solche Aktionen kein gangbarer Weg, so daß man sich evtl. noch auf schärfere Notverordnungen gefaßt machen kann.

Dr. Bachem: Die schwierige finanzielle Lage Deutschlands ist von einer Reihe von Vorrednern bereits treffend geschildert worden. Ich kann mich darauf beschränken festzustellen, daß infolge der sehr namhaften Devisenabzüge von der Reichsbank zur Zeit der Entscheidung des Ältestenrates des Reichstages über die Einberufung des Plenums oder Haushaltsausschusses die schlimmsten Befürchtungen gerechtfertigt schienen. Es ist deshalb wohl seitens der Fraktion der SPD eine richtige Entscheidung gefällt worden, als sie gegen die Einberufung sich

entschieden hat[9]. Die Entscheidung des Ausschusses selbst hat zunächst eine gewisse Beruhigung hervorgerufen. Der Devisenabfluß ist geringer geworden, um dann in den letzten Tagen erneut bedrohlich anzusteigen. Die Abflüsse haben ein Ausmaß angenommen, daß man heute wohl sagen kann, daß ohne fremde Hilfe es wohl kaum möglich sein wird, das vorgesehene Deckungsverhältnis der Noten über den Monatsultimo aufrechtzuerhalten. Die Reichsbank hat mit der Erhöhung des Diskontsatzes um 2 Prozent einen durchschlagenden Erfolg nicht erreicht. Sie ist nach Nachrichten, die ich soeben erhalten habe, heute dazu übergegangen, auch die zweite Waffe, die Restriktion, in Anwendung zu bringen, – hat das aber meines Erachtens in taktisch durchaus falscher Weise getan, indem sie ihre Bereitwilligkeit zur Hereinnahme der Privatdiskonten in Frage gestellt hat[10]. Diese Maßnahme wird – wie ich fürchte – nicht zur Beruhigung beitragen, sondern erneut Mißtrauen im Ausland hervorrufen, da sie leicht so gedeutet werden kann, daß die Reichsbank ihrerseits nicht mehr an die Bonität des Bankakzeptes glaubt. Das aber müßte zu weiteren Kündigungen von Auslandsguthaben führen. Damit soll nicht gesagt werden, daß Restriktionen nicht an sich ein taugliches Mittel der Verteidigung der Währung sind – im Gegenteil. Bei seiner Anwendung muß man sich aber auch über die in ihm liegenden Gefahrenmomente klar sein. Es wäre wohl kaum wesentlich weniger verhängnisvoll in der Auswirkung, wenn infolge wahlloser Restriktionen bei einer oder der anderen bedeutenden Bank eine Zahlungsunfähigkeit einträte. Daher wird von der an sich scharfen Waffe der Restriktion nur ein sehr überlegter Gebrauch gemacht werden können.

Nach meiner Auffassung ist die in der Resolution des Bundesvorstandes vorgeschlagene Hervorhebung Frankreichs nicht nur unbedenklich, sondern dringend zu empfehlen. Eine wirkliche Bereinigung der Schwierigkeiten, in denen die deutsche Finanzwirtschaft sich befindet, ist meines Erachtens nur möglich auf der Basis einer sehr langfristigen Kreditierung von Gold und Devisen seitens des Auslandes, und für eine solche kommt nach der gegenwärtigen wirtschaftlichen Kräfteverteilung in erster Linie – wenn nicht ausschließlich – Frankreich in Frage. Die deutsche Außenpolitik muß meines Erachtens darauf hinarbeiten, mit Frankreich unter Hintansetzung aller Prestigegesichtspunkte zu einer Verständigung zu kommen, die auf der Gegenseite eine Bereitschaft zur dauernden finanziellen Förderung Deutschlands auslöst. Die Lage ist so, daß Deutschland seinerseits nicht nur keine Bedingungen stellen kann, sondern wahrscheinlich die von der Gegenseite gestellten Bedingungen in weitem Umfang annehmen muß.

Ploog: In der Presse ist sehr wenig auf die Wirkung der Notverordnung für Heimarbeiter Bezug genommen worden. Schon stets war ein großer Kreis der Heimarbeiter von der Arbeitslosenversicherung ausgenommen. Es wird zu sehr verkannt, daß die Zahl der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter beträchtlich ist. Unsere Vertreter im Verwaltungsrat und Vorstand der Reichsanstalt sollten sich dieser Gruppe ganz besonders annehmen.

---

9 Vgl. Nr. 237, Anm. 16.

10 Nach einem neuerlichen starken Anstieg der Devisenverluste setzte die Reichsbank am Samstag, den 20. 6. 1931, die halboffiziellen Privatdiskontnotizen aus und beschloß mit Wirkung vom 22. 6. 1931 Kreditrestriktionen: Vgl. Nr. 244, 245. Luther S. 170; Lüke S. 280; Schulthess 1931 I S. 144 f.

Umbreit: Die Ausführungen von *Brey* und *Tarnow* haben gezeigt, daß die Schwierigkeit des Abwehrkampfes von allen berücksichtigt werden muß. Partei und Gewerkschaften werden im Kampf um die Änderung der Notverordnung zusammenstehen müssen. Auch die einzelnen Gewerkschaften müssen die Partei dabei unterstützen und geeignetes Material zusammentragen. Wir sollten ein allgemeines Flugblatt gegen die Notverordnung herausbringen, und auch die Einzelgewerkschaften müßten in gleicher Weise gegen die sie besonders berührenden Bestimmungen der Notverordnung angehen. Nur dann wird es gelingen, ihr die Giftzähne auszubrechen.

Brandes: In bestimmten Bezirken und in bestimmten Industrien wird auch in Zukunft das Reich mit Subventionen einspringen müssen. Wenn die Reichsverfassung im Artikel 48 die Möglichkeit gibt, in das Tarifrecht einzugreifen, das Koalitionsrecht für öffentliche Betriebe zu beschränken (siehe Verordnung *Eberts* vom November 1920)[11], dann muß derselbe Artikel auch Eingriffe in hohe Pensionen gestatten. Die wirtschaftliche Situation bleibt voraussichtlich noch auf Jahre hinaus für Deutschland außerordentlich ungünstig. Deshalb wird es noch nicht die letzte Notverordnung sein. Werden unsere Grundrechte berannt, dann ist es notwendig, schon rechtzeitig Maßnahmen vorzusehen, die wir dann anwenden müssen. Der Bundesvorstand sollte sich mit solchen Maßnahmen beschäftigen. Wir sind verpflichtet, unsere Mitglieder über die gegenwärtige Situation offen und klar zu unterrichten, deshalb befürworten wir die Herausgabe von Massenflugblättern.

Schumann rechtfertigt die Taktik der Reichstagsfraktion, die sich bereits durch die Entwicklung der letzten Tage als richtig erwiesen hat. Die Hilfsbereitschaft Frankreichs würde dazu führen können, daß es weitgehende Ansprüche bezüglich des Saargebietes stellen könnte.

Leipart: Die Herausgabe von Massenflugblättern durch den ADGB scheint im gegenwärtigen Augenblick nicht zweckmäßig. Vielmehr sollten die Redaktionen der Gewerkschaftsblätter um weitestgehende Aufklärung der Mitglieder sich bemühen. Wir werden in den kommenden schweren Tagen einmütig mit der Partei zusammenarbeiten. Wir sprechen schon heute unseren Dank an den Parteivorstand und an die Fraktion aus für den Mut, den sie aufgebracht haben, um die Arbeiterklasse vor der Katastrophe zu retten. Der Hinweis auf die Eingriffe in das Tarifrecht der Gemeinde- und Staatsarbeiter sollte sich nicht auf einige Worte in der Entschließung beschränken, sondern viel wichtiger erscheint es, in dem Bericht über die Bundesausschuß-Sitzung scharf und deutlich zu erklären, daß wir gemeinsam entschiedenen Protest gegen ein solches Vorgehen der Reichsregierung einlegen.

Die vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung wurde hierauf mit einigen Änderungen vom Bundesausschuß einmütig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes drückt seine Überzeugung dahin aus, daß eine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931

11 Verordnung des Reichspräsidenten, betreffend die Stillegung von Betrieben, welche die Bevölkerung mit Gas, Wasser, Elektrizität versorgen, vom 10. 11. 1920, RGBl. 1920 II S. 1865.

nicht erreicht werden kann. Die Notverordnung steht außerdem in schroffem Widerspruch zu den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, sie erfordert nach wie vor den schärfsten Protest der Arbeiterschaft und den entschiedenen Kampf für ihre Abänderung in kürzester Frist.

Angesichts der bedrohlichen Lage, die durch die fortdauernden, umfangreichen Kündigungen von Auslandsguthaben und die zum Teil auch durch Kapitalfluchtbestrebungen bedingten Devisenabflüsse herbeigeführt ist, muß die Sicherung ausländischer Hilfsbereitschaft dringend gefordert werden. Die deutsche Außenpolitik muß diesem Ziel gewidmet sein.

Daß außerdem eine weitgehende Erleichterung der Reparationslasten auf schnellstem Wege erstrebt werden muß, wird von den Gewerkschaften nicht erst jetzt betont[12]. Gegenüber anderen Kundgebungen unverantwortlicher Kreise vertreten die Gewerkschaften mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nach wie vor mit aller Entschiedenheit die Forderung einer friedlichen Verständigung. Die Wirtschaftsnöte in der ganzen Welt verlangen eine internationale Wirtschaftspolitik, die von gegenseitigem Vertrauen getragen und auf gegenseitige Förderung gerichtet ist.

Für das Reich können neue Finanzquellen noch erschlossen werden, wenn fortab verhindert wird, daß alljährlich ungezählte, aus inländischer Konsumkraft gewonnene Millionen für deutsche Rechnung oder für Rechnung internationaler Truste in das Ausland verbracht und dem deutschen Steuerzugriff entzogen werden. Es ist an der Zeit, daß Regierung und Gesetzgebung die Übernahme von Handelsmonopolen auf das Reich ernsthaft ins Auge fassen, z. B. für Getreide, Margarine, Tabak, Öl und andere Verbrauchsgüter, deren Rohstoffe im wesentlichen aus dem Auslande kommen. Solche Reichsmonopole würden die Möglichkeit der Verhinderung von Kapitalabwanderung und neben der Förderung inländischer Kapitalbildung unmittelbare Einnahmequellen schaffen. Durch weiteren Ausbau der Erbschaftssteuer könnte gleichfalls eine Erhöhung der Reichseinnahmen gesichert werden.

Angesichts der brutalen Sparmaßnahmen auf sozialpolitischem Gebiete ist es nicht länger zu vertreten, daß die von der überwiegenden Mehrheit als notwendig und unvermeidlich anerkannte Reichsreform hinausgeschoben wird. Zur Verwirklichung dieser Maßnahme, die große Mittel freisetzen wird, müssen ernste Schritte getan werden. Die Ausschaltung der Gewährung von Pensionen an im Erwerbsleben stehende frühere Beamte und Offiziere müßte in der augenblicklichen Notzeit eine Selbstverständlichkeit sein.

Die seitherige nur privatwirtschaftlichen Interessen dienende Politik der Subventionen muß verlassen werden. Notwendiger noch ist die sofortige Abkehr von der Agrarpolitik, die den Verbrauch belastet und einschränkt und durch das Streben nach Sondervorteilen für die Landwirtschaft alle Handelsverträge gefährdet. Eine entschlossene Handelspolitik auf der Grundlage der Meistbegünstigung zur Förderung des deutschen Industrie-Exports ist dringend geboten. Ihr Ziel muß der internationale Abbau der Zölle sein[13].

12 Vgl. Nr. 149.

13 Ähnlich die Forderungen des RDI in Nr. 173 und 190.

Daneben erheben die Gewerkschaften erneut ihre Forderung nach scharfer Kontrolle der Kartelle und Monopole, deren ungesunde Preispolitik insbesondere auf dem Lebensmittelmarkt die Lage dauernd verschlimmert; die Forderung nach Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft der Verbrauchermassen; nach Verkürzung des Weges der Güterbewegung durch unmittelbare Geschäftsbeziehungen zwischen Produzenten und Kleinverkauf; nach ernsten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, insonderheit durch zielbewußte Wohnungswirtschaft und eine vernünftige Siedlungspolitik; nach der allgemeinen, gesetzlichen 40stündigen Arbeitswoche mit dem Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte aus dem Millionenheer der Arbeitslosen[14].

Den Kampf um diese nächsten Aufgaben muß die organisierte Arbeiterschaft mit Hartnäckigkeit und Ausdauer unter Anspannung aller Kräfte weiterführen. Wir sind der Treue der Mitglieder sicher, aber wir rufen auch die übrige Arbeiterschaft auf, sich in unseren Verbänden zu vereinigen, um den Sieg über die soziale Reaktion und alle Feinde der Arbeiterinteressen zu erringen."

14 Vgl. Anm. 1; Nr. 176, 216.

244.

20. 6. 1931: Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer (Auszug)

Nachlaß Schäffer ED 93.

[. . .][1]

Luther läutet an, teilt mir mit, daß von der Reichsbank wiederum 60 Millionen Devisen abgezogen worden seien und daß er mit mir ein ernstes Gespräch haben müsse.

Er sagt mir etwa folgendes: Es seien wieder eine große Anzahl von Devisen abgefordert worden, und zwar augenscheinlich von kleinen Leuten, da sie in kleinen Stücken verlangt worden seien. Die Reichsbank hat daher erklärt, daß sie Privatdiskonte nur noch an den Schaltern nehme. Das sei eine Maßnahme, die eine Restriktion vorbereiten solle. Sie schaffe jedenfalls der Reichsbank noch für

1 Einleitend rekapituliert *Schäffer* die verschiedenen Formen eines Moratoriums und stellt fest, „wir alle [sind] der Auffassung, daß, wenn man das Moratorium schon erklärt, man es auf die Sachleistungen erstrecken müsse". Offen blieb allerdings noch die Frage des Zeitpunktes. *Brüning* hatte sich in der Chefbesprechung am 19. 6. 1931 nicht festgelegt und lediglich festgestellt! „Allerdings dürfe man sich bei der Wahl des Termins nicht nur von außenpolitischen Rücksichten beeinflussen lassen. Der Zeitpunkt des Handelns müsse auch innenpolitisch richtig gewählt werden. Nach dieser Richtung sei aber zu bedenken, daß eine Verschärfung der Lage der Reichsfinanzen jedenfalls vor dem Besuch des Staatssekretärs *Stimson* nicht eintreten werde. Etwas anders würden die Dinge liegen, wenn etwa die Reichsbank in den nächsten Tagen genötigt sein werde, wegen der Devisenlage an die Reichsregierung heranzutreten und um Schritte der Reichsregierung zu bitten." BA R 43 I/311.

den Sonnabend Ruhe[2]. Durch diese Maßnahme sei auch der 250-Millionen-Kredit[3] in Frage gestellt. Bei Restriktionen könne man von den Banken nicht verlangen, daß sie Reichspapiere übernehmen. Er habe sich an Montagu *Norman* gewandt. Dieser habe sowohl die Senkung der Notendeckung wie ein Herangehen an die BIZ als unerwünscht bezeichnet. An die BIZ würde er auch nur im Notfalle und im letzten Augenblick herangehen. Er kenne diese entsetzlichen Verhandlungen von der österreichischen Sache[4]. Ich bestärke ihn darin und sage, daß die BIZ persönlich und sachlich zu schwach sei, um in einem solchen Falle wirklich helfen zu können.

Dagegen unterstreiche ich die Notwendigkeit, sich in England und Amerika Rediskont-Möglichkeiten zu sichern. Ich bitte *Luther*, sich nicht mit einer Unterhaltung mit *Siepman* zu begnügen, sondern selbst mit *Norman* zu sprechen, und erwähne dabei, daß *Norman* überhaupt den größten Wert darauf legen würde, näher mit ihm zu stehen.

Luther sagt, daß er immer *Norman* gegenüber alle Sorgfalt gezeigt hat. Er habe einmal bei *Hülse* einen Abend mit *Norman* zugebracht, und es sei dabei zu ausführlichen Unterhaltungen gekommen. Niemals verabschiede er sich von Basel, ohne *Norman* in seinem Zimmer noch einen besonderen Besuch zu machen. Der telefonischen Verständigung ständen freilich sprachliche Schwierigkeiten entgegen. Er spreche zwar englisch, aber das Verstehen *Normans* am Telefon mache ihm Schwierigkeiten. Er lasse sich dabei immer *Siepman* zum Mithören herankommen, damit er übertragen könne. Heute habe er *Norman* bereits mehrfach zu erreichen gesucht. Er sei jedoch nie zu sprechen gewesen. Nachmittags um 4 Uhr werde *Norman* ihn anläuten und mit ihm über den Rediskontkredit sprechen. Auch mit der Federal Reserve Bank habe er noch keine Fühlung, weil er diese von *Normans* Verhalten abhängig machen wolle.

Wir sprechen dann über die Höhe eines Rediskontkredits. *Luther* glaubt, daß 500 Millionen Reichsmark schon ein hoher Betrag wären. Ich selbst glaube, daß, wenn ein solcher Kredit wirklich für uns etwas darstellen soll, er höher sein müsse. Ich dränge auch, weiter in den Anforderungen zu gehen, *Luther* solle sich bei *Norman* persönlich ansagen und notfalls hinfliegen. Er verspricht auch, es zu tun, wenn sich dies irgend bei dem Gespräch anbringen lasse. Ich rate ferner, *Vocke* mitzunehmen und dauernd in London als Gesandten bei *Norman* zu lassen.

Während meiner Anwesenheit bei *Luther* läutet mich *Pünder* an und teilt mir mit, daß *Luther* in der Mittagsstunde beim Kanzler sich sehr aus dem Häuschen gezeigt hat. Er habe eine merkwürdige Scheu, sich persönlich in der Rediskontfrage zu exponieren. Der Kanzler bittet mich, noch weiter auf ihn einzuwirken. *Wassermann* und *Solmssen* seien übrigens soeben bei dem Kanzler gewesen und hätten ihm gesagt, er solle sich über die Frage des Rediskontkredits keinerlei Sorgen machen. Wenn *Luther* die Bank von England um einen solchen bitte, würde er ihn ohne weiteres bekommen. Man habe ihn ja auch dem viel fauleren Österreich gegeben. Allerdings sind sie der Auffassung, daß es Zeit für *Luther* sei, sich um einen solchen Rediskontkredit zu bemühen.

2 Vgl. Nr. 243, Anm. 10.

3 Vgl. Nr. 241, Anm. 8.

4 Verhandlungen zur Stützung der Österreichischen Kreditanstalt.

Mein Gespräch mit *Luther* geht dann weiter. Er macht allgemeine Andeutungen, daß zusammen mit einem etwaigen Rediskontkredit auch weitere Regierungsmaßnahmen kommen müßten. Was er sich da denkt, weiß ich nicht[5]. *Luther* verspricht schließlich, wenn auch sichtlich gezwungen, persönlich nach London zu fahren und alles zu tun, um seinen Kredit zu kriegen. Eine Intervention von *Kindersley,* die ich vorschlage, lehnt er ab. Ich scheide sehr besorgt und gehe auf dem Rückwege noch einmal bei *Dreyse* hinein, dem ich ans Herz lege, daß er unbedingt dafür sorgt, daß *Luther* nach London fliegt.

Ritscher berichtet über die Lage, die er als sehr ungünstig ansieht. Die Maßnahme der Reichsbank hinsichtlich der Privatdiskonte sei etwas rein Technisches und schade mehr, als sie nütze. Die Abzüge würden wohl so weiter gehen, da das Ausland durchaus kein Vertrauen fasse. Es sei nur die Frage kurzer Zeit, ob die Unruhe auch das Inland ergreife. *Luther* müsse alles tun, um sich rasch einen Rediskontkredit zu sichern.

Besuch von *Löb.* Wir besprechen die Lage. *Löb* weist auf die Schwierigkeiten hin, welche die Ultimo-Überwindung für die Banken bedeuten wird. Was wird die Reichsbank tun, um die Lage zu erleichtern? Man kann doch keine der großen Banken fallen lassen. Eine sei immer wieder im Gerede, und das halte auf die Dauer kein Institut aus. Die Banken seien auf den 250-Millionen-Kredit vorbereitet. Er müsse auch gemacht werden, denn eine Nichtzahlung der Staatsschulden würde den allgemeinen Kredit und damit auch den der Banken schwer schädigen. Ich erzähle von der Haltung *Luthers* und von der ersten Unterhaltung mit der Bank von England. *Löb* schließt daraus, daß *Norman* mit einem Rediskontkredit helfen will. Unübersichtlichkeit der ganzen Lage festgestellt.

Zum Kanzler, daselbst *Curtius, Bülow, Hoesch, Pünder, Dietrich,* später auch *Luther*[6]. Es liegt ein Telegramm der Botschaft in Washington vor über eine Unterredung zwischen *Leitner* und *Stimson. Stimson* fragt, wie wir zu einem einjährigen Aufschub von allen Zahlungen außer den Zinsen für Dawes- und Young-Anleihen stünden. Freilich müßten dann die europäischen Mächte auch zustimmen. – Der amerikanische Botschafter habe sich angesagt. *Brüning* müsse ihm eine Erklärung abgeben. *Brüning* selbst sagt, man muß den Willen zunächst anerkennen. Einwendungen, die man zu machen hat, z. B. gegen die Kürze der Aufschubfrist oder gegen die Nichtaufrollung der Frage im ganzen, sollten erst später kommen. Nur das müsse man sich in irgendeiner Form vorbehalten, daß man damit für diese Zeit die Mittel des Young-Plans[7] nicht aus der Hand lege.

Während der Reichskanzler und *Bülow* mit *Sackett* sprechen, kommt *Luther,* schweißperlend, und berichtet über seine lange Unterredung mit Montagu *Norman*[8]. Es sei ungeheuer schwierig gewesen, *Norman* zu erreichen, weil er vorher eine ganze halbe Stunde mit Amerika telefoniert habe. Dann habe sich das Gespräch etwa folgendermaßen abgespielt:

---

5 Vgl. Brüning S. 291.

6 A. a. O. S. 292.

7 Vgl. Heilfron/Nassen S. 83 ff.

8 Dazu Luther S. 170 f.; Born S. 78; Boyle S. 262 f.

Norman: Was haben Sie in der Zwischenzeit veranlaßt? *Luther:* Nach der Diskonterhöhung der vorigen Woche habe ich heute den Zufluß an Privatdiskonten eingeschränkt. *Norman:* Was haben Sie noch veranlaßt? *Luther:* Ich erwäge den Plan einer Restriktion[9]. *Norman:* Was denken Sie weiter zu veranlassen? *Luther:* Trotz der scheußlichen Folgen für die deutsche Wirtschaft werde ich wohl die Restriktion durchführen müssen. Es bleibt kein anderer Weg, wenn ich nicht von Ihnen und Amerika den Rediskontkredit erhalte. *Norman:* Den Rediskontkredit kann ich nicht geben. Ich habe auch dem Präsidenten der Federal Reserve Bank nicht dazu zureden können. *Luther:* Darf ich die Gründe wissen? Wir haben doch noch vergangene Woche für Österreich einen gemeinsamen Rediskontkredit gemacht. *Norman:* Das ist etwas ganz anderes in der Größenordnung. Österreich ist viel kleiner. *Luther:* Aber die deutsche Wirtschaft ist viel gesünder als die österreichische. *Norman:* Wie können Sie die deutsche Wirtschaft gesund nennen, solange sie mit Reparationen belastet ist, die sie nicht tragen kann? Die Frage ist überhaupt eine, die aus der Zuständigkeit der Notenbank ins Politische hinausragt. Sie haben alles getan, was man als sorgfältiger Leiter einer Notenbank machen kann. *Luther:* Ich hätte den Wunsch, mich über entstehende Tatbestände noch einmal persönlich mit Ihnen in London zu unterhalten. Darf ich Sie besuchen? *Norman:* Ich werde mich sehr freuen und Sonntag nachmittag in die Deutsche Botschaft in London kommen[10].

Der Kanzler und *Bülow* berichten von ihrem Zusammensein mit *Sackett*[11]. Er sei sehr aufgeregt gewesen und hätte seine Sätze nur stoßweise vorgebracht und mehrfach neu beginnen müssen. Er habe erzählt, daß *Stimson* ihn im Laufe des Vormittags angeläutet habe und ihm folgendes erklärt habe: Der Präsident wünsche, mit großer Beschleunigung seinen Wunsch nach einem Feierjahr Amerika und der Menschheit bekanntzugeben[12]. Er werde zu diesem Zwecke am Sonntag eine Botschaft erlassen. Er möchte gern zu dieser Botschaft durch ein Telegramm des deutschen Reichspräsidenten, das die Lage und die Notwendigkeit des Eingriffs unterstreiche, angeregt sein. Vielleicht wäre es möglich, ihm ein solches am Abend noch zu übermitteln.

Wir überlegen, was die englische Haltung und der amerikanische Wunsch zu bedeuten haben. *Dietrich* und *Luther* sind der Auffassung, daß dies die endgültige Einigung der angelsächsischen Mächte bedeute. England wolle die Herrschaft in Europa wiederum antreten und das Joch Frankreichs abschütteln. Deshalb handle es jetzt selbständig mit Amerika ohne Frankreich. *Curtius* und ich haben Bedenken gegen diese etwas romantische Auffassung. Ich nehme an, daß der Zweck der ablehnenden Haltung *Normans* ist, auf das widerstrebende Frankreich durch Verschärfung der Lage in Deutschland einen Druck auszuüben. Frankreich

9 Vgl. Nr. 243, Anm. 10.

10 Das Gespräch wurde mit *Siepman* fortgeführt. Nr. 245.

11 Vgl. Brüning S. 292.

12 Vgl. FRUS 1931 I S. 33. Zur Vorgeschichte des „*Hoover*-Moratoriums" Bennett S. 132ff.; Elting E. Morison, Turmoil and Tradition. A Study of the Life and Times of Henry L. Stimson, Boston 1960 S. 346ff.; Helbich S. 81f.; Link S. 500ff.; FRUS 1931 I S. 1ff.; DBFP 2 II S. 79ff.; Schulthess 1931 S. 489ff.

wird dann isoliert sein und kann das auf die Dauer nicht aushalten. *Hoesch* und *Bülow* sehen die Sache ebenso. *Berger* vermutet allerhand unheimliche Tücken und ist dafür, die allgemeine Aufrollung der Reparationsfrage ausdrücklich vorzubehalten. Der Kanzler lehnt dies aber als untunlich ab. Er hat sich nur bei *Sackett* vorbehalten, daß wir die Rechte aus dem Young-Plan auch weiter ausüben könnten, was *Sackett* auch anerkannt hat. Wir wollten diesen Vorbehalt in der Depesche des Reichspräsidenten noch einmal wiederholen, und zwar in der Form, daß wir betonten, wir müßten nachher die privaten Verpflichtungen und die Anleiheschulden des Reiches bezahlen können[13]. Allgemein ist man sich aber einig, daß zunächst von einer Geltendmachung des Moratoriums unsererseits nicht die Rede sein kann.

Bülow, Trendelenburg, Meissner und ich machen sich danach an die Depesche des Reichspräsidenten, die nach unendlichen Redaktionsschwierigkeiten schließlich zustande kommt[14]. *Dietrich* machte einige recht gute Vorschläge volkstümlicher Fassungen, die aber nur teilweise berücksichtigt werden, weil inzwischen der Reichspräsident die telefonisch durchgegebene Fassung genehmigt und selbst noch ergänzt hat.

Abends über *Kempner* Telefon von *Murnane,* nach dem die amerikanische Börse eine starke Hausse aufweise und man von dem Umschlagen der Krise spreche.

---

13 In der Depesche heißt es: „Der Arbeitswille und die Disziplin des deutschen Volkes rechtfertigen das Vertrauen in die strikte Erfüllung der großen privaten Schuldverpflichtungen aus Anleihen, mit denen Deutschland belastet ist." Schulthess 1931 S. 492.

14 Abgedruckt in Schulthess 1931 S. 491f.; Poetzsch-Heffter S. 126; Hubatsch S. 304; Hoover III S. 73 f., wo irrtümlich angegeben wird, daß das Telegramm des Reichspräsidenten bereits am 18. 6. 1931 in Washington vorlag. Zu den Vorgängen am 20. 6. 1931 Brüning S. 292; Luther S. 170f.; Pünder S. 101f. Vgl. Nr. 245.

245.

20. 6. 1931: Aktenvermerk über ein Gespräch des Reichsbankpräsidenten Luther mit Siepman

Nachlaß Luther 365. Handschriftlicher Vermerk: „Vertraulich".

Anschließend an ein Gespräch zwischen Präsident *Luther* und Governor *Norman*[1], Sonnabend, 20. 6. 31, nachmittags gegen 6 Uhr.

Herr *Siepman,* der nunmehr anstelle von *Norman* das Gespräch weiterführte, sagte: „Wir möchten vor allem wissen, was Sie eigentlich vorhaben. Wir verstehen, daß Sie jetzt mit Kreditrestriktionen arbeiten werden. Welche Folgen erwarten Sie davon?"

---

1 Vgl. Nr. 244.

Präsident *Luther* schilderte die unheilvollen Folgen, die für die Wirtschaft zu erwarten sind und die sich in einem ,,Run" auf die Sparkassen und einer Erhöhung der Beunruhigung auswirken könnten. Herr *Siepman* fragte weiter, sie wollten wissen, mit wem wir nunmehr in Kontakt getreten sind, worauf Herr Präsident *Luther* antwortete: ,,Wir haben uns nur an die Bank von England gewendet. Wir sind insbesondere nicht direkt mit *Harrison* in Verbindung getreten, sondern haben das der Bank von England überlassen." Herr Präsident *Luther* trug nochmals die Bitte vor, daß die Bank von England helfen möchte. Wir würden unsere weiteren Schritte von der Meinung *Normans* abhängig machen.

Siepman erklärte, daß unter den gegebenen Verhältnissen eine Hilfe aus England und Amerika kaum zu schaffen wäre. Er habe sich auch gestern in diesem Sinne mit Herrn Vizepräsidenten *Dreyse* ausgesprochen, wo von vier Möglichkeiten die Rede war (Golddiskontbank-Kredit, Herabsetzung der Deckung, Hilfe der BIZ, Hilfe der Bank von England). Alle vier Möglichkeiten habe man gestern als nicht in Frage kommend ausgeschieden. Herr *Siepman* fragte: Gibt es keine fünfte Möglichkeit? Herr Präsident *Luther* sagte, er sähe keine, worauf *Siepman* antwortete: Dann geht es eben überhaupt nicht.

Siepman hatte vorher gefragt, was wir in der Reparationsfrage zu machen gedächten. Antwort *Luthers:* das sei eine politische Frage, mit der er zwar selbstverständlich in Verbindung sei, bei der er aber nicht willensbildend mitwirke. Daneben gebe es die Frage der Notenbank.

Herr *Siepman* kam noch einmal auf *Normans* Gespräch mit Amerika zu sprechen und sagte: ,,Wir waren direkt mit Amerika in Kontakt, und ich betrachte als eine Folge davon die heute aus Washington gemeldeten Erklärungen *Hoovers* und *Stimsons*[2]." *Siepman* fragte noch einmal, was für Absichten wir haben, worauf Präsident *Luther* nochmals auf die Frage einer Unterstützung durch die Bank von England zu sprechen kam. Hierauf antwortete *Siepman,* daß keine Hilfe auf dem Wege des Rediskontkredits möglich ist. Herr Präsident *Luther* fragte warum, worauf Herr *Siepman* antwortete: ,,Sie tragen wahrscheinlich eine untragbare Last, und solange Sie diese Last tragen, können Sie nicht sagen (was Herr Präsident *Luther* vorher ausgeführt hatte mit der Bemerkung, daß sich an der Belastung Deutschlands in den letzten Wochen ja nichts verändert habe), daß die Lage in Deutschland gesund sei." Herr Präsident *Luther* verwies dann auf das Beispiel Österreichs, worauf Herr *Siepman* sagte: ,,Der Unterschied ist eben der, daß Österreich keine Reparationslasten zu tragen hat, wodurch die Sache dort sehr viel einfacher ist." *Siepman* hatte ferner gesagt, das Problem Deutschland sei für eine Behandlung wie Österreich zu groß.

Herr *Siepman* erkannte an, daß wir mit den Mitteln der Kreditrestriktion vielleicht nicht durchkommen, obwohl er wiederholt betont hatte, daß auch die Bank von England diesen Weg für richtig und für notwendig hält. Er erkannte an, daß wir in

2 In seiner Botschaft vom 20. 6. 1931 schlug Präsident *Hoover* einen einjährigen Aufschub aller Zahlungen auf Schulden der Regierungen, Reparationen und Wiederaufbauschulden vor, ausgenommen Schuldverpflichtungen der Regierungen, die sich in Privathänden befinden. Wortlaut in FRUS 1931 I S. 33 ff.; Schulthess 1931 S. 490.; vgl. Hoover III S. 74 ff.

einer für eine Notenbank völlig unmöglichen Situation stecken. Keine einzige der oben genannten Alternativen sei gangbar. Hierauf stellte Präsident *Luther* seinen Besuch für Sonntag nachmittag[3] beim Governor in Aussicht[4].

3 21. 6. 1931.

4 Der Besuch fand nicht statt. Am 21. 6. 1931, 17 Uhr, telefonierte Legationssekretär *v. Scherpenberg* aus London, *Norman* habe ihm erklärt, ein Besuch *Luthers* „würde ihm im gegenwärtigen Zeitpunkt äußerst bedenklich erschienen sein; ein Bekanntwerden hätte zu erneuter Panik auf den Geldmärkten geführt, im günstigsten Falle wäre es nur zu allgemeinen Erörterungen über die Lage, nicht aber zu positiven Ergebnissen gekommen. Die Krise sei politisch begründet und sei mit Mitteln, die den Notenbanken zur Verfügung stehen, nicht zu beheben. Die Reichsbank müsse gerade im Interesse des Ansehens der deutschen Währung versuchen, aus eigener Kraft mit der Lage fertig zu werden, was ihr ja auch bei der für morgen mit Sicherheit zu erwartenden allgemeinen Entspannung der internationalen Finanzlage sicher gelingen werde [. . .]. Dagegen würde Herr Montagu *Norman* die Entsendung von Herrn *Vocke* nach London, die er selbst angeregt habe, sehr begrüßen." Aktenvermerk *Dieckhoffs* vom 21. 6. 1931, Nachlaß Luther 365.

246a.

22. 6. 1931: Aktenvermerk des Reichsbankdirektors Vocke über ein Telefonat des Reichsbankpräsidenten Luther mit Siepman

Nachlaß Luther 365. Abschrift. Überschrift: „Telefonat des Herrn Präsidenten mit Herrn Siepman (Geheimrat Vocke an dem Hörer)".

Herr *Siepman* sagte, der Governor möchte wissen, wie wir jetzt die Zukunft ansehen. Präsident *Luther* bemerkte, das hinge wohl sehr davon ab, wie die Botschaft *Hoovers*[1] aufgenommen würde.

Herr *Siepman* sagte, die Wirkung in England sei sehr günstig. Was Paris anlangt, so habe man nur Zeitungsnotizen, nach denen die Aufnahme in Paris auch nicht ungünstig sei.

Präsident *Luther* sagte, wir gehen unseren Weg des Schutzes der Währung weiter. Wir haben die Restriktionen in Kraft treten lassen, aber natürlich werden sie mit großer Vorsicht angewendet, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, daß die Kreditorganisation Deutschlands unter allen Umständen intakt bleiben muß.

Herr *Siepman* sagte, Govornor *Norman* habe am Sonnabend erklärt, daß er unter den gegebenen Umständen keine Möglichkeit sehe, einen Rediskontkredit der Reichsbank einzuräumen. Inzwischen hätten sich aber durch die *Hoover*-Botschaft die Umstände geändert. Er *(Siepman)* glaube daher, daß wir einen Rediskontkredit erhalten könnten, um die 40%ige Deckung einzuhalten. Darüber könne man jedenfalls jetzt sprechen. Denn ausdrücklich habe der Governor am Sonnabend gesagt „unter den gegebenen Umständen"[2], und *Siepman* glaubt, daß auch nach Ansicht des Governors die Umstände geändert sind.

1 Vgl. Nr. 245, Anm. 2.

2 Vgl. Nr. 244.

Präsident *Luther* sagte, Herr *Vocke* würde voraussichtlich heute nach London abreisen. Herr *Siepman* bemerkte, das würde sehr nützlich sein.

Siepman sagte dann, das Pfund sei fest gegenüber Paris und New York. Die Reichsmark notiere heute morgen 50¼.

gez. *Vocke*

246 b.

22. 6. 1931: Aktenvermerk des Reichsbankdirektors Vocke über ein Telefonat mit Siepman

Nachlaß Luther 365. Abschrift. Überschrift: „Zweites Telefonat. Siepman mit Geheimrat Vocke (Herr Präsident Luther am zweiten Hörer).“

Herr *Siepman* rief etwa um ½12 Uhr nochmals an. *Siepman* sagte, er habe uns insofern irregeführt, als die Marknotiz sich inzwischen wesentlich geändert hätte; sie sei heute morgen um 10 Uhr 50¼, 10.20 Uhr 49½–50 und 10.50 Uhr 48⅝–48⅞ gewesen. Der Governor sei besorgt, was er gegen 3 Uhr New York zu berichten habe über Deutschland. *Siepman* fragte, was mit unseren Kreditrestriktionen werde. Ob wir sie nicht eventuell heute zurücknehmen könnten, um den Eindruck der Erleichterung zu verstärken. *Norman* sei besorgt für den Fall, daß er melden müsse, daß die Lage in Deutschland weiter schlecht sei und wir der Schwierigkeiten nicht Herr werden. Er hoffe, daß wir ihn ermächtigen können zu sagen, daß wir endlich in ein ruhigeres Fahrwasser gekommen sind und die Lage ein anderes, besseres Bild bekommen hat durch die Botschaft *Hoovers.*

Über die Frage, ob Geheimrat *Vocke* herüberkommen soll, will er inzwischen noch mit *Norman* sprechen. Er bittet, Governor *Norman* um ½3 von hier aus anzurufen[1].

gez. *Vocke*

1 Am 25. 6. 1931 stellten die Bank von England, die Bank von Frankreich, die Federal Reserve Bank of New York und die BIZ der Reichsbank einen bis zum 16. 7. 1931 befristeten 100-Millionen-Dollar-Kredit zur Verfügung. Schulthess 1931 S. 149 f.

246 c.

23. 6. 1931: Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther

Nachlaß Luther 365. Handschriftliche Korrekturen und Ergänzungen.

In der Konferenz ausländischer Presse-Vertreter am 23. Juni, nachmittags 4 Uhr, in der Reichsbank habe ich folgende Darstellung der Devisenabzugsperiode gegeben:

Alles, was sich vollzogen hat, ist nur verständlich auf dem Untergrund der Überbelastung Deutschlands, die jetzt durch die *Hoover*-Botschaft auch anerkannt ist. Dagegen hat kein Vorgang, der deutschen Ursprungs gewesen wäre, die Ursache des Devisenabzugs dargestellt. Es handelt sich also bei der großen

Rettungsaktion, die sich jetzt vollzieht, nur äußerlich um eine Aktion zugunsten Deutschlands, im Wesen dagegen um eine Aktion zur Rettung der Weltwirtschaft.

Die Vorgänge selbst zerfallen in drei Teile.

Ab Ende Mai setzt eine Devisenabzugsperiode ein, die sich im Ganzen steigert, auf Weltnervosität und allgemeinen Ursachen beruht, aber mit Vorgängen in Deutschland überhaupt nichts zu tun hat.

Eine starke Erhöhung der Devisenabzüge – das ist der zweite Akt – beginnt dann in der Mitte der vorletzten Woche und erreicht einen Gipfelpunkt am Freitag, den 12. Juni. Hier sind Zusammenhänge mit den politischen Kämpfen um die Aufrechterhaltung der Notverordnung[1] und damit den Zweifeln an der Stabilität der Regierung *Brüning* anzunehmen. Diese Kämpfe aber waren angesichts des tief eingreifenden und schwer belastenden Inhalts der Notverordnung für fast alle Bevölkerungsteile selbstverständlich. Sie würden für sich allein keine Devisenabzugsbewegung hervorgerufen haben, sondern konnten die steigernde Wirkung nur ausüben, weil schon die Grundlage der allgemeinen Nervosität und allgemeinen Devisenabzugsbewegung gegeben war, die ihrerseits ihren Ursprung nicht in Deutschland hatte. Die verantwortlichen deutschen Kräfte haben nun von sich aus alles getan, um der Unruhe Herr zu werden. Die Reichsbank hat am Sonnabend, den 13. Juni, den Diskont von 5 auf 7% erhöht, und die Reichsregierung hat, unterstützt von der Reichsbank, auf das eindringlichste mit den politischen Parteien verhandelt. Der Erfolg all dieser Bemühungen ist eingetreten, indem die Notverordnung aufrechterhalten wurde und die Regierung *Brüning* im Amt blieb. Auch die Wirkung auf dem Devisengebiet setzte ein, indem alsbald nach der Diskonterhöhung eine zwar durchaus nicht zureichende, aber fühlbare Verringerung der Devisenabzüge eintrat und indem nach dem maßgebenden Beschluß des Ältestenrats vom Dienstag, den 16. Juni, abends[2] die Devisenabzüge am Mittwoch, den 17. und Donnerstag, den 18. Juni, sich in den verhältnismäßig geringen Grenzen von je rund 10 Millionen hielten. Das konnte als Nachschwaden betrachtet werden.

Dann begann am Freitag, den 19. Juni, ein neues Ansteigen der Devisenabzüge auf 70 Millionen, das am Sonnabend, den 20. Juni, anhielt. Ein Grund, der zur Erklärung ausreichen würde, kann für diese Vorgänge mit irgendwelcher Bestimmtheit nicht angegeben werden. Wohl Wiederaufleben von Punkt 1[3]. Auf keinen Fall sind diese Vorgänge, die den dritten Akt des Geschehens darstellen, mit irgendeinem Ereignis in Deutschland verbunden. Dieser letzte Akt, der Deutschland in die Nähe des Abgrunds geführt und damit die gesamte Weltwirtschaft in größte Bedrängnis gebracht hat, kann also, auch wenn er sich in Deutschland vollzogen hat, wie die ganze Devisenabzugsbewegung überhaupt, nur als ein weltwirtschaftliches Geschehen betrachtet werden, das seine Ursachen in dem Kranksein der Weltwirtschaft hat, das mit der Überbelastung Deutschlands zusammenhängt. Die Rettungsaktion, die Präsident *Hoover* vollzogen hat, ist also

1 Verordnung vom 5. 6. 1931, RGBl. 1931 I S. 279.

2 Vgl. Nr. 237, Anm. 16.

3 Vgl. oben, Absatz 2.

eine Rettungsaktion für die Weltwirtschaft, vollzogen durch weltpolitische und weltwirtschaftliche Kräfte[4].

4 In *Luthers* Tagesbericht vom 22. 6. 1931 heißt es: „*Hoover* hat mit seinem gewohnten geschäftlichen Scharfsinn die tiefgehenden Zusammenhänge zwischen den internationalen Zahlungsverpflichtungen und der allgemeinen wirtschaftlichen Depression erkannt. Er zieht daraus mit staatsmännischer Weisheit eine mutige und generöse Konsequenz. Europa hat allen Grund ihm dankbar zu sein. Für Deutschland bedeutet *Hoovers* Eingreifen eine wichtige Chance. Die Politik der eigenartigen und moralisch starken Persönlichkeit des deutschen Reichskanzlers kann den Erfolg buchen, eine solche Chance erhalten zu haben. Es wird seine weitere Aufgabe sein, diese Chance auszunützen, was nur mit mutiger Offenheit und möglichst unter Einsetzung aller national aufbauenden Kräfte geschehen kann." Nachlaß Luther 365.

247.

26. 6. 1931: Graf Westarp an Frhr. v. Hammerstein-Loxten (Loxten) (Auszug)

Nachlaß Westarp. Durchschlag.

Sehr verehrter Herr *v. Hammerstein!*

[. . .][1]

Politisch habe ich Ihnen außer demjenigen, was öffentlich bekannt geworden ist, nicht viel zu berichten. *Hoovers* Vorschlag[1a] halte ich als Auftakt für eine wirkliche Revision von größter Bedeutung. Man wird *Brüning* das Verdienst nicht absprechen können, daß er einerseits mit der Notverordnung[2] und der damit im Zusammenhang stehenden Krise, andererseits diplomatisch das Rad ins Rollen gebracht hat. Es verlautet zuverlässig, daß infolge von Chequers *Mellon* in London in die Schere genommen worden ist und daß seine Berichte, allerdings im Zusammenhang mit der neuen, am Freitag voriger Woche noch einmal einsetzenden Devisenkrise[3], den letzten Entschluß herbeigeführt haben[4]. Nun ist zunächst dem Kabinett die Notwendigkeit der eigenen Initiative erspart; es beriet am Freitag[5] und Sonnabend[6] noch mit den Botschaftern und mit *Luther,* ob es selbst das Transfermoratorium beantragen oder die Zahlungsunfähigkeit erklären sollte.

1 Übersendung zweier Schriftstücke.

1a Vgl. Nr. 244, 245.

2 Verordnung vom 5. 6. 1931, RGBl. 1931 I S. 279.

3 19. 6. 1931. Vgl. Nr. 243, Anm. 10 und Nr. 244.

4 Der Secretary of the Treasury, Andrew *Mellon,* hatte in der ersten Juni-Hälfte eine etwa zehntägige Informationsreise nach Westeuropa unternommen. Über seine Stellungnahme Hoover III S. 73; Schulthess 1931 S. 489 f.

5 Vgl. Nr. 244, Anm. 1.

6 Vgl. Nr. 244.

Curtius soll nicht gerade geschickt *Hoovers* Vorschlag als ein Geschenk des Himmels bezeichnet haben; richtig ist, daß die Position des Kabinetts einstweilen dadurch gestärkt und gerechtfertigt worden ist. Freilich möchte ich annehmen, ohne direkt darüber verhandelt zu haben, daß *Brüning* gerade jetzt den von uns geforderten Personaländerungen weniger denn je geneigt sein wird.

Mit besten Empfehlungen bin ich
Ihr sehr ergebener

248.

28. 6. 1931: Aktenvermerk des Staatssekretärs Meissner für Oberstleutnant v. Hindenburg

ZStA Präsi 71/Bl.209–210. Handschriftliche Ergänzungen und Korrekturen.

Herrn Oberstleutnant *v. Hindenburg,* ergebenst.

1. Wegen der Reparationszahlungen ist nichts Neues erfolgt. Der Schatzsekretär *Mellon* und der amerikanische Botschafter *Edge* in Paris verhandeln zur Zeit mit den Franzosen[1]. Der Herr Reichskanzler hält es für verkehrt, sich deutscherseits in diese Verhandlungen einzumischen, da wir sonst leicht von beiden Teilen zu gewissen Zugeständnissen gedrängt werden könnten[2].

2. Wegen der erst verbotenen, dann wieder von Herrn *Severing* zugelassenen „Spartakiade"[3] habe ich bereits heute morgen beim Reichsministerium des Innern angefragt, weil ich annahm, daß der Herr Reichspräsident dagegen protestieren würde, daß man gerade in der jetzigen Zeit ein internationales kommunistisches Sportfest hier in Berlin zuließe. Es ist mir mitgeteilt worden, daß sowohl der Reichsaußenminister als auch der Reichsminister des Innern wie auch der Reichskanzler selbst bereits Schritte bei dem Preußischen Ministerpräsidenten und bei dem Minister *Severing* unternommen haben, um das Verbot wiederherzustellen.

Nach den heute nachmittag erhaltenen brieftelegraphischen Weisungen des Herrn Reichspräsidenten habe ich mit Staatssekretär *Zweigert* vom Reichsministerium

1 Ausführliche Darstellung in Bennett S. 174ff.; ferner Kindleberger S. 162f.; Curtius S. 217; FRUS 1931 I S. 42ff.

2 Sowohl von englischer als auch von amerikanischer Seite wurde die Reichsregierung wenig später bedrängt, Frankreich politische Zugeständnisse zu machen, um die Annahme des *Hoover*-Plans sicherzustellen. Gefordert wurde die Zurückstellung der deutsch-österreichischen Zollunion, die Einstellung des Baues des Panzerkreuzers „B" sowie die Zusicherung der Reichsregierung, daß die Ersparnisse während des Hoover-Jahres nur für wirtschaftliche Zwecke verwendet würden. Die letzte Forderung nahm die Reichsregierung an, die anderen wies sie zurück; *Brüning* erklärte sich lediglich bereit, den Baubeginn für den Panzerkreuzer „C" zurückzustellen. Bennett S. 187 ff.

3 Der Berliner Polizeipräsident hatte zunächst sowohl diese Sportveranstaltung als auch ein SA-Sportfest verboten. Auf Drängen kommunistischer Landtagsabgeordneter erteilte *Severing* jedoch unter Auflagen, die der Veranstaltung den Charakter einer politischen Demonstration nehmen sollten, die Erlaubnis zur Abhaltung der „Spartakiade", wonach auch das SA-Sportfest zugelassen wurde. Severing II S. 288ff.; ausführlich Ehni S. 205ff.

des Innern und dem Reichskanzler gesprochen und dafür Sorge getragen, daß die Weisungen des Herrn Reichspräsidenten sofort an Herrn *Wirth,* der sich auf der Reise nach Frankfurt a. Main befindet, weitergegeben werden. *Wirth* trifft in Frankfurt morgen mit Herrn *Severing* anläßlich einer *Stein*-Gedenkfeier zusammen.

Der Herr Reichskanzler, der mir mitteilt, daß auch von Zentrumsseite scharfer Protest erhoben worden ist, ist der Auffassung, daß das Verbot bei Preußen erzwungen werden muß. Aus rechtlichen Gründen ist der Herr Reichskanzler, falls es nicht anders geht, bereit, eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten aufgrund des Artikels 48 zu beantragen und gegenzuzeichnen[4].

Hiernach kann wohl damit gerechnet werden, daß diese „Spartakiade" nicht stattfindet.

M[eissne]r

4 Handschriftliche Randbemerkung des Reichspräsidenten: „Einverstanden".

249.

29. 6. 1931: Aktenvermerk des Staatssekretärs Meissner für Oberstleutnant v. Hindenburg

ZStA Präsi 71/Bl. 211–214. Durchschlag.

Herrn Oberstleutnant *v. Hindenburg.*

Ich wiederhole nachstehend den Inhalt meines Ferngesprächs mit Herrn Rittmeister *v. der Schulenburg* von heute morgen:

Wegen des Verbots der Spartakiade[1] habe ich vorgestern und gestern mit dem Reichsminister des Innern Dr. *Wirth* und dem Reichskanzler verhandelt. *Wirth* hat gestern mit *Severing* eine längere Aussprache darüber gehabt. In dieser hat *Severing* trotz eindringlichen Zuredens *Wirths* erklärt, daß er nicht in der Lage sei, die Spartakiade jetzt noch zu verbieten, nachdem die Kommunisten eine Reihe von Auflagen und Bedingungen angenommen haben, die die sogenannte Spartakiade ihres politischen Charakters entkleidete. *Severing* hat, nachdem *Wirth* ihm erklärt hatte, daß ein Verbot des Herrn Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 in Frage stände, erwidert, in diesem Falle würde er von seinem Amt zurücktreten[2].

Heute vormittag fand beim Reichskanzler im kleinen Kreise eine Besprechung über ein Verbot der Spartakiade statt[3]. Ich habe hierbei mich nachdrücklich für das Verbot eingesetzt und auch erklärt, daß der Herr Reichspräsident Beanstan-

1 Vgl. Nr. 248.

2 Vgl. Severing II S. 290.

3 Aktenvermerk *v. Hagenows* über eine Besprechung beim Reichskanzler wegen Aufhebung des Verbotes der Spartakiade am 29. 6. 1931, BA R 43 I/2675.

dungen erheben müsse wegen der unparitätischen Handhabung der Notverordnung vom 28. März[4] durch die preußischen Behörden, die nach rechts viel strenger vorgehen als nach links.

Der Herr Reichskanzler hat erklärt, daß er zwar an sich bereit sei, eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten, betreffend das Verbot der Spartakiade, gegenzuzeichnen und auch vorher unter dem Druck einer solchen Verordnung nochmals mit Herrn Minister *Severing* zu verhandeln, daß er aber doch bitte, dem Herrn Reichspräsidenten auch seine Bedenken zu übermitteln. Diese Bedenken beständen darin, daß ihm ein Konflikt mit Preußen, wie er bei einem Rücktritt *Severings* unvermeidlich wäre, im gegenwärtigen Moment nicht gelegen käme; statt daß er Kopf und Hände dann frei hätte für die großen außenpolitischen Fragen und die wirtschaftlichen und finanziellen Entscheidungen, müsse er sich dann mit Preußen herumschlagen. Er bitte, der Herr Reichspräsident wolle erwägen, ob nicht ein Verbot unterbleiben könne, wenn folgende Bedingungen erfüllt würden, die zum Teil schon von *Severing* ausgesprochen seien, zum Teil noch ausgesprochen werden müßten:

1. Es darf keine einheitliche Kundgebung im Stadion oder sonstwo stattfinden, sondern zugelassen sind nur die einzelnen sportlichen Wettkämpfe auf verschiedenen Sportplätzen, z. B. Fußballwettkämpfe, Radwettrennen, Wettlaufen, Tennisspiel, Schach- und andere Spiele.

2. Es dürfen keinerlei Umzüge noch sonstige Demonstrationen stattfinden, auch nicht Umzüge von teilnehmenden Sportvereinen.

3. Alle politischen Reden sind verboten; andere Ansprachen müssen vorher vorgelegt und genehmigt werden.

4. Aufreizende Inschriften oder Plakate sind verboten. Hierunter fällt auch die Bezeichnung Spartakiade.

5. Falls während des Verlaufs der Sportwoche gegen eine dieser Bestimmungen verstoßen wird, erfolgt ein Verbot der Fortsetzung sämtlicher Veranstaltungen.

Der Herr Reichskanzler bittet, seine Bedenken und seinen Vorschlag dem Herrn Reichspräsidenten zur Kenntnis zu bringen, und sieht der Entscheidung des Herrn Reichspräsidenten alsdann entgegen.

Soeben, nachmittags 5 Uhr, hat der Herr Reichskanzler – der übrigens auch mit Herrn General *v. Schleicher* eine Besprechung noch hatte – mich angerufen und mir mitgeteilt, daß seine Bedenken gegen ein Verbot durch eine Verordnung des Reichspräsidenten sich noch verschärft hätten. Er sei zwar bereit, morgen mit allem Nachdruck bei *Severing* und *Braun* noch einmal ein Verbot der Spartakiade zu fordern[5], aber, falls er das nicht erreichen könne, hält er es doch für falsch, dann durch Verordnung des Reichspräsidenten ein Verbot auszusprechen, da ein solches Verbot den Rücktritt *Severings* und wohl auch *Brauns* bedeuten würde. Das käme im gegenwärtigen Moment außerordentlich ungelegen; es bedeute nicht nur einen Konflikt mit Preußen, sondern – so sagte er wörtlich – eine ,,politische

4 Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. 3. 1931, RGBl. 1931 I S. 79.

5 Aktenvermerk über eine Besprechung beim Reichskanzler wegen Aufhebung des Verbotes der Spartakiade am 30. 6. 1931, BA R 43 I/2675.

Katastrophe". Der Reichskanzler würde also äußersten Falles sich mit den oben skizzierten Bedingungen begnügen, die nach seiner Auffassung „einem Verbot fast gleich kämen". Sollte der Herr Reichspräsident aber anderer Meinung sein, so bitte der Herr Reichskanzler, der Herr Reichspräsident wolle ihm vor seiner endgültigen Entscheidung Gelegenheit zum persönlichen Vortrag geben oder mindestens einen schriftlichen Bericht abwarten.

Für alle Fälle füge ich den Entwurf einer Verordnung des Reichspräsidenten auf Verbot der Veranstaltung bei und bitte, ihn baldmöglichst unterschrieben an mich zurückgelangen zu lassen. Die Verordnung würde erst nach Gegenzeichnung des Reichskanzlers und nach nochmaligem Bericht nach dort in Kraft gesetzt werden[6].

6 Diese Verordnung wurde nicht in Kraft gesetzt. Preußen verbot die Spartakiade wenig später selbst, als es in Berlin anläßlich einer Erwerbslosendemonstration zu Schießereien kam, für die die Kommunisten verantwortlich gemacht wurden. Severing II S. 290; Ehni S. 207.

250.

1. 7. 1931: Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer (Auszug)

Nachlaß Schäffer ED 93. Maschinenschriftliche Übertragung aus dem Stenogramm.

[. . .][1]

Beim Kanzler, *Dietrich, Luther, Dreyse, Trendelenburg, Krosigk, Zarden*[2].

Luther legt die Sachlage bei Nordwolle dar. Es seien 180–200 Millionen verlorengegangen. Das Aktienkapital betrage 75 Millionen, die Reserven 25, so daß darüber hinaus noch mit etwa 80 Millionen Verlust zu rechnen sei. Diese Größe des Verlustes sei erst am Morgen bekannt geworden. Bis dahin hätte man nur an 130 Millionen gedacht. Die Sanierung soll, wenn überhaupt möglich, so erfolgen, daß Kapital und Reserven als verloren gelten; von den Bankschulden sollten die inländischen auf die Hälfte herabgesetzt und in Aktien verwandelt werden. Die ausländischen Bankschulden sollten gleichfalls in Aktien verwandelt werden, nachdem sie auf die Hälfte herabgesetzt sind. Diese Aktien sollten aber alsdann das Reich auch verpflichten, den ausländischen Gläubigern zu pari abzunehmen, so daß diese Gläubiger dann zu 50% zur Hebung kämen. Außerdem könne man diesen noch einen Genußschein geben, den das Reich etwa zu 60% zu nehmen hätte. Das Interesse des Reiches liege darin, daß ein Zusammenbruch der Nordwolle mit allen Nebenerscheinungen, die möglicherweise auch krimineller Art seien, schwerste Folgen für den deutschen Kredit haben kann. Insbesondere könne auch ein Run auf die hauptbeteiligten Banken (Darmstädter und Dresdner) erfolgen, von dem dann wahrscheinlich auch die anderen Banken nicht verschont bleiben würden.

1 Aufzeichnungen zum „Fall Nordwolle".

2 Vgl. Luther S. 180f.; Born S. 87.

Trendelenburg spricht sich gegen die Unterstützung aus. Der Fall würde wahrscheinlich nicht allein bleiben. Man würde, wenn in diesem Fall gestützt würde, in künftigen Fällen geneigt sein umzuwerfen, um auf diese Weise Reichshilfe herbeizuführen. Ich teile die Nachricht von Otto *Wolff* mit. Ich erkenne an, daß ein Teil der Industrie, den ich wie *Trendelenburg* mit 10% bemesse, wohl in der Lage ist umzuwerfen, aber das beweise noch nicht, daß die ganze deutsche Industrie faul sei. Man könne den Wert von Anlagen ebensowenig nach der Lage während einer Krise bemessen wie nach der Lage während einer Hochkonjunktur. Ein Zusammenbruch müsse wegen der ausländischen Forderungen und der Rückwirkungen auf den deutschen Kredit, insbesondere auf die Lage der Banken, vermieden werden. Freilich sei es nicht angängig, die ganze Last der öffentlichen Hand aufzubürden. Früher ließ man in solchen Fällen Konsortien, die den beteiligten Banken nahestanden, zusammentreten. So etwas ähnliches müßte jetzt auch geschehen. Jedenfalls müßten die Summen, mit denen die öffentliche Hand durch Aktienkauf oder in sonstiger Weise in Vorschuß gehe, nachher ihr wieder durch Abnahme der Aktien erstattet werden. Bei ihr darf höchstens ein Zinsverlust verbleiben.

Dietrich erklärt, ihm käme es darauf an, daß die Fabriken in Gang bleiben. Das sei nur durch eine solche Konstruktion zu erreichen. Außerdem sei es besser, die Welle im Aufsteigen zu hemmen, als sie später, wenn sie groß geworden sei, abzudämmen. Der Kanzler sieht die Wichtigkeit der Sache ein. Er will vor allem den Zusammentritt eines Gläubigerkonsortiums in London verhindern. Ferner müsse man durch Notverordnung die Aktienreform in Kraft setzen.

[. . .][3]

3 Mitteilung *Schäffers* an Otto *Wolff*, das Bankhaus Brand „wenigstens bis morgen mittag" von der Einberufung eines Gläubigerausschusses in London abzuhalten.

251.

2. 7. 1931: Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther

Nachlaß Luther 365. Handschriftliche Korrekturen und Ergänzungen.

Besuch *Wassermanns*[1]. Er sagte, daß seine Bemerkung neulich wegen [einer] Aussprache mit ihm, bevor irgendwo im Bankwesen eine ernste Schwierigkeit entstände, sich heute, nachdem die Gesamtlage so viel angespannter geworden sei, doch nur darauf bezöge, daß er Wechsel leihen könne, vielleicht 50 Millionen. Im übrigen glaube er, daß, wenn eine Garantie des Staates ausgesprochen werden müsse[2], das im Interesse der anderen dann nur gleichzeitig mit einer Liquidation möglich sei.

1 Vgl. Luther S. 181.

2 Vgl. Nr. 250.

Danach Ernst und Conrad *v. Borsig,* die mir die Lage ihres Unternehmens schilderten und um Unterstützung bei der Reichsregierung wegen der Vorschußzahlung auf einen größeren Auftrag des Wehrministeriums baten[3]. Am Tage darauf rief mich *Wilmowsky* in der gleichen Angelegenheit an. Am Vormittag und Nachmittag hatte ich Besprechungen mit Jacob *Goldschmidt*[4] und Herrn *Koenigs* aus Amsterdam, der zuerst die 200 Millionen [Verluste] bei der Nordwolle sich in Amsterdam ausgerechnet hatte[5] und die Mitteilung an das Bankhaus Brand & Co. in London gemacht hatte, wodurch dann *Norman* die Zahl früher erfahren hatte als wir[6]. *Goldschmidt* blieb bei seiner Darstellung der Sache stets dabei, daß er die Zahl auch nicht früher gewußt habe, namentlich nicht an dem Tage, wo wir sie, wenn auch mit allem Vorbehalt, an *Norman* gegeben hatten.

Nachmittags war Ivar *Kreuger* bei mir, der von guter Stimmung in Amerika erzählte und Parker *Gilbert* unter denen nannte, die diesmal geholfen hatten.

Später kam Senator *Bömers,* der das ganze Unglück von Nordwolle und von Bremen[7] zur Darstellung brachte.

Eine eingehende Bankenbesprechung betreffend Nordwolle, die am Nachmittag begann, zeigte, daß eine neue Rücksprache mit der Reichsregierung notwendig war. *Dietrich, Schäffer, Trendelenburg, Graf Schwerin* nahmen an einer abendlichen Direktoriums-Sitzung teil und dann *Schäffer* und *Schwerin* auch bei einer neuen Besprechung mit den Banken[8]. Es wurde der Gedanke herausgestellt, daß unter Verschiebung irgendeiner anderen Institution das Reich 50 Millionen neues Aktienkapital geben sollte und daß den ausländischen Gläubigern die Hälfte ihrer Ansprüche daraus befriedigt, der Rest als Betriebskapital benutzt werden sollte. Die deutschen Banken sollten auf die Hälfte ihrer Forderungen verzichten. [Die] Reichsregierung konnte natürlich keine Erklärung abgeben[9].

Gleichzeitig fand [die] eigentliche Direktoriums-Sitzung statt, in der eine Erklärung über [die] Devisenlage für [das] Auswärtige Amt mit der Schlußfolgerung aufgesetzt wurde, daß Mitte Juli die Reparationen nicht mehr zahlbar sind. Die Erklärung sollte den Amerikanern an die Hand gegeben werden.

3 Vgl. Nr. 255, Anm. 5.

4 Vgl. Luther S. 181.

5 Die „Nordwolle" unterhielt eine Tochtergesellschaft „Ultramare" in Amsterdam.

6 Vgl. Born S. 87.

7 Es handelt sich um Schwierigkeiten des Bremer Bankhauses Schröder und um die Kassenlage des Landes Bremen. Vgl. Nr. 279c, Anm. 42.

8 Vgl. Nr. 279c.

9 Brüning S. 301.

252.

4. 7. 1931: Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther

Nachlaß Luther 365. Handschriftliche Korrekturen und Ergänzungen.

Interessantes Gespräch mit *Lansburgh,* der auf amerikanische Maßnahmen mit Clearing-Notes hinwies, die dreimal herausgegeben worden seien. Ihn trieb die Sorge um den Zustand der Banken zu mir.

Übrigens hatte ich Freitag abend[1] *Stolper* im Haus gehabt, der beim Kanzler gewesen war und dem Kanzler Sorgen erweckende Einzelheiten erzählt hatte. Bei mir kamen diese Sorgen nicht mit gleicher Deutlichkeit heraus. Er wollte mich zu gern im Flugzeug sofort nach London und Paris schicken, um über [einen] Rediskontkredit zu verhandeln[2].

Am Sonnabend vormittag begann [eine] Besprechung mit Vertretern [der] Rheinischen Landesbank[3].

Ich mußte bald zum Kabinett, wo ein grundsätzlicher Beschluß im Sinne der Absicht ernster Prüfung in der Nordwolle-Angelegenheit erging[4]. Ich sorgte dafür,

1 3. 7. 1931.

2 Vgl. Luther S. 182.

3 Zu den Schwierigkeiten, in die die Landesbank der Rheinprovinz schon im Juni 1930 geraten war, Born S. 84. Am 11. 7. 1931 teilte die Bank der Reichsregierung ihre vollständige Illiquidität mit. A. a. O. S. 97 f.; vgl. Brüning S. 304 f.; Luther S. 179.

4 Ministerbesprechung am 4. 7. 1931, BA R 43 I/1450. Vgl. Brüning S. 303; Luther S. 182. Der Fall Nordwolle war bereits am Vortag Gegenstand einer Besprechung in der Reichskanzlei gewesen, deren Verlauf *Schäffer* wie folgt wiedergibt: „Beim Kanzler, Nordwolle und Borsig. *Luther:* Die ganze deutsche Wirtschaft hat im Falle Nordwolle versagt. Betrügerische Manipulation der Familie *Lahusen.* Die Banken im Aufsichtsrat sind nicht rechtzeitig dazwischengefahren. Nordwolle zieht Bremen mit nach und damit die großen Bremer Firmen. Weder die Reichsregierung noch die Reichsbank können sagen, daß der Konzern erhaltungswürdig ist. Was gesagt wird, klingt nicht glaubwürdig. Die arbeitslos werdenden Personen sind nicht entscheidend. Das Entscheidende liegt in Kredit. Ausländische Kredite und Rembourskredite der Nordwolle. Nach den Direktoriumssitzungen und der Sitzung mit den Banken ist die Situation zu retten und zu heilen, wenn 50 Millionen neues Geld in die Sache hineinkommen. Vortrag des Rekonstruktionsplanes. In Höhe von 40 Millionen sollen die Ausländer einen Teil des Verlustes abgebürdet erhalten. Die Entscheidung kann nur von der Kreditseite fallen. *Trendelenburg:* Grundsätzliche Bedenken gegen Stützung der zusammenbrechenden Privatwirtschaft. Aber im Hinblick auf die Gefahren nicht mehr dagegen. Nur soll das Reich nicht zu 40% Unternehmer in der deutschen Wollproduktion sein. Wie soll das Reich einer solchen Aufgabe nachkommen? Wie wirkt sich das auf die Kasse aus? Wie ist es etatrechtlich zu machen? Man kann es nur wegen der allgemeinen Gefahr machen. Das darf aber nicht „simile" gemacht werden. Der Fall Borsig liegt völlig anders. Ein Zusammenbruch von Borsig würde die Kreditsituation in ihrer Erholung durch Paris nicht beeinträchtigen. Der preußische Plan für Oberschlesien [die preußische Regierung erwog, Aktienbesitz Borsigs an der oberschlesischen Eisenindustrie zu erwerben] gibt vielleicht eine gewisse Entlastung. *Trendelenburg* hat *Ernst* gebeten, zu sagen, ob mit der oberschlesischen Sache Borsig gerettet werden könnte. *Dietrich:* Borsig ist allein mit Oberschlesien nicht zu retten. *Trendelenburg:* Gefahr, daß man bei Borsig aushilft, die Zahl der Unternehmungen unübersehbar wird. – *Wassermann* hat gebeten, jetzt keine Aktienreform mit Publizität zu machen. Man kann aber nicht ganz davon absehen. Es müßte zum mindesten eine Kommission einberufen werden. *Bülow* meldet: Die Verhandlungen stehen gut. Deutsche Anregungen werden nicht mehr gebraucht. Kanzler: In drei Wochen Aktiensache (d. h. Gesetzesvorschlag über Aktienreform) an den Reichsrat. Staatsanwaltschaft muß [in Sachen

daß über *Trendelenburg-Wassermann* noch eine Notiz an die Börse kam, weil unglaublicherweise der Börsen-Courier Zahlen und sogar übertriebene Zahlen, betreffend die Nordwolle, am Morgen gebracht hatte.

Ich hatte am Morgen auch *Vocke* veranlaßt, nun sofort, wie gestern abend bereits beschlossen und mit dem Kanzler ebenfalls besprochen, ein offizielles Schreiben an die Reichsregierung, betreffend Nichtzahlung der Reparationen Mitte Juli, zu richten[5], denn die Nachricht vom Zustandekommen in Paris hatte sich nicht bewahrheitet[6]. Zwei Gespräche *Vockes* mit *Siepman* ergaben als *Normans* Meinung, die sich mit der unseren deckte, daß wir nun völlig aus eigener Kraft handeln müßten[7], und zwar gerade auch, um den Amerikanern den ganzen Ernst der Sachlage klar zu machen, der nach *Norman* dort noch immer nicht gesehen wurde. Es wurde [eine] entsprechende Depesche an *Harrison* geschickt, die ich in Abschrift *Sackett* gab, auch an *Norman* schickte und *McGarrah* telefonisch durchsagen ließ[8].

Ich trage nach, daß ich am Vormittag noch bei *Sackett* gewesen war, der dringend gewünscht hatte, mich zu sprechen. Ich hatte ihm alles gesagt, was in der *Harrison*-Depesche stand, und zwar, nachdem ich in [einer] Konferenz mit [dem] Reichskanzler, *Dietrich* und *Curtius*[9] die Übereinstimmung der Reichsregierung festgestellt hatte. Alles ging schnell, war aber trotzdem klar. Ich mußte zu *Sackett,*

Nordwolle] einschreiten. Nordwolle muß gemacht werden. Borsig muß erst klargestellt werden. Nordwolle-Besprechung morgen früh um 11 Uhr. *Dietrich:* Ich kann die Sache nur machen, wenn feststeht, daß uns die 50 Millionen nicht in der Kasse fehlen und die Banken und die Reichsbank dafür geradestehen. [Im übrigen empfehle ich] rücksichtsloses Durchgreifen in strafrechtlicher Hinsicht." Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. 3. 7. 1931.

5 In diesem Brief wies die Reichsbank auf die drohende Unterschreitung der 40%igen Deckungsgrenze hin. Reichsbankdirektorium an *Brüning*, 4. 7. 1931, BA R 43 I/637.

6 Vgl. Nr. 248, Anm. 1. In der Sitzung des Reichsbankdirektoriums am 3. 7. 1931 hatte *Hülse* berichtet, „die Dinge in Paris seien abgeschlossen". Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten *Luther,* Nachlaß Luther 365.

7 Vgl. Luther S. 182 f.

8 Abschrift im Nachlaß Pünder 88. *Harrison* wird von *Luther* über die Maßnahmen informiert, die die Reichsbank in Anbetracht der stagnierenden Verhandlungen in Paris ergreifen will. „Erstens: die Golddiskontbank nimmt durch gleichzeitiges Kabel nach New York den ihr bei der Internationalen Acceptance Bank zustehenden Rediskontkredit von 50 Millionen Dollar in Anspruch. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mithelfen würden, daß die Inanspruchnahme dieses Kredits nicht erneute Kündigungen in Deutschland als Rückwirkung hat. Zweitens: die Reichsbank wird die schon in den letzten Tagen verschärften Restriktionen entschlossen durchführen, obwohl ich mir der großen Gefahren für die deutsche Wirtschaft in ihrem ausgebluteten Zustand klar bewußt bin. Drittens: ich habe den Generalrat der Reichsbank auf morgen, Sonntag, einberufen, um die Ermächtigung zur Unterschreitung der Deckungsgrenze einzuholen. Viertens: das Reichsbankdirektorium hat der Reichsregierung mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die fortgesetzten Devisenabzüge, die seit Anfang Juni etwa eineinhalb Milliarden Reichsmark betragen – das ist fast so viel wie eine Jahresleistung des Young-Planes –, und angesichts der Notwendigkeit, am 16. Juni den Rediskontkredit zurückzuzahlen, unter keinen Umständen imstande sein würde, über den Bedarf für Dawesanleihe und Younganleihe hinausgehend, für die Reparationszahlungen Mitte Juli dem Reiche Devisen zur Verfügung zu stellen." Ein gleichlautendes Telegramm ging am 5. 7. 1931 an *Moret,* Nachlaß Luther 336.

9 Bei Abfassung des Tagesberichts war *Luther* unsicher, ob *Curtius* oder *Bülow* an der Besprechung teilgenommen hatte. Hinter *Curtius* findet sich die Einfügung „*(Bülow)*".

bevor *Curtius* um 1 Uhr zu ihm ging, der zum amerikanischen Nationalfeiertag Glück wünschen wollte.

Ich greife auf [die] Direktoriums-Sitzung zurück. Dort stellte ich mich in Sachen der Landesbank auf den Standpunkt, daß wir nur zugunsten der Sparkassen eingreifen könnten, während die Landesbank-Angelegenheit über unsere Kraft gehe und preußische Zuständigkeit sei. *Hasse,* der zum Spezialdienst wegen Nordwolle usw. aus Hamburg nach Berlin kommandiert war, hatte mir erzählt, daß er in Hamburg kürzlich bei der Girozentrale ebenso verfahren sei.

Im Laufe der dann fortgesetzten Besprechung mit den Vertretern der Rheinischen Landesbank stellte sich die Richtigkeit meines Standpunktes immer mehr heraus. *Adenauer* und *Lehr* erkannten ihn als theoretisch richtig an, waren übrigens beim Schlußakt, nachdem wir Reichsbankleute uns allein beraten hatten, nicht mehr da. Mit *Horion* gab es etwas unerfreuliche Auseinandersetzungen, indem er versuchte, politisch zu sprechen, und offenbar nicht hinreichend sah, was in der Landesbank passiert war. Wir stellten, obwohl die von uns gegebenen Ultimokredite nicht sollten zurückgezahlt werden können, noch weitere 20 Millionen zur Verfügung mit der Maßgabe, daß 5 Millionen davon auch zur Ablösung von drängenden Gläubigern der Landesbank benutzt werden konnten. Als wir das mit *Weltzien* besprachen, der die Leitung mit Düsseldorf übernehmen sollte, kam klar heraus, daß die Sparkassen nur als Maske benutzt waren, während wir uns in Wirklichkeit der Gefahr aussetzten, allmählich die ganzen völlig eingefrorenen Kredite der Landesbank von uns aus auftauen zu müssen. Dazu ist die Summe viel zu groß. Ich verwies auf Preußen, das namentlich etwas noch tun müsse wegen der bei der Landesbank befindlichen Liquiditätsreserven der Sparkassen[10].

Da ich von Preußen nichts mehr hörte, fragte ich Sonntag früh[11] in der Reichskanzlei an und erfuhr, daß Minister *Severing* Montag früh 9.30 Uhr deswegen beim Kanzler ist. Am Montag sind Fälligkeiten, auch Valuta.

Sonnabend nachmittag eingehendes Gespräch mit *Goldschmidt* über Status und Liquidität. Anwesend ich, *Dreyse, Fuchs, Hasse.*

Hinterher machte *Fuchs* [den] Vorschlag einer Kreditzentrale unter Führung der Golddiskontbank[12].

Abends bei *Mosler,* Schwanenwerder. Ernstes Gespräch mit *Mosler,* der mitteilte, daß [die] Deutsche Bank nicht für Akzept-Bank oder dergleichen [sei], und mit *Schroeder,* auch über [die] Preußenkasse, wobei Erinnerungen an [die] Stabilisierungszeit [ausgetauscht wurden].

---

10 Am 6. und 7. 7. 1931 wurde in Ministerbesprechungen das Problem der Rheinischen Landesbank ausgiebig erörtert, wobei Reichsregierung und Reichsbankpräsident unterschiedliche Positionen bezogen. BA R 43 I/1450.

11 5. 7. 1931.

12 Vgl. Luther S. 183.

253.

6. 7. 1931: Plan des Reichsbankpräsidenten Luther für eine Kreditaktion der deutschen Privatwirtschaft

Nachlaß Luther 365. Durchschlag. Handschriftliche Überschrift: „Mein erster Entwurf 6. 7. 31, früh."

1. Um die deutsche Wirtschaft vor den Gefahren zu schützen, die durch eine Fortsetzung der Devisenabzüge bei der Reichsbank und die dadurch bedingten Gegenmaßnahmen der Reichsbank drohen, soll unter Leitung der Golddiskontbank als Konsortialführerin eine Zusammenfassung der großen Kräfte des deutschen Bankwesens und der sonstigen deutschen Wirtschaft zu einem Garantieverband erfolgen.

2. Durch diese Zusammenfassung soll den ausländischen Kreditgebern eine zusätzliche Grundlage gegeben werden, um die jetzt noch vorhandenen Kredite in Deutschland zu belassen und den entstandenen Ausfall in den Grenzen des für Deutschland Erforderlichen wieder aufzufüllen.

3. Die Garantieübernahme, die eine Selbsthilfeaktion der Privatwirtschaft ist, bezieht sich grundsätzlich auf sämtliche an deutsche private Banken und Bankiers gewährte ausländische Kredite. Es werden auch nicht etwa von der Garantiegewährung solche Bankfirmen grundsätzlich ausgeschlossen, die nicht zum Kreise der Garanten gehören, obwohl in der Regel Garantie nur für Bankfirmen übernommen werden soll, die dem Kreise angehören oder in ihn eintreten. Um indessen schon durch die Gründung des Garantieverbandes in der Welt die Wirkung hervorzurufen, daß die an Deutschland gewährten Kredite nunmehr als sicher erscheinen, soll die Garantie sofort für die bei der Gründung des Garantieverbandes beteiligten Bankfirmen allgemein übernommen werden.

4. Neben der Garantie für die vorhandenen Auslandskredite soll der Garantieverband sofort durch Verhandlungen versuchen, sich einen nennenswerten Auslandskredit zu beschaffen. Dieser Auslandskredit ist dazu bestimmt, Kredite aufzufüllen, die etwa doch noch zurückgezogen werden, z. B. aus besonderen Gründen der Kredit gewährenden Auslandsfirmen, und soll ferner dazu dienen, den Wiederaufbau des deutschen Kreditwesens einzuleiten. Nicht dagegen soll bei dieser aus besonderer Veranlassung entstandenen Aktion der Privatwirtschaft an eine Dauereinrichtung gedacht werden.

5. Solange der Garantieverband besteht, ist es sowohl denkbar, daß er seinerseits Wechsel diskontiert, die dann bei der Reichsbank rediskontiert werden, wie es auch umgekehrt denkbar ist, daß die Reichsbank Wechsel, die sie in ihrem Portefeuille hat, beim Garantieverband rediskontiert.

6. Als einfachste rechtliche Lösung für die Gestaltung des unter Führung der Golddiskontbank stehenden Konsortiums erscheint eine Regelung dahin, daß nach außen die Golddiskontbank Trägerin von Rechten und Pflichten wird.

7. Nach außen hin soll eine Haftungsbeschränkung nicht in Erscheinung treten. Nach innen soll das Ausmaß des Problems von dem Betrage der für Juli bestehenden Auslandsfälligkeiten der deutschen Banken aus angesehen werden.

Das führt zu einer Summe von 500 Millionen, die zur Hälfte vom deutschen Bankwesen und zur anderen Hälfte von der sonstigen deutschen Wirtschaft unter Verteilung der Haftsummen auf die einzelnen im Innenverhältnis aufgebracht werden sollen. (Für den Fall, daß Garanten ausfallen, soll sich die Haftsumme jedes einzelnen um . . .% erhöhen können)[1].

1 *Luther* brachte diesen Plan in einer Besprechung vor, an der auch *Brüning* teilnahm. Man kam zu dem Ergebnis, daß *Luther* mit den Banken und der Industrie verhandeln müsse. „Die Sache solle ohne eine Garantie des Reiches gemacht werden." Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. 6. 7. 1931. Im Reichskabinett kam *Luthers* Plan am 8. 7. 1931 zur Sprache. Ministerbesprechungen am 8. 7. 1931, 9.00 Uhr und 13.00 Uhr, BA R 43 I/1450. Hierin erklärte *Luther*, der „Plan eines Garantieverbandes" sei bereits am Sonnabend, den 4. 7. 1931, unter dem Eindruck eines möglichen Scheiterns der Moratoriumsverhandlungen entstanden. Als sich am 6. 7. 1931 „die Lage der *Hoover*-Aktion verändert habe, sei auch die Form des Hilfsplanes geändert worden. Der erste Plan habe in noch stärkerem Maße den Charakter eines Garantieplanes getragen". Vgl. Nr. 254a und b sowie Nr. 255. Es wurde beschlossen, das Projekt durch eine Notverordnung zu verwirklichen. Verordnung des Reichspräsidenten über die Schaffung einer Wirtschaftsgarantie vom 8. 7. 1931, RGBl. 1931 I S. 351; Durchführungsverordnung gleichen Datums, RGBl. 1931 I S. 353.

254a.

8. 7. 1931: Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

HA/GHH 400101220/11a. Vervielfältigtes Exemplar – Tgb.Nr.: 397/P. „An die Herren Präsidial- und Vorstandsmitglieder des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, den Fachgruppen und landschaftlichen Verbänden zur Kenntnisnahme." Handschriftliche Kopfvermerke. Paraphe Reuschs.

Betrifft: Ausfallbürgschaft der Industrie gegenüber der deutschen Golddiskontbank

Sehr geehrte Herren!

Sie haben aus der heutigen Presse-Veröffentlichung bereits ersehen, daß aus den Kreisen des Bankgewerbes, der Industrie, der Schiffahrt und des Handels dem Reichsbankpräsidenten gegenüber die Bereitwilligkeit erklärt worden ist, unter Führung der Golddiskontbank ein Garantiesyndikat[1] zu bilden, das eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 500 Millionen RM für die Golddiskontbank übernehmen soll, um deren Aktionskraft zum besten der deutschen Devisenbilanz zu verstärken. Es war bedauerlicherweise notwendig, innerhalb kürzester Frist sich zu diesem Schritt zu entschließen, dem stundenlange Beratungen gestern und vorgestern in einem kleineren Kreise auf Einladung des Reichsbankpräsidenten vorausgegangen sind, um auf diesem Wege zu erreichen, daß die Kündigungen ausländischer Kredite, die in der letzten Zeit vor der politischen Einigung über den

1 Vgl. Nr. 253.

Hoover-Plan[2] ein bedenkliches Ausmaß angenommen hatten, aufhören. Es kam darauf an, das Vertrauen zu Deutschland und in Deutschland wiederherzustellen und weiteren Kreditkündigungen entgegenzuwirken, um so mindestens das Volumen der heute an Deutschland gegebenen Auslandskredite aufrechtzuerhalten und darüber hinaus die Kreditbasis in ausreichendem Maße zu verstärken. Es kam darauf an, durch einen freiwilligen Akt der Wirtschaft[3] für die Wiederherstellung des Vertrauens eine brauchbare psychologische Grundlage zu schaffen. Und es war ferner notwendig, von der gesamten Wirtschaft und von jedem einzelnen Unternehmen die außerordentlich große Gefahr abzuwenden, die aus einem Fortgang der Devisenverluste[4] entstanden wäre, weil damit im Wege der Kreditrestriktion eine empfindliche Einschränkung der Umlaufsmittel zwangsläufig verbunden gewesen wäre.

Die genannten Wirtschaftskreise gingen bei ihrem Angebot an den Herrn Reichsbankpräsidenten, das ich im Wortlaut in der Anlage 1[5] beifüge, davon aus, daß es neben dieser Aktion der deutschen Reichsbank gelingen müsse, in einer brauchbaren Zusammenarbeit mit den ausländischen Notenbanken, wozu die einleitenden Schritte getan sind, die für die deutsche Wirtschaft und Kreditlage erforderlichen Erleichterungen durch eine Mitwirkung der ausländischen Bankwelt zu verschaffen. Diese Mitwirkung kann darin bestehen, daß sich die ausländische Bankwelt entschließt, weitere Kreditabzüge aus Deutschland zu unterlassen oder die gekündigten Kredite über die Golddiskontbank neu zu begeben oder solche Rediskontmöglichkeiten zu eröffnen, daß das Devisenvolumen in Deutschland nicht weiter absinkt.

Bei den Beratungen über das Angebot ist die Frage sehr eingehend besprochen worden, ob der Kreis der Firmen, die an der Bürgschaft beteiligt werden, groß oder klein gehalten werden soll. Nach reiflicher Überlegung haben sich die anwesenden Vertreter der Industrie und der Banken entschlossen, den Kreis klein zu halten, und man ist daher zu dem Vorschlag gekommen, daß an der Bürgschaft nur die Firmen mit einem Betriebsvermögen von 5 Millionen RM aufwärts beteiligt werden sollen. Das führt zu dem Ergebnis, daß rund 1000 Firmen der deutschen Industrie, der Schiffahrt, des Handels und der Bankwelt auf der Grundlage ihres Betriebsvermögens herangezogen werden. Da es innerhalb der sehr kurzen Zeit, in der die Bürgschaft vorhanden sein muß, nicht möglich erschien, die Zustimmung sämtlicher in Frage kommender Firmen zu der Übernahme der Bürgschaft zu gewinnen,

---

2 Die Einigung wurde am Abend des 6. 8. 1931 erreicht. FRUS 1931 I S. 161 ff.; DBFP 2 II S. 145 f.; Schulthess 1931 S. 499 f.

3 Am gleichen Tag schrieb *Reusch* an *Haniel*: „Es wurde in Berlin beschlossen, dem Vorschlage des Herrn *v. Bohlen* zu folgen und die Bank für Industrieobligationen als Träger der Ausfallbürgschaft einzuschalten. [. . .] Die Notverordnung, welche die zwangsweise Leistung dieser Ausfallbürgschaft bestimmt, wird in diesen Tagen erscheinen. Um jedoch der Sache den Anstrich einer zunächst freiwilligen Leistung zu geben, wurde verabredet, daß die großen Gesellschaften ein Schreiben an den Reichsbankpräsidenten richten, dessen Abschrift ich Ihnen in der Anlage zur Kenntnisnahme übersende." *Reusch* an *Haniel* vom 8. 7. 1931, HA/GHH 400101 2000/3a; vgl. Luther S. 183; Born S. 90.

4 Nach *Luthers* Angaben besaß die Reichsbank am 8. 7. 1931 nur noch etwa 70 Millionen RM bis zur Unterschreitung der gesetzlichen Deckungsgrenze von 40%. Luther S. 184.

5 Nr. 254b.

und da außerdem Schwierigkeiten formaler Natur anders nicht hätten beseitigt werden können, ist die Verbürgung durch eine Notverordnung (Anlage 2)[6] ausgesprochen worden.

Neben dieser Notverordnung wird eine Ausführungsverordnung ergehen[7], die die näheren Einzelheiten der Durchführung festlegt. Die Haftung tritt nur für Kreditgeschäfte ein, die innerhalb von 2 Jahren nach Inkrafttreten der Notverordnung mit Zustimmung eines besonderen Ausschusses, der bei der Golddiskontbank zu bilden ist, abgeschlossen werden. Es ist selbstverständlich, daß dieser Ausschuß seine Geschäfte mit der größten Vorsicht, aber auch unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft führen muß.

Der Ausschuß bei der Golddiskontbank wird von dem Reichsbankpräsidenten im Benehmen mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Bank für Deutsche Industrieobligationen, als dem Vertreter der haftenden Unternehmer berufen. Er wird aus 7 Mitgliedern und Stellvertretern bestehen. Der Ausschuß selbst führt seine Geschäfte nach Maßgabe einer besonderen Geschäftsordnung. Die Bemessungsgrundlage für die Haftung für ein Rechnungsjahr ist jeweils das der Aufbringungsumlage für dieses Rechnungsjahr zugrunde gelegte Betriebsvermögen. Der Betrag, für den der einzelne Unternehmer haftet, wird nach einem besonderen, festzusetzenden Verteilungsschlüssel festgestellt werden. Er wird voraussichtlich im Falle einer hundertprozentigen Inanspruchnahme der Garantiesumme, ein Fall, der nach menschlichem Ermessen nicht angenommen werden kann, die Höhe von 2½–3% des Betriebsvermögens der einzelnen Firma nicht übersteigen.

Es war in Anbetracht der sehr kurzen Frist, innerhalb welcher gehandelt werden mußte, um weiteren schlimmen Entwicklungen vorzubeugen, nicht möglich, von uns aus mit sämtlichen beteiligten Firmen Verbindung aufzunehmen. In einer Sitzung, die am gestrigen Vormittage unmittelbar vor den entscheidenden Verhandlungen im Reichsbankdirektorium in unserem Hause stattgefunden hat, haben sich die Vertreter der größten deutschen Industrieunternehmungen, soweit sie für die Beratungen zur Verfügung standen, nach Prüfung der Lage im Prinzip einmütig für das Vorgehen ausgesprochen.

Man war sich in diesem Kreise darüber einig, daß diese Maßnahme uns eine vorübergehende Hilfeleistung in einem Augenblick großer Gefahr sein kann und daß es darüber hinaus notwendig ist, daß sich die Reichsbank auf einem geeigneten Wege notfalls durch einen Rediskontkredit eine für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens ausreichende Devisengrundlage alsbald verschaffen muß. Es bestand ferner Einigkeit darüber, daß die letzte Entwicklung auf dem Devisenmarkte durch einen Rückgang des Vertrauens in die politische Entwicklung ausgelöst worden ist, der durch die immer wieder verzögerte Einigung in Paris zumindesten verstärkt worden war. Diesem kritischen Rückgang des Vertrauens der ausländischen Finanzkreise sollte unmittelbar im Anschluß an die Einigung

---

6 Verordnung des Reichspräsidenten über die Schaffung einer Wirtschaftsgarantie vom 8. 7. 1931, RGBl. 1931 I S. 351.

7 Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Schaffung einer Wirtschaftsgarantie vom 8. 7. 1931, RGBl. 1931 I S. 353.

über den *Hoover*-Plan durch eine Aktion der deutschen Wirtschaft entgegengewirkt werden, die neues Vertrauen zu werben vermag.

Es ist selbstverständlich, daß sich gegen den Vorschlag, der seitens der Wirtschaftskreise dem Herrn Reichsbankpräsidenten gemacht worden ist, nicht unbeachtliche Bedenken vorbringen lassen. Darauf ist auch in den Besprechungen von den verschiedensten Seiten hingewiesen worden. Wenn man sich gleichwohl dazu entschlossen hat, den Vorschlag zu machen und damit auch die mit der Durchführung verbundenen Maßnahmen, gegen die sich ebenfalls Einwendungen erheben lassen, auf sich zu nehmen, so geschah das aus der Erkenntnis der ganz außergewöhnlichen Verhältnisse, die im Einzelfalle auch beachtliche Bedenken zurücktreten lassen müssen.

Mit vorzüglicher Hochachtung,
Reichsverband der Deutschen
Industrie
Das Geschäftsführende
Präsidialmitglied:
Kastl

254 b.

7. 7. 1931: Der Reichsverband der Deutschen Industrie an Reichsbankpräsident Luther

HA/GHH 400101220/11 a. Vervielfältigtes Exemplar[1].

Sehr geehrter Herr Reichsbankpräsident!

Die Botschaft des Präsidenten *Hoover* hat der Welt den großen Ernst der deutschen Lage offenbart. In der Zeit, die zwischen der Verkündung dieser Botschaft und ihrer Annahme verstrichen ist, hat sich die Lage noch verschärft. Wir hoffen, daß die nunmehr erfolgte Zustimmung aller beteiligten Staaten zu dem Pakte die Grundlage für den, wenn auch sicher schwierigen Aufbau bietet.

Das Ziel muß jetzt sein, das Vertrauen auf Deutschland und in Deutschland wiederherzustellen, weitere Kreditkündigungen zu vermeiden und dem Devisenabfluß Einhalt zu tun.

Wir haben uns entschlossen, unsere Mitwirkung durch Zusammenfassung der deutschen wirtschaftlichen Kräfte in folgender Weise zur Verfügung zu stellen:

Unter Führung der Deutschen Golddiskontbank wird von deutschen Unternehmungen aus Industrie, Banken, Schiffahrt und Handel ein Garantiesyndikat gebildet, das eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 500 Millionen RM übernimmt, um durch diese Garantiemasse die Aktionskraft der Deutschen Golddiskontbank zu verstärken. Diese Haftsumme wird nach einem bestimmten Verfahren auf die 1000 größten Unternehmungen umzulegen sein, wobei an einen bereits vorhandenen Verteilerschlüssel gedacht ist.

1 Abgedruckt in Geschäftliche Mitteilungen des RDI Nr. 16 vom 21. 7. 1931 S. 125.

Wir sind uns bewußt, welches Obligo eine solche Summe für uns bedeutet, sind aber zu dieser Leistung bereit, um die Deutsche Golddiskontbank, die sich bereits früher in schwieriger Lage als eine Hilfe für die deutsche Wirtschaft bewährt hat, so zu stärken, daß sie über ihren bisherigen Rahmen hinaus, namentlich in der jetzigen schwierigen Übergangszeit, als Kreditinstrument wertvolle Dienste leisten kann.

Diese unsere Garantieleistung kann jedoch nur wirksam werden, wenn es dem Reichsbankdirektorium gelingt, in der Zusammenarbeit mit den ausländischen Notenbanken die für die deutsche Wirtschaft und Kreditlage notwendigen Erleichterungen durch Mitwirkung der ausländischen Bankwelt uns zu verschaffen.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Reichsbankpräsident, die zur Verwirklichung dieses Vorschlages notwendigen Maßnahmen alsbald in die Wege zu leiten.

255.

8. 7. 1931: Aktenvermerk des Staatssekretärs Meissner für Oberstleutnant v. Hindenburg

ZStA Präsi 72/Bl.22–24. Ohne Datum[1]. Handschriftliche Korrekturen und Unterstreichungen. Paraphe und Vermerk des Reichspräsidenten: „gelesen, 9. 7. 1931".

Herrn Oberstleutnant *v. Hindenburg* ergebenst.

Darf ich bitten, dem Herrn Reichspräsidenten nachstehenden Bericht vorzulegen?

Zur Erläuterung des Vorschlags namhafter deutscher Wirtschaftsführer, betreffs der Bildung eines Garantiefonds[2], und zu der heute telefonisch übermittelten Notverordnung[3] darf ich noch folgendes anführen:

Die 14tägigen Verhandlungen um den Young-Plan[4] haben die wirtschaftliche Wirkung der Absichten *Hoovers* stark beeinträchtigt. Der Widerstand Frankreichs hat in den Kreisen ausländischer Geldgeber starke Unruhen und Zweifel an dem

1 Das Datum geht aus dem zweiten Satz des Textes in Verbindung mit Anm. 3 hervor.

2 Nr. 254b.

3 Nr. 254a, Anm. 6. Über den technischen Vorgang der Unterzeichnung der Verordnung Vermerk *Meissners* vom 8. 7. 1931: „Den Text der anliegenden Notverordnung habe ich heute 12.15 [Uhr] nach Neudeck an Herrn Rittmeister *v. der Schulenburg* durchtelefoniert und dessen Niederschrift verglichen. Gleichzeitig habe ich Herrn *v. der Schulenburg* ersucht, die von ihm gefertigte Niederschrift dem Herrn Reichspräsidenten zur unterschriftlichen Vollziehung vorzulegen und unverzüglich hierher die vollzogene Unterschrift telefonisch zu melden, damit die Veröffentlichung erfolgen kann, sowie alsdann die vollzogene Unterschrift im Eilbrief hierher zu übersenden. Um 1.10 [Uhr] teilte mir Herr *v. der Schulenburg* mit, daß der Herr Reichspräsident die Verordnung in Neudeck vollzogen habe und die Urschrift im Eilbrief nach Berlin abgehe. Ich habe dies der um 1.15 [Uhr] begonnenen Kabinettssitzung zur Kenntnis gegeben und die Veröffentlichung der Verordnung veranlaßt. Die Gegenzeichnung der Verordnung durch Reichskanzler, Reichsminister des Innern, der Finanzen und Reichswirtschaftsminister ist auf einem anderen Exemplar des Textes erfolgt, das nach Eingang der Unterschrift mit dieser verbunden wurde". ZStA Präsi 72/Bl. 15.

4 Vgl. Nr. 248 mit Anm. 1 und Nr. 254a, Anm. 2.

Zustandekommen des *Hoover*-Plans hervorgerufen und dazu geführt, daß täglich in großem Umfange ausländische Kredite zurückgezogen wurden. Dazu kamen die im Ausland bekannt gewordenen Gerüchte über bevorstehende Zusammenbrüche großer deutscher Unternehmungen; es wurden dabei der große Konzern Norddeutsche Wolle, Darmstädter- und Nationalbank, die Borsigwerke[5] u. a. genannt. Beides zusammen führte dazu, daß täglich kurzfristige ausländische Kredite im Betrage von 60–80 Millionen Mark gekündigt wurden, infolgedessen also täglich an der Börse 60–80 Millionen Mark Devisen angefordert wurden. Hierdurch sind die Gold- und Devisenreserven der großen Privatbanken wie der Reichsbank stark zusammengeschmolzen; die Gefahr von Zahlungseinstellungen großer deutscher Unternehmungen stand mangels Kredits dicht bevor. Noch gestern sind über 80 Millionen Mark Devisen aus Deutschland abgezogen worden.

Diese Sorgen haben dazu geführt, daß auf eine Anregung *Luthers* hin[6] führende Männer der deutschen Banken und Industrien sich in dem Gedanken zusammenfanden, einmal durch eine eigene große Kraftanstrengung der deutschen Industrie die Grundlage für die notwendigen Kredite aus Deutschland selbst zu beschaffen, zweitens aber durch diesen Zusammenschluß der größten deutschen Banken und Firmen zu einem „Garantie-Syndikat" dem Auslande ein Zeichen des deutschen Selbstvertrauens und damit eine Grundlage für den Zufluß langfristiger ausländischer Kredite zu schaffen. Es haben sich innerhalb wenig mehr als 24 Stunden über 1000 große deutsche Firmen schriftlich, telephonisch und telegraphisch bereit erklärt, sich zu einer Garantie-Gemeinschaft zusammenzuschließen, welche der Deutschen Golddiskontbank – der Nebenabteilung der Reichsbank für ausländische Kredite usw. – einen Garantiefonds von 500 Millionen Mark in der Form der Ausfallbürgschaft zur Verfügung stellt; d. h.: diese 1000 Firmen erklären sich bereit, für Ausfälle, die bei der Kreditgabe eintreten, pro rata ihres Betriebsvermögens bis zum Gesamtbetrage von 500 Millionen Mark aufzukommen. Damit ist die Golddiskontbank zunächst in die Lage versetzt, ein Mehrfaches dieser 500 Millionen Mark an deutsche Firmen zu geben; gleichzeitig ist aber die dadurch in ihren Betriebsmitteln und ihrer Kreditmöglichkeit erheblich gestärkte Golddiskontbank befähigt, auf dieser Grundlage langfristig ausländisches Geld hereinzunehmen und den ausländischen Kreditgebern sicherzustellen.

Die freiwillige Zustimmung der großen Banken und Industrien mußte nun erweitert und verstärkt werden. Man fand es für notwendig, daß man alle deutschen großen Unternehmungen, d. h. solche, die mehr als 5 Millionen Mark Betriebsvermögen haben, nunmehr kraft Gesetzes und zwangsmäßig in diesen Garantieverband eingliedert. Es bestehen in Deutschland im ganzen 1080 Unternehmungen mit einem Betriebsvermögen von über 5 Millionen Mark. Durch die Notverordnung sind nun alle diese zwangsweise zu einer Garantie-Gemeinschaft zusammengeschlossen. Die Ausführungsbestimmungen, die die Reichsregierung auf Grund der Verordnung für die Regelung der Haftung für Ausfälle aus

5 Vgl. Nr. 251. Am 3. 7. 1931 wurden in einem Gespräch bei *Brüning* Maßnahmen erwogen, um einen Zusammenbruch der Borsig-Werke zu verhindern. Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. 3. 7. 1931. Am 6. 7. 1931 beriet das Kabinett über die Möglichkeit, der Firma Rüstungsaufträge zu verschaffen. Ministerbesprechung am 6. 7. 1931, 11 Uhr. BA R 43 I/1450.

6 Nr. 253.

Kreditgeschäften erlassen hat, füge ich bei[7]. Hiernach tritt die Haftung des Garantieverbandes erst dann ein, wenn die Zwangsvollstreckung gegen einen Schuldner ohne Erfolg versucht worden ist. Das einzelne Unternehmen haftet im Verhältnis seines Betriebsvermögens für die im Laufe des Jahres entstehenden Ausfälle nach einem bestimmt berechneten Umlegungsschlüssel.

Die Aktion hat bereits an der heutigen Börse gut gewirkt. Die Devisenanforderungen sind heute auf weniger als die Hälfte von gestern zurückgegangen. Nach den bisher aus dem Auslande vorliegenden Nachrichten ist auch dort die Wirkung eine günstige.

Meissner

7 Nr. 254a, Anm. 7.

256.

10. 7. 1931: Aufzeichnung des Reichsbankpräsidenten Luther über seine Besprechungen in Paris

Nachlaß Luther 336. Durchschlag. Handschriftliche Korrekturen und Ergänzungen. Überschrift: „Paris, den 10. Juli 1931. Betrifft: Mein Besuch bei Gouverneur Moret am 10. Juli 1931 vormittags 10 Uhr." Handschriftlicher Kopfvermerk: „Für mich persönlich diktiert, nur flüchtig durchgesehene Skizze."

Ausgehend von den vielen Photographen, die die Bank von Frankreich bei meiner Ankunft[1] belagerten, sagte ich auch im Hinblick auf die Zeitungsartikel von heute früh, daß Herr *Moret* sich ja sicher dessen voll bewußt sei, daß ich nicht in politischer Mission nach Paris gekommen sei. Er nahm Veranlassung, wiederholt im Gespräch zu erklären, für wie bedauerlich er die Nichtgeheimhaltung meines Besuches erachte[2]. Abschließend haben wir verabredet, daß er der Presse lediglich sagen wird, wir hätten technische Gespräche über die Aufgaben der Notenbank-Präsidenten miteinander geführt.

Auch *Moret* hatte von *Harrison* ein Telegramm, in dem auf weitere Restriktionen gedrängt wird. *Moret* sagte, daß er der Meinung sei, daß für solche Restriktionen Grenzen bestünden und daß er das auch *Harrison* ausdrücklich telegraphieren wolle.

Ich schilderte *Moret* die ganze Geschichte der Devisenabzugsbewegung seit Ende Mai[3] und legte Gewicht auf die Feststellung, daß die Bewegung von außen an

1 Nach dem Zustandekommen des Garantieverbandes war *Luther* am 9. 7. 1931 nach London geflogen, um *Norman* um einen erhöhten Rediskontkredit zu ersuchen. Der Versuch blieb erfolglos. Schreiben *Hendersons* an die diplomatischen Vertretungen in Paris, Washington und Berlin vom 10. 7. 1931. DBFP 2 II S. 164f.; Übersetzung in Ursachen und Folgen VIII S. 190f. Am 10. 7. 1931 flog *Luther* nach Paris, um mit *Moret* zu verhandeln. Am 11. 7. 1931 kehrte er nach Berlin zurück. Vgl. Nr. 270; Luther S. 185ff.; Brüning S. 307; Pünder S. 158f.; Lüke S. 291f.; Bennett S. 233ff.; Born S. 91ff.

2 *Luther* war unter falschem Namen nach London geflogen, um jedes Aufsehen und damit eine Beunruhigung der Auslandsgläubiger zu vermeiden, doch die Camouflage mißlang. Vgl. Nr. 270.

3 Vgl. Nr. 257a.

Deutschland herangekommen ist, am stärksten wohl durch die Österreichische Kreditanstalt, und durch keinen innerdeutschen Vorgang zunächst verursacht wurde. *Moret* wies auf die Erklärung der Reichsregierung gelegentlich der Herausgabe der Notverordnung hin[4], die mit ihrer offenkundigen Erklärung über Deutschlands Not und mit ihrem sonstigen Inhalt die Aufregung hervorgerufen habe. Ich betonte demgegenüber, daß mir der innerpolitische Kampf um die Notverordnung und die Stabilität der Regierung *Brüning* weit mehr die Ursache der gesteigerten Devisenanforderungen seit Bekanntwerden der Notverordnung zu sein schienen, daß aber diese Zwischenepoche, was immer die Ursache gewesen sein möge, nachdem die praktische Anwendung der Notverordnung und das Verbleiben des Reichskanzlers *Brüning* gesichert waren, deutlich ihr Ende gefunden hatte, und sogar einige Tage mit ganz geringen Devisenanforderungen folgten. Wenn die Devisenanforderungen danach wieder plötzlich in die Höhe gegangen sind[5], so kann das nur aus den fortwirkenden ursprünglichen, also nicht aus Deutschland stammenden Ursachen erklärt werden. Den Schluß der Darstellung bildete die Einigung zwischen Frankreich und Amerika[6] und danach die Aktion der deutschen Wirtschaft zur Erweiterung der Kreditgrundlage der Golddiskontbank[7]. *Moret* erkannte die Zweckmäßigkeit dieser Aktion an und sprach überhaupt aus, daß die Reichsbank alles in ihrer Domäne Mögliche in der ganzen Zeit getan habe. Jetzt aber handele es sich um eine psychologische Frage, und deshalb könne der Rediskontkredit, von dem ich gesprochen hatte, nicht in Betracht kommen, denn dazu bedürfe es der Erfüllung von psychologisch-politischen Voraussetzungen. Ich wies darauf hin, daß der Rediskontkredit, wenn er nur groß genug sei und auf hinreichend lange Zeit gewährt werde, in sich selbst diese psychologische Voraussetzung darstelle. *Moret* blieb aber unbewegt auf seinem Standpunkt, ohne nähere Angaben zu machen, wie er sich die Herstellung der psychologisch-politischen Grundlagen denke. Nur erwähnte er, daß der Reichskanzler und der Außenminister, wenn sie nach Paris kämen[8], sicherlich einen ausgezeichneten Empfang finden würden.

Nach 1 Uhr fand ein Frühstück im Hôtel Crillon statt, zu dem außer den Beamten der Bank *Fournier, Farnier* und *Lacour-Gayet* die Herren *Moreau, Sergent, Brincard* und *Baron de Vogué* erschienen waren. Über den in Deutschland bestehenden Luxus hatte man die üblichen übertriebenen Vorstellungen, mußte aber schließlich die großen Eingriffe durch das Kabinett *Brüning* anerkennen. Das Gespräch wurde gegen Schluß sehr lebhaft und führte wiederum ganz auf die Notwendigkeit einer politischen Aktion Deutschlands hin. *Sergent,* der der Hauptwortführer war, sowie *Moreau* und *Brincard* betonten auch, daß die Bank von Frankreich nichts tun könne, was den privaten Bankiers nicht genehm sei. Die privaten Bankiers aber hingen vom Publikum ab, und das Publikum sehe den politischen Zustand Deutschland gegenüber nicht als hinreichend hergestellt an. Gewagte Reichsbankgeschäfte würden auch die Notendeckung (le gage) gefähr-

4 Aufruf der Reichsregierung zur Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931, Nr. 217, Anm. 2.

5 Vgl. Nr. 253, 254a, Anm. 4.

6 In der Frage des Moratoriums, das Präsident *Hoover* verkündet hatte. Vgl. Nr. 254a, Anm. 2.

7 Nr. 253, 254a und 254b.

8 Am 17. 7. 1931.

den[9]. Demgegenüber verfing auch meine Beweisführung nicht, daß die Zusammenarbeit der Notenbanken gerade dazu da sei, um der Menschheit eine Art Versicherung gegenüber übermäßigen Gefahren zu bieten, die von der politischen Seite her kommen. Wegen der Beziehung der Notenbanken untereinander brauchte ich noch das aus der Vergangenheit entnommene Bild, wenn Frankreich und Deutschland noch Monarchien wären, dann würde man sonst unüberbrückbare politische Gegensätze vielleicht durch eine geeignete Ehe zwischen den beiden Fürstenhäusern zum mindesten sehr erleichtern können. In der neuen Welt, in der wir lebten, sei es Aufgabe der Wirtschaft, solche Brücken auch notfalls entgegen der Politik zu schlagen, und die Notenbanken hätten hier meines Erachtens eine ganz besondere Aufgabe zu erfüllen.

Entgegen einer Mitteilung am Vormittag war der Finanzminister *Flandin* nicht unter den Gästen. Nachdem *Moret* herausgerufen worden war, fragte er mich, ob ich bereit sei, *Flandin* zu besuchen, der sehr bedaure, infolge einer Kabinettssitzung nicht habe zum Frühstück kommen zu können, mich aber gern sehen würde. Ich sagte zu, und wir fuhren beide zu *Flandin.*

Das Gespräch mit *Flandin,* das sich anfangs anließ, als sollte es nur 5 oder 10 Minuten dauern, hat sich schließlich auf mehr als 1½ Stunden erstreckt. Auch *Flandin* war davon nicht abzubringen, daß es einer psychologischen Maßnahme bedürfe, um das Vertrauen wiederherzustellen, und daß der Gedanke eines Rediskontkredits eine lediglich technische Maßnahme sei. Ich erwiderte, daß ich ja gerade in dem entsprechend gestellten Rediskontkredit die psychologische Grundlage sähe, worauf er sagte, daß das nur von Deutschland her gesehen sei. Im ganzen wurde das Gespräch von seiner Seite aus offen und nicht ohne ein gewisses ruhiges Verständnis geführt. Im Ergebnis aber blieb er unerschütterlich dabei, daß ein solcher Rediskontkredit nicht möglich sei, ohne daß vorher die politisch-psychologische Atmosphäre geschaffen wäre. Er bemerkte zwar, daß er nur persönlich spräche, ließ aber doch erkennen, daß die Frage des deutschen Rediskontkredites in der Kabinettssitzung heute mittag behandelt worden war, was mir *Moret* später ausdrücklich bestätigte. Ich betonte natürlich sehr deutlich, daß ich keinerlei politische Mission hätte und gerade als früherer Reichskanzler mich jetzt jeder politischen Stellungnahme besonders enthalten müßte.

Flandin sprach als geeignete Maßnahme zur Schaffung einer Atmosphäre von dem zu erwartenden Besuch der Herren *Brüning* und *Curtius* und erwähnte dann besonders seinen Vorschlag, es müßte, ebenso wie man ein Moratorium der Zahlungen habe, ein Moratorium für die Forderungen Deutschlands an Frankreich eingelegt werden. Dabei nannte er den Kreuzerbau, die Zollunion, den Korridor und den Young-Plan[10]. Auf wie lange er sich solches Moratorium dachte, wurde nicht recht deutlich. Es schien mir nicht ganz ausgeschlossen, daß er (zwar vielleicht verschieden bei den entscheidenden Punkten, aber – [. . .][11] sich doch in gewisser Hinsicht mit) einer Laufdauer von nicht längerer Zeit als für das Zahlungsmoratorium abfinden würde, was Botschafter *v. Hoesch* aber für unwahr-

9 Letzter Satz handschriftliche Einfügung.

10 Vgl. Nr. 248, Anm. 2.

11 Bis Klammerende handschriftliche Einfügung, Auslassung aufgrund einer äußeren Beschädigung nicht zu entziffern.

scheinlich hält. Ohne auf irgendeine der Fragen sachlich einzugehen, wodurch ich ja in Verhandlungen geraten wäre, habe ich nur allgemein von der psychologischen Unmöglichkeit in Deutschland gesprochen und hinzugefügt, ein Moratorium, das eine technische Angelegenheit sei und also für Zahlungen passe, sei überhaupt für seelische Angelegenheiten nicht geeignet. Als ich darauf hinwies, daß Botschafter *v. Hoesch* ja soeben einen Schritt getan hat durch Überreichung der Erklärung betreffend die Verwendung der Reparationsersparnisse[12], erwiderte *Flandin,* das sei zu mager gewesen, und machte auch noch eine Nebenbemerkung wegen der besonderen Erwähnung Italiens in der Dankerklärung, die ihm unangenehm war. Ein anderer Punkt, auf dem *Flandin* eine Entspannung suchte, ist die Garantiefondsfrage, über die bei der BIZ am Montag[13] ja abgestimmt werden soll[14]. Er betonte, daß bei dieser Gelegenheit eine sehr nützliche Rückwirkung auf die französische Atmosphäre eintreten könne. *Moret* hatte mir davon bereits am Vormittag gesprochen und die Dinge ausführlich dargelegt, während ich mich darauf beschränkte zu sagen, daß ich mich mit den Einzelheiten noch genau beschäftigen wolle.

Auf meine eingehende Schilderung der Lage in Deutschland fragte *Flandin,* für wieviel Tage bei uns die Kräfte noch ausreichten. Ich habe erwidert, daß es sicher keine Angelegenheit von Wochen sei und daß, wenn ich auch den Tag nicht genau bezeichnen könnte, doch mit einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr gerechnet werden müßte. Ich habe darauf hingewiesen, daß, wie die Österreichische Kreditanstalt aus dem kleinen Österreich heraus das Problem des viel größeren Deutschlands habe in Bewegung bringen können, so würde eine schwere Gestaltung der Dinge in Deutschland sicherlich große Gefahren für die ganze Welt, zum mindesten für ganz Europa, einschließen. *Flandin* bestritt das nicht, bemerkte aber, er wolle mir, um ganz offen zu sein, sagen, daß es in Frankreich eine Reihe von Leuten gebe, die lieber als ein zu stark gewordenes Deutschland ein schwaches Deutschland sehen würden. Er selbst denke nicht daran, Deutschland die Ansprüche darauf, eine große Nation zu sein, irgendwie streitig machen zu wollen, und er würde nichts lieber sehen als die Möglichkeit, die große Kapitalkraft, die in Frankreich besteht, in ganz Mitteleuropa nutzbar machen zu können.

Ich kam dann auf die Bestrebungen der BIZ auf Gründung einer neuen Investitionsbank zu sprechen. *Flandin* äußerte, er sei durchaus für diesen Gedanken zu haben, aber es müsse sowohl Vertrauen wie Sicherheit geboten sein. Ich wies darauf hin, daß, ohne den Sicherheitsgedanken irgendwie abzulehnen, es doch die praktische Erfahrung der Geschichte sei, daß zur Überwindung von großen Krisen immer gewisse wirtschaftliche Wagnisse hätten unternommen werden müssen, die sich dann im Ergebnis als Segen für die Menschheit herausgestellt hätten. *Flandin* erwiderte, das könne wohl so sein, aber der französische Kapitalist lege besonderes Gewicht auf Sicherheit.

Flandin erkannte die Bestrebungen der deutschen Regierung auf Durchführung strenger Ersparnismaßnahmen durchaus an, wobei er den Namen des Finanzmini-

12 Vgl. Born S. 92 f.

13 13. 7. 1931.

14 Die Sitzung der BIZ verlief ergebnislos. Lüke S. 306.

sters *Dietrich* nannte, war aber der Meinung, daß noch weiter gegangen werden müsse. Ich habe ihm in diesem Zusammenhang ganz vertraulich erzählt, daß, wie ich soeben aus Berlin erfahren hätte, ein deutsches Land sich jetzt entschlossen habe, über die von der Reichsregierung gesetzte Grenze hinaus die Gehälter der Landesbeamten noch weiter zu kürzen und auch eingreifende Gehaltsverminderungen bei den Gemeinden durchzuführen[15]. Daraus müsse man entnehmen, daß die Bewegung auf ernste Sparsamkeit in keiner Weise abgeschlossen sei.

Es war nicht ganz leicht, das Gespräch zu beenden, da *Flandin* immer noch auf etwas zu warten schien. Schließlich benutzte ich eine Gelegenheit, als er in allgemeiner Form wieder davon gesprochen hatte, von wie hoher allgemeiner Bedeutung eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich sein würde. Ich fragte, wie es in den anderen Ländern sei, worauf er erwiderte, die würden dann sicher dazukommen. Darauf sagte ich, daß eine solche Vorstellung sicherlich eine schöne Hoffnung für Europa darstellen würde, und erhob mich.

Aus dem Gespräch im ganzen ging mit voller Klarheit hervor, daß an gar keine Möglichkeit zu denken ist, daß wir ohne psychologisch-politische Leistungen eine Unterstützung Frankreichs bei dem Rediskontkredit bekommen. Ich habe zweimal, ohne daß ein Widerspruch erfolgte, festgestellt, daß an sich die Bank von Frankreich geneigt wäre, bei einem hohen Rediskontkredit entsprechend mitzuwirken, daß ich aber zu dieser Stunde auf politische Widerstände (obstacles politiques) stieße. *Flandin* sagte einmal darauf: „im jetzigen Zustand der Dinge", worauf ich erwiderte, ich hätte ja gesagt, „en ce moment".

Nach Beendigung des Gespräches mit *Flandin* sagte ich *Moret,* daß ich ihn gern noch allein sprechen würde, und fuhr mit ihm in die Bank von Frankreich. Dort bat ich ihn, mit mir noch einmal mehr technisch zu sprechen, damit die Dinge nicht lediglich ins Politische ausliefen. Dieses nicht sehr lange Gespräch, das durchaus den Charakter einer Schlußfeststellung hatte, gliederte sich in drei Teile:

1. *Moret* bestätigte, was er schon am Morgen gesagt hatte, daß die Verlängerung des jetzt laufenden Rediskontkredites über den 16. Juli hinaus von seinem Generalrat bereits genehmigt sei. Wenn die Verlängerung nur auf 3 Monate erfolge, so seien dafür statutarische Rücksichten der Bank von Frankreich maßgebend, es würde aber gar keinen Schwierigkeiten begegnen, den Kredit nach Ablauf der 3 Monate zu verlängern.

2. Nachdem mir *Moret* nochmals erzählt hatte, daß er an alle Pariser Banken sich nach Empfang meiner Depesche über die Erweiterung der Golddiskontbank brieflich gewendet hätte, gab ich meiner Überzeugung Ausdruck, daß ich auch in Zukunft auf seine Unterstützung bei der Bekämpfung der Kreditkündigungen rechnen könne. Er tat einen Augenblick fast gekränkt, daß ich überhaupt fragte, bestätigte aber deutlich meine Auffassung, nur mit dem Zusatz, daß er für einen Erfolg nicht garantieren könne. Mit der Société Générale, von der heute morgen bekannt geworden sei, daß sie gestern die Kündigung aller Kredite in Deutschland in Höhe von 10 Millionen $ beschlossen hätte (ich bekam darüber einen Brief in die Vormittagsbesprechung von Gesandtschaftsrat *Döhle* geschickt, den ich sofort urschriftlich *Moret* gab), wollte er noch heute in Verbindung treten.

15 Diese Absicht verfolgte das Land Baden. Reichsministerbesprechung am 8. 7. 1931, 13.00 Uhr, BA R 43 I/1450. Vgl. Nr. 260, Anm. 12.

3. Hinsichtlich der Frage des Rediskontkredits äußerte *Moret,* er sei, auch wenn die politischen Voraussetzungen geschaffen seien, auf nicht geringe Schwierigkeiten wegen der in Betracht zu ziehenden großen Summe (eine Summe der Höhe nach hatte ich nie genannt, sondern immer nur von einem Mehrfachen des bisherigen Kredits gesprochen) bei seinem Generalrat gefaßt, aber seine Autorität würde sicherlich genügen, um diese Schwierigkeiten zu überwinden, und als ich dann noch einmal, wenn auch kurz, darauf kam, daß es für mich eine sehr unbefriedigende Situation sei, in der schweren Lage, in der sich Deutschland befinde, hier vor politische Hindernisse zu kommen, tat er nach einigen Zwischenbemerkungen die Äußerung, wir würden ja über die Sache noch einmal in Basel sprechen. Aus dieser Äußerung kann indessen nach Lage der Dinge leider keinerlei Schluß gezogen werden, daß damit etwas anderes gemeint wäre als eine Änderung, sofern auch auf der politischen Seite Änderungen eintreten.

Ganz konkret habe ich *Moret* die Frage vorgelegt, wie er sich eigentlich einen etwaigen politischen Schritt denke. Ich habe gesagt, daß ich diese Frage *Flandin* nicht hätte stellen können, da es sonst ausgesehen hätte, als ob ich politisch verhandeln wolle, ihn aber fragte ich als Notenbank-Kollegen. Er erwiderte mir, daß er darüber natürlich keine Meinung habe und auch mit niemandem gesprochen habe, aber er denke sich, daß die Herren *Brüning* und *Curtius* recht bald nach Paris kämen. Als ich von der zeitlichen Unmöglichkeit sprach, verwies er auf die mögliche Kürze des Besuches, auf Flugzeug usw. Jedenfalls würde dieser Besuch sehr viel Atmosphäre machen. Am Vormittag hatte er mir auseinandergesetzt, daß Frankreich durch liebenswürdige Gesten gut zu behandeln sei und daß man namentlich nicht das Gefühl in Frankreich aufkommen lassen dürfe, es werde vernachlässigt. Ich sagte nun zu *Moret,* wie er sich solchen Besuch inhaltlich eigentlich denke, und wies auf die bestimmten weitgehenden Gedanken *Flandins* wegen des Moratoriums der Forderungen Deutschlands an Frankreich hin. Darauf antwortete *Moret,* er habe von diesem Gedanken heute nachmittag zum ersten Mal gehört und könne sich mithin gar nicht äußern.

Auf meine im Anschluß hieran und allgemein gestellte Frage, ob er mir noch etwas zu sagen habe, antwortete *Moret* verneinend.

Nachtragen möchte ich allgemein, daß ich sowohl *Moret* wie *Flandin* gegenüber sehr deutlich gemacht habe, daß ich durchaus nicht einen Kredit für das Reich erstrebe, und ob das Problem später einmal auftauchen würde, habe ich ausdrücklich offen gelassen. Für die Gegenwart habe ich deutlich abgesteckt, daß die Aktion mit der Golddiskontbank bezwecke, den jetzigen Zustand der Kredite in Deutschland aufrechtzuerhalten, ohne natürlich eine Krediterhöhung bei der Golddiskontbank für unerwünscht zu halten, sofern sich der Wiederaufbau des deutschen Auslandskredites in maßvoller und verständiger Form vollzieht. Daneben habe ich immer nur den Rediskontkredit gefordert als einen Kredit, dessen Ziel durchaus nicht sei, benutzt zu werden, sondern der in being wirken soll. *Moret* gegenüber habe ich streng persönlich darauf hingewiesen, daß, ohne daß eine derartige Absprache Teil des Vertragwerkes sein könnte, das deutsche Reichsbankdirektorium doch in jeder Weise bereit sein würde, sich zu verpflichten, den Kredit nicht weiter in Anspruch zu nehmen, sobald eine bestimmte Höhe der Inanspruchnahme wider Erwarten erreicht wäre.

Anschließend habe ich sowohl der Reichskanzlei (*Pünder,* auch Reichskanzler Dr. *Brüning*) wie der Reichsbank *(Dreyse)* gesagt, in Ergänzung eines bereits am Mittag mit der Reichsbank geführten Gespräches, daß keine Veränderung eingetreten sei, daß die Angelegenheit vielmehr lediglich politisch liege und daß aus der langen Besprechung mit *Flandin* sich keinerlei Erleichterung für die Lage Deutschlands ergeben habe. Es ist damit zu rechnen, daß die Gespräche mit Berlin abgehört worden sind.

257a.

10. 7. 1931: Aufzeichnung über die Währungskrise

Nachlaß Luther 336. Durchschlag. Handschriftliche Überschrift: „Material für die Unterredung des Herrn Präsidenten mit Botschafter Sackett. 10. 7. 31."

Die gegenwärtige Krisis, die sich in den starken Devisenabzügen bei der Reichsbank ausdrückt, steht in engstem Zusammenhang mit der großen kurzfristigen Verschuldung der deutschen Banken gegenüber dem Auslande. Auf die Gefahren dieser kurzfristigen Verschuldung in Zeiten politischer oder anderer Erschütterungen hat die Reichsbank seit langem die Banken immer wieder hingewiesen, mit dem Erfolg, daß der Höhepunkt dieser Bankenverschuldung seit längerer Zeit überschritten und daß teils durch freiwillige Rückzahlungen, teils infolge von Kündigungen seitens des Auslandes ein erheblicher Abbau der kurzfristigen Auslandsschulden erfolgt ist.

Da die Banken im großen Umfange auf den Gold- und Devisenbesitz der Reichsbank zurückgreifen mußten, sah sich die Reichsbank schließlich genötigt, ihrerseits Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um diese Ansprüche abzuwehren. Diese Gegenmaßnahmen mußten natürlich den Ursachen der Bewegung angepaßt werden. Diese Ursachen waren das Mißtrauen des Auslandes, und es mußte daher versucht werden, diesem Mißtrauen so lange wie möglich dadurch zu begegnen, daß man die für die Rückzahlung angeforderten Devisen anstandslos zur Verfügung stellte. Nach Lage der Dinge konnte auch die am 13. Juni vorgenommene Diskonterhöhung von 5% auf 7% keine nachhaltige Wirkung ausüben, weil ein mißtrauischer Gläubiger sich auch durch ein Angebot höherer Zinsen nicht beruhigen läßt. Die Diskonterhöhung war im wesentlichen als psychologisches Alarmsignal gedacht, um zu zeigen, daß die Reichsbank gegenüber der Entwicklung nicht untätig bleibt. Eine Woche später hatte sich die Lage so weit zugespitzt, daß die Reichsbank entweder zu dem harten Mittel der Kreditrestriktion greifen oder die Deckungsgrenze unterschreiten mußte. Sie entschied sich für die erste Maßnahme, konnte dieses Mittel allerdings verhältnismäßig milde anwenden[1], weil inzwischen die *Hoover*-Botschaft[2] die Situation erleichtert hatte.

1 Vgl. Nr. 243, Anm. 10, Nr. 244 und 245.

2 Vom 20. 6. 1931. Vgl. Nr. 244 mit Anm. 12.

Die Absicht der Kreditrestriktion kann natürlich nur die sein, dem Publikum, insbesondere den Banken, die Entnahme von Devisen bei der Reichsbank auf dem Kreditwege unmöglich zu machen. Das Vorgehen der Reichsbank kann nur richtig verstanden werden, wenn man sich vorstellt, wie schwierig die ganze Situation vor dem Halbjahresschluß war, und wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Devisenbesitz der Banken selber durch die lang andauernden Rückzahlungen stark angegriffen war. Nach den der Reichsbank vertraulich mitgeteilten Ziffern sind die Verpflichtungen der an den Zwischenbilanzen beteiligten Banken und deren Forderungen gegenüber dem Auslande seit dem Vorjahre nennenswert zurückgegangen (s. Anlage 1)[3]. Ferner zeigen in den Monatsbilanzen die Nostroguthaben der Banken, die unter anderem auch die Auslandsforderungen der Banken enthalten, eine rückläufige Entwicklung seit dem Vorjahre (s. Anlage 2)[4].

Die Reichsbank ist an sich nicht verpflichtet, Devisen abzugeben, aber sie muß demjenigen, der ihr Noten präsentiert, diese Noten in Gold oder Devisen einlösen. Sie muß ferner die deutsche Währung stabil erhalten, d. h. sie muß verhindern, daß die Preise für ausländische Zahlungsmittel eine von der Münzparität über die Goldpunkte hinausgehende Höhe erreichen. Wenn die Reichsbank die zur Rückzahlung von Auslandskrediten erforderlichen Devisen nicht geben würde, würde zunächst der Preis des Dollars auf 4,30 RM oder sogar 4,40 RM steigen, da die zur Rückzahlung ihrer Dollarschulden verpflichtete Bank, wenn sie nicht ihre Zahlungen gegenüber dem Auslande einstellen will, Dollars zu jedem Preis kaufen muß. Was eine solche Kursentwicklung in der jetzigen nervösen Situation auch gegenüber den Sparern und den Depositengläubigern bedeuten würde, liegt auf der Hand. Auf der anderen Seite ist es selbstverständlich, daß die Reichsbank durch Beschränkung der Kredite die Wirtschaft zwingt, die letzten Reserven herauszuholen, d. h. sich von eigenen Devisenreserven zu trennen, ausländischen Wertpapierbesitz zu verkaufen und eventuell Waren im Auslande forciert abzusetzen. Diese Wirkung tritt ein, wenn die Reichsbank auf die Banken drückt und diese den Druck auf ihre Kundschaft weitergeben. Das bedeutet in der jetzigen Situation unter Umständen einen weiteren Druck auf die Weltmarktpreise, wenn man sich vorstellt, daß die von den deutschen Industriellen und Importeuren gekauften Vorräte an Kupfer, Gummi, Kaffee und Baumwolle unter dem Druck der Kreditsperre um jeden Preis im Auslande wieder abgestoßen werden müssen.

Jedenfalls ist die Verantwortung für das Reichsbankdirektorium bei der gegenwärtigen Pressung, der das deutsche Bankwesen durch die Weltwirtschaftskrise, durch den Druck des Halbjahresschlusses und der ungünstigen Finanzlage der öffentlichen Hand unterliegt, außerordentlich groß, wenn durch die brutale Krediteinschränkung Zusammenbrüche herbeigeführt werden. Wenn die ungünstige Entwicklung weitergeht und die Kredithilfe seitens der ausländischen Notenbanken nicht gewährt wird[5], wird der Reichsbank letzten Endes keine Wahl

3 Nicht abgedruckt. Danach verminderten sich die deutschen Verpflichtungen vom 31. 3. 1930 bis 31. 3. 1931 von 6129 Millionen RM auf 5388 Millionen RM, die Forderungen im gleichen Zeitraum von 2366 Millionen RM auf 2175 Millionen RM.

4 Nicht abgedruckt. Rückgang von 2656 Millionen RM (30. 6. 1930) auf 2220 Millionen RM (30. 5. 1931).

5 Zu den Bemühungen *Luthers* um Hilfe des Auslands Nr. 256.

bleiben, sie wird, um sich selbst und die Währung aufrechtzuerhalten, gegen die Banken und die Wirtschaft mit aller Härte vorgehen müssen, was sie bisher im Interesse der Gesamtheit vermieden hat.

Das große Arbeitslosenheer, die gespannte innenpolitische Lage, die in den breiten Massen vorhandene Animosität gegen die Großbanken, die Gefahr von Runs auf Sparkassen und Banken sind noch einige Momente, die bei den Überlegungen des Reichsbankdirektoriums zu berücksichtigen waren und die in einem Lande eine Rolle spielen, in dem die Erinnerung an die furchtbare Inflationsperiode noch so frisch ist wie in Deutschland.

257 b.

9. 7. 1931: Aufzeichnung der Statistischen Abteilung der Reichsbank zur Auslandsverschuldung

Nachlaß Luther 336. Durchschlag[1].

Die kurzfristige Auslandsverschuldung der Großbanken (Bruttoverschuldung) kann per 30. Juni auf ca. 3,2 bis 3,3 Milliarden [RM] angenommen werden (unter Verwendung geringfügiger Schätzungen)[2].

Die Auslandsforderungen der Banken sind sehr stark zusammengeschmolzen. Die Nostroguthaben (hauptsächlich Auslandsforderungen) der Großbanken betrugen per Ende Mai 850 Millionen RM. Seitdem starke Verringerung. Eine Schätzung der kurzfristigen Devisenschulden aller Banken (Bruttoverschuldung) ergibt nach der üblichen Methode (Zuschlag von 60% zur Großbankenverschuldung) etwa 5 bis 5½ Milliarden RM.

Die langfristige Auslandsverschuldung der Zwischenbilanzbanken betrug per 31. März 657 Millionen [RM].

Die Devisenschulden der Privatwirtschaft sind uns nicht bekannt. Das Statistische Reichsamt schätzt per Ende September 1930 die kurzfristige Bruttoverschuldung der Privatwirtschaft gegenüber dem Auslande auf 2 bis 3 Milliarden [RM]. Dieser Verschuldung dürften jedoch auch erhebliche Forderungen gegenüberstehen.

Statistische Abteilung der Reichsbank
[Unterschrift]

1 Anlage von Nr. 257a.

2 Anm. im Original: „Genau von Dedibank und Compribank; die Schätzung bezieht sich auf den Rückgang der Markguthaben, Lorokreditoren und Guthaben Nichtbankenkundschaft bei den übrigen Großbanken."

258.

11. 7. 1931: Die Darmstädter und Nationalbank an Reichsbankvizepräsident Dreyse

Nachlaß Pünder 88. Abschrift.

Sehr geehrter Herr Präsident *Dreyse*!

Wenn wir es trotz Ihrer übergroßen Inanspruchnahme unternehmen, Sie nochmals mit dem Problem Danatbank[1] zu beschäftigen, so geschieht das, um unserer Verantwortung Genüge zu tun. Das bisherige Verfahren, wonach wir mit täglichen Notbehelfen zahlen, können wir, nachdem wir seit den Septemberwahlen mehr als RM 800 000 000,–, davon den größten Teil in den letzten Wochen, ausgezahlt haben, nicht länger fortsetzen, weil uns, abgesehen von der Frage der Verantwortung, hierfür die erforderlichen reichsbankmäßigen Unterlagen fehlen. Die letzttägigen vielfachen Unterhaltungen haben weder zu einem Plan noch zu einer wirksamen Hilfe, wohl aber zur Vermehrung der Unruhe und zu verstärkten Abhebungen geführt. Wenn wir Ihnen sagen, daß wir außerdem dauernd zu Aufnahmen in unseren eigenen Aktien (gestern nicht weniger als 2½ Millionen) gezwungen waren, falls wir nicht die sofortige Katastrophe herbeiführen wollten, so illustriert das unsere Bedenken und Befürchtungen auf das intensivste. Es bleibt uns nunmehr, wenn nicht noch heute in letzter Stunde eine durchgreifende Hilfe erfolgt, nichts übrig, als am Montag die Schalter der Bank zu schließen. So schwer uns dieser Entschluß angesichts der unübersehbaren Konsequenzen auch wird, [so] bleibt uns doch keine Wahl. Wir haben uns bis zum äußersten eingesetzt, um den Eintritt des anscheinend unabwendbaren Ereignisses abzuwehren.

Wir erkennen auch mit aufrichtiger Dankbarkeit an, was Sie, sehr geehrter Herr Präsident, bisher in dieser Frage für unser Institut getan haben.

Wir bitten Sie, über uns zu verfügen, wenn Sie den Wunsch haben, nochmals mit

1 Die Verluste des Nordwolle-Konzerns hatten die Danatbank in große Schwierigkeiten gebracht, da sie Hauptgläubiger der Nordwolle war und überdies ein großes Paket Nordwolle-Aktien besaß. Vgl. Born S. 76. Am 9. 7. 1931 hatte sich die Situation so weit zugespitzt, daß der Direktor der Danatbank, Jacob *Goldschmidt*, *Brüning* und die Reichsbank über die Lage unterrichtete und um Hilfe bat. Brüning S. 310; Luther S. 188. Eine Chefbesprechung über die Reparationsfrage und die Bankenlage am 11. 7. 1931, zu der zeitweilig auch Vertreter der Großbanken und Sachverständige zugezogen wurden, erörterte mögliche Maßnahmen. Der Reichskanzler äußerte die Befürchtung, daß eine Reichsgarantie für die Danatbank einen Ansturm auf andere Banken auslösen werde. „Eine Umwälzung in der Organisation unseres Wirtschaftssystems" sei kaum zu vermeiden. Die Verantwortung müsse daher zweckmäßigerweise von einer Reihe führender Persönlichkeiten des Bank- und Wirtschaftswesens mitgetragen werden. Daß der Staat nur das Risiko, und die anderen nicht die Verantwortung mittragen sollten, sei unmöglich. Direktor *Wassermann* von der Deutschen Bank erwiderte dem Reichskanzler auf eine direkte Frage, daß die Lage der anderen deutschen Banken nicht schlechter sei als überall in der Welt. „Nur die Lage der Reichsbank sei schlecht." Am Ende der Chefbesprechung zog *Brüning* den Schluß, „daß die Lage der Banken schlechter sei als erwartet. Nützliche Vorschläge habe man kaum gehört. Jedenfalls müsse man wohl eine Devisenverordnung und eine Verordnung gegen die Kapitalflucht vorbereiten". BA R 43 I/315. Luther S. 189 ff.; Brüning S. 315 f.; Born S. 99 f.

uns die Lage durchzusprechen. Dies müßte aber in den nächsten Stunden geschehen, da wir die Instruktionen an unsere Außenstellen heute abend hinausgehen lassen müssen.

In aufrichtiger Hochschätzung Ihre Ihnen sehr ergebenen Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank.

gez. 5 Unterschriften

259.

13. 7. 1931: Aktennotiz des Staatssekretärs Meissner

ZStA Präsi 72/Bl. 31–32. Handschriftliche Korrekturen.

Die anliegenden Entwürfe der Verordnung des Reichspräsidenten vom 12. bzw. 13. Juli 1931 haben folgende Entwicklung genommen:

1. Am Sonntag, dem 12. Juli[1], wurde die rot I bezeichnete Verordnung[2] nach vorheriger Ausarbeitung durch einen Ausschuß, an dem ich teilnahm, vom Kabinett genehmigt[3], von mir nachmittags 5.30 Uhr nach Neudeck an Herrn *v. der Schulenburg* durchtelephoniert, dort niedergeschrieben und nach einer Mitteilung des Herrn *v. der Schulenburg* etwa 7 Uhr vom Herrn Reichspräsidenten vollzogen.

Im Laufe des Abends wurde nach der Rücksprache mit den Großbankiers, dem Reichsbankpräsidenten und dem Reichsbankpräsidenten a. D. *Schacht* der § 4 der

1 In der Vorlage irrtümlich 7. Juli.

2 Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird verordnet: § 1: Die Reichsregierung ist ermächtigt, in Ansehung von Kreditinstituten, die von der Krise in ihrem Bestande bedroht sind, bei denen aber die Aufrechterhaltung des Betriebes oder eine geregelte Geschäftsabsicherung durch ein überwiegendes Interesse der Allgemeinheit dringend geboten ist, Garantien zu übernehmen. § 2: Die Reichsregierung ist ermächtigt, Anordnung über die Geschäftsführung und Vertretung eines Kreditinstitutes, bei dem die Voraussetzungen des § 1 vorliegen, zu treffen; sie kann insbesondere die Geschäftsführung und Vertretung Vertrauenspersonen übertragen oder die Wirksamkeit von Willenserklärungen der zur Vertretung des Kreditinstituts befugten Stellen von der Zustimmung von Vertrauenspersonen abhängig machen. Die Reichsregierung kann, wenn sie von der Ermächtigung des § 1 Gebrauch macht, der Vertrauensperson die Befugnis übertragen, Dienstverträge, insbesondere solche mit leitenden Angestellten, mit der gesetzlichen Frist zu kündigen und die Ansprüche auf Anteile am Gewinn oder sonstige Bezüge, soweit die Ansprüche Gesellschaftern, Geschäftsführern, Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern zustehen, herabzusetzen. § 3: Die Reichsregierung ist ermächtigt, anzuordnen, daß ein Kreditinstitut, bei dem die Voraussetzungen von § 1 vorliegen, Zahlungen oder bestimmte Arten von Zahlungen vorläufig nicht bewirken darf. Die Reichsregierung kann ferner anordnen, daß Arreste, Zwangsvollstreckungen und einstweilige Verfügungen gegen das Vermögen eines solchen Kreditinstitutes nicht stattfinden und daß der Konkurs über das Vermögen eines solchen Kreditinstitutes nicht eröffnet wird. § 4: Maßnahmen, die gemäß dieser Verordnung erlassen werden, begründen keinen Anspruch auf Entschädigungen. § 5: Zuwiderhandlungen gegen Anordnungen, welche die Reichsregierung nach § 3 Satz 1 und § 4 erläßt, werden mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft. § 6: Die Reichsregierung ist ermächtigt, die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften zu erlassen. § 7: Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft. ZStA Präsi 72/Bl. 33–35.

3 Ministerbesprechung am 12. 7. 1931, BA R 43 I/1450, abgedruckt in Born S. 184 f. Vgl. auch Nr. 297c; Pünder S. 160 f.; Luther S. 192 f.; Brüning S. 317 ff.; Born S. 102 ff.

Verordnung gestrichen[4]. Diese Streichung wurde mit der Bitte um Genehmigung durch den Herrn Reichspräsidenten von mir um 10 Uhr abends nach Neudeck an Herrn *v. der Schulenburg* durchgegeben und vom Herrn Reichspräsidenten dort genehmigt. Darauf wurde die bereits vollzogene Verordnungsurkunde in Neudeck entsprechend berichtigt und das Duplikat hier gleichmäßig verbessert.

2. Im Laufe der Nacht ließ die Besprechung mit den führenden Großbanken erkennen, daß sich die Krisis zunächst auf die Darmstädter und Nationalbank allein beschränkt. Es wurde daher empfohlen, von einer generellen Ermächtigung der Reichsregierung für „Kreditinstitute", abzusehen, die Verordnung auf die Danatbank allein zu beschränken und entsprechend umzuarbeiten[5]. Ich habe daraufhin um 11.30 Uhr abends Herrn Oberstleutnant *v. Hindenburg* in Neudeck erneut angerufen und ihm mitgeteilt, daß die Verordnung einstweilen nicht in Kraft trete, sondern durch eine neue ersetzt werden würde.

3. Heute vormittag wurde dann nach einer Vorbesprechung die als rot II bezeichnete Verordnung des Reichspräsidenten[6] im Kabinett genehmigt[7], von mir um 10 Uhr vormittags nach Neudeck (an Herrn *v. der Schulenburg*) durchgegeben, der sie dort niederschrieb, worauf der Herr Reichspräsident sie gegen 11 Uhr vormittags unterschriftlich vollzog. Der Vollzug wurde hierher mitgeteilt.

4. Nachdem diese Verordnung II bereits vollzogen war, ergab sich in den weiteren Beratungen des Kabinetts die Notwendigkeit, Bestimmungen über das Vermögen der persönlich haftenden Gesellschafter der Danatbank zu treffen. Dementsprechend wurde eine diesbezügliche Bestimmung ausgearbeitet, vom Kabinett genehmigt und als 2. und 3. Satz dem §2 der bereits vollzogenen vorerwähnten Verordnung (II) zugefügt[8]. Ich habe diesen Zusatz in der gleichen Weise wie vorher nach Neudeck (an Herrn *v. der Schulenburg*) telephonisch weitergegeben, der ihn als Nachtrag auf der Originalurkunde niederschrieb und vom Herrn Reichspräsidenten paraphieren ließ. Nachdem mir um etwa 12.10 Uhr vormittags mitgeteilt wurde, daß der Herr Reichspräsident den Zusatz genehmigt habe, habe ich dann die Veröffentlichung der Verordnung rot III[9] in dieser Form angeordnet.

Mit der Verordnung ist gleichzeitig der aus der WTB-Depesche beigefügte Aufruf der Reichsregierung zur Erläuterung der Situation ergangen[10].

M[eissne]r

---

4 Vgl. Nr. 279c, 279d; Schacht S. 359 ff.

5 Fortan „Verordnung des Reichspräsidenten über die Darmstädter und Nationalbank".

6 Hierbei wurde der preisgegebene § 4 des ersten Verordnungsentwurfes wieder eingefügt. Hier nicht abgedruckt.

7 Ministerbesprechung am 13. 7. 1931, 9.30 Uhr, BA R 43 I/1450.

8 § 2 lautete nunmehr: „Die Reichsregierung kann im Falle der Übernahme einer Garantie anordnen, daß Arreste, Zwangsvollstreckungen und einstweilige Verfügungen gegen das Vermögen der Bank nicht stattfinden und daß der Konkurs über das Vermögen der Bank nicht eröffnet wird. Die gleiche Anordnung kann die Reichsregierung für das Vermögen eines persönlich haftenden Gesellschafters der Bank treffen, wenn sie es im Interesse der Gläubiger der Bank für notwendig erachtet. Eine solche Anordnung bewirkt, daß der persönlich haftende Gesellschafter den gleichen Beschränkungen unterliegt, die in diseser Verordnung und ihren Durchführungsvorschriften für die Bank getroffen werden."

9 RGBl. 1931 I S. 359.

10 Schulthess 1931 S. 156; Ursachen und Folgen VIII S. 193.

260.

14. 7. 1931: Niederschrift über die Sitzung des Engeren Vorstandes des Deutschen Städtetages

AVfK A (DST) 140. Vervielfältigtes Exemplar. Handschriftliche Korrekturen. Überschrift: „Erste, vorläufige, Niederschrift über die Sitzung des engeren Vorstandes am 14. 7. 1931."[1]

Mulert: Zu prüfen ist, was nach den Bankfeiertagen[2] geschehen soll. Hauptfragen seien

1. die Situation der Sparkassen,
2. die Frage, wie die Wohlfahrtsunterstützungen, Gehälter und Löhne weiter gezahlt werden können,
3. das Anziehen der Preise und das Hamstern des Geldes,
4. die Beschaffung eines Ersatzzahlungsmittels (Notgeld)[3].

Kleiner: Sowie Klarheit über die Lage der Privatbanken erreicht worden sei, sei ein gemeinsamer Vorstoß der öffentlichen und privaten Institute bei der Reichsregierung erfolgt. Zwei Bankfeiertage wurden gefordert. Die Banken hätten sich auch bereit erklärt, 250 Millionen RM für die Danatbank in der Form von Wechseln vorzustrecken. Die Reichsbank sei jedoch nicht in der Lage gewesen, die Wechsel aufzunehmen. Es sei zu spät gehandelt worden. Schon der Montag[4] hätte als Bankfeiertag erklärt werden müssen. Der Schalterschluß [der Danatbank] hat den Run auf die Kassen hervorgerufen. Die Reichsregierung wollte offenbar aus politischen Gründen ein Moratorium vermeiden. Persönlich zweifle er, daß wir um ein Moratorium herumkommen. Die Reichsregierung habe gestern ein Teilmoratorium für die Sparkassen erwogen. Er glaube aber, daß jede Deklassierung der Sparkassen vermieden werden müsse. Die Banken erklären, wenn sie genügend Zahlungsmittel bekommen, brauchten sie kein Moratorium. Die Frage sei, ob auch die Sparkassen genügend Zahlungsmittel bekommen können. Für die Sparkassen käme nur der Lombardweg in Frage. Es müsse darauf gedrängt werden, daß durch Lombardierung der Kommunalanleihen sogleich den provinziellen Anstalten und durch diese den einzelnen Sparkassen die notwendigen Zahlungsmittel beschafft würden. Danach sei zu prüfen, ob Auszahlungen in vollem Umfange erfolgen können oder Repartierungen notwendig seien. Wenn die Reichsbank nicht durch Auslandskredite in die Lage versetzt würde, ihre normalen Funktionen auszuüben, sei ein Moratorium unumgänglich. Die Reichsre-

1 Die endgültige, in einigen Teilen gekürzte Niederschrift befindet sich im gleichen Bestand.

2 Die Reichsregierung hatte sich am Abend des 13. 7. 1931 entschlossen, den Reichspräsidenten zur Unterzeichnung einer Verordnung über Bankfeiertage zu ersuchen. Chefbesprechung am 13. 7. 1931, BA R 43 I/2371. Nachdem der Reichspräsident *Hindenburg* diese Verordnung (RGBl. 1931 I S. 361) unterzeichnet hatte, erließ die Reichsregierung eine Durchführungsverordnung und erklärte den 14. und 15. 7. 1931 zu Bankfeiertagen. RGBl. 1931 I S. 361.

3 Vgl. Nr. 261 und 279c.

4 Bereits am 13. 7. 1931 sahen sich viele Banken und Sparkassen zu Auszahlungsbeschränkungen gezwungen. Born S. 107.

gierung habe in Hoffnung auf die BIZ und Amerika selbst gestern noch gezögert, die Bankfeiertage anzuordnen, bis der Preußische Ministerpräsident eingriff[5].

Sahm: Die Situation sei so schwierig, daß keine Zeit zu verlieren sei. In Berlin seien gestern von den städtischen Sparkassen 7 Millionen RM abgehoben, obwohl für die Abhebungen die 100-Mark-Grenze eingeführt worden sei. Ein Moratorium sei nicht zu entbehren, da nach den beiden Bankfeiertagen ein noch größerer Ansturm zu erwarten sei. Es dürfe aber nicht zu einer unterschiedlichen Behandlung zwischen Sparkassen und Privatbanken kommen, da sonst in Zukunft der Wiederaufbau der Sparkassen gefährdet werde.

Abramowitz: An einen neuen Auslandskredit sei nach seiner persönlichen Auffassung nicht zu denken. Es sei auch ausgeschlossen, den starken herandrängenden Bedarf durch Vermehrung der Zahlungsmittel zu befriedigen. Nach den Bankfeiertagen werde ein ungeheuerlicher Run einsetzen. Noch schlimmer sei aber, daß die Gelder nicht zurückfließen, sondern gehamstert würden. Ein Moratorium erscheine danach unumgänglich. Jedes Moratorium, gleichgültig, ob Außen- oder Innenmoratorium, rücke aber das Reich in die Reihe der Schuldner 2. Klasse. Ein Moratorium würde deshalb von der Reichsregierung nicht beabsichtigt, auch die Wirtschaft lehne diesen Gedanken allgemein ab. Er glaube, daß ein Teilmoratorium für die Sparkassen nur unter dem äußersten Zwang der Verhältnisse hinzunehmen sei. Jede Sonderbehandlung der öffentlichen Wirtschaft würde den Sparkassen in Zukunft die Kunden abjagen. Deutschland wird in der nächsten Zeit ein autonomer Wirtschaftsstaat werden müssen. Es wird fremde Waren nicht mit Reichsmark bezahlen können, sondern mit Devisen zahlen müssen. 1000 Millionen RM, die heute vom Reich zur Verfügung gestellt werden, würden aufgezehrt werden. Die Banken haben sich durch Wechsel saniert, die sie an die Reichsbank abgegeben haben. Die öffentlichen Institute haben keine Devisen (sondern nur Devisenschulden) und keine Warenwechsel, sind also auf Lombard angewiesen. Von dieser Lombardierungsmöglichkeit sei bisher, wie das Verhalten der Reichsbank gegenüber der Stadtbank Berlin zeige, nur völlig ungenügend Gebrauch gemacht worden. Wenn die Reichsbank sich nicht entschließt, das Lombardregister zu erweitern, wird die öffentliche Hand nicht mehr in der Lage sein, den Zahlungsbedarf zu befriedigen. Es darf nicht dahin kommen, wie es bisher geschehen sei, daß die Reichsbank die öffentliche Wirtschaft gegenüber der Privatwirtschaft benachteiligt. Die öffentliche Wirtschaft sei nur mit 15 Millionen RM von der Reichsbank unterstützt worden, die Privatbanken haben dagegen 1700 Millionen RM (gegen Wechsel) von der Reichsbank bekommen. Es müsse also gefordert werden, daß von der Ermächtigung des § 21 der Novelle zum Reichsbankgesetz (Lombardierung von Kommunalanleihen) Gebrauch gemacht würde.

Mulert begrüßt *Weltzien* von der Girozentrale und führt dann aus: Zu prüfen sei: Ist es für die Sparkassen selbst bei Ausdehnung der Lombardierung möglich, dem einsetzenden Run zu widerstehen, oder wird es zu einem allmählichen Absterben der Sparkassen kommen? Ist es deshalb nicht besser, sogleich autoritativ ein allgemeines Moratorium durchzuführen? Man müsse prüfen, was das geringere

5 Nach Unterredungen mit dem preußischen Handelsminister sprach sich Ministerialdirektor *Ernst* (Preußen) in der Chefbesprechung am 13. 7. 1931 für die Einführung von zwei Bankfeiertagen aus. BA R 43 I/2371.

Übel sei. Die Gemeinden seien nicht Opfer einer falschen Politik der Sparkassen, sondern Opfer der allgemeinen Situation.

Abramowitz: Die Sparkassen haben 12 Milliarden RM Einlagen, davon seien 1½ Milliarden Kontokorrentgelder, von den restlichen 10 Milliarden sei die Hälfte kurzfristiges Geld. Die Banken dagegen haben nur 8 Milliarden RM Einlagen (davon seien 3 Milliarden fremde Gelder, so daß 5 Milliarden übrig bleiben). Die Sparkassen haben also viel mehr kurzfristiges Geld zu verteidigen als die Banken. Ein Teilmoratorium für die Sparkassen dürfe sich nur auf die Spareinlagen beziehen, die Kontokorrenteinlagen der Sparkassen müßten ebenso wie die Bankgelder behandelt werden.

Weltzien: Am Sonntag[6] hätte eine allgemeine Kopflosigkeit bei den Banken geherrscht. Es habe wohl keine Absicht bestanden, die Danatbank niederzuschmettern. Bei einer Rentenmarkemission[7] in Höhe von 1,5 Milliarden RM würden voraussichtlich die Sparkassen zu kurz kommen. Nach 5–6 Tagen würde der Betrag versickert sein.

Mulert begrüßt den eintretenden Reichsinnenminister *Wirth* und schildert kurz den Verlauf der bisherigen Diskussion. Er legt die Gefahr dar, daß die Sparkassen den nach den Bankfeiertagen zu erwartenden Ansturm nicht aushalten und daß die Privatbanken gegenüber den Sparkassen bevorzugt seien, da sie sich mit Devisen eingedeckt hätten und über größere Lombardmöglichkeiten verfügen.

Wirth: Weitere Beschlüsse sind über Nacht nicht gefaßt worden. Die Nachrichten über Basel seien keineswegs optimistisch[8]. Die Sache sei auf das politische Gleis geschoben. England könne Anleihen nicht geben. Amerika könne sie nur durch Gesetz zur Verfügung stellen[9]. Von Frankreich können höchstens nach monatelangen Verhandlungen Anleihen losgeeist werden. Die Politik müsse sich also darauf einstellen, daß wir keine Auslandsanleihen bekommen. Der Reichsminister des Innern sei für die Gemeinden besonders interessiert. Über den Wunsch, die Lombardfähigkeit der Kommunalanleihen zu erweitern, sei er unterrichtet. Er werde diese Frage an den Reichsbankpräsidenten stellen, der sie aber wahrscheinlich mit Nein beantworten werde. Es frage sich, was dann geschehen soll.

Inzwischen kommen Ministerialrat *Pulvermann* und Oberregierungsrat *Medicus* vom Reichsministerium des Innern.

Kleiner: Bei der Schaffung von Ersatzzahlungsmitteln sind die Sparkassen im Nachteil gegenüber den Banken, auch aus technischen Gründen, da es weniger Banken gibt als Sparkassen. Wenn nicht ein Moratorium angeordnet wird, werde es zu einem allmählichen Schließen der Sparkassen kommen. Besser sei es, daß die Länder die Sparkassen behördlich schließen, als daß die Sparkassen selber tropfenweise den Schalterschluß verkünden. Kein Zweifel sei, daß die Banken die Gelegenheit benutzen würden, den Sparkassen den Todesstoß zu versetzen. Wenn

6 12. 7. 1931.

7 Vgl. Nr. 261.

8 Vgl. Nr. 261, Anm. 4.

9 Der amtierende Secretary of State erklärte dem britischen Botschafter *Lindsay* am 13. 7. 1931, daß eine weitere finanzielle Hilfe der amerikanischen Regierung für Deutschland völlig unmöglich sei. DBFP 2 II S. 186.

Ersatzzahlungsmittel geschaffen würden, so müßten morgen auch die entlegensten Sparkassen mit dem neuen Geld versorgt werden.

Wirth: Wir stehen vor einer Situation, wie sie weltgeschichtlich noch nicht dagewesen ist. Die verschiedenen Möglichkeiten kann man im Augenblick nur theoretisch erörtern. Rein theoretisierend, wie in einem finanzwissenschaftlichen Seminar, stelle er die Frage: Welche Beträge brauchen die Gemeinden an Zahlungsmitteln? Wie sollen diese Zahlungsmittel technisch beschafft werden? Wenn man auf die Rentenbank abkommt, kann man daran denken, daß das Reich, die Länder und die Sparkassen von der Rentenbank Darlehen bekommen. Er erbitte von den hier versammelten Technikern der Sparkassen 10 Leitsätze, die er dem Reichskabinett vorlegen könne.

Mulert: Es kommt nicht nur auf den Bedarf der Sparkassen an, sondern auch auf den Bedarf für die Wohlfahrtsunterstützungen. Der Zahlungsmittelbedarf werde sich bei der gegenwärtigen Stimmung im Publikum um 100% steigern. (1–1½ Milliarden × 3 =) 4½ Milliarden seien notwendig, um für die nächsten 14 Tage durchzukommen.

Weltzien: Die Banken sagen, daß sie auch noch weiterhin die angeforderten Gelder auszahlen können. Ich glaube, daß aber auch die Banken nur noch 5–6 Tage aushalten können. Wenn die Reichsregierung den Bankiers sagen würde, es ist aussichtslos, auf Frankreich oder auf ein sonstiges Wunder zu hoffen, so werden die Bankiers zu der Erkenntnis kommen, daß es aussichtslos sei, mit 1½ Milliarden RM weiter Auszahlungen vornehmen zu wollen und daß ein vollständiges Moratorium mit Ausnahme für die Wohlfahrts-, Lohn- und Gehaltszahlungen notwendig sei.

Mulert faßt zusammen:

1. Zahlungsmittel sind nicht im erforderlichen Ausmaß zu beschaffen,
2. die Bankfeiertage müssen deshalb verlängert werden,
3. ein Ganzmoratorium muß angeordnet werden, das für Banken und Sparkassen gleichermaßen gilt. Die Frage sei, welche Ausnahmen für Wohlfahrtsunterstützungen, Gehalts- und Lohnzahlungen vorzusehen seien.

Scharnagl: Man darf nicht immer nur an die Sparkassen denken, es gilt, die gesamten öffentlichen Kassen zu sichern. In kurzer Zeit werde ein [so] starker Rückgang bei den Einnahmen festzustellen sein, daß die öffentlichen Kassen versiegen. Ein Moratorium sei unentbehrlich. Es gelte aber, den Umlauf des Geldes nicht durch das Moratorium vollkommen stocken zu lassen.

Heimerich: In Nachbarstädten von Mannheim sei in den öffentlichen Kassen überhaupt nichts mehr. Die Auszahlung der Wohlfahrtserwerbslosenunterstützungen höre auf. Schon seien ein Run auf Lebensmittelgeschäfte und Preissteigerungen zu beobachten. Dadurch werde der Run auf die Sparkassen verstärkt werden.

Wirth wirft ein, daß die Schwierigkeiten der Lage ihm bekannt seien.

Sahm: Der Minister hat gefragt: Was ist notwendig? Es sei zu antworten, daß die Anforderungen an Zahlungsmitteln so groß seien, daß die Schaffung von Ersatzzahlungsmitteln allein nicht genüge. Mit den Rentenmarkplänen müsse ein Moratorium verbunden werden. Die Bankfeiertage seien zu verlängern.

Abramowitz: Es kommt darauf an, das grundsätzliche Problem herauszustellen.

Der Zahlungsbedarf der nächsten Tage sei überhaupt nicht festzustellen. Deutschland werde ein autonomer Wirtschaftsstaat ähnlich wie Rußland werden müssen. Man dürfe nicht engherzig verfahren. Da Ersatzzahlungsmittel technisch nicht in genügendem Ausmaß zu schaffen seien, sei ein Moratorium notwendig. Die Privatwirtschaft meint, dadurch werde der ausländische Kredit vollständig zerschmettert. Da wir aber zur Zeit überhaupt keinen ausländischen Kredit bekommen, sei das gleichgültig. Im gegenwärtigen Moment sei die Vertrauenskrise nicht zu lösen. Ein Moratorium für die Gesamtheit der Wirtschaft und Schaffung von neuen Zahlungsmitteln sei deshalb unumgänglich. Halbheiten seien gefährlich. Ein gewisses Vorbild seien die Moratoriumsanordnungen von Frankreich und Italien zu Anfang des Weltkrieges. Das Moratorium sei dort von vornherein auf 30 Tage angeordnet worden.

Brauer: Der Vorschlag des Moratoriums lasse sich mit dem Vorschlag des Ersatzgeldes vereinigen. Das Publikum verlange die Ausgabe von Zertifikaten über sein Sparguthaben. Die Ausgabe von Notgeld durch die Sparkassen würde eine psychologische Entspannung schaffen. Ein solches Notgeld, das neben dem Geld der Rentenbank Zahlungsmittel sei, würde die Brücke zwischen dem Moratorium und der Aufrechterhaltung der Zirkulation bilden. Es würde das völlige Stocken des wirtschaftlichen Lebens verhindern.

Mulert: Die Frage, ob ein Notgeld geschaffen werden soll, sei ihm gestern von vielen Städten vorgelegt worden. *Brauer* habe die eine Möglichkeit erörtert, daß Notgeld als Zertifikate für die Sparguthaben geschaffen werde. Ein anderer Fall sei der, daß eine Stadt, die Guthaben bei verschiedenen Banken besitzt, sie aber im Moment nicht loseisen kann, für diese Guthaben Notgeld ausgibt.

Wirth: Man muß die Frage: Ausgabe von Zertifikaten für Sparkassenguthaben und die Frage der Ausgabe von allgemeinem Notgeld trennen. Sollen diese Zertifikate Zwangskurs haben? Das wird allgemein verneint. In welcher Höhe sollen sie ausgegeben werden?

Brauer führt aus, daß Zertifikate nur für kurzfristige fällige Guthaben gegeben werden sollen. Soll man die Zertifikate stückeln? **Brauer** bejaht diese Frage. **Kleiner** wendet sich dagegen.

Weltzien: Die Ausgabe solchen örtlichen Notgeldes bedeutet nach seiner Ansicht die Inflation. Man müsse die Einführung eines generellen Zahlungszeichens durch das Reich fordern. Das Moratorium bedeute, daß Geldzahlungen nur bei Nachweis eines Bedürfnisses erfolgen sollen. Durch die allmähliche Ausgabe der neuen Rentenmark würden wir allmählich zu einem Zahlungsmittelumlauf von 3–4 Milliarden kommen.

Sahm: Noch einmal müsse hervorgehoben werden, daß dafür gesorgt werden müsse, daß die öffentlichen Kassen die Mittel für die Wohlfahrtserwerbslosen auszahlen können. Morgen und übermorgen könne Berlin die Wohlfahrtsmittel noch auszahlen. Die Gehälter für die Angestellten werden nicht mehr ausgezahlt werden können. Käme es nicht zur Hilfe, drohe deshalb Revolution im Land.

Wirth: Die Notwendigkeit, die öffentlichen Kassen flüssig zu halten, sei genügend unterstrichen. Ihm komme es jetzt – gewissermaßen rein theoretisch – auf die Frage an: wie sollen die Zertifikate aussehen?

Kleiner: Wenn es nicht zu einem Moratorium kommt, werden die Sparkassen – zunächst die im Westen – Notgeld herausgeben. Auch seinerzeit habe man diese Entwicklung erlebt. Zuerst seien diese Zertifikate von den Sparkassen gestückelt worden. Schließlich hätten die Kommunen Notgeld herausgegeben. Dieselbe Entwicklung drohe jetzt, wenn es nicht zu einem Moratorium komme. Abgesehen von den Sparkasseneinlagen haben die Sparkassen auch etwa 1,9 Milliarden Girogelder von der Wirtschaft, die unbedingt bereitgestellt werden müssen. Wichtig sei es, Maßregeln zu treffen, daß der bargeldlose Zahlungsverkehr aufrechterhalten bleibe. Er habe hierfür einen besonderen Vorschlag vorbereitet.

Külz macht Ausführungen, die sich aus der folgenden Gliederung ergeben: [. . .][10]

Mulert faßt noch einmal die bisherige Diskussion zusammen. Er betont dabei, daß die neuen Umlaufsmittel nicht lokal, sondern von zentraler Stelle aus geschaffen werden sollen.

Wirth bittet, daß der Städtetag seine Vorschläge in Form eines kurzen Memorandums der Reichsregierung, insbesondere den einzelnen Ministern, persönlich überreicht[11].

Der engere Vorstand bespricht hierauf die Fassung des Memorandums. In der weiteren Besprechung äußert **Asch** Bedenken gegen Einzelvorschläge. Auch wenn die Reichsbank alles lombardiert, könnten den Städten nicht genügend Mittel beschafft werden, um dem Ansturm Widerstand zu leisten. Man könne nicht Geld schaffen ohne Unterlagen. Die Ausgabe von Geld für die Bedürfnisse der öffentlichen Körperschaften, für die im Moment die notwendigen Mittel aus der Wirtschaft nicht herauszuziehen seien, bedeute Inflation. Die eigenen Einnahmen der Städte werden infolge des Moratoriums völlig versiegen. Kredite gibt man den Städten nicht mehr. Sie würden deshalb ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können.

Mulert: Der Städtetag schlage keine Inflation vor, sondern nur die Ausgabe von Zahlungsmitteln für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung während des Moratoriums. Es bestehe also ein circulus vitiosus, da bei einem allgemeinen Moratorium die Zahlungen an die öffentlichen Kassen zumindest zum größten Teil aufhören werden. Führen wir ein Teilmoratorium ein, so verschlechtern wir die Situation der Sparkassen und verbessern die der öffentlichen Kassen. Bekommen wir ein Vollmoratorium, so verbessern wir die Situation der Sparkassen und verschlechtern die der öffentlichen Kassen. Neben der Illiquiditätsfrage sei deshalb eine materielle Aktion notwendig.

Der Vorstand vereinbarte eine erneute Zusammenkunft um 18 Uhr[12].

---

10 Fortsetzung nicht vorhanden.

11 Dies geschieht in gleichlautenden Schreiben des Geschäftsführenden Präsidenten des Deutschen Städtetages, *Mulert*, an *Brüning, Dietrich, Trendelenburg* und *Stegerwald* vom 14. 7. 1931, AVfK A (DST) 140. Vgl. Nr. 265.

12 Aus der endgültigen Niederschrift geht hervor, daß der Engere Vorstand auf der Abendsitzung beschloß, der Städtetag solle gegen einzelne Bestimmungen des badischen Finanz-Notgesetzes, u. a. gegen die vorgesehene zusätzliche 5%ige Kürzung der Beamtengehälter, beim Reich Einspruch erheben. Außerdem wurde die Vertretung der Städte bei der Bank für Industrieobligationen erörtert.

261.

15. 7. 1931: Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther

Nachlaß Luther 365. Anstreichungen.

Nach meiner Rückkehr aus Basel[1] begab ich mich sofort in die Sitzung des Kabinetts[2]. Dort lag der hier beigefügte Entwurf einer Verordnung über die Mehrausgabe von Rentenmark vor[3]. Nachdem ich über Basel berichtet hatte[4], erklärte ich, daß ich die übrigen Angelegenheiten im Reichsbankdirektorium zunächst besprechen müßte, gab aber sofort von mir aus die bestimmte Erklärung ab, daß, wie immer man in äußerster Not über die Benutzung der vorhandenen Rentenmarkscheine in abgestempelter Form[5] einmal denken möge, ich schon jetzt, wie ich es immer getan hätte, auf das bestimmteste erklärte, daß die Reichsbank unter gar keinen Umständen über das jetzt gesetzmäßig herausgegebene Kontingent hinaus Rentenmarkscheine an ihren Schaltern annehmen könne. Staatssekretär *Schäffer,* der erklärte, daß damit das Projekt tot sei, erörterte dann die verschiedenen Möglichkeiten, die sich ergeben würden, wenn neben der Reichsmark einschließlich des zugelassenen Rentenmark-Kontingents ein zusätzliches Geld umliefe, das von der Reichsbank nicht genommen würde. Ich brachte ferner zum Ausdruck, daß ich den Erlaß einer Devisenverordnung für unbedingt notwendig hielte, und teilte alles das, was ich zu diesem Thema in Basel gehört hatte, mit.

---

1 *Luther* war am Nachmittag des 13. 7. 1931 nach Basel zur BIZ geflogen, um sich nochmals um Kredithilfe zu bemühen. Er kehrte am 14. 7. 1931 mittags zurück. Luther S. 193; Born S. 108; Bennett S. 239 ff.

2 Chefbesprechung über Reparationsfragen am 14. 7. 1931, 16 Uhr, BA R 43 I/315.

3 Der Entwurf war am 13. 7. 1931 von *Trendelenburg* erarbeitet worden. Er kam der Forderung nach einem Ersatzzahlungsmittel entgegen, die die Banken am 13. 7. 1931 nachdrücklich erhoben hatten. Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. 13. 7. 1931; Chefbesprechung am 13. 7. 1931, BA R 43 I/2371. Vgl. Nr. 279c.

4 Nach den Aufzeichnungen *Schäffers* erklärte *Luther:* „Von den Notenbankpräsidenten soll man in diesem Stadium nichts mehr erwarten. Sie seien zwar alle absolut überzeugt, daß uns geholfen werden müsse; sie seien aber zu stark politisch abhängig. Das gelte sowohl von *Norman* wie von *Moret. Harrison* sei sich bewußt, daß er 3000 km entfernt läge. Er wolle infolgedessen nicht führen, sondern sich dem anschließen, was die anderen Notenbanken machen. Diese aber machten nur, was die Regierungen sagten. Umgekehrt, eine Einwirkung durch die Notenbanken auf die Regierungen gäbe es nicht. Den alten Rediskontkredit hätten die Franzosen und die BIZ um drei Monate verlängern wollen, während *Norman* es nur auf 14 Tage wolle. *Harrison* sei ebenso wie die kontinentalen Mächte. Dagegen habe sich *Norman* offenbar vorgenommen, die Franzosen zum Verzicht [auf die Reparationen] zu zwingen, und zu diesem Zweck müssen wir gequält werden. *Norman* wolle auch die deutsche Regierung in Regierungsverhandlungen hineintreiben." Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. 14. 7. 1931.

5 Nach Einführung der Reichsmark 1924 hatte man begonnen, die mit der Stabilisierung am 15. 11. 1923 geschaffene Zwischenwährung der Rentenmark wieder einzuziehen. 1931 befand sich aber immer noch ein Teil der Scheine im Umlauf. *Brüning* behauptet, daß die beabsichtigte Ausgabe von 500 Millionen gestempelter Rentenmarkscheine ein „Vorschlag *Luthers*" gewesen sei, den er als „währungspolitisch unmöglich" abgelehnt habe, „da die Ausgabe von neu abgestempelten Rentenmarkscheinen beim Publikum die Idee der Inflation hervorrufen . . .müsse". Brüning S. 306, 322 f.

In der Direktoriumssitzung der Reichsbank erfolgte einstimmig Verwerfung des Rentenmarkprojekts und überhaupt grundsätzliche Ablehnung der Ausgabe jeder Art von zusätzlichem Geld. Ich teilte das sofort dem Reichsfinanzminister mit.

In der Kabinettssitzung am Abend[6] stellte sich heraus, daß eine Reihe von Projekten am Nachmittag mit Banken durchgesprochen waren, namentlich die Frage der Lohnzahlungen betreffend, ohne daß die Reichsbankvertreter dabei gewesen waren[7]. Es lag hier offenbar ein Mißverständnis vor, indem man bei der Reichsbank angenommen hatte, die Besprechung sei durch Ablehnung des Rentenmarkprojekts erledigt. Es wurden infolgedessen in der Kabinettssitzung – es war gegen 11 Uhr abends geworden – keine Beschlüsse gefaßt, sondern ich sagte zu, die Angelegenheit am Mittwoch früh[8] im Direktorium zur Erörterung zu bringen, und erbat die Entsendung von Regierungsvertretern.

6 Ministerbesprechung am 14. 7. 1931, 22 Uhr, BA R 43 I/1450.

7 Vgl. Nr. 260.

8 15. 7. 1931.

262.

16. 7. 1931: Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

HA/GHH 400101220/11a. Vervielfältigtes Exemplar – 1445/P. „An die Herren Mitglieder des Präsidiums, Vorstandes und Hauptausschusses des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Fachgruppen und landschaftliche Verbände."

Betrifft: Währungs- und Kreditlage

Sehr geehrte Herren!

Am 15. und 16. Juli dieses Jahres haben Sitzungen des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie stattgefunden, in denen zu der neuesten Entwicklung der innen- und außenpolitischen Lage, insbesondere soweit die Währungs- und Kreditseite in Betracht kommt, Stellung genommen wurde. Bevor ich über die Stellungnahme des Präsidiums berichte, möchte ich kurz auf die Entwicklung der Dinge während der letzten Wochen hinweisen.

Die seit Anfang Juni dieses Jahres infolge der Kündigung kurzfristiger ausländischer Kredite andauernden Devisenabzüge bei der Reichsbank hatten am 20. Juni eine sehr bedrohliche Lage geschaffen. Als am 22. Juni die *Hoover*-Proklamation angekündigt wurde[1], trat eine gewisse Erleichterung ein. Die darauf folgenden politischen Verhandlungen über die endgültige Gestaltung des *Hoover*-Planes verursachten jedoch eine weitere Verschlechterung unserer Devisenbilanz[2]. Die Reichsbank mußte einen Rediskontkredit in Höhe von 100 Millionen Dollar in

1 Tatsächlich am 20. Juni. Vgl. Nr. 244 und 245.

2 Vgl. Nr. 252, Anm. 5, Nr. 253 und 255.

Anspruch nehmen[3]. Als endlich am 6. Juli[4] die politische Einigung zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten erzielt worden war, hoffte man auf eine stärkere Entlastung[5]. Diese Hoffnung wurde jedoch enttäuscht. Die Kündigung der ausländischen Kredite ging weiter, und es war erforderlich, außerdem den Rediskontkredit der Golddiskontbank in Höhe von 50 Millionen Dollar in Anspruch zu nehmen, um den Devisenanforderungen entsprechen zu können. Die allgemeine Situation verschärfte sich binnen kurzem derart, daß am 7. Juli die Ihnen bekannte Garantieaktion der deutschen Wirtschaft in Form einer Ausfallbürgschaft von 500 Millionen Reichsmark zugunsten der Golddiskontbank eingeleitet werden mußte[6] (vgl. das Rundschreiben vom 8. Juli dieses Jahres 1397/P)[7].

Als dann feststand, daß die Reise des Reichsbankpräsidenten nach London und Paris ohne Erfolg war[8], verschärfte sich die Lage abermals. Sie fand im Inland und im Ausland in steigendem Mißtrauen, zu dem die verschiedensten Gerüchte über Schwierigkeiten bei einem großen Bankinstitut beigetragen hatten, ihren Ausdruck.

Die Einigung über das *Hoover*-Moratorium hatte zwar die Entlastung der öffentlichen Finanzen für die Zeit vom 1. Juli 1931 bis zum 30. Juni 1932 gebracht. Die allgemeine Mißtrauenswelle konnte jedoch dadurch nicht voll gebrochen werden. Es war lediglich eine Verlagerung der Schwierigkeiten aus der Sphäre der öffentlichen Finanzen in die der Privatwirtschaft eingetreten. Die Reichsbank und die privaten Bankinstitute mußten diesen Run des Auslandes aushalten. Ebensowenig wie irgendein einzelnes Bankinstitut in der Welt, mag es noch so gut fundiert sein, einem allgemeinen Run gewachsen ist, ebensowenig kann ein Land, insbesondere wenn es schon derart geschwächt ist wie Deutschland, eine derartige Belastung aushalten. Die schon immer als äußerst gefahrvoll bezeichneten kurzfristigen Kredite wurden zum Verhängnis.

Als sich dann im Verlaufe des Sonnabends[9] gezeigt hatte, daß bei der Darmstädter und Nationalbank, bei der in den letzten Wochen in ganz außerordentlichem Maße Abhebungen stattgefunden hatten, starke Liquiditätsschwierigkeiten vorhanden waren[10], erfolgten dann am 13. Juli vormittags die in den Notverordnungen von dem gleichen Tage niedergelegten Maßnahmen der Reichsregierung[11], die im Verlauf des Montag vormittag[12] einen allgemeinen Run auf sämtliche Bankinstitute und Sparkassen auslösten[13]. Es kann hier nicht der Platz sein, zu diesen Maßnahmen Stellung zu nehmen und die Frage zu erörtern, ob sie in allen Punkten

---

3 Am 25. 6. 1931. Vgl. Nr. 246b, Anm. 1.

4 In der Vorlage irrtümlich „3. Juli". Vgl. Nr. 254a, Anm. 2.

5 Vgl. Nr. 253, Anm. 1 und Nr. 255.

6 Vgl. Nr. 253, 254a und b sowie 255.

7 Nr. 254a.

8 Vgl. Nr. 256.

9 11. 7. 1931.

10 Vgl. Nr. 258.

11 Nr. 259.

12 13. 7. 1931.

13 Vgl. Nr. 260.

richtig waren und ob nicht andere Wege für die Gesamtwirtschaft besser gewesen wären, sondern es muß die Aufgabe der Wirtschaft sein, aus der nunmehr geschaffenen Lage die erforderlichen Folgerungen für den gegenwärtigen Augenblick zu ziehen, um schwere Schäden für die deutsche Industrie zu vermeiden. Die Lage kennzeichnete sich dadurch, daß allgemein eine Hamsterung von Reichsbanknoten, teilweise auch eine Hamsterung von Waren erfolgte. Während aus der letzteren Erscheinung Bedenken nicht zu entstehen brauchten, führt die Hamsterung von Noten zu einer außerordentlichen Verknappung der Zahlungsmittel, die den gesamten Wirtschafts- und Zahlungsverkehr beeinträchtigen mußte. Die dann eingelegten beiden Bankfeiertage[14] konnten die Schwierigkeiten für den Augenblick zwar verschieben, aber nicht beseitigen, und es trat die bange Sorge auf, was nach Ablauf der beiden Bankfeiertage sich entwickelte und ob insbesondere die für die in dieser Woche fälligen Lohnzahlungen erforderlichen Zahlungsmittel in allen Plätzen des Reiches zur Verfügung ständen. Daneben spielte die Frage eine Rolle, ob es nicht erforderlich würde, schon um die Grundlage für eine Regelung der Abwicklung der kurzfristigen Verbindlichkeiten an das Ausland zu schaffen, ein Auslandsmoratorium für kurze Zeit zu erklären und ob in diesem Zusammenhang eine Regelung des Devisenverkehrs eingeführt werden müßte. Neben dem Auslandsmoratorium war selbstverständlich auch zu prüfen, inwieweit ein Inlandsmoratorium notwendig und zweckmäßig war. Mit diesen für den Augenblick wichtigsten Fragen beschäftigten sich die Präsidialsitzungen am 15. und 16. Juli. Das Präsidium ist dabei zu folgenden Ergebnissen gekommen:

1. Es kommt unter allen Umständen darauf an, den Zahlungsverkehr wieder in normale Bahnen zu lenken und die Lohnzahlungen und die Zahlungen an die Erwerbslosen zu sichern. Bei der durch die Bankfeiertage entstandenen Stockung des Zahlungsverkehrs und bei der durch die Hamsterung von Noten eingetretenen Verknappung der Umlaufmittel besteht aber die Gefahr, daß aus Mangel an Zahlungsmitteln die Lohnzahlungen usw. nicht in vollem Umfange bewältigt werden können. Um die Lohnzahlungen sicherzustellen, hält das Präsidium unter Schaffung der notwendigen Kautelen (Ausgabe nur auf der Grundlage von diskontfähigen Wechseln und gegen Lombarde) auf beschränkte Zeit die Wiedereinführung der Rentenmark in ausreichender Höhe für erforderlich. Man ging dabei von der Erwägung aus, daß der Zustand einer ganz außerordentlichen Deflation, in dem wir uns zur Zeit befinden, die Schaffung eines zusätzlichen Umlaufmittels unter allen Umständen gerechtfertigt erscheinen läßt, und daß das stärkere Wiedererscheinen der Rentenmark als einem bekannten Zahlungsmittel, das ja noch im Umlauf ist[15], auf die Bevölkerung keine nachteiligen psychologischen Wirkungen ausüben würde. Mit der Wiedereinführung der Rentenmark würde kein neues gesetzliches Zahlungsmittel geschaffen werden, sondern dieses Umlaufmittel würde nur den Charakter der Scheidemünzen haben mit der Maßgabe, daß es ebenso wie die Scheidemünzen bei den öffentlichen Kassen unbeschränkt angenommen werden muß. Auf jeden Fall ist dieser Weg besser als

14 Vgl. Nr. 260, Anm. 2.

15 Vgl. Nr. 261, Anm. 5.

das Erscheinen von privatem Notgeld, das vielleicht aus einer momentanen Notlage heraus da und dort entstehen könnte[16].

Maßgebend für die Einstellung des Präsidiums war auch der Umstand, daß dieser Weg dem anderen Weg, nämlich dem der Vermehrung der Umlaufmittel durch vorübergehende Senkung des Deckungsverhältnisses für Reichsmark, der mit einer außerordentlichen Erhöhung des Reichsbankdiskonts und des Lombardzinsfußes verbunden sein und der notwendigerweise für die Wirtschaft sehr starke Erschütterungen bringen muß, vorzuziehen war[17].

Wenn sich das Reichsbankdirektorium trotz unserer Vorstellungen unter Zustimmung der Reichsregierung anders entschieden hat und bestimmt versichert, auf dem nunmehr eingeschlagenen Wege unter allen Umständen in der Lage zu sein, die erforderlichen Zahlungsmittel für das Wirtschaftsleben zur Verfügung zu stellen, unter der Voraussetzung, daß die durch die Bankfeiertage entstandene Stockung des Zahlungsverkehrs nicht sofort, sondern allmählich in normale Bahnen gelenkt wird, wie das durch die heutigen Notverordnungen geregelt ist[18], so kann es nach der einstimmigen Ansicht des Präsidiums nicht unsere Aufgabe sein, diesen Weg deshalb abzulehnen, weil man seitens der Industrie den anderen für besser gehalten hat. Trotz berechtigter Zweifel muß man hoffen, daß es auf diesem Wege gelingt, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Es kommt darauf an, daß alle Kreise in der Industrie und jedes einzelne Unternehmen mit dazu beitragen, den Zahlungsverkehr wieder normal zu gestalten und die Umlaufgeschwindigkeit zu vergrößern, nicht zuletzt auch deshalb, weil damit für das Unternehmen selbst nur Vorteile verbunden sein können.

2. Das Präsidium hält ferner im Interesse einer Verstärkung der Zahlungsmittel und einer reibungslosen Abwicklung des Zahlungsverkehrs eine beschleunigte Ausprägung weiterer Silbermünzen für dringend geboten. Die nach dem Münzgesetz zulässige Höchstmenge an Silbermünzen ist durch die bisherigen Ausprägungen noch nicht erreicht, und es besteht die gesetzliche Möglichkeit, die Menge der Silbermünzen noch zu vermehren.

3. Das Präsidium ist der Auffassung, daß eine Regelung des Devisenverkehrs[19] nicht zu umgehen ist, um den notwendigen Devisenvorrat zu sichern, eine falsche Verwendung von Devisen zu verhindern und aus der Nervosität der Zeit entstehende Kursentwicklungen nachteiliger Art zu vermeiden. Die schweren Bedenken, die gegen eine gesetzliche Regelung des Devisenverkehrs bestehen, sind aus früheren Jahren, in denen eine Devisenbewirtschaftung bestanden hat, hinreichend bekannt. Sie müssen jedoch nach Ansicht des Präsidiums bei einer Lage, wie sie die Entwicklung der letzten Tage geschaffen hat, zurücktreten.

16 Vgl. Nr. 260 und 261.

17 Am 15. 7. 1931 hatte die Gold- und Devisendeckung schon die gesetzlich festgesetzte Grenze von 40% unterschritten; sie lag bei 35,8%. Das zwang die Reichsbank zur Erhöhung des Diskontsatzes von 7 auf 10% und des Lombardsatzes von 8 auf 15%. Born S. 114; Schulthess 1931 S. 159f.

18 Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankfeiertagen vom 15. 7. 1931, RGBl. 1931 I S. 365; Verordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln vom 15. 7. 1931, RGBl 1931 I S. 366; Zweite Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankfeiertagen vom 15. 7. 1931, RGBl. 1931 I S. 369.

19 Die Devisenbewirtschaftung hatte bereits mit der in Anm. 18 genannten „Verordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln" begonnen. Born S. 120 ff.

4. Um die bedrohliche Lage, die durch die Kreditkündigungen des Auslandes für die gesamte deutsche Wirtschaft entstanden ist, nicht zu verschärfen, läßt sich nach Ansicht des Präsidiums ein vorübergehendes Auslandsmoratorium für die vor einem bestimmten Zeitpunkt entstandenen Verpflichtungen nicht vermeiden. Von einem solchen Moratorium dürfen nach der Auffassung des Präsidiums Zins- und Amortisationszahlungen für aufgenommene langfristige Anleihen nicht betroffen werden. Ein nachteiliger Eindruck im Ausland ist von einem solchen Moratorium nach unserer Auffassung nicht zu befürchten, da das Ausland selbst, wie sich aus verschiedenen Mitteilungen ausländischer Geschäftsfreunde der deutschen Industrie ergibt, ein solches Moratorium erwartet. Es würde vielmehr nach deren Auffassung zu einer schnellen Beruhigung der ausländischen Gläubiger beitragen. Selbstverständlich spielen bei einem Auslandsmoratorium auch außenpolitische Rücksichten eine gewisse Rolle. Sie können jedoch nach unserer Auffassung nicht ausschlaggebend sein, wenn es sich darum handelt, unsere Wirtschaft, die durch das Vorgehen des Auslandes in diese Lage gekommen ist, vor dem Untergang zu bewahren. Ein Moratorium bietet für die ausländischen Gläubiger mehr Sicherheit als das planmäßige und wilde Fortgehen des Abzuges der ausländischen Kredite.

Inwieweit mit einem Auslandsmoratorium ein Inlandsmoratorium verbunden sein muß, ist schwer zu entscheiden. Es bestand darüber auch innerhalb des Präsidiums im Gegensatz zu den vorstehenden Punkten keine völlige Einmütigkeit, obwohl nicht verkannt wurde, daß es wahrscheinlich im Auslande nicht verstanden werden würde, wenn im Inlande ein moratoriumsfreier Zustand herrschte. Die Frage, ob ein Inlandsmoratorium geschaffen werden muß, hängt auch davon ab, ob durch die erforderlichen Mengen an Umlaufmitteln die technischen Voraussetzungen für die unbeschränkte Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs bestehen und inwieweit es möglich ist, nach den beiden Bankfeiertagen den Überweisungsverkehr wieder vollkommen freizugeben. Zur Zeit besteht durch die heute erlassenen Notverordnungen sicher für 3 Tage sowohl ein Inlands- wie ein Auslandsmoratorium, und es ist zur Zeit noch nicht zu übersehen, ob diese Übergangszeit ausreichend ist, um den Zahlungsverkehr völlig freizugeben. Aber auch dann, wenn wieder völlig normale Verhältnisse im inländischen Zahlungs- und Überweisungsverkehr geschaffen sind, wird aus den schon oben angegebenen Gründen ein Auslandsmoratorium nicht zu umgehen sein.

Diese Beschlüsse des Präsidiums, die am 15. dieses Monats gefaßt worden sind, wurden auch heute aufrechterhalten, nachdem die durch die Notverordnungen des heutigen Tages geschaffene Regelung einer Betrachtung unterzogen worden ist. Man kam zu dem einmütigen Ergebnis, daß es die Aufgabe der gesamten Industrie sein muß, mit allen Kräften an der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse auf dem Zahlungs- und Überweisungsverkehr mitzuwirken und insbesondere auch dafür zu sorgen, daß die Umlaufgeschwindigkeit der vorhandenen Zahlungsmittel nicht unnötigerweise beeinträchtigt wird. Dafür gibt es zahlreiche Maßnahmen, die im Einzelfall mit den Banken und vor allem mit den Kunden des einzelnen Unternehmens vereinbart werden müssen. Selbstverständlich ist es auch, daß die Fachverbände dafür ihre Hilfe zur Verfügung stellen müssen. Unerläßlich ist es aber nach der einmütigen Auffassung des Präsidiums, daß

in solchen Zeiten der Not eine Verschärfung der Lieferungs- und Zahlungsbedingungen unterbleibt.[20]

Gerade von der Umlaufgeschwindigkeit der Zahlungsmittel wird es abhängen, ob und inwieweit auch eine verkleinerte Menge an Umlaufmitteln ausreichend ist. Von seiten des Reichsverbandes aus wird durch ein entsprechendes Zusammenwirken mit den einzelnen Regierungsstellen und mit den Bankinstituten alles daran gesetzt werden, um auch in dieser Notzeit Schwierigkeiten für den einzelnen, insbesondere der kleineren und mittleren Industrie, soweit wie nur irgend möglich abzuwenden. Wir stellen hierfür unsere Hilfe in vollem Umfange zur Verfügung.

Die deutsche Wirtschaft kämpft, nachdem durch die Ablehnung einer auswärtigen Hilfe die Gewißheit besteht, daß wir auf uns selbst angewiesen sind[21], einen gigantischen Kampf um ihre Existenz. Die Regierung hat durch die Notverordnungen einen Weg beschritten, auf dem wir ihr jetzt folgen müssen, und es ist die Aufgabe jedes einzelnen, daß die deutsche Wirtschaft in diesem Kampf nicht unterliegt.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
Reichsverband der Deutschen
Industrie
Das Geschäftsführende
Präsidialmitglied:
Kastl

20 Anmerkung im Original: „Eine solche Änderung der Zahlungsbedingungen ist auch völlig entbehrlich, siehe Reichsgerichtsentscheidung VII. Zivilsenat, Urteil vom 28. November 1930, Nr. 77, in Band 130 Reichsgerichtsentscheidungen. In diesem Urteil heißt es u. a.: ‚Die Reichsmark der neuen Währung ist danach dasselbe, was man in den Zeiten der Papierwährung und der Inflation eine Goldmark genannt und als Rechnungsmark benutzt hat. Wer eine Reichsmark schuldet, schuldet 1/1395 Pfund Feingold, und wer 1395 Reichsmark zu fordern hat, wird durch den Empfang von einem Pfund Feingold befriedigt'."

21 Vgl. Nr. 256, 261, Anm. 4.

263.

16. 7. 1931: v. Gilsa (Sterkrade) an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 400101293/4 b. Paraphe Reuschs.

Sehr geehrter Herr *Reusch*!

Die zur Zeit entscheidende politische Frage ist, ob die Reichsregierung infolge der Kreditnöte in irgendeiner Form auf die französischen politischen Erpressungen eingeht, oder ob sie, auf die Gefahr, in den finanziellen Dingen vorläufig allein handeln zu müssen, jede französische Einmischung in unsere außen- und innenpolitischen Dinge ablehnt[1].

1 Zu den politischen Forderungen Frankreichs Nr. 256. *Brüning* war entschlossen, politischem Druck nicht nachzugeben. Brüning S. 325 ff.

Dienstag abend[2] hat über diese Frage eine Besprechung zwischen *Brüning* und *Dingeldey* stattgefunden. Der Kanzler erklärte, daß die Reichsregierung unbedingt an ihrer bisherigen festen Haltung gegenüber Frankreich festhalten würde. Es kam bei der Besprechung zum Ausdruck, daß von Linkskreisen, insbesondere der SPD, aber auch bezeichnenderweise von den Banken, große Anstrengungen gemacht würden, die Reichsregierung im entgegengesetzten Sinne zu beeinflussen. Bei der obigen Besprechung hat der Kanzler dann auch die Zusicherung gegeben, daß er nunmehr beschleunigt mit *Schacht* verhandeln wolle zwecks Einsetzung des letzteren gewissermaßen als Generalsanierer der deutschen Finanzen. Diese Besprechungen mit *Schacht* sind ja, wie aus der Presse hervorgeht, inzwischen aufgenommen worden[3]. Gestern abend hörte ich telefonisch aus Berlin, daß der Verlauf dieser Besprechungen kein ungünstiger gewesen sei. Als dritte Versprechung äußerte der Kanzler dann, er werde jetzt beschleunigt den bekannten Wirtschafts-Ausschuß über dessen Reformpläne auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete anhören und die Vorschläge nach Möglichkeit durchführen.

Über diese politische Gesamtlage hat gestern eine Besprechung im Vorstande der rheinisch-westfälischen Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei stattgefunden. Übereinstimmend kam zum Ausdruck, daß man dem Kanzler noch einmal eine ganz kurze Frist lassen müsse, um obige Versprechungen zu realisieren. Dies deckt sich auch mit der Auffassung der Parteileitung. Demzufolge werden unsere Fraktionsvertreter morgen (Freitag) gegen eine Einberufung des Reichstages stimmen[4].

In der gestrigen Vorstandssitzung wurde indes von mir und auch von einer Reihe anderer Herren sehr ernst hervorgehoben, daß die dauernde Unentschlossenheit *Brünings* in allen wirklich entscheidenden Reformen in immer stärkerem Maße die autoritative Stellung, die der Kanzler bisher innegehabt habe, zu erschüttern beginne. Es müsse ihm nachdrücklich zum Ausdruck gebracht werden, daß die Deutsche Volkspartei, die zur Zeit das Zünglein an der politischen Waage sei, mit allen Mitteln gegen das Kabinett vorgehen würde, falls die oben gegebenen Zusicherungen nicht innerhalb einer ganz kurzen Frist eingehalten würden. Der Vorstand schloß sich einstimmig dieser Auffassung an.

Ebenso einstimmig waren alle 6 vertretenen Wahlkreise der Ansicht, daß unter keinen Umständen in absehbarer Zeit irgendein Paktieren mit der Sozialdemokratie in Frage käme. Selbst wenn *Hugenberg* und *Hitler* weiter an ihrer schroffen verneinenden Haltung festhielten und der Kanzler wieder mit der schon oft gehörten Meinung an uns heranträte, man müsse doch nun, da die Rechte sich versage, um das Land zu retten, noch einmal den Versuch mit der SPD machen, muß es ganz ausgeschlossen sein, daß die Deutsche Volkspartei hier irgendwie mitmacht. Jedes Paktieren mit links führt nur zum

2 14. 7. 1931.

3 Brüning S. 324 schreibt, daß die Vertreter der SPD „stark beunruhigt waren über das häufige Erscheinen *Schachts* in der Reichskanzlei". Vgl. Nr. 279c.

4 Am 17. 7. 1931 lehnte der Ältestenrat erneut eine von den Kommunisten und den Nationalsozialisten geforderte Einberufung des Reichstags ab. Schulthess 1931 S. 160.

dauernden Ausbluten Deutschlands. Der letzte Aufruf der SPD gegen die kapitalistische Wirtschaftsform[5] sowie das landesverräterische außenpolitische Treiben von *Wels* und *Breitscheid* betreffs Forderung der Einstellung der Panzerschiffbauten[6] müssen auch dem gutgläubigsten und dümmsten Menschen in Deutschland die Augen dafür geöffnet haben, daß mit dieser SPD keine deutsche Politik zu machen ist. Falls sich also *Hugenberg* und *Hitler* versagen sollten, bleibt nur übrig, entweder eine Diktatur oder ein Versuch einer Regierung *Hitler-Hugenberg,* der gegenüber sich die Deutsche Volkspartei zunächst abwartend verhalten müsse.

Während bei einer Regierungskrise vor etwa 14 Tagen noch damit zu rechnen war, daß bei einem etwaigen Sturz des Kabinetts Herr *Brüning* erneut mit der Kabinettsbildung beauftragt werden würde, scheinen die Dinge in Berlin jetzt so zu liegen, daß der Kanzler eine solche erneute Aufgabe nicht mehr annehmen wird. Das ändert aber nichts an meiner obigen Auffassung.

Unsere sechs Wahlkreise waren der Ansicht, daß in der bekannten Berliner Luft vielleicht doch wieder eine gewisse geistige Knochenerweichung bei den maßgebenden Stellen eintreten könnte. Aus diesem Grunde haben wir noch in der vergangenen Nacht einen der Herren nach Berlin gesandt, der *Dingeldey* über den Ernst unserer Auffassung nochmals unterrichten soll. Es wird *Dingeldey* kein Zweifel darüber gelassen werden, daß, falls *Brüning* auch diesmal nicht seine Versprechungen einlöst, dann die Volkspartei alle sich hieraus ergebenden Konsequenzen ziehen muß. Sollte dies nicht geschehen, so wird für die sechs rheinisch-westfälischen Wahlkreise eine völlig neue Lage geschaffen, die leicht zu einer Trennung von der Partei führen kann.

Da ich erst vor kurzem vom Urlaub zurückgekommen bin, habe ich gebeten, von meiner Entsendung nach Berlin Abstand zu nehmen. Ich habe indes mit *Dingeldey* telefonisch gesprochen und ihm auch noch brieflich den Ernst der Lage eingehend geschildert.

Sehr nachdrücklich habe ich mich dann unter Zustimmung des Vorstandes gestern wiederum für die Notwendigkeit eingesetzt, endlich zur Bildung einer bürgerlichen Rechten zu kommen. Auch *Dingeldey* gegenüber habe ich diese Notwendigkeit sehr eingehend begründet. Im übrigen dürften die jüngsten Entschlüsse, die die finanzielle Unterstützung der beiden Rechtsparteien betreffen, günstig im Sinne eines Zusammenkommens der beiden Parteien wirken, falls diese Auffassung unserer Wirtschaftsführer nicht nur der Deutschen Volkspartei, sondern mit derselben Deutlichkeit auch den Deutschnationalen übermittelt wird. *Dingeldey* sagte mir übrigens, daß er inzwischen von sich aus schon Schritte für ein Zusammengehen der Rechtsparteien getan hätte, man müsse aber Geduld haben, immerhin beurteile er die Sache zur Zeit nicht als ganz hoffnungslos.

Mit angelegentlicher Empfehlung
Ihr sehr ergebener
v. Gilsa

5 Aufruf des Vorstandes der SPD an das deutsche Volk vom 14. 7. 1931, Jahrbuch der SPD 1931 S. 104; Ursachen und Folgen VIII S. 193.

6 Vgl. Nr. 264.

264.

16. 7. 1931: Niederschrift über die Sitzung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Auszug)

WIG Protokolle. Gedrucktes Exemplar. „Protokoll der 13. Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, abgehalten am Donnerstag, den 16. Juli 1931 im Reichswirtschaftsrat zu Berlin."

Vormittagssitzung

[. . .][1]

Tagesordnung: Die gegenwärtige Lage.

Leipart: Am 20. Juni hat der Bundesausschuß in seiner Entschließung zur Notverordnung gesagt, daß sie keine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen Lage bringen wird[2]. Leider hat sich dies nur zu sehr bewahrheitet. Die *Hoover*-Botschaft hat zunächst sehr stark gewirkt, aber durch die langen Verhandlungen mit Frankreich – die ungeschickte deutsche auswärtige Politik rächte sich hier – sehr an Wirkung verloren. Der Bundesausschuß hat damals aus seiner Entschließung die an die deutsche Regierung gerichtete Mahnung, sich mit Frankreich zu verständigen, gestrichen. Die weitere Entwicklung der Dinge, die zu der katastrophalen Verschlechterung am Kreditmarkt führte, ist bekannt. Die englische Aufforderung an Deutschland zu einer Geste betreffend den Panzerkreuzerbau und die Zollunion wurde öffentlich ausgesprochen. Ob sie *Brüning* oder *Curtius* in England selbst schon mündlich nahegelegt wurde, ist uns nicht bekannt. Die französische Presse griff die Aufforderung auf, und seitdem spielt die geforderte Erklärung eine große Rolle. Speziell bei *Luthers* Verhandlungen sollen die sogenannten politischen Bedingungen von Bedeutung gewesen sein[3]. Inzwischen wurde bekannt, daß *Henderson* mit der Aufforderung des „Daily Herald" an Deutschland übereinstimmt[4]. Die SPD erklärte den ausländischen sozialistischen Parteien, daß sie sich die politischen Forderungen des Auslandes trotz ihrer bisherigen Haltung nicht zu eigen machen könne[5].

Die wirtschaftlichen Zusammenbrüche der letzten Zeit führten zu den neuesten Ereignissen, durch die die Notverordnung vom 5. Juni in den Hintergrund gedrängt wurde. Die Reichsregierung hat sich zu Verhandlungen, betreffend Milderung der Notverordnung, verpflichtet und darf davon nicht entbunden werden. Die Partei hat solche Verhandlungen geführt und dabei die Versprechung erhalten, daß vom Reich 100 Millionen zur Verfügung gestellt werden sollen, um Milderungen in der Notverordnung zu ermöglichen[6]. Es ist die Frage, ob der Bundesausschuß heute erneut zu dieser Notverordnung etwas sagen will.

---

1 Aufzählung der Teilnehmer der Vormittagssitzung.

2 Nr. 243.

3 Vgl. Nr. 256.

4 Vgl. DBFP 2 II S. 207 f.

5 Vgl. Jahrbuch der SPD 1931 S. 95 f.

6 Am 10. 7. 1931 fand eine Besprechung zwischen *Brüning, Stegerwald, Dietrich* einerseits und *Breitscheid, Hertz, Hilferding, Wels* andererseits statt, in der die SPD-Politiker auf eine Milderung der Bestimmungen der Notverordnung drängten. *Dietrich* und *Stegerwald* stellten schließlich 80

Zu den neuesten Notverordnungen[7] können sich unsere Sachverständigen äußern. Die Arbeiterbank und ihre Sparkasse wurden bestürmt wie alle anderen Institute. Es ist ein bedrückendes Gefühl, daß unsere Kunden ebenso unvernünftig sind wie die der anderen Banken. Die Arbeiterbank hat am Montag[8] voll ausgezahlt, sie ist trotzdem weiter liquide, aber natürlich nicht unbegrenzt. Selbstverständlich muß aber auch die Arbeiterbank die Vorschriften der Notverordnung beachten. Ausnahmen sind unmöglich, die Verbandskassierer dürfen nichts Unmögliches verlangen.

Für den Ausschuß des Garantiesyndikats der Großunternehmungen[9] haben wir einen Vertreter gefordert, da auch die Arbeiterbank zu den beteiligten Betrieben gehört. Die Antwort *Silverbergs* ergab, daß unser Schreiben einen Tag nach Bildung des Ausschusses eingegangen sei; er empfahl, *Bachem* als Stellvertreter für den Vertreter der Preußenkasse vorzusehen.

Die ständigen Verhandlungen der Reichsregierung mit den Banken fanden stets ohne Beteiligung der Arbeiterbank statt. Von den die Banken betreffenden Bestimmungen der Notverordnung[en] hat sie immer erst im letzten Augenblick Kenntnis erhalten. Aus diesen Umständen erwuchs die Anregung, eine besondere Vereinigung von Arbeitnehmerbanken zu bilden. Die Banken der Christlichen Gewerkschaften und der Beamten gehen bereits mit der Arbeiterbank zusammen. An die Banken der GEG und GdA, Butab[10] und Werkmeisterverbandes sind entsprechende Aufforderungen ergangen; der Arbeiterbank soll die Federführung übertragen werden.

Am Montag (13. Juli) kam eine Anregung vom Bergarbeiterverband, der ADGB solle einen Aufruf zum Schutze der Währung erlassen. Der Bundesvorstand hat diese Anregung abgelehnt, weil solche Aufrufe erfahrungsgemäß das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung herbeiführen. Eine mit demselben Schreiben gemachte weitere Anregung ging dahin, uns für die mit der Bundesausschußentschließung vom 20. Juni geforderten Außenhandelsmonopole stärker einzusetzen. Wir sind für die Durchführung dieser Forderung nicht besonders aktiv gewesen, da sie keine Hilfe im Augenblick bringt und auch unsere Forschungsstelle Bedenken äußerte. Die dringlichste Forderung ist heute wie auch am 20. Juni die nach Verständigung mit Frankreich. Zweitens müssen die Reichsregierung und die von Preußen energische Maßnahmen gegen die Rechtsradikalen ergreifen und endlich zeigen, daß sie noch die Macht haben.

Die Verhandlungen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses haben als Ergebnis die veröffentlichte Erklärung der Partei gehabt[11]. Ich bin persönlich nicht ganz zufrieden damit, denn ich habe den Standpunkt vertreten, daß die

---

Millionen RM in Aussicht, 20 Millionen für Saisonarbeiter und 60 Millionen für die Gemeinden zur Bestreitung der Ausgaben für Wohlfahrtslasten. Auf dieser Basis wurde später mit *Hertz* weiter verhandelt. Aktenvermerk vom 11. 7. 1931, BA R 43 I/2371. Vgl. Brüning S. 311.

7 Verordnungen vom 15. 7. 1931, RGBl. 1931 I S. 365; Nr. 262, Anm. 18.

8 13. 7. 1931.

9 Vgl. Nr. 253, 254a und b sowie Nr. 255.

10 GEG: Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, GdA: Gewerkschaftsbund der Angestellten, Butab: Bund der technischen Angestellten und Beamten.

11 Vgl. Nr. 263, Anm. 5.

Partei die zwei vorher genannten Forderungen öffentlich vertreten sollte[12]. Die Bedenken der Partei dagegen sind verständlich, es könnte doch aber wohl eine Form gefunden werden, die das Aufkommen einer neuen Dolchstoßlegende verhindert. Die Entschließung der Partei läßt für den Kundigen ihre Stellungnahme klar erscheinen. Vielleicht kann aber der Bundesausschuß den Standpunkt deutlicher hervortreten lassen. *Hilferding* hat an den Verhandlungen der Regierung mit den Banken teilgenommen, aber nicht als Vertreter der Partei, sondern als Sachverständiger.

Ich hatte mir überlegt, selbst zu *Brüning* zu gehen, konnte aber keine Verbindung mit *Brüning* oder seinem Staatssekretär bekommen. Ich wollte ihn auf die Ähnlichkeit der jetzigen Situation mit der Lage im Ruhrkampf im März 1923 hinweisen und, wie damals den Reichskanzler *Cuno*, jetzt *Brüning* zur Einleitung von Verhandlungen mit Frankreich und zur rechtzeitigen Verständigung ermahnen. Redner schildert die Situation im Frühjahr 1923 und unsere Stellungnahme. Damals wurde von uns ausgesprochen, daß die Furcht vor einer Regierungskrise uns nicht abhalten dürfte, die für notwendig gehaltenen Forderungen zu stellen[13].

Die Lage ist heute wie damals. Wir müssen verlangen, daß die Regierung Anstrengungen macht, um selbst zu Verhandlungen mit Frankreich zu kommen, und nicht auf fremde Vermittlung wartet. Die Partei hat dies bereits von der Regierung gefordert, aber nichts scheint geschehen zu sein. Was ist jetzt zu tun? Die Presse schreibt von der Ohmacht der Gewerkschaften. Sicher sind wir geschwächt, aber von Ohnmacht sollte man nicht reden. Wir dürfen weder den Mut noch die Ruhe verlieren. Über den Augenblick hinweg müssen wir uns für weitere Dinge gerüstet halten. Eventuellen Versuchen der Rechtsradikalen nach Eroberung der Macht müssen wir gewappnet gegenüberstehen. Der Bundesvorstand hat in engerem Kreise entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Will der Bundesausschuß erneut mit einer Kundgebung an die Öffentlichkeit treten oder sich lediglich auf eine Pressemeldung über die Tagung beschränken?

Wels: Aus den Ausführungen *Leiparts* scheinen Differenzen in der Taktik zwischen *Leipart* und dem Parteivorstand herauszuklingen. Wir haben uns gewehrt, an die Regierung in einer Form heranzutreten, die zur Aufputschung nationalistischer Leidenschaften führen könnte. Die Stellungnahme des Bundesausschusses vom 20. Juni war richtig. Die Reichsregierung erklärt, offiziell politische Forderungen Frankreichs nicht zu kennen; es ist durchaus möglich, daß man drüben an Ost-Locarno, Saargebiet, Finanzkontrolle denkt. Wir fordern, daß Prestigerücksichten hinter Lebensnotwendigkeiten zurückzustellen sind. Für diese Formulierung hat man in der Wilhelmstraße ein feines Ohr. Wir haben gegenüber der Regierung das Eingreifen der Staatsanwaltschaft im Falle *Lahusen*[14] als notwendig bezeichnet und auf die Rückkehr *Hindenburgs* nach Berlin gedrängt. *Wels* schildert dann die Verhandlungen mit der Regierung betreffend Abänderung der Notverordnung. Er habe dem Reichskanzler *Brüning* erklärt, daß sein Besuch

12 D. h. die Forderungen nach Verständigung mit Frankreich und Bekämpfung der Rechtsradikalen.

13 Vgl. Stampfer S. 324 ff.; 328 ff.; 337 ff.

14 Die Gebrüder *Lahusen* kontrollierten den Nordwolle-Konzern und hatten durch spekulative Geschäfte in der Krise zu seinem Zusammenbruch beigetragen. Vgl. Born S. 74 ff.

bei *Henderson* und sonstige Auslandsbesuche von Parteivertretern benutzt werden sollten, um im Ausland Verständnis für die Forderung der SPD nach Milderung der Notverordnung zu wecken. *Brüning* deutete dabei an, daß *Wels* sich bei diesen Besuchen auch mit dem Panzerkreuzer zu beschäftigen haben werde. *Wels* gibt dann Einzelheiten aus seinen Besprechungen mit *Henderson* bekannt, der die Forderungen der SPD nach Änderung der Notverordnung für selbstverständlich erklärte.

Die gegenwärtige Frage lautet: Sollen wir Sozialdemokraten wieder den Frieden schließen? Der Kampf ist ein Kampf zwischen der Bank von England und der Bank von Frankreich um die Vorherrschaft in Europa geworden. *Hendersons* Verhandlungen in Paris werden nicht ohne Fühlungnahme mit Deutschland geführt werden. Von *Henderson* und *MacDonald* werden wir bei ihrem Besuch in Berlin erfahren[15], um welche politischen Forderungen es sich handelt. Die Reichsregierung sieht ihre Verantwortung in dieser Situation; warum sollen wir durch Betonung der bewußten zwei politischen Forderungen drüben den Appetit auf mehr auslösen. Die Reichsregierung weiß, daß die SPD und die Gewerkschaften infolge ihrer Friedenspolitik der einzige solide Kreditfaktor sind. Einen Putsch von rechts fürchte ich nicht.

Bachem stimmt *Leipart* zu, daß es ein Fehler war, vor vier Wochen das Kind nicht beim rechten Namen zu nennen. England ist von Frankreich so unter Druck gesetzt worden, daß England nicht mehr Herr seiner Entschlüsse auf finanziellem Gebiet ist. Es ist nicht notwendig, mit bombastischen Erklärungen an die Öffentlichkeit zu treten, aber der Bundesausschuß sollte den Bundesvorstand beauftragen, von der Regierung das Aufhören des dilettantischen Regierens zu verlangen. Seit über zwei Monaten war man sich über die kritische Lage der Großbanken klar. In der diesbezüglichen Politik der Regierung der letzten Tage ist keine Linie zu sehen, eine Beruhigung des Publikums wird nicht erzielt. Die finanzielle Situation ist sehr schwer, weil die Anforderungen weit über das Maß hinausgehen, das geldlich gegeben ist. Die Herabsetzung der Deckungsgrenze wird die Situation nicht bereinigen, wenn nicht Zuwachs von Devisen kommt, denn erstklassige Warenwechsel sind nicht ausreichend vorhanden. Notwendig ist, die Regierung gegen die Kapitalflucht aktiv zu machen. Die Devisenverordnung[16] geht nicht weit genug. Es sind brutale Maßnahmen notwendig, wenn sie auch zum Teil nur auf dem Papier stehen bleiben sollten. Die Arbeiterbank wurde vom Ansturm der Einleger, vor allem der Sparkasseneinleger, anscheinend relativ stärker als andere Institute betroffen. Wir hätten auch Dienstag und Mittwoch[17] noch bei voller Auszahlung standhalten können. Unsere Liquidität ist ausreichend, wenn Zahlungsmittel zur Verfügung stehen. Die Gewerkschaften müssen für Ruhe und Besonnenheit bei den Einlegern der Arbeiterbank sorgen, um unser Institut in seiner Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Naphtali: Für die weitere Diskussion ist es wichtig, den Abwicklungsprozeß für die nächsten Tage zu erkennen. Der von der Regierung eingeschlagene Weg

15 Am 27./28. 7. 1931. Schulthess 1931 S. 163 ff.

16 Vgl. Nr. 262, Anm. 18 und 19.

17 14. und 15. 7. 1931.

(Teilmoratorium) ist trotz seiner Mängel in Einzelheiten zu akzeptieren. Der Zahlungsmittelumlauf muß vergrößert werden, die Herabsetzung der Deckungshöhe ist deshalb notwendig, vielleicht wird man noch unter 30 Prozent gehen müssen. Wir sind für das Halten der Währung, selbst wenn man mit vermehrten Betriebsschließungen rechnen muß. Gegen Inflation hilft nur das Verteuern der Kredite. Es ist zweifelhaft, ob zehn Prozent Diskont genügen, der Zinssatz wird weiter erhöht werden müssen. Namhafte Währungstheoretiker fordern 20 bis 30 Prozent Diskont. Man muß zwischen zwei Übeln wählen: entweder hohe Zinsen oder die Gefahr der Inflation. Die durch hohe Zinsen verursachten Schäden werden kurzfristiger sein als die einer Inflation. Die Devisenverordnung muß verschärft werden; ihre Anwendung ist das wichtigste. Weiter müssen wir Forderungen erheben, die das Vertrauen des Auslands zu unserer Wirtschaft wiederherstellen. Solche Forderungen sind: strafrechtliches Einschreiten gegen wirtschaftliche Vergehen, Reform des Aktienrechts (Veröffentlichung der Bezüge von Vorstands- und Aufsichtsratmitgliedern, Abschaffung der Mehrstimmrechtsaktien), Kontrolle der Kartelle und Monopole. Die geforderte wirtschaftliche Selbsthilfe Deutschlands bedeutet die wirtschafts- und kreditpolitische Unabhängigkeit vom Ausland und ist völlig unmöglich. Redner gibt dann eine Erläuterung des gegenwärtigen Zustandes auf dem Geldmarkt, der eine Deflation darstellt. Im Augenblick sei die Geldversorgung der öffentlichen Hand eine sehr schwierige, aber auch sehr wichtige Angelegenheit. Eine Vermehrung der Umlaufmittel zugunsten der öffentlichen Hand darf nicht erfolgen, da hierdurch die Inflationsgefahr entstehen würde.

Mittagspause.

Nachmittagssitzung:

Leipart: Die Situation hat sich nach den letzten Mitteilungen nicht geändert. Es scheint aber eine Einladung Frankreichs an die deutsche Regierung vorzuliegen, die wahrscheinlich angenommen wird.

Karl: Zur Frage der Deflation und Inflation ist darauf zu verweisen, daß zu starke Nachfrage nach Bedarfsartikeln zu Preissteigerungen führen kann, was als Inflationserscheinung gewertet werden wird. Aufklärung wird angebracht sein, Redner neigt mehr der Auffassung *Leiparts* als der von *Wels* zu. Wenn äußerste Not am Mann ist, werden wir unsere Mitwirkung nicht versagen können. Deshalb soll man nicht immer warten, bis man gerufen wird, sondern seine Meinung auch ungefragt kundtun. Wenn nicht die Einladung nach Paris gekommen wäre, hätten wir den Bundesvorstand zur Einwirkung auf die Regierung beauftragen müssen.

Lex: In Süddeutschland läuft das Gerücht um, daß die Arbeiterbank in hohem Maße mit der Danatbank in Verbindung stehe. Zur Beseitigung der Beunruhigung in Arbeiterkreisen ersucht deshalb der Redner Direktor *Bachem* um Klarstellung. Trotz der Konferenz in Paris kann die Situation entstehen, daß der Bundesvorstand in dem von *Leipart* angedeuteten Sinne der Regierung gegenüber auftreten muß. Mit aller Deutlichkeit ist dann der Regierung unser Standpunkt klarzulegen. Das Vor-fertige-Tatsachen-Stellen dürfen wir uns nicht länger gefallen lassen.

Husemann: Die volle Überzeugung, daß keine Inflation droht, habe ich hier nicht bekommen. Wir sind etwas enttäuscht, daß die Bundesausschußentschließung betreffend Außenhandelsmonopole nicht stärker beachtet worden ist. Die Milde-

rung der Notverordnung setzt praktische Vorschläge hinsichtlich Einnahmebeschaffung voraus. Das führt zu der Forderung nach Erhöhung der Erbschaftssteuer und Schaffung von Außenhandelsmonopolen. Ich hätte erwartet, daß der Bundesvorstand diesen Forderungen mehr Nachdruck gegeben hätte. Man kann eher Auszahlungsschwierigkeiten ertragen als die Gefahr einer neuen Inflation. Die Zeitungen berichten über alle möglichen Besprechungen der Regierung, nur nicht über solche mit den Gewerkschaften. Das wird draußen nicht verstanden. Die Unternehmer der Schwerindustrie wollen frei vom Tarifvertrag werden, die Arbeitsbedingungen im Werk selbst regeln und sie auf den Stand vom Anfang dieses Jahrhunderts zurückschrauben. Die Garantieübernahme der Großunternehmungen ist ein Schritt, mit dem man von der Regierung sozialpolitische Konzessionen zu erreichen gedenkt. Trotz unserer Schwächung glauben wir, wie 1923 den Vorstoß der Unternehmer zurückschlagen zu können. Der Bundesvorstand muß jetzt noch im Sinne der Entschließung vom 20. Juni etwas unternehmen. Die Einladung der deutschen Regierung nach Paris macht es nicht überflüssig, darauf hinzuwirken, daß unsere Regierung nicht mit gebundenen Händen zur Konferenz geht, daß sie sich zur Verständigung bereit zeigt. Kommt diese Verständigung nicht zustande, so werden alle jetzt getroffenen Maßnahmen nichts nützen.

Römer: Wenn die Regierung etwas erreichen will, wird sie Zugeständnisse machen müssen. Redner stimmt *Wels* zu, daß es nicht noch unseres besonderen Druckes bedarf. Jetzt sollten wir von einem besonderen Schritte Abstand nehmen. Je mehr man von Inflation spricht, desto mehr Erregung kommt in die Masse. Von dem liquiden Zustand der Arbeiterbank müssen wir unsere Leute unterrichten. Das wird die beste Propaganda für sie sein.

Eggert: Der Bundesvorstand war bemüht nachzuholen, was *Brüning* versäumt hat, nämlich Gelegenheit zu nehmen, der Regierung den Standpunkt der Arbeiterorganisationen klarzumachen. Es wurde dies auch auf indirektem Wege versucht, aber die verantwortlichen Leute waren rein physisch nicht in der Lage, uns zu empfangen. Im Augenblick der Reise nach Frankreich haben wir um so mehr Grund, von der Regierung zu verlangen: Kommt zum Frieden mit Frankreich. Redner bedauert die Streichung der Sätze betreffend Frankreich in der Junientschließung. Er stimmt *Husemann* zu, daß sich an Rhein und Ruhr Bedenkliches vorbereitet. Es bestehe aber keine Ursache anzunehmen, daß wir solche Dinge unbeachtet herankommen lassen. Im Augenblick ist es am besten, von einer neuen Entschließung Abstand zu nehmen, denn heute Forderungen aufzustellen, die nicht das aktuelle Tagesprogramm betreffen, hätte keinen Sinn. Es genügt, in der Presse zu berichten, daß der Bundesausschuß den Bundesvorstand ermächtigt, je nach der Situation unseren Standpunkt zu vertreten.

Bachem: Die Arbeiterbank ist selbstverständlich gezwungen, mit allen Großbanken, auch mit der Danatbank, zu arbeiten. Seit längerer Zeit haben wir aber bereits Umstellungen vorgenommen, so daß Gelder der Arbeiterbank so gut wie gar nicht betroffen werden.

Schmidt (Landarbeiter): Das Fortlassen der Sätze betreffend Frankreich in der Junientschließung war gut, denn wir müssen uns erinnern, daß die Wahlniederlage 1930 auf nationale Fragen zurückging. Heute ist eine Entschließung nicht angebracht.

Brandes: Die gegenwärtigen Tagesfragen dürfen unsere Aufmerksamkeit nicht von der Notverordnung vom 5. Juni ablenken. Es muß alles versucht werden, sie vom Schlimmsten zu befreien. Nach dem Herauskommen des *Hoover*-Planes hätte mehr dazu getan werden müssen. Am Montag (13. Juli) wäre sofortige Information der Vorstände über die Lage auf dem Geldmarkt angebracht gewesen. Die Drohung mit der Regierungskrise ist nicht leicht zu nehmen, denn wir dürfen den Rechtsradikalen nicht in die Hände arbeiten. Der Gesamtverband der Metallindustriellen hat angewiesen, von Tarifkündigungen Abstand zu nehmen. Sie geben politische Gründe dafür an. Das Gefährliche an der Situation ist, daß infolgedessen alles im Winter zum Ablauf kommen wird. Eine Entschließung zu fassen ist heute nicht möglich, aber es muß auf die Regierung betreffend Abänderung der Notverordnung hingewirkt werden.

Leipart stellt fest, daß der Bundesausschuß von der Annahme einer Entschließung Abstand nehmen will. Der Pressebericht kann über den Inhalt der Debatte unterrichten. *Wels* hat nach Rücksprache mit mir bei seinem Besuche in London zu *Henderson* auch im Namen der deutschen Gewerkschaften gesprochen. Die Bemühungen der Fraktion um Änderung der Notverordnung werden unverändert weitergehen. Auch vom Bundesvorstand wird dies weiterhin erfolgen. Eine Ausschaltung durch die Regierung werden wir uns nicht gefallen lassen. Auch ohne einen ausdrücklichen Beschluß des Bundesausschusses wird der Bundesvorstand alles tun, was das Interesse der Gewerkschaften erfordert.

Schluß der Sitzung 14 Uhr 50 Minuten.

265.

17. 7. 1931: Mulert an Reichsminister Dietrich

Nachlaß Mulert 47. Abschrift. Durchschlag.

Sehr geehrter Herr Reichsfinanzminister!

Mit Rücksicht auf die in den nächsten Stunden und Tagen zu fällenden Entscheidungen und die außerordentliche Zuspitzung der Verhältnisse bei den Sparkassen und Girozentralen fühle ich mich verpflichtet, Ihnen nachstehenden Antrag mit größter Dringlichkeit zu unterbreiten, wobei ich mich aller Schilderung im einzelnen bewußt enthalte.

Sie selbst haben in Ihrer Rundfunkrede Mittwoch nacht[1] zugesagt, insbesondere den Sparkassen helfen zu wollen, wenn im Verlaufe der Wiederingangsetzung des Zahlungsverkehrs Stockungen auftreten sollten, wie es auch Ihnen wahrscheinlich schien. Jetzt kommt der Augenblick, in dem Hilfe ganz unerläßlich ist. Bereits morgen werden an zahlreichen Stellen schwere Stockungen eintreten, weil die Sparkassen nicht mehr über genügend flüssige Mittel verfügen. Entgegen unserer aller Annahme versagt die Reichsbank völlig und lehnt, wie Sie wissen, jede Hilfeleistung, insbesondere jede Lombardierung auch auf völlig einwandfreie

1 15. 7. 1931.

Unterlagen, prinzipiell und grundsätzlich ab[2]. Die Landes- und provinziellen Girozentralen sind gleichfalls, wie Sie wissen, nicht in der Lage auszuhelfen. So sind nicht nur Zahlungsstockungen, sondern Zahlungseinstellungen unvermeidlich. Die Art des Geschäfts der Sparkassen, die über diskontfähige Wechsel nicht verfügen, führt also, trotzdem die gleiche Behandlung der Sparkassen wie der Banken zugesichert ist, zu einer Schlechterstellung, ja geradezu Disqualifikation der Sparkassen. Wenn diese Entwicklung auch nur ein oder zwei Tage anhält und infolgedessen Lohn-, Gehalts- und Unterstützungszahlungen nicht geleistet werden können, so treten die innerpolitischen Wirkungen ein, über die ich nichts Näheres auszuführen brauche, die zu vermeiden gerade unser aller Arbeit und Bemühen ist. Es ist auch der Bevölkerung gegenüber gerade im gegenwärtigen Augenblick unmöglich, die größeren privaten Unternehmungen und Betriebe über den Weg der Banken zu halten, die kleineren und besonders hilfsbedürftigen und der Zahl nach unverhältnismäßig umfangreicheren Existenzen, die von den Sparkassen und von den öffentlichen Kassen abhängen, fallenzulassen. Es handelt sich hierbei nicht um eine Angelegenheit der Sparkassen, sondern der Gemeinden, insbesondere der Städte überhaupt, ja selbst des ganzen Staates. Die deutschen Städte können diese Entwicklung unmöglich ruhig herankommen lassen. Sie müssen und werden sich mit allen Mitteln zur Wehr setzen.

Bei dieser Sachlage gibt es nur einen Weg, den geordneten Verlauf der Dinge aufrechtzuerhalten: das ist die Wiederflüssigmachung der Deutschen Girozentrale. Die Deutsche Girozentrale allein vermag zugleich die sachlich schärfste Kontrolle und einheitliche Disposition hinsichtlich aller öffentlichen Girozentralen, Landesbanken und Sparkassen geschlossen durchzuführen. Es ist auch vom Standpunkt des Reichs und Preußens auf die Dauer eine unmögliche Situation, daß infolge Ausschaltung der Deutschen Girozentrale sich jede untere Stelle, bei der die Stockung eingetreten ist oder eintreten wird, an alle in Frage kommenden Stellen des Reichs oder des Landes wendet, um Hilfe zu erreichen. Ein solches Vorgehen auch nur noch einige Tage verlängert, muß gerade zur Deroute führen. Kein Mensch kann bei solchen Arbeiten einen wirklich verantwortlichen Überblick über die Sachlage behalten. Unter diesen Umständen sehe ich nur den einen Weg, daß das Reich der Deutschen Girozentrale Wechsel im Betrage von mindestens 100 Millionen zur Verfügung stellt mit der Auflage, unter strengster eigener Verantwortlichkeit und Prüfung die Stockungen im Kreise der Girozentralen und Sparkassen durch die dann zu leistende Hilfe zu beseitigen. Eine solche Aktion kann mit allen etwa erforderlichen Sicherungen versehen werden. Nur auf einem solchen Wege ist es aber möglich, diesen ganzen so unentbehrlichen Ausschnitt des deutschen Wirtschaftslebens am Leben zu halten und gleichzeitig auch die öffentlichen Stellen, die sich schon heute in einer verheerenden und nutzlosen Einzelarbeit um die Rettung jedes einzelnen Falles auf viel zu umständlichen und deshalb zweckwidrigen Wegen bemühen, mit einem Schlage zu entlasten und zugleich den Zahlungsverkehr insofern wieder in geordnete Bahnen zu leiten. Das Reich ist in der Lage, die benötigten Wechsel zur Verfügung zu stellen. Auf Grund der Wechsel ist die Reichsbank in der Lage, den benötigten Kredit einzuräumen. Daß von der Diskontierung der Wechsel nur in dem unbedingt nötigsten Maße

2 Zur Haltung der Reichsbank gegenüber den Sparkassen Lüke S. 325 f. Vgl. Nr. 260.

Gebrauch gemacht würde, dafür bürgt allein schon die Verantwortlichkeit der Giroorganisation und ihrer Leitung. Ich sehe keinen anderen Ausweg aus dem Tohuwabohu, das jetzt im Entstehen begriffen ist. Es handelt sich schlechthin um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Die Entscheidung muß noch heute getroffen werden[3].

Mit dem Ausdruck besonderer Wertschätzung
Ihr sehr ergebener
gez. Dr. *Mulert*

3 Vgl. Nr. 266, 267.

266.

18. 7. 1931: Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther

Nachlaß Luther 365. Handschriftliche Korrekturen und Ergänzungen Luthers.

Zunächst Direktoriums-Sitzung. Die sekundäre Deckungsgrenze ist nicht zu halten. Erörterung, welche Schritte angesichts der Rechtslage in Zusammenarbeit mit [der] Reichsregierung getan werden müssen. Besprechung des gleichen Gegenstandes am Abend im kleinen Kreis (*Dietrich* als Vizekanzler, *Trendelenburg, Joël, Höpker-Aschoff*) ergab [die] Verabredung eines Protokolls, an dem Reichsregierung, Reichspräsident und auch preußische Regierung – wegen der Strafbestimmung[1] – beteiligt sein sollen. Außer mir [war] *Dreyse* in der Kabinettsbesprechung.

Auf 10.30 Uhr lud ich [einen] kleinen Bankierskreis ein, nämlich *Wassermann, Nathan* und *Hilger, Bieber, Goetz, Löb;* im Laufe der Zeit kamen andere dazu, auch Siegmund *Warburg.* Thema [war der] Entwurf der Notverordnung zur Auflockerung der Bankfeiertage für Montag bis Donnerstag[2]. Reichswirtschaftsministerium und später Reichsjustizministerium [waren] anwesend. Es gab [eine] sehr eingehende Beratung mit mancherlei Veränderungen. Auf gemeinsamer Fahrt in die Stadt hatte ich *Dreyse* gesagt, ich wollte zur Erörterung stellen, ob nicht die Höchstzahl von 100 RM freier Auszahlung höher gesetzt werden solle[3] und ebenso die Zahl für den Überweisungsverkehr im sogenannten großen Kreis, also unter allen Bankinstituten außer Reichsbank, Golddiskontbank und Postgiro.

1 *Luther* meint § 41, Absatz 2 des Reichsbankgesetzes vom 30. 8. 1924, RGBl. 1924 II S. 244: „Die Mitglieder des Reichsbankdirektoriums werden, wenn die Bank mehr Noten ausgibt als sie auszugeben befugt ist, mit einer Geldstrafe bestraft, welche dem Zehnfachen des zuviel ausgegebenen Betrages gleichkommt, mindestens aber fünftausend Reichsmark beträgt." Zur Unterschreitung der Deckungsgrenze Nr. 262, Anm. 17.

2 20.–23. 7. 1931. Dritte Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankfeiertagen vom 18. 7. 1931, RGBl. 1931 I S. 376.

3 Die Dritte Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs vom 18. 7. 1931 hielt an einem Höchstbetrag von 100 RM freier Auszahlung fest. Erst durch die Fünfte Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs vom 23. 7. 1931 wurde der Betrag auf 200 RM heraufgesetzt. RGBl. 1931 I S. 376, 393.

[Die] Bankiers waren einstimmig dagegen, was recht charakteristisch [ist]. Ebenso wollen [die] Bankiers ja noch immer nicht über die 15000,– RM tägliche Überweisungen in der Überweisungsgemeinschaft hinausgehen[4].

Zwischendurch erfolgte die Gründung des Überweisungsvereins, wo ich vorübergehend den Vorsitz führte. Gemäß meiner Weisung war alles so vorbereitet, daß noch am gleichen Tage die Eintragung erfolgte. Der aus dem Urlaub zurückgerufene *Lübcke* nahm es nunmehr in die Hand.

In die allgemeine Bankenbesprechung traf die Nachricht hinein, der Federal Reserve Board in Washington sei sehr verärgert, weil nach jetzt geltendem deutschen Recht keine deutsche Firma berechtigt sei, eine Verpflichtung in Amerika dadurch zu erfüllen, daß sie eine Forderung, die sie bei einer anderen Bank in Amerika hat, zur Erfüllung benutzt. Es lag eine Depesche an *Albert* vor, von der *Reichardt* berichtete. *Reichardt* hatte schon eine Bestimmung überlegt, wonach solche Übertragungen ausdrücklich, auch wenn sie der Verordnung an sich widersprechen, nun nachträglich für rechtswirksam erklärt werden sollen. Wir einigten uns darauf, nichts zu tun. Es wurde bei der Gelegenheit sehr deutlich der Unterschied zwischen der einen Gruppe Banken, z. B. Deutsche Bank, die ein Auslandsmoratorium haben wollen, und der anderen, z. B. Mendelssohn, die, weil sie besser vorgesorgt haben, erfüllen wollen.

Da es der letzte Tag des einigermaßen vollständigen Bankenmoratoriums war und ich noch immer keine bestimmte Nachricht aus London hatte über die dortigen Stillhaltepläne, so rief ich *Siepman* an, der mitteilte, daß gerade heute vormittag die entsprechenden Vereinbarungen getroffen waren. Ebenso wie es aus meinem Telefongespräch mit *Harrison* von vor zwei Tagen und [einem] bestätigenden Kabel hervorgeht, liegt keine verpflichtende Vereinbarung vor, sondern nur eine Verabredung, wie man englisch sagt, von Tag zu Tag[5]. Ich vereinbarte mit *Siepman,* erst anregend, daß die Bank von England nun auch die Notenbankpräsidenten der Schweiz, Hollands und Schwedens benachrichtigen würde und daß ich ohne Bezugnahme auf die Bank von England dort nachstoßen würde. Das geschah dann auch, nachdem die Londoner Depesche eingetroffen war, am Nachmittag und Abend[6].

Nach Tisch kamen die Vertreter der Girozentrale, die sich vor der Notwendigkeit sahen, entweder die Sparkassen am Montag nicht zu öffnen, oder für Montag und Dienstag je 50 Millionen verlangten, mit der bestimmten Hoffnung, daß sie ab Mittwoch Rückwärtsbeträge auf Reichsbankgiro überweisen könnten[7]. Es waren

4 Bezieht sich auf die im folgenden Absatz erwähnte Gründung einer Haftungsgemeinschaft der Großbanken und größerer Provinzbanken, den „Überweisungsverband e.V.". Für die 43 Mitgliedsbanken des Überweisungsverbandes, am 25. 7. 1931 umgewandelt in die „Akzept- und Garantiebank AG", wurden die Beschränkungen des Zahlungsverkehrs seit dem 21. 7. 1931 stärker gelockert, als es sonst der Fall war. Sie durften zunächst untereinander Überweisungen in Höhe von 15000 RM je Konto und Tag vornehmen. Dieser Betrag wurde wenig später auf 50000 RM und am 1. 8. 1931 schließlich auf 100000 RM angehoben. Born S. 115ff.; Luther S. 199f.

5 Am 16. 7. 1931 hatten die Londoner Akzeptbanken mit den New Yorker Banken vereinbart, „alle in den nächsten drei Monaten fälligen deutschen Verpflichtungen automatisch zu prolongieren". Luther S. 205 f.

6 A. a. O. S. 206; zur englischen Haltung in der Stillhaltefrage Born S. 136 f.; Bennett S. 254 ff.

7 Vgl. Nr. 265 und 267.

da *Scholtz, Jursch, Scharnagl, Gugelmeier, Weltzien.* Ich und *Dreyse* nahmen nur Kenntnis und sagten, wir wollten im Direktorium vortragen.

Im Direktorium wurde dann entsprechend meiner positiven Stellungnahme Zustimmung erzielt und zwar, [zu Krediten] gegen Wechsel mit Effekten als Sicherheitsunterlage und dem rechnenden Lombard überzugehen. Auch sollten die Sparkassen so viel Silber bekommen wie möglich.

Im Direktorium spielte außerdem eine Rolle die ganz verrückte Kassenlage beim Reich, wo Steuern in den letzten Tagen nur ganz minimal eingegangen sind. Da mich die Sache sehr beunruhigte, hatte ich schon am Morgen aus der Wohnung *Zarden* angerufen, besonders auch, um aufzuklären, wie es kam, daß gemäß Zeitungsnachrichten die Berliner Steuern ganz gut eingehen. *Zarden* war jedenfalls viel ruhiger als *Dietrich* gestern, aber *Olscher* brachte dann geradezu groteske Nachrichten zur Reichsbank. Hinein ragte die Frage, ob wir den privaten Notenbanken durch Notverordnung die Deckungsveränderung bis zu 30% gestatten sollten. Dafür wurde geltend gemacht (*Vocke,* [. . .][8] auch *Dreyse*), daß es ein verhältnismäßig harmloser Weg sei, um der Not der vier Länder zu steuern, und daß auch nicht einzusehen sei, warum das Geld der Privatnotenbanken besser gedeckt, also höherwertig sein soll als das Reichsgeld. Die Privatnotenbanken und Länder betrieben selber den Plan. Ich hatte das große Bedenken[9], daß, wenn auf diese Weise diesen vier Staaten[10] geholfen werden würde, dann in Preußen z. B. durch verzinsliche kleine Schatzanweisungen der Seehandlung[11] Notgeldideen aufkommen würden. Ich sah auch nicht, wie es mit der Deckung der Privatnotenbanken werden sollte, wenn wir noch weiter unter [die] Deckungsgrenze herab müßten. Ich legte dar, daß ich in diesen zusätzlichen Zahlungsmitteln die allergrößte Gefahr sähe[12]. Es würde dann kein Halten mehr sein. Alle Sanierungswünsche den Ländern gegenüber, besonders wegen der übersteigerten Kulturaufgaben, würden wirkungslos werden. Wenn ich früher einmal von einem zusätzlichen Zahlungsmittel in Gestalt der abgestempelten (nur der abgestempelten!) Rentenmark im engsten Kreise gesprochen hätte, so läge dafür die Situation sicher noch in keiner Weise vor. Die Wirkung würde ja auch sein, daß die Notgeldwelle dann kaum mehr aufzuhalten wäre, da sie das gute Reichsgeld ja sofort verdrängen würde. Die Reichsbankpolitik müsse deshalb dahin gehen, auf jeden Fall alle Geldausgabe in der Hand zu behalten. Eine gewisse Steigerung des Zahlungsmittelumlaufs sei unter Verhältnissen wie den jetzigen unvermeidbar. Inflationsgefahren beständen nicht im geringsten, da das Geld ja nicht umliefe. Entsprechende Erfahrungen habe man bei solchen Vorgängen auf der Erde stets gemacht. Die japanischen Zahlen, die mir besonders deutlich vorlagen aus 1927, zeigen ein Anschwellen des Umlaufs um das Doppelte in 7 Wochen nach dem Zusammenbruch der Susuki-Bank. Die Rückbildung habe sich dann auch sehr schnell vollzogen. Für uns komme es deshalb vor allem darauf an, daß Wechsel ab

8 Nicht entziffert.

9 Handschriftliche Einfügung nicht entziffert.

10 Baden, Bayern, Sachsen und Württemberg.

11 Preußische Staatsbank.

12 Zum Problem der Ausgabe zusätzlicher Zahlungsmittel Nr. 260, 261 und 262.

Montag[13] eingelöst werden. Ich empfahl deshalb eine sofortige Neuheraufsetzung des Diskonts, besonders da der Beschluß vom Mittwoch unzulänglich gewesen sei[14].

Ich ließ mich bestimmen, die Diskontfrage bis Montag abend zurückzustellen, um zu sehen, wie der Rücklauf am Montag wird, nachdem die Hindernisse der Notverordnung gegen die Erfüllung von Wechselverpflichtungen beseitigt sind. Die Frage, ob dem Reich in seinem Kassennotstand vorübergehend auf einem indirekten Weg zu helfen ist, konnte bis Montag offen bleiben. *Vocke* [war] ganz unerträglich im üblichen Stil: Wir dürften dem Reich keinesfalls helfen (Hinweis auf fest beschlossenen Kassenkredit wird nicht beantwortet), [er] hätte das Bankgesetz beschworen usw. [Er] erbat Protokollierung seiner Stellungnahme, weil er ja Montag in London sein wird (nebst *Nordhoff).* Auch *Seiffert* wollte heute „Notgeld" als Hilfe fürs Reich! *Vocke* protokolliert auch seine Meinung gegen 100-Millionen-Kredit an Girozentrale.

Den Privatnotenbanken wurde mit Mehrheitsbeschluß die Herabsetzung der Deckungsgrenze konzediert.

In der anschließenden Besprechung des Wirtschaftsausschusses des Kabinetts[15] ergab sich dann auf Anregung *Trendelenburgs* hinsichtlich der Privatnotenbanken der durchaus gangbare Vorschlag, daß sie ein Viertel ihrer Deckung der Reichsbank (Hauptstelle München) geben sollen, die daraufhin das Zweieinhalbfache an Noten diesen Ländern oder auch dem Reich zur Verfügung stellen würde. Der bayerische Vertreter, der bei der Sitzung nicht zugegen war und ein Darlehen haben wollte, lehnte diesen Vorschlag wegen bayerischer Empfindlichkeit ab. *Dietrich* blieb aber fest dabei, daß Bayern nur auf diese Weise Geld bekommen könne.

Ferner erklärte ich mich einverstanden mit einer Heraufsetzung des Silberbetrages von 20 auf 30 RM[16] unter der Voraussetzung, daß die Reichsbank dadurch nicht belastet wird; *Dreyse* hatte zugestimmt.

In der Frage der Orientbank, der zu helfen wir am Morgen im Direktorium keinen Weg gefunden hatten, weil sie von uns Devisen haben wollte, lag jetzt ein Vorschlag vor, wonach das Reich Schatzanweisungen der ägyptischen Nationalbank geben sollte. Ein guter Ausweg[17].

---

13 20. 7. 1931.

14 Am Mittwoch, den 15. 7. 1931, war der Diskontsatz auf 10% erhöht worden. Vgl. Nr. 262, Anm. 17.

15 Sitzung des Wirtschaftsausschusses der Reichsregierung vom 18. 7. 1931, 19.30 Uhr, BA R 43 I/ 1450.

16 Die Dritte Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs vom 18. 7. 1931 beschränkte die Auszahlung von Sparguthaben auf 20 RM. Durch die Fünfte Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs vom 23. 7. 1931 wurde dieser Betrag auf 30 RM heraufgesetzt. RGBl. 1931 I S. 376 und 393.

17 Die Deutsche Orientbank in Kairo hatte am 17. 7. 1931 die Schalter schließen müssen. Der deutsche Gesandte *Pilger* erbat vom Auswärtigen Amt Hilfe, da er bei einer definitiven Zahlungseinstellung der Orientbank um die Zukunft des deutschen Handels und der deutschen Industrie in Ägypten fürchtete. Die Hilfsaktion für die Deutsche Orientbank zog sich jedoch in die Länge; erst Ende August 1931 kam eine endgültige Regelung zustande. Akten PA Büro RM 5 F/1 und 2; siehe auch Born S. 191 f. und 218 f.

Nachdem ich noch wegen Depeschen an *Harrison* und *Norman* zur Reichsbank gegangen war[18], rief mich um ½ 12 Dr. Alfred *Friedmann* in der Wohnung an wegen Hilfe für die Orientbank. *Alexander* und *Lebrecht* seien kaputt und könnten nicht mehr. Morgen, Sonntag, aber müsse die Orientbank Konkurs eröffnen, wenn nicht geholfen würde. Ich habe dann am Sonntag vormittag, nachdem ich *Dietrich* nicht erreichen konnte, *Friedmann* mit *Pünder* in Verbindung gebracht[19].

18 Im Original folgt eine handschriftliche Einfügung über einen Anruf, der die Bank von England betrifft, aber unklar ist.

19 Vgl. Pünder S. 169.

267.

20. 7. 1931: Aufzeichnung Mulerts

Nachlaß Mulert 47. Abschrift.

In Verfolg der Besprechungen vom Freitag[1] kam ich zu dem Ergebnis, daß hinsichtlich der Sparkassen ein entscheidender Schritt getan werden müsse. Wenn eine Abhilfe von Fall zu Fall durch Lombardierungen praktisch sich nicht als gangbar erweise, so gäbe es eben nur die eine Möglichkeit, die zentrale Stelle, d. h. die Deutsche Girozentrale wieder flüssig zu machen. Auch vom organisatorischen Standpunkt würde ein solcher Weg bedeutenden Vorteil haben, da alsdann das jetzige regellose Herumrennen von Fall zu Fall ein Ende erreichen würde. Ich wandte mich dieserhalb an Präsident *Kleiner* und richtete alsdann in Übereinstimmung mit ihm das in Abschrift anliegende Schreiben an den Herrn Reichsfinanzminister[2]. Dieses Schreiben bildete nunmehr die Unterlage der weiteren Aktion. Über die allgemeine Situation wurde am Freitag abend das anliegende Rundschreiben an die Städte versandt[3]. Im übrigen aber kam alles darauf an, die Deutsche Girozentrale wieder flüssig zu machen. Hierfür bot sich in der Tat nur die Möglichkeit eines Wechselkredits bei der Reichsbank.

Am Sonnabend vormittag[4] fand eine Sitzung der Verbandsvorsteher in der Deutschen Girozentrale statt. Eine Kommission, die dort gewählt wurde, begab sich unter meiner Führung zum Reichsfinanzministerium und in die Reichskanzlei, um dort mit den Ministern persönliche Fühlung zu nehmen. Es gelang zwar nur hinsichtlich *Wirth* und *Treviranus*, da die übrigen Minister in der Reichskabinettssitzung saßen. Immerhin ließen die Verhandlungen die Bereitwilligkeit der Minister erkennen, in dem angegebenen Sinne sich bei der Reichsbank mit allem Nachdruck einzusetzen. Um 4 Uhr nachmittags fand alsdann eine Besprechung bei

1 17. 7. 1931.

2 Nr. 265.

3 Nicht abgedruckt.

4 18. 7. 1931.

Reichsbankpräsident *Luther* statt[5]. Alle in Frage kommenden Gesichtspunkte wurden nochmals erörtert. Man verwies einmal darauf, daß die Frage der beschränkten Ingangsetzung des Zahlungsverkehrs bei den Sparkassen von ausschlaggebender Bedeutung für die Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung sei. Insofern handle es sich um eine allgemeine innerpolitische Angelegenheit von größter Bedeutung. Darüber hinaus werde es voraussichtlich aber auch für die Reichsbank sich als durchaus geschäftlich richtig erweisen, einen solchen Kredit zur Verfügung zu stellen. Es sei zu erwarten, daß bereits in den nächsten Tagen starke Rückflüsse eintreten würden, die alsdann unmittelbar der Reichsbank zugute kommen müßten, selbstverständlich alles vorbehaltlich der weiteren Entwicklung der politischen Situation. Weder Reichsbankpräsident *Luther* noch Vizepräsident *Dreyse* waren zunächst in der Lage, irgendeine Erklärung abzugeben. Sie sagten zu, die Mitteilungen sofort im Reichsbankdirektorium zu erörtern.

Daraufhin lag es mir ob, in der anschließenden Sitzung der Verbandsvorsteher der Girozentrale Mitteilung von dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen zu machen. Diese Mitteilung mußte naturgemäß in erster Linie negativ gehalten sein. Die Girozentrale mußte in diesem Augenblick ein Scheitern der Aktion ins Auge fassen. Entgegen den Anregungen von *Scharnagl* gelang es mir aber alsdann doch darzulegen, daß es verkehrt sei, nunmehr etwa sofort den Beschluß einer Einstellung der Zahlungen fassen zu wollen. Hierfür sei der Zeitpunkt noch nicht gekommen.

Zur Überraschung aller Beteiligten, auch meine Person nicht ausgenommen, teilte dann gegen 8 Uhr abends Reichsbankpräsident Dr. *Luther* an Präsident *Kleiner* mit, daß sich die Reichsbank entschlossen habe, der Deutschen Girozentrale den 100-Millionen-Kredit gegen Wechsel der Girozentralen auf die Deutsche Girozentrale zur Verfügung zu stellen. Der Kredit soll allmählich in einen Lombardkredit umgewandelt werden.

Diese Zusage bedeutet einen ganz außerordentlichen Erfolg für die Giroorganisation. Die Stellung der Deutschen Girozentrale, die sich der Angriffe derjenigen Landes- und Provinzialgirozentralen kaum erwehren konnte, die ihrerseits festgefrorene Guthaben bei der Deutschen Girozentrale unterhielten, hatte sich mit einem Schlage aus dem Zustand völliger Schwäche in eine zentrale Machtstellung umgewandelt, deren Bedeutung und Auswirkung für die gesamte Situation noch gar nicht abzusehen ist. Auch allgemein politisch ist das Entgegenkommen von allergrößter Bedeutung. Es wird nunmehr darauf ankommen, die zentrale Stellung der Deutschen Girozentrale verständnisvoll auszubauen[6].

gez. Dr. *Mulert*

5 Vgl. Nr. 266.

6 Zu den Schwierigkeiten der Sparkassen, die eine Wiederaufnahme des vollen Zahlungsverkehrs verzögerten, Born S. 130f.; zur Reorganisation des Sparkassenwesens im Herbst 1931 S. 163ff.

268.

21. 7. 1931: Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther

Nachlaß Luther 365. Anstreichungen.

Am 20. Juli abends um ½12 Uhr rief mich Herr *Vocke* aus London an und teilte mir mit, es habe eine Besprechung der Sachverständigen stattgefunden zur Vorbereitung der Konferenz-Sitzung heute früh um 9 Uhr (21. Juli[1]). Wofern endgültig keine Aussicht auf eine langfristige Anleihe bestehe, so erwäge man den Gedanken, eine einjährige Anleihe an die Golddiskontbank in Höhe von 1½ Milliarden zu betreiben. Es sei der Gedanke in den Vorbesprechungen ausgesprochen worden, die politische Regelung um ein halbes Jahr zu vertagen. Ich habe erwidert, daß meines Erachtens mit einer einjährigen Anleihe gar nichts gewonnen sei, sondern daß wir damit die jetzige schwere kritische Lage in ihren Auswirkungen nur etwas vertagen würden. Ich habe Herrn *Vocke* gegenüber gesagt, er möchte doch den Herren meine Bitte übermitteln, nachdem die politischen Sachen so wundervoll stark behandelt worden seien[2], die finanziellen Sachen ebenso stark zu behandeln.

Am 21. Juli früh rief ich zunächst Herrn *Dreyse* an, um mit ihm die Angelegenheit zu besprechen. Wir kamen in diesem Gespräch darauf ab, daß an eine zwei- bis vierjährige Anleihe für die Golddiskontbank in der Form gedacht werden könnte, daß nach zwei, drei und vier Jahren je eine halbe Milliarde zurückgezahlt würde.

Danach rief ich *Vocke* gegen 7.30 Uhr früh wiederum an. Die nähere Erörterung der gesamten Sachlage führte mich dazu, *Vocke* zu bitten, daß er den Gedanken dieser gestaffelten Anleihe doch zunächst im Hintergrund halte und die Notwendigkeit einer langfristigen Anleihe nach wie vor betone, im übrigen aber mit mir in Verbindung bleibe.

Da ich aus diesem Gespräch mit *Vocke* entnommen hatte, daß in der gestrigen Abendbesprechung der Außenminister *Curtius* vorgesessen hatte, so rief ich in einem zweiten Gespräch Herrn *Curtius* an[3] und sagte ihm ebenfalls, daß durch eine so kurzfristige Anleihe meines Erachtens der Anfang eines Wiederaufbaus der kurzfristigen Verschuldung in Deutschland vorgenommen würde, was auf keinen Fall geschehen dürfe. Ich erkundigte mich auch, wer von [den] Sachverständigen in London sei, da ich darüber zum Teil nur durch die Presse unterrichtet

1 *Schäffer* über diese Besprechung: „Abends Sitzung mit allen (Mitgliedern der deutschen Delegation) zunächst bei *Melchior* und *Schmitz*, dann bei *Curtius*. *Melchior* berichtet aus der City, daß man über die Haltung einzelner deutscher Banken sehr ungehalten sei. Er rät *Vocke* an, *Schlieper* (Vorstandsmitglied der Dedi-Bank) alsbald kommen zu lassen, was *Vocke* auch tut. *Vocke* selbst hat Bedenken gegen einen kurzfristigen Kredit, wenn nicht eine kurzfristige Anleihe dahinter steht. Er telefoniert mit *Luther*, der ihm diese Sache bestätigt, während *Melchior*, *Schmitz* und ich der Auffassung sind, daß es unbedingt notwendig ist, die deutsche innere Wirtschaft erst wieder einmal in Gang zu bringen, und daß hierzu die Erweiterung der Devisendecke unbedingt erforderlich ist." Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. 20. 7. 1931.

2 Gemeint ist die Ablehnung der französischen Forderungen im Verlauf der Gespräche, die *Brüning* und *Curtius* am 18. und 19. 7. 1931 in Paris geführt hatten. Am 20. 7. 1931 reisten die deutschen Politiker zu der Sieben-Mächte-Konferenz nach London. Vgl. Schulthess 1931 S. 375 f.; 501 ff.; DBFP 2 II S. 212 ff.; Brüning S. 327 ff.; Nr. 279c.

3 Vgl. Luther S. 206.

worden sei. *Curtius* bestätigte, daß auch *Schmitz* da sei, und fügte hinzu: Vielleicht kommen auch noch andere Bankiers, nämlich außer *Melchior*. *Curtius* erzählte weiter, in den Vorerörterungen sei die Rede davon gewesen, daß wir z. B. eine zehnjährige Anleihe als mittelfristigen Kredit auch nicht gebrauchen können, wenn wir etwa von 1933 an dann tilgen müßten. Ich habe erwidert, daß [eine] solche Anleihe doch auf jeden Fall viel günstiger wäre als die in einem Jahr fällig werdende Anleihe, nachdem doch keinerlei Gewißheit bestehe, daß die Dinge in einem Jahre hinreichend ruhig geworden seien. *Curtius* äußerte, alles, was ich gesagt hätte, alsbald dem Reichskanzler mitteilen zu wollen.

Ich schnitt *Curtius* gegenüber auch die Frage der Stillhaltung an, die ich als das Wichtigste bezeichnete. Ich teilte ihm mit, daß die Schweiz jetzt in den Grundlinien zugestimmt hätte und daß heute die Entscheidung wohl in Holland fallen würde. Ich fügte hinzu, daß bisher freilich der Mangel bestehe, daß die Dinge täglich veränderbar würden. Es würde natürlich ein großer Fortschritt sein, wenn diese Veränderbarkeit in eine feste Form gebracht werden könnte.

Von der Reichsbank aus rief ich dann Minister *Dietrich* an. Ich teilte ihm zunächst mit, daß ich gestern abend hinsichtlich der bevorstehenden Besprechung mit den Leitern der Privatnotenbanken, die ja heute um 11 Uhr zur Reichsbank kommen, angenommen hätte, es kämen nur die Vertreter der Privatnotenbanken. Nachdem ich aber (durch Dr. *Schulte*) gehört hätte, daß auch die Ländervertreter kommen, scheine es mir doch unmöglich, daß ich mit den Ländervertretern darüber verhandelte, daß sie dem Reich von dem neuen Geld, das sie durch die Überführung eines Teils ihres Goldbestandes an die Reichsbank bekommen werden, auf kurze Frist einen Kredit geben möchten. *Dietrich* stimmte dem zu, bat aber, ich möchte die Frage immerhin erwähnen und sagen, daß die Reichsregierung mit ihnen darüber verhandeln wolle. Ich habe zugesagt, daß ich den Wunsch der Reichsregierung, auf diese Weise eine kurze Kredithilfe zu bekommen, den Vertretern der Länder und der Privatnotenbanken in dem von Minister *Dietrich* gewünschten Sinne mitteilen wolle.

Eine Hinüberführung des Gesprächs auf die Situation in London ergab dann, daß ich Minister *Dietrich* von meinen Erörterungen mit *Curtius* und *Vocke* erzählte. Minister *Dietrich* fragte wiederum wegen eines Rediskontkredits. Ich habe ihm erwidert, daß wir einen Rediskontkredit, obwohl ich, wie er ja wisse, von vornherein von der Aussichtslosigkeit der Verhandlungen ohne politische Vorklärung überzeugt gewesen sei, ja nur in dem Sinne versucht hätten, dadurch die politische Fragestellung zu umgehen. Hätten wir einen hohen Rediskontkredit, den wir ja gar nicht oder jedenfalls nicht in größerem Maße in Anspruch nehmen wollen – auch nicht hätten in Anspruch nehmen können –, damals bekommen[4], so würde diese Vertrauenskundgebung der Notenbanken als solche wohl günstig gewirkt haben. Nachdem jetzt aber das Gespräch zwischen den Regierungen begonnen habe, sei es meines Erachtens unmöglich, daß nichts anderes herauskäme als ein solcher Rediskontkredit, für dessen Inanspruchnahme obendrein der Reichsbank jetzt noch viel weniger Grundlagen zur Verfügung stehen. Ich

4 *Luther* hatte sich am 13. 7. 1931 bei der BIZ in Basel und vorher in London und Paris vergeblich um einen größeren Rediskontkredit bemüht. Nr. 256 und 261, Anm. 4.

fürchtete auch von der Vertrauensseite her, daß die Bewilligung eines Kredits an die Golddiskontbank auf nur ein Jahr durchaus nicht die entscheidende Vertrauenswirkung haben würde. Dazu müsse man einen längeren Zeitpunkt ins Auge fassen. *Dietrich* stimmte dem durchaus zu. Er betonte, daß wir einen langfristigen Kredit haben müßten, und wollte in diesem Sinne mit London sprechen.

Gegen 12 Uhr vormittags rief Herr *Vocke* wiederum aus London an. Es hatte eine Besprechung stattgefunden zwischen *Norman, Sprague, Leith-Ross* auf der einen Seite und *Brüning, Schäffer, Krosigk* und *Vocke* auf der anderen Seite[5]. *Norman* hätte erklärt, er sei durchaus bereit zu helfen, soweit er könne, aber er sei so stark angespannt, daß er eben nur noch in kleinem Umfang könne. Er wisse, daß auch Amerika nur helfen würde, und zwar mit etwa einem Viertel, wenn Frankreich ebenfalls ein Viertel übernehme. Bei alledem würde es sich um einen Kredit von nur etwa drei Monaten handeln. Man habe auch über die Maßnahmen gesprochen, die die Reichsbank noch ergreifen könne, und habe eingesehen, daß eine mechanische Diskonterhöhung nichts helfe, ebenso, daß auf die Dauer – das habe namentlich *Norman* gesagt – Restriktionsmaßnahmen nicht aufrechterhalten werden könnten, sondern es würde wohl der Zeitpunkt kommen, wo man unter Senkung des Diskonts wieder zu einer normalen Bankpolitik kommen müßte, wobei dann nur das Gewicht darauf zu legen sei, daß wirklich nur ordnungsgemäße Handelswechsel genommen würden. Es wäre auch von einer eventuellen Suspension der Noteneinlösung gesprochen worden. *Sprague* habe geäußert, daß eine gewisse Entwertung der Mark im Ausland, vielleicht von 10%, in solchem Falle eintreten könne.

Man habe dann erwogen, was man wohl tun könne, um der Konferenz einen gewissen Ausgang zu geben. Dabei sei man stark auf den Ausgangspunkt von *Leith-Ross* zurückgegangen. Im übrigen würde man vielleicht darauf abkommen, die Konferenz zu dem ausgesprochenen Zweck zu vertagen, um einige Grundlagen zu schaffen, darunter Vorbereitung einer Ausnutzung der Public Utilities, die

---

5 Hierzu *Schäffer:* „Sitzung mit *Norman,* Kanzler, *Sprague, Vocke, Leith-Ross, Krosigk. Norman* [. . .] fragt nach den deutschen Notwendigkeiten. Der Kanzler erklärt ihm, daß wir die Stillhaltung bräuchten und dann eine Auffüllung des Notenschatzes der Reichsbank. *Norman:* Für die Stillhaltung sorgten er und *Harrison.* Sie würden auch die großen Banken dazu bekommen, dagegen nicht die Provinzbanken. Woher neues Geld kommen solle, könne er sich nicht vorstellen. Er selbst könne keines geben, da bei ihnen täglich bis 2 Millionen Pfund Gold abgezogen würden. Wenn man die Konferenz vertage, was wahrscheinlich besser sei, als ein Abbruch mit Eklat, müsse man sie auf [ein] bestimmtes Datum vertagen und bis dahin versuchen, mit der Stillhaltung und innerdeutschen Mitteln durchzukommen. Ich erkläre, das gehe nicht. Jede Stillhaltung höre auf, wenn in Deutschland weitere Zusammenbrüche kämen; und die müssen unbedingt kommen, wenn wir nicht die Reichsbank wieder flottmachen könnten. Es bleibe, wenn das Ausland weiter abzöge, ein Auslandsmoratorium. Das sei auch das einzige, wozu Herr *Sprague* als Notmittel geraten habe; aber das werde unseren Auslandskredit auf lange zerstören. *Norman* glaubt, daß es schädlich sein werde, aber uns nicht auf lange Zeit hinaus gefährde. Die Erneuerungskräfte der deutschen Wirtschaft seien so groß, daß sie sich nach Überwindung der Schwierigkeiten schon wieder durchsetzen werden. – Ich schiebe dem Kanzler umseitiges Blatt [nicht aufzufinden] hin, um ihn zur Durchsetzung des Bereitschaftskredits zu bewegen. Er ist aber sehr zurückhaltend und überläßt es mir, diesen Standpunkt zu vertreten, was ich mit Nachdruck tue. *Norman* steht offenbar meinem Standpunkt sehr nahe, weiß aber auch nicht, woher er die Mittel nehmen soll." Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. 21. 7. 1931. Vgl. Brüning S. 337.

dabei eine Rolle spielen. Man würde sich wohl auch entschließen, den 100-Millionen-Dollar-Rediskontkredit auf 1–2 Jahre zu verlängern[6].

Was den bereits erwähnten kurzfristigen Kredit anbetreffe, so habe der Kanzler geäußert, da doch irgendein Ausgang der Konferenz sein müsse, so sehe er keine andere Möglichkeit, als daß er solchen Kredit akzeptiere. Ich habe *Vocke* noch einmal gebeten, darauf hinzuweisen, was ich mit dem Kredit eigentlich anfangen sollte, da es doch nicht möglich sei, die kurzfristigen Schulden der Kommunen in einen Drei- oder Sechsmonatskredit umzuwandeln und dann zum Schluß mit der Golddiskontbank zur Rückzahlung der Devisen dazusitzen, während die Kommunen nur Ansprüche auf Reichsmark hätten, die dann auch nicht eingelöst würden. Der Kanzler habe auch geäußert, eventuell müßte ich selbst herüberkommen, um zuzusehen, wie die Situation dort sei.

Ein allgemeiner Wunsch der Banken ist an *Vocke* herangetreten, daß *Schlieper* herüberkommen möchte, namentlich um wegen Erneuerung der Akzeptkredite zu verhandeln. *Vocke* bat mich, dies zu unterstützen. Ich sprach davon, daß ich es für besser hielte, wenn einige Engländer einmal nach Berlin kämen, um das einzelne wegen der Stillhaltung zu vereinbaren. Ich habe dann zugesagt, mich mit *Schlieper* in Verbindung zu setzen.

Ich habe *Schlieper* auch angerufen. Er will heute abend nach London fahren und wird sehen, ob die Dinge sich so gestalten, daß es sich empfiehlt, wenn ein oder zwei Engländer zur näheren Erörterung demnächst nach Berlin kommen.

6 Der Kredit wurde im Anschluß an die Londoner Konferenz von den Notenbanken der USA, Englands und Frankreichs sowie von der BIZ verlängert und nach mehrmaliger weiterer Prolongation im April 1933 von der Reichsbank zurückgezahlt. Born S. 140, Anm. 80. Vgl. Nr. 246b, Anm. 1.

269.

23. 7. 1931: Die Führer der Grünen Front an Reichsminister Schiele

ZStA Präsi 213/Bl. 39–40. Abschrift. Unterstreichungen.

Sehr geehrter Herr Minister!

Die verhängnisvolle Zuspitzung der Kreditverhältnisse Deutschlands und die im Zusammenhang hiermit getroffenen einschneidenden Maßnahmen der Reichsregierung drohen den Absatz und die Preisbildung landwirtschaftlicher Erzeugnisse derart zu erschüttern, daß eine Lahmlegung der Lebensmittelversorgung und eine Gefährdung des Realkredits mit allen sich daraus ergebenden unübersehbaren Folgen befürchtet werden muß. Angesichts der bisherigen ernsten Entwicklung können nur noch durchgreifende Rettungsmaßnahmen das Schlimmste verhüten, und auch nur dann, wenn sie ohne Verzug ergriffen werden. Als solche Maßnahmen halten wir die nachstehenden für unerläßlich:

1. Zahlungsaufschub für die land- und forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe im erweiterten Osthilfegebiet[1].

1 Bei der parlamentarischen Beratung der Osthilfegesetzentwürfe im März 1931 hatte der Ausschuß für Osthilfefragen eine Erweiterung des Osthilfegebiets auf ganz Pommern, die östlich der Oder

2. Sondermaßnahmen zur Sicherung der bevorstehenden Ernte. Die Einzelheiten nebst Begründung zu diesen vorgeschlagenen Maßnahmen ergeben sich aus den beigefügten Anlagen[2].

In Ergänzung dieser Maßnahmen wird

3. die endgültige Verwirklichung des Schutzes der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, sei es im Wege einer unmittelbaren Verstärkung des Zollschutzes für einzelne Erzeugnisse, sei es im Wege der unverzüglichen Einleitung von Verhandlungen mit dem Auslande zur Loslösung von Zollbindungen zu einer nicht mehr aufschiebbaren Notwendigkeit. In erster Linie wird es sich hier um den Schutz der Vieh- und Milchwirtschaft, insbesondere auch der Geflügelwirtschaft, der Forstwirtschaft, der gartenbaulichen Erzeugnisse und des Weinbaus handeln.

Weiter bitten wir, mit allem Nachdruck sich für die schonendste steuerliche Behandlung der Landwirtschaft in den nächsten Monaten in allen denjenigen Fällen einzusetzen, wo die wirtschaftliche Lage der Betriebe gefährdet erscheint.

Schließlich erlauben wir uns auf die dringende Notwendigkeit einer den Erfordernissen unserer schweren Lage Rechnung tragenden Regelung der Devisenverwendung hinzuweisen, da die Versorgung des deutschen Volkes in der nächsten Zukunft stärker denn je auf die einheimische Erzeugung eingestellt werden muß. In dieser Beziehung muß besonders darauf hingewiesen werden, daß wir vor einer Ernte stehen, die den Bedarf des deutschen Volkes deckt.

Der ungeheure Ernst der Lage, in der Deutschland sich gegenwärtig befindet, und [die] gebieterische Notwendigkeit, die Rettung unserer Wirtschaft entscheidend auf der restlosen Ausnutzung aller heimischen Quellen aufzubauen, geben den Maßnahmen zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion heute eine so überragende Bedeutung, daß wir nicht eindringlich genug davor warnen können, den Schutz und die Fürsorge für die Landwirtschaft irgendwie zurückzustellen. Gerade sie muß im Gegenteil im Mittelpunkt aller Aufbau- und Sanierungsmaßnahmen der deutschen Wirtschaft stehen[3].

Mit vorzüglicher Hochachtung
(gez.) *Brandes* (gez.) *Graf Kalckreuth*
(gez.) *Hermes* (gez.) *Fehr*

---

liegenden Teile der Provinz Brandenburg, die Provinz Niederschlesien und die an die Tschechoslowakei angrenzenden Kreise Sachsens und Bayerns gefordert. Im Osthilfegesetz vom 31. 3. 1931 unterblieb eine genaue Festlegung, doch erhielt die Reichsregierung eine Ermächtigung zur Erweiterung des Osthilfegebietes. Von dieser Ermächtigung machte die Reichsregierung später mehrfach Gebrauch. Fiederlein S. 172 ff.

2 Nicht abgedruckt.

3 In einem Schreiben an den Reichspräsidenten vom 22. 7. 1931 verlangte der Reichslandbund schon, daß die finanzielle Atempause, die durch die Auslandsverhandlungen erreicht worden sei, zu einer Wende in der deutschen Politik führen müsse. Die „Erfüllungspolitik" und die gesamte Wirtschaftspolitik, die durch „fortgesetzte überflüssige Einfuhr ausländischer Lebensmittel" gekennzeichnet sei, erlebten jetzt ihren Zusammenbruch. Die Politik müsse zum „eigenen Acker" und zu den „eigenen Rohstoffen" zurückkehren, was aber nur möglich sei „unter völligem Bruch mit den Kräften des internationalen Marxismus". Der Reichspräsident solle die gegenwärtigen, „parteipolitisch gebundenen" Regierenden ablösen und sie durch „wertvolle fähige Kräfte" ersetzen, die bereitstünden, „das Werk der Rettung Deutschlands verantwortlich zu übernehmen". BA R 43 I/678.

270.

24. 7. 1931: Reichsbankpräsident Luther an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 400101290/30 a. Unterstreichungen.

Lieber Herr *Reusch*!

Ich möchte Ihnen auf Ihren Brief von gestern mit dem Artikel aus der Bergwerkszeitung sofort antworten[1]. Vielleicht wäre es Ihnen möglich, von sich aus eine Erklärung zu der Angelegenheit in die Presse zu bringen. Fast alles ist falsch, was in diesem Aufsatz angegeben ist. Ich möchte es der Einfachheit halber in Nummern wiedergeben, da es ja von Ihrem Pressefachmann doch sicher verarbeitet werden würde.

I. Die Behauptung, ich hätte von vornherein auf eine große Auslandsanleihe gehofft, stellt die Dinge auf den Kopf. Sowohl von Mitgliedern und hohen Beamten der Reichsregierung wie aus den Kreisen der Banken ist immer wieder an mich das Verlangen gerichtet worden, Verhandlungen wegen eines großen Rediskontkredits aufzunehmen. Das war ja schon in zurückliegenden Zeiten so. Ich erinnere Sie persönlich an ein Gespräch in Basel mit Herrn Dr. *Melchior,* in dem angesichts der Baseler Wirklichkeiten Herr Dr. *Melchior* einen entsprechenden Wunsch des Herrn Max *Warburg* als zur Zeit nicht verfolgbar bezeichnete. Gegenüber den Regierungsstellen habe ich immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß die Frage eines großen Rediskontkredits sich überhaupt nicht anschneiden ließe, ohne daß die politischen Fragen sofort hochkommen würden. Daß mit der Verhandlung über eine große Anleihe etwa an das Reich die Anschneidung der politischen Fragen nicht minder verbunden sein würde, habe ich selbstverständlich ebenso oft erwähnt. Das war aber auch die Meinung der anderen. Die anderen wichen eben von mir nur durch den Wahnglauben ab, die Zusammenarbeit der Notenbanken vollzöge sich im politisch leeren Raum.

Nebenbei sei hier auf den in dem Artikel sich freilich nicht findenden Vorwurf eingegangen, der als Ultimokredit für Juni abgeschlossene Kredit von 100 Millionen Dollar[2] sei zu niedrig gewesen. Es wird sogar behauptet, daß ich meinerseits nur solch niedrigen Kredit beantragt hätte. Tatsächlich sind auch den Besprechungen über diesen Kredit Erörterungen darüber vorangegangen, daß eine Vertrauensdauerwirkung nur durch einen möglichst hohen, ja am besten durch den praktisch nicht erreichbaren unbegrenzten Rediskontkredit zu erzielen wäre. Wenn nicht mehr als 100 Millionen Dollar herausgekommen sind, so beruht das einfach darauf, daß die anderen nach sorgfältigen Berechnungen und mit Rücksicht auf die eigene Leistungsfähigkeit wenigstens des einen oder anderen der Teilnehmer am Kredit einen höheren Betrag nicht zur Verfügung gestellt haben.

Richtig ist ja, daß ich mich dann tatsächlich in London und Paris und später in Basel um das Zustandekommen eines Rediskontkredits bemüht habe[3]. Hierzu wird

1 Nicht abgedruckt.

2 Vgl. Nr. 246b, Anm. 1.

3 Vgl. Nr. 256 und 261, Anm. 4.

ja z. B. auch erzählt, ich sei trotz englischen Abratens nach Paris gegangen. Der Tatbestand ist der, daß ich von ganz zuständiger englischer Stelle dringend ersucht worden bin, noch schneller, als ich es bisher vorhatte, nach Paris zu gehen, so daß ich, da mich die englischen Gründe überzeugten, meinen Reiseplan geändert habe und einen Tag früher als vorher beabsichtigt in Paris eingetroffen bin. Sehr unglücklich war, daß die Presse diese meine Reise so wild aufgemacht hat. Ich habe mich bemüht, die unbeachtete Reise eines Bankiers auszuführen. So hatte ich z. B. noch mein Flugzeug von Amsterdam nach London auf einen Decknamen bestellt[4].

Wenn ich mich schließlich entschlossen habe, einen deutlichen Schritt wegen des Rediskontkredits zu tun, so lag die Ursache in einer immerhin eingetretenen Veränderung der Sachlage. In der Nacht von Montag, den 6., zum Dienstag, den 7. Juli, war in Paris die Vereinbarung zwischen Amerika und Frankreich zustande gekommen, die, wenn sie auch die Streitpunkte in großem Umfang offen ließ, doch immerhin der Form nach eine Vereinbarung war[5]. Am Dienstag, den 7. Juli, war dann hier in Berlin die Wirtschaftshilfe für die Golddiskontbank beschlossen worden[6]. Am Mittwoch, den 8. Juli, mußte ich noch hierbleiben, um an der Notverordnung und den Ausführungsbestimmungen[7] mitzuwirken. In den Erörterungen mit den Wirtschaftskreisen, die zum Zustandekommen dieser Regelung führten, spielte eine große Rolle, daß auf dieser nunmehr geschaffenen neuen Grundlage eine Kreditbewilligung für Deutschland, sei es für die Golddiskontbank, sei es für die Reichsbank, in einer für Deutschland annehmbaren Form erzielt werden müßte. Der Tatbestand war sogar der, daß während der Erörterungen – ohne daß eine Meinungsverschiedenheit bestand – ich immer größeres Gewicht auf die durch die Garantieübernahme der Wirtschaft aus eigener Kraft geschaffene neue Grundlage legte, mir dabei offenhaltend, wie die Ausnutzung sich später ergeben würde, während wiederholt von Teilnehmern aus Bank- und Wirtschaftskreisen, deren Namen ich aus der Erinnerung nicht angeben kann, unterstrichen wurde, daß ohne eine Kredithilfe nichts möglich sei. Dieser Tatbestand in Verbindung damit, daß aus der Reichsregierung immer weiter auf die Beschaffung eines Rediskontkredits gedrängt wurde, gab mir nunmehr die Möglichkeit, ja bedeutete für mich die Notwendigkeit, alles Mögliche zu tun, um in der Kreditfrage voranzukommen. Wäre irgendein Erfolg auf den neugeschaffenen Grundlagen erzielt worden, so wäre es jetzt eben, nämlich mit Rücksicht auf die durch Pariser Abkommen und Garantie-Erklärung der deutschen Wirtschaft veränderten Umstände gelungen, die Einbeziehung der politischen Fragen in das Anleiheproblem zu umgehen. Das war ein Ziel, das wohl den Einsatz lohnte. Hätte ich diese Reise nicht unternommen, so wäre die Kritik, daß ich vor Basel keine vorbereitenden Schritte versucht hätte, wahrscheinlich ebenso heftig oder heftiger gewesen. Hinzu kommt übrigens, daß ich auf Grund der Telefongespräche, die vor Antritt meiner Reise mit England geführt worden sind, eine gewisse Besserung der Gesamtlage für möglich halten mußte. Aber entscheidend war dieser Gesichts-

4 Vgl. Nr. 256, Anm. 2.

5 Vgl. Nr. 254a, Anm. 2.

6 Vgl. Nr. 253, 254a und b sowie Nr. 255.

7 Vgl. Nr. 254a, Anm. 6 und 7.

punkt für mich nicht. Ich bitte, ihn auch der Öffentlichkeit gegenüber nicht zu erwähnen. Hinzufügen möchte ich, daß, wenn nicht zu jener Zeit ein etwas besserer Wind in der Atmosphäre gewesen wäre, man mir von England aus mit der im Verkehr mit uns üblichen Offenheit sicher von der Reise abgeraten hätte, was durchaus nicht geschehen ist.

II. Was nun die Beziehungen zwischen Großbanken und Reichsbank anbetrifft, so haben die Großbanken niemals eine Diskonterhöhung oder den Erlaß einer Devisenverordnung verlangt. Häufiger und schon seit längerer Zeit verlangt worden ist von einer Großbankseite der Erlaß eines Auslandsmoratoriums[8]. Auf diese politische Frage brauche ich wohl hier nicht einzugehen. Hinsichtlich einer Diskonterhöhung haben schon bei der Erhöhung von 5 auf 7%[9] sämtliche Großbankvertreter im Zentralausschuß der Reichsbank sich gegen diese Erhöhung ausgesprochen, und, wie gesagt, ein Verlangen auf weitere Erhöhung ist nie und von keiner Seite gestellt worden. Die Erhöhung von 7 auf 10%[10] ist lediglich aus der Initiative der Reichsbank entstanden und von den Deputierten, die allein befragt werden konnten, zwar gutgeheißen worden, aber sicher nicht mit dem Argument, man solle weitergehen. Das muß um so mehr unterstrichen werden, als in der betreffenden Direktoriums-Sitzung mit Deputierten, was der Öffentlichkeit natürlich ebenfalls nicht gesagt werden kann, mitgeteilt worden ist, daß der Beschluß, auf 10% zu gehen, nur ein Mehrheitsbeschluß des Reichsbankdirektoriums war und daß die Minderheit für eine größere Erhöhung sich ausgesprochen hatte.

Ebenso wird der Ton völlig falsch gelegt, wenn von der solidarischen Hilfe der Großbanken untereinander gesprochen wird. Praktisch hat all diese Hilfe immer nur eine größere Anspannung der Diskontkraft der Reichsbank bedeutet. Auch die 30 Millionen, die am 11. Juli von der Deutschen Bank der Danatbank gegeben worden sind, übrigens auf Anregung der Reichsbank[11], haben ja nichts anderes dargestellt als die Unterlage für einen von der Reichsbank zu gewährenden Kredit.

III. Natürlich ist richtig, daß die Reichsbank sich bemüht hat, die schwere Krise, in die wir nun doch hineingekommen sind, zu vermeiden. Das hat nichts mit Hoffnung auf Auslandskredite zu tun. Aber wenn das politische Abkommen in Paris[12] nur etwas besser gewesen wäre oder wenn die Weltöffentlichkeit auf das tatsächlich zustandegekommene Abkommen etwas besser reagiert hätte, dann würden eben, lediglich aus dieser Verbesserung der Vertrauenslage heraus, die weiteren Abzüge zum Stillstand gekommen sein, und damit wäre eine Sachlage entstanden, aus der die Reichsbank dann sicher in Zusammenarbeit mit den Großbanken einen Ausweg gefunden hätte, der unserer Wirtschaft die eingetretene Erschütterung erspart haben würde. Gerade das Unheil, das jetzt tatsächlich

---

8 Zu den Banken, die ein Auslandsmoratorium verlangt hatten, zählte die Deutsche Bank. Vgl. Nr. 266.

9 Am 13. 6. 1931.

10 Am 15. 7. 1931.

11 Nachdem sowohl die Reichsbank als auch die großen Privatbanken eine weitere Refinanzierung der Danatbank abgelehnt hatten, stellte die Deutsche Bank am 11. 7. 1931 der Danatbank im Tausch für 30 Millionen RM Akzepte zur Verfügung, die von der Reichsbank rediskontiert wurden. Born S. 95. Diese Maßnahme konnte die Danatbank allerdings nicht mehr retten. Vgl. Luther S. 188 f.

12 Vgl. Nr. 254a, Anm. 2.

geschehen ist, sollte als Beweis dafür verwendet werden, wie richtig der Weg der Reichsbank war, nach Möglichkeit diese Erschütterung zu vermeiden. Denn daß jede vorzeitige Verschärfung der Maßnahmen der Reichsbank, namentlich im Sinne der von der deutschen Presse, wenn ich mich nicht irre, gerade auch von der Bergwerkszeitung, immer wieder geforderten scharfen, generellen Restriktionen, den gleichen Tatbestand hervorgerufen hätte, vor dem wir jetzt stehen, daran kann doch wohl kein Zweifel sein. Die Reichsbank hat also richtig gesehen, was bevorstand, und nicht unrichtig.

IV. Hinsichtlich der Vorgänge am 11. Juli abends muß ich folgendes vorausschikken. Ich kam am 11. Juli in den späteren Nachmittagsstunden aus Paris in Berlin an und fand eine Sachlage vor, die als sehr verschlechtert gegenüber dem Zeitpunkt meiner Abreise angesprochen werden mußte. Eine Besprechung innerhalb der Reichsbank ergab, daß es unmöglich war, auf der bisherigen Basis weiter Kredit zu gewähren. Die Reichsregierung entschloß sich, einen Kreis von Bankfachleuten und auch einige sonstige Wirtschaftler auf den Sonnabend abend zu einer Besprechung einzuladen, um Vorschläge hinsichtlich der Lösung des Problems Danatbank zu bekommen[13]. Vor dieser Sachverständigenbesprechung am Abend machte mir ein führendes Mitglied einer Großbank den Vorschlag, Bankenfeiertage einzulegen. Es ist richtig wiedergegeben in dem Artikel der Bergwerkszeitung, daß ich diesem Vorschlag an sich freundlich gegenübergestanden habe, aber hinzugefügt habe, das müsse erst im Kabinett beraten werden. Unrichtig dagegen ist, daß die eigentlichen Fachleute der Reichsbank, wie es in dem Artikel heißt, sich für die Bankfeiertage ausgesprochen hätten. Vielmehr ist es umgekehrt so, daß die beiden anderen Reichsbankvertreter, die mit mir in der Bankenbesprechung waren, sich noch, ehe ich mich geäußert hatte, vorher im Gespräch mir gegenüber lebhaft gegen die Einlegung von Bankfeiertagen gewendet hatten. Auch der Reichskanzler hat sich in keiner Weise für Bankfeiertage ausgesprochen[14].

In der Sitzung selbst verliefen die Dinge nun so, daß von dem Problem Danatbank sehr wenig gesprochen wurde. Dagegen wurde ganz allgemein über die Situation der Banken ausführlich gesprochen, und die Vorschläge kamen, soweit sie sich nicht auf Spezialgebiete wie Devisenverordnung (so z. B. Dr. *Melchior*) beschränkten, immer nur darauf hinaus, die Reichsbank müsse weiter Wechsel der Großbanken diskontieren. Da das angesichts der gegebenen Sachlage gegenüber der Danatbank unmöglich war, so erschien es mir nunmehr, und zwar in voller Übereinstimmung mit den anderen Reichsbankvertretern, richtiger, das Danatbank-Problem als solches alsbald anzupacken. Denn damit war die Vorlage der Bankfeiertage wenigstens noch nicht entschieden. Wie berechtigt die Sorge vor der Einlegung von Bankfeiertagen im allgemeinen war, das beweisen ja jetzt nachträglich die überaus schwierigen Vorgänge zur Wiederauflösung des dadurch eingetretenen Banken-Moratoriums.

Daß die Bankfeiertage nicht unbedingt als Folge des Schalterschlusses der Danatbank angesehen wurden, und zwar gerade von den Banken nicht, ergibt sich

13 Chefbesprechung betreffend Reparationsfrage und Bankenlage am 11. 7. 1931, BA R 43 I/315.

14 Chefbesprechung vom 11. 7. 1931; im Gegensatz hierzu Brüning S. 320 und – nicht ganz klar – S. 322.

aus der Tatsache, daß am 12. Juli abends[15], als die Beschlußfassung, betreffend die Danatbank, sich immer mehr hinauszog, von den Banken selbst zuerst noch einmal angeregt wurde, nun doch alsbald Bankfeiertage zu machen. Dieser Gedanke aber, nachdem er bereits das Kabinett beschäftigt hatte, wurde von den Banken selbst widerrufen, obgleich es inzwischen ganz klar geworden war, daß die Danatbank auf jeden Fall am Montag früh ihre Schalter schloß. Die Banken haben dann ja auch tatsächlich am Montag ohne Bankfeiertag auszukommen versucht. Daß das in der gesamten Atmosphäre dann nicht mehr gelang, ist durch die Tatsachen bewiesen[16]. Ich selbst habe, wie ich nur der Vollständigkeit halber mitteilen möchte, an dem Beschluß für die Einrichtung der Bankfeiertage für Dienstag und Mittwoch nicht mitgewirkt, da ich mich ja in Basel befand und dorthin nur die Nachricht von der vollzogenen Tatsache bekam.

V. Nicht unterlassen möchte ich, noch einmal zu betonen, daß die ganze Situation, auf die sich die Stillhaltungsneigung des Auslandes hinsichtlich der noch in Deutschland befindlichen Kredite aufbaute, sicher nur dadurch hervorgerufen worden ist, daß man an diesen kritischen Vorgängen gesehen hat, wie es in Wirklichkeit in Deutschland aussieht. Bis dahin hat der einzelne immer noch geglaubt, für sich aus Deutschland möglichst viel herausziehen zu können. Seit jenem sehr schmerzlichen, aber auch für alle Welt sehr erkennbaren Geschehen, das sich seit Montag, den 13. Juli, abspielt, ist die Stimmung in der Welt entstanden, daß man sich schließlich Deutschland gegenüber doch anders einstellen muß als bisher. Alles, was seitdem geschehen ist, also beginnend mit meinem Flug nach Basel am Montag, den 13. Juli, und dann anschließend die politischen Verhandlungen des Reichskanzlers, auch einschließlich der Reise über Paris[17], baut sich auf die Vorgänge von Montag, den 13. Juli, auf. Gelingt es, auf dieser Basis langsam weiter voranzukommen, wozu es noch stärkster Kraftanstrengungen im Innern bedürfen wird, so würden die Opfer des 13. Juli nicht umsonst gebracht sein.

Lieber Herr *Reusch,* der Brief ist, da ich gerade eine halbe Stunde Zeit hatte, etwas länger geworden. Ich werde keine Zeit haben, viel an dem Diktat herumzukorrigieren, stelle Ihnen aber durchaus anheim, den Brief privatim auch anderen Leuten zugänglich zu machen, die sich ein Bild vom wirklichen Geschehen machen wollen. Selbstverständlich habe ich in diesem Brief nicht auf alles eingehen können, was geschehen ist oder was in Betracht kommt. Ich bin zu Ergänzungen gern bereit. Kritik muß man tragen und jedem schließlich überlassen, wie er sie aufbauen will. Aber der Versuch, Tatsachen Tatsachen sein zu lassen, scheint mir doch angebracht.

Ihnen für Ihre Anregung nochmals bestens dankend und auch mein Bedauern darüber aussprechend, daß presseorganisationsmäßig die Dinge nicht so laufen, wie ich sie haben möchte,

mit herzlichen Grüßen
Ihr *Luther*

15 Vgl. Nr. 259.
16 Vgl. Nr. 260.
17 Vgl. Nr. 268, Anm. 2.

271.

24. 7. 1931: Dingeldey an v. Gilsa (Sterkrade)

Nachlaß Dingeldey 69. Durchschlag.

Lieber *Gilsa*!

Der Ansturm der Dinge, der auf mich eindringt, läßt mich heute erst Ihnen kurz auf Ihren Brief vom 16. Juli antworten.

1. In der Frage der Beziehungen zum Stahlhelm hat sich ja nun insofern eine gewisse Klarheit ergeben, als der Stahlhelm ganz unzweideutig seine Absicht, den Feldzug für den Volksentscheid[1] wesentlich auf die Reichspolitik aufzubauen[2], erklärt hat. Daraus folgt, daß wir unmöglich enge Bindungen mit dem Stahlhelm eingehen können, mindestens nicht von der Zentrale her, ohne unserer eigenen bisherigen Reichspolitik damit ins Gesicht zu schlagen[3]. Die von mir deshalb mit den roten Mitteilungen herausgegebenen neuen Instruktionen sind eben nur verständlich und tragbar von dem Standpunkt aus, daß wir alles tun müssen, um einen äußeren Bruch mit dem Stahlhelm jetzt zu verhindern. Aber über diese Grenze hinaus kann ich nicht gehen, ohne auf jede Selbständigkeit eigener Politik zu verzichten. Ich hoffe sehr, daß es gelingt, nun gemeinsam mit dem Stahlhelm diese Dinge so zu führen, daß neue Differenzen nicht entstehen. Ich meinerseits habe den Willen dazu und hoffe, daß auch bei der anderen Seite er in genügender Stärke vorhanden ist. Gewisse Vorkommnisse allerdings geben mir Anlaß zu befürchten, daß wir unangenehme Überraschungen erleben können. Deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn auch Sie mit äußerstem Nachdruck die Stahlhelmführung darauf hinweisen wollten, daß sie in ihren Instruktionen an die Verbände mit größter Schärfe betont, daß man die Deutsche Volkspartei als gleichberechtigten Bundesgenossen behandeln muß.

2. Die gesamtpolitische Situation kann ich im Augenblick noch nicht endgültig übersehen. Der Reichskanzler hat sich zweifellos in Paris und London den verhängnisvollen außenpolitischen Plänen Frankreichs mit Erfolg und tapfer widersetzt[4]. Dafür haben wir unsererseits bezahlt mit dem Scheitern aller wesentlichen Kreditmöglichkeiten für den Augenblick. Damit war zu rechnen, wenn man nicht von vornherein den Weg des Verzichtes auf nationale Grundforderungen gehen wollte. Nunmehr aber handelt es sich um so mehr darum, mit größter Beschleunigung eine Reihe von ganz radikalen und tief einschneidenden Maßnahmen sowohl für den Geldmarkt wie auch für die öffentlichen Finanzen zu treffen. Ich will sie hier im einzelnen nicht erörtern, stehe aber über ihren Inhalt in

1 Am 30. 6. 1931 hatte der Landeswahlausschuß 5 955 966 gültige Einzeichnungen für ein Stahlhelm-Volksbegehren zur Auflösung des Preußischen Landtags festgestellt. Am 9. 7. 1931 wurde das Volksbegehren im Landtag mit 229 gegen 190 Stimmen abgelehnt. Der daraufhin durchgeführte Volksentscheid scheiterte am 9. 8. 1931. Vgl. Nr. 285; Berghahn S. 158ff.

2 Seit Juni richtete der Stahlhelm heftige Angriffe gegen *Brüning* und *Dietrich*. Berghahn S. 171ff.

3 Zu den Kontakten der DVP zum Stahlhelm, die u. a. über *Gilsa* und *Seldte* liefen, Berghahn S. 173 ff. Am 11. 7. 1931 hatte *Dingeldey* bei *Wagner* gegen eine Vermischung von preußischer mit Reichspolitik protestiert.

4 Vgl. Nr. 268, Anm. 2.

engster Verbindung und in vollem Einvernehmen mit Herrn *Schacht.* Politisch handelt es sich für mich darum, den Reichskanzler nun mit Druck von allen Seiten her zum erfolgreichen Handeln und Eingreifen zu bringen, denn die ungeheuere Schwierigkeit der Lage ist dadurch gegeben, daß wir keinerlei Sicherheit oder Überblick darüber haben, ob die Nationalsozialisten im Falle einer Rechtsregierung bereit und fähig wären, die sachlich unausweichlich gebotenen Maßnahmen zu tragen und zu verantworten. Auch Herr *Schacht,* der die Leute doch kennt, beurteilt diese Aussicht außerordentlich skeptisch. Ich werde aber Gelegenheit suchen, mich baldigst persönlich genau darüber zu informieren.

So viel für heute. Die Lage verschärft sich mit jedem Tag. Zu Experimenten ist keine Zeit mehr. Wenn nicht von der Reichsbank und von der Reichsregierung in der nächsten Woche ohne Verlust auch nur eines Tages gehandelt wird, sind die allerschwersten Folgen nicht mehr zu vermeiden.

Mit freundlichem Gruß

272.

25. 7. 1931: v. Gilsa (Sterkrade) an Reusch (Oberhausen)

HA/GHH 400101293/4b. Handschriftliche Randbemerkungen und Paraphen Reuschs.

Sehr geehrter Herr *Reusch*!

Von einem politischen Freunde, der heute aus Berlin zurückgekommen ist und gestern eingehend mit den maßgebenden Berliner Herren gesprochen hat, erfahre ich, daß das Durcheinander, was durch die verschiedenen Notverordnungen entstanden ist, immer bedrohlichere Formen annimmt. In geldlicher Beziehung liegt der kritische Punkt beim Ultimo, d. h. also Ende nächster Woche, bis dahin müssen unbedingt die fehlenden 1½ Milliarden Zahlungsmittel zur Verfügung stehen.

Alles wartet auf die Rückkehr und damit auf das sofortige Eingreifen des Kanzlers[1]. Dieser sowie seine nächsten finanziellen Mitarbeiter *Dietrich* und *Luther* sind durch die Anstrengungen der letzten Zeit stark abgekämpft. Der Ersatz von *Luther* durch *Schacht* wird nach wie vor nachdrücklichst erstrebt. Für *Luther* muß jedoch eine anderweitige Verwendung geschaffen werden, da er gesetzlich nicht absetzbar ist und also freiwillig zurücktreten muß[2].

Unter diesen Gesichtspunkten ist der amerikanische und englische Ministerbesuch[3], so wertvoll er an sich vielleicht ist, für die Fortführung der deutschen Geschäfte recht störend, weil dadurch die Zeit der maßgebenden Herren noch mehr beansprucht wird.

---

1 *Brüning* traf am Morgen des 25. 7. 1931 aus London wieder in Berlin ein.

2 Randbemerkung *Reuschs: „Luther* wird nicht zurücktreten."

3 *Stimson* kam am 25. 7. 1931 nach Berlin. *MacDonald* und *Henderson* trafen zwei Tage später ein. Schulthess 1931 S. 162 ff.

Erwähnenswert ist, daß vor etwa drei Tagen ein nochmaliger Versuch unternommen worden ist, *Hugenberg* zur Bildung einer großen Rechten unter Einschluß der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei zu veranlassen. *Hugenberg* hat sich völlig ablehnend verhalten. Wenn hier überhaupt noch etwas geschehen soll – ich halte dies, wie ich mehrfach ausführte, für eine zwingende Notwendigkeit für die uns bevorstehenden antisozialistischen Kämpfe –, dann muß diese Einigung jetzt durch finanziellen Druck und durch selbständiges Handeln der Wählerfront durchgeführt werden.

Dingeldey beabsichtigt, sofort nach Rückkehr des Kanzlers die Forderung auf nunmehriges schärfstes Durchgreifen sofort zu stellen, insbesondere ist dabei an die bereits mehrfach von mir erwähnte Auflockerung unseres Tarif- und Schlichtungswesens gedacht.

Mit angelegentlicher Empfehlung
Ihr sehr ergebener
v. Gilsa

273.

25. 7. 1931: Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther

Nachlaß Luther 365. Handschriftliche Korrekturen und Ergänzungen.

Stimmung usw. am Abend vorher unbehaglich, erst gegen Schluß besser, wieder allerhand Zeitungsmeldungen. *Adametz, Lilienthal, Schotte,* alle unterwegs und mich lieb bedrängend, ich soll noch mehr!

Direktoriums-Sitzung in *Dreyses* Zimmer, in der der Plan von gestern abend[1] bewilligt wurde.

Um 11 Uhr bei *Brüning,* der am Morgen aus London zurückgekommen [war][2]. Es dauerte lange, bis er kam, weil er beim Reichspräsidenten zurückgehalten wurde[3]. Dort waren in seiner Abwesenheit große politische Gedanken entstanden betr. *Hugenberg* und *Schacht.* „*Hindenburg* habe nichts gegen mich"[4]. Ich erzählte *Brüning* sachlich, was geschehen, drängte auf Eile. (Ich möchte nachtragen, daß am 24. Juli mittags um 12 [Uhr] Direktoriums-Sitzung war, in der *Norden* das auf der Störung des Geldverkehrs beruhende schwere Ultimoproblem des Reiches vortrug, zusammen mit *Olscher.* Wir haben schließlich geholfen. Bei der Gelegenheit erkundigte ich mich nach dem Stand der Dresdner-Bank-Frage[5] und rief dann *Dietrich* an, um ihm zu sagen, daß die Dinge keinen Aufschub mehr duldeten; so

1 Gemeint ist die Gründung der Akzept- und Garantiebank am 25. 7. 1931. Schulthess 1931 S. 162. Vgl. Nr. 266, Anm. 4. Im Original folgt eine nicht zu entziffernde handschriftliche Einfügung.

2 Zur Londoner Konferenz vom 20. bis 23. 7. 1931 Nr. 268, Anm. 2.

3 Vgl. Brüning S. 343.

4 Ab „betr. *Hugenberg* . . ." handschriftlich eingefügt.

5 Vgl. Born S. 114, 120, 123 f. und 126 ff.

war die Verabredung auf Freitag abend[6] mit *Dietrich* zustandegekommen.) Dann besprach ich mit *Brüning* die grundsätzliche Frage, betreffend die Gerüchte über mich[7], und sagte, um gefügten Boden unter den Füßen zu haben, müsse ich alles eingehend mit ihm besprechen. *Brüning* hatte, von *Hindenburgs* Gedanken mir berichtend, gesagt: er wolle doch nicht Selbstmord begehen. Ich sagte: Ich wolle auch nicht Selbstmord begehen[8]. Das wurde für später verabredet. Ich ging dann nicht mit *Brüning* ins Kabinett[9], nachdem er bemerkt hatte, er würde nur kurz über London berichten, und er stelle mir ganz anheim, ob ich mitkommen wolle oder nicht, da er ja wisse, wieviel ich zu tun habe. Wir gingen dann gemeinschaftlich aus dem Zimmer, worauf er Gewicht legt. Alles kühl[10].

Schon am Tage vorher hatte *Hülse* in Gesprächen mit *Dreyse* sich bemüht, das Anleiheprüfungskomitee[11] zu bilden, das in London beschlossen war. Ich hatte mich um diese Sache wenig gekümmert, und *Vocke* hatte mir über die dort schlummernden Gefahren nichts berichtet. Als [ich] nun heute morgen um die Nennung des deutschen Vertreters ersucht wurde, kam ich auf *Urbig.* Da *Dreyse* und *Vocke* zustimmten, so frug ich ihn und meldete ihn dann nach Basel. Später kam, wieder über *Dreyse,* die Frage, ob *McGarrah* (wie kommt er überhaupt dazu?) das Komitee nach Berlin einberufen solle. Ich ließ diese Frage durch *Hagenow* dem Kanzler vorlegen, indem ich mich meinerseits für das Ja aussprach, daran denkend, daß *Brüning* ja selbst nach Deutschland ausländische Persönlichkeiten in London eingeladen hatte. *Brüning* ließ sich die Liste der in Basel bereits bekannten Namen geben und schlußfolgerte daraus, mich anrufend, daß dieses Komitee viel zu sehr im französischen Fahrwasser schwimmen würde. Ich möchte doch *Norman* anrufen, der geneigt gewesen sei, *Sprague* zu entsenden, der zusammen mit *Wallenberg* ja auf die deutsche Einladung komme, weshalb ihm diese beiden Namen aus innerpolitischen Gründen sympathisch seien. Ehe ich noch die Bank von England hatte, kamen *Treviranus* und *Schäffer* im besonderen Auftrag des Kanzlers. Ich sprach dann mit *Siepman,* der gleich darauf mit *Norman* frühstücken wollte, und *Treviranus* mit *Sprague. Siepman* sagte, man verkenne in Basel den Zweck des Komitees, das kein geschäftliches Komitee zum Abschluß einer Anleihe sei, sondern ein Studienkomitee. Später, als ich nicht mehr im Hause war, lautete die Antwort, daß *Norman Layton* entsenden wolle, und der Kanzler wies in einer Besprechung um 4 Uhr darauf hin, daß er auch gewisse Bedenken gegen *Urbig* habe, weil der die ganze Vorgeschichte nicht miterlebt habe. Ich habe dann mit *Brüning* verabredet, daß wir noch mal auf die Frage *Urbig* zu sprechen kommen wollten. *Urbig* hatte ich inzwischen schon telefonisch gesagt, daß der Charakter des Komitees unsicher geworden sei und daß er mit mir und dem Kanzler über die zu befolgende Politik noch sprechen müsse. Das Ganze [ist]

---

6 24. 7. 1931.

7 Gemeint sind Rücktrittsforderungen aus Industrie- und Bankkreisen und kritische Presseberichte.

8 Die beiden letzten Sätze handschriftlich eingefügt.

9 Ministerbesprechung am 25. 7. 1931, 12 Uhr, BA R 43 I/1450. Auszug in Born S. 191 f. Vgl. Brüning S. 343.

10 Ab „worauf er . . ." handschriftlich eingefügt.

11 Das spätere Wiggin-Komitee, das am 8. 8. 1931 in Basel zusammentrat und am 15. 8. 1931 seinen von dem Engländer *Layton* redigierten Bericht vorlegte. Born S. 142 ff.

leider die Folge einer nicht hinreichenden Fühlungnahme und inneren Verbindung, was auch nicht ohne Zusammenhang mit den jetzigen Stimmungen ist. *Brüning* bezog sich darauf, daß *Vocke* ja bei allem zugegen gewesen sei. *Dreyse* nahm später mir gegenüber [die] Schuld auf sich. Ich habe leider viel zu sehr unterstrichen, daß es meine Schuld sei, nicht alles übersehen zu haben. Ich empfand die Sache als sehr unerträglich[12].

Um 3 Uhr hatte ich dem blinden *Goldman* seinen Besuch im Hotel Adlon erwidert, was wieder eine eindrucksvolle Besprechung ergab. Er fragte mich, ob ich von Haus aus Bankier sei, und fragte dann, ob *Schacht,* der doch ein vorzüglicher Bankier sei, nicht verwendet werden könne. Paßte auch in die Landschaft[13]!

Um 4 Uhr Wirtschaftsbesprechung beim Kanzler. Es wurde deutlich, was ich schon am Vormittag dem Kanzler gesagt hatte, daß jetzt alles auf die Stillhaltungsfrage ankomme, ob mit Moratorium oder ohne. (Übrigens hatte *Goldman* ein „vorsichtig lautendes" Auslandsmoratorium von sich aus mir gegenüber als eines der Dinge bezeichnet, die wir brauchen.) *Mellon* hatte auf der Überfahrt dem Kanzler, *Schäffer, Schmitz* und *Melchior* den Plan eines Clearing-Geldes entwikkelt, also nach dem Muster, wie es einmal in Chicago in Amerika gemacht worden war. Ich drängte das alles zurück, hauptsächlich mit der hinhaltenden Bemerkung, daß wir auf keinen Fall so etwas ins Auge fassen dürften, bevor wir die große Welle der Zahlungsmittelvermehrung bei Wiedereröffnung der Banken überstanden hätten.

Brüning stimmte zu. *Ernst* kam dann auf das unausgeglichene Budget von Ländern und Gemeinden zu sprechen und sagte, daß das Budget-Gleichgewicht hier wohl durch Senkungen hergestellt werden müsse und daß die Bevölkerung auch jetzt reif dafür sei. Ich erinnerte daran, daß ich noch vor Abreise des Kanzlers in [einer] Ministerbesprechung gesagt hatte, daß die Geldnot bei Ländern und Gemeinden eine Budgetnot sei und daß da der Hebel angesetzt werden müsse. Ich unterstützte also *Ernst.* Der Kanzler sagte zu, darüber nachzudenken.

Danach wieder Sitzung im Finanzministerium mit Banken. Der Kanzler hatte den Gedanken gehabt, auf 300 Millionen Garantiesumme zu gehen. Die Banken wehrten sich mit dem Gesichtspunkt, das werde nach zu viel aussehen. *Dietrich* schloß sich dem an. *Dreyse* hatte sich ursprünglich für 300 ausgesprochen, sagte dann aber auch, er wolle „nicht päpstlicher sein als der Papst". Ich schwieg, da ich nicht an der ganzen Besprechung teilgenommen hatte. Alsdann wurde aus den Banken unter Vorsitz der Reichsbank ein Komitee gewählt als Stillhaltungsorganisation zur Erwartung von *Tiarks,* der für die englischen Banken, und von *Cannon*[14], der für die amerikanischen Banken [am] Montag früh[15] in Berlin sein wird.

Zwischendurch hatte ich durch *Hagenow Brüning* auf die TU-Notiz[16], betreffend meinen Rücktritt, aufmerksam machen lassen. Das gleiche hatte inzwischen von

12 Die letzten drei Sätze handschriftlich eingefügt.

13 Die letzten beiden Sätze handschriftlich eingefügt.

14 Im Original *"Gunnon".* Zur Entsendung der beiden Finanzexperten Luther S. 206.

15 27. 7. 1931.

16 Telegraphen-Union.

sich aus *Planck* oder *Pukaß* bereits *Schulte* [gegenüber] getan. [Die] R[eichs]kanzlei antwortet aber nun endlich auf Zeitungsanfragen, es sei nicht das geringste daran[17]!

Adametz erreichte mich auch noch und fuhr mit mir zum amerikanischen Botschafter. *Schotte* und *Gleichen* hatten ein Gespräch mit *Weismann* gehabt, der seinerseits überzeugt worden sei, daß die Lösung *Schacht* nicht in Betracht komme, während *Braun* immer noch Neigung habe, sie bei seinen Parteifreunden zu unterstützen.

Bei *Sackett* saß ich zwischen *Wirth* und *Trendelenburg.* Mein Gespräch mit *Stimson* erbrachte nichts Besonderes. Die ganze Stimmung [war] etwas seltsam.

17 Satz handschriftlich eingefügt.

274.

29. 7. 1931: Aktenvermerk des Staatssekretärs Meissner

ZStA Präsi 213/Bl. 63.

Der Herr Reichspräsident hat heute den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Herrn *Schiele,* zusammen mit dem Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrats Dr. *Brandes* zu einer Besprechung über die Lage der östlichen Landwirtschaft empfangen[1]. Gegenstand der ¾stündigen Besprechung war die Frage der Mobilisierung der Ernte, des Schutzes des Landwirts vor Pfändungen der Ernte, die Erzielung ausreichender Preise und die etwa notwendig werdende Stützung der Hypothekenbanken zur Erhaltung des Realkredits[2]. Der Herr Reichspräsident hat auf Wunsch des Herrn Dr. *Brandes* zugesagt, beim Herrn Reichskanzler wegen einer beschleunigten Behandlung dieser Fragen vorstellig zu werden.

Im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten habe ich Herrn Staatssekretär Dr. *Pünder* zur Unterrichtung des Herrn Reichskanzlers kurz über diese Besprechung berichtet und den Wunsch des Herrn Reichspräsidenten übermittelt, über die Vorschläge *Schieles* eine Entscheidung in den nächsten Tagen herbeizuführen[3].

M[eissne]r

1 Schulthess 1931 S. 165.

2 Vgl. Nr. 269.

3 Am 29. 7. 1931 rief der Reichslandbund die Landwirtschaft zu einer Liefersperre und einer vorläufigen Zahlungseinstellung auf. Schulthess 1931 S. 167; Brüning S. 349. Im August 1931 wurden mehrere Notverordnungen erlassen, die eine Verbesserung der Lage der Landwirtschaft bewirken sollten. RGBl. 1931 I S. 433, 447 und 454.

275.

30. 7. 1931: Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther (Auszüge)

Nachlaß Luther 365. Handschriftliche Korrekturen und Ergänzungen.

10 Uhr: *Graf Kalckreuth* mit *Kriegsheim* und *Sybel.*

[Die] Herren begleiteten mich noch im Auto bis [zur] Reichskanzlei. [Das] Gespräch schien sich ganz um Agrarfragen zu drehen. [Die] Mitanwesenheit von *Sybel* verhinderte bei mir auch den Gedanken, daß man Grundsätzliches besprechen wollte. Am Nachmittag erfuhr ich durch *Adametz – v. Gleichen,* man sei sehr enttäuscht gewesen. Ich ließ zurücksagen, daß ich den Herren auch zu einem Gespräch grundsätzlicher Art zur Verfügung stehe.

Beim Kanzler besprach ich [die Frage eines] Vertreter[s] für [das] internationale Kreditkomitee[1]. Wir verabredeten, daß ich *Bergmann* fragen wollte. Auch dem Kanzler entwickelte ich, daß bei der Unmöglichkeit, eine inländische oder ausländische Anleihe zu bekommen, die Haushaltspläne sämtlicher öffentlicher Verbände ausgeglichen sein müßten, weil sonst politische oder Währungsgefahren drohen würden, die unmöglich seien. *Brünings* Gedanken kreisen um die Aufhebung der Hauszinssteuer, Erhöhung der Umsatzsteuer und starke Eingriffe in die Ausgabenwirtschaft (Beamtengehälter). Als Zeitpunkt denkt er an [die] Rückkehr von seiner Romreise[2], also nach dem 9. August (Volksentscheid Preußens)[3].

Bergmann, den ich befragte, lehnte ab, da er die Arbeit bei der Danatbank nicht aufgeben will.

Danach kam der preußische Ministerialdirektor *Ernst,* der sich meine Frage[4] überlegen will und mit dem ich ein sehr fein von ihm geführtes Gespräch über die Frage der Temporalien hatte. Er sagte erst: Staatssekretärsgehalt und dann 40 000 RM als Gesamteinkommen.

Dann 12.15 [Uhr]: Kabinett[5].

Dann 2 Uhr: Frühstück mit *Reusch,* der mir versprach, mir den Entwurf eines Schreibens zu senden, das von führenden Wirtschaftlern Deutschlands an den Reichskanzler gerichtet werden soll[6]. Er redete mir zu, daß auch ich mich einmal schriftlich gegenüber [dem] Reichskanzler äußern müßte.

Nach Abschluß der Kabinettssitzung hatte ich mit *Brüning* und *Dietrich* verabredet, daß nunmehr *Melchior* in das Kreditkomitee eintreten solle, unter der Voraussetzung, daß er sich verpflichte, keine positiven Kreditschritte ohne

1 Vgl. Nr. 273, Anm. 11.

2 *Brüning* und *Curtius* hielten sich vom 6. bis 8. 8. 1931 zu einem Staatsbesuch in Rom auf. Schulthess 1931 S. 175, 390 ff.; Brüning S. 354 ff.

3 Vgl. Nr. 271.

4 Gemeint ist der Eintritt *Ernsts* in das Reichsbankdirektorium. Tagesbericht *Luthers* vom 26. 7. 1931, Nachlaß Luther 365.

5 Ministerbesprechung am 30. 7. 1931, 12 Uhr, BA R 43 I/1450; Auszug in Born S. 210 ff.

6 Nr. 276.

Verbindung mit [dem] Kanzler und mir zu tun. *Melchior* kam zu mir und stimmte zu.

[. . .][7]

Danach Wirtschaftsausschuß der Reichsregierung oder auch Kabinett[8], in dem endlich die endgültigen Beschlüsse betreffend Dresdner und Danatbank gefaßt wurden[9], während am Vormittag das noch unentschieden geblieben war. Das hing so zusammen, daß die anderen Banken, und zwar am meisten *Sobernheim*[10], den Kanzler bestürmt hatten, wegen der Dresdner Bank nicht so zu verfahren, da dadurch die anderen Banken ins Hintertreffen kommen würden. *Wassermann* war am Nachmittag nochmals bei mir gewesen, hatte gesagt, daß er sich an diesen Schritten nicht beteiligen wolle, war aber wieder auf seinen alten Plan [der Fusion von] Dresdner und Danatbank gekommen[11]. Nachdem nun im Kabinett der endgültige Beschluß über die beiden Banken gefaßt war, wollte *Dietrich* am Montag[12] den schlechthinnigen freien Zahlungsverkehr der Banken eröffnen und versteifte sich darauf, daß dies für Montag zugesagt worden sei, und zwar unter meiner Zustimmung. Ich erwiderte und mußte immer wieder betonen während der folgenden Tage, daß, als am Dienstag vormittag die entsprechende Pressenotiz[13] verabredet worden war, ich in Übereinstimmung mit allen davon ausgegangen sei, daß sowohl die Stillhalteverhandlungen in Berlin am Dienstag zum Abschluß kommen wie namentlich die Frage der Dresdner Bank noch am Dienstag geregelt werden würde. Demgegenüber seien zwei Tage verloren, und ich könne, bevor ich mit den Bankenvertretern nicht gesprochen hätte und auch namentlich nicht mit den Vertretern der Provinzbanken, die auf morgen, Freitag vormittag, eingeladen seien[14], keine endgültige Stellung nehmen. Übrigens sei bewußt bei der Pressenotiz nicht von d e m normalen Zahlungsverkehr für Montag, sondern von e i n e m normalen Zahlungsverkehr gesprochen worden (Anregung *Pünders*). *Dernburg* erklärte, mit seiner Akzeptbank alles bis Montag früh leisten zu können, natürlich immer nur, sofern die Reichsbank alles diskontiert, was die Akzeptbank vorlegt. In seinen Ausführungen bei dieser und folgenden Gelegenheiten entwickelte sich

---

7 Der ausgelassene Absatz befaßt sich mit der „Temporalienfrage", der Regelung des Jahresgehaltes von Ministerialdirektor *Ernst*; Anm. 4.

8 Ministerbesprechung am 30. 7. 1931, 17 Uhr, BA R 43 I/1450; Auszug in Born S. 214ff.; vgl. Nr. 279c.

9 Die Beschlüsse besagten, daß die Industrie die Aktien der Danatbank im Wert von 28,8 Millionen RM übernimmt. Das Reich streckt der Industrie den Gegenwert vor, beteiligt sich aber nicht an dem Aktienkapital. Das Kapital wird nicht erhöht. Für die Dresdner Bank sollen 300 Millionen Vorzugsaktien geschaffen werden, die das Reich zunächst übernimmt. Bei beiden Banken müssen die Mitglieder der Leitung und des Aufsichtsrates ihre Ämter zur Verfügung stellen. Vgl. Schulthess 1931 S. 167 f.; Brüning S. 349; Born S. 124 ff.

10 Commerz- und Privatbank.

11 Vgl. Nr. 279d; Born S. 127.

12 3. 8. 1931. Vgl. Nr. 278.

13 Pressenotiz vom 28. 7. 1931; vgl. Besprechung des Wirtschaftsauschusses des Kabinetts am 28. 7. 1931, vormittags, BA 43 I/1450. Über die Differenzen zwischen der Reichsregierung und *Luther* Brüning S. 346 ff.; Luther S. 201 ff.

14 Vgl. Nr. 277.

Dernburg überhaupt immer mehr dahin zu betonen, daß er lediglich technische Hilfsarbeit für die Reichsbank leiste.

[. . .][15]

Um 8 Uhr große Besprechung mit [den] Banken, innerhalb derer nur diejenigen zunächst das Wort nahmen, die größte Bedenken gegen eine schnelle Eröffnung des Zahlungsverkehrs hatten. Von auswärtigen Bankiers war namentlich *Bandel* vom Barmer Bankverein anwesend. Man sprach von Donnerstag oder Freitag[16] nächster Woche und hatte keine anderen Vorschläge als die, daß die Reichsbank alles diskontieren müsse. Offenbar hat man sich in der Provinz trotz der Pressenotiz vom Dienstag auf den Zahlungsverkehr wenig vorbereitet. [Das] Reichsbankdirektorium zog sich dann zur Sitzung zurück und beschloß, daß der unbeschränkte Überweisungsverkehr im Überweisungsverband alsbald aufgenommen werden solle, daß im übrigen im Zahlungsverkehr in der nächsten Woche starke Ermäßigungen einsetzen und dann auch am Mittwoch[17] der Giroverkehr mit Einschluß von Reichsbank und Postscheck Platz greifen solle, weil man annahm, daß die hier entstehenden Gefahren durch die Vermeidung einer äußerlichen Berennung der Banken nicht so groß sein würden. Man wollte dann abwarten, wie all das wirkte, und sich erst danach über [die] Öffnung der Banken schlüssig machen. Mir blieb nichts weiter übrig, als diesen Beschluß in die Versammlung mitzunehmen – *Dreyse* sagte noch zu mir, daß ich wohl wenig zufrieden mit [dem] Direktorium sei, was ich bejahte – und ihn taktisch zu verwerten. Das letztere gelang überraschend gut, indem nun mit einem Male die Stimmen sich meldeten, die für schnellere Öffnung des Zahlungsverkehrs waren. Vorher hatten diese Stimmen, namentlich *Mosler* von der Deutschen Bank, völlig geschwiegen (wollte sich um [die] Verantwortung drücken)[18], was ich nicht unterließ zu unterstreichen. Gegen Schluß der Sitzung wurde noch von dem in der ganzen Sache auch als Mitglied des Verwaltungsrats der Akzeptbank sehr tätigen *Kempner* darauf aufmerksam gemacht, daß auch beim unbeschränkten Überweisungsverkehr im Überweisungsverband durch Kompensationen unter Markforderungen und Markguthaben eine Verletzung des Stillhalteabkommens eintreten könne. Die Versammlung ging lange nach 12 Uhr im allgemein erschöpften Zustand auseinander[19].

15 Handschriftliche Einfügung, die sich auf eine Privatangelegenheit bezieht.

16 6. und 7. 8. 1931.

17 5. 8. 1931.

18 Eingeklammerter Satz handschriftlich eingefügt.

19 Niederschrift *Luthers* vom 30. 7. 1931 über eine Besprechung in der Reichsbank über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs, Nachlaß Luther 336.

276.

30. 7. 1931: Führende Industrielle an Reichskanzler Brüning

BA R 43 I/1139.

Hochverehrter Herr Reichskanzler!

Die Vorsehung hat Sie in einer schicksalschwangeren Zeit, in der es sich um Sein und Nichtsein des deutschen Volkes handelt, an die Spitze der Reichsregierung gestellt und Ihnen dadurch eine drückende Bürde von Arbeit und Sorgen auferlegt. Sie haben diese Bürde mit vorbildlichem sittlichen Ernst auf sich genommen, vorbildlich deshalb, weil Sie sich grundsätzlich jeder Rücksichtnahme auf Popularität versagt haben und entschlossen sind, sich auf weite Sicht nur von sachlichen Gründen leiten zu lassen.

Kein Stand in Deutschland kann die Größe Ihrer Aufgabe und die Schwere Ihrer Sorgen besser würdigen als die deutschen Unternehmer. Sind doch ihre eigenen Sorgen ähnlicher Art, da sie, nur auf sich gestellt, seit Jahren in einem aufreibenden Kampf um ihre Existenz stehen. Haben die Reparationsgläubiger bisher keine Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit Deutschlands genommen, so haben die deutschen Unternehmer im eigenen Land keine bessere Behandlung erfahren. Jahrelang ist der ganze Druck der Reparationslast, verstärkt durch die verschwenderische Geschäftsgebarung der öffentlichen Hand, auf die Unternehmer gelegt worden, und erst nach völliger Erschöpfung ihrer Kräfte hat er sich den anderen Volkskreisen bemerkbar gemacht. Alle hat der Versorgungsstaat, wie er sich in der Nachkriegszeit entwickelt hat, mit Errungenschaften und wohlerworbenen Rechten bedacht; den Unternehmern, großen und kleinen, hat er als wohlerworbene Rechte nur das Recht, Steuern und für andere soziale Abgaben zu zahlen, sowie das Recht, sich zu verschulden und die Substanz zu verlieren, zugestanden. Der Satz, daß jede Leistung ihres Lohnes wert ist, scheint für sie nicht gelten zu sollen. Man mutet ihnen zu, ihre Existenz aufs Spiel zu setzen und die Verlustchance zu tragen, mißgönnt und verbaut ihnen aber in jeder Weise die Möglichkeit, Gewinne zu erzielen, die doch den natürlichen Ausgleich der Wagnisse gewährt und von jeher die mächtigste Triebfeder wirtschaftlicher Entwicklung gewesen ist. Gewinn gilt heute schon fast als Makel, und das Wort Verdienen ist nahezu verpönt; umgekehrt aber nimmt man die ungeheuren Verluste, die das deutsche Unternehmertum erlitten hat und täglich erleidet, gleichgültig als eine Selbstverständlichkeit hin und beunruhigt sich erst dann, wenn andere Berufsgruppen darunter leiden. Allen anderen Ständen, die über Massenorganisationen verfügen, bestätigt man bereitwillig die Opfer, die ihnen zugemutet werden; wer aber spricht in Deutschland jemals von den riesigen Opfern, die die gewerblichen Unternehmer bringen müssen, und wer findet bei uns einmal ein ermutigendes Wort der Anerkennung für die gewaltigen Leistungen, die unsere Wirtschaft in der Nachkriegszeit vollbracht hat und die im Ausland Bewunderung – wohlwollende sowohl als mißgünstige – gefunden haben?

Schlimmer noch ist es, daß man sich daran gewöhnt hat, die Wirtschaft zum Sündenbock für die Fehler anderer zu machen. Selbstverständlich unterliegen auch die Unternehmer der menschlichen Schwäche des Irrens, und sicherlich sind

auch in der Wirtschaft Fehler vorgekommen. Aber wenn gelegentlich falsche Bahnen eingeschlagen worden sind, so ist dies überwiegend unter einem unwiderstehlichen Druck geschehen, dessen sich die Wirtschaft ohne Erfolg zu erwehren versucht hat. Man wirft heute der Industrie vor, daß sie durch die Rationalisierung Kapital fehlgeleitet und Hunderttausende von Arbeitswilligen aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet habe. Aber diese Rationalisierung ist nach Tempo und Ausmaß der Industrie von außen vorgeschrieben worden. Mit Recht hat das M.d.R. Thomas *Eßer* am 30. November vorigen Jahres auf der Tagung des Katholisch-Kaufmännischen Vereins in Essen nach dem Bericht der Kölnischen Volkszeitung als den verhängnisvollsten Fehler bezeichnet, daß es dem deutschen Volke verboten sei, länger als acht Stunden zu arbeiten; dadurch sei das Unglück der deutschen Wirtschaft ins Rollen gekommen; durch Rationalisierung und Mechanisierung bis zum äußersten habe sich daraufhin die Wirtschaft wettbewerbsfähig zu erhalten gesucht. –

Hier darf aber auch der lohnpolitische Irrgarten nicht vergessen werden, in dem wir nach einem treffenden Wort des Herrn Reichsarbeitsministers Dr. *Stegerwald* seit Jahren gewandelt sind. Die fortgesetzten Lohnsteigerungen, die unter staatlicher Mitwirkung ohne Rücksicht auf die Wettbewerbslage erfolgten, haben die Produktionskosten dauernd in die Höhe getrieben, den Preis für die menschliche Arbeitskraft überteuert und so immer neue Rationalisierungsmaßnahmen erzwungen. Wir müssen hier daran erinnern, daß seinerzeit die Gewerkschaften es sich gerade als ein Verdienst angerechnet haben, durch Lohnbewegung die Rationalisierung zu beschleunigen. Was damals ein Verdienst der Gewerkschaften sein sollte, ist mittlerweile in ein Verbrechen der Industrie umgemünzt worden. Aber auch seit dem Konjunkturumschwung sind der Anpassung der Löhne an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft alle erdenklichen Hemmnisse in den Weg gelegt worden. Die Folgen liegen klar zu Tage. „Die Starrheit oder geringe Elastizität der Lohnsätze", so heißt es im letzten Vierteljahresheft 1930 des Instituts für Konjunkturforschung, „scheint dazu zu zwingen, die Lohnkosten in erster Linie durch Kurzarbeit und Arbeiterentlassungen zu verringern. Dies dürfte mit ein Grund für die außerordentliche Arbeitslosigkeit der gegenwärtigen Depression sein[1]." Nicht der Industrie, sondern anderen Faktoren liegt es also ob, hier das „mea culpa" zu sprechen.

Sie haben sich, hochverehrter Herr Reichskanzler, wiederholt scharf gegen die Illusion gewandt, die immer im Staat den letzten Retter sieht, und Sie haben sich für die Entwicklung des Selbsthilfegedankens eingesetzt, in der richtigen Erkenntnis, daß ohne diese Selbsthilfe der letzte Rest von Selbstvertrauen im deutschen Volke ausgerottet wird. Und in demselben Sinne haben Sie am 8. Februar auf der Handwerker-Tagung in Münster[2] den Gedanken ausgesprochen, daß wir nach der Zeit der Inflation und der Illusionen mehr als je vieler Menschen bedürfen, die entschlossen sind, überall zu einer selbständigen und freien Verantwortung in Wirtschaft und Politik die Bahn freizumachen. Das ist uns Unternehmern aus der Seele gesprochen; denn die freie

1 Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, hrsg. vom Institut für Konjunkturforschung (Prof. Ernst Wagemann), 5. Jahrgang, Heft 4, Berlin 1931.

2 Schulthess 1931 S. 36 f.

Verantwortung ist das Lebenselement, in dem allein der rechte Unternehmergeist sich entfalten kann, ohne den das Wirtschaftsleben verkümmern muß. Sie haben auf der gleichen Tagung freimütig erklärt: „Der Staat darf keine Planwirtschaft betreiben. Je mehr das geschieht, um so größere Schwierigkeiten werden ein Volk und eine Regierung haben."

Die Wirtschaftspolitik, unter der unsere Wirtschaft jetzt zusammenzubrechen droht, ist aber in gewisser Beziehung noch verderblicher als eine Planwirtschaft. Sie hat unbekümmert die Ausgabenseite der Unternehmungen durch Steuern, soziale Abgaben und Zwangslöhne immer mehr belastet, ohne sich um die Einnahmeseite die geringste Sorge zu machen; diese hat sie großzügig der freien Verantwortung der Unternehmer überlassen. Man kann da wohl von einer planlosen Zwangswirtschaft sprechen. Ihren Höhepunkt findet sie bei der Steinkohle, wo zwei verschiedene Instanzen ohne gegenseitigen Zusammenhang und mit divergierenden Interessen die Einnahmen (Preis) und Ausgaben (Löhne) bestimmen. Die unausbleibliche Folge einer solchen Wirtschaftspolitik sind die Erstarrungserscheinungen, die Sie in Ihrer Rede auf dem Deutschen Industrie- und Handelstag am 25. März mit Recht als unvereinbar mit einer freien Wirtschaft bezeichnet haben. Wir haben eben keine freie Wirtschaft mehr, aber nicht durch die Schuld der Unternehmer. Sobald man ihnen die Fesseln abnimmt, werden auch die Erstarrungserscheinungen wieder zurückgehen, und es werden nicht die Unternehmer allein sein, die daraus Vorteil ziehen.

Die von uns angeführten und manche andere von Ihnen gesprochenen Worte geben uns die Gewähr, daß Sie die Bedeutung eines verantwortungsbewußten Unternehmertums für Volk und Staat zu würdigen wissen und auch für seine Nöte und Sorgen ein offenes Auge haben. Wir glauben deshalb, auch auf Ihr volles Verständnis rechnen zu dürfen, wenn wir versichern, daß wir uns bei unseren Bestrebungen um eine Besserung unserer Existenzbedingungen durch eine Umstellung der Wirtschaftspolitik bewußt sind, dadurch am besten zur Rettung unseres Vaterlandes vor dem Versinken in einen Abgrund beizutragen.

In dem Schritt des Präsidenten *Hoover*[3] sehen wir die verheißungsvolle Einleitung einer gründlichen Revision der Reparationsfrage, die nur mit ihrem vollständigen Verschwinden enden kann. Er hat uns eine einjährige Atempause verschafft; aber seitdem hat sich unsere Lage durch den massenhaften Abzug der kurzfristigen Auslandsgelder noch bedenklich verschärft. In den Ereignissen der letzten Wochen hat sich gezeigt, wie sehr wir durch unsere Verschuldung in die finanzielle Abhängigkeit des Auslandes geraten sind und wie gefährlich diese Abhängigkeit für unsere außenpolitische Bewegungsfreiheit ist. Hier hat sich die kapital- und unternehmerfeindliche Politik bestraft, die in Deutschland jahrelang getrieben worden ist, seine wirtschaftliche Kraft ausgehöhlt und die innere Kapitalbildung gehemmt hat. Was wir jetzt erleben, spricht eine eindringliche und eindeutige Sprache, und wir haben zu Ihnen, Herr Reichskanzler, das Vertrauen, daß Sie sich entgegen den Verschleierungsversuchen von anderer Seite für die Erkenntnis der vollen Wahrheit einsetzen werden. Das deutsche Volk muß es endlich begreifen, daß es die vordringlichste Aufgabe der Innenpolitik ist, die durch die falsche Wirtschaftspolitik zerrüttete Wirtschaft wieder gesund und lebenskräftig zu

3 Moratoriums-Vorschlag *Hoovers* vom 20. 6. 1931.

machen, ihr die Rentabilität, die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und vor allem die Möglichkeit der Kapitalbildung wiederzugeben. Diesem Gesichtspunkt müssen alle anderen Ziele untergeordnet werden, denn mit der Wirtschaft steht und fällt die materielle Existenz, das kulturelle Leben, der politische Organismus und die Unabhängigkeit des deutschen Volkes.

Unbedingt notwendig ist es, daß alsbald eine umfassende Reform der Verwaltung von Reich, Ländern und Gemeinden nach einem organischen Plan in Angriff genommen wird. Mit Befriedigung ersehen wir aus Äußerungen von Mitgliedern der Reichsregierung, daß wir mit dieser Forderung auf volles Verständnis rechnen dürfen. Das verarmte deutsche Volk ist ja einfach nicht mehr imstande, den ungeheuren Verwaltungsapparat zu tragen und den Leerlauf zu bezahlen, der auch nach amtlichen Zeugnissen damit verbunden ist. Höchstmögliche Vereinfachung und eiserne Sparsamkeit müssen die Leitpunkte bei dieser Reform sein. Wirtschaftserfahrene und sachkundige Persönlichkeiten werden systematisch prüfen müssen, welche der heutigen Aufgabengebiete von Reich, Ländern und Gemeinden überhaupt oder doch wenigstens für die Notzeit ausfallen können. Dieser Aufgabenabbau muß rücksichtslos unter Überwindung der Hemmungen des Ressortpartikularismus durchgesetzt werden. Auch müssen Sicherungen gegen die verhängnisvolle Ausgabefreudigkeit der parlamentarischen Körperschaften errichtet werden, wie sie in anderen Ländern längst bestehen. Es muß vor allem wieder allgemein Grundsatz werden, daß diejenigen, die die Lasten beschließen, sie auch mit zu tragen haben. Schließlich wird auch ein unmittelbar wirksamer Einfluß des Reiches auf die Finanzgebarung aller Selbstverwaltungskörper sicherzustellen sein.

In der Verminderung des Besoldungsaufwandes ist das Reich mit gutem Beispiel vorangegangen[4]; aber es sind noch viele Sünden gutzumachen, die die Gemeinden durch Höherstufung und Stellenzulagen begangen haben. Der Hauptteil der Beamten ist beim Reich in die frühere Gehaltsstufe 4–6, dagegen bei den Kommunen in die alten Besoldungsstufen 7–9 eingestuft; in den höchsten Gehaltsstufen ist die Zahl der Gemeindebeamten unverhältnismäßig größer als die der Beamten im Reich und in Preußen. Durch eine der tatsächlichen Leistung entsprechende Rückstufung lassen sich Hunderte von Millionen ersparen. Einer Revision bedarf auch das Urlaubswesen bei allen Behörden. Die Urlaubszeit ist gegenüber der Vorkriegszeit durchweg erheblich verlängert, was einen erhöhten Personalaufwand bedingt; ein bezahlter Urlaub bis zu 42 Tagen ist heute finanziell nicht tragbar. Erhebliche Ersparnismöglichkeiten dürften auch in der Beseitigung und Fernhaltung von politischen Außenseitern aus der Beamtenlaufbahn liegen, die nur in seltenen Ausnahmefällen eine vollwertige Arbeitskraft darstellen und überdies dem fachlich vorgebildeten Beamten die Aufstiegsmöglichkeiten verbauen und die Arbeitsfreude schmälern. Wünschenswert ist endlich noch eine bewußte Pflege des Gedankens der ehrenamtlichen Tätigkeit, der seit dem Umsturz geflissentlich zurückgedrängt worden ist.

Keinen Aufschub duldet die Reform unseres Sozialsystems. Sein Um- und Ausbau nach dem Kriege hat keine Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft genommen. Die Einnahmen der Sozialversicherung betrugen im Jahre

4 Durch die Notverordnungen vom 1. 12. 1930 und 5. 6. 1931 wurden die Beamtengehälter gekürzt.

1930: 6487,8 Millionen RM gegenüber 1533,7 Millionen RM im Jahre 1913, also mehr als das Vierfache! Das ist eine Summe, die das verarmte und kapitalschwache Deutschland unmöglich weiter aufbringen kann. Trotz der für Arbeitgeber und Arbeitnehmer drückenden Höhe der Beiträge ist die Sozialversicherung finanziell unterhöhlt, weil die gesetzlich aus der Versicherung gewährten Leistungen bei weitem nicht durch die Einnahmen getragen werden. Von sachkundiger Seite wird schon jetzt das versicherungstechnische Defizit der gesamten Sozialversicherung auf viele Milliarden berechnet, die im schnellen Tempo wachsen. Wenn die unentbehrlichen Grundlagen der sozialen Versicherung gerettet werden sollen, müssen wir dem Zusammenbruch zuvorkommen und dürfen auch vor tieferen Eingriffen nicht zurückscheuen. Wir machen uns hier das treffliche Wort zu eigen, das Sie, Herr Reichskanzler, am 7. August vorigen Jahres in Köln gesprochen haben: „Antisozial ist eine Politik, die die Augen vor den drohenden Gefahren zumacht."

Vor allem sind wir überzeugt, daß sich der Umbau der Erwerbslosenversicherung mit ihrem chronischen Defizit in eine auf den Bedürftigkeitsfall beschränkte Fürsorge nicht vermeiden läßt. Dabei müßten Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege zusammengelegt und eine bessere Ausnutzung des kommunalen Verwaltungsapparates und der kommunalen Prüfungsmöglichkeiten erzielt werden. Es würde damit annähernd der Zustand wiederhergestellt, der bis 1927 bestanden hat. Eine ähnliche Rückbildung ist für die Ruhrknappschaft erforderlich. Das Reichsknappschaftsgesetz von 1926 hat die Leistungen der Knappschaft weit überspannt, ohne sich um die finanziellen Wirkungen zu kümmern. Dazu kommt die dauernde Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Kohlenbergbaues, der zu einer bedeutenden Verringerung der Belegschaft und damit der Einnahmen der Knappschaft geführt hat. Wie unhaltbar ihre Lage ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß heute bei ihr auf einen Pensionsempfänger nur noch 1,9 zahlende Mitglieder entfallen! Dabei machen im Ruhrbergbau die sozialen Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bereits 30% der Lohnsumme aus! Aus diesen Tatsachen müssen endlich die Konsequenzen gezogen werden, um zu retten, was zu retten ist. Nur mit dem früheren Charakter als zusätzliche Versicherung für die Bergleute läßt sich die Knappschaft aufrechterhalten. Hier wie überall in der Sozialversicherung müssen wieder nüchternes, ökonomisches Denken und eiserne Sparsamkeit zu ihrem Recht kommen. Unter anderem werden auch die Besoldungsverhältnisse der Sozialbeamten einer Überprüfung zu unterziehen sein.

Alle Reformen und Rettungsversuche werden aber zur Erfolglosigkeit verurteilt bleiben, wenn nicht endlich die überwuchernde kollektivistische Zwangswirtschaft zielbewußt aufgelockert und abgebaut wird. Man kann die zerstörende Wirkung der bisherigen Wirtschaftspolitik und die drohende Gefahr nicht besser kennzeichnen, als wie Sie, Herr Reichskanzler, es in der Kölner Rede vom 7. August vorigen Jahres mit den Worten taten:

„Wir sehen es am Mittelstande, bei der Industrie und bei der Landwirtschaft, was es bedeutet, wenn man zwar eine absolut sichere und stabilisierte Währung hat, aber eine nicht richtige Finanz- und Wirtschaftspolitik gemacht wird. Es ist ein langsames Abdrosseln, ein langsames Absterben von immer neuen

selbständigen Existenzen, es ist ein Zustand, der dem Sozialismus ähnelt, der aber weder Sozialismus noch Kapitalismus ist und der zum Ruin der ganzen Wirtschaft führen muß."

Wohnungszwangswirtschaft und Baupolitik haben völlig bankrott gemacht. Es handelt sich da, wie der frühere Stadtkämmerer von Berlin Dr. *Karding* kürzlich mit Recht auf der Bankiertagung ausführte, nicht um eine bloße Fehlleitung von Kapital, sondern ganz einfach um eine Kapitalzerstörung größten Ausmaßes. Der städtische Hausbesitz, dessen Wert vor dem Kriege rund 100 Milliarden betrug, hat nur noch einen Verkehrs- und Ertragswert von weniger als 40 Milliarden.

Nicht minder verhängnisvoll hat sich die Zwangsbewirtschaftung der Arbeitszeit und der Löhne, auf die wir bereits hingewiesen haben, durch Lahmlegung der Wirtschaft, Vermehrung der Arbeitslosigkeit und eine gewaltige Zerstörung von Werten ausgewirkt. Das staatliche Schlichtungssystem und die Unabdingbarkeit der Tarifverträge haben den Lohn, der nun einmal der bedeutendste Unkostenfaktor der Produktion ist, starr und unelastisch gemacht. Andererseits ist der Unternehmer, der schon über und über mit Steuern, sozialen Abgaben und Zinsen belastet ist, mit seinen Einnahmen ganz und gar von der schwankenden Preisbildung auf dem freien Markt abhängig.

Der Erkenntnis, daß sich starre Ausgaben nicht mit schwankenden Einnahmen vereinbaren lassen, daß sich vielmehr die Ausgaben den Einnahmen unter allen Umständen zwangsläufig anpassen müssen, dürften die fortgesetzten Finanznöte der öffentlichen Hand nunmehr die Wege gebahnt haben; wir möchten deshalb hoffen, daß man jetzt diese Wahrheit auch den Unternehmern gegenüber gelten lassen und ihnen nicht weiter Unmögliches zumuten wird. Dankbar erkennen wir die Schritte an, die Sie, Herr Reichskanzler, mit der Reichsregierung zu einer Umleitung der Wirtschaftspolitik in gesündere Bahnen getan haben. Wir wissen auch die Stärke der Hindernisse zu werten, die Ihnen dabei Mangel an Einsicht, Vorurteil und gelegentlich auch böser Wille in den Weg gelegt haben. Es bedeutet deshalb keine Verkleinerung Ihrer Verdienste, sondern soll nur ein Appell an die Einsicht der breiten Öffentlichkeit sein, wenn wir feststellen, daß sich die Umstellung bisher nur unter dem Zwange der Not und in dem Maße der fortschreitenden Entkräftung der Wirtschaft hat durchsetzen lassen. Es muß aber gelingen, das Tempo der Umstellung so zu beschleunigen, daß sie der weiteren Entkräftung der Wirtschaft zuvorkommt und ihr so die Möglichkeit zur Gesundung und zum Aufstieg gewährt. Das ist auch der allein wirksame Weg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Man muß der Wirtschaft die Fesseln abnehmen und ihr das Wirtschaften nach den ewig gültigen ökonomischen Gesetzen wieder freigeben, damit sie ihre Kräfte entfalten kann. Damit wird sie ganz von selbst immer größere Massen von brachliegenden Arbeitskräften aufsaugen.

Die schweren Fehler unserer Wirtschaftspolitik und die starken Hemmungen, auf die die Sanierung stößt, haben zum guten Teil ihre Ursache in dem erschreckenden Mangel an elementarem wirtschaftlichem Verständnis, der in weitesten Kreisen, auch gebildeten, verbreitet ist. Hier hat unser Bildungswesen völlig versagt. Uns scheinen geeignete Maßnahmen, die diesem Mangel abhelfen, dringend erforderlich. Hand in Hand damit muß eine planmäßige Erziehung

unseres Volkes, und zwar aller Stände, zur Selbstbescheidung und sparsamen Lebensführung gehen. Die Erkenntnis, daß wir ein verarmtes Volk sind und nur durch Arbeit und Entsagung wieder hochkommen können, muß praktische Früchte tragen.

Die Londoner Konferenz[5] hat uns deutlich genug auf den Weg der Selbsthilfe verwiesen. Im übrigen ist ihr Ergebnis für die Gegenwart ja nur sehr mager, und wir glauben, Ihr optimistisches Urteil richtig zu deuten, wenn wir es auf die Möglichkeiten zukünftiger Entwicklung beziehen. Es ist ein harter Weg, den wir gehen müssen; es ist der einzige, der wieder nach oben und ins Freie führt. Aber wenn wir alle – jeder an seiner Stelle und in seiner Weise – in dem Geiste der Schlichtheit und treuen Pflichterfüllung, den das deutsche Volk an Ihnen, hochverehrter Herr Reichskanzler, schätzen gelernt hat, uns an die Arbeit machen, dann brauchen wir um den Erfolg nicht bange zu sein. Die Geschichte des deutschen Volkes gibt uns die Kraft des Glaubens an die Zukunft. Und auch ein beschwerlicher Weg wird leichter, wenn ihn die Sonne der Hoffnung bestrahlt[6].

Mit vorzüglicher Hochachtung
Krupp von Bohlen
und Halbach,
Peter *Klöckner, Silverberg,*
Vögler, Springorum, C. F. *v.*
Siemens,
Bücher, E. *v. Borsig, Reusch*

5 Vom 20. bis 23. 7. 1931. Vgl. Nr. 268, Anm. 2.

6 Dieses Schreiben folgt gedanklich der Diskussion in der Vorstandssitzung des RDI am 29. 7. 1931, in der – u. a. von *Silverberg* – scharfe Kritik an der Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten Jahre geübt wurde. Am 30. 7. 1931 veröffentlichte der RDI eine Mitteilung, die frühere Vorwürfe gegen die Reichsbank erneuerte, aber dementierte, daß der RDI den Rücktritt *Luthers* gefordert habe. Schulthess 1931 S. 166f.

277.

31. 7. 1931: Tagesbericht des Reichsbankpräsidenten Luther

Nachlaß Luther 365. Handschriftliche Korrekturen und Ergänzungen.

Ich wachte auf mit dem Plan, zunächst die an den Stillhaltungsfragen hauptbeteiligten Herren *Jeidels,* Hans *Fürstenberg, Löb* und *Spiegelberg* (*Schlieper* war nach Paris abgereist) einzuladen, um die gestern abend noch aufgetauchten Schwierigkeiten zu überwinden und ferner auf eine gemeinsame Sitzung vom Generalrat und Reichsbankdirektorium loszusteuern.

Ich rief *Pünder* an, weil ich keine Notiz über die Dresdner Bank in der Presse fand, und teilte ihm das gestrige Ergebnis mit[1]. Er setzte *Dietrich* in Kenntnis, der sofort ankam[2], mich auf dem Weg zur Stillhaltesitzung traf und auf dem Korridor des

1 Nr. 275, Anm. 9.

2 Zum folgenden Nr. 278, 279c.

Reichsbankgebäudes mir gegenüber sofort wieder seine Demission ankündigte, wenn Montag[3] nicht die Banken geöffnet würden[4]. Ich wies ihn lebhaft wieder auf die Verzögerung mit der Dresdner Bank hin und fügte hinzu, wenn er unsachliche Gründe vorbringe, dann müsse ich mich auch an die Feststellung derartiger Schuldfragen halten.

In der Sitzung, die sich allmählich durch hinzukommende Persönlichkeiten immer mehr erweiterte – bald nach 11 Uhr zog ich sämtliche Generalratsmitglieder zu –, wurde schließlich wieder nur über das allgemeine Problem gesprochen. Niemand der Anwesenden nahm *Dietrichs* Partei[5]. Sehr eindrucksvoll setzte z. B. *Warburg* die Lage bei den Provinzbanken auseinander. Auch *Dernburg* unterstrich das. *Warburg* und andere, natürlich auch ich, betonten, daß die Reichsbank doch nur aufgrund von ernsthaften Prüfungen des Materials Wechsel diskontieren könne. Schließlich endete die Sitzung damit, daß ich sagte, nun müßten wohl die verantwortlichen Organe der Reichsbank, besonders der Generalrat, sich mit der Frage befassen, worauf *Dietrich* dem zustimmte und erklärte, er werde nun zum Kanzler gehen. Tatsächlich hat er sich dann beim Kanzler mit einer Hinausschiebung bis Dienstag[6] einverstanden erklärt.

In der Generalratssitzung, in der außer *Mendelssohn* alle Mitglieder waren, stellte ich zunächst, da ich inzwischen eine negative Antwort von *Ernst* erhalten hatte[7], keinerlei Zuwahlanträge. Nun will ich wieder Freiheit haben[8]! Dann begann die Erörterung sofort über die Eröffnung der Banken. Nach einiger Zeit fügte ich dann die Sitzung mit den zahlreichen, nach Berlin gekommenen Privatbankiers ein unter Beteiligung auch des ganzen Direktoriums. Die Sitzung erbrachte eigentlich nichts außer der Feststellung, daß an vielen Stellen offenbar wenig vorgesorgt war, und einen Unterton großer Sorge und selbst Angst. Alle plädierten für möglichst weite Hinausschiebung und auch, wie einmal das Wort fiel, „uferloses" Diskontieren der Reichsbank. Ich mußte dem ersten Redner, *v. Eichborn*, gleich sagen, daß die Dinge schließlich doch nicht in eine Aushändigung von Banknoten gegen Quittung ausarten könnten.

Nach Beendigung dieser durchaus unbefriedigenden Besprechung folgte [eine] gemeinsame Sitzung von Generalrat und Direktorium. Da im Generalrat [die] allgemeine Meinung für Öffnung der Schalter, wenn auch natürlich nicht am Montag oder Dienstag, war – *Hagen* schwankte anscheinend vorübergehend –, so

3 3. 8. 1931.

4 Vgl. Nr. 275; Kabinettssitzung am 31. 7. 1931, BA R 43 I/1450.

5 Nach der Tagebuchaufzeichnung des Staatssekretärs *Schäffer* vom 31. 7. 1931 sprachen sich *Trendelenburg, Dernburg* und *Melchior* für die volle Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs am Dienstag oder Mittwoch (4. bzw. 5. 8. 1931) aus. Nachlaß Schäffer ED 93. In einer Niederschrift über diese Sitzung, die von einem Mitglied der Reichsbank angefertigt wurde, heißt es: „Von seiten des Herrn Vertreters der Reichsregierung (Reichsfinanzminister *Dietrich*) wird [. . .] mit aller Entschiedenheit die Eröffnung des unbeschränkten Zahlungs- und Überweisungsverkehrs für Montag, den 3. August 1931, gefordert, ungeachtet aller Vorstellungen der anwesenden Bankenvertreter, welche die technische Unmöglichkeit klarlegen, bereits am Montag den vollen Zahlungs- und Überweisungsverkehr aufnehmen zu können." Nachlaß Luther 336.

6 4. 8. 1931.

7 *Ernst* hatte abgelehnt, in das Reichsbankdirektorium einzutreten. Vgl. Nr. 275.

8 Satz handschriftlich eingefügt.

wurde der Gegenstandpunkt zunächst von *Vocke* mit aller Schärfe vertreten, dem sich zurückhaltender unter dem deprimierenden Eindruck der Besprechung mit den Bankiers *Dreyse* anschloß. *Fuchs* wie *Vocke.* In der Hauptsache sprachen weiter die Mitglieder des Generalrats. Die Diskussion wurde ohne Mittagspause fortgeführt mit etwas beschafften Butterbroten. Ich faßte mich schließlich dahin zusammen, daß ich gar keinen anderen Weg als die demnächstige Öffnung der Schalter sähe. Als ich [im] Herbst 1923 als Finanzminister das Rentenmarkprojekt [in] dem Kabinett eingebracht hätte, da hätte ich auch keinen anderen Weg gesehen, aber hinzugefügt, ob der Weg gelinge, könne ich im voraus nicht sagen. Genauso verhielt ich mich jetzt hinsichtlich der Öffnung der Schalter.

Danach Direktoriums-Sitzung allein, in der die Öffnung der Schalter beschlossen wurde gegen Stimmen [von] *Vocke* und *Fuchs,* die aber kein Gewicht darauf legten, daß das nach außen bekannt würde. Als Zeitpunkt wurde von den übrigen Mitgliedern durchweg mit Lebhaftigkeit Donnerstag[9] gefordert; *Fuchs* empfahl dringendst: erst Sonnabend[10].

Hinsichtlich der Diskontfrage hatte *Dreyse* mir schon am Morgen mitgeteilt, daß eine Reihe der Herren anderen Sinnes gegenüber dem Abend vorher geworden sei. So wurde 15% beschlossen[11] und auf meinen Wunsch die Einberufung der in Berlin anwesenden oder erreichbaren Mitglieder des Zentralausschusses, zu denen auch Kurt *Hirschland* gehörte, auf Abend 8 Uhr. Ich schnitt die Frage an, ob man landwirtschaftliche Prolongationswechsel nicht andersartig behandeln könne, weil gerade jetzt die Erhöhung auf 15% für die Landwirtschaft doch zu drückend sei; es kam aber keine Beschlußfassung zustande.

Der zurückkehrende Generalrat legte dann gemäß einem Vorschlag, den *Hagen* schon vorher gemacht hatte, den Entwurf einer Pressenotiz vor, in der ein Vertrauensvotum seitens des Generalrats für die Reichsbankleitung vorgesehen war. In dem *Hagen*schen Entwurf war zuerst die Rede von dem Reichsbankdirektorium, während schließlich der in der Presse veröffentlichte Text zustandekam[12]. Ich hatte gesagt, daß ich im ersten – *Hagen*schen – Entwurf eine Distanzierung von meiner Person sähe[13].

In der Reichskanzlei wartete der Ministerrat schon lange auf mein Kommen[14]. Ich unterrichtete zunächst *Brüning,* dem ich sagte, wie große Schwierigkeiten es gemacht habe, überhaupt einen Beschluß auf Öffnung der Banken zustandezubringen. *Brüning* war im Hinblick auf *Dietrich* wegen des Donnerstags entsetzt. Die Verhandlungen liefen dann wieder in der üblichen Form. *Brüning* unterbrach schließlich, um mit dem ganzen Kabinett in eine allgemeine Wirtschaftsbespre-

9 6. 8. 1931.

10 8. 8. 1931.

11 Der Diskontsatz wurde von 10 auf 15%, der Lombardsatz von 15 auf 20% erhöht. Schulthess 1931 S. 168; Luther S. 220 nennt den Satz „gewaltig überhöht". In den Memoiren Brünings S. 349 heißt es, die Reichsregierung habe der Reichsbank diese Erhöhung „konzediert" und dafür die Verpflichtung der Bank erhalten, daß der volle Zahlungsverkehr bis zum 5. 8. 1931 wieder aufgenommen würde. Kritik der Diskonterhöhung bei Lüke S. 327 f.

12 Schulthess 1931 S. 168.

13 Satz handschriftlich eingefügt.

14 Ministerbesprechung am 31. 7. 1931, 17 Uhr, BA R 43 I/1450.

chung[15] hinunterzugehen, wo er wieder vom Gedanken der Hauszinssteuer ausging. In den Darlegungen von *Vögler, Bücher* und *Schmitz* war viel Planwirtschaft, wesentlich auf Zeit. Einen klaren privatwirtschaftlichen Standpunkt nahm eigentlich nur *Dernburg* ein[16]. Ich sprach nicht.

Ich fuhr zur Reichsbank, um die Zentralausschußsitzung wenigstens zu eröffnen. *Löb* ergriff das Wort, um ebenfalls eine Vertrauenskundgebung des Zentralausschusses auszusprechen, wobei die Anregung von K. *Hirschland* ausgegangen war. Diese Vertrauenskundgebung ist nicht allgemein veröffentlicht, stand aber z. B. in der Börsenzeitung. Ich mußte danach zurück zur Reichskanzlei wegen des Kabinettsbeschlusses. Ich betonte nochmals, daß der sachverständige und daher einzig verantwortliche Rat der Reichsbank auf Eröffnung am Donnerstag gehe, und zwar mit Rücksicht auf die vielen kleinen Banken und Bankiers in der Provinz. Hier liege ein Gefahrenpunkt, den die Reichsregierung auf sich nehmen würde, wenn sie ihn nicht berücksichtige. *Dietrich* machte in seiner Erregung Bemerkungen, das seien ja alles nur Einwendungen, worauf ich deutlich erklärte, daß ich nicht gesonnen sei, derartige Bemerkungen zu ertragen. Der Kanzler beschwichtigte, indem er auf die politischen Gesichtspunkte hinwies, die für schnellere Öffnung sprachen, und erklärte, das ganze Kabinett wisse ja, wie sehr ich persönlich alles für die alsbaldige und möglichst schnelle Öffnung der Banken einsetze, aber wisse auch, welche Schwierigkeiten ich bei mir im Hause hätte. Ich erwiderte, daß die Herren doch alle schwere Verantwortung gegenüber der Währung zu tragen hätten[17].

Groener erklärte, wie schon früher bei anderer Gelegenheit, das Kabinett müsse stark regieren, und deshalb sei er, ohne von der Sache etwas zu verstehen, für den inzwischen vom Kanzler gemachten Vorschlag, [am] Mittwoch[18] zu eröffnen. *Dietrich* sagte dann, er wolle dem Vorschlag des Kanzlers folgen, und darauf beschloß das Kabinett so, ich glaube, einstimmig. Ich habe dann noch beim Herausgehen zu *Reichardt* und *Ernst* gesagt, alles Blut der kleinen Banken und Bankiers in der Provinz, das aus dieser Sache entstehe, komme über *Dietrich.* Ich glaube nicht, daß irgendjemand begriffen hat, was die Verlängerung um 24 Stunden politisch oder sonstwie hätte schaden sollen. Es war lediglich der Schein

15 Besprechung der Reichsminister mit Vertretern Preußens und der Wirtschaft am 31. 7. 1931, 17 Uhr, BA R 43 I/2372.

16 Diese Beobachtung wird durch die Niederschrift der Besprechung vom 31. 7. 1931 (vgl. Anm. 15) bestätigt. Geheimrat *Bücher* forderte, die Löhne und Gehälter den wirtschaftlichen Möglichkeiten anzupassen. 70% der Wirtschaft seien unrentabel. „Jeder Deutsche müsse weniger verbrauchen als bisher. Dadurch würde die Aufblähung der Wirtschaft verschwinden. Die Folge dieser Bereinigung wäre kein Konsumschwund. Dasselbe Volumen würde weiter zirkulieren." Geheimrat *Schmitz* hielt eine gewisse Planwirtschaft für unvermeidlich. Er meinte damit eine Wirtschaftszentrale, deren Kommissare weitgehende Vollmachten erhalten sollten. Die Reichsregierung müsse einen Wirtschaftsplan mit binnenwirtschaftlichen Tendenzen vorlegen. Im Gegensatz zum Reichskanzler sah *Vögler* die Wirtschaftskrise weniger im weltweiten Zusammenhang. „Der Zusammenbruch des Binnenmarktes sei der Grund der Arbeitslosigkeit." Anders als die Vertreter der Industrie wandten sich *Melchior* und *Dernburg* gegen die Überbetonung der binnenwirtschaftlichen Pläne.

17 Ab „aber wisse auch" handschriftliche Einfügung.

18 5. 8. 1931.

einer starken Energie, der sachlich vorgetragenen Gründen entgegengesetzt wurde.

Ich hielt es nach diesem Abgang für richtiger, an den weiteren Verhandlungen in der großen Wirtschaftsfrage nicht teilzunehmen, sondern ging zur Reichsbank zurück. Dort war es inzwischen im Zentralausschuß erregt zugegangen, weil große Teile des Zentralausschusses nur 12½%[19] hatten haben wollen. Das Direktorium hatte sich zurückgezogen und war bei 15[%] geblieben. Die Mitglieder des Zentralausschusses fühlten sich anscheinend zum Teil persönlich verletzt, so Kurt *Hirschland.*

Ich bat dann *Dreyse,* dem nur ein umständlicher schriftlicher Entwurf für die Instruktion der Bankanstalten vorlag, alles für die Bankanstalten Wesentliche noch in der Nacht zu telegrafieren und ebenso überall Sonntagsdienst anzuordnen, damit jedenfalls von Reichsbankseite aus alles nur Mögliche zur Vermeidung von Unheil am nächsten Mittwoch geschehen sei. Eine solche, schließlich von *Dreyse* selbst diktierte Depesche ist in der Nacht herausgegangen. *Dreyse* widerstrebte zunächst und wollte alles bürokratisch machen[20].

19 Diskontsatz.

20 Letzter Satz handschriftlich angefügt.

278.

31. 7. 1931: Aktenvermerk des Reichsministers Dietrich über die Vorgänge bei der Reichsbank

Nachlaß Dietrich 307. Handschriftliche Korrekturen. Überschrift: „Notiz über die Vorgänge bei der Reichsbank am Freitag, den 31. Juli 1931." Datiert 4. 8. 1931.

Herr Staatssekretär teilte mit, daß die Reichsbank entgegen der Zusage, wie sie Herr Reichsbankpräsident *Luther* am Mittwoch, den 29. Juli, gemacht hatte, am Montag, den 3. August, die Banken nicht aufmachen wollte. Der Unterzeichnete begab sich sofort in die Reichsbank und protestierte beim Herrn Reichsbankpräsidenten Dr. *Luther* dagegen, hielt auch seinen Standpunkt fest gegenüber dem Direktorium der Reichsbank und gegenüber dem Generalrat. Dort wurde die Meinung vertreten, den Zeitpunkt müsse man sich vorbehalten; man könne zunächst nur einmal den Überweisungsverkehr innerhalb des Überweisungsverbandes unbeschränkt vornehmen. Alsdann müsse man sehen, wann die Überweisungen ganz freigegeben werden könnten. Die Frage der Freigabe des Zahlungsverkehrs sei überhaupt noch nicht diskutabel. – Schließlich entfernte sich der Unterzeichnete mit der Erklärung, daß er dabei bleiben müsse, daß am Montag, den 3. August, die Banken aufgemacht werden müßten. In der Kabinettssitzung, die dann abends stattfand, erklärte der Herr Reichsbankpräsident, daß die Banken am Donnerstag, den 6. August, die Zahlungen wiederaufnehmen wollten. Das lehnte der Unterzeichnete ab, ging aber schließlich auf einen Vermittlungsvorschlag des Herrn Reichskanzlers ein, wonach am Montag, den 3. August, der

Verkehr innerhalb des Überweisungsverbandes unbeschränkt sein solle, am Dienstag, den 4. August, der Überweisungsverkehr im alten Umfange, wie vor den Bankfeiertagen, aufgenommen werden sollte, und am Mittwoch, den 5. August, Barauszahlungen mit Überweisungen auf Postscheck und Reichsbankgiro erfolgen sollten. Demgemäß wurde dann beschlossen.

Die Sparkassenfrage wurde mit Zustimmung des Unterzeichneten zurückgestellt.

[. . .][1] *Dietrich*

1 Aktenverfügung: „Zu den Privatakten des Herrn Ministers."

279a.

31. 7. 1931: Sozialdemokratische Denkschrift über die Entstehung und Bedeutung der gegenwärtigen Kreditkrise

Nachlaß Otto Braun 575. Vervielfältigtes Exemplar[1].

Die Entstehung und die Bedeutung der gegenwärtigen Kreditkrise. Inmitten einer außerordentlich schweren und langdauernden Krise der Weltwirtschaft, von der im besonderen die deutsche Wirtschaft in steigendem Maße seit mehr als zwei Jahren bedrückt wird und die selbst in den günstigsten Sommermonaten die Zahl der Arbeitslosen nicht unter 4 Millionen hat sinken lassen, ist im Juni/Juli in Deutschland eine neue und besondere Krisenerschütterung eingetreten durch eine völlige Verwirrung des Kreditwesens und des Zahlungsmittelumlaufes, die von einer Vertrauenserschütterung zunächst in die deutschen Großbanken, darüber hinaus in alle Banken und Sparkassen ausgegangen ist. Es soll hier weder eine theoretische Analyse der Ursachen dieser neuen Krisenphase vorgenommen werden noch eine geschichtliche Darstellung ihres Ablaufs. Als Leitfaden für den bisherigen Ablauf der Krisenereignisse fügen wir die von dem Volkswirtschaftlichen Büro des Afa-Bundes angefertigte Chronik diesem Rundschreiben bei[2]. Für die Beurteilung der besonderen Probleme der Zahlungsstockung und der Mittel, die zweckmäßig für ihre Überwindung hätten angewendet werden müssen oder noch anzuwenden sind, verweisen wir im besonderen auf den Aufsatz von *Hilferding* „Unheimliche Tage" im Augustheft der „Gesellschaft"[3]. Wir wollen hier nur in aller Kürze eine Zusammenstellung der politisch wichtigsten Gesichtspunkte für das Verständnis der augenblicklichen Krisenlage und ihren Verlauf geben.

Durch die Kapitalverluste im Kriege, durch die Kapitalfehlleitungen und Umschichtungen in der Inflationszeit und durch die Kapitalflucht aus Deutschland

1 Verfasser und absendende Parteiinstanz nicht ermittelt.

2 Nicht bei den Akten.

3 Die Gesellschaft 1931 II S. 101–107.

in jenen Jahren war die deutsche Wirtschaft bei ihrer gleichzeitigen Belastung mit Reparationszahlungen in den Jahren der Wiederherstellung nach den Inflationszerrüttungen und der notwendigen Ausweitung der Produktion auf den Zustrom ausländischen Kapitals angewiesen. Dieser Zustrom vollzog sich in drei Formen: 1. Unternehmungsbeteiligungen, direkt oder durch Aktienkäufe. 2. langfristige Anleihen an Unternehmungen und öffentliche Körperschaften. 3. kurzfristige Darlehen an Banken, Industrie und Handel und öffentliche Körperschaften.

Von diesen drei Formen waren die ersten beiden die für die deutsche Wirtschaft günstigen, die dritte hat natürlich auch die Ausweitung der Produktion erleichtert, war aber immer belastet mit der Gefahr plötzlicher Zurückziehungen aufgrund politischer Vertrauenserschütterungen. Wir haben deshalb stets dafür gekämpft, daß man in Zeiten, in denen es möglich war, die Aufnahme langfristiger Anleihen und die Hereinnahme von Unternehmungsbeteiligungen begünstigte gegenüber der kurzfristigen Verschuldung. Unbegründete Überfremdungsängste und vor allen Dingen der durch den damaligen Reichsbankpräsidenten Dr. *Schacht* geführte Absperrungsfeldzug gegen öffentliche Auslandsanleihen[4], der den Nebenzweck der Begünstigung der privaten Kreditnehmer gegenüber den öffentlich-rechtlichen hatte, haben dazu geführt, daß sich zwar die Gesamtsumme der Auslandsverschuldung nicht wesentlich verringert hat, daß aber die kurzfristigen Schulden einen wachsenden Anteil an der Gesamtsumme gewonnen haben. Mit diesen kurzfristigen Schulden an das Ausland ist ohne Zweifel von den deutschen Kreditnehmern, insbesondere von den deutschen Banken, insofern leichtfertig gearbeitet worden, als sie in vielen Fällen ausgeliehen worden sind für langfristige und deshalb im Falle der Rückziehung schwer liquidierbare Investitionen[5].

Während der Young-Plan-Verhandlungen in Paris im Frühjahr 1929 haben wir, als Herr Dr. *Schacht* politische Fragen wie die der Kolonien und der Ostgrenzen in die Debatte warf[6], ein Vorspiel der internationalen Beunruhigung und ihrer Auswirkung in Kreditabzügen in Deutschland erlebt[7]. Damals konnte diese Vertrauenskrise des Auslandes schnell wieder zum Stillstand gebracht werden, weil die Regierung Hermann *Müller* die Rückkehr zur Verständigungspolitik nach den Seitensprüngen von Herrn Dr. *Schacht* schnell durchsetzte.

Nach den Septemberwahlen von 1930, als der große Erfolg der Nationalsozialisten in der Welt sichtbar wurde und niemand wußte, ob nicht nach den Wahlen in irgendeiner Form diese nationalistischen Schreier, die nicht müde geworden sind, öffentlich gegen die Einhaltung der internationalen Verträge aufzutreten, ans Ruder kommen würden, setzte eine neue Welle der Beunruhigung ein. Es wurden erhebliche ausländische Kredite aus Deutschland abgezogen, und dieser Abzug war wiederum begleitet von einer deutschen Kapitalflucht, die, mit

---

4 Vgl. Schacht S. 286 ff., 292 ff.; Gerd Hardach, Reichsbankpolitik und wirtschaftliche Entwicklung 1924–1931, in Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 90 (1970) S. 579 ff.

5 Vgl. Born S. 19 ff.

6 Memorandum *Schachts* vom 17. 4. 1929, als Antwort auf die Vorschläge der Reparationsgläubiger vom 13. 4. 1929. Survey of International Affairs 1929 S. 146 f.; Reichskanzlei, Müller II, 1 S. 552 ff.; Vogt S. 222 ff.

7 Vgl. Maurer S. 72 ff.

der Angst vor den nationalsozialistischen Experimenten, vor allen Dingen auch auf ihrem Spiel mit Inflationsplänen beruhte. In den Monaten von September bis November 1930 verlor die Reichsbank durch diese Abzüge rund 1 Milliarde Mark an Gold und Devisen[8]. Der Prozeß kam einigermaßen zum Stillstand, als, entscheidend beeinflußt durch die Politik der Sozialdemokratie, sichtbar wurde, daß die Rechtsradikalen in Deutschland nicht ans Ruder kommen würden, sondern daß eine parlamentarische Grundlage für die Regierung *Brüning* gefunden war.

Es herrschte dann einige Monate Ruhe, bis Ende Mai 1931 eine Kündigungsbewegung für Auslandskredite sichtbar wurde. Ihre Ursachen lagen in dem Zusammenwirken verschiedener Momente. Zunächst hatte die deutsche Außenpolitik durch das Aufwerfen des Zollunionsplanes und die Art seiner Verkündung eine Welle von Beunruhigung in der internationalen Diskussion geschaffen. Man spürte die Abwendung von der früheren Linie der deutsch-französischen Annäherung. Bald darauf kam der Krach der Österreichischen Kreditanstalt, an dem vor allem auch englische und holländische Bankkreise beteiligt waren und der das Vertrauen auch in deutsche Banken um so mehr berührte, als die Österreichische Kreditanstalt wegen ihrer Verbindung mit dem Hause Rothschild und mit englischen Banken einen besonders guten Kredit in der internationalen Finanzwelt genossen hat. Bald darauf brach in Hamburg eine große Importfirma zusammen, an der auch englische Kreditgeber stark beteiligt waren. Mißtrauen wirtschaftlicher und politischer Art im Verein mit einem wachsenden Liquiditätsbedürfnis englischer und amerikanischer Bankkreise (bei den letzteren spielt auch die Verschärfung der Wirtschaftskrise in Südamerika eine Rolle) führte zu Zurückziehungen von Auslandskrediten, zuerst in mäßigem Umfange, später schnell wachsend. Die Bewegung wurde vor allen Dingen gefördert, als in Deutschland die Diskussion über eine notwendige Revision des Young-Planes und die Möglichkeit der Erklärung eines Moratoriums von deutscher Seite immer lebhafter, ohne entsprechende außenpolitische Vorbereitung in der Öffentlichkeit, geführt wurde. Dazu kam weiter, daß schon in der zweiten Maihälfte im Ausland die kritische Lage der mit großen Auslandsverpflichtungen belasteten Norddeutschen Wollkämmerei bekannt wurde und daß im Zusammenhang damit bereits eine ungünstige Beurteilung der mit der Norddeutschen Wollkämmerei in enger Geschäftsbeziehung stehenden Danatbank eintrat. So nahm die Welle der Kreditkündigungen ständig zu; der Stahlhelmtag in Breslau am 31. Mai mit seinen alarmierenden Reden[9] trug zu weiterer Mißtrauensverschärfung bei, die kritische Lage der ebenfalls mit Auslandsschulden stark belasteten Karstadt AG desgleichen; schließlich setzte in der ersten Junihälfte der scharfe Kampf um die sozialreaktionäre Notverordnung[10] ein, und von Tag zu Tag stiegen die Goldverluste bis zum 16. Juni, als durch den Verzicht auf die Einberufung des Reichstags die

8 Verwaltungsbericht der Reichsbank für das Jahr 1930.

9 Der Stahlhelm-Bundesführer *Seldte* hatte in seiner Begrüßungsansprache das „Lebensrecht Deutschlands im Osten und auf den Osten" betont. Schulthess 1931 S. 117.

10 Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. 6. 1931, RGBl. 1931 I S. 279.

Regierungskrise vermieden war. Aber auch die folgenden Tage brachten nur geringe Erleichterungen, zumal gerade aufgrund vorangegangener Abziehungen die Erwägungen über die Erklärung eines Reparationsmoratoriums immer stärker in den Vordergrund traten. Es kam dann der *Hoover*-Vorschlag, von dem man eine Beruhigung erwartete. Die psychologische Wirkung wurde aber, abgesehen von dem wachsenden privatwirtschaftlichen Mißtrauen gegen große Gruppen deutscher Schuldner, durch die Länge der französisch-amerikanischen Verhandlungen beeinträchtigt; die Kapitalabziehungen gingen weiter, sie waren wiederum begleitet von Kapitalflucht aus Deutschland, und es gelang nicht, den Run der Auslandsgläubiger auf die deutschen Schuldner zum Stillstand zu bringen, wobei im Auslande veröffentlichte Mitteilungen über die Schwierigkeiten der Danatbank und die ungeschickten Formen der Kreditwerbung des Reichsbankpräsidenten durch Flugzeugreisen[11] noch verschärfend wirkten.

Am 13. Juli war die Danatbank gezwungen zu schließen; alle Verhandlungen über kollektive Bankenhaftung oder andere Stützungen waren gescheitert; das Reich erklärte zwar die Übernahme der Haftung für die Einlagen der Danatbank, aber das hinderte nicht, daß es zu einem Run auf sämtliche Banken und Sparkassen kam, der, abgesehen von der durch die Schalterschließung der Danatbank hervorgerufenen Unruhe, auch durch die Inflationspsychologie in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung gefördert wurde. Die Banken mußten schließen. Es gab Bankfeiertage[12], später kleine Auflockerungen, aber es gelang nicht, den Zahlungsverkehr wieder in Gang zu bringen, weil es an der Entschlossenheit, vor allem der Reichsbankleitung, die notwendigen Zahlungsmittel durch Kreditschöpfung bei hohen Zinsen zur Verfügung zu stellen, fehlte. (Näheres darüber siehe in dem Artikel von *Hilferding* in der „Gesellschaft".)

Inzwischen reisten *Brüning* und *Curtius* nach Paris und London, um zu versuchen, durch einen großzügigen internationalen Kredit die Überwindung der Vertrauenskrise in Deutschland zu erleichtern. Es war bekannt, daß man in Frankreich, dem einzigen Lande, dessen Notenbank und Kapitalmarkt im Augenblick die Kraft zu einer weitgehenden Kredithilfe hätten, von der deutschen Regierung starke Gesten für eine politische Verständigung (Verzicht auf Zollunion, auf Panzerkreuzerbau und Bekämpfung der rechtsradikalen Demonstrationen) als Voraussetzung für eine Kreditaktion erwartete. Man stellte keine Bedingungen, aber in Deutschland gab es eine lebhafte nationalistische Agitation gegen die Annahme von Bedingungen, und *Brüning* und *Curtius* erklärten in Paris, daß sie über politische Fragen in diesem Augenblick nicht sprechen könnten, weil sonst ihre Stellung in Deutschland gefährdet sei. Die Folge war, daß man in Paris über den Austausch harmloser Sympathiebezeugungen nicht hinauskam und daß auch die Londoner Verhandlungen[13] im Schatten der aus Mangel politischer Befriedung herrschenden französischen Zurückhaltung standen. So erreichte man in London keine Erweiterung, sondern nur eine Verlängerung des der Reichsbank von den anderen Notenbanken eingeräumten Kredites und eine Empfehlung an die privaten ausländischen Gläubiger, keine weiteren

11 *Luthers* Reisen nach London, Paris und Basel.

12 Vom 14. 7. bis 5. 8. 1931.

13 Vom 20. bis 23. 7. 1931. Vgl. Nr. 268, Anm. 2.

Kredite in Deutschland zu kündigen, sondern ein sogenanntes Stillhaltekonsortium zu bilden. Bei der außerordentlichen Vielzahl der ausländischen Gläubiger in den verschiedenen Ländern konnte dieses praktische Stillhalten, soweit es überhaupt freiwillig zu erzielen sein wird, nur in langwierigen Teilverhandlungen angebahnt oder gesichert werden.

Je geringer der Erfolg im Auslande war, desto wichtiger wurde entschlossene Führung im Innern. Sie fehlte. Bei der Frage der Vorbereitung der Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs spielten und spielen sich schwere Interessenkämpfe zwischen den privaten und den öffentlichen Banken und Sparkassen ab; einflußreiche Kreise suchten auch bei dieser Gelegenheit wieder, die öffentliche Wirtschaft zu schädigen. Das offenbare Versagen der Reichsbankleitung ließ zeitweise wieder einmal Herrn Dr. *Schacht* als Kandidaten auftreten; und es war vielleicht nur dem sofort angemeldeten energischen Widerspruch der Sozialdemokratie zu verdanken, daß uns die Wiederkehr dieses inzwischen zum Rechtsradikalismus abgeschwenkten Herrn erspart blieb.

Nach der Danatbank bedurften die Landesbank der Rheinprovinz und auch die Dresdner Bank besonderer Reichshilfe. Die Formen der Hilfe, die dabei in den Vordergrund gerückt wurden, waren stark von privaten Interessengruppen abhängig; und die Sozialdemokratie forderte demgegenüber öffentlich und in Sonderverhandlungen die Durchsetzung des Gedankens, daß öffentliche Risikoübernahme auch mit öffentlicher Teilnahme an der Leitung des Bankwesens verbunden sein müsse. Daß in der Zusammensetzung des Reichsbankdirektoriums und des Reichsbankgeneralrats eine stärkere Betonung der öffentlichen Interessen stattfinden müsse, daß eine Reform des Aktienrechts auf einigen wichtigen Teilgebieten unverzüglich durchgeführt werden müsse und daß die Kartell- und Monopolkontrolle gemäß dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf von Dezember 1930[14] eingeführt werden müsse, waren andere Forderungen, die von der Partei und von den Gewerkschaften jetzt in den Vordergrund gerückt wurden.

Das ist der Stand der Dinge am Ende der dritten Woche nach der Zahlungsstokkung. Mit jedem Tag, den die Stockung länger anhält, pflanzt sie sich in ihren Wirkungen weiter auf die Wirtschaft fort, muß sie den nachfolgenden Krisendruck mit all seinen Gefahren für die Arbeiterschaft verschärfen. Deshalb bleibt im Augenblick für uns die dringlichste Forderung: Die Wiederingangsetzung des Zahlungsverkehrs, gleichermaßen bei den privaten Bankinstituten wie bei den öffentlichen Banken und Sparkassen. Dazu ist erweiterte Notenausgabe der Reichsbank ohne Rücksicht auf das Maß der augenblicklichen Gold- und Devisendeckung notwendig, wobei ein hoher Diskontsatz das notwendige Mittel zur Abwehr des Mißbrauchs von Krediten und zur Verhütung von Inflationsgefahr in erster Linie darstellt. Daneben muß darum gekämpft werden, daß die Neuordnung nach dieser Zerrüttung der Kreditwirtschaft mit starkem gemeinwirtschaftlichem Einfluß erfolgt und daß die bereits auftauchenden Pläne, die Krisenverschärfung zu neuen Attacken der sozialreaktionären Kreise auf den Standard der Arbeiterschaft und auf die sozialen Leistungen auszunützen, mit aller Energie

14 RT Drucks. Bd. 449 Nr. 439.

abgewehrt werden. All diese Fragen erfordern die höchste Aktivität von Partei und Gewerkschaften in einem Augenblick, in dem außerdem durch den Volksentscheid in Preußen am 9. August[15], dessen Bedeutung durch die verrückte Beteiligung der Kommunisten gewachsen ist, eine wichtige politische Entscheidung vor uns steht.

15 Vgl. Nr. 271, Anm. 1.

279b.

3. 8. 1931: Aufzeichnung des Staatssekretärs Schäffer über außenpolitische und außenwirtschaftliche Ursachen der Bankenkrise

Nachlaß Schäffer ED 93. Durchschlag. Überschrift: „Betrachtungen zu den Bankzusammenbrüchen im Juli 1931." Handschriftlich hinzugefügte Überschrift: „Außenpolitische und außenwirtschaftliche Ursachen der Bankenkrise."

I.

Zu den Ereignissen des Juli 1931, die in der Geschichte des deutschen Wirtschaftslebens gänzlich einzigartig dastehen und die auch nicht ohne weiteres mit den großen Krisen Englands und Amerikas verglichen werden können, wird man erst aus einiger zeitlicher Entfernung richtig Stellung zu nehmen vermögen. Es ist schwer, wenn man noch unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse steht, wenn man die Hilflosigkeit der einzelnen Personen vor Augen hat und ihre Worte noch in den Ohren klingen, sich darüber klar zu werden, wo hier allgemeines Schicksal der deutschen Volkswirtschaft aufhört und das wirtschaftliche Verschulden des einzelnen beginnt. Dennoch muß man auch jetzt schon versuchen, sich hierüber Klarheit zu verschaffen, weil gesetzliche Maßnahmen getroffen werden sollen, die an denjenigen Stellen einzusetzen haben, an denen in der Vergangenheit nicht richtig verfahren worden ist. Dabei muß man historische Vorgänge, die es überhaupt zu solchen Zuständen kommen ließen, von der Frage, wie man diese Zustände in der Gegenwart am zweckmäßigsten behandeln könnte, trennen[1].

II.

Der unmittelbare Anlaß zu dem Bankenzusammenbruch war die Kündigung und Nichterneuerung der kurzfristigen Auslandsverschuldung der deutschen Banken. Wie ist es – muß man fragen – überhaupt zu einer solchen kurzfristigen Verschuldung gekommen? Wer ist hierfür verantwortlich?

1 Von Staatssekretär *Pünder* ist eine ausführliche, um den 10. 8. 1931 abgeschlossene Zusammenfassung mehrerer Aufzeichnungen und Druckschriften „Gestaltung der außen-, innen- und wirtschaftspolitischen Lage seit Sonntag, den 5. Juli 1931" überliefert, abgedruckt in Pünder S. 154ff. Eine ähnliche Aufzeichnung befindet sich bei den Akten der Reichskanzlei: „Entwicklung der Bankenkrise (dargestellt auf Grund der Sitzungsprotokolle)." BA R 43 I/647.

Die Finanzierung der deutschen Wirtschaft und ein Teil der Finanzierung der öffentlichen Körperschaften fanden vor dem Kriege so statt, daß zunächst einmal für vorzunehmende Investitionen je nach dem Fortgang der Arbeiten kurzfristige Kredite bei den Banken aufgenommen wurden und nachher, wenn die Investitionen weit genug fortgeschritten waren und wenn der Markt dafür besonderen Anlaß bot, die Umwandlung dieser kurzfristigen Kredite in langfristige Anleihen stattfand.

Als nach der Stabilisierung und nach dem Abschluß der Londoner Verhandlungen[2] im Sommer 1924 das Auslandskapital sich das erste Mal nach dem Kriege wieder in größerem Umfange nach Deutschland wagte, geschah dies zunächst in der Form kurzfristigen Kredits. Dieser wurde teils unmittelbar durch das Ausland an die bekannteren deutschen Wirtschaftsunternehmungen gegeben, teils gaben ihn ausländische Banken an deutsche Banken, die mit diesen Mitteln gerade die Teile der Wirtschaft befruchteten, die über einen eigenen unmittelbaren Auslandskredit nicht verfügten. Der Drang der kleinen und mittleren Industrie nach diesen Geldern war außerordentlich groß. Mehrfach tauchten Vorschläge auf, die eine stärkere Versorgung gerade der Kreise mit Reichskrediten zum Gegenstand hatten und die den Vorwurf gegen die Banken erhoben, daß sie sich zu weitgehend nur mit der großen Industrie beschäftigten. Der Gedanke, der hinter diesen kurzfristigen Ausleihungen stand, war der gleiche wie bei der Finanzierung der Vorkriegszeit. Auch hier wollte man, sobald der inländische oder ausländische Kapitalmarkt sich als ergiebig genug erwiesen hatte, eine Umwandlung der kurzfristigen in langfristige Anleihen vornehmen. Die Voraussetzungen hierfür waren in den folgenden Jahren der starken Börsen-Hausse gegeben, aber die Größe des Bedarfs überstieg die Ergiebigkeit des Marktes. Auch der ausländische Kapitalmarkt brachte zahlreiche Anleihen sowohl aus der Wirtschaft wie seitens der größeren deutschen öffentlichen Körperschaften unter. Es hatte sich also der gleiche Aufsaugungsprozeß wie im Frieden vollzogen, nur daß der innere Kapitalmarkt durch den äußeren erweitert worden war.

Nachdem der Bericht des Reparationsagenten vom Dezember 1927[3] eine baldige Wiederaufrollung des Reparationsproblems in Aussicht genommen hatte und nachdem der Reichsbankpräsident aus den Wünschen heraus, die durch das Hereinströmen von ausländischen Anleihen eintretende Verschleierung der Transferschwierigkeiten zu beseitigen, den Wünschen des Reparationsagenten auf Stoppung dieser Anleihen nachgegeben hatte, hörte die langfristige Kreditgewährung im Laufe des Frühjahrs 1928 auf. Die Wirtschaft selbst lief damals in einem Tempo, das den plötzlichen Fortfall des Zuflusses fremden Geldes sehr schwer empfinden [lassen] mußte. Außerdem waren die öffentlichen Körperschaften während der vorangegangenen fetten Jahre auf einen Aufwand eingestellt, der gleichfalls nicht plötzlich einzustellen war. Der Kreditbedarf war daher groß, das Angebot an langfristigen Geldern stark vermindert, teilweise wurde es auch auf Wunsch des Reichsbankpräsidenten nicht an den Bedarf herangelassen.

---

2 Dawes-Plan-Verhandlungen.

3 Deutschland unter dem Dawes-Plan. Die Reparationsleistungen im zweiten Teil des dritten Planjahres. Der Bericht des Generalagenten vom 10. Dezember nebst Sonderberichten der Kommissare und Treuhänder, Berlin 1928.

Die Folgen dieses Vorgangs waren, daß die Kreditsuchenden sich entschlossen, anstelle der langfristigen Kredite kurzfristige zu nehmen. Das Ausland war auch gern bereit, kurzfristige Kredite zu gewähren. Soweit die deutschen Kreditsuchenden selbst über einen eigenen Auslandskredit verfügten, ließen sie sich in Verhandlungen mit den damals in reicher Zahl hier in Deutschland herumreisenden Agenten der ausländischen Bankhäuser ein, soweit ein eigener Auslandskredit nicht vorhanden war, gingen sie zu deutschen Banken, die ihrerseits wiederum den Auslandskredit anspannten. Alle Beteiligten aber waren sich darüber klar, daß diese kurzfristig gegebenen Kredite zu Zwecken verwendet wurden, zu denen man – streng genommen – kurzfristige Kredite nicht verwenden durfte. Aber man war allgemein der Überzeugung, daß sich der Vorgang der Vorkriegszeit und der Zeit nach der Stabilisierung wiederholen würde, daß es nämlich – sobald die Revision des Dawes-Plans abgeschlossen sei – gelingen würde, diese kurzfristigen Kredite wiederum in langfristige zu verwandeln.

Von diesem Gedankengang, daß die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens über die Revision des Dawes-Plans eine allgemeine Entspannung und eine allgemeine Beruhigung der Märkte und günstigere Kreditbedingungen für Deutschland zur Folge haben würde, gingen auch – wie mehrere Stellen des Young-Plans beweisen – die Sachverständigen selber aus[4].

Das erste Verschulden, wenn man von einem solchen sprechen will, lag demnach bei allen Beteiligten in der Eingehung einer kurzfristigen Verbindlichkeit zu langfristigen Anlagen in der Erwartung einer späteren Konvertierbarkeit in Anleihen.

Zu dem Vorwurf gegenüber den Banken, daß sie sich durch die hohe Zinsspanne dieser Kredite zu diesen Geschäften verleiten ließen, ist zu sagen, daß die Unkostenlast der Banken durch die Entwicklung der vorhergehenden Jahre außerordentlich hoch geworden war und von ihnen im Hinblick auf die laufenden Tarifverträge und die Schwierigkeiten einer Verringerung der Angestelltenschaft nicht rasch genug und in genügendem Umfange abgebaut werden konnte. Sie waren also darauf angewiesen, durch Aufrechterhaltung ihres Geschäftsumfanges diesen Unkosten-Apparat zu bezahlen. Wären sie gegenüber der Versuchung der kurzfristigen Auslandskredite stark geblieben, so hätte dies zu Entlassungen größten Umfangs und zu einer Erhöhung der Zinsspanne im Innern geführt. Auch Reichsregierung und Reichsbank wußten, daß hier kurzfristige Kredite über die Banken in langfristige Anlagen hineingesteckt wurden. Die andauernde Konjunktur der Produktionsmittel, insbesondere des Eisens, über die Konsum-Konjunktur hinaus bot hierfür ein untrügliches Anzeichen[5]. Die Reichsbank hat wohl gelegentlich vor zu starken kurzfristigen Auslandskrediten gewarnt, hat es aber bei diesen Warnungen bewenden lassen. Einen Druck auf die Banken, den Umfang ihrer kurzfristigen Auslandsverschuldungen anzugeben und sie einzuschränken, zu dem die Reichsbank wohl in der Lage gewesen wäre, hat sie nicht vorgenommen, wohl deswegen, weil sie sich darüber klar war, hierdurch die im Absinken begriffene

4 Vgl. Heilfron/Nassen S. 23 ff.

5 Während der Produktionsindex für Verbrauchsgüter (1928 = 100) bereits 1929 auf 98,1 zurückging, stieg der für Investitionsgüter auf 102,4 an. Konjunkturstatistisches Handbuch 1933, hrsg. vom Institut für Konjunkturforschung, Berlin 1933 S. 36.

Konjunktur vollends zu erledigen. Die Reichsregierung schließlich, die in ihrer Haushaltsentwicklung bereits unter dem Sinken der Konjunktur zu leiden begann, mußte gleichfalls befürchten, daß durch eine zurückhaltende Kreditpolitik ihr weitere Schwierigkeiten entstünden. Wirtschafts- und sozialpolitisch wünschte sie das Absinken der Konjunktur bis zu einem Zeitpunkt hinauszuzögern, in dem durch verminderten Zustrom erwerbsfähiger Menschen eine Belastung des Arbeitsmarktes weniger verhängnisvoll wirken konnte.

III.

Nach der Annahme des Young-Plans bewahrheitete sich die Hoffnung auf wirtschaftliche und politische Entspannung nicht. Im Gegenteil hatte die fortschreitende Weltkrisis, eingeleitet durch den New Yorker Börsenkrach[6], die allgemeine Vertrauensgrundlage bereits ins Wanken gebracht. Auch die außenpolitische Entspannung, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich, war aus den bekannten Gründen nicht eingetreten. Jedenfalls zeigte sich die Möglichkeit einer Umwandlung der kurzfristigen Auslandsverpflichtung in langfristige nicht gegeben. Weder auf dem inneren Markt, der durch das Darniederliegen des Effektengeschäfts und großen Kreditbedarf der öffentlichen Hand beengt war, noch auf dem äußeren Markt, den die soeben geschilderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse lahmlegten. Wenn nach dieser Zeit noch ein Ansteigen der kurzfristigen Verschuldung stattfand, so geschah dies im Wege der Rembours-Kredite, die den im Verlauf der Krise angestiegenen oder wenigstens aufrechterhaltenen deutschen Export finanzierten.

Die Gefahr, die in dem Vorhandensein der kurzfristigen Auslandsverschuldung lag, war rechtzeitig erkannt und klar ausgesprochen worden. Bereits im Sommer 1930 hat Herr Dr. *Melchior* in einem Vortrag im Industrie- und Handelstag von der unsichtbaren Besatzung der kurzfristigen Auslandsverschuldung gesprochen und angedeutet, daß unsere Außenpolitik die hierin liegende Gefahr in Rechnung stellen müsse. Ich selbst hatte [auf] die Gefahren, die von wirtschaftlichen Zusammenbrüchen und außenpolitischen Schwierigkeiten durch Kündigung der Auslandskredite, insbesondere auch für die Reichskasse, entstehen könnten, in einer Denkschrift vom 27. August 1930 hingewiesen, in der ich darlegte, daß wir wiederum einen Betriebsmittelfonds benötigten und uns nicht auf die Reserven der 400 Millionen Schatzwechsel verlassen könnten. Es heißt darin:

„Dabei gehört gar nicht einmal viel Phantasie dazu, sich solche Notlagen vorzustellen. Es braucht z. B. sich nur im Laufe des Jahres 1931 ein neuer Fehlbetrag im Haushalt [zu] ergeben, ohne daß der Geldmarkt die heutige Flüssigkeit besitzt. Es brauchen nur einige große Firmen in Schwierigkeiten zu kommen oder innerpolitische Unklarheiten das Ausland zur Kündigung von kurzfristigen Krediten zu veranlassen, um die Gefahr, daß die restlose Unterbringung der Schatzwechsel auf Schwierigkeiten stößt, akut werden zu lassen. Besonders ist aber vom Standpunkt der Außenpolitik für die Dauer eine solche Lage unerträglich. Bei europäischen Spannungen, auch bei solchen, an denen Deutschland nicht

6 Seit dem 29. 10. 1929.

unmittelbar beteiligt ist, würde nach Lage der deutschen Wirtschaft ein starkes Bedürfnis nach Liquidität entstehen, das voraussichtlich auch der Unterbringung der Schatzwechsel gefährlich werden würde. Experimente wie 1914, um der deutschen Wirtschaft ihre Liquidität durch Darlehnskassen oder ähnliches zu erhalten, können wir uns nach dem Erlebnis der Inflation nicht leisten. Es besteht also die Gefahr, daß das Bestreben, sich flüssig zu erhalten, auf Kosten der Reichspapiere verwirklicht wird. Diese unsichere Lage der Kasse gerade in derartig außenpolitisch entscheidenden Augenblicken kann für uns verhängnisvoll werden. Sie schwächt unsere Stellung und kann uns zu einem Nachgeben auf Gebieten zwingen, wo bei stärkerer finanzieller Lage ein Grund dazu nicht vorläge. Sie kann uns auch verhindern, die gerade in solchem Falle sich bietende Gelegenheit zu einer Revision des Young-Plans zu unseren Gunsten so auszunutzen, wie es für uns wünschenswert wäre. Wie sehr man bei internationalen Verhandlungen durch eine gefährliche Kassenlage verhindert sein kann, haben wir einmal erlebt."

Die folgenden Ereignisse zeigten nur zu rasch, wie berechtigt meine Befürchtungen gewesen waren. Nach den Wahlen vom 14. September 1930 flossen Auslandsgelder in Höhe von rund einer Milliarde aus Deutschland ab. Wenn es gelang, diesen Abfluß zum Aufhören zu bringen, so war dies in erster Linie auf die unbeirrte ruhige Politik der Reichsregierung zurückzuführen und bis zu einem gewissen Grad auch darauf, daß sich ausländische Gruppen unmittelbar nach der Wahl bereit zeigten, dem Reich selbst einen Kredit von einer halben Milliarde zu gewähren[7], und daß dieses Vertrauen ansteckend wirkte.

Die Unsicherheit begann erneut, als durch die Frage der Österreichischen Zollunion neue Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich in Erscheinung traten und als die immer stärkere Forderung der Erklärung eines Young-Moratoriums auch eine Zuspitzung der Reparationsfrage befürchten ließ. In gänzlicher Verkennung der Sachlage hatten einzelne deutsche Bankiers aus dem Auslande den Eindruck mitgebracht, daß mit einer Rückziehung der kurzfristigen Kredite auch für den Fall der Verstärkung dieser außenpolitischen Spannungen nicht zu rechnen sei (*Kehl* betr. Amerika, *Gutmann* betr. England). Ich habe diesen Standpunkt nie für richtig gehalten und von einer Aufrollung der Reparationsfrage in der durch die Zoll-Union bereits erhitzten Atmosphäre immer für die kurzfristige Verschuldung das Schlimmste befürchtet. – In einer Denkschrift vom 9. April 1931[8] über die Einleitung von Reparationsverhandlungen habe ich darauf hingewiesen, daß die Drohung eines Abbruchs der Verhandlungen „bei einem Lande, das wie Deutschland noch auf Jahre hinaus auf die Belassung ausländischer Gelder angewiesen ist und unter der Gefahr der Kapitalflucht steht, scharfe Folgen für den Geldmarkt und die Wirtschaft haben könne."

Wie sich eine solche Krise durch Rückziehung der ausländischen Gelder auswirken könnte, habe ich mir seit Jahren wieder und wieder überlegt. Ich habe es im Jahre 1929, als sich das erste Mal eine Bewegung in den kurzfristigen Krediten zeigte, in einem Brief an Herrn Geheimrat *Kastl* dargestellt und damals etwa einen

7 Der Kredit, der im Oktober 1930 aufgenommen wurde, belief sich auf 125 Millionen Dollar. Vgl. Nr. 135, 138 und 141.

8 Nr. 205a.

Zusammenbruch nach der Art desjenigen, der sich bei uns ereignet hat, befürchtet. Seit dieser Zeit habe ich zwar immer unter der Angst vor einer solchen Rückziehung der Kredite gestanden, hatte mich aber doch an den Gedanken gewöhnt, daß sich die Rückziehung in anderen und gemäßigteren Formen abspielen würde. Ich hatte auch geglaubt, daß ausländische Bankiers ihren hiesigen Geschäftsfreunden, mit denen sie seit Jahren zusammengearbeitet hatten, die Mittel, von denen sie wußten, daß sie langfristig angelegt und nicht rasch zu mobilisieren waren, nicht ohne weiteres entziehen würden, sondern daß die persönlichen Beziehungen weit genug gefestigt seien, um zunächst einmal zu Besprechungen zwischen den Beteiligten zu führen, bei denen die Art der Abwicklung erörtert werden konnte.

Bereits bei der Abziehung der einen Milliarde im September und Oktober 1930 hat sich erwiesen, daß diese Annahme von mir irrig war und daß durch einfache Nichterneuerung oder Kündigung die Beitreibung der in Deutschland investierten Gelder vor sich ging. Nachdem durch den Fall der Kreditanstalt[9] die Unsicherheit der ganzen mitteleuropäischen Verhältnisse der Welt bewußt geworden waren und die daraufhin angestellten Überlegungen sowohl nach der Devisen- wie nach der Liquiditätsseite erkennen ließen, daß eine volle Auszahlung der kurzfristigen Auslandskredite Deutschland keineswegs möglich sei, begannen die ersten Abziehungen in dem Wunsche, von der noch vorhandenen Liquidität und von den noch vorhandenen Devisenmengen etwas abzubekommen. Dazu kam, daß die Verschärfung der politischen Spannung gegenüber Frankreich, die mit verschiedenen Vorkommnissen zusammenhing, jene Märkte, die ihrerseits stark von der Belassung französischen Geldes abhängig waren (Zürich, Amsterdam, London) zur Beitreibung ihrer Außenstände in Deutschland antrieben. Es war ein echter Run auf die deutsche Volkswirtschaft. Wie bei jedem Run fand nicht ein beabsichtigtes Zusammenwirken der Beteiligten statt, um unsere Kreditinstitute zum Erliegen zu bringen, sondern eine Fülle von Einzelhandlungen bewirkte das gleiche Ziel, indem jeder ohne Rücksicht darauf, welche Folgen für die deutsche Volkswirtschaft entstünden, nur sich selbst zu retten suchte.

IV.

Waren nun die Maßnahmen, die von uns ergriffen wurden, um das Unheil zu verhüten, zweckmäßig? Seit dem Winter haben andere und ich dem Reichsbankpräsidenten mehrfach angeraten, sich einen Rediskontkredit für die Reichsbank zu beschaffen, damit wir im Falle einer politischen Spannung vor Überraschungen sicher seien. Der Reichsbankpräsident hat dies mit verschiedenen Begründungen abgelehnt. Er hat einmal gesagt, durch die Forderung eines solchen Kredits würde die Welt erst unruhig werden, ein Gesichtspunkt, dem eine starke Berechtigung innewohnt. Er hat ferner gesagt, wir kämen durch eine solche Forderung in Basel von der Bank der Gebenden auf die Bank der Nehmenden, und das würde unserer Gesamtstellung dort und damit dem Reparationsproblem schaden. Diese Gesichtspunkte habe ich nicht für recht durchschlagend angesehen, da wir bei jeder

9 Österreichische Kreditanstalt.

Neuaufrollung der Reparationsfrage uns nach der Natur der Dinge bereits auf der Bank der Nehmenden oder, richtiger, auf der Bank der Bittenden befinden müßten. Der Reichsbankpräsident hat drittens das Argument angeführt, daß wir einen solchen Rediskontkredit nicht bekommen würden. Es ist für die Monate Januar und Februar schwer zu beweisen, ob das richtig ist. Das ist aber jedenfalls dem Reichsbankpräsidenten zuzugeben, daß wir ihn nicht in einer Höhe bekommen hätten, die den tatsächlich erfolgten Abziehungen entsprochen hätte. Vielleicht aber wären, wenn das Bewußtsein des Vorhandenseins eines solchen Rückhalts bestanden hätte, Abziehungen in diesem Ausmaß gar nicht erfolgt. Es kann niemand sagen, ob die Reichsbank es in der Hand gehabt hätte, durch einen solchen Rediskontkredit das Unheil abzuwenden. In die Vergangenheit zu prophezeien ist noch schwieriger als in die Zukunft. Man hat ferner gesagt, daß die Reichsbank, als sie sah, daß die Gelder abzufließen begannen, bereits mit einem hohen Diskont oder mit ihrer Restriktionspolitik hätte einsetzen müssen. Es ist auch hier schwer zu sagen, wie das gewirkt hätte. Ein hoher Diskont hätte das Hereinströmen von Auslandsgeld wahrscheinlich nicht zur Folge gehabt, weil der Grund des Fliehens dieses Geldes in der Furcht vor der Unsicherheit und nicht in zu niedriger Verzinsung bestand. Im Gegenteil hätte eine Übersteigerung des Diskonts vielleicht das Gefühl der Unsicherheit noch verstärkt. Außerdem hätte ein hoher Diskont die ohnedies an der Rentabilitätsgrenze schwer um ihr Bestehen ringenden Betriebe möglicherweise vernichtet, zumindest aber schwer geschädigt und damit die Arbeitslosigkeit vermehrt. Restriktionen waren aber bei der auch damals nicht unmäßig liquiden Lage unserer Banken eine unmittelbare Gefahr für sie und infolgedessen nach Möglichkeit zu vermeiden. Als der Reichsbankpräsident am Tage vor der *Hoover*-Botschaft entschlossen war, Restriktionen in Anwendung zu bringen[10], hat die Regierung ihm selbst davon dringend abgeraten, weil man der ohnehin schwachen Wirtschaft diese Pferdekur ersparen wollte. Umgekehrt hat man der Reichsbank den Vorwurf gemacht, daß sie rascher hätte unter die Notendeckungsgrenze heruntergehen und den Banken stärker hätte Kredit gewähren müssen. Wäre das geschehen, so war die Gefahr vorhanden, daß sich über den durch die Abzüge des Auslands entstandenen Bedarf hinaus noch in großem Umfange Markbeträge in Devisen umgewandelt hätten und damit der Devisenabzug von der Reichsbank ein noch rascheres Tempo angenommen hätte. Außerdem war das Unterschreiten der Notengrenze eine Maßnahme, die, wenn nicht dringendste Gründe sie erforderten, im Volke als ein leichtfertiges Spiel mit der Inflationsgefahr angesehen worden wäre. Es mußte also bis zu einem Falle wirklicher Überzeugung der Not verschoben werden. Schließlich waren die Präsidenten der beiden maßgebenden anderen Notenbanken, nämlich London und New York, darauf eingestellt, daß eher eine Verknappung als eine stärkere Versorgung des Marktes mit Noten angebracht sei. Das Anraten der Restriktion durch Montagu *Norman* und *Harrison* hat, da wir von der Unterstützung dieser Notenbanken in einer Reihe von Punkten abhängig waren, in den nächsten Wochen für uns eine große Bedeutung gehabt. Die Stillhaltungen der ausländischen Banken waren ohne starken Druck ihrer Notenbankpräsidenten nicht zu erreichen. Die Reichsbank mußte also die von diesen für richtig gehaltenen

10 Vgl. Nr. 244.

Maßnahmen ergreifen, selbst wenn sie ihrer Überzeugung nicht entsprochen hätten. Auch die ausländischen Bankiers selbst aber hätten sich, ohne daß in Deutschland sich wirklich etwas ereignet hatte, was die Notlage über allen Zweifel erhaben klarstellte, nicht zu einer Stillhaltung bereitgefunden. Die Franzosen hielten die Darstellung der Verhältnisse in Deutschland immer noch für zu schwarz gemalt. Erst die Tatsache, daß eine Großbank[11] ihre Schalter schloß und daß die anderen Großbanken für den In- und Auslandsverkehr lahmgelegt waren, hat die Überzeugung von dem wirklichen Ernst der Lage draußen gezeitigt. Bei einfacher Weiterzahlung seitens der Reichsbank für die Danat-Bank, ohne daß durch einen internationalen Kredit unbegrenzten oder sehr großen Umfangs die Unruhe beseitigt war, wären also voraussichtlich die Abziehungen des Auslandes weitergegangen und die Anforderungen des Inlands gestiegen. Wenn dennoch heute gesagt wird, daß man die Danat-Bank hätte ohne jede Schwierigkeiten weiterführen können, so ist das eine Betrachtungsweise, die den wirklichen Verhältnissen am 12. Juli nicht gerecht wird.

Es ist die Frage, ob man durch Verhängung der Bankfeiertage am 12. Juli ohne eine besondere Garantieleistung für die Danat und ohne eine Schließung das Unheil hätte abwenden können. Die Einführung der Bankfeiertage hätte möglicherweise auch nach draußen ein Signal gegeben, das die Gläubiger über die Lage in Deutschland unterrichtet hätte. Es bestand aber die Gefahr, daß man alsdann die Banken nicht wiederum zum Öffnen ihrer Schalter bewegen konnte. Es hat sich nachher gezeigt, wie gerechtfertigt diese Befürchtung war. Es bestand weiter die Gefahr, daß bei der Verhängung von derartigen Bankfeiertagen, ohne daß vorher ein Grund dazu ersichtlich war, sich das Mißtrauen des Auslands und des Inlands gegen die gesamte deutsche Bankwelt richtete. Schließlich war sowohl von den privaten wie von den öffentlichen Banken die Forderung nach einem allgemeinen Auslands- und Inlandsmoratorium erhoben worden, und es war zu befürchten, daß man durch alsbaldige Verkündigung der Bankfeiertage in ein solches hineinglitt.

Wesentlich für die Entscheidung der Reichsregierung, die die Bankfeiertage ablehnte und die Maßnahmen auf die Danat-Bank beschränkte, war die mehrfach von den Leitern der anderen Banken abgegebene Versicherung, daß sie selbst durchaus liquide und in einer anderen Lage als die Danat-Bank seien[12].

Die Aufgabe der Reichsregierung mußte danach am 12. Juli darin liegen zu verhindern, daß sich des inländischen Publikums und der ausländischen Gläubiger eine Unruhe über die Sicherheit ihrer Kredite bei den deutschen Banken bemächtigte. Der Weg dazu war der, daß den Gläubigern des zahlungsunfähig gewordenen Instituts zugesichert wurde, daß sie nichts verlieren würden. Damit sollte die Furcht der inländischen und ausländischen Gläubiger der anderen Banken, bei diesen möglicherweise etwas zu verlieren, beseitigt werden.

Die Garantie der Reichsregierung hat die beruhigende Wirkung nur zum Teil gehabt. Die ausländischen Gläubiger haben diese Garantie tatsächlich hoch bewertet und sich bis zu den erst etwa eine Woche später einsetzenden Stillhalte-

11 Die Darmstädter und Nationalbank am 13. 7. 1931.

12 Vgl. Nr. 259.

Verhandlungen so ruhig verhalten, wie sie sich niemals verhalten hätten, wenn die Danat-Bank ihre Schalter geschlossen hätte, ohne daß eine Garantie gegeben war, oder wenn, ohne daß etwas zur Beseitigung der Gerüchte über die Danat-Bank geschah, von ihr in den auf den 12. Juli folgenden Tagen ausgezahlt worden wäre. Inwieweit die Inanspruchnahme der anderen Banken durch das deutsche Publikum trotz der Garantie gegangen wäre und inwiefern die Sparkassen unter einen wirklich schweren Druck geraten wären, ist nicht zu übersehen, da sowohl Banken wie Sparkassen, um einen Run zu vermeiden, in der Mittagsstunde[13] ihre Schalter schlossen und im Laufe des Nachmittags bei der Reichsregierung die Verhängung zweier Bankfeiertage bewirkten.

Es kann die Frage aufgeworfen werden, ob die Reichsregierung diese Bankfeiertage hätte ablehnen oder von der Bedingung der vollen Öffnung der Schalter nach ihrem Ablauf hätte abhängig machen [sollen]. Bei der Ungewißheit der Lage und bei den bevorstehenden außenpolitischen Besprechungen war jede Maßnahme zu begrüßen, die die Verhängung eines ausdrücklichen Moratoriums ersparte und es der Regierung ermöglichte, um die Schaffung eines Ersatzgeldes, das von allen Seiten gefordert wurde und möglicherweise außenpolitische Schwierigkeiten hervorgerufen hätte, herumzukommen. Es wurde durch beides die nötige Zeit für die Stillhaltung und die außenpolitischen Besprechungen gewonnen, die, wenn nichts anderes, doch zur Folge hatten, daß man von der anderen Seite die Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen bestätigt bekam, so daß uns später wegen Verletzung der Young-Gesetze keine Vorhaltungen gemacht werden konnten.

Die Gefahr der Unterschreitung der Deckungsgrenze war, solange nicht ein Schutz gegen weitere Devisenabziehungen und Verständnis für die praktische Nichtanwendung des § 31[14] durch das Ausland bestand, erheblich größer als nachher, als die Stillhalte-Verhandlungen bereits eingeleitet waren und das Ausland selbst nach einer Devisenverordnung rief.

V.

Die weiteren Maßnahmen, die nach der Londoner Konferenz[15] getroffen wurden und die auf eine Wiederflottmachung des Zahlungsverkehrs gerichtet waren, haben in der Öffentlichkeit mehr Verständnis gefunden als die früheren und bedürfen daher einer besonderen Erklärung nicht.

gez. *Schäffer*

13 Am 13. 7. 1931.

14 § 31 des Bankgesetzes vom 30. 8. 1924, RGBl. 1924 II S. 242.

15 Vom 20. bis 23. 7. 1931. Vgl. Nr. 268, Anm. 2.

279c.

29. 7.–8. 8. 1931: Fortlaufende Aufzeichnungen des Staatssekretärs Schäffer über die Geheimgeschichte der Bankenkrise

Nachlaß Schäffer ED 93. Durchschlag. Nachträglich handschriftlich überschrieben: „Geheimgeschichte der Bankenkrise[1].“

Im Nachstehenden sollen die Gedankengänge, die zu der Tätigkeit des Reichs in der Bankenfrage geführt haben, eingehend erörtert werden, um später mir selbst als Erinnerung zu dienen, von welchen Gesichtspunkten bei diesen Maßnahmen ausgegangen worden ist.

I.[1a]

(Die Lage bis Ende Juni 1931).

Bereits im vergangenen Winter und im Frühjahr hatte mir Dr. *Somary* bei seinen Besuchen mehrfach eine gewisse Besorgnis über die Lage unserer Banken und der italienischen Banken ausgesprochen. Bei näherem Durchdenken der von ihm vorgebrachten Gesichtspunkte teilte ich seine Bedenken und habe des öfteren in Unterhaltungen mit Reichsbankvizepräsident *Dreyse* auf die Befürchtungen hingewiesen. Ich habe Niederschriften über die Unterhaltung mit *Somary* auch jedesmal der Reichsbank zugänglich gemacht. Dabei habe ich regelmäßig gefragt, ob die Reichsbank einen Überblick über den Status unserer großen Banken und über ihre Liquidität besitze. Diese Frage ist mir jedesmal bejaht worden, in einem Falle unter Hinweis auf ein Aktenstück, in dem neu eingeforderte Nachweise sich befinden sollten.

II.

Bei der ersten Unterhaltung über das Problem Nordwolle in der Reichsbank (Abend des 2. Juli)[2] war die Rückwirkung des Falles der Nordwolle auf die beteiligten Banken, insbesondere auf die Danat-Bank, erörtert worden. Das Reichsbankdirektorium hatte damals einstimmig erklärt, daß auf alle Fälle die Danat-Bank gehalten werden müsse, weil sie eine im Innern gesunde Bank sei *(Vocke)*.

In den darauffolgenden Tagen hatte *Goldschmidt* mir mehrfach gesagt, daß sein Wechselmaterial, das er der Reichsbank einreiche, von dieser beanstandet würde und daß er besseres Material als das eingereichte nicht besitze. Ich habe mich darauf mehrere Male mit *Dreyse* über die Frage der Danat-Bank unterhalten. *Dreyse* hat mir immer wieder gesagt, daß die Reichsbank niemals eine Großbank fallen lassen würde. Das erste Mal habe ich eine Änderung in der Haltung der Reichsbank am Abend des 8. Juli bemerkt. Damals hatten mich *Goldschmidt* und *Bodenheimer* in meiner Wohnung aufgesucht und mir erklärt, daß ihr Wechselmaterial zu Ende gehe. Ich hatte darauf *Dreyse* angeläutet, der mich noch in der

1 Auszugsweise abgedruckt in Wandel S. 193ff.

1a Dahinter in der Vorlage Zusatz in Klammern: „Diktiert am 29. 7. 1931.“

2 Nr. 251.

Nacht gegen 12½ Uhr besuchte und bis gegen 1½ Uhr blieb. Er war darüber etwas ungehalten, daß ihm von *Goldschmidt* immer nur bruchstückweise Angaben gemacht worden seien und daß keiner der Herren über den Status Bescheid gewußt habe. *Goldschmidt* und *Bodenheimer* hatten mir gegenüber den Standpunkt vertreten, daß sie über den Status für Ende Juni nicht vor dem 14. Juli Bescheid wissen könnten und daß eine Aufarbeitung des Materials in den Depositenkassen und Filialen die Unruhe nur vermehren würde. *Dreyse* erklärte aber, er müsse den Status doch rascher haben. Infolgedessen telefonierte ich noch in der Nacht an *Goldschmidt,* daß er sich am nächsten Tage früh mit *Dreyse* wegen des Status in Verbindung setzen müßte.

Am folgenden Tage, Donnerstag den 9. Juli, begab ich mich früh zu Staatssekretär *Trendelenburg* und erörterte mit ihm die gesamte Lage der Danat-Bank und der übrigen Banken. Die Anknüpfung dazu bot eine Unterhaltung, die den Tag vorher beim Reichskanzler stattgefunden hatte und in der sich *Trendelenburg* bedingt für ein Moratorium ausgesprochen hatte. Ich ging zu ihm, um diesen Gedanken zu beseitigen, weil ich ein Moratorium für den Tod der deutschen Wirtschaft hielt. Wir kamen, nachdem wir alle Möglichkeiten durchgesprochen hatten, zu zwei verschiedenen Gedankengängen; welchen von beiden man wählen würde, war davon abhängig, ob es dem Reichsbankpräsidenten *Luther* auf seiner Rundreise London–Paris–Basel gelingen würde, die notwendigen kurzfristigen Kredite für die Reichsbank zu erhalten, um dieser eine weitergehende Notenausgabe ohne Senkung der Deckung zu ermöglichen. Gelang das *Luther,* so waren wir der Auffassung, sollte man die Unruhe, die gegenüber der Danat-Bank bestand, einfach dadurch beseitigen, daß man ihr die Mittel zur Zahlung zur Verfügung stellte. Das fehlende Wechselmaterial sollte in diesem Fall durch eine Sicherheit seitens des Reichs ausgeglichen werden. Die Art, wie diese Sicherheit zur Verfügung zu stellen sei, ohne die Unruhe durch eine Notverordnung zu verstärken, wurde erwogen (produktive Erwerbslosenfürsorge, Reichsbahnvorzugsaktien, Golddiskontbank usw.). Für den Fall, daß *Luther* einen kurzfristigen Kredit nicht erhielte, sollte daran gedacht werden, die Unruhe über die Danat-Bank durch eine Garantie für deren Kreditoren zu beseitigen. Dabei wurde erörtert, ob man eine solche garantierte Bank neben den anderen nicht garantierten noch weiter arbeiten lassen könne. Die Frage erschien zweifelhaft, weil von *Wassermann* und in dessen Begleitung noch im Laufe desselben Tages von den Herren der Commerz- und Privat- und der Dresdner Bank unterstrichen worden war, daß ihnen ein solches garantiertes Institut zu viel Konkurrenz machen würde. Zu unseren Beratungen wurde noch Ministerialdirektor *Ernst* vom Preußischen Handelsministerium hinzugezogen.

Wir begaben uns darauf zu dreien zu dem Reichskanzler[3], der zusammen mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichsbankvizepräsidenten *Dreyse* im Botschafterzimmer der Reichskanzlei unsere Darlegungen entgegennahm. Die Unterhaltung wurde nach einer kurzen Anhörung der Herren *Wassermann* und *Ritscher* nachmittags fortgesetzt.

Im Laufe des späteren Nachmittags legten die Herren von der Danat-Bank ihre Bücher dem Minister *Dietrich* und Staatssekretär *Trendelenburg* vor.

3 Brüning S. 310.

Nach dieser Vorlage der Bücher herrschte gegen die Danat-Bank eine starke Verstimmung, weil sie in erheblichem Umfang eigene Aktien aufgenommen hatte. Außerdem zeigte sich, daß die Forderungen an Nordwolle und den mit dieser Firma zusammenhängenden Unternehmungen nicht, wie ursprünglich angenommen, nur 27 Millionen RM betrug, sondern an die 40 Millionen RM heranging oder sie überstieg. Unter diesen Umständen hatte die Neigung, die Danat-Bank mit Reichsgarantien weiterzuführen, im Falle, daß Präsident *Luther* keine Kredite mitbringen würde, keine Befürwortung. Für den Fall, daß ein solcher Kredit mitgebracht würde, war in Aussicht genommen, durch Weiterzahlung das Mißtrauen gegen die Danat-Bank zu überwinden. Doch bildete sich hier unter dem Eindruck der Unterhaltung mit den anderen Banken, insbesondere mit *Wassermann,* stark das Empfinden, daß die Danat-Bank erheblich ungünstiger dastünde, als die anderen Banken. (*Wassermann* hatte vor der Industrie bei der Bildung des Garantie-Verbandes[4] dreimal gefragt: „Wie lösen wir nun aber das Problem Danat?") Ferner hatte *Wassermann* bei den Besprechungen beim Reichskanzler gesagt, daß die Danat in einer ganz anderen und viel schlechteren Lage sei als die anderen Banken.

Für die nächsten drei Tage, d. h. für die Zeit vom 10., 11. und 13. Juli, war in Aussicht genommen, die Danat-Bank, selbst wenn sie nur ungenügendes Material zur Verfügung stellte, durch die Reichsbank zu halten, weil davon ausgegangen wurde, daß bis zum Montag abend Präsident *Luther* eine definitive Entscheidung wegen des Kredits mitbringen würde.

III.

Am Morgen des 11. Juli besuchte ich zusammen mit Marcus *Wallenberg* den Reichskanzler[5], der sich sehr offen über die Lage aussprach und darlegte, warum er den Franzosen die politischen Konzessionen nicht machen könne. Ich hatte das Gefühl, daß bei dieser Unterhaltung *Wallenberg* den richtigen Eindruck von dem Ernst der Situation erhielt. Er ging nachher mit mir zum Postministerium und telefonierte von dort aus dem Präsidenten des Crédit Lyonnais, um ihm über seine Eindrücke hier Mitteilung zu machen und ihn anzuregen, für Hilfe zu sorgen. Der *Baron Brincard* versprach, sich alsbald mit dem Quai d'Orsay und der Banque de France in Verbindung zu setzen.

Nachmittags kehrte Präsident *Luther* zurück. Es war bereits vorher durch Fernsprecher klar geworden, daß er einen Kredit nicht mitbringen würde. Nunmehr war das Problem der Danat-Bank sowie das Problem der Aufrechterhaltung des Kreditwesens überhaupt in ein anderes und schwierigeres Stadium getreten. Am Sonnabend, dem 11. Juli mittags, erhielten der Reichsfinanzminister, der Reichswirtschaftsminister und der Reichsbankpräsident und ich ein Schreiben, unterzeichnet von sämtlichen Geschäftsinhabern der Danat-Bank[6], in dem sie erklärten, nach der Größe der in diesen Tagen bei ihnen erfolgten Abzüge

4 Nr. 253, 254a, 254b.

5 Brüning S. 313 f.

6 Nr. 258.

am Montag die Schalter nicht mehr öffnen zu können. Sie dankten für das ihnen entgegengebrachte Wohlwollen und erklärten sich bereit zu etwaigen Rücksprachen.

Nachmittags hatte ich darauf eine Rücksprache mit Marcus *Wallenberg,* zu der ich auch *Trendelenburg* und *Dreyse* hinzuzog, über das, was unter diesen Umständen mit der Danat-Bank gemacht werden könnte. Wir waren uns darüber einig, daß ein einfaches Weiterzahlen nicht mehr möglich sei und die Anregung der Danat-Bank *(Meinhardt),* daß die anderen Banken für sie unter der Bürgschaft des Reiches die Bürgschaft ausüben sollten, nur schwer verwirklicht werden könnte. Unter diesen Umständen erwogen wir eine Verlangsamung der Zahlungen der Danat-Bank bei gleichzeitiger Garantie des Reiches. Ob dem Verlangen von *Wassermann* auf Liquidation der garantierten Banken nachgegangen werden sollte, ließen wir noch offen.

Am Abend des Sonnabend, des 11. Juli, fand eine Beratung mit den gesamten Banken statt, bei der der Reichskanzler diese am Anfang darauf hinwies, daß sie mit einem Auslandskredit nicht rechnen könnten[7]. Es wurde zunächst das Gesamtproblem besprochen. Die Leiter der Banken versuchten auf den Reichsbankpräsidenten einzuwirken, um von ihm die Zusage zu erhalten, daß er mit Wechselhereinnahme und Papiergeldausgabe in den nächsten Tagen entgegenkommend sein würde, um die durch die Unruhe entstandenen Mehranforderungen zu decken. *Luther* gab diese Erklärung nicht ab. Er erklärte, man müsse, wie dies ihm auch von seinen ausländischen Freunden (Montagu *Norman* und *Harrison*) gesagt worden sei, Restriktionspolitik treiben. Die Banken könnten nicht mit einer erweiterten Notenausgabe rechnen. Daraufhin beantragten die Banken, zunächst zwei Bankfeiertage einzuschalten, um sich in der Zwischenzeit zu überlegen, wie dem Umsichgreifen der Unruhe vorgebeugt werden könnte. Gegen diese Bankfeiertage bestanden, vor allem beim Reichsfinanzminister, aber auch bei mir, die Bedenken, daß man alsdann die Banken nicht wieder aufkriegen würde. Es wurde dann weiter über die Frage der Danat-Bank verhandelt, die von den anderen Banken als ein völliger Sonderfall dargestellt wurde. Als von *Bücher,* der mit *Goldschmidt* und *Meinhardt* für die Danat-Bank anwesend war, die Anregung gegeben wurde, daß die anderen Banken die Danat-Bank garantieren sollten, erklärte *Solmssen,* daß das Problem Danat-Bank mit den Problemen der anderen Banken nicht unmittelbar zusammenhinge und daß ein Grund zu einer solchen Garantie nicht bestünde. *Frisch,* der sich zunächst gegen *Luthers* Restriktionen wandte, erklärte auch, daß die anderen Banken sich mit der Danat-Bank nicht verquicken könnten.

IV.

Am Sonntag, den 12. Juli früh, wurde zunächst erwogen, wie man die Frage Danat-Bank, die ja im Hinblick auf den bevorstehenden Schalterschluß akut war, behandeln sollte. Der Gedankengang ging dahin, man werde durch Garantie der Kreditoren der Danat-Bank das Entstehen einer Panik bei der Danat selbst, vor allem aber auch bei den anderen Banken verhindern können. Darüber hinaus aber

7 Chefbesprechung betreffend Reparationsfrage und Banklage am 11. 7. 1931, BA R 43 I/315.

werde man, wenn die Danat-Bank durch Treuhänder und andere, durch die Garantie gebotenen Maßnahmen als in einem gewissen Abstand von den anderen Banken stehend gekennzeichnet sei, diese anderen Banken vor dem Mißtrauen bewahren können. Es wurde infolgedessen eine Verordnung über eine Garantie für die Danat-Bank zusammen mit einer vorläufigen Sistierung ihrer Zahlungen und eine Einsetzung von Treuhändern entworfen.

Während der Erörterung dieser Verordnung wurden der Reichskanzler und der Reichsbankpräsident herausgerufen. Sie kamen zurück, und der Reichskanzler teilte mit, *Wassermann* sei bei ihm gewesen und habe ihm erklärt, daß das Problem sich nicht auf die Danat-Bank beschränke, sondern daß die Dresdner Bank in derselben Lage sei. Sowohl die Verordnung als die Erörterungen wurden darauf auf diese beiden Banken ausgedehnt. So war der Stand in der Mittagsstunde.

In der zeitigen Nachmittagsstunde erschienen die Banken zu einer Rücksprache. Es erklärten die anwesenden Vertreter der Dresdner Bank zunächst vor den anderen, dann aber nochmals allein, daß für sie keinerlei Anlaß vorliege, Maßnahmen, wie sie für die Danat-Bank notwendig geworden seien, für sich zu fordern[8]. Vielmehr sei ihr Unternehmen gesund und auch noch im Besitz von Wechseln, die bei der Reichsbank diskontiert werden könnten. Die generelle Fassung der Verordnung wurde daraufhin sowohl von der Dresdner wie von den anderen anwesenden Banken abgelehnt, weil aus der generellen Fassung der ungerechtfertigte Schluß gezogen werden könnte, daß es bei ihnen eben[so] stünde wie bei der Danat-Bank. Auf der Grundlage dieser Erklärungen wurde den Nachmittag über weitergearbeitet und mit den Banken verhandelt[9]. – Gegen Abend traf auf Einladung des Reichskanzlers der ehemalige Reichsbankpräsident *Schacht* ein[10], mit dem die Dinge besprochen wurden. *Schacht* erklärte als seine Auffassung, daß der Fall Danat-Bank tatsächlich ein erheblich anderes Gesicht habe als die anderen Fälle. Die anderen Banken seien vielleicht illiquide, die Danat-Bank sei aber seiner Überzeugung nach passiv. Er machte ferner den Vorschlag, die Reichsgarantie auf Beträge bis zu 10000 RM zu beschränken, weil sonst das Reich zu starke Verbindlichkeiten übernähme. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt, nachdem festgestellt worden war, daß es vor allem darauf ankäme, auch die ausländischen Gläubiger sowohl der Danat wie der anderen Banken zu halten, und daß es unmöglich sei, die Forderungen der ausländischen Gläubiger ganz, die der inländischen Gläubiger aber nur bis zur Höhe von 10000 RM zu garantieren.

Der Reichsfinanzminister wandte sich dagegen, daß am nächsten Tage die Schalter der Danat-Bank geschlossen würden. Er erklärte, daß die Beruhigung, die von der Garantie zu erwarten sei, dann nicht in dem gleichen Umfange eintreten würde. Zu einem Offenhalten der Schalter hätte aber gehört, daß die Reichsbank

8 Nach einer früheren Tagebucheintragung *Schäffers* erklärten die Vertreter der Dresdner Bank, *Wassermann* sei von ihnen nicht beauftragt worden zu behaupten, daß sich die Bank in Schwierigkeiten befinde. Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. 12. 7. 1931.

9 Ministerbesprechung am 12. 7. 1931, 16.30 Uhr, BA R 43 I/1450. Auszugsweise abgedruckt in Born S. 184ff., vgl. Brüning S. 317ff.

10 Vgl. Nr. 259, Anm. 4 und Nr. 263.

auch ohne Vorhandensein von ausreichendem Wechselmaterial, nur aufgrund der Reichsgarantie, der Danat-Bank die notwendigen Zahlungsmittel zur Verfügung stellte. Da der Reichsbankpräsident und der Reichsbankvizepräsident erklärten, daß dies wegen des Bankgesetzes und wegen der Restriktionspolitik nicht in Frage kommen könnte, erklärte sich schließlich der Reichsfinanzminister auch mit der getroffenen Regelung einverstanden. Die Verhandlungen über das, was mit der Danat-Bank am nächsten Tage geschehen sollte, wurde zwischen dem Reichskanzler, der zeitweise von Staatssekretär *Trendelenburg* und Ministerialdirektor *Ernst* begleitet war, nachher vom Reichsfinanzminister auf der einen und von *Meinhardt* und *Goldschmidt* auf der anderen Seite geführt.

V.

Am Montag, dem 13. Juli, blieben die Schalter der Danat-Bank geschlossen. Die Reichsgarantie war an den Schaltern durch Anschlag vermerkt[11]. Eine erhebliche Unruhe war in der Bevölkerung nicht vorhanden. Es steigerten sich die Abzüge bei den anderen Banken einigermaßen. Die Dresdner Bank zahlte noch voll aus. Auf Anregung der Dedi-Bank[12] wurde gegen 12 Uhr von der Stempelvereinigung der Beschluß gefaßt, die Auszahlungen zu rationieren. Gleichzeitig erschienen Vertreter des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes in der Reichskanzlei und sprachen *Trendelenburg* und mir gegenüber den Wunsch nach der Schaffung eines Ersatzgeldes aus.

Am Spätnachmittag kamen Vertreter des Centralverbandes in die Reichskanzlei und erklärten, keine Bank könne am nächsten Tage die Bankschalter öffnen, ohne befürchten zu müssen, mit ihren Zahlungen in Schwierigkeiten zu kommen. Sie müßten infolgedessen zwei Bankfeiertage haben. Die Frage der Bankfeiertage war bereits am Vortage eingehend erörtert und in ein von der Deutschen Bank ausgearbeitetes Schema dafür in eine Notverordnung umgegossen worden. Diese Notverordnung wurde nach der Erklärung des Centralverbandes erlassen[13] und die Wiedereröffnung des Bankverkehrs nach Ablauf der zwei Bankfeiertage in Aussicht genommen.

Während der beiden Bankfeiertage stellte sich immer stärker heraus, daß eine Wiedereröffnung ohne weiteres weder bei den Banken noch bei den Sparkassen möglich sei. Maßgebend dafür war der durch die Unruhe der Bevölkerung gesteigerte Geldbedarf sowie ferner das sich vermehrende Mißtrauen gegenüber der Dresdner Bank. Die nächsten Bemühungen galten der Beschaffung der Gelder für die Lohn- und Gehaltszahlungen und für die notwendige Aufrechterhaltung des Wirtschaftsverkehrs.

Die Bestrebungen auf Schaffung eines Ersatzgeldes, die bereits zu dem Entwurf einer entsprechenden Notverordnung geführt hatten[14], wurden wieder eingestellt,

---

11 Aufruf der Reichsregierung vom 13. 7. 1931, Schulthess 1931 S. 156 f.

12 Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft.

13 Verordnung des Reichspräsidenten über Bankfeiertage vom 13. 7. 1931, RGBl. 1931 I S. 361; Durchführungsverordnung vom 13. 7. 1931, RGBl. 1931 I S. 363.

14 Chefbesprechung am 13. 7. 1931, 19 Uhr, BA R 43 I/2371.

nachdem sich gezeigt hatte, daß das Ausland (amerikanische Botschaft[15] und mehrere Vertreter der großen ausländischen Presse) auf diese Maßnahmen sehr heftig reagierten und in ihr einen Vorgang sahen, der ein Stillhalten des Auslandes oder gar neue Kredite unmöglich machen würde.

Aus dem gleichen Grunde wurde der Gedanke eines Moratoriums zurückgestellt. Daß ein Inlandsmoratorium letzten Endes ein Erlahmen der Wirtschaft bedeuten würde, war bereits aus den Vorgängen während der Bankfeiertage auch denjenigen klar geworden, die vorher noch eine solche Maßnahme propagiert hatten. Auch der Gedanke eines Auslandsmoratoriums, der mehrfach von den Bankiers angeregt worden war (*Wassermann, Solmssen, Frisch,* zeitweise sogar auch *Melchior*), erschien von Tag zu Tag bedenklicher, vielmehr wuchs die Erkenntnis, daß man sich zumindestens mit den wesentlichsten Bankgläubigern draußen durch Stillhalte-Vereinbarungen verständigen müsse. Im übrigen standen die Erörterungen unter dem Zeichen der bevorstehenden Pariser und Londoner Aussprachen, bei denen man Stillhaltezusagen und kurzfristiges Geld zu erreichen hoffte. Die Haltung der Reichsbank war dabei eine andere als die der Regierung. Die Reichsbank versprach sich von kurzfristigen Geldern allein keine Sicherung, während die Regierung in der Erkenntnis, daß langfristiges Geld ohne politische Zugeständnisse nicht zu erhalten wäre, für eine Übergangszeit mit einem Rediskontkredit für Reichsbank oder Golddiskontbank oder einem anderen kurzfristigen Kredit sich begnügen wollte.

VI.

Gang und Ergebnis der Konferenzen.

Ziel der Verhandlungen waren die beiden in der Anlage 1 niedergelegten Einzelmaßnahmen, nämlich Stillhaltung der bisherigen Auslandsgläubiger und Beschaffung neuen Kapitals, um die Reichsbank durch Auffüllung ihrer Dekkungsmittel wieder aktionsfähig zu machen und gleichzeitig den inneren Geldmarkt wieder zum Leben zu bringen.

Unmittelbar nach meinem Zusammentreffen mit dem Reichskanzler und dem Außenminister in Dover sagten mir *Bülow* und *Krosigk,* daß irgendeine Aussicht, von den Franzosen oder den Amerikanern langfristiges Geld zu bekommen, zur Zeit nicht bestehe. Die Franzosen machten, abgesehen von den politischen Bedingungen, die noch im Hintergrund lauerten, ihre Mitwirkung von einer Mitwirkung der Amerikaner und Engländer abhängig. Die Amerikaner seien in Abwesenheit ihres Kongresses bis zum Dezember gehindert, etwas zu tun, und bei den Engländern gebe der Markt nichts her. Es bliebe daher für die Londoner Konferenz nur die Möglichkeit der kurzfristigen Zwischenfinanzierung, wie wir das übrigens schon in Berlin vorausgesehen hatten. Auf diese wurde in den verschiedenen Sitzungen hingearbeitet. Die entscheidende Sitzung war eine Besprechung mit dem Governor der Bank von England in Gegenwart des Reichskanzlers, des Mr. *Sprague* und *Krosigks* und *Vockes.* Dabei brachte Montagu *Norman* ganz klar zum Ausdruck, daß er nicht in der Lage sei, irgendwie neues Geld von sich aus zu

15 Aktenvermerk des Staatssekretärs *v. Bülow* vom 14. 7. 1931 über eine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter am 13. 7. 1931, PA Büro RM, 3 F/1.

gewähren oder sich auch nur an einer solchen Aktion zu beteiligen[16]. In einer späteren Sitzung unterstrich *Snowden* den gleichen Gesichtspunkt im Hinblick auf die schlechte Lage des Londoner Marktes. Auch die Amerikaner erklärten, nichts tun zu können. Die Franzosen sagten, daß bei dieser Sachlage ihre Notenbank nur bei einer Garantie der französischen Regierung helfen könnte. Die französische Regierung könne eine solche aber nur nach einer Vorbereitung der Volksstimmung und unter gewissen Voraussetzungen erteilen. Die Franzosen lehnten es daher ab, eine auf belgischen Antrag in einen Entwurf aufgenommene Empfehlung eines großen Rediskontkredits in die Konferenzbeschlüsse zu überführen.

Der Kanzler wies darauf, daß hierdurch die Durchhaltung der deutschen Situation schwer gefährdet sei, mehrfach und mit Nachdruck hin. Von da ab blieb für die Londoner Konferenz nur noch als erreichbares Verhandlungsziel folgendes:

1. Verlängerung des bereits gewährten Rediskontkredits um 3 Monate.

2. Anerkennung, daß die deutsche Lage durch wirtschaftlich unberechtigte Abziehung ausländischer Kredite herbeigeführt worden sei.

3. Anerkennung, daß diese Lage ein gemeinsam zu lösendes Problem sei.

4. Anerkennung, daß die Garantie-Basis der Golddiskontbank eine geeignete Grundlage für ausländische Kredite darstelle.

5. Empfehlung an die noch vorhandenen kurzfristigen Gläubiger Deutschlands zur Stillehaltung.

6. Einsetzung eines Komitees, das die Konvertierbarkeit der kurzfristigen Schulden in langfristige untersuchen solle.

7. Betrauung desselben Komitees mit der Untersuchung des unmittelbaren Bedarfs Deutschlands an neuem Geld.

Diese Beschlüsse sind erreicht worden. Nach einem besonderen Kampfe ist auch festgestellt worden, daß die Benennung der Mitglieder des Komitees durch die einzelnen Notenbankpräsidenten und nur die formale Einberufung durch die BIZ stattfinden sollte.

Ferner gelang es uns, Zusagen von Marcus *Wallenberg* und *Sprague* zu erreichen, daß sie uns in Berlin bei den Maßnahmen der bevorstehenden Wochen beraten würden.

VII.

Auf der Rückreise von London nach Brüssel überlegten wir uns, was geschehen solle, wenn der Zahlungsmittelumlauf nicht ausreiche und es nicht gelingen würde, die Reichsbank zur Ausgabe größerer Markbeträge zu bewegen.

Wir hatten bei den Verhandlungen in London von der anderen Seite mehrfach Anregungen erhalten, aus denen hervorging, daß unter gewissen Voraussetzungen solche Ersatzzahlungsmittel unschädlich seien. Auf Grund dieser Anregungen machten wir einen Plan, der aus der Anlage 2[17] ersichtlich ist. Diese Anregung gaben wir telefonisch von Brüssel nach Berlin durch.

16 *Norman* verwies auf tägliche Abzüge bis zu 2 Millionen Pfund in Gold. Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. 21. 7. 1931.

17 Nicht abgedruckt.

VIII.

Entwicklung der Fragen zu Hause während meiner Abwesenheit.

Während meiner Abwesenheit war insbesondere das Problem der Wiederaufnahme des vollen Zahlungsverkehrs erörtert worden.

Dieses Problem zeigte drei Unterfragen:

A) Wiederingangsetzung der Danat-Bank,

B) die Verhinderung eines Zusammenbruchs des Zahlungsverkehrs infolge der Lage der Dresdner Bank,

C) die Gründung einer Akzeptbank als ein Mittel, um für die Ausgabe von Reichsbanknoten beim Wiederbeginn des Zahlungsverkehrs die nötigen Deckungen zu schaffen.

Im Zusammenhang hiermit ergaben sich eine Reihe von Einzelfragen, die ich am Ende des ersten Tages meiner Anwesenheit hier zusammengestellt habe.

1. Das Wichtigste ist der rasche Abbau der Bankfeiertage, damit der Mangel an Geld nicht in der Wirtschaft Verheerungen anrichtet.

a) Der Weg dazu ist durch die Gründung der Akzept-Bank[18] und die Erklärungen der Reichsbank über die Bereitwilligkeit zur Erweiterung des Notenumlaufs frei. Entscheidend ist, daß bei der Durchführung keine Schwierigkeiten entstehen und daß wirklich jeder Bedarf und jede Anforderung befriedigt werden kann. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer genau vorherberechneten Technik.

b) Wenn man die Banken voll eröffnet, kann man an den Sparkassen nicht ganz vorübergehen. Mögen auch die Einlagen im allgemeinen nicht zum Geschäft und zum Leben notwendig sein, so hat sich in den letzten Jahren der Unterschied zwischen der Sparkasse und Bank doch sehr gelockert. Daraus ergibt sich als Problem zwei: Wie kann entweder gleichzeitig für die Sparkassen ausreichend gesorgt oder doch wenigstens alsbald eine Befriedigung der Sparkassen-Einleger in Aussicht gestellt werden?

2. Die Wiederingangsetzung des Zahlungsverkehrs setzt das Publikum in den Besitz von Noten. Diese sind gemäß § 31 des Reichsbankgesetzes auf Verlangen in Devisen umzutauschen. Problem drei: Was kann geschehen, um vorläufig diesen Umtausch zu verhindern?

3. Wenn die Banken ihre Schalter wieder öffnen und damit die Bankfeiertage erledigt sind, bekommt das Verhältnis zu den ausländischen Gläubigern ein neues Gesicht. Wenn man auch bezüglich der Inlandsgläubiger den Zustand der Zeit vor den Bankfeiertagen wieder einführt, bevor Stillhaltevereinbarungen getroffen sind, besteht die Gefahr weiterer Abzüge. Diese Gefahr ist einmal für die einzelne Bank verhängnisvoll, überbeansprucht andererseits die Devisendecke. Daraus ergibt sich Problem vier: Was kann geschehen, um ohne Einführung eines Auslandsmoratoriums trotz Wiedereröffnung des inneren Bankverkehrs die ausländischen Gläubiger zum Stillehalten zu bewegen?

4. Welche Mittel gibt es, wenn die Geldmengen, die auf Grund der Tätigkeit der

18 Am 25. 7. 1931. Vgl. Nr. 266, Anm. 4.

Akzept-Bank ausgegeben werden können, nicht ausreichen? Problem fünf: Arbeit einer Lombard-Kasse für kurzfristige Schulden des Reiches, der Länder und der Gemeinden mit Ausgabe von Hilfsgeld.

5. a) Wie kann man die Länder und Gemeinden notdürftig finanzieren? Problem sechs: Vergleiche Problem fünf.

b) Welche Gegenbedingungen sind für die Einzelfinanzierung zu stellen?

aa) Rechnungskontrolle

bb) Gehaltsanpassung

cc) Übertragung der Versorgungsunternehmungen

dd) Verpflichtung, keine weiteren Schulden zu machen.

6. Kann man die Beamtenbesoldung dadurch erleichtern, daß man pflichtmäßige Bankkonten einführt?

IX.

Die entscheidenden Arbeiten der nächsten Tage (ab Montag, den 27. Juli), die in ständiger Zusammenarbeit mit den Herren *Melchior* und *Schmitz* und den ausländischen Sachverständigen *Wallenberg* und *Sprague* vor sich gingen, betrafen folgende Punkte:

A) Frage der Stillehaltung des Auslandes.

Hier trafen die Herren *Tiarks, Schroeder* und Herr *Cannon* von der Chase[19] als Vertreter der englischen und amerikanischen Gläubiger ein. In längeren Verhandlungen wurde die Frage der Stillehaltung geklärt[20]. Man verständigte sich schließlich auf einen Vorschlag des deutschen Komitees an die ausländischen, der auch an die bei den Verhandlungen nicht beteiligten Plätze (wie Zürich, Amsterdam, Brüssel, Paris) weitergegeben wurde. Der Vorschlag war an sich befriedigend. Schwierigkeiten machte die Gewährung der von der Gläubigerseite geforderten Sicherheit für einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz von durchschnittlich 10% der gestundeten Forderungen durch die Golddiskontbank. Obgleich die Golddiskontbank gegründet war, um das Verbleiben kurzfristiger Kredite in Deutschland zu sichern, wünschte die Industrie jetzt, dieses Instrument für neue Kredite unbenutzt zu halten. Es kam jedoch schließlich eine Einigung über Art und Umfang der Sicherheit zustande, die nunmehr den auswärtigen Komitees als Vorschlag unterbreitet werden sollte.

B) Für die Eröffnung des Zahlungsverkehrs hatte die Reichsbank, offenbar unter Überwindung schwerer innerer Hemmungen, sich bereit gefunden, Noten in großem Umfang unter Senkung der Deckungsgrenze zur Verfügung zu stellen. Sie ging dabei von der Erkenntnis aus, daß bei restloser Erfüllung aller gestellten Zahlungsansprüche die tatsächlichen Anforderungen nicht zu groß werden würden und ein Rückfluß der abgeforderten Noten alsbald einsetzen würde. Die Eröffnung der Sparkassen sollte erst dann erfolgen, wenn die Eröffnung der Banken gelungen wäre und der Rückfluß der Noten stattgefunden hätte. Bis dahin sollte aber eine

19 Chase National Bank.

20 Die Einigung erfolgte am 29. 7. 1931. Schulthess 1931 S. 506.

gewisse Lockerung auch bei den Sparkassen einsetzen, für welche die Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten.

C) Eine Voraussetzung für das Wiederingangkommen des Zahlungsverkehrs war die Regelung der Frage der Dresdner Bank. Hier standen sich bei den Besprechungen im Wirtschaftsausschuß des Kabinetts mit den inländischen und ausländischen Sachverständigen und den Vertretern der Reichsbank drei Anschauungen gegenüber[21]:

1. Die eine, vertreten zunächst von *Wallenberg, Sprague* und *Melchior,* war dafür, das Vertrauen zur Dresdner Bank einfach durch Zahlung aller angeforderten Beträge wiederherzustellen. Die Mittel dafür sollten dadurch geschaffen werden, daß die Dresdner Bank einen Betrag von 300 Millionen RM Wechsel, die sie noch in ihrem Portefeuille besaß, über die Akzept- und Garantiebank verwertete, weitere 400 Millionen RM (die gesamten inländischen Kreditoren der Dresdner Bank betragen 1100 Millionen) sollten durch Wechsel erlangt werden, für die das Reich gegenüber der Akzept-Bank die Garantie übernehmen sollte.

2. Die zweite Ansicht, vertreten durch *Luther, Ritscher, v. der Porten, Trendelenburg* und mir, ging dahin, daß das Mißtrauen gegen die Dresdner Bank schon zu weit fortgeschritten sei, als daß mit bloßer Zahlung ein Sturm leicht abgewehrt werden könnte. Es sei vielmehr notwendig, der Dresdner Bank neues Kapital von Reichs wegen zur Verfügung zu stellen, das wir auf 150 Millionen RM schätzten. Zur Wiederherstellung des Vertrauens sollte die Reichskredit-Gesellschaft als Treuhänderin für das Aktienkapital der Dresdner Bank bestellt werden.

3. Die dritte Auffassung, vertreten von der Reichsbank und *Schmitz,* ging dahin, daß die Dresdner Bank durch eine Fusion mit der Reichskredit-Gesellschaft saniert werden sollte, bei der das Kapital der Reichskredit-Gesellschaft so weit erhöht werden sollte, bis diese zur Aufnahme der Dresdner Bank über die ausreichende Größe verfügte.

Gegen diese letzte Lösung erhoben sowohl die Leiter der Reichskredit-Gesellschaft wie der Reichsfinanzminister Widerspruch, so daß diese Lösung alsbald aus der Debatte verschwand.

Im Hinblick auf die Schwierigkeiten der Frage wurde den deutschen und den ausländischen Sachverständigen eine Bedenkzeit bis zum nächsten Tage, dem 29. Juli, gewährt.

Am 29. Juli 1931 erklärten die Sachverständigen ihre übereinstimmende Auffassung dahin, daß zur Wiederherstellung des Vertrauens und zur Wiederherstellung des gesamten Zahlungsverkehrs es notwendig wäre, die Dresdner Bank von Reichs wegen mit neuem Kapital zu versehen, für dessen Herstellung sie Vorzugsaktien anregten[22]. Das Kapital sollte möglichst 400 Millionen RM betragen. Im Hinblick auf den Einwand, daß dann die Dresdner Bank die größte der deutschen Banken würde, erklärten sie, daß man vielleicht schon mit einem Kapital von 300 Millionen RM auskommen könne, wiesen aber darauf hin, daß eine Bank, die einmal besprochen worden sei und die ihre liquiden Mittel bereits verwertet hätte, zur

21 Besprechung des Wirtschaftsausschusses des Kabinetts am 28. 7. 1931 vormittags, BA R 43 I/1450, abgedruckt in Born S. 198 ff.

22 Besprechung beim Reichskanzler am 29. 7. 1931, 11 Uhr, BA R 43 I/1450.

Wiederherstellung des Vertrauens ein größeres Kapital im Verhältnis zu ihren Kreditoren brauche als andere Banken, bei denen diese ungünstigen Voraussetzungen nicht vorlägen.

Es wurde darauf im Wirtschaftsausschuß die Wiederherstellung der Dresdner Bank mit einem vom Reich zur Verfügung zu stellenden Kapital beschlossen. Dem Kabinett wurde die Entscheidung darüber vorbehalten, ob das Kapital 300 oder 400 Millionen betragen sollte.

D) Das zweite Problem, das vor der Wiederherstellung des Zahlungsverkehrs gelöst werden mußte, war die Wiederingangsetzung der Danat-Bank. An sich bot die Akzept- und Garantiebank zusammen mit der hinter der Danat-Bank stehenden Reichsgarantie die nötige Sicherheit, um Finanzwechsel der Danat-Bank bei der Reichsbank unterzubringen. *Bergmann* legte jedoch entscheidendes Gewicht darauf, bei der Wiedereröffnung der Danat-Bank über ein neues Kapital zu verfügen. Hierüber fanden zwischen den einzelnen Herren der Schwerindustrie, die an der Danat-Bank interessiert sind *(Vögler, Flick, Krupp)* sowie anderen Herren aus dem Westen *(Silverberg)* Unterhaltungen statt. Die Unterhaltungen führten nicht zu dem von *Bergmann* gewünschten Ergebnis, daß die Industrie 35 Millionen im Besitz der Danat-Bank und ihrer Verwaltung befindlichen Aktien zum Kurse von 150 übernehmen sollte[23]. Eine Erneuerung dieser Unterhaltung am 29. Juli früh durch Minister *Dietrich* hatte ein günstigeres Ergebnis. Die Industrie verpflichtete sich, die 35 Millionen zum Kurse von 125 zu übernehmen, wenn das Reich weitere 40 Millionen zum gleichen Kurse übernehmen würde, ihr außerdem die von ihr zu leistenden Beträge vorstrecken würde und wenn schließlich die Frage der Dresdner Bank ohne Gewährung eines besonderen Kredits ihre Lösung fände[24]. Diese letzte Bedingung ließ die Industrie bei einer nochmaligen Unterhaltung im Laufe des Nachmittags gegenüber dem Reichsfinanzminister fallen.

Bei der Besprechung im Wirtschaftsausschuß vertraten die ausländischen und inländischen Sachverständigen den Standpunkt, daß an sich eine Wiederherstellung des Kapitals der Danat-Bank im Hinblick auf die ihr zur Verfügung stehende Reichsgarantie keine brennende Frage sei. Für den Fall, daß das Reich sich auf die Vorschläge der Industrie einlasse, empfahlen sie, das neue Geld gegen Vorzugsaktien zu geben, weil keinerlei Anlaß bestünde, den freien Aktionären ihre Aktien voll aufzuwerten, während z. B. die Aktionäre der Dresdner Bank viel schlechter fortkämen.

In dieser Sitzung betonte der Kanzler, daß der Rat, die Dresdner Bank einfach durch Zahlung und ohne ein neues Kapital zu sanieren, ihm von einer Seite gekommen sei, die in den letzten Wochen mehrfach so schlecht beraten hätte, daß er ihr keinen Einfluß auf seine Entschließungen einräumen könne[25].

Die Entschließung darüber, ob die Danat-Bank mit neuem Kapital ausgestattet werden sollte, wurde auf den 30. Juli verschoben.

---

23 Anm. 21.

24 Anm. 22.

25 Dem Schäffer-Tagebuch zufolge fiel diese Bemerkung nicht in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses, sondern in der am gleichen Tag stattfindenden Kabinettssitzung. Nachlaß Schäffer ED 93, Tgb. 29. 7. 1931.

X.

In der Kabinettssitzung am 30. Juli[26], an der lediglich die deutschen Sachverständigen unter Hinzuziehung des Präsidenten der Akzept- und Garantiebank *(Dernburg)* teilnahmen, war eine Änderung in der Auffassung des Kanzlers eingetreten. Unterhaltungen mit der Industrie und einzelnen Vertretern der anderen Banken hatten dazu geführt, daß er fürchtete, durch die Ausstattung der Dresdner Bank mit 300 Millionen den anderen Banken Abbruch zu tun und die Depositen von diesen Banken zur Dresdner Bank und zur Danat-Bank zu ziehen. Eine Zwischenlösung dahingehend, daß nicht für eine bestimmte Bank die Garantie übernommen würde, sondern daß der Überweisungssaldo garantiert würde, schien ihm vorzuschweben. Eine solche Lösung wäre zwar an sich der Dresdner Bank als derjenigen, von welcher die Gelder voraussichtlich fortgingen, zugute gekommen, hätte sich aber nicht ausdrücklich auf diese bestimmte Bank bezogen.

Gegen diese Lösung wandten sich der Reichsbankpräsident, *Melchior* und ich, in schwächerem Maße auch *Trendelenburg,* weil eine solche Lösung nicht das Vertrauen herstellte, das zur Wiedereröffnung des Zahlungsverkehrs erforderlich sei. Eine solche Lösung würde zwar die Technik der Überweisung reibungslos machen, würde aber der Dresdner Bank, die doch als Bank weiterarbeiten soll, die Gelder sowohl durch Barzahlungen wie durch Überweisungen entziehen. Dr. *Melchior* wandte ein, daß [sich] die Bedenken der anderen Banken, die Konten würden sich von ihnen zur Dresdner Bank und zur Danat-Bank begeben, durch eine gegenseitige Kontenvereinbarung, wonach keiner neue Überweisungskonten, die bisher beim anderen waren, übernehmen dürfe, vielleicht während eines Monats aus der Welt schaffen lassen [würden].

Die Frage wurde noch einmal den Sachverständigen überwiesen und sollte neu erörtert werden.

Auch über die Danat-Frage wurde eine Entschließung nicht gefaßt.

Am Nachmittag und Abend des 30. Juli wurde zusammen mit den ausländischen und inländischen Sachverständigen die gesamte Frage noch einmal besprochen[27]. Es wurden in der darauffolgenden Kabinettssitzung[28] entsprechend den einstimmigen Vorschlägen folgende Beschlüsse gefaßt:

A) Die Danat-Bank wird von der Industrie selbst durch Auffüllung des Aktienkapitals auf 60 Millionen saniert. Die Auffüllung erfolgt in der Weise, daß die 35 Millionen, die in den Händen der Danat und ihrer Verwaltung sind, zum Kurse von 125 übernommen werden. Der Betrag wird vom Reich in Schatzanweisungen vorgelegt und von der übernehmenden Industrie in Raten vom 5. Jahre ab getilgt. Im übrigen wird die Haftung des Reichs für neue Kreditoren der Danat-Bank vorläufig weiterbestehen.

B) Die Dresdner Bank bekommt ein neues Vorzugsaktienkapital von 300 Millionen durch Schatzanweisungen des Reichs. Die Schatzanweisungen sind 7%ig verzinslich, die Vorzugsaktien tragen eine 7%ige kumulative Dividende.

---

26 Ministerbesprechung am 30. 7. 1931, 12 Uhr, BA R 43 I/1450.

27 Vgl. Nr. 275.

28 Ministerbesprechung am 30. 7. 1931, 17 Uhr, BA R 43 I/1450.

C) Die Mitglieder der Verwaltungen beider Banken sollten Erklärungen abgeben, daß sie zu einem jederzeitigen Rücktritt auf Verlangen der Reichsregierung bereit seien. Über die Frage der Neubesetzung ist im Kabinett noch nicht gesprochen worden.

D) Der Zahlungsverkehr soll am Montag[29] voll eröffnet werden. Der Reichsbankpräsident und der Reichsbankvizepräsident erklären, daß technische Schwierigkeiten vom Standpunkt der Reichsbank nicht mehr vorhanden seien, weder hinsichtlich des Bestehens der nötigen Notenmengen noch hinsichtlich der Verteilung der Noten. Schwierigkeiten könnten bestehen hinsichtlich der Beschaffung der Unterlagen für die Akzeptbank, auf Grund deren diese ihre Akzepte gegenüber der Reichsbank erteilen könnte. Diese Schwierigkeiten verspricht *Dernburg* aus der Welt zu räumen. Man müßte die Provinzbankiers auf den nächsten Tag herbestellen, sich von ihnen Blanko-Tratten ausstellen lassen, die dann nach Maßgabe des Eingangs vervollständigt werden könnten.

E) 1. Schwierigkeiten macht noch die Behandlung der Sparkassen-Frage. Es erscheint gewagt, den Sparkassen-Verkehr gleichzeitig mit dem Bankverkehr sofort zur Zahlung übergehen zu lassen, weil alsdann die benötigte Notenmenge zu groß werden könnte. Außerdem fehlt es den Sparkassen an Unterlagen, die auch nur äußerlich reichsbankfähig gemacht werden können. Andererseits wird in weiten Schichten der unteren Bevölkerung, wenn die Banken wiederum voll zahlen, die Sparkassen es aber nicht tun, eine Beunruhigung entstehen. Es muß also auch Ziel sein, den Sparkassen-Verkehr unmittelbar wieder auftun zu können. Das wird vielleicht am leichtesten gehen, wenn sich die Eröffnung der Bankschalter reibungslos vollziehen wird und der Rückfluß der Noten – wenigstens zum großen Teil – wieder eingetreten ist. Zur Beruhigung der Bevölkerung wird es wichtig sein, den Tag, an dem der Sparkassen-Verkehr wiederaufgenommen werden kann, alsbald zu bestimmen. Man könnte ihn etwa 10–12 Tage nach dem Beginn des Bankverkehrs legen.

Weiter wird zu dem gleichen Zweck eine gewisse Abschlagszahlung noch auf den Lauf der mit dem 3. August beginnenden Woche gelegt werden müssen. Was geschehen kann, um den Sparkassen den für die erste Liquidität erforderlichen Notenbetrag zu beschaffen (Lombardkasse?), ist noch zu überlegen.

2. Der Wettbewerb zwischen Sparkassen und Banken spielt in diesen Fragen eine gewisse Rolle. Die Banken haben neben ihrem Kontokorrent-Verkehr, der in viele Milliarden geht, auch ein paar hundert Millionen (vier bis fünf) eigentliche Sparkonten (Depotbücher). Wenn diese zurückgezahlt werden, ohne daß die Sparkassen mit ihren Milliardenbeträgen offen sind, so würde das möglicherweise für die Zukunft einen Abfluß von den Sparkassen an die Banken bedeuten, der sachlich unerwünscht ist. Andererseits haben die Sparkassen 1,9 Milliarden Giral-Gelder, die nicht als eigentliche Spardepots anzusehen sind, sondern zum Teil Betriebsgelder der Wirtschaft, insbesondere der kleineren Wirtschaft sind. Man müßte versuchen, eine Scheidung dadurch zu finden, daß die Giral-Gelder den Sparkassen überwiesen und möglichst auch gezahlt werden und daß andererseits die Spargelder der Banken so lange noch gesperrt bleiben, bis die Sparkassen geöffnet werden. Ob dies technisch möglich sein wird, muß noch geprüft werden.

29 3. 8. 1931.

XI.

Am 31. Juli[30] läutete mich Staatssekretär *Pünder* früh an und teilte mir mit, daß er vom Präsidenten *Luther* erfahren hätte, dieser halte die Eröffnung des Zahlungsverkehrs am Montag für gänzlich ausgeschlossen. Er hätte den Eindruck, daß das Reichsbankdirektorium sich überhaupt nicht auf einen bestimmten Zeitpunkt für die Eröffnung festlegen wolle. Er regte an, daß man in der bevorstehenden Sitzung des Reichsbankdirektoriums etwas täte, um diesen Standpunkt zu ändern. Der Reichsfinanzminister begab sich darauf in das Reichsbankdirektorium und drückte dort ganz stark auf eine möglichst rasche Eröffnung des Zahlungsverkehrs. Dennoch beschloß das Reichsbankdirektorium, daß vor Donnerstag[31] eine solche Eröffnung nicht stattfinden könnte, weil die Unterlagen der Provinzbanken nicht rascher zu beschaffen wären.

Ferner wurde im Laufe des Spätvormittags angeläutet, daß Direktor *Sobernheim* von der Commerz- und Privatbank den Reichskanzler aufs dringendste bestürmte, man solle das Kapital der Dresdner Bank nicht über 150 Millionen festsetzen, weil sonst Gefahr für alle Banken bestünde[32]. Auch der Reichsfinanzminister war im gleichen Sinne von *Sobernheim* bedrängt worden. Nachdem bereits in Bankkreisen und darüber hinaus bekannt geworden war, daß das neue Kapital mit 300 Millionen Mark normiert werden sollte, hatte ich Bedenken, ob man von dieser Summe noch heruntergehen könnte. Diese Bedenken wurden auch durch *Wallenberg* und *Sprague* geteilt.

In der Kabinettssitzung am Nachmittag[33] kam zunächst die Frage der Kapitalausstattung der Dresdner Bank zur Verhandlung. Diese bedurfte einer sofortigen Entscheidung, weil am nächsten Tage bereits die Aufsichtsratssitzung stattfinden sollte. Der Reichskanzler stellte die Frage – indem er [sich] seine Entscheidung zunächst vorbehielt – zur Erörterung. Der Reichsfinanzminister gab die Gründe für und gegen ein besonders hohes Kapital an. Nach Anhörung unserer Sachverständigen wurde alsdann beschlossen, das Kapital auf 300 Millionen festzusetzen. Maßgebend dafür war die Erwägung, daß eine Bank, die bereits so stark besprochen worden ist und die ihre liquiden Werte bereits abgegeben hat, ein anderes Verhältnis zwischen ihrem Kapital und ihrer Bilanzsumme brauche als eine Bank, bei der alle diese Voraussetzungen nicht gegeben seien. Insbesondere sprach sich auch *Melchior* dahin aus, daß der Stand der öffentlichen Meinung über diese Bank unbedingt zu einer größeren Vorsicht in der Bemessung des Kapitals führen müsse.

Im Laufe des Abends fand alsdann die Kabinettssitzung über den Zeitpunkt der Aufnahme des Zahlungsverkehrs statt[34]. *Luther* legte dar, daß bei einer Eröffnung des Zahlungsverkehrs erst am Donnerstag alle Vorbereitungen sicher getroffen werden könnten, während er bei einer früheren Eröffnung für die Beschaffung und

30 Im Original irrtümlich 30. Juli. Vgl. Nr. 277.

31 6. 8. 1931.

32 Vermerk *Pünders* über eine Mitteilung *Sobernheims* vom 31. 7. 1931. BA R 43 I/1450.

33 Besprechung mit Wirtschaftssachverständigen am 31. 7. 1931, 17 Uhr, BA R 43 I/2372.

34 Ministerbesprechung am 31. 7. 1931, 17 Uhr, BA R 43 I/1450.

Prüfung der Unterlagen für die verschiedenen Reichsbankstellen im Lande keine Gewähr übernehmen könnte. – *Dernburg* hielt eine größere Beschleunigung für möglich. – Der Finanzminister erklärte, er bestehe unbedingt auf einer bereits früheren Eröffnung des Zahlungsverkehrs. – Auch der Reichswehrminister stellte sich auf den letzteren Standpunkt.

Es wurde alsdann beschlossen, daß der Zahlungsverkehr bereits am Mittwoch[35] eröffnet werden sollte. Das Reichsbankdirektorium trat in später Nachtstunde noch dem Beschlusse bei und versandte die nötigen Depeschen an die verschiedenen Reichsbankstellen.

XII.

Am 1. August wurde im Zusammenhang mit der Aufsichtsratssitzung der Dresdner Bank die Frage der künftigen Personalien sowohl der Dresdner wie der Danat-Bank erörtert[36].

Der Reichskanzler legte Wert darauf, die Möglichkeit zu haben, sich mit der Regierung in einem späteren Zeitpunkt darüber schlüssig zu machen, welche Persönlichkeiten in Vorstand und Aufsichtsrat beizubehalten seien und welche Persönlichkeiten durch andere ersetzt werden sollten. Zu diesem Zwecke wurden von den leitenden Männern der Dresdner Bank Erklärungen eingeholt, daß sie ihre Ämter zur Verfügung stellten und bereit seien, jederzeit auf Verlangen der Reichsregierung zurückzutreten. Die Reichsregierung behielt sich vor, einen entsprechenden Wunsch später zu äußern.

Die Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank hatten bereits unmittelbar nach Erklärung der Reichsgarantie entsprechende Mitteilung an die Reichsregierung gelangen lassen. Auch hier hatte sich die Reichsregierung alles Weitere vorbehalten.

Beide Mitteilungen wurden trotz gewisser Schwierigkeiten der leitenden Persönlichkeiten veröffentlicht, um zum Ausdruck zu bringen, daß die starke Reichsbeteiligung eine Änderung in der Organisation rechtfertige.

XIII.

Heute, am 5. August, wurden die Banken zum vollen Zahlungsverkehr eröffnet. Einige Banken hatten schon vorher ihre Zahlungen voll wiederaufgenommen. Ich besuchte 31 Depositenkassen in den verschiedenen Stadtteilen von Berlin, um mir ein Urteil über die Haltung des Publikums zu bilden. Es herrschte überall vollkommene Ruhe. Es wurden fast überhaupt keine Abhebungen gemacht.

Nachmittags ist Kabinettssitzung[37] über die Eröffnung der Sparkassen, die unter dem Eindruck des günstigen Verlaufs der Bankeneröffnung steht. Einige gesetzgeberische Änderungen sind noch erforderlich, um die Eröffnung der Sparkassen vorzubereiten. Insbesondere müssen in einem gewissen Umfange die Sparkassen

35 5. 8. 1931.

36 Ministerbesprechung am 1. 8. 1931, BA R 43 I/1451.

37 Ministerbesprechung am 5. 8. 1931, 13 Uhr, BA R 43 I/1451.

das Recht der Wechselausstellung erhalten, andererseits muß verboten werden, daß die Sparkassen die Gelder, die sie von der Akzept- und Garantiebank und der Reichsbank erhalten, dazu benutzen, um sie erneut bei den Gemeinden festzulegen. Eine solche Notverordnung soll ergehen. Alsdann sollen die Sparkassen am Sonnabend[38] eröffnet werden. Die Reichsbank verlangt für die Sicherheit der Wechseleinlösung seitens der Sparkassen eine gewisse interne Garantie der Länder. Über die Formulierung einer Garantie unter dem Gesichtspunkt, daß sie nicht innerhalb kurzer Zeit fällig werden dürfte, sollen Sonderverhandlungen mit Preußen stattfinden.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsbank und Preußen sowie den anderen Ländern über die Stellung einer Garantie zur Beschaffung der Unterlagen für die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs bei den Sparkassen führen am Nachmittag zu einem befriedigenden Ergebnis.

XIV.

Am 6. August abschließende Unterhaltung mit Marcus *Wallenberg,* der mir seine Gedankengänge über eine Reihe von hier noch zu beachtenden Gesichtspunkten mitteilt. Er rät einmal, die Verfügung über die inneren Guthaben ausländischer Banken möglichst weitgehend freizugeben, die Devisenverordnung[39] so weit zu lockern, daß sie Deutschland keine Schwierigkeiten mit den Nachbarländern einträgt, die Ausreise-Verordnung[40], die gleichfalls – wenigstens zur Zeit – weniger Nutzen als Verärgerung schafft, möglichst rasch aufzuheben und dafür zu sorgen, daß die Reichsbank nur kürzeste Zeit auf dem hohen Diskont sitzen bleibt.

Wir besprachen dann zusammen mit Jacob *Wallenberg* die Frage der Ablösung der kurzfristigen Gemeindeschulden. Er regt die Frage einer Los-Anleihe an, die ich alsbald prüfen lasse.

Abends Unterhaltung mit *Mosler* vom Börsenvorstand über die Wiedereröffnung der Börse. Er rechnet mit dem 14. August[41]. Es sollen alsdann die Termingeschäfte weiter verboten bleiben, ebenso keine variablen Kurse notiert werden. Über die Handhabung der Liquidation der alten Geschäfte sollen besondere Vereinbarungen mit dem Kassenverein getroffen werden.

XV.

Am 7. August Beschlußfassung im Kabinett über Lockerung der Devisenverordnung, soweit es sich um den Warenimport handelt. Fortfall der listenweisen Beschränkung für die Devisenbeschaffung zur Zahlung bestimmter Waren.

---

38 8. 8. 1931.

39 Verordnung des Reichspräsidenten über die Devisenbewirtschaftung vom 1. 8. 1931, RGBl. 1931 I S. 421.

40 Verordnung des Reichspräsidenten über die Erhebung einer Gebühr für Auslandsreisen vom 18. 7. 1931. RGBl. 1931 I S. 376; Durchführungsbestimmungen vom 21. 7. 1931, RGBl. 1931 I S. 389.

41 Die Börse wurde erst am 3. 9. 1931 wieder geöffnet. Schulthess 1931 S. 184f., 188, 200.

XVI.

Am 7. August Wiedereröffnung der Sparkassen. Nach den bis zum Nachmittag vorliegenden Meldungen aus Berlin und dem Reich [ist] vorläufig alles ruhig. Die Berliner Aufforderungen an die Kassen sind etwas höher als an anderen Stellen. Nur aus Magdeburg und Köln werden gleichfalls hohe Anforderungen gemeldet. Im ganzen bleiben die Anforderungen stark hinter den Erwartungen zurück, die Einzahlungen übersteigen die Abziehungen.

XVII.

8. August 1931. Erneut tritt das Problem der Schröder-Bank[42] auf, deren Verhältnisse sich doch bei der treuhänderischen Prüfung noch erheblich ungünstiger gezeigt haben, als vorher angenommen wurde. Die Verluste sind auf 70 Millionen zu schätzen, zweifelhafte Posten kommen noch in Höhe von 20 Millionen hinzu. Es ist die Frage, ob das Reich auch noch unter diesen Umständen an der Sanierung der Schröder-Bank festhält. Die Verantwortung ist erheblich größer als bei den anderen Banken insofern, als hier ein Betrag gegeben werden muß, der mit Gewißheit verloren ist. Auf der anderen Seite sprechen eine Reihe von Gründen im allgemeinen Interesse stark für die Beteiligung des Reiches auch unter den ungünstiger gewordenen Umständen. Diese Gesichtspunkte sind:

A) Das Zustandekommen der ausländischen Stillhaltung ist ausdrücklich in den Vorschlägen von einer alsbaldigen Wiedereröffnung der Schröder-Bank abhängig gemacht.

B) Ein Zusammenbrechen der Schröder-Bank in diesem Zeitpunkt würde das wieder gefaßte Vertrauen zerstören und damit möglicherweise die mit so großen Opfern (Danat-Garantie und Dresdner-Kapital) erkaufte Beruhigung des Publikums erneut vernichten.

C) An der Schröder-Bank hängen kreditmäßig in großem Umfange die deutschen Schiffahrts-Gesellschaften, zunächst der Norddeutsche Lloyd, im Verfolg dieses auch die anderen Schiffahrtsgesellschaften. Nach den Angaben, die Geheimrat *Stimming* dem Finanzminister über die kurzfristige Verschuldung des Norddeutschen Lloyd gemacht hat, ist von dem Zusammenbrechen der Schröder-Bank eine sehr starke Rückwirkung auf die Zahlungsfähigkeit des Lloyd zu erwarten. Im Falle einer Zahlungsunfähigkeit des Lloyd würde aber eine Rückwirkung auf andere große deutsche Unternehmungen, unter den auch Banken sind, nicht ausbleiben können.

Aus all diesen Gründen wird vom Reichsfinanzminister zusammen mit dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsbankpräsidenten beschlossen, die Sanierung der Schröder-Bank zusammen mit dem Staate Bremen auch unter den erschwerten Verhältnissen der neueren Revisionsergebnisse durchzuführen.

---

42 Vgl. Nr. 251. Am 20. 7. 1931 wurden die Schwierigkeiten der Schröder-Bank erörtert. Chefbesprechung über den Fall Schröder-Bank, Bremen, und die Kassenlage in Hamburg und Bremen, BA R 43 I/2371. Über die Stützungsaktionen des Reiches, der Hansestadt Bremen und der Bremer Wirtschaft Born S. 123 f.

279 d.

1. 10. 1931: Denkschrift der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft über die Juli-Ereignisse im Bankgewerbe (Auszüge)

BA R 43 I/647. Unterstreichungen.

Eine Untersuchung der Julikrise und aller in ihrem Verlaufe zutage getretenen Einzelerscheinungen wird niemals zu dem Kern der Dinge vordringen können, wenn sie sich auf die Ereignisse beschränkt, die sich in den dem 13. Juli unmittelbar vorausgehenden 6 Wochen abgespielt haben. Der in diesen Wochen einsetzende und panikartig zunehmende Run der Auslandsgläubiger auf Deutschland, der sich im Gegensatz zu bereits vorher erfolgten Abziehungen unterschiedslos auf alle deutschen Schuldner kurzfristiger Auslandskredite erstreckte, gab nur den entscheidenden Anstoß zu einer Zuspitzung, die sich lange vorbereitet hatte.

Die Faktoren, in denen die letzten Ursachen der Geld- und Währungskrise des Juli wurzeln und die, seit vielen Jahren vorhanden, sich im Laufe der Zeit immer stärker akzentuieren mußten, sind ebenso auf außenpolitischem wie auf innerpolitischem und innerwirtschaftlichem Gebiet zu suchen. Außenpolitisch steht an erster Stelle die Behandlung des im Kriege unterlegenen Deutschland durch die Siegerstaaten. Dabei ist nicht nur an die Reparationsüberlastung zu denken, wenn diese auch stets den entscheidenden Druck ausgeübt hat. Die Reparationsleistungen bedeuteten für die deutsche Wirtschaft einen ständigen Blutverlust, der es verhinderte, daß die durch Krieg und Inflation zerrüttete deutsche Kapitalbilanz wieder annähernd ins Gleichgewicht kam. Sie trugen deshalb ausschlaggebend zu der Höhe der Zinssätze in Deutschland bei; sie zwangen aber vor allem Deutschland, sich das fehlende Kapital im Kreditwege vom Ausland zu beschaffen. Das Ausland stellte diese Kredite nur gegen Zuschlag hoher Risikoprämien zur Verfügung, weil es die durch den Versailler Vertrag für Deutschland geschaffenen Verhältnisse als besonders risikoreich ansah. Eine Reihe von Jahren hatte die Lage der fremden Emissionsmärkte die Plazierung zahlreicher deutscher Anleihen mit langen Laufzeiten ermöglicht. Unter den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise verschlechterte sich die Aufnahmefähigkeit der auswärtigen Kapitalmärkte mehr und mehr, und es war Deutschland nur noch möglich, die nach wie vor benötigte fremde Kapitalhilfe kurzfristig zu erhalten. So kam es zu einem immer bedrohlicheren Anwachsen der kurzfristigen Auslandsverschuldung. Ende 1930 war der Zustand erreicht, daß die Summe der kurzfristigen Auslandsverpflichtungen mit 10,3 Milliarden RM diejenige der langfristig gewährten Anleihen um 1 Milliarde RM überstieg.

Innerpolitisch hatte sich die deutsche Wirtschaftspolitik einer ununterbrochenen Reihe schwerer Fehler schuldig gemacht, deren Folge die finanzielle Überanspannung immer mehr verdichtete und die Entwicklung einer krisenhaften Zuspitzung zutrieb. Die in Betracht kommenden Tatsachen sind so oft und so eingehend erörtert worden, sie sind in so weitem Umfange Allgemeingut der nationalökonomischen Wissenschaft, daß sich in diesem Zusammenhang ein Eingehen auf Einzelheiten erübrigt. Eine in den Gedankengängen der Inflationszeit befangene

und falsche soziale Rücksichten nehmende Steuerpolitik verhinderte eine ausreichende innere Kapitalbildung und trug wesentlich zu dem Anwachsen der Verschuldung an das Ausland bei. Weitere Kapitalausfälle entstanden für die heimische Wirtschaft durch die Kapitalflucht, die wiederum sehr maßgeblich durch die überhohe Besteuerung verursacht wurde. Die Lohnpolitik oder, besser gesagt, die staatliche Zwangsbewirtschaftung der Löhne veranlaßte die Unternehmungen zu überstürzter Rationalisierung mit dem Ziel, die teure menschliche Arbeitskraft durch die Maschine zu ersetzen. Hierdurch entstand erhöhter Kapitalbedarf, der ebenfalls die Verschuldung an das Ausland steigerte. Das Ergebnis aller dieser Faktoren war, daß bei dem Einsetzen des Konjunkturabstiegs und seinem allmählichen Übergang in die Wirtschaftskrise zahlreiche Wirtschaftszweige einerseits eine viel zu große, die Selbstkosten der Erzeugnisse übersteigende Produktionskapazität aufwiesen und andererseits eine Schuldenlast zu tragen hatten, deren Verzinsung bei der Schwere der eingegangenen Bedingungen in einer Zeit guter Konjunktur und voller Beschäftigung der geschaffenen Anlagen wohl möglich gewesen wäre, sich in der Depression aber als eine zu schwere Bürde erwies.

Zusammengefaßt ist zu sagen, daß auf vielen wichtigen Gebieten der Wirtschaftspolitik in Deutschland in dem vergangenen Jahrzehnt das gerade Gegenteil von dem geschehen ist, was in Erkenntnis unserer wahren Lage hätte geschehen müssen. Steuer- und Lohnpolitik hemmten die Wirtschaftsentfaltung, steigerten die Arbeitslosigkeit und führten statt zu wirtschaftlicher Belebung zu zunehmender Erstarrung, die allenthalben eine Verschlechterung der finanziellen Verhältnisse zur Folge hatte. Es fehlte an einer rationellen Wirtschafts- und Finanzpolitik, welche die Kapitalbildung bei den Unternehmungen wieder ermöglicht und dadurch deren übermäßiges Kreditbegehren gemildert hätte. Durch die falsche Lösung der Lohn- und Arbeitszeitfrage wurden die Unternehmungen gezwungen, zu viel Geld in arbeitssparende Maschinen zu investieren, und damit wurde das Sinken von Kapitalnachfrage und Zinsfuß verhindert.

Die vorstehend kurz skizzierte Entwicklung mußte sich in voller Schärfe bei den deutschen Banken auswirken. Als Vermittler der Kapitalbeschaffung zwischen Gläubiger und Schuldner gestellt, empfanden sie am schwersten die allmähliche Aushöhlung der letzteren durch eine verfehlte Steuer- und Wirtschaftspolitik. Ihre Debitoren wurden immer stärker außer Stande gesetzt, die ihnen gewährten Kredite auf Grund eigener Kapitalbildung zurückzuzahlen. Die Bankkredite wurden daher in weitem Umfange zu Kapitalbeteiligungen, sie froren ein. Für die Banken wurde es durch diese Entwicklung immer schwieriger, die im Interesse der Volkswirtschaft gebotene Erhaltung ihrer Liquidität sicherzustellen.

Man wäre vielleicht versucht, den deutschen Banken den Vorwurf zu machen, daß sie die schwebende Auslandsschuld, zum weitaus größten Teile durch sie vermittelt, nicht hätten zu einer solchen Höhe ansteigen lassen dürfen. Dieser Vorwurf würde die tatsächliche Lage völlig verkennen. Die Banken konnten sich den von allen Seiten immer dringlicher an sie herantretenden Anforderungen der Kreditgewährung um so weniger entziehen, weil hinter diesen Gesuchen der Hinweis stand, daß bei ihrer Ablehnung die Betriebe nicht weitergeführt werden könnten und die Belegschaften erheblich verkleinert werden müßten. Das

Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit, das zu bannen angesichts der staatlichen Lohnpolitik nicht möglich war, ist der Stimulus gewesen, der immer wieder dazu trieb, den Versuch zu machen, durch geborgte Kapitalzufuhr die Zeitspanne bis zum Wiederaufleben der Konjunktur zu überbrücken. Zur Erreichung dieses Zweckes reichten die aus dem Inland zur Verfügung stehenden fremden Gelder nicht aus. Ebenso war die Finanzierung der durch die Reparationszahlungen gebotenen wachsenden deutschen Ausfuhr nicht möglich, ohne in steigendem Maße auf ausländische Rembourskredite zurückzugreifen. Es kamen also verschiedene zwingende Umstände zusammen, welche die Banken zwangen, sich zur Befriedigung des von der heimischen Wirtschaft verlangten Kreditbedarfs der Auslandsgelder zu bedienen, die ihnen in reichlicher Fülle angeboten wurden. Die Möglichkeit, in Deutschland erheblich höhere Zinsen als im eigenen Lande zu verdienen, veranlaßte das Ausland zu diesen reichlichen und regelmäßig wiederholten Geldofferten. Die Automatik des Zinsgefälles funktionierte ausgezeichnet, solange keine politische Bedrohung des Vertrauens zu Deutschland eintrat.

An Warnungssignalen mit Bezug auf die Unzuverlässigkeit der kurzfristigen Auslandsgelder hatte es schon vor der Julikrise nicht gefehlt. Ein erstes Warnungssignal ertönte bereits im Frühjahr 1929, als der zeitweilige Abbruch der Reparationsverhandlungen in Paris eine durch innerpolitische Agitation verschärfte Vertrauenskrise hervorrief[1]. Diese Krise, welche die Reichsbank zum Schutz der Währung zu Restriktionsmaßnahmen veranlaßte, blieb damals eine Episode, aber die Abhängigkeit von Stimmungseinflüssen blieb seitdem bestehen.

Anderthalb Jahre später erfolgte ein neuer und weit stärkerer Stoß in Gestalt der Auswirkungen des Ergebnisses der Reichstagswahlen vom 14. September 1930. Das außerordentliche Anwachsen der radikalen Flügelparteien und der darin zum Ausdruck kommende Grad der Unzufriedenheit breiter Volksmassen mit den politischen und wirtschaftlichen Gesamtverhältnissen Deutschlands wirkte im In- und Auslande alarmierend und löste eine neue Vertrauenserschütterung von größter Heftigkeit aus. Es setzte eine Kapitalfluchtwelle ein, wie sie seit der Währungsstabilisierung kaum erlebt worden war. Die Angstpsychose griff auf das Ausland über, das sich zunächst noch abwartend verhalten hatte. Sie trat darin zutage, daß vom Auslande große Abgaben von deutschen Auslandswerten erfolgten, die deren Kurse empfindlich senkten. Zugleich setzten starke Verkäufe des Auslandes an den deutschen Börsen ein. An dem Ausbruch des ausländischen Mißtrauens steigerten sich wiederum die Besorgnisse des Inlandes. Vor allem ging das Ausland dazu über, in erheblichem Umfange seine kurzfristig nach Deutschland ausgeliehenen Gelder zurückzuziehen bzw. bei Fälligkeit nicht zu erneuern. Aus der Umwandlung inländischer Kapitalguthaben und Wertpapiere in fremde Zahlungsmittel und der Rückzahlung ausländischer Kurzkredite ergab sich ein Devisenbedarf, der die Reichsbank im Verlaufe von 3 Wochen rund 700 Millionen RM an Gold und Devisen kostete. Auch die Diskonterhöhung von Anfang Oktober 1930 brachte zunächst die Devisenabflüsse noch nicht zum Stillstand, vielmehr mußte die Reichsbank bis Mitte Oktober noch weitere 200 Millionen RM Devisen abgeben und zur Schaffung entsprechender Auslandsguthaben erneut Gold

1 Vgl. Nr. 279a, Anm. 6 und 7.

exportieren. Erst Ende Oktober waren auf dem Devisenmarkt wieder normale Verhältnisse eingetreten.

Die Oktoberkrise von 1930 hatte also erneut und in besonders empfindlichem Maße die starke Abhängigkeit Deutschlands vom Auslande und ihre Gefahren in helle Beleuchtung gerückt. Nachdem dann ein gewisser Ruhezustand eingetreten war, zeichneten sich erneut vom Frühjahr 1931 an immer deutlicher die Gefahren ab, die sich für die deutsche Wirtschaft ergeben mußten, wenn mit der Zunahme der politischen Unruhe und Mißtrauensstimmung des Auslandes gegenüber Deutschland das Milliardengebäude unserer schwebenden Auslandsverschuldung mehr und mehr ins Wanken zu kommen drohte. Die Unruhe wuchs vor allem auch in dem Maße, wie sich in der Welt die Erkenntnis durchsetzte, daß Deutschland unter dem Druck der eigenen Krise und der Weltkrise nicht länger in der Lage sein werde, die ihm durch den Young-Plan vorgeschriebenen Zahlungen zu leisten. Die geschwächte Wirtschaft und das verkürzte Volkseinkommen waren völlig außerstande, die notwendigen Steuerbeträge aufzubringen, während der Neuzufluß von ausländischem Kapital ausblieb, der bis dahin jahrelang eine in Wahrheit nicht vorhandene Zahlungsfähigkeit Deutschlands vorgespiegelt hatte. Aus dem Zufluß wurde nunmehr ein von Woche zu Woche immer stärker anschwellendes Abströmen. Einen neuen und plötzlich gesteigerten Antrieb erhielt die Berennung der deutschen Banken von Seiten ihrer Auslandsgläubiger durch den Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt. Vom Auslande und namentlich von den Vereinigten Staaten her wurden die Verhältnisse in Deutschland ohne weiteres mit denen in Österreich identifiziert, indem Mitteleuropa als ein Ganzes betrachtet wurde.

Das nächste kritische und den Sturm auf Deutschland vollends zum Ausbruch bringende Ereignis war endlich die Verzögerung, welche die Durchführung des *Hoover*-Plans durch die Haltung Frankreichs erfuhr. Die *Hoover*-Botschaft war als Rettung im Augenblick höchster Not begrüßt worden und hatte auch im gesamten Auslande stimmungsmäßig außerordentlich stark gewirkt. Allgemein wurde erwartet, daß sich als psychologisches Ergebnis des amerikanischen Vorgehens in der Reparations- und Kriegsschuldenfrage sehr schnell eine neue internationale Vertrauensbasis herausbilden werde. Voraussetzung dafür wäre gewesen, daß der Plan ohne jedes Zögern von allen beteiligten Mächten angenommen wurde. Als sich diese Voraussetzung nicht erfüllte, setzte der Rückschlag für Deutschland in Gestalt erneuten Abzuges ausländischer Gelder und entsprechender Devisenverluste, die noch durch Kapitalflucht verstärkt wurden, mit besonderer Heftigkeit ein. Die Deckungsbestände der Reichsbank schmolzen rapide zusammen, und Mitte Juli mußte erstmalig die 40%ige Deckung des Notenumlaufs unterschritten werden. Ganz besonders nachteilig wirkte sich für Deutschland die Tatsache aus, daß Präsident *Hoover* erklärte, der unmittelbare finanzielle Zusammenbruch Deutschlands stehe bevor, wenn sein Vorschlag nicht sofort durchgeführt würde. Die Verwirklichung des Vorschlages zog sich wochenlang hin, die Feststellung, daß der finanzielle Zusammenbruch Deutschlands sonst unabwendbar sei, blieb bestehen und wirkte in höchstem Maße alarmierend. Diese Feststellung mußte zur Folge haben, daß die ausländischen Banken nunmehr glaubten, in aller Eile noch ihre Guthaben aus Deutschland herausziehen zu müssen, um zu retten, was noch zu retten sei. So setzte die letzte große Welle ein, die aus den deutschen Banken

die noch vorhandenen Auslandsgelder zum größten Teil wegspülte. Als die am stärksten den ausländischen Abziehungen ausgesetzte Darmstädter und Nationalbank am 13. Juli ihre Schalter schließen mußte, kam es zum Run auf die Kassen aller öffentlichen und privaten Geldinstitute Deutschlands. Um das Entstehen einer allgemeinen Geld- und Kreditpanik zu verhindern, mußte im Wege der Notverordnung durch Bankfeiertage eine Auszahlungssperre verhängt werden, die nur allmählich aufgelockert werden konnte.

Die DD-Bank[2] darf für sich in Anspruch nehmen, die aus der dargestellten Gesamtentwicklung drohenden Gefahren frühzeitig erkannt und aus dieser Erkenntnis die notwendigen praktischen Folgerungen gezogen zu haben. Die in ihr vereinigten beiden Banken haben demzufolge im Herbst 1929 den entscheidenden Schritt ihrer Fusion getan[3]. Es war für beide Institute, die bis dahin traditionell auf ihr seit Generationen geführtes Eigenleben den größten Wert gelegt hatten, ein schwerer Entschluß, sich ihrer Individualität zu entäußern. Wenn er dennoch gefaßt wurde, so geschah dieses auf Grund der Überzeugung, daß dem Gebote der Zusammenfassung aller Kräfte im höheren Interesse der vaterländischen Wirtschaft, ungeachtet aller personellen und traditionellen Hemmungen, zu folgen sei. Die Leitungen beider Institute hatten erkannt, daß neben der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der letzten Jahre die besonderen Verhältnisse des Bankgewerbes Rationalisierungsmaßnahmen größten Stils erforderlich machten. Das Bankgewerbe in Deutschland besaß und besitzt einen viel zu großen Apparat. Die Übersetzung geht so weit, daß die Zahl der Bankstellen und Filialen in Berlin und in der Provinz größer ist als in der Vorkriegszeit, ein Zustand, welcher der Verarmung der Wirtschaft widerspricht.

[. . .][4]

Die mit der Julikrise im deutschen Bankgewerbe eingetretenen Schwierigkeiten haben zu Ereignissen geführt, die sich für alle, auch die intakt gebliebenen Glieder des Bankgewerbes ebenso nachteilig ausgewirkt haben wie für die Gesamtwirtschaft. Es darf heute mit einiger Sicherheit die Auffassung vertreten werden, daß diese Schwierigkeiten in erheblich milderen und für die Gesamtheit unschädlicheren Formen aufgetreten wären und möglicherweise hätten überwunden werden können, wenn auch andere große Institute rechtzeitig den Weg der Konzentration betreten und sich dadurch für Krisenzeiten widerstandsfähiger gemacht hätten. Leider ist der Zeitpunkt versäumt worden, zu dem weitere Großfusionen im Bankgewerbe in Ruhe und unter geordneten Verhältnissen hätten durchgeführt werden können.

Auch die aus der schwebenden Auslandsverschuldung den Banken bei plötzlicher Rückforderung drohenden Gefahren hat die DD-Bank frühzeitig erkannt. Die von ihr gezogene Folgerung war, mit der Verminderung ihrer kurzfristigen Verbindlichkeiten nicht erst bis zur Zuspitzung der Lage im Frühjahr 1931 zu warten. Sie

2 Deutsche Bank- und Disconto-Gesellschaft.

3 Zum Zusammenschluß der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft im September 1929 Fritz Seidenzahl, 100 Jahre Deutsche Bank 1870–1970, Frankfurt a. M. 1970 S. 312 ff.

4 Angaben zu einzelnen Rationalisierungsmaßnahmen, die es erlaubten, „die Handlungsunkosten der fusionierten Deutschen Bank und Diskont-Gesellschaft um nicht weniger als 40 Millionen RM gegenüber den früheren Unkosten der getrennten beiden Banken" herabzudrücken.

hat die Inanspruchnahme der von den ausländischen Banken gewährten Kreditfazilitäten systematisch herabgeschraubt und die eingeräumten Limite nur noch teilweise ausgenutzt. Auf diese Weise hat die DD-Bank ihre Auslandsverschuldung planmäßig und in aller Ruhe verringert. Diese Verschuldung hatte bei ihr im März 1930 ihren Höhepunkt erreicht, ihr Abbau setzte bereits von diesem frühen Zeitpunkt ab ein. Er kam in einer fühlbaren Verminderung der Gesamtkreditoren der Bank zum Ausdruck [. . .][5]. Nicht zuletzt auf diese Politik war die günstige Lage zurückzuführen, in der sich die Bank bei Ausbruch der Krise befand. Schon vor dem Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt, also Ende April, waren ihre Auslandsverpflichtungen auf 70% ihres Höchststandes von März 1930 vermindert worden.

In der Zeit vom 30. 6. 1930 bis 31. 7. 1931 wurden an in- und ausländische Gläubiger zurückgezahlt:

von der DD-Bank	1556 Millionen RM
von der Dresdner Bank	823 Millionen RM
von der Danatbank	1048 Millionen RM
von der Commerz & Privatbank	431 Millionen RM
insgesamt	3858 Millionen RM

Es war dies eine Belastungsprobe von einer Gewalt, wie sie wohl noch nie das Bankensystem eines Landes hat über sich ergehen lassen müssen. Die Leistung, welche die deutschen Großbanken mit der Auszahlung dieser fast 4 Milliarden RM vollbracht haben, kann deshalb nicht hoch genug angeschlagen werden. Daß sie möglich war, daß die Banken einen derartigen Ansturm aushalten konnten, beweist, wie gut sie ursprünglich ausgerüstet waren.

Um die Ereignisse, die dem historischen 13. Juli vorausgegangen sind, hat sich inzwischen ein üppig grünender Legendenkranz gewunden. Als der Schalterschluß der Danatbank den letzten Anstoß für die Erklärung der gesetzlichen Bankfeiertage und für die dann wochenlang das deutsche Wirtschaftsleben lähmende Zahlungssperre gab, begab sich die Öffentlichkeit alsbald auf die Suche nach dem Schuldigen und versuchte, fehlerhaftes Verhalten einzelner Institute und ihrer führenden Persönlichkeiten festzustellen. Dieses Bemühen war leider nicht darauf gerichtet zu untersuchen, inwieweit die Gesamtheit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung mehr oder weniger zwangsläufig zu der Katastrophe führen mußte und inwieweit das in erster Linie betroffene Institut sich durch die Art seiner Geschäftsführung besonderer Gefährdung ausgesetzt hatte; es konzentrierte sich vielmehr stattdessen auf die Untersuchung der Frage, ob nicht die anderen Banken durch zweckmäßiges und „solidarisches" Verhalten das Unglück hätten abwenden können. Es wurde dauernd von „den Banken" als Sammelbegriff gesprochen und nicht zwischen den einzelnen Instituten auf Grund ihrer voneinander sehr abweichenden Geschäftsmethoden unterschieden und besonders nicht geprüft, ob nicht gerade von der Öffentlichkeit zeitweise in den Himmel gehobene neuartige Methoden der Vermittlung ausländischer Kredite und [die] auf Grund dieser Vermittlung geforderte Übertragung von Geschäftsbeziehungen wesentlich dazu beigetragen haben, Verwirrung in alterprobte Maximen gesunder Solidarität

5 Dies wird durch einen Vergleich der Monatsbilanzen einiger Großbanken belegt.

zu tragen. Dabei sind auf Grund falscher Darstellung des wirklichen Verlaufs der Dinge besonders schwere Vorwürfe gegen die DD-Bank erhoben worden. Die Frage, wie es zum 13. Juli gekommen ist, bedarf also dringend einer eingehenden Untersuchung.

Es war den Kundigen seit langem bekannt, daß die Danatbank auf Grund der über sie im Auslande und Inlande umgehenden Gerüchte gesteigerten Rückzahlungsansprüchen ausgesetzt war. In der zweiten Hälfte des Juni 1931 hatten sich diese Gerüchte dahin verdichtet, daß die Bank in zunehmende Liquiditätsschwierigkeiten geraten sei und daß mit ihrer Zahlungseinstellung gerechnet werden müsse. Ebenso wie bei den übrigen Banken war sich die DD-Bank darüber klar, daß sie aus eigener Initiative weder etwas veranlassen könne noch dürfe, da jeder Schritt von dritter Seite die Danatbank noch mehr ins Gerede gebracht haben würde. Man nahm an, daß die Reichsbank über die Lage informiert sei und die etwa nötig werdenden Maßnahmen ergreifen werde. Besonders mußte aber von der Leitung der vor Zahlungsschwierigkeiten stehenden Bank erwartet werden, daß sie in der Erkenntnis, welche Rückstrahlungen und welche Schäden ihre eigene Schwäche auf die anderen Banken und auf die Gesamtwirtschaft ausüben mußte, sich zur richtigen Zeit, d. h. so frühzeitig den anderen Banken und vor allem der Reichsbank und der Reichsregierung decouvrieren werde, damit diesen Stellen die Möglichkeit gegeben wurde, eine in aller Stille durchzuführende Hilfsaktion in Ruhe vorzubereiten.

Inzwischen hatten sich die Gesamtlage der Wirtschaft und die Situation der Reichsbank immer schwieriger gestaltet. Im Verlaufe des Monats Juni hatte die Zentralnotenbank an Gold und Devisen insgesamt rund 1½ Milliarden RM hergeben müssen. Zum Juni-Ultimo konnte die 40%ige Deckung nur dadurch aufrechterhalten werden, daß der von den internationalen Notenbanken eingeräumte Überbrückungskredit von 100 Millionen Dollar mit etwas mehr als ¾ seines Umfangs in Anspruch genommen wurde. Eine weitere Stärkung des Devisenpolsters wurde versucht durch Rückgriff auf die letzte Reserve in Gestalt des der Golddiskontbank in Amerika zur Verfügung stehenden Bereitschaftskredits von 50 Millionen Dollar. Auch die auf diese Weise beschafften Devisenbeträge gingen bald durch ausländische Kreditabziehungen und Kapitalflucht verloren. Der „in letzter Stunde" unternommene Versuch, zum Ersatz des Verlorenen das Ausland zu neuer Kreditgewährung an Deutschland zu veranlassen, blieb ergebnislos. Auch die freiwillig übernommene und dann gesetzlich festgelegte Ausfallbürgschaft der 1000 größten deutschen Wirtschaftsunternehmungen für von der Deutschen Golddiskontbank aufzunehmende Kredite konnte keine neue Kreditbereitschaft im Auslande auslösen.

Die Reichsbank hatte sich dahin entschieden, zunächst an dem starren gesetzlichen Prinzip der 40%igen Deckung festzuhalten. Sie schritt deshalb zu Restriktionen in der noch Anfang Juli gehegten Erwartung, daß durch diese mit aller Energie durchgeführten Maßnahmen in den nächsten Tagen und Wochen der übliche Rhythmus der Entlastung eintreten werde. Um den Umlauf an Reichsbanknoten nicht über die Deckungsrelation steigen zu lassen, sollte der erreichte Bestand an Wechseln und Lombards in Höhe von rund 3 Milliarden RM auf keinen Fall überschritten werden. Diese unter den damaligen Verhältnissen verständliche

Einstellung der Reichsbank war für den weiteren Ablauf der Dinge von entscheidender Bedeutung. Sie bedeutete, daß in entscheidender Stunde die Notenbank sich versagen mußte, als letzte Liquiditätsgarantie der Banken zu fungieren.

Nachdem sich die ungünstigen Gerüchte über die Danatbank zu Beginn der zweiten Juliwoche noch mehr verstärkt hatten, wurde der DD-Bank endlich am 9. Juli von der Danatbank in aller Form mitgeteilt, daß sie ihre Zahlungen nicht länger aufrechterhalten könne und am nächsten Tage ihre Schalter schließen müsse. Die gleiche Mitteilung war am gleichen Tage der Reichsregierung und dem Reichsbankpräsidenten gemacht worden. Damit war der Weg für Verhandlungen zwischen Regierung, Reichsbank und Banken über die Frage frei, wie der Danatbank geholfen werden könne.

Der von der Danatbank vorgeschlagene Übergang derselben auf die DD-Bank im Fusionswege mußte abgelehnt werden. Es waren sehr triftige Gründe, die zu dieser Ablehnung zwangen. Eine Fusion des gedachten Umfanges kann nur auf Grund sorgfältigster gegenseitiger Prüfung in Angriff genommen werden. Eine solche erfordert Zeit. Die Deutsche Bank und die Disconto-Gesellschaft haben länger als vier Wochen verhandelt, bis sie trotz beiderseitigen festen Willens, sich zu verschmelzen, alle in Betracht kommenden Fragen klargestellt hatten. Im Falle der Danatbank standen nur Stunden zur Verfügung. Des weiteren konnte die DD-Bank ihrer Beamtenschaft nicht zumuten, neue Abbaumaßnahmen größten Umfangs über sich ergehen zu lassen, wie sie diese Fusion notwendig im Gefolge gehabt haben würde, und neue durchgreifende Personalveränderungen in ihrem eigenen Betrieb vorzunehmen, nachdem solche gerade erst in weitem Ausmaße erfolgt waren. Sodann wäre es auch vom allgemeinwirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet höchst unerwünscht gewesen, wenn die DD-Bank einen weiteren großen Teil des deutschen Bankgeschäfts auf sich konzentrierte. Endlich und völlig zwingend verbot sich die vorgeschlagene Fusion aus dem Grunde, weil sie zu einer unerträglichen Verschlechterung der Liquiditätsziffern und zu einer viel zu risikoreichen Zusammenballung der Kreditgewährung bei einem einzigen Institut geführt haben würde. Diese Gesichtspunkte waren durchschlagend.

Dagegen erklärte sich die DD-Bank sofort bereit, ihr Giro auf 30 Millionen Wechsel zu setzen, die eine Konsortialforderung der Danatbank an zwei erste deutsche Wirtschaftskonzerne darstellten. Durch die Diskontierung dieser Wechsel bei der Reichsbank sollte die Danatbank in den Stand gesetzt werden, noch weitere Auszahlungen vornehmen zu können. Die DD-Bank hat am 21. Juli 1931 die Öffentlichkeit über diesen Schritt durch ein offizielles Communiqué unterrichtet, in dem es hieß: „Zur Kennzeichnung unserer Einstellung und unseres Bestrebens, die Zahlungseinstellung der Danatbank zu verhindern, sei die Tatsache angeführt, daß die DD-Bank noch am Sonnabend, dem 11. Juli, also an dem der Zahlungseinstellung vorangegangenen Werktage, der Danatbank mit 30 Millionen RM zu Hilfe gekommen ist." Auch diese Erklärung hat nicht verhindert, daß diesem Schritt das Motiv unterlegt wurde, er habe nur Angriffen gegen den Solidaritätsmangel der DD-Bank begegnen und der DD-Bank ein gutes Geschäft zuführen sollen[6]. Tatsächlich handelte es sich um die Liquidemachung von Konsortialforderungen der Danatbank an Konzerne, an deren Krediten die DD-Bank führend mit so

6 Vgl. Brüning S. 319, über die Deutsche Bank S. 313 ff.

erheblichen Quoten bereits beteiligt ist, daß eine Erhöhung derselben für sie kein Interesse bietet. Übrigens hatte die Leitung der DD-Bank der Reichsbank aus freien Stücken erklärt, daß sie bereit sei, auch ein Mehrfaches der 30 Millionen RM der Danatbank zur Verfügung zu stellen, wenn damit geholfen würde.

Die Beratung der Berliner Großbanken förderte die einmütige Auffassung zutage, daß alles versucht werden müsse, die Danatbank zu halten, da alle Banken davon überzeugt waren, daß die Schließung dieser Großbank schwere Beunruhigung auslösen würde. Die Banken kamen überein, der Danatbank einen Betrag bis zu 250 Millionen RM in der Form zur Verfügung zu stellen, daß Finanzwechsel der Banken untereinander gezogen, von der Reichsbank diskontiert und so lange prolongiert würden, bis das Geld wieder zurückgeflossen sei, alles dies unter der Voraussetzung, daß das Reich für diesen Betrag die Ausfallbürgschaft übernehme. Auf andere Weise konnte das Geld von den Banken nicht zur Verfügung gestellt werden, weil noch keine von Barzahlung entbindende Notverordnung ergangen war, dagegen die Abziehungen des Auslandes unvermindert anhielten und sich auch eine zunehmende Beunruhigung des Inlandes zeigte. Die Banken mußten daher unbedingt ihre eigenen verfügbaren Mittel beisammenhalten, um den an sie selber gerichteten Anforderungen ihrer Kreditoren gerecht werden zu können.

Der bereits für den 10. Juli drohende Schalterschluß der Danatbank war verhindert worden, um durch die Zahlungseinstellung nicht die in Paris schwebenden Kreditverhandlungen des Reichsbankpräsidenten zu stören. Der am 10. Juli von den Banken der Reichsbank mitgeteilte gemeinsame Vorschlag betreffend die Schaffung von 250 Millionen RM Wechsel wurde von der Reichsbank in Konsequenz ihrer oben gekennzeichneten Haltung und auch deshalb abgelehnt, weil sie fürchtete, daß die Unterschreitung der gesetzlichen Deckung ebenso wie die Zahlungseinstellung der Danatbank die Kreditverhandlungen mit dem Ausland entscheidend stören würde.

Die Banken sahen sich also am Freitag, dem 10. Juli, der Tatsache gegenüber, daß der von ihnen nach langer Beratung und auf Grund gemeinsamen Beschlusses als einzig möglich erkannte Weg zur Stützung der Danatbank, nämlich die Mobilisierung von 250 Millionen RM mit Hilfe der Reichsbank und unter Ausfallgarantie des Reichs, nicht begangen werden konnte. Die am gleichen Tage sofort wiederaufgenommenen Beratungen der Banken führten zu der einstimmigen Ansicht, daß es zunächst unumgänglich notwendig sei, Zeit zu gewinnen. Es wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, durch eine sofort zu erlassende und spätestens in den Morgenzeitungen des 12. Juli bekanntzugebende Notverordnung drei Bankfeiertage ab Montag, den 13. Juli, anzuordnen. Man hielt diese Maßregel für erforderlich, um in Ruhe alle weiteren Schritte beraten und auch – worauf besonderer Wert gelegt werden mußte – die Öffentlichkeit entsprechend vorbereiten zu können.

Die Banken haben diesen Vorschlag am Abend des 11. Juli der Reichsregierung unterbreitet[7]. Er wurde abgelehnt mit der Begründung, daß die Bankfeiertage und der durch sie geschaffene Ausnahmezustand die Fortführung der Anleiheverhandlungen unmöglich machen würde, welche der Reichsbankpräsident bei der BIZ in

7 Chefbesprechung über Reparationsfrage und Banklage am 11. 7. 1931, BA R 43 I/315. Vgl. Nr. 258, Anm. 1.

Basel aufzunehmen im Begriff war. Statt dessen wurde von der Regierung die Frage der Übernahme einer Solidarhaftung aller Banken für die Verpflichtungen der Danatbank aufgeworfen. Gerade dieses Punktes hat sich die Legendenbildung in besonderer Weise bemächtigt. Die Vorgänge sind so dargestellt worden, als ob eine bereits beschlossene Maßnahme am Widerstand einer Großbank, nämlich der DD-Bank, gescheitert sei, weil diese sich relativ stark gefühlt habe und darum von Solidarhaftung und Reichsgarantie nichts habe wissen wollen. In einem viel beachteten Artikel einer Zeitschrift ist sogar von einem „Dolchstoß" die Rede, den die DD-Bank in der kritischen Nacht gegen ihre Konkurrentin geführt habe. Sie habe die kollegiale Abwehr des Unglücks verhindert und dadurch nicht nur den Fall einer Wettbewerberin verursacht, sondern auch den ohnehin geschwächten deutschen Kredit auf das empfindlichste geschädigt. Dieser unerhörte Angriff zeugt von einer sträflichen Leichtfertigkeit der Beurteilung der wirklichen Vorgänge und schlägt den Tatsachen ins Gesicht.

In Wahrheit haben bei den Erörterungen der für die Danatbank möglichen Hilfeleistungen alle zugezogenen Bankenvertreter übereinstimmend erklärt, daß sie mangels einer Übersicht über die Verpflichtungen und den Stand der Aktiven der Danatbank eine Solidarhaftung für diese unter keinen Umständen übernehmen könnten. Die ablehnende Haltung der Banken in diesem Punkte entsprang sehr berechtigten Motiven. Es ist für jeden verantwortlichen Kaufmann eine Unmöglichkeit, für einen anderen, dessen finanzielle Lage er nicht genau kennt, eine solidarische Haftung einzugehen. Die Banken hätten dieses weder mit Rücksicht auf ihre Aktionäre noch mit Rücksicht auf ihre Gläubiger tun dürfen. Außerdem aber würde diese Solidarhaftung sachlich das Danatproblem nicht in der im Augenblick einzig möglichen Art und Weise gelöst haben, die darin bestehen mußte, der Bank ihre Liquidität zu sichern. Die Befähigung der Danatbank zur weiteren Barauszahlung war nur durch den Rückgriff auf die Notenbank wiederherzustellen. Hierfür haben die Banken ihre gemeinsame Hilfe in Gestalt der Hergabe von Finanzwechseln angeboten. Die Durchführung dieses Vorschlags scheiterte, wie schon dargelegt, daran, daß die Reichsbank die Diskontierung solcher Wechsel ablehnen mußte. – Auch der Versuch der Banken, in der Abendsitzung des 11. Juli eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob an etwa anzuordnende Bankfeiertage ein Auslandsmoratorium allein oder in Verbindung mit einem vollen oder beschränkten Inlandsmoratorium angeschlossen werden müsse, scheiterte an der ablehnenden Haltung der Regierung. Die Verhandlungen mußten deshalb ergebnislos abgebrochen werden.

Zur Entscheidung der Frage, ob in jenem Augenblick die Zahlungseinstellung der Danatbank überhaupt noch hätte vermieden werden können, muß immer wieder betont werden, daß die Überbrückung der Liquiditätsschwierigkeiten dieser Bank nur mit Hilfe der Reichsbank möglich war. Die Reichsbank selbst befand sich ihrerseits in höchst prekärer Lage, nachdem in den vorangegangenen Wochen der Prozeß der Aushöhlung der Wirtschaft sich in Gestalt von Auslandsabziehungen und Kapitalflucht ungehemmt vollzogen hatte.

Es hat sich im weiteren Verlaufe der Krise gezeigt, daß das Rezept „Zahlen, zahlen, zahlen!" mit Sicherheit zu dem Erfolge führt, das Vertrauen wiederherzustellen. Die Geld- und Vertrauenskrise war daher in dem Augenblick überwunden,

als die Reichsbank mit dem schematischen Deckungsprinzip die Restriktion aufgab und genügende Zahlungsmittelmengen zur Verfügung stellte. Voraussetzung dafür war, daß der übriggebliebene Deckungsbestand durch devisenzwangswirtschaftliche Maßnahmen einigermaßen gesichert wurde. In den kritischen Tagen fehlte diese Sicherung noch. Hätte damals die Reichsbank beliebige Kredite und Notenmengen zur Verfügung gestellt, so wäre bei dem Anhalten der Devisenabzüge ihre Deckung vielleicht auf 10 oder 5 oder 0% abgesunken.

In den am Sonntag, dem 12. Juli, vormittags wiederaufgenommenen Verhandlungen der Banken wurde zunächst als neuer Ausweg aus der Lage der Plan einer Fusion der Danatbank mit der Dresdner Bank erörtert, nachdem die letztere ihre grundsätzliche Bereitschaft zu einem solchen Zusammengehen erklärt hatte. Eine Lösung der Schwierigkeiten auf diesem Wege erschien wiederum nur aussichtsreich unter der Voraussetzung, daß genügende Barmittel über die Reichsbank beschafft werden konnten, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Es waren zu diesem Zweck etwa 300 Millionen RM in Aussicht genommen, zu deren Beschaffung die Banken in der gleichen Weise, wie es vorher für die Danatbank allein vorgesehen war, ihre Hilfe in Aussicht stellten. Die DD-Bank erklärte sich außerdem bereit, ihre nicht in Anspruch genommenen Rembourskredite der Dresdner Bank zur Verfügung zu stellen. Die weitere Verfolgung des Fusionsprojektes scheiterte daran, daß Regierung und Reichsbank nicht gewillt waren, die dafür nötigen Voraussetzungen, Herabsetzung der Notendeckung und Auslandsmoratorium, zu schaffen.

Auch dieser letzte Vorschlag der Banken muß bei objektiver Würdigung als erneuter Beweis dafür gelten, daß es den Banken „an jenem schwersten Sonntag in der Geschichte des deutschen Bankwesens" weder an dem nötigen Solidaritätsbewußtsein gefehlt hat noch an Voraussicht für die Gefahren der kommenden Entwicklung. Wenn die Reichsregierung nicht die ihr von den Banken, wie geschildert, bereits für Montag, den 13. Juli (also v o r Schließung der Danatbank), vorgeschlagenen Bankfeiertage erklären wollte, so waren dafür politische Erwägungen maßgebend. Jedenfalls ist der den Banken gemachte Vorwurf unberechtigt, sie hätten zu dieser Haltung beigetragen, weil sie die Folgen der Danatbank-Krise nicht in das richtige Licht gerückt und aus „Mangel an Kombinationsgabe und Phantasie" kein klares Bild von deren Folgen gehabt hätten.

Am Sonntag, dem 12. Juli, erfolgte abends um 6 Uhr die letzte Beratung zwischen der Reichsregierung und den Banken[8]. Sie begann damit, daß von der Regierung eine Notverordnung vorgelegt wurde, die ganz allgemein vorsah, daß das Reich für Kreditinstitute, die von der Krise in ihrem Bestande bedroht seien, bei denen aber die Aufrechterhaltung des Betriebes oder eine geregelte Geschäftsabwicklung durch ein überwiegendes Interesse der Allgemeinheit geboten sei, Garantien übernehmen könne. Diese Verordnung hätte die Banken in eine völlig unmögliche Lage gebracht, denn sie bedeutete nicht mehr und nicht weniger als eine Diskreditierung des gesamten Bankwesens. Die Bankenvertreter wiesen übereinstimmend darauf hin, daß eine solche Verordnung das gesamte Bankgewerbe herabsetzen und der Öffentlichkeit die Frage nahelegen müsse, welche Bank denn

8 Ministerbesprechung am 12. 7. 1931, 16.30 Uhr, BA R 43 I/1450. Abgedruckt in Born S. 184ff. Vgl. Nr. 279c.

überhaupt noch sicher und zahlungsfähig sei. Das Publikum würde, wenn eine Verordnung dieses Inhalts erginge, jedes größere Bankgeschäft in Deutschland als vertrauensunwürdig betrachten.

Die von den Banken übereinstimmend vorgebrachten, entschiedenen Bedenken veranlaßten die Reichsregierung, von dem Erlaß der Verordnung, betreffend die allgemeine Garantie-Erklärung für notleidende Banken, ohne Namensnennung eines einzelnen Instituts Abstand zu nehmen[9]. Der Einspruch der Banken gegen die geplant gewesene Maßnahme ist in der Öffentlichkeit den schwersten Mißdeutungen ausgesetzt gewesen. In einer zum Teil offenbar auf recht gute Informationen zurückgreifenden Pressedarstellung jener Vorgänge ist dem Verhalten der Banken das Motiv unterlegt worden, sie hätten auf die Diskreditierung des Konkurrenten nicht verzichten und auf ihn als den Schuldigen weisen wollen. Die Vertreter der intakten Banken handelten nur pflichtgemäß, wenn sie versuchten, von ihren Instituten die Gefahren abzuwenden, die sie aus der geplanten Verordnung drohen sahen. Der Vorwurf mangelnder Solidarität ist, wie man ohne weiteres sieht, auch in diesem Zusammenhang völlig verfehlt.

Als letzten Ausweg schlug nunmehr die Reichsregierung in später Nachtstunde vor, Montag, den 13. Juli, als Bankfeiertag zu erklären. Auch dieses Vorgehen mußten die Bankenvertreter nach eingehender Überlegung als untunlich ablehnen. Besonders wurde, als die übrigen Banken schwankten, ob sie hierauf eingehen sollten, von den Vertretern eines öffentlich-rechtlichen Instituts auf die unübersehbaren Gefahren hingewiesen, die entstehen müßten, wenn die Bevölkerung des ganzen Reiches am Montagmorgen ohne jede Vorankündigung vor geschlossenen Bankschaltern stände. Jeder Bankkunde würde annehmen, daß gerade seine Bank ihre Zahlung eingestellt habe. Diese Gründe wurden von allen Bankenvertretern als durchschlagend anerkannt. Infolgedessen wurde, auch dieses letzte Mal wiederum auf Grund einstimmigen Beschlusses der Banken, der Reichskanzler gebeten, von der verspäteten Anordnung des Bankfeiertages für den 13. Juli abzusehen und die Zahlungssperre nach vorausgegangener öffentlicher Ankündigung erst für den 14. zu verhängen. Von der Regierung wurde dementsprechend verfahren, und die Bankschalter blieben am 13. Juli geöffnet. Die zum gleichen Tage erklärte Zahlungseinstellung der Danatbank löste dann trotz der Garantierung ihrer Einlagen durch das Reich den allgemeinen Run auf die Banken aus, der vermieden worden wäre, wenn sofort Bankfeiertage erklärt worden wären.

Man hat den Banken vorgeworfen, sie hätten diesen Run vorausgesehen, und sie hätten daher alles tun müssen, die Schließung der Danatbank zu verhindern. Die vorliegende Darstellung hat versucht, auf Grund des tatsächlichen Ablaufs der Ereignisse darzutun, daß es an Versuchen der Banken und im besonderen der DD-Bank, im Rahmen des Möglichen und zu Verantwortenden Hilfe zu leisten, nicht gefehlt hat. Wenn gemachte Vorschläge nicht verwirklicht worden sind, so war das nicht die Schuld der Banken. Eine wirkliche Hilfe hätte nur die Wiederherstellung der vollen Liquidität der Danatbank gebracht. Ein anderer Weg hierzu als der von den Banken bezeichnete und als ungangbar abgewiesene ist von niemand gezeigt worden. Man kann die Größe eines Unglücks kommen und sich doch außerstande gesetzt sehen, es abzuwenden!

9 Vgl. Nr. 259.